Verhandlungen

des

Reichstags.

I. Wahlperiode 1920.

Band 348.

Stenographische Berichte.

Von der 74. Sitzung am 3. März 1921
bis zur 89. Sitzung am 19. März 1921.

Berlin 1921.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32.

Verhandlungen

des

Reichstags.

I. Wahlperiode 1920.

Band 348.

Stenographische Berichte.

Von der 74. Sitzung am 3. März 1921
bis zur 89. Sitzung am 19. März 1921.

Berlin 1921.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Achtundsiebzigste Sitzung.

Dienstag den 8. März 1921.

Neunundsiebzigste Sitzung.

Mittwoch den 9. März 1921.

Seite

Achtzigste Sitzung.

Donnerstag den 10. März 1921.

Einundachtzigste Sitzung.

Freitag den 11. März 1921.

Zweiundachtzigste Sitzung.

Sonnabend den 12. März 1921.

Seite

Dreiundachtzigste Sitzung.

Montag den 14. März 1921.

Vierundachtzigste Sitzung.

Montag den 14. März 1921.

Fünfundachtzigste Sitzung.

Dienstag den 15. März 1921.

Sechsundachtzigste Sitzung.

Mittwoch den 16. März 1921.

Seite

Siebenundachtzigste Sitzung.

Donnerstag den 17. März 1921.

Achtundachtzigste Sitzung.

Freitag den 18. März 1921.

Neunundachtzigste Sitzung.

Sonnabend den 19. März 1921.

(A)

74. Sitzung.

Donnerstag den 3. März 1921.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Sollten im Laufe derselben amtliche Mitteilungen über den Fortgang der Verhandlungen in London einlaufen, so wird der Herr Reichskanzler hier erscheinen, um sie der Volksvertretung mitzuteilen.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Als Vorlage ist eingegangen:

(D)

Zwischen dem Deutschen Reich und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossener Reederei-Abfindungsvertrag.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden: Es sind eingetreten:

in den 2. (Petitions-)Ausschuß für die Abgeordneten Bartz (Hannover), Fischer (Baden) die Abgeordneten Geyer (Leipzig), Hemeter;

in den 3. (Geschäftsordnungs-)Ausschuß für den Abgeordneten Geyer (Leipzig) der Abgeordnete Dr. Levi;

in den 5. (volkswirtschaftlichen) Ausschuß für den Abgeordneten van den Kerkhoff der Abgeordnete Lind;

in den 6. (sozialen) Ausschuß für die Abgeordneten Hartwig, Frau Mueller-Otfried die Abgeordneten Dr. Wiebel, Koch (Düsseldorf);

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Frau Kähler, Becker (Oppeln), Körsten, Schlack, Harte, Rieseberg die Abgeordneten Frau Tesch (Hessen-Nassau), Brey, Brunzel, Wieber, Winnefeld, Hartwig;

in den 24. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Wiebel, Thomas die Abgeordneten Haag, Dr. Herzfeld;

in den 25. Ausschuß für die Abgeordneten Haag, Dr. Cremer, Dr. Maretzky, Beltin die Abgeordneten Henning, Frau v. Oheimb, Dr. Piper (Mecklenburg), Damm.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Geisler für 2 Tage, Frau Zetkin für 8 Tage.

(Präsident.)

(A) Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer (Nr. 1520 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie.

Es ist beantragt, den Gesetzentwurf dem Steuerausschuß zu überweisen. — Das Haus ist mit dieser Überweisung einverstanden.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Beratung der Anleihedenkschrift für das Reich 1920 (Nr 1522 der Drucksachen).

Die Beratung der Vorlage ist eine einmalige.

Ich eröffne die Beratung — und schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Mit Ihrer Zustimmung stelle ich fest, daß durch die Vorlegung der Anleihedenkschrift für das Reich 1920 den gesetzlichen Bestimmungen Genüge getan ist.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

Zweite Beratung der Reichshaushaltsrechnung 1918 (Nr. 404 der Drucksachen).
Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Rechnungen (Nr. 1556 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Simon (Schwaben).

Hierzu sind folgende Kommissare angemeldet:

Finanzverwaltung (im allgemeinen):
Staatssekretäre Dr. Schröder, Moesle;
Ministerialdirektoren Zapf, v. Stockhammern, v. Laer, Fischer, v. Schlieben;
Ministerialräte Schulze, Dr. Siller, Dr. Richard Müller, Dr. Jacobs, Worbs, Dr. Karl (B) Müller, Schuckert, Orthmann, Dr. Hahnke, Dr. Wißmann;
Ober-Regierungsräte Dr. Greiner, Dr. Auer, Sbrzesny, Dr. Wachsmann, Dr. Wagner.

Haushalt des Reichspräsidenten:
Ministerialdirektor Dr. Meißner,
Ober-Regierungsrat Geilenberg.

Haushalt des Reichsministeriums usw.:
Staatssekretär Albert,
Ministerialrat Wever.

Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen:
Ministerialdirektoren Schüler, Heilbron,
Stellvertretender Direktor, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Freiherr v. Neurath,
Geheime Legationsräte Gneist, Dr. Schmidt-Elskop,
Wirkliche Legationsräte v. Kuhlmann, Dr. Rümelin, Hellwig, Koch.

Haushalt des Reichsministeriums des Innern:
Ministerialdirektoren Dammann, Freiherr v. Welser,
Ministerialräte Isenbart, v. Jacobi, Hering, Dr. Hamel, Foerster, Schmid,
Ministerialräte Falkenberg, Dr. Asmis,
Ministerialräte Dr. Graf Adelmann v. Adelmannsfelden, Melior, Frau Dr. Bäumer, Daniels, Dr. Bourwieg, Dr. Kaisenberg, Dr. v. Zahn, Pellengahr, Donnevert,
Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Bumm,
Ober-Regierungsräte Wagner, Dr. Taute, Taubert,
Ministerial-Bureaudirektor Lerch,
Regierungsräte Scheer, Ruppert, Dr. Becker, Wollenburg, Dr. Schwarz,

(C) Geheimer Rechnungsrat Schulze,
Rechnungsrat Wöllke,
Oberbürgermeister Dr. Janke,
Major a. D. Hellwig,
Ministerialdirektor Götz (Abteilung für Elsaß-Lothringen).

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums:
Staatssekretär Dr. Hirsch,
Ministerialdirektoren v. Jonquières, v. Hüttenheim, v. Le Suire,
Präsident Scharmer,
Ministerialräte Flach, Full, Graeßner, Kissel, Kralik, Dr. Lahr, Mathies, Nehring, Schlottmann, Dr. Schäffer, Sjöberg, Thurmann, Trendelenburg, Susat, Wehrmann, Wessig, Wohlmannstetter,
Regierungsräte Berner, Dr. Landwehr, Dr. Müller, Reinshagen,
Geheimer Rechnungsrat Feigk,
Regierungsbaumeister Ruelberg.

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums:
Ministerialrat Dr. Aurin,
Kalkulaturvorsteher und Referent Strübing, und, soweit Ausgaben der Armee und Marine zu vertreten sind:
Ministerialrat Bartels (für Versorgungswesen),
Ministerialrat Dr. Martineck (für Lazarettwesen einschließlich Kaiser-Wilhelm-Akademie usw.),
Regierungsrat Nikolaus (für Pensionsregelungsbehörden und allgemeinen Pensionsfonds).

Haushalt des Reichswehrministeriums:
a) Heer:
Geheimer Kriegsrat Bothe,
Oberstleutnant Fischer (Paul),
Major Garke, (D)
Wirklicher Geheimer Kriegsrat Heller,
Major Knoblauch,
Ober-Intendanturrat Lau,
Wirklicher Geheimer Kriegsrat Lemmel,
Major Petter;
b) Marine:
Kapitän zur See v. Gohren,
Fregattenkapitän Brutzer,
Admiralitätsrat Hanke.

Haushalt des Reichsjustizministeriums:
Ministerialrat v. Specht.

Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung usw.:
Staatssekretär Dr. Huber,
Ministerialrat Dr. Köhler.

Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau:
a) Für die Zivilverwaltung:
Ministerialrat Geheimer Ober-Regierungsrat Schmidt,
b) für die Militärverwaltung:
Geheimer Regierungsrat Kuhn.

Haushalt des Reichspostministeriums:
Ministerialdirektor Röthe, Ministerialrat Hübner.

Haushalt der Reichseisenbahnverwaltung:
Ministerialdirektoren Eberbach, Holtze,
Ministerialräte Schlesier, Wolf,
Ober-Regierungsrat Graber,
Direktionsrat Dr. Momberger.

Ich eröffne die Beratung über den Ausschußantrag und frage zunächst, ob der Herr Berichterstatter das Wort wünscht. — Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor: ich schließe die Beratung und nehme an, daß das Haus dem Antrag

(Präsident.)

(A) des Ausschusses auf Nr. 1556 der Drucksachen zustimmt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Widerspruch ist nicht laut geworden; die Zustimmung ist beschlossen.

Wenn kein weiterer Widerspruch erfolgt, könnten wir sofort die dritte Beratung vornehmen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung des Ausschußantrages ein. — Ich schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Ausschußantrag seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Widerspruch ist nicht laut geworden: der Ausschußanantrag ist angenommen.

Wir kommen zum 4. Gegenstand der Tagesordnung:

Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Kontrolle der Kriegsrechnungen (Nr. 1319 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Rechnungen (Nr. 1557 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Simon (Schwaben).

Ein Verzeichnis der angemeldeten Kommissare bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Nacken**: Es sind angemeldet

für das Reichsfinanzministerium:
Geheimer Oberregierungsrat Schulze,
Geheimer Regierungsrat Dr. Jacobs,
(B) Oberregierungsrat Dr. Peckert,
Regierungsrat Dr. Wagner,
Regierungsrat Sbrzesny;

für das Reichsarbeitsministerium:
Regierungsrat Nicolaus;

für den Rechnungshof:
Geheimer Oberregierungsrat Brosig,
Geheimer Regierungsrat Stengel.

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Beratung über § 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter Abgeordnete Simon (Schwaben).

Simon (Schwaben), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß hat die Vorlage, betreffend **Kontrolle der Kriegsrechnungen**, ohne Änderung einstimmig angenommen und empfiehlt dem hohen Hause, das gleiche zu tun. Es ist eine Maßnahme aus Zweckmäßigkeitsgründen. Nach dem Reichskontrollgesetz vom 4. August 1915 beziehungsweise vom 21. März 1910 ist der Rechnungshof verpflichtet, die Rechnungen sämtlicher Dienststellen des Reichs zu prüfen und über das Ergebnis dem Reichsrat und dem Reichstag Mitteilung zu machen.

Nach dem Gesetzentwurf sollen nun Ausnahmen gemacht werden, erstens bei den Rechnungen der Heeres- und Marineformationen, zweitens bei den Rechnungen über verausgabte Militärversorgungsgebührnisse. In dem ersten Falle haben sich im Laufe der Zeit **Rückstände** angehäuft, so daß eine rechtzeitige Prüfung unmöglich ist. Personenmangel, teilweise auch Nachlässigkeit in der Kassenverwaltung schon während des Krieges, dann aber infolge der Verhältnisse, die bei dem beschleunigten Rückzug eingetreten sind, haben diese Zustände herbeigeführt. Die Prüfung der Rechnungen ist infolgedessen außerordentlich (C) schwierig und langwierig und belastet die damit betrauten Abwicklungsstellen außerordentlich, die ja bekanntlich so rasch wie möglich beseitigt werden sollen. Dazu kommt weiter, daß das finanzielle Ergebnis für das Reich in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Kosten steht. Die zu Unrecht erhobenen oder fahrlässigerweise gezahlten Beträge sind nur sehr selten wieder zurückzuerhalten, da die Unterlagen fehlen und die Bücher und Belege meistens nicht in Ordnung, teilweise überhaupt nicht mehr aufzufinden sind.

Im zweiten Falle beruht die Schwierigkeit der Prüfung hauptsächlich in der seit dem 1. April 1918 eingeführten **Zahlungsweise.** Bis dahin erfolgte die Zahlung der Militärversorgungsgebührnisse und ebenso auch die Rechnungslegung durch die Landeskassen. Später ist dann auf Grund einer Vereinbarung die Zahlung größtenteils durch die Postkassen erfolgt, während die Rechnungslegung auf die Pensionsregelungsbehörden überging. Dadurch ist eine große Erschwerung der Rechnungsgeschäfte eingetreten, und die Kontrolle ist verloren gegangen. Dazu kommt noch weiter, daß auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 eine Neuregelung der Bezüge der Versorgungsberechtigten notwendig wird und damit auch die früheren Festsetzungen in absehbarer Zeit außer Kraft gesetzt werden.

Unter diesen Umständen erscheint es geboten, auf die Prüfung der Rechnungen in den beiden angeführten Fällen zu verzichten. Damit tritt auch eine wünschenswerte Entlastung des Rechnungshofs ein, dessen Aufgabe es sein muß, die Rechnungen vom Oktober 1919 ab, also die Rechnungen der von diesem Zeitpunkt ab wieder beginnenden Friedenswirtschaft, mit der gebotenen Sorgfalt innerhalb einer angemessenen Zeit zu prüfen. Ich bitte das hohe Haus, dem Antrag einstimmig zuzustimmen und das Gesetz unverändert anzunehmen.

(D)

Präsident: Weitere Wortmeldungen über § 1 liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und nehme an, daß das Haus dem § 1 seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre.

Ich rufe auf § 2, — 3, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir sofort in die

dritte Beratung

eintreten. — Widerspruch wird nicht erhoben. Ich eröffne die allgemeine Aussprache in dritter Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung der einzelnen Paragraphen ein.

Ich rufe auf § 1 — angenommen, § 2 — angenommen, § 3 — angenommen, Einleitung und Überschrift — angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zum

mündlichen Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, betreffend Vorlegung einer Novelle zum Kaufmanns- und Gewerbegerichtsgesetz (passives Wahlrecht der Frauen) (Nr. 1092 der Drucksachen). Berichterstatterin Frau Abgeordnete Teusch (Köln).

Ich eröffne die Beratung.

Das Wort hat die Berichterstatterin Frau Abgeordnete Teusch.

(A) **Teusch,** Abgeordnete, Berichterstatterin: Am 27. Oktober befaßte sich der 6. Ausschuß für soziale Angelegenheiten mit dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Wahlen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten. In der Beratung des Entwurfs wurde auch auf die Wünsche, den **Frauen** das **passive Wahlrecht zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten** zu verleihen, eingegangen. In der Debatte ergab sich ein dreifacher Standpunkt: Erstens in die zur Beratung stehende Verordnung das passive Wahlrecht der Frauen einzubeziehen, zweitens die Erweiterung für das kommende Arbeitsgerichtsgesetz vorzusehen und drittens die Reichsregierung zu ersuchen, möglichst schnell eine Gesetznovelle, betreffend die Zulassung der Frauen zum passiven Wahlrecht für die Kaufmanns- und Gewerbegerichte, vorzulegen.

Der Antrag, die Zulassung der Frauen zu den Wahlen bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten in die Notverordnung einzubeziehen, wurde mit Stimmengleichheit, 12 gegen 12 Stimmen, abgelehnt. Die Ablehnung fußte auf der Begründung, daß ein wirtschaftliches Ermächtigungsgesetz nicht derart ausgedehnt werden könne. Der Antrag, die Sache erst in das kommende Arbeitsgerichtsgesetz einbeziehen zu lassen, wurde in der Ausschußberatung nicht weiter verfolgt. Der dritte Antrag, der mit Mehrheit angenommen wurde, geht dahin, die Reichsregierung zu ersuchen, in kürzester Frist eine Novelle zu dem Kaufmanns- und Gewerbegerichtsgesetz vorzulegen, in der den aus den beteiligten Kreisen vorgebrachten berechtigten Wünschen, insbesondere auch hinsichtlich des passiven Wahlrechts der Frauen, entsprochen wird.

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Ich halte es für dringend notwendig, daß dem Antrag der Mehrheit der Kommission (B) stattgegeben wird. Es ist seit vielen, vielen Jahren, besonders von den Frauen der Arbeiterklasse der Kampf darum geführt worden, daß sie mindestens in die Körperschaften, in denen über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse abgeurteilt wird, aktiv mitwirken können,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und es ist einfach nicht zu verstehen, wenn die Frauen das politische Wahlrecht haben, daß sie nicht einmal das Wahlrecht zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten bekommen sollen.

(Sehr richtig! links.)

Es ist das eine alte Forderung, die von den weitesten Kreisen vertreten worden ist selbst zu einer Zeit, wo ein großer Teil der rechtsstehenden Parteien und des Zentrums gegen die Verleihung des politischen Wahlrechts war. Jetzt, wo wir dieses politische Wahlrecht haben, halte ich es für dringend notwendig, daß nun erst recht dieses Wahlrecht zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten verliehen wird, und unsere Pflicht als weibliche Abgeordnete ist es vor allen Dingen, daß wir alles daran setzen, damit dieses Unrecht, das viele Jahrzehnte uns gegenüber geübt worden ist, beseitigt wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da die wirtschaftlichen Kämpfe für die Arbeiterinnen, für die weiblichen Angestellten usw. außerordentlich schwierig sind, ist es unbedingt notwendig, daß sie da, wo Recht gesprochen wird über ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, nicht nur das aktive, sondern vor allen Dingen auch das passive Wahlrecht bekommen, damit sie mitentscheiden können, und ich erwarte, daß, nachdem die große Mehrheit des Hauses gestern beschlossen hat, die Frauen zu dem Amte der Schöffen und der Geschworenen zuzulassen, sie nun auch zu den Kaufmanns- und Gewerbe- (C) gerichten zugelassen werden.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Schuch.

Schuch, Abgeordnete: Wir haben im Ausschuß unsere Gründe gegen die Ablehnung unseres Antrags geltend gemacht, und zwar halten wir es für ganz unmöglich, daß, nachdem in der Verfassung den Frauen die Gleichberechtigung garantiert worden ist, nun wirtschaftliche Gesetze oder Verordnungen erlassen werden, in denen dieser verfassungsrechtlichen Bestimmung nicht nachgekommen wird. Es ist von dem Regierungsvertreter im Ausschuß gesagt worden, daß man aus grundsätzlichen Bedenken den Frauen das passive Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten nicht geben kann. Diese grundsätzlichen Bedenken können wir nicht gelten lassen. Durch die **Verordnung vom 12. Mai 1920** ist den Frauen das aktive Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gegeben worden; damit sind unsere Forderungen als berechtigt anerkannt. Das passive Wahlrecht entspricht aber einer dringenden Notwendigkeit. Die Praxis gerade der wirtschaftlichen Berufsgerichte hat ergeben, daß das Fehlen der Frau als Beisitzerin gar zu oft der arbeitenden Frau zum Schaden gereicht. Außerdem können wir auch diese grundsätzlichen Bedenken deshalb nicht gelten lassen, weil ja die **Frauen** überall zu den **Schlichtungsausschüssen** zugelassen sind, und ich glaube, die Tätigkeit der Frauen in den Schlichtungsausschüssen hat wohl bisher noch zu keinen Einwendungen und Beanstandungen Anlaß gegeben. Es ist auch bei den Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse in der Praxis so, daß, weil eben Frauen als Beisitzer dort tätig sind, ganz bestimmte Interessen der arbeitenden Frauen anders gewahrt werden. Das ist (D) kein Vorwurf gegen die männlichen Kollegen und gegen die männlichen Arbeiter. Das ist selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß die Psyche der Frauen eine ganz andere ist als die der Männer, und daß sich diese selbstverständlich auch in der Ausübung der Berufsarbeit kundgibt, so daß bei der Frau auch in der Arbeit Störungen eintreten können, die vom Manne gar nicht die Beurteilung erfahren können, wie sie sie von einer Frau erfahren würden. Aber wir hatten schon im Ausschuß das Gefühl, daß diese grundsätzlichen Bedenken weder für die Regierung noch für die Parteien, die diesen Antrag abgelehnt haben, ausschlaggebend waren, sondern daß vielmehr das Bestreben vorherrschte, die Frauen nicht zum Justizdienst in irgendwelcher Form zuzulassen. Man fürchtete, daß, wenn man diesen ersten Schritt bei den Berufsgerichten getan hat, all das andere ganz selbstverständlich nachfolgen müßte.

Nun ist gestern hier von der Mehrheit des Hauses der Antrag Rosenfeld angenommen worden, der ohnehin in die bisherige Auffassung Bresche legt, indem die **Frauen** zum **Amt des Schöffen** nunmehr zuzulassen sind. Es ist ja auch einfach eine Unmöglichkeit, daß in so wichtigen Fragen, wie alle Rechtsprechungsfragen es sind, die Frauen, die einen so großen Teil der Werte des Wirtschaftslebens und damit des gesamten Gesellschaftslebens schaffen, ausgeschaltet werden sollen. Wir sind also der Meinung, daß, nachdem gestern der Antrag Rosenfeld angenommen worden ist, es nun eine Selbstverständlichkeit wäre, wenn auch den Frauen, und zwar durch eine Notverordnung, die ich heute für eher möglich halte als je, das passive Wahlrecht zu den Berufsgerichten gegeben würde. Es bleibt dann immer noch der Zustand bestehen, daß ungeheuer viel Orte zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bereits gewählt haben und ohne weibliche Bei-

(**Schuch,** Abgeordnete.)

(A) sitzer bleiben. Ehe wir aber eine Novelle zu diesem Gesetz bekommen würden, fürchten wir, daß noch sehr viel Zeit vergehen wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Entschließung des Ausschusses vom 1. Dezember 1920 datiert ist. Heute ist der 3. März 1921, und heute erst geht die Entschließung zur Beschlußfassung an den Reichstag. Wenn es mit der Novelle zu dem Berufsgerichtsgesetz genau so geht, dann können wir allerdings so lange warten, bis sämtliche Wahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten stattgefunden haben. Und darauf scheint mir doch das Bestreben der Regierung auch hinauszulaufen. Das heißt praktisch aber, daß auf ein bis fünf Jahre, je nachdem nun die Periode festgesetzt ist oder im neuen Arbeitsrecht festgesetzt wird, die Frauen von der Mitentscheidung an den Kaufmanns- und Gewerbegerichten ausgeschlossen sind,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

auch wenn sie jetzt nachträglich das passive Wahlrecht bekommen würden.

Der Regierungsvertreter hat im Ausschuß auf das kommende **Reichsarbeitsrecht** hingewiesen. Das wird natürlich — darüber sind wir uns wohl alle einig — nicht allzu schnell gehen, bis wir es haben. Aber der Regierungsvertreter hat hierbei auch die Bemerkung gemacht, daß die Regierung gegen ein gewisses passives Wahlrecht der Frauen nichts einzuwenden hätte. Wir werden natürlich für die Entschließung des Ausschusses stimmen, da ein anderer Antrag nicht mehr vorliegt. Wir möchten aber dabei betonen, daß wir an ein gewisses passives Wahlrecht der Frauen nicht denken, daß wir unter keinen Umständen gewillt sind, uns irgendeine Beschränkung des passiven Wahlrechts der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten in der kommenden

(B) Novelle zum Gesetz, die in dem Antrag gefordert wird, oder aber im Reichsarbeitsrecht gefallen zu lassen. Wir verlangen, daß in den kommenden Wirtschaftsgesetzen unbedingt der Verfassung auch dahin Geltung verschafft wird, daß die Frauen in der Tat gleichberechtigt werden und es nicht nur im Wortlaut der Verfassung sind.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Behm.

Behm, Abgeordnete: Ich möchte nur ganz kurz zu der vorliegenden Frage zum Ausdruck bringen, daß die rechtsstehenden Frauen sich hinter die Frauen der anderen Fraktionen stellen und mit ihnen zusammen die Forderung unterstützen.

(Zurufe links: Wo bleiben die Männer?)

— Die Männer sind zum Teil auf unserer Seite. Einige müssen noch umlernen.

(Heiterkeit.)

Bei Ihnen (nach links) gibt es so viele, die noch etwas dazu zu lernen haben, daß es ja ein Jammer wäre, wenn es auf unserer Seite nicht auch solche gäbe.

(Heiterkeit.)

Ich erkläre hier also, daß wir uns auf den Boden der Forderung des passiven Wahlrechts der Frauen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten stellen und die Forderung warm unterstützen.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thiel.

Thiel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es hat mich einigermassen gewundert, daß hier der Auffassung Ausdruck verliehen worden ist, daß der 6. Ausschuß in der Behandlung der Frage des passiven Wahlrechts der Frauen für die Kaufmanns- und Gewerbegerichte einen Standpunkt eingenommen habe, den man nicht billigen könne. Der Sachverhalt ist doch der folgende: (C)

Die Reichsregierung hatte im 6. Ausschuß den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, durch die eine Erhöhung der Gehaltsgrenze im Kaufmanns- und Gewerbegerichtsgesetz für seine Zuständigkeit festgelegt werden sollte. Dann war von den sozialdemokratischen Abgeordneten beantragt worden, daß das passive Wahlrecht für die Frauen eingefügt und das Wahlalter herabgesetzt werden sollte. Diese beiden letzten Anträge konnten um deswillen bei der Verordnung keine Berücksichtigung finden, weil das **Ermächtigungsgesetz vom 3. August 1920** dafür eine Möglichkeit nicht bot. Es handelte sich, wie gesagt, um eine Verordnung, die sich naturgemäß in dem Rahmen des Ermächtigungsgesetzes vom 3. August 1920 zu halten hatte, das gegenüber dem Ermächtigungsgesetz vom 17. April 1919 eine außerordentliche Beschränkung aufweist. Während in dem Ermächtigungsgesetz vom 17. April 1919 gesagt ist,

> daß die Berechtigung der Reichsregierung eingeräumt wird, solche Maßnahmen anzuordnen, welche sich „zur Regelung des Übergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig und dringend erweisen",

gingen wir im Ermächtigungsgesetz vom 3. August 1920 in der Einschränkung weiter und sagten,

> daß „nur solche Maßnahmen angeordnet werden könnten, die ausschließlich die Regelung des Übergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft betreffen und bei Erlaß der Verordnung als hierfür notwendig und dringend erachtet wurden".

Daraus ergab sich, daß, wenn wir dem Antrag der Sozialdemokratie damals entsprochen und das passive Wahlrecht (D) in die Verordnung hineingebracht hätten, dieser ganzen Verordnung ihr staatsrechtlicher Boden entzogen worden wäre. Sie wäre ins Wasser gefallen, und die Folge wäre die gewesen, daß Tausende und aber Tausende von Klagen von kaufmännischen und technischen Angestellten nicht hätten bei dem Kaufmannsgericht oder Gewerbegericht eingereicht werden können, weil die damals bestehende Gehaltsgrenze bei den Angestellten überschritten worden wäre. Das hätte außerdem dazu geführt, daß bei den **Kaufmannsgerichtswahlen** alle diejenigen vom Wahlrecht ausgeschlossen worden wären, die ein Einkommen von mehr als 15 000 Mark hatten.

Es muß angesichts dieser Tatsache festgestellt werden, daß, nachdem der Regierungsvertreter ausdrücklich diese Auskunft gegeben hatte, wir in diesen sozialdemokratischen Anträgen nichts anderes als Agitationsanträge haben erblicken können,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Unerhört!)

die unbedingt abgelehnt werden mußten. Wir haben uns infolgedessen im Ausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß wir an der sachlichen Übereinstimmung hinsichtlich des Frauenwahlrechts keinen Zweifel aufkommen lassen, daß wir aber unter allen Umständen nicht die Verordnung, die dringend notwendig war, gefährden wollten durch die Hereinnahme von solchen Dingen, die auf Grund des Gesetzes über die vereinfachte Gesetzgebung vom 3. August 1920 unmöglich im Verordnungswege angeordnet werden konnten.

Wenn die Herren Sozialdemokraten eine andere Auffassung vorgeben, so richte ich an Sie hier die Frage, warum die Herren sozialdemokratischen Arbeitsminister nicht Veranlassung genommen haben, in der Verordnung vom Mai 1920 bereits das zu erfüllen, was Sie jetzt von der Reichsregierung gefordert haben. Die Dinge liegen

(Thiel, Abgeordneter.)

(A) tatsächlich so, daß damals bei der erweiterten Verordnung der sozialdemokratische Arbeitsminister es ablehnte, dieses passive Wahlrecht für die Frauen in diese Verordnung aufzunehmen,

(hört! hört! rechts)

und der bürgerlichen Regierung wollen Sie zumuten, daß sie diese von dem sozialdemokratischen Arbeitsminister seinerzeit nicht auf dem Verordnungswege geregelte Frage durch eine Verordnung ordnen soll, um sie damit positiv in einen Gegensatz zu dem klaren Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes vom 3. August 1920 zu setzen.

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Lüders.

Dr. **Lüders,** Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Es liegt eine Entschließung zu einer Angelegenheit vor, zu der wir Frauen schon verschiedentlich von dieser Stelle aus gesprochen haben, zu der meine Fraktion sowohl im Ausschuß wie im Plenum Anträge gestellt hat, damit endlich einmal mit all den gesetzlichen Hindernissen, die die Gleichberechtigung der Frau auch im wirtschaftlichen Leben umgeben, aufgeräumt werde, also auch bei der Wahl der Frauen zu den Kaufmanns- und den Gewerbegerichten. Wir wären der Regierung dankbar, wenn sie sich dazu äußern wollte, ob zu erwarten ist, daß auf Grund der vorliegenden Entschließung nun ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der das bringt, was von den weitesten Kreisen verlangt wird. Sollte das nicht geschehen, sollten wir noch wieder Monate über Monate auf einen solchen Gesetzentwurf warten müssen, so müssen wir uns vorbehalten, einen entsprechenden Antrag in Form eines Gesetzentwurfes einzubringen. Wir waren seinerzeit von dem Arbeitsminister Brauns im Ausschuß darauf vertröstet worden, daß wir die Angelegenheit ruhen lassen könnten bis zum Erscheinen eines Arbeits- (B) gesetzes, das uns für den Januar 1921 angekündigt wurde. Ich hatte seinerzeit in der Kommission, und mit mir auch andere, — wie man jetzt sieht, sehr berechtigte — Bedenken geäußert, ob es überhaupt möglich sein würde, ein solches Arbeitsgesetz in dieser Kürze vorzulegen. Es ist natürlich nicht erschienen. Wann es erscheint, das steht vorläufig noch in den Sternen. Wir können in der vorliegenden Angelegenheit aber nicht länger warten, sondern wir hoffen dringend, daß jetzt endlich ein Gesetzentwurf auf Grund dieser Entschließung zustandekommt. Andernfalls wird meine Fraktion so vorgehen, wie ich vorhin ausgeführt habe, um den Frauen die volle Gleichberechtigung auch in den Kaufmanns- und Gewerbegerichten zu gewährleisten.

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Teusch (Köln).

Teusch (Köln), Abgeordnete: Als Abgeordnete möchte ich im Auftrage und namens meiner Fraktion zu der Sache folgendes erklären:

Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß die Mitglieder unserer Fraktion grundsätzlich gegen die Zulassung der Frau zu dem passiven Wahlrecht bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten gewesen sind. Wir haben mehrfach im Ausschuß diesen unseren Standpunkt dahingehend formuliert, daß wir grundsätzlich diese Frage mit allen Frauen des Ausschusses und mit allen übrigen Mitgliedern des Ausschusses bejahen. Der einzige Grund, weshalb wir damals im 6. Ausschuß gegen die Einbeziehung in die Verordnung waren, liegt in der Tatsache, die bereits mein Vorredner, Herr Abgeordneter Thiel, angeführt hat: wir wollten die gesamte Verordnung, für die nicht nur die Zulassung der Frauen in Frage kam, sondern die auch andere Dinge vorsah, nicht gefährden. Zudem war diese Verordnung uns keine vollgültige gesetzgeberische Maßnahme, um ein so wichtiges Ausführungsgesetz nun auf dem (C) Verordnungswege zu erledigen. Das wirtschaftliche Ermächtigungsgesetz, das zuletzt die Grundlage für die Herausgabe dieser Verordnung gebildet hat, war so formuliert, daß nur solche Maßnahmen getroffen werden konnten, die ausschließlich in der Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft begründet waren. Ein Ausführungsgesetz zu dem Grundsatz aus Art. 109 der Reichsverfassung, das sich hier mit neuen Rechten der Frauen zu befassen hat, war nach unserer Auffassung nicht in den Bereich einer solchen wirtschaftlichen Verordnung einzubeziehen. Wir hoffen, um die Sache kurz zu machen und mit den Worten meiner Frau Vorrednerin zu sprechen, daß der gemeinsam gefaßte Beschluß des 6. Ausschusses nun baldigst durch die Reichsregierung zur Wirklichkeit wird. Im andern Falle behalten wir uns vor, fußend auf diesem Beschluß, einen diesbezüglichen Initiativantrag in Bälde zu stellen.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Giebel.

Giebel, Abgeordneter: Offenbar hat den Herrn Abgeordneten Thiel das betretene Gewissen veranlaßt, hier zur Rettung seiner Haltung und der seiner politischen Freunde im Ausschuß eine Lanze einzulegen. Daß er dabei aber so weit von der Wahrheit abirren konnte, hier von Agitationsanträgen der sozialdemokratischen Fraktion zu sprechen, kann nur den überraschen, der sonst nicht die Gelegenheit hat, deutschnationale Handlungsgehilfenmanieren zu beobachten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Rufe rechts: Oho!)

Meine Damen und Herren! Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion war sowohl materiell begründet wie formal rechtlich zulässig. Die Verordnung vom (D) August 1920 läßt es durchaus zu, auch eine solche scheinbar politische Frage auf dem Verordnungswege zu regeln. Denn das Ziel dieser scheinbar politischen Frage war nichts anderes, als **wirtschaftlichen Interessen** der großen Massen **weiblicher Angestellten** Rechnung zu tragen. Innerhalb der kaufmännischen Angestelltenschaft zählen die weiblichen Angestellten nach Hunderttausenden. Die Masse dieser Hunderttausende ist im wesentlichen im Einzelhandel beschäftigt. In diesem Einzelhandel, vor allen Dingen in den großen **Warenhäusern,** sind sie fast ausschließlich, so daß diese Tatsache zu dem Mißstand geführt hat, daß bei allen Rechtsstreitigkeiten aus Arbeitsverhältnissen dieser weiblichen Angestellten nur sehr selten sachkundige Beisitzer in diesem Laiengericht haben mitwirken können. Um diesen wirtschaftlichen Mangel zu beseitigen, hätte damals schon der Verordnungsweg offengestanden; man hätte also damals schon das passive Wahlrecht für die weiblichen Angestellten sehr wohl festlegen können.

(Abgeordneter Thiel: Warum hat Ihr Minister das nicht getan?)

— Das werde ich Ihnen gleich sagen. Auch dieser Einwurf ist ein Beweis dafür, daß Sie mit der Wahrheit anscheinend dauernd auf gespanntem Fuße leben.

(Lachen und Rufe bei der Deutschen Volkspartei: Oho!)

Die Möglichkeit wäre vorhanden gewesen; die Ausschußmehrheit hat sie aber absichtlich nicht benutzt, und zwar nicht bloß wegen formalrechtlicher Bedenken, sondern, wie soeben die Kollegin Frau Teusch darlegte, wegen materieller Bedenken. Frau Abgeordnete Teusch hat erklärt, daß eine so wichtige Frage nach der Auffassung ihrer politischen Freunde nicht auf dem Wege der Verordnung gelöst werden sollte. Das kommt auch den Gründen für

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) den Entschluß der Mehrheit des Ausschusses sehr viel näher, als wenn man, wie jetzt der Herr Abgeordnete Thiel sich bemüht, die Ablehnung in ein formalrechtliches Gewand hüllen möchte.

Dann zu dem Hinweis, den soeben Herr Abgeordneter Thiel durch seinen Zwischenruf wiederholte, warum nicht schon im Mai 1920 der damalige Arbeitsminister Herr Schlicke das passive Wahlrecht geschaffen habe. Auch diese Frage ist in Anwesenheit des Herrn Abgeordneten Thiel im Ausschuß erörtert worden, und es ist damals auch ganz klar der Grund festgestellt worden, weshalb das zu jener Zeit nicht geschah. Es ist ausdrücklich festgestellt worden, daß dem **Arbeitsminister Schlicke** von der zuständigen Abteilung seines Ministeriums erklärt worden war, der **Gesetzentwurf über allgemeine Arbeitsgerichte** sei so weit fertiggestellt, daß er noch im Juni 1920 an den Reichstag gelangen könne; die Frage des **Wahlrechts der Frau zu** diesen **Laiengerichten** hänge mit dem ganzen Gesetzentwurf so eng zusammen, daß es sich nicht empfehle, diese Frage aus der damals schon fast fertigen Vorlage herauszulösen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung haben damals alle Parteien, einschließlich der des Herrn Abgeordneten Thiel, der Verordnung vom Mai vorigen Jahres zugestimmt. Dadurch richtet sich sein haltloser Angriff auf meine Fraktion und meinen Kollegen Schlicke selbst.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Jedenfalls kann gar nicht davon gesprochen werden, daß meine Freunde die Anträge im Ausschuß lediglich als Agitationsanträge gestellt hätten. Wir haben einen alten Grundsatz abermals vertreten.

Ich könnte vielmehr den Spieß umkehren und sagen, daß dieser formalrechtliche Einwand für Sie nichts anderes gewesen ist als eine willkommene Gelegenheit, die Frage des passiven Wahlrechts der Frau möglichst zu ver-

(B) schleppen. Das entspricht allerdings Ihrer Auffassung, namentlich Ihrer persönlichen Auffassung, Herr Abgeordneter Thiel, die Sie und die Ihnen nahestehenden Personen in der Frage der Wahlfähigkeit der Frau immer vertreten haben. Ursprünglich haben Sie das Wahlrecht der Frau überhaupt abgelehnt, und als Sie es nun nicht mehr haben verhindern können, haben Sie außerhalb des Parlaments die Fähigkeit der Frau zu richterlichen Funktionen bestritten und haben sich dagegen gewendet, daß man der Frau in irgendwelcher Gerichtsbarkeit richterliche Funktionen übertrüge.

(Abgeordneter Thiel: Das kommt hier gar nicht in Frage!)

Sie sind Gegner des passiven Wahlrechts an sich und deswegen versuchten sie damals im Ausschuß, das Zustandekommen jenes Rechts mit jener Verordnung unbedingt zu verhindern. Wer so die Dinge kennt, wird begreifen, daß dieser Versuch des Herrn Abgeordneten Thiel, nachträglich noch seine Haltung im Ausschuß zu rechtfertigen, nicht zu dem von ihm gern gewünschten Ergebnis führen kann.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aber uns interessiert bei dieser Frage noch etwas anderes. In der Sitzung vom 1. Dezember hat der Herr Reichsarbeitsminister ausdrücklich erklärt, daß die **Vorlage über das Arbeitsgerichtsgesetz** dem Reichstage noch im Januar 1921 zugehen werde. Jetzt sind wir Anfang März und wir haben von einer Vorlage bisher nichts zu sehen bekommen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist anscheinend dem Reichsarbeitsministerium von irgendeiner Seite heftiger **Widerstand gegen das Einbringen dieser Vorlage** erwachsen; ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß, wenn auch nicht innerhalb dieses Hauses, aber doch außerhalb desselben, es die politischen Freunde des Herrn Abgeordneten Thiel sind, die das (C) Zustandekommen eines zeitgemäßen Arbeitsgerichtsgesetzes nach Möglichkeit hintertreiben wollen,

(sehr richtig! links)

und auf diesen Widerstand der der Deutschen Volkspartei nahestehenden oder ihr als Mitglieder angehörenden **Großindustriellen** wie überhaupt des gesamten Scharfmachertums ist es wohl zurückzuführen, daß bis heute das im Ausschusse gegebene Versprechen, einen Arbeitsgerichtsgesetzentwurf vorzulegen, in dem auch die Frage des passiven Wahlrechts der Frau ihre Lösung finden würde, nicht eingelöst worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So führen uns also diese Erscheinungen immer wieder auf den gleichen Gegnerkreis zurück, dem der Herr Abgeordnete Thiel als Angehöriger der Deutschen Volkspartei auch angehört. Wir hoffen aber und müssen wünschen, daß die Vorlage bald kommt, und wir bitten auch um eine Aufklärung durch den Vertreter des Herrn Arbeitsministers, ob und wann nun endlich die Vorlage des Arbeitsgerichtsgesetzes zu erwarten ist. Wenn sich das dank irgendwelcher Widerstände aus industriellen oder sonstigen Arbeitgeberkreisen wieder noch verzögern sollte, dann behalten wir uns vor, im Reichstag einen entsprechenden Antrag von uns aus einzubringen, der auf dem kürzesten und schnellsten Wege die Herstellung des passiven Wahlrechts der Frau auch für diese Laiengerichtsbarkeit herbeiführt.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Für die gegenwärtige Regierung ist es kennzeichnend, daß bei der Verhandlung dieser für die Arbeiterschaft wichtigen Frage die Ministerbank völlig leer ist, und daß unsere Anfragen, wie sich die Regierung zu den Forderungen (D) stellt, jedenfalls wie so oft ohne Antwort bleiben werden.

(Zuruf rechts: Die Minister haben Wichtigeres zu tun! London!)

— Da wird mir zugerufen: die haben was anderes zu tun.

(Sehr richtig! rechts.)

Bitte schön! So geht es jedesmal, wenn es sich um Arbeiter- und Angestelltenfragen handelt;

(Lachen und Widerspruch rechts)

dann haben die Herren Minister immer was anderes zu tun. Ganz besonders sind sie dann zur Stelle, wenn Interessen des Kapitals verhandelt werden, sie für diese Interessen eintreten und damit zeigen können, daß das alte Wort heute noch so wahr ist wie früher, daß die **bürgerliche Regierung** nichts anderes ist als **der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalisten.**

(Lachen rechts.)

Das zeigt sich auch hier bei dieser Frage; denn der Widerstand dagegen, daß das passive Wahlrecht zu diesen Gerichten den Frauen gegeben wird, kommt ja von den Kapitalisten.

Und nun ein anderes! Es war sehr bezeichnend, daß der Herr Abgeordnete Thiel hier die Wendung gebraucht hat, der Antrag der Sozialdemokraten im Ausschuß sei nur ein Agitationsantrag gewesen, und hinzusetzte, wenn der sozialdemokratische Arbeitsminister Schlicke diese Bestimmung nicht in die Verordnung hineingebracht hätte, wie könne man da der bürgerlichen Regierung zumuten, daß sie das tun soll. Sie sehen also in der Zustimmung zu dieser Forderung ein großes Opfer, das die Bürgerlichen bringen müßten; denn sonst wäre das ja keine Zumutung gewesen.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.)

— Ganz gleich, ob das in dem engeren Rahmen des Ermächtigungsgesetzes geschehen soll oder nicht.

(Ziet, Abgeordnete.)

(A) Nun ein weiteres! Wenn der Arbeitsminister Schlicke aus den Gründen, die hier angeführt worden sind, das Wahlrecht für die Frauen nicht in die Verordnung aufgenommen hat, dann bedauere ich das nicht nur, sondern ich sage ganz offen, daß ich das aufs schärfste verurteile, umso mehr, als dieses Recht bereits durch Verordnung statuiert worden ist. Es ist am **12. November des Jahres 1918** von den damaligen **Volksbeauftragten** in die **Verordnung** aufgenommen worden;

(lebhafte Zustimmung links)

denn es heißt ausdrücklich, daß das **Wahlrecht den Frauen zu allen gesetzgebenden** Körperschaften **und öffentlichen Körperschaften** gegeben wird.

(Abgeordneter Dittmann: Und öffentlichen Körperschaften!)

— Das habe ich gesagt: zu allen gesetzgebenden Körperschaften und öffentlichen Körperschaften! Damit besteht das Recht bereits, und es bedurfte nur noch der Ausführungsbestimmungen, um im einzelnen vielleicht die Kautelen festzulegen — das will ich jetzt nicht untersuchen —; aber das Recht besteht jedenfalls genau so wie das Recht der Teilnahme der Frauen an den Parlamentswahlen. Sie haben also gar kein Recht, sich hier dagegen zu stemmen, Sie haben gar kein Recht, zu erklären, das müsse nochmals beschlossen werden. Die damalige Verordnung besteht zu recht;

(sehr richtig! links)

sie ist nicht außer Kraft gesetzt, also besteht auch das Wahlrecht der Frauen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten.

(Sehr richtig! links.)

Wenn das heute in einer Resolution wiederum bekräftigt werden soll, so halte ich es für selbstverständlich, daß das geschieht, und daß endlich einmal das, was damals in der Verordnung ausgesprochen worden ist, auch Praxis wird.

Es ist übrigens sehr interessant, daß nicht nur Männer herkommen und sich wegen Formalitäten gegen (B) die sofortige Zuerkennung des passiven Wahlrechts an die Frauen wenden, sondern daß auch weibliche Zentrumsabgeordnete dieselbe Einwendung erhoben haben, und es war wirklich sehr bezeichnend, daß die Zentrumsabgeordnete Frau Kollegin Teusch Arm und Arm mit Herrn Kollegen Thiel ging.

(Heiterkeit.)

Freilich sitzen ja ihre Parteigenossen zusammen in der Regierung und da ist es erklärlich, daß sie in reaktionären Maßnahmen zusammengehen; beide waren riesenfroh, daß sie einen Vorwand fanden, um die Aufnahme des passiven Wahlrechts der Frauen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten in die Verordnung zu verhindern.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuß, wo die Interessen der Agrarier und der Großindustriellen wahrgenommen werden, haben wir niemals solche Bedenken gehört, daß, wenn man etwas hineinzieht, was eigentlich nicht zur Kompetenz des Ausschusses gehört, dadurch die ganzen Verordnungen illusorisch werden würden. Aber wenn es sich um die Rechte der Arbeiter und Angestellten handelt, dann sind Sie so merkwürdig um das „Wohl der Arbeiter" besorgt, daß Sie tun, als ob Sie fürchten, daß das, was man bereits geschaffen hat, in Frage gestellt werden könnte, wenn man auch noch eine Bestimmung über das Wahlrecht der Frauen aufnähme. Man sieht, daß man immer und immer wieder nach irgendwelchen Formalitäten Ausschau hält, um das Recht der Frauen wieder rückgängig zu machen.

Herr Kollege Giebel hat gesagt, wenn man hier der Resolution nicht zustimmen sollte und wenn die Regierung nicht baldigst eine Vorlage machte, dann würden von den Sozialdemokraten selbst ein Initiativantrag eingebracht werden, der die Regelung vorsieht. Ich gehe viel weiter, meine Damen und Herren; ich kann Ihnen die Versicherung geben, wenn die Majorität sich gegen die Resolution wenden sollte, oder aber wenn die Resolution (C) angenommen wird und die Regierung nicht baldigst dafür sorgt, daß ihr entsprochen wird, dann werden wir noch etwas ganz anderes tun. Wir werden dann hinausgehen in die Lande und werden den weiblichen Angestellten und den Arbeiterinnen sagen, wie Sie sowohl von der Deutschen Volkspartei wie von der Zentrumspartei die Rechte dieser Angestellten mit Füßen treten, und wir vertrauen darauf, daß sie dann schließlich einsehen werden, wo ihre Feinde sind, wo immer die Feinde des Frauenrechts gewesen sind. Nach der Preußenwahl, die unter ganz besonderen Umständen hat getätigt werden müssen, kommen noch andere Wahlen und damit die Abrechnung!

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Heiterkeit rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium Siefart.

Siefart, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Giebel habe ich namens des Herrn Reichsarbeitsministers folgende Erklärung abzugeben:

Der Herr Reichsarbeitsminister steht grundsätzlich auf dem Boden des Antrages des Ausschusses für soziale Angelegenheiten vom 1. Dezember 1920, insbesondere hinsichtlich des passiven Wahlrechts der Frauen zu den Gewerbegerichten und den Kaufmannsgerichten, wie er bereits in den Beratungen des Ausschusses zu diesem Punkte erklärt hat. Dementsprechend trägt der im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete **Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes** den in dieser Richtung vorgebrachten Wünschen Rechnung. Sollte die Einbringung des Entwurfs aus den Gründen, die der Herr Reichsarbeitsminister bei der Beratung des Haushalts im Reichstag (D) in seiner Rede am 23. Februar dieses Jahres angedeutet hat, in absehbarer Zeit noch nicht erfolgen können, so ist der Herr Reichsarbeitsminister entschlossen, eine **Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz und zum Gesetz, betreffend Kaufmannsgerichte,** vorzulegen, in der insbesondere den Frauen das passive Wahlrecht als Beisitzer gewährt wird.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht die Frau Berichterstatterin das Wort?

(Wird verneint.)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Thiel.

Thiel, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Giebel hat in scharfen Angriffen gegen mich unter anderem den Ausdruck gebraucht, daß ich „es offenbar mit der Wahrheit dauernd nicht ernst nehme und dauernd damit auf gespanntem Fuße lebte". Ich muß es mir versagen, darauf einzugehen, und stelle nur die Tatsache fest, daß ich hier nichts vorgebracht habe, was mit der Wahrheit in Widerspruch steht. Denn der Herr Regierungsvertreter hat im Ausschuß ausdrücklich erklärt, daß er nicht in Aussicht stellen könne, daß eine im Sinne der Anträge der Sozialdemokraten erweiterte Verordnung als in den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes vom 3. August 1920 passend befunden werden könne, und daß um deswillen voraussichtlich eine so erweiterte Verordnung nicht würde von der Reichsregierung verabschiedet werden können.

Im übrigen glaube ich, daß die Ehrenkränkung, die mir und meiner Gewerkschaftsbewegung gegenüber hat zum Ausdruck kommen sollen, hinreichend durch den Umstand pariert ist, daß bei den Kaufmannsgerichtswahlen 702 Beisitzer gewählt wurden von nichtsozialdemokratischen und nur 243 von sozialdemokratischen Listen.

(A) **Präsident:** Das letztere gehört nicht mehr zu einer persönlichen Bemerkung.

Wenn die Äußerung des Herrn Abgeordneten Giebel so gelautet hat, wie Herr Thiel sie hier wiederholt hat, dann entsprach sie nicht der parlamentarischen Ordnung und wäre zu rügen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrage des Ausschusses:

der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen, in kürzester Frist eine Novelle zum Kaufmanns- und Gewerbegerichtsgesetz vorzulegen, in der den aus den beteiligten Kreisen hervorgegangenen berechtigten Wünschen, insbesondere auch hinsichtlich des passiven Wahlrechts der Frauen, entsprochen wird

zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist nahezu einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des 23. Ausschusses (Beamtenfragen), betreffend Erweiterung der Zuständigkeit des 23. Ausschusses (Nr. 1458 der Drucksachen)

Berichterstatterin: Frau Abgeordnete Teusch (Köln).

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort der Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Teusch (Köln):

Teusch (Köln), Abgeordnete, Berichterstatterin: Bei der Verabschiedung des Beamtenbesoldungsgesetzes am 17. Dezember vorigen Jahres wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, einen Ausschuß von 21 Mitgliedern zu (B) berufen, der insbesondere die Aufgabe haben soll, in dauernder Verbindung mit der Reichsregierung und den Vertretern der Beamten die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Bedeutung für die Beamtenschaft fortlaufend zu verfolgen und notwendig werdende Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen. Der Ausschuß wurde im 23 Ausschuß konstituiert, und der 23. Ausschuß hat sich am 4. Februar dieses Jahres mit seinen Kompetenzen befaßt. Er hat sie dahingehend formuliert, daß erstens einmal endlich **die Verabschiedung des Ortsklassenverzeichnisses** in die Wege geleitet werde,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und zwar die vorbereitende Vorberatung dieses Verzeichnisses nicht dem ersten Ausschuß, sondern diesem 23. Ausschuß, dem Beamtenausschuß, überwiesen werden möge.

Zweitens soll sich die **Zuständigkeit des 23. Ausschusses auf alle Beamtenfragen** beziehen, und zwar mit der Maßgabe, daß der Ausschuß auch aus sich heraus die Initiative bei Beamtenfragen ergreifen kann. Falls finanzielle Wirkungen bei der Bearbeitung der Beamtenfragen, deren Initiative der 23. Ausschuß ergriffen hat, sich ergeben sollten, soll die weitere Beratung dieser Fragen dem ersten, dem Haushaltsausschuß, überlassen werden. Die gesamte Erledigung aller Fragen, die im 23. Ausschuß über die wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Bedeutung für die Beamtenschaft beraten werden, soll dem Reichstag vorbehalten sein.

Auf diese Punkte erstreckt sich der mündliche Bericht des 23. Ausschusses, den ich zu genehmigen bitte.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Man kann ja sachlich zweifelhaft sein, was das Richtige ist. Aber ich möchte daran erinnern, daß (C) bisher immer in dem **Hauptausschuß** die Beratung und die **Entscheidung über das Ortsklassenverzeichnis** stattgefunden hat. Für die Beibehaltung dieser Praxis spricht, daß es sich nicht bloß um spezielle Interessen der Branchen, sondern um darüber hinausgehende einschneidende wirtschaftliche Fragen handelt. Ich glaube, wir tun einen Schritt, den wir nicht tun sollten, indem wir hier einem besonders für Beamtenfragen bestimmten Ausschuß — ich bin selber Beamter, ich werde also nicht gegen die Interessen dieses Standes sprechen — die Entscheidung in einer Frage überlassen, in der noch andere und weitergehende wirtschaftliche Interessen mitsprechen, politische Interessen, finanzielle Interessen außerordentlich wichtiger Art. Ich bitte daher, die Frage unter diesem Gesichtswinkel zu prüfen, und bitte, es bei der bisherigen Praxis zu belassen, dem Hauptausschuß auch weiter die Entscheidung über das Ortsklassenverzeichnis, wenn nötig unter Zuhilfeziehung des 23. Ausschusses, zu überlassen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Was der Herr Vorredner eben wünscht und fordert, das ist ja auch nur beabsichtigt worden. Es kommt hier nur darauf an, genau wie bei der Behandlung der ganzen Besoldungsordnung der Beamten, daß zunächst ein spezieller Ausschuß, aus allen Fraktionen gleichmäßig zusammengesetzt, sich mit den Einzelfragen beschäftigt und diese auf das allergründlichste zur Erwägung, zur Behandlung und zur Durcharbeitung stellt. Nachdem die Sache in dieser Weise behandelt worden ist — es wird dann selbstverständlich in allen Fraktionen zu dem Stellung genommen, was ihre Vertreter vorschlagen —, dann kommt die Materie an den Hauptausschuß, und dort (D) fällt, wie überall auch sonst bei der Besoldungsangelegenheit, die Entscheidung. Es handelt sich also hier darum, Zeit zu gewinnen und die Sache sofort in gründliche und entschiedene Behandlung zu nehmen. Ich bitte daher, dem Vorschlage des 23. Ausschusses allgemeine Zustimmung zu geben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß in diesen wichtigen Fragen überhaupt nur ein mündlicher Bericht vorliegt,

(Zustimmung)

so daß die Fraktionen keine Gelegenheit gehabt haben, vorher dazu Stellung zu nehmen. Ich muß mich den Gründen anschließen, die der Herr Kollege Schultz (Bromberg) hier angeführt hat. Es handelt sich hier um Fragen von großer finanzieller Tragweite. Wir haben immer darauf gehalten, daß diese Sachen beim Reichshaushaltsausschuß bleiben. Es kann unmöglich dahin kommen, daß wichtige sachliche Entscheidungen, die Konsequenzen für die Finanzen haben, in einem Ausschuß getroffen werden, ohne daß der Reichshaushaltsausschuß Gelegenheit hat, sich dazu zu äußern. Ich kann mich also diesen Bedenken nur anschließen und bitte, dem Bericht in der Form, wie er hier vorgetragen worden ist, nicht zuzustimmen.

Präsident: Um Irrtümern vorzubeugen, möchte ich nur darauf hinweisen, daß unter 2 ausdrücklich vorgesehen ist, daß bei finanzieller Wirkung die weitere Beratung dem Haushaltsausschuß vorbehalten ist.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Zietz.

(A) **Zietz,** Abgeordnete: Ich möchte betonen, daß im **23. Ausschuß,** der nach dem Vorschlag der Frau Referentin die **Frage des Ortsklassenverzeichnisses** behandeln soll, alle Parteien vertreten waren und daß sich alle Parteien darin einig waren, daß es gut sei, eine Arbeitsteilung eintreten zu lassen. Der Ausschuß sollte diese wichtige Frage beraten, und, sobald man zu Beschlüssen käme, die **finanzielle Auswirkungen** hätten, sollte der **Hauptausschuß** das letzte Wort vor dem Plenum haben. Ich glaube, damit sind auch die vom Herrn Kollegen Müller (Franken) geäußerten Bedenken beseitigt. Die Vorarbeit eines solchen Spezialausschusses kann doch dem so außerordentlich überlasteten Hauptausschuß nur angenehm sein. Daß in einem Spezialauschuß weit intensiver und gründlicher diese Fragen behandelt werden können als in dem großen Hauptausschuß, werden alle sachverständigen Kollegen, die in diesen Ausschüssen gearbeitet haben, mir bestätigen können.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Es ist doch ein selbständiger Ausschuß!)

— Jawohl! Wir haben aber in unserem Ausschuß ausdrücklich beantragt, daß wir uns diese Sache vom Hauptausschuß überweisen lassen wollten; wenn finanzielle Auswirkungen damit verbunden wären, wollten wir sie an den Hauptausschuß zurückgehen lassen. Der Hauptausschuß sollte also das letzte Wort haben.

Ich möchte Sie bitten, dem Vorschlag des 23. Ausschusses zuzustimmen und ihm die Sache zu überweisen mit der Einschränkung, die gemacht worden ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich bitte das hohe Haus, den lockenden Tönen der Frau Abgeordneten (B) Zietz nicht zu folgen. Es klingt sehr harmlos: in Fragen, in denen finanzielle Rücksichten zur Sprache kommen, soll der Hauptausschuß mitsprechen. Wie wird aber die Sache praktisch laufen? Der **Beamtenausschuß** würde das **Ortsklassenverzeichnis** zunächst festsetzen. Wenn der Hauptausschuß nachher ein fertiges Verzeichnis bekommt, wird er sich die Arbeit ersparen, denn ihre Freunde, wird sich jede Fraktion sagen, haben ja in dem 23. Ausschuß mitgesprochen. Er wird sich aller Verantwortung ledig glauben. Was dann an **finanziellen Wirkungen** noch herauskommt, weiß ich nicht. Es kommt darauf an, daß dem **Hauptausschuß** nicht das entzogen wird, was seine eigentliche Aufgabe ist, dafür zu sorgen, die Finanzen des Reiches wenn es geht, in Ordnung zu bringen und sie darin zu erhalten. Dazu gehört gerade die Gestaltung des Ortsklassenverzeichnisses in hervorragendem Maße, denn die Wirkungen desselben nach politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Richtung hin sind schwerwiegend. Wir können im Hauptausschuß bei zweifelhaften Fragen den Beamtenausschuß als Hilfsorgan zu Rate ziehen, wir können immer fragen: wie steht ihr zu dieser Frage? Aber nicht umgekehrt! Lassen Sie dem Hauptausschuß die Tätigkeit, die er bisher, wie ich glaube, sachlich und mit Erfolg ausgeübt hat.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Teusch (Köln).

Teusch (Köln), Abgeordnete: Ich möchte den Ausführungen meines Herrn Vorredners gegenüber bemerken, daß nach den Beschlüssen des **23. Ausschusses** die Arbeit bezüglich des **Ortsklassenverzeichnisses** so gedacht war, wie wir sie im Beamtenbesoldungsunterausschuß geleistet haben, als eine vorbereitende Beratung, die zur letzten Gutheißung und Bearbeitung dem **Hauptausschuß** vorgelegt werden soll. Ich erinnere meinen Herrn Vorredner daran, daß **die** gesamten **Beamtenkategorien der** (C) Besoldungsordnung, die im Besoldungsunterausschuß vorberaten worden sind, nachher noch einmal eingehend im Haushaltsausschuß in zweifacher Lesung durchberaten worden sind.

Was die Behandlung des Ortsklassenverzeichnisses angeht, so haben wir uns im 23. Ausschuß für die nur vorbereitende und vorberatende Arbeit entscheiden wollen; zudem heißt es in dem zweiten Antrage ja noch ausdrücklich, daß alle Beschlüsse, die von finanzieller Wirkung sind, nach wie vor dem Haushaltsausschuß überwiesen und vorbehalten bleiben sollen, so daß also die finanziellen Konsequenzen, von denen hier die Rede war, nicht eintreten können. Und was die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen angeht, so haben wir uns, wie bereits gesagt, einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß wir bei der Behandlung des Ortsklassenverzeichnisses nur vorbereitende und einleitende Arbeit leisten wollen wie im Besoldungsunterausschuß, so daß auch hier die fertigstellende Arbeit nach den großen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nach wie vor dem Haushaltsausschuß vorbehalten wird.

Wenn ich die Herren, die gegen den Antrag des 23. Ausschusses gesprochen haben, daran erinnern darf, was für eine Menge von Petitionen gerade wegen der Neuregelung des Ortsklassenverzeichnisses eingegangen sind, und daß die Neuregelung des Ortsklassenverzeichnisses selbst vom Statistischen Amt als eine der ungeheuerlichsten Arbeiten bezeichnet wird, so glaube ich, wären die Mitglieder des Haushaltsausschusses froh, daß diese vorbereitende Arbeit von einem andern Ausschuß geleistet wird. Dieser 23. Ausschuß setzt sich zudem auch im wesentlichen aus den Mitgliedern zusammen, die für den Haushaltsausschuß die vorbereitenden Arbeiten im Besoldungsunterausschuß geleistet haben. Die zwei Punkte, zu denen Sie Beschluß fassen sollen, sind also vollständig (D) getrennt zu betrachten. Der erste Punkt ist: nur vorbereitende Arbeit bezüglich des Ortsklassenverzeichnisses für den Haushaltsausschuß. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Gesamtzuständigkeit des 23. Ausschusses; soweit dabei finanzielle Wirkungen in Frage kommen, wie das zum Beispiel beim Ortsklassenverzeichnis der Fall ist, sind die Beschlüsse dem Haushaltsausschuß zur endgültigen Beratung und Entscheidung zu überweisen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Für mich ist besonders bedenklich die Ziffer 1, nämlich der Vorschlag, daß das **Ortsklassenverzeichnis** dem besonderen **Beamtenausschuß** überwiesen wird. Wenn die geehrte Frau Vorrednerin mit Recht auf die dankenswerte Arbeit, die der Unterausschuß in der Besoldungsfrage geleistet hat, hingewiesen hat, so hat sie doch das Entscheidende nicht berücksichtigt. Bei der Besoldungsvorlage kam es darauf an, die einzelnen Beamtengruppen noch ihrer Vorbildung und Tätigkeit in die Besoldungsklassen einzufügen. Damit den Beamtenausschuß zu betrauen, war berechtigt. Die Ortsklasseneinteilung aber hat mit den Unterschieden der einzelnen Beamtengruppen nichts zu tun.

(Sehr richtig!)

Sie ist eine Einteilung nach wirtschaftlich-statistischen Ergebnissen, sie muß Aufgabe des Haushaltsausschusses sein. Es wäre ganz verfehlt, sie dem Beamtenausschuß zuzuweisen.

Die Ziffer 2 scheint mir so unklar und unfertig zu sein, daß ich meine, wir müßten sie an den Ausschuß zurückgeben. Hier liegt eine Schwierigkeit vor, das gebe ich zu. Der Beamtenausschuß ist eingesetzt, und es fragt sich, was er tun soll. Sein Tätigkeitsgebiet muß abge-

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) grenzt werden. Aber der Weg, der hier vorgeschlagen wird, daß die Arbeit, die bereits in dem einen Ausschuß erledigt worden ist, noch an einen anderen Ausschuß geht, ist nicht gangbar; denn die Ausschüsse berichten an das Plenum und nicht an einen anderen Ausschuß. Die finanziellen Wirkungen aber können nicht für die Überweisung der Angelegenheiten an den Haushaltsausschuß entscheidend sein! Denn in den meisten Beamtenfragen werden finanzielle Wirkungen eintreten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Morath.

Morath, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich glaube, gegen das, was die Frau Kollegin Teusch zuletzt ausgeführt hat, wird sich kaum ein Widerspruch zu Punkt 1 erheben. Aber was sie ausführte, steht doch auch im Widerspruch zu der unglücklichen Fassung, die hier in diesem mündlichen Bericht zu Punkt 1 gegeben worden ist.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, niemand von uns im Ausschuß hat daran gedacht, bei der **Behandlung der Ortsklassenvorlage** den **23. Ausschuß** an Stelle des Hauptausschusses zu setzen, wir wollten nichts weiter, als in gleicher Weise wie bei der Besoldungsvorlage die Vorarbeiten leisten, die der Hauptausschuß gar nicht leisten kann.

(Sehr richtig!)

Es handelt sich um eine sehr langwierige, Wochen erfordernde Arbeit, die dem Hauptausschuß zu überweisen technisch unmöglich ist.

Ich bitte aber auch, davon abzusehen, in dieser Form dem Berichte zuzustimmen. Nicht an Stelle des Hauptausschusses kann der 23. Ausschuß treten, sondern er muß genau wie damals die Vorarbeiten machen.

(B) (Zuruf.)

Ich behalte mir vor, einen Antrag zu stellen.

Zum zweiten Teile der Ausführungen des Herrn Kollegen Hoch muß ich doch sagen: So, wie er es sich gedacht hat, geht es gar nicht. Die meisten Vorlagen, die den 23. Ausschuß beschäftigen werden, müssen auch finanzielle Wirkungen haben, und wenn das der Fall ist, müssen sie an den Hauptausschuß gehen. Aber in solchem Falle sie überhaupt dem 23. Ausschuß zu entziehen, heißt, diesem neuen Ausschuß jede Wirksamkeit von vornherein nehmen, und im Namen aller Unterzeichner — sie sind nämlich aus allen Parteien — müssen wir doch wohl dafür sorgen, daß dieser 23. Ausschuß auch eine Wirksamkeit ausüben kann, wie es sich der Reichstag gedacht hat.

Darum stelle ich den Antrag, zu Punkt 1 zu beschließen, daß dem 23. Ausschuß die vorbereitende Behandlung der Ortsklassenvorlage übertragen wird, und zu Punkt 2 bitte ich, es so zu belassen, wie es hier steht; eine bessere Formulierung werden Sie kaum finden.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte ist geschlossen. Wünscht die Berichterstatterin das Wort? — Das Wort hat die Frau Berichterstatterin.

Teusch, Abgeordnete, Berichterstatterin: Nach dem Gange der Debatte hier im Plenum wäre also gemäß dem Antrag Morath zu beschließen erstens:

> Die vorbereitende Behandlung des Ortsklassenverzeichnisses ist dem 23. Ausschuß zu übertragen,

zu Punkt 2:

> es bei der Fassung des 23. Auschusses zu belassen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte (C) Platz zu nehmen. Ich werde getrennt abstimmen lassen über 1 und 2. Zu 1 wird beantragt, den Antrag wie folgt zu ändern:

> Die Vorbereitung des Ortsklassenverzeichnisses dem 23. Ausschuß zu übertragen.

Wer für diese Abänderung der Ziff. 1 ist, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit, die Abänderung ist angenommen und die Ziff. 1 in dieser Fassung.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Ziff. 2. Hier ist beantragt, sie an den Ausschuß zur nochmaligen Beratung zurückzuverweisen.

Wer dieser Zurückverweisung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit.

Nunmehr bitte ich diejenigen, die der Ziff. 2 ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; Ziff. 2 ist ebenfalls angenommen.

Wir kommen zum 7. Gegenstand der Tagesordnung:

Mündliche Berichte des Ausschusses für Bevölkerungspolitik:

a) betreffend Vorlage eines Gesetzentwurfs zur **Bekämpfung der Trunksucht** (Nr. 1536 der Drucksachen);
   Berichterstatter: Abgeordneter D Mumm.

b) betreffend **Schließung der im Deutschen Reich noch bestehenden Bordelle** und Beseitigung der Kasernierungen (Nr. 1537 der Drucksachen);
   Berichterstatterin: Frau Abgeordnete (D) Mueller-Otfried.

Ich eröffne die Beratung. — Das Wort ist nicht verlangt; ich schließe dieselbe.

Der Ausschuß für Bevölkerungspolitik beantragt auf Nr. 1536:

> Der Reichstag wolle beschließen:
> die Reichsregierung zu ersuchen, möglichst schnell einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Trunksucht vorzulegen.

Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrag seine Zustimmung gibt, wenn ich einen Widerspruch nicht höre. — Ich höre einen solchen nicht; es ist so beschlossen.

Ferner beantragt derselbe Ausschuß auf Nr. 1537:

> Der Reichstag wolle beschließen:
> die Reichsregierung zu ersuchen, in geeignet erscheinender Weise darauf hinzuwirken, daß die im Deutschen Reich noch bestehenden Bordelle als im Widerspruch mit § 180 St.G.B. stehend geschlossen und entsprechend auch die Kasernierungen beseitigt werden.

Ich nehme auch hier an, daß das Haus dem Antrag des Ausschusses zustimmt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ich höre einen solchen nicht; die Zustimmung ist beschlossen.

Damit ist unsere heutige Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Freitag den 4. März, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen der Mitglieder des Reichstags;
2. erste Beratung des zwischen dem Deutschen Reiche und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossenen Reedereiabfindungsvertrages;

(Präsident.)

(A) 3. zweite Beratung der Ergänzungen zum Entwurfe des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar:
   a) Haushalt des Reichswehrministeriums,
   b) Haushalt des Reichsjustizministeriums,
   c) Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags;

4. mündlicher Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, betreffend Überweisung aller Fragen der Erwerbslosenfürsorge an den Ausschuß für Volkswirtschaft und Ausgestaltung der (B) Leistungen in der Wochenhilfe;

5. Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Anträge Ledebour und Genossen (Nr. 22 der Drucksachen) und Erkelenz und Genossen (Nr. 389 der Drucksachen), betreffend Erwerbslosenfürsorge.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 31 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

75. Sitzung.

Freitag den 4. März 1921.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(C)

Die Sitzung wird um 2 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

Meine Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung nehme ich Anlaß, Ihnen folgende Mitteilung zu machen. Ich habe in der Angelegenheit, die uns zurzeit alle aufs tiefste berührt, nämlich in der Frage der **Londoner Verhandlungen** mich an die Reichsregierung mit der Frage gewandt, ob sie bereits jetzt in der Lage sei, dem Reichstag Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit zu machen. Die Reichsregierung hat diese Frage verneint, da die ihr seitens der Londoner Delegation zugegangenen Informationen noch nicht vollständig seien und der Text der Ausführungen des englischen Premierministers noch geprüft werde. Ich füge hinzu, daß ich mich in ständiger und engster Fühlung mit dem Kabinett halte und daß ich nach den soeben eingegangen Informationen in kurzer Zeit in der Lage sein werde, Ihnen den amtlichen Wortlaut der entscheidenden Sätze der Rede des englischen Ministerpräsidenten mitzuteilen.

Zunächst treten wir in die Erledigung unserer Geschäfte ein.

(D)

(Abgeordneter Ledebour: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Ich bedauere, dem Herrn Präsidenten widersprechen zu müssen. Nach unserer Auffassung ist es durchaus notwendig, daß der Reichstag sofort in die **Verhandlung über die Londoner Forderungen** eintritt. Wir können nicht abwarten, bis der Wortlaut der sämtlichen Londoner Kundgebungen vorliegt und bis die Regierung in der Lage gewesen ist, das alles zu prüfen. Die Tatsachen, die dem Reichstag als solchem Anlaß geben könnten, seine Meinung zu der Frage auszusprechen, liegen bereits vor.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch die Rede des englischen Premierministers Lloyd George liegt im englischen Texte vor; wir halten es aber nach alledem, was wir bisher erfahren haben, ohne daß ich bei dieser Gelegenheit eine Kritik an dem Verhalten und den Meinungsäußerungen der Regierung üben möchte, doch für notwendig, daß so bald wie möglich die Ansichten der verschiedenen Parteien dieses Hauses kundgetan werden, da wir uns davon eine viel größere Wirkung versprechen als von den Äußerungen der Regierungsvertreter, wenn diese allein erfolgen. Am Montag läuft die Frist für die Entscheidung ab. Diese Zeit ist so kurz bemessen, daß, wenn gewartet wird, bis die Regierung beraten und die Regierungsvertreter im Reichstag geredet haben, jede Meinungsäußerung aus dem Hause zu spät kommt.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Vor allen Dingen haben wir aber auch darauf hinzuwirken, daß der Verhandlungsfaden nicht abreißt. Ich habe es bei den ersten Verhandlungen dieser Frage als sehr bedenklich gekennzeichnet, wenn von irgendeiner Seite

(Ledebour, Abgeordneter.)

(A) die Gegenvorschläge für nicht diskutierbar erklärt werden. Es darf eine solche Erklärung nicht wieder von unserer Seite kommen, durch die der Gegenseite der Vorwand geliefert wird, ein noch drakonischeres Verfahren einzuschlagen, als jetzt ihre an sich von uns entschieden zu mißbilligende Kundgebung bereits erwarten läßt.

Aus allen diesen Gründen, meine Herren, liegt es im Interesse der Wohlfahrt des gesamten deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft, die jetzt vor einer sehr schweren Entscheidung steht, zwar sofort in die Verhandlungen einzutreten und demgemäß auf die Tagesordnung die Aussprache der heutigen Sitzung über die Ententeforderungen und die Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu setzen.

(Beifall auf der äußersten Linken.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch wir sind der Auffassung, daß es heute die Zeit und der Ort ist, zur Debatte zu schreiten. Wenn es richtig ist — was ich nicht ohne weiteres als gegeben annehme —, daß die Rede von Lloyd George noch nicht in authentischem Text vorliegt

(Zuruf: Liegt vor!)

— ich sage ja, ich nehme es an —, so liegt auf alle Fälle die Erklärung der deutschen Regierung in authentischem Text vor, und sie gibt, glauben wir, dem Deutschen Reichstag Veranlassung genug, seinerseits Stellung zu nehmen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es handelt sich einfach darum, ob der Reichstag nach wie vor sich auf die Rolle des Hundes beschränken muß, der den Mond anbellen darf, wenn er aufgegangen ist, oder ob der Deutsche Reichstag ein führendes politisches Organ (B) werden will. Wenn der Deutsche Reichstag ein führendes politisches Organ sein will und werden will, muß er sprechen, solange es Zeit ist, solange als die Dinge im Fluß sind und nicht erst dann, wenn sie geschehen sind.

(Beifall auf der äußersten Linken.)

Präsident: Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen.

Der Herr Abgeordnete Ledebour hat beantragt, sofort in eine Beratung der Mitteilungen der ausländischen Regierungen einzutreten, ohne daß augenblicklich ein Vertreter unserer eigenen Regierung das Wort ergreifen würde; denn diese hat eine ablehnende Antwort erteilt.

Wer dem Antrag Ledebour seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

— Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Erledigung unserer Geschäfte.

Ein Schreiben des Herrn Reichsministers des Innern über die Bildung einer gemischten Kommission zur Prüfung von Maßnahmen, die zur Vereinheitlichung und zur Vereinfachung der Reichsverwaltung zu ergreifen sind, bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Beuermann:**

Die Reichsregierung hält zur Prüfung der Maßnahmen, die zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung zu ergreifen sind, die Bildung einer gemischten Kommission für erforderlich. Diese soll mit der Bearbeitung folgender Fragen betraut werden:

1. Wie sind zur Durchführung von Ersparnissen in der öffentlichen Verwaltung die Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Kommunen zu verteilen?
2. Organisationen der Reichs- und Landesbehörden. (C)
3. Verhältnis der Reichs- zu den Landesbehörden.
4. Dezentralisation innerhalb der Reichsverwaltung.
5. Abgrenzung der Verwaltungsbezirke im Reich und in den Ländern.

Die Kommission soll bestehen aus:

dem Reichsminister des Innern als Vorsitzenden,

6 von der Reichsregierung zu ernennenden Mitgliedern,

6 Mitgliedern des Reichstags,

6 Mitgliedern des Reichsrats, darunter tunlichst einem preußischen Minister.

In der Annahme, daß der Reichstag der Auffassung beitritt, bitte ich, die Wahl von 6 Mitgliegern baldigst herbeizuführen und mir das Ergebnis mitteilen zu wollen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dieses Schreiben dem 16. Ausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Überweisung hat stattgefunden.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Reichert
der Abgeordnete Körner,

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Erkelenz, Gebhart, Harte, Lind, Frau Kähler
die Abgeordneten Ziegler (Westfalen), Dusche, Havemann, van den Kerkhoff, Girbig,

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Bahr (Frankfurt), Frau Behm, Schmidt (Köpenick) (D)
die Abgeordneten Kniest, Jandrey, Kaiser,

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Merck, Biener
die Abgeordneten Gerauer, Leopold,

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Wieber, Winnefeld
die Abgeordneten Schlack, Adams,

in den 19. Ausschuß für die Abgeordneten Schirmer (Dresden), Sauerbrey, Frau Ziegler (Württemberg)
die Abgeordneten Mehrhof, Puchta, Rosemann,

in den 20. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Cremer, Morath
die Abgeordneten D. Dr. Kahl, Leutheußer,

in den 24. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Wienbeck
der Abgeordnete Dr. Wiebel,

in den 25. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Herschel
der Abgeordnete Herbert (Hessen).

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Dr. Wienbeck für zwei Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Weilnböck für 14 Tage wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung:

Anfragen.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 656, Giebel (Nr. 1503 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Giebel.

(A) **Giebel,** Abgeordneter:
Nach § 61 des B.R.G. ist eine Verordnung über die **Bildung von Gesamtbetriebsräten** nach Verhandlung mit den wirtschaftlichen Vereinigungen zu erlassen. Nachdem dies bei mehreren Ministerien bereits geschehen ist, frage ich bei der Reichsregierung an, ob und wann das Reichsfinanzministerium eine gleiche Verordnung für seinen Geschäftsbereich mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer beraten wird.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Bierstedt.

Bierstedt, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Der Entwurf für die nach § 61 des Betriebsrätegesetzes für den Geschäftsbereich des Reichsfinanzministeriums zu erlassende Verordnung ist im Reichsfinanzministerium fertiggestellt. Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer werden zu den vorgeschriebenen Verhandlungen über den Entwurf demnächst eingeladen werden, wobei auch die Bildung von Gesamtbetriebsräten zu besprechen sein wird.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 658, Leutheußer und Genossen (Nr. 1514 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Leutheußer.

Leutheußer, Abgeordneter:
Wie bereits in einer Anfrage an die Reichsregierung erklärt worden ist, besteht in Halle die Besorgnis, daß die bisher über Halle geleiteten **Schnellzüge Berlin—München** und umgekehrt in Zukunft ebenfalls über Leipzig—Hof geleitet werden sollen.

(B) Sollte sich dieses Gerücht bewahrheiten, so würden neben Halle vor allem die thüringischen Städte Jena, Rudolstadt, Saalfeld aufs schwerste wirtschaftlich getroffen werden. Auch für Weimar, Erfurt, Gera, überhaupt das gesamte Thüringen, bildet diese Schnellzugsverbindung Berlin—Jena—München die einzige geeignete Verbindung insbesondere nach Nürnberg und München.

Wir richten die Frage an die Reichsregierung, ob es richtig ist, daß das Reichsverkehrsministerium diese, die Interessen Thüringens schwer schädigenden Maßnahmen tatsächlich beabsichtigt?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimer Oberbaurat Kumbier.

Kumbier, Geheimer Oberbaurat, Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die geäußerten Befürchtungen, der bisher über Halle geleitete **Schnellzugverkehr Berlin—München** und umgekehrt solle in Zukunft über Leipzig—Hof geführt werden, sind unbegründet. Es besteht nicht die Absicht, die Schnellzüge Berlin—Jena—München von dem Wege über Halle wegzunehmen. Tatsächlich sind zwar die Zugverbindungen Leipzigs in letzter Zeit verbessert worden. Sie werden auch im kommenden Sommerfahrplan einen weiteren Ausbau erfahren. In gleicher Weise ist aber auch für Halle eine Vermehrung und Verbesserung des Zugverkehrs vorgesehen. Voraussetzung für diese Verbesserungen ist allerdings, daß die Kohlenversorgung gesichert bleibt und der Bestand an betriebsfähigen Lokomotiven sich nicht verschlechtert.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 659, Frau Juchacz (Nr. 1515 der Drucksachen)
hat das Wort Frau Abgeordnete Juchacz.

(C) **Juchacz,** Abgeordnete:
Besteht in der Reichsregierung die Absicht, in absehbarer Zeit dem Reichstag den **Entwurf eines Reichswohlfahrtgesetzes** an Stelle des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und als Zusammenfassung der vielen neueren sozialpolitischen Unterstützungsgesetze vorzulegen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Dr. Karstedt.

Dr. **Karstedt,** Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die sozialpolitischen Aufgaben der Reichsregierung werden zurzeit im wesentlichen im Reichsarbeitsministerium und im Reichsministerium des Innern behandelt. Während in den Geschäftsbereich des Reichsarbeitsministeriums unter anderem die Sozialversicherung, Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge sowie Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge fallen, sind dem Reichsministerium des Innern unter anderem die Aufgaben des Armenwesens, der Gesundheitsfürsorge und der Jugendfürsorge zugeteilt. Eine Entscheidung darüber, ob an Stelle des Unterstützungswohnsitzgesetzes und der neueren sozialpolitischen Unterstützungsgesetze ein **Reichswohlfahrtspflegegesetz** zu schaffen ist, und welches Ministerium bei der Bearbeitung die Führung übernehmen soll, ist bisher noch nicht erfolgt.

Präsident: Damit sind die Anfragen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des zwischen dem Deutschen Reiche und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossenen Reedereiabfindungsvertrages (Nr. 1567 der Drucksachen). (D)

Ein Verzeichnis der angemeldeten Kommissare bitte ich dem Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Beuermann:**
Es sind angemeldet:
für das Reichsministerium für Wiederaufbau:
Ministerialdirektor, Wirklicher Geheimer Rat Exzellenz v. Jonquières,
Präsident Scharmer,
Geheimer Ober-Regierungsrat Schmidt,
Ministerialrat Dr. Lahr;
für das Reichsfinanzministerium:
Ministerialdirektor Fischer.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schiffer.

Schiffer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich beantrage die **Absetzung** dieses Punktes **von der Tagesordnung.** Soviel mir bekannt ist, würde die Erörterung dieses Gegenstandes der Tagesordnung einen gewissen größeren Umfang annehmen, von dem ich glaube, daß er nicht im Einklang mit unserer Stimmung und der Lage des Landes ist.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Vogtherr.

Vogtherr, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde bitten Sie, dem Antrag des Herrn Abgeordneten Schiffer nicht stattzugeben. Wir sind der Meinung, daß gar keine Veranlassung vorliegt, ein — wie es doch der Fall ist — sachlich bestehendes Bedürfnis nach Beratung dieser Vorlage deswegen aufzuschieben, weil das, was dabei etwa zur Sprache käme,

(Vogtherr, Abgeordneter.)

(A) nicht mit unserer augenblicklichen Stimmung übereinstimme.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hinter den Worten des Herrn Abgeordneten Schiffer verschleiert sich nichts weiter als das Bestreben, nach außen hin eine Einheitlichkeit und Einheitsfront vorzutäuschen, die in Wirklichkeit gar nicht besteht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Pfui! bei den Deutschnationalen.)

Selbstverständlich würde auch bei dieser Gelegenheit eine Reihe von Dingen zur Sprache kommen müssen, die wenigstens gewissen Kreisen des Reichstags nicht angenehm wären.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wenn Sie die Beratung verhindern, wollen Sie damit nur das eben verhindern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wird Ihnen aber niemals gelingen, weder durch Reden noch durch Schweigen, der Außenwelt vorzutäuschen, das innerhalb des Reichstages oder innerhalb des Volkes über die Frage, um die es sich handelt, eine volle Übereinstimmung bestünde.

Aber es kommt noch folgendes hinzu. Bei dieser Gelegenheit haben meine Freunde die Absicht gehabt, auf die Ereignisse, die sich namentlich in der letzten Zeit auf Betreiben des Reedereikapitals abgespielt haben, Bezug zu nehmen und sie zur Sprache zu bringen, die **Ereignisse in Flensburg, Vegesack** und nicht zum wenigsten die letzten Vorkommnisse auf der **Vulkanwerft in Stettin.**

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Rufe: Zur Geschäftsordnung! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren! Überlassen Sie es mir, diese Frage zu entscheiden!

(B)

Vogtherr, Abgeordneter: Was sich dort abgespielt hat, bedeutet direkt eine Störung des deutschen Wirtschaftslebens. — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Vogtherr, Sie entfernen sich jetzt von der Geschäftsordnung.

Vogtherr, Abgeordneter — und das wollten wir durch die Beratung dieser Vorlage zu verhindern suchen und die Regierung auffordern, ihrerseits die geeigneten Schritte zu tun.

Es kommt hinzu, daß heute mittag um 12 Uhr auf Beschluß der Betriebsräte und der Gewerkschaftsvorstände von **Stettin** der **Generalstreik** in Kraft getreten ist, und zwar ist das geschehen, weil trotz der Mitwirkung der Regierungsvertreter die Verhandlungen am Widerstand der Direktion gescheitert sind.

(Lebhafte Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Vogtherr, die Tatsachen dürfen Sie anführen, aber näher darauf einzugehen ist nicht statthaft.

Vogtherr, Abgeordneter: Das beabsichtige ich auch nicht, sondern ich will nur hinzufügen, daß ebensowenig wie diese Tatsache des eingetretenen Generalstreiks dem Ältestenausschuß bei seinem Beschluß das bekannt gewesen ist, daß der Generalstreik herbeigeführt wurde dadurch, daß selbst entgegen der wohlwollenden Mitwirkung der Stettiner Regierungsvertreter, des Oberpräsidenten, des Demobilmachungskommissars das Reedereikapital

(Glocke des Präsidenten)

sich nicht bereit gefunden hat, den Forderungen der Arbeiter stattzugeben.

Präsident: Herr Abgeordneter Vogtherr, das war (C) nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Vogtherr, Abgeordneter: Wenn aber der Reichstag und die Regierung den Willen haben, zur Verhinderung einer weiteren Störung des Wirtschaftslebens hier ein Wort zu reden und den Verlauf der Dinge nicht sich selbst zu überlassen, dann hat der Reichstag die Pflicht, hier diese Gelegenheit zu ergreifen, zu diesen wichtigen Dingen auch seinerseits Stellung zu nehmen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will mich auf die Einzelheiten, die der Herr Abgeordnete Vogtherr angeführt hat, sachlich nicht einlassen. Da er aber auf den **Stettiner Streik,** der um zwölf ausgebrochen ist, eingegangen ist, möchte ich nur sagen, daß meines Wissens auf Veranlassung des Arbeitsministeriums morgen bereits wieder Verhandlungen stattfinden sollen, um einen Ausgleich herbeizuführen.

(Hört! Hört!)

Im übrigen meine ich, daß nicht nur die Gründe, die Herr Abgeordneter Schiffer angeführt hat, uns veranlassen müßten, heute eine größere Debatte auszuschalten, sondern vor allen Dingen der Grund, daß in der außerordentlich schwierigen Situation zunächst den Fraktionen im Laufe des heutigen Nachmittags Gelegenheit gegeben werden muß, zu den **Problemen,** die **in London** verhandelt werden, Stellung zu nehmen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich verkenne nicht, daß das, was in Stettin, Hamburg, Flensburg und sonstwo sich abgespielt hat, von großer (D) Bedeutung ist. Aber von viel größerer und entscheidender Bedeutung ist das, was sich in London abspielt,

(sehr wahr!)

für das deutsche Volk und die deutsche Volkswirtschaft, und ich glaube, darauf hat der deutsche Reichstag in erster Linie Rücksicht zu nehmen. Aus diesen Gründen wird meine Fraktion sich denen anschließen, die beantragen, diesen Punkt von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen.

(Lebhaftes Bravo. — Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Schiffer hat seinen Antrag mit der Stimmung des Hauses begründet. Mir ist nicht bekannt, daß die Stimmung des Hauses ein geschäftsordnungsmäßiger Grund für irgendetwas sei, das im Reichstag geschieht oder nicht geschieht. Denn wenn es nach unserer Stimmung ginge, dann würde der Deutsche Reichstag seine Arbeit einstellen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn man von der Stimmung des Hauses spricht, dann, glaube ich, sollte man sagen können, daß die Stimmung des Hauses heute außerordentlich nüchtern sei. Diese nüchterne Stimmung könnte der Behandlung der Vorlage, um die es sich hier handelt, nur außerordentlich dienlich sein; denn vielleicht würde in der nüchternen Stimmung, in der dann diese Vorlage behandelt werden soll, erkannt werden, daß es sich darum handelt, der Großreederei einen Milliardengewinn zuzuschanzen. Diese nüchterne Erkenntnis könnte nur förderlich sein.

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) Wenn nun schließlich noch der Herr Abgeordnete Müller (Franken) auf die großen **Geschehnisse** gekommen ist, die sich heute **in London** abspielen, und auf die kleinen Dinge, die sich heute in Stettin abspielen,

(lebhafter Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Das hat er nicht gesagt!)

so möchte ich dem Herrn Abgeordneten Müller (Franken) folgendes sagen: wenn die Ereignisse in London, von deren großer Bedeutung auch wir überzeugt sind,

(Lachen rechts)

— jawohl — auch für den Herrn Abgeordneten Müller (Franken) und seine Fraktion von so ungeheurer Bedeutung sind, da hatte er ja vor 10 Minuten Gelegenheit, diesem seinem Urteil über die Bedeutung der Londoner Vorgänge dadurch Ausdruck zu verleihen, daß er für den Antrag sprach, heute über die Londoner Vorgänge zu verhandeln.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Vogtherr.

Vogtherr, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Müller (Franken) hat die **Vorgänge in Stettin** und den sonstigen Werftorten in den Hintergrund gestellt gegenüber dem, was uns jetzt allgemein beschäftigt. Es gibt große Kreise der Arbeiterklasse, denen das Hemd näher ist als der Rock.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken. — Zurufe rechts: Leider!)

Es gibt sehr große Interessen der Arbeiterklasse, die gleichzeitig auch Interessen der Allgemeinheit sind.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Diese beiderseitigen Interessen fallen auch hier zusammen, wo es sich um die Fragen handelt, die wir besprechen (B) wollen.

(Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Der Herr Abgeordnete Müller (Franken) hat dann, wie mein Vorredner schon kurz erwähnte, geglaubt, für seine Fraktion und für die übrigen Fraktionen den Nachmittag zur Beratung über die **Londoner Vorgänge** in Anspruch nehmen zu müssen. Dasselbe hätte viel gründlicher und für die Allgemeinheit, vielleicht auch für die Verhandlungen, mit viel größerem Nutzen geschehen können, wenn es nicht in den Fraktionsstuben, sondern hier im Parlament erfolgte.

(Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten, den Regierungsparteien und rechts. — Abgeordneter D. Dr. Kahl: Weil es zu Ihrer Agitation paßt!)

Die Öffentlichkeit, das Volk will wissen, wie es von denen beraten wird, die hierher geschickt werden. Es will, daß die Verlogenheit von 1914 bis 1918 jetzt endlich einmal aufhört,

(lebhafte Rufe rechts: Pfui!)

die Verlogenheit, die Sie (nach rechts) noch heute weiter betreiben.

(Erneute lebhafte Rufe rechts: Pfui! — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Vogtherr, die letzten Worte verstießen gegen die parlamentarische Ordnung; ich rufe Sie zur Ordnung.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte gegenüber den Ausführungen der Herren Abgeordneten Dr. Levi und Vogtherr nur folgendes bemerken. Es ist mir gar nicht eingefallen, das, was in Stettin und anderswo vorgeht, zu unterschätzen. Ich habe nur festgestellt, daß es verhältnismäßig klein (C) ist gegenüber dem, was in London auf dem Spiele steht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Regierungsparteien.)

Ich glaube auch: wer seine fünf Sinne beieinander hat, kann eine andere Behauptung überhaupt nicht aufstellen.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Regierungsparteien. — Zurufe von der äußersten Linken.)

Ich möchte aber noch das eine hinzufügen. Über die **Vorgänge in Stettin** sind wir überhaupt nicht genügend informiert.

(Zurufe von der äußersten Linken: Wir sind informiert! — Lachen und Zurufe. — Rufe bei den Sozialdemokraten und den Regierungsparteien: Aha!)

Soviel ich weiß, ist der Streik in Stettin nicht mit den nach dem Gewerkschaftsstatut notwendigen Mehrheitsverhältnissen beschlossen worden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ehe das nicht aufgeklärt wird, können wir in eine sachliche Beratung darüber nicht eintreten.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Müller (Franken), das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Müller (Franken), Abgeordneter: Dann hat mir der Herr Abgeordnete Vogtherr weiter vorgeworfen, daß ich Gelegenheit gehabt hätte, vor zehn Minuten dafür einzutreten, daß die Fraktionen im Reichstage zu den Londoner Beschlüssen Stellung nehmen könnten. Mir scheint es aber angesichts der prekären Situation in London wichtiger zu sein, daß sich die Fraktionen über den weiteren Weg unterhalten. Das ist meiner Auffassung nach die Voraussetzung für weitere Verhandlungen (D) im Parlament.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Regierungsparteien.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich werde eine weitere Debatte über den Stettiner Streik in diesem Augenblick nicht zulassen.

(Bravo! bei den Regierungsparteien und rechts. — Rufe von der äußersten Linken: Aha!)

Die Redner haben angeführt, daß sie wünschen, wegen des Streiks diesen Tagesordnungspunkt jetzt zur Beratung zu stellen. Mehr ist zur Kenntnis des Hauses nicht notwendig.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Vogtherr.

Vogtherr, Abgeordneter: Ich beabsichtige nicht, über den Stettiner Streik zu sprechen, trotzdem die mangelnde Unterrichtung, von der der Herr Abgeordnete Müller (Franken) sprach, wohl auf seine Partei, aber nicht auf die unsrige zutrifft.

(Zurufe rechts: Na also! — Abgeordneter D. Dr. Kahl: Die Veranstalter wissen es natürlich!)

Wir sind über die Vorgänge vom ersten bis zum letzten Augenblick sehr eingehend unterrichtet.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten, den Regierungsparteien und rechts.)

Wenn Sie unserem Antrage stattgeben würden, dann würden Sie sehr bald hören, daß die Unterrichtung vollständig ist und ein Urteil des Reichstages durchaus ermöglicht.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Aber wenn man eben nicht den Willen hat, dann findet man auch nicht den Weg.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

(**Vogtherr,** Abgeordneter.)

(A) Ich darf hinzufügen, daß aus den Stettiner Gewerkschaftskreisen, aus den Stettiner Arbeiterkreisen der Vulkanwerft eine Anzahl von Arbeitern im Reichstage ist,

(hört! hört! auf der äußersten Linken)

die mit der Forderung an uns herangetreten sind, die Vorgänge hier im Reichstage zur Beratung zu bringen.

Präsident: Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen. Ich bitte, für die Abstimmung Platz zu nehmen.

Der Herr Abgeordnete Schiffer hat den Antrag gestellt, den zweiten Gegenstand der Tagesordnung heute nicht zu verhandeln.

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

(Zurufe zwischen der äußersten Linken und den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Jetzt ist die **Übersetzung der entscheidenden Worte aus der Rede des englischen Premierministers** angekommen; ich bringe sie Ihnen zur Kenntnis und werde sie dann sofort in Druck geben, damit sie zur Grundlage der Fraktionsberatungen gemacht werden können. Sie lauten:

> Wenn wir nicht bis Montag hören, daß Deutschland bereit ist, entweder die Pariser Beschlüsse anzunehmen oder Vorschläge zu unterbreiten, die auf anderen, in gleichem Maße befriedigenden Wegen seinen Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles (unter Berücksichtigung der in den Pariser Vorschlägen gemachten Zugeständnisse) erfüllen, so werden von diesem Zeitpunkt ab auf Grund des Friedensvertrags wir folgendermaßen vorgehen:

(B) (Abgeordneter Wels: Gegen den Friedensvertrag!)

> Die Alliierten sind übereingekommen:
>
> 1. Die Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf auf dem rechten Rheinufer zu besetzen;

(Zuruf: Bruch des Friedensvertrages!)

> 2. von ihren Parlamenten Vollmachten zu erlangen, dahingehend, von ihren Staatsangehörigen zu fordern, einen gewissen Anteil von allen in Deutschland für deutsche Waren geschuldeten Zahlungen an ihre verschiedenen Regierungen abzuführen.

(Zuruf: Unglaublich!)

> Dieser Anteil soll für Reparationsrechnung zurückbehalten werden. Dies bezieht sich auf Waren, die in diesem Lande oder in einem andern alliierten Staate von Deutschland erworben werden.
>
> 3. A. Der Betrag der Abgaben, die von deutschen Zollämtern an den äußeren Grenzen der besetzten Gebiete erhoben werden, sind an die Reparationskommission zu zahlen.
>
> B. Diese Zölle sollen weiter nach dem deutschen Zolltarif erhoben werden.
>
> C. Am Rhein und an den Grenzen der Brückenköpfe, die von den alliierten Truppen besetzt sind, soll zeitweilig eine Reihe von Zollämtern errichtet werden. Der auf dieser Linie für Ein- und Ausfuhr von Gütern anzuwendende Tarif soll von der alliierten Rheinlandkommission in Übereinstimmung mit den Weisungen der alliierten Regierungen festgesetzt werden.
>
> Lloyd George erklärte, daß die zweite Sanktion folgende Bedeutung habe: Abzug des Einkaufswertes aller Güter, die von den alliierten (C) Ländern von Deutschland gekauft werden. Ein gewisser Anteil davon wird in die hiesige

— die Londoner —

> Staatskasse eingezahlt, und der Rest wird mit einer Quittung der Staatskasse über den eingezahlten Betrag an Deutschland übersandt werden.

(Bewegung.)

Meine Damen und Herren! Es wird niemand in diesem Hause sein, der diese Bestimmungen mit dem Versailler Friedensvertrag vereinbar findet.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause mit Ausnahme der äußersten Linken. — Der Abgeordnete Hoffmann [Berlin] meldet sich zum Wort. Zurufe rechts und erneut einsetzender Beifall. — Abgeordneter Hoffmann [Berlin] begibt sich zur Rednertribüne. — Rufe rechts: Raus! Nicht zur Geschäftsordnung! Schluß! Schluß! — Große Unruhe.)

— Ich bitte um Ruhe!

(Zuruf rechts: Wir bitten den Präsidenten, nicht das Wort zur Geschäftsordnung zu geben! — Rufe auf der äußersten Linken: Sie haben gar nichts zu sagen! — Andauernde große Unruhe. — Wiederholte erregte Zwischenrufe links und rechts.)

Meine Damen und Herren! Das Wort zur Geschäftsordnung wird nach dem Ermessen des Präsidenten erteilt.

(Lebhafte Zustimmung. — Zurufe auf der äußersten Linken.)

Ich habe das Wort zur Geschäftsordnung bisher niemandem erteilt, und ich werde es auch in diesem Augenblick nicht erteilen.

(Lebhaftes Bravo außer auf der äußersten Linken. — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Wir verlangen die Verlesung der ganzen Rede! — Fortdauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten. — Abgeordneter Hoffmann [Berlin] versucht zu reden. —) (D)

Herr Abgeordneter Hoffmann, Sie haben nicht das Wort!

(Stürmischer Beifall. — Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Vereinigten Kommnnisten.)

Ich bitte um Ruhe!

(Große Unruhe. — Erregte Zurufe rechts zu den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, durch Ihre Unruhe nicht die Geschäftsführung zu erschweren.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Die erschweren Sie ja!)

Ich wollte weiter sagen — und der Herr Abgeordnete Hoffmann hätte Anlaß gehabt, so höflich zu sein und die Ruhe zu bewahren, bis der Präsident ausgesprochen hat —,

(lebhafte Zustimmung)

daß ich mich mit den Herren, die sich zur Geschäftsordnung gemeldet haben, privatim verständigen wollte,

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten)

um zu sehen, ob der Präsident nach seinem Ermessen das Wort erteilt. Dabei bleibt es!

(Lebhafter Beifall. — Große Unruhe und stürmische Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten: Vergewaltigung! — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Ich habe nur aufgefordert, die ganze Rede vorzulesen!)

Der Herr Abgeordnete Hoffmann hat in einem Zwischenruf den Wunsch geäußert, daß die ganze Rede vorgelesen wird. Ich wäre bereit, diesem Wunsch nachzukommen, wenn mir eine solche Rede zur Verfügung stünde.

(Lebhafte Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Wir haben sie hier!)

(Präsident.)

(A) — Mir steht nichts zur Verfügung als die Sätze, die ich Ihnen eben vorgelesen habe.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Dann hätten Sie kein Urteil abgeben sollen! — Rufe rechts: Ruhe! — Abgeordneter Crispien: Das ist politisch gewissenlos gehandelt! — Gegenruf rechts: Sie handeln gewissenlos, scheren Sie sich nach Frankreich, Sie Helfershelfer! — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Ihr seid die Volksverräter! Ihr habt uns vier Jahre verraten! — Abgeordneter Geyer [Leipzig]: Ihr seid bloß Prozentpatrioten! — Fortgesetzte große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren! Ich bitte, den Raum vor den Sitzplätzen freizulassen.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Ich bitte ums Wort zur Tagesordnung!)

— Die Tagesordnung steht fest!

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Ich bitte dazu ums Wort!)

— Das Wort zur Geschäftsordnung wird nicht erteilt! (B) Die Tagesordnung ist festgestellt!

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Zweite Beratung der Ergänzung — —

(Große Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zahlreiche Abgeordnete der äußersten Linken stürmen in großer Erregung auf die Treppe zur Rednertribüne und treten vor den Präsidententisch. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Rosenfeld: Vergewaltigung! — Fortgesetzte große Unruhe und stürmische Zurufe der äußersten Linken. — Glocke des Präsidenten.)

— Meine Damen und Herren! Ich vertage die Sitzung bis um 1/4 4 Uhr mit der Tagesordnung:

Fortsetzung der gegenwärtigen Tagesordnung.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 58 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

76. Sitzung.

Sonnabend den 5. März 1921.

Die Sitzung wird um 5 Uhr 14 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht aus.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

1. Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Zündwarensteuergesetzes vom 10. September 1919.
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes.

(B)

3. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes.
4. Entwurf eines Süßstoffgesetzes.
5. Bemerkungen zur Denkschrift der Sachverständigen der Alliierten über den Haushalt des Deutschen Reiches.

(C)

Präsident: In den Reichstag sind neu eingetreten

der Landwirt Franz Hänse in Birkhausen bei Niederpölnitz für den 13. Wahlkreis;

der Landgerichtsdirektor Schulte in Breslau für den 8. Wahlkreis.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Breunig, Albrecht (Magdeburg), Pieper (Westfalen), Frau Nemitz
die Abgeordneten Henke, Beckmann, Frau Wurm, Frau Zietz;

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Pieper (Westfalen), Keinath, Dusche
die Abgeordneten Brühl, Liese, Zeschke;

in den 10. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Geyer (Sachsen)
der Abgeordnete Dr. Herzfeld;

in den 17. Ausschuß für den Abgeordneten Eichhorn
der Abgeordnete Däumig;

in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Johannsen
der Abgeordnete Brodauf;

in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Geyer (Leipzig), Dr. Curtius
die Abgeordneten Dr. Levi, D. Everling;

in den 23. Ausschuß für die Abgeordneten Plettner, Dr. Most
die Abgeordneten Frau Wackwitz, Frau Dr. Matz;

(D)

in den 25. Ausschuß für die Abgeordneten Ernst, Obermeyer
die Abgeordneten Frau Wurm, Keil.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten Brey für 2 Tage, Harte und Stücklen für je 3 Tage, dem Abgeordneten Isenmann für 8 Tage.

Meine Damen und Herren! Wir haben gestern unsere Verhandlungen abgebrochen, als sich eine neue Geschäftsordnungsdebatte entspinnen sollte und der Präsident das zur Geschäftsordnung verlangte Wort nicht erteilte. Es hat darüber eine Aussprache im Ältestenausschuß stattgefunden. Sie hat damit geendigt, daß mein Vorschlag angenommen wurde, daß die ausstehenden Meldungen zur Geschäftsordnung heute vor Erledigung der Tagesordnung vorgenommen werden.

Gestatten Sie mir eine Bemerkung, meine Damen und Herren! Ich werde, wie ich es immer geübt habe, den Bemerkungen zur Geschäftsordnung den weitesten Spielraum gestatten, besonders da sich diese Bemerkungen auch gegen meine Amtsführung richten. Nur um eins möchte ich bitten: daß der sachlichen Beratung durch die Bemerkungen zur Geschäftsordnung nicht vorgegriffen wird. Nach der andern Seite möchte ich die Bitte richten, durch Zwischenrufe keinem Redner, auch nicht den Rednern zur Geschäftsordnung, die Redefreiheit zu beschränken.

(Vereinzelte Rufe: Sehr richtig!)

Glaubt jemand, daß etwas geschieht, was sein Gefühl nicht ertragen kann, dann dient er der Geschäftsordnung besser, wenn er den Saal verläßt, als wenn er seinem Unwillen allzu ungestüm Ausdruck gibt. Wenn in loyaler

(Präsident.)

(A) Weise von allen Seiten so verfahren wird, meine Damen und Herren, dann wird es uns möglich sein, auch diese Tage der Erregung in gesitteten Formen zu überstehen.

(Beifall.)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe im Namen meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Der Präsident des Reichstags hat in der gestrigen Sitzung des Reichstags die Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George unvollständig wiedergegeben. Er hat dann an den von ihm verlesenen Redeteil sachliche Bemerkungen geknüpft, die nach außen den Anschein nationalistischer Einheitsfront vortäuschen sollten, obwohl das Haus vorher beschlossen hatte, nicht in eine Aussprache über diese Angelegenheit einzutreten. Hierauf hat der Präsident sowohl eine Protesterklärung gegen sein geschäftswidriges Verhalten, wie jede Kritik und Aussprache über seine kritischen Bemerkungen verhindert, indem er das Wort zur Geschäftsordnung und zur Tagesordnung verweigerte. Wir erklären: Wir haben dem Präsidenten nicht den Auftrag gegeben, in unserem Namen zu reden, noch denken wir daran, dies zu tun. Die Redner, die unsere Auffassung zu vertreten haben, bestimmen wir selbst, und wir müssen uns jeden Versuch, an Stelle unserer Worte die des Präsidenten zu setzen, verbitten. Deswegen erhebt die Fraktion der Vereinigten kommunistischen Partei allerschärfsten Protest gegen das Verhalten des Präsidenten.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Der Herr Präsident hat (B) gestern gerade den Teil der Rede von Lloyd George vorgetragen, der von den angekündigten Maßnahmen handelt, die ergriffen werden sollen, wenn die Verhandlungen zu keinem Resultat führen. Der Herr Präsident hat damit einen ganz falschen Eindruck erweckt, weil in der Rede Lloyd Georges auch Teile enthalten sind, die nicht nur behaupten, daß die deutsche Regierung durch wiederholte Handlungen den Friedensvertrag verletzt hat, sondern es sind auch Teile in der Rede enthalten, aus denen hervorgeht, welche Möglichkeiten noch vorhanden sind, weitere Verhandlungen zu führen und die angedrohten Maßnahmen zu vermeiden.

Dadurch, daß also weder die ganze Rede noch andere sehr wichtige Teile der Rede im Zusammenhang mit den Mitteilungen über die angedrohten Maßnahmen verlesen wurden, ist die Wirkung des Auftretens des Herrn Präsidenten eine tendenziöse Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der chauvinistischen Völkerverhetzung,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wir erheben aufs allerschärfste Einspruch dagegen, daß die öffentliche Meinung auch in dieser Frage wie während der ganzen Kriegszeit systematisch und falsch beeinflußt wird. Deshalb verurteilen wir die Handlungsweise aufs allerschärfste.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: So sehr ich das Bedürfnis fühlen würde, auf die Vorwürfe einzugehen, so werden Sie es verstehen, daß ich es im gegenwärtigen Augenblick nicht tue.

(Bravo!)

Ich glaube aber, später bei der Beratung unserer neuen Geschäftsordnung werden Sie mir Gelegenheit geben, meine Meinung zu den Vorwürfen zu äußern.

(Sehr gut!)

Wir treten in die Tagesordnung ein. (C)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich sehe zu meinem Erstaunen, daß die Tagesordnung der heutigen Sitzung lautet: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung". Nachdem nunmehr sämtliche Gründe in Wegfall gekommen sind, die gestern dafür fälschlicherweise in Anspruch genommen wurden, daß keine Debatte stattfinden solle, beantragen wir nunmehr, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung außerdem zu setzen: „Stellungnahme der Parteien zu der Erklärung der Regierung".

(Zuruf rechts: Das ist selbstverständlich!)

— Meine Herren! Das ist nicht selbstverständlich, sondern wir sind gewitzigt und glauben, daß noch andere Dinge in Vorbereitung sind, die nicht selbstverständlich sind. Wir beantragen also ausdrücklich, diesen Punkt mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Diese Form der Ankündigung ist nur gewählt, weil sie im Gebrauch des Reichstags und der Nationalversammlung üblich war. Das Präsidium sieht es als selbstverständlich an, daß an die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung sich heute wie immer eine Aussprache der Parteien anschließt.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Der Herr Präsident hat mir einen Teil meiner Ausführungen vorweg genommen.

(Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

— Freuen Sie sich doch, daß ich auch einmal mit Ihrem Präsidenten übereinstimme.

Aber ich möchte dem Herrn Abgeordneten Dr. Levi (D) bemerken: der an sich berechtigte Wunsch, daß eine Aussprache des Hauses über die Erklärung der Reichsregierung stattfindet, hätte dann zum Ausdruck gebracht werden müssen, wenn etwa, nachdem der Herr Reichskanzler gesprochen hatte, der Herr Präsident aus irgendeinem Grunde versäumt hätte zu erklären: Wir treten nunmehr in die Besprechung der Tagesordnung ein.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Levi, halten Sie Ihren Antrag noch aufrecht?

(Abgeordneter Dr. Levi: Gewiß!)

Dann bitte ich diejenigen, die dem Antrage des Herrn Dr Levi, der Tagesordnung einen neuen Punkt: „Stellungnahme der Parteien zu der Erklärung der Regierung" hinzuzufügen, zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Meine Damen und Herren! Das war zwar die Minderheit, ich erachte aber eine Besprechung für selbstverständlich.

(Heiterkeit.)

Wir gehen nunmehr zum einzigen Gegenstand der Tagesordnung über, zur

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Fehrenbach, Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Der Reichstag hat den Wunsch geäußert, über den Stand der Verhandlungen in London unterrichtet zu werden. Dieser Wunsch ist mir durchaus verständlich. In den Tagen, wo unser aller Augen mit der größten Aufmerksamkeit auf London gerichtet sind, den Ort ernstester Entscheidungen über deutsche Lebensfragen, empfindet der deutsche Reichstag als der Repräsentant des deutschen Volkswillens mehr als jemals die ganze

(Fehrenbach, Reichskanzler.)

(A) Schwere der Verantwortung, die den politischen Faktoren auferlegt ist. In dem gleichen hohen Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit, die Wohl und Wehe unseres Volks umschließt, hat das Kabinett aber auch die Frage mit der größten Sorgfalt zu erwägen gehabt, ob und inwieweit es im gegenwärtigen Moment durch Erklärungen vor diesem hohen Hause die Aufgaben fördern oder schädigen kann, die unserem Unterhändler in London obliegen. Diese Erwägungen haben das Kabinett zu der Überzeugung geführt, daß wir uns während der schwebenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erörterungen zu beschränken haben.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich halte mich daher für verpflichtet, über die folgenden Erklärungen nicht hinauszugehen.

Das Kabinett muß entscheidendes Gewicht darauf legen, daß unsere Unterhändler bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch keinen in seinen Folgen unübersehbaren Eingriff von hier gestört werden. Gemäß den vom Reichstag gebilligten Richtlinien hat der **Minister des Auswärtigen** vom Kabinett den **Auftrag** mitgenommen, daß er **seine Unterschrift unter keinerlei Verpflichtungen setzen** darf, **die das deutsche Volk nicht tragen könnte.** An diesem Auftrag ist nichts geändert und wird nichts geändert werden.

(Bravo!)

Das Kabinett ist überzeugt, daß der Minister des Auswärtigen **alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausnutzen** wird.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Welcher Grenzen?)

Lassen Sie mich der sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß das deutsche Volk die Unterschrift seiner Beauftragten einlösen wird, wenn sie eine Zusage deckt, die nach sorg-(B)samster Prüfung die Grenze äußerster möglicher Leistungen innehält, daß das deutsche Volk aber ebenso fest hinter seinen Beauftragten stehen wird, wenn sie sich weigern, ihre Namen unter ein Schriftstück zu setzen, das Unmögliches enthält.

(Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.)

Präsident: Ich eröffne die Besprechung über die Erklärung der Reichsregierung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Rede des Herrn Reichskanzlers hat keine Überraschungen gebracht. In ihr ist für mich der entscheidende Satz, daß der Herr Reichsaußenminister alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausnützt. Ich kann mir diese Erklärung des Herrn Reichskanzlers nur so auslegen, daß er auf Grund der Verhandlungen, die in London stattfinden, zurzeit nicht in der Lage ist, uns mehr zu sagen. Wir verkennen die schwierige Situation in keiner Weise, unter der der Herr Reichsaußenminister in London zu verhandeln gezwungen ist, und ich verstehe, daß die Regierung gewisse Bedenken gehabt hatte, die heutige Verhandlung hier überhaupt stattfinden zu lassen. Aber ich glaube: auf der andern Seite soll man sich doch darüber klar sein, daß in dieser für das Reich und das Volk so schicksalsschweren Situation auch der Deutsche Reichstag Gelegenheit bekommen muß, seine Auffassung zu sagen,

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

umso mehr als die Staatsmänner des Auslandes sich zu den schwebenden Fragen ausführlich geäußert haben. Ich denke dabei insbesondere an die **Rede,** die der **englische Premierminister Lloyd George anläßlich der Konferenz in London** gehalten hat.

Was nun unsere Stellung zu der Erklärung des (C) Herrn Reichskanzlers anlangt, soweit der sachliche Inhalt der Verhandlungen in Betracht kommt, so will ich für meine Freunde nur erneut an die Erklärung erinnern, die ich im Auftrage meiner Fraktion am 2. Februar hier abgegeben habe. Wir haben in dieser Erklärung ausdrücklich gesagt — ich wiederhole das in einem Satz —, daß wir die **Pariser Abmachungen** für **unausführbar** halten und daß unserer Auffassung nach die Regierung und das Parlament, die sie ratifizieren würden, sich einer Unwahrheit schuldig machen würden, daß aber auf der andern Seite solche Abmachungen auch denen, die sie wünschen, unserer Auffassung nach nichts nützen würden, weil sie schließlich, wie wir damals ausgeführt haben, die **wirtschaftliche Krise,** in der sich die meisten Länder befinden, zur **europäischen Katastrophe** ausweiten würden.

Aber mit diesen negativen Feststellungen, daß die Pariser Abmachungen für uns unerfüllbar, unausführbar sind, kann es nicht sein Bewenden haben. Denn auf der andern Seite sind nun einmal die Trümmerfelder vorhanden, denen gegenüber wir positive Vorschläge zu machen haben. Wir sind die im Kriege Unterlegenen, und es scheint mir, daß viele Leute in Deutschland das oft vergessen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dieses Unterliegen im Kriege hat an sich für uns gewisse Konsequenzen, und wir, die größte politische Partei der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, haben immer betont, daß wir alles tun wollen, damit diese **Ruinen wiederhergestellt** werden, an denen sich der Haß in Europa stets von neuem entzünden wird, solange sie stehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Es gibt sehr viele **Mitglieder von Ententemissionen** aller Art in Deutschland. Es wäre vielleicht einmal sehr angebracht, einige (D) dieser Mitglieder **nach dem wiederaufgebauten Ostpreußen zu führen,**

(sehr gut! rechts)

um ihnen zu zeigen, was dort deutsche Tatkraft während des Krieges in verhältnismäßig kurzer Zeit geleistet hat.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn wir daran weiter die Erklärung knüpfen würden, daß wir bereit sind, in ähnlicher Weise namentlich in **Nordfrankreich** zu wirken, und zwar unter voller Berücksichtigung der Wünsche, die die Bevölkerung dort hat und **in gemeinsamer Arbeit freier deutscher und französischer Arbeiter, Angestellten und Architekten,** so würden wir, glaube ich, ein Werk der Versöhnung anbahnen, das seine Früchte für die Wiedergesundung Europas tragen würde.

(Allseitige Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß es **in Frankreich Leute** gibt, **die das nicht wollen:**

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Deutschland?)

Kriegsgewinnler, die die gleichen Gewinnchancen, die sie während des Krieges gehabt haben, gern noch weiter über die Kriegszeit hinaus haben möchten. Aber wir wissen doch auch, daß die Kriegsgewinnler dort drüben ebenso wenig die Lieblinge des französischen Volkes sind, wie die Kriegsgewinnler bei uns die Lieblinge des deutschen Volkes sind;

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

— und auf die kommt es nicht an. Es kommt in erster Linie auf die Masse der Geschädigten und insbesondere auf die Arbeitermassen an. Dazu kann ich nur wiederholt betonen, daß **die deutschen organisierten Arbeiter** sich immer und immer wieder Mühe gegeben haben, **in Kontakt mit den französischen** Arbeitern zu kommen, um ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm zustande zu bringen, ein Programm, bei dem

(**Müller** [Franken], Abgeordneter.)

(A) sich deutsche Sachleistungen, geliefert von Handwerk und Industrie, mit Arbeitsleistungen deutscher und französischer Arbeiter ergänzen sollen.

Ich möchte hier auf eine Tatsache aufmerksam machen, die mir in den weitesten Kreisen Europas unbekannt zu sein scheint. Bis zum 17. Februar dieses Jahres haben **in Genf unter Vermittlung des Franzosen Albert Thomas,** des Direktors des Arbeiterdepartements des Völkerbundes, **Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und der französischen Bauarbeiterorganisationen wegen des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs** stattgefunden.

(Hört! Hört!)

Mir liegt die **am 17. Februar** dort in Genf gefaßte **gemeinsame Entschließung** vor, und ich will nur ihre Einleitungssätze hier mitteilen, wenn der Herr Präsident das gestattet. Die Entschließung lautet:

„Die Organisationen der Bauarbeiter Frankreichs und Deutschlands haben den Wunsch, an den Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs gemeinsam mitzuwirken.

(Hört! Hört! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sie erwarten, daß diese Arbeiten unverzüglich wieder aufgenommen werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zu diesem Zwecke schlagen sie der französischen und deutschen Regierung vor, selbst und unter eigener Kontrolle eine Arbeits- und Produktionsorganisation zu schaffen, welche die Ausführung dieser Arbeiten übernehmen könnte.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sie wünschen, dadurch zu vermeiden, daß die Wiedergutmachung der erfolgten Schäden, die zu fordern Frankreich berechtigt ist, eine Quelle unberechtigter Gewinne werde."

(B) (Lebhaftes Bravo! und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der **Leiter der französischen Bauarbeiterorganisation, Herr Chauvin,** hat an diesen Verhandlungen teilgenommen, und ich glaube, es ist Aufgabe der europäischen Regierungen, auf diese Entschließung Rücksicht zu nehmen. Sie scheint aber dem hohen Rat der Ententeregierungen unbekannt zu sein; denn sonst wäre es unbegreiflich warum dieser Versuch der Anbahnung einer praktischen, Lösung dieses gewiß an sich schwierigen Problems nicht im Vordergrund der Erörterung steht.

(Zustimmung.)

Wir müssen auch wünschen und verlangen, daß die deutsche Regierung in jeder Weise diese Bestrebungen fördert,

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

Bestrebungen, bei denen **die organisierte Arbeiterklasse Deutschlands der ganzen Welt gegenüber als ein mächtiger Garant des Aufbaues** wirken würde.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen, meine Damen und Herren, wollen wir uns darüber klar sein, daß **mit Geld allein die Frage der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete nicht gelöst** ist.

(Sehr richtig!)

Das erhöht ja die Schwierigkeiten der Verhandlungen in London. Ich glaube heute noch, daß **Lloyd George** unter dem ersten Eindruck, den er beim Hören der deutschen Gegenvorschläge hatte, steht. Sonst wäre es unerklärlich, daß das, was von Deutschland angeboten ist, immerhin so niedrig bewertet wird, wie es tatsächlich bewertet worden ist. Ich will keinen Vergleich ziehen mit den **Schätzungen,** die früher der **englische Nationalökonom Keynes** angestellt hat, die in diesem Hause mehrfach zitiert und Gegenstand der Verhandlung gewesen wird.

Aber ich will auf etwas anderes hinweisen. **Deutschland** hat in diesen **Gegenvorschlägen eine Anleihe** in (C) möglichst großem Umfange — wie es heißt, von etwa bis zu acht Milliarden Goldmark — angeboten und will dafür den Gläubigern die notwendigen Sicherheiten bieten. Ich habe über dieses Angebot mit einer ganzen Reihe von Autoritäten auf dem Gebiete der Finanzen gesprochen und habe bisher nicht gehört, daß es einer dieser Sachverständigen für möglich hält, mehr überhaupt auf dem internationalen Geldmarkt zu mobilisieren.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Im Gegenteil: sehr viele Finanzleute waren der Auffassung, daß selbst diese Summe zurzeit auf dem internationalen Geldmarkt nicht zu haben ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei.)

Zur Heilung der Schäden wird aber bald mobilisierbares Geld gebraucht, und deshalb ist doch hier eigentlich auch eine Brücke der Verständigung gegeben. Denn darüber soll man sich klar sein: mit **Anwendung von Sanktionen** kann man politische und wirtschaftliche Zusammenhänge zerreißen, kann man Völker und Bevölkerungsteile schikanieren, kann man neue Unruhe in die Welt bringen, die doch so sehr der Ruhe bedarf; aber man kann mit der Anwendung von Sanktionen nicht die zerstörten Gebiete und auch sonst nur irgend etwas aufbauen, etwas, was bei freiwilliger Arbeit und gutem Willen auf beiden Seiten nicht allzuschwer schließlich geleistet werden kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

In diesen viereinhalb Jahren Krieg sollte doch die Welt endlich eingesehen haben, daß die Gewalt kein Faktor ist, der Ruinen wieder zu blühendem Leben erstehen läßt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir erwarten von der Regierung, daß sie in London jeden möglichen Verhandlungsweg betritt. (D)

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Anwendung der Sanktionen muß vermieden werden, soweit das an uns liegt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn sie unsere Verhandlungsgegner trotzdem anwenden sollten, so muß für jeden objektiv Urteilenden klar sein, daß **das moralische Recht auf unserer Seite** ist.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Solche **Verhandlungswege** sind gegeben. Ich will mich auf alle Einzelheiten nicht einlassen — wir übersehen ja den Gang der Verhandlungen im einzelnen nicht —; ich will aber nur daran erinnern, daß beispielsweise die **Vorleistungen** ein Verhandlungsgegenstand sein können und müssen. Die Vorleistungen von denen in den deutschen Gegenvorschlägen gesagt ist, daß ihr Wert von einer **gemischten Sachverständigenkommission** geprüft werden soll.

Auch über den **Besserungsschein** darf die Diskussion nicht geschlossen sein; auch hier fließt eine Quelle der Verständigung, die nicht verschüttet werden darf.

Mit Recht hat Lloyd George in einer seiner Reden gesagt, daß kein Land in der Lage ist, für die in einem mehrjährigen Kriege erfolgten Schäden heute materiell aufzukommen. Der **Maßstab für die Ersatzleistungen** kann deshalb **nur die Leistungsfähigkeit** sein, die uns noch geblieben ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber darüber kann kein Zweifel sein: innerhalb dieser Leistungsfähigkeit müssen wir bis an die äußerste Grenze gehen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten!)

Sich dagegen sträuben zu wollen, würde uns auf die Dauer nichts nützen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

(**Müller** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Aber wir wollen das nicht allein fremdem Zwange folgend, sondern auch aus innerem Drang, weil nur so in der Welt ein Fonds von Vertrauen hergestellt werden kann, der notwendig ist, wenn in der Zukunft bewaffnete Konflikte unter den Völkern vermieden werden sollen,

(bravo! bei den Sozialdemokraten)

und das ist unser heißester Wunsch.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Eine solche von uns selbst gewählte internationale Aufgabe sollte man uns nicht erschweren, indem man, statt wirtschaftliche Verhandlungen zu führen, als ultima ratio zwischendrin immer wieder mit dem Säbel rasselt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das dient nur den Nationalisten hier im Lande.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Und wir haben ja **heute wieder** den Zustand, den wir vor dem Kriege gehabt haben, den wir während des Krieges gehabt haben, den **Zustand, daß sich die Militaristen** und daß sich **die Nationalisten aller Länder gegenseitig in die Hände arbeiten**.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es gibt ja nicht nur bei uns Männer, die den **Geist von vor 1914** noch pflegen; aber als unsere Aufgabe betrachten wir es, diesen Leuten im eigenen Lande das Handwerk zu legen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Bewegung rechts.)

Wir bedauern, daß wir dabei im eigenen Lande nicht immer und überall die Unterstützung derjenigen Stellen gefunden haben, die eigentlich verpflichtet wären, uns in diesem Bestreben zu unterstützen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(B) Es ist äußerst unbequem für die deutsche Regierung, daß wir heute wieder von Lloyd George daran erinnert werden können, daß die **Entwaffnungsklauseln des Friedensvertrages** bei uns nicht ausgeführt sind,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten — Unruhe rechts)

daß wir uns immer wieder vorhalten lassen müssen, daß bei uns sogenannte **Selbstschutzorganisationen** existieren,

(Unruhe rechts und Zuruf von den Deutschnationalen: Das ist der richtige Zeitpunkt für solche Ausführungen!)

die mit Waffen versehen sind, Organisationen, die wir schon deswegen bekämpfen, weil wir sie in erster Linie als **Stoßtrupps gegen die deutsche Republik** werten

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Unruhe rechts)

und deswegen auch von ganz anderem Gesichtspunkte ansehen, als das bei der Entente geschieht. Wir verlangen, daß diese bewaffneten Banden schleunigst entwaffnet werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es genügt uns nicht, daß die Regierung dazu eine Erklärung abgibt, sondern wir verlangen, daß die Regierung handelt.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sie muß handeln, wenn nicht schwere Gefahren von neuem über unser deutsches Volk heraufziehen sollen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich brauche im übrigen auch in dieser Frage nur an das zu erinnern, was über die Entwaffnungsfrage in der Erklärung meiner Fraktion vom 2. Februar gesagt worden ist. Man schreibt und redet heutzutage in diesem Lande wieder so viel davon, daß eigentlich eine **Einheitsfront** gebildet werden müßte. Ja, meine Damen und Herren, solange zum Beispiel in der Frage der Entwaffnung solche Differenzen vorhanden sind, wie wollen Sie denn da (C) überhaupt eine Einheitsfront bilden?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Graf v. Westarp: Sehr richtig!)

Sie ist ja praktisch ganz unmöglich.

(Abgeordneter Graf v. Westarp: Sehr richtig!)

— Ich freue mich, Herr Graf Westarp, daß wir da ganz übereinstimmen. Ich glaube, daß es nicht im geringsten schadet, wenn Sie vor der ganzen Welt so offenkundig zum Ausdruck bringen, wie sehr Sie entfernt sind von den Auffassungen, die ich hier im Namen des größten Teils des deutschen Volkes zu vertreten die Ehre habe.

(Lebhafte Bravorufe bei den Sozialdemokraten. — Unruhe und Ohorufe rechts. — Zuruf von den Deutschnationalen: Des größten Teils? — Zuruf des Abgeordneten v. Graefe [Mecklenburg]: Im Namen des französischen Volks!)

Wir sind mit den übrigen Parteien einer Meinung darin, daß das Unerfüllbare an dem Pariser Diktat von uns nicht akzeptiert werden kann. Aber wie darüber hinaus, über das Negative hinaus, eine gemeinsame Plattform für eine Einheitsfront gebildet werden soll, das verstehe ich nicht. Die Unterlagen für ein Programm fehlen völlig.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sprechen zwar alle dieselbe Sprache, aber wir verstehen uns anscheinend oft sehr wenig.

(Zuruf des Abgeordneten v. Graefe [Mecklenburg]: Besser mit den Engländern!)

Es passieren täglich Dinge in Deutschland, die in der Situation, in der wir uns befinden, einfach unverständlich sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Soll ich nur an ein solches Vorkommnis in der allerneuesten Zeit erinnern? In dieser Woche wurde auf der **Stinneswerft in Flensburg** ein **neuer Dampfer** auf den Namen **„Tirpitz“** getauft, (D)

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten — Unruhe rechts und Zuruf von den Deutschnationalen: Da hört doch alles auf!)

der jetzt in die Welt hinausgehen soll, um das neue Deutschland draußen zu vertreten.

(Unruhe rechts.)

Man nimmt sich ausgerechnet bei der Schiffstaufe, die da in Flensburg stattfand, den Namen eines Mannes, der als einer der typischsten Vertreter des alten Regimes gilt,

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

eines Mannes, der in weitesten Kreisen des deutschen Volkes als einer der schlimmsten Reichsverderber angesehen wird, den es überhaupt gibt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe rechts.)

Aber uns geht die **Wirkung auf das Ausland und auf das Inland** hier in erster Linie an. Muß denn das Ausland, müssen denn die Auslandsdeutschen es nicht geradezu als einen grimmigen Hohn empfinden, wenn im dritten Jahre der deutschen Republik ein solcher Dampfer mit dem Namen „Tirpitz“ herausgeht?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Darüber soll kein Zweifel sein: die **Arbeitermassen** in Deutschland empfinden es als die frechste **Provokation**, daß man zu dieser Zeit diesem Dampfer den Namen „Tirpitz“ gegeben hat.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe und Zurufe rechts.)

Solange Sie also, meine Herren, den Arbeitermassen in Deutschland so ins Gesicht schlagen, verlangen Sie von uns nicht, daß wir mit Ihnen eine Einheitsfront bilden.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(**Müller** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Wir haben den Beweis geliefert und sind jederzeit bereit, alles zu tun, um die deutsche Arbeiterklasse vor der Versklavung zu bewahren, aber wir tun das auf unsere Art und lehnen dabei jede Gemeinschaft mit den Stinnes und Tirpitz ab.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter v. Graefe, Sie haben dem Redner mehrfach den Zuruf gemacht, daß er im Namen des französischen Volkes und in englischer Art spricht.

(Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ich bitte um Ruhe. — Diesen Zuruf in diesem Zusammenhange muß ich rügen; er ist ganz unzulässig.

Müller (Franken), Abgeordneter: — Ich glaube, da ich es mir abgewöhnt habe, Herrn v. Graefe etwas übel zu nehmen, brauche ich im einzelnen nicht darauf einzugehen. — Nur wenn wir so verfahren, nur wenn wir auf unsere eigene Art vor die Welt hintreten, können wir das Verständnis wecken, das wir für Deutschland so bitter notwendig brauchen. An diesem Verständnis fehlt es vielfach, und nicht zuletzt beweist es die **Rede**, die **Lloyd George** gehalten hat.

Ich muß mich etwas mit dieser Rede befassen. Lloyd George hat sich anläßlich seiner Rede eine **Gegenüberstellung der steuerlichen Belastung Deutschlands** geleistet. Ich will im einzelnen auf diese Zusammenstellung nicht eingehen. In einer Zeit der Umwertung aller Werte, in einer Zeit der täglichen Valutaschwankungen läßt sich mehr wie je mit Zahlen alles beweisen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was krank an unserm Steuerwesen ist, das kennen wir in Deutschland besser als irgendeiner im Ausland. Wir wissen — und wir haben uns neulich in diesem (B) hohen Hause erst darüber unterhalten —, daß die **Besitzsteuern** viel **zu langsam** und zögernd **eingezogen** werden. Wir haben immer darauf gedrängt, daß das schneller geschieht. Aber wir wollen zum Verständnis auch hier bemerken, daß wir zum Teil unter dem **Erbe der Bismarckschen Steuerpolitik** leiden und daß wir gezwungen gewesen sind, gleichzeitig materiell unser Steuerrecht zu ändern und eine ganz neue Steuerorganisation zu schaffen, weil früher das Reich auf indirekte Steuern angewiesen war und die direkten nur den Einzelstaaten zustanden. Hier muß gebessert werden. Die Grundlagen zur Besserung sind organisatorisch geschaffen.

Nun aber zur **Frage der indirekten Steuern.** Auch hier hat Lloyd George Gegenüberstellungen in bezug auf die Belastungen von **Bier, Tabak, Tee, Spiritus und Zucker** gemacht. Wir werden uns nächstens, zum Teil auf Drängen der Entente, mit solchen Vorlagen hier in diesem hohen Hause zu befassen haben. Aber weiß denn Lloyd George, was diese Erhöhung der indirekten Steuern, die da bei uns kommen sollen, für Millionen armer Teufel in Deutschland bedeutet? Weiß er denn, daß es heute schon bei uns in Deutschland in Massen **Proletarier** gibt, die vom Staate ihre Zuckerkarte zugewiesen bekommen und **die nicht in der Lage sind, sich Zucker zu kaufen,**

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und deswegen ihre Zuckerkarten verkaufen? Es geht doch ganz unmöglich an, daß nach dem Maßstabe der Goldmark gegenübergestellt wird die Belastung, die Tee, Zucker und Tabak in Deutschland, England und Frankreich haben. Wenn es zu solchen Belastungen kommen sollte, dann müßte die Masse der Arbeiterschaft nicht nur jedes Genußmittel entbehren, sondern auch notwendige Lebensmittel könnte sie sich nicht beschaffen. Aus einem ausgepreßten Geschlecht kann man aber doch schließlich nicht mehr als Sklavenarbeit herausholen. **Mit Sklavenarbeit** jedoch (C) **wird die Volkswirtschaft Europas nicht aufgebaut** werden können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Für die **steuerliche Belastung der deutschen Arbeiter** gibt es aber noch andere **Gradmesser.** Lloyd George beliebt bei jeder Gelegenheit, im Gegensatz zu dem zerstörten Frankreich und Belgien auf die blühenden Städte, auf die blühenden Industrien, auf die blühenden Felder in Deutschland hinzuweisen. Ja gewiß, aber auch diese Blüte ist zum Teil nur äußerlich. Lloyd George sollte einmal Umfrage halten bei den Oberbürgermeistern der bekanntesten deutschen Städte; die würden ihm sagen können, wie es mit der Blüte der deutschen Städte nach dem Ausgang dieses Krieges aussieht. Wir wissen doch — ich sehe von der **Arbeitslosigkeit,** von der **Kindersterblichkeit** und von der **Wohnungsnot** ganz ab —, daß die meisten **deutschen Städte gezwungen** sind, **das Existenzminimum der Armen und Ärmsten** in Deutschland **zu besteuern,** das die Republik bei ihren Steuern freiläßt. Um das aber zu wissen, muß man einen intimen Einblick in die deutschen Verhältnisse haben; das läßt sich auf dem Papier nicht statistisch errechnen. Diese Ärmsten sollen nun noch weiter mit gesteigerten indirekten Steuern belastet werden. Das heißt doch schließlich weiter nichts, als daß ein ganzes **Volk auf Generationen hinaus für die Verbrechen des kaiserlichen Regimes bestraft** werden soll.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Trotzdem werden wir ernstlich die Steuervorlagen prüfen, die uns in nächster Zeit vorgelegt werden. Wir werden auch hier an die Grenze des Möglichen herangehen. Auch **in internationaler Beziehung** soll die **Steuerdrückebergerei** in keiner Weise gelten dürfen. Wir denken dabei schaudernd daran, welches Defizit in dem Budget unseres eigenen Haushalts vorhanden ist. Wie wir es decken sollen, ist (D) für uns eine bisher noch ungelöste Aufgabe.

Im Auslande muß für alles das Verständnis geweckt werden, Verständnis, das ja in den Arbeiterkreisen des Auslands vorhanden ist und hoffentlich noch wachsen wird. Darüber soll sich die Arbeiterklasse der ganzen Welt klar sein: die **Verelendung der deutschen Arbeiterklasse** hat ihre **Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse in den anderen Ländern.**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn es gelingen sollte, die deutsche Arbeiterklasse, eines der wichtigsten Glieder in den Reihen der internationalen Arbeiterklasse, in der Lebenshaltung schwer herabzudrücken, so würde das den Aufstieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt hemmen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Hoffentlich sehen die Arbeiter in der ganzen Welt die hier schlummernden Gefahren. Die Arbeiter wollen überall den Frieden, sie wollen überall den Wiederaufbau, sie wollen die Erholung von den Schäden, die der Krieg der Kraft der Arbeiterklasse zugefügt hat. Ihre Wünsche müssen international im Interesse des Wiederaufbaues der europäischen Volkswirtschaft gebührend berücksichtigt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Von der Förderung der Verständigungswünsche aller Verständigen hängt das Heil der Welt ab, nicht von den Forderungen und Wünschen derer, die mit Sanktionen die Welt regieren wollen, und auch nicht etwa von den Wünschen derer, die geneigt sind, Sanktionen leicht zu nehmen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Trimborn.

(A) **Trimborn,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Namens der Zentrumsfraktion habe ich die folgende Erklärung abzugeben.

Die Verhandlungen in London werden von der Reichsregierung durch den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons geführt. Die Entfernung des Verhandlungsorts macht eine Kenntnis des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen unmöglich. Aus diesem Grunde sieht es die Zentrumsfraktion zurzeit als ausgeschlossen an, vom Reichstag aus auf den Gang der Verhandlungen in ersprießlicher Weise einwirken zu können.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Die Fraktion glaubt vielmehr, die Verantwortung für die Führung der Verhandlungen der Reichsregierung überlassen zu müssen; dies um so mehr, als die Verhandlungsgrundlagen sowie das von uns verfolgte Ziel bekannt sind und als gegebenenfalls die getroffenen Abmachungen der Beschlußfassung des Reichstags unterliegen werden.

Eine **Annahme der Pariser Beschlüsse** ist nach wie vor **völlig ausgeschlossen.** Nach der Auffassung der Zentrumsfraktion gehen die von uns gemachten Vorschläge an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit.

(Sehr wahr! im Zentrum und rechts.)

Es darf nichts unterschrieben werden, was nicht gehalten werden kann.

(Beifall rechts und im Zentrum.)

Die **auf die Mentalität des Auslands abgestimmte Rede des englischen ersten Ministers Lloyd George** fordert in vielen Punkten scharfen Widerspruch heraus.

(Sehr wahr! im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Die geeignete Abwehr muß indessen aus den vorhin angegebenen Gründen dem deutschen Verhandlungsführer überlassen werden.

Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die (B) Verhandlungen einen Ausgang nehmen werden, der gerecht ist und der Versöhnung dient.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hergt.

Hergt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskanzler hat aus dem Umstand, daß die Verhandlungen in London, zu denen unsere Delegation eingeladen worden ist, noch nicht endgültig abgeschlossen sind, die Folgerung gezogen, daß die Regierung sich hier auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken habe, und daß sie alles vermeiden müsse, was etwa zur Verschärfung der Gegensätze beitragen könne. Wir haben volles Verständnis für die schwierige Lage, in der sich die Regierung befindet, und wir begreifen, daß der Herr Reichskanzler, nachdem nun einmal die heutige Verhandlung stattgefunden hat, sich auf eine so kurze Erklärung beschränkte.

Aber wenn er darauf verzichtet hat, die Situation eingehend zu beleuchten, so kann das nicht für uns gelten, sondern im Gegenteil, uns Volksvertretern

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

erwächst nach unserer Auffassung die Pflicht, hier das nachzuholen, was der Natur der Sache nach von der Regierung nicht gesagt werden konnte; und das um so mehr, als wir einer **Rede** gegenüberstehen, die in der raffiniertesten Weise **auf die Mentalität der ganzen Welt und** nicht zum letzten **die Mentalität des Deutschen abgestellt** ist, einer Rede, die nun schon zweimal 24 Stunden in die Länder hinausgegangen ist, ohne Widerspruch zu finden, ohne daß die zahllosen Unrichtigkeiten und falschen Darstellungen auf das richtige Maß zurückgeführt worden sind. Das zu tun ist jetzt unsere Aufgabe, und Sie werden mir erlauben, daß ich nach dieser Richtung hin (C) meine Ausführungen einrichte.

Meine Damen und Herren! Wenn wir davon absehen, daß formell seit dem 2. Februar sich die Lage allerdings insofern geändert hat, als jetzt in London noch nicht abgeschlossene Verhandlungen schweben, so ist doch materiell die Situation heute genau dieselbe wie am 2. Februar. Am Montag soll nur die letzte Konsequenz aus dem gezogen werden, was damals von uns, dem Reichstag und der Regierung, übereinstimmend als richtig anerkannt worden ist; denn in der ganzen Zwischenzeit haben sich weder die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands geändert, noch irgendwelche Umstände, die zur Beurteilung des Versailler Friedensvertrages und unserer Verpflichtungen dienlich sein können.

Meine Damen und Herren! Damals **am 2. Februar** stand der Reichstag in seiner überwältigenden Mehrheit einmütig hinter der Regierung, einmütig in dem „Unannehmbar" zusammen, und ich glaube, das ganze Volk hat diese Einmütigkeit mit Freude begrüßt, eine **Einmütigkeit,** nach der man sich seit Jahren des Zerfleischens und Zerreißens gesehnt hatte.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Um so mehr bedauere ich es, wenn mein zweiter Herr Vorredner vorhin Ausführungen gemacht hat, die diesem großen Ziele, im gegenwärtigen Zeitpunkt der schwersten Sorge und Gefahr die Einigkeit des deutschen Volkes nach außen hin in die Erscheinung treten lassen, direkt ins Gesicht geschlagen haben;

(Zustimmung rechts. — Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

denn anders kann ich die **Ausführungen des Herrn Abgeordneten Müller (Franken)** nicht bewerten.

(Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Müller (Franken) hat hier Vorfälle in die Debatte gezogen (D) und einseitig zu beleuchten gesucht,

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

die mit dem augenblicklichen Thema unserer Verhandlungen nicht das geringste zu tun haben.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Er hat diese Vorgänge dazu benutzt, um die **inneren Streitigkeiten,** die auf Wochen aus der Debatte in der öffentlichen Meinung verschwunden waren, **wieder zu vertiefen** und diese Gegensätze zu verschärfen.

(Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich kann, wie gesagt, nur meinem tiefsten und schmerzlichsten Bedauern darüber Ausdruck geben,

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

daß eine solche Rede von einem Führer einer großen Fraktion gehalten werden konnte,

(sehr wahr! rechts)

und ich möchte doch nicht unterlassen, wenn ich auch auf die Motive und Ziele des Herrn Abgeordneten Müller mit keinem Worte hier eingehen will, das eine festzustellen, daß seine Ausführungen materiell jedenfalls zur **Stärkung der Stellung von Lloyd George** wesentlich beigetragen haben.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Widerspruch und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir waren damals im Reichstag nicht bloß in dem Unannehmbar gegenüber den Pariser Forderungen, sondern auch in einer weiteren Beziehung einig, nämlich darin, daß für das, was wir auf Grund des Versailler Friedensvertrags zu leisten entschlossen waren, unsere **Leistungsfähigkeit als einzige Grundlage** in Betracht kommen konnte, die Leistungsfähigkeit, wie sie durch Verhandlungen mit Sachverständigen

(Hergt, Abgeordneter.)

(A) nach dem zweiten Februar dann noch näher festgestellt werden sollte; denn wir wollten uns der Erfüllung des Versailler Friedensvertrags, nachdem wir ihn nun leider einmal unterschrieben haben, nicht entziehen; unsere Gegenvorschläge sollten sich nur diesem Maße der Leistungsfähigkeit anpassen.

Meine Damen und Herren! Solche **Gegenvorschläge** sind ausgearbeitet worden. Wir sind an ihrer Ausgestaltung unbeteiligt, wir sind nicht ganz mit der Art und Weise einverstanden, wie sie aufgezogen worden sind. Wir hätten gewünscht, daß eine andere Basis dafür gewählt wurde; aber sie werden es begreiflich finden: wenn ich mich heute einer Kritik an diesen Gegenvorschlägen enthalte, kann ich nur eins feststellen, daß nach der Auffassung meiner Parteifreunde diese Gegenvorschläge schon **über das Maß unserer Leistungsfähigkeit** hinausgegangen sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Denn es ist, obwohl ja am Schlusse nach langem Sträuben die Sachverständigen auch mit diesen Gegenvorschlägen sich einverstanden erklärt haben, doch ein ganz außerordentliches **Opfer,** das dem deutschen Volke **für ein volles Menschenalter** zugemutet wird. Man muß nur den Inhalt dieser Gegenvorschläge recht verstehen; man darf sich nicht darauf beschränken, wie das der Feindbund tut, die Zahl **226 Milliarden** gegenüberzustellen der Zahl **50 Milliarden,** die wir als unser Angebot unter Anrechnung der bereits geleisteten Summen gemacht haben. Das sind **zwei völlig unvergleichbare Zahlen,**

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

die eine Zahl eine Zahl, bei der auf Annuitäten für 42 Jahre gerechnet worden ist, und die andere Zahl eine Gegenwartszahl. Rechnet man diese Gegenwartszahl um von dem Gesichtspunkte aus, daß auch wir nicht imstande sind, unser Angebot sofort fertig auf den Tisch zu legen — etwa eine Anleihe von 50 Milliarden abzüglich der

(B) geleisteten Beträge zu bekommen auf die Annuitäten, auf die Zinsen und Tilgungsraten, die auch wir noch im Laufe von 30 Jahren zu leisten haben —, dann ergibt sich eine ganz andere Summe. Sie wissen, daß in der Presse diese Summe wiederholt berechnet worden ist. Es ergeben sich 100 oder noch erheblich über 100 Milliarden. Dann haben Sie einen rechten Eindruck von dem außerordentlichen, ja geradezu ungeheuerlichen Opfer, das mit diesem Gegenvorschlag dem deutschen Volke zugemutet worden ist.

Wir müssen uns einmal freimachen von dem Milliardenwahnsinn, der uns alle heute nur zu sehr beherrscht, und müssen nüchtern solche Zahlen daraufhin untersuchen, was sie für uns und unsere Kinder und Kindeskinder bedeuten.

(Sehr richtig! rechts.)

Wie ist nun, meine Damen und Herren, wenn dieses unser Angebot ein solch außerordentliches, ja ungeheuerliches Opfer bedeutet, dieses Angebot von der anderen Seite aufgenommen worden? Herr **Lloyd George** hat auf dieses **unser Angebot** nur den einen Ausdruck als Antwort, es **spotte dem Versailler Friedensvertrag.** Weil wir als ehrliche Leute nichts versprechen wollten, was über unsere äußerste Leistungsfähigkeit hinausgeht, weil wir diese unsere Leistungsfähigkeit als Maßstab zugrunde legen wollten, was wir nach dem Versailler Friedensvertrag zu tun berechtigt waren, und weil wir entschlossen waren, unserem eigenen Volke direkt ruinöse Lasten für die Zukunft aufzuerlegen, deshalb spotteten wir dem Versailler Friedensvertrag?! Nein, meine Damen und Herren! Wenn das Wort „spotten" hier berechtigt ist, so gilt es nicht für uns; nicht unser Angebot spottet dem Versailler Friedensvertrag, sondern Herr **Lloyd George spottete seiner selbst.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

(C) Wie hat er denn seine Auffassung begründet? Zunächst mit dem **Schuldbekenntnis.** Es ist sehr interessant, sich hier seine Worte vor Augen zu halten. Er sagt:

> Die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrags errichtet worden ist, und, wenn dieses Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.

Nun, meine Damen und Herren, mit diesen letzten Worten Lloyd Georges sind wir voll und ganz einverstanden.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken und bei den Sozialdemokraten.)

Auch wir sind der Meinung, daß der ganze Versailler Friedensvertrag, daß alle diese unerhörten Forderungen nur verständlich sind und der Welt nur plausibel gemacht werden konnten unter dem Gesichtspunkte, daß das deutsche Volk die schwerste Schuld am Weltkriege und an der Art der Führung des Weltkrieges hätte, daß man Kriegsfrevlern gegenüberstehe. Unsere heiligste Pflicht ist es, diese völlige **Verleumdung des deutschen Volkes,** diese absolut unwahre Darstellung wegzuprotestieren und immer wieder wegzuprotestieren.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Denn es ist nicht wahr, daß da **drüben die Unschuldslämmer** sind und **bei uns die Kriegsfrevler;** es ist nicht wahr, daß man drüben überfallen und überrumpelt wurde, und daß wir planmäßig diesen Krieg vorbereitet hätten. Aber wir wissen auch, daß mit dem Moment, wo dieses Anerkenntnis nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, das man uns im Versailler Friedensvertrag abgezwungen hat, die ganze Basis des Feindbundes zusammenfällt.

Und — diese Basis ist bereits hinfällig geworden. Ich kann mich da auf einen Kronzeugen berufen, der vielleicht selbst dem Herrn Lloyd George imponieren wird, nämlich auf ihn selbst; denn dieser selbe Herr **Lloyd George** hat in einer **Rede in Birmingham** zum Aus- (D) druck gebracht:

> Je mehr man die Denkwürdigkeiten liest und die Bücher, welche in den verschiedenen Ländern über die Ereignisse vor dem 1. August 1914 geschrieben worden sind, um so mehr begreift man, daß niemand an leitender Stelle Krieg wollte.
>
> (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)
>
> Es war etwas, in das wir hineingeglitten oder vielmehr hineingetaumelt oder hineingestolpert sind.

Auch Herr **Lloyd George ist hineingeglitten, hineingetaumelt und hineingestolpert,** und dieser Mann ist der letzte, der unter solchen Umständen von uns ein Anerkenntnis der Schuld, ein Schuldbekenntnis verlangen kann. Nein, meine Damen und Herren, wir lassen uns das nicht wieder abpressen. Es ist nichts Neues, wenn jetzt die Regierung selbst durch ihre berufenen Vertreter gegen dieses Schuldanerkenntnis mehr und mehr Stellung genommen hat. Nein, das entspricht dem Empfinden der überwältigenden Mehrheit des ganzen Volkes.

Es ist falsch, um die Worte von Lloyd George zu gebrauchen, daß wir hier mit einer cause jugée zu rechnen hätten. Nein, für uns ist es nie und niemals eine cause jugée.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Als zweiten Punkt hat sich Herr **Lloyd George** einige **historische Erinnerungen an den Frankfurter Frieden** ausgesucht. Man würde im ersten Moment geneigt sein, das eigentlich als direkt lächerlich zu empfinden und sich nicht näher darauf einzulassen. Aber das wollen wir gerade nicht, denn Herr Lloyd George gibt uns hier die Waffe selbst in die Hand. Wir wollen jetzt einmal den **Vergleich zwischen** heute, **dem Versailler Frieden, und dem Frieden** von damals, **vom Jahre 1871,** ziehen. Vergleichen

(Hergt, Abgeordneter.)

(A) Sie einmal mit den uns zugemuteten Milliarden die 5 Milliarden von damals! Sie waren $2^1/_2$ Prozent des gesamten französischen Volksvermögens jener Zeit.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Dem französischen Volke wurde seine vollständige wirtschaftliche Bewegungsfreiheit gelassen, und dieses französische Volk war deshalb, weil wir es geschont haben, in der Lage, bereits nach drei Jahren diese volle Summe zurückzuzahlen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wir, die Deutschen, haben auf die Leistungsfähigkeit des französischen Volkes die gebührende Rücksicht genommen.

Und nun bitte, umgekehrt: Was mutet man uns heute zu? 226 Milliarden Goldmark! Vergleichen Sie das mit unserem Nationalvermögen, das während des Krieges und der Übergangszeit bekanntlich die schwersten Einbußen erlitten hat! Fast das ganze Volksvermögen der Jetztzeit in Deutschland, vielleicht sogar erheblich mehr, stellen diese 226 Milliarden dar. Und wann können wir sie abzahlen? Nun, die Feinde wissen es selbst, daß wir nicht wie damals Frankreich in drei Jahren diese Summe aufbringen können. Sie selbst haben in der Überzeugung, daß es für uns eine unheilvolle Last sein würde, uns 42 Jahre Ratenzahlungen vorgeschlagen. 42 Jahre, meine Damen und Herren, das ist nicht ein Lebensalter, das sind eineinhalb Lebensalter. So lange sollte das deutsche Volk unter diesen Lasten seufzen. Sie sehen, der Vergleich hinkt; der **Vergleich fällt,** wenn er gemacht wird, ausschließlich **zugunsten des deutschen Volkes aus.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Herr Lloyd George, der hier ein solches falsches Bild gegeben hat, hat die befremdliche Äußerung hinzugefügt, er wolle sagen, daß der Feindbund ein freies, zufriedenes und gedeihendes Deutschland als wesentlich für die Zivili-(B)sation ansehe, daß man darum nicht den Wunsch habe, Deutschland zu unterdrücken oder ihm Knechtschaft aufzuerlegen.

Meine Damen und Herren! Ich will auf die Motive **Lloyd Georges** auch hier nicht eingehen; aber das muß ich feststellen, daß diese **Äußerung** in unserem deutschen Vaterlande als der **bitterste Hohn** empfunden werden muß und tatsächlich empfunden worden ist.

(Sehr wahr! rechts.)

Aber es ist mehr, es ist politische Berechnung insofern, als Lloyd George gerade diese Ausführungen auf das Empfinden harmloser Gemüter in Deutschland abgestellt hat. Es gibt leider immer noch Dumme in unserem Vaterlande,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen — lebhafte Unruhe links)

die sich durch derartige Ausführungen in ihrer Auffassung beeinflussen lassen. Ich wiederhole: unsere Aufgabe ist es hier, das aufzudecken, damit derartige Versuche nicht bei unserem deutschen Volk verfangen.

Herr Lloyd George fährt weiter fort, die Einwendungen gegen unsere Vorschläge darauf zu gründen, daß die Entente selbst unter ungeheuren Kriegsschäden leide, die die Entente mit übermäßigen finanziellen Lasten belegt haben, die die Produktionsfähigkeit des Feindbundes, der Länder Frankreich und England, beeinträchtigten. Gewiß, diese Lasten sind groß, sind ungeheuerlich; das geben wir ohne weiteres zu. Aber wir müssen zunächst ein Doppeltes bestreiten. Wir berufen uns erstens auf eine Quelle, die Herr Lloyd George auch wohl anerkennen wird: das ist Herr **Keynes,** der vorhin schon von Herrn Abgeordneten Müller (Franken) zitiert worden ist. In Übereinstimmung mit Herrn Keynes bestreiten wir, daß der **finanzielle Umfang,** den man diesen **Kriegsschäden** drüben hat geben wollen, auch nur im entferntesten berechtigt ist. Weit, (C) weit ins Ungeheuerliche hat man diesen finanziellen Umfang übertrieben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Noch ein zweites. Wir bestreiten, daß diese **Kriegsschäden** etwa ausschließlich oder überwiegend auf unser Konto gesetzt werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Nein, der **Feindbund** hat seinen **reichlich bemessenen Anteil** an diesen Kriegsschäden, und nicht bloß daran, was englische und französische Geschütze von Kirchen und Häusern zerschossen haben. Nein, auch an **mutwilligen Beschädigungen und Zerstörungen** ist der Feindbund schuld. Er soll es nicht immer zu verschweigen suchen. Ich brauche nur auf das bekannte Beispiel der **rumänischen Petroleumindustrie,** die **mutwillig zerstört** worden ist, zu erinnern.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Aber obwohl wir diese Einwendungen erheben können, haben wir niemals gezögert, nachdem wir einmal unterlegen waren, nicht weil wir schuld waren, sondern nachdem wir den Versailler Friedensvertrag unterschrieben hatten, unsere **Bereitwilligkeit zum Ersatz dieser Schäden** zu erklären, soweit es sich überhaupt mit unserer Leistungsfähigkeit vertragen konnte. Und war das nicht natürlich? Ist es nicht in der ganzen Welt bei Schäden ein fundamentaler Grundsatz, daß man zunächst den Schaden **durch Naturalleistung** ersetzt? Der Naturalersatz ist das Gegebene.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Nicht mit Gold konnten wir bezahlen, denn wir haben kein Gold, sondern nur mit den Erzeugnissen unserer Arbeit. Und mit dieser Arbeit selbst konnten wir den Ersatz herstellen und haben uns dazu, wie aller Welt genügend bekannt ist, wiederholt ausdrücklich dem Feindbund gegenüber erboten. Aber was hat Frankreich geantwortet? **Für Frankreich waren alle** diese **Angebote,** (D) bei denen auch die Gewerkschaftsführer mitgewirkt haben, **Luft,** weiter nichts als Luft. Man hat sich auf nichts eingelassen, man hat eben den Wiederaufbau, den natürlichsten Ersatz durch Deutschland nicht gewollt. Wenn Herr Lloyd George mit beweglichen Worten — das ist wieder für Amerika und für harmlose Gemüter bei uns bestimmt — das schreckliche Bild darstellt, was sich heute noch in den Gebieten, wo Zerstörungen vor sich gegangen sind, darböte, dann, meine Damen und Herren, sage ich: **an diesem schrecklichen Bild der Jetztzeit ist Frankreich selbst schuld,** weil es sich eben dem von uns angebotenen Wiederaufbau fortgesetzt und beharrlich verschlossen hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun dürfte in diesem Zusammenhange wohl auch die Frage berechtigt sein: wo sind denn eigentlich die **20 Milliarden Goldmark** geblieben, **die wir bereits zu Zwecken des Wiederaufbaus vorgeleistet haben?** Wo stecken sie denn? Wenn Herr Lloyd George hier dieses erschreckende Bild von den verwüsteten Gebieten malt, wo sind denn die 20 Milliarden in den verwüsteten Gebieten geblieben?

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Ist da nicht die Vermutung naheliegend, daß diese 20 Milliarden zu irgendwelchen anderen Sachen Verwendung gefunden haben, nur nicht zu dem Zwecke, der nach dem Friedensvertrag der richtige Verwendungszweck gewesen wäre?

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir begrüßen es daher, daß die Regierung offenbar die erforderliche Aufklärung über unsere Wiederaufbauangebote und Wiederaufbaupläne nun in allerletzter Stunde in London noch geben will.

Schon vorhin ist man darauf zu sprechen gekommen, wie man einen solchen **Aufbauplan** darstellen sollte. Wenn

(Hergt, Abgeordneter.)

(A) da immer von Strecken die Rede ist, wo soundso viel Dörfer, soundso viel Gebäude zerstört worden sind, dann muß der Wiederaufbau dieser selben Strecke so vor sich gehen, daß auf der einen Seite steht: Kilometer 20 bis Kilometer 21 soundso viel Gehöfte zerstört, soundso viel Brunnen verschüttet, soundso viel Wegstrecken und Eisenbahnstrecken ruiniert. Auf der anderen Seite muß dann stehen: Deutschland ist entschlossen, soundso viel Architekten, soundso viel Techniker, Werkmeister, Arbeiter hinzuschicken und dieses und jenes an Typen und Material zu liefern.

Ein derartiger fix und fertiger Aufbauplan wird endlich einmal der Welt die Augen darüber öffnen, was wir ernsthaft zu tun gesonnen sind, und was beharrlich von der anderen Seite zurückgewiesen worden ist.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Herr Lloyd George beruft sich, um unser Angebot als so unnatürlich niedrig darzustellen, auf die **Menschenverluste**, die **in Frankreich und England** insbesondere eingetreten sind und die dort die Produktionsfähigkeit beeinträchtigt und wiederum eine finanzielle Überbelastung herbeigeführt haben sollen. Gewiß, auch das geben wir zu, daß traurigerweise Menschenverluste in dieser Höhe eingetreten sind, aber warum wird nicht mit gleichem Rechte gemessen? Warum werden nicht dieselben Gesichtspunkte auch für uns, das deutsche Volk, zugrundegelegt? Haben wir denn etwa geringere Menschenverluste im Verhältnis zur Bevölkerung zu beklagen als drüben der Feindbund? Nein, meine Damen und Herren, **unsere Verluste** sind leider hoch und abermals gesagt hoch genug, und auch wir leiden unter diesen Nachteilen, wie sie Herr Lloyd George geschildert hat.

Aber unser Leiden geht weit, weit darüber hinaus, und das vergißt Lloyd George hinzuzufügen. Nicht bloß die Menschenverluste, die Verstümmelungen haben wir zu (B) beklagen, sondern eine **Einbuße an Volksgesundheit und an Volkskraft durch die Hungerblockade,**

(lebhafte Zustimmung rechts — Rufe von der äußersten Linken: Henker! Massenmörder!)

die nicht bloß während des Krieges, sondern weit über den Krieg hinaus uns von dem Feindbund aufgezwungen worden ist,

(Glocke des Präsidenten)

eine Einbuße an Volkskraft, wie sie noch niemals in der ganzen Geschichte einem Volke zugemutet worden ist. Das hätte Herr Lloyd George mit in Berücksichtigung ziehen sollen, dann würde er derartige schiefe Ausführungen nicht gemacht haben.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich muß die Zurufe von der linken Seite „Henker“ und dergleichen als ganz ungehörig rügen. Herr Abgeordneter Remmele, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Aber wahr ist es!)

Hergt, Abgeordneter: Als letzten Beweis für unseren bösen Willen hat Lloyd George die **Besteuerungsverhältnisse** angeführt, indem er einen gegriffenen Maßstab in Goldmark zugrunde gelegt hat und nun berechnet hat, wieviel die einzelnen Produkte **in Deutschland** Lasten tragen **und** umgekehrt **beim Feindbund.** Er hat gesagt, er wäre bereit, auch einen anderen Wertmaßstab in Münze sich von Herrn Dr. Simons sagen zu lassen und auch den zugrunde zu legen. Das ist sehr geschickt; denn es kommt nicht etwa auf diesen Münzmaßstab an,

(sehr richtig! rechts)

sondern es kommt darauf an, daß ein völlig anderer Maßstab bei diesem Vergleiche zugrunde gelegt wird. Dieser Maßstab, den Herr Dr. Simons am Montag hoffentlich Herrn Lloyd George etwas näher auseinander- (C) setzt, ergibt sich aus dem gesamten Volkseinkommen und dem durchschnittlichen Kopfeinkommen in unserem deutschen Vaterlande.

(Zustimmung rechts.)

Mit diesem gesamten **Volkseinkommen** und mit diesem **Kopfeinkommen** müssen die Lasten, die an indirekten Steuern in unserem Vaterlande bestehen, verglichen werden, und dann muß dasselbe Verhältnis für England und Frankreich zur Anwendung gebracht werden. Wenn das geschieht, dann werden Sie sehen, daß wir nicht die weniger belasteten sind, sondern daß **wir erheblich mehr belastet** sind,

(lebhafte Zustimmung rechts)

und zwar schon im heutigen Zeitpunkte. Wie viel mehr aber, wenn nun unsere eigenen Gegenvorschläge zugrunde gelegt und danach diese, wie ich vorhin sagte, außerordentlichen und ungeheuerlichen Lasten für die Zukunft uns aufoktroyiert werden würden, oder gar, wenn die Pariser Abmachungen Annahme fänden, wie das Lloyd George von uns verlangt.

Sie sehen: auch dieser letzte Punkt fällt in sich zusammen, wie überhaupt das ganze Gebäude Lloyd Georges wie ein Kartenhaus zusammenfällt, wenn man es näher auf seine Richtigkeit hin untersucht.

(Sehr richtig! rechts.)

Und angesichts dieser Tatsachen — denn wir berufen uns lediglich auf nackte Tatsachen — hat Lloyd George den Mut, davon zu sprechen, daß unser Angebot einfach herausfordernd sei, daß es nicht einmal wert wäre, eine Grundlage für die Prüfung und Erörterung darzustellen.

(Hört! Hört! rechts.)

Meine Damen und Herren! Er geht sogar noch weit darüber hinaus. Nicht bloß, daß er unser Angebot mit einer Geste beiseite schiebt, er benutzt alle diese irreführenden Tatsachen dazu, um nun seinerseits etwas zu (D) konstruieren, was vorhin ja wieder mit dem Ausdruck **„Sanktionen“** bezeichnet worden ist. Diesen Ausdruck müssen wir uns endlich einmal abgewöhnen.

(Sehr richtig! rechts.)

Denn das ist eine unwürdige Überspannung und Übertreibung unserer Hyperobjektivität des Hineindenkens in die Gedankengänge des Gegners, die nun einmal nicht richtig sind. Es wird hier, um es einfach und drastisch mit dem wahren Namen zu nennen, **Gewalt in das heilige Gewand des Rechts gekleidet.**

(Sehr wahr! rechts.)

Wir lassen uns aber eine solche Bemäntelung nicht gefallen. Wir nennen eine Gewaltandrohung eben Gewaltandrohung, bei ihrem wahren Namen. Wir sprechen ruhig davon, daß es sich bei diesen sogenannten **Sanktionen** um **flagranten Rechtsbruch,**

(lebhafte Zustimmung rechts)

um einen **Bruch des Versailler Friedensvertrages** selber handelt.

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Mit diesem Protest ist natürlich die Sache nicht abgetan. Die Drohungen bestehen, und wir verkennen nicht den Ernst der Situation. Wir verkennen nicht die **Leiden,** die die **Bevölkerung in** den etwa zu besetzenden Gebieten **Ruhrort, Duisburg, Düsseldorf** usw. zu erdulden haben würde. Wir verkennen nicht die geradezu furchtbaren Wirkungen, die die Festsetzung einer Zollgrenze im Gefolge haben würde. Aber welche Aussichten haben wir noch, daß alle diese schweren Folgen vermieden werden? In den Ausführungen von Lloyd George sehen wir keinerlei Zugeständnisse greifbarer Art, die uns irgendwie hoffen lassen könnten, daß es zu einer Verständigung, zu einer annehmbaren Verständigung kommen würde.

(**Hergt,** Abgeordneter.)

(A) Der Herr Reichskanzler hat vorhin in seiner Erklärung davon gesprochen, daß die Verhandlungsmöglichkeiten, soweit sie sich ergeben, selbstverständlich ausgenutzt werden müßten. Aus den andern Ausführungen des Herrn Kanzlers ergibt sich aber, daß alle Verhandlungsmöglichkeiten doch nur in dem Sinne ausgenutzt werden dürfen, daß **unsere Leistungsfähigkeit unter keinen Umständen überschritten** wird,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und ich darf wohl hier feststellen, daß unter dieser Leistungsfähigkeit, entsprechend dem übereinstimmenden Votum des Reichstags vom 2. Februar, gerade **unsere Gegenvorschläge in ihrer Totalität** verstanden werden.

(Zustimmung rechts.)

Wenn man die Erklärung des Herrn Kanzlers so auffaßt, so, wiederhole ich, kann man kaum noch eine Aussicht als vorhanden ansehen, daß in letzter Stunde etwa der Feindbund sich auf den Boden der Leistungsfähigkeit stellen würde, auf dem allein für uns eine Verständigung möglich ist. Sollte es aber Herrn Dr. Simons gelingen, bei seinen Verhandlungen in London auf diesem Boden, dem durch unsere eigenen Gegenvorschläge die Grenzen gezogen sind, durch Aufklärung oder durch Besprechungen und Verhandlungen doch noch eine annehmbare Verständigung herbeizuführen, so würde das nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die gesamte Kulturwelt eine Entlastung von einem schwersten Druck, von schwerer Sorge bedeuten.

Aber leider, leider müssen wir eben, wie die Sache liegt, doch damit rechnen, daß die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß es zu einer solchen Verständigung nicht kommen wird, und wir müssen klar den Folgen ins Auge sehen. Wir müssen uns darüber klar sein, welche neuen Bedrückungen weite Teile unserer Nation ausgesetzt sein werden. Aber, meine Damen und Herren, diese Gefahren, (B) **diese Bedrohungen,** sie **prallen ab von einem starken deutschen Herzen.**

(Lebhafte Zustimmung und Beifall rechts.)

Wir sind der festen Zuversicht, daß nicht nur wir, die wir in diesem Hause verhandeln, sondern draußen auch die Gebiete, um die es sich in erster Linie handelt, die unmittelbar **bedrohten Gebiete,** mit uns derselben Meinung sind. Wir gewinnen diese felsenfeste Zuversicht aus dem, was die Sachverständigen zum Ausdruck gebracht haben, die die Regierung in der allerletzten Zeit nochmals wieder gehört hat. Wir gewinnen diese Zuversicht aus dem opferwilligen Appell, den die bedrohten Landesteile ihrerseits aus eigener Initiative an die Regierung gerichtet haben.

(Sehr richtig! und Bravo! rechts.)

Ich spreche hier namens meiner Freunde die feste Erwartung aus, daß die Regierung sich ihre Haltung in diesen schicksalsschweren Tagen von diesem **mannhaften, echt deutschen Geist** diktieren lassen wird, der aus diesen bedrohten Gebietsteilen gesprochen hat,

(bravo!)

und daß sie unverrückbar an dem festhält, was hier beschlossen war, daß sie in keiner Beziehung, mit keiner Linie von dem abweicht, was wir als die äußersten Grenzen unserer Leistungsfähigkeit anerkannt haben.

Aber **das letzte Wort noch einmal diesen bedrohten Gebieten!** Wenn sie sich jetzt in schwerster Sorge befinden, dann sollen sie wenigstens wissen — und das muß heute auch aus diesen Räumen hinausklingen! — daß wir **in Treue zu ihnen halten,**

(Lebhaftes Bravo)

daß, wenn es zum Äußersten kommen sollte, wir mit ihnen **einig im treudeutschen Herzen** verbunden bleiben

(wiederholter Beifall)

(C) und gemeinsam mit ihnen harren wollen in Geduld auf den Tag, wo es wieder **ein freies deutsches Volk auf freiem deutschen Boden** gibt.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts und auf den Zuhörertribünen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskanzler hat seine kurzen Ausführungen mit einer Verbeugung vor der Idee des Parlamentarismus begonnen. Aber leider ist es bei dieser Verbeugung, dieser Höflichkeitsfloskel, geblieben. Er hat gesagt, es sei durchaus verständlich, daß der deutsche Reichstag in diesen Tagen das Bedürfnis habe, sich zu der brennenden Frage von London zu äußern und über diese Londoner Angelegenheit von autorativer Stelle zu hören. Er hat das Verantwortungsgefühl anerkannt, das im Parlament herrsche und sich durch diese Wünsche zum Ausdruck bringe. Aber, meine Damen und Herren, die Fortsetzung war dann die, daß er selbst diesem dringenden und als berechtigt anerkannten Wunsche des Hauses nur durch eine so gut wie nichtssagende Erklärung Rechnung getragen hat, und daß er dann den mehr oder weniger unverhüllten Wunsch aussprach, auch das Haus möge sich bei seiner Besprechung dieser Frage auf das denkbar geringste Maß beschränken.

Mein Herr Vorredner hat vorhin schon gesagt, daß von seinem Standpunkt aus die Rede, die Lloyd George in London gehalten hat, schon viel zu lange unwidersprochen durch Europa und durch Deutschland gehe. Ja, meine Herren von der deutschnationalen Partei, wenn es Ihnen darum zu tun war, so schnell als möglich auf den englischen Premierminister zu antworten, so hätten Sie gestern Gelegenheit dazu gehabt, als wir Ihnen diese Möglichkeit durch unseren Antrag geboten haben. (D)

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber in diesem Zeitpunkt schien es Ihnen noch nicht so wichtig zu sein, auf Lloyd George zu antworten; Sie mußten zunächst eine Regierungserklärung abwarten, von der sich heute doch gezeigt hat, daß sie eine Basis für eine Auseinandersetzung schlechterdings nicht bietet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Auch wir sind uns der Bedeutung der Situation und des Ernstes der Stunde durchaus bewußt, aber wir sind uns in ebenso hohem Maße des Rechtes und der Pflicht der Volksvertretung bewußt, in diesem Moment das Wort zu ergreifen und, bevor in London eine endgültige Entscheidung fällt, die für die Masse des Volkes von den schwerstwiegenden Folgen begleitet ist, unsere Ansicht über diese Verhandlungen und die Entscheidungsmöglichkeiten zum Ausdruck zu bringen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da beginne ich damit, daß ich noch einmal die Haltung feststelle, die meine Partei und meine Fraktion zu den Pariser Beschlüssen der Alliierten genommen hat. Am **2. Februar,** als hier im Hause über diese Dinge gesprochen wurde, hat mein Parteifreund **Ledebour** unsere Stellungnahme ausführlich mitgeteilt. Er hat zunächst mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht, daß wir, was die **Entwaffnungsforderung der Entente** angeht, allerdings mit beiden Füßen auf dem Boden dieser Forderung stehen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

weil wir sie nicht nur international, sondern weil wir sie auch für Deutschland für durchaus berechtigt und ihre Durchführung für absolut notwendig halten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mein Freund Ledebour hat dann weiter auseinandergesetzt, daß wir die **wirtschaftlichen Forderungen,** die uns

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

in Paris vorgelegt worden sind, für nicht durchführbar erachten,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

nicht durchführbar im Interesse der deutschen Arbeiter und ebensowohl vom Standpunkt **der Arbeiter der ganzen Welt,**

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

dabei allerdings betonend, wie unklug und wie verderblich es sei, wenn wir, wie es die Regierung damals tat, von vornherein erklärten, daß wir die Pariser Forderungen als Grundlage einer Diskussion schlechterdings ablehnten.

Und derselbe Standpunkt, der hier im Hause von unserem Repräsentanten vertreten worden ist, ist auch draußen im Lande eingenommen worden, nicht in Deutschland allein vor den deutschen Arbeitern, sondern kürzlich erst in **Wien** vor einem Forum, in dem die **Arbeitervertreter aus allen europäischen Ländern** gesessen haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erinnere dabei an die ausführlichen Auseinandersetzungen, die in Wien über dieses Thema mein Freund **Dr. Hilferding** gemacht hat. Er hat im wesentlichen dasselbe gesagt, was wir hier im Hause und außerhalb des Hauses in Deutschland ausgesprochen haben, und die Wirkung war die, daß die Vertreter der englischen und französischen Arbeiterschaft restlos den Darlegungen unseres Freundes Dr. Hilferding zugestimmt haben,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß sie restlos von dem Standpunkt abgerückt sind, den die herrschenden Klassen in England und Frankreich gegenüber Deutschland und der deutschen Arbeiterschaft einnehmen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich gestatte mir, mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten, aus einer **Resolution** ein paar Sätze vorzulesen, die von einem **Franzosen** eingebracht wurde, dem französischen **Sozialisten Mistral.** In dieser Resolution ist davon die Rede, daß die Parteien, deren Vertreter dort versammelt waren, als unerläßliche Bedingung der Wiedergutmachung die **Internationalisierung der Kriegsschulden** ansehen

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und die Verpflichtung der vom Krieg weniger heimgesuchten oder von ihm verschont gebliebenen Länder, ihre Hilfsquellen den verarmten und verwüsteten Ländern zum Wiederaufbau ihrer Produktiv- und Konsumkräfte zur Verfügung zu stellen.

Weiter heißt es da:

> Die übermäßigen, ja unerfüllbaren Forderungen des Ententekapitalismus und der Mißbrauch der durch die hervorgerufenen Leidenschaften, den die konterrevolutionäre Bourgeoisie Deutschlands betreibt, drohen die Krise zu verschärfen und neuen blutigen Zusammenstoß heraufzubeschwören. Demzufolge fordert die Konferenz die sozialistischen Parteien auf, Versammlungen und Kundgebungen zu veranstalten gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme, gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Knechtschaft der **deutschen Arbeiter** in demselben Maße verschärfen müssen, als sie **den Arbeitern der anderen Länder eine verhängnisvolle Konkurrenz** schaffen würden,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> gegen den Militarismus und die Wiederkehr eines neuen Blutbads zur Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse, für die allgemeine Revision der Friedensverträge,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen der internationalen Solidarität.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir als eine auf internationalem Boden stehende Partei haben uns in dieser Frage nicht darauf beschränkt, leere Proteste in die Welt hinauszuschicken. Wir haben mit den Vertretern der Arbeiterschaft in den anderen Ländern über diese Frage beraten, und wir sind mit ihnen dazu gekommen, positive Lösungen für die Frage der Wiedergutmachung zu entwerfen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das wird natürlich nicht hindern, daß man uns nach wie vor als eine internationale Partei jedes Anteils an den Rechten und an den Vorzügen des echten und wahren Deutschtums für verlustig erklärt.

Das kann natürlich nicht hindern, daß — ich muß das in diesem Zusammenhang anführen — gerade in den Tagen, wo wir in Wien eine im Interesse der Welt liegende positive Lösung dieser Frage suchten, ein Blatt der Reichshauptstadt, das Organ derer, die nicht alle werden in Berlin, nämlich der **„Berliner Lokalanzeiger“,** es fertig brachte, uns als bestochene **Subjekte, bestochen von der Entente, bestochen von Rußland,** hinzustellen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich kann es mir nicht versagen, einige Sätze aus diesem Artikel hier zum Vortrag zu bringen, der am vorigen Sonntag im „Berliner Lokalanzeiger“ erschienen ist.

(Zuruf rechts.)

— Das ist Ihnen unangenehm, meine Damen und Herren; Sie stehen ja dem „Lokalanzeiger“ sehr nahe. Deshalb gelten die Hiebe, die wir ihm versetzen, auch Ihnen.

> Die von nächster Woche ab

— so heißt es da —

> in London residierende göttliche Gerechtigkeit wartet ja nur auf die Düwell und Däumig, Geyer und Moses, um, auf deren Angabe gestützt, die deutsche Räubernation völlig zu entwaffnen. Für sie

— nämlich für uns Unabhängige und für die Kommunisten, die ja Manns genug sind, sich selbst in dieser Sache zu verteidigen; ich spreche hier für uns —

> Für sie

— ich verlese weiter —

> geht es um weit mehr als um 30 Silberlinge; es geht um die Existenz. Von der letzten Moskauer Geldsumme ist die Hälfte durch Unterschlagung abgeschrieben. Eine über Wiesbaden bezogene französische Subvention hat nicht lange gereicht. Das Millionengeschäft aus gefälschten Stempeln und Einfuhrscheinen ist verpfiffen worden. Kurz, wenn die gesamte deutsche Bürgerkanaille nicht alsbald entwaffnet und damit enteignungsreif wird, kann man sich wirklich nur noch einen Strick kaufen.

Dieser Mann, der das geschrieben hat in einer Zeit, wo meine Partei, wie ich glaube, in Wien nationaler gehandelt hat als irgendeine der Gruppen die die Bezeichnung „national“ in Erbpacht genommen haben,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

dieser Mann hat ja mit diesem Artikel letzten Endes nichts anderes getan, als sich selbst geschändet,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und ich überlasse dieses Machwerk dem Urteil aller anständigen Menschen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Genug, meine Damen und Herren, ich wiederhole noch einmal, daß unser Standpunkt, soweit es sich um die **Undurchführbarkeit der Pariser wirtschaftlichen Forderungen** handelt, sich nicht wesentlich von dem unterscheidet, den die übrigen Parteien einnehmen. Allerdings, mein Freund Dr. Hilferding hat in Wien und auch wir haben

(Dr. Breitscheid, Abgeordneter.)

(A) an anderen Stellen immer wieder den Verdacht abgewehrt, als ob wir uns mit dieser unserer Stellungnahme irgendwie in die berühmte **Einheitsfront** wollten einreihen lassen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir erklären heute, wie wir es immer erklärt haben: wir haben nichts zu tun mit den „Patrioten" im bürgerlichen Lager, die jetzt so laut deklamieren, weil sie durch den Klang ihrer Worte ihre Kriegsvergangenheit in Vergessenheit bringen wollen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben nichts zu tun mit denen, die noch immer nicht erkennen und noch immer nicht zugeben wollen, daß diese **Ausschreitungen des Entente-Imperialismus** nichts anderes sind als ein Abbild der Ausschreitungen, deren sie sich schuldig gemacht hätten, wenn sie selbst Sieger geblieben wären.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben nichts mit allen denen gemeinsam, die handelnd oder duldend den Krieg und die Kriegspolitik unterstützt haben,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wenn bei uns von Solidarität die Rede sein kann, so erstreckt sich diese Solidarität ausschließlich auf die Arbeiterschaft in Deutschland und die Arbeiterschaft der übrigen Länder der Welt, weil wir wissen und weil wir es zum Ausdruck gebracht haben, daß die **Durchführung dieser Beschlüsse von Paris** letzten Endes nicht nur die deutsche Wirtschaft, nicht nur die deutsche Arbeiterschaft an den Rand des Abgrundes bringen würde, sondern daß sie im höchsten Maße auch **für die Existenz der Arbeiterschaft in den anderen Ländern verhängnisvoll** wäre.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich muß bei der Gelegenheit, wo von Solidarität und Einheitsfront die Rede ist, auch noch ausdrücklich, obwohl es ja eigentlich nicht notwendig ist, aussprechen, (B) daß wir nichts zu tun haben und nichts zu tun haben wollen mit denjenigen, die sich jetzt hier hinstellen und in der Polemik gegen Lloyd George behaupten: das deutsche Volk oder — besser gesagt — die deutschen Machthaber von ehedem seien nicht schuldig an dem Weltkrieg. Ja, wenn sie erklären, das deutsche Volk sei nicht schuldig, so gebe ich ihnen bis zu einem gewissen Grade recht, obwohl ich hinzufüge: das deutsche Volk ist mitschuldig, weil es das Unrecht hat geschehen lassen und sich nicht rechtzeitig genug dagegen empört hat. Jeder einzelne von uns ist in dieser Beziehung mitschuldig, aber schuldig in der Hauptsache sind diejenigen, die damals das Heft in der Hand hatten in der Regierung und in den Parteien, die die Regierung unterstützt haben. Auf mich macht es offen gestanden einen sonderbaren Eindruck, wenn hier einer derer, die in dieser Angelegenheit auf die Bank der Angeklagten gehörten, auftritt, um als Richter zu erklären: wir sind unschuldig.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir wissen sehr genau: letzten Endes ist die **Wurzel des Weltkrieges der aufeinanderprallende internationale Kapitalismus und Imperialismus.** Aber diejenigen, die im Sommer des Jahres 1914 die Lunte an das Pulverfaß gelegt haben, saßen in Wien und saßen in Berlin. Diejenigen, die die Lunte an das Pulverfaß gelegt haben, die teils in unverantwortlicher Leichtfertigkeit, teils in ihrem nicht zu überbietenden Größenwahn diesen Krieg heraufbeschworen haben, das waren diejenigen, denen Sie vor 4 bis 5 Jahren zugejauchzt haben und denen Sie heute noch nachtrauern als den Trägern einer verschwundenen Herrlichkeit.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Sehr wahr! rechts.)

— Ihr „Sehr wahr!", Frau Kollegin Behm, ist sehr bezeichnend! —

Meine Damen und Herren! Zu dieser **Frage der** (C) **Einheitsfront** auch sonst noch ein paar kurze Worte. Sie ist ja in diesem Moment doppelt aktuell, nicht nur deswegen, weil immer wieder das Gerede geht, daß man versuche, alle Parteien, mit Ausnahme natürlich von uns — denn uns tut man erfreulicherweise die Ehre nicht an —, in dem großen nationalen Block zu vereinigen, sondern auch deswegen, weil man uns in der letzten Woche hier im Deutschen Reichstag sozusagen zwangsweise zu einer Art von Einheitsfront genötigt und zwangsweise von oben herab eine Art von **Burgfrieden** nach berühmtem Muster von 1914 eingeführt hat. Es ist ja von oben her dafür gesorgt worden, daß nur Themata zur Debatte kamen, die möglichst wenig Anstoß erweckten oder, besser gesagt, daß über Thema nicht gesprochen werden sollte. Zunächst einmal haben wir gestern die Folgen dieser Wiederbelebung des Gedankens des Burgfriedens gesehen. In der Tat, wie sich die Herren von der rechten Seite hier, soll ich sagen „benommen", oder soll ich sagen „aufgeführt" haben, das erinnerte außerordentlich lebhaft an die Zeit, als der Originalburgfriede in Deutschland herrschte. Wie man versuchte, dem Abgeordneten Hoffmann und meinem Freunde Crispien das Wort abzuschneiden, das erinnerte mich lebhaft an die Stunden, wo man sich hier bemühte, während des Krieges den Abgeordneten Liebknecht mundtot zu machen, weil er Ausführungen machte, die den Herren der nationalen Gesinnung nicht gefielen. Aber, meine Damen und Herren, darüber müssen wir uns klar sein: der Burgfriede, den Sie jetzt einführen wollen, kann immer nur als eine Parodie des Burgfriedens vom Jahre 1914 wirken, denn es fehlt doch zu seiner Durchführung sehr viel, es fehlen manche Voraussetzungen, es fehlt vor allen Dingen jener militärische Rückhalt, über den Sie damals verfügten, dessen Sie sich damals erfreuen konnten. Heute wirken die Versuche, jene Zeit wieder heraufzubeschwören, (D) schlechterdings wie eine sehr unerfreuliche und mangelhafte Karikatur.

Mein Vorredner, der Herr Kollege Müller, hat ja bereits darauf hingewiesen, daß zu einer Zeit, wo hier im Reichstage möglichst wenig über anstößige Dinge gesprochen werden sollte, die Herren von der Rechten und ihre Gesinnungsverwandten es für zweckmäßig hielten, jene **provokatorische Demonstration in Flensburg** aufzuführen, der einige Wochen zuvor die Demonstration beim Stapellauf des Dampfers „Hindenburg" in Vegesack voraufgegangen war. Ja, wenn man schon in dieser Situation auf die Engländer oder, besser gesagt, auf die Verhandlungen Rücksicht nehmen wollte, dann hätte man auch soviel Verstand besitzen müssen, daß man nicht ein Schauspiel aufführte, das denen, die uns drüben nicht feindlich gesinnt sind, den unbedingten Beweis erbringen muß: in Deutschland hat sich nichts geändert, in Deutschland herrschen die alten Mächte; und diesen Mächten legen wir Bedingungen auf, wie sie ihnen gebühren.

Noch an etwas anderes möchte ich erinnern, was ja in diesen Wochen durch irgend einen Befehl von oben vielleicht nicht zu verhandeln war, was aber ungewollt doch auch auf die Londoner Verhandlungen gewirkt hat. Sie haben zweifellos alle die **Gerichtsverhandlungen von Breslau gegen die Aulock-Offiziere und -Truppen** gelesen. Was sich da bot, war die übelduftendste Blüte des schlimmsten Militarismus,

(Zuruf von den Deutschnationalen: London!)

es war die schlimmste Soldateska, die an den 30 jährigen Krieg und seine Greuel erinnerte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diesen Eindruck empfing man in London auch, und man sagte sich: das ist das Deutschland, das von sich be-

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) hauptet, es habe aus den Erfahrungen des Krieges gelernt. In dieser sogenannten deutschen Republik konnten im Jahre 1920 militärische Horden die schlimmsten Verbrechen begehen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

angejauchzt von denen, die nationales Empfinden zu besitzen behaupten. Und, meine Damen und Herren, schon deshalb können wir uns nicht wundern, wenn die Stimmung im Ausland uns gegenüber nicht so ist, wie wir es im Interesse des gesamten deutschen Volks und insbesondere der Arbeiterschaft wünschen möchten.

Aber nach dieser Ablehnung jeder Gemeinschaft mit chauvinistischen Elementen erklären wir, daß unsere Meinung über die **Pariser Beschlüsse** als solche sich in der Zwischenzeit nicht geändert hat. Wir halten sie auch heute noch für **undurchführbar.**

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir erklären ihre Durchführung als im Widerspruch mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung in allen Ländern der Welt stehend.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Insoweit sind wir auch **mit den Instruktionen einverstanden, die das Kabinett dem Minister Simons nach London mitgegeben hat**.

Aber diese **Übereinstimmung** ist zunächst nur eine solche **nach der negativen Seite** hin. Nach der positiven Seite hin kann schon deshalb davon keine Rede sein, weil wir ja das positive Programm, das Herrn Simons nach London mitgegeben ist, bis zum heutigen Tag nicht kennen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat von den Grenzen gesprochen, innerhalb deren sich Herr Simons halten solle. Ja, welches sind die Grenzen? Wo fängt es an, wo hört es auf? Ich weiß nicht, ob der Herr Reichskanzler selber über die Grenzen unterrichtet ist, die die Delegation in London sich stecken (B) soll. Ich werde gleich noch näher darauf eingehen und den Beweis versuchen, daß diese Delegation irgendwelche feststehenden Grenzen überhaupt nicht besitzt, daß Grenzen gezogen sind im Wüstensand, die der Wind sehr bald verweht hat. Wir wußten nichts von dem positiven Programm und den Grenzen des Herrn **Simons.** Wir wissen ja nicht einmal, wie dieses **positive Programm** zustande gekommen ist. Es ist vorbereitet worden **ohne Hinzuziehung der Volksvertretung.** In letzter Stunde hat man einzelne Mitglieder einzelner Parteien zusammengerufen, damit ihnen der Minister auseinandersetzte, was er wirklich in London wolle. Wir sind zu dieser Sitzung nicht gegangen, vor allen Dingen deshalb nicht, weil daran die Bedingung verknüpft war, daß wir absolute Geheimhaltung auch gegenüber unseren politischen Freunden üben sollten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber ich glaube, wir haben gar nichts versäumt dadurch, daß wir nicht hingegangen sind. Meiner Überzeugung nach war jene **Sitzung mit den Parteiführern** praktisch bedeutungslos. Dafür haben wir ja keinen besseren Beweis als die Rede, die Herr Dr. Simons in London gehalten hat. Er sagte:

> Die Entscheidung ist erst am Freitag, den 25. Februar, erfolgt. Am Samstag mußten noch die Parteiführer gehört werden. Die Vorschläge konnten daher erst während der Reise im einzelnen formuliert werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Der Wortlaut wurde endgültig erst in vergangener Nacht festgestellt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Daraus ergibt sich doch mit aller Klarheit, daß die hohe Regierung und der hohe Herr Reichskanzler in dem Moment, als er seinen Apostel nach London entsandte, sich nicht darüber im klaren (C) waren, welche Vorschläge Herr Dr. Simons dort machen würde und wie er sie — worauf vor allen Dingen außerordentlich viel ankam — in London formulieren werde. Wir haben die Tatsache vor uns, daß **über eine Lebensfrage des deutschen Volkes im Eisenbahnkupee** von dem einen Minister, zwei Geheimräten und einem General **entschieden** worden ist.

(Zuruf im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Ja, meine Herren, es ist eine Lebensfrage des deutschen Volkes, von allem anderen abgesehen, auch wie die Vorschläge dort in London vorgetragen und wie sie formuliert werden.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Der Außenminister ist doch kein Schuljunge!)

— Ach, Sie haben, Herr Kollege Dr. Becker, eine merkwürdige Auffassung von internationalen Verhandlungen von derartiger Bedeutung.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sie auch!)

Sie sagen, er sei kein Schuljunge; stehen Sie auf dem Standpunkt, daß eine Regierung ihren Vertreter hinausgehen läßt, ohne in einer so wichtigen Frage bis in alle Einzelheiten hinein mit ihm zum wenigsten sein erstes Auftreten und seine erste Rede zu besprechen?

(Zurufe im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist nicht geschehen, und Sie wissen genau so gut, wie ich, daß Dinge, die hier in Berlin verhandelt worden sind, im Eisenbahnkupee und in der Hetze der letzten Nacht vor der Londoner Besprechung wieder bei Seite geschafft worden sind,

(Abgeordneter Dr. Becker (Hessen): formuliert worden sind!)

— formuliert worden sind, jawohl, aber in dieser Formulierung fehlten Tatsachen, die hier in Berlin besprochen worden sind. Ich erinnere nur an das, was der Herr (D) Kollege Müller bereits angedeutet hat, an die Frage des Besserungsscheins, ich erinnere nur daran, daß in London keine Rede davon gewesen ist, als Ersatz für die 12 prozentigen Ausfuhrabgaben etwas zu bieten, das der Entente erklärte, daß Deutschland im Falle der Besserung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse auch mehr zu leisten entschlossen sei; Dinge, die in den Konferenzen in Berlin besprochen worden sind.

Meine Damen und Herren! Wir stehen einfach vor der Tatsache, daß das Kabinett zusammen mit Sachverständigen vier Wochen lang, nämlich vom Ausgang der Pariser Konferenz bis zur Londoner Konferenz, beraten hat, ohne zu einem definitiven Ergebnis zu kommen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß es beraten hat, ohne in der Lage gewesen zu sein, nun seinen Vertreter mit solchen Instruktionen zu versehen, daß er nicht im Eisenbahnkupee und in der Hetze der letzten Nacht noch genötigt war, seine Bedingungen zu formulieren.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei. — Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, in den vier Wochen wäre wohl reichlich Gelegenheit gewesen, sich bis in alle Einzelheiten auch über die Art, wie man psychologisch am besten den Vertretern der Entente gegenübertrete, Klarheit zu verschaffen.

Der Herr **Minister Simons** trägt jetzt — vielleicht ist das sein Wunsch gewesen — **die alleinige staatsrechtliche Verantwortung;** aber die **politische Verantwortung** für die Situation, in die wir dadurch geraten sind, trägt **das gesamte Kabinett.**

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Herren, ich möchte einmal hören, was die bürgerliche Welt sagen würde, wenn eine sozialistische Regierung

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

in dieser Weise versagt hätte, wie die bürgerliche Regierung in diesem Falle versagt hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber jetzt herrscht Schweigen im Walde; denn ein Durchbrechen des Schweigens würde dem Patriotismus nicht entsprechen und würde die Einheitsfront zerstören, nach der Sie in Ihrem Interesse so überaus lebhaft verlangen.

Meine Damen und Herren! Ich sage, das Gesamtkabinett trägt die politische Verantwortung; aber die staatsrechtliche Verantwortung bleibt in der Tat auf dem Minister Simons haften, und ich muß hier offen aussprechen, daß wir genötigt sind, die allerschärfste **Kritik an dem Auftreten des Ministers Simons in London** auszusprechen. Nach alledem habe ich nicht mehr den Eindruck, daß hier ein Mann an der Spitze unserer auswärtigen Geschäfte steht, der der Lage gewachsen ist, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet,

(Rufe bei den Deutschen Demokraten: Oho!)

jener Lage, wo es sich darum handelt, das Vertrauen des Auslands zu gewinnen.

(Zuruf in der Mitte: Da muß Herr Breitscheid Außenminister werden!)

— Diese billigen Witze könnten Sie sich wirklich schenken;

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ich habe meinerseits keine Lust, dieses Amt zu übernehmen,

(Lachen und Zurufe bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum)

selbst wenn Sie es mir anbieten würden, aber als Parlamentarier habe ich das Recht und die Pflicht, einen Minister zu kritisieren, der meiner Überzeugung nach in einer solchen Sache versagt hat.

(Lebhafte Zurufe rechts.)

— Es ist Ihr Minister; Sie verteidigen ihn! Unser Minister ist es nicht.

(Zuruf rechts: In dem Augenblick der Verhandlungen?)

— Auch in dem Augenblick der Verhandlungen, meine Damen und Herren, weil ich versuchen will, diese Verhandlungen noch auf einen anderen Boden zu bringen! —

Herr Minister Simons, so sage ich ausdrücklich, hat sich in ruhigen Zeiten, in normalen Zeitläuften, soweit davon jetzt die Rede sein kann, als ein besonnener Staatsmann erwiesen. Aber er versagt in großen Momenten; er verliert den Kopf und wird nationalistischen Einflüsterungen zugänglich, Einflüsterungen seiner Geheimräte und der sonstigen Umgebung, mit der er verbunden ist.

Ich habe Herrn Minister Dr. Simons einmal im Reichstag gesagt: Sie mögen ein trefflicher Jurist sein; aber was Ihnen fehlt, ist die psychologische Einstellung. Meine Damen und Herren! Sehen wir von allem anderen ab! Sie mögen der großen Geste des Ministers Simons in London Kränze winden! Darin müssen Sie mit mir übereinstimmen, daß seine Rede jedes psychologische Verständnis für die Situation vermissen läßt. Und in der Beziehung hat Lloyd George zweifellos recht, wenn er von einem Mangel an Psychologie spricht.

(Zuruf rechts: Die Anderen haben immer recht!)

Meine Damen und Herren, ich lese noch einmal einen Satz aus der **Rede des Ministers Simons** vor:

> Die deutsche Regierung,

— so sagt er —

> ist nicht in der Lage, die Pariser Beschlüsse in der Form anzunehmen, in der sie übermittelt wurden. Sie wird jedoch Gegenvorschläge machen.
>
> Ich habe zunächst das Bedauern der deutschen Regierung auszusprechen, daß diese Vorschläge nicht früher übermittelt werden konnten. Aber die deutschen Sachverständigen waren so verschiedener Ansicht über Deutschlands Leistungsfähigkeit und über die Art der Leistungen, daß das Kabinett eine Entscheidung treffen mußte.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wollen Sie behaupten, daß derartige Ausführungen in diesem Augenblicke psychologisch gut und verständig wären? Gerade Sie (nach rechts) müßten sich auf den entgegengesetzten Standpunkt stellen und sagen: aus solchen Worten könnte die Entente den Schluß ziehen, es gebe in Deutschland Sachverständige, die meinten, Deutschland sei viel leistungsfähiger, als es in dieser Denkschrift dargestellt ist.

(Zuruf rechts: Es gab viele, denen sie viel zu weit gegangen sind!)

— Aber das hat er in diesem Satz nicht gesagt! Er hat hier einen Satz geprägt, der die Einleitung zu der absolut unpsychologischen Rede im ganzen gewesen ist.

Ich bleibe zunächst bei den Äußerlichkeiten. Sie wissen ganz genau, daß der Minister Briand vor seinen Landsleuten mit großen Zahlen operieren muß. Deshalb sind die 226 Milliarden in die Öffentlichkeit hinausgeschleudert worden. Jetzt wird in Deutschland ja „nachgewiesen" mit Hilfe von allerlei Rechenkunststückchen, das, was wir angeboten hätten, käme den 226 Milliarden, die die Entente forderte, außerordentlich nahe. Der Krieg scheint ja nicht nur alle Moralbegriffe, er scheint auch die Mathematik ein wenig durcheinander gebracht zu haben. Denn die Mathematiker und Finanzsachverständigen streiten sich jetzt darüber, was **unser Angebot im Verhältnis zu der französischen Forderung** tatsächlich bedeutet.

Nun, meine Damen und Herren, nehmen wir einmal an, es sei wahr, was jetzt die Rechenkünstler bei uns sagen: ist es dann nicht eine Unklugheit allerersten Ranges, daß man diesen 226 Milliarden 50 Milliarden entgegenhielt und erklärte, von diesen 50 Milliarden werden außerdem noch 20 Milliarden als geleistet abgezogen? War das eine Einstellung auf die Situation; war das ein Verständnis für das Forum, vor dem man in London stand? Es scheint mir, daß hier selbst die elementarsten Notwendigkeiten diplomatischer Betätigung vernachlässigt worden sind.

Aber wesentlicher ist für mich etwas anderes: nicht dieser Mangel an äußerlicher Psychologie, sondern der Mangel an dem Verständnis dafür, daß man in dieser Situation den Verhandlungsgegnern auf der anderen Seite mit positiveren und weiter ausschauenden Dingen unter die Augen treten mußte, daß man sich nicht auf irgendwelche rechnerische Kalkulationen beschränken durfte, sondern daß man vor allen Dingen die Pflicht hatte, ausführlich einzugehen auf unsere Bereitwilligkeit, bei dem **Wiederaufbau der zerstörten Gebiete** mitzuarbeiten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängige Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir wissen sehr gut, daß ein solcher gemeinsamer Wiederaufbau in der kapitalistischen Welt außerordentlich schwer ist. Wir wissen, daß die Interessen des französischen Unternehmertums und die Interessen der deutschen Kapitalisten hier einander zuwiderlaufen. Wir wissen, daß nur eine sozialistische internationale Ordnung den Wiederaufbau tatsächlich wirksam fördern kann.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber wie die Dinge liegen, mußte wenigstens Frankreich und England, dem englischen und dem französischen Volk klargemacht werden: Deutschland und seine Regierung besitzen ein Verständnis dafür, daß ihnen hier eine Pflicht auferlegt ist, die sie zu erfüllen haben, und ich bedauere es außerordentlich, daß erst Lloyd George kommen muß, um dem deutschen Volk auseinanderzusetzen, wie groß die Verwüstungen und Zerstörungen in Nordfrankreich sind. Es wäre Pflicht der deutschen Regierung gewesen, diese Ziffern schon längst dem deutschen Volk zu unterbreiten, um ihm klarzumachen, um es die Notwendigkeit erkennen

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) zu lassen, hier mitzuarbeiten, hier mitzuwirken, hier ein positives Programm zu entwickeln. Aber diese Regierung und ihre unmittelbaren Vorgängerinnen, sie haben diesem Problem gegenüber ja nichts getan, sie haben sich im ganzen Verhältnis zur Entente stets auf Proteste beschränkt und wieder Proteste, Noten und wieder Noten, aber nicht einmal die Veröffentlichung eines großzügigen Wiederaufbauplanes, nicht einmal die offizielle Anerkennung der Notwendigkeit: dies haben wir verschuldet, diese Zerstörung; diese Schuld haben wir einzulösen

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

im Interesse des Weltfriedens und der Wiederherstellung geordneter Beziehungen.

Meine Damen und Herren! Des weiteren: Wir lehnen die **Ausfuhrabgabe von 12 Prozent** ab, genau wie die Regierung. Nur wäre es zweckmäßig gewesen, daß nun positiv von seiten des Herrn Dr. Simons irgend etwas gesagt worden wäre, wie wir einen Ersatz für diese 12 Prozent bieten wollen und bieten können. Es würde das unserer Überzeugung nach die Stimmung in London außerordentlich gebessert haben. Es wäre wünschenswert gewesen, daß man in irgendeiner Form der Tatsache Rechnung getragen hätte, daß die französische Nation in hohem Maße für den Augenblick geldbedürftig ist. daß man zunächst die Annuitäten in möglichst großem Umfang angeboten und versucht hätte, über die Endsumme schließlich eine Hinausschiebung der Debatte zu erreichen. Alles das ist nicht geschehen, alle Psychologie hat man vermissen lassen. Der Eindruck mußte drüben erweckt werden: wir sollen brüskiert werden. Ob es die Absicht war oder nicht, — der Eindruck — seien Sie objektiv meine Herren! — mußte drüben erweckt werden: Deutschland will es zum Bruch kommen lassen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Leider!)

(B) Und nun sind wir in diese Sackgasse hineingeraten, und nun erklärt der Minister Lloyd George: bis Montag stellt ihr euch entweder auf den Boden des Pariser Programms, oder aber ihr macht gleichwertige Vorschläge. Auf den Boden des Pariser Programms kann sich die Regierung nicht stellen, das geben wir ohne weiteres zu; aber wir sind der Meinung, daß diese Brücke, die von Lloyd George noch einmal geschlagen worden ist, mag sie so unhaltbar sein, wie sie zunächst scheint, unter allen Umständen von der deutschen Regierung betreten werden muß. Wir sind der Meinung, daß keine Gelegenheit, noch zu Verhandlungen zu kommen und irgend etwas zu erreichen, verabsäumt werden darf. Ob das bis Montag möglich ist, ob es mit dem Minister Simons möglich ist, der sich soweit festgelegt hat, ist freilich eine Frage, die ich nicht geneigt bin mit Ja zu beantworten. Aber trotzdem muß der **Versuch** gemacht werden, weil es, selbst wenn es am Montag zum Bruch kommt, mit der Weltgeschichte noch nicht zu Ende ist, weil wir alles zu tun haben, selbst wenn die sogenannten Sanktionen in Kraft treten. **den Weg**, das Tor **zu den Verhandlungen offen zu halten.** Wir sind genötigt, unser ganzes Augenmerk darauf zu richten, irgendwie und irgendwann zu einer Verständigung zu gelangen. Zu einer Verständigung aber gelangen wir nur dann, wenn wir eine Politik jetzt in London und später in Deutschland treiben, die denjenigen Kreisen — das ist vor allen Dingen die Arbeiterschaft drüben —, die in Opposition zu ihrer Bourgeoisie, zu ihren herrschenden Mächten stehen, die Überzeugung beibringt, daß sie nicht dadurch, daß sie gegen die französischen und englischen Imperialisten arbeiten, tatsächlich die Geschäfte der deutschen Imperialisten und Kapitalisten unterstützen.

Ich frage die Herren von der Regierung, und ich frage die Mitglieder der bürgerlichen Parteien: was

(C) haben Sie denn im gegenwärtigen Moment noch für **Möglichkeiten?**

Erstens einmal: Sie können damit rechnen, die Entente zu zersplittern, **England von Frankreich zu trennen.** Ich hoffe, Sie rechnen nicht mehr damit, Sie machen nicht mehr den Fehler, unter dem wir im Kriege und nach dem Kriege soviel gelitten haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die zweite Möglichkeit wäre die, daß Sie an einen **neuen Krieg** denken. Wenn man die Rede des Herrn Hergt hört, der zum Schluß in Abwandlung eines bekannten Wortes „auf den Tag" hingewiesen hat, der kommen werde, so könnte man ja glauben, daß es Leute in Deutschland gibt, die ernsthaft daran dächten, den Friedensvertrag von Versailles mit dem Schwert zu zerstören. Herr Hergt hat ja hier von dem starken deutschen Herzen gesprochen, hat alle die Redensarten wiederholt, die unsere Heldenzeit von 1914 kennzeichnen. Aber, was damals ernst sein konnte, ist heute nichts anderes als eine Parodie.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was damals ernst war, weil, wie ich sagte, dieses Stück sich abspielte auf dem Hintergrunde einer starken militärischen Macht, ist heute eine Schmierenkomödie, gespielt von miserablen Komödianten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ernsthaft können Sie doch nicht an den Krieg denken, ernsthaft sind die, die diese Worte am meisten im Munde führen, auch am wenigsten geneigt, sich vor die Maschinengewehre der Franzosen und Engländer zu stellen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also was bleibt Ihnen? Es bleibt Ihnen nichts anderes, als durch Verhandlungsbereitschaft und durch die gesamte Politik den Versuch zu machen, die Kreise im (D) Ausland, die in Opposition gegen die imperialistische Regierung stehen, in diesem ihrem Widerstand zu stärken, um so mit der Zeit zu jener **Revision der Friedensverträge** zu kommen, von der in Wien gesprochen worden ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erinnere Sie daran, daß beispielsweise auch die **englische Arbeiterpartei** und die englischen Gewerkschaften im Februar einen Beschluß angenommen haben, in dem sie sich mit aller Schärfe gegen die Auslegung der Friedensverträge, wie sie in Paris erfolgt ist, wenden. Ich erinnere daran, daß auf der Wiener Konferenz ein Vertreter der englischen Arbeiterpartei namens Wallhead zum Ausdruck gebracht hat, daß der Frieden diktiert sei vom Raube, von rein kapitalistischen Zwecken, und daß nach seiner Meinung die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse aller Länder sei, diesen Frieden zu bekämpfen und zu zerstören.

Sie werden vielleicht sagen, diese Stimmen im Ausland sind heute noch schwächer, als wir es wünschen. Aber, meine Herren, wenn diese Stimmen nicht den Einfluß besitzen, den wir ihnen gern wünschten, so liegt es daran, daß ihr Einfluß konterkariert wird durch Reden und durch eine Politik, die von den Nationalisten in Deutschland getrieben wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gehen Sie (nach rechts) ab von diesem Wege, so werden Sie sehen, wie auf der anderen Seite die Arbeiterschaft in den anderen Ländern ein größeres Gewicht in die Wagschale werfen kann als bisher. Unserer Überzeugung nach kann eine Revision des Friedensvertrags nur dadurch erfolgen, daß die Arbeiterschaft Englands und Amerikas gegen ihre Bourgeoisie mit allem Nachdruck eintritt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Und warum, meine Herren von der Rechten, wollen Sie diesen Weg nicht gehen, warum suchen Sie ängstlich nach anderen Auswegen, die es für die denkende Vernunft doch überhaupt gar nicht mehr gibt? Nun, weil Sie sich sagen: wenn die Arbeiterschaft bei der Revision des Friedensvertrages durch eine internationale Aktion anfängt, dann wissen wir nicht, wo sie aufhört,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

dann könnten unsere eigenen Klasseninteressen dadurch gefährdet werden. Aber da erinnere ich Sie daran:

Sie behaupten doch immer, die Interessen des deutschen Volkes vertreten zu wollen, nicht die Interessen einer einzelnen Klasse. Also geben Sie diese Interessen preis, wenn das der einzige Weg ist, um für das deutsche Volk einen Frieden zu erringen, der diesen Namen verdient, um uns aus dieser ewigen Unruhe, uns aus dieser ewigen Not, aus dieser ewigen Qual zu erretten! Ich weiß, in dieser Beziehung predigen ich und meine Freunde tauben Ohren. Wenn Sie von der **Einheitsfront des deutschen Volkes** reden, so meinen Sie damit nur, daß die Arbeiter gewonnen werden sollen, um die **kapitalistischen Interessen** verteidigen zu können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir predigen tauben Ohren. Aber auch in dieser ernsten Stunde und in dieser schweren Situation wiederholen wir immer und immer wieder: es gibt keine andere Rettung für uns als den Appell an die proletarischen Klassen und die mit ihnen verbündeten Schichten, die hier und da vorhanden sind, die den Klassenkampf führen wollen gegen die Bourgeoisie in allen Ländern.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gibt keinen dauernden Frieden auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft; die Vorbedingung des Friedens ist der Sozialismus.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stresemann.

Dr. **Stresemann**, Abgeordneter: Meine Herren! Der Herren Vorredner hat scharfe Angriffe gegen das Kabinett und insbesondere gegen den gegenwärtig in London verhandelnden Herrn Außenminister Dr. Simons gerichtet. Er hat zunächst ausgeführt, daß die **Erklärung**, die der Herr **Reichskanzler** heute hier namens des Kabinetts abgegeben hat, eine nichtssagende wäre. Ich glaube, jeder, der **diplomatische Verhandlungen** kennt — und der Herr Vorredner bezog sich ja gerade darauf, daß man doch solche Verhandlungen kennen müsse, um über die Form, in der sie geführt werden, sich ein Urteil zu bilden —, jeder, der solche diplomatischen Verhandlungen kennt, wird ein volles Verständnis dafür haben, daß der Kanzler des Reichs heute nicht eine eingehende Rede über Verhandlungen hier halten kann, die der Herr Außenminister im Namen des Kabinetts am Montag gegenüber den Gegnern zu führen hat.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Im übrigen glaube ich, daß das, was der Herr Vorredner nichtssagend nannte, in Wirklichkeit das A und O der gesamten Stellung Deutschlands gegenüber der Frage der Entschädigung ist. Dieses A und O ist die **Frage der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.** Ich sehe auch nichts psychologisch Angreifbares darin, wenn der Herr Außenminister in seiner Rede darauf hingewiesen hat, daß unter den Sachverständigen Deutschlands Differenzen über diese Grenze der Leistungsfähigkeit bestanden. Ich bitte Sie einmal, sich zu vergegenwärtigen, wie die Situation ist. Wenn Sie jemand auffordern, ein Urteil über das abzugeben, was im Laufe eines Menschenalters ein Volk leisten kann, wie wollen (C) Sie angesichts der gärenden Zeit, in der wir leben, in der überhaupt keine wirtschaftlichen Grundtatsachen feststehen, verlangen, daß ein solches Urteil so abgegeben wird, daß es gewissermaßen eine Garantie in den Ziffern oder in den angebotenen Leistungen gibt, von denen es spricht?

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es zeugt gerade für den Ernst und die Gewissenhaftigkeit derjenigen, die zu einem Urteil aufgerufen worden sind, wenn sie nicht schnell fertig waren mit diesem Urteil.

Von einer ganzen Reihe von Sachverständigen ist — nachdem der Herr Abgeordnete Breitscheid das angeführt hat, darf ich das wohl auch sagen — zum Ausdruck gebracht worden, sie glaubten es kaum vor ihrem Gewissen verantworten zu können, zu sagen, daß Deutschland überhaupt nur in der Lage sei, das zu leisten, was in diesen Gegenvorschlägen zum Ausdruck gekommen ist.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Man kann, glaube ich, auch die **Form**, in **der** die **Verhandlungen** geführt worden sind, doch nicht so abtun, wie Herr Dr. Breitscheid das tut, indem er von der Vorbereitung im Eisenbahncoupé spricht. Herr Dr. Breitscheid hat in seinen ersten Sätzen Wert darauf gelegt, zu verlangen, daß das Parlament bei derartig entscheidenden Situationen nicht ausgeschaltet werde. Wohlan, nach der Darstellung, die er selbst gegeben hat, lagen die Verhältnisse so: erst wurden die Sachverständigen gefragt, dann wurden die Parteiführer gefragt, und nach dieser Befragung erfolgte die endgültige Formulierung. Ich glaube, daß das ein logischer Aufbau ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Erst haben diejenigen das Wort, die auf Grund ihrer Sachkunde in der Lage sind, die Vorschläge der Regierung zu beurteilen; dann kommt die Sache an das Kabinett, dann versichert das Kabinett sich der Zustimmung der Parteien, und dann wird die letzte Feile an (D) die Form gelegt, in der diese Vorschläge übermittelt werden.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

In der modernen Zeit, die nach einem früher oft zitierten Wort im Zeichen des Verkehrs steht, sollte ein moderner Mensch nicht daran Anstoß nehmen, wenn im Salonwagen gearbeitet wird, wenn man auch diese Zeit benutzt, um eine solche Formulierung von Vorschlägen zu finden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Weiterhin möchte ich zu den Ausführungen des Herrn Dr. Breitscheid zwei sachliche Richtigstellungen hinzufügen. Herr Dr. Breitscheid hat es als eine Eigenmächtigkeit bezeichnet, daß der Anteil der Gegner an einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung Deutschlands in den Vorschlägen der deutschen Delegation nicht zum Ausdruck gekommen sei. Ich verweise den Herrn Kollegen Dr. Breitscheid auf die während der heutigen Sitzung verteilten Drucksachen, in denen unter IV die deutschen Gegenvorschläge uns mitgeteilt worden sind. Er wird daraus ersehen können, daß der Grundgedanke einer **Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands** anerkannt wird. Wenn auch zum Ausdruck gebracht wird, daß dieser Gedanke in den Vorschlägen, die überreicht sind, mit inbegriffen sei, so ist es jedenfalls nicht richtig, wenn gesagt wird, daß dieser Gedanke nicht erwähnt worden sei. Er ist hier ausdrücklich in die Debatte geworfen, und er gibt dem Gegner, wenn er daraufhin den Faden weiter spinnen will, durchaus Gelegenheit, auf dieser Grundlage mit unserer Delegation weiter zu verhandeln.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn mir auch im Augenblick der Wortlaut der gesamten Rede des Herrn Außenministers Dr. Simons nicht

(Dr. **Stresemann,** Abgeordneter.)

(A) gegenwärtig ist, so müßte mich meine Erinnerung doch sehr täuschen, wenn der Herr Außenminister nicht ausdrücklich von der Bereitwilligkeit Deutschlands, den Wiederaufbau in Frankreich zu fördern, gesprochen hätte.

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Das habe ich nicht gesagt; ich habe Ausführlichkeit verlangt!)

— Herr Kollege Dr. Breitscheid, wenn Sie sagen, Sie hätten in dieser Frage größere Ausführlichkeit verlangt, und wenn Sie in einer andern Kritik zum Ausdruck gebracht haben, gegenüber der Psychologie des französischen Parlaments wäre es wünschenswert gewesen, daß die Aufstellung der **deutschen Gegenvorschläge** Zins und Zinseszins eingerechnet hätte, um einigermaßen eine Zahl zu ermitteln, die derjenigen angenähert gewesen wäre, die unsere Gegner aufgestellt haben, so gebe ich Ihnen zu, daß man auch so hätte prozedieren können. Aber wollen wir uns doch darüber klar sein: die ernsthaften Staatsmänner, Finanzpolitiker und Wirtschaftler Frankreichs, Englands und Italiens wissen ganz genau, was das deutsche Angebot bedeutet.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Wer immer gefordert hat, daß an Stelle diplomatischer Künste, die oft mit der Diplomatie des Pferdehandels verglichen werden, an Stelle dieser abgebrauchten Taktik eine ehrliche, offene Diplomatie tritt,

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Sehr richtig!)

der kann schließlich nicht daran eine Kritik üben, daß in dieser offenen Weise von seiten der deutschen Delegation vorgegangen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Das, was Sie an Herrn Dr. Simons anerkannt haben, den besonnenen Staatsmann „in normalen Zeiten", wird der Herr Außenminister auch als diejenige Schätzung in Anspruch nehmen können, die ihm von der großen Mehrheit dieses Hauses entgegengebracht wird, wenn er in London (B) namens der deutschen Delegation verhandelt.

(Zustimmung.)

Eine **Kritik,** die in diesem Augenblick und mit diesen unzureichenden Gründen **gegen den Herrn Außenminister** geübt worden ist, darf jedenfalls nicht dazu beitragen, irgendwie im Auslande den Eindruck zu erwecken, als wenn das Vertrauen in die deutsche Delegation und in ihren Führer sich bei uns gemindert hätte.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich habe nur zum Ausdruck gebracht, daß das von Ihnen (zum Abgeordneten Dr. Breitscheid) bekundete Mißtrauen nicht über die Kreise hinausgeht, die Sie fraktionsmäßig vertreten haben.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen gilt auch für die Vertreter der Parteien, die in dieser Situation sprechen, doch einigermaßen derselbe Grundsatz der Zurückhaltung, die sich auch der Herr Reichskanzler bei den schwebenden Verhandlungen in bezug auf Einzelheiten unserer Vorschläge auferlegt hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es würde deshalb auch wohl kaum Veranlassung vorliegen, zu der gegenwärtigen Situation eingehender zu sprechen, wenn nicht der Herr englische erste Minister, Herr **Lloyd George,** in einer in ihrer Art meisterhaften **Rede** auch diese Gelegenheit zu einer **Weltpropaganda** benutzt hätte, die sehr gut auf die Psychologie anderer Völker eingestellt ist und die er sicher auch auf die Psychologie des deutschen Volkes eingestellt zu haben glaubt.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich darf das um so eher betonen, als die französische Presse beispielsweise sich gar nicht zurückhält, auf den Umstand hinzuweisen, daß das erste bedeutsame Weltdokument, das in die Hände Mister Hardings käme, diese (C) Rede von Lloyd George sein würde.

(Aha! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich darf mich zunächst denjenigen Ausführungen zuwenden, mit denen der englische Ministerpräsident an Deutschland appelliert.

Er verlangt eine Änderung der deutschen Sinnesart, und zwar verlangt er sie unter dem Gesichtspunkt der deutschen alleinigen **Verantwortlichkeit für den Weltkrieg.**

(Hört! Hört! rechts.)

An vier Stellen seiner Rede betont er diese deutsche Schuld. Er spricht einmal von den Folgen der Handlungen der kaiserlichen Regierung von 1914, von den Folgen des durch die kaiserlich-deutsche Regierung provozierten Krieges, er spricht von Dr. Simons als dem Vertreter eines Landes, das für den verheerendsten Krieg verantwortlich sei, und er erwähnt schließlich, was der Herr Kollege Hergt bemerkte, daß diese Verantwortlichkeit die grundlegende Basis für das Gebäude des Friedens von Versailles sei.

Es ist interessant, daß der englische Herr Ministerpräsident sich in dieser Auffassung vollkommen mit einem Vertreter der französischen Politik trifft, dem früheren Präsidenten Poincaré. Herr Poincaré hält jetzt Vorlesungen in Paris über die Entstehung des Weltkrieges, und er hat in diesen Vorlesungen an die Spitze seiner ganzen Ausführungen den Satz gestellt: „ihr, ihr Franzosen, müßt immer bedenken, daß der Friede von Versailles seine sittliche Grundlage nicht in dem Ausgang des Krieges, sondern in der Entstehung des Krieges hat!" Wir sehen da dieselben Gedankengänge, die auch zum Appell von Lloyd George an das deutsche Volk führen: „anerkennt doch, daß beinahe die ganze zivilisierte Welt mit uns der Meinung von eurer alleinigen Verantwortlichkeit ist, und zieht daraus die sittliche Folgerung, daß ihr die Pflicht habt, soweit es irgendwie in euren Kräften steht, (D) die ganzen Verwüstungen der Welt wieder gutzumachen, die durch den Krieg hervorgebracht worden sind."

Wenn das jetzt von den Führern des ehemaligen Feindbundes derartig in den Vordergrund einer Weltpropaganda gestellt wird, dann ist es nicht unser Recht, sondern unsere Pflicht, darauf zu antworten.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Da muß auf eins zunächst hingewiesen werden: dem **Vertrag von Versailles** fehlt die sittliche Rechtsgrundlage. Der Vertrag von Versailles ist in seinen großen Grundzügen abgeschlossen gewesen, ehe man in Versailles zusammenkam und verhandelte, abgeschlossen durch den Notenwechsel zwischen der ehemaligen deutschen Regierung und den Vereinigten Staaten als den Vertretern der Alliierten in jenem Telegrammwechsel zwischen Minister Lansing einerseits und der deutschen Regierung anderseits. Die **Waffenstreckung Deutschlands,** die allein der Entente ermöglichte, einen Frieden festzusetzen,

(lebhafte Zustimmung)

erfolgte nicht bedingungslos, sondern sie erfolgte auf Grund heiliger internationaler Abmachungen.

(Stürmische Zustimmung rechts.)

Gewiß waren nicht nur die 14 Punkte Wilsons diese Grundlage, sondern ausdrücklich war verlangt worden, daß über die in diesen 14 Punkten verlangten Forderungen hinaus der Ersatz Deutschlands festzustellen sei für alle Schäden der Zivilbevölkerung durch die Führung des Krieges unter See, durch Luftangriffe und anderes. Auch das hat die deutsche Regierung anerkannt. Niemals aber hat sie eine Verpflichtung anerkannt, die **Pensionen aller Armeen der Kriegführenden** zu übernehmen,

(lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei)

jene „gigantischen Pensionen", von denen Lloyd George in seiner Rede spricht. Ich glaube nicht, daß es irgend-

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) eine deutsche Regierung gegeben hätte, gleichgültig, aus welchen Parteien sie bestünde, die so wahnwitzig gewesen wäre, anzunehmen, daß das deutsche Volk jemals in der Lage sein würde, derartige Ausgaben eines Weltkrieges, in dem ein Viertelhundert Nationen teilgenommen haben, zu tragen. Es ist unmöglich, diese Lasten auf die Schultern eines einzigen Volkes zu legen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

An dieser Betrachtung der Rechtsgrundlage kann die erzwungene Unterzeichnung des Vertrages nach der erfolgten Entwaffnung nichts ändern.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nun hat der englische Ministerpräsident über den Friedensvertrag von Versailles ein großes weltgeschichtliches Exposé gegeben, er hat gewissermaßen von dem geschriebenen und ungeschriebenen Recht der Völker gesprochen, das für seine Auffassung und gegen uns spräche Wenn der englische Ministerpräsident von den **14 Punkten Wilsons**, von denen man doch einst eine neue Entwickelung der Menschheitsgeschichte erwartete, kein Wort in seiner wohlüberlegten Rede gesprochen hat,

(hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei)

so doch wohl aus dem Grunde, weil er sich innerlich selbst bewußt ist, daß die **Endausführung des Friedensvertrages von Versailles** mit dieser Grundlage nicht vereinbar ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, daß deshalb auch der Appell, den er an das deutsche Volk richtet, nicht das Echo finden kann, das er erwartet, und auch nicht dann finden wird, wenn er wiederholt und prononziert von der kaiserlich deutschen Regierung spricht, so wie er vordem glaubte, an das deutsche Volk die Frage stellen zu müssen, ob hinter Dr. Simons das neue Deutschland oder die Männer von 1914 ständen. Er würde vielleicht einen Erfolg für eine solche Gegenüberstellung in Anspruch nehmen können, wenn (B) die Männer des neuen Deutschland, falls ich diese Terminologie akzeptiere, irgendwann erfahren hätten, daß die Gegner das neue Deutschland irgendwie anders zu behandeln geneigt wären, als sie das alte Deutschland behandelt haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Man wird bei seinen Ausführungen doch zu sehr an den Brief erinnert, den an dem historischen Tage des 10. November 1918 nach erfolgtem „Sieg“ Lloyd George an Northcliffe sandte,

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei)

in dem er ihm dafür dankte, daß er durch seine Propaganda den seelischen Zusammenbruch des deutschen und österreichischen Volkes herbeigeführt hat.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Und nun die Frage, die letzten Endes Ursache all dieser Auseinandersetzungen ist, die **Frage der Verantwortlichkeit am Weltkrieg.** Wir machen einen großen Fehler, uns auf ein Terrain drängen zu lassen, bei dem wir nicht auseinanderhalten Ursache der Weltkatastrophe und äußeren Anlaß.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß im Juli 1914 von seiten der österreichischen und deutschen Diplomatie grobe Fehler begangen worden sind, kann niemand leugnen, der objektiv die Geschichte jener Zeit gelesen hat.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß aber die Gesamtpolitik Deutschlands auf den Frieden eingestellt war, kann ebensowenig irgendein objektiver Betrachter der Weltgeschichte leugnen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Und wenn man von Ihrer (zu den Vereinigten Kommunisten) Seite glaubt, darüber lachen zu können, weil es ein Deutscher sagt, dann hören Sie doch vielleicht einmal, wie Männer des neutralen Auslandes darüber (C) gesprochen haben.

Wir haben die **Berichte der Gesandten Belgiens,** die doch nicht verpflichtet waren, unter deutschem Gesichtspunkt Weltereignisse anzusehen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

In einem Bericht vom 14. November 1908 spricht der belgische Gesandte Baron Greindl von den „im tiefsten Grunde friedliebenden Absichten des deutschen Kaisers“.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

In dem Bericht vom 6. Februar 1911 schreibt derselbe Gesandte:

> Die entente cordiale ist nicht aufgebaut auf der positiven Grundlage gemeinsamer Interessen, sondern auf der negativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche Reich.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Baron Guillaume, der belgische Gesandte, betont am 12. Juni 1913, als wir uns mehr und mehr der Weltkatastrophe näherten, daß Frankreich angesichts der Einführung der dreijährigen Dienstzeit entweder resignieren oder Krieg führen müsse; derselbe Gesandte schreibt am 23. Januar 1914 die prophetischen Worte, daß die Politik der Poincaré, Delcassé und Millerand die größte Gefahr wäre, die den Frieden Europas bedrohe.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Ich glaube nicht, daß diese Vertreter des belgischen neutralen Staates irgendwie in dem Verdacht stehen, etwa die bezahlten Agenten des alten kaiserlichen Deutschlands gewesen zu sein.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Lassen Sie mich auf ein weiteres hinweisen. Auch in England selbst bricht sich ja die Anschauung Bahn, daß man nicht mehr festhalten könne an der Legende von der Alleinverantwortung Deutschlands für den Krieg.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.) (D)

Es war ein **englischer Historiker Gooch**, der in der Historical Association in Cambridge erklärte:

> Wenn ich sage, daß es ein absoluter Unsinn ist, zu behaupten, Deutschland habe eine friedliche und nichtsahnende Welt mit Krieg überfallen, so spreche ich nicht als Prodeutscher, sondern als ein Mann, der die Tatsachen studiert.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn solche Sätze heute in der Universität von Cambridge gesprochen werden, dann zeigt das, daß die Wahrheit auf dem Marsch ist und nicht aufzuhalten ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Gerade diejenigen Kreise, die eine ganz enge Verbindung zwischen den großen wirtschaftlichen Tatsachen der Welt und den geschichtlichen Ereignissen annehmen, sollten sich aber vor allem vor Augen führen, daß es gar keinen größeren Unsinn gibt, als einem Deutschland kriegerische Absichten zu unterstellen, dem ja die Möglichkeit einer ungeahnten Entwicklung, wie sie die Welt noch nie gesehen hatte, dann gegeben war, wenn der Frieden erhalten werden konnte.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Möchte man doch einmal nachlesen, was angesichts des fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms II. über die Entwicklung in Deutschland in allen damaligen Aufsätzen gesagt worden ist. Ich will nicht behaupten, daß der materielle Aufstieg eines Volkes irgendwie gleichbedeutend sei mit seinem Aufstieg an sich. Manche geistigen Kräfte haben unter dem Überwuchern des Materialismus gelitten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber daß dieses **Deutschland** in seiner **ungeheuren Entwicklung** vom **Frieden** alles und vom Kriege wenig zu erhoffen hatte und infolgedessen am wenigsten irgend-

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) einen sittlich vernünftigen Grund hatte, nun diesen Friedenszustand mit dem Krieg vertauschen zu wollen, das muß jedermann anerkennen, und niemand kann behaupten, daß eine mit Bewußtsein anders gerichtete Politik in Deutschland getrieben worden wäre.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen.)

Diese großen Grundtatsachen sind das Entscheidende, und nicht die vier Wochen vom 1. bis 31. Juli. Aber selbst wenn man lediglich diese zweite Periode ins Auge faßt, wollen wir denn da vorbeigehen an allen den Erklärungen, die doch mehr und mehr über demokratisch-pazifistische Kreise hinaus bis in die Reihe der äußersten Linken dieses Hauses sich dagegen wenden, daß die Alleinschuld bei Deutschland läge? **Graf Montgelas** ist gewiß eine Persönlichkeit, die man wohl nicht unter die „Nationalisten" einreihen kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich darf auf die sehr interessante Zusammenstellung in seinem **Aufsatz in der „Deutschen Politik"** hinweisen, in dem er über das letzte Stadium vor der allgemeinen Mobilmachung spricht und darauf hinweist, daß in Deutschland der Zustand der drohenden Kriegsgefahr zu allerletzt erklärt worden ist, nachdem Rußland, England, Frankreich und Österreich-Ungarn mit ihrem Beginn der **Kriegsvorbereitungsperiode** ihren Warnungstelegrammen, ihren Befehlen zur Aufstellung des Grenzschutzes und ihren Vorbereitungen, die unserm Zustand der Kriegsgefahr entsprechen, vorangegangen war, und daß dasselbe für die **allgemeine Mobilmachung** gilt, wo Rußland Österreich-Ungarn und Frankreich Deutschland voranging und der England dann folgte, das bekanntlich wenige Tage später in den Krieg eintrat.

Schließlich war es aber **Lloyd George** selbst, der am 22. Dezember 1920 vom Weltkrieg sagte: „it was (B) something in which they glided or rather staggered or stambled". Über diesen Satz, wonach die **Staatsmänner in den Weltkrieg hineingeglitscht** seien, wird Lloyd George nicht hinwegkommen. Er hat zwar einmal gesagt: meine Reden und Bücher sind meine größten Feinde, nnd hat damit vielleicht den Wunsch ausdrücken wollen, nicht auf Ausführungen festgelegt zu werden, die man zu einer gegebenen Zeit macht.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts.)

Aber bei einem Frühstück der Empire's Parliamentary Association, kurz vor der Pariser Konferenz, kann man doch annehmen, daß in einem After-Dinner-Speech der erste Minister nicht lediglich Worte spricht, die der Augenblick eingibt, namentlich wenn er sich auf das Studium von Dokumenten bezieht, sondern da kann man wohl sagen: vielleicht hat sich dort weit mehr seine wirkliche Meinung Ausdruck verschafft als in den offiziellen Reden, die zu halten er als Haupt einer feindlichen Koalition zu halten verpflichtet ist.

(Sehr wahr!)

Ich darf auf eine seltsame Übereinstimmung dieser Rede in Birmingham mit einer **Äußerung** hinweisen, die **Woodrow Wilson**, den doch heute wohl niemand der Deutschfreundlichkeit zeihen will, im Women-City-Club **in Cincinnati am 26. Oktober 1916** tat. Damals war es der Präsident der Vereinigten Staaten, der die Frage stellte: „hat jemand jemals gehört, woraus der gegenwärtige Weltkrieg entstanden ist? Wenn ja, so wünschte ich, er möchte es bekanntgeben; denn, soweit ich sehe, weiß es niemand;

(hört! hört! rechts)

keine einzelne Tatsache hat den Krieg hervorgerufen, sondern alle Dinge im allgemeinen."

(Hört! Hört!)

Sehen Sie hier die Worte in Cincinnati: keine Einzeltatsache, sondern die Dinge im allgemeinen —, sehen Sie (C) dort die Dinge in Birmingham: kein einzelner Staatsmann, sondern die ganze Welt, die ins Schliddern kam — und Sie sehen eine Übereinstimmung der Gedanken, die letzten Endes die Grundlage künftiger historischer Betrachtung in höherem Maße sein wird als die Rede, die Lloyd George jetzt in London geglaubt hat halten zu müssen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn es mir gestattet ist, nach den Äußerungen von Staatsmännern ehemals feindlicher Staaten auch einen Deutschen zu zitieren, und zwar einen, der nicht mit „nationalistischer" Vergangenheit „belastet" ist, so darf ich auf die Worte hinweisen, die **Kautsky** in seiner letzten **Auseinandersetzung über „Wilhelm II. und Debrück"** gesagt hat, und die im Wortlaut heißen:

> Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar.
>
> (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)
>
> Deutschland hat auf den **Weltkrieg** nicht planmäßig hingearbeitet, es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht.

(Abgeordneter Bernstein: Er hat noch anderes gesagt!)

— Herr Kollege Bernstein, ich habe seine Auffassung sehr gut gelesen. Er spricht davon, daß die deutsche Regierung gegenüber dem deutschen Volke verantwortlich gewesen wäre wegen ihres Regierungssystems, er lehnt aber ab — und darum handelt es sich hier —, daß sie gegenüber den Feinden oder gegenüber der Welt verantwortlich wäre, daß sie die alleinige Verantwortung aller Welt gegenüber trüge. Wörtlich sagt er weiter: „Ich werde zum Verteidiger der deutschen Regierung der Entente gegenüber, die sie als großen Verbrecher behandeln will.

(Zuruf.) (D)

— Ich bin gern bereit, Herr Kollege Bernstein, mich mit Ihnen an Hand der Gesamtausführungen Kautskys weiter darüber zu unterhalten. Sie werden mir zugeben, daß ich diese Stelle im Wortlaut zitiert habe. Ich meine, sie können gar nicht anders aufgefaßt werden, als es dieser Wortlaut sagt.

(Sehr richtig! rechts.)

Weiter darf ich darauf hinweisen, daß es doch eigenartig ist, wenn der **englische** Herr **Ministerpräsident** das **Jahr 1871** mit dem **Jahr 1919** vergleicht. Ich glaube, wir können diesen **Vergleich** ruhig hinnehmen. Zunächst einmal scheint mir aus der Rede von Lloyd George auch die Auffassung hervorzugehen, daß er Frankreich damals als im Unrecht befindlich ansieht.

(Sehr wahr! rechts.)

Das würde mit dem Urteil übereinstimmen, daß die „Times" ausgesprochen hat, als sie nach dem letzten großen militärischen Ereignis vor der Annexion von Elsaß-Lothringen die Auseinandersetzung von 1871 in den Satz brachte:

> Das große Ereignis der Gegenwart ist, daß das edle, friedliebende, aufgeklärte und ernste deutsche Volk sich eint, daß Deutschland die Vormacht des Festlands wird an Stelle des leichtfertigen, ehrgeizigen, streitsüchtigen und allzu empfindlichen Frankreich.
>
> (Hört! Hört! rechts.)
>
> Jeder muß wünschen, daß es so werde.
>
> (Erneute lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Das war eine englische Stimme aus der damaligen Zeit, die ich Herrn Lloyd George zur Beachtung empfehle, wenn er über den Krieg von 1871 mitspricht.

Aber ich darf doch weiter vor allem auf eines hinweisen. Wie ganz anders wirkt bei diesem Frieden auf

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) die äußerliche Form der Verhandlungen die ganze kavaliermäßige Art der gegenseitigen Achtung der Nationen, in der damals ein Bismarck deutsche Politik führte, gegenüber der auf Nichtachtung, Demütigung und Herabwürdigung gerichteten Art, in der man Deutschland heute behandelt.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Damals blieb Frankreich vollkommen eine selbständige große Macht. Die deutsche Besetzung wurde bald zurückgezogen. Deutschland sorgte für die Ernährung von Paris vom ersten Tage ab, wo die ausgehungerte Hauptstadt sich ergeben mußte. Das französische Staatseigentum in Elsaß-Lothringen ist von uns nicht geraubt, sondern den Franzosen auf Heller und Pfennig bezahlt worden.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

So, meine ich, war wohl das richtig, was der der Psychologie angeblich unkundige Außenminister Dr. Simons schon in Spa Herrn Lloyd George erwiderte, als dieser ihm sagte: „Nehmen Sie sich ein Beispiel an jenem Frankreich, das auch nach der Niederlage von 71 die Kraft hatte, die Kommune niederzuwerfen", und Dr. Simons ihm darauf antwortete: „Ich zweifle keinen Augenblick, daß die deutsche Regierung dieselbe Autorität haben würde, wenn die Sieger von heute uns diejenige Freiheit und Selbständigkeit lassen würden, die das siegreiche Deutschland damals dem besiegten Frankreich gelassen hat."

(Sehr gut! rechts.)

Nun wolle man doch auch nicht Unmögliches vergleichen, einen Krieg zwischen zwei Ländern, dessen Aktionen kaum ein Jahr umfaßten, und einen Weltkrieg von der Bedeutung, wie ihn die Welt nie gesehen hat! Wenn mit irgend etwas, so ist er nur mit der napoleonischen Epoche vergleichbar, und wenn man deshalb Friedensschlüsse vergleicht, könnte man höchstens den Wiener Kongreß mit dem Frieden von Versailles vergleichen. Auch da möchte ich den Siegern von heute empfehlen, diejenigen (B) Formen anzuwenden, in der die damals mit Preußen, der deutschen Vormacht, koalierten Mächte die einfache Unmöglichkeit erkannten, daß ein einzelnes Land den Schaden eines europäischen Krieges bezahlen könne.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Damals hat Frankreich sein Wiederaufblühen im neunzehnten Jahrhundert dieser großen Einsicht der Verbündeten zu danken gehabt, einer Einsicht, die ich denen wünsche, die übersehen, daß die Welt und die Weltwirtschaft ein Ganzes ist und daß Deutschlands Untergang letzten Endes ihr eigenes Verderben mit sein wird.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben deshalb keine Veranlassung, uns irgendeinem unparteiischen Weltschiedsgericht nicht zu unterwerfen, das entscheiden würde über **Schuld** und Unschuld **an diesem Kriege.** Gibt es eine Schuld an einer solchen Weltkatastrophe, so liegt sie zunächst, wenn man die Ursache in Betracht zieht, niemals an Persönlichkeiten. Dazu war die Katastrophe zu groß, dazu waren die Ereignisse zu gewaltig. Und gerade Sozialisten sollten von ihrer materialistischen Geschichtsauffassung aus nicht zu der Überzeugung kommen, daß die größten Welttatsachen sich nicht auf materialistischen Ursachen, sondern auf Verfehlungen einzelner aufbauen können.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Soweit aber Persönlichkeiten in Betracht kommen, glaube ich, daß die vielfach fehlbaren **Staatsmänner Deutschlands** in bezug auf ihren Willen, den Frieden zu erhalten, den **Vergleich mit Iswolski und anderen** jederzeit bestehen werden,

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei)

wenn sie auch nicht die Geschicklichkeit besaßen, den äußeren Schein derartig zu wahren, wie man es dort zu jeder Zeit verstanden hat.

(Sehr gut! rechts.)

Es wäre fair play, wenn ein Weltschiedsgericht spräche. (C) Jedes einseitige Schuldurteil und Schuldanerkenntnis müssen wir ablehnen.

Meine Damen und Herren! Ich bedaure immer wieder, daß gegenüber dieser allmählichen Durchsetzung der Welt mit wirklichen Grundtatsachen, die doch letzten Endes uns zugute kommen, weil sie das Grundgebäude eines unerträglichen Friedens erschüttern, Hindernisse bereitet werden durch Anklagen aus dem eigenen Lager;

(lebhafte Zustimmung rechts)

es sei doch Versailles nichts anderes als der Frieden, den Deutsche gemacht hätten, wenn sie siegreich gewesen wären. Ich darf hinweisen auf das Urteil eines Mannes, der, soweit die Begriffe rechts und links politische Anschauungen widerspiegeln, so weit links steht, daß er hier ziemlich dicht an der Wand sitzen würde, das ist Lenin. Er hat erklärt, es sei geradezu lächerlich, den **Frieden von Brest-Litowks** mit diesem **Werk von Versailles** in eine **Parallele** zu stellen.

(Hört! Hört! rechts.)

Wenn von dort dieser Vergleich zurückgewiesen wird, dann erübrigt es sich vielleicht, hier überhaupt darauf einzugehen. Wir, die wir damals die Einzelheiten, namentlich auch die wirtschaftlichen Bedingungen hier erörterten, die wir die Rede des damaligen Dr. Simons im Ausschuß hörten, der ausdrücklich jede Kriegsentschädigung ablehnte, wir, die wir wissen, wie die wirtschaftliche Gleichberechtigung in diesem Frieden gewahrt wurde, — uns muß es seltsam berühren, wenn derartige Urteile hier gefällt werden.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Schließlich wird die Wahrheit Sieger sein. Sie wird nicht dem Lloyd George vom 2. März dieses Jahres, sondern dem englischen Ministerpräsidenten vom 22. Dezember 1920 Gerechtigkeit widerfahren lassen, als er sich damals das Geständnis abrang, daß die größte Welttatsache der letzten Zeit nicht die Schuld eines einzelnen Volks, eines einzelnen (D) Staatsmanns oder einer einzelnen Regierung gewesen wäre, und ich hoffe, daß Lloyd George sich zu dieser großen Tatsache und Auffassung zurückfinden und zu gegebener Zeit uns und seinen Verbündeten gegenüber die Folgerung daraus ziehen wird.

Damit verlasse ich dieses Gebiet und wende mich mit wenigen Ausführungen zu den wirtschaftlichen Fragen. Vorher geben mir einige Ausführungen des Herrn Kollegen Müller noch Veranlassung, einiges zu sprechen. Herr Kollege Müller, Sie haben den **Stapellauf in Flensburg** in die Debatte gezogen. Als Sie das sagten, standen Sie mir geistig in anderer Form vor Augen, nämlich wie Sie an jenem Tage sich zur Geschäftsordnung meldeten und sich mit Recht dagegen wandten, daß eine Tatsache wie der Generalstreik in Stettin in eine so großzügige weltpolitische Debatte hineingezogen würde. Ich glaube wirklich nicht, daß diese einzelne Tatsache heute von irgendwie entscheidender Bedeutung sei.

(Abgeordneter Müller [Franken]: Ein Stimmungsfaktor!)

Meinen Sie damit, daß England zürne, weil aus dem Namen Tirpitz das „alte Deutschland" spricht? Darf ich noch einmal die Frage von vorhin stellen: Welches Entgegenkommen hat denn die Entente bisher auch gegenüber der deutschen Regierung praktisch durchgeführt, in der die Sozialdemokratie ganz überragenden Einfluß hatte?

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dabei wird immer eins vergessen. England ist das alte England geblieben, und dieses alte England wird vielleicht durch jenen Lord Fisher charakterisiert, der erklärte, daß er Tirpitz in seiner Politik vollkommen zustimme, und so ist auch die psychologische Einstellung ganz falsch, die annimmt, daß die Londoner Verhandlungen dadurch gestört würden, daß der für die Erinnerungen an große Zeiten und an Vorkämpfer einer Idee in seinem Gemüte

(Dr. Stresemann, Abgeordneter.)

(A) empfängliche Engländer an der Tatsache dieses Flensburger Stapellaufs irgendwie Anstoß nehmen könnte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber ich wende mich damit kurz zu einer Betrachtung, von der mir scheint, daß sie mehr in den Mittelpunkt der weltpolitischen Erörterungen gestellt werden müßte: die **Gegenüberstellung der Wirtschaftskraft der Entente und Deutschlands.** Beinahe sollte man meinen, wenn man die Reden von Briand liest, hier stände ein blühendes Deutschland und dort wären mindestens stagnierende Siegerstaaten. Gewiß, ich habe ein volles Verständnis dafür, daß die verwüsteten Provinzen in Frankreich Betrachtungen nahelegen, ob nicht Deutschland die Möglichkeit besitzt, weil ihm seine große Wirtschaftskraft geblieben sei, sich eher zu erholen, als das Frankreich möglich wäre; und daß sich Frankreich finanziell und wirtschaftlich in einer beinahe trostlosen Lage befindet, ist eine Tatsache, von der wir auch nichts wegstreichen sollten und die wir auch in Rechnung stellen müssen, wenn wir Reden französischer Staatsmänner verstehen wollen. Aber mit Recht ist von Rednern verschiedener Parteien die Frage aufgeworfen worden: wenn alles für euch von dem **Wiederaufbau Nordfrankreichs** abhängt, warum lehnt ihr die Hilfe ab, die euch von uns angeboten worden ist?

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Man kann nicht gleichzeitig die Welt mit Klagen erschüttern über verwüstete Dörfer und deutsche Hilfe ablehnen, diese verwüsteten Dörfer aufzubauen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß Deutschland auf diesem Gebiete eine Organisationskraft und Leistungsfähigkeit besitzt, die vielleicht diejenige anderer Länder übersteigt, hat ja das Beispiel Ostpreußens gezeigt.

Im übrigen ist das Bild des blühenden Deutschlands ein Trugbild. Auf den Trümmern des Niederganges des (B) geistigen und wirtschaftlichen Mittelstandes hat sich heute eine Schicht erhoben, die vielleicht infolge Überspannung des Prinzips der direkten Steuern das Sparen verlernt hat und die außerdem in der Art ihres Gehabens und Sichgebens allerdings das traurigste Beispiel für den Mangel an nationaler Würde bietet.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber man soll doch nicht gegenüber dem, was sich an wirklicher Situation in **Deutschland** bietet, diese **Großstadterscheinungen** etwa als das Bild des wirklichen Deutschlands ansehen, und man sollte auch Verständnis dafür haben, daß erhitzten Perioden der Exporthausse die mangelnde Kaufkraft im Innern gegenübersteht.

Es war der große Irrtum der Pariser Beschlüsse, daß man Deutschland überhaupt als Objekt der Gesetzgebung der Entente behandeln zu können glaubte. Die Weltwirtschaft ist ein Ganzes und wird ewig ein Ganzes bleiben. Wer da glaubt, daß man große Quadersteine aus dieser Weltwirtschaft herausnehmen kann, ohne daß das ganze Gebäude ins Sinken gerät, der irrt sich.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Heute stehen wir nicht bloß vor der Tatsache, daß das Deutsche Reich kaufarm geworden ist, heute stehen wir vor der Tatsache eines verelendeten Deutschösterreichs, vor der Tatsache eines bis zum Chaos heruntergewirtschafteten Rußlands. Mögen die Staaten der großen Rohstoffländer sich klar darüber sein, was dieses **Fehlen einer europäischen Kaufkraft** für Krisen im Gefolge hat für ihre eigene Volkswirtschaft, ihr eigenes Land und ihr eigenes Volk. Und wenn man etwa der niedergebrochenen Kaufkraft dieser Staaten neu geschaffene Staaten gegenübersetzen wollte, so glaube ich nicht, daß das Polen der Gegenwart ein Gegenwert sein wird für das Deutschland der Vergangenheit,

(lebhafte Zustimmung)

(C) das einstmals mit seiner Kaufkraft der Welt gegenüberstand. Ausgetauscht werden in der Welt, solange es Handel gibt, Rohstoffe gegen verarbeitete Ware. Wenn man uns nicht in die Lage setzt, die alte Stellung als Verkäuferland wieder einnehmen zu können, dann sind wir auch kein Kaufland mehr, und das wird der Baumwollfabrikant in den Vereinigten Staaten, das werden die Banken dort, die mit allen denjenigen großen Unternehmungen, die uns einst die Rohstoffe lieferten, in Verbindung stehen, genau so merken wie wir. Und wenn wir den Wahnsinn weitertreiben, hier uns künstlich verkümmern zu lassen, so werden wir vor der törichten Tatsache stehen, daß, weil 300 Millionen Menschen nichts kaufen können, andere 300 Millionen Menschen nichts verkaufen können und daß dies das Ende, das Chaos und der Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft ist.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn diejenigen recht haben — es gibt deren viele im Auslande —, die da glauben, daß kaum ein anderes Land so schnell wieder erstehen würde wie Deutschland — es ist ja seltsam, wie im Auslande beinahe eine Art Wunder in diesem Deutschland gesehen wird, wie an seine Kraft geglaubt wird —, wenn sie das glauben, wohlan, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß an einer solchen **Entwicklung Deutschlands** auch der Gegner interessiert werden soll. Aber darüber sei man sich klar; nur im Zusammenhang mit dieser Weiterentwicklung ist Frankreichs Zukunft möglich, nur im Zusammenhang mit unserer eigenen Entwicklung kann sich eine gesunde **Weltwirtschaft** wieder entwickeln. An dieser Grundtatsache können keine Beschlüsse auf die Dauer etwas ändern, mögen sie in Paris, London oder anderwärts jetzt oder später gegen uns gefaßt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Deshalb bedauere ich, daß man als Antwort auf (D) Vorschläge, die soweit gehen, daß kein Vergleich in der Geschichte ein ähnliches Leistungsangebot aufweist, nur die eine Antwort hat, Strafmaßnahmen uns anzudrohen. Weder das Völkerrecht noch der Friedensvertrag berechtigen zu einer **weiteren Besetzung deutschen Gebietes.**

(Sehr richtig! rechts.)

Ich hoffe, daß das, wenn die Besetzung Tatsache werden sollte, auch von uns ausgesprochen werde. Wir dürfen es nicht als selbstverständlich hinnehmen, daß man über deutsches Gebiet verfügt, als wäre es herrenloses Gut und in seiner Gesamtheit nur Pfandobjekt für irgendwelche feindliche Willkür.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich darf das Eine hier aussprechen. Wir wissen, wie die Deutschen im besetzten Gebiete bisher gelitten haben und weiter leiden werden durch die 5 bis 15 Jahre hindurch; wir empfinden es mit um so dankbarerem Herzen, daß gerade diese schweren Tage, in denen wir stehen, die schönsten Treugelöbnisse und den heißesten Appell zum Festhalten aus dem besetzten Gebiet uns gebracht haben.

(Bravo! rechts.)

Daß gerade die Städte, denen als wirtschaftliche Lebensadern das Schicksal bevorsteht, in Zukunft unter fremdem Joch zu stehen mit all dem, was eine Besetzung bedeutet, in diesen Stunden ihres deutschen Vaterlandes gedenken, das sei ihnen gedankt. Das wird, glaube ich, psychologisch mehr auf die Gegner wirken als alles Liebeswerben, von dem andere glauben, sich moralische Eroberungen versprechen zu können.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Und so meine ich: Wir wollen in Ruhe die Entscheidung von London abwarten, wollen dankbar sein, wenn es der Geschicklichkeit unserer Unterhändler gelingt, uns davor zu bewahren, daß wir noch länger in diesem Zustand der Erregung der Welt bleiben, wenn die Mög-

(Dr. **Stresemann**, Abgeordneter.)

(A) lichkeit geboten wird, unter Ausnutzung aller Verhandlungsmöglichkeiten innerhalb der von der Reichsregierung gezogenen Grenzen zu einer Verständigung zu kommen. Gelingt das nicht, dann wird auch der Spruch von Paris und London nicht das Ende der Entwicklung sein.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Tag der Verständigung wird kommen, weil er kommen muß.

Wenn vorhin Herr Dr. Breitscheid daran Anstoß nahm, daß von dem Kollegen Hergt von einem Tag gesprochen wurde, an dem es wieder ein freies Deutschland gäbe, so glaube ich nicht, daß er recht hat, wenn er annimmt, damit sei irgendwie der Tag eines Revanchekrieges und seiner Beendigung gemeint.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

So töricht ist kein Mensch, daß er daran zu denken vermöchte. Aber ein Sehnen geht durch uns alle, daß wir den Tag erleben möchten, wo wir durch Vernunft und Verständigung wieder auf freiem Grund mit einem freien Volke stehen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir sehen in Ruhe der Entscheidung von London entgegen, wie ich überzeugt bin, daß wir in der großen sittlichen Frage der Schuld am Kriege mit Ruhe dem dereinstigen Spruch des Weltgerichts entgegensehen können.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Fehrenbach, Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Breitscheid hat lebhafte **Angriffe** gegen unseren Kollegen, den Herrn **Außenminister Simons,** speziell auch wegen der Art seiner Verhandlungen in London, gerichtet. Der Herr Abgeordnete Stresemann hat vom Standpunkt des Parlamentariers (B) aus diese Angriffe bereits zurückgewiesen. Ich danke ihm dafür.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum. — Lachen auf der äußersten Linken.)

— Ich denke, die Dankbarkeit ist kein übermäßiges Laster.

(Sehr gut!)

Ich erachte mich aber doch für verpflichtet, auch namens der Regierung die Erklärung abzugeben, daß die Angriffe, die gegen unseren Kollegen gerichtet worden sind, die Mitglieder des Kabinetts in dem unbedingten Vertrauen gegenüber ihrem Kollegen, dem Herrn Außenminister, in keiner Weise zu erschüttern vermochten.

(Erneuter Beifall.)

Wir haben ihn in unserer gemeinsamen Tätigkeit als einen so gewissenhaften, überlegten, ruhig abwägenden Mann kennen gelernt, daß wir der Überzeugung waren, in keine besseren Hände die Verhandlungen in London legen zu können als in die seinigen.

Aber eine Frage möchte ich doch aufwerfen: Was hat das für einen Zweck und für einen Sinn, im gegenwärtigen Moment

(sehr richtig! im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei)

in dem Umfange Angriffe gegen den Außenminister und speziell gegen die Art seiner Verhandlung zu richten?

(Sehr wahr! — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist unsere Sache! — Widerspruch von den Deutschen Demokraten.)

Es gibt vielleicht kaum einen Staatsmann, dem eine schwierigere, ernstere, verantwortungsvollere Aufgabe auferlegt ist, als zurzeit auf unserem Außenminister lastet.

(Sehr wahr! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Da wäre ich der Meinung gewesen, namentlich doch auch von dem Standpunkt aus, den der Herr Abgeordnete Breitscheid gegenüber dem Pariser Diktat einnimmt, daß (C) er auch von diesem Standpunkt aus kein Interesse daran gehabt hätte, die Verhandlungsfähigkeit unseres Außenministers in London abzuschwächen, anstatt zu fördern.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hat er selbst getan!)

— Bitte sehr! — Welche Gründe ihn zu der Art seines Verhandelns bestimmt haben, das übersehen wir nicht. Es ist ja weiter verhandelt worden, und ich nehme an, der Herr Abgeordnete Breitscheid hofft auch, daß weiterverhandelt wird. Er speziell erhofft auch ein Resultat von den weiteren Verhandlungen. Gerade alle diejenigen — das sind doch auch speziell die Arbeiterkreise —, die noch ein Resultat von den weiteren Verhandlungen erhoffen, hätten doch allen Anlaß, die Verhandlungsart

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Daß in anderer Weise verhandelt wird! — Erregte Rufe: Ruhe!)

— hätten keinen Anlaß, die Verhandlungsart des Herrn Außenministers in einer Art zum Gegenstande kritischer Beleuchtung zu machen, die ich nur als schädlich ansehen kann.

(Sehr wahr! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Abgeordnete Breitscheid hat dann auch daran gezweifelt, ob die Regierung, speziell auch der Kanzler, bei der Abreise des Herrn Außenministers Kenntnis von den Richtlinien gehabt habe, nach denen der Herr Außenminister in London zu verhandeln hatte. Ich nehme an, daß, nachdem in der Zwischenzeit die Druckschrift verteilt worden ist, der Herr Abgeordnete Breitscheid auch selber nicht mehr auf dieser Meinung bestehen wird.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (D) Schiffer.

Schiffer, Abgeordneter: Meine politischen Freunde verstehen die Zurückhaltung, die die Reichsregierung in der vom Herrn Reichskanzler zuerst abgegebenen Erklärung beobachtet hat, und können der Reichsregierung aus dieser Zurückhaltung keinerlei Vorwurf machen. In dem Stadium der Verhandlungen, in dem wir uns jetzt befinden, muß es der Regierung und ihrem Verantwortlichkeitsgefühl überlassen bleiben, zu bestimmen, was sie der Öffentlichkeit preisgeben kann und will.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nicht bloß bei politischen und diplomatischen Verhandlungen, sondern bei Verhandlungen überhaupt ist es — daran wird niemand, der diese Dinge praktisch treibt, irgendwie zweifeln können — ein Ding der Unmöglichkeit, in jedem Augenblick jeden einzelnen Schritt zu veröffentlichen, jede Phase der Vertraulichkeit zu entkleiden und jede Maßnahme im Licht der Öffentlichkeit zu zerpflücken und zu zersetzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist mit dem Zweck von Verhandlungen als solchen unvereinbar. Die **Verhandlungen,** die jetzt **in London** geführt werden, sind zudem am letzten Ende nichts anderes als ein Krieg, der nicht mit materiellen, nicht mit blutigen Waffen, wohl aber mit den Waffen des Geistes, mit den Waffen der Sprache und der Schrift geführt wird. In allen Zeiten der Geschichte aber hat es sich noch als das Törichtste erwiesen, was geschehen kann, im Krieg einen Reichskriegsrat zu bestimmen, der fern vom Kriegsschauplatz die Bewegungen auf dem Kriegsschauplatz lenken und bestimmen will. Am alleruntauglichsten für einen solchen Reichskriegsrat wäre sicherlich der Reichstag in seiner vielhundertköpfigen Zusammensetzung. Deshalb erleidet der Reichstag in seiner Autorität keine Einbuße, wenn er darauf verzichtet, sich zur

(Schiffer, Abgeordneter.)

(A) Geltung zu bringen da, wo solcher Verzicht im allgemeinen Interesse liegt.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ich hätte deshalb gewünscht, daß die **Redner des Reichstages** sich eine von ähnlichen Gesichtspunkten diktierte **Zurückhaltung** auferlegt hätten, wie es die Reichsregierung getan hat.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie ist leider nicht beobachtet worden. Man ist insbesondere, abgesehen von der Hereinziehung von Dingen, die doch nur sehr entfernt mit dem Gegenstand unserer Beratung zu tun haben, zu einer persönlichen und sachlichen Kritik übergegangen, die in diesem Augenblick für alle Fälle untunlich und schädlich gewesen ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich halte diese Kritik in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler auch sachlich, soweit sich sich gegen den Reichsminister des Äußeren richtet, für unberechtigt und für unverdient. Ich bin aber weiterhin der Meinung, daß, wenn man die Verhandlungen, wie sie jetzt geführt werden, in ihrer vollen Tragweite übersieht, man sich sagen muß: unsere Stellung hängt von der Stellung unseres Unterhändlers ab, unsere Stellung wird geschwächt, wenn die Stellung unseres Unterhändlers geschwächt wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer das Ziel des Ganzen im Auge behält, muß sich Zurückhaltung und Zügel in der Sprache, die er führt, anlegen. Zu meinem Bedauern muß ich sagen: soweit es möglich war, durch eine hier gehaltene Rede unsere objektive sachliche Stellung zu beinträchtigen, ist das durch die Rede des Herrn Breitscheid geschehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben allen Anlaß, entgegenzuwirken und mit noch größerem Nachdruck als sonst alles zu tun, was unseren Verhandlungen die Möglichkeiten des Erfolges sichert, die (B) überhaupt noch vorhanden sind.

Diese Möglichkeiten in ihren allgemeinen Umrissen hat der Herr Reichskanzler angegeben; es sind diejenigen, die die Direktiven für die Tätigkeit des Herrn Außenministers enthalten. Auch mit diesen allgemeinen Grundlinien sind wir einverstanden. Sie sind im letzten Ende nichts als die Ausstrahlung der Politik, die wir im Hinblick auf die Erfüllung des Friedensvertrags überhaupt vertreten und beobachtet wissen wollen: eine Politik der Ehrlichkeit, des guten Willens und der Festigkeit.

Es entspricht der **Politik der Ehrlichkeit,** wenn wir das, was wir nicht ausführen und erfüllen können, nicht unterschreiben und nichts versprechen, wovon wir nicht durchdrungen sind, das wir es halten können. In dieser Beziehung besteht ja wohl, soweit ich sehe, noch heute die allgemeine Übereinstimmung aller Parteien, daß das, was in Paris von uns verlangt ist, unerfüllbar ist und aus diesem Grunde auch nicht zugesagt werden kann. Es ist wertvoll, diese Übereinstimmung festzuhalten, diese Übereinstimmung hervorzuheben. Der **Politik des guten Willens** entspricht es aber andererseits, innerhalb der durch unsere Leistungsfähigkeit gezogenen Grenzen jeden Weg zu beschreiten, der uns zu einer Einigung führt, der eine Verständigung möglich macht, die uns von den schweren Folgen eines Auseinandergehens ohne Erfolg befreien könnte. Deshalb sind wir einverstanden, wenn alle solche Wege gesucht und vorurteilslos beschritten werden, immer freilich in den Grenzen, die der Herr Reichskanzler selbst in seiner Erklärung abgegeben hat, immer in den Grenzen dessen, was unser Volk aufzubringen imstande ist.

Diesen beiden Gesichtspunkten der politischen Ehrlichkeit und des guten Willens bei der Erfüllung übernommener Verpflichtungen muß sich allerdings zugesellen die **Festigkeit,** die sich nicht erst in großen Worten ergeht, um nachher weich zu werden; die Festigkeit, die nicht ins (C) Schwanken kommt, die sich weder durch Drohung noch durch Lockung noch durch Phantasien unbestimmter Art beirren läßt in dem, was man nach sorgfältiger Selbstprüfung als richtig erkannt hat. Wir würden diese Festigkeit aber nicht bewahren können, wenn wir nicht unsererseits die sichere Überzeugung hätten, daß unser Volk in seiner Gesamtheit hinter uns steht nicht bloß in der Überzeugung davon, daß das, was wir tun, recht ist, sondern auch in dem Willen, die Folgen zu tragen, die dieses Volk selbst zu tragen haben wird, wenn unsere Politik nicht zum Ziel einer Einigung führt.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß gerade aus den besetzten Gebieten und denjenigen Gebieten, die unter Umständen jetzt der Gefahr der Besetzung ausgesetzt sind, immer zahlreichere Stimmen kommen, die darauf Wert legen zu betonen, daß sie bereit sind, alle Folgen zu tragen, die aus einer Ablehnung unmöglicher Zumutungen entstehen würden. Wir sind stolz darauf, daß diese Klarheit der Erkenntnis sich paart mit dem Willen, auch die Folgen der Erkenntnis auf sich zu nehmen. Wir sind auch stolz darauf, daß diese Stimmen aus allen Kreisen unserer Bevölkerung festzustellen sind, daß aus den Arbeiterkreisen ebenso wie aus den Kreisen der Besitzenden immer mehr und mehr der Wille, trotz aller Mühsale, die auferlegt sind, an Deutschland zu hängen, zutage tritt. So sehen wir hier, wie alle Teile der Bevölkerung einig sind in dem Gefühl, daß sie für Deutschland die Kreuzträger sind. Wir legen Wert darauf, daß Arbeiterkreise wie die Besitzenden einig sind, verlangen aber auch, daß insbesondere die besitzenden Kreise sich des Vorrechtes bewußt bleiben, vorbildlich zu sein, wo es gilt, Lasten zu tragen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Daß wir gerade nach dieser Richtung hin sicher sein können, dafür spricht ganz besonders ein vor kurzem an den Reichstag gelangtes **Telegramm,** das von der **Handelskammer in Düsseldorf,** also derjenigen Organisation, die (D) wesentlich die wirtschaftlichen Interessen des Bezirkes zu vertreten hat, und in der gerade die leitenden Persönlichkeiten zusammengefaßt sind, an uns gerichtet worden ist, und in dem mit außerordentlicher Klarheit und Schärfe all die schweren Dinge, die Düsseldorf und seine Umgebung bedrohen, dargelegt sind. Das Telegramm fährt dann fort:

> Dennoch richtet die Handelskammer an die Reichsregierung und den Reichstag die Bitte, ihre Entscheidungen mit Festigkeit so zu treffen, wie es die Rücksicht auf das ganze deutsche Volk verlangt. Wie sie auch fallen mögen, Düsseldorfs Handel und Industrie werden ihre Folgen in treuer deutscher Gesinnung auf sich nehmen.

(Lebhaftes Bravo bei den Deutschen Demokraten.)

Es verdient festgehalten zu werden, daß in dieser Stunde eine Korporation von so maßgebender Bedeutung sich so rückhaltlos auf den Boden stellt, von dem aus allein wir eine starke, gerechte, gute und erfolgversprechende deutsche Politik zu treiben haben.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und an das Zahlen denken Sie nicht!)

— Auch aus den Arbeiterkreisen kommt ja genau derselbe Ruf, und ganz anders als hier wird niemals die Uneinigkeit und der Zwiespalt betont, sondern die Einigkeit.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das müssen Sie ja am besten wissen!)

— Ja, ich bin allerdings der Überzeugung, daß die Arbeiter dort, die selbst wissen, was ihnen droht, was sie am eigenen Leibe erfahren könnten, auch viel besser wissen als Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten), was sie zu tun haben. —

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

(Schiffer, Abgeordneter.)

(A) Auf die Rede von **Lloyd George** im einzelnen einzugehen, versage ich mir. Ich bin der Meinung, daß wir auch hier dem Herrn Außenminister nicht vorgreifen sollten, daß er auch hier die Worte, die Wendungen und den Geist finden wird, aus dem heraus diese Rede beantwortet werden muß, und daß wir deshalb nicht berufen sind, hier vorweg dasjenige zu sagen, was ihm vielleicht in wirksamer Weise und in einer der Sachlage am besten entsprechenden Form zu sagen bestimmt sein wird.

Bloß in einem Punkte kann auch ich nicht schweigen. Ich muß mich in der **Schuldfrage** dem Protest anschließen, den mein Herr Vorredner ausgesprochen hat, und der niemals unterdrückt werden darf, wo immer wir an dieser Stelle oder sonstwo veranlaßt sind, zu den Fragen des Krieges Stellung zu nehmen. Das ist die Tatsache, über die niemals Gras wachsen darf, das ist der Gegenstand, den wir immer wieder berühren müssen, um das Gewissen der Welt nicht einschlafen zu lassen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

um an die Gerechtigkeit zu appellieren, die wir haben müssen und auf die wir sowohl aus materiellen wie aus ideellen Gründen nicht verzichten können.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Gerade weil Lloyd George betont hat, welche Bedeutung diese moralische Feststellung für den Wiederaufbau des Friedenszustandes hat, gerade deswegen haben wir ein Interesse daran, diese Grundlage immer und immer wieder zu erschüttern; noch mehr aber weil wir es uns und unseren Nachkommen schuldig sind, ihnen wenigstens den guten Namen des deutschen Volkes zu hinterlassen, wenn wir schon nichts anderes zu hinterlassen in der Lage sind. Nicht, wie Lloyd George es darstellte, als ob wir uns nun bestrebten, uns der Verantwortung, der Leistung dessen, was wir zu leisten verpflichtet sind, zu (B) entziehen. Nur ist ein gewaltiger Unterschied zwischen dem, was wir zu leisten uns verpflichtet haben, und dem, was darüber hinaus uns auferlegt worden ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Das zu leisten, was wir zu leisten unternommen haben, ist unsere sittliche Pflicht, und dieser Pflicht werden wir uns niemals entziehen, ihr werden wir mit allen Kräften, die uns gegeben sind, nachkommen. Begrenzt sind diese Leistungen in der **Lansing-Note,** die die Vorverhandlungen zum Abschluß brachte. Was uns darüber hinaus auferlegt worden ist, entbehrt der sittlichen Grundlage, der Wahrheit und Gerechtigkeit, weil es auf dem uns abgezwungenen, aber in jedem Augenblick von uns in seiner inneren Wahrheit bestrittenen Schuldbekenntnis beruht. Wir wissen ja, wie die Kluft zwischen der Lansing-Note, zwischen unserer Berufung auf Wilson und dem, was uns auferlegt worden ist, durch eine Sophistik ausgefüllt würde, wie sie nur die Herren Klotz und Tardieu fertigbringen konnten, und die von amerikanischer, also in gewissem Sinne unbeteiligter Seite, durch das Buch des Mr. Baruch klargelegt worden ist. Die Wahrheit kommt zutage. Die Stunde, in der sie in voller Klarheit die Welt erleuchtet und damit die Herzen der Menschen umstimmt, ist noch nicht da, der Nebel des Hasses, der Rachsucht, der Voreingenommenheit, der Leidenschaft ist noch zu stark; aber die Stunde wird kommen — kraft der Gerechtigkeit, die, soweit wir auch in der Geschichte zurückblicken, sich schließlich immer durchsetzt. Vorher wird aber eine andere Stunde kommen, viel schneller kommen: die Stunde der **Erkenntnis von der Solidarität der Weltwirtschaftsinteressen,** die nicht ungestraft verletzt werden kann.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Erkenntnis ist auf dem Marsche; denn die Weltwirtschaftskrisis, die schon da ist, lehrt die Völker am eigenen Leibe, ob sie wollen oder nicht, daß diese Solidarität, diese Übereinstimmung, dieser untrennbare Zu- (C) sammenhang vorhanden ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn es etwas gibt, das diese Erkenntnis noch beschleunigen kann, dann wäre es die Verhängung der Sanktionen, die uns angedroht sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Jeder derartige Schritt kann die Erkenntnis nur auf dem bitteren Wege des Selbsterlebens und des Selbsterduldens bei den anderen Völkern beschleunigt herbeiführen.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Deshalb gehen wir der Zukunft, so dunkel, so schwer, so düster sie ist, ungebeugt, ruhigen Mutes, festen Herzens entgegen. Die Stunde des Rechtes, die Stunde der Einsicht wird kommen, und bis sie kommt, werden wir das, was ungerechte und unvernünftige Gewalt auf uns lädt, in Würde, mit Zähigkeit und Festigkeit zu tragen wissen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stoecker.

Stoecker, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn man die Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George mit der Rede, die wir heute aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers gehört haben, vergleicht, dann kann es einem wahrhaft leid tun um die Vertretung der deutschen Bourgeoisie.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Mit dem Orakelspruch von Delphi, den uns heute Herr Fehrenbach vorgetragen hat, kann doch wirklich kein Mensch etwas anfangen, und lächerlicher konnte sich die deutsche Regierung vor der ganzen Welt nicht machen als mit dieser leeren und nichtssagenden Rede, die Herr Fehrenbach eben hier gehalten hat.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.) (D)

Als ich dann einige Minuten später Herrn Hergt und Herrn Stresemann hörte, der hier von der „Offensive der Wahrheit" und von der „Heiligkeit geschlossener Verträge" sprach, stellte ich mir für einen Augenblick im Geiste ein Bild vor Augen, wie der Reichstag wohl aussehen würde, wenn Deutschland nicht militärisch unterlegen wäre, sondern wenn der deutsche Imperialismus Sieger in dem Weltenringen geblieben wäre. Ich sah im Geiste an der Stelle des Herrn Fehrenbach Herrn Helfferich als Reichskanzler des kaiserlich-deutschen Regimes, und ich hörte Herrn Helfferich von der „Befreiung Europas durch die deutsche Nation" reden, womit er triumphierend feststellte, daß der preußische Kommißstiefel nun auf der ganzen Kultur Europas herumtrample.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dann hörte ich im Geiste aus seinem schnorrenden Munde Zahlen: Milliarden, Milliarden und aber Milliarden, und ich hörte ihn von dem „Rechte des Siegers" reden.

(Erneute Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Heute hören wir andere Reden aus dem Munde dieser Herren. Heute haben wir eine Regierung, die zusammengesetzt ist aus den Vertretern der Parteien, die bis zum letzten Tage des Zusammenbruchs des deutschen Imperialismus diesen kaiserlichen Imperialismus gestützt und gefördert haben,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

einschließlich der rechtssozialistischen Partei,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten — Lachen bei den Sozialdemokraten)

die heute stille Teilhaberin und Dulderin der Reichsregierung ist,

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

die heute ihre Unfähigkeit uns zum wer weiß wievielten Male bewiesen hat.

(Stoecker, Abgeordneter.)

(A) Wenn im übrigen die **Arbeiterschaft** den **Verhandlungen von London** nicht dasselbe Interesse entgegenbringt wie das Bürgertum, so ist das nicht von ungefähr. Denn mögen die Verhandlungen in London auslaufen, wie sie wollen, mögen sie mit einer Zahl von 150, 200 oder 226 Milliarden abschließen, darüber besteht kein Zweifel: der Leidtragende wird in jedem Falle die deutsche Arbeiterklasse sein.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist klar, daß die schwere Last des Ententediktats auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung gewälzt werden wird.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Deshalb ist der Streit, der sich jetzt in London und hier abspielt, im Grunde genommen, nichts weiter als ein Streit um das Fell der arbeitenden Schichten in Deutschland, um den Prozentsatz der Beute, die aus der Arbeiterklasse herausgezogen werden soll, und wir können es den Vertretern der Entente bei diesem Streite nicht verdenken, wenn sie gegen die Vertreter des deutschen Bürgertums sehr mißtrauisch sind. Konnte es doch noch vor wenigen Wochen passieren, daß ein Mitglied dieses Hauses, das Mitglied der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Dauch, auf dem Deutschen Handelstage vor Vertretern des gesamten Handels erklärte: „Diplomaten sind Leute, die man ins Ausland schickt, um zu lügen und zu spionieren."

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das ist der alte Grundsatz des Kapitalismus: Raub und Plünderung, Lüge und Spionage, — dasselbe System, wie wir es vor dem Kriege gehabt haben. Wenn es wirklich dazu kommen sollte, daß die Ententetruppen in den nächsten Tagen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzen werden, und daß durch die Zollgrenze vielleicht im Rheinland wirtschaftliche Schwierigkeiten entstehen, (B) Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird, so werden es wiederum die besitzenden Schichten des Rheinlandes sein, die am wenigsten von den Opfern spüren werden,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

die uns das Ententediktat auferlegt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Im Zusammenhange mit der eventuellen Besetzung des Rheinlandes die Mitteilung, daß das **Reichspostministerium** am 3. März in einer **Geheimverfügung an die besetzten Städte** angeordnet hat, daß die Barbestände der Postverwaltungen nach Berlin transportiert und daß die gesamten Geheimakten in den zu besetzenden Städten verbrannt werden sollten.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir fragen die Reichsregierung hier in aller Öffentlichkeit, was die Postverwaltung heute noch mit Geheimakten zu tun hat.

(Sehr wahr! und Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Wo ist denn die Regierung?)

Die Arbeitermassen haben zu sehr unter dem Kriege und seinen entsetzlichen Folgen gelitten, als daß es Ihnen heute, wie es Ihr Wunsch ist, noch einmal gelingen könnte, eine nationale Woge durch Deutschland gehen zu lassen.

(Zuruf rechts: Die ist ja schon da!)

Die deutsche Arbeiterklasse und die arbeitenden Schichten bis weit in das Bürgertum hinein fallen auf Ihre nationale Rattenfängermelodie nicht mehr hinein.

(Zuruf rechts: Da haben Sie die Wahl schlecht begriffen! — Gegenruf bei den Vereinigten Kommunisten: Ach Gott, Ihre Wahlen!)

Den Burgfrieden, den Sie vier Jahre mit Hilfe des Belagerungszustandes und mit Hilfe der Rechtssozialisten haben durchführen können, werden Sie heute nicht mehr (C) zustande bringen,

(lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten)

und Ihren Nationalismus werden wir immer mehr als das kennzeichnen, was er ist, als Prozentpatriotismus schlimmster Art. Wie im Kriege deutsche Unternehmer um nackter Profitgier willen an unsere damaligen sogenannten Feinde Kriegsmaterial, Maschinen und Werkzeuge lieferten, so sehen wir heute dasselbe Spiel. Ein kapitalistisches Unternehmen wie die **Mitteldeutschen Stickstoffwerke in Wittenberg,** obwohl sie Aufträge in Hülle und Fülle für Kunstdünger und für Kunstmist haben, stellt aus reiner Profitgier Sprengstoffe her, vertreibt sie unter falscher Deklaration als Kunstdünger zugunsten Englands ins Ausland.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Noch erst am vergangenen Mittwoch ist von Wittenberg aus eine Ladung Sprengstoff unter falscher Deklaration über Hamburg und über Holland nach England gegangen,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und wir fordern die Regierung auf, daß sie unverzüglich eingreift und diese Schiebungen verhindert.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Sie macht sie doch selbst! — Gegenruf rechts: Der Transport nach Rußland wäre Ihnen angenehmer!)

Wenn sich der rechtssozialistische Abgeordnete Müller darüber aufgeregt hat, daß vor wenigen Tagen ein **Dampfer in Flensburg** mit dem Namen **„Tirpitz"** vom Stapel gelassen wurde, sagen wir dazu: es ist nicht das Wesentliche, daß dieser Dampfer mit dem Namen „Tirpitz" vom Stapel gelassen wurde, sondern weit wichtiger ist es, daß Tirpitz, Ludendorff, Hoffmann und Bauer heute noch in Deutschland frei herumlaufen und nicht nur die Konterrevolution, sondern auch die Revanche organisieren können. (D)

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist die schwere Schuld auch der rechtssozialistischen Partei, daß diese Kriegsverbrecher nicht schon längst vor ein Revolutionstribunal gestellt wurden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

Wie sieht im übrigen die **nationale Einheitsfront** aus, die herzustellen versucht worden ist? Die arbeitenden Schichten leiden heute schlimmer denn je unter der **kapitalistischen Diktatur.** Wir sehen auf der einen Seite steigende Not, steigendes Elend, steigende Entbehrungen und steigende Teuerung, und auf der anderen Seite steigende Dividenden und steigenden Luxus. In der „Arbeitgeberzeitung" wurde noch vor wenigen Tagen eine Offensive zur Herabsetzung der Löhne angekündigt,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

die heute auch noch nicht im geringsten ausreichen für die nackte Existenz der Arbeiter. Wir sehen, daß von derselben Regierung im gleichen Augenblicke den deutschen Reedern Milliarden in den Schoß geworfen werden,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

während die Arbeiter in Stettin und in Hamburg gezwungen sind, um ihrer nackten Existenz willen in den Streik zu treten.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

In Cassel haust die **Klassenjustiz** genau so wie unter dem kaiserlichen Regime. Wir sehen in dem Aulock-Prozeß die greuelhaften Brutalitaten der Weißgardisten, die einst ein Noske gegen die Arbeiterklasse zusammengestellt hat.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wo wir auch hinschauen, sehen wir dieselbe Klassenpolitik wie unter dem kaiserlichen Regime.

Deshalb wenden wir uns aufs allerschärfste gegen die alten Versuche, mit Ihrer nationalen Ideologie die

(Stoecker, Abgeordneter.)

(A) arbeitenden Schichten über ihre Klasseninteressen hinwegzutäuschen. Wir kennen keine nationale Einheitsfront, wir kennen nur die Front der unterdrückten Proletarier aller Länder, die Front gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Milliardenforderungen der Entente, die heute an das deutsche Volk gerichtet werden, sind nur ein Verzweiflungsakt; denn die **Ententebourgeoisie** steht genau so vor dem Konkurs und vor dem Abgrund wie die deutsche Bourgeoisie.

(Zuruf rechts: Aber nicht so schlimm, wie in Rußland!)

Die Arbeiter in England und Frankreich merken nichts davon, daß sie Angehörige eines Siegerstaates sind, weil sie genau so darben und dulden wie die deutsche Arbeiterklasse. Auf der anderen Seite merken die besitzenden Schichten in Deutschland nichts davon, daß sie Angehörige eines unterlegenen Staates sind.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Daher kann es für uns nur eines geben: der einzige Sieger in dem großen Ringen des Weltkrieges, der einzige Sieger in dem gewaltigen imperalistischen Ringen ist das Bürgertum hüben und drüben,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und die einzigen Unterlegenen in diesem gewaltigen Ringen sind die Arbeiter hüben und drüben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Deshalb kann es für uns nur die eine Parole geben: keine nationale Front, sondern eine internationale Front gegen die Bourgeoisie aller Länder.

Das **kapitalistische System** ist durch die Folgen des Weltkrieges in eine schwere Krise geraten. Das Wort des Engländers Norman Angel hat sich bewahrheitet, das Wort von der „Großen Täuschung", daß ein Staat in einem heutigen imperalistischen Ringen überhaupt noch

(B) finanzielle und wirtschaftliche Vorteile aus einem kriegerisch-imperalistischen Konflikt herausholen könnte. Wenn wir heute den großen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems sehen, die Millionen Arbeitsloser in Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wenn wir sehen, wie das Millionenheer der Arbeitslosen von Tag zu Tag anschwillt, dann sagen wir eines: wir haben in dieser Situation keinen Anlaß, irgendwie an die Seite irgend einer Bourgeoisie zu treten, sei es der deutschen, sei es der englischen oder sei es der französischen, sondern wir haben in dieser Situation als deutsche Arbeiter anzukämpfen sowohl gegen die Ausbeutung durch die eigenen Landesgenossen als durch die Ententebourgeoisie. Wir kämpfen deshalb in dieser Situation gegen das Doppeljoch deutscher wie auch fremder Ausbeutung.

Fünf Millionen Schiffstonnage liegen brach, obwohl die ganze Welt nach Waren und Bedarfsgegenständen hungert. Wenn wir diesen Wahnsinn, diesen Zerfall, diese Anarchie sehen, dann kann es für uns nur eine Losung geben, daß die internationale Finanzdiktatur nur gestürzt werden kann durch die internationale Diktatur des Proletariats.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Gegenüber diesem Zerfall, diesem Zusammenbruch, diesem Zagen und Zetern der Bourgeoisie in allen Ländern, bei uns sowohl wie drüben, sehen wir heute eine Kraft, eine junge, frische und lebendige Kraft, die die alte Welt aus den Angeln heben wird, sehen wir die **kommunistische Internationale**,

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

die proletarische Internationale, die nicht mit den Losungen des Völkerbundes, der Demokratie und des Wiederaufbaus an die Arbeiter der Welt herantritt, nein, die klar und entschieden die Losung in die Arbeitermassen hinauswirft: Sturz der Bourgeoisie und Eroberung der politischen

(C) Macht durch das Proletariat und Diktatur des Proletariats.

Wenn dann hier der Unabhänige Breitscheid eine sehr „staatsmännische" Rede gehalten hat,

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Das haben Sie mir schon dreimal gesagt!)

wenn er hier von dem politischen Wiederaufbau spricht, wenn er auf die internationale Konferenz in Wien hingewiesen hat, dann sagen wir ihm und seiner Partei gegenüber, daß das nicht die Aufgabe einer revolutionären Massenpartei ist,

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

was die Unabhängige Partei heute immer noch zu sein behauptet. In einer solchen Situation ist es die Pflicht einer revolutionären Partei, klar und eindeutig die Parole in die Arbeiterschaft der ganzen Welt hineinzuhämmern:

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Spaltet Euch!)

Nicht Wiederaufbau des kapitalistischen Systems, sondern Sturz und Zertrümmerung dieses Systems und Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Es ist ja heute nicht mehr so, daß die Kapitalisten aller Länder allein über die Weltpolitik zu bestimmen haben. Wir haben heute eine Kraft, die nicht nur mitredet, sondern die auch mithandelt in den Fragen der Weltpolitik. Es ist noch nicht allzu lange her, daß eine deutsche bürgerliche Zeitung schrieb: „Die europäische Politik wird zurzeit nicht so sehr von London oder Paris aus bestimmt als vielmehr von Moskau."

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen rechts.)

Das wurde geschrieben, als die roten Truppen vor Warschau standen, als es auch dem deutschen Bürgertum sehr nahe ging, daß im Osten noch eine andere Kraft vorhanden sei, außer der Entente im Westen.

(D) Wir wissen, daß die Bemühungen der Ententebourgeoisie, **Sowjet-Rußland** niederzuringen, noch nicht aufgehört haben. Wir sehen, wie im Osten Fäden gesponnen werden zwischen Warschau, Prag, Belgrad und Bukarest, wir sehen, wie die Bluthunde der Konterrevolution sich an den Grenzen des russischen Arbeiterstaates herumtreiben und militärische Pläne gegen Sowjet-Rußland schmieden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir hören Tag für Tag von den Munitionslieferungen, von den militärischen Vorbereitungen in Polen, in Ungarn, in Rumänien; wir wissen von den diplomatischen Schachzügen, die in Ostgalizien geführt werden, um Horthy-Ungarn ein Einfallstor nach Rußland zu verschaffen. Unsere deutsche Regierung hat in den letzten Monaten gezeigt, wie wenig sie mit der russischen Sowjet-Regierung zu tun haben will. Eben hören wir durch ein Telegramm aus Eydtkuhnen, daß die Mitglieder der **Handelsdelegation der russischen Republik** unter der Führung von Borowsky, die durch Deutschland nach Italien reisen wollte, beim Überschreiten der Grenze verhaftet worden ist,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

ein Vorgang, gegen den wir den allerschärfsten Protest erheben, da dieser Schritt ein glatter Rechtsbruch, ein Bruch der internationalen Gepflogenheiten ist.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die offizielle Handelsdelegation, die von Rußland nach Italien geschickt wird, wird in Deutschland ins Gefängnis geworfen,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

eine Maßnahme, gegen die wir uns aufs allerschärfste wenden müssen. Wenn ein neuer Kreuzzug gegen Sowjet-Rußland unternommen wird — und er wird unternommen, damit kann man tödlich rechnen —, dann muß

(Stoecker, Abgeordneter.)

(A) dieser Kreuzzug scheitern an der revolutionären Kampfesbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Deshalb grüßen wir unsere russischen Klassengenossen in ihrem gigantischen Ringen gegen eine ganze Welt von Feinden, grüßen wir auch in dieser Stunde das polnische Proletariat, das in einem großen Generalstreik, in einem Ringen gegen die polnischen Schlachzitzen und gegen polnische Bourgeoisie steht, grüßen wir auch die Arbeiter Budapests, die in diesen Tagen zum ersten Male wiederum den Kampf gegen das Horthy-Regime aufgenommen haben, grüßen wir auch die Arbeiter Italiens, die in diesen Tagen einen schweren Kampf mit den weißen Horden Giolittis führen. Wir rufen die deutsche Arbeiterschaft zum Kampfe auf. Das deutsche Proletariat muß handeln. In diesen Tagen, in denen in London um das Schicksal auch des deutschen Proletariats verhandelt wird, rufen wir auch die englischen und die französischen Proletarier auf, sich mit uns zu vereinigen im Kampfe gegen die Bourgeoisie Deutschlands, Englands und Frankreichs. Wir führen diesen Kampf und sind fest davon überzeugt, daß, mögen Sie (nach rechts) heute darüber lachen und spotten, der Tag kommen wird, an dem Sie genau so wieder in Ihre Mauserlöcher verschwinden werden, wie Sie es am 9. November 1918 getan haben.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen rechts.)

Mag es Ihnen heute noch gelingen, die Arbeiter zu verwirren und über ihre Klasseninteressen zu täuschen, — es kommt die Stunde und der Tag, an dem nicht nur in Moskau, sondern auch in Berlin, London und Paris die rote Fahne wehen wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

(B) Es gibt — das sage ich insbesondere unseren Rechtssozialisten und unabhängigen Sozialisten — in dieser Situation nur die eine Wahl für die Arbeiterklasse: entweder Triumph des Kapitalismus, Triumph des Imperialismus und damit Untergang der menschlichen Kultur, wie im alten Rom, Verödung, Degeneration, Entvölkerung, ein großer Friedhof in Europa; oder aber Triumph des Sozialismus und Triumph des Kommunismus. Deshalb rufen wir von dieser Stelle aus das deutsche wie das internationale Proletariat zum Kampfe gegen die Bourgeoisien auf unter den Losungen der kommunistischen Internationale.

(Lebhafter Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Leicht.

Leicht, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Verlockung ist nicht allzu groß, auf die Reden, insbesondere die des Herrn Vorredners, einzugehen. Man müßte höchstens vielleicht gewisse Kriegsberichte in Parallele zu diesen Ausführungen stellen.

(Heiterkeit. — Abgeordneter Höllein: Das ist pfäffische Wahrheitsliebe! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Höllein, wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung.

Leicht, Abgeordneter: Auf Beleidigungen antworte ich nicht. Aus meiner Ruhe bringen Sie mich dadurch nicht heraus. Geben Sie die Versuche auf; es nützt nichts.

Näher würde es liegen, auf einzelne andere Reden einzugehen und auf Angelegenheiten, die Sie in die Debatte hereingezogen haben. Ich will auch das nicht tun und will mich auf folgende Erklärung namens der Bayerischen Volkspartei beschränken.

(C) In der Antwort auf die **deutschen Gegenvorschläge** haben die Alliierten es als ihre Überzeugung ausgesprochen, daß ein freies, zufriedenes und gedeihendes Deutschland besser für die Zivilisation sei, und daß ein unzufriedenes und versklavtes Deutschland eine Bedrohung und eine Last für die europäische Zivilisation bedeute. Dieser Satz und diese Einsicht stehen in einem unlösbaren Widerspruch mit den Forderungen, die unsere Gegner in Paris beschlossen haben

(sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei)

und die nach ihrer Erklärung die Grundlage und die Grenze der Verhandlungen in London bilden sollen; denn die Auferlegung einer Zollkontrolle und einer auf Milliarden berechneten Ausfuhrabgabe sowie die Forderung von 226 Milliarden Goldmark, die in 42 Jahren von Deutschland bezahlt werden sollen, müssen die Freiheit des deutschen Volkes vernichten, seine auf $1^1/_2$ Generationen zu harter Fronarbeit verurteilten Söhne und Töchter unglücklich und unzufrieden machen

(sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei)

und das ganze deutsche Wirtschaftsleben dauernd dem Siechtum entgegentreiben.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Demgegenüber erblicken wir in den deutschen Gegenvorschlägen einen bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gehenden Versuch, ungeheuere Lasten als Folgen des unglücklichen Krieges auf uns zu nehmen, aber doch unsere staatliche und wirtschaftliche Freiheit und unser Anrecht auf die Güter der Zivilisation und damit die unerläßliche Hoffnung auf die Zukunft nicht völlig zusammenbrechen zu lassen und so tatsächlich die auch nach der Überzeugung unserer Gegner notwendigen Vorbedingungen für die Zivilisation und den Frieden Europas zu schaffen.

Um der Existenz unseres Vaterlandes und um der (D) Zukunft Europas willen erwarten wir deshalb von der Regierung, daß sie über die Grenzen des deutschen Gegenvorschlags nicht hinausgehen und auch durch die angedrohten harten, aber mit dem Friedensvertrag nicht im Einklang stehenden Zwangsmaßnahmen nicht zur Unterzeichnung von Bedingungen sich zwingen lassen wird, von deren Undurchführbarkeit das ganze deutsche Volk überzeugt ist.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eisenberger.

(Unruhe links.)

— Herr Abgeordneter Remmele, ich bitte um Ruhe!

Eisenberger, Abgeordneter: Erlauben Sie mir, im Namen meiner Partei eine kurze Erklärung abzugeben. Auch wir sind der Meinung, daß die Pariser Beschlüsse für uns nicht annehmbar und auch nicht durchführbar sind. Den Stein, den man nicht heben kann, muß man liegen lassen. Auch wir sind überzeugt, daß die **Vorschläge,** die unsere Herren in London überreicht haben, kein Pappenstiel sind und das deutsche Volk in der zukünftigen Generation noch schwer an diesen Lasten zu tragen haben würde. Wir hoffen sicher von unseren Unterhändlern in London, daß sie über die Grenzen der deutschen Vorschläge nicht hinausgehen und nicht Bedingungen unterschreiben, die das deutsche Volk für Jahrzehnte in die Sklaverei stürzen würden. Wir wissen, daß wir den Krieg verloren haben; aber leider hat das deutsche Volk es noch nicht begriffen und nicht glauben wollen. Die Wirkungen des verlorenen Krieges wird das deutsche Volk leider erst empfinden müssen. Unsere Gegenvorschläge beweisen, daß wir Deutsche ernst

(**Eisenberger,** Abgeordneter.)

(A) gewillt sind, zu leisten, was wir leisten können. Wer einigermaßen noch Gefühl für seine Mitmenschen hat, auch für die, die den Krieg verloren haben, kann sich des Gedankens nicht verschließen, daß, wenn Deutschland vollends zugrunde gerichtet wird, sich unsere Gegner selbst das Grab schaufeln. Die **Versklavungspolitik** wird nicht nur Deutschland in Verzweiflung bringen, sondern auch nicht ohne Einfluß auf die ganze europäische, vielleicht Weltpolitik sein. Alle einigermaßen menschlich denkenden Volksgenossen, auch in anderen Ländern, werden mit uns einer Meinung sein, daß ein wiederaufgebautes Deutschland der Regulator nicht nur der europäischen, sondern der allgemeinen Weltpolitik sein wird. Wir meinen, auch der Schuldner hat ein Recht und ist nicht rechtlos nach dem Gesetz. Dieses Gesetz muß auch für die deutsche Republik gelten. Mögen die Alliierten in London, die bisher immer geglaubt haben, sie seien allein im Recht, zur Erkenntnis kommen, ehe es vielleicht für ganz Europa zu spät ist. Nicht Haß wollen wir, nein, den dauernden Frieden. Diesen zu fördern, sind wir bestrebt, nach unserer Leistungsfähigkeit das möglichste zu tun. Nur der Weg der Versöhnung kann die Schäden des Krieges lindern, welche nicht mit Geld oder Repressalien ausgeglichen werden können. Gemeinsame Arbeit, Vertrauen und Hoffnung können allein die Grundpfeiler sein, die Europa aus dem Trümmerhaufen wieder heraushelfen können.

(Beifall bei dem Bayerischen Bauernbund.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Alpers.

(B) **Alpers,** Abgeordneter: Die Deutsch-Hannoversche Partei billigt die Gründe, welche den Herrn Reichskanzler in dieser Stunde zur Zurückhaltung bestimmt haben. Sie beschränkt sich daher auf folgende Erklärung:

Der **drohende Zusammenbruch der Wirtschaftsordnung** in den Ländern Europas erfordert gebieterisch, daß endgültig völlige Klarheit geschaffen wird über das, was das deutsche Volk leisten soll und kann.

Die alliierten Mächte scheinen über die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes irregeführt zu sein durch das unverantwortliche Treiben einer gewissen zahlenmäßig engbegrenzten Bevölkerungsschicht in den Großstädten, so daß sie die unendliche Not nicht wahrnehmen, der schon jetzt ein großer Teil des deutschen Volkes verfallen ist.

Deutsche Ehre gebietet, daß durch Unterschrift unserer Vertreter nichts in Aussicht gestellt wird, was das deutsche Volk hernach auch beim besten Willen nicht zu leisten vermag.

Erzwungene Unterschrift würde die Aufrichtung einer neuen besseren Rechtsordnung und die Erneuerung der zerrütteten Wirtschaftsordnung unmöglich machen, zugleich aber den Völkerhaß vertiefen und verewigen. Das Rechtsgefühl der Kulturvölker diesseits und jenseits des Ozeans wird hoffentlich verhindern, daß einem besiegten Volke Leistungen aufgezwungen werden, welche ihm das Schicksal eines Sklavenvolkes bereiten.

(Bravo!)

Präsident: Weitere Wortmeldungen zur Sache liegen nicht vor; die Besprechung über die Erklärung der Reichsregierung ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr (C) Abgeordneter Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskanzler hat die Tendenz meiner Kritik an dem Minister Simons mißverstanden. Ich habe in einem Satze, den der Herr Reichskanzler nicht erwähnt hat, dem Zweifel Ausdruck gegeben, daß wir mit Herrn **Simons** als **Verhandlungsführer** zu einem positiven Ergebnis in London gelangen können. Meine Kritik an dem Minister Simons verfolgte den Zweck, der Regierung gegenüber den Standpunkt zu vertreten, daß die Erreichung eines positiven Verhandlungsergebnisses wichtiger ist als die Rücksicht auf die Beibehaltung der Person, des Verhandlungsführers.

Präsident: Auch die persönlichen Bemerkungen sind erledigt.

Ich schlage dem Hause vor, die nächste Sitzung abzuhalten Montag, den 7. März, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. erste Beratung des zwischen dem Deutschen Reiche und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossenen Reedereiabfindungsvertrages;
2. zweite Beratung der Ergänzungen zum Entwurfe des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, — und zwar:
   a) Haushalt des Reichswehrministeriums,
   b) Haushalt des Reichsjustizministeriums,
   c) Haushalt für die Ausführung des Friedens- (D) vertrags;
3. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 — und zwar:
   Haushalt des Reichsschatzministeriums nebst Ergänzung
   mit Ausnahme von Kapitel 6 der fortdauernden Ausgaben (Reichsbekleidungsämter) — Kapitel 1 Titel 6 der Ausgabe des außerordentlichen Haushalts, Kapitel 1
   Titel 3 der Einnahme des Ergänzungshaushalts;
4. Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 30. Mai 1920;
5. Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnnng vom 30. Mai 1920.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 9 Uhr 15 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

77. Sitzung.

Montag den 7. März 1921.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Auf dem Bureau liegt das Protokoll der vorigen Sitzung zur Einsicht aus.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Heile:**

1. Entwurf eines Gesetzes über die Vertreter der Länder im Reichsrat.
2. Mitteilungen des Reichsministeriums der Finanzen vom 5. März 1921, betreffend Einreihung von Orten in die Ortsklasse B des Ortsklassenverzeichnisses.
3. Verordnung über die Ausführung von Anstreicherarbeiten in Schiffsräumen vom 2. Februar 1921.
4. Verordnung, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasschleifereien und Glasbeizereien sowie Sandbläsereien, vom 28. Januar 1921.

Präsident: Auf Grund des Urteils des Wahlprüfungsgerichts vom 9. Februar 1921 ist an Stelle der (D) auf Grund der Reichswahlliste seiner Zeit in den Reichstag gewählten Frau Dr. Lüders der Landwirt Cornelius Trieschmann in Oberellenberg, Kreis Rothenburg a. T., in den Reichstag neu eingetreten.

Auf Grund der am 20. Februar 1921 erfolgten Reichstagswahl scheiden aus dem Reichstag aus:

für den 1. Wahlkreis die Abgeordneten Bartschat, Frau Brönner, Siehr, Frau Kähler, Wolff, Kotzur, Dr. Boerschmann, Brunzel, Kluwe, Dr. Graf zu Dohna, Richter (Ostpreußen);

für den Wahlkreis Westpreußen die Abgeordneten Schulz (Westpreußen), Weinhausen;

für den 14. Wahlkreis die Abgeordneten Frau Dr. Baum, Dr Blunck, Johannsen, Waldstein, Michelsen, Billian, Perner.

Es treten neu ein:

für den 1. Wahlkreis die Abgeordneten Heydemann, Cuno, Dr. Scholz, Sermann, Jaecker, Graf v. Kanitz, Hensel, Marin;

für den 14. Wahlkreis die Abgeordneten Thomsen, Graf v. Bernstorff, Eggerstedt, Dr. Köster, Käselau;

auf Grund des Reichswahlvorschlages die Abgeordneten Frau Dr. Lüders, Frank, v. Rehbinder, Dr. Hieber, Vogel, Schulze, Streiter, Aufhäuser, Hüttmann.

In dem 16. Ausschuß hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten

für die Abgeordneten Bolz, Breunig, Karsten, Schmidt (Stettin)

die Abgeordneten Busch, Dittmann, Puchta, Deglerk.

Ich habe Urlaub erteilt dem Abgeordneten Wissell für 8 Tage.

(Präsident.)

(A) Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist die

erste Beratung des zwischen dem Deutschen Reiche und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossenen Reedereiabfindungsvertrages (Nr. 1567 der Drucksachen).

Als weiterer Kommissar ist angemeldet für das Reichsfinanzministerium Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Müller.

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Müller.

Dr.-Ing. **Müller,** Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau: Meine Damen und Herren! Der Vertrag, der zwischen dem Deutschen Reich und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossen worden ist und der Ihnen als sogenannter **Reedereiabfindungsvertrag** heute zur Beschlußfassung vorliegt, verfolgt in seinem Grundcharakter zwei Ziele. Einmal schafft er eine sichere Grundlage für den Aufbau einer eigenen, allerdings sehr bescheidenen Reederei, sodann hat er zum Ziel, der Arbeitslosigkeit zu steuern, die in der letzten Zeit immer größer geworden ist: der Arbeitslosigkeit auf den Werften und in denjenigen Industrien und handwerksmäßigen Betrieben, die mit dem Wiederaufbau der Schiffe zusammenhängen. So ist der Vertrag als produktive Erwerbslosenfürsorge anzusehen zur Befruchtung des Wirtschaftslebens gerade zu einer Zeit, in der mit ziemlicher Sicherheit auf eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Meine Damen und Herren! Die Verhandlungen mit den Reedern über den **Abschluß des Vergleiches** haben (B) sehr lange Zeit gedauert und sind überaus schwierig gewesen. Sie sind wesentlich gefördert worden, seit im November vorigen Jahres der Reichsrat und späterhin der Reichstag im Haushaltsausschuß sich der Frage des Aufbaues unserer Handelsflotte an der Hand des Etats des Reichsministeriums für Wiederaufbau angesichts der dort eingestellten Anforderungen für Überteuerungszuschüsse angenommen hatten. Sie sind seitdem seitens der Reichsregierung mit Energie geführt worden und haben, wie schon bemerkt, am 23. Februar zum Abschluß eines Vergleichs geführt.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir ganz kurz auf die **Rechtsgrundlagen** einzugehen, wie sie heute, wo der Vertrag noch nicht formell in Gültigkeit ist, bestehen. Als der Reichstag durch Gesetz vom 7. November 1917 zum Ausgleich der durch kriegerische Ereignisse und durch Maßnahmen der ausländischen Regierungen eingetretenen Schiffsverluste **Beihilfen zum Ersatzschiffsbau** bewilligte, hatte man noch mit einem andern Ausgang des Krieges und mit einem Wiederaufblühen der deutschen Wirtschaft im früheren Umfange rechnen können. Der Krieg mit seinem unglücklichen Ausgang und die durch den Friedensvertrag erzwungene Abtretung der deutschen Handelsflotte haben andere Verhältnisse geschaffen. Die Handelsflotte ist durch die Bestimmungen des Friedensvertrages auf ein Zehntel gegenüber der Vorkriegszeit herabgemindert worden. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, die freiwilligen Leistungen, die durch das Beihilfengesetz vom 7. November 1917 versprochen worden waren, fortzusetzen, sondern vornehmlich darum, in Ausführung des Gesetzes vom 31. August 1919 den Reedern für die Ablieferung ihrer Schiffe an den Feindbund eine angemessene Entschädigung zu gewähren.

Die ganze Frage ist dadurch noch außerordentlich kompliziert worden, daß das **Überteuerungsabkommen** vom 27. Februar 1919 mit Nachtrag vom 22. Mai 1920 abgeschlossen worden ist, das die Reichsregierung nach den (C) Novembertagen 1918 im Interesse der Weiterbeschäftigung der Arbeiterschaft auf den Werften mit den Reedern abschließen mußte. Damals, als bei der Demobilmachung des Heeres die Arbeiter von der Front zurückfluteten, war es notwendig, sie in den Werftbetrieben und in ihren gewohnten Beschäftigungsorten aufzunehmen. Die veränderten Verhältnisse haben dazu geführt, daß durch das im Wege privatrechtlicher Verständigung zustande gekommene Überteuerungsabkommen seitens des Reichs die Verpflichtung übernommen worden ist, vornehmlich bei beihilfeberechtigten Schiffsneubauten im Wege des Vorschusses die Gestehungskosten gegenüber den Preisen vom Oktober 1918 zu übernehmen.

Auf der andern Seite hat sich immer mehr und mehr gezeigt, daß die **Finanzlage des Reichs** es nicht mehr gestattete, den Schiffbau in dem vom Jahre 1917 her in Aussicht genommenen vollen Umfange, so wünschenswert dies aus wirtschaftlichen Gründen auch sein würde, aufzunehmen. Die Lage der Reichsfinanzen hat sich seither, wie Ihnen bekannt ist, nicht gebessert, im Gegenteil, sie hat sich weiter verschlechtert, und so mußte auch diese Seite der Sache bei dem Vergleich seitens der Reichsregierung mehr und mehr in den Vordergrund geschoben werden. Es ist deshalb in immer stärkerem Maße der Gedanke hervorgetreten, an Stelle der Beihilfen zum Wiederaufbau der Flotte im alten Umfange Beihilfen in einem solchen Umfange zu gewähren, daß ein Drittel der verlorenen Tonnage wieder aufgebaut werden konnte.

Meine Damen und Herren! Es war nicht leicht, mit den Reedern und auch innerhalb der Regierungsinstanzen die Summe zu finden, die den vorerwähnten Zweck erfüllt angesichts der Entwicklung der Baupreise, der Frachtraten und der Löhne. So sind wir mit den Reedern schließlich zu einem Vergleich gekommen, der Ihrer Beschlußfassung in dem **Abkommen** vorliegt, und (D) dessen **Inhalt** kurz folgender ist:

Neben den bisherigen Leistungen des Reichs soll der Betrag von 4,7 Milliarden Mark den Reedern zu treuen Händen der Reederei-Treuhand-Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, wogegen die Reeder sich verpflichten, ein Drittel der Verlusttonnage wieder aufzubauen. Für den Fall, daß diese Summe nach der künftigen Entwicklung der Baupreise sich als wesentlich zu hoch erweist, das heißt, zum Wiederaufbau von mehr als der halben Verlusttonnage ausreichen sollte, sind die Reeder verpflichtet, von dem zuviel Erhaltenen bis zum Betrage von 2 Milliarden Mark an das Reich zurückzuzahlen. Die Verwaltung des Geldes soll einem Selbstverwaltungskörper, der Reederei-Treuhand-Gesellschaft, übertragen werden, in der das Reich und der Kriegsausschuß der deutschen Reederei vertreten sind. Die Reeder haben sich ferner verpflichtet, 90 Prozent der ihnen zustehenden Summen in Form von Neubauten unter Weiterbeschäftigung der deutschen Werften zu verwenden, nur 10 Prozent dürfen für den Ankauf von Schiffen im Auslande verwendet werden.

Der Ihnen vorliegende Vertrag stellt einen **Mantelvertrag** dar, es ist ausdrücklich vorbehalten, über verschiedene Punkte weitere Sondervereinbarungen zu treffen.

Die Reichsregierung hofft, daß auf dem eingeleiteten Wege der Generalabfindung ein ersprießliches Ziel erreicht wird, während das bisherige System nicht nur schwer übersehbare Lasten für das Reich auf ungewisse Dauer mit sich bringt, sondern auch an zahlreichen Unklarheiten und Ungleichmäßigkeiten und an einer gewissen bureaukratischen Schwerfälligkeit leidet, und daß wir nunmehr auch in bezug auf die finanziellen Anforderungen geordneten Verhältnissen entgegengehen.

Ich darf noch hervorheben, daß in dem Vertrage ausdrücklich vorgesehen ist, daß die binnenländische, ins-

(Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär.)

(A) besondere auch die mittel- und süddeutsche Industrie entsprechend an dem Wiederaufbau der Schiffe zu beteiligen ist.

So stellt sich der Vertrag, der, wie gesagt, als ein Vergleich zwischen Reich und Reeder anzusehen ist, als ein wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Vertrag von erheblicher Bedeutung dar. In wirtschaftlicher Hinsicht wird er uns die Sicherheit bieten, eine eigene, wenn auch recht bescheidene Handelsflotte zu schaffen mit all den Vorteilen, die damit zusammenhängen, wenn wir selbst wieder Nahrungsmittel und Rohstoffe vom Auslande hereinholen, und wenn wir unsere Ausfuhr wieder auf eigenen Schiffen ins Ausland ausführen können.

In sozialer Hinsicht wirkt der Vertrag als produktive Erwerbslosenfürsorge in umfassendem Maße; in finanzieller Hinsicht werden wir in Zukunft nicht von den Schwankungen der Löhne und den Schwankungen der Materialpreise bei der Aufstellung des Reichshaushaltsetats abhängig sein. Ich darf in dieser Beziehung daran erinnern, daß der Etat des Reichsministeriums für Wiederaufbau für 1920 1,6 Milliarden Mark für Überteuerungszuschüsse enthält, die im Laufe des Jahres zweimal erhöht haben werden müssen, weil die Löhne und Materialpreise sich verändert haben, und weil ferner die Anlieferung von Schiffsbaustahl an die Werften sehr unregelmäßig, schließlich in sehr verstärktem Maße vor sich gegangen ist.

Ich habe namens der Reichsregierung die Ehre, Sie zu bitten, dem Vertrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schumann.

Schumann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mit der Abgeltung aller Verpflichtungen, die das Reich im Wiederaufbaugesetz, in den Überteuerungsabkommen, sowie im Entschädigungsgesetz den Reedern (B) gegenüber eingegangen ist, können sich meine Parteifreunde einverstanden erklären. Auch nach unserer Ansicht verdient diese Regelung den Vorzug vor der Regelung, wonach auf Grund der bestehenden Gesetze und Verpflichtungen je nach der Konjunktur Beträge in verschiedener Höhe in die einzelnen Jahresetats eingesetzt werden müßten. Jedenfalls wird auch nach unserer Auffassung durch eine Regelung, ähnlich der vorgeschlagenen, der Zweck der ganzen Aktion, der **Wiederaufbau unserer Handelsflotte,** wenn auch in beschränktem Umfange, sicherer erreicht. Dabei lasse ich dahingestellt sein, ob das Reich dabei nicht auch billiger wegkommt, weil sich das gegenwärtig kaum wird feststellen lassen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Für unsere Stellung zu der vorliegenden Regelung sind zunächst volkswirtschaftliche Erwägungen entscheidend. Auch wir müssen im Interesse unserer Volkswirtschaft, im Interesse des Wiederaufblühens unseres Welthandels wünschen, daß wir wieder in den Besitz einer eigenen Handelsflotte gelangen. Es wäre geradezu ein Unglück, wenn zu all den Abhängigkeiten und Beschränkungen, denen unser Land durch das Friedensdiktat unterworfen ist, auch noch die käme, daß wir in bezug auf unsere Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln und auf die Ausfuhr unserer Fabrikate auf die ausländische Tonnage angewiesen wären. Eine Abhängigkeit von ausländischen Stellen in bezug auf Tonnage und Höhe der Frachten würde ein dauerndes Hindernis für die Gesundung unserer gesamten Wirtschaft sein.

Wir können auch dem von der Regierung zur Begründung angeführten Argument die Berechtigung nicht absprechen, daß es sich hier um eine Frage handelt, die in der Hauptsache vom Standpunkt der produktiven Erwerbslosenfürsorge betrachtet werden muß. Auch wir sind der Meinung, daß wir zu der vorgeschlagenen Regelung unter diesem Gesichtswinkel Stellung zu nehmen (C) haben.

Nach dem Verlust unserer Handelsflotte sind Tausende befahrener deutscher Seeleute erwerbslos geworden oder mußten vorübergehend in anderen Berufen Unterschlupf suchen und in diesen Berufen den Berufszuständigen die Arbeitsgelegenheit entziehen. Weitere Tausende unserer deutschen Seeleute sind gezwungen gewesen, auf ausländischen Schiffen anzuheuern. So fahren bereits Tausende deutscher Seeleute auf amerikanischen Schiffen.

Also für unsere **Seeleute** muß **Beschäftigungsmöglichkeit** geschaffen werden. Wir müssen versuchen, uns einen guten Stamm schiffahrtskundiger Leute zu erhalten im Interesse unserer zukünftigen Stellung als welthandeltreibendes Volk. Wir müssen aber außerdem auch auf unsere Werftindustrie und auf die am Schiffbau direkt und indirekt beteiligten **binnenländischen Industrien** Rücksicht nehmen. Die in diesen Industrien beschäftigten Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten können wir nicht auf die Straße setzen, wir können sie nicht brotlos werden lassen. Die Folgen würden, namentlich soweit die Werftindustrie in Frage kommt, unabsehbar sein.

Meine Damen und Herren! Hier zwingen uns volkswirtschaftliche Erwägungen und die Sorge um die Existenz von Tausenden arbeitender Volksgenossen, eine Regelung zu befürworten, die wir angesichts des Verhaltens der am Schiffbau beteiligten und interessierten **Unternehmerkreise** eigentlich nicht befürworten, sondern ablehnen müßten. Ich meine hier speziell die Besitzer unserer Werftanlagen und die an der Schwereisenindustrie beteiligten Unternehmerkreise. Es ist ja noch in unser aller Gedächtnis, wie es gerade jene Kreise waren, die in der Vorkriegszeit die Arbeiterinteressen in der rücksichtslosesten Weise mit Füßen getreten haben,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

jene Kreise, die — auch das haben die Erfahrungen in (D) den letzten zwei Jahren gelehrt — aus der Revolution nichts gelernt haben, an denen auch alle die Erfahrungen, die mit dem Zusammenbruch Deutschlands zusammenhängen, spurlos vorübergegangen sind. Versuchen doch jene Kreise in der letzten Zeit systematisch, wieder den früheren Standpunkt des Herrn im Hause durchzusetzen. Beweis dafür sind die Kämpfe der letzten Zeit, die sich zwischen Werftbesitzern und Werftarbeitern abgespielt haben. Wegen zum Teil geringfügiger Differenzen, die bei einigem guten Willen schiedlich-friedlich hätten beigelegt werden können, wurden Aussperrungen vorgenommen, die Betriebe ganz oder zum Teil geschlossen, und dadurch wurden Tausende fleißiger Arbeitshände für kürzere oder längere Zeit stillgelegt.

Meine Damen und Herren! Das sind dieselben Kreise, die den „Wiederaufbauparteien" sehr nahe stehen und die den Wiederaufbau unseres Welthandels und die Neuanknüpfung von Verbindungen dadurch fördern wollen, daß sie, wie mein Parteifreund Müller am Sonabend bereits ausführte, den **Schiffen**, die die Aufgabe haben, die deutsche Handelsflagge draußen in der Welt zu zeigen, **Namen** geben, die als Verkörperung des vorkriegszeitlichen imperalistischen Systems in Frage kommen, die mit den damaligen Weltmachtplänen des deutschen Großunternehmertums eng verknüpft sind wie Tirpitz und andere. Sollen doch die nächsten für die Stinnes-Gesellschaft vom Stapel zu lassenden Schiffe, nachdem Hindenburg und Tirpitz in die Welt hinausgehen, mit dem Namen Ludendorff

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und Bosch, Hugo Stinnes belegt werden! Abgesehen von der Provokation der deutschen Arbeiterschaft und aller demokratisch und republikanisch gesinnten Volkskreise, die in einem derartigen Vorgehen liegt, schädigt es uns im

(**Schumann,** Abgeordneter.)

(A) Auslande, namentlich in den neutralen Ländern, und erschwert uns die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft ungemein.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Durch ein derartig provozierendes Vorgehen, das, nebenbei bemerkt, auch furchtbar dumm ist, wird die Welt, auch die neutrale Welt, geradezu in der Annahme bestärkt und gekräftigt, daß sich in Deutschland auch nach der Revolution nichts, aber auch gar nichts nach der Richtung geändert hat. Gegen ein derartiges geradezu verbrecherisches Gebaren und Treiben

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten — Lachen rechts)

muß in der schärfsten Weise Protest erhoben werden. Es geht nicht an, daß etwa Schiffe, die aus allgemeinen Mitteln hergestellt werden, nachher mit Namen belegt werden wie die bereits genannten.

(Abgeordneter Müller [Franken]: Wie Helfferich!)

Na ja, Helfferich wird selbstverständlich in der Reihe der Namen noch folgen.

(Zurufe rechts: Hermann Müller! Scheidemann!)

So werden alle die Größen von damals, denen unser deutsches Volk das ungeheure Unglück und Elend zu verdanken hat, zu verherrlichen gesucht, und den Schaden wird wieder die große Masse des deutschen Volks zu tragen haben. Gegen ein derartiges Vorgehen muß in der schärfsten Weise Protest erhoben, dagegen muß entschieden Front gemacht werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich glaubte die Gelegenheit der Behandlung dieses Vertrages nicht vorübergehen lassen zu sollen, ohne auf diese Dinge speziell hinzuweisen, die den Vorteil, den wir glauben durch den Wiederaufbau einer, wenn auch nur beschränkten Handelsflotte für unsere Volkswirtschaft erzielen zu können, zum (B) größten Teil wieder in Frage stellen.

Wenn wir nun auch geneigt sind, der von der Regierung vorgeschlagenen Regelung zuzustimmen, so soll damit selbstverständlich nicht gesagt sein, daß wir den **Inhalt des Vertrages,** auch soweit die Summe der Abfindung in Frage kommt, unbesehen zustimmen werden. Wir behalten uns selbstverständlich unsere Stellungnahme hierbei vor, bis uns genügend spezialisierte Unterlagen, soweit die Berechnung der Höhe der Abfindungssumme und anderes mehr in Frage kommt, gegeben werden. Wir machen weiter unsere Stellungnahme von der Formulierung der Grundsätze für die Ausführung des Vertrages, von der Zusammensetzung der Treuhandgesellschaft abhängig, der ja die Ausführung des Vertrages übertragen werden soll, und wir behalten uns unsere Stellungnahme, je nach der Ausgestaltung der Kontroll- und Aufsichtsinstanzen, vor.

Wir fordern ferner bei der Durchführung des Vertrages eine **Mitwirkung des Reichstags,**

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

damit der Reichstag einen entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Bauverträge, auf die Entscheidung der Frage, ob Regie oder Werkbauverträge, weiter einen bestimmenden Einfluß auf die Höhe der Materialpreise und andere Dinge auszuüben in der Lage ist. Wir fordern weiter als selbstverständlich die Beteiligung der interessierten Arbeiterschaft, der Seeleute und der Werftarbeiter, bei der Durchführung des Vertrages, insbesondere an der Kontrolle und Aufsicht, und zwar auf paritätischer Grundlage.

Meine Damen und Herren! Ich beantrage, den vorliegenden Vertrag dem Hauptausschuß zur Weiterberatung im einzelnen zu überweisen. Ich knüpfe daran die Erwartung, daß die Regierung bei den Verhandlungen im Ausschuß uns befriedigende Auskunft bezüglich Berechnung und Höhe der Abfindung geben wird. Wir wünschen weiter, daß unseren Anregungen bezüglich Form und Inhalt des Vertrages sowie der Ausführungsbestimmungen, (C) die wir im Ausschuß geben werden, Rechnung getragen wird.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Reichert.

Dr. **Reichert,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir hätten gewünscht, daß am letzten Sonnabend die große vaterländische Debatte vorübergegangen wäre, ohne daß von sozialdemokratischer Seite eine solche Kritik an der **Namensgebung der Schiffe** geübt worden wäre. Soll tatsächlich draußen in der Welt diese Namensgebung zu politischen Zwecken aufgebauscht werden? Es sind auch heute wieder Worte gefallen, daß darin ein „provozierendes, ein dummes Vorgehen“ zu erblicken sei, daß die Welt daran erkennen werde, daß sich „in Deutschland nichts geändert“ habe. Wenn dies sogar als „ein verbrecherisches Treiben“ bezeichnet wird, so stehe ich nicht an, zu fragen, ob es denn in der Welt einen besseren Eindruck machen würde, wenn man den Schiffen die Namen „Kultusminister Adolf Hoffmann“, „Kaiserlicher Staatssekretär Scheidemann“ oder ähnliche geben würde?

(Heiterkeit.)

Meiner Meinung nach wird einer so großen wirtschaftlichen Angelegenheit nicht gedient, wenn hier viel politische Galle hineingegossen wird. Wir werden auf diesem Wege den Sozialdemokraten nicht folgen, sondern diese Angelegenheit wirklich sachlich erörtern.

Wir können unsererseits dem vorliegenden Gesetzentwurf die Zustimmung geben. Wir meinen, daß endlich einmal die Ungewißheit über das **Schicksal der deutschen Reederei** beseitigt werden muß. Zweifellos handelt es sich hier um einen Wirtschaftszweig, der am schwersten getroffen ist durch den ganzen Krieg und seine Nachwirkungen, nicht zuletzt durch die Revolution und den (D) Versailler Vertrag. Ich darf daran erinnern, daß im Kriege zunächst ungeheure Kriegsschäden bei der deutschen Reederei eingetreten sind, und daß schließlich die Wegnahme erfolgte. Im Kriege war es der Verlust ganzer Schiffe, die Unmöglichkeit, irgendwelchen Verdienst zu schaffen; nach dem Kriege, als die gute Konjunktur für die Reederei in der ganzen Welt einkehrte, konnten die deutschen Schiffe nicht daran teilnehmen, da die Entente sie weggenommen hat. Es waren also keine wirtschaftlichen Möglichkeiten vorhanden wie für andere deutsche Wirtschaftszweige. Geradezu ohne Hab und Gut saßen die deutschen Reeder da. Dazu kam die ungeheure Preissteigerung für die Neubauten. Es war eine Notlage, in die nicht nur die Reeder und die Seeleute, sondern auch die Werften und die Metallarbeiter verwickelt worden sind. Es ist, wenn man sich das Schicksal der Hansestädte ansieht, tatsächlich eine Notlage aller schaffenden Stände. Gerade wenn man an die ungeheure Arbeitslosigkeit in Hamburg denkt, wo über 200 000 Arbeitslose sind, so kann man sich ein Bild machen von der fürchterlichen Gefahr, in der die Hansestädte schweben, aber auch von der furchtbaren Wirkung der Wegnahme der deutschen Handelsflotte.

Neulich ist im Hauptausschuß von unabhängiger Seite die Erklärung gefallen, für den deutschen Import und Export sei eigentlich eine deutsche Flotte gar nicht notwendig, man könne auch auf fremden Schiffen die Güter hereinbringen und hinausfahren. Wenn man von einem solchen kurzsichtigen Standpunkt aus die Dinge ansieht, dann kann man allerdings einem solchen Gesetz schwerlich zustimmen. Wir glauben aber gerade, daß die Notlage der Hansestädte zeigt, wie groß die wirtschaftliche Bedeutung einer großen Flotte ist, nicht nur unmittelbar für die Reeder und für die Seeleute, sondern

(Dr. **Reichert,** Abgeordneter.)

(A) auch für das ganze Wirtschaftsgetriebe in diesen Hansestädten.

Die **Gesamtwerte der zu entschädigenden Schiffe** werden in der Spa-Denkschrift auf nicht weniger als 7,3 Milliarden Goldmark beziffert. Es ist nun die Frage, wie geholfen werden soll. Der Reichstag hat bereits im Jahre 1917 ein Gesetz über die Beihilfen zur Wiederherstellung angenommen; infolge der Revolutionswirkungen mußte dazu das Überteuerungsabkommen kommen. Bisher sollen, wie man hört, 2,3 Milliarden Papiermark dazu verausgabt worden sein. Aber das ist ja nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man sich überlegt, was für ein riesiger Gesamtverlust eingetreten ist. Rechnet man die 7,3 Milliarden Goldmark in heutige Papiermark um, so kommt man zu dem ungeheuren Verlust von ungefähr 100 Milliarden Papiermark. Man braucht sich die jetzige Finanzlage Deutschlands nur anzusehen, um sofort zu erkennen, daß es unmöglich ist, auch nur annähernd eine entsprechende Entschädigung zu gewähren.

In der jetzigen Vorlage können wir ein wichtiges Kompromiß zwischen Regierung und Reedern erblicken, und es ist ein Weg gefunden, um wenigstens einen bescheidenen Anfang in der Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte zu machen.

Der Gesetzentwurf enthält gewisse Unklarheiten. Wir werden morgen im Ausschuß bitten, daß uns die Regierung darüber noch Aufklärungen gibt. Entscheidend ist für uns, daß nunmehr mit dem Wiederaufbau der Handelsflotte ernstgemacht werden soll, und zwar nicht nur für die großen Reedereien, sondern auch für die mittleren und kleinen. Es muß **Arbeitsmöglichkeit** geschaffen werden für unsere **deutschen Werften** und damit natürlich auch für die deutschen Seestädte. Wir bitten, dabei das Binnenland nicht zu vergessen, auch nicht solche

(B) Gegenden, die geographisch etwas entlegen sind. Die Arbeitslosigkeit ist bekanntlich in Hamburg, dann in Berlin und nicht zuletzt im ehemaligen Königreich Sachsen am größten. Das zeigt schon sehr deutlich, welche Fabriken vor allen Dingen herangezogen werden sollen.

Wir bitten ferner, darauf bedacht zu sein, daß den Reedern möglichste Freiheit in der Verwendung der Gelder eingeräumt wird, daß man von der bisherigen Art der Zwangswirtschaft abkommt; denn zweifellos ist die **Bewegungsfreiheit** für die Wiederherstellung am besten. Das Risiko bleibt nach der Vorlage ja im wesentlichen den Reedern, und es genügt vollkommen, wenn die Regierung bei der Überwachung beteiligt ist. Jedenfalls stehen wir auf dem Standpunkt, daß sich die Regierung in den Bau der Schiffe nicht einmischen sollte. Der Privatinitiative ist Raum zu geben; dann werden wir am besten fahren.

Meine Damen und Herren! Wir stehen vor der Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß die deutsche Hansa nicht zu einem historischen Begriff wird. Die deutsche Hansa hat mit ihrer großen Flotte dahin gewirkt, daß an dem starken deutschen Wirtschaftskörper ein Arm herausgewachsen ist, der die große Menge von Waren herein- und herausgeben konnte. Diesen Arm hat uns der Versailler Vertrag abgeschlagen. Wir müssen Ersatz für ihn schaffen. Hier ist der erste große Schritt dazu. Deswegen glauben wir, daß jede vaterländisch gesinnte Fraktion einem solchen Antrag letzten Endes zustimmen muß.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Klöckner.

Klöckner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde stehen dem **Abkommen mit den Reederfirmen** wohlwollend gegenüber und werden demselben vorbehaltlich näherer Aufklärung über verschiedene Punkte morgen im Ausschuß die Zustimmung geben. Wir lassen (C) uns bei unserer Beschlußfassung in erster Linie von dem Gesichtspunkt leiten, daß durch dieses Abkommen großen und wichtigen **Industrien Arbeiten** in großem Maße auf eine lange Reihe von Jahren zugeführt werden, die in der augenblicklichen Weltwirtschaftskrisis besonders schwer ins Gewicht fallen. Die Arbeitslosenzahl mehrt sich von Tag zu Tag in erschreckender Weise. Wenn man bedenkt, daß von den zu bewilligenden Summen zirka 80 Prozent in Löhnen verausgabt werden, kann man sich ein Bild davon machen, in welch hervorragendem Maße der Arbeitslosenfürsorge in dieser Vorlage ein Helfer entsteht.

Es ist richtig, daß zurzeit von der gesamten **Welttonnage** ein gewisser Prozentsatz beschäftigungslos in den Häfen liegt; das kann aber nur ein vorübergehender Vorgang sein; denn die in den Ausfuhrländern aufgestapelten Waren drängen auf Abnahme.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Die Situation kann sich, sobald die Kaufkraft der Länder wieder gestärkt ist und die bestehenden Schwierigkeiten beseitigt sind, mit einem Schlage ändern. Die Fracht der für Deutschland fahrenden fremden Schiffe muß in fremder Valuta gezahlt werden. Bei der zweifellos demnächst einsetzenden starken Verschuldung Deutschlands an das Ausland müssen wir alles tun, um unsere Valuta zu schonen. Unser Streben muß sein, unsere Handelsflotte teilweise wieder herzustellen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Durch die allmähliche **Wiederherstellung der Handelsflotte** sind wir auch in der Lage, die große Zahl der Seeleute, die beschäftigungslos sind und die der Arbeitslosenfürsorge zur Last fallen, allmählich wieder ihrer früheren Tätigkeit zuzuführen.

Aus allen diesen Gründen werden wir der Vorlage die Zustimmung geben und betonen dabei, daß dieselbe ganz besonders geeignet ist, zum Wiederaufbau des ge- (D) samten deutschen Wirtschaftslebens beizutragen. Wir schließen uns dem Antrag auf Überweisung an den Hauptausschuß an.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Vogtherr.

Vogtherr, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als während der Kriegsjahre die Bedeutung des eingeleiteten rücksichtslosen U-Boot-Krieges erörtert wurde, wurde von unserer Seite ganz besonders darauf hingewiesen, daß das gerade eines der Kriegsmittel sei, dessen schwerste und verhängnisvollste Folgen unter Umständen das deutsche Volk am allerersten zu tragen haben würde, und die Ereignisse haben uns darin vollständig recht gegeben. Es hatte natürlich nicht dabei sein Bewenden, daß durch den **U-Boot-Krieg** die Tonnage der anderen Länder vernichtet wurde, sondern, soweit das nicht die Handelsflotte Deutschlands auch traf, mußte sie als Ersatzleistung herangezogen werden bei der Entschädigung unserer früheren Feinde. Die Folgen, die wir jetzt zu tragen haben, lasten deshalb in wirtschaftlicher Beziehung doppelt schwer auf dem Volke. Wir sind gleichwohl der Meinung, daß es im Interesse des Welthandels sehr wohl bis auf weiteres genügte, den jetzigen Bestand der **Welttonnage** zu dem reduzierten Maß von Ein- und Ausfuhr zu benutzen. Die Sehnsucht nach einer eigenen Handelsflotte, namentlich die Sehnsucht nach dem Neubau einer eigenen Handelsflotte, ist nicht bloß bei großen Arbeiterkreisen der Werften oder der schiffahrttreibenden Berufe vorhanden, sondern auch sehr viel unverhohlener bei denjenigen Großindustriellen, die, wie in allen anderen und ähnlichen Fällen, so auch hier viele Milliarden des Reiches zu ihrem eigenen Profit herausholen.

(**Vogtherr**, Abgeordneter.)

(A) Was nun diese Vorlage anlangt, so dürfte man einigermaßen darüber erstaunt sein, daß ihre ganze Vorbereitung sich in vollständigem Dunkel, unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit abspielte, ein Verfahren, das so zwecklos war, wie nur irgendeines. Es wäre bei größerer Öffentlichkeit dieser Vorbereitung vielmehr sehr nützlich gewesen, schon vorher Stimmen hören zu können, die mit anderem Rat geholfen hätten. Auch das muß gerügt werden, daß wir die **Vorlage** bekommen haben ohne ein einziges Wort der Erläuterung und der sachlichen **Begründung.** Denn der Herr Staatssekretär Müller wird selbst bei aller eigenen Hochschätzung seiner heutigen rednerischen Leistung nicht behaupten wollen, daß sie genügt hat, um dieser Vorlage eine auch nur notdürftige Begründung zu geben. Wir haben von ihm nichts weiter gehört, als was wir nicht bereits in der Vorlage oder in einigen Zeitungsstimmen gelesen haben.

In der Vorlage selbst fehlt bei den Riesensummen die zur Entschädigung und zur Hilfeleistung für die Reedereien dienen sollen, vor allem auch die Angabe der Höhe und der Unterlagen für die an die Reedereien bereits geleistete Zahlung. Daher figuriert in der Vorlage auch keine Gesamtleistungssumme.

Von besonders gefährlicher Bedeutung ist die Bestimmung in dem Vertrag, die von der **Steuerfreiheit der Reedereien** spricht. Denn wir müssen uns vergegenwärtigen, daß fast eine vollständige Steuerfreiheit gesichert ist trotz der hohen Liquidationsgewinne, die die Reedereien dadurch bekommen, daß ihnen ein wesentlich gesteigerter Wert ihrer Schiffsverluste aus Reichsmitteln erstattet wird. In diese Steuerfreiheit sind nämlich eingeschlossen vor allem die Wertzuwachssteuer, die gerade dieses besondere Milliardengeschenk an die entschädigungsreifen Reedereien betrifft. Ferner kommt hinzu die Befreiung vom Reichsnotopfer, der Besitzsteuer, der Reichs- (B) einkommensteuer, der Körperschaftssteuer. Vor allen diesen Besteuerungsarten werden die Reedereien durch dieses Abkommen bewahrt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Das bedeutet einen großen Steuerausfall für das Reich und ein gleichzeitiges Steuergeschenk an die Großkapitalisten von so ungeheurer Höhe, daß es schon im Interesse unserer Finanzwirtschaft, im Interesse aber namentlich auch der hohen Steuerlasten, die im gleichen Betrage dann auf die Arbeitermassen geworfen werden, notwendig ist, dieses Steuerprivileg des Milliardengeschenkes aufs neue zu prüfen. Bei der Festsetzung der eigentlichen Leistung ist darauf hinzuweisen, daß, wie es kürzlich bereits in der „Frankfurter Zeitung" hieß, es eine besondere Sache mit dem sogenannten **Erzberger-Fonds** zu sein scheint. Während man nämlich den Auslandsdeutschen und anderen durch den Krieg Geschädigten zunächst nur den einfachen Friedenswert ihrer Verluste ersetzen wollte, später aber den eineinhalb oder zweifachen Betrag bewilligte, besteht ein sogenannter Erzberger-Fonds von 5 Milliarden Mark zur Entschädigung für die Reederei, was etwa dem vierfachen Friedenspreis der ausgelieferten Schiffe entspricht. Diesen Fonds hat Erzberger bereits im Herbst 1919 den Reedern als Entschädigung für die enteigneten Schiffe zur Verfügung gestellt. Davon sind $1^1/_2$ Milliarden bereits an die Treuhandgesellschaft der Reeder, die nur über 1 Million Mark Kapital verfügt, überwiesen und nahezu verbraucht worden, während die restlichen $3^1/_2$ Milliarden in Schuldurkunden des Reiches bei der Reichsbank liegen. Da für diese Summe keine Deckung vorhanden ist, so könnte sie nur durch Vermehrung der Noten gedeckt werden. Es würden dann also, wie hier berechnet wird, über 8 Milliarden Mark neu über die Notenpresse laufen.

(C) Es ist weiter zu beachten, daß neben dem Geschenk von $2^1/_2$ bis $3^1/_2$ Milliarden und neben der Steuerfreiheit, die ihnen für dieses Geschenk wie für die Zuschüsse zu ihrer produktiven Leistung gegeben werden, daß gegenüber diesen Vergünstigungen ein allgemeines Interesse an dem Neuaufbau der Handelsflotte in anderer Weise besteht. Wie wir schon bei anderen Gelegenheiten hervorgehoben haben, dürfen derartige wirtschaftliche Leistungen im Interesse der Gesamtheit nicht dem Großkapital, dem Privatkapital, den mit diesen Reedern verbündeten privaten Großindustrien übertragen werden, sondern ein solches großes, wichtiges Verkehrsmittel und seine Neuschaffung muß auf Kosten der Gesamtheit im Betrieb der Gesamtheit mit Ausschaltung jedes Privatgewinns, jedes Gewinns für das Großkapital durch Sozialisierung erfolgen. Auch meine Freunde müssen neben der Erfüllung einer Reihe anderer Bedingungen von der Erfüllung namentlich der Bedingungen, die ich angeführt habe, der Ausmerzung aller dieser Bevorzugungen, ihre Zustimmung, ihre endgültige Stellungnahme zu dieser Vorlage abhängig machen. Wie bereits einer meiner Vorredner, habe auch ich nötig, in diesem Zusammenhang die **Ansprüche der Werftarbeiter** nach der Richtung hin aufs neue zu betonen, indem wir verlangen, daß große wirtschaftliche Betriebe, mögen sie im Besitz des Reichs sein oder mögen sie für Rechnung des Reichs arbeiten, die Pflicht und Schuldigkeit haben, für die Arbeiter unter allen Umständen die denkbar besten Lohn- und Arbeitsbedingungen festzulegen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn wenn irgendwo, dann ist diese Forderung in solchen Betrieben berechtigt, die auf Kosten der Gesamtheit betrieben werden, bei denen die Arbeiter nicht bloß Arbeitstiere sein sollen und sein mögen, sondern bei denen sie auch als Bürger der Republik selbst als Mitauftraggeber beteiligt sind. (D)

Meine Damen und Herren! Auch ich muß zurückgreifen auf die Ereignisse der letzten Tage und Wochen. Ich komme namentlich auch noch kurz auf das Verhalten zu sprechen, das die Direktion der **Vulkanwerft in Stettin** in den letzten Tagen gegen die dortigen Werftarbeiter gezeigt hat. Es handelte sich bei der dort schließlich zum Ausstand führenden Bewegung um eine an sich ziemlich belanglose Sache, um die Einstellung eines Werkmeisters. Aber nicht allein die Person dieses Mannes war es, auch nicht sein Amt und seine Stellung, sondern worauf es den Werftarbeitern in Stettin besonders ankam, das war, sich das Recht zu wahren, das sie sich in einer freien Vereinbarung mit der Werftdirektion am 20. Februar 1920 gesichert hatten, welches darin bestand, daß die Anstellung und Ernennung von Vorgesetzten nur im Einverständnis zwischen Direktion und Betriebsrat erfolgen solle.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Mit welchem Betriebsrat?)

Über dieses Übereinkommen hat sich die Werftdirektion ohne weiteres hinweggesetzt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Mit Recht!)

— Nein, ohne jedes Recht; denn wenn die Arbeiter die Pflicht haben, getroffene Abkommen zu halten, so ist es auch die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der Arbeitgeber.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Erkelenz: Andere dabei auszuschließen!)

Dieser Herrenstandpunkt, der ihnen so beliebt und nahe liegt, muß endlich einmal ein Ende haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn es nicht im Guten geht, dann geht es im Bösen!

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Na! Na!)

(**Vogtherr**, Abgeordneter.)

(A) Wir werden alles tun, die Arbeiter daran zu erinnern, daß es ihr Lebensinteresse ist, sich von diesen ihren Rechten nicht ein Titelchen abgaunern zu lassen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Frage also war an sich belanglos. Aber sie wurde von der Werftdirektion dazu benutzt, die einsetzende passive Resistenz zur Aussperrung von Arbeitern zu benutzen und endlich zur vollständigen Schließung der Schiffsbauwerft, zur Aussperrung von etwa 6500 Arbeitern zu schreiten. Auch das taten wieder dieselben Kreise, die immer mit vollem Munde rufen: Arbeiten! Arbeiten! — dieselben Kreise, denen ihr Herrenstandpunkt natürlich sehr viel wichtiger ist als die Produktion im öffentlichen Interesse.

(Zuruf rechts: Passive Resistenz!)

Es folgten dann Verhandlungen seitens der Arbeiter mit der Werftdirektion unter Mitwirkung —

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Welcher Arbeiter?)

— vielleicht der Kanalarbeiter — geistreiche Frage!

(Heiterkeit. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das ist sehr wesentlich!)

Es folgten dann **Verhandlungen seitens der Arbeiter mit der Werftdirektion** unter Mitwirkung von amtlichen Stellen, unter Mitwirkung des Oberpräsidenten, des Demobilmachungskommissars und des Polizeipräsidenten von Stettin. Es wurden darin fünf Vereinbarungen getroffen, über die sehr bald eine Einigung erfolgte. Als ein recht nebensächlicher Punkt, der selbst von den Regierungsstellen als belanglos angesehen wurde, vor dem Abschluß stand, erklärte die Werftdirektion, daß sie nicht weiter verhandele. Was beabsichtigt war, zeigten dann erst die späteren Vorgänge. In der Sitzung, in der die Schlußverhandlungen stattfinden sollten, wurde ein **Plakat** aufgezeigt, das bereits dazu bestimmt war, der Öffentlichkeit bekanntzumachen, daß durch die Schuld der Arbeiter (B) eine Einigung nicht zustande gekommen sei und deswegen die Schließung der Werft erfolgen müßte,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

das heißt, dieses Plakat hatte man drucken lassen noch während der Verhandlungen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und noch ehe man wußte, ob die Verhandlungen zum Abschluß kommen oder nicht. Diese weise Voraussicht der Werftdirektion fand auch bald eine Erklärung durch ein bekannt gewordenes Telegramm aus Hamburg, in dem der Werftdirektion der Stettiner Vulkanwerft mitgeteilt wurde, daß sie keinerlei Konzessionen machen solle, da beabsichtigt sei, die Basis des Kampfes zu verbreitern

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und die Werften von Blohm & Voß und Vulkan-Hamburg mit einzubeziehen. Diese schamlosen Tricks des Unternehmertums, der Werftdirektion, zeigten nunmehr das eigentliche Ziel dieser ganzen Bestrebungen während der Verhandlungen.

Meine Herren! Es kam zu einer endgültigen Einigung auf dieser Grundlage nicht. Auch die Bemühungen der Regierungsvertreter scheiterten an dem Eigensinn und dem Eigenwillen der Arbeitgeber, und es war nicht zu verwundern, wenn aus diesen Verhältnissen heraus die Arbeiterschaft der Vulkanwerft in Stettin mit mehr oder minder großer Überlegung dazu schritt, den **Generalstreik** zu betreiben, das heißt zu einem Schritte überzugehen, zu dem nach unserer Meinung, wie es offen gesagt sein kann, die Verhältnisse nicht reif genug waren. Wenn sie reif genug gewesen wären, und wenn der Anlaß gegeben gewesen wäre, dann konnten auch die Werftarbeiter der Vulkanwerft in Stettin der solidarischen Mitwirkung der ganzen Arbeiterschaft sicher sein. Aber darüber hinaus ist sie doch der unbedingten Sympathie in ihrem Kampf gegen (C) das Werftkapital sicher. Es ist kein Wunder, wenn die Arbeiterschaft der Werften unter Umständen mehr oder minder besonnene oder unbesonnene Schritte unternimmt, wenn sie in einer solchen Weise provoziert wird wie durch diese wirtschaftlichen Kämpfe der Werftdirektionen und wie auf der anderen Seite durch die chauvinistischen Provokationen, die schon wiederholt hier erwähnt worden sind.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Der Fall, der sich in **Flensburg** ereignet hat, mußte die Arbeiter empören, nachdem bereits ein ähnlicher in Vegesack vorangegangen war. Wenn die betreffenden Kreise, um die es sich handelt, bei der **Benennung von Handelsschiffen** ihren Geist nicht besser sprühen lassen können, als daß sie die Namen von offenbaren Kriegsverbrechern wählen,

(lebhafte Rufe rechts: Oho! — sehr wahr! auf der äußersten Linken)

dann ist es selbstverständlich, daß sich die weitesten Kreise der Bevölkerung insbesondere aber die Arbeiter, gegen eine derartige Frechheit wenden.

(Zustimmung auf der äußersten Linken. — Widerspruch und Zurufe rechts.)

Dem Auslande und Inlande gegenüber ein Handelsschiff mit dem Namen „Tirpitz“ zu benennen,

(Zurufe rechts: Warum nicht? Ist ein ehrlicher Name!)

bedeutet geradezu eine Schändung des deutschen Namens.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe rechts. — Sehr richtig auf der äußersten Linken.)

Denn das Ausland soll endlich einmal wissen, daß die vernünftigen, ehrlichen und friedliebenden Menschen mit Tirpitz und seinem System nicht mehr das geringste gemein haben.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken. — Wiederholter Widerspruch und Zurufe rechts.)

Wenn nun schon die Werften und die Besteller der (D) Schiffe, in diesem Falle natürlich der unvermeidliche Stinnes — —

(Zuruf rechts: Seid froh, daß es einen solchen Mann gibt! — Lachen auf der äußersten Linken.)

— Sie haben ganz recht: in gewisser Beziehung sind wir sehr froh darüber, daß es einen solchen Mann gibt; denn kein anderer wie Stinnes konnte der Arbeiterklasse so deutlich zeigen, wo und wie wir uns heute befinden.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Aber wenn nun diese verwegenen Gestalten, nach denen die Schiffe benannt werden, wenigstens nichts weiter als ihren Namen geben würden! Aber sie halten auch noch bei diesen Gelegenheiten Reden.

(Zurufe rechts: Sie ja auch! — Abgeordneter Dr. Runkel: Die ist ebenso überflüssig! — Lachen auf der äußersten Linken.)

— Das werden wir gleich sehen. — Was Herr **Tirpitz** bei dieser Gelegenheit zum besten gegeben hat, ist so ungefähr das Schema einer Kasernenhofrede.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Ich möchte nur einzelne Zeilen davon wiedergeben. Er spricht davon, daß uns „die innere Zwietracht in den Abgrund gestürzt hat“.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Abgeordneter Dr. Helfferich: Was wollen Sie dagegen sagen?)

— Dagegen habe ich zu sagen, daß das eine offenbare Geschichtsfälschung ist. —

(Stürmischer Widerspruch und Lachen rechts. — Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Er schwindelt weiter, indem er sagt:

„Das half den Räubern ringsum, die nur auf die Gelegenheit lauerten, Deutschlands blühende Wirtschaft an sich zu reißen.“

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

(**Vogtherr,** Abgeordneter.)

(A) Auch das ist eine der schamlosesten Geschichtsfälschungen, die wir erlebt haben.

(Wiederholter stürmischer Widerspruch rechts. — Lebhafte Rufe auf der äußersten Linken: Sehr richtig!)

Denn zunächst einmal waren die Raubgelüste der Tirpitz, Helfferich und Konsorten mindestens ebenso groß wie die unserer Gegner.

(Lachen und Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Vogtherr, Sie dürfen nicht von Raubgelüsten eines Mitgliedes dieses Hauses sprechen.

(Lachen auf der äußersten Linken. — Abgeordneter Ledebour: Damals war er ja noch nicht Mitglied dieses Hauses!)

Vogtherr, Abgeordneter: Ich habe das Mitglied des Hauses nur als Typus gemeint. Außerdem war der jetzige Abgeordnete Helfferich damals Mitglied der Regierung. —

Tirpitz erzählt weiter:

> Unsere Handelsflotte, die für Deutschland fuhr, ist uns geraubt!

(Sehr wahr! rechts.)

— Sehr falsch!

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn daß wir keine Handelsflotte mehr haben, ist die Schuld der Tirpitzschen Verbrechen.

(Zuruf rechts: Derjenigen, die die Marinemeutereien veranlaßt haben!)

Hätten die Kriegsverbrecher sich nicht austoben dürfen, dann hätten wir die Handelsflotte noch heute.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Die Schuld Ihres Friedensvertrages! — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es darf daran erinnert werden, daß gerade die Tirpitzerei (B) es gewesen ist, die den anderen Ländern ihre Handelsflotte geraubt und vernichtet hat.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Der Krieg!)

Meine Damen und Herren! Diese Rede steht ja ganz auf der Höhe des Mannes.

(Zuruf rechts: Auf Ihrer nicht! — Große Heiterkeit.)

— Es soll mich freuen, wenn Sie mich noch höher einschätzen.

Vorangegangen war, wie Sie wissen, der ganz ähnliche Fall in **Vegesack,** wo ein Schiff mit dem Namen **„Hindenburg"** benannt wurde.

(Lebhaftes Bravo rechts. — Unruhe auf der äußersten Linken.)

Dieser Name soll wahrscheinlich auch die Auslandsdeutschen daran erinnern, durch welche Generalspolitik und Politik des Militärkabinetts

(Zurufe rechts)

das deutsche Volk und das Deutsche Reich an den Abgrund gebracht worden sind.

(Pfuirufe rechts. — Abgeordneter Dauch: Sie kennen die Auslandsdeutschen!)

Bei dieser Gelegenheit darf ich darauf aufmerksam machen, daß der **Betriebsrat der Bremer Vulkan-Werft** sich in dieser Angelegenheit am 3. Februar an die Direktion der Werft mit einem Warnungsschreiben gewandt hatte, das in aller Ruhe und Verständigkeit

(hört! hört! und Lachen rechts)

die Werft darauf aufmerksam machte, welches die Konsequenzen dieser kindischen Politik sein würden.

(Zuruf rechts: Das war gar nicht seine Sache!)

In dem Briefe schreibt der Betriebsrat folgendes:

> Der Betriebsrat hält es für seine Pflicht, die Direktion auf die große Erregung aufmerksam zu machen, die sich der Arbeiterschaft bemächtigt hat, als bekannt wurde, daß Seeschiff 594 den Namen „Hindenburg" erhalten soll.
>
> Die Arbeiterschaft wird es als eine alldeutsche (C) Provokation empfinden, nicht nur die hiesige Arbeiterschaft, sondern auch die Arbeiterschaft des gesamten Deutschlands, ja noch weiter die Arbeiterschaft der ganzen Welt,

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Lächerlich!)

> daß gerade im letzten Zeitpunkt ein Schiff vom Stapel läuft, das diesen Namen trägt.
>
> Jedem muß klar sein, daß nach der letzten Pariser Konferenz ein Wiederaufbau Deutschlands sowie auch des gesamten Europas unmöglich ist ohne die gegenseitige Hilfe der Arbeiterschaft.
>
> Selbst von bürgerlicher Seite sowie auch vom Ausland wird anerkannt, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, die geforderten Entschädigungssummen aufzubringen.
>
> Die Arbeiterschaft hat das Bestreben, mit der Arbeiterschaft der ganzen Welt in Frieden zu leben, die Wunden des Krieges zu heilen, in ein gutes Einvernehmen zu kommen, den deutschen Namen wieder zu Ehren zu bringen und dem Haß, der Feindschaft ein Ende zu bereiten.
>
> Wiederholt haben wir erfahren müssen, daß deutschen Schiffen im Auslande Kohlen und das Entladen verweigert worden ist. Dieses würde sich noch verschlimmern, wenn das Schiff unter einem Namen in irgendeinem Hafen einläuft, der besonders verhaßt und für die Massenschlächtereien des Weltkrieges mit verantwortlich gemacht wird.

(Zurufe und Unruhe rechts.)

> Es zeugt von einer bedauerlichen Kurzsichtigkeit der Reedereien, daß ein Schiff, aus deutschem Material und von der deutschen Arbeiterschaft erbaut, vom Staate finanziell unterstützt, das bestimmt ist, den Verkehr mit dem Auslande zu (D) pflegen, einen solchen Namen erhält.
>
> Wir ersuchen, im Interesse des Auslandes, des deutschen Namens und im Interesse des ganzen Deutschlands die Reedereien zu veranlassen, von dem Namen „Hindenburg" Abstand zu nehmen.
>
> Wir glauben nicht, daß deutsche Seeleute sich hergeben werden, auf diesem Schiffe anzumustern.

(Lachen rechts.)

> Ob, wenn an diesem Namen festgehalten wird, der Stapellauf stattfinden kann, können wir nicht garantieren.
>
> Wird von der Benennung „Hindenburg" Abstand genommen, dann erübrigt sich ja auch die Anwesenheit des Generalfeldmarschalls Hindenburg als Taufpate.
>
> Der Betriebsrat ist verpflichtet, auf Grund des § 66 Abs. 3 und Abs. 6 des Betriebsrätegesetzes dies der Direktion zu übermitteln. Er lehnt, wenn auf der Benennung bestanden wird, jede Verantwortung ab, die durch diese Sache und die Anwesenheit des Generalfeldmarschalls hervorgerufen wird.

(Zuruf rechts: Das ist allerdings kein Herrenstandpunkt, das ist ein Knechtsstandpunkt!)

— Das ist weder ein Herren- noch ein Knechtsstandpunkt, sondern das ist

(Zurufe rechts: Brutale Gewalt!)

der Standpunkt eines Arbeiters, der seine fünf Sinne beisammenbehalten hat,

(lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(Vogtherr, Abgeordneter.)

(A) und der sich weder durch alldeutsche noch durch chauvinistische Hetzereien

(Zuruf rechts: Sondern durch sozialistische Hetzereien!)

dazu verleiten läßt, an Ihrer Karre zu ziehen und die Interessen der Stinnesparteien zu vertreten.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf dieses Schreiben hat der Betriebsrat eine Aussprache mit der Direktion gehabt. In dieser Aussprache hat die Direktion — das ist bezeichnend — nun folgendes erklärt:

> Hugo Stinnes wäre der Bauherr dieser Schiffe
>
> (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)
>
> und wünsche diese Benennung.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Er würde sich nur an die Werft wenden und dort Schiffe bauen lassen, die seinen Wünschen entspricht.
>
> (Sehr richtig! rechts.)

Das ist der Herrenstandpunkt des Herrn Stinnes,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und alle, die diesem alldeutschen Wahnsinn recht geben, sind die Knechte dieses Herrn.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist bereits von Herrn Abgeordneten Schumann darauf hingewiesen worden, daß weiter die Absicht besteht, ein Schiff mit dem Namen Ludendorff und ein weiteres mit dem Namen Bosch zu benennen. Wenn man auf diesem Wege fortfährt, dann kann man das ganze Verbrecheralbum der letzten fünf Jahre durchnehmen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann wird auch die Friedenstonnage der deutschen Handelsflotte nicht ausreichen, um all dieser Gesellschaft zur Verwendung ihres Namens zu verhelfen.

In welcher Weise in **Reederkreisen** gerade diese Seite der Frage beurteilt wird, geht aus einer Äußerung her- (B) vor, die die neueste Nummer der **„Hansa“**, der Deutschen nautischen Zeitschrift, enthält. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten werde ich sie verlesen; sie ist sehr kurz, aber deutlich. Es heißt darin:

> Noch bedenklicher lautet das, was sich am 28. Februar in Flensburg ereignete. Weil ein auf der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft im Bau befindlicher Dampfer den Namen „Tirpitz“ erhalten soll, weigert sich die Werftarbeiterschaft, dieses Schiff vom Stapel zu lassen!! Wir wissen ja, daß Ähnliches im Gange war, als jüngst vom Bremer Vulkan der Dampfer „Hindenburg“ vom Stapel laufen sollte. Siegte damals noch die Vernunft, so hat sie sich in Flensburg vor Anmaßung, Unverschämtheit und Dummheit prostituiert. Hier offenbart sich ein Tiefstand von politischer Unreife, wie man ihn kaum bei Hottentotten für möglich gehalten hätte. So mögen dumme Jungen oder unreife Kinder handeln, nicht aber gereifte Männer, denen politische und wirtschaftliche Rechte zur Seite stehen wie keinem anderen Arbeiter in irgendeinem Kulturland. Sollte etwas Ähnliches wohl irgendwo anders auf dem Erdenrund möglich sein? Nein, derartige Lächerlichkeiten sind leider uns Deutschen vorbehalten.

Ich weiß, daß diese Zeilen der blödesten Beschimpfung und der schimpflichsten Verblödung

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

Ihren Beifall auf der rechten Seite voll und ganz finden.

(Zuruf rechts: Wir haben doch gar nichts gesagt!)

Aber für die Kreise, die Verständnis für die Wirkungen jedes unserer politischen Schritte nach außen hin haben, und die den Willen haben, unsere Auslandspolitik nicht zu alldeutscher oder zu Stinnes-Reklame zu benutzen, sondern sie wirklich zur Gesundung unseres Volks- und (C) Wirtschaftslebens in der internationalen Verbindung der Völker zu finden, — für diese Kreise, sage ich, ist es nach wie vor ein Schimpf und eine Schande, sehen und erleben zu müssen, daß die ins Ausland gehende deutsche Handelsflotte mit Namen benannt wird, auf denen der Fluch von Millionen Kriegsopfern ruht,

(große Unruhe rechts)

die alle diejenigen verschuldet haben, die hier genannt sind, und die viele von denen mit verschuldet haben, die dieses kindische, schamlose verbrecherische Treiben verteidigen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Vereinigten Kommunisten. — Lebhafte Pfuirufe und Entrüstungsrufe rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heile.

Heile, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich werde der Versuchung widerstehen, wie der Herr Vorredner bei der Aussprache über eine rein sachliche Angelegenheit eine rein politische Rede zu halten.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Können Sie die Sache von der Politik trennen?)

— Sagen wir also: eine parteipolitische Rede zu halten, wenn Ihnen das mehr Spaß macht.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Es handelt sich um die Reederabfindung!)

— Richtig! Es handelt sich um die Abfindung der Reedereien, also nicht um den Streit darum, wer am Kriege und im Kriege die Schuld oder nicht die Schuld hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Daß es nicht gerade ein Beweis von nationalem Taktgefühl ist, wenn man just in diesen Tagen den **Namen „Tirpitz“** wählt, um ein **Schiff** damit zu benennen, das weiß ich, das braucht uns von keiner Seite aus gesagt (D) zu werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es verrät aber mindestens ebenso wenig nationales Taktgefühl, wenn man just in diesen Tagen, wo in London verhandelt wird, solche Dinge hervorholt und so in den Vordergrund schiebt, daß man erst die ganze Welt darauf aufmerksam macht, daß man den Namen „Tirpitz“ in einer Weise in die Welt hinausschreit,

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Vereinigten Kommunisten)

daß aus einer Schiffstaufe, die sonst gleichgültig sein könnte, über die wir alle mit einer Handbewegung hinweggehen könnten, künstlich eine politische Angelegenheit gemacht wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn überhaupt eine Angelegenheit vorhanden ist, bei der parteipolitischer Streit gänzlich schweigen könnte, so ist es die, die uns heute hier beschäftigt.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Es handelt sich darum, einem Zweig des deutschen Wirtschaftslebens zu helfen, der vor dem Kriege ganz ungeheuer dazu beigetragen hat, daß wir diejenige Blüte der deutschen nationalen Wirtschaft erreichen konnten, die wir besessen haben, und der im Kriege unter allen Zweigen der deutschen Wirtschaft wohl am allermeisten gelitten hat. Es handelt sich gar nicht darum, irgendeiner Gruppe — um das viel angeführte Wort zu gebrauchen — von „Kapitalisten“ irgendwelche Summen in den Rachen zu werfen, sondern es handelt sich darum, daß man die Wirtschaft selber, sowohl die **Seefahrt** wie den dahinterstehenden Überseehandel, ebenso wie den **Schiffsbau** und damit auch die Arbeiterschaft, die im Schiffsbau tätig ist, und auch die Arbeiterschaft, die in der Schiffahrt selber tätig ist, wieder

(Heile, Abgeordneter.)

(A) in den Stand setzt, ihre für die nationale Wohlfahrt so notwendige Arbeit wieder durchzuführen.

(Sehr richtig!)

Es handelt sich darum — und darum begrüßen wir, daß das Abkommen endlich fertiggeworden ist — diesen Wirtschaftszweig, der wie kaum ein anderer empfindlich ist gegen alle Zwangsregulierung, der es wie kaum ein anderer nötig hat, frei und auf längere Fristen disponieren zu können, wieder freizumachen von den unter dem Zwange des Krieges vorgenommenen Maßnahmen, so daß wir sobald wie möglich wieder in die Lage gesetzt werden, den deutschen Unternehmungsgeist in Arbeitgeber- und Arbeitnehmertum nach alter Art wieder sich betätigen zu sehen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir wünschen, das festgestellt zu sehen, auch schon bei dieser Vorberatung des Vertrags, über dessen Einzelbestimmungen wir ja wohl im Ausschuß beraten werden, daß der größte Teil der in Frage kommenden Summe dazu verwertet werden soll und muß, daß **deutsche Arbeiter Beschäftigung** finden.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Mehr als zwei Drittel der Summe geht berechtigterweise diesen Weg.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das hätte man auch auf der linken Seite dieses Hauses beachten sollen. Wenn Sie (nach links) beachtet hätten, was im Vertrag steht, dann würde die Rede, die wir eben gehört haben, wohl etwas anders gelautet haben.

Es steht darin, daß 90 Prozent der gesamten Summen, die das Reich als Zuschuß für den **Wiederaufbau der Handelsflotte** zahlt, auf **deutschen Werften** verbaut werden müssen, indem die Reeder sich verpflichten, die Schiffe nicht etwa anderswo billig zu kaufen, sondern sie unter allen Umständen auf deutschen Werften bauen (B) zu lassen, ganz einerlei, ob die Konjunktur hinauf oder hinuntergeht, ganz einerlei, was für sie daraus kommen kann. Obwohl sie jetzt auf dem Weltmarkt, etwa in England ihre Schiffe wesentlich billiger kaufen können, verpflichten sie sich, und zwar für die Dauer von 10 Jahren, ein Drittel der verloren gegangenen Flotte von früher mit Hilfe der Summen wieder aufzubauen, die ihnen jetzt zur Verfügung gestellt werden sollen; und zwar verpflichten sie sich, wenn mit den Preisen auf dem Weltmarkt und hier bei uns zu Hause die Herstellungskosten sinken sollten, wenn sie also durch die Zuschüsse, die sie von der Reichsregierung oder vom ganzen deutschen Volke bekommen sollen, in eine besonders günstige Lage versetzt werden, sie bis zum Betrage von 2 Milliarden wieder herauszuzahlen. Aber umgekehrt, wenn die Konjunktur anders läuft, wenn die Preise teurer werden, womit man doch sehr rechnen muß, dann sind sie immer noch verpflichtet, das Drittel der deutschen Handelsflotte wieder aufzubauen, dann bleibt die Verpflichtung bestehen, auch wenn die Summen dann nicht annähernd ausreichen.

Ich glaube, daß das ein Vertrag ist, den wir als Vertretung des deutschen Volkes wohl eingehen können, und ich glaube, daß wir alle ohne Unterschied der Parteien den Reedern dankbar dafür sein sollten, daß sie den Mut haben, auf Grund solchen Vertrages an die Arbeit zu gehen,

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß sie den Mut nicht verloren haben, jetzt in dieser Zeit, wo sie schwerer zu kämpfen haben als andere, an den deutschen Wiederaufbau heranzugehen. Das ist ein Dank, den auch Sie (nach links), wenn Sie wirklich die Seeleute oder Werftarbeiter vertreten wollen oder zu vertreten glauben, aussprechen müßten; denn es gehört ein ungeheures Maß von Vertrauen und Glauben an die eigene Tüchtigkeit dazu, von den günstigeren Bedingungen des bisherigen Abkommens zurückzutreten und nun, gestützt (C) auf solchen Vertrag, der zwar wenige Unterstützung, aber dafür mehr Freiheit bringt, den Wiederaufbau der Handelsflotte zu wagen.

Das ist es eben, was wir freudig anerkennen, daß in unseren Hansestädten noch immer der alte Geist lebendig ist, der am Schütting in Bremen angeschrieben ist: navigare necesse est, vivere non est necesse, Schiffahrt ist nötig, wenn Deutschland leben soll! In diesem Geiste wollen auch wir an diesem Vertrag mitarbeiten, und ich hoffe, daß das für die ganze deutsche Volkswirtschaft, für alle Teile des deutschen Volkes von Segen sein wird.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Gildemeister.

Dr. **Gildemeister,** Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß unserer **Reederei ein Zweig der** vormals **blühenden deutschen Wirtschaft** gewesen ist. Unsere ganze Einstellung gegenüber diesem Reedereiabfindungsvertrag muß davon ausgehen, daß es eine der wichtigsten Aufgaben des Wiederaufbaues der deutschen Volkswirtschaft ist, daß dieser Zweig am Baume der deutschen Volkswirtschaft nicht verdorrt: die Reederei, die uns die Möglichkeit schafft, aus der Stickluft unserer heutigen beengten Verhältnisse wieder in die Weltwirtschaft hinauszugehen.

Es ist gemeint worden, die Reederei habe nur in dem Umfange Berechtigung, wie sich jetzt unsere Ein- und Ausfuhr darstellen, und etwa gar, man solle den Umfang der Reederei nach dem kläglichen Umfang der heutigen (D) deutschen Aus- und Einfuhr bemessen. Es liegen dem vollständig falsche Auffassungen zugrunde. Die Reederei ist ein selbständiger Erwerbszweig; die Reederei in ihrer Betätigung, wie sie sich gerade durch die deutsche Schiffahrt vor dem Kriege geltend machte, die durch die Güte ihrer Schiffe, durch die Leistung der deutschen Seeleute die fremde Konkurrenz schlug, schaffte Werte für die deutsche Volkswirtschaft, die sich auch darin ausprägten, daß wir in der Lage waren, mehr an Werten zu importieren, als wir exportierten. Darin lagen zum guten Teil die Reedereigewinne. Von diesem Gesichtspunkte aus, auch rein wirtschaftlich gesehen, und nicht allein von dem höheren Gesichtspunkte aus, daß die deutsche Flagge wieder herausgetragen werden soll, haben wir die nationale und die wirtschaftliche Pflicht, unsere Handelsflotte wieder durch die Meere fahren zu lassen. Ich sagte, es sei ein Zweig der blühenden deutschen Wirtschaft, und ganz gewiß war ein Ziel dieses Krieges, diesen Zweig der blühenden deutschen Wirtschaft zu zerstören.

Es ist von der **Motivierung** gesprochen worden, die man gefunden hatte, als man sich unsere Flotte aneignete, indem man darauf Bezug nahm, daß die Deutschen acht Millionen **fremde Tonnage** versenkt hatten, und man nun Ersatz Tonne um Tonne forderte. Auf der See gilt noch heute die Kaperei, gilt noch heute das Seebeuterecht. Das ist geltendes Recht, und es ist einmal so, daß auch die Handelsflotte in einem internationalen Konflikt der Einsatz ist, den die einzelne Nation riskiert. Aber nicht kann man mit irgendwelchen kümmerlichen Argumenten der eigenen Schuld und der Selbstbezichtigung kommen und sagen: Ja, wenn ich mich nicht so gegen meine großmütigen Feinde vergangen hätte, hätte ich es nicht so zu büßen gehabt.

(Sehr gut! rechts.)

(Dr. Gildemeister, Abgeordneter.)

(A) Großmütige Feinde, jawohl, die unsere Handelsflotte verlangten in dem Abkommen von Trier, indem sie Deutschland vorhielten, daß das zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln notwendig wäre,

(hört! hört! rechts)

und die unsere Seeleute veranlaßten, die Schiffe herüberzufahren, ihr Handwerkszeug, das Instrument, mit dem sie im wirtschaftlichen Kampfe stehen, von allem anderen abgesehen! Ich meine, man sollte gerade, wenn man hier immer auftritt, selbst wenn man gar kein Arbeiter ist, doch für diese Seeleute und ihre Empfindungen etwas mehr Verständnis haben.

Denselben Mangel an Verständnis habe ich bei der Schilderung der **Verhältnisse auf der Vulkanwerft in Vegesack** feststellen müssen. Der Herr ist leider sehr schlecht orientiert gewesen. Er hat ein etwas langatmiges Schreiben verlesen. Ich weiß nicht, aus welcher recht gewandten Feder eines Skribifax es stammt; daß es der Stil eines Werftarbeiters gewesen ist, den Eindruck hatte ich gerade nicht dabei. Aber der Herr hat eines verschwiegen, daß, nachdem der Betriebsrat, der ja wohl glaubte, in diesem Falle durch eine derartige Handlung seinen Namen rechtfertigen zu müssen, sich auf diesem Felde betätigt hatte, eine Abstimmung der gesamten Arbeiterschaft und der Angestellten stattgefunden hat. Ob das nun deren Aufgabe ist, eine Abstimmung darüber zu veranstalten, welchen Namen der Besteller des Schiffes dem Schiffe geben sollte, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls war das Ergebnis, daß die Angestellten sämtlich und die Arbeiter mit großer Majorität für diesen Namen stimmten.

(Hört! Hört! rechts. — Widerspruch links.)

Dann habe ich gehört, daß derjenige, der nicht dieser Ansicht wäre, die in dem Schreiben niedergelegt ist, von Sinnen wäre. Die weiteren Schlüsse überlasse ich Ihnen. Weshalb hat man denn aber nun so abgestimmt? Nun, (B) weil man wohl trotz einer gewissen versuchten Beeinflussung erkannt hatte, daß Hindenburg eine Persönlichkeit ist, die über den Parteien steht.

(Sehr wahr! rechts. — Lachen links.)

Man kann über Hindenburg nur das eine sagen: es wäre erwünscht, daß jeder im Kriege, in der größten Not des Vaterlandes, so seine Pflicht getan hätte wie er.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn ihn nachher auch in Bremen der Jubel des Volkes umrauscht hat, so geschah es aus diesem Grunde.

Und nun zur Sache selbst! Unsere Reederei muß als Zweig unserer Volkswirtschaft, nicht nur, weil ein besonderes Interesse der Hansestädte vorliegt, wieder aufgebaut werden. Es wäre möglich, daß man den **Reedereiabfindungsvertrag** so geschlossen hätte, daß der Reederei die Mittel in die Hand gegeben wären, die Flotte auf dem Weltmarkt wieder zu besorgen. Denn die Dinge liegen ja sehr eigenartig. Im Versailler Friedensvertrag war nicht nur vorgesehen, daß wir unsere Flotte auszuliefern hatten; es war weiter vorgesehen, daß die deutschen Werften jährlich mit 200 000 Tonnen belegt wurden. Man hatte dabei zweifellos den Plan gehabt, uns nicht nur die Flotte wegzunehmen, sondern auch die Möglichkeit eines Neubaues der deutschen Flotte überhaupt zu unterbinden. Und dann haben sich die Dinge selbst gerächt. Es rostet noch über eine Million Tonnen deutschen Schiffsraums in den englischen Häfen, die auch bei der Versteigerung durch Lord Inchcape keinen Käufer finden. Es liegt die norwegische Handelsflotte auf, und es häuft sich Schiffsraum auf in den englischen Werften. So hat sich eine Gewaltmaßnahme in sich selbst widerlegt, und wir können das mit Freuden feststellen.

Dieses Reedereiabkommen ist im wesentlichen ein **Wiederaufbauprogramm** mit einer Bindung von 90 Prozent der Zuwendungen für den Bau auf deutschen Werften. (C) Es wurde bemängelt, die Summen seien nicht angegeben. Nun, die Summe, die jetzt noch in Betracht kommt, beläuft sich auf 4,7 Milliarden und ist im Vertrage angegeben worden. Aber es ist noch etwas anderes zu berücksichtigen. Ich darf auf einen Bericht zum Haushalt verweisen; dort ist eine Uebersicht über diese Verträge und ihren Zweck gegeben worden. Das **Überteuerungsabkommen** war darauf zurückzuführen, daß wir mit den bisherigen Mitteln die deutsche Handelsflotte unter keinen Umständen wieder aufbauen konnten. Wir hatten mit einer bis zu dreißigfachen Verteuerung gegenüber dem Friedenswert zu rechnen und konnten die Bautätigkeit auf den Werften nur dann aufrechterhalten, wenn das Reich in ganz ungewöhnlicher Weise eingriff. Wenn nun das Reich das mit den Überteuerungszuschüssen getan hat, so sind diese Zuschüsse zum großen Teil Aufwendungen für produktive Erwerbslosenfürsorge. Das möchte ich ganz besonders unterstreichen, wenn Kritik daran zu üben versucht wird, daß der Reederei hier ein großes Geschenk gemacht wäre. Nein, bei einer dreißigfachen Verteuerung hat keine Reederei ein Interesse daran zu bauen, zumal sie heute auf dem freien Weltmarkt etwa zu dem fünffachen Preise des Friedenswertes kaufen kann.

Dann ist davon gesprochen worden, es handle sich hier um ein Geschenk. Nichts ist verkehrter als das. Es ist Ihnen allen geläufig, daß der **Wert der ausgelieferten Handelsflotte** auf 7,3 Milliarden Goldmark beziffert wird. So haben wir ihn auch der Entente aufgegeben. Wir haben die Flotte auf Grund des Friedensvertrags ausliefern müssen, aber diese Auslieferung fällt unter die Bestimmungen des Enteignungsgesetzes, und das Reich ist an sich verpflichtet, die Reedereien ebenso zu entschädigen wie jeden anderen, der enteignet wird. Wenn Sie andererseits berücksichtigen, daß in dem Wert der bisherigen Bauten die enorme Überteuerung mit der produktiven Erwerbslosenunterstützung steckt und daß außerdem (D) mit den bereitgestellten Mitteln nur ein Drittel der Handelsflotte wieder aufgebaut werden kann, so haben Sie einen Maßstab dafür, ob diese Entschädigung trotz der gewaltigen Ziffer wirklich eine übermäßige ist.

Eine Zusendung, die ich hier eben bekomme, gibt mir Veranlassung, zu erklären, daß auch die kleinen Reedereien von diesem Abkommen betroffen werden. Für die Beteiligten kommt es nicht darauf an, daß sie der Reederei-Treuhandgesellschaft angehören, die lediglich die Vermittlung macht, um die Verwendung der Gelder sicherzustellen und zu überwachen.

Es knüpfen sich für uns bedeutende Hoffnungen an dieses Reedereiabkommen. Besonders wir aus den Seestädten werden es freudig empfinden, daß hier im Hause, trotz aller Versuche parteipolitischer Provokation, doch überall die Auffassung zum Durchbruch gekommen ist, daß man in der Schiffahrt einen notwendigen Zweig der deutschen Volkswirtschaft erkannt hat, den wir willens sind wieder aufzurichten mit derselben Zähigkeit, wie wir überhaupt allüberall darangehen werden, unsere Wirtschaft wieder aufzubauen, — gerade diesen Zweig, der uns wieder in die Weltwirtschaft und über See hinaus führt.

Für meine Partei habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir dem Vertrag und ebenso der Überweisung an die Kommission zustimmen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reich.

Reich, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir lehnen diese Liebesgabenpolitik, die hier für die Reeder getrieben wird, ab. Es ist genau dieselbe Liebesgabenpolitik, die man bisher für die Junker, für die Großagrarier getrieben hat. Wenn wir dieses Gesetz ablehnen,

(**Reich**, Abgeordneter.)

(A) so aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, nicht etwa deswegen, weil einige Großkapitalisten heute dem Größenwahnsinn verfallen sind, das deutsche Volk zu provozieren und ihren **Schiffen Namen** von den bekanntesten Kriegsverbrechern in Deutschland zu geben; denn im Ausland wäre es nicht möglich, daß man das Volk so verhöhnt wie in Deutschland. Dort würde man diese Kriegsverbrecher vor ein Gericht stellen, dort würde man sie längst am nächsten Laternenpfahl aufgehängt haben,

(Zurufe)

während sie in Deutschland sich erlauben können, eine solche Provokation zu treiben.

Wenn mein Vorredner sagte, daß sie mit Zähigkeit an dem Wiederaufbau der Weltwirtschaft arbeiten wollen, so heißt das nichts anderes als an dem **Wiederaufbau des Kapitalismus** und der Profitsucht, und dazu soll das Deutsche Reich die nötigen Mittel für die Reedereigroßkapitalisten zur Verfügung stellen. Wir lehnen es ab, daß man dieser Kapitalistenklasse über vier Milliarden bewilligt, die sie letzten Endes nur wieder dazu benutzt, um gegen die Arbeiter vorzugehen, um die Arbeitszeit zu verlängern, um den Lohn der Arbeiter herabzudrücken; denn wenn man sagt, die Gelder würden verwandt, um dadurch den Industrieen Arbeit zu geben, so sehen wir, daß diese Unternehmer, die vor dem Kriege große Profite gemacht haben, heute ihre wirtschaftliche und politische Macht dazu benutzen, um Tausende und aber Tausende von Arbeitern aufs Straßenpflaster zu werfen,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und wir haben keinen Grund, ihnen noch aus Staatsmitteln die Gelder dazu zu bewilligen, damit sie ihre Ziele durchsetzen können.

Wenn man uns hier entgegengehalten hat, die Reeder hätten während der ganzen Zeit nichts verdient, so hat man dabei vergessen zu erwähnen, daß gerade (B) die **Reedereien** vor dem Kriege **Riesengewinne** in ihre Taschen gesteckt haben,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß sie aber heute von diesen Riesengewinnen nichts opfern wollen, sondern meinen, die, die bisher die Dummen gewesen sind, die man geschröpft hat, könne man ruhig weiter schröpfen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn hier ein bekanntes Wort der Freien Hansestädte angeführt worden ist, so sage ich: Gewiß, die Großreeder arbeiten auch heute noch nach dem Motto: Schiffe ruhig weiter — daß heißt: spekuliere ruhig weiter auf die Dummheit der deutschen Bevölkerung und sieh' zu, daß sie dir dein Geld ersetzt, das du ausgeben sollst, da du unter keinen Umständen von deinen Riesengewinnen etwas opfern willst. Man hat wohl ein weiches Herz für die Reederei, aber man hat sich bisher nicht bekümmert um die Seelotsen, um die gesamten Seeleute, die bisher keine Arbeit finden konnten, und die eine so geringe Unterstützung bekommen haben. Man hat sich nicht bekümmert um Tausende und aber Tausende, die während des Krieges im Auslande, in den Kolonien oder sonst Hab und Gut verloren haben, die noch heute Prozesse führen und laufen müssen von Pontius zu Pilatus und überall abgewiesen werden und keinen Pfennig bekommen. Aber, sobald es sich darum handelt, diesen Großkapitalisten Milliarden in den Schoß zu werfen, appelliert man sofort an die Dummheit der Massen, daß sie doch erkennen sollen, daß dies im Interesse der Arbeiter selbst notwendig sei. Es wird dieses Gesetz hier nur deshalb wärmstens empfohlen, um dadurch für sich die nötigen Profite herauszuschlagen zu können.

Wenn Herr Schumacher hier davon gesprochen hat, daß es notwendig sei, den Wiederaufbau der Flotte im Interesse des Vaterlandes herbeizuführen, so sage ich ihm, er soll sich nicht auf das Glatteis locken lassen. Es (C) handelt sich hier nicht allein um den Wiederaufbau der Flotte, sondern um den **Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.** Wir erblicken in dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Wurzel alles Übels und müssen sehen, wie unter ihrer Herrschaft der furchtbare Raubbau an der Gesundheit und dem Vermögen des deutschen Volkes getrieben wird. Deswegen müssen wir diese Politik ablehnen, wie sie hier verlangt worden ist.

Wir haben aber auch darauf hinzuweisen, daß, wenn heute in Flensburg und anderswo die Kapitalgewaltigen die Arbeiter aussperren, wenn sie heute diese furchtbare Macht bereits wiedererlangt haben, dies in erster Linie zurückzuführen ist auf die **Politik**, die von den **Rechtssozialisten** getrieben worden ist.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Es ist zurückzuführen auf die Politik, der Gewerkschaftsführer, auf die Politik der sogenannten Arbeitsgemeinschaft, indem man den Arbeitern vorredet, sie sollten sich an einen Tisch setzen mit Stinnes und den Großkapitalisten, die nur darauf ausgehen, der Arbeiterschaft das Fell über die Ohren zu ziehen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Solange Sie diese Politik predigen, solange Sie den Klassenkampf vermeiden, so lange leisten Sie keine Politik im Interesse der Arbeiterschaft, so lange leisten Sie Söldnerdienste für den Großkapitalismus.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben hier eine Rede gehalten, die so nichtssagend war wie nur irgendetwas. Sie konnten es nicht unternehmen, gegen die Großkapitalisten aufzutreten, und meinten nun, deswegen Vorbehalte machen zu müssen, weil man hier oder dort einem Schiff den Namen irgendeines Kriegsverbrechers gegeben hat, der seine ruchlose Politik jahrelang in Deutschland getrieben hat. Ach nein! Diese Namen sind Schall und Rauch. Wir müssen der (D) Arbeiterschaft sagen: Hier gilt es lediglich, den Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt aufzunehmen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denn diese Namen verkörpern nur den Wahnsinn unserer kapitalistischen Politik, wie er in den letzten Jahrzehnten in Deutschland zutage getreten ist. Wir sehen die Gefahr für die Zukunft nicht in den Namen Tirpitz und Ludendorff, sondern wir sehen die Gefahren für die deutsche Arbeiterschaft einzig und allein in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die brutalen Machinationen der Werftgewaltigen werden den Arbeitern verständlich erscheinen lassen, wenn wir diese Liebesgabenpolitik für die Reeder ablehnen. Die Unternehmer wollen ja lediglich die Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Und die Gewerkschaften, die heute mit Stinnes und Konsorten verhandeln, die heute die Arbeitsgemeinschaft predigen, werden sich immer weiter und weiter auf die schiefe Ebene begeben. Die Arbeiterschaft wird letzten Endes erkennen, daß durch diese Politik Verrat an ihren Interessen geübt wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie werden erkennen müssen, daß die Bevölkerung sich immer mehr und mehr in zwei große Heerlager scheidet: auf der einen Seite die Ausbeuter, auf der anderen Seite die Ausgebeuteten. Wir als Ausgebeutete haben keinen Grund und keine Ursache, uns mit diesen Ausbeutern an einen Tisch zu setzen. Hier gilt es, den schärfsten Kampf gegen die Ausbeuter, hier gilt es, den schärfsten Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung überhaupt zu führen.

Wenn der demokratische Redner an dieser Stelle hier erklärte: Ja, man solle im gegenwärtigen Moment mit Rücksicht auf die Verhandlungen in London alle politischen Gegensätze hier zurücktreten lassen, so kann ich das von

(Reich, Abgeordneter.)

(A) ihm wohl verstehen. Sobald es sich darum handelt, für die Großkapitalisten in diesem Parlament etwas herauszuschinden, heißt es stets: Schweigt! Denn in London wird verhandelt; unter dem Schweigen aber wollen wir die Geschäfte für die Großreedereien betreiben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das ist ja gerade das Fürchterliche in diesem Parlament, das sich als Parlament der Demokratie bezeichnet, daß hier nur für das Interesse der Großkapitalisten gearbeitet wird.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Seeleute empfinden dieses Gesetz nicht etwa als in ihrem Interesse liegend, sondern sie merken, daß hier hinter den Kulissen wiederum ein Gesetz geschaffen werden soll, daß lediglich im Interesse der Großkapitalisten und Reeder liegt und nur dazu angewandt wird, um die Arbeiter weiter zu knechten und zu entrechten, um die Arbeiter, die Seeleute weiter auszubeuten und mit Hilfe dieser Summe, die hier bewilligt wird, ihnen ihre Rechte immer mehr zu beschneiden.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter: Ich will mich nicht in die Auseinandersetzungen politischer Natur, die der Herr Kollege Vogtherr mit den Reedern geführt hat, hineinmischen. Aber ich muß doch etwas richtigstellen, was er über die **Streikbewegung** gesagt hat, über den sogenannten Generalstreik, der in den letzten Tagen **in Stettin** ausgebrochen war. Seine Ausführungen waren eine Beschönigung, ich möchte sagen: eine Beschreibung für die Jugend, die aber mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt. Es liegt im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung aller Richtungen ohne Unterschied (B) und nach meiner Überzeugung auch im Interesse des ganzen deutschen Volkes, wenn in dieser Richtung keine falschen Darstellungen hier aus diesem Hause hinausgehen können.

Was sich in Stettin abgespielt hat, hat eine ganz andere Ursache, als der Herr Kollege Vogtherr es hier darzustellen beliebte. Die Werft in Stettin hat im vorigen Jahre dem Betriebsrat das Recht zuerkannt, Vorschläge für die Ernennung von Untermeistern einzureichen. Von diesem Recht hat der Teil des Betriebsrats Gebrauch gemacht, der sich aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften zusammensetzt, und hat ohne Kenntnis der anderen Betriebsratsmitglieder vom deutschen Gewerkschaftsring eine solche Liste eingereicht. Daraufhin haben auch die anderen Betriebsratsmitglieder ihrerseits eine solche Liste eingereicht. Die Direktion des Werkes hat zwei Vertreter aus der Liste der freien Gewerkschaften zu Untermeistern ernannt. Darüber ist nicht geredet worden; das war in Ordnung. Als sie dann aber auch einen Vertreter der zweiten Liste zum Untermeister ernannte, hat sich daraus in der Werft eine große Aufregung entwickelt, und es wurde beschlossen, entweder in den Streik einzutreten oder passive Resistenz zu üben. Das war der Kern der ganzen Streitigkeit, die dort entstanden ist, einer Streitigkeit, die dann von radikalen Elementen, die abseits jeder Gewerkschaftsbewegung stehen oder wenigstens für die Gewerkschaftsbewegung nicht verantwortlich sind, aufgebauscht worden ist und ausgenutzt wurde zur Aufpeitschung der ganzen Arbeiterschaft und zur Erklärung des Generalstreiks. Daß die Werft die Gelegenheit vielleicht gern benutzt hat, den Kampf aufzunehmen, nehme ich an. Dann war es um so fehlerhafter von den irregeführten Arbeitern, ihr dazu die Gelegenheit zu geben.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Die alte Theorie.)

(C) Ich darf mich darauf beschränken, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten die Erklärung vorzulesen, die die Bezirksleiter der freien Gewerkschaften, darunter auch namhafte unabhängige Führer, ganz besonders die dem Herrn Kollegen Dißmann unterstellten Bezirksleitungen der freien Gewerkschaften, zu dieser Angelegenheit abgegeben haben:

> Die Arbeitsgemeinschaft der Gauleiter Pommerns beschließt in ihrer Sitzung vom 3. März: Wir lehnen jede Teilnahme der Organisationen an dem geplanten Generalstreik so lange ab, bis jeder einzelnen Organisation Gelegenheit gegeben wird, in Verhandlungen mit ihren eigenen Mitgliedern und mit dem in Frage kommenden Zentralvorstand entsprechende Beschlüsse zu fassen, wobei zunächst insbesondere der Metallarbeiterverband

— das ist also die Organisation des Herrn Kollegen Dißmann —

> hierzu entsprechende Stellung nehmen müßte. An jedem ohne diese Voraussetzung gefaßten Streik uns zu beteiligen, lehnen wir mit Entschiedenheit ab, wie wir uns andererseits jedem ordnungsgemäß gefaßten Beschlusse nicht nur anzuschließen, sondern mit allen Mitteln für dessen Durchführung einzutreten unbedingt bereit sind. Wir warnen nochmals dringend vor jeder Unbesonnenheit und betonen, in solchen Fällen Mitarbeit und Verantwortung unbedingt ablehnen zu müssen. Weisungen, entsprechende Verhandlungen zwischen Ortsleitung und Zentralvorstand beziehungsweise mit den Mitgliedern einzuleiten, ergehen sofort an die einzelnen Organisationen.

Das ist also die Stellungnahme der ordnungsmäßigen Gewerkschaftsvertreter in Stettin. Das hat allerdings nicht abhalten können, daß unter dem Druck radikaler (D) Strömungen 1200 Betriebsratsmitglieder in den Amor-Sälen in Stettin zusammengetreten sind und einfach mit 780 gegen 480 Stimmen dekretiert haben: ab Freitag mittag 12 Uhr Generalstreik! Den Arbeitern in den Bäckereien und in den Krankenhäusern wird die Weiterarbeit gestattet; die Elektrizitätswerke sollen nur soviel Strom abgeben, wie die Krankenhäuser gebrauchen. In Gas- und Wasserwerken dürfen nur Notstandsarbeiten gemacht werden.

Diese weitreichenden, das gesamte Leben der Stadt Stettin aufs Spiel setzenden Beschlüsse wurden lediglich deshalb gefaßt, weil ein Mann in einem Werk zum Meister ernannt worden ist, der nicht der gewerkschaftlichen Organisation angehörte, die in Stettin die meisten Sympathien hatte. Die Stettiner Vorgänge sind ein Zeugnis eines krankhaften Machtbewußtseins in radikalen Kreisen, sind Zeugnis eines bedauerlichen Mangels an gewerkschaftlicher Disziplin.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Staatssekretär Dr.-Ing. Müller.

Dr.-Ing. **Müller,** Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, auf zwei Bemerkungen noch einzugehen, die von den Herren Rednern der linken Seite hier gemacht sind.

Der Herr Abgeordnete Vogtherr hat von einem Milliardengeschenk an die Reeder gesprochen,

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Das ist es auch!)

— das die Reichsregierung den Reedereien zukommen ließe. Er hat dieses Milliardengeschenk insbesondere auch

(Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär.)

(A) darin gefunden, daß der **Vertrag** eine **Steuerbefreiung** vorsieht. In Ziffer VII des Vertrages ist bestimmt, daß „die Leistungen, die den Reedern nach Ziffer I dieses Vertrages zustehen, ihnen frei von Steuern ausgezahlt werden." Ich bin dem Herrn Abgeordneten Vogtherr sehr dankbar, daß er sich dahin ausgesprochen hat, daß der Fall der Steuerbefreiung einer besonders eingehenden Prüfung in der Kommission zugeführt werden müsse. Ich glaube, der Herr Abgeordnete wird mit Leichtigkeit sich überzeugen, daß es kaufmännisch nicht richtig sein würde, Steuerabzüge an Leistungen zu machen, die die Reichskasse zum Aufbau der Handelsflotte gibt. Das hieße einen Teil dessen wieder auf der einen Seite wegnehmen, was man auf der anderen Seite zugelegt hat, mit anderen Worten: die Vergleichssumme müßte um den Steuerbetrag erhöht werden.

Sodann hat der Herr Abgeordnete Reich davon gesprochen, daß für die Seeleute in ganz ungenügender Weise gesorgt worden wäre. Ich glaube, es genügt, wenn ich darauf aufmerksam mache, daß durch eine Verständigung zwischen dem Reich und den Reedern, vertreten durch den Zentralverein deutscher Reeder, **Beihilfen für** die durch den Verlust der deutschen Handelsflotte erwerbslos gewordenen **Seeleute** zur Verfügung gestellt worden sind, und zwar von den Reedern 40 Millionen Mark, vom Reich 20 Millionen Mark, zusammen also 60 Millionen Mark.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich glaube, man wird nicht sagen können, daß für die Seeleute in ungenügendem Maße, angesichts der Hingabe solcher Summen, gesorgt worden wäre.

Die Festsetzung der auf den einzelnen Seemann entfallenden Beihilfe erfolgt auf Grund von Richtlinien, die vom Reich und vom Aktionsausschuß seemännischer Berufsverbände aufgestellt worden sind. Der zu diesem (B) Zwecke in Hamburg bestellte Geschäftsausschuß hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dißmann.

Dißmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Regierungsvertreter hat die Vorlage von zwei Gesichtspunkten aus begründet; erstens, daß sie in ihren Zielen dazu dienen solle, zu einem **Aufbau der kleinen Reedereien**, wenn auch in bescheidenem Maßstabe, zu führen; zum zweiten, daß sie der Arbeitslosigkeit steuern, **Beschäftigung für die Werften** und die damit zusammenhängenden Industrien schaffen solle.

Handelte es sich lediglich darum, in diesem Sinne planmäßig vorzugehen, so würden wir sicherlich diesen Plänen unsere weitestgehende Unterstützung zuteil werden lassen können. Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht an, seine Vorschläge unter falscher Flagge anzubringen. Wir haben die Pflicht, uns die Vorlage nach der Richtung hin anzusehen.

Zunächst eins. Was steht in der Vorlage auch nur irgendwie mit einem Wort von dem, was zur Begründung uns hier mündlich vorgetragen worden ist? Nichts! Wir werden deshalb in der Kommission Gelegenheit haben, auf all die Dinge einzugehen. Wenn aber hier in dürren Worten und mit nackten Paragraphen uns der Vorschlag gemacht wird, zuzustimmen einem Betrag von 4,7 Milliarden Mark, so wollen wir doch zunächst einmal darauf hinweisen, in welchem Vergleich diese Riesensumme mit den Beträgen für andere sozialpolitische Aufwendungen steht.

Handelte es sich um die **Unterstützung der Erwerbslosen**, von der zurzeit über eine Million als nackte Arbeitslose betroffen werden, unter der Millionen als Kurzarbeiter leiden, dann wird ein Betrag von ein bis zwei Milliarden für einen längeren Zeitraum als eine Riesensumme bezeichnet. Ich bitte zunächst zu bedenken, wie (C) man überhaupt eine Summe von einer Milliarde, die für eine Million Arbeitslose ausreichen muß, gegenüberstellen kann 4,7 Milliarden, die in Frage kommen als Entschädigung für die wenigen Reedereien. Es ist zwar hier von einem Diskussionsredner gesagt worden, man könne sich ja einfach auf das Enteignungsgesetz stützen, dann müsse bezahlt werden. Ach, meine Damen und Herren, so einfach liegt die Sache nicht. Wir haben zunächst die Pflicht, daß wir bei der Vorlage, um die es sich handelt, eingehend und gründlich prüfen, ob die Vorbedingungen gegeben sind, die wir unter allen Umständen vorauszusetzen haben.

Eine **Handelsflotte** soll geschaffen werden. Auch das wird im besonderen hier angeführt. Wirtschaftliche Notwendigkeiten hat meine Partei nie verkannt. Daß wir eine Handelsflotte notwendig haben zur Führung der deutschen Wirtschaft, für den Export, für den Handel und Weltverkehr, wird nicht bestritten. Aber ich will doch der Begründung von heute ein charakteristisches Merkmal gegenüberstellen. Als einer meiner Fraktionskollegen kürzlich im Hauptausschuß, als die Frage auftrat: der Bau eines Kriegsschiffes und die dafür zu bewilligende Summe, den Vorschlag machte, an Stelle dieses Kriegsschiffes ein Handelsschiff zu bauen, meinte der Herr Reichsminister Dr. Geßler: ach, meine Herren, wir haben ja einen Überfluß an Handelstonnage.

(Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Wie stimmt das überein mit der Begründung von heute? Wenn man auf der einen Seite mit Recht betont — ich bestreite das keinen Augenblick —, daß Deutschland für seine Wirtschaft eine größere Handelsflotte in der Zukunft wieder haben muß, wie kann man dann aber auf der anderen Seite, wenn Kriegsschiffe gebaut werden sollen und wenn dann von uns die Forderung gestellt wird, (D) anstatt des Kriegsschiffes ein Handelsschiff zu bauen, das mit einer Handbewegung abtun und erklären: es ist ja Überfluß an Handelstonnage vorhanden? Nein, hier sehen wir das Sprichwort in Anwendung: „Wie es halt trifft, so ist es recht".

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Dagegen werden wir selbstverständlich auf das schärfste Verwahrung einlegen.

Wenn wir die Vorlage im Hauptausschuß zu verhandeln haben, dann ist vor allen Dingen zu prüfen, ob das, was als **Entschädigung** in Frage kommt, nicht das Maß des absolut notwendigen und mit Recht zu beanspruchenden übersteigt.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Das wird Gegenstand sehr sorgfältiger Nachprüfung sein, und die notwendigen Kautelen nach der Richtung hin müssen unter allen Umständen geschaffen werden.

Aber damit nicht genug. Wenn den Reedern diese Milliarden zugesprochen werden sollen — inwieweit das überhaupt notwendig ist, darüber will ich im Augenblick gar nicht reden —, wenn ihnen Milliarden zugeführt werden, um mit Reichsmitteln Schiffe zu bauen und die **Werften** zu beschäftigen, so haben wir einen Anspruch darauf, daß auch die **Arbeitsbedingungen** solche sind, wie wir sie als organisierte Arbeiter mit Recht zu verlangen haben.

(Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Dieser Forderung kommen aber die Werftgewaltigen bisher nicht nach. Der Herr Abgeordnete Heile hat gemeint, wir sollten uns freuen, wenn die Werften dabei sind, nach alter Weise wieder aufzubauen. Nein, nicht nach alter Weise sollen sich die neuen Verhältnisse gestalten, sondern wir haben einen Anspruch darauf zu erheben, daß auch die Werftbesitzer versuchen, sich den neueren Verhältnissen anzupassen, so schwer es ihnen auch fallen

(Dißmann, Abgeordneter.)

(A) mag. Wollen sie sich der neuen Zeit nur anpassen, um die Milliarden als Entschädigung vom Reich in Anspruch zu nehmen, dann sagen wir: nein, diese Milliarden werden von den Massen des deutschen Volkes aufgebracht,

(sehr wahr! auf der äußersten Linken)

und diese Massen des deutschen Volkes haben einen Anspruch darauf, daß die Gelder so Verwendung finden, daß nicht auf der anderen Seite viele Zehntausende von Arbeitern vom Werftkapital in rücksichtsloser Weise ausgebeutet und niedergehalten werden.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Das sind die Grundsätze, die wir aufstellen müssen.

Wer sind denn die Träger der Wirtschaft? Es wird in diesem Hause und an anderen Stellen so viel und so oft über den **Wiederaufbau der Wirtschaft** geredet. Daß wir uns da in einem fundamentalen Gegensatz miteinander befinden, bedarf keiner Begründung. Sie (nach rechts) stehen auf dem Standpunkt, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft sich nach kapitalistischen Grundsätzen zu vollziehen hat, während wir die Auffassung verfechten: eine Gesundung der Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer **sozialistischen Produktions- und Bedarfswirtschaft** erfolgen.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

An diesem Grundsatz werden wir festhalten; darüber werden wir uns hier nicht einigen. Ebensowenig wie Klassengegensätze durch schöne Worte auszugleichen sind, ebensowenig kann es in diesen fundamentalen Grundanschauungen eine Überbrückung geben. Aber wenn wir zurzeit noch unter dem kapitalistischen Regime stehen, als Arbeiterklasse zu leiden haben, wenn sich zurzeit die politische und wirtschaftliche Macht noch in Ihren Händen befindet, so wird auch für Sie sich mehr und mehr die Erkenntnis durchringen müssen, soweit Sie glauben, einen (B) Wiederaufbau der Wirtschaft mit Ihren Machtmitteln durchführen zu können, daß die Millionen von Hand- und Kopfarbeitern die Träger der Wirtschaft sind. Deren Rechte können Sie nicht ignorieren. Wir haben dabei zum Ausdruck zu bringen, daß die Gelder, die Milliarden, die hier für die Werftbesitzer, für die Reedereien bewilligt werden sollen, unter keinen Umständen dazu dienen können, dem Kapital der Werften das Rückgrat zu steifen, um desto erfolgreicher den Kampf gegen die Arbeiter wieder aufzunehmen.

Wer sind — die Frage wollen wir hier einmal kurz besprechen — denn die Herren, die hier an die Pforten des Reichstags klopfen und die Unterstützung des Reichs begehren? Wenn die Namen der Herren Thyssen, Krupp, Stinnes und anderer genannt werden, so sehen wir, daß wir es hier mit der Verkörperung des Großkapitals zu tun haben,

(sehr richtig! links)

das auf allen Gebieten, von der Erz- und Kohlengrube bis zur Hütteninduſtrie und bis zur Werft, herrschen will. Wenn hier gar von einem der Herren in der Diskussion von **„notleidenden Reedern“** gesprochen worden ist, so kann ich darauf nur sagen: wenn einmal zu untersuchen wäre, welche Schichten der deutschen Bevölkerung durch den Krieg am meisten in Not geraten sind, so würde die Antwort lauten: die Werftgewaltigen und Reedereiunternehmer wahrlich nicht!

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Da stehen ganz andere in erster Reihe.

Wenn hier Milliarden gespendet werden sollen, dann verlangen wir, daß in diese Verträge als Grundbedingungen geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die Anerkennung tariflicher Bestimmungen und die Gewährung eines Existenzminimums mit aufgenommen werden. Übrigens höre ich heute zum erstenmal, daß gleichzeitig kleine Reedereien in eigene (C) Regie des Reiches übernommen werden sollen.

Überhaupt gibt es kaum einen Industriezweig, der mit den **Löhnen** so nachhinkt wie die **Werftindustrie.** Das ist eine Tatsache. Wenn Herren vom Reichsarbeitsministerium anwesend sind, so werden sie mir bestätigen, daß keine Unternehmergruppe Deutschlands sich der Besserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen so hartnäckig und brutal widersetzt wie die Werftgewaltigen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darum haben wir hier zu verlangen, daß in den Vertrag Kautelen aufgenommen werden, die das Existenzminimum der Arbeiter sichern.

Ich will Sie nicht aufhalten mit der Schilderung eines zweijährigen ständigen Ringens der deutschen Werftarbeiter, ich will Ihnen nicht schildern, mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit die Werftgewaltigen in den letzten Jahren bis zur Stunde versucht haben, die Situation auszunutzen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst zu verschlechtern,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

anstatt sie zu verbessern. Aber ich will doch aus der Fülle des Materials einige Kämpfe der letzten Wochen herausgreifen, um Ihnen den Nachweis zu bringen, daß weder die Differenzen in Vegesack und Flensburg noch die in Stettin auf Zufälligkeiten beruhen. Nein, meine Damen und Herren, es handelt sich hier um ein planmäßiges Vorgehen. Die deutschen Werftbesitzer bilden diejenige Unternehmergruppe, die den anderen deutschen Unternehmern voranmarschieren möchte, um die Arbeiter im Zeichen der schwersten Wirtschaftskrise nach Möglichkeit zu Boden zu ringen.

(Zustimmung links.)

Dies von dieser Tribüne mit aller Offenheit zum Ausdruck zu bringen, ist Pflicht eines Arbeitervertreters. Wir wollen darauf hinweisen, daß es uns nicht unbekannt ist, (D) daß die deutschen Arbeitgeber vor einigen Monaten beisammen waren und ihre Pläne geschmiedet haben.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Es ist uns nicht unbekannt, daß sie seit Monaten planmäßig darauf hinarbeiten, um die Arbeiter zu provozieren und mit rücksichtslosen Aussperrungen auf das Straßenpflaster zu bringen,

(hört! hört! auf der äußersten Linken)

um dann nach erfolgter Aussperrung nach der Parole zu handeln, daß nur 80 bis 85 Prozent der Arbeiter wieder zur Einstellung gelangen sollen.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Pfui!)

Sie wollen hier 4,7 Milliarden aufwenden, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Ein durchaus zu beachtendes Beginnen, wenn es ernst gemeint ist. Aber dem stellen Sie die Tatsache gegenüber, daß das deutsche Arbeitgebertum dabei ist, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

aber nicht, sie zu reduzieren. Das deutsche Arbeitgebertum bringt durch Kampf nach allen Seiten immer wieder zum Ausdruck, daß sein Machtkitzel darauf eingestellt ist, die Arbeiter im Zeichen der schwersten Krise zum Aderlaß zu bringen. Als vor Weihnachten der letzte Schiedsspruch der Werften erfolgte, der — irre ich nicht — nur ganz minimale Lohnzugeständnisse nach monatelangen Verhandlungen brachte, als ihn die deutschen Werftbesitzer erst anerkannten, nachdem das Reichsarbeitsministerium diesen Schiedsspruch für verbindlich erklärt hatte, — was geschah nun? Jetzt kommt die Kette der Zusammenhänge, die Sie beachten müssen. Zunächst die gleiche Forderung bei den Landbetrieben in Hamburg. Keine Bewilligung! Der Streik brach aus, und wer steht hinter dem Druck der Landbetriebe? Niemand anders als die Werftgewaltigen! Die Arbeiter der Landbetriebe stehen in

(Dißmann, Abgeordneter.)

(A) der zehnten Woche um bescheidene Lohnforderungen in Streik. Eine Bewilligung ihrer Forderungen wird ihnen nicht zu teil. Jetzt kommen die Provokationen: Bremen, Vegesack, Flensburg, Stettin! Als in Flensburg die Werftarbeiter sich weigerten, ein Schiff vom Stapel zu lassen, das den Namen „Tirpitz“ tragen sollte, wurden sie ausgesperrt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist die Methode von der die „notleidenden Reeder“ und Werftgewaltigen ausgehen!

Was zu der **Namensnennung deutscher Schiffe** zu sagen ist, hat mein Kollege Vogtherr so vorzüglich zum Ausdruck gebracht, daß ich das nur unterstreichen kann. Von der anderen Seite des Hauses ist der Name Hindenburg gefeiert worden. Aber, meine Damen und Herren, darüber entscheidet keine einzelne Partei innerhalb dieses Hauses, sondern darüber entscheidet die Geschichte,

(sehr richtig!)

und die Völker haben längst darüber ihr Urteil gefällt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das nach der Seite hin!

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.)

— Daß Sie das nicht anerkennen, meine Herren, wundert uns nicht. Denn wer **Hindenburg, Tirpitz, Ludendorff** und andere in den viereinhalb Kriegsjahren Tag für Tag noch angefeuert hat, in ihrem blutigen Handwerk auszuharren, der kann heute nicht anders als den Namen weiter zu verteidigen;

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

denn die Politik eines Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und anderer ist ja mit Ihrer (nach rechts) Politik unauslöschbar verbunden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Aber darüber will ich nicht streiten.

Ich komme mit einigen Worten auf Stettin. Mein verehrter Kollege Erkelenz hat die Dinge nicht ganz richtig dargestellt. Ich muß ihm also etwas helfen, um die Dinge in das rechte Gleis zu bringen. Herr Kollege Erkelenz sagte, der **Streik in Stettin** sei folgendermaßen entstanden: Als die Schiffbauer nach einem Abkommen vom vorigen Jahre ihrerseits für die freien Gewerkschaften zwei Vorschläge für Untermeister machten, wurden diese akzeptiert, als dann seitens der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine ebenso Vorschläge gemacht wurden, seien auch diese Vorschläge akzeptiert worden, und nun erst habe der Kampf bei den Arbeitern eingesetzt. Nein, Herr Kollege Erkelenz, so stimmt es leider nicht! Der Betriebsrat ist ein Ganzes, wie Sie wissen, auch wenn er sich nach paritätischen Wahlen zusammensetzt,

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Das sollte er sein!)

und dem entsprechend sind die Vorschläge. Ich habe, nachdem Sie diese Ausführungen hier machten, mich bei dem Bezirksleiter aus Stettin, den Sie selbst heute in anderer Form zum Zeugen aufgerufen haben, vergewissert, und er erklärte mir erneut, daß Ihre Behauptungen falsch sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie stimmen nicht! Die Hirsch-Dunckerschen haben keine Liste eingereicht. Sollte es aber doch der Fall gewesen sein, dann haben es nur einzelne Matadore hinter dem Rücken der gesamten Arbeiterschaft gemacht.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also hier liegt kein offizieller Vorschlag vom Betriebsrat vor!

(Abgeordneter Erkelenz: Falsch!)

— Herr Kollege Erkelenz, Sie sollten als Mitglied einer Gewerkschaft doch auch die Dinge unserer Zeit etwas erkennen, auch wenn Sie nicht auf unserem Standpunkt (C) stehen. Stettin ist nichts anderes als eine Fortsetzung der elendesten Provokation der deutschen Werftarbeiter.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Schlimm genug, wenn Ihr sie dazu verführt!)

— Bitte sehr! Sie sagen, es ist schlimm genug, wenn sich die Werftarbeiter von diesen Provokationen einfangen lassen; aber viel schlimmer ist es, wenn Arbeiter diesen Provokationen noch Vorschub leisten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist es, was als Schandfleck der deutschen Arbeiterklasse dann bestehen bleiben würde.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will darüber kein Urteil abgeben, inwieweit Mitglieder Ihres Gewerkvereins in Stettin gesündigt haben. Das ist sehr leicht festzustellen. Aber hier kommt es auf folgenden Kern an.

Die Werftbesitzer in Stettin haben das Abkommen rücksichtslos durchbrochen. Das ist der Kern des Streits. Dem setzten die Schiffbauer Widerstand entgegen, und auf den Widerstand der Schiffbauer erfolgte im Handumdrehen die **Aussperrung** der gesamten **Arbeiter der Werft in Stettin.** Dann wurden von der Werftdirektion fünf Forderungen aufgestellt. Ich will nur einige zitieren. Eine dieser Forderungen lautete: eine andere Regelung des Akkords; das heißt auf gut deutsch: eine Verschlechterung der Lohnbedingungen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine andere Forderung lautete: Wiedereinstellung der Arbeiter nur insoweit, als sie keine anderen bedroht oder belästigt haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das heißt wiederum auf gut deutsch: wo irgendein Denunziant auftritt und sagt, der oder jener hat mich be- (D) lästigt, — liegt er auf dem Straßenpflaster.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Man hat sie halbtot geschlagen!)

— Ach, erzählen Sie doch keine Räubergeschichten, sondern bleiben Sie bei der objektiven Feststellung. Herr Kollege Erkelenz, es möge Ihnen von dieser Stelle einmal gesagt sein: Arbeitervertreter haben jedenfalls heute viel mehr Ursache, sich zusammenzufinden im Kampf gegen die Unterdrücker der Arbeiter,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

als daß sie Handlangerdienste leisten, Räubergeschichten erzählen und sagen: seht, hier sind Gewalttätigkeiten!

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Das müssen Sie Ihren Genossen sagen!)

— Nein, nein, auf Ihren Zwischenruf antworte ich!

Die Werftarbeitervertreter haben dann trotz alledem versucht, die sämtlichen fünf Forderungen bis auf die Entlassung derjenigen, die andere belästigt haben sollen, einigermaßen zu akzeptieren, um es nicht zum Gesamtkampf kommen zu lassen, weil sie die Absichten durchschauten. Und was geschah nun? Hier kann ich mich jedenfalls auf für das gesamte Haus prominente Vertreter berufen. Selbst der Oberpräsident und andere Vertreter der preußischen Regierung, die jene Verhandlungen geführt haben, mußten gleich den Arbeitervertretern anerkennen: hier ist alle Mühe umsonst, weil die Unternehmervertreter einfach keine Einigung wollten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe festzustellen, daß es am ersten Abend noch möglich schien, eine Einigung zu erzielen. Als die Arbeitervertreter mit dem Oberpräsidenten und den Werftbesitzern am anderen Nachmittag wieder zusammenkamen, hatten inzwischen unsere Vertreter von einem Telegramm

(**Dißmann,** Abgeordneter.)

(A) Kenntnis bekommen: „Keinerlei Zugeständnisse!" Mein Kollege Vogtherr hat es schon erwähnt. Der Herr Direktor Wallwitz von der Vulkanwerft in Hamburg war erschienen, und da gab es keine Zugeständnisse mehr, sondern es bedeutete den Kampf. Warum? Weil die Werften die Aussperrung wollen. Sie wollen 50 000 oder 60 000 Werftarbeiter unter allen Umständen aussperren,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

nicht um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, sondern um weitere Arbeitslosigkeit zu schaffen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn der Regierungsvertreter hier sagt, die Vorlage soll dazu dienen, die Arbeitslosigkeit zu lindern, dann wollen wir die Regierung einmal fragen: achtet sie auf solche Vorgänge? Was geschieht seitens der Regierung, um solchen Vorgängen zu begegnen?

Ich gehe nicht darauf ein, daß sich die Stettiner und andere Vorgänge in einem Zeittermin abgespielt haben, wo das Schicksal Deutschlands an der Hand der Londoner Verhandlungen vielleicht auf Jahrzehnte hinaus festgelegt wird. Aber eins kann ich schon sagen: Appelliert man an uns und sagt man: seht euch vor, daß eure Reden in diesen Tagen auf die Londoner Verhandlungen nicht störend wirken, — dann möchte ich die Herren freundlichst bitten, daß sie den Werftgewaltigen in Stettin, Flensburg und anderen Orten sagen: seht ihr euch erst einmal vor, daß ihr nicht zur Störung der Verhandlungen beitragt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn das Wort eines parlamentarischen Vertreters ist am Platze, die rücksichtslosen Brutalitäten, wie sie in Stettin, Flensburg und anderen Orten als Provokation erster Art zutage traten, waren nicht am Platze. Und wenn eins noch fehlte, um den Londoner Verhandlungen zu sagen: (B) in Deutschland ist noch der alte Kapitalismus, die alte Reaktion am Werke, — dann war durch diese Vorgänge die Bestätigung gegeben. Was macht die Regierung bei solchen Gelegenheiten, wenn Arbeiter gezwungen sind, zum Streik zu greifen? Dann heißt es: lebenswichtige Betriebe, dann kommt die Technische Nothilfe, dann kommt die Reichswehr, dann kommt die Sipo, dann kommen die Vergewaltigungsgesetze, dann werden Verhaftungen vorgenommen. Ja, wir haben erst unlängst beim Streik im Wetzlarer Gebiet die Tatsache zu verzeichnen, daß ein Limburger Landgericht im Jahre 1921 es wagt, auf Aufforderung von Unternehmerseite in **Wetzlar** zum **Streikpostenverbot** zu greifen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nebenbei bemerkt — —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten [nach rechts]: Da stehen Streikposten, die machen die neue Regierung!)

— Lassen Sie das doch! Ob die Herren drüben glauben, uns durch Privatunterhaltungen stören zu können, das interessiert uns nicht.

(Rufe rechts: Wir können hier doch noch stehen! — Gegenrufe links. — Unruhe.)

Ich kann nur eins erklären: Ob man im Jahre 1921 glaubt, durch Streikpostenverbote den wirtschaftlichen Kampf unmöglich zu machen oder nicht, die deutsche Arbeiterklasse hat unter den schlimmsten, brutalsten Vergewaltigungsgesetzen von Bismarck ihren Kampf geführt, sie wird es auch in der Gegenwart und Zukunft fertigbringen, ob mit oder ohne Streikpostenverbot. Aber den Verordnungen der Regierung bei Streiks der Arbeiter in sogenannten lebenswichtigen Betrieben wollen wir doch gegenüberstellen: was macht die Regierung, wenn es sich um Kämpfe handelt, die durch die brutalsten **Provokationen des Unternehmertums** herbeigeführt werden? Ist sie auch (C) dann bereit, im Interesse der deutschen Wirtschaft, der Arbeit und des Handels wenigstens vermittelnd einzugreifen, um solche Kämpfe sich nicht auswachsen zu lassen? Das steht auf einem anderen Blatt Papier. Dann hört und sieht man allerdings von der Eile der Regierung nichts.

Das ist es, was ich im wesentlichen zu diesem Gesetzentwurf vorzutragen hätte. Nur eines möchte ich nicht vergessen noch zu sagen: Herr Kollege Erkelenz hat hier eine Erklärung der freigewerkschaftlichen Gauleiter von Stettin und Pommern vorgelesen. Herr Kollege Erkelenz, Sie sollten wissen, daß wir als freie Gewerkschaftsführer und **freie Gewerkschaften** nur Kämpfen zustimmen, die durch die Leitung der Organisation sanktioniert sind und die mit der Leitung der Organisation durchgeführt werden.

(Abgeordneter Erkelenz: Das habe ich gesagt!)

Aber wir haben auch ein Verständnis dafür, wenn durch die rücksichtsloseste Provokation der Unternehmer die Arbeiter von heute aufs Pflaster gedrängt werden.

Richtig bleibt das eine: Wir lassen uns den Kampf, wie wir ihn aufzunehmen haben, nicht von der Taktik des Unternehmertums vorschreiben, sondern wir werden die Kampfbasis und den Kampf selbst so wählen, wie wir das für notwendig und im Interesse der Arbeiter für gelegen halten.

Aus diesem Grunde und aus anderen gehe ich nicht ein auf die Bemerkungen des Kollegen Reich, der von den Gewerkschaftsführern und deren Söldnerdiensten für das Kapital sprach, und was andere schöne Redensarten mehr sind, die wir bei jeder Gelegenheit vom Morgen bis zum Abend aus kommunistischem Munde hören können. Hier sollten bei einem gemeinsamen Kampf der gesamten Arbeiter auch die proletarischen Vertreter gemeinsam gegenüber einer anderen Seite handeln. In dem Augenblick sollten Sie, meine Herren, auch von jener Seite, darauf verzichten können, das auch in diesen Saal zu schleudern, was Sie leider an anderer (D) Stelle viel zu oft mit unangenehmen Wirkungen für die gesamte Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen. Ich habe es nicht nötig, und meine Parteifreunde ebensowenig, uns gegen **Arbeitsgemeinschaften** zu verteidigen, weil wir sie stets und ständig an jeder Stelle abgelehnt haben. Und dabei bleibt es! Wir wissen als überzeugte revolutionäre Sozialisten, daß für uns eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit nicht in Frage kommen kann,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wir wissen auch, daß durch die Vorlage, die das Haus beschäftigt, kein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, keine Überbrückung von bestehenden Klassengegensätzen herbeigeführt werden kann. Wenn der Herr Regierungsvertreter sagt, sie solle dazu dienen, um eigene kleine **Reedereien** durchzuführen, dann haben wir die Forderung zu stellen: **Sozialisierung** auch auf diesem Gebiete. Wollen wir gesunde Zustände auch auf dem Gebiete der Werften, auf dem Gebiete der Seeschiffahrt haben, dann bleibt nichts anderes übrig, als das zu tun, was wir fordern, was für Kohle und Eisen, was für den Verkehr wie auch für den Schiffsbau gilt, eine sozialistische Wirtschaft an Stelle kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Dafür werden wir kämpfen, bis daß es Wirklichkeit werde!

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dauch.

Dauch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn nicht der Herr Abgeordnete Reich gesagt hätte, daß die Vorlage nichts weiter wäre als eine Fortsetzung der Liebesgabenpolitik für die Reeder, dann hätte ich mich nicht zum Worte gemeldet. Herr Reich hat vor allen

(Dauch, Abgeordneter.)

(A) Dingen gesagt, die **Reeder** hätten vor dem Kriege **„Riesengewinne“** gemacht. Ich möchte nur von den beiden größten Reedereien sprechen, nämlich von der Hamburg-Amerika-Linie und dem Lloyd, die in den letzten 20 Jahren vor dem Kriege durchschnittlich nur 4, 5, höchstens 6 Prozent verteilt haben. Da kann man wohl nicht von Riesengewinnen reden!

Diese Vorlage hat aber auch noch für einen anderen Stand hervorragende Wichtigkeit, nämlich für unseren gesamten **Außenhandel**. Meine Damen und Herren! Die **Handelsflotte** ist ein Werkzeug, ohne das wir den Außenhandel nicht so betreiben können, wie wir es brauchen. Wer jahrzehntelang draußen im Auslande im Wirtschaftsleben gestanden hat, wer gesehen hat, wie man durch fremde Reedereien bisweilen behindert wird, deutsche Güter zu verfrachten, wie man, wenn man bloß fremde Dampfer in fremden Häfen zur Verfügung hat, tatsächlich unsere Güter nicht schnell genug verfrachten kann, um ein gutes Geschäft machen zu können, der wird einsehen, daß wir eine Handelsflotte unbedingt nötig haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich möchte das alte Wort, daß der Handel der Flagge folgt, besonders unterstreichen. Ich habe draußen im Auslande an vielen Stellen gesehen, daß deutscher Handel erst dort möglich ist, wo deutsche Dampferlinien anlaufen. All die vielen Erfolge, die der Außenhandel gehabt hat, hat er vielfach der glänzenden Bedienung seitens unserer Handelsflotte zu danken gehabt. Sie glauben nicht, in welcher Weise gerade durch unsere heimischen Reedereien die Tarife ausgearbeitet worden sind, die es dem deutschen Handel ermöglichten, noch Branchen aufzunehmen, die ihm früher verschlossen waren.

Und dann das **Passagiergeschäft!** Ich habe mehr als ein dutzendmal die Ozeane auf den Dampfern der verschiedensten Nationen durchkreuzt. Glauben Sie mir: auf (B) **deutschen Dampfern** waren Sie am besten aufgehoben und die deutschen Dampfer waren es, die auch von den anderen Nationen mit Vorzug aufgesucht wurden; denn die deutschen Dampfer waren diejenigen, die am sichersten fuhren.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Solche Sachen, wie sie zum Beispiel bei der „Titanic“ sich ereigneten, wären auf deutschen Dampfern nicht passiert. Unsere deutschen Seeleute vom Kapitän bis herunter zum letzten Matrosen und Heizer waren so hervorragend vorgebildet und pflichtgetreu, daß man auf unseren Schiffen mit einer Sicherheit fuhr wie auf keinem Schiff irgendeiner anderen Nation. Deshalb möchte ich an die Regierung das dringende Ersuchen richten, alles zu tun, daß **unsere Seeleute** uns nicht verloren gehen. Heute wird von Amerika eine große Reklame für die neue amerikanische Flotte getrieben. Unsere besten Seeleute gehen nach Amerika, und wenn erst der Friedenszustand wieder hergestellt ist, werden noch weitere von uns abwandern. Wir müssen dafür sorgen, daß, wenn wir die Flotte wieder aufbauen, auch das glänzende Personal noch vorhanden ist, um sie zu bemannen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Und nun noch ein letztes Wort. Der Herr Abgeordnete Vogtherr hat gesagt, daß die Auslandsdeutschen draußen sich wohl wundern würden, wenn das erste deutsche Schiff mit einem Namen hinausginge wie „Hindenburg“. Meine Damen und Herren! Gehen Sie jetzt nach **Südamerika**, dann werden Sie sehen, daß in den Buchhandlungen dasjenige Bild, das überall ausgestellt ist, das Bild von **Hindenburg** ist.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

So ist es in Bogota, Caracas, in Rio und überall. Die Leute sehen in diesem Bild die Größe des deutschen Volkes, das sich vier Jahre lang in allen seinen Schichten gegen (C) eine ganze Welt hat wehren können; sie sehen in diesem Manne die Verkörperung der gewaltigen Kraft unseres deutschen Volkes.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Und wenn Sie gerade gegen Hindenburg etwas sagen zu können glaubten, dann empfehle ich Ihnen die Lektüre seines Buches, wo er folgende Worte schreibt, die wirklich für unser ganzes Volk beherzigenswert sein sollten:

> Ich habe die feste Zuversicht, daß es der Gedankentiefe und der Gedankenstärke der Besten unseres Volkes gelingen wird, neue Ideen mit den Schätzen vergangener Zeit zu verschmelzen, um daraus dauernde Werte zu prägen zum Heile unseres Vaterlandes.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Die Debatte ist geschlossen, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Es ist der Antrag gestellt worden, die Vorlage an den 1. Ausschuß zu verweisen. Falls kein Widerspruch erfolgt, darf ich ohne Abstimmung feststellen, daß das Haus damit einverstanden ist. — Ein Widerspruch erhebt sich nicht; ich stelle das fest.

Wir gehen über zum folgenden Punkt der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung der Ergänzungen zum Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 1346 der Drucksachen),

und zwar zunächst zum

Haushalt des Reichswehrministeriums (Anlage VIII).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt: Nr. 1501 der Drucksachen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Stücklen. — Das Wort wird von ihm nicht verlangt. (D)

Ich rufe auf im ordentlichen Haushalt die fortdauernden Ausgaben, B, Heerwesen, Kap. 2 Tit. 6. — Angenommen.

C, Marine, Kap. 1 Tit. 3 und 8; — Kap. 2 Tit. 3 und 4; — Kap. 5 Tit. 3; — Kap. 6 Tit. 16 und 18; — Kap. 7 Tit. 1; — Kap. 8 Tit. 3; — Kap. 13 Tit. 7; — Kap. 14 Tit. 1 und 2; — Kap. 16 Tit. 5; — Kap. 17 Tit. 14 und 28; — Kap. 19 Tit. 4 und 6; — Kap. 20 Tit. 9, 10, 11, 12, 13 und 15. — Angenommen.

Ich rufe auf von den einmaligen Ausgaben B, Heerwesen, Kap. 1 Tit. 1; — C, Marine, Kap. 1 Tit. 3, — 15 — und 16. — Ich stelle gleichfalls die Annahme fest.

Ich rufe auf vom außerordentlichen Haushalt B, Heerwesen, Kap. 1 Tit. 1, — 5 — und 7. — Ich stelle gleichfalls die Annahme fest.

Über die Petition, zu der ein Ausschußantrag auf Nr. 1501 unter II b vorliegt, wird in der dritten Lesung abgestimmt.

Wir gehen über zu den Ergänzungen zum

Haushalt des Reichsjustizministeriums (Anlage IX).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt: Nr. 1501 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Burlage.

Ich rufe auf von den fortdauernden Ausgaben Kap. 1 Tit. 4, — 5, — 7, — 8, — 10, — 11; — Kap. 2 Tit. 4, — 5, — 7, — 8, — 9, — 10; — Kap. 3 Tit. 4, — 8, — 12. — Ich stelle überall die Annahme fest.

Wir gehen über zu den Ergänzungen zum

Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags (Anlage XVII a).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt: Nr. 1511 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Reichert.

(Vizepräsident Dr. Bell.)

(A) Ich rufe auf Außerordentlicher Haushalt Kap. 3 Tit. 1 — und Umnumerierung der Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6 — (früher Kap. 4 Tit. 1 bis 5). Ich stelle überall die Annahme fest.

Ich rufe weiter auf Kap. 4, — Kap. 6 Tit. 1 — und 2. — Ich stelle auch hier die Annahme fest.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Wir gehen über zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar:

Haushalt des Reichsschatzministeriums nebst Ergänzung mit Ausnahme von Kap. 6 der fortdauernden Ausgaben (Reichsbekleidungsämter), Kap. 1 Tit. 6 der Ausgabe des außerordentlichen Haushalts, Kap. 1 Tit. 3 der Einnahme des Ergänzungshaushalts.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt: Nr. 1572 der Drucksachen.

Antrag: Nr. 1573.

Als Berichterstatter ist gemeldet der Herr Abgeordnete Bauer. Der Herr Abgeordnete Bauer ist verhindert, und es ist der Vorschlag gemacht worden, daß statt seiner der Herr Abgeordnete Kahmann die Berichterstattung übernimmt. Das ist zuläſſig, falls kein Widerspruch erfolgt. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; ich stelle das fest.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Kahmann, das Wort zu ergreifen.

Kahmann, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! An Stelle des verhinderten Herrn (B) Abgeordneten Bauer habe ich den Auftrag übernommen, den Bericht über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses über den Etat des Reichsschatzministeriums zu erstatten. Der Ausschuß kam zu Erörterungen und teilweise zu Entschließungen bei den nachfolgenden Angelegenheiten: 1. Deutsche Werke und Kahn-Vertrag, 2. Reichsverpflegungsämter, 3. Reichs-Treuhand-Gesellschaft, 4. Veräußerung von Heeresgütern, 5. Garnisonbäckereien, 6. Anstellung von Technikern im Reichsdienst und Gleichstellung der Techniker mit den Verwaltungsbeamten, 7. Wiederherstellung des Schlosses Gottorp in Schleswig, 8. Reichsbekleidungsämter und 9. Ausbau der im Reichsbesitze befindlichen Elektrizitätswerke und Durchführung des Gesetzes, betreffend die Elektrizitätswirtschaft.

Zu dem Kapitel „Deutsche Werke“ und insonderheit über den zwischen den Deutschen Werken und Herrn Kahn abgeschlossenen Vertrag hatte die Presse in weitgehendem Maße Stellung genommen, und im Reichstag waren deswegen ja auch von den Herren Abgeordneten van den Kerkhoff und Keinath kleine Anfragen eingebracht worden. Daher wurde vom Reichsschatzminister und der Mehrheit des Ausschusses die Ansicht vertreten, daß der **Kahn-Vertrag** ohne Verzug einer Erörterung unterzogen werden müsse, während die Minderheit die Ansicht vertrat, daß, da im Aufsichtsrat der Deutschen Werke Vertreter des Reichstags und fast aller Parteien säßen, es notwendig erscheine, die Besprechung erst stattfinden zu lassen, wenn der Aufsichtsrat, der in Bälde tage, dazu Stellung genommen hätte.

Es wurde auch der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Mitglieder der Direktion der Deutschen Werke als technische Sonderkommission an den Sitzungen des Ausschusses teilnehmen zu lassen, damit sie Auskünfte über alle Fragen geben könnten. Dem wurde aber von der (C) Mehrheit des Ausschusses und vom Herrn Reichsschatzminister widersprochen. Dagegen herrschte volles Einverständnis über den Vorschlag, die Mitglieder der Direktion in einer informatorischen Aussprache mit den Mitgliedern des Ausschusses zu hören.

Auf Beschluß fand die sofortige Beratung dieses Kapitels statt, nachdem der Herr Reichsschatzminister noch erklärt hatte, daß er Wert darauf lege, die Stellung des Ausschusses zum Kahn-Vertrag kennen zu lernen, ehe die Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft „Deutsche Werke“ stattfinde.

Im Ausschuß wurde die Behauptung aufgestellt, daß der abgeschlossene Vertrag dem Herrn Kahn einen risikolosen Gewinn von rund 30 Millionen Mark sichere und daß der gesamte Maschinenpark und die Schrottmengen weit unter dem Marktpreis abgegeben würden. Weiter wurde erklärt, das der Vertrag der Firma Kahn im Geschäftsleben ungekannte Vorteile in die Hände gegeben habe, daß er ihr nur Rechte gewährt und keine Pflichten auferlegt habe. Zum Verkauf des Schrotts und der Maschinen hätte man keiner Mittelspersonen bedurft, und es könne angenommen werden, daß, wenn sich die Deutschen Werke mit dem Roheisenverband in Verbindung gesetzt hätten, die Provisionen für das Gußbruchgeschäft, die von dieser Seite auf mindestens 20 Millionen Mark beziffert wurden, hätten gespart werden können. In dem Vertrag sei vor allen Dingen ein Passus enthalten, wonach es Herrn Kahn völlig freistehe, Maschinen und Schrott ganz nach Belieben abzunehmen. Richtiger wäre es jedenfalls gewesen, wenn der Verkauf dieser großen Anzahl von Maschinen den Vereinigungen der Maschinenfabrikanten gegen geringe Vergütung überlassen worden wäre. Allgemein wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß bei Abschluß des Kahn-Vertrages die Mitglieder des Aufsichtsrates notwendig gehört werden mußten. Es wurde auch von verschiedenen Seiten zum Ausdruck gebracht, daß, wenn der (D) Aufsichtsrat von dem Vertrage vorher Kenntnis gehabt hätte und zur Mitwirkung herangezogen worden wäre, der Vertrag in dieser Form Genehmigung nicht gefunden hätte.

Nach einer vom Herrn Reichsschatzminister vorgetragenen Berechnung, die sich auf ein Sachverständigengutachten stützt, ergibt sich aus dem Vertrag für Herrn Kahn bei einem Gesamterlös von rund 75 Millionen Mark ein Mindest-Nettoverdienst von rund 31 Millionen Mark. Der Herr Reichsschatzminister führte weiter an, daß der Schrott, der vertraglich für 1050 Mark per Tonne abzugeben ist, noch längere Zeit im Preise weit höher stehen würde, so daß mit noch höheren Gewinnsummen zu rechnen sei. Höhere Gewinnsummen könnten aber auch um deswillen in Ansatz gebracht werden, weil mit 15 000 Tonnen verkaufsfähiger Maschinen gerechnet werden könne und nicht mit 10 000 Tonnen, die der alten Berechnung zugrunde gelegt worden waren.

Durch Einwirkung des Reichsschatzministeriums hätte der Vertrag bereits eine Änderung erfahren, so daß die Möglichkeit, brauchbare Maschinen als Schrott zu verkaufen, nicht mehr gegeben sei. Der Abschluß des Vertrages, ohne Anhörung und Genehmigung des Aufsichtsrates, widerspreche dem Brauch im Wirtschaftsleben, vor allem aber um deswillen, weil ein Universalaktionär, nämlich das Reich, vorhanden sei. Das Vorgehen der Direktion widerspreche auch dem abgeschlossenen Einbringungsvertrag, nach dem der Verkauf von beweglichen Sachen im Benehmen mit der Reichstreuhandgesellschaft erfolgen solle.

Dieser Vertrag — so wurde vom Herrn Reichsschatzminister ausgeführt — sei geschlossen worden, um die Maschinen im langsamen Tempo auf den Markt gelangen zu lassen und zu verhüten, daß durch plötzlichen Massen-

(**Kahmann,** Berichterstatter.)

(A) absatz größere Arbeitslosigkeit eintritt. Schließlich sei noch zu bedenken, daß das Reich zum Zwecke der Substitution nach dem Vertrage gezwungen sei, die nötigen Maschinen unter nicht günstigen Verhältnissen von Herrn Kahn zurückzukaufen. Der ganze Vertrag verletze die Interessen des Reiches nach jeder Richtung hin aufs allerschwerste und zeuge von einem ungeheuerlichen Maß von Geschäftsunkenntnis und geschäftlicher Leichtfertigkeit.

Von Regierungsseite wurde weiter dargelegt, daß Herrn Kahn nach dem Vertrage das Recht eingeräumt ist, in Angebote Dritter, die den Deutschen Werken für anderweite Maschinenbestände gemacht werden, nach Belieben einzutreten, wenn kurze Fristen gewahrt werden und der Betrag höher als 50 000 Mark ist.

Von anderer Seite wurde dargelegt, daß neben dem Kahn-Vertrag das ganze Kapitel der **Deutschen Werke** aufgerollt werden müsse. Es verdiene festgestellt zu werden, daß die Deutschen Werke, entgegen den Erwartungen, eine günstige Entwicklung genommen haben. Eine Reihe Betriebe, die fast alle erst für die Friedensproduktion umgestellt werden mußten, erzielten bereits Gewinne. Andere schließen im letzten Geschäftsjahr ohne Verluste ab, und nur drei der zahlreichen Betriebe arbeiteten zurzeit noch mit Verlust. Die Deutschen Werke waren genötigt, die Maschinen einzeln abzugeben, und haben sich dabei an die weitesten Kreise der deutschen Interessenten gewandt. Das hatte zur Folge, daß nur die besten Maschinen gekauft wurden und daß nur völlig ungenügende Nachfragen eingingen. Daher lag der Direktion der Deutschen Werke daran, einen äußerst kräftigen Kontrahenten zu finden, der sowohl Gewähr für schnelle Verwertung als auch für schnelle Bezahlung und annehmbare Preise zu bieten imstande war.

Verkaufsverhandlungen fanden statt mit der Großfirma Schuchardt & Schütte, die sich mit mehreren Stellen (B) in Verbindung gesetzt hat. Dabei ergab sich aber, daß diese Firma mit ihrem Geschäftsfreund zusammen nicht einmal ein Objekt in der Höhe von 20 Millionen Mark abzunehmen in der Lage war.

Ferner haben Verhandlungen mit der Firma Rosenau, die den Maschinenpark vorher besichtigt hatte, stattgefunden. Diese Firma vermochte aber nur zwei Mark per Kilogramm im Durchschnitt zu bieten, während die Firma Kahn 2,10 Mark und vom erlösten Mehrertrag die Hälfte gewährt.

Weiter wurde dargelegt, daß das **Verhältnis zwischen dem Reichsschatzministerium und der Direktion der Deutschen Werke** seit geraumer Zeit, seit Ende August, völlig unhaltbar geworden sei. Eine persönliche Rücksprache zwischen dem Herrn Reichsschatzminister und der Direktion der Deutschen Werke fände seit längerer Zeit nicht mehr statt, und es sei Tatsache, daß die Deutschen Werke vom Reichsschatzministerium recht mangelhaft unterstützt wurden. Wenn der Vertrag mit der Firma Kahn Reichsschatzministerium, Aufsichtsrat und Treuhandgesellschaft nicht unterbreitet worden ist, dann sei das zwar nicht zu billigen, aber es sei verständlich mit Rücksicht auf die ungünstigen Erfahrungen und die Schwierigkeiten, die den Deutschen Werken bei geschäftlichen Aktionen gemacht worden sind.

Die **Kündigung der Direktoren** sei ein ungerechtfertigter Eingriff gewesen. Die Direktoren und vor allem Herr Weinlig hätten gezeigt, daß sie die Deutschen Werke in der schwierigsten Zeit gut für die Friedensproduktion umgestellt hätten. Es sei auch eine feststehende Tatsache, daß die Arbeiterschaft hinter den Direktoren stehe und bereit sei, den Beweis zu erbringen, daß auch Reichsbetriebe außergewöhnlich gut rentabel sein könnten.

Schließlich wurde noch der Verdacht zurückgewiesen, daß die Direktoren den Vertrag in persönlich gewinnsüchtiger Weise abgeschlossen hätten, und auch der Herr Reichsschatzminister trat der Ansicht bei, daß eine Un- (C) ehrenhaftigkeit der Direktion nicht in Frage stehe. Eine vorgelegte Entschließung, wonach der mit der Firma Kahn abgeschlossene Vertrag mißbilligt wird, kam nicht zur Abstimmung; denn nach dieser stattgefundenen Aussprache fand die entscheidende Aufsichtsratssitzung statt. In jener Sitzung wurde der abgeschlossene Vertrag in einigen Punkten revidiert und bei einer Stimmenthaltung eine Entschließung angenommen, wodurch der ganze Konflikt behoben war. Der Ausschuß konnte daher, ohne sich in weiteren Erörterungen zu ergehen, das betreffende Kapitel und den Etat bewilligen.

Beim Kapitel „Verpflegungsämter“ wurde Kritik daran geübt, daß die Beschaffung von Heu und Stroh, die nach altem Brauch den Verpflegungsämtern oblag, einer Handels- und Landwirtschaftsbank übertragen worden sei. Dabei sei festgestellt worden, daß das Reich nicht unbedeutend geschädigt wurde. Von Regierungsseite wurde dargelegt, daß dieser Umstand eingetreten sei, weil das damalige Kabinett einen Gesetzentwurf abgelehnt habe, wonach die **Rauhfutterbeschaffung für die Heeresverpflegung** auf dem Wege der Zwangserfassung geschehen sollte. Von anderer Seite wurde erklärt, daß die Zwangswirtschaft von Heu und Stroh aufgehoben gewesen sei und daß es unmöglich erschien, die Versorgung der Heeresverwaltung auf dem Wege der Zwangswirtschaft wieder vorzunehmen. Es haben in diesen Fragen Besprechungen stattgefunden, und dabei hätten sich die landwirtschaftlichen Korporationen bereit erklärt, die notwendigen Mengen an Rauhfutter zu liefern. Der Abschluß von Geschäften sei von jeher nicht Aufgabe des betreffenden Ministeriums gewesen.

Bei dieser Beratung wurde noch der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die **Auflösung und Zusammenlegung von Verpflegungsämtern** nicht gerade in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit vorzunehmen. Von Regierungsseite wurde zu diesem Wunsche erklärt, daß sie pflicht- (D) gemäß auf Verminderung des Beamtenkörpers dringen müsse.

Gegen die **Reichstreuhandgesellschaft** wurden von einer Seite scharfe Angriffe erhoben und das Verlangen gestellt, diese Kriegsgesellschaft so schnell als möglich aufzulösen. Der Beamtenapparat in der Reichstreuhandgesellschaft sei einmal außerordentlich teuer, und die dem Reich aus den Arbeiten der Reichstreuhandgesellschaft zufließenden Überschüsse und Gewinne seien außergewöhnlich gering. Außerdem entspreche das Verhalten einer Anzahl Beamter durchaus nicht den sonstigen Gepflogenheiten. Von Regierungsseite wurde dazu erklärt, daß die gegen die Reichstreuhandgesellschaft erhobenen Vorwürfe nicht haltbar seien, und von den Anklagen über unsaubere Geschäftsunternehmungen sei keine einzige positiv. Zurzeit müßten durch die Reichstreuhandgesellschaft noch 600 Lager verwaltet werden, die von der Reichsmilitärverwaltung übernommen worden sind.

Im Verlauf der weiteren Beratung wurden einige Fälle von **Veräußerungen von Gütern aus Heeresbeständen** besprochen, die ein ungünstiges Ergebnis für das Reich gezeitigt haben sollen. Von der Regierung und anderer Seite wurde indes erklärt, daß bei abgeschlossenen Geschäften die Interessen des Reichs in bestmöglicher Weise gewahrt wurden und daß der Verkauf von Heeresgut nach sozialen Grundsätzen und nach Richtlinien erfolge, die den Kettenhandel und ähnliche Auswüchse ausschlössen.

Gegen die **Garnisonbäckereien** wurde deshalb Beschwerde geführt, weil sie Privatbäckereien lästige Konkurrenz bieten. Das sei vor allen Dingen deshalb möglich, weil sie Mehl zu billigeren Preisen bezögen. Dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, die Tätigkeit der Garnisonbäckereien möglichst auf die Versorgung des Heeres und der Sicherheitspolizei zu beschränken. Die Regierung

(**Rahmann,** Berichterstatter.)

(A) erklärte, daß sich die Tätigkeit der Garnisonbäckereien in der Regel auf die Versorgung der Angehörigen der Reichswehr, Reichsmarine, Sicherheitspolizei und Technischen Nothilfe erstrecke und daß nur dort, wo die Bäckereien nicht voll ausgenützt würden, gestattet sei, Gefängnisse und ähnliche Anstalten mit Brot zu beliefern. Die Garnisonbäckereien bezögen aber das Mehl zu gleichen Preisen wie die Privatbäckereien von den Kommunalverbänden. Von anderer Seite wurde gewünscht, daß nach Möglichkeit dahin gestrebt werde, die leistungsfähigen Garnisonbäckereien voll auszunützen; denn erst dann könne sich eine volle Rentabilität dieser Reichsbetriebe ergeben.

Von mehreren Seiten wurde gewünscht, eine **Vereinfachung** und größere Übersichtlichkeit **der Verwaltung** durchzuführen. Weiter wurde das Verlangen gestellt, dem **Techniker** weit mehr Plätze **in der Reichsverwaltung** einzuräumen, als das bisher geschehe, und ihn gleichberechtigt neben den Verwaltungsbeamten zu stellen. Diese Gleichberechtigung sei vor allem bei den Provinzialbehörden erforderlich. Vom Herrn Minister wurde Berücksichtigung der Wünsche in Aussicht gestellt, und der Ausschuß legt seine Auffassung in einer Entschließung zu Kap. 2 Tit. 1 dar.

Übereinstimmung herrschte im Ausschuß darüber, daß das im Jahre 1917 durch Feuersbrunst stark beschädigte **Schloß Gottorp in Schleswig** schnellstens vor dem weiteren Verfall zu schützen ist. Dieser geäußerten Ansicht schloß sich auch der Vertreter der Regierung an, der in Aussicht stellte, die dazu notwendigen Mittel zum Teil schon in den Etat von 1921 einzustellen und darüber hinaus zu versuchen, dafür Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu erhalten.

Die Erörterung über die **Reichsbekleidungsämter** konnte noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Regierung hat in Aussicht genommen, 5 von den 12 vorhandenen Ämtern aufzulösen, während ein Teil der Aus-(B) schußmitglieder den Standpunkt vertritt, daß mit Rücksicht auf die vorhandene Arbeitslosigkeit diese leistungsfähigen Großbetriebe nicht geschlossen werden dürfen. Dagegen wurde eingewandt, daß die Reichsbetriebe dem selbständigen Handwerk keine Konkurrenz bieten dürfen. Bei der Beratung wurden Spezialwünsche vorgetragen, wonach einige Bekleidungsämter, die nach Ansicht des Reichsschatzministeriums geschlossen werden sollen, weiterbestehen und dafür andere stillgelegt werden sollen. Die Frage ist indes einem Unterausschuß zur Erörterung und Vorentscheidung unterbreitet, und es muß der Bericht darüber abgewartet werden.

Bei der Beratung des Kapitels Reichskraftwerke wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, darauf hinzuwirken, daß die Starkstromfernleitungen nach Berlin möglichst bald fertiggestellt werden, damit die **Stromversorgung für Groß-Berlin** günstiger wird. Diese Maßnahme sei von wirtschaftlicher Bedeutung und trage sicherlich dazu bei, die Arbeitslosenziffer für Groß-Berlin nicht unerheblich zu vermindern.

Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, in den **Beirat** zur Ausführung des Gesetzes betreffend **Elektrizitätswirtschaft** auch **Vertreter kommunaler Körperschaften** in gebührender Weise hinzuzuziehen.

Schließlich wurde noch Kritik daran geübt, daß der Herr Reichsschatzminister den **Verkauf eines Großkraftwerks** zuließ, anstatt ihn mit den zulässigen gesetzlichen Mitteln zu unterbinden und so den interessierten Kreisen den Erwerb des Werks möglich zu machen. Der Herr Minister erklärte, daß der Ausbau der Fernleitungen nach Möglichkeit beschleunigt werde, daß Vertreter kommunaler Körperschaften als Sachverständige in den Beirat berufen werden und daß der Verkauf des fraglichen Elektrizitätswerks um deswillen nicht inhibiert wurde, weil die jetzige Regelung die wirtschaftlich bessere sei.

Ich habe Sie namens des Ausschusses als Bericht- (C) erstatter zu ersuchen, die angeforderten Stellen zu bewilligen und den Etat zu genehmigen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort zu Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben hat der Herr Abgeordnete Bruhn.

Bruhn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es sollte angenommen werden, daß nach Beendigung des Krieges die Krankheit, von der ein großer Teil unseres Volkes während des Krieges befallen war, nämlich viel zu verdienen, große Gewinne zu machen, behoben sein würde. Wir sehen aber, daß das leider nicht der Fall ist. Bei dem Abbau der Kriegswerte, die das Reich nicht mehr verwenden kann und darf, sehen wir, daß einzelnen Persönlichkeiten Millionengewinne zugeschanzt werden. Der Herr Berichterstatter hat über den Fall „Deutsche Werke" Mitteilung gemacht. Die Direktoren der Deutschen Werke haben, ohne daß sie den Aufsichtsrat und die Treuhandgesellschaft, die beiden Instanzen, zu deren Befragung sie verpflichtet waren, etwas davon wissen ließen, 47 000 Tonnen Maschinen an einen Herrn Kahn zu einem Preise verkauft, der diesem Herrn Kahn einen Gewinn von 50 Millionen und darüber hinaus — die Meinungen gehen in dieser Beziehung auseinander — zukommen lasse. Es sind Sachverständige vernommen worden, von denen einer sagte: „Dieser **Vertrag** ist das Tollste, was ich je gelesen habe. **Kahn** erhält durch diesen Vertrag eine wirtschaftliche Machtstellung in seinem Gewerbe, die außerordentlich ist."

(Hört! Hört! rechts.)

Der andere Sachverständige sagte: „Rechte und Pflichten sind in dem Vertrage ungleich verteilt; für Kahn enthält dieser Vertrag unübersehbare Gewinnmöglichkeiten".

(Hört! Hört! rechts.)

Der eine der Sachverständigen stellt fest, daß nicht (D) 1,05 Mark das Kilogramm, sondern 7,50 Mark das Kilogramm der Preis für Maschinenschrott zu jener Zeit gewesen sei, als der Vertrag abgeschlossen wurde; der andere sagt: 4 bis 10 Mark. Wir sehen daraus, daß die Maschinen nach der Aussage des einen Sachverständigen 7 mal nach der andern 4- bis 10 mal soviel wert waren. Man steht geradezu vor einem Rätsel und fragt sich: wie konnten die Direktoren einen solchen Vertrag abschließen, bei dem das Reich so schwer geschädigt worden ist? Man fragt nach den Gründen. In der informatorischen Verhandlung, die im Ausschuß mit den Direktoren stattgefunden hat, stellte es sich heraus, daß der Vater dieses Vertrages der Herr Katz war, — —

(Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

— Ja, Herr Gothein, wenn Sie nein sagen, so muß ich doch darauf hinweisen, daß wir doch diesen Eindruck bekommen haben. Derjenige, der den Vertrag am emsigsten verteidigte, war gerade Herr Katz. Ich darf daran erinnern, daß Generaldirektor Weinlig, als er seinerzeit vom Reich angestellt wurde, um die Werte des Reichs zu verwalten, 250 000 Mark Gehalt erhielt. Das war damals eine so ungewöhnlich hohe Summe, daß man sich fragte: wie kam man zu einem solch hohen Gehalt, zu einem Gehalt, das höher als das Gehalt des Reichspräsidenten ist? Da wurde uns gesagt, wenn man eine tüchtige kaufmännische Kraft gewinnen wolle, müsse man ein Gehalt aussetzen, das ungefähr dem Verdienst gleich sei, der in der Privatindustrie bezahlt werde. Wie tüchtig die Direktoren sind und wie tüchtig auch Herr Generaldirektor Weinlig und sein Mitdirektor Katz sind, sehen Sie daraus, daß ein solcher Vertrag abgeschlossen werden konnte.

Nach jenen Verhandlungen im Ausschuß ist in der Presse ein Vorgang besprochen worden, der auch recht bezeichnend ist. Herr Kahn hat eines Tages in Spandau

(Bruhn, Abgeordneter.)

(A) antelephoniert und gefordert, daß alle verfügbaren Platingegenstände ihm auf dem schnellsten Wege durch einen sicheren Boten in einem Paket nach Berlin gebracht werden sollten. Die Gegenstände wurden gesammelt — es handelte sich um 3,3 Kilo Platin — und ihm in einem Paket verschnürt zugebracht. Der betreffende Oberbuchhalter, der Herrn Kahn das Paket brachte, erklärt in einem Zeitungseingesandt: Als er in das Zimmer des Herrn Kahn trat, saß bei diesem ein Galizier, der schon schmunzelnd auf das Päckchen schaute. Augenscheinlich war es derjenige, der das Platin erwerben sollte. Das Platin hatte nach Schätzung sachverständiger Beamten 500 000 Mark wert; an den Galizier ist dasselbe für unter 100 000 Mark verkauft worden; so behauptet der betreffende Beamte. Herr Katz hat gegenüber dieser Erklärung eine Entgegnung gebracht, in der er sagt, das Platin sei für über 100 000 Mark verkauft worden. Er hütet sich aber, den Preis zu nennen, für den es in Wirklichkeit verkauft worden ist.

Ein ähnlicher Fall wie bei den Deutschen Werken scheint, wenn die Zeitungsnachrichten zutreffend sind, bei dem **Verkauf des Feuerwerkslaboratoriums in Radeberg** vorzuliegen. Es wird behauptet, dieses Feuerwerkslaboratorium sei an das „Sachsenwert", dessen Hauptinhaber ein Herr Arnold ist, für 1,5 Millionen Mark verkauft. Daraufhin ist eine Berichtigung erfolgt, der Verkaufspreis habe 18 Millionen Mark betragen. In einer Entgegnung, die von jemandem stammt, der den Vertrag eingesehen hat, wird erklärt, daß das nicht der Fall sei, sondern daß der Preis 1,5 Millionen betrage. Die Stadt Radeberg hatte den Grund und Boden für das Laboratorium, das sie gern in ihre Stadt haben wollte, zu einem Vorzugspreis von 1 267 000 Mark zur Verfügung gestellt; die Hochbauten kosten 14 Millionen, die Tiefbauten 3,6 Millionen. Die Maschinen haben einen Buchwert von 6 100 000 Mark Friedenswert. Alles in (B) allem ist nun das Werk für einen so minimalen Betrag verkauft worden! Es wäre angezeigt, wenn der Herr Reichsschatzminister uns mitteilte, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen.

Mir wird mitgeteilt, daß die Deutschen Werke den **Abbruch der Pulvertrockenhäuser in Hanau** einem Herrn Adler in Frankfurt am Main übertragen und sie ihm verkauft haben. Der Kreis Hanau braucht die Baumaterialien zur Behebung der Wohnungsnot. Herr Adler, der mit den Materialien ein besseres Geschäft machen kann, verkauft sie aber nach auswärts, — ein kleiner Beweis dafür, wie unsinnig es war, daß man dem Herrn Kahn diese Monopolstellung einräumte.

Nun zu der Angelegenheit der **Deutschen Handels- und Landwirtschaftsgesellschaft**, von der bereits der Herr Berichterstatter gesprochen hat. Die Dinge liegen hinter uns; an ihnen ist nichts mehr zu ändern. Aber es ist doch außerordentlich bedauerlich, daß es möglich gewesen ist, einer einzelnen Gesellschaft, die nicht, wie behauptet wird, von landwirtschaftlichen Organisationen dem Herrn Minister empfohlen ist, sondern die bis dahin niemand kannte, eine Monopolstellung einzuräumen. Der damalige Minister, unser jetziger Kollege Schmidt, hat im Ausschuß behauptet, ihm sei diese Bank aus landwirtwirtschaftlichen Kreisen empfohlen worden; er hat aber nicht gesagt, von welchen landwirtschaftlichen Kreisen. Nach meinen Informationen — und ich habe alle dafür in Betracht kommenden Persönlichkeiten danach befragt — kennt man in diesen Kreisen diese Bank nicht. Der damalige Minister Mayer glaubte, eine Art Zwangsbewirtschaftung für **Heu** wieder einführen zu müssen, weil die **Belieferung des Heeres** nach seiner Überzeugung gefährdet war, und da hat gegen den zuständigen Ressortminister der Ernährungsminister Schmidt es durchgesetzt, daß das Kabinett ihm recht gab und dieser Bank die Belieferung (C) von Heu und Stroh für sämtliche Verpflegungsämter übertrug. Die Folgen dieses Vertrages sind so ungeheuerlich, die Gewinnste sind so grotesk, daß heute noch eine ganze Anzahl von Prozessen mit der Gesellschaft schweben, daß eine Reihe von Anzeigen wegen Wuchers bei der Staatsanwaltschaft eingegangen ist. Die Beamten in den Verpflegungsämtern, die in diesen Dingen eine gewisse Erfahrung hatten, behaupten, daß sie im Herbst 1919, also nach dem Kriege, die Fäden zu den landwirtschaftlichen Kreisen wieder angesponnen hatten und schon, wie es vor dem Kriege der Fall war, wieder in der Lage waren, die Belieferung mit Heu und Stroh entsprechend durchzuführen. Wenn dem aber auch nicht so gewesen wäre, durfte man doch nicht ohne Befragung von Sachverständigen einen solchen Vertrag abschließen!

Nur ein paar Beispiele! Heu und Stroh wurden von den Proviantämtern, soweit direkt gekauft wurde, im Oktober 1919 mit 260 Mark für die Tonne Heu, mit 360 Mark für die Tonne Stroh bezahlt. Im November stiegen die Preise auf 400 respektive 500 Mark. Im Dezember wurde dieser Vertrag abgeschlossen. Im Januar zahlten die Proviantämter 850 Mark für die Tonne Heu, und nun kam die erste Lieferung der Handelsbank, wofür sofort 1100 Mark gezahlt werden müssen. Für Heu sind bis zu 1400 Mark gezahlt worden.

Aber das nicht allein! Bis dahin hatten die Proviantämter immer so gekauft, daß „frei Magazin" abgemacht wurde und daß der Verlust zu Lasten des Verkäufers ging. In dem Vertrag mit der Handelsgesellschaft wurde es umgekehrt: die Verluste gingen zu Lasten der Proviantämter, also zu Lasten des Reichs,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

und die Abschlüsse waren nicht „frei Station", sondern die Transportkosten mußten ebenfalls vom Reich bezahlt werden. Die Transportverluste sind so erheblich gewesen, (D) daß nach einer Berechnung des Reichsschatzministeriums, dem natürlich die Dinge letzten Endes zu bunt geworden sind, bei einem Proviantamt 40 000 Mark für Transportverluste bezahlt werden mußten.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Außerdem stand in dem Vertrag mit dieser Handelsbank, daß sie auf dem Bahnwege abzuliefern habe. Die Gesellschaft kehrte sich aber nicht daran, lieferte das Heu und Stroh, wie es ihr paßte, und die Frachten mußte das Reich bezahlen. In einem einzelnen Fall hätte die Bahnfracht 1000 Mark ausgemacht, während die Wasserfracht 5800 Mark betrug; das betreffende Verpflegungsamt mußte zahlen; es schweben dieserhalb Prozesse. Ein umfangreicher Kettenhandel hat stattgefunden. Aus den Frachtbriefen kann nachgewiesen werden, daß die Waren oft erst durch vier bis fünf Hände gegangen sind, bevor sie ans Reich kamen. Bei solchen Verhältnissen ist es nicht verwunderlich, daß die Preise der Waren geradezu ungeheuerlich waren. Das Reichsschatzministerium hat Berechnungen anstellen lassen über die Preise, die zu einer bestimmten Zeit in einem Großhandelsgebiet bezahlt worden sind, und hat diese Preise zum Vergleich für jene Preise herangezogen, die für diesen Bezirk an die Handelsbank gezahlt worden sind. Da hat sich bei einem einzigen Proviantamt ein Unterschied von 50 000 Mark in Stroh und von 28 000 Mark in Heu ergeben. Wenn man berücksichtigt, daß wir 154 Verpflegungsämter haben, dann kann man ermessen, um welche Summen es sich hierbei handelt.

Ich komme dann zu einer anderen Angelegenheit, die auch in das Gebiet der Kriegs- und Nachkriegsgewinne fällt. Nach Beendigung des Krieges wurden der **Firma Levin in Breslau** die gesamten Alt- und Neutextilien überwiesen. Nach einem Vertrage, der mit ihr abgeschlossen wurde, erhielt die Firma Tuchhosen zu 2 Mark,

(Bruhn, Abgeordneter.)

(A) Bettlaken zu 1 Mark, Taschentücher zu 10 Pfennig, also zu außerordentlich billigen Preisen überwiesen

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

und sollte nun unter Ansetzung von normalem Verdienst der Textilnotstandsversorgung — das ist die Kriegsgesellschaft, um die es sich hier handelt — die fertige Ware zur Verfügung stellen. Diese Firma Levin hat vor dem Kriege mit Eisenbahnpelzen und Stiefeln en gros gehandelt. Sie war durchaus nicht besonders befähigt, und die Dinge lagen wirklich nicht so, daß man nur dieser einzigen Firma dieses Monopol hätte übertragen müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn man sich schon auf dem Standpunkt stellt — und ich will das einmal zugeben, obwohl ich sonst der Ansicht bin, daß man möglichst das Handwerk heranziehen soll —, aber wenn man sich schon auf dem Standpunkt stellen will, daß das Handwerk mit seinen Einrichtungen nicht in der Lage gewesen sei, diese Massenbearbeitung und -umarbeitung von Militärsachen und dergleichen zum Zivilgebrauch vorzunehmen, — so ist doch die Frage berechtigt: warum übertrug man aber nur einer einzigen Firma für ganz Deutschland diese Monopolstellung?

Meine Damen und Herren! Die Folge davon ist gewesen, daß diese Levins aus Breslau, die während des Krieges schon Kriegslieferungen hatten — der Vater war in Berlin als Verbindungsmann bei Kriegsstellen tätig, während der Sohn für das väterliche Geschäft in Breslau reklamiert war —, sich schon während des Krieges einen großen Rennstall zugelegt haben, für den sie fortlaufend sehr teure Pferde ankaufen — als Folge einer Begünstigung, die ihr die Millionen gewissermaßen an den Hals geworfen hat.

Meine Herren, auch aus Ihren Reihen, aus den Reihen der Linken, ist unlängst eine Anfrage von Herrn Beims gekommen,

(B) (Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

die sich in sehr entschiedener Weise dagegen wehrt, dem Herrn Levin gewissermaßen die Taschen zu füllen. Die Dinge haben sich jetzt so ausgewachsen, daß Herr Levin dazu übergegangen ist, ein eigenes Verkaufsunternehmen, das er die „Volksbekleidungsgesellschaft G. m. b. H., Berlin, Friedrichstraße 110/12" benennt, zu errichten. Die Firma hat in ihrem Aufsichtsrat Herren, die vorher im Vorstand oder Aufsichtsrat der Reichstextilaktiengesellschaft oder der Textilnotstandsversorgung waren.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Er hat auch maßgebende Männer der Berliner Stadtverwaltung, die hier die Versorgung mit Kleidung für die arbeitende Bevölkerung haben, in seinem Aufsichtsrat.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Warum bringt er diese Männer in den Vorstand und Aufsichtsrat? Um die amtlichen Beziehungen, die sie hatten oder haben, für sich auszunutzen!

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Levin wendet sich nun in einem Rundschreiben an Einzelbetriebe Berlins und im Reiche und versucht, dort seine Ware unterzubringen. Er schädigt also dadurch in schwerster Weise auch noch Handwerk und Gewerbe, und das womöglich noch unter behördlicher Befürwortung und Begünstigung. Die Städte beklagen sich mit Recht darüber, daß das Reich dem Levin sehr viel niedrigere Preise berechnet hat als den Stadtverwaltungen,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

so daß sie von vornherein in der Konkurrenz mit Herrn Levin ausgeschaltet sind. Die Preise, zu denen die Textilnotstandsgesellschaft die Sachen, die von Levin umgearbeitet worden sind, den Städten zur Verfügung gestellt hat, sind so hoch, daß angenommen werden muß, daß Levin Riesengewinne dabei erzielt hat.

(Hört! Hört! rechts.)

(C) Noch ein anderer Fall. Im Frühjahr 1918 hat die **Heeresverwaltung** einen großen Posten **Ungarwein** in Grünberg in Schlesien eingelagert. Es handelt sich um 550 000 Liter Tokayerwein. Dieser Tokayerwein wurde dann an ein **Konsortium Sandmann** verkauft, und zwar das Liter zu 10,50 Mark. Es wurde ein **Vertrag** mit diesem Konsortium abgeschlossen, in dem gesagt wurde, daß die „Richtlinien", nach denen der Wein umgesetzt werden dürfe — es sollte kein Kettenhandel betrieben werden usw. — von der „Weinhandelsgesellschaft" festzusetzen seien. Die maßgebenden Mitglieder dieser Weinhandelsgesellschaft waren aber Angehörige des Konsortiums Sandmann.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ich will auf Einzelheiten nicht mehr eingehen, jedenfalls hat ein Prozeß stattgefunden zwischen einer Grünberger Firma, bei der der Wein lagerte, und dem Reichsverwertungsamt. In dem Prozeß sind eidliche Aussagen gemacht, aus denen hervorgeht, daß die Sachverständigen der Auffassung sind, daß nicht ein Preis von 10,50 Mark, sondern von 17 bis 18 Mark pro Liter zu jener Zeit angemessen gewesen sei. Einer der Sachverständigen, der Weinkontrolleur Paetz, sagt, daß nach seiner Überzeugung der Wein — es hätte sich um guten Wein gehandelt — damals nicht 10,50, sondern 16 bis 17 Mark den Liter gekostet habe, während ein anderer Sachverständiger behauptet, 18 Mark wäre der übliche Preis gewesen.

Ein Quantum dieses Weins ist nun, nachdem die Lieferung hingezogen worden ist, von dem Konsortium nicht mehr abgenommen worden, weil die Preisverhältnisse sich inzwischen anders gestaltet hatten. Das Konsortium wollte von dem Vertrage loskommen. Teilhaber dieses Konsortiums sind unter anderen Sandmann in Berlin, Jacobi in Stuttgart, Ignatz Fürst in Breslau, Baer Söhne in Mannheim und andere mit ähnlich klingenden Namen.

(D) Neuerlich ist in der Presse mitgeteilt worden — vielleicht äußert sich auch das Reichsschatzministerium dazu —, daß in **Wilhelmshaven Schiebungen mit Marinegut** vorgekommen sind, bei denen es sich nach der einen Behauptung um Bestechung, jedenfalls um Geschäfte handeln soll, die außerordentlich auffällig sind. Es wird behauptet, daß Anker und Ketten zunächst 50 Prozent unter dem Tagespreis verkauft worden sind. Dann hat eine Kontrollinstanz des Reichsschatzministeriums Einspruch erhoben. Bei einem zweiten Abschluß — es kam zu einem Vergleich — ist wiederum ein minimaler Preis erzielt worden. In Verbindung damit wird behauptet, daß einer Firma Schlesinger vier Torpedoboote verkauft worden sind, bei denen nachweislich über 100 000 Mark verdient wurden.

Wenn man des weiteren hört, daß ein Mann, der mit 12 Jahren Zuchthaus bestraft worden ist, **Schiffmann**, von verschiedenen Ministerien, auch **vom Reichsschatzministerium, beschäftigt** worden ist,

(hört! hört! rechts)

so ist das doch unerhört.

Ich bitte, sich darüber zu äußern. Im Ausschuß sind die Dinge nur gestreift worden, und es hat nur der frühere Minister, Herr Bauer, zugegeben, daß Schiffmann allerdings einige Zeit für ihn beschäftigt gewesen sei. Neuerdings ist aber behauptet worden, daß Schiffmann auch noch später für das Reichsschatzministerium tätig gewesen ist, ein Mann, der noch Zuchthaus abzusitzen hatte, der einen Auslandspaß hatte, der über eine große Summe bei dem Bankhaus Markiewicz zu verfügen hatte und der dann durch den Paß mit 300 000 Mark ins Ausland gelangt ist.

Die Katz, Kahn, Levin, Sandmann, Baer, Arnhold, Seliger, und wie die anderen Großgewinnler

(**Bruhn,** Abgeordneter.)

(A) heißen, sind die Vertreter jener Klasse der neuen Reichen, die während des Krieges ihre Großgeschäfte gemacht haben und nach dem Kriege dies fortsetzen. Sie sind die Nutznießer einer Entwicklung geworden, durch die Einst und Jetzt in bezug auf Vermögenswerte völlig auf den Kopf gestellt worden sind.

Es ist anzuerkennen, daß der Herr Reichsschatzminister v. Raumer gegenüber den Unregelmäßigkeiten rückhaltlos vorgegangen ist. In der Angelegenheit der **Deutschen Werke** haben wir uns deshalb auch entschieden hinter den Minister gestellt. Die Meinungen zwischen links und den bürgerlichen Parteien gingen auseinander.

Meine Damen und Herren! Es muß wieder dahin kommen, daß in unserem Volke **Ehrlichkeit, Treu und Glauben** wieder Geltung erhalten. Wenn wir es nicht dahin bringen, wird man uns in der Welt nicht wieder achten, werten und schätzen lernen.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lange-Hegermann.

Lange-Hegermann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde erkennen vollauf die gewaltigen Aufgaben, die das Reichsschatzministerium zu erfüllen hat, Aufgaben von sehr großer wirtschaftlicher Bedeutung. Eine der bedeutendsten Aufgaben **ist die Umstellung von Betrieben für die Herstellung von Heeresbedarf auf die Herstellung von Friedensbedarf.** Während man nun schon sehr oft von Betrieben im Privatbesitz gelesen und gehört hat, daß sie sich erfolgreich und sehr stark gewinnbringend umgestellt haben, vermißt man bis heute noch derartige Angaben bei den dem Reichsschatzministerium unterstellten Betrieben. Hier würde eine lückenlose Angabe der betreffenden Zahlen und Ziffern sehr zu begrüßen sein. Mit allem Nachdruck muß dahin (B) gearbeitet werden, daß die Umstellungen möglichst schnell zu gewinnbringenden Produktionen führen, um so mehr, als die Mittel für diese Umstellungen in außerordentlich großem Maße bewilligt wurden. Das ganze deutsche Volk verlangt, daß energisch dahin gestrebt wird, daß die Zuschußwirtschaft in diesen Betrieben schnellstens zu Grabe getragen wird. Die Steuerzahler haben ein Recht daran, zu verlangen, daß diese Betriebe endlich zu Einnahmequellen des Reiches gestaltet werden. In den letzten Tagen hörte man, daß die Gewerkschaft Lothringen, die sich in eine Aktiengesellschaft umgewandelt hat, dazu übergeht, die chemischen Werke an sich und durch Angliederung an andere Werke zu vergrößern. Das Reich ist zur Hälfte an diesen **„Chemischen Werken Lothringen** G. m. b. H." beteiligt. Es wäre außerordentlich interessant, wenn das Reichsschatzministerium einmal Angaben darüber machen würde, wie die Aktiengesellschaft diese Umstellung vornehmen will und inwieweit das Interesse des Reichs an dieser neuen Umstellung in Betracht kommt; ferner: ob es wahr ist, daß die Aktiengesellschaft Lothringen jetzt dazu übergehen will, den Anteil des Reichs käuflich zu erwerben.

Meine Freunde wünschen ferner, daß bei dem **Verkauf von Kasernen, Grundstücken** und dergleichen, die dem Reichsschatzministerium unterstellt sind, insbesondere die Einrichtungen und Anstalten bevorzugt werden, die gemeinnützigen oder sozialen Zwecken dienen. Es wird ohne Zweifel im Interesse des Reichs liegen, wenn das Reichsschatzministerium die Hand dazu bieten würde, hier soziale Einrichtungen zu schaffen, und den Kaufpreis mäßig bemessen würde, insbesondere bei Kasernen, die sonst nicht mehr nutzbar gemacht werden können, weil sie in sehr entlegenen Gegenden liegen, wo auch Industrien nicht angesiedelt werden können. Ferner könnte das Reichsschatzministerium bei der Hergabe von Kapital die Darlehen zu einem niedrigeren Zinsfuße geben und die Sache (C) dadurch unterstützen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Eine der wichtigsten Aufgaben, vielleicht die wichtigste, die das Reichsschatzministerium zu erfüllen hat, ist die **Kontrolle der Kriegsgesellschaften**, beziehungsweise die Durchführung ihrer **Liquidation.** Die Durchführung der Liquidation würde sich entschieden erleichtern, wenn diese Aufgabe restlos dem Reichsschatzministerium übertragen würde. Bei den Beratungen in den Unterausschüssen im Reichswirtschaftsministerium und im Reichsschatzministerium hat sich herausgestellt, daß sich beide Ministerien um diese Aufgabe bemüht haben. Es ist witzig, das merkwürdige Schauspiel zu sehen, daß die Liquidationen nicht schneller vorangehen, wenn sich zwei Ministerien darum bemühen, sondern daß dann im Gegenteil die Kriegsgesellschaften erst recht weiter ein kräftiges Leben führen. Auch sind meine Freunde darüber beunruhigt, daß durch die Liquidationen der Kriegsgesellschaften Nachfolgerschaften teils öffentlicher, teils privater Natur entstehen, die anscheinend die Kriegsgesellschaften in anderer Form verewigen wollen. Auch die Reichstreuhand-Aktiengesellschaft und die Erka, die Reichs-Kriegs- und Kontrollstelle, zählen zu den Gesellschaften, die in anderer Form Kriegsgesellschaften darstellen und über deren Nutzen man in großen Teilen der Bevölkerung sehr geteilter Meinung ist. Die Art der Geschäftsführung, die Verwertung der Bestände, insbesondere der Militärgüter, wie sie durch Verwertungsämter und Reichstreuhand vorgenommen worden sind, haben manches Kopfschütteln verursacht und schließlich im Reiche den Eindruck erweckt, daß diese Gesellschaften nicht des Reiches wegen bestehen, sondern der betreffenden Gesellschaften und einzelner anderer Interessenten wegen.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich mit ein paar Worten auf die **Reichstextilaktiengesellschaft,** die viel geliebte Retag, eingehe. Diese untersteht (D) in der Liquidation ja auch dem Reichsschatzminister. Die Retag ist im Jahre 1915 hervorgegangen aus der Kriegswirtschaftsaktiengesellschaft als Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle. Am 1. Januar 1920 ist diese Reichstextilaktiengesellschaft in Liquidation getreten. Zu diesem Zeitpunkt waren Waren in der Gesamtmenge von rund 30 Millionen vorhanden; umgesetzt sind aber in diesem Jahre der Liquidation 300 Millionen,

(hört! hört! im Zentrum)

indem sie für das Reichsverwertungsamt kommissionsweise Bestände verwertete. Die Mengen, die hier übernommen wurden, können nicht festgestellt werden, da bei der Übernahme eine Inventarisierung weder von der einen noch von der anderen Seite vorgenommen wurde. Ich will mich vorsichtig ausdrücken, aber ein derartiger Vorgang ist wohl im kaufmännischen Leben noch niemals vorgekommen. Waren im Werte von 180 Millionen hat die Reichsnotstandsversorgung erhalten, außerdem aber noch 110 Waggons Textilien in einer Gesamtmenge von 750 000 Kilogramm. Hier ist keine Verrechnung mit der Retag erfolgt, trotzdem sie von der Retag geliefert waren, sondern diese Verrechnung findet durch die Reichstreuhand mit der Notstandsversorgung statt. Es ist anzunehmen, daß diese Waren zum größten Teil den Wiederinstandsetzungswerken der Firma Levin in Breslau zugeführt worden sind. Ich bemerkte vorhin, daß eine Inventarisierung der Waren nicht vorgenommen wurde. Nach dem Vertrage, der zwischen der Firma Levin und der Retag bestand, mußte die Firma sofort nach Eingang die Mengen selbst feststellen und der Retag mitteilen. Es ist anzunehmen, daß der Käufer, also die Firma Levin, nach Empfang der Waren selbst die Mengen feststellte und daß nach seinen Angaben dann die Rechnungsbeträge seitens der Retag festgesetzt wurden. Ohne die absolute Ehrlichkeit

(**Lange-Hegermann**, Abgeordneter.)

(A) eines der Beteiligten anzweifeln zu wollen, liegt hierin doch ein hohes Maß von Entgegenkommen und von Vertrauen, wenn man nicht sagen will: von Leichtfertigkeit.

In § 7 des Vertrags wird die Firma verpflichtet, auf die Verkaufspreise — also die Gestehungskosten und Unkosten plus Gewinn — einen Zuschlag von 10 Prozent zugunsten der Retag aufzuschlagen

(hört! hört! im Zentrum)

und innerhalb einer gewissen Zeit an die Retag abzuführen. Ob die Retag hierdurch zu einer Verbilligung beigetragen hat, möchte ich stark bezweifeln.

Meine Damen und Herren! Die Nationalversammlung hat sich seinerzeit durch einen Ausschuß mit der Retag, der Notstandsversorgung und der Firma Lewin befaßt. Meines Wissens ist aber nicht bekannt, daß der damals bestehende **Vertrag zwischen Lewin und Retag** unter dem 11. Februar 1920, also nachdem der Ausschuß schon längst erledigt war, und mit Rückwirkung vom 1. Juni 1919 aufgelöst worden ist. Dieser Vertrag, durch den der Vertrag zwischen Retag und Lewin aufgelöst wurde, sagt nun in § 2:

> „Eine Anrechnung findet in Zukunft zwischen den Vertragschließenden nur insoweit statt, als die Waren vor dem 1. Juni 1919 in den Besitz der Firma gekommen sind. Die Preise werden auf Grund der Speyerschen Taxe festgesetzt.
>
> Die Firma Lewin gibt der Retag zum Zwecke des Ausgleichs eine Aufstellung derjenigen Waren, die vor dem 1. Juni 1919 in den Besitz der Firma gelangt, aber noch nicht berechnet sind.

Das ist geschrieben am 11. Februar 1920, also 8 Monate rückwärts wird der Vertrag aufgehoben.

> Hat eine Abrechnung und Zahlung über nach dem 1. Juli 1919 gelieferte Waren stattgefunden, so hat es dabei sein Bewenden. Dagegen findet in Zukunft eine Abrechnung und Zahlung über

(B)

> solche Lieferungen nicht mehr zwischen den Vertragschließenden, sondern zwischen der Firma und der Textil-Notstandsversorgung statt.

In § 3 heißt es:

> Die Retag verzichtet auf die ihr im Vertrage vom 12. März 1919 Ziff. 7 zugesagten 10 Prozent und die Einreichung der in Ziff. 5 versprochenen Lieferungen.

Meine Damen und Herren! Hieraus geht klipp und klar hervor, daß Lewin 10 Prozent für die Retag aufschlagen mußte, daß aber die Retag in der Auflösung dieses Vertrags am 11. Februar auf diesen Aufschlag verzichtet hat und dieser Aufschlag der Firma C. Lewin einfach glattweg in die Tasche geflossen ist.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Ferner verzichtet die Retag auf die durch die Speyerschen Taxen geforderten Zuschläge. Im letzten Absatz heißt es allerdings auch:

> Die Firma Lewin verzichtet auf alle ihre gegen die Retag gemachten Ansprüche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hat hier unzweifelhaft den Eindruck, es sind hier Geschäfte gepflogen worden, bei denen, ich nehme an, trotz absoluter Ehrlichkeit eine Buchführung vorhanden gewesen ist, bei der man überhaupt keine Kontrolle mehr gehabt hat, wo man absichtlich oder unabsichtlich die Bücher so geführt hat, daß man hinterher alles hat begraben müssen.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Ich bitte das Reichsschatzministerium dringend um Auskunft, welche Gründe dazu geführt haben, die Vertragswirkungen so weit und so stark rückwirkend aufzuheben.

Auch die **Richtlinien**, die vom **Reichsverwertungsamt für den Verkauf der Waren** gegeben wurden und die zur Grundlage für den Verkauf der Waren **bei der Retag** dienten, haben in vorsichtigen, ernst zu nehmenden Fachkreisen ein hohes Maß von Erstaunen hervorgerufen. Man hat die ungeheuren Mengen von Waren, die vorhanden waren, seitens der Retag nicht dazu benutzt, um hier preisregulierend zu wirken, um die Not zu lindern, sondern hat zunächst einmal die Friedenspreise am 4. Juni 1919 sehr stark in die Höhe gesetzt, bei Wollwaren um das Achtfache, bei Baumwollwaren um das Zehnfache, und am 21. Januar 1920, also ein halbes Jahr später, hat man diese Preise um das Fünfzehnfache des Friedenspreises bei Wollwaren erhöht, um das Fünfundzwanzigfache bei Baumwollwaren.

(C)

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Wenn das bei der Retag passierte, wie kann man dann darüber urteilen, wenn die handeltreibenden Kreise dasselbe Beispiel befolgten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Textil-Kriegsgesellschaften und der Reichsbekleidungsstelle zur Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft und zur Retag führt jetzt nach der Liquidation der Retag zu einer neuen Gesellschaft, zur **Reichsnotstandsversorgung**. Aber trotz aller Umwandlungen ist sämtlichen Gesellschaften das eine gleich geblieben, daß sie die Anhänglichkeit an die **Firma Lewin** treu bewahrt haben. Man hat dieser Firma ein Monopol eingeräumt, das mit Recht in allen einschlägigen Kreisen starke Bedenken auslöst, um so mehr, als sich jetzt Privatfirmen auftun, die sich allgemeine Firmenbezeichnungen beilegen, wie „Volksbekleidung G. m. b. H.“, deren Geschäftsinhaber die Inhaber der Firma C. Lewin sind und deren Geschäftsführer der frühere Abteilungsleiter der Retag, ist und zwar derjenige, der früher der Kommunal- und Betriebsversorgung vorstand. Ich glaube nicht, daß ich die einzelnen Zusammenhänge weiter darlegen muß, sie werden ziemlich klar erkennen lassen, mit welchen Mitteln man arbeitet und welche Zusammenhänge bestehen, um die alten Fäden, die früher in der Retag bestanden, jetzt auf diese Gesellschaft mit der allgemeinen Firmenbezeichnung umzuleiten.

(D)

Auf die **Personalverbindungen** die **zwischen Lewin und früheren Angestellten der Retag** und anderer Gesellschaften bestehen, möchte ich in diesem Augenblick nicht weiter eingehen. Aber als Kuriosum möchte ich doch noch mitteilen, daß mir in den letzten Tagen berichtet wird, daß es einem früheren Direktor der Retag gelungen ist, in dem Gebäude der Reichsbekleidungsstelle am Nürnberger Platz in Berlin trotz der enormen Wohnungsnot Räume zu bekommen, in denen er jetzt den Verkauf der Fabrikate der Firma C. Lewin vornimmt.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Meine Parteifreunde erkennen gern die Arbeit an, die im Reichsschatzministerium in bezug auf den **Abbau der Kriegsgesellschaften** geleistet wird, und die im letzten Jahre erhebliche Fortschritte gemacht hat; ist doch der Personalbestand der in Liquidation befindlichen Kriegsgesellschaften von 5000 im Januar 1920 auf 1500 im Oktober zurückgegangen und beträgt die monatliche Gehaltssumme, die im Januar 2800000 Mark betrug, im Oktober nur noch 1400000 Mark. Andererseits muß man aber auch anerkennen, daß das längere Bestehen der Kriegsgesellschaften ein Hemmnis für die Aufrichtung einer gesunden Wirtschaft ist.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Herr Minister! Meine Freunde betrachten es als eine Ihrer vornehmsten und wichtigsten Aufgaben, für möglichst rasche Beseitigung aller Kriegsgesellschaften zu sorgen.

(Zustimmung im Zentrum.)

Alles das, was in der Kriegs- und Nachkriegszeit künstlich in die freie Ordnung der Wirtschaft eingefügt und aufgebaut wurde, muß endlich restlos erledigt werden. Herr

(Lange-Hegermann, Abgeordneter.)

(A) Minister! Meine Freunde erwarten von Ihnen, daß Sie die **Liquidation aller Kriegsgesellschaften** schnellstens einleiten und die Liquidation selbst tatkräftig zu Ende führen.

(Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kahmann.

(Abgeordneter Kahmann: Ich verzichte!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Gothein.

Dr. **Gothein,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es war wohl die schwierigste, unsauberste und undankbarste Aufgabe nach dem verlorenen Krieg, die **Liquidation der Bestände des Reichs an Heeresgütern** und die weitere schwierige Aufgabe der Umwandlung der Werkstätten des Reichs, welche ausschließlich für Heeresbedarf gearbeitet hatten, in Friedenswerkstätten durchzuführen. Daß auf dem ersteren Gebiete unsagbar viel gestohlen, geschoben und veruntreut wurde, ist von allen Seiten zugegeben worden. Ich habe, als mir seinerzeit im ersten Kabinett diese Aufgabe übertragen wurde, offen zugegeben, daß es ganz unmöglich sei, hier in kurzer Zeit Reinlichkeit und klare Verhältnisse zu schaffen. Man muß sich daran erinnern, daß das Heeresgut und das Marinegut auf über 2000 Lägern und über 3000 Nebenlägern verstreut und nicht inventarisiert war, und daß überall gestohlen wurde. Als damals der Kriegsminister gefragt wurde, warum er denn diese Heereslager nicht besser bewachen ließe, gab er die Antwort, daß er dazu mindestens eine Million Soldaten brauchte, wozu ich ergänzend hinzufügte, daß es zweifelhaft sei, ob dann nicht etwa noch mehr gestohlen werden würde.

(Heiterkeit.)

Wir haben damals alles getan, um diese Inventarisierung durchzuführen. Aber bei der Unordnung, bei (B) dem doch vielfach sehr unzulänglichen Angestelltenmaterial und bei der weitverbreiteten Unehrlichkeit, die vorhanden war, war das eine Sisyphusarbeit. Und auch heute wird es noch eine ganze Menge von Punkten geben, die recht dunkel sind, und wo meines Erachtens mit aller Entschiedenheit durchgegriffen werden muß. Ich kann den Herrn Reichsschatzminister nur aufs dringendste bitten, da überall mit aller Energie vorzugehen, volle Klarheit zu schaffen und, wofern etwa in seinem Ministerium Leute vorhanden sein sollten, die den Wunsch haben, möglichst wenig an die Öffentlichkeit kommen zu lassen und lieber eine Sache zu vertuschen, alles ins hellste Licht zu stellen, mit anderen Worten, daß er, sofern gegen irgendeinen Beamten oder früheren Angestellten ein Verdacht vorliegt, nicht erst Monate und wieder Monate hingehen lassen soll, bis eine entsprechende Anzeige an die Staatsanwaltschaft ergeht, sondern dafür sorgen muß, daß rasch und energisch zugegriffen wird.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Daß hier noch mancherlei faul ist, wird ohne weiteres zuzugeben sein. Aber es hat sehr wenig Zweck, die einzelnen Dinge hier in der Öffentlichkeit vorzubringen, wo die Angeschuldigten sich nicht verteidigen können, wo von der einen Seite eine einseitige Darstellung gegeben wird und der Minister ganz außerstande ist, auf jedes Detail, das vorgebracht wird, erschöpfend zu antworten. Nehmen wir den einen **Fall der Firma C. Levin.** Es ist heute wieder einmal viel darüber gesagt, auch neues Material beigebracht worden. Gerade über diese Firma C. Levin ist bereits wiederholt gesprochen worden, und besondere **Untersuchungsausschüsse** sind für diesen speziellen Zweck niedergesetzt worden und haben sich mit dieser Sache aufs eingehendste befaßt, aber selbst nach sorgfältigster Prüfung und, nachdem sie die Bücher der Firma usw. eingesehen haben, sind sie immer dazu gekommen, daß gegen die (C) Firma nichts einzuwenden sei, daß die Dinge klar und einwandfrei lägen. So ist das Ergebnis des Untersuchungsausschusses gewesen.

Im übrigen ist gerade für diesen Fall meines Wissens der Herr Reichsschatzminister gar nicht zuständig, sondern der Herr Reichswirtschaftsminister. Trotzdem er also außerstande sein muß, auf Grund eigener Kenntnis zu antworten, während also tatsächlich ein anderer zurzeit nicht anwesender Minister mit seinen Kommissaren dazu berufen wäre, wird hier Material in aller Breite vorgebracht. Das hat zur Folge, daß diese Vorwürfe dann auf den Inhabern der Firma lasten bleiben, die sich bereits soundso oft allen möglichen Untersuchungen haben unterwerfen müssen, aber aus sämtlichen Untersuchungen einwandfrei hervorgegangen sind.

Es hat doch sehr schwere Bedenken, immer wieder in der Öffentlichkeit mit solchen Anklagen unter dem Schutze der Immunität zu kommen, obwohl die bisherigen Untersuchungen das Gegenteil erwiesen haben, und obwohl es unmöglich ist, innerhalb der nächsten Tage über neue Anklagen Klarheit zu schaffen, wie die Verhältnisse liegen.

Auch die **Retag** und die **Reichsnotstandstextilversorgung** ressortieren vom Reichswirtschaftsministerium, nicht von dem Ministerium, dessen Etat augenblicklich zur Beratung steht. Wozu also alle diese Sachen vorbringen, Zeit verschwenden und Angriffe gegen Leute schleudern, die sich weder selbst verteidigen, noch auch von dritter Seite her verteidigt werden können, weil diejenigen, deren Aufgabe es wäre, die Verteidigung zu übernehmen, nicht zur Stelle sind! Ich meine, so viel Pflichtgefühl müßten die Herren Abgeordneten, die diese Sachen vorbringen, haben, daß sie sich vorher darüber vergewissern, welchem Ressort die Angelegenheiten unterstehen.

Ein schwerer **Angriff** ist hier auch **gegen die Liquidatoren der Reichstextilaktiengesellschaft** gerichtet worden. Meiner Kenntnis nach handelt es sich hier um durchaus (D) einwandfreie Herren, um die denkbar besten und eifrigsten Männer, die man an diese Stelle setzen konnte, Herren, die ihre Aufgabe darin gesehen haben, die Liquidation so rasch wie möglich durchzuführen. Wenn sie die Preise entsprechend den damaligen Weltmarktpreisen und den Inlandpreisen hinaufgesetzt haben, so haben sie das doch im Interesse des Reiches getan, dem der Mehrerlös zufließt. Wären sie anders verfahren, dann hätte man natürlich wieder den Vorwurf erhoben: ihr habt den Schiebern usw. so billige Preise bewilligt, und nun seid ihr dafür verantwortlich, daß ihr das Gut des Reiches verschleudert habt. Ich meine, nach allen diesen Richtungen wäre es nötig, etwas Selbstbeschränkung zu üben und solche Sachen wenigstens vorher im Ausschuß vorzubringen, wo wirklich Rede und Antwort gestanden und wo Klarheit geschaffen werden kann.

Nun ein Wort zu dem **Kahn-Vertrag.** Es war zweifellos ein schwerer Fehler, daß dieser Vertrag **nicht dem Aufsichtsrat der Deutschen Werke vorgelegt** worden ist; das hat der Aufsichtsrat vom ersten Tage an, wo ihm von der Sache Kenntnis gegeben wurde, als einen Fehler angesehen. Ich will hier auf die Ursache und Beweggründe nicht eingehen, warum die Direktion damals geglaubt hat, es nicht tun zu sollen, und so im Interesse der Deutschen Werke zu handeln glaubte. Es war zweifellos ein Fehler, und der Vertrag wäre besser geworden, wenn er dem Aufsichtsrat vorgelegen hätte. Aber ich meine, etwas übertrieben worden ist auch dabei.

Man hat gemeint, daß die **Schrottpreise** viel zu niedrig normiert und daß sie weiter steigen würden; von vornherein habe ich solchen Prophezeiungen sehr skeptisch gegenübergestanden und habe mich auf den Standpunkt jenes Bankiers gestellt, der, als er gefragt wurde, ob die Kurse steigen würden, geantwortet hat: „Hätt ich Prophet gelernt,

(Dr. **Gothein**, Abgeordneter.)

(A) brauchte ich mich nicht so zu schinden.“ Jetzt sind die Schrottpreise wesentlich herabgegangen; ich sagte damals, sie werden sich immer nach der Konjunktur richten, sie sind abhängig von dem Preis der Eisenerze und werden sich auch in Zukunft danach richten. Heute sind sie bereits wesentlich niedriger als zu der Zeit, als dieser Vertrag abgeschlossen wurde. Heute macht die Firma Kahn bei den Schrottverkäufen, die im letzten Vierteljahr getätigt worden sind, bereits ein schlechtes Geschäft.

(Abgeordneter Schultz [Bromberg]: Sie hat genug verdient!)

— Herr Abgeordneter Schultz, sie hat nicht so viel daran verdient, wie Sie glauben. Inzwischen sind ihr von diesen Maschinen so viel abgenommen, daß die Deutschen Werke jetzt sogar 33 Millionen von den 50 Millionen Mark Anzahlung wieder zurückzahlen müssen. Also aus diesem Vertrag kommt für sie so außerordentlich viel nicht heraus.

Ich würde über diesen Vertrag, der schon so viel die Öffentlichkeit beschäftigt hat, gar nicht mehr sprechen, wenn nicht hier wieder ausschließlich Herr **Dr. Katz** für diesen Vertrag verantwortlich gemacht worden wäre. Der Vertrag ist in einer mehrstündigen Sitzung von der gesamten Direktion vorberaten und von ihr einstimmig beschlossen worden; sie trägt also gemeinsam die Verantwortlichkeit dafür. Wenn in der Aussprache mit den Mitgliedern des Haushaltsausschusses Herr Dr. Katz diesen Vertrag besonders vertreten und erläutert hat, so ist das geschehen, weil er als der wortgewandteste mit dieser Sache von seinen Kollegen beauftragt wurde.

Es ist ja ein sehr **zweifelhaftes Experiment**, das mit der **Übertragung der Militärwerkstätten an die Deutschen Werke**, also an eine Aktiengesellschaft, gemacht worden ist. Sämtliche Aktien sind im Besitz des Reichs, also handelt es sich um **Reichswerke in privatwirtschaftlicher Form.**

(B) (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Man hat sich damals auf den Standpunkt gestellt: was im Besitz des Reichs einmal ist, muß im Besitz des Reichs bleiben und vom Reich weiter verwaltet und betrieben werden. Ich habe damals als Minister meine Skepsis darüber geäußert, ob es möglich sein würde, auf diesem Gebiet etwas Brauchbares zu schaffen, und wir müssen abwarten, ob dieses Experiment tatsächlich gut auslaufen wird oder nicht. Es ist eben ein Experiment, und zwar kein leichtes, sondern ein recht schweres. Sie müssen bedenken — das möchte ich insbesondere dem Herrn Vorredner sagen —, daß es ganz etwas anderes ist, wenn ein Privatunternehmen, das während des Krieges die Fabrikation von Kriegsmaterial aufgenommen hat, sich wieder in den Friedensbetrieb umstellt oder ob das mit Militärwerkstätten gemacht wird, in denen überhaupt niemals etwas anderes als Heeres- und Marinegut gemacht worden ist,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

wo weder die Maschinen, noch die Einrichtungen, noch die kaufmännische Organisation, wo vor allen Dingen nicht eine einzige Bauzeichnung für irgend etwas vorhanden ist, wo diese Anlagen zum größten Teil abgebrochen und durch Neuanlagen ersetzt werden mußten, wo man vollständig neu in das Geschäft hineinkam. Daß ein derartiges Experiment nicht von heute auf morgen Erfolge bringen kann, ist selbstverständlich; das dauert eine geraume Zeit. Man hat die besten Menschen dafür zu finden geglaubt, und ich glaube, daß in der Person des **Generaldirektors Weinlig** ein Verwaltungsmann und ein Techniker ersten Ranges dafür gewonnen worden ist. Ich habe ja nicht die Verantwortung für ihn. Er ist von meinem Nachfolger angestellt worden. Vorverhandlungen sind allerdings schon geführt worden, während ich das Ministerium noch verwaltete.

(C) Aber, meine Damen und Herren, machen Sie sich auch ein Bild von der furchtbaren Aufgabe, die hier zu erledigen ist? Die Sachverständigen, die etwas davon verstehen, die ein ähnliches Unternehmen — ich glaube, es sind elf verschiedene Stellen oder mehr, an denen diese Werke in Deutschland liegen — zu verwalten haben, erklären: eine solche Direktion kann nicht wie bisher aus drei Mitgliedern bestehen, sondern dazu gehört ein Dutzend Mitglieder und eine ganz andere Verteilung der Geschäfte. In allen diesen Werken war die alte kameralistische Buchführung. Es gab darin keinen Mann, der eine moderne Buchführung überhaupt verstand. Was sind das alles für enorme Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiete zu bewältigen waren! Und die ganze Umstellung mußte in der Zeit der größten Unordnung, der schwierigsten Verhältnisse vorgenommen werden! Das hat eine Arbeitsleistung für die Direktoren bedeutet — sie haben überhaupt keinen Urlaub nehmen können —, unter der sie beinahe zusammengebrochen sind, und es konnte wirklich nicht das alles geleistet werden, was geleistet werden müßte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte heute schon darauf hinweisen: wenn diese Werke weiter betrieben werden, so werden wir zu einer ganz außerordentlichen **Verstärkung der Direktion** kommen müssen; denn bei deren jetzigem Umfang kann diese Arbeit überhaupt gar nicht geleistet werden. Das ist vollständig ausgeschlossen. Wir werden auch zu einer weiteren **Dezentralisierung** kommen müssen und zu manchem anderen auf diesem Gebiet, wenn nutzbringende Arbeit geschaffen werden soll. Es ist aber tatsächlich auch bereits höchst Wertvolles geschaffen worden und es ist notwendig, daß von dieser Stelle einmal der Direktion Anerkennung und Dank für die hingebende und wirklich geradezu bis zur Erschöpfung gehende Tätigkeit, die von ihr geleistet worden ist, ausgesprochen wird.

(D) Meine Damen und Herren! Wenn aber dieses Experiment scheitert — und ich glaube, es wird wohl scheitern —, so scheitert es daran, daß jedes einzelne Geschäft und jede Beschwerde, die von irgendeinem Konkurrenten ergeht, hier an die große Öffentlichkeit gebracht wird

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und jeder einzelne der Direktoren und anderen Männer, die an der Spitze stehen, durch den Kot gezogen wird. Wer läßt sich denn das gefallen? Jeder Mensch, der Wert legt auf seinen anständigen Namen, sagt: ich danke, ich gehe lieber an ein anderes Werk, wo ich vielleicht eine geringere Entlohnung habe, wo ich aber nicht in dieser Weise vor der Öffentlichkeit, ohne daß ich mich überhaupt verteidigen kann, fortwährend bloßgestellt werde. Hier liegt die Gefahr, daß wir überhaupt unsere guten Kräfte verlieren und keinen anständigen Mann, keine erste Kraft mehr an diese Stelle bekommen. Das ist eine überaus große Gefahr.

Meine Damen und Herren! An und für sich trauere ich von meinem wirtschaftspolitischen Standpunkt dem nicht nach, wenn dieses Experiment scheitert. Aber wir haben die Verantwortung, daß, wenn dieses Experiment scheitert, wenigstens von unserer Seite nichts geschieht, dieses Experiment zum Scheitern zu bringen. Denn sonst wird dann immer die andere Seite sagen: das Experiment wäre geglückt, wenn Ihr nicht dieses Experiment künstlich zum Scheitern gebracht hättet.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das muß meines Erachtens vermieden werden. Hier muß ehrliche Arbeit dafür geleistet werden, das Experiment so einwandfrei durchzuführen, wie das überhaupt möglich ist. Das aber geschieht nicht, wenn in dieser Weise vorgegangen wird und ständig solche Angriffe in

(Dr. **Gothein**, Abgeordneter.)

(A) der Öffentlichkeit ergehen, wenn jedes einzelne Geschäft in dieser Weise behandelt wird.

Der Herr Kollege Bruhn hat heute eine ganz neue Sache, von der bisher überhaupt noch nicht die Rede gewesen ist, nämlich das **Platingeschäft** über das weder der Aufsichtsrat noch der Wirtschaftsausschuß noch der Haushaltsausschuß bisher ein Wort erfahren haben, in die Debatte hineingeworfen. Ich nehme an, daß ihm Klatsch zugetragen worden ist; es ist wahrscheinlich nichts anderes. Aber es erscheint im höchsten Grade bedenklich, derartigen **Klatsch** hier **von der Tribüne des Reichstags herab** in die Debatte zu bringen. Derartige Sachen gehören unbedingt in die Beratungen der Ausschüsse hinein. Sonst sabotiert man von vornherein die ganze Tätigkeit derartiger Werke;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

man verhindert es, daß in Zukunft überhaupt noch ein anständiger Mensch an ihre Spitze tritt.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn dabei noch gesagt worden ist, daß diese **Zuschußbetriebe schleunigst in Gewinnbetriebe umgewandelt** werden müßten, so habe ich den dringenden Wunsch, daß das erfolgen möge. Bereits vor Jahresfrist habe ich demselben Wunsche Ausdruck gegeben und gesagt, es müsse eine Erprobungszeit für die Reichswerke geschaffen werden; denn wir seien zu arm geworden, um uns den Luxus von Zuschußbetrieben zu leisten. Diesen Standpunkt vertrete ich auch weiterhin. Aber bei einer so schwierigen Aufgabe, wie sie gerade hier vorliegt, und angesichts der wirtschaftlichen Depression, angesichts der Schwierigkeit, heutzutage Aufträge zu erlangen, kann ich mich nicht ohne weiteres der Hoffnung hingeben, daß das bei jedem einzelnen Werk schon in den nächsten Monaten möglich sein wird. Die Überzeugung habe ich, daß bei vielen Werken bereits heute die Situation

(B) dahin gediehen ist, daß sie, halbwegs normalen Geschäftsgang vorausgesetzt, als Überschußbetriebe arbeiten.

Wir werden uns aber auch darüber klar werden müssen, daß das **Kapital dieser Werke** für die jetzige Zeit **nicht ausreichend** ist, und daß wir wahrscheinlich, wenn wir diese Werke nutzbringend gestalten wollen, genötigt sein werden, weiteres Kapital hineinzustecken. Das ist natürlich auch für den Reichstag eine doppelt schwierige Aufgabe in dem Moment, wo in dieser Weise gegen die Werke losgezogen wird. Aber in der jetzigen Zeit kann kein einziges industrielles Unternehmen ohne Erhöhung seines Kapitals auskommen. Werfen Sie einen Blick in den Handelsteil jeder einzelnen Zeitung! Dann werden Sie sehen, wie viele neue Werke, wie viele neue Aktiengesellschaften ihr Kapital erhöhen müssen, weil sie angesichts der Entwertung des Geldes mit dem alten Kapital nicht mehr auskommen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich resümieren. Es handelt sich um ein Experiment. Wir haben es angefangen, und wir müssen ihm eine ehrliche Probezeit gewährleisten. In dieser Zeit müssen wir unsererseits alles tun, was das Scheitern dieses Experiments verhindern kann.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir dürfen nichts tun, was dazu führen könnte, daß dieses Experiment künstlich zum Scheitern gebracht wird. Wenn es dann doch scheitert, so scheitert es eben an der Ungunst der Verhältnisse, unter der Staatsbetriebe — letzten Endes handelt es sich doch auch hier um einen Staatsbetrieb — nun einmal vor der Öffentlichkeit arbeiten. Bei einer derartigen Kritik in aller Öffentlichkeit, wie sie gegenwärtig geübt wird, kann auf die Dauer kein industrielles Unternehmen arbeiten; das ist eine Unmöglichkeit. Lassen Sie also diesen Werken auch eine gewisse Schonzeit, eine Be-

(C) währungsfrist. Es geht nicht an, wegen jeder Kleinigkeit ohne weiteres an die Öffentlichkeit zu gehen und sie zu beunruhigen. Vor allen Dingen muß auch die Direktion, die an der Spitze dieser Werke steht, Vertrauen bei den Abnehmern und bei der Konkurrenz finden. Wenn dagegen fortwährend in dieser Weise gegen sie vorgegangen wird, wenn Verdächtigungen ausgesprochen werden, als ob sie sich bei solchen Verträgen hätte bezahlen oder bestechen lassen, dann bekommen wir in der Zukunft keinen anständigen Menschen mehr dafür. Das ist letzten Endes auch gegen das Interesse des Reichs. Diese Werke können nicht gewinnbringend sein, sie müssen Zuschüsse erfordern, wenn man ihnen ihre Tätigkeit derartig erschwert.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist im allgemeinen eine recht mißliche Sache, über Dinge zu sprechen, die in Wirklichkeit schon hinter uns liegen. Wir sind uns klar darüber, daß die ganze **Etatberatung**, die gegenwärtig hier im sogenannten hohen Hause gepflogen wird, nichts weiter ist als eine — gestatten Sie mir den Ausdruck — **Komödie**, und zwar deshalb, weil die Mittel, die hier angefordert werden, in Wirklichkeit längst ausgegeben sind, weil die Regierung gearbeitet und gewirtschaftet hat, ohne vorher den Reichstag, die Vertretung des Volkes darüber zu hören, ob sie berechtigt sei, diese Mittel in dieser oder jener Höhe zu verausgaben. Es ist also nichts anderes wie eine Komödie, wenn wir heute, wo uns nur noch drei Wochen von dem Tage trennen, an dem das Etatsjahr abgelaufen ist, noch über zurückliegende Zeiten verhandeln.

(D) Trotzdem aber werde ich einige Ausführungen zu dem zur Beratung stehenden Etat des Reichsschatzministeriums machen, und zwar deshalb, weil wir das ganze **Reichsschatzministerium** in seiner gegenwärtigen Organisation für durchaus **überflüssig** halten. Ich kann mir nicht denken, daß irgendeine plausible Begründung für die Berechtigung der Existenz des Reichsschatzministeriums gefunden werden kann. Das Ministerium hat Aufgaben zu erfüllen, die von anderen Ressorts übernommen werden und teils vom Reichswehrministerium, teils vom Arbeits- oder Wirtschaftsministerium sehr gut erledigt werden könnten, und zwar mit bedeutend weniger Kräften und Mitteln, als sie jetzt für das Reichsschatzministerium angefordert werden.

Der Herr Abgeordnete Gothein hat gemeint, daß in diesem Ministerium eine überwältigende Arbeit geleistet werde. Ich weiß nicht, ob er mit seinen Worten verallgemeinern oder speziell auf die Deutschen Werke Bezug nehmen wollte. Jedenfalls hatte ich den Eindruck, als wolle er verallgemeinern und anerkennen, daß das Gesamtpersonal des Reichsschatzministeriums eine Arbeit erledigt hat, die nur unter Aufbietung aller Kräfte erledigt werden konnte. Ich glaube, wenn die Worte des Herrn Abgeordneten Gothein so gedeutet werden sollten, so hat er damit weit, weit über das Ziel hinausgeschossen. In Wirklichkeit hat das Reichsschatzministerium durchaus keine so ungeheure Arbeit zu bewältigen, daß dies irgendwelche Anerkennung für das Ausmaß der Arbeit rechtfertigen könnte. Die Einzelabteilungen, die das Reichsschatzministerium umfaßt, sind recht problematischer Natur.

Ich darf darauf hinweisen, daß dem Reichsschatzministerium eine sogenannte **Bauverwaltung** angegliedert ist. Ich möchte den Herrn Reichsschatzminister fragen, welchen Zwecken denn eigentlich diese Bauverwaltung dient. — Die Regierung lacht allerdings darüber. Nun,

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) ich habe nichts dagegen, wenn sie auf diese Weise ihre Hochachtung vor dem Parlament zum Ausdruck bringen will.

(Heiterkeit.)

Aber ich möchte doch daran erinnern, daß diese Reichsbauverwaltung, der die Arbeiten für die Post und die Reichseisenbahnen bereits abgenommen sind, in Wirklichkeit nur auf dem Papier steht, daß die bei ihr beschäftigten Herren so gut wie nichts zu tun haben, es sei denn, daß es sich vielleicht um die Errichtung neuer Zollgebäude handelt. Daß aber zum Zwecke der Erledigung dieser Arbeiten ein neues Ressort im Reichsschatzministerium notwendig wäre, davon mag das Reichsschatzministerium überzeugt sein, ich und meine Parteifreunde denken darüber anders.

Meine Damen und Herren! Die Schaffung einer **Reichsforstverwaltung!** Zu welchem Zwecke wird die Reichsforstverwaltung gebraucht? Haben wir in nennenswertem Maße Reichsforsten? Oder denkt man etwa die Exerzierplätze zu Forsten umzugestalten, die eventuell unter die Verwaltung der Reichsforstverwaltung gestellt werden sollten? Auch diese Position halten wir für durchaus überflüssig. Damit wird lediglich eine neue Gelegenheit gesucht und gefunden, um neuen Ministerialräten, neuen höheren und höchsten Beamten auf Staatskosten eine Sinekure, ein gutes Unterkommen zu verschaffen und auf die Dauer zu gewähren.

Auch mit anderen Referaten in anderen Abteilungen des Reichsschatzministeriums liegt es ähnlich. Die **Abteilung IVa** beispielsweise, deren Vorsteher Ministerialrat Klamt ist, besteht aus nicht weniger als 9 Referaten, und sie hat sich zur Aufgabe gesetzt in ihrem zweiten Referat, dem der Regierungsrat Dr. Schütze vorsteht — hören Sie zu, meine Damen und Herren! — Auslegung des Friedensvertrages, des Rheinlandabkommens, Verkehr mit anderen Ressorts in diesen Fragen, Bearbeitung des Notenverkehrs (B) der Rheinlandkommission für das besetzte Gebiet mit der Rheinlandkommission und dem Auswärtigen Amt, mit dem Obersten Rat und den alliierten Regierungen. Das klingt sehr schön und scheint sehr viel zu sein. Aber ich frage den Herrn Reichsschatzminister: glaubt er wirklich, daß diese Dinge zur Zuständigkeit des Reichsschatzministeriums gehören? Ist nicht vielmehr anzunehmen, daß es sich der Außenminister sehr verbitten wird, wenn das Reichschatzministerium in diesen konkreten Fragen dem Auswärtigen Amt hineinredet? Nach unserer Auffassung gehören diese Dinge zum Bereich des Auswärtigen Amts, und demzufolge halten wir es nicht für erforderlich, daß für dieses Referat Mittel im Etat des Reichsschatzministeriums bewilligt werden.

Auf der anderen Seite scheint mir der **Etat des Reichsschatzministeriums** so etwas wie ein **verkappter Militäretat** zu sein. Man scheint im Reichsschatzministerium die Stelle zu erblicken, an der es möglich sein wird, Vorbereitungen zu treffen oder doch Dinge nicht auszuführen, weil sie eventuell die Machtpositionen des wieder erstarkenden Militarismus stärken und kräftigen sollen. Ich denke da an die **Remonteverwaltung** und verweise auf die Anmerkung zu der Position Remonteämter, worin es heißt, daß Ende Juni 1920 die Auflösung von neun Remonteämtern in Aussicht genommen war, daß man jetzt aber wieder davon überzeugt ist, daß die Auflösung der neun Remonteämtern nicht in Frage kommen kann. Man will also in dieser Beziehung alles belassen, wie es vordem war.

Zur **Beschaffung von Remontepferden** setzt man nicht weniger als 59 Millionen in den Etat ein. Da möchte ich mir doch die Frage erlauben, ob ein Heer wie die gegenwärtige Reichswehr wirklich eine so große Zahl von Pferden nötig hat, die eine Ausgabe von 59 Millionen rechtfertigt. Ich bin der Meinung, daß man hier versucht, dem alten Militarismus eine Position zu erhalten, (C) die nach Ansicht eines großen Teils der Bevölkerung unter allen Umständen verschwinden müßte. Ich bin mir nicht klar, wieviel Remonteämter wir im alten Heer gehabt haben. Nach den Anmerkungen zu schließen, sind es 23 gewesen, und das Reichsschatzministerium trägt sich tatsächlich mit der Absicht, diese ganze alte Organisierung der Remonteämter auch für die Zukunft trotz des gewaltig reduzierten Bestandes sowohl des berittenen Teils wie der Reichswehr überhaupt in ihrer alten Höhe und mit dem alten Personal zu erhalten.

Ich sprach davon, daß eine Reichsforstverwaltung eingesetzt werden sollte. Diese Reichsforstverwaltung würde unter Umständen dadurch Beschäftigung bekommen, daß die **Exerzier- und Truppenübungsplätze beforstet** und vielleicht **dem Ackerbau zugeführt** würden. Bisher aber hat sich sowohl das Reichswehrministerium wie das Reichsschatzministerium allen derartigen Forderungen gegenüber strikte ablehnend verhalten. Überall dort, wo der Versuch gemacht worden ist, die Truppenübungsplätze der landwirtschaftlichen Bebauung oder der Bebauung mit Wohnhäusern, der **Verwendung zu Siedlungs- oder** sonstigen **sozialen Zwecken** zugänglich zu machen, hat man diesem berechtigten Verlangen der Länder und Gemeinden, in denen Truppenübungsplätze gelegen sind, bisher den hartnäckigsten Widerstand entgegengesetzt. Man denkt nicht daran, die Truppenübungsplätze, die so überflüssig sind wie der Kropf, zu beseitigen. Man denkt nicht daran, sie in der gegenwärtigen Zeit des Nahrungsmittelmangels dazu zu verwenden, um aus ihnen eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herauszuholen. Auch das ist eine Position, die eventuell dem alten militaristischen System wieder zugute kommen könnte, und deshalb klammern sich das Reichswehrministerium und das Reichsschatzministerium mit allen Mitteln daran, die alten Exerzierplätze und Truppenübungsplätze in der bisherigen (D) Form zu erhalten, und sie lassen sich nicht davon überzeugen, daß diese Truppenübungsplätze überflüssig sind. Sie denken nicht daran, diese gewaltigen Landkomplexe der landwirtschaftlichen Bebauung oder dem Wohnungsbau zuzuführen.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun auf das **Verhältnis der unteren Beamten zu den höheren** Beamten kurz zu sprechen kommen. Es wird sehr übel empfunden, daß der eigentliche Leiter des Reichsschatzministeriums weniger der Herr Minister Raumer als der Herr **Staatssekretär Walther** ist. Er scheint im Reichsschatzministerium die führende Rolle zu spielen und tonangebend zu sein. Er scheint die Macht zu haben, die Maßnahmen, die er für gut befindet, unter allen Umständen durchzuführen, und vor allen Dingen scheint er in dem Verhältnis zwischen den unteren und den höheren Beamten einen sehr bösen Einfluß zu haben. In den anderen Ressorts ist es möglich gewesen, dem Wunsche nachzukommen, daß die **unteren Beamten in höhere Stellen befördert** werden. Nur das Reichsschatzministerium macht eine wenig rühmliche Ausnahme in dieser Beziehung. Wie mir versichert wurde, ist bisher nicht ein einziger unterer oder mittlerer Beamter in eine höhere Stelle eingerückt. Beamte des Reichsschatzministeriums sind auf Wartegeld gesetzt, aber anstatt diese auf Wartegeld stehenden Leute in andere Stellen hineinzubringen, holt man außerhalb stehende Personen heran, treibt man innerhalb des Reichsschatzministeriums — sagen wir einmal: eine **Verwandtschafts- oder Freundschaftspolitik,** die aufs schärfste zu verurteilen ist, und mit der überall, wo sie sich zeigt, rücksichtslos aufgeräumt werden muß.

Ich möchte mir an den Herrn Reichsschatzminister die Frage erlauben, ob es zutrifft, daß das Vertrauen zu den Vorzimmerdamen, die die Empfänge bei den einzelnen

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) Ressorts anmelden und regeln, größer ist, als das Vertrauen der Vorgesetzten der höheren Beamten zu ihren Unterbeamten. Soweit ich unterrichtet bin, Herr Reichsschatzminister, haben die **Vorzimmerdamen** selbst die **Schlüssel zu den Geheimaktentaschen,** während niemand von den unteren oder mittleren Beamten jemals einen Blick in diese geheiligten Gefilde der Geheimakten tun darf.

Das scheinen mir doch Zustände zu sein, die, wenn sie zutreffen — und einstweilen habe ich keine Veranlassung, an der Richtigkeit meiner Informationen zu zweifeln —, allerdings darauf hindeuten, daß, wie der Herr Abgeordnete Gothein sagte, noch **manch dunkler Punkt im Reichsschatzministerium** vorhanden ist. Ich bin mit ihm der Meinung, daß viele solche dunkle Punkte bei kritischer Prüfung des Reichsschatzministeriums zu finden sein würden. Aber ich hege nicht die Hoffnung, die der Abgeordnete Gothein daran geknüpft hat, daß der Herr Reichsschatzminister nun Veranlassung nehmen wird, mit eisernem Besen oder mit eiserner Energie durchzugreifen, daß er alles ans helle Licht ziehen wird. Ich habe vielmehr die Überzeugung, daß der Herr Reichsschatzminister gar nicht die Möglichkeit hat, so in die dunklen Ecken des Reichsschatzministeriums hineinzuleuchten, wie es notwendig wäre, um wirklich reinen Tisch zu schaffen, um die Dinge so zu gestalten, daß sie auch vor der Öffentlichkeit passieren könnten.

Die dunklen Punkte des Herrn Gothein nahmen allerdings nur Bezug auf die Verschleuderung von Heeresgut, auf die Verträge Kahn, Levin usw. Ich bin der Meinung — und das bestätigt meine Ansicht, daß der Herr Reichsschatzminister nicht die Möglichkeit hat, in alle Winkel seines Ressorts hineinzuleuchten, eben weil er selbst von diesen wichtigen Verträgen nicht einmal Kenntnis bekommen hat —, daß, wenn innerhalb eines Ressorts, innerhalb eines Ministeriums derartig weit-(B)gehende Verträge abgeschlossen werden, dann unter allen Umständen die Leitung des Ministeriums unterrichtet sein und die Möglichkeit haben mußte, ihr Veto dagegen einzulegen. Der Herr Reichsschatzminister hat nicht die Möglichkeit gehabt, weil er einfach nicht gehört worden ist, weil man es nicht für nötig gehalten hat, ihm eine derartig wichtige Sache zu unterbreiten. Wenn derartige Dinge passieren, dann fehlt mir wirklich der Glaube, ob der Herr Reichsschatzminister die Möglichkeit hat — selbst den guten Willen vorausgesetzt —, das Ressort, dem er vorsteht, so zu säubern, wie es notwendig ist, nicht nur im Interesse des Ministeriums, sondern im Interesse des Reichs ganz allgemein.

Es war selbstverständlich, daß die Kahn-Geschichte, daß die verschiedenen anderen Verträge hier bei der Besprechung des Etats des Reichsschatzministeriums eine Rolle spielen würden. Aber die Herren der Rechten, die darüber gesprochen haben, haben nach meinem Dafürhalten keine Berechtigung, in dieser Form Kritik an den Dingen zu üben. Der größte Teil der Kritik kann darauf zurückgeführt werden, daß die Betreffenden, die bei diesen **Schiebergeschäften** ertappt worden sind, **jüdische Namen** tragen. Ich habe die Überzeugnng, daß, wenn statt Kahn und Levin andere Namen unter den Verträgen ständen, die Opposition in Ihren Kreisen (nach rechts), die Kritik, die Sie an den Dingen geübt haben, vielleicht weniger scharf gewesen nnd die ganze Angelegenheit weniger geräuschvoll behandelt worden wäre, als es jetzt der Fall ist, nachdem Sie wissen, daß ein Kahn, ein Levin die Verträge getätigt und die Millionengewinne eingesteckt haben.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie auch daran erinnern, daß nicht nur ein Kahn und ein Levin Millionenbeträge am Reiche verdient haben, sondern daß auch Ihre Gesinnungsgenossen jetzt, während des Krieges und vor dem Kriege das Reich betrogen haben. Ich meine nicht (C) Sie hier im Saale, aber doch Ihre Gesinnungsfreunde, die **Über- und Mordspatrioten**. Sie haben **Gewinne** gemacht, die ihnen rechtlich einfach nicht zustanden. Ich darf daran erinnern, daß eine große **Panzerplattenfirma** es fertig gebracht hat, das Reich dadurch zu übervorteilen, daß sie die Panzerplatten an das Ausland weit billiger verkauft hat als an das Deutsche Reich. Ist das etwa nicht dasselbe, als was jetzt das Reichsschatzministerium mit seinen Verträgen bewirkt hat? Beides ist eine **Verschleuderung von Reichsgeldern.** Es war vor dem Kriege dasselbe. Nur die Namen sind andere geworden. Damals waren es die Krupp und Konsorten, heute sind es die Kahn, Levin usw. Das System ist dasselbe geblieben. Deshalb nimmt es sich zum mindesten sehr komisch aus, wenn einer der Herren Vorredner — ich glaube, es war Herr Bruhn — sagte, es müsse wieder dahin kommen, das Treu und Glauben und Redlichkeit das Geschäftsgebaren der Kapitalisten beeinflussen und beherrschen.

Meine Damen und Herren! Ist Treu und Glauben, Redlichkeit und Gerechtigkeit denn überhaupt etwas, was dem kapitalistischen System anhaftet? Ist nicht der ganze **Kapitalismus auf egoistischer Engherzigkeit aufgebaut,** um für den eigenen Vorteil so viel wie möglich herauszuwirtschaften und den anderen in dem Maße, wie der eigene Profit steigt, in die Höhe geschraubt wird, zu übertölpeln und übers Ohr zu hauen? Das ist doch das System des Kapitalismus. Die Verträge Kahn, Levin und so weiter haben durchaus keine andere Tendenz wie die, die die ganze kapitalistische Wirtschaft beherrscht, die aufgebaut ist auf dem nackten Profit, auf dem nackten Eigennutz, auf dem nackten Egoismus.

Meine Damen und Herren! Außer auf die Verträge der Kahn und Levin, die zweifellos ungeheure Millionen Volksgelder eingesackt haben in einer Form, an der wir (D) die schärfste Kritik üben und die wir in keiner Weise billigen oder beschönigen wollen, haben wir das Recht, darauf hinzuweisen, daß auch an anderen Stellen ähnliche Dinge vorgekommen sind. Ich erinnere nur an den **Verkauf von Torpedobooten und Flughallen in Wilhelmshaven,** wo das Reich und die Steuerzahler in der gleichen Weise benachteiligt sind. Auch hier sind die Privatkapitalisten mit dem Gewinn durch die Latten gegangen.

(Zuruf rechts: Die Soldatenräte!)

— Die **Soldatenräte** haben ja gar nicht die Zeit gehabt, die Dinge zu meistern.

(Zuruf rechts.)

— Wenn Sie etwas anderes behaupten, so sind Sie falsch unterrichtet oder Sie wollen einfach nicht die Wahrheit hören. Aber darum handelt es sich nicht, die Soldatenräte hier zum Vergleich heranzuziehen. Sie sind aus dem Boden gestampft und vor Aufgaben gestellt worden, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens — Sie haben sie ja zeitig genug abgewürgt — einfach nicht anders bewältigt werden konnten. Aber hier sitzt ein Reichsschatzministerium, das diesen Dingen systematisch seine Beachtung schenken müßte, ein Reichsschatzministerium, das nicht — ich will nicht sagen, den Willen — die Möglichkeit gehabt hat, einzugreifen, weil es eben von den untergeordneten Organen nicht für notwendig gehalten wurde, dem verantwortlichen Minister das zu unterbreiten, was zu seiner Information notwendig war, was notwendig war, wenn das Tatsache werden sollte, was Herr Gothein verlangt, mit eiserner Energie dazwischenzufahren und den Augiasstall des Reichsschatzministeriums zu reinigen.

Meine Damen und Herren! Ich gehe auf Einzelheiten des Etats gegenwärtig nicht ein, aber ich möchte noch einiges bemerken mit Bezug auf die industrielle Tätigkeit des Reichsschatzministeriums. Ich möchte fragen: aus

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) welchem Grunde sind die Werke, die dem Reiche gehören oder an denen das Reich beteiligt ist, nicht dem Reichsarbeitsministerium oder, was zweifellos noch richtiger wäre, dem **Reichswirtschaftsministerium** unterstellt worden? Das Reichsschatzministerium hat weder die Einrichtungen noch das Personal dafür, um die industriellen Werke so zu leiten oder zu beaufsichtigen, wie es im Interesse der Werke und ihrer Arbeiter und Angestellten notwendig wäre. Wenn diese Werke dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert wären, dann wäre eine weit bessere und sachverständigere Arbeit möglich.

Wir halten das Reichsschatzministerium in seiner gegenwärtigen Form für durchaus unzweckmäßig. Der Gang der Geschäfte wird dadurch erschwert, daß über Dinge, die eigentlich das Reichswehrministerium angehen, zunächst das Reichsschatzministerium gehört wird, das dann mit dem Reichswehrministerium unterhandelt. Die Sache macht dann wieder den umgekehrten Weg, geht eine geraume Zeit hin und her, bis sie endlich erledigt wird. Nicht nur bei der Frage der Truppenübungsplätze, sondern auch noch in vielen anderen Dingen ist dadurch eine Verzögerung und Verschleppung eingetreten. Um das zu vermeiden, müßten Teile des Reichsschatzministeriums dem Reichswehrministerium angegliedert werden, andere Teile dem Reichswirtschaftsministerium oder dem Reichsarbeitsministerium. In seiner gegenwärtigen Form und Zusammensetzung halten wir das Reichsschatzministerium für überflüssig, weshalb wir seine Beseitigung verlangen.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsschatzminister.

v. Raumer, Reichsschatzminister: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Bartz hat die Existenzberechtigung meines Ministeriums bestritten und hat insbesondere die **Existenzberechtigung einer Reichsbauverwaltung** bestritten. (B) Ich weiß nicht, ob ihm bekannt ist, daß außer der Postverwaltung und der Verkehrsverwaltung auch die anderen unzähligen Reichsbehörden den Wunsch haben, untergebracht zu werden, und daß eine ungeheure Anzahl von Gebäuden vorhanden sind, die alle verwaltet und baulich instandgehalten werden müssen. Die Bauverwaltung sämtlicher Behörden des Reichs mit Ausnahme des Verkehrsministeriums und des Postministeriums werden von meinem Ressort verwaltet, und der Etat weist für diese Unterhaltung eine Summe von 1152 Millionen auf.

(Hört! Hört! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat weiter die Notwendigkeit bestritten, Forstbeamte anzustellen. Nun, das Reichsschatzministerium verwaltet eine Forst von 35 000 Hektar.

(Hört! Hört!

Er hat weiter die **Existenzberechtigung der Abteilung IVa** bestritten, das ist die Abteilung für die besetzten Gebiete. Meine Damen und Herren! Ich glaube — ich möchte das gerade in diesem Moment besonders unterstreichen —, daß die **Sorge für die besetzten Gebiete** die intensivste Arbeit verlangt.

(Sehr wahr!)

Es stehen im Etat 15 Milliarden Mark, die von dieser Abteilung zu verwalten sind. Es sind das vor allem alle großen Bauanforderungen usw., die die Entente in dem besetzten Gebiet stellt.

Der Herr Abgeordnete Bartz hat sich dann mit den **Beamtenfragen** beschäftigt. Er hat zunächst ein **Vorrecht der Vorzimmerdamen** bemängelt, er hat bemängelt, daß die Vorzimmerdamen die Schlüssel zu den geheimen Mappen haben. — Die Schlüsselgewalt gehört der Frau,

(Große Heiterkeit)

und ich muß sagen, daß ich durchaus keine Veranlassung (C) finde, einer tüchtigen Sekretärin weniger Vertrauen zu schenken wie einem männlichen Beamten.

(Sehr richtig! — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete hat weiter gesagt, daß eine **Freundschaftspolitik bei der Besetzung der Beamtenstellen** bestände. Ich möchte feststellen, daß ich während der ganzen Zeit meiner Amtsführung überhaupt keinen einzigen Beamten in dem von mir verwalteten Ressort untergebracht habe, grundsätzlich nicht, und was den **Aufstieg der Beamten** betrifft, so möchte ich folgendes sagen: Ein Mann, der, wie ich, aus der Industrie kommt, ist mehr wie jeder andere überzeugt, daß man nicht so sehr nach Examen, nach Vorbildung usw. gehen soll, sondern daß man die tüchtigen Leute herausgreifen und hochbringen soll, wo man sie findet,

(bravo!)

und in diesem Sinne werde auch ich mein Ressort verwalten.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Er hat weiter gesagt, mein Ministerium sei ein Augiasstall. Ich möchte das Gesicht des Herrn Abgeordneten sehen, wenn ich seine Behausung so bezeichnen würde.

(Heiterkeit.)

Ich muß das ganz entschieden zurückweisen und muß sagen, daß über kein Ressort soviel gelogen wird wie über das meinige.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist selbstverständlich, daß bei der Abwicklung eines Krieges, bei den ganzen Folgen, den Unruhen, die hinterher kamen, die wahrhaftig nicht von uns veranlaßt sind, alles drunter und drüber ging. Daß bei dieser Zerrüttung eine Unmenge Sachen vorgekommen sind, das weiß jeder von uns; aber deswegen ein Ministerium, die pflichttreuen Beamten des Ministeriums zu beschimpfen, (D) das muß ich als unerhört bezeichnen und entschieden zurückweisen.

(Zurufe des Abgeordneten Bartz [Hannover]. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Bartz, Sie haben nicht mehr das Wort, das Wort hat nur der Herr Minister!

v. Raumer, Reichsschatzminister: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Bruhn ist auf den **Kahn-Vertrag** eingegangen. Ich glaube, ich brauche sachlich über diesen Vertrag, der ja im Haushaltsausschuß und auch in der Öffentlichkeit so ausgiebig behandelt worden ist, nichts mehr zu sagen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber ich möchte doch eine Bemerkung nicht unterlassen. Ich habe bereits im Haushaltsausschuß erklärt, daß ich unbedingt zurückweisen müsse alle **persönlichen Angriffe gegen die Mitglieder der Direktion und ihre Ehrenhaftigkeit.** Ich muß das hier wiederholen und wiederhole es aus voller Überzeugung, und ich muß mein tiefstes Bedauern darüber aussprechen, daß in der Presse diese Herren, die zum Teil — ich nenne vor allem den **Generaldirektor Weinlig** — mit äußerster Pflichterfüllung diese unglaublich schwierige Aufgabe angefaßt haben, von oben bis unten mit Dreck beworfen worden sind. Ich muß das bedauern und erklären, daß ich meinerseits an der Ehrenhaftigkeit der Verwaltung keinerlei Zweifel hege, und daß auch nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht ist, daß die Herren beim Abschluß des Vertrages nicht bona fide gehandelt haben. Wie ich sachlich über den Vertrag denke, brauche ich nicht weiter auszuführen, es ist bekannt.

(**v. Raumer,** Reichsschatzminister.)

(A) Ich möchte aber noch etwas anderes sagen, indem ich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Gothein eingehe. Ich muß das unterschreiben, was er ausgeführt hat bezüglich der Opportunität solcher Diskussion überhaupt. Meine Damen und Herren! Die **Deutschen Werke** sind Werke der verarbeitenden Industrie, die unbedingt auf eine **enge Beziehung zu ihren Zulieferanten** und zu ihrer Kundschaft angewiesen sind, und wenn sie die nicht herstellen können, werden sie nie hochkommen.

(Sehr richtig!)

Wie aber ist das möglich, wenn die Werke so konstruiert sind, daß jeder Zulieferant und jeder Kunde gewärtigen muß, daß ein Vertrag, den er abschließt, auf den Tisch des Hauses gelegt und in allen Zeitungen publiziert wird? Es ist das das schwerste Hemmnis für die Weiterentwicklung der Werke.

(Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Bruhn ist dann auf eine Reihe von Fällen gekommen, die sich im Ressort des Reichsschatzministeriums abgespielt haben. Zunächst einmal auf den Vertrag wegen des **Feuerwerkslaboratoriums in Radeberg.**

Dazu möchte ich folgendes feststellen. Es wurde nach dem Kaufpreis gefragt. Er beträgt $1^1/_2$ Millionen Mark mit der Maßgabe, daß, wenn das Objekt innerhalb zwei Jahren weiterverkauft wird, der Überpreis zu 50 Prozent dem Reich zufällt. Aber die Hauptbedingung war die, daß sich der Käufer verpflichten mußte, mindestens 800 Arbeiter zwei Jahre lang dort zu beschäftigen. Diese Auflage wirkte selbstverständlich preismindernd.

Über das **Grünberger Weingeschäft** und die **Wilhelmshavener Angelegenheit** will ich hier nicht sprechen, weil sie Gegenstand eines Verfahrens bei der Staatsanwaltschaft sind. Vor deren Abschluß bin ich nicht in der Lage, mich zu äußern.

(B) Der Herr Abgeordnete Herbert (Hessen) hat den Wunsch ausgesprochen, daß wir bei der **wirtschaftlichen Verwertung der überflüssig werdenden Gebäude** möglichst den wirtschaftlichen Kreisen und charitativen Bestrebungen entgegenkommen. Das geschieht. Die Gebäude werden zunächst für Reichszwecke, dann für Landeszwecke verwertet. Aber darüber hinaus wird gesucht, diese Gebäude teils zur **Behebung des Wohnungsmangels,** teils für **charitative Zwecke** zu verwerten. Auch den Gemeinden wird in jeder Beziehung entgegengekommen.

Es ist dann über den **Fall Levin** gesprochen worden. Der Herr Abgeordnete Gothein hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hier um eine Sache handelt, die mein Ressort nicht betrifft. Ich möchte aber doch das eine feststellen, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß meines Wissens in der nächsten Sitzung diese Frage nachprüfen wird. Im übrigen liegt vor mir eine Artikelserie aus der **„Deutschen Tageszeitung“**, die, was die Parteinahme für Lewin betrifft, zweifellos unverdächtig ist, eine Nummer vom 30. Dezember und eine solche vom 5. Januar, in denen das Vorgehen der Retag verteidigt wird.

(Zurufe.)

— Ich kann auch nichts dafür.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was die **Zeche Lothringen** betrifft, so haben wir die Beteiligung verkauft, und zwar deswegen verkauft, weil sie für uns nicht mehr zweckmäßig war. Wir haben es getan mit Einwilligung des Reichsfinanz- und Reichsernährungsministeriums und wir haben sie günstig verkauft.

Anknüpfend an den Fall Levin möchte ich noch auf die Frage des **Abbaues der Kriegsgesellschaften** eingehen. Meine Damen und Herren! Ich glaube, es kann niemand in diesem hohen Hause sein, der stärker als ich den Abbau all dieser unnatürlichen, unser Wirtschaftsleben aufs schwerste störenden Gebilde wünschte. Ich tue meinerseits, was geschehen kann. (C) Ich will das an einem Beispiel, an der berühmten **Retag,** die der Herr Abgeordnete Herbert angeführt hat, verdeutlichen. Im Januar 1920 habe ich sie mit 2927 Angestellten übernommen; jetzt sind noch 82 Angestellte vorhanden. Die Gehälter sind von 1 540 000 auf 129 000 Mark gesunken; der Raum von 6290 Quadratmeter auf 900 Quadratmeter. Ich möchte den Herren noch einige Ziffern geben, die bis zum 1. Januar festgestellt sind und die sich heute etwa so stellen, daß die Herabminderungen sich um mindestens 25 Prozent verbessert haben. Wir haben am 1. Januar 1920 13 Gesellschaften mit 3359 Angestellten und 11 590 Quadratmeter Raum übernommen. Davon existieren jetzt noch 10 Gesellschaften mit 220 Angestellten nnd 4000 Quadratmeter Raumbedarf. Im ersten Semester 1920 sind weiter hinzugekommen 15 Gesellschaften mit 155 Angestellten, die auf 10 Gesellschaften mit 31 Angestellten abgebaut wurden. Im zweiten Semester 1920 sind hinzugekommen 17 Gesellschaften mit 2868 Angestellten, die wir inzwischen abgebaut haben auf 15 Gesellschaften und 806 Angestellte. — Ich wiederhole, daß die Ziffern sich tatsächlich jetzt noch um 25 Prozent günstiger stellen.

(Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Dann ist hier noch über die **Nachfolgegesellschaften** gesprochen worden. Insbesondere ist hingewiesen worden auf die **Reichskredit- und Kontrollstelle.** Dazu möchte ich bemerken: Wenn man alle Kriegsgesellschaften erhalten wollte, bis sie zum allerletzten Rest liquidiert sind, so würde man wegen der schwebenden Prozesse usw. ihnen häufig das ewige Leben sichern.

(Sehr wahr! rechts.)

Deswegen muß es eine solche Stelle geben, die mit dem Augenblick, wo das möglich ist, die restliche Liquidation dieser (D) Gesellschaften aufnimmt und nun gewissermaßen als Generalliquidator die verbliebenen Prozesse erledigt. Dazu brauche ich eine besondere Stelle, und das ist die Reichskredit- und Kontrollstelle. Auch sie wird selbstverständlich abgebaut werden an dem Tage, wo die Liquidation der Kriegsgesellschaften beendigt ist. Jedenfalls, meine Damen und Herren, dürfen Sie sich versichert halten, daß ich diese Frage, die ich als eine meiner wesentlichsten wirtschaftlichen Aufgaben ansehe, mit aller mir zu Gebote stehenden Energie lösen werde.

(Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich schlage dem Hause vor, die Beratung nunmehr abzubrechen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren! Ich bin genötigt, zu Ihrer Kenntnis eine Tatsache zu bringen, die sofort der Berichtigung durch die Regierung bedarf. Uns sind hier nacheinander erstens die **Rede des englischen Ministers Lloyd George** vom 3. März in englischer Sprache und unter Nr. 6 unter der Überschrift „Wortlaut der Rede Lloyd Georges vom 3. März 1921“ eine **deutsche Übersetzung** mitgeteilt worden. Einer der Herren hier aus dem Hause — ich hatte nur die englische Rede gelesen —, der Herr Abgeordnete Eckardt (Hannover), der sich die Mühe gemacht hatte, den deutschen Text damit zu vergleichen, hat nun festgestellt, daß in dem angeblichen Wortlaut, der uns als Übersetzung mitgeteilt worden ist, mehr als eine ganze Seite des englischen Textes fehlt.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Ledebour,** Abgeordneter.)

(A) Wenn Sie die Rede sich ansehen wollen — Sie können das nachher zu Hause tun, da Sie sie zweifellos nicht zur Hand haben —, so werden Sie finden, worauf ich besonders aufmerksam mache, daß zunächst eine ganze Seite in der Übersetzung fehlt, und zwar der Vergleich mit der englischen Besteuerung.

(Stürmische Rufe: Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lebhafte Gegenrufe: Wissen wir alle!)

Ferner fehlt hinter der in der Übersetzung angeführten Angabe der deutschen Steuern auf Bier, Tee usw. der folgende Satz, der den Hinweis darauf enthält, daß in England durch Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise, der Postgebühren und der Telephongebühren Steuern aus dem Publikum in viel höherem Maße herausgezogen werden als in Deutschland, wo auf diesen Gebieten bekanntlich ein starkes Defizit besteht.

Die Auslassung ist deshalb von so außerordentlicher Tragweite, weil Lloyd George und mit ihm die Ententeregierungen auf diese Argumentation die Beweisführung stützen, daß Deutschland seiner Bevölkerung nicht eine Besteuerung in solchem Maße auferlegt, wie England es tut.

(Lebhafte Zurufe: Sie wollen also mehr Steuern zahlen?!)

— Ob er Recht damit hat oder nicht, das kommt hier nicht in Betracht, sondern die Tatsache, daß die deutsche Regierung, indem sie angeblich den Wortlaut mitteilt, diesen wichtigen Bestandteil aus der Argumentation Lloyd Georges fortläßt. Das kommt auf eine **Fälschung der Rede** heraus,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokaten; erregte Rufe: Oho!)

— auf eine Fälschung der Rede! Wenn die vom Standpunkte der Gegner aus wichtigsten Argumente weggelassen (B) werden und darüber geschrieben wird „Wortlaut der Rede", so ist das dem Sinne nach eine unverantwortliche Fälschung,

(erregte Zurufe und große Unruhe)

doppelt unverantwortlich in dieser Zeit, wo wir vor solchen ungeheuerlichen Belastungen des Volkes stehen.

(Stürmische Zurufe: Dann hätten Sie gut getan, Ihre Rede zu unterlassen!)

Wir verlangen, daß die Regierung zunächst sofort uns den vollständig übersetzten Wortlaut bekanntgibt, und dann, daß sie rechtfertigt, weshalb sie diese Sätze weggelassen hat.

(Erregter Zuruf von den Deutschen Demokraten: Und das tun Sie in dieser denunziatorischen Weise?!)

— Das nennen Sie denunziatorisch, Herr Abgeordneter Haußmann?

(Lachen.)

Glauben Sie denn, meine Herren, daß die Engländer das nicht merken.

(Andauernde große Unruhe und erregte Zwischenrufe. — Glocke des Präsidenten.)

Gerade wenn der deutsche Reichstag schweigt, dann geben wir uns den Gegnern preis; wenn der deutsche Reichstag verlangt, daß wir die volle Wahrheit zu hören bekommen, dann erst kann man den Gegnern gegenübertreten.

(Lebhafte Zurufe rechts. — Abgeordneter Ryssel: Wer hat das Recht, von Denunzianten zu reden? Das ist eine Frechheit sondergleichen! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Es ist dringend ratsam, diese Angelegenheit erst im Ältestenausschuß zur Beratung zu bringen. In so ernster Stunde können derartige Auseinandersetzungen hier doch nicht stattfinden. Der Herr Abgeordnete Ledebour hatte das Wort (C) zur Geschäftsordnung erbeten, er hat aber den Rahmen einer geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung weit überschritten.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Everling.

D. **Everling,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als ich mich gestern abend aus dem amtlichen Material über die Rede des Lloyd George orientieren wollte, sah ich, daß der englische Text nicht ganz mit dem deutschen Text übereinstimmt, daß im deutschen Text eine Anzahl Zeilen tatsächlich fehlen. Ich habe dabei aber nicht den Eindruck gehabt, daß von der Regierung ein Versuch gemacht worden ist, den Text zu unterdrücken. Ich habe einfach den Eindruck gehabt, den jeder haben muß, der mit Druckereien zu tun hat, daß von dem Setzer oder von dem, der die Sache zusammenstellt, die Zeilen beim Umbruch ausgelassen waren. Ich habe auch bedauert, daß das in der Eile geschehen ist. Aber wie man auf den Gedanken kommen kann, hier läge eine Fälschung vor, ist mir unerklärlich, weil der englische Text ja doch vollständig vorliegt. Daß man einen solchen Gedanken aussprechen kann, ist um so verwerflicher, weil jetzt eine Stunde ist, in der alles darauf ankommt, daß deutsche Männer mit der Regierung zusammenhalten.

(Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Vizekanzler.

Dr. **Heinze,** Vizepräsident des Reichsministeriums: Meine Damen und Herren! Ich höre eben die Vorwürfe, die der Herr Abgeordnete Ledebour gegen die Regierung erhoben hat. Ich bin über die Tatsachen nicht genau orientiert; so viel ich aber weiß, hat der ganze (D) Passus, von dem der Herr Abgeordnete Ledebour behauptet, die Regierung habe ihn unterdrückt, in der Presse gestanden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Sie hätte also gar keinen Anlaß gehabt, ihn zu unterdrücken. Im übrigen muß ich die Vorwürfe der Fälschung oder einer böswilligen Unterdrückung seitens der Regierung mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn Sie einmal den Text vergleichen, so geht daraus hervor, daß, ehe die deutschen indirekten Steuern angeführt werden, der voraufgehende Satz mitten im Satz abgebrochen ist.

(Lebhafte Zwischenrufe und Zuruf rechts: Na also!)

— Sie brüllen, ohne daß Sie die Sache vor Augen haben.

(Zuruf: Ein Setzer hat das gemacht!)

— Ach, ein Setzer! Ich müßte Ihnen den englischen und deutschen Text hintereinander verlesen, um Ihnen begreiflich zu machen, daß ein Setzer das gar nicht gemacht haben kann. Nun, der folgende Satz hinter der Aufzählung der indirekten Steuern fehlt vollkommen, auch wiederum gerade ein Hinweis auf die Fahrkosten usw.

(Zuruf: Es ist nur ein Versehen des Setzers!)

— Wenn Sie das auf ein Versehen eines Setzers zurückführen, so zeigt das nur, daß Sie für jede Ausflucht zugänglich sind, wenn Sie solchen Unsinn hier reden wollen.

(Lebhafte Rufe rechts: Schluß! Schluß! — Glocke des Präsidenten.)

(A) Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich kann den Herrn Abgeordneten Ledebour hier nicht verstehen, wenn er seine Ausführungen unten im Sitzungssaale macht. Ich bitte ihn, auf die Rednertribüne heraufzukommen. —

(Zuruf rechts: Wer hat das Wort?)

— Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ledebour!

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, das Entscheidende ist, daß uns diese deutsche Übersetzung mit der Bemerkung gegeben ist: „Wortlaut der Rede von Lloyd George". Daß das nicht auf Anordnung der Regierung erfolgt ist, das nehme ich gern an, dann haben aber die beauftragten Beamten, die das auszuführen hatten, aus irgendeinem Grunde diese Rede gefälscht.

(Lebhafte Unruhe und Zwischenrufe.)

Dagegen Protest einzulegen, sind wir verpflichtet, weil selbstverständlich auf die deutsche Öffentlichkeit der gegebene Text Eindruck macht, nicht aber der englische.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Vizekanzler.

Dr. **Heinze,** Vizepräsident des Reichsministeriums: Wenn dem Herrn Abgeordneten Ledebour daran gelegen hätte, baldige Aufklärung über diese so ihm dunkel erscheinende Angelegenheit zu bekommen, so würde er sich rechtzeitig an die Regierung gewandt haben, um Aufklärung zu erhalten. Ich bin seit Stunden im Hause gewesen, und ich würde mich augenblicklich erkundigt haben, was an der Sache ist. Da der Herr Abgeordnete Ledebour das nicht getan hat, kann ich nicht annehmen, daß ihm an baldiger Aufklärung dieser Sache liegt.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Haußmann.

(B) **Haußmann,** Abgeordneter: Die außerordentliche Leidenschaftlichkeit, mit welcher der Herr Abgeordnete Ledebour seine grundlose Anklage gegen das Auswärtige Amt, dessen Chef doch in London ist, vorgebracht hat,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nachdem Sie ihn Denunziant geschimpft haben!)

mag zugleich die Erklärung dafür geben, daß er nicht mehr in der Lage ist, ruhig abzuwägen, daß er, von einem maßlosen Mißtrauen erfüllt, alle Dinge so zu wenden sucht, um daraus eine Anklage gegen die Regierung zu schmieden. Das mag in sonstigen Zeiten hingehen ohne unser Wort der Kritik. In einem solchen außerordentlichen Augenblick aber, in dem wir uns heute befinden, können wir ihm den Vorwurf nicht ersparen, daß er, ohne die Sache genau geprüft zu haben, ohne die Angelegenheit in den Formen, die der Vizekanzler soeben angedeutet hat, zuerst zu erfragen, öffentlich sich zu einem leidenschaftlichen Angriff auf die eigene Regierung hat hinreißen lassen. Er gefällt sich, verblendet durch seine Leidenschaftlichkeit, immer mehr in der Rolle desjenigen, der sich den Beifall der Feinde verdient und der Regierung in den Rücken fällt

(sehr richtig! — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

in dem Augenblick, wo das eine schwere Versündigung

(Rufe auf der äußersten Linken: Hu! Hu!)

an den Interessen des deutschen Vaterlandes ist.

(Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Ich bitte, die weitere Aussprache, soweit sie erforderlich ist und sich im Rahmen der Geschäftsordnung hält, mit Ruhe führen zu wollen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren! Ich werde (C) in aller Ruhe der leidenschaftlichen Anklage des Herrn Abgeordneten Haußmann antworten.

Der Herr Vizekanzler hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich diese Angelegenheit nicht vorher, da er doch die ganze Zeit hier im Hause gewesen sei, mit ihm besprochen hätte. Ich stelle fest, daß ich von der Tatsache erst ganz kurz vorher, ehe ich die Sache hier vorbrachte, unterrichtet worden bin.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das werden mir die Herren (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) bezeugen. Es blieb unter den Umständen — —

(andauernde Unruhe und lebhafte Zwischenrufe. — Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Ich bitte, behalten Sie doch Ruhe.

Der Herr Abgeordnete Ledebour hat das Wort!

Ledebour, Abgeordneter: Es blieb unter den Umständen gar nichts anderes übrig, wenn überhaupt eine Remedur dafür erwirkt werden sollte, als daß ich es im letzten Moment bei Schluß der Sitzung im Wege der geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung machte.

Nun aber zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haußmann. Er wirft mir vor, ich sei der Regierung in diesem Augenblick in den Rücken gefallen. Herr Abgeordneter Haußmann, ich bin fest überzeugt, unsere Anschauung und die Ihrige in diesem Punkte werden sich gar nicht vereinbaren lassen. Nach unserer Überzeugung ist es unsere Pflicht, wie es die Pflicht der sozialistischen Vertreter in England ist, gegen die Verfehlungen ihrer Regierung in dieser Frage in der schärfsten Weise vorzugehen, unsere Regierung für alle Verfehlungen zur Verantwortung zu ziehen, die ihr in dieser Sache (D) passieren. Dadurch dienen wir der Völkerversöhnung, die nur auf dem Wege der Verständigung durch das Proletariat aller Länder bewirkt werden kann.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Wenn ich diese unerhörte Methode unserer Regierung kennzeichne, so erreiche ich damit, daß sie nicht von den Chauvinisten in anderen Ländern ausgenützt werden kann, die über diese Wiedergabe des Wortlautes der Rede genau so unterrichtet sind wie wir. Unsere Pflicht ist es, unsere Reaktion und deren Helfershelfer in der Regierung und bei der demokratisch bürgerlichen Partei wie den Herrn Abgeordneten Haußmann zu bekämpfen, um nicht durch Schweigen den fremden Chauvinisten zu helfen.

(Beifall auf der äußersten Linken. — Abgeordneter Haußmann: Wichtigtuerei! — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Es hat augenblicklich niemand mehr das Wort.

(Heiterkeit.)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat nunmehr das Wort der Herr Abgeordnete Bruhn.

Bruhn, Abgeordneter: Der Herr Kollege Gothein hat es bemängelt, daß ich das Platingeschäft des Herrn Katz hier zur Sprache gebracht hätte. Er hat gesagt, es sei noch nicht im Aufsichtsrat und im Wirtschaftsausschuß, auch nicht im Hauptausschuß, besprochen worden. Nach unserer Verhandlung im Hauptausschuß ist eine Erklärung des ehemaligen Spandauer Oberbuchhalters Friedrich Proß in der Presse erschienen, worauf Herr Katz entgegnet hat. Es handelt sich also nicht um Klatsch, von dem ich Gebrauch gemacht hätte oder dem ich zum Opfer gefallen wäre, wie der Herr Kollege Gothein sagte, sondern um eine öffentliche Auseinandersetzung

(**Bruhn,** Abgeordneter.)

(A) zwischen dem Oberbuchhalter Protz und Herrn Direktor Katz. Es war für mich gar keine andere Möglichkeit, an irgendeiner andern zuständigen Stelle darüber zu verhandeln, wenn ich nicht bis zum nächstjährigen Etat hätte warten wollen. Dann hat die Angelegenheit kein Interesse mehr.

Wenn Herr Gothein meinte, ich als alter Parlamentarier müsse wissen, daß die Angelegenheit Levin, die Textilnotstandsangelegenheit, nicht zum Reichsschatzministerium, sondern zum Reichswirtschaftsministerium gehöre, so hat er recht, wenn er dabei an Textilien denkt, — —

(Glocke des Präsidenten. — Der Abgeordnete Bruhn versucht weiterzusprechen.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Bruhn, ich bitte Sie, mich aussprechen zu lassen. Sie haben im Wege einer persönlichen Bemerkung nur das Recht, Angriffe, die im Laufe der Debatte gegen Ihre Person gerichtet sind, zurückzuweisen oder ein Mißverständnis aufzuklären. Sie haben aber nicht das Recht, sachliche Berichtigungen vorzubringen und auf die sachliche Debatte zurückzugreifen.

Bruhn, Abgeordneter: Herr Präsident, der Herr Abgeordnete Gothein hat gesagt, ich hätte als alter Parlamentarier wissen müssen, daß diese Angelegenheit nicht hier zum Reichsschatzministerium gehöre. Ich muß darauf erwidern, daß ich die Sache hier zur Sprache bringen konnte; beim Kap. 1 Tit. 2 des außerordentlichen Haushalts handelt es sich um „Verwendung von Heeresgut".

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Abgeordnete Lange-Hegermann.

Lange-Hegermann, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Gothein hat es für notwendig erachtet, zu sagen, daß ich mich vorher hätte erkundigen müssen, zu welchem Ressort die Angelegenheit der Reichs-Textil-Aktiengesellschaft gehöre. Ich habe hier einen Plan des Reichsschatzministeriums vom 30. November, in dem 33 Kriegsgesellschaften aufgeführt sind, als in Liquidation befindlich (B) und zum Reichsschatzministerinm gehörig; darunter befindet sich unter Nr. 20 die Retag. Ich darf hieran wohl die Bemerkung anknüpfen, daß der ehemalige Reichsschatzminister über die jetzigen Aufgaben des Reichsschatzministeriums nicht mehr im Bilde ist.

(Heiterkeit im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Lange-Hegermann, ich muß auch Ihnen bemerken: das war eine sachliche Richtigstellung, keine persönliche Bemerkung.

(Heiterkeit.)

— Ich schlage dem Hause nunmehr vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag, den 8. März, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Entlastung der Gerichte;
3. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 und zwar:
   a) Fortsetzung des Haushalts des Reichsschatzministeriums,
   b) Haushalt des Reichsverkehrsministeriums — Verwaltung der Reichseisenbahnen —;
4. Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 30. Mai 1920;
5. Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 30. Mai 1920.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 25 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

78. Sitzung.

Dienstag den 8. März 1921.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den Ausschuß für den Reichshaushalt (1. Ausschuß) für die Abgeordneten Körner, Deglerk, Schmidt (Stettin), Schuldt, Dr. v. Siemens die Abgeordneten Gutknecht, Lambach, Dr. Reichert, Dr. Petersen, Heile;

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Hemeter der Abgeordnete Hänse;

(Präsident.)

(A) in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Dauer der Abgeordnete Schwarzer (Oberbayern);
in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Fischer (Köln), Erkelenz
die Abgeordneten Pohlmann, Keinath;
in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Gutknecht, Krüger-Hoppenrade, Kerschbaum
die Abgeordneten Körner, Lind, Liese;
in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Damm, Dr. Pfeiffer
die Abgeordneten Dr. Lauscher, Frau Dransfeld;
in den 24. Ausschuß für den Abgeordneten Haag
der Abgeordnete Wulle;
in den 25. Ausschuß für die Abgeordneten Heile, Dr. Haas (Baden)
die Abgeordneten Erkelenz, Graf v. Bernstorff (Schleswig-Holstein).

Entschuldigt für die heutige Sitzung ist das Mitglied des Reichstags Herr Stücklen.

Meine Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich das Wort zu einer Erklärung dem Herrn Reichskanzler.

Fehrenbach, Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Die **Londoner Verhandlungen** sind abgebrochen. Unsere Delegation ist auf dem Rückwege. Ich bin der Meinung, daß in eine Erörterung der in London geführten Verhandlungen erst nach der Rückkehr unseres Herrn Außenministers Dr. Simons eingetreten werden kann.

(Sehr richtig!)

Aber zu einer Maßnahme, welche die alliierten Regierungen beschlossen und bereits in Wirksamkeit gesetzt haben, glaube ich verpflichtet zu sein, sofort öffentlich und vor aller Welt Stellung zu nehmen, nämlich zu den sogenannten **Sanktionen.** Ich beginne damit, daß ich (B) dieses Wort in das richtige Deutsch übersetze.

(Lebhafte Zustimmung.)

Sie sind nichts anderes als Gewalttaten.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Die ehrwürdigen Begriffe des Rechts haben mit diesen Handlungen nichts zu tun.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung.)

Es gibt keinen Rechtsboden für die militärischen Maßnahmen, welche die alliierten Regierungen jetzt eingeleitet haben, um einseitig festgesetzte Leistungen von uns zu erzwingen.

(Sehr wahr!)

Den Protest, den der Herr Außenminister Simons schon in London gegen diese Zwangsmaßnahmen erhoben hat, wiederhole ich hier namens der deutschen Regierung und namens des deutschen Volkes.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir stehen einem **Rechtsbruch** gegenüber, der durch keinerlei juristische Verkleidungen verhüllt oder gar geheiligt werden kann.

(Sehr gut!)

Ein Rechtsbruch, der durch die Tatsache nur verschärft wird, daß die verantwortlichen Staatsmänner siegreicher Mächte ihn durch ihren Namen zu decken suchen, daß er begangen wird an einem Volke, das keine Waffen hat, um sich der Gewalt erfolgreich zu widersetzen.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung rechts und bei den Regierungsparteien. — Zurufe auf der äußersten Linken.)

Dieser Rechtsbruch wird auch dadurch nicht gemildert, daß er als Drohung bereits in dem Moment angekündigt worden ist, wo die Entente in den Pariser Beschlüssen ihre unmöglichen Forderungen an das deutsche Volk formulierte.

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Aber wir haben zum wenigsten, meine Damen und (C) Herren, über diese Wochen gelernt und sind uns ganz klar geworden, daß uns in den **Pariser Beschlüssen** in der Tat etwas rein Unmögliches zugemutet worden ist.

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Die vergangenen Wochen haben uns in der Überzeugung nur befestigen können, daß der Weg, auf dem die alliierten Regierungen eine Regelung der europäischen Verhältnisse und eine Liquidierung des Weltkrieges anstreben, nimmermehr zu dem gewünschten Ziele führen kann.

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Wenn es weiter verfolgt wird, kann die Verwirrung und das Unheil nur vergrößert und vertieft werden.

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Glauben wirklich die alliierten Staatsmänner, daß auf diesem Wege Europa aus der Wildnis herausgeführt werden kann? Ich bin fest davon durchdrungen, daß sie durch den vermehrten Druck, den sie jetzt auf Deutschland ausüben wollen, nur sich selber Verlegenheiten schaffen werden. Neue Lösungen werden gesucht werden müssen, die aus der Sphäre nie zu verwirklichender Konstruktionen auf den Boden der durch die menschlichen Kräfte bestimmten und begrenzten Möglichkeiten herabführen

(sehr richtig! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten)

und an die Stelle der Gewalt, mag man sie Krieg oder Sanktionen nennen, die **Weltgemeinschaft des guten Willens** setzen.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Von Kapitalisten!)

Wir sind bereit gewesen, zu unserem Teil diesen guten (D) Willen zu betätigen.

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Wir haben uns nicht geweigert, aus dem Verlust des Krieges die notwendigen Folgen auf uns zu nehmen. Wir sind uns völlig klar darüber, daß wir beim Wiederaufbau der Welt die schwerste Last zu tragen haben würden. Wir haben uns auch redlich bemüht, unsere Gegner von den Grenzen der Leistungsfähigkeit zu überzeugen, die uns nun einmal gezogen sind.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Durch den General v. Seeckt! — Gegenrufe rechts: Pfui! Unglaublich!)

Jetzt und zunächst haben wir den Tatsachen ins Auge zu sehen, die durch die **Verwirklichung der Sanktionen** über das deutsche Volk hereinbrechen. Es beginnt für das deutsche Volk, das schon unendlich vieles während des Krieges und seit seiner Beendigung durchzumachen hatte, abermals eine schwere Zeit. Jetzt gilt es für das deutsche Volk die Höhe seiner Spannkraft zu beweisen, die Ausdehnung seiner Geduld und seiner treuen Ausdauer.

(Sehr wahr! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Ich habe das Vertrauen zum deutschen Volke!

(Bravo! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Vor allem aber gedenken wir in diesem Augenblick der Teile unseres deutschen Vaterlandes, die wir mit heißer Liebe umfassen, die von den Maßnahmen der alliierten Mächte betroffen werden. Es war herzerhebend für uns — es ist ja wiederholt hier zum beredten Ausdruck gekommen —, wahrzunehmen, welcher Geist in diesen bedrohten Gebieten herrscht: der Geist der Entschlossenheit,

(bravo! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten)

(**Fehrenbach,** Reichskanzler.)

(A) der Geist der Ausdauer,

(bravo! rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten)

der Geist des Mutes, alles auf sich zu nehmen, wenn es gilt, dem deutschen Vaterland treu zu bleiben!

(Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Wir danken unseren Mitbrüdern in den bedrohten Gebieten für diese herrlichen Zeugnisse vaterländischer Gesinnung!

(Erneuter lebhafter Beifall rechts, in Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Wir können ihnen nur unsererseits versprechen, alles zu tun, was möglich ist, um ihre schwere Lage zu mildern.

(Beifall rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort zur **Schuld am Kriege.** Unser Außenminister Simons hat in London bereits gegenüber dem Urteil der Alliierten an das Urteil der Geschichte appelliert. Ich glaube aber, feststellen zu dürfen, daß das Urteil heute schon feststellt, daß die Aufbürdung der Schuld ausschließlich auf die deutschen Schultern nicht bloß eine Verkennung, sondern eine Kränkung der Herren Iswolski und Poincaré sowie auch gewisser englischer Staatsmänner bedeuten würde.

(Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und bei den Deutschen Demokraten.)

Auch ich überlasse das Urteil der Geschichte; ich bin aber der Meinung, daß sie ihr Urteil abzugeben haben wird nicht bloß über die Schuld am Kriege, sondern auch über das Diktat des Versailler Friedens.

(Erneuter stürmischer Beifall rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und bei den Deutschen Demokraten.)

(B)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann.

Dr. **Stresemann,** Abgeordneter: Herr Präsident! Es dürfte dem einmütigen Wunsche des Hauses entsprechen, zu den **Erklärungen des Herrn Reichskanzlers** Stellung zu nehmen. Für diese Erklärung ist, wie der Herr Reichskanzler ausgeführt hat, einmal Voraussetzung die Anwesenheit des Außenministers Dr. Simons. Ich möchte aber auch weiter der Meinung Ausdruck geben, daß es wünschenswert ist, über die in London geführten Verhandlungen in ihren Einzelheiten und auch über manche Stadien der in Berlin geführten Vorverhandlungen zunächst dem **Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten** Gelegenheit zu eingehender Erörterung zu geben.

(Sehr richtig!)

Der Herr Außenminister kehrt, soviel ich gehört habe, morgen Abend nach Deutschland zurück. Ich richte deshalb an Sie, Herr Präsident, die Bitte, dahin zu wirken, daß für den nächsten Tag dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Dem Reichstag!)

— lassen Sie mich doch aussprechen! — Gelegenheit gegeben wird, ausführlich zu den Einzelheiten der Verhandlungen Stellung zu nehmen. Es scheint mir logisch, daß erst danach — am nächsten Tag im Reichstag in die Erörterung im Plenum eingetreten wird.

(Sehr richtig!)

Für heute bitte ich, von einer Besprechung Abstand zu nehmen.

(Sehr wahr!)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Die Rede des Herrn (C) Reichskanzlers hat nicht die Meinung des gesamten Reichstags zum Ausdruck gebracht. Deshalb muß es den einzelnen Parteien möglich gemacht werden, daß sie sofort ihre eigene Meinung zu dieser Angelegenheit sagen können.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich beantrage deshalb im Namen meiner Fraktion, daß der Reichstag sofort in eine **Besprechung der Erklärung des Reichskanzlers** eintritt. Ich beantrage ferner, daß diese Angelegenheit nicht zuerst dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen wird, sondern daß der Reichstag sofort in umfassendem Maße sich damit beschäftigen kann. Ich gehe dabei von der Erfahrung aus, daß durch die bisherige Art der geheimen Verhandlungen und der geheimen Vorbereitungen schon Unheil genug angerichtet ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich vermute, daß Sie allen Grund haben, die öffentliche Meinung zu fürchten, und deshalb scheuen Sie sich, vor der Öffentlichkeit in Deutschland Rede und Antwort zu stehen.

(Erregte Zurufe und Lachen rechts.)

Ich verlange also auch hier unter allen Umständen, daß der Reichstag zu dieser Angelegenheit Stellung nimmt und daß diese ganze Aneglegenheit nicht in Ausschußberatungen begraben wird.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist die, daß die Angelegenheit der Londoner Verhandlungen heute nicht verhandelt werden kann, weil die sachlichen Voraussetzungen dafür fehlen: dann hätte auch der Herr Reichskanzler schweigen müssen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(D) Oder die sachlichen Voraussetzungen — dieser Meinung sind wir — zu einer Debatte sind gegeben: dann müssen wir im Anschluß an die **Ausführungen des Herrn Reichskanzlers** das Recht haben, hier öffentlich zu sprechen, zumal das, was der Herr Reichskanzler gesagt hat; nicht so ist, daß es erst in dem Geheimnis der Kommission für auswärtige Angelegenheit ausgekramt werden muß.

Der Herr Reichskanzler hat hier über Dinge gesprochen, die längst weit über das Stadium der deutschen Kommission für auswärtige Angelegenheiten hinaus ist. Der Herr Reichskanzler hat heute wiederum zum so und so vielten Male versucht, die nationalistischen Hetzer Deutschlands zu unterstützen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Unruhe rechts und im Zentrum.)

Er hat wiederum versucht, zum so und so vielten Male die Schuld für diesen Menschenmord von denen abzuwälzen, auf denen die Schuld liegt.

(Oho!-Rufe rechts.)

Wir haben die Pflicht und haben das Recht, solchen Versuchen des Reichskanzlers dann entgegenzutreten, wenn wir den Versuchen begegnen, und weil wir den Versuchen jetzt begegnen, haben wir das Recht, zu protestieren und verlangen die Besprechung.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich werde im Rahmen einer geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung nicht den Versuch machen, mit der gleichen Phantasie, die der Herr Abgeordnete Dr. Levi hat, die Erklärung, die der Herr Reichskanzler abgegeben hat, zu interpretieren.

(Sehr gut!)

(**Müller** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Ich glaube, wenn angesichts der Lage, in der Deutschland ist, der Herr Reichskanzler vor der heutigen Sitzung nichts erklärt hätte, wäre das weder im Inlande noch im Auslande verstanden worden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Im übrigen will kein Mensch die **sachliche Auseinandersetzung** beschränken, die im Gefolge der **Londoner Verhandlungen** stattfinden muß.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß in dieser Beziehung der Wunsch der Parteien der äußersten Rechten ebenso stark ist wie der der äußersten Linken und wie der in der Mitte.

(Zustimmung.)

Es handelt sich hier um schicksalsschwere Fragen, die wir in allen Details zu erörtern Gelegenheit haben müssen. Deswegen kann nicht die Rede davon sein, daß, wie der Herr Abgeordnete Crispien gesagt hat, irgendetwas im Ausschuß begraben werden soll, sondern, wie der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann mit Recht ausgeführt hat, sollen auf diese Ausschußverhandlungen die Plenarverhandlungen sofort folgen. Aber es handelt sich noch darum, eine ganze Menge Details aufzuklären, über die wir in der Presse Mitteilungen bekommen haben und die ganz zweckmäßigerweise erst im Ausschuß erörtert werden.

Vor allen Dingen verspreche ich mir aber gar keinen Nutzen von diesen Verhandlungen, solange nicht der Herr Reichsminister Dr. Simons und die Delegation aus London zurückgekehrt sein wird.

(Zustimmung.)

Wenn wir heute in eine Debatte eintreten würden, so würde das praktisch gar nichts anderes bedeuten können, als daß wir alles das zum zweiten Male hören würden, was wir am letzten Sonnabend nach der letzten Rede des Reichskanzlers gehört haben.

(B) Aus dem Grunde schließe ich mich dem Geschäftsordnungsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Stresemann an und bin dafür, daß wir nach Rückkehr der Delegation mit aller Ausführlichkeit über die Londoner Verhandlungen im Ausschuß und im Plenum verhandeln.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Ich möchte auf die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Müller, daß das Ausland und Inland es nicht verstanden hätten, wenn der Reichskanzler heute geschwiegen hätte, erwidern, daß das Ausland und das Inland es noch viel weniger verstehen werden, wenn der Reichstag stumm an der Erklärung des Reichskanzlers vorübergeht.

(Lachen rechts und in der Mitte.)

Durch die Erklärung des Reichskanzlers und durch das Schweigen des Reichstags kann in dem Auslande nur der Eindruck verstärkt werden, daß in Deutschland die Politik von den Militaristen und den Nationalisten bestimmt wird,

(Erneutes Lachen rechts und in der Mitte)

daß die ganze Demokratie nichts weiter ist als eine leere Dekoration.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was den **Auswärtigen Ausschuß** anbetrifft, so scheint Herr Müller vollständig übersehen zu haben, daß dieser Auswärtige Ausschuß eine Sonderstellung einnimmt,

(Abgeordneter Müller [Franken]: Ist mir sehr bekannt!)

daß nach der Verfassung die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses geheim sind und daß nicht einmal die Reichstagsmitglieder, die nicht dem Ausschuß angehören, die Möglichkeit haben, den Verhandlungen des Auswärtigen (C) Ausschusses beizuwohnen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Dadurch ist also die Begründung, die ich vorhin für die Notwendigkeit dieser Verhandlungen in breitester Öffentlichkeit gegeben habe, nur noch verstärkt worden.

Präsident: Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen. Meine Damen und Herren! Ich werde die Stellung des Reichstages in folgender Weise ermitteln: ich lasse zuerst abstimmen über den ersten Teil des Antrages Crispien, sofort in eine Beratung einzutreten, und dann lasse ich zweitens abstimmen über den weiteren Antrag Crispien, den Auswärtigen Ausschuß nicht vor dem Plenum in die Verhandlungen über diesen Gegenstand eintreten zu lassen.

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter: Nach meiner Auffassung sind die Ausführungen des Herrn Präsidenten nicht zutreffend. Nach der Geschäftsordnung tritt nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers unmittelbar die Besprechung ein. Solange also kein Antrag gestellt ist, keine Debatte stattfinden zu lassen, findet sie statt. Es bedarf gar keiner weiteren Abstimmung. Ich habe mich zum Wort gemeldet. Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen. Ich muß jetzt zur Sache das Wort bekommen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Levi ist im Irrtum. Der Herr Reichskanzler hat außerhalb der Tagesordnung eine Erklärung abgegeben. Im Anschluß daran muß der Antrag erst genehmigt werden, daß sich an diese Erklärung eine Debatte anschließt.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.) (D)

So war immer die Praxis des Reichstags.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag des Herrn Abgeordneten Crispien zustimmen, daß die Erörterung über die Mitteilung des Herrn Reichskanzlers sofort stattfindet, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen Damen und Herren, welche dem zweiten Antrag Crispien zustimmen wollen, nämlich daß erst das Plenum, jedenfalls vor dem Auswärtigen Ausschuß, sich mit der Frage beschäftigen soll, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir treten in die **Tagesordnung** ein.

Erster Gegenstand der Tagesordnung sind

Anfragen.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 300, Keil (Nr. 596 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Keil. — Ich bitte um Ruhe, auch beim Verlassen des Saales.

Keil, Abgeordneter:

Vor einigen Wochen sind durch das Gewerkschaftsblatt „Der freie Angestellte“ aus dem Bericht der im Jahr 1918 eingesetzten Prüfungskommission des preußischen Kriegsministeriums in Sachen der **Daimler-Motoren-Gesellschaft aufsehenerregende Einzelheiten** mitgeteilt worden, die von größtem Interesse sowohl von allgemein wirtschaftlichen als auch von steuerlichen Gesichtspunkten aus sind. Der Bericht in seinem ganzen Wortlaut ist aber bisher öffentlich nicht bekannt

(**Keil,** Abgeordneter.)

(A) geworden. Ist die Reichsregierung bereit, diesen Prüfungsbericht baldmöglichst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

Ich darf hinzufügen, daß diese Anfrage am 6. Oktober eingereicht und um schriftliche Antwort gebeten worden ist, daß sie aber inzwischen eine Beantwortung nicht erfahren hat und deshalb in eine öffentlich zu behandelnde umgewandelt worden ist.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimrat Dr. Jacobs.

Dr. **Jacobs,** Geheimer Regierungsrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Einer **Veröffentlichung des Berichts der Prüfungskommission** des preußischen Kriegsministeriums in Sachen **Daimler-Motoren-Gesellschaft** steht zurzeit noch der Umstand entgegen, daß die Voruntersuchung gegen die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft im Strafverfahren wegen übermäßiger Preissteigerung noch nicht abgeschlossen ist. Die Angelegenheit wird nach Abschluß des Strafverfahrens erneuter Prüfung unterzogen werden.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 662, Laverrenz, Dr. Oberfohren (Nr. 1528 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Laverrenz.

Laverrenz, Abgeordneter:
In dem **Prozeß** gegen den Mörder des **Zeitungsverlegers Kupka,** der am 23 d. Mts. vor dem Schwurgericht in Beuthen verhandelt werden sollte, hat das Justizdepartement der Interalliierten Kommission in Oppeln die Akten beschlagnahmt, die bereits geladenen Zeugen und Gutachter abbestellt und dadurch die Verhandlung verhindert.

(B) Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen völlig rechtswidrigen Eingriff der französischen Justiz im oberschlesischen Abstimmungsgebiet unwirksam zu machen?

Präsident: Ich bitte, die
Anfrage Nr. 667, Löffler (Nr. 1540 der Drucksachen),
mit dieser verbinden zu dürfen, da es sich um dieselbe Antwort handelt.

Zur Verlesung dieser Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Löffler.

Löffler, Abgeordneter:
In der im oberschlesischen Abstimmungsgebiet gelegenen Stadt Beuthen wurde im Herbst 1920 **der Zeitungsverleger Kupka,** nachdem er sich von der polnischen Propaganda abgewandt hatte, in seiner Wohnung von vermummten Banditen erschossen. Die Nachforschungen führten zur Entdeckung und Verhaftung des Mörders Myrczik, der als Gehilfe Korfantys im polnischen Abstimmungskommissariat beschäftigt war. Die Hauptverhandlung gegen den Mörder sollte am 21. Februar 1921 vor dem Schwurgericht in Beuthen beginnen. Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat jedoch den Prozeß in letzter Stunde durch die Beschlagnahme der Akten und die Fortnahme des Mörders aus dem Beuthener Gerichtsgefängnis unmöglich gemacht. Die deutschdenkende Bevölkerung Oberschlesiens ist durch diesen Vorgang auf das höchste erregt.

Ist dieser Tatbestand der Reichsregierung bekannt, und was gedenkt sie zu tun, den Mörder dem zuständigen Schwurgericht in Beuthen und einer gerechten Bestrafung zuzuführen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfragen hat (C) das Wort der Herr Ministerialdirektor Behrendt.

Behrendt: Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Der Grubenbetriebsführer Theophil **Kupka** ist am 20. November 1920 nachmittags in seiner Wohnung in Beuthen, O. S., von zwei unbekannten Männern ermordet worden. Als einer der Täter ist der Schlosser Heinrich Myrczik aus Scharley dringend verdächtig.

Kupka stand früher im Dienst des polnischen Plebiszitkommissars Korfanty im Hotel Lomnitz zu Beuthen, wurde aber Mitte August 1920 wegen Gehaltsdifferenzen von Korfanty schroff entlassen. Er gründete hierauf das „Oberschlesische Plebiszitkomitee“ und gab die Wochenschrift „Wola Luda“ (Der Wille des Volkes) in polnischer und deutscher Sprache heraus, in der er die Propagandatätigkeit und das Privatleben Korfantys geißelte. Als sein Ziel bezeichnete er ein freies Oberschlesien im Anschluß an das wirtschaftlich und kulturell höher stehende Nachbarland. Diese Bewegung gewann nicht nur im Industriebezirk, sondern auch im übrigen Oberschlesien immer mehr an Boden, so daß Kupka fortgesetzt mit Drohbriefen angegriffen wurde, deren Ursprung zweifellos auf das Hotel Lomnitz zurückzuführen war. Der Angeklagte Myrczik hatte vier Monate lang als Agent im Hotel Lomnitz gearbeitet und in erster Linie politische Nachrichten aus der Stadt Beuthen gesammelt. Es liegen alle Anzeichen dafür vor, daß er von Personen, die dem polnischen Plebiszitkommissariat angehören oder zu diesem in nahen Beziehungen stehen, zur Ermordung des Kupka angestiftet worden ist.

Am 24. Februar dieses Jahres sollte die **Hauptverhandlung gegen Heinrich Myrczik** vor dem Schwurgericht in Beuthen beginnen. Die Interalliierte Kommission hat jedoch die Akten unter Androhung von Gewalt eingefordert und in der Nacht vor der Verhandlung den Mörder aus dem Gefängnis durch französisches Militär fortführen lassen und somit den Fortgang des ordentlichen Gerichtsverfahrens unmöglich gemacht. (D)

(Hört! Hört! rechts.)

Hierdurch hat die Interalliierte Kommission in ein schwebendes Gerichtsverfahren wegen eines gemeinen Verbrechens eingegriffen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

In rechtlicher Hinsicht stützt sich die Interalliierte Kommission offenbar auf Art. 2 und 3 der von ihr am 25. August 1920 erlassenen Verordnung über die Zuständigkeit des Besonderen Gerichtshofes für Oberschlesien (Amtsblatt für O. S. Nr. 7 S. 71). Nach Art. 2 dieser Verordnung kann der Oberregierungsanwalt nach seinem Ermessen die Strafverfolgung aller „durch den Nationalitätenkampf hervorgerufenen Verbrechen und Vergehen“ übernehmen; nach Art. 3 kann er zu diesem Zweck in jeder Lage des Verfahrens die Herausgabe der Akten fordern. Die Gerichte haben sich alsdann jeder weiteren Tätigkeit in der Sache zu enthalten. Die Interalliierte Kommission kennzeichnet durch ihr Vorgehen allerdings vor der breitesten Öffentlichkeit den Mord, der deutscherseits als gemeines Verbrechen angesehen wird, als ein politisches Verbrechen, das doch wohl nur im Interesse des polnischen Plebiszitkommissariats gelegen haben dürfte.

Die Reichsregierung hat die Befugnis der Interallirten Kommission zur Einsetzung eines Besonderen Gerichtshofes für Oberschlesien und zur Regelung von dessen Zuständigkeit durch die angeführte Verordnung seinerzeit nicht anerkannt und förmlichen Protest erhoben.

Aber auch unter der Voraussetzung, daß die Verordnung rechtsgültig wäre, würde der Eingriff der Interalliierten Kommission nicht zu rechtfertigen sein. Zwar

(**Behrendt,** Kommissar der Reichsregierung.)

(A) können die Anstifter des Angeklagten sich von politischen Motiven haben leiten lassen, zweifellos hat aber der Täter selbst lediglich aus Gewinnsucht gehandelt.

(Sehr richtig! rechts.)

Damit entfällt jede Voraussetzung, unter der der Besondere Gerichtshof mit der Strafverfolgung hätte befaßt werden können. Die Fortführung des Angeklagten war in diesem Stadium des Verfahrens jedenfalls nur mit Zustimmung des Gerichtsvorsitzenden zulässig.

Aufgabe der Interalliierten Kommission ist es nach dem Friedensvertrage, eine freie und unbeeinflußte Abstimmung zu sichern. Durch die Verhinderung des Prozesses vor dem ordentlichen Gericht soll offenbar eine Bloßstellung der polnischen Propagandatätigkeit verhütet werden.

Das Schwurgericht hat in dem Vertagungsbeschluß seiner Empörung über den rechtswidrigen Eingriff der Interalliierten Kommission Ausdruck gegeben.

Der Deutsche Bevollmächtigte in Oppeln ist nachdrücklichst bei der Interalliierten Kommission vorstellig geworden, ohne daß jedoch Hoffnung besteht, mit einer Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem ordentlichen Gericht rechnen zu können.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 663, (Dr. Barth [Chemnitz] und Genossen [Nr. 1529 der Drucksachen]),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Barth (Chemnitz).

Dr. **Barth** (Chemnitz), Abgeordneter:

In weiten Kreisen des Vogtlandes herrscht große Erbitterung darüber, daß ungeachtet des schweren Darniederliegens der vogtländischen Spitzen- und Stickereiindustrie und ungeachtet der großen Arbeitslosigkeit, die in diesem Notstandsbezirke des Reiches herrscht, für sehr erhebliche Mengen **Schweizer Stickereien Einfuhrgenehmigungen** auf Befürwortung der Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle erteilt worden sind.

(B)

Diese Einfuhrgenehmigungen sind erfolgt, obwohl den Vertretern dieser notleidenden Industrie von den maßgebenden Stellen in Berlin versichert worden ist, daß die Einfuhr ausländischer Stickereien auf jeden Fall verhindert werden soll.

Daß die Einfuhrgenehmigungen trotzdem erteilt worden sind, wird als ein bedauernswerter Mangel an Rücksichtnahme auf die Interessen der sächsischen Industrie angesehen.

Auch der illegalen Einfuhr von ausländischen Stickereien wird nach Ansicht der vogtländischen Industrie nicht mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Einfuhr ausländischer Stickereien auf jeden Fall zu verhindern? Ist die Reichsregierung bereit, die zuständigen Stellen anzuweisen, daß künftighin für ausländische Stickereien Einfuhrgenehmigungen keinesfalls mehr erteilt werden?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ober-Regierungsrat Dr. Willecke.

Dr. **Willecke,** Ober-Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Notlage der vogtländischen Spitzen- und Stickereiindustrie ist der Reichsregierung bekannt und Gegenstand besonderer Sorge der Reichsregierung. Um die Beschäftigung im Vogtlande zu heben, ist ein grundsätzliches Einfuhrverbot für Spitzen und Stickereien erlassen worden. In dem Falle, auf den hier offenbar Bezug genommen wird, ist unter Bewilligung einer Ausnahme von dem Einfuhrverbot einer sächsischen Firma,

(C) die auf Grund alter aus der Kriegszeit herrührender Kontrakte zur **Hereinnahme eines größeren Postens bestickter Ware** verpflichtet war, diese Hereinnahme unter Würdigung der besonderen Verhältnisse gestattet worden, nachdem sich für die Firma der Absatz dieser Ware unmittelbar von der Schweiz in das Ausland als unmöglich herausgestellt hatte. Die Firma hat aber dabei die Verpflichtung übernommen, die Ware, nämlich halbfertige Untertaillen, im Inlande weiter verarbeiten zu lassen. Sie hat sich weiter verpflichtet, mehr als die Hälfte der fertigen Untertaillen von Deutschland wieder ins Ausland auszuführen. Die Einfuhrbewilligung wurde also im Interesse eines anderen sächsischen Industriezweiges, nämlich der verarbeitenden Industrie, und im Interesse der in ihr tätigen Arbeiter erteilt. Wenn der Plauener Stickereiindustrie zugunsten eines anderen Industriezweiges ein gewisses Opfer zugemutet werden mußte, so ist zu berücksichtigen, daß die der Plauener Stickereiindustrie bewilligte Einfuhr ausländischer Grundstoffe ebenfalls ein erhebliches Opfer für die vorverarbeitende Industrie bedeutet, wie auch das im Interesse der Plauener Stickereiindustrie erfolgte grundsätzliche Verbot der Einfuhr von Spitzen und Stickereien starken Angriffen durch die weiterverarbeitende Industrie ausgesetzt ist.

Eine besondere Anweisung an die mit der Einfuhrgenehmigung befaßten Stellen, daß künftighin für ausländische Stickereien Einfuhrgenehmigungen nicht mehr erteilt werden sollen, erscheint mit Rücksicht darauf, daß ein grundsätzliches Einfuhrverbot besteht, nicht erforderlich. Der Geschäftsführer der Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle, dem für die Befürwortung etwaiger Einfuhrbewilligungen zuständigen Selbstverwaltungskörper, in dessen Ausschuß auch die Plauener Stickereiindustrie vertreten ist, wird aber seitens der Reichsstelle für Textilwirtschaft nochmals besonders ersucht werden, für den Fall, daß er eine Ausnahmebewilligung für erforderlich hält, sich vorher mit der Plauener Stickereiindustrie in Verbindung zu setzen. (D)

Die Verhinderung der **illegalen Einfuhr ausländischer Stickereien** ist das ernste Bestreben der Reichsregierung, die dem Beauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr wiederholt auf eine etwaige illegale Einfuhr solcher Stickereien besonders hingewiesen hat. Wenn zurzeit im Handel sich ausländische Stickereien in größerem Umfang befinden sollten, so kann das nur darauf zurückzuführen sein, daß zu der Zeit, als eine Einfuhrkontrolle im besetzten Gebiet noch nicht möglich war, auf dem Wege über das besetzte Gebiet ausländische Stickereien in größerem Umfange eingeführt worden sind. Auch ist zu berücksichtigen, daß gerade derartig hochwertige Artikel wie Spitzen mit Rücksicht auf ihre leichte Transportmöglichkeit einen besonderen Anreiz für Schmuggler bieten. Jedenfalls wird jedem zur Kenntnis gelangenden Fall angeblich illegaler Einfuhr von den zuständigen Behörden mit besonderem Eifer nachgegangen.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 664, v. Gallwitz (Nr. 1530 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter:

1. Beim Heeresabwickelungsamt Preußen — ehemaliges preußisches Kriegsministerium — sind eine Anzahl dorthin kommandiert gewesener **Intendantur-Sekretäre und -Registratoren** aus verschiedenen Gründen in Dienst verblieben, während jüngere, darunter einige ohne Qualifikation zum Ministerialbeamten, bei neugebildeten oder erweiterten Reichsministerien in Beförderungsstellen und in den Genuß höherer Bezüge gelangten.

(v. Gallwitz, Abgeordneter.)

(A) Erstere, mit Verringerung der Abwickelung freiwerdend, finden jetzt die Anstellung bei anderen Ministerien verschlossen oder sehen ihre ehemals dienstjüngeren Kollegen als ältere vor sich. Betreffs der Dienstaltersfestsetzung soll sogar bei Reichsministerien, zum Beispiel Reichsfinanzministerium und Reichswirtschaftsministerium, verschieden verfahren werden. Es erscheint unbillig, die im Interesse der wichtigen Abwickelung dort zurückgehaltenen Beamten derart zurückzuversetzen.

2. Bei der Heeresabwicklung befinden sich eine große **Anzahl ehemaliger Kapitulanten,** welche, kurz vor der Erwerbung des Zivilversorgungsscheines A stehend, durch die Entmilitarisierung dessen verlustig gingen, obwohl ihre weitere Tätigkeit sich kaum von der früheren unterschied. Durch zur Irreleitung neigende Verfügungen, wie Heeresverordnungsblatt 1920 Nr. 528 und Abwicklungsverordnungsblatt 1920 Nr. 307, wurden diese Kapitulanten bewogen, bei der Abwicklung zu verbleiben, im Vertrauen darauf, daß ihnen kein Nachteil erwüchse; sie nahmen die Abfindung nach dem Kapitulantenentschädigungsgesetz an. Diese sollen sie jetzt zurückzahlen, — im ganzen oder in Form höchst drückender Abzugsanrechnung, um in den Genuß des minder günstigen Zivilversorgungsscheines E zu gelangen. Es ist den Betroffenen nicht möglich, nachträglich die finanzielle Belastung auszugleichen; dadurch entbehren sie der Zuwendung des Scheins und der Möglichkeit, sich um Zivilstellen zu bewerben.

In beiden vorstehenden Fällen ist im Reichsfinanzministerium wohl die Erkenntnis vorhanden, daß große Härten vorliegen. Die bisher vorgesehene Abhilfe erscheint jedoch gänzlich unzu- (B) reichend.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen verdienten alten Angehörigen der ehemaligen Heeresverwaltung ihr wenn auch nicht formales, so doch moralisches Recht zu sichern?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ober-Intendanturrat Ziegler.

Ziegler, Ober-Intendanturrat im Reichsabwicklungsamt des Reichsfinanzministeriums, Kommissar der Reichsregierung: Die Anfrage Nr. 664 des Herrn Abgeordneten v. Gallwitz (Nr. 1530 der Reichstagsdrucksachen) wird folgendermaßen beantwortet:

I. Die Verhältnisse sind der Reichsregierung bekannt. Die Schwierigkeiten des Abwicklungsdienstes, zumal in der Ministerialinstanz, zwang die verantwortlichen Leiter des Abwicklungswesens, bewährte **Beamte in den Heeresabwicklungsbehörden** zurückzubehalten, während gleichzeitig das dienstliche Bedürfnis bei den anderen Ressorts zur Besetzung neugeschaffener Stellen mit den aus der Abwicklung abwandernden dienstjüngeren Kräften führte. Die Reichsregierung hat den lebhaften Wunsch betont und sich bemüht, daß durch Verharren bei der Abwicklung niemand geschädigt werde, aber dabei nicht unterlassen, auf die entgegenstehenden Schwierigkeiten bei der Unterbringung besonders hinzuweisen.

Die Reichsregierung wird, soweit Wortlaut und Absicht des Reichsgesetzes vom 17. Dezember 1920 ihr irgendwie dazu die Möglichkeit geben, sich weiter bemühen, dies zu erreichen. Sie wird deshalb versuchen, die bei der Abwicklung verbliebenen Beamten zum Ausgleich für die durch die sogenannte Beförderungssperre notwendigerweise zeitlich über sie verhängten Nachteile im Rahmen dieses Gesetzes so weit in höhere Gruppen der Reichsbesoldungsordnung zu überführen und zu befördern, wie dieses bei den gleichartigen Beamten der übrigen Reichsressorts geschieht, zu denen die Hauptmasse der ehemaligen Heeresbeamten übergetreten ist. (C)

Weitergehende Erwägungen sind noch nicht abgeschlossen.

Für die Feststellung des Dienstalters bestehen keine einheitlichen Bestimmungen, sondern die Frage unterliegt der selbständigen Entscheidung der einzelnen Ressorts; die Reichsregierung hat keinen Grund, diese Frage einheitlich zu regeln.

(Abgeordneter Malzahn: Und wie steht es mit den Angestellten und Lohnempfängern dieser Abwicklungsstelle? — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Malzahn, Sie haben keine kleine Anfrage gestellt!

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Ziegler, Ober-Intendanturrat beim Reichsabwicklungsamt des Reichsfinanzministeriums, Kommissar der Reichsregierung: Zu II. Die in der Anfrage Nr. 664 angezogene Verfügung des H. A. H. A. vom 22. März 1920 Nr. 397. 3. 20 A1 (Abw.) — Heeres-Verordnungs-Blatt 20 Seite 324 — enthält nur die Bedingungen, unter welchen die **Einstellung der ehemaligen Kapitulanten und Militäranwärter** in die Abwicklung erfolgen durfte, die Regelung ihrer Gebührnisse in der Zeit ihrer Tätigkeit im Abwicklungswesen sowie die Bestimmungen über die Abfindung nach dem Kapitulanten-Entschädigungsgesetz während dieser Zeit und nach ihrer Entlassung aus der Abwicklung.

Die gleichfalls in der Anfrage Nr. 664 erwähnte Verfügung im Abwicklungs-Verordnungsblatt 1920 Nr. 307 enthält nur den Beschluß des Reichsrats vom 29. Juni 1920, wonach der Zivilversorgungsschein den ehemaligen Unteroffizieren (Kapitulanten) erteilt werden kann, die bei den mit Abwicklungssachen befaßten Dienststellen und bei den Versorgungs- und Sanitätsbehörden (D) Verwendung gefunden haben, wenn sie unter Einrechnung der im Heere, in der Marine und in den Schutztruppen zugebrachten Dienstzeit bis zum 1. Mai 1921 eine Gesamtdienstzeit von zwölf Jahren zurückgelegt haben und zum Beamten würdig und brauchbar erscheinen. Dieser Zivilversorgungsschein wird nach dem Muster E durch das Reichsarbeitsministerium oder die von ihm beauftragten Behörden ausgestellt.

Es ist bei den Kapitulanten von elfjähriger Dienstzeit nicht wohl verständlich, wie bei ihnen durch die angezogenen Verfügungen eine Irreleitung hervorgerufen worden sein soll.

Ihnen mußte aus den Vorschriften des Mannschafts-Versorgungsgesetzes bekannt sein, daß der Zivilversorgungsschein A nur durch zwölfjährige aktive Militärdienstzeit zu erwerben war und daß eine Geldabfindung nie neben dem Zivilversorgungsschein, sondern nur gegen Verzicht auf ihn möglich war. Ihnen mußte auch ferner bekannt sein, daß dieser Grundsatz — Schein oder Geld — auch von dem Kapitulanten-Entschädigungsgesetz übernommen war, nämlich daß für Kapitulanten, die bereits im Besitz eines Zivilversorgungsscheins nach § 16 Mannschaftsversorgungsgesetz waren, ausdrücklich der Verzicht auf den Schein verlangt wurde, wenn die Kapitulanten die Geldentschädigung nach dem Kapitulanten-Entschädigungsgesetz in Anspruch nahmen (§ 20 Kapitulanten-Entschädigungsgesetz).

Wenn die 11 jährigen Kapitulanten sich trotzdem die Geldabfindung nach § 3 des Kapitulanten-Entschädigungsgesetzes zahlen ließen, mußten sie sich bewußt sein, daß diese Entschädigung zurückzuerstatten war, falls ihnen die Möglichkeit geboten wurde, den Zivilversorgungsschein zu erlangen.

(Ziegler, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Diese Möglichkeit ist jetzt gegeben und, damit sie von den Kapitulanten in weitestem Umfange ausgenutzt werden kann, ist die Bestimmung getroffen, daß die Verleihung erfolgen darf, wenn die Kapitulanten zwecks Rückerstattung der vorerwähnten Entschädigungssumme sich mit der Einbehaltung des ihnen vom 1. Mai 1920, beziehungsweise von ihrer Entlassung ab zustehenden 100 prozentigen Zuschlages zu den laufenden Gebührnissen nach § 4 des Kapitulanten-Entschädigungsgesetzes (Abw. V. Bl. 20 Seite 382) bis zur völligen Deckung der ihnen gewährten einmaligen Geldabfindung nach § 3 des Kapitulanten-Entschädigungsgesetzes einverstanden erklären.

Dabei soll ihnen der Schein nicht etwa erst nach völliger Rückzahlung der vorerwähnten Summe ausgehändigt werden, wie dies sonst im § 22 Abs. 2 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vorgeschrieben ist, sondern sie können den Schein gleich nach Abgabe ihrer Erklärung erhalten, wodurch ihnen die Möglichkeit gegeben ist, sich entsprechend früher um eine Zivilstellung zu bewerben.

Damit ist alles geschehen, was im vorliegenden Falle hat geschehen können. Mehr entgegenzukommen, verbietet sich wegen der unvermeidlichen Berufungen seitens weiterer Kreise und der damit verbundenen außerordentlichen finanziellen Belastung, die bei der trostlosen Finanzlage des Reichs nicht zu vertreten wäre.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Für die Offiziere und Kapitulanten wird also gesorgt, Angestellte und Lohnempfänger gehen leer aus!)

Präsident: Bei kleinen Anfragen gibt es auch keine Debatte, Herr Abgeordneter Malzahn.

(Wiederholter Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Aber die Länge der erteilten Antwort weist erneut darauf hin, daß die Herren Kollegen sich doch mehr mit schriftlichen Antworten begnügen sollten. Ich glaube, (B) sachlich ist dabei mehr zu erreichen als bei der Verlesung.

(Sehr gut!)

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 668, Schultz (Bromberg) und Genossen (Nr. 1552 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter:

Nach einer in der Presse erschienenen Notiz ist die **Interalliierte Rheinlandkommission** ermächtigt worden, **Führer der politischen Parteien** sowie **Staatsbeamte,** die sich in den besetzten Gebieten mit der Verbreitung nationaler Politik beschäftigen, unverzüglich ausweisen zu lassen.

Ist diese hier gemeldete Ermächtigung an die Rheinlandkommission erfolgt, obwohl sie gegen Wortlaut und Geist des Friedensvertrags unmittelbar verstößt?

Hat die Reichsregierung dagegen Schritte unternommen? Mit welchem Erfolge?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimer Regierungsrat Dr. Graf Adelmann.

Dr. Graf **Adelmann v. Adelmannsfelden,** Geheimer Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht, wonach die **Interalliierte Rheinlandkommission Führer der politischen Parteien und Beamte,** welche sich mit der Verbreitung nationaler Politik befassen, ausweisen werde, entbehrt nach den Feststellungen des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete der Begründung. Eine entsprechende Mitteilung des Reichskommissars ist Anfang Februar in der Presse veröffentlicht worden.

Präsident: zur Verlesung der (C)

Anfrage Nr. 671, Dr. Levi und Genossen (Nr. 1555 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter:

Nach einer Mitteilung der englischen Regierung im Unterhaus vom 21. Februar dieses Jahres (siehe „Times“ vom 22. dieses Monats) sind aus Deutschland nach England exportiert worden:

im 3. Quartal 1920 3 670 Zentner Zucker im Werte von 11 927 Pfund Sterling,
dagegen
im 4. Quartal 1920 144 146 Zentner Zucker im Werte von 240 432 Pfund Sterling.

Hat die Reichsregierung die **Genehmigung zur Ausfuhr dieser Zuckermengen** gegeben?

Hat die Reichsregierung die Genehmigung auch zur Ausfuhr von Zucker nach anderen Ländern gegeben und in welcher Höhe?

Für den Fall der Bejahung dieser Fragen: Womit kann die Reichsregierung die Ausfuhr eines Lebensmittels rechtfertigen, an dem in Deutschland größte Not besteht, und womit rechtfertigt sie überhaupt die Ausfuhr irgend eines Lebensmittels angesichts des Hungerns der werktätigen Massen in Deutschland?

Für den Fall der Verneinung obiger Fragen: Was tut die Reichsregierung, um einen Schleichhandel zu unterbinden, der nichts weniger denn Mord an den hungernden Massen in Deutschland bedeutet?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Regierungsrat Heinitz.

Heinitz, Regierungsrat im Reichsministerium für (D) Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung hat weder in diesem noch im vorigen Jahre die **Ausfuhr deutschen Zuckers** nach England oder einem anderen Lande genehmigt, auch ist ihr von solchen Ausfuhren nichts bekannt. Die von der englischen Regierung als aus Deutschland eingeführt bezeichneten Zuckermengen sind Durchfuhren durch das Reichsgebiet, deren Verladung nach England aus reichsdeutschen Häfen erfolgte. Die englische Einfuhrstatistik bezeichnet als Herkunftsland eingeführter Waren ohne Rücksicht auf deren tatsächliche Herkunft seit jeher das Land, von dessen Häfen die Verschiffung nach England stattfindet.

Da es sich somit nicht um deutschen Zucker handelt, der nach England ausgeführt worden wäre, erledigen sich die beiden Unterfragen.

Präsident: Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Entlastung der Gerichte
(Nr. 1353, 1509 der Drucksachen).

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung (Nr. 1604 der Drucksachen).

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein. Ich eröffne die Beratung über Art. I.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Leutheußer.

Leutheußer, Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Auf Grund des in Ihren Händen befindlichen Abänderungsantrages Nr. 1609 bitte ich, dem Antrage dahin zuzustimmen, im Art. I die in zweiter Lesung

(**Leutheußer**, Abgeordneter.)

(A) neu eingefügten Ziffern 5 und 7a zu streichen und weiter folgende Entschließung anzunehmen:

die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst, spätestens gleichzeitig mit dem zurzeit dem Reichsrat vorliegenden Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenenamt eröffnet.

Ich habe Veranlassung genommen, schon in der zweiten Lesung ganz kurz mich gegen die Annahme des Antrages auf **Einführung des Frauenschöffenrechtes** aus formalen Gründen auszusprechen, weil ich schon damals auf dem Standpunkt stand, daß es sich in diesen Gesetzentwurf, der die Entlastung der Gerichte betrifft, nicht einfügen läßt. Ich möchte diesen Standpunkt auch heute von neuem betonen und nochmals darauf hinweisen, daß man doch zu der alten guten Sitte, die vor dem Kriege geherrscht hat, wieder zurückkehren soll, daß ein Gesetz nicht nur inhaltlich gut und klar, sondern auch in seiner äußeren Form gut sein muß, damit die deutsche Gesetzgebung weiterhin, wie auch früher, allgemeine Achtung in der Welt genießt. Dazu gehört aber auch, daß sich der Inhalt der Gesetze wirklich auf diejenige Materie beschränkt, die Gegenstand des Gesetzes sein soll. In dieser Beziehung stehe ich auf dem Standpunkt, daß es sich um einen schweren sachlichen Fehler handeln würde, eine Bestimmung, betreffend das Frauenschöffenrecht, in dieses Gesetz einzufügen, da es sich doch bei diesem Gesetz lediglich darum handelt, Bestimmungen zu treffen, die eine Entlastung der Gerichte mit sich bringen würden. Ich betone, daß es sich um ein Gesetz handelt, betreffend die Entlastung der Gerichte, nicht vielleicht um eine allgemeine Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz. Die Aufnahme der Bestimmung in den Entwurf würde einen schweren sachlichen Fehler bedeuten, und ich kann mich (B) nicht einverstanden erklären mit dem Standpunkt des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenfeld, der darin lediglich einen Schönheitsfehler erblickt. So juristisch großzügig kann ich wirklich nicht denken. Allerdings bin ich ja auch noch nicht preußischer Justizminister gewesen!

(Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Vielleicht werden Sie es noch!)

— Nun, vorläufig geht meine Sehnsucht nicht dahin. —

Aber auch sachliche Bedenken lassen es mir angezeigt erscheinen zu befürworten, daß der in dieser Beziehung gefaßte Beschluß in der dritten Lesung wieder aufgehoben wird. Wir müssen doch bedenken, daß es nicht allein damit abgetan ist, diese Bestimmung über die Einführung des Frauenschöffenrechts in dieses Gesetz einzufügen. An sich ist die Forderung des Frauenschöffenrechts durchaus verständlich; denn schon in der Verfassung ist der Grundsatz niedergelegt, daß Mann und Frau bezüglich der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten gleich sein sollen. Aber es handelt sich darum, daß auch mancherlei andere Vorschriften bei der Aufnahme des Frauenschöffenrechts getroffen werden müssen.

Ich will nur darauf hinweisen, daß es schon eine Notwendigkeit ist, die **Art der Auslosung** gesetzlich zu regeln. Sie wissen, daß die Auswahl der Schöffen und Geschworenen vorgenommen wird durch ein bei dem Amtsgericht gebildetes Vertrauenskollegium. Wer will nun hindern, daß, wenn dies Vertrauenskollegium lediglich aus Männern zusammengesetzt ist, die die Heranziehung der Frauen nicht wünschen, dieses sich darauf beschränkt, nur Männer für das Amt des Schöffen oder Geschworenen auszuwählen, oder umgekehrt, wenn in diesen Kollegien große Frauenfreunde sitzen, diese auf den Gedanken kommen, nun plötzlich nur Frauen auszuwählen? In dieser Beziehung muß unbedingt eine Regelung getroffen werden.

Aber es sprechen doch auch noch weitere Gründe (C) gegen die Aufnahme dieser Bestimmung in den Rahmen des Gesetzes, betreffend die Entlastung. Selbst für die Männer sind Vorkehrungen getroffen, daß aus dringenden beruflichen Gründen eine **Ablehnung des Schöffenrechts** erfolgen kann. Ich weise darauf hin, daß zum Beispiel die Ärzte berechtigt sind, das Schöffenrecht abzulehnen. Von Frauenberufen steht vorläufig im Gerichtsverfassungsgesetz nichts, und der angenommene Antrag läßt keinerlei Möglichkeit zu, daß auch die Frau unter gewissen Verhältnissen die Möglichkeit zur Ablehnung hat. Wie denken Sie sich zum Beispiel die Frage, wenn nun **Hebammen** oder auch Leichenfrauen von kleinen Orten als Schöffen ausgewählt und ausgelost sind? Soll die Hebamme vielleicht dann, wenn sie dringlich gebraucht wird, sagen: das tut mir leid, heute bin ich Richterin?

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist doch kindlich!)

— Ja, Sie mögen lachen oder nicht, so einfach ist die Sache nicht. Sie werden wohl sagen: vernünftigerweise kann natürlich die Hebamme im Augenblick dem Gerichte mitteilen: es tut mir leid, ich bin dringlich verhindert. Wer ersetzt dann der Hebamme die Kosten, die ihr wenigstens an Porto oder Telegraphengebühren oder Telephongebühren erwachsen? Die Kosten müßten dann diejenigen Abgeordneten bezahlen, die durch ihre Zustimmung zu dieser Vorschrift in diesem Gesetze diese Kosten veranlaßt haben.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Weiter gibt es noch andere Fragen, die zu erörtern sind. Wie steht es mit Frauen — und auch das muß geregelt werden —, die vor ihrer Entbindung stehen? oder wie steht es mit Frauen, die für kleine Kinder die Sorge allein haben?

(Lachen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) (D)

Sollen die nicht berechtigt sein, auf ihr Schöffenrecht zu verzichten? Aber das muß gesetzlich ausgesprochen werden; das ergibt sich nicht ohne weiteres aus dem Entwurfe.

Noch einen Punkt möchte ich erwähnen, und mögen Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) auch in dieser Beziehung nicht mit mir einverstanden sein. Es gibt Delikte, bei denen es manchmal dem **sittlichen Empfinden der Frauen** und der Männer widersprechen kann, in gemeinsamer Arbeit — ich will nur auf die scheußlichen, schweren Sittlichkeitsdelikte hinweisen — mitunter ekelhafte Details miteinander zu besprechen und durchzuberaten. Vorläufig gibt es hiergegen keinerlei Sicherung. Ich meine, auch diese Erwägung muß dahin führen zu prüfen, ob nicht irgendwelche Auswege gefunden werden können, die verhindern, daß das sittliche Empfinden unserer Frauen und Mädchen und auch der Männer, wenn wir auch aus härterem Holze geschnitten sind, in unnötigem Maße verletzt wird.

Aus allen diesen Gründen bin ich der Meinung, daß diese Frage nicht einfach durch Annahme des Antrags Rosenfeld in dem Gesetz verarbeitet werden dürfte, sondern daß es einem besonderen Gesetz überlassen werden muß, diese Frage zu regeln.

Von einer Seite ist mir erklärt worden, das wären ja Kleinigkeiten, die ruhig im Wege der **Ausführungsbestimmungen** behandelt werden könnten.

(Sehr richtig! links.)

— Nein, das ist nicht sehr richtig. —

(Zurufe links.)

— Lassen Sie mich doch ausreden; hören Sie doch erst einmal zu, was ich sagen will. — Ich würde sogar sehr dagegen sein, daß man die Möglichkeit, derartige Ausführungsbestimmungen zu treffen, der Reichsregierung überläßt. Derartige Bestimmungen gehören nach meiner

(**Leutheußer,** Abgeordneter.)

(A) Auffassung ins Gesetz und nicht in das Belieben der Regierung.

Unter diesen Umständen bin ich der Meinung, daß wir uns auf den Antrag einigen müssen, den Beschluß, wie er das letztemal gefaßt worden ist, aufzuheben und der Entschließung zuzustimmen, die in dem Antrag Leutheußer, Marx, Lüders, Graef (Thüringen), Beyerle auf Nr. 1609 der Drucksachen niedergelegt ist. Ich möchte zum Schluß an unsere Frauen den herzlichsten Appell richten, durch die Art ihrer Abstimmung dafür zu sorgen, daß nicht ein ihnen an sich zukommendes Recht — darüber ist gar kein Zweifel; dieses Recht soll ihnen nicht vorenthalten werden — in juristisch unhaltbarer Form Annahme findet.

(Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graef (Thüringen).

Graef (Thüringen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch meine Partei hat bei der zweiten Lesung des gegenwärtigen Gesetzentwurfs gegen den Antrag Hoffmann gestimmt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wonach die **Schöffenfähigkeit und Geschworenenfähigkeit der Frau** eingeführt werden sollte. Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß ich heute betonen, daß diese Abstimmung keineswegs eine grundsätzliche gewesen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben uns auf diesen ablehnenden Standpunkt lediglich deshalb gestellt, weil auch nach unserer Auffassung diese Frage nicht in einen ursächlichen Zusammenhang mit der Frage der Gerichtsentlastung zu bringen ist.

(Zustimmung rechts.)

Wir sind der Meinung, daß sehr wohl die Frage erwogen werden kann, ob in gewissem Umfange den Frauen das (B) Amt eines Schöffen oder Geschworenen anvertraut werden kann. Wir bejahen diese Frage ohne weiteres, soweit die **Aburteilung jugendlicher Personen** in Frage kommt, weil selbstverständlich gerade auf diesem Gebiete die Eignung der Frau besonders in die Augen fällt. Die Frau ist ganz besonders befähigt, die kindliche Psyche zu beurteilen. Wir wollen uns — das sei jetzt schon gesagt — die Mitwirkung der Frau bei Aburteilung jugendlicher Personen unbedingt sichern. Das ist aber eine Angelegenheit, die bei dem künftig einzubringenden Jugendgerichtsgesetz zu regeln ist. Es scheint uns keineswegs angezeigt zu sein, diese Frage, losgelöst von dem allgemeinen Zusammenhang, in den sie hineingehört, bei dieser Gelegenheit zu behandeln.

Ebenso sind wir der Ansicht, daß auch, soweit Straftaten weiblicher Personen in Frage kommen, eine Mitwirkung der Frau als Schöffin oder Geschworene sehr wohl in Betracht gezogen werden kann. Die Frage der **Mitwirkung der Frau in der Laiengerichtsbarkeit** erfordert aber eine gründliche Durchdenkung und Vorbereitung.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß die Einführung der Frau in diese Ämter auf eine Revolutionierung, mindestens auf eine Umwälzung unserer ganzen Rechtspflege hinauslaufen wird.

(Zurufe links: Es ist allerhöchste Zeit!)

— Diese Tatsache gibt uns alle Veranlassung, dieses Problem ganz gewissenhaft durchzudenken und nicht gewissermaßen en passant, zwischen Tür und Angel diese Frage zu lösen. Es darf uns mit diesem Recht der Frau nicht etwa so gehen, wie es mit dem Wahlrecht der Frau gegangen ist. Dieses Wahlrecht der Frau hat man auch ganz plötzlich eingeführt.

(Abgeordnete Pfülf: Aber gegangen ist es!)

Sehr richtig, Frau Kollegin! Gut gegangen ist es. — Nun kommt ausgerechnet das „Berliner Tageblatt" und (C) bezeichnet das **Wahlrecht der Frau** als eine **„romantische Verirrung",**

(Heiterkeit rechts — wiederholte Zurufe der Abgeordneten Dr. Lüders)

vielleicht deshalb, weil die Frauen nicht alle so gewählt haben, wie es sich der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts", Herr Wolff, und seine Freunde vorgestellt haben.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich sage also: es darf uns nicht passieren, daß etwa auch die Einführung der Schöffenfähigkeit der Frau später einmal als eine „romantische Verirrung" bezeichnet wird.

Der Herr Kollege Leutheußer hat nun mit vollem Recht die Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt, die bei dieser ganzen Frage mit in Betracht gezogen werden müssen. Das ist insbesondere das **Ablehnungsrecht.** Von dieser Seite (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) ist zugerufen worden, das gehöre in die Ausführungsbestimmungen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich darf darauf hinweisen, daß die Frage, unter welchen Umständen und Voraussetzungen das Amt eines Schöffen oder Geschworenen abgelehnt werden kann, in das materielle Recht hineingehört und auch jetzt schon — das sollten auch Sie, Herr Dr. Rosenfeld, wissen — darin enthalten ist. Die Ablehnungsgründe sind im Gesetz geregelt und gehören nicht in die Ausführungsbestimmungen hinein.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zunächst ist die **Frage des Schamgefühls** sehr tiefgehender Erwägung bedürftig. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es bei den Gerichtsverhandlungen nicht immer fein und säuberlich zugeht, daß leider Gottes dort Dinge erörtert werden müssen, bei denen das Schamgefühl recht erheblich in Betracht kommt.

(Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen (D) Sozialdemokraten.)

Ich kann mir sehr wohl denken, daß es fein empfindende Frauen gibt, die sich die Mitwirkung bei solchen Gerichtsverhandlungen lieber ersparen.

(Zurufe bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Schon aus diesem Grunde kann das Ablehnungsrecht unter keinen Umständen entbehrt werden.

Aber wenn wir ein Ablehnungsrecht etwa einführen sollten, dann kann es leicht dahin kommen, daß die sogenannten Hallendamen, bei denen das Schamgefühl nicht besonders ausgeprägt ist, das Feld behaupten. Das wollen wir allerdings nicht. Wir wollen uns ferner auch vor allen Dingen die Mitwirkung derjenigen Frauen sichern, die als Gattinnen und Mütter ihre Erfahrungen gesammelt haben, die sie dann bei der Rechtsprechung besonders verwerten können.

Ferner kommt bei der Zuziehung der Frauen zu dem Schöffen- und Geschworenenamt die **Rückwirkung auf die Ehe** in Frage.

(Lachen links.)

Man sollte auch das nicht leicht nehmen. Es muß doch schließlich untersucht werden, ob nicht einem Ehemann, dessen Frau zu Gerichtsverhandlungen zugezogen werden soll, ein gewisses Einspruchsrecht gegen die Zuziehung zustehen soll.

(Lautes Lachen links.)

— Ja, verehrter Herr Kollege, das ist nicht lächerlich!

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Köstlich!)

In erster Linie kommt doch die Ehe und erst dann das staatsbürgerliche Recht.

(Lachen und Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsjustizminister hat neulich, als er über diese Frage sich nach

(Graef [Thüringen], Abgeordneter.)

(A) meiner Ansicht in richtiger Weise äußerte, betont, daß eine derartig wichtige Frage nicht durch eine Zufallsmehrheit gelöst werden könne. — Eine Zufallsmehrheit ist es ja in der zweiten Lesung gewesen, als der Antrag Hoffmann mit 170 gegen einige 130 Stimmen angenommen wurde. — Der Herr Reichsjustizminister hat vielmehr gemeint, daß man in dieser für unser Rechts- und Volksleben so tief einschneidenden Frage unter Umständen an das ganze Volk appellieren müsse. Der Herr Justizminister ließ hiermit die **Möglichkeit des Volksentscheids** durchblicken. Wir sind mit ihm der Auffassung, daß die Frage des Laienrichtertums der Frauen so wichtig ist, daß man es auf einen Volksentscheid ruhig ankommen lassen könnte.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn man soll sich darüber nicht täuschen: für die große Mehrheit unserer Frauen, vor allen Dingen die große Mehrheit unserer Gattinnen und Mütter, ist die Frage keineswegs so klar und einfach wie für die immerhin kleinere Gruppe der sogenannten Frauenrechtlerinnen.

Wir wollen jedenfalls heute diese Angelegenheit nicht endgültig lösen und werden deshalb für den Antrag der Koalitionsparteien stimmen, daß der Antrag Hoffmann wieder aus dem Gesetz gestrichen wird.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dransfeld.

Dransfeld, Abgeordnete: Für uns ist die Mitarbeit der Frau bei Rechtfindung und Rechtsprechung gerade im neuen Deutschland etwas Naturnotwendiges und logisch Gegebenes, und zwar nicht im Sinne einer schematischen Gleichmacherei, um möglichst rasch und möglichst viele Frauenrechte gesetzgeberisch festzulegen, sondern um auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, also auch in der Rechtspflege, die männliche und weibliche Seite der (B) Menschheit zur Geltung zu bringen. Neue Frauenrechte sind uns also nur Mittel zum Zweck; Zweck ist immer das Wohl der Gemeinschaft.

Auf dem Wege der gesetzgeberischen **Durchführung der Gleichberechtigung der Frau** sind wir durch die Annahme des Antrags Hoffmann-Rosenfeld zweifellos weitergekommen.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Hört! Hört!)

Aber dieser Erfolg der Frauensache und der Frauenbewegung wurde bedauerlicherweise durch einen Akt errungen, der den Methoden einer wissenschaftlich arbeitenden Gesetzgebung nicht entspricht

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei)

und den logischen Umbau unserer Staatsordnung nach den Forderungen der Verfassung nicht fördert. Denn die grundsätzliche Gleichberechtigung der Frauen, welche die Verfassung festgelegt hat, stellt unsere Gesetzgebung vor bedeutungsvollere Aufgaben, als sie in einem Zufallsantrag zu einem Notgesetz geleistet werden können.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Idee der Gleichberechtigung muß sich — entgegen den Ausführungen des Reichsjustizministers in seiner Antwort auf die Rede der Abgeordneten Frau Dr. Lüders am 26. Januar — im vollen Sinne des Wortes rechtsschöpferisch auswirken wenn der entsprechende Artikel der Verfassung seine Bestimmung erfüllen soll, das heißt, der Geist unserer Gesetzgebung und Verwaltung muß mit Beziehung auf die neuen Frauenrechte an der Quelle erfaßt und anders eingestellt werden; er muß mit einer Fülle alter Anschauungen brechen und eine neue Wertung der weiblichen Mitarbeit im öffentlichen Leben vollziehen.

Unsere bisherigen Gesetzeswerke aber sind aus dem einheitlichen Geiste einer anderen staatlichen Weltanschauung entstanden; sie sind in diesem Sinne Bauwerke mit klarem Grundriß und Aufriß, deren einheitliche Zweckbestimmung das Ganze und zugleich alle Einzelheiten beherrscht. Man (C) ändert nun weder den Geist eines Gesetzes noch den organisatorischen Grundriß und Aufriß, wenn man durch irgendeinen Zufallsantrag ein Teilrecht sichert, also das Gesetz an irgendeiner Stelle umbiegt und aus seinem Bau etwa hier einen Stein herausbricht und dort einen neuen einfügt.

(Sehr gut! im Zentrum und rechts.)

Seinen Gesamtcharakter vermag man bei dieser Methode doch nicht anzutasten, seinen alten Geist nicht totzuschlagen. Und was herauskommt, ist Flickwerk, das zuweilen geradezu unmögliche Lagen schafft, so daß man fast versucht sein könnte, von dilettantischer Gesetzgebungsarbeit zu sprechen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Ein solches Flickwerk ist durch die Annahme des Antrages Hoffmann-Rosenfeld am 2. März geschaffen worden.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Über die **Zuziehung der Frauen zu den Ämtern der Schöffen und Geschworenen** besteht an sich kaum noch eine Meinungsverschiedenheit.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Auch die Fraktionen des Reichstags sind wohl alle zu einem Ja bereit,

(Zuruf im Zentrum: Ausnahmslos!)

wenn auch vielleicht hier und da nur unter dem Zwange der Verhältnisse

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und mit den entsprechenden Stoßseufzern.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Regierung nimmt den gleichen Standpunkt ein. Denn in ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der vor etwa Jahresfrist dem Reichsrat zuging, hat sie selber die Zuziehung der Frauen zu den Ämtern des Schöffen und Geschworenen vorgesehen und eingehend geregelt. Ob diese Regelung zweckentsprechend (D) ist und dem Sinn der weiblichen Mitarbeit bei der öffentlichen Rechtspflege nach der Auffassung der Frauen selbst entspricht, soll hier nicht untersucht werden. Nur die Tatsache sei festgestellt.

Die Zuziehung der Frauen zu den Ämtern des Schöffen und Geschworenen ist also, soweit menschliches Ermessen reicht, gesichert. Ein zwingender Anlaß, diese Zeitforderung in einem Gesetz für augenblickliche Notstände und deren sofortige Beseitigung zu verankern, lag also nicht vor.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch in den Sinn des Gesetzes, die Gerichte zu entlasten, fügt sie sich organisch nicht ein.

(Zustimmung.)

Es kommt hinzu, daß die **Schöffen- und Geschworenenlisten** für das Jahr 1921 bereits abgeschlossen sind. Deshalb wird es nicht möglich sein, den Antrag Hoffmann-Rosenfeld, wenn er in dieser Beratung zum Gesetz werden sollte, noch für das laufende Jahr in die Praxis zu übertragen. Man möchte sagen: glücklicherweise, und zwar gerade dann, wenn man sachlich aus voller Überzeugung auf dem Boden des Antrages steht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn lediglich in einem Einzelparagraphen verwirklicht, hängt diese Zeitforderung in der Luft oder vielmehr in einem Gesetz, dem Gerichtsverfassungsgesetz, das in seinen sämtlichen weiteren Paragraphen auf die Gleichberechtigung der Frauen keine Rücksicht nimmt oder die Auswirkung dieser Gleichberechtigung dem Spiel des Zufalls überläßt.

Es seien nur einige Beispiele angeführt, und ich komme dabei auf die Ausführungen meiner beiden Herren Vorredner zurück. Nach dem heute geltenden Gerichtsverfassungsgesetz werden für das Kalenderjahr die Listen

(Dransfeld, Abgeordnete.)

(A) der Hauptschöffen und Hilfsschöffen und die Vorschlagslisten der Geschworenen aus den Urlisten durch einen Ausschuß zusammengestellt, der aus dem Amtsrichter, einen Staatsverwaltungsbeamten und 7 Vertrauensmännern als Beisitzenden besteht. Auf die Wahl der Schöffen und Geschworenen aus den Urlisten würden die Frauen also keinerlei Einfluß haben,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und die Vertrauensmänner könnten gesetzlich nicht gezwungen werden, auch Frauen zu berücksichtigen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die **Zusammensetzung der Schöffen und Geschworenen** bei den einzelnen ordentlichen Sitzungen bleibt nach dem heutigen Gesetz gänzlich dem Zufall überlassen;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

denn die Reihenfolge wird durch Auslosung bestimmt. Es könnte also wohl häufiger vorkommen, daß bei den ordentlichen Sitzungen Frauen überhaupt nicht zugegen sind. Auch wäre der Fall, allerdings als Ausnahmefall, denkbar, daß eine Geschworenenbank ganz oder zum größten Teil aus Frauen besteht. In beiden Fällen würde das Ziel der Zuziehung der Frauen: die gegenseitige Ergänzung der Geschlechter bei Rechtfindung und Rechtsprechung, nicht erreicht werden.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum.)

Ein ähnlicher Zufall spielt bei Heranziehung der Hilfsschöffen und Hilfsgeschworenen, die nach der Reihenfolge der Jahresliste eintreten. Es ist also keinerlei gesetzliche Handhabe gegeben, eine im Behinderungsfalle ausscheidende Frau, auch wenn sie vielleicht die einzige unter den Hauptschöffen oder auf der Spruchliste der Geschworenen ist, nun auch durch eine Frau zu ersetzen, möge der Einzelfall nach seiner Gesamtlage noch so sehr der weiblichen Mitarbeit bedürfen.

(B) Endlich hat das gegenwärtige Gesetz keinerlei besondere **Ablehnungsgründe für Frauen**, wenn sie zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden, sondern es gelten für sie ausschließlich jene Ablehnungsgründe, die auf das männliche Berufsverhältnis und persönliche Leben zugeschnitten sind. Danach würde es beispielsweise möglich sein — vielleicht um aus bösem Willen heraus das Gesetz absichtlich ad absurdum zu führen —, die vielbeschäftigte Hausfrau und Mutter zahlreicher Kinder ihrem Pflichtenkreis zu entreißen und auf die Geschworenenbank zu zwingen,

(Lachen links)

ebenso die hoffende oder stillende Frau. Nicht einmal die §§ 33 und 34 des Gerichtsverfassungsgesetzes, die von der Nichteignung zum Amte des Schöffen und Geschworenen sprechen, könnten sie auf sich anwenden; denn die **Mutterschaft** ist hier nirgends unterzubringen, wenn man nicht § 33 Ziff. 4, der von der Nichteignung wegen körperlicher und geistiger Gebrechen spricht, in halb beleidigender und halb komischer Weise für eine Ausdeutung in dem gewünschten Sinne heranziehen wollte.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Was die Frage des **Schamgefühls** angeht, so bin ich mit meinen Herren Vorrednern nicht der gleichen Meinung. Es ist ganz gewiß bedauerlich, wenn vor unseren Gerichten so häufig Fälle verhandelt werden, welche das Schamgefühl reiner Frauen aufs schwerste verletzen können. Aber wir Frauen betrachten die Mitarbeit bei Rechtfindung und Rechtsprechung in erster Linie als eine Pflicht, zu der wir durch die Not der Zeit gerufen werden, eine Not, deren Abstellung in gleicher Weise auf die Schultern von Männern und Frauen gelegt ist. Und echte, treue Pflichterfüllung adelt in jedem Falle und heiligt die Arbeit, die durch sie notwendig wird. Auch Frauen, und gerade Frauen, besitzen die Objektivität und

(C) persönliche Unberührbarkeit, die im Dienste fremder Not ohne eigene Gefährdung das ganze Selbst einsetzt.

Die Haltung meiner Fraktion, bei der Beratung des Gesetzentwurfes zur Entlastung der Gerichte, den Antrag Hoffmann-Rosenfeld aus formalen Gründen abzulehnen, war logisch also richtig und den Grundsätzen einer wissenschaftlich arbeitenden Gesetzgebung, die sich durch agitatorische Rücksichten nicht verwirren läßt, entsprechend. Deshalb konnten sich auch die weiblichen Abgeordneten mit ihrer Fraktion solidarisch erklären, trotzdem sie sachlich auf dem Boden des Antrages Hoffmann-Rosenfeld stehen. Aus der ablehnenden Haltung gegenüber dem Antrage ist also irgendwelche Gegnerschaft meiner Fraktion gegen die Zuziehung der Frauen zum Amte des Schöffen und Geschworenen unter keinen Umständen zu folgern.

Ich bitte sie also, den Abänderungsantrag Leutheußer-Marx zu Art. I Ziff. 5 und 7a anzunehmen, um eine logisch unterbaute und praktisch vollwertige Mitarbeit der Frau bei Rechtfindung und Rechtsprechung zu sichern.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Lüders.

Dr. **Lüders**, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Die Ausführungen der beiden ersten Redner erschweren mir die Sachlage unendlich,

(hört! hört!)

und ich nehme an, sie erschweren die Situation zu meinem Bedauern auch dem Herrn Justizminister nicht unwesentlich. Insbesondere die Ausführungen des zweiten Redners kann ich nicht unwidersprochen lassen. Sie haben solche Furcht, unsere **Sittlichkeit** und unsere **Zartheit** könnte in Gefahr geraten. Überlassen Sie doch bitte, meine Herren, endlich einmal die Sorge um unsere Sittlichkeit, um unser weibliches Empfinden uns Frauen selbst. (D)

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und links. — Oho!-Rufe bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, wir werden Mittel und Wege finden, die weit geeigneter sind als die, die manche andere gefunden haben.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und links. — Oho!-Rufe rechts.)

Im übrigen hat der zweite Redner davon gesprochen, daß sich nur noch **Damen der Hallen** finden würden für die in Frage stehenden Ämter. Meine Herren, ich glaube, Sie kennen diejenigen Kreise unter den Frauen, die für das Frauenrecht zu Schöffen- und Geschworenenämtern zugelassen werden, doch wohl sehr wenig, wenn Sie nicht wissen, daß in erster Linie diejenigen Kreise dieses Amt verlangen, die von tiefem sozialen Verantwortlichkeitsgefühl getragen sind.

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und links. — Rufe von der Deutschen Volkspartei: Wir auch!)

Es werden sich ganz andere Frauen finden als etwa nur Hallendamen, die sich zu diesem Amt bereit finden werden. Sie können sich darauf verlassen.

Wenn der Herr Vorredner ausgeführt hat, daß die Genehmigung, das Amt anzunehmen, von der **Kontrolle des Ehemannes** abhängen soll, von seiner Zusage oder Nichtzusage, so kann ich mich dem unter keinen Umständen anschließen.

Meine Parteifreunde haben mit einer einzigen Ausnahme in der zweiten Lesung den Anträgen auf Abänderung der §§ 31 und 84 des Gerichtsverfassungsgesetzes zugestimmt.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: **Nun sind Sie umgefallen!**)

(Dr. **Lüders**, Abgeordnete.)

(A) — Warten Sie ruhig ab; ob ich sachlich umgefallen bin, können Sie ja hinterher konstatieren. — Die Zustimmung zu den Anträgen auf Abänderung der §§ 31 und 84 des Gerichtsverfassungsgesetzes bedeutet eine grundsätzliche Erklärung zu unserer Forderung auf Zulassung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen. Von dieser Forderung gehen wir nicht ab.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Materiell bringt uns aber die Annahme dieser Anträge — auch nach meiner persönlichen Überzeugung — nicht weiter. Um positive Arbeit zu leisten und um sicher zu sein, daß in kürzester Frist unsere Forderung durch Gesetz verwirklicht werde, kann die vorliegende Resolution der schnellste und zugleich juristisch einwandfreie Weg sein. Ich wünschte, daß dieser schnelle und einwandfreie Weg hätte empfohlen werden können, ohne daß uns dies so erschwert worden wäre, wie es durch die vorherigen Ausführungen geschehen ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir können den in der Resolution vorgeschlagenen praktischen Weg jedoch nur betreten, wenn die Regierung uns bestätigt, daß die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs — mit oder ohne Jugendgerichtsgesetz — so zeitig erfolgt, daß die Einberufung von Frauen zum Schöffen- und Geschworenendienst bereits in der nächsten Geschworenen- und Schöffenperiode erfolgen kann. Das ist die Voraussetzung für uns. In der Sache selbst, in der Forderung auf Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt, gehen wir keinen Schritt zurück.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Pfülf.

(B) **Pfülf,** Abgeordnete: Meine sehr verehrten Herren und Damen! Wir erkennen die formalen Bedenken, die dem neu angenommenen Antrage entgegenstehen, vollkommen an. Wir wissen, daß unbedingt **Ausführungsbestimmungen** erlassen werden müssen, können aber nicht anerkennen, daß innerhalb der gegebenen Zeit, bis zur nächsten Schöffenwahl, diese Ausführungsbestimmungen nicht erlassen sein können. Wir sind der Überzeugung, daß sehr wohl der neulich angenommene Antrag durch die heutige Entschließung noch vervollständigt werden kann. Wir sind also dafür, daß der neulich angenommene Antrag verbleibt und daß zu dieser Position die heute angenommene Entschließung hinzutritt.

Meine Herren und Damen! Die Ausführungen der Herren Vorredner haben meine Parteifreunde und mich in keiner Weise überzeugen können, daß damit etwas Unsachgemäßes geschähe. Ich erinnere Sie an das allerdings heute als romantische Verirrung bezeichnete Gesetz, daß das **Frauenwahlrecht** gebracht hat. Auch dieses Gesetz war damals formal vielleicht nicht genügend gestützt, aber jedenfalls war es durchführbar und hat uns das Frauenwahlrecht gebracht, das wir vielleicht heute noch nicht hätten, wenn damals diese formalen Bedenken schon in diesem Ausmaße hätten zur Geltung gebracht werden können.

(Sehr richtig! links.)

Ich weiß nicht, ob der Herr Vorredner, der sich auf den Standpunkt des „Berliner Tageblatts" gestellt hat,

(Widerspruch bei den Deutschnationalen)

— gewiß, in seinem Herzen voll und ganz sich auf die Ausführungen des „Berliner Tageblatts" gestützt hat — diese Ausführungen etwa auch vierzehn Tage vor einer Reichstags- oder Landtagswahl gemacht hätte.

(Zwischenruf.)

— Er hat es zitiert, weil das Zitat ihm außerordentlich (C) paßte. Aus Ton und Miene und aus dem ganzen sonstigen Verhalten des Vorredners ist das hervorgegangen.

(Sehr richtig! links.)

Der Herr Vorredner hat davon gesprochen, und ich muß auch noch einmal darauf zurückkommen, welche ungeheuren Bedenken darin liegen, daß in diesen Verhandlungen Dinge berührt würden, welche das **Schamgefühl der Frauen** aufs tiefste verletzen möchten. Meine Herren, lassen Sie mich in diesem Augenblick einmal ein ernstes Wort mit Ihnen reden. Ich bin nicht der Überzeugung, daß das Schamgefühl einer Frau verletzt wird, wenn sie gegen Dinge ankämpft — ob im Verein mit Männern oder ohne die Männer, ob in der Öffentlichkeit oder im privaten Leben —, die schamlos sind und die deshalb aus der Welt geschafft werden müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das scheint mir ein vollkommen falsches ästhetisches, aber nicht moralisches Gefühl zu sein, durch das die Welt nicht besser wird, und ich bin der festen Überzeugung, daß gerade deshalb Frauen überall hineingehören, weil sie in dieser Sache vollkommen unbestechlich auf bessere Verhältnisse drängen werden. Das entspricht dem Schamgefühl der Frauen, und das entspricht der Gesundung unseres Volks, die es sehr notwendig braucht.

Ich kann mich deshalb nicht auf den Standpunkt des Vorredners stellen, daß es sich in solchen Fragen um frauenrechtlerische Dinge handelt. Nein, verehrte Herren und Damen, für mich und für meine Fraktionsfreunde handelt es sich nicht darum, **frauenrechtlerische Forderungen** durchzusetzen; für uns handelt es sich darum, in allen öffentlichen Einrichtungen das Verhältnis von Mann und Frau zu schaffen, das notwendig ist, um die Gesellschaft zu fördern, und zwar die ganze Gesellschaft: Männer und Frauen, die eben die Gesellschaft bilden.

Ich brauche wohl auf die weiteren Bedenken wegen der **Hebammen,** der Leichenfrauen und der Schwangeren (D) nicht einzugehen. Sehr verehrter Herr Vorredner! Ich weiß ganz genau, daß es Gründe geben wird, die der Frau das Schöffenamt und das Geschworenenamt außerordentlich erschweren. Daß Sie uns aber diese Zusammenstellung gegeben haben, muß doch eigentlich — verzeihen Sie den Ausdruck — ein wenig komisch wirken. Glauben Sie denn nicht, daß ein Arzt, wenn er vor einer schweren Operation steht, die nicht aufschiebbar ist, dann nicht von seinem Geschworenenamt befreit werden kann?

(Zuruf rechts: Er hat das Recht, abzulehnen!)

— Gut, dann werden wir der Hebamme auch das Recht geben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Schwangere, wenn sie so nahe vor der Entbindung steht, werden wir als Kranke behandeln, und sie wird auch ablehnen können.

(Zuruf rechts: Das muß in das Gesetz.)

— Das muß in die Ausführungsbestimmungen. Wir haben aber durchaus nichts dagegen, wenn außer dem Antrag, den wir in dieses Gesetz hineinbringen, noch eine Novelle geschaffen wird, durch die wir möglichst rechtzeitig eine volle Ausführung dieser Bestimmungen sichern. Wenn wir aber nur die Entschließung annehmen, dann haben wir heute die Ausnahme, und auf die Regel müssen wir warten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben nun am 2. Februar die Regel geschaffen, und nun lassen Sie uns in den Ausführungsbestimmungen noch die Ausnahme zu der Regel schaffen. Dann sind wir gesichert. Auf keinen Fall haben meine Fraktionsfreunde und ich irgendwelche Lust, von dem neulich angenommenen Antrag auch nur um einen Schritt zurückzuweichen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Dr. **Heinze,** Reichsjustizminister: Meine Damen und Herren! Ich möchte die Frage, die hier zur Debatte steht, so sachlich und juristisch behandeln wie nur möglich.

(Sehr gut!)

Politisch steht das eine fest: daß **Frauen zum Schöffen- und Geschworenendienst** hinzugezogen werden. Es fragt sich nur, auf welchem Wege das juristisch zu ermöglichen ist. Es gibt hier zwei Wege: entweder den Weg, den der Reichstag bei der zweiten Lesung beschlossen hat und der jetzt zunächst einmal als Vorlage vorliegt, oder den Weg, den der Antrag Leutheußer, Marx und Genossen gehen will. Es sind zahlreiche Gründe gegen den ersten Weg vorgebracht worden. Die Vorredner, namentlich Frau Abgeordnete Dransfeld, haben die Gründe in sehr eingehender und überzeugender Weise dargelegt. Gegen diese Gründe läßt sich tatsächlich gar nichts einwenden, abgesehen von politischen Stimmungsmomenten, die aber doch bei diesem juristischen Gesetz ausscheiden müssen. Ich kann da nur versichern: wenn Sie den Antrag Leutheußer, Marx und Genossen annehmen, so wird die Sache durchaus nicht verzögert; die Frauen kommen ebenso zeitig zum Schöffen- und Geschworenenamt, wie wenn Sie es in das Gesetz hineinschreiben. Aber die Sache wird juristisch auf das richtige Gleis geschoben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich bitte Sie also, den Antrag Leutheußer und Genossen anzunehmen. Ich werde meinerseits den Gesetzentwurf, der in der darauffolgenden Resolution gefordert wird, so schnell wie möglich in Angriff nehmen. Ich hoffe, diesen Entwurf in wenigen Wochen dem Reichstag vorlegen zu können,

(bravo!)

(B) und ich nehme an, daß dann in aller kürzester Frist auf dem normalen Wege durch den Reichstag die Frage geklärt wird. Der Wunsch, der ausgesprochen worden ist, daß im Laufe des nächsten Geschäftsjahres Frauen zu Schöffen und Geschworenen zugezogen werden, wird sich also auf das leichteste und korrekteste durch Annahme des Antrags Leutheußer und Genossen ermöglichen lassen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat die Abgeordnete Frau v. Oheimb.

v. Oheimb, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Nach den Erklärungen des Herrn Justizministers wäre es eigentlich nicht mehr notwendig,

(Heiterkeit links)

zu Äußerungen von unserer Seite zu schreiten; aber da ich das letzte Mal prinzipiell zu dieser Frage Stellung nehmen wollte, will ich auch heute ausführen, was ich das letzte Mal nicht konnte, weil nicht zu erwarten war, daß der Antrag Leutheußer heute eine Änderung vorschlagen würde.

Ich schließe mich dem Antrag Leutheußer an, aber auch dem Antrag von Fräulein Dr. Lüders, der von der Regierung die Zusicherung fordert, daß die **Frauen** das Recht, **Schöffen und Richter** zu werden, in Bälde sowohl im Prinzip wie auch in der Praxis bekommen.

Nun aber, meine Damen und Herren, meine persönliche Ansicht über das, was Abgeordnete des Deutschen Reichs im Reichstag zu vertreten haben. Wir Abgeordnete sind nicht die Vertreterinnen nur der Rechte der Frauen,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

sondern wir sind die Vertreterinnen unserer Wähler, der Männer und Frauen, die hinter uns stehen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe links.)

(C) Selbstverständlich, meine Damen, stehe ich nicht hier, um den Korpsgeist zwischen uns zu stören.

(Heiterkeit links.)

Ich möchte aber einmal feststellen, daß wir grundsätzlich dieselben Rechte haben wie die Männer und deshalb Seite an Seite mit ihnen unsere Rechte besser vertreten, als wenn wir sie einzeln vertreten mit der **Rechthaberei,** die früher den **Frauenrechtlerinnen** sehr oft zu eigen gewesen ist.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Ihren Frauenrechtlerinnen!)

Es wäre mir bedeutend angenehmer gewesen, bei den Frauen des Reichstags dieselbe Einigkeit zu finden, als es sich um die Ablieferung der Kühe an die Entente handelte.

(Heiterkeit links.)

— Erlauben Sie, meine Damen und Herren, es ist weniger wichtig, daß wir Frauen Schöffen werden, als daß wir die Ablieferung der Kühe, wie die Frauen der linken Parteien es getan haben, zu einer politischen Frage gestalteten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Es wäre ganz entschieden der Würde der Frauen entsprechender gewesen, wenn sie mehr eingetreten wären für die Frauen und Mütter und Kinder. Solange wir die Ehre haben, Abgeordnete dieses hohen Hauses zu sein, wäre es richtiger, die Frauen würden erzieherisch auf die Männer dahin einwirken,

(Heiterkeit links)

daß weniger die Würde des Hauses verletzt würde.

(Bravo! rechts.)

Die **Rolle der Frau** soll darin bestehen, erzieherisch auf die Männer dieses Hauses einzuwirken.

(Sehr gut! rechts. — Zuruf links: In Ihrer Fraktion auch!)

— Ich würde nicht der Fraktion angehören, wenn sie nicht die Würde dieses Hauses zu wahren wüßte. (D)

(Große Heiterkeit links.)

Auf jeden Fall verlangt man von dem Richter Objektivität und Parteilosigkeit, und Frau Abgeordnete **Zietz,** wohl eine der klügsten Frauen, die wir im Parlament haben, hat sich das letzte Mal die Freiheit genommen, Richter zu sein über die Männer der Parteien auf der rechten Seite des Hauses, ohne den Beweis dafür anzutreten, daß sie befähigt ist, Schöffe und Richter zu werden. Sie hat gesagt: „Ja, meine Herren, daß Sie von rechts darüber höhnen, begreife ich. Ich habe von Ihnen gar nichts anderes erwartet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn gerade aus Ihren Reihen und aus Kreisen kommen so viele der Verführer der Frauen und Mädchen, die dann hinterher noch ihre eigenen Richter in der Sache sind."

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn Frau Abgeordnete Zietz der erste Richter über die Herren der Rechtsparteien ist, dann bin ich ihr erster Anwalt und protestiere gegen ein solches Urteil.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Heiterkeit.)

Es wäre vielleicht klüger, wenn Frau Abgeordnete Zietz einmal in ihren Kreisen sich um die Rassenfrage bekümmerte und dort feststellen würde, woher in Deutschland die Verführer der jungen Arbeiterinnen zum größten Prozentsatz kommen.

(Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es scheint mir für die Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause bezeichnend zu sein, daß es nicht einmal

(Dr. Rosenfeld, Abgeordneter.)

(A) möglich ist, in einer im Vergleich zu den großen sozialen Fragen, die uns beschäftigen, kleinen Frage, auch nur einen kleinen Fortschritt zu machen. Es zeigt sich hier wieder einmal, daß der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung gar nicht daran denkt, auch nur ein klein wenig dazu beizutragen, die Nachteile zu beseitigen, die aus früheren Zeiten noch auf die Frauen überkommen sind. Nicht einmal für die Gleichberechtigung der Frauen findet sich in diesem Hause eine entschlossene Mehrheit; trotz der prinzipiellen Anerkennung dieses Grundsatzes in der Verfassung wollen Sie nicht einmal die **Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt,** obgleich in England und in Amerika es eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Frauen in der heutigen Zeit Schöffen und Geschworene sein können.

Es hat sich heute, wie mir scheinen will, mit großer Klarheit gezeigt, daß sämtliche bürgerlichen Parteien gegen die Zulassung der Frauen zu diesen Ämtern sind. Und nicht nur die Regierungsparteien — es sind ja auch mit dabei die Deutschnationalen, vielleicht die Parteien der künftigen Regierung —, die mit dem vorliegenden Antrag aus der Welt schaffen wollen, was der Reichstag in zweiter Lesung in einem lichten Augenblick beschlossen hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich habe sofort nach der zweiten Lesung große Zweifel gehabt, ob der Beschluß des Hauses aufrechterhalten werden würde.

(Zuruf bei den Deutschnationalen.)

— Weil ich Sie kannte, auch Sie, Herr Helfferich, hinreichend kenne, um zu wissen, wie wenig man Ihnen trauen darf. — Aber daß **Frau Lüders,** ausgerechnet Frau Lüders, sich bereitfinden würde, ihren Namen, der bis jetzt doch immerhin etwas galt,

(Lachen rechts)

neben die Namen Leutheußer, Marx, Graef und Dr. Beyerle (B) unter einen solchen Antrag zu setzen, übersteigt allerdings das, was ich von der Demokratie und einer demokratischen Frau erwartet habe.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Frau Abgeordnete Lüders sagt, sie sei nur aus formellen Gründen für die Aufhebung des früheren Beschlusses, so möchte ich sie darauf hinweisen, daß ihr Name steht neben den Namen der Männer, die prinzipielle Einwände gegen die Zulassung der Frau erhoben haben. Deshalb scheint mir die Erklärung nicht ausreichend zu sein.

Aber, meine Damen und Herren, Frau Abgeordnete **Dransfeld** hat ja sogar die Beweise dafür geliefert, daß auch bei ihr, nicht bloß bei Herrn Graef und Herrn Leutheußer, prinzipielle Bedenken gegen den Antrag bestehen. Denn sie hat gesagt, die Hausfrau würde dem Haushalt entzogen werden. Das kann doch nur jemand ausführen, der prinzipiell auf dem Standpunkt steht, daß Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt nicht zugelassen werden sollen.

Frau Dransfeld hat einen weiteren, wie mir scheinen will, sehr wichtigen Beweis für unsere Behauptung geliefert, daß die bürgerlichen Parteien die Frauen nur nicht zulassen wollen und hinter der formalen Ausrede das verbergen, indem sie ausdrücklich zugegeben hat, daß unter den bürgerlichen Parteien eine große Anzahl Abgeordneter sind, die sich nur prinzipiell für die Zulassung der Frauen aussprechen „unter dem Zwang der Verhältnisse“ und „mit entsprechenden Stoßseufzern“. Das läßt doch klar erkennen, wie diese Herren, die äußerlich eine Auffassung zur Schau tragen, als sollten die Frauen zu den Ämtern zugelassen werden, im Innern denken.

Daß die Männer, die in der vorigen Beratung für unseren Antrag stimmten, in großer Zahl bis zur dritten Lesung umfallen würden, habe ich erwartet, daß aber auch die Frauen sich diesem Umfalle so zahlreich anschließen (C) würden, habe ich nicht angenommen. Da berührt es mich ganz sonderbar, daß gerade Frau **v. Oheimb** hier von von dem **Korpsgeist der Frauen** spricht, sich auf diesen „Korpsgeist“ beruft und ihn preist, dann aber gegen diesen Korpsgeist handelt und im Gegensatz zur Stellung der meisten Frauen in der zweiten Lesung heute für den Antrag Leutheußer eintritt. Die Damen und Herren, die ihren Umfall mit der heutigen Erklärung des Justizministers begründen, müßte es stutzig machen, daß derselbe Justizminister, der sich heute bereit erklärte, eine Vorlage zu machen, wie sie in dem Antrag Leutheußer gewünscht wird, bei der zweiten Beratung der Vorlage sogar erhebliche Bedenken gegen die Zulassung von Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt geltend gemacht hat. Wie schnell hat der Herr Justizminister also umgelernt! Und da wollen Sie sich auf seine heutigen Worte verlassen! —

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Gar nicht richtig!)

Ich bin deshalb der Meinung, daß diese Erklärung des Herrn Justizministers innere Beweiskraft nicht besitzt. Außerdem, wer bürgt uns denn dafür, daß der Herr Justizminister noch in einigen Wochen am Ruder ist?

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann, Frau Lüders, sind Sie hineingefallen!

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Dann ist es doch auch nicht durchführbar!)

Ich komme nun auf die **Frage der Durchführbarkeit,** die soeben hier in Zwischenrufen bestritten wird. Eigentlich wollte ich davon nicht mehr sprechen, weil Frau Abgeordnete Pfülf schon mit Recht hervorgehoben hat, daß alle die Schwierigkeiten, die selbstverständlich jeder sieht, mit Leichtigkeit durch eine in wenigen Tagen auszuarbeitende Novelle zu beseitigen sind. (D)

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wem es Ernst ist mit der Annahme des Prinzips der Zulassung der Frauen, der muß auf dem Beschluß bestehen bleiben und verlangen, daß durch ein neues Gesetz gewisse technische Schwierigkeiten behoben werden. Dabei möchte ich die Frau Kollegin Pfülf darauf aufmerksam machen, daß sie doch wohl im Irrtum ist, wenn sie meint, daß man sowohl den Art. I in der jetzigen Fassung aufrecht erhalten und dennoch für die Resolution stimmen kann. Die Resolution verlangt doch einen Gesetzentwurf, Frau Kollegin Pfülf, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenenamt eröffnen soll. Dieser Zugang ist Ihnen aber bereits durch den Beschluß zweiter Lesung eröffnet. Es könnte also höchstens eine Zustimmung zu der Entschließung denkbar sein, wenn man sagt, daß ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, der den Zugang und alle näheren Einzelheiten regelt. Aber in der jetzigen Fassung steht die Entschließung glatt dem Beschluß entgegen, den das Haus in der zweiten Lesung gefaßt hat.

Ich will auch auf die **Schwierigkeiten** bezüglich der **Hebammen** nach den Ausführungen der Frau Pfülf nicht mehr eingehen. Die Schwierigkeiten, die da entstehen, sind dieselben, die in all den Fällen auftauchen, wo ein Schöffe oder Geschworener plötzlich verhindert wird, an der Sitzung des Gerichts teilzunehmen. Solche Hindernisse sind ganz unabhängig vom Geschlecht. Alle Tage kommt es vor, daß Schöffen und Geschworene plötzlich verhindert sind. Dann gibt es nach dem Gesetz durchaus Möglichkeiten, ihr Ausbleiben zu entschuldigen, sodaß man also die Frage: wer trägt die Kosten für die Absage? — doch genau so auch bei jedem männlichen Geschworenen aufwerfen muß, der an der Teilnahme an der Sitzung plötzlich verhindert ist.

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Über das **Schamgefühl** hat Frau Dr. Lüders gesagt, was zu sagen ist. Ich möchte nur noch hinzufügen: ich bedaure, daß von diesem Schamgefühl so wenig hier im Hause gesprochen wird. Wenn wir die Befreiung der Arbeiterfrauen aus den sie bedrückenden unwürdigen Verhältnissen und eine Verbesserung der traurigen Wohnungsverhältnisse fordern, unter denen die Frauen leiden, da finden wir bei den bürgerlichen Parteien sehr wenig Verständnis. In ihren Ausführungen kam nur ihre ganze spießbürgerliche Heuchelei zum Ausdruck.

Die Frau Abgeordnete Dransfeld hat dann gesagt, die **Mitwirkung der Frauen bei der Rechtsprechung** sei selbstverständlich. Aber, meinte sie, der Erfolg der Frauen in der zweiten Lesung sei durch einen Akt errungen, der den Methoden einer wissenschaftlich arbeitenden Gesetzgebung nicht entspreche. Sie meinte, aus dem einheitlichen Bau unserer Gesetze dürfe kein Stein herausgebrochen werden. Da möchte ich fragen: wer von den Juristen mag dies wohl der Frau Abgeordneten Dransfeld vorgeredet haben, wer mag ihr erzählt haben, daß, wie sie geglaubt hat, unser Rechtsbau so einheitlich und geschlossen sei! Davon kann doch heute ernstlich nach all der Flickschusterei, die während des Krieges an unserer Gesetzgebung getrieben ist, keine Rede sein. Es kann heute niemand mehr von einem wirklich einheitlichen Rechtsbau in Deutschland sprechen. Sie kommen da mit Bedenken, die offenbar nur vorgebracht werden, um zu verdecken, daß Sie prinzipiell gegen die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt sind.

Die Frau Abgeordnetete Dransfeld hat auch gemeint, man sei versucht, von **dilettantischer Gesetzgebungsarbeit** zu sprechen. Ach, Frau Abgeordnete Dransfeld, wenn man jedesmal, da im Hause dilettantische Gesetzgebungsarbeit geleistet wird, aufstehen und diese Arbeit verhindern wollte, dann könnte überhaupt kein Gesetz zustandekommen. (B) Niemand im Hause — ich appelliere dabei besonders an die Juristen — wird aufstehen und behaupten können, daß etwa unsere bisherige Gesetzgebung von dilettantischer Arbeit frei gewesen sei.

Frau Abgeordnete Dransfeld hat weiter behauptet, für das laufende Jahr sei die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt nicht mehr möglich. Ich kann das nicht ganz zugeben. Wenn mit großer Beschleunigung eine Novelle gemacht würde, die die Modalitäten der Mitwirkung der Frauen an der Rechtsprechung regelt, kann sehr wohl auch in diesem Gesetz ausgesprochen werden, daß noch für das laufende Jahr die entsprechenden Änderungen an den Schöffen- und Geschworenenbänken zu treffen sind. Aber selbst, wenn ich annehme, daß die Frau Kollegin recht hat, daß die Zulassung in der Tat für 1921 nicht mehr durchzuführen sei, dann wollen wir doch wenigstens diese Zulassung für 1922 sichern und nicht durch Ausschaltung dieser Bestimmung in Frage stellen!

Der Herr Abgeordnete **Graef** hat mit Entsetzen darauf hingewiesen, daß die Zulassung der Frauen zur Rechtsprechung auf eine Revolutionierung und **Umwälzung der Rechtspflege** hinauslaufen würde. Ich wünschte, der Herr Abgeordnete Graef hätte recht, ich wünschte, daß mit der Zulassung der Frauen endlich diese Umwälzung der Rechtspflege eintreten würde.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gerade die Justiz bietet Tag für Tag von neuem Anlaß zu schärfster Kritik und schärfstem Mißtrauen. Wenn man heute fragt, welche Erscheinung unseres öffentlichen Lebens in der Arbeiterschaft die schärfste Kritik und das größte Mißtrauen finde, dann muß man immer wieder von neuem auf die Rechtspflege hinweisen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn also der Herr Abgeordnete Graef den Frauen zutraut, daß sie imstande seien, die Rechtspflege umzuwälzen, dann sind wir erst recht für die Zulassung (C) der Frauen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Die Frau Abgeordnete Lüders suchte bei der Empfehlung ihrer Resolution die Behauptung zu vertreten, daß durch die Annahme der **Resolution** der schnellste Weg zur **Durchführung der Gleichberechtigung der Frau** gegeben sei. Ich bedauere nur, daß der Frau Abgeordneten Lüders diese Erleuchtung erst jetzt gekommen ist, und ich zweifle sehr daran, daß diese Erklärung richtig ist. Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß, wenn man die Zulassung der Frauen zur Rechtspflege will und schnell will, man das machen kann durch ein neues Gesetz, durch eine Novelle, daß dagegen die Resolution alles dem zufälligen Justizminister anheimgibt, der morgen an dieser Stelle stehen wird. Wenn Sie hinweisen auf den Herrn, der gerade vorübergeht, so wissen Sie ja selbst nicht, wie lange der Herr noch diese Treppe zum Ministertisch hinaufgehen wird. Also, meine Damen und Herren, das ist kein Gesichtspunkt, der eine schleunige Durchführung dessen garantiert, was wir für notwendig halten.

Dagegen ist die Regierung in einer Zwangslage: wenn das Gesetz gemäß der zweiten Lesung angenommen wird, muß sie es ausführen; dazu ist sie verpflichtet. Oder meinen Sie etwa, Herr Kollege Schiffer, sie wird das ganze Gesetz fallen lassen?

(Abgeordneter Schiffer: Unter Umständen ja!)

— Nun gut, ich nehme das Risiko in Kauf, weil ich mit Ihnen weiß: dann kommt sofort ein neuer Justizminister und wird unter Anerkennung des Grundsatzes der Zulassung der Frauen eine neue Gesetzesvorlage machen. Denn die Justizverwaltung braucht das Gesetz; das wissen wir aus den Ausschußberatungen ganz genau. Deshalb glaube ich noch nicht einmal daran, daß dieser Herr Justizminister das Gesetz nicht durchführen wird, wenn (D) etwa das Haus fest bleibt.

(Abgeordneter Schiffer: Ist das etwa eine Beschleunigung?)

Meine Damen und Herren, es handelt sich hier nur um die Frage: wollen Sie ernstlich die Frauen zulassen oder nicht?

(Zurufe von den Deutschen Demokraten: Ja!)

— Sie sagen ja, aber nach den Erfahrungen, die wir mit Ihnen gemacht haben, können wir daran nicht mehr glauben. Wir denken noch immer an den Antrag Brodauf vom Jahre 1919, den Ihnen meine Parteifreundin Frau Wurm neulich vorgehalten hat, und der beweist, daß Sie im Jahre 1919 schon für 1920 wollten, was Sie 1921 noch nicht einmal für 1921 durchführen wollen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn also überhaupt eine Partei in dieser Frage zu schärfstem Mißtrauen herausfordert, und wenn einzelne Frauen zum schärfsten Mißtrauen herausfordern, dann sind es die Demokraten und die Frauen gerade in der demokratischen Partei.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Sie werden über diesen Punkt die Öffentlichkeit in Zukunft nicht mehr hinwegtäuschen können. Nach den Vorgängen der zweiten Lesung und nach der Abstimmung, die namentlich erfolgt ist, wissen wir und können wir jederzeit feststellen, wer in der zweiten Lesung für die Zulassung der Frauen gestimmt hat. Wir haben auch heute den Antrag gestellt, namentlich über die Abänderungen abzustimmen, damit kein Zweifel an der Stellungnahme jedes einzelnen Abgeordneten vorhanden ist. Wir wünschen endlich, diese kleine Reform unter Dach und Fach zu sehen. Wir wünschen das nicht im Interesse der Frauen, wir haben uns mit den Frauenrechtlerinnen noch niemals auf eine Stufe ge-

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) stellt. Wir wünschen das nicht im Namen der Frauen und im Interesse der Frauen, sondern im Gesamtinteresse des deutschen Volkes, weil wir der Meinung sind, daß bei **Mitwirkung der Frauen** mehr Verständnis für die Angeklagten und ein **sozialerer Geist sich in der Rechtsprechung** durchsetzen wird. Deshalb bitten wir Sie, bei den Beschlüssen zweiter Lesung zu bleiben.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Entschließung Leutheußer ist ein Abänderungsantrag Frau Pfülf-Dr. Radbruch eingegangen, nämlich

in Zeile 4 zu sagen:

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den allgemeinen Zugang der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt regelt.

Daß eine namentliche Abstimmung beantragt ist, ist bereits mitgeteilt.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Auf die Moralpredigt der Frau Kollegin Oheimb verschmähe ich einzugehen. Alles, was ich in der vorigen Sitzung, in der wir über diese Frage beraten und beschlossen haben, sagte, halte ich Wort für Wort aufrecht. Wenn die Frau Kollegin Oheimb sich in proletarischen Kreisen etwas mehr umgesehen hätte, wüßte sie, daß das bis auf das Tipfelchen auf dem i stimmt, was ich damals zum Ausdruck gebracht habe.

Nun hat der Herr Justizminister, um uns dazu zu bewegen, vom dem Beschluß in voriger Sitzung Abstand zu nehmen und den Antrag Leutheußer anzunehmen, erklärt, er sei bereit, schnellstens einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen. Ja, Herr Justizminister: die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, nach all den Erfahrungen, die wir bisher in dieser Beziehung im Reichs-(B)tag und in der Nationalversammlung gemacht haben.

(Sehr richtig! links.)

Auf solche Versprechungen verlassen wir uns absolut nicht. Das, was wir in der Hand haben, den Beschluß aus der zweiten Lesung wollen wir verteidigen, und ich hoffe, daß wir bei der namentlichen Abstimmung auch die Mehrheit erhalten werden. Dann mag der Herr Justizminister eine Novelle in der Form vorlegen, wie sie heute durch den Antrag der Kollegin Pfülf gefordert worden ist, dann werden unsere Wünsche und Forderungen nach der Richtung hin erfüllt.

Von der Frau Kollegin Dransfeld, der ich persönlich die größte Hochachtung entgegenbringe, sind hier Ausführungen gemacht worden, denen ich aus politischen Gründen auf das allerschärfste widersprechen muß. Wir hören immer sowohl vom Zentrum wie von den übrigen bürgerlichen Parteien — es ist ja bezeichnend, daß dieses kleine Quäntchen Reform, das wir uns bei der zweiten Lesung errungen haben, von den gesamten bürgerlichen Parteien wieder zunichte gemacht werden soll —,

(sehr richtig! links)

wir hören immer von allen bürgerlichen Parteien: grundsätzlich sind wir ja für die Frauenrechte, aber praktisch hintertreiben sie diese. Nicht wahr, Frau Kollegin Dransfeld, diese Erfahrung haben Sie ja mit uns wiederholt in anderen Fällen gemacht.

In einem bin ich allerdings mit der Frau Kollegin Dransfeld einig. Sie hat erklärt: wenn uns auch durch die Verfassung gewährleistet ist, daß grundsätzlich die Frauen mit den Männern gleichberechtigt sein sollen, so lebt in Deutschland doch noch immer der alte Geist, der zu überwinden ist.

(Zustimmung links.)

Jawohl, Frau Kollegin, und Ihre Fraktion ist hauptsächlich mit schuld daran, daß dieser **alte rückständige Geist** immer noch im deutschen Volke aufrechterhalten (C) wird.

(Sehr wahr! links. — Lachen im Zentrum.)

Es ist ja auch bezeichnend dafür, welche Anschauungen in der Zentrumsfraktion vorherrschen, daß das vorige Mal die **Frauen des Zentrums** mit uns haben gehen wollen, daß sie es aber nicht durften, daß ihr Vorsitzender sie fortgejagt hat und daß sie sich wie die kleinen Schulkinder haben fortjagen lassen.

(Widerspruch und Zurufe im Zentrum.)

Das ist ja bezeichnend dafür, wie dieser **reaktionäre Geist in der Zentrumsfraktion und bei sämtlichen bürgerlichen Parteien** herrscht, soweit **Frauenfragen und Frauenrechte** in Betracht kommen. Glauben Sie denn, Frau Kollegin Dransfeld, daß, wenn eine kleine Reform durchgesetzt werden kann, da das ganze Gebäude der ganzen bürgerlichen Gesetzgebung doch nicht mit einem Mal geändert werden kann, und wenn man dieser Reform dann Hindernisse in den Weg legt, dieser alte rückständige Geist, der ja gerade bei Ihrer Fraktion in so außerordentlichem Maße anzutreffen ist, jemals aus der Welt geschafft werden kann? Nein, wir müssen überall, wo es gilt, Fortschritte durchzusetzen, sie erringen, um allmählich vorwärts zu kommen. Gründlich werden wir erst dann vorwärts kommen, wenn die ganze Eigentumsordnung geändert ist, und wenn einer anderen Weltanschauung die Bahn frei gemacht worden ist.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Ich wundere mich ja, daß hier von den verschiedensten Seiten auf einmal so außerordentlich viel Fürsorge für die Frauen gezeigt wird. Oder nein! Ich wundere mich nicht; denn wir begegnen ja in all den **Einwänden**, die **gegen die Zulassung der Frau zum Schöffen- und Geschworenenamt** gemacht werden, — ganz gleich ob von Herrn Leutheußer oder Herrn Graef oder, wie in der vorigen Sitzung, von Herrn Marx, oder wer es sonst war, (D) — alten guten Bekannten. Es sind die gleichen Vorwände, die uns entgegengehalten wurden, als es sich um den **Kampf um das Frauenwahlrecht** handelte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

O, meine Damen und Herren, wir haben nicht vergessen, was uns geantwortet ist, als die Deputation der Frauen aus den verschiedenen Parteien bei den Herren Demokraten anfragte, wie sie sich zum Frauenwahlrecht stellten, und zwar vor der Revolution,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und was uns von den Herren Konservativen, den jetzigen Deutschnationalen, und von den Herren des Zentrums geantwortet worden ist, die für die Frauen eine so große Fürsorge zeigten, daß sie ihnen aus lauter Fürsorge ihre Rechte vorenthalten haben. Gerade so, wie sie es damals gemacht haben, machen sie es jetzt wieder.

Alles, was hier von den Herren in bezug auf die Hebammen und Leichenfrauen usw. gesagt worden ist, vor allen Dingen, was in bezug auf die Verletzung des Schamgefühls der Frauen gesagt worden ist, haben die Herren auch eingewendet, als die **Frauen zum Universitätsstudium zugelassen** werden sollten.

(Sehr richtig! links.)

Auch da wurde das Schamgefühl verletzt, auch da war die Sittlichkeit in Gefahr. Dieselben Herren haben aber niemals davon gesprochen, daß die Sittlichkeit und das Schamgefühl der Frau in Gefahr sei, wenn sie auf die Bauten klettern und Steine auf die Hochbauten tragen mußte, wenn sie in überhitzten Räumen in den Fabriken in Dunst und Staub arbeiten mußte. Aber jetzt, wo es sich um die Rechte der Frauen handelt, wird alles dies eingewandt.

Diese Einwände, die in diesem Zusammenhang gegen die Zulassung der Frau zum Geschworenen- und Schöffen-

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) amt gemacht werden — das hat ja auch die Frau Kollegin Lüders jetzt eingesehen —, sind ja nicht Einwände formaler Art, sondern sie sind grundsätzlicher Art. Man ist überhaupt dagegen, daß die Frauen zugelassen werden.

(Widerspruch bei den Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei.)

Das sind natürlich Vorwände, die so wohlfeil sind wie im Herbst die Brombeeren.

(Abgeordneter Dr. Rießer: Die sind nicht mehr wohlfeil!)

Nun wundert es mich nur, daß gerade Frau Kollegin Dransfeld hier mit solchem Nachdruck dagegen gesprochen hat, daß die Angelegenheit auch in der dritten Lesung wie in der zweiten geregelt werden soll. Uns ist gestern eine Zeitung zugeschickt worden, die auch eine Frauenbeilage hat. In dieser **Frauenbeilage** steht ein **Artikel**, der die Überschrift trägt: **„Weibliche Geschworene in England"**. Es wird dargelegt, daß, wie schon vorher in Amerika auch in England die Frauen als Geschworene und Schöffen zugelassen werden. Dann heißt es in bezug auf die Tätigkeit der weiblichen Geschworenen:

> Die weiblichen Geschworenen sind nach der Auskunft der Richter, die sie in ihrer Tätigkeit beobachtet haben, überaus gewissenhaft und folgten mit solcher Aufmerksamkeit dem Gang der Verhandlung, daß sie ihren Wahrspruch mit ungewöhnlicher Sicherheit formulieren.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Außerdem läßt sich auch der weibliche Geschworene nicht von irgendeiner geschickten Abenteuerin so leicht hinters Licht führen, wie es den männlichen Geschworenen nur zu leicht widerfährt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieses Blatt, das die Abhandlung über die weiblichen (B) Geschworenen brachte, von dem man also annehmen müßte, es sei durchaus dafür, daß wir in Deutschland aufs schnellste bekommen, was man in England und Amerika bereits besitzt, ist das Organ, das der Frau Abgeordneten Dransfeld sehr nahe steht: es ist die **„Germania"**.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dort, wo man zu den Frauen spricht, ei ja, da verspricht man ihnen alles; man will sie ja bei den Wahlen haben. Aber wenn es sich darum handelt, das, was man in der Verfassung im Prinzip anerkannt hat, auch in die Praxis umzusetzen, dann werden so viele Einwendungen gemacht. Von Ihrem Parteistandpunkte aus begreife ich das, Frau Kollegin Dransfeld; aber:

> Es tut mir in der Seele weh,
> Daß ich Sie in der Gesellschaft seh'!

(Heiterkeit.)

Nun noch ein Wort dazu, daß erklärt worden ist, es müßten auch Bestimmungen geschaffen werden, die die Frage regeln, ob die **Frauen**, wenn sie das **Amt des Schöffen oder Geschworenen** übernehmen wollen, erst die **Zustimmung ihres Mannes** haben müssen! Ich bin wirklich von der rechten Seite des Reichstags sehr vieles gewöhnt; aber ich habe mich doch gewundert, daß man das hier an dieser Stelle auszusprechen wagt, wo wir daran sind, alle anderen Bestimmungen auch im Privatrecht, auch im Bürgerlichen Gesetzbuch möglichst zu beseitigen, nach denen die Frau bis heute noch immer im Manne ihren Vormund hat. Und Sie, die Sie so viel von dem Recht der Persönlichkeit reden, wollen, daß die Frau die Untergebene des Mannes sein soll.

(Abgeordnete v. Oheimb: Ich denke nicht daran! Ich bin doch nicht verrückt geworden!)

An allem, was wir hier erlebt haben, sehen wir, daß das Wort absolut falsch ist, das da zum Ausdruck gebracht hat: Fraueninteressen werden auch am besten in (C) den Parlamenten von weiblichen Abgeordneten vertreten. Die **bürgerlichen weiblichen Abgeordneten haben sämtlich** hierbei **versagt**, und es zeigt sich wiederum, daß die Frauen wie die Männer nach Klassen geschieden sind, und daß sie von ihrem Klassenstandpunkt aus zu diesen Fragen Stellung nehmen, und von diesem Klassenstandpunkt aus müssen sie allerdings Gegner sein, wenn sie auch ein Lippenbekenntnis für die Gleichberechtigung der Frau in dieser Beziehung ablegen. Solche platonischen Liebeserklärungen können uns nicht viel nützen. Wir wollen in der Praxis eine Gleichberechtigung von Frauen und Männern, und deshalb treten wir dafür ein, daß der Beschluß von der zweiten Lösung heute wiederholt wird, und daß die Entschließung in der Form, wie sie Frau Kollegin Pfülf vorgeschlagen hat, daneben angenommen wird. Dann mag sich der Herr Justizminister beeilen und mag diese Bestimmungen in Form einer Novelle oder in Form von Ausführungsbestimmungen schaffen. Aber was wir in der Hand haben, geben wir gutwillig nicht her, und wenn Sie den Antrag wieder ablehnen sollten, wenn Sie die Mehrheit haben sollten — ich weiß nicht, wie stark Sie heute vertreten sind —, dann werden wir schon dafür Sorge tragen, draußen im Lande zu zeigen, wer den alten Geist kritisiert, aber alles tut, um ihn aufrechtzuerhalten.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fries.

Fries, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir von der kommunistischen Fraktion halten unter allen Umständen an dem Antrag Hoffmann-Rosenfeld fest. Die Einwände, die die Regierung und die Vertreter der bürgerlichen Parteien machen, die da glauben, mit sachlichen Gründen kommen zu müssen, beweisen nur, daß man von (D) der Seite aus Sabotage an dem Recht der Frauen üben will.

Es berührt uns namentlich sonderbar, wenn die Frau Abgeordnete Dransfeld als Vertreterin derjenigen Partei, die doch nur deshalb so stark hier sitzt, weil wir ein Frauenwahlrecht haben,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten)

in dieser Weise die Rechte der Frauen mißachtet. Glauben Sie, Frau Abgeordnete Dransfeld, besonders wir in **Köln**, die wir durch die **abgetrennten Wahlbezirke**, wo Männer und Frauen für sich wählen, festgestellt haben, daß **zwei Drittel der Frauenstimmen für das Zentrum** und nur **ein Drittel Männerstimmen** abgegeben worden sind, werden den Wählermassen draußen erklären, was die Frauen in Zukunft zu tun haben. Seien Sie davon überzeugt, daß auch Ihre Frauen diesen Standpunkt nicht verstehen werden, den Sie hier einnehmen.

Wenn Frau v. Oheimb glaubt, auf die Verführung der jungen Arbeiterinnen hinzuweisen, so möchte ich gerade ihr gegenüber betonen: wer ist es gewesen, der unsere jungen Mädchen gezwungen hat, während des Krieges in die Munitionsfabriken zu gehen? Gerade Ihre Kreise sind es gewesen, die verlangt haben, daß die Proletarierkinder aus sogenanntem nationalen Ehrgefühl heraus möglichst frühzeitig in die Fabrik gehen. Wer ist es gewesen, der mit die Schuld daran trägt, daß durch die Wohnungsnot usw. die Sittenlosigkeit immer mehr um sich greift? Ich meine, da wäre es Ihre Aufgabe, Frau v. Oheimb, in Ihren Kreisen zu wirken, daß auf dem Gebiete Remedur geschaffen würde.

Ferner muß betont werden, daß gerade die Parteien, die sich heute, wenn auch mit verbrämten Andeutungen, gegen die Rechte der Frauen erklären, dieselben Parteien

(**Fries**, Abgeordneter.)

(A) sind, die vor dem Kriege und während des Krieges immer wieder erklärt haben: das gleiche Recht für die Frauen bringt den Zwist in die Familien hinein.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine geschätzten Anwesenden! Ich sehe auch auf der rechten Seite des Hauses Frauen, die die Rechte der Wähler vertreten, und mit vollem Recht. Ich möchte aber betonen, daß Sie mit Ihrer heutigen Stellungnahme genau dasselbe tun, was früher die Gegner des Frauenwahlrechts gemacht haben. Die Frauen, die Ihnen heute noch nachlaufen, werden Ihre Stellungnahme nicht verstehen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung heute in dritter Lesung angenommen werden müssen. Ich bitte Sie, diesen Beschlüssen zuzustimmen. Ich nehme an, daß es auch unter den Frauen der bürgerlichen Parteien immer noch welche geben wird, die, veranlaßt durch die Ausführungen in der Diskussion, sich auf ihren bisherigen Standpunkt zurückfinden werden.

(Widerspruch rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brodauf.

Brodauf, Abgeordneter: Geehrte Damen und Herren! Die Angriffe, die Herr Dr. Rosenfeld speziell gegen meine politischen Freunde gerichtet hat, machen es doch nötig, daß wir ihm kurz antworten. Es ist geradezu unerhört, wenn Herr Dr. Rosenfeld mit aller Beredsamkeit hier dartun will, bei der heutigen Abstimmung handle es sich darum, ob man Gegner des Rechts der Frauen, Schöffe und Geschworene zu werden, sei oder Anhänger dieses Rechts.

(Sehr richtig!)

Herr Dr. Rosenfeld, das ist eine Verdrehung, wenn Sie (B) es so hinstellen! Sie wissen ganz genau, daß es sich nur darum handelt, auf welchem Wege man am besten zu dem gemeinsamen Ziele kommt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Unerhört ist es, wenn Sie von meinen politischen Freunden und mir behaupten, wir wären Gegner dieses Rechts. Das haben Sie hier ausgesprochen, und Sie haben es fertig gebracht — und das beweist die ganze Spitzfindigkeit und Rabulistik, mit der hier gearbeitet worden ist —, uns einen Strick aus einem Antrag zu drehen, den wir vor über einem Jahre eingebracht haben, einem Antrag, der meinen Namen trägt. Wir waren die ersten von den verschiedenen Parteien, die verlangt haben, daß ein Gesetzentwurf vorgelegt wird; und wenn kein Gesetz gekommen ist, können Sie uns nicht dafür verantwortlich machen und können nicht behaupten, daß es uns mit diesem Antrag nicht ernst gewesen sei. Auch Sie haben eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, die noch nicht zur Verhandlung gekommen sind. Ich wiederhole, das ist eine spitzfindige Art der Beweisführung. Wenn Sie uns einen Umfall vorwerfen — ich kann ja nicht in Frage kommen; denn ich habe schon am vorigen Mittwoch gegen den Antrag Hoffmann gestimmt —, wenn Sie meinen politischen Freunden einen Umfall vorwerfen, verkennen Sie vollkommen die Situation vom vorigen Mittwoch und heute. Bereits am vorigen Mittwoch würde meine Fraktion geschlossen so gestimmt haben, wie es heute die Entschließung Leutheußer-Dr. Lüders will, wenn nicht der Herr Reichsjustizminister Dr. Heinze auf die Entschließung, die ich damals einbrachte, eine Erklärung abgegeben hätte, die allerdings ganz so aussah, als sei es ihm nicht darum zu tun, mit Beschleunigung eine Vorlage einzubringen. Aus der Erklärung des Ministers vom vorigen Mittwoch hörten allerdings viele von uns mehr das Nein, mehr prinzipielle Ablehnung, (C) und so bedeutete die Abstimmuug am vorigen Mittwoch einen Protest gegen die Erklärung des Herrn Justizministers, die als ausweichend angesehen wurde.

Heute ist die Situation anders, heute hat der Herr Reichsjustizminister sich klipp und klar verbindlich gemacht,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

schleunigst eine Vorlage einzubringen, die die Materie regelt. Denn ohne eine solche Vorlage kommen wir doch wahrhaftig nicht zum Ziel. Herr Dr. Rosenfeld, Sie wissen das genau, Sie haben im Verlauf Ihrer Ausführungen selbst von einer Novelle gesprochen, die eingebracht werden müßte. Die Regelung, wie sie der Antrag Hoffmann trifft, bedeutet nichts weiter als eine platonische Erklärung, die wir schon in der Verfassung haben. Ohne eine Regelung durch Novelle kommen wir nicht weiter.

Frau Pfülf ist einer ganz irrigen Meinung, wenn sie glaubt, die Frauen würden nun schon womöglich in wenigen Wochen als Schöffen eingezogen, wenn wir bei dem Antrage Hoffmann bleiben. Keine Rede davon! Frau Abgeordnete Dransfeld hat uns ganz besonders klar dargelegt, daß das ein Irrtum ist. Dazu gehören ganz umfassende Änderungen des Gesetzes. Ich will Ihnen eins ins Gedächtnis zurückrufen: wann sind die Arbeiter Schöffen und Geschworene geworden? Sie durften es schon werden, seitdem das Gerichtsverfassungsgesetz besteht. Aber sie sind es erst nach langem Kampf geworden, eben weil das ganze System der Auswahl der Schöffen und Geschworenen so gestaltet ist, daß es gewisse Kreise in der Hand hatten, zu bestimmen, ob jemand Geschworener wird oder nicht. Es muß ein Zwang festgelegt werden, mindestens durch Festlegung gewisser Dinge, bei denen Frauen als Schöffen und Geschworene mitzuwirken haben, sonst kommen wir nicht vorwärts. Das müssen Sie immer wieder bedenken.

(D) Ich will auf die sachlichen Gründe, die für und wider angeführt worden sind, hier nicht eingehen. Das will ich aber noch feststellen, daß wir uns die Begründung speziell des Herrn Graef nicht zu eigen machen. Herr Graef wird, wenn er seine Ausführungen noch einmal verfolgt, sich nicht wundern können, wenn man aus diesen Ausführungen eine Anschauung entnommen hat, die sich eigentlich nicht damit verträgt, daß auch er eine Entschließung zur Annahme empfiehlt, in der die Reichsregierung ersucht wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Frauen den Zugang zu diesen Ämtern eröffnet.

Ich stelle nochmals fest: wir haben nie irgendwelchen Zweifel darüber gelassen, daß wir für die Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene sind. Wir sind die ersten gewesen, die einen Gesetzentwurf gefordert haben, und wir weichen in der Anschauung auch nicht einen Deut von den Herren links ab, wenn wir jetzt statt des Weges, den sie beschreiten wollen, empfehlen, die vorliegende Entschließung anzunehmen.

Das eine will ich bloß noch zum Schluß Herrn Dr. Rosenfeld sagen. Wenn er jetzt mit aller Heftigkeit im Verlauf der beiden Debatten betont, daß wir den Weg beschreiten müssen, den Herr Hoffmann angegeben hat, so kann ich mich nur wundern, warum er denn nicht schon im Ausschuß darauf gekommen ist und nicht dort eine Bestimmung verlangt hat, wenn er unbedingt glaubt, daß diese Materie hier bei der Novelle zur Entlastung der Gerichte geregelt werden müsse.

Ich bitte Sie also, der Entschließung, die heute eingebracht ist, zuzustimmen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Es ist noch eine weitere Entschließung Frau Behm, Frau Mueller-Otfried und Genossen auf Drucksache Nr. 1614 eingegangen:

(Präsident.)

(A) die Regierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs aufzufordern, durch welchen § 93 a Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung wie folgt abzuändern ist:

Wählbar zu Mitgliedern des Vorstands und der Ausschüsse sowie zu Mitgliedern des in § 83 Abs. 2 Ziff. 11 bezeichneten Organs sind nur solche wahlberechtigten Innungsmitglieder, die ohne Rücksicht auf das Geschlecht nach §§ 31, 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Schöffenamt befähigt sind.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Pfülf.

Pfülf, Abgeordnete: Es tut mir leid, daß ich die an sich schon sehr in die Länge gezogene Debatte noch einen Augenblick verlängern muß. Bei dem Abänderungsantrag, den wir gestellt haben, ist augenscheinlich ein Irrtum in der Auffassung unterlaufen. Wir haben beantragt, den allgemeinen Zugang der Frauen zu dem Schöffen- und Geschworenenamte zu regeln. Wir wollten zum Ausdruck bringen, daß in jeder Gerichtsart die Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamte zugelassen werden müssen. Das ist nicht etwa so aufzufassen, daß jede Frau das Amt annehmen muß, ganz gleich, welche Schwierigkeiten sich bei ihr der Ausübung des Amtes entgegensetzen, sondern daß jede Gerichtsart erfaßt werden muß. Daß natürlich **Ausnahmebestimmungen** erlassen werden müssen, **die eine Ablehnung zulassen,** scheint mir selbstverständlich zu sein.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Dr. **Heinze,** Reichsjustizminister: Das sind technische Fragen, die ich bei dem Gesetzentwurf zu behandeln bitte, der dem Reichsrat vorliegt.

(B) **Präsident:** Die Debatte ist geschlossen, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Trimborn.

Trimborn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Während ich für einen Augenblick abwesend war, hat, wie mir zuverlässig mitgeteilt worden ist, die Frau Abgeordnete Zietz mich persönlich angegriffen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ach nein!)

— Ja, denken Sie mal an! —

(Heiterkeit.)

Sie hat behauptet, bei der zweiten Lesung wäre ich in einen Kreis von Damen hineingetreten, der sich hier im Saale zusammengefunden, und hätte sämtliche Zentrumsdamen mehr oder weniger gewaltsam veranlaßt, in anderem Sinne zu stimmen, als es der Frau Zietz angenehm gewesen wäre,

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

anders zu stimmen, als sie ursprünglich vorgehabt hätten. Ich hätte versucht, die Damen umzustimmen.

Demgegenüber habe ich zu bemerken: Das ist völlig unrichtig! So etwas ist mir gar nicht eingefallen. Ich wäre bei den Zentrumsdamen schön angelaufen, wenn ich versucht hätte, sie mit solchen Mitteln irgendwie in ihrer Meinung zu beinflussen. Da kennen Sie unsere Damen sehr schlecht!

(Heiterkeit.)

Was geschehen ist, ist folgendes. Da hatten sich Damen angesammelt zu einer Gruppe in einem Umfange, der mir etwas bedenklich erschien.

(Große Heiterkeit.)

Es war eine Ansammlung, wie sie unter den Damen nicht gerade häufig stattfindet; und bei der reichlich mit Elek- (C) trizität geladenen Atmosphäre, die hier im Hause seit einigen Wochen herrscht, war ich etwas ängstlich.

(Stürmische Heiterkeit.)

Die Ansammlung vollzog sich ganz in meiner Nähe. Ich bin nun herübergegangen, lediglich in meiner Eigenschaft als Beschwichtigungskommissar.

(Schallende Heiterkeit.)

Meine Anwesenheit genügte denn auch, um die Gemüter in Ruhe zu versetzen, und allmählich haben sich dann die Damen verzogen. Die Zentrumsdamen sind ruhig wieder in ihre Reihen zurückgekehrt. Wenn Frau Zietz wüßte, wie milde und sanft im Zentrum das Regiment des Vorsitzenden geführt wird, dann würde sie auf solche Gedanken überhaupt niemals gekommen sein.

(Große Heiterkeit und Beifall.)

Präsident: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat die Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Es ist durchaus falsch, was der Herr Abgeordnete Trimborn als meine Ausführung zitiert hat. Ich habe nicht gesagt, der Herr Abgeordnete Trimborn habe auf seine Frauen eingeredet

(große Heiterkeit)

— auf die Frauen seiner Fraktion eingeredet, um sie umzustimmen, sondern ich habe mit anderen Worten nur dasselbe gesagt, was der Herr Abgeordnete Trimborn jetzt eben geschildert hat. Es hatte sich hier ein Kreis von Frauen gebildet, und zwar in der Nähe des Abgeordneten Rosenfeld, die diskutiert haben über den Antrag Rosenfeld, und da ist der Herr Abgeordnete Trimborn gekommen und hat diese Frauen zurückgetrieben,

(Heiterkeit)

so wie ich eben auf der Tribüne gesagt, daß der Herr Abgeordnete Trimborn die weiblichen Abgeordneten seiner (D) Fraktion wie die kleinen Schulkinder fortgejagt habe, um sie unserm „verderblichen“ Einfluß zu entziehen, und daß sie sich auch entfernt haben wie die Schulkinder.

(Heiterkeit.)

Ich will hinzufügen, daß ich allerdings den Herrn Abgeordneten Trimborn in der Eigenschaft eines besonders sanften und liebevollen Abgeordneten hier zuerst nach seinen Darlegungen kennengelernt habe. In meiner Vorstellung erscheint er immer als der Dreher des Schleifsteins, als der Scharfmacher.

(Heiterkeit.)

Präsident: Das letztere war nicht mehr persönlich.

Ich bitte, zur Abstimmung Platz zu nehmen. Wir kommen zur Abstimmung über Art. I, und zwar zunächst über eine Anzahl unbestrittener Ziffern, die ich aufrufe.

Ziff. 1 — ist angenommen, 2 — angenommen, 3 — angenommen, 4 — angenommen, 5 — angenommen.

Zu Ziff. 5 (neu) liegt der Antrag Leutheußer auf Nr. 1609 unter 1 vor, die Ziff. 5 (neu) und 7a zu streichen. Der Antrag bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihn unterstützen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Dann liegt ein Antrag Dr. Rosenfeld, Ledebour auf namentliche Abstimmung über diesen Antrag Leutheußer vor. Der Antrag Dr. Rosenfeld bedarf der Unterstützung durch 50 Mitglieder.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihn unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Meine Damen und Herren! **Wir kommen zur namentlichen Abstimmung.**

(Präsident.)

(A) Ich bitte nunmehr diejenigen, welche dem Antrag Leutheußer zustimmen, also die beiden genannten Ziffern wieder entfernen wollen, einen Zettel mit Ja, diejenigen, welche den Antrag Leutheußer ablehnen, also die beiden Ziffern stehen lassen wollen, einen Zettel mit Nein abzugeben. Für die Herren und Damen, die in den Reichstag erst kürzlich eingetreten sind und noch keine Zettel mit ihrem Namen im Besitze haben, liegen Zettel ohne Namen auf dem Tisch des Hauses bereit.

Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln.

(Geschieht.)

Diejenigen Damen und Herren, welche noch nicht abgestimmt haben, fordere ich auf, sich hierher zu bemühen und ihren Zettel hier abzugeben.

(Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen. —

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige*) Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Es sind abgegeben worden 331 Stimmen: davon 183 mit Ja, 146 mit Nein; zwei Mitglieder haben sich enthalten. Der Antrag Leutheußer ist also angenommen.

(Pfui-Rufe auf der äußersten Linken. — Lachen rechts.)

Ich rufe weiter auf Ziffer 6, — 7, — 8, — 9, — Art. II, — Art. III Ziffer 1, — 1a, — 1b, — 1c, — 1d, — 2, — 3, — 4, — Art. IV, — Art. V, — Art. VI, — Art. VII, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Nun bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurfe in der Fassung, die er durch die Beschlüsse vorhin erhalten hat, ihre Zustimmung geben wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist so angenommen.

(B) Wir kommen zur Erledigung der Entschließungen. Zunächst liegt eine Entschließung des Ausschusses auf Nr. 1509 der Drucksachen unter II 1 vor:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Regelung des Güteverfahrens einzubringen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Sie ist angenommen.

(Zuruf rechts: Einstimmig!)

Die zweite Entschließung des Ausschusses auf Nr. 1509 unter II 2 geht dahin,

> die Reichsregierung zu ersuchen, bei der kommenden Reform des Strafprozesses eine Erweiterung des § 435 der Strafprozeßordnung in dem Sinne vorzunehmen, daß auch Verwandten des Verletzten das Recht zum Anschluß als Nebenkläger gegeben wird.

Wer diesem Ersuchen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Auch dieses Ersuchen ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zu der Entschließung Leutheußer und Genossen auf Nr. 1609. Dazu liegt zunächst der Abänderungsantrag Dr. Radbruch, Frau Pfülf vor, wonach in der 4. Zeile gesagt werden soll,

> einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den allgemeinen Zugang der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamte regelt.

Wer für den Fall der Annahme der Entschließung Leutheußer dieser Abänderung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 2751.

Das ist die Mehrheit; der Abänderungsantrag ist angenommen. (C)

Nun bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche der so abgeänderten Entschließung Leutheußer zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Sie ist so angenommen.

Wir kommen nunmehr zu der Entschließung Frau Behm, Frau Mueller-Otfried und Genossen auf Drucksache Nr. 1614.

Hierzu hat das Wort Frau Abgeordnete Behm.

Behm, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Nur eine kurze Erklärung zu dieser in letzter Stunde eingereichten Entschließung. Auch wir stehen hinter dem Abänderungsantrag Leutheußer. Durch seine Annahme wird aber die Möglichkeit, daß **Frauen in Innungen Vorstandsmitglieder und Vorsitzende** werden können, wieder zeitlich hinausgeschoben. Es kommen aber dauernd von berufsständischen Frauen: Putzmacherinnen, Schneiderinnen, Weißnäherinnen usw. Wünsche an uns heran, **Fraueninnungen** bilden zu können, und das gesetzliche Recht zu erlangen, den Vorstand zu bilden und darin den Vorsitz zu führen. Durch die eben gefaßten Beschlüsse wird die Erfüllung dieser Wünsche wieder hinausgeschoben.

(Andauernde Unruhe.)

— Darf ich die Herren, die jetzt erreicht haben, daß die Verleihung des Rechts an die Frauen, das Schöffen- und Geschworenenamt zu versehen, vertagt worden ist — wie ich zugebe, aus Zweckmäßigkeitsgründen —, recht herzlich ersuchen, mir einen Augenblick zuzuhören und dann der vorgelegten Entschließung ihre Zustimmung zu erteilen, um so auf einem praktischen Gebiet der Frau schleunigst zu einer wirklich sehr vernünftigen Berechtigung zu verhelfen. — Den Frauen dieses Recht zu verleihen ist aber nur möglich, wenn das hohe (D) Haus unserer Entschließung zustimmt, die eine Vorlage fordert, durch welche § 93a Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung abgeändert wird. Die Abänderung muß enthalten, daß wählbar zu Mitgliedern des Vorstands und der Ausschüsse sowie zu Mitgliedern des im § 83 Abs. 2 Ziff. 11 bezeichneten Organs nur solche wahlberechtigte Innungsmitglieder sind, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, die nach den §§ 31 und 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes, zum Schöffenamt befähigt sind. Den Herren der Schöpfung möchte ich zum Trost sagen, daß diese Wünsche die Billigung der Handwerkskammern und der Handwerker selbst finden. Ich bitte Sie deshalb nochmals herzlich, dieser Entschließung zuzustimmen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Juchacz.

Juchacz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion kann zwar den Frauen, die nicht Innungsvorstand nach dem geltenden Gesetz werden können, nachfühlen, daß ihnen das recht unangenehm ist; aber die automatische Folge der Ablehnung des Antrages Leutheußer hätte bedeutet, daß die betreffende Gruppe von Frauen zu ihrem Recht gekommen wäre. Meine Fraktion ist der Ansicht, daß, wenn der Herr Justizminister recht bald den in der Entschließung geforderten Gesetzentwurf bringt, damit auch die Frauen, die in ihrer Innung in das Vorstandsamt hineinwollen, ihr Ziel erreicht haben. Die Entschließung erübrigt sich.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche der Entschließung Behm, Mueller-Otfried und Genossen auf

(Präsident.)

(A) Nr. 1614 der Drucksachen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Wir kommen zu den Petitionen. Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Marx, Abgeordneter, Berichterstatter: Ich muß einen Augenblick um Gehör bitten, weil nachträglich drei Petitionen eingegangen sind.

Der **Verband Norddeutscher Mietervereine, Geschäftsstelle Kiel,** wendet sich gegen die Vorschrift in dem Entwurf, daß die **Berufungsgrenze von 50 Mark** erhöht wird. Da dieser Gegenstand nunmehr durch die Annahme des Gesetzentwurfs erledigt ist, bitte ich, diese Petition — II 5694 — für erledigt zu erklären.

Dann ist eine Petition eines gewissen Herrn **Jenschewitz aus Königsberg** eingegangen, der anscheinend aus Anlaß eines von ihm nicht mit großem Glück geführten Prozesses darum bittet, den **Anwaltszwang aus der Prozeßordnung** überhaupt **auszuschalten,** den Anwaltszwang wenigstens in solchen Fällen zu beseitigen, wo die Partei sich selbst hinreichend zu vertreten imstande ist. Damit geht diese Petition weit über den Rahmen des zur Beratung stehenden Gesetzes hinaus. Ihre Begründung reicht nach meiner Meinung auch nicht aus, eine so weitgehende grundsätzliche Änderung der Prozeßordnung in einem sehr wichtigen Punkte vorzunehmen. Ich bitte deshalb über diese Petition — II 5210 — zur Tagesordnung überzugehen.

Ferner ist noch eine Eingabe eines **Rechtsanwalts** Dr. **Hugo Kaufmann aus Crefeld** eingegangen, der um eine **Abänderung des § 496 Abs. 4 der Zivilprozeßordnung** bittet. In diesem Paragraphen 496 Abs. 4 wird bestimmt, daß, wenn eine Partei durch einen Anwalt vertreten ist, (B) es im Verfahren vor dem Amtsgericht zum Nachweis der Zustellung genügt, wenn das Empfangsbekenntnis mit Datum und Unterschrift des Anwaltes versehen ist. Dr. Kaufmann ist der Ansicht, daß diese Bestimmung ohne grundsätzliche Änderung unserer Zivilprozeßordnung durch Einfügung dieser Vorschrift hinter § 213 der Zivilprozeßordnung auf alle Prozesse, auch auf die Anwaltsprozesse, auf das Verfahren bei den Landgerichten als anwendbar zu erklären sei. Da immerhin der Vorschlag erwägenswert ist, so beantrage ich, diese Petition — II 5940 — als Material der Regierung zu überweisen.

Präsident: Ich nehme an, daß das Haus, wenn ich keinen Widerspruch höre, dieser Erledigung der Petitionen zustimmt, wie sie der Ausschuß und der Herr Berichterstatter eben vorgeschlagen hat. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt des Reichsschatzministeriums nebst Ergänzung (Anlage X) mit **Ausnahme** von Kap. 6 der fortdauernden Ausgaben **(Reichsbekleidungsämter),** Kap. 1 Tit. 6 der Ausgabe des außerordentlichen Haushalts, Kap. 1 Tit. 3 der Einnahme des Ergänzungshaushalts.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1572 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Bauer.

Antrag Nr. 1573.

Wir fahren in der Debatte bei Kap. 1 Tit. 1 der (C) fortdauernden Ausgaben fort.

In der fortgesetzten Aussprache hat das Wort der Herr Abgeordnete Kahmann.

Kahmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsschatzminister verdankt sein Ministerportefeuille dem Wahlausfall vom 6. Juni vorigen Jahres. Diese Wahl ist von seiner Partei in weitestgehendem Maße durch riesige Geldmittel und durch außergewöhnlich weitgehende Wahlversprechen beeinflußt worden, die ungefähr auf den Ton eingestellt waren: der **Wiederaufbau der zusammengebrochenen deutschen Volkswirtschaft** muß durchgeführt werden **unter der Führung** von **Fachministern.** Ich habe aus dem Grunde die starke Erwartung gehegt, daß der Herr Reichsschatzminister die gestrige Gelegenheit dazu benutzt hätte, um ein großzügiges Programm zu zeigen, um uns die Wege zu weisen, auf denen er zu seinem Teil an dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft teilzunehmen gedenkt. Ich muß aber gestehen, daß ich wie früher bei den Reden des Herrn Reichswirtschaftsministers auch dieselbe Enttäuschung gehabt habe, als der Herr Reichsschatzminister hier die Gelegenheit wahrgenommen hat, seinen Etat zu vertreten. Er hat sich in seinen Äußernngen in der Hauptsache darauf beschränkt, Antworten zu erteilen auf Anfragen, die gestern an ihn gestellt worden sind. Antworten sind erfolgt, die im wesentlichen früher gegeben worden sind und die durchaus nichts Neues brachten.

Meine Damen und Herren! Wenn ich nun auf die zum Gegenstand gehörenden Fragen eingehe, so darf ich zunächst namens meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, daß wir durchaus dadurch angenehm gestimmt sind, daß der **Abbau der Kriegsgesellschaften** in weitestgehendem Maße vorgenommen ist. Meine Fraktion hat ja auch in früherer Zeit mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß sie (D) will, daß mit aller Entschiedenheit an den Abbau dieser Fremdkörper herangegangen wird, die für die Friedenszeit keine Daseinsberechtigung mehr haben können. Trotzdem wiederhole ich die auch von uns bereits früher ausgesprochene Auffassung, daß der Aufbau unseres Wirtschaftslebens nach neuen Grundzügen zu erfolgen hat, und daß **an Stelle der alten,** zum Teil überlebten **Wirtschaftsform** doch eine **Gemeinwirtschaft** einsetzen muß, die den arbeitenden Schichten einen wesentlichen Einfluß gestattet.

Meine Damen und Herren! Ich kann die Ansicht durchaus nicht verhehlen, daß wir der Tätigkeit des Herrn Ministers mit stärkstem Mißtrauen begegnen. Ich verrate durchaus kein Geheimnis, wenn ich sage, daß, als im Juni vorigen Jahres uns die Mitteilung gemacht worden ist, Herr v. Raumer wird dem Reichstag als Schatzminister präsentiert, das in meiner Fraktion die allerstärksten Bedenken ausgelöst hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese Bedenken wurden auch nicht gemildert, als uns erklärt wurde, der Herr Minister v. Raumer sei bereit, das geschaffene Elektrizitätsgesetz in der loyalsten Weise auszuführen. Auch dann, als der Herr Reichskanzler in seiner Programmrede vom 28. Juni 1920 erklärt hatte, daß die **Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft** in Angriff genommen und durchgeführt wird, waren unsere weitgehenden Bedenken gegen den Herrn Reichsschatzminister durchaus nicht erschüttert. Wenn wir uns damals aber trotzdem jedes Einflusses auf die Besetzung des Reichsschatzministeriums enthielten und diese Stellungnahme für das ganze Kabinett maßgebend sein ließen, so aus dem ganz einfachen und für Sie (nach rechts) auch jedenfalls erklärlichen Grunde, vollkommen ohne Ver-

(**Rahmann**, Abgeordneter.)

(A) antwortung für das zu sein, was unternommen und was unterlassen wird.

Wenn wir nun heute Gelegenheit nehmen, rückblickend die Arbeit des sogenannten Wiederaufbau- und Fachministers im Schatzministerium zu betrachten, dann können wir leider zu einem günstigen Urteil über seine Tätigkeit durchaus nicht gelangen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Von jenen Entwicklungstendenzen, die zur Gemeinwirtschaft führen und die in diesem Ministerium, dessen Etat jetzt zur Beratung steht, stark in die Erscheinung treten sollten, ist unter Führung des Herrn v. Raumer nichts mehr zu verspüren. Auf dem Gebiete der **Elektrizitätswirtschaft** werden die praktischen Gegenwartsarbeiten nach alten Grundsätzen und Plänen fortgeführt. Die Arbeiten aber, die dahin gehen, die ganze Elektrizitätswirtschaft auf eine gemeinwirtschaftliche Grundlage zu bringen und die uns schon seit langer Zeit beschäftigen, haben jetzt aufgehört. Wir können heute statt dessen beobachten, daß der Privatkapitalismus aufs neue befestigt wird und ihm für jetzt und vor allem für die Zukunft außergewöhnlich große Vorteile gesichert werden.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich lasse bei dieser Erörterung durchaus dahingestellt, ob die **finanzpolitische Durchführung des Elektrizitätsgesetzes** nach den heute gegebenen Verhältnissen möglich ist. Ich lasse mit Rücksicht auf die eigenartig gelagerten außenpolitischen Verhältnisse auch die Frage unerörtert, ob die alte Form des Gesetzes heute noch als zweckmäßig anerkannt werden kann. Der **Entwurf**, der ausgearbeitet worden ist und der jetzt im Schoße des Reichsschatzministeriums ruht, bedeutet aber eine glatte **Herausforderung der Kreise, die für die Gemeinwirtschaft,** für die Sozialisierung **der Elektrizitätswirtschaft eintreten.** Man merkt dem Entwurf vom ersten bis zum letzten Paragraphen (B) an, daß Vertreter der Privatkapitalisten ihren Willen darin in stärkstem Maße zum Ausdruck gebracht haben. Ich habe allerdings der Schaffung dieses Entwurfs mit außergewöhnlich großer Besorgnis entgegengesehen. Aber meine schlimmsten Erwartungen sind bei weitem übertroffen worden. Die ganze Verwaltung von der obersten Zentralbehörde bis in die Bezirksgesellschaften hinein ist in dem Entwurf in überwiegendem Maße den kapitalistischen Bureaukraten, Sachverständigen und den Kapitalisten überhaupt eingeräumt worden. Der Zusammenschluß der Elektrizitätsgesellschaften und -werke, der volkswirtschaftlich eine bittere Notwendigkeit ist, wenn überhaupt der Zustand der Ökonomisierung eintreten soll, soll nach dem Entwurf im Wege absolut freier Entschließung erreicht werden. Der berechtigten Forderung, der Arbeiter- und Angestelltenschaft einen ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß in allen Organen dieser über das ganze Reich sich erstreckenden Organisation einzuräumen, ist in dem Gesetz durchaus nicht Genüge getan. Da darf man ruhig die Behauptung aufstellen: wenn schon in den Reichsbetrieben und in den Betrieben, die zum größten Teil in den Besitz des Reichs oder in den Besitz sogenannter öffentlich-rechtlicher Körperschaften übergehen sollen, am grünen Zweige die Rechte der Arbeiter- und Beamtenschaft so außerordentlich wenig gewahrt werden, dann kann man wahrlich am dürren Zweige der privatkapitalistischen Gesellschaft nichts mehr verlangen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Fraktion verlangt daher, daß ein Gesetz geschaffen wird, mit dem nach gesunden und möglichst einheitlichen Grundzügen der Wiederaufbau der Volkswirtschaft möglichst schnell und gründlich durchgeführt werden kann. Wir verlangen ferner, daß der Zusammenschluß und die Stromabgabe wie auch der Ausbau der Elektrizitätswirtschaft in einer Weise erfolgt, die dem Privatkapitalismus nicht auf den Leib zugeschnitten ist und ihm (C) dauernde und weitgehende Vorteile auf Kosten der Gesamtheit sichert. Dabei wünschen wir, daß der in weiten Kreisen des deutschen Volkes aufgestellten Forderung Beachtung geschenkt wird, den Ausbau nach solchen Grundsätzen vorzunehmen, daß die **finanzschwachen Kreise,** vor allen Dingen solche **ländlicher Art,** ebenso gut wie die finanzstärkeren Kreise, die hauptsächlich industriell durchsetzt sind, auch die **Möglichkeit** haben, ausreichend und billig **mit Elektrizität versorgt zu werden.**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir verlangen weiter, daß der **Arbeiter- und Beamtenschaft** in allen Körperschaften, die bei der Schaffung dieses Gesetzes eingerichtet werden, der ihr zustehende **Einfluß** eingeräumt wird. Denn es ist doch eine allgemein anerkannte Tatsache, daß die Beamten und Arbeiter das Fundament einer aufblühenden Volkswirtschaft sind. Sie sind zugleich auch die lebendige Kraft, die den Wiederaufbau in bester Weise zu fördern in der Lage sind. Sie sind es, die durch ihren Fleiß und ihre Intelligenz in erster Linie mit dazu beitragen können, daß Wohlstand und Kultur im verarmten Deutschland möglichst bald wieder aufblüht.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sie sind auch — und darum darf man mit vollem Rechte fordern, daß ihnen ein größerer Einfluß eingeräumt wird — auf diesem Gebiete außergewöhnlich gut als Sachverständige zu gebrauchen, und es erscheint unverständlich, daß ihnen nach der Vorlage nur ein sehr geringfügiges Recht zugestanden worden ist.

Darüber hinaus aber können wir uns auch keineswegs mit der Ansicht einverstanden erklären, den Trägern der politischen Gewalt, vor allem dem Reichstage, einen nur unbedeutenden Einfluß einzuräumen. Vielmehr müssen nach unserer Ansicht **in den Körperschaften Abgeordnete** sitzen, weil gerade sie in erster Linie die finanzielle und (D) politische Verantwortung für die Durchführung derartiger Gesetze zu tragen haben.

(Wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir können uns keineswegs damit einverstanden erklären, daß dem Reichswirtschaftsrat und den Bezirkswirtschaftsräten ein ohnehin außergewöhnlich geringer, untergeordneter Einfluß in den in Betracht kommenden Gesellschaften eingeräumt werden soll.

Von der Art der loyalen Durchführung des Elektrizitätsgesetzes bekamen wir ja sehr bald nach Antritt des Herrn Reichsschatzministers eine recht nette Probe zu kosten. Als nämlich die bekannten **Niedersächsischen Kraftwerke,** die kurz „Nike“ genannt werden, durch Verkauf an eine Gesellschaft übergingen, in der Herr **Stinnes** einen recht starken Einfluß auszuüben vermag,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

da habe ich — und ich glaube, ich habe es in Wahrnehmung öffentlicher Interessen getan — den Reichsschatzminister ersucht, den **Verkauf** der „Nike“ **an das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk** kraft seines Rechts auf Grund des Gesetzes zu inhibieren. Ich habe das gewünscht, weil damals neun preußische Landkreise und eine Reihe von Städten das Kraftwerk mit Hilfe des zu schaffenden Elektrizitätsgesetzes zu erwerben beabsichtigten. Der Herr Reichsschatzminister hat aber von seinem ihm gesetzlich zustehenden Recht keinen Gebrauch gemacht, und zwar um deswillen nicht, weil er in der getroffenen Regelung, wie er sagt, einen Vorteil für die interessierten neun Landkreise sieht.

Der Vertrag, der abgeschlossen worden ist, mag den Landkreisen augenblicklich gewisse Vorteile bieten. Aber wenn man diesen Vertrag unter dem Gesichtswinkel der allgemeinen Elektrizitätsversorgung betrachtet, und wenn man will, daß diese nach Grundsätzen der Gemeinwirt-

(**Rahmann**, Abgeordneter.)

(A) schaft durchgeführt werden soll, dann ist es meines Erachtens absolut gleich, ob der Ausbau der Anlagen dieses Werks von dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk unter Aufwendung mehrerer Millionen durchgeführt wird, oder aber ob die Gelder von anderen Stellen dazu zur Verfügung gestellt werden. Denn in dem großen Netz der deutschen Elektrizitätswerke ist sowohl das Rheinisch-Westfälische als auch das Niedersächsische Kraftwerk nur ein Glied, und es kann uns nur daran liegen, daß möglichst den Kommunalverbänden, die immerhin ein viel größeres Entgegenkommen unsererseits zu beanspruchen haben, mehr Entgegenkommen gezeigt wird als einer Gesellschaft, die, wie ich bereits sagte, stark unter dem Einfluß eines Großkapitalisten — hier des Herrn Stinnes — steht.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Mittel zur Durchführung der notwendigen Aufgaben müssen so oder so bereitgestellt werden, und darum muß ich auch heute noch darin einen Vorteil erblicken, wenn ein leistungsfähiges Werk in den Besitz rein kommunaler Körperschaften übergeht.

Außerdem ist es ja eine feststehende Tatsache, daß ein besonders wirtschaftspolitischer Vorteil für das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk gar nicht obwalten kann; denn die Entfernung zwischen den beiden Werken, die hier in Betracht kommen, ist eine so ungeheuer große, daß eine in die Augen springende Interessengemeinschaft meines Erachtens durchaus nicht in Frage kommen kann. Darüber hinaus kommt in Betracht, daß die Ausnützungsmöglichkeit sowohl des Rheinisch-Westfälischen als auch des Niedersächsischen Kraftwerkes schon voll gegeben gewesen ist, daß aus dem Grunde auch daraus nicht auf die Notwendigkeit geschlußfolgert werden könnte, daß eine Verbindung unter allen Umständen zweckmäßig wäre.

Meine Damen und Herren, wenn unter der alten (B) Regierung, in der die Sozialdemokratie stark vertreten gewesen ist, von einem gesetzlichen Recht nicht Gebrauch gemacht worden wäre, wenn beispielsweise ein größeres Werk an eine Arbeitsgenossenschaft oder an einen Konsumverein veräußert worden wäre, dann würde, glaube ich, in den Reihen der bürgerlichen Kreise ein außerordentlich starkes Lamento darüber angeschlagen werden, und man würde versuchen, selbst den Verdacht zu erregen, daß hier eine Art politischer und wirtschaftlicher Korruption obwalte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir bedauern, daß durch jenen Verkauf der an und für sich schon ins Gigantische gesteigerte Einfluß des Herrn Stinnes noch weiter gesteigert worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir können ja jetzt überall den **Ausdehnungsdrang des Herrn Stinnes** beobachten. Seine polypenartigen Arme greifen immer tiefer und tiefer in das deutsche Wirtschaftsleben hinein. Er begnügt sich heute nicht mehr mit seiner Wirtschaftsprovinz. Herr Stinnes braucht ein Königreich für seinen Tatendrang und zur Unterbringung seiner ungeheuren Geldmittel, und dieser Verkauf, der da getätigt worden ist, ist um deswillen so bedeutsam, weil Herr Stinnes seinen wirtschaftlichen Einfluß nicht nur auf 9 weitere Landkreise ausdehnt, sondern weil er auch eine Gefahr im Gefolge hat, daß nämlich seine Herrschaft in Rheinland-Westfalen noch viel weiter ausgebreitet werden dürfte, als das ohnehin schon der Fall ist. Denn nach Ansicht aller in Betracht kommenden Sachverständigen ist es nunmehr nur eine Frage der Zeit, daß auch das sogenannte **Bochumer Elektrizitätswerk,** nach dem Herr Stinnes schon vor Jahren seine Hände ausgestreckt haben soll, und das bis zum heutigen Tage ein rein kommunales ist und das von dem Niedersächsischen Kraftwerk nicht unbedeutend abhängig ist, sich dem sogenannten großen **Stinnesschen Elektrizitätskonzern** anschließen muß.

Wir sehen in dieser Entwicklung, die zu beobachten (C) wir hier Gelegenheit haben, die Möglichkeit des Eintretens auch politischer Schwierigkeiten, denn **Wirtschaftskönige** sind schließlich auch gewohnt, in starkem Maße **politische Rechte** zu beanspruchen und **politisch** zu **kommandieren.** Das haben wir ganz deutlich feststellen können, als neulich die Schiffstaufe in Flensburg stattgefunden hat, bei der doch unzweifelhaft eine weitgehende Beeinflussung unserer auswärtigen Politik, die friedliebend eingestellt werden soll, in unzulässiger Weise stattgefunden hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Daher wäre es unseres Erachtens richtiger gewesen, wenn der Herr Reichsschatzminister Herrn Stinnes bei seinem Verlangen, auch jenes Werk mit übernehmen zu können, einen Korb gegeben hätte,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

zumal es ja auch manchmal einen ganz guten Eindruck auslöst, wenn ein Minister seinem Parteifreund auch einen Korb erteilt.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dieselbe Antipathie gegen den Gedanken der Gemeinwirtschaft ist bei dem Herrn Minister v. Raumer noch festzustellen bei der Verwaltung der Reichsbekleidungsämter, der Garnisonbäckereien und auch in bezug auf die großen Reichsbetriebe, die unter dem Namen „Deutsche Werke“ vereinigt sind.

Ich verzichte darauf, das Kapitel **Reichsbekleidungsämter** zu erörtern, weil sich später Gelegenheit geben wird, darauf noch näher einzugehen, und beschränke mich nur auf die Bemerkung, daß hier ein weitsichtiger und von großen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geleiteter Minister außerordentliche Gelegenheit hätte zu beweisen, daß auch Reichsbetriebe in ihrer Leistungsfähigkeit ungemein hoch stehen können. Aber der Herr Reichsschatzminister macht einmal den Kapitalisten weitgehende Zugeständnisse und sieht sich dann veranlaßt, auch dem Mittelstande Konzessionen zu machen. Er macht ihm Konzessionen, weil es erstens nichts kostet und weil es zweitens politisch ein einbringliches Geschäft werden könnte. (D)

Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß aus einer **Schließung der Reichsbekleidungsämter,** mit der eine Konzession an den **Mittelstand** verbunden sein soll, dem eigentlichen Handwerkerstande gar kein Nutzen gebracht werden kann; denn bekanntermaßen wird die Konfektion, die in jenen großen leistungsfähigen Betrieben nur hergestellt werden kann, nicht vom Handwerkerstande hergestellt, sondern ist Aufgabe von Großbetrieben, in denen der Handwerker seine Interessengemeinschaft durchaus nicht hat. Wir wünschen aus dem Grunde, um das für spätere Verhandlungen vorweg zu sagen, daß der Herr Reichsschatzminister sich im weitesten Ausmaß veranlaßt sieht, darauf hinzuwirken, daß die Reichsbekleidungsämter darauf eingestellt werden, **Dienstanzüge und Arbeiterkleidung** usw. anzufertigen, damit nicht eine Entlassung der zurzeit dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stattzufinden braucht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen, daß die Reichsbetriebe gesunden und daß sie zur größten Leistungsfähigkeit entwickelt werden, damit durch deren Ergebnisse ein doppelter Einfluß auf die Privatwirtschaft ausgeübt wird, nämlich einmal in bezug auf die Preisfrage der Waren, dann aber auch in bezug auf die Einrichtungen, die für die Beschäftigten und Angestellten in sozialer Beziehung dort getroffen worden sind.

Meine Partei schätzt entgegen anderen Behauptungen die **Leistungsfähigkeit des deutschen Handwerks** außergewöhnlich hoch, und ich sage durchaus die Meinung meiner

(**Kahmann**, Abgeordneter.)

(A) Fraktion, wenn ich erkläre, daß wir dem Handwerk recht gern einen goldenen Boden gönnen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Hammer.)

— Daran ändern Sie auch nichts durch Ihren Einwand; denn eine positive, praktische Handwerkerpolitik liegt vor allem darin begründet, daß wir die großen Schichten des Volkes zu leistungsfähigen Abnehmern und Käufern gestalten

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und nicht eine Politik betreiben, die letzten Endes eine Verminderung der Kaufkraft des Volkes im allgemeinen zur Folge haben muß.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Denn immer noch war jener Grundsatz lebendig und maßgebend, daß der Handwerkerstand und der Kaufmannsstand nur dann anständig zu leben vermögen, wenn die breiten Schichten des Volkes möglichst viel und gut einzukaufen vermögen. Je weniger Sie (nach rechts) aber von Lasten auf Ihre Schultern nehmen und je mehr Sie die indirekten Steuern und direkten Steuern für die arbeitenden Schichten vergrößern, desto mehr werden Sie gerade den Arbeiterstand und den Beamtenstand auf die Konfektion hindrängen und dadurch das Grab schaufeln, in das ein großer Teil des Handwerkerstandes hineingestoßen wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir können uns nicht einem Vorgehen anschließen und ihm unsere Zustimmung geben, wonach leistungsfähige, technisch und sozial hochentwickelte und ausgebaute Reichsbetriebe geschlossen werden zugunsten von vorhandenen Zwergbetrieben. Ein solches Vorgehen liegt nicht in der jetzigen Entwicklungslinie und bedeutet nur Rückschritt. Herr Minister, Ihre ganze Politik steht ja auch im Gegensatz dazu, auf dem Gebiet praktische Konzessionen zu machen. Ihre Partei setzt sich (B) aus den Repräsentanten der Großindustrie zusammen, die immer mehr und mehr Produktionsmittel und Kapital konzentrieren. Da ist es auch ganz falsch, wenn aus derartigen Anträgen, wie sie zweifellos gestellt werden, und aus den Reden, die von rechts gehalten werden dürften, die Handwerker- und die Kaufmannschaft Schlüsse zieht; denn jene Schlüsse sind nichts anderes als Trugschlüsse, die sie über die wahren Entwicklungstendenzen in unserer Volkswirtschaft durchaus hinwegtäuschen.

Meine Damen und Herren! Mit Recht ist die Forderung erhoben worden, dem **Techniker in den Reichsbetrieben** einen weit größeren Platz einzuräumen, als das bisher geschah. Ich habe dazu zu erklären, daß meine Partei sich nachdrücklichst hinter jene Forderung stellt. Nach unserer Ansicht kann der Wiederaufbau unserer zusammengebrochenen Wirtschaft nur unter Führung des Reiches erfolgen. Diese Riesenaufgabe kann nur gelöst werden, wenn der in seiner Leistung ungemein hochstehende deutsche Techniker in größtem Ausmaße zur Mitarbeit im Reiche herangezogen wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Alle Achtung vor dem juristisch vorgebildeten Verwaltungsbeamten, aber nicht weniger Achtung vor dem deutschen Techniker!

Meine Damen und Herren! Wenn wir vor dem Kriege einen so außergewöhnlich hohen Stand der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft gehabt haben, so ist das auf drei Faktoren zurückzuführen, nämlich auf die gewaltige Leistungsfähigkeit, die mit jedem Jahre gesteigert worden ist, bei den Arbeitern, bei den Kaufleuten, die uns im Auslande die Türen aufgemacht haben, um unsere Waren absetzen zu können, und bei den deutschen Technikern. Gerade in Rücksicht darauf, daß der Wiederaufbau so kompliziert und so bedeutsam ist, und daß das Reich die Führung unter allen Umständen in den Händen behalten

(C) muß, verlangen wir, daß die alte Voreingenommenheit, die gegen jene Berufsschichten vorhanden war, beseitigt wird, und daß ihnen die Stellen eingeräumt werden, auf die sie schon lange und jetzt vor allen Dingen Anspruch zu erheben das Recht haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist leider eine Tatsache, daß man im Reiche die **Techniker früher** fast ebenso behandelt hat, wie man die Sozialdemokratie schlechthin behandelte. Man betrachtete sie als **Beamte zweiter Klasse.** Man glaubte, erst dem Juristen ein besonderes Entgegenkommen zeigen zu müssen, ehe man an den Techniker dachte. Jener Umstand ist ja auch bei den letzten Verhandlungen Gegenstand von Beschwerden gewesen. Darum wünsche ich, daß meine Darlegungen mit dazu beitragen, daß jene Voreingenommenheit und jenes Unrecht gegen die technischen Beamten unter allen Umständen schnellstens und vollkommen beseitigt wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Folgen aus einem derartigen Verhalten waren und sind nur ungünstige, und darum erwarten wir, daß die Regierung mit aller Entschiedenheit die vorhandenen Schwierigkeiten beseitigt und dafür Sorge trägt, daß bereits im neuen Etat weit mehr Stellen für Techniker angefordert werden, als es in dem uns jetzt zur Beratung vorliegenden Etat der Fall ist.

Wenn nun die Tätigkeit des Herrn **Reichsschatzministers** von Erfolgen für die Gemeinwirtschaft fast oder völlig frei ist, so hätte er doch beinahe einen vollen **Agitationserfolg mit den Deutschen Werken** gehabt. Nachdem in der Presse die Stimmung genügend beinflußt worden war, wurde der Herr Reichsschatzminister plötzlich im Haushaltsausschuß von dem **Kahn-Vertrag** entbunden. In großer Entrüstung ließ sich der Herr Minister über den abgeschlossenen Vertrag aus. Und siehe da: die ganze rechtsstehende Presse hat sich in ungewöhnlich starker (D) Weise veranlaßt gesehen, den mutigen Wiederaufbauminister, der tapfer durchgreift, zu feiern. Sie tat das in Sonderheit wohl um deswillen, weil der Vertrag das Stichwort Kahn hatte, und da alle Verträge und alle Geschäfte, die von Angehörigen jüdischen Glaubens getätigt werden, naturgemäß in anderem Licht erscheinen, als wenn sie von Christen getätigt werden, so glaubte man, aus jenem Falle eine größere **antisemitische Hetze** inszenieren zu können. Ich erkläre von vornherein, daß auch meine Fraktion durch ihre Redner zum Ausdruck gebracht hat, daß sie keineswegs damit einverstanden sein kann, daß der Vertrag ohne Anhörung des Aufsichtsrats abgeschlossen worden ist. Aber wir müssen mit aller Entschiedenheit ablehnen, daß hier differenziert wird zwischen Verträgen, die mit Christen, und solchen, die mit Juden abgeschlossen werden. Damals, als der Kahn-Vertrag zur Erörterung stand, da sah es bald so aus, als ob dem Herrn Reichsschatzminister in ganz kurzer Zeit der sogenannte Antisemitenorden ausgehändigt werden sollte. Und wenn der Herr Reichsschatzminister gestern hier erklärte, daß er ungern noch auf den Kahn-Vertrag eingehe, so gestatten Sie mir, zu erklären, daß ich dafür volles Verständnis habe. Und wenn Sie (zum Reichsschatzminister) gestern dem Direktorium eine starke Anerkennung ausgesprochen haben und zum Ausdruck gebracht haben, daß sie mit dessen Leistungsfähigkeit durchaus einverstanden sind, so kann ich nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß Ihre früheren Äußerungen im Haushaltsausschuß ganz anders geklungen haben.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Vor Tisch las mans auch hier anders. Wenn ich mich im Geiste in jene Sitzung zurückversetze, in der zunächst über den Kahn-Vertrag gesprochen wurde, so habe ich den Eindruck, als ob die Absicht bestand, mit den Deutschen Werken und deren Direktion möglichst schnell

(Rahmann, Abgeordneter.)

(A) aufzuräumen. Diese meine Ansicht wird auch durch den Bericht bestärkt, der da abgefaßt worden ist und in dem ein Satz außerordentlich gravierend ist für die Stellungnahme, die der Herr Reichsschatzminister damals eingenommen hat. Darin heißt es: Der Vertrag zeige ein ungeheuerliches Maß von Geschäftsunkenntnis und geschäftlicher Leichtfertigkeit.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich meine, wenn ein derartiges scharfes Urteil gefällt worden ist, müssen doch außergewöhnliche Umstände eingetreten sein, aus denen sich nunmehr eine ganz andere Stellungnahme des Herrn Reichsschatzministers ergeben hat, und ich glaube allerdings auch, daß in weitgehendem Maße ein **Frontwechsel bei dem Herrn Reichsschatzminister** eintreten mußte. Da muß man doch die Frage aufwerfen: Wie konnte überhaupt ein derartiges sogenanntes Panama eintreten? Worauf war es zurückzuführen, daß das Reichsschatzministerium von wichtigen Dispositionen der Deutschen Werke nicht in Kenntnis gesetzt worden ist? Meines Erachtens darauf, daß dem Herrn Reichsschatzminister nicht genügend einwandfreie Berichte über das gegeben worden sind, was die Deutschen Werke im allgemeinen anging, und ich kann mich durchaus nicht des Eindrucks erwehren, als ob hier dunkle Kräfte am Werke gewesen sind, die bestrebt waren, das Fundament der Deutschen Werke überhaupt zu zerschlagen

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und um dadurch gar kein Experiment größeren Stils der Sozialisierung, wenn wir es so nennen dürfen, in Deutschland stattfinden zu lassen. Ich knüpfe daran die selbstverständliche Erwartung, daß der Herr Reichsschatzminister für die Folgezeit Sorge dafür trägt, daß ihm einwandfreier Bericht über das, was in den Deutschen Werken vorgeht, die ein Riesenbetrieb sind, ununterbrochen gegeben wird.

(B) (Zuruf von den Sozialdemokraten: Da müssen erst andere Beamte hin!)

Das Ergebnis der Verhandlungen über den Kahn-Vertrag und die Deutschen Werke war doch letzten Endes, daß anerkannt wurde, daß die Direktion zwar ohne Recht eigenmächtig den Vertrag mit Herrn Kahn abgeschlossen hat, daß die Direktion aber alles versucht hat, um für den überflüssigen Maschinenpark die höchsten Preise überhaupt zu erzielen. Wie war es denn? Die Deutschen Werke haben eine ungeheure Menge von Maschinen frei, die zum Verkauf gebracht werden sollen. Sie sahen sich genötigt, diese Maschinen und den Schrott in aller Öffentlichkeit an die Interessenten in günstigster Weise zu bringen, sie wollten die Maschinen im kleinen abgeben, sie hatten aber dabei nur sehr geringfügige Erfolge. Deshalb wandten sie sich an eine Anzahl größere Firmen, von denen die eine von den mindestens 75 Millionen Mark betragenden Objekten nur höchstens 20 Millionen in Anspruch nehmen konnte, während eine andere sich bereitfand, 2 Mark pro Kilogramm zu zahlen. Das war ein Angebot, das nicht etwa höher und besser war als das der Firma Kahn; denn die **Firma Kahn**, hinter der bekanntlich auch die **Diskontogesellschaft** steht, in der, soweit ich weiß, eine größere Anzahl sehr achtbarer christlicher Herren die erste Geige spielen, bot 2,10 Mark, also 10 Pfennig pro Kilo mehr und ist außerdem nach dem Vertrage bereit, die Hälfte des erzielten Mehrerlöses an das Reich beziehungsweise die Deutschen Werke abzuführen. Hier steht also fest, daß eine Begünstigung einer scheinbar jüdischen Firma durchaus nicht nachgewiesen werden kann, sondern daß christliche Firmen viel weniger für den großen Maschinenpark und die Schrottmengen boten, als das Herr Kahn getan hat. Deshalb war es für eine einigermaßen gut orientierte Direktion etwas ganz Selbstverständliches, wie es auch

(C) für den Aufsichtsrat selbstverständlich war, daß sie dem Vertrag und dem Angebot zustimmte, aus dem ein viel höherer Erlös erzielt werden kann.

Der Kahn-Vertrag hat ja seine Bedeutung schon um deswillen erhalten, da sich sehr bald ein repräsentables Mitglied der Deutschnationalen Fraktion veranlaßt sah, um deswillen eine **Anfrage** im Reichstag zu stellen: Herr **van den Kerkhoff**, der erst vor kurzer Zeit in einem Artikel schrieb: Zweifellos hat sich seit jenen Herbsttagen 1918 vieles ereignet, das uns die Schamröte ins Gesicht treibt. Jener Herr van den Kerkhoff, der auch uns bereits die Schamröte ins Gesicht getrieben hat, hat die Anfrage gestellt, obwohl die Firma, deren **Interessenvertretung** er mit übernommen hat, nämlich die **Firma Wagner**, sich veranlaßt gesehen hatte, ebenfalls Angebote auf Erwerb der in den Deutschen Werken vorhandenen Maschinen zu stellen. Es wird Ihnen bekannt sein, daß diese Firma Wagner vor ganz kurzer Zeit mit Rücksicht darauf, daß sie riesige Steuerhinterziehungen begangen hat, sich freiwillig bereit fand, Steuerbeträge in Höhe von sechs bis acht Millionen als hinterzogen auf einem Brett zu bezahlen. Diese politisch-wirtschaftliche G. m. b. H. Kerkhoff-Wagner hat also ins Geschäft der Deutschen Werke kommen wollen und beabsichtigte, den Herrn Kahn auszustechen. Und es war eigentümlich, daß, als in Aussicht stand, daß Herr Wagner nicht ins Geschäft kommen und jene Gewinne, die scheinbar jetzt Herr Kahn macht, nicht in noch höherem Maße für sich in Anspruch nehmen kann, sich damals Herr Wagner veranlaßt sah, offen zu drohen: wenn er das Geschäft nicht mache, würde sich Herr van den Kerkhoff als Reichstagsabgeordneter veranlaßt sehen, jene Frage öffentlich weiter zu verfolgen. Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie weit das Gewissen des Herrn van den Kerkhoff ist. Ich weiß nicht, wieweit eine Vereinbarung zwischen Wagner und van den Kerkhoff stattgefunden hat. (D) Aber für jeden rein objektiv denkenden und urteilenden Menschen ist jenes Beginnen, was hier von Wagner und van den Kerkhoff unternommen worden ist, außerordentlich stark identisch mit einer sogenannten **politisch-wirtschaftlichen Erpressung.** Und darum, meine Damen und Herren von rechts, sehe ich mich genötigt, Ihnen frei und offen zu erklären, daß Sie schon auf Grund jener fragwürdigen Vorkommnisse absolut das Recht verwirkt haben, heute, wie früher schon, als Sittenwächter sich hier im Reichstag aufzuspielen. Man darf, nachdem hier öffentlich festgestellt worden ist, daß van den Kerkhoff sein Mandat politisch mißbraucht hat, sich die Frage gestatten: Wie oft haben denn jene Herrschaften diese politische Pistole schon erhoben, um damit wirtschaftliche Geschäfte zu machen?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn ich nun die Frage erörtern soll, wie es zu jenem **Mißverhältnis in den Deutschen Werken** gekommen ist, so kann ich darauf nur die Antwort erteilen, daß ich bei dem Herrn **Reichsschatzminister** nicht die genügende Liebe zu finden glaube, die er den Reichswerken gegenüber durchaus betätigen muß. Das ist ja, wie ich bereits früher dargelegt habe, eine alte Erscheinung; durch seine Tätigkeit zieht sich — vielleicht unbewußt — ein schwarzer Faden von Feindschaft gegen jeden Gedanken der Gemeinwirtschaft. Er ist in Liebe zur Privatwirtschaft erzogen und kann aus dem Grunde sich nicht dazu verstehen, den großen Reichsbetrieben das Maß von Freundschaft und Entgegenkommen entgegenzubringen, das durchaus als Voraussetzung zu einer günstigen Entwicklung vorhanden sein muß.

Ich freue mich, feststellen zu können, daß die **Entwicklung der Deutschen Werke**, die ursprünglich alle für Kriegsbedarf eingestellt worden sind, einen verhältnismäßig **sehr guten Stand** aufweisen; denn nach den uns

(**Kahmann**, Abgeordneter.)

(A) vorliegenden Berichten arbeitet ein Teil der Betriebe bereits mit Überschuß, ein Teil kann ohne Verlust abschließen, während nur noch drei Betriebe vorhanden sind, die mit Verlust arbeiten, von denen aber auch angenommen werden darf, daß auch hier in verhältnismäßig kurzer Zeit die Verluste beseitigt sind. Es ist ein Zeichen der Gesundung jener Betriebe darin zu erblicken, daß die Beschäftigungsziffer in einer Reihe von Betrieben in der letzten Zeit nicht unwesentlich erhöht werden konnte. Man muß dabei, wie es mein Vorredner, Herr Abgeordneter Gothein, bereits getan hat, doch mit berücksichtigen, daß die Umstellung dieser riesigen Betriebe außerordentlich schwierig gewesen ist, und daß nur geniale Leistungen vollbringen konnten, was heute an Arbeit und Leistungsfähigkeit dort aufgewiesen werden kann. Dabei sehe ich mich aber genötigt, nicht nur Wünsche an das Reichsschatzministerium zu äußern, sondern auch an die Arbeiter- und Beamtenschaft der Reichsbetriebe von hier aus das Ersuchen zu richten, nach Kräften das zu tun, was zur Gesundung der Verhältnisse in jenen Betrieben nur irgendwie beitragen kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Da stoße ich auf eine Erscheinung in der **Werft in Rüstringen,** die zu behandeln und zu beurteilen auch meine Aufgabe als Arbeitervertreter sein muß, eine Erscheinung, die mir durchaus nicht den Geist vorhanden zu sein scheinen läßt, der notwendig auch dort herrschen müßte. In jenem Betriebe ist nämlich die **Krankheitsziffer der Arbeiter außerordentlich hoch,** nach den mir unterbreiteten Berichten auf 20 Prozent angestiegen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube denn doch, den Wunsch zum Ausdruck bringen zu müssen, daß die dortigen Arbeiter die Aufgabe haben, darauf hinzuwirken, der Regierung und den bürgerlichen Parteien keine Möglichkeit zu geben, auf die Unrentabiliät (B) jenes Betriebes und auf die geringfügigen Leistungen, die da erzielt worden sind, hinzuweisen. Ich nehme an, daß, wenn sich die Arbeiterschaft auch dort auf den realen Boden der Wirklichkeit stellt, jenes Mißverhältnis, das dort augenblicklich besteht, sich in sehr kurzer Zeit beheben läßt.

Das Ergebnis meiner Ausführungen über die Reichsbetriebe soll sein, daß die Reichsbetriebe nicht nur bureaukratisch, sondern auch mit Verstand und Liebe geführt und regiert werden sollen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dabei verlangen wir, daß das **Reich und** die **Länder** die **Reichsbetriebe mit Aufträgen** in weitestgehendem Maße **unterstützen.** Nach den Mitteilungen, die mir geworden sind, hat es daran bisher nicht unerheblich gemangelt. Ich darf daher die Erwartung aussprechen, daß man jene Betriebe durch Aufträge größtmöglicher Art unterstützt. Ich habe hier zu erklären, daß mein Freund Wissell und der verstorbene Abgeordnete Legien in den Verhandlungen des Hauptausschusses für die Direktion eingetreten sind, nicht für den Vertrag, der ohne ihr Wissen abgeschlossen wurde, wohl aber dafür, daß die Direktion das Recht hat, mit jenem Verträge abzuschließen, der am meisten bietet. Für unsere Freunde war der Name des Kontrahenten absolut gegenstandslos, und daß meine Freunde recht gehandelt haben, das ergibt sich daraus, daß die ganze Kahn-Angelegenheit doch heute eigentlich wie eine geplatzte Seifenblase zu betrachten ist. Denn von den sogenannten Millionen, die Herr Kahn scheinbar verdienen sollte und wollte, ist nach den gemachten Darlegungen heute nicht mehr viel übrig geblieben. In dem Kampf aber gegen den Kahn-Vertrag handelte es sich um die Existenz des Werkes überhaupt, und ich unterstütze die Auffassung des Abgeordneten Gothein, der da sagte, daß der ununterbrochen geführte Kampf gegen die Direktion eines (C) großen Werkes eine Gefahr im Gefolge haben kann, daß sich nämlich leistungsfähige, brauchbare Männer nicht mehr an dessen Spitze stellen. Man kann daher sagen, die ganze Entrüstung, die aufgebracht worden ist, ist entweder für die Katz — ich weiß nicht genau, wie es heißen muß — oder für den Katz gewesen. Der Fall Kahn ist unter Zustimmung auch der Vertreter von rechts erledigt und die Differenzen zwischen dem Herrn Reichsschatzminister und der Direktion der Deutschen Werke sind durch das sachverständige Eingreifen eines Mitgliedes der Deutschen Volkspartei bei einem bescheidenen Souper — wenn ich recht unterrichtet bin — beigelegt worden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der bekannte „Dermuthstropfen" ist aus dem gemeinsamen Leidenskelch ausgeschüttet, und scheinbar ist die Bahn zu friedlicher Arbeit jetzt wieder frei geworden. Wir fordern, daß der Minister alles unternimmt und auch nichts unterläßt, um die Deutschen Werke in günstiger Entwicklung zu halten.

Nun hat sich im Laufe der Debatte der Herr **Abgeordnete Bruhn** veranlaßt gesehen, zu dem bekannten Agitationsfutter, nämlich zu **Heu und Stroh,** überzugehen.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Er, der als Wahrheitsapostel bekannt ist, sah sich genötigt, **Anklagen** indirekter Art **gegen den früheren Reichswirtschaftsminister,** jetzigen Abgeordneten **Schmidt,** zu erheben. Er sah sich veranlaßt zum Ausdruck zu bringen, daß die damals getätigten Verträge als in nicht normaler Art getätigt angesehen werden können. Ich sehe mich aus dem Grunde genötigt, darzulegen, daß damals, als die **Verträge über Rauhfutterbelieferung** abgeschlossen worden sind, die Zwangswirtschaft, mit der Sie von rechts nicht einverstanden waren, aufgehoben gewesen ist. Es ergab sich aber aus den festgesetzten Preisverhältnissen heraus für das Militär keine Möglichkeit, sich mit Rauhfutter, (D) also mit Heu und Stroh, einzudecken. Aus dem Grunde hat das damalige Reichsschatzministerium verlangt, daß für die Versorgung der Heeresverwaltung die Zwangserfassung von Heu und Stroh wiederhergestellt wird. Das war aber nach der Ansicht des Kabinetts eine Unmöglichkeit. Ich glaube, auch heute sagen zu können, daß, wenn einmal die Zwangswirtschaft für ein ganzes Gebiet aufgehoben ist, für einen Teil jener Produkte die Zwangserfassung nicht mehr eingeführt werden kann. Die Verhandlungen über die Versorgung der Heeresverwaltung wurden in loyaler und rechtlicher Weise mit den landwirtschaftlichen Korporationen, die zuständig sind, geführt. Jene Korporationen haben die Verpflichtung übernommen, das zu liefern, was das Heer durchaus gebraucht. Erst dann, als jene Verträge und Abmachungen getroffen waren, wurde die **Landwirtschafts- und Handelsbank** damit beauftragt, den Einkauf der notwendigen Heu- und Strohmengen durchzuführen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es verdient dabei gesagt zu werden, daß der Herr Reichswirtschaftsminister sich zu jenem Vorgehen auf Grund von Vorschlägen veranlaßt sah, die von sachverständiger Seite gemacht worden sind. Der Herr Abgeordnete Schmidt lehnt auch heute durchaus nicht die Verantwortung für jene Maßnahme von damals ab. Aber jene sachverständige Seite, die dem Minister den Weg vorgeschlagen hat, war kein anderer als der heutige Reichsernährungsminister Herr Hermes,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

wie auch heute noch Herr Hermes die Behauptung aufstellt, daß jene Bank, die Ihnen scheinbar vollkommen unbekannt ist, wie Ihnen manches unbekannt sein dürfte, ein durchaus angesehenes Bankinstitut sein soll.

Aber, meine Damen und Herren, man fühlt es ja mit dem Krückstock, wohin es eigentlich gehen soll. Man will

(**Kahmann,** Abgeordneter.)

(A) indirekt zum Ausdruck bringen, daß unter sozialdemokratischen Ministern es möglich war, solche unsauberen Geschäfte zur Ausführung zu bringen. Der Herr Abgeordnete Bruhn legt sich einfach in seinem Gehirn ein paar Halme Stroh und Heu zurecht

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten)

und glaubt, nunmehr das Recht zu haben, vor unserer Tür das Reinmachen beginnen zu können. Nein, verehrter Herr Kollege, ehe Sie ans Reinmachen bei uns denken, da glaube ich, haben Sie alle Ursache, vor Ihrer Tür, wo so ungeheuer viel angehäuft ist, mit dem Großreinmachen anzufangen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben keine Veranlassung, in dieser Weise den Kampf heute noch gegen die sozialdemokratische Politik und deren Minister zu führen.

Ich kann nach den gemachten Darlegungen also zusammenfassend nur sagen, daß ich in der Tätigkeit des Herrn Reichsschatzministers v. Raumer nicht das erblicke, was wir zu erblicken wünschen, daß ich vielmehr von Herrn v. Raumer die Ansicht habe, daß er sich nach und nach zu jenem großen „Räumer" entwickelt, der jene Wirtschaftsentwicklung unterbindet, deren kräftige Entfaltung die Arbeiterschaft fordert, und für die zu kämpfen wir Sozialdemokraten uns zur Aufgabe gemacht haben.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Die Aussprache über Kap. 1 Tit. 1 ist damit beendigt. Ich stelle die Annahme des Tit. 1 mit der Ergänzung fest, da sich kein Widerspruch erhebt.

Ich rufe weiter auf Kap. 1 Tit. 2, — 3, — 4, — (B) 5, — 6, — 7, — 8, — 8a, — 8b mit der Ergänzung, — 9, — 10, — 11. —

Ich rufe weiter auf Kap. 2 Tit. 1. Hierzu ist gemeldet der Herr Abgeordnete Hammer.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Verhandlungen nunmehr abzubrechen — damit ist das Haus einverstanden — und die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch, den 9. März, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Interpellation Aderhold und Genossen, betreffend Preissteigerung usw. in der Kaliindustrie;
2. Fortsetzung der soeben abgebrochenen Beratung;
3. Etat 1920 für das Reichsministerium des Innern;
4. Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 30. Mai 1920;
5. Beratung des schleunigen Antrags des Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 30. Mai 1920.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 5 Uhr 12 Minuten.)

Namentliche Abstimmung

über den Abänderungsantrag Leutheußer und Genossen (Nr. 1609 der Drucksachen Ziff. 1) zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Entlastung der Gerichte (Nr. 1353 der Drucksachen) Streichung der in zweiter Lesung neu eingefügten Ziffern 5 und 7a des Artikels I.

Name.	Abstimmung.
Adams	Ja
Aderhold	Nein
Frau Agnes	Nein
Albrecht (Hannover)	Ja
Albrecht (Magdeburg)	fehlt
Allekotte	Ja
Alpers	Ja
Andre	fehlt
Frau Ansorge	Nein
Arnstadt	fehlt
Aufhäuser	Nein
Bachmann	Ja
Bachmeier	Ja
Bahr (Frankfurt)	Ja
Dr. Barth (Chemnitz)	Ja
Bartz (Hannover)	Nein
Bauer	fehlt
Baumann	Ja
Frau Dr. Bäumer	Nein
Bazille	fehlt
Becker (Arnsberg)	Ja
Dr. Becker (Hessen)	Ja
Becker (Oppeln)	Nein
Beckmann	Nein
Frau Behm	Ja
Behrens	Ja
Beims	fehlt
Dr. Bell	Ja
Bender	Nein
Berndt	Ja
Bernstein	Nein
Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover)	Ja
Graf Bernstorff (Schl.-Holstein)	Ja
Berthelé	Nein
Beuermann	Ja
Dr. Beyerle	Ja
Beythien	Ja
Blas	fehlt
Biener	Ja
Bitta	fehlt
Blum	Ja
Bock	fehlt
Böhm (München)	Ja
Dr. Böhme (Magdeburg)	Ja
Bolz	Ja
Bornefeld-Ettmann	Ja
Brandes	Nein
Braß	Nein
Braun (Düsseldorf)	Nein
Dr. Braun (Franken)	Nein

Name.	Abstimmung.
Edler v. Braun (Oberb.)	fehlt
Dr. Brauns (M.-Gladbach)	fehlt
Dr. Breitscheid	Nein
v. Brentano di Tremezzo	fehlt
Breunig	Nein
Brey	fehlt
Brodauf	Ja
Bruchardt	fehlt
Brühl	Nein
Bruhn	Ja
Brüninghaus	Ja
Brunner	Nein
Buck	fehlt
Burlage	Ja
Busch	Ja
Colshorn	Ja
Dr. Cremer	Ja
Crispien	Nein
Cuno	fehlt
Dr. Curtius	fehlt
Damm	Ja
Dannemann	fehlt
Dauch	Ja
Dauer	Ja
Däumig	Nein
Dr. David	fehlt
Dr. Deermann	Ja
Deglerk	Ja
Dr. v. Delbrück	fehlt
Delius	Ja
Dr. Dernburg	Ja
Diernreiter	Ja
Dietrich (Baden)	Nein
Dietrich (Prenzlau)	fehlt
Diez	fehlt
Dißmann	fehlt
Dittmann	Nein
Döbrich	fehlt
Domsch (Dresden)	fehlt
Dorsch (Hessen)	Ja
Frau Dransfeld	Ja
Dr. Düringer	Ja
Dusche	Ja
Düwell	Nein
Eckardt (Hannover)	fehlt
Eggerstedt	Nein
Ehrhardt (Oppeln)	fehlt
Eichhorn	fehlt
Eisenberger	Ja
Emminger	Ja

Name.	Abstimmung.
Erkelenz	Nein
Ernst	fehlt
Ersing	Ja
Erzberger	fehlt
D. Everling	Ja
Fehr	fehlt
Fehrenbach	fehlt
Feilmayer	fehlt
Feldmann	Nein
Feuerstein	fehlt
Dr. Fick	Nein
Findeisen	fehlt
Fischer (Baden)	fehlt
Fischer (Berlin)	fehlt
Fischer (Hannover)	Nein
Dr. Fischer (Köln)	Ja
Dr. Fleischer	Ja
Fleißner	fehlt
Dr. Fortmann	Ja
Frank (Dortmund)	fehlt
Franz (Breslau)	Nein
Fries	Nein
Frohme	Nein
Fröhlich	fehlt
v. Gallwitz	Ja
Gebhart	krank
Geck (Mannheim)	fehlt
Geck (Offenburg)	Nein
Geisler	Ja
Gerauer	Ja
Gerstenberger	fehlt
Dr. Geßler	fehlt
Geyer (Leipzig)	Nein
Dr. Geyer (Sachsen)	fehlt
Giebel	Nein
Giesberts	Ja
Dr. Gildemeister	Ja
Girbig	Nein
Dr. Goetz	Nein
Dr.-Ing. Gothein	Ja
Dr. Gradnauer	Nein
Graef (Thüringen)	Ja
v. Graefe (Mecklenburg)	Ja
Gruber	Nein
v. Guérard	Ja
Gutknecht	Ja
Haag	Ja
Dr. Haas (Baden)	fehlt
Hamm	Ja
Hammer	Ja
Hänse (Thüringen)	Ja

Name.	Abstimmung.
Hansmann	Nein
Harte	fehlt
Hartleib	Nein
Dr. Hartmann	fehlt
Hartwig	Ja
Frau Hauke	fehlt
Haußmann	Ja
Havemann	Ja
Heile	Ja
Dr. Heim	fehlt
Heimann	Nein
Dr. Heinze	Ja
Dr. Helfferich	Ja
Hellmann	Nein
Hemeter	Ja
Henke	Nein
Henning	Ja
Hensel (Ostpreußen)	fehlt
Hepp	fehlt
Herbert (Franken)	fehlt
Herbert (Hessen)	fehlt
Hergt	Ja
Herold	Ja
Dr. Herschel	fehlt
Dr. Hertz	Nein
Dr. Herzfeld	fehlt
Heydemann	Nein
Dr. Hieber	fehlt
Hildenbrand	Nein
Dr. Hitze	fehlt
Hoch	Nein
Dr. Hoetzsch	fehlt
Hoffmann (Berlin)	fehlt
Hoffmann (Kaiserslautern)	Nein
Dr. Höfle	Ja
Hofmann (Ludwigshafen)	Ja
Hofmann (Thüringen)	Nein
Höllein	Nein
ten Hompel	Ja
Höner	Ja
Horn	fehlt
Hörsing	Nein
Hue	Nein
Dr. Hugenberg	Ja
Dr. Hugo	Ja
Hünlich	Nein
Hüttmann	fehlt
Imbusch	fehlt
Isenmann	beurl.
Jäckel	fehlt
Jaecker (Ostpreußen)	fehlt
Jäker (Düsseldorf)	Nein
Jandrey	Ja
Janeba	fehlt
Janschek	Nein
Jaud	fehlt
Joos	fehlt
Frau Juchacz	Nein
Dr. Kaas (Trier)	Ja
D. Dr. Kahl	Ja
Kahmann	Nein
Kaiser	Nein
Graf v. Kanitz	fehlt
Käppler	Nein
Frau Karch	Nein
v. Kardorff	Ja
Karsten	fehlt
Käselau	fehlt
Keil	Nein
Keinath	fehlt
v. Kemnitz	fehlt
Kempkes	Ja
van den Kerkhoff	fehlt
Kerschbaum	Ja
Keubler-Böhm	Ja
Klöckner	Ja
Kniest	Ja
Koch (Düsseldorf)	fehlt
Koch (Essen)	Ja
Koch (Weser)	fehlt
Koenen	Nein
König	Nein
Kopsch	fehlt
Korell	fehlt
Körner	Ja
Körsten	Nein
Dr. Köster	Nein
Kotzke	Nein
Krätzig	Nein
Kröger (Rostock)	beurl.
Krüger (Merseburg)	Nein
Krüger-Hoppenrade	Ja
Kubetzko	fehlt
Kuhnt	Nein
Dr. Kulenkampff	fehlt
Dr. Külz	fehlt
Kunert	Nein
Künstler	fehlt
Kuntze	Nein
Lambach	Ja
Lang	Ja
Frau Lang-Brumann	Ja
Lange-Hegermann	Ja
Langwost	Ja
Dr. Lauscher	Ja
Laverrenz	Ja
Ledebour	Nein
Leicht	Ja
Leopold	Ja
Dr. Frhr. v. Lersner	fehlt
Lesche	Nein
Leutheußer	Ja
Dr. Levi	Nein
Liese	Ja
Lind	Ja
Lipinski	fehlt
Löbe	Nein
Löffler	fehlt
Dr. Löwenstein	Nein
Lübbring	fehlt
Frau Dr. Lüders	Ja
Ludwig	Nein
Lukas	fehlt
Dr. Luther	fehlt
Malke	Ja
Malkewitz	Ja
Malzahn	Nein
Dr. Maretzky	Ja
Marx	Ja
Frau Dr. Matz	Ja
Dr. Maxen	fehlt
Maxin	fehlt
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt
Dr. Meerfeld	Nein
Mehrhof	Nein
Meier (Zwickau)	Nein
Frau Mende	enthalten
Merck	Ja
Merkel	Nein
Dr. Mittelmann	Ja
Mittwoch	Nein
Dr. Moldenhauer	Ja
Molkenbuhr	Nein
Morath	Ja
Dr. Moses	Nein
Dr. Most	fehlt
Frau Mueller-Otfried	Ja
Müller (Franken)	Nein
D. Mumm	Ja
Nacken	Ja
Frau Nemitz	Nein
Neuhaus (Düsseldorf)	fehlt
Frau Neuhaus (Westfalen)	Ja
Neyses	Ja
Dr. Oberfohren	Ja
Obermeyer	Nein
Oertel	fehlt
Frau v. Oheimb	Ja
Okonsky	beurl.
Oettinghaus	fehlt
Dr. Pachnicke	Ja
Peine	Nein
Pennemann	Ja
Dr. Petersen	Ja
Dr. Pfeiffer	Ja
Frau Pfülf	Nein
Dr. Philipp	Ja
Pieper (Westfalen)	fehlt
Pinkau	fehlt
Dr. Piper (Mecklenburg)	Ja
Plettner	Nein
Pohlmann	Ja
Ponschab	fehlt
Poppe	Ja
Puchta	Nein
Dr. Quaatz	Ja
Dr. Quessel	Nein
Dr. Radbruch	Nein
v. Raumer	fehlt
Rauschmayr	Ja
Raute	fehlt
v. Rehbinder	Ja
Reich	Nein
Dr. Reichert	Ja
Reißhaus	Nein

Name.	Abstimmung.
Frau Reitze	Nein
Remmele	Nein
Freiherr v. Rheinbaben	Ja
Rheinländer	Ja
Dr. Richter	fehlt
Riedmiller	Nein
Rieke	Nein
Rieseberg	Ja
Dr. Rießer	Ja
Rippler	Ja
Ristau	Nein
Dr. Roesicke	fehlt
Rosemann	fehlt
Dr. Rosenfeld	Nein
Dr. Runkel	Ja
Frau Ryneck	Nein
Ryssel	Nein
Sauerbrey	Nein
Scheidemann	Nein
Schiele	Ja
Schiffer	Ja
Frau Schilling	Nein
Schimmelpfennig	fehlt
Schirmer (Dresden)	fehlt
Schirmer (Franken)	Ja
Schlack	fehlt
Schlicke	fehlt
Schmidt (Berlin)	Nein
Schmidt (Cöpenick)	Nein
Schmidt (Sachsen)	Nein
Schmidt (Stettin)	Ja
v. Schoch	Ja
Dr. Scholz	fehlt
Schöpflin	Nein
Schreck	Nein
D. Dr. Schreiber	Ja
Frau Schreiber-Krieger	Nein
Frau Schroeder (Schlesw.-Holst.)	Nein
Schröter (Liegnitz)	Ja
Frau Schuch	Nein
Dr. Schücking	Ja
Schuldt (Steglitz)	Ja
Schulte (Breslau)	Ja
Schultz (Bromberg)	Ja
Schulz (Bremen)	Nein
Frau Schulz (Westf.)	Nein
Schulze (Berlin)	fehlt
Schulz-Gahmen	Ja
Schumann	Nein
Schwarz (Baden)	fehlt
Schwarz (Hessen)	Ja
Schwarzer (Oberbayern)	Ja
Seemann	Nein
Seger	Nein
Seibert	Ja
Seidel	fehlt
Dr. Semmler	Ja
Frau Sender	fehlt
Seppel	Nein
Severing	Nein
Sidow	Nein
Dr.-Ing. v. Siemens	fehlt
Sievers	Ja
Silberschmidt	Nein
Simon (Franken)	Nein
Simon (Schwaben)	Nein
Sivkovich	enthalten
Soldmann (Franken)	fehlt
Sollmann (Köln)	Nein
Dr.-Ing. Sorge	Ja
Dr. Spahn	Ja
Spetzler	fehlt
Staab	Nein
Stampfer	fehlt
Stegerwald	Ja
Steinkopf	Nein
Stelling	fehlt
Stinnes	Ja
Stöcker	Nein
Stolten	fehlt
D. Strathmann	Ja
Streiter	Ja
Dr. Stresemann	Ja
Stücklen	entsch.
Szczeponik	fehlt
Taubadel	Nein
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	Nein
Teuber	Nein
Frau Teusch (Köln)	Ja
Thiel	Ja
Thomas	fehlt
Thomsen	Ja
Thöne	Nein
Tremmel	Ja
Trieschmann	fehlt
Trimborn	Ja
Tuch	fehlt
Ulitzka	fehlt
Ulrich	fehlt
Unterleitner	fehlt
Veltin	Ja
Vogel (Berlin)	Ja
Vogel (Franken)	fehlt
Dr.-Ing. Vögler	fehlt
Vogt	fehlt
Vogtherr	fehlt
Frau Wackwitz	Nein
Waigand	Nein
Warmuth	Ja
Weilnböck	krank
Weiß	Ja
Wels	Nein
Graf v. Westarp	Ja
Westermann	Ja
Dr. Wiebel	Ja
Wieber	Ja
Dr.-Ing. Wieland	Ja
Dr. Wienbeck	Ja
Winnefeld	Ja
Dr. Wirth	fehlt
Wissell	fehlt
Frau Wulff	Nein
Wulle	Ja
Frau Wurm	Nein
Dr. Zapf	Ja
Zawadzki	fehlt
Zeschke	fehlt
Frau Zetkin	Nein
Ziegler (Westfalen)	Nein
Frau Ziegler (Württ.)	Nein
Frau Zietz	Nein
Zörgiebel	Nein
Zubeil	Nein

Zusammenstellung.

	Abstimmung.
Gestimmt haben: mit **Ja**	183
mit **Nein**	146
Der Abstimmung haben sich enthalten	2
Ungültig	—
Zusammen	331

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

79. Sitzung.

Mittwoch den 9. März 1921.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Auf dem Bureau liegt das Protokoll der vorigen Sitzung zur Einsicht aus.

Als Vorlage ist eingegangen der

Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Hauptmächten über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebiets.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. (Reichshaushalts-) Ausschuß für die Abgeordneten Ersing, Spetzler, Dr. Quaatz, Dr. Becker (Hessen), Brunner, Kotzur, Merck
die Abgeordneten Wieber, Keubler-Böhm, Dr. Gildemeister, Dr. Mittelmann, Schumann, Peine, Böhm (München);

in den 2. (Petitions-) Ausschuß für die Abgeordneten Morath, Geyer (Leipzig)
die Abgeordneten Streiter, Bartz (Hannover);

in den 3. (Geschäftsordnungs-) Ausschuß für den Abgeordneten Keil
der Abgeordnete Dr. Gradnauer;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Herold, Gebhart, Henke, Brühl
die Abgeordneten Schulz-Gahmen, Westermann, Geck (Offenburg), Dr. Breitscheid;

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Brunzel, Kuhnt, Künstler, Frau Wulff
die Abgeordneten Hansmann, Mehrhof, Merkel, Staab;

in den 25. Ausschuß für die Abgeordneten Graf Bernstorff (Schleswig-Holstein), Keil, Dr. v. Delbrück
die Abgeordneten Dr. Haas (Baden), Dr. Köster, Berndt.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten
Dr v. Delbrück für 2 Tage, und
Seppel für 2 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist die

Interpellation der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Preissteigerung und Arbeitsverhältnisse in der Kaliindustrie (Nr. 1570 der Drucksachen).

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann er die Anfrage beantworten will. Das Wort hat der Herr Ober-Regierungsrat Dr. Willecke.

Dr. **Willecke,** Ober-Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Im Auftrag des Herrn Reichswirtschaftsministers habe ich zu erklären, daß die Reichsregierung bereit ist, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten.

Präsident: Ich sehe einer weiteren Mitteilung über den Tag der Beantwortung von seiten des Herrn Reichswirtschaftsministers entgegen. Wir werden dann den Gegenstand neu auf die Tagesordnung setzen.

(Präsident.)

(A) Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt des Reichsschatzministeriums nebst Ergänzung (Anlage X) mit Ausnahme von Kapitel 6 der fortdauernden Ausgaben (Reichsbekleidungsämter) Kapitel 1 Titel 6 der Ausgabe des außerordentlichen Haushalts, Kapitel 1 Titel 3 der Einnahme des Ergänzungshaushalts.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1572 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Bauer.

Antrag: Nr. 1573 (berichtigt).

Wir setzen die Beratung fort bei Kapitel 2 Titel 1 der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts.

Das Wort zu diesem Titel hat der Herr Abgeordnete Hammer.

Hammer, Abgeordneter: Meine Herren! Es ist nicht leicht, in den Etats der 12 Ministerien die **Bauverwaltung** herauszufinden. Sie steckt im Reichsschatzministerium unter dem Titel Finanzämter. Man kann aber auch zweifelhaft sein, ob bei dem Antrage, den wir Ihnen hier unterbreiten, nicht vielleicht ein anderes Ministerium in Frage kommt, und zwar das Reichsverkehrsministerium. Wir sehen hier wiederum, daß die Handwerkerinteressen auf drei Ministerien verteilt sind, was für das Handwerk nicht gerade vom Vorteil sein dürfte. Bei der Bauverwaltung haben wir uns deshalb mit unserem Antrage (B) hierher gewandt, weil wir annehmen, es hier mit Fachleuten zu tun zu haben, mit technisch geschulten höheren Beamten, während im Reichsverkehrsministerium, wo auch das Verdingungswesen wohl behandelt werden könnte, nach meiner Auffassung die Juristen vorwiegend sein dürften, denen wir alle Hochachtung auf ihrem Gebiete entgegenbringen, aber nicht in Dingen der praktischen Arbeit; da gehen wir ihnen möglichst aus dem Wege. Von den beteiligten Ministerien müßte das Reichsschatzministerium in Bauangelegenheiten federführend sein.

Meine Herren! Der Antrag selbst lautet:

> Der Reichstag wolle beschließen:
> die Reichsregierung zu ersuchen, ein Reichsgesetz vorzulegen, durch welches für die Vergebung von Leistungen und Lieferungen durch die Verwaltung des Reichs, der Länder und der sonstigen Verbände des öffentlichen Rechts Grundsäte aufgestellt werden, die sich namentlich auch auf die **Vergebung solcher Aufträge an Handwerker und deren Vereinigungen** beziehen.

Der Antrag hat eine lange **Vorgeschichte.** Im Jahre 1912/13, in der 13. Legislaturperiode des Reichstags, ist auf Grund von Initiativanträgen aus Handwerker- und Industriekreisen ein Gesetzentwurf über das gesamte Verdingungswesen für das Deutsche Reich beraten worden. Zur gleichen Zeit habe ich als Antragsteller im preußischen Landtag einen Antrag gestellt, um den angemessenen Preis durchzukämpfen, und habe dabei schon ausgesprochen: ich halte den Versuch, den man im Reichstag macht, für nicht gangbar. Wir können kein Gesetz für das ganze Deutsche Reich für das **Verdingungswesen** machen, sondern in der großen Hauptsache muß es den Ländern überlassen bleiben.

Der Bericht, der in vielen Kommissionssitzungen zusammengestellt worden ist und reiches Material birgt, (C) gibt den besten Beweis dafür, daß unsere Anschauung richtig war, aber auch die Anschauung der Regierung, daß ein Reichsgesetz für das gesamte Verdingungswesen nicht möglich sei, sondern nur ein Reichsrahmengesetz, wonach wir gewisse Bundesstaaten dazu zwingen wollen, bestimmte Richtlinien innezuhalten, die sich aber nur auf wenige Punkte erstrecken sollen. Ich selbst als Föderalist würde nicht die Hand bieten, dem Reich mehr zu geben, als ihm gebührt. Deshalb möchte ich das hier besonders betonen.

Meine Herren! Am 19. Dezember 1919 hat nun der frühere Abgeordnete des Reichstages Herr Irl, einer der besten Vertreter des Mittelstandes, im Bayerischen Landtage einen Antrag mit sehr weitgehenden Folgen gestellt. Es heißt da: Berücksichtigung bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen unter Aufhebung des Submissionsverfahrens an Handwerk, Gewerbe und deren Genossenschaften zu angemessenen Preisen, die in gegenseitiger Vereinbarung zwischen den vergebenden Stellen und dem Handwerk festzulegen sind, und unter Sicherung des Tarifs und Koalitionsrechtes. Die öffentlichen Ausschreibungen sollen also dadurch ausgeschaltet werden. Dies Gesetz ist angenommen worden. Ich habe lange auf diesem Gebiete gearbeitet, habe 1903, 1908 und 1912 wesentlich zu den Bedingungen beigetragen, die im preußischen Verdingungswesen enthalten sind.

Aber ich kenne keinen Bundesstaat, der bisher so weit gegangen ist.

Das Durcheinander der Genossenschaften, der Fachverbände, der freien Vereinigungen, der einzelnen Handwerker, die sich bewerben, hat wohl unseren verehrten Kollegen Irl dazu gebracht, diesen Antrag einzubringen, um die Unterbietungen der sich bewerbenden Handwerker, die zum Teil nicht richtig rechnen und zum Teil von falschen Voraussetzungen ausgehen und die dadurch der Behörde ein ganz falsches Bild in bezug auf angemessene (D) Preise bieten, zu verhindern.

Unsere Forderung erstreckt sich selbstverständlich nicht nur auf das Handwerk, sondern auch auf Industrie, Handel und Landwirtschaft. Wir wünschen, daß die Handwerks-, Handels- und Industriekammern wie auch die Landwirtschaftskammern in hervorragender Weise bei dem Verdingungswesen von den Behörden herangezogen werden.

Im Herbst 1920 hat der Reichsverband des Deutschen Handwerks in Jena getagt. Er hat diesen Antrag auf Anregung der süddeutschen Handwerkskammern angenommen und ihn der Reichsregierung unterbreitet. Wie ich privatim hörte, hat dieser Antrag keine Aussicht auf Durchführung, weil hier ein eingehendes Gesetz für das ganze Deutsche Reich verlangt worden ist; das kann man nicht tun, und das wollen wir auch als Föderalisten nicht tun. Wir wollen in unseren Ländern das Verdingungswesen möglichst verbessern, wollen nicht immer warten, was hier im Reichstage geschieht.

Aus den Gründen haben meine politischen Freunde mit mir an der Spitze diesen Antrag gestellt, um einige **Richtlinien für das Verdingungswesen** aufzustellen, gegenüber einzelnen zurückhaltenden Ländern. Wir sind der Meinung, daß diese Materie in den einzelnen Bundesstaaten so gründlich bearbeitet und in den Ausschüssen so eingehend durchgenommen worden ist, daß wir in wenigen, vielleicht in einer oder zwei Sitzungen, die wenigen Richtlinien aufstellen können, die wir als Rahmengesetz wünschen. Dazu brauchen wir keinen besonderen Ausschuß, wie hier von einer Seite beabsichtigt wird. Wir haben wahrhaftig schon Ausschüsse genug.

Der **Reichsverband des deutschen Handwerks,** der bekanntlich die Spitzenvertretung des deutschen Handwerks darstellt — er umfaßt 1 400 000 selbständige Handwerks-

(**Hammer,** Abgeordneter.)

(A) meister —, sagt in einem entsprechenden Antrage an die Reichsregierung:

> Der Reichsverband des deutschen Handwerks richtet an die Reichsregierung und an die gesetzgebende Körperschaft des Reiches die dringende Bitte, das öffentliche Verdingungswesen unverzüglich in einem für das Reich, die Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts verbindlichen Reichsrahmengesetz neu zu ordnen, in welchem die Vergebung handwerksmäßig herzustellender Arbeiten an die Organisationen des Handwerks grundsätzlich festzulegen ist.

Es ist hier eine Einschränkung gegenüber dem Gesetzentwurf, der im Bayerischen Landtage angenommen worden ist, indem man selbstredend nur auf die Handwerksinteressen zurückgeht.

Ich glaube, hier könnte auch ein Weg für das hohe Haus gefunden werden. Hier lehne ich mich an das Verdingungswesen des Preußischen Landtags an, das mir selbstverständlich vertraut ist, weil ich daran mitgewirkt habe, so daß zum Beispiel der **Mindestfordernde** nicht grundsätzlich den Zuschlag erhält. Unter den Bewerbern sollen zuerst einmal alle die ausgesondert werden, die zum Beispiel ihren Verpflichtungen in sozialpolitischer Hinsicht oder gegenüber den Tarifen nicht nachgekommen sind. Dann werden die Eingaben auf zu hohe und zu niedrige Preise geprüft. Man urteilt durch Heranziehung von Sachverständigen, wie es zum Beispiel möglich ist, daß ein Mann 6000 Mark verlangt, während der andere 17 000 Mark haben will. Man forscht nach, ob die Bewerber sich verrechnet haben oder ob sie nur Preisangebote eingereicht haben, aus denen man entnehmen kann, daß sie die Arbeit nicht haben wollen, aber für die Zukunft nicht ausgeschaltet werden möchten. So werden unter den (B) übrigbleibenden, von drei Bewerbern, deren Preise denen, die die vergebenden Behörden als zutreffend erachten, am nächsten kommen, der geeignetste ausgesucht. Es soll also grundsätzlich nicht der Mindestfordernde bevorzugt werden.

Meine Herren! Durch das planlose Unterbieten ist folgendes eingetreten. Bei diesen Submissionsarbeiten, wo nur auf die Billigkeit Wert gelegt wurde, ist die gediegene Qualitätsarbeit stark zurückgedrängt worden, weil bei solchem Verfahren natürlich jeder Arbeitgeber zusah, wo er blieb. Dadurch wird die ganze Handwerksarbeit heruntergedrückt.

Ferner ist im preußischen Verdingungswesen die Übernahme von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen für Rechnung Dritter ausgeschlossen worden. Also der sogenannte **Generalunternehmer** ist ausgeschaltet. Die Behörden vergeben zumeist nach den einzelnen Handwerkszweigen. Ferner haben wir die Bestimmung, daß die mittleren und kleineren tüchtigen Unternehmer gegenüber den großen Unternehmern vorzugsweise herangezogen werden, besonders die genossenschaftlich organisierten Handwerker.

Angemessene Preise, Gleichberechtigung der Bewerber mit den vergebenden Behörden sind unbedingt durchzuführen. Es muß in Zukunft aufhören, daß, wie es früher meist der Fall war, die leitenden Baumeister einfach die Arbeitgeber, die die Arbeit übernommen haben, gewissermaßen als ihre Untergebenen betrachten. Das Handwerk ist heute derartig organisiert durch seine Genossenschaften und seine Fachverbände und auch durch die stetig zunehmende technische Schulung, daß es glaubt, den Behörden bei Bewerbungen nicht zu unterstehen. Wir verlangen, daß das Handwerk hier als gleicher Kontrahent betrachtet wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren! Der Geheime Regierungsrat **Rothacker,** (C) einer der tüchtigsten Verwaltungsbeamten auf diesem Gebiete, hat vor einigen Jahren eine sehr interessante **Denkschrift** herausgegeben mit ungefähr demselben Gedankengang, wie er in den letzten preußischen Verordnungen enthalten ist, die im Jahre 1916 durch Herrn v. Breitenbach eingeführt worden sind, die wir im preußischen Landtag schon 1912 verlangt, und die mit großer Mehrheit angenommen wurden; für eine tüchtige Arbeit muß ein angemessener Lohn entrichtet werden!

Für die wenigen Punkte, die hier in dem Rahmengesetz enthalten sein sollen, möchte ich noch besonders den Wunsch aussprechen, daß die Behörden ihre Aufträge im Einvernehmen mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerks- und den Landwirtschaftskammern ausschreiben möchten.

Die öffentlichen Ausschreibungen müssen möglichst eingeschränkt werden.

Was die **preußischen Bedingungen** betrifft, so will ich nur noch anführen, daß wir die Regierung ersucht hatten, bei den Selbstverwaltungskörpern allgemein und insbesondere gelegentlich der **Gewährung von Staatsbeihilfen** — das geht den Reichsschatzminister jetzt besonders an — zur Ausführung und Unterhaltung von öffentlichen Bauten und Arbeiten darauf hinzuwirken, daß die Vorschriften des staatlichen Verdingungswesens unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse erlassen und durchgeführt werden.

Als Überteuerungszuschüsse für Bauten werden jetzt Milliarden ausgegeben, und wir hören, daß viel Millionen hingegeben werden, und zwar an die Arbeiterproduktivgenossenschaften, die sich neugebildet haben.

Wir haben verschiedene Beispiele für eine derartig einseitige Stellungnahme der Regierung und der Gemeinden, daß wir uns im Namen des Handwerks ganz entschieden dagegen wenden müssen. Im freien Wettbewerb ist der (D) Arbeitgeber vollkommen imstande, mit den **Arbeiterproduktivgenossenschaften** zu konkurrieren; wir wollen sie gesetzlich nicht eingeschränkt haben; das selbständige Handwerk wird auch so mit ihnen fertig. Wir verlangen aber die Heranziehung des selbständigen Bauhandwerks und protestieren dagegen, daß man, wie es in vielen Städten geschieht, bei den **Neusiedlungen** nur diese Arbeiterproduktivgenossenschaften heranzieht und das selbständige Handwerk vollständig links liegen läßt. In Schwedt an der Oder sind, wie ich höre, 1920 von den staatlichen Behörden für die dortige gemeinnützige Baugenossenschaft der Arbeitnehmer unter Leitung eines Postsekretärs 992 000 Mark für Bauten zur Verfügung gestellt worden. Bis zum 22. Januar dieses Jahres sind davon 515 000 Mark verausgabt worden, unter Ausschluß des selbständigen Handwerks durch die Gemeinde.

(Hört! Hört! rechts.)

Dabei sind in Schwedt an der Oder gegen 20 steuerzahlende Tischlermeister, die wenig Arbeit haben, und hier hat man einseitig der Arbeiterproduktivgenossenschaft die Arbeit übertragen. Da ist schön konkurrieren, wenn man den einen die Arbeit und das Geld gibt und die anderen überhaupt nicht auffordert. Deswegen müssen wir fordern, daß bei Bewilligung von Staatsmitteln für Siedlungszwecke bei entsprechenden Preisen die am Orte wohnenden Handwerksmeister in erster Linie berücksichtigt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Die einseitige Vergebung derartiger Arbeiten muß den Verlust der Staatszuschüsse nach sich ziehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Die jetzt beliebte Regelung von Bauarbeiten von Arbeitnehmern, wie ich soeben schilderte, hat noch andere Folgen auf sich. Es gehen immer mehr Behörden und Gemeinden zur **Regiearbeit** über, und zwar in großem

(Hammer, Abgeordneter.)

(A) Maßstab. Gerade Groß-Berlin hat sich hier mit Ruhm bedeckt. Verschiedene linksgerichtete Gemeindevertretungen haben große Handwerksbetriebe eingerichtet, haben ihnen Aufträge gegeben, die Einrichtung, die Räume, die Heizung, das elektrische Licht, die Berechnung der Preise, der Löhne usw., alles das wird durch Verwaltungsbeamte gemacht. Steuern werden selbstverständlich nicht gezahlt. Daß sie aber trotzdem vielfach mit dem freien Arbeitgeber nicht konkurrieren können, ist mehrfach erwiesen. Es werden Hunderttausende zugeschossen auf Kosten der Steuerzahler aus dem Mittelstande unter Duldung, zum Teil auch mit Zuschüssen des Reichs.

Meine Herren, die staatlichen und gemeindlichen Regiearbeiten, die gestern Abend der Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie so stark verteidigt hat, haben in einer Zuschrift seitens des Reichsschatzministeriums Nr. 413 eine sonderbare Beleuchtung gefunden. Da haben sich eine Reihe von Regiebehörden sehr günstig über die **Ergebnisse der Regiebetriebe** ausgesprochen. Auf folgenden Truppenübungsplätzen haben die Finanzämter, die ja mit den Bauämtern verquickt sind, angeblich gute Erfahrung gemacht: Karlsruhe, Würzburg, München, Brandenburg, Groß-Berlin.

Aber ein weißer Rabe ist doch darunter; das sind die Schwaben, vertreten durch das **Finanzamt Stuttgart.** Während auf dem Truppenübungsplatze Heuberg Karlsruhe mit den Regiearbeiten sehr zufrieden ist, sagt zum Beispiel Stuttgart:

> Auf dem Truppenübungsplatz in Münsingen bot die Vornahme der Ausbesserungsarbeiten durch selbständige Unternehmer bisher keine Schwierigkeiten, weil in den unweit des Lagers gelegenen Ortschaften alle erforderlichen Handwerker vertreten sind. Bei einer vollständigen Ausschaltung dieser durch Errichtung eigener Werkstätten in (B) größerem Umfange, wie zum Beispiel auf dem Heuberg,

— worüber auch Karlsruhe berichtet —

> würden sich Beschwerden der Handwerkskammern und Unzuträglichkeiten mit den Handwerkern nicht vermeiden lassen. Mit Rücksicht hierauf sowie auch wegen der Ungewißheit über den Umfang und die Stetigkeit der künftigen Belegung glaubt das Landesfinanzamt Abteilung III, vorläufig von der Einrichtung von Werkstätten absehen zu sollen.

Hier haben die Schwaben wieder einmal bewiesen, daß sie die Klügeren sind; nicht einmal 40 Jahre brauchen sie alt zu sein.

Der Herr Reichsschatzminister hat sich an die Spitzenvertretung des deutschen Handwerks, an den Reichsverband des deutschen Handwerks gewandt. Am 21. September hat eine Unterredung darüber stattgefunden, in der die Spitzenvertretung des Handwerks aufgefordert wurde, Vorschläge zu machen. Ich möchte hoffen, daß der Herr Minister uns hier beistehen wird, obwohl ihm ja persönlich die Materie ziemlich fern liegt.

Nun muß ich damit im Zusammenhang noch auf etwas eingehen, nämlich auf einen anderen **Erlaß** des Herrn Ministers **bezüglich der Reparaturarbeiten.** Er hat nach der Auffassung des Handwerks nur 40 Prozent Zuschläge zugelassen für die Reparaturarbeiten bestimmter Handwerkszweige für staatliche Bauten und Behörden, wo inzwischen die Löhne gestiegen sind. Das Handwerk hat sich mit Heftigkeit dagegen gewandt. Meine Herren, wenn man aber den Erlaß eingehend liest, muß man sagen: er ist wohl mißverstanden worden. Die Fassung ist aber auch so, Herr Minister, daß man ihn mißverstehen mußte, und zwar wohl seitens der Baubehörden!

Ich bin der Meinung, daß, wenn der Herr Minister die Verordnung nach der Richtung auslegen würde, daß bis zu 40 Prozent Zuschläge für Erhöhung von Löhnen, (C) Geschäftsunkosten und des Materials gegangen werden könnte, dann würde das richtig sein. Wenn aber, wie man seitens der vergebenden Behörden irrtümlich glaubt, nun bis zu 40 Prozent auf die Erhöhung der Löhne zugeschlagen werden, so würde der Arbeitgeber lediglich der Geldbriefträger sein; er selber würde mit den Materialien, die sich in derselben Zeit oft um 200 bis 300 Prozent und noch höher verteuert haben — denken Sie zum Beispiel an Bleirohre, Messingwaren —, vollständig darniederliegen und kämen nicht zurecht.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber, Herr Minister, die Fassung ist so unklar, daß ich doch bitten möchte, daß sich Herr Minister oder sein Referent darüber ausläßt. Der Minister sagt:

> Die Einwendungen in der Anfrage Nr. 396, daß die vorgesehenen Zuschläge zu den Tariflöhnen ungenügend seien, stützen sich anscheinend auf den Grundsatz, daß die Geschäftsunkosten ausschließlich auf die gezahlten Arbeitslöhne umzulegen seien.
>
> Dieser Grundsatz ist aber sowohl innerhalb der beteiligten Interessengruppen des Handwerks usw. als auch in der einschlägigen Literatur durchaus nicht unbestritten.

Tatsächlich bestreitet es der Herr Minister hier auch nicht; nur ist der Satz orakelhaft abgefaßt.

> Da es sich bei den kleinen Bauunterhaltungsarbeiten in der Regel auch um wesentliche Materiallieferungen handelt, muß ein Teil der Geschäftsunkosten auf diese Lieferungen verteilt werden. Durch das freigestellte Aufgebot zu diesen Lieferungen kann jeder Unternehmer einen Ausgleich seiner Geschäftsunkosten vornehmen. Bei größeren Ausbesserungen soll nach dem gleichen Erlaß mehr als bisher von der Einziehung besonderer Angebote Gebrauch gemacht werden. (D)

Wenn der Herr Minister hier in der Art, wie ich es interpretiert habe, noch einmal die Sache darlegen lassen würde, könnte das zur Beruhigung beitragen.

Erwähnen möchte ich auch noch, Herr Minister, was Ihnen vielleicht noch nicht bekannt ist, daß der Grund zu vielen **Klagen über das Verdingungswesen** oft nicht in seinen Verordnungen zu suchen ist, sondern bei den Unterbehörden, bei den **Bauämtern**.

Und da möchte ich ein Wort dafür einlegen, daß in Zukunft unsere Baumeister schon in der Zeit, wo sie ihren Regierungsbauführer machen, nicht ausschließlich auf der Hochschule sich betätigen, sondern auch in die Industrie, die großen Handwerksbetriebe und den Handel hinausgeschickt werden, damit sie sehen, wie das werktätige Volk arbeitet, wie der Arbeitgeber an solche Dinge herangeht, wie der Werkmeister und der hochqualifizierte Arbeiter praktisch arbeiten, damit wir in den Bauämtern Beamte bekommen, die imstande sind, sich über die etwa 14 verschiedenen Handwerkszweige, die zum großen Teil beim Bau gebraucht werden, zu unterrichten, die dadurch so viel verstehen, daß man ihnen erstens nichts vormachen kann, dann aber Schäden, die entstanden sind, in Kürze aus der Welt zu schaffen oder Verbesserungen einzuführen. Wir schätzen, wie ich vorhin schon sagte, die Juristen hoch, wo sie hingehören. Hier aber möchten wir bitten, möglichst wenig von diesen Herren Gebrauch zu machen.

(Heiterkeit rechts.)

Hier dürfen die technisch geschulten Beamten nicht zurückgesetzt werden, sondern man soll möglichst viele an die Spitze bringen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Dann, glauben wir, wird ein gutes Einvernehmen zwischen diesen technisch geschulten Beamten und dem Handwerk

(Hammer, Abgeordneter.)

(A) sehr viel eher sich ergeben, als wenn wir auf diesem Gebiete nur mit Juristen zu tun haben.

Ich komme zum Schluß. Es ist gestern von links an den Herrn Minister die Frage gerichtet worden, er habe ja wohl nur für **Mittelstandsangelegenheiten** Interesse. Ich gestehe offen, es ist mir ganz neu, wo der betreffende Herr das her hat. Meines Wissens hat der Herr Minister noch nicht durchblicken lassen, daß er besonders für den Mittelstand da sei. Allerdings hoffe ich, er wird es in der Zukunft sein. Da er der Regierung angehört, die der Reichskanzler Fehrenbach heute noch vertritt, und wir den Reichskanzler Fehrenbach ernst nehmen, weil wir glauben, daß er keine Phrasen ausspricht, so erlaube ich mir, den Herrn Minister daran zu erinnern, daß Herr Fehrenbach, als er die Regierung übernahm, folgendes ausgeführt hat:

> Die Regierung wird Bedacht nehmen auf die Erhaltung einer gesunden Gliederung des Wirtschaftsorganismus und deshalb den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand nach Kräften unterstützen in dem Bestreben, durch zweckmäßige Organisationseinrichtung seine Lebens- und Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken. Dabei wird der genossenschaftliche Zusammenschluß ein wesentliches Mittel der Selbsthilfe bilden.

Ich möchte an den Herrn Minister die dringende Bitte richten — er hatte ja zurzeit sehr viel mit der Übernahme seines Amts zu tun und wurde vor große, schwerwiegende Fragen gestellt, so daß ich ihm durchaus keinen Vorwurf mache —, aus seiner Reserve in bezug auf den Mittelstand herauszutreten, daß sein Ministerium federführend bei Bau- und Verdingungsfragen wird und gewillt ist, Handwerk, Industrie und Handel zu geben, was ihnen gebührt.

(Lebhafter Beifall rechts.)

(B) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lange-Hegermann.

Lange-Hegermann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nachdem am 4. Februar in einer sehr langdauernden Sitzung über Handwerksfragen und Verdingungswesen gesprochen worden ist, will ich Sie heute nicht mit langatmigen Ausführungen über dieselbe Materie langweilen. Noch vor kurzer Zeit ist, glaube ich, so lange darüber gesprochen worden, daß das nicht notwendig ist. Meine Parteifreunde erkennen an, daß das Reichsschatzministerium in der letzten Zeit sich mit der Nachprüfung des baugewerblichen Verdingungswesens stark beschäftigt. Wir begrüßen diese Arbeit und sind erfreut, daß sie vom Reichsschatzministerium übernommen ist, insbesondere auch darüber, daß es die Arbeit in Verbindung mit anderen Ministerien übernimmt.

Der Antrag der Herren Abgeordneten Hammer und Genossen, der ein Reichsgesetz für die **Aufstellung von Grundsätzen für die Vergebung von Leistungen und Lieferungen** verlangt, ist für uns im Zentrum nicht annehmbar. Wir halten ein solches Gesetz nicht für durchführbar, und sehen auch keine Möglichkeit, daß die Länder und Kommunen mit einem solchen Reichsgesetz einverstanden sind. Wir bezweifeln überhaupt, ob damit erfolgreiche Arbeit geleistet werden kann. Deshalb haben wir auf Nr. 1619 einen anderen Antrag Allekotte und Genossen eingebracht, in dem die Reichsregierung ersucht wird, einen Ausschuß einzuberufen, bestehend aus sachverständigen Vertretern der beteiligten Ressorts und Vertretern der zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, um bei Vergebungen von Leistungen und Lieferungen einheitliche Grundsätze für Reich und Länder zu schaffen. Mit diesem Antrag glauben wir erheblich mehr zu leisten und endlich aus der Welt zu schaffen, was heute in Reich und Ländern, sogar in einzelnen Ministerien, besteht, daß nach verschiedenartigsten Grundsätzen eben diese Dinge behandelt werden. Ich glaube, es ist notwendig, daß nicht nur die **Arbeitgeber-**, sondern auch die **Arbeitnehmerorganisationen** hierbei mitwirken müssen. (C) Die Verdingung und alle diese Dinge, wie die Bildung des Preises, sind nämlich nicht nur eine Sache der Arbeitgeber-, sondern auch der Arbeitnehmerverbände. Grundsätzlich kann eine **Preisbildung** nur erfolgen und eine anständige Verdingungsweise sich nur halten, wenn der gesicherte Tariflohn die Basis für die Preisbildung ist. Wir sind auch davon überzeugt, daß es möglich gemacht werden muß, daß einheitliche Grundsätze aufgestellt werden; wir haben aber deshalb die Einberufung eines Ausschusses gefordert, damit die Ministerien, die beteiligten Ressorts und die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zunächst einmal ihre Erfahrungen austauschen. Findet man dann einheitliche Grundsätze, auf die man aufbauen kann, wird es einem späteren Zeitpunkt überlassen bleiben müssen, die geeigneten Wege zu finden, um diese einheitlich gefundenen Grundsätze zu verankern.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Hammer und Genossen abzulehnen und den Antrag Allekotte auf Nr. 1619 der Drucksachen anzunehmen.

(Bravo! im Zentrum!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Havemann.

Havemann, Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der § 164 der neuen Reichsverfassung sagt, daß das Handwerk und der Mittelstand vor Aufsaugung und Ausbeutung geschützt werden sollen. Bezugnehmend auf diesen Paragraphen möchte ich den Standpunkt unserer Fraktion zu den beiden eingegangenen Anträgen auch noch kurz klarlegen. Ich möchte vorausschicken, daß die ganze **Regelung des Submissionswesens** (D) in der neuen **Handwerksgesetznovelle** demnächst erfolgen wird und erfolgen muß, die wir beantragt haben und erwarten. Ich weiß ja auch, daß die vorbereitende Arbeit dazu bereits so weit gediehen ist, daß wir in kurzer Zeit das neue Handwerksgesetz jedenfalls zur Beratung bekommen werden.

Es ist schon von dem Herrn Kollegen Hammer darauf hingewiesen worden, daß in der Sitzung des Reichsverbands des deutschen Handwerks allgemeine Richtlinien für die Neuregelung des Handwerksgesetzes aufgestellt worden sind, unter anderem eine Richtlinie, betreffend das Submissionswesen. Die Regelung des Submissionwesens hat nach diesen Richtlinien insofern zu erfolgen, daß man in Zukunft, wie auch, glaube ich, bereits schon einmal erwähnt wurde, nicht unbedingt dem Mindestfordernden, dem Billigsten, die Arbeit überträgt, sondern dem, der für einen angemessenen Preis eine gute Arbeit liefern kann; ich möchte ganz besonders auf diesen Grundsatz hinweisen. Wir müssen unbedingt dazu kommen, daß wir bei der **Ausschreibung der Angebote** oder, wie man früher sagte, der Offerten, bereits **Sachverständige** hinzuziehen. Diese Sachverständigen müssen vor allen Dingen schon bei der Aufstellung des Angebots eingehend zur Arbeit mit herangezogen werden. Denn wenn gerade früher bei derartigen Submissionen so bedeutende Preisunterschiede vorgekommen sind, so war das meistens darauf zurückzuführen, daß die Handwerker oder Lieferanten und die anderen Gewerbetreibenden nicht etwa nicht rechnen konnten, sondern daß die Unterlagen für die Ausschreibung sehr häufig derart unklar aufgestellt waren, daß ganz naturgemäß auf Grund dieser Unterlagen die Preisunterschiede ganz bedeutend sein mußten,

(sehr richtig! rechts)

und zwar weil einmal diese Unterlagen so unklar waren,

(**Havemann**, Abgeordneter.)

(A) betreffs der Ausführung, zweitens betreffs der Verwendung des verlangten Materials und verschiedener anderer Dinge, die noch in Frage kommen.

Ich gehe sogar noch weiter. Ich behaupte, es trifft nicht zu, daß das **Handwerk** nicht hätte **rechnen** können; im Gegenteil, gerade die Handwerker, die richtig gerechnet haben, haben früher meist die Arbeit nicht bekommen, weil sie gut und richtig gerechnet haben, während auf der anderen Seite diejenigen, die nicht rechnen konnten oder Unterangebote gemacht haben, vielleicht in der Erwartung, daß, wenn sie die Arbeit erst zu billigen Preisen übernehmen, dann nachher irgendwelche Nachlieferungen kämen, bei denen man das schon wieder herausdrücken könnte, die Arbeit übertragen bekommen haben. So muß nicht nur der Sachverständige bei der Aufstellung der Ausschreibungen hinzugezogen werden, nein, man muß noch weiter gehen. Wenn die Ausschreibung erfolgt ist, dann muß man den Sachverständigen zur Preisbildung heranziehen. Man muß dem Sachverständigen ein Exemplar der **Ausschreibungsunterlagen** aushändigen, man soll ihn meinetwegen an Eidesstatt verpflichten, und dann soll er einen angemessenen Preis in diese Ausschreibung hineinsetzen. Wer sich von den Leuten, die ein Angebot auf die Arbeit machen, diesem angemessenen Preis am meisten nähert, dem sollte und müßte man, wenn sonst keine Bedenken gegen ihn vorliegen, die Arbeit übertragen. Das sind gesunde Richtlinien, auf die ich die Regierung ganz besonders hinweisen möchte. Alle diese Gedanken sind ja bereits in den Richtlinien des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks enthalten, und ich möchte dringend bitten — es ist uns ja bereits von der Regierung in Aussicht gestellt —, daß man dieses Handwerksgesetz uns baldigst vorlegt, und daß man diese Richtlinien betreffs des Submissionswesens in der Weise, wie ich es hier eben ausführe, berücksichtigt, die — ich möchte es kurz

(B) zusammenfassen — dahin gehen, daß man nicht mehr dem Billigsten die Arbeit überträgt, sondern dem, der für einen angemessenen Preis eine tadellose, anständige Arbeit liefert.

Zum Schluß möchte ich noch hinzufügen, daß der Sachverständige unter Umständen auch in der Weise noch zur Mitarbeit herangezogen werden kann und muß, wenn für einen angemessenen Preis die Arbeit nicht gut geliefert worden ist. In diesem Fall sollten die Behörden den Sachverständigen zuziehen, um festzustellen, daß für den **angemessenen Preis** keine **angemessene Arbeit** geliefert ist. Denn wir Handwerksmeister legen das größte Gewicht darauf, daß für einen guten Preis selbstverständlich auch eine gute Arbeit geliefert wird.

Wenn dann vorhin hier auch einige Worte über die **Produktivgenossenschaften** gesagt sind, so möchte ich auch das noch etwas ergänzen. Ich habe bereits neulich in der Rede, die ich hier zu der Mittelstandsfrage gehalten habe, auch eine Anfrage an den Herrn Reichsarbeitsminister gerichtet. Es besteht eine **sozialisierte Bauhütte bei Essen.** Man hat dieser Bauhütte, wie mir versichert worden ist — ich zweifle nicht an dieser Mitteilung —, zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt für ihre Bauzwecke. Ich habe damals bereits darauf hingewiesen, wie das auch heute von dem Herrn Kollegen Hammer hier geschehen ist, daß wir an und für sich selbstverständlich diese Produktivgenossenschaften nicht bekämpfen können und bekämpfen wollen. Wir müssen aber verlangen, daß diesen Produktivgenossenschaften oder, wie sie sich in diesem Falle nennt, der sozialisierten Bauhütte in keiner Weise ein Vorsprung vor uns gewährt wird,

(sehr richtig! rechts.)

mag es sein, indem man ihnen einmal billigeres Land oder Land umsonst gibt, mag es sein, indem man die Arbeitsbedingungen günstiger für sie stellt, oder mag es

(C) vor allen Dingen in dritter Linie sein, indem man ihnen Gelder zur Verfügung stellt, die womöglich aus öffentlichen Mitteln aufgebracht sind, wie mir das in diesem Fall bei dieser sozialisierten Bauhütte in Essen der Fall zu sein scheint. Meine Damen und Herren! Dagegen müssen wir uns ganz energisch wehren. Wenn diese Produktivgenossenschaften auf derselben Grundlage wie wir arbeiten, und es erweist sich dann, daß sie tüchtiger, besser und vorteilhafter arbeiten als wir, dann will ich sagen: alle Hochachtung! Wenn aber diese Leistungen auf Voraussetzungen aufgebaut sind, wie ich sie vorhin ausführte, dann können wir das unter keinen Umständen gutheißen. Ich wiederhole deswegen diese Anfrage — ich habe bislang noch keine Antwort darauf bekommen —: Ist es Tatsache, daß man dieser sozialisierten Baugesellschaft in Essen zwei Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellt, beziehungsweise, wenn es Tatsache ist, aus welchen Fonds, aus welchen Mitteln ist diese Summe genommen worden?

Was die **Zuschläge für den Tagelohn** anbelangt, so möchte ich auch darauf noch mit einigen Worten eingehen. Von mir selbst ist ja vor langer Zeit schon eine Anfrage darüber an die Regierung gerichtet. Ich weiß, daß diese Materie sehr schwierig ist; ich habe gehört, daß bereits verschiedene Beratungen stattgefunden haben. Ich habe bislang absichtlich noch nicht danach gefragt, wie es kommt, daß diese Beratungen noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind. Aber wiederholen möchte ich das, was ich vor Monaten gesagt habe, daß es grundsätzlich unter keinen Umständen angeht, daß man für alle Wirtschaftsgebiete im Deutschen Reich gleichmäßig diese Taxe, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, diese Sätze festlegt. Denn naturgemäß wird in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten schon durch die Lohnbedingungen und auch durch andere Verhältnisse die Sache sich an sich immer etwas verschieben. Es geht natürlich unter keinen Umständen an, mag man die Sache

(D) auffassen, wie man will, ob man die Zuschläge nur auf den Lohn oder auf Lohn und Material rechnen will — man ist sich in dieser Beziehung in der Kommission noch nicht klar —, einen festen Satz zu nehmen und nun diesen Satz auch für eine ganze Reihe von Gewerben gleichmäßig festzulegen. Wenn man vielleicht auch über die Höhe streiten kann, so steht unzweifelhaft fest, daß beispielsweise bei den metallverarbeitenden Gewerben, worauf ich schon in meiner Anfrage damals hingewiesen habe, die Geschäftsunkosten außerordentlich hoch sind. Ich glaube, daß die Geschäftsunkosten tatsächlich 100 Prozent und mehr betragen gegenüber den 40 Prozent, die man bei derartigen Stundenlohnarbeiten in Bausch und Bogen bewilligen will.

Meine Damen und Herren! Ich halte es nicht für angebracht, mich heute weiter über diese Angelegenheit auszulassen. Wir erwarten, daß das Handwerkergesetz, das uns in Aussicht gestellt ist, bald kommt, und wir werden dann Gelegenheit haben, auf die einzelnen Fragen des näheren einzugehen.

Was die beiden Anträge anlangt, den Antrag der Deutschnationalen und den Antrag des Zentrums, so wage ich vor der Hand noch keine Entscheidung zu treffen. Ich muß erst noch hören, wie die anderen Herren, die dazu sprechen werden, darüber denken. Im allgemeinen bin ich der Auffassung, daß diese Frage heute angeschnitten werden muß. Aber von den beiden Anträgen hätte man vorläufig absehen können, weil wir ja die Regelung der ganzen Sache, wie gesagt, durch das neue Handwerkergesetz demnächst erwarten.

(Beifall rechts)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

(A) **Simon** (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben heute zum soundsovielten Male eine sehr lange Rede über den Mittelstand und die Rettung des Handwerks gehört. Glauben Sie nicht, daß ich auch eine lange Rede halten will, zumal ich der Auffassung bin, daß der Etat des Reichsschatzministeriums die allerungeeignetste Stelle ist, Ihre Klagen an den Mann zu bringen.

(Abgeordneter Hammer: Welche denn?)

— Das muß ich dem Herrn Abgeordneten Hammer überlassen; aber zum Reichsschatzministerium gehört es sicher nicht. —

(Widerspruch bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Ich hätte mich auch nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht hier von zwei Rednern, von dem ersten schärfer, von dem letzten weniger scharf, eine Attacke gegen die Regiearbeit und gegen die Arbeitergenossenschaften geritten worden wäre. Dazu muß ich einige Worte sagen. Zunächst möchte ich vorausschicken, daß auch nach unserer Auffassung eine **Regelung des Submissionswesens** herbeigeführt werden muß. Auch wir sind keine Freunde davon, daß bei Ausschreibungen von Arbeiten der **Niedrigstbietende** den Zuschlag erhält. Wir haben schon längst in den Kommunen, wo wir vertreten sind, dafür gesorgt, daß hier ein Mittelweg eingeschlagen wird und nicht der Zuschlag dem Niedrigstbietenden erteilt wird.

Es ist hier die Behauptung aufgestellt worden, daß das Handwerk dem **Regiebetrieb** und auch dem **Genossenschaftsbetrieb** überlegen wäre. Das ist durchaus nicht der Fall. Ich habe schon in meiner Rede vom 28. Februar hier den Nachweis erbracht, daß gerade die soziale Bau- und Betriebsgenossenschaft ganz bedeutend billigere Angebote als die Privatunternehmer eingereicht und die Arbeiten auch durchgeführt hat, bei denen die einzelnen (B) Kommunen außerordentlich große Ersparnisse gemacht haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese billigeren Angebote sind aber nicht etwa auf Kosten der Arbeitslöhne oder der Arbeit an sich erfolgt, sondern sie konnten aus dem Grunde erfolgen, weil die sozialen Baubetriebsunternehmer eben nicht die ungeheuren Profite für sich in Anspruch nehmen, die teilweise von den Privatunternehmern in der gegenwärtigen Zeit beansprucht werden. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß die Unternehmer heute glauben, sie müßten unter allen Umständen viel verdienen. Nach uns die Sintflut! — mag nach uns kommen, was da will, wenn wir nur zurzeit viel verdienen. An diesem Übel krankt ja heute unser gesamtes Wirtschaftsleben; dazu bedarf es keiner besonderen Beweisführung.

Weil aber hier wieder Angriffe auf diese Genossenschaften gerichtet sind, möchte ich mit ein paar Worten das wiederholen, was ich damals gesagt habe, daß für die Tiefbauarbeiten in Bonn der billigste Unternehmer 500 000 Mark gefordert hat, während die Arbeit von dem sozialen Betriebe für 206 000 Mark ausgeführt worden ist,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

was eine Ersparnis von 143 Prozent bedeutet. Auch bei der Erbauung von Häusern usw. ist festzustellen, daß die sozialen Betriebe um 20, 40, 50, ja 60 Prozent billiger als die Privatunternehmer gearbeitet haben.

(Zuruf rechts: Es handelte sich dann um eine andere Ausführung!)

— Ach nein, meine Herren, keine andere Ausführung! Erzählen Sie doch, bitte, in diesem Hause keine Räubergeschichten! Sie wissen doch selbst, daß, wenn Bauten ausgeschrieben werden, auch vorgeschrieben wird, in welcher Weise die Bauten auszuführen sind.

(Erneuter Zuruf rechts.)

Das wissen Sie, daß kein Unternehmer in der Lage ist, (C) eine andere Ausführung als die, die vorgeschrieben ist, zu machen. Denn die Bauten werden ja von Architekten, Technikern und so weiter entworfen, die auch genau vorschreiben, in welcher Weise der Bau auszuführen ist. Nein, meine Herren, mit solchen Einwänden kommen Sie nicht durch. Es ist so, wie ich sage: es ist der Unternehmerprofit, der die Bauten heute verteuert und das Bauen tatsächlich fast zur Unmöglichkeit macht. Deshalb ist es notwendig, daß auf der einen Seite die Regiebetriebe, auf der andern Seite die sozialen Baubetriebe, die durch die Arbeiter geleitet werden, als Korrektur vorhanden sind, damit die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Was die Anträge anlangt, so werden wir dem Antrag Allekotte und Genossen auf Nr. 1619 zustimmen, da auch wir der Auffassung sind, daß die in dem Antrage vorgeschlagene Regelung, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit den zuständigen Ressorts die Grundsätze für die Vergebungen von Leistungen und Lieferungen ausarbeiten, die beste ist. Dagegen lehnen wir den Antrag Hammer und Genossen auf Nr. 1573 ab.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Debatte über Kap. 2 Tit. 1 ist geschlossen. Der Titel selbst ist, da ich keinen Widerspruch höre, genehmigt.

Wir kommen zur Abstimmung über die beiden zu diesem Titel vorliegenden Entschließungen.

Wer der Entschließung Nr. 1573 Hammer und Genossen, betreffend die Vergebung von Leistungen und Lieferungen, zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau ist zweifelhaft; wir müssen auszählen. (D)

(Heiterkeit.)

Ich bitte, daß diejenigen Damen und Herren, welche der Entschließung Hammer zustimmen wollen, durch die Ja-Tür, diejenigen, welche sie ablehnen wollen, durch die Nein-Tür den Saal wieder betreten.

Ich bitte die Damen und Herren, den Saal zu verlassen.

(Geschieht.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Abstimmung beginnt; ich bitte, den Eintritt zu bewirken.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter **Beuermann:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Diernreiter:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen): Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz:** Ja!

Präsident: Nein!

(Pause.)

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes. Mit Ja haben gestimmt 54 Damen und Herren, mit Nein 202.

(Große Heiterkeit.)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Entschließung Allekotte und Genossen auf Nr. 1619 der Drucksachen:

(Präsident.)

(A) die Reichsregierung zu ersuchen, einen Ausschuß einzuberufen, bestehend aus den sachverständigen Vertretern der beteiligten Ressorts und Vertretern der zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, um für die Vergebungen von Leistungen und Lieferungen einheitliche Grundsätze für Reich und Länder zu schaffen.

Wer dieser Entschließung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Mit großer Mehrheit angenommen!

Ich rufe auf Tit. 2, — Tit. 3 und 4 fallen aus, — Tit. 5, — 6, — 7, — Tit. 8 fällt aus, — 9, — 9a, — 10. — Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 5a, — 6, — Tit. 7 fällt aus, — 8, — 9, — 10, — 10a, — 11, — 12. — Kap. 4 Tit. 1, — 2, — Tit. 3 und 4 fallen aus, — 5, — 6, — 7, — Tit. 8 fällt aus, — 9, — 10, — 10a, — 11, — 11a, — 12. —

Zu Kap. 5 Tit. 1 hat das Wort der Herr Abgeordnee Biener.

Biener, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Zu den vorhin gehörten Reden, die alle von Handwerkerfreundlichkeit trieften, und zu den Verhandlungen, die wir am 4. Februar in diesem Hause gehabt haben, möchte ich Ihnen bei dem Kapitel **Verpflegungsämter** eine kleine Illustration geben.

Zu denjenigen Einrichtungen der Heeresverwaltung, die durch die Verminderung des Heeres abgebaut werden müssen, gehören auch die Verpflegungsämter und die damit verbundenen Garnison- oder Militärbäckereien. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir bei einer Reichswehr von 100 000 Mann nicht mehr die Einrichtungen gebrauchen können, die wir früher für unser großes stehendes Heer notwendig hatten. Nun ist es recht wohl zu verstehen, (B) wenn die dort beschäftigten Arbeitskräfte sich gegen eine Aufhebung, gegen einen Abbau mit allen Mitteln wehren. Ich möchte aber demgegenüber sagen, daß den Leuten doch nichts anderes geschieht, als was allen anderen auf anderen Gebieten bei der Abwicklung der Heeresorganisation auch geschehen ist.

Nun versucht das Reichsschatzministerium die noch im Betriebe befindlichen **Garnisonbäckereien** wirtschaftlich zu gestalten. Das kann man an sich wohl auch unterstützen und begrüßen. Aber der Weg, der dabei beschritten wird, ist ein Weg, auf dem mit unlauteren und ungerechten Mitteln gearbeitet wird. Ich weiß recht wohl, daß ich damit einen schweren Vorwurf ausspreche, und fühle die Verpflichtung, diesen Vorwurf zu begründen.

Das Reichsschatzministerium hat zu dem Zwecke, um die Militärbäckereien wirtschaftlich arbeiten zu lassen, **Richtlinien** herausgegeben, nach denen die Garnisonbäckereien auch die Belieferung von Anstalten und Gefängnissen und von privaten Verbrauchern übernehmen sollen. In diesen Richtlinien ist davon die Rede, daß alle diejenigen Anstalten dabei in Betracht kommen, welche einen kasernenmäßigen Charakter tragen, daß also in solchen Fällen die Garnisonbäckereien an die Stelle der früheren Lieferanten treten sollen. Das Reichsschatzministerium hat in einer Zuschrift vom 22. Dezember 1920 an den Zentralverband deutscher Bäckerinnungen zur Begründung seines Standpunktes das Folgende geschrieben:

> Ich bemerke, daß eine Ergänzung der Richtlinien über die Ausnutzung der Garnisonbäckereien nicht erforderlich ist, da ich mir bei Abweichungen von den Richtlinien die Entscheidung in jedem Falle vorbehalten habe und Verstöße gegen meine Anordnungen bisher nicht zu meiner Kenntnis gelangt sind. Wie bereits im Schreiben vom 23. November 1920 zum Ausdruck gekommen ist, werde ich die Herstellung von Brot in Garnison- (C) bäckereien für nicht zu meinem Versorgerkreis gehörige Personen nur dann gestatten, wenn sichere Gewähr geboten ist, daß das Kleinhandwerk dadurch nicht geschädigt wird.

Mit diesem Grundsatz, den hier der Reichsschatzminister aufgestellt hat, würde man ohne weiteres einverstanden sein können.

Aber was ist denn nun trotz dieser Richtlinien die Folge? Die kann nur sein, daß auf allen Gebieten eine weitgehende **Schädigung der Handwerksbetriebe** eintritt. Aus dem Grunde sind auch aus dem ganzen Reiche — ich erinnere nur an Wilhelmshaven, Torgau, Regensburg, Tübingen, Riesa, Grimma, Waldenburg und noch viele andere — erhebliche Klagen geäußert worden, daß mit der Konkurrenz der Militärbäckereien den Handwerksbetrieben eine schwere Schädigung zugefügt werde. Wir erblicken diese Schädigung darin, daß gut eingerichtete private Betriebsanlagen nicht mehr voll ausgenützt werden können, Anlagen, die mitunter gerade zu dem Zwecke geschaffen worden sind, um die Lieferung an die Anstalten, Seminare, Gefängnisse und andere Reichs- und Landesanstalten zu übernehmen.

Wenn diese Betriebe nicht mehr in der früheren Weise ausgenützt werden können, so ist zweifellos eine große Zahl von Entlassungen die Folge davon. Ich möchte hervorheben, daß gerade im Bäckerhandwerk die Arbeitslosigkeit seit Ende des Krieges die größte ist, die wir überhaupt haben.

Ich möchte auch weiter darauf hinweisen, daß alle Bestrebungen, die dahin gehen, die Arbeitslosigkeit in diesem Berufszweige zu vermindern, natürlich wirkungslos werden, wenn Privatbäckereien um einen wesentlichen Teil ihrer Kundschaft gebracht werden. Was nützt es denn, wenn hier an dieser Stelle seitens der Kabinettsmitglieder goldene Worte gesprochen werden, wie das vom Herrn (D) Reichswirtschaftsminister am 4. Februar geschehen ist, wo er dem Handwerk weitgehende Anerkennung gezollt hat, wenn auf der anderen Seite dann in der vorliegenden Frage eine ganz rigorose Ausschaltung der Handwerksbetriebe eintritt. Es ist schon so, wir wissen darüber Bescheid: das Handwerk wird mit dürren Worten abgespeist, und im übrigen überläßt man es seinem Schicksal.

Ich habe nun vorhin den Vorwurf erhoben, daß die **Konkurrenz der Reichsbetriebe** unlauter und ungerecht ist. Wie komme ich zu diesem Vorwurf? Die Reichsbetriebe treten als Schleuderkonkurrenz den Privatbetrieben gegenüber. Sie machen den Anstalten Angebote, in denen sie das Kilo Brot für 1,95 Mark liefern wollen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Und Sie sagen immer, daß die Regiebetriebe teurer arbeiten!)

— Ja, ich will Ihnen gleich sagen, daß Sie unrecht haben. Dieses Schleuderangebot ist nur aus dem Grunde möglich, daß man den Reichsbetrieben das **Mehl** zu einem erheblich **billigeren Preise** liefert.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ist bestritten worden!)

— Nein, Herr Kollege Kahmann, das ist nicht bestritten worden. Ich habe im Hauptausschuß die Angelegenheit vorgetragen, und darauf hat mir der Herr Staatssekretär Walter geantwortet, daß die Betriebe das Mehl zu demselben Preise geliefert bekommen wie die Kommunalverbände, während die Privatbetriebe die ganz ungeheuerlichen Kosten der Zwangswirtschaft, nämlich den Aufschlag der Kommunalverbände, tragen müssen. Ich will Ihnen auch gleich sagen, wieviel das ausmacht: am Doppelzentner 30 bis 40 Mark.

(Hört! Hört! rechts)

Wenn Sie den privaten Bäckermeistern das Mehl zu einem so niedrigen Preise liefern, dann sind auch Sie

(Wiener, Abgeordneter.)

(A) selbstverständlich in der Lage, das Brot an die Landesanstalten zu einem erheblich billigeren Preise zu liefern.

Aber damit noch nicht genug! Meine Damen und Herren! Ich habe im Hauptausschuß an die Reichsregierung die Frage gerichtet, was denn nun diese Reichsbetriebe, die Garnisonbäckereien, soweit sie an andere Stellen liefern, also nicht bloß an Heeresorganisationen, für die Verzinsung des Anlagekapitals, für die Abschreibung der Betriebe und andere Unkosten leisten. Darauf ist mir keine öffentliche Antwort geworden, aber privatim hat man mir dann gesagt, daß die Betriebe dafür eine **Abgabe in Höhe von 30 Prozent** leisteten, wahrscheinlich 30 Prozent vom Mehlpreise.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das wäre sehr viel!)

— Nein, das wäre sehr wenig, wenn man weiß, was heute nicht bloß die Handwerksbetriebe, sondern auch die Bäckereigroßbetriebe an Herstellungskosten usw. brauchen. Sie werden wissen, daß ein Betrag von 30 Prozent weit unter dem liegt, was sonst notwendig ist, um die Herstellungskosten zu decken.

Meine Damen und Herren! Ich habe dann weiter die Frage aufgeworfen, ob die Reichsbetriebe bei ihrem Umsatz auch die **Umsatzsteuer** bezahlen. Auch darauf habe ich eine private Antwort bekommen. Man hat auf das Umsatzsteuergesetz Bezug genommen und gesagt: Umsatzsteuer brauchen diese Betriebe natürlich nicht zu bezahlen, denn das steht im Umsatzsteuergesetz. Ja, was für ein Schluß hieraus gezogen werden kann, liegt doch sehr nahe, und ich möchte einmal hören, wie der Herr Reichsfinanzminister sich dazu stellt, daß durch diese Ausgestaltung der Reichsbetriebe die steuerlichen Maßnahmen vereitelt werden, die getroffen worden sind, um dem Reiche Geld zu verschaffen.

(Sehr richtig! rechts.)

Mit diesen Darlegungen habe ich wohl den Vorwurf begründet, daß die Konkurrenz eine durchaus unlautere (B) ist. Aber sie ist auch ungerecht. Meine Damen und Herren! Sie wissen ja, daß wir heute unter der Geltung der Zwangswirtschaft die Vorschrift haben, daß die Brotherstellung unter Benutzung einer **zehnprozentigen Streckung** zu erfolgen hat. Als ich im vorigen Herbst eine Anfrage an die Regierung richtete und betonte, daß mir bekannt geworden sei, daß die Reichsbetriebe sich um die Verordnungen der Reichsgetreidestelle nicht kümmerten, da ist mir geantwortet worden: von nun an — das sollte wohl heißen: vom 1. November an — würden auch die Reichsbetriebe die Streckung durchführen. Ich habe natürlich den Worten der Reichsregierung geglaubt. Heute weiß ich, daß trotzdem nicht danach verfahren wird. Wir haben die Vorschrift, daß die Streckung mit zehn Prozent Mais oder ähnlichen Sachen erfolgen soll. Fragen Sie mich nicht danach, was ich mit diesen ähnlichen Sachen meine. Die sind mitunter so schlecht, daß man es nicht verantworten kann, daß solche Sachen der menschlichen Ernährung zugeführt werden.

(Hört! Hört! rechts.)

In gewissen Teilen des Reichs, zum Beispiel in Sachsen, besteht nun noch eine weitere Landesvorschrift. Zur Schaffung einer Landesreserve hat die sächsische Regierung angeordnet, daß die Streckung noch um weitere 5 Prozent erhöht wird. Dazu kommt weiter, daß vielfach Kommunalverbände auch noch 10 Prozent Gerstenmehl liefern, das nicht als Streckungsmittel angerechnet wird, so daß dort die Brotherstellung unter einer Beimischung von 25 Prozent Streckungsmitteln erfolgt. Wie ist es aber in den Reichsbetrieben? — Da wird mit 5 Prozent gestreckt. Die Reichsbetriebe liefern also an die Insassen der Gefängnisse und deren Beamte ein erheblich besseres Brot, als die übrigen Bäckermeister unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften herstellen können.

(Hört! Hört! rechts.)

(C) Damit begründe ich meinen Vorwurf, daß die Konkurrenz der Reichsbetriebe auch eine ungerechte ist. Wir werden uns gegen diese Vorgänge in der allerschärfsten Weise wenden. Die Bäckermeister haben während der Geltung der Zwangswirtschaft immer noch wenigstens ein leidliches Brot hergestellt; aber wenn sie nunmehr am Ende ihrer Geduld angekommen sind, dann soll man sich darüber nicht wundern. Hat man denn im Schoße der Reichsregierung kein Empfinden dafür, welche Schlußfolgerungen aus solchen Vorgängen gezogen werden müssen? Wir wissen recht wohl, welche Schlußfolgerungen wir daraus ziehen müssen, und diese heißen: trotz der schönen Reden, die wir hier von der Regierungsbank zu gelegener Zeit hören, wird das Handwerk verraten und verkauft.

(Beifall rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bruhn.

Bruhn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Am 1. Oktober 1919 sind die **ehemaligen Beamten der preußischen Heeresverwaltung** dem Reichsschatzministerium unterstellt worden. Die Beamten — es sind nicht nur die Proviantamts-Inspektoren, auch andere Kategorien, die nicht unter diese Etatsposition fallen, wie die Garnisonverwaltungs- und Bekleidungsamts-Inspektoren — fühlen sich samt und sonders zurückgesetzt. Die Vertreter des Reichsschatzministeriums sind beim Finanzministerium bei der Vorberatung der neuen Besoldungsordnung nicht durchgedrungen. Man hat augenscheinlich in der neuen Verwaltung noch nicht die Kraft gehabt, die berechtigten Interessen der ehemaligen Heeresbeamten zur Geltung zu bringen.

Bis zum Jahre 1909 bestanden für die Inspektoren der drei Verwaltungen Beförderungsstellen. Durch die Besoldungsreform von 1909 wurden diese beseitigt. Sie blieben zwar als solche bestehen, aber ohne erhöhte Gehaltsklassen. (D) Es handelt sich um Beamte, die zum Teil 56 Jahre alt sind, die Vorsteher von Ämtern gewesen sind, die eine Anzahl von Beamten und eine größere Zahl von Arbeitern unter sich hatten, die Millionenwerte zu verwalten hatten. Sie wurden nun im Frühjahr 1920 bei der neuen Besoldungsreform in Gruppe V als Verwaltungsassistenten eingereiht. Das war ein Schlag ins Gesicht dieser Beamten. Dann fand eine allgemeine Hinaufschiebung von unten nach Klasse VI statt, und dabei kamen auch diese Verwaltungsassistenten als Sekretär nach Klasse VI. Diese Beamten gehören ihrer Vorbildung und der Bedeutung ihrer Tätigkeit im Frieden und im Kriege nach in die Klasse VII. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen. Im Besoldungsausschuß, dem ich angehörte, war nichts daran zu ändern. Aber ich möchte dem Herrn Reichsschatzminister ans Herz legen, diesen Beamten entgegenzukommen dadurch, daß auf dem Wege des Etats, wenn nicht in diesem, so bestimmt in dem nächstjährigen, eine größere Zahl Stellen als Ober-Verwaltungssekretäre geschaffen wird. Die Zahl ist nicht so groß, daß mit der Einwendung der Geldkosten seitens des Finanzministers ernstlich entgegnet werden könnte.

Der Herr Kollege Kahmann hat sich gestern gegen mich gewandt, weil ich den **Vertrag mit der Deutschen Handels- und Landwirtschaftsbank** zur Sprache gebracht habe. Ich appelliere an die Fraktionskollegen des Herrn Kahmann, die im Ausschuß gewesen sind, besonders an den Kollegen Hoch. Als ich die Angelegenheit der deutschen Handelsbank zum Gegenstand meiner Besprechungen machte, habe ich mich gegen das Reichsschatzamt gewandt, ich habe überhaupt nicht gewußt, daß der frühere Minister Schmidt mit den Dingen zu tun hatte. Ich habe den Vertrag als solchen zur Unterlage meiner Ausführungen gemacht und darauf hingewiesen,

(**Bruhn**, Abgeordneter.)

(A) daß beim Abschluß dieses Vertrags nicht Sachverständige zugezogen worden seien, sonst hätte er nicht so abgeschlossen werden können, wie es geschehen ist, und ich erhob Vorwürfe gegen das Reichsschatzministerium. Da erhob sich der betreffende Dezernent im Reichsschatzministerium und erklärte: Wir sind als Reichsschatzministerium bei Abschluß des Vertrags ausgeschaltet gewesen, es hat eine Zeit gegeben, wo wir überhaupt die Dinge nicht in der Hand hatten, die Verantwortung dafür hat der Reichsernährungsminister Schmidt, der es damals gegenüber dem Reichsschatzminister durchgesetzt hat, daß der Vertrag abgeschlossen wurde. Ich wußte also nicht, daß es sich um Herrn Schmidt handelte, konnte also nicht die Absicht haben, die Sie mir unterstellen, ihn persönlich angreifen zu wollen. Ich habe den Vertrag als solchen kritisiert. Es sind Hunderte von Millionen dem Reich, dadurch an Mehrbelastungen auferlegt worden, weil man sich bei Abschluß des Vertrags sachlich nicht von sachverständigen Erwägungen hat leiten lassen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Von einem Verpflegungsamt sind allein 78 000 Mark für Transportverluste gezahlt worden. Ich kenne nur die Vorgänge von einem Verpflegungsamt; es gibt aber 154 solcher Ämter. Daran können Sie ungefähr die Transportverluste ermessen. Aber noch andere Zahlen habe ich in meinen vorgestrigen Ausführungen beigebracht, daß der Vertrag dem Reich Unsummen nutzlos auferlegt hat. Ich weise es also zurück, als wenn ich den Herrn Kollegen Schmidt persönlich hätte angreifen wollen.

Nun hat Herr Kahmann zum Schlusse gesagt, in meinem Gehirn hätte ich Heu und Stroh zusammengelegt.

(Heiterkeit.)

Wenn Sie Herr Kollege Kahmann Ihr Gehin ein bißchen mehr angestrengt hätten, hätten Sie mich gleich richtig verstanden.

(B) (Zuruf von den Sozialdemokraten: Fauler Witz!)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen zu Kap. 5 Tit. 1 liegen nicht vor; ich stelle die Annahme fest, da ein Widerspruch nicht erfolgt.

Ich rufe weiter auf Kap. 5 Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6 fällt aus, — 7, — 8, — 9 — und stelle überall die Annahme fest, da keine Einwendungen erhoben werden.

Bezüglich des Kap. 6 besagt der Ausschußantrag auf Nr. 1572, daß über dieses Kapitel ein besonderer Bericht erstattet werden soll. — Ich stelle das Einverständnis des Hauses fest, daß dieses Kapitel zurückgestellt wird.

Wir gehen über zu Kap. 7. Hier rufe ich auf Tit. 1, — 2, — 3 und 4 fallen aus, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10. — Da keine Wortmeldungen vorliegen und kein Widerspruch erhoben wird, stelle ich ihre Annahme fest.

Ich rufe auf aus der Ergänzung Kap. 8 Tit. 1 und stelle gleichfalls die Annahme fest.

Wir kommen zu b, einmalige Ausgaben. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3 fällt aus, — 4, — 5, — 6. — Auch hier stelle ich die Annahme fest.

Wir gehen über zum außerordentlichen Haushalt.

Zu Kap. 1 Tit. 1 hat das Wort der Herr Abgeordnete Hartleib.

Hartleib, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin mit ganz außerordentlichem Interesse die Ausführungen des Herrn Kollegen Hammer angehört, der versucht hat, das Reichsschatzministerium zu veranlassen, in Zukunft den Handwerksbetrieben und den Handwerksmeistern ein größeres Entgegenkommen und mehr Unterstützung zuteil werden zu lassen als bisher. Herr Hammer muß sich aber darüber klar sein, daß dem Handwerk damit nicht allein geholfen ist, wenn es die Protektion seitens der Regierung und der staatlichen Behörden genießt. (C) Es ist schon richtig, was gestern mein Parteifreund Kahmann ausgeführt hat, daß die Existenzfähigkeit des Handwerks vor allen Dingen von der Konsumfähigkeit der großen Massen abhängt. Je größer die Konsumfähigkeit der Gesamtheit des arbeitenden Volkes ist, um so mehr werden auch die Handwerksmeister und Handwerksbetriebe die Möglichkeit zur Existenz haben.

Wenn aber von seiten der Vertreter des Handwerks um die Unterstützung der Handwerksbetriebe seitens der Regierung nachgesucht wird, dann möchte ich es bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, zu gleicher Zeit darauf aufmerksam zu machen, daß es auch notwendig ist, daß das Reichsschatzministerium in Zukunft etwas mehr als bisher soziales Verständnis für die Wünsche und Forderungen derjenigen Arbeiterschichten zeigen muß, die in ihrer Entlohnung und in bezug auf ihre Arbeitsbedingungen dem Reichsschatzministerium unterstellt sind. Ich verweise da vor allen Dingen auf die Arbeiter, die in den **Reichsvermögensstellen** beschäftigt werden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß zum Teil die **Entlohnung der Arbeiter** sehr viel zu wünschen übrig läßt, wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, daß im großen und ganzen, von Ausnahmen abgesehen, die Entlohnung dieser Arbeiterkategorien durch den Abschluß von Tarifverträgen geregelt worden ist. Aber den gleichen Fehler, den die Privatunternehmer begehen, begeht auch in dieser Frage das Reichsschatzministerium. Es werden nämlich immer die in den Tarifen vereinbarten Löhne auch vom Reichsschatzministerium als Maximallöhne angesehen, während nach dem Willen der wirtschaftlichen Organisationen die in den **Tarifverträgen** vereinbarten Löhne als **Minimallöhne** angesehen werden sollen. Diese Löhne in den Tarifverträgen sollen sozusagen das Existenzminimum des Arbeiters darstellen. (D) Soweit es sich aber um besondere Leistungen der Arbeiter handelt, muß bei ihrer Entlohnung noch über die Tariflöhne hinausgegangen werden.

Wenn so oft von den Gegnern der Tarifverträge darauf hingewiesen wird, daß angeblich durch diese einheitliche Entlohnung der Arbeiterschaft auf Grund der Tarifverträge die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft untergraben wird, so ist das eine irrige Auffassung. Wenn diese so oft aufgestellte Behauptung zutreffend ist, dann sind die Arbeitgeber — und in diesem Falle das Reichsschatzministerium — selbst daran schuld, weil sie unausgesetzt, wie gesagt, immer die Minimallöhne als Maximallöhne anzusehen belieben und dadurch das Interesse der Arbeitnehmer an den Arbeitsleistungen vermindern.

Bei dem, was ich hier auszuführen habe, kann es sich aber nicht allein darum handeln, Kritik daran zu üben, daß das Reichsschatzministerium in bezug auf die Entlohnung der Arbeiter diesen eigenartigen Standpunkt einnimmt. Vor allen Dingen habe ich deshalb berechtigten Anlaß zur Kritik an seiner Haltung, weil das Reichsschatzmitisterium bei der Erledigung der Lohnfragen es bisher an dem nötigen Entgegenkommen und sozialen Verständnis gegenüber den Arbeitnehmern hat fehlen lassen.

Ich mache da beispielsweise auf einen Fall aufmerksam, der schon längere Zeit das Reichsschatzministerium und auch das Reichsfinanzministerium beschäftigt und die Arbeitnehmer bei der **Reichsvermögensstelle in Scheuen bei Celle** betrifft. Diese Arbeiter werden ungeheuer niedrig entlohnt. Ihre gegenwärtige Entlohnung schwankt um 3,30 Mark herum, während im benachbarten Celle die Löhne im allgemeinen 4,50 Mark bis 4,80 Mark pro Stunde betragen. Seit zirka 9 Monaten sind diese

(**Hartleib**, Abgeordneter.)

(A) Arbeiter bemüht, beim Reichsschatzministerium durchzusetzen, daß endlich einmal ihre Löhne zeitgemäß aufgebessert werden, und daß bei ihrer Entlohnung auf die Lebensverhältnisse und auf die Existenzbedingungen in Celle Rücksicht genommen wird. Dem Reichsschatzministerium ist es bis zu dieser Stunde noch nicht eingefallen, den Wünschen dieser Arbeiterkategorieen in der Reichsvermögensstelle in Scheunen auch nur irgendwie entgegenzukommen. Man verweist diese Arbeiter mit ihren Ansprüchen vom Reichsschatzministerium an das Finanzministerium. Letzteres erklärt wieder, die Vorberatungen seien nicht erledigt, und was dergleichen Entschuldigungen noch mehr sind. Wenn mir eingewendet werden sollte, das Reichsfinanzministerium sei zuständig, dann möchte ich sagen: ja, sollen denn diese Arbeiter mit ihren Familien, mit ihren Frauen und Kindern in dieser Zeit verhungern? Diese Sache zieht sich jetzt schon über rund neun Monate hin. In dieser Zeit wäre Gelegenheit in Hülle und Fülle gegeben wesen, den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Das ist aber bis zu dieser Minute nicht geschehen. Erst vorgestern wieder schreiben mir die Arbeiter: „Wir müssen den Zentner Kartoffeln mit 45 Mark bezahlen." Meine Herren, wo sollen Arbeiter mit einem Einkommen von 3,40 und 3,30 Mark pro Stunde die Existenzmittel zum Leben hernehmen?

Weiter will ich darauf aufmerksam machen, daß die im **Gefangenenlager Celle**, das sich gleichfalls in Scheunen befindet, beschäftigten **Arbeiter** nach Ortsklasse C entlohnt werden, die Arbeiter der Reichsvermögensstelle dagegen nach E. Vom Gemeindevorstand ist für die in Celle wohnenden Arbeiter der Reichsvermögensstelle in Scheunen ein Gutachten an die Behörden dahin erstattet worden, daß die Lebensbedingungen in Scheunen ebenso teuer sind, wie in Celle. Das gleiche ist von dem (B) dortigen Landratsamt bestätigt worden, und das Landesfinanzamt Unterweser in Bremen hat die Wünsche der Arbeiter auf Erhöhung ihrer Löhne gleichfalls befürwortet. Trotzdem war alles vergebens, weil angeblich der Instanzenzug immer noch nicht erschöpft ist. Nun können die Arbeiter zusehen, wo sie mit ihrem Verdienst bleiben. Das ist eine Ungerechtigkeit sondergleichen, und damit dürfte der Beweis erbracht sein, wenn man sich allein einmal dieses Verhalten des Reichsschatzministeriums vor Augen führt, daß es dem letzteren an dem nötigen sozialen Verständnis in bezug auf Arbeiterfragen und Arbeiterforderungen fehlt. Bezeichnend ist ein Brief, der mir gestern zuging. Darin heißt es erneut:

> Weshalb hat das Celler Lager, welches sich auch in Scheunen befindet, im vorigen Jahre diese Nachzahlung erhalten, und sind dort die Arbeiter in die höhere Lohnklasse C versetzt worden? Wir befinden uns doch auch in Scheunen, und uns will man nichts zuerkennen.

Der Vorwurf und die Erbitterung der Arbeiter, die aus diesem Schreiben sprechen, sind berechtigt. Ich verweise darauf, daß die Entlohnung der Arbeiter, die in den Reichsvermögensstellen beschäftigt sind, an und für sich zu niedrig ist. Sie werden beispielsweise im Etat finden, daß dort eine Summe von 20 Millionen Mark und im Ergänzungsetat eine Summe von 25 915 000 Mark eingesetzt ist. Wenn Sie sich weiter den Etat etwas aufmerksamer ansehen, werden Sie finden, daß von diesen 25 Millionen Mark für Arbeiterlöhne eine Summe von sage und schreibe 190 000 Mark angesetzt ist. Allein wenn man sich diese winzige Summe einmal vergegenwärtigt und mit den Gesamtausgaben vergleicht, ergibt sich daraus, in welch unzureichender Weise die Arbeiter in zahlreichen Reichsvermögensstellen entlohnt werden, was besonders in bezug auf die Reichsvermögensstelle in Scheuen zutrifft.

Ich habe darauf hingewiesen, daß die Leute, welche in (C) Gefangenenlagern beschäftigt sind, nach einer höheren Ortslohnklasse entlohnt werden, und zwar berechtigterweise. Die gleiche Berechtigung auf eine höhere Entlohnung haben aber auch die Arbeiter der Reichsvermögensstelle.

Ich möchte nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit, nachdem ich mich schriftlich und mündlich ein paarmal an das Reichsschatzministerium gewandt habe, erneut zu fordern, endlich einmal diesen schwergeprüften Arbeitern Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, und daß das Reichsschatzministerium endlich einmal diesem Wunsche Rechnung trägt.

Es ist schon oft bei anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen worden, daß beispielsweise gerade in Reichsbetrieben die **Arbeitsfreudigkeit** der in Frage kommenden **Arbeitnehmer** zu wünschen übrig ließ. Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, ob dieser Vorwurf berechtigt ist. Das eine aber muß sich jeder vernünftige Mensch sagen; wenn man die Arbeiter vollständig unzureichend entlohnt und sie dadurch mit ihren Familien dem bittersten Elend aussetzt, und wenn sich diese Arbeiter dann bemühen, für ihre Arbeitsleistung zeitgemäß entlohnt zu werden, dann soll man ihnen in bezug auf die Einkommensverhältnisse ein klein wenig mehr soziale Gerechtigkeit entgegenbringen. Wenn sich also in dem erwähnten Falle Arbeiter seit drei Vierteljahr vergebens um eine Lohnaufbesserung bemühen, und sich gegen eine derartig ungerechte Behandlung wenden, so ist es nur erklärlich, daß die Arbeitsfreudigkeit abnimmt und die Arbeiter von Mißtrauen erfüllt werden. Das Endergebnis davon ist, daß früher oder später die Arbeitsleistung zu wünschen übrig läßt; das ist aber nicht die Schuld der Arbeitnehmer, sondern der in Frage kommenden Regierungsbehörden.

Es mag sein, daß nach allem, was wir bisher gehört haben, das Reichsschatzministerium es gerade in bezug auf die **rentable Gestaltung der in Frage kommenden** (D) **Reichsbetriebe** es an der nötigen Initiative hat fehlen lassen, daß vielleicht Vertreter des Reichsschatzministeriums systematisch darauf hinarbeiten, daß die in Frage kommenden Unternehmungen im Laufe der Zeit in ihrer Wirtschaftlichkeit immer mehr und mehr zurückgehen, damit diese Herren hernach in der Öffentlichkeit Veranlassung haben, zu erklären, daß reichseigene Betriebe unwirtschaftlich seien, sich nicht selbst erhalten könnten und aus diesem Grunde beseitigt werden müßten. Sie finden bei solchen Bestrebungen die Unterstützung der rechtsstehenden Parteien. Wir werden bei anderer Gelegenheit Veranlassung nehmen, auf diesen Mangel an sozialem Verständnis im Reichsschatzministerium aufmerksam zu machen, wenn beispielsweise in der nächsten Zeit der Etat der Reichsbekleidungsämter behandelt werden wird. Wir haben ja zu der Sache auch noch etwas zu sagen, und zwar infolge der Vorstöße, die bisher durch die Handwerker- und Mittelstandsorganisationen unternommen worden sind, um diese Unternehmungen zu beseitigen und damit die in Frage kommenden Tausende von Arbeitern, Arbeiterinnen und Kriegsbeschädigten arbeitslos zu machen. Wir haben leider bisher konstatieren müssen, daß das Reichsschatzministerium bereit ist, diesen reaktionären wirtschaftsfeindlichen Bestrebungen der Handwerkerorganisationen Entgegenkommen zu zeigen. Wir möchten darum diese Gelegenheit aber nicht vorübergehen lassen, um erneut darauf hinzuweisen: es ist notwendig, daß die Arbeitnehmer bei den Reichsvermögensstellen den Zeitverhältnissen entsprechend entlohnt werden. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß man den Leuten bei der Reichsvermögensstelle in Scheuen bisher geradezu einen Hungerlohn bezahlt hat. Es ist eine doppelte Ungerechtigkeit, daß man diese Leute bisher schon neun Monate lang auf die Erledigung ihrer Lohnfrage hat warten lassen. Ich möchte

(Hartleib, Abgeordneter.)

(A) aus dem Grunde darum ersuchen, daß das Reichsschatzministerium nun endlich einmal Veranlassung nimmt, diesen Arbeitern Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich stelle die Annahme des Kap. 1 Tit. 1 mit der Ergänzung fest, da kein Widerspruch erfolgt.

Tit. 2 fällt aus.

Ich rufe weiter auf Tit. 3, — 4 mit der Ergänzung, — 5, — 6 ist zurückgestellt, — 7, — 8, — und stelle auch hier überall, da kein Widerspruch erfolgt, die Annahme fest.

Wir gehen über zu den Einnahmen im ordentlichen Etat. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, der Buchstabe b des Tit. 3 der Ergänzung ist zurückgestellt; — Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7 aus der Ergänzung, — stelle auch hier überall die Annahme fest, da kein Widerspruch erfolgt.

Das Wort hat der Herr Reichsschatzminister.

(Zuruf: Wozu?)

v. Raumer, Reichsschatzminister: Ich möchte mir erlauben, mich zusammenfassend zu den sämtlichen, die Ausgaben behandelnden Ausführungen der Herren Vorredner zu äußern. Zuerst hat der Herr Abgeordnete Kahmann erklärt, daß er meiner ganzen Geschäftsführung außerordentliches Mißtrauen entgegenbringe. Ich glaube, das kommt daher, weil wir den wirtschaftlichen Aufgaben meines Ressorts unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten gegenübertreten. Nach dem Standpunkt des Herrn Abgeordneten Kahmann sind die Fragen zu regeln unter politischen Gesichtspunkten, unter dem Gesichtspunkt von Theoremen. Dafür ist charakteristisch, was er ausgeführt hat über die Frage des **Ankaufs der Zentrale der Nieder-** (B) **sächsischen Kraftwerke.** Er hat da zugeben müssen, daß die Regelung, die ich getroffen habe, wohl für die Elektrizitätsversorgung der Kreise vorteilhafter gewesen sei; aber es sei grundsätzlich unrichtig gewesen, hier von dem Ankauf der Zentrale abzusehen. Dieser Fall charakterisiert die verschiedenen Anschauungen.

(Abgeordneter Kahmann: So habe ich es nicht gesagt!)

Ich trete an die Aufgaben meines Ressorts gerade in dieser Zeit nur unter dem Gesichtspunkte heran: wie kann die Produktivität am besten gefördert werden, wie kann am besten Arbeitsgelegenheit erhalten und geschafft werden? Denn nach meiner Ansicht verträgt unsere Wirtschaft heute keine Experimente, keine Politik, kein Theoretisieren.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist unser grundsätzlicher Unterschied.

Der Herr Abgeordnete Kahmann ist weiter eingegangen — und das spielt ein bißchen in die Frage des verschiedenen Standpunktes hinein — auf die Frage des **Kahn-Vertrages.** Wenn der Herr Abgeordnete Kahmann wirklich den Deutschen Werken so freundlich gegenübersteht — ich nehme das an —, dann hätte er sich folgendes überlegen müssen. Ich habe die Sache des Kahn-Vertrages aufgegriffen nicht in der Öffentlichkeit, sondern im Instanzenweg; ich habe die Sache dem Aufsichtsratsvorsitzenden übergeben, sobald ich den Vertrag zur Kenntnis bekam. Dieses Eingreifen war unbedingt richtig, und die Herren Ihrer Fraktion haben das ja schließlich im Haushaltsausschuß auch anerkannt. Der Kahn-Vertrag ist durch mein Eingreifen ganz wesentlich verändert und verbessert worden. Nachdem diese Arbeit abgeschlossen war, war es meine Aufgabe, zu verhüten, daß durch alle die Angriffe, die gegen die Direktion der Deutschen Werke gerichtet worden waren, die Interessen der Deutschen Werke geschädigt wurden. Deswegen habe ich die ganze Frage des Kahn-Vertrags beiseite geschoben — sie war erledigt — und habe mich vor die Direktion der Deutschen (C) Werke gestellt, um zu verhüten, daß all dieses Geschwätz und diese Anwürfe in den Zeitungen das Ansehen der Direktion weiter schwächten. Ich werde mich auch durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kahmann nicht verleiten lassen, von diesem Grundsatz abzugehen. Ich fühle mich in der ganzen Angelegenheit stark genug, um mir von ihm das Gesetz meines Handelns nicht vorschreiben zu lassen.

(Zustimmung rechts. — Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Von wem denn?)

Meine Damen und Herren! Eine Reihe von Herren kam dann auf die **Frage des Mittelstandes** und der **Berücksichtigung des Handwerks** zu sprechen. Ich habe mich gefreut, daß der Herr Abgeordnete Lange-Hegermann unser Bestreben, die ganze Frage der Heranziehung des Handwerks, die während des Krieges durcheinandergekommen ist, wieder auf eine neue Bahn zu bringen, anerkannt hat. Ich kann versichern, daß wir dieser Frage die ernsteste Aufmerksamkeit widmen. Ich bin von der Notwendigkeit der Erhaltung eines gesunden selbständigen Mittelstandes so überzeugt, daß ich alles tun werde, was in meinem Ressort zur Erhaltung des Mittelstandes getan werden kann.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Hammer hat dann den Wunsch ausgesprochen, daß **Techniker** diese Frage bei uns behandeln sollen. An der Spitze der Bauabteilung steht ein Techniker, und auch der Erlaß, über den der Herr Abgeordnete Hammer gesprochen hat, stammt von einem Techniker. Ich möchte übrigens bemerken, daß über die Frage, welche Prozente als Geschäftsunkosten zu den Löhnen zugeschlagen werden können, augenblicklich Verhandlungen mit den Provinzialbehörden schweben. Ich hoffe, daß diese Angelegenheit in einer allen Teilen gerecht werdenden Weise zum Abschluß gebracht werden kann. (D)

Der Herr Abgeordnete Biener ist dann auf die **Garnisonbäckereien** eingegangen. Von der Parteien Haß und Gunst entstellt, schwebt ihr Charakterbild in der Geschichte. Den Herren von rechts backe ich zu viel, den Herren von links zu wenig.

(Sehr richtig! links.)

Ich möchte zunächst einmal auf die Spezialangriffe des Herrn Abgeordneten Biener eingehen. Die Bäckereien werden nur so weit erhalten, als sie für die Reichswehr und für die Ordnungspolizei notwendig sind. Bis ihr Abbau erfolgt ist — und dieser Abbau kann erst erfolgen, wenn die Standorte und Garnisonorte der Reichswehr und Sicherheitspolizei endgültig festliegen — müssen die Bäckereien ausgenutzt werden, um wirtschaftlich zu arbeiten. Sie dürfen aber nur an Anstalten mit kasernenmäßiger Unterbringung liefern, nicht an Private. Bei der Ausführung der Backarbeiten haben sie sich den allgemeinen Vorschriften zu unterwerfen. Wenn der Herr Abgeordnete Biener meint, daß die Bäckereien den Vorschriften zuwiderhandeln, so darf ich ihn nur bitten, meinem Ressort die Übertretungen mitzuteilen; wir werden dann gern einschreiten.

Was die **Preisstellung** betrifft, so werden 30 Prozent nicht zu den Mehlkosten, sondern zu den Gestehungskosten zugeschlagen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Hartleib ist dann auf die **Lohnpolitik** meines Ressorts eingegangen. Ich möchte bemerken, daß er sich darin irrt, wenn er meint, daß die Tarifverträge, die für mein Ressort abgeschlossen werden, auf dem Prinzip der Mindestlöhne aufgebaut sind. Im Gegenteil, der Herr Arbeitsminister hat darauf hingewirkt, daß diese Tarife auf Höchstlöhnen aufgebaut sind.

(Abgeordneter Hartleib: Das ist falsch!)

(v. Raumer, Reichsschatzminister.)

(A) — Ja, dann müssen Sie sich an den Herrn Arbeitsminister wenden. — Diese Regelung ist deshalb getroffen, weil in der Privatindustrie die Löhne auf die Ware abgewälzt werden können, während in Reichs- und Staatsbetrieben die Löhne im Etat erscheinen und eine Abwälzung nicht möglich ist.

Was den **Fall Scheuen bei Celle** betrifft, so ist er mir persönlich unbekannt. Ich bin aber gern bereit, diesen Fall zu prüfen und einzugreifen, wenn den Arbeitern Unrecht geschehen sein sollte.

Meine Damen und Herren! Ich habe dann noch eine allgemeine Bemerkung zu machen. Meinem Ressort liegt die Arbeit ob, bis zum 1. April 1921 ein **Organisationsgesetz für die Elektrizitätswirtschaft** in Ausführung des Gesetzes vom 31. Dezember 1919 vorzulegen. Als ich mein Ressort antrat, waren für dies Gesetz Vorarbeiten nicht vorhanden. Ich habe sie nach Möglichkeit beschleunigt. Es hat sich aber im Laufe der Arbeiten gezeigt, daß die Aufgaben viel umfassender sind, als man sich damals gedacht hat. Es ist nicht nur die Organisation der Elektrizitätswirtschaft zu regeln, sondern es muß auch ein Konzessionsgesetz und ein Leitungsbaugesetz geschaffen werden; es müssen also überhaupt alle die Elektrizitätswirtschaft berührenden Fragen in einem Gesetz geregelt werden. Obgleich an diesem Gesetz sehr intensiv gearbeitet worden ist, wird es nicht möglich sein, in der durch das Gesetz vom 31. Dezember 1919 bestimmten Frist, nämlich bis zum 1. April 1921, dieses Gesetz vorzulegen. Es wird aber so sehr beschleunigt werden, wie es irgendmöglich ist.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Durch die Ausführungen des Herrn Reichsschatzministers ist die Aussprache wieder eröffnet. Es liegen aber keine Wortmeldungen vor, und ich darf, ohne Widerspruch zu finden, feststellen, daß die (B) Einnahmen im ordentlichen Haushalt bewilligt sind. — Ein Widerspruch hiergegen erfolgt nicht.

Wir kommen zu B außerordentlicher Haushalt.

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1 — und stelle die Annahme fest.

Zu Tit. 2 hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als **Erlös aus der Verwertung von entbehrlichem Heeres- und Marinegut** sowie von sonstigen entbehrlichen Beständen ist im Haushaltsplan für das Jahr 1920 der Betrag von 700 Millionen Mark eingestellt. Der Betrag würde höher sein, wenn nicht gewissenlose Geschäftsleute einen Teil des Heeresgutes durch Schliche aller Art nur zu oft der Reichskasse entziehen würden. Die Herren aus dem Ministerium können in den meisten Fällen mit gutem Recht die Verantwortung für diese Vorkommnisse ablehnen, weil es nicht möglich ist, hinter die Schliche zu kommen. Um so mehr haben die Herren die Verpflichtung, in den Fällen, in denen es möglich ist, derartige Maßnahmen gewissenloser Geschäftsleute aufzudecken, mit allen Kräften durchzugreifen

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und gegen die, die sich dabei ungehörige Handlungen haben zuschulden kommen lassen, mit allem Nachdruck vorzugehen. Aus eigener Erfahrung habe ich aber festzustellen, daß es im Ministerium an diesem Entgegenkommen und an dieser Entschiedenheit fehlt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister hat vorhin meinen Freunden gegenüber ein sehr stolzes Wort ausgesprochen: er fühle sich stark genug, sich nicht von dem Abgeordneten Kahmann das Gesetz seines Handelns vorschreiben zu lassen.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen links.)

Der Herr Minister hat im Ausschuß ausdrücklich seine (C) Bereitwilligkeit erklärt, im Sinne unserer Forderung vorzugehen. Ich werde den Nachweis führen, daß der Herr Minister nicht stark genug war, sich in seinem eigenen Ministerium Geltung zu verschaffen. Ihm haben vielmehr die Herren seines Ministeriums ein von seinem Willen abweichendes Gesetz vorgeschrieben; und er hat sich dem fügen müssen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es handelt sich um **Vorgänge in Hanau.** Dort lagern seit Ausbruch des Krieges sehr große **Bestände von Kriegsgerät** der preußischen Eisenbahnregimenter. In Hanau und in der weiteren Umgegend von Hanau kann man in den Kreisen der beteiligten Geschäftsleute hören, daß bei der Verwertung dieses Heeresguts unsaubere Geschichten vorgekommen seien. Es war uns nicht möglich, bestimmte Tatsachen zu ermitteln, mit denen wir an den Herrn Minister herantreten konnten, bis eines Tages ein **vertrauliches Schreiben der Frankfurter Metallgesellschaft** an die Berliner Metallgesellschaft in die Hände meiner Parteifreunde fiel. Aus diesem Schreiben ergibt sich, daß die Metallgesellschaft bestrebt war, für die von der Reichsleitung erworbenen in Hanau aufgestapelten Eisenbahnschienen bei der Bezahlung nicht das wirkliche Gewicht zugrunde zu legen — wie sie verpflichtet war —, sondern das „theoretische" Gewicht.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

In diesem Schreiben ist die Rede von einem Herrn **Ingenieur Hahne,** der beim Reichsverwertungsamt, Zweigstelle Frankfurt a. M., beschäftigt und für die Abgabe des verkauften Eisens maßgebend ist. Die Herren hatten mit Herrn Hahne verhandelt und berichten darüber in dem Schreiben:

> Herr Hahne bedauert sehr, daß ihn seine Vorschriften gezwungen haben, an das Reichsverwertungsamt in Berlin jeweils die bahnamtlichen Gewichte anzugeben. (D)

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dann wird geschildert, was für Maßnahmen Herr Hahne treffen will, um doch noch zu erwirken, daß gegen den Wunsch der Verwertungsstelle Berlin nicht das bahnamtliche, sondern das theoretische Gewicht bezahlt werde. Den Herren der Metallgesellschaft in Berlin wird weiter empfohlen, mit allem Nachdruck gegen das bahnamtliche Gewicht vorzugehen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dann heißt es:

> Das Reichsverwertungsamt in Berlin wird dann wiederum Hahne zur Rückäußerung auffordern, und Herr Hahne hat versprochen, in diesem Falle nach Berlin befürwortend und begründend zu berichten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aus dem übrigen Inhalt ist weiter die Stelle bezeichnend:

> Herr Hahne, der durch unsern Montageauftrag von 2000 Tonnen für uns interessiert ist, wird alles tun, um uns dienlich zu sein.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerhört!)

Herr Hahne ist kein Angestellter der Metallgesellschaft, sondern Angestellter des Reiches.

Meine Freunde haben versucht, auf Grund dieses Schreibens, das Ende September 1919 abgeschickt ist, die Behörden in Hanau zu veranlassen, in diese Sache einzugreifen. Das ist nicht geschehen. Darauf schickten mir meine Freunde in Hanau dieses Schreiben, und ich wandte mich an das Reichsschatzministerium, dem die Sache inzwischen unterstellt war, und hatte mit den beiden Herren zu verhandeln, die für diese Sache maßgebend sind: einem sogenannten Fachmann, dessen Namen ich leider nicht kenne — sonst würde ich ihn mit Namen nennen, um ihn

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) an den Pranger zu stellen —, und Herrn Regierungsrat Lindenberg vom Reichsschatzministerium, der als Beamter mit dieser Sache zu tun hat.

Die Herren haben mir mitgeteilt, die Metallgesellschaft habe inzwischen ihren Wunsch durchgesetzt, in der Tat sei für die Bezahlung der Eisenbahnschienen nicht, wie es ursprünglich verlangt war, das bahnamtliche Gewicht maßgebend, sondern das sogenannte theoretische Gewicht. Die Herren aus dem Reichsschatzministerium haben dies Zugeständnis an die Metallgesellschaft als etwas ganz Selbstverständliches hingestellt: das sei ganz in der Ordnung, mit dem bahnamtlichen Gewicht könne man nicht viel anfangen, nur das „theoretische" Gewicht könne zutreffend sein.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerhört!)

Von Fachleuten habe ich gehört, daß die Angaben der beiden Herren aus dem Reichsschatzministerium — ich will mal sehr vorsichtig sein — vollständig unrichtig sind. Jeder Fachmann wisse, daß die Angaben wider besseres Wissen gemacht sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf, Ende November 1919, wandte ich mich wieder an das Reichsschatzministerium, verlangte aber, daß in Gegenwart des damaligen Herrn Unterstaatssekretärs Goldkuhle die Sache behandelt wird. Das ist geschehen, und das Ergebnis dieser Verhandlung war, daß die Herren mir mitteilen sollten, wie hoch das bahnamtliche Gewicht und wie hoch das „theoretische" Gewicht ist, nach dem die Gesellschaft inzwischen bezahlt hat, damit ich feststellen konnte, was durch die nachträgliche Schiebung, daß das theoretische Gewicht maßgebend sein sollte, die Metallgesellschaft erspart hatte.

Meine Damen und Herren, das zog sich fast ein Jahr hin.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten!)

(B) Zunächst bekam ich überhaupt keine Zahlen. Als ich mich dann an Herrn Unterstaatssekretär Goldkuhle gewandt hatte, habe ich endlich Zahlen bekommen, aber andere Zahlen, als ausgemacht war, nämlich die Zahlen einer sogenannten Stichprobe; und das hatte ich schon vorher ausdrücklich abgelehnt. Darauf habe ich mich wieder an Herrn Unterstaatssekretär Goldkuhle wenden müssen, und er hat veranlaßt, daß mir die Zahlen, die ich gefordert hatte, vorgelegt wurden.

Jetzt stellte sich nun heraus, daß das bahnamtliche Gewicht beträchtlich geringer war als das „theoretische" Gewicht; daß, wenn das richtig gewesen wäre, was mir die Herren vorlegten, die Metallgesellschaft sich so ereifert und solche Mühe gegeben hatte, nur um mehr zu zahlen, und zwar handelt es sich um einen Unterschied von fast 800 000 Kilogramm. Ich habe den Herren erklärt: das glaube ich nicht, so dumm bin ich nicht, daß ich annehmen kann, die Metallgesellschaft würde aus diesem Grunde derartige Schiebereien machen.

Infolgedessen kam der Herr Regierungsrat Lindenberg zu mir, und nach einer langen Verhandlung gab er mir zu, daß die Zahlen, die mir vorgelegt waren, nicht die Zahlen waren, die mir angeblich vorgelegt worden seien, daß mir also falsche Zahlen vorgelegt worden sind,

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerhört!)

daß nämlich inzwischen, nachdem ich Lärm geschlagen hatte, ein neues „theoretisches" Gewicht festgestellt wurde und daß mir diese neuen theoretischen Zahlen, nicht diejenigen, um die es sich ursprünglich handelte, mitgeteilt waren.

Jetzt verlangte ich von dem Herrn Regierungsrat Lindenberg auch die Zahlen nach dem alten „theoretischen" Gewicht. Ich habe Monate warten müssen, ich habe sie nicht bekommen;

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

bis ich im Haushaltsausschuß am 29. Juli 1920 Lärm (C) geschlagen und einen Antrag vorbereitet habe, um den Haushaltsausschuß zu bitten, zu beschließen, daß das Ministerium verpflichtet ist, die von mir verlangten Zahlen dem Haushaltsausschuß mitzuteilen. Jetzt bekam ich mit einem Male im Handumdrehen, in wenigen Stunden, die Zahlen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und was stellte sich heraus? Daß das bahnamtliche Gewicht etwas über 15 Millionen Kilo war — immer bei dem einen Geschäft, von dem ich Kenntnis habe —, daß das „theoretische" Gewicht, nach dem ursprünglich gezahlt worden ist, etwas mehr als 14,5 Millionen Kilo betrug, knapp 400 000 Kilo weniger. Also hatte durch jene Schiebung die Metallgesellschaft 400 000 Kilo „gespart". Nach dem neuen theoretischen Gewicht waren aber die Zahlen so erhöht, daß das Gewicht fast 15,5 Millionen Kilo, also etwa 400 000 Kilo mehr als das bahnamtliche Gewicht, ausmachte, so daß der Unterschied zwischen der Menge, die die Metallgesellschaft zuerst zu bezahlen hatte, und der, die sie nachher zu bezahlen hatte, sich auf ein Mehr von rund 800 000 Kilogramm belief und eine Nachzahlung von beinahe 400 000 Mark erforderte.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Tatsachen habe ich in der Sitzung vom 29. Juli 1920 in Gegenwart des Herrn Ministers vorgebracht. Der Herr Minister hat damals kurz dazu gesprochen, ist aber auf den Einzelfall, der ihm selbstverständlich unbekannt war, nicht eingegangen, sondern hat nur im allgemeinen gesagt, er setze sich dafür ein, daß gegen Männer, denen Ungehörigkeiten nachgewiesen werden, mit aller Schärfe vorgegangen wird.

Der Herr Ministerialdirektor Kautz ist dann zu mir gekommen und hat sich entschuldigt; er kannte also ganz genau den Fall.

Jetzt kommt das für die „Stärke" des Herrn Mi- (D) nisters Bezeichnende, weshalb ich die Sache hier zur Sprache bringe. Dieser Beamte, der Herr Regierungsrat Lindenberg — ich kenne den Herrn nicht, ich weiß nicht, ob man ihm zutrauen kann, daß er sich hat bestechen lassen —, aber es gibt nur dies: entweder hat sich der Beamte bestechen lassen, oder er ist so unfähig gewesen, daß er nicht die unsauberen Dinge erkennen konnte, die hier vorliegen; der Herr hat mir falsche Zahlen unterbreitet und mußte mir das schließlich zugeben; dieser Herr Regierungsrat Lindenberg ist, ganz kurz nach unserer Unterhaltung im Ausschuß, zum Ministerialrat befördert worden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe bei der nächsten Gelegenheit die Sache, weil ich sie zunächst nicht hier in der öffentlichen Sitzung behandeln wollte, im Ausschuß vorgebracht und habe den Herrn Minister gefragt, ob es wahr ist, daß der Herr befördert worden ist. Ich hatte noch Zweifel, daß das bei uns in Deutschland möglich sein kann. Der Herr Minister erklärte mir, Herr Lindenberg sei allerdings befördert worden, aber nicht gerade wegen dieses Vorkommnisses,

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

sondern wegen seiner allgemeinen Tüchtigkeit.

Herr Minister, glauben Sie, daß Sie auf diese Weise das wahr machen, was Sie uns versprochen haben? — ich habe nicht den geringsten Grund anzunehmen, daß Sie es nicht ehrlich und ernst gemeint haben —, nämlich, soweit es Ihnen möglich ist, mit den Leuten aufzuräumen, die solche Korruption begünstigen, sei es aus Gewissenlosigkeit, sei es aus Unfähigkeit. Glauben Sie, daß Sie sich damit durchsetzen werden, wenn Sie den Mann, der an einer solchen Sache beteiligt ist, noch befördern? Ich fühle es Ihnen nach und begreife es ganz gut: durch Ihren Kopf gehen viele andere Sachen, Ihnen persönlich

(**Hoch**, Abgeordneter.)

(A) kann der Vorwurf nicht gemacht werden, daß Sie jene Vorgänge nicht gewußt haben. Wo aber war der Personalreferent? Wo war der Herr Ministerialdirektor Kautz? Die kannten jene Vorgänge. Wie konnten sie ganz unbeachtet bleiben? Und wie wirkt das in der Öffentlichkeit? In den meisten Fällen kommen die Schiebereien nicht heraus; wenn aber einmal so etwas herauskommt, dann schadet es dem Vorwärtskommen des daran beteiligten Beamten gar nichts, dann bleibt der Herr ein sehr tüchtiger Beamter und muß befördert werden.

Ich bedauere, daß ich gezwungen war, derartige persönliche Verhältnisse hier zur Sprache zu bringen. Meine Absicht war, das im Ausschuß zu tun. Nachdem ich aber die kurze Antwort des Herrn Ministers bekommen hatte, habe ich es nicht mehr für angebracht gehalten, auch nur ein Wort darüber zu sagen. Ich habe Herrn Ministerialdirektor Kautz sofort erklärt: das Weitere wird in der Vollversammlung erfolgen. Wenn einmal ein derartiger Fall so klargelegt ist, wie es hier geschehen konnte, dann ist es Aufgabe des Herrn Ministers, sein Versprechen wahr zu machen, das er uns im Ausschuß gegeben hat: ohne Rücksicht auf irgendeine Person entschieden einzugreifen. Wenn Sie die Absicht haben — dann, Herr Minister, zeigen Sie auch in Ihrem Ministerium, daß Sie sich durchsetzen können und daß solche Vorgänge in Ihrem Ministerium in Zukunft unmöglich sind.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Reichsschatzminister.

v. Raumer, Reichsschatzminister: Meine Damen und Herren! Der Fall, den der Herr Abgeordnete Hoch vorgetragen hat, hat den Reichstag ja schon mehrfach beschäftigt. Ich möchte zunächst feststellen, daß der Fall selbst sich ja gar nicht unter meiner Amtsführung zu-

(B) getragen hat, sondern vor meiner Amtsführung.

(Hört! Hört!)

Der Herr Abgeordnete Hoch hat ja auch darauf hingewiesen, daß er mit dem Herrn Staatssekretär Goldkuhle die Angelegenheit verhandelt habe. Der Herr Staatssekretär Goldkuhle ist, wie die Herren wissen, in dem Augenblick, als ich mein Amt antrat, aus seinem Amt geschieden.

Als mir die Sache zum erstenmal entgegentrat — es war, wie der Herr Abgeordnete Hoch angibt, am 29. Juli —, habe ich meinerseits erklärt, daß ich selbstverständlich gegen jeden Fall der **Korruption** unnachsichtlich einschreiten würde. Ich glaube, daß jeder, der mich kennt, mir das ohne weiteres glauben wird. Aber jetzt hat der Herr Abgeordnete Hoch gegen einen Beamten von der Tribüne dieses Hauses aus, zwar etwas verklausuliert, aber doch tatsächlich das Wort „Bestechung“ gebraucht.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Oder Dummheit!)

— Ja, meine Herren, Bestechung oder Dummheit, vor die Wahl hat er den Beamten gestellt. Mich impressioniert wirklich die Mentalität des Herrn Abgeordneten, daß er von der Tribüne des Reichstags aus den Namen eines unbescholtenen Beamten in der Weise in den Schmutz ziehen kann.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ähnlich haben Sie es mit den Deutschen Werken gemacht!)

— Ich habe es nicht gemacht; das ist eine Monomanie von Ihnen!

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sprechen Sie doch Deutsch!)

— Im Deutschen kann man das nicht ausdrücken,

(hört! hört! und Lachen links)

ohne sich der Gefahr eines Ordnungsrufes auszusetzen.

Ich muß also sagen: Wenn der Herr Abgeordnete Hoch Beweise gegen die Intaktheit des **Ministerialrats Lindenberg** hat, so muß ich von ihm als Abgeordneten (C) erwarten, daß er sie mir vollständig und rückhaltlos vorlegt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Solange aber diese Beweise nicht erbracht sind, muß ich mich vor den Beamten stellen, von dessen Ehrlichkeit ich durchaus überzeugt bin und den ich nie in meinem Amte dulden würde, wenn ich diese Überzeugung nicht hätte. Ich muß es aufs bitterste beklagen, daß dieser Vorwurf hier erhoben worden ist, ehe der Herr Abgeordnete Hoch mir das Material zur Prüfung der Schuld des Beamten vorgelegt hat.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dorsch (Hessen).

Dorsch (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich muß hier einige Vorfälle zur Sprache bringen, die sich gegenwärtig in **Hessen** abspielen und die auf dem Gebiete der **Erfassungsstellen für verschwundenes Heeresgut** liegen. Ich habe selbstverständlich bei meinen Kollegen aus den Bundesstaaten Baden, Württemberg, Bayern und auch bei meinen Kollegen in der Fraktion, die Landwirte sind, angefragt, ob die Vorkommnisse auch bei ihnen sich in der Art und Weise abspielen wie bei uns in Hessen, und man hat mir das verneint. Ich habe festzustellen, das bei uns in Hessen die Regierung beziehungsweise die Erfassungsstellen wieder mit den Waffen arbeiten, wie bei den Finanzämtern mit anonymen Briefen, die falsche Unterschriften tragen. Ich dürfte doch annehmen, daß heute, in der Zeit, in der wir leben, mit derartigen Waffen, in deren Anwendung die Feigheit zum Ausdruck kommt, die Behörden eigentlich etwas vorsichtiger vorgehen sollten.

Es dreht sich, wie gesagt, um eine große Anzahl von Fällen, in denen das Reichsschatzministerium oder die dazu (D) ermächtigten Stellen in rigoroser Weise gegen die Landwirte vorgehen, die ihre Pferde ihrer Ansicht nach auf dem rechtlichen Wege gesteigert haben. Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte zu bedenken, daß ich, wenn ich diese Fälle hier zur Sprache bringe, diejenigen im Auge habe, die meiner Ansicht nach von den Erfassungsstellen absolut nicht berührt werden dürften. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß, wenn jetzt die Landwirte hauptsächlich diejenigen sind, bei denen man recherchiert, wir zu Beginn der Mobilisation 1914 unsere besten Pferde abgeben mußten. Wir mußten zugleich Wagen und Geschirre stellen. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Landwirte, die damals ein oder zwei Pferde abgeben mußten und gezwungen waren, andere zu kaufen, dafür weit höhere Preise zahlen mußten, weil die Pferde innerhalb der Zeit schon viel teurer geworden waren. Ferner möchte ich zu bedenken geben, daß die Reichsregierung bei ihrem Vorgehen darauf Bedacht nimmt, daß man hier mindestens versucht, gerecht vorzugehen. Bei uns in Hessen aber gehen die derzeitigen Erfassungsstellen mitunter in gewalttätiger Weise vor. Ich habe hier eine ganze Anzahl von Briefen, die solche Fälle betreffen, wo die Landwirte Pferde von den Verkaufskommissionen gekauft haben. Die Regierung sagt nun heute, diese Verkaufskommissionen seien nicht richtig gewesen, es hätten öffentliche Versteigerungen stattfinden müssen. Das konnte aber der Käufer damals nicht wissen, und auch die Versteigerungskommissionen wußten nicht, daß ihre Verkäufe nicht richtig seien.

Aus dem reichen Material, das mir zur Verfügung steht, will ich nur einige Fälle vorführen. So habe ich hier einen Brief des **Landwirts Albert Schmidt von Berstadt** in der Wetterau, wo ich beheimatet bin. Ich glaube, der Fall liegt auch dem Reichsschatzministerium vor. Der Mann hat am 6. Dezember 1918 ein Pferd

(Dorsch [Hessen], Abgeordneter.)

(A) mit Geschirr für 825 Mark gekauft. Ich bitte zu beachten, daß bei der Mobilmachung im Jahre 1914 die besten Pferde abgegeben werden mußten zu einem Preise von 800 bis 1400 Mark. Wenn man nun bedenkt, daß die Pferde den Krieg mitgemacht haben und daß sie vielfach räudig in die Heimat zurückkamen, so ist ein Preis von 825 Mark nicht zu gering. Die Landwirte haben diese Pferde meistens gekauft, um wieder die Zucht aufzufrischen, die nach und nach stark zurückgegangen war. Dieser Landwirt hat nun unter seinem Verkaufsprotokoll die Unterschrift des Batterieführers Leutnants v. Alten, ferner die Unterschrift eines anderen, des Leutnants Küchel, und des Wachtmeisters der Batterie, Schönig. Alle Landwirte mußten solche Käufe für gültig halten, und keiner konnte glauben, daß später eine hochnotpeinliche Untersuchung darüber stattfinden würde. Einige Tage später ging dieser Landwirt nun nach einem Ort bei Hanau, Langenselbold, wo die Batterie dann lagerte, und wollte noch zwei Pferde ankaufen. Das war am 14. Dezember 1918. Da sagte ihm der Leutnant v. Alten: wir können nicht mehr verkaufen, weil seit gestern der Befehl herausgekommen ist, daß nur große öffentliche Versteigerungen stattfinden dürfen. Ich verweise besonders deshalb auf diesen Fall, weil der Batterieführer selbst nicht wußte, daß er mit dem Verkauf etwas Unrechtes getan hatte. Nun verlangt man jetzt von diesem Landwirt Schmidt, der glaubt, in seinem Rechte zu sein, eine größere Nachzahlung und droht, ihm sonst das Pferd zu beschlagnahmen und in der Kreisstadt öffentlich versteigern zu lassen. Ich habe den Landwirt hier an das Reichsschatzministerium verwiesen, damit die Sache einmal klargestellt wird und dem Manne sein Pferd nicht weggenommen wird.

Ähnlich liegt ein **Fall**, der sich bei dem **Landwirt Wilhelm Weil** abgespielt hat. Der Landwirt wohnt in

(B) Gaid Nidda.

(Zurufe links.)

— So neugierig ist man nicht, Herr Kollege. Ich muß die Fälle verlesen, ich verlese sie nicht für Sie.

(Erneute Zurufe links.)

— Ja, das glaube ich, aber die Regierung interessiert es doch,

(Heiterkeit links)

weil die Leute nachzahlen sollen. Dieser Fall liegt ganz ähnlich wie bei dem Landwirt in Berstadt. Er hat sein Pferd für 700 Mark gekauft. Das Pferd ging lahm, hatte dicke Hinterbeine und war räudig, er hat ungeheure Kosten aufwenden müssen, um es wieder hoch zu bringen. Das Pferd ist schließlich auch zur Zucht tauglich und wirft im Frühjahr ein Fohlen. Auch dieses Pferd soll beschlagnahmt werden, trotzdem der Batterieführer den Kauf unterschrieben hat und der Bürgermeister des Orts die Unterschrift beglaubigt hat.

Ein anderer Fall ist mir bekannt geworden aus dem Dorfe **Ober-Ofleiden.** Da hat der **Landwirt Becker** ein Pferd gekauft, das schließlich so räudig war, daß es große Kosten verursachte, weil es in den Gaszellen geheilt werden mußte. Auch dieses Pferd, das dem Landwirt weit über 1000 Mark Kosten verursacht hat, soll jetzt beschlagnahmt werden und soll, wenn er die großen Nachzahlungen nicht leistet, öffentlich versteigert werden. Solcher Fälle sind mir eine große Anzahl bekannt geworden. Ich kann sie nicht alle öffentlich behandeln, ich werde aber alle diese Fälle an das Reichsschatzamt verweisen; denn es kann nicht geduldet werden, daß derartig ungerecht gegen die Landwirte vorgegangen wird, daß man ihnen das Pferdematerial nimmt, das sie zu Recht erworben haben. Man darf nicht vergessen, daß sich alle diese Vorkommnisse abgespielt haben, nachdem die Revolution eingetreten war.

(Heiterkeit links.)

(C) — Selbstverständlich, wer ist denn Schuld, daß die Unklarheiten entstanden sind? Nur die Parteien, die die **Revolution** unterstützt haben.

(Erneute Heiterkeit links.)

Dadurch war eine überstürzte Demobilmachung notwendig geworden.

(Zurufe links.)

— Gewiß, bringen Sie uns nur die Fälle, wo die Soldatenräte gewirtschaftet haben und wo sie Millionen und Milliarden verkümmelt haben, dann kann das Reichsschatzamt einen schönen Batzen einstecken.

(Zuruf links.)

Wir Landwirte wissen genau, wie damals die Sache gegangen ist, wir wissen, daß die Leute, aus dem Oberamt Jerusalem, die sich früher die Absätze schief gelaufen haben, heute Pferdchen und Karossen haben, und wir Landwirte haben das Vergnügen, den Leuten den Hafer zu liefern.

(Zurufe links.)

Bringen Sie die Fälle, dann tun Sie Ihre Schuldigkeit.

Meine Damen und Herren! Ich bitte die Regierung, allen den Fällen nachzugehen, wo die Landwirte im besten Glauben gehandelt und Preise angelegt haben, die den Preisen entsprachen, die bei der Mobilmachung den Landwirten gezahlt wurden, und zu bedenken, daß die Landwirte es waren, die die Pferde wieder brauchen und kaufen müssen; denn sie mußten den Acker bestellen.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Sie brauchen keine Pferde, sondern nur Steckenpferde!

— Es ist also nicht richtig, daß den Bauern hier die größten Schwierigkeiten gemacht werden. Ich bitte, bei den Verhandlungen mit den Landwirten Bedacht darauf zu nehmen, daß die Pferde verhungert, verkommen und räudig waren. Wenn sie heute groß gefüttert und teilweise Zuchttiere sind, so ist es kein Wunder, wenn sie jetzt so viele tausend Mark mehr wert sind. Man muß be-

(D) denken, daß zur Zeit, als die Revolution ausbrach und die überstürzte Demobilmachung eintrat, die Pferde bei uns in der Gegend herrenlos herumliefen. Jede Disziplin hatte aufgehört; die Soldaten unterließen es, für die Pferde zu sorgen. Und wenn die Bauern sich nicht um sie gekümmert hätten, wären Tausende verhungert.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Kataster haben Sie verbrannt!)

— Das gehört gar nicht hierher! Das ist aber Ihre Logik, die ich ja kenne. —

Meine Herren, Sie wollen gerne wissen, wer regreßpflichtig gemacht werden soll. Es ist ziemlich leicht, heute die paar Landwirte, die zufällig gekauft haben und mit Mühe und Fleiß ihre Pferde hochgefüttert haben, regreßpflichtig zu machen. Soll man die regreßpflichtig machen, die zur Zeit der Demobilmachung zu Tausenden die Pferde verkauft und abgeschlachtet haben, so daß sie dann in Gestalt von Teewurst und Roastbeef in den Städten verzehrt wurden? Den Verkäufer, den Esser oder aber den Schlächter werden Sie nicht finden. Sprechen Sie einmal davon! Das ist mit daran schuld, daß damals so mit dem Pferdematerial gehaust wurde und daß die Landwirte nicht in der Lage waren, den Acker zu bestellen. Die Revolution ist mit schuld. Jedes Band der Autorität und Disziplin war vernichtet. Sie hat die größte Schuld an dem Tohuwabohu, an dem Fasching, den wir miterlebt haben.

Ich bitte die Regierung, den Landwirten in allen Fällen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wo die Käufe mit bestem Wissen und Gewissen der Käufer und auch der Offiziere, die damals verkauft haben, getätigt wurden, soll man den Bauern nicht den Preis abnehmen, der heute gilt, sondern den Preis, der damals bei der Demobilmachung in die Erscheinung trat. Damals kosteten

(Dorsch (Hessen), Abgeordneter.)

(A) die besten Pferde 800 bis 1400 Mark. Das möge die Regierung bedenken, damit den Landleuten kein Unrecht geschieht!

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dem Herrn Minister auf das zu antworten, was er gegen meine Ausführungen vorgebracht hat. Er hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich nicht seinem Ministerium und ihm persönlich die hier vorgetragenen Tatsachen unterbreitet hätte, bevor ich es hier vorbrachte. Der Herr Minister hat dann auch festgestellt, daß diese Vorgänge sich vor seinem Eintritt ins Ministerium abspielten.

Ich möchte zunächst feststellen, daß ich bezüglich der Vorgänge, die sich früher abgespielt haben, nicht den geringsten Vorwurf erhoben habe. Ich habe nur darüber gesprochen, was geschehen ist, nachdem ich den Herren im Schatzministerium die Vorgänge mitgeteilt hatte.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Gegenüber dem Vorwurf des Herrn Ministers, daß ich meine Angaben ihm nicht zuerst vorgelegt hätte, habe ich zu sagen, daß diese Angaben von A bis Z aus dem Ministerium selbst stammen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das Ministerium mußte mir ja zugeben, es ist wahr, daß auf Drängen der Herren von der **Metallgesellschaft** bei der **Bezahlung der Eisenbahnschienen** man nicht, wie die Verwertungsstelle zuerst verlangt hatte, das bahnamtliche Gewicht maßgebend hat sein lassen, sondern das „theoretische" Gewicht. Dann hat mir das Ministerium die zahlenmäßigen Nachweisungen sowohl über das bahnamtliche

(B) Gewicht, wie über das erste und das zweite „theoretische" Gewicht gegeben, und weiter hat mir gegenüber das Ministerium durch Herrn Regierungsrat Lindenberg zugestehen müssen, daß man mich zu täuschen versucht hat, indem man mir zwar die theoretischen Zahlen vorgelegt, aber nicht gesagt hat, daß die vorgelegten Zahlen das neue theoretische Gewicht darstellen, nicht aber das viel niedrigere alte theoretische Gewicht.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter hat mir das Ministerium ausdrücklich erklärt, daß jetzt, infolge meines Eingreifens, die Metallgesellschaft sich bereit erklärt hat, alles nachzuzahlen, also nicht nur die 400 000 Kilo Unterschied zwischen dem bahnamtlichen Gewicht und dem alten theoretischen Gewicht, sondern auch weitere 400 000 Kilo Unterschied zwischen dem bahnamtlichen und dem neuen theoretischen Gewicht. Daß sich die Metallgesellschaft zu einem derartigen Abkommen bereit erklärt, nachdem sie vorher mit allen Mitteln versucht hatte, bei diesem Geschäft weniger zu bezahlen, ist doch ein Beweis dafür, wie faul die Sache ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Absichtlich habe ich, um die Aufmerksamkeit nicht von der Hauptsache ablenken zu lassen, alles andere beiseite gelassen. Alles, was ich hier vorgetragen habe, stützt sich durchweg auf Angaben, die ich aus dem Ministerium selbst bekommen habe.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und da stellt sich der Herr Minister hier hin und entrüstet sich in allen Sprachen, nur nicht in der deutschen, darüber, daß ich ihm nicht vorher seine eigenen Angaben noch einmal unterbreitet habe. Sie haben der starke Mann sein wollen, Herr Minister! Seien Sie vor allem in Ihrem Ministerium der starke Mann und sorgen Sie dafür, daß Ihnen, wenn ein solcher Fall vorkommt, wenigstens die Angaben Ihres eigenen Ministeriums unterbreitet werden.

(C) Aber ebenso wunderbar steht es um den zweiten Vorwurf, den der Herr Minister gegen mich erhebt, daß ich die Sache hier zur Sprache bringe und nicht erst mit ihm besprochen habe. Meine Damen und Herren! Mein erster Schritt, als ich von der Angelegenheit etwas erfuhr, ist gewesen, daß ich mich an das Reichsschatzministerium gewandt habe. Ich habe den Herren dort den Brief unterbreitet und sie ersucht, in der Sache vorzugehen. Als ich dann mit den beiden Herren, dem einen Fachmann und Herrn Regierungsrat Lindenberg, die Erfahrung gemacht hatte, daß diese Herren mir eine unrichtige Auskunft gegeben haben, bin ich zu dem damaligen Unterstaatssekretär Goldkuhle gegangen. Daraufhin haben die Verhandlungen in seiner Gegenwart stattgefunden, die zu der Abmachung führten, daß mir die Zahlen gegeben werden sollten. Als man mich dann wieder ein Jahr hingehalten hatte, habe ich mich abermals an den Herrn Unterstaatssekretär gewandt und mit seiner Hilfe die Zahlen zu erfahren versucht, bis ich dahinter kam, daß mir falsche Zahlenangaben gemacht worden waren.

Aber auch dann bin ich noch nicht an die Öffentlichkeit gegangen, sondern an den Haushaltsausschuß, und habe eine Vervollständigung der Angabe dort verlangt. Als ich sie hatte, habe ich wiederum erst im Haushaltsausschuß den Herrn Minister auf die Tatsachen aufmerksam gemacht und habe das, was ich dem Hause jetzt vortrage, in Kürze auch dem Herrn Minister auseinandergesetzt. Was hat der Herr Minister schließlich darauf geantwortet? Ich habe hier den Bericht des Haushaltsausschusses darüber, in dem es wörtlich heißt:

> Reichsschatzminister von Raumer erklärt, daß **Ministerialrat Lindenberg** befördert worden sei, aber nicht etwa auf Grund des vom Abgeordneten Hoch erwähnten Vorkommnisses, das dem Minister unbekannt gewesen sei, sondern auf Grund seiner allgemeinen Tüchtigkeit. (D)

So speist mich der Herr Minister ab! Er geht gar nicht auf den Kern der Sache ein, nämlich darauf, ob er glaubt, daß ein solcher Mann als Ministerialrat in seinem Ministerium weiter tätig sein kann. Glaubte der Herr Minister, das ich mir das gefallen lassen werde?

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Unverschämtheit von ihm!)

Herr Minister, haben Sie etwa sonst mit Herren zu tun, die es sich gefallen lassen, wenn Sie sie so behandeln, wie Sie mich im Ausschuß behandelt haben? Meine Damen und Herren! Sie werden mir zugeben, daß es nach diesen Vorgängen meine Pflicht und Schuldigkeit war, die Angelegenheit öffentlich zur Sprache zu bringen.

Wenn das für die Beteiligten unangenehm ist, dann haben die Herren sich bei Ihnen, Herr Minister, zu bedanken! Ganz unberechtigt wirft mir ferner der Herr Minister vor, ich hätte seine Beamten in den Schmutz gezogen. Ich habe nur die Tatsachen vorgeführt, und ich wiederhole, was ich gesagt habe: entweder muß der Herr bestochen sein — ich habe ausdrücklich gesagt: ich kenne den Herrn nicht, ich weiß nicht, ob ihm das zuzutrauen ist oder nicht; das wollte ich vollkommen dahingestellt sein lassen; mir fehlt jeder Beweis, auf Grund dessen ich sagen kann, daß er bestochen ist, — es gibt aber nur zwei Möglichkeiten, Herr Minister: entweder ist er bestochen, oder, wenn er nicht bestochen ist, was durchaus möglich, ja vielleicht wahrscheinlich ist, — was bedeutet dann sein Verhalten? Der Herr hat zunächst erklärt, das bahnamtliche Gewicht sei größer als das wirkliche Gewicht. Nachher hat er sich auf mein Drängen überzeugen müssen, daß das Gegenteil richtig ist, denn er hat für die nachträgliche Bezahlung statt des bahnamtlichen Gewichtes nicht das ursprüngliche theoretische Gewicht, das um fast 400 000 Kilogramm geringer war, sondern ein neu fest-

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) gestelltes theoretisches Gewicht eingestellt, das mit fast 400 000 Kilogramm über das bahnamtliche Gewicht hinausgeht. Trotzdem kommt der Herr nicht zu mir und sagt: es ist ein Fehler vorgekommen — sondern er legt mir die falschen Zahlen vor und sucht mich zu täuschen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn er das nicht in böser Absicht getan hat, so ist er vom gesunden Menschenverstand verlassen, dann kann er nicht an seiner Stelle bleiben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin mir nicht bewußt, ein unschönes Wort gegen ihn gesagt zu haben, sondern ich habe nur die Tatsachen sprechen lassen, und diese zu verdunkeln habe ich keine Veranlassung. Es war meine Pflicht, nachdem ich an anderer Stelle abgewiesen war, die Flucht in die Öffentlichkeit zu nehmen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann dem Herrn Minister nur das eine sagen: Herr Minister, ich fühle es Ihnen nach, daß Sie einen Beamten, der Ihnen unterstellt ist, nicht leicht preisgeben. Auf der anderen Seite haben wir aber auch noch andere Pflichten zu erfüllen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir sehen, wie die **Korruption** — glücklicherweise nur bei einem Teil der Beamten — um sich gegriffen hat, wie die anderen Beamten ihre Ehre und Pflichttreue aufrecht erhalten, dann haben wir die Pflicht, die ehrenhaften Beamten zu schützen dadurch, daß wir gegen diejenigen Beamten vorgehen, die ihrer Stelle nicht gewachsen sind. Sie, Herr Minister, haben sich ausdrücklich dazu bekannt, ich will Sie bloß beim Wort fassen. Wenn Sie sich hinstellen und meinem Freunde Kahmann gegenüber den starken Mann machen, dann müssen Sie auch in Ihrem Ministerium den Beamten gegenüber, die das Schieben und Schmieren begünstigen, die gerühmte Stärke zeigen.

(B) (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Während der Rede des Herrn Abgeordneten Hoch ist in bezug auf den Reichsschatzminister der Zwischenruf „Unverschämtheit" gefallen. Ich habe nicht feststellen können, von wem dieser Zwischenruf gemacht worden ist. Ich muß diesen Zwischenruf selbstverständlich als parlamentarisch unzulässig bezeichnen. Das Wort hat der Herr Reichsschatzminister.

v. Raumer, Reichsschatzminister: Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hoch zerfielen in zwei Teile. Der eine Teil beschäftigte sich mit der sachlichen Frage. Ich bin selbstverständlich sehr dankbar, wenn die Mitglieder dieses hohen Hauses dabei helfen, in Dinge, die in zahllosen Fällen verdunkelt und nicht klar sind, hineinzuleuchten. In dem Falle, den der Herr Abgeordnete Hoch vorgetragen hat, ist eine **staatsanwaltschaftliche Untersuchung** eingeleitet gewesen, jetzt ist eine neue eingeleitet. Er hat einen Namen genannt, einen anderen Herrn, der daran beteiligt ist; gegen diesen schwebt jetzt eine neue Untersuchung.

Der andere Teil, gegen den ich mich gewandt habe, ist folgender: Der Abgeordnete Hoch hat gegen einen **Ministerialrat** ausgeführt, daß er entweder bestochen sei oder das nötige Maß von Verstand nicht besitze; er hat jetzt wiederum gesagt: ob er bestochen sei — „was durchaus möglich sei". Meine Herren, ich möchte doch wirklich folgendes zu bedenken geben: wohin führen solche Vorwürfe? Ich möchte gerade die Herren der Fraktion des Herrn Abgeordneten Hoch an das erinnern, was uns Ihr Fraktionskollege Bauer, mein Amtsvorgänger, als eigenes Erlebnis erzählt hat. Ich möchte daran erinnern, wie der Herr **Abgeordnete Bauer**, gegen dessen Intaktheit wahrhaftig in diesem Hause kein Mensch einen Zweifel

(C) erheben wird, angegriffen worden ist wegen des **Falles Schiffmann**, daß man ihm nachgesagt hat, daß er mit dem Manne unter einer Decke steckt, und ich weiß nicht was noch alles, die abscheulichsten Verleumdungen.

Meine Damen und Herren! Es ist ganz zweifellos, daß in diesen letzten Jahren auch unter der Beamtenschaft Dinge vorgekommen sind, die höchst unerfreulich sind.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Erzählen Sie doch den Fall Schiffmann!)

— Den Fall erzählte ich; es hat sich in diesem Falle Schiffmann gezeigt, wie ein absolut intakter Mann, der Herr Abgeordnete Bauer, durch alle möglichen Redereien verdächtigt werden kann. — Meine Herren, Sie werden mir zugeben, daß eine Beamtenschaft wie gerade die meines Ministeriums, die alle diese unzähligen Kriegsmaterialgeschäfte zu verwalten hat, allen möglichen Anwürfen ausgesetzt ist, denen ich andauernd nachgehe und die sich in allen Fällen bis jetzt als haltlos erwiesen haben. Meine Damen und Herren! Ich muß doch feststellen, daß unser **Beamtenstand** nicht so korrupt geworden ist, wie die Öffentlichkeit ihm nachsagt. Ich muß sagen: ich habe den Eindruck, daß wir 999 ehrliche Beamte auf einen unehrlichen haben. Deswegen muß man mit der äußersten Vorsicht an die Ehre eines Beamten herantreten,

(sehr richtig! rechts)

zumal wenn man unter dem Schutze der Immunität spricht. Man kann den **Vorwurf der Bestechung gegen einen Beamten** auch nicht bedingt erheben. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Hoch fragen, was er sagen würde, wenn von ihm jemand sagte, er sei entweder bestochen oder er habe nicht den nötigen Verstand.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Er hat aber Beweise gebracht!)

(D) — Nein, er hat keine Beweise! Das ist ein Vorwurf, meine Herren, den man eben nicht macht. Ich muß unbedingt zurückweisen, daß gegen die Beamten meines Ministeriums solche Vorwürfe erhoben werden, wenn nicht der strikte Beweis der Bestechung erbracht wird.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Der ist erbracht!)

— Der ist nicht erbracht, mit keinem Wort!

(Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Herren! Ich muß Einspruch dagegen erheben, daß der Herr Minister meinen Freund Bauer auf eine Stufe stellt mit dem Fall, den ich erwähnt habe.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister hat ausdrücklich festgestellt, daß gegen meinen Freund Bauer berechtigte, erweisbare Anschuldigungen nicht erhoben sind.

(Zuruf vom Ministertisch: Er ist ein absolut intakter Mann, habe ich gesagt!)

— Ganz recht. Um was handelt es sich aber in dem Fall, den ich Ihnen vorgebracht habe? Habe ich etwa alle möglichen Redereien vorgebracht, wie der Herr Minister gesagt? Habe ich unbegründete Angriffe vorgebracht? Ich habe diejenigen Tatsachen hier festgestellt, von denen der Herr Minister, obgleich ich dem Herrn Ministerialdirektor Kautz mitgeteilt habe, daß ich es heute vorbringe, nicht das Geringste bestreiten konnte, weil alles, was ich hier vorgeführt habe, vom Ministerium selbst herrührt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich meine, es ist wohl ein Unterschied, ob ich unbestreitbare Tatsachen vorbringe oder ob ich mir Redereien oder unbegründete Angriffe erlaube. Die von mir vorgetragenen Tatsachen, Herr Minister, liegen aber in der

(Hoch, Abgeordneter.)

Tat so, daß es gar keinen anderen Ausweg gibt. Entweder hat sich **Herr Lindenberg** bestechen lassen.

(Zuruf des Ministers v. Raumer.)

Ich habe gesagt, ich kenne den Herrn gar nicht; ich kann mir gar kein Urteil darüber erlauben, ob es ihm zuzutrauen ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe die Frage vollkommen offen gelassen; ich berufe mich auf das ganze Haus.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!)

Ich habe das ganz deutlich und ausführlich gesagt. Wir brauchen doch hier keine Wortverdrehungen und Wortklaubereien zu machen. Aber wenn der Herr nicht bestochen ist, dann ist er eben von allem Verstand verlassen gewesen.

Nun fragt der Herr Minister: was würden Sie sagen, Herr Hoch, wenn man Ihnen einen solchen Vorwurf machte? Herr Minister, wenn ich mich danach verhalten würde, wenn ich mir eine solche Handlung zu schulden kommen lassen würde, dann würde mir recht geschehen, und dann könnte ich mich nicht darüber beschweren. Das ist bei mir nicht der Fall. Bei jenem Beamten aber ist es der Fall. Das Reichsschatzministerium hat mich selbst dazu gezwungen, diese Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. Weshalb ist man meinen vielen Anregungen nicht entgegengekommen und hat die Sache vor dieser Verhandlung so aufgeklärt, wie es notwendig ist. Dann hätte für mich das Bedürfnis nicht bestanden, an die Öffentlichkeit zu gehen. Aber wenn ich in Ihrem Ministerium, Herr Minister, dieses Entgegenkommen nicht finde, dann werde ich mir unter keinen Umständen das Recht nehmen lassen, hier meine Pflicht zu erfüllen. Meine Pflicht war es — das wiederhole ich noch einmal —, die Sache zur Sprache zu bringen. Ich stelle fest, daß der Herr Minister das, was ich vorgebracht habe, auch nicht in einem Punkt hat widerlegen können, weil es eben Angaben aus seinem eigenen Ministerium sind.

(Beifall links.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Staatssekretär Walther.

Walther, Staatssekretär im Reichsschatzministerium: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich dem Herrn Abgeordneten Dorsch (Hessen) kurz antworte. Für die **Verwertung der entbehrlichen Pferde** ist auf Grund einer Verordnung der Volksbeauftragten vom 29. November 1918 das Reichsverwertungsamt zuständig gewesen. Wie bekannt, wurden die Pferde vielfach von unzuständigen Stellen veräußert, hauptsächlich von militärischen Formationen und auch von einzelnen Militärpersonen. Die Preise, die dabei erzielt wurden, sind zum Teil so gering, daß auch der Erwerber sie nicht als angemessen bezeichnen konnte. Teilweise sind für die Pferde Preise von 5 und 9 Mark erzielt worden, so daß noch nicht einmal die Haut bezahlt war. Nach der erwähnten Verordnung wäre das Reichsverwertungsamt und jetzt die Reichsschatzverwaltung befugt, die von unzuständigen Stellen und Personen veräußerten Pferde einzuziehen. Wir nehmen aber in jeder Beziehung Rücksicht auf die damaligen besonderen Verhältnisse und haben bisher nur in zwei Fällen die Einziehung der Pferde vorgenommen. Wir lassen dem betreffenden Erwerber das Pferd, wenn er sich bereit erklärt, den Preis, den wir festsetzen, nachzuzahlen. Bei der Preisfestsetzung wird darauf Rücksicht genommen, daß es abgetriebene, zum Teil sehr stark heruntergekommene Pferde waren. Es wird weiter berücksichtigt, daß erhebliche Kosten an Wartung und Pflege aufzuwenden waren. Dementsprechend liegen die Preise erheblich unter den Tagespreisen. Wir werden also den Landwirten, soweit wir es überhaupt nur vertreten können, entgegenkommen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Abgeordnete Dorsch (Hessen).

Dorsch (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich wollte auf die Äußerungen des Herrn Regierungsvertreters nur kurz bemerken, daß, wie ich vorhin schon betont habe, eben bei der schnellen, überstürzten **Demobilmachung** die Pferde sozusagen auf der Straße lagen. Ich gebe zu, daß damals **Pferde** zu den Preisen, die er angeführt hat, **verkauft** worden sind. Aber, Herr Regierungsvertreter, diese Pferde waren auch danach.

Abgesehen davon bemerke ich noch einmal, daß nicht nur Landwirte solche Pferde gekauft haben. Damals war ja eine Bestimmung herausgegeben worden, wonach Händler zum Kauf nicht zugelassen wurden. Aber bei der bekannten Findigkeit dieser Leute verstand man es sehr gut, für sich kaufen zu lassen. Dadurch gingen tausende und aber Tausende Pferde um die Ecke und wurden in den Städten als Leckerbissen verzehrt. Das wissen Sie ja, daß damals die Pferdemetzger goldene Zeiten hatten, daß sie gute Geschäfte machen konnten. Es ist eine Tatsache, daß unser Pferdebestand dadurch furchtbar dezimiert wurde. Ich habe ja auch — und das möchte ich gegenüber dem Herrn Regierungsvertreter bemerken — die Fälle hier gar nicht berührt, wo die Preise so niedrig waren. Aber es darf nicht außer acht gelassen werden, daß bei der äußerst überstürzten Demobilisierung die Pferde vielfach von den Soldaten verlassen wurden. Diese Tatsache, die zu den traurigsten Erscheinungen unserer Zeit gehört, muß hier noch einmal besprochen werden. Nicht allein Tornister und Waffen wurden in den Straßengraben geworfen, sondern man überließ auch die Tiere sich selbst, und die Landwirte mußten dann sehen, wie sie mit ihnen fertig wurden. Hätten wir die Pferde nicht gepflegt, wären Tausende und aber Tausende verhungert. Durch die überstürzte Demobilmachung sanken die Preise. Einige Wochen später aber wurden für die Pferde wieder sehr hohe Preise bezahlt, und die Bauern, die nicht bei der Demobilmachung Pferde gekauft hatten, mußten wieder Preise anlegen, die weit diejenigen überstiegen, die sie bei der Mobilmachung bekommen hatten.

Ich will nochmals feststellen: die Schuld an diesen Zuständen trug die Revolution, der Zusammenbruch und die überstürzte Demobilmachung. Die Landwirte müssen heute bei den Pferdekäufen das ausbaden, was damals gesündigt wurde. Wenn damals Fälle vorkamen, die schließlich vom Regierungstisch aus nicht so beurteilt werden können, dann bitte ich doch bei allen den Fällen, wo die Preise so sind, daß sie denen entsprechen, die bei der Mobilmachung gezahlt wurden, von Nachzahlungen abzusehen; denn die Landwirte haben für die Wartung und Pflege der Pferde viel Unkosten gehabt. Bei den zweifelhaften Fällen bitte ich wenigstens darauf hinzuwirken, daß die Preise nicht höher sind wie bei der Mobilmachung. Es ist nicht unsere Schuld, daß die Verhältnisse sich seit jener Zeit so geändert haben, sondern die Schuld liegt bei ganz anderen Leuten. Jedenfalls dürfen den Landwirten, denen man zumutete, die Pferde aufzufüttern, nicht derartige Preise abverlangt werden, und man darf ihnen nicht damit drohen, daß ihre Pferde öffentlich in der Kreisstadt versteigert werden, die sie vor zwei Jahren erworben haben.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

(A) **Simon** (Franken): Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dorsch hat heute zum zweiten Male die Behauptung aufgestellt, daß die **Revolution** an den von ihm geschilderten Verhältnissen schuld sei,

(Sehr wahr! rechts)

daß sie auch an der beschleunigten Demobilmachung schuld sei.

(Erneute Rufe rechts: Sehr wahr!)

Es ist schon wiederholt festgestellt worden, daß Hindenburg und Ludendorff ein Waffenstillstandsangebot innerhalb 48 Stunden verlangt haben.

(Sehr richtig! links.)

Die Revolution war ja überhaupt keine Revolution.

(Lautes Lachen rechts.)

Nein, es war die Auswirkung des militärischen Zusammenbruchs,

(Zurufe rechts: Umgekehrt!)

und der militärische Zusammenbruch ist durch Ihre Schuld (nach rechts) erfolgt.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe rechts.)

Sie waren die wahren Schuldigen!

(Andauernde Zwischenrufe rechts und links.)

Meine Damen und Herren! Sie (nach rechts) scheinen zu glauben, daß das Volk im allgemeinen ein sehr kurzes Gedächtnis habe, sonst könnten Sie es gar nicht wagen, im deutschen Reichstag heute derartige Tiraden von sich zu geben.

(Sehr wahr! links.)

Die Schuldigen sind auf Ihrer Seite zu suchen, auf der Seite der Kriegshetzer

(Lärm rechts)

und derjenigen, die, als der Krieg schon längst verloren war, ihn noch vier Jahre lang bis zum endgültigen Zusammenbruch weiter geführt haben.

(Andauernde Zwischenrufe und Unruhe rechts.)

(B) — Ja, Sie sind die Schuldigen!

(Unruhe.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Kap. 1 Tit. 2 ist angenommen.

Über die Anträge des Ausschusses auf Nr. 1572 unter IIa und b, betreffend die Petitionen, werden wir in der dritten Lesung abstimmen.

Damit ist der Etat des Reichsschatzministeriums erledigt.

Wir gehen über zum

Haushalt des Reichsministeriums des Innern nebst Ergänzung (Anlage V).

Mündliche Berichte des Ausschusses für den Reichshaushalt: Nr. 1333, 1501 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter D. Dr. Schreiber.

Anträge: Nr. 1497 (berichtigt), 1498, 1499, 1504, 1534.

Als **Kommissar** ist weiter angemeldet der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung Kuenzer.

Ich eröffne die Beratung über Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Das Etatbild und der **Geschäftsbereich des Reichministeriums des Innern** hat gegen das Vorjahr eine bedeutende Erweiterung erfahren. Es sind eine größere Anzahl von Behörden hinzugetreten. Diese Behörden waren allerdings beiderseits mit Pauschsummen im Etat 1919 eingestellt. Zunächst ist die Abteilung für Elsaß-Lothringen auf den außerordentlichen Haushalt übernommen worden. Ihre Ausgaben waren (C) bislang aus den Kriegsfonds und seit Oktober 1919 aus dem außerordentlichen Etat des Reichsministeriums des Innern bestritten worden.

Weiterhin sind dem Ministerium jetzt unterstellt der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, das Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung, also das Reichswanderungsamt, dann das Reichsarchiv, ferner das Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber einschließlich der Zentralstelle für Nachlaßsachen mit den Zweigstellen in München, Dresden und Stuttgart, sowie der Zweigstelle für die Marine. Weiterhin sind hinzugekommen die Landesvermessung und die Chemisch-technische Reichsanstalt. Dazu tritt im Ergänzungsetat die Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reichs, die in dem Beschluß der Nationalversammlung vom 22. Juli 1919 wurzelt, und ebenso weist der Ergänzungsetat das Reichskommissariat für Zivilgefangene und Flüchtlinge auf. Nach dem Dispositiv des Etats soll dieses Reichskommissariat bis zum 31. März 1921 aufgelöst werden. Aber es ist im Hauptausschuß der Auffassung Raum gegeben worden, daß dieses Reichskommissariat voraussichtlich über diesen Zeitpunkt hinaus weiter bestehen bleiben muß.

Infolge der großen Erweiterung des Geschäftsbereichs sind die **Ausgaben** gegen 1919 erheblich gestiegen. Erforderte dieses Ministerium für das Rechnungsjahr 1919 einen Gesamtzuschuß beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt in der Höhe von 252 Millionen Mark, so ist dieser Betrag für das Rechnungsjahr 1920 auf das Achtfache gestiegen, nämlich auf die Summe von 2 040 Millionen Mark. Dazu treten noch 28 Millionen Mark des Ergänzungsetats.

Immerhin haben auch die **Einnahmen** sich nicht unwesentlich erhöht: von 112 900 Mark im Jahre 1919 auf 5 601 000 Mark im Jahre 1920. Die Einnahmen aus dem Kartenvertrieb und aus der Buchdruckerei der Landes- (D) aufnahme Preußen und der unterstellten Dienststellen sollen so gesteigert werden, daß wenigstens zum Teil die Kosten der Landesvermessung aus eigener Kraft bestritten werden. Die Einnahmen an Gebühren aus der Filmprüfung und der Reichsfilmstelle sind neu mit 55 000 Mark veranschlagt worden, werden aber wesentlich überschritten werden

Angesichts der vielen neuen Etatstitel ist es begreiflich, daß die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstags verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch genommen haben. Eine mehr oder weniger einläßliche Erörterung fand zunächst über die **Gesetzentwürfe** statt, die **in der Vorbereitung** begriffen sind. Dahin gehören das Reichsschulgesetz, das Lehrerbildungsgesetz, das Berufsschulgesetz, weiterhin das Jugendwohlfahrtsgesetz, dann auch das Gesetz zur Bekämpfung von Schmutz- und Schundliteratur, weiterhin das Fortbildungsschulgesetz, ebenso das Reichstheatergesetz.

Von mehreren Rednern wurde der Ausbau der **kulturpolitischen Abteilung** 3 des Ministeriums befürwortet. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen:

Der Reichstag wolle beschließen,
einen ständigen **Ausschuß für Bildungswesen** einzusetzen.

Es wurde weiterhin angeregt, die preußische Auskunftsstelle für das Schulwesen dem Reichsministerium des Innern anzugliedern, um zu einer **Reichsschulstatistik** zu kommen.

Nach der verfassungspolitischen Seite hin wurde das Vorgehen des Reichsministers des Innern gegen **Bremen** von der einen Seite beanstandet, von der andern als verfassungsmäßig und als zweckdienlich erachtet.

Bei der Besprechung der Abteilung für Elsaß-Lothringen wurde von zwei Rednern gewünscht, daß den

(D. Dr. **Schreiber**, Berichterstatter.)

(A) **Straßburger Professoren** das Recht auf **Emeritierung** belassen werden solle.

Eine lebhafte Erörterung fand sodann die Frage unserer zeitigen **internationalen kulturellen Beziehungen** Nach Mitteilung der Regierung hat Deutschland auf dem Gebiete der internationalen kulturellen Beziehungen zurzeit noch trübe Erfahrungen zu machen.

Allseitig wurde die Berechtigung des Fonds und der Summe anerkannt, die der Hebung der **Volkssittlichkeit** und der **Volksgesundheit** dienen soll.

Eine lebhafte Aussprache setzte ein über die **Deutsche Bücherei.** Die angeforderte Summe von 1,5 Millionen Mark gab Veranlassung zur Äußerung mancher Bedenken und zu einläßlichen Erörterungen über den Aufgabenkreis, über die Zweckbestimmung dieser Bücherei im Gesamtrahmen des deutschen Buchwesens. Es wurde von einer Seite die Vorlage einer Denkschrift gefordert.

Einen breiten Raum nahmen auch die Erörterungen über die **Notlage der deutschen Wissenschaft** ein. Die Notwendigkeit einer Unterstützung durch das Reich wurde allseitig und mit Wärme und Sympathie anerkannt. Die Gründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wurde begrüßt. Aber eine lebhafte Aussprache ergab sich doch darüber, ob die angeforderten 20 Millionen Mark im nächsten Etatsjahr restlos der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ausgehändigt werden sollten oder ob ein Teilbetrag zu Händen des Reichs für wissenschaftliche Zwecke selbständig verausgabt werden solle, und zwar unter Hinzuziehung parlamentarischer Interessenten und Sachverständiger. Von der einen Seite wird die von der Regierung vorgeschlagene Verwendung der Summe für zweckmäßig erachtet. Von der Mehrzahl der Redner aber wurden Bedenken dagegen erhoben. So wird unter anderem betont, daß ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Notgemeinschaft und Parlament besser gewährleistet werden solle, dann nämlich, wenn der Vorstand (B) der Notgemeinschaft einige Vertreter des Parlaments in seine Reihen aufnehme.

Weiterhin wurde von vielen Seiten mit Nachdruck die Forderung erhoben, das Reich möge von sich aus als überragender und ausgleichender Faktor einen Dispositionsfonds verwalten. Im Sinne dieser Auffassung hat der Ausschuß einstimmig beschlossen:

> die Reichsregierung zu ersuchen, die in Kap. 3 Tit. 17 der fortdauernden Ausgaben zur „Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke" eingesetzte Summe von 100 000 Mark für das Rechnungsjahr 1921 auf 5 000 000 Mark zu erhöhen. Die Verwendung dieser Summe soll nach Anhörung eines parlamentarischen Beirats vorgenommen werden.

Beim Kap. 3 Tit. 3 des Etats, betreffend Heimstättenamt für die deutsche Beamtenschaft, wird nach längerer Aussprache das Heimstättenamt durch eine **Beratungsstelle für das Beamtenwesen** ersetzt.

Gegensätzlichkeiten der Auffassungen traten hervor bei Bewilligung der Kosten für Beschaffung der **Verfassungsabdrucke,** die an die **Schüler** auszuhändigen sind. Von mehreren Rednern nämlich wurde die der Verfassung beigegebene Einleitung bemängelt,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

ebenso das Äußere des Verfassungsabdruckes. Von anderen Rednern wurde die Vorrede als dem Geiste der Verfassung entsprechend erachtet. Ein Antrag, künftighin die Verfassung ohne die beigegebene Einleitung zu verteilen, wurde abgelehnt.

In der Frage der Ausgestaltung der ehemaligen **Kadettenanstalten** zu höheren bürgerlichen Bildungsanstalten wurde einmal eine Entschließung angenommen:

> Der Reichstag wolle beschließen, die ehemaligen (C) Kadettenanstalten planmäßig abzubauen;

andererseits wurde ebenfalls eine Entschließung genehmigt:

> die Reichsregierung zu ersuchen, das Abkommen mit den Ländern bezüglich der Kadettenanstalten so zu gestalten, daß diese vom Reich baldigst zur Erprobung von Reformen auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens übernommen werden können.

Bei dem Etat des **Reichswanderungsamtes** wird die Frage der **Einwanderung von Ostjuden** von mehreren Rednern behandelt. Es wurden ferner Anträge angenommen, die auf Ersparnisse zielen und es auf ein stärkeres Heranziehen der privaten Organisationen absehen.

Beim Etat des **Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung** wird von der einen Seite beantragt, diesen Titel im nächsten Etat zu streichen. Die Mehrheit des Ausschusses ist jedoch gegenteiliger Auffassung.

In Sachen der Durchführung der **Filmprüfung** wurden von verschiedenen Seiten Wünsche auf eine schärfere Anwendung des Lichtspielgesetzes laut. Die den Kosten der Reichsfilmstelle beigegebene Begründung erfährt eine scharfe Kritik. Es wird eine Entschließung angenommen:

> die Reichsregierung zu ersuchen, in eine Prüfung einzutreten, ob und inwieweit die Reichsfilmstelle abzubauen ist.

Beim Etat des **Reichsgesundheitsamtes** wird von mehreren Seiten der Wunsch ausgesprochen, das Amt möge noch mehr als bisher sozialen Fragestellungen nachgehen.

Beim Etat des **Reichsarchivs** ging die Meinung des Ausschusses dahin, daß dieses Institut nicht nur Kriegsakten, sondern überhaupt Reichsakten zu sammeln und wissenschaftlich zu verarbeiten habe. Einer der Redner (D) war der Auffassung, daß in der Verteilung von Zivilbeamten und Militärs das richtige Maß eingehalten zu sein scheine. Andere Redner wünschten jedoch demnächst eine stärkere Einreihung der Zivilbeamten.

Beim Etat des **Landesvermessungswesens** wird im Hauptausschuß in einer längeren Aussprache festgestellt, daß die vom Reichstag vorgenommene Streichung von 2 Millionen Mark sich als unzweckmäßig erweist. Vielmehr wird eine Entschließung angenommen:

> die Reichsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei Bemessung der in den Haushaltsplan 1921 für die Landesvermessung einzustellenden Mittel die hier berührten erheblichen wirtschaftlichen Interessen nicht geschädigt werden.

Gleichzeitig wandte sich das Interesse den Beamten der Landesaufnahme zu, und es wurde die Anregung gegeben, die Beamten der Landesaufnahme bereits im Haushalt 1921 aufzuführen.

Bei dem Etat der **Technischen Nothilfe** wird ihre Notwendigkeit von der einen Seite bestritten. Die Technische Nothilfe sei als staatliche Streikbrecherorganisation zu bezeichnen. Die Mehrheit des Ausschusses hält aber die Etatsposition für unentbehrlich, die Position, die es auf einen Unterhalt und eine Durchführung der Technischen Nothilfe absieht.

Auf diese Darlegungen will ich mich beschränken. Sie mögen Ihnen, meine Damen und Herren, andeuten, daß der Hauptausschuß gerade bei diesem Ministerium eine weitverzweigte Arbeitsaufgabe bewältigt hat.

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Braun (Franken).

(A) Dr. **Braun** (Franken), Abgeordneter: Es ist überaus schwer, bei den harten Bedingungen, die uns auferlegt sind und die unser ganzes Sinnen und Trachten bestimmen, heute über einzelne Fragen dieses Etats zu sprechen. Besonders wenn man die Geschichte der Behandlung dieses Etats im Reichstage kennt, wo so viele spezielle Wünsche zur Erörterung gelangt sind, muß man sich klar sein, daß diese Methode mit der augenblicklichen Lage nicht gut vereinbar ist. Wir müssen freilich sagen, daß man, so viel uns auch angedroht und so viel auch von uns erpreßt werden wird, uns einen Reichtum nicht wird nehmen können, den **Reichtum an kulturellen Leistungen,** den wir für die gesamte Welt geschaffen haben. Das, was wir da thesauriert haben, haben wir nicht nur für uns getan, sondern für alle. Es wäre ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte Welt, wenn wir diese Schätze, die unser Volk birgt, und die Erwartungen, die auf Grund unserer Vergangenheit von uns erhofft werden können, künftig täuschen würden, indem wir nicht weiter ein Kulturvolk sein könnten, indem wir die Keime zu künftigem Glanze wissenschaftlicher, künstlerischer und technischer Leistung ersticken würden.

(Zustimmung.)

Das wollen wir verhindern. Wir wissen, welch äußerste Sparsamkeit, die uns alle aufs schwerste treffen wird, von uns verlangt wird und von uns ausgeübt werden muß. Es wäre aber ein grimmiger Fehler, wollten wir diese Sparsamkeit auch dort walten lassen, wo es sich um kulturelle Leistungen des deutschen Volkes handelt. Die wenigen Millionen, die wir damit der Entente gewinnen würden, würde die Entente selbst als einen ungeheuren Verlust buchen müssen; denn wenn Deutschland nicht mehr kulturell wirken könnte, so würde nicht nur Deutschland darunter leiden, sondern die ganze Welt. Deshalb sind wir der Auffassung, daß bei alleräußerster Sparsamkeit, (B) die geboten ist und der wir uns nicht entziehen wollen, bei den Kulturaufgaben nicht gespart werden kann und darf. Das wäre selbstmörderisch.

Am meisten gilt das natürlich von unserem Reichsetat, denn in diesem sind so wenige Titel und so wenige Mittel für kulturelle Aufgaben eingesetzt, daß hier zu sparen wohl der größte Fehler wäre. Unabsehbarer Schaden würde daraus für uns erwachsen.

(Sehr wahr!)

Wir sind der Meinung, daß diese Sparsamkeit weder dort am Platze ist, wo es sich um kulturelle Leistungen handelt, noch dort in Frage kommen kann, wo es sich um die **körperliche und geistige Ertüchtigung unserer Jugend** handelt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen mit aller Entschiedenheit eine kluge Bevölkerungspolitik treiben und für die geistige Hebung unseres Volks alles tun, was nötig ist. Völker, die noch vor kurzem mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik gegen uns gewirkt haben, begreifen das. Dazu gehören die Vereinigten Staaten von Amerika, die für die **Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft** außerordentlich viel geleistet haben und von denen Anregungen dieser Art ausgegangen sind. Wir haben ja in diesen Tagen gelesen, wie in New York die Wiedereinführung des deutschen Unterrichts in den Schulen gefordert wird, weil, wie die Studenten selber sagen, ihnen der ungeheure Schatz von Wissen und Können, den Deutschland aufweist, nicht verschlossen werden darf. Wir sind deshalb der Meinung, daß der Posten für die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft, die einzige größere Summe, die in unserem Etat für derartige Zwecke vorhanden ist, ebensowenig wie die anderen beschnitten werden darf. Wir wissen, daß trotz allen Hasses gegen uns und trotz allen Ungeschicks unserer Gelehrten während des Krieges die Notwendigkeit dieser universitas literarum et scientiarum besteht, die nicht (C) durch irgendwelche Grenzlinien auf der Landkarte beseitigt werden kann. Das sieht man in Oxford und in Italien ein, das sieht man auch bei französischen Gelehrten ein; es muß allgemein zum Ausdruck kommen, daß die Welt ohne Deutschlands Wissenschaft, ohne Deutschlands Kunst, Technik und Produktionsmethoden in frühere Stadien der Kultur zurückfallen würde, was die ganze Welt nicht wollen kann.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Im Augenblick haben wir mit unseren kurzsichtigen Gegnern zu rechnen. Unter dieser Kurzsichtigkeit würden aber nicht bloß wir leiden, sondern auch diejenigen, die gegen uns wirken.

Die Schätze in unserem Volk müssen gehoben werden, für ihre Erhaltung und ihre Wirksamkeit muß alles getan werden, was wir trotz unserer Not nur irgendwie leisten können. Nichts liegt mir ferner, als Ihnen heute ein großzügiges Programm kultureller Aufgaben zu entrollen. Wir müssen uns in gar vielem bescheiden, große und durchaus berechtigte Wünsche weit zurückstellen, weil wir sonst weder nach außen noch nach innen auskommen können. Aber das wenige, was wir in diesem Etat für kulturelle Aufgaben, für geistige Zwecke, für die Fortbildung unserer Wissenschaft aufwenden, soll bleiben und soll nicht weiter beschnitten werden.

Wenn nun in diesem Amt zwar auf diesem Gebiete nichts zu streichen ist, so gibt es dennoch reichlich Gelegenheit, in diesem Ministerium vieles zu vereinfachen und viel Unnötiges abzuschaffen. Ich bin der letzte, der nicht anerkennen würde, daß vor allem das Reichsfinanzministerium Großes in der Verminderung der Kriegsgesellschaften geleistet hat. Aber es bestehen noch reichlich viele **Kriegsgesellschaften,** die vollständig abgeschafft werden können. Zum Teil sind das Gesellschaften, die unter ganz anderen Namen gehen. Ich nenne da vor allem (D) das **Reichswanderungsamt.**

Das ist eine ganz richtige Kriegsgesellschaft. Sie ist erwachsen aus Kriegsbedürfnissen und aus Kriegswünschen, für die in unserer heutigen deutschen Republik keine Berechtigung mehr vorhanden ist. Es beruht auf der phantastischen Idee, daß die baltischen Provinzen unter den Herzogshut des letzten deutschen Kaisers gebracht werden müßten und daß dieses Gebiet, das infolge der Kriegsfurie von seinen Bewohnern zum Teil entleert war, durch deutsche Kolonisten aus Rußland neubesiedelt werden sollte. Zu diesem Zweck ist das Reichswanderungsamt gegründet worden, ein Mann, der für diese Aufgabe nur durch die Gunst des letzten Deutschen Kaisers bestimmt worden war, ist zum Chef dieses Amtes ernannt worden. Heute soll dieses Reichswanderungsamt alle Auswanderungsfragen behandeln. Aber ich glaube, ein großes leuchtendes Schild mit den Worten „Wandert nicht aus!“ würde vollständig genügen; denn wir haben bisher von der Tätigkeit dieses Amtes nichts weiter gehört als den Ratschlag: Wandert nicht aus, der Deutsche hat es schlecht im Ausland usw. Dazu braucht man nicht diese große Anzahl von Korvettenkapitänen, Majoren und Obersten, die jetzt in die Geheimratstracht eingekleidet sind, dazu genügt vollständig die große Tafel mit den Worten: „Wandert nicht aus!“ Der Beamtenluxus in diesem Amte ist durchaus unverständlich, nach Besprechung mit meinen Parteigenossen bin ich der Meinung, das es das klügste wäre, gegen diesen Titel zu stimmen

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und mit dieser Kriegsgesellschaft aufzuhören. Sie hat für uns auch einen unangenehmen politischen Beigeschmack. Es ist eine Organisation, in die man nur Leute hineingebracht hat, die zwar von den Aufgaben dieses Amtes sehr wenig wissen, die aber eine Reihe von Beziehungen aus ihrer

(Dr. **Braun** [Franken], Abgeordneter.)

(A) früheren Militärzeit gehabt haben und die man deshalb unterbringen wollte, damit sie nicht mit der für sie zu kargen Pension als Offiziere und Korvettenkapitäne usw. leben müssen. Dazu hat das Deutsche Reich nicht genug Geld. In diesem Amte soll man peinlich besorgt sein, daß kein outsider, das heißt hier kein Mann ohne militärische Vergangenheit, hineinkommt. Wir haben gar keinen Anlaß, derartige gegenrevolutionäre Konventikel zu schaffen und noch mit deutschen Steuergeldern zu erhalten.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Beim **Reichswasserschutz** soll eine ähnliche Organisation sein, in die auch niemand hineinkommen soll, der nicht die entsprechende militärische Vergangenheit hat. Diese militärische Vergangenheit soll sich bei den Herren auch dahin äußern, daß sie sich Rechte anmaßen, die ihnen durch außerordentliche Vollmachten während des Krieges erteilt worden sind. So requirieren sie Wohnungen, so behaupten sie, daß sie das Recht zu polizeilichen Aufgaben haben, obwohl ihnen gar keine Polizeigewalt durch das Gesetz eingeräumt ist. Vielleicht wird es den Herrn Reichsminister des Innern interessieren, wenn ich ihm mitteile, daß gelegentlich des **Kapp-Putsches** der Führer des Reichswasserschutzes auf der Elbe, der **Kapitänleutnant Heußer,** mit zwei vollen Booten Waffen von Dresden nach Magdeburg gebracht hat. Auf der Fahrt nach Magdeburg wurde die 17 Mann starke Besatzung instruiert, sofort nach der Ankunft in Magdeburg die Regierung und das Oberpräsidium zu besetzen, nachdem die Waffen abgeholt oder verteilt seien. Ein Teil der Mannschaft teilte aber den Plan sofort den zuständigen Behörden mit. Heußer wurde verhaftet und gab alles zu. Der Reichsminister des Innern wurde von allem unterrichtet; trotzdem ist Heußer heute noch im Amte.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Es ist das die Nachsicht, die gegen Kapp-Putschisten (B) überall geübt wird. Diese ganze Truppe ist vollständig militärisch organisiert, und nach der Vergangenheit des Herrn Heußer müssen wir das als eine große Gefahr betrachten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dabei wird bei den Fahrten eine ungeheure Menge an Benzin usw. verbraucht. Die Fahrten finden natürlich mit der alten Marineflagge statt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir halten es nicht für notwendig, den kaiserlichen Yachtklub weiter, wenn auch unter anderem Namen, mit den Kosten der Steuerzahler zu erhalten.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich bemerken, daß infolge des **Kapp-Putsches** noch eine ganze Reihe von **Städten,** deren finanzielle Lage infolge unserer neuen Steuergesetzgebung überaus prekär ist, **Forderungen** zu stellen haben, die bisher leider noch nicht berücksichtigt sind.

Als der Herr **Reichsminister Koch** in **Bremen** eine **Rede** gehalten und sich für die Erhaltung der Stadtwehr eingesetzt hat, wurde ihm im Hauptausschuß des Reichstags der Vorwurf gemacht, daß er seine Stelle als Reichsminister des Innern und als Chef der Polizei ausgenützt habe, um Propaganda für seine Partei zu machen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten)

Er hat erwidert, daß er die Rede nicht als Reichsminister des Innern gehalten habe, sondern als ein Abgeordneter, als ein Bürger, als ein Politiker, und daß ihm das bei der Redefreiheit in Deutschland nicht verwehrt werden könne.

Nun kann man ja natürlich darüber streiten, wie weit es klug und taktvoll ist, wenn man die Redefreiheit dort benutzt, wo leicht die Verwechslung eintreten kann, daß man über die Polizei nicht als Bürger gesprochen hat, sondern als Chef der Polizei.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie wissen ja aus den Akten der Wahlprüfungskommission (C) des früheren Reichstags, daß gerade da besondere Unterschiede gemacht wurden, wenn irgendein öffentlicher Funktionär etwas als Privatmann oder als öffentlicher Funktionär gesagt hat. Aber trotz aller Ausnützung der Bremer Rede des Herrn Reichsministers will ich mit ihm darüber nicht weiter rechten, wenn auch bekannt ist, daß diese Rede ganz außerordentlich stark ausgenutzt wurde. Aber unlängst hatte ich Gelegenheit, auf einem Papier, auf dem „Reichsminister des Innern" stand und das die Unterschrift des Herrn Ministers Koch trug, eine Beschwerde gegen die Polizeiverwaltung eines der deutschen Länder zu lesen, in der der dortigen Polizeiverwaltung vorgeworfen wurde, daß sie sich — erschrecken Sie nicht! — auch bei den Gewerkschaften über das Vorleben der Polizeiaspiranten erkundige. Das hat doch der Herr Reichsminister des Innern nicht als demokratischer Abgeordneter getan. Ich bin auch überzeugt, daß die demokratische Partei gegen die Anfrage bei den Gewerkschaften nichts einzuwenden hat. Man kann doch nicht nur bei der Organisation Escherich die Qualifikation künftiger Polizisten feststellen lassen. Ich glaube, daß der **Reichsminister des Innern** in seiner **Aufsicht über die Polizei der Länder** Übereifer zeigt, was bei einem so großen Amt nicht gerade notwendig wäre, weil noch so vieles andere in diesem Amte zu leisten ist. Der Herr Reichsminister des Innern hat in diesem Schreiben angedroht, daß er einen Kommissar seines Amtes schicken wird, um die dortigen Polizeiverhältnisse festzustellen. Er hat erfahren, daß dort ein Mann der Sicherheitspolizei, der den Sowjetstern getragen hat, deshalb sofort entlassen worden ist. Aber trotzdem ist hierüber Beschwerde des Herrn Reichsministers an diese Landesregierung ergangen.

Auch in der Filmfrage herrscht sehr stark polizeilicher Geist, obgleich auf Grund des Lichtspielgesetzes keine polizeilichen Organe, sondern Personen künstlerischer und (D) pädagogischer Bildung bei den Prüfungsstellen wirken sollen. Wir glauben, daß der Reichsminister des Innern gerade auch in **Filmsachen** viel mehr polizeilichen Geist gezeigt hat, als man eigentlich von ihm wünschen sollte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir glauben überhaupt, daß die ganze Kontrolle und Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet des Films doch eher der Kulturabteilung als der Polizeiabteilung des Reichsministeriums des Innern überwiesen werden sollte.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Man „rühmt" dem Herrn Reichsminister des Innern einen ganz gewaltigen Übereifer in seiner gesetzgeberischen Tätigkeit nach. Es soll fast keine Woche vergehen, wo nicht im Reichsministerium des Innern ein neues Gesetz geschaffen wird. Aber merkwürdigerweise fehlen Gesetze, die zur Ausführung der Reichsverfassung ganz unbedingt notwendig sind. Noch immer liegt uns nicht das Gesetz über den **Volksentscheid** und das **Volksbegehren** vor.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Fehlen dieser Gesetze bedeutet sicherlich eine Verminderung der Rechte, die den deutschen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen durch die Reichsverfassung garantiert sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe den Auftrag von meiner Partei, an den Herrn Reichsminister des Innern die ganz unmittelbare Frage zu richten, wann denn diese Gesetzentwürfe endlich dem Reichstag in einer Form vorgelegt werden, die die Annahme dieser Gesetze auch garantieren können. Wir wissen, daß trotz der peinlichen Lage Preußens in Sachen der **Entschädigung des Hohenzollernhauses** die unglaublichsten Ansprüche von der so patriotischen früheren Königsfamilie gestellt werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts.)

(Dr. **Braun** [Franken], Abgeordneter.)

(A) — Herr Südekum hat ja Anträge gestellt, die unsere Partei abgelehnt hat. Südekum hat gehandelt wie die Geheimräte, und die Geheimräte sitzen ja bei Ihnen und nicht bei uns! — Wir wissen alle, daß die Verabschiedung der Frage der Entschädigung der Hohenzollern nicht möglich war, weil dem eine Bestimmung der Reichsverfassung entgegenstand. Es ist der Wunsch unserer Partei, daß auch die Herren von der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit haben, den monarchistischen Geist im deutschen Volke zu prüfen, indem wir ein Volksbegehren veranlassen, ob die Abfindung der Hohenzollern so gestaltet werden kann, daß wir sie ohne Entschädigung expropriieren können. Ein ungeheuer großes Interesse der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ist die Möglichkeit eines Volksbegehrens in Sachen der Hohenzollern, so daß man prüfen kann, wieviel Monarchisten es in Deutschland noch gibt.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir werden es an der Aufklärung über das Vermögen der Hohenzollern, wie es geworden ist, und wie es nun von dem letzten Deutschen Kaiser zurückverlangt wird, durchaus nicht fehlen lassen.

Das Ministerium, das jetzt zur Verhandlung steht, ist das sogenannte Beamtenministerium, ein Beamtenministerium in mannigfacher Hinsicht. Wir haben leider nicht bemerkt, daß wir trotz des gesetzgeberischen Eifers, der im Ministerium herrscht, zu irgendwelchen größeren Reformen gelangt sind. Kein einziger großer Geist hat sich dort darum bekümmert, daß wir unsere Verwaltung so neu aufbauen müssen, daß sich die Verwaltung des Deutschen Reichs gründlich von der Verwaltung des alten Deutschlands unterscheide. Niemand hat daran gedacht, diese Verwaltung zu vereinfachen, zu bessern, sie sparsamer zu gestalten, man geht im alten Trott weiter. Wir aber haben den allerstärksten Wunsch, daß die ganze Welt (B) erkenne, daß wir nicht mehr das alte Deutschland sind, daß wir, vor allem in der **inneren Verwaltung**, zum Ausdruck bringen, daß sich das alte Deutschland vollständig überlebt hat. Wir wollen, daß alles, was dem deutschen Volke in unseren Einrichtungen fremd ist, abgestreift wird, daß ein neues Deutschland geschaffen wird, das ein Vorbild werde für jede volkstümliche Staatsentwicklung.

(Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. v. Delbrück.

Dr. **v. Delbrück,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich befinde mich in der erfreulichen Lage, den Ausführungen zustimmen zu können, die der Herr Vorredner im Eingang seiner Rede gemacht hat. Auch ich bin der Ansicht, daß die allgemein-politische Lage, der Druck, unter dem wir uns befinden, nicht dazu angetan ist, die Verhandlungen über das Reichsministerium des Innern, wie wir das früher wohl gewöhnt gewesen sind, tagelang mit Erörterungen gleichgültiger Kleinigkeiten hinzuziehen. Auch ich werde mich bemühen, nur in wenigen großen Linien die Dinge zu erörtern, die nach meiner und meiner politischen Freunde Auffassung nicht unbesprochen bleiben können.

Meine Damen und Herren! Der **Haushaltplan** für das Jahr **1920** wird für alle, die ihn zu lesen verstehen, einmal ein wertvolles Dokument unserer Zeitgeschichte sein. Er gibt klarer als viele andere Darstellungen ein Bild von den Nöten und den Kämpfen, in die das deutsche Volk gestürzt ist durch den unglücklichen Ausgang des Krieges, durch die Revolution und nicht zuletzt durch den Frieden von Versailles.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Dieser Etat ist aber besonders in zwei Dingen bemerkenswert. (C) Er stellt den ersten Versuch dar, Klarheit in die in Verwirrung geratenen Finanzverhältnisse des deutschen Reiches zu bringen. Mehr wie ein Versuch ist es freilich nicht. Denn wir sehen aus dem Etat wohl das ins Ungemessene Anwachsen der Ausgabebedürfnisse des Reiches, er bringt aber keine Lösung der Deckungsfrage, so daß wir alle wohl, die wir an diesem Reichshaushaltsetat mitgearbeitet haben, uns der trüben Empfindung nicht haben erwehren können, daß wir in späteren Jahren, wenn nicht auf finanziellem Gebiet ein Wunder geschieht, bei all den Hoffnungen und Entwürfen, die in diesem Etat zum Ausdruck gebracht sind, noch sehr viel Wasser in unseren Wein werden tun müssen. Dieser Etat ist aber ferner von besonderem Interesse, weil er im Zusammenhang mit den Denkschriften, die der Herr Finanzminister uns auf den Tisch des Hauses gelegt hat, zum ersten Male ein Bild davon gibt, wie die Revolution und die ihr folgenden Ereignisse, wie insbesondere die Verfassung von Weimar und der Frieden von Versailles organisatorisch wirksam geworden sind in bezug auf den staatsrechtlichen Aufbau des Deutschen Reiches und auf die Einrichtung seiner **Behörden.** Auch hier stehen wir aber, wie die Denkschriften erkennen lassen, keineswegs vor einer Lösung der uns gestellten organisatorischen Aufgaben, sondern wir finden lediglich eine Aufzählung, ein Durcheinander und Nebeneinander zahlloser Behörden und Instanzen, wie sie das Bedürfnis des Augenblickes hat entstehen lassen. Wir sehen nichts von einem wohldurchdachten, sparsam arbeitenden Behördenorganismus.

Wenn ich zunächst in dieser Beziehung einige Bemerkungen über die Bewährung der **Verfassung von Weimar** machen darf — ich sehe dabei vollständig ab von den großen grundsätzlichen Fragen über die Staatsform und dergleichen, die meine politischen Freunde von der Mehrheit des Hauses trennen, sondern ich betrachte (D) die Verfassung nur unter dem Gesichtspunkt ihrer eigenen Väter —, so frage ich: inwieweit hat sich denn die Verfassung als ein geignetes Mittel gezeigt, um diejenigen Wünsche und Hoffnungen zu erfüllen, die bei ihrer Verabschiedung gehegt wurden? Da möchte ich nur an eines erinnern. Der **überspannte Parlamentarismus,** der in dieser Verfassung zum Ausdruck kommt und den wir schon in Weimar lebhaft bekämpft haben, hat sich zweifellos nicht bewährt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Dieser überspannte Parlamentarismus hat uns schwache Regierungen gebracht, Regierungen, die nicht einmal über eine tragfähige Mehrheit im Parlamente verfügen, die infolgedessen unter so schwierigen und ernsten Verhältnissen, wie wir sie durchzumachen haben, nicht in der Lage sind, die Aufgaben zu lösen, die tagtäglich an sie herantreten.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber 1914 war sie stärker?)

Auch die **Arbeiten des Reichstags** haben — ich möchte das ausdrücklich betonen — auch gerade in den Kreisen der Demokraten zu mancherlei Kritik Veranlassung gegeben. Ich erinnere an den **Antrag Schiffer,** der im wesentlichen darauf hinausgeht, der Gesamtheit des Reichstags einen Teil seiner gesetzgeberischen Befugnisse zu nehmen und in die Dunkelkammer der Ausschüsse zu verlegen. Eine vernichtendere Kritik an dem Verfassungswerk konnte kaum geübt werden, als sie durch diesen Antrag geübt worden ist,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen; — Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Falsch!)

durch einen Antrag, der nebenbei so undemokratisch wie überhaupt möglich ist, den, soweit ich heute übersehen kann, meine politischen Freunde mit mir ablehnen müssen.

(Dr. v. Delbrück, Abgeordneter.)

(A) Wenn ich auf die Frage der **Organisation der Zentralgewalt des Reichs** übergehe, so muß ich sagen: wir haben viel zu viel Ministerien, deren Zuständigkeiten einander kreuzen und überschneiden.

Man hat den Eindruck, daß diese Ministerien nicht eingerichtet sind, um einem organisatorischen Bedürfnis zu entsprechen, sondern daß sie ihre Entstehung verdanken dem Bedürfnis, parlamentarische Koalitionen und Mehrheiten zu bilden und die beteiligten Direktionen mit der nötigen Anzahl von Ministerposten zu versorgen. Wir haben ja Ministerien, die seit Monaten unbesetzt sind und durch andere Minister bewirtschaftet werden müssen. Wenn ich dann noch daran erinnere, daß wir Ministerien haben, deren Geschäfte durch Abteilungen anderer Ministerien bearbeitet werden, so wird man mir zugeben, daß man hier vor einem Gipfel der Desorganisation, nicht aber vor dem Versuche einer planmäßigen Organisation der Zentralgewalt des Reiches steht.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Diese Hypertrophie an Ministerien muß die sachgemäße Arbeit erschweren. Sie muß dahin führen, daß zu viel Ministerien mit denselben Aufgaben befaßt, an denselben Aufgaben interessiert sind. Das führt weiter zu dauernden Grenzstreitigkeiten und Kompetenzkonflikten zwischen den einzelnen Ressortchefs, und das wieder zu einer Inanspruchnahme des Reichsministeriums, die mit dem Gedanken des Art. 56 der Verfassung unvereinbar ist, wonach ja im Prinzip die Minister mit eigener Verantwortung ihre Verwaltung führen sollen, nicht aber genötigt oder gezwungen sein sollen, bei jeder Gelegenheit einen Beschluß des Kabinetts für solche Dinge herbeizuführen, die sie vom Standpunkt ihres Ressorts, vom Standpunkt ihrer Auffassung für richtig und notwendig halten. Es ist sehr charakteristisch, daß der Verfassungsentwurf das Kollegialitätsprinzip in noch geringerem (B) Maße vorgesehen hatte, als es nachher in die Verfassung hineingearbeitet ist, und daß wir tatsächlich jetzt an einer Überspannung des Kollegialitätsprinzips zu leiden scheinen, die die Leistung der Gesamtregierung wie auch die Initiative, die Schaffensfreudigkeit und die Arbeitslust der einzelnen Ressortchefs beeinträchtigen muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Diese Hypertrophie an Organisationen, an Dienststellen geht herunter bis in die nachgeordneten Behörden, bis in die Kommissariate.

Meine Damen und Herren! Wir sind im Laufe des Krieges durch die Not dahin gekommen, Organisationen zu improvisieren, Organisationen aus der Erde zu stampfen. Angesichts des Umstandes, daß die vorhandenen Behörden nur über das Personal verfügten, was unbedingt notwendig war, um ihre normalen Aufgaben zu lösen, waren sie nicht in der Lage, die zahllosen neuen Aufgaben, die der Krieg an sie stellte, zu erfüllen. Aus diesem Grunde ist man zu den zahllosen **Kriegsorganisationen** gekommen. Ich habe, so lange ich an der Stelle saß, wo jetzt der Herr Minister Koch sitzt, mich mit allen Mitteln gegen eine solche Dekomposition der Zentralgewalt zu wenden versucht. Aber die Verhältnisse waren stärker als meine Wünsche und meine Einsicht. Das rechtfertigt es aber nicht, meine Herren, daß man diese zahllosen Kriegsorganisationen nicht nur fortbestehen läßt, sondern zum Teil nun mit freier Hand in neue Ämter, womöglich in neue Ministerien, umwandelt, die nebenbei mit einem Überfluß von Beamten, namentlich auch in gehobener Stellung, ausgerüstet sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir müssen also darauf bedacht sein, daß nicht nur diese aus dem Kriege stammenden Organisationen, diese Vielfältigkeit in der Spitze des Reichs, so rasch wie irgend möglich beseitigt werden, sondern wir müssen danach trachten, wieder zu der alten Einheit, zu der alten Durchsichtigkeit (C) der Verwaltung und ihrer Organisation zu gelangen. Wir sehen ferner, wenn wir die organisatorischen Maßnahmen der Regierungen seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung betrachten, eine Tendenz des Reiches, sich durch und über die Verfassung heraus **Reichsmittelbehörden** und sogar **Lokalbehörden** zu schaffen. Auch das ist vom Übel. Die Verfassung hat den alten Grundsatz im Prinzip aufrechterhalten, daß die Durchführung der Reichsgesetze bei den Landesbehörden liegen soll, und das mit gutem Grunde und mit gutem Fuge. Es ist ganz undenkbar, daß in dieselben oder verwandten Angelegenheiten in Zukunft Reichsprovinzialbehörden und Landesprovinzialbehörden nebeneinander arbeiten.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Denn die Reichsprovinzialbehörden haben ja schließlich keine Exekutivorgane. Der nächste Schritt wird also sein, daß das Reich sich seine eigenen Exekutoren, seine eigenen Boten und seine eigenen Polizeibehörden hält. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen noch auf Ansätze zu sprechen kommen, die in dieser Beziehung schon zu bemerken sind. Diese Neigung des Reiches, in die bisherigen Kompetenzen der Bundesstaaten einzugreifen, muß desorganisierend wirken. Sie liegt nicht einmal im Interesse der Bevölkerung; denn ich bin fest überzeugt, daß der sonst in allen wichtigen Angelegenheiten mit der Bevölkerung verkehrende Landrat oder Amtmann oder Bezirksamtmann, oder wie diese Dienststellen in den einzelnen Teilen des Reiches heißen, die Bevölkerung besser berät, ihre Bedürfnisse besser kennt als eine von oben nach unten organisierte Hierarchie von Reichsbehörden, die der Natur der Dinge nach von Berlin aus nach rein zentralen, bureaukratischen Gesichtspunkten geführt wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ein schwerer Mangel der bestehenden Organisationsverhältnisse ist die durch die Verfassung versuchte **Regelung (D) der Beziehungen zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Länder,** insbesondere der Regierung in Preußen. Welche Mißstände hier bestehen müssen, das kann der ahnen, der Zeuge der Zweikämpfe gewesen ist, die die Minister des Reichs und die Minister von Preußen und anderer Bundesstaaten hier im Hause, in den Ausschüssen, in Volksversammlungen und in der Presse miteinander ausgefochten haben.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Im Zusammenhang damit steht der vielumstrittene Art. 18 der Reichsverfassung über die **Neugliederung des Reichs,** wie man wohl jetzt sagt, der aber tatsächlich nichts anderes ist als ein Artikel, der die Handhabe zur Auflösung und zur **Zertrümmerung Preußens** geben soll.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Es ist sehr charakteristisch, daß, während draußen im Lande die Parteien — ich erinnere beispielsweise an die sehr interessanten Erklärungen des Herrn Abgeordneten Lauscher auf dem Parteitage des Zentrums in Köln im Januar dieses Jahres — zu der Überzeugung kommen, daß auf diesem Gebiete kurzgetreten werden muß, daß man der Entwicklung der Dinge nicht vorgreifen soll, teils mit Rücksicht auf die außenpolitischen Verhältnisse, teils mit Rücksicht darauf, daß die Anschauungen in dauerndem Wechsel begriffen sind, die Reichsregierung anscheinend ein gewisses Interesse daran hat, diesen Prozeß zu beschleunigen, weil sie glaubt, auf diese Weise der Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich augenblicklich zwischen der preußischen Regierung und der Reichsregierung immer von neuem ergeben.

Ich erinnere an die Verhandlungen des 16. Ausschusses, des sogenannten Verbilligungsausschusses. Die Herren werden inzwischen das Schreiben des Herrn Reichsministers Koch auf Nr. 1596 der Drucksachen gelesen

(Dr. v. **Delbrück**, Abgeordneter.)

(A) haben, aus dem mir hervorzugehen scheint, daß die Verbilligung der Verwaltung, die der ursprüngliche Ausgangspunkt der Erörterungen des 16. Ausschusses sein sollte, auch der Ausgangspunkt für eine Umorganisation der Reichsbehörden zum Schaden der Länder und ihrer Kompetenzen sein soll. Denn hier ist schon die Rede von dem **Umbau der Landesfinanzämter zu Reichsbezirksbehörden.** Hier will also schon das Reich mit seiner Organisation über die Spezialorganisation der Finanzverwaltung hinaus sich besondere Bezirks- oder Provinzialbehörden in den Ländern schaffen, ein Bestreben, dem meine politischen Freunde und ich mit aller Energie entgegentreten werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das alles sind höchst bedenkliche **Eingriffe in den föderativen Charakter des Reichs,** die im gegebenen Augenblick schlimmer und gefährlicher sind als je zuvor, weil sie geeignet sind, eine bedenkliche Reichsverdrossenheit zu erzeugen.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Einer der Gründe für die Überorganisation und die Vermehrung der Behörden liegt aber auch in der außerordentlich starken **Ausdehnung der gesetzgeberischen Kompetenz des Reichs durch die Verfassung** und durch eine — darin weiche ich von dem Herrn Vorredner ab — nach meiner Ansicht nicht verzögerte, sondern überhastete Durchführung derselben.

Meine Damen und Herren! Für alle diese Ausführungen, die ich auf die Verhältnisse des Reichs, seiner Organisation und seiner Behörden im ganzen beziehe, ist nun ein typisches Beispiel das Reichsministerium des Innern selbst, dessen Ausgaben — der Herr Referent hat vorhin ja schon darauf hingewiesen — von 1919 auf 1920 um nicht weniger als 1,8 Milliarden gewachsen sind.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Worauf beruht dieses Anwachsen, und war es nicht (B) zu vermeiden? Die Erörterungen über diese Frage haben ja heute am Schlusse des Etatsjahres einen im wesentlichen theoretischen Charakter; denn wir haben bereits durch zwei Notetats so viele präjudizierliche Bewilligungen ausgesprochen, daß die Behörden und Dienststellen, die neu geschaffen werden sollen und zu Bedenken Veranlassung geben könnten und bei den Beratungen des Ausschusses auch gegeben haben, tatsächlich bestehen und nach meiner Meinung, wenn man nicht die ganze Verwaltung auf den Kopf stellen will, nicht durch einen Beschluß des Reichstags von heute und morgen wieder beseitigt werden können. Es ist deshalb mit besonderer Dankbarkeit zu begrüßen, daß die Finanzverwaltung Maßnahmen getroffen hat, die uns in die Lage versetzen sollen, das Etatsjahr 1921 mit einem fertigen Etat zu beginnen, so daß wir in der Lage sind, den Etat für 1922 ordnungsmäßig und in Ruhe durchzuberaten und vor dem Beginn des Etatsjahres 1922 zu verabschieden.

Die **Gründe für das enorme Anwachsen der Aufwendungen des Reichsministeriums des Innern** sind sehr verschiedener Natur. Zunächst sind sie durch die Einrichtung neuer Dienststellen zur Durchführung des Friedensvertrags bedingt. Ich erwähne hier als Beispiel die Abteilung für Elsaß-Lothringen und das Reichskommissariat für die besetzten rheinischen Gebiete. Es kommt dann eine starke Vermehrung der Ausgaben, der Beamten- und Dienststellen durch die dauernde Übernahme neuer Aufgaben auf das Reich hinzu. Vor allen Dingen spielen hier die großen neuen Aufgaben eine Rolle, die dem Reichsministerium des Innern auf dem Gebiete der Volksbildung, der Volkserziehung und der allgemeinen Kulturaufgaben erwachsen sind. Ich komme auf dieses Kapitel nachher zurück.

Ein weiterer Grund für das Ansteigen der Ausgaben ist die Übernahme und die Erweiterung der Aufgaben, die (C) früher anderen Ressorts oblagen. Ich erinnere an das **Reichsarchiv.** Ein solches Reichsarchiv hat früher nicht bestanden. Es ist zum Teil notwendig geworden und zunächst ausgestattet durch die Übernahme der Bestände des Archivs von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabs.

Eben dahin gehört die Übernahme des Landesvermessungswesens. Das **Landesvermessungswesen** ist in gewissen Grenzen schon Reichsaufgabe gewesen. Es ist früher bei einem militärischen Ressort verwaltet worden und jetzt an das Reichsministerium des Innern übergegangen.

In allen diesen Dingen — das betone ich ausdrücklich — handelt es sich um Aufgaben, die erfüllt werden müssen, die das Reich lösen muß, und die nur von einem Ressort auf das andere hinübergeschoben sind.

Eben dahin gehört das **Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber** einschließlich der Zentralstelle für Nachlaßsachen. Auch hier handelt es sich um eine Übernahme einer Organisation aus der militärischen Verwaltung, aber um eine Organisation, die nicht nur im Interesse der Versorgung der Kriegshinterbliebenen notwendig ist, nicht nur im Interesse der Ermittlung von Vermißten, der Ermittlung der Umstände, unter denen ein einzelner den Tod gefunden hat; sondern vor allen Dingen handelt es sich hier um Ermittlungen, die wir unseren früheren Feinden gegenüber mit Rücksicht auf den Frieden von Versailles zu erledigen haben. Auch hier — ich betone das ausdrücklich — handelt es sich um Aufgaben, die an sich unvermeidlich, notwendig und nützlich sind, die gelöst werden müssen. Zweifel kann man nur haben, ob nicht auch hier die Ausstattung viel zu üppig ist, namentlich mit Rücksicht auf die zahlreichen Zweigstellen, mit Rücksicht auf die Art der Besetzung, mit Rücksicht auf die Dienststellung der einzelnen Beamten.

(D) Nun kommt eine Reihe von Aufgaben, die dem Reich außerordentlich hohe Summen kostet, die weder in der Verfassung noch in Reichsgesetzen noch in dem Friedensvertrag ihre Rechtfertigung und Grundlage finden, sondern die lediglich aus den ungeordneten Zuständen herausgewachsen sind, die der unglückliche Ausgang des Krieges und die Revolution geschaffen haben. Dahin gehört der Reichswasserschutz mit 50 Millionen Mark, dahin gehört die Aufwendung für die Zwecke des polizeilichen Schutzes mit 1250 Millionen Mark, dahin gehört die Landesgrenzpolizei Ost und West mit einem Aufwand von 36 Millionen Mark, dahin gehört in gewissen Grenzen die **Technische Nothilfe** mit einem Aufwand von laufend 15 Millionen und einmalig 25 Millionen Mark und dahin gehört in gewissen Grenzen auch das Reichswanderungsamt, obwohl es sich — ich komme auf das Reichswanderungsamt in einem anderen Zusammenhang noch einmal zu sprechen — hier im wesentlichen auch um die Fortführung einer Organisation handelt, die in ihren Anfängen noch in die Zeit vor dem Kriege zurückreicht, während des Krieges aus bestimmten Gesichtspunkten erweitert und vergrößert worden ist und nun nach meiner Auffassung übereilt in ein selbständiges Amt mit einem großen Beamtenstabe von einem Präsidenten, mehreren Direktoren, Ober-Regierungsräten usw. umgewandelt ist.

Wenn man nun berücksichtigt, daß im übrigen alle Ausgaben des Ministeriums, die sächlichen wie die persönlichen, infolge der sinkenden Valuta eine außerordentliche Steigerung haben erfahren müssen, so ist es schließlich nicht wunderlich und an sich verständlich, daß die Ausgaben des Amts außerordentlich angewachsen sind.

Die **allgemeinen Bewilligungen** weisen ein Mehr gegen das Vorjahr von 6,325 Millionen auf. Im ganzen werden 12,6 Millionen verlangt. Dahin gehören beispielsweise das Germanische Museum in Nürnberg mit

(Dr. v. Delbrück, Abgeordneter.)

(A) einer Mehrforderung von 2 Millionen, die Deutsche Bücherei in Leipzig mit einer Mehrforderung von rund 500 000 Mark.

Ebenso sieht es bei den **einmaligen Ausgaben** aus, die mit einem Mehr von rund 503 Millionen im ganzen abschließen. Dahin gehört das Deutsche Museum, eine alte Position, mit einem Mehr von 3,5 Millionen laufend und 3 Millionen einmalig; es handelt sich hier um den Neubau. Unter den einmaligen Ausgaben spielt eine besondere Rolle — auch diese Position möchte ich hervorheben — ein Posten von 2,5 Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose. Ich komme auf diese Sache nachher noch zurück. Neu kommt dann die Entschädigung für Tumultschäden mit 400 Millionen, dann die Kosten für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit 20 Millionen.

Meine Damen und Herren! Diese Auslese genügt, um ein Bild zu geben von den Anforderungen, denen der Herr Minister des Innern bei der Aufstellung dieses Etats gegenüberstand. Wer diesen meinen Ausführungen gefolgt ist, wird sich aber auch sagen, daß beim besten Willen, sparen zu wollen, **an diesem Etat erhebliche Abstriche nicht möglich** waren.

Im großen und ganzen muß das Ergebnis der Ausschußberatungen vom Standpunkt des Bestrebens, Ersparnisse zu machen, als außerordentlich dürftig angesehen werden. Wenn Sie den gedruckten Bericht auf Nr. 1333 der Drucksachen ansehen, so finden Sie, daß Anlaß zu **Vorschlägen für Ersparnisse** eigentlich nur gegeben haben das Reichswanderungsamt und die Frage des Fortbestehens der Kadettenanstalten. Dazu tritt dann die Frage, ob die Reichsfilmstelle abgebaut werden kann. Sie werden aus meinen weiteren Ausführungen entnehmen, daß man selbst zweifelhaft sein kann, ob die Abstriche beim Reichswanderungsamt und bei den Kadettenanstalten in dem

(B) Umfange gemacht werden können,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

wie wir es — ich bemerke ausdrücklich, ich habe an diesen Beschlüssen positiv mitgewirkt — in der Kommission für notwendig und möglich gehalten haben.

Eine besondere Gruppe in den Bewilligungen bilden nun die von mir vorhin schon aufgeführten **Forderungen für polizeiliche Zwecke.** Dahin gehört in erster Linie die Anforderung für den **Reichswasserschutz,** eine zentrale Organisation des Reichs, die durchentwickelt ist bis zu Bezirks- und Lokalorganisationen. Es gehören dahin die Forderungen für die Unterhaltung des Grenzschutzes in Ost und West, für die Unterhaltung der Technischen Nothilfe und die Forderungen für die Zwecke des polizeilichen Schutzes.

Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß es sich hier um Aufgaben handelt, die an sich nicht zu den verfassungsmäßigen Aufgaben des Reiches gehören. Aber meine politischen Freunde und ich erkennen die tatsächliche Notwendigkeit dieser Organisation für den Augenblick an. Wir sind auch bereit, in diesem Jahre die angeforderten Mittel zu bewilligen. Wir halten aber grundsätzlich daran fest, daß die **Sicherheitspolizei** nach der Verfassung **Sache der Länder** ist, und, selbst wenn man eine Zentralstelle des Reichs für dauernd notwendig halten sollte, doch die Regel des Art. 9 der Verfassung bestehen bleiben sollte, wonach zwar einheitliche Normen auf dem Gebiete der öffentlichen Ordnung und Ruhe vom Reiche erlassen und in ihrer Durchführung kontrolliert werden sollen, die Durchführung selbst aber in den Händen der Landespolizeibehörden bleibt, wie das in Art. 14 der Reichsverfassung ausdrücklich vorgesehen ist. Jedenfalls müssen wir an die Regierung die Bitte richten, diese Angelegenheit bald tunlichst gesetzlich zu regeln. Ohne eine gesetzliche Regelung ist der jetzige Zustand unhaltbar und auch mit der Verfassung nicht vereinbar. Und je früher wir dazu kommen, diese

(C) Angelegenheiten auf dem von der Verfassung vorgeschriebenen Wege auf eine gesetzliche Grundlage zu bringen, um so eher wird es in Zukunft möglich sein, die berechtigten Forderungen auf diesem Gebiete zu bewilligen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir behalten uns daher vor, die Notwendigkeit dieser Titel alljährlich aufs neue zu prüfen.

Ich möchte, um die Debatte nachher nicht zu belasten, im Zusammenhang mit dieser polizeilichen Angelegenheit eine kurze Frage an den Herrn Minister richten. Die **Nationalversammlung** hat auf Antrag ihres Geschäftsordnungsausschusses am 28. April 1920 in der **Angelegenheit der verfassungswidrigen Verhaftung der Abgeordneten** der Nationalversammlung **Schiele und Colshorn** zur Zeit des Kapp-Putsches folgenden einstimmigen **Beschluß** gefaßt:

1. den Abgeordeten Schiele und Colshorn das Bedauern des Hauses über diese Vorkommnisse auszusprechen,
2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Erforderliche zu veranlassen, daß die **Bestrafung des Schuldigen** herbeigeführt wird und der Nationalversammlung vom Geschehenen Mitteilung gemacht werde.

Diesem Beschlusse ist bis heute keine Folge gegeben.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Abgeordneter Müller [Franken]: Herr v. Hülsen ist sogar befördert worden!)

Ich würde dem Herrn Minister dankbar sein, wenn er uns mitteilte, was zur Durchführung des Beschlusses zu 2 geschehen ist.

Im Zusammenhange mit diesen Titeln und insbesondere mit den hohen Forderungen über die Technische Nothilfe und im Zusammenhange mit den Anfechtungen, die dieser Titel von einer starken Minderheit des Ausschusses erfahren hat, möchte ich aber den Herrn Minister (D) gleichzeitig an die Verhandlungen erinnern, die wir im vorigen November hier gepflogen haben, und daran erinnern, daß immer noch eine **Schlichtungsordnung** und ein **Gesetz über die Befriedung von lebenswichtigen Betrieben** aussteht. Diese beiden Gesetze sind absolut notwendig. Wahrscheinlich wird sich in irgendwelchem Zusammenhang mit diesen Gesetzen auch die Möglichkeit ergeben, die Voraussetzungen für das Bestehen und die Einsetzung der **Technischen Nothilfe** gesetzlich zu regeln. Wir halten es für unzweckmäßig und unerwünscht, daß die Grundlagen für das Einsetzen der Technischen Nothilfe jetzt auf dem Wege des Art. 48 der Reichsverfassung vorgenommen sind. Der Art. 48 der Reichsverfassung ist nicht dazu bestimmt, derartige Dinge zu regeln, die auch unabhängig von den Voraussetzungen der Erklärung des Belagerungszustands einer gesetzlichen, ordnungsmäßigen Regelung bedürfen.

Ich möchte dann im Zusammenhang hiermit eine weitere Frage an den Herrn Minister richten. Das ist die Frage nach den **Verhältnissen in den besetzten Gebieten** die ja im Augenblick für uns von besonderer Bedeutung und von besonderem Ernst ist. Wir haben wiederholt Anlaß gehabt, Beschwerde darüber zu führen, daß die Besatzungsbehörden unserer Gegner in den besetzten Gebieten auch nach Ratifizierung des Friedens ihre Befugnisse so eingerichtet haben, als wenn das Land noch unter einer kriegerischen Okkupation stünde,

(sehr richtig! rechts)

während tatsächlich mit der Ratifizierung des Friedens geordnete Verhältnisse eingetreten sind, infolge deren die preußischen Behörden voll und uneingeschränkt in ihre Funktionen einzutreten hatten und die Besatzungsbehörden nur in der Lage waren, Anordnungen und Befehle zu geben, soweit es die Versorgung, die Ruhe und die

(Dr. v. Delbrück, Abgeordneter.)

(A) Sicherheit der Besatzungsarmee erforderte. Die Behörden sind aber bis in die neueste Zeit immer wieder über diese Grenze hinausgegangen, und es ist soweit gekommen, daß **Beamte,** die sich in ruhiger, sachlicher Form der Interessen der Bevölkerung angenommen haben, von den Besatzungsbehörden zur Rechenschaft gezogen, verurteilt und **ins Gefängnis geworfen** worden sind.

(Hört! Hört! rechts.)

So ist in allerletzter Zeit der **Landrat Freiherr v. Lüning in Neuß** zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, obwohl er nichts verlangt hat, als daß ihm die militärischen Behörden im gegebenen Falle die Grundlagen ihrer Anordnungen mitzuteilen hätten, obwohl er ausdrücklich erklärt hat, daß er die Anordnungen der Besatzungsbehörden zu befolgen habe; aber er müsse informiert sein über das Vorhandensein derartiger Anordnungen, und er müsse in die Lage kommen zu prüfen, ob ihre Befolgung mit seinen eigenen Amtspflichten vereinbar sei oder nicht. Ich möchte an den Herrn Minister die dringende Bitte richten, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß derartige Mißstände aufhören, und vor allen Dingen auch dahin, daß der Herr Reichskommissar für die besetzten Gebiete dafür sorgt, daß Beamte, die wie der Landrat v. Lüning ihre Pflicht in vollem Maße und mit Einsetzung ihrer Person erfüllt haben, auch seitens der vorgesetzten deutschen beziehungsweise preußischen Behörden mit der hinreichenden Energie gedeckt werden.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren! Unter den Bewilligungen, die in diesem Etat ausgesprochen sind, bilden eine besondere Gruppe diejenigen, die zur Durchführung des Art. 143ff. der Reichsverfassung über **Bildung und Schule** bestimmt sind. Diese Bewilligungen sind leider durch den ganzen Etat verstreut. Sie stehen teils unter den einmaligen, teils unter den allgemeinen Ausgaben, teils sind besondere (B) Kapitel dafür ausgeworfen. Infolgedessen ist es nicht ganz leicht, einen Überblick über das zu geben, was hier seitens der Reichsregierung geplant ist und was mit den angeforderten Mitteln geleistet werden soll. Besonders wichtig ist hier aus den allgemeinen Bewilligungen das Kap. 3 Tit. 13, wo zur sittlichen und gesundheitlichen Hebung des Volkes 500 000 Mark angewiesen sind. Ferner ist unter demselben Abschnitt Kap. 3 Tit. 14 wichtig, der die Gründung der Zentralstelle für naturwissenschaftliche Berichterstattung betrifft. Unter den einmaligen Bewilligungen ist besonders hervorzuheben die doppelte Zuwendung an das Deutsche Museum, die ich vorhin schon in einem anderen Zusammenhang erwähnte, und die Summe von 20 Millionen, die zur Förderung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft angefordert sind.

Meine Herren! Ich will es dahingestellt sein und unerörtert lassen, ob diese und andere Positionen zu hoch oder zu niedrig, ob sie den Bedürfnissen angemessen sind oder nicht. Alle diese Zahlen konnten der Natur der Dinge nach nur gegriffen werden. Wir werden aber für die Bewilligung aller dieser Summen stimmen, weil wir von der Auffassung ausgehen, daß es sich um unentbehrliche und in gewissem Sinne **werbende Ausgaben** handelt. Es handelt sich um die Bereicherung und um die Hebung der moralischen und physischen Gesundheit unseres Volks, und es handelt sich um die Erhaltung unserer kulturellen und wissenschaftlichen Stellung unter den Völkern. Von ihrer Hebung und Erhaltung hängt es ab, ob es uns gelingt, die Grundlagen für einen allmählichen Wiederaufstieg auf wirtschaftlichem, aber auch auf kulturellem und sonstigem Gebiet zu gewinnen, und es ist mir eine ganz besondere Freude, daß ich im Zusammenhang mit den Ausführungen, die der Herr Redner der Sozialdemokratie gemacht hat, feststellen kann, daß die Einheitsfront, die auf anderen Gebieten herzustellen bis jetzt nicht gelungen ist, auf diesem Gebiete besteht. Es sollte mir und meinen (C) politischen Freunden zur besonderen Freude gereichen, wenn auf dem Gebiete des Wiederaufbaus in sittlicher, physischer, wissenschaftlicher und kultureller Beziehung diese Einheitlichkeit der Aktion, diese Bewilligungsfreudigkeit bestehen bleiben möchte. die aus den Ausführungen des Herrn Redners der Sozialdemokratie sprach und denen ich mich in allen Punkten anschließen kann.

(Beifall rechts.)

Nun, meine Damen und Herren, noch einige Kleinigkeiten. Ich muß noch kurz eingehen auf die Frage des Abbaues der Kadettenanstalten und auf die Frage des Abbaues des Reichswanderungsamts. Was die **Kadettenanstalten** betrifft, so sind im Ausschuß zwei Beschlüsse angenommen, die eigentlich nicht nebeneinander bestehen können. Auf der einen Seite hat man beschlossen, die Kadettenanstalten planmäßig abzubauen; auf der anderen Seite hat man beschlossen, die Kadettenanstalten baldigst dazu zu verwenden, um dort moderne Schulen nach neuen Lehrplänen einzurichten und neue Lehrmethoden zu erproben. Das letztere lehnen meine politischen Freunde mit aller Entschiedenheit ab.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir werden also gegen diese Entschließung des Ausschusses stimmen. Etwas anders stehen wir zu dem Antrag wegen des Abbaues der Kadettenanstalten. Dieser Antrag in der Formulierung, wie er angenommen ist, ist in seiner Tragweite vielfach mißverstanden worden. Meine politischen Freunde und ich sind uns völlig darüber im klaren, daß die alten Kadettenanstalten nicht mehr bestehen. Der Zweck, zu dem sie gegründet wurden, ist weggefallen und wird in absehbarer Zeit nicht wieder lebendig werden. Die Kadettenanstalten sind jetzt Internate mit dem Lehrziel eines Realgymnasiums. Wir sind aber der Ansicht, daß durch die ehemaligen Kadettenanstalten unter allen Umständen gesorgt werden muß für die ordnungsmäßige (D) Beschulung aller früheren Zöglinge der Kadettenanstalten bis zur Abschlußprüfung nach dem Lehrplan eines Realgymnasiums.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir sind ferner der Ansicht, daß die Kadettenanstalten weiter nutzbar gemacht werden sollen für die Versorgung von Söhnen der Kriegsgefallenen und der Kriegsbeschädigten, vielleicht auch von Söhnen von Deutschen in den abgetretenen Gebieten, daß sie also unter allen Umständen in dem Umfang aufrechterhalten bleiben sollen, der notwendig ist, um diese Forderungen zu erfüllen. Wir gehen aber noch weiter. Wir erkennen an, daß unter den veränderten Verhältnissen das Bestehen derartiger Internate in gewissen Grenzen über die von mir eben erörterten Bedürfnisse hinaus notwendig sein kann, daß namentlich lokale Verhältnisse das Fortbestehen der einen oder der anderen dieser Anstalten wünschenswert oder notwendig erscheinen lassen. Auch damit würden wir einverstanden sein, auch insoweit wollen wir die Kadettenanstalten aufrechterhalten wissen. Wir sind der Meinung, daß eventuell in diesen Fällen mit den örtlichen Behörden, mit den Kommunen, den Kreisen, oder wer sonst in den Ländern zuständig sein würde, zu verhandeln wäre, inwieweit sie sich an der Unterhaltung solcher Schulen beteiligen können. Wir sind aber auf der anderen Seite der Ansicht, daß nicht, wie es an einzelnen Orten geschehen ist, durch den Ausbau der Kadettenanstalten zu modernen Erziehungsinstituten den bestehenden alten, bewährten höheren Lehranstalten das Wasser abgegraben wird,

(bravo! rechts)

und dementsprechend haben wir den Antrag gestellt:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, die ehemaligen Kadettenanstalten überall dort zu erhalten, wo sie notwendig sind, um die bisherigen Zöglinge

(Dr. v. Delbrück, Abgeordneter.)

(A) der Kadettenanstalten nach dem Lehrplan eines Realgymnasiums bis zur Abschlußprüfung zu führen, oder die Fürsorge für Vollwaisen und Halbwaisen von gefallenen Kriegsteilnehmern und die Söhne von Kriegsbeschädigten oder besondere örtliche Verhältnisse ihr Fortbestehen zweckmäßig erscheinen lassen. Die Kadettenanstalten sind aber da aufzulösen, wo ihr Fortbestehen den vorhandenen höheren Lehranstalten die Existenzbedingungen nehmen würde.

Wir werden also die diesem Antrag widersprechenden Entschließungen ablehnen und empfehlen Ihnen unsere Entschließung zur Annahme.

Nun noch ein kurzes Wort zum Reichswanderungsamt, meine Damen und Herren! Im Ausschuß ist gegen das **Reichswanderungsamt** von allen Seiten und meines Erachtens mit unbedingtem Recht Sturm gelaufen worden. Ich selbst habe mich an diesem Sturmlauf beteiligt, weil ich die Überzeugung hatte, daß es sich hier darum handelte, eine aus den besonderen Verhältnissen des Krieges heraus geschaffene Institution zu verewigen, weil ich der Meinung war, daß die Aufgaben, die diesem Amte etwa verbleiben könnten, nicht durch ein besonderes Amt zu lösen sein würden, nicht durch ein Amt mit einem Präsidenten, drei Direktoren und einer großen Anzahl von Referenten, sondern daß diese Aufgaben eventuell gelöst werden könnten und müßten durch eine Abteilung oder eine Unterabteilung des Reichsministeriums des Innern.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist der Grund gewesen, weshalb ein Teil meiner politischen Freunde mit einer Majorität im Ausschuß dafür gestimmt hat, daß dieses Amt alsbald abzubauen sei. Außerdem ist aber ein weitergehender Antrag angenommen worden, dahingehend, einen großen Teil des Personals dieses Amtes, das im übrigen durch den Notetat be-(B)willigt war, alsbald zu streichen und dafür Sorge zu tragen, daß diese Stellen schon im Etat für 1921 in Wegfall kommen sollten.

Seitdem nun der Hauptausschuß getagt hat, hat eine Besprechung bei dem Herrn Minister des Innern stattgefunden, zu der eine ganze Reihe von Interessenten zugezogen waren, namentlich die zahlreichen Vereine und privaten Organisationen, die sich früher mit der Wanderungsfrage befaßt haben und denen durch die Anhänger der verschiedenen eben von mir charakterisierten Resolutionen die Hauptmitarbeit für die Zukunft zugedacht war, und dabei haben wir eine ganze Menge von Material bekommen, das uns im Hauptausschuß nicht vorgetragen worden war. Unter diesen Umständen sind meine politischen Freunde und ich der Meinung, daß heute noch nicht der Tag ist, wo wir endgültig über das Fortbestehen dieses Amtes Beschluß fassen können.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben infolgedessen vorgeschlagen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und im übrigen die Regierung zu ersuchen, mit dem Haushaltsplan für 1921 eine Denkschrift vorzulegen, welche erschöpfende Angaben über die Vorgeschichte, die Entwicklung, die jetzigen Aufgaben des Reichswanderungsamtes, seine zentralen und lokalen Organisationen enthält. Dabei ist insbesondere darzulegen, mit welchen privaten Organisationen das Amt arbeitet und wie diese mit demselben organisatorisch verbunden sind. In der Denkschrift ist ferner zu erörtern, ob zur Erledigung der gestellten Aufgaben ein besonderes Amt notwendig ist und nicht eine Abteilung des Ministeriums zweckmäßiger mit denselben betraut würde.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Statt „Abbau" also eine Denkschrift?!)

— Statt Abbau eine Denkschrift — mit dem Vorbehalt des anderweiten Beschlusses im nächsten Jahr! Denn ich sehe die Dinge heute nicht als so klargestellt an, daß man (C) einen so radikalen Beschluß fassen kann, wie er von Ihren Freunden vorgeschlagen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Im übrigen stehen meine politischen Freunde und ich auf folgendem Standpunkt: So wie sich die Dinge nach dem Kriege und nach der Revolution entwickelt haben, muß zweifellos der Auswanderung, der Rückwanderung und der Durchwanderung eine weitergehende Fürsorge und eine größere Aufmerksamkeit als vor dem Kriege gewidmet werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir erkennen auch an, daß die alte Organisation, die vor dem Kriege lose mit dem Auswärtigen Amt verbunden war, wahrscheinlich ungeeignet sein würde, die neuen Aufgaben dieser Reichswanderungsbehörde, wenn ich sie so nennen darf, auszuführen. Wir würden also an sich nichts dagegen einzuwenden haben, wenn in bescheidenem Maße im Zusammenhang mit dem Reichsministerium des Innern eine Zentralstelle geschaffen würde, die diese Aufgaben amtlich leitet. Wir sind aber der Meinung, das hier, wie in anderen Fällen, eine in die provinzialen und lokalen Instanzen eingreifende Tätigkeit des Reichs nicht zulässig ist. Wo derartige lokale Stellen geschaffen sind, sind diese lokalen Stellen abzubauen. Wir sind der Meinung, daß der Beschluß gefaßt werden muß, die Tätigkeit draußen im Lande entweder mit Hilfe der Landesbehörden oder mit Hilfe und im Zusammenhang mit den zahlreichen privaten Organisationen, die sich mit diesen Angelegenheiten bisher, zum Teil mit Erfolg, beschäftigt haben und gern bereit sind, eine derartige Tätigkeit zu übernehmen, durchzuführen.

Im Zusammenhang damit noch ein Wort an den Herrn Minister. Sie werden aus meinen Ausführungen, meine Damen und Herren, entnommen haben, daß meine politischen Freunde und ich mit einer scharfen Kritik an (D) diesen Etat herangegangen sind. Wir haben uns aber überzeugt, daß bei den meisten, und zwar gerade bei den großen Positionen im Augenblick Abstriche nicht gut zu machen sind. Es handelt sich hier um die Befriedigung von Lebensbedürfnissen, um Lebensfragen des deutschen Volkes, denen wir in der augenblicklichen Zeit unmöglich die erforderlichen Mittel entziehen können.

Trotz alledem können wir uns der Auffassung nicht verschließen, daß in der ganzen Verwaltung des Reiches noch etwas von der Üppigkeit der Kriegsorganisationen besteht, von jener Üppigkeit, die nicht nur in der Zahl der Amts- und Dienststellen, sondern auch namentlich in der Ausstattung mit Beamten und besonders mit Beamten in gehobener Stellung zum Ausdruck kommt. Wir geben uns der bestimmten Erwartung hin, daß der Herr Minister mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dahin wirken wird, daß hier nicht nur in seinem Ressort, sondern auch in anderen Ressorts Wandel geschaffen wird. Denn nach der Denkschrift, die uns seitens des Reichsfinanzministers übergeben worden ist, gehören die allgemeinen Organisationsfragen in das Ressort des Reichsministers des Innern.

Ich verschärfe diesen Appell an den Herrn Minister noch mit dem Hinweise darauf, daß eine derartig durchgreifende **Sparsamkeitsaktion in der Verwaltung** eines Reiches nur durchführbar ist, wenn in den leitenden Stellen, in der Regierung, der feste und entschlossene Wille dazu vorhanden ist. Dazu gehört allerdings auch, meine Damen und Herren, daß wir hart werden, daß wir nicht mehr allen möglichen Einflüssen von außen zuliebe Bewilligungen machen, die wir zweckmäßiger unterlassen würden. Hier gilt es sowohl der Regierung wie dem Reichstag gegenüber zu sagen: Landgraf werde hart!

(Lebhafter Beifall rechts.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Ich gebe zunächst meiner Freude darüber Ausdruck, daß die beiden Vorredner und ich uns in der einen Frage einig sind, daß es auch in der gegenwärtigen schweren Zeit, die das deutsche Volk durchzumachen hat, nicht möglich ist, die **Kulturaufgaben** auf den Stand herunterzudrücken, auf den sie Sparsamkeitsfanatiker vielleicht herunterzudrücken für möglich halten. Wenn das Reich auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt seine Tätigkeit heute einstellen und das gesetzliche Vorgehen, das hier in Aussicht gestellt worden ist und vom Reichstag noch vor ganz wenigen Wochen gefordert wurde, hintanstellen wollte, so würde ganz zweifellos der Schaden, der an dem ungeheuer wertvollen Volkskapital der Volksgesundheit dadurch angerichtet werden würde, nach wenigen Jahren in so übermächtiger Weise hervortreten, daß die Ersparnisse, die im Augenblick zunächst vielleicht gemacht werden können, dahinter weit in den Schatten gestellt werden.

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Ich begrüße es deshalb, daß heute hier die Absicht, auf diesem Gebiete mitzuarbeiten, sowohl von der Linken, wie von der Rechten dieses Hauses in so nachdrücklichen Worten zum Ausdruck gekommen ist, und ich begrüße es weiter auch, daß hier der Anschauung auf beiden Seiten Ausdruck gegeben ist, daß wir auch in den übrigen Fragen unserer Kultur und Bildung die Rolle, die in den letzten hundert Jahren Deutschland obgelegen hat, weiter durchzuführen haben. Meiner Ansicht nach ist das eine Frage nicht nur von kultureller, sondern auch von wirtschaftlicher Bedeutung. Wenn Deutschland auf dem verhältnismäßig engen Gebiete, das es einnimmt, in den letzten 40 Jahren (B) seine Bevölkerung überhaupt hat ernähren und in einer verhältnismäßig annehmbaren Lebenshaltung hat halten können, so ist das lediglich dem Zustande zuzuschreiben, daß wir Unternehmer, Gelehrte und Arbeiter gehabt haben, die in ihrem Können und ihren Fähigkeiten infolge guter Schul- und Fachbildung über das hinausgeragt haben, was man anderswo Gleichgestellten hat zumuten können.

(Wiederholte Zustimmung.)

Es ist also nur dem Zustande zuzuschreiben, daß wir Veredelungs-, Qualitätsarbeit geleistet haben, die es uns ermöglicht hat, im Austausch mit anderen Völkern diejenigen Waren und Lebensmittel einzutauschen, die wir für die Aufrechterhaltung unserer Lebenshaltung gebraucht haben. Wenn uns in Zukunft zugemutet wird, neben unserer eigenen Lebenshaltung durch unsere Arbeit auch noch dafür zu sorgen, daß gewaltige Beträge an unsere Nachbarvölker infolge des verlorenen Krieges abgeführt werden, so ist diese Aufgabe nur um so größer geworden, und es ist heute noch um so klarer, daß diese Aufgabe nur geleistet werden kann, wenn uns die Möglichkeit gelassen wird, unser Volk kulturell auf der Höhe zu halten, die es erreicht hat.

(Sehr richtig!)

Wir werden also auf diesem Gebiete, glaube ich, einmütig miteinander zu arbeiten haben und auch allen Versuchen gegenüber, ein derartiges Vorgehen als unsparsam zu bezeichnen, einzuwenden haben, daß Sparsamkeit nicht die letzte Weisheit einer guten Volkswirtschaft in allen Fällen ist, sondern daß man nur dann eine gute Volkswirtschaft treiben kann, wenn es gelingt, die notwendigen Vorbedingungen — und das ist namentlich die gute Ausbildung unseres Volkes — aufrechtzuerhalten.

(Sehr richtig!)

Ich sage das um so mehr, weil mir ja in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit der Vorwurf gemacht worden ist, als ob ich mich **Sparsamkeitsbestrebungen** gegenüber (C) ablehnend verhielte. Meine Damen und Herren! Ich habe mich diesen Bestrebungen gegenüber in keiner Weise ablehnend verhalten. Ich habe alle Veranlassung, diese Unrichtigkeit hier von dieser Stelle aus zu widerlegen. Ich habe lediglich auf dem beschränkten Gebiet der Kulturaufgaben die geringen Leistungen, die das Reich bisher auf diesem Gebiet vollbringt, nicht beeinträchtigen lassen wollen, und ich habe ganz genau gewußt, daß ich dabei nicht etwa eine eigene oder eigensinnige Meinung vertrete, sondern daß ich dabei im Sinne des Reichstages, und zwar sämtlicher Parteien des Reichstages, handelte. Ich vermag also meine Auffassung jederzeit zu rechtfertigen, indem ich mich auf die einmütige Anschauung des Reichstags berufe.

Aber noch auf etwas anderes sind die beiden Herren Redner eingegangen, was für mich persönlich weniger schmeichelhaft gewesen ist, indem sie behaupteten, daß ein gewisser **gesetzgeberischer Übereifer im Reichsministerium des Innern** herrsche. Meine Damen und Herren! Dieser Vorwurf kehrt, ich möchte sagen, mit einer gewissen Bequemlichkeit des Denkens immer wieder, aber wenn man sich die einzelnen Reden ansieht, die bei der Gelegenheit gehalten werden, so findet man, daß jeder der beteiligten Redner sich nicht etwa gegen irgendein Gesetz gewandt hat, das gemacht worden ist, sondern daß jeder Redner seinerseits neue Gesetze verlangt hat. Ich frage Herrn Braun, ob er mir irgendein Gesetz, das das Reichsministerium des Innern in den letzten Jahren gemacht hat, nennen kann, auf das er gern verzichten möchte! Ich wäre ihm sehr dankbar, wenn er mir darüber Auskunft geben könnte. Ich glaube, daß alle Gesetze, die aus dem Reichsministerium des Innern gekommen sind, erst gemacht worden sind, nachdem sie von der großen Mehrheit dieses Hauses und des deutschen Volkes verlangt worden sind. Der Vorwurf, daß ein gesetzgeberischer (D) Übereifer herrsche, trifft zum mindesten nicht das Reichsministerium des Innern, sondern trifft dann auch den Reichstag und unser Volk, das diese Gesetze fortwährend neuerdings verlangt. Ich glaube, wir werden uns am besten einigen, wenn wir jedes einzelne Gesetz, das vorgelegt wird, darauf prüfen, ob es notwendig ist oder nicht. Wir werden uns dann davon überzeugen können, ob dieser Vorwurf mit oder ohne Grund erhoben worden ist. Ich glaube, daß ich dabei gegenüber dem Abgeordneten Braun und dem Abgeordneten v. Delbrück im Recht bleiben werde. Die Gesetze, die augenblicklich in Arbeit sind, insbesondere das **Jugendwohlfahrtsgesetz,** sind vom ganzen Haus verlangt. Das **Gesetz über den Volksentscheid,** das der Kollege Braun vermißt hat, liegt seit dem Dezember vorigen Jahres beim Reichsrat, wobei Gründe mitgewirkt haben, über die ich mich erst beim Einbringen des Gesetzes hier äußern werde. Ich darf aber in dem Zusammenhang bemerken, daß die Reichsregierung nach unserer Verfassung auf das Tempo der **Erledigung der Gesetze im Reichsrat** keinen ausschlaggebenden Einfluß hat. Das macht sich nicht nur bei diesem Gesetz, sondern auch bei anderen Gesetzen, z. B. beim Beamtenrätegesetz, und einer Reihe weiterer Gesetze meines Ressorts nicht angenehm bemerkbar.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Das **Gesetz über die Volksabstimmung** wird aber, wie ich annehmen kann, in den nächsten Wochen dem Reichstag zugehen, ebenso wie das von dem Herrn Abgeordneten v. Delbrück vermißte Gesetz einer **Schlichtungsordnung,** für das übrigens nicht das Reichsministerium des Innern, sondern das Reichsarbeitsministerium zuständig ist.

Der Herr Abgeordnete v. Delbrück hat dann in seinen interessanten Ausführungen grundlegend zurückgegriffen auf

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) unsere Verfassung. Er hat geglaubt, daß in dem **übertriebenen Parlamentarismus unserer Verfassung** das Grundübel unserer heutigen Situation liege. Es wäre mir interessant, von dem Herrn Abgeordneten v. Delbrück zu erfahren, wodurch gerade er diesen Parlamentarismus zu ändern beabsichtigt. Denn der Herr Abgeordnete v. Delbrück hat in einer bemerkenswerten Rede bei der ersten Beratung der Verfassung seinerzeit gerade darauf hingewiesen, daß die Verfassung, die uns unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden beschieden gewesen sei, die für das deutsche Volk einzig brauchbare Verfassung gewesen sei. Die damalige Verfassung unterscheidet sich von der heutigen meines Wissens nicht durch den Grad des Parlamentarismus, sondern durch die Frage: Monarchie oder Republik? Grundsätzlich aber hat auch der Herr Abgeordnete v. Delbrück damals anerkannt, daß bereits vor 1914 der Reichstag es von selbst in der Hand gehabt haben sollte, durch größere Einigkeit das damalige System zu einem parlamentarischen umzuwandeln und hat, indem er die Verfassung des Prinzen Max von Baden als die für die deutschen Verhältnisse richtige hingestellt hat, sich seinerzeit, wie mir scheint, durchaus zum Parlamentarismus bekannt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Es gibt auch niemand in der Welt, der in der Lage wäre, uns anstatt des Parlaments in Deutschland eine andere Autorität zu geben. Wir haben deshalb nicht die geringste Veranlassung, unseren Parlamentarismus, solange wir ihn durch keine andere Einrichtung ersetzen können, hier als die Wurzeln unserer Schwierigkeiten hinzustellen. Er ist es auch tatsächlich nicht, sondern die Wurzel unserer heutigen Schwierigkeiten liegt in dem verlorenen Kriege, liegt in der Umwälzung und liegt darin, daß ein an verhältnismäßig glückliche Zeiten gewöhntes Volk sich nicht plötzlich daran (B) gewöhnen kann, daß es heute nicht mehr im Lande der unbegrenzten, sondern im Lande der leider allzusehr begrenzten Möglichkeiten wohnt. Wenn wir aber an unserem Parlamentarismus, der sich ja zweifellos gegenüber dem englischen noch in den Kinderkrankheiten befindet, etwas auszusetzen haben, so sind wir nach meiner Ansicht miteinander berufen, in Einzelheiten hier zu bessern und zu ändern, und ich glaube, daß die Vorschläge, die aus der Mitte des Parlaments nach dieser Richtung hervorgegangen sind, für denjenigen, der von einem übertriebenen Parlamentarismus spricht wie der Herr Abgeordnete v. Delbrück, Veranlassung sein sollten, zu prüfen, ob diese Vorschläge nicht geeignet sind, diese Übertreibungen in etwas einzudämmen.

Persönlich bin ich der Meinung, daß wir auf dem Gebiete unserer parlamentarischen Tätigkeit namentlich nach der Richtung noch viel zu lernen haben, als wir uns daran gewöhnen müssen, die **Tätigkeit der Vollversammlungen, der Kommissionen, der Fraktionen und auch der Regierung besser gegeneinander abzugrenzen.** Der gegenwärtige Zustand, wo fast das ganze Jahr hindurch Regierung, Fraktionen und Kommissionen sich in ihrer Tätigkeit durchkreuzen und schneiden und sich namentlich durchkreuzen und schneiden mit dem Plenum, so daß tatsächlich heute auch kein Minister mehr in der Lage ist, nur über irgendeine Zeit am Tage und im Jahre für irgendwie grundlegende Arbeiten und Besprechungen, die er selbst oder seine Herren vorzunehmen haben, zu verfügen, ist allerdings ein trauriger. Er hängt aber nicht mit dem Parlamentarismus zusammen, sondern ist uns aus der Zeit überkommen, wo wir noch keinen Parlamentarismus hatten, sondern wo das Parlament um seine Anerkennung noch kämpfte und sich noch nicht daran gewöhnt hatte, sich in die Gesamtordnung des Staatslebens einzufügen. Wir werden also bemüht sein, nach dieser Richtung hin in eine gründliche Reformarbeit (C) miteinander einzutreten, deren Ziel aber nicht die Beseitigung, sondern die Veredelung des Parlamentarismus zu sein hat.

Im übrigen mache ich dem Herrn Abgeordneten v. Delbrück das Zugeständnis, daß manches, was Herr v. Delbrück über die Organisation der Reichsverwaltung gesagt hat, durchaus meiner eigenen Anschauung entspricht. Es ist bekannt geworden, daß der Herr **Sparsamkeitskommissar, der Präsident Carl,** sich **für** eine **Verringerung der Ministerien** eingesetzt hat, und ich mache keinen Hehl daraus, daß auch nach meiner persönlichen Anschauung die Geschäfte der Reichsverwaltung eine wesentliche Erleichterung, Vereinfachung und Beschleunigung erfahren würden, wenn die Zahl der Ministerien verringert wird.

Wenn der Herr Abgeordnete v. Delbrück allerdings den gegenwärtigen Zustand auf die Zeit nach der Revolution zurückgeführt hat, so darf ich darauf aufmerksam machen, daß wesentliche Abtrennungen, namentlich die des Arbeitsministeriums und des Wirtschaftsministeriums, bereits während des Krieges vor sich gegangen sind. Die **Abtrennung des Schatzministeriums vom Finanzministerium** ist so lange von großer Bedeutung, als innerhalb des Schatzministeriums die große Aufgabe der Liquidation des Krieges, der Kriegsverwaltungen und der militärischen Verwaltungen zu führen ist. Diese große Aufgabe eines Liquidators — und als eine solche sieht der Minister v. Raumer seine Aufgabe an — liegt zweckmäßig in der Hand eines Mannes, der sich dieser Aufgabe allein widmen kann, und der diese Aufgabe infolgedessen gründlich und rasch in die Hand nimmt. Daß auf die Dauer die Frage, ob das Schatzministerium als ein selbständiges Ministerium neben dem Finanzministerium zu bestehen hat, der ernstesten Erwägung wert ist, scheint mir durchaus richtig zu sein. Ich bin persönlich der Anschauung, daß auf die Dauer die Finanzverwaltung des Reiches zweck- (D) mäßigerweise in eine Hand gelegt werden muß. Ich gehe noch darüber hinaus. Ich bin der Meinung, daß die großen finanziellen Aufgaben, die wir in den nächsten Jahren miteinander zu lösen haben, überhaupt nur dann gelöst werden können, wenn wir nicht versuchen, neue Steuern zu schaffen, bei denen nunmehr nicht nur hinter jeden Steuerzahler, sondern auch hinter jeden geschäftlichen Vorgang ein besonderer Steuerbeamter zu stellen wäre, sondern daß sie nur gelöst werden können, wenn es gelingt, unsere gesamte Volkswirtschaft unmittelbar in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube deshalb, daß wir zu einer wirklich führenden Wirtschafts- und Finanzpolitik am besten dann kommen werden, wenn alle die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen innerhalb der Reichsregierung in einer starken Hand zusammengefaßt werden.

Ich bin weiter der Meinung, daß auch ein Ministerium wie das **Wiederaufbauministerium** beseitigt werden kann, namentlich nachdem die Absicht, die mit seiner Errichtung verbunden war, den Wiederaufbau in Frankreich in die Hand zu nehmen, an dem Widerstande der Franzosen zu scheitern scheint. Auch das **Ernährungsministerium** wird seine Aufgabe erfüllt haben, wenn es gelungen sein wird, die Zwangswirtschaft abzubauen und die freie Wirtschaft wieder einzuführen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nach dieser Richtung hin ist also auch der Ernährungsminister ein Liquidator für alle die Aufgaben, die während des Krieges haben übernommen werden müssen und die jetzt abgebaut werden können.

Ich glaube also: wir sind uns in allen diesen Fragen nicht allzu fern. Wenn wir uns nur entschließen, miteinander zielbewußt an diese Aufgaben heranzugehen, dann

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) werden wir sie auch miteinander lösen können. Die Vielheit der Ministerien führt naturgemäß zu einer erheblichen Anspannung der Arbeitskräfte. Sie führt dazu, daß bei jeder Ressortbesprechung nun nicht etwa fünf oder sechs Dezernenten, sondern elf Dezernenten erscheinen, von jedem Ministerium mindestens einer, und da die preußischen Ministerien häufig hinzugeladen werden, sind auch diese noch vertreten, so daß eine noch größere Anzahl von Personen zusammensitzt, was naturgemäß auf die Dauer der Sitzungen von erheblichem Einflusse ist.

Die Vielheit führt weiter dazu, daß auch innerhalb des Kabinetts die Beratungen sich naturgemäß verlangsamen, da manche Fragen, die, wenn sie in einem Ministerium vereinigt wären, bereits von dem Chef des betreffenden Ministeriums zwischen den widerstreitenden Dezernenten entschieden würden, nunmehr innerhalb des Kabinetts zwischen zwei Ministern ausgetragen werden müssen. Also auch insofern verspreche ich mir von einer Verringerung der Ministerien sehr viel, und ich glaube, daß sie der Anfang jeder Sparsamkeitsaktion zu sein hat.

Wenn die Reichsregierung deshalb gebeten hat, zur **Bearbeitung der ganzen Sparsamkeitsfrage einen Ausschuß** einzusetzen, der aus acht Mitgliedern des Reichstags, vier Mitgliedern des Reichsrats und vier Mitgliedern der Reichsregierung bestehen soll, so ist das geschehen, weil an diese und alle großen Aufgaben nur dann herangegangen werden kann — das wird jeder zugeben, der die Verhältnisse kennt —, wenn man sich vergewissert hat, daß die maßgebenden gesetzgeberischen Faktoren, nämlich Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung, sich über die grundlegenden Fragen einig sind. Wenn in der Öffentlichkeit davon gesprochen worden ist, daß die Aufgabe des Präsidenten Carl gescheitert sei, so liegt auf der Hand, daß diese große Aufgabe von dem Präsidenten Carl allein überhaupt nicht gelöst werden konnte, es müßte denn der (B) Reichstag bereit sein, etwa aus dem Ersparungskommissar einen Diktator zu machen, der sich über alle Befugnisse der gesetzgeberischen Körperschaften einfach hinwegsetzen kann. So ist es kein Zufall, wenn die **Denkschrift**, die der **Präsident Carl** uns eingereicht hat, in dieser Beziehung lediglich Anregungen gibt, Anregungen, die auch bisher schon in vielen Kreisen erörtert worden waren, wenn die Denkschrift uns aber nicht in die Lage versetzt hat, diese Anregungen alsbald der Lösung entgegenzuführen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich also mit uns entschließen, die Kommission einzusetzen, die die Reichsregierung bei Ihnen beantragt hat, so werden wir, glaube ich, innerhalb kurzer Zeit über die grundlegenden Fragen miteinander zu einer Klarheit gelangen. Wir werden uns in dieser Kommission darüber zu entscheiden haben, ob wir den Weg der Verringerung der Ministerien, ob wir den Weg einer besseren Begrenzung der Befugnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, ob wir etwa auch den Weg — ich persönlich bin dabei nicht ohne Bedenken — der **Wirtschaftsprovinzen** und welche Wege sonst wir miteinander gehen wollen. Ich bitte Sie also, der Einsetzung dieser Kommission zuzustimmen.

Was dagegen die Einzelfragen angeht, so habe ich auch daran keinen Zweifel, daß auch innerhalb der bestehenden Organisationen im einzelnen noch vieles gespart werden kann, daß sich vielfach Aufgaben von Ministerien überschneiden, daß vielfach in den Ministerien doppelte Arbeit geleistet wird, daß vielfach mit der Beseitigung der aus dem Kriege verbliebenen Organisationen nicht so rasch vorgegangen wird, wie es erwünscht wäre,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und daß schließlich auch die Beiräte in vielen Ministerien einen Umfang angenommen haben, der sowohl Kosten als Zeit in größerem Maße beansprucht, als diese Beiräte Nützliches wirken.

(C) Der Herr Abgeordnete v. Delbrück hat gesagt, daß diese Dinge bereits in der Zeit ihren Ursprung genommen hätten, als er selbst das Reichsamt des Innern geleitet hätte, und er hat sich damit entschuldigt, daß die Verhältnisse damals stärker gewesen wären als er. Ich gebe ihm das durchaus zu und mache ihm daraus keinen Vorwurf. Aber wenn der Herr Abgeordnete v. Delbrück das für sich und die Zeit des Krieges in Anspruch nimmt, als wir immerhin noch in einem gefestigten, noch wenig erschütterten Deutschland lebten, und wenn der Herr Abgeordnete v. Delbrück in den Jahren seiner Amtszeit in den ersten Kriegsjahren diese Organisationen hat wachsen sehen und wachsen lassen müssen, ohne es verhindern zu können, so wird er, glaube ich, auch mir ein klein wenig Entschuldigung dafür einräumen, wenn in diesem einen Jahre, in dem ich das Reichministerium des Innern verwalte, und in dem, wie ich doch wohl sagen darf, die Aufgaben, die die Reichsregierung beschäftigt haben, nicht gerade leicht, sondern zum großen Teile doch überaus niederdrückend gewesen sind, — ich sage: er wird es entschuldigen, wenn in dieser Zeit die Notwendigkeit dieser Lösung zwar erkannt und auch zu einem sehr großen Teil durchgeführt, aber noch nicht endgültig hat beendigt werden können. Hier wird die neu einzusetzende Kommission eine wesentliche Hilfe zu leisten haben, und ich bin überzeugt, sie wird dort gute Arbeit leisten können.

Der Herr Abgeordnete v. Delbrück ist dann in seinen Ausführungen auf das **Verhältnis der Reichsregierung zu Preußen** gekommen und hat erklärt, daß die neue Verfassung insofern versagt habe, als das Nebeneinanderarbeiten des Reichs und Preußens in vielfacher Beziehung kein glückliches gewesen sei. Meine Damen und Herren! Es wäre falsch, das leugnen zu wollen. Aber zunächst ist diese Schwierigkeit nicht erst unter der neuen Verfassung hervorgetreten, sondern auch die alte Verfassung hat das Nebeneinander von Reich und Preußen (D) nicht gerade in allen Dingen und zu allen Zeiten als glücklich erscheinen lassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich erinnere daran, daß es schon zu jenen Zeiten einen Reichsminister gegeben hat, der zum Beispiel in der Frage des Wohnungsgesetzes die Flucht in die Öffentlichkeit hat antreten müssen, weil es ihm nicht gelungen war, die preußischen Ressorts dafür zu gewinnen, auf diesem Gebiete rasche Arbeit zu machen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Dieser **Minister**, der die **Flucht in die Öffentlichkeit während des alten Regimes** angetreten hat, war der heutige Abgeordnete **v. Delbrück**,

(hört! hört! und Heiterkeit)

der sich vorhin über das heutige Verhältnis zwischen Reich und Preußen geäußert hat. Ich will aber damit nicht leugnen, daß die Verhältnisse auf Grund der neuen Verfassung keineswegs besser, sondern eher noch schwieriger geworden sind.

(Abgeordneter Dr. Schücking: Aufteilen!)

Meine Damen und Herren! Das hängt damit zusammen, daß es unmöglich war, in der neuen Verfassung die **Hegemoniestellung Preußens**, wie sie die alte Verfassung kannte, beizubehalten. Die Beibehaltung einer Hegemoniestellung Preußens in der neuen Verfassung wäre auf den lebhaften und zähen Widerstand aller übrigen Länder und auch der Mehrheit des Reichstags gestoßen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Was man hätte tun können, und was man noch tun kann, ist die Zusammenarbeit der beiden Kabinette dadurch zu verbessern, daß man zum mindesten Minister

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) ohne Portefeuille in beiden Ministerien gleichzeitig sitzen läßt, oder die eine oder andere Stellung in beiden Ministerien vereint, um dadurch zu erreichen, daß Reibungen nicht immer erst dann einem Heilprozeß unterzogen werden, wenn sie entzündlich werden, sondern daß sie bereits frühzeitig erkannt und frühzeitig abgestellt werden. Ich hoffe, daß man an diese Frage in absehbarer Zeit herangehen wird und herangehen muß.

Ich betone dabei ausdrücklich, daß die Schwierigkeiten in dieser Beziehung nicht etwa allein in der verschiedenartigen parteipolitischen Zusammensetzung der Reichsregierung und der preußischen Regierung beruhen, sondern ich habe dieselbe Schwierigkeit oder ähnliche Schwierigkeiten bereits gekannt, als ich den Kabinetten Bauer und Müller angehörte und damals die Koalition im Reiche und in Preußen dieselbe war. Diese Schwierigkeiten liegen eben darin begründet, daß die Dinge je von dem Standpunkt, den der einzelne zu bearbeiten hat, verschiedenartig angesehen werden, und daß die im Einheitsstaat gegebene Möglichkeit, innerhalb ein und desselben Kabinetts diese verschiedenen Anschauungen rechtzeitig auszutragen und auszugleichen nicht gegeben ist.

Man kann diese Schwierigkeiten auch nicht dadurch beseitigen, daß man etwa sagt, es möge sich nur jeder hübsch in dem Rahmen seiner Zuständigkeiten halten, dann würden solche Schwierigkeiten von vornherein nicht auftreten können. Es bedeutet eine Überschätzung bureaukratischer Einrichtungen, wenn man glaubt, daß man durch strenge **Innehaltung der Zuständigkeiten** dieser Schwierigkeit Herr werden könnte. Im Gegenteil: man kann im Rahmen seiner Zuständigkeit verwalten, man kann aber nicht im Rahmen seiner Zuständigkeit Politik machen, und alle die großen Fragen, die heute zu erörtern sind, wie zum Beispiel die Behandlung des besetzten Gebietes, das Verhältnis Deutschlands zur Kurie, die Erhaltung Oberschlesiens für das Reich, der Schutz unserer Ostgrenze sind (B) Fragen, die das Reich und Preußen beide in gleicher Weise interessieren, und in denen beide sich zusammenfinden müssen, wenn sie überhaupt gelöst werden sollen. Kein Reichsminister des Innern kann an der preußischen Politik und an den preußischen Verwaltungsmaßnahmen im Rheinland und in Oberschlesien gleichgültig vorübergehen, und kein preußischer Minister kann es seinerseits dulden, daß die Maßnahmen, die er für die Rheinlande und Oberschlesien für erforderlich hält, etwa durch eine verkehrte Wirtschafts- oder Innenpolitik des Reichs ihm durchkreuzt werden. Also der Gedanke, daß man durch Innehaltung der Zuständigkeiten Abhilfe schaffen könnte, ist verfehlt.

Die Überschätzung dieses Gedankens ist es doch vielleicht auch gewesen — wenn ich das sagen darf —, die **im Kriege** dazu geführt hat, daß wir **niemals** zu der **Ausbildung eines einheitlichen politischen Willens innerhalb der deutschen Regierung** gelangt sind,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und wenn wir nicht dazu gelangen, auf diesen großen politischen Gebieten eine einheitliche Willensauffassung durch das Reich und durch Preußen durchzusetzen, dann sehe ich allerdings für die Stoßkraft Deutschlands in allen diesen großen Fragen überaus schwarz. Ich halte also daran fest, daß versucht werden muß, eine engere Fühlung zwischen dem Reich und Preußen in allen diesen Fragen zu gewinnen.

Ich weise es aber weit von mir, meine Damen und Herren, diese Frage durch eine **Zerschlagung Preußens** zu lösen!

(Sehr gut! rechts.)

Wenn Herr v. Delbrück gesagt hat, daß die Reichsregierung jetzt an einer Zerschlagung Preußens Interesse gezeigt habe durch das Arbeitsprogramm, das ich der neuen Kommission habe zugehen lassen, so kann ich nur sagen, (C) daß das Arbeitsprogramm etwas derartiges nach meiner Auffassung in keiner Weise enthält. Nein, meine Damen und Herren! In einem Augenblick, wo die Truppen unserer Gegner im Rheinland sitzen, in einem Augenblick, wo sie neuerdings die Hand wieder nach neuem deutschen Gebiet ausgestreckt haben, ist es ganz unmöglich, staatspolitische Fragen wie die einer Neugliederung Preußens im Rheinland oder sonstwo zum Austrag bringen zu wollen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

In einem solchen Augenblick haben wir alle Veranlassung, nicht Verwirrung in unsere deutschen Verhältnisse hineinzubringen,

(erneute Zustimmung rechts)

sondern dafür zu sorgen, daß wir nicht eher einreißen, als wir die Sicherheit haben, daß wir wieder aufbauen können.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Darüber hinaus glaube ich, daß für eine so große Reform im gegenwärtigen Augenblick überhaupt keine Möglichkeit besteht. Wir können in den zuckenden Körper unseres deutschen Wirtschaftslebens in diesem Augenblick nicht noch mit allen möglichen weiteren Reformen hineinschneiden; sondern wir müssen eine Zeitlang dafür sorgen, daß die Verhältnisse sich beruhigen und setzen, ehe wir versuchen, große Probleme zu lösen, die dann wahrscheinlich, etwas entkleidet der politischen Leidenschaft, auch leichter zu lösen sein werden, als es heute der Fall sein würde.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

In diesem Zusammenhang hat der Herr Abgeordnete v. Delbrück die Frage aufgeworfen, ob nicht der Gedanke, die **Landesfinanzämter zu Bezirksverwaltungsbehörden aufzubauen,** auch nach der Richtung eines Einheitsstaates hinzielte. Ich bemerke zunächst, daß dieser Gedanke nicht von der Reichsregierung oder den Reichsministern ausgegangen ist, sondern daß es eine der Hauptfragen ist, (D) die der **Präsident Carl** in seiner **Denkschrift** aufgeworfen hat und die, wenn die Reichsregierung sich nicht dem in der Öffentlichkeit ihr gegenüber erhobenen Vorwurf aussetzen will, als ob sie über diese Denkschrift hinwegginge, dem neuen Ausschuß überwiesen werden mußte, damit der Ausschuß in die Lage kommt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Persönlich stehe ich durchaus auf dem Standpunkt, daß in fast allen Fragen, die das Reich außerhalb seiner Zentralstellen zu entscheiden hat, nicht Reichsbezirksbehörden, sondern Landesbehörden und Gemeindebehörden die berufenen Träger der Exekutive zu sein haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es gibt allerdings — das wird der Herr Abgeordnete v. Delbrück mir zugeben — einige Fragen, in denen eine so lebhafte **Interessenkollision zwischen den Ländern und dem Reiche** besteht, daß es nicht möglich ist, sie den Landesbehörden als Richtern in eigener Sache zu übertragen. Wir haben ja während des Krieges zum Beispiel in Ernährungsfragen hinreichend miteinander gelernt, daß, wenn es sich darum handelt, das Interesse des eigenen Bezirks — sei es nun eine Gemeinde, sei es ein Land — abzuwägen gegen das Interesse des Reichs, die Neigung, zunächst für sich selbst zu sorgen und durch Absperrungsmaßnahmen oder sonstwie zunächst die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, ehe man ans große Ganze denkt, gerade in der deutschen Bureaukratie aller Länder und Gemeinden — übrigens auch des Reichs, da, wo es sich um Ressortabgrenzungen der einzelnen Ministerien gegeneinander handelt — vorhanden ist; und Herr Abgeordneter v. Delbrück, der ja Oberbürgermeister gewesen ist wie ich, weiß, daß wir auch in den Städten in solchen Fragen häufig in der Lage gewesen sind, zuerst die Verpflichtung zu fühlen, dafür zu sorgen, daß unsere eigenen Bürger nicht in Not hineingerieten. In solchen Fällen

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) ist eine kontrollierende Instanz des Reichs unvermeidlich, und das ist nach meiner Ansicht das einzige, was die Landesfinanzämter zu leisten haben. Sie zu Verwaltungsbehörden zu machen, trage ich Bedenken.

Ich bin ein viel zu großer Freund davon, daß Fragen, die nicht die Zentrale unmittelbar berühren, in einem engeren Gremium der Selbstverwaltung oder Landesverwaltung gelöst werden, als daß ich mich dazu entschließen könnte, den Machtbereich der Reichsregierung noch ohne Not auszudehnen. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß das Reich alle Veranlassung hat, sich darauf zu beschränken, die große politische Führung in die Hand zu nehmen. Da, meine Damen und Herren, soll allerdings die Reichsregierung nicht mit sich reden lassen. Es geht nicht, daß wir in Zeiten zurückfallen, wie etwa die des alten Deutschen Bundes, indem eine Verfügung der Reichsregierung vor der Ausführung seitens der Länder nochmals darauf wieder nachgeprüft wird, ob sie sich mit ihren Interessen und Anschauungen verträgt. In dem Sinne bin ich allerdings — und ich erinnere da an Fragen wie Einwohnerwehr und Orgesch — Unitarist vom reinsten Wasser. Wir kommen in einer Zeit, wo außenpolitische Rücksichten und Schwierigkeiten unsere ganze innere Politik mit beherrschen müssen, nicht durch, wenn es uns nicht gelingt, dafür zu sorgen, daß der einheitliche Wille der Reichsregierung und des Reichstags in den großen politischen Lebensfragen des Reichs sich gegenüber den Ländern und den Gemeinden rücksichtslos durchsetzt.

Also Unitarist in allen notwendigen Dingen, aber Dezentralisation überall da, wo kein unmittelbar starkes politisches Interesse eine Mitwirkung des Reichs verlangt. Als alter Selbstverwaltungsbeamter werde ich in all diesen Fragen die Tätigkeit meines Ressorts und, soweit ich darauf Einfluß habe, der Reichsregierung dahin einrichten, (B) daß im Wege der **Dezentralisation** an Länder und Gemeinden alles abgegeben wird, was die oberste Leitung des Reichs nicht verlangt; und das ist sehr viel. Ich behaupte, daß wir in unserer Gesetzgebung nicht etwa erst nach dem Kriege, sondern — da muß ich Herrn Abgeordneten v. Delbrück widersprechen — auch vor dem Kriege diese Grenze nicht immer innegehalten haben und daß wir in Zukunft auf diesem Gebiete vernünftiger werden arbeiten können, als es bisher der Fall gewesen ist.

Was schließlich die Frage angeht, ob in meinem Ministerium gespart worden wäre oder nicht und ob überhaupt in der Reichsregierung im allgemeinen, nicht nur in der Behördenorganisation, sondern auch sonst eine Tendenz zur Verschwendung einsetze, so hat ja der Ausschuß des Reichstags wenigstens meinen Etat einer sehr sorgfältigen Prüfung unterzogen. Ich muß sagen: ich bin mit mehr Bangen hineingegangen, als ich aus diesen Beratungen wieder herausgegangen bin; denn herausgekommen ist aus diesen Versuchen, an Einrichtungen und an Aufgaben zu sparen, innerhalb meines Etats außerordentlich wenig. So sehr ich anerkenne, daß die Behördenorganisation des Reichs vereinfacht werden kann, so wenig kann ich anerkennen, daß alle Aufgaben, die das Reich auf sich genommen hat, heute etwa willkürlich und aus einem gewissen Übermut oder Übereifer auf das Reich übernommen seien, sondern ich muß behaupten, daß diese Aufgaben fast durchweg infolge einer zwangsläufigen Entwicklung an das Reich übergegangen sind. Wenn ich zum Beispiel von dem Ernährungswesen ausgehe, so wissen wir alle, daß das eine Aufgabe gewesen ist, die uns der Krieg auferlegt hat und die nur allmählich hat beseitigt werden können. Ich erinnere an die ungeheure Aufgabe, die fast das ganze Arbeitsministerium erfüllt, des Kriegsversorgungswesens, die einfach eine Folge des (C) Krieges gewesen ist und die niemand von uns aufgeben möchte. Ich erinnere an die große Arbeit, die uns Oberschlesien, die besetzten Gebiete auferlegen, an die Unterbringung der Beamten, die brotlos geworden sind durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen, durch die Verringerung unseres Heeres, unserer Flotte usw. Ich erinnere an die umfassende Schlichtungstätigkeit, die das Reichsarbeitsministerium entfaltet. Alles Aufgaben, die nicht etwa ohne Not auf das Reich gekommen sind, sondern infolge des Krieges, infolge des Friedens und infolge der veränderten Verhältnisse, die die Nachkriegszeit mit sich gebracht hat.

Wenn speziell in meinem Ministerium eine **Kulturabteilung** entstanden ist und wenn in diesem Zusammenhange außerhalb des Reichstags, weniger hier im Hause, häufig behauptet worden ist, diese **Schulabteilung** könne wieder beseitigt werden, da das Schulwesen eine Angelegenheit der Länder sei, so muß ich auch hier feststellen, daß der Zustand der Vorkriegszeit, wonach das Reich sich um das Schulwesen nicht kümmerte, heute und für alle Zeiten vorüber ist und vorüber sein muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und links.)

Das ist allein schon deswegen erforderlich, weil sonst unser Schulwesen, je nach der parlamentarischen Zusammensetzung der Regierung der Länder, völlig auseinanderfallen würde; denn das ist ganz klar, die bureaukratischen Regierungen der Zeit vor dem Kriege bewegten sich alle mehr oder minder in einer gewissen mittleren Linie. Parlamentarische Regierungen sind ihrerseits aber genötigt oder geneigt, das Programm ihrer eigenen Partei oder der Parteien, aus denen sie zusammengesetzt sind, zur Durchführung zu bringen. Wenn das Reich es nicht auf sich nehmen würde, **einheitliche Grundsätze auf dem Gebiete des Schulwesens** aufzustellen, so würden wir allerdings bald erleben können, daß unser Schulwesen in Deutschland so bunt und so verschiedenartig aussähe, daß (D) überhaupt kein Vater mehr, der von einem Orte zu dem eines anderen Landes verzöge, seine Kinder in sachgemäßer Weise in der Schule des anderen Landes unterzubringen in der Lage wäre, und wir würden wohl erleben, was noch viel wichtiger ist, daß die einheitliche Bildung und die einheitliche Kultur unseres Volkes rettungslos in Scherben ginge.

(Sehr richtig!)

Wir sind deshalb genötigt, auf diesem Gebiete zu arbeiten, und es ist ganz eigenartig — auch das muß ich gegenüber der Rechten noch einmal betonen —, daß so häufig die Forderung erhoben wird, daß ich diese Gebiete den Ländern überlassen sollte, daß man aber im einzelnen auf der rechten Seite immer auch dann noch nicht zufrieden ist, wenn ich einmal bei einer Detailfrage erkläre, daß diese nun tatsächlich nicht mehr vom Reiche einheitlich geregelt zu werden brauche, sondern recht wohl den Ländern überlassen werden könne. Ich erinnere zum Beispiel an die **Frage des Religionsunterrichts**, wo ich auf Grund der Verfassung den Standpunkt eingenommen habe, daß die Entscheidung darüber, ob diejenigen Kinder, die den Religionsunterricht besuchen sollten, oder diejenigen, die ihm fern bleiben sollten, eine Erklärung abzugeben hätten, den Ausführungsbestimmungen der Länder überlassen werden sollte, weil ich mir sagte, daß die Verfassung nach dieser Richtung hin keine Vorschriften macht,

(Widerspruch rechts)

während von seiten der Rechten zu meinem Etat der Antrag gestellt ist, die Angelegenheit in der Weise zu regeln, daß festgesetzt wird, daß nur diejenigen Kinder eine Erklärung abzugeben haben, die den Religionsunterricht nicht besuchen wollen.

(Sehr richtig! rechts.)

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) Meine Damen und Herren! Ich sage das ja vorläufig nur in dem Zusammenhange, daß Sie selbst von der Rechten den Standpunkt einnehmen, daß es ohne das Reich auf allen diesen Gebieten einfach nicht mehr geht. Wenn Sie von mir verlangen, daß ich sogar eine solche Einzelheit und eine solche Kleinigkeit — —

(Zuruf von den Deutschnationalen: Kleinigkeit?!)

— Herr Abgeordneter Mumm, es ist eine Kleinigkeit gegenüber der großen Frage, ob überhaupt Religionsunterricht in den Schulen gegeben werden soll, eine Kleinigkeit gegenüber den großen Grundfragen, die wir verfassungsrechtlich regeln; im übrigen verkenne ich die Bedeutung dieser Frage nicht. — Wenn also verlangt wird, daß auch derartige Einzelheiten reichsgesetzlich geregelt werden sollen, so dürfen Sie sich, Herr Abgeordneter Mumm, nicht einige Tage darauf darüber beklagen, daß Schulfragen überhaupt vom Reich behandelt werden, anstatt sie in altbewährter Weise den Ländern zu überlassen. Das widerspricht sich durchaus.

Ich betone also nochmals: Es mag noch so wünschenswert sein, daß das Reich auf dem Gebiete des Schulwesens in den Einzelheiten seiner Gesetzgebung nicht zu weit geht, manchmal sind die Verhältnisse stärker als ich, die Notwendigkeiten stärker als die grundsätzlichen Anschauungen der Herren von der Rechten. Auch von der Rechten werde ich auf diesem Gebiete nicht zurückgehalten, sondern ich werde von ihr gedrängt. Über die einzelne Frage, die ich hier als Beispiel vortrug, werden wir uns später im Detail weiter unterhalten können. Bemühen werde ich mich immer, in der Einmischung in Einzelheiten des Schulwesens nicht zu weit zu gehen.

Meine Damen und Herren! Die Blüte unseres Schulwesens beruht in letzter Linie auch darin, daß die freudige Anteilnahme der Eltern am Schulwesen, die man so häufig vergißt, dadurch gesichert ist, daß die **Ausgestaltung unseres Schulwesens** in seinen Einzelheiten eine (B) Angelegenheit kleinerer Gremien, letzten Endes eine **Angelegenheit der Gemeinden** gewesen ist. Ich möchte unter keinen Umständen auch in Zukunft bei der Verwaltung unseres Schulwesens die sorgende Hand der Gemeinden entbehren, die, wie Sie mir alle zugeben werden, einen großen Anteil daran haben, wenn wir das Schulwesen zu so hoher Blüte gebracht haben. Wir kommen also auch hier dazu, eine Arbeitsteilung einzuführen, die die Regelung der großen Grundfragen im Interesse einer einheitlichen deutschen Kultur dem Reiche zuweist, die darüber hinaus die Aufsicht und die Verwaltung des Schulwesens in mittelgroßen Fragen in die Hand der Länder legt und es schließlich den Gemeinden überläßt, alle die letzten Dinge zu regeln, weil es sich doch bei dem Schulwesen um die Angelegenheit der Kinder der einzelnen Gemeinden handelt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Nun haben die Herren Abgeordneten Dr. Braun und v. Delbrück noch einige Einzelfragen angeschnitten, der Herr Abgeordnete v. Delbrück namentlich auch die Frage des Reichswanderungsamtes. Es ist ja interessant, daß das **Reichswanderungsamt** nach langer und sorgfältiger Prüfung das einzige Opfer gewesen ist, das der Absicht des Ausschusses, zu sparen, geschlachtet werden sollte. An einer anderen Stelle hat der Ausschuß ja umgekehrt einen Abstrich des Reichsrats in meinem Etat seinerseits wiederhergestellt. Bezüglich des Reichswanderungsamts liegt es nun so, daß dieses Amt, wie der Herr Abgeordnete v. Delbrück mit Recht hervorgehoben hat, nicht zu meiner Zeit entstanden ist; es ist auch nicht zurzeit der Revolution entstanden, sondern es ist eine Einrichtung, die man während des Krieges geschaffen hat, weil man glaubte, die Auswanderung in die neuen Gebiete des Ostens in großzügiger Weise betreiben zu sollen. Ich habe (C) diese Einrichtung vorgefunden, ich kann sie aber nicht als überflüssig bezeichnen. Die Gefahr, daß eine Auswanderung in einem seit fast einem Jahrhundert nicht dagewesenen Ausmaß in Deutschland wieder einsetzen wird, ist ganz gewiß vorhanden. Je schmaler der Nahrungsspielraum in Deutschland ist, umso größer ist die Gefahr der Auswanderung. Nun mag ja derjenige, der vielleicht glaubt, daß man in Deutschland nicht in der Lage sein wird, die 60 Millionen zu ernähren, die bisher dort Nahrung und Obdach gefunden haben, auf den ersten Blick glauben, daß eine solche Auswanderung ein Glück für Deutschland sein könnte. Das ist aber in keiner Weise der Fall. Die Auswanderung, die wir in Deutschland zu erwarten haben, ist keine Auswanderung mehr, wie sie im Anfang des vorigen Jahrhunderts stattgefunden hat, wo der Bauernknecht oder der jüngere Sohn eines kleinen bäuerlichen Besitzers auswanderte, um seine Hände dazu zu benutzen, sich eine Bauernstelle draußen, außerhalb der deutschen Grenzen, zu schaffen, sondern die Auswanderung von heute ist, da der Boden in der ganzen Welt mehr oder minder vergeben worden ist, die **Auswanderung von Technikern, von Qualitätsarbeitern, von Gelehrten,** die ihre Gelehrsamkeit in irgendeiner Form praktisch verwerten können, wie z. B. die Chemiker, kurz, es ist die Auswanderung derjenigen, die wir für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes in allererster Linie notwendig haben. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß das Reich die Frage der Auswanderung der sorgsamsten Bearbeitung unterwirft, einer Prüfung, nicht etwa in der Richtung einer Förderung der Auswanderung schlechtweg, sondern vielfach auch einer Bearbeitung dahin, daß versucht werden muß, die Auswanderung solcher qualifizierten Kräfte zu verhindern oder wenigstens auf ein Notmaß zurückzuführen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(D) Deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir ein Reichswanderungsamt, wie es während des Krieges geschaffen worden ist, unter den ganz veränderten Verhältnissen, für ganz andere Aufgaben auch jetzt noch, und es ist ja interessant, daß meine eigene Auffassung, die während der Beratungen im Ausschuß noch in keiner Weise feststand — ich habe im Ausschuß ausdrücklich erklärt, daß ich für dieses Amt mich noch nicht voll verantwortlich fühle, da es vor meiner Zeit geschaffen worden sei —, nun doch bestärkt worden ist durch die Meinungsäußerung eines großen Kreises von Sachverständigen und Interessenten, die ich in der Zwischenzeit eingeholt habe und bei der ich in der objektivsten Weise vorgegangen bin. Es wird dabei besonders den Herrn Abgeordneten Dr. Braun interessieren, daß namentlich der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der allergrößten Energie und Schärfe und sogar mit einer lebhaften Kritik gegen den Ausschuß des Reichstags den Standpunkt eingenommen hat, daß an einen Abbau des Reichsauswanderungsamts unter keinen Umständen herangegangen werden dürfe.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Braun [Franken].)

— Gewiß, Herr Dr. Braun, ich mute Ihnen keine Unterwerfung unter den Willen des Gewerkschaftsbundes zu, aber ich darf diese Tatsache Ihnen doch zur Erwägung unterbreiten, weil wir doch gewiß alle auf dem Standpunkt stehen, daß die Stimme des Vertreters des Gewerkschaftsbundes, der Millionen von Arbeitern und Angestellten repräsentiert, der ernstesten Beachtung wert ist.

(Abgeordneter Dr. Braun [Franken]: Das war eine persönliche Auffassung des Vertreters.)

— Der Gewerkschaftsbund war eingeladen, er hat im Namen des Gewerkschaftsbundes die Erklärung abgegeben, Herr Dr. Braun, und nicht eine persönliche Auffassung vertreten. Aus diesem Grunde bin ich also genötigt, meine ursprüngliche Meinung, als ob auch auf diesem

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) Gebiete Abstriche leicht möglich wären, einer gewissen Korrektur zu unterziehen und es für notwendig zu erklären, daß wir miteinander noch einmal diese Frage einer eingehenden Prüfung unterziehen. Es handelt sich dabei nicht nur um den Gewerkschaftsbund, es handelt sich dabei um die Vertreter aller irgendwie an Fragen der Auswanderung, des Gewerkschaftswesens, der Sozialpolitik interessierten Kreise. Ich erinnere zum Beispiel nur an den evangelischen Hauptverein, an den Raffaelverein, an die christlichen Gewerkschaften, an alle die Vereinigungen und Sachverständigen, die Siedlungsfragen und Fragen des Auslandsdeutschtums als Gegenstand ihrer Tätigkeit ansehen.

Es ist im ganzen gegen das **Reichswanderungsamt** und seine Tätigkeit in dieser Beratung überraschend wenig vorgebracht worden. Es ist auch hervorgehoben worden, daß der **Abbau der Zweigstellen** lediglich zur Folge haben werde, daß an Stelle dieser Zweigstellen **private Organisationen** treten müssen, die, meine Damen und Herren, wenn sie die Aufgaben dieser Zweigstellen übernehmen wollen, nach allen Erfahrungen keineswegs geneigt sind, auf die Dauer umsonst zu arbeiten, sondern die fordern werden, daß das Reich ihre Tätigkeit unterstützt. Bei diesen privaten Organisationen kommt dann immer wieder in Frage, daß sie ganz verschieden arbeiten je nach den Kreisen, aus denen sie hervorgegangen sind, und je nach den Kreisen, für die sie arbeiten. Es ist zum Beispiel interessant, daß ich die Absicht hatte, in Köln dem deutschen Auslandsinstitut die Errichtung der Zweigstelle zu übertragen, und daß sich sofort aus Köln, aus Zentrumskreisen der Rheinprovinz ein Sturm des Protestes dagegen erhoben hat und das Verlangen gestellt worden ist, daß man nicht das deutsche Auslandsinstitut dort zu der Arbeit heranziehen solle, sondern entweder eine eigene Zweigstelle in Köln schaffen, oder eine den kölnischen (B) Bedürfnissen besonders gerecht werdende städtische Auskunftsstelle gründen solle. Also die Möglichkeit, die Zweigstellen ohne weiteres zu beseitigen, scheint mir nicht gegeben zu sein. Ich hoffe und glaube, daß wir uns bei einer nochmaligen Beratung im Ausschuß über diese Frage näher verständigen könnten, und bitte, daß sich der Reichstag entschließen möge, hier keinen endgültigen Beschluß zu fassen, sondern eine nochmalige Beratung im Ausschuß vorzunehmen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Braun und der Herr Abgeordnete v. Delbrück haben sich weiter mit den **Polizeifragen** meines Ministeriums befaßt. Auch hier muß ich sagen: Es kommt sehr häufig die Meinung aus dem Reichstag heraus — und Herr v. Delbrück hat dem wieder Ausdruck gegeben —, als wenn das Reich polizeilicher Einrichtungen ganz entraten könnte. Aber, meine Damen und Herren, ich bitte, sich einmal klarzumachen, in welchem Umfang von allen Parteien des Reichstags fast täglich kleine Anfragen gerade auf polizeilichem Gebiete an mich gerichtet werden. Keine Tätigkeit des Reichsministeriums des Innern erfreut sich einer so lebendigen Anteilnahme des Reichtags als gerade die polizeiliche, und zu meinem lebhaften Bedauern liegen zur Zeit die Verhältnisse so, daß die Möglichkeit einer polizeilichen Betätigung seitens des Reichsministeriums des Innern fast durchweg fehlt. Sie sehen, daß jede kleine Anfrage auf diesem Gebiete von mir dahin beantwortet wird, daß die betreffende Landesregierung die und die Auskunft gegeben habe und daß die Reichsregierung mangels eigener Organe nicht in der Lage sei, diese Auskunft nachzuprüfen. Wir haben **keine Polizei von Reichs wegen**, und ich glaube, daß wir auch nach dieser Richtung in kurzer Zeit spüren werden, wie groß die Gefahr ist, daß unsere Reichseinheit und die Ordnung im Reich auseinanderfällt, wenn dem Reich nicht ein gewisses Maß von Mitwirkung in polizeilichen Angelegenheiten eingeräumt wird.

Ich werde ja in letzter Zeit in nicht unerheblichem (C) Umfang verantwortlich gemacht für alle möglichen Dinge, die auf polizeilichem Gebiete geschehen. Ich werde verantwortlich gemacht von der Linken und von der Rechten. Ich kann in diesem Zusammenhange nur noch einmal feststellen, daß ich, solange nicht irgendwo im Reiche ein Ausnahmezustand besteht, überhaupt keinerlei Möglichkeit habe, polizeiliche Anordnungen zu treffen oder die Anschauungen des Reichs auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit durchzusetzen.

Es ist grundfalsch, wenn ich zum Beispiel verantwortlich gemacht werde für das Tempo und die Art, mit der die **Orgesch** behandelt wird oder für die Art, mit der der **Kommunismus in Deutschland** bekämpft wird. Ich kann nur sagen, daß ich irgendwelche Zuständigkeiten überhaupt nicht habe, daß ich nicht einmal die Möglichkeit polizeilicher Ermittlungen auf diesem Gebiete habe. Was auf diesem Gebiete früher von Reichs wegen geschehen ist in der ersten Zeit nach der Revolution, ist innerhalb des Reichswehrministeriums geschehen auf Grund der besonderen und vielfach bekämpften Organisationen, die das Reichswehrministerium sich zugelegt hatte. Diese Organisationen sind fast durchweg beseitigt, und es fehlt heute im Reich irgendeine Möglichkeit der Einwirkung auf diesem Gebiete. Ich muß also im Gegensatze zu Herrn v. Delbrück sagen, daß wir nicht zuviel polizeiliche Befugnisse im Reiche haben, sondern zu wenig.

Wir werden nicht nur auf politischem Gebiete, sondern auch im **Kampfe gegen das internationale Verbrechertum** in Deutschland überhaupt nicht mehr durchkommen, wenn man uns nicht in die Lage setzt, durch eine **Reichskriminalpolizeibehörde** internationale Verbrecher unter Kontrolle zu nehmen und von Reichs wegen zu verfolgen. Da ist die Entwicklung über die Landeshoheit eben weit hinausgegangen. Der moderne Verbrecher bekümmert sich auch nicht mehr um die Landesgrenzen, sondern sucht dort (D) seinen Gewinn zu erzielen, wo es ihm vorteilhaft erscheint.

(Heitere Zustimmung.)

Und bei allem Bestreben, den Föderalismus im Reiche aufrechtzuerhalten, werden wir in unserer Bekämpfung des Verbrechertums unter den Schlitten geraten, wenn wir uns nicht von Reichs wegen um diese Angelegenheiten kümmern.

Was nun meine Sünden auf diesem Gebiete angeht, freue ich mich, daß der Herr Abgeordnete Braun, wenn auch noch etwas zögernd, meine **Rede in Bremen** nicht als etwas Unerlaubtes hingestellt hat. Ich habe ja dieselbe Auffassung im Ausschuß zu meiner Freude von Herrn Abgeordneten Bauer entgegennehmen können. Wenn Sie im parlamentarischen Regime nicht zulassen wollen, daß die Reichsminister dort öffentlich Stellung nehmen, wo sie glauben, daß ein wertvolles und wichtiges Interesse des Reiches gefährdet sei, dann sabotieren Sie das parlamentarische System. Dieses Recht wird jedem Minister auch in Zukunft eingeräumt werden müssen.

Die Frage, ob von meinem Ministerium aus überhaupt keinerlei **Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Einstellung von Beamten** geduldet werde, muß ich mit aller Entschiedenheit verneinen. Es ist ganz unausbleiblich, daß, wenn Beschwerden an die Reichsregierung von ernsthafter Seite ergehen, diesen Beschwerden nachgegangen wird, und daß in solchen Fällen Anfragen an die Landesregierung gerichtet werden. In diesem Falle ging die Beschwerde darauf, daß ausschließlich von der Zustimmung der Gewerkschaften die Einstellung in die Sicherheitspolizei abhängig gemacht würde. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß, wenn eine solche Beschwerde ergeht, eine Anfrage an die beteiligten Minister gerichtet werden muß, und der zuständige Minister

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) hat sich mir zu einer persönlichen Besprechung in dieser Frage in den nächsten Tagen angeboten. Ich bin überzeugt, daß auch ohne diese Erörterung hier im Reichstag die Frage zu gegenseitiger Befriedigung würde gelöst werden können.

Ebenso, meine Damen und Herren, muß ich den Vorwurf zurückweisen, als wenn in meinem Ministerium beim **Reichswasserschutz** in der Frage des Kapp-Putsches und der Verfolgung der Unrechtmäßigkeiten, die während des Kapp-Putsches begangen worden sind, irgendwie eine zögernde Haltung obgewaltet hätte. Der Fall, den der Herr Abgeordnete Braun mir mitgeteilt hat, ist mir bisher nicht bekannt gewesen. Ich werde feststellen lassen, ob er in meinem Ministerium eingegangen ist, was der zuständige Dezernent heute bereits bestreitet. Ich kann aber dem Herrn Abgeordneten Braun erklären, daß **anläßlich des Kapp-Putsches** eine ganze Reihe von **Disziplinierungen und Dienstentlassungen** auf Grund einer sorgfältigen und objektiven Untersuchung beim Reichswasserschutz stattgefunden hat. Ich glaube, daß meine Haltung bei dem Kapp-Putsch mich vor dem Vorwnrf schützen sollte, als wenn ich beabsichtigte, etwa mit verschiedenem Maße nach rechts und links zu messen.

Meine Damen und Herren! Meine Aufgabe in dieser schweren und gefährlichen Zeit kann es nur sein, sowohl nach rechts wie nach links überall da, wo einzelne Wirrköpfe oder auch eine größere Zahl von solchen eine gewaltsame Umstürzung unserer Verfassung sich zum Ziel setzen, gleichmäßig mit Entschiedenheit die Verfassung aufrecht zu erhalten. Ich bin nicht der Meinung, daß eine Verfassung, die im Willen der großen Mehrheit unseres Volkes gegründet ist, überhaupt noch von der einen oder anderen Seite mit Gewalt umgestürzt werden kann. Ich bin aber der Meinung, daß unser Wirtschaftsleben auch Versuche auf diesem Gebiet heute nicht mehr erträgt, und ich werde deshalb die Aufgabe meines Ministeriums, soweit ich bei der beschränkten Zuständigkeit des Reichs dazu heute in der Lage bin, auch in Zukunft darin sehen, solchen Gewalttätigkeiten, unbekümmert, woher sie kommen, entgegenzutreten.

Schließlich hat der Herr Abgeordnete v. Delbrück dann noch die **Frage der besetzten Gebiete und der Behandlung der Beamten im besetzten Gebiet** angeschnitten. Meine Damen und Herren! Auch da darf ich eine Einigkeit dieses Hauses feststellen, indem ich konstatiere, mit welch berechtigter Entrüstung das Haus davon Kenntnis nimmt, daß die **Übergriffe der interalliierten Kommission gegenüber pflichtgetreuen Beamten** der Reichsregierung (B) und der Länder in der letzten Zeit nicht im Abnehmen, sondern in raschem Wachsen begriffen sind.

(Allseitige lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Es ist zum Beispiel völlig unerträglich, die Reichsvermögensverwaltung im besetzten Gebiete in der Form zu führen, daß die **Beamten der Reichsvermögensverwaltung** nicht mehr das Recht haben sollen, übertriebenen Forderungen der Besatzungsbehörde sich zu widersetzen.

(Hört! Hört! und Sehr wahr!)

Wenn das der Fall wäre, so würde die Möglichkeit für diese Beamten, auf die Rechte der Reichsvermögensverwaltung hinzuwirken und sie zu schützen, überhaupt nicht mehr gegeben sein. Wir müssen also hier, wie bei den übrigen Übergriffen, die sich gegenüber den pflichtgetreuen Beamten im besetzten Gebiete die Entente hat zuschulden kommen lassen, nicht aufhören, dagegen zu protestieren, und wir haben immer wieder zu betonen, daß das **Rheinlandabkommen**, das lediglich die Sicherheit und den Unterhalt der alliierten Truppen zu gewährleisten bestimmt ist, nicht die geringste Handhabe dazu bietet, in die Verwaltung des Reichs und der Länder fortwährend mit rauher Hand und in einer Form einzugreifen, die darauf berechnet ist, unsere Beamten einzuschüchtern.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Ich bin trotzdem überzeugt, daß unsere pflichttreue Beamtenschaft sich in ihrem Benehmen und in ihrer Haltung dadurch nicht beeinflussen läßt, und ich schließe, indem ich der gesamten Beamtenschaft des besetzten Gebiets unseren Dank für die schwere, aber wertvolle Arbeit zum Ausdruck bringe, die sie in diesen neuerdings noch mehr erschwerten Verhältnissen im Interesse unseres Vaterlandes geleistet hat, was ihr unvergessen bleiben soll.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, unsere Verhandlungen jetzt abzubrechen — das Haus ist damit einverstanden — und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Donnerstag, den 10. März, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Mündlicher Bericht des 16. Ausschusses, betreffend Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung;
2. Rest der heutigen Tagesordnung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 49 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

80. Sitzung.

Donnerstag, den 10. März 1921.

(B)

Die Sitzung wird um 1 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht aus.

Die Zusammensetzung des neugebildeten 27. Ausschusses zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über Änderung der Postgebühren usw. bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

In den 27. Ausschuß zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über Änderung der Postgebühren usw. (Nr. 1538 der Drucksachen) sind gewählt die Abgeordneten:

Aderhold, Beythien, Bienert, Bruhn, Dr. Cremer, Delius, Düwell, Feilmayer, Dr. Fick, Fischer (Berlin), Gerstenberger, Hofmann (Ludwigshafen), Koch (Essen), Körner, Moraith, Pinkau, Seppel, Sidow, Steinkopf, Taubadel, Zubeil.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(C)

Der Ausschuß hat sich konstituiert und gewählt:
zum Vorsitzenden den Abgeordneten Düwell,
zu dessen Stellvertreter den Abgeordneten Delius,
zu Schriftführern die Abgeordneten Beythien, Bruhn, Taubadel.

Präsident: In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten

in den 1. Ausschuß für den Abgeordneten Gutknecht
der Abgeordnete Dr. Wienbeck;
in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Bartz (Hannover)
der Abgeordnete Heidemann;
in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten van den Kerkhoff, Schulz-Gahmen, Havemann, Zeschke
die Abgeordneten Hänse (Thüringen), Lange-Hegermann, Dusche, Dr. Hugo;
in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Wiebel
der Abgeordnete Dr. Reichert;
in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Körner
der Abgeordnete Gutknecht;
in den 19. Ausschuß für die Abgeordneten Mehrhof, Rosemann
die Abgeordneten Schirmer (Dresden), Merkel;
in den 23. Ausschuß für den Abgeordneten Kotzur
der Abgeordnete Bender;
in den 24. Ausschuß für den Abgeordneten Graef (Thüringen)
der Abgeordnete Hensel (Ostpreußen);
in den 25. Ausschuß für die Abgeordneten Herbert (Hessen), Henning
die Abgeordneten Bornefeld-Ettmann, Hemeter;
in den 27. Ausschuß für die Abgeordneten Feilmayer, Seppel
die Abgeordneten Dr. Fortmann, Hofmann (Thüringen).

(D)

Ich habe Urlaub erteilt dem Abgeordneten Dusche für 2 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des 16. Ausschusses (Verbilligung der Verwaltung) über Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung (Nr. 1596 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. v. Delbrück.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Beratung dieses Gegenstandes mit dem Etat des Reichsministeriums des Innern in gemeinsamer Beratung zu verbinden und bei dem entsprechenden Titel des Etats zur Abstimmung zu bringen. Ich nehme Ihr Einverständnis an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Dann kommen wir zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar:

Haushalt des Reichsministeriums des Innern nebst Ergänzung (Anlage V).

Mündliche Berichte des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1333, 1501 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter D. Dr. Schreiber.

(Präsident.)

(A) Wir setzen die Beratung fort mit Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Das Wort in der fortgesetzten Beratung hat der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter: Meine Damen und meine Herren! Wie kein anderes Ministerium umfaßt der **Aufgabenkreis des Reichsministeriums des Innern** eine Reihe von völlig in sich verschiedenen Arbeitsfeldern. Wie kein anderes Ministerium hat gerade diese Behörde eine Reihe von Ressorts abgezweigt und gleichzeitig von Tag zu Tag mit neuen Aufgaben sich erfüllt. Diese neuen Arbeitsaufgaben geben sich teils als Ausprägung der Verfassung, teils als Auswirkung des Friedensvertrages, seiner Notstände und seiner Folgen, teils auch als Widerschein der deutschen Beamtenbewegung.

Doch so unterschiedlich der Aufgabenkreis dieses Ministeriums sich anläßt, gleichwohl bedeutet die Beschäftigung mit dem vorliegenden Etat einen Blick in die Herzkammer des deutschen Volkes. Bezeichnen doch die im Etat ausgeworfenen Summen mehr oder minder einen Gradmesser der deutschen Volkswohlfahrt im weitesten Sinne des Worts, einen Gradmesser für die Volksbildung und für die Volkssittlichkeit, für die weiten Gebiete der Volkspflege und der Volksgesundheit. So sind die für die Bekämpfung der Tuberkulose und der Säuglingssterblichkeit ausgeworfenen Ausgaben ein erschütternder Hinweis auf die Schwächung unserer Volkskraft, auf die Minderung unserer physischen Leistungsfähigkeit. Angesichts der ungeheuren Anforderungen, die die Entente an uns stellt, ist es unbedingt notwendig, diese Zahlen und Ziffern auch dem Ausland mitzuteilen.

Weiterhin ist gerade dieses Ministerium des Innern auch ein Wertmesser für die geistige Kulturhöhe unseres Volkes; denn dieses Ministerium sieht eine Reihe von (B) großen kulturpolitischen Aufgaben in Angriff genommen, und andere harren noch ihrer Verwirklichung. Wenn man weiter noch eine Reihe von anderen Etatstiteln ins Auge faßt, die 400 Millionen Mark als Ausgleich von Tumultschäden, 40 Millionen Mark für die Technische Nothilfe, ferner die Kosten des Reichskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, so wird man sagen müssen, daß dieses Ministerium schließlich auch einen Wertmesser bedeutet für die politische Reife und für den Verfassungswillen des deutschen Volkes.

Nun zunächst ein Wort über die **gesetzgeberischen Aufgaben.** Wir haben uns im Hauptausschuß länger darüber unterhalten. Das **Jugendwohlfahrtsgesetz** ist, wie wir gestern hörten, fertiggestellt. Wir begrüßen es im Interesse der Jugend, die einer kulturellen und einer sittlichen Gefährdung unterliegt wie nie zuvor. Wir haben über eine Reihe von Mißständen auf diesem Gebiet in der Debatte gesprochen, die damals bei Gelegenheit der Interpellation in Sachen des Jugendwohlfahrtsgesetzes anhob. Aber heute, wo uns der Gesamtetat des Reichsministeriums des Innern vorliegt, ist es an der Zeit, von einer Reihe von Einzelheiten nach einem Gesamteindruck auf diesem Gebiet zu streben, und da möchte ich von vornherein feststellen: es geht heute eine riesenhafte **Welle des Materialismus** durch das deutsche Land von den Großstädten bis hinüber zur kleinsten ländlichen Siedlung. Wir haben in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts den theoretischen Materialismus gehabt, der sich aussprach bei Moleschott und bei Büchner. Jetzt aber stehen wir in einem Materialismus der Lebensführung wie nie zuvor, der sich verkündet im Schiebertum, im Wuchertum, mehr fast noch im Luxuskonsum, vor allem aber in der sittlichen Erschlaffung des Volks. Eines möchte ich mit Nachdruck feststellen: dieser Materialismus gefährdet nun nicht bloß die Jugend und die Familie, sondern auch den (C) Staatszweck; denn der deutsche Staat von heute, der dem Ausland gegenüber eine große Wiedergutmachung zu leisten hat, braucht ein entsagungsvolles und ein opferstarkes Geschlecht,

(sehr wahr! im Zentrum)

das die Lasten des Friedensvertrags, soweit sie sich überhaupt ausführen lassen, starkmütig auf sich nimmt. Wenn unsere Staatsmänner in der letzten Zeit so häufig erklärt haben, daß sie gewillt sind, das im Friedensvertrag zu leisten, was überhaupt leistungsfähig ist, dann dürfen wir hier beim Etat des Innern nicht vergessen, daß für diese Leistungen auch der sittliche Unterbau geschaffen werden muß.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn wir glauben, die Pariser Forderungen auf ein erträgliches Mindestmaß zurückführen zu können, so setzt gleichwohl dieses Mindestmaß beim deutschen Volk ein Höchstmaß von gesammelter Energie und Kraft und Disziplin und starkes Verantwortungsgefühl voraus.

So führt der deutsche Staat von heute einen Kampf um seine eigene Existenz, wenn er die Aufgabe auf sich nimmt, nun der großen Welle des Materialismus, die unser Land überflutet, Halt zu gebieten. Eins gebe ich allerdings zu: wir wissen wohl, daß das Gesetz als solches, daß die Paragraphen und Normen an sich die Volkswohlfahrt noch nicht heben; aber wir legen andererseits doch Wert darauf, daß der Wille des Gesetzgebers und damit auch der Geist des Gesetzes mit Ernst und Nachdruck auf die Überwindung der materialistischen Zeitwelle sich einstellt. Wir legen Wert darauf, daß solche Gesetze von einer starken moralischen Unterstützung in der Bevölkerung getragen sind, und wir erinnern den Staat daran, daß er zur Überwindung des Materialismus darauf sehen muß, Fühlung zu nehmen mit einer Reihe von assoziierten und alliierten kulturellen Mächten, die im Innern des Landes vorhanden sind, mit Mächten auf (D) dem Gebiete der Wissenschaft und der Kunst, aber auch mit kulturellen und religiösen Verbänden und Organisationen, die da berufen sind, den Staatszweck zu fördern.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! In diesem Sinne begrüßen wir das Jugendwohlfahrtsgesetz; aber auch eine Reihe von anderen gesetzgeberischen Maßnahmen, die im Reichsministerium des Innern vorbereitet werden, in diesem Sinne auch das kommende **Gesetz gegen Schmutz- und Schundliteratur.** Dieses Gesetz ist bereits, was ich mit Nachdruck hier feststelle, von der Nationalversammlung gefordert. Meine Damen und Herren! Wir verkennen nicht, daß gerade bei diesem Gesetze manche Schwierigkeiten zu überwinden sind; aber wenn irgend etwas geeignet ist, uns von der Notwendigkeit einer solchen Vorlage zu überzeugen, dann ist es der erbitterte Widerstand, der sofort bei dem Bekanntwerden dieses Gesetzes in bestimmten Berliner Wochenblättern einsetzte, deren Geschäftsbilanz sich auf die Entfesselung bestimmter niedriger Instinkte einstellt. Wenn diese Wochenblätter in dem kommenden Gesetze zur Bekämpfung der Schundliteratur eine Vergewaltigung der Kunst sehen, so wird jede vornehm empfindende künstlerische Natur diese Paladine der Kunst mit aller Entschiedenheit ablehnen.

(Sehr richtig!)

Wir müssen es aber sehr bedauern, meine Damen und Herren, daß ein ernstes Berliner Blatt am 15. Februar ebenfalls zur Wachsamkeit — ich zitiere wörtlich — gegen „neue und gefährliche Anschläge einer kunstfremden Gesetzgebung" aufrief und von einer neuen lex Heinze zu reden wußte, daß dieses Blatt weiterhin den vorliegenden Referentenentwurf mit den Worten kennzeichnete:

> Man hat es hier mit einem ganz raffinierten Plan zu tun, unter dem Vorgeben des Schutzes

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) der Jugend vor sittlichen Gefahren Literatur, Kunst und Wissenschaft muckerischen Bestrebungen auszuliefern.

So wörtlich dieses angesehene Berliner Blatt. Das sind Übertreibungen, die grotesk sind und die sich selbst richten. Da werden einem Referentenentwurf Absichten zugeschoben, die doch im Grunde genommen völlig unausführbar sind. Glaubt denn jemand im Ernste, daß auch nur eine einzige wissenschaftliche Vorlesung an den deutschen Universitäten vom Reichsministerium des Innern verboten werden sollte, von einem Reichsministerium, das gleichzeitig in seinen Etat 20 Millionen Mark für die Not der deutschen Wissenschaft eingerückt hat? Glaubt jemand im Ernste daran, daß die wirklich großen Offenbarungen des deutschen Volksgeistes in Literatur und Kunst überhaupt von einem Ministerium in Fesseln geschlagen werden könnten? Glaubt man denn von einem Ministerium, das den bisherigen Etatstitel „zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Bestrebungen" von 100 000 Mark auf 1 Million Mark erhöht hat, daß es der Wissenschaft zu nahe treten wird? Man soll doch auch nicht mit Schlagworten vorgehen wie in dem erwähnten Artikel von der „kunstfremden Gesetzgebung", wenn dieses Ministerium des Innern gleichzeitig einen Reichskunstwart eingesetzt hat mit der Begründung, künstlerischer Berater bei der Gesetzgebung und bei der Verwaltung zu sein, einen Reichskunstwart, der in seiner fortschrittlichen Kunstauffassung durchaus im Lager des Expressionismus steht.

Man sollte weiterhin, um auch das einmal zu sagen, nicht mehr mit dem Schlagwort der lex Heinze kommen, mit dem man im Jahre 1900 dem deutschen Volke das Gruseln zu lehren versuchte. Meine Damen und Herren! Wir stehen nicht im Jahre 1900, wo wir uns vielleicht den Luxus dieses Schlagwortes leisten konnten. Wir stehen heute vielmehr in einem Passionsweg von tragischer (B) Größe, in einem Passionsweg eines schwergeprüften Volkes. Wir wollen nicht, daß diesem so darniederliegenden Volke unter dem Deckmantel einer Pseudokunst die letzte sittliche Kraft ausgebrochen wird.

(Sehr wahr! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Noch glauben wir, daß unser Volk als das Volk eines Dürer, eines Goethe und eines Alexander v. Humboldt in der Menschheitsgeschichte eine große Aufgabe zu erfüllen hat. Aber für die Lösung dieser Aufgabe bedarf es der sittlichen Grundkräfte und der sittlichen Voraussetzungen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Mit Übertreibungen und negativ ätzender Kritik ist unserem Volke bei diesem Gesetze nicht gedient. Was wir hingegen bei diesem Gesetze anstreben, ist eine festgeschlossene Phalanx all derer, die den guten Willen haben, dem deutschen Volke das Edelste an Volkskraft und Größe zu erhalten. Die Zahl dieser Volksfreunde ist zum Glück überall groß. Wir haben das bei der Verabschiedung des Lichtspielgesetzes am 20. Mai 1920 gesehen; und wiederum neuerdings in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, wo die Einheitlichkeit der Auffassung und die Einmütigkeit bei allen Parteien in der Verurteilung der Bordelle und der Kasernierung doch erkennen ließ, daß die großen Nöte unseres Volkes zum Glück nicht bloß durch die Parteibrille angesehen, sondern als gesamtdeutsche Angelegenheit mit Ernst und Nachdruck von der Volksvertretung behandelt werden.

Im übrigen ist dieses kommende Gesetz zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur eigentlich nichts völlig Neues. Es ist die folgerichtige Auswirkung und natürliche Ergänzung des im vergangenen Jahre verabschiedeten Lichtspielgesetzes. Denn auch dieses Gesetz richtet sich doch bereits gegen Schmutz und Schund, der (C) im Filmwesen in die Erscheinung trat.

Ein Wort über dieses **Lichtspielgesetz** und seine Anwendung. Meine Damen und Herren! Es kann nicht bestritten werden, daß dieses Gesetz an sich segensvoll wirkt, wenn auch diese Wirkung im allgemeinen sich noch in bescheidenen Grenzen hält. Nun hat man damals vor der Verabschiedung des Gesetzes prophezeit, daß eine Erdrosselung der deutschen Lichtspielindustrie statthaben würde. Diese Voraussage hat sich nicht erfüllt. Die Industrie ist nach wie vor in einem starken Aufblühen begriffen. Im Rahmen unseres Wirtschaftslebens ist es durchaus wünschenswert und zu begrüßen, daß wir eine starke deutsche Lichtspielindustrie besitzen, die den Kampf mit der ausländischen Konkurrenz aufnehmen kann.

Ich darf weiter auch dann an dieser Stelle feststellen, daß in manchen Kreisen der **Filmindustrie** Verständnis für volkserzieherische Werte herrscht. Aber gleichzeitig muß ich auch die andere bedauernswerte Tatsache erwähnen, daß ein anderer Teil der Filmindustrie in einer mammonistischen Richtung ausmündet. Gerade darum, meine Damen und Herren, muß bei der Anwendung des Lichtspielgesetzes der volkserzieherische und sozial ethische Gedanke des Gesetzes mit allem Nachdruck in den Vordergrund gerückt werden. Bei Beratung des Gesetzes haben auch Vertreter der Linken eine scharfe Anwendung gefordert, und mit vollem Recht.

(Sehr richtig! rechts.)

Großen Wert müssen wir auch darauf legen, daß die Reklame gründlich und sachverständig überprüft wird. Ebenso erachten wir es für notwendig, daß seitens der Regierung die Stellung der Beisitzer moralisch gestärkt wird. Es muß also gelingen, unter Zusammenwirken aller volkserzieherischen Kräfte die Auswüchse in unserer Filmindustrie zu beschneiden, aber nicht bloß nach der negativen Seite hin, sondern auch nach der positiven Seite (D) hin. Wir müssen nämlich den Film auf ein höheres und kulturförderndes Niveau bringen und den Kitsch durch den Kunstfilm, den Lehrfilm und den Kulturfilm überwinden. Ich begrüße in dieser Hinsicht die Bestrebungen, die in Essen, Stettin und anderswo von privaten und städtischen Verbänden getragen werden, die sich alle für den Lehrfilm einsetzen.

Meine Damen und Herren! In den Kreis der kulturpolitischen Gesetze tritt auch das **Reichsschulgesetz.** Nach den Erklärungen des Ministers im Hauptausschuß wird dieses Gesetz sich auf Art. 146 der Verfassung beschränken. Wir werden den Entwurf mit Ruhe und Sachlichkeit, aber auch mit allem Nachdruck daraufhin prüfen, ob er dem Rechtssinn und dem Geist der Verfassung von Weimar gerecht wird, und ob er sich im Einklang mit den in Weimar gepflogenen Verhandlungen hält. An den in Weimar getroffenen Vereinbarungen darf nicht gerüttelt werden,

(sehr richtig! im Zentrum)

weder im Freistaat Sachsen noch anderswo.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch etwas Grundsätzliches aussprechen. Angesichts der Pariser Forderungen und der schweren Wiedergutmachungslasten braucht unser deutsches Volk im Innern Ruhe und Sammlung und Festigung in all seiner Energie und Lebenskraft.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Was wir aber für die 30 Jahre oder mehr der Wiedergutmachung nicht gebrauchen können, das ist der innere Kampf, das gegenseitige Zerfleischen dann, wenn Weltanschauung gegen Weltanschauung und kulturpolitische Auffassung gegen kulturpolitische Auffassung steht.

Wir haben mit Einseitigkeiten dieser Kulturpolitik in Elsaß-Lothringen, in Posen, in Oberschlesien schmerzliches Lehrgeld bezahlt.

(Sehr wahr!)

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) Es ist hohe Zeit, daß das deutsche Volk aus den bisherigen bitteren kulturpolitischen Erfahrungen lernt, damit seine außenpolitische Stellung durch inneren Zwiespalt nicht noch mehr erschüttert wird, als sie es zurzeit schon ist.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Anders ausgedrückt: unsere Reichsschulpolitik der Zukunft wird künftighin nicht bloß kulturpolitisch, sondern auch außenpolitisch abgestimmt sein müssen. Die Kulturpolitik eines außenpolitischen gefährdeten Volks verlangt das größte Maß von Behutsamkeit und Toleranz. Ich sage weiter: wenn in einzelnen deutschen Gliedstaaten das Verständnis für solche außenpolitischen Notwendigkeiten gering sein sollte, wenn diese Länder in den Fehler einer historisch verständlichen, aber durchaus unzeitgemäßen Kulturpolitik verfallen sollten, so hat das Reich von sich aus ausgleichend zu wirken

(sehr richtig! im Zentrum)

mit jenem Ernst, mit jener Energie und mit jenem Verantwortungsgefühl, das sich sagt, daß alle Innenpolitik unseres deutschen Landes nie und nimmer jetzt die außenpolitischen Zusammenhänge und Folgen übersehen darf.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang auch ein Wort über den denkwürdigen Satz der Verfassung: „Der **Wille der Erziehungsberechtigten** ist möglichst zu berücksichtigen". Dieser Satz erscheint uns ungemein wichtig, und zwar nicht bloß schulpolitisch, sondern ganz und allgemein auch verfassungspolitisch bedeutsam. Dieser Satz ruft die **Familie** auf zu einer aktiven Anteilnahme an der Gestaltung des Schulwesens und damit zum öffentlichen Leben überhaupt, und, ich sage, das ist ein großer Gewinn. Man hat ja so häufig in theoretischen und in politisch praktischen Ausführungen die Familie als die Urzelle des Staats bezeichnet, aber man hat zu wenig die Konsequenz aus dieser Auffassung gezogen, die

(B) Familie auch in die Legislative als gestaltendes und wirksames Prinzip unseres öffentlichen Lebens einzubauen. Mit dem Art. 146 ist jetzt endlich einmal die Familie neben Gemeinde, Kreis, Provinz und Land als eine der schöpferischen Urformen des öffentlichen Lebens wiederum entdeckt worden, und ich halte das für einen großen Fortschritt. Es ist vor allen Dingen ein Fortschritt auch im Zeichen des Selbstverwaltungsgedankens; Sie wissen ja, daß wir uns seit den Tagen von Stein und Hardenberg zum Selbstverwaltungsgedanken bekannt haben, zunächst zögernd, aber jetzt mehr denn je seine große Bedeutung feststellend. Wenn nun aber die Familie, sage ich, die Äußerung ihres Wirkens in der Mitarbeit zur Schulgestaltung und zum Schulbetrieb zu erkennen geben soll, so wird damit gleichzeitig der Gedanke der Selbstverwaltung auch auf die Peripherie übertragen. Damit wird staatsbürgerliches Selbstbewußtsein geweckt, und das halte ich für unsere deutsche Politik der Gegenwart als einen großen Gewinn und großen Vorteil. Denn daran hat doch immer unser deutsches Leben gekrankt, daß der Kreis der politisch Interessierten verhältnismäßig gering war, daß der Volksdurchschnitt, politisch genommen, nicht so hoch stand wie in den Westmächten, in Frankreich und in England.

Meine Herren und Damen! An dieser Stelle auch ein Wort über die **Privatschulen!** Die Privatschulen haben ein großes Stück deutscher Erziehungs- und Kulturarbeit in Vergangenheit und Gegenwart erfüllt. Besonders in der Geschichte der Mädchenbildung wird diesen Privatschulen stets ein ehrenvoller Platz gebühren. Aber diese Privatschulen werden auch volkspsychologisch zu begreifen sein, daß sie nämlich im Volksvertrauen und im Willen der Erziehungsberechtigten wurzeln. Sie wissen, meine Damen und Herren, diese Privatschulen befinden sich zurzeit in schwerer finanzieller Lage und Bedrängnis.

(C) Es wäre tief bedauerlich, wenn unser blühendes deutsches Privatschulwesen durch die Finanz- und Wirtschaftskrisis eine Verkümmerung erfahren würde. Es wäre noch bedauerlicher, wenn die Privatschulen im besetzten Gebiet ihre glänzende Leistungsfähigkeit nicht beibehalten könnten; gerade diese Privatschulen im besetzten Gebiet mit ihren hervorragenden Mädchenerziehungsstätten haben Tausende von Zöglingen aus Innerdeutschland erzogen und ihnen die sonnige Lebensfreude des Rheins und den ganzen Frohsinn des fränkischen Stammes eingehändigt. Diese Privatschulen des besetzten Gebietes — ich sage das mit Nachdruck — haben Tausende von kulturellen Fäden nach Innerdeutschland gesponnen, und es wäre aufs tiefste zu beklagen, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit dieser rheinischen Privatschulen derartig geschwächt würde, daß sie nicht mehr so zahlreich wie früher Zöglinge aus Innerdeutschland aufnehmen könnten. Jeder Rückgang des Privatschulwesens im besetzten Gebiet wäre als politisches Defizit, als politischer Passivposten zu buchen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Deshalb war es weite und weitausschauende Politik, wenn rheinische Stadtverwaltungen den finanziell bedrängten Privatschulen Zuschüsse gewährten. Andererseits war es engherzige und kurzsichtige Kommunal- und Kirchturmspolitik, wenn solche Zuschüsse den rheinischen Privatschulen verweigert wurden. Das muß an dieser Stelle, wo wir das besetzte Gebiet vor allem auch außenpolitisch zu werten haben, einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden.

Ich komme nun in diesem Zusammenhang zu einem anderen Punkte, den **katholischen Schulen des besetzten Gebiets.** Es ist auf irgendeiner großen parteipolitischen Konferenz der letzten Monate die Bemerkung gefallen, in den katholischen Schulen des Rheinlands werde sich bald französischer Einfluß geltend machen. Ich muß diese Bemerkung mit Entschiedenheit zurückweisen. (D)

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Angesichts der gewaltigen Opfer und der glänzenden Beweise von Reichstreue, die im Rheinland gegeben sind, und angesichts der hervorragenden erzieherischen Leistungen, die gerade die rheinischen katholischen Schulen für Tausende und aber Tausende von innerdeutschen Zöglingen geleistet haben, die gern über den Rhein gekommen sind, die deutsches Wesen im Spiegel rheinischer Fröhlichkeit erkannten und schauten, — angesichts aller dieser Tatsachen müssen wir diese Bemerkung mit größter Entschiedenheit zurückweisen.

(Bravo! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Die Verfassung hat dem Reich auch erhöhte Zuständigkeit auf dem Gebiete der **Schulreform** zugewiesen. Wir stehen demnächst vor bedeutsamen Erörterungen über die **Aufbauschule** und über die deutsche Oberschule. Wir bringen diesen Schultypen die ernsteste Aufmerksamkeit entgegen. Gerade die Aufbauschule, die sich auf dem 7jährigen Besuch der Volksschule aufbauen soll, sind eine verkürzte Form, die zur Hochschulreife führt. Diese Aufbauschule hat bedeutsame soziale Zwecke zu erfüllen,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

vor allen Dingen für die ländlichen Schüler und Volksschüler. Aber bei aller Sympathie verhehlen wir uns gleichzeitig nicht, daß es sich dabei um erste Versuche handelt, daß noch eine Reihe von wertvollen Erfahrungen gemacht werden müssen. Ein anderes darf nicht übersehen werden: daß durch diese Reformschule die **Hochschulreife** nicht leiden darf. Würden wir nämlich das Mindestmaß für den Besuch unserer Hochschulen um ein Wesentliches herabsetzen, würde damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft und deutscher Forschung nicht bloß empfindlich geschädigt werden, nein, meine Damen und Herren, jede

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) Schädigung der deutschen Hochschulen würde auch die mittleren Schulen und ebenso die Volksschulen empfindlich treffen, weil innerhalb des deutschen Bildungswesens ein organischer Zusammenhang besteht.

Meine Damen und Herren! Wir selbst bedauern, daß für Volksbildungszwecke im Etat nur etwa 30 000 Mark ausgeworfen sind, wenn nämlich in Art. 148 Abs. 4 der Verfassung ausdrücklich die Mitwirkung des Reichs am **Volksbildungswesen** gefordert wird. Um so erfreulicher hat sich im Hauptausschuß die gerade bei diesem Titel einsetzende Aussprache angelassen. Sie zeigte ein großes lebendiges Interesse bei allen Parteien. Wir unsererseits legen nach der organisatorischen Seite des Volksbildungswesens den größten Wert darauf, daß den freien Bildungsorganisationen die Initiative und ein möglichst großes Maß der eigenen Arbeit verbleibt. Wir wollen also kein Volksbildungswesen, das durch Ministerialerlasse künstlich gezüchtet wird und in eine oft rein äußerliche Verbindung mit unseren deutschen Hochschulen gebracht wird. Wir sind in Preußen — um auch das einmal zu sagen — in **Volkshochschulfragen** durch eine schnelle Folge von Erlassen in eine Art von Treibhauskultur des Volkshochschulwesens geraten, eine Treibhauskultur, die bereits empfindliche Rückschläge und einen kühlen Nachtfrost erfahren hat. Wir verurteilen auch mit aller Schärfe die absonderliche Auffassung, als könne man Volksbildung großen Stils durch Neutralität erzwingen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

das heißt durch eine Loslösung von bestimmten Weltanschauungen. Nein, meine Damen und Herren, unsere Auffassung ist vielmehr die: nur im Zeichen einer festen, geschlossenen Weltanschauung läßt sich eine zielbewußte, großzügige Volksbildungsarbeit leisten.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Weiterhin ist für uns nach der sittlichen Seite die (B) Volksbildung nicht bloß die Mitteilung von Wissen und von Erkenntnissen, sondern auch und vor allem die Erziehung zur Persönlichkeit und nicht minder zum Gemeinschaftsgedanken. Gleichzeitig sind wir der Auffassung, meine Damen und Herren, daß eine vermehrte und gesteigerte Volksbildung dem niedergebrochenen Deutschland von heute besonders deshalb nottut, um uns aus dem Materialismus und aus großen physischen und seelischen Volkskrankheiten möglichst zu befreien, und deshalb nottut, um Klassengegensätze zu überwinden, um das soziale Verantwortungsgefühl des einzelnen, aber auch der Genossenschaftsbewegung, zu schärfen, schließlich auch nottut, damit wir Deutsche uns gegenseitig besser verstehen lernen. Wenn nämlich durch gesteigerte Volksbildung die Achtung vor der Weltanschauung des politischen Gegners wächst, so wäre damit unendlich viel erreicht; dann würden wir von der Volksbildungspolitik aus auch größere Toleranz auf dem Gebiete der Volksschulpolitik, auch in Sachen der Privatschulen und überhaupt in unserer ganzen Bildungspolitik lernen. Das wäre ein bedeutender Fortschritt.

Aber in diesem Zusammenhang muß ich noch etwas anderes sagen. Für unsere **Akademiker** ist es ein officium nobile, eine Ehrenpflicht, daß sie heute mehr denn je sich auch an der **Volksbildungsbewegung** als Volkserzieher beteiligen,

(sehr richtig! im Zentrum)

daß sie uns dabei helfen, soziale Brücken zu schlagen. Auch unsere Wissenschaft wird in dieser Hinsicht zu arbeiten haben. Unsere Wissenschaft wird sich nicht bloß sozialaristokratisch einstellen dürfen. Stärker als früher hat die Wissenschaft der Gegenwart sich zu sozialisieren.

Meine Damen und Herren! Im allgemeinen billigen wir die Erklärungen, die der Herr Staatssekretär Schulz im Hauptausschuß des Reichstags in Sachen der Volksbildungsfrage abgegeben hat. Wir begrüßen es auch, (C) daß ein **ständiger Ausschuß für Bildungswesen** eingerichtet ist. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. v. Delbrück sind wir der Auffassung, — und wir haben das bereits im Hauptausschuß ausgesprochen —, daß angesichts der großen Aufgaben, die die kulturpolitische Abteilung III zu erfüllen hat — dann, wenn man sich auf den Boden der Verfassung stellt —, eine Verstärkung des Personals doch eine wohlwollende Erwägung erfordert. Besonders möchten wir bitten, daß erwogen wird, die preußische Auskunftsstelle für Schulwesen dem Reichsministerium des Innern anzugliedern, wenn wir überhaupt einmal zu einer Reichsschulstatistik kommen sollen; die Reichsschulstatistik kann erst die Grundlage für eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen geben.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang habe ich noch kurz die **Deutsche Bücherei** zu erwähnen. Wir haben mit großem Bedenken diesem Etatposten zugestimmt. Nicht als ob wir kein Verständnis für die große Aufgabe hätten, die der Deutschen Bücherei seit ihrer Gründung gestellt ist; aber es ist das Eigenartige bei diesem Kulturunternehmen, daß sich inzwischen Ziele und Aufgabenkreis dieser Bücherei in mancher Hinsicht doch gewandelt haben. Deshalb möchten wir Wert darauf legen, beim nächsten Etat eine Denkschrift über die derzeitigen Arbeitsaufgaben dieses Instituts zu erhalten. Ich möchte aber auch aussprechen, daß die Literatur, die meiner Weltanschauung nahe steht, auf Grund meiner eigenen Kenntnis dieser Bibliothek nicht planmäßig und großzügig erfaßt wird, vor allen Dingen, was die hier einschlägige Literatur des Auslandes betrifft.

Meine Damen und Herren! Ich wende mich nun noch zu einigen anderen Etatposten. Beim Etattitel der Abteilung **Elsaß-Lothringen** stellten wir mit Bedauern fest, daß immer noch **4000 Beamte** nicht untergebracht worden sind. Mit Dank erkennen wir allerdings die Arbeit der (D) Ausgleichsstelle an, die im Ministerium des Innern besteht. Aber von dieser Stelle aus müssen wir gleichwohl immer wieder den Appell an die Länder, aber auch an die großen Gemeinden richten, dieser schwergeprüften Beamtenschaft bei der Stellenbesetzung möglichst wohlwollend gegenüberzutreten. Bei dem Gesetzentwurf, der über die Rechtslage und die Gehaltsverhältnisse der elsaß-lothringischen Beamten vorbereitet wird, sprechen wir noch einmal nachdrücklich den Wunsch aus, daß der großen Notlage der vertriebenen Straßburger Universitätsprofessoren Rechnung getragen wird, daß ihnen vor allen Dingen die Emeritierung vorbehalten bleibt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ebenso erfordert die bittere Notlage der elsaß-lothringischen Studienassessoren, die gerade in den letzten 14 Tagen in der deutschen Presse behandelt wurde, eine ernste und wohlwollende Nachprüfung.

Noch in einem andern Punkte haben wir uns mit der Beamtenpolitik bei diesem Etat beschäftigt, nämlich beim **Heimstättenamt für die deutsche Beamtenschaft**. Wir haben die geforderte Summe genehmigt. Wir haben es aber für zweckmäßiger gehalten, dieses Reichsheimstättenamt in eine Beratungsstelle für Beamtensiedelung überhaupt umzuwandeln. Denn es liegt im großen Interesse der Beamtenschaft, sich nicht zu stark auf den Begriff der Heimstätte festzulegen. Die Heimstätte ist ja immer ein mehr oder minder stark gebundener Besitz. Für die Beamten ist es viel wichtiger, möglichst schnell eine Dienstwohnung überhaupt zu bekommen. Sie legen den größten Wert darauf, in dieser schweren Zeit überhaupt zu einer Wohnung zu gelangen. Unsererseits wünschen wir aber, daß diese neue Beratungsstelle für Beamtenwesen in engste Beziehung zu den Wohnungsvereinen draußen im Lande tritt, die zum Beispiel in Rheinland

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) und Westfalen bereits Bedeutendes geleistet haben. In diesen Wohnungsvereinen haben ja auch Beamte an hervorragender Stelle mitgewirkt.

Schließlich begrüßen wir es überhaupt, wenn im Reichsministerium des Innern eine **Beamtenabteilung** eingebaut wird. Wir sprechen allerdings auch den Wunsch aus, da in den verschiedensten Reichsministerien Beamtenfragen bearbeitet werden, daß nun in der Tat die Beamtenstelle im Reichsministerium des Innern sich wirklich als federführend, als richtungweisend und als initiativgebend erweist. Sonst hätten wir eine Zersplitterung statt einer kraftvollen Zusammenfassung.

Meine Damen und Herren! Bei dem Betrage von einer halben Million Mark zur Förderung für die sittliche und gesundheitliche Hebung der Bestrebungen, die der Volkswohlfahrt dienen, erkennen wir die Notwendigkeit an, daß das Reich von sich aus stärker eingreift, wo die privaten Hilfen und Beihilfen heute angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Not versagen. Ich möchte aber mit allem Nachdruck den Wunsch aussprechen, daß gerade aus diesem Fonds die Bergarbeitersiedlungen in dem nordwestfälischen Zechengebiet jetzt bedacht werden. Diese Siedlungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die in erster Linie mit berufen sind, an der wirtschaftlichen Wiedererstarkung unseres Landes zu arbeiten, bedürfen der lebhaftesten Unterstützung.

In diesem Zusammenhang möchte ich an den Herrn Minister die Frage richten, wie weit es mit den Maßnahmen ist, die die körperliche Erziehung der Jugend betreffen, mit dem **Spielplatzgesetz**, das ja schon seit längerer Zeit im Reichsministerium des Innern vorbereitet werden sollte.

Ich wende mich nun kurz zu dem Etattitel von 40 Millionen, der die **Technische Nothilfe** betrifft. Wir wissen der Technischen Nothilfe großen Dank. Sie hat die

(B) Rettung von großen Volksvermögen vollzogen, mehr aber noch eigentlich zur Rettung von Volksgesundheit getan. Sie hat ein Stück großzügiger Charitaspolitik getrieben, wenn sie auch Kranken und Müttern, Frauen und Kindern zugute kam.

(Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Andererseits sind wir der Auffassung, daß es gut ist, daß keinem einzigen Mitglied der Technischen Nothilfe der Beamtencharakter zuerkannt ist. Denn wir sind der Auffassung, die technische Nothilfe ist in Wirklichkeit eine Notstandsorganisation, die einmal, wie jeder Notstand, überwunden werden muß. Ja, wir ersehnen den Zeitpunkt herbei, daß nun einmal an die Stelle der Technischen Nothilfe ein verfeinertes und gebessertes Schlichtungsverfahren und mehr noch ein gesteigertes soziales Verantwortlichkeitsgefühl tritt.

Meine Damen und Herren! Bei den einzelnen Etattiteln mögen noch so viele Unterschiede der Auffassung hervortreten, eine große Einmütigkeit bestand und besteht in Sachen des 20-Millionenfonds für die **Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.**

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Hier handelt es sich, um es einmal mit allem Nachdruck zu sagen, um nicht mehr und nicht weniger als um die Grundlagen unserer Kultur überhaupt. Denn wir stehen heute in einer wirtschaftlichen und in einer Personalkrisis unserer Hochschulen, wie sie unsere deutschen Universitäten noch nie erlebt haben. Die dem Etat beigegebene Denkschrift gibt ein erschütterndes Bild und führt es in einer Reihe von tiefernsten Einzelheiten aus. Ich möchte wünschen, daß diese Denkschrift in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Beachtung finden möge. Handelt es sich doch nicht bloß um diese oder jene Hochschule, um dieses oder jenes Laboratorium, um dieses oder jenes wissenschaftliche Werk, — nein, diese Denkschrift ist die ergreifende und dunkle Illustration zum Weltkrieg (C) und zum Friedensvertrag mit seinen Lasten. Um es mit einem Wort zu sagen: unsere Wissenschaft verarmt aus Mangel an Mitteln, aus Mangel an Nachwuchs. Eine Reihe von deutschen Forschungsunternehmen steht vor der Gefahr des Zusammenbruchs. Die Wissenschaft wandert zum Teil jetzt bereits in die Länder mit Goldwährung ab. Waren wir zum Beispiel früher führend auf dem Gebiete der Tuberkuloseforschung, so besteht die Gefahr, daß die Führung hinüber nach Amerika und anderwärts abgegeben wird. Geht die Wissenschaft aber derartig ins Ausland, fällt ein großes Stück deutscher Prestigestellung überhaupt, jener Vormachtstellung, die uns unter den Völkern der Erde wahrhaft groß machte. Das ist um so bedenklicher, als wir nach dem Zusammenbruch unserer militärischen und politischen Stellung ganz anders darauf angewiesen sind, den Völkern der Erde geistige und kulturelle Werte und Güter zu übermitteln. Man mag darüber streiten, ob wir noch eine politische Großmacht bedeuten; jedenfalls muß das Deutschland der Zukunft als eine Großmacht des Geistes und des Wissens erhalten bleiben.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir begrüßen darum die Rettungsaktion der Regierung, die 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat. Wir begrüßen auch die Organisation der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, besonders deshalb, weil sie bemüht ist, sich im Zeichen der kraftvollen wirtschaftlichen Selbsthilfe zu entwickeln. Und von dieser Stelle aus richten wir an alle Kreise des deutschen Volkes die Aufforderung — an Einzelpersonen wie an Verbände —: der Not der deutschen Wissenschaft zu steuern, indem man der Wissenschaft Beiträge und Beihilfen zuführt. Reichstag und Notgemeinschaft müssen hier zusammenwirken. Mein verehrter Herr Kollege Dr. Goetz von der demokratischen Partei hat bereits im (D) Hauptausschuß darauf hingewiesen, daß es sich wohl überlegen läßt, ob nicht Mitglieder und Sachverständige des Parlaments zu der Notgemeinschaft und ihrer Leitung in engere Beziehung und engere Fühlung treten.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn wir von der Not der deutschen Wissenschaft sprechen, gehen wir eigentlich über die engeren Fachkreise hinaus und denken überhaupt auch an die **Not der geistigen Arbeiter,** und es wird auch Aufgabe der Reichsregierung sein, dieser Verarmung ernsteste Aufmerksamkeit zu schenken. Bittere Not herrscht auch in den Kreisen unserer Hochschulstudierenden: Wohnungsnot, Mangel an Mitteln für Studienzwecke, Mangel an Mitteln für Beschaffung der Literatur, oft sehr mühsamer, bitterer Nebenerwerb, um das karge Leben zu fristen. Auch hier handelt es sich nicht bloß um den Notstand einer bestimmten Schicht oder Klasse, sondern um eine gesamtdeutsche Angelegenheit, um eine Weiterführung der deutschen Kultur auf unsere jüngere Generation. Auch hier müssen wir den Appell an die private Opferwilligkeit richten, und wir müssen von dieser Stelle den zahlreichen hilfsbereiten Gebern danken, die durch Beihilfen ihr soziales Empfinden gegenüber den Studierenden gezeigt haben.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß, und abschließend möchte ich die Feststellung machen: die Not der deutschen Wissenschaft ist keine ausschließlich deutsche Angelegenheit. In den letzten Wochen ist mehrfach der Gedanke erörtert worden, daß die wirtschaftliche Verkümmerung Deutschlands und Mitteleuropas eine Schädigung der gesamten europäischen Wirtschaftsführung, ja der Weltwirtschaft überhaupt bedeutet. Dieser Gedanke ist unzweifelhaft richtig. Aber was für das Wirtschaftsleben gilt: die nämliche Wahrheit gilt gleichzeitig

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) für die Weltwissenschaft und für die Weltkultur. Verkümmert die deutsche Wissenschaft, so erwächst der gesamten Menschheitskultur unermeßlicher Schade.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Das ist eine Auffassung, die auch in manchen Kreisen des Auslands Verständnis findet. Wir sind amerikanischen und japanischen Gelehrten dankbar, daß sie in ihrem Volk dafür geworben haben, daß die deutsche Wissenschaft nicht zugrunde geht. Es liegt in diesen Zuwendungen eine Anerkennung der großartigen kulturellen Leistungen der deutschen Wissenschaft für die gesamte Menschheitskultur der Vergangenheit und der Zukunft. Leider stehen in Sachen der internationalen Beziehungen die Dinge nicht so günstig, nicht so, wie mein Herr Kollege Dr. Braun sie optimistisch gedeutet hat. Noch müssen wir gegen eine Unmenge von Vorurteilen kämpfen, noch ist einer unserer führenden deutschen Astronomen, der in den letzten Wochen heimgegangen ist, der Astronom Förster, von der französischen Wissenschaft in Paris taktlos mißhandelt worden, und gegenüber dem Ausland und der Auslandswissenschaft, die unserer deutschen Wissenschaft, unserer deutschen Kultur verständnislos gegenüberstehen, müssen wir immer wieder sagen: alle Wissenschaft lebt nicht von der Vereinsamung, sondern von Wechselbeziehungen und von dem Wechselverkehr der Völker.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen nie und nimmer aufhören, dem Ausland zuzurufen, daß die Kultur Europas nicht lebt, wenn die deutsche Wissenschaft und die deutsche Kultur verkümmert und stirbt.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Everling.

(B) D. **Everling**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wer als vierter Redner zum Haushalt in dieser Halle der Wiederholungen sprechen muß, der muß sich sehr in acht nehmen, daß er nicht ein Opfer der Wiederholungen wird. Er kann sich vorkommen, wenn er auch nach Gestalt und Geschlecht nicht dazu paßt, wie jene freundliche Ruth aus der biblischen Geschichte, die hinter den Schnittern hergeht und noch einige Ähren sammelt. Nun ist zwar das **Feld des Reichsministeriums des Innern** groß und breit. Wer den Etat als fleißiger Abgeordneter durchblättert hat und sich darin umgesehen hat, wer auch nur den bisherigen Rednern, Herrn Abgeordneten Dr. Delbrück und dem sorgfältigen Referenten Herrn Abgeordneten Dr. Schreiber, gefolgt ist, der weiß, daß dieses Reichsministerium des Innern gleichsam den Deutschen begleitet von der Wiege bis zur Bahre mit schützenden, fördernden und bildenden Maßnahmen. Kaum ist man geboren, da steht auch das Reichsamt des Innern da und wehrt die Säuglingssterblichkeit ab. Es gibt dafür Millionen aus. Wenn man heranwächst, macht es Gesetze für die Schule. Allerdings: der Junge darf nicht zu rasch heranwachsen, sonst könnte es passieren, daß er schulpflichtig ist, ehe das Reichsschulgesetz fertig ist.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Dann macht es Gesetze für die Lehrerbildung; allerdings darf auch hier der Junge nicht zu rasch anspruchsvoll sein; denn es könnte kommen, daß das Gesetz für die Lehrerbildung noch nicht fertig ist, wenn der Junge den Drang hat, einen Lehrer zu haben. Dann nimmt es sich der Jugendwohlfahrt an; dann regelt es das Fortbildungsschulwesen; dann ist das Amt besorgt für die gesundheitliche und für die sittliche Fortbildung durch sein treffliches Gesundheitsamt. Es bekämpft die neue, furchtbare Volksgeißel der Tuberkulose, es fördert wissenschaftliche und künstlerische Bestrebungen, es sorgt für (C) Akademien, für Museen, für Volksbildung und, wie der etwas verunglückte Name für eine sehr gute Sache lautet, für Volkshochschulen.

Das Amt hat auch eine tieftraurige Aufgabe. Wenn man sie ansieht und die Aufwendungen, die es dafür machen muß, dann kommt einem das ganze Leid und die ganze Not unseres Volkes neu zum Bewußtsein: die Aufgabe der **Kriegergräberfürsorge**, die zum Trost den Hinterbliebenen dienen soll und zur Ehre denen, die für uns die sittliche Opfertat getan und ihr Leben fürs Vaterland gelassen. Wie ich im Ausschuß hörte, finden jetzt Verhandlungen darüber statt, daß die Kriegergräber, die ja bei uns zum größten Teil im Ausland sind, besucht werden können, auch Verhandlungen, daß wenigstens Photographien von den Kriegergräbern ausgetauscht werden können. Sicherlich auch eine Art Trost für die, die Väter, Brüder und Söhne zu beklagen haben.

Dann sorgt das Reichsministerium des Innern für die **deutsche Bücherei.** Es schafft ein neues Reichsarchiv in Potsdam und damit Unterlagen für die deutsche Geschichtsschreibung. Es geht in Einzelheiten: es will Grimms Wörterbuch vollenden helfen, es fördert sogar — das wird mancher nicht wissen — das „Septuaginta-Unternehmen". Ein Kollege hier im Reichstag, der so viel Bildung hat, daß er es riskieren konnte, bei einer Frage einmal dumm zu erscheinen, hat mich gefragt: was ist das eigentlich, ein Septuaginta-Unternehmen? Sie sehen, daß die wissenschaftlichen Hilfeleistungen weitgehend sind.

Dann die Physikalisch-Technische Reichsanstalt, die eine treffliche Denkschrift herausgegeben hat, von der ich nun allerdings wieder gestehen muß, daß ich sie nicht in jeder Hinsicht verstehen kann. Ferner liegt die Unterstützung der Notgemeinschaft, der Wissenschaft von der eben ausführlich gesprochen worden ist, mit 20 Millionen Mark vor.

(D) Wenn Sie dabei würdigen, meine Damen und Herren, daß dazu noch künstlerische Bestrebungen gefördert werden, dann wissen Sie, wie umfangreich dieses Amt ist. Wir haben jetzt einen wahrhaftigen, leibhaftigen **Reichskunstwart,** der uns nicht nur hart bedrängte Adler zeichnet, sondern neulich auch etwas von dem Adlerflug seiner Gedanken im Ausschuß spüren ließ, wie er sich die künstlerische Betätigung im Reich und bei den Aufaben des Reichs denkt.

Aber das Ministerium des Innern weiß auch, daß der Mensch nicht von Wissenschaft und Kunst allein lebt — so freudig ich auch dem Redner der Sozialdemokratie, Herrn Dr. Braun, darin beistimme, daß wir diesen geschichtlich wertvollen Reichtum in der Notzeit unserer Tage unter keinen Umständen verkümmern lassen dürfen —, ich sage: das Ministerium weiß, daß wir noch anderes nötig haben. Es sorgt für Rechtssicherheit, es sorgt für die lebenswichtigen Betriebe, es sorgt für die Zufuhr der Lebensmittel zu Wasser und zu Lande durch seinen Reichswasserschutz, für den es 50 Millionen ausgibt, polizeilichen Schutz, für den es $1^{1}/_{4}$ Milliarden ausgibt, etwa vier Fünftel dessen, was die Polizei im Deutschen Reiche kostet, die Technische Nothilfe, für die 40 Millionen ausgegeben werden; und es liest sich wirklich wie ein trauriges Kapitel aus der Unkultur unserer wirren Zeit, wenn in der trefflichen Denkschrift mitgeteilt wird, daß diese 40 Millionen für Wasserschutz mehr als doppelt eingekommen sind durch die Erfassung tatsächlicher Werte, die bei Nacht und Nebel auf dem Wasser verschoben werden sollten.

Dieses und noch vieles andere, was ich nicht mehr aufzählen will, tut das Ministerium des Innern. Da kann man wohl sagen, daß ein Minister, der darüber wachen muß, daß aus allen diesen Töpfen für unser Volk

(D. Everling, Abgeordneter.)

(A) nahrhafte und schmackhafte Speise zubereitet wird, schon ein guter Koch sein muß. Wir haben im Ausschuß in sieben vielstündigen Sitzungen und gestern hier im Saale nachgeprüft, ob dieser unser Minister Koch wirklich ein guter Koch ist. Im allgemeinen kann man ja sagen, daß er im Ausschuß die Prüfung bestanden hat und hoffentlich aus dieser Prüfung hie und da, namentlich nach einigen Bemerkungen von mir, noch etwas geläutert hervorgehen wird.

Man hat zunächst den Herrn Minister Koch gefragt: Ist dein Haushalt auch übersichtlich und durchsichtig? Das kann niemand behaupten, und ich glaube, daß es auch der Herr Minister selbst nicht behaupten wird. Es soll kein Vorwurf sein, das hier Wesentliches und Unwesentliches, Kulturelles und Polizeiliches etwas durcheinander gewirbelt wird. Krieg und Umwälzung haben viele neue Aufgaben gebracht, und so wurde Altes neben das Neue gestellt. Ich möchte bitten, daß für den **Haushalt** 1922 — für 1921 wird es ja nicht gehen, weil da nur eine Art Nothaushalt gemacht wird — eine **bessere Übersicht** angestrebt und verwirklicht wird.

Sodann hat man an den Herrn Minister die Frage gerichtet: Übt der Herr Minister denn auch die **Sparsamkeit**, die jetzt in jedem deutschen Haushalt und erst recht in jedem deutschen Reichshaushalt ein Gebot der Stunde ist? Gestern haben wir erlebt, daß zwischen dem früheren Minister des alten Reichsamts des Innern und dem jetzigen Herrn Minister eine Meinungsverschiedenheit darüber herrschte, ob der mögliche und nötige Grad von Sparsamkeit erreicht ist. Mit einer gewissen Genugtuung konnte der Herr Minister des Innern darauf hinweisen, daß trotz der tagelangen Prüfung seines Haushalts nur an zwei Stellen Abstriche gemacht wurden und daß bei der einen Stelle, beim Reichswanderungsamt, sofort lebhafter Widerspruch im Lande gegen die Abstriche einsetzte. Es (B) ist auch für den Haushaltsausschuß — das müssen wir uns sagen — ungemein schwer, die Notwendigkeit der angeforderten Stellen und Einrichtungen eines Ministeriums wirklich festzustellen. Vielleicht darf ich auch die neuen Kollegen, die jetzt aus Ostpreußen und Schleswig-Holstein hergekommen sind und hier die parlamentarischen Flitterwochen erleben, darauf hinweisen, daß ein Mitglied des Reichstags, das nach einem Wahlkampf hier mit dem Hochgefühl landet, nunmehr der 468. Teil der Verkörperung der deutschen Volkssouveränität zu sein — soweit es noch eine deutsche Volkssouveränität gibt —, noch längst nicht in der Lage ist, in diesen **Riesenapparat der Reichsverwaltung** wirklich hineinzuleuchten. Man tappt da vielfach im Dunkeln. Man müßte schon in jedem Amt jeden Beamten beobachten können, um zu wissen, ob er wirklich für die Bewältigung der Aufgaben nötig ist. Man müßte vor allem wissen, wie oft dieselbe Aufgabe in den verschiedenen Ministerien bearbeitet wird, wie oft dieselbe Arbeit mehrfach geleistet wird. Man müßte vor allem ermessen können, wie die vermehrte Anstellung von Beamten automatisch auch die Arbeit innerhalb der einzelnen Ämter wieder vermehrt; durch das Dasein neuer Beamten entsteht auch neue Arbeit. Das alles müßte man wissen, um sich ein wirkliches Urteil bilden zu können. Ich habe mir gedacht, wenn in dieser neuen parlamentarischen Zeit später einmal Minister wieder zu Abgeordneten werden und in die Verhandlungen hineinkommen, würden diese so erleuchtet sein, daß sie besser als der Durchschnittsabgeordnete in der Lage wären, ihr volles, gutes, wohlbegründetes Urteil auszusprechen. Aber bis jetzt habe ich davon auch noch keinen besonderen Eindruck gehabt. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß es mir fern liegt, etwa den Fleiß, die Pflichttreue und den Arbeitseifer unserer Beamten und Angestellten in dem großen Reichsapparat irgendwie bezweifeln zu wollen.

Freilich, wenn ich das einmal einschieben darf — es (C) ist nur eine Einzelheit, der Herr Minister würde vielleicht sagen: eine Kleinigkeit —, habe ich an etlichen Tagen hier im **Reichstag** den Eindruck, daß die Herren in den Reichsämtern recht viel Zeit haben. Wenn nämlich ein **sogenannter großer Tag** ist, dann haben wir hier auf dem Podium einen Anblick, der nach meiner Meinung nicht gerade erhebend und würdig wirkt.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dann häufen sich hier die **Mitglieder aus den Reichsämtern** in einer Weise, daß einer den anderen fast herunterstößt; das Podium bricht beinahe zusammen. Ich kann es ja verstehen, daß an solchen Tagen die Herren Minister mit einem größerem Gefolge erscheinen wollen und daß manche Herreu hier sein wollen und sein müssen. Aber ich habe wiederum den Eindruck, daß dann eine Fülle von jungen Leuten hier sind, die hier kaum etwas zu suchen haben, und ich möchte glauben, daß da eigentlich mehr Neugier als Notwendigkeit vorliegt. Ich bitte den Herrn Minister und seine Herren Kollegen dafür zu sorgen, daß sich dieser unzweckmäßige und wenig würdige Zustand nicht etwa übermorgen wiederholt.

Aber abgesehen von dieser Kleinigkeit und Einzelheit, meine ich, muß der Minister selbst als energische Persönlichkeit mit organisatorischer Begabung die Ausdehnung der Ämter auf das rechte Maß zurückführen. Der Versuch mit dem Sparsamkeitskommissar scheint ja einigermaßen gescheitert. Ob nicht doch, wie der Herr Abgeordnete Dr. v. Delbrück sich ausdrückte, die übermäßige parlamentarische Regierungsart, die auch nicht mein Ideal ist, dazu beiträgt, daß der **Beamtenapparat** in dieser Weise anschwillt? Jedenfalls meine ich, daß heutzutage viel zu viel mit dem Sitzfleisch regiert wird; wir sitzen viel zu viel, und allzuviel Köche verderben den Brei. Darum möchte ich den Herrn Minister bitten, aus den mancherlei Erkenntnissen, die aus seiner Rede (D) und Antwort hervorleuchten, die rechten Folgerungen zu ziehen und uns bald praktische Vorschläge zu machen, wie er sich die „Veredlung des Parlamentarismus“, von der er sprach, denkt. Jetzt ist es Pflicht jedes Reichsministers, nicht nur gedrängt vom Reichstag, sondern bewogen durch die Not der Zeit, auf die gebotene Vereinfachung der Reichsverwaltung hinzusteuern. In manchen Titeln unseres Reichsamts des Innern stehen die Worte „künftig wegfallend“. Ich würde es nicht bedauern, wenn wir im Haushalt für 1922 diese Bemerkung noch häufiger finden.

Wo aber dringend gebotene Aufgaben vorliegen, da müssen die nötigen Kräfte eingestellt werden. Dieser Ansicht ist ja auch der Haushaltsausschuß gewesen, als er die Entschließung faßte, daß die **Beamten der Landesvermessung** in den Haushalt für 1921 aufzunehmen seien. Ich will mich an dieser Stelle und in dieser Stunde über die Entstehung dieser Behörde und die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, die Landesvermessung einheitlicher im Reiche zu gestalten, nicht näher aussprechen, möchte aber im Auftrag meiner Fraktion dringend bitten, die in dem vorliegenden vereinfachten Haushalt für 1921 noch nicht vollzogene Aufführung der Beamten der Landesvermessung durch einen Nachtragsetat zu bewirken. Alten lebenswichtigen Behörden — und das ist diese, wenn sie auch in neuer Aufmachung erscheint — und alten bewährten Reichsbeamten — zur Beruhigung mancher Kreise möchte ich nur sagen, es sind nur 17 Offiziere unter den 248 Beamten — kann man ihre Rechtsgrundlage nicht vorenthalten, zumal wenn wesentliche Mehrkosten dadurch kaum entstehen.

Auch beim **Reichswanderungsamt** scheint uns der beschlossene Abstrich noch nicht spruchreif und noch nicht haltbar. Die mehrfach erwähnte Besprechung über die

(D. Everling, Abgeordneter.)

(A) Stellung des Reichswanderungsamts oder des Auswanderungswesens im Reichsamt des Innern vom 22. Februar, der auch ich beiwohnte, haben uns gezeigt, daß man gut tun wird, augenblicklich am Reichswanderungsamt nichts Wesentliches zu ändern.

(Abgeordneter Stücklen: Das war ja Komödie, das war alles bestellte Arbeit!)

— Das weiß ich nicht, ich habe die Arbeit nicht bestellt; aber, Herr Kollege, ich habe in der Sitzung den Eindruck gehabt, daß die Vertreter aller Organisationen mit größter Wärme für das Amt eingetreten sind. Ich erinnere daran, daß die Vertreter aller Gewerkschaften, nicht nur der christlichen, sondern auch der freien Gewerkschaften,

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

aufs allerwärmste dafür eingetreten sind, ebenso Vertreter der konfessionellen Vereinigungen; ja, der Vertreter des Raphaelvereins zum Beispiel verlangte in dieser Sitzung nicht nur ein Reichswanderungsamt, sondern sogar ein Reichsministerium, wofür ich mich allerdings nicht entschließen könnte. Die öffentlichen Preßfehden, die wegen des Amts eingesetzt haben, und die von Freunden und Gegnern des Amts nicht immer in sachlicher Weise geführt wurden, haben uns nicht zur Stellungnahme veranlaßt, sondern die in der Sache selbst liegenden Gründe.

Besonders dankbar begrüße ich es, daß der Herr Minister gestern so entschieden gegen die **Zerschlagung Preußens** sich ausgesprochen hat. Schon um der besetzten Gebiete willen, deren wir in diesen Tagen erneut mit besonderer Liebe und Dankbarkeit gedenken, deren ich als geborener Rheinländer ganz besonders warm mit traurigem Herzen gedenke, muß man jetzt, wie der Herr Minister richtig gesagt hat, jede unnötige Beunruhigung vermeiden, und das warme und entschiedene Wort des Herrn Ministers für die Pflichttreue der Beamten in den besetzten Gebieten, (B) die soviel angefochten werden, findet in unseren Herzen ein lebhaftes dankbares Echo.

Die Arbeit, die an unseren Landsleuten aus Elsaß-Lothringen im Reichsministerium des Innern geleistet wird, verfolgen wir mit herzlicher Teilnahme. Wer in Straßburg studiert hat, wer oft vor dem Straßburger Münster gestanden hat, diesem Stein gewordenen deutschen Künstlertraum, und wer von dort zur Universität mit ihrem vornehmen Lichthof gewandert ist, der möchte dringend wünschen, daß man sich auch der letzten **Straßburger Professoren** annehmen wolle, die in langer treuer Arbeit dem Reiche gedient und noch keine endgültige Anstellung gefunden haben. Dankbar ist es ja anzuerkennen, daß man sich die größte Mühe gegeben hat, den meisten eine neue Tätigkeit zu verschaffen. Insbesondere aber sollte älteren Professoren das wohlerworbene Recht der Emeritierung zuerkannt werden, nicht nur der Pensionierung. Es handelt sich da um eine Ehrenpflicht, die mit geringen Mitteln den verdienten Pionieren deutscher Kultur gegenüber geübt werden muß.

Auch möchte ich den Herrn Minister bitten, dabei mitzuwirken, daß nicht die deutsche Jugend aus den besetzten Gebieten in das deutsche Elsaß und nach Frankreich als **Fremdenlegionäre** verschleppt wird. Jedenfalls sollte man verhüten, daß Lichtbilder in Deutschland gezeigt werden, die einen Anreiz für die Fremdenlegion bilden.

Was die Lichtbilder selbst angeht, so meinte Herr Dr. Braun, es werde das Lichtbild zuviel mit der Polizei bedroht. Wie steht es denn tatsächlich? Bis Ende 1920 sind in Berlin von 1000 **Bildstreifen** nur 100 verboten worden. Und aus 172 Bildstreifen sind etliche Stücke entfernt worden. In München sind in der Prüfstelle von 173 Bildstreifen nur 3 verboten worden. Das sieht doch nicht so aus, als ob die Polizei allzusehr hinter den Bildstreifen her wäre. Freunde und Kenner unseres Volkslebens, unserer deutschen Jugend und des Lichtspiels aber (C) sind der Meinung, daß vielfach noch entschiedener eingegriffen werden könnte, obwohl ich auch mit dem Herrn Minister der Meinung bin, daß die Tatsache, daß eine Oberprüfstelle besteht, manche Auswüchse schon an sich verhindert.

Eine Maßnahme des Ministeriums muß ich aber als unzweckmäßig und als verfassungswidrig bezeichnen. Auf Grund des Art. 148 der Verfassung soll jedem Schüler bei Beendigung der Schulpflicht, wie es in der Verfassung wörtlich heißt, ein **Abdruck der Verfassung** beigegeben werden. Nun gibt man den **Schulen** dieses Buch, das jährlich einen Gesamtaufwand von 1 700 000 Mark verursacht.

(Hört! Hört! rechts.)

Dieses Buch trägt auf dem Deckel einen Adler, den ich hier nicht näher kennzeichnen will. Sie wissen, daß Zoologen ihn als „erschreckten Papagei" bezeichnet haben.

(Sehr wahr! — Heiterkeit.)

Innen enthält das Buch eine **„Einführung"** in die Reichsverfassung. Das scheint mir der Verfassung selbst zu widerstreben. Nur einen Abdruck sollen unsere Schüler bekommen. Nur die Verfassung als solche, aber kein Werturteil über die Verfassung soll ihnen in die Hand gegeben werden. Ich halte daher diese „Einführung" für unzulässig und auch für unzweckmäßig. Gewiß leben wir unter dieser Verfassung; gewiß regieren wir nach dieser Verfassung; gewiß wünschen wir nicht, daß diese Verfassung mit Gewalt geändert werde; gewiß können wir auch anerkennen, daß es für unser deutsches Volk gut ist, daß es bald in Form einer solchen Verfassung eine neue Rechtsgrundlage gefunden hat. Alles das ändert doch nichts an der Tatsache, daß weiteste Kreise unseres Volkes — rechts und links und auch in der Mitte — mit dieser Verfassung nicht einverstanden sind und innerlich von ihr abweichen. (D)

(Zurufe bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

— Ich habe zum erstenmal die Ehre, über dieses Buch zu sprechen, und ich sage: es ist nach meiner Meinung unzulässig und unzweckmäßig, daß man hier ein Werturteil über die Verfassung den Schülern in die Hand gibt.

Ich möchte Sie daher, auch Sie, Herr Kollege Dernburg — aus Ihren Kreisen kam ja der Zuruf — bitten, daß Sie den zufälligen Vorteil, den Sie davon haben, daß im wesentlichen die Auffassung der Deutschen Demokratischen Partei der „Einführung in Verfassung" zugrundeliegt, nicht so hoch einschätzen, daß Sie nicht grundsätzlich mit mir darüber übereinstimmen, daß es nur darauf ankommt, der Verfassung entsprechend zu handeln. Gewiß, Herr Preuß hat sich Mühe gegeben, objektiv zu sein. Es steht manches Gute in dieser Einführung, namentlich schöne Zitate von unseren Dichtern. Das soll anerkannt werden. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß es sich — ich will mal sagen — gleichsam um eine deutschdemokratische Wahlrede im höheren Stile handelt.

(Zustimmung rechts.)

Ich habe deshalb im Ausschuß den Antrag gestellt, daß künftig die Reichsverfassung ohne das Werturteil einer solchen Einführung verteilt wird. Leider ist dieser Antrag abgelehnt worden. Ich habe gesehen, daß er von anderer Seite hier im Plenum wieder gestellt wird. Wir werden dafür stimmen. Ich möchte aber diejenigen bitten, die glauben, einen augenblicklichen Vorteil von der jetzigen Art der Verteilung zu haben, sich auf den grundsätzlichen, allein richtigen und zweckmäßigen Standpunkt zu stellen und zu beschließen, daß künftig nur der bloße Abdruck gegeben wird.

Denken Sie einmal, es kommt infolge der fortschreitenden Rechtsentwicklung, die zuerst im Juni ein-

(D. **Everling**, Abgeordneter.)

(A) gesetzt und sich dann in den Preußenwahlen fortgesetzt hat, dazu, daß wir eine Regierung nur aus den Rechtsparteien haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die machen mit der Verfassung ein Ende!)

— Das kann kommen! Sie sind ja kein Prophet, Herr Abgeordneter Hoch, ich auch nicht; aber kommen kann eine Rechtsmehrheit, und ich glaube, es wird eine Regierung kommen, die aber noch nicht so stark ist, daß sie die Verfassung abändern kann, weil sie nicht eine Zweidrittelmehrheit hat, die aber dann den Schülern eine Verfassnng in die Hand geben wird mit ihrem Werturteil über die Verfassung. Was dann? — Also halten wir uns lieber an die Verfassung, und ich bitte Sie, Herr Minister, zu veranlassen, daß in künftigen Jahren dieses Büchlein nur als reiner Abdruck der Verfassung verteilt wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Noch in einer anderen, für mich viel wichtigeren Frage muß ich dem Herrn Minister widersprechen, nämlich in der Auslegung des Art. 149 der Reichsverfassung. Sie wissen, daß in diesem Artikel der **Religionsunterricht** ein ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen genannt wird.

> Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt.

Also der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach. Darum fordern wir, daß in Schulen, in denen der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, also in allen nichtweltlichen Schulen, die Schüler an diesem Unterricht teilzunehmen haben, soweit nicht die Erziehungsberechtigten eine ausdrückliche Abmeldung erklären.

(B) (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wo steht das?!)

— In der Verfassung steht es!

(Widerspruch und Zurufe: Folgender Absatz!)

— Ich werde auch diesen nächsten Absatz vorlesen! Dort steht:

> Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.

(Na also! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

— Daraus kann man doch nicht folgern, daß nun erst eine Anmeldung zum Religionsunterricht zu erfolgen hat, denn der Religionsunterricht ist doch ordentliches Lehrfach! Hat denn der Ausdruck „ordentliches Lehrfach" einen Sinn oder hat er keinen?

(Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ich habe ja als Gesetzgeber der Weimarer Nationalversammlung nicht angehört, habe mich aber bei sehr vielen Mitgliedern erkundigt, die an den Verhandlungen des Verfassungsausschusses in Weimar teilgenommen haben, bei bedeutenden Menschen

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

— ich weiß nicht, verehrte Frau Kollegin, ob Sie dem Ausschuß angehört haben! —, und alle haben mir erklärt, daß darüber kein Zweifel bestehen kann, daß man durch den Ausdruck „ordentliches Lehrfach" bestimmen wollte, daß nur eine Abmeldung vom Religionsunterricht in den Schulen, in denen überhaupt Religionsunterricht erteilt wird, nötig ist, aber keine Anmeldung. Das ist ja auch schultechnisch allein möglich.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

(C) Denken Sie sich einen Lehrer in einer Großstadt, der 60 Kinder unter sich hat. Er kommt in die Religionsstunde, angemeldet hat niemand das Kind, abgemeldet auch nicht — was soll der Lehrer tun? Dann muß doch irgendeine Willenskundgebung vorliegen.

(Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Dann hält er keinen Religionsunterricht? Aber Sie wissen ja ganz genau, daß dann Schwierigkeiten entstehen können, die unüberwindlich sind.

(Widerspruch und andauernde Zurufe von den Sozialdemokraten: Schwäche!)

— Aus meiner Rede spricht keine Schwäche, aus meiner Rede spricht die Liebe zum deutschen Volk, dem ich die religiöse Unterlage seines Lebens erhalten möchte! Aus meiner Rede spricht die Erkenntnis, daß wir ganz plötzlich alles in der Schule auf den Kopf stellen sollen.

(Mehrfache Zurufe!)

Bisher war der Religionsunterricht das gegebene, und man mußte darum kämpfen, wenn jemand den Religionsunterricht nicht besuchen wollte. Ich bin auch heute noch der Meinung, wie innerlich auch jemand zum religiösen Glauben steht, daß es überhaupt kaum möglich ist, daß ein Kind sich in unserer Kulturwelt zurechtfindet, wenn es nicht in irgendeiner Form und Weise in unsere religiöse Auffassung eingeführt wird.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: In die Ihrige!)

— Haben Sie eine andere Kulturwelt? Dann möchte ich sie mal sehen. Ist es vielleicht die, die Sie seit dem 9. November haben, dann danke ich dafür! — Ich meine, es geht nicht an, ohne Not einen solchen Kampf und eine solche Umkehr der Verhältnisse herbeizuführen.

Der Herr Minister hat gemeint, diese Angelegenheit sei eine Kleinigkeit. Damit haben Sie gezeigt, Herr Minister, daß Sie nicht wissen, daß auf diesem Gebiete in weitesten Kreisen des deutschen Volks, bei Millionen (D) und aber Millionen, erwartet und gefordert wird, daß man in den Schulen überhaupt Religionsunterricht erteilt und den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach bestehen läßt. Der Herr Minister hat sich allerdings sofort verbessert und gemeint, es sei nicht eine „Kleinigkeit", sondern eine „Einzelheit". Ich hoffe, darin ein Zugeständnis sehen zu dürfen, und möchte glauben, daß das bevorstehende **Reichsschulgesetz** der Ort ist, wo eine authentische Interpretation der Reichsverfassung in dem Sinne, wie ich sie genannt habe, stattfindet. Das Reichsschulgesetz soll ja in der nächsten Zeit behandelt werden, nach Zeitungsnachrichten liegt es dem Reichsrat vor. Die Schwierigkeiten dieser Gesetzgebung sind so, daß da große Kämpfe mit tiefen Leidenschaften entfacht werden können. Deshalb bitte ich dringend, der großen Mehrheit des deutschen Volks, die bis weit in die Reihen derjenigen hinein, die hier links sitzen und die Sie (nach links) wählen, den Religionsunterricht will, nicht den Fehdehandschuh hinzuwerfen, sondern im Geiste des Aufbaus und der Beruhigung, von der gestern der Herr Minister sprach, dieses Gesetz zu machen. Auch wir werden darin nach Kräften gern mitwirken. Wir wollen nicht das Neue, das werden will

(Zuruf bei den Sozialdemokraten)

— lassen Sie mich doch aussprechen! — und das sich mit der gesunden Entwicklung vereinigen läßt, etwa vorurteilsvoll von vornherein verwerfen. Damit sind Sie doch einverstanden; das wollen wir nicht.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Es wird Ihnen auch nichts helfen!)

Wir wollen aber auch das geschichtlich Gewordene mit seinen Lebens- und Ewigkeitswerten nicht verschleudern, und darum, Herr Minister, helfen Sie uns, daß uns eine vertrauensvolle Mitarbeit an den großen und schönen

(D. **Everling**, Abgeordneter.)

(A) Aufgaben, die Ihr Ministerium für unser Volk hat, freudig möglich ist! Das ist gerade jetzt wichtig.

Meine Damen und Herren! Der unglückliche Kriegsausgang und die mit ihm einsetzende **Umwälzung** hat ja im deutschen Lande eine große **Verwirrung der Geister** und Gemüter gebracht. Plötzlich sind mehr denn je — das wird jeder von Ihnen zugeben müssen — mit geradezu elementarer Wucht alle schweren und strittigen Fragen des menschlichen Gemeinschaftslebens unter uns Deutschen aufgeweckt, aufgerüttelt, man möchte bald sagen: aufgepeitscht worden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Früher hat man sie unterdrückt!)

— Man hat sie nicht unterdrückt, sie waren auch früher da, aber sie sind in diesen unruhigen Zeiten mit elementarer Wucht geradezu aufgepeitscht worden. Es fehlt uns an Klarheit und Kraft, an Einsicht und an Einheit der Gesinnung, um diese schweren, viel umstrittenen Fragen zu lösen. Bei uns ist fast alles umstritten. Wir haben keine gemeinsame Beurteilung der Vergangenheit, wir wissen keine gemeinsame Rettung für die Zukunft. Aus dieser Verwirrung aber muß das deutsche Volk in dieser Zeit der Not einen Weg suchen und finden, damit aus dem uneinigen Haufen von Menschen jetzt erst recht wieder ein deutsches Volk wird, damit der Deutsche wieder den Deutschen versteht.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Minister sprach gestern von der **Einheit der deutschen Kultur,** er sprach mit einem Optimismus davon, von dem ich wünschte, ich hätte ihn auch. Wir sehen, daß wir eine Einerleiheit der Kultur nach unserer ganzen deutschen Eigenart und Geistesart nicht haben; dazu sind wir schon konfessionell zu zerklüftet, dazu sind schon viel zu viel verschiedenartige Stämme im Deutschen Reiche. Eine einheitliche Kulturentwicklung nicht, aber eine größere

(B) Einheit der Kultur und Einigkeit der Kultur — da hat der Herr Minister recht — müssen wir als Ziel uns vor Augen stellen. Gerade das ist die Aufgabe und das herrliche Ziel des Reichsamts des Innern, diesen Willen und Weg zur Einheit und Einigkeit der deutschen Kultur zu zeigen und die **Einigkeit** zu fördern und nicht zu stören. Da kann ein hochsinniger Mann mit weitblickenden Mitarbeitern vieles tun zur sittlichen Vertiefung, zur Verständigung und zur sittlichen Erneuerung. Herr Minister, wenn das Ihr Ziel ist, werden Sie uns an Ihrer Seite sehen, und ich bin überzeugt, je grausamer die Feinde uns jetzt behandeln, je mehr sie auf uns einhauen, um so eher wird der Tag kommen, wo der Deutsche wieder den Deutschen versteht und wo wirklich aus einem uneinigen Haufen ein deutsches Volk wird, und um so mehr wird die Vorsehung uns helfen — und ich meine, sie ist schon dabei —, unser deutsches Volk wieder emporzuentwickeln auf dem harten, schweren Wege, auf dem harten Weg gemeinsamer Not und gemeinsamen Leidens, und es scheint, als ob in der deutschen Geschichte immer wieder die Tage gemeinsamer Not und gemeinsamen Leidens kommen müssen, um uns zusammenzubringen.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Deutschen Volkspartei und auf den Tribünen. — Unruhe links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Das Beifallklatschen gehört nicht zu den im Hause üblichen Kundgebungen. Der Tribüne aber muß ich jede Teilnahme daran untersagen; wir müßten sie sonst räumen lassen.

Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren: So wenig Veranlassung mir im ganzen die Reden der beiden letzten Herren Vorredner zu einer Erwiderung geben und so dankbar ich ihnen im allgemeinen (C) sein kann für die Anerkennung, die sie meinem Ministerium gezollt haben, so sehr drängt es mich auf der anderen Seite, mich alsbald über die beiden Meinungsverschiedenheiten mit dem letzten Herrn Vorredner auseinanderzusetzen, die er aufgeworfen hat.

Was zunächst die **Erteilung des Religionsunterrichts** angeht, so habe ich auch in meinen Erklärungen im Reichsschulausschuß niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich es mit dem Sinn und dem Willen der Verfassung besser vereinbar halte, wenn die Erklärung negativ verlangt wird, als wenn sie positiv verlangt wird. Wenn ich gestern sagte, daß dies eine Kleinigkeit oder Einzelheit sei, so war im Zusammenhang meiner Ausführungen vollkommen klar, daß ich sagen wollte, daß sie im Vergleich zu den grundlegenden dem Reich durch die Verfassung zugewiesenen Aufgaben auf diesem Gebiet unter diejenigen Einzelheiten zu befassen sei, bei denen grundsätzlich das Reich es für richtig halten müsse, der Landesverwaltung, die ja den ganzen Verwaltungsapparat und die Ausführung in der Hand hat, solange es möglich sei, freie Hand zu lassen.

Worauf es heute in der Auseinandersetzung zwischen uns ankommt, ist doch lediglich die Frage, ob das Vorgehen eines Landes, das eine positive Erklärung anstatt einer negativen vorschreibt, als verfassungswidrig zu bezeichnen ist oder nicht. Und da kann ich allerdings nur sagen, daß nach den Beratungen, die damals bei dem Erlaß der Verfassung stattgefunden haben, ebenso wie nach Wortlaut und Sinn der Verfassung ich nicht in der Lage bin, ein Land, das die Erklärung der Beteiligung verlangt, des Verfassungsbruches zu zeihen. Ich hätte nur dann das Recht und die Möglichkeit, gegenüber einem solchen Lande einzuschreiten, wenn ich wüßte, daß die daraufhin von dem Lande gegen mein Vorgehen erhobene Beschwerde vom Reichsgericht — später von den besonders dazu ein- (D) gesetzten Gerichten — verworfen werden würde. Ich kann nur erklären, daß die Verfassungskenner meines Ministeriums sich sämtlich darüber einig sind, daß ich in einem solchen Streit von dem Reichsgericht unrecht bekommen würde, nicht etwa in dem Sinne unrecht, als ob die Länder mit ihrer Anordnung die einzig mögliche Auslegung der Verfassung träfen, aber wohl in dem Sinne, daß man nicht von einem Verfassungsbruch sprechen kann. Wenn Sie bei Ihrer Auslegung beharren, wenn also nach dieser Richtung hin tatsächlich eine Festlegung durch das Reich gewünscht wird, so ist dafür nur die Möglichkeit der reichsgesetzlichen Regelung. Es ist aber nicht die Möglichkeit gegeben, daß ein Reichsminister auf Grund der Verfassung denjenigen, der anders handelt, als es hier im allgemeinen als zweckmäßig anerkannt wird, wegen Verfassungsbruchs zur Ordnung ruft. Es kann keine Rede davon sein, daß ich in dieser Hinsicht einschreiten könnte. Ich würde mich vielmehr nicht als der berufene Hüter der Verfassung verhalten, wenn ich versuchen würde, in diesem Falle Länder von ihrem Standpunkte zurückzubringen. Was ich verhindern kann und immer verhindern werde, ist, daß etwa die Verfassungsbestimmung von einem Lande sabotiert wird, indem nicht ernstlich versucht wird, den wahren Willen der Erziehungsberechtigten in dieser Frage zu ermitteln. Soweit in einem Falle Anlaß dafür war, das anzunehmen, bin ich eingeschritten. Darüber hinaus kann ich auf Grund der Verfassung, wie ich nochmals betone, nicht einschreiten.

Was nun weiter die Frage anlangt, ob der **Abdruck der Verfassung,** der den **Schulentlassenen** eingehändigt wird, ein **Vorwort** enthalten darf und soll oder nicht, so bemerke ich, daß die Hinzufügung eines Vorwortes bereits vor meiner Zeit **beschlossen** und in die Wege geleitet

(Koch, Reichsminister des Innern.)

(A) worden ist, daß ich aber, wie ich bestimmt glaube, wenn ich selbst zum ersten Male vor diese Frage gestellt worden wäre, nicht anders gehandelt haben würde.

(Sehr gut! links.)

Es kann doch keine Rede davon sein, daß es zweckmäßig wäre, den Schülern einen Abdruck der Verfassung auszuhändigen, ohne daß ein Vorwort beigefügt wäre, das Sinn und Zweck der ganzen Einrichtung in irgendeiner Form klarstellt.

(Sehr richtig! links.)

Überall da, wo man an jemand eine derartige Gabe zu überreichen pflegt, pflegt man ganz regelmäßig auch ein derartiges Vorwort mitzugeben.

(Zustimmung links.)

Die Kritik könnte sich also nur dagegen richten, daß etwa dieses Vorwort einseitig, ohne Verständnis für andere Auffassungen und tendenziös geschrieben sei. Solange die Kritik das nicht behaupten und beweisen kann, scheint sie mir verfehlt zu sein. Es scheint mir aber vor allem keine Veranlassung vorzuliegen, hier von Verfassungswidrigkeit zu sprechen; denn auch hier erklärt die Verfassung lediglich, daß ein Abdruck der Verfassung überreicht werden soll. Sie verbietet aber doch mit keinem Wort, daß etwa der Verfassung ein Vorwort mitgegeben wird.

(Zuruf rechts: Abdruck der Verfassung!)

— Es bleibt auch dann ein Abdruck, Herr Kollege, wenn dieser Abdruck der Verfassung mit einem Vorwort versehen ist. Ich glaube nicht, daß man sagen kann: es ist keine Verfassung überreicht worden, weil die überreichte Verfassung ein Vorwort hat. — Ich bin, solange mir nicht etwa nachgewiesen wird, daß dieses Vorwort tendenziös sei, nicht in der Lage, hier eine Änderung eintreten zu lassen.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammen-(B)hang noch ein paar Worte über meinen Etat, zu denen mir die Ausführungen der Herren Vorredner Veranlassung geben. Ich bitte alle Beteiligten dringend, hier doch nicht immer ohne weiteres davon zu sprechen, daß mein Etat mehr als zwei Milliarden umfasse, und damit den Anschein zu erwecken, als wenn die Verwaltung meines Ministeriums zwei Milliarden erfordere.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich brauche in diesem Zusammenhang nur auf zwei Positionen meines Etats hinzuweisen, um eine solche Behauptung ad absurdum zu führen, nämlich darauf, daß die **Sicherheitspolizei**, die von den Ländern verwaltet wird und bei der ich lediglich diejenige Stelle bin, die die Reichsmittel verteilt, von diesen zwei Milliarden allein eineinviertel Milliarden verschlingt.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Diese Sicherheitspolizei ist aber nur eine durch meinen Etat durchlaufende Position, keine Position, für deren Verwendung ich im einzelnen verantwortlich gemacht werden kann. Ich brauche zweitens nur darauf hinzuweisen, daß der **Ersatz der Tumultschäden** der in meinem Etat vorgesehen ist, einen Betrag von 400 Millionen umfaßt, also ein volles Fünftel meines Etats. Man mag mir alle möglichen Schlechtigkeiten nachsagen; aber daß ich für die Tumultschäden die Verantwortung trüge, wird mir sicherlich niemand nachweisen können.

(Zustimmung und Heiterkeit.)

Ich sage das nur ganz allgemein, um hier klarzustellen, daß wir bei der Feststellung der Höhe meines Etats von diesen zwei Milliarden rund 1,6 Milliarden ohne weiteres abziehen können. Ich könnte in der Detaillierung dieser Abzüge noch weiter gehen; es würden nur ganz wenige Millionen überhaupt übrig bleiben. Ich will aber Ihre Zeit damit nicht länger in Anspruch nehmen. Im übrigen aber darf ich nochmals feststellen, daß auch die beiden letzten Vorredner weniger Anregungen zu Ersparnissen (C) gegeben haben,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

sondern daß sie einige auch mir beachtenswert und wertvoll erscheinende Anregungen gegeben haben, die geeignet sind, meinen Etat zu verbessern, aber nicht geeignet sind, ihn zu verbilligen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Vorredner auf das **Landesvermessungsamt** hingewiesen hat, so ist es zweifellos eine dringende Notwendigkeit, daß dieses Amt etatisiert wird. Wir haben immer eine Reichsvermessung gehabt; sie war nur bisher beim Kriegsministerium untergebracht. Also auch hier sieht es nur so aus, als ob mein Etat durch irgendwelche neuen Bedürfnisse angeschwollen wäre. Es handelt sich ja lediglich darum, daß das Vermessungswesen beibehalten werden mußte, aber nicht im Reichswehrministerium bleiben konnte, sondern dem Reichsministerium des Innern zu überweisen war. Der Wunsch, das Vermessungswesen zu etatisieren, wird von mir mit dem Herrn Vorredner durchaus geteilt.

Dann hat der Herr Abgeordnete Schreiber seinerseits darauf hingewiesen, daß das Beamtenwesen nunmehr in meinem Ministerium zu zentralisieren sei, da der Ministerialdirektor für das Beamtenwesen in meinem Ministerium enthalten sei, hier also eine Abteilung gebildet werde, die die gesamten Aufgaben auf dem Gebiete des Beamtenwesens übernehmen könne. Ich muß hier leider einschränkend bemerken, daß dieser Ministerialdirektor der erste und einzige Beamte gewesen ist — soviel ich weiß, der einzige, jedenfalls aber der erste —, der dem Ersparungskommissar zum Opfer gefallen ist,

(hört! hört! und Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten)

indem dieser betont hat, daß für die Einrichtung einer (D) **Abteilung für das Beamtenwesen** zurzeit bei der schlechten Lage der Finanzen kein Raum sei.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Infolgedessen ist die Stelle zurzeit unbesetzt. Die Frage, ob die Stelle dieses Ministerialdirektors etwa dauernd gestrichen werden soll, was ich bedauern würde, ist noch nicht innerhalb des Kabinetts ausgetragen und wird von der Ersparungskommission zu behandeln sein, um deren Einberufung ich Sie ja gebeten habe. Ich betone also ausdrücklich, daß ich hier, der ich sonst durchaus keine Veranlassung zu reichlicher Opposition gegenüber der Ersparungskommission gegeben habe, in meiner Opposition unterlegen bin und daß dieser Ministerialdirektor zunächst zu meinem lebhaften Bedauern nicht hat ernannt werden können. Damit fielen aber zunächst auch die Pläne auf Zusammenfassung des Beamtenwesens in meinem Ministerium, die ich mit einer Reihe von Herren aus dem Hause teilte, vorläufig noch weg. Diese Pläne können erst wieder aufgenommen werden, wenn das Kabinett die Wiedereinsetzung der Stelle ausgesprochen hat.

Was zum Schluß die Vorlage eines **Spielplatzgesetzes** betrifft, so freue ich mich, daß der Herr Abgeordnete Schreiber in der Notwendigkeit der **Ertüchtigung der Jugend** — um dieses Wort zu gebrauchen — mit mir so vollkommen übereinstimmt. Ich betone nochmals, was ich gestern angedeutet habe: Ausgaben, die wir zurzeit für die Jugend machen, sind gleichzeitig auch wirtschaftlich werbende und wirtschaftlich notwendige Ausgaben; denn diese Ausgaben erhalten uns das beste Kapital, was wir überhaupt noch zur Verfügung haben. Wir dürfen auf diesem Gebiete nicht in den Fehler zurückfallen, den wir schon vor 20, 30 Jahren auch in der kleinsten Landgemeinde unseres Deutschen Reichs bekämpft haben, nämlich in den Fehler, hier vorbeugende Ausgaben

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) zu sparen, was sich nachher dadurch rächte, daß man heilende, wiedergutmachende Ausgaben in der fünf- oder zehnfachen Höhe zu leisten hat, wenn die Jugend erst korrupt und schwach ins Leben eingetreten ist und es notwendig ist, in Besserungsanstalten, Krankenhäusern und auf ähnliche Weise das wieder gutzumachen, was man in der Vergangenheit versäumt hat. Ich glaube also, daß wir hier, wenn wir uns unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten wollen und gleichzeitig dafür sorgen wollen, daß wir später nicht vermehrte Ausgaben haben, alle Veranlassung haben, Ausgaben auf dem Gebiete der Jugendpflege nicht in den Hintergrund zu stellen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort der hat Herr Abgeordnete Dr. Moses.

Dr. **Moses,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die schon längst fällige Erörterung des Etats für das Reichsministerium des Innern ist mit einer gewissen Absicht immer und immer wieder hinausgeschoben worden, weil man befürchtete, daß diese Debatte irgendwie einen schädlichen Einfluß auf den Gang irgendwelcher anderer Verhandlungen ausüben könnte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wir können dieses Argument nicht billigen; wir stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Wir sagen: der Lassallesche Grundsatz „Aussprechen, was ist" hat immer noch mehr zur Entgiftung der Atmosphäre beigetragen als Verheimlichen und Vertuschen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Die Entente und insbesondere die Ententeregierungen sind doch über die Zustände in Deutschland besser orientiert als die breiten Massen des Volkes selbst, vielleicht sogar (B) besser als mancher Regierungsmann in Deutschland.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist darum eine geradezu kindlich naive Auffassung, zu glauben, daß man der Entente zum Beispiel in Fragen wie der Auflösung der Einwohnerwehren und der Orgesch und in ähnlichen Dingen irgend etwas Neues sagen könnte.

(Zurufe rechts: Das haben Sie schon besorgt!)

Nach unserer Auffassung hätten Sie also die Debatte gar nicht so lange hinauszuschieben brauchen.

Nun ist im bisherigen Verlauf der Debatte ein charakteristisches Moment in die Erscheinung getreten. Das Reichsministerium des Innern ist in gewissem Sinne das politischste Ministerium, das wir haben. Die Etatsreden, die gewöhnlich in der Generaldebatte gerade zu diesem Reichsministerium gehalten werden, umfaßten den ganzen Komplex der Fragen und Probleme, die das politische Leben und die **allgemeinen Zustände in Deutschland** ausmachen. Und was haben wir jetzt erlebt? Noch niemals ist in der Generaldebatte zum Ministerium des Innern, überhaupt zu einem Ministerium, so apolitisch von allen Seiten gesprochen worden wie gestern und heute.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man merkte die Absicht und wurde nicht verstimmt. Sollte vielleicht durch diese apolitischen Reden nach außen hin die Einheitsfront jetzt schon dokumentiert werden?

Ich bedaure, meinen Vorrednern auf diesem Wege nicht folgen zu können. Ich glaube, gerade die jetzige Zeit verlangt auch beim Etat des Innern, so politisch wie nur möglich zu reden. Die Generaldebatte über das Reichsministerium des Innern kann sich naturgemäß nicht darauf beschränken, an den innerpolitischen Zuständen in Deutschland allein Kritik zu üben, sondern muß auch die allgemeinen Zustände in Deutschland, wie sie sich heute dem Auge des Beobachters darbieten, in den Kreis der (C) Erörterung ziehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß dabei auch Dinge zur Sprache kommen, die man vielleicht nicht unter diesem oder jenem Titel genau rubrizieren oder unterbringen kann, die aber charakteristisch für unsere Zustände im Innern Deutschlands sind, das wird wohl kaum zu vermeiden sein.

Es kommt weiter hinzu, wie das gestern bereits Herr Kollege v. Delbrück mit vollem Recht ausgeführt hat, daß die eigentliche Etatsdebatte mehr eine Debatte akademischer Natur ist. Die Ausgaben sind bereits gemacht, die wichtigsten Positionen schon bei dem Notetat grundsätzlich bewilligt worden. Es kann sich also bei diesen Debatten immer nur um eine Aussprache ganz allgemeiner Natur über die inneren Zustände Deutschlands handeln.

Da möchte ich folgende Bemerkung vorausschicken. Meine Damen und Herren! Noch niemals hat sich zu irgendeiner Zeit und bei irgendeinem Volk deutlicher gezeigt, daß die **Außenpolitik** eines Landes von dem Geist abhängig ist, der die **Innenpolitik** beherrscht,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

der das Innenleben eines Volkes charakterisiert, wie bei dem Deutschland der Gegenwart. So wie wir es im Innern treiben, so spiegelt es sich nach außen hin wieder, danach wird unser Verhältnis nach außen hin bewertet, danach richtet sich vor allem das Urteil des Auslandes. Und mögen auch einzelne Nationalisten und Chauvinisten — und gerade in diesen Tagen mehr denn je — erklären: was das Ausland über uns denkt, kann uns ganz gleichgültig sein, — solches Kraftmeiertum in Worten mag vielleicht auf das Spießbürgertum oder Bierphilistertum noch einen Eindruck machen;

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten) (D)

in Wirklichkeit sind wir heute mehr denn je auf das Urteil angewiesen, das das Ausland über unsere innenpolitischen Zustände fällt,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und daß dieses Urteil nicht nur in den uns feindlich gesinnten Staaten, sondern auch im neutralen Ausland kein besonders günstiges ist, das braucht wohl kaum erst bewiesen zu werden. Während auf der einen Seite nur die Arbeiterschaft den Geist einer neuen Zeit begriffen, sehen wir auf der anderen Seite den größten Teil des Bürgertums dieser neuen Zeit und ihrer Entwicklung mit dem Gefühl bittersten Hasses gegenüberstehen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er wünscht, lieber heute als morgen die neue Zeit unter seine Füße zu treten, das alte Regiment mit all dem, was unzertrennlich mit ihm verbunden ist, wiederherzustellen.

Meine Damen und Herren! Das, was sich jetzt vor unseren Augen auch in der inneren Politik, und nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt abspielt, ist der Kampf einer alten, zugrunde gehenden, dem Untergang geweihten Zeit mit einer ungestüm, kraftvoll einsetzenden, neuanbrechenden Menschheitsepoche.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

— Sie lachen darüber, verehrter Herr Kollege. Wer das nicht sieht oder sehen will, mit dem ist überhaupt politisch nicht zu diskutieren.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Heiterkeit rechts.)

Dieser Kampf, der ja heute schon dazu geführt hat, verehrter Herr, daß in keinem Lande der Welt mehr eine Politik ohne die Arbeiterklasse oder eine **Politik gegen die Arbeiterklasse** überhaupt getrieben werden kann! — Meine Herren, darüber dürfen uns auch all die Erscheinungen

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

(A) in Deutschland nicht hinwegtäuschen, die heute als arbeiterfeindliche Maßnahmen, ja, geradezu als Provokationen der Arbeiterschaft unsere innere Politik charakterisieren. Es sind noch die Auswirkungen der alten Macht und Gewaltpolitik, die in Deutschland zum Zusammenbruch geführt haben.

(Widerspruch und Zurufe rechts.)

Aber eins möchte ich doch betonen. Solange man immer der Arbeiterschaft nur die gepanzerte Faust entgegenstreckt,

(erneuter Widerspruch rechts)

solange Sie die Gesetze immer nur in einseitiger Weise gegen die Arbeiterschaft anwenden und auf der anderen Seite nicht einmal die Kraft haben oder vielleicht auch die Kraft anwenden wollen, in der gleichen Schärfe gegen diejenigen vorzugehen, die sich ganz offen über alle Gesetze hinwegsetzen und sich dessen noch rühmen, so lange werden Sie nicht die von Ihnen so heißersehnte „Ruhe und Ordnung“ in Deutschland bekommen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Nicht einmal, um einzelne Charakteristika vorzubringen, vor der Immunität der Abgeordneten von der linken Seite hat man ja Halt gemacht. Deren Photographien hat man eingefordert, wahrscheinlich, um sie dem Verbrechermuseum einzureihen. Man will für künftige Gelegenheiten gleich alles bei der Hand haben. Die **Polizeibehörden,** die Staatsanwaltschaft werden scharf gemacht. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie nicht schneidig genug **gegen linksradikalgesinnte Elemente** seien.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Reichsminister Koch hat ja an den Reichsjustizminister und die preußische Landesregierung einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

> Von radikaler Seite wird in letzter Zeit in Reden und Flugblättern für einen gewaltsamen Sturz der Verfassung Propaganda gemacht.
>
> (Aha! rechts.)
>
> Ich habe daher Veranlassung genommen, die Landesregierung zu ersuchen, die nachgeordneten Polizeibehörden anzuweisen, derartige Fälle von Hochverratsversuch bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen.

(B)

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Bravo! rechts.)

> Ich bitte aber auch die Justizverwaltung zu veranlassen, daß sie die ihnen nachgeordneten Staatsanwaltschaften anweisen, auch von Amts wegen nachdrücklicher, als dies in der letzten Zeit geschehen zu sein scheint, gegen alle hochverräterischen Bestrebungen vorzugehen.

(Bravo! rechts.)

„Hochverräterische Bestrebungen“ natürlich immer nur wieder von links her! Von rechts her sind hochverräterische Bestrebungen wahrscheinlich nicht bekannt geworden.

Meine Damen und Herren! Man braucht doch nicht durchaus als Minister den Ehrgeiz zu haben, auf Puttkamers Spuren wandeln zu wollen. Glauben Sie wirklich, daß Sie mit solchen geradezu kindlich naiven Mitteln dem Vorwärtsschreiten der Arbeiterbewegung Einhalt werden gebieten können? Wer heute noch als Regierer in Deutschland den altpreußischen Polizeigeist als die Grundlage seiner inneren Politik macht, der setzt sich nach meiner Überzeugung einfach dem Gespött der ganzen Welt aus.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat uns im Hauptausschuß versichert, daß man auch verstanden habe, den Orgeschorganisationen gegenüber energisch aufzutreten. Nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts sei man auf der Hut. Meine Damen und Herren! Die Auguren lächeln, wenn sie so etwas hören.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister kann es uns wirklich nicht übelnehmen, (C) wenn wir seinen Versicherungen keinen Glauben schenken. Seine Taten reden eine andere Sprache. Wenn es wirklich so wäre, wie er versichert, warum hat man nicht ganz konkret gesagt: dies und das ist geschehen? Warum dann die Geheimniskrämerei? Diese Methode der äußeren Politik mit ihrer **Geheimtuerei** und Geheimniskrämerei, die Bismarck ja auch auf die **innere Politik** übertragen hat, haben seine Nachfolger im Amt bis auf den heutigen Tag, wenn auch allerdings nicht mit gleichem Erfolg und mit gleichem Geschick, immer anzuwenden sich bemüht.

Noten werden jetzt gewechselt, nicht nur zwischen den Großstaaten allein, sondern auch zwischen den einzelnen Bundesstaaten. **Bayern** schickt **Noten an die Regierung.** Und der Inhalt dieser Noten wird selbstverständlich ganz geheim gehalten. Die Abgeordneten kennen den Inhalt dieser bayerischen Noten gar nicht, und trotzdem sollen wir Abgeordnete unser Urteil über die Richtung unserer Innenpolitik fällen, diese Innenpolitik nicht nur beeinflussen, sondern sie geradezu bestimmen. Aber an Material legt man uns immer nur das vor, was man vorzulegen für gut befindet.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und das nennt sich dann parlamentarisches System!

Herr Kollege v. Delbrück hat gestern von dem „überspannten Parlamentarismus“ gesprochen. Ach, Herr Kollege v. Delbrück, wir haben heute nicht nur einen überspannten Parlamentarismus, wir haben heute in Deutschland überhaupt noch nicht einmal das, was man wirklich unter **Parlamentarismus** respektive parlamentarischem System versteht.

Charakteristisch nach dieser Richtung hin war ja folgender Vorgang im Hauptausschuß. Auf den Hinweis meines Freundes Rosenfeld, daß der Minister Koch Bayern gegenüber in der Auflösung der Einwohnerwehren nicht (D) so verfahre, wie schon längst hätte verfahren werden müssen, schon mit Rücksicht auf die Londoner Konferenz, erwiderte der Herr Minister Koch mit einer Gegenfrage: woher weiß der Abgeordnete, daß nicht mit der nötigen Energie Bayern gegenüber verfahren wäre?

Das ist doch eine ganz sonderbare Art eines Ministers, den Abgeordneten Rede und Antwort zu stehen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es war nach meiner Meinung die Pflicht des Ministers, dem Abgeordneten ganz konkret zu sagen: dies und das ist geschehen —, und nicht umgekehrt den Abgeordneten zu fragen, woher er wisse, daß nichts geschehen sei. Aber, verehrte Anwesende, vielleicht ist das eben auch parlamentarisches System neudeutscher Prägung oder parlamentarisches System, so wie ich es auffasse.

Eine solche Politik mit ihrem Vertuschen und Verheimlichen und Verschweigen kann selbstverständlich weder im Inland noch im Ausland Vertrauen erwecken. Da darf man sich nicht wundern, daß die Stellung der Reichsregierung, insbesondere die Stellung des dafür verantwortlichen Ministers gegenüber Bayern, gegenüber **Orgesch,** gegenüber den **Einwohnerwehren** fortgesetzt zum Gegenstand unserer Beratungen hier im Hause gemacht werden muß. Da kann man sich dann auch nicht wundern, daß nicht nur im Inland, sondern auch im Auslande hier und da nicht nur der Gedanke aufgetaucht, sondern schon ausgesprochen worden ist: Herr **Forstrat Escherich** ist eigentlich heute in Deutschland der ungekrönte König der demokratischsten Republik.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Herr war vor einiger Zeit in Hamburg und hat dort vor den Vertretern der Hamburger Kaufmannschaft sein Programm entwickelt. Die Hamburger Blätter brachten begeisterte Artikel, der „Hamburger Correspondent“

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

unter der Überschrift „Escherich, der Mann und sein Werk.“ Dort war zu lesen:

> Wenn Escherich so hoch in der allgemeinen Geltung steigen konnte, so beweist das, daß die deutsche Welt hungrig ist nach treuer und ehrlicher Gesinnung und daß es nur einer einfachen, geraden und konsequenten Haltung bedarf, um sich durchzusetzen.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Noske hat ihn in seinem Forsthaus besucht und sich vor seiner Ehrlichkeit gebeugt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich weiß ja nicht, ob die Mitteilung des „Hamburger Correspondenten“ von dem Besuch Noskes bei Escherich zutreffend ist. Aber das steht jedenfalls fest: **Noske und Escherich** bedeuten beide zusammen ein Programm.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Zwei Seelen und ein Gedanke,
> zwei Herzen und ein Schlag.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Meine Damen und Herren! Wir betrachten es in der Innenpolitik als eine unserer Hauptaufgaben der Gegenwart, die Orgesch-Politik zu bekämpfen. Wir erblicken in der **Orgesch** nicht nur eine **Nebenregierung**, sondern sehen, wie unsere Regierung fortgesetzt vor dieser Orgesch kapituliert, und betrachten die Leisetreterei unserer Regierung der Orgesch gegenüber nicht nur als eine Gefahr für unsere inneren politischen Zustände in Deutschland, sondern auch als die Gefahr für unsere Außenpolitik.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Übrigens möchte ich bei dieser Gelegenheit, damit auch in diesen ernsten Tagen der stille Humor ein klein wenig zu Worte kommen kann, auf eine ganz interessante Entdeckung hinweisen. Einem deutschen Professor ist es nämlich gelungen, in der Orgesch die Lösung aller innen- und außenpolischen Probleme für Deutschland in der Gegenwart zu erblicken. Deutsche Professoren sind zu allem fähig.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein **Professor Schulze in Jena**, ein Arzt, betrachtet in der Einleitung den **Bolschewismus** als **fressendes Pestgeschwür**, und in der Orgesch sieht er als Arzt die Selbstschutzvorrichtung des kranken Körpers.

(Sehr richtig! rechts.)

— Hören Sie weiter, dann werden Sie erst recht „sehr richtig!“ rufen! — Er sagt:

> Die blöde Angst vor der Orgesch nimmt nachgerade schon lächerliche Formen an.

(Sehr richtig! rechts.)

> So vernichten die berufenen Hüter des Volkes diesem die besten Waffen, die die allweise Mutter Natur jedem von Infektion bedrohten Organismus schenkt.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heilserum Orgesch! Patent ist noch nicht angemeldet. Dieser Mann wünscht sogar die Anwendung des Reichsseuchengesetzes vom 30. Juni 1900, und er sagt — das ist noch interessanter —:

> Pestkranke sollen bis zu ihrer völligen Heilung derart abgesondert werden, daß jede Verbreitung des Krankheitskeimes ausgeschlossen ist. Alle Ausscheidungen der Krankheit, wie die Ergüsse der „Roten Fahne“ und der „Freiheit“ sind wirksam zu desinfizieren.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Es geht wirklich nichts über einen deutschen Professor. Den machen uns die anderen nicht nach!

(Sehr richtig! rechts.)

Aber wir erinnern uns daran, daß es kein geringerer als Moritz Hartmann war, der einmal vor über siebenzig Jahren gesungen hat:

> „Hundertfünfzig Professoren,
> Vaterland, du bist verloren!“

Meine Damen und Herren! Nun hat gestern auch der Herr Kollege Braun mit ein paar kurzen Worten auf die **monarchistische Propaganda** hingewiesen. Ich will bei dieser Gelegenheit nicht auf dieses überaus interessante Kapitel eingehen. Nur ein Charakteristikum möchte ich erwähnen. Es war mir sehr interessant, im **„Fränkischen Kurier“**, einem angesehenen Organ der **Demokratischen Partei**, im Anschluß an einen Leitartikel des Herrn Kollegen Petersen über den „Sinn der Wahlen“ eine Polemik gegen den eigenen Parteiführer zu lesen, in der dieses Blatt erklärt — man denke: ein demokratisches Blatt! —:

> Es wirkt doch geradezu kleinlich, um nicht zu sagen erbärmlich, wenn jetzt demokratische Zeitungen im Zusammenhang mit dem Wahlausfall wieder erneut den schärfsten Trennungsstrich zwischen Republikanern und Monarchisten ziehen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Aus diesen charakteristischen Zeilen ersehen Sie ganz deutlich, wie morgen ein nicht geringer Teil der demokratischen Wählermassen tatsächlich wieder genau so der Monarchie zujubeln würde, wie sie gestern der Republik und vorgestern Wilhelm II. zugejubelt haben.

(Zuruf rechts: Sie kommen auch noch dahin!)

— Ach nein, Herr Kollege, das muß schon sehr lange dauern! Nur nicht zu viel prophezeien! Das Prophezeien überlassen Sie mir kraft meines prophetischen Namens!

(Große Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Es gibt aber zu denken Anlaß, wenn der „Fränkische Kurier“ weiter erklärt:

> Sind es nicht wirklich kleine, winzige Fragen, ob einer dem Prinzip des Fortschritts oder der Beharrung huldigt, ob er glaubt, daß die Republik oder die Monarchie die bessere Staatsform ist? Sollten das nicht wenigstens unsere berufenen Führer begreifen und danach handeln?

Meine Damen und Herren! Vielleicht gibt uns nachher der Herr Kollege Weiß selbst noch eine Antwort auf die Frage des Parteiblattes seiner eigenen Heimatstadt, ob es wirlich ganz gleichgültig für die heutige Demokratie im republikanischen Deutschland ist, ob jemand die **Republik oder** die **Monarchie** als **die bessere Staatsform** erklärt. Mir scheint, daß diese Stimmung aus bürgerlich-demokratischem Lager nicht ganz unwesentlich ist für die Innenpolitik und nach jeder Richtung hin zur Aufklärung für alle Seiten des Hauses beiträgt, nicht nur für die innere, sondern auch für die äußere Politik. Die Kämpfe zwischen Monarchie und Republik werden ja in der nächsten Zeit immer schärfere Formen annehmen,

(sehr richtig! rechts)

und da ist es gut, zu wissen, ob auch die bürgerliche Demokratie ernstlich gewillt ist, allen Bestrebungen der monarchischen Agitation mit Kraft und Energie entgegenzutreten.

Meine Damen und Herren! Mit allgemeinen Redensarten von „Ruhe und Ordnung“, „Arbeit allein kann uns retten“ und „Das Bürgertum muß auf die Schanzen“ und ähnlichen genialen Redewendungen ist es in einer

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

(A) Zeit, in der sich alles in einem Zustand des Gährens und Brodelns befindet, wahrhaftig nicht getan. Ich sehe in der Innenpolitik unseres Reichs nirgends auch nur die Spur von etwas, was man einen neuen Gedanken, eine neue Idee, ein großes Ziel nennen könnte, ich sehe nirgends den Versuch, neue Wege einzuschlagen, neue Methoden einzuführen. Eines muß ich allerdings dem Herrn Minister zugute halten. Es ist ja schon darauf hingewiesen worden: das Ministerium des Innern hat allmählich einen Umfang angenommen, der zu den größten Bedenken Anlaß gibt. Was die Arbeitskraft und die Interessensphäre eines ganzen Kreises von Personen in vollstem Maße ausfüllen könnte, das ist in diesem Falle der Kraft eines einzigen Mannes unterstellt. Und selbst eine Persönlichkeit, die in bezug auf Arbeitskraft, Energie, Wissen, politischen Instinkt und politische Klugheit von geradezu titanenhafter Größe wäre, wäre nicht imstande, alle die Forderungen zu erfüllen, die das jetzige Amt an ihn stellt. Es würde beinahe die für eine normale Rede in diesem Hause übliche Frist überschreiten, wollte man nur in ganz trockener Aufzählung alles das aneinanderreihen, was zum Arbeitsgebiet des Ministeriums des Innern gehört. Es sind Dutzende von Institutionen, die zu übersehen ein Mann gar nicht in der Lage ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun hat uns der Herr **Minister** im Haushaltsausschuß und gestern auch hier sein **Programm** auf den verschiedensten Gebieten seiner verschiedensten Ressorts entwickelt. Er hat uns erklärt, das Reichsschulgesetz über die konfessionslose Schule werde in der nächsten Zeit dem Reichsrat zugehen, das Jugendwohlfahrtsgesetz werde in der nächsten Zeit dem Reichsrat zugehen, das Gesetz gegen die Schmutz- und Schundliteratur liege im Entwurf vor und werde demnächst zugehen, das Fortbildungsschulgesetz sei in Vorbereitung usw. usw. Das ist gewiß alles sehr (B) schön. Nur haben wir den Wunsch, daß alle diese Dinge etwas schneller vor sich gehen und daß mehr Dampf dahinter gesetzt wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, gerade auf die zuletzt erwähnten Gesetzesvorlagen bei dieser Gelegenheit einzugehen. Soweit ich unterrichtet bin, werden das ja die Spezialkenner noch hinreichend bei der Spezialdebatte tun. Aber auf einen Ausspruch möchte ich noch mit einigen Worten eingehen, den der Herr Minister gestern und auch eben in seiner Rede getan hat. Er hat erklärt — und da stimme ich ihm vollständig bei, und das möchte ich unterstreichen —: wenn auf allen Gebieten gespart wird, so dürfen doch unter keinen Umständen die **Kulturaufgaben** darunter leiden, der Schaden für die Volksgesundheit sei dann so übermächtig, daß dadurch die Ersparnisse weit in den Schatten gestellt würden. Sehr richtig, verehrte Anwesende, und sehr richtig, Herr Minister! Nur frage ich Sie: wo geht aus irgendeinem Titel Ihres Etats hervor, daß Sie wirklich in großzügiger Weise Mittel in den Etat eingesetzt haben, um der physischen Verelendung der Massen entgegenzutreten? Für unser jetziges kleines Heer sind im Etat über 5 Milliarden ausgesetzt, für die Polizei von Reichs wegen 1¼ Milliarde, abgesehen von den Milliarden, die die einzelnen Bundesstaaten noch aufzubringen haben, dagegen für die **Bekämpfung der Tuberkulose** von Reichs wegen nur 2½ Millionen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In der Begründung heißt es:

> Die Entstehungsweise und der Verlauf der Tuberkulose machen es in hohem Grade wahrscheinlich, daß der volle Umfang der Verschlimmerung der Krankheit sich erst nach einer Reihe von Jahren, ja vielleicht erst in Jahrzehnten deutlich zeigen wird. Deshalb gilt es, mit Aufwendung aller (C) Tatkraft und Einsetzung großer Mittel den Kampf gegen die Tuberkulose zu führen, daß in möglichst kurzer Zeit der Schaden, den unsere Volksgesundheit erlitten hat, wieder gutgemacht und weitere schwere Schädigungen, die bei dem ansteckenden Charakter der Tuberkulose sonst unvermeidbar sind, verhütet werden. Hierfür erscheint die Aufwendung großer Geldmittel seitens des Reiches unerläßlich.

Meine Damen und Herren! Man möchte beinahe sagen, daß diese Begründung eine Satire auf unsere heutigen Zustände sei,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und es trifft schon zu, was noch kurz vor dem Kriege der Holländer Haentjens einmal sagte:

> Der Vergleich zwischen den von einem Volke notierten Ausgaben für Heer und Flotte und den erbärmlichen Staatsalmosen zur Verbesserung seiner sozialen und hygienischen Lage führt zu der Betrachtung: Jedes Volk hat die Tuberkulose, die es verdient.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will auf dieses furchtbare Kapitel der Tuberkulose nicht weiter eingehen, ich behalte mir vor, beim Kapitel Reichsgesundheitsamt noch einiges dazu zu sagen; aber einiges will ich jetzt schon bemerken. Alle Ihre Bemühungen um die kulturelle und sittliche Hebung unseres Volkes, insbesondere der Jugend, werden so lange erfolglos sein müssen, als Sie nicht die Vorbedingungen in der Hebung der Volksgesundheit schaffen.

Meine Damen und Herren! Wenn man im Heeresetat Millionen für Leibesübungen eingesetzt hat, also zur körperlichen Ausbildung der Soldaten, für Sport usw., um wieviel mehr müßten dann Millionen eingesetzt werden für die Kräftigung und Gesundung der durch den Krieg so schwer heimgesuchten proletarischen Massen, insbesondere (D) der Jugend!

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wo sind die **Mittel** im Etat **für den Ausbau der Spielplätze?** Wenn hier das Reich vorangehen würde, würden die Einzelstaaten und Kommunen bald folgen. Der Herr Minister hat im Ausschuß gesagt, er sei ein Mann von Wagemut. Ja, zeigen Sie hier einmal, daß Sie ein Mann von Wagemut sind. Darf ich vielleicht auf einen Bericht aus Amerika aufmerksam machen, daß überall da, wo von Staats oder Kommune wegen Spielplätze für die Jugend eingerichtet worden sind, diese nicht nur ein ausgezeichnetes Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose, sondern auch des jugendlichen Verbrechertums geworden sind. Man hat Statistiken aus Amerika, daß überall da, wo diese Spielplätze für die Jugend eingerichtet worden sind, die Zahl der jugendlichen Verbrecher geringer geworden ist. Mir scheint, daß das bessere Maßnahmen gegen das Verbrechertum sind als der Ausbau von Polizei von Reichs wegen, dem gestern Herr Koch zur Bekämpfung des internationalen Verbrechertums das Wort geredet hat.

Meine Damen und Herren! Durch die Ereignisse des Krieges, durch den Krieg selbst und seine geradezu katastrophalen Verwüstungen an dem Volkskörper und der Volksgesundheit werden und müssen die Probleme der **Wiedergesundung der durch den Krieg** so schwer **heimgesuchten proletarischen Massen** in den Mittelpunkt unseres ganzen politischen Lebens kommen. Alle Fragen der äußeren und inneren Politik können überhaupt nur gelöst werden — gleichgültig, von welcher Weltanschauung man dabei ausgeht, auf diesem Punkte können sich die Herren von rechts und links treffen —, wenn man zunächst einmal alle unsere Kräfte in den Dienst der Wiedergesundung unseres Volkes stellt. Die Wiederher-

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

(A) stellung der Gesundheit des Volkes ist das Problem aller Probleme, sie ist auch die Voraussetzung für die Hebung und Wiederaufrichtung der geistigen und sittlichen Kräfte unseres Volkes. Diese wird und kann man nicht erzeugen durch gute Lehren und Ermahnungen und Sonntagnachmittags-predigten, sondern nur durch die Stärkung, Hebung und Förderung der Volksgesundheit: mens sana in corpore sano, ein gesunder Leib kann nur in einem gesunden Körper weilen.

Wollen Sie sparen, meine Damen und Herren, dann müssen Sie alle Mittel aufbringen, und wenn es Milliarden sind, und zunächst einmal die breiten Massen des Proletariats vor dem katastrophalen Zusammenbruch unserer Volksgesundheit, vor dem wir stehen, zu bewahren suchen. Das nenne ich im gegenwärtigen Augenblick eine richtige Finanzpolitik treiben. Ein Vergleich: Wie ein fürsorgender Familienvater, wenn er durch eine wochenlange schwere Erkrankung zusammengebrochen und dadurch seine Familie ins Elend gekommen ist, alles zusammenrafft, sein Letztes hergibt, alles aufbietet, um nur wieder zu gesunden, so muß auch ein Staat, eine Regierung, eine Gesellschaft alles aufbieten, um der Krankheit, des körperlichen Zusammenbruchs Herr zu werden. Der Herr Minister hat mit Recht ausgeführt, daß wir das, was wir heute an der Gesundung und Gesunderhaltung versäumen, später einmal bitter büßen müssen. „Menschenleben in Gefahr“, da darf man nicht zögern. Da sollen auch nicht nur Erwägungen rein finanzieller Natur in Betracht kommen. Ich möchte hinweisen auf jenen **Bericht des holländischen Arztes Dr. Römer,** der im Auftrag einer ausländischen Gesellschaft die **Kinder in Deutschland** in bezug **auf ihren Gesundheitszustand** untersucht und seinen **Bericht** mit den furchtbaren Worten geschlossen hat:

> Wird der Tuberkulose nicht mit aller Kraft entgegengearbeitet, so wird Deutschland noch Generationen hindurch das Bild eines erbarmenswerten, geschwächten, kränklich wegsterbenden Geschlechts und das Beispiel eines Elends bieten, wie es in der Geschichte unerhört ist, einer Kindertragödie, der gegenüber der bethlemitische Massenmord wie ein harmloses Spiel erscheint.

(B)

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Vor kurzem hat der bekannte **Pazifist Graf Keßler** eine kleine Schrift unter dem Titel **„Die Kinderhölle in Berlin“** herausgegeben. Darin schildert er das furchtbare Elend, unter dem die großstädtische Jugend lebt. Er spricht dort von den **„Totenhäusern des Berliner Ostens und Nordens“.** Er spricht dort von dem grausen Wohnungselend unter dem diese arme Bevölkerung vegetiert — von „leben“ kann man ja eigentlich gar nicht sprechen. Keine Wäsche, keine Leibwäsche, keine Seife mehr im Haus! Ich darf nur eine Schilderung hervorheben. Er schildert uns da Wohnungen, deren Fenster mit Packpapier verhängt sind, damit abends, wenn ein spärliches Petroleumflämmchen den Raum etwas erhellt, die Vorübergehenden nicht hineinschauen können:

> Nur die Nase nimmt einen atemraubenden Dunst wahr. Als die Augen sich an die Dunkelheit gewöhnt haben, sieht man in der Mitte einen Tisch, der nachts zwei Kindern als Lagerstätte dient, einen einzigen Stuhl, auf dem die Mutter, in eine Ecke gedrückt, die Nacht verbringt, und zwei Bettkäfige, in denen vier andere kleine Kinder schlafen. Kein weiteres Möbelstück befindet sich in dem Raum, und hier verleben sechs Kinder ihre Jugend.

Das ist nicht etwa ein Einzelfall, der herausgerissen ist. Sie können in den Enqueten, die die allgemeine Ortskrankenkasse von zwei zu zwei Jahren veranstaltet, mehr (C) derartiger furchtbarer Berichte über das Wohnungselend der Großstadt lesen.

Am Schluß seiner Ausführungen sagt dieser Graf Keßler:

> Es ist unbegreiflich, ja im tiefstem Grade beschämend, daß diese Volkskatastrophe, diese ungeheure Kindertragödie, die sich in unserer Mitte abspielt, anscheinend kein Aufsehen bei uns erregt!

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Er sagt dann weiter; es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um wenigstens die Kinder zu retten:

> Wenn von den ungeheuren Umsätzen, die in den Schieberbars und Tanzpalästen des Westens stattfinden, nur ein kleiner Prozentsatz freiwillig durch eine besondere Besteuerung der Rettung der Kinder zugeführt würde, so würden schon Summen herauskommen, von denen sich wenigstens etwas der Quäker-Speisung hinzufügen ließe.

Ach „freiwillig abgeben würde!“ Von unserer Bourgeoisie! Unsere Bourgeoisie hat andere Sorgen, als sich um das Kinderelend zu kümmern. Unsere Bourgeoisie feiert Karneval, nicht bloß in einer Woche, sondern das ganze Jahr hindurch. Da läßt man sich in seinen Vergnügungen nicht mehr gern stören und denkt nicht an die hungernden und frierenden Kinder, die überdies auch abgefunden werden auf dem Wege rühmlicher Wohltätigkeit. Man hat sich einige Tränen abgepreßt, man hat einige Leitartikel geschrieben, man hat geschwollene Aufrufe veröffentlicht und dadurch das Ausland in die nötige Gebelaune versetzt, man hat, wenn auch nicht allzu tief in die eigenen Taschen gegriffen und ist schließlich eine ganze Woche lang schnorren gegangen für die hungernden Kinder. Man ist eine ganze Woche lang mit dem Klingelbeutel herumgegangen und hat die Schulkinder auf die Straße geschickt. Mehr konnte man nach bürgerlichen Begriffen nicht tun. (D)

Aber, meine Damen und Herren, die Schamröte steigt einem ins Gesicht, wenn man in dieser Zeit einen Blick in die bürgerliche Presse wirft. Täglich werden dort große Feste gefeiert, und unsere Presse, die fortgesetzt über Raum- und Papiermangel klagt, bringt spaltenlange Berichte über die Moderevuen, die dort auf diesen Festen abgehalten werden. Vom **Presseball** mit seinen 5000 bis 6000 Besuchern brachte sogar der monarchistisch-imperialistisch angehauchte „Lokalanzeiger“ seitenlang Abbildungen der kostbarsten Toiletten, und mit Genugtuung konstatierte die gesamte bürgerliche Presse die **Anwesenheit der führenden Persönlichkeiten der Politik, der Regierung,** der Diplomatie, des Theaters. Aber auch alle Schieber, alle Kriegsgewinnler, kurz alle diejenigen Leute waren dort, die sich heute zur höheren Gesellschaft rechnen, die sogenannte moderne **Schiebokratie,** die sich dort ein Stelldichein gegeben hat. Es ist selbstverständlich, daß dort der Sekt in Strömen geflossen ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Charakteristisch ist, daß die „Germania“ ebenfalls lange Berichte über die kostbaren Toiletten gebracht hat und am Schlusse schreibt:

> Bemerkenswert stark war die Reichsregierung vertreten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Neben dem Reichskanzler Fehrenbach waren dort die Herren Minister Hermes, Wirth, Giesberts, Simons, Scholz, v. Raumer, Koch und der Reichswehrminister Geßler, in dessen Begleitung sich der Chef der Heeresleitung General v. Seeckt befand.

(Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört! — Zuruf vom Regierungstisch.)

(Dr. Moses, Abgeordneter.)

(A) — Sie sind nicht dagewesen? Dann hat die „Germania“ falsch berichtet, und es wäre sehr gut, wenn Sie eine Berichtigung eintreten ließen!

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— O ja, verehrter Herr Minister, und ich will Ihnen das gleich auseinandersetzen; denn ich sage: dieser **Presseball** mit seiner ungeheuren Prachtentfaltung, noch mehr aber die Anwesenheit fast unserer gesamten Regierung auf diesem Balle war ein **Skandal ohnegleichen,**

(lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ein Faustschlag ins Gesicht nicht nur der immer mehr ins Elend versinkenden eigenen Massen des Volkes, sondern noch mehr dem Auslande gegenüber!

(Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn von den Logen sahen die Vertreter fast aller Staaten diesem Treiben zu. Da stellen sich die Herren Minister bei jeder Gelegenheit auf die Tribüne des Reichstags und singen das Klagelied des Jeremias über das furchtbare Elend unseres Volkes, und an einem Abend gerade der Tage, die uns die Konferenzbeschlüsse mit der Versklavung des Volkes auf 42 Jahre gebracht haben, nehmen dieselben Minister teil an einer Schaustellung, wie sie in gleichem Umfang und in gleichem Luxus selbst in den Zeiten des höchsten Wohlstandes noch bei keinem Volke dagewesen ist.

(Hört! Hört! und lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich sage, das war ein Skandal ohnegleichen!

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß der **Besuch des Presseballs durch die Minister** gewissermaßen zur **Tradition** geworden ist. Aber zu dieser Zeit und unter solchen Verhältnissen und bei einer ja schon vorher in der Presse angekündigten Entfaltung von Luxus mußten (B) die Herren mit der Tradition brechen und mußten nicht dort hingehen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man stelle sich doch einmal die **Wirkung auf das Ausland** vor, auf dasselbe Ausland, das uns fortgesetzt erklärt: wenn immer noch in Deutschland von den Oberschichten der Bevölkerung — und diese Oberschicht ist gar nicht so gering, wie man das gewöhnlich darzustellen sucht — selbst jetzt noch ein solcher Aufwand und Luxus entfaltet werden kann und wenn an einer solchen Schaustellung selbst die Vertreter der Regierung, die Herren Minister unter Führung des Herrn Reichskanzlers teilnehmen, dann — so müssen sich die Leute sagen — kann es doch schließlich mit dem Elend des deutschen Volkes gar nicht so schlimm bestellt sein. Ich kann Ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, daß vor kurzem, vor wenigen Tagen der Korrespondent einer angesehenen amerikanischen Zeitschrift bei mir war, um sich über den Umfang, den die Tuberkulose bei uns in Deutschland angenommen hat, zu orientieren und insbesondere Auskunft einzuholen über den neugegründeten „Bund der Lungen- und Tuberkuloseerkrankten“, der heute leider einen so großen Umfang in den Kreisen des Proletariats angenommen hat und dem ich in führender Stellung angehöre. Dieser Mann, der Deutschland mehr als wohlgesinnt ist — das geht aus einer ganzen Reihe von Veröffentlichungen hervor —, erklärt: Diese Erscheinung unserer Zeit ist es, die dem Ausland ein Eintreten für Deutschland erschwert, nämlich das Bild jener aufdringlichen, schlemmenden, protzenden Kreise, die unberührt von der Not der anderen und ungerührt von ihr, und ohne daß die Regierung die Kraft findet, diesem Treiben entgegenzutreten, andauernd ihr wüstes Schlemmerleben fortsetzen, und er meint nicht so ganz mit Unrecht: wenn immer wieder von der Regierung über die wirtschaftliche Not in Deutschland gebarmt und die Hilfe des Auslandes (C) angerufen wird, dann muß doch schließlich das Ausland stutzig werden und seine Hilfeleistungen einstellen mit der Begründung: ein Volk, das noch derartige Elemente in sich birgt, die unter den Augen der Regierung einen solchen wahnwitzigen Luxus treiben, muß doch bei aller noch so hoch zu veranschlagenden Verelendung des Proletariats immer noch Mittel genug besitzen, um der unleugbar vorhandenen Not aus eigenen Mitteln und eigenen Kräften abzuhelfen. Meine Damen und Herren! Hier liegt die Gefahr vor, daß das Ausland unter dem Eindruck dieses Treibens in seinem Urteil beeinflußt wird und Schluß macht mit seiner Hilfeleistung, auf die wir leider immer noch angewiesen sind.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn diese Protzen ihr Ergaunertes und Erwuchertes dazu benutzen, um ein Leben in Saus und Braus zu führen, ohne an die Not und das Elend des Volkes zu denken, so ist das tieftraurig. Wenn aber die Vertreter unserer Regierung an Festen teilnehmen, die dieses Protzentum veranstaltet, um auch dabei gewesen zu sein — denn das gehört auch zum Protzentum —, so ist das auf das allerschärfste zu verurteilen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man sage nicht, die Anwesenheit der Minister auf dem Presseball sei eine Privatangelegenheit der Herren. Wenn der Reichskanzler mit fast allen Ministern an einem solchen Fest teilnimmt, so ist das nicht mehr eine Privatangelegenheit, sondern ein Unternehmen, das der öffentlichen Kritik unterliegt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Auswirkung auf das Ausland ist bereits eingetreten. Die „Frankfurter Zeitung“ hat vor wenigen Tagen einen **Bericht** aus dem **„New York Globe“** gebracht. In diesem berichtet der deutsche Korrespondent des Blattes, Georg Witte, unter der Doppel- (D) überschrift „Deutschland kann nach Simons nicht bezahlen“ und „Das hungernde Deutschland wirft 250 000 Dollar an einem Berliner Ballabend hinaus“, von dem Ball des Vereins der Berliner Presse:

> Unter der Anwesenheit des Reichskanzlers Fehrenbach, des Ministers des Auswärtigen, Simons, und des Generals Seeckt, die alle die Phrase vom hungernden Deutschland zu der bekanntesten in der ganzen Welt gemacht haben, hat sich dieses Gesellschaftsereignis abgespielt.
>
> Insgesamt hätten 5000 Personen dem Balle beigewohnt und hätten in bezug auf Luxus einen Eindruck hinterlassen, den man heute kaum in London oder irgendeiner großen amerikanischen Stadt sehen könne.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man glaubte, den „Verein Berliner Presse“ in Schutz nehmen zu müssen mit der Erklärung, der Ball habe nur den Zweck gehabt, den reichen Berlinern zugunsten der veranstaltenden Organisation etwas Geld abzuknöpfen. Demgegenüber bemerkt die „Frankfurter Zeitung“:

> Das ist ein Standpunkt, der sich in normalen Zeiten rechtfertigen ließ, heute aber, wo alle Welt uns kontrolliert und uns niemand traut, ist unserem Vaterlande mit dieser Veranstaltung ein schlechter Dienst erwiesen worden und die Minister, die, beseelt von dem Wunsch, eine gute Presse zu haben, solche Veranstaltungen noch durch ihre Anwesenheit billigen, haben ihrer eigenen Politik geschadet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie schaden der eigenen Politik, noch mehr aber der deutschen Politik dem Ausland gegenüber. Man stelle

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

(A) sich doch weiter die Wirkung vor, wenn eine im Ausland angesehene Zeitschrift über diesen Presseball weiter sagt:

> Daß zehn Minister, die sich Tag für Tag erdreisten, dem Volk Sparsamkeit zu predigen, auf den Presseball gehen und da mit der Weihe ihrer Gegenwart alles segnen, was, von frechstem Kleiderluxus, Schlemmerei, Sektgesauf bis zur Sarotti-Bonbonniere, heute nicht sein, in dieses Deutschland gar nicht eingelassen werden dürfte, beleuchtet den sittlichen Ernst dieser Mahner zu tugendsamer Enthaltung von allem nicht unbedingt Notwendigen.

Kann man sich da wundern, wenn vielleicht hier und da in Deutschland der Gedanke auftaucht, dem man am besten durch das bekannte Epigramm Ausdruck geben kann:

> Das ist die Weise der strengen Herren,
> Die Zucht und Ordnung behüten:
> Sich selbst erlauben sie gar zu gern,
> Was sie den andern verbieten.

So tritt das **Pharisäertum unserer herrschenden Klassen** überall und bei jeder Gelegenheit klar zutage. Trotz der Entrüstung über die Reparationsnote: in ganz Deutschland Karneval, Hexensabbath! Wie im Mittelalter zur Zeit der Pest die Leute von Begierde zu Begierde taumelten, so heute auch in Deutschland die besitzenden Kreise, indes die breite Masse des Volkes hungert und friert und ins Grab sinkt; sie schlemmen und prassen, unbekümmert um das Elend des Volkes, und unsere Regierung findet nicht die Kraft, einem solchen Treiben entgegenzutreten.

Da sage ich zum Schluß: solange die Regierung eine solche Schamlosigkeit in Deutschland duldet und auf der anderen Seite ruhig der Verelendung des Volkes zusieht, ohne ihr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Einhalt zu tun, solange das **Massensterben im Volke** fort-(B)dauert, werden Sie nimmermehr zu der von Ihnen ersehnten „Ruhe und Ordnung“ kommen können, und zwar sowohl aus physischen als auch psychischen Gründen heraus, und ich betone nochmals: für das Heer hat man 5 Milliarden ausgeworfen, für die Sicherheitspolizei $1^1/_4$ Milliarden, abgesehen von den Milliarden, die die einzelnen Staaten aufzubringen haben, und zur Bekämpfung der Tuberkulose $2^1/_2$ Millionen. Für Sekt ist in Deutschland im Jahre 1919 rund 1 Milliarde ausgegeben worden.

(Hört! Hört! links.)

Am letzten Sonntag ist die Rennsaison hier in Berlin-Mariendorf eröffnet worden. Der Umsatz am Totalisator ist 1 992 082, also fast 2 Millionen. 2 Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose und 2 Millionen an einem Sonntag Nachmittag am Totalisator!

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

Das sind herrliche Zustände in Deutschland! Meine Damen und Herren, wenn Sie — —

(Zuruf des Abgeordneten Wulle)

— ach, Herr Wulle, wissen Sie, wenn Sie dazwischen reden, dann muß ich immer an einen Artikel denken, den Sie einmal geschrieben haben, als Sie noch Chef der „Deutschen Zeitung“ waren, in dem Sie den Ruf ausgestoßen haben: was wir in Deutschland brauchen, sind führende Persönlichkeiten, starke politische Köpfe! Ich weiß nicht, Herr Wulle, ob Sie diesen Artikel vielleicht vor dem Spiegel geschrieben haben, der Sie dann nachher veranlaßt hat, diesen herrlichen Ruf auszustoßen.

(Zuruf rechts: Unklar ist der Rede Sinn!)

— Ja, manchem vielleicht! — Warten Sie erst ab, meine Damen und Herren! Wenn die **Sanktionen** sich auswirken werden, dann wird dies **Elend im Proletariat**, obwohl es kaum noch möglich ist, sich noch verdoppeln, verdreifachen und verzehnfachen. Gewiß, der Durchschnittsphilister sieht dieses furchtbare Elend gar nicht.

(C) Er hält alle derartigen Berichte für maßlose Übertreibungen, die wir nur in die Welt hinaussetzen, um das Proletariat gegen die Bourgeoisie aufzuhetzen.

Ach, meine Damen und Herren, ich habe einmal vor kurzem in einem Artikel über die **Not der Arbeitslosenkinder** gesagt: „Der Deutsche trägt eben sein Gebrechen nicht zur Schau auf die Straße, wie man es in den Ländern des Ostens und des Südens auf Schritt und Tritt sehen kann. Wenn ihn das Elend übermannt, wenn es zum Letzten kommt, dann zieht er sich in den stillen Winkel seiner sogenannten Häuslichkeit zurück und stirbt dort wie das angeschossene Wild im Wundbett.“

So ist es in der Tat. Der satte Philister aber beschwichtigt sein Gewissen, indem er sagt: „Das war nun einmal von jeher immer so, und das wird immer so bleiben. Alles Elend läßt sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen.“ Eine herrliche Gesellschaftsordnung! Meine Damen und Herren! Es ist gar nicht auszudenken, welche furchtbaren Konsequenzen nach dieser Richtung hin die Ereignisse der letzten Tage nach sich ziehen werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Elend und Massensterben in der furchtbarsten Art! Meine Damen und Herren! Mit Hurrarufen beim Empfang von Ministern ist da wahrhaftig nichts getan.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Eine solche Gesellschaft ist wert, daß sie zugrunde geht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die uns in dieses Elend hineingebracht, die Millionen und Millionen auf den Schlachtfeldern geopfert hat, Millionen in die Schrecken des Krieges hineingepeitscht und hineingeschleudert hat, Millionen Krüppel, Sieche, Kranke, Blinde, Invaliden, Bettler, Witwen und Waisen, eine ganze Welt in die Armut gestürzt, eine ganze Menschheit in eine noch nie geahnte Tiefe der moralischen Verwilderung gestürzt hat, die Millionen und aber Millionen Menschen ruhig (D) verhungern sieht — eine solche Gesellschaft gilt es zu überwinden und an ihre Stelle eine andere, eine höhere zu setzen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Das kann nur auf dem Wege des Klassenkampfes und nicht auf dem Wege der sozialen Versöhnung geschehen. Denn wohin soziale Versöhnung führt, haben Sie ja aus dem Bilde gesehen, das ich Ihnen entwickelt habe. Schauen Sie sich um! Sie werden von dem, was ich Ihnen in der letzten halben Stunde als Arzt ausgeführt habe, nichts, aber aber auch nicht ein bißchen streichen können. Ja, ich behaupte, daß es nur eine matte Schilderung des wirklichen Elends gewesen ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Nur auf dem Wege des Klassenkampfes können wir das erreichen. Es werden erbitterte Klassenkämpfe geführt werden: von der kapitalistischen Klasse um die Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft und von der Arbeiterklasse um die Beseitigung der Klassenunterschiede, die Aufrichtung einer auf wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit und Unabhängigkeit beruhenden Demokratie, eine wirkliche Herrschaft durch das Volk auf sozialem, politischem und kulturellem Gebiet. Diese Kämpfe, die ja heute auch nicht mehr national, sondern international geführt werden müssen — —

(Lachen rechts.)

— Meine Damen und Herren! Sie lachen. Ich glaube, Sie werden noch die Bundesgenossenschaft des internationalen Proletariats in diesen Tagen sehr gern entgegennehmen. —

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken. — Widerspruch und Lachen rechts.)

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

(A) Wir haben die feste Hoffnung, ja die Zuversicht, daß das **internationale Proletariat** sich gegen dieses furchtbare Elend, gegen den gemeinsamen Feind erheben wird, und daß aus diesen Kämpfen schließlich doch einmal siegreich hervorgehen wird der **Sozialismus, die Befreiung der ganzen Menschheit.**

(Lebhafter Beifall auf der äußersten Linken.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern. — Ich erlaube mir aber, darauf aufmerksam zu machen, daß wir dem Auswärtigen Ausschuß den Schluß der Sitzung um 4 Uhr in Aussicht gestellt haben.

Koch, Reichsminister des Innern: Es liegt mir heute nur daran, eine einzige Bemerkung des Herrn Vorredners richtigzustellen. Darüber, daß übertriebener Luxus in allen Kreisen der Bevölkerung — —

(lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Linken. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: In allen? — Auch in den Kreisen der Arbeitslosen?)

— Ich glaube, man soll einen Satz aussprechen lassen, ehe man den Redner mit Stimmgewalt verhindert, ihn zu Ende zu bringen. —

(B) (Heitere Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Darüber, daß übertriebener Luxus in allen Kreisen der Bevölkerung herrscht, denen die Mittel für solchen Luxus zur Verfügung stehen, kann kein Zweifel vorhanden sein,

(Lachen auf der äußersten Linken)

und die Reichsregierung bedauert ihrerseits, daß so viele Schichten unserer Bevölkerung heute, anstatt Ersparnisse zu machen und zu versuchen, am Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuhelfen, sich einem übertriebenen Luxus hingeben. Die **Mittel zur Bekämpfung des Luxus** liegen auf vielerlei Gebieten. Sie liegen aber in erster Linie nicht bei der Reichsregierung, sondern bei den Landesbehörden.

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

Ich habe aber das Wort genommen, weil in Verbindung mit diesen Fragen der Hinweis gebracht ist, daß der Reichskanzler und mehrere Reichsminister an dem **Pressefest** teilgenommen haben. Wenn ich vorhin in einer Zwischenbemerkung gesagt habe, daß ich persönlich nicht daran teilgenommen habe, so habe ich damit keineswegs eine Mißbilligung der Teilnahme zum Ausdruck bringen wollen

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken. — Zuruf: Das wissen wir!)

Ich war persönlich durch die Freuden des Wahlkampfes verhindert, an diesem Fest teilzunehmen.

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Reichskanzler und die Minister an dem Pressefest teilgenommen haben, so haben sie das getan, weil es einer alten Tradition von mehr als 30 Jahren entspricht, an diesem Feste teilzunehmen, und weil die Teilnahme an einem solchen Feste den Zweck hat zu bekunden, daß die Reichsregierung auf eine enge Fühlung mit der Presse und auf die große Bedeutung der Presse Wert legt. (C)

(Wiederholte Zurufe von der äußersten Linken.)

Auf die Gestaltung des Festes im einzelnen hat die Reichsregierung selbstverständlich keinen Einfluß und kann keinen Einfluß darauf nehmen. Ich glaube, wer die Verhältnisse kennt, wird weder dem Herrn Reichskanzler noch den übrigen Ministern den Vorwurf machen wollen, daß die Gestaltung des Festes im einzelnen die Veranlassung für sie gewesen sei, an dem Feste teilzunehmen. Aber die Notwendigkeit, der Presse bei einer festlichen Gelegenheit in diesem Jahr genau wie in früheren Jahrzehnten zu bekunden, daß die Reichsregierung die Fühlung mit ihr für notwendig hält und an ihr Interesse nimmt, ist unbestreitbar. Ich bin überzeugt: wenn die Reichsregierung sich der Teilnahme an dem Feste entzogen hätte, so wäre in Bälde der Vorwurf, daß die Reichsregierung auf gute Beziehungen zur Presse keinen Wert mehr lege, aus denselben Kreisen gekommen, die jetzt diesen Vorwurf erheben.

(Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken: Unsere Presse war ja gar nicht da!) (D)

Präsident: Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die vorhin erwähnten Umstände schlage ich Ihnen vor, unsere Beratungen jetzt abzubrechen — das Haus ist damit einverstanden — und die nächste Sitzung abzuhalten Freitag, den 11. März, vormittags 12 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. zweite Beratung des zwischen dem Deutschen Reiche und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossenen Reedereiabfindungsvertrags;
3. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar:
   Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau nebst Ergänzung;
4. Rest der heutigen Tagesordnung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 56 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

81. Sitzung.

Freitag den 11. März 1921.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlage ist eingegangen der

Entwurf einer Ergänzung zum Haushalte des Reichsverkehrsministeriums — Verwaltung der Reichseisenbahnen — für das Rechnungsjahr 1921.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den Ausschuß für den Reichshaushalt (1. Ausschuß) für die Abgeordneten Schumann, Böhm (München), Beckmann, Dr. Gildemeister, Wieber, Dr. Reichert, Lambach, Frau Zietz

die Abgeordneten Giebel, Jaud, Simon (Franken), Havemann, Ersing, Dorsch (Hessen), Schiele, Horn;

in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Blunck

der Abgeordnete Dr. Schücking;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Koch (Düsseldorf), Bauer, Dr. Fortmann, Jandrey (D)

die Abgeordneten Henning, Molkenbuhr, Dr. Höfle, Frau Behm;

in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Heim

der Abgeordnete Leicht;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Schulz-Gahmen, Hartleib, Düwell, Dr. Breitscheid, Soldmann (Franken), Geck (Offenburg), Dr. Helfferich

die Abgeordneten Allekotte, Fischer (Hannover), Plettner, Staab, Mehrhof, Dr. Hertz, Schiele;

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Lind, Hartwig

die Abgeordneten Behrens, Dr. Reichert;

in den 24. Ausschuß für die Abgeordneten Schwarz (Hessen), Bernstein, Dr. Fick

die Abgeordneten Reyses, Seemann, Kerschbaum.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Abgeordneter Hemeter.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben sind

Anfragen.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 672, D. Mumm und Genossen (Nr. 1558 der Drucksachen),

hat das Wort Herr Abgeordneter D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Haushaltausschuß und Vollversammlung des Reichstags haben wiederholt die Reichsregierung aufgefordert, alles zu tun, um die **stammesfremde Osteinwanderung** zu hemmen und die Ostjuden, aus denen viele Wühler und Schieber stammen,

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) über die Grenze zurückzuschaffen. Insbesondere hat der Reichstag am 2. August beschlossen:

Die Reichsregierung zu ersuchen:

a) in geeignet erscheinender Weise darauf hinzuwirken, daß der Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente, insbesondere über die Ostgrenze, gewehrt werde,

b) in geeignet erscheinender Weise darauf hinzuwirken, daß fremdstämmige Elemente, soweit sie sich als lästig erweisen, über die Grenze, sowie angängig, zurückgebracht und erforderlichenfalls inzwischen interniert werden.

Was hat die Reichsregierung daraufhin getan? Wo befinden sich die von dem zuständigen Organ des Volkswillens vor einem halben Jahre geforderten Internierungslager? Ist die Reichsregierung in der Lage, Ziffern darüber anzugeben, wie vielen Ostjuden die Einwanderung verweigert, wie viele zurückgeschoben, wie viele interniert worden sind?

In der Dortmunder Stadverordnetenversammlung kam — um ein Beispiel anzuführen — am 7. Februar zur Sprache, daß die Ostjuden nicht nur in den Stadtteilen rechts der Münsterstraße, sondern auch jetzt links von der Münsterstraße wohnen. Läßt sich diese Zuwanderung angesichts der Zusammenpferchung der Bevölkerung in den Großstädten verantworten?

Deutschösterreich hält die Ausweisungsbefehle gegen die Ostjuden auch gegen den Einspruch Polens beim Völkerbund aufrecht und verficht diese Befehle auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes. Ist das Deutsche Reich gewillt, sein Ausweisungsrecht gegenüber lästigen Zu-(B)wanderern aufrechtzuerhalten?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimrat Hering.

Hering, Geheimer Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung ist mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln bemüht, nach Kräften den Gefahren entgegenzutreten, die sich aus der unerlaubten **Einwanderung von Ausländern nicht deutschen Stammes** in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht ergeben.

Zur Verhinderung der unerlaubten Einwanderung von Ausländern dienen

1. die Paßvorschriften,
2. die Maßnahmen der Fremdenpolizei.

Reichsrechtlich geregelt sind nur die Paßvorschriften. Die Fremdenpolizei ruht — wie die Polizeihoheit überhaupt — bei den Ländern.

Zur Abwehr des Zustroms von fremdstämmigen Ausländern, der sich nach Beendigung des Krieges namentlich über die Ostgrenze ins Inland ergoß, ist die verschärfte Handhabung der **Paßvorschriften** angeordnet worden. Die Ostgrenze wurde zunächst im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem preußischen Ministerium des Innern für nicht deutschstämmige Einwanderer grundsätzlich gesperrt, die Paßerteilung in Ausnahmefällen zentralisiert. Nach Errichtung deutscher Vertretungen in den östlichen Randstaaten sind diese vom Auswärtigen Amt wiederholt und auch in letzter Zeit noch zu möglichster Zurückhaltung in der Erteilung der Einreisesichtvermerke angehalten. Die Einreiseerlaubnis zu längerem oder dauerndem Aufenthalt wird grundsätzlich in jedem Falle von der Vorlage der Zuzugsgenehmigung der zuständigen Ortspolizeibehörde abhängig gemacht. In (C) Fällen, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen zu Bedenken Anlaß geben, haben die deutschen Paßbehörden im Auslande die Genehmigung des Auswärtigen Amts einzuholen. Etwaigen Fehlgriffen in der Handhabung der Paßvorschriften durch die Reichs- oder Landesbehörden wird ständig nachgegangen, die scharfe Beobachtung der Vorschriften stets aufs neue eingeschärft.

Die Reichsregierung hat ferner auf scharfe polizeiliche **Überwachung der Grenze** und dauernde nachdrückliche Handhabung der fremdenpolizeilichen Befugnisse durch die Länder hingewirkt.

Die dringende Notwendigkeit der schnellen Errichtung eines Grenzschutzes nach dem Wegfall der militärischen Einrichtungen zur Absperrung der Grenze veranlaßten die Reichsregierung, den größten Teil der Mittel für den Aufbau einer Landesgrenzpolizei im preußischen Osten zur Verfügung zu stellen. Das Eintreten des Reichs hat einen verhältnismäßig raschen Wiederaufbau einer guten Organisation zur Überwachung der Grenze ermöglicht. Über den weiteren Ausbau der Grenzüberwachung wird verhandelt. Die Grenzpolizei der Länder wird bei der Überwachung des Personenverkehrs in weitem Maße durch die Grenzorgane der Reichsfinanzverwaltung unterstützt.

Die Reichsregierung hat ferner auf den Erlaß scharfer **Meldevorschriften der Ausländer** und ihre Quartiergeber hingewirkt. Die Meldepflicht sichert die Überwachung der Fremden im Inland und ermöglicht polizeiliches Einschreiten, sobald sich Anlaß hierzu ergibt.

Eine **Massenabschiebung unerlaubt Eingewanderter über die Ostgrenze** scheitert an dem Widerstand der polnischen Behörden. Verhandlungen mit der polnischen Regierung zur Regelung der Übernahme auszuweisender polnischer Staatsangehöriger sind eingeleitet.

Im Jahre 1920 hat die preußische Landesgrenzpolizei an der Ostgrenze, den ostpreußischen Grenzen und der Binnengrenze gegen Oberschlesien 11 458 Personen (D) wegen unerlaubten Grenzübertritts festgenommen. Davon sind 6169 alsbald wieder über die Grenze abgeschoben. Von den übrigen 5289 Personen wurden etwa 1500 aus polnischen Gefangenenlagern entwichene Kriegsgefangene oder polnische Deserteure oder Refraktäre den Lagern des Heeresabwicklungsamts Preußen zur Internierung zugeführt, die übrigen sind teils den Gerichten zur Aburteilung übergeben und nach Strafverbüßung wieder abgeschoben, teils den jüdischen Fürsorgeorganisationen in Preußen zugeführt worden.

Im Januar 1921 sind rund 2800 Personen teils am Grenzübertritt verhindert, teils nach unerlaubtem Grenzübertritt wieder abgeschoben worden.

Zur vorläufigen Internierung solcher fremdstämmigen Ausländer, deren Abschiebung angezeigt, aber nicht alsbald durchführbar ist, hat die Reichsregierung der preußischen Staatsregierung mehrere Läger zur Verfügung gestellt. Der preußische Herr Minister des Innern hat durch Erlaß vom 28. Februar 1921 angeordnet, daß eines dieser Lager, das Lager Stargard in Pommern, das für etwa 2700 Personen Raum bietet, mit Ausländern zu belegen ist, die auszuweisen sind, aber zurzeit nicht abgeschoben werden können.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Wie erklärt die Reichsregierung die volle Wirkungslosigkeit der soeben ausführlich dargelegten Maßnahmen?

(Sehr gut! rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Päsident: Wird das Wort noch verlangt? — Das ist nicht der Fall; die Anfrage ist erledigt.

(Präsident.)

(A) Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 675, **Hoffmann** (Berlin) und Genossen (Nr. 1566 der Drucksachen),
erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Hoffmann (Berlin), — dem Herrn Abgeordneten Däumig.

Däumig, Abgeordneter:
Ist der Reichsregierung bekannt, daß in Berlin in der Nähe des städtischen Obdachs, Fröbelstraße, beim Gastwirt Kulicke, Winsstraße 37, und im Obdach selbst verkleidete **Werber** auftreten und **ehemalige Reichswehrsoldaten** sowie Baltikumer anzuwerben suchen?

Ist der Reichsregierung ferner bekannt, daß am 27. Februar 1921 vierzig Mann und am 3. März 1921 fünfundzwanzig Mann nach Wismar abtransportiert sind respektive werden und ein Baron v. Manteufel viertausend Mark für Transport und Verpflegung gezahlt hat? Weitere 150 Mann sollen noch angeworben werden.

Ist der Reichsregierung bekannt, daß sich in Wismar eine Kompagnie unter Führung von Leutnant Sperling, welcher dem Major Bischoff untersteht, befindet?

Laut Mitteilung des Werbers sind die Truppen für Litauen bestimmt und befindet sich die Oberleitung in Händen des Generals von der Goltz. Bis zum endgültigen Abtransport werden die angeworbenen Leute auf den Gütern untergebracht.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um dieses unerhörte Vorgehen gegen die Verfassung, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 und den Friedensvertrag zu verhindern?

(B) **Präsident:** Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Major v. Schleicher.

v. Schleicher, Major im Reichswehrministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung hat von den in der Anfrage behandelten Tatsachen erst durch die Anfrage selbst Kenntnis erhalten.

Weder der Staatsanwaltschaft bei dem außerordentlichen Gericht bei dem Gruppenkommando 1 noch anderen Reichsstellen sind sie vorher mitgeteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hat sofort nach Mitteilung der Tatsachen Ermittlungen angestellt, deren Ergebnis noch aussteht.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 674, D. **Mumm** (Nr. 1561 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter:
Zum vierten Male bin ich genötigt, dieselbe Anfrage zu stellen, da bisher die Reichsregierung zu einer Antwort noch nicht instand gesetzt worden war. Am 6. Dezember 1920 wurden im **Siegerland Haussuchungen** bei Führern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei vorgenommen; bei keinem Führer wurden verbotene Waffen gefunden. Die Haussuchungen wurden von Arnsberg durchweg ohne gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Deckung veranlaßt. Ist die preußische Regierung willens, künftig Artikel 115 der Reichsverfassung zu wahren?

Ich darf zur Geschäftsordnung mit Genehmigung des Herrn Präsidenten dabei erklären: Der Herr Präsident fragte mich, da die Antwort sehr ausführlich sein würde und aufhalten würde, ob nicht die Antwort schriftlich erfolgen könnte. Ich bin bereit, darauf einzugehen unter (C) der mir von dem Herrn Kommissar zugesagten Bedingung, daß ich, wie natürlich auch die anderen Mitglieder des Hauses, diese Antwort heute oder morgen erhalte.

(Major v. Schleicher: Jawohl!)

Präsident: Die Zusage ist erteilt; die Anfrage wird also schriftlich beantwortet werden. Damit ist die Anfrage für die heutige Tagesordnung erledigt.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 676, **Krüger-Hoppenrade** und Genossen (Nr. 1571 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Krüger-Hoppenrade. — — Der Herr Abgeordnete Schröter (Liegnitz).

Schröter (Liegnitz), Abgeordneter:
Durch die Presse sind Meldungen gegangen (Deutsche Tageszeitung Nr. 87), daß auf dem **Bahnhof Reinfeld in Holstein** seit längerer Zeit 15 bis 20 Eisenbahnwagen **Brotgetreide** ziemlich ungeschützt **lagern.** Das Brotgetreide ist der Claudiusmühle in Reinfeld von der Reichsgetreidestelle überwiesen; diese kann es aber trotz dauernder Beschäftigung nicht vermahlen. Dagegen liegen viele kleine Mühlen des Kreises Stormarn brach, während das Getreide in den Eisenbahnwagen der Gefahr des Verderbens preisgegeben ist.

Worauf sind diese Übelstände zurückzuführen, und was gedenkt die Reichsregierung zu ihrer Beseitigung zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Regierungsrat Heinitz.

Heinitz, Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Infolge der seinerzeit bestehenden Transportschwierigkeiten war die Reichsgetreidestelle gezwungen, die (D) in der Nähe der Einfallhäfen liegenden Mühlen in verstärktem Maße zur **Einlagerung des Getreides** heranzuziehen. Auch der **Claudiusmühle in Reinfeld** war eine mit Dampfer nach Lübeck bestimmte Partie schwedischen Roggens zugewiesen worden, welche Anfang Februar in Lübeck angekommen und von dort mit der Bahn an die Mühle weiterverladen worden.

Infolge eines Bodenbruchs in einem Lagerschuppen war die Mühle nicht in der Lage, die in rascher Folge mit der Bahn eintreffenden Mengen in ihren Speichern einzulagern. Da es der Mühle trotz aller Bemühungen und trotz Unterstützung durch den Bürgermeister auch nicht möglich war, anderweitige Lagerräume zu beschaffen, hatte sie, ohne die Reichsgetreidestelle zu verständigen, 15 Wagen Roggen neben dem Güterschuppen auf dem Bahnhof Reinfeld im Freien gelagert. Um die Lagerung möglichst einwandfrei zu gestalten, hatte die Mühle eine dicke Torfstreu mit Brettern belegt, auf welchen das gesackte Getreide gelagert wurde. Sämtliche Säcke wurden mit großen wasserdichten Plänen vollständig bedeckt, so daß die ganze Getreidemenge gegen Witterungseinflüsse geschützt war. — Das Getreide wurde Tag und Nacht von einem eigenen Wächter der Mühle bewacht.

Sobald dieser Vorfall zur Kenntnis der Reichsgetreidestelle kam, sind sofort die nötigen Maßnahmen getroffen worden, das Getreide unter Dach und Fach zu bringen; die Mühle ist von ihr verwarnt worden. Die Überwachungsbeamten der Reichsgetreidestelle haben festgestellt, daß das Getreide durch die vorübergehende Lagerung im Freien keinen Schaden genommen hat.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 677 **Kunert** und Genossen (Nr. 1590 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Kunert.

Kunert, Abgeordneter:

Wiederholt tauchten in letzter Zeit immer neue Gerüchte auf, die festzustellen suchten, daß der Stadt Halle und ihrer Umgebung das wohlerworbene Recht auf Beibehaltung ihrer Eisenbahnen zugunsten von Leipzig genommen werden würde, daß insbesondere die Hauptdirektion von Halle nach Leipzig verlegt werden solle. Die **Aufrechterhaltung des Eisenbahnknotenpunktes Halle** ist nicht nur wünschenswert, sondern eine unbestreitbare wirtschaftliche Notwendigkeit.

Ist die Reichsregierung bereit, eine bündige Erklärung darüber zu geben, wie sie sich zu der hier berührten Frage verhält und ob ihrer Auffassung nach die angedeuteten Gerüchte, die in dem Schweigen der Regierung ihre Nahrung fanden, auf Wahrheit beruhen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimer Regierungsrat Matibel.

Matibel, Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Das Reichsverkehrsministerium ist der Frage der Neuabgrenzung der Eisenbahnverwaltungsbezirke überhaupt noch nicht näher getreten.

Daraus ergibt sich, daß die Gerüchte über eine angeblich geplante **Verlegung der Eisenbahndirektion in Halle** nach Leipzig unbegründet sind.

Wenn bei einer künftigen Neueinteilung der Eisenbahnverwaltungsbezirke die Aufhebung oder Verlegung bestehender Eisenbahnbehörden erforderlich werden sollte, so werden jedenfalls die Interessen der beteiligten Länder und Städte hierbei aufs sorgfältigste geprüft und gewürdigt werden.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 673, Dr. Semmler und Genossen (Nr. 1559 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Körner.

Körner, Abgeordneter:

Die **öffentliche Bewirtschaftung der Fette und Öle** hat infolge der Unmöglichkeit einer derartigen Zwangswirtschaft und infolge sachlicher Unkenntnis zum Zusammenbruch geführt. Nach Mitteilungen in der Presse usw. hat der Reichsausschuß für Fette und Öle ganz allmählich 46 000 Tonnen Rohstoffe zum Vorschein gebracht, obwohl im September und Oktober Mangel an Rohwaren für die **Margarinefabrikation** herrschte. Diese 46 000 Tonnen müssen jetzt untergebracht werden. Der Einstands- und Übernahmepreis soll 28 Mark je Kilo betragen. Die Margarinefabrikation hat ihr Anfangsgebot von 12 Mark je Kilo nicht mehr aufrechterhalten, da die Preise immer weiter sinken. Der Verlust je Kilo beträgt schon jetzt 16 Mark, im ganzen etwa dreiviertel Milliarden Mark, die nunmehr durch die Steuerzahler gedeckt werden müssen.

Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt sie gegen eine derartige Wirtschaft zu tun, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um einer derartigen Mißwirtschaft auch auf anderen Gebieten der Zwangswirtschaft entgegenzutreten?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialdirektor Dr. Hoffmann.

Dr. **Hoffmann,** Ministerialdirektor im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Zutreffend ist, daß der Reichsausschuß für Öle und Fette G. m. b. H. i. L. zurzeit noch über etwa 45000 Tonnen für Ernährungszwecke geeignete Rohstoffe verfügt. Der Grund dafür, daß noch so erhebliche Bestände vorhanden sind, liegt in der Hauptsache darin, daß die Margarineindustrie als die Hauptabnehmerin in den Monaten Dezember und Januar einen unerwarteten starken Rückgang in ihrer Verarbeitung zu verzeichnen hatte.

Richtig ist ferner, daß noch in den Monaten September und Oktober vorigen Jahres Mangel an gebrauchsfertigem raffinierten **Öl für die Margarineherstellung** bestand, so daß ausnahmsweise Öl angekauft werden mußte, trotzdem damals für den Reichsausschuß noch erhebliche Rohstoffmengen in Form von Ölfrüchten schwimmend oder bei den Ölmühlen vorhanden waren und auch erhebliche Mengen von Rohöl auf den Raffinationsanstalten zur Weiterverarbeitung lagerten. Diese letzten Ölankäufe des Reichsausschusses mußten von Reichs wegen erfolgen, weil die Industrie zur Beschaffung der Rohstoffe auf eigene Rechnung noch nicht bereit war. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß der Reichsausschuß im Interesse der Beschäftigung der heimischen Industrie hauptsächlich Ölfrüchte und Ölsaaten eingekauft hat, und daß zwischen dem Zeitpunkt des Eintreffens dieser ausländischen Ölsaaten und Ölfrüchte im Ankunftshafen und der Fertigstellung des raffinierten gebrauchsfertigen Öls ein Zeitraum von 3 bis 4 Monaten liegt, der noch durch Kohlenmangel, Streiks und Transportschwierigkeiten sich verlängern konnte. Hieraus ist zu erklären, daß aus den Verarbeitungen der deutschen Ölmühlen und Raffinationsanstalten noch in den letzten Monaten Andienungen von Öl an den Reichsausschuß erfolgt sind.

Was die Verluste an den vorhandenen Beständen anlangt, so beträgt der durchschnittliche Einstandspreis des Reichsausschusses etwa 26,50 je Kilogramm. Den augenblicklichen Durchschnittspreis, der aber nach den Weltmarktpreis- und Valutaänderungen schwankt, kann man auf etwa 14 Mark je Kilogramm raffiniertes Öl beziehungsweise 16 Mark je Kilogramm Hartfett veranschlagen. Die Verluste, wie sie der Reichsausschuß an seinen Rohstoffbeständen infolge des Fallens der Weltmarktpreise und der Besserung der deutschen Valuta erleidet, haben auf demselben Gebiet in gleicher Weise auch die privaten Einkäufer und die großen Konzerne betroffen. Diese Tatsache dürfte ein Beweis sein, daß es sich hierbei um wirtschaftliche Vorgänge auf dem Weltmarkt handelt, die auch die sachverständigsten Kreise des inländischen und des internationalen Handels nicht vorhergesehen haben. Nach der völligen Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung und des damit verbundenen zentralisierten Einkaufs dieser Rohstoffe sind besondere Maßnahmen gegen derartige Verluste nicht mehr erforderlich.

Präsident: Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des zwischen dem Deutschen Reiche und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossenen Reedereiabfindungsvertrages (Nr. 1567 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt Nr 1630 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Klöckner.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort?

(Wird verneint.)

Das geschieht nicht.

(Präsident.)

(A) Ich eröffne die Beratung über I.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lambach.

(Zuruf: Verzichte!)

— Der Herr Abgeordnete Lambach verzichtet auf das Wort. — Wird das Wort weiter gewünscht? —

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Henke.

Henke, Abgeordneter: Werte Versammlung! Gestatten Sie mir zunächst einige allgemeine Bemerkungen über die Vorlage, die uns hier beschäftigen soll. Es ist zweifellos ein Schulbeispiel für die kolossale Unordnung innerhalb der kapitalistischen Warenproduktion, daß zu einer Zeit, in der überall nach der heiligen Ordnung in den einzelnen Staaten gerufen wird, sich diese Unordnung am meisten auch auf dem Schiffsbaumarkt bemerkbar macht. Wir sehen, daß in allen Ländern, die während des Krieges Werften gebaut haben, ein ungeheurer **Überfluß an Schiffstonnage** vorhanden ist. Während des Krieges ist riesig viel Schiffsraum zerstört worden; die deutsche Kriegsführung war ja wohl in erster Linie daran beteiligt. Wir haben dann wahrnehmen können, daß schon während des Krieges in Japan, Amerika, England und in den nordischen Staaten Werften über Werften erbaut worden sind und während des Krieges und nach dem Kriege neuer Schiffsraum hergestellt wurde. Infolgedessen sowie auch infolge der Zerreißung der Verhältnisse der Weltwirtschaft, das heißt, weil die Schiffahrt nicht genügend beschäftigt werden kann, ist ein gewaltiger Überfluß an Tonnage vorhanden. Während wir zu Beginn des Weltkrieges in Summa etwa 45 Millionen Tonnen Schiffsraum hatten, haben wir jetzt 60 Millionen und, wenn man die Tragfähigkeit berücksichtigt, 90 Millionen Tonnen aufzuweisen. In den Häfen liegen infolgedessen sehr viele Schiffe brach. Ganz besonders gilt das auch für die beschlagnahmten deutschen Schiffe. (B) Sie sind monatelang in den englischen und andern Häfen stillgelegen, sie sind zum guten Teil verdorben, und heute sieht man, daß die Länder, die diesen Schiffsraum besitzen, nicht wissen, wohin damit. Darin kommt, wie ich sagte, die Unordnung der kapitalistischen Produktionsweise, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sehr deutlich zum Ausdruck.

Sie kommt insbesondere aber noch dadurch zum Ausdruck, daß gerade in diesem Moment in Deutschland neuer Schiffsraum hergestellt werden soll. Ich komme darauf gleich noch zu sprechen. Wir haben — freilich nur dem Anschein nach — überall ja auch sonst einen Überfluß an Dingen, die sehr notwendig sind. Wir haben scheinbar in den überseeischen Staaten ungeheuren Überfluß an Waren, und auf der anderen Seite millionenhaft Menschen, die dieser Waren bedürften, die aber infolge des Sinkens der Kaufkraft des Geldes nicht in der Lage sind, die Waren zu kaufen.

So haben wir auch überflüssigen Schiffsraum in hohem Maße und haben, obwohl man meinen sollte und auch vor dem Kriege gemeint hat, daß nach dem Kriege eine ungeheuere Nachfrage nach Schiffsraum eintreten würde, die Tatsache zu verzeichnen, daß Schiffsraum wie saures Bier angeboten wird. In Belgien, in England, in Amerika wird solcher überflüssige Schiffsraum ausgeboten, und die Presse berichtet in der letzten Zeit in kurzen Abständen immer wieder über diesen Überfluß und über das Sinken der Preise dieses Schiffsraums. So brachte noch vor einigen Tagen die „Deutsche Allgemeine Zeitung" eine Nachricht aus Belgien. In Belgien war ein bedeutender Posten ehemals deutschen Schiffsraums zum Verkauf gestellt worden, und weil die Nachfrage nach Schiffsraum so gering ist, waren nur 5 Pfund Sterling pro Tonne Totgewicht angeboten worden, also ein verhältnismäßig niedriger Preis. Auch in den andern Ländern ist er so niedrig, daß schon vor einiger Zeit ein englisches (C) Blatt schrieb: wir werden mit diesem überflüssigen Schiffsraum große Beschwerden bekommen, und der einzige Abnehmer wird dafür letzten Endes sein — Deutschland,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— Deutschland, dem man diesen Schiffsraum in ungeheurem Maße, wie wir alle wissen, weggenommen hat. Die Spitzbuben, die der deutschen Volkswirtschaft diesen Schiffsraum genommen haben, haben also jetzt selbst unter dem gestohlenen Gut zu leiden,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sie wissen nicht, wohin damit. Es kommt das auch in einem andern englischen Blatt zum Ausdruck. „Lloyd's List" schrieb am 15. Februar:

> Gegen Ende 1920 ist schon wieder eine merkliche Wertverringerung am Schiffbaumarkt festzustellen. In den letzten Tagen ist ein in Deutschland im Jahre 1920 gebauter ehemaliger deutscher Dampfer von 6750 Tonnen zu einem Preise von etwas unter 60 000 Pfund Sterling verkauft. Daraus geht hervor, daß der Wert eines neuen deutschen Dampfers sich bei uns

— also in England —

> auf weniger als 9 Pfund Sterling pro Tonne stellt. Hieraus kann man folgern, daß der äquivalente Wert neuen britischen Laderaums 10 bis 11 Pfund Sterling pro Tonne nicht merklich übersteigen darf gegen 14 Pfund Sterling noch zu Ende 1920.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also: die englischen Reeder haben schon unter diesem Überfluß an Schiffsraum, der zum guten Teil durch das Entwenden deutschen Schiffsraums und durch den Neubau von Schiffsraum entstanden ist, zu leiden. Die gleichen Klagen können wir aus all den Ländern hören, die über solchen überflüssigen Schiffsraum verfügen. (D)

Man sollte nun meinen, es wäre eigentlich nichts einfacher, als daß die **deutschen Reedereien,** die des Schiffsraums bedürfen, einfach von diesem überflüssigen Schiffsraum, der so billig zu haben ist, kaufen; — er steht ja massenhaft in Amerika, in Belgien, in England zur Verfügung. Das geschieht aber nicht, sondern wir sollen hier eine große Summe Geldes zur **Abfindung** der Reeder bewilligen, eine Summe, von der man behauptet, daß sie zu 80 Prozent in Form von Löhnen an die Arbeiter gehen würde.

(Hört! Hört! und Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Unsinn!)

Werte Versammlung! Es könnte eine deutsche Handelsflotte also am ehesten durch solchen Ankauf billigen überflüssigen Schiffsraums zustande kommen. Da sagt man nun, es gäbe eine Anzahl Gründe, die dagegen sprächen, vor allem der Grund, daß man die **Arbeitslosigkeit** im eigenen Lande zu bekämpfen habe und daß, wenn die **Werften** nicht mit der Wiederherstellung einer neuen Handelsflotte beschäftigt würden, Tausende und aber Tausende von Werftarbeitern arbeitslos würden. Wir sind allemal sehr mißtrauisch, wenn aus Kapitalistenkreisen irgendeine Freundlichkeit oder Sympathie der Arbeiterschaft gegenüber zum Ausdruck kommt,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

besonders aber dann, wenn die Herren Kapitalisten selbst Forderungen an den Staat zu stellen haben, und wir sind doppelt mißtrauisch, wenn solche Vorwände wie der von der drohenden Arbeitslosigkeit der Arbeiter aus den Kreisen der Reedereikapitalisten kommen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein Neuling im parlamentarischen Leben hat uns im Hauptausschuß versichert, daß die Inhaber der Reedereiaktien nicht allemal große Kapitalisten seien. Das wissen

(Henke, Abgeordneter.)

(A) wir! Aber darauf kommt es gar nicht an. Es kommt auf die Frage an: wer hat über diese Aktien zu verfügen?

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wer hat über die ungeheuren Kapitalmassen, die als **Reedereikapital** in Wirksamkeit treten, zu verfügen? Da brauchen wir uns doch nur einmal danach umzusehen, wer in den Aufsichtsräten der Reedereien sitzt oder wer in den Städten, wo die Reeder etwas zu sagen haben, das Heft in den Händen gehabt und es in einer für die Arbeiterschaft sehr fühlbaren Weise angewandt hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir brauchen uns nur einmal danach zu erkundigen, wie es diese Kreise insbesondere auch verstanden haben und noch verstehen, auf die Staatsregierungen und die Reichsregierung einzuwirken, dann wissen wir sehr genau, mit welcher ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Macht wir es in diesen Reedereikreisen zu tun haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir einmal eine solche Prüfung vornehmen, dann stellt es sich heraus: zuerst sind in den Aufsichtsräten, also in den Kreisen des Reedereikapitals, die Vertreter der Banken zu finden — es ist also das Finanzkapital, dieses gewaltige, mächtige Finanzkapital daran beteiligt —, ferner haben wir gerade in den letzten Jahren wahrnehmen können, daß die Kreise der **Schwerindustrie** sich mehr und mehr in die **Reedereikreise** hineingedrängt haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will nur die Namen Stinnes, Thyssen als Beispiele nennen. Es ist verständlich, daß sie das tun: sie stellen ja das Schiffsbaumaterial zum guten Teil her, das auf den Werften verwendet wird, und sie haben ja selbst zu einem guten Teil ein ungeheures Interesse an der Verfrachtung der Waren, die exportiert und importiert werden. Daß also schwerindustrielle Kreise danach drängen, innerhalb der Reederei Einfluß zu bekommen, ist ganz (B) selbstverständlich bei dem allgemeinen Zug nach Vertrustung, nach Syndizierung, nach Kartellierung der Industrie, des ganzen Wirtschaftslebens, ein Zug, der ja ungeheure Triebkräfte gerade während des Krieges bekommen hat. Und so sehen wir, daß es in der Tat die mächtigsten Kapitalistengruppen sind, die in Wirklichkeit innerhalb der Reedereien tonangebend sind,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die auch während des Krieges auf die Reichsregierung eingewirkt haben und die jetzt nach dem Kriege wiederum auf sie einwirken und uns glauben machen wollen: um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, um dafür zu sorgen, daß nicht Tausende und aber Tausende von Werftarbeitern arbeitslos werden, müssen wir Milliarden zur Abfindung der Reedereien bewilligen.

Wenn wirklich dieses Argument so triftig wäre, wie es zu sein scheint, dann müßte man doch auch meinen, daß diese Kreise dafür zu haben wären — wofür wir selbstverständlich zu haben sind —, die Arbeitslosigkeit auf anderen Gebieten zu bekämpfen. Als ob es sich nur darum handelte, eine Arbeitslosigkeit der Werftarbeiter zu verhindern! Als ob es sich zum Beispiel nicht darum handelt, die **Arbeitslosigkeit im Baugewerbe** zu beheben!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Als ob es also nicht unter Umständen viel näher läge, dafür Milliarden aus Reichsmitteln zu bewilligen, daß die Bauarbeiter beschäftigt werden

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und dadurch zugleich das Heer der Wohnungslosen, das sich aus den Kreisen der Minderbemittelten rekrutiert, Wohnungen bekommt!

Gestern hatten wir erst im Hauptausschuß ein Beispiel dafür, wie man sich nicht scheut, eventuell die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren, wenn es denjenigen in den Kram paßt, die die Individualwirtschaft unter allen (C) Umständen erhalten wollen und die heute tätiger sind wie jemals, um sie siegen zu lassen über alle Kräfte der Revolution.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es hat sich gestern im Hauptausschuß um die **Aufhebung der Bekleidungsämter** gehandelt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und so sehr man auch von sozialistischer Seite geltend machte, daß dadurch Tausende und aber Tausende Arbeiter, und unter diesen ganz besonders die Kriegsbeschädigten und außerdem sehr viel Beamte und Angestellte, arbeitslos würden, half das alles nichts. Demgegenüber hatten die Herren vom Bürgertum taube Ohren, handelte es sich für sie doch in erster Linie darum, die Privateigentumswirtschaft, die kapitalistische Wirtschaft zu erhalten und alle Betriebsarten zu bekämpfen, die auch nur nach Sozialisierung riechen könnten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Darum verlangte man, daß die Bekleidungsämter nicht etwa Privataufträge entgegennehmen. Sie sollen nicht in die freie Konkurrenz mit einbezogen werden. Nun, werte Versammlung, es versteht sich ja am Rande, warum diese Kreise das eine verteidigen und das andere nicht zugeben wollen. Ich will aber bei dieser Gelegenheit dieses Beispiel nur erwähnt haben, um zu zeigen, daß, wenn es sich in Wirklichkeit darum handelt, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, diejenigen, die uns heute glauben machen, wir müßten ohne Diskussion zur Abfindung der Reeder über viereinhalb Milliarden bewilligen, dann nicht zu finden sind.

(Sehr wahr! bei der äußersten Linken.)

Es ist ferner ganz zweifellos, daß durch die Bewilligung dieser Summen, durch die dann die Werftarbeiter beschäftigt werden und eine Menge neuen Schiffsraums geschaffen wird, dies dann wiederum auf dem (D) Schiffsbaumarkte verhängnisvoll in die Erscheinung treten wird.

Selbst ein Abgeordneter, der seit Jahren es als seine Lebensaufgabe angesehen hat, Reedereiinteressen zu vertreten, der frühere Reichstagsabgeordnete und jetzige Senator in Hamburg Herr Dr. Stubmann, hat in einem Artikel gemeint:

> Die **neue deutsche Handelsflotte** aber, die in einigen Jahren doch erstehen wird und muß, trägt abermals zur **Überfüllung des Weltmarktes mit Schiffsraum** bei.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

> Es ist heute schon vorauszusehen, daß diese stark vergrößerte Welthandelsflotte, an deren Füßen das Bleigewicht stark gestiegener Kosten (Kohlenpreise, Gehälter und Heuern, Tilgungsquoten) hängt, nach einem starken Rückgang der Seefrachten schwer um ihre Rentabilität ringen wird.

Werte Versammlung! Es geht aus den Worten des Herrn Dr. Stubmann hervor, daß einmal der schon vorhandene Überschuß an Welttonnage durch den neu zu erbauenden deutschen Schiffsraum ungeheuer vergrößert und die Rentabilität dieses neuerbauten Schiffsraums dadurch zu gleicher Zeit in Frage gestellt wird. Es ist doch selbstverständlich, daß, wenn überall — in Japan, Amerika, England, Norwegen, überall, wo man während des Krieges Werften erbaut hat — ein Überfluß an Schiffsraum vorhanden ist und auf diesen Werften immer mehr gebaut wird, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern, ein ungeheurer Konkurrenzkampf unter denen, die über den Schiffsraum verfügen, entbrennen muß. Es müssen sehr viele Existenzen, es muß sehr viel Kapital dabei zugrunde gehen.

Und ich möchte einmal die Frage aufwerfen, ob denn für das deutsche Reedereikapital, das wir zum Teil

(Henke, Abgeordneter.)

(A) jetzt aus allgemeinen Mitteln zur Verfügung stellen wollen, die geringste Aussicht besteht, daß es in diesem gewaltigen Konkurrenzkampf sich obenhalten kann und obsiegen wird.

Ich bin der Meinung, daß man diese Dinge sehr objektiv prüfen muß. Man darf sich nicht durch irgendwelche Redensarten, die im Interesse der Reedereikreise gemacht und natürlich durch tausend Kanäle in die Öffentlichkeit lanciert werden, täuschen lassen. Wenn wir da die Handelskammerberichte und die Reedereipresse lesen, können wir schon seit Jahren in dieser Beziehung konstatieren, daß immer auf die Not der Reedereien, auf ihre nationale Haltung, auf ihre Erfüllung vaterländischer Pflichten während des Krieges hingewiesen ist und auch auf die unbedingte Notwendigkeit, dafür entschädigt zu werden.

Gewiß, während des Krieges haben **deutsche Handelsschiffe** dazu dienen müssen, die **deutsche Kriegsflotte** zu **unterstützen**, eventuell zu vergrößern. Aber dafür sind doch die Reedereikapitalisten — davon bin ich fest überzeugt und Sie wohl alle mit mir — auch genügend entschädigt worden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es heißt in den Jahresberichten, soweit sie darüber vorliegen, zum Beispiel im Jahresbericht des Norddeutschen Lloyd, daß man die Schiffe der Marine für eine entsprechende **Miete** habe zur Verfügung stellen müssen. Aber wer will uns einreden, daß zu einer Zeit, wo überall die Kapitalisten in Deutschland während des Krieges sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern vermocht haben, die Reederkreise mit einem Ei und Butterbrot vorlieb genommen und nicht genug Miete bekommen hätten!

Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn wir darüber genügend Aufschluß bekommen würden, wenn uns die genügenden Ziffern darüber vorgelegt würden, wir noch mancherlei zu rügen haben würden. Es ist selbst (B) von der bürgerlichen Presse festgestellt worden, daß die militärischen Kreise, um die Produktion für den Kriegsbedarf anzuregen, den Ansporn vor allem darin erblickt haben, daß sie der Industrie übermäßige Profite boten. Ich bin zu meinem Teile mißtrauisch genug, allen Redensarten zum Trotz, die dagegen im Hauptausschuß angingen, zu vermuten, daß man einen solchen Stachel auch gegenüber den Reedereikapitalisten angewandt hat. Ehe mir nicht ganz einwandfreie Ziffern vorgelegt werden, aus denen ich mich selbst überzeugen kann, daß das nicht der Fall ist, bleibe ich bei meinem Verdacht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben solches aufklärendes Material im Hauptausschuß gefordert. Sie wissen, daß uns der Gesetzentwurf ohne irgendein Wort schriftlicher Begründung zugegangen ist. Es ist noch niemals eine Vorlage von einer derartigen Wichtigkeit und Tragweite einem Parlamente ohne Begründung vorgelegt worden. Wir haben dann im Hauptausschuß allerdings eine sogenannte vertrauliche Begründung erhalten. Vertraulich wurde sie genannt, und als vertraulich soll sie behandelt werden. Ich glaube, daß mancher hier im Saale ist, der auch gestern an anderer Stelle wieder die Erfahrung gemacht hat, daß das, was von der Regierung als vertraulich bezeichnet ist, in der Regel schon aller Welt bekannt ist, schon von allen Spatzen von den Dächern gepfiffen wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So war es auch mit dem, was uns vertraulich an **Begründung für die Reedereiabfindungsvorlage** im Hauptausschuß gegeben wurde. Vor allen Dingen war es vollkommen ungenügend.

Wir haben also zu unserem Teile mehr Aufklärung verlangt. Das war unsere Pflicht, nicht nur unser Recht. Es wurde sogar ein Antrag von mehrheitssozialistischer Seite vorgelegt, auf dessen Abstimmung nachher verzichtet wurde, ein Antrag, in dem gleichfalls dieses Aufklärungs- (C) material gefordert wurde. Die Regierung hat sich nicht daran gehalten, sie hat nicht genügend Aufklärung gegeben, darum darf sie sich nicht wundern, wenn das Mißtrauen, das wir den kapitalistischen Kreisen gegenüber haben, dadurch vergrößert wird.

Nun sagt man: Ihr müßtet doch ein ganz besonderes Interesse haben an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, an dem **Wiederaufbau der Handelsflotte**, an der Wiederherstellung der Volkswirtschaft und dergleichen mehr. Nun, ich habe schon gezeigt, was das auf sich hat. Wir müssen doch die deutsche Volkswirtschaft im Zusammenhange mit der Weltwirtschaft betrachten, wir dürfen sie nicht davon loslösen. Wenn sie durch den Krieg davon losgelöst worden ist, so ist das verhängnisvoll genug für sie geworden, und auch verhängnisvoll für alle anderen Länder, die an der Weltwirtschaft beteiligt sind. Das muß so bleiben, wenn wir zu unserem Teile den Fehler begehen wollen, wie er uns nach meiner Meinung zugemutet wird. Wir können wahrhaftig, wenn wir wollen, Milliarden über Milliarden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf ganz anderem Gebiete ausschütten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn man nun sagt, daß die **Reeder rechtliche Ansprüche auf eine Entschädigung** für die ihnen abgenommenen Schiffe haben, dann sage ich demgegenüber ganz ruhig, daß ich, wenn heute die politischen Machtverhältnisse anders lägen, als sie liegen, wenn die politische Macht in den Händen der Arbeiter läge, zu meinem Teile gar keine Bedenken tragen würde, so wenig, wie ich es bei der Sozialisierung des Kohlbergbaues usw. trage, den Reedern zu sagen: nein, ihr bekommt nichts für die Sachen, die euch abgenommen worden sind; denn das, was euch genommen ist, war ein Verlust, den andere Leute infolge des Krieges mehr oder minder auch gehabt haben, die nicht im mindesten dafür entschädigt worden (D) sind. Was hat man denn den zahllosen kleinen Mittelstandsexistenzen an Entschädigung geboten, die während des Krieges und durch den Krieg um ihre Existenz gebracht worden sind? Was bietet man zum Beispiel den kleinen Schiffern,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die uns klagen, daß ihre Existenz während des Krieges und durch den Krieg vielfach zugrunde gerichtet worden ist? Man bietet ihnen wenig oder gar nichts. Insbesondere klagen diejenigen **kleinen Schiffer**, die während des Krieges nach dem Osten verschleppt worden sind und nun, von den Polen wiederum vertrieben, zurückfluten. Sie sind in große Not gekommen und müssen bei der Reichsregierung von einer Stelle zur andern laufen, ohne bei den Vertretern der Reichsregierung die Überzeugung erwecken zu können, daß es ihnen sehr schlecht geht und daß sie ganz anders unterstützt werden müssen, als das bisher der Fall gewesen ist. Und wie steht es um die **Entschädigung der Seeleute?**

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten!)

Auch 50 000 Seeleute sind durch die Wegnahme der Handelsflotte arbeitslos geworden, bei deren Entschädigung die Regierung nicht den Maßstab anlegt wie den Reedern gegenüber, und zwar einfach deshalb nicht, weil diese Seeleute nicht den notwendigen politischen Einfluß haben, um die gesetzgebenden Kreise, die heute zu sagen haben, zu zwingen, daß sie die notwendige Entschädigung gewähren. Ich habe schon im Hauptausschuß gesagt — und das ist bestritten worden —, daß die Seeleute nicht genügend entschädigt werden. Mir wurde entgegengehalten, daß ihnen eine Unterstützung zuteil geworden sei. Das weiß ich, aber ich behaupte, daß sie nicht genügend unterstützt worden sind.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Henke, Abgeordneter.)

(A) In diesem Zusammenhange hebe ich noch hervor, daß tausende Existenzen durch den Krieg zugrundegerichtet worden sind, um deren Entschädigung man sich absolut nicht kümmert, weil sie nicht genügend Nachdruck hinter ihre Forderungen setzen können. Wir brauchten wirklich keine Gewissensbisse zu haben, wenn wir im Besitze der politischen Macht wären, mit den Reederkapitalisten und denen, die hinter ihnen stehen, den Bankkapitalisten, den Schwerindustriellen, meinetwegen auch den Inhabern der Aktien bis zu einem gewissen Betrage, ganz anders zu verfahren, als die Regierung während des Krieges mit ihnen verfahren ist und als heute mit ihnen verfahren werden soll. Ich würde keine Bedenken haben, in einem solchen Falle die gesetzlichen Ansprüche zu beseitigen, die heute allerdings von diesen Stellen aus geltend gemacht werden können. Man stützt sich auf das Enteignungsgesetz, auf das Beihilfengesetz, gegen das wir gekämpft haben, das aber seinerzeit doch angenommen worden ist, und auf das Überteuerungsabkommen. Ich habe früher, bei Beratung des Beihilfengesetzes, schon gesagt, daß man es bei den Reedern mit Kreisen zu tun habe, die einen starken Profitappetit bekunden. Das hat sich bewahrheitet. Damals hieß es, man werde den Reedern höchstens vielleicht zweieinhalb Milliarden auszukehren haben. Es ist bekanntlich ganz anders gekommen. Nun sagen die Reedereivertreter: es ist anders gekommen durch die Niederlage Deutschlands, und diese Niederlage soll ja durch die Revolution, durch den „Dolchstoß in den Rücken" herbeigeführt worden sein. Die Kreise, die den größten Appetit nach Entschädigungen und nach irgendwelchen Aufträgen seitens des Reichs entwickelt haben, die sich am allgemeinen Gut bereichert und schadlos halten möchten, identifizieren sich ja mit jenen Kreisen, die in nationaler Verhetzung am tollsten machen und die heute nicht nur das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, (B) sondern ganz besonders das arbeitende deutsche Volk, das man ja schützen zu wollen vorgibt, in die größte Bedrängnis bringen durch den Nationalismus, der neuerdings wieder entfacht wird. Wir, die wir aus den Hansestädten stammen, wissen sehr genau, womit wir es zu tun haben bei den **Vertretern der Reederei.** Wir wissen, welchen **politischen Einfluß** gerade diese Leute gehabt haben, wie das Wahlrecht zu den Bürgerschaften in Hamburg, Bremen und Lübeck mit Hilfe dieser Leute gestaltet war und wie diese Leute heute keinen sehnlicheren Wunsch haben als den, die Entwicklung wieder auf jene politischen Zustände zurückzuschrauben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir brauchten deshalb auch keine Skrupel zu haben in der Beseitigung dieser sogenannten rechtlichen Ansprüche. Diese rechtlichen Ansprüche sind seinerzeit geschaffen worden, als im Parlament eine patriotische Mehrheit, eine nationalgesinnte hurrapatriotische Mehrheit vorhanden war, die auch während des Krieges beständig die Hand dazu geboten hat, den deutschen Imperialismus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Wir brauchen also keine Gewissensbisse zu bekommen, wenn es sich bei einer anderen politischen Machtgestaltung eventuell darum handelt, jenen Leuten das wieder zu nehmen, was man ihnen in für sie günstiger Zeit in die Hände gespielt hat. Es würde dann nur dasselbe eintreten, was eintreten würde bei der **Sozialisierung der Großkapitalisten,**

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die den Grund und Boden besitzen, der eigentlich der Allgemeinheit gehören sollte und der Allgemeinheit gehört hat, der seinerzeit nur geraubt worden ist durch einzelne Leute.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Alle großen Vermögen sind ursprünglich durch Raub und Spitzbüberei entstanden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das gilt ebensogut für die Schiffahrt und den Handel, (C) bei dem der Seeraub eine große Rolle gespielt hat, wie wir ja schon aus dem „Faust" erfahren können.

Es ist also für uns ganz selbstverständlich, daß wir den beweglichen Klagen der Reederei gegenüber nicht nachgeben dürfen. Wir dürfen nicht auf Argumente bauen wie die, es gelte, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Darum wiegt das Hauptargument, daß für die Vorlage sprechen soll und das insbesondere die Mehrheitssozialisten dazu bringen wird, die Vorlage anzunehmen, nämlich das Argument von der sogenannten produktiven Erwerbslosenunterstützung, für uns verhältnismäßig leicht. Wir sind fest überzeugt: wenn wir aus unserer Gegnerschaft gegen den Kapitalismus so handeln, dann werden uns die Werftarbeiter sehr wohl verstehen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben uns auch sehr gut verstanden, als wir gegen das Beihilfengesetz gesprochen haben, und uns immer verstanden, wenn mir dem Reedereikapital gegenüber uns so gestellt haben, wie es der Fall war.

Im übrigen, werte Versammlung, wer war es denn, der wesentlich mit zum Kriege gereizt und getrieben hat? — Das waren ganz besonders die Vertreter der Reedereikreise.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gab nirgends mehr **Hurrapatriotismus** als **in den Kreisen der Reederei.** Wer da weiß, wie der Hurrapatriotismus gerade in jenen Kreisen gefördert worden ist und wie man es da verstanden hat, Beziehungen zur Regierung zu bekommen, Leute aus der Regierung herauszuholen, um sie in die eigenen Direktorien und Aufsichtsräte zu bringen, der wird mir recht geben mussen.

Es ist dann weiter gesagt worden, ohne eine eigene Handelsflotte würden wir auf die Dauer nicht auskommen. Das soll das zweite Argument sein, das für die Annahme der Vorlage spricht. Wir verkennen gar nicht, (D) daß, wenn Deutschland wieder eine gesunde Volkswirtschaft von der Art haben will, wie sie vor dem Kriege bestand, dazu auch eine **eigene Handelsflotte** gehören wird. Aber wir können absolut nicht einsehen, daß, wenn die deutsche Volkswirtschaft um ihre frühere Handelsflotte — vor allen Dingen auch durch die Fehler der Vertreter des Reedereikapitals — gekommen ist, nun die breiten Kreise des arbeitenden Volkes die Kosten mit aufbringen sollen für die Herstellung einer neuen Flotte. Das mögen die Herren Kapitalisten aus jenen Kreisen doch bitte zunächst einmal selbst besorgen, und ich habe schon früher gesagt, daß sie auch sehr gut in der Lage sein würden, die Handelsflotte wieder aufzubauen, wenn es auch lange dauern würde. Aber sie wollen natürlich nach Möglichkeit die Mittel der Allgemeinheit dabei in Anspruch nehmen. Es sind die blühendsten Geschäftsaussichten für diese Leute, wenn es auch gegenwärtig sehr traurig auf dem Frachtenmarkt aussieht, zum Teil deshalb, weil nicht weniger als 300 Millionen Menschen im Osten durch den Krieg aus dem Zusammenhang der Weltwirtschaft herausgerissen worden sind. Trotz alledem hat das Schiffahrtsgeschäft für die Zukunft gute Aussichten. Darauf weist auch ein Vizeadmiral a. D. Holweg in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" hin. Er spricht von den Auswanderungslustigen, die es gibt. Auswanderungslustige, das hört sich sehr nett an. Durch den Krieg sind sehr viele Volksteile auf dem Balkan, aber auch in Deutschland zu dieser **Auswanderungslust** gekommen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß heißt, sie möchten so schnell als möglich irgendwo anders ihr Heim aufschlagen in der Auffassung, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft doch noch bessere Stätten geben könnte — als in Deutschland oder im Osten

(Henke, Abgeordneter.)

(A) Europas. Ich will mich über diesen Irrtum nicht weiter auslassen; aber es ist ganz richtig, wenn der Admiral sagt, daß das Passagiergeschäft immer ein lohnender Zweig der Schiffahrt gewesen ist und daß die Auswanderermengen, die früher über Hamburg und Bremen gingen, ganz gewaltige waren. Über Bremen zum Beispiel wanderten im Jahre 1907 234 013 Europäer aus,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

darunter 17 130 Deutsche, über Hamburg 155 982, darunter 9250 Deutsche. Das war ein lohnendes Geschäft für die großen Bremer und Hamburger Schiffahrtsgesellschaften. Sie, die die Profite dafür eingesteckt haben, haben sich nicht den Kopf darüber zerbrochen, warum diese Menschen auswanderten, was ihrer draußen harrte, sie haben nur eins im Auge gehabt, zu verdienen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Rechnet man mit einer Auswanderung

— sagt der Herr Vizeadmiral Hollweg —

von 10 Millionen Europäern im Laufe der nächsten Jahre nach allen Ländern der Welt und mit einem Durchschnittszwischendeckspassagierpreis von 120 Dollar, einem Valutastand der Mark zum Dollar von 1 : 60, so ergibt das die runde Summe von 1,2 Milliarden Dollar gleich 72 Milliarden Papiermark nur an Passagiergeldern.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und er fügt hinzu:

Man sieht, daß das Auswanderungsgeschäft lohnend ist.

In der Tat, es ist immer sehr lohnend gewesen.

Darauf haben natürlich die Vertreter der Reedereikreise ihr Augenmerk gerichtet, sie wissen, daß es solcher Auswanderungslustiger sehr viele gibt, und es mag schon stimmen, wenn der Herr Vizeadmiral, den ich genannt habe, sagt, daß es etwa 5 Millionen Deutscher gibt, die (B) sich für die Auswanderung schon gemeldet haben, und insgesamt etwa 15 Millionen Europäer. Es ist selbstverständlich, daß er dann von seinem Standpunkte aus hinzufügt:

Der Staat hat die Pflicht, darüber zu wachen, daß die meist armen und unerfahrenen Auswanderer nicht zum Ausbeutungsobjekt für Schiffahrtslinien und -agenten werden.

O ja, der Staat hat die Pflicht, aber der Staat ist der Verwaltungsausschuß der herrschenden Klassen,

(sehr richtig! links)

er ist derjenige, der allemal gern gewillt ist, die Forderungen gerade jener Kreise zu erfüllen, die hinter den Schiffahrtslinien stehen. Wir wissen, daß das schöne, aber leere Worte sind.

Professor Jannasch hat berechnet, wieviel Arbeitskräfte dadurch dem Lande durch die Auswanderung so vieler Menschen in früheren Zeiten verloren gegangen sind. Er kommt dazu, zu schreiben: Es ist an Arbeitskraft nicht weniger wie 44 Milliarden Goldmark ins Ausland abgeflossen

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und außerdem noch schätzungsweise $2^1/_2$ Milliarden Mark in Bargeld.

Werte Versammlung! Ich will mit diesem Hinweis nur darauf aufmerksam machen, daß wir eine solche Vorlage im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft betrachten müssen, im Zusammenhang aber auch mit der Frage: Wie ist das möglich in einer Gesellschaftsordnung, von der man behauptet, daß in ihr die heilige Ordnung segensreich waltet und daß sie unter allen Umständen, und sei es mit Kanonen, Maschinengewehren und Handgranaten, aufrechterhalten werden müsse? Ich will darauf hinweisen, daß es die **kapitalistische Gesellschaftsordnung** ist, die nicht nur Gegensätze über Gegensätze hervorbringt zwischen (C) Käufern und Verkäufern, zwischen dem Besitzer der Ware Arbeitskraft und dem Ausbeuter der Ware Arbeitskraft, Gegensätze nicht nur zwischen einzelnen Klassen, sondern auch zwischen den Nationen, Gegensätze, die solche Katastrophen hervorrufen, wie wir im Weltkriege eine erlebt haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will darauf hinweisen, daß diese Gesellschaftsordnung gar nicht imstande ist, etwa wie die Lanze Achills die Wunden zu heilen, die sie schlug. Sie kann mit den Problemen, mit denen wir es infolge des Krieges zu tun haben, mit der Arbeitslosigkeit, mit der Wiedereinrenkung der Weltwirtschaft nicht fertig werden. Darum hat nach unserer Auffassung eine Volksvertretung, die es mit ihrer Aufgabe ernst nimmt, die verdammte Pflicht und Schuldigkeit zu prüfen, in welchem Zusammenhange diese Dinge stehen, wie man sie im Zusammenhang zu beurteilen hat. Man darf nicht leichtfertig zur Bewilligung solcher ungeheuren Summen kommen, wie sie hier gefordert werden.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat vor allem zu prüfen, ob man an Stelle einer Gesellschaftsordnung, die solche Schäden hervorgebracht hat und nicht imstande ist, aus eigener Kraft mit ihnen fertig zu werden, nicht eine andere setzen soll, und zwar eine höhere und bessere Gesellschaftsordnung, wie das gestern mein Parteifreund Moses am Schlusse seiner Rede gleichfalls in den Vordergrund gestellt hat.

Zu diesem Zwecke habe ich solche Ausführungen gemacht. Ich gehe nicht etwa von dem Glauben aus, daß ich die Annahme der Vorlage verhindern könnte. O nein, gegenwärtig sind ja wieder einmal die Vorbedingungen für die Annahme dieser Vorlage aufs beste gegeben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Finanzen des Reichs sehen zwar so traurig aus, (D) daß ich glaube, der Herr Finanzminister denkt mitunter: Na, wie die $4^1/_2$ Milliarden wohl ausgezahlt werden sollen?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Um die Finanzen des Reichs ist es so schlecht bestellt, daß man eigentlich zur Bewilligung einer solchen Vorlage schon ihretwegen nicht kommen sollte. Heute haben wir aber wiederum einen tollen **Rausch der nationalen Stimmung.** Am deutlichsten ist er erst kürzlich vor dem Potsdamer Bahnhof in die Erscheinung getreten,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ebenso auch in der letzten Zeit innerhalb der Presse und in den Versammlungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, im Wahlkampfe. Diejenigen Kreise, die am meisten bei der Schürung und Förderung dieser nationalen Stimmung mittätig waren, sind es, die heute am lautesten nach einer solchen Abfindung der Reedereien rufen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— Abfindung der Reedereien zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, heißt es. Das ist schon ein Widerspruch, der uns zu denken geben sollte. Wir trauen den Danaern nicht, wenn sie Geschenke bringen, wir trauen aber den deutschen Reedereikapitalisten noch weniger, wenn sie im Gewande der Arbeiterfreundlichkeit Forderungen an das Reich stellen. Wir haben in der Beziehung manches zu überlegen. Wir kennen die Geschichte dieser Reedereien, und wenn es zehnmal notwendig ist, daß Schiffahrt betrieben wird, was wir gar nicht bestreiten, dann ist es doch nicht notwendig, daß sie aus Profitinteresse auf Kosten der Massen des großen Volkes betrieben wird, sondern sie muß und kann auf andere Weise betrieben werden. Eine solche andere Weise anzustreben, ist die Aufgabe meiner Parteifreunde.

(Henke, Abgeordneter.)

(A) Im Hauptausschuß war nun zu beobachten, daß sich bereits verschiedene Kreise melden, die an dieser großen Summe teilhaben möchten, welche angeblich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgeworfen werden soll. Es haben sich süddeutsche Industriekreise gemeldet, und man konnte neulich in der Presse lesen, daß insbesondere Bayern Ansprüche darauf erhebe. Es hieß, die **bayerische Industrie**, die schon früher vornehmlich die Herstellung und **Lieferung von Schiffsmaschinen** gepflegt habe, müsse an dieser **Entschädigungssumme** in Form von Aufträgen teilhaben. So melden sich also bereits die allerverschiedensten Interessenten, und das wird weiter geschehen. Wenn die Summe erst bewilligt ist, dann wird hinter den Kulissen der Kampf um die Verteilung dieser Summe losgehen. Ich will deshalb noch im letzten Moment auch von dieser Stelle aus an die Regierung die Aufforderung richten, uns darüber Aufschluß zu geben, nach welchen Gesichtspunkten die Gelder, um die es sich handelt, bisher verteilt wurden. Es handelt sich ja keineswegs nur um die 4,7 Milliarden Mark, die jetzt bewilligt werden sollen, sondern um erheblich mehr, um eine Gesamtsumme von beinahe 12 Milliarden Mark.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man komme uns nicht mit dem sogenannten Rechtsanspruch, mit dem Überteuerungsabkommen usw. Damit sind wir nicht zufriedenzustellen. Wir verlangen ins einzelne gehende Darlegungen, und wir müssen sie verlangen gerade angesichts der trüben Finanzlage, die wir in Deutschland haben, und angesichts der großen Summe, die schließlich bewilligt werden soll. Wenn die Regierung uns nicht die genügende Aufklärung gibt oder geben kann, die sie uns auch in der Kommission nicht gegeben hat, dann kommen wir von unserem Standpunkt zur Ablehnung der Vorlage.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Ich weiß ganz genau, daß uns die Ablehnung dieser Vorlage schwer angekreidet werden wird. Wir sollen nicht patriotisch, nicht national genug empfinden, sollen auch nicht genügend ökonomisch geschult sein, um erkennen zu können, von welcher befruchtenden Wirkung die Bewilligung dieser mehr als $4^1/_2$ Milliarden sein wird. Das rührt uns alles nicht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir denken in diesem Moment viel mehr daran, daß gerade das Reedereikapital es ist, das die **Internationalisierung des Kapitals** in so hohem Maße betrieben hat und weiter betreibt. Wir wissen, daß der Norddeutsche Lloyd, die Hamburg-Amerika-Linie und andere Reedereien sich auf neue mit dem Ententekapital, dem sogenannten feindlichen Kapital,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

verbündet haben und weiterhin verbinden werden, vor allen Dingen aber, daß diese Kapitalisten deutscher und irgendwelcher anderen Nation allemal ein Herz und eine Seele sind,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wenn es sich um die Ausbeutung der Arbeiter und um die Bekämpfung jeglicher revolutionärer Bestrebungen derselben handelt. Wir wissen sehr genau, was wir von solchen Vorwürfen, die man uns ja machen wird, zu halten haben, und können sie ertragen. Es ist uns wohl bekannt, daß die Reedereien während des Krieges keineswegs so schlecht dastanden, wie es man vielfach hinzustellen sucht. Wir wissen auch, daß einzelne **Reedereien** sogar hohe **Profite** in dieser Zeit gemacht haben, und wir wissen, daß sie auch nach dem Kriege noch Profite zu machen wußten. Wenn von den Reedereien behauptet wird, sie hätten für ihre Angestellten im Kriege Opfer gebracht usw., so sind wir überzeugt, daß diese Opfer nicht aus den Portemonnaies der Aufsichtsräte, der Vorstandsmitglieder usw. bestritten worden sind, sondern letzten (C) Endes aus den Gewinnen, die die Reedereien in der Friedenszeit eingestrichen haben und die herbeizuführen gerade die Ausbeutung der Seeleute mit hat bewirken helfen.

Wenn also die Reedereien erklären, sie hätten mit solchen Opfern vaterländisch während des Krieges gehandelt, sie seien allemal national gewesen und hier handele es sich wieder um eine nationale, vaterländische Sache, dann sagen wir den Arbeitern: auf solche Redensarten lassen wir uns nicht ein, sondern wir lehnen die Vorlage ab, weil die Regierung unbemäntelte Aufschlüsse, die wir von ihr gefordert haben, uns nicht gegeben hat und weil wir überzeugt sind, man rückt mit der Wahrheit nicht heraus, weil man verschleiern möchte, daß diese $4^1/_2$ Milliarden nicht zugunsten der Werftarbeiter bewilligt werden, sondern zur Stillung der Profitsucht der Reedereikapitalisten bestimmt sein sollen.

(Lebhaftes Bravo bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Müller.

Dr.-Ing. **Müller,** Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau: Meine Damen und Herren! Ich will dem Herrn Vorredner nicht folgen auf das Gebiet der kapitalistischen Produktionsweise, auf das Gebiet der Auswanderungspolitik und auf das Gebiet der allgemeinen Politik; ich bin der Meinung, daß der **Reedereiabfindungsvertrag** lediglich aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen zu beurteilen ist: aus wirtschaftlichen Gründen im Hinblick auf die Schaffung einer eigenen kleinen Handelsflotte mit den bekannten wirtschaftlichen Vorteilen, aus sozialen Gründen im Hinblick auf die Fürsorge für unsere heimischen Arbeiter in bezug auf Schaffung vermehrter und dauernder Arbeitsgelegenheit. Ich kann mir es um so mehr versagen, auf die Ausführungen über die kapitalistische Pro- (D) duktionsweise hier einzugehen, als der Reichshaushaltsausschuß in den Entschließungen Ihnen vorschlägt festzustellen, daß § 3 des Beihilfegesetzes durch den Reedereiabfindungsvertrag nicht berührt wird und daß in dieser Beziehung der seitherige Rechtszustand nicht geändert wird. Der § 3 des Beihilfegesetzes vom 7. November 1917 schreibt in seinem zweiten Absatz vor:

> Einem späteren Gesetz ist vorzubehalten, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind.

Ich darf dann nochmals darauf aufmerksam machen, daß durch den Reedereiabfindungsvertrag und in den noch abzuschließenden Ausführungsbestimmungen dazu, die dem Haushaltsausschuß des Reichstags nach den vom Ausschuß gebilligten Entschließungen vorzulegen sind, für die **kleinen Reeder** in ganz besonderer Weise dadurch gesorgt wird, daß die Absicht besteht, einen besonderen Fonds zur Befriedigung der Kleinreeder abzuzweigen. Ich darf ferner gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorredners hervorheben, wie ich das im Hauptausschuß und bei der ersten Lesung bereits getan habe, daß für die **Seeleute** sowohl von der Regierung als auch von den Reedern durch Hingabe von zusammen 60 Millionen Mark gesorgt worden ist und daß die Reedereien noch von sich aus, wie das auch bereits im Hauptausschuß hervorgehoben worden ist, erhebliche Mittel für die Seeleute zur Verfügung gestellt haben.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist ein Pappenstiel! Es genügt nicht!)

Der Herr Abgeordnete Henke hat dann noch gefragt, nach welchen Gesichtspunkten die Verteilung der Mittel

(Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär.)

(A) geschehen sei. Wenn ich die Frage dahin verstehen soll, nach welchen Gesichtspunkten die **Verteilung der Mittel** geschehen wird, die durch den Reedereiabfindungsvertrag der Reedereitreuhandgesellschaft überwiesen werden sollen, so kann ich darauf erwidern, daß über den Schlüssel, nach dem die Verteilung stattfinden soll, noch Verhandlungen schweben und daß über die Verteilung in den Ausführungsbestimmungen Bestimmungen getroffen werden.

Wenn aber die Frage so zu verstehen ist, wie die seitherigen Mittel verteilt worden sind, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die seitherigen Mittel nach den Rechtsgrundsätzen verteilt worden sind, wie sie im Beihilfegesetz und im Überteuerungsabkommen vorgesehen sind.

Ich darf mir dann noch gestatten, auf die Entschließungen, die auf Drucksache Nr. 1630 niedergelegt sind, einzugehen; ich darf hier zu Ziff. II 1 und 2 der Entschließungen, die die Voraussetzung zu der Genehmigung des Vertrages durch den Reichstag bilden, folgendes mitteilen: Zwischen der Reichsregierung und der Reedereitreuhandgesellschaft ist unter dem 9. März d. J. ein **Zusatzvertrag zu dem Reedereiabfindungsvertrag** vom 23. Februar 1921 zustande gekommen, der folgenden Wortlaut hat:

Zusatzvertrag zu dem Reedereiabfindungsvertrag vom 23. Februar 1921.

Zwischen dem Deuschen Reiche,
vertreten durch den Reichsminister für Wiederaufbau und den Reichsminister der Finanzen,
einerseits
und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg,
vertreten durch ihre Geschäftsführer Regierungsrat a. D. Dr. v. Haebler und
Kaufmann Hübbe,
(B) andererseits
wird vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstags folgender Vertrag geschlossen.

I.

Die Reichsregierung wird die nach Ziff. VIII des unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossenen Reedereiabfindungsvertrags noch zu treffende nähere Vereinbarung dem Hauptausschuß des Reichstags zur Kenntnisnahme mitteilen; der Hauptvertrag gilt als aufgehoben, wenn der Hauptausschuß innerhalb einer Frist von acht Tagen nach Kenntnisnahme der oben erwähnten Vereinbarung es verlangt.

II.

Die Vertragschließenden sind sich darüber einig, daß der § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte vom 7. November 1917 (Beihilfegesetz) auch gilt für die Schiffe, die auf Grund des Reedereiabfindungsvertrags vom 23. Februar 1921 gebaut werden.

Berlin, den 9. März 1921.

Der Reichminister für Wiederaufbau. In Vertretung: gez. Dr.-Ing. e. h. Müller.	Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. gez. Dr. v. Haebler, gez. F. Hübbe.

Der Reichsminister der Finanzen.
gez. Dr. Wirth.

Meine Damen und Herren! Durch diesen Zusatzvertrag sind nach meiner Meinung die Voraussetzungen erfüllt, die der Reichshaushaltsausschuß in den Entschließungen unter Ziff. II 1 und 2 der Drucksache Nr. 1630 verlangt. Ich habe mir erlaubt, eine Abschrift dieses Zusatzabkommens dem Herrn Präsidenten des Reichstags mitzuteilen. Ich darf mir gestatten, dazu noch folgendes zu bemerken:

(C) Den Bestimmungen unter Ziff. II des Zusatzvertrages hat die Reichsregierung ebenso wie die Vertreter der Reedereien nur mit sehr erheblichen Bedenken ihre Zustimmung erteilen können. Die Bestimmung bedeutet die **Ausdehnung** des in § 3 des Beihilfegesetzes enthaltenen **Vorbehalts auf** alle **Ersatzschiffe,** die mit den Mitteln des vorliegenden Vertrags erbaut werden, also auch auf **enteignete Schiffe.** Insofern handelt es sich um eine bedeutende Ausdehnung des Vorbehalts. Die Voraussetzungen für eine Gewinnbeteiligung des Reichs, wie sie bei den mit freiwilliger, ohne einen Rechtsanspruch gewährter Reichsbeihilfe nach dem Gesetz von 1917 erbauten Schiffen vorlagen, sind hinsichtlich der Ersatzbauten für Enteignungsschiffe nicht gegeben. Wir haben außerdem auch wesentliche Bedenken hinsichtlich der praktischen Durchführung. Wenn gleichwohl die Reichsregierung der Ziff. II in dem Zusatzvertrag zustimmt, so geht sie dabei von der Voraussetzung aus, daß sie ihre Entschließungen darüber, ob und wann das in § 3 des Beihilfegesetzes vorbehaltene Reichsgesetz einzubringen sein wird, von der gesamten Lage der Verhältnisse abhängig machen muß.

Ich darf ferner darauf aufmerksam machen, daß von den Vertretern der Reedereien erklärt worden ist, daß durch die Annahme der Ziff. II des Zusatzvertrags die **Erfüllung der Bedingung** in Ziff. IX des Hauptvertrags, wonach sie die **Zustimmung von 95 Prozent der abzufindenden Reedereien** bis zum 1. April dieses Jahres beizubringen haben, auf Schwierigkeiten stoßen wird. Die Reichsregierung wird daher bei der Prüfung der Frage ihres Rücktrittsrechts wegen etwa mangelnder Zustimmung eines Teils der Reedereien auf die Schwierigkeiten Rücksicht nehmen, die durch die Annahme der erwähnten Ziff. II des Zusatzvertrags für die Herbeiführung der Zustimmung von 95 Prozent der beteiligten Reedereien neu geschaffen worden sind.

(D) Was die unter Ziff. II, 3 vorgesehene Entschließung angeht,

> die Reichsregierung zu ersuchen, im Interesse des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft, insbesondere auch zum Zweck der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die **Abgeltung** aller derjenigen **Liquidationsschäden,** ähnlich wie bei den Reedern, durch private Vereinbarungen möglichst bald da vorzunehmen, wo die Liquidationen auf feindlicher Seite bereits durchgeführt und die Ergebnisse bekannt sind, usw.,

so habe ich grundsätzliche Bedenken nicht geltend zu machen. Allerdings gehe ich davon aus, daß die Leistungen eventuell nach Maßgabe allgemeiner Richtlinien zu gegebener Zeit im Bereich der finanziellen Möglichkeiten liegen.

Was die Ziffer II 4 der Entschließungen anlangt, so ist die Regierung bereit, einem **Vertreter der Angestellten** bei der **Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen** Gelegenheit zur Mitwirkung zu geben.

Meine Damen und Herren! Ich darf hiermit meine Ausführungen schließen, indem ich davon ausgehe, daß nunmehr, nachdem das Abkommen nach äußerst schwierigen Verhandlungen zustande gekommen ist, die Reeder möglichst einmütig dem im allgemein-wirtschaftlichen und sozialen Interesse getroffenen Vergleich beitreten und sich nicht von der Erwägung beeinflussen lassen, daß sie durch Fernbleiben von dem Vertrag auf Grund der bisherigen Vorschriften etwa günstigere Bedingungen erhalten können. In den Ausführungsbestimmungen soll den berechtigten Interessen aller Beteiligten Rechnung getragen werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Man könnte seine Ausführungen zu diesem neuen Raube

(Hölleín, Abgeordneter.)

(A) am deutschen Volke nicht besser einleiten als mit den Worten, die in Goethes Faust niedergelegt sind:

Man fragt ums Was und nicht ums Wie.
Wer sollte nicht die Schiffahrt kennen;
Krieg, Handel und Piraterie,
Dreieinig sind sie, nicht zu trennen.

Krieg, Handel und Piraterie sind tatsächlich die besonderen Merkmale der **deutschen Schiffahrt,**

(Lachen rechts)

die sich eben anschickt, aus dem Elend, aus dem Hunger, aus dem Untergang der deutschen Arbeiterklasse abermals Milliardensummen herauszupressen. Man sollte meinen, daß eine Vorlage, die „bloß" 12 Milliarden Mark von den deutschen Steuerzahlern, vor allen Dingen von der produktiv tätigen Bevölkerung in Deutschland fordert, von der Regierung mindestens mit einer Begründung versehen werden müßte, die auch nur annähernd im Einklang steht mit der gewaltigen Summe, die hier gefordert wird.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Da muß man aber hier feststellen, daß auch die heutige Regierung tatsächlich das ist, als was sie seinerzeit von August Bebel von dieser Stelle aus bezeichnet worden ist: ein Verwaltungsausschuß der herrschenden Klasse. Man muß feststellen, daß alle **kapitalistischen Regierungen** nur eines kennen, nämlich die Interessen des Kapitals gegenüber dem werktätigen Volke mit allen Mitteln, guten wie schlechten, wahrzunehmen.

Ein klassischer Beweis für diese These, die ja seinerzeit von einem kundigen Thebaner, von dem Staatssekretär v. Boetticher, durch ein „Sehr richtig!" hier im Hause unterstrichen worden ist, ist der sogenannte **Reedereiabfindungsvertrag,** der uns hier zur Beschlußfassung vorliegt. Mit List und Tücke, mit allen Mitteln der Demagogie, der Verschweigung und Hinterhältigkeit hat man versucht, diesen schamlosen Raub am deutschen Volke zu begehen. Die Regierung wagt, dem deutschen Volke eine Vorlage von dieser (B) geradezu erdrückenden finanziellen Bedeutung zu unterbreiten, ohne auch nur ein einziges Wort der Begründung dazu zu sagen. Es handelt sich ja „nur" um 12 Milliarden Papiermark! Das ist eine Kleinigkeit für die Fehrenbach-Regierung, sobald es sich um die Wahrnehmung der Interessen der Kapitalisten handelt. Aber dieselbe Regierung ist sehr engherzig, hat sehr zugeknöpfte Taschen, sobald es sich um die Interessen der Proletarier handelt, sobald Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse in Betracht kommen.

(Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Ich werde nachher noch Gelegenheit haben, einige Proben der Zugeknöpftheit dieser kapitalistischen Regierung zu geben, die das, was ich gesagt habe, erhärten werden.

Also ich sage: die Regierung hat es nicht für notwendig gehalten, auch nur ein einziges Wort der Begründung für diese schamlose Bereicherung des Reederkapitals zu geben. Die mündliche **Begründung,** die der Herr Staatssekretär Müller im Hauptausschuß gegeben hat, war nicht nur unter aller Kanone, sie war auch unter aller Kritik.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Denn das, was er dort vorzutragen beliebte und wofür er uns noch den besonderen Maulkorb der Vertraulichkeit aufbinden wollte,

(hört! hört! auf der äußersten Linken)

war nichts als Platitüden, nichts als Lächerlichkeiten, wie man sie noch nie aus dem Munde eines Regierungsvertreters zu hören bekommen hat. Dinge sind dort behauptet worden, die keiner ernstlichen Kritik standhalten, die immer nur das eine erkennen lassen, daß hier unbedingt möglichst rasch und geräuschlos einer Gruppe von Kapitalisten, die sich bisher schon immer auf Kosten der breiten Masse mästeten, weitere Milliardengewinne zugeschanzt werden sollen. Ja, die Begründung, die von seiten des Herrn Staatssekretärs und von seinem Adlatus, dem (C) Herrn Ministerialdirektor v. Jonquières, gegeben worden ist, war ganz auf das Motto gestimmt: Du sagst vergebens viel, um nichts zu sagen; der andere hört von allem nur das Nein!

Dieses Nein kam besonders zum Ausdruck, als es sich darum handelte, nun wirklich zu sagen, was man eigentlich vom deutschen Volke will,

(Rufe bei der Deutschen Volkspartei: Lauter!)

nun klipp und klar zum Ausdruck zu bringen, worum es sich handelt. Nicht nur, daß man in dieser Vorlage, die den Milliardenraub am Volke vollziehen soll, schamhaft davon sprach, es seien nur 4,7 Milliarden Mark angefordert, nicht nur daß man es absichtlich unterließ, hier klipp und klar zu sagen, daß es sich nicht bloß um 4,7 Milliarden, sondern um volle 12 Milliarden handelte,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

— nein, nein, die Regierung trieb auch später die Verschleierung noch planmäßig weiter, und sie hat sie bis zur Stunde in bezug auf Anfragen weiter getrieben, die in ganz konkreter Form im Ausschuß an sie gerichtet worden sind. Es bedurfte erst meiner schriftlichen Aufforderung im Ausschuß, um die Regierung überhaupt zu veranlassen, einmal klipp und klar zu erklären, was sie in der jüngsten Vergangenheit den **Reedern** bereits an **Liebesgaben** in die Taschen gespielt hat.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es sind nämlich nicht weniger als 7,3 Milliarden Mark,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

die man bisher schon sans phrase et sans façon beiseite geschoben hatte, um sie dem notleidenden Herr Stinnes hier und seinen Freunden, den Provokateuren des deutschen Volkes, in die Taschen zu schieben.

(Huhu! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe von der äußersten Linken. — Zwischenrufe von der Deutschen Volkspartei.) (D)

— Wir werden noch darauf zurückkommen! Warten Sie nur ab, Sie kommen auch noch dran! —

Meine Damen und Herren! Diese 12 Milliarden, die man in der Vorlage ins Diminutivum gebracht und auf nur 4,7 Milliarden beziffert hatte, werden mit dem famosen **„Rechtsanspruch" des Reederkapitals** an das Reich begründet. Wir bestreiten das Recht des Reederkapitals, auf Kosten des ausgesogenen, ausgeplünderten und mißhandelten deutschen Volkes diese neuen 12 Milliarden aus dem Volke herauszupressen,

(Rufe rechts: Lauter! — Heiterkeit)

wir bestreiten mit aller Entschiedenheit, daß die juristischen Zwirnsfäden, die Ihre Klassenjustiz zu ziehen sich bemüht, ausreichend sind,

(Lachen)

um auch nur mit einem Schein von sittlichem Recht diesen schamlosen Raub am deutschen Volke zu vollziehen.

(Wiederholte Rufe rechts: Lauter!)

Hier werden gewiß in erster Linie wieder einmal die Größten der Großen berücksichtigt, aber auch die anderen gehen nicht ganz leer aus. Auch für die Fischdampferreeder wird eine weitere Viertelmilliarde angefordert. Natürlich immer wieder mit der Begründung, es handle sich auch hier um einen Rechtsanspruch. Was ist das für ein Rechtsanspruch, den man sich gesichert hat zu einer Zeit, als draußen die deutschen Proletarier millionenweise fielen, millionenweise abgeschlachtet wurden, bluten, hungern, darben und den Kopf hinhalten mußten für die Geldsäcke des Reedereikapitals und seiner schwerindustriellen Geschwister!

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ja, wie steht es denn demgegenüber mit dem Rechtsanspruch des deutschen Proletariers, den man von dieser Stelle aus während der ganzen Kriegsjahre mit den

(**Höllein,** Abgeordneter.)

(A) schönen patriotischen Worten und klingenden **Versprechungen** gefüttert hat: der **Dank des Vaterlandes** ist euch gewiß? Jawohl, Sie waren auch einer von denen, Herr v. Schoch, der diese schamlose Lüge immer wieder in die Massen hinausgestreut hat!

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Höllein, ich habe Ihnen einen weiten Spielraum in Ihrer Rede gelassen; aber solche Ausdrücke wie „schamlose Lüge", gegen Mitglieder des Hauses gerichtet, muß ich als ungehörig rügen. Ich rufe Sie zum ersten Male zur Ordnung.

Höllein, Abgeordneter: Dieser Ausdruck ist auf die Tatsache gemünzt, daß man dem Volk den Dank des Vaterlandes versprochen, dieses Versprechen aber niemals realisiert hat und auch nie die Absicht hatte, es zu realisieren.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das läßt sich aber auch in anderen Worten als in diesen sagen.

Höllein, Abgeordneter: Während man aber für die Proletarier, für die Dummen, die draußen ihren Schädel hinhalten mußten, nur Versprechungen und Vertröstungen auf den sagenhaften, problematischen Dank des Vaterlandes hatte, hat man diesen Dank des Vaterlandes gegenüber denen, die an sich schon alles haben, die sich ständig gedrückt haben, die unabkömmlich gemacht und reklamiert waren, in durchaus realistischer Form zum Ausdruck gebracht. Schon während des Krieges haben die Herren dafür zu sorgen gewußt, daß sie nicht nur aus dem Kriege, aus dem Blute des Proletariats, das draußen strömeweise versickerte, ungeheure Riesenprofite herausmünzen könnten; nein, die Herren Reeder, die Herren Stinnes und Co. haben es damals auch schon verstanden, (B) sich den Dank des Vaterlandes sofort in blankem gemünztem Gold abstatten zu lassen.

Das schönste an der ganzen unsauberen Geschichte aber ist wohl die Tatsache, daß sich im gegenwärtigen Augenblick noch im Hauptausschuß sogenannte Arbeitervertreter gefunden haben, die diese verbrecherische Liebesgabenpolitik auf Kosten der breiten Massen absolut auch noch auf andere Gruppen von Kapitalisten ausdehnen möchten.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es war nämlich der Arbeiterzertreter Wieber, der sich im Ausschuß mit Emphase dafür eingesetzt hat, daß auch den anderen **Kapitalisten,** die angeblich **Liquidationsschäden** haben, auf ähnliche Weise Milliardensummen in den Schoß geworfen werden sollen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Natürlich ebenfalls nur im Interesse des deutschen Proletariats, nur im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit! Nun haben wir aber soeben aus dem Munde des Herrn Staatssekretärs Müller gehört, daß die Regierung auch diesen notleidenden Schwerindustriellen und Kapitalisten ein warmes Herz zeigen will. Wenn sich die Sache irgendwie deichseln läßt, sollen auch an diese Kreise weitere Milliarden zum angeblichen Wiederaufbau des kapitalistischen Systems hinausgeworfen werden.

Der kapitalistischen Opferwilligkeit oder vielmehr der Opferwilligkeit der kapitalistischen Agenten hier im Hause zugunsten des Großkapitals steht die aufreizende Tatsache gegenüber, daß sie nichts, aber rein gar nichts, übrig haben, daß sie sich immer mit allen Finessen und allen Mitteln zu drücken wissen, sobald es sich auch nur um die kleinste Forderung zugunsten der Arbeiterklasse handelt. Ich werde nachher noch Gelegenheit haben, einige Beispiele für diese umgekehrte Opferwilligkeit gegenüber den Arbeitern anzuführen. Aber es ist nun einmal Tatsache in der **kapitalistischen Welt,** daß alle Opfer der kapita- (C) listischen Klassenstaaten nur den produktiv tätigen Massen aufgewälzt werden,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß es immer nur **die Proletarier** sind, die den Klassenstaat erhalten müssen, daß es immer nur die Proletarier sind, die bei allen Anlässen, sei es im Kriege, sei es im Frieden, ihr alles hinzugeben haben, ja sich totschlagen lassen müssen auf Geheiß des Kapitals.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wie war es denn vor dem Kriege im herrlichen Deutschen Reich bestellt? Haben wir es da nicht erlebt, daß schon damals die Proletarier es waren, die den deutschen chauvinistischen Rummel mit ihren Steuergroschen bezahlen mußten. Ich stelle fest, um die Opferwilligkeit der so überaus nehmefreudigen Schwerindustrie und des Reederkapitals hier festzunageln, daß schon vor dem Kriege die ganze schimmernde Wehr und die ganze Zukunft, die damals noch auf dem Wasser lag, jetzt aber unter dem Wasser liegt, lediglich aus indirekten Steuerquellen gespeist worden sind, daß man also ausschließlich den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung die Kosten des kapitalistischen Raubschutzes abgepreßt hat. Und im Kriege waren es wieder fast nur die werktätigen Schichten der Bevölkerung, die gezwungen wurden, den Kopf hinzuhalten und sich totschießen zu lassen, die ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen mußten, um die kapitalistischen Geldsäcke zu schützen. Und das nannte man dann euphemistisch „Schutz der Heimat". Wieviel Millionen **kleiner Existenzen,** meine Damen und Herren, sind **durch den Krieg zerrüttet** und zerschlagen, wieviel Millionen aus den Kreisen, die Sie zwar zu vertreten vorgeben, aber stündlich und täglich immer aufs neue verraten, sind durch den Krieg und die Kriegswirkungen um ihre armselige selbständige Existenz gekommen, sind nicht nur proletarisiert, sondern sogar pauperisiert worden! Millionen (D) deutscher sogenannter Mittelständler, Handwerker und Geschäftsleute haben durch den Krieg und die Kriegsmaßnahmen ihre selbständige Existenz eingebüßt, sind auf die Stufe des Lohn- oder gar des Lumpenproletariats herabgedrückt worden.

Nun habe ich von den Herren Regierungsvertretern bisher noch nicht gehört, daß die Regierung auch Mittel zur Verfügung stellen wollte, um diese selbständigen Existenzen, die sie zugrunde gerichtet hat, ebenfalls wieder lebensfähig zu machen. Da schweigt des Sängers Höflichkeit. Es handelt sich ja nicht um den Herrn Stinnes und seine Freunde, sondern um die bekannte quantité négligeable, die man für sich zur Staffage, die man als Kanonenfutter und Ausbeutungsobjekt braucht. Wie kann man von dem kapitalistischen Staat auch verlangen, daß er mit den Kleinen irgendwie wirkliches praktisches Mitleid haben soll!

Während desselben Krieges, wo die deutschen Proletarier draußen Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen mußten, wo die deutschen Proletarierfamilien gezwungen wurden, das letzte Möbelstück und oft auch sogar das letzte Hemd zu versetzen, damit sie nicht leiblich völlig verhungerten, hat man die Proletarierfrauen in das Joch der **Kriegsindustrie** gepreßt, hat man ihre Arbeitskraft schamlos ausgebeutet, hat man ihre Familien völlig zerrüttet und sie körperlich, geistig und sittlich zugrunde gerichtet.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Während der gleichen Zeit haben die Stinnesleute Milliardenprofite über Milliardenprofite eingeheimst. Und mit diesem Einheimsen von Milliardenprofiten verbanden sie noch die angenehme Vergünstigung, daß sie im Interesse der Kriegsführung für unabkömmlich erklärt wurden, sich also zu Hause herumdrücken und immer wieder

(**Höllein**, Abgeordneter.)

(A) reklamiert werden konnten, um hinter dem warmen Ofen ihre Kriegsgewinne in aller Ruhe und Gemütlichkeit zu verdauen.

Und wie war es nach dem Kriege? Wie steht es da mit dem Dank des Vaterlandes gegenüben den Namenlosen, die Sie mittels drakonischer Kriegsgesetze und prompt funktionierender Kriegsgerichte gezwungen haben, Ihre Geldsäcke zu verteidigen? Wie, frage ich, verfährt man gegenüber diesen Namenlosen? Wie sieht die Wiedergutmachung, der Wiederaufbau der Existenz dieser Namenlosen aus? Über die Arbeiter selbst werde ich nachher noch zu reden haben. Ich will nur zunächst von den Unglücklichen reden, die infolge des Krieges, infolge der körperlichen und seelischen Verkümmerung, die sie durchgemacht haben, aus dem Produktionsprozeß des Kapitals herausgeschleudert worden sind. Wie werden die **Kriegsopfer**, die **Kriegswitwen**, **Kriegswaisen** von dem famosen Dank des Vaterlandes bedacht? Renten, die man geradezu skandalös nennen muß, die nicht einmal ein Vegetieren, geschweige denn ein halbwegs erträgliches Leben zu führen gestatten! Sehen Sie sich doch um hier in Berlin, sehen Sie sich doch die Opfer Ihres Krieges, Ihres Raubzuges an, sehen Sie, wie auf den Trottoirs bei der stärksten Kälte die armen Teufel dasitzen, ihre zerschundenen und zerschlagenen Glieder öffentlich zur Schau stellen müssen, um das Mitleid der Passanten zu erregen, um nicht wie ein Hund in der Gosse zu verrecken. Das ist in der Praxis Ihr Dank des Vaterlandes gegenüber den armen Kriegsopfern!

Daß auch nach dem Kriege das Kapital es verstanden hat, trotz der sogenannten Revolution weiter breite Riemen aus dem Rücken des Proletariats zu schneiden, das beweist Ihre ganze Existenz, das beweist die ganze Entwicklung, die die Dinge seitdem genommen haben. In dem Raubzug auf die Taschen des werktätigen Volks, in (B) der Ausbeutung aller derer, die von ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit leben müssen, sind sich alle kapitalistischen Gruppen von A bis Z einig. Auch hier bei diesem neuen Milliardenraubzug zeigt sich wiederum die volle **kapitalistische Solidarität**, zeigt sich die kapitalistische Einigkeit, wie man sie besser sich nicht wünschen kann, eine Einigkeit und eine Solidarität, von der man wünschen sollte, daß sie sich in den Kreisen der Arbeiterklasse ebenso betätigte, daß sie Sie (zu den Sozialdemokraten) veranlassen möchte, hier mit uns gemeinsam dem Vampir Kapitalismus, der die letzten Säfte des deutschen Volkskörpers herauszusaugen sich bemüht, den Kopf zu zertreten.

Der Kapitalismus hat sich neben seiner Räubertätigkeit, die er seit Anbeginn seines Bestehens entwickelt hat, auch immer als ein guter Bußprediger erwiesen. So hat er auch nach der Revolution eine ganze Anzahl von Axiomen aufgestellt, die allerdings nur gelten sollen für die Dummen, die nicht alle werden, damit sie Ihnen helfen sollen, das alte System, die alte Ausbeutung, in unverhüllter Form weiterzuführen. Da war zunächst das Schlagwort: „Nur **Arbeit** kann uns retten!" Alle Drehorgeln im Deutschen Reiche — und auch die rechtssozialistische Drehorgel hat da ganz erheblich mitgewirkt —

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

sind in Bewegung gesetzt worden, um mit diesem verlogenen Schlagwort die deutsche Arbeiterklasse wieder an die Kette des Kapitalismus zu schmieden.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten. — Huhu! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist Ihre historische Schuld, daß Sie, statt durch Klassenkampf den Vampir niederzutreten zu suchen, im Gegenteil nach Leibeskräften geholfen haben, diesem Vampir, der schon am Boden lag, neues Leben einzuhauchen, ihn wieder aufzurichten und hochzupäppeln.

(C) Nun, dieses Schlagwort von der Arbeit, die allein uns retten kann, ist nach einem kurzen Freudentaumel jäh verstummt; denn das Schlagwort wurde gar bald durch die Tatsachen selbst in der eindringlichsten Weise Lügen gestraft. Es zeigte sich nämlich sehr bald, daß die scheinbare Quelle des Aufstiegs, die durch die Lande ging, nur Strohfeuer war, angefacht durch eine bis ins krankhafte gesteigerte Sucht des Publikums, die wertlosen Papierfetzen, die man deutsche Reichsmark nennt, los zu werden, sie in reale, konkrete Dinge umzusetzen, mit einem Worte, sich dafür Waren zu sichern. Bei diesem Versuch haben wir aber wahrnehmen müssen, daß die Mittel, die die Werktätigen noch hinter sich hatten, sehr beschränkt waren. In sehr kurzer Zeit war die Welle der Kauflust wieder abgeebbt, und vor uns sahen wir jählings eine gähnende Leere, das Grausen, das in den Höhlen wohnt. Tausende und aber Tausende von Arbeitern, denen auch die Rechtssozialisten das hohe Lied von der Arbeit, die uns nur retten kann, so schön vorgesungen hatten, wurden brutal aufs Straßenpflaster geworfen, wurden der Möglichkeit beraubt, ihre Arbeitskraft überhaupt zu verwerten. Viele Millionen deutscher Arbeiter wurden gezwungen, verkürzt zu arbeiten, also einen Teil ihrer Arbeitskraft unverwertet zu lassen.

Die **Arbeitslosigkeit**, die ständig zunimmt und trotz aller kleinen Schwankungen, die sich in ihrer Wellenbewegung zeigen, immer mehr um sich greift und naturnotwendig um sich greifen muß, hat inzwischen dieses verlogene Schlagwort fast restlos zum Verstummen gebracht, wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß es in Hinterpommern, in den hinterwäldlerischen Gegenden, wo Sie (nach rechts) leider noch ihre Dummen finden, bisweilen noch gepredigt wird.

(Zuruf rechts.)

— Wir haben nicht notwendig, an die Dummheit und an die Niedertracht zu appellieren wie Sie. (D)

(Lachen rechts.)

Wir können Tatsachen für uns sprechen lassen, wir brauchen keine Phrasen zu dreschen.

(Lachen und Zurufe rechts.)

Die zweite Walze auf dem Grammophon der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik war das Schlagwort vom **Preisabbau**. Dieser Preisabbau soll darin bestehen, daß man die Löhne, die heute für die weitesten Massen des deutschen Volks nicht einmal mehr zum Vegetieren ausreichen, noch weiter vermindern will. Ich werde Ihnen nachher noch die volkswirtschaftlichen Konsequenzen dieser **Lohnabbaupolitik** zeigen.

(Zuruf rechts.)

— Bitte, seien Sie nur ruhig. Sie gehören ja auch zu der Klasse vom Stamme Nimm und haben deshalb gar keine Ursache, sich hier besonders aufzuspielen.

(Zurufe rechts: Sie geben!)

Meine Damen und Herren! Ganz abgesehen von den Konsequenzen, die der kapitalistische Preisabbau, vor allen Dingen der Lohnabbau, notwendigerweise nach sich ziehen muß und die ich nachher noch erörtern werde, besteht der Preisabbau, den wir heute erleben, darin, daß man die Erhaltungskosten der Arbeitskraft, also die Produktions- und Reproduktionskosten des täglichen Lebens immer mehr hinaufschraubt. Neue Milliardensteuern zu dem ohnehin nicht sehr gut duftenden Bukett, daß wir heute schon haben, sind ja bekanntlich in Vorbereitung. Sie haben ja schon die Vorlage für einen neuen Raubzug auf die Taschen der Arbeiter in Gestalt des Gesetzentwurfs zur Erhöhung der **Zuckersteuer**. Der Zucker, der bisher mit 14 Pfennig pro Kilo belastet war, soll zum Zwecke des Preisabbaues, den Sie propagieren, fortan mit 1 Mark pro Kilo belastet werden. Es wird bei der Beratung dieser Vorlage Gelegenheit sein, diese Ihre

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) Wiederaufbaupolitik an diesem konkreten Beispiel im einzelnen zu brandmarken. Wir wissen ja, wenn Sie, die rechte Seite dieses Hauses, es vor den Wahlen zum Preußischen Landtag im Verein mit Ihrer Komplicenregierung auch schamhaft verschwiegen haben, welche ungeheuerlichen neuen Steuern man auf den Massenkonsum zu legen gedenkt. Es ist immerhin bisher schon so viel durchgesickert, daß viele Milliarden neuer indirekter Steuern aus den Massen herausgepreßt werden sollen.

Hinzu kommt, daß auch die **Reichseisenbahn** sich anschickt, 10 Milliarden Mark mehr aus dem Verkehr herauszuschlagen, was natürlich ebenfalls wieder verstärkt in den Warenpreisen zum Ausdruck kommen muß. Die **Post** ist ebenfalls dabei, einen erneuten Raubzug auf die Taschen des werktätigen Volks zu unternehmen. Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß der Preisabbau, den man im Munde führt, von Ihnen selbst, und zwar durch Ihre eigene Politik, aufs gründlichste ad absurdum geführt wird. Nicht Preisabbau ist also bei Ihnen die Parole, sondern Preissteigerung auf allen Gebieten!

Das dritte Schlagwort, das heute gang und gäbe ist und unter dessen Geltung die 12-Milliardenliebesgabe an das Stinneskapital in den Werften verabreicht werden soll, hat ja einen guten Befürworter gehabt. Wenn ich mich recht entsinne, hat der mehr berüchtigte als berühmte Rechtssozialist **Noske** seinerzeit **in Hamburg eine Rede** gehalten, die damals besonders bekannt geworden ist durch die aufreizende Wendung, daß er jedem, der nach der Gurgel des Staats zu greifen wage, die Knochen entzwei schlagen wolle. Noske gelobte also damals öffentlich, er wolle seine Hausknechtsmanieren im Interesse des Kapitalbesitzes praktisch betätigen. Aber bei dieser Gelegenheit hat Noske noch einen anderen Geistesblitz produziert. Er hat nämlich gleichzeitig dem deutschen Proletariat und der aufhorchenden Welt eine „neue" sozialistische Theorie (B) entwickelt. Dieser Noske-Sozialismus besteht nämlich in der Behauptung, daß er als Hauptstütze der damaligen stark sozialistisch durchsetzten Regierung für die Sozialisierung der Wirtschaft dadurch sorgen wolle, daß man den Besitz und das Vermögen einfach wegsteuere.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Höllein! Durch die Besprechung der Zuckersteuer und der Noske-Politik entfernen Sie sich so weit vom Reedereivertrag,

(lebhafte Zustimmung)

daß ich das nicht mehr zulassen kann. Ich bitte Sie, sich wieder mit dem Reedereivertrag zu beschäftigen.

Höllein, Abgeordneter: Es ist notwendig, Herr Vorsitzender, zur Begründung unserer Stellung zum Reedereiabfindungsvertrag. Ich meine, ich muß den Wiederaufbau, den das Kapital meint, hier charakterisieren können und werde mich auch durch keine Maßnahme des Vorsitzenden davon abhalten lassen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte Sie, zur Sache zu reden; ich fordere Sie dazu auf.

Höllein, Abgeordneter: Gegenüber dem Noskeschen sozialistischen Wiederaufbau ist jedoch die Feststellung zu machen, daß **bisher** noch **keinerlei Besitzsteuer eingehoben** worden ist.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe.)

Ich brauche nur daran zu erinnern, welche Komödie Sie noch vor wenigen Wochen aufgeführt haben, als Sie Ihre eigene Regierung im Stich ließen in dem Augenblick, wo es sich darum handelte, den Anfang mit der Erhebung des Reichsnotopfers zu machen. Sie haben also gar keine Ursache, hier mit Zwischenrufen Ablenkungsmanöver zu betreiben. Ich stelle fest, daß von den Besitzsteuern (C) bisher nur ein Bruchteil durchgeführt worden ist, nämlich aus dem Einkommensteuergesetz der Passus, der den Steuerabzug vom Lohn betrifft. Nur die Proletarier, nur die Hand- und Kopfarbeiter, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an fremde Personen zu verkaufen, haben bisher Einkommensteuer bezahlt. Nur denen wird die Steuer vom Munde abgezogen, unbekümmert darum, ob sie mit dem Rest noch zu leben vermögen oder nicht. Man hat also das Kapital bisher völlig ungeschoren gelassen, war aber um so bewilligungsfreudiger, sobald es sich darum handelte, den proletarischen Esel mit neuen Lasten zu bepacken. Keine Last ist drückend und schwer genug, um sie nicht seinem Rücken aufzuladen.

Wie die „Wegsteuerung" des Besitzes und des Vermögens in der Praxis gewirkt hat, das sehen Sie ja am besten täglich und stündlich aus dem Handelsteil der kapitalistischen Presse, das sehen Sie weiter aus den gewaltigen Fusions- und Konzentrationsmanövern, die vom Großkapital betrieben werden. Die Herren Stinnes, Klöckner und Konsorten lassen an ihrem Vermögenszuwachs nicht erkennen, daß ihnen mit den Steuergesetzen, die die sogenannte demokratische Republik geschaffen hat, irgendwie zu Leibe gegangen worden ist. Ja, man hat im Gegenteil die Macht des Privatkapitals geradezu ins Märchenhafte gesteigert. Die Zusammenballung der Produktionskräfte von der Urproduktion bis zum feinsten Fertigfabrikat, ja, noch darüber hinaus, die Korruption der öffentlichen Meinung durch den Ankauf und die **Stinnisierung der deutschen Presse** ist in einer Zeit betrieben worden, wo angeblich nach Noskeschem Rezept durch Wegsteuerung des Besitzes sozialisiert werden soll. Herr Stinnes weiß auch sehr gut, weshalb er die Stinnisierung der Presse vornimmt. Er handelt eben nur im Einklang mit den Worten des kommunistischen Manifestes, wo gesagt wird, daß die Kapitalisten den Wissenschaftler, den Pfaffen, den Arzt, den Gelehrten in (D) einen Kapitalsagenten, einen Kapitalskuli verwandeln, der die Interessen seines Herrn, wenn es sein muß, auch wider besseres Wissen und wider seine Überzeugung vertreten muß.

Und nun, meine Damen und Herren, der Dank, der vom Großkapital und vor allen Dingen vom Reederkapital dem Reiche dafür abgestattet wird, daß ihm bisher die Steuergesetze der demokratischen Republik nichts angehabt haben und daß ihm aus den Kassen des bankerotten Deutschlands Milliardenprofite zugeschanzt werden, besteht darin, daß diese Herrschaften fortgesetzt nicht nur die Arbeiterschaft, national und international, sondern auch die ganze Welt ständig provozieren. Es ist bei der ersten Lesung dieser Vorlage bereits darauf hingewiesen worden, daß man nicht ohne Absicht den neuen mit Reichsunterstützung gebauten Handelsdampfern die Namen „Tirpitz" und „Hindenburg" gegeben hat. Diese Namensbezeichnung verfolgt einen ganz bestimmten Zweck. Man will eben jenseits der Grenzen wieder jene Hurrahetzstimmung schaffen, mit deren Hilfe man dann im Innern die sogenannten Volksvertreter wieder patriotisch besoffen machen kann, um sie zu veranlassen, neue Schiffsbauten und dergleichen, möglichst wieder den Bau einer Kriegsmarine zu bewilligen.

Der ganze Wiederaufbau, meine Damen und Herren, wie Sie ihn verstehen, erfolgt, wie ich schon gesagt habe, ausschließlich auf Kosten des Proletariats und wird vollzogen in den verschiedensten Formen. Und zu diesem Wiederaufbau, wie Sie ihn verstehen, gehört natürlich auch der Reedereivertrag mit seiner 12 Milliarden-Liebesgabe. Jeder deutsche Einwohner, ob Mann, ob Frau, ob Jüngling oder Greis, soll gezwungen werden, Herrn Stinnes und seinen Freunden 200 Mark zu zahlen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(**Höllein,** Abgeordneter.)

(A) Jeder durchschnittliche deutsche Familienvater soll 900 Mark blechen, damit sich die Aasgeier des Kapitalismus weiter in seinem Fleische festkrallen können.

(Heiterkeit.)

Und dieser Wiederaufbau soll noch weiter fortgesetzt werden durch die übrigen Kollegen des Herrn Stinnes. Herr Stinnes wird vielleicht in anderer Form auch wieder daran partizipieren, wenn die in der Resolution Nr. 3 geforderte Liebesgabe für die Liquidationsschäden zur Tatsache wird. Nun, meine Damen und Herren, diese Art Wiederaufbau und die Methode, die Sie einschlagen, um diesen Wiederaufbau in die Tat umzusetzen, führen nicht, können nicht führen zu den Ergebnissen, die Sie erwarten, führen auch nicht und können nicht führen zu dem Preisabbau, den Sie propagieren. Denn dieser Ihr Preisabbau besteht lediglich in dem Versuch, die Löhne der Arbeiter weiter herabzudrücken — ein Versuch, der schon praktisch betätigt worden ist dadurch, daß man den durch die Revolution gebrachten Achtstundentag beseitigen will —, mit einem Wort, daß man die Ausbeutung des einzelnen Individuums bis ins Uferlose steigern will. Nein, der Wiederaufbau, den Sie betreiben wollen, führt nur zur Vermehrung der Ausbeutung der Arbeiter. Diese Ausbeutung der Arbeiter erfolgt nicht nur in ihrer Eigenschaft als Produzenten im Produktionsprozesse selbst, wo ihnen nur ein geringer Teil der Werte, die sie zu schaffen gezwungen sind, in Gestalt von Löhnen verabfolgt wird nein, diese Ausbeutung erfolgt insbesondere auch durch das Staatsorgan des Kapitalismus, durch die **demokratische Republik, die beste Schutzhülle des Kapitalismus.**

(Aha! rechts.)

Aus den Darlegungen, die uns über die Londoner Konferenz gemacht worden sind, ging hervor, daß in Deutschland zurzeit an Steuern rund 600 Mark pro Kopf aufgebracht werden. Das macht pro deutsche Durchschnittsfamilie, die bekanntlich 4½ Köpfe umfaßt, (B) 2700 Mark im Jahre. Aber diese von der Regierung angegebene Summe bleibt meiner Überzeugung nach weit hinter den Tatsachen zurück. Mindestens 800 Mark werden heute schon aus dem Kopfe der Bevölkerung herausgepreßt, so daß wir pro Familie mit einer Jahresbelastung von 3600 Mark an bestehenden Steuern rechnen können. Nun steht eine Tatsache fest: Steuern kann nur der bezahlen, der lebt und die dazu notwendigen Mittel verdient.

(Sehr richtig! rechts.)

Die dazu notwendigen Mittel kann man aber nur erwerben, wenn man arbeitsfähig ist.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Die Arbeitsfähigkeit aber wird nur durch den Konsum einer bestimmten Menge von Lebensmitteln, von Kleidungsstücken und Wohnungsgelegenheit gewährleistet. Diese Voraussetzungen für die Produktionskraft und Produktionsmöglichkeit des einzelnen müssen also zunächst geschaffen werden. Deshalb muß ein Arbeiter mindestens soviel an Lohn bekommen, daß er imstande ist, die eigene Arbeitsfähigkeit zu erhalten, seine Arbeitskraft zu produzieren und zu reproduzieren.

Nun sind aber tatsächlich seit der Revolution die Erhaltungskosten des Arbeiters in viel höherem Maße gestiegen als die Subsistenzmittel, die ihm in Gestalt von Löhnen und Gehalt gewährt worden sind. Es besteht ein krasses **Mißverhältnis zwischen den Löhnen und den Preisen der Waren,** die zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit notwendig sind. Tatsächlich trifft heute schon lange das Wort zu, daß das deutsche Proletariat, und nicht nur das deutsche, sondern auch das Proletariat in den sogenannten Siegerländern, in Frankreich, in Italien usw., zum Teil auch in England, schon längst unter die Existenzbedingungen seiner eigenen Klasse herabgesunken ist, daß eine Pauperisierung des Proletariats eingetreten ist und unaufhaltsam (C) weitere Fortschritte macht.

Man wird nicht behaupten können, daß ich schönfärbe oder schwarzmale, wenn ich sage, daß im Durchschnitt der deutschen Volkswirtschaft die Löhne der Arbeiter gegenüber den Friedenslöhnen um das Fünffache gestiegen sind, und man wird mir dasselbe zugestehen müssen, wenn ich demgegenüber eine allgemeine Preissteigerung um das Fünfzehnfache im Durchschnitt annehme.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn Sie sich dieses Mißverhältnis zwischen den Löhnen, die dem Geldwerte nach um das Fünffache gestiegen sind, und den Warenpreisen, die im Durchschnitt um das Fünfzehnfache gestiegen sind, vergegenwärtigen, so bedeutet das, daß die Konsumkraft der Löhne innerhalb der Volkswirtschaft nur noch ein Drittel dessen beträgt, das ihnen im Frieden innegewohnt hat.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nun gestatten Sie mir, an eine ökonomische Tatsache zu erinnern. In den **Friedenszeiten,** die wir heute im Vergleich zu dem Jammer und Elend, das wir durchmachen, fast als **goldene Zeiten** bezeichnen können, reichten die Löhne der Arbeiter gerade hin, um sich zu erhalten, um annähernd eine menschenwürdige Existenz fristen zu können. Aber schon in Friedenszeiten, wo die Kaufkraft der deutschen Mark und der Löhne noch 100 Prozent betrug, erlebten wir, daß periodisch Produktions- und Absatzkrisen einsetzten und einsetzen mußten, weil die Arbeiter nicht den vollen Wert der von ihnen erzeugten Waren in Gestalt ihres Lohnes und ihrer Gehälter bezogen. Der Kapitalismus mußte notwendigerweise solche Krisen heraufbeschwören, die allerdings nicht den alles zerrüttenden chronischen Charakter annahmen, den wir heute aus bekannten Gründen zu verzeichnen haben. Nun steht folgendes fest: waren Wirtschaftskrisen schon in der Blütezeit des Kapitalismus möglich, wo er aus allen (D) Poren heraus Entwicklung schwitzte, so müssen wir zur Erkenntnis kommen, daß die heutige Krisis nicht nur eine dauernde, sondern die tödliche Krisis des Kapitalismus überhaupt sein muß.

(Lebhafte Rufe rechts: Reedereigesetz!)

Denn auf die Dauer kann der Kapitalismus, wenn die Kaufkraft der Löhne nur ein Drittel derjenigen der Friedenslöhne beträgt, auch nur ein Drittel der Warenmengen produzieren, die er vor dem Kriege produziert hat.

(Andauernde Zurufe rechts: Reedereigesetz!)

— Bitte, das gehört auch dazu!

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Höllein, ich muß Sie zum zweiten Male zur Sache rufen und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen eines dritten Rufes zur Sache aufmerksam.

Höllein, Abgeordneter: Herr Präsident, ich muß auf die Tatsache hinweisen, daß diese Vorlage ein Raub am deutschen Volke ist und seinen Untergang herbeiführt.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Höllein, ich bitte Sie, sich meinen Anordnungen zu fügen!

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Feststellungen, die ich hier mache, sind notwendig, um Ihnen darzulegen, daß die Mittel, die Sie anwenden, um zum Wiederaufbau der Wirtschaft zu kommen, nicht nur verfehlt, sondern geradezu verbrecherisch sind.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Große Unruhe.)

Wenn nur ein Drittel konsumiert werden kann, kann natürlich auf die Dauer auch nur ein Drittel produziert werden; denn der Kapitalismus produziert nicht um der

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) schönen Augen der Menschen willen, sondern nur, um Profite aus den Menschen herauszupressen.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten. — Lebhafte Zurufe rechts.)

Wenn wir auch ganz davon absehen, daß durch den Krieg und die gesteigerte Kriegswirtschaft eine ziemlich erhebliche Steigerung der nationalen Produktionskraft eingetreten ist, so stehen wir gleichwohl heute bereits vor der eisernen Tatsache, daß wir in Deutschland über eine Million Arbeitslose haben. —

(Zuruf rechts: Und in Rußland?)

— In Rußland sind keine Arbeitslose. Wenn Sie (nach rechts) dort wären, müßten Sie auch etwas arbeiten!

(Lachen rechts.)

— Ich sage, es steht für uns die Tatsache fest, daß wir in Deutschland zurzeit weitere viele Millionen von Arbeitern haben, die verkürzt arbeiten, die also nicht ihre 48 Stunden in der Woche arbeiten dürfen. Hinzu kommt weiter, daß wir Millionen von Kriegsopfern haben, die nicht mehr imstande sind, ihre Arbeitskraft irgendwie zu verwerten; es kommt weiter hinzu das Heer der Arbeitsinvaliden und das Heer der sogenannten Kleinrentner, die nicht imstande sind, ihre Einkommen entsprechend der Entwertung der deutschen Mark hinaufzusteigern. Alle diese Kreise besitzen nicht einmal das von mir errechnete Drittel der Konsumkraft, die die vollarbeitenden Arbeiter heute noch besitzen.

Und, meine Damen und Herren, das, was für Deutschland gilt, gilt auch für das Ausland. Auch die **Kaufkraft des Auslandes** ist bedeutend **gesunken.** In Frankreich herrscht Finanzdalles und wachsende Arbeitslosigkeit. In England waren am 25. Februar 1¼ Million Arbeitslose vorhanden, und ihre Zahl steigert sich weiter von Woche zu Woche. Die Wirtschaft Italiens ist (B) vollkommen zerrüttet. Auch Amerika, das man immer gelobt hatte, weil es allein am Krieg profitiert habe, befindet sich in einer furchtbaren akuten Wirtschaftskrise und droht in seinem eigenen Fett zu ersticken. Dasselbe gilt auch für die sogenannten neutralen Länder, die alle schwer unter der mangelnden Kaufkraft Europas und der übrigen Länder zu leiden haben.

Wenn also die Kaufkraft nicht nur in Deutschland, sondern auch außerhalb Deutschlands fehlt, so dürfte daraus als Tatsache abzuleiten sein, daß ein Export deutscher Waren nach jenen außerdeutschen Ländern nicht nur sehr erschwert, ja vielleicht sogar ganz unmöglich werden muß. Auf die Dauer wird es nicht möglich sein, große Mengen von deutschen Waren über die Grenze zu bringen, einmal weil die Voraussetzung für die Abnahme dieser Waren jenseits der Grenze fehlt, und dann, weil die kapitalistischen Unternehmer der betreffenden Länder die Einfuhr fremder Waren zu verhindern wissen werden. Aus diesen Tatsachen heraus erleben wir es, ja, wir haben es schon erlebt zum Beispiel durch die 12prozentige Ausfuhrabgabe, die man uns auferlegen wollte, daß die nationalen Kapitalisten sich mit allen Mitteln gegen die Einfuhr deutscher Waren sträuben. Und das tun sie, ja müssen sie tun, weil die Einfuhr deutscher Waren in ihre Länder ihre nationale Arbeitslosigkeit, ihre zerrüttete nationale Wirtschaft notwendigerweise noch weiter zerrütten müßte. Die Dumping-Gesetze in England, die Abwehrmaßnahmen, die man zurzeit in allen übrigen Staaten trifft, sind die offene Rebellion des nationalen Kapitals gegen einen vermehrten Export deutscher Waren.

Wenn also die Kaufkraft auf ein Drittel herabgesunken ist, wenn die Unmöglichkeit besteht und täglich zunimmt, deutsche Waren in steigendem Maße ins Ausland zu bringen, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß kein Kräutlein mehr gewachsen ist, um auch durch 12 Milliarden (C) Liebesgaben, durch die Art „Arbeiterfürsorge", die Sie betreiben, den Karren der Kapitalisten wieder aus dem Dreck zu ziehen. Die Kaufkraft ist international gesunken und geschwunden. Voraussetzung für den kapitalistischen Absatz ist das Vorhandensein eines bestimmten Maßes von Massenkaufkraft Die Kaufkraft, die zur Inbetriebsetzung der kapitalistischen Produktion notwendig ist, fehlt aber zurzeit und kann auch niemals wieder hergestellt werden. Alle Versuche, die Sie bisher gemacht haben, haben sich als Plunder erwiesen. Und auch die, die Sie noch machen werden, werden kläglich verpuffen: Ihr Lohnabbau, Ihre Milliarden-Liebesgaben an das Kapital, die Steuerraubzüge, die Sie unternehmen, mit einem Worte Ihre ganze Wiederaufbaupolitik senkt fortgesetzt weiter die Kaufkraft der Massen, auf deren Konsum es in erster Linie innerhalb der Volkswirtschaft ankommt. Sie verringern so immer weiter die Kaufmöglichkeit der breiten Masse der Bevölkerung — —

(wiederholte Zurufe rechts: Reederei! Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Höllein, ich muß Sie unterbrechen. Sie sind zweimal vergeblich zur Sache gerufen und aufgefordert worden zum Gegenstande zu reden.

(Abgeordneter Höllein: Ich bin beim Gegenstand!)

— Herr Abgeordneter Höllein, ich bitte Sie, mich nicht zu unterbrechen. — Ich muß nunmehr gemäß § 46 der Geschäftsordnung an das Haus die Frage richten, ob es den Redner noch weiter hören will.

(Zurufe rechts: Nein! — Erregte Gegenrufe von der äußersten Linken.)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den Redner nicht mehr hören wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit. (D)

(Lärmende Zurufe von der äußersten Linken: Unerhört! Schulmeisterei! Unverschämtheit! — Fortdauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schumann.

(Abgeordneter Höllein: Nein, ich bleibe hier!)

— Herr Abgeordneter Höllein, ich bitte Sie, die Tribüne zu verlassen.

(Abgeordneter Höllein: Nein, ich bleibe hier! — Zuruf rechts: Sie werden aber nicht weiterreden!)

In Anbetracht dieser Weigerung des Herrn Abgeordneten Höllein unterbreche ich die Sitzung auf eine Viertelstunde.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

(Pause von 2 Uhr 37 Minuten bis 2 Uhr 50 Minuten.)

Die Sitzung wird um 2 Uhr 50 Minuten durch den Vizepräsidenten Dr. Bell wieder eröffnet. — Der Abgeordnete Höllein hat sich schon vorher wieder auf die Rednertribüne begeben.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Die unterbrochene Sitzung wird wieder eröffnet.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schumann.

(Zurufe von der äußersten Linken: Höllein hat das Wort!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schumann!

(Erneute Rufe von der äußersten Linken: Höllein hat das Wort zum Reedereiabfindungsgesetz. — Gegenrufe rechts: Ist erledigt. — Widerspruch auf der äußersten Linken. — Abgeordneter Remmele: Haben Sie denn schon abstimmen lassen? Wissen Sie, was Sie gemacht haben? — Rufe rechts: Unerhört! — Andauernde Unruhe.)

(Vizepräsident Dr. Bell.)

(A) Nimmt der Herr Abgeordnete Schumann das Wort oder verzichtet er?

(Wiederholte erregte Rufe auf der äußersten Linken: Höllein hat das Wort, nicht Schumann! — Abgeordneter Höllein: Ich bleibe hier; ich gehe nicht weg, Sie sollen mich hier wegbringen! Holen Sie den Leutnant mit den zehn Mann!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schumann!

(Der Abgeordnete Schumann versucht zu sprechen. — Andauernde Unterbrechungen und Zurufe auf der äußersten Linken: Höllein hat das Wort! — Stürmische Rufe bei den Regierungsparteien und rechts: Nein!)

Herr Abgeordneter Schumann, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

(Wiederholte erregte Rufe auf der äußersten Linken: Höllein hat das Wort! — Abgeordneter Geyer [Leipzig]: Der Präsident hat ihm das Wort gar nicht entzogen! — Abgeordneter Remmele: Sie wissen ja gar nicht, was Sie getan haben! — Gegenrufe rechts. — Andauernde Unruhe.)

— Herr Abgeordneter Schumann — —

(Andauernde große Unruhe. — Glocke.)

— Herr Abgeordneter Höllein, da Ihnen das Wort vom Hause und vom Präsidenten entzogen worden ist,

(lebhafter Widerspruch und Zurufe von den Vereinigten Kommunisten)

ersuche ich Sie, die Rednertribüne zu verlassen und den Platz dem Herrn Abgeordneten Schumann einzuräumen.

(Abgeordneter Höllein: Sie haben mir das Wort widerrechtlich entzogen, und ich werde den Platz hier nicht verlassen. Holen Sie den Leutnant und zehn Mann! — Andauernde Unruhe und Zurufe.)

(B) — Herr Abgeordneter Höllein, es ist abgestimmt worden, — —

(Andauernder Lärm. — Glocke.)

Meine Damen und Herren! Ich kann mich auf weitere Auseinandersetzungen nicht einlassen. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Höllein nochmals, die Rednertribüne zu verlassen und den Platz dem Herrn Abgeordneten Schumann einzuräumen.

(Abgeordneter Höllein: Ich werde den Platz nicht verlassen! — Andauernde große Unruhe.)

In Anbetracht dieser Weigerung des Herrn Abgeordneten Höllein unterbreche ich die Sitzung auf eine halbe Stunde und werde veranlassen, daß der Ältestenausschuß einberufen wird.

(Lebhafte Zustimmung und Bravo! bei den Regierungsparteien und rechts.)

(Pause von 3 Uhr 52 Minuten bis 4 Uhr 5 Minuten.)

Die Sitzung wird um 4 Uhr 5 Minuten durch den Präsidenten Löbe wieder eröffnet.

Präsident: Die abgebrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Auf Wunsch meines Kollegen Bell habe ich den Vorsitz übernommen.

(Hört! Hört!)

Wegen der Unruhe am Schluß der zuerst abgebrochenen Sitzung sind verschiedene Worte des Herrn Präsidenten Bell nicht verstanden worden. Nach dem stenographischen Protokoll trugen sich die letzten Ereignisse wie folgt zu. Herr Präsident Bell sagt:

(C) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den Redner nicht mehr hören wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit.

(Lärmende Zurufe von der äußersten Linken. — Glocke des Präsidenten.)

Dann sagt der Präsident:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schumann.

(Abgeordneter Höllein: Nein, ich bleibe hier!)

— Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, die Tribüne zu verlassen.

(Abgeordneter Höllein: Nein, ich bleibe hier!)

Schließlich sagt der Präsident:

In Anbetracht dieser Weigerung des Herrn Abgeordneten Höllein unterbreche ich die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Es war angezweifelt worden, daß eine Abstimmung stattgefunden habe. Die Abstimmung hatte zwar stattgefunden, aber sie war vom größeren Teil des Hauses nicht bemerkt worden, und daher mag die Unruhe mit erklärlich sein.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte erklären, was ich mit anderen und etwas schärferen Worten soeben im Seniorenkonvent erklärt habe: wir stehen der bisherigen Geschäftsführung des vorhin amtierenden Präsidenten mit dem allergrößten Mißtrauen gegenüber

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und sind der Auffassung, daß der ganze Konflikt zurückzuführen ist auf ein Gefühl der Erbitterung, das die seitherige Geschäftsführung des Präsidenten Bell in unserer Fraktion hervorgerufen hat. Wir sind der Auffassung, (D) daß er uns gegenüber in einer unsachgemäßen nnd auch nicht mit den Zwecken und dem Amt des Präsidenten im Einklang stehenden Art vorgegangen ist und vorgeht.

(Unruhe im Zentrum und rechts.)

Wir sind weiter der Auffassung, daß der Kollege Höllein sich vollständig im Rahmen der Sache gehalten hat.

(Lachen rechts. — Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es handelt sich um eine Vorlage, in der nicht weniger als $12^1/_2$ Milliarden Mark bewilligt werden sollen, das heißt eine Vorlage, in der eine Summe bewilligt wird, die allein als Kapitalbewegung den tiefsten Einfluß auf die gesamte ökonomische und finanzielle Struktur des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft ausüben muß.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn in Anbetracht einer Vorlage, die $12^1/_2$ Milliarden verlangt, ein Abgeordneter eingeht auch auf alle Folgen, die sich äußern bei der Steuergesetzgebung, bei den Steuervorlagen, bei der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, so hält er sich vollständig im Rahmen der Sache, und es ist ein materielles Unrecht, das dem Abgeordneten angetan wird, wenn ihm diese Äußerungen unterbunden werden.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Nachdem der Herr Abgeordnete Dr. Levi seine Ausführungen aus dem Ältestenausschuß mitgeteilt hat, möchte ich auch erwähnen, daß, mit Ausnahme von zwei Rednern, die übrigen Redner im Ältestenausschuß einschließlich der Präsidenten der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß Herr Präsident Bell gegen die Unparteilichkeit sich diesmal und auch früher nicht vergangen hat.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

(Präsident.)

(A) Wir setzen die Beratung fort.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schumann.

Schumann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, nach dem, was sich vor kurzem hier in diesem Saale abgespielt hat, auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Höllein einzugehen. Ich halte es auch deshalb für überflüssig, weil er sich wenig oder gar nicht mit der zur Erörterung stehenden Vorlage beschäftigt hat.

(Hört! Hört! rechts.)

Soweit das geschehen ist, muß ich sagen, waren seine Ausführungen von Sachkenntnis nicht sonderlich getrübt.

(Sehr richtig! rechts. — Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn der Herr Abgeordnete Höllein versucht hätte, den Vertrag, der uns zur Genehmigung vorgelegt ist, sachlich in seinen Einzelheiten zu bekämpfen, dann hätte ich mich mit ihm auseinanderzusetzen versucht. Denn ich möchte hier erklären, daß ich auch nicht leichten Herzens für diesen Vertrag stimmen werde, aber der Meinung bin, daß die volkswirtschaftlichen Erwägungen, die wir anstellen müssen, und die Rücksicht auf die Erhaltung von Beschäftigungsmöglichkeit der Werftarbeiter, Seeleute usw. uns zwingen, so, wie wir es bereits zum Ausdruck gebracht haben, Stellung zu nehmen.

(Sehr richtig! rechts.)

Im übrigen möchte ich sagen, daß ich eine ähnliche Rede, wie sie der Herr Abgeordnete Höllein heute hier gehalten hat, schon gestern abend in einer Versammlung anzuhören das Vergnügen hatte, und zwar von einem seiner Parteifreunde.

(Heiterkeit rechts.)

Weiter will ich auf die Sache nicht eingehen.

Der Herr Abgeordnete Henke hat gemeint, angesichts (B) der Tatsache, die ich nicht bestreite, daß wir zurzeit einen **Überfluß an Schiffstonnage in der Welt** haben, den Reedern empfehlen zu sollen, doch von dieser überflüssigen Schiffstonnage einen Teil zu erwerben und auf den Neubau von Schiffen zu verzichten. Ich kann mich diesem Vorschlag des Herrn Abgeordneten Henke nicht anschließen. Ich kann den deutschen Reedern eine derartige Empfehlung nicht geben, weil ich der Meinung bin, daß es nicht im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt, wenn die Reeder jetzt veraltete Schiffe, das heißt die Schiffe, die England und Frankreich eventuell nicht mehr haben wollen, zurückkaufen und wir dadurch gehindert werden, mit unserer eigenen Handelsflotte einen erfolgreichen Konkurrenzkampf gegen die ausländischen Reedereien aufzunehmen.

(Sehr richtig!)

Wenn der Herr Abgeordnete Henke dann weiter meinte, das Argument von der **produktiven Erwerbslosenfürsorge** ziehe nicht, es wäre richtiger, diese 12 Milliarden beziehungsweise 4,7 Milliarden nicht zu bewilligen, dafür aber Mittel bereit zu stellen, um den Wohnungsbau zu fördern und alle anderen Möglichkeiten zur Beschaffung von Arbeit in Angriff zu nehmen, so kann ich auch in dieser Beziehung nicht mit ihm übereinstimmen. Wohl bin ich mit ihm der Meinung, daß auf den in Frage kommenden Gebieten weitere Anstrengungen gemacht, weitere Mittel bereitgestellt werden müssen, um den arbeitslosen Bauarbeitern Beschäftigung zu verschaffen. Aber damit hätten die Werftarbeiter, die Seeleute und alle in den mit den Werften zusammenhängenden Industrien beschäftigten Arbeiter und Angestellten keine Arbeitsmöglichkeit.

(Sehr wahr! rechts.)

Dieser Gefahr muß vorgebeugt werden. Mir sind aus den bedeutendsten Werftorten **Zuschriften von Werftarbeitern**, von Organisationsvertretern zugegangen, darunter auch von Vertretern derjenigen Richtung, der der (C) Abgeordnete Henke angehört.

(Hört! Hört! rechts.)

In diesen Zuschriften wird zum Ausdruck gebracht, daß wir unbedingt verpflichtet seien, dafür zu sorgen, daß die Werftarbeiter weiter Beschäftigung erhalten, daß die Werftarbeiter nicht arbeitslos werden.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir betrachten — das habe ich in der ersten Lesung bereits gesagt — diese Vorlage in der Hauptsache unter dem Gesichtswinkel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Wir sind der Meinung, daß auf diesem Wege die Werften Beschäftigung erhalten und damit den Werftarbeitern gedient ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir sind aber weiter der Meinung, daß Einrichtungen geschaffen werden müssen, durch die eine gewisse Garantie dafür geboten wird, daß die hier bereitgestellten Mittel auch vollinhaltlich im Sinne der Bestimmungen verwandt werden und daß nicht den interessierten Unternehmerkreisen übermäßige Gewinne daraus zufließen. Deshalb haben wir beantragt, daß bei Durchführung des Vertrags Vertreter der **interessierten Arbeitergruppen** und Vertreter des Parlaments zur **Kontrolle** hinzugezogen werden. Der Herr Abgeordnete Henke hat keinen Versuch gemacht, nach der Richtung im Ausschusse tätig zu sein.

(Hört! Hört! in der Mitte und rechts.)

Weder von den Unabhängigen noch von den Kommunisten ist irgendein Verbesserungsantrag gestellt worden.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir können konstatieren, daß unseren Anregungen von der Mehrheit des Ausschusses stattgegeben worden ist, und dadurch haben wir die Möglichkeit erlangt, die Verwendung der Mittel kontrollieren zu können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben es weiter für unsere Pflicht erachtet, dafür zu sorgen, daß die im Gesetze von 1917 der Regierung (D) gegebenen Rechte auch auf die Schiffe übertragen werden, die auf Grund des neuen Vertrages gebaut werden, Rechte, die dahin gehen, die Regierung zu ermächtigen, zu geeigneter Zeit durch das Einbringen einer Gesetzesvorlage die Frage der Gewinnbeteiligung an den Erträgnissen der mit Hilfe des Reichs gebauten Schiffe zu regeln und weiter darüber Kontrolle zu führen, in welcher Weise die Schiffstonnage im volkswirtschaftlichen Interesse zweckmäßig verwandt werden soll.

(Sehr gut!)

Das sind sicher Momente, von denen auch der Herr Abgeordnete Henke wird zugeben müssen, daß es unbedingt notwendig gewesen ist, daß die Bestimmungen auf das neue Abkommen übertragen wurden. Auch hier hat der Herr Abgeordnete Henke nichts unternommen, um uns in unserm Bestreben zu unterstützen.

(Hört! Hört!)

Wir haben mit Genugtuung die Tatsache zu konstatieren, daß der Ausschuß in seiner Mehrheit unsern Vorschlägen zugestimmt hat, und ich bin deshalb der Meinung, daß nun die Voraussetzungen erfüllt sind, die es uns ermöglichen, dem Vertrage zuzustimmen. Ich möchte deshalb erklären, daß meine Parteifreunde nunmehr bereit sind, dem Vertrage zuzustimmen. Wenn wir auch bezüglich der Höhe der geforderten Mittel und bezüglich einiger weiteren Bestimmungen des Vertrags unsere Bedenken haben, so glauben wir doch, daß die von mir hier hervorgehobenen Momente, die produktive Erwerbslosenfürsorge und die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sich ergebende Notwendigkeit der Schaffung einer eigenen Handelsflotte, den Ausschlag zugunsten der Vorlage geben müssen. Wir werden ihr also unsere Zustimmung geben.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Henke.

Henke, Abgeordneter: Werte Versammlung! Der Herr Abgeordnete Schumann hat erklärt, daß es ihm und seinen Freunden schwer falle, der Vorlage zuzustimmen. Ich konstatiere, daß in diesen Worten enthalten ist, daß auch Sie (zu den Sozialdemokraten) allerhand Bedenken gegenüber dieser Vorlage beziehungsweise gegenüber denen, die den Vorteil aus dieser Vorlage ziehen sollen, haben,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und ich konstatiere weiter, daß der Herr Abgeordnete Schumann gegen diese Leute und gegen die Vorlage nichts gesagt hat,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß er es aber für notwendig gehalten hat, seine Ausführungen gegen die beiden Linksparteien zu richten.

(Wiederholte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat weiter gemeint, ich hätte den Reedern empfohlen, von der überflüssigen Welttonnage zu kaufen. Das habe ich nicht getan.

(Widerspruch.)

Ich habe in der Beziehung keinen Vorschlag gemacht, sondern habe einfach Tatsachen konstatiert, nämlich: daß ein Überfluß an Welttonnage vorhanden ist, und daß man meinen sollte, es wäre eigentlich das Vernünftigste, von dem Überfluß dieser Welttonnage zu kaufen,

(Zurufe und Heiterkeit in der Mitte und rechts)

um auf diese Weise wieder in den Besitz einer Flotte zu kommen, anstatt neuen Schiffsraum herzustellen und den Überfluß in der Welttonnage noch zu vermehren und damit dazu beizutragen, daß die Unrentabilität der künftigen neuen deutschen Handelsflotte von vornherein dadurch fundiert wird.

(B) (Abgeordneter Dr. Cremer: Wo bleiben die Werftarbeiter?)

— Bei Ihnen bleiben sie glücklicherweise nicht, Sie Mann mit dem verbundenen Kopf; sonst wären sie schlecht dran.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Das ist charakteristisch, daß einer von den Herren (nach rechts) mir zuzurufen wagt: wo bleiben die Werftarbeiter? Den Werftarbeiter bitte ich auf den Tisch des Hauses niederzulegen, der so dumm ist, auf einen solchen Zwischenruf hineinzufallen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Geehrte Versammlung! Ich will auf das übrige, was der Herr Abgeordnete Schumann gesagt hat, nur noch mit ein paar Worten eingehen. Er hat es mir und meinen Freunden zum Vorwurf gemacht, daß wir selbst keinen Verbesserungsantrag zu der Vorlage gestellt haben. Nun, es gibt für uns keine Verbesserung dieser Vorlage,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

sondern nur eine glatte Ablehnung, und wenn Herr Schumann das nicht versteht, dann liegt es daran, daß ihm jegliches sozialistisches Empfinden abhanden gekommen ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Der Antrag, der von mehrheitssozialistischer Seite gestellt worden ist, und der uns hier vorliegt, hat unsere Unterstützung aus folgenden Gründen nicht erhalten. Einmal muß ich die Frage aufwerfen: was soll mit diesem Antrag erreicht werden? Dieser Antrag bezweckt die Einführung einer Bestimmung aus dem Beihilfengesetz in den gegenwärtigen Vertrag, der uns hier als Gesetzesvorlage vorliegt. Diese Bestimmung aus dem Beihilfengesetz hat folgenden Wortlaut:

> Einem späteren Reichsgesetz ist vorzubehalten, (C) ob und in welcher Höhe das Reich an dem Gewinn der auf Grund dieses Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist, und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind.

Ob und wie! Wer deutsch zu lesen versteht, würde sich allein schon an diesem Wortlaut stoßen, würde diesen schon zum Anlaß nehmen, nicht für den Antrag zu stimmen. Aber etwas ganz anderes hat mich zu der Ablehnung veranlaßt, wie Herrn Schumann bekannt ist. Im Haushaltsausschuß hat der Regierungsvertreter mit dürren Worten erklärt: eine Garantie können wir dafür natürlich nicht übernehmen, daß diese Bestimmung in das Gesetz hineinkommt, daß sie also tatsächlich ausgeführt wird.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Weiter hat Herr v. Joncquières erklärt: in das Beihilfengesetz ist die Bestimmung zwar gegen den Widerspruch der Regierung damals hineingekommen; aber wir sind überzeugt, daß wir nicht in der Lage sein werden, den **Reedereien** nachzuweisen, wo denn nun die **Gewinne** sind, die wir eventuell für das Reich beschlagnahmen können;

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

alle diese Gewinne den Reedereien eventuell abzutreiben, ist Sache der Steuergesetzgebung. War es so, Herr Schumann, oder war es nicht so? So war es, meine Herren, und weil es so war, war für mich und meine Parteifreunde mit dürren Worten ausgedrückt: es ist der Regierung einfach nicht möglich, mittels solcher Bestimmungen oder mittels eines neuen Gesetzes, das auf Grund solcher Bestimmungen geschaffen werden soll, diese Gewinne, an die Herr Schumann und seine Freunde denken, den Reedereien abzunehmen. Und wie weit es möglich ist, diese Gewinne auf dem Wege der Steuer- (D) gesetzgebung zu erfassen, das brauche ich nicht erst zu fragen. Ich habe schon die Antwort auf diese Frage erteilt. Die Steuersabotage der Besitzenden hat den besten Beweis geliefert, daß die Regierung nicht imstande war, die Gewinne der Rüstungsfabrikanten und Kriegsgewinnler zu erfassen, und da soll es möglich sein, den Aktiengesellschaften, den Reedereigesellschaften diese Gewinne, die so ganz vage erwähnt werden, die gar nicht näher bezeichnet sind, abzunehmen? Nein, meine Herren, das ist einfach nicht möglich! Wenn dennoch die Mehrheitssozialisten einen solchen Antrag gestellt haben, und wenn dennoch die anderen Parteien dafür gestimmt haben, dann ist es lediglich geschehen — diese meine Überzeugung habe ich schon im Ausschuß ausgesprochen —, um einen Vorwand zu haben,

(lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

trotz aller Bedenken gegen die Vorlage stimmen zu können.

Ich habe seinerzeit in Weimar in der Nationalversammlung schon einmal gesagt: wir machen zu unserm Teile solche Täuschungen der Arbeiter nicht mit. Das ist dieselbe Täuschung, wie sie seinerzeit mit den Redensarten von der Sozialisierung versucht worden ist. Im Grunde Ihres Herzens sind Sie genau so mißtrauisch wie wir den Reedern gegenüber, genau so mißtrauisch gegenüber der Regierung, genau so mißtrauisch vor allen Dingen gegenüber den Vertretern der Regierung von der Art des Herrn v. Joncquières, und trotzdem bringen Sie solche nichtssagenden Bestimmungen in das Gesetz hinein, von denen die Regierung selbst erklärt: wir werden damit nichts anfangen können, Kinder; aber wir wollen Euch den Gefallen tun. Ja, die Regierung hat den Mehrheitssozialisten den Gefallen getan, und die bürgerlichen Parteien sind klug genug gewesen, ihnen ebenfalls den Ge-

(Henke, Abgeordneter.)

(A) fallen zu tun; aber wir sind nicht auf den Leim gekrochen. Darum unsere Ablehnung dieses Antrages!

Nun noch ein Wort an die Regierung! Der Herr Regierungsvertreter hat vorhin auf etliche meiner Ausführungen geantwortet; aber das Wichtigste hat er wieder nicht beantwortet. Ich hätte noch länger zu reden, als ich mir jetzt vorgenommen habe, wenn ich das alles noch einmal vortragen wollte, was ich im Haushaltsausschuß gesagt habe, wenn ich hier die Fragen nochmals aufwerfen wollte, die ich an die Regierung gestellt habe, und die der Regierungsvertreter hier eigentlich hätte beantworten sollen, wozu ich die Regierung ja aufgefordert habe. Aber eins will ich doch von alledem, was ich gesagt habe, noch einmal hervorheben. Die Regierung hat selbst im Ausschuß erklärt, daß sie sehr **schwierige Verhandlungen mit den Reedereivertretern** zu bestehen gehabt hat. Die Schwierigkeiten dieser Verhandlungen bestanden vor allen Dingen darin, daß die Reeder mehr haben wollten, als die Regierung selbst ihnen nach bestem Wissen und Gewissen zugestehen konnte.

Wie kam das Mehr zustande? Die Reedereien haben 15 Milliarden gefordert, und jetzt werden ihnen nicht ganz 12 Milliarden zugebilligt. Das Mehr kam zustande, weil die Reeder ganz andere Sätze für den Wiederaufbau eingestellt hatten, als die Regierung beziehungsweise der Reichsausschuß glaubte einstellen zu können. Wir haben gehört, daß die Reeder 7000 Mark pro Tonne Schiffsraum als Wiederaufbaupreis eingestellt haben und der Reichsausschuß als Vertreter der Regierung 4000 Mark eingestellt hat. Was ist das für ein exorbitanter Unterschied zwischen diesen Preisen! 7000 Mark fordern die Reeder, nein, fordern die Werftbesitzer — was sage ich? — Reeder und Werftbesitzer! Das ist ja Jacke wie Hose, ein und dasselbe. Diese Reeder- und Kapitalistenkreise sind so (B) eng miteinander liiert, daß, wenn die Reeder das fordern, es für die Werftbesitzer ist und umgekehrt. Also diese haben 7000 Mark gefordert, und 4000 Mark hat die Regierung nur zugestehen können. Das heißt also, daß die Werftkapitalisten und die Reedereikapitalisten mit ihnen im Bunde 3000 Mark, also beinahe 100 Prozent mehr gefordert haben, als die Regierung hat zugestehen können. Ja, werte Versammlung, da soll man nicht mißtrauisch sein?! Ich sage Ihnen, daß ich in der Beziehung durch das, was die Regierung im Haushaltsausschuß ausgeführt hat, nur noch mißtrauischer geworden bin, als ich ohnehin vorher schon war.

Wenn derartig exorbitante **Unterschiede in der Schätzung des Wiederaufbaupreises** bestehen, müssen auch die Herren von der Mehrheitssozialdemokratie nicht nur vorsichtig, sondern auch mißtrauisch sein. Daß sie es sind, hat der Herr Abgeordnete Hoch im Haushaltsausschuß ganz offen gesagt. Sie haben sogar sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie gegen die Vorlage sein würden, wenn ihr Antrag, von dem ich vorher sprach, nicht angenommen würde. Ich sage noch einmal, daß nach meiner Meinung dieser Antrag einfach ein Mantel ist, der die verschiedenen Bedenken bedecken soll, die Sie (zu den Sozialdemokraten) gegen die Vorlage haben.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Levi hat vollkommen recht darin, daß es eine sehr wichtige Vorlage ist, mit der wir uns heute beschäftigen. Wie war der **Friedenswert** der ganzen **deutschen Handelsflotte** vor dem Kriege eingeschätzt? Auf eine Milliarde rund.

(Zuruf rechts: Goldmark! — 7½ Milliarden!)

— Lieber Herr Cremer! Sie sind nicht recht orientiert! Mit 7½ Milliarden ist der Wert der Handelsflotte in Spa eingestellt worden.

(Abgeordneter Dr. Cremer: Jawohl!)

Haben Sie nicht die Veränderungen in unseren Geldverhältnissen seit längerer Zeit bemerkt? Sie scheinen ge- (C) schlafen zu haben.

(Zuruf rechts. — Heiterkeit.)

Ich habe von dem Friedenswert unserer Handelsflotte gesprochen. Ich bitte den Herrn Regierungsvertreter, der so einträchtlich zusammen mit dem Herrn Abgeordneten zu lächeln vermag über meine Worte, das, was ich sage, zu bestreiten oder zu sagen, daß es richtig ist. Ich sage noch einmal: der Friedenswert der Handelsflotte ist auf eine Milliarde geschätzt worden und heute werden zwölf Milliarden allein an Entschädigungen für verloren gegangene und enteignete Schiffe verlangt.

(Zuruf rechts: Papiermark!)

— Ja, Papiermark; in der Tat Papiermark! Rechnen Sie doch! Sie haben allerdings einen sehr beschädigten Kopf, so daß Sie nicht mehr rechnen können.

(Abgeordneter Dr. Cremer: Bei mir ist es äußerlich, bei ihnen innerlich!)

Dieser Umstand also, daß diese Unterschiede in den Preisforderungen für den Wiederaufbau und dem Friedenswert bestehen, veranlaßt uns allein schon, die Vorlage abzulehnen.

Im übrigen kommen alle die Gründe hinzu, die ich vorhin genannt habe.

(Beifall auf der äußersten Linken.)

Präsident: Ich möchte die Herren Regierungsvertreter bitten, ihre Plätze einzunehmen, damit in dem Abgeordnetenraum sich nur Abgeordnete aufhalten.

Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Müller.

Dr.-Ing. **Müller,** Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau: Meine Damen und Herren! Ich will dem Herrn Abgeordneten Henke gern bestätigen, daß der Reichsausschuß mit einem Baukostenbetrag von 4000 Mark für die Tonne Tragfähigkeit gerechnet hat. Ich kann ihm aber auch bestätigen, daß von den Werften nachgewiesen (D) ist, daß die Tonne Tragfähigkeit bei den jetzigen Preisen zwischen 6- und 10 000 Mark, je nach Art und Größe des Schiffes, einzustellen ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß es schwere Verhandlungen gekostet hat, bis wir schließlich einen Schlüssel über die Berechnung der Preise gefunden haben, liegt doch auf der Hand, wenn man bedenkt, daß die Preise für die Zukunft zu berechnen sind. Es handelt sich nicht darum festzustellen, was der Bau des Schiffes jetzt kostet, sondern es handelt sich darum, wie wir die künftige Konjunktur einschätzen. Diese künftige Konjunktur ist abhängig von den Löhnen, von den Materialpreisen und von der gesamten Weltkonjunktur. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Henke wird mit mir ohne weiteres darin übereinstimmen, daß er ebenso wenig wie die Regierung und die Reeder in der Lage ist vorauszusehen, wie die Konjunktur für die nächsten zehn Jahre sein wird. Es mußte deshalb ein Durchschnittssatz genommen werden, und der ist genommen worden nach billigem Ermessen und unter Berücksichtigung derjenigen Kosten, die als tatsächlich bezahlt nachgewiesen worden sind, und wie wir glaubten, sie nach der voraussichtlichen Konjunktur der nächsten Jahre einschätzen zu müssen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Henke selbst hat am Schlusse seiner Ausführungen erwähnt, daß ich im Haushaltsausschuß schwere Bedenken gegen die Vorlage geltend gemacht habe. Er mußte also zugeben, daß wir dieser Vorlage mißtrauisch gegenüberstehen, und daß darin gar kein Unterschied zwischen seiner und unserer Partei vorhanden ist.

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) Der Unterschied liegt aber im folgenden: Es handelt sich für uns darum, ob die **Tausende von Werftarbeitern** arbeitslos auf die Straße fliegen sollen oder **weiter beschäftigt** werden können.

(Widerspruch und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Jawohl, Frau Zietz. Ich kann Ihnen bloß sagen, was ich von den Werftarbeitern gehört habe.

(Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich war während der Wahlbewegung in Bremerhaven und habe da Gelegenheit gehabt, mit Leuten zu sprechen, die die Verhältnisse kennen, die selbst darinstehen. Sie haben mir versichert, daß die Werftarbeiter vor einer ungeheuren Arbeitslosigkeit stehen, wenn hier nicht eingegriffen wird.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Darauf komme ich schon, ich kann doch nicht alles auf einmal sagen. Ich muß einen Punkt nach dem andern erledigen. — Für uns ist entscheidend, daß, wenn hier nicht eingegriffen wird, mit einer gewaltigen Arbeitslosigkeit auf den Werften zu rechnen ist.

Nun wäre es ja am besten, wenn wir für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit auf den Werften sorgen könnten, ohne daß wir uns mit den Reedern einließen; denn davon bin auch ich überzeugt, daß die Herren Reeder ihren Vorteil sehr gut zu wahren verstehen.

(Na also! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie aber scheiden wir die Reeder aus? Ich habe im Ausschuß Herrn Henke gesagt: bitte schön, machen Sie doch einen Vorschlag, wenn Sie es besser machen können. Er hat es im Ausschuß nicht getan, und er hat es heute nicht getan; er lehnt einfach die Vorlage ab. Aber in dem Augenblick, in dem die Vorlage abgelehnt wird, ist gar nicht daran zu denken. daß bei den jetzigen Tonnageverhältnissen, wie Herr Henke sie ganz richtig geschildert (B) hat, genügend Arbeitsgelegenheit auf den Werften vorhanden sein wird; dann haben wir eben die Arbeitslosigkeit; und daran wollen wir vorbeikommen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Glauben Sie nicht, daß die Reeder das Kapital anders aufbringen können?)

— Gewiß, die Reeder können Kapital aufbringen, Frau Zietz, wo es ihrem Vorteil entspricht. Aber fragen Sie Ihren Nachbar, den Genossen Henke, der wird Sie darüber belehren; die Verhältnisse in der Schiffahrt liegen so, daß die Reeder vorläufig nicht daran denken werden, in genügendem Maße an den Schiffsbau heranzugehen. Deshalb ist die Tatsache unbestreitbar, daß wir nicht ohne ein Eingreifen des Reichs genügend Arbeitsgelegenheiten auf den Werften beschaffen können.

Allerdings fragt es sich, welche **Maßnahmen gegen die Reeder** zu treffen sind. Wir haben im Ausschuß nur die beiden gefunden, die wir im Ausschuß vorgeschlagen haben, die dort angenommen worden sind und um deren Annahme wir Sie jetzt bitten. Sie haben sie auf Drucksache Nr. 1630; deshalb brauche ich sie nicht vorzulesen.

Herr Henke hat sich gegen den einen dieser Anträge gewendet und gesagt: In diesem Antrage, der dem **Wiederaufbaugesetz vom Jahre 1917** entnommen ist, stehe nur, daß ein späteres Reichsgesetz regeln solle, ob eine Gewinnbeteiligung an den Schiffen und eine Beschränkung in der Verwendung der Schiffe durchgeführt werden soll. Die Regierung habe gesagt: wir übernehmen durchaus nicht die Sicherheit dafür, daß wir jetzt mit einer solchen Vorlage kommen. Herr Henke meint, daß die Bestimmung, weil sie so gefaßt ist, nur auf eine Täuschung der Arbeiter hinauslaufe.

Werte Anwesende! Das ist nicht richtig. Selbstverständlich ist in dem Zusatz nicht gesagt: die Gewinnbeteiligung ist damit schon endgültig festgelegt. Das geht (C) klar und deutlich aus dem Wortlaut hervor. Jeder, auch der einfachste Arbeiter sieht, daß das erst einem späteren Reichsgesetz vorbehalten ist. Trotzdem ist es nicht gleichgültig, ob der Antrag angenommen wird oder nicht? Wenn er nicht angenommen wird, dann bedeutet ein derartiges späteres Eingreifen in die jetzt durch den Vertrag festgelegten Eigentumsrechte eine Verfassungsänderung und bedarf der verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit, während durch den Antrag erreicht wird, daß die verfassungsändernde Mehrheit für das **Gewinnbeteiligungs- und Beschränkungsgesetz** nicht notwendig ist, sondern nur die einfache Mehrheit. Wir wollen dem Reichstage in seiner Mehrheit die Möglichkeit geben, wenn er glaubt, daß der Augenblick gekommen ist, durch das in Aussicht gestellte Gesetz gegen die Reeder vorzugehen, das zu tun. Ob und wie das Gesetz dann gemacht wird, das hängt von der Stimmung im Volke und von der Zusammensetzung des Reichstags ab. Gegen die Mehrheit des Volks oder des Reichstags können wir überhaupt nichts unternehmen. Aber die Besserung nach dem Willen der Mehrheit wollen wir dadurch erleichtern, daß wir das Recht, welches durch das Gesetz vom Jahre 1917 festgelegt worden ist, aufrechterhalten.

Dabei habe ich ausdrücklich erklärt und wiederhole es: wenn Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) uns einen gangbaren Weg zeigen, um den Arbeitern mehr zu bieten, so wollen wir ihn gern betreten. Aber der Herr Kollege Henke hat selbst gesagt, er könne keinen Vorschlag machen. Wenn das Ihre ganze Weisheit ist, daß Sie sagen: wir lehnen das Gesetz unter allen Umständen ab, dann dienen Sie nicht den Arbeitern, dann sorgen Sie nicht dafür, daß Arbeitsgelegenheit geschaffen wird.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(D)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Henke.

(Zurufe: Jetzt kommen die Vorschläge!)

Henke, Abgeordneter: — Ich werde Vorschläge machen, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) etwas lernen. —

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Werte Versammlung! Ich kann ganz kurz sein. Ich konstatiere nur noch einmal, daß die Regierung hier erklärt hat, daß die Reeder sogar 6000 bis 10 000 Mark — so habe ich doch wohl richtig verstanden — als Wiederaufbaupreis gefordert haben. Das geht also noch weit über das hinaus, was ich vorhin angenommen hatte.

Weiter hat der Herr Regierungsvertreter gemeint, auch ich und meine Parteifreunde wären wohl nicht imstande, die künftige Konjunktur zu schätzen. Soweit man sie vom Standpunkte dessen, was jetzt vorliegt, in Verfolg der Linien, die in die Zukunft weisen, zu schätzen vermag, kann ich sie schätzen, und ich habe es getan. Ich habe gesagt, daß wir einen großen Überfluß an Welttonnage haben, und daß die weltwirtschaftlichen Verhältnisse vollkommen zerrissen sind. Ich habe weiter gesagt, daß augenblicklich 300 Millionen Menschen vom Weltwirtschaftsmarkte ausgeschlossen sind. Wenn die Verhältnisse wieder in Ordnung kommen, ist es selbstverständlich, daß die Schiffahrtsverhältnisse besser werden müssen, daß auch die Konjunktur sich bessern muß. Ich habe von der Auswanderung gesprochen und von den guten Geschäftsaussichten der Schiffahrtslinien in dieser Beziehung. Ich habe also, soweit es möglich ist, die künftige Konjunktur geschätzt und glaube, daß diese Schätzung richtig war. Soweit sie richtig war, liefert sie doch auch einen Beweis dafür, daß ein ungeheurer Kon-

(Henke, Abgeordneter.)

(A) kurrenzkampf unter den Reedereien entstehen wird, der um so schlimmer werden muß in dem Maße, wie die Unkosten des deutschen Reichssäckels durch den großen Überfluß an Welttonnage noch vermehrt werden.

Dann hat Herr Kollege Hoch noch einmal besonders von der Arbeitslosigkeit gesprochen. Ich glaube gern, daß Sie meinen, auf diesem Wege die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. Ich habe im Ausschuß gesagt, das sei ein sehr triftiges Argument, daß man soundsoviel Arbeitslosigkeit erwarten kann und daß man diese eventuell bekämpfen muß. Ich habe aber hinzugefügt, daß die Arbeitslosigkeit nimmermehr für uns als Vorwand seitens der Reeder gelten darf, ihre Profitforderungen durchzusetzen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber ich will in diesem Zusammenhang, Herr Kollege Hoch, noch etwas hinzufügen. Der **Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte** wäre schon in ganz anderer Weise vor sich gegangen, wenn nicht andere Leute es gehindert hätten, die nicht auf unseren Bänken sitzen. Der Bericht der **Hamburger Handelskammer** läßt sich darüber auf Seite 57 folgendermaßen aus:

> Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte machte aber nur langsame Fortschritte, da noch über die erste Hälfte des Jahres hinaus die **Materialbelieferung der Werften** seitens der **Stahlwerke** in unzulänglicher Weise erfolgte.

Und nun folgt eine Stelle, die ich besonders zu beachten bitte!

> Als die Preisentwicklung den Stahlwerken in den letzten Monaten den Export nicht mehr wünschenswert erscheinen ließ, besserte sich die Belieferung der Werften usw. usw.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mit anderen Worten: die Stahlwerke haben den Teufel (B) gefragt nach der Arbeitslosigkeit der Werftarbeiter, sondern sie haben an das Ausland geliefert, weil ihnen das mehr Profit brachte. Und ich behaupte, diese Stahlwerke wollen sich auch jetzt fett machen mit dem, was wir heute bewilligen sollen. Dazu bieten wir niemals die Hand.

(Zurufe rechts: Vorschläge!)

— Ich habe schon gesagt: der Umstand, daß dieses Parlament aus einer Mehrheit von bürgerlichen Parteien besteht, ist allein schon Grund genug, eine solche Vorlage abzulehnen. Eine solche Vorlage können wir durch irgendwelche Anträge gar nicht verbessern. Diese Vorlage ist von unserem Standpunkt aus abzulehnen, und das machen wir.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch und Unruhe auf anderen Seiten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ich wollte dem Herrn Kollegen Henke nur danken für die ausgezeichnete Art, mit der er unser Verhalten gerechtfertigt hat durch die Stelle aus dem Handelskammerbericht. Dieser Bericht ist vollkommen zutreffend, und wir haben daraus die richtige Nutzanwendung gemacht.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Jawohl, lieber Genosse Henke!

(Heiterkeit.)

Genau so, wie die Stahlwerksbesitzer nicht nach der Arbeitslosigkeit der Werftarbeiter gefragt haben, genau so wenig würden sich die Reeder um die Arbeitslosigkeit der Werftarbeiter kümmern, wenn wir hier nicht eingreifen und die Arbeit auf den Werften durch Maßnahmen des Reichs sichern.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Debatte über Art. I ist geschlossen. (C) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Art. I des Vertrags ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Wir kommen zum Art. II.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Zunächst gestatte ich mir die Erklärung, daß ich nach wie vor der festen Überzeugung bin, meine vorigen Ausführungen streng im Rahmen des Tagesordnungsgegenstandes gehalten zu haben.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten. — Unruhe.)

Ob Sie subjektiv eine andere Auffassung haben, braucht mich nicht zu berühren. Mir lag nur daran, den Nachweis zu erbringen, daß auf Grund der ganzen Entwicklung der kapitalistischen Finanzen und der Wirtschaft die Vorlage, die hier zur Debatte steht, ein Verbrechen am deutschen Volke ist, ein Nagel zum Sarge der breiten Arbeitermassen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Daran bin ich durch das Eingreifen des Vorsitzenden gehindert worden. Ich habe vorhin den Nachweis versucht, daß durch die sinkende Kaufkraft der Löhne automatisch ein Sinken der Produktionsmöglichkeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eintritt, und daß mit diesem weiteren Sinken der Konsummöglichkeiten eine ständige Verelendung der Arbeitermassen physisch und psychisch eintreten muß,

(Unruhe)

Präsident: Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Höllein, Abgeordneter: — daß durch die wachsende Produktionseinschränkung, durch die ständige Heraus- (D) schleuderung neuer Arbeitsmassen aus dem Produktionsprozeß eine ständig sinkende Kurve der Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiterklasse eintreten muß. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter, die Kaufkraft sinkt weiter, die Morbidität und Mortalität der Arbeitermassen wirkt in demselben Sinne, und die Politik, die Sie treiben, einschließlich der 12 Milliarden Liebesgaben an das Reeder- und Werftkapital, die Sie jetzt bewilligen wollen, läuft letzten Endes darauf hinaus, das zur Tatsache zu machen, was der mit dem vielgerühmten „deutschen Gemüt" ausgestattete Münchener Universitätsprofessor Gruber so freundlich war, den deutschen Proletariern anzuempfehlen, nämlich — daß 15 Millionen von ihnen so rasch wie möglich von dem Erdball zu verschwinden hätten, dafür zu sorgen hätten, daß sie baldmöglichst unter die Erde kommen. Und darauf läuft in der Tat Ihre ganze Politik hinaus. Und da nun von allen kapitalistischen Parteien Politik gemacht wird nach dem Rezept des famosen Medizinprofessors Gruber, der wenigstens den Mut hat, offen und brutal auszusprechen, was Sie ebenfalls denken, aber vorsichtigerweise hinter dem Gehege Ihrer Zähne behalten, deshalb tragen auch Sie mit vollem Bewußtsein bei zu dieser wachsenden Verelendung der kapitalistischen Wirtschaft und damit auch der Arbeiterklasse.

Meine Damen und Herren! Wenn wir versuchen, uns ein Bild zu machen von der eingetretenen ökonomischen und finanziellen Entwicklung, von der ständig zurückgehenden Konsumkraft der Arbeiterklasse, von der damit verbundenen automatisch weitergreifenden Einschränkung der Produktionsmöglichkeit, die immer zu neuen weiteren Einschränkungen des Konsums führen muß, so kommen wir zu dem Bilde einer Spirale, die sich nach innen immer weiter verjüngt und theoretisch an einen Punkt gelangen kann,

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) wo die ganze Wirtschaft zum Stillstand kommen müßte. — Ich sage ausdrücklich, nur theoretisch kann dieser Punkt erreicht werden; in der Praxis kann es niemals dazu kommen, weil bei der zunehmenden Verengerung des Lebenskreises der Arbeitermassen gar bald ein Punkt erreicht werden muß, der einen derartigen Druck auf die breitesten Proletariermassen ausübt, daß er die Fesseln sprengen muß,

(Ruhe: Huh!)

die in Gestalt des privatkapitalistischen Privateigentums vorhanden sind, Fesseln, die verhindern, die Wirtschaft so umzugestalten, daß alle in ihr vorhandenen Kräfte für die Allgemeinheit, für den notwendigen Lebensbedarf der breitesten Volksmassen nutzbar gemacht werden können. Ich sage, wenn wir diese Entwicklung sehen, wenn wir sehen, wie durch das Auswirken der kapitalistischen Gesetze eine ständige Verengerung der Spirale eintritt, so haben wir die Pflicht, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, so haben wir die Pflicht, nicht das zu tun, was Sie hier tun wollen, nämlich mit Hilfe von Milliardengeschenken an das Kapital diesem zusammengebrochenen System neues Blut einzuhauchen und so die qualvolle Agonie der darbenden Arbeitermassen nutzlos zu verlängern, sondern wir haben die Pflicht, das umzustoßen, was im Fallen begriffen ist. Und deshalb lehnen wir die Liebesgabe an Stinnes und Kompagnie mit aller Rücksichtslosigkeit ab, deshalb brandmarken wir hier vor dem ganzen Lande die Politik, die auf die Ausräuberung der breitesten Volksmassen, auf die Verlängerung des Golgathawegs des Proletariats hinausläuft.

(Zuruf rechts.)

— Wenn Sie nur nicht von Moskau reden wollten! Leute wie Sie kann man dort nicht gebrauchen. Kapitalagenten haben drüben keine Arbeit mehr.

(Zuruf rechts.)

(B) Meine Damen und Herren! Erbaulich war ferner jedenfalls das Schauspiel, das wir im Ausschuß erlebt haben. Ausgerechnet die Auguren der Rechten trieften vor Arbeiterfreundlichkeit. Der deutsche Prolet war das A und das O der Gründe, die sie vorführten, um ihren neuen Milliardenraub am deutschen Volke möglichst schnell unter Dach und Fach bringen zu können. O, die Arbeiterinteressen, die Beschäftigung der Werftarbeiter, das war die angebliche Triebfeder für die Hilfsstellung, die Sie den Stinnes und Klöckner glauben leisten zu müssen, weil Sie ja nun einmal die Rotekettensprengerpartei sind.

(Zurufe rechts: Ach! Ach!)

Nun, wir behaupten, daß es ein Schwindel ist, wenn gerade ausgerechnet von jener Seite Arbeiterinteressen vorgeschoben werden. Wir wissen, daß, wenn Sie Arbeiterinteressen vorschieben, noch jedesmal gar bald der nackte Pferdefuß des kapitalistischen Raubes zum Vorschein gekommen ist.

(Heiterkeit rechts.)

Der Herr Berichterstatter, der Abgeordnete Klöckner, war so freundlich, im Ausschuß die Behauptung aufzustellen, daß 80 Prozent der 12 Milliarden Arbeiterlöhne seien. Als dann später die Regierung festgenagelt wurde und Farbe bekennen mußte, reduzierten sich diese 80 Prozent jählings auf 40 Prozent. Die Regierung war also gezwungen, die Behauptungen des Herrn Klöckner und der hinter ihm stehenden Kreise preiszugeben. Nein, nicht Arbeiterinteressen sind bei Ihrem Beschluß maßgebend, sondern lediglich Ihre Pflicht, als Rotekettensprengerpartei, als Nachfolger der Wetterfahnenpartei, die sich früher nationalliberal nannte, der Großindustrie, die Sie und Ihre Parteien finanziert, die Millionen und Milliarden zuzuschanzen, damit sie auch später wieder Ihre Wahlkosten zahlen soll.

(Zuruf rechts: Denken Sie an Moskau!)

— Wir brauchen Ihre Hilfe nicht. Wir wären jedenfalls (C) stolz darauf, wenn uns von den Arbeitern in Rußland Hilfe geleistet würde. Jedenfalls wenden wir uns nicht an das Kapital und lassen uns nicht vom Kapital korrumpieren, wie Sie es tun.

(Erneute Zurufe rechts.)

Daß hier für die Vorlage lediglich die **Raubgier der Schwerindustrie und des Werftkapitals** maßgebend war, beweist ja die freudige Stimmung, die diese Vorlage in den Kreisen des Parlamentes bis zu den Rechtssozialisten hinüber ausgelöst hat. Die Aktien der Reedereien und der Werften klettern bereits ganz lustig in die Höhe. Das ist die Wiederaufbauarbeit, wie Sie sie verstehen!

(Zuruf: Famos!)

— Nun, meine Damen und Herren, die Arbeiter sind das Karnickel, das auch die Rechtssozialisten mit großer Vorliebe hervorsuchen, um es für ihren Umfall in dieser Frage vor sich zu stellen.

(Heiterkeit.)

— Bitte, es war ein glatter Umfall gegenüber der früheren Stellung der Sozialdemokratie, wo Sie noch Sozialisten sein mußten oder wenigstens so tun mußten, als ob Sie es noch wären.

Nun, die Arbeiter, auch die Werftarbeiter haben keinerlei Interesse daran, auf Kosten ihrer eigenen Klassengenossen und auf Kosten ihrer eigenen Zukunft an der Verlängerung ihres eigenen qualvollen Hungertodes zu arbeiten.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Arbeiter haben keinerlei Veranlassung, das Kapital und seine Macht zu stützen. Sie haben keine Veranlassung, durch Bereitstellung dieser Milliarden die Fesseln zu vermehren, die ihnen schon an allen Gliedern hängen, die Peitsche zu verstärken, mit der sie von den Kapitalisten gepeitscht werden. Sie haben keinen Anlaß, sich selbst die Nägel zu schmieden zu dem Sarge ihrer eigenen Klasse. (D)

(Zurufe und Lachen rechts.)

Das Proletariat selbst als Klasse ist letzten Endes der Leidtragende bei dieser Geschichte. Seine Lebenshaltung, seine Lebensfähigkeit wird durch das 12-Milliardengeschenk an das Reederkapital weiter heruntergedrückt und geht dabei zugrunde.

Nun, meine Damen und Herren, könnte man den Gedankengang der Rechtssozialisten allenfalls noch begreifen und verstehen,

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Ist bei ihnen ausgeschlossen!)

wenn sie diese Mittel nicht den Privatkapitalisten, nicht den Stinnesfiguren, die hier in Frage kommen, bewilligen würden, sondern wenn sie mindestens eintreten würden für die **Schaffung einer nationalen Flotte,** einer Flotte, die dem Reich gehören würde. Dann wäre diese wenigstens ein Produktionsmittel, im Besitz der Allgemeinheit, ein Produktionsmittel, mit dem das Reich die Funktionen erfüllen könnte, die nach Ihren Worten die neue deutsche Handelsflotte im Interesse der Volkswirtschaft erfüllen soll.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich verzichte darauf, denn ich bin kein Reederagent, Herr Schumann! Ich komme darauf noch zurück. — Daß Sie das nicht tun, daß Sie kalten Herzens hier diese Milliarden dem Privatkapital zur Verfügung stellen, das kennzeichnet Ihre Politik, kennzeichnet zugleich auch die Rechtssozialisten als sogenannte proletarische Partei. Es ist nicht notwendig, Ihnen noch weiter die Maske vom Gesicht zu reißen.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die **Arbeiterklasse** als solche hat **kein Interesse an dem Bestehen einer deutschen Handelsflotte,**

(aha! und lebhafte Rufe: hört! hört!)

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) — bitte, hat kein Interesse daran, daß Stinnes und Kompagnie sie ausbeuten — sondern die deutschen Arbeiter haben, solange der Kapitalismus besteht, nur ein Interesse daran, daß die Frachten billig sind, daß die Waren, die sie zum Leben brauchen, ihnen billig zugeführt werden. Das ist das Interesse der deutschen Arbeiter. Und es ist den deutschen Arbeitern ganz schnuppe, ob sie von deutschen Kapitalisten gebraten oder von englischen Kapitalisten gesotten werden.

(Pfuirufe.)

Auf alle Fälle werden sie ausgeplündert, wird ihnen das Fell über den Kopf gezogen.

(Lachen und Zurufe rechts: Bloß Moskau schenkt uns was!)

Die Vorlage muß um so mehr abgelehnt werden, weil, wie an dieser Stelle schon Herr Henke festgestellt hat — und diese Feststellung konnte in keiner Weise erschüttert werden —, im gegenwärtigen Augenblick ein Zuviel an Schiffstonnage besteht und die Welttonnage sich gegenüber der Friedenszeit um 15 Millionen, von 45 auf 60 Millionen Tonnen, vermehrt hat. Was hat es also für einen Zweck, unproduktiv 12 Milliarden hinauszuwerfen, um die Schiffstonnage noch weiter zu vermehren? Von Interessen der Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft kann hier absolut nicht geredet werden. Es liegen auch die nackten kapitalistischen Gründe der Vorlage sehr klar zutage. Außerdem steht die Tatsache fest, daß die vorhandene Welttonage heute nicht einmal ausgenutzt wird, daß viele Schiffe in den Häfen brachliegen und dort verfaulen.

(Erregte Zurufe rechts.)

Das ist ja gerade der **Wahnwitz des kapitalistischen Systems**, daß es die Produktionsmittel, die vorhanden sind, nicht ausnutzt, sondern sie stillegt und verkommen läßt und auf der anderen Seite gleichzeitig die Arbeiter-(B) massen in den einzelnen Ländern aufs neue ausplündert und ausbeutet, um Kapitalistengruppen, die ohnehin das ganze Land beherrschen, weitere Millionen in den Schoß zu werfen.

Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß diese Liebesgabenpolitik, die jetzt entriert worden ist, bereits Appetite bei anderen Gruppen geweckt hat. Diese Appetite werden merkwürdigerweise von denselben Aufbauparteien künstlich genährt, die den Reedern jetzt die 12 Milliarden zuschanzen wollen. Und sie machen sich sogar jetzt schon wieder zu Champions, zu Preisfechtern weiterer Ausbeutung der Arbeiter in Deutschland.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Von der Regierung war merkwürdigerweise auch im Ausschuß kein einwandfreies und stichhaltiges **Material** zu erlangen **über die Schiffspreise in Deutschland und England.** Daß die Regierung dieses Material nicht zur Stelle gebracht hat, beweist, daß hier etwas stinkt, daß etwas faul ist im Staate Dänemark, daß man die Kritik der Öffentlichkeit bei einer Darstellung der wirklichen Verhältnisse auf dem Schiffsmarkt zu scheuen hat. Jedenfalls muß die Tatsache angenagelt werden, daß die Löhne der Werftarbeiter im höchsten Fall das Sieben- und Achtfache der Friedenszeit betragen, daß dagegen die Schiffspreise in Deutschland mindestens auf das Zwanzigfache in die Höhe getrieben worden sind. Wer die Profite macht, wer alles einsackt, wessen Macht gesteigert wird, das geht aus diesen dürren Zahlen mit genügender Deutlichkeit hervor.

Charakteristisch für den Geist, der in jenen Kreisen herrscht, waren ferner die Äußerungen, die von verschiedenen Rednern im Ausschuß gemacht worden sind. Da war zum Beispiel der deutschnationale Dr. Reichert, der sich sogar zu dem Satze verstieg: **Wer ersetzt den deutschen Reedern,** denen die (C) Schiffe weggenommen sind, **den entgangenen Konjunkturgewinn?** — Solche Agenten des Kapitals sind das, und sie behaupten hier, Volksvertreter zu sein. Ja, wer ersetzt denn dem Proletarier, der unter der Erde liegt oder mit zerschossenen und zerschundenen Gliedern in Deutschland herumhungern muß, das, was er an Lebenskraft und Lebensfreude eingebüßt hat? Sie geben ihm ja nicht einmal so viel, daß er sich satt essen kann, daß er weiter vegetieren kann! Sie lassen ihn auf der Straße betteln gehen. Aber für die Herren Reeder hat man ein sehr weiches Gemüt. Ihnen will man weitere Milliarden, möglichst auch noch den entgangenen Konjunkturgewinn, in den Rachen werfen.

Dann kehrte in den Äußerungen der Vertreter aller Parteien im Ausschuß immer der Kehrreim wieder, die Reeder könnten viel höhere Ansprüche stellen. Daß sie sich mit 12 Milliarden begnügten, sei ein außerordentliches Maß von Bescheidenheit von ihrer Seite. Nun, ich meine, der Betrag von 12 Milliarden Mark ist an und für sich groß, eindrucksvoll und gewichtig genug, daß er jedem, der noch seine fünf Sinne beisammen hat, sagt, daß die Reeder hier alles andere, nur nicht berechtigt wären, noch höhere Ansprüche zu stellen.

Ja, meine Damen und Herren, hervorgehoben muß weiter die Tatsache werden, daß dieselben Parteien, die angeblich aus Liebe zur deutschen Arbeiterklasse, die angeblich aus Sorge um die Beschäftigung der Arbeiter den Stinnes und Kompagnie 12 Milliarden Mark in den Rachen werfen wollen, gestern im Ausschuß, als die Frage des Abbaus der Reichsbekleidungsämter auf der Tagesordnung stand, durch ihren Vertreter Dr. Wienbeck den schnodderigen Satz aussprechen lassen konnten: Wenn die Arbeiter jetzt entlassen werden, so liegt die Schuld bei denen, die die Verringerung des Vaterlandes herbeigeführt haben. Also die Arbeiter sollen daran schuld sein, daß das Vaterland verringert worden ist! Weil Sie (D) auf die Arbeiter pfeifen, weil Sie Tausende von Arbeitern aus den Bekleidungsämtern kaltschnäuzig auf die Straße werfen und der Erwerbslosenfürsorge, der Arbeitslosigkeit überantworten wollen, so zeigen Sie hier deutlich Ihr Doppelgesicht. Dabei kommt gleichzeitig auch der hippokratische Zug Ihrer Ehrlichkeit voll und ganz zum Ausdruck.

(Lachen rechts. — Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Welche Rattenfängermelodien von jener Seite auch sonst noch im Ausschuß vorgebracht worden sind, das geht auf keine Kuhhaut. Hervorheben will ich nur noch, daß der Herr Abgeordnete Dr. Gildemeister eine **neue Art von Sozialisierung** entdeckt hat, nämlich die Hineinsozialisierung von 12 Milliarden Proletengroschen in die Taschen von Stinnes und Co. Und das nennt er dann **„privatgesellschaftliche Sozialisierung“**, bei der allerdings die Profite in die Taschen von Einzelkapitalisten und Einzelunternehmern fließen. Darüber, daß die Schwerindustrie den Löwenanteil von diesen 12 Milliarden einsackt, bedarf es keiner längeren Darlegungen mehr. Wir wissen, daß **die kleinen Reeder** von diesem Abkommen gar nicht erbaut sind, ja, daß die kleinen Reeder sich sogar vielfach dagegen wenden, weil sie diejenigen sind, denen damit das Fell über die Ohren gezogen werden soll.

Bei dieser Angelegenheit muß weiter mit erwähnt werden die Drucksache, die uns heute morgen zugegangen ist und worin gezeigt wird, wie man den wirklich Kleinen, dem Mittelstand, von seiten der Reichsregierung und der „Aufbauparteien“ zu helfen bemüht ist. Hier werden kleine Schiffer, Flußschiffer, die ein bis zwei Kähne besitzen — und nur diese, nicht diejenigen, die mehr besitzen, nicht die Gesellschaften, nicht die Reedereien — gezwungen, einem Verbande beizutreten und an diesen Verband zwangsweise Beiträge

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) abzuliefern, obwohl sie sich weigern, diesem Verbande beizutreten und mit ihm nichts zu tun haben wollen. Das Schönste dabei ist jedenfalls, daß es sich hier um eine Institution handelt, die nach dem Kriege auf Grund einer Kriegsverordnung erst geschaffen worden ist. Jedenfalls muß hier gefordert werden, daß der **Ausbeutung der kleinen Flußschiffer** durch diesen famosen Verband sofort ein Ziel gesetzt und dem ganzen Unfug ein Ende gemacht werde.

Nun, meine Damen und Herren, auch die Demokraten haben sich natürlich mit voller Begeisterung für den Wiederaufbau à la Stinnes ins Zeug gelegt. Hier, mein holdes Visavis (zum Abgeordneten Heile), und noch viel besser Herr Senator Petersen, war insofern mit einer orientalischen Phantasie begabt, als er sich zu der Behauptung verstieg, im demokratischen Staate, das heißt in der bürgerlichen Republik, in der wir leben, in der Stinnes herrscht und die Peitsche schwingt, bestände kein Anlaß mehr zu Mißtrauen. In der demokratischen Republik hätte die Volksvertretung die Macht in Händen und könne zu jeder Zeit, wenn Mißstände sich ergeben, Abhilfe schaffen. Ich sage, es gehört wirklich eine orientalische Phantasie dazu, um dieses Märchen zu glauben. Denn die ganze Entwicklung, die wir hinter uns haben, zeigt auf das eindeutigste, daß es keine bessere Schutzhülle für die Ausbeutung durch das Kapital gibt als die **Geldsackrepublik**, die wir heute haben.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu meinen Ausführungen gegenüber den Rechtssozialisten, die vorhin durch den Mund ihres Redners Herrn Schumann allerhand Behauptungen aufstellen ließen. Ich halte es für unter meiner Würde, mich mit Herrn Schumann darüber in eine Diskussion einzulassen, wie meine Rede aufzufassen sei. Personen, die in der noch geeinten sozialdemokratischen Partei von ihren eigenen Genossen (B) abgeschüttelt werden mußten, weil sie mit allzuviel Begeisterung Reederinteressen vertraten, sind nicht diejenigen, die das Recht haben, anderen Proletariern Verhaltungsmaßregeln oder Kritiken an den Hals zu werfen. Diese Kritiken von Ihrer (zu den Sozialdemokraten) Seite lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Wir werden aber dafür sorgen, daß Ihr Gebaren in den weitesten Kreisen des Proletariats bekannt wird, damit man erkennt, wes Geistes Kind Sie sind.

(Lachen rechts.)

Meine Damen und Herren! Die famose **Resolution**, die dem Hause vorgelegt worden ist, und die angeblich die Interessen des Reichs, die Interessen des Volks gegenüber den Reedern und Werftbesitzer wahren soll, ist weiter nichts als eine bewußte Täuschung der Volksmassen. Sie soll die Tatsache verdecken, daß hier aus allgemeinen Steuermitteln 12 Milliarden aufgebracht werden sollen, und daß man von diesen Milliarden niemals etwas wiedersehen wird. Bei den Arbeitern soll der Glaube erweckt werden, die Interessen der Allgemeinheit seien gegenüber den Reedern, gegenüber dem Werftkapital genügend gewahrt.

Worauf läuft denn nun die ganze Entschließung hinaus? Mein Herr Vorredner Henke hat ja vorhin den Absatz des § 3 des Beihilfegesetzes von 1917 im Wortlaut zitiert. Schon dieser Wortlaut ist eine Verhöhnung des Volks, eine Parodie auf eine wirkliche parlamentarische Kontrolle.

(Lachen rechts.)

Genau so wenig wie dieses alte Gesetz bis heute auch nicht in irgendeiner Weise von der Reichsregierung in Berücksichtigung gezogen worden ist, wird bei ihr auch die neue Resolution irgendwelche Beachtung finden. Sie ist lediglich weiße Salbe, die man den Arbeitern auf den Mund schmieren will, ein Narkotikum, mit dem man sie besoffen machen will. Jedenfalls lehnen wir die Resolution (C) ab. Auch die Ausführungen, die soeben von Herrn Hoch gemacht worden sind, können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß diese ganze Politik der Rechtssozialisten nichts weiter ist als ein bewußtes Täuschungsmanöver.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Zu Täuschungsmanövern gegenüber der Arbeiterschaft geben wir uns aber unter keinen Umständen her. Wir werden auch diesen Versuch den Massen so begreiflich machen, daß sie für die Zukunft ihre Konsequenzen daraus ziehen werden.

Wir haben, wie aus meinen Darlegungen hervorgegangen sein dürfte, keinerlei Veranlassung uns irgendwie mit dem Kapitalismus, auch nicht mit dem Reederkapital zu verbünden, und wir lassen auch das Argument nicht gelten, als ob die Rücksichtnahme auf Proletarierinteressen das Motiv, der Beweggrund für diese volksfeindliche Maßnahme wäre. Die Gründe habe ich genügend dargelegt. Da es sich hier um einen Wechselbalg handelt, den alle Mixturen und alle Kuren, die man vornehmen könnte, nicht in ein schönes Kind verwandeln können,

(Heiterkeit)

müssen wir es ablehnen, unsere Kraft an einen Versuch zu verschwenden, der von vornherein ergebnislos sein muß. Sie wissen ja ganz genau, Herr Hoch, und Sie haben es ja selbst im Ausschuß ausgesprochen, daß das Gesetz zwar „vielleicht einmal in Zukunft gemacht werden könnte", daß aber für die Regierung keinerlei Verpflichtung besteht, das Gesetz auch zu machen. Es wird also nur an das problematische Papierrecht erinnert, das der Reichstag gegebenenfalls, vorausgesetzt, daß sich solche erleuchtete Größen überhaupt noch einmal in seiner Mitte finden, von diesem Recht Gebrauch machen könnte. Und selbst für den Fall, daß ein solches Gesetz einmal gemacht würde, müßten wir noch diejenigen suchen, die bei den Steuerkunststückchen der Schwerindustrie und des Reedereikapitals noch irgendwelche Gewinne herausrechnen könnten, an denen das Reich irgendwie partizipieren könnte. (D)

Also wir müssen es absolut ablehnen, mit dieser Resolution auch nur irgendwie unsern politischen Ruf zu gefährden. Aber charakteristisch für die ganze Vorlage ist jedenfalls noch eine Tatsache, die nicht unausgesprochen bleiben darf, nämlich die, daß man für die hinterbliebenen Frauen und Kinder von 1,8 Millionen Kriegsopfern und für die zerschossenen Knochen und zerrütteten Leiber von $2^1/_2$ Millionen Kriegsbeschädigten nur 6 Milliarden Mark übrig hat, während man hier dem Reederkapital, ohne mit der Wimper zu zucken, 12 Milliarden in den Schoß wirft. Das sind Tatsachen, die feststehen und an sich schon so aufreizend wirken, daß wir gar nicht nötig haben, weitere Worte darüber zu verlieren.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Wir lehnen also diese Vorlage, die ein unverschämter Raubzug auf die Taschen des Proletariats ist, ab. Wir lehnen es ab, uns irgendwie mit dieser Vorlage zu identifizieren und auch nur den kleinen Finger dazu zu reichen, um irgendeine Verbindung damit aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten. — Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Die Debatte über Art. II ist geschlossen.

Die Damen und Herren, welche dem Art. II ihre Zustimmung geben wollen, bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; Art. II ist angenommen.

Ich rufe auf III, — IV, — V, — VI, — VII, — VIII, — IX, — X, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel sowie Einleitung und Überschrift sind angenommen.

(Präsident.)

(A) Wenn sich kein Widerspruch erhebt, würde ich auch die dritte Lesung heute vornehmen.

(Abgeordneter Dr. Levi: Ich widerspreche!)

— Der dritten Lesung wird widersprochen. Der Widerspruch muß von 15 Mitgliedern unterstützt sein.

Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, welche den Widerspruch unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus; die dritte Lesung muß demgemäß in einer späteren Sitzung stattfinden.

Wir kommen zu den Entschließungen des Ausschusses auf Nr. 1630 unter II Ziffer 1 bis 4.

Wer den zusammengehörenden Entschließungen unter Ziffer 1 und 2 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Ziffern 1 und 2 sind angenommen.

Der darin zur Voraussetzung gemachte Zusatzvertrag liegt dem Hause auf Drucksache Nr. 1641 vor und ist heute verteilt worden. Damit ist die Voraussetzung dieser (B) Entschließungen erfüllt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungen 3 und 4.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesen Ziffern der Ausschußentschließungen ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; auch diese Entschließungen sind angenommen.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Sitzung jetzt abzubrechen

(Zustimmung)

und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Sonnabend den 12. März, vormittags 10 Uhr, mit der Tagesordnung:

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 17 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

82. Sitzung.

Sonnabend den 12. März 1921.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 25 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht aus.

Auf Grund der am 20. Februar 1921 erfolgten Reichstagswahl ist der Schriftsteller Paul Frölich auf Grund des Reichstagswahlvorschlags in den Reichstag eingetreten.

(B)

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

(C)

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**
1. Weißbuch über die Verhandlungen auf der Konferenz zu London.
2. Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtversorgungsgesetz).
3. Entwurf des Haushalts des Reichspostministeriums für die Rechnungsjahre 1920 und 1921.

Präsident: Der Herr Reichsminister des Innern sucht mit Schreiben vom 7. März 1921 die Genehmigung nach zur Strafverfolgung des Abgeordneten Höllein wegen Beleidigung.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dieses Schreiben dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Überweisung ist beschlossen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. (Reichshaushalts-) Ausschuß für die Abgeordneten Schiele, Dorsch (Hessen) die Abgeordneten Jandrey, Dr. Reichert;

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Lange-Hegermann, Tremmel, Mehrhof, Behrens, Dr. Reichert die Abgeordneten Rheinländer, Wieber, Kuhnt, Hartwig, Lind;

in den 24. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Dr. Matz der Abgeordnete Dr. Most.

Ich habe Urlaub erteilt dem Abgeordneten Hue auf 3 Tage.

Entschuldigt sind für die heutige Sitzung die Abgeordneten Deglerk und Mittelmann.

(D)

Meine Damen und Herren! Von der vorläufigen Landesversammlung Kärntens in Klagenfurt ist uns ein Telegramm zugegangen, das ich den Herrn Schriftführer zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

Die vorläufige Landesversammlung von Kärnten nimmt mit tiefem Bedauern Kenntnis von der Besetzung weiterer deutscher Gebietsteile durch Ententetruppen und spricht aus diesem Anlasse ihre herzlichste Teilnahme aus mit der Versicherung, daß auch dieses neuerliche Gewaltdiktat der Feinde nicht imstande sein kann, unsere Treue und unser Zugehörigkeitsgefühl zum Stammlande Deutschland zu erschüttern.

(Lebhaftes Bravo.)

Die Landesversammlung ist überzeugt, daß es deutscher Tatkraft, deutschem Fleiße und deutscher Einigkeit gelingen wird, auch die Folgen dieser neuerlichen Gewalttat zu überwinden und den kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes, den die Feinde so sehr fürchten, zu sichern.

Burger, Präsident.

(Erneutes lebhaftes Bravo.)

Präsident: Wir kommen zum einzigen Gegenstand der Tagesordnung:

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London.

Hierzu hat das Wort der Herr Reichsminister des Äußern.

Dr. **Simons,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Die Erklärung, die ich heute namens der Reichsregierung vor Ihnen abzugeben habe,

(Dr. Simons, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) wird sich darstellen als ein Rechenschaftsbericht der deutschen Delegation über ihre Tätigkeit auf der Konferenz in London und als eine Mitteilung über die Absichten, die die deutsche Regierung angesichts der Ergebnisse der Londoner Konferenz hat.

Die **Londoner Konferenz** ist eine Fortsetzung von Spa und ein Ersatz für Genf. Sie wissen, daß uns in Spa eine solche Konferenz versprochen worden war; denn Spa, das zum erstenmal an die Stelle des unfruchtbaren Notenwechsels eine Verhandlung von Mann zu Mann zu setzen bestimmt gewesen war, Spa hatte die eigentliche Haupt- und Kernfrage der wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit, die Frage der Reparation, unbeantwortet gelassen. Wir hatten Anspruch darauf, daß die **Behandlung** dieser **Reparationsfrage** vorgenommen werde auf einer Konferenz in einem neutralen Lande. Das war nicht ohne Wichtigkeit für uns, denn man konnte hoffen, daß in einem neutralen Lande die ganze Reparationsfrage unter einem umfassenderen, mehr internationalen Gesichtspunkt hätte in Angriff genommen und vielleicht gelöst werden können. Aber wenn uns nunmehr statt einer Einladung nach Genf eine Einladung nach London zuging, so konnte die deutsche Regierung nach ihrer Überzeugung sich einer solchen Einladung nicht versagen. Zu groß war für uns das materielle Interesse daran, daß wir endlich einmal über den Umfang unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag Klarheit bekamen. Wir konnten nicht formaler Vorteile halber den großen sachlichen Vorteil aus der Hand geben, der in einer endgültigen Einladung zu mündlichen Verhandlungen über die Reparationsfrage, sei es auch wohin immer, lag.

Die Konferenz in London hatte, als wir uns zu ihr entschlossen, außerordentlich starke Hindernisse für das Gelingen gegen sich. Diese Hindernisse sind hauptsächlich durch die vorhergegangene Konferenz in Paris entstanden. (B) Denn, wie ich immer hervorgehoben habe: mit dem Moment, wo die Alliierten, allein auf ihre eigene Einsicht gestützt, ihre Forderungen ziffernmäßig der Welt und uns verkündigten, hatten sie sich so festgelegt, daß sie schlecht wieder davon herunter konnten, und naturgemäß mußte sich als Gegenwirkung gegen diese einseitige Festlegung der Alliierten im deutschen Volke eine feste Meinung über die Annehmbarkeit oder Unannehmbarkeit dieser Forderungen bilden, die ihrerseits auch wieder einer Festlegung gleichkam. Es hat sich hier klar gezeigt, daß nur dann Aussicht auf Verständigung besteht, wenn die beiden Hauptfaktoren, aus denen die Reparationspflicht Deutschlands abgeleitet werden muß, in beiderseitigem eingehendem Studium geprüft und miteinander in Einklang gebracht werden. Diese beiden Hauptfaktoren sind nach dem Friedensvertrag von Versailles einerseits der Schaden, der durch den Krieg angerichtet worden ist, und zwar in dem Umfange, in dem wir ihn durch den Friedensvertrag übernommen haben, andererseits — auch das steht im Vertrag — die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die nicht durch die Forderungen auf Schadenersatz, die man an sie stellt, zerstört werden darf. Gerade deswegen, weil die leidenschaftslose und sorgfältige Prüfung dieser beiden Faktoren unbedingtes Erfordernis für eine Verständigung gewesen wäre, hatte ich im Frühherbst des vergangenen Jahres angeregt, vor jeder weiteren Zusammenkunft eine solche Prüfung durch Sachverständige beider Teile in die Wege zu leiten. Es ist schade, daß die Wege, die man hier beschritten hat, die zu der **Konferenz in Brüssel** geführt haben, nicht bis zu Ende weitergegangen worden sind. Darauf ist es hauptsächlich zurückzuführen, wenn wir jetzt mit Bedauern feststellen müssen, daß die Londoner Konferenz ein Fehlschlag war.

Zweimal haben in Brüssel Sachverständige versucht, dem großen Problem näherzukommen, einmal die sachverständigen Finanz- und Wirtschaftsleute, die der Völkerbund dorthin zusammenberufen hatte. (C) Ihnen wurde die Arbeit dadurch erschwert, daß sich Frankreich jedem Hereinziehen der Reparationsfrage in die Unterhaltungen widersetzte, daß Frankreich dadurch den eigentlichen praktischen Wert der Unterhaltungen auf ein sehr geringes Maß zurückschraubte. Zum zweitenmal kamen die Sachverständigen der Alliierten und die Sachverständigen Deutschlands in Brüssel zusammen, und durch sie sind doch eine ganze Anzahl von Aufklärungen geschaffen worden. Diese Aufklärungen konnten aber nicht zu Ende kommen, weil die Sachverständigen der Alliierten, ehe die sämtlichen Probleme erörtert waren, ehe die beschlossenen Einzelverhandlungen der Wirtschaftskenner stattgefunden hatten, einen zusammenfassenden Bericht an ihre Regierungen gerichtet haben, der unseren Sachverständigen nicht zur Gegenprüfung übermittelt worden ist. Dieser Bericht ist nicht einmal zu unserer offiziellen Kenntnis gelangt.

(Hört! Hört!)

Wir kennen nur Auszüge aus der gegnerischen Presse. Wie soll man bei derartiger Behandlung einer Lebensfrage der europäischen Wirtschaft hoffen dürfen, daß nunmehr die Politiker es fertig bringen, ein endgültiges und angemessenes Ergebnis zu erzielen?

(Sehr wahr!)

Unter diesen ungünstigen Auspizien wurden die **Vorbereitungen für London** unternommen. Diese Vorbereitungen haben sich zunächst auf eine sehr eingehende **Prüfung der Pariser Beschlüsse** erstreckt. Diese Prüfung hat stattgefunden durch die hingebende und aufopferungsvolle **Tätigkeit** einer großen Anzahl von **Sachverständigen** aus allen Teilen Deutschlands, die sich aus ihren dringendsten Berufsgeschäften herausgerissen haben, um dem Vaterlande ihre Kenntnis zur Verfügung zu stellen. Ich halte es für meine Pflicht, auch von dieser Stelle aus den Sachverständigen, die in wochenlanger Arbeit (D) ihre Kritik an den Pariser Beschlüssen geübt und diese Kritik in einem geradezu vorzüglichen gemeinschaftlichen Gutachten niedergelegt haben, hiermit den ausdrücklichen herzlichen Dank der Reichsregierung auszusprechen.

(Lebhaftes Bravo bei den Regierungsparteien und rechts.)

Aus der Tätigkeit der Sachverständigen hat sich außer der Denkschrift, von der ich eben sprach und die Ihnen in dem Weißbuch vorliegt, auch noch eine andere **Denkschrift** ergeben, die im **Reichsfinanzministerium** ausgearbeitet worden ist und die sich hauptsächlich mit einer **Gegenkritik**, einer Besprechung und Widerlegung der **Denkschrift der Sachverständigen der Gegenseite** befaßt, soweit uns jene Denkschrift bekanntgeworden war. Die im Finanzministerium ausgearbeitete Denkschrift hat hauptsächlich zum Ziele gehabt, die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands im Gegensatz zur wirtschaftlichen, die etatrechtlichen und budgettechnischen Verhältnisse Deutschlands auseinanderzusetzen und über die steuerlichen Leistungen Deutschlands mehr Licht zu verbreiten, als das trotz eingehenden Studiums der gegnerischen Sachverständigen bisher gelungen war.

Darüber hinaus aber hatte die Regierung im Einverständnis mit den Führern der Parteien beschlossen, schon bei der ersten Stellungnahme zu den Pariser Beschlüssen die Zusage zu geben, daß wir nunmehr mit unsern **Gegenvorschlägen** an die Alliierten herantreten würden.

Meine Damen und Herren! Das war ein kühnes Versprechen. Nicht umsonst hatten wir so lange gezögert, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die uns der Friedensvertrag an sich gab. Der Friedensvertrag enthält eine Bestimmung, wonach es der deutschen Regierung freistand, innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Frist an

(Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) die Alliierten **Gesamtvorschläge über die Erledigung des Reparationsproblems** heranzubringen, über die dann eine Verständigung zu erzielen gewesen wäre. Die Frist ist an sich längst abgelaufen; sie ist aber teils ausdrücklich, teils stillschweigend immer wieder verlängert worden, sie ist namentlich dadurch verlängert worden, daß man dieses Reparationsproblem auf die Tagesordnung der Konferenz von Spa gesetzt hat und daß man diese Tagesordnung von Spa auf unbestimmte Zeit für Genf und später für London vertagt hatte.

Ja, meine Damen und Herren, es ist der deutschen Regierung von vielen Seiten im Auslande und im Inlande zum Vorwurf gemacht worden, daß sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Dagegen darf ich nur auf folgendes hinweisen: Bestimmte Vorschläge über deutsche Leistungen zu Reparationszwecken waren so lange trotz allen Überlegens fast unmöglich, solange der **Umfang der deutschen Wirtschaftskräfte** schon **in** rein **territorialer Beziehung** so ins Ungewisse gestellt war, wie das der Friedensvertrag tut. Ich will gar nicht auf die eigentümlichen Verhältnisse des Saargebiets und des Rheinlands hinweisen. Ich will nur auf den Punkt hinweisen, der uns jetzt allen besonders am Herzen liegt, auf die Unsicherheit über **Oberschlesien.** Was auch dagegen gesagt worden ist, — Oberschlesien ist und bleibt für Deutschland eine Lebensfrage,

(sehr richtig!)

und die deutschen wirtschaftlichen Kräfte hängen für die Zukunft davon ab, ob Oberschlesiens Industrie und Produktion deutsch bleibt oder nicht.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wenn man darauf hingewiesen hat, daß in früheren Zeiten andere Stimmen auch von deutscher Seite nach dieser Richtung hin ertönt sind, so erwidere ich: damals waren wir nicht der elsaß-lothringischen Erze und der Saarkohle (B) beraubt, damals lag die deutsche Wirtschaft in ganz anderer Fülle vor uns als heute.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung.)

Mit dem Umfang, in dem sich die deutsche Wirtschaftskraft durch den Friedensvertrag verringert hat — und sie hat sich um vieles mehr verringert, als ich eben angedeutet habe —, steigert sich die Bedeutung der oberschlesischen Wirtschaft für uns, und deswegen hat in London Oberschlesien eine so überragende Rolle bei den Verhandlungen gespielt.

Dazu kam aber, daß in demselben Augenblick, wo die deutsche Regierung begann, die Gegenvorschläge zu erwägen, die deutsche Währung in einen solchen Sturz hineingerissen wurde, daß sich von Monat zu Monat die Unterlagen unserer wirtschaftlichen Existenz veränderten. Auch das hat die Ausarbeitung von einseitigen Vorschlägen Deutschlands sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht; denn das sogenannte **Valutaelend,** meine Damen und Herren, — darüber ist sich jetzt wohl alle Welt einig — kann nicht von einer einzigen Nation gelöst werden; es kann nur gelöst werden von einem einmütigen Zusammenarbeiten aller Völker: derer mit starker und derer mit schwacher Valuta.

(Sehr richtig!)

Ein weiterer Punkt war der, daß für die nächsten Jahre auf Grund des **Versailler Friedens** der **deutsche Handel** nach den verschiedensten Richtungen hin gehemmt und gefesselt ist. Wir hatten die Aussicht, mit diesem oder jenem Land eine Erleichterung der schweren Bestimmungen zu bekommen. Solange aber nicht das deutsche Gewerbe und der deutsche Handel von diesen Fesseln befreit waren, solange wir nicht wußten, daß wir mit gleichem Recht wieder in die Reihe der handeltreibenden Nationen eintreten, waren unsere Zusagen in wirtschaftlicher Beziehung auf Sand gebaut; denn jede Schärfung der Hemmnisse und der Hindernisse, die der Vertrag uns (C) aufrichtet, konnte die Berechnungen über den Haufen werfen. Auch darin lag eine Voraussetzung, die erst geregelt werden mußte, ehe wir unsere Gegenvorschläge machen konnten.

Wenn wir uns nun trotzdem entschlossen haben, jetzt schon mit **Gegenvorschlägen** hervorzutreten, so war uns ganz klar, daß hier schließlich **politische Gesichtspunkte** den Ausschlag geben mußten. Die Gegner waren darauf versessen, in möglichst baldiger Frist eine Klärung der Reparationsfrage herbeizuführen. Wir hatten die Androhung der Zwangsmaßnahmen, die in Paris gegen uns ersonnen worden sind. Unter diesen Umständen war es Pflicht gegenüber unserem deutschen Volk, Pflicht namentlich gegenüber denjenigen Teilen der Bevölkerung, die durch die angedrohten Zwangsmaßnahmen in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen wurden, daß wir auch trotz der Hindernisse versuchten, zu klaren Gegenvorschlägen zu kommen.

Über die Frage, nach welcher Richtung hin sich diese **Gegenvorschläge** bewegen würden, ist naturgemäß auch in den Kreisen jener **Sachverständigen** verschiedentlich gesprochen worden, und noch in der letzten Sitzung der Sachverständigenversammlung hat darüber eines der Mitglieder einen außerordentlich lichtvollen Vortrag gehalten, in dem die sämtlichen Vorschläge, die gemacht wurden, nacheinander Revue passierten. Für keinen dieser Vorschläge war eine überwältigende Mehrheit der Sachverständigen zu gewinnen. Man ist sogar berechtigt zu sagen, daß es sehr zweifelhaft war, ob überhaupt für irgendeinen der positiven Vorschläge eine klare Mehrheit vorhanden war.

Dagegen war eins allerdings klar: daß die große Mehrheit der Sachverständigen die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft für die nächste Zeit gering einschlug und ganz außerordentlich viel geringer als die Gegner. (D) Nach der Richtung hin darf ich hier erklären, daß keiner der beteiligten Sachverständigen für die Höhe der Vorschläge, die wir nachher gemacht haben, verantwortlich ist.

(Hört! Hört! rechts.)

Diese **Gegenvorschläge** sind aus politischen Gründen gemacht worden, allerdings nach Anhörung sehr tüchtiger und sehr erfahrener Männer, im Amt und außer dem Amt, und nach sorgfältiger Prüfung, aber nicht auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses von Sachverständigen, sondern auf Grund der **Verantwortlichkeit der Regierung** selbst,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und zwar in letzter Linie der Verantwortlichkeit meiner Person; denn ich bin es gewesen, der auf Grund der letzten Beratung in einem engeren Kreis beamteter und nichtbeamteter Männer die Vorschläge ins Kabinett gebracht hat, die nachher die Billigung des Kabinetts gefunden haben.

(Hört! Hört! rechts. — Sehr gut! und Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen diese Gegenvorschläge nunmehr so darzustellen haben, wie wir sie unter der Billigung des Kabinetts nach London mitgenommen haben. Wir hatten uns klargemacht, daß wir in unseren Gegenvorschlägen den doppelten Faktor mitspielen lassen mußten: die **Schadensersatzforderung der Gegner** und die **Leistungsfähigkeit Deutschlands.** Deswegen sind wir unter Ablehnung des Systems der Pariser Beschlüsse doch ausgegangen von den festen Forderungen, die in Paris gestellt worden sind und die ungefähr einen Teil der Schadensrechnung darstellen sollen, den die Gegner uns aufzumachen hatten. Wir haben also den **Gesamtwert der festen Annuitäten** genommen und den **auf den Gegenwartswert zurückgerechnet.**

(Dr. Simons, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Meine Damen und Herren! Diese Operation war unbedingt erforderlich, weil wir die Absicht hatten und die Absicht haben mußten, alle diejenigen wirtschaftlichen Leistungen, die Deutschland in ganz erstaunlicher Höhe seit dem Waffenstillstand bereits an die Alliierten abgeführt hat

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und die nach dem Friedensvertrage auf die Reparationsschuld angerechnet werden durften,

(erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

auch von den Pariser Forderungen zur Abrechnung zu bringen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber, meine Herren, man kann nicht einen gegenwärtig geleisteten Betrag in Abrechnung bringen von einem Betrag, den man nach 42 Jahren zahlen will.

(Zustimmung.)

Deswegen mußten wir diese auf 42 Jahre auseinandergezogenen Annuitäten wieder rediskontieren auf einen Gegenwartswert.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das geschieht eben dadurch, daß man die Zwischenzinsen abzieht und so denjenigen Betrag herausbekommt, der, wenn man ihn augenblicklich auf Zins und Zinseszins anlegte, in der abgelaufenen Zeit die Annuitätshöhe ergeben haben würde.

Wir kamen durch diese Berechnung auf eine Summe, die ziemlich mit den Angaben übereinstimmte, die auch in der gegnerischen Presse gemacht worden waren. Je nachdem man nämlich die Annuitäten nach ihrem Jahresbetrag berechnet oder nach den halbjährlichen Raten, in denen sie nach den Pariser Beschlüssen zu leisten waren, kommt man auf entweder etwas mehr als 50 — nämlich etwa 51 Milliarden Goldmark — oder auf etwa 53 Milliarden Goldmark. Da die Pariser Beschlüsse von halb- (B) jährlicher Zahlung sprechen, waren wir berechtigt, die halbjährlichen Raten auch unserer Rediskontierung zugrunde zu legen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Außerdem hatten die Pariser Beschlüsse vorgesehen, daß, wenn wir den ganzen Wert der Annuitäten jetzt gleich bezahlen würden, innerhalb der ersten zwei Jahre uns dann die Rediskontierung zu 8 Prozent angeboten werden sollte. Wollten wir also den Gegenwartswert von heute berechnen, so waren wir an sich berechtigt, diese 8 prozentigen Rediskontierungssätze zur Anwendung zu bringen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

So kamen wir zu unserem **Angebot von rund 50 Milliarden Goldmark** abzüglich der Vorleistungen, die nach einer Aufstellung, die den Gegnern bereits bekannt war — sie war in Brüssel von den Sachverständigen ausführlich begründet worden —, den Betrag von 20 Milliarden Goldmark überstieg.

Uns war sehr wohl bekannt, meine Damen und Herren, daß die Gegenseite über diesen Abzug anders dachte als wir, und wir hatten noch unmittelbar vor der Abreise nach London die Mitteilung bekommen, daß namentlich die Reparationskommission eine ganz andere Summe herausbekommen hatte. Die verschiedenen Summen, die unsere Gegner errechnet haben, erreichen kaum die Hälfte des von uns angegebenen Betrags.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Das kommt aber bei der Reparationskommission von dem Umstand, daß sie eine ganz andere Methode der Berechnung anwandte, als wir sie anwenden mußten. Wir mußten alles dasjenige zusammenzählen, was wir tatsächlich an Geldwerten aller Art geleistet hatten, und dasjenige, was nach dem Friedensvertrag auf Reparationskonto angerechnet werden konnte. Die Reparationskommission dagegen hielt sich an Art. 235 des Versailler Friedens, wonach einerseits eine ganze Anzahl von solchen (C) **Vorleistungen** nicht in Betracht kommt und wonach andererseits Leistungen der Alliierten auf die 20 Milliarden Goldmark anzurechnen waren, die von uns noch nicht ersetzt waren, sondern die uns gewissermaßen gutgeschrieben wurden, insbesondere Okkupationskosten und Kosten für die Unterstützung der Lebensmittelbeschaffung für die deutsche Bevölkerung. Das ist eine Rechnung, die auf einem ganz anderen Boden steht und in der gegenwärtigen Frage keine Rolle spielt.

Nun kam aber auf der anderen Seite der Faktor der **Begrenzung unseres Angebots auf die deutsche Leistungsfähigkeit,** und da haben wir von vornherein darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Summe, die durch Abzug von 20 Milliarden Vorleistungen von den 50 Milliarden Gesamtangebot erlangt wurde, daß diese 30 Milliarden Goldmark das Äußerste seien, was die deutsche Volkswirtschaft nach Auffassung auch des optimistischsten Sachverständigen jetzt anzubieten haben würde.

Daneben war natürlich auch klar, daß wir diese 30 Milliarden nicht auf einmal den Alliierten auf den Tisch legen konnten. Keine Macht kann diese Summe von der ganzen Welt jetzt zusammenbringen. Das ist vollkommen ausgeschlossen. Wir mußten infolgedessen auf Mittel sinnen, soviel wie möglich davon gleich zu beschaffen und den Rest zu verzinsen; denn wenn wir rediskontieren, müssen wir natürlich den Gegenwert für die Zukunft verzinsen und amortisieren.

Nun ist sehr aufgefallen, daß wir bei der **Verzinsungspflicht,** die wir übernahmen, nicht mehr den Rediskontsatz von 8 Prozent nahmen, sondern einen Zinssatz von 5 Prozent. Ja, meine Damen und Herren, einen größeren Zinssatz hätten wir überhaupt nicht vorschlagen dürfen, ohne die denkbare Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu überschreiten.

(Sehr richtig!) (D)

Es war der äußerste Zinssatz, den wir mit gutem Gewissen anbieten konnten. Hier spielt eben der zweite Faktor eine Rolle, den man auf der Gegenseite vollständig außer acht gelassen hat. Es ist das keineswegs eine Camouflage, wie man gesagt hat, sondern eine einfache Abwägung der beiden von mir hervorgehobenen Faktoren.

Wie schaffte man nun die große Summe, auf die die Gegner unbedingt kommen wollten? Auf der einen Seite hatten die Gegner selbst zugegeben, daß die deutsche Wirtschaft in der ersten Zeit einer Schonzeit bedürfe. Schon im Versailler Vertrage war diese Schonzeit dadurch gekennzeichnet, daß man in den ersten Jahren vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1926 uns nur eine jährliche Zahlung von $2^{1}/_{2}$ Prozent der von uns unterzeichneten 40 Milliarden Goldmark, das heißt von jährlich 1 Milliarde Goldmark, zumuten wollte. Daneben traten allerdings die zahlreichen, in den Annexen zu Art. 232 des Friedensvertrags aufgezeichneten Sachlieferungen. Wie konnte man trotz dieser Schonzeit einen großen Kapitalbedarf, namentlich für Frankreich, für Frankreichs Defizit, für Frankreichs Wiederaufbaunöte, schaffen?

Ein Ausweg lag ausschließlich in einer **internationalen Anleihe.** Meine Damen und Herren! Von der Gegenseite und auch hier in Deutschland ist diese Anleihe als eine Utopie bezeichnet worden angesichts der großen Geldschwierigkeiten, in der sich fast alle Länder, auch die wirtschaftlich bestgestellten und wohlhabendsten Länder, befinden. Aber ich glaube, daß diejenigen, die hier das Utopische des Gedankens so stark betonen, doch verkennen, worauf diese Geldknappheit zum guten Teil beruht. Diese Geldknappheit ist nicht nur zu danken dem Abbruch der normalen Beziehungen des Handelsverkehrs zwischen Land und Land, nicht nur dem Rückbau, den die Wirtschaft aller am Kriege beteiligten Länder hat durchmachen müssen.

(Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Sie ist auch zu einem außerordentlich großen Maße zu danken der Flucht des Kapitals vor den ungeheuren Steuerlasten, die ihm in allen Ländern auferlegt worden sind.

(Sehr wahr!)

Deswegen hatten wir gerade den Ausweg gewählt, daß wir baten, uns eine Anleihe zu ermöglichen, die in den Ländern, wo sie aufgelegt werden würde, Steuerfreiheit genießen sollte.

Meine Damen und Herren! In einer Zeit, wo sich das Kapital in den verschiedensten Formen an Sachgüter hält und hinter Sachgüter versteckt, in einer Zeit, wo wir lesen, daß für einen bloßen Schreibtisch, weil einmal Napoleon an ihm eine wichtige politische Handlung unterzeichnet hat, Millionen und Millionen geboten werden, in einer solchen Zeit findet sich auch Kapital für eine so ungeheuer wichtige Aufgabe wie den Wiederaufbau der zerstörten Provinzen, wie die Reparation der Kriegsschäden, wenn man dem Kapital die Sicherheit gibt, daß es bei der Verwendung für diese Zwecke dem Steuerzugriff entzogen wird. Man mag darüber streiten, ob das ein sehr edles Motiv ist; man mag darüber streiten, ob der Staat, der die Steuerfreiheit erteilt, dadurch nicht in anderer Beziehung sich gewisse Nachteile zufügt. Ich bin überzeugt, daß man bei einer richtigen Durchführung dieser Idee zu ganz erheblichen Resultaten gekommen wäre; und Männer der Finanzen, auf deren Urteil ich Grund habe sehr zu vertrauen, haben mir die wahrscheinlichen oder mindestens die möglichen Erfolge einer solchen Anleihe auf acht Milliarden Goldmark berechnet.

Allerdings gehört dazu eine weitere Voraussetzung. Wenn Deutschland eine solche Anleihe verzinsen und amortisieren wollte, so mußte diese Anleihe den Vorrang vor dem Privileg des Artikels 248 des Vertrages von Versailles haben, wonach die Reparationsforderungen in erster (B) Linie auf dem gesamten Staatsvermögen Deutschlands und seiner Länder, auf allen seinen Einkünften beruhen. Nur wenn die Anleihe, die ja demselben Zwecke der Reparation dient, ein Vorrecht vor diesem Privileg bekam, konnte man sicher sein, daß das Kapital bereit sein würde, sich der deutschen Garantie für die Verzinsung und für die Tilgung anzuvertrauen.

Meine Damen und Herren! Wir haben nun unseren Vorschlag so ausgebaut, daß wir neben der Anleihe von 8 Milliarden, die wir in Aussicht stellten und deren Verzinsung uns nun für die ersten Jahre, wenn wir sie bei den günstigen Bedingungen auf 5 Prozent annehmen zu können glaubten, 400 Millionen Goldmark gekostet haben würde, außerdem noch eine **Jahresrate von 1 Milliarde Goldmark für die ersten 5 Jahre** an die Alliierten versprachen. Mehr glaubten wir nicht anbieten zu können; zu weiterem hatte uns die Regierung nicht ermächtigt, als wir nach London gingen. Damit waren aber die **Zinsen des Restbetrages,** den wir angeboten hatten, noch nicht gedeckt, denn diese Zinsen betragen mehr als 1 Milliarde Goldmark, und der Überschuß, der sich berechnete je nach der Höhe der Zinsen, die wir anboten, hätte uns zinslos gestundet werden müssen, damit er nach Ablauf der Schonzeit von fünf Jahren auf die dann restierende Gesamtsumme aufgeschlagen wurde. Für diese Gesamtsumme mußte denn eine neue Finanzierung gesucht werden. Ich mache ganz besonders darauf aufmerksam, daß alle diese Vorschläge davon ausgehen, daß die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage ist, auf normalem Wege eine wesentlich höhere Summe aus der jährlichen Produktion herauszuarbeiten als zwischen 1 und $1^1/_2$ Milliarden Goldmark. Darauf sind unsere Vorschläge abgestellt gewesen.

Nun hatten wir aber in Berlin von der Regierung noch eine weitere Vollmacht erhalten. Sie wissen, daß in Paris neben den festen Annuitäten, von denen wir bei (C) diesem unserem Hauptgegenvorschlag ausgegangen waren, noch die **variable Leistung von 12 Prozent Abgabe auf unsere Gesamtausfuhr** vorgesehen war. Diese Form des variablen Faktors hatten wir abgelehnt, mußten wir ablehnen, weil sie wirtschaftlich widersinnig und in ihren Folgen für Deutschland nicht zu tragen war. Wohl aber waren wir uns bewußt, daß die Gegner immer wieder verlangen würden, an einer wesentlichen Besserung der deutschen Wirtschaft in irgendeiner Form zu partizipieren, und wir hatten die Befugnis, uns mit diesem Grundsatz einverstanden zu erklären und kommissarische Beratungen zwischen uns und den Alliierten vorzuschlagen, die ein wirklich brauchbares Schema für die **Beteiligung an der Besserung der deutschen Wirtschaft** ergeben sollten. Es fragte sich für uns, als wir in London noch einmal die letzten formellen Ausgestaltungen unseres Angebots überdachten, ob wir diesen sogenannten Besserungsschein in seiner theoretischen Form gleich von vornherein in die Debatte werfen sollten. Wir haben uns nach sorgfältiger Prüfung und nach langwieriger Beratung mit dem deutschen Botschafter dort einstimmig dafür entschlossen, von diesem Angebot eines rein theoretischen Besserungsscheines zunächst Abstand zu nehmen, und zwar namentlich deswegen, weil wir damit den Gegnern nicht das geboten hätten, was sie erwarteten, nämlich einen festen Gegenvorschlag des variablen Faktors, und weil wir nicht mit gutem Gewissen unsererseits sagen konnten: wir sind überzeugt, daß wir in Kürze noch mehr liefern können als das, war wir euch schon angeboten haben.

Meine Damen und Herren! Bedenken Sie wohl: wir hatten in unserem festen Vorschlag die Jahre vom 1. Mai 1926 an mit großen Leistungen belastet, die über die der ersten fünf Jahre hinausgingen, nicht nur in der (D) Mehrverzinsung, nicht nur in der dann erst einsetzenden Amortisation, sondern auch darin, daß wir die Absicht hatten, die Amortisation zu beschleunigen und schon in 25 Jahren nach dem 1. Mai 1926 zu vollenden, obwohl sie in den ersten fünf Jahren noch gar nicht angefangen hatte. Das gab eine solche Steigerung der Lasten der Jahre nach dem ersten Mai 1926, daß sie unseres Erachtens sicherlich bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit hinangingen, denn sie hätten sich bis nahe an 2 Milliarden Goldmark jährlich erstreckt. Wenn wir nun gesagt hätten: darüber hinaus wollen wir euch noch weiteres anbieten, — so hätte angesichts der überzeugenden Darlegungen unseres Sachverständigengutachtens der Gegner wohl sagen können: ihr macht das nicht aus Überzeugung, ihr wollt nur Zeit gewinnen, feste Vorschläge habt ihr nicht, wir mißtrauen euch. Es wäre kein ganz ehrlicher Vorschlag gewesen. Wenn uns aber die Gegenseite in ihrem übertriebenen Optimismus auf unsere wirtschaftliche Besserung diesen Gedanken wieder brachte, trotzdem wir schon eine verstärkte Zahlung angeboten hatten, dann konnten wir mit gutem Gewissen sagen: ja, wir sind theoretisch bereit und wollen es praktisch mit euch besprechen.

Daß wir diese Haltung einnehmen würden, darüber war die Gegenseite übrigens keinen Moment im Zweifel. Es ist uns in London ganz klar gewesen, daß die Gegenseite wußte, daß wir an sich berechtigt wären, auf den Gedanken des Besserungsscheins einzugehen. Wenn wir ihn also gleich gebracht hätten, so wäre der Besserungsschein nur einbegriffen worden in das große Verdammungsurteil, das gleich bei Beginn über unsere Gegenvorschläge ausgesprochen worden ist, und wir hätten keine Möglichkeit gehabt, mit diesem neuen Vorschlag weitere Verhandlungen anzuknüpfen, wie wir das damals zu tun hofften.

(Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Dies war unser Schema für London, und ich habe jetzt zu sagen, wie es ausgeführt wurde. Dabei schicke ich voraus, daß die Delegation von der Regierung die Weisung erhalten hatte, nicht in wichtigen und entscheidenden Punkten von den Richtlinien, die die Delegation mitbekommen hatte, abzuweichen, ohne vorher die Billigung der Reichsregierung eingeholt zu haben. Wir haben unseren Vorschlag so gemacht, wie er Ihnen, meine Damen und Herren, aus dem **Weißbuch** bekannt geworden ist, das das Auswärtige Amt hat verteilen lassen. Zu diesem Weißbuch darf ich folgendes bemerken: Wir hatten gestern im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten das Weißbuch schon für die Nachmittagsstunden des gestrigen Tages zur Verfügung gestellt. Leider ist in der Reichsdruckerei ein Versehen passiert, indem in den Protokollen Teile der Rede von Lloyd George in Teile meiner Rede hineingeraten sind, und umgekehrt,

(Heiterkeit)

so daß die Lektüre vollständig unverständlich wurde. Wir mußten infolgedessen den Druck nochmals zurückziehen und die Verbesserungen vornehmen, so daß es erst heute möglich war. Es tut mir leid, daß das passiert ist. Aber, meine Damen und Herren, ich bitte doch zu berücksichtigen, daß wir dieses Weißbuch fertiggestellt haben auf der Rückfahrt von einer Konferenz, die der Delegation solche Anstrengungen zugemutet hat wie die Londoner Konferenz, und daß wir seit unserer Heimkehr doch relativ sehr wenig Stunden gehabt haben, um das fertigzustellen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Wenn das Weißbuch auch im großen Ganzen nicht viel neues für Sie enthält und enthalten kann, so enthält es doch soviel Material, daß der Druck notwendigerweise mit Sorgfalt geprüft werden mußte.

(B) Ich hätte dieses Weißbuch gern ausgestattet mit weiteren Mitteilungen über die **Verhandlungen**, die **inoffiziell in London** geführt worden sind. Aber daran hindert mich ein Versprechen, daß ich der Gegenseite habe geben müssen. Wir konnten diese Verhandlungen nur dann veröffentlichen, wenn sie zum Erfolg geführt hätten. Da sie nicht zum Erfolg geführt haben, sind und bleiben sie vertraulich, und da wir das versprochen haben, werden wir es auch halten müssen, unberirt dadurch, daß diese **Vertraulichkeit** auf der anderen Seite nicht immer gewahrt worden ist,

(lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

sondern daß über diese Verhandlungen vielfach irreführende Darlegungen in der gegnerischen Presse erschienen sind.

(Ereute Rufe: Hört! Hört!)

Ich halte mich an das, was ich zugesagt habe, und glaube, daß auf die Dauer eine solche Haltung der deutschen Regierung ihr und dem Volke von Vorteil sein wird.

(Bravo!)

Nachdem wir nun dieses **Angebot** gemacht hatten, kam die von mir erwartete **Aufnahme.** Ebenso wie die Forderungen der Gegner in Deutschland Entsetzen und Entrüstung hervorgerufen haben, ebenso rief unser Gegenvorschlag, so wohl durchdacht er war, auf der Gegenseite größte Entrüstung hervor, so große Entrüstung, daß es mir wirklich Mühe gemacht hat, meine Begründung unserer Gegenvorschläge zu Ende zu führen.

(Hört! Hört!)

Ich habe meine Rede abkürzen müssen gegenüber den Zeichen der Erregung, die auf der anderen Seite des Tisches sich zeigten.

(Hört! Hört!)

Die **Antwort**, die der **Premierminister Englands** uns gab, war vorauszusehen. Er bezeichnete gleich von vornherein unsere Gegenvorschläge als **indiskutabel**, **stellte** (C) aber die Antwort trotzdem erst auf zwei Tage später in Aussicht. Diese Antwort kam am Donnerstag. Sie ist Ihnen allen aus der Presse und jetzt aus dem Weißbuch bekannt, und Sie wissen, wie sie gelautet hat.

Herr Lloyd Georges hat zunächst die Schuldfrage aufgerollt und hat den ganzen Vertrag und alle Forderungen der Alliierten unter das Licht der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege gestellt. Er hat dann die Belastungsfrage besprochen und nachzuweisen gesucht, daß Deutschland an Steuern unmäßig viel zu wenig bezahle

(Heiterkeit)

und daß Deutschland durch den Krieg ganz im Gegensatz zu einigen alliierten Ländern fast gar nicht betroffen worden sei.

(Erneute Heiterkeit.)

Er hat dann das **Ultimatum** gestellt, das in Paris angedroht war; er hat gesagt, daß dieses Ultimatum am Montag in Kraft treten würde, wenn wir nicht bis dahin vollkommen gleichwertige Gegenvorschläge zu den Pariser Forderungen gemacht hätten. Es ist selbstverständlich, daß wir bei dieser hastigen Beantwortung unserer Vorschläge versuchen mußten, nunmehr bis zum Tage des Ultimatums in Verhandlungen mit den Gegnern zu kommen, die über die bisher besprochenen mit nicht offiziellen Persönlichkeiten hinausgingen. Ich habe infolgedessen von Vermittlern Gebrauch gemacht, die sich mir angeboten haben. Ich habe es erzielt, daß in den Tagen am Sonnabend und Sonntag zwischen Mitgliedern der beiderseitigen Delegationen eingehende und sehr nachdrückliche **Verhandlungen über neue Vorschläge** geführt worden sind. Diese Verhandlungen haben sich ungefähr auf folgende Punkte erstreckt:

Zunächst hat man versucht die **Verkürzung der Pariser Frist von 42 Jahren** auf die friedensvertragsmäßige **Frist von 30 Jahren** herbeizuführen. An sich waren dazu (D) die Gegner geneigt; aber es zeigte sich bald, daß die Bedingungen, unter denen man eine solche Verbesserung der Pariser Vorschläge hätte erzielen können, untragbar waren; denn sie wurden nur so angeboten, daß wir jährlich 3 Milliarden Goldmark während dieser 30 Jahre zahlen mußten und darüber hinaus der variable Faktor so sehr erhöht wurde, daß er dem Gesamtwert der Pariser Forderungen, also schätzungsweise 226 plus 42 oder 43 Goldmilliarden, nahegekommen wäre. An eine solche Erhöhung des variablen Faktors konnte von deutscher Seite ebenso wenig gedacht werden, als wir uns der Notwendigkeit aussetzen konnten, für jedes der nächsten 30 Jahre 3 Milliarden fest zu versprechen auf die Gefahr, daß schon gleich im Anfang ein Zurückbleiben in dieser Ziffer eintrat und dann die Sanktionen von vornherein ihr Spiel begonnen hätten. Außerdem aber scheiterte dieser Vorschlag daran, daß alle Voraussetzungen, die wir daran knüpfen mußten, die Frage Oberschlesiens, die Frage der Generalklausel, die Frage des freien deutschen Handels, von der Gegenseite abgelehnt wurden. Mit diesem Vorschlag war also das Ziel nicht zu erreichen.

Ich habe mir dann besondere Mühe gegeben, den Gedanken in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu rücken, den ich gern schon früher darin gesehen hätte, den des **technischen Wiederaufbaues der zerstörten feindlichen Gebiete.**

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Das ist von jeher eines meiner allerdringendsten Anliegen gewesen, daß nach dieser Richtung hin endlich einmal Arbeit geleistet wird.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Ich habe nicht nur in Spa diesen Gedanken öffentlich in den Mittelpunkt gerückt, ich habe auch später während meiner nichtamtlichen Tätigkeit meine Aufmerksamkeit von

(Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) vornherein darauf gerichtet, und ich habe deswegen auch jetzt wieder noch auf der Reise nach London mit Sachkennern über die Materie verhandelt. Dabei kam uns nun aber in den Weg, daß die ersten Vorschläge, die wir in Spa machten, von der Gegenseite vollkommen mißverstanden worden waren. In der außerordentlichen Besorgnis vor der deutschen Tätigkeit, die wir überall bei unseren Gegnern sehen, hatten sich namentlich die Franzosen eingebildet, wir wollten den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete so durchführen, daß wir große **deutsche Arbeiterkolonien in Nordfrankreich** gründeten, die dann jahrelang mit Weib und Kind dort hausen und allmählich Nordfrankreich mit deutschen Siedelungen durchsetzen würden. Davor hatten sie eine ganz außerordentliche Scheu und haben infolgedessen auch unsere Vorschläge schroff abgelehnt.

Noch etwas anderes kommt hinzu: die **Furcht der französischen Unternehmer vor der deutschen Konkurrenz!** Französische Unternehmer haben große Sorge, daß, wenn die Deutschen sich zu stark beim Wiederaufbau beteiligten, ihnen Gewinne auf diese Weise entgehen könnten,

(hört! hört! rechts; — Bewegung auf der äußersten Linken)

ein Gesichtspunkt, der angesichts der Not der Bevölkerung der besetzten Gebiete wahrlich keine Rolle spielen sollte. Aber man mußte naturgemäß diese Gesichtspunkte berücksichtigen. So haben wir es uns angelegen sein lassen, nach Plänen zu sinnen, die es der deutschen Arbeiterschaft ermöglichen sollten, ihre Tätigkeit für das Reparationsproblem auf deutschem Boden zu entfalten und erst das Ergebnis auf französischen Boden überzuführen, wo es dann mit verhältnismäßig geringerer Beteiligung deutscher Arbeit in Häuser und Wohnungen für die Bevölkerung des französischen Nordgebietes hätte umgewandelt werden können.

(B) Diese Pläne habe ich den Gegnern in vertraulichen Besprechungen vorgeführt und habe viel Aufmerksamkeit und viel Interesse dafür gefunden. Allerdings hat einer der Delegierten Frankreichs, den ich als den eigentlichen Hauptgegner der Verständigung bezeichnen möchte, diese Pläne als Theorie abtun zu können geglaubt. Sie sind nicht Theorie. Sie sind bereits in kleinem Umfange durchgeführt und werden binnen kurzem in größerem Umfange durchgeführt werden. Denn, meine Damen und Herren, es sind nicht Pläne, die etwa bloß für Frankreich gemacht sind; es sind Pläne, die gemacht worden sind, um unserer eigenen großen Wohnungs- und Siedlungsnot zu steuern. Wir würden Frankreich so teilnehmen lassen an dem, was wir für uns selbst gefunden zu haben glauben.

Ich kann nur wiederholen: Dieser Gedanke des Wiederaufbaues muß auch künftighin von uns in den Mittelpunkt der Arbeit für die Verständigung gestellt werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten, rechts und im Zentrum.)

Und wir sind jedem, sei er Unternehmer, sei er Arbeiter, dankbar, wenn er in seinem Kreise dafür sorgt, daß mehr und mehr hier Verständigung erzielt wird über die Methoden und auch Anknüpfungen gefunden werden jenseits der Grenzen mit den Gleichgesinnten, die mit uns die offene Wunde am Leibe Europas schließen möchten. Aber, wie gesagt, auch dieser Vorschlag hat zu praktischen Ergebnissen nicht geführt, weil er den Gegnern nicht dasjenige zu geben schien, was sie hauptsächlich wollen, nämlich eine große **finanzielle Hilfe.**

Es ist mir immer unverständlich gewesen, wie die Gegner denken konnten, daß sie mit den Pariser Beschlüssen eine solche finanzielle Hilfe bekommen könnten.

(Sehr wahr!)

(C) Ich habe ihnen auseinandergesetzt, daß die **Bons, die wir für 42 Jahre** halbjährlich ausstellen sollten, also 84 Bons auf künftige politische Finanzleistungen Deutschlands, ebensowenig geeignet wären für eine wirklich bankmäßige Finanzoperation als der berühmte Schuldschein auf den Inhaber über 40 Milliarden Goldmark, den wir am 10. Januar 1920 übergeben haben und der begleitet war von einem weiteren Verpflichtungsschein über nochmals 40 Milliarden. Auch bei den Verhandlungen der Friedenskonferenz in Paris hat man geglaubt, mit diesen in den Friedensvertrag hineingearbeiteten Instrumenten die Unterlage für eine große Finanzoperation zu finden, und ist damit vollkommen gescheitert. Ganz genau so würde es mit diesen Bons sein; denn solange streitig ist, wieviel von den deutschen Vorleistungen und Sachleistungen auf dieses Zahlungsversprechen anzurechnen ist, solange streitig ist, wieweit überhaupt der Friedensvertrag praktisch durchführbar sein wird, so lange sind die Bons nur Aussichten auf die Zukunft, aber keine festen Papiere über bestimmte Zahlungen, sodaß sie ein Bankier lombardieren und diskontieren könnte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das wäre erst möglich gewesen, wenn wir uns über eine Anleihe verständigt hätten, für die Deutschland dann die Garantie übernommen hätte. Das wäre erst möglich gewesen, wenn Deutschland mit den Geldgebern selbst hätte verhandeln können, sei es nun, daß Deutschland diese Anleihe allein übernahm oder daß die Welt zu der Überzeugung gelangte, daß das ungeheure Finanzproblem der Reparatoin überhaupt nicht von einer einzigen Nation gelöst werden kann.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Nach dem Scheitern dieser verschiedenen Versuche kamen wir dann auf das **Provisorium** zurück. Die Vorgeschichte des Provisoriums ist Ihnen bekannt. Es war ein Gedanke der Brüsseler Sachverständigen, ein Gedanke, (D) den die französische Regierung durch ihren hiesigen Vertreter offiziell aufnahm und den die englische Regierung offiziell durch ihren hiesigen Geschäftsträger unterstützte.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Wenn Herr Lloyd George jetzt sagt: Kein Staatsmann oder, wie es in dem endgültigen Protokoll heißt, keine Konferenz von Staatsmännern in irgendeinem der alliierten Länder hätte das für möglich gehalten, so widerspricht das der offiziellen Haltung der französischen und der englischen Regierung gegenüber der deutschen Regierung.

(Lebhafte Rufe rechts, im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Wir konnten infolgedessen nicht annehmen, daß das Provisorium mit den Gründen abgelehnt werden würde, mit denen Lloyd George es schließlich verworfen hat.

Dieses Provisorium ist durch die Pariser Beschlüsse zerschlagen worden; ich habe sowohl im Reichstag wie auch später in Süddeutschland gesagt: Wir können nach den Pariser Forderungen nicht ohne weiteres zu dem Provisorium zurückkommen. Jetzt müssen zuerst einmal unsere Gegenvorschläge gemacht werden. Die sind gemacht worden. Die Voraussetzung ist eingetreten, und jetzt war die Möglichkeit für ein Kompromiß auf der Basis des Provisoriums, daß die beiden Stellungnahmen miteinander zu vereinigen suchte, wieder gegeben.

Wir haben den Gegenvorschlag eines Provisoriums zunächst auf unsere eigenen endgültigen Gegenvorschläge abgestimmt. Da waren ja die ersten fünf Jahre als Schonzeit ausgebildet, und wir hatten da im ganzen 8 Milliarden Gold im Wege der Anleihe direkt und 5 Milliarden Gold im Wege einjähriger Annuitäten von je 1 Milliarde zugesagt. Das war aber für die Gegner nicht genug. Wir haben denn auch die Brüsseler Vorschläge in Betracht gezogen. Die Brüsseler Vorschläge kommen im Grunde

(Dr. Simons, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) auf dasselbe hinaus. Sie sagen, daß Deutschland 5 Jahre lang je 3 Milliarden Goldmark zahlen soll. Das ist natürlich ganz ausgeschlossen, daß Deutschland in den ersten 5 Jahren je 3 Milliarden Goldmark aus dem eigenen Vermögen zahlt. Wenn es überhaupt jemals in die Lage kommen sollte, 3 Milliarden Goldmark aus seinen Exportüberschüssen herauszuwirtschaften, wird das ganz sicher in keinem der ersten 5 Jahre sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Also auch diesen Vorschlag konnten und durften wir nur in der Weise machen, daß wir ihn mit der Anleihe verbanden. Mit der Anleihe wären wir fast ganz auf denselben Boden gekommen wie mit unseren eigenen ersten Vorschlägen, wenn man sie nur für die ersten 5 Jahre betrachtet. Aber auch das war bei den Gegnern nicht durchzusetzen. Sie waren doch nicht dahin zu bringen, den variablen Faktor für die ersten 5 Jahre auszuschalten. Wir haben es deswegen zuletzt für unsere Pflicht gehalten, auch noch diesen letzten Versuch zu machen, uns mit den Gegnern auf einen Verständigungsboden zu begeben, und haben infolgedessen die **Pariser Basis für die ersten 5 Jahre grundsätzlich akzeptiert.** Das heißt folgendes: Die Pariser Basis ist geringer in den festen Annuitäten als die Brüsseler Vorschläge. Sie hat nicht fünfmal 3 Milliarden Goldmark, sondern zweimal 2 Milliarden und dreimal 3 Milliarden Goldmark, also an Stelle von 15 Milliarden nur 13 Milliarden. Daneben aber wollten die Gegner die 12prozentige Ausfuhrabgabe, und auf diese konnten wir uns nicht einlassen. Wir haben aber angeboten, ein Äquivalent dafür zu finden.

(Hört! Hört!)

Damit waren wir in eine Unsicherheit gekommen; denn das Äquivalent war nicht sicher abschätzbar, und darin lag eine Gefahr.

Es lag aber noch eine andere Gefahr vor, und das (B) war die **Gefahr der Anleihe.** Die Anleihe war von uns ursprünglich so gedacht worden, daß sie ein „sine qua non“ unserer Gegenvorschläge war. Die Alliierten hatten aber keinen Zweifel darüber gelassen — und das geht schon aus der ersten Rede von Lloyd George hervor —, daß sie unter keinen Umständen gewillt waren, das Risiko dieser Anleihe zu übernehmen. Infolgedessen fragte es sich für uns, ob wir dieses Risiko übernehmen konnten, das heißt, ob wir für den Fall, daß nicht die vollen acht Milliarden Goldmark zu erzielen sein würden, dann die Differenz noch innerhalb der ersten fünf Jahre abführen wollten; auch ein schweres Risiko, ein Risiko, vor dem wohl Sorge, bange Sorge die Brust der Delegierten beschleichen konnte. Nach sehr reiflichen Erwägungen, bei denen unsere finanztechnischen Sachverständigen ausführlich gehört wurden und sich für die Gestaltung dieses letzten Gegenangebotes aussprachen, haben wir uns zu diesem Gegenangebot entschlossen.

Es war aber inzwischen von der deutschen Regierung uns mitgeteilt worden, daß die **deutsche Regierung** ganz **neue Gegenvorschläge** vorbereite und Vorbereitungen für nötig hielte. Wir hatten infolgedessen den Auftrag, für diese neuen Gegenvorschläge eine Vertagung auf der Konferenz zu beantragen und gleichzeitig in unseren letzten Gegenvorschlägen das Risiko der Anleihen nicht zu übernehmen. Die Weisungen, die wir unmittelbar vor Abschluß von Berlin bekamen, setzten eine Situation voraus, die nicht mehr bestand, nämlich die Situation, als hätten sich die Alliierten über die Übernahme des Risikos noch nicht ablehnend geäußert. Wir haben infolgedessen die Weisung der Regierung in diesem Punkte nicht einhalten können, und ich habe die schwere Verantwortung auf mich genommen, über die Weisung der Regierung in diesem Punkte hinauszugehen.

(Hört! Hört!)

Ich gestehe das offen ein, ich habe das auch der Regierung (C) gegenüber eingestanden, ich habe auseinandergesetzt, daß dieses Hinausgehen taktisch unbedingt geboten war, wenn man überhaupt einen positiven Vorschlag und nicht bloß die Bitte um Vertagung an die Gegner bringen wollte. Ich habe außerdem auseinandergesetzt, daß die vermutlichen finanziellen Unterschiede zwischen den beiden Weisungen zwar vorhanden, aber nicht so stark waren, wie dies vielleicht erscheinen konnte, wenn man die Wirkung der Anleihe nicht mit in Rechnung zog. Die Regierung hat mir für diese **Ueberschreitung meiner Weisungen** ihre Zustimmung gegeben, und infolgedessen bin ich ermächtigt, vor dem Reichstag zu erklären, daß die Regierung dieses Verhalten der Delegation vor der Londoner Konferenz gebilligt hat.

Ich komme nun auf die Frage: **wie hat sich die Gegenseite zu diesem** unserem letzten, sehr schwer von unserem Herzen gerissenen **Vorschlag gestellt?** Der Vorschlag ist wiederum nur als ein Verspotten und Hintergehen des Friedensvertrags erklärt worden.

(Hört! Hört! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist mir vollkommen unverständlich, wie man das sagen konnte, nachdem uns im Januar von der Gegenseite solche Vorschläge selbst gemacht worden waren.

(Sehr richtig!)

Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir bei diesem letzten Vorschlag keine Minimalverpflichtung auch für die übrigen 25 Jahre übernommen hätten. Ja, dann wäre es eben kein Provisorium gewesen.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Wir hatten festgestellt, daß man über das Minimum der letzten 25 Jahre noch nicht einig werden konnte, weil die Gegenseite zum mindesten unsere Leistungsfähigkeit nicht richtig einschätzte, wobei ich dahingestellt sein lasse, ob in (D) Deutschland schon das **Bedürfnis unserer Gegner** richtig eingeschätzt ist. Denn das muß ich hier doch sagen: wenn man in London mit den Gegnern Auge in Auge verkehrt, wenn man hört, wie es bei ihnen aussieht, unter was für Nöten und Sorgen sie selber leiden, dann wird einem doch klar, daß ihre Forderungen nicht bloß von Siegestaumel oder von Machtgelüsten eingegeben sind, sondern im Gegenteil das Ergebnis außerordentlich schwerwiegender Sorgen und Nöte in ihren eigenen Ländern.

(Sehr wahr! links.)

Es muß das erkannt werden, meine Damen und Herren, wir kommen sonst niemals aus den ewigen Sanktionen und aus den ewigen Mißverständnissen heraus.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Gegenüber dieser allgemeinen Anklage, daß wir unsere Verantwortlichkeit nicht erkennten, daß wir keine Sicherheit für die Zukunft geben, hat nun aber Herr Lloyd George einen Einwand gemacht, der mich wirklich überrascht hat. Er hat gesagt: „Dadurch, daß wir dieses **Provisorium mit der Anleihe** versucht hätten, hätten wir ja unsere Zukunft bereits belastet“. Ja, das ist gewiß eine Sorge, die wir uns wohl machen konnten, ob wir dann späterhin noch die Möglichkeit hätten, unsere Zinsen und unsere Amortisation für die Anleihe zu zahlen und doch den weiteren Forderungen der Entente entgegenzusehen. Daß aber Gegner, die von uns nach kurzer Schonzeit 31 Jahre lang 6 Milliarden Goldmark jährlich verlangen, darüber entsetzt sind, daß wir nun bloß die Zinsen von 8 Milliarden während der späteren Jahre zahlen müßten, das kann ich nicht verstehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Das kann von ihrem Standpunkt aus keine so schwere Belastung unserer Zukunft sein.

(Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Dann ist uns noch entgegengehalten worden, das wäre gar kein Vorschlag für 5 Jahre, sondern nur ein Vorschlag für 5 Wochen, weil wir nämlich auch hier **Oberschlesien** und sein **Verbleiben beim Reich** zur **Voraussetzung für unsere Zusage** gemacht haben. Ja, woran lag es denn, daß das nur eine Zusage für 5 Wochen war? Doch nicht an uns, die wir gezwungen wurden, diese Vorschläge voreilig zu machen, sondern an denen, die nicht die Ruhe hatten, auch nur eine Woche abzuwarten, ob wir neue Gegenvorschläge machten,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts)

und nicht die Ruhe hatten, erst abzuwarten, wie sich die Lage in Oberschlesien gestaltete, bevor sie über unsere Gegenvorschläge mit uns einig wurden. Auch dies halte ich also für keinen berechtigten Vorwurf.

Das Letzte, was die Antwort Loyd Georges enthielt, war die Ankündigung der **Zwangsmaßnahmen,** dieser Zwangsmaßnahmen, gegen die ich im voraus in meiner zweiten Rede alles an Gründen ins Feld geführt hatte, was mir zu Gebote stand, dieser Zwangsmaßnahmen, die meines Erachtens auch nicht die Spur von Rechtsbegründung haben, nach keiner Richtung.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten im Zentrum und rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir damals gleich, als sie angekündigt wurden, in London ein Rechtsgutachten erstatten lassen, das die sogenannten Sanktionen unter die Lupe nahm. Der wesentliche Inhalt dieses Rechtsgutachtens ist enthalten in den Ausführungen meiner zweiten Rede, die Sie in dem Weißbuch wiedergegeben finden. Darüber hinaus habe ich veranlaßt, daß ein erweitertes Rechtsgutachten von der Rechtsabteilung meines Amtes hergestellt wird, das teilweise unseren Missionen mitgeteilt werden soll, das aber nach seiner Vervollständigung auch dem Reichstag wird vorgelegt werden können. (B) Die Hauptgrundgedanken, die uns geleitet haben, finden Sie aber, wie gesagt, bereits in dem Weißbuch. Ich kann sie ganz kurz wiederholen.

Sanktionen, die sich auf eine Besetzung weiteren deutschen Gebietes beziehen, gibt es überhaupt nicht; solche sind im ganzen Friedensvertrag nicht enthalten.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Es gibt nur wirtschaftliche Repressalien, wirtschaftliche Sanktionen in der Reparationsfrage im § 18 des Annexes 2 zu Art. 232, und es gibt bestimmte Verlängerungen oder Erneuerungen der Okkupation der schon bisher besetzten Gebiete, wenn wir die Verpflichtungen nicht erfüllen, die wir mit der Reparation auf uns genommen haben, oder wenn wir die Gegner mit einem neuen Angriffskrieg bedrohen. Keine von diesen Voraussetzungen liegt vor. Für keine der Sanktionen, die uns angedroht werden, besteht deswegen eine rechtliche Unterlage. Ich wiederhole hier den Protest, den ich in London erhoben habe, vor der deutschen Öffentlichkeit und vor der Welt und stelle fest, daß von den Juristen, die nach Zeitungsmitteilungen in London die Konferenz unserer Gegner gehört haben sollen, auch nicht ein einziger eine Entkräftung unserer Darlegungen versucht zu haben scheint.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Mich wundert das um so mehr, als unter diesen Juristen, die den gegnerischen Delegationen beigegeben worden waren, sich Männer befinden, deren Namen, wie mir als internationalem Juristen von früher her bekannt ist, guten Klang haben und die ich mit hoher Achtung zu nennen gewohnt war.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Wie ist nun gegenüber diesen Sanktionen die Haltung, die die Regierung künftig einzunehmen hat? (C) Darüber hat die **Regierung** in der letzten Kabinettssitzung eingehend verhandelt, und sie ist sich über das **weitere Vorgehen** einig geworden. Das nächste liegt ja eigentlich darin, daß man dem Zorn, der einen bei so rechtswidrigen Gewalttaten überkommen muß, freien Lauf läßt. Denn es gibt kaum eine schwerere Attacke auf die Hoheitsrechte eines Staates und Volkes als die rechtswidrige Besetzung seines Territoriums.

(Lebhafte Zustimmung.)

Man könnte infolgedessen daran denken, die Beziehungen zu denen, die uns solches antun, abzubrechen. Aber so ist die Lage nicht; denn noch berufen sich, wenn auch ohne nähere Begründung, die Gegner auf den Vertrag, noch behaupten sie, mit Rechtsmaßregeln gegen uns vorzugehen, wenn sie auch keine Spur von Grund dafür angeführt haben. Ferner ist auch unsere Lage in der Welt nicht so, daß wir glauben könnten, sie durch einen **Abbruch der Beziehungen** irgendwie zu verbessern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wer sich in der Welt umsieht — und man kann sich jetzt von London aus in der Welt besser umsehen als von Berlin aus —,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

der sieht, wie allgemein noch in der Welt die Meinung vorhanden ist: Deutschland ist im Unrecht, und Deutschland hat nicht genug getan, um das Unrecht gutzumachen, auch seine letzten Angebote sind nicht groß genug. Wenn wir jetzt zu harten und scharfen Maßregeln übergehen würden, würde man darin nur eine Bestätigung dieser ungünstigen Meinung finden, und wir würden alles an günstiger Meinung verlieren, die wir so dringend brauchen, um aus unserer schweren Not herauszukommen.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Wir könnten ein anderes tun. Wir könnten sagen: die Gegner haben den **Friedensvertrag zerrissen,** und er gilt auch für uns nicht mehr. Nein, meine Damen und (D) Herren, auch das wäre ein falscher Schritt.

(Sehr gut! links.)

Es ist nicht recht, daß wir uns, wenn unser Vertragsgegner den Vertrag nicht erfüllt, von dem Vertrag losreißen. Man soll nicht immer Böses mit Bösem vergelten.

(Lachen rechts. — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

— Nein, im Vertragsverhältnis soll man das nicht. Im Vertragsverhältnis soll man den Gegner dazu anhalten, daß er seine Pflichten erfüllt, und soll seine Pflichten weiter erfüllen. — Für die deutsche Regierung gilt nach wie vor das Programm: **Erfüllung des Friedensvertrages** von Versailles in den Grenzen des Möglichen, aber nicht mehr.

(Lebhafte Zustimmung.)

Können wir nun auf Grund der gegenwärtigen Sachlage in **weitere Verhandlungen mit den Gegnern** eintreten? In London hat die Presse berichtet, ich hätte zu ihren Vertretern gesagt, ich wäre überzeugt, bald zu diesem Zwecke nach London zurückzukommen. Das ist nicht wahr; ich habe Derartiges nicht gesagt. Was ich gesagt habe, steht in dem Wortlaut meiner letzten Rede vor der Konferenz von London. In dieser Rede habe ich hervorgehoben, in welchen Punkten wir bereits mit Lloyd George zu der Möglichkeit einer Verständigung gekommen waren. Ich habe davon gesprochen, daß auf Grund dieser Möglichkeiten eine neue Verhandlung sich hätte anbahnen lassen, daß aber leider durch die Sanktionen, wenn solche Verhandlungen künftig stattfinden sollten, die Atmosphäre sehr wenig günstig geworden wäre.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist die Haltung, die ich einnehmen mußte, wenn ich nicht der deutschen Regierung und dem deutschen Volke

(Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) den Weg zu einer späteren Verständigung verbauen wollte. Das habe ich nicht getan. Ich habe aber keineswegs damit das deutsche Volk und die deutsche Regierung nunmehr daraufhin festgelegt, daß sie jetzt unmittelbar in Verhandlungen eintreten müssen. Nach der Überzeugung der Regierung müssen wir freilich alles tun, was wir tun können, um neue Mittel und Wege zu finden, die einen Gegenvorschlag auf anderer Basis ermöglichen. Da sind Beratungen, da sind Erwägungen nötig, die wir alsbald mit Sachverständigen anstellen können. Aber, meine Damen und Herren, in dem Moment, wo man uns eine solche Ohrfeige gibt, gleich die Hand hinzustrecken und zu sagen: wir wollen wieder Freunde sein, — das ist mehr, als man jetzt von uns verlangen kann.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das geht auch aus einem anderen Grunde nicht. Wenn Lloyd George gesagt hat, daß jede neue Verhandlung nur eine Verhandlung für fünf Wochen wäre, solange sie auf Oberschlesien abgestellt wird, dann können wir nicht weiter verhandeln, ehe die oberschlesische Frage geklärt ist; erst nach dieser Klärung kann eine neue Verhandlung eintreten.

Wenn wir in diese neuen Verhandlungen eintreten, dann möchte ich doch darauf hinweisen, daß die **Basis für eine Verhandlung durch die Sanktionen** selbst ganz außerordentlich **verändert** worden ist.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien und rechts.)

Sie ist psychologisch verändert, und sie ist ökonomisch verändert.

(Erneute Zustimmung.)

Psychologisch ist sie verändert! — Meine Damen und Herren! Wir sind nach London gekommen, wahrlich mit dem besten Willen, zu einer Verständigung zu gelangen, und mit dem besten Willen, uns für das hohe Gut der Verständigung außerordentliche Opfer aufzuerlegen.

(Bravo! links und bei den Deutschen Demokraten.)

(B) Aber ein Volk, dem man das antut, was uns jetzt die Gegner mit den Sanktionen antun, findet nicht gleich die Stimmung wieder, mit der wir nach London gegangen sind.

(Lebhafte Rufe: Sehr richtig! — Bravo!)

Und nun die **ökonomische Lage!** Man darf die **Wirkungen der Sanktionen** nicht unterschätzen.

(Zustimmung.)

Das Rheinland wird bald merken, wie schwer es unter ihnen zu leiden hat,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum)

und darüber hinaus wird auch ganz Deutschland merken, wie es darunter zu leiden hat. Was geschieht denn? Es wird in dem großen niederrheinischen Industriebezirk Werk von Werk, Erzeugnisstätte von Erzeugnisstätte auseinandergerissen, und darüber hinaus wird der Warenverkehr zwischen einem so regsamen Industrie- und Wirtschaftsgebiet wie dem Rheinlande und dem ganzen übrigen Deutschland unter die allerschwersten Hemmnisse gestellt durch Einfuhr- und Ausfuhrkontrolle, durch Einfuhr- wie Ausfuhrabgabe. Daß das für die Gesamtheit unserer Wirtschaft und besonders für den wirtschaftlichen Wert unserer rheinischen Produktion von den verhängnisvollsten Wirkungen sein muß, das ist klar.

Dazu kommt dann die eigentümliche Idee von Lloyd George, über die wir an sich wohl hätten verhandeln können, um damit eine Sanktion zu vermeiden, die uns jetzt aber als Sanktion vorgesetzt wird, die Idee, als ob die **Alliierten** sich große Schätze dadurch sammeln könnten, daß sie **von dem Kaufpreise deutscher Ausfuhrgüter** einen erheblichen **Teil beschlagnahmen** und in den eigenen Staatsschatz auf Kosten des Reparationskontos abführen,

(Rufe rechts: Unerhört!)

wobei dann Deutschland überlassen bleibt, aus seinen eigenen Papierdruckmaschinen den Gegenwert herauszuholen, (C) der dem Verkäufer gezahlt werden soll.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Dieses Vorgehen der Alliierten halte ich für einen der schwersten und verhängnisvollsten Fehler, den man im Interesse des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft überhaupt begehen konnte,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

einen großen Fehler auch für die Alliierten; denn sie werden den ganzen Warenhandel, den sie doch einmal mit Deutschland haben müssen, auf die Schieberwege stoßen, sie werden überall wieder Spionage einführen müssen, und alles, was wir tun müßten, um die Wirtschaft zu beleben, nämlich Befreiung von den Hemmnissen, Befreiung von Spionage und Schieberei, das wird ins Gegenteil umgedreht.

(Lebhafte Zustimmung.)

Sie werden die große Aufgabe der Retablierung der internationalen valutarischen Verhältnisse, die nicht ohne Stabilisierung der deutschen Valuta gelöst werden kann, hoffnungslos dadurch erschweren, daß sie uns eine ganz unübersehbare neue Inflation unserer Papiervaluta zumuten. Man kann im voraus niemals wissen, wie sich der Export nach den alliierten Ländern in den nächsten Jahren gestalten wird. Kein Finanzmann kann in das nächste Budget mit irgendwelcher Sicherheit den Bedarf hineinstellen, der für die Entschädigung der deutschen Verkäufe nötig wäre. Also bei solchen schweren Folgen werden wir unsere Angebote für London nicht wiederholen können,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

sondern wir werden nach neuen suchen müssen, wenn sie von uns erwartet werden,

(erneute Zustimmung und Zurufe)

— selbstverständlich auf Grund der verschlechterten Basis!

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einen (D) Vergleich! Mir kommt es vor, als wenn die Alliierten die deutsche Wirtschaft wie eine Uhr behandeln, die ihnen nicht schnell genug geht. Sie wollen, daß sie schneller gehen soll. Statt daß sie sie von den Hindernissen befreien, die sich in das Gehwerk eingeschlichen haben, den Staub beseitigen, das Werk schmieren, damit es besser läuft, nehmen sie wichtige Räder heraus und wollen dann, daß die Uhr besser und schneller laufen soll. Das ist doch nicht die richtige Taktik.

(Sehr richtig!)

Sie wird sich meiner Ansicht nach sehr bald als das herausstellen, was sie ist: als eine finanzpolitische Utopie und als ein wirtschaftlicher Widersinn.

(Lebhafte Zustimmung.)

Nun, meine Damen und Herren, ist aber noch eine Frage, die ich nicht unbesprochen lassen kann, es ist die Frage, die Lloyd George in das Zentrum seiner ganzen Ausführungen gestellt hat: die Frage der Verantwortlichkeit, die **Schuldfrage.** Wer von uns Unerfüllbares fordert und sagt: ich tue das deswegen, weil du ganz allein für alles das verantwortlich bist, was wir erleiden, und weil du deshalb allein dich plagen mußt, damit diese Leiden aus der Welt geschafft werden, — der zwingt uns geradezu dazu, nachzuweisen, daß diese Voraussetzung falsch ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben zwar in Versailles unterschrieben, daß Deutschland die einzige Ursache am Kriege ist. Aber es ist nicht so, und es sitzt kein Mann und keine Frau in diesem Saale, die glauben, daß Deutschland die einzige Ursache dieses Krieges ist.

(Sehr richtig!)

Aber die Beteiligung Deutschlands läßt sich streiten. Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, wir wären

(Dr. Simons, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) schuldlos, wir hätten keine Ursache gegeben. Aber daß es unrichtig ist, Deutschland allein schuldig zu machen, allein verantwortlich zu machen, als einzige Ursache hinzustellen, das muß die Welt allmählich einmal lernen, und es ist unsere Pflicht, alles zu tun, damit diese Frage geklärt wird.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das werden wir alle zusammen tun müssen und zwar leidenschaftslos und mit voller Liebe zur Wahrheit. Wenn wir dabei verschiedene Wege gehen, so schadet das nicht. Mag jeder dazu sein Teil beitragen! Die endgültige Wahrheit muß sich doch finden. Und wenn Lloyd George an mich die Pilatus-Frage gerichtet hat: wann beginnt die Geschichte? — so ist die Geschichte immer am Arbeiten, und ich vertraue ihr, daß sie die Wahrheit endlich zum Siege bringen wird.

(Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Meine Damen und Herren! Als Führer der deutschen Delegation erwarte ich nicht von Ihnen und verlange ich nicht von Ihnen, daß Sie jeden Schritt der Delegation, der in London geschehen ist, billigen werden. Ganz im Gegenteil: darüber wird jeder von Ihnen seine eigene Meinung haben. Aber für eins bedarf ich selbst und bedarf ich auch im Namen der Regierung, die sich an meine Seite gestellt hat, eine ausdrückliche und klare Erklärung dieses hohen Hauses, daß Sie den endgültigen Entschluß der deutschen Delegation, nämlich die Ablehnung unserer Vorschläge durch die Alliierten, die **Ablehnung der alliierten Forderungen** durch uns eher hinzunehmen, als uns unter unerfüllbare gegnerische Forderungen zu beugen, durch Ihre **Billigung** und Ihre Zustimmung decken.

(Bravo!)

Sonst ist es allerdings richtiger, daß Sie sich jemand anderes suchen, der künftig Ihre Verhandlungen mit der Gegenseite führt. Zu solchen Verhandlungen wird es ja einmal kommen müssen, und dann dürfen diese Verhand-(B)lungen nur von einer Regierung und nur von einem Außenminister geführt werden, der nach dieser Richtung hin Ihr Vertrauen hat.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Präsident: Die Tribünen dürfen sich an den Kundgebungen des Hauses nicht beteiligen.

Wir treten in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Trimborn.

Trimborn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Namen der Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei sowie des Bayerischen Bauernbundes und der Deutschhannoveraner habe ich folgende Erklärung abzugeben.

Die von unseren Gegnern **in Paris aufgestellten Forderungen** sind für uns **unerfüllbar und** daher **unannehmbar.**

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Das deutsche Volk ist entschlossen, seine ganze Kraft anzuwenden, um vertragsmäßig übernommene Forderungen innerhalb des Rahmens seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Weder die heutige noch irgendeine andere deutsche Regierung kann aber Verpflichtungen übernehmen, welche diese Leistungsfähigkeit übersteigen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie muß dies ablehnen für die Gegenwart, und sie muß es ablehnen mit Rücksicht auf die Sorge für künftige Geschlechter.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wir stellen fest, daß die deutsche Regierung schon (C) seit März 1919 sich wiederholt bereit erklärt hat, durch praktische Mitwirkung den **Wiederaufbau der** im Weltkrieg **verwüsteten Provinzen Nordfrankreichs** sicherzustellen. Diese wiederholten Anerbietungen Deutschlands sind bis heute unbeachtet geblieben.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Frankreich kann nicht weiterhin an das Mitgefühl der Welt für die Lage der Bewohner dieser Provinzen appellieren, wenn es die deutsche Bereitwilligkeit erneut zurückweisen sollte.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Wie die Leiden des Krieges in einem durch den Krieg zerstörtem Gebiete geheilt werden können, hat Deutschland bei dem Wiederaufbau zerstörter Ortschaften in Ostpreußen bewiesen

(sehr gut!)

und würde es in Nordfrankreich beweisen können, wenn die Haltung Frankreichs dies nicht bisher unmöglich gemacht hätte.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Die **Forderung maßloser Entschädigungssummen** hindert die Herbeiführung eines endgültigen Friedenszustandes, den nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt braucht, wenn nicht Weltwirtschaft und Weltfinanzen völliger Zerstörung anheimfallen sollen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn Frankreich glaubt, daß deutsche Schuldverschreibungen ihm die Möglichkeit geben würden, seine eigenen Finanzen zu bessern, so vergißt es dabei, daß eine deutsche Schuldverschreibung sich nur stützen kann auf das Weltvertrauen (D) in die deutsche Wirtschaftskraft

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei)

und daß man nicht gleichzeitig die deutsche Leistungsfähigkeit erdrosseln und trotzdem unerhörte Verpflichtungen aus Deutschland herauspressen kann.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir billigen deshalb durchaus, daß die deutsche Delegation unter Führung des Herrn Außenministers Dr. Simons bei den Verhandlungen in London eine Zustimmung zu den Pariser Beschlüssen abgelehnt und den **Abbruch der Verhandlungen** hingenommen hat.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei, dem Bayerischen Bauernbund, bei den Deutschen Demokraten und bei den Deutschhannoveranern.)

Wir stellen gleichzeitig fest, daß durch den Abbruch der Verhandlungen seitens der Gegner die bisherigen Angebote Deutschlands hinfällig geworden sind.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Die Gegner haben die Ablehnung des versuchten Diktats mit **Strafmaßnahmen** gegen Deutschland beantwortet, welche die Besetzung deutscher Städte, die Errichtung einer neuen Zollgrenze innerhalb des deutschen Gebietes und die Einziehung eines Anteiles des Wertes deutscher Ausfuhr in sich begreifen. Das Vorgehen der Gegner ist eine Verletzung des Friedensvertrages,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum)

eine Verletzung des Völkerrechts

(lebhafte Zustimmung)

und eine Verletzung der Völkerbundsakte.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

(Trimborn, Abgeordneter.)

(A) Vor der ganzen Welt erheben wir hiermit feierlichen Einspruch gegen einen derartigen Rechtsbruch.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir kennen die schweren Wirkungen dieser neuen Gewalttaten gegen Deutschland; sie bringen neue seelische und materielle Not über die Bewohner des besetzten Gebiets.

(Sehr richtig!)

Wenn die Gegner aber glauben, mit diesen Maßnahmen den entschlossenen Sinn der **Bevölkerung der deutschen Rheinlande** zermürben zu können, so wird diese Hoffnung scheitern

(lebhafte Zustimmung und Beifall)

an der gerade in Zeiten der Not immer wieder bewährten Treue zum deutschen Vaterland.

(Erneuter Beifall.)

Wir danken der rheinischen Bevölkerung von ganzem Herzen für die Beweise der Liebe, Treue und Anhänglichkeit, die uns die Sicherheit gegeben haben, daß sie sich in ihrem Gefühl für die deutsche Schicksalsgemeinschaft durch diese Maßnahmen nicht beirren lassen werde.

(Stürmischer Beifall.)

Schulter an Schulter wird Deutschland mit den deutschen Rheinlanden auch weiterhin alle Prüfungen bestehen, die diese schwere Zeit uns erneut auferlegen wird.

(Lebhaftes Bravo.)

Das ganze deutsche Volk wird einstehen für die Not und für die Verluste, die unseren deutschen Brüdern und Schwestern durch die neuen Gewalttaten zugefügt werden sollten. Die in den Zeiten des Glückes ein einheitliches Volk waren und zusammenhielten, werden sich in der Zeit der Not durch Feindesgewalt niemals voneinander trennen lassen.

(Stürmischer Beifall.)

Von dieser Überzeugung durchdrungen, grüßen wir in (B) schwerer Stunde unsere deutschen Volksgenossen, welche die Opfer dieses Rechtsbruchs der Gegner geworden sind.

(Bravo!)

Wir sind überzeugt, daß die Strafmaßnahmen an ihrer Undurchführbarkeit scheitern werden.

(Sehr richtig!)

Unsere Gegner vergessen, daß die Weltwirtschaft ein Ganzes ist und daß die **Weltkrisis**, die im Gefolge einer $4^1/_2$jährigen Störung der Friedensarbeit eintrat, nur durch einen verständigen Ausgleich zwischen den großen Wirtschaftsgebieten gelöst werden kann.

(Sehr wahr!)

Die Welt leidet unter der Vernichtung der Kaufkraft großer Völker und braucht daher zu ihrer Gesundung die Stärkung der im Kriege verloren gegangenen wirtschaftlichen Kraft dieser Völker, namentlich Deutschlands, dessen Ruin alle Staaten in Mitleidenschaft ziehen würde.

(Sehr richtig!)

Nicht Deutschlands Verelendung, sondern allein die **Unterstützung Deutschlands in seiner ökonomischen Entwicklung** ermöglicht die **Erfüllung verständiger Entschädigungsforderungen**

(lebhafte Zustimmung)

und die Teilnahme anderer Nationen, insbesondere Frankreichs, an den Ergebnissen des deutschen Wiederaufstiegs. Dieser Gedanke ist auch von dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George wiederholt ausgesprochen worden. Die Forderungen der Gegner stehen aber in scharfem Gegensatz zu dieser Erkenntnis.

(Sehr richtig!)

Wir müssen im Interesse des Wiederaufbaues und des Friedens wünschen, daß eine endgültige Entscheidung über die deutsche Entschädigung gefunden wird. Für eine solche endgültige Entscheidung wie für ein für uns nur als allerletztes Mittel in Betracht kommendes Provisorium gilt dieselbe Voraussetzung deutscher Leistungsfähigkeit, (C) die der Ausgangspunkt für jede verantwortliche Regierung sein muß.

(Sehr wahr!)

Die Pariser Beschlüsse können weder für eine endgültige noch für eine vorläufige Regelung als Grundlage in Betracht kommen.

(Lebhafter Beifall. — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten. — Rufe rechts: Ruhe!)

Dem wiederholten Versuch des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, das deutsche Volk mit der alleinigen **Verantwortlichkeit für den Krieg** zu belasten, lehnen wir ab.

(Sehr gut! — Bravo!)

Wir würden unser Gewissen mit einer feigen Lüge belasten,

(stürmische Zustimmung)

wenn wir jemals eine derartige Beschuldigung des deutschen Volkes hinnehmen oder unwidersprochen lassen würden.

(Erneuter stürmischer Beifall und Zustimmung.)

Der englische Ministerpräsident Lloyd George, der selbst in seiner Rede vom 22. Dezember 1920 erklärt hat, daß kein europäischer Staatsmann diesen Krieg gewollt habe, der selbst erklärt hat, daß alle Regierungen in diesen Krieg hineingeschlibbert seien, setzt sich in Widerspruch zu diesen seinen Erklärungen, wenn er versucht, die moralische Verantwortung für die Leiden des Krieges dem deutschen Volke als dem Urheber des Krieges zuzudiktieren.

(Sehr wahr!)

Wir wissen, daß weder das deutsche Volk, noch die deutsche Regierung einen Krieg planmäßig vorbereitet oder gewollt haben;

(lebhafte Zustimmung; Widerspruch bei den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wir wissen, daß die deutsche Politik stets die Erhaltung des Weltfriedens als erstes Gebot angesehen hat.

(Erneute Zustimmung.) (D)

Wenn mangelnde Staatskunst in allen Ländern den Ausbruch einer Weltkatastrophe nicht verhindern konnte, so wird die intellektuelle Urheberschaft dieser Weltkatastrophe von einer objektiven Geschichtsschreibung niemals bei einem Volke gesucht werden können, das wie kein anderes durch friedliche Arbeit den Grundstein seines Glücks und seines Wohlstands gelegt hat und das im Frieden alles, im Kriege nichts gewinnen konnte.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wenn es den Regierungen der Gegner darum zu tun ist, ein Urteil der Geschichte über die Entstehung des Weltkrieges zu erlangen, so mögen sie ihre Archive der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen,

(sehr gut!)

wie es Deutschland getan hat, und einem unparteiischen Schiedsspruch sich fügen, dessen Urteil das deutsche Volk sich getrost jederzeit unterwerfen könnte.

(Bravo!)

Das deutsche Volk wird, des sind wir gewiß, die Kraft und die Geduld aufbringen, auch die Zeiten zu überstehen, vor die uns **Gewalt und Rechtsbruch** erneut gestellt haben. Zu jeder ehrlichen Verständigung bereit, der Gewalt und dem Rechtsbruch aber trotzend, im Bewußtsein unseres guten Gewissens, werden wir die Regierung unterstützen,

(bravo!)

von der wir nach ihrer Erklärung überzeugt sind, daß sie im Sinne der vorhin ausgesprochenen Gedanken die Rechte des deutschen Volkes wahren wird.

(Stürmischer Beifall im Zentrum, bei der Deutschen Volkspartei, den Deutschen Demokraten, der Bayerischen Volkspartei, dem Bayerischen Bauernbund und den Deutsch-Hannoveranern. — Zischen bei den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wels.

Wels, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kann nicht umhin, meiner starken Verwunderung Ausdruck zu geben über einige Sätze in der Erklärung, die hier von dem Herrn Abgeordneten Trimborn soeben verlesen worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Insbesondere bin ich erstaunt über den unpolitischen Geist, der aus der Erklärung atmet,

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Lachen)

daß die bisherigen deutschen Angebote nunmehr, nach dem Abbruch der Verhandluugen in London, hinfällig geworden sein sollten.

(Zurufe rechts: Selbstverständlich!)

Jede, aber auch **jede Möglichkeit zu Verhandlungen muß aufgenommen werden.**

(Widerspruch rechts.)

Glauben Sie nicht auch, daß durch solche Erklärungen, die Möglichkeit der Fortführung von Verhandlungen, die vom Regierungstisch hier als durchaus wünschenswert bezeichnet wurde, außerordentlich erschwert wird?

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie alle werden daraus erkannt haben, wie ungeheuer schwer es für die Herren von der Demokratischen und der Zentrumspartei sein muß, gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei zu politisch einwandfreier Erklärung zu kommen.

(Stürmischer Widerspruch und Lachen bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Außenminister hat, ebenso wie der Herr Reichskanzler in seiner Rede vom 8. März, am Schlusse seiner Ausführungen Bezug (B) genommen auf die **Frage der Schuld am Kriege**. Der Herr Reichskanzler hat das in einer Weise getan, die nicht unseren Beifall finden kann. Wir Sozialdemokraten sind da ganz anderer Auffassung. Wir wissen, daß die deutsche Politik der Vorkriegszeit, die uns ja diesen „herrlichen Zeiten“ entgegengeführt hat, in ihren ganzen Zusammenhängen betrachtet werden muß, wenn man zu dieser Frage Stellung nehmen will. Dazu haben wir aber heute nicht die Möglichkeit. Der Herr Reichskanzler wurde zu seiner Rede veranlaßt durch die Ausführungen seines in der Regie viel erfahreneren und erfolgreicheren Kollegen Lloyd George, der die Frage der Schuld als eine „erledigte“, weil im Vertrage von Versailles „festgestellte“, bezeichnet hat. Meine Damen und Herren! Hätte der Herr Reichskanzler, wie es heute geschehen ist, **Lloyd George** mit seinen eigenen Worten zurückgewiesen, in denen er erklärt hatte, daß das weitere Studium der Vorkriegszeit in ihm die Auffassung befestigte, daß kein leitender Staatsmann den Krieg gewollt habe und daß alle Regierungen in den Krieg hineingeschlidbert wären, so wäre er damit der Terminologie, die man in England versteht, weit näher gekommen. Diese Erklärung des englischen Premiers steht in schroffem Widerspruch mit der jetzt von ihm politisch für notwendig gehaltenen Darstellung.

Wir Sozialdemokraten verneinen den großen Teil der Schuld, der die gestürzte Kaiserlich Deutsche Regierung an der Entfesselung des Krieges trifft, unter keinen Umständen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auf dem **internationalen Kongreß in Genf** aber

(abwehrende Zurufe rechts)

haben Sozialdemokraten aus Frankreich, aus England, aus Belgien und Deutschland gemeinsam betont, daß der tiefste Ursprung des Krieges das kapitalistische System (C) mit der Übertreibung seiner Interessen und mit seiner Raffsucht ist.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir stehen heute nicht vor der Aufgabe, historische Probleme zu lösen, sondern wir stehen vor den Lebensfragen Europas.

(Zuruf: Deutschlands!)

— Nein, wir stehen vor den Lebensfragen Europas; denn das Verderben Deutschlands zieht Europa unentrinnbar mit in den Abgrund hinein.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir hatten noch keinen Frieden. Wir hatten kaum eine Atempause, und nun wird den Völkern Europas auch diese genommen. Deutschland und Europa sollen in neues und verstärktes Elend gestürzt werden. Angesichts dieses neuen Verhängnisses, das über die Völker hereinbricht, die noch alle aus den furchtbaren Wunden des Krieges bluten, müssen wir uns heute fragen: **Wen trifft diesmal die Schuld?** Und da glaube ich, daß wir diesmal ruhigen Gewissens vor aller Welt sagen können: **Uns nicht!**

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und rechts.)

Die anderen haben die Verhandlungen aufgehoben, sie haben es getan unter Drohungen, ohne auf unsere Vorstellungen und Einwendungen zu achten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist nicht wahr, daß das deutsche Volk sich seinen Verpflichtungen entziehen will. Das deutsche Volk ist bereit, alle Arbeitskräfte aufzubieten, um sie zu erfüllen. Wir sind nach unserer ehrlichen Überzeugung bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen und wollen das auch ferner tun, und weil wir nicht mehr können, als alle unsere Kräfte für den Dienst der Wiedergutmachung anzuspannen, deshalb fällt man mit Gewalt über uns her. Meine Damen und Herren! Möge man in der Welt hören: wir können uns nicht wehren und müssen es geschehen lassen. Die **Verantwortung für die Folgen,** die durch die Zu- (D) grunderichtung unseres wirtschaftlichen Lebens, unserer Kultur und vielleicht auch unseres jungen demokratischen Staatswesens für die ganze Menschheit entstehen können, tragen diejenigen, die die Gewalt handhaben. Das aber sind die **Regierungen der alliierten Staaten.** Ich stelle fest, daß man uns Forderungen gestellt hat, die nicht nur unerfüllbar, sondern auch vollkommen unberechenbar sind; denn die **12prozentige Abgabe von unserer Ausfuhr,** die wir 42 Jahre lang zahlen sollen, ist eine völlig unberechenbare Größe, deren Schätzungen um Hunderte von Prozenten voneinander abweichen. Ich stelle fest, daß man auf Grund des Versailler Vertrages nicht berechtigt war, andere Forderungen an uns zu stellen als solche, die wir innerhalb 30 Jahren erfüllen konnten, und daß man verpflichtet war, uns eine feste Zahl zu nennen. Wir haben trotzdem diese Forderungen nicht zurückgewiesen, wir haben nur versucht, sie auf das Maß unserer Leistungsfähigkeit zurückzuführen und ihnen eine Form zu geben, die sie für uns durchführbar machen.

Man hat uns gesagt, daß man auf der zwölfprozentigen Ausfuhrabgabe nicht bestehe, daß wir sie durch eine andere Zahlung ersetzen könnten, die unserer wirtschaftlichen Entwicklung besser angepaßt sei. Meine Damen und Herren! Um aber Vorschläge nach dieser Richtung machen zu können, mußte Deutschland erst wissen, was man von ihm verlangt; denn was ist die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe? Wieviel beträgt sie? Wie wird sie kapitalisiert? Erst wenn wir das wissen, können wir beurteilen, ob und wie wir es leisten können. Darauf aber ist man in London die Antwort schuldig geblieben und hat die Verhandlungen abgebrochen.

Meine Damen und Herren! Vielleicht ist man sich in den Ländern der Entente bis auf den heutigen Tag noch nicht bewußt, was für Deutschland allein die ge-

(Wels, Abgeordneter.)

(A) forderten 226 Milliarden Goldmark bedeuten. Deshalb gestatte ich mir, Sie darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1913 die Gesamtsumme der im Deutschen Reiche gegen Feuersgefahr versicherten Mobilien und Immobilien den Betrag von 228 Milliarden Goldmark ausmachte,

(hört! hört!)

und jedermann weiß, daß die Feuerversicherung in Deutschland nahezu eine obligatorische genannt werden kann. Wäre also im Jahre 1913 — das möge Herr Lloyd George bedenken — eine Feuersbrunst über Deutschland hingebraust und hätte sie die Wohnhäuser in den Städten mit ihren Ausstattungen an Mobiliar, an Gebrauchsgegenständen, an Warenlagern der Warenhäuser, die Fabriken und Werkstätten mit ihren Maschinen und Werkzeugen vernichtet, wären auf den Dörfern die Häuser, Scheunen und Ställe mit ihrem Mobiliar, ihren Ernteerträgen und ihren Viehbeständen verbrannt, dann wäre eine Gesamtsumme nach dem Versicherungsvertrag vernichtet worden, die der entspricht, die die Entente als feste Zahlung von Deutschland erwartet, die sie aber noch nicht als ausreichend bezeichnet hat, sondern durch jene variablen Forderungen ins Unbestimmte erhöht hat.

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole: uns trifft keine Schuld am Abbruch der Verhandlungen, und ich füge hinzu: der Abbruch ist unter Umständen geschehen, die den ganz **bestimmten Verdacht** in mir erwecken, **daß es von vornherein auf diesen Abbruch abgesehen war.**

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich brauche nur die parlamentarische Stellung des Kabinetts Briand anzudeuten,

(sehr wahr! rechts)

und halte es nicht für notwendig, noch deutlicher zu werden,

(sehr gut! im Zentrum)

und ich sage für meine Fraktion: Unter solchen Umständen (B) hat unsere Delegation nichts erreichen können.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Aber gerade angesichts dieser Tatsache, die von vornherein klar sein konnte, muß ich bedauern, daß die Delegation in ihren Vorschlägen nicht klar und bestimmt gewesen ist. Gewiß, die Vorschläge waren von gutem Willen diktiert, um nur unter allen Umständen den Bruch zu vermeiden. Aber allgemein in der Welt ist der Eindruck entstanden, daß Deutschland nur bereit sei, 30 Milliarden und keinen Pfennig mehr zu zahlen, und über keinen Pfennig mehr mit sich reden lasse. Die Gegenrechnung von 20 Milliarden, von der man von vornherein sagte, daß sie nachgeprüft werden müsse, und der Vorschlag der sofortigen Zahlung von 8 Milliarden, von denen man in gewissem Sinne die Zinsen zurückbehalten wollte, haben zur Klärung der Sache auch sicherlich nicht beigetragen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Jedenfalls aber ist die Sachlage heute die, daß wir zurzeit weder Geld noch Kredit in so hohem Maße haben, daß wir die Forderungen der Entente befriedigen könnten.

(Sehr richtig!)

Deutschland ist bankerott; es ist **finanziell völlig leistungsunfähig.** Allein die Einspannung seiner wirtschaftlichen Kräfte, seiner Industrie in den Dienst des Wiederaufbaues kann uns die Möglichkeit geben, unsere Gläubiger zu befriedigen. Davon hat unsere Delegation in London wohl gesprochen. Sie hat Arbeits- und Sachleistungen angeboten. Was ich aber scharf kritisiere, ist, daß sie keinen Plan vorgelegt hat, wie das geschehen soll.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Meine Freunde und ich, — ich zuletzt bei der Etatberatung über den Etattitel „Erfüllung des Vertrags von Versailles" — haben immer wieder gefordert, daß der **Wiederaufbau Nordfrankreichs** zum **Kernstück unserer Wiedergutmachung** werde. Ich bin sehr erfreut darüber, daß der Herr Außenminister und die (C) bürgerlichen Parteien sich heute ebenfalls auf diesen Standpunkt gestellt haben.

(Zuruf rechts: Immer!)

— Aber ich erinnere daran, daß von Ihrer Seite niemals die von uns erhobene Aufforderung unterstützt wurde und daß, als ich in jener Beratung hier von dieser Stelle aus an den Herrn Außenminister die direkte Frage richtete, welchen Raum der Wiederaufbau in den deutschen Wiedergutmachungsplänen einnehme, ich eine Antwort nicht erhalten habe.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! So ist die **Londoner Konferenz** nur **der vorläufige Abschluß einer Politik** die vor allem deshalb **Schiffbruch** gelitten hat, **weil** sie — ich weiß nicht genau, unter welchen Einflüssen — die **Wiedergutmachungsfrage als eine reine Finanzfrage behandelt** hat. Ich habe bei der Beratung des Etats darauf hingewiesen, wie ungeheure Schwierigkeiten bei der Wiedergutmachungsfrage dem entgegenständen, zu Zahlenfeststellungen zu kommen, weil sie uns zu absolut lächerlichen Ziffern führen müßten, für die in Deutschland und Frankreich zurzeit einheitliche Begriffe bei der Valutadifferenz nicht zu finden wären, ein einheitlicher Nenner schlechterdings nicht zu schaffen wäre. Deshalb erheben wir auch keinerlei Vorwürfe gegen die Delegation wegen ihres Angebotes eines Provisoriums.

Wir sind aber der Meinung, daß durch diese rein finanzielle Behandlung die Frage des Wiederaufbaues von Nordfrankreich in der öffentlichen Diskussion über die Reparationsfrage in den Hintergrund gedrängt ist. Und es genügt gar nicht, daß der Herr Außenminister heute darauf hinweist, daß die **Regierung Bauer und die Regierung Müller im Jahre 1919** das **Wiederaufbauangebot** gemacht hätten, das damals unter Unterstützung der deutschen Gewerkschaften gefördert worden ist. (D)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nein! Nicht nur mit propagandistischen Mitteln, sondern durch das Mittel eines glänzenden, bis ins einzelne durchdachten und sofort in Angriff zu nehmenden Wiederaufbauvorschlages, wie wir es auf Grund unserer **ostpreußischen Erfahrungen** wohl gekonnt hätten, mußten wir die Öffentlichkeit bearbeiten.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich hätte sehen mögen, wie die kapitalistischen Kreise Frankreichs um die Annahme eines solchen Vorschlages auf die Dauer herumgekommen wären. Das hat selbst Herr Poincaré zugestehen müssen. Hinter einen solchen Plan hätten sich die Energien der gesamten Arbeiterwelt gestellt, und nicht nur sie, sondern vor allen Dingen die der Bewohner der zerstörten Gebiete, derer, die am schwersten von der Verwüstung des Krieges betroffen sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir hätten durch ihn den allerbesten Beweis für den immer angezweifelten tatkräftigen Willen zur Wiedergutmachung liefern können. Statt dessen ist der Gedanke des Wiederaufbaues immer nebensächlich, als Anhängsel der Reparationsfrage, behandelt worden, und man hat ihm keinerlei detaillierte Behandlung gegönnt. Damit hat man gezeigt, daß man immer noch glaubt, mit dem geringen Maß von völkerpsychologischen Kenntnissen auskommen zu können, die im alten Deutschland vielleicht als ausreichend bezeichnet werden konnten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und, das mögen sich die Herren von der Bayerischen Volkspartei, die vorhin mit die Erklärung abgegeben haben, besonders merken: auf derselben Schuldseite steht auch die Art der **Behandlung der Entwaffnungsfrage.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

(**Wels**, Abgeordneter.)

(A) Die Noten über die Einwohnerwehren, über die Entwaffnung, die ganze Aufbauschung der Waffenfrage mit Ihren unausgesetzten Bitten um mehr Kanonen und ähnliches, haben nur die eine Folge gehabt, daß dem Geschrei von dem militaristischen, revanchehungrigen und daher gefährlichen Deutschland immer neue Nahrung gegeben wurde.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß das **Gerede von dem kriegslüsternen Deutschland Unsinn** ist.

(Rufe rechts: Na also!)

— Wenn von Herrn Helfferich und von dort drüben „na also" gerufen wird, dann erkläre ich: Wir wissen, daß der weitaus größte Teil des deutschen Volkes von Revanchegedanken nichts wissen will.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aber wir wissen, daß es Kreise gibt, die verbrecherisch genug sind, mit solchen Gedanken zu spielen.

(Zurufe rechts. — Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Wir wissen auch, daß dieser Unsinn draußen

(Rufe rechts; Gegenrufe von den Sozialdemokraten)

und insbesondere in Frankreich wirklich geglaubt wird, daß in Frankreich offene, und ich sage, ehrliche Angst vor diesem Deutschland besteht.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nur deshalb gelingt es den Franzosen, allem zum Trotz innerhalb der Entente immer noch Maßnahmen durchzusetzen, die sie für ihre Sicherheit glauben notwendig zu haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.)

— Ihr Urteil kann die deutsche Sozialdemokratie vertragen, es ist für unser Verhalten nebensächlich.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

(B) Meine Damen und Herren! Beständen zwischen Frankreich und Deutschland nur wirtschaftliche Gegensätze, wären nur wirtschaftliche Fragen zu lösen, dann könnten wir überzeugt sein, daß keine allzu große Dummheiten geschehen würden; denn England, das vor allen Dingen nicht selbst geschädigt werden will, würde sich da Frankreich widersetzen. Nur dadurch, daß es vermöge der Haltung gewisser deutscher Kreise Frankreich ermöglicht wird, immer wieder chauvinistische, unserem militaristischen Gehaben entnommene Gründe ins Spiel zu werfen, und dadurch starke Teile der öffentlichen englischen Meinung zu beeinflussen und an gewisse gemeinsame Erinnerungen der Kriegszeit zu appellieren, ist der Erfolg Frankreichs in England begründet.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nur dadurch kann Frankreich seinen starken Einfluß bei den Ententekonferenzen ausüben und diesen auch für rein wirtschaftliche Wünsche durchsetzen.

Also, meine Damen und Herren, auch auf dem Gebiet der Entwaffnung ist unsere außenpolitische Lage durch allzu große Nachgiebigkeit der Reichsregierung gegen gewisse deutsche Kreise verschlechtert

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

und das Reich nunmehr dem Ergebnis von London zugeführt worden.

Genau so wirkt auch das **Verhalten des Reichsgerichts in der Frage des Verfahrens und der Aburteilung** derjenigen Personen, die beschuldigt werden, während des Krieges gegen die Gesetze verstoßen zu haben, die also als **Kriegsverbrecher** im feindlichen Ausland bezeichnet werden.

Vielleicht ist auch der Herr Außenminister der Meinung, daß wirklich gar kein Anlaß vorlag zu dem jubelnden **Empfang**, den die **Londoner Delegation** hier in Berlin auf dem **Potsdamer Bahnhof** erfahren hat. Dieser (C) Empfang zeigt doch nur, ein wie unglaublich unpolitisches Volk wir Deutsche doch noch sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der Presse unserer nationalistischen Protestler wird seit mehreren Tagen verlangt, daß **unsere diplomatischen Vertreter in den alliierten Ländern zurückberufen** werden. Wenn das einen Sinn haben soll, dann müßte dieser Aktion die Zustellung der Pässe an die alliierten Vertreter hier in Berlin folgen. Wir erwarten, weil an anderer Stelle über diese Frage eine Antwort nicht gegeben wurde, daß die Regierung erklärt, daß sie eine solche Demonstrationspolitik glatt ablehne; denn jeder vernünftig Denkende muß sich fragen: was soll danach kommen?

Meine Damen und Herren! Als eine Konsequenz des verlorenen Krieges haben wir gewisse Verpflichtungen zu erfüllen, und die **Verhandlungen in London** sind nach unserer Auffassung **kein Abschluß**; es muß alles unterlassen werden, was uns hinderlich sein könnte, einen neuen Weg zu betreten, der nicht nur im Interesse des Wiederaufbaus der europäischen Volkswirtschaft, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes unbedingt notwendig ist. Freilich, dem stehen Stimmungen entgegen aus den rechtsnationalistischen Kreisen, wie sie die **„Deutsche Zeitung"** am Freitag, den 11. März, reproduziert, in der sie heftige Anklagen gegen die Reichsregierung erhebt, die Reichsregierung der Schwäche zeiht, weil sie gegenüber den gewaltsamen Bedrohungen der Feinde noch kein Mittel gefunden habe, das deutsche Volk zur Gegenwehr aufzurufen. In dem Artikel **„Der Widerstand"** heißt es da:

> Aber es darf nicht wieder so kommen! Noch einmal hält das Deutsche Reich die Belastung nicht aus. Ist unsere Regierung zu schlapp, so helfen wir uns selbst. Allen deutschen Volksgenossen rufen wir zu: ein Hundsfott, wer einem (D) Mitgliede jener Räubervölker zuliebe eine Hand rührt! Laßt Franzosen und Briten fühlen, was es heißt, das deutsche Volk knechten zu wollen. Was hat das mit Parteigezänke zu tun? Wer würde im bürgerlichen Leben einem Räuber, Einbrecher und Wegelagerer mit freundlichem Lächeln bei seinem Handwerk behilflich sein? Wer deutsche Zolleinnahmen ausliefert, macht sich mitschuldig an dem Raub. Wer einen Brief, ein Telegramm befördert für die Entente, wer einem französischen Offizier den Kaffee reicht, ist ein Hehler bei dem Verbrechen gegen sein eigenes Volk.

Meine Damen und Herren! Etwas Gewissenloseres und Verbrecherischeres als eine solche Aufforderung in der gegenwärtigen Situation ist wohl nicht denkbar. Ich hoffe, daß die Reichsregierung sich von derartigen Einflüssen völlig frei macht; denn das sind dieselben Kreise, die Deutschland ins Verderben gestürzt haben,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

das sind die Leute, die Gott auf den Knien dankten, als die Entente unser Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 abgelehnt hatte, das sind dieselben Leute, die im Jahre 1914 jubelnd ausriefen: „Endlich ist sie da, die heilige Stunde!" Das sind die Leute, die vom „Stahlbad des Krieges" schwärmten; das sind die Männer vom „Bund zur raschen Niederwerfung Englands", das sind die U-Boot-Gläubigen, das sind die Männer von der Vaterlandspartei, deren Gründer, Herr Tirpitz, ja erst vor wenigen Tagen jene das Ausland provozierende Ehrung durch den führenden Kopf der Deutschen Volkspartei, Herrn Stinnes, erfuhr, und das sind die Kreise, als deren Wortführer der Herr Schatzsekretär Helfferich es während des Krieges ablehnte, zur Deckung der Kriegs-

(Wels, Abgeordneter.)

(A) kosten die Kriegsgewinnler mit Steuern zu belegen, der hier von der Tribüne des Reichstags erklärte: die Lasten der Kriegsmilliarden, die mögen die Feinde tragen! Meine Damen und Herren! Jetzt wird uns nach dem Helfferichschen Rezept die Rechnung von den Feinden präsentiert. Nun ist es nicht damit getan, wie es nach der „Deutschen Zeitung" scheint, daß man sich wieder bereit erklärt, den letzten Blutstropfen der anderen zu opfern, wenn nur der eigene Beutel dabei verschont bleibt. Oder, meine Herren dort drüben (nach rechts), denken Ihre Freunde im preußischen Abgeordnetenhaus auch jetzt vielleicht noch daran, Wilhelm II. für seine Leistungen in 30 Jahren und für seine Führerschaft in diesem Kriege tausend Millionen nach Holland nachzusenden?

(Zurufe von den Deutschnationalen.)

Meine Herren! Die Sabotage der Steuergesetzgebung durch jene Herren — —

(Zuruf rechts: Ententevertreter! — Erregte Gegenrufe von den Sozialdemokraten.)

— Sie rufen mir zu: Ententeknecht. Ich bin der Überzeugung, daß viele von Ihnen (zu den Deutschnationalen) bereit sind, nur um ihren Profit dabei zu suchen, mit der Entente durch dick und dünn zu gehen!

(Erregte Rufe rechts: Pfui! — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die deutschen Arbeiter sind es, die dem Ausland gezeigt haben, daß ihm Leute, die Fleisch von Ihrem (zu den Deutschnationalen) Fleisch sind, das meiste geschadet haben.

(Erregte Zurufe rechts: Gemeinheit! — Abgeordneter D. Everling: Herrliche Rede! — Abgeordneter Dr. Breitscheid: Sie können ja nachher das Schlußgebet sprechen! — Abgeordneter D. Everling: Lassen Sie doch diese lästerlichen Bemerkungen! — Große Unruhe.)

(B) Darüber, was in dieser Stunde völkerpsychologisch und für die Geschichte des deutschen Volkes notwendig ist, lassen Sie uns und für meine Partei in diesem Augenblick mich hier entscheiden. Seien Sie überzeugt, daß aus der deutschen Arbeiterschaft auf Ihre Unterbrechungen das notwendige Echo kommen wird.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Denn gerade Sie (zu den Deutschnationalen), meine Herren, sind es ja, die auch durch Ihre Sabotage der Steuergesetzgebung die Begründung für das wirksamste Argument in der Rede von Lloyd George gegeben haben,

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

daß Deutschland nicht willens sei, seine Leistungsfähigkeit voll zum Ausdruck zu bringen. Wir haben dem Geschrei nach Revanche die Forderung der **Revision des Versailler Friedensvertrags** entgegengestellt, weil wir gegen Gewalt sind, und weil der Revanchegedanke mit dem Gedanken der Versöhnung unvereinbar ist.

Meine Damen und Herren! Wir haben das Spiel, das von Ihnen (nach rechts) getrieben worden ist, nun satt. Wir wollen und dürfen in ernster Situation nicht verkennen, daß uns das nicht geziemt. Wir wissen auch, daß wir mit sentimentalen Phrasen von unserem Recht und von unseren verletzten Gefühlen in der Sache nichts tun und nichts ändern können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Denn, meine Herren, Macht geht heute vor Recht, und wäre Deutschland in allen diesen Fragen so unschuldig wie ein neugeborenes Kind, und hätte Deutschland — das sage ich gegenüber der Rechtsverwahrung der bürgerlichen Parteien — alle Rechtstitel der Welt auf seiner Seite, nichts würde sich daran ändern, daß alle Macht heute auf der Seite unserer Feinde ist.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Das hätten Sie früher begreifen müssen!)

Nein, das hätten Sie früher verstehen sollen, als Sie (C) Deutschland unausgesetzt weiter in den Krieg hetzten, und als Herr Hergt erklärte: „Nur keine Nachgiebigkeit, die amerikanische Gefahr haben wir nicht zu fürchten! Wie sollen die Amerikaner denn kommen? Sie können ja nicht schwimmen, und sie können nicht fliegen." Die Propheten von dort drüben (zu den Deutschnationalen), die U-Boot-Gläubigen, die mit der Uhr in der Hand ausrechnen wollten, wann England am Boden läge, sie hätten es berechnen sollen, sie hätten sich früher überlegen müssen, daß Deutschland gegenüber einer Welt von Feinden, die gegen das deutsche Volk arbeitete und kämpfte, auf die Dauer nicht bestehen kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Damen und Herren, jeder Vertrag, auch mit der Entente, wird nur basiert werden können auf den realen und tatsächlichen Machtverhältnissen. Er ist nur von Dauer und von Wert, wenn er der genaue Ausdruck der wirklich unter den Vertragsparteien bestehenden Machtverhältnisse ist. Deutschland muß sich damit abfinden, daß es ein Land mit einer glänzenden **Militärgeschichte** ist, **die** jedoch **der Vergangenheit angehört,**

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

ebenso wie die Geschichte Schwedens unter Karl XII. und Gustav Adolf dieses Land auf dem Höhepunkte seiner militärischen Macht sah.

(Zuruf rechts: Abwarten!)

— „Abwarten" rufen Sie? Glauben Sie durch diesen Zuruf vielleicht einen Beweis für die Friedfertigkeit Deutschlands dem Auslande liefern zu können? — Nein, die **Zukunft Deutschlands liegt auf wirtschaftlichem Gebiet,** auf seinem Wissen und Können, auf seiner Bedeutung innerhalb des wirtschaftlichen Lebens der Welt, das nicht gesunden kann, wenn Deutschland wirtschaftlich zerschlagen wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(D) Meine Damen und Herren! Auf seiten der Entente hat man sich mit der Formel abzufinden gehabt, die der Forderung nach Revanche oder Revision des Vertrages in Deutschland gegenübersteht: soll Deutschland wieder gut machen, oder soll Deutschland erdrosselt werden?

Da stelle ich fest: **in London haben die französischen Helfferiche gesiegt,** die nur in Deutschlands Vernichtung ihre eigene Sicherung erblicken zu können glauben.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb bricht für **Deutschland** jetzt erst **die Schicksalsstunde** herein. Im Weltkrieg handelte es sich um die Existenz des Reichs, diesmal aber handelt es sich um unsere wirtschaftliche Existenz, um unsere Kultur, um die Existenz des deutschen Volkes. Wer sich über diese nüchternen Tatsachen durch schwulstige Phrasen hinwegsetzen zu können glaubt, ist ein Narr und versündigt sich aufs schwerste am Wohle des deutschen Volkes.

Meine Damen und Herren! Wir müssen verhandeln. Wir müssen sehen, daß wir zu einem Abkommen gelangen. Wir müssen immer und immer wieder unsere Gründe vorführen, bis die Welt sich von der Tatsache überzeugt haben wird, daß es nur in der Weise geht, wie wir es vorschlagen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Wirkung der Sanktionen darf nicht vom Standpunkte der Etappe aus betrachtet werden. Ihre Gefahren dürfen nicht unterschiedlich je nach der Entfernung von der feindlichen Front eingeschätzt werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die **Zollgrenze,** welche die **Rheinlande** vom Reich abschnürt, wird in nicht allzu langer Zeit zur Verelendung der rheinischen Bevölkerung führen, und sie soll es wohl auch, um die rheinische Bevölkerung durch Hunger zu zwingen, sich dem Westen anzuschließen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(Wels, Abgeordneter.)

(A) Mehr als drei Viertel der im besetzten Gebiet transportierten Gütermengen gehen ins unbesetzte Deutschland. Umgekehrt gehen die gleichen Gütermengen in das westliche Gebiet. Die Abschnürung durch eine Zollgrenze muß daher für das Rheinland geradezu katastrophale **wirtschaftliche Folgen** haben, vor allen Dingen eine gewaltige **Arbeitslosigkeit.** Das bedeutet aber auch eine schwere Schädigung für das gesamte Deutschland. Unsere Gegner sind über diese Folgen genau unterrichtet; denn sie kennen die deutsche Handelsstatistik. Ein großer Teil der englischen Industrie — davon bin ich überzeugt — will aber diese Vernichtung, und Frankreich hofft außerdem, daß die wirtschaftliche Abschnürung im Laufe der Zeit politische Gleichgültigkeit gegen das Reich, gegen Deutschland erzeugt, namentlich wenn sich durch **wirtschaftliche Orientierung nach Westen** hin für das Rheinland bessere Aussichten eröffnen lassen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abschnürung des Rheingebietes liegt also durchaus in der Linie der **französischen Rheinpolitik.**

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Auch die **Besetzung der Kohlenhäfen** ist außerordentlich ernst. Sie kann den Kohlentransport nach Süddeutschland fast vollkommen unterbinden, und wahrscheinlich besteht auch die Nebenabsicht, Süddeutschland mürbe zu machen, und es dann eben zu veranlassen, Saarkohle zu beziehen, und sich dadurch wirtschaftlich Frankreich zu nähern. Vielleicht wird man, dauern die Sanktionen lange, dem **Zollgebiet** ein **Zoll- und Wirtschaftsparlament** geben, das zu einem politischen Parlament sich entwickeln soll, um so die Grenzlande auf immer vom Deutschen Reiche zu trennen. Ich habe die Überzeugung, daß so, wie in der Pfalz, auch im neuen Zollgebiet in den Rheinlanden die **Arbeiter** (B) es sein werden, die den besten **Rückhalt für den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhalt des deutschen Volkes** geben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Damen und Herren, wie dem auch sei: **die Sanktionen** — davon sind wir überzeugt — werden an unserem Widerstande nicht **scheitern,** sie werden scheitern **an der wirtschaftlichen Zerrüttung** und an der Anarchie, die sie schaffen werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir leisten keinen Widerstand, weil es nutzlos wäre, und weil wir das Elend nicht noch steigern wollen, das über uns heraufzieht. Darum ist es auch ganz überflüssig, daß man uns mit militärischer Macht überzieht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich sage: ein Korporal mit einem Reskript in der Hand hätte bei der politischen Einsicht der deutschen Bevölkerung genügt. Aber vielleicht denken die französischen Gewalthaber bei dieser Erklärung daran, was ihr berühmter Kollege, der wirkliche Diplomat Talleyrand einst gesagt hat: Man kann alles mit den Bajonetten machen, nur nicht sich darauf setzen!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, Sie wissen warum: — die Bajonette würden dem, der es versuchen würde, in das Sitzfleisch dringen. Talleyrand hat in dieser Form ausgedrückt, daß der bei der Regulierung Europas nach den Kriegen von 1813, 14 und 15 mit den Bajonetten erzielte Erfolg nur ein augenblicklicher sein könne, daß man ihn aber nicht zu einer soliden und dauerhaften Grundlage für den Aufbau Europas machen kann.

Das Verlangen der Entente, daß der Käufer deutscher Waren in den alliierten Ländern 50 Prozent des Warenwertes an die Regierung des betreffenden Landes laut gesetzlicher Verpflichtung abzugeben hat, ist nichts anderes als die Herübernahme einer der schlimmsten Taktiken des (C) Handelskrieges aus der Kriegszeit in die Friedenszeit.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei.)

Sie bedeutet — darüber sei man sich klar — die erneute Blüte des Schiebertums an unserer Westgrenze.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist ganz bezeichnend, daß diese Maßnahme sich zuerst unter den sogenannten Sanktionen befand, und daß man dann im Laufe der Verhandlung dazu kam, der deutschen Delegation zuzumuten, diese Strafmaßnahme als von Deutschland anerkannte vertragliche Bestimmung hinzunehmen.

Meine Damen und Herren! Die **fünfzigprozentige Exportabgabe** an unsere Kriegsgegner übertrifft in ihrer Wirkung bei weitem noch das während der Kriegszeit geübte System der berüchtigten schwarzen Listen. Jeder Kaufmann in Frankreich, in Belgien, in England und in seinen Kolonien müßte von allen deutschen Exporten seiner Regierung Mitteilung machen. Wenn er aus Gründen des geschäftlichen Interesses dazu übergehen wollte, bei einem deutschen Kaufmann Waren zu beziehen, die er früher von einem Kaufmann in alliierten Ländern bezogen hat, dann müßte er die Eröffnung der geschäftlichen Beziehungen mit einem deutschen Geschäft bei seiner eigenen Regierung denunzieren. Bei der Geistesverfassung, die heute noch in den alliierten Ländern herrscht, kann man sich denken, daß damit allen Schikanen Tür und Tor geöffnet wäre.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich betone: es gibt in dieser Frage keinen Ausweg. Lloyd George hat ja im Unterhause bereits darauf hingewiesen — und wir hätten es auch ohnehin gewußt —, daß die Alliierten es verstehen würden, eine Umgehung dieser Bestimmung durch Benutzung neutraler Wege zu (D) verhindern. Welche **Schikanen für die Kaufleute in den neutralen Ländern** das mit sich bringt, kann der verstehen, der an die Schikanen zurückdenkt, die die Neutralen schon während des Krieges erlebt haben.

Trotzdem wird diese Bestimmung meiner festen Überzeugung nach nicht das bringen, was die Alliierten von ihr erhoffen. Es muß auf den alliierten Märkten für den deutschen Gläubiger eine solche Unsicherheit entstehen, daß der Handel nach den alliierten Ländern auf das schwerste beeinträchtigt wird. Insoweit diese Bestimmungen aber mit Erfolg praktiziert werden können, wirken sie dahin, Deutschland die Hälfte der Devisen aus dem Ausland zu rauben. Und das alles wird noch durch die **Kreditblokade** verschärft, durch welche die Kreditfähigkeit der deutschen Wirtschaft an und für sich untergraben wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Unter einem solchen System muß Deutschland, das zur Einfuhr von Rohstoffen, Lebensmitteln und Kraftfuttermitteln Devisen braucht, wirtschaftlich immer mehr und mehr zerrüttet und damit zur wirtschaftlichen Wiederherstellung und zur Befriedigung seiner Gläubiger unfähig gemacht werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das **Sinken des Lohnstandes der deutschen Arbeiter,** verbunden mit einer großen Arbeitslosigkeit, wird sich bald als **lohndrückender Faktor für die Arbeiter der ganzen Welt** bemerkbar machen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Wir fügen uns, und es liegt uns auch fern, die Bestimmungen umgehen zu wollen. Die Bestimmungen müssen wirken, damit die Welt sieht, wohin sie führen.

(Wels, Abgeordneter.)

(A) Es gibt allerdings Leute in Deutschland, die noch keine Not leiden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So konnte die „Times“ während der Londoner Verhandlungen den Ausführungen des Außenministers Simons die Nachricht entgegenhalten, daß Herr **Stinnes** gerade in diesen Tagen die **Hüttenwerke von Castiglione** für 1.5 Millionen Pfund Sterling, das sind also zirka 375 Millionen Mark, gekauft habe, und sie konnte fragen, wie sich diese ungeheure Transaktion mit der angeblichen Armut Deutschlands vertrage.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Das ist eine sehr dumme Frage gewesen!)

Wir müssen aus dem Elend heraus, und deshalb betonte ich bereits, daß wir keine Vorwürfe gegen die Delegation wegen des **Angebots des Provisoriums** erheben, und ich füge hinzu, auch nicht, daß es über den Rat der Sachverständigen hinausgegangen ist.

Lloyd George sagt allerdings, die Welt vertrage kein Provisorium mehr, die Welt wolle geregelte Zustände haben. Lloyd George hat vollkommen recht; aber er vergißt, daß unsere letzten Vorschläge nur gemacht worden sind, um den Bruch zu vermeiden, der ebenfalls ein Provisorium ist,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und zwar ein Provisorium unter verschärften Bedingungen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Unsere Zahlungsfähigkeit wird durch dieses Provisorium herabgesetzt statt erhöht. Die Ausgaben der Alliierten, besonders Frankreichs, steigen in diesem Provisorium, statt sich zu vermindern, und die Arbeiten am Wiederaufbau werden zurückgesetzt, statt gefördert zu werden. Und das Ganze — darüber besteht bei niemand ein Zweifel, der heute in die englische, französische, neutrale Presse sieht — wird doch mit einem Arrangement enden müssen. (B) Also weshalb war es da notwendig, die Verhältnisse noch zu verschlimmern?

Selbst wenn wir die Pariser Beschlüsse gegen unsere eigene Überzeugung unterschrieben hätten und annehmen würden, dann wäre das auch nur ein Provisorium; denn es würde sich sehr bald herausstellen, daß wir außerstande sind, das, was wir unterschrieben haben, auszuführen. Weil wir das mit Sicherheit voraussahen und mit Sicherheit voraussehen konnten, deshalb haben wir nicht unterschrieben, weil nach der Annahme der Pariser Beschlüsse durch uns auch nicht ein Augenblick Beruhigung eingetreten wäre. Die Welt würde uns nicht glauben, daß wir das leisten können, was wir unterschrieben haben, und mit dem Vertrauen zu uns bliebe auch das Vertrauen in alle Rechts- und Handelsverhältnisse erschüttert.

Lloyd George meinte, daß wir durch unseren Vorschlag, die Pariser Beschlüsse für die nächsten 5 Jahre gelten zu lassen und inzwischen weiter zu behandeln, uns nur um die Lösung des Problems hätten herumdrücken wollen. Welch eine furchtbare Verkennung unserer Absichten! Gewiß, meine Damen und Herren, wir hätten diese Zahlungen nur durch Aufnahme einer Anleihe decken können. Gewiß wären wir dadurch auch für später belastet. Gewiß wäre das noch keine Lösung gewesen. Aber inzwischen sollte doch weiter verhandelt werden, und das ist doch nach meinen Ausführungen auch die Meinung von Lloyd George gewesen. Die Frage war nur die, ob mit oder ohne Sanktionen weiter verhandelt werden soll, ob im guten oder im bösen, ob man inzwischen die Weltlage noch weiter verschlechtern wollte oder ob man, trotzdem eine Einigung noch nicht erzielt war, doch jetzt schon zu ihrer Besserung mitarbeiten wollte.

Frankreich sagte uns in London, es könnte nicht länger warten, es brauchte für die nächsten fünf Jahre eine größere Anzahl von Milliarden. Unsere Unterhändler (C) antworteten darauf: wir wollen diese Milliarden zahlen, wir wollen sie schaffen, es geht zwar über unsere Kraft hinaus, aber wir hoffen, Gläubiger zu finden, und dies um so mehr, je mehr man sieht, daß man von allen Seiten bereit ist, zu einem endgültigen Abkommen zu kommen. Wir wollten all die materiellen Schwierigkeiten wegräumen, die einer weiteren Verhandlung, einem endgültigen Abschluß im Wege stehen.

Nachdem wir so das Menschenmöglichste getan haben, um eine friedliche Lösung herbeizuführen, sagt man noch, wir hätten uns um die Erfüllung und um die Lösung nur herumdrücken wollen. Meine Damen und Herren, daraus kann die Welt sehen, wie sehr das Mißtrauen blendet, das man Deutschland entgegenbringt, und wie schwer es unseren Gegnern wird, Deutschland gerecht zu werden.

In seiner Rede führte Lloyd George dann weiter aus, wir Deutschen sollen den Ernst der Weltlage noch immer nicht erkannt haben. Wir, die Besiegten, die Niedergetretenen!

Meine Damen und Herren! Wir hatten ein Reich. Heute liegt es in Trümmern, und noch immer sitzt das Messer des Operateurs im Fleische unseres Volks, und noch immer ist man daran, blühende Provinzen von uns abzutrennen.

Wir hatten eine Auslandsflotte, — sie ist nicht mehr.

Wir hatten Kolonien, — weg sind sie. Wir hatten einen Welthandel, — er ist stranguliert.

Wir hatten Forderungen an das Ausland, — jetzt haben wir nur noch Schulden, die sich wie ein Alp über uns heraufwälzen und unser ganzes Wirtschaftsleben und unseren ganzen Wirtschaftsbau zu erdrücken drohen.

Wir hatten ein kulturell hochstehendes Volk, das mit den Produkten seines Fleißes und seiner Wirtschaft die ganze Welt versorgte und die Zivilisation allüberall förderte, — und wir sind heute zum größten Teil nur (D) noch Hungerleider, die ihre alten Lumpen abtragen.

Wir haben keine Schulbücher für unsere Jugend und keine Mittel, um die wissenschaftliche Arbeit unserer Hochschulen, an deren Leistungen durch Jahrhunderte die ganze Welt teilnahm, weiter zu fördern.

Und wir, die wir alles das bei uns konstatieren müssen, sollen den Ernst der Situation nach Lloyd George nicht erkannt haben? Nein, meine Damen und Herren, es ist uns bitter ernst, so ernst, daß wir nicht einmal mehr gute Miene zum bösen Spiel machen können, so ernst, daß es gar nicht mehr ernster werden kann. Und weil wir den Ernst der Lage in der ganzen Welt erkennen, deshalb können wir uns auf **keine Scheinlösung** mehr einlassen.

Lloyd George erzählt uns von den Lasten, die Großbritannien zu tragen hat. Wir wissen alle, die Lasten sind enorm. Aber sie sind ein Beweis dafür, daß die ganze Welt und nicht Deutschland allein alles aufbieten muß, um die Industrie wieder aufzubauen, um den Weltverkehr wieder aufzurichten. Weil es sich um ein Weltproblem handelt, gerade deshalb ist es wichtig, daß das einzelne Land nicht überlastet wird, sondern nur bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit geht. Wir — das ist heute von allen Seiten ausgesprochen worden — sind bereits bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen. Jeder Versuch, uns zu beweisen, daß wir mehr leisten können, als wir zu leisten versprochen haben, ist bisher vollkommen mißlungen.

Die **Aufrechnungen**, die **Lloyd George** in seiner ersten Rede und in seiner Schlußrede machte, waren **falsch**. Lloyd George berücksichtigt nicht die großen Lasten, die wir schon jetzt im eigenen Lande zu tragen haben. Wir haben Kriegsopfer in Deutschland, die wir nicht verhungern lassen können. Wir haben Kriegsschulden, die

(**Wels**, Abgeordneter.)

(A) wir verzinsen müssen. Unsere Kriegsschuld ist durch die Geldentwertung vermindert worden; aber mit der Verbesserung der Valuta werden unsere Zahlungen in Gold gerechnet automatisch in die Höhe gehen. Lloyd George begeht überhaupt einen Fehler sowohl bei der Berechnung unserer Ausgaben als auch bei der Berechnung unserer Einnahmen, wenn er den gegenwärtigen Stand der Valuta zur Grundlage des Vergleichs mit den alliierten Staaten macht. Er gelangt dadurch zu geringeren Zahlen für uns aus dem einfachen Grunde, weil unsere Valuta im Vergleich zur Valuta der Alliierten viel tiefer gesunken ist. Vielleicht denkt aber Herr Lloyd George daran, daß man, wenn man durch Geldentwertung zum Wohlstand kommen könnte auf seiten der Alliierten unser Beispiel bloß nachzuahmen brauchte, um zum ungeheuerlichsten Reichtum zu gelangen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Geldentwertung wird aber auch drüben, in den Ländern der Entente, fortschreiten, wenn man fortfährt, die Weltindustrie und den Weltverkehr zu stören, statt sie zu fördern. Dann wird auch der Vergleich unserer Ausgaben und unserer Einnahmen mit denen der Alliierten ein ganz anderer sein. Lloyd George hat uns vorgerechnet, daß einzelne **Verbrauchssteuern** in Gold ausgerechnet **bei uns geringer** seien **als bei den Alliierten.** Die Rechnung stimmt deshalb nicht, weil die Umrechnung in Gold für uns bei den gegenwärtigen Valutaverhältnissen besonders ungünstig ist. Es ist ihm aber auch bereits nachgewiesen worden, daß er die wichtigste unserer Verbrauchssteuern, die Kohlensteuer, die allein so viel einbringt wie alle anderen Verbrauchssteuern überhaupt, nicht in Rechnung gestellt hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ferner ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es nicht angeht, die Verbrauchssteuern allein zum Gegen-(B)stand zu nehmen, sondern man müßte den gesamten Steuerertrag, auch den der direkten Steuern, in Betracht ziehen und ihn ins Verhältnis zu dem Volkseinkommen setzen.

Wir haben uns aber in Deutschland nicht bloß mit der Zurückweisung der Berechnungen Lloyd Georges begnügt, sondern es ist auch bereits nachgewiesen, daß **unser Konsum im Vergleich zu Friedenszeiten gewaltig zurückgegangen** ist. Der Verbrauch an Alkohol ist pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland im Vergleich zu den Friedenszeiten auf ein Fünftel seines früheren Betrages gesunken. Der Verbrauch an Eisen ist pro Kopf der Bevölkerung von 253 Kilogramm auf 100 Kilogramm gesunken. Das ist mehr als die Hälfte. Der Verbrauch von Steinkohle ist von 2370 Kilogramm auf 1770 Kilogramm heruntergegangen. Der Verbrauch von Wolle von 2,2 Kilogramm auf 1 Kilogramm, der Verbrauch von Baumwolle von 7,2 Kilogramm auf 2,3, er beträgt jetzt nur noch ein Drittel des Friedensverbrauchs. Der Verbrauch von Zucker ist von 19,2 Kilogramm auf 14,1 Kilogramm gesunken, um mehr als ein Viertel. Der Verbrauch von Mehl, dieses wichtigsten Nahrungsmittels, ist gesunken von 125 Kilogramm auf 83 Kilogramm, um ein volles Drittel. Der Verbrauch von Fleisch ist gesunken von 52 Kilogramm auf 20 Kilogramm, er beträgt noch nicht einmal zwei Fünftel des Friedenskonsums.

Meine Damen und Herren! Vielleicht anerkennt auch Herr Lloyd George, daß das Zahlen sind, die alle andern und vor allem seine Berechnungen in den Wind schlagen und daß sie ohne weiteres beweisen, daß wir an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit angelangt sind.

Angesichts dieser Tatsachen und angesichts unserer Vorschläge kann man wahrlich nicht mehr behaupten, daß es uns in Deutschland an dem guten Willen fehle, unseren Verpflichtungen nachzukommen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nein, wir verhandeln nur über das Maß der Möglichkeit. (C) Da gibt Lloyd George selbst zu, daß man darüber auch auf seiten der Alliierten keineswegs einig ist. Lloyd George sagte — ich zitiere nach dem Bericht —:

> Wie ich Herrn Dr. Simons bereits im Namen der Alliierten angezeigt habe, sind wir bereit, mit Deutschland die dauernden Annuitätsperioden zu erörtern. Wir sind bereit, mit Deutschland irgendeine Methode an Stelle der 12 Prozent zu besprechen und die Jahreszahlungen dem deutschen Aufblühen anzupassen.

Er sagte ferner:

> Aber wir müssen jetzt auf der Ordnung von zwei Fragen bestehen. Die erste ist der Betrag der Zahlungen oder die Faktoren, welche die Zahlungen automatisch übereinstimmend mit dem Aufblühen Deutschlands regeln sollen.

Meine Damen und Herren! Wenn das die Faktoren sind, über die verhandelt werden soll, dann, glaube ich, können wir trotz der zu meinem Bedauern vorhin abgegebenen Erklärung wieder darin einig werden, daß wir bereit sind, auf diesem Boden zu verhandeln und diese Fragen mit Lloyd George zusammen zu erörtern. Ich bitte Sie dringend, sich diese Sätze seiner Rede genau anzusehen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ob die **Indexziffern des deutschen Aufblühens,** ab 12 Prozent auf die deutsche Ausfuhr, oder ob irgendeine andere Methode gewählt wird, um zu diesem wesentlichen Element zu gelangen, das, sage ich nochmals, wollen wir gern besprechen. Ich füge aber hinzu: wir müssen etwas haben, das entweder den Betrag bestimmt oder die Ziffer bezeichnet, nach welcher sich ein veränderlicher Betrag richten soll.

Der zweite Punkt, für den jetzt eine Regelung gefunden werden muß, ist die **Zahlungsmethode.** Ein Ab- (D) kommen mit einem Zahlungsversprechen, das nur auf dem Papier steht, ist unbefriedigend und unzureichend für alle. Es bedeutet für die Zukunft nur neue Streitigkeiten und neue Zerwürfnisse. Es muß jetzt festgesetzt werden, wie das Geld bezahlt werden soll, so daß keine Möglichkeit für weitere Erörterungen oder Streitigkeiten in Zukunft übrig bleibt. Wir haben in unseren verschiedenen Ländern Papiergeld genug und wünschen nicht, weiter unsere Währung durch papierene Versprechungen verwässern zu müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind alles Fragen, die erörtert werden müssen und erörtert werden können, denn eine Entscheidung über sie liegt bis jetzt nicht vor.

Meine Damen und Herren! Vielleicht sagt uns Lloyd George noch, weshalb angesichts dieser seiner Erklärungen und bei näherem Nachdenken über die Haltung der Deutschen der Abbruch der Verhandlungen überhaupt erfolgte. Er ist, das betone ich, unmotiviert, er ist brutal, er bringt allen Schaden und trägt Konfusion in die Reihen aller Länder. Man hat uns ein Ultimatum gestellt, und wir wissen, im Grunde genommen, nicht, um was es sich handelt. Auch wir wollen ja, daß unsere Zahlungen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und unserer wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden. Eine Korrektur aber müssen wir anbringen: Wir können nicht endlos bezahlen, wir können uns auch nicht zu Zahlungen verpflichten, deren Schlußsumme uns allzulange unbekannt bleibt; das Provisorium darf nicht auf zu lange Zeit hinausgezogen werden. Wir müssen bei der Regelung dieser Frage — und auch Lloyd George muß es — sowohl mit materiellen wie mit moralischen Faktoren rechnen. Wir sind bereit, alle Kräfte anzuspannen. Aber damit das deutsche Volk leistungsfähig

(Wels, Abgeordneter.)

(A) bleibt, muß es die Gewißheit haben, daß es einmal aus der Schuldknechtschaft herauskommen kann; sonst wird der **moralische Antrieb zur Arbeit und zur Produktion in Deutschland** versagen. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß unsere Jahresleistungen dem Stande unserer Industrie angepaßt werden. Aber wir verlangen, daß unsere Jahresleistungen von der Gesamtschuld abgetragen werden. Wir sind uns darüber klar, daß wir den schwersten Zeiten entgegengehen. Aber das deutsche Volk ist jetzt in einen Zustand versetzt, der sonst nur für die unterdrückten Klassen besteht: es hat nichts mehr zu verlieren.

Wir wollen verhandeln, wir wollen, daß in der Welt Frieden und Arbeit besteht. Und hier eröffnet sich vielleicht ein **Arbeitsfeld für den Völkerbund,** über dessen Wert ich mich hier nicht aussprechen will. Wir gehören ihm nicht an. Amerika, Rußland und andere gleich uns. Aber 43 Staaten gehören ihm an, die alle von den Sanktionen aufs schwerste betroffen werden. Der vorläufige Weltwirtschafts- und Finanzausschuß des Völkerbundes ist geschaffen worden, um eine Weltwirtschaftskonferenz vorzubereiten, und durch den Beschluß der ersten Völkerbundstagung vom 9. Dezember 1920 ist der Völkerbundsrat „zur Einberufung einer Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz, wenn die Zustände es erfordern", ermächtigt. Der Völkerbundsrat enthält auch Vertreter von Ländern, die im Kriege neutral waren. Für den Völkerbund ist hier die Gelegenheit, seine Autorität im Gegensatz zu den Ländern der Entente, deren Auffassungen nach Lloyd Georges eigener Meinung nicht einheitlich sind, auch im Interesse der Neutralen zum Ausdruck zu bringen.

Unser Volk wird jede Gelegenheit und jede Hilfe dankbar begrüßen, die es aus dem Elend herausbringt; denn das deutsche Volk fühlt den verlorenen Krieg an allen Gliedern. Wir wissen aber, daß auch andere Völker (B) leiden und daß vor allen Dingen das französische Volk leidet. Wer selbst im Elend sitzt, hat auch Mitgefühl für andere, und das deutsche Volk will gerecht sein. Die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens sind eine Mahnung, die jedes Bedenken zum Schweigen bringen muß, und wir sind mit den Völkern der Alliierten vollkommen einig darin, daß wir das Zerstörte wieder aufbauen wollen. Nicht darin liegen die Meinungsdifferenzen; das muß immer wieder hervorgehoben werden. Die Frage ist nur die, wie man das am zweckmäßigsten macht, um am schnellsten zum Ziele zu gelangen. Die enormen Geldzahlungen, die man uns auferlegen will, können wir nicht leisten. Das Kapital, das wir schulden, können wir nicht aufbringen, weil uns niemand das Geld dafür kreditiert; denn wäre das der Fall, dann hätte sich sicher längst ein Gläubiger gefunden, um uns das Geld vorzuschießen und damit ein gutes Geschäft zu machen. Wenn man uns noch so sehr besetzt, so wird die Sache dadurch doch nicht anders.

Unsere ganze Industrie, unsere Wissenschaft, Technik und Arbeit werden wir in den Dienst des Wiederaufbaus stellen. Es wäre verkehrt, meine Damen und Herren, unsere Hoffnungen auf Zerwürfnisse unter den Alliierten zu setzen. Wir wissen, daß der Imperalismus in der Mitte der Alliierten selbst scharfe Gegensätze geschaffen hat, die die größten Gefahren für die Entente in sich schließen. Aber wir bauen unsere Politik nicht auf Streit und Krieg, sondern auf der **wirtschaftlichen und kulturellen Solidarität der Völker** auf. Wir wollen unser Bestes tun, um weitere Konflikte mit den Völkern zu vermeiden. Unsere ganze Zuversicht liegt in der vollen Wiederherstellung des Friedens und geordneter Zustände. Diejenigen sind schlechte Konjunkturpolitiker, die glauben, daß sich die Alliierten angesichts ihrer Forderungen an uns jemals veruneinigen werden. Nein, die Lösung liegt einzig und allein darin, die Unmöglichkeit der Forderungen der (C) Alliierten durch Tatsachen nachzuweisen und ein Abkommen zu treffen, das von allen Seiten, auch von dem Hauptgeschädigten, von Frankreich, als das zweckmäßigste zur Hebung der Not und zum Aufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs anerkannt werden muß. Die Welt kann und wird nur gesunden unter dem Leitmotiv: Friede der Vergangenheit!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Die Herren Antragsteller Trimborn und Genossen haben auf namentliche Abstimmung über ihren Antrag auf Drucksache Nr. 1653 angetragen. Der Antrag ist genügend unterstützt. Die Abstimmung soll sich unmittelbar an den Schluß der Beratung anschließen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **v. Westarp,** Abgeordneter: Nach Clemenceaus Worten ist der Versailler Vertrag die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Seit dem 7. März dieses Jahres wird der Krieg gegen Deutschland mit den Mitteln des Krieges selber fortgesetzt. Die **Besetzung von Düsseldorf,** von **Ruhrort,** von **Duisburg** ist eine **bewaffnete Invasion, eine feindliche Handlung.** Was eine Propaganda, unwahr und erlogen, seit Beginn des Krieges gegen Deutschland in die Welt geschleudert hat, daß wir das Völkerrecht und seine geheiligten Grundsätze nicht geachtet hätten, daß wir Verträge behandelten wie einen Fetzen Papier, jetzt ist es zur Tat geworden in der Haltung und den Handlungen des Feindbundes selber,

(sehr richtig! rechts)

und es muß mit aller Bestimmtheit und aller Feierlichkeit erklärt werden: Was da geschehen ist, ist eine schwere **Verletzung des Völkerrechts,** ist aber auch ein **Bruch des Versailler Vertrages.** (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Bruch völkerrechtlicher Verträge kann nicht so beurteilt werden wie der Bruch privatrechtlicher Verträge. Bei denen mag es zweifelhaft sein, welche Folgen im einzelnen Falle entstehen, wenn ein Vertragsgegner dem andern gegenüber seine Pflichten verletzt. Ich berufe mich gerade auf eine Autorität des Herrn Schücking, der in einem Aufsatz im „Berliner Tageblatt" ausgeführt hat, daß im Völkerrecht ein anderer Grundsatz gilt; wenn ein völkerrechtlicher Vertrag verletzt wird, wenn er zudem verletzt wird durch den Angriff auf den Leib des Vertragsgegners selber, durch eine feindliche Invasion, so ist dadurch ein solcher völkerrechtlicher Vertrag zerrissen und von dem Gegner selbst aufgehoben worden.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist schwer und verantwortungsvoll, über die politischen Konsequenzen zu sprechen, die sich aus diesem völkerrechtlich klaren Sachverhalt ergeben. Ich hätte es verstehen können, wenn der Herr Außenminister Äußerungen über solche **politischen Konsequenzen** unterlassen hätte. Was er heute gesagt hat, habe ich nicht verstehen können.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Außenminister hat ausgesprochen: Obwohl die Gegner den Vertrag von Versailles zerrissen, verletzt hatten, müßten wir ihn erfüllen, wir müßten nicht Böses mit Bösem vergelten, wir müßten an unserem Programm der Erfüllung bis zur Grenze des Möglichen festhalten. Ja, ich frage: Ist es denn die Aufgabe des deutschen Außenministers, dem Feindbund geradezu einen Freibrief zu erteilen,

(sehr richtig! rechts.)

einen Freibrief dafür, daß er jede Verletzung des Versailler Vertrags, jeden Angriff auf deutsches Gebiet sich

(Graf **v. Westarp**, Abgeordneter.)

(A) leisten kann, ohne daß wir Deutschen auch nur auf den Gedanken kommen, daß dadurch der Versailler Vertrag auch für uns erledigt sein könnte?

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe für diese Ausführungen des Herrn Außenministers kein Verständnis,

(Abgeordneter Müller [Franken]: Gott sei Dank!)

sie haben mich aufs äußerste erschreckt.

Der Beweis dafür, daß in dem Verhalten des Feindbundes eine schwere Verletzung des Versailler Vertrags liegt, ist leicht zu führen und bedarf nicht vieler Worte. Es fehlt an dem Tatbestand, der den Feindbund zu seinen Strafmaßnahmen berechtigt hätte.

Was lag denn vor? Durch die Note vom **29. Januar** waren uns **propositions** (Vorschläge) mitgeteilt worden. Diese Vorschläge gingen zugestandenermaßen über den Inhalt des Versailler Vertrags hinaus. Wir sollten nicht auf 30, sondern auf 42 Jahre Verpflichtungen übernehmen. Von einer Anrechnung der Leistungen, deren Anrechnung im Versailler Vertrag uns zugesagt war, war in diesen propositions keine Rede, ebensowenig von der Berücksichtigung unserer Leistungsfähigkeit, die uns in der Mantelnote zum Versailler Vertrag zugesichert worden ist. Wir hatten das volle Recht, sie anzunehmen, sie abzulehnen. Aber aus unserer Ablehnung haben die Gegner die Konsequenz gezogen, Strafmaßnahmen gegen uns zu ergreifen. Sie haben sie von vornherein angedroht. Im bürgerlichen Leben trifft auf diesen Tatbestand der § 253 Strafgesetzbuchs zu, der Paragraph, in dem es sich um die Erpressung handelt. Der Herr Minister des Äußeren hat schon darauf hingewiesen, daß von den juristischen Sachverständigen, die in London aus dem feindlichen Lager zusammengetreten waren, keiner zu der Überzeugung gekommen ist, daß unser Verhalten gegenüber der Pariser Note irgendwie Strafmaßnahmen rechtfertige.

(B) Nachdem wir diese Angebote abgelehnt hatten, trat lediglich der Versailler Vertrag in Kraft, wonach der Feindbund das Recht hatte, nach billigem Gehör Deutschlands einseitig die Leistungen Deutschlands bis zum 1. Mai festzusetzen. Erst nachdem das geschehen, und solche Festsetzung von uns nicht honoriert war, konnte von Strafmaßnahmen überhaupt die Rede sein. Deshalb haben ja auch die feindlichen Verhandlungsführer nach einem Mäntelchen, nach einem Vorwand gesucht und erklärt, daß der Grund für die Gewaltmaßnahmen, die nunmehr gegen uns verhängt worden sind, nicht allein in unserem Verhalten zu dem Pariser Angebot, sondern auch in unseren früheren Verfehlungen gegen den Versailler Vertrag und die in Spa getroffenen Abmachungen liege.

Auch hier ist der Sachverhalt überaus durchsichtig. Auch hier handelt es sich um einen Vorwand.

Es ist mit aller Entschiedenheit zu bestreiten, und es muß von der Tribüne dieses Hauses aus bestritten werden, daß unser Verhalten gegenüber dem Versailler Friedensvertrag in der Vergangenheit, daß unser Verhalten gegen das Abkommen von Spa dem Feindbund das Recht gebe, auch nur irgendeine Gewalt- oder Strafmaßnahme gegen uns zu verhängen.

Es muß im hohen Maße bedauert werden, daß der Herr Abgeordnete Wels in seiner Rede, die er vorhin gehalten hat, gerade in dieser Beziehung sich zum Anwalt unserer Gegner gemacht hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Er wies ja darauf hin, daß in dem **Verhalten Deutschlands** in der **Entwaffnungsfrage** wohl ein Anlaß, zum mindesten ein berechtigter Vorwand für den Feindbund gegeben gewesen sei, zu solchen Maßnahmen zu schreiten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bestreite das unter allen Umständen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wird nichts nützen!)

(C) Es trifft logisch und juristisch nicht zu. — „Es wird nichts nützen?!" Freilich, deshalb wirds nichts nützen, weil der Feindbund bei seiner entgegengesetzten Auslegung hier in unserem eigenen Lager Unterstützung findet.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe und Unruhe links.)

Die Sache selbst liegt klar zu Tage, schon rein formell betrachtet. Im Spaabkommen ist uns eine Frist bis zum 1. Januar vorigen Jahres gewährt worden. Das Pariser Diktat hat neue Fristen gesetzt. Am 7. März waren diese Fristen des Pariser Diktats noch nicht abgelaufen. Schon aus diesem Grunde lag am 7. März, rein formell gesprochen, ganz abgesehen von dem materiellen Sachverhalt, zu den verhängten Strafmaßnahmen nicht der geringste Anlaß vor.

Es lag auch nicht der geringste Anlaß in dem **Verhalten des Reichsgerichts** vor, zu dem wir doch alle das Vertrauen haben und dem Auslande gegenüber vertreten müssen, daß es mit der bei ihm bekannten und bewährten juristischen Objektivität seine Aufgabe erfüllen wird.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten. — Zurufe rechts: Dummes Gelächter!)

Und ebensowenig wie ein Tatbestand vorlag, der den Feindbund zu irgendwelchen sogenannten Sanktionen oder Gewalt- oder Strafmaßnahmen berechtigt hätte, lag eine **rechtsgültige Androhung** vor. In dieser Beziehung kann ich mich besonders kurz fassen. Ich kann mich berufen auf das, was der Herr Außenminister ausgeführt hat. Weder der § 18 der Anlage II zum Tit. VIII des Vertrages, geschweige denn irgendein anderer Artikel, etwa 429, 431 sieht irgend einen Einmarsch in deutsches Gebiet vor. Schon der Einmarsch vom Frühjahr vorigen Jahres, schon die Androhung des Einmarsches im Abkommen von Spa waren gleiche Verletzungen des (D) Versailler Vertrages wie die heute vorliegende Verletzung. Der Art. 270 läßt wohl zu, daß im Rheinland ein eigenes Zollgebiet errichtet werden könne, aber nur, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren. Nun, wenn der Feindbund sich auf diesen Art. 270 berufen sollte, so würde das ungefähr derselbe Hohn sein, der in den Worten Lloyd Georges lag, daß die Feinde ja nicht ein versklavtes und vernichtetes, sondern ein freies und glückliches Deutschland wünschten.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Zweck der Maßnahmen liegt klar zutage. Der Zweck ist Erpressung, ist Schädigung, Vernichtung Deutschlands.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Man darf nicht die Augen davor verschließen, daß die angedrohten und nunmehr verhängten Maßnahmen dem deutschen Volk tiefe Not, neue Lasten, neue Schäden zufügen. Das gilt zunächst von dem Einmarsch in die Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg. Dieser Einmarsch führt uns, führt der Welt aufs neue in recht greifbar ersichtlicher Weise vor Augen, wie Deutschland wehrlos geworden ist, und wie es durch seine Wehrlosigkeit in die Lage versetzt worden ist, sich gefallen lassen zu müssen, was kein freies, kein selbständiges Volk der Welt sich gefallen zu lassen verpflichtet und gewillt ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Die Bevölkerung in den Gebieten, die nunmehr neu besetzt werden, sieht sich vor ernste und schwere Bedrückungen gestellt. Sie werden dieselben Leiden erdulden, die ja heute schon von unseren deutschen Brüdern und Schwestern in den besetzten Gebieten erduldet werden müssen, und von denen wir oft so aufregende, so herzbewegende Klagen zu hören bekommen. Die französische

(Graf **v. Westarp**, Abgeordneter.)

(A) Presse hat gestern berichtet, daß **farbige Truppen von Marseille** im Anmarsch seien, um auch in den **neubesetzten Gebieten Deutschlands** verwendet zu werden.

(Große Bewegung. — Pfuirufe rechts.)

Also auch die schwarze Schmach soll der Bevölkerung dieser Städte nicht erspart bleiben. Wir stehen vor der Gefahr, vor der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, daß über die Androhung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort hinaus diese Besetzungen sich wie ein Ölfleck weiter ausdehnen werden. Heute heißt es schon: man hat die Ostgrenze sechs Kilometer östlich von Düsseldorf, vier Kilometer östlich von Duisburg, und was weiß ich sonstwo, gezogen. Schon sind einzelne Patrouillen in Hamborn gewesen. Man kann nicht wissen, wo diese Dinge, nachdem sie einmal angefangen haben, ihr Ende erreichen werden.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Das ist Euer Werk!)

Überaus schwerwiegend sind die **wirtschaftlichen Folgen der Gewaltmaßnahmen.** Das Zollgebiet im Rheinland wird ja dem Feindbund finanziell nicht viel bringen. Es kann vielleicht ein Drittel der deutschen Einfuhrzölle als der Betrag in Frage kommen, der an der Westgrenze für den Feindbund erhoben werden soll. Das kann eine Milliarde Papiermark sein. Trotzdem muß gesagt werden, daß das Rheinland selbst den allerschwierigsten Zeiten entgegengeht. Es ist dies von anderen Rednern ausgeführt worden. Der Wechselverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet Deutschlands ist so groß und so eng, daß jede willkürlich dazwischen errichtete **Zollgrenze** zu Mangel, zu Arbeitslosigkeit, zu schwersten Schädigungen, Belästigungen, Schikanen nicht nur, sondern zu dauernder und ernster wirtschaftlicher Not der davon getroffenen Bevölkerung des Rheinlandes führen muß.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

(B) Ebenso kann diese Maßnahme unserer eigenen Industrie in dem unbesetzten Gebiet schwere Schläge von vernichtender Wirkung versetzen. Ausfuhrabgaben, wie sie der Feindbund an der Ostgrenze des Rheingebiets zu erheben gewillt zu sein scheint, die Regelung der Verkehrsverhältnisse, — alles das sind Dinge, die wohl dahin führen können, daß unsere **süd- und westdeutsche Industrie aufs schwerste geschädigt** wird, daß wir doch auch im unbesetzten Gebiet Deutschlands mit Millionen Arbeitsloser, mit weiterer Verteuerung und Mangel aller Bedarfsgegenstände zu rechnen haben. Dazu kommt die **Ausfuhrabgabe,** die im Ausland vom Käufer deutscher Waren erhoben werden soll. Ich will hier nicht reden von den Schädigungen, Erschwernissen, Schikanen, die aus dieser Maßnahme für den **neutralen Handel** erwachsen werden, — das ist schließlich Sache der Neutralen, wie sie sich dazu stellen wollen und wie die bekannten Erscheinungen der Kriegszeit, die Handelskontrolle, die Handelsspionage, das Hineinreden der englischen Gewalthaber in den Handel der ganzen Welt auf ihre Interessen wirken werden. Für Deutschland ist zu sagen, daß — die Angaben der Sachverständigen schwanken da —, wenn man auch nur sehr gering rechnet, mehr als ein Drittel, vielleicht bis zu zwei Drittel unserer Ausfuhr aufs schwerste getroffen werden wird, daß unsere Ausfuhrindustrie in diesem Umfange konkurrenzunfähig werden wird, daß **Arbeitslosigkeit und Beschäftigungslosigkeit** im Inlande die Folge sein wird, daß der Rückgang unserer Ausfuhrindustrie uns entblößen wird von den nötigsten Devisen, auch von den Devisen, die nötig sind, um unsere Bevölkerung auch nur mit den allernotwendigsten Lebensmitteln so zu versorgen, daß Hunger und Elend in Fortsetzung der Hungerblockade bei Tausenden und aber Tausenden deutscher Frauen und Kinder die Folge dieser Maßnahmen sein wird.

So sehen die Maßnahmen aus, mit denen Lloyd (C) George das Wort wahr machen will, daß er nur „ein freies, glückliches, erholtes, blühendes Deutschland“ erstrebe. Nein! Diese Maßnahmen — ich muß da an ein Wort erinnern, was er gestern gesprochen haben soll, wo er gesagt hat: wir wollen nicht ein verzweifeltes Volk in der Mitte Europas —, diese Maßnahmen sind allerdings sehr wohl dazu geeignet, unser Volk zur Verzweiflung, zur äußersten Verzweiflung, zu treiben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Was können die Feinde mit diesen Maßnahmen erreichen? Sie können unserer Wirtschaft, sie können unserem Volk die schwersten Schäden zufügen. Sie können unsere Wirtschaft beinahe bis zur Vernichtung schädigen. Sie können ein ungeheures Maß von Haß und Verbitterung im deutschen Volke erwecken. Aber es gibt Dinge, die sie allerdings nicht erreichen können; drei Dinge will ich nennen:

Befriedigung ihrer finanziellen Forderungen wird nicht die Folge ihrer Maßnahmen sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Jawohl, das unglückliche Rheinland können sie auspressen wie eine Zitrone, aber wenn sie in einem oder zwei Jahren diese Auspressungsarbeit vollendet haben werden, so wird aus den Ruinen des Rheinlandes und der gesamten deutschen Wirtschaft kein wirtschaftliches Leben erstehen können, das irgendwie geeignet wäre, nicht nur den phantastischen finanziellen Plänen, sondern auch nur den allereinfachsten Entschädigungsforderungen der Feinde gerecht zu werden. Was sie an finanziellem Nutzen aus dem Rheinland herausziehen, das reicht auch nicht entfernt heran an den Schaden, den sie unserer Wirtschaft auf Jahre, auf Jahrzehnte hinaus zufügen werden.

Und ein zweites werden sie nicht erreichen: Der Plan der Besetzung — auch der sozialdemokratische Redner hat darauf hingewiesen — liegt ja doch für die **Franzosen** (D) darin, daß sie **das Rheingebiet endgültig behalten** wollen. Aber die Maßnahmen, die sie jetzt treffen, sind nicht geeignet zu einer pénétration pacifique.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es ist mir berichtet worden, daß, doch sicher wohl unter dem Einfluß der Entente, schon heute wiederum **im Rheingebiet** eine ungeheure **Agitation für die Abtrennung** des Rheingebiets von Deutschland zu entfalten versucht werde. Nun, ich kann jedes Wort unterschreiben, das von meinen Herren Vorrednern an die Rheinländer gerichtet worden ist, jedes Wort des Dankes an die Bevölkerung dieser besetzten Gebiete dafür, daß sie gegenüber der bevorstehenden schweren Not dem deutschen Vaterlande die Treue gehalten haben, und jedes Wort des absoluten Vertrauens darauf, daß die rheinländische Bevölkerung zu ihrem deutschen Vaterlande stehen wird, mögen die Zeiten noch so trübe und schwer sein.

(Lebhaftes Bravo rechts und im Zentrum.)

Und ein Drittes wird der Feindbund nicht erreichen. Er hat uns der Verzweiflung nahegebracht. Jedenfalls aber hat er uns mit diesen Maßnahmen aufs neue die Erkenntnis eingeschärft, die wir aus dem Vertrage von Versailles und seiner Unterzeichnung schon früher hätten ziehen sollen und ziehen können, die Erkenntnis, daß es für Deutschland nichts Vernichtenderes, nichts auf die Dauer Tödlicheres gibt, als wenn Deutschland Vertragsbestimmungen freiwillig unterzeichnet, die von ihm Unmögliches, Unsittliches verlangen.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Wirkung solchen Verhaltens haben wir nun jetzt aufs neue ersehen, und so werden diese Strafmaßnahmen, mögen sie noch so schwer auf uns lasten, mögen sie noch so brutal, so rücksichtslos, so grausam durchgeführt werden, mögen sie auch erweitert werden, das deutsche Volk nicht

(Graf **v. Westarp**, Abgeordneter.)

(A) irre machen in dem Entschluß, nicht den letzten Rest seiner Ehre und seiner Wehrhaftigkeit preiszugeben und nicht Dinge zu unterschreiben, die zu unterschreiben eben unmöglich ist.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Ich habe die Ausführungen über die Strafmaßnahmen mit Absicht in den Vordergrund meiner Rede gestellt und ausführlich behandelt, weil ich der Meinung bin, daß alles, was über London rückschauend und vorausschauend gesagt werden muß, vornehmlich unter diesen einen Gesichtspunkt gestellt werden muß. Obwohl die Verhandlungen zu dem schweren Rechtsbruch, zu der Zerreißung des Versailler Vertrags mit allen seinen schweren und belastenden Folgen geführt haben, stehe ich nicht an, mit aller Entschiedenheit für meine politischen Freunde und für mich zu erklären, daß auch wir ohne jeden Rückhalt billigen, daß in London die Pariser Forderungen nicht unterschrieben sind. Wir billigen, daß unsere Unterhändler gegenüber den Pariser Forderungen fest geblieben sind. Es ist endlich einmal ein Nein gesagt worden. Dieses „Nein" ist vom deutschen Volke als eine Tat begrüßt worden. Ich kann mich den Ausführungen mancher der Herren Vorredner darin anschließen, daß die **Begrüßungen des Herrn Außenministers bei seiner Rückkehr** der Sachlage doch wohl nicht ganz entsprochen haben. Es war das keine Veranstaltung irgend einer Partei. Wenn die Presse in den Berichten von „Jubel" gesprochen hat, so war wohl zum Jubel keine Veranlassung. Aber in diesen Begrüßungen, in diesen Empfängen drückte sich das ganz elementare Gefühl und Bewußtsein mit der Ursprünglichkeit, die ja bei solchen Anlässen zu Tage tritt, dafür aus, daß es richtig war, daß Deutschland in London gegenüber den Pariser Forderungen einmal endgültig nein gesagt hat und auch wirklich bei diesem Nein geblieben ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

(B) Meine politischen Freunde und ich sind im Einvernehmen mit der Erklärung der Regierungsparteien, aber, wie es doch scheint, in einem gewissen Gegensatz zu den Herren Sozialdemokraten ferner der Meinung, daß es zu billigen und zu begrüßen ist, daß durch den Abbruch der Verhandlungen in London nun alles dasjenige, was dort an Angeboten von unseren Unterhändlern ausgesprochen worden ist, nunmehr hinfällig geworden ist und unter allen Umständen hinfällig bleiben muß.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Der Weg, der mit der Pariser Note vom 29. Januar beschritten ist, der zu den Verhandlungen nach London geführt hat, ist zu Ende gegangen, mit dem ist es aus, von dem kann in der Folge nicht mehr die Rede sein. Von diesen Erwägungen aus werden meine Freunde und ich in der Lage sein, dem von den Regierungsparteien gestellten Antrage auf Nr. 1653 zuzustimmen, wonach der Reichstag es „billigt, daß die Reichsregierung trotz der in London angedrohten und jetzt vollzogenen Gewaltmaßnahmen der Entente bei der Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen verharrt". Ich muß aber eins noch aussprechen.

Ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß in dieser unserer Zustimmung zu dem Antrage der Regierungsparteien nun ein Vertrauensvotum für den Herrn Außenminister enthalten sei. Schon die heutige Rede des Herrn Außenministers läßt uns das kaum möglich erscheinen, und wir sind der Meinung, daß die Verhandlungen in London uns die Veranlassung geben, sie mit rückhaltloser Kritik zu durchleuchten, weil wir glauben, durch eine solche Kritik dazu beitragen zu können, daß nicht aus dem Verhalten unserer Delegation in London unglückselige Bindungen für Deutschland in Zukunft hervorgehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das ist für uns politisch und sachlich der Hauptzweck bei dem, was wir in dieser Beziehung zu sagen haben.

Unsere **Kritik** bezieht sich bereits auf das **erste Angebot**, das von unseren Unterhändlern **am 1. März** in London dem Feindbunde unterbreitet worden ist. (C) Wir müssen feststellen — und der Herr Außenminister hat es heute selber gesagt —, daß dieses Angebot nicht von dem **Gutachten der Sachverständigen** getragen war. Wir müssen weiter daran erinnern, daß es auch nicht von der Zustimmung oder dem **Gutachten des Reichswirtschaftsrats** getragen war. Ich darf ferner mitteilen, daß die Herren, welche als Vertreter unserer Fraktion an einer Parteiführerbesprechung vom 26. Februar vor der Abreise des Herrn Außenministers Simons nach London teilgenommen haben, ausdrücklich erklärt haben, sie hätten die Überzeugung, daß das beabsichtigte Angebot die Leistungsfähigkeit Deutschlands überschreite, und sie könnten jedenfalls für sich und die Fraktion eine Verantwortung in bezug auf das Angebot nicht mit übernehmen. Unsere sachliche Kritik gegen das Angebot vom 1. März stützt sich einmal darauf, daß wir gewünscht hätten, man hätte dieses Angebot auf einer ganz anderen Grundlage aufgebaut. Man hat es rein finanziell aufgezogen und hat dabei wenigstens theoretisch und grundsätzlich die französische Forderung der 226 Milliarden zugrundegelegt und damit gewissermaßen in ihrer Höhe anerkannt. Wir hätten gemeint, man hätte eine ganz andere Basis suchen sollen. Wir befinden uns in dieser Beziehung in voller Übereinstimmung mit den Äußerungen, die auch heute von allen Rednern getan worden sind. Auch wir sind der Meinung, daß es das richtige gewesen wäre, vor allen Dingen eine tatkräftige **sachliche Hilfe am Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete** anzubieten, für eine solche Hilfe durch Sachleistungen ein ausführliches, bis in das Detail hineingehendes Programm dessen vorzulegen, was wir an Material und was wir an Arbeitsleistungen und Arbeitskräften anbieten. Diesen Gedanken bei dem Angebot in (D) den Vordergrund zu stellen, würde sicher nützlich gewesen sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Außenminister hat ja — wenn ich das noch nachholen darf — selbst ausgesprochen, welch großen Wert er auf dieses Anerbieten legt. Er hat uns berichtet, daß er dieses Anerbieten in vertraulichen Verhandlungen scharf in den Vordergrund gerückt habe. Da wirft sich doch die Frage auf, warum es denn nicht gleich von vornherein auch in den öffentlichen Verhandlungen genügend in den Vordergrund gestellt worden ist.

Dabei will ich, um Mißverständnisse ein für allemal auszuschalten, hinzufügen, daß auch nach unserer Überzeugung eine andere Gestaltung unserer Angebote in London nicht zu einem Abschluß der Verhandlungen geführt haben würde. Dieser Meinung sind wir nicht. Unsere Kritik richtet sich vielmehr darauf, ob nicht durch die Angebote, von deren Aussichtslosigkeit auch der Herr Außenminister Simons selbst überzeugt war, trotz dieser Aussichtslosigkeit eine zu schwerwiegende Festlegung Deutschlands erfolgt ist.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Neben dem Anerbieten von Sachleistungen hätte man wohl daran denken können, dem **unmittelbaren Geldbedürfnis Frankreichs Rechnung** zu **tragen.** Den Gedanken einer Anleihe wollen wir nicht a limine ablehnen, aber wir sind allerdings der Meinung, daß die Aussichten, daß Deutschland jetzt **auf dem Weltmarkte** eine **Anleihe** bekommen könne, sowohl hinsichtlich der Höhe des zu borgenden Betrages wie hinsichtlich der Anleihebedingungen ganz außerordentlich ungünstige sind. Deshalb wäre es nach unserer Auffassung richtiger gewesen, wenn Deutschland in den Verhandlungen unter gar keinen Umständen eine Anleihe auf eigenes Risiko in bestimmter Höhe an-

(Graf v. **Westarp**, Abgeordneter.)

(A) geboten hätte. Eine Anleihe in bestimmter Höhe konnte nur angeboten werden, wenn sie von vornherein auf eine internationale, die einzig richtige, Basis und unter internationale Garantie gestellt gewesen wäre.

Hätte also das erste Angebot, das am 1. März — ich wiederhole es — in London gemacht worden ist, auf grundsätzlich anderer Basis aufgestellt werden sollen, so ist es nach unserer Auffassung ferner viel zu hoch und überschreitet die mögliche Leistungsfähigkeit Deutschlands. Ich will auf alle Einzelheiten nicht eingehen. Nur daran möchte ich erinnern, daß der Gedanke einer Anleihe von 8 Milliarden ausgesprochen worden ist, ohne daß von vornherein die Bedingung der internationalen Basis und internationalen Garantie hinzugefügt worden wäre. Ich möchte daran erinnern, daß in den Berechnungen des Herrn Außenministers überall ein Zinsfuß von 5 Prozent für die Anleihe eine Rolle spielt, während doch nach allen Erfahrungen des Geldmarktes, nach allen Gutachten wirklicher Sachverständiger von einem Zinsfuß von 5 Prozent für Deutschland in der nächsten Zeit auch nicht annähernd wird die Rede sein können.

Nach Ablehnung des ersten Angebots hat der Herr Außenminister, wie er uns heute berichtet hat, **vertrauliche Verhandlungen** geführt. Auf den Inhalt dieser vertraulichen Verhandlungen will ich nicht näher eingehen. Das eine aber glaube ich doch sagen zu müssen: nach der Rede des englischen Premierministers Lloyd George vom 1. März, nach der ganzen Fülle von Hohn und von Zurückweisung, die schon in dieser Rede enthalten war, wäre doch auf der deutschen Seite die allergrößte Vorsicht und Zurückhaltung geboten gewesen. Deshalb darf die Frage wohl aufgeworfen werden, ob es richtig war, daß die Initiative zwar nicht zu Verhandlungen, aber zu den in den Verhandlungen gemachten neuen Angeboten von deutscher Seite ausgegangen ist.

(B) (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Nun aber **der zweite Vorschlag vom 7. März** selber. Hier muß eins festgestellt werden. Der Herr Außenminister hat heute selbst erklärt, daß er mit diesem Vorschlag über die Instruktionen hinausgegangen ist,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

die ihm von seiten der Reichsregierung erteilt worden sind. Auch wir müssen nach unserer Kenntnis, die unsere Parteiführer von diesen Instruktionen in den Besprechungen vom 5. und 6. März erhalten haben, bestätigen, daß hier ein Hinaus ehen — und zwar ein sehr wesentliches und sehr weites Hinausgehen! — über die Instruktionen stattgefunden hat.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Gegen dieses zweite Angebot haben wir einzuwenden: wir haben es für unrichtig gehalten — und müssen es auch heute für unrichtig halten —, daß auch nur für die Dauer von 5 Jahren die Pariser Forderungen als möglich und als annehmbar erklärt worden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Eine Zahlung von 3 Milliarden Goldmark jährlich ist **unmöglich.** Ich darf hier auf das Gutachten der Sachverständigen, das im Weißbuch veröffentlicht worden ist, hinweisen, und ich möchte an das Schema der Berechnung erinnern, mit der sie ermitteln wollen, welche Ausfuhrsteigerung erforderlich ist, um einen bestimmten Ausfuhrüberschuß für die Zahlungen an das Ausland verfügbar zu machen. Da berechnen sie, daß unsere Zahlungsbilanz heute schon mit 4 Milliarden Goldmark passiv ist. Sie nehmen weiter an, daß sich ein Ausfuhrüberschuß nur in Höhe von höchstens 40 Prozent der Ausfuhrsteigerung erzielen lasse, weil 60 Prozent des Ausfuhrwertes erforderlich seien, um die Kosten der Rohstoffeinfuhr und die Kosten der Produktion zu decken.

Andere sehr namhafte Sachverständige gehen noch (C) viel weiter und meinen, daß der Prozentsatz, 40 Prozent, hier viel zu günstig gegriffen sei. Um also neben der Deckung des bestehenden Passivsaldos um 4 Milliarden eine Zahlung von 6 Milliarden an das Ausland zu ermöglichen, wie sie im ursprünglichen Pariser Diktat noch vorgesehen war, müßte unser Ausfuhrüberschuß um 10 Milliarden gesteigert werden, und dazu wäre eine Steigerung unserer Ausfuhr selbst von jetzt 5 auf 30 Milliarden Goldmark nötig gewesen. Sollte daneben noch die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe, von einer solchen Ausfuhr zu decken, gezahlt werden, so hätte das eine weitere Ausfuhrsteigerung von 10 auf 40 Milliarden nötig gemacht. Natürlich eine reine Utopie!

Aber auch bei der Zahlung von 3 Milliarden stellt sich dasselbe Exempel so, daß sich unsere Ausfuhr bis auf etwa 25 Milliarden Goldmark steigern müßte, und auch diese Annahme ist eine absolute Utopie, ein Traum, eine Illusion, eine Unmöglichkeit, das weisen die Sachverständigen unwiderleglich nach, aus deren Ausführungen ich hier nur einen Gedanken herausheben möchte, besonders für die Herren von der Linken und von der äußersten Linken. Da sagen die Sachverständigen — wie mir scheint, mit Recht —, daß zu einer solchen **Ausfuhrsteigerung** unter anderem auch eine ganz **wesentliche Verlängerung der Arbeitszeit** gehören würde, daß bei Annahme derartiger Forderungen an Stelle des achtstündigen Arbeitstages der zwölfstündige, der vierzehnstündige Arbeitstag würde eingeführt werden müssen.

(Hört! Hört! rechts.)

Wünscht Herr Wels wirklich, daß die Angebote, die solche Folgen haben, nicht hinfällig sein sollen?

Des Weiteren aber hat der Herr Außenminister in dem Angebot vom 7. März neben diesen Barzahlungen ein gleichartiges Äquivalent für die Ausfuhrabgabe angeboten. Mit diesem Angebot für die ersten fünf Jahre (D) ist er über die ihm erteilten Vollmachten hinausgegangen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ich muß gestehen, daß uns dafür das Verständnis fehlt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Außenminister hat ferner heute ausgeführt, daß er es für richtig, ja für möglich gehalten habe, auch das Risiko für eine Anleihe Deutschlands zu übernehmen. Auch dafür fehlt mir das Verständnis. Ich verstehe nicht, wie jemand heute glaubt, das Risiko dafür übernehmen zu können, daß Deutschland auf dem Weltmarkt einen bestimmten Betrag von dem Vielfachen einer Milliarde als Anleihe erhalten wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich muß hier wiederholen; das ist eben nur auf internationaler Basis und mit internationaler Garantie möglich, aber von solchen Voraussetzungen ist in dem Angebot des 7. März keine Rede. Deshalb durfte und konnte der Herr Minister dieses Risiko einer bestimmten Anleihe, die jene fünf Jahresraten von zusammen 13 Milliarden decken soll, auf Deutschland nicht übernehmen, und ich möchte den Sachverständigen sehen — ich habe noch keinen gesehen —, der wirklich ernsthaft sagen könnte, man könne jetzt das Risiko dafür übernehmen, daß Deutschland einen derartig hohen Betrag auf dem Weltmarkt erhalten würde. Schließlich enthält das Angebot vom 7. März das Provisorium in schlimmster Form, ein Provisorium, aus dem eine Zinslast für die Folgezeit herausspringt und das uns für später jeder Willkür aussetzt. Wir lehnen den Gedanken des Provisoriums entschieden ab.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Mit schwerem Bedenken erfüllt uns auch, daß der Herr **Außenminister** neben diesen Verhandlungen noch eine grundsätzliche **Einverständniserklärung zu dem Gedanken Lloyd Georges** abgegeben hat, **von allen Ausfuhrwaren**

(Graf v. **Westarp**, Abgeordneter.)

(A) **Deutschlands von dem ausländischen Käufer eine Ausfuhrabgabe zu erheben.** Diese Ausfuhrabgabe ist inzwischen, wie es scheint, bereits in erster Lesung im englischen Unterhause in Höhe von 50 Prozent beschlossen worden. Auf den Prozentsatz hat sich der Herr Außenminister zwar nicht ausdrücklich festgelegt. Aber daß er sich überhaupt auf diesen Gedanken festgelegt hat, können wir nicht billigen. Ich will diese sachlichen Ausführungen nicht vertiefen. Ich bin in der seltenen Lage, mich hier auf sehr gründliche und zutreffende Darlegungen des Herrn Abgeordneten Wels zu berufen, der die Folgen einer solchen Ausfuhrabgabe ganz treffend und anschaulich geschildert hat. Ich muß da wiederum die Frage an Herrn Abgeordneten Wels richten: wenn er selbst diesen von dem Herrn Außenminister in London für möglich und für diskutabel erklärten, gewissermaßen angebotenen Gedanken der Ausfuhrabgabe sehr richtig so abfällig kritisiert, wie will er es denn begründen, daß er im selben Atemzuge erklärt, unser Angebot, das wir in London gemacht haben, dürfe nicht als hinfällig erklärt werden?

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Da scheint mir ein Widerspruch vorzuliegen, der doch nicht so leicht aufzuklären ist.

Ich fasse mich dahin zusammen: Auch die Vorschläge, die der Herr Außenminister gemacht hat, sowohl die im ersten Angebot wie vor allem die im zweiten Angebot, gingen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands weit hinaus.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Sie waren eine Unmöglichkeit. Es ist ein Glück — mehr Glück, als wir vielleicht verdient hatten —, daß diese Vorschläge nicht angenommen worden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich muß weiter aussprechen: unter keinen Umständen dürfen diese Vorschläge uns für die Folge präjudizieren.

(B) (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Sie können uns nicht präjudizieren, weil namentlich der zweite Vorschlag vom 7. März — ja, Herr Außenminister, ich muß das noch einmal wiederholen und feststellen! — über die Ihnen erteilten Ermächtigungen hinausgegangen ist. Ich bin auch nicht der Meinung, daß der Reichstag Veranlassung hat — und meine politischen Freunde und ich können uns jedenfalls nicht dazu entschließen —, irgend etwas auszusprechen, was eine Ratihabierung dieser Angebote, eine nachträgliche Genehmigung der Angebote darstellen könnte.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Diese **Angebote** sind **durch den Abbruch der Verhandlungen erledigt.** Sie sind dadurch erledigt, daß der Feindbund dem Abbruch der Verhandlungen den Rechtsbruch des Einmarsches in das Rheingebiet und des eigenen Zollgebiets im Rheinlande hat folgen lassen.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Unsere Kritik gegen den Herrn Außenminister gipfelt ferner noch in dem Wunsche, daß wir es begrüßt haben würden, wenn der Herr **Außenminister** durch sein Verhalten und durch seine **Reden in schärferer**, deutlicherer und entschiedenerer **Weise den Angriffen Lloyd Georges** und der Ankündigung der Strafmaßnahmen **Widerspruch** entgegengesetzt hätte.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Außenminister hat heute gesagt: als er sein Angebot vorgebracht hätte, hätten sich derartige Zeichen der Entrüstung in der Versammlung gezeigt, daß er seine Ausführungen hätte abkürzen müssen. Nein, ich meine, ein Vertreter Deutschlands hätte bei derartig unbegründeten Zeichen der Entrüstung nicht Anlaß gehabt, seine Rede abzukürzen, sondern sie um so entschiedener und um so deutlicher und gründlicher bis zu Ende fortzuführen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

(C) Wir hätten auch gewünscht, daß der Herr Außenminister auf die von mir ja schon mehrfach angeführten hohnvollen Äußerungen Lloyd Georges, daß er ein freies, ein blühendes Deutschland wolle, daß er Deutschland nicht vernichten und versklaven wolle, erwidert hätte mit einem Hinweis, daß diese Versicherung doch eben allen Tatsachen von der Einkreisungspolitik an über die ganze Hungerblockade des Weltkrieges bis zur Androhung der heutigen Zwangsmaßnahmen geradezu ins Gesicht schlägt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Ich kann es nicht recht verstehen, wenn der Herr Außenminister statt dessen auf diese Äußerung von Lloyd Georges, die doch ein Hohn war und meiner Überzeugung nach als Hohn gemeint war, aber jedenfalls für jedes ehrliche deutsche Gewissen als Hohn, als Verachtung und Vernichtung wirken muß, — wenn der Herr Außenminister darauf lediglich erwiderte, daß solche Äußerungen Lloyd Georges auf lebhaften Widerhall bei uns gestoßen wären. Ich meine weiter, der Protest gegen die Zwangsmaßnahmen hätte dazu führen müssen, daß der Herr Außenminister am 7. März nicht mehr nach der Ankündigung der Zwangsmaßnahmen noch von weiteren Verhandlungsmöglichkeiten gesprochen hätte.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Nach dem Weißbuch — es ist auf Seite 189 — hat der Herr **Außenminister** in seiner **letzten Rede**, nachdem Lloyd George wiederholt erklärt hatte, die Sanktionen treten jetzt in Kraft, es sei keine Möglichkeit, diese Sanktionen noch hinauszuschieben, noch Ausführungen darüber gemacht, worüber nun noch weiter verhandelt werden müsse: über die festen Leistungen, über die variablen Leistungen, über die Ausfuhrabgaben. Er hat sich damit einverstanden erklärt, daß nun alsbald Sachverständige zusammentreten müßten, um über diese Fragen zu verhandeln. Ich meine, nachdem der Rechtsbruch des Einmarsches und der sonstigen Gewaltsmaßnahmen angekündigt war, wäre es

(D) Sache des Herrn Außenministers gewesen, nicht noch Ausführungen über weitere Verhandlungen zu machen, sondern zu sagen, daß bei dieser Sachlage jedenfalls für ihn im Moment von irgendwelchen weiteren Verhandlungen keine Rede sei.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen links.)

Es wirft sich nun die weitere **Frage** auf, **was fernerhin geschehen soll.** Meine Freunde und ich sind der Meinung, daß durch den Abbruch der Verhandlungen in London, daß vor allen Dingen durch den Rechtsbruch der Gewaltmaßnahmen das Pariser Diktat in allen seinen Punkten, in seinem ersten und zweiten Teil für uns endgültig erledigt ist

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

und dessen Ausführung nicht mehr in Frage kommen kann und nicht mehr in Frage kommen darf.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zurufe links.)

Wir sind ferner der Meinung — und bezüglich dieser Meinung scheint ja eine gewisse Übereinstimmung zu herrschen —, daß in der Reparationsfrage Deutschland nicht den ersten Schritt zu weiteren Verhandlungen tun darf, solange die „Sanktionen" bestehen. Aber ich möchte noch weiter gehen.

Wir halten neue **Verhandlungen** überhaupt nur **unter der Bedingung** für möglich, **daß die alsbaldige Aufhebung der Gewaltmaßnahmen sichergestellt ist.**

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich bin weiter der Meinung, daß allerdings überaus wenig Aussicht darauf besteht, daß neue Verhandlungen bei der jetzigen Sachlage irgendwie zu einem für Deutschland erträglichen oder günstigen Erfolge führen könnten. Schon tönen ja aus dem Auslande, aus der gestrigen Rede von Loyd George die Erklärungen, jetzt sei es an

(Graf **v. Westarp**, Abgeordneter.)

(A) Deutschland, den ersten Schritt zu tun. Wenn Deutschland sich auf neue Verhandlungen einläßt, so wird es —, selbst abgesehen von der Bedingung, die ich ausgesprochen habe —, in solche neuen Verhandlungen nur mit der allergrößten Vorsicht hineingehen können. Es wird sich eben eine Situation schaffen müssen, bei der es ausgeschlossen ist, daß die unmöglichen, unsere Leistungsfähigkeit weitaus übersteigenden Londoner Angebote nun in den neuen Verhandlungen von den Gegnern als das Minimum betrachtet und hingestellt werden, als das Minimum, über das wir durch neue Strafandrohungen hinausgetrieben werden sollen. Auf solche Verhandlungen dürfen wir uns auf keinen Fall einlassen. Sie würden eine schiefe Ebene bedeuten, sie würden uns weiter in das Elend hineinführen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wenn Verhandlungen überhaupt möglich sein sollten — ich bezweifle es —, so würden solche Verhandlungen nur auf ganz neuer Grundlage geführt werden können.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Nach positiver Richtung hin möchte ich sagen, daß Deutschland alle Veranlassung hat, in geeigneten Schritten seinen Rechtsstandpunkt zu wahren, den Rechtsstandpunkt nämlich, daß die Gewaltmaßnahmen einen Bruch und damit eine Zerreißung des Versailler Friedensvertrages bedeuten.

Der Herr Abgeordnete Wels hat vom Völkerbund gesprochen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir durch **einen Appell an den Völkerbund** auf den richtigen Weg kommen würden.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich lehne diesen Richter als befangen ab.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Ich bin mir überhaupt zweifelhaft, ob denn eigentlich die Völkerbundorgane noch zu Recht bestehen, von denen in (B) den ersten 24 Artikeln des Versailler Vertrages gesagt ist, daß dazu, besonders zu dem ausführenden Rat, Amerika gehört, während doch Amerika sich von dem Völkerbunde zurückgezogen hat.

Ich will weiter für die Zukunft folgende Wünsche aussprechen. Deutschland hat nicht die Hand zu bieten, um bei der Ausführung der angedrohten und im Vollzug begriffenen Gewaltmaßnahmen behilflich zu sein. Nach der Auffassung meiner politischen Freunde und meiner Auffassung ist es jetzt **nicht** mehr am Platze, **Vorschüsse für die Besatzungskosten weiter zu zahlen,** nachdem der Feind die Besetzung widerrechtlich ausgedehnt und sich in den Besitz der Einkünfte des Rheinlandes gesetzt hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Überaus schwierig ist die Frage, wie sich die deutsche Regierung zu der **Durchführung des Zollgebiets** stellen soll. Einen Grundsatz kann man wohl aussprechen: Deutschland hat die Veranlassung und die Verpflichtung, alles, aber auch alles zu tun, was irgend möglich ist, um der bedrängten Bevölkerung des besetzten Rheinlandgebiets behilflich zu sein und ihr die schwere Last zu erleichtern; aber auf der anderen Seite hat Deutschland nichts, aber auch gar nichts zu tun, was als Hilfeleistung bei der Durchführung der rechtswidrigen Gewaltmaßnahmen wirken und sie erleichtern könnte.

Was den **Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande** anlangt, habe ich etwas zu bemerken, was weniger eine Mahnung an die Regierung ist, obwohl ihre Außenhandelsstellen und ihre sonstigen Behörden, die über den Wirtschaftsverkehr zu befinden und ihn zu beeinflussen haben, auch in dieser Beziehung gewisse Richtlinien werden beobachten müssen. Jedenfalls wird unser privates deutsches Wirtschaftsleben im Auslandsverkehr dem Zustande Rechnung tragen müssen, daß der Feind gegen uns jetzt einen Wirtschaftskrieg allerschlimmster Art eröffnet hat. Die Technik, die Geschicklichkeit, die Gewandtheit unserer Industrie und unseres Handels wird (C) Mittel und Wege suchen, um die Schäden, die namentlich in der Ausfuhrabgabe beruhen, auf ein möglichst geringes Maß zurückzuführen. Sie wird aber auch den nationalen Willen haben, im Wirtschaftsleben dem Ausländer nicht mehr entgegenzukommen, als es im eigenen deutschen Interesse ganz unbedingt erforderlich und möglich ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Auch **an unsere Bevölkerung** im deutschen Lande sollten wir die **Mahnung** richten — und diese Mahnung ist leider bei dem deutschen Charakter immer wieder nur zu sehr angebracht —: kein unnötiges, kein zu weitgehendes wirtschaftliches und gesellschaftliches Entgegenkommen gegenüber den Ausländern, gegenüber den Angehörigen, den Vertretern, den Behörden dieser feindlichen Mächte zu zeigen,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen)

die uns jetzt in dieser furchtbaren Weise ins Gesicht geschlagen haben, die zu unserer Vernichtung entschlossen sind — **äußerste Einschränkung des Verbrauchs aller Auslandswaren.** Politisch wünschen und fordern wir, daß auch die Regierung ganz anders und viel mehr als bisher Stellung nimmt gegen die Beschuldigung, Deutschland habe die moralische Verantwortung für diesen Krieg zu tragen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Mit Recht hat Lloyd George die moralische Schuld, die Behauptung von der Urheberschaft Deutschlands am Kriege, als die Grundlage des ganzen Gebäudes des Versailler Vertrages bezeichnet. Um so mehr haben wir alle Veranlassung, alles zu tun, um diese Grundlage zu unterhöhlen und zu beseitigen, denn sie ist ja doch eine große Lüge.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die **Unterschrift unter dieses Schuldbekenntnis** ist doch (D) von uns erpreßt worden. Wenn man jetzt von seiten der Linken womöglich Äußerungen hört, die sich gegen derartige Feststellungen zu wehren versuchen, darf man daran erinnern, daß der damalige **Reichskanzler Bauer,** den ich augenblicklich nicht auf seinem Platze bei Ihnen (nach links) sehe, **am 23. Juni 1919** ganz ausdrücklich erklärt hat, die Regierung habe es ihrem Volke ersparen wollen, „ein unwahres, erpreßtes Schuldbekenntnis“ abzugeben. Er fügte hinzu:

> All das sind heute theoretische Betrachtungen. Die Entente hat unsern Vorbehalt abgelehnt, sie will uns das Schuldbekenntnis auf die Zunge zwingen, sie will uns zu Häschern unserer angeschuldigten Landsleute machen; es soll uns nichts, gar nichts erspart bleiben. Zur Verknechtung wollen uns die Feinde auch noch die Verachtung aufbürden.

Und weiter:

> Keinen Protest heute mehr, keinen Sturm der Empörung! Alles müßte den grauenerregenden Eindruck abschwächen, der sich heute der Welt bietet; sie starrt teils in verhohlenem, teils aber in unverhohlenem Entsetzen auf die Folterszene.

So hat bei der Unterschreibung des deutschen Schuldbekenntnisses der damalige Vertreter der deutschen Regierung, der sozialdemokratische Reichskanzler Bauer, den moralischen Protest gegen dieses Schuldbekenntnis ausgesprochen. Bei diesem moralischen Protest muß es bleiben, er muß immer wieder ausgesprochen werden, er muß hineingehämmert werden in die Gehirne unseres Volkes, er muß hineingehämmert werden in das Bewußtsein der Welt, es muß ganz anders vorgegangen werden, als es bisher geschehen. Es genügen nicht die Erklärungen, die der Außenminister in London abgegeben hat, daß Deutsch-

(Graf **v. Westarp**, Abgeordneter.)

(A) land „nicht ausschließlich" die Schuld am Kriege trage. Nein, die moralische Verantwortung und die Urheberschaft am Kriege trägt Deutschland überhaupt nicht, weder die kaiserliche Regierung noch das deutsche Volk.

(Lebhafter Beifall rechts. — Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist es, was ausgesprochen werden muß und womit die Basis des Versailler Vertrags erschüttert werden muß. Es mögen diplomatische Fehler und Ungeschicklichkeiten deutscherseits zugegeben werden; auf diesem Gebiete kann zugegeben werden, daß nicht Deutschland allein die Schuld trägt, auf diesem Gebiete kann auf die Worte von Lloyd George hingewiesen werden, daß „alle" Regierungen in den Krieg hineingeschliddert seien. Aber die Bestreitung lediglich der „alleinigen" Schuld Deutschlands darf sich nur auf diese Seite der Sache beziehen. Eine moralische Schuld trägt Deutschland überhaupt nicht, und die Urheberschaft des Krieges liegt nicht bei Deutschland.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Das hätte der Herr Außenminister auch in London aussprechen sollen, und gerade in London wäre das wichtig gewesen, Auge in Auge mit dem Gegner, wo die ganze Welt auf die Worte lauschte.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun muß jetzt jedenfalls dieser Gedanke ganz anders als bisher in die Welt hineingeworfen werden. Wir verlangen von der Regierung, daß sie endlich die Propaganda in dieser Frage mit ganz anderen Mitteln und zweckmäßiger durchführt als bisher. Ebenso muß sich die Propaganda gegen die ungeheuerliche Behauptung richten, daß nur auf deutscher Seite Kriegsverbrechen vorgekommen seien.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich komme zum Schluß. Überaus schwer ist die Not und das Leid, mit dem uns der Rechtsbruch der Feinde, (B) die Gewalttat der Feinde, die feindliche Invasion und die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen treffen. Das Recht — das formelle und das moralische Recht — in dieser Sachlage ist auf deutscher Seite, allein auf deutscher Seite. Aber aufs neue machen wir die furchtbare Erfahrung, unter der wir ja nun seit über zwei Jahren stehen, daß dieses deutsche Recht sich nicht durchsetzt, weil und solange hinter ihm nicht die Kraft steht, es zur Auswirkung zu bringen.

(Sehr richtig! rechts.)

Herr Wels selbst hat gesagt: heute liegen die Dinge so, daß Macht vor Recht geht.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das war schon immer so!)

— Das war dann nicht so und ist dann nicht so, wenn hinter dem Recht eine Macht steht, um das Recht zu schützen.

(Sehr wahr! rechts.)

An dieser Macht fehlt es Deutschland heute, und deshalb nutzt es uns praktisch nichts, daß das Recht auf unserer Seite ist. Es versagen alle die Dinge, auf die das deutsche Volk sich so oft verlassen hat und immer wieder verlassen zu können glaubt. Es versagt der Völkerbund, es versagt das Weltgewissen, es versagt die Weltgemeinschaft und das eigene Interesse der Gegner oder ihre Erkenntnis des eigenen Interesses. Es versagen insbesondere alle die internationalen Interessengemeinschaften des Proletariats.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Alles das ist zusammengebrochen und hilft uns nichts. Es hilft uns auch nichts die Art und Weise, wie heute der Herr Abgeordnete Wels namens seiner Parteifreunde diese Dinge angefaßt hat. Damit, daß in so schwerer Stunde des Vaterlandes der eine Volksgenosse den anderen Volksgenossen beschimpft und beschuldigt und von der Tribüne des Reichstags aus vor den Ohren des (C) Auslandes eine agitatorische und hetzerische Rede hält, bessern wir unsere Lage nicht.

(Sehr wahr! rechts.)

Man möchte, wenn man solche Reden wie heute hört, ja am deutschen Volke und seiner Zukunft verzweifeln. Man fragt sich nach den Motiven. Ja, es mag sein, daß Sie Angst haben, daß Sie Ihre Wählerkreise unter dem furchtbaren Druck der Not verlieren. Aber man müßte verzweifeln am deutschen Vaterland, wenn man nicht die Hoffnung hätte, daß es gelingen wird, die Masse der von Ihnen verführten und mißgeleiteten Personen zu heilen von dem **Irrwahn der internationalen Solidarität** und von der Krankheit des Klassenkampfes.

(Lebhafter Beifall rechts. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Was uns helfen kann, ist nur die eigene Kraft des deutschen Volks. Diese Lehre, die wir aus den letzten zwei Jahren und aus den Ereignissen von London zu ziehen haben, ist darum so überaus bitter, weil die eigene Kraft des deutschen Volks jetzt so überaus gering ist. Vernichtet und zerschlagen ist die eigene Kraft des deutschen Volks noch nicht, **wir haben noch unsere Ehre,** solange wir den Willen haben, uns nicht auch noch den letzten Rest unserer Ehre rauben zu lassen,

(sehr richtig! rechts)

solange wir uns nicht wollen zu erpreßten und erlogenen und erstunkenen Schuldbekenntnissen bewegen lassen, und wir haben den festen Willen, festzuhalten an dem Gedanken der Befreiung von dem Joche des Versailler Vertrags,

(lebhafte Zustimmung rechts, Abgeordneter Dr. Breitscheid: Wie denn?)

und wir wollen vor allen Dingen den Willen zur einmütigen Geschlossenheit des deutschen Volks, und ich halte an der Hoffnung fest, daß über den Irrwahn des Internationalismus und über die Interessen des Klassenkampfes und der verhetzenden Agitation hinaus der Wille zur Ge- (D) schlossenheit des deutschen Volks sich unter der furchtbaren Not unserer Tage durchsetzen wird. Und so ist es eine Mahnung, aber auch eine Zuversicht, wenn ich sage: in dieser Not, der Abwehr dieser Not, in dem Tragen dieser Not gehört der Deutsche und steht der Deutsche zum Deutschen.

(Stürmischer Beifall rechts und auf den Tribünen. — Zischen links.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Es ist ein Antrag Aderhold und Genossen eingegangen, der folgenden Wortlaut hat:

> Der Reichstag mißbilligt, daß die Regierung durch ungenügende Durchführung des Friedensvertrages von Versailles, insbesondere durch Nichtentwaffnung der Konterrevolution, sowie durch mangelhafte Vorbereitung und Führung der Verhandlungen in London der Entente Vorwände für die Geltendmachung unerfüllbarer Forderungen und für die als „Sanktionen" bezeichneten Gewaltmaßregeln geliefert und damit zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen hat.
>
> Der Reichstag spricht jedoch die Erwartung aus, daß die Regierung jede brauchbare Gelegenheit zur Wiedereröffnung der Ausgleichsverhandlungen mit der Entente ergreifen wird.

Der Antrag ist zum Druck gegeben und wird alsbald verteilt werden.

(Zurufe rechts: Von wem ist der Antrag?)

— Aderhold und Genossen, wie bereits mitgeteilt.

(Lachen und Zurufe rechts: Natürlich!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

(Zahlreiche Abgeordnete der Rechten verlassen den Saal. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(A) Dr. **Breitscheid,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es wird sehr viel zur Erhöhung der Würde unserer Verhandlungen beitragen, wenn die Herren von rechts diesen Saal verlassen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, es würde auch sehr viel zur Besserung unseres Verhältnisses zum Ausland beitragen, wenn die Herren von rechts es vorziehen würden, diesen Saal überhaupt nicht wieder zu betreten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Als wir uns vor acht Tagen hier in diesem Saal über die **Londoner Verhandlungen** unterhielten, da bestand noch eine gewisse Hoffnung einer Verständigung. Diese Hoffnung war außerordentlich gering, da die ersten Verhandlungstage bewiesen hatten, wie weit die beiden Kontrahenten voneinander entfernt waren, und da weiter die Verhandlungen in einer Weise eingeleitet worden waren, die kein gutes Ende versprachen. — Dann folgten einige Tage der Verwirrung. Wie wir gehört haben, wurde Berlin nicht ausreichend von London informiert, London erhielt keine rechtzeitigen Instruktionen von Berlin, und nach dem Scheitern der privaten Besprechungen, die Herr Minister Simons mit Lloyd George und Briand hatte, übernahm dann Herr Dr. Simons die Verantwortung für neue Vorschläge, ohne daß er sich dabei auf die Instruktionen seiner Regierung zu stützen vermochte.

Meine Damen und Herren! Ich erwähne bei dieser Gelegenheit noch einmal, daß während des ganzen Verlaufs der **Vorbesprechungen über London** und während des Verlaufs der Verhandlungen über das, was sich in London vollzog, **meine Fraktion systematisch** von den Mitberatungen **ausgeschlossen** worden ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich sage das nicht aus irgendwelchen Gründen des Be- (B) dauerns heraus, sondern um festzustellen, daß wir also von vornherein jeder Verantwortung für diese Dinge überhoben sind.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Immerhin ist es nicht ganz uninteressant, die letzten Geschehnisse auf diesem Gebiete etwas näher zu beleuchten. Am vorigen Sonntag wurde uns vormittags telephonisch mitgeteilt, um 4 Uhr fänden Verhandlungen in der Reichskanzlei statt, zu denen auch unsere Vertreter gebeten würden. Am Mittag erhielten wir die Nachricht, diese Verhandlungen seien einstweilen hinausgeschoben. Am Abend ist uns dann mitgeteilt worden, wir könnten ruhig zu Bette gehen, die Konferenz werde erst am folgenden Tage stattfinden. Ich stelle fest, daß die Reichskanzlei in diesem Falle bewußt die Unwahrheit gesprochen hat. Die **Verhandlungen mit den Fraktionsführern** haben am Sonntag nachmittag stattgefunden. Man hat uns dann erklärt, sie seien auf den folgenden Tag vertagt; am folgenden Tage sollten wir zu Herrn Staatssekretär Albert gehen, der uns mitteilen sollte, was die übrigen besprochen und beschlossen hätten.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Wir verlangen für uns als Fraktion das gleiche Recht wie für jede andere Fraktion dieses Hauses.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn man etwa davon spräche, daß von unserer Seite möglicherweise die Geheimhaltung solcher Verhandlungen nicht garantiert wäre, so wäre das natürlich eine absolut haltlose Verdächtigung. Was es mit den Geheimhaltungen auf sich hat, wissen wir. Wir haben in diesen Tagen die **vertraulichen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses** gehabt. Die Abgeordneten, die nicht Mitglieder sind, dürfen zu diesen Verhandlungen nicht erscheinen. Ein Schwarm von Regierungsvertretern befindet sich bei diesen (C) Verhandlungen, und der Erfolg ist der, daß man an den folgenden Tagen alles Wesentliche in der Presse lesen kann, so daß ich auch im weiteren Verlauf meiner Ausführungen keinerlei Veranlassung habe, über das, was im Auswärtigen Ausschuß geschehen ist und worüber bereits in der Presse Mitteilungen gestanden haben, mir meinerseits Stillschweigen aufzuerlegen. Dies nebenbei.

Jedenfalls, meine Damen und Herren, stehen wir heute nach der Rückkehr des Herrn Simons aus London, nach dem Scheitern der Verhandlungen, vor einem Berg von Scherben. Die **Sanktionen** sind in Kraft getreten. Ich betone ausdrücklich — und in der Resolution, die eine so lebhafte Entrüstung bei den Herren von der Rechten ausgelöst hat, steht es ebenfalls —, daß wir diese Sanktionen nicht als Ausflüsse irgendeines Rechtsgedankens, sondern als Ausflüsse der Gewalt betrachten. Wir halten diese Sanktionen nicht mit dem Friedensvertrag für vereinbar. Wir sehen darin einen Rechtsbruch, eine Gewalttätigkeit der herrschenden Mächte der Entente. Wir sind auch weiter mit den anderen Parteien darin einverstanden, wenn wir der Hoffnung und der Überzeugung Ausdruck geben, daß durch solche Maßregeln die **besetzte Rheinprovinz** sich nie und nimmer dazu veranlaßt sehen wird, gewissen Wünschen gewisser französischer Politiker Rechnung zu tragen und ihren Anschluß an Frankreich oder irgendein anderes Land der Entente zu suchen. Dabei unterlassen wir es freilich nicht, zu betonen, daß hier in Berlin über den Druck, den die Rheinländer infolge der Okkupation empfinden, vieles gesagt wird, was die Rheinländer selbst, wenn man sie im Vertrauen spricht, soweit sie den kapitalistischen Kreisen angehören, nicht unterschreiben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und ich behaupte, daß, wenn wir in den letzten Wochen gehört haben, wie von Duisburg ein Telegramm nach dem anderen kam, worin es hieß: „Festbleiben! Fest- (D) bleiben!" — dabei gewisse Wünsche mit untergelaufen sind, die Okkupation möge kommen, damit die Kapitalistenkreise — —

(erregte Zurufe rechts: Skandalös! Pfui! Elende Verleumdung!)

— damit die Kapitalistenkreise eventuell in die Lage kämen, mit Hilfe der fremden Bajonette die Arbeiterforderungen niederzuhalten.

(Andauernde erregte Zurufe rechts.)

— Ich habe nicht von dem Oberbürgermeister von Duisburg gesprochen, ich habe von „zahlreichen" Telegrammen gesprochen!

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Das ist keine „faule Ausrede" Herr Abgeordneter Becker.

(Wiederholter Zuruf rechts.)

— Hören Sie zu, so werden Sie vernehmen, was ich sage. Ich habe von zahlreichen Telegrammen gesprochen. Mir ist gesagt worden, daß die Veröffentlichung dieser zahlreichen Telegramme zum Teil zurückgehalten worden ist, weil man den Eindruck, von dem ich hier gesprochen habe, selbst in den maßgebenden Kreisen gefürchtet hat.

Meine Damen und Herren! Wir stehen — ich sage es noch einmal — vor einem Berg von Scherben. Und nun gibt es Leute in Deutschland, in Berlin und anderswo, deren politisches Verständnis so wenig entwickelt ist, daß sie über das negative Resultat von London sogar in Begeisterung zu geraten vermögen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat **Dr. Simons** auf seiner Reise und in Berlin **Huldigungen** dargebracht. Wenn etwas den vollständigen **Mangel an politischem Sinn im deutschen Bürgertum** beweisen konnte, so waren es diese Ovationen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Wäre die Situation nicht so überaus ernst, so könnte sie zu einem befreienden Lachen reizen. Es ist doch nicht so, wie es bei der Begrüßung des Herrn Simons hieß, daß er der erste gewesen ist, der in London ein Nein gesprochen hat. Er ist ja, was von der Rechten bedauert wird, zuletzt zu einem außerordentlich weiten Entgegenkommen bereit gewesen, und das Nein ist dann nicht von ihm, sondern von der Entente gesprochen worden. Und nun wird ihm gehuldigt von denselben Kreisen, deren politische Führer diesen Minister des Auswärtigen angreifen, weil sein Nein in London nicht deutlich genug gewesen sei, weil er in Überschreitung der Regierungsinstruktionen viel zu weitgehende Versprechungen und Zugeständnisse an Lloyd George gemacht habe. Hier scheint in der nationalistischen Regie etwas nicht geklappt zu haben.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im anderen Falle müßte man bei den Herren von der nationalistischen Gruppe ein außerordentlich hohes Maß Machiavellismus voraussetzen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

denn tatsächlich konnten sie dem Minister des Auswärtigen in der gegenwärtigen Situation gar keinen schlechteren Dienst erweisen, als daß sie ihn mit derartigen Huldigungen begrüßten.

(Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn seine Verhandlungsfähigkeit gegenüber der Entente noch verringert und verschlechtert und er selbst damit unmöglich gemacht werden sollte, so war diese Methode das beste Mittel, um das Ziel zu erreichen.

Ich muß ja sagen, ich hätte angenommen, daß auch Herr Minister Simons, nachdem er mit den Begrüßungszeremonien die ersten Erfahrungen gemacht hatte, den Wunsch gehabt hätte, wenigstens in Berlin in Ruhe an-(B)zukommen. Da er doch einen so hervorragenden Manager wie den Herrn Staatssekretär Lewald in seiner Gefolgschaft hatte,

(Heiterkeit links)

so dürfte es möglich gewesen sein, daß mit dessen Hilfe derartige unbequeme Ovationen vermieden worden wären.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Sehen wir nun von den engstirnigen Politikern ab, die über den Abbruch der Verhandlungen in London Freude empfinden und die intellektuell ungefähr auf der Höhe derjenigen Personen stehen, die während der Kriegsjahre über jeden neuen Feind, den sich Deutschland erwarb, in Jubelrufe ausbrachen,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

so wird bei den ernsten Menschen ja jetzt die Frage erörtert, wie alles hat so kommen können, wer die Schuld trägt oder was die **Schuld** trägt **an dem Scheitern der Versuche,** mit der Entente zu einer **Verständigung** zu gelangen. Ich habe darüber, soweit man damals ein Urteil fällen konnte, bereits am vorigen Sonnabend gesprochen. Ich will nur daran erinnern, daß ich damals gesprochen habe von den mangelhaften **Vorbereitungen der Konferenz** hier in Deutschland und von dem verfehlten **Debüt des Ministers Simons in London.**

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es sind deswegen hier im Hause von Herrn Dr. Stresemann und vom Herrn Reichskanzler lebhafte Angriffe gegen mich gerichtet worden, und ich habe nun mindestens im Auswärtigen Ausschuß die angenehme Genugtuung erlebt, daß sich jetzt die meisten der Redner, die dort gesprochen haben, mit der Kritik, die ich damals geübt habe, einverstanden erklärt haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bin auf diese Weise sogar in die persönlich angenehme Situation gekommen, gewisse Berührungspunkte zwischen (C) Herrn Stinnes und mir zu finden. Es ist in der Presse so ausgelegt worden, ich hätte Herrn **Stinnes** bei seinen Ausführungen sekundiert. Meine Damen und Herren! Wenn Herr Stinnes fechten will, so wird er wahrscheinlich nicht auf mich als Sekundanten zurückgreifen; im übrigen liegen die Dinge ja so, daß sich niemand als Sekundant für den Paukanten einer Couleur zur Verfügung stellt, zu der er in einem so diametralen Gegensatz steht wie ich zu der des Herrn Stinnes.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Trotzdem, wir müssen Herrn Stinnes recht geben, wenn er gesagt hat — ich enthülle hier kein Geheimnis, es hat gestern abend in der „Vossischen Zeitung“ gestanden, — wir müssen ihm recht geben, wenn er in so scharfer Weise zum Ausdruck gebracht hat: es fehlt dieser Regierung auf dem Gebiet der auswärtigen Politik und der Wirtschaftspolitik an selbständigen und großen Ideen, es fehlt unserer ganzen **Politik in Deutschland** überhaupt an der **Führung.**

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In dieser Beziehung sind wir, wie gesagt, mit einem Manne, dem wir sonst, bildlich gesprochen, nur auf der Barrikade gegenüberstehen, durchaus einer Meinung. Allerdings die Führung, die Herr Stinnes möchte, und die Ideen, die er der Reichsregierung, dieser oder einer anderen, einflößen möchte, entsprechen nicht den Vorstellungen, die wir uns von der Politik und dem Vorgehen der Reichsregierung machen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Aber im Anschluß an das, was Herr Stinnes ausgeführt hat und was ja heute in diesem Saal — ich komme noch darauf zurück — bei den Herren Vertretern der Regierungsparteien, also einschließlich der Deutschen Volkspartei, ein so außerordentlich schwaches Echo gefunden hat in der gemeinsamen Erklärung, in die von wenig Seiten Wein und von sehr vielen Seiten Wasser (D) hineingeschüttet worden ist, — ich sage, im Anschluß an diese Erklärung des Herrn Stinnes ist doch wieder einmal zu fragen, was denn seit San Remo und seit Spa, das heißt also seit dem Moment, wo man doch wissen mußte, daß die **Reparationsfrage** in absehbarer Zeit auf die Tagesordnung kommen würde, von seiten der deutschen Regierung geschehen ist, um den Plan einer solchen Reparation ihrerseits aufzustellen. Erst als das Feuer auf den Nägeln gebrannt hat, erst als man einige Wochen vor der entscheidenden Konferenz von London hielt, wurden die **Sachverständigen zu Konferenzen** zusammengetrommelt, und diese Sachverständigen — der Herr Minister hat es uns heute wieder erklärt — sind zu keinerlei Ergebnissen gekommen. Es gab keinen Vorschlag, für den, wie er sagte, sich unter den Sachverständigen eine Mehrheit gefunden hätte. Da die große Sachverständigenkonferenz zu keiner Einigung kam, wurde eine kleine Sachverständigenkonferenz einberufen, und schließlich hat man so etwas, was wie eine Einigung aussah, erzielen können.

Zunächst haben wir einmal zu fragen: Wer sind denn eigentlich diese Sachverständigen?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie sind denn die Sachverständigenkonferenzen zusammengesetzt? Meine Herren! Ich möchte den zehnten Teil des Kapitals haben, das in solchen Sachverständigenkonferenzen repräsentiert ist.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Sie wollen also Kapitalist werden!)

Es sitzen dort in der großen Hauptsache die Vertreter des Unternehmertums. Es sitzen dort die Vertreter der Großindustrie und der Großfinanz. Es sitzt dort nur ein außerordentlich geringer Prozentsatz von Vertretern des arbeitenden Volkes.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Es sitzen dort einige Arbeiter und Arbeitervertreter, die man als Konzessions-Schulzen in diesem Kollegium von sehr potenten Herrschaften ansprechen darf.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß diese Sachverständigen sich außerordentlich schwer einigen, liegt auf der Hand. Auch bei ihnen gibt es gewisse Interessengegensätze zwischen Industrie auf der einen und Handel auf der anderen Seite. Auch bei ihnen und gerade bei ihnen ist der Wunsch am lebendigsten, möglichst wenig oder gar nichts zu zahlen trotz aller Verpflichtungen, die wir übernommen haben. Daß sie nicht zu einem Ergebnis gekommen sind, das muß drüben als ein Anzeichen des schlechten Willens, zu einem Ergebnis zu kommen, ausgelegt und aufgefaßt werden.

(Widerspruch rechts.)

Ich für meine Person bin der Überzeugung, daß es am guten Willen in diesen sachverständigen Kreisen auch sehr stark fehlt. Die Tatsache, daß sie nicht zu einer Einigung kommen, ist mir ein Beweis, daß die Notwendigkeit einer solchen Einigung, die **Notwendigkeit des Zahlenmüssens** von diesen Herren nicht genügend scharf erkannt wird. Wer entschlossen ist, das zu leisten, wozu er verpflichtet ist, wird auch in dem gegebenen Zeitraum — und der Zeitraum war lang genug — einen Weg finden, um tatsächlich zu den verlangten positiven Leistungen zu kommen. Aber ich gestehe ohne weiteres: es ist viel verlangt von den Herren Sachverständigen, diesen Entschluß tatsächlich zu fassen, viel verlangt vor allen Dingen in einem Lande, in dem immer wieder gepredigt wird im bürgerlichen Lager: wir haben ja im Grunde diesen Krieg gar nicht verloren, — in dem immer wieder gesagt wird: wir sind nicht besiegt worden, sondern der Dolchstoß in den Rücken hat uns vernichtet, —

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

in dem daraus die Konsequenz gezogen wird: uns ist (B) also das bitterste Unrecht geschehen, und es ist unser gutes Recht und unsere Pflicht, uns der Erfüllung der Pflichten, die der Vertrag uns auferlegt hat, nach Kräften zu entziehen. So kommen wir in diesen Zustand der Sabotage oder sagen wir des Sabotageversuches gegenüber dem Versailler Vertrag und den späteren Abkommen hinein.

Nun, meine Damen und Herren, das Kabinett, die Reichsregierung, hat dann nach dem Scheitern der Sachverständigenkonferenz die Dinge laufen lassen. Sie hat Herrn Simons nach London ohne wirklich bestimmte Marschroute gesandt. Auch das war ja ein Punkt, an dem nicht nur ich, sondern Herr Stinnes Kritik geübt hat.

Worin bestehen aber die **Verfehlungen,** deren sich Herr **Simons in London** nach der von verschiedenen Seiten aufgetauchten Meinung schuldig gemacht hat? Zunächst einmal werden allerlei Ausstellungen finanztechnischer Natur gemacht. Dann wird ihm vorgehalten das selbständige Verhalten, mit dem er schließlich, ohne Instruktionen von Berlin zu haben, seinerseits am letzten Tage bestimmte Vorschläge der Entente unterbreitet habe.

Nach unserer Überzeugung sind das nicht die Angriffspunkte, an denen wir Herrn Simons gegenüber einsetzen können. Wir beteiligen uns nicht an den mehr oder weniger kleinlichen Versuchen, die Ziffern gegeneinander auszuspielen. Wir beteiligen uns nicht an der Anklage des Herrn Simons, der von Berlin aus mangelhaft instruiert wurde und selbständig vorgegangen ist. Wir gehen mit unserer Kritik von einem ganz anderen Gedanken aus.

Es ist gesagt worden — das war am vorigen Sonnabend, als ich Kritik übte —, man müsse doch Herrn **Simons Bewegungsfreiheit in London** lassen, man dürfe ihn nicht durch allzu einengende Bestimmungen von Berlin aus beschränken. Nach unserer Überzeugung hat Herr Minister Simons diese Bewegungsfreiheit tatsächlich nicht (C) besessen. Aber in anderem Sinne. Er war von mancherlei Lasten beschwert, als er nach London gegangen ist. Er war beschwert mit den Rücksichten auf die Sachverständigen, die sich nicht einigen können, er war beschwert von seinen allzu einseitigen juristischen Vorstellungen über das, was sich in London abspielen würde. Er war vor allen Dingen beschwert durch das, was er selbst unmittelbar vor London draußen im Lande, hier im Reichstag und im Reichswirtschaftsrat gesagt hatte,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sowie durch die Wirkungen, die seine Reden hervorgerufen hatten.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es war eine schwere Last für ihn, daß er nach London ging, nachdem er überall verkündet hatte, daß wir nicht nur die Pariser Forderungen ablehnten, sondern daß dieses Programm auch keine Basis irgendwelcher Diskussion zwischen uns und der Entente bilde. Ich habe die **Reise,** die Herr **Simons** in jenen Wochen **nach Süddeutschland** gemacht hat, nicht für sehr glücklich gehalten. Denn es war wirklich nicht nötig, an sich leicht zu nationalistischen Überspannungen geneigte Bevölkerungsschichten noch weiter in sogenannte nationale Empfindungen hineinzutreiben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wesentlich wünschenswerter wäre es gewesen, wenn man gerade vor London alles getan hätte, um die Bevölkerung in Süddeutschland wie in Norddeutschland, was unser Verhältnis zu den Alliierten anging, nach Möglichkeit zu beruhigen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Weshalb ging Simons nach Süddeutschland, wo kurz vorher ein so hervorragender Vertreter der deutschen Politik wie unser Herr Kollege Wulle eine Rede gehalten hatte, in der er von der Banditen-, Raub- und Strauch- (D) ritterpolitik der Entente sprach?

(Hört! Hört! und Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn derartige Dinge dort gesagt waren — und sie sind nicht allein von Herrn Wulle, den ich hier nur exempli causa anführe, gesagt worden —, wenn eine Stimmung herrschte, die man doch in weitesten Kreisen kannte, dann wäre es die Pflicht der Reichsregierung und ihrer Vertreter gewesen, die Bevölkerung nach Möglichkeit zur Ruhe und zur Mäßigkeit aufzufordern.

Nun hat Herr **Simons** — auch das steht in den Zeitungen — sich im Ausschuß dagegen gewehrt, daß er etwa als der junge Mann des Herrn **Stinnes** angesprochen werden könne.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, er hat auch die ehrliche Absicht, nicht als in den Diensten dieses Vertreters des Großkapitals stehend angesehen zu werden. Aber ich habe doch den Eindruck, als ob Herrn Simons in London das Bild des Herrn Stinnes immer ein wenig vorgeschwebt habe.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe doch den Eindruck, daß er immer in dem Gedanken gehandelt hat: ob Herr Stinnes darüber auch nicht allzu böse werden wird? Daß er immer in dem Gedanken gehandelt hat: ob die Schichten, die Herr Stinnes repräsentiert, ihr Mißtrauen gegen ihn nach den Londoner Verhandlungen nicht allzu scharf zum Ausdruck bringen werden?

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Eindruck ließ sich absolut nicht abwehren, daß Herr Simons statt in Berlin auswärtige Politik, in London innerdeutsche Politik getrieben hat,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

natürlich neben der angewandten Jurisprudenz. Inner-

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) deutsche Politik insofern, als er mit seinem ganzen Auftreten besonders in der ersten Besprechung den Eindruck erwecken mußte, als liege ihm daran, um alles in der Welt die Fäden zu den Kreisen, die sich in Deutschland die nationalen mit Unrecht nennen, nicht abreißen zu lassen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hatte, als er nach London kam, von dem Botschafter Sthamer und seinen Beamten gehört, daß Lloyd George zu Vermittlungen bereit sei, — und diese Auffassung war in der Tat ganz richtig. Aber es scheint mir, als ob der Vertreter Deutschlands in London, als ob der Führer der deutschen Delegation die politischen Gesichtspunkte, die in diesem Moment mit hineinspielten und hineinspielen mußten, nicht genügend berücksichtigt habe. Er hat möglichst wenig geboten, damit die **Vermittlungsaktion des Herrn Lloyd George** möglichst vielen Spielraum habe. Aber er hat nicht überlegt, daß bei aller Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen, wenn sie auf der Seite von Lloyd George vorhanden gewesen ist, nicht zu erwarten war, daß dieser Frankreich in der gegenwärtigen Situation im Stiche lassen werde. Der englische Premierminister ist Frankreich gegenüber in einer einigermaßen schwierigen Lage.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Er will die Entente mit Frankreich nicht gesprengt wissen, und zwar vor allen Dingen deshalb nicht, weil er seinen Einfluß auf die französische Politik unter Frankreich, das ihm auf dem Festlande zu stark zu werden droht, nicht einbüßen will.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er will und muß infolgedessen den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Briand nach Kräften stützen. Er will es nicht darauf ankommen lassen, daß die Regierung Briand möglicherweise von einer Regierung Poincaré abgelöst wird. (B) Weil er Briand stützen will und von seinem Standpunkt aus stützen muß, so kann und konnte er ihm nicht zumuten, daß er nach Paris zurückkehrte, ohne auf dem Papier die 220 Milliarden oder irgendeine gleichwertige Leistung Deutschlands zu bringen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokaten.)

— Bemerken Sie, daß ich sagte: auf dem Papier! —

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn alles deutet darauf hin, daß der Minister Lloyd George bereit gewesen ist, den Hauptton darauf zu legen, daß man zunächst in ein Provisorium einwillige, daß die letzte Entscheidung über die ganze Summe nicht endgültig sei, sondern daß man eventuell nach drei oder fünf Jahren in erneute Verhandlungen hätte eintreten können.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Genau so wie beim Versailler Vertrag! — Zustimmung.)

Was aber geschieht nun, meine Damen und Herren? Herr Simons kommt gegenüber der Summe von 220 Milliarden seinerseits mit der Summe von **50 Milliarden** Mark, **von denen** er sofort **20 Milliarden** als **bereits geleistet** in Abzug bringt. Er wird sich darauf berufen, daß in den schriftlichen Vorschlägen die 50 Milliarden in den Vordergrund gestellt sind. In den mündlichen Ausführungen des Herrn Simons ist aber deutlich zum Ausdruck gebracht: wir wollen 50 Milliarden zahlen, nach unserer Überzeugung werden 20 Milliarden davon abgezogen, bleiben 30 Milliarden! — und ganz nebenhin wird einmal angedeutet: zur Not könne man sich über die 20 Milliarden verständigen. Das war unpsychologisch im allerhöchsten Grade.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In dieser ersten Rede wurde von seiten des Herrn Simons nichts von einem Provisorium gesagt, nichts von dem Besserungsschein, der der Entente einen Anteil an den etwa gebesserten Verhältnissen in Deutschland gewährt hätte und von dem hier in Berlin die Rede gewesen (C) ist. Es wurde nichts gesagt von einem Ersatz für die von der Entente geforderte zwölfprozentige Exportabgabe, es wurden keine Vorschläge über einen Index für die etwa wachsenden Leistungsfähigkeiten Deutschlands gemacht, und was mir noch immer das Schlimmste zu sein scheint: es wurde keinerlei positives Programm und keinerlei betonte Bereitwilligkeit zur Anteilnahme an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ausgesprochen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe bei der Deutschen Volkspartei: Nicht richtig!)

Herr Minister Simons und seine Geheimräte haben in London als eine juristisch-finanzielle Angelegenheit betrachtet, was in hohem Maße eine politische Angelegenheit war.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch wir — ich brauche das ja wohl kaum zu wiederholen — sind nach wie vor überzeugt, daß im nationalen und internationalen Interesse, insbesondere der Arbeiterschaft, die Pariser Forderungen undurchführbar sind. Aber nach unserer Überzeugung war nicht dieser Gedanke in London in den Vordergrund zu stellen, sondern der andere: wie läßt sich die Vermittlungsabsicht von Lloyd George am besten im deutschen Interesse nutzbar machen? In Deutschland hängt alles davon ab — nicht, wie wir unsere Zukunft in 30 oder 40 Jahren gestalten können; und ich halte es für durchaus falsch, wenn immer gesagt wird: unsere Kinder und Enkelkinder werden belastet; — laßt Kind und Enkelkind für sich selber sorgen! —, worauf es für uns bei der gegenwärtigen Lage ankommt, ist, daß die Augenblicksgefahr, die **Augenblicksnot** von uns abgewendet wird und, wenn es möglich gewesen wäre, durch **Festsetzung eines Provisoriums** die Sanktionen zunächst hinauszuschieben, dafür zu sorgen, daß in fünf Jahren erneut (D) über dieses Thema gesprochen werden konnte.

Meine Damen und Herren! Was wissen Sie und was wissen wir, was **in fünf Jahren** sein wird! Können sich nicht die **Verhältnisse in England und in Frankreich** innerhalb dieser fünf Jahre in einer Weise geändert haben, daß wir dann mit ganz anderen Bedingungen für die Zukunft rechnen dürfen? Der Friedensvertrag von Versailles ist unterschrieben worden, auch von denen, die die Unterschrift gegeben haben, in dem Gedanken, daß im Laufe der Jahre die Mächte nach oben kommen werden, die entweder diesen Friedensvertrag zerreißen oder dafür sorgen, daß er zum mindesten revidiert wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wissen Sie, ob wir nicht in fünf Jahren in London eine Regierung haben, an deren Spitze nicht mehr Lloyd George steht? Wissen Sie, ob wir nicht in fünf Jahren in England eine Regierung haben, gebildet meinetwegen aus den unabhängigen Liberalen und den Vertretern der Arbeiterpartei? Wissen Sie, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in fünf Jahren in England und Frankreich entwickelt haben? Ist es nicht möglich, daß das, was sich jetzt anbahnt und was am Horizont aufdämmert, der Zusammenbruch auch des englischen und französischen Kapitalismus,

(Lachen bei der Deutschen Volkspartei)

dazu beiträgt, daß in dieser Zeit andere Gewalten sich am Ruder befinden, mit denen sich dann über einen wirklichen und dauerhaften Frieden verhandeln läßt?

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb müßte unsere Politik dahin gehen — Sie mögen es ein Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben nennen —, auch in Zukunft dahin gehen, über die nächste Zeit hinwegzukommen und diese großen Ziffern, von denen man

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) drüben redet, als eine Angelegenheit von einigermaßen untergeordneter Bedeutung zunächst zu behandeln.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Politik auf kurze Sicht!)

— Jawohl! Wir sind in Deutschland in einer Situation, in der wir Politik auf Menschenalter hinaus nicht treiben können. Das ist selbst in normalen Zeiten ungeheuer schwer; aber in einer Epoche, die wir — Sie mögen darüber lachen oder nicht — für die Welt als eine revolutionäre Epoche ansehen, haben wir die Aufgabe, in erster Linie **Gegenwartspolitik** zu treiben, mit dem Ausblick natürlich auf die Zukunft.

(Na also! bei der Deutschen Volkspartei.)

— Und Sie, meine Herren (nach rechts), Sie kleine Nachfolger des großen Bismarck,

(Lachen rechts)

Sie sind doch die Anhänger der Realpolitik, Sie schwärmen doch für die Vertreteter des realpolitischen Gedankens. Stellen Sie sich doch auf den Boden der Realpolitik, stellen Sie sich auf den Boden dieser gegenwärtig für Deutschland und für die Welt maßgebenden Tatsachen, so müssen Sie zu der Konsequenz gelangen, daß die Methode, nach der Minister Simons in London vorgegangen ist, nicht die richtige war.

Durch diese falsche erste Einstellung des Führers der deutschen Delegation in England ist meiner Meinung nach viel, wenn nicht alles verdorben worden.

Und wenn nun Herr Simons in seiner letzten Rede auf das **Provisorium** zurückkam, so fehlte mir in diesem Moment eins. Er sagte nicht, was Deutschland insgesamt positiv zu leisten in der Lage und willens sei. Er hat da wieder die **oberschlesische Frage** mit in den Vordergrund geschoben. Schön, wir können heute nicht sagen, wie es in Oberschlesien werden wird. Aber das eine wäre denn doch für damals und für heute zu verlangen, daß

(B) die Regierung ausdrücklich zum Ausdruck bringt: was will sie positiv für die Reparation leisten für den Fall, daß Oberschlesien in Deutschland bleibt. Es wäre sehr viel für die weiteren Verhandlungen gewonnen, wenn wir endlich einmal eine solche positive Ziffer angäben. Das geschah alles nicht.

Nun warf Lloyd George in dieser Rede so gut wie in seiner ersten die große Frage nach der **Schuld am Kriege** auf. Er stellte die Dinge so dar, daß das, was man von Deutschland fordere, die Folge dessen sei, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als grundlegend betrachtet werde.

Zu diesem Punkt muß einiges gesagt werden. Ich schicke das dringende Ersuchen voraus, doch endlich mit der Irreführung der öffentlichen Meinung aufzuhören, als ob wir oder auch als ob Lloyd George von einer Schuld des deutschen Volkes an diesem Kriege gesprochen hätten. Lloyd George hat von der Schuld des deutschen Volkes, von der heute immer im ablehnenden Sinne die Rede war, kein Wort gesagt. Er hat wörtlich ausgeführt:

> Wir haben nicht den Wunsch, Deutschland zu unterdrücken. Wir haben nicht den Wunsch, dem deutschen Volke eine Knechtschaft aufzuerlegen. Wir fordern einfach, daß Deutschland seine Verpflichtungen einlöse, die es zur Reparation von Schäden auf sich genommen hat, welche durch den Krieg verursacht worden sind, für dessen Herausforderung seine kaiserliche Regierung verantwortlich ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist etwas wesentlich anderes, als wenn hier immer Verteidigungsreden dagegen gehalten werden, daß das deutsche Volk mit der moralischen oder politischen Schuld am Kriege belastet werde.

Wie kam Lloyd George dazu, diesen Punkt so be- (C) sonders zu unterstreichen? In der Hauptsache deshalb, weil Herr Dr. Simons in Stuttgart — meiner Ansicht nach ganz überflüssigerweise — die Frage der deutschen Kriegsschuld angeschnitten hat.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Endlich!)

Wir haben den Vertrag von Versailles mit der Klausel über die deutsche Kriegsschuld unterzeichnet.

(Zurufe rechts: Wir? Das ist Ihre Schuld! Wir haben es abgelehnt! 150 000 Unabhängige haben hier dafür demonstriert!)

— 150 000 haben wofür demonstriert?

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: In Berlin auf der Straße, daß der Vertrag unterschrieben wird!)

— Ganz richtig! Wir bekennen uns jederzeit dazu! Aber in der gegenwärtigen Regierung sitzen, abgesehen von vier Personen, Männer, die ebenfalls für die **Unterzeichnung des Friedensvertrages** gewesen sind.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Auf Ihr Drängen!)

— Auf unser Drängen? Ich danke Ihnen sehr, daß Sie uns einen so großen Einfluß auf die damalige Regierung zusprechen. Ich glaube, die Regierung der damaligen Zeit wird sich dagegen verwahren, daß wir es gewesen sind, die sie zum Abschluß des Friedensvertrages genötigt haben. Wir sind einstweilen der Meinung, daß es ein aufdämmernder Funke von Verständnis für die Notwendigkeiten des deutschen Volkes war, die sie zu diesem Schritt veranlaßt hat. Aber wie dem auch sei, mögen Sie glauben, daß es damals Recht oder Unrecht war, — in einer solchen Situation, wo es sich darum handelt, für Deutschland möglichst viel herauszuholen, packt man eben ein solch heißes Eisen nicht an, da man sich sagen muß: das wird und muß in London zu den unangenehmsten und schlimmsten Folgen für die deutschen Interessen führen.

Nun, meine Damen und Herren, Sie haben das (D) Spiel mit der Schuldfrage erneut begonnen. Wundern Sie sich nicht, wenn wir unsererseits bereit sind, als Gegenspieler aufzutreten.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Als Deutsche!)

— Als Deutsche! Wir erklären als Deutsche, daß auch wir überzeugt sind, daß der letzte **Grund dieses Krieges** und aller gegenwärtigen Kriege in dem durch das Finanzkapital heraufbeschworenen **Imperialismus** und den imperialistischen Gegensätzen liegt. Wir erklären als Deutsche andererseits aber auch, daß nichts falscher, nichts verfehlter ist, als wenn der Herr Graf Westarp sich hier herstellt und erklärt: Deutschland trifft überhaupt keine moralische Schuld an dem Ausbruch dieses Krieges.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir sagen nicht: Deutschland, die maßgebenden Stellen des damaligen Deutschlands, tragen die einzige Schuld; aber wir wiederholen auch in dieser Stunde: Deutschland, die maßgebenden Stellen des **kaiserlichen Deutschlands** tragen ein voll gerüttelt Maß von Schuld und sie tragen die **Verantwortung** zum mindesten einmal dafür, daß der Krieg im August 1914 zum Ausbruch gekommen ist.

(Unruhe und Zurufe rechts.)

Wollen Sie, daß wir noch einmal auf Einzelheiten eingehen? Wir sind bereit.

(Rufe rechts: Wir auch!)

So empfehle ich Ihnen dringend, lesen Sie doch einmal endlich und studieren Sie mit Eifer und ohne Vorurteil die Akten, die aus dem Auswärtigen Amt veröffentlicht worden sind.

(Rufe rechts: Kautsky!)

— **Was ist mit Kautsky?**

(Rufe rechts: Er hat zurückgenommen!)

— Er hat zurückgenommen? Zeigen Sie mir endlich das, was Kautsky zurückgenommen hat. Uns ist davon

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) nichts bekannt. Zeigen Sie uns doch endlich einmal die Zurücknahme von Kautsky schwarz auf weiß. Wenn er in einem Punkte irgend etwas an seinen Auffassungen korrigiert hätte, so bleiben 99 Prozent dieser Darstellung bestehen, und diese 99 Prozent sind gravierend genug.

(Widerspruch rechts.)

Lesen Sie die **Akten des Auswärtigen Amts**, lesen Sie doch die **Randnoten** Ihres verehrten **Kaiser Wilhelms** von Hohenzollern,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der in dieser schweren Zeit in der schnodderigsten, in der gemeingefährlichsten Weise über internationale Verhältnisse sich geäußert hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Pfuirufe rechts.)

Meine Damen und Herren! Gehen Sie weiter, überlegen Sie einmal, ob Sie die Tatsache bestreiten können, daß, nachdem die österreichische Regierung unter dem leichtfertigen Grafen Berchthold die Dinge mit Serbien zum Kriege treiben wollte, die deutsche Regierung dieser österreichischen Regierung absolut plein pouvoir gegeben, absolut freie Hand gelassen hat, weil Serbien gezüchtigt werden sollte. Und nun fragen Sie sich weiter, ob ein solcher **Krieg zwischen Österreich und Serbien** nach der europäischen Lage der damaligen Zeit zu lokalisieren war, ob es nicht selbstverständlich war, daß dieser Krieg zwischen Österreich und Serbien, den Österreich leichtfertig vom Zaune brach, gestützt auf den Rückhalt, den es in Deutschland hatte, den **Weltkrieg** mit Naturnotwendigkeit zur Folge haben mußte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ist es nicht eine moralische Schuld von allerschwerster Bedeutung, daß in dieser Weise — sagen wir es ganz gelinde — leichtfertig mit dem Feuer gespielt wurde? Wollen Sie denen keine **moralische Schuld** zuweisen, die (B) während der ganzen Jahre auf den Tag gewartet haben, an dem man mit England abrechnen werde? Wollen Sie denen keine moralische Schuld zuweisen, die den Krieg dann als eine Befreiung begrüßten, die von dem Stahlbad und dem Jungbrunnen sprachen, die meinten, daß jetzt die große und die heilige Zeit angebrochen sei? Aber, meine Herren, wenn Sie dann nachher kommen mit den russischen Kriegserklärungen und ähnlichen Kleinigkeiten

(Zurufe rechts: Kleinigkeiten?)

— Kleinigkeiten! —, so sage ich Ihnen, daß es nicht allein auf die letzten 24 Stunden vor der Kriegserklärung ankommt, wenn man von der moralischen Schuld am Kriege spricht,

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern daß es ankommt auf die Monate, auf die Jahre, auf die Jahrzehnte, die vorangegangen sind.

(Sehr richtig! rechts.)

— Sehr richtig, meine Herren; und nun lassen Sie uns auf die Geschichte zurückgehen. Die Geschichte beginnt nicht heute, die Geschichte hat nicht am 1. August 1914 begonnen, die Geschichte der neuen Zeit, die **Vorgeschichte dieses Krieges** hat begonnen mit der Annexion von Elsaß und Lothringen,

(Lachen und Unruhe rechts)

hat begonnen mit dem Moment, wo eine Politik getrieben wurde, die es verhindern mußte, daß der Rüstungswahnsinn in Europa eingeschränkt wurde, hat begonnen mit dem Moment, wo durch die Annexion von Elsaß Lothringen Rußland zum Schiedsrichter gemacht wurde, vor dem nun abwechselnd Deutschland und Frankreich um Gunst buhlen mußten, hat begonnen damit, daß man dieses Rußland zum Schiedsrichter machte in dem Augenblick, wo man sich zum Vorspann der panslavistischen Ideen machen mußte, um dieses Rußland tatsächlich von Frankreich und seiner Revanchepolitik fernzuhalten, wurde dann fortgesetzt damit, daß wir genötigt (C) waren, schließlich auf Österreich zu setzen, und damit Rußland von vornherein zum scharfen Gegner, zum Bundesgenossen jedes Feindes Deutschlands machten. Sie ist fortgeführt worden mit der Politik, die für ewige Zeiten den Namen Wilhelms II. trägt, ist fortgeführt worden mit der irrlichterierenden Politik dieses Monarchen, ist fortgeführt worden mit den Flottenrüstungen, die von England als gegen sich gerichtet angesehen werden mußten, ist fortgeführt worden mit den Abenteuern des Finanzkapitals an der Bagdadbahn in Kleinasien und an anderen Stellen.

Meine Herren, sprechen Sie über die moralische Schuld am Kriege, so rollen Sie das Problem des deutschen Militarismus und des deutschen Kapitalismus auf.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dort ist die Wurzel der moralischen Schuld, und wir unsererseits haben für diese unsere Auffassung keine Angst vor dem Urteil der Geschichte. Wir wollen, genau so gut wie Sie, prüfen, wir sind bereit, in diese Prüfungen einzutreten. Wir wünschen nicht nur, daß die Akten der Ententeregierungen zur Verfügung gestellt werden, wir wünschten, daß auch die Akten aus den Archiven des deutschen Generalstabs zur Verfügung ständen. Es würde sich dann außerordentlich viel Material ergeben. Wir sind zu dieser Prüfung, ich wiederhole es, bereit; wir haben gar keine Sorge um den Ausgang.

Aber, meine Damen und Herren, wenn die Herren Deutschnationalen und etwa auch Sie (zur Deutschen Volkspartei) kommen und sagen: Deutschland trifft kein Schatten einer moralischen Verantwortung an dieser Schuld, dann haben wir auch in diesem für Deutschland und das deutsche Volk verhängnisvollen Augenblick die Pflicht, zu sagen: das ist eine Unwahrheit,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wir behaupten und beweisen demgegenüber das Gegenteil. (D)

(Unruhe bei den Deutschnationalen.)

Ich weiß, meine Damen und Herren, wegen dieser Feststellung werde ich und werden wir den **Vorwurf des Mangels an vaterländischer Gesinnung** auf uns nehmen müssen.

(Zuruf rechts: Allerdings!)

Man wird uns, wie das ja eben noch dem Herrn Abgeordneten Wels geschehen ist, wahrscheinlich wieder als Agenten der Entente hinstellen. Wir sind daran gewöhnt. Das sagt einen Tag der „Berliner Lokal-Anzeiger“, den anderen Tag die ihm an Geist nicht wesentlich nachstehende „Rote Fahne“.

(Heiterkeit.)

Also, meine Herren, wir kennen diese Vorwürfe bereits.

Im übrigen aber möchte ich Sie doch auf eins aufmerksam machen, daß wir dieses Schicksal mit allen in der **Opposition** stehenden **Arbeitern** in der gesamten Welt teilen. In Ihren Blättern ist mit Fettdruck und mit Sperrung die Rede des englischen Arbeiterführers Clynes zum Abdruck gebracht worden. Herr **Clynes** kritisiert Lloyd George und kritisiert seine Regierung, wie wir unsere Regierung kritisieren.

Die Antwort, die Lloyd George Herrn Clynes gibt, ist dieselbe, die die Regierungen und die Regierungsparteien allenthalben der Opposition geben. Er sagt Herrn Clynes: du mit deinem Befürworten der Stellung Deutschlands richtest dich gegen England. — Jawohl, es ist die Pflicht aller Arbeitervertreter in allen Ländern, sich gegen die verfehlten Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen in ihrer Heimat zu richten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das gilt für die Engländer, das gilt für die Franzosen, und das gilt für uns. Nur so läßt sich das internationale Zusammenarbeiten wirklich mit Erfolg durchführen.

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Nun muß noch einiges mehr gesagt werden über das Scheitern der Londoner Verhandlungen. Wir müssen dieses Scheitern nicht nur unter dem Gesichtswinkel der letzten Wochen und Tage betrachten, wir müssen es auch herausheben aus den zahlreichen finanztechnischen Erörterungen, wir müssen es betrachten unter dem Gesichtswinkel der Politik, die seit Beendigung des Krieges in Deutschland getrieben worden ist. Wenn wir feststellen müssen, daß das Vertrauen drüben auf unsere Bereitwilligkeit, das zu leisten, was wir verpflichtet sind, so außerordentlich gering ist, so kommen wir nun einmal nicht um die Tatsache herum, daß unsere Regierung außerordentlich viel dazu beigetragen hat, dieses Vertrauen zu erschüttern. Ich greife da vor allem eins heraus, das ist das **Problem der Entwaffnung.** Man kommt nicht damit weiter, daß man sagt, die Entente habe uns ja formell die Frist verlängert. Die Entente sieht jeden Tag und hat seit Wochen und Monaten gesehen, daß vor allen Dingen Bayern sich gegen die Entwaffnung der konterrevolutionären Gruppen gesträubt hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Entente sieht, daß man von dort aus die Erfüllung des Friedensvertrags zu sabotieren sich bemüht. Die Entente sieht, wie dieses **Bayern** die Zuflucht der konterrevolutionären Elemente geworden ist, die heute oder morgen die einjährige Wiederkehr ihres wahnsinnigen und verbrecherischen Unternehmens feiern können. Die Entente sieht diesen passiven Widerstand in einer Frage, die für sie von der allerhöchsten Bedeutung ist. Und was hören wir heute aus Bayern? Herr **v. Kahr** hat wieder geredet und hat im Gegensatz zu Herrn Minister Simons erklärt, daß seiner Überzeugung nach nun auch Deutschland seine Verpflichtungen nicht mehr zu halten braucht. Herr Simons sagt: wir stehen nach wie vor auf dem Boden des Vertrags und des Abkommens von Spa. Er meinte (B) etwas christlich: wir wollen nicht Böses mit Bösem vergelten. Ach nein, um das Christentum handelt es sich hier nicht, sondern um sehr irdische und nicht um transzendentale Interessen. Aber Herr v. Kahr seinerseits kümmert sich heute schon wieder nicht um den Standpunkt der Reichsregierung, er steht auf dem Standpunkt des Grafen Westarp, für ihn ist diese Entwaffnungsnotwendigkeit schon weggefallen. Ja, meine Herren, wenn Sie nun auch für die Zukunft noch an Verhandlungen denken — und Sie denken doch alle daran und hoffen doch im Grunde alle darauf —, glauben Sie denn, daß das Vertrauen auf der anderen Seite größer wird, glauben Sie denn, daß diese Leute dort drüben, nachdem sie solche Nachrichten aus Bayern erhalten haben, sich nicht sagen werden: jede Gelegenheit wird von den Gegnern benutzt, sich den ihnen auferlegten Verpflichtungen zu entziehen, durch irgendeine Masche zu entschlüpfen und die Konsequenzen nicht zu ziehen, die aus dem Vertrage, aus unterschriebenen und besiegelten Abkommen und aus der gesamten politischen Situation zu ziehen sind —?

Und weiter, meine Damen und Herren, wie steht es denn mit der **Verurteilung der Kriegsverbrecher?** Ein kleiner Anfang ist gemacht, einer oder zwei sind, glaube ich, vor Gericht gestellt,

(Zurufe links)

— es soll nächstens losgehen. Ja, Gottes und des Staatsanwalts Mühlen in Deutschland mahlen langsam, wenn es sich um solche Angeklagte handelt; bei kommunistischen und sozialistischen Angeklagten pflegen sie rühriger zu sein. Glauben Sie nicht, daß dieser Unterschied dort drüben auch bemerkt wird? Auch das haben wir unterschrieben. Auch da treibt die Regierung und treiben die maßgebenden Stellen passive Resistenz. Wer in aller Welt kann sich wundern, daß kein Vertrauen dazu besteht, daß die Regierung bereit und imstande ist, nun das zu tun, was wirklich getan werden muß? Das bringt uns nun (C) von selbst auf die Frage: **was soll denn überhaupt von der deutschen Regierung aus in Zukunft geschehen?** Es genügt nicht, daß wir über die Verfehlungen des Vergangenen sprechen, wichtiger ist die Frage, was in Zukunft getan werden muß und getan werden kann.

Der Herr **Graf Westarp** hat ja der Regierung Vorschläge gemacht oder **Anregungen** gegeben. Er ist nicht damit einverstanden, daß Herr Minister Simons erklärte, den Vertrag erfüllen zu wollen. Er sprach von den äußersten Entschlüssen der Verzweiflung, zu denen wir getrieben werden könnten, er verlangte die schärferen Worte, er verlangte die Kürassierstiefel, er verlangte vor allen Dingen, daß das Diktat und die letzten Angebote des Herrn Simons als erledigt zu betrachten seien. Ja, meine Damen und Herren, die Rechte, die Nationalisten verlangen Taten. Die **„Deutsche Zeitung“** verlangte in diesen Tagen: wir sollen keinem Ententeoffizier mehr eine Tasse Kaffee anbieten,

(Heiterkeit links)

wir sollen keine Briefe und Telegramme für sie befördern — das war wohl an die Adresse der Briefträger gerichtet —, und als dritte Tat hat Herr Max Maurenbrecher verlangt, daß man das Abonnement auf die „Deutsche Zeitung“ erneuern solle.

(Heiterkeit links.)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Herr Graf v. Westarp, Herr Helfferich, Herr Hergt usw. mit dieser Tat zufrieden sind. Aber ich habe vergebens gewartet, daß man uns nun sagt, welche Taten getan werden sollen. Auf der äußersten Linken wird man ja auch jeden Tag zu Taten aufgefordert, ohne daß uns erzählt wird, wie die Taten aussehen. Sie berührt sich in dieser Beziehung mit dem Grafen Westarp, der drohend von Taten redet, aber doch nicht den letzten Mut besitzt, uns diese Taten näher zu kennzeichnen. Ich wurde bei der Rede des Grafen (D) Westarp ein wenig an den bekannten Spottvers erinnert: „Er zog den Dolch wohl drei Fuß aus der Scheide, besah die Spitz' und — steckt' ihn wieder ein“.

(Große Heiterkeit links.)

Er hat ein wenig mit seiner Waffe gefuchtelt, aber er hat sich noch nicht dazu entschlossen, sie Herrn Simons in die Hand zu drücken. — Zu meiner Freude ist Herr Helfferich wieder erschienen.

(Heiterkeit links.)

Vielleicht gibt er uns eine Auskunft darüber, wie denn die **Taten der Verzweiflung** aussehen sollen, zu denen die Herren sich entschließen.

(Zuruf des Abgeordneten Helfferich: Sie werden es erleben!)

— Wir werden es noch erleben; Gott sei Dank!

(Große Heiterkeit links.)

Es ist mir jedoch einigermaßen peinlich, daß die Herren von rechts ihre patriotischen Absichten einstweilen so in Geheimnis hüllen. Was könnten sie für einen Eindruck machen, wenn sie dem Volke sagten, was es für Taten tun soll.

(Zuruf rechts: Sagen Sie es doch!)

— Ich soll es sagen? Ich habe nicht zu Taten aufgefordert, ich bin nicht der Mann, der vom sicheren Port aus mit dem Munde zu Taten auffordert und, wenn man ihn fragt, antwortet: das wird die Zukunft lehren. Dieses Rezept ist so abgegriffen, daß es von einer so hervorragenden Stelle nicht mehr angewandt werden dürfte. Sagen Sie, meine Herren, was Sie für Taten zu tun gedenken? Wollen Sie die diplomatischen Beziehungen abbrechen? Sprechen Sie es doch aus! Weshalb so bescheiden? Weshalb so zurückhaltend? Glauben Sie an die **Möglichkeit eines Krieges** in absehbarer Zeit? Er wird nicht von den Leuten geführt, die dafür nichts anderes

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) mitbringen, als auf ihrem Gesicht den „eingefrorenen preußischen Dünkel".

(Zuruf rechts.)

— Ich habe Sie nicht einmal gemeint, Herr Helfferich. — Er wird von denen geführt, die im Arbeitsleben stehen und deren Sie nicht entraten können, wenn die Herren für Ihre Heldentaten in der Etappe die Statisten draußen im Schützengraben brauchen. Haben Sie, wenn Sie Krieg führen wollen, die Macht dazu? Haben Sie die Kraft, der Entente gegenüber aufzutrumpfen? Wo sind Ihre Waffen, mit denen Sie Krieg führen wollen? Ich wiederhole, was ich das letztemal gesagt habe: Was in Ihren Augen vor sechs Jahren ein Heldenstück war, ist heute eine Komödie, gespielt von miserablen Komödianten.

Ich wiederhole also: Es ging bei gedämpfter Trommel Klang bei der Rede des Grafen Westarp. Er droht, aber er sagt nicht, womit er droht; er verlangt Taten, verrät uns aber nicht, worin die Taten bestehen sollen. Als einzige Tat soll dann das wohl übrig bleiben, daß die **bisherigen Angebote** als **hinfällig** betrachtet werden müssen. Wir sind nicht der Meinung, daß die bisherigen Angebote als hinfällig zu betrachten sind. Wir sind auch nicht der Meinung, die die Regierung vertritt, daß wir unter dem Druck der Sanktionen zu **neuen Verhandlungen** unsererseits nicht die **Initiative** ergreifen sollten. Wenn jemand der Strick um den Hals gelegt wird, so kann er nicht sagen: ich will mit dem Henker in neue Verhandlungen eintreten erst dann, wenn er mir den Hals nicht weiter zuschnürt, sondern er muß, um sein Leben zu erhalten, auch seinerseits bereit sein, Vorschläge zu machen, wenn er solche Vorschläge besitzt. Sie sagen doch alle und führen es hier aus: Die Sanktionen sind außerordentlich drückend für das Volk! Mit dem gleichen Atemzug versichern Sie uns: die Engländer seien wahnsinnig dumme Kerle auf wirtschaftlichem Gebiete; sie merkten gar nicht,

(B) wie die Sanktionen gegen sie ausschlagen würden!

Aber bleiben wir bei dem ersten! Die Sanktionen sind der Anfang weiterer Not und weiteren Elends für das deutsche Volk, wie Sie es selbst ausführen. Ist es denn nicht ein Wahnsinn, ist es nicht ein Verbrechen an diesem Volk, wenn man ihm sagt: aus irgendeinem Ehrenstandpunkt heraus, aus irgendwelchen Rücksichten meinetwegen auf den Corpskomment könnten wir unsererseits die Initiative zu neuen Verhandlungen nicht ergreifen, könnten wir keine Angebote machen, wenn wir auch solche Angebote besitzen? Wir verlangen, daß von der ersten Stunde an mit solchen neuen Angeboten auch unsererseits vorgegangen wird. Wir verlangen, daß die Regierung sich klar wird, was sie in der gegenwärtigen Situation bieten kann, daß sie nicht darauf wartet, ob von seiten der Entente an uns herangetreten wird.

Lloyd George hat vorgestern in London erklärt, England und die Entente würden ihrerseits nicht den ersten Schritt tun, den ersten Schritt müsse Deutschland tun. Und so stehen wir also einander gegenüber. Der Notleidende und der Leidtragende ist die rheinische Bevölkerung, über deren Elend Sie hier Tränen vergießen, für deren Rettung Sie aber praktisch nichts tun wollen.

(Zuruf rechts: Wir gehören doch selbst dazu!)

— Sie gehören selbst dazu! Aber, ich glaube, Herr Dr. Becker, Sie und Ihre unmittelbaren Klassengenossen werden nicht die hauptsächlich Leidtragenden sein.

Meine Damen und Herren! Die Frage ist nur die: Wer kann nun seinerseits die Verhandlungen, die Sie ja alle so oder so haben wollen, in der Zukunft führen? Die Frage ist zunächst einmal: Was können wir bieten? Da betone ich in erster Linie, daß wir immer wieder und mit allem Nachdruck unsere unmittelbarste Beteiligung an dem **Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien** zu bieten haben. Nun erinnere ich

daran, daß dieser Tage die Confédération du Travail, (C) die französischen Gewerkschaften, einen Beschluß gefaßt haben, daß dieser Wiederaufbau in Nordfrankreich nur möglich ist durch ein Abkommen zwischen deutschen und französischen Arbeitern über die gemeinsame Wiederherstellung der Kriegsruinen. Die Arbeiter haben Sie also unter allen Umständen nötig. Ich möchte bitten, diesen Satz im Auge zu behalten.

Das zweite, was wir anbieten können — das habe ich in meiner Kritik der Londoner Verhandlungen angeführt —, ist, daß wir dafür sorgen, daß die **Vermittlungsabsichten** des **Lloyd George**, deren Grenze und Tendenz ich vorhin charakterisiert habe, Deutschland dadurch nutzbar gemacht werden, daß wir den Hauptton darauf legen, über die nächsten Jahre hinwegzukommen.

Aber nun kommt die große Frage: Wer führt diese Verhandlungen? Wer kann sie mit Aussicht auf Erfolg führen? Ich frage zunächst: Hat diese **Regierung** im Inlande, in diesem Parlamente noch das nötige Vertrauen? — Wenn sie glaubt, das **Vertrauen** zu besitzen, so muß ich schon sagen, bewundere und beneide ich sie um ihre Bescheidenheit. Heute ist ja hier im Plenum wesentlich milder geredet worden als gestern und vorgestern im Ausschuß. Herr Stinnes ist einigermaßen desavouiert worden. Ich weiß nicht, wie sich dieses Desaveu in den Kassen der Deutschen Volkspartei bemerkbar machen wird.

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Jedenfalls haben seine Parteifreunde heute einer Erklärung zugestimmt und stimmen einer Resolution zu, die zu seinen gestrigen Worten in dem denkbar schreiendsten Gegensatz steht.

(Sehr wahr! und Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn man einer Regierung sagt: Ihr habt keine Ideen, Ihr habt keine Führung, dann bedeutet das: wir haben (D) kein Vertrauen zu dieser Regierung,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

dann bedeutet das in einem parlamentarischen Staat: diese Regierung muß von ihrer Stelle beseitigt werden, um irgendeiner anderen Regierung Platz zu machen. Ja, meine Herren, warum werden diese Konsequenzen nicht gezogen, warum endigt denn hier alles wie das Hornberger Schießen? — Nun, weil die bürgerlichen Parteien, besonders die auf der Rechten, soviel Erkenntnis besitzen, daß, wenn sie sich auf diese Plätze stellen, die Möglichkeit einer Verständigung mit der Entente, die die Vernünftigen unter ihnen doch wollen, schlechterdings ausgeschlossen ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mit den Vertretern dieses kapitalistischen Deutschland kommt die Entente wahrscheinlich nicht zu einem befriedigenden Ergebnis — schon deshalb nicht, weil, wie ich vorhin ausführte, gerade für das Problem der Wiedergutmachung das Vertrauen auch der internationalen Arbeiterschaft die unerläßlichste Vorbedingung ist.

Was besitzt die Regierung an Vertrauen? — Die Resolution, die man vorhin eingebracht hat, in der man nicht einmal zu erklären wagt: „Wir haben Vertrauen zu der Regierung" —, eine Resolution, die der Regierung nicht ihr Vertrauen, sondern der Entente ihr Mißtrauen ausspricht und weiter gar nichts! Die Regierung hat vielleicht eine Fraktion in diesem hohen Hause, die rückhaltlos auf ihrem Standpunkt steht: das ist die demokratische Fraktion. Aber diese Basis ist klein und ist schlüpfrig, und ich weiß nicht, ob auf sie allein gestützt die Regierung die Geschäfte weiter führen zu können glaubt. Aber, wie gesagt, sie lebt davon, daß sich kein Ersatz für sie findet. Die Herren machen einen Vorstoß und ziehen wieder zurück, weil sie ihrerseits sich sagen: mit uns geht es auch nicht.

(Dr. Breitscheid, Abgeordneter.)

(A) Und dann leben wir ja in dem Zustande, daß auf der anderen Seite es auch nicht möglich ist, eine **Arbeiterregierung** in diesem Augenblick **in Deutschland** zu bilden — die einzige Regierung, die in der Lage wäre, aus dem Papier von Versailles etwas Besseres und Dauerhafteres zu machen.

(Zuruf rechts: Breitscheid!)

Die Rechte ist belastet mit ihrer Vergangenheit und ihrer Gegenwart, und die Arbeiterschaft ist damit belastet und wäre für diese Verhandlungen und für die Übernahme einer Regierung damit belastet, daß die militaristischen und nationalistischen Elemente in Deutschland so stark sind, daß sie heute noch in der Lage sein würden, aller Wahrscheinlichkeit nach die Versuche einer solchen Arbeiterregierung unmöglich zu machen. Woran liegt das? Nun, wir kranken daran, das deutsche Volk leidet daran, daß unsere Revolution eine halbe Revolution gewesen ist; das deutsche Volk leidet daran, daß in der Zeit, die unmittelbar auf die Revolution folgte, systematisch diese **militärischen Elemente in Deutschland** gestärkt worden sind,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die heute ihren Einfluß dahin ausüben, daß eine Arbeiterregierung diese Gefahr immer im Auge behalten muß.

Wie es nun kommen wird? Meine Damen und Herren! Wir stehen vor einer außerordentlich schweren und trüben Zukunft. Das Vertrauen der Regierung in diesem Haus ist außerordentlich gering — Herr Dr. Helfferich, das werden Sie mir wenigstens zugeben. Das Vertrauen der Ententemächte zu dieser Regierung ist nicht viel größer. Das Vertrauen der **internationalen Arbeiterschaft,** die jede Regierung, die zur Verständigung gelangen will, notwendig hat, ist ebenso gering. Was bleibt? Für uns bleibt trotz alledem nichts anderes

(Zuruf links: Als Helfferich!)

(B) als immer wieder der Appell an diese internationale Arbeiterschaft. Der Herr Graf Westarp hat in tönenden Worten auseinanderzusetzen gesucht, daß die Internationale der Arbeiterschaft erledigt sei, daß sie versagt habe. Ja, ich betone das, ich wiederhole das, was ich schon einmal gesagt habe: wenn sie nicht so wirksam sein kann draußen in den Ländern der Entente, wie sie nach unserem Wunsche sein müßte, so liegt es daran, daß Sie (nach rechts) existieren und daß Sie einen solchen Einfluß haben.

(Lachen rechts. — Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn sich die französischen und englischen Arbeiter sagen sollen: wir stürzen, wir bekämpfen unsere französische und englische Bourgeoisie, unsere französische und englische kapitalistische Regierung nur deshalb, damit sich in Deutschland Herr Helfferich und Herr Graf Westarp auf den Thron schwingen können, so können Sie sich nicht wundern, daß diese Arbeiterschaft in ihrem Lande noch nicht das Echo findet, das sie finden müßte. Für uns ist die Internationale der Arbeiterschaft nicht erledigt. In Wien — ich habe darüber das letzte Mal ausführlich gesprochen — standen die internationalen Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Standpunkte: **ohne Durchführung der Gewalt** müssen wir zu einer **internationalen Regelung** dieser **Reparationsfrage** kommen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sind überzeugt, daß dieser Gedanke sich im Laufe der Zeit durchringen wird, wir sind überzeugt, daß die internationale Arbeiterschaft, die die einzige ist, die ein Rezept und den Willen besitzt, den Frieden ohne Gewalt zu einer Wahrheit zu machen, auch die Kräfte erringt, um in dem Kampfe gegen die widerstrebenden Elemente in allen Ländern, in Deutschland so gut wie in Frankreich und England, den Sieg davontragen zu können.

(Zuruf rechts.)

(C) — Wir rufen die Arbeiter der Welt auf, sie werden hören und sie werden folgen! Am morgigen Tage werden in den Städten Deutschlands, Frankreichs und Englands Demonstrationen in diesem Sinne veranstaltet werden. Hier handelt es sich nicht um Dinge, die in wenigen Tagen und wenigen Wochen Platz greifen können; wir wissen sehr wohl, daß bis zur Lösung dieser Frage, wie es in Wien beschlossen worden ist, noch eine Übergangszeit vergehen muß, die mit einem Provisorium auch auf dem Gebiet des Friedensschlusses auszufüllen ist, einem Provisorium, das allerdings nicht in der Linie liegt, die die Rechte Deutschland vorschreiben möchte. Inzwischen, sagen Sie (zu den Deutschnationalen), kann Deutschland zugrunde gehen. Ja, Sie haben einmal dazu beigetragen, Deutschland zugrunde zu richten, Sie sind auf dem besten Wege, ein zweites Mal dieses Verbrechen an der deutschen Nation zu begehen.

(Lebhafte Zustimmung links. — Große Unruhe rechts.)

Wir unsererseits richten unsere Hoffnung, trotz Graf Westarp, trotz aller Spötter und Zweifler, auf den Klassenkampf, auf den Sieg des internationalen Proletariats und darauf, daß die Stunde kommt, in der auch in Deutschland aus der halben Revolution die ganze wird.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Rufe rechts: Wie in Moskau!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Albert.

Albert, Staatssekretär in der Reichskanzlei: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat den Vorwurf der wissentlichen Unwahrheit gegen die Reichskanzlei erhoben. Der Vorwurf soll darin liegen, daß die Reichskanzlei am vergangenen Sonntag mitgeteilt habe, es fänden keine **Verhandlungen der Parteiführer** statt. Meine Damen und Herren! Ich möchte diese wichtigen und ernsten Verhandlungen nicht mit einer Darstellung des (D) Sachverhalts aufhalten. Ich begnüge mich mit der Feststellung, daß, wenn diese Äußerung oder Mitteilung gefallen ist, was ich mangels Anwesenheit des betreffenden Beamten nicht feststellen kann, es sich nur um ein Mißverständnis handeln kann.

(Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Äußern.

Dr. **Simons,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Ich habe heute Ihre Zeit schon so stark in Anspruch genommen, daß ich mich sehr kurz fassen will. Aber einiges von dem, was gesagt worden ist, bedarf doch einer Richtigstellung.

Der Herr Abgeordnete Breitscheid hat auf **meine süddeutsche Reise** hingewiesen und sie als eine Agitationsreise bezeichnet in der Weise, wie auch die des Herrn Abgeordneten Wulle gewesen wäre.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte das doch ganz entschieden bestreiten. Wer mich für einen Agitator kauft, der ist betrogen,

(Heiterkeit)

absolut betrogen. Ich bin nach Süddeutschland nicht gereist, um zu agitieren, sondern um mich zu informieren, und das habe ich weidlich getan. Denn die Informationen, die ich hier in Berlin und speziell im Reichstag bekommen habe, genügten mir nicht. Das werden Sie mir nicht übel nehmen können; denn ich habe Erfahrungen gemacht, daß diese Informationen nicht ganz durchhalten durch alle Zeiten und durch alle Teile des deutschen Volkes. Deswegen mußte ich besonders Wert darauf legen, in den Teilen Deutschlands mich umzuhören, wo es am allerersten in Frage kommen konnte, daß sie

(Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) unter der Folge der Haltung der Reichsregierung und des Reichstags leiden können. Ich habe da nicht etwa bloß Reden gehalten — das war der kleinste Teil meiner Tätigkeit —, sondern ich habe vor allen Dingen Konferenzen mit den Ministerien abgehalten und mich in den verschiedensten Kreisen informiert. Es scheint mir wichtig, daß ich das hier noch einmal feststelle, weil auch im Ausland meine Reise mißverstanden worden ist und weil der Herr Abgeordnete Breitscheid durch die Auffassung, die er hier vertritt, in dieselbe Kerbe haut wie die Gegner, die ich in London vor mir hatte.

(Hört! Hört! und Zwischenrufe rechts.)

Dann hat der Herr Abgeordnete Breitscheid die Gelegenheit benutzt, die ihm die Indiskretion eines Berliner Blattes verschafft hat, um aus den **vertraulichen Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Politik** einen **Zusammenstoß** des näheren zu schildern, den ich **mit dem** Herrn **Abgeordneten Stinnes** gehabt habe. Meine Damen und Herren! Ich leugne gar nicht, Herr Stinnes hat mich sehr scharf angegriffen, und ich habe mich gegen ihn, so kräftig ich konnte, gewehrt. Aber es gäbe doch ein ganz falsches Bild, wenn das Zitat, daß der Herr Abgeordnete Breitscheid aus diesem Kampfe vorgebracht hat, so aufgefaßt wird, wie er und die Zeitungen es wiedergegeben haben. Dies Zitat war nichts weiter als die scherzhafte Erwiderung auf eine scherzhafte Anfrage, und es ist nicht meine Art, in einer sachlichen Aussprache eine derartige persönliche Bemerkung zu machen, wie sie hier als ernst gemeint angeführt worden ist.

(Abgeordneter Geyer [Leipzig]: Macht man denn im Auswärtigen Ausschuß Witze?)

— Nein, meine Herren, darum handelt es sich nicht: der Herr Abgeordnete Stinnes hatte mich nach vielen Richtungen hin angegriffen, und ich habe wiederholt ihn zitiert, als ich mich gegen ihn wehrte. Darauf sagte er zu mir:

(B) warum sprechen Sie denn immer zu mir? — und ich erwiderte: weil ich großen Wert auf Ihre Bemerkungen lege, wenn ich auch nicht Ihr junger Mann bin. Ein Witz war das natürlich nicht, aber es war eine scherzhafte Bemerkung.

Weiter hat der Herr Breitscheid ebenso wie Herr Wels getadelt, daß wir in London nicht mit einem ausgearbeiteten **Wiederaufbauplan** an die Gegner herangetreten sind. Niemand kann das mehr bedauern als ich. Aber der täuscht sich, der glaubt, wir wären als Regierung in der Lage, für Nordfrankreich einen Wiederaufbauplan zu machen, wie ihn Herr Wels geschildert hat und wie ihn die preußische Regierung für Ostpreußen gemacht hat. Ich möchte die französische Regierung und die französische Behörde sehen, die erlaubte, daß wir Nordfrankreich durchreisten, die nötigen Pläne machten, die nötigen Berechnungen ausführten und dann den fertigen Plan vorlegten. Das ist gar nicht möglich.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Wer das glaubt, — und das muß ich Herrn Wels sagen —, der verkennt das Mißtrauen und die Abneigung der französischen Behörden. Die Leute, die wir nötig hätten, um das zu machen, würden gar nicht hineingelassen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Wenn Herr Wels seinen Kollegen Braun fragt, so wird er von ihm hören, wie sehr ich mit Herrn Braun zusammen die Möglichkeiten erwogen habe, um auf anderem Wege, nämlich durch gemeinschaftliche Arbeit der Gewerkschaften, die Grundlage für den Plan zu gewinnen. Ich gebe diese Hoffnung nicht auf. Aber das sage ich Ihnen: wenn Sie warten wollen, bis die deutsche Regierung einen Plan findet, den die französische Regierung annimmt, ehe sich die Sachverständigen und die Unternehmer und Arbeiter verständigt haben, dann können Sie lange warten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Ich komme dann zu einigen **Bemerkungen** des Herrn (C) **Grafen Westarp.** Herr Graf Westarp hat aus meinen Äußerungen über die fortdauernde Absicht der Reichsregierung, trotz der Gewaltmaßnahmen der Gegner an dem **Programm der Durchführung des Friedensvertrags** innerhalb der Grenzen des Möglichen festzuhalten, die Folgerung gezogen, daß wir die Absicht hätten, unseren Gegnern einen **Freibrief für jede Gewalttat** zu geben. Das ist eine Folgerung, die ich bedauere; denn sie schädigt die Stellung der Reichsregierung gegenüber späteren Erweiterungen der Sanktionen.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Ich habe in London gesagt: die große Gefahr des Weges, den ihr jetzt beschreitet, besteht darin, daß, wenn eure erste Sanktion das nicht erzielt, was ihr damit erzielen wollt, ihr dazu kommt, Sanktionen auf Sanktionen zu häufen, und das führt letzten Endes immer wieder zur Wiederaufnahme der Gewalt von beiden Seiten. Daraus ersehen Sie, daß ich nicht gewillt bin, einen Freibrief für Gewalttaten auszustellen. Aber Sie ersehen daraus auch, daß ich Gewalt nicht so schnell mit Gewalt beantworten will, damit wir in diesen unglückseligen Zustand nicht eher hineinkommen, als es unbedingt erforderlich ist.

Herr Graf Westarp hat ferner gesagt, ich hätte durch die **Vorschläge in London** und insbesondere durch den letzten Vorschlag, nämlich das **Provisorium**, die deutschen Interessen preisgegeben. Er hat dabei wahrscheinlich, soweit ich ihn habe verstehen können, die Auffassung zugrunde gelegt, daß wir auch diese Vorschläge immer nur machen könnten, wenn die Ziffer, die wir nannten, herausgewirtschaftet werden könnte aus dem Überschuß der deutschen Ausfuhr über die deutsche Einfuhr, das heißt aus gewissen wirtschaftlichen internationalen Gewinnen Deutschlands, um mich einmal so auszudrücken. Ja, meine Damen und Herren, wenn man sich in einer Lage befindet wie wir, muß man sich doch überlegen: ist außer (D) diesem Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr nicht noch etwas anderes da, was die Gegner greifen können? Wenn man das tut, dann fällt einem ein, daß die Gegner leider schon sehr viel von uns gegriffen haben, was nicht Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr war, sondern was zur Substanz unseres Volksvermögens gehörte. Da muß man abschätzen, ob man von der Substanz opfern soll. Ich habe diese Abschätzung mit schwerem Herzen vorgenommen in der Überzeugung, daß wir alles tun mußten, was möglich war, um erstens dem Rheinland die Folgen der Zwangsmaßnahmen zu ersparen, und zweitens die Möglichkeit zu gewinnen, Oberschlesien bei Deutschland zu behalten. Für diese beiden großen und wichtigen Lebensinteressen Deutschlands sind die Vorschläge gemacht worden, und ich bin fest überzeugt, daß auch Sie in wenigen Wochen mit mir der Ansicht sein werden, daß ich nicht zu viel getan habe, weil Rheinland wie Oberschlesien sich dieser Opferwilligkeit würdig erweisen werden.

Zum Schluß noch das eine: Herr Graf Westarp hat mir vorgeworfen, daß ich Herrn Lloyd George nicht die **Behauptung** ins Gesicht geschleudert habe, daß **Deutschland überhaupt nicht schuld am Kriege** sei. Darauf kann ich nur erwidern: wenn ich das gesagt hätte, würde ich mehr gesagt haben, als ich meine,

(aha! bei den Deutschnationalen)

und die Form, in der ich meine Äußerungen auf solchen internationalen Konferenzen mache, muß ich mir doch wirklich selbst vorbehalten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Es ist nicht meine Art, auf den Tisch zu schlagen und zu schreien.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Nicht deswegen, weil ich auf den Tisch schlage und weil ich schreie, ist es mir bisher gelungen, wenigstens einigermaßen die Möglichkeit zu wahren, mit unsern Gegnern in Verhandlungen zu kommen. Ich bedaure sehr, daß diese Verhandlungen bisher zu keinem besseren Ergebnis geführt haben. Aber ich habe nicht den Eindruck, als wenn die **Methode** und die Art, die ich bei den **Verhandlungen** angewandt habe, gerade das Schädigendste an der Sache gewesen wären. Ich werde jedenfalls von dieser Art nicht abgehen, und ich kann Sie versichern, daß auch in Deutschland viele Leute sind — vielleicht nicht in diesem Hause, das weiß ich nicht, aber ich weiß es von sehr vielen anderen —, die diese Art unter unsern gegenwärtigen Verhältnissen für die richtige halten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Halten Sie die Art nicht für die richtige, so sage ich Ihnen: suchen Sie sich den Mann, der die richtige Art hat, — ich werde ihm neidlos den Platz räumen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

(Rufe rechts: Raus! — Viele Abgeordnete auf der Rechten verlassen den Saal. — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Nun ist das Vaterland in Gefahr, und nun reißen Sie aus! — Zuruf rechts: Auf nach Vogelsdorf in die Villa des Herrn Hoffmann! — Gegenrufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Dr. **Levi**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich glaube, man kommt der Politik der gegenwärtigen Regierung und der **Politik des** gegenwärtigen Herrn **Außenministers** dann am nächsten, wenn man aus seiner Antrittsrede, die er am 26. Juli hier gehalten hat, (B) folgende zwei Stellen verliest und einander gegenüberstellt. Der Herr Außenminister sagte damals einerseits:

> Der willensstarke Mann, der sein Volk durch die schwersten Gefahren hindurchgerissen hat, die ihm seit den Tagen der Armada je gedroht haben, der einzige Staatsmann, der in leitender Stellung geblieben ist durch den ganzen furchtbaren Druck der Kriegsjahre hindurch.

— Nämlich Herr Lloyd George! — Und dann weiter:

> Nach Zeitungsmeldungen soll die Gesundheit des **englischen Premierministers** erschüttert sein. Wir können nur wünschen, daß sie sich bald wiederherstellt; denn, meine Damen und Herren, er hat Verständnis für die deutsche Lage gewonnen. Wer seine Rede im Parlament liest, der erkennt, daß er etwas weitersieht, als man in England bisher gesehen hat.

Dieser Stelle bezüglich Lloyd Georges stellt der Herr Reichsaußenminister folgende andere Stelle entgegen:

> Ich habe **Tschitscherin** in Brest-Litowsk kennen gelernt und halte ihn für einen außergewöhnlich klugen Mann. Ich glaube nicht, daß es im Interesse der **Sowjetrepublik** liegt, Deutschland mit mordenden und brennenden Horden zu überziehen. Was die Sowjetrepublik braucht, ist wirtschaftliche Unterstützung.

Mit diesen beiden Sätzen hat der Herr Außenminister nach meiner Meinung im damaligen Zeitpunkt die beiden Posten gezeigt, mit denen sich heutzutage weltpolitisches Denken überhaupt befassen kann.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn ich die Stellung des Herrn Außenministers richtig bezeichnen darf, so muß ich sagen: zwischen diesen beiden Posten stand er lange Zeit so etwa wie Buridans Esel

(heitere Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten)

und wußte nicht genau, nach welchem Bündel Heu er (C) fassen solle.

Der Herr **Außenminister** hat dann im Laufe des vergangenen Herbstes, im Winter, endgültig Stellung genommen und sich für die **Orientierung nach England** hin entschieden, und heute müssen wir feststellen: auf dem Wege nach England hin ist der Herr Außenminister außenpolitisch und innenpolitisch zu einem vollständigen Zusammenbruch seines ganzen politischen Systems, das er hatte, gekommen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist kein Zufall, meine Damen und Herren, wie der Herr **Außenminister** — auf den Vorgang ist ja bereits mehrfach Bezug genommen — bei seiner **Rückkunft von den Verhandlungen** am **Potsdamer Bahnhof** vom Herrn Reichskanzler empfangen wurde. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die ja immerhin noch etwas in Deutschland ist, berichtet darüber folgendermaßen:

> Als erster verließ den Wagen General v. Seeckt, den der Reichskanzler durch Händedruck begrüßte mit der Frage: „Herr General, wo haben Sie Ihren Minister?“

(Heiterkeit und Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich glaube, daß diese Frage des Herrn Reichskanzlers ganz genau die Situation trifft,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

und wenn der Herr Reichskanzler etwa sagen wollte, er hätte diese Äußerung nicht getan, so bin ich der Meinung, daß die ihm nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sehr wohl verstanden hat, — —

(Zuruf des Reichskanzlers Fehrenbach: Herr v. Seeckt ist vorn im Wagen ausgestiegen und Herr Dr. Simons im hintersten Teil des Wagens! Das war die ganze Sache!)

— Ich sage Ihnen nur, Herr Reichskanzler: die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat sich als ein sehr politisches Regierungsorgan erwiesen, wenn sie diese Darstellung gegeben hat. (D)

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denn mir scheint es in der Tat so zu sein, daß die Art und Weise, wie die Verhandlungen in London geführt wurden, und die Art und Weise, wie die Verhandlungen hier in Berlin begründet wurden, innenpolitisch den völligen Zusammenbruch der Linie des Herrn Außenministers beweisen. Der Herr Außenminister ist zu nichts anderem geworden als zum Gefolgsmann der Deutschnationalen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denn wenn man diesen Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ weiter liest, so heißt es folgendermaßen:

> Ein alter, weißhaariger Herr stürzte auf Minister Simons zu, drückte ihm die Hand und brachte „auf den ersten Deutschen, der es gewagt habe, der Entente ein Nein entgegenzusetzen“, drei begeistert aufgenommene Hochs aus.

(Zurufe und Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Dieser alte, weißhaarige Herr ist ein alter Bekannter; das ist derselbe alte, weißhaarige Herr, der schon im August 1914 den patriotischen Pöbel durch die Straßen von Berlin führte

(lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten)

und der jetzt glaubte, daß seine Zeit wieder gekommen sei, der jetzt glaubte, den Außenminister im Namen eben dieser Schichten begrüßen zu können, die von 1914 an über die deutsche Politik befunden haben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich sage weiter: auch außenpolitisch bedeuten die Verhandlungen von London den völligen Zusammenbruch

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) der bisherigen **Politik des Reichsaußenministers.** Ich werde mich nun nicht zu dem Versuch des Herrn Breitscheid hinreißen lassen, dem Herrn Außenminister zu sagen, wie er da oder dort geschickter oder besser hätte handeln oder verhandeln sollen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dazu bin ich nicht berufen!

(Sehr richtig! rechts.)

— Gott sei Dank bin ich nicht dazu berufen, Politik für Ihre Regierung zu machen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich möchte nur Herrn Abgeordneten Breitscheid und den Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratie sagen und ihr gegenüber folgendes feststellen: die Töne, die wir heute von ihr gehört haben, sind uns nicht neu.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Was hat Herr Breitscheid heute zu sagen? Den Appell an die **„Vermittlungsabsichten des Herrn Lloyd George"!** Der Herr Reichsaußenminister hätte den „Vermittlungsabsichten" entgegenkommen müssen! Womit ich konstatiere: die Vermittlungsabsichten irgendeines fremden Staatsmannes spielen in der **Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei** schon seit ewigen Zeiten eine Rolle.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es waren bis zum Friedensvertrag von Versailles die Vermittlungsabsichten des Herrn Wilson,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

und nachdem die Vermittlungsabsichten des Herrn Wilson in Versailles gebührend ins Licht getreten sind, tritt nunmehr an die Stelle des Herrn Wilson Herr Lloyd George. Ich kann natürlich den Herren von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei die Gutgläubigkeit nicht absprechen. Aber das ist ein solches Taumeln von einer Illusion zur anderen, daß wir uns fragen müssen, wie man ernsthafterweise noch immer weiter von solchen Truggebildern

(B) sprechen kann, die nichts anderes erreichen, als die Köpfe des deutschen Proletariats verhängnisvoll zu verwirren!

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und wie sind nun die Dinge wirklich in London gewesen? Da muß ich zurückkommen auf eine Darstellung, die im **„Temps"**, und zwar in der Nummer vom 4. März dieses Jahres, gegeben wurde. Dort lautet es folgendermaßen:

> Man erhält seltsame Gerüchte über die **Vorschläge des Herrn Simons.** Nach Mitteilungen, die man von jenseits des Kanals erhält, soll der deutsche Außenminister in Dover angekommen sein mit der Absicht — die von seinen Kollegen gebilligt war — 60 Milliarden Goldmark vorzuschlagen und die bisher geleisteten Leistungen nur auf 15 Milliarden Mark festzusetzen, im übrigen den Betrag mit 6 Prozent zu verzinsen. Beim Anlandgehen sollen sich gewisse Personen seiner Umgebung Publizisten genähert haben, die offenbar nicht Freunde Frankreichs und nicht des Friedens sind. Die Deutschen hätten aus diesen Unterredungen geschlossen, daß sie ohne Gefahr ihre Angebote ermäßigen könnten. Der General v. Seeckt seinerseits hätte sehr lebhaft bei Herrn Simons in diesem Sinne gewirkt,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

> und in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März soll die ganze deutsche Delegation unter Anspannung aller Kräfte gearbeitet haben, um neue Vorschläge auszuarbeiten,

— die, die man jetzt in London hat hören können!

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich muß sagen, diese Darstellung, die der französische „Temps" gibt, erfährt für mich eine gewisse Bestätigung darin, wenn ich selbst die absolut nichtssagende Erklärung lese,

(C) die heute vor acht Tagen der Herr Reichskanzler hier abgegeben hat. Er sagt folgendermaßen:

> Das Kabinett ist überzeugt, daß der Minister des Auswärtigen alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausnutzen wird.

Damit scheint mir das bestätigt zu sein, daß andere Verhandlungsmöglichkeiten und weitere Grenzen für das Verhalten bestanden als die Grenzen, die durch das Angebot des Herrn Simons gezeichnet waren. Denn sonst würde ja die Äußerung des Herrn Reichskanzlers kaum einen Sinn haben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn also Herr Simons so nach London gefahren ist, nachdem man zuvor durch alle deutsche Gassen das Geschrei erhoben hatte: „das, was Simons bietet, ist das letzte", und man kommt mit Vorschlägen, die hinterhältig sind,

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

so ist durch diese Vorschläge nichts anderes getan, als die Ehrlichkeit der deutschen Diplomatie in dem Maße erwiesen, in dem die ganze Welt außerhalb Deutschlands sie als vorliegend annimmt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und was hatte nun Herr Dr. Simons in London außer diesen wirtschaftlichen Vorschlägen noch konkret zu bieten? Man mußte von der **Entwaffnungsfrage** sprechen. Ich möchte da dem Antrag der Unabhängigen doch eins entgegenhalten. Wenn die Unabhängigen glauben, daß durch „Nichtentwaffnung der Konterrevolution", wie es in dem Antrag heißt, der Entente ein besonderer Tort angetan sei, so bin ich der Auffassung nicht. Die **Konterrevolution** wollte und will die Entente in Deutschland bewaffnet haben.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es handelt sich einzig und allein darum, in welchem Maße und in welchem Rahmen die Konterrevolution in Deutschland bewaffnet sein soll

(D)

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

und in welchem Maße und in welchem Rahmen die deutsche Regierung ihre Pflicht getan hat, die sie im Versailler Vertrag übernommen hat. Darüber ist ja wohl gar kein Zweifel: die deutsche Regierung hat die Erfüllung des Friedens von Versailles wie in allen anderen Punkten, so insbesondere und voran in der Frage der Entwaffnung, sabotiert. Sie hat mit einer unverzeihlichen Schwäche, die ich nicht nur auf Schwächegefühl zurückführe, gegenüber Bayern gehandelt.

Der Herr Kollege Breitscheid hat bereits zu Bayern gesprochen. Ich habe seiner Darstellung von Bayern und dem, wie es in Bayern aussieht, nur eins hinzuzufügen. Heute früh schreibt der „Berliner Lokal-Anzeiger" in einer Korrespondenz aus München:

> Die Stimmung im Lande ist allenthalben erbittert und wird durch die erneute Zumutung der Reichsregierung auf das höchste gereizt. Einer Reichsexekution wird in Bayern mit allen Mitteln und mit aller Entschlossenheit entgegengetreten werden.

(Lebhafte Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört!

Es ist also die offene Kampfansage, es ist die Kriegserklärung der Regierung Kahr an die Reichsregierung. Damit ist die Linie vervollständigt, die diese gegenwärtige Regierung eingeschlagen hat. Sie hat zunächst Bayern durch Übersendung eines diplomatischen Vertreters als auswärtige Macht sozusagen anerkannt. Die **Beziehungen des Reichs zu Bayern** werden heute gar nicht mehr im Ministerium des Innern erledigt. Sie gehören ins Ministerium des Auswärtigen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen bei der Deutschen Volkspartei.)

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) Die Beziehungen des Deutschen Reichs zu Bayern sind heute so, daß Bayern mit seiner Orgesch, mit seinen Einwohnerwehren und mit seinem General Moehl die deutsche Regierung vollständig auf die Knie gebracht hat.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich frage Herrn Koch, den Mann mit der „starken Hand", den Mann, der nach Bremen die scharfen Noten richten kann, der den Kommunisten gleich mit der starken Hand droht: wo sind seine starken Mittel gegenüber dieser offenen **Kriegserklärung der bayerischen Regierung an Deutschland?** Er denkt nicht daran, ganz richtig, aber die deutsche Regierung wird sich nicht wundern dürfen, wenn vor Gott und der Welt sie als die Schuldige angesehen und mit der Verantwortung beladen wird, die sie trägt dank ihrer Unfähigkeit und dank ihrer Schwäche.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Was hat die Regierung nun in dem anderen Punkte zu bieten, der für die Entente von Wesen war, in der Frage der **Aburteilung der Kriegsverbrecher?** Auch da hat der Herr Kollege Breitscheid bereits darauf hingewiesen: drei arme Teufel hat man abgeurteilt. Und im übrigen sind, um den Ausspruch des Reichsjustizministers zu gebrauchen, die Dinge „noch nicht spruchreif", und sie werden es voraussichtlich noch lange, lange Zeit nicht werden.

Und schließlich die **Schuldfrage.** Auch sie ist ein Imponderabile für die Entente, auf das sie jedenfalls Wert legt. Ich möchte in diesem Punkte zu einer anderen Formulierung kommen als zu der, zu der Herr Dr. Breitscheid kam. Ich bin der Auffassung, daß mit dem Worte „Schuldfrage" heutzutage Mißbrauch getrieben wird. Man kann die Schuldfrage auf zweierlei Weise stellen, das ist jedem Strafjuristen eine ganz geläufige Sache. Ein Angeklagter erscheint vor Gericht, man kann entweder die Schuldfrage stellen: wer hat die sozialen Ursachen geschaffen, aus denen heraus der Mann schuldig (B) wurde und mit einer gewissen Notwendigkeit schuldig werden mußte? Und man kann die Frage so stellen: wie liegt aktenmäßig der Fall? Keinem Strafrichter der Welt wird es einfallen, bei dem Angeklagten, dessen Schuldfrage er zu prüfen hat, zu fragen: wie liegt die Sache sozial? wer hat ihn ins Leben hinausgeführt, auf das er schuldig werde? — sondern er fragt: was hat der Angeklagte getan? und darnach urteilt er.

Diese zwei verschiedenen Formulierungen der Schuldfrage haben sich auch in die Formulierung der Frage nach der Kriegsschuld eingeschlichen. Man kann die Frage der Kriegsschuld entweder historisch-sozial aufwerfen und fragen: wer hat die sozialen Bedingungen geschaffen, aus denen heraus der Krieg wuchs? und wird, wenn man die Frage so stellt, freilich sagen müssen: der Krieg ist geschaffen worden und wuchs heraus aus sozialen Verhältnissen und aus sozialer Schuld, die weit über die Grenzen des deutschen Landes hinausgehen. Man kann aber auch die Kriegsfrage als eine juristische Frage stellen. Da möchte ich die Herren daran erinnern, daß die Frage nach der Schuld am Kriege einfach in der Form: „Wer hat nach der Aktenlage recht?" während des Krieges von der ganzen deutschen Öffentlichkeit und von der deutschen Regierung gestellt wurde. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß es der Herr Abgeordnete Dr. David war,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

der aus der Aktenlage heraus bewiesen hat, daß die Schuld für diesen Krieg die Entente trifft.

(Abgeordnete Keil: Soweit die Akten bis dahin bekannt waren!)

— Dann, Herr Abgeordneter Keil, will ich Ihnen sagen: wir, die wir draußen waren, kannten noch weniger Akten als der Herr Abgeordnete Dr. David, und kamen trotzdem zum richtigen Schluß.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wird die Frage der Kriegsschuld also so gestellt, wie (C) sie die deutsche Regierung und die ganze Öffentlichkeit während des Krieges gestellt haben, dann sagen wir auch heute noch — und wir sind überzeugt, daß Millionen draußen dieses Urteil teilen —: die **Schuld am Kriege liegt bei und auf der deutschen Regierung.**

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Rufe rechts: Pfui!)

Aber, um auch der deutschen Regierung gerecht zu werden: nicht nur die deutsche Regierung, sondern weite Kreise deutscher Politiker sind an der Schuld beteiligt. In dem Punkte möchte ich ganz klar und deutlich sagen: Neben der Regierung trifft moralisch die schwerste Schuld für den Krieg die deutsche Sozialdemokratie.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen.)

Auch das ist ein Gedanke, in dem mir, wie ich glaube, die Herren bei einigem Nachdenken nicht so Unrecht geben werden. Vom deutschen Militarismus hat vor dem Kriege niemand etwas erwartet,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

vom deutschen Militarismus hat niemand erwartet, daß er Belgien schonen werde, vom deutschen Militarismus hat niemand erwartet, daß er sich zurückhalten werde, wenn sich ihm eine Gelegenheit bietet, vorzustoßen. Aber im Gewissen und in der Achtung der Welt gab es gegenüber dem deutschen Militarismus einen großen Faktor, auf den die Völker und die Proletarier aller Welt sahen: den großen moralischen Faktor der deutschen Sozialdemokratie.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie haben diesen großen moralischen Faktor, die moralische Rechtfertigung, in gewissem Sinne das Gewissen der Welt zerstört.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Deswegen sage ich: von allen Faktoren, die neben der (D) deutschen Regierung die Kriegsschuld trifft, trifft die deutsche Sozialdemokratie die Hauptschuld.

Meine Damen und Herren! So mußte Herr Dr. Simons mit leeren Händen nach London kommen, so mußte die Situation eintreten, die nun eingetreten ist: der völlige Bruch mit dem Westen. Wir stehen nun vor der Frage, welche Folgen das hat. Da kam nun zunächst wieder in den Äußerungen des Herrn Trimborn, des Herrn Grafen Westarp, des Herrn Außenministers Simons und, glaube ich, einiger anderen noch das Wörtchen „Völkerrecht" vor. Ja, meine Damen und Herren, die **Proteste auf Grund des Völkerrechts** und das häufig geschwungene Wort „Völkerrechtsbruch" werden erstens überhaupt nichts bessern, und zweitens werden sie — in deutschem Munde — noch nicht einmal versöhnend wirken. Denn auch da möchte ich die Herren daran erinnern, was denn das sogenannte Völkerrecht für eine Rolle während des Kriegs gespielt hat.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich brauche nicht an die Worte des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg zu erinnern, daß Not kein Gebot kenne, daß das Völkerrecht zuschanden werde, wenn man „um sich haue". Ich will nur hinweisen auf einen Artikel, den ein Herr, der Ihnen auf der Rechten nahesteht, in der „Deutschen Juristenzeitung" 1914 veröffentlicht hat, nämlich der außerordentliche Professor der Rechte an der Universität Marburg und damaliges Mitglied des Abgeordnetenhauses Bredt:

> Es war in einem kleinen Neste vor Namur, da fragte mich einmal mein General, über welche Fächer ich eigentlich lese. Ich antwortete: Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Kirchenrecht, Völkerrecht. Da lachte er und meinte: „Nun, über Völkerrecht können Sie ja jetzt famose Studien machen."

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) Und Prinz Joachim, der daneben stand, meinte: „Wenn Sie Ihre Vorlesung über diese Dinge nach dem Kriege halten, komme ich ganz bestimmt nach Marburg. Das muß ich hören."

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir lachten und scherzten noch weiter, aber im ganzen wurde mir doch auf einmal klar, daß es tatsächlich nicht ganz einfach ist, fernerhin den Studenten „Völkerrecht" mit ernstem Gesicht vorzutragen.

(Hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nachdem dieser Professor im Jahre 1914 erklärt hat, daß er nicht mehr imstande sei, seinen Studenten das Völkerrecht mit ernstem Gesicht vorzutragen, kommen die deutschen Staatsmänner und bringen es tatsächlich fertig, mit ernstem Gesicht und ohne daß man das Lächeln in den Mundwinkeln sieht, vom Völkerrecht hier zu reden. Meine Damen und Herren! Wer sich so gegen das Völkerrecht vergangen hat wie Sie, wer so alles Recht, nicht nur das geschriebene Recht der Völker, sondern auch das moralische Recht der Völker mit Füßen getreten hat wie Sie, der kann sich nicht mehr auf das Völkerrecht berufen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nun die weitere Frage: was für Folgen hat der Abbruch der Beziehungen nach dem Westen? Da sagen wir: die Folgen sind kaum schwer genug zu nehmen. Die Rheinprovinz ist abgetrennt, und ich glaube, die Herrschaften, die sich heute gewissermaßen die Hände reiben und sagen, daß die Besetzung des Rheinlands für Frankreich zu nichts führen wird, sind in einem verhängnisvollen Irrtum. Für Frankreich ist schon viel gewonnen, wenn die Besetzung des Rheinlands zu nichts führt;

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

denn für Frankreich ist die Besetzung des Rheinlands nicht nur Mittel zu einem Zweck, sondern der Zweck (B) selbst. Und in dem Augenblick, in dem die Besetzung des Rheinlands da ist, leben auch alle die großen Pläne auf, die Deutschland nicht nur im Rheingebiet treffen, sondern ebenso treffen werden in Bayern, und die unter Umständen an der Donau die große neue **Donaukonföderation** schaffen werden. Ich sage also, die Besetzung des Rheinlands leicht zu nehmen, ist eine unerhörte Sache, und wenn der Graf Westarp sagt, die pénétration pacifique werde den Franzosen im Rheinland nicht gelingen, so sage ich: von einer pénétration pacifique ist nicht die Rede, es ist eine, wenn ich so sagen darf, **pénétration guerrière**, keine friedliche Besetzung, sondern eine Besetzung mit den Waffen. So ist also die „provisorische" Besetzung des Rheinlands von den schwersten Folgen für Deutschland, und den Herrschaften, die sagen, finanziell werde Frankreich durch die Besetzung des Rheinlands nichts gewinnen, möchte ich folgendes entgegenhalten. Wenn es auch Frankreich nicht gelingt, durch die Besetzung des Rheinlands sozusagen Bargeld herauszuschlagen, so wird ihm jedenfalls das eine gelingen, wenn es die Rheinprovinz behält: seine Kriegsschulden auf eine viel breitere Basis zu stellen als die Basis, die bisher war, und damit eine ungeheuere Entlastung für den französischen Staat und die französischen Finanzen herbeizuführen. Auf die Bedeutung für Deutschland brauche ich nicht hinzuweisen.

Und nun, meine Damen und Herren, welche Mittel? Da gibt es — und das ist glaube ich der Gedanke, der im Hintergrund von allem schlummert — die Idee: Nur abwarten, die Zeit läuft für uns. Bei diesem Gedanken werde ich erinnert an den siegreichen Schlachtengewinner in tausend Leitartikeln, den Grafen Reventlow, der während des Krieges täglich in der „Deutschen Tageszeitung" bewies: Die Zeit läuft für uns. Wenn dem so ist, daß für die französische Politik die Besetzung des Rheinlands nicht nur ein Mittel zu einem Zwecke (C) ist, sondern der Zweck selbst, so ist jeder Tag des Abwartens ein Schaden nicht nur für die deutsche Politik, sondern auch der Versuch, auch das deutsche Proletariat, auch das bisherige deutsche Wirtschaftsgebiet zu zerschlagen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Also worauf wartet die deutsche Regierung? Wenn sie die Zeit abwarten will ohne bestimmten Plan — und der Herr Außenminister hat ja heute mit ziemlicher Deutlichkeit gesagt, daß er keinen bestimmten Plan habe, sondern nur einen anderen Plan im Auge habe als den bisherigen —, dann ist es die alte deutsche Politik, die wir aus der Kriegszeit kennen: man wartet auf das Wunder, und dieses Wunder wird nicht kommen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete **Wels** hat heute eine **Rede** gehalten, von der ich fast den Eindruck hatte, als sei sie eine Art von **Kandidatenrede**,

(Heiterkeit links)

— Der Herr Außenminister gibt mir recht —; denn sie klingt außerordentlich stark an die Lösung an, die vor einigen wenigen Tagen, am 5. März d. J., gleichfalls im „Temps" angedeutet wurde. Dort hieß es folgendermaßen:

Die gerechte Politik des „Vorwärts" würde einen wirklichen Einfluß auf die internationalen Beziehungen ausüben an dem Tage, an dem man beispielsweise Herrn Wels, den Vorsitzenden der sozialistischen Mehrheitspartei, mit seiner „robuste carrure"

— ich will es nicht übersetzen —

(Heiterkeit und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Warum nicht?)

in den Palast der Reichskanzlei würde einziehen sehen und er Herrn Stinnes und ebenso einige andere notorische Organisatoren des Komplotts gegen die Republik und gegen den Frieden verhaften lassen würde. (D)

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich will zunächst nur zu dem ersten Teil, zum Ministerium des Herrn Wels sprechen.

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn ich heute die Rede des Herrn Wels und daneben die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Breitscheid gehört habe, so muß ich sagen: nach der Richtung hin ist die Basis für die Bildung einer Regierung schon gefunden,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten; Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und weil ich bei den bürgerlichen Parteien die Enthaltsamkeit von Ministersesseln auch bei schwerer Verantwortung nicht so hoch einschätze, daß ich annehme, daß die Bildung eines solchen Ministeriums eine Unmöglichkeit sei, rechne ich mit dieser Aussicht wirklich nicht als einer, die so nebelhaft ist, wie das Wunder, das die deutsche Regierung von seiten der Entente erwartet. Aber der „Temps" knüpft an diese Voraussetzung eine zweite Bedingung, und da zeigt sich, inwieweit und in welchem Maße die französische Regierung und die Kreise, die hinter dem „Temps" stehen, einem verhängnisvollem Irrtum unterliegen. Die Regierung des Herrn Wels soll, so sagt sie, Herrn Stinnes und einige andere Konspirateure gegen die Republik verhaften lassen. Da muß ich doch auf folgendes hinweisen. Die Herren Wels und seine Freunde hatten ja bereits einmal die Gelegenheit, Herrn Stinnes und die Hauptkriegsverbrecher verhaften zu lassen. Wir haben davon aber nicht nur nichts gesehen, sondern wir haben nur gehört, wie die Herren von der Sozialdemokratie damals sogar einem Ludendorff, dem ersten Verbrecher unter den Kriegsverbrechern, einen Freibrief ausgestellt haben. Wenn der Herr Abgeordnete Breitscheid auf die halben Maßregeln der Revolution vom 9. No-

(Dr. Levi, Abgeordneter.)

(A) vember zu sprechen kommt, scheint er völlig vergessen zu haben, daß mit den Unterschriften von Ebert und Scheidemann im holden Verein auch die Unterschriften von Haase und Dittmann standen.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Die wir durchkreuzt haben? Sie waren damals selbst noch Spartakusmann und haben uns nicht bessere Lehren gegeben. Sie haben inzwischen viel verlernt, Herr Abgeordneter Crispien!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ich bin nur kein Moskauer geworden!)

— Bevor Sie nach Moskau kamen, waren Sie schon ein typischer Unabhängiger und noch mehr!

(Lachen rechts.)

Also ich sage: Die Äußerung und Anregung des „Temps", angewendet auf die Herren Wels, Dr. Breitscheid usw., fällt zwar auf einen unfruchtbaren Boden, aber im Grunde bin ich tatsächlich der Meinung, daß damit die Frage der Lösung der Schwierigkeiten auf ihren Kern zurückgeführt ist. Denn die Kraft, die imstande sein wird, alle die Schuldigen zu strafen und die Verbrecher dahin zu bringen, wohin sie gehören, wird zugleich die Kraft sein, die auch die Schwierigkeiten lösen wird.

Der Herr Abgeordnete Wels sprach im Anschluß an das, was Lloyd George gesagt hat, heute von geregelten Beziehungen zwischen den Staaten; es müsse etwas für die Dauer geschaffen werden und kein Provisorium. Ja, meine Herren, die Regelung dieser Schwierigkeiten und das Definitivum, das kommen soll nach dem Elend und Zusammenbruch des Krieges, wird nicht von diesen Kräften geschaffen werden, wird nicht dann geschaffen werden, wenn man Verträge unterschreibt, mögen sie in London oder in Paris unterschrieben werden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denn dazu sind die Dinge nicht nur in Deutschland, (B) sondern in der ganzen Welt viel zu sehr im Fluß. Es gibt in Frankreich und in England keinen Pfosten mehr, der feststeht. Es ist in **Frankreich** so, daß der Staat **vor dem völligen finanziellen Ruin und Zusammenbruch** steht. Es ist in **England** so, daß die englische Ökonomie heute in der **schwersten Krise** steht, die sie, glaube ich, seit ihrem Bestehen hatte. Ich brauche die Herren vielleicht nur an eine Notiz zu erinnern, die in diesen Tagen durch die Zeitung ging —,

(Zuruf rechts: Das lesen wir auch!)

— ich weiß ja nicht, ob alle so gelehrt sind, wie Sie —

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

— daß die heutige **Ausfuhr von amerikanischer Kohle monatlich größer ist, als die gesamte englische Kohlenproduktion** überhaupt.

(Lebhaftes Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das bedeutet, daß der Kohlenexport Englands heute an dem Punkt steht, wo er aufhören muß.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Jawohl, Herr Abgeordneter Bernstein, wenn es Sie interessiert, will ich Ihnen das Material geben!

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Das heißt weiter, daß die englische Regierung nicht mehr imstande ist, die bisherige Regulierung der Löhne der Kohlenarbeiter aufrechtzuerhalten, und daß damit ganz unmittelbar die englische Wirtschaft in ein Stadium gekommen ist, in dem auch sie denselben krisenhaften Erscheinungen unterliegen wird und unterliegt wie die Wirtschaft aller übrigen Länder.

Darum sagen wir: in diesen Nöten und in dem Zusammenbruch infolge des Krieges baut das Papier das nicht wieder auf, was die Kanonen zerschlagen haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das, was von mörderischen Kräften geendigt worden ist, (C) müssen lebendigere Kräfte als schwarze Tinte auf weißem Papier wieder errichten.

(Erneute Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie wissen, meine Damen und Herren, wohin ich ziele. Wir lehnen die Theorie ab, die der Abgeordnete Breitscheid vorhin aufgestellt hat in Anlehnung an eine Theorie, die der Herr Abgeordnete Ledebour vor vier Wochen entwickelt hat, daß durch gegenseitige Aufklärungsarbeit das eine Proletariat das andere Proletariat aufkläre, daß man so bei bestehendem Kapitalismus die Differenzen begleichen und allmählich wieder in den Aufstieg kommen könne. Die Dinge sind zusammengebrochen und stehen so nicht wieder auf.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Indem wir diese Theorie der Herren von der unabhängigen Seite ablehnen,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Habe ich gar nicht gesagt!)

kommen wir freilich zu den anderen Posten, den in der Weltpolitik zu finden, auch der deutsche Außenminister wenigstens im Juli vorigen Jahres das Talent hatte. Wir meinen **Rußland** — um auch auf das zu kommen, was die Herren vorhin dazwischen geworfen haben. Wir, meine Damen und Herren, haben nichts zu verbergen. Wir wissen genau, und die Herren wissen es auch, daß Rußland keinen Überfluß hat, daß Rußland schwer Not leidet,

(Zurufe rechts)

— Hunger leidet! jawohl!

(Wiederholte Zurufe.)

Es ist wahr, in Rußland ist im vergangenen Jahre nicht für eine Milliarde Sekt getrunken worden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.) (D)

Es ist wahr, Rußland hat Schweres ertragen, Rußland hat das wahr gemacht, was Sie nur im Munde führen. Sie (nach rechts) waren immer nur der Meinung, andere sollten sterben, ehe Sie Sklaven würden, und die Russen haben gedacht, sie müßten lieber selber sterben, ehe sie Sklaven werden, und haben bisher standgehalten.

(Zurufe rechts: Jetzt kämpft man in Rußland gegen die Sklaverei!)

Wenn die Herren in den deutschen Zeitungen in diesen letzten Tagen alle die Schauernachrichten lesen — ganz abgesehen davon, daß die Dinge in Rußland geändert und die Krise gewendet und überwunden ist —, so mögen die Herren doch folgendes bedenken: welche Kräfte sind am Werke, um eine **Verbindung Deutschlands mit Rußland** so unmöglich zu machen, wie es nur geht?

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn heute durch die Presse das große Geschrei geht: Rußland bricht zusammen, Rußland ist im Sterben, so mögen sich die Herren fragen: cui bono mit diesem Gerede? Wem wird damit genützt? Wenn die Herren, die so eifrig Zeitungen lesen, auch den Bericht aus dem **englischen Unterhause vom 3. März** dieses Jahres gelesen haben, so werden sie darin unter anderem folgendes finden: **Lloyd George** erklärt **auf eine Anfrage des Oberstleutnants Lowther**, „daß die Regierung glaube, ausreichende Sicherheiten durch Art. 213 des Versailler Friedensvertrags getroffen zu haben zur Milderung der Gefahr einer deutsch-russischen Verbindung".

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

So urteilen die Staatsmänner der Entente über diese Beziehung, denen man — mag man über sie denken, wie man will — die Fähigkeit des Urteils über das, was ihnen nützt und Deutschland schadet, zutrauen sollte.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) Wenn Sie aus diesem Gesichtswinkel heraus fragen: Wo sind die Quellen, die heute den „Lokal-Anzeiger" und Ihre Presse nähren mit all den Schauernachrichten? — so gebe ich Ihnen das Wort zurück, das Sie sonst mit Vorliebe gegen uns wenden: Dort werden die Geschäfte der Entente betrieben, und dort wird das getan, was die Entente bezahlt.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber, meine Damen und Herren, wir wissen auch ganz genau die Gründe zu würdigen, die die deutsche Regierung abhalten, den Weg zu gehen, den ihr die Lebensinteressen Deutschlands weisen. Sie weiß ganz genau: In Verbindung mit dem proletarischen Rußland kann Deutschland als kapitalistischer Staat nicht bestehen und nicht bleiben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die **Verbindung mit Rußland** bedeutet **das beginnende Ende des Kapitalismus.**

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

So tut die bürgerliche Regierung und tut die bürgerliche Klasse das, was sie tun muß aus allen ihren Sünden und ihrer Verantwortungslosigkeit heraus,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

die sie seit ihrer Existenz bewiesen hat. Sie erkauft sich jeden Tag ihre Weiterexistenz, auch im „Sklaventum", um mit den Herren zu sprechen, erkauft sie mit Konzessionen an die Entente, die den Hunger und den Tod und den Untergang von Millionen und aber Millionen bedeuten.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die mögen sterben, mag nur der deutsche Kapitalismus sich noch das Leben retten.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Deswegen, verehrte Anwesende, geben wir uns keinen Illusionen hin: Das Lebensinteresse, das uns an Rußland bindet, es ist nicht das Lebensinteresse des deutschen (B) Kapitalismus, sondern das Lebensinteresse des deutschen Proletariats,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

des deutschen Proletariats, dem wir sagen: der Friede von Versailles mit allen seinen Abmachungen, sei es in Paris, oder sei es in Spa, oder sei es in London, bedeutet deinen Tod. Ihr müßt euer Geschick wenden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und ihr könnt euer Geschick nur wenden, wenn ihr zusammen mit den kämpfenden revolutionären Kräften der Welt euch in eine Front stellt und gegen die kämpft, die die Welt kapitalistisch unterdrücken und die jetzt noch glauben, auch nach dem Grausen des Krieges ihre weitere Existenz fristen zu können mit neuer Not und mit neuem Grausen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir sagen den Proletariern: wenn sie sich mit Rußland verbinden, so kämpfen sie um ihre eigene Existenz, um die Existenz ihrer Klasse und letzten Endes um die Existenz der ganzen Menschheit. Die Menschheit liegt im Sterben, und die Kräfte, die sie dahin gebracht haben, können sie nicht erretten. Das können nur die Kräfte des Proletariats.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir sagen den Proletariern, sie müssen eintreten in den Kampf mit all der Kraft, die die Riesenaufgabe erfordert, mit all der Kraft, die notwendig ist, um solch ein Ziel zu erreichen. Wir wissen aber auch: die Kräfte der Klasse, die nicht im Sterben liegt, sondern jetzt zum Leben gekommen ist, werden der Aufgabe gewachsen sein. Sie wird kämpfen mit dem Bewußtsein: „Nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen, rufe die Arme der Götter herbei!"

(Lebhafter Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Die Besprechung ist geschlossen, da (C) niemand weiter zum Wort gemeldet ist.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Rießer.

Dr. **Rießer**, Abgeordneter: Ich habe dem Herrn Abgeordneten Dr. Breitscheid gegenüber darauf verwiesen, daß Herr Karl **Kautsky** selbst seine frühere **Ansicht über die Schuld Deutschlands am Kriege** in einer späteren Schrift zurückgenommen habe.

(Abgeordneter Bernstein: Stimmt nicht!)

Er hat mir darauf erwidert: das ist unwahr, die Zeitungen haben es zwar gemeldet, aber es ist unrichtig. Man beweise mir das. Ich will den Beweis antreten, indem ich verweise auf die Schrift von Karl **Kautsky „Delbrück und Wilhelm II. ein Nachwort zu meinem Kriegsbuch"**, Seite 37 — „Die deutsche Schuld". Da heißt es:

> Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung unrecht tat. Wohl besaß ich nicht das felsenfeste Vertrauen Delbrücks in die Klarheit und Wohlüberlegtheit ihres Programms, immerhin nahm ich an, daß sie sich der sinnenfälligsten Konsequenzen ihres Vorgehens klar bewußt war, als sie sich zur Unterstützung Österreichs entschloß. Dann aber konnte man auf Grund der bekannten Tatsachen nur zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschland den Weltkrieg 1914 gewollt hatte, ihn planmäßig herbeiführte,

wie es auch in Kautskys Kriegsbuch hieß. Und nun fährt er fort:

> Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam.
>
> (Hört! Hört! rechts und im Zentrum.)
>
> Meine **ursprüngliche Auffassung** erwies sich mir als **unhaltbar.**
>
> (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) (D)
>
> **Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet.**
>
> (Erneute lebhafte Rufe: Hört! Hört!)
>
> Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht.

Das ist die Behauptung,

(lebhafte Zurufe links: Weiterlesen!)

die ich aufgestellt habe, und die habe ich bewiesen, mehr habe ich nicht behauptet, mehr habe ich also auch nicht zu beweisen.

(Lebhafter Beifall rechts. — Unruhe links.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordneter Dr. Rießer hat einen Satz aus dem Kautskyschen Buche gegen Delbrück zitiert, um den Beweis für seine vorhergehende Behauptung zu führen. Dieser Satz gipfelt darin, daß Kautsky zugibt, die deutsche Regierung habe „schließlich" den Weltkrieg zu vermeiden gesucht. Mit diesem „schließlich" bin ich durchaus einverstanden; denn am 28. Juli hat allerdings der Kaiser Wilhelm II. von Swinemünde aus, als er sah, wohin seine bisherige Politik ihn geführt hatte, den Versuch gemacht, auf Österreich-Ungarn einzuwirken,

(Rufe rechts: Also!)

und zwar in dem bekannten Telegramm, das natürlich zu spät kam, um die vorherigen Versäumnisse gutzumachen.

(Zuruf rechts: Das ist nicht persönlich!)

— Das ist ebenso persönlich wie die Geschichtsdarstellung des Herrn Rießer. —

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da ich das Wort zu einer persönlichen Bemerkung habe, möchte ich dem Herrn Minister Dr. Simons gegenüber noch

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) einige Worte sagen. Der Herr Minister Simons hat mich dahin verstanden, daß ich ihn als Agitator bezeichnet und ihn mit dem Abgeordneten Wulle in dieser Beziehung auf eine Stufe gestellt hätte. Ich habe demgegenüber zu betonen, daß ich Herrn Dr. Simons nicht für einen Agitator halte. Ich habe des weiteren zu sagen, daß ich bei allen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Herrn Dr. Simons und mir bestehen, doch zwischen ihm und dem Herrn Abgeordneten Wulle noch einen außerordentlich großen Unterschied zu seinem Vorteil zu machen weiß.

(Zustimmung und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid glauben zu machen sucht, daß in dem Widerruf von Kautsky nur gestanden habe, Deutschland habe den Weltkrieg „schließlich" zu vermeiden gesucht, so irrt er. Nicht nur dieser Satz steht in der nach Kautskys Kriegsbuch erschienenen Broschüre, sondern vor diesem Satz heißt es: „Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet".

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In dem Rahmen einer persönlichen Debatte läßt sich die Auffassung Kautskys schlechterdings nicht feststellen.

(Lebhafte Rufe rechts: Aha! — Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bin jederzeit bereit, in einer sachlichen Debatte die Ansicht Kautskys und die Auffassung des Herrn Rießer (B) hier zur Erörterung zu bringen. Gegenüber den Bemerkungen des Herrn Rießer möchte ich aber nur das eine betonen: Kautsky hat diesen Satz, in dem es heißt, daß er, bevor er die Kenntnis der Akten gehabt habe, eine andere Auffassung vom Kriege besessen habe, geschrieben, nachdem er die Kenntnis der Akten hatte. Nach Kenntnis der Akten hat er das Buch „Wie der Weltkrieg entstand" geschrieben, und in diesem Buch wird alles das bestätigt, was ich in meinen vorhergehenden sachlichen Ausführungen behauptet habe.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Widerspruch und Lachen rechts.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: Gerade umgekehrt! Kautsky hat erklärt:

Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam.

(Hört! Hört!)

Vorher hat er ohne Einsicht in die Akten geurteilt, nachher mit Einsicht in die Akten, und er hat dann das gesagt, was ich vorgelesen habe.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und rechts.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid,** Abgeordneter: Ich muß gegenüber Herrn Dr. Rießer feststellen, daß seine Auffassung unrichtig ist.

(Widerspruch rechts.)

Dieses Buch „Wie der Weltkrieg entstand" ist nach Einsichtnahme in die Akten geschrieben worden, nachdem Kautsky die 4 Bände der bekannten Kautsky-Akten, die (C) vom Grafen Montgelas, Professor Schücking und einem Dritten mit herausgegeben sind, veröffentlicht hat.

(Abgeordneter Dr. Rießer: Was ich verlesen habe, ist später geschrieben!)

Präsident: Die persönliche Debatte ist geschlossen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Unser Redner hat unsere Zustimmung zu dem ersten Antrag der Regierungsparteien bereits erklärt. Inzwischen ist ein berichtigter Antrag der Regierungsparteien eingegangen und uns zur Stellungnahme unterbreitet worden. Wir würden dem Antrag in seiner ursprünglichen Form den Vorzug gegeben haben,

(Lachen links)

da in ihm der ablehnende Standpunkt gegen die feindlichen Forderungen am schärfsten zum Ausdruck kam. Der berichtigte Antrag verfolgt aber nach unserer Auffassung dasselbe Ziel. Wir glauben daher, auch ihm unsere Zustimmung geben zu können.

(Lebhaftes Bravo in der Mitte und rechts. — Rufe auf der äußersten Linken: Hurra!)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung; ich bitte, Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, zunächst über den weitestgehenden Antrag Hoffmann (Berlin) und Genossen auf Drucksache Nr. 1657 abzustimmen. Er lautet:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland sind aufzunehmen.

(Lachen rechts.)

Die gegenwärtige Regierung besitzt nicht das (D) Vertrauen des Reichstags.

Wer diesem Antrage seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Antrag, den ich zur Abstimmung bringe, ist der Antrag Aderhold und Genossen auf Drucksache Nr. 1655.

Wer ihm zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag Trimborn, Dr. Stresemann, Schiffer, Leicht, Alpers, Fehr und Genossen, und zwar in seiner berichtigten Fassung auf Drucksache Nr. 1653.

Hierzu war ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen. Die Abstimmung findet also namentlich statt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Trimborn, Dr. Stresemann zustimmen wollen, eine Karte mit Ja, diejenigen, die ihn ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abzugeben.

Für diejenigen Damen und Herreu, welche Karten mit ihrem Namen nicht zur Verfügung haben, liegen Karten ohne Namen auf dem Tisch des Hauses aus.

Ich bitte die Herren Schriftführer die Karten einzusammeln.

(Geschieht.)

Diejenigen Damen und Herren, welche noch nicht abgestimmt haben, fordere ich auf, ihre Karte hier auf dem Bureau abzugeben.

(Pause.)

(Präsident.)

(A) Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige*) Ergebnis der Abstimmung ist folgendes. Es sind abgegeben worden 317 Stimmen; davon lauten auf Ja 268, auf Nein 49.

(Bravo!)

Die zur Abstimmung gestellte Frage ist mithin bejaht.

Unsere Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, unsere nächste Sitzung abzuhalten Montag den 14. März, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Dritte Beratung des zwischen dem Deutschen Reiche und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossenen Reedereiabfindungsvertrags;
2. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des (B) Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 und zwar
   Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau nebst Ergänzung;
3. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Art. 177, 178 des Friedensvertrags;
4. Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplans für 1920, und zwar Haushalt des Reichsministeriums des Innern nebst Ergänzung;
5. mündlicher Bericht des 16. Ausschusses über Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 48 Minuten.)

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 2886.

Namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag Trimborn, Dr. Stresemann, Schiffer, Leicht, Alpers, Fehr und Genossen, betreffend die Ablehnung der Pariser Bedingungen in London (Nr. 1653 [berichtigt] der Drucksachen).

Name.	Abstimmung.
Adams	fehlt
Aderhold	Nein
Frau Agnes	fehlt
Albrecht (Hannover)	fehlt
Albrecht (Magdeburg)	Nein
Allekotte	Ja
Alpers	Ja
Andre	Ja
Frau Ansorge	fehlt
Arnstadt	Ja
Aufhäuser	fehlt
Bachmann	Ja
Bachmeier	Ja
Bahr (Frankfurt)	Ja
Dr. Barth (Chemnitz)	fehlt
Bartz (Hannover)	Nein
Bauer	Ja
Baumann	Ja
Frau Dr. Bäumer	Ja
Bazille	Ja
Becker (Arnsberg)	Ja
Dr. Becker (Hessen)	Ja
Becker (Oppeln)	krank
Beckmann	Nein
Frau Behm	Ja
Behrens	Ja
Beims	fehlt
Dr. Bell	Ja
Bender	Ja
Berndt	Ja
Bernstein	Ja
Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover)	Ja
Graf Bernstorff (Schl.-Holstein)	Ja
Berthelé	Nein
Beuermann	fehlt
Dr. Beyerle	Ja
Beythien	Ja
Bias	fehlt
Biener	Ja
Bitta	fehlt
Blum	Ja
Bock	fehlt
Böhm (München)	Ja
Dr. Böhme (Magdeburg)	Ja
Bolz	Ja
Bornefeld-Ettmann	Ja
Brandes	fehlt
Braß	fehlt
Braun (Düsseldorf)	Ja
Dr. Braun (Franken)	fehlt
Edler v. Braun (Oberb.)	fehlt
Dr. Brauns (M.-Gladbach)	Ja
Dr. Breitscheid	Nein
v. Brentano di Tremezzo	fehlt
Breunig	Nein
Brey	Ja
Brodauf	Ja
Bruchardt	fehlt
Brühl	fehlt
Bruhn	Ja
Brüninghaus	Ja
Brunner	Ja
Buck	fehlt
Burlage	Ja
Busch	Ja
Colshorn	Ja
Dr. Cremer	Ja
Crispien	Nein
Cuno	Ja
Dr. Curtius	Ja
Damm	Ja
Dannemann	fehlt
Dauch	Ja
Dauer	Ja
Däumig	fehlt
Dr. David	Ja
Dr. Deermann	Ja
Deglerk	entsch.
Dr. v. Delbrück	Ja
Delius	Ja
Dr. Dernburg	fehlt
Diernreiter	Ja
Dietrich (Baden)	fehlt
Dietrich (Prenzlau)	fehlt
Diez	fehlt
Dißmann	fehlt
Dittmann	Nein
Döbrich	fehlt
Domsch (Dresden)	fehlt
Dorsch (Hessen)	fehlt
Frau Dransfeld	Ja
Dr. Düringer	Ja
Dusche	fehlt
Düwell	Nein
Eckardt (Hannover)	fehlt
Eggerstedt	Ja
Ehrhardt (Oppeln)	fehlt
Eichhorn	fehlt
Eisenberger	Ja
Emminger	Ja
Erkelenz	Ja
Ernst	Nein
Ersing	Ja
Erzberger	fehlt
D. Everling	Ja
Fehr	Ja
Fehrenbach	Ja
Feilmayer	fehlt
Feldmann	Ja
Feuerstein	Ja
Dr. Fick	Ja
Findeisen	Ja
Fischer (Baden)	fehlt
Fischer (Berlin)	Ja
Fischer (Hannover)	fehlt
Dr. Fischer (Köln)	Ja
Dr. Fleischer	Ja
Fleißner	fehlt
Dr. Fortmann	Ja
Frank (Dortmund)	fehlt
Franz (Breslau)	fehlt
Fries	Nein
Frohme	Ja
Frölich	Nein
v. Gallwitz	Ja
Gebhart	krank
Geck (Mannheim)	Ja
Geck (Offenburg)	Nein
Geisler	Ja
Gerauer	Ja
Gerstenberger	Ja
Dr. Geßler	Ja
Geyer (Leipzig)	Nein
Dr. Geyer (Sachsen)	fehlt
Giebel	Ja
Giesberts	Ja
Dr. Gildemeister	Ja
Girbig	Ja
Dr. Goetz	Ja
Dr.-Ing. Gothein	Ja
Dr. Gradnauer	Ja
Graef (Thüringen)	fehlt
v. Graefe (Mecklenburg)	fehlt
Gruber	fehlt
v. Guérard	Ja
Gutknecht	Ja
Haag	Ja
Dr. Haas (Baden)	Ja
Hamm	Ja
Hammer	Ja
Hänse (Thüringen)	Ja

Name.	Abstimmung.
Hansmann	fehlt
Harte	fehlt
Hartleib	Ja
Dr. Hartmann	fehlt
Hartwig	Ja
Frau Hauke	Ja
Haußmann	Ja
Havemann	Ja
Heile	Ja
Dr. Heim	fehlt
Heimann	Ja
Dr. Heinze	Ja
Dr. Helfferich	Ja
Hellmann	fehlt
Hemeter	Ja
Henke	fehlt
Henning	Ja
Hensel (Ostpreußen)	Ja
Hepp	Ja
Herbert (Franken)	Ja
Herbert (Hessen)	Ja
Hergt	Ja
Herold	fehlt
Dr. Herschel	fehlt
Dr. Hertz	fehlt
Dr. Herzfeld	Nein
Heydemann	fehlt
Dr. Hieber	fehlt
Hildenbrand	Ja
Dr. Hitze	fehlt
Hoch	Ja
Dr. Hoetzsch	Ja
Hoffmann (Berlin)	Nein
Hoffmann (Kaiserslautern)	Ja
Dr. Höfle	Ja
Hofmann (Ludwigshafen)	Ja
Hofmann (Thüringen)	fehlt
Höllein	Nein
ten Hompel	Ja
Höner	fehlt
Horn	Nein
Hörsing	Ja
Hue	beurl.
Dr. Hugenberg	fehlt
Dr. Hugo	Ja
Hünlich	fehlt
Hüttmann	fehlt
Imbusch	fehlt
Isenmann	Ja
Jäckel	Nein
Jaecker (Ostpreußen)	fehlt
Jäker (Düsseldorf)	fehlt
Jandrey	fehlt
Janeba	fehlt
Janschek	fehlt
Jaud	Ja
Joos	fehlt
Frau Juchacz	Ja
Dr. Kaas (Trier)	Ja
D. Dr. Kahl	Ja
Kahmann	Ja

Name.	Abstimmung.
Kaiser	fehlt
Graf v. Kanitz	fehlt
Käppler	Ja
Frau Karch	Nein
v. Kardorff	Ja
Karsten	Nein
Käselau	fehlt
Keil	Ja
Keinath	Ja
v. Kemnitz	Ja
Kempkes	Ja
van den Kerkhoff	Ja
Kerschbaum	fehlt
Keubler-Böhm	Ja
Klöckner	fehlt
Kniest	fehlt
Koch (Düsseldorf)	Ja
Koch (Essen)	fehlt
Koch (Weser)	Ja
Koenen	fehlt
König	fehlt
Kopsch	Ja
Korell	Ja
Körner	Ja
Körsten	fehlt
Dr. Köster	Ja
Kotzke	Nein
Krätzig	Ja
Kröger (Rostock)	beurl.
Krüger (Merseburg)	Ja
Krüger-Hoppenrade	Ja
Kubetzko	fehlt
Kuhnt	fehlt
Dr. Kulenkampff	fehlt
Dr. Külz	Ja
Kunert	Nein
Künstler	fehlt
Kuntze	Ja
Lambach	Ja
Lang	Ja
Frau Lang-Brumann	Ja
Lange-Hegermann	Ja
Langwost	fehlt
Dr. Lauscher	Ja
Laverrenz	Ja
Ledebour	Nein
Leicht	Ja
Leopold	Ja
Dr. Frhr. v. Lersner	krank
Lesche	Ja
Leutheußer	Ja
Dr. Levi	Nein
Liese	fehlt
Lind	fehlt
Lipinski	fehlt
Löbe	Ja
Löffler	Ja
Dr. Löwenstein	Nein
Lübbring	fehlt
Frau Dr. Lüders	Ja
Ludwig	Nein
Lukas	Ja
Dr. Luther	fehlt
Malke	fehlt
Malkewitz	fehlt

Name.	Abstimmung.
Malzahn	fehlt
Dr. Maretzky	Ja
Marx	Ja
Frau Dr. Matz	Ja
Dr. Maxen	fehlt
Maxin	Ja
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt
Dr. Meerfeld	Ja
Mehrhof	Nein
Meier (Zwickau)	Ja
Frau Mende	Ja
Merck	Ja
Merkel	Nein
Dr. Mittelmann	entsch.
Mittwoch	fehlt
Dr. Moldenhauer	Ja
Molkenbuhr	Ja
Morath	Ja
Dr. Moses	Nein
Dr. Most	fehlt
Frau Mueller-Otfried	Ja
Müller (Franken)	Ja
D. Mumm	Ja
Nacken	Ja
Frau Nemitz	fehlt
Neuhaus (Düsseldorf)	Ja
Frau Neuhaus (Westfalen)	Ja
Neyses	Ja
Dr. Oberfohren	Ja
Obermeyer	Ja
Oertel	fehlt
Frau v. Oheimb	Ja
Okonsky	beurl.
Oettinghaus	fehlt
Dr. Pachnicke	Ja
Peine	fehlt
Pennemann	Ja
Dr. Petersen	Ja
Dr. Pfeiffer	Ja
Frau Pfülf	Ja
Dr. Philipp	Ja
Pieper (Westfalen)	Nein
Pinkau	Ja
Dr. Piper (Mecklenburg)	fehlt
Plettner	Nein
Pohlmann	Ja
Ponschab	fehlt
Poppe	Ja
Puchta	Nein
Dr. Quaatz	Ja
Dr. Quessel	Ja
Dr. Radbruch	Ja
v. Raumer	fehlt
Rauschmayr	fehlt
Raute	fehlt
v. Rehbinder	Ja
Reich	fehlt
Dr. Reichert	Ja
Reißhaus	Ja

Name.	Abstimmung.
Frau Reitze	fehlt
Remmele	Nein
Freiherr v. Rheinbaben	Ja
Rheinländer	Ja
Dr. Richter	Ja
Riedmiller	Ja
Rieke	Ja
Rieseberg	Ja
Dr. Rießer	Ja
Rippler	Ja
Ristau	Nein
Dr. Roesicke	fehlt
Rosemann	fehlt
Dr. Rosenfeld	Nein
Dr. Runkel	Ja
Frau Ryneck	Ja
Ryssel	fehlt
Sauerbrey	fehlt
Scheidemann	Ja
Schiele	Ja
Schiffer	Ja
Frau Schilling	fehlt
Schimmelpfennig	Ja
Schirmer (Dresden)	fehlt
Schirmer (Franken)	Ja
Schlack	Ja
Schlicke	beurl.
Schmidt (Berlin)	Ja
Schmidt (Cöpenick)	Ja
Schmidt (Sachsen)	Ja
Schmidt (Stettin)	Ja
v. Schoch	Ja
Dr. Scholz	Ja
Schöpflin	fehlt
Schreck	Ja
D. Dr. Schreiber	Ja
Frau Schreiber-Krieger	Ja
Frau Schroeder (Schlesw.-Holst.)	Ja
Schröter (Liegnitz)	Ja
Frau Schuch	Ja
Dr. Schücking	Ja
Schuldt (Steglitz)	Ja
Schulte (Breslau)	fehlt
Schultz (Bromberg)	Ja
Schulz (Bremen)	Ja

Name.	Abstimmung.
Frau Schulz (Westf.)	fehlt
Schulze (Berlin)	Ja
Schulz-Gahmen	Ja
Schumann	Ja
Schwarz (Baden)	fehlt
Schwarz (Hessen)	Ja
Schwarzer (Oberbayern)	Ja
Seemann	Ja
Seger	fehlt
Seibert	Ja
Seidel	Nein
Dr. Semmler	fehlt
Frau Sender	fehlt
Seppel	fehlt
Severing	Ja
Sidow	Ja
Dr.-Jng. v. Siemens	Ja
Sievers	fehlt
Silberschmidt	Ja
Simon (Franken)	fehlt
Simon (Schwaben)	fehlt
Sivkovich	Ja
Soldmann (Franken)	Nein
Sollmann (Köln)	Ja
Dr.-Jng. Sorge	fehlt
Dr. Spahn	Ja
Spetzler	Ja
Staab	Nein
Stampfer	fehlt
Stegerwald	Ja
Steinkopf	Ja
Stelling	fehlt
Stinnes	fehlt
Stöcker	fehlt
Stolten	fehlt
D. Strathmann	Ja
Streiter	Ja
Dr. Stresemann	Ja
Stücklen	Ja
Szczeponik	fehlt
Taubadel	fehlt
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	fehlt
Teuber	Nein
Frau Teusch (Köln)	Ja

Name.	Abstimmung.
Thiel	Ja
Thomas	Nein
Thomsen	fehlt
Thöne	fehlt
Tremmel	fehlt
Trieschmann	Ja
Trimborn	Ja
Tuch	Ja
Ulitzka	fehlt
Ulrich	fehlt
Unterleitner	fehlt
Veltin	Ja
Vogel (Berlin)	Ja
Vogel (Franken)	Ja
Dr.-Jng. Vögler	fehlt
Vogt	fehlt
Vogtherr	fehlt
Frau Wackwitz	Nein
Waigand	Ja
Warmuth	Ja
Weilnböck	krank
Weiß	Ja
Wels	Ja
Graf v. Westarp	Ja
Westermann	Ja
Dr. Wiebel	Ja
Wieber	Ja
Dr.-Jng. Wieland	Ja
Dr. Wienbeck	fehlt
Winnefeld	Ja
Dr. Wirth	Ja
Wissell	Ja
Frau Wulff	Nein
Wulle	Ja
Frau Wurm	Nein
Dr. Zapf	Ja
Zawadzki	fehlt
Zeschke	Ja
Frau Zetkin	Nein
Ziegler (Westfalen)	Ja
Frau Ziegler (Württ.)	Nein
Frau Zietz	Nein
Zörgiebel	Ja
Zubeil	Nein

Zusammenstellung.

	Abstimmung.
Gestimmt haben: mit **Ja**	267
mit **Nein**	49
Der Abstimmung haben sich enthalten	—
Ungültig	1
Zusammen	317

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

83. und 84. Sitzung.

Montag den 14. März 1921.

83. Sitzung.

(B)

84. Sitzung.

83. Sitzung.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Durchführung der Artikel 177, 178 des Friedensvertrages;
2. Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des § 11 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den Ausschuß für den Reichshaushalt (1. Ausschuß) für die Abgeordneten Jandrey, Dr. Wienbeck
die Abgeordneten Koch (Düsseldorf), v. Gallwitz;

in den 3. Ausschuß für die Abgeordneten Findeisen, Dr. Graf zu Dohna
die Abgeordneten D. Dr. Kahl, Dr. Mittelmann;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Allekotte, Blum, Gerauer, Schiele, Westermann
die Abgeordneten ten Hompel, Veltin, Herbert (Franken), Dr. Helfferich, Thiel;

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Lind, Dr. Runkel, Frau Dr. Matz
die Abgeordneten Schröter (Liegnitz), Zeschke, Cuno;
in den 24. Ausschuß für die Abgeordneten Wulle, Frau Schroeder (Schleswig-Holstein)
die Abgeordneten Warmuth, Dr. Köster;
in den 27. Ausschuß für den Abgeordneten Biener
der Abgeordnete Haag.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten
Brodauf, Gerauer, Dr. Sorge, Spetzler für 2 Tage,
Malke für 3 Tage,
Dr. Runkel für 4 Tage,
Diernreiter für 5 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Abgeordnete Hergt für 6 Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Entschuldigt ist für die heutige Sitzung der Herr Abgeordnete Mittelmann.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist die

dritte Beratung des zwischen dem Deutschen Reiche und der Reederei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg unter dem 23. Februar 1921 abgeschlossenen Reedereiabfindungsvertrages (Nr. 1567, 1630, 1641 der Drucksachen).

Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Aus der allgemeinen Aufmerksamkeit, die Sie meinem Parteifreund Höllein anläßlich seiner Ausführungen bei der zweiten Lesung haben zuteil werden (B) lassen, schließe ich, daß sich hinter dem Gesetz selbst doch andere Absichten verbergen, daß Sie ein äußerst großes Interesse an dem Zustandekommen dieses Gesetzes haben. Ich will nicht auf das eingehen, was die Veranlassung zu Ihrer künstlichen Entrüstung bei den Ausführungen meines Parteifreundes Höllein gegeben hat. Aber ich möchte doch noch einmal unterstreichen, daß dasjenige, was er gesagt hat und was sich dahin zusammenfassen läßt, daß mit diesem Gesetz erneut ein ungeheuerlicher Volksbetrug verübt wird,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

vollinhaltlich zutrifft.

Meine Damen und Herren! Auf Grund der Gesetzesvorlage fordert die Regierung 4,7 Milliarden Mark, und sie verschweigt dabei, daß außer diesen jetzt angeforderten Geldern für die Abfindung und **Entschädigung der Reedereien** bereits eine Summe von über 6 Milliarden an die Reeder zur Auszahlung gelangt ist. Das macht plus und minus eine Aufwendung von 12 Milliarden Mark, die die Regierung glaubt stillschweigend aus dem Säckel des Reichs nehmen zu können, — dieselbe Regierung, die nicht eine Milliarde dafür zur Verfügung stellen will oder kann, um die Notlage der Ärmsten der Armen auch nur in etwas zu lindern.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich darf daran erinnern, daß wir vor nicht allzu langer Zeit uns über die Aufbesserung der Rentenbezüge der Invalidenrentner und jetzt über die Aufbesserung der Renten der Unfallrentner eingehend unterhalten haben. Da hat sich, man möchte sagen, das beschämende Bild gezeigt, daß die Regierung nicht bereit gewesen ist, auch nur einen roten Pfennig für diese zweifellos dringend notwendige Unterstützung zu gewähren. Im Falle der Reeder aber soll mit vollen Händen gegeben werden.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie vielleicht (C) in Gedanken einmal in jene Zeit zurückführen, als die Entente verlangte, daß nun mit der **Ablieferung der Handelsflotte** Ernst gemacht werden sollte. Ich darf Sie an die Zeit erinnern, als aus Anlaß dieser Forderung ein chauvinistisch-nationalistischer Taumel in Deutschland entfacht wurde. Die Reeder weigerten sich, die Schiffe auszuliefern, die Offiziere schlossen sich zusammen und lehnten es ab, die Schiffe hinüberzubringen. Selbst ein Teil der Mannschaften wurde von dieser nationalistischen Welle erfaßt.

(Zuruf rechts: Gott sei Dank!)

— Ob Sie sagen „Gott sei Dank", soll mir hier gleichgültig sein. — Die **nationalistische Stimmung** war geschaffen, und sie hatte den Zweck, zu verhindern, daß die Schiffe an die Entente abgeliefert wurden. Dann aber fanden Verhandlungen statt. Den Reedern leuchtete ein, daß die Ablieferung doch nicht so gefährlich wäre, daß ihnen — man darf das ruhig sagen — ganz gewaltige Profite, ganz gewaltige Entschädigungssummen in Aussicht standen, wenn sie die Schiffe ins Ausland bringen würden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Daraufhin schlug die **Stimmung bei den Reedern** um. Diejenigen, die sich gestern noch mit Händen und Füßen dagegen gesträubt hatten, der Entente die Schiffe auszuliefern, rüsteten jetzt die Schiffe mit vollem Tafelzeug, mit Leinenzeug, mit Silber- und Porzellangeschirr, kurz mit allem aus, was zur Einrichtung von Passagierdampfern gehört, und lieferten so nicht nur die Schiffe, sondern auch die durchaus nicht geforderten eben erwähnten Gegenstände an die Entente aus, weil sie wußten, daß ihnen dort weit höhere Preise gezahlt würden, als ihnen die Verwendung dergleichen Gegenstände in Deutschland hätte bringen können. Das ist der Patriotismus jener Kreise; das ist der Patriotismus, der mit wenigen Worten (D) dahin charakterisiert werden kann, daß dort die nationalen Wogen am höchsten schlagen, wo der Profit am größten ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nun kommt die Regierung und versucht, diesem Gesetzentwurf einen sozialen Anstrich zu geben. Die Regierung glaubt, der Bevölkerung den Gesetzentwurf — ohne daß sie es zunächst für notwendig gehalten hat, eine Begründung zu geben — dadurch schmackhaft machen zu können, daß sie sagt: die geforderten 4,7 Milliarden

(Abgeordneter Höllein: Plus!)

— ja, plus, ganz abgesehen von den bereits bisher gezahlten sechs Milliarden — sollen der produktiven Erwerbslosenfürsorge dienen, es soll damit erreicht werden, daß die Arbeitslosigkeit verringert wird, daß die **Arbeitslosigkeit in den Werftbetrieben** nicht größer wird, als sie bisher schon ist. Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wenn wir die Maßnahmen, die die Regierung mit Bezug auf die produktive Erwerbslosenfürsorge ergriffen hat, an unseren Augen vorüberziehen lassen, so sehen wir ganz klar, daß mit dieser sogenannten produktiven Erwerbslosenfürsorge weniger den Erwerbslosen oder den Arbeitern gedient wird, sondern ausschließlich oder doch zum größten Teile den Kapitalisten, das heißt in diesem Falle den Reedern.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Ist die **Lage der Reedereien** denn in Wirklichkeit so trostlos, daß man ihnen aus menschlichen, moralischen oder irgendwelchen sonstigen Bedenken oder Beweggründen heraus helfen müßte oder daß man auch nur irgendwie verpflichtet wäre, eine derartige Liebesgabe an die Reeder dem Volke und dem Deutschen Reichstag zu präsentieren, wie es in dem Gesetzentwurf geschieht? Wir wissen, daß die Aktien

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) der Reedereien trotz allen Geschreies sehr wesentlich in die Höhe gegangen sind. Aus den gewaltig gestiegenen Dividenden fast aller Reedereien läßt sich schließen, daß in der Tat das Gerede von der Notlage der Reeder eben nur Gerede ist, dem jede Berechtigung fehlt. Ich will nur auf die jüngsten **Notierungen der Schiffspapiere** verweisen.

Nach den Notierungen vom 12. dieses Monats, also von vorgestern, verteilt die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Argo" eine Dividende von 30 Prozent und ihre Papiere stehen auf 1200.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Papiere der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa", der die Veröffentlichung einer Bilanz erlassen ist, stehen im Kurse von 321, die der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrtaktiengesellschaft in einem solchen von 190, die der Hamburg-Bremer Afrika Linie in einem Kurse von 288, die des Norddeutschen Lloyds bei einer Dividende von 8 Prozent in den Jahren 1919/20 in einem Kurse von 180, die der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Nordsee" bei einer Dividende von 20 Prozent in einem Kurse von 400. Die Oldenburgisch-Portugiesische Dampfschiffahrtsgesellschaft verteilt eine Dividende von 20 Prozent; ihre Papiere werden mit 604 bewertet. Die „Seefahrt, Deutsche Reedereigesellschaft" verteilt gleichfalls 20 Prozent Dividende bei einem Kurs der Papiere von 551. Es gibt aber Zahlen, die noch weit darüber hinausgehen. So ist die „Ozean-Reederei" mit einem Kursstand von 420 verzeichnet, die „Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft" mit einem Stande von 402. Das alles, meine Damen und Herren, sind Zeichen dafür, daß von einer Notlage in den Kreisen der Reeder durchaus nicht gesprochen werden kann. Die Milliarden, die jetzt bewilligt werden sollen, stellen daher nichts anderes dar als eine blanke Liebesgabe an diese Gesellschaftskreise, sie sind nichts anderes als ein Raub an der deutschen Be-(B)völkerung, bedeuten letzten Endes nichts anderes als eine weitere Verelendung jener Kreise, denen man jetzt das Märchen von der produktiven Erwerbslosenfürsorge erzählt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Verantwortung hierfür müssen wir schon den Mehrheitsparteien, müssen wir auch der **Sozialdemokratischen Partei** überlassen, die es nicht einmal für nötig gehalten hat, auch nur ein einziges Wort der Kritik an dieser ungeheuerlichen **Forderung der Regierung** hier von der Tribüne des Hauses aus zu üben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Lediglich die Tatsache, daß mein Parteifreund Höllein und der Redner der Unabhängigen zu dem Gesetzentwurf kritisch Stellung genommen haben, veranlaßte den Herrn Abgeordneten Schumann von der Sozialdemokratischen Partei, seinen Mund zu öffnen. Er stieg aber nicht etwa sachlich in die Materie hinein, obgleich er die Sachkenntnis meines Parteifreundes anzweifelte, sondern zog es vor, seine Sachkenntnis hinter dem Gehege seiner Zähne zu behalten und möglichst geräuschlos über die ungeheuerlichen Forderungen der Regierung hinwegzugehen.

Ich hielt es für erforderlich, das nochmals festzustellen, und möchte an die Regierung nun die Frage richten, aus welchem Grunde sie dieser **Milliardenforderung** eine **Begründung** nicht beigegeben hat. Aus der Tatsache, daß die Regierung sich hier im Plenum in Stillschweigen gehüllt hat, schlußfolgere ich, daß eine Begründung dieser Forderung eben schlechterdings nicht gut möglich ist, im Hinblick darauf nicht möglich ist, daß die Entente gerade diese Forderung, diese Abfindungssumme für die Reeder etwas scharf unter die Lupe genommen hat. In der Denkschrift, die uns die Regierung über die **Londoner Verhandlungen** zugestellt hat, ist ein Passus enthalten, der auf die **Reedereiabfindungssumme** Bezug nimmt. Es heißt da:

> Was die Entschädigung der Reedereien anlangt, (C) so wird sich diese im Rahmen der Gutschrift halten, die die Alliierten Deutschland für die abgelieferten Schiffe gewährt haben. Es wird aber notwendig sein, den Reedereien alsbald und für einige Jahre flüssige Mittel in nennenswerten Beträgen zur Verfügung zu stellen, damit sie diejenigen Verpflichtungen erfüllen können, die sie durch Erteilung von Neuaufträgen an die Werften auf Grund früherer Gesetze und Vereinbarungen eingegangen sind und auf deren Gewährung sie nach den angezogenen Rechtsgrundlagen einen Anspruch haben.

Es wäre notwendig, daß man auch die Äußerung der Entente erführe, die die deutsche Regierung veranlaßte, diesen Satz niederzuschreiben. Das aber hält die Regierung nicht für erforderlich. Man hat sich, wie gesagt, um die Begründung herumgedrückt, woraus ich schlußfolgere, daß man selbst den Boden unter den Füßen wanken fühlte, weil man es für unmöglich hielt, weder dem Volke, noch der Entente gegenüber eine stichhaltige Begründung dieser ungeheuren Forderung von rund zwölf Milliarden Mark zu geben.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Selbst wenn wir Schiffe brauchten, so würde der Weg, den die Regierung hier einschlägt, zu schärfster Kritik Veranlassung geben müssen. Selbst wenn die deutsche Regierung verpflichtet wäre — was wir bestreiten —, den Reedern die Schiffe zu ersetzen, die durch Kriegshandlungen verloren gegangen sind, so hätte man die Schiffe in natura ersetzen sollen, so hätte die deutsche Regierung auf eigenen Werften, in eigener Regie, mit eigenen Mitteln Schiffe bauen können, um die verloren gegangene Tonnage wieder aufzufüllen. Dieser Weg wäre richtiger gewesen als der Weg, den man mit dieser Vorlage einschlägt. (D)

Vor allem ist aber die Frage aufzuwerfen, ob es wirklich notwendig ist, Schiffsraum zu schaffen, der den deutschen Reedern gehört, oder ob nicht vielmehr die Tatsache besteht, daß die **Welttonnage** weit größer ist als das gegenwärtige Bedürfnis. Die Welttonnage ist in der Tat zurzeit so reichlich, daß sie gar nicht voll ausgenutzt werden kann. Wir halten es deshalb nicht für nötig, daß diese völlig unproduktiven Ausgaben gemacht werden. Das deutsche Volk hat lediglich ein Interesse an billigen Frachten, nicht aber daran, daß den deutschen Reedern 12 Milliarden Mark in den Schoß geworfen werden. Nach unserer Meinung wäre es unverantwortlich vom Reichstag, wenn er den Reedern diese Liebesgaben gewähren wollte. Wir haben alle Ursache, uns dagegen zu wehren und der Öffentlichkeit, namentlich der Arbeiterschaft, zu sagen, daß es lediglich fauler Zauber ist, wenn als Begründung angeführt wird, daß die jetzt nachträglich geforderten 4,7 Milliarden Mark als produktive Erwerbslosenfürsorge bewertet werden sollen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Alles, was auf diesem Gebiete bisher geleistet worden ist, ist mit einer ungeheuren, bei der gegenwärtigen Finanzlage geradezu unverantwortlichen Bereicherung der Kapitalisten verbunden gewesen. Auch dieses Gesetz wird, statt der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu dienen, lediglich dazu benutzt, den Reedern und den Besitzern der Reedereiaktien Milliardenprofite zuzuschanzen.

Wenn nun aber die Mehrheit des Reichstags die Verpflichtung anerkennen sollte, den Reedern unter die Arme zu greifen und ihnen die jetzt geforderten Milliarden zu bewilligen, dann stelle ich die Gegenfrage: hat nicht ebensogut jeder **Mittelständler** und jeder **Kleingewerbetreibender**, hat nicht ebensogut jeder **Arbeiter**, der durch die Handlungen, die infolge des Krieges in die Er-

(Bartz [Hannover], Abgeordneter.)

(A) scheinung traten, seiner Existenz beraubt ist, wenn Geschäfte geschlossen und Betriebe stillgelegt wurden, wenn die Arbeitsmöglichkeit in einem Maße beschränkt worden ist, daß die Leute gegenwärtig nicht einmal das Existenzminimum haben, — haben all diese Kreise dann nicht das gleiche Recht wie die Reeder,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

ja, noch in weit höherem Maße die Berechtigung, von der Regierung die Sicherstellung ihrer Existenz zu verlangen, wie jene Kreise, die auf Grund der Statistik, die ich Ihnen mit wenigen Worten verlesen habe, auch gegenwärtig noch ungeheure Summen schlucken, deren Papiere auch gegenwärtig noch in so schwindelnder Höhe stehen, daß auch nicht einmal von einer vorübergehenden Notlage dieser Leute geredet werden kann? Hat nicht die Arbeiterschaft, hat nicht der Mittelstand ein viel größeres Recht zu verlangen, daß an ihnen gutgemacht werde, was durch die kapitalistische Regierung und durch die Politik der Mehrheit dieses Hauses verursacht worden ist?

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

Aber wenn die Kleingewerbetreibenden, die Handwerker, die Arbeiter und die Beamten kommen und sagen: „wir befinden uns in Not", wenn die Kriegerwitwen und -waisen kommen und sagen: „wir können mit dem, was ihr uns gebt, nicht leben", dann haben Sie kein Geld, dann haben Sie nur das „warme Herz"! Aber von dem warmen Herzen ist noch niemand satt geworden, und auch in Zukunft wird davon niemand etwas profitieren können.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Hinter Ihrem warmen Herzen verbirgt sich nur die Tatsache, daß Sie nicht in den eigenen Beutel greifen wollen, daß Sie für alle möglichen Dinge das Geld mit Händen aus dem Fenster hinauswerfen, ohne für die bitterste und brennendste Not auch nur einen Pfennig zur Verfügung zu stellen.

(B) Weil wir diese Heuchelei nicht mitmachen können und weil wir darüber hinaus die sachliche Berechtigung der Regierungsforderung verneinen, kommen wir zu der Überzeugung, daß es unverantwortlich wäre, die Gesetzesvorlage zu genehmigen und den dividendengesegneten Reedern diese 12 Milliarden in den Hals zu werfen.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Die allgemeine Beratung ist geschlossen. Wir treten in die besondere Beratung der einzelnen Artikel ein.

Ich eröffne die Beratung über Art. I — und schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Art. I ihre Zustimmung geben wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; Art. I ist angenommen.

Ich rufe auf Art. II, — III, — IV, — V, — VI, — VII, — VIII, — IX, — X, — Einleitung und Überschrift; — Zusatzvertrag Art. I, — II, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel sowie Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter: Unsere Partei hat ein Interesse daran, vor der gesamten Öffentlichkeit festzustellen, in welchem Zustand und bei welcher Besetzung dieses Hauses eine Vorlage durchgepeitscht werden soll, die nicht weniger als **12,5 Milliarden** den deutschen **Reedern** in den Schoß wirft. Wir haben ein Interesse daran, festzustellen, daß dieser Raubzug auf das deutsche Proletariat von dieser Schar von Abgeordneten vorgenommen werden soll. Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident: Das Bureau schließt sich dem Zweifel (C) an der Beschlußfähigkeit des Hauses an.

Wir müssen deshalb unsere Verhandlungen jetzt abbrechen.

Ich beraume die nächste Sitzung an auf heute 1 Uhr 45 Minuten mit der Tagesordnung:

Fortsetzung der bisherigen Tagesordnung.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 41 Minuten.)

---

84. Sitzung.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 50 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über den eben beratenen Gegenstand etwa um 4 Uhr heute nachmittag vorzunehmen. — Es ist übrigens eine namentliche Abstimmung dazu angekündigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar:

Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau nebst Ergänzung (Anlage XVI).

(D) Mündliche Berichte des Ausschusses für den Reichshaushalt: Nr. 1511, 1631 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Heile.

Berichterstatter: Abgeordneter Klöckner.

Ich eröffne die Beratung über Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Wienbeck.

Dr. **Wienbeck,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auf dem **Haushalt des Reichsministeriums für den Wiederaufbau** stehen die Worte „künftig wegfallend". Wir wissen ferner, daß nach der kurzen Gastrolle, die der Herr Minister Geßler an der Spitze dieses Ministeriums gegeben hat, die Ministerstelle nicht wieder neu besetzt worden ist. Es ist weiter bekannt, daß draußen im Lande von den Fragen des Wiederaufbaues und den Aufträgen, die das Ministerium in dieser Beziehung zu erfüllen hat, recht wenig laut geworden ist. Alle diese Dinge könnten zu der Ansicht führen, daß in der Tat die Wiederaufbaufrage nur eine vorübergehende ist, daß das Ministerium ein solches von kurzer Lebensdauer ist und daß es sich nicht lohnt, hier im Reichstag öffentlich über seine Aufgaben eingehend zu sprechen. Meine Freunde legen allerdings keinen überwiegenden Wert darauf, die Stelle des Ministers neu besetzen zu lassen. Wir meinen, daß die Männer an der Spitze dieses Ministeriums in anderer Weise als bisher die Wiederaufbaufragen und die sonstigen Aufgaben des Ministeriums in den Vordergrund des Interesses in Deutschland und im Ausland rücken müssen, weil sich mit diesen Fragen wichtige innenpolitische, aber auch außenpolitische Fragen verbinden.

Ich komme da zunächst auf die Wünsche der Auslandsdeutschen und derjenigen Deutschen, die als In-

(Dr. **Wienbeck**, Abgeordneter.)

(A) länder ihr Vermögen im Ausland angelegt und ein Interesse daran haben, die Rückgabe dieses Vermögens baldigst zu erleben. Das Wiederaufbauministerium hat uns in einer eingehenden Denkschrift mit seinen Aufgaben vertraut zu machen gesucht. Es ist daraus zu entnehmen, daß das Ministerium anscheinend noch mit seinem eigenen Aufbau allerhand zu tun hat. Wenn man dies nun auch als Entschuldigungsgrund anführen kann, so muß aber doch der Wunsch ausgesprochen werden, daß die Interessen der **Auslands- und Inlandsdeutschen**, die noch **Ansprüche an das Ausland** haben, etwas stärker gefördert werden als bisher. Im Haushaltsausschuß sind uns überraschend große Zahlen mitgeteilt worden. Wir haben da gehört, daß von dem Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen 11 000 Anträge eingegangen sind, von denen etwa 5000 an die Spruchkommissionen gegangen sind, daß ferner vom Bunde der Auslandsdeutschen bis zum 31. Dezember rund 52 000 Vorentschädigungsanträge eingegangen sind, daß davon 27 000 an die Spruchkommissionen gegeben und daß noch 25 000 Anträge unerledigt sind. Meine Damen und Herren! Wenn wir wollen, daß diejenigen Deutschen, die im Ausland am allermeisten die Folgen des Krieges, die Folgen auch des Hasses gegen Deutschland zu spüren gehabt haben, wieder Freude an ihrem Vaterlande haben sollen, dann ist es wohl notwendig, alle Mittel zur Verfügung zu stellen, um diese Wünsche schneller zu fördern, als es bisher möglich gewesen ist. Es ist wohl auch notwendig, daß wir bei der Übermacht, in der uns unsere Gegner gegenüberstehen, alle Mittel zur Verfügung stellen, um die Forderungen der Inlandsdeutschen gegenüber dem Ausland einwandfrei und im vollen Umfang durchzusetzen. Sofern dafür das Wiederaufbauministerium stärkere Mittel und Maß- (B) nahmen anfordern und treffen will, werden wir stets dafür zu haben sein.

Meine Damen und Herren! Viel wichtiger aber noch als diese Frage scheint uns die eigentliche Wiederaufbaufrage zu sein. Der Friedensvertrag hat darüber bekanntlich bestimmt:

> Deutschland kann anbieten, entweder mit eigenen Mitteln die Wiederherstellung und den **Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden** sei es teilweise oder im ganzen auszuführen oder unter denselben Bedingungen bestimmte Schadensarten in bestimmten Gegenden oder in allen den Gegenden, welche durch den Krieg gelitten haben, wiedergutzumachen. Deutschland kann Arbeitskräfte, Materialien und technische Leistungen zur Verwertung bei solcher Arbeit anbieten, auch wenn es die Arbeit selbst nicht ausführt. Es kann jeden praktischen Plan vorschlagen, mag es nun eine der ins Auge gefaßten Kategorien einzeln oder die Gesamtheit der Wiedergutmachungen betreffen, der geeignet ist, die Zeit für die Feststellung abzukürzen und sie zu einem schnellen und endgültigen Abschluß zu bringen.

Meine Damen und Herren! Die Aufgabe des Wiederaufbaues gehört bekanntlich zu den größten wirtschaftlichen und Finanzaufgaben, die jemals in der Weltgeschichte den Völkern auferlegt worden sind. Ich möchte daher hervorheben, daß es nicht möglich sein wird, Deutschland allein mit diesen Aufgaben zu belasten, sondern daß mehr oder minder alle Kulturvölker an diesem Werke werden mitwirken müssen, daß es aber vor allen Dingen falsch wäre, Deutschland bei diesen Wiederaufbauaufgaben umgehen zu wollen. Wir sind der Ansicht, daß ohne Deutschland der Wiederaufbau überhaupt nicht mehr wird durchgeführt werden können, (C) und in dieser absolut feststehenden Voraussetzung wäre nach unserer Ansicht ein außerordentlich fester Punkt gegeben, von dem aus das Wiederaufbauministerium mit Unterstützung der zentralen Stellen der Reichsregierung eine wirksame Arbeit für die gemeinsame Verständigung über die Wiederaufbaufrage betreiben könnte. Es ist diese Aufgabe insofern auch eine der stärksten politischen Aufgaben, die augenblicklich hervortreten.

Was ist nun von seiten Frankreichs in dieser Frage geschehen? Hierüber liegen ja neuerliche zuverlässige Mitteilungen vor. Frankreich hat früher unsere gut ausgearbeiteten Vorschläge stets abgelehnt, sie sind jedenfalls nicht zur Durchführung gelangt. Dadurch ist kostbare Zeit verstrichen, dadurch ist auch die Möglichkeit bedeutend erschwert worden, jetzt nach diesen alten Plänen die Wiederaufbauaufgabe durchzuführen. Bekanntlich hat der Abgeordnete Hennessy vor kurzem in Frankreich diese Frage wieder angeschnitten und sich auf den Standpunkt gestellt, daß zunächst **mit deutschen Arbeitern die Wiederaufbaufrage** gelöst werden könne. Der Berichterstatter, der dies der Presse mitteilt — ein deutscher Berichterstatter — fügt folgendes hinzu:

> Ich habe die Zerstörung in der Champagne und vor Verdun betrachten können und war erschüttert nicht bloß durch den Anblick der verwüsteten Landschaft, sondern auch erschüttert durch die Hilflosigkeit, mit der das an Menschen und Mitteln verarmte Land diesem Elende gegenübersteht. Auch wenn die erträumten Milliarden aus Deutschland Wirklichkeit werden könnten, wäre damit für den wirklichen Aufbau noch wenig getan;
>
> (hört! hört! bei den Deutschnationalen)
>
> denn Frankreich hat, solange seine jungen Leute (D) unter der Fahne stehen,

— und es sind ja jetzt wieder mehr unter die Fahne gezogen worden als zuvor —

> gar nicht die Arbeiter zur Verfügung, die zu einem Werke von diesem Umfange nötig sind, und selbst wenn sich französische Werkleute in genügender Anzahl finden würden, was in absehbarer Zeit unmöglich ist, würde durch die Spekulation französischen Unternehmertums die Arbeit so verlangsamt und so verteuert werden, daß die Geschädigten, denen doch vor allem geholfen werden soll, den geringsten Vorteil davon hätten.

Meine Damen und Herren! Es wird weiter ausgeführt, daß die schon von Deutschland für **den Wiederaufbau zur Verfügung gestellten Mittel** zum großen Teil verschwendet und verschleudert worden sind, daß also **Schieberei und Wuchertum** sich in dieser Frage in außerordentlich weitem Maße breitgemacht haben. Der angeführte Abgeordnete betont auch, daß eine Schuld auf 42 Jahre, wie sie uns zugemutet wurde, nicht zu Geld gemacht werden könne. Jeder Versuch nach dieser Richtung würde gerade in Frankreich zu wüsten Spekulationen Veranlassung geben. Wir sehen also, daß von Frankreich in der Wiederaufbaufrage wenig zu hoffen ist, und diese Erfahrung hat ja auch das Ministerium bei den bis jetzt schon geführten Verhandlungen in der Regel gemacht. Und so müßte es Aufgabe des Ministeriums sein, die Frage von einer ganz anderen Seite anzufassen: Wir müssen die Frage propagandistisch zu lösen suchen, und zwar auch in **Gegenwehr gegen die französische Propaganda**, die in dieser Frage neuerdings aufgetreten ist.

(Dr. **Wienbeck**, Abgeordneter.)

(A) Ich habe hier vor mir die Veröffentlichung einer **Verfügung** der Abteilung der hohen interalliierten **Rheinlandkommission** vom 7. Februar. Diese Verfügung ist an besonders hervorragende Vertreter des Deutschtums gegangen, an Beamte usw., und zwar ist darin das **Ansinnen** gestellt worden, die **verwüsteten Gebiete Frankreichs** auf Kosten der französischen Regierung **zu besuchen**. Man hat die Verfügung an höhere Verwaltungsbeamte, an Bürgermeister, an Geistliche, an Lehrer herumgeschickt. Ich möchte doch den Text dieser Verfügung hier zur Kenntnis geben:

> Der französische hohe Kommissar erachtet es für wünschenswert, den Besuch der verwüsteten Gebiete Frankreichs durch die Landräte, Bürgermeister, Geistliche und sonstige Persönlichkeiten, die geeignet sind, die rheinische Bevölkerung über den Umfang der wiederherzustellenden Schäden zu unterrichten, zu begünstigen. Zu diesem Zwecke wird ein unentgeltlicher Kraftwagendienst eingerichtet, und es werden durch die französischen Behörden solche Maßnahmen getroffen werden, daß diese Reisen zu keinerlei Zwischenfällen Anlaß bieten. Der Kommissar zweifelt nicht daran, daß die deutschen Behörden es sich zur Ehre anrechnen, an diesem Werke der Wahrheitsliebe teilzunehmen, das nur dazu dienen kann, der deutschen Regierung die Kraftanstrengung zu erleichtern, die von der deutschen Bevölkerung wird geleistet werden müssen, um gemäß dem Friedensvertrage die Kriegsschäden wieder herzustellen.

Meine Damen und Herren! Auch diese Bekanntmachung zielt in die Richtung wie viele andere Veröffentlichungen und Reden über die Wiederaufbaufrage in den Ententeländern. Es soll in der öffent- (B) lichen Meinung der Welt, auch schließlich bei uns, die feste Überzeugung verankert werden, daß wir und nur wir allein an der ungeheuren **Zerstörung dieser Gebiete** schuld gewesen sind, und daß wir infolgedessen die ungeheuren Lasten der Wiederaufbauarbeit allein und ausschließlich auf uns nehmen sollen.

Demgegenüber möchte ich doch als ein Zeuge, der bei der Hervorrufung der Zerstörungen dabei gewesen ist, noch einmal hervorheben, daß wir es nicht gewesen sind, die die ersten **Fliegerangriffe auf** friedliche **offene Städte** weit **im Inlande** vorgenommen haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Karlsruhe und Freiburg sind zuerst von den Franzosen angegriffen worden.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

Wir sind es auch nicht gewesen, die in dem Frontgebiet selbst weit **zurückgelegene Unterkünfte** zuerst mit schwerem Geschütz und mit schweren Fliegerangriffen zerstört haben. Wir haben erst zu diesen Mitteln greifen müssen als Vergeltungsmaßnahmen gegen diese unerhört scheinenden Angriffe und Zerstörungen in weit zurückliegenden Gebieten. Wir sind es auch nicht gewesen, die zum erstenmal auf **Schützengräben** schwere **Schiffsgeschütze** gerichtet haben, die eine Zerstörung angerichtet haben, die jedenfalls nur in langen Jahren wiedergutzumachen geht.

(Zuruf von der äußersten Linken: 42-Zentimeter!)

Wir haben erst mit dem gleichen Geschütz auf die gleichen Ziele erwidert, als die ersten Angriffe unserer Gegner in dieser Beziehung erfolgt sind. Jeder, der bei den ungeheuren Materialschlachten im Westen dabei gewesen ist, wird mir darin beistimmen, daß wir kaum 50 Prozent der Zerstörungsmittel als Vergeltung anwenden konnten, die uns gegenüber und (C) zum Schaden von Belgien und Frankreich geltend gemacht worden sind.

(Sehr wahr! rechts.)

Das ist wohl jedem alten Frontsoldaten bekannt. Wir sind es auch nicht gewesen, die riesige **Unterminierungen** vorgenommen und dann in Kilometerlänge Gebäude, Dörfer, Ländereien in die Luft gesprengt haben. Das waren Franzosen und Engländer. Wir haben oft den Eindruck gehabt, als ob gerade in Belgien die Engländer ein dringendes Interesse daran hätten, von diesem reichen und schön bebauten Lande gar nichts übrig zu lassen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir müssen aber darauf hinweisen, daß wir trotz der Zerstörungen in den Frontabschnitten doch eine große Reihe von **Neubauten**, von **technischen Verbesserungen**, von großen technischen Anlagen dem Feinde bei der Neubesetzung von **Belgien und Frankreich** zur Verfügung gestellt haben. Es ist jedem, der draußen gewesen ist, bekannt, daß wir aus zahllosen kleinen Dörfern und Städten in gesundheitlicher, in hygienischer Beziehung, in Beziehung auf die Verkehrseinrichtungen erst etwas gemacht haben, woraus die ganze Gegend einen dauernden Vorteil zu ziehen vermochte.

(Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Da sind Sie im Irrtum! Sie sind vielleicht nicht im Kriege gewesen, Herr Müller; aber ich war es und kann es bestätigen.

(Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das sind Aktivposten, die im Wiederaufbauministerium zur Geltung gebracht werden müssen, wenn die Wiederaufbaufrage überhaupt gelöst werden soll.

(D) Nun ist anzuerkennen, daß der Herr Außenminister Dr. Simons in seiner Rede am Sonnabend diesen Punkt — zum ersten Male wohl hier im Reichstag — eingehend behandelt hat. Er hat die Pläne erwähnt, die wir **für den Wiederaufbau** bereits vorgelegt hatten, und er hat noch einmal festgestellt, daß die Verständigung auf diesem Gebiete an der Verständnislosigkeit der Gegenseite gescheitert ist, nicht an unserem Willen und an unserer Bereitwilligkeit. Er hat dann gesagt:

> „Dieser Gedanke des Wiederaufbaus muß auch künftig unter uns in den Mittelpunkt der Verständigungsarbeit gestellt werden. Es muß hier mehr und mehr Verständigung erzielt werden über die Methoden und über die Arbeitsleistung."

Wir sind nun der Ansicht, daß die bisherigen Methoden des Ministeriums, den Wiederaufbau praktisch anzufangen, gescheitert sind und daß daher eine andere Politik eingeschlagen werden muß. Diese Politik muß sich wie die der Gegenseite auf die **Propaganda unserer Absichten** richten. Hier wäre eine Stelle, wo die bekannte Zentralstelle für den Heimatdienst sich ein sehr großes Verdienst um das deutsche Volk und auch um andere Völker erringen könnte.

Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß, wenn die zerstörten Gebiete nicht bei uns, sondern im Ausland liegen, das wahrhaftig nicht etwa unsere Schuld, sondern — ich möchte sagen — unser Verdienst gewesen ist. Ich bin überzeugt, daß, wenn die ungeheuren zerstörten Flächen, die jetzt in Belgien und Frankreich liegen, etwa in der Rheinprovinz oder in Westfalen lägen, sich keine Hand der Welt rühren würde, uns bei diesem Wiederaufbau irgendwie behilflich zu sein.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

(Dr. **Wienbeck**, Abgeordneter.)

(A) Um so bitterer kommen ja unsere Gegner zu der Überzeugung, daß ohne deutsche Technik, ohne deutsche Facharbeiter, ohne deutsche Qualitätsarbeit diese Riesenaufgabe in ihrem Lande nicht zu lösen ist. Darauf müssen wir uns verlassen, wir müssen jetzt einen friedlichen, aber durchgreifenden Angriff auf die Ententeländer machen, und ich habe das Gefühl, als ob die Entente der Überzeugung wäre, daß die weitgehende **Beteiligung Deutschlands an der Wiederaufbauarbeit** allerdings einen glatten und weithin leuchtenden Sieg Deutschlands auf dem Gebiete der industriellen und finanziellen Arbeit bedeuten würde, daß also die wirtschaftliche Stellung Deutschlands keineswegs geschwächt, sondern nur gestärkt werden könnte. Wir können uns natürlich niemals darauf einlassen, daß unsere **deutschen Arbeiter** etwa als halbe Sklavenhorden dort in dem zerstörten Gebiet arbeiten sollen, sondern diese Arbeit kann nur durch freie Verträge gelöst werden, bei denen jede Seite den ihr gebührenden Vorteil finden muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir auch in der Lage wären, die bekannten 226 Milliarden auf den Tisch der Entente zu legen, so könnte und würde damit der Wiederaufbau nicht geleistet werden können. In dieser Frage müssen wir auf deutsche Technik, auf deutsche Organisationskunst und auf deutsche Facharbeiter zurückgreifen. Das steht so unzweifelhaft fest, daß jetzt in dem zerstörten Gebiete Frankreichs diese Überzeugung auch allmählich durchdringt. Es ist bekannt, daß dort Versammlungen stattgefunden haben, in denen die Bevölkerung die Hilfe Deutschlands selbst gefordert hat, wobei sie die französische Regierung scharf angreift, weil sie nicht in der Lage gewesen sei, die schon bewilligten Mittel nützlich und fruchtbringend für den Wiederaufbau anzulegen. Da wir (B) das wissen, haben wir nach meiner Auffassung eine sehr starke Waffe in der Hand, die Wiederaufbaufrage zu unseren Gunsten zu beeinflussen.

Es ist die höchste Zeit dazu; denn schon machen sich findige Geschäftspolitiker daran, ihrerseits diese Frage zu lösen. Ich habe hier ein Rundschreiben an deutsche Firmen, das von einem **französischen Aufbau-Office** ausgeht. Dieses Office, das seinen Sitz in Wiesbaden hat, lädt die deutschen Firmen ein, gegen ein Abonnement von 1000 Mark jährlich ihre Dienste, Waren und Leistungen anzubieten.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Das Office will an 60 Stellen des besetzten Gebietes, des zerstörten Gebietes und auch des inneren Frankreich selbständige Vertretungen und Untervertretungen aufbauen.

Wenn wir nun nicht dazu kommen, von Regierung zu Regierung endlich einmal einen durchführbaren Plan des Wiederaufbaues vorzulegen, dann werden — darüber dürfen wir uns nicht täuschen — die Geschäftsleute in allen Ländern eben selbständig in Verbindung treten, und es wird so oder so — dann aber wahrscheinlich unter wilder Spekulation und Schieberei — der Wiederaufbau durchgeführt werden. Diese Gefahr muß namentlich durch das Wiederaufbauministerium erkannt und unter allen Umständen abgewehrt werden. Das Rundschreiben, das, wie gesagt, von französischer Seite ausgeht, macht darauf aufmerksam, daß die französische Bürokratie sich mit dem Wiederaufbau zwar zwei Jahre befaßt hat, daß aber trotz der guten Absichten der an der Spitze stehenden Herren sehr wenig geleistet worden ist, weil die amtlichen oder halbamtlichen Stellen nur in der bekannten üblichen Weise gearbeitet haben. Wir haben den Wunsch, daß, wenn sich nun die amtliche Stelle des Wiederaufbauministeriums mit diesen Fragen näher be- (C) faßt, dann allerdings auch der Bürokratismus nach Möglichkeit ausgeschaltet werden muß.

Meine Damen und Herren! Es muß erreicht werden, daß angesehene, leistungsfähige Firmen direkt vom Inland aus mit dem Ausland in Verbindung treten können, aber selbstverständlich nur mit Wissen, auf Veranlassung des Ministeriums und unter Beteiligung der vom Ministerium ja außerordentlich geförderten Landesauftragsstellen. Wir müssen verhindern, daß nur einzelne große Firmen, nur einzelne Industriekonzerne an diesen Aufträgen beteiligt werden, und müssen dafür sorgen, daß diese **Aufträge auf alle Schichten der Betriebe in Deutschland verteilt** werden können. Ich hebe dabei hervor, daß speziell das deutsche Handwerk schon vor Jahr und Tag mit eingehend begründeten Plänen und Vorschlägen für die Verteilung dieser Aufträge an das Ministerium herangetreten ist, und es ist dem Ministerium bekannt, wie die vorhandene **Auftragsverteilungsorganisation** des **deutschen Handwerks** sich im Kriege genau so gut bewährt hat wie die Verteilungsstellen, die bei der Großindustrie oder bei den Staatsministerien vorgelegen haben. Wir müssen verhindern, daß deutscher Schund und deutsche Massenware — die es leider auch gibt — eine vorwiegende Rolle bei der Lieferung sowohl der Wiederaufbauarbeiten wie der sogenannten Sachgüter in Frankreich spielen. Wir müssen es dahin bringen, daß unsere deutsche Qualitätsware, angepaßt an die Gewohnheiten und Bedürfnisse des ganz anders gearteten Volkes in Frankreich und in Belgien, zur Geltung kommt.

Meine Damen und Herren! Wir, die wir in **Belgien und Frankreich** gewesen sind, wissen, daß es auch ein Werk der Reform bedeutet, ein Werk der Kultur, wenn man weiten Gegenden dieser Gebiete einmal die **deutsche Wohnungs- und Warenkultur** zur (D) Kenntnis bringt. Wir dürfen die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne dadurch zu beweisen, daß wir uns in dieser Beziehung als die höher kultivierte Nation vorkommen.

Meine Damen und Herren! Wenn diese beiden Aufgaben, die Berücksichtigung der Forderungen der In- und Auslandsdeutschen und die Berücksichtigung der praktischen Durchführung des Wiederaufbaues, nun endlich schneller und mit größerem Erfolg als bisher gefördert werden sollen, dann darf allerdings das Wiederaufbauministerium nicht so wie jetzt gewissermaßen als Veilchen im Verborgenen blühen. Dann müssen Handwerk und Gewerbe und die öffentliche Meinung etwas mehr mit diesen Fragen bekannt gemacht werden, ebenso wie es ja, wie ich angeführt habe, in Frankreich und den übrigen feindlichen Ländern geschieht. Wir wissen, daß bei den Verhandlungen in London Lloyd George noch einmal die Wiederaufbaufrage aufgerollt und in außerordentlich geschickter Weise versucht hat, an dem Umfang der Zerstörungen eine vergrößerte Kriegsschuld Deutschlands darzustellen und zu begründen. Einer solchen Propaganda muß unsererseits sachgemäß entgegengetreten werden. Wir sind dankbar dafür, daß der Herr Außenminister, wenn auch nur in kurzen Worten, versucht hat, in dieser Richtung eine Propaganda zu entfalten. Wir hoffen aber, daß die gesamte Reichsregierung sich darin hinter das Wiederaufbauministerium stellt. Wir hoffen, daß aus diesem Ministerium eine sehr starke deutsche Geltung im Auslande wieder hervorgehen kann. Alle Maßnahmen, alle Vorschläge nach dieser Richtung hin werden wir unterstützen. Wir werden keinen Wert darauf legen, wie das Ministerium besetzt ist, wenn nur an seiner Spitze tatkräftige Männer

(Dr. Wienbeck, Abgeordneter.)

(A) stehen, die entschlossen sind und die auch die Mittel erhalten, um den riesengroßen **Gedanken des Wiederaufbaues** den Völkern so nahe zu bringen, daß wir schließlich diesen Gedanken **entpolitisieren** und daß wir den Wiederaufbau als das durchführen können, was er eigentlich ist, nämlich als die größte weltwirtschaftliche Frage der Gegenwart. Wenn diese Frage gelöst wird, dann werden wir nach meiner festen Überzeugung bei richtiger Vertretung durch das Ministerium wieder einmal einen Sieg der deutschen Leistungsfähigkeit, der deutschen Arbeiterschaft, der deutschen Technik und des deutschen Gedankens erleben.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dauch.

Dauch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß es vorläufig noch nicht ratsam wäre, das **Wiederaufbauministerium** auf andere Ministerien zu verteilen. Die zu bewältigende Materie ist außerordentlich vielseitig; es handelt sich hier fast nach jeder Richtung hin um Neuland, und es spielen auf allen Gebieten Fragen der Wirtschaft, der Außenpolitik und der Finanzen herein, die gegenseitig abgewogen werden müssen. Deshalb ist eine **Verteilung** der einzelnen Abteilungen **auf verschiedene Ministerien** heute doch außerordentlich bedenklich, ganz abgesehen davon, daß dann in einzelnen Fragen vielleicht der Ressortstandpunkt des jeweiligen Ministeriums zu sehr zur Geltung käme. Selbstverständlich muß ständig eine Fühlungnahme mit den anderen Ministerien stattfinden. Aber was vermieden werden muß, ist, daß ein einzelnes Ministerium eine diktatorische Bedeutung für das Wiederaufbauministerium erlangt.

Eine andere Frage ist es, ob man vielleicht das (B) ganze **Wiederaufbauministerium an ein bereits bestehendes Ministerium angliedern** soll. Aber auch hier besteht vorläufig noch die Gefahr, daß der Ressortstandpunkt des betreffenden Ministeriums zu sehr in den Vordergrund gerückt würde. Man sollte doch erst einmal alle die prinzipiellen Fragen klären, damit die Arbeit des Wiederaufbauministeriums sich in eingefahrenen Geleisen bewegen kann. Allerdings sind auch wir der Meinung, daß man das Wiederaufbauministerium später einmal an ein anderes Ministerium angliedern könnte, beispielsweise an das Reichsschatzministerium. Für gefährlich würden wir es halten, wenn man das Wiederaufbauministerium an das Reichsfinanzministerium angliedern würde; denn gerade die Fragen der Wirtschaft sind von ganz besonderer Bedeutung für die Aufgaben, die das Wiederaufbauministerium zu erfüllen hat. Wir sehen nun aber an unserer Steuergesetzgebung, daß leider seitens des Finanzministeriums in der Vergangenheit gerade den Wechselwirkungen von Wirtschaft und Finanzen zu wenig Rechnung getragen worden ist. Vielfach ist bei uns der fiskalische Standpunkt zu sehr in den Vordergrund gerückt worden, was oft in schroffem Gegensatz zum Wiederaufbau und zu den Interessen der Wirtschaft stand und was vor allen Dingen häufig den Begriff „Werbende Gelder" völlig verkennen ließ.

Das **Wiederaufbauministerium** hat im großen und ganzen angesichts der schwierigen Materie gute **Arbeit** geleistet. Aber man darf nicht vergessen, daß es ein Ministerium ist, das doch — und das muß ich im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner kurz sagen — auf eine bestimmte Zeit eingestellt ist. Die ganze Arbeit des Wiederaufbauministeriums stellt eine schwere Auflage des Friedensvertrages für unser Volk dar, und wir müssen daher gerade bei diesem Ministerium auf alleräußerste **Sparsamkeit** sehen. Diese Sparsamkeit besteht doch wohl zum größten Teil in einem **baldigen Abbau**. Ich bin überzeugt, daß z. B. die Tätigkeit der Reichsrücklieferungskommission, des Kommissars für Rückführung von Eisenbahnmaterial, des Treuhänders für feindliche Vermögen, ferner des Reichskommissars für die Liquidation ausländischer Unternehmungen, dann die Tätigkeit des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte bald eingeschränkt und vielleicht auf ein Minimum herabgesetzt werden könnte. Ich möchte davor warnen, daß sich diese Abteilungen neue Aufgaben stellen, was ja meistenteils nur deswegen geschieht, um eine Existenzberechtigung nachzuweisen. Es scheint, daß nicht nur bei den Kriegsgesellschaften, sondern auch in einigen Ministerien niemand rechtzeitig in Schönheit sterben kann.

(Heiterkeit.)

Aber eine Abteilung möchte ich doch von einem gar zu starken Abbau oder von einem Verschwinden ausnehmen. Das ist die **Kolonialverwaltung**. Vielleicht ist es nicht möglich, diese Abteilung in der bisherigen Form weiter bestehen zu lassen; aber das Gerippe sollte uns erhalten bleiben. Man kann vielleicht dieser Abteilung andere Aufgaben zuteilen, um ihre Auflösung zu vermeiden, denn in der Kolonialverwaltung liegt eine Summe von Erfahrungen, das, was man im Geschäft den fonds de commerce oder good will nennt, ein Wertobjekt, das wir nicht ohne weiteres verlieren wollen. Denn ich glaube, daß hinsichtlich unserer Kolonien, zum wenigsten in der Mandatsfrage, das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Und es wäre ganz außerordentlich bedauerlich, wenn wir die Einrichtungen, die wir heute doch noch besitzen und die ungeheuer viel Geld und Arbeit gekostet haben, aufgeben würden und alle unsere sachkundigen Beamten sich zerstreuen ließen, anstatt sie zusammenzuhalten.

(Sehr wahr! rechts.)

Der Herr Vorredner ist sehr eingehend auf den **Wiederaufbau Nordfrankreichs** eingegangen. Auch meine politischen Freunde legen ein ganz ausschlaggebendes Gewicht auf diese Frage. Schließlich haben ja gerade die Verhandlungen in London gezeigt, daß wir die sogenannten **Reparationspflichten** nicht nur durch finanzielle, sondern auch durch Sachleistungen irgendwelcher Art erfüllen können.

Ich darf dazu einiges ausführen. Unser Volksvermögen betrug vor dem Kriege ungefähr 320 Milliarden Goldmark. Infolge des Krieges ist davon so viel aufgezehrt, zerstört oder von den Feinden weggenommen worden, daß wir heute unser **Volksvermögen** vielleicht auf nur 200 Milliarden Goldmark einschätzen können. Vor dem Kriege betrug der Zuwachs unseres Volksvermögens, also in einer Zeit, als unsere Wirtschaft auf vollster Höhe war, jährlich 6 bis 7 Milliarden. Wenn man bedenkt, daß unser werbendes, arbeitendes Volksvermögen heute ungefähr 120 Milliarden Mark geringer ist und daß deren Zinsen schon allein jene 6 bis 7 Milliarden Überschuß darstellen würden, dann muß man schon erkennen, daß rein finanztechnisch gerechnet ein Überschuß kaum herauskommen kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Dann aber auch ein anderes. Wir können ja tatsächlich nur bezahlen durch eine gegen früher stark **gesteigerte Produktion**. Wenn wir diese Produktion aber **nach dem Ausland verkaufen** wollen, dann muß ich doch fragen, wer soll schließlich in der Welt uns eine so gewaltige Warenmenge abnehmen? Die ganze Welt ist verarmt, und zwar ausnahmslos. Vier Jahre lang sind ungeheure Werte zerstört worden, deren Bezahlung

(**Dauch,** Abgeordneter.)

(A) nur auf dem Kreditwege durch Anleihen erfolgte. Positive Gegenwerte stehen nicht zur Verfügung. Solange diese ungeheuren Schuldsummen nicht in irgendeiner Weise beglichen sind, so lange sind sämtliche Länder ohne Ausnahme — auch die sogenannten reichen Länder — gezwungen, ihre Bedürfnisse möglichst einzuschränken und zurückzuschrauben. Wer sollte dann in der Lage sein, uns unsere gewaltige Produktion abzunehmen? Es wird also immer darauf ankommen, daß wir in der Hauptsache mit Sachleistungen bezahlen und nicht mit barem Gelde.

Wenn auch der **Wiederaufbau Nordfrankreichs** heute noch außerordentliche Schwierigkeiten durch die ablehnende Haltung der französischen Behörden begegnet, so ist uns doch gesagt worden, daß bereits bestimmte **Pläne** dafür bei uns existieren, und ich schließe mich dem Herrn Vorredner vollkommen an, daß wir für diese Pläne eine weitgehende **Propaganda** entfalten sollten.

(Sehr richtig! rechts.)

Ebenfalls stimme ich darin mit ihm vollkommen überein, daß man eine Schiebertätigkeit, wie sie heute zum Teil schon besteht, unter allen Umständen ausschalten muß

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und daß das **Wiederaufbauministerium,** das doch schließlich die **Preise zu kontrollieren** hätte, die seitens unserer Regierung unseren Erzeugern bewilligt werden, darauf aufmerksam bleibt, daß nicht solche Vorkommnisse geschehen wie während des Krieges, wo man häufig hinsichtlich der den Kriegslieferanten zugebilligten Preise ganz außerordentlich freigebig war, eine Freigebigkeit, die wir uns heute um so weniger leisten können, als wir vollkommen verarmt sind.

(B) Ich komme jetzt zum **Reichsausgleichsamt** und muß dabei mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß wir so außerordentlich spät mit der Tätigkeit des Ausgleichsamts begonnen haben. Zeit genug war dafür vorhanden. Nachdem der Friedensvertrag von uns unterzeichnet war, wußten wir, daß drei Monate nach der Ratifikation das Ausgleichsverfahren einsetzen würde. Wir haben aber in jenen 10 Monaten nicht genügend vorgearbeitet. England überfiel uns sofort mit einer Menge von Forderungen, denen wir nicht genügend Gegenforderungen entgegenstellen konnten, und nur dadurch entstanden die großen Debetsaldi, die schließlich im Spätsommer vorigen Jahres zu einer solchen Verschlechterung unserer Valuta geführt haben.

Schwierigkeiten bestehen auch noch hinsichtlich der **Liquidationserlöse.** Ich möchte erwähnen, daß diese Fragen so bald wie irgend möglich durch Verhandlungen mit unsern Gegnern geklärt werden müssen; denn sonst werden wir ganz außerordentliche Summen aufzubringen haben, was dazu angetan wäre, unsere Valuta weiterhin zu verschlechtern.

Dann muß ich aber auch noch auf ein anderes hinweisen. Bisher hat man bei uns nur in ganz geringem Maße **Forderungen aus Liquidationen gegen** jene **Schulden aufrechnen** können, die im Ausgleichsverfahren zu bezahlen sind. Der Außenhandel hat darunter häufig ganz außerordentlich gelitten. Auf Grund meiner Anfrage im Reichstage hat man zwar gewisse Zusagen gegeben, daß man in Zukunft eine Aufrechnung in größerem Maße ermöglichen würde. Ich muß aber sagen: die bloße Tatsache, daß man dies vorher nicht von allein, auch schon aus Gründen der Billigkeit, getan hat, zeigt deutlich, daß fiskalische Bedenken zu sehr vor dem Interesse unserer Wirtschaft den Vorrang haben, und daß von dem Wiederaufbauministerium das Interesse unserer Wirtschaft nicht entsprechend gegen das Reichsfinanzministerium vertreten (C) worden ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Bei der Beratung der Gebührenordnung für das **Reichsausgleichsamt** ist zutage getreten, daß mit einer **Lebensdauer** von ungefähr sieben Jahren für dieses Amt gerechnet wird. Wenn dieses Amt später vielleicht auch andere Aufgaben wie z. B. die Verrechnung der Liquidationserlöse wird übernehmen müssen, so muß ich doch sagen: sieben Jahre ist eine sehr lange Zeit, und mir scheint, das ist, um ein Nietzsche-Wort zu gebrauchen, eine gar zu starke Bejahung des Willens zum Leben.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch hier wird man wohl rechtzeitig an einen Abbau denken müssen.

Ich komme noch auf eine andere Frage, die mir im Ausschuß nicht beantwortet worden ist. Man hat während des Krieges beim Treuhänder den Wert der **Schulden,** die man **an das Ausland** hatte, hinterlegen können, und zwar war zugesagt worden, daß damit auch der **Zinslauf** aufhören würde. Jetzt will man aber diese Zusage nicht einhalten. Man wälzt also wieder auf einen bestimmten Stand besondere Lasten. Ich muß doch bitten, daß das einmal gegebene Wort aufrecht erhalten bleibt; denn das ist nach meiner Überzeugung einfach nichts anderes als eine Forderung der Staatsmoral.

Was das Entschädigungsverfahren anlangt, so bedauern wir, daß wir augenblicklich bloß eine Art **Vorentschädigung** haben und daß selbst diese Vorentschädigung in einem schneckenhaften Tempo vor sich gegangen ist. Ich gebe sehr gern zu, daß es sich um eine außerordentlich schwierige Materie handelt, und alle Kollegen im 24. Ausschuß werden mir darin beistimmen; aber eines muß man doch sagen: dieser lang- (D) same Gang der Vorentschädigung hat nicht nur außerordentlich verbitternd gewirkt, namentlich auf die Auslandsdeutschen und die im Auslande geschädigten Inlandsdeutschen, sondern er hat auch in keiner Weise dem namenlosen Elend gesteuert, welches unter unseren bedauernswürdigen Landsleuten leider Gottes jeden Tag mehr und mehr in die Erscheinung tritt.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

In Weimar, vor anderthalb Jahren, hat der damalige Reichsfinanzminister Erzberger den Auslandsdeutschen zugesagt, eine Milliarde Mark stünde für sie zur Verfügung. Das waren zum damaligen Kurse 300 Millionen Goldmark. Wir haben aber im Ausschuß gehört, daß bis Ende Januar nur 150 Millionen Papiermark zur Verteilung gekommen sind. Ich muß sagen: angesichts der Not, die unter den Auslandsdeutschen herrscht, verstehe ich nicht, daß man nicht mit etwas größerer Beschleunigung, worauf wir hier immer gedrungen haben, dieses Verfahren betrieben hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ein großer Fehler ist es auch gewesen, daß man **bei der Vorentschädigung,** die doch schließlich höchstens 6 bis 7 Prozent der wirklichen Schadenssumme ausmacht, noch die **Finanzämter eingeschoben** hat, ehe man zur Auszahlung schritt. Wir wissen, wie stark die Finanzämter heute belastet sind; wir wissen daher, wie außerordentlich verlangsamt dadurch das ganze Verfahren wird. Gerade dieses Entschädigungsverfahren zeigt ferner auch deutlich, daß die **Steuervorschriften hinsichtlich der Auslandsdeutschen** vollkommen undurchführbar und unbillig sind.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

(Dauch, Abgeordneter.)

(A) Die Hauptsache ist doch, wenn man etwas geben will, daß man es schnell gibt.

Die Entschädigungen müssen nach unserer Ansicht nach zwei hauptsächlichsten Gesichtspunkten eingestellt werden. Der erste ist Billigkeit, das heißt, daß die berechtigten Forderungen so schnell wie möglich erledigt werden, daß eine Rückerstattung dessen erfolgt, was schließlich beim Reiche auf Wiedergutmachungskonto eingeht, und der zweite ist der große Gedanke des Wiederaufbaus. Die Hauptsache ist, daß wir unsere geschädigten Landsleute sozusagen von der Straße wegbringen, daß wir sie wieder in die Wirtschaft hineinführen und uns nicht zu einer Rentnernation weiterentwickeln, indem man nur ganz kleine Beträge auszahlt. Damit kann sich niemand eine Existenz aufbauen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber heute ist der **Geist des Entschädigungsverfahrens** hauptsächlich der gewesen, den Geschädigten möglichst zu beschwichtigen und die Zahlung auf die lange Bank zu schieben. Ich gebe zu, daß unsere trostlose Finanzlage einen bestimmten Plan außerordentlich schwer aufstellen läßt. Wir müssen aber einen Plan haben. Wir müssen endlich einmal werbende Gelder flüssig machen, damit unsere Wirtschaft wieder so in Gang kommt, daß sie Überschüsse abwirft, aus denen wieder die vielen Ansprüche bezahlt werden können, die an uns gestellt werden. Eine bare Entschädigung wird vielleicht nicht in allzugroßer Höhe möglich sein. Aber für den Rest muß eine Zahlungsform gewählt werden, die es auch tatsächlich ermöglicht, daß die Leute ein diskontierbares Papier in die Hand bekommen, um sich Geld zu beschaffen. Die Pläne, die heute vorliegen, sind nicht angetan, dies zu verwirklichen.

Und dann ein anderes. Wenn wir wieder aufbauen wollen, haben wir uns zu sagen: wir müssen soviel wie (B) nur irgend möglich dafür tun, daß wir unsere Ausfuhr steigern. Darauf kommt es heute in allererster Linie an.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Von dem **Güteraustausch mit dem Ausland** hängt heute Leben und Sterben unseres Volks ab. Ohne diesen Güteraustausch verhungert ein Viertel unserer Bevölkerung, steht vielleicht ein Drittel unserer industriellen Anlagen still und sinkt auf den Wert toten Eisens herab; unsere ganze Lebensführung kommt auf den Stand wie vor hundert Jahren; alle unsere sozialen Aufgaben würden wir nicht mehr erfüllen können.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir müssen deshalb zunächst einmal den **Außenhandel wieder aufbauen**, denn man soll nur nicht glauben, daß man seine Waren aus den Händen gerissen bekommt!

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Heute ist die Hauptschwierigkeit der **Absatz**, und außerordentlich viele Gebiete sind uns verschlossen.

(Zustimmung rechts.)

Die Welt ist heute mit Waren überfüllt. Gehen Sie nach Niederländisch-Indien, nach Südamerika, nach Zentralamerika, nach Afrika: überall finden Sie, daß die Leute auf einer ungeheuren Menge Waren sitzen, die sie nicht verkaufen können. Bei einer solchen Lage der Dinge muß alles getan werden, denjenigen Stand wieder aufzubauen, der uns diesen Absatz allein ermöglicht; denn selbst die besten Waren müssen erst durch eine bestimmte Organisation vertrieben werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen und bei der Deutschen Volkspartei.)

Dies wird häufig im Inland verkannt, vielfach von unserer Industrie selbst. Man glaubt, eine gute Ware verkauft sich von allein. Das Gegenteil ist der Fall. Wer Jahre und Jahrzehnte draußen gelebt hat, hat gesehen, welche Mühe es kostet, selbst die beste Ware erst (C) einmal einzuführen.

(Sehr richtig! rechts.)

Und dann bedenken Sie ein anderes. Ein Konkurrenzrennen ohnegleichen wird um den Absatz beginnen; denn sämtliche Länder wollen absetzen. Gerade deswegen müssen wir die allerbesten, leistungsfähigsten Organe haben, um diesen Absatz zu ermöglichen. Das gehört in erster Linie zum Geiste des Wiederaufbaues, wie ihn meine Partei auffaßt.

Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir sagen: ausschlaggebend bei dem Entschädigungsverfahren muß sein, daß die Bedürfnisse einer nach rein sachlichen Nützlichkeitsrichtlinien orientierten Wirtschaft möglichst voll befriedigt werden.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kniest.

Kniest, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Frage des Wiederaufbaues respektive der **Arbeiten zum Wiederaufbau** bewegt unsern deutschen **Gewerbestand** ganz außerordentlich. Ich höre aus allen Schreiben und Anfragen, die an mich als Vertreter des Gewerbes gerichtet werden, immer wieder die Befürchtung heraus, daß, wenn der Zeitpunkt kommen sollte, daß unsere Arbeit in den zerstörten Gebieten angenommen wird, dann wieder sich der sogenannte Vermittler einstellen wird, von dem wir nachher die Aufträge und Arbeiten aus zweiter Hand bekommen. Deshalb möchte ich heute gern die Gelegenheit wahrnehmen und um sichere Auskunft für unseren Gewerbestand bitten, damit eine Beruhigung eintritt, daß, wenn Aufträge aus den zerstörten Gebieten kommen, sie auch direkt an die Korporationen gegeben werden. (D)

Die Einrichtungen sind da. Man kann nicht mehr sagen, wie bei Ausbruch des Krieges, die Vorbedingungen im Gewerbestande seien nicht erfüllt. Wir haben Verdingungsämter, wir haben Organisationen, wir haben Genossenschaften und alles mögliche in großer Zahl, so daß die Ausrede nicht stichhaltig sein kann. Die Arbeitsleistung kann durch führende Männer vollbracht werden, die sich in den Dienst des Gewerbes gestellt haben.

Wir würden es außerordentlich bedauern, wenn man dem Gewerbestande wiederum kein Vertrauen entgegenbringen würde.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es war seinerzeit bei Ausbruch des Krieges dieselbe Erscheinung. Weder Industrie, noch Handel, noch Gewerbe besaßen das Vertrauen, und trotzdem waren wir diejenigen, die am ehesten hätten Auskunft geben können, wie groß die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gewerbegruppen war. Der Zustand soll aufhören. Wir wünschen eine Änderung in dieser Art und verlangen das Vertrauen durch die Einrichtungen, die wir geschaffen haben.

Wir bitten aber auch bei dieser Gelegenheit, insbesondere für unsere süddeutschen Kollegen und auch für die Kollegen in den besetzten Gebieten, besonders darauf hinzuwirken, daß diese Kollegen, wenn die Aufträge kommen sollten, nicht zu kurz kommen. Ich weiß, daß augenblicklich im **besetzten Gebiet** ein großer **Mißmut über die Vergebung von Aufträgen** vorhanden ist. So sollen zum Beispiel in der Stadt Mainz große Häuserreihen für die Entente gebaut werden. Dabei sollen die Gewerbetreibenden am Platze keine Aufträge erhalten weil sie in Anbetracht der erhöhten Löhne zu teuer sind Da muß gewisse Rücksicht genommen werden. Wir

(Kniest, Abgeordneter.)

(A) müssen bemüht sein, die Gewerbetreibenden im besetzten Gebiete wie auch in den süddeutschen Staaten bei guter Laune zu erhalten. Wir haben auf die Eigenart der dortigen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Ich möchte bitten, auch diesem Punkte Beachtung zu schenken.

Ein gewisses Anrecht haben wir sowieso an diesen Aufträgen, wenn sie einmal kommen sollten, schon dadurch, daß unser Gewerbestand auch dabei gewesen ist, als die Zerstörung jener Länder stattfand. Wir sind gern bereit, unser Teil dazu beizutragen, den Wiederaufbau kräftig zu fördern, und sind der Meinung, daß, da wir die Aufträge in Deutschland brauchen und unbedingt Arbeit nötig haben, jedes Ziel darauf gerichtet sein muß, unsere Arbeitskraft dort zu entfalten und die Entschädigung nicht durch Geldsummen zu leisten.

In demselben Augenblick würden wir auch der Frage **unserer deutschen Mitbürger, die aus den abgetretenen Gebieten** ausgewiesen sind, näher kommen können. Wir können ihnen **Arbeitsgelegenheit** schaffen, mit den durch die Arbeit erworbenen Mitteln ihnen das Leben erleichtern helfen, was gerade jetzt, wo wir so schwach an Mitteln sind, wichtiger ist als alle schönen Redensarten.

All das sind Fragen, die auch uns nahegehen. Meine politischen Freunde stehen auf dem Standpunkte, daß wir unseren deutschen Brüdern, soweit es möglich ist und soweit es unsere Kraft erlaubt, helfen müssen. Ich habe eine ganze Reihe solcher Klagen bekommen, in denen sich die Leute bitter darüber beschweren, daß ihre **Entschädigung** so langsam vonstatten geht. Man kann es diesen Leuten, die aus der Heimat herausgerissen und voller Kummer und Sorge sind, nachfühlen, wenn sie sich darüber beschweren, daß ihnen nicht geholfen wird. Wenn diese Frage gelöst ist, wird es uns (B) möglich sein, auch hier und da helfend einzugreifen. In diesem Sinne bitten wir, auch in dieser Frage den Wünschen des Gewerbestandes Rechnung zu tragen.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr.-Ing. Müller.

Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau: Meine Damen und Herren! Die beiden ersten der Herren Redner haben ihre Aufmerksamkeit auf das Arbeitsgebiet und das Tätigkeitsfeld des **Reichsministeriums für Wiederaufbau** gerichtet. Es kann nicht meine Aufgabe sein, ihnen hier in mündlichen Ausführungen nochmals darzulegen, was in der Denkschrift zum Etat über den **Aufgabenkreis** des Ministeriums enthalten ist. Ich bin aber den Herren Vorrednern sehr dankbar dafür, daß sie die Tätigkeit dieses Ministeriums, von dem sie sagten, daß es wie das Veilchen im Verborgenen blühe, in der Öffentlichkeit dieses hohen Hauses hervorgehoben haben.

Meine Damen und Herren! Die Aufgaben des Ministeriums sind weder außenpolitische noch innenpolitische. Seine Aufgabe ist vielmehr, rein sachlich und objektiv die **wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages durchzuführen.** Diese Aufgabe ist eine **doppelte**; einmal nach innen, indem das Ministerium mit denjenigen inneren Dienststellen Fühlung halten und sich durchzukämpfen hat, denen die Fürsorge für die innere Wirtschaft nach innerwirtschaftlichen Grundsätzen obliegt, sodann hat das Ministerium Fühlung zu halten mit allen denjenigen Stellen, die den Friedensvertrag von der alliierten Seite aus durchzuführen haben. Hier handelt es sich um die Durchführung auf Grund der Rechtsbestimmungen des Friedensvertrages, die leider seitens der Anforderungsstellen nicht immer eingehalten werden, indem diese (C) vielfach weit über diese Bestimmungen hinausgehen und Anforderungen stellen, die abzuwehren sind, weil sie nicht mit dem Friedensvertrag in Einklang zu bringen sind. In diesem Kampfe nach zwei Fronten hat das Ministerium, das ein vollständiges Neuland zu bearbeiten hat, in dem es keine durch die Zeiten geheiligten Vorgänge gibt, nach denen man arbeiten kann, einen schweren Stand.

Ich bin den beiden Herren Vorrednern daher für die anerkennenden Worte, namentlich auch im Interesse meiner Mitarbeiter, dankbar. Sie haben hervorgehoben, welch ungeheure neuartige und bisher noch niemals beackerte Aufgaben das Ministerium zu erfüllen hat.

Wenn ich mir gestatte, auf die einzelnen Punkte, die berührt worden sind, einzugehen, so hat der letzte Herr Redner den Wunsch ausgesprochen, daß bei **Sachlieferungen an die Entente** das gesamte **Gewerbe** berücksichtigt werden möge. Wir haben den Aufbau so vorgesehen, daß durch die Landesauftragsämter, die ja jetzt überall in allen deutschen Ländern eingerichtet sind, und durch Heranziehung der Fachorganisationen der Industrie in weitestem Umfange das deutsche Handwerk, das deutsche Gewerbe und die deutsche Industrie für Sachlieferungen herangezogen werden können. Die Anforderungen, die in bezug auf die Sachlieferungen an uns gestellt worden sind, sind zwar zunächst außerordentlich groß gewesen, aber nachdem wir unsere Bemerkungen über die umfangreichen Listen, die 12 000 Positionen umfaßt haben, nach Frankreich hingegeben haben, ist leider Ruhe eingetreten und wir sind mit wirklichen Lieferungen bis jetzt nicht sehr viel über die Millionen hinausgekommen, obwohl wir sehr gern bereit gewesen wären, mehr zu liefern, vorausgesetzt, daß die Lieferungen auf Wiedergutmachungskonto, was nach dem Friedensvertrage vorgesehen ist, angerechnet werden.

(D) Die Herren Vorredner haben dann die engeren Wiederaufbaufragen gestreift. Ich darf nochmals hervorheben, daß wir bereits im Oktober 1919 in Paris kundgegeben haben, daß wir bereit wären, durch **Arbeitsleistung am Wiederaufbau Frankreichs** im erheblichsten Umfang und im größten Maße mitzuwirken. Wir haben diese Bemühungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegenüber der Ententeseite wiederholt. Wir haben in Spa einen Plan kundgegeben, wie wir uns den Aufbau denken. Wir haben dann, nachdem alle unsere Bemühungen gescheitert sind und trotzdem uns von französischer Seite nicht einmal eine Antwort darauf gegeben worden ist,

(hört! hört! rechts)

in London noch einmal die Frage angeschnitten, auch der Herr Außenminister hat in seiner Rede am Sonnabend nochmals auf die Bedeutung der Frage und unsere Bereitwilligkeit aufmerksam gemacht. Auch ich, meine Damen und Herren, möchte nicht unterlassen, hier vor aller Öffentlichkeit festzustellen, daß das Wiederaufbauministerium im Einverständnis mit dem gesamten Reichskabinett und dem gesamten deutschen Volk stets bemüht gewesen ist, den Wiederaufbau in Frankreich durch tatkräftige Mitarbeit, sei es in bezug auf Arbeitsleistungen, sei es in bezug auf Sachleistungen, zu fördern und daß wir jeden Plan und jeden Gedanken, der uns in dieser Hinsicht zugekommen ist, eingehend geprüft haben. Wir sind auch fernerhin dankbar, wenn uns Anregungen gegeben werden, wie wir in dieser Frage weiterkommen. Wir befinden uns hier, wie ich ausdrücklich feststellen will, in vollem Einvernehmen mit den Organisationen der deutschen Arbeiter, die einstimmig, zusammen mit ihren französischen Berufskollegen, den Gesichtspunkt des Wiederaufbaus durch Arbeitsleistungen mit uns vertreten und eifrig

(Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär.)

(A) verfolgen. Aber wir haben auf der alliierten Seite bis jetzt keine Gegenliebe gefunden, wir sind in Frankreich nur Verständnislosigkeit begegnet. Die Gründe, die dort dafür sprechen, daß man dem Wiederaufbau nicht diejenige Aufmerksamkeit gewidmet hat, die wir von uns aus ihm gern gewidmet sehen möchten, können wir ja nur erraten, sie sind uns offiziell nie genannt worden; sie liegen aber, was die politische Seite anlangt und was die Unternehmerseite anlangt, wohl ziemlich auf der Hand.

Die Herren Vorredner haben dann auf die Frage der **Entschädigung der Auslandsdeutschen und der Inlandsdeutschen** hingewiesen. Wir haben, soweit das **Vorentschädigungsverfahren** in Frage steht, das zu meinem Bedauern nicht so rasch arbeitet, wie ich selbst das mit meinen Mitarbeitern gern gewünscht hätte, alles getan, um die Arbeiten zu fördern. Auch hier haben wir ein vollständiges Neuland vor uns. Wenn die Arbeiten im Anfang etwas langsamer vor sich gegangen sind, so glaube ich doch feststellen zu können, daß sie gerade in der letzten Zeit recht ersprießlich weitergegangen sind. Die **Spruchkommissionen** sind derzeit nur noch mit Material für vierzehn Tage bis drei Wochen versehen, so daß also die Arbeit, die die Spruchkommissionen, wenn ich es so ausdrücken darf, ins Brot setzen soll, jetzt tatsächlich noch bei den Verbänden liegt, die mit ihren Vorprüfungen anscheinend nicht so rasch mehr fertig werden. Wir haben 65 Spruchkommissionen eingesetzt, über 660 Personen stehen heute im Dienste der Entschädigung. Wenn bei der Vorprüfung durch die von den Interessentenkreisen eingerichteten Verbände ein rascheres Tempo eintritt, so kann ich in Aussicht stellen, daß wir auch die Spruchkommissionen vermehren und raschere Arbeit leisten werden. Ich bin überzeugt, daß uns die Finanzverwaltung hier nicht im Stiche

(B) lassen wird und daß diese Seite der Frage — das weiß ich von dem Herrn Finanzminister persönlich — nicht an finanziellen Gründen scheitern kann.

(Bravo!)

In der Frage der **Höhe der Entschädigung** können wir allerdings nicht einzig und allein den Gesichtspunkt der, wenn auch noch so berechtigten Wünsche der Entschädigungsberechtigten ausschlaggebend sein lassen. Hier stehen wir vor der starken Mauer unserer Reichsfinanzen, über die hinüberzukommen selbst dem stärksten Minister für Wiederaufbau nicht gelingen wird; unsere Finanzen sind nun eben derart, daß ein ultra posse nemo obligatur hier entgegengesetzt werden muß. Wenn in den Weimarer Verhandlungen seitens des damaligen Finanzministers Erzberger etwas freundlichere Zusicherungen entgegengeklungen haben, dann bitte ich doch nicht zu vergessen, daß sich seitdem unsere Finanzlage in eine wesentlich ungünstigere Bahn bewegt hat und damals immerhin noch besser gewesen ist, als sie heute ist. Sie können überzeugt sein, daß seitens des Ministeriums alles getan wird, was wir im Interesse der Geschädigten und besonders auch der Auslandsdeutschen tun können, deren Bedeutung für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und des deutschen Außenhandels von mir am wenigsten verkannt wird. Aber wir müssen eben auf die derzeitige Lage der Reichsfinanzen gebührende Rücksicht nehmen.

Über die Gesetze, die jetzt dem hohen Hause vorliegen, brauche ich nichts weiter zu sagen. Ihre rasche Verabschiedung wird auch dazu beitragen, daß eine Beruhigung unter den Auslandsdeutschen und unter den Kolonialdeutschen und unter den Verdrängten eintritt, die dringend nötig ist.

Der Herr Abgeordnete Dauch hat dann gesagt, daß es auch im Aufbauministerium Organisationen gebe, die, wie Kriegsgesellschaften, nicht sterben könnten. Sie (C) können überzeugt sein, meine Herren, daß, soweit meine Person in Frage kommt, keine Dienststelle länger das Leben hat, als es zur sachlichen Geschäftserledigung unbedingt notwendig ist.

(Bravo!)

Wenn die **Reichsrücklieferungskommission** genannt worden ist, so ist sie zurzeit noch in Tätigkeit, sie hat die Hälfte ihrer Arbeit geleistet, die andere Hälfte, und zwar die schwierigere und diejenige, die viel mehr Arbeit macht, in die Breite und in das Detail geht, steht noch bevor. An den Abbau der Kommission ist vorerst nicht zu denken. Sollte allerdings ein Plan in Erfüllung gehen, wonach an Stelle der Naturalrücklieferungen sogenannte Substitutionen treten sollen, dann würde eine wesentliche Vereinfachung der Stelle eintreten können, dann würde auch die Reichsrücklieferungskommission natürlich wesentlich zurückgebaut werden können.

Dasselbe gilt, wie gesagt, für alle meinem Ministerium nachgeordneten Behörden. Das ganze Ministerium ist im Etat als künftig wegfallend bezeichnet. Ich glaube, keiner von uns hat länger an seinem Orte zu bleiben den Wunsch, als es aus sachlichen Gründen notwendig ist. Ich bitte, die Versicherung hinzunehmen, was meine Person betrifft — ich befinde mich in dieser Frage in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinett —, daß die **Dienststellen** so rasch **abgebaut** werden, als es überhaupt möglich ist.

Was den **Treuhänder für das feindliche Vermögen** anlangt, so gestehe ich offen, daß ich den Gedanken des Abbaues selbst schon oft mit meinen Referenten erwogen habe. Ich habe mich aber jedesmal nach eingehendem Studium der Angelegenheit davon überzeugt, daß der Treuhänder jetzt nicht abgebaut werden kann, weil seine eigentliche Aufgabe, nämlich die Rückführung des von (D) ihm verwalteten Vermögens, erst beginnen soll. Aber auch diese Behörde wird, sobald es irgend möglich ist zurückgebildet werden.

Wenn Sie das Reedereiabfindungsabkommen annehmen, wird eine **Einschränkung des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte** möglich sein, wenn auch vielleicht nicht sofort, so doch im Laufe des Jahres 1921, wie ich hoffe. Es bleiben dann für den Reichsausschuß, abgesehen von einiger Kontrolltätigkeit, lediglich die Arbeiten übrig, die mit der Auslieferung der Binnenschiffe und dem Wiederaufbau der Binnenschiffahrt zusammenhängen.

Es ist dann noch gesagt worden, daß das **Ausgleichsamt** zu spät gegründet worden wäre. Ja, meine Damen und Herren, der Friedensvertrag, durch den das Ausgleichsverfahren verlangt worden ist, ist am 10. Januar 1920 unterzeichnet worden. Ende Januar haben wir überhaupt erst erfahren, welche Länder am Ausgleichsverfahren teilnehmen. Wir haben dann, so schnell als möglich, das sehr schwierige und umfangreiche Gesetz, das im wesentlichen schon vorher vorbereitet war zur Durchführung gebracht. Das Gesetz, das die Einrichtung des Ausgleichsamts vorschreibt, ist im April vom Reichstag verabschiedet worden. Wir sind dann sofort an den Ausbau des Amtes gegangen. Auch hier meine Damen und Herren, bitte ich, die Schwierigkeiten nicht zu übersehen, die beim Aufbau neuer Behörden entstehen, Behörden, deren Aufgabe es ist, Arbeiten zu bewältigen, die eben seither noch nirgends beackert worden sind, daß wir auch auf diesem Gebiete vor einem Neuland gestanden haben, das wir erst ausbauen mußten.

Wenn der Herr Abgeordnete Dauch gesagt hat, wir sollten wenigstens bei dem **liquidierten Vermögen** aus-

(Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär.)

(A) zahlen, was auf Deutschland auf Wiedergutmachungskonto gutgebracht ist, so stelle ich fest, daß bis jetzt nach meiner Kenntnis noch kein Heller auf Wiedergutmachungskonto von diesem Vermögen gutgebracht worden ist.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.)

— Verrechnet gegen Steuerforderungen des Reichs? — Es ist überhaupt noch nichts gutgeschrieben.

(Erneuter Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Es ist dann noch der Wunsch ausgesprochen worden, daß die **Kolonialverwaltung** in einem bestimmten Umfang aufrechterhalten werden soll. Sie sehen aus dem Etat, daß für die Kolonialverwaltung bis jetzt noch ein ziemlich erheblicher Apparat erforderlich ist. Auch dieser Apparat muß selbstverständlich abgebaut werden, und er wird auch im Laufe des Jahres 1921 wesentlich vereinfacht werden. Aber davon dürfen Sie überzeugt sein, daß ein kleiner Teil des früheren Kolonialministeriums in der einen oder anderen Form aufrechterhalten werden muß, schon um die Kolonialfragen weiter zu pflegen.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Denn, meine Damen und Herren, ich darf daran erinnern, daß wir bei der Völkerbundsversammlung eine Protestnote haben eingehen lassen,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen),

die die koloniale Frage behandelt. Ich darf auch hier feststellen, daß wir die Hoffnung, dereinst einmal wieder in den Besitz von **Kolonien** zu kommen, noch nicht aufgegeben haben.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Ich glaube, daß wir schon aus diesem Grunde eine Kolonialverwaltung, wenn auch im kleinen bescheidenen Umfange — eine Verwaltung, die die Aufgaben weiter verfolgt, die das Interesse an den Kolonien und an der (B) kolonialen Betätigung wachhält —, nach wie vor bei uns nötig haben.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fries.

Fries, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es mag wohl richtig sein, wenn die verschiedenen Redner erklärten, daß der Etat des Wiederaufbaues für sich einer der wichtigsten sei, die das Haus beschäftigen. Durch die Einführung des Reedereiabfindungsabkommens in den Etat des Wiederaufbaues wird er auch in finanzieller Beziehung zu einem Etat, über den meiner Auffassung nach bedeutend ausführlicher gesprochen werden müßte, als es hier der Fall ist. Da nun aber in den verschiedensten Beratungen das Reedereiabfindungsgesetz besprochen worden ist, möchte ich nur kurz auf die einzelnen Ausführungen hinweisen, die der erste Redner hier gemacht hat. Er hat vor allen Dingen im Interesse der **Auslandsdeutschen** und der Inlandsdeutschen, die im Ausland geschädigt seien, gesprochen. Da ist es notwendig, darauf hinzuweisen — und das beweisen die Tausende von Petitionen, die Hunderte von Hilferufen geschädigter Auslandsdeutscher —, daß es unserer Auffassung nach bei der **Entschädigung** dieser Leute genau wieder gehandhabt wird, wie es schon bei den verschiedensten Gelegenheiten der Fall gewesen ist, daß gerade die **kleineren und mittleren Beamten und Angestellten**, die aus dem ehemals deutschen Gebiet nach Deutschland gekommen sind, heute in ihren Ansprüchen immer und immer wieder zurückgestellt werden,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß dagegen die Ansprüche der besitzenden Kreise möglichst schnell befriedigt werden.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Unzufriedenheit unter den kleinen und mittleren (C) Kreisen zeigt sich tagtäglich in den verschiedenen Zuschriften, die auch den Vertretern der bürgerlichen Parteien von dieser Seite ins Haus kommen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Was die Frage des Wiederaufbaues selbst anbetrifft, so stehen wir als Kommunisten auf dem Standpunkt, daß wohl der Herr Redner, der da erklärte, daß es nicht möglich sein würde, Deutschland allein die Lasten aufzuerlegen, ebenso unmöglich sein würde, Deutschland zu umgehen, recht hat, daß er aber nicht zu den Schlußfolgerungen kommt, zu denen meiner Auffassung nach jeder denkende Mensch kommen müßte, daß nämlich die Frage des **Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete** nicht die Frage dieses oder jenes Landes sein kann, sondern daß der Wiederaufbau nur **durch das internationale Proletariat** erfolgen kann.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen rechts.)

Sie mögen sagen, was Sie wollen. Es ist manches heute Tatsache, was von Ihnen noch vor zwei oder drei Jahren als Utopie verschrien wurde.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Damals haben Sie gelächelt. Heute stehen Sie vor den Tatsachen, und Sie werden, wenn Sie sich auch im privatkapitalistischen Interesse noch so sehr sträuben, einsehen müssen, daß die Frage des Wiederaufbaues auch in den kommenden Jahren nicht gelöst werden kann. Die Ausführungen der bürgerlichen Redner und die Ausführungen der Vertreter der Regierung beweisen uns klipp und klar, daß man an keiner Stelle weiß, wie der Wiederaufbau vor sich gehen soll, daß der Konkurrenzneid zwischen den französischen und deutschen Unternehmern, die Angst und Sorge, daß der Profit nicht dem oder jenem Unternehmer überlassen werden darf, es dahin bringen wird, den Wiederaufbau ganz (D) fallen zu lassen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Was mich aber hauptsächlich dazu veranlaßt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ist der Umstand, daß der erste Redner in seiner Rede darauf eingehen zu müssen glaubte, daß Deutschland an den **Zerstörungen in Nordfrankreich** wohl nur einen sehr geringen Anteil habe,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß die Zerstörungen vielmehr in der Hauptsache als Vergeltungsmaßnahmen aufzufassen und zu einem großen Teile von den ehemaligen Feinden selbst verursacht seien. Er hat gerade an die ehemaligen Frontsoldaten appelliert. Ich kann ihm sagen, daß ich Gelegenheit hatte, vier Jahre Frontsoldat zu sein, und zwar auch in den zerstörten Gebieten des Westens. Da möchte ich betonen, daß es keine Vergeltungsmaßnahmen waren, wenn beispielsweise Sammelkompagnien in Rußland, in Frankreich Motoren im Werte von 50 000 Mark zerschlagen mußten,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

um für 10 Mark Messing und Kupfer zu bekommen.

(Erneute Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört!)

Ich meine, daß es keine Vergeltungsmaßnahmen gewesen sind, wenn man hinging, die Kohlenbergwerke in Nordfrankreich zu zerstören, Obstbäume abzusägen und eine große Wüste zu schaffen, wie es bei St. Quentin geschehen ist, zumal alle diese Zerstörungsarbeiten, wie auch von denkenden bürgerlichen Leuten zugegeben wird, selbst im militärischen Interesse vollständig überflüssig gewesen sind, und daß das niemals — das soll immer wieder gesagt werden — dadurch abgeschoben werden kann, daß man behauptet, auch der Gegner habe derartige Sachen begangen.

(Fries, Abgeordneter.)

(A) Gegenüber dem Redner möchte ich betonen, wie wünschenswert es wäre, daß gerade das gesamte deutsche Volk und mit ihm die Völker aller Länder Gelegenheit hätten, die zerstörten Gebiete zu bereisen und sich dort zu überzeugen, wie zerstörend der Imperialismus der ganzen Welt gewirkt hat.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das würde der beste Anschauungsunterricht sein für alle Männer und Frauen sämtlicher Länder, wenn ihnen diese Gelegenheit gegeben würde, und ich wünschte, die Propaganda, die von seiten der französischen Regierung hier in Deutschland eingeleitet ist, würde auch den französischen Arbeitern, Männern und Frauen, Gelegenheit bieten, sich davon zu überzeugen, daß uns nur die Befreiung von der kapitalistischen Wirtschaft in Zukunft vor ähnlichen Zuständen behüten kann.

(Zuruf rechts: Sehen Sie sich Petersburg an!)

— Ich bin auf diesen Zuruf gefaßt gewesen! Eins möchte ich Ihnen aber sagen: Sie sind in den sechs Jahren seit 1914 noch nicht genug belogen worden, so daß Sie auch heute noch alles glauben, was Ihnen in den Kram paßt. Bei Ihnen ist der Wunsch der Vater des Gedankens.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Geben Sie **Rußland** nur einmal Gelegenheit, sich im Innern zu organisieren.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zurufe rechts.)

Ich glaube sogar, daß, wenn einmal die geheimen Fäden aufgedeckt werden, die jetzt dort drüben in verschiedenen Städten spielen, sich herausstellen wird, daß sehr viele gute deutsche Patrioten sich nicht scheuen, mit den sogenannten Feinden gemeinsam gegen die dortige Arbeiterregierung zu konspirieren und vorzugehen.

(B) (Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten und Zuruf: Stinnesleute!)

Es wurde von dem Redner ferner behauptet, daß nicht von Deutschland aus die ersten Fliegerangriffe erfolgt seien und dergleichen mehr. Demgegenüber muß aber betont werden — und mögen Sie auch zehnmal sagen, daß wir Vaterlandsverräter oder Ententeagenten seien —, daß Deutschland durch seine Haltung auf dem Haager Friedenskongreß gerade in der Fliegerfrage mit die Hauptschuld daran trägt, daß während des Krieges diese verheerenden **Fliegerangriffe auf unbefestigte Städte** gemacht werden konnten.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ferner ist es auch notwendig — und das wäre meiner Auffassung nach eine der wichtigsten Aufgaben gerade des deutschen Volkes —, sich endlich einmal dazu zu bequemen, die Wahrheit zu sagen und die Wahrheit sehen zu wollen, in den Spiegel zu sehen, selbst dann, wenn daraus ein häßliches Gesicht entgegensieht.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da ist es notwendig, zu betonen, daß Sie, die Sie sich heute auf den Boden des Rechts stellen wollen, **während des Krieges**, als Sie am Gewinnen waren, den **Gewaltstandpunkt** vertraten und auch in Zukunft wieder vertreten würden, und daß deshalb Ihr moralisches Gejammer und Ihre Klagelieder im Ausland keinen Eindruck machen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Seien Sie sich darüber klar, daß Sie die allerletzten sind, die in der Frage irgendein Wort mitzureden haben!

Geschätzte Anwesende! Der Herr Abgeordnete Dauch hat ferner erklärt, daß für ihn die Frage des Wiederaufbaues darin bestände, daß vor allen Dingen (C) versucht wird, die **ungeheuren Warenmengen im Ausland** nach Deutschland hereinzubekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dauch: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Er hat darauf hingewiesen, daß im Ausland ungeheure Warenmengen aufgestapelt sind, während wir Not leiden. Jawohl, Herr Abgeordneter Dauch, das ist ja gerade der Wahnsinn der **kapitalistischen Gesellschaftsordnung**, daß, während in dem einen Lande Hunderttausende von Bedarfsgegenständen aufgestapelt liegen und die Fabriken voll Wäsche liegen, in dem anderen Lande die Schulkinder ohne Hemd zur Schule gehen müssen. Diesen Wahnsinn werden Sie mit Ihren kapitalistischen Methoden niemals beseitigen. Freilich müßte Ihnen allmählich zum Bewußtsein kommen, daß Sie in der heutigen Gesellschaftsordnung keinen Weg aus diesen Schwierigkeiten finden, daß die Befreiung nur dadurch kommen kann, daß das internationale Proletariat sich das Recht nimmt, den Kapitalismus zu beseitigen.

Tatsache ist — Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen —, daß die Arbeiterschaft in allen Ländern immer mehr zu der Erkenntnis kommt, daß nicht diejenigen, die das alte Weltgebäude zerstört und zertrümmert haben, die Baumeister einer neuen Gesellschaftsordnung sein können,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten),

sondern daß das Proletariat selbst Baumeister sein will und daß das nur im Kampf gegen den Kapitalismus und nicht in der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital geschehen kann.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Von diesem Boden aus betrachten wir den Wiederaufbau, und seien Sie davon überzeugt, daß dieser Aufbau geleistet werden wird! Er wird kommen. Sie werden früher oder später Ihren Bankerott eingestehen (D) müssen, genau so, wie Sie heute in Ihren Reden wohl an dem einen oder anderen Kritik üben, ohne die Pläne angeben zu können und ohne in den zwei Jahren, in denen Sie Zeit dazu hatten, den Beweis dafür erbracht zu haben, daß der Aufbau im kapitalistischen Sinne durchführbar sei. Geben Sie der **Arbeiterschaft** nur die Gelegenheit, — sie wird Ihnen beweisen,

(Zurufe rechts: Rußland!)

daß sie den **Wiederaufbau** fertig bringt. Seien Sie davon überzeugt, daß die Arbeiterschaft auf dem Gebiete immer weiter und weiter lernen wird!

(Zuruf rechts: Das stimmt! — Heiterkeit.)

Ferner ist es notwendig, gegenüber den Ausführungen des ersten Herrn Redners zu betonen, daß gerade auch in Nordfrankreich noch sehr viel zu geschehen hätte, wenn tatsächlich bei den Kapitalisten der einzelnen Länder die Absicht vorhanden wäre, den besitzlosen Klassen zu helfen. Glauben Sie, daß die 21 000 zerstörten Fabriken und die über 600 000 zerstörten Häuser in Nordfrankreich, die zur Hälfte ganz, zur Hälfte teilweise zerstört sind, auf diese Art und Weise niemals wieder aufgebaut werden können.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn Sie dann bei allen Fragen sagen, daß die Kosten dem deutschen Volke aufgehalst werden sollen, so nötigen mir diese Ausführungen ein Lächeln ab. Sie meinen gar nicht das deutsche Volk, das die **Kosten** zu tragen hat. Nicht Ihre Kreise sind es, sondern das **Proletariat**, die mittellose Klasse Deutschlands ist es, die auch diese Kosten zu bezahlen haben wird,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

wenn sie nicht zur Selbsthilfe Ihren (nach rechts) Kreisen gegenüber schreitet.

(**Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.**)

(Fries, Abgeordneter.)

(A) Denn die Kreise, die, wie schon das Finanzministerium in einer Denkschrift zugeben mußte, sich heute weigern, die **wucherischen Kriegsgewinne** abzugeben, und die, wie das Finanzministerium weiter zugibt, so einflußreich sind, daß an eine Erfassung der wucherischen Kriegsgewinne nicht gedacht werden könne, diese sind es nicht, die die Lasten des Friedensvertrags auf sich nehmen, sondern die Arbeiterschaft, die mittellose Bevölkerung ist es, die auch diese Kosten zu tragen haben wird. Aus dieser Erkenntnis heraus lernt das Proletariat, aus dieser Erkenntnis heraus sagt sich die Arbeiterschaft der ganzen Welt, daß der Wiederaufbau nur möglich ist nicht im kapitalistischen Sinne, sondern daß eine neue Gesellschaftsordnung errichtet werden muß, und daß es deshalb heißen muß: Kampf durch das internationale Proletariat gegen das internationale Kapital!

(Lebhafter Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; Kap. 1 Tit. 1 ist angenommen, da kein Widerspruch erfolgt.

Ich rufe weiter auf Kap. 1 Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9; — Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3 fällt fort, — 4, — 5, — 6; — Kap. 3 Tit. 1, — 1a, — 1b, — 2, — 3, —4, — 5 mit der Ergänzung; — Kap. 4 Tit. 1, — 2, — 3, — 4 mit der Ergänzung, — 5, 6, — 7 mit der Ergänzung; — Kap. 5 Tit. 1, — 2, — 3 mit der Ergänzung, — 4, — 5, — 6 sowie 7 und 8 mit den Ergänzungen; — Kap. 6 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5 mit der Ergänzung, — 6, — 7, — 8; — Kap. 7 Tit. 1, — 2 sowie 3, 4, 5, 6 mit den Ergänzungen; — Kap. 8 Tit. 1 und 2 mit den Ergänzungen, — 3, — 4, — 5 mit der Ergänzung, — 6; — Kap. 9 Tit. 1 sowie 2 und 3 mit den Ergänzungen, — 4, — 5, — 6 (B) mit der Ergänzung; — Kap. 10 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5 mit der Ergänzung; — Kap. 11 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9; — Kap. 12 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 13 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5 mit der Ergänzung — und stelle überall, da kein Widerspruch erfolgt und keine Wortmeldungen vorliegen, die Annahme fest.

Wir kommen zu den einmaligen Ausgaben. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1 mit der Ergänzung, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8 — und 9 in der Ergänzung. — Angenommen.

Ich rufe weiter auf im außerordentlichen Haushalt Kap. 1 Tit. 1, — 2 mit der Ergänzung — und stelle die Annahme fest.

Zu Tit. 3 hat das Wort der Herr Abgeordnete Ernst.

Ernst, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Wiederaufbauministerium hat bei diesem Titel 136 Millionen Mark eingesetzt, die benutzt werden sollen, um die Überteuerung für den **Neubau der Fischereifahrzeuge** zu decken. Wir müssen bei dieser Gelegenheit aussprechen, daß genau so wie beim Reedereiabkommen auch diese Summen nicht verwandt werden im Interesse der Allgemeinheit, sondern daß diese Beträge benutzt werden, um letzten Endes dem Fischereikapital genau wie dem übrigen Reedereikapital aus dem Säckel der Steuerzahler große Summen zuzuschanzen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist eine Tatsache, daß das Wiederaufbauministerium gerade bei der Frage des Wiederaufbaues der Fischereiflotte sich von Tendenzen leiten läßt, die in keiner Weise im Interesse der Allgemeinheit liegen, sondern die ganz einseitig auf das Interesse einiger großer Reedereigesellschaften und derjenigen Werften, die nun diese Fahrzeuge zu bauen haben, eingestellt sind. (C)

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist bekannt, daß die Regierung den Neubau von Fischdampfern, Fischkuttern und Fischloggern vorgenommen hat, daß sie sogenannten Serienbau vornahm, daß aber die ersten Fahrzeuge, als sie fertig wurden, nicht der Allgemeinheit, nicht der Fischerei selbst zur Verfügung gestellt wurden, sondern daß das Wiederaufbauministerium dazu überging, diese Fahrzeuge zu Bedingungen zu vermieten, die in keiner Weise als vernünftig und gerecht anerkannt werden können.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist eine Tatsache, daß die **Vermietung der Fischereifahrzeuge** an der Nordsee so vorgenommen wurde, daß die gesamte Fachwelt vom letzten Fischer bis zu dem Besitzer eines Fahrzeuges aus dem Staunen nicht herauskam, daß die ganze Fischereiarbeiterklasse, die dort oben im Fischereibetriebe tätig ist, nicht begreifen konnte, welche Ursachen das Wiederaufbauministerium veranlaßten, dem Privatkapital im Fischhandel direkte Geschenke zu geben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Tatsächlich sind Vermietungen zu Summen vorgekommen, die dem Privatunternehmer schon bei der Unterschreibung des Mietsvertrages ein großes Vermögen zuschanzten. Wenn man für einen Fischkutter 120 Mark Miete pro Fangtag verlangt, so bedeutet das nach den Berechnungen jedes Sachverständigen, jedes Fachmannes im Fischhandel und Fischereigewerbe ein direktes großes Geschenk an den Betreffenden, der diesen Vertrag unterschreibt. Solche Verträge sind in Berlin beim Wiederaufbauministerium abgeschlossen worden. (D) Dabei muß man feststellen, daß man auch hier wieder einseitig das Privatkapital, den Privatunternehmer, gegenüber den allgemeinen **Fischereigenossenschaften** an der Nordsee bevorzugte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

An der Nordsee haben sich Fischereigesellschaften aus den Kreisen der Fischer selbst heraus gebildet, die durchaus einen gemeinnützigen Charakter haben, die in ihren Satzungen festgelegt haben, daß über 5 Prozent Gewinn nicht verteilt werden darf. Alle Gewinne werden benutzt, um die Fischerei zu heben, um den Gewerbestand der Kleinfischer selbst zu heben. Die Genossenschaften haben sich bemüht, Fahrzeuge zu bekommen. Sie haben regelmäßig ablehnende Antworten bekommen. Erst in den letzten Wochen hat man auf Grund verschiedener Eingaben und Beschwerden der Genossenschaft Norddeich an der Nordsee letzten Endes zwei Fahrzeuge überwiesen, nachdem Privatunternehmer vorher schon eine große Anzahl von Fahrzeugen bekommen hatten, die ohne weiteres ein großes Geschenk, eine ungeheure Bereicherung dieser Privatunternehmer darstellen.

(Zustimmung und Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Unerhört!)

Bei der Vermietung ist auch noch zu konstatieren, daß sie vom geschäftlichen Standpunkte aus für das Reich unter allen Umständen ein schlechtes Geschäft darstellt. Man hätte zum wenigsten die **Verzinsung** bei der Sache herausholen können, da doch die **Vermietung an Privatunternehmer** vorgenommen wurde.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber wenn man die Preise auf die Gestehungskosten der Fischereifahrzeuge umrechnet, dann wird man sehr

(Ernst, Abgeordneter.)

(A) schnell feststellen können, daß nicht ein halb Prozent des Anlagewertes bei der Miete herausspringt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das nennt man dann ein Fachministerium für den Wiederaufbau, das im Interesse der Allgemeinheit arbeiten soll. In Wirklichkeit ist dieses Fachministerium in dieser Frage ein sehr guter Sachwalter des Privatkapitals; es sorgt durch seine Maßnahmen dafür, daß sich das Privatkapital trotz der Notlage des Reiches noch weiter bereichern kann.

Ich möchte darauf hinweisen, daß auch bei Vergebung der Dampfer ganz unsinnige Maßnahmen in Berlin getroffen worden sind. Es ist gar nicht zu begreifen, wie das Wiederaufbauministerium dazu übergehen kann, sogenannte **Serienfahrzeuge** aus einer Serie zu zerreißen, ein Fahrzeug gerade nach Kiel, nach Wilhelmshaben oder nach Emden zu geben und dadurch die Vorteile des Serienbaues wieder aufzuheben. Wir haben zudem die Tatsache zu verzeichnen gehabt, daß Fahrzeuge in einzelnen Orten waren, die auf Grund des Serienbaues Ersatzteile benötigten, die aber auf Grund der wunderbaren Maßnahmen des Wiederaufbauministeriums natürlich die Ersatzteile nicht bekommen konnten, weil sie sich zufälligerweise an einem ganz anderen Orte befanden. Dadurch wird natürlich der ganze Serienbau nach der Richtung der gemeinschaftlichen Ersatzteile hin überflüssig; die gemeinschaftlichen Ersatzteile werden von allen Fahrzeugen nicht benutzt werden können. Es ist nötig, daß das Wiederaufbauministerium bei dieser Frage sich für die Zukunft von anderen, fachmännischen Richtlinien leiten läßt und bei dieser Frage auch einmal die Interessentenkreise, die Fischereigenossenschaften zu Rate zieht.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Wir haben festzustellen, daß man die Tätigkeit des Wiederaufbauministeriums so versteht, daß man in der Fischereiindustrie künstlich ein vollständig neues Gewerbe züchten will. Nachdem die beiden Kriegshäfen Wilhelmhafen und Kiel nicht mehr aus der Kriegswirtschaft heraus bestehen können, will man zum Beispiel Kiel in der letzten Zeit künstlich zu einem Fischereihafen machen, anstatt die Fahrzeuge dorthin zu legen, wo sie wirtschaftlich am besten verwertet werden können. Läßt man sich da von durchaus lokalpatriotischen Ansichten leiten, werden letzten Endes diese neuen Fischereiindustrien, wenn die Entwicklung, wie es von der rechten Seite selbst gewünscht wird, den vollständig freien Handel bringt, ohne weiteres ruiniert werden an dem Tag, wo der freie Handel kommt. Für alle diese Fragen werden diese Gegenden, wie Kiel und so weiter, niemals mit den übrigen Fischhäfen konkurrieren können, weil die Märkte vom Fangplatz bis zum Verbraucher viel zu weit entfernt sind. Die Kosten der Fracht und dergleichen sind zu hoch, so daß eine Konkurrenz mit dem holländischen Fischgewerbe vollständig unmöglich ist. Von diesem Gesichtspunkt läßt man sich im „Fachministerium“ nicht leiten. An den Küsten hat man uns schon gesagt, daß man eventuell bald einen besonderen Schutz für das Fischereigewerbe schaffen müßte, indem man die Zollgesetzgebung auf die Fische selbst ausdehnt, mit anderen Worten die Fische verteuert, um auf diese Weise derartige Industrien künstlich großzüchten zu können. Wir müssen uns gegen diese Maßnahmen des Fachministeriums wenden und ihm sagen, daß wir nach dieser Richtung in keiner Weise Zutrauen zu seiner Tätigkeit haben. Wir sehen die 136 Millionen nicht so angewandt, wie wir es im Interesse der Allgemeinheit verlangen müssen. Deswegen haben wir gegen die Tätigkeit des Wiederaufbauministeriums und damit gegen diese Position das (C) größte Mißtrauen auszusprechen.

(Hört! Hört! rechts. — Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr.-Ing. Müller.

Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär im Wiederaufbauministerium: Ich bedaure, daß der Herr Vorredner mir von seiner Absicht, diese Frage heute im Reichstag zur Sprache zu bringen, nicht rechtzeitig Mitteilung gemacht hat. Ich würde sonst in der Lage sein, ihm sofort zu erwidern. Jedenfalls werde ich aber seine Ausführungen zum Anlaß einer eingehenden Nachprüfung der Angelegenheit nehmen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Kap. 1 Tit. 3 des außerordentlichen Haushalts ist angenommen, falls ich keinen Widerspruch höre. — Ich höre einen solchen nicht.

Den Ausschußantrag auf Nr. 1631 auf Einfügung des Tit. 4, zur Durchführung des Reedereiabfindungsvertrags usw., werden wir aussetzen müssen bis zur Abstimmung über den Reedereiabfindungsvertrag. — Damit ist das Haus einverstanden.

Ich rufe weiter auf Kap. 2 des außerordentlichen Haushalts Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7. — Ich stelle auch hier die Annahme fest, da kein Widerspruch erfolgt.

Wir gehen über zur Einnahme. Ich rufe auf Kap. 1; — Kap. 2; — Kap. 3; — Kap. 4; — Kap. 5; — Kap. 6 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6; Kap. 7. — Ich stelle überall, da kein Widerspruch erfolgt, die Annahme fest.

Damit ist der zweite Gegenstand der Tagesordnung bis auf die Abstimmung über den auf den Reedereiabfindungsvertrag bezüglichen Tit. 4 des Kap. 1 des außerordentlichen Haushalts erledigt. (D)

Wir gehen über zum folgenden Punkt der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177, 178 des Friedensvertrages (Nr. 1656 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort hat der Herr Reichsaußenminister.

Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Im Einverständnis mit dem Herrn Reichsminister des Innern habe ich mich entschlossen, die einleitenden Worte bei Einbringung dieses Gesetzentwurfs zu dem hohen Hause zu sprechen, und zwar ist der Grund dafür, daß mir nahegelegt worden ist, wie sehr dieser Entwurf außenpolitischen Erwägungen seinen Ursprung verdankt. Ich kann nicht leugnen, daß es außenpolitische Erwägungen gewesen sind, die die Reichsregierung veranlaßt haben, einen Entwurf dieses Inhalts und den Entwurf zu dieser Zeit dem hohen Hause vorzulegen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Infolgedessen kann ich auch nicht leugnen, daß ich die **politische Verantwortung** für diese beide Tatsachen mit demjenigen Ressort zu tragen habe, in dem der Entwurf ausgearbeitet worden ist und dessen Leiter den Entwurf dem hohen Hause vorgelegt hat.

Aber nur für diese politische Begründung bin ich verantwortlich, nicht für die Einzelheiten des Gesetzes. Denn schon die Last der Arbeit, die die Vorbereitung und Durchführung der Vertretung Deutschlands auf der Londoner Konferenz auf meine Schultern gelegt haben,

(Dr. **Simons**, Reichsminister des Auswärtigen)

(A) hat es mir unmöglich gemacht, mich bei der Ausarbeitung des Gesetzes im einzelnen persönlich zu betätigen. Ich werde es infolgedessen dem Herrn Reichsminister des Innern überlassen müssen, zu den Einzelheiten des Gesetzentwurfs, die ja zum Teil sehr technischer Natur sind, Stellung zu nehmen.

Zur allgemeinen Begründung möchte ich zunächst auf die **Rechtslage** einen Rückblick werfen, wie sie sich bis zur Londoner Konferenz in der Angelegenheit der **Entwaffnung und Auflösung von Vereinigungen** gemäß Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags gestaltet hat.

Artikel 177 bestimmt, daß es den Unterrichtsanstalten und Vereinigungen aller Art verboten ist, sich mit militärischen Dingen zu befassen und namentlich ihre Mitglieder im Kriegshandwerk und im Gebrauch von Militärwaffen auszubilden oder zu üben. Sie dürfen in keiner Weise mit militärischen Behörden in Verbindung stehen.

Nach Artikel 178 sind alle Mobilmachungsmaßnahmen und solche, die auf eine Mobilmachung abzielen, untersagt.

Nun waren wir nach Artikel 211 des Friedensvertrags verpflichtet, innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrags unsere Gesetzgebung mit den Bestimmungen des Teiles V des Friedensvertrags, desjenigen Teiles, der sich mit Landheer, Seemacht und Luftfahrt befaßt, in Einklang zu bringen. Wir hatten zu diesem Zwecke das **Ausführungsgesetz vom 31. August 1919** mit einer Bestimmung versehen, wonach Vereine und private Unterrichtsanstalten, die dem Artikel 177 des Friedensvertrags zuwiderhandeln, der Auflösung unterliegen. Diese Bestimmung ist, wie Sie sofort bei Vergleichung des Wortlauts merken werden, nicht vollständig ausreichend, um unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu erfüllen, und

(B) hat infolgedessen nicht verhindern können, daß uns die Alliierten wiederholt vorgehalten haben, wir hätten uns nach der Richtung hin weiter betätigt.

Da ist zunächst die Note zu erwähnen, die uns die Alliierten am 22. Juni 1920 von Boulogne aus geschrieben haben. Sie haben da gefordert, daß wir die **Selbstschutzorganisationen** unverzüglich auflösen sollen. Anders war die Lage, als wir nun in Verfolg der Note von Boulogne zur mündlichen Beratung der streitigen Fragen, auch der Frage der Entwaffnung, in Spa zusammenkamen. Das erste Spa-Abkommen über militärische Angelegenheiten vom 9. Juli 1920 hat hauptsächlichen Wert auf die Entwaffnung, nicht auf die Auflösung gelegt. Aber in der Pariser Note vom 29. Januar 1921 sind die Alliierten auf die **Auflösungsforderung** zurückgekommen und haben uns eine Frist gestellt, binnen welcher in Deutschland ein Gesetzentwurf die Auflösung aussprechen soll. Diese Frist läuft mit dem morgigen Tage ab.

Nun waren diese Pariser Beschlüsse bekanntlich zum Gegenstand einer Konferenz gemacht worden, zu der wir gleichfalls am 29. Januar eingeladen wurden. Uns war nicht klar und konnte nach dem Wortlaute der Einladung nicht klar sein, welche Gegenstände auf der Konferenz zur Besprechung kommen würden und in welcher Reihenfolge das geschehen solle. Es ist in **London überhaupt nicht zu einer Besprechung der Entwaffnungsbestimmungen der Beschlüsse von Paris** vom 29. Januar gekommen, weil der Vorsitzende der Konferenz, Lloyd George, uns am letzten Tage vor ihrem Beginn mitteilen ließ, daß die Reparationsfrage in erster Linie zur Verhandlung kommen würde. Wohl aber haben die Alliierten unmittelbar in der Beantwortung der Erklärungen der deutschen Delegation über die Reparationsfrage Sanktionen, wie sie es nennen,

(C) also Zwangsmaßnahmen, gegen uns angedroht, die zugleich begründet wurden mit Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage. Die Londoner Konferenz ist in der Reparationsfrage gescheitert, und infolgedessen ist die Entwaffnungsfrage überhaupt nicht mehr zur Verhandlung gekommen.

Was ist nun die Folge des Scheiterns der Konferenz? Ich habe Ihnen auseinandergesetzt, und es ist der Konferenz schriftlich und mündlich auseinandergesetzt worden, daß diese Einsetzung der **Zwangsmaßnahmen** unmittelbar wegen des Scheiterns der Reparationsverhandlungen einen schweren Rechtsbruch darstellt. Infolgedessen war zu erwägen, ob dieser Rechtsbruch auch in der **Entwaffnungsfrage** zu einer Vergeltung auf unserer Seite führen mußte, einer Erwiderung dahin, daß wir uns nunmehr von den Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage befreit erklären sollten, — eine Auffassung, die ja im Lande vielfach vertreten ist, die ich aber vor zwei Tagen im Auftrage der Regierung als nicht ihrer Politik entsprechend erklärt habe.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Nicht mehr entsprechend!)

Die Gründe dafür sind ebenfalls wieder wesentlich außenpolitischer Natur.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß die **Rechtsstellung Deutschlands nach dem Rechtsbruch der Gegner** eine sehr gute ist, aber nur so lange eine gute bleibt, als unsere Rechtsstellung von der Welt anerkannt wird;

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und in dem Moment, wo wir in der Entwaffnungsfrage zur Vergeltung schreiten und unsere **Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage** als null und nichtig behandeln wollten, würden wir diese Rechtsstellung in den Augen der Welt, des ganz überwiegenden Teiles der gesamten Welt, verlieren. (D)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das dürfen wir nicht, ohne unsere Stellung noch viel schwerer zu gestalten, als sie ohnehin schon ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Deutschnationalen: Vor Tisch las man's anders!)

Ich möchte einen Vergleich hierbei heranziehen. Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, mit welchen Schikanen, mit welchen hinterlistigen Maßnahmen **von polnischer Seite die Abstimmung in Oberschlesien** zuungunsten Deutschlands gefälscht werden soll.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Als ich auf der Rückreise von London durch Magdeburg fuhr, war gerade ein Zug Oberschlesier auf dem Bahnhof, der in wirklich herzerhebender Weise dort versorgt, begrüßt und abgefertigt wurde. Von dem Vorstand des Komitees, das sich mit der Verabschiedung der heimattreuen Oberschlesier beauftragt fühlte, wurde mir mitgeteilt, daß dort in der Umgegend in der letzten Zeit polnische Agenten ihr Wesen getrieben hätten, die sich von den oberschlesischen Heimattreuen ihre Papiere hätten vorlegen lassen und dann angeblich in amtlichem Auftrage Teile dieser Papiere abgerissen hätten, so daß diese nunmehr in Oberschlesien nicht mehr verwertbar waren.

(Bewegung und lebhafte Rufe: Hört! Hört)

Dieser Herr erzählte mir, es sei infolgedessen nötig geworden, den davon betroffenen Personen neue Ausweispapiere auszustellen, so daß es nur durch Abfertigung eines Extrazuges möglich wurde, diese Leute rechtzeitig zur Abstimmung zu bringen.

Sollen wir uns nun, da wir sehen, daß von polnischer Seite Machinationen gegen die Abstimmung getrieben werden, unsererseits nicht mehr an die Vor-

(Dr. Simons, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) schriften über diese Abstimmung halten? Ich glaube, es würde das Verkehrteste sein, was wir tun könnten. Von uns aus muß aller Wert darauf gelegt werden, daß niemand einen Vorwurf gegen uns erheben kann, daß von unserer Seite irgend etwas gegen Recht oder Ordnung in der Abstimmung gemacht worden sei. Ja, ich halte es für durchaus richtig, daß die Züge, die die heimattreuen Oberschlesier deutscher Gesinnung nach Oberschlesien bringen, auch die Polen, die ein Recht darauf haben, nach Oberschlesien bringen; denn es soll alles dort mit rechten Dingen zugehen, soweit es ein Deutscher mitzubestimmen hat.

So ähnlich ist es meiner Ansicht nach auch mit der **Rechtsstellung in der Entwaffnungsfrage**. Wir haben versprochen und im Friedensvertrag unterzeichnet, daß wir die Artikel halten wollen. Zu dem Halten dieser Artikel 177 und 178 gehört aber auch dasjenige, was in dem Gesetz Ihnen vorgelegt wird. Aber, meine Damen und Herren, nicht mehr! Ich bin überzeugt, daß in einer Reihe von Teilen unserer deutschen Bevölkerung die Auffassung herrscht, es stände mehr darin als der Friedensvertrag uns auferlegt.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Ich bin nicht dieser Meinung. Darüber wird sich ja später sprechen lassen; das ist zum Teil eine Auslegungsfrage, der einzelnen Bestimmungen. Ebenso bin ich überzeugt, daß in einem Teile unserer Bevölkerung die Meinung vorherrscht, es stände in diesem Entwurfe noch nicht genug.

(Sehr richtig! links.)

Auch das halte ich nicht für richtig, auch das möchte ich durchaus bestreiten.

Ich könnte mir zum Beispiel denken, daß die außerordentliche Erregung, die in **Bayern** über die Einbringung dieses Gesetzentwurfs entstanden ist, berechtigt (B) wäre, wenn in den Sanktionen, die die Gegner in rechtswidriger Weise über uns verhängt haben, ein unmittelbarer Eingriff mit gewalttätiger Hand nach Bayern gemacht worden wäre. Dann würde ich das eher begreifen. Da dies nicht der Fall ist, muß ich glauben, daß die Erregung in Bayern doch bei genauer Überlegung als übertrieben anerkannt werden muß.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Bayern gehört zum Reich!)

— Gewiß gehört es zum Reich, und da das Reich die Situation anders betrachtet, als sie in Bayern betrachtet wird, bemühe ich mich eben, eine Verständigung über die Absichten der Regierung auch Bayern gegenüber herbeizuführen.

Die Bestimmungen des Gesetzentwurfes beruhen auf folgendem Grundgedanken. Die Artikel 177 und 178 verbieten an sich nur gewisse Handlungen. Um diese Handlungen mit Erfolg verbieten zu können, muß man sie aber auch unter Strafe stellen. Eine solche Strafe gibt es bisher noch nicht in der deutschen Gesetzgebung. Die nötigen Strafen auszusprechen, ist die Aufgabe des Gesetzentwurfes. Aber es handelt sich hier um gewisse Maßnahmen und Vornahmen, die nur strafbar werden, wenn sie von Mitgliedern von Vereinigungen vorgenommen werden. Das ergibt sich aus dem Wortlaut der Artikel, und es ist eine selbstverständliche Folge, daß der Gesetzentwurf, um perfekt zu sein, auch die letzte Möglichkeit der staatlichen Gewalt anwendet, um die verbotenen Handlungen zu verhindern, nämlich nicht nur die Straffanktionen, sondern auch die Auflösungssanktionen. So liegt nach meiner Überzeugung die Auflösung unmittelbar in der notwendigen **Tendenz der Art. 177 und 178** und muß deswegen mit aufgenommen werden, wie sie ja auch in das Ausführungsgesetz vom 31. August 1919 bereits aufgenommen war.

Dieser legislatorischen Notwendigkeit haben wir in dem (C) Gesetzentwurf Rechnung tragen müssen.

Es ist aber auch noch etwas anderes dabei zu erwägen und ist erwogen worden. Die Fragen der Auflösung greifen unmittelbar in das **deutsche Vereinsrecht** ein, das sich augenblicklich in ziemlich kompliziertem Zustande befindet. Es war zu erwägen, ob man nicht in der **Frage des Verbots** einfach das geltende Vereinsrecht bestehen lassen könnte. Aber das hätte mir als Außenminister nicht genügt, denn es ist zweifelhaft, wie weit dieses Vereinsrecht geht, und es ist nicht möglich, daß wir uns denjenigen gegenüber, die ein Recht auf Erfüllung des Vertrages gegen uns geltend machen, auf langwierige juristische Erörterungen einlassen, wenn die Rechtslage nicht klar ist. Infolgedessen mußte die Verbotsfrage in diesem Gesetzentwurf geklärt werden.

Geklärt werden mußte auch die Frage, durch wen, durch welche Instanzen die **Auflösung** erfolgt. Sie werden sehen, daß die **Reichsinstanz** vorgesehen ist. Man greift damit ein — das ist kein Zweifel — in die bisherige verfassungsmäßige Zuständigkeit der Länder.

(Lebhafte Rufe bei den Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei: Hört! Hört!)

Ich habe aber darauf bestehen müssen, daß das Reich seine Zuständigkeit hier erweitert, weil es nach außen hin für die Erfüllung dieser Bestimmungen verantwortlich ist und es deswegen nicht allein auf die Länder abschieben kann, ob diesen Bestimmungen Folge geleistet werden kann oder nicht.

Das sind die allgemeinen Gesichtspunkte, die ich hier geltend machen mußte. Eines will ich noch hinzufügen. In dem Schreiben, das der Herr Reichsminister des Innern dem hohen Hause zugesandt hat, ist darauf hingewiesen worden, daß es erforderlich sei, dieses Gesetz bereits zum 15. März zu verabschieden. Ich nehme an, meine (D) Damen und Herren, daß es die Absicht des hohen Hauses ist, dieses **Gesetz** bei seiner Bedeutung und bei der **technischen Verwickeltheit** seiner Bestimmungen einer **Kommission** zuzuweisen. Damit ist meiner Ansicht nach von vornherein der Wunsch des Herrn Reichsministers des Innern unerfüllbar geworden. Ich muß sagen, daß ich diese Unerfüllbarkeit nicht für schädlich halte, denn es ist ja ganz wesentlich der Umstand, daß die Londoner Konferenz uns keine Möglichkeit zur Besprechung dieser Angelegenheiten gab, der die spätere Einbringung der Vorlage veranlaßt hat. Es wäre meiner Ansicht nach sehr verfehlt, wenn man bloß wegen eines beliebig gegriffenen **Termins** die genaue und sorgfältige Durcharbeitung dieses Gesetzes überstürzen wollte. Infolgedessen bin ich überzeugt, daß wir, wenn das Haus nur in seinen kommissarischen Beratungen keine Zeitversäumnisse begeht, durchaus sagen können: wir haben unsererseits getan, was wir nach dem Friedensvertrag zu tun nötig hatten.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann (Kaiserslautern).

Hoffmann (Kaiserslautern), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die **Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Selbstschutzorganisationen** im allgemeinen und zu der **bayerischen Einwohnerwehr** im besonderen wurde von meinem Fraktionskollegen Vogel am 28. Februar dargelegt. Ich beziehe mich auf jene Ausführungen. Unsere Stellung hat sich seitdem nicht geändert, auch nicht durch den unglücklichen Ausgang der Londoner Konferenz. Wir fordern nach wie vor eine Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen, und zwar aus Gründen der Außen- und der Innenpolitik. Aus Gründen der Außenpolitik: Gerade weil wir in der Reparationsfrage ein „Unausführbar" auszusprechen gezwungen waren, müssen wir

(**Hoffmann** [Kaiserslautern], Abgeordneter.)

(A) dort erfüllen, wo wir erfüllen können, in der Entwaffnungsfrage.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Geschieht das nicht, dann wird man den Vorwurf des schlechten Willens mit Recht gegen uns erheben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Gesetzentwurf ist in wichtigen Punkten unzulänglich und untauglich. Der Ausschuß muß ihn gründlich umgestalten, wenn er seinen Zweck erfüllen und unsere Zustimmung finden soll. Ich beschränke mich heute in der sachlichen Kritik auf die Feststellung einer charakteristischen Tatsache. Der Entwurf ist von der Entente verlangt und von der Reichsregierung vorgelegt, ausgesprochen zu dem Zweck der Auflösung der Selbstschutzorganisationen. Der Entwurf sowohl wie die Begründung vermeiden aber peinlich und absichtlich, die Worte „**Einwohnerwehr**" oder „**Selbstschutz**" überhaupt zu gebrauchen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist höchst auffällig und erweckt unser schärfstes Mißtrauen, um so mehr, als in dem ursprünglichen Entwurf der deutschen Reichsregierung an den Reichsrat diese Worte enthalten waren

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und als der Reichsrat diese Worte aus dem Gesetzentwurf entfernt hat.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Warum ist das geschehen? Wer soll hier getäuscht werden, die Entente oder die deutsche Öffentlichkeit? Wir Sozialdemokraten erblicken in dieser Vorlage ein Gesetz von außerordentlich großer außenpolitischer Bedeutung, und da verlangen wir offene Karten und ehrlich Spiel.

(B) Klarheit verlangen wir auch in einer anderen Sache. Es ist bekannt, daß in der **Einwohnerwehrfrage** zwischen **Bayern** und der **Reichsregierung** Noten gewechselt wurden. Wir verlangen, daß dem Ausschuß dieser **Notenwechsel** vorgelegt wird.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein ernster Grund für die Geheimhaltung hat schon vor London nicht bestanden und besteht nach London erst recht nicht.

Was sich nun seit Monaten in der Frage der Einwohnerwehren zwischen Bayern und dem Reiche abspielt, ist ein nationales Trauerspiel.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Erst war es nur ein Funke, der Funke wurde zur Glut, und die Glut wurde zur Flamme, und ihr steht nun die Reichsregierung völlig hilflos und ohnmächtig gegenüber. Nach dem Abkommen von Spa, das die Namen Fehrenbach und Simons trägt, und nach den Pariser Beschlüssen sind sämtliche schweren Waffen und zwei Drittel der Handwaffen mit Munition bis zum 31. März abzuliefern. Lesen Sie nun die **bayerische bürgerliche Presse**, Herr Minister, und sagen Sie uns nachher, mit welchen Mitteln Sie die Erfüllung dieser Forderungen von der bayerischen Regierung erzwingen wollen! Sagen Sie uns das Mittel, wie Sie es durchsetzen wollen, daß in Bayern die Waffen bis zum 31. März abgeliefert sind, — eine Forderung, die zu erfüllen ist auf Grund des Abkommens von Spa, das — ich betone noch einmal — die Unterschriften von Fehrenbach und Simons trägt. Lesen Sie doch die großen Überschriften in der bayerischen Presse: „Vergewaltigung Bayerns!", „Ausnahmegesetz gegen Bayern", „Ein Überfall auf Bayern!" Was ist der letzte Sinn aller dieser Artikel? Bayern

(C) besteht auf seiner Einwohnerwehr, und wenn das Reich in Trümmer geht.

Und diese Politik machen auch die **bayerischen Demokraten** mit.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wundere mich nicht. Bayern war von jeher berühmt durch drei Dinge: durch den höchsten Berg, das beste Bier und — entschuldigen Sie, meine Herren! — die schlechtesten Demokraten.

(Heiterkeit.)

Die Schuld an der Entwicklung trägt die Reichsregierung. Ihre Nachgiebigkeit hat es verschuldet, daß der Eigensinn der bayerischen Regierung jetzt diesen gefährlichen Grad erreicht hat. Herr Minister, sehen Sie nicht, daß die bayerische Regierung selbst nicht mehr Herr der Situation ist? Sehen Sie nicht, daß der passive Widerstand der bayerischen Regierung den aktiven Widerstand der Bevölkerung mit absoluter Konsequenz auslösen muß, und sehen Sie nicht, daß sich im Süden und Westen eine große Völkertragödie vorbereitet? Die **Weigerung Bayerns** bedeutet neue Sanktionen und neue Besetzung deutschen Gebiets. Sie bedeutet für Frankreich eine Etappe weiter auf dem Wege zu dem großen politischen Ziel der **Loslösung des Rheinlands und des deutschen Südens.**

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sie bedeutet eine neue Gefahr für den Bestand des Deutschen Reichs. So macht man keine deutsche Politik, so schützt man nicht die **Einheit des Reichs,**

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und so stützt man nicht die Volksgenossen der besetzten Gebiete in ihrem schweren nationalen Kampf.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

Vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren: Gewalt, Not und Zeit bricht auch den festen Willen und zermürbt ein starkes Volk. Einst hörte man das stolze (D) Wort: „An Bayern soll das Reich genesen!" Jetzt hört man das bittere Wort: An Bayern wird das Reich zugrunde gehen, — das Reich, das die Sozialdemokraten nach der großen Katastrophe mit eisernem Willen zusammengehalten haben! Bayern trägt alle Verantwortung vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Edler v. Braun (Oberbayern).

Edler **v. Braun** (Oberbayern), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben einen ganz merkwürdigen Vorgang bei der Vorlage dieses Gesetzes zu notifizieren, nämlich daß es begründet wird vom Reichsminister des Äußern, obwohl es ein Gesetz ist, das die innere Verwaltung Deutschlands angeht, und daß es begründet wird mit außenpolitischen Rücksichten.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist genau das Gegenspiel von dem, was wir bei den Londoner Verhandlungen gesehen haben. Statt daß man sich bei den **Londoner Verhandlungen** außenpolitisch orientiert hätte, hat man alle Maßregeln aus innerpolitischen Gründen getroffen,

(sehr gut! bei den Deutschnationalen)

und dadurch sind diese ganzen Verhandlungen in einer so kläglichen Weise gescheitert, wie wir es allgemein zu bedauern haben. Jetzt will man eine unserer wichtigsten **innerpolitischen Angelegenheit** aus **außenpolitischen Rücksichten** regeln. Auch das ist ein schwerer Fehler, der um so bedauerlicher ist in der gegenwärtigen Situation, wo wir durch das unqualifizierbare Vorgehen unser Gegner in unserer Staatsautorität, in der Unversehrtheit unseres Gebiets aufs schwerste geschädigt worden sind.

(Edler **v. Braun** [Oberbayern], Abgeordneter.)

(A) Nun hat der Herr Minister Simons ausdrücklich erklärt, daß die außenpolitischen Erwägungen maßgebend gewesen seien, um das Gesetz gerade jetzt einzubringen. Mir ist das völlig unverständlich. Wir haben im Vertrage von Versailles Verpflichtungen übernommen, und diese bestanden darin, daß die **Art. 177 und 178 des Versailler Vertrags erfüllt** würden. Das ist geschehen durch den § 22 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag, in dem die Bestimmungen getroffen worden sind, die nach der Anschauung der deutschen Regierung notwendig waren, um diesen Verpflichtungen nachzukommen.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Die deutsche Regierung hat auch später noch auf dem Standpunkt gestanden, daß damit alles erfüllt sei, was von dem Gegner verlangt werden könne.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß in der Antwort, die auf die Note der französischen Regierung vom 31. Dezember 1920 ergangen ist, ausdrücklich von der deutschen Regierung, und zwar von der gegenwärtigen deutschen Regierung, festgestellt worden ist:

> In dem Schreiben an die Kontrollkommission vom 9. und 22. Dezember ist dargelegt, daß die deutsche Regierung in dem Bestehen von **Selbstschutzorganisationen** keinen Verstoß gegen Art. 177 des Friedensvertrags zu erblicken vermag,
>
> (hört! hört! bei den Deutschnationalen)
>
> daß aber solche Organisationen nur als ein Notbehelf zu betrachten sind und im eigenen Interesse des Staates aufgelöst werden sollen, sobald es die Umstände gestatten.

In dieser Antwort, die im Januar dieses Jahres von Deutschland ergangen ist, hat also die deutsche Regierung und der deutsche Außenminister selbst ausdrücklich den Standpunkt eingenommen, daß das Bestehen der Selbst-(B)schutzorganisationen keinen Verstoß gegen den Friedensvertrag enthalte.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Nun kommt etwas Weiteres, es kommt das Pariser Diktat, das diese Forderung ausdrücklich aufstellt. Meine Damen und Herren! Als dieses **Pariser Diktat** bekannt geworden ist, hat sich in ganz Deutschland und in allen Teilen der deutschen Bevölkerung ein **Sturm der Entrüstung** erhoben,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

ein Sturm der Entrüstung, der so stark war wie keine Bewegung, die wir in den letzten Jahren in Deutschland zu verzeichnen hatten, ein Sturm, der so einmütig war, daß er bis tief in die Reihen der Sozialdemokratie hineingegangen ist und der wirklich wieder den Gedanken an eine Einheitsfront gegenüber dem Ausland wachwerden ließ, und, meine Damen und Herren, der Herr **Reichsminister des Äußeren** hat sich diesen Sturm sehr geschickt zu Nutzen gemacht, er hat die **Reise nach Süddeutschland** unternommen und hat sich dort selbst immer auf den Standpunkt gestellt: das Pariser Diktat ist für uns unannehmbar. Das ist der rote Faden gewesen, der sich durch alle seine Reden hindurchgezogen hat, der rote Faden, mit dem er auch in diesen Versammlungen dort überall Begeisterungsstürme entfacht und Zustimmung von allen Kreisen gefunden hat.

Dieses Pariser Diktat ist die Veranlassung zu den Verhandlungen in London gewesen, und es war selbstverständlich, daß, nachdem die Gegner dieses Diktat nicht in einer Form aufrechterhalten haben, daß sie erklärt haben: wir verlangen unbedingt dessen Ausführung, sondern: wir sind bereit, über diese Forderungen in London zu verhandeln, — daß mit dem Beginne der **Londoner Verhandlungen** dieses **Diktat materiell erledigt** war. Es konnte also nur durch einen Abschluß der Verhandlungen in London, durch ein Übereinkommen zwischen den Vertragsgegnern inhaltlich (C) wiederhergestellt werden. Die Verhandlungen in London sind abgebrochen, und damit ist auch für Deutschland nach völkerrechtlichen Grundsätzen das Pariser Diktat erledigt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben keinerlei Verpflichtungen, die Forderungen, die in diesem Pariser Diktat enthalten sind, jetzt zu erfüllen.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Nun hat sich Herr **Reichsminister Simons** in seiner letzten Rede auf den **Standpunkt** gestellt, daß wir so verfahren müßten, als ob uns die Handlungen unserer Gegner überhaupt nichts angingen; wir hätten den **Vertrag** unterschrieben und müßten ihn **erfüllen,** ganz gleichgültig ob der Gegner ihn erfüllt. — Dieser Standpunkt ist jedenfalls sehr merkwürdig.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Er ist aber zweifellos äußerst unpraktisch, denn wenn man nicht einmal in der Lage, in der Deutschland sich befindet, von den Fehlern seiner Gegner Nutzen ziehen soll, dann ist ja überhaupt nichts mehr zu hoffen.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Minister hat auch heute wieder gesagt, wir müßten die Bestimmungen erfüllen; obwohl ein schwerer Angriff gegen die Selbständigkeit und gegen die Rechte Deutschlands erfolge, dürften wir uns durch diese Angriffe nicht beeinflussen lassen. Er hat dabei ein äußerst merkwürdiges Beispiel angeführt über das Verhalten der Polen bezüglich der Abstimmung Oberschlesiens — ein Beispiel, das aber auch nicht auf 100 Stunden stimmt.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Die Situation ist doch so: Wir gehen nicht von dem Standpunkt aus, daß wir gegenüber den **Verletzungen des Versailler Vertrages** und gegenüber den Verletzungen des Völkerrechts, die die Gegner **durch die Verhängung der Sanktionen** begangen haben, eine Vergeltung üben wollten. (D) Dazu haben wir leider nicht die Mittel. Es ist aber ein Grundsatz des bürgerlichen und des öffentlichen Rechts, auch des Völkerrechts, daß eine **Vertragserfüllung** nicht mehr verlangt werden kann von demjenigen, der die Vertragspflichten selbst verletzt hat.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Ich erinnere an den sehr interessanten Artikel von dem Herrn Abgeordneten Dr. Schücking, der das in der klarsten Weise dargelegt hat.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wenn wir also nicht einmal von diesem Rechte, das jedem Vertragsteil zusteht, Nutzen ziehen sollen, dann verstehe ich überhaupt nicht, wie wir noch unsere Rechte gegenüber dem Gegner durchführen sollen. Es handelt sich nicht um eine Vergeltungsmaßregel, die hier in Frage kommt, sondern es handelt sich lediglich darum, daß wir keinerlei Verpflichtungen und keinerlei Anlaß haben, einen Vertrag zu erfüllen, der von den Gegnern selbst zerrissen worden ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers Dr. Simons ging hervor, daß dieses Gesetz ein direktes Ausnahmegesetz gegenüber **Bayern** sein soll. Er hat das direkt zum Ausdruck gebracht, indem er erklärte, man würde es verstehen, wenn man sich von der Verpflichtung, die **Einwohnerwehren** aufzulösen, befreit fühlen würde, wenn etwa die Sanktionen speziell gegen Bayern verhängt worden wären.

(Zuruf des Herrn Reichsministers Dr. Simons: Ich habe gar nichts davon gesagt; das ist ein vollkommenes Mißverständnis!)

— Ich habe den Wortlaut der Rede so verstanden!

(Erneuter Zuruf des Herrn Reichsministers Dr. Simons: Aus dem Protokoll können Sie sich vom Gegenteil überzeugen!)

(Edler **v. Braun** [Oberbayern], Abgeordneter.)

(A) Es ist aber auch ganz selbstverständlich, daß sich dieses Gesetz — und das hat ja auch der Herr Redner der Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht — ausgesprochen gegen Bayern wendet, daß man eine bayerische Einrichtung zerstören will, die man als unbequem in dem Verhältnis Deutschlands gegenüber dem Auslande empfindet.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

— Dieser „Skandal für die Kultur" ist von dem Herrn Abgeordneten Hoffmann in Bayern, solange er bayerischer Ministerpräsident war, eingeführt worden.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Dafür lehnen wir die Verantwortung ab!)

— Das kann man hintennach leicht sagen, wenn man es gemacht hat.

(Widerspruch bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Sache liegt noch ganz anders. Der Herr Abgeordnete Hoffmann hat davon gesprochen, daß durch Bayern das Reich zerstört werden würde, er hat davon gesprochen, daß Bayern in einer einsichtslosen und eigensinnigen Weise auf einer Einrichtung beharre, die für den ganzen Bestand des Reichs schädlich sei.

Meine Damen und Herren! Da ist eine vollkommen falsche Auffassung.

(Sehr wahr! rechts.)

Die Verhältnisse in Bayern liegen zweifellos anders, als sie vielfach im Reiche gelegen sind.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Bayern hat die schwerste Zeit durchmachen müssen, die in ganz Deutschland sich ergeben hat. Bayern hat die Schutzorganisationen treffen müssen, die notwendig sind, um die Wiederkehr solcher Ereignisse zu verhindern, und muß sie aufrecht erhalten.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Lediglich das ist der Sinn und der Zweck der **bayerischen** (B) **Einwohnerwehren**, und diese haben sich immer auf den Standpunkt gestellt, daß sie absolut **verfassungstreu** sind und den Umsturz, ganz gleichgültig, von welcher Seite er kommen möge, verhindern wollen.

(Lachen bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist infolgedessen vollkommen falsch, sie als Einrichtungen zu bezeichnen, die den Interessen des Reichs zuwiderlaufen. Ganz im Gegenteil, sie bestehen im innersten Interesse des Reichs.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Nun muß ich mich aber noch zu einer sehr interessanten Äußerung des Herrn Ministers des Äußern wenden. Herr Reichsminister Dr. Simons hat ausdrücklich erklärt — und in dieser Beziehung habe ich ihn sicher nicht mißverstanden —, daß der **Gesetzentwurf** einen **Eingriff in die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten der Länder** enthalte. Das scheint mir allerdings richtig zu sein. Wenn das richtig ist, dann müssen wir verlangen, daß das Gesetz in der Form eines verfassungsändernden Gesetzes eingebracht wird; denn es gibt keinen Eingriff in verfassungsmäßige Rechte der Länder, ohne daß dabei vorher die Verfassung geändert wird. Wir erklären also schon jetzt bei der Beratung dieses Gesetzes, daß diese Formen eingehalten werden müssen, weil sonst dieses Gesetz keine Rechtskraft gegenüber den Ländern haben kann.

Nun noch ganz kurz zu der Frage, ob überhaupt eine Verpflichtung vorliegt, jetzt zum **Vollzug des Versailler Friedensvertrags** irgendeine gesetzliche Bestimmung zu treffen. Es ist bekannt, daß in dem **Ausführungsgesetz** zum Friedensvertrag in **§ 22** schon diejenigen Bestimmungen getroffen sind, die nach der Auffassung der damaligen Regierung, also der Regierung, die der Fehrenbachschen vorausging, notwendig waren, um die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu erfüllen. Sie enthalten nach unserer Auffassung alles, was notwendig (C) ist für die Erfüllung dieser Verpflichtungen. Wenn jetzt seitens der Gegner weitergehende Forderungen gestellt werden, so habe ich schon darauf hingewiesen, daß jedenfalls im gegenwärtigen Zeitpunkt keinerlei Verpflichtung bestand, auf diese Forderungen einzugehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Aber selbst wenn man davon absehen und sich auf den Standpunkt stellen wollte, den der Herr Reichsminister Dr. Simons eingenommen hat, wir müßten alles tun, um nur ja unseren Rechtsstandpunkt in der Welt zu wahren, sind doch die Bestimmungen in diesem Gesetze viel zu weitgehend.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Selbst dann würde es vollständig genügen, den Bestimmungen in § 22 des **Ausführungsgesetzes** einen Paragraphen anzufügen, der eine **Strafvorschrift** enthält. Damit wäre allem entsprochen, was die Gegner mit Recht von uns verlangen können, und niemand in der Welt könnte uns vorwerfen, daß wir unseren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Im übrigen, meine Damen und Herren, bewundere ich den Optimismus des Herrn Reichsministers Dr. Simons,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

daß er immer noch glaubt, wenn wir nur recht brav alle unsere Verpflichtungen erfüllen, dann werden wir die Unterstützung der Welt bekommen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wer darauf noch hofft, der ist ein Optimist, an dem nichts mehr zu bessern ist. Deutschland wird sich nur erhalten und durchsetzen können, wenn es seine eigenen Bedürfnisse nach seiner eigenen Auffassung zu befriedigen sucht, wenn es sich nicht immer durch das **Schielen nach dem Auslande**, durch das Schielen nach Freunden im Auslande in der ganzen Welt verächtlich macht. (D)

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Unruhe und Zurufe links.)

So ist es in Wirklichkeit: Die Welt hat keine Achtung vor einem Volk, das nicht auf sich selbst steht, hat keine Achtung vor einem Volk, das immer nur das Erbarmen und das Mitleid der anderen Welt anruft. — Wir lehnen das Gesetz ab.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Wir werden die Beratung über diese Vorlage für kurze Zeit unterbrechen müssen wegen der ausgesetzten Gesamtabstimmung über den

Reedereiabfindungsvertrag und Zusatzvertrag.

Es ist die Anregung gegeben worden, die Abstimmung hierüber namentlich stattfinden zu lassen. Ein formeller Antrag liegt aber nach Mitteilung des Bureaus nicht vor. Soll ein formeller Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt werden?

(Abgeordneter Schiffer: Ich beantrage namentliche Abstimmung!)

Der Antrag des Herrn Abgeordneten Schiffer auf namentliche Abstimmung bedarf der Unterstützung von 50 anwesenden Mitgliedern.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus; wir schreiten also zur namentlichen Abstimmung. Ich bitte die Mitglieder des Hauses, sich zu ihren Plätzen zu begeben. —

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die dem Reedereiabfindungsvertrag und dem Zusatzvertrage

(Vizepräsident Dr. **Bell**.)

(A) ihre Zustimmung geben wollen, eine Karte mit Ja, die beides ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abzugeben.

Ich ersuche die Schriftführer, die Karten einzusammeln.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die noch keine Karte abgegeben haben, sie jetzt bei den Schriftführern abzugeben.

(Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Meine Damen und Herren! Das vorläufige*) Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist folgendes. Es haben abgestimmt insgesamt 301 Mitglieder, mit Ja 238, mit Nein 60; enthalten haben sich 3 Mitglieder. Die Vorlage mit dem Zusatzvertrag ist danach angenommen.

(Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Falls kein Widerspruch erfolgt, darf ich auf Grund dieser namentlichen Abstimmung annehmen, daß Kap. 1 Tit. 4 des außerordentlichen

Etats des Ministeriums für Wiederaufbau

nach dem Ausschußantrag auf Nr. 1631 der Drucksachen angenommen ist. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; ich stelle das fest.

Wir fahren dann in der durch die namentliche Abstimmung unterbrochenen Beratung des dritten Gegenstands der Tagesordnung fort, nämlich in der

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Art. 177, 178 des Friedensvertrags (Nr. 1656 der Drucksachen).

Das Wort in der fortgesetzten Beratung hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen (B) und Herren! Der Herr Abgeordnete Edler v. Braun hat an die Spitze seiner Ausführungen die Frage gestellt, warum dieses Gesetz vor dem Reichstage durch den Reichsminister des Außern und nicht durch den Reichsminister des Innern begründet worden sei. Die Antwort darauf ist sehr einfach. Wenn ich dieses Gesetz hier hätte begründen wollen, so hätte ich eine außenpolitische Rede halten müssen und damit in die Kompetenzen des Reichsministers des Außern und des Reichskanzlers eingreifen müssen. Ich stehe als Kabinettsmitglied durchaus auf dem Boden dieses Gesetzentwurfes und übernehme meinen vollen Anteil an der Verantwortung. Aber ich habe mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß die **Gründe für die Einbringung des Gesetzentwurfes außenpolitisch** und nicht innenpolitisch gewesen sind.

(Widerspruch und Lachen auf der äußersten Linken.)

Selbst von dem Standpunkte aus, den die Linke hier eingenommen hat, wird die Linke es billigen, daß man auf Grund eines Diktates keinen Gesetzentwurf erläßt, der über das, was der Friedensvertrag fordert, in irgendeinem Punkte hinausgeht.

(Zurufe rechts: Tut er aber!)

So ist dieser Gesetzentwarf gestaltet. Wenn bemängelt worden ist, daß das Wort **„Selbstschutzorganisationen"** im Gesetzentwurf nicht erwähnt worden ist, so ist das deshalb nicht geschehen, weil auch der Friedensvertrag, von dem wir ausgegangen sind, dieses Wort nicht kennt und nicht erwähnt.

(Lachen auf der äußersten Linken.)

Wer aber den Gesetzentwurf als solchen liest, der wird darüber klar sein, daß zwischen der ersten in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Fassung und der jetzigen juristisch und sachlich ein Unterschied nicht besteht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nach beiden Entwürfen sind alle Vereinigungen, auch (C) Selbstschutzorganisationen, dann verboten, wenn sie ihre Mitglieder im Gebrauch von Militärwaffen oder im Kriegshandwerk ausbilden oder üben.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Aber besitzen dürfen sie welche!)

Es ist unrichtig, wenn Herr v. Braun erklärt hat, daß dieser Gesetzentwurf **verfassungsmäßige Rechte der Länder** verletze. Er hat in dieser Beziehung den Herrn Außenminister vollkommen mißverstanden. Der Herr Außenminister hat nur gesagt, daß der Gesetzentwurf der gegenwärtigen Verfassungslage nicht entspricht. Der Herr Außenminister erkennt aber genau so wie ich an — und auch Herr Edler v. Braun wird das wissen müssen —, daß in der Verfassung ausdrücklich festgesetzt ist, daß Reichsgesetze von den Landesbehörden ausgeführt werden, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen. Es liegt also hier ein Fall vor, in dem das Reich die Ausführung selbst in die Hand genommen hat. Damit werden wir den bisherigen Rechtszustand ändern, aber im Rahmen der Verfassung und ohne in die verfassungsmäßig geschützten Rechte der Länder einzugreifen. Ich habe im ganzen überhaupt den Eindruck, als wenn das Gesetz, wie es ergangen ist, von vielen, die dagegen Sturm gelaufen sind, nicht gekannt wird, als wenn sich eine Entrüstung mancher Kreise bemächtigt habe, ehe es überhaupt möglich war, durch etwas anderes als eine parteiisch informierte Presse von der wahren Sachlage unterrichtet zu sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich hoffe, daß sich das ändern wird, wenn man erst einmal in einer Kommission sich mit dem Gesetzentwurf gründlich beschäftigt hat. Denn, meine Damen und Herren, wer sich überhaupt politisches Augenmaß in dieser Zeit bewahrt hat, muß einsehen, daß eine verhängnisvolle Katastrophe drohen würde, wenn dieses Gesetz, das (D) dem Wortlaut des Friedensvertrages entspricht, nicht gemacht würde.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Widerspruch und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Soldmann (Franken).

Soldmann (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Außenminister Dr. Simons hat erklärt, daß er wohl die Verantwortung für die Begründung dieses Gesetzes, nicht aber für seinen Inhalt übernehme. Das kennzeichnet letzten Endes den ganzen Sinn des Gesetzentwurfs, wie er uns vorliegt. Denn in ihm ist alles und letzten Endes nichts gesagt. Mehr hat ja soeben der Herr Minister des Innern erklärt. Er sagte, er hätte eine außenpolitische Rede halten müssen, wenn er diesen Gesetzentwurf hätte begründen sollen. Daraus geht doch hervor, daß der ganze Sinn des Gesetzentwurfs nichts anderes bedeutet als eine Irreführung der öffentlichen Meinung, daß man hier einzig und allein den Forderungen der Entente Rechnung tragen will, ohne an dem unwürdigen Zustand, wie er durch diese **gegenrevolutionären Organisationen** geschaffen ist, etwas zu ändern. Die innenpolitische Rede des Herrn Ministers hat das Haus bis jetzt vermissen müssen.

Werte Anwesende! Wie liegen die Dinge im allgemeinen? Minister Dr. Simons erklärt, die **Verweigerung der Entwaffnung** bedeutet den Konflikt, und auf diesen dürfe man es unter keinen Umständen ankommen lassen. Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr ist anderer Meinung. Er ist der Ansicht, daß man es sehr wohl auf einen **außenpolitischen Konflikt** ankommen lassen solle.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 2945.

(Sollmann [Franken], Abgeordneter.)

(A) Und Herr Edler v. Braun, der sich eben hier produziert hat, erklärt ja — das war der Sinn und Ausklang seiner Rede —, man müsse es eventuell mit einem Revanchekrieg wagen, man müsse sich gewissermaßen Achtung und Autorität nach außen verschaffen, um nicht alles das tun und ausführen zu müssen, was von seiten der Entente gefordert wird.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Der Herr Außenminister Dr. Simons hat ja auch schon von der starken **Erregung in Bayern** gesprochen und glaubte dem Herrn Edlen v. Braun wohl jedenfalls den Wind aus den Segeln zu nehmen, wenn er ausführte, zu dieser starken Erregung in Bayern bestände ganz und gar kein Anlaß. Das ist sehr richtig, meine Herren! Es besteht um deswillen kein Anlaß zu irgendwelcher Erregung, weil in den elf Paragraphen des Entwurfs zur Durchführung der Artikel 177, 178 des Friedensvertrags aber auch rein gar nichts gesagt ist, was an dem augenblicklichen Zustand etwas ändert.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Wir haben seinerzeit starke Bedenken geäußert, als uns das Entwaffnungsgesetz im Entwurf vorgelegt worden ist. Wir haben mit der Begründung dagegen gestimmt, daß man das Entwaffnungsgesetz einzig und allein gegenüber der Arbeiterschaft anwenden wird,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß man dagegen den gegenrevolutionären, nationalistischen und monarchistischen Elementen nicht nur die Waffen nicht nehmen, sondern ihnen im Gegenteil die Waffen in die Hand spielen will. Die **Durchführung des Entwaffnungsgesetzes** hat uns ja auch vollständig Recht gegeben;

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

denn bei richtiger Durchführung des Entwaffnungsgesetzes wäre es doch gar nicht möglich, daß überhaupt noch bewaffnete Banden existieren. Der heutige Entwurf des (B) Gesetzes wäre vollständig überflüssig gewesen, wenn man das Entwaffnungsgesetz nach allen Seiten gerecht und objektiv durchgeführt, nicht aber einzig und allein der Arbeiterschaft die Waffen genommen hätte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben auch vorausgesehen, daß nach der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes die **gegenrevolutionären Elemente in Bayern** mehr **Waffen** in der Hand haben würden als bei Erlaß des Gesetzes.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Den mehrheitssozialistischen Mitgliedern von Einwohnerwehren in Bayern hat man die Waffen abgenommen, um den Anschein zu erwecken, als ob man es mit der Entwaffnung ernst nehme; auf der anderen Seite hat man aber Hunderte von nationalistischen Studenten neuerdings mit Waffen versehen. Das ist noch in den letzten Wochen geschehen. Dieser Tatbestand zeigt so recht, welche Wirkung das Entwaffnungsgesetz in Bayern gehabt habe.

Auch mit diesem neuerlichen Gesetzentwurf wird man die Entwaffnung nicht durchführen. Sie wissen: in Bayern treibt die **Regierung Kahr** offene Sabotage. Wir haben eine **Verordnung** kennen gelernt, die die bayerische Regierung herausgegeben hat. In diesem Erlaß, der den Leitern der Einwohnerwehren und auch den Behörden zugegangen ist, wird gesagt, daß die **Ausstellung von Waffenscheinen** an Mitglieder von Einwohnerwehren nicht mehr der Behörde obliegt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern daß die Leiter von Einwohnerwehren Waffenscheine ausstellen können, und zwar nicht nur für einzelne Waffen, sondern für eine x-beliebige Anzahl von Waffen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist geradezu ein Skandal sondergleichen, wenn man bedenkt, daß der Leiter einer örtlichen Einwohnerwehr in der Lage ist, Waffenscheine auszustellen, daß er dem (C) Herrn X. X. erlaubt, nicht nur eine einzige Waffe, sondern Revolver, kleinkalibrige Gewehre in x-beliebig viel Exemplaren zu führen. Ich möchte schon dringend bitten, daß sich der Vertreter der bayerischen Regierung äußert, was man hiermit eigentlich bezwecken will. Das ist doch eine glatte Umgehung, es ist geradezu Sabotage, wenn nicht Schlimmeres, des Entwaffnungsgesetzes, die man gerade von der rechten Seite des Hauses mit so unendlichem Nachdruck betrieben hat.

Ja, man geht weiter. Für diese **Waffenscheine,** die von den Leitern der Einwohnerwehren ausgestellt werden können, dürfen die sonst üblichen **Gebühren,** die 5 oder 20 Mark nach der Gebührenordnung betragen, nicht erhoben werden. Also auf der einen Seite Dalles im höchsten Grade, auf der anderen Seite werden den Gemeinden die Gebühren genommen, die sie bisher erheben durften!

Die Handlungsweise der bayerischen Regierung ist meines Erachtens kaum dem freien Willen entsprungen; sondern die bayerische Regierung ist nichts anderes als der Gefangene des Ringhotels in München, jener Verschwörerorganisation, jener konterrevolutionären Sippe, die ihre Netze und Garne über das gesamte Deutsche Reich auszubreiten trachtet.

Der Herr Minister Simons hat ganz recht, wenn er sagt: Grund zur Erregung ist nicht vorhanden. Ich möchte sagen: das Ganze war nur Bluff. Man will die bayerische Volksseele zum kochen bringen, man will ihr einreden, daß sie die Waffen haben muß; man redet von Spartakus und sonstigen Dingen. Und Herr Edler v. Braun erklärt, daß man die **Verhältnisse in Bayern** ganz anders beurteilen müsse, als sie im übrigen Deutschland liegen. Es ist eine sich immer wiederholende Lüge. In Bayern ist es augenblicklich und in den ganzen letzten Monaten so ruhig wie in keinem anderen Bundesstaat in ganz Deutschland. (D)

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Zuruf von den Deutschnationalen: Wegen der Einwohnerwehr!)

Das ist eine Tatsache — und wenn Sie etwas anderes behaupten, so ist das nur allzu durchsichtig, was Sie mit dieser immer wiederholten Behauptung bezwecken wollen.

Der Herr **Ministerpräsident Kahr** hat in den letzten Tagen, als das Gesetz vom Reichsrat beschlossen wurde, sich bemüßigt gefühlt, wie immer, wenn er schweren Herzens ist, in die **Fraktionssitzung der Bayerischen Volkspartei** zu flüchten. Dort hat er sich unter anderem wörtlich folgendermaßen in einer Rede geäußert. Ich lese diese paar Sätze mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vor.

> Zu jedem Urteil gibt es ein Wiederaufnahmeverfahren, und zwar in erster Linie dann, wenn nach dem Urteil neue Tatsachen bekannt geworden sind, die die Schuld des Angeklagten in einem andern Licht erscheinen lassen. Und wenn man glaubt, mit dem Einwand der rechtskräftigen Aburteilung all das Vergangene zudecken zu können, so müssen wir daran erinnern, daß das Prozeßverfahren aller Kulturstaaten ein Wiederaufnahmeverfahren kennt. Ein solches herbeizuführen, das ist die vordringlichste Aufgabe unserer ganzen Politik.

Das sagt ausgerechnet der Herr Ministerpräsident v. Kahr, der — und zwar in Verbindung mit dem Justizminister Roth in Bayern — andauernd behauptet, man könnte die Ausnahmegerichte, die **sogenannten Volksgerichte,** nicht aufheben, wo Wiederaufnahme ausgeschlossen ist,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wo man jemand zum Tode verurteilt und das Urteil vollstreckt. Selbst wenn sich später ergibt, daß hier ein Justizirrtum vorliegt, selbst dann ist es nicht möglich, ein Wiederaufnahmeverfahren in Szene zu setzen.

(**Soldmann** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Verehrte Anwesende! Das würde letzten Endes bedeuten, daß unter diesen Umständen, und zwar gemäß den ausgesprochenen Worten des Herrn v. Kahr, Bayern aus der Liste der Kulturstaaten auszuscheiden hätte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn wenn man hier verlangt, daß die Entente ein Wiederaufnahmeverfahren gutheißen soll, dann muß mindestens das eigentliche Bayern, das heißt der Herr Ministerpräsident, den Anfang damit machen und erklären, daß er mit gutem Beispiel vorangehen möchte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Verehrte Anwesende! Der **bayerische Ministerrat** hat sich mit dem Entwurf, wie ihn der Reichsrat beschlossen hat, beschäftigt und hat auch das **Votum der Koalitionsparteien im bayerischen Landtag** eingeholt, und man ist dort einmütig dazu gekommen, Front gegen die Reichsregierung zu machen. Die Begründung, daß die Regierung Kahr gestürzt werden solle und daß man vermeiden müsse, diesen Entwurf Gesetz werden zu lassen, da sonst ein sozialistisches Ministerium in Bayern neuerdings ans Ruder kommen könnte und die Verhältnisse vom April und Mai 1919 sich wiederholen würden, ist ja letzten Endes ein leerer Vorwand. Aber interessant ist, wenn in dieser Sitzung der Bayerischen Volkspartei, in der der Herr v. Kahr anwesend war, gesagt wurde, daß man einer **Reichsexekution in Bayern** sich mit allen Mitteln und mit aller Entschlossenheit entgegenstellen wird.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das bedeutet doch nichts anderes als die offene Kriegserklärung der bayerischen Regierung an die Reichsregierung.

(Lachen bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich möchte einmal sehen, wenn dies von der linken Seite (B) des Hauses geschehen würde, was für ein Lamento und ein Lärm angeschlagen würde.

Verehrte Anwesende! Man hat ja für den morgigen Tag, für den 15. März, bereits große nationalistische Demonstrationen in München und auch im übrigen Bayern angekündigt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wenn die Reichsregierung und der Reichstag diesem Gesetz Rechtskraft geben sollten. Dann hat er erklärt, daß hier nicht nur die Bayerische Volkspartei die Koalition der Reichsregierung sprengen würde, sondern daß man eventuell auch auf das Zentrum einwirken müsse, um es zum Ausscheiden aus der Regierungskoalition zu bewegen. Das ist sehr interessant und kennzeichnet —

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Jetzt wird es lächerlich!)

— Nein, das ist nicht lächerlich, mein lieber Kollege, sondern das ist eine sehr traurige Tatsache, die Sie vielleicht besser wissen als wir. Es zeugt von dem ganzen Geist. Sie brauchen nur die „Münchener Neuesten Nachrichten" zu lesen, die in das gleiche Horn tuten und von denen schon der Herr Kollege Hoffmann sagte, daß die Liberalen in Bayern noch stets diejenigen gewesen sind, die ganz bestimmt nicht von sich behaupten könnten, daß sie überaus demokratischen Grundsätzen huldigten.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben in einem Satze zum Schlusse eines Artikels:

> Die Reichsregierung möge zusehen, ob mit solchen täppischen Griffen der Reichsgedanke nicht zu Schaden komme. Die Einwohnerwehren sind nötig in Bayern. Dieser Standpunkt wird nicht aufgegeben werden.

Wir sehen also, daß nicht nur die eigentlichen Träger und Stützen der bayerischen Regierung Kahr, sondern auch alle rechtsstehenden Elemente in Bayern restlos damit einverstanden sind, daß hier Front gegen die Regierung (C) gemacht werden müsse, daß man unter keinen Umständen dulden dürfe oder zulassen solle, daß eine Entwaffnung der konterrevolutionären Elemente in Bayern vor sich gehe.

Verehrte Anwesende! Wie sieht nun das Gesetz eigentlich aus? Der Herr Minister Koch sagt: wir haben in den Entwurf des Gesetzes nicht mehr hineingeschrieben, als was uns die Entente in ihren Artikeln 177 und 178 des Friedensvertags vorschreibt. Der § 1 lautet:

> Es sind zu verbieten:
> Vereinigungen aller Art, welche
> 1. ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauche von Militärwaffen ausbilden oder üben, oder ausbilden oder üben lassen,
> 2. sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hinzielen.

Wenn man irgendeine Entwaffnung durchführen wollte, dann wäre dieser Gesetzentwurf nicht notwendig gewesen, aber dann hätte eine ganz andere Fassung dieses § 1 eintreten müssen. Denn was soll geschehen, wenn die Vereinigungen **Orka, Orgesch, nationalistische Studentenvereinigungen** usw. nicht üben, nicht ausbilden und üben lassen, wenn sie aber ihre Waffen behalten, von denen man doch immer wieder behauptet, daß es sich nicht um winzige Mengen, sondern um einige Hunderttausende von Feuerwaffen handelt, die sich heute noch in den Händen der Einwohnerwehren und der sonstigen Organisationen finden? Was wird man dann tun, wenn diese Organisationen fortbestehen bleiben, aber die Schießerei und Soldatenspielerei vorübergehend aufgeben? Können dann diese Organisationen im Besitz der Waffen bleiben oder sollen sie sie dann auch abliefern?

In § 2 heißt es:

> Unterrichtsanstalten, Universitäten und Kriegervereinen, Schützengilden, Sport- oder Wandervereinen, überhaupt Vereinigungen jeder Art ist (D) verboten, sich mit militärischen Dingen zu befassen sowie sich mit dem Reichswehrministerium oder einer anderen militärischen Behörde in Verbindung zu halten.

Verehrte Anwesende! Das ist im Friedensvertrage bestimmt, aber auf der andern Seite wissen wir doch ganz genau, daß ein **Austausch von Waffen**, Maschinengewehren usw. **mit den konterrevolutionären Banden in Tirol** von den militärischen Stellen in Bayern stattgefunden hat.

Der § 3 läßt es vor wie nach und auch **für Bayern** zu, daß ein **Landes- oder Bezirkskommissar** mit der Ausführung des Gesetzes beauftragt wird. Das war ja schon jetzt der Fall. Ich möchte sagen: wenn die §§ 3, 4 und 5 zur Annahme gelangen, wie sie in diesem Gesetzentwurf stehen, so bedeutet das nichts anderes als eine vollständige Kapitulation der Reichsregierung vor der Regierung Kahr oder, besser gesagt, vor den Hintermännern der Gegenrevolution, die sich hinter der Regierung Kahr verbergen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So liegen doch die Dinge und nicht anders.

Was soll denn dann geschehen, wenn die im § 5 geforderten Landeskommissare, die auf Grund des § 3 bestellt sind, die Anordnungen nur im Benehmen mit den obersten Landesbehörden treffen können? Denken Sie, der Herr Reichsminister des Innern sendet einen Landeskommissar nach Bayern und läßt die Entwaffnung vornehmen. Er kann das nur, wenn er dies im Benehmen und in Verbindung mit der obersten Landesbehörde, also mit dem Ministerium Kahr betätigt, mit demselben Ministerium Kahr, das nicht nur offen Sabotage treibt, sondern das letzten Endes direkt oder wenigstens indirekt dazu auffordert, daß man sich diesem Verlangen der Reichsregierung ernsthaft und entschieden widersetzen müsse.

(**Soldmann** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Werte Anwesende! Weiter heißt es im § 6:

Im Falle des Verbots einer Vereinigung sind alle Militärwaffen der Vereinigung sowie alle sonstigen für die im § 1 erwähnten Zwecke bestimmten Gegenstände der Vereinigung zugunsten des Reichs zu beschlagnahmen und einzuziehen.

Gibt es denn — und das muß man annehmen — auf Grund des klaren Wortlautes dieses § 6 auch künftighin, trotz dieses neuerlichen Gesetzes über die Durchführung der Artikel 177, 178 des Friedensvertrags, weiterhin Vereinigungen, die fortbestehen können, die die Waffen behalten dürfen? Hier komme ich tatsächlich zu dem Schluß: Man will einzelnen Organisationen die Waffen lassen; man will dem § 1 keine andere Fassung geben, um damit verdecken und bemänteln zu können, daß man hier nicht ernsthaft vorzugehen bereit ist.

Der Herr Edle v. Braun hat unter anderem erklärt, daß ein glattes Nachgeben auf diesem Gebiete die Staatsautorität untergraben müsse, und er befürchtet die **Untergrabung der Staatsautorität** ganz besonders in Bayern. Das klingt um so komischer von einem Manne, der der bayerischen Regierung äußerst nahesteht, die doch letzten Endes auf gesetzwidrige Weise überhaupt zur Macht gelangt ist.

(Zurufe von der Bayerischen Volkspartei.)

Wenn man von der Staatsautorität spricht, muß man doch etwas mehr reine Wäsche haben, als das hier der Fall ist. Der Herr Edle v. Braun hat ja in seiner Rede auch den Herrn Minister Dr. Simons für sich einzunehmen gewußt, indem er erklärte, der Herr Minister Simons hätte selbst auf seiner Reise nach Süddeutschland gesagt, daß Pariser Diktat sei unannehmbar.

Werte Anwesende! Neuerdings machen sich in der rechtsstehenden Presse von der Bayerischen Volkspartei bis zu den Organen der Schwerindustrie immer mehr die (B) Stimmen breit, die dafür eintreten, daß man es eben auf eine Revanche ankommen lassen müsse. Man erklärt, die Entente habe sich nicht an die Bestimmungen und Bedingungen des Friedensvertrags gehalten, und aus dem Grunde hätten wir am allerwenigsten irgendwelchen Anlaß, hier eine Änderung eintreten zu lassen. Ich bin überzeugt, daß dieses eigensinnige Verharren der bayerischen Regierung sehr wohl das nach sich ziehen kann, was der Herr Kollege Hoffmann bereits angeführt hat, daß eine weitere Besetzung deutschen oder auch bayerischen Gebiets

(Lachen bei der Bayerischen Volkspartei)

vor sich gehen kann und vor sich gehen wird, wenn man einfach in dieser Form verfährt, das heißt, wenn man die Bedingungen des Friedensvertrags nicht erfüllt, die sich bei einigermaßen gutem Willen erfüllen ließen.

(Lachen und Zurufe bei der Bayerischen Volkspartei.)

Was den **Eingriff in die Verfassung der Länder** angeht, von der der Herr Minister Simons gesprochen hat und zu dem Herr v. Braun erklärte, daß man hier unter allen Umständen darauf bestehen müsse, hier wirklich so zu verfahren, wie dies bei einer Verfassungsänderung notwendig erscheint, so hört sich das wundervoll an, und zwar um so mehr, als dies von einer Seite aus geschieht, die der bayerischen Regierung nahesteht.

Werte Anwesende! Ich möchte zum Schluß kommen, und folgendes sagen. So notwendig im Interesse der arbeitenden Klassen die Entwaffnung der konterrevolutionären Organisationen auch sein mag, so sind wir doch der Meinung, daß der vorliegende Entwurf nicht nur völlig untauglich ist, sondern daß die Reichsregierung auch gar nicht ernsthaft gewillt ist, gegen die bewaffneten konterrevolutionären Organisationen, wie die Orgesch, die Orka, die nationalistischen Studentenvereinigungen usw., vorzugehen. Die Handhabung des Entwaffnungsgesetzes bestärkt uns in dem Glauben, daß man der Entente gegenüber heute nur den Schein wahren will, im übrigen aber alles (C) beim alten lassen möchte. Wenn keine klare Fassung dieses Gesetzentwurfs erfolgt, dann muß ich schon erklären, daß wir ihn abzulehnen gezwungen sind, da wir in ihm nur einen Bluff, ein Täuschungsmanöver, eine Irreführung der öffentlichen Meinung erblicken.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hamm.

Hamm, Abgeordneter: Meine Herren und Frauen! Ich hätte keinen Anlaß, jetzt zu sprechen, wenn nicht der Herr Abgeordnete Hoffmann uns bayerische Demokraten besonders herausgefordert hätte. Ich beschränke mich auf die Abwehr dieser Herausforderung. Herr Hoffmann hat von Bayern gesprochen als dem Lande der höchsten Berge, des besten Biers und der schlechtesten Demokraten. Nun ist es so eine eigene Sache mit Werturteilen über landsmannschaftliche Abschattungen innerhalb einer Partei.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die verehrten Kollegen erinnern sich ja vielleicht selber noch eines Parteitags in München einst, wo Herr Bebel von München als Capua und seinen Einflüssen sprach; er hatte damit nicht die Demokraten, sondern die Sozialdemokraten im Auge. Ich teile dieses Urteil nicht. Aber die Frage der landsmannschaftlichen Abschattungen müßte doch schon nach diesem Beispiel mit etwas mehr Vorsicht behandelt werden.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Es war ja einmal in Bayern die Rede von der **Königlich Bayerischen Sozialdemokratie** unter Führung des Herrn v. Vollmar. Das war nicht die schlechteste Zeit, und vielleicht waren die Königlich Bayerischen Sozialdemokraten damals demokratischer als jetzt, ihre Demokratie fester, als in der Zeit, wo Herr Hoffmann — das sage ich zu seiner Ehre — alle Mühe und alle Kraft anwenden mußte, (D) um seine Parteigenossen oder wenigstens die überwiegende Zahl im Lager der gefährdeten Demokratie zu halten,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

in einer bedrohten und gefährlichen Zeit, als es für unsere Freunde irgendein Schwanken und irgendeinen Zweifel über ihre Stellung und ihre Pflicht nicht gab. Damals hatten wir allerdings keine Waffen, damals haben Sie nach den Waffen und nach dem Bürgertum gerufen, damit Sie auf diese Weise wieder Gelegenheit bekamen, Demokraten zu sein.

(Sehr richtig!)

Wenn wir Demokraten auch jetzt in diesen Dingen von einer anderen Auffassung erfüllt sind als Sie, so liegt das darin, daß wir uns allerdings zu der Waffenfrage innerlich anders einstellen, als es vielleicht links von uns geschieht. Darin, daß wir **Wehr und Demokratie** als eine innere Einheit betrachten, als eine Einheit, die ohne Schaden für die Demokratie nicht gelöst werden kann. Meine Herren, ist es schlimm, ist es undemokratisch, wenn wir und Hunderttausende das Schmerzliche und das Bittere der Art. 177 und 178 zutiefst empfinden? Ist es schlimm oder ist es undemokratisch, wenn man trachtet die Einwohnerwehren, solange der Staat nicht aus sich selbst heraus die notwendigen Machtmittel aufbringt, in ihrem inneren Wesen ihrem Zweck zu erhalten, der darauf gerichtet sein muß, mit veränderlichen Mitteln die gleichbleibende Aufgabe des absoluten Schutzes der Sicherheit und der Staatsordnung der Demokratie zu unterstützen?

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Erinnern doch auch Sie sich an die Zeiten, wo die **Einwohnerwehr** als **eine demokratische Wehr** entstand, gerufen, gebilligt und gebildet mit von Führern Ihrer eigenen Partei!

(Sehr wahr! rechts.)

(Hamm, Abgeordneter.)

(A) Ich erinnere mich noch sehr wohl der Zeit, als mir in den ersten Tagen der Regierung in Bamberg ein Mann Ihrer Partei aus dem Kreise der nächsten Ratgeber des damaligen Ministerpräsidenten Hoffmann eine abfällige Bemerkung über die **Haltung des Bürgertums in München** machte, dem doch die Waffen genommen waren. Ich erinnere mich noch sehr wohl der Zeit, da aus Ihren Reihen heraus die anderen Parteien so dringlich aufgefordert wurden, doch in allen Kreisen mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß wieder Waffen die Männer in die Hand bekämen,

(lebhafte Zurufe rechts: hört! hört!)

um die Demokratie aufzurichten. Meine Herren und Frauen! So müßten nach den leider fehlgeschlagenen früheren Versuchen des Herrn Auer auch die anderen Männer, die dann die Staatsordnung in Bayern wieder aufzurichten trachteten, vorgehen, Herr Hoffmann, Herr Endres mußten zu denselben Mitteln greifen,

(hört! hört! rechts)

und im Grunde genommen liegt hierin geschichtlich eine gewisse Verbindung, wenn sie auch manchen von links jetzt etwas unangenehm sein mag, zwischen den Namen Hoffmann und Kahr und Escherich.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Wenn wir bayerischen Demokraten aus dem Erlebnis dieser Zeiten, aus der Zeit des Tiefstandes der Demokratie,

(Zuruf von der äußersten Linken)

— mit Ihnen rechte ich darüber nicht, diese Zeit der Anarchie war ja Ihre Zeit, die Zeit der Eisner-Garde —

(sehr richtig! rechts)

wenn wir grundsätzlich und wenn aus dieser Zeit heraus Hunderttausende noch ganz besonders diesen staatsbürgerlichen allgemeinen Wehrgedanken mit dem Herzen erfaßt haben, kann Demokratie daraus keinen Vorwurf machen.

(B) Sie könnte einen Vorwurf machen nur dann, wenn wir darüber die Pflichten, namentlich auch die außenpolitischen Pflichten, dem Reiche gegenüber versäumt hätten und versäumen würden und die Pflicht gegenüber der demokratischen Ordnung dieses Staatswesens. Wir hatten und haben allerdings nicht alles Gehaben und jede Äußerlichkeit gebilligt, die sich in Bayern zugetragen hat, wir waren an unserem Teile bemüht, Gegensätzlichkeiten fernzuhalten und auszuräumen, so daß jeder, der ehrlich auf dem Boden der demokratischen Staatsordnung steht, praktisch, so wie es grundsätzlich gewährleistet ist und in vielen Fällen auch tatsächlich geschieht, vorbehaltlos der Einwohnerwehr zugehören kann. Wir haben das Unsere getan, um die Dinge in die rechte Reihe der Besonnenheit und Klugheit zu bringen,

(Zuruf links)

— auch das, und wenn Sie dazu Ausstellungen machen, so fragen Sie sich, ob die psychologischen Schwierigkeiten bloß auf der einen Seite ihren Grund hatten und ob sie nicht zu einem Teile auch von der anderen Seite hervorgerufen wurden,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und erinnern Sie sich, wieviel davon letzten Endes zurückzuführen ist auf die Erfahrungen, deren gedankliche Urheber und gedankliche Väter hier in diesem Hause auf der äußersten Linken ihren Platz haben,

(sehr richtig! rechts — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Was ist seit Mai 1919 in Bayern geschehen?)

— das ist die Umkehrung des berühmten post hoc propter hoc, nichts anderes!

Meine Herren und Frauen! Ich sage also, daß wir uns an unserem Teile immer darum bemüht haben, die Dinge ins sichere Geleis ruhiger Betrachtung zu bringen,

(Zuruf links)

(C) auch dem Ausnahmezustand gegenüber, an dem wir wahrhaftig keine Freude haben, auch hier sind wir bemüht, daß der Staat die Ordnung wieder mit den regelmäßigen Mitteln der Gesetzgebung halten könne und alsbald halten möge.

Hier aber handelt es sich nicht so fast um eine Gesinnungsfrage, es handelt sich mehr um die **außenpolitische Frage** nüchterner, kalter Überlegung und Vernunft, was wir tun müssen, um dem Reiche die Fortführung seiner Politik zu ermöglichen und zu gewährleisten, die, wenn ich recht hörte, auch von der Rechten eine prinzipielle Anfechtung in den letzten Tagen nicht erfahren hat. Seien Sie überzeugt, daß auch wir bayerische Demokraten als die erste Pflicht den Dienst an der Einheit und Festigkeit des Deutschen Reichs erkennen und unter allen Umständen üben werden.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsaußenminister.

Dr. **Simons,** Reichsminister des Äußern: Meine Damen und Herren! Die Worte des letzten Herrn Redners geben mir nur Anlaß zu lebhafter Beistimmung.

(Heiterkeit links.)

Es ist aber notwendig, einiges zu den Rednern zu sagen, die vor dem Herrn Abgeordneten Hamm gesprochen haben. Das ist zunächst die Bemerkung eines der Herren, daß ich durch meine Ausführungen bekundet habe, ich stimme nicht überein mit dem Herrn Reichsminister des Innern in dem Inhalt der Paragraphen des hier vorgelegten Gesetzentwurfs, weil er mir nicht weit genug ginge. Das ist nicht richtig; ich halte dafür, daß außenpolitisch diese Bestimmungen weit genug gehen. Ich habe das auch, soweit es in allgemeiner Form geschehen konnte, begründet. Wenn sich in den kommissarischen Beratungen über den Einzelfall noch Zweifel ergeben sollten, bin ich bereit, auf diese Zweifel einzugehen, ich bin auch gern bereit, mich belehren zu lassen. (D)

Ich möchte dann noch erwidern auf einige Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Edlen v. Braun. Er hat es wieder so dargestellt, als wenn ich es gar nicht erwarten könnte, bis ich den Gegnern auf ihre Zwangsgebote zu Gefallen sei. Wer das glaubt, weil ich mich hier kühl und nüchtern und ruhig ausdrücke, der verkennt mich schwer. Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich nicht zu meiner Bequemlichkeit, daß ich mich einverstanden erklärt habe, gerade jetzt diesen Gesetzentwurf vorzubringen, denn etwas Schwierigeres für einen Außenminister, als diesen Gesetzentwurf jetzt vorzubringen, kann ich mir nicht vorstellen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und der Bayerischen Volkspartei.)

Ich habe es nur getan aus Pflichtgefühl für mein deutsches Vaterland, weil ich glaube, daß die **Einbringung dieses Gesetzentwurfs außenpolitisch nötig** ist. Wie sie innenpolitisch bearbeitet wird, das hat der Reichsminister des Innern zu bestimmen und zu sagen. Aber glauben Sie mir, meine Herren, es wäre mir viel lieber, wenn dieser Gesetzentwurf lediglich mit innenpolitischen Erwägungen begründet werden könnte. So, wie die Weltlage augenblicklich ist, war dies leider unmöglich. Wir sind nicht frei in unseren Entschließungen, **wir sind gefesselt durch den Vertrag von Versailles**. Wir werden diese Fesseln auch nicht dadurch von uns abstreifen können, daß wir hier stolz erklären: Ihr habt den Vertrag verletzt; er gilt nicht mehr für uns. Denn um das erklären zu können, muß man auch die Macht hinter sich haben, und ich bin nicht der Mann, der jetzt vorschlüge, gegenüber der technischen gewaltigen Übermacht unserer Gegner — es sei denn in

(Dr. Simons, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) allerletzter Not — unsere junge Mannschaft, die dem Kriege entgangen ist, nochmals zum Opfer zu bringen.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Die werden sich auch dafür bedanken!)

— Das glaube ich,

(erneute Zurufe von den Vereinigten Kommunisten)

und deswegen fühle ich mich verpflichtet, den Forderungen der Gegner in denjenigen Punkten, die ich außenpolitisch für unumgänglich halte, nachzukommen, trotz des inneren Widerstrebens, das auch ich empfinde.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Remmele hat das Wort.

Remmele, Abgeordneter: Ich glaube, zu der Selbstcharakterisierung, die Herr Abgeordneter Hamm für die Demokratie hier in diesem Hause gegeben hat, braucht man nichts mehr hinzuzufügen. Wenn er diese Demokratie mit all den Dingen, die sich in Bayern ereigneten, begründet, wenn er dafür eintritt, daß das Demokratie heißt, so sage ich: diese Demokratie besagt, daß die **weiß-blaue Schmach** viel schändlicher ist als die schwarze Schmach — —

(Erregte Rufe rechts: Unerhört! — Sehr richtig! Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Erregte Pfuirufe rechts. — Große Unruhe und Lärm.)

Ich wiederhole, daß die weißblaue Schmach viel schändlicher ist als die schwarze Schmach im besetzten Gebiet — —

(Andauernde lärmende Unterbrechungen. — Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Erregte Rufe rechts: Gehen Sie raus! — Lebhafte Gegenrufe bei den Vereinigten Kommunisten. — Stürmische Pfuirufe rechts und bei der Bayerischen Volkspartei. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Ruhe da drüben! Andauernde Unterbrechungen. — Glocke des Präsidenten.)

(B) Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Remmele, ich muß Sie dringend ersuchen, derartige Wendungen zu unterlassen! Sie sind parlamentarisch unzulässig.

Remmele, Abgeordneter: Herr Präsident, ich kann nur sagen, was Tatsache ist. Das ist meine persönliche Überzeugung. Was ich hier behaupte, das sind die Erfahrungen, die man dort an Ort und Stelle macht, die man in Bayern macht, und das sind die Erfahrungen, die man macht im besetzten Gebiet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten. — Lärm rechts. — Erregter Widerspruch von der Bayerischen Volkspartei.)

Ich habe wiederholt meine politische Tätigkeit in den besetzten Gebieten entfaltet, und ich habe genau dieselbe Tätigkeit entfaltet unter der weiß-blauen Schmach in Bayern

(tosender Lärm rechts, im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und der Bayerischen Volkspartei)

und kann daher aus diesen Erfahrungen in Bayern heraus sagen: die weiß-blaue Schmach in Bayern ist viel schändlicher als die schwarze Schmach in den besetzten Gebieten.

(Stürmische Pfuirufe. — Andauernder tosender Lärm. — Glocke des Präsidenten. — Erregte Rufe und Gegenrufe zwischen der Rechten und der äußersten Linken. — Stürmischer Wortwechsel zwischen der Rechten und dem Redner.)

— Sie sind der Massenmörder!

(Andauernde große Erregung. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte um Ruhe, meine Damen und Herren!

(Erregte Rufe rechts und von der Bayerischen Volkspartei: Solche Beschimpfungen lassen wir uns nicht gefallen! Wiederholte Rufe: Hinaus mit dem Redner! — Gegenrufe von der äußersten Linken: Das sagt ausgerechnet der Massenmörder Helfferich!)

Ich bitte Platz zu nehmen, meine Damen und Herren! (C)

(Andauernde stürmische Rufe: Der darf nicht weiterreden!)

— Ich bitte, es mir zu überlassen, die Ordnung des Hauses aufrechtzuerhalten und darüber zu entscheiden, ob der Redner weiter sprechen darf.

(Stürmische Zurufe. — Andauernde große Unruhe.)

Herr Abgeordneter Remmele, ich hatte Sie vorhin ersucht, Ihre Ausführungen über die „weiß-blaue Schmach" als unparlamentarisch zu unterlassen. Sie haben trotzdem den Ausdruck wiederholt. Ich muß Sie wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung rufen.

(Rufe von den Vereinigten Kommunisten: Recht hat er trotzdem!)

Remmele, Abgeordneter: Herr Präsident, ich ersuche Sie — —

(Andauernde stürmische Unterbrechungen. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte nunmehr wiederholt um Ruhe und ersuche den Herrn Redner, fortzufahren!

(Erregte Rufe rechts: Nein! Nein! — Lachen bei den Vereinigten Kommunisten. — Andauernder stürmischer Wortwechsel zwischen der Rechten und den Vereinigten Kommunisten.)

Remmele, Abgeordneter: Solche Hochverräter, wie Ihr zusammen seid, — —

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Stürmische Pfuirufe rechts. — Langdauernder Wortwechsel zwischen der Rechten und der äußersten Linken.)

— Ihr werdet mich nicht beschimpfen!

(Andauernder Lärm. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Remmele, es ist vorhin von Ihnen ein Ausdruck gebraucht worden, der in diesem Augenblick infolge des Lärms hier nicht gehört werden konnte. Sie haben, zur Rechten gewandt, den Herren vorgeworfen, daß sie Hochverräter seien. Das ist unparlamentarisch. Ich rufe Sie zur Ordnung! (D)

(Erregte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Dort drüben hat man „Lump" und alles mögliche gerufen! Rügen Sie das doch auch!)

— Ich werde jede Unterbrechung und jede Störung der Ordnung, von welcher Seite sie auch kommen möge, selbstverständlich ebenso auf der einen wie auf der anderen Seite rügen. Ich glaube aber, es würde der Würde und der Ordnung des Hauses mehr entsprechen, wenn jetzt von allen Seiten Ruhe gehalten und der Redner angehört wird.

(Rufe von den Deutschen Demokraten: Auf die Plätze! — Andauernde große Erregung.)

Remmele, Abgeordneter: Ihr (nach rechts) habt Eure 12 Milliarden jetzt weg, Ihr könnt jetzt schreien!

Ich sage: wenn die Zustände, die wir gegenwärtig in Bayern haben, die Demokratie der Demokraten darstellen, dann ist das die beste Charakterisierung der Demokratie überhaupt.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Keine Worte der Kritik und der Verurteilung reichen an die Charakterisierung heran, die gerade Herr Hamm hier vorgetragen hat. Ich will mich aber der Gesetzesvorlage zuwenden

(lebhafte Rufe: Höchste Zeit!)

und mit ganz dürren Worten sagen, was hier vorliegt. In dieser Gesetzesvorlage liegt vor, was wir wiederholt in diesem Hause erlebt haben, beim Entwaffnungsgesetz und bei allen diesen Dingen. Auch diese Gesetzesvorlage ist genau wie alle jene anderen Vorlagen ein Schwindel für die Täuschung der Öffentlichkeit.

(Unruhe.)

Diese Gesetzesvorlage, die gar nichts besagt, — —

(Glocke des Präsidenten.)

(A) Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Remmele, ich muß Sie dringend ersuchen, derartige unparlamentarische Ausdrücke zu unterlassen.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten.)

Remmele, Abgeordneter: Dazu möchte ich nur sagen, daß in dieser Vorlage aber auch gar nichts enthalten ist, was zur Handhabe dessen dienen kann, was man in der Begründung angibt. In Wirklichkeit stehen die Dinge so: Die Entwaffnung und die Beseitigung bewaffneter Horden und Banden in Deutschland

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

wird nicht durch die papiernen Paragraphen, die hier gemacht werden, geschehen, sondern erst, wenn die Arbeiterschaft mit diesen Dingen in Deutschland aufräumt.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen und Zurufe rechts.)

Was sagen Sie denn mit dieser Vorlage? Wird hier etwa, wie es im Friedensvertrag heißt, bestimmt, daß diese „Organisationen", wie sie genannt werden, aufgehoben werden sollen? Nein, hier wird gesagt, der Regierung, dem Minister des Innern soll die Aufgabe gestellt werden, dieses oder jenes zu tun. Wenn man die Dinge wirklich ernstlich in die Hand nehmen wollte, würde man klar zum Ausdruck bringen: die Organisationen sind verboten, und die Exekutivgewalt des Staates, hat die Pflicht, dieses Gesetz zur Durchführung zu bringen. Aber warum wird das so gemacht? Deswegen, damit, genau wie beim Entwaffnungsgesetz, die Handhabe geboten ist, daß es in das Belieben des Ministeriums und einiger Beamten gestellt wird, was aus den papiernen Paragraphen zu machen ist. Der § 6 besagt ausdrücklich: im Falle des Verbots einer Vereinigung — also die Vereinigungen werden gar nicht schlechtweg verboten —

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

(B) sondern es heißt ausdrücklich: Wenn es dem Herrn Minister einfällt, eine solche Organisation zu verbieten —, erst dann treten diese Bestimmungen in Kraft. Ja, wenn man wirklich das, was man in der Begründung angibt, hätte machen wollen, dann hätte man ein Verbot aussprechen und dieses Verbot durch die Staatsexekutive durchführen müssen. Aber selbst ein solches Gesetz hätte nicht hingereicht, die bewaffnete Reaktion und ihre Organisationen zu beseitigen. Denn bis in die **höchsten Stellen** derjenigen Organe, die über die Gesetze wachen sollen, sitzen ja die **Häuptlinge der Orgeschbanden** und der bewaffneten Organisationen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie, die darüber wachen sollen, daß die Entwaffnung durchgeführt wird, sind selbst die Organisatoren.

Ich verweise darauf, daß erst vor vier Wochen die Nachricht durch die Presse ging, daß hier **in Berlin** große **Waffenlager** aufgehoben worden sind, wo es sich um Tausende von Gewehren, große Massen von Munition, Maschinengewehren usw. gehandelt hat. Wer waren die, die die Schiebungen dieser Waffen durchgeführt haben? Es waren die Beamten, die in der Staatsanwaltschaft sitzen. Ich meine, das kennzeichnet ganz klipp und klar, was wir von diesen Staatsorganen zu erwarten haben.

Es ist der Zwischenruf gefallen „die Rote Armee", die in jener Phantasie steckt, die jetzt zu den verschiedensten Verhandlungen geführt haben. Dazu ist es ja sehr interessant, daß heute noch die **Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920** besteht, jene Verordnung, die erlassen worden ist, weil sich die Söldnerheere der Ehrhardt und Aulock geweigert haben, ihre Organisationen aufzuheben beziehungsweise sich deren Entwaffnung widersetzt haben. Der Reichspräsident erließ eine Verordnung, mittels deren diese Kreise getroffen werden sollen. Was hat man aber mit dieser Verordnung gemacht? Auf Grund dieser Verordnung hat ein einziger Prozeß stattgefunden gegen die, gegen die sie erlassen ist, gegen die (C) Leute um Ehrhardt und Aulock, während Dutzende von Prozessen stattgefunden haben gegen Arbeiter, denen man eine Rote Armee andichtete,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

Prozesse, bei denen man Arbeiter monatelang in den Gefängnissen herumgeschleppt hat und sie dann zum größten Teil auf freien Fuß setzen mußte, Rote Armeen, wie sie jetzt nachgewiesen wurden in Cassel, wo auf Grund von Spitzelberichten, von Unterschiebungen eine Anzahl von Arbeitern verurteilt wurden. So wurde mit dieser Verordnung, die dort vom Reichspräsidenten verfügt wurde, Schindluder getrieben. Es bestehen nur zwei Möglichkeiten: entweder hat der Reichspräsident bei dem Erlaß dieser Verordnung bereits ins Auge gefaßt gehabt, daß dieser Erlaß ein Schwindel sein soll, wie auch diese Verordnung Schwindel sein soll zur Täuschung der Öffentlichkeit, oder aber der Reichspräsident hat es ehrlich gemeint und hat die Verordnung erlassen, um wirklich die reaktionären bewaffneten Organisationen zu treffen —, dann hat eben die Regierung durch Ausnahmegerichte diese klare Verfügung des Reichspräsidenten in das umgemünzt, was sie heute ist. Wir erwarten, daß, wenn Sie diesem Gesetzentwurf, wie er vorliegt, überhaupt eine Bedeutung und einen Sinn geben wollen, Sie unter allen Umständen auszusprechen haben, daß die jetzt noch bestehende verfassungswidrige Verordnung des Reichspräsidenten aufzuheben ist. Diese Verordnung mag wohl bei ihrem Erlaß mit den damaligen Dingen bei der Weigerung der konterrevolutionären Truppenteile in Übereinstimmung mit den sogenannten Staatsnotwendigkeiten gestanden haben, sie darf aber nicht mehr jetzt angewendet werden gerade gegenüber den entgegengesetzten Kreisen, die die Versuche jener Truppenteile abwehren wollten. Wir erwarten jedenfalls, daß die Regierung mit dem Erlaß dieses Gesetzes unter allen (D) Umständen die Verfügung des Reichspräsidenten aufhebt.

Der Gesetzentwurf, der uns vorliegt, ist für uns unannehmbar, wie uns überhaupt alle die papiernen Paragraphen nicht über die Zustände, in denen wir uns befinden, hinweghelfen. Kein Gesetz wird imstande sein, heute die Konterrevolutionäre zu entwaffnen. Kein Gesetz wird imstande sein, das durchzuführen, was hier angegeben worden ist. Es wird vielmehr die Aufgabe der Arbeiterschaft sein, das zur Tatsache zu machen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir handeln dabei nicht angetrieben und veranlaßt durch die Entente. Das Diktat von Versailles und alle Friedensverträge können uns bei dem, was wir zu tun haben, nicht beeinflussen.

(Zuruf rechts: Das Diktat von Moskau!)

— Sehr richtig! Das Diktat von Moskau.

(Lachen rechts. — Hört! Hört! bei den Regierungsparteien.)

Das Diktat von Moskau, das den Arbeitern in allen Ländern diktiert: ihr habt in eurem Lande die Revolution zu machen, damit wir zur Befreiung der Unterdrückten kommen. Das Diktat von Moskau ist uns ein Heiligtum, und dieses Diktat von Moskau empfinden wir nicht als einen Druck, sondern als eine Wohltat für die ganze Menschheit.

(Gelächter rechts und bei den Regierungsparteien. — Gegenseitige Rufe zwischen den Vereinigten Kommunisten und rechts.)

Ich will nur noch zum Ausdruck bringen, daß die Zustände, wie sie heute auch in diesem Hause wieder von den verschiedensten Parteien geschildert worden sind, bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs einer Kritik unterzogen werden müssen. Die Beseitigung dieser Zustände erwarten wir nicht von diesem Parlament, erwarten wir auch von keiner Gesetzesvorlage, die hier gemacht wird;

(Remmele, Abgeordneter.)

(A) diese Zustände können nur beseitigt werden durch die Kraft und durch die Tat der deutschen Arbeiter.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Zukunft wird beweisen, daß die deutschen Arbeiter mit diesen Zuständen aufräumen werden.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon (Schwaben).

Simon (Schwaben), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der Herr Kollege Hamm es für notwendig gehalten hätte, meinem Fraktionsfreund, dem Herrn Kollegen Hoffmann, einige Liebenswürdigkeiten zu sagen. Ich verstehe ja das Bestreben des Herrn Kollegen Hamm, seine Regierung nach Möglichkeit zu decken, da er sich doch gewissermaßen als mitschuldig fühlen muß. Zweifellos halten sich die Regierung Kahr und damit auch der Demokrat, der in der Regierung sitzt, verpflichtet, gemeinsam ihre Politik zu decken. Aus diesem Grunde ist es ja an und für sich begreiflich, wenn der Herr Kollege Hamm hier in der Art und Weise auftritt, wie er es eben getan hat.

Nun hat er aber vollständig vergessen, daß unser Fraktionsredner die ganze Angelegenheit vom außenpolitischen Standpunkt aus behandelt hat. Unser Fraktionsredner hat auf die Folgen hingewiesen, die sich aus der Politik, wie sie in Bayern getrieben wird, für das ganze deutsche Volk schließlich ergeben. Jedenfalls wäre es zu verlangen, daß, gerade weil der Bestand des Reichs gefährdet ist, auch die Demokraten sich nicht weigern sollten, diese Gefahr vom deutschen Volk abzuwenden.

Nun hat weiter der Herr Kollege Dr. Hamm und auch der andere Herr Vorredner Edler v. Braun darauf (B) hingewiesen, daß ja die **Einwohnerwehr in Bayern** eine **Schöpfung der Sozialdemokratie** und insbesondere des damaligen Ministerpräsidenten Hoffmann gewesen sei.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Das soll ohne weiteres zugegeben werden; es hätte gar keinen Sinn, es zu bestreiten. Aber es muß doch festgestellt werden, daß die damalige Organisation unter einem ganz andern Gesichtspunkt geschaffen wurde und es vollständig verkehrt gewesen ist, diese damals geschaffene Organisation zu einer militärischen Organisation und zu einem Instrument, das nicht zum Ortsschutz, sondern einseitig gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist, auszubauen. Es besteht also ein großer Unterschied zwischen damals und jetzt.

Es könnte auch, meine ich, dem Herrn Dr. Hamm durchaus nicht unbekannt sein, daß es damals gerade seine Partei und Vertreter seiner Partei wie auch Vertreter der Bayerischen Volkspartei gewesen sind, die an den damaligen Kollegen Hoffmann herangetreten sind und ihn händeringend gebeten haben, die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen, weil sie selbst gar nicht imstande waren, in irgendeiner Weise durchzukommen, und jeden Einfluß auf die Massen verloren hätten. So lagen die Dinge damals. Deshalb ist es vollkommen abwegig, die damals geschaffene Einwohnerwehr oder Ortswehr mit der heutigen Einwohnerwehr zu vergleichen und damit die Einrichtung der heutigen Einwohnerwehr als notwendig hinzustellen. Das muß hervorgehoben werden.

Im übrigen haben wir die Verpflichtung, diese Organisationen zu beseitigen, durch den Friedensvertrag und auch durch das Abkommen von Spa übernommen. Diese Verpflichtung müssen wir halten. Deshalb möchte ich ebenfalls bitten, dafür zu sorgen, daß diese Vorlage nach den allerdings notwendigen Verbesserungen im Ausschuß angenommen wird.

Ich beantrage weiter, daß diese Vorlage an einen (C) besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern verwiesen wird.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Es ist der Antrag gestellt worden, entsprechend den heutigen Beschlüssen des Ältestenausschusses die Vorlage an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Falls kein Widerspruch erfolgt — ein solcher erfolgt nicht —, stelle ich das Einverständnis des Hauses dahin fest, daß die Vorlage an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern verwiesen wird.

Wir gehen dann über zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar

Haushalt des Reichsministeriums des Innern nebst Ergänzung (Anlage V).

Mündliche Berichte des Ausschusses für den Reichshaushalt Nr. 1333, 1501 der Drucksachen.

Berichterstatter Abgeordneter D. Dr. Schreiber.

Anträge Nr. 1497 (berichtigt), 1498, 1499, 1504, 1534, 1618, 1622, 1624, 1625, 1626, 1632, 1633, 1635, 1636, 1645, 1646, 1647, 1649.

Die Beratung wird fortgesetzt mit Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter: Ich bitte Sie, im voraus erledigen zu wollen Nr. 1647 der Drucksachen. Die Drucksache besagt: (D)

Der Reichstag wolle beschließen:

Kapitel 11 (Reichswanderungsamt) an den Hauptausschuß zurückzuverweisen.

Ich bitte, diese Verweisung vornehmen lassen zu wollen, und zwar aus einem praktischen Grunde. Wir beraten morgen im Hauptausschuß den Etat des Reichsministeriums des Innern, und es erweist sich als zweckmäßig, die Materie des Reichswanderungsamtes mit der Beratung dieses Etats im Hauptausschuß zu verbinden. Deshalb möchte ich beantragen, dieser Entschließung auf Drucksache Nr. 1647 zu entsprechen, damit die Materie morgen früh im Ausschuß zusammen mit dem Etat des Ministeriums des Innern beraten werden kann.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Ich habe noch den Beschluß des Ältestenausschusses mitzuteilen, wonach für die erste Rednerreihe eine Redezeit von 45 Minuten und für die zweite Rednerreihe eine solche von 30 Minuten vorgesehen ist.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten: Das ist kein Beschluß, sondern nur eine Anregung!)

Zur Orientierung des Hauses darf ich mitteilen, daß für die erste Rednerreihe noch 3 Mitglieder und für die zweite 7 Mitglieder gemeldet sind, und daß der dringende Wunsch besteht, möglichst heute noch mit dem Ministerium des Innern fertig zu werden. Ich bitte deshalb die Damen und Herren, die sich zum Wort gemeldet haben oder sich etwa noch melden werden, auf unsere außerordentlich beschränkte Zeit Rücksicht zu nehmen. Es sind weiter noch zu den einzelnen Kapiteln und Titeln 16 Redner bisher gemeldet worden.

Gerade mit Rücksicht darauf bittet der Ältestenausschuß — und läßt es durch mich wiederholen —, daß

(Vizepräsident Dr. Bell.)

(A) sich die Damen und Herren, die reden wollen, möglichster Kürze befleißigen.

Ich darf wohl das Einverständnis des Hauses feststellen, daß, dem Antrage entsprechend, das Kap. 11 dieses Etats von der Tagesordnung vorläufig abgesetzt und an den Hauptausschuß zurückverwiesen wird. — Ich stelle das Einverständnis des Hauses fest.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weiß.

Weiß, Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Ich kann gerade nicht behaupten, daß die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern unter besonders glücklichen Verhältnissen vor sich geht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Beratungsgegenstände — wie ich gern zugebe — allerwichtigster Art haben unsere Beratungen unterbrochen. Wenn wir aber jetzt vor die Aufgabe gestellt werden sollen, die doch auch bedeutsamen kulturpolitischen Fragen unter Umständen in zwei und drei Stunden durchzusprechen, so kommt die Kulturpolitik des Reiches bei den Beratungen außerordentlich kurz weg,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und ich muß sagen: diese Zurückhaltung des Reichstags bei der Beratung dieser Fragen steht in einem krassen Widerspruch zu dem lebhaften Interesse, welches die Reformfragen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Bildungswesens gegenwärtig nicht nur bei Standesorganisationen, sondern bei dem gesamten Volke in allen Gesellschaftsschichten und allen Kreisen in Anspruch nehmen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich bedaure das, zumal wir auch schon bei Beratung des Grundschulgesetzes gesehen haben, daß es eine überaus große Anzahl von Abgeordneten gibt, die geneigt sind, der Beratung kulturpolitischer Fragen nicht das größte Interesse zuzuwenden. Und nun behandeln wir Tag für (B) Tag wirtschaftliche und finanzielle Fragen! Wenn es wahr ist, daß der Wiederaufbau des Deutschen Reichs nur dann möglich ist, wenn zu der wirtschaftlichen Hebung auch die geistige, die sittliche, die körperliche Ertüchtigung des Volkes kommt, dann hat der Reichstag auch die unabweisbare Aufgabe, diesen Fragen gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Deshalb begrüße ich es ganz besonders, daß der Herr Abgeordnete v. Delbrück in seinen einleitenden Bemerkungen und in seiner Würdigung des Etats des Reichsministeriums des Innern aus verwaltungsrechtlichen und staatsrechtlichen Betrachtungen heraus besonders darauf hingewiesen hat, daß eine ganze Umstellung der Verwaltungsaufgaben und der Einrichtung des Reichsministeriums des Innern stattgefunden hat, daß das Ministerium alte Aufgaben zwar abgegeben, aber unendlich wichtige, viele und vielseitige Aufgaben neu hinzugenommen hat. Nur wer von diesem Gesichtspunkte aus die Arbeiten des Ministeriums würdigt, kann demselben gerecht werden. Er wird dann nicht den Vorwurf des Herrn Abgeordneten Dr. Braun unterstützen, daß das Ministerium des Innern in der **„Fabrikation" von Gesetzen** allzu produktiv sei. Wenn ich das Reichsgesetzblatt durchsehe und die Gesetze nehme, die bisher von dem Ministerium des Innern erlassen worden sind, so sprechen auch sie dafür, daß nicht eine besondere Lust zur Gesetzesproduktion, sondern daß die notwendigen Folgen aus dem Kriege, die Folgen, welche die Durchführung des Friedensvertrags mit sich bringt, die Folgen, die in der neuen Struktur des Reichs liegen, dazu gedrängt haben, viele Gesetze sofort zu erlassen.

Ich gestatte mir, Ihnen die wichtigsten Gesetze zu benennen, um an Sie selbst die Frage zu richten, ob wohl die Sozialdemokratie gegen eines dieser Gesetze Einspruch erhoben oder eines dieser Gesetze nicht für notwendig (C) gehalten hätte. Es sind seit dem März vorigen Jahres erschienen: das Reichswahlgesetz, das Gesetz über Thüringen, das Gesetz über die Vereinigung Coburgs mit Bayern, das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten, über die Grundschule, über die Gewährung von Straffreiheit, das Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden, das Lichtspielgesetz, das Gesetz über patentamtliche Gebühren, das Gesetz über das Wahlprüfungsverfahren, das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung und so weiter, — nach meinem Dafürhalten Gesetze, die absolut notwendig waren und erscheinen mußten. Ja, ich bin der Überzeugung, wenn diese Gesetze nicht gekommen wären, so wäre mit Recht der Vorwurf der mangelnden Initiative gegen das Reichsministerium des Innern erhoben worden. Es liegt auch eine gewisse Ironie darin, daß derselbe Herr Abgeordnete selbst den Entwurf eines Gesetzes über den Volksentscheid verlangt hat. Die Frau Kollegin Pfülf wird dazu mit mir der Meinung sein, daß wir das Reichsschulgesetz, das Lehrerbildungsgesetz, das Berufsschulgesetz, ein Jugendwohlfahrtsgesetz, kurzum eine Reihe neuer Gesetze, die das kulturpolitische Gebiet betreffen, baldigst notwendig haben, so daß ich also nicht die Mahnung an den Herrn Minister zu richten habe, mit der „Fabrikation" — ich will mich des Ausdrucks bedienen — Einhalt zu tun, sondern im Gegenteil darauf hinwirken möchte, daß endlich die kulturpolitischen Aufgaben seines Ministeriums energisch in die Hand genommen werden.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Von den verschiedenen Abteilungen, die ich zunächst einer besonderen Würdigung unterziehen möchte, erregt meine besondere Aufmerksamkeit die **Abteilung für Elsaß-Lothringen,** und hier unterschreibe ich, was der Herr Berichterstatter Dr. Schreiber darlegte, daß wir es mit Dank anerkennen sollen, daß Tausende von Beamten durch die Ausgleichsstelle nun endlich eine Anstellung, leider nicht immer (D) eine definitive, gefunden haben. Wenn wir aber hören, daß etwa 1500 bis 1800 Beamte und Lehrer noch keine Anstellung haben, daß sie demnach noch im Jammer und Elend der Ausgewiesenen und Ausgestoßenen leben müssen, so müssen wir es bedauern, daß nicht ein Gesetz erlassen werden konnte, das die Länder und Gemeinden zwingt oder veranlaßt, die Anstellung elsaß-lothringischer Staats- und Gemeindebeamten vorzunehmen.

(Zustimmung vom Regierungstisch.)

Wenn aber die einzelnen **Länder** sich gegen ein solches Gesetz gewehrt haben, weil sie glauben, ihre Hoheitsrechte würden dadurch beeinträchtigt, dann sollten sie wenigstens die **moralische Verpflichtung** in sich fühlen, die **Anstellung elsaß-lothringischer Beamten** in entsprechendem Maße vorzunehmen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Es war gerade kein Ehrentitel, wie ich offen gestehen muß, daß am Anfang Bayern in dieser Beziehung besonders zurückhaltend war; ich danke es dem gegenwärtigen bayerischen Ministerium, daß in dieser Beziehung eine Änderung eingetreten ist.

Unwillkürlich fragt man sich: **wie ist denn im Jahre 1871 Deutschland vorgegangen?** Hat Deutschland auch französische Beamte ausgewiesen, von Amt und Dienst gejagt? — Da haben wir im Ausschuß gehört, daß im Jahre 1871 **nicht einer der elsaß-lothringischen Beamten und Lehrer behelligt** wurde, daß jeder in seinem Amte bleiben konnte, während wir sehen, daß Tausende deutscher Beamten von der „ritterlichen" Nation oft über Nacht aus ihrer Stellung entfernt wurden.

Dazu kommt, daß wir etwa 120 000 Ausgewiesene oder solche, die dem Druck der französischen Besatzung gewichen sind, ebenfalls zu versorgen haben. Ich hätte in dieser Beziehung eine Reihe von Wünschen an das

(Weiß, Abgeordneter.)

(A) Reichsministerium des Innern zu richten. Da ich aber gehört habe, daß das **Verdrängungsschädengesetz** in der ersten Lesung bereits beraten worden ist, daß bei dieser Beratung namentlich die Verhältnisse der elsaß-lothringischen Bevölkerung berücksichtigt wurden, stelle ich meine Wünsche zurück in der Hoffnung, daß das Verdrängungsschädengesetz allen berechtigten Wünschen und Beschwerden möglichst entgegenkommt.

Die zweite Abteilung, die unsere besondere Aufmerksamkeit erregt, ist das **Reichsarchiv,** das die Aufgabe hat, Urkunden, Materialien und Akten zu sammeln, und zwar seit dem Jahre 1867, um eine objektive Geschichtsschreibung der Gründung, der Entstehung und der Entwicklung des neuen Deutschen Reichs von diesem Jahre an zu ermöglichen. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß nicht allein daran gedacht ist, die militärische Entwicklung Deutschlands darzustellen, obwohl es begreiflich ist, daß namentlich Militärakten des letzten Krieges zunächst in das Reichsarchiv wandern, sondern daß beabsichtigt ist, auch die kulturelle Entwicklung Deutschlands aktenmäßig darzustellen, was schon daraus ersichtlich ist, daß gegenwärtig eine Arbeit im Werke ist, welche die Sozialpolitik Bismarcks bearbeitet.

Wenn aber **die Akten** über Kriegführung, über Kriegswirtschaft, über Kriegswissenschaft und dergleichen auch Einblick darüber geben sollten, wie es mit der sogenannten **Schuld Deutschlands** steht, so glaube ich, hat sich das Reichsarchiv vornehmlicherweise in den Dienst dieser Sache zu stellen; denn wir kennen vorläufig keine wichtigere politische Aufgabe, als die, jetzt diese Frage objektiv durch Öffnung unserer Archive und Bekanntgabe aller Akten, die hierauf Bezug haben, vor aller Welt klarzustellen. Denn auch nach meiner Ansicht — das möchte ich hier aussprechen — kann von einer moralischen Schuld Deutschlands nie die Rede sein.

(B) Dann komme ich zu der dritten Abteilung, die merkwürdigerweise bisher eine Anfechtung nicht gefunden hat, obwohl im Ausschusse mancherlei gegen sie vorgebracht wurde, das ist die Abteilung der **Technischen Nothilfe.** Ich kann deswegen auf eine Polemik gegen entgegenstehende Meinungen verzichten, möchte aber kurz folgendes grundsätzlich zur Begründung unserer Zustimmung zur Technischen Nothilfe sagen. Wenn wir uns zu der Bewilligung der 15 beziehungsweise 25 Millionen oder im nächsten Etat der 15 beziehungsweise 12 Millionen zustimmend verhalten, so geschieht dies nicht, um Streikbrecher zu unterstützen; in den Hunderten von Fällen, in denen die Technische Nothilfe eingegriffen hat, ist nie etwas vorgekommen, was dem In-den-Rückenfallen der Streikenden nur ähnlich gesehen hätte. Es geschieht auch nicht, um das wichtigste Recht der Arbeiter, das Koalitionsrecht, in Frage zu stellen; es geschieht lediglich deshalb, weil, wie im Hauptausschuß dargetan worden ist, es auch gegenwärtig noch nicht möglich ist, wilde Streiks hintanzuhalten und lebenswichtige Betriebe unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Solange wir unter solchen Notständen leben, muß die Technische Nothilfe unterstützt und vervollkommnet werden. Wir stehen in dieser Beziehung auf keinem anderen **Standpunkt** als dem **der christlichen Gewerkschaften,** die ausdrücklich die Entwicklung und die Sicherstellung der Technischen Nothilfe unter der Voraussetzung forderten, daß sie in den lokalen, distriktiven Leitungen und in der Zentralleitung ein bestimmendes Wort mitzureden haben und daß die Technische Nothilfe erst dann mit ihrer Tätigkeit eintritt, wenn die Gewerkschaften dazu Stellung genommen und es sich erwiesen hat, daß die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe sie gebieterisch erheischt.

(C) Gestatten Sie nun, daß ich zu dem nach meiner Meinung wichtigsten Teile der Tätigkeit des Reichsministeriums des Innern Stellung nehme, zu der **kulturpolitischen Tätigkeit,** die sich als eine Folge der Verfassungsbestimmungen über Religion, Erziehung, Bildung, Jugendwohlfahrt usw. ergibt, die den Wirkungskreis des Reichsministeriums des Innern in der Unterstützung nationaler und internationaler wissenschaftlicher Vereinigungen und Museen aufgenommen und nun weiterhin ein großes Arbeitsgebiet mit der Unterstützung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft sich angegliedert hat. Ich glaube, wir dürfen es dem Herrn Reichsminister zu dank wissen, daß gerade er durch sein rechtzeitiges und entschiedenes Eingreifen mit dazu verholfen hat, daß sich diese Notgemeinschaft als Gesamtwillen der Wissenschaft rechtzeitig gründete, eine Notgemeinschaft, die um so wichtiger ist, als wir von Tag zu Tag erfahren, daß deutsche Wissenschaft und deutsche Kultur im höchsten Maße gefährdet ist und daß deutsche Wissenschaft von auswärtigen Gelehrten boykottiert werden will, wie die deutsche Wirtschaft durch die Zwangsmaßnahmen der Entente.

Ich möchte, durch das Wort **„Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft"** daran erinnert, vor allem auf die Not verweisen, unter der die Studierenden und die geistigen Arbeiter überhaupt gegenwärtig leben. Das „Berliner Tageblatt" hat erst vor einigen Tagen wieder eine Unterredung gebracht mit Arthur Kampf und Hugo Lederer, aus der erschreckend hervorgeht, in welch unheilvoller Lage sich gegenwärtig auch die Studierenden der bildenden Künste befinden. Fast alle Studierenden — sagt Kampf — befinden sich in schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis, und viele haben buchstäblich kaum etwas zu essen. Er sagt weiter:

> Diejenigen Studierenden, die bei Malermeistern Schilder anfertigen oder von Kinos Aufträge für (D) Plakate haben, sind verhältnismäßig noch gut daran, denn sie bleiben, wenn nicht bei ihrer Kunst, so doch bei ihrem Handwerk. Aber bedenklicher ist es schon, wenn einer meiner Schüler bei dem hiesigen Gesandten einer ausländischen Macht als Diener tätig ist,
>
> (hört! hört!)
>
> bei Tisch aufwartet und in der Küche das Geschirr abtrocknet und Messer und Gabeln putzt.

Ähnlich spricht sich Professor Lederer aus, ähnliches wird uns von Studenten in Leipzig, Berlin und anderen Universitäten berichtet.

Wenn eine solche Notlage bei den Studierenden vorhanden ist, dann steht das Verlangen nach Erhöhung der Studiengelder dazu in grellem Widerspruch.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dieses Verlangen nach **Erhöhung der Studiengelder** ist nur eine Fortsetzung des in den einzelnen Ländern und den einzelnen Gemeinden in den letzten Monaten zutage getretenen Bestrebens, die Schulgelder zu erhöhen und zu vervielfachen. Wohin kommen wir mit einer solchen Politik? Ich möchte an den Herrn Reichsminister die Bitte richten, daß er diese Frage des Notstandes der deutschen Studierenden, die Erhöhung der Studiengelder und die Erhöhung der Schulgelder zum Gegenstand einer Aussprache der beteiligten Ministerien, der beteiligten Organisationen der Professoren und Studierenden, der beteiligten Gemeinden und Länder macht, damit ein Weg gefunden werde, hier Abhilfe zu schaffen und unserem wissenschaftlichen Nachwuchs wenigstens die Bewegungsfreiheit zu geben, deren er unbedingt bedarf, um „studieren" zu können.

Nun, meine verehrten Damen und Herren, glaube ich, hat diese Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft noch

(Weiß, Abgeordneter.)

(A) eine ganz besondere, bisher wenig beachtete Aufgabe. Wir wissen, daß vor dem Kriege deutsche Gelehrte und deutsche Wissenschaft eng verbunden waren mit internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen, die gleichen Zwecken zu dienen, gleiche Aufgaben zu erfüllen suchten. Während des Krieges haben diese **internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen** ihre Tätigkeit eingestellt, deutsche Gelehrte wurden aus den Listen gestrichen, deutsche Präsidenten wurden entfernt. In den Ententeländern haben sich wieder neue Bünde, neue Unionen gebildet, die, mit der Absicht gegründet, Deutschland wissenschaftlich zu boykottieren, es bis jetzt durchgesetzt haben, daß die internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen ihre Tätigkeit nicht wieder aufgenommen haben. Wenn wir sehen, wie hier der Vernichtungskampf auch gegen die deutsche Wissenschaft betrieben wird, so haben wir alle Veranlassung, dieser Erscheinung unsere lebhafteste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich meine, es wäre vor allem Aufgabe der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, vorerst dafür zu sorgen, daß unserer Wissenschaft alle ausländischen Zeitschriften, alles Material regelmäßig zur Verfügung gestellt werden, damit den Gelehrten die Möglichkeit gegeben ist, auf dem laufenden zu bleiben. Ferner sind wir der Meinung, daß wir nicht unsererseits den Haß fortzusetzen, vielmehr neue Verbindungsfäden anzuknüpfen haben, aber in solche internationalen Vereinigungen nur eintreten können, wenn der **deutschen Wissenschaft** und den **deutschen Gelehrten** die volle **Gleichberechtigung** gegeben wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Zeit wird wiederkommen, daß man an der deutschen Wissenschaft nicht achtlos vorübergehen kann;

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

denn, um nur ein äußerliches Moment hervorzuheben, eine Wissenschaft, die bisher für die Nobelpreisträger (B) weitaus die Mehrheit, auf manchem Gebiete mehr als 50 Prozent stellte, ein Land, das, obwohl unter den Folgen des Krieges leidend, heute noch die größte Bücherproduktion hat — etwa 15 000 Bücher jährlich gegen 6000 in Frankreich, 8000 in England —, läßt sich ohne schwere Schädigung der Forschung auf die Dauer nicht ausschalten. Die deutsche Notgemeinschaft wird die Aufgabe haben, dafür zu sorgen, daß endlich einmal die internationale wissenschaftliche Tätigkeit bei Gleichberechtigung der deutschen Wissenschaft wieder aufgenommen werden kann.

Es ist für mich auch gar keine Frage, daß, wenn jetzt eine durchgreifende Unterstützung der deutschen Wissenschaft seitens des Reiches gefordert werden muß, es später noch dazu kommen wird, auch die Einzelländer in der Förderung und Pflege der Wissenschaft und Kunst zu unterstützen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube, daß künftighin mancher kleinere Staat nicht in der Lage ist, seine Landesuniversitäten und technischen Hochschulen und die damit verbundenen Laboratorien usw. so aufrechtzuerhalten und zu entwickeln, wie das notwendig sein wird. Wenn das nun der Fall ist, so, meine ich, haben wir in Weimar keinen Fehler damit begangen, daß wir die kulturpolitischen Aufgaben mit in die Reichskompetenz hereingenommen haben.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Hätten wir das nicht getan, so würden uns die Verhältnisse geradezu gezwungen haben, jetzt das Reich mobil zu machen und die Kulturpolitik des Reichs verfassungsmäßig festzulegen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Da ist es nun nach meinem Dafürhalten außerordentlich beruhigend, daß der Herr Reichsminister im allgemeinen für seine Verwaltungstätigkeit den Satz ausgesprochen hat: bei allen unitarischen Neigungen **keine Zentralisierung**, (C) sondern **weitgehende Dezentralisierung!** Es hieße das Wesen der frei schaffenden **Wissenschaft und Kunst** verkennen, wenn wir hier zu einer Zentralisierung kämen; es hieße insbesondere die Entwicklung der deutschen Kunst und Wissenschaft verkennen, wenn man vergessen wollte, daß neben Berlin Kulturstätten, wie Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe usw., sich zur höchsten Blüte entwickelt haben, wenn man vergessen wollte, was der Herr Minister auch dankenswerterweise dargelegt hat, daß die Großstädte Deutschlands geradezu zu Kulturbrennpunkten für Deutschland geworden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Darum sind wir ihm dankbar, daß er sich bekannt zu dem Wesen der Dezentralisierung hat.

Aber wenn das nun auch wirklich stattfindet, wenn man davon absieht, zu reglementieren und zu uniformieren, wenn man seine Haupttätigkeit in der gegenseitigen Anregung, Unterstützung und Förderung erblickt, dann muß auch auf diesem Gebiete jeder öde Partikularismus ferngehalten werden. Gerade auf dem kulturpolitischen Gebiet haben partikularistische Gelüste sehr schädigend oder zum mindesten sehr hemmend gewirkt. Hier gestatten Sie mir, daß ich auf einige Fragen zu sprechen komme, die erst in den letzten Tagen die Presse beschäftigt haben. Das erste ist das **widerstrebende Verhalten Preußens bei der Durchführung des Grundschulgesetzes.** Ich kann es begreifen, daß Preußen so lange das Grundschulgesetz nicht durchführen wollte, als finanzrechtlich die Verhältnisse zum Reich nicht geklärt waren. Die finanzrechtliche Klärung ist erfolgt, und nun ist eine Vollzugsbestimmung zur Durchführung des Grundschulgesetzes ergangen, die nach meinem Dafürhalten dem Wortlaut und ganz gewiß dem Geist des Gesetzes widerspricht. Wenn es wahr ist, daß diese Ausführungsbestimmung dem Gedanken Raum gibt, daß vorerst nur die erste Klasse aufzuheben sei, daß aber die (D) zweiten und dritten Klassen noch weiterhin bestehen könnten, so ist das eine Sabotierung des Grundschulgesetzes, und ich möchte den Herrn Reichsminister fragen, ob er mit den Ausführungsbestimmungen des preußischen Ministers einverstanden ist, ob er glaubt, daß sie mit dem Wortlaut und dem Geist des Grundschulgesetzes in Einklang gebracht werden können.

Ähnliche, nicht so krasse Verhältnisse haben wir auch aus **Bayern** zu berichten, und das ist für mich um so bedauernswerter, als ich mit Stolz sagen kann, daß bisher die allgemeine Volksschule in Bayern seit hundert Jahren grundsätzliche Förderung erfahren hat. In Bayern ist man 1913 dazu übergegangen, die unteren vier Klassen der **höheren Mädchenschulen** abzutrennen und diese vier Klassen nach Stoff, Lehrplan, Aufsicht, Leitung und dergleichen vollkommen den Volksschulen gleichzustellen, — ein außerordentlich begrüßenswerter Schritt. Man sollte nun meinen, das Grundschulgesetz würde jetzt noch dazu verholfen haben, zu erklären, diese doch schon lange aus dem organischen Verband der höheren Mädchenschulen ausgeschiedenen unteren Klassen würden nun aufgehoben. Das Gegenteil ist der Fall. Weil sie nicht mehr in dem organischen Verband der höheren Mädchenschulen sind, so folgert man, daß auf sie die Bestimmungen des Grundschulgesetzes keine Anwendung finden, und sagt weiter, daß diese Klassen nicht bestünden, um für die Klassen der höheren Mädchenschulen vorzubereiten. Nun kann ich aus eigener Kenntnis der Dinge feststellen, daß von den Mädchen, die in diese unteren vier Klassen gehen, wenigstens in den Städten 90 bis 98 Prozent nur deshalb hineingehen, um später in die höhere Mädchenschule überzutreten,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

daß demnach diese unteren Schulen nur als Vorschulen

(Weiß, Abgeordneter.)

(A) behandelt werden können. Mit der Bitte, sich die preußischen Verhältnisse anzusehen, möchte ich die verbinden, auch diese bayerischen Verhältnisse daraufhin zu prüfen, ob sie mit dem Grundschulgesetz in Einklang gebracht werden können.

Gestatten Sie mir dabei noch ein Drittes anzuführen, und das ist die **Ordnung des Schuljahrs.** Es ist ja nicht gerade ehrend, daß wir jetzt erst zu einer einheitlichen Ordnung des Schuljahrs kommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Seit vielen Jahren leiden Tausende von Kindern, namentlich von Arbeiterkindern, darunter, daß das Schuljahr in Norddeutschland in einer anderen Jahreszeit beginnt als in Süddeutschland. Wo ein häufiger Wechsel der Bevölkerung stattfindet, verlieren diese Kinder oft ein oder zwei Jahre ihrer Ausbildungszeit und sind unendlich in ihrem Vorwärtskommen behindert. Aber nun ist man endlich so weit, ein einheitliches Schuljahr einzuführen! Ich gestehe offen, die Tatsache, daß das einheitliche Schuljahr nun im Mai oder nach Ostern beginnen soll, ist für mich, der ich die Vorzüge des bayerischen Schuljahrs kenne, nicht erfreulich gewesen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist für mich gar kein Zweifel, daß die **bayerische Schuljahrordnung** viel besser

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und der Bayerischen Volkspartei)

und auch pädagogisch viel gerechtfertigter ist als die preußische,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und der Bayerischen Volkspartei)

und wenn wir noch dazu kommen könnten, dieses bayerische Schuljahr für ganz Deutschland einzuführen, so würde ich das für einen wesentlichen Fortschritt halten.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Vorläufig liegt aber die Sache so, daß nicht bloß Preußen (B) und die Länder nördlich vom Main, sondern auch Württemberg und Baden die einheitliche Schulordnung angenommen haben, und da ist es nur natürlich: Kann ich das Bessere nicht erreichen, nehme ich das Gute, füge mich in die Verhältnisse und füge mich in die neue Einheitlichkeit des Schuljahrs. Darob großes Entsetzen, darob mußte protestiert werden in irgendeiner großen Bräuversammlung in München. Wenn wir weiter nichts zu beklagen hätten als diese Neuordnung, so könnten wir wahrhaftig beruhigt sein. Ich möchte bitten, die Widerstands- und die Protestkraft für wichtigere Dinge aufzubewahren!

(Sehr gut!)

Ich halte auch deswegen die Neuordnung für nicht so entscheidend, weil ich von der Voraussetzung ausgehe, daß die bayerische Ferienordnung dadurch nicht im mindesten beeinträchtigt wird. Das ist sehr wichtig, und das braucht auch nicht zu geschehen, weil die Ferien wegen wirtschaftlicher, lokaler, klimatischer, historischer Verhältnisse überhaupt nicht im ganzen Reiche gleich sein können.

Wenn ich nun schon große Hindernisse für die Tätigkeit des Reichsministeriums des Innern in unberechtigtem Partikularismus erblicke, so erblicke ich noch größere Schwierigkeiten in der Finanznot des Reichs und in der Finanznot der Einzelstaaten. Wer sich einigermaßen mit Schulpolitik abgibt, der weiß, daß **Finanzminister nie besondere Freunde der Kultusminister** gewesen sind.

(Sehr richtig!)

Aus freiem Willen hat kein Finanzminister Geld für die Kulturpolitik hergegeben. Aber nun liegen die Verhältnisse so, daß tatsächlich unsere Finanzminister keine Mittel haben. Ich würde es aber für sehr bedenklich halten, wenn sie dem Grundsatz huldigen wollten: zuerst die Wirtschaft, dann die Wissenschaft, zuerst der Magen, dann der Kragen und dann das Ideal. Daß wir eine Blüte deutscher Wirtschaft hatten, verdanken wir gerade der Blüte (C) der Wissenschaft, vor allem der angewandten, und daß Frankreich die unglaubliche Angst vor dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung Deutschlands hat, liegt doch gerade begründet in der tüchtigen geistigen Schulung unserer Arbeiter bis herauf zu den Angestellten und den Unternehmungsleitern. Der Finanzminister würde sich selbst in die Finger schneiden, wenn er nicht bedenken wollte, daß Wirtschaft und Wissenschaft unzertrennbar miteinander verbunden sind,

(sehr richtig!)

das es deswegen auch heißen muß, mit der Wirtschaft auch die notwendigen Mittel für die Wissenschaftspflege zu geben. Man würde es nicht verstehen, an einem Tage, an welchem wir für einen durchaus berechtigten Zweck 12 Milliarden bewilligt haben, zugleich gestehen zu müssen, daß wir für Kulturpolitik kaum Zehntausende oder Hunderttausende zur Verfügung haben.

Nun aber, Herr Minister, haben Sie die erfreuliche Erscheinung, daß der Herr Abgeordnete v. Delbrück in dieser Beziehung eine Einheitsfront gebildet hat, eine Einheitsfront von dem Herrn Abgeordneten v. Delbrück bis zu dem Herrn Abgeordneten Levi; denn sämtliche Parteien haben feierlich erklärt, daß sie gern bereit sind, mehr Mittel zu bewilligen, als das bisher der Fall gewesen ist. Nach dieser Stellungnahme der einzelnen Parteien sind Sie, Herr Minister, tatsächlich der kräftigste und der stärkste Minister, der wohl die Macht haben muß, dem Finanzminister entgegenzutreten,

(Heiterkeit)

wenn er allenfalls allzu große Abstriche an Ihrem Etat machen wollte.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— Der Herr Minister meint, es hülfe ihm nicht viel.

(Zuruf vom Ministertisch: Sie helfen ihm nicht viel!)

— Ach so, ja, ich will ihm wenigstens eines sagen: Ich (D) würde es für einen Volksbetrug erachten, wenn man auf der einen Seite Ausgaben bewilligen und sich für die Erhöhung von Ausgaben einsetzen wollte, aber nicht in gleicher Weise auf die Deckung der Ausgaben durch Steuern bedacht wäre.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Ueber diese Angelegenheit, Herr Kollege Wels, wollen wir später sprechen! Bisher ist die Steuergesetzgebung, wenn Sie sich gefälligst an die Weimarer Tagung erinnern möchten, von uns mitgetragen worden! —

Gestatten Sie mir hier eine Einschaltung. Herr von Delbrück hat bezüglich der Stellung der Regierung ein Wort gebraucht, das ich doch etwas beleuchten möchte. Er hat gemeint, unsere Regierung sei deswegen schwach, weil eine **Überspannung des Parlamentarismus** stattgefunden habe, — schwach doch in der Bedeutung, daß unsere Regierung allzu sehr von den Parteien abhängig sei. Da frage ich unwillkürlich: waren denn die Regierungen vor dem Kriege 1914 kräftiger gegenüber den Parteien?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Haben die Regierungen, die für jeden Gesetzentwurf ihre Majoritäten künstlich bilden mußten, eine besondere Stärke in der damaligen Zeit gehabt? Wenn man das Buch „Die deutsche Politik" von Bülow liest, so kann man einen Einblick dafür gewinnen, daß es seinerzeit ein unglaublich schwieriges Geschäft gewesen ist, mit wechselnden Majoritäten von Fall zu Fall zu arbeiten. Obwohl Bülow glaubte, daß die Voraussetzung für die parlamentarische Regierungsform in Deutschland nicht gegeben sei, hat er sich doch zu folgenden zwei Sätzen bekannt, daß nämlich die parlamentarische Regierungsform zur Verantwortlichkeit erziehe, und Parteiwille und Staats-

(Weiß, Abgeordneter.)

(A) wille eng zusammenfließen, daß andererseits die konstitutionelle Regierungsform die Parteien mehr und mehr zur Kritik erziehe. „Viel Überzeugung und wenig Verantwortlichkeit!" Dieses Wort eines Journalisten hat er dabei aufgenommen. Aber, wie gesagt, auf dem Gebiete der Kulturpolitik soll ja nun eine sogenannte Einheitsfront bestehen, und zwar nicht nur in finanzieller Beziehung, sondern auch auf dem Gebiete der Schulreform selbst. Ich muß gestehen: auch wichtige Reformen, die wir schaffen wollen, haben bislang die Billigung aller Parteien gefunden. Wenn das dauernd wahr wäre, wenn sich die politischen Parteien zu einer Einheitsfront durchgerungen hätten, dann könnten wir endlich einmal auf eine **Entpolitisierung der Wissenschafts- und Kunstpflege** hoffen. Ich gestehe offen: Die Entpolitisierung der Kulturpolitik, besonders des öffentlichen Schul- und Erziehungswesens, ist mir von der gleichen Wichtigkeit wie die Entpolitisierung der Wirtschaft.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Daß sich das durchführen läßt, das beweist uns, glaube ich, die **Reichsschulkonferenz** bis zu einem gewissen Grade. An dieser Reichsschulkonferenz kann man ungeheuer viel aussetzen: ich hätte selber viel zu tadeln und zu bemängeln; aber ich muß doch anerkennen: das erste große **Verdienst der Reichsschulkonferenz** ist es doch, daß zum erstenmal in Deutschland, wo bisher die Lehrergruppen streng von einander geschieden waren, diese Lehrergruppen sämtlich zu einheitlichen Beratungen zusammengefaßt wurden, vom Kindergarten herauf bis zur Hochschule. Ein zweites Verdienst der Reichsschulkonferenz erblicke ich darin, daß man sich in den verschiedenen Lehrergattungen der Einheitlichkeit der Erziehungsaufgaben, insbesondere auch in nationaler und sozialer Beziehung bewußt geworden ist. Drittens hat doch auch in einer Reihe von Fragen, und zwar bei wichtigen Fragen, lebhafte Übereinstimmung (B) stattgefunden. Lassen Sie mich diese wichtigen Fragen so weit herausgreifen, als zu ihnen bereits Anträge einzelner Parteien vorliegen.

Ich halte es für eine große Errungenschaft, daß einstimmig die Forderung ausgesprochen wurde, die öffentliche **Erziehung** müsse auch **auf das vorschulpflichtige Alter ausgedehnt** werden, daß endlich in Deutschland auch der Kindergarten für die physische und psychische Entwicklung des Kindes richtig gewürdigt wurde. Ich gehe nicht so weit wie der Antrag der Unabhängigen, der den **Besuch des Schulkindergartens** obligatorisch wünscht, gehe nicht so weit, weil ich Tausende und Zehntausende von Familien kenne, in denen die Mutter die Kinder wohl zu erziehen weiß und ich nicht die Kinder um die Gefühls- und Gemütswerte bringen möchte, die in der elterlichen Erziehung liegen. Ich bin auch der Ansicht, daß dort, wo die Mütter nicht imstande sind, ihre Kinder vernünftig zu erziehen, unsere Fortbildungsschulen und unsere höheren Mädchenschulen ein vollgerüttelt Maß von Schuld haben, als sie bisher Kinderpflege und Kindererziehung nicht in ihren Lehrplan aufgenommen haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber ich meine, für solche Kinder, die im sechsten oder siebenten Lebensjahr aus sozialen und äußeren Verhältnissen heraus noch nicht schulreif sind, müßte allerdings möglichst der obligatorische Besuch von Kindergärten einzurichten sein.

Ich nehme ein Zweites aus dem Programm der Konferenz heraus: das ist der **Arbeitsunterricht**, jener Arbeitsunterricht, für den wir seit 1880 gekämpft haben, und zwar in stofflicher wie in grundsätzlicher Beziehung, und der nun durch diese Konferenz insofern seine Sicherung erfahren hat, als wir nicht mehr darum zu streiten brauchen, ob der Arbeitsunterricht als solcher in der Schule Aufnahme zu finden hat, sondern nur noch darum, wie er zu gestalten sei, um alle Unterrichtsfächer zu durchdringen, (C) damit wirklich selbständig schaffende und zur Selbstverantwortung fähige Menschen erzogen werden.

Ein Drittes ist die vielumstrittene **Lehrerbildungsfrage.** Da begrüße ich es, daß ein Kompromiß gefunden worden ist, das wenigstens die Wege für eine vernünftige Regelung geöffnet hat. Selbst auf dem Gebiete des Aufbauschulwesens, auf dem die Ansichten am meisten auseinander gingen, durften wir es erleben, daß sich doch eine große Übereinstimmung geltend gemacht hat.

Nun soll eine **Reichsschulkonferenz** nicht mehr stattfinden. Ich bin damit einverstanden. Vielmehr sollen einzelne **Fachausschüsse** berufen werden, wie das schon in nächster Zeit geschehen wird bezüglich der Aufbauschulen und der deutschen Oberschulen. Ich begrüße es namens meiner Partei, daß das Reichsministerium des Innern die Initiative ergriffen hat und endlich den ehrlichen Versuch unternimmt, den Nachweis dafür zu erbringen, daß deutsches Kulturgut auch als Bildungsgut verwendet und in den Mittelpunkt des Lehrplans gestellt werden kann.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber so sehnlich ich es wünsche, daß für die einzelnen pädagogischen Fragen Ausschüsse hervorragender Sachverständiger gebildet werden, würde ich es doch bedauern, wenn hierbei die Einheitlichkeit verloren gehen würde, weshalb ich hier die Forderung an das Reichsministerium des Innern richte, sich gegenüber dem Gedanken, zu dem sich der Herr Minister selbst schon einmal bekannt hat, der **Schaffung eines Kulturbeirates,** nicht ablehnend zu verhalten. Diesem Kulturbeirat muß dieselbe Stellung gegeben werden, wie sie der Reichswirtschaftsrat besitzt, weil der Behandlung kulturpolitischer und volkserzieherischer Fragen die gleiche Bedeutung zukommt, wie der Behandlung wirtschaftlicher Fragen.

Was ich aber an der Reichsschulkonferenz bedauere, (D) das ist, daß die **Durchführung des Art. 146 Abs. 2** nicht zur Beratung gestanden hat. Gerade da, wo Politik möglichst ausgeschaltet gewesen wäre, wo die Frage erziehungswissenschaftlich hätte behandelt werden können, wo Männer aus allen Teilen Deutschlands, aus allen Orten, großen und kleinen zusammengekommen sind, wäre es gut gewesen, diesen Art. 146 Abs. 2 zur Beratung zu stellen. Ich möchte darauf jetzt nicht weiter eingehen. Wir werden ja bald Gelegenheit haben, zum Reichsschulgesetz Stellung zu nehmen, wenn es richtig ist, daß der Reichsschulgesetzentwurf schon den Reichsrat passiert hat.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— So, also er beschäftigt sich damit? — Nun, wir werden aber nach Ostern hoffentlich erleben, daß wir dieses **Reichsschulgesetz** als Vorlage bekommen. Ich werde also zu einzelnem keine Stellung nehmen, möchte aber, wie der Herr Berichterstatter, im allgemeinen sagen: wir werden die Gestaltung dieses Reichsschulgesetzes entsprechend dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung und entsprechend dem Geiste der Toleranz und des religiösen Friedens fordern. Ich glaube, wenn sich alle Parteien auf diesen Standpunkt stellen, daß dann nicht, wie der Herr Kollege Dr. Everling meinte, ein heftiger, leidenschaftlicher Kampf wegen der Durchführung des Verfassungsartikels entbrennen wird.

Man hat nur folgendes festzuhalten, wozu sich die **Koalitionsparteien** in einer von dem Herrn Staatssekretär Schulz abgegebenen **Erklärung in Weimar** feierlichst bekannt haben: Erstens, die Regelschule ist die Simultan- oder die Gemeinschaftsschule, zweitens, die Bekenntnisschule ist gleichfalls verfassungsmäßig gesichert und dem Willen der Erziehungsberechtigten ist Rechnung zu tragen, drittens, das Elternrecht findet dort seine Grenze, wo schulorganisatorische Notwendigkeiten das erheischen. Denn

(Weiß, Abgeordneter.)

(A) es heißt ausdrücklich, daß ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne des Abs. 1 aufrecht zu erhalten ist. Wenn diese drei Gesichtspunkte festgehalten werden, dann kann ich mir wohl denken, daß auch diese Fragen ohne Leidenschaft und rein sachlich hier erörtert werden können.

(Abgeordneter Dr. Löwenstein: Entsprechend unserem Antrage!)

Weil mich der Herr Kollege Dr. Löwenstein an seinen Antrag erinnert, komme ich jetzt sofort auf die **Stellung des Religionsunterrichts.** Ich darf mich in dieser Beziehung auf die Rede berufen, die ich in Weimar halten durfte, und ich muß dem Herrn Kollegen Dr. Löwenstein, mit dem ich ja in vielen anderen pädagogischen Fragen übereinstimme,

(hört! hört! rechts)

sagen, daß ich hier leider zu einer Konzession nicht bereit bin.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Ich fasse hier kurz meine Anschauungen folgendermaßen zusammen. Nach meinem Dafürhalten würde die Entfernung des Religionsunterrichts aus der allgemein bildenden Volksschule den kulturellen Wert dieser Volksschule erheblich vermindern;

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und rechts)

denn das würde es unmöglich machen, daß wir unsere Kinder in das Verständnis sowohl der vergangenen als auch der gegenwärtigen Kultur einführen.

(Wiederholte Zustimmung.)

Ich behaupte zweitens: die Entfernung des Religionsunterrichts wäre eine große Abirrung von den Bahnen, die kein geringerer als Pestalozzi mit seiner Individualpädagogik uns vorgezeichnet hat,

(erneute Zustimmung)

und die in dem Ziele münden: Ausbildung aller, aber (B) auch aller Anlagen und Kräfte zu einer harmonischen Persönlichkeit.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube aber auch, es wäre eine Schädigung sozialpädagogischer Maßnahmen, da es keine größere gemeinschaftsbildende Kraft gibt als die Religion.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Ich sage weiter: ich glaube, daß die Entfernung des Religionsunterrichts als eines ordentlichen Lehrfaches auch unsere sittliche Erziehung wesentlich beeinträchtigen würde;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

denn darüber ist doch gar kein Zweifel, daß religiöse und sittliche Erziehung innigst miteinander verbunden sind, daß zweifellos die Quelle alles Sittlichen in letzter Linie — und das hat uns kein geringerer als der Völkerpsychologe Wundt gelehrt — auf das Religiöse zurückzuführen ist.

(Sehr richtig!)

Das sind die Gründe, die uns dazu bestimmen, an dem Satz festzuhalten: der Religionsunterricht ist ein ordentlicher Lehrgegenstand der Schule.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Löwenstein.)

— Wenn das durch Ihren Antrag nicht bestritten sein sollte, bin ich auf Ihre Ausführungen begierig! — Aber das andere, muß ich sagen, dünkt mir ebenso notwendig, daß eine **Reform des Religionsunterrichts** endlich durchgeführt werde. Denn wenn der Religionsunterricht so viele Gegner besitzt, wie das zurzeit der Fall ist, so ist das wesentlich mit darauf zurückzuführen, daß man Lehrstoff und Erteilung des Religionsunterrichts nicht immer der religiösen Entwicklung der Kinder in dem Maße angepaßt hat, wie es bei anderen Lehrgegenständen der Fall ist.

(C) Ein zweites Gesetz, dessen baldige Vorlage wir verlangen, ist das **Lehrerbildungsgesetz.**

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Vorlage dieses Gesetzes ist nach unserem Empfinden deshalb ungemein dringlich, weil viele Staaten bereits mit dem Abbau ihrer Lehrerbildungsanstalten begonnen haben

(Zustimmung rechts)

und daran sind, Anstalten nach eigenem Programm einzurichten. Dringlich ist dieses Gesetz auch deshalb, weil eine Reform unseres Erziehungs- und Bildungswesens ohne gleichzeitige Änderung der Lehrerbildung nicht fruchtbar durchgeführt werden kann. Dazu sind endlich durch die Reichsschulkonferenz die Wege so geebnet worden, daß man praktisch die Frage in Angriff nehmen kann, wenn nicht wieder der Herr Finanzminister warnend seinen Finger erhebt. Darum möchte ich auch bei diesem Anlaß den Herrn Reichsminister bitten, unter allen Umständen gegen den Finanzminister stark zu bleiben. Wir können die verschiedenen Reformfragen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Bildungswesens nicht in Angriff nehmen, wenn wir nicht die Lehrerbildungsfrage im Sinne der Einheitlichkeit des staatlichen Schulwesens und damit der Einheitlichkeit des Lehrerstandes befriedigend gelöst haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Hier berufe ich mich auf den Herrn Reichsminister Koch selbst, der bei der Reichsschulkonferenz ausgeführt hat:

> Umgestaltung der Lehrerbildung ist nicht ausreichend, wenn sie nicht begleitet ist von der Erstarkung des einheitlichen Bewußtseins von der gleich großen Sendung, die dem deutschen Lehrer jeder Art und Gattung obliegt, an der jeder Teil gleich wichtig ist und jede Stufe das gleiche Maß von Vergeistigung und von Beseelung erfordert.

(D) Wird in diesem Sinne die Lehrerbildung organisiert, ist man sich bewußt, was Wortlaut und Geist der Verfassung auf diesem Gebiet fordert, dann glaube ich wohl, daß viele Fragen, die bis daher grundsätzlicher Natur schienen, nur Zweckmäßigkeitsfragen wären. Zweckmäßigkeitsfrage ist insbesondere dann die Frage, ob die **Vorbildung auf der Hochschule oder auf besonderen Akademien** erfolgen soll. Wenn die Hochschulen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden und sich an der Lehrerbildung beteiligen und wenn die Akademien erst dann herangezogen werden, wenn die Hochschulen allein nicht imstande sind, die Aufgabe zu erfüllen, dann erscheint mir diese Streitfrage nicht mehr als eine grundsätzliche, sondern als eine Zweckmäßigkeitsfrage.

Ein drittes Gesetz, das wir fordern, ist das **Berufsschulgesetz.** Jeder kennt in seinem eigenen Staate die großen Unterschiede zwischen der Fortbildungsschulpflicht der Mädchen und der Knaben. Auch heute stehen noch in den meisten Ländern die Mädchen weit hinter den Knaben. Jeder kennt die gewaltigen Unterschiede der Fortbildungsschulpflicht zwischen den einzelnen Städten, zwischen den einzelnen Ländern. Darum ist es notwendig, daß endlich hier Einheitlichkeit einkehre, und gerade jene Parteien und jene Personen, die mit Recht darauf hinweisen, welch ungeheuren Gefahren die heranwachsende Jugend ausgesetzt ist, haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, hier nicht polizeiliche Maßnahmen zu empfehlen, sondern zunächst erziehliche, haben also die Aufgabe, die Reichsschulpflicht zur Ausführung zu bringen. Deswegen halten wir das Berufsschulgesetz für unbedingt notwendig und seinen Erlaß für außerordentlich dringend.

(Abgeordneter Dr. Löwenstein: Aber Sie bewilligen Milliarden für die Polizei!)

Bei diesem Berufsschulgesetz ist das **Verhältnis von Schulzeit und Arbeitszeit** mit zu regeln. Diese Frage

(Weiß, Abgeordneter.)

(A) ist für das Handwerk geregelt. In all den Staaten, wo man auf die Gewerbeordnung und die Lehrverträge vernünftigerweise eingeht, gibt es in diesem Punkte glücklicherweise keine Schwierigkeiten. **Schwierigkeiten** großer Art entstehen für die **jugendlichen ungelernten Arbeiter der Fabriken,** die Stundenlohn haben und die durch den Schulbesuch unter empfindlichen Lohnabzügen leiden. So haben wir in Nürnberg eine Fortbildungsschuldirektion, die 838 Schüler hat. Von diesen 838 Schülern fallen bei 254 5 Stunden, bei 439 6 Stunden in die Schulzeit. 551 Schüler haben Abzüge, und zwar 50 Schüler bis zu 5 Mark, 234 bis zu 10 Mark, 199 bis zu 20 Mark, 1 Schüler hat sogar einen Wochenabzug von 34 Mark. Ich kann erfreulicherweise konstatieren, daß wir auch etwa 133 schulfreundliche Firmen schon jetzt haben, die heute schon die Arbeitszeit in die Schulzeit miteinberechnen. Ähnliche Tatsachen könnte ich durch Erhebungen, die in den weiblichen Fortbildungsschulen gemacht worden sind, dartun. Ich meine, wo Lohnabzüge im Durchschnitt von 12 bis 15 Mark wöchentlich in Betracht kommen, ist es dringend notwendig, diese Frage im Interesse eines regelmäßigen und freudigen Schulbesuchs einer Regelung entgegenzuführen. Aber sie kann und muß zuerst im Reichswirtschaftsrat beraten werden; wir erwarten aber baldigst die Vorlage des Gesetzes.

Meine Damen und Herren! Ich erhalte eben den Mahnzettel des Herrn Präsidenten, daß drei Viertelstunden und 10 Minuten bereits vergangen sind. Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, mir noch zehn Minuten zu geben, um noch einige Punkte wenigstens andeutungsweise besprechen zu können.

(Zurufe.)

— Auch der Herr Kollege Hoch ist damit einverstanden. —

(Heiterkeit.)

Dann will ich jetzt nur noch skizzierend fortfahren. Ich (B) wollte die Aufmerksamkeit der verehrten Damen und Herren auf die **Volkshochschule** lenken, auf die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, nicht bloß mit einigen hunderttausend Mark, wie sie jetzt im Etat vorgesehen sind, die Volkshochschule zu unterstützen, sondern sich selber aktiv an der Lösung des großen Problems der Volkshochschule zu beteiligen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Was ist unter Volkshochschule zu verstehen? Da ich das wegen Zeitmangels nicht im einzelnen ausführen kann, so möchte ich sagen, was ich nicht darunter verstehe. Es sind darunter nicht zu verstehen sogenannte Auch-Universitäten, die da irgend etwas durch Vorlesungsreihen usw. popularisieren wollen; es sind nicht darunter zu verstehen fachliche Veranstaltungen, die irgendein Zweckwissen an die große Masse geben wollen, sondern es sind darunter zu verstehen diejenigen Veranstaltungen, die aus dem Willen und aus der Sehnsucht der beteiligten Kreise entstammen und unter selbständiger Mitwirkung dieser Kreise sich das Ziel setzen, selbständige geistige Persönlichkeiten zu bilden, die auch die innere Verpflichtung fühlen, sich freiwillig in das Gemeinschaftsleben einzuordnen und ihm mit ganzer Kraft zu dienen. Daraus ergibt sich, daß es sich nicht um Wissen in erster Linie handelt, sondern darum, daß jeder einzelne ein persönliches Verhältnis zu diesem Wissen hat. Daraus folgt, daß jene Neutralität der Volksbildungsvereine, die wir bis jetzt hatten, nicht mehr der Grundsatz der Volkshochschule sein kann, sondern daß geradezu Lebens- und Weltanschauungsfragen in den Mittelpunkt dieser Volkshochschule zu stellen sind.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wer einen andern Weg einschlägt, der hilft dazu, die Volkshochschule wieder nach fachlichen Gesichtspunkten und entsprechend dem Nützlichkeitsstandpunkt zu zerteilen. Ich meine: wir haben alle Veranlassung, uns gegen die fachtechnizistische Struktur des gesamten deutschen Geistes- (C) bildungswesens endlich zu wenden, gegen diese Struktur, der alles nur Mittel zum Zwecke ist, die aber selber nie große Zwecke und Ziele aufstellen kann.

Dann möchte ich kurz — ich bedauere, daß ich es nicht ausführlicher tun kann — zu dem Antrag Stellung nehmen, der bezüglich des **Berechtigungswesens** von der Unabhängigen Partei gestellt worden ist. Ich unterscheide die Berechtigungen zum Hochschulstudium von den Berechtigungen zum einjährig-freiwilligen Dienst und zu dem damit in Verbindung stehenden Gemeinde- und Staatsdienst. Ich glaube, daß auch die Herren Unabhängigen nicht das Niveau unserer Hochschulen herunterdrücken wollen. Im Gegenteil, wir wollen durch eine gute Auslese dafür sorgen, daß wirklich nur tüchtige für das Hochschulstudium geeignete Menschen zum Hochschulstudium kommen. Wir wollen nur die Wege, die bis jetzt zur Hochschule führen, erweitern und vervielfachen. Dagegen haben wir lebhafte Bedenken gegen alle die anderen Berechtigungen, und zwar deshalb, um das kurz zusammenzufassen, weil diese im wesentlichen unsere Schulen zu einer Art Versorgungsanstalten, aber nicht zu Bildungsanstalten gemacht haben,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

weil sie zu einer Überfüllung der unteren Klassen geführt haben, die sich für die einzelnen Schüler, die die weiteren Klassen nicht besuchen konnten, geradezu verhängnisvoll gestaltet hat, weil diese Berechtigungen dazu geführt haben, unser Volk zu scheiden in Berechtigte und Unberechtigte und die soziale Kluft noch zu vergrößern,

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

weil sie schließlich vielfach dazu geführt haben, unseren Fach- und Fortbildungsschulen nicht die Bedeutung zu geben, die den Fach- und Fortbildungsschulen im Schulorganismus zukommt. Darum kann ich sagen, daß wir diesem Antrag der Unabhängigen zustimmen werden. (D)

Dann möchte ich noch kurz einiges zu den Kadettenschulen bemerken. Wir stehen bezüglich der **Kadettenschulen** auf dem Standpunkt, daß alle Anträge, die sich mit der Anregung decken, die ich im Hauptausschuß gegeben habe, und die darauf hinausgeht, sie zu Reichsanstalten umzugestalten, an einen besonderen Ausschuß zurückzuverweisen sind, der diese Fragen eingehend zu prüfen hat, wobei ich ganz ausdrücklich hervorhebe, daß wir diese Kadettenschulen auch der **Mädchenbildung** zunutze machen möchten, insbesondere deswegen, weil wir mit Schmerz sehen, daß viele wirtschaftliche Frauenschulen wegen finanzieller Nöte in den letzten Monaten eingegangen sind.

Dann möchte ich hervorheben, daß ich zwar jetzt nicht in der Lage bin, Mittel zu verlangen, um die **Unentgeltlichkeit der Lehrmittel** durchzuführen, daß ich aber das Ministerium, wie ich es im Hauptausschuß bereits getan habe, auf die Tatsache verweisen möchte, daß viele Länder und Gemeinden in dieser Beziehung bereits beachtenswerte Anfänge insofern gemacht haben, als sie für die unteren Einkommensstufen die Abgabe unentgeltlicher Lehrmittel einführten. Das Ministerium würde sich ein Verdienst erwerben, wenn es diesen Gemeinden und Ländern durch Zuschüsse es möglich machen würde, die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel auf weitere Kreise auszudehnen.

Ich hatte beabsicht, über das **Germanische Museum** zu sprechen. Ich muß es unterlassen, gebe mich aber der Hoffnung hin, daß der Anregung, die ich im Ausschuß gegeben habe, das Germanische Museum insbesondere deshalb zu unterstützen, weil es unter einer großen Schuldenlast leidet, Folge gegeben wird.

Ein kurzes Wort für den Herrn Kollegen Dr. Moses, er sich besonders warm für die **körperliche Erziehung unserer Jugend** eingesetzt hat. Ich bedauere es ebenfalls in hohem Maße, daß in diesem Etat in dieser Beziehung

(Weiß, Abgeordneter.)

(A) kein nennenswerter Betrag vorhanden ist. Wir erwarten, daß im Interesse der körperlichen Erziehung die notwendigen Vorarbeiten für ein Spielplatzgesetz sehr bald abgeschlossen werden, damit auf diesem Gebiete das Notwendige geschehen kann. Mag man zu den Ausführungen des Herrn Dr. Moses stehen, wie man will, mag man die parteipolitische Einstellung verurteilen, mag und muß man die Indentifizierung von Schlemmerleben und bürgerlichem Leben mit aller Entschiedenheit zurückweisen — viele Bürger leben keineswegs besser als Proletarier —,

(sehr richtig!)

in einem hat er recht: es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn wir der körperlichen Erziehung unserer Jugend, und zwar schon vom Säuglingsalter an, nicht die notwendige Aufmerksamkeit zuwenden würden in einer Zeit zunehmender Tuberkulose, fortschreitender Unterernährung und der Aufhebung der Wehrpflicht.

Ich bin leider genötigt, meine Ausführungen abzubrechen, möchte aber den Herrn Reichsminister, nachdem ich einleitend die verschiedenen Schwierigkeiten hervorgehoben habe, die sein Amt zu einem dornenvollen machen, darauf verweisen, daß sein Amt auch ein außerordentlich hoheitsvolles ist, gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der es sich nicht bloß um die wirtschaftliche, sondern auch um die wissenschaftliche Selbstbehauptung unseres Volkes handelt. Darum kommt der Kulturpolitik, auch wenn sie nicht wie wirtschaftliche und finanzielle Fragen täglich den Reichstag beschäftigt, sondern nur hie und da und leider dann vor dünnbesetztem Haus, doch die größte Bedeutung zu.

Unwillkürlich denke ich angesichts unserer Not zurück an die **Zeit vor hundert Jahren,** als auch einem verarmten Preußen die Aufgabe gestellt war, eine neue Universität in Berlin und damit die neue deutsche Universität zu begründen, als die Aufgabe gestellt (B) war, das Gymnasium aus den Gedanken der Humanitätserziehung zu schaffen und mit ihm den selbständigen höheren Lehrerstand zu begründen. Keine unwichtigeren Aufgaben sind Ihnen, Herr Reichsminister, gestellt! Sie haben die Aufgabe, mit den beteiligten Faktoren zusammen zu arbeiten, damit die deutsche Volkshochschule ins Leben trete, Sie haben die Aufgabe, das deutsche Erziehungs- und Bildungswesen in nationalem und sozialem Geiste zu reformieren und diesen Reformen die Grundlage zu geben durch eine zeitgemäße Lehrerbildung. Sie haben die Aufgabe, den Glauben an die Auferstehungskraft unseres Volkes zu stärken und so zu pflegen, daß wir der Hoffnung sein können, daß aus diesen trüben Tagen heraus doch eine glückliche Zukunft unseres deutschen Volkes erstehen werde.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter: Der Herr Reichsinnenminister hat den Versuch gemacht, und, wie der Herr Vorredner unter anderm bewiesen hat, mit Erfolg, mit der Kulturfrage die Blicke von dem eigentlichen und wichtigeren, dem räumlich und finanziell, glaube ich, größeren Umfang seines Etats abzuwenden. Es ist eine Kulturdebatte aus der Angelegenheit geworden. Das veranlaßt mich, neben anderem, mir die Zahlen anzusehen.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Leider!)

— Leider?! Es gibt viel wichtigere Dinge, die die Voraussetzung sind für eine wirkliche Kultur und die daher zunächst besprochen werden müssen.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich sehe mir die Zahlen an, die der Herr Reichsinnenminister dem Reichstag unterbreitet. Der Gesamtbetrag der fortdauernden Ausgaben des Etats beläuft (C) sich auf 1 430 000 000. Von diesem Gesamtbetrag gehen ab für die Polizei 1 250 000 000, für Reichswasserschutz 50 Millionen Mark, für Landesgrenzpolizei 36 Millionen Mark, für Technische Nothilfe 15 Millionen Mark,

(Zwischenruf)

— ich rede nur von den fortlaufenden Ausgaben, nicht von den 25 Millionen einmaliger Ausgaben — und schließlich noch, wenn ich das in diesem Zusammenhange nennen darf, für den Staatskommissar für öffentliche Ordnung 800 000 Mark, so daß auf diese hier genannten Zwecke, die kein Mensch auf der Welt wird als Kulturausgaben bezeichnen wollen, rund 1,351 Milliarden Mark entfallen,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

so daß von einem Etat von 1,43 Milliarden Mark, sage und schreibe, 81 Millionen übrig bleiben.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn ich von diesen 81 Millionen das Ministergehalt, die Gehälter der Ministerialdirektoren, Ministerialräte usw., alles Ausgaben, die ja auch nicht zu den Kulturausgaben rechnen,

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

abziehe, so können sich die Herren ungefähr vorstellen, was von eigentlicher Kultur bei diesem Etat übrig bleibt, und die Frau Abgeordnete Pfülf wird mir jetzt vielleicht zugeben: le jeu ne vaut pas la chandelle!

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das ganze Spiel, das hier gespielt wird, ist die Kerze nicht wert, die darum verbrannt wird!

Der Etat, den der Herr Minister des Innern hier vorgelegt hat, ist nicht nur kein Kulturetat, er ist noch nicht einmal ein **Etat des Innern,** sondern er ist ganz und gar nichts anderes als ein **verkleideter Militäretat.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.) (D)

Ich kann das dem Herrn Minister des Innern, wenn er die Begründung seines Etats vielleicht nicht so genau kennt,

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten)

an einer Stelle beweisen. Für den **Reichswasserschutz** sind, wie ich sagte, 50 Millionen bewilligt. In der Begründung, die dem Etat beigefügt wird, heißt es unter anderem folgendermaßen:

> Die durch die Friedensbedingungen begrenzte Kopfzahl der Marine ließ die Beibehaltung dieser Verbände auf den Marinehaushalt nicht zu.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Also mit einer Offenheit, die ich immerhin an dem Herrn Minister anerkenne, wird ganz glatt zugegeben: der Reichswasserschutz gehört eigentlich zum Marineetat; aber weil die leidigen Bestimmungen des Friedensvertrags bestehen, müssen wir die Sache auf den anderen Etat schieben.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Denunziation!)

— Ach, gehen Sie mir weg mit Ihren Redensarten! Das können Sie in Ihren Volksversammlungen machen; anderswo wirkt das nicht. Wir rechten mit Ihnen und Ihrer Sorte über den Begriff Denunziation nicht; dazu sind Sie von uns viel zu weit entfernt.

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dem Reichswasserschutz hat dann der Herr Reichsminister des Innern einen Psalm beigefügt, in dem die Taten des Reichswasserschutzes verherrlicht werden in 15 Absätzen, die immer mit den Worten beginnen: er hat, er hat, er hat! Unter anderem heißt es:

> Er hat in Zeiten innerer Unruhen die kämpfenden Reichswehrverbände vom Wasser aus unterstützt

(Dr. Levi, Abgeordneter.)

(A) und für Ruhe und Ordnung in seinem Tätigkeitsbereiche gesorgt.

Er hat im Frühjahr 1919 an der Expedition gegen Dresden

— den Seehafen Dresden! —

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

und Magdeburg teilgenommen und während der Kämpfe große Sachbeschädigungen abgewendet.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Er hat während der letzten Märzunruhen vier von Aufrührern armierte und besetzte Dampfer, die in der Umgegend von Stettin brandschatzten, unschädlich gemacht.

Er hat bei Bekanntwerden des Kriegszustandes mit Lettland der lettischen Regierung gehörige Waren im Gesamtwert von 15 Millionen Mark beschlagnahmt und die Verschiebung rechtzeitig behindert.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn der Herr Reichsminister des Innern aus diesem Psalm, der zu Ehren seines Reichswasserschutzes gesungen wird, diese Stellen entnimmt, so wird er, wenn er die Offenheit, die er zu Anfang seines Etats hat, auch weiterhin bewahrt, mir zugeben, daß das Militäraufgaben sind, nichts anderes, und daß all die Ausgaben, die in diesen Positionen stecken, Militärausgaben sind.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Freilich, die Sipo hat sich jetzt geändert. Das ist ein eigentümliches Regiestück, von dem ich nur in der sehr alten Vergangenheit ungefähr ein paralleles kenne. So ungefähr wie es — um auf die Kulturdebatte und auf den Religionsunterricht zurückzukommen; damit Sie sehen, daß ich auch einigen Vorteil davon hatte —

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten)

in der Schöpfungsgeschichte heißt, daß der Schöpfer aus (B) Abend und Morgen den ersten Tag machte, so ungefähr ging das Regiestück. Nachdem die Entente Einspruch erhoben hatte, da ward aus Apo und Sipo plötzlich die **Schupo.**

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Im Kern ist nichts geändert, sondern alles geblieben. Es sind nicht Polizeiaufgaben, sondern militärische Aufgaben, die hier in dem Etat mit aufgenommen sind.

Nun, meine Damen und Herren, ist es ganz klar: ein versteckter Militäretat und ein Etat, der mit dem Begriff „Kultur" derartige Zustände verbinden kann wie die, die ich eben schilderte, derartige Zahlen, wie ich sie eben vortrug, der wird sich auch im übrigen mit der Kultur ungefähr ebenso auseinandersetzen. Und dieser allgemeine Satz wird vollauf bestätigt.

Womit arbeitet der Reichsminister, der in einem Etat von 1400 Millionen Mark vielleicht 40 Millionen Mark für Kulturaufgaben gegeben hat?

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es sind die alten militärischen Mittel. Er ist ein versteckter Militärminister und ist ein offener **Belagerungszustandsminister**

(sehr gut! und Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten)

und arbeitet mit all der Brutalität und Niederträchtigkeit, die wir gewohnt sind

(Oho-Rufe und Unruhe)

aus dem Belagerungszustande während des Krieges.

(Bravo! und Händeklatschen bei den Vereinigten Kommunisten. — Fortgesetzte Unruhe und Zurufe rechts.)

Ich will das mit Beispielen belegen.

In **Ostpreußen** gilt bekanntlich noch immer der **Belagerungszustand.** Ich will nur einige wenige Fälle anführen, wie dieser Belagerungszustand in Ostpreußen gehandhabt wird. Die Herren von der Rechten können sich (C) jetzt freuen. Beispielsweise in Ortelsburg wurden Kommunisten in Schutzhaft genommen zum Schutz einer von den Deutschnationalen einberufenen Wählerversammlung.

(Hört! Hört! und Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Man nahm sie in Schutzhaft, als die Wählerversammlung einberufen wurde; und als die Wählerversammlung vorüber und der Agitator wieder weg war, hat man sie wieder auf freien Fuß gelassen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten [nach rechts]: Das ist die Freiheit, die Sie meinen! Dann redet Ihr über Rußland! — Gegenrufe und Heiterkeit rechts. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Gelbe Gesellen haben hier keine Stimme im Kapitel! — Lachen rechts.)

In Ostpreußen sind grundsätzlich alle größeren Versammlungen der Kommunistischen Partei verboten worden. Jede Demonstration für Sowjetrußland ist verboten.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

In Königsberg ist beispielsweise sogar ein Kunstabend, auf dem der Dichter Beyerle einen Vortrag halten sollte und dann auch hielt, verboten worden. Aber die Strafe für diese Uebertretung folgte auf dem Fuß: die Heimkehrenden wurden von der Sipo überfallen und verprügelt.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Weiter sind auf Grund des Belagerungszustandes in Ostpreußen alle, wie man sagt, „deutschfeindlichen Kundgebungen" verboten. Was in Ostpreußen unter „deutschfeindlichen Kundgebungen" verstanden ist, werde ich Ihnen an einem einzigen Beispiel vortragen.

Die **„Rote Fahne des Ostens"**, unser Parteiorgan dort, schrieb am 3. Februar 1921 folgendes:

Die Gewerkschaften in Oberschlesien, einschließlich der freien, veröffentlichen einen Aufruf, in dem Arbeiter zur Stimmabgabe für Deutschland auf- (D) gefordert werden. Der Aufruf versucht den Arbeitern vorzulügen, daß ein deutsches Oberschlesien den Proletariern Arbeit und Verdienst, Brot und Kleidung bringen werde,

(Zuruf rechts: Das ist richtig!)

während ein polnisches Oberschlesien Arbeitslosigkeit, Not und Elend bedeutet.

(Sehr wahr! rechts. — Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dabei weiß jeder Arbeiter, daß Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen in Deutschland ebenso groß sind

— „sehr richtig!" werden Sie (nach rechts) rufen —

wie in allen andern kapitalistischen Staaten. Die oberschlesischen Gewerkschaften machen sich also bewußt zum Sprachrohr der deutschen Nationalisten. Selbstverständlich beteiligt sich auch der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund an dieser nationalistischen Hetze. In einem eigenen Aufruf fordert er ebenfalls die Mitglieder der Gewerkschaften auf, für die deutsche Orgeschregierung zu stimmen. Die deutschen und polnischen Arbeiter Oberschlesiens werden sich hoffentlich von ihren Nationalisten, selbst wenn sie aus proletarischen Kreisen stammen, nicht verwirren lassen und weder für Polen noch für Deutschland, sondern für die Rätediktatur stimmen.

(Abgeordneter D. Everling: Das war allerdings ein ganz nichtsnutziger Artikel!)

— Herr Abgeordneter Everling, ob dieser Artikel nichtsnutzig war oder nicht, darüber rechte ich mit Ihnen nicht.

(Abgeordneter D. Everling: Darüber urteile ich, indem ich das sage! — Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) — Es freut mich, Ihr Urteil zu hören, und ich werde nicht den geringsten Versuch machen, Sie, Herr Abgeordneter Everling, zu überzeugen.

(Abgeordneter D. Everling: Das können Sie auch nicht!)

— Nein, das kann ich nicht, und das können Sie auch nicht verlangen.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat nur der Herr Abgeordnete Dr. Levi!

Dr. **Levi**, Abgeordneter: Ich sage also: ich werde mich mit keinem der Abgeordneten, die ich auch nicht mehr mit Namen nennen will, um sie nicht weiter zu reizen, darüber auseinandersetzen, ob das ein nichtsnutziger Artikel sei oder nicht. Jedenfalls wird man, glaube ich, niemandem das Recht nehmen, eine Äußerung, wie ich sie hier wiedergegeben habe, zu tun. Denn, meine Herren, wenn während des Belagerungszustandes die Staatsanwaltschaft — ich verlese den Absatz aus einer Anklageschrift der Staatsanwaltschaft — eine solche Äußerung unter Anklage stellt, so liefert sie Polen die moralischen Gründe dafür, hinterher das Abstimmungsergebnis anzuzweifeln. Wenn sie in einer derartig einseitigen Weise in Deutschland die Meinungsäußerung über die Abstimmung beschneiden, so liefern Sie — das ist vielleicht auch Ihre Absicht — denen die Waffen, die nachher die Abstimmung anzweifeln wollen.

(Abgeordneter D. Everling: Ihre Absicht ist, gegen die Abstimmung in Oberschlesien hier im Reichstag zu wettern! Das ist eine nette Absicht! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte, die Unterbrechungen zu unterlassen!

(B) (Abgeordneter D. Everling: Dann sorgen Sie dafür, daß der Mann etwas ordentlicher spricht! — Lachen und Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dr. **Levi**, Abgeordneter: Der „Mann" redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und nicht anders. — Nun hat sich ja die Praxis der Anwendung des § 48 der Reichsverfassung nicht nur auf Ostpreußen beschränkt, und nicht nur in Ostpreußen ist die Anwendung des § 48 der Reichsverfassung zu einem Dauerzustand gemacht worden. Ich weise Sie auf einen ähnlichen Zustand hin — in einem anderen Zusammenhang wird uns das in diesen Tagen noch weiter beschäftigen —, nämlich die Anwendung des § 48 durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920. Das ist die Verordnung, die bereits vorhin mein Parteigenosse Remmele angeschnitten hat. Auch da sind die Verhältnisse, aus denen heraus die Verordnung auf Grund des § 48 erlassen war, längst erledigt. Die Verordnung ist erlassen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit während der vorzunehmenden Umgruppierung des deutschen Heeres. Das deutsche Heer ist längst umgruppiert und zurückgeführt auf die 100 000 Mann. Das ist ein Definitivum, daran ist nichts mehr zu ändern. Trotzdem bleibt die Verordnung bestehen und wird, wie mein Parteifreund Remmele bereits ausgeführt hat, einzig und allein gegen die Kommunisten angewendet,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

in einer Weise, daß zum Beispiel auf Grund dieser Verordnung ein **Artikel der „Roten Fahne"**, in der eine **Besprechung des kommenden Wehrgesetzes** vorgenommen war, **unter Anklage** gestellt wurde; eine Anklage, die derartig fahrlässig und unüberlegt erhoben worden ist, daß auch das Gericht nach ungefähr viertelstündiger Überlegung zur Freisprechung kam.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(C) Aber ich möchte auch dafür ein Beispiel geben, wie diese **Ausnahmegerichte** weiter wirken. Sie haben in diesen Tagen mit mehr oder weniger Behagen den **Prozeß** gelesen, der sich **in Cassel** abspielte. Ich will mich auf diesen Prozeß im wesentlichen hier nicht einlassen. Diese Angelegenheit wird an einem anderen Ort noch erledigt werden. Ich möchte nur eines vorweg nehmen, woraus hervorgeht, wie in Deutschland die „öffentliche Ruhe und Sicherheit gewahrt" wird. In diesem Prozeß fungiert als Staatsanwalt und beantragt Zuchthaus gegen die Angeklagten derselbe Kriegsgerichtsrat Meier, der vor der deutschen Öffentlichkeit mit triftigen Gründen beschuldigt ist, in einer planmäßig abgekarteten Justizkomödie die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg freigesprochen zu haben.

(Lebhafte Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: Pfui!)

Dieser selbe Kriegsgerichtsrat Meier wird auf die Kommunisten losgelassen.

(Lebhafte Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört!)

Wenn dieser Kriegsgerichtsrat die Kommunisten für ehrlos erklärt und ins Zuchthaus sperren will, so sage ich: ich kenne nur einen Menschen in Deutschland, der so ins Zuchthaus gehört, das ist der Kriegsgerichtsrat Meier, der sich nicht schämt, einen solchen Posten anzunehmen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Das sage ich auch draußen; ich werde mich nicht genieren, Herr Abgeordneter Beuermann. Ich bin auch gleich Ihnen der Meinung, daß der Herr Staatsanwalt Meier viele Kollegen gleicher Gesinnung hat. Es gibt leider noch mehr solche Staatsanwälte!

Meine Damen und Herren! Zwischen diesen Gerichten und dem eigentlichen Ressort des Reichsministeriums des Innern besteht eine innige Verbindung. Wie innig diese Verbindung ist, ergibt sich aus folgender Tatsache, die im (D) Casseler Prozeß von dem Vorsitzenden festgestellt wurde. Aus den Ermittlungen des Gerichts war ein Untergebener des Ministeriums des Innern, der **Reichskommissar für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung**, in der Lage, Material in einer Weise zu veröffentlichen, daß selbst der Vorsitzende des Gerichts erklärte, er müßte sich ein solches Vorgehen verbitten und Maßnahmen treffen, daß das unterbliebe.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist ein unerhörtes Verfahren von einer Staatsbehörde, in einem Augenblick, in welchem bei Angeklagten Haussuchungen vorgenommen und die ersten Schritte im Verfahren getan werden, derartige Erklärungen zu veröffentlichen. Ich weiß nicht, ob seitens des Reichskommissars zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder des preußischen Staatskommissars zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung; kurzum, es wurde eine Erklärung abgegeben, die sich drei Wochen später im Prozeß im wesentlichen als erlogen herausstellte. Wenn die Dinge so liegen, dann hat man doch alle Veranlassung, sich diesen Reichskommissar und den Staatskommissar zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung etwas näher anzusehen.

In dem Etat sind — man drückt das heute vorsichtig aus — für „andere persönliche, sachliche und vermischte Ausgaben" 750 000 Mark ausgesetzt. Das sind, auf deutsch gesagt, die **Spitzelausgaben**, die der Reichskommissar zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung hat. Wie arbeitet nun der Reichskommissar für die Spitzel? Bereits in der Kommission ist ein Beispiel angeführt worden. Auf dem Halleschen Parteitag der Unabhängigen Partei sind die Mitglieder des Kongresses, die man im Verdacht hatte, daß sie nicht brav bleiben würden, d. h. die man im Verdacht hatte, daß sie zu den Kommu=

(Dr. Levi, Abgeordneter.)

(A) nisten gehen würden, photographiert worden, und die Photographien sind dem Archiv des Reichskommissars zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einverleibt worden.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das war eine Maßnahme, die sich in erster Linie richtete gegen die Reichstagsabgeordneten, die im Verdacht standen, zu den Kommunisten zu gehen.

Aber nicht nur in Deutschland wirkt das Spitzelwesen des Heren Reichskommissars; er hat höhere Ziele im Kopf. In der Kommission wurde bereits der Fall der **französischen Bürgerin Sadoul** erwähnt, die der deutsche Reichskommissar zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung von Deutschland aus bereits als eine gefährliche Person der französischen Polizei gemeldet hat, und in diesen Tagen wurde aus Frankreich ein zweites Beispiel bekannt. Es findet zurzeit vor dem Pariser Schwurgericht ein Prozeß gegen französische Kommunisten statt. In diesem Prozeß spielt als Belastungsmaterial mit die erste Rolle ein Brief, den ein Amerikaner bei sich trug, als er jetzt vor einem Jahr in Rheinland-Westfalen beim Kapp-Putsch ermordet wurde; der deutsche Reichskommissar überantworte, wie jetzt im Prozeß festgestellt worden ist, diesen Brief der französischen Polizei, damit sie die Anklage gegen die französischen Kommunisten erhebt.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Da möchte ich dem Reichskommissar zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eines sagen. Es passiert jedem von uns, daß ihm manchmal von gewisser Seite Dienste angeboten werden, und ich sage ganz ruhig: solche Dienste nimmt man an; denn sie sind häufig sehr wertvoll. Aber das Urteil über den, der sich zu solchen Diensten anbietet, steht bei allen fest: man hält sie für Lumpenkerle.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nun muß ich allerdings sagen, daß der Herr Reichs-(B) kommissar zu einem kleinen Teile durch zwei Dinge entlastet wird: einmal dadurch, daß diese tolle Hetze gegen die Kommunisten in gewissem Umfang in der Kommission unterstützt wurde von der mehrheitssozialdemokratischen Partei.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Derr Herr Abgeordnete Müller (Franken) hat sich allerdings im wesentlichen nur auf Material bezogen, das ihm von einer noch mehr linksstehenden Seite, nämlich von der Unabhängigen Partei geboten worden war.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisteu.)

Herr Müller (Franken) nahm ausdrücklich Bezug auf einen Artikel in der „Freiheit“: „Von Stufe zu Stufe“, in dem uns Kommunisten ganz ausdrücklich vorgeworfen worden war, daß wir es seien, die das Leben der Arbeiter aufs Spiel setzten, die sie vor die Maschinengewehre hetzten.

In diesem Zusammenhang, der Förderung, die der Herr Reichsminister des Innern bis zu einem gewissen Grade von der linken Seite erfährt, möchte ich noch auf einen anderen Vorfall Bezug nehmen. Ich denke in diesem Falle nicht daran, den Herrn **Abgeordneten Ledebour**, auf den ich jetzt zu sprechen komme, mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu identifizieren; denn ich nehme an, daß sich auch in seiner Partei Stimmen finden, die sich in diesem Falle von dem Herrn Abgeordneten Ledebour abwenden.

Der Herr Abgeordnete Ledebour hat vor etwa einem halben Jahre hier die Behauptung aufgestellt von der **kommunistischen Mörderzentrale.**

(Abgeordneter Düwell: Pfui Teufel!)

Der Herr Reichsminister des Innern Dr. Koch, nicht faul, stürzt sich bereits in der Kommission auf diese Behauptung des Herrn Abgeordneten Ledebour

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und sagt unter anderem auch: (C)

> Der Herr Abgeordnete Ledebour hat ja auch in Berlin ausdrücklich davon gesprochen, daß in Berlin eine kommunistische Mörderzentrale bestehe.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nunmehr in der Antwort auf die Anfrage, die mein Parteifreund Düwell an den Minister des Innern über diese Angelegenheit gerichtet hat, schreibt der Minister des Innern folgendes:

> Der Reichsminister des Innern hat sich die Behauptung des Abgeordneten Ledebour von dem Bestehen einer kommunistischen Mörderzentrale nicht zu eigen gemacht,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

> sondern nur in Begründung dafür, daß das Reich selbst ein Organ zur Überwachung der öffentlichen Ordnung haben müßte, auch auf die Behauptung des Herrn Abgeordneten Ledebour Bezug genommen.

(Hört! Hört!)

> Die Achtung vor dem Führer einer großen Partei verbietet der Reichsregierung, eine solche Behauptung zu ignorieren;

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten)

> ihre Pflicht ist vielmehr, sich Organe zu schaffen, die zur Nachprüfung solcher Behauptungen in der Lage sind.

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Ledebour folgendes sagen: Ich kenne nicht oder doch nur andeutungsweise die Dinge, die den Herrn Abgeordneten Ledebour zur Aufstellung dieser Behauptung von der kommunistischen Mörderzentrale verleitet haben. Wenn das, was ich habe läuten hören, richtig ist, dann läge der Versuch vor, das mehr oder weniger unverantwortliche, nicht Getue, sondern Geschwätz von einzelnen Menschen einer politischen Partei (D) anzuhängen. Es wäre im Kern derselbe Versuch, den **Bismarck im Jahre 1878** gemacht hat, als er die **Nobiling und Hödel** der sozialdemokratischen oder der Zentrumspartei an die Rockschöße hing.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Darüber, Herr Abgeordneter Ledebour, wie dieses Verhalten des damaligen Reichskanzlers Fürsten Bismarck zu bewerten sei, war damals weder in der sozialdemokratischen, noch in der Zentrumspartei die Stimme geteilt, man erklärte es für einen Schurkenstreich.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und ich muß sagen: der Vergleich, wenn er gezogen wird, wird für den Herrn Abgeordneten Ledebour noch etwas ungünstiger dann, wenn man bedenkt, daß er diese Behauptung aufgestellt hat gegen Parteigenossen, die bis zu jener Stunde mit ihm in einer Partei zusammengesessen haben.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Deswegen, meine Damen und Herren, glaube ich, daß der Herr Abgeordnete Ledebour in diesem Falle mit Recht für würdig befunden wurde, von dem Herrn Reichsminister des Innern zur Unterstützung der Etatsposition herangezogen zu werden.

(Abgeordneter Ledebour: Ich werde Ihnen ganz klar Auskunft geben!)

— Ja, tun Sie das, wir fürchten das nicht, es ist viel besser, Sie kommen klar mit dem, was Sie für klar halten, als daß diese versteckten Andeutungen immer weiter kommen.

(Abgeordneter Ledebour: Warten Sie ruhig ab!)

Wir werden Ihnen antworten.

Nun, meine Damen und Herren, hat mein Vorredner bereits die Angelegenheit der **Technischen Nothilfe** berührt. Es sind für die Technische Nothilfe in dem Etat gefordert

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) 25 Millionen einmalige Ausgaben und 15 Millionen fortlaufende Ausgaben, und entsprechende Beträge sind ja wohl auch in dem neuen Etat angeführt. Die 15 Millionen bleiben ja, und die 25 sind, glaube ich, auf 12 herabgesetzt.

Der Herr Vorredner hat für diese Position das nette Mäntelchen gebracht, das man in solchen Fällen immer bringt. — Selbstverständlich! Wer denkt in Deutschland daran, das Koalitionsrecht zu beeinträchtigen? — Niemand! Selbstverständlich, alles soll sich frei rühren, nur die „lebenswichtigen Betriebe" dürfen nicht stillgelegt werden. Zunächst liegt natürlich schon in dieser Auffassung eine Degradierung der Arbeiter, die in lebenswichtigen Betrieben arbeiten.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn aber der Grundsatz, der hier aufgestellt wird, maßgebend wäre, dann müßte man, glaube ich, weiter gehen. Dann täte eine Technische Nothilfe not in ganz anderen Fällen. Dann täte eine Technische Nothilfe not, wenn beispielsweise die **Ärzte streiken**. Aber ich habe noch niemals gehört, daß eine Technische Nothilfe gegen streikende Ärzte, die Menschen in Lebensgefahr bringen, organisiert worden wäre.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dann täte eine Technische Nothilfe beispielsweise not, wenn die **Hotels streiken**, weil sie sich die Reichsgesetze nicht mehr gefallen lassen wollen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denn auch die Hotels sind für viele Menschen lebenswichtige Betriebe, und sie sabotieren Gesetze. Ich habe noch niemals gehört, daß eine Technische Nothilfe dafür organisiert wäre. Dann vor allem täte eine **Technische Nothilfe** not **gegen all die Großgrundbesitzer**, die jetzt seit sechs Jahren, seit der Krieg und die Kriegsverordnungen bestehen, die Ablieferung der Lebensmittel und die Ernährung

(B) des deutschen Volkes sabotieren.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf von den Deutschnationalen: Unverschämtheit!)

— Mit dem Wort „Unverschämtheit" bringen Sie statistische Zahlen nicht weg. Mit diesem Worte „Unverschämtheit" beweisen Sie nämlich höchstens Ihre eigene Dummheit, und die nehme ich ohne Beweis an.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Wenn der Ausdruck „Unverschämtheit", den ich hier nicht verstehen konnte, gefallen ist, dann muß ich diesen Ausdruck als unparlamentarisch rügen.

(Zuruf rechts: Und die Dummheit, die er mir vorwirft? — Abgeordneter Dr. Levi: Ist schon gerügt.)

Es ist begreiflich, daß Sie, Herr Abgeordneter Dr. Levi, durch diesen Ausdruck gereizt worden sind. Aber der Ausdruck „Dummheit" ist natürlich auch unparlamentarisch.

(Zurufe und Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Levi**: Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich auch bei der Gelegenheit des Etats des Innern mit ein paar Worten auf das Thema zu sprechen kommen, das ja schon zuvor die Gemüter erregte, auf **Bayern**. Vorläufig weiß ich ja noch nicht, auf wie lange Zeit Bayern noch zu dem Ressort des Ministers des Innern gehört. Die Dinge können sich ja ändern.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Also auch in Bayern wird drauflos kutschiert mit dem § 48 der Reichsverfassung, mit dem Belagerungszustand. Ist der **Belagerungszustand** und die Verordnungen auf Grund des § 48 der Reichsverfassung sonst im Lande ein Verbrechen gegen das Proletariat, so ist der Belagerungszustand in Bayern zugleich ein Verbrechen (C) gegen das Reich;

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten);

denn unter dem Schutze des Belagerungszustandes, der zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit des Reichs erlassen ist, organisieren sich in Bayern die Kräfte, die bewußt den Angriff auf das Reich unternehmen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dreiviertel all der organisierten Konterrevolution, die heute in Bayern besteht, würde ohne weiteres zusammenbrechen, wenn der Belagerungszustand aufgehoben würde.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das Reich und der Reichsminister, der in Bayern heute noch den Belagerungszustand aufrechterhält und verantwortet, hat der bayerischen Konterrevolution das Ende des Seils in die Hand gegeben,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten),

an dem Sie imstande sind, heute schon das Reich aufzuhängen.

(Zuruf rechts: Schöner Vergleich!)

Meine Damen und Herren! Wie weit die Dinge gediehen sind, und daß ich nicht übertreibe trotz der freudigen Erregung des Herrn Oberpatrioten Eberling,

(Heiterkeit und sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

das ergibt sich aus der letzten Vergangenheit. Wo ist es denn bisher erhört gewesen in Deutschland, daß Bayern und das Reich miteinander als vorläufig noch befreundete Staaten verkehren, indem sie gegenseitig Gesandte halten und gegenseitig Noten austauschen?

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und wo ist es zwischen befreundeten Staaten, die auch staatsrechtlich miteinander gar nicht verknüpft sind, (D) möglich, daß ein Staat dem anderen so unverblümte und so im besten Sinne des Wortes unverschämte Kriegserklärungen ins Haus schickt, wie Bayern dem Reich?

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn das möglich ist, dann kann man sich das Ende an den fünf Fingern abzählen. Wenn die Dinge nun schon nach außen so weit gediehen sind, dann braucht man sich über das, was im Innern von Bayern geschieht, nicht zu wundern. Wenn vorhin etwas von bayerischem Kamerun gesagt worden wäre, so wäre auch der Ausdruck nicht zu scharf.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es gibt keinen Ausdruck, der scharf genug ist, um die Schandwirtschaft zu geißeln, die in Bayern besteht. Ich will ganz wenige Fälle erwähnen.

Es ist in Bayern möglich, der Fall war da, daß ein preußischer Staatsangehöriger, der aus Anlaß der Münchener Räterepublik zu fünfviertel Jahren Festungshaft verurteilt worden ist, am Tage vor der Verbüßung seiner Festungshaft von bayerischer Kriminalpolizei im Festungsgefängnis in Empfang und in Schutzhaft genommen worden ist.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Er wurde auch nicht nach Preußen gelassen, weil der bayerische Staatskommissar und das bayerische Gericht dann erklärten, aus Preußen könne er ja wieder zurückkommen,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und damit bedeute er eine Gefahr für den bayerischen Staat. Der Mann hat Frau und Kind, die in Preußen, in Düsseldorf, wohnen. Frau und Kind sind in schwerer Not. Er will zu Frau und Kind zurückkehren und will

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) sie ernähren. Bayern aber sagt: Nein, der bleibt auch nach Verbüßung der gegen ihn erkannten Strafe in bayerischer Schutzhaft. Es wird kein ehrlicher Mensch, er müßte denn gerade auf der rechten Seite des Hauses sitzen,

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten — Unruhe rechts)

etwas anderes sagen, als daß das eine Schande und eine Kulturschmach für das Deutsche Reich und für alle, die darin wohnen, sei.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ein paar andere Fälle! Die sogenannte **Immunität der Abgeordneten** besteht in Bayern nicht mehr. Nicht nur, daß mein Genosse **Remmele** vor kurzer Zeit verhaftet wurde. Es ist jetzt, am 1. März glaube ich, wiederum passiert, daß unser Parteigenosse **Thomas**, der Reichstagsabgeordnete, in Augsburg auf dem Wege zur Bahn verhaftet und abgeführt und — ich weiß nicht, wie lange, ich glaube, einen halben Tag oder einen, festgehalten wurde. Er war nicht in der Lage, nach Berlin abzureisen und hier sein Mandat auszuüben. Das sind Dinge, die sich in Bayern dann von selbst verstehen, wenn man im übrigen die Art berücksichtigt, wie Bayern die Immunität auffaßt.

Die kommunistische Partei hat in Bayern im ganzen 7 Landtagsabgeordnete. Von diesen 7 Landtagsabgeordneten sind 4 in Gefängnissen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf rechts.)

— Ja, das glaube ich, das kann Ihnen so passen, wenn es hier auch wäre! Diese „nette Gesellschaft“ kann sich neben Ihrem Kerkhoff, der noch immer auf freiem Fuße herumläuft, noch lange sehen lassen!

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist unter anderem verurteilt der Abgeordnete (B) Eisenberger zu 2 Jahren Gefängnis, der Abgeordnete Sauber zu 12 Jahren Festung, der Abgeordnete Hagemeister zu 10 Jahren Festung, der Abgeordnete Schmidt zu 5 Jahren Festung.

(Zurufe.)

Das ist — Herr Heim wird sagen —: die Demokratie; denn Herr Heim behauptet ja, in Bayern sei neben dem Bier die Demokratie autochthon.

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir sagen ganz offen: Die Vorgänge, die sich in Bayern abspielen, sind eine solche Schande, ein solcher Spott und Hohn auf alles Recht und Gewissen und alle Kultur,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß der Minister, der im Zusammenhang mit solchen Zuständen eine Kulturdebatte heraufzubeschwören wagt

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: und dabei grint!)

— und dabei lacht, wie der Herr Reichsminister des Innern zu tun pflegt, wenn man auf diese Dinge zu sprechen kommt, eine Sünde wider die Kultur begeht und alle Kultur schändet.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Herr Abgeordneter Dr. Levi, es bleibt Ihnen unbenommen, an der bayerischen Regierung und der deutschen Reichsregierung eine sachliche scharfe Kritik zu üben;

(bravo! bei den Vereinigten Kommunisten)

aber derartige Bemerkungen, wie Sie sie vorhin haben fallen lassen, muß ich als unparlamentarisch beanstanden.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Dr. **Levi**, Abgeordneter: Da wir zu Kürze verpflichtet sind, will ich nur noch einige wenige Bemerkungen zu einem Apperçu machen, das von dem (C) Herrn Abgeordneten v. Delbrück ausging. — Der Herr Abgeordnete v. Delbrück meinte im Hinblick auf diesen Reichstag, mit dem Parlamentarismus sei es nicht weit her. In der Grundauffassung in der **Aburteilung des Parlamentarismus** begegnen wir uns ja, wir ganz von links und Sie ganz von rechts.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Aber ich möchte auch in der Beurteilung des Parlamentarismus gerecht sein und möchte sagen: wenn ich, wie es der Herr Abgeordnete v. Delbrück tut, den Parlamentarismus als Institution auf Grund des deutschen Reichstags aburteilen wollte, so würde ich nach meinem Gefühl denselben Fehler begehen, wie wenn ich das menschliche Geschlecht nach den sechs Orang-Utans im Zoologischen Garten aburteilen wollte.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten. — Abgeordneter Beuermann: Was machen Sie sich für Komplimente! — Große Heiterkeit.)

— Herr Abgeordneter Beuermann, ich habe mit Bewußtsein zu Ihnen gesprochen und kein Selbstgespräch geführt. — Das hat selbstverständlich gewisse nicht nur rein persönliche Gründe, wie der Herr Abgeordnete Beuermann bei sich anzunehmen scheint, sondern einige tiefere, sozusagen historische Gründe. Man kann nicht, wie es der Herr Abgeordnete v. Delbrück tat, über den Parlamentarismus aburteilen als ein System, das von Grund auf nichts taugt, sondern es muß anerkannt werden, daß unter gewissen historischen Verhältnissen, nämlich dann und dort, wo die Bourgeoisie sich als aufsteigende Klasse die Macht eroberte, das Parlament eine revolutionäre Körperschaft war, politisches Leben hatte und in der Tat alle Fragen des gesamten politischen Lebens seiner Zeit in sich verkörperte. (D)

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn aber die deutsche Bourgeoisie in einem Augenblick, in dem sie selbst zum Sterben verurteilt ist,

(Lachen und Zurufe rechts und bei den Deutschen Demokraten)

sich den Parlamentarismus zulegt,

(erneute Zurufe)

dann ist das ungefähr dieselbe Angelegenheit, wie wenn einer, der hochgradig schwindsüchtig ist, sich neue Kleider zulegt und dann in den neuen Kleidern nur noch viel sterbensmüder aussieht, als dann, wenn er die alten Kleider am Leibe behielte.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

So glaube ich in der Tat, daß man den Parlamentarismus an sich nach dem deutschen Reichstag und nach den Vorgängen im deutschen Reichstag und der Art des Gehabens des deutschen Reichstags nicht beurteilen sollte. Ich halte deswegen auch die Wege für völlig verfehlt, die Herr Reichsminister Koch angegeben hat. — Übrigens ein sonderbarer Demokrat, der den Parlamentarismus damit verteidigt, daß er sagt: man kann eben keine andere Autorität an die Stelle des Parlaments setzen. Also die ganz bedauernde Bemerkung: na, es ist mir nichts anderes eingefallen, also bin ich — Demokrat — für das Parlament, weil mir eben vorläufig nichts Besseres eingefallen ist. Es wird also aus den Gründen, die ich angeführt habe, nicht möglich sein, zu dem Rezept zu kommen, das der Herr Reichsminister vorgeschlagen hat: Veredelung des Parlaments. Ich weiß — unter uns gesagt — nicht, was er unter „Veredelung des Parlaments“ versteht. Es ist bedauerlich, daß er über diesen Punkt nicht etwas gesprächiger gewesen ist. Voraussichtlich versteht er unter Veredelung

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) des Parlaments, daß man in einem noch rascheren Verfahren, als der Herr Reichsminister — —

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

— Na, Herr Abgeordneter Everling, daß Sie zur Veredelung des Parlaments beigetragen haben, werden Sie doch nicht behaupten wollen!

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Höllein und Sie tragen dazu bei!)

Ich sage also, mit dem Rezept von der Veredelung des Parlaments wird es nichts sein. Was der Herr Reichsminister darunter verstanden hat, weiß ich nicht. Er kann höchstens darunter verstehen und verstanden haben, daß der Reichstag Gesetze und Milliarden, die von ihm verlangt werden, noch rascher produziert, als das bisher geschieht. Meine Damen und Herren! Auch das würde zur Veredelung des Parlaments nicht führen. Ich glaube, die Herren müßten sich den ganzen unaufhaltsamen Verfall des Parlaments vor Augen halten, den Sie übrigens nicht nur in Deutschland sehen, den Sie in allen Ländern verfolgen können. Auch in England ist heute das Parlament lange, lange nicht mehr auf der Höhe, auf der es noch in den Zeiten von Disraeli und Gladstone stand, geschweige denn in den Zeiten von Peel, geschweige denn in den Zeiten um die Wende des vergangenen Jahrhunderts. Auch dort ist der Parlamentarismus gesunken. Auch in Frankreich ist ein ständiger Abstieg. Sie können auch daraus sehen: der Zusammenbruch des Parlaments, der Abstieg des Parlaments ist nichts anderes als das Widerspiel des Abstiegs der Klasse, die den Parlamentarismus schuf, und aus der Oede, aus dem Versagen, der Leere und der Totenstille,

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sie tragen wirklich zur Totenstille nicht bei!),

die heute der Parlamentarismus bedeutet für das (B) politische Leben, — aus dem allen können Sie ermessen und ersehen Ihr eigenes Geschick als Klasse.

(Lebhafter Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Damen und Herren! Ein Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Levi ist infolge der Unruhe, die im Hause herrschte, und infolge der Unterbrechungen hier nicht verständlich gewesen. Ich habe mir deshalb das Stenogramm kommen lassen und habe festgestellt, daß der Herr Abgeordnete Dr. Levi mit Bezug auf den Herrn Reichsminister des Innern folgende Ausführungen gemacht hat:

Es sind die alten militärischen Mittel. Er ist ein versteckter Militärminister und ist ein offener Belagerungszustandsminister

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten),

und arbeitet mit all der Brutalität und Niederträchtigkeit, die wir gewohnt sind aus dem Belagerungszustande während des Krieges.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Aeußerungen sind selbstverständlich parlamentarisch unzulässig; ich rufe deswegen den Herrn Abgeordneten Dr. Levi zur Ordnung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Leicht.

Leicht, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsminister des Innern hat in der Förderung der Kulturaufgaben eine hervorragende Aufgabe seines Ministeriums erblickt, und er hat seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß von rechts bis weit nach links sich eine einheitliche Front gebildet hat, die für die Kulturaufgaben bewilligen will, was nur irgend möglich ist. Sein Hinweis auf die Volksgesundheit und ihre Förderung finden unsere volle Billigung.

(C) Er hat hervorgehoben, daß zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben in unserer Zeit bei der gegenwärtigen Lage unseres Volkes und Vaterlandes Qualitätsarbeit notwendig sei. Wir stimmen dem zu; aber ich möchte davor warnen, daß man in der Erfüllung der Aufgaben des Ministeriums des Innern etwas zu materialistisch wird.

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Das, was unserem Volke heute fehlt, ist der sittliche Ernst.

(Lebhafte Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei, im Zentrum und rechts.)

Das Bewußtsein, Pflichten zu haben, ist vielfach abhanden gekommen.

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei, im Zentrum und rechts.)

Mit diesem **Schwinden des Pflichtbewußtseins** ist eine erschreckende **Entsittlichung unseres Volkes** Hand in Hand gegangen. Ich stimme da ganz mit den Worten des Herrn Berichterstatters überein, der davon gesprochen hat, daß wir ein opferstarkes Geschlecht brauchen, gerade gegenüber den Folgen, die sich aus dem verlorenen Krieg und dem Zusammenbruch unseres Vaterlandes ergeben haben.

Nun ist es richtig, daß wir die Kulturaufgaben in erster Linie den Ländern und den Gemeinden zuzuweisen wünschen. Aber auch das Reichsministerium des Innern könnte nach meiner Meinung in der Beziehung Anregungen an die Ministerien der einzelnen Länder geben. Insbesondere läge es nahe, in Berlin, wo ja örtlich die beiden Regierungen des Reiches und Preußens zusammenfallen, Fühlung zu nehmen. Denn die Skandale, die sich in der letzten Zeit hier in entsittlichender Beziehung geltend gemacht haben, überschreiten schon bald alles Maß.

(Lebhafte Zustimmung in der Bayerischen Volkspartei, im Zentrum und rechts.) (D)

Man mag die Worte, die ich eben gesagt habe, und diese Beurteilung vielleicht als reaktionär bezeichnen. Das Wort Reaktion ist ja ein beliebtes Schlagwort. Namentlich wenn ein Bayer erscheint und als Redner am Pulte steht, juckt es, glaube ich, schon gewisse Leute, mit dem Wort Reaktion sofort bereit zu sein. Sie sehen: ich fürchte mich absolut nicht vor diesem Schlagwort; es wird nur Gruseln und Aufregung bei den Leuten erregen, die gewohnt sind, sich von Schlagworten leiten zu lassen.

(Abg. Dr. Löwenstein: Qui s'excuse, s'accuse!)

— Es kommt ganz darauf an, Herr Kollege, gegen was sich die Reaktion richtet. Reaktion bedeutet Gegenwirkung. Da kommt es darauf an, wogegen sich diese Gegenwirkung richtet. Wenn es meinetwegen ein gefährlicher, dem Untergang des Volkes entgegenführender Zustand ist, gegen den ich ankämpfe, so mag man das Reaktion nennen, das ist mir ganz gleichgültig; ich halte es für eine nationale Pflicht. —

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei. — Abgeordneter Dr. Löwenstein: Aber warum verteidigen Sie sich, da doch keiner Sie deswegen angegriffen hat?)

— Ja, ich habe das nur beispielsweise gesagt. Es wundert mich ja, daß nicht schon jetzt der Zuruf von Ihrer Seite gekommen ist. —

(Abg. Dr. Löwenstein: Qui s'excuse, s'accuse!)

— Vielleicht kommt der Zuruf noch im Laufe meiner Ausführungen.

(Abgeordneter Dr. Löwenstein: Er ist vielleicht auch noch berechtigt!)

Herr Dr. Braun hat besonders über den starken **polizeilichen Geist** geklagt, der in so vielen **Verfügungen** des Herrn Reichsministers des Innern zum Ausdruck

(Leicht, Abgeordneter.)

(A) käme. Gewisse Leute scheinen sich beständig vor der Polizei zu fürchten; ich habe keine Veranlassung dazu.

(Abgeordneter Dr. Löwenstein: Ihnen tut auch keiner was!)

Ich weiß nicht, warum man so sehr hervorhebt, daß polizeiliche Maßnahmen besonders unangenehm seien. Ich bin, glaube ich, mit dem Herrn Reichsminister des Innern darüber einig, daß wir auch am liebsten keine Polizeimaßnahmen sehen würden. Wir würden beide am liebsten auf die Zuchthäuser usw. verzichten.

(Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei.)

Aber wer die Notwendigkeit solcher Institutionen und Polizeimaßnahmen leugnet, der nimmt die Menschen nicht, wie sie sind, sondern nur, wie sie sein sollen; der mag Idealist oder Ideologe sein, aber er trägt den praktischen Bedürfnissen nicht Rechnung.

(Sehr richtig!)

Der Reichsminister des Innern hat den Parlamentarismus und das Parlament gegen einige Angriffe des verehrten Herrn Kollegen v. Delbrück in Schutz genommen, und der Herr Kollege Dr. Levi ist auf diese Frage in tiefgründigen Ausführungen eingehend zu sprechen gekommen. Er hat mit dem Schmerz, der ihm besonders wohl steht, geklagt, daß die **Veredelung des Parlaments** in einem Abstieg begriffen sei, daß der Parlamentarismus nicht bloß in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern tief gesunken sei. Ich meine, der Parlamentarismus und das Parlamentsleben würden viel weniger der Veredelung bedürfen, wenn die Herren Parlamentarier sich eine größere Selbstbeschränkung aufzuerlegen verstünden. Herr Präsident Löbe, der eben vor uns als Kollege in den Reihen seiner Parteifreunde sitzt, nickt mir zu. Sein Amt als Präsident und das eines jeden Präsidenten würde bedeutend erleichtert werden und uns allen würde die (B) Situation hier angenehmer sein, wenn dieses Wort wirklich in die Tat umgesetzt würde.

(Allseitige Zustimmung.)

Diese Erscheinung mag vielleicht bei manchem wenigstens mit der Kriegspsychose und mit gewissen Kriegsfolgen in naher Verwandtschaft stehen.

(Abg. Jaud: Auch mit Geburtsfehlern hängt es zusammen! — Heiterkeit.)

— Das kann ich nicht entscheiden. — Bedauerlich ist, daß wir alle darunter leiden müssen.

Was die Stellungnahme des Reichsministers des Innern zur **Umgestaltung und Vereinfachung der Reichsministerien** angeht, so bin ich allerdings hier etwas skeptisch bezüglich der Erfolge, die sich auf diesem Gebiete einstellen werden, wenigstens in absehbarer Zeit. Es möchte vielleicht jeder der Herren Ressortminister denselben Standpunkt einnehmen, wie der Herr Minister des Innern, der die vorsichtige Bemerkung hinzugefügt hat, auf seinem Gebiete, in seinem Ministerium könne allerdings nicht gespart werden. Die Worte haben, glaube ich, gelautet, wenn ich richtig zitiere: Innerhalb meines Etats kann an Einrichtungen und Ausgaben außerordentlich wenig gespart werden. Ich würde annehmen, daß wohl jeder Minister das für sich in Anspruch nehmen dürfte. Ich meine, auch der Ausschuß oder der Beirat, der gebildet worden ist und in den erfreulicherweise aus dem Reichstag 8 anstatt der ursprünglich vorgesehenen 6 Mitglieder kommen sollen, so daß jeder Fraktion Rechnung getragen werden kann, wird wohl kaum das in absehbarer Zeit erfüllen, was man an Erwartungen ihm zugetraut hat.

Den Optimismus des Ministers bezüglich der raschen Erfolge dieser Kommission kann ich leider nicht teilen, besonders dann nicht, wenn ihr Aufgaben zugewiesen werden wie diejenige, das Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen etwas mehr ins Auge zu fassen (C) und darüber zu unterhandeln. Der Herr Minister hat davon gesprochen, daß der Hegemonie Preußens auf diesem Wege ein Ende gemacht werden könnte, falls sie noch bestehe. Ich hätte die Anschauung, daß, wenn das Reich und Preußen zusammenkommen und miteinander verhandeln, die Gefahr sehr groß ist, daß dann die Hegemonie Preußens erst recht in die Erscheinung tritt.

Interessant war mir die Stellungnahme des Reichsministers zum **Unitarismus**. Er hat sich als Unitarist bekannt, aber mit der Einschränkung, daß er nur in den Dingen Unitarist sei, die sich als Notwendigkeiten für das Reich erweisen. Da erhebt sich nun die Frage, was eben für das Reich notwendig ist. Ich persönlich, der ich auf föderalistischem Standpunkt stehe, meine: es haben auch die Länder, denen ja die Existenzberechtigung in der Verfassung des Reichs noch zugestanden ist, ein gewisses Recht auf Notwendigkeiten für ihre Existenz,

(sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei)

und in dem weisen Ausgleich zwischen diesen Notwendigkeiten erblicke ich die Garantie für eine gedeihliche Entwicklung der Länder und des Reichs zusammen.

(Lebhafte Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Ich freue mich, daß der Herr Minister diesen Ausführungen zustimmt, und ich hoffe, das von ihm gesprochene Wort, daß er dem Zentralismus auch die Dezentralisierung an die Seite stellen wolle, wird auch wirklich in die Tat umgesetzt. Es hört sich ja sehr schön und sehr korrekt an: aber wir Bayern haben das Empfinden, daß manchmal den Worten nicht die Tat sofort und in entsprechendem Maße folgt.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wir wollen durchaus dem Reiche geben, was dem Reiche (D) notwendig ist, was es zu seinem Bestehen braucht, und ich meine, es habe gerade die **bayerische Regierung**, die ja heute in einer geradezu unerhörten Weise in diesem hohen Hause angegriffen und herabgewürdigt worden ist,

(sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts)

es wahrhaftig nicht an Versicherungen fehlen lassen, daß sie bei allem Kampf um ihre eigene Existenz das Reich unter allen Umständen hoch hält, und daß sie zum Reich unter allen Umständen halten wird.

(Bravo bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Ich habe die feste Überzeugung, daß es insbesondere bei der Bayerischen Volkspartei niemand gibt, der etwa mit dem Gedanken spielen würde, sich vom Reiche zu trennen.

(Lebhafte Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wenn Herr Dr. Levi in seinem phantasiereichen Geiste gewisse Bilder hervorgezaubert hat, daß eine Zukunft kommen könnte, wo zwischen Bayern und dem Reiche der Kriegsfuß bestehen würde, so kann ich mir solche Phantasiegebilde nicht ausmalen. Ich bin fest überzeugt, daß die **Treue zum Reich in Bayern** genau so groß ist wie in jedem anderen Teile unseres Vaterlandes.

(Sehr richtig! und Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Was die **Bekämpfung der modernen Verbrecher** angeht — auch dieses Thema ist behandelt worden —, so hat der Herr Minister gemeint, es müßte durch eine Reichsinstitution dieser Bekämpfung besser Vorschub geleistet werden. Die modernen Verbrecher hätten eine ganz merkwürdige Psyche, sie würden — so muß ich aus

(Leicht, Abgeordneter.)

(A) diesen Darlegungen deduzieren — auf Landesgesetze nicht so leicht reagieren als auf Reichsgesetze.

(Zuruf vom Ministertisch: Landesgrenzen!)

Ich habe die Auffassung, daß die Herren Verbrecher der modernen Zeit auf gar kein Gesetz achten, sei es Reichsgesetz oder Landesgesetz,

(Zuruf bei der Bayerischen Volkspartei: Und auch auf gar keine Grenzen!)

und auch auf gar keine Grenzen! Die Grenzen genieren sie nicht. Da kommen sie drüber hinweg, — wenn sie nicht rechtzeitig in Bayern festgesetzt werden.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei und große Heiterkeit.)

Sehr begrüßt haben wir die entschiedene Erklärung des Herrn Ministers des Innern, daß er jedem Versuch des Umsturzes, mag er von rechts oder links kommen, entschiedenen Widerstand entgegensetzen will. Ich bin überzeugt: das ist die gemeinsame Linie, in der der Herr Minister des Innern des Reiches sich mit dem Herrn Ministerpräsidenten von Bayern deckt.

(Lebhafte Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei.)

Jeder Versuch des Umsturzes auf gewaltsame Weise von rechts oder links wird in Bayern bekämpft werden!

(Zuruf auf der äußersten Linken: Von rechts auch?!)

— Auch von rechts! Auf unserm Landesparteitag in München ist sehr scharf ausgesprochen worden, daß man auch nach rechts zugreifen solle, wenn es notwendig ist, und Sie dürfen versichert sein: es wird das genau so gemacht werden! Wir nehmen die von rechts so gut, wie die von links, sobald sie eben den Bestand des Staates bedrohen. Gewisse Erscheinungen der Gegenwart, die sich aus der Revolution noch herübergerettet (B) haben — und ich meine: manche Ausführungen, die heute an dieser Stelle gemacht worden sind, hätten für sich schon die Notwendigkeit der Einwohnerwehr und ähnlicher Einrichtungen in Bayern begründet —,

(lebhafte Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei und rechts)

machen uns eben auch den Selbstschutz zur Pflicht. Bei dem Ministerpräsidenten von Bayern fließt aus einem tiefen sittlichen Empfinden heraus der Gedanke: um den Staat, um das geordnete Staatsleben zu erhalten, will er die Organisationen halten, die sich verpflichtet haben, für dieses Ziel sich einzusetzen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

— Kommen Sie nicht immer mit Ihrem „Kapitalismus“. Es kann zwar niemand aus seiner Haut fahren, und so können gewisse Leute nicht aus gewissen Agitationsphrasen herauskommen.

(Sehr gut! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Es tut mir leid, daß ich die Bemerkung machen muß, aber ich muß das einmal konstatieren.

(Sehr gut! bei der Bayerischen Volkspartei und bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich darf nun zur Schulfrage noch einige Bemerkungen machen. Der Herr Minister des Innern hat seine Stellungnahme in längeren Ausführungen kundgegeben. Er hat unter anderem gesagt — wenn ich richtig zitiere; ich habe es nur aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, das Stenogramm habe ich noch nicht zur Hand gehabt —:

> Bei der parlamentarischen Zusammensetzung der Einzelregierungen, die natürlich auch das Schulprogramm ihrer eigenen Partei zur Durchführung bringen wollen, würde unser Schulwesen bald sehr bunt und verschiedenartig aussehen. (C) Die Einheitlichkeit unserer Kultur würde rettungslos in Scherben gehen.

Ich gebe das bis zu einem gewissen Grade zu, Herr Minister; aber ich meine, die Einheitlichkeit ist nicht das Höchste an der Kultur, sondern die Kultur selbst steht mir höher als die Einheitlichkeit der Kultur.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Und wenn Sie, wie die ganze Vergangenheit unseres Vaterlandes zeigt, in einzelnen Ländern in vorbildlicher Weise gepflegt worden ist, so sehe ich gar keinen Grund ein, warum jetzt dieses Vorbildliche zugunsten der Einheit gewissermaßen zurückgestoppt werden soll. Wir haben gar nichts dagegen, wenn man beispielsweise bayerische Vorzüge auf das Reich überträgt.

(Heiterkeit.)

Ich habe mich sehr gefreut, daß der Herr Kollege Weiß vorhin an dieser Stelle einige Dinge berührt hat, in denen Bayern tatsächlich vorangegangen ist, die in Bayern besser sind als in anderen Teilen des Reichs: beispielsweise die Schulordnung. Ich darf das vielleicht noch etwas ausführen. Es wäre sicher gut — da würden wir für den Unitarismus sein —,

(Heiterkeit)

wenn die bayerischen Verhältnisse auf das Reich übertragen würden. Muß denn immer alles gemacht werden, wie es in Berlin ist?

(Heiterkeit.)

Machen Sie es doch einmal so, wie es in Bayern in manchen Dingen ist! Dann wird die Versöhnung zwischen Reich und Bayern viel schneller marschieren.

(Heiterkeit und Zustimmung in der Bayerischen Volkspartei.)

Also in Bayern treten die großen Ferien im Herbst ein. Das ist pädagogisch und auch bezüglich des Lernens (D) von außerordentlicher Bedeutung insofern, als die Schüler und Schülerinnen vollständig ausgeruht zurückkommen und nun das große Pensum wieder aufnehmen, weil in den Wintermonaten, wenn auch das Kerzenlicht und die Beheizung erschwerend sind, im allgemeinen mehr Ruhe im Menschen ist und man deshalb leichter arbeitet als im Sommer, wo man vielleicht mehr unter der Hitze des Tages zu leiden hat. Es kommt hinzu, daß das Wintersemester viel länger und zusammenhängender ist, daß man also den ganzen Unterrichtsstoff, der an die Schüler herankommt, intensiver durcharbeiten kann, so daß im Sommer mit seinen kurzen Unterbrechungen und auch mit seinem naturgemäß kurzen Zusammenhang im Unterricht mehr das Wiederholen und die leichtere Arbeit zu folgen hat.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich würde es begrüßen, wenn wir auch einmal eine Bekehrung vom Reich zugunsten Bayerns konstatieren könnten.

(Zuruf vom Ministertisch.)

— Es freut mich sehr, vom Herrn Reichsminister des Innern zu hören, daß er für die bayerische Institution zu haben wäre.

(Zuruf vom Ministertisch: Aber die anderen Länder sind dagegen!)

— Aber die andern Länder kann er nicht zwingen; das gebe ich zu, denn ich will den Ländern auch ein gewisses Recht auf Grund meines Standpunktes lassen.

(Heiterkeit.)

Ich habe auch nicht gesagt, daß das erzwungen werden soll, sondern ich habe gesagt: wenn die Einheitlichkeit nach bayerischem Muster gelingt, habe ich nichts dagegen.

(Sehr gut! bei der Bayerischen Volkspartei.)

(Leicht, Abgeordneter.)

(A) Der Herr Minister hat dann darauf hingewiesen, es könne einiges, zum Beispiel der **Religionsunterricht**, den Ländern überlassen werden. Das ist allerdings das heikelste Gebiet in der Schulgesetzgebung.

(Reichsminister des Innern Koch: Das habe ich nicht gesagt!)

— Dann ist es in der Zeitung, die mir zur Verfügung gestanden hat, falsch zitiert. Dann nehme ich das vollständig zurück.

Er meinte dann, die Blüte unseres Schulwesens beruhe doch in letzter Linie auch auf der freudigen Anteilnahme der Eltern. In diesem Satz stimme ich mit dem Herrn Reichsminister vollständig überein. Aber die freudige Anteilnahme der Eltern, sowie sie, Gott sei Dank, noch in vielen Kreisen unseres weiten Vaterlandes vorhanden ist, namentlich in den Kreisen, die sich nicht mit den Großstädten decken, wird gewissermaßen getrübt, wenn etwa Bestimmungen kommen würden, die sie bezüglich des Religionsunterrichts und der Teilnahme am Religionsunterricht in eine gewisse Zwangslage versetzen.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich bin hier ganz entgegengesetzter Anschauung als der Herr Reichsminister bezüglich des Art. 149 der Reichsverfassung. Er hat gemeint, daß die positive Willenserklärung über die Teilnahme am Religionsunterricht dem Geist und dem Willen der Verfassung entspreche. Ich bin ganz entgegengesetzter Anschauung.

(Sehr richtig! im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei.)

Man darf eben die Erklärung der Eltern, die im zweiten Absatz steht, nicht von dem ersten Absatz loslösen. Im ersten Absatz steht, daß der Religionsunterricht ordentliches Fach ist. Das ist der prinzipielle Gedanke, der festgehalten werden muß. Es heißt da: (B)

> Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen

— der Schulen, also aller Schulen —

> mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen.

Wenn also in allen Schulen, Simultanschulen und Konfessionsschulen, der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, dann heißt das: jedes Kind ist zu diesem ordentlichen Lehrfach verpflichtet.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Aber selbstverständlich! Was soll denn der Ausdruck „ordentliches Lehrfach" sonst bedeuten? Lesen Sie doch die Verhandlungen nach, die in Weimar gepflogen worden sind. Wenn dann in Abs. 2 die Erklärungen der Eltern maßgebend sind, so trifft das selbstverständlich für die Fälle zu, wo eine Ausnahme von diesem ordentlichen Lehrfach verlangt würde. Das ist doch bisher immer die Grundlage des ganzen Schulbetriebes gewesen, wo eine Ausnahme von einem ordentlichen Lehrfach zulässig war.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich mache Sie darauf aufmerksam, Herr Minister des Innern, wenn diese Stellungnahme von Ihnen auch im neuen Reichsschulgesetz in einer Erklärung zu diesem Paragraphen der Verfassung festgehalten werden würde, dann würden Sie auf den entschiedendsten Widerstand unserer Kreise stoßen.

(Reichsminister des Innern Koch: Habe ich nicht gesagt!)

— Ich habe Ihre Ausführungen stenographisch aufgenommen, ich würde mich freuen, wenn dann eine entgegengesetzte Erklärung erfolgen würde.

(C) Was das **Spielplatzgesetz** angeht, so scheint es mir so vordringlich nicht zu sein, ganz besonders nicht im Hinblick auf unsere Finanzlage.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei der Bayerische Volkspartei.)

Ich meine, wenn die Entente einen Beweis dafür hätte haben wollen, daß wir finanziell leistungsfähig sind und viele Milliarden an die Entente abführen können, dann würde der Beweis erbracht werden, wenn wir ein großzügiges Spielplatzgesetz mit kolossalen Ausgaben für das Reich jetzt in den Etat hineingebracht hätten. Das sind alles schöne Ziele, ich glaube aber, praktisch muß man es möglichst den Gemeinden und Ländern überlassen. An vielen Orten bestehen tatsächlich solche Spielplätze bereits, die zum Teil von Privatinstituten ins Leben gerufen sind. Wenigstens soweit katholische Anstalten in Frage kommen, sind mir eine ganze Reihe bekannt.

Man hat darauf hingewiesen, daß die **Erziehung als Pflicht des Staates** eigentlich schon vom Säuglingsalter einzutreten habe. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt. Ich stehe auf dem Standpunkt, die Erziehungspflicht liegt in erster Linie bei den Eltern.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Das muß der Fundamentalsatz sein, an dem in jeder Beziehung festzuhalten ist. Ich bin überzeugt, der Herr Kollege Weiß hat dieselbe Anschauung; er hat nur vorhin diese staatliche Verpflichtung, hier einzutreten, etwas scharf hervorgehoben. Ich nehme an, daß er dieses Eintreten sekundär, ergänzend gemeint hat, da, wo die Elternpflicht nicht erfüllt wird.

(Abg. Weiß: Sehr richtig!)

In diesem Falle bin ich allerdings auch der Anschauung, daß andere Erziehungsberechtigte und -verpflichtete einzutreten haben. Ich glaube, unser ganzes Schulgesetz sollte eigentlich auf dieser Grundlage aufgebaut werden, dann würde es einheitlich werden. (D)

Ich darf noch ein paar Worte zu dem Fonds für die **Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft** sagen. Das ist allerdings eine Notwendigkeit und ich hätte für diesen Zweck eher noch einen größeren Betrag gewünscht, als diese 20 Millionen. Wenn man sieht, wie in unserer Zeit gerade in akademischen Kreisen tatsächlich in vielen Beziehungen Notstand vorhanden ist, bei Lehrern, noch mehr natürlich bei den Studenten selbst, wenn man hört, daß in Berlin über 50 Prozent der Hochschulstudenten gezwungen sind, sich einem Nebenberuf hinzugeben, um die nötigen Mittel aufzubringen, ihre Vorlesungen zu bezahlen und ihre Lebensbedürfnisse zu bestreiten, so sind das Zustände, die um Abhilfe schreien. Ich glaube, auch dafür müßte das Reich und müßten auch die Länder Mittel zur Verfügung stellen. Es hat erfreulicherweise unter den Studenten selbst eine charitative Betätigung eingesetzt, die sicher ihre guten Erfolge haben wird. Insbesondere möchte ich bezüglich dieser Notgemeinschaft vor einem warnen. Es darf sich hier nicht so gestalten, daß Berlin gewissermaßen als Vormachtstellung in dieser Notgemeinschaft erscheint. Das ist nicht etwa bloß ein föderalistischer oder partikularistischer Standpunkt, den ich habe, sondern dieser Standpunkt ist auch aus anderen Rücksichten diktiert. Wir haben das Empfinden, daß diese Notgemeinschaft absolut auf paritätischer Grundlage aufgebaut sein müßte. Ich glaube, die Herren vom Reichsministerium des Innern werden diese Andeutung wohl verstehen, ohne daß ich weitere Ausführungen zu machen brauche.

Ich darf auch bei der Gelegenheit, wo ich die Parität hervorhebe, darauf hinweisen, daß es mir sehr im Interesse auch des Reiches gelegen zu sein scheint,

(Leicht, Abgeordneter.)

(A) die Forschungsinstitute der Görres-Gesellschaft, die sich im Auslande großen Ansehens erfreuen und sicher auch vom Deutschen Reiche und seiner Regierung gefördert werden sollten, nicht aus den Augen zu verlieren.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Zu den einzelnen Anträgen will ich bei der vorgerückten Zeit und bei der Abspannung des Hauses — ein großer Teil hat ja schon ausgespannt —

(Heiterkeit)

nicht im einzelnen Stellung nehmen. Ich will mich mit diesen Darlegungen begnügen und wünschen, daß das Ministerium auf der Grundlage, die ich skizziert habe, und die sich zum großen Teil mit dem Programm des Ministeriums deckt, eine gedeihliche Entwicklung nehme.

(Beifall im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Alpers.

Ich bitte aber die Damen und Herren, sich noch nicht auszuspannen; wir müssen noch etwas weiter tagen.

Alpers, Abgeordneter: Ganz kurz ein paar begründende Worte zu unserer Entschließung auf Nr. 1646 der Drucksachen! Sie betrifft die **Verletzung der Immunität** unserer Kollegen **Colshorn und Schiele.** Die Angelegenheit ist anläßlich der Beratung des Wehretats vom Herrn Reichswehrminister bereits erwähnt worden, gehört aber wohl mehr zu diesem Etat.

Soweit der Aufsehen erregende Fall den Kollegen **Colshorn** betrifft, liegt ihm an Tatsächlichem kurz folgendes zugrunde. **Anläßlich des Kapp-Putsches** vor einem Jahre einigten sich **in Hannover** die Deutsche (B) Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei und die Deutsch-Hannoversche Partei zu gemeinsamer Abwehr des Putsches und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande. Dieser gemeinsame Widerstand mochte gewissen Politikern in Hannover, auch vielleicht dem **General v. Hülsen** unbequem sein. Jedenfalls hat er Befehl gegeben, die deutsch-hannoverschen Führer zu verhaften, und so hat er das Bündnis tatsächlich gesprengt. Die Auswahl der zu verhaftenden Personen überließ der General dem preußischen Polizeipräsidium v. Beckerath. Dieser hat den Kollegen Colshorn trotz seiner Immunität verhaftet, als er nach Hannover kam ohne Kenntnis von den Vorfällen dort, und zwar ist er verhaftet worden ohne Angabe des Grundes.

(Hört! Hört!)

Bei seiner Verhaftung hat der Kollege Colshorn den ihn verhaftenden Offizier auf seine Immunität aufmerksam gemacht. Aber der Offizier hat ausdrücklich erklärt, er habe Befehl, den „Abgeordneten Colshorn“ zu verhaften.

Unser Kollege Colshorn hat dann Beschwerde erhoben bei der Geschäftsordnungskommission dieses hohen Hauses, und die Geschäftsordnungskommission hat am 28. April vorigen Jahres dem hohen Hause folgende Entschließung vorgelegt:

> Die Nationalversammlung wolle beschließen:
> 1. den Abgeordneten Colshorn und Schiele das Bedauern des Hauses über die Vorkommnisse auszusprechen,
> 2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Erforderliche zu veranlassen, daß die Bestrafung der Schuldigen herbeigeführt und der Nationalversammlung von dem Geschehenen Mitteilung gemacht werde.

(C) Der Herr Reichsminister Koch hat dann, als dieser Antrag einstimmige Annahme gefunden hatte, hinzugefügt:

> Ich bin bereit, in beiden Fällen auf eine Bestrafung der beteiligten verantwortlichen Stellen hinzuwirken, und halte es für eine meiner vornehmsten Aufgaben, dafür zu sorgen, daß auch in Zeiten einer solchen Verwirrung die Immunität eines Abgeordneten nicht verletzt werde.

Was war das Ergebnis? — Monate verstrichen, und trotz des einstimmigen Beschlusses und trotz der Zustimmung des Herrn Reichsministers erfolgte keine Bestrafung, weder die des Generals, noch die des Polizeipräsidenten.

Am 28. Oktober vorigen Jahres habe ich eine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet und darauf folgende Antwort des Herrn Staatssekretärs Dr. Lewald erhalten:

> Die Festnahme des Herrn Abgeordneten Colshorn und die Ankündigung der Festnahme an den Abgeordneten Schiele ist im März durch Organe der preußischen Staatsverwaltung erfolgt. Die Reichsregierung hat daher den Beschluß der Nationalversammlung am 28. April 1920 dem Herrn preußischen Minister des Innern mitgeteilt und ihm um weitere Veranlassung ersucht. Der preußische Herr Minister des Innern hat darauf an sämtliche Regierungspräsidenten und Landräte, an den Polizeipräsidenten von Berlin und die Ortspolizeibehörden eine Verfügung erlassen, in der er auf die strengste Beachtung des Art. 37 der Reichsverfassung hinwies.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ausweichender konnte die Antwort nicht gut gegeben werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wichtig aber ist die mündliche Ergänzung, die der (D) Herr Staatssekretär Dr. Lewald dem Kollegen Colshorn gegeben hat auf die Frage, ob das alles sei. Der Herr Staatssekretär hat erklärt:

> Wir haben keine Machtmittel, dem Beschluß Geltung zu verschaffen.

(Hört! Hört! bei der Deutsch-Hannoverschen Partei.)

Das ist bei dem jetzigen Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preußen nicht verwunderlich und ist charakteristisch für die Ohnmacht des Reiches gegenüber Preußen.

Dazu einige Bemerkungen, die ich von der Begründung unserer Resolution gesondert machen möchte. Der Herr Reichsminister Koch hat vor ein paar Tagen hier gesagt, die **Hegemoniestellung Preußens** wäre beizubehalten nicht möglich gewesen. De facto aber besteht diese Hegemonie, wie schon mein Herr Vorredner vorhin betont hat. In allen Fällen kommt sie zum Ausdruck, wo Differenzen zwischen Preußen und dem Reiche entstehen. Tatsache ist, daß in dem vorliegenden Falle Preußen seinen Willen durchgesetzt hat, während der Reichstag trotz seines einstimmigen Beschlusses und die Reichsregierung ihren Willen gegenüber Preußen nicht durchzusetzen vermocht haben. Bedarf es noch eines weiteren Nachweises von der Unhaltbarkeit dieses Zustandes, eines weiteren Nachweises der Notwendigkeit, daß dieses Mißverhältnis der Kräfte zwischen Preußen und dem Reiche durch eine vernünftige Gliederung des Reiches zu ändern ist, auch zugunsten einer Verstärkung der Reichsgewalt.

Der Herr Reichsminister Koch hat erklärt, er sei sehr weit entfernt von der **„Zerschlagung Preußens“.** Wozu dieser irreführende, berechtigte Empfindungen in Preußen verletzende Ausdruck? Nicht um die Zer-

(Alpers, Abgeordneter.)

(A) schlagung Preußens handelt es sich letzten Endes, sondern es handelt sich um die Schaffung einer starken Reichsgewalt durch vernünftige Gliederung des Reiches;

(sehr richtig! bei der Deutsch-Hannoverschen Partei)

es handelt sich um die Schaffung des inneren Friedens mittels Befreiung der Bevölkerungen von unberechtigtem Zwang und Bevormundung durch Preußen, wie das in meiner Heimat Hannover der Fall ist, und um Befriedigung anderer Wünsche, wie es in Oberschlesien der Fall ist. Niemand fordert eine Neugliederung des Reichs in diesem Augenblick, wo unsere Blicke rheinwärts gerichtet sind. Die Einigkeit des deutschen Volkes gegenüber dem Auslande wird durch Neugliederungswünsche nicht in Frage gestellt; aber die Freiheitsbestrebungen im Volke lassen sich nicht heute einkapseln und morgen entkapseln, und darum richte ich an den Herrn Reichsminister die Frage: Wo bleibt das Ausführungsgesetz zum Art. 18 der Reichsverfassung?

(Sehr gut! bei der Deutsch-Hannoverschen Partei.)

In Oberschlesien wird man hoffentlich in wenigen Wochen seiner bedürfen.

Doch zurück zur Resolution. Der Herr Reichsminister Koch betonte den Mangel eigener Organe in polizeilichen Angelegenheiten. Darum handelt es sich hier aber doch nicht; denn **General v. Hülsen** untersteht direkt der Reichsregierung. Im Ausschuß ist zur Sprache gebracht worden, daß der General v. Hülsen für eine der höchsten Kommandostellen in Aussicht genommen ist und daß er deren Funktionen bereits ausübt, wie der Herr Kollege Müller (Franken) vor einigen Tagen hier ausdrücklich bestätigte. Es ist demnach festzustellen, daß dem einstimmigen Beschlusse des hohen Hauses keine Folge gegeben worden ist, daß statt der geforderten Bestrafung sogar eine Beförderung erfolgt ist.

(B) (Hört! Hört! bei der Deutsch-Hannoverschen Partei.)

Da entsteht doch die ernste Frage, ob das hohe Haus gewillt ist, diese Nichtachtung seines einstimmig gefaßten Beschlusses stillschweigend hinzunehmen,

(sehr richtig!)

oder ob es die Ausführung seines Beschlusses jetzt endlich herbeiführen will. Im letzteren Falle wird der Reichstag die Resolution auf Drucksache 1646 annehmen und damit seine verfassungsrechtliche Autorität wahren. Wir bitten deshalb das hohe Haus um einstimmige Annahme unserer Resolution.

(Bravo! bei der Deutsch-Hannoverschen Partei und der Bayerischen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Herren! Ich schlage vor, den Punkt 5 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des 16. Ausschusses (Verbilligung der Verwaltung) über Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung Nr. 1596 der Drucksachen

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. v. Delbrück

mit der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern zu verbinden. — Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. **v. Delbrück**, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Herr Minister des Innern hat unterm 28. Februar 1921 ein Schreiben an den Reichstag gerichtet, das sich mit **Maßnahmen** zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung beschäftigt. Sie finden dieses Schreiben abgedruckt auf Nr. 1596 der Drucksachen. In diesem Schreiben führt der Herr Minister des Innern aus, daß die Reichsregierung zur Prüfung der Maßnahmen, die (C) zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung zu ergreifen seien, die Bildung einer gemischten Kommission für erforderlich halte. Der Herr Minister spricht dann von den Aufgaben, die dieser Kommission übertragen werden sollten, und führt in dieser Beziehung folgende Punkte auf:

1. Wie sind zur Durchführung von Ersparnissen in der öffentlichen Verwaltung die Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Kommunen zu verteilen?
2. Organisationen der Reichs- und Landesbehörden.
3. Verhältnis der Reichs- zu den Landesbehörden.
4. Dezentralisation innerhalb der Reichsverwaltung.
5. Abgrenzung der Verwaltungsbezirke im Reich und in den Ländern.

Was die **Zusammensetzung der Kommission** betrifft, so soll sie nach den Vorschlägen des Herrn Ministers des Innern bestehen aus dem Reichsminister des Innern als Vorsitzenden, sechs von der Reichsregierung zu ernennenden Mitgliedern, sechs Mitgliedern des Reichstags, sechs Mitgliedern des Reichsrats, darunter tunlichst einen preußischen Minister. Zum Schluß fordert der Herr Minister den Reichstag auf, falls er der Auffassung der Reichsregierung beitrete, die erforderlichen Wahlen von sechs Mitgliedern baldigst herbeizuführen.

Das Plenum hat dieses Schreiben des Herrn Ministers des Innern dem 16. Ausschuß zur Beschlußfassung und Berichterstattung überwiesen. Der 16. Ausschuß hat sich mit diesem Schreiben des Herrn Ministers des Innern in einer Sitzung beschäftigt, aus der ich folgendes zu berichten habe:

Zunächst machte der Herr Minister des Innern längere Ausführungen, aus denen ich folgendes hier hervorheben möchte. Der Herr Minister stellte zunächst (D) in Abrede, daß das **Ausscheiden des Herrn Präsidenten Carl** aus seiner bisherigen Stellung als Kommissar für die Vorbereitung der Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung auf Differenzen zurückzuführen sei, die zwischen ihm und dem Präsidenten Carl bestanden hätten. Er teilte uns dann ferner mit, daß der Präsident Carl, der in vollster Freiheit sich seinen Arbeiten hingegeben habe, Ende Dezember eine Denkschrift eingereicht habe, in der er weitgehende, auch sonst schon erörterte Vorschläge zur Neuorganisation der Reichsverwaltung gemacht habe. Die Hauptpunkte in diesen Vorschlägen seien die Verringerung der Ministerien, die Begründung von Wirtschaftsgebieten mit weitgehender Selbstverwaltung, die Dezentralisation der Reichsverwaltung durch Ausbau der Landesfinanzämter zu Bezirksverwaltungsbehörden, die Gründung privater Organisationen zur Uebernahme bisher staatlicher, kultureller und wirtschaftlicher Aufgaben gewesen. Die **Denkschrift des Präsidenten Carl** habe Anlaß zu Äußerungen von seiten der beteiligten Ressortchefs gegeben, die sich im wesentlichen freundlich zu denselben gestellt, zum Teil weitergehende Vorschläge und Wünsche geltend gemacht hätten. Dabei betonte der Herr Minister des Innern für sich, daß er einem großen Teil der Vorschläge zustimmend gegenüberstehe, daß er in einzelnen Punkten, namentlich was die Zusammenlegung der Ministerien betreffe, noch weitergegangen sei, als der Präsident Carl. Im übrigen aber machte der Herr Minister des Innern darauf aufmerksam, daß es doch die Hauptsache sei, daß nicht nur in großen Zügen ein derartiges Reformprogramm entwickelt werde, sondern es müsse vor allen Dingen doch auch im einzelnen geprüft werden, wie denn dieses Reformprogramm in die Praxis umgesetzt werden

(Dr. v. Delbrück, Berichterstatter.)

(A) könne. Hierüber habe sich der Präsident Carl nicht eingehend geäußert, die Reichsregierung sei aber der Auffassung, daß nicht ein einzelner Mann diese Einzelfragen zweckentsprechend zu lösen in der Lage sei, daß es vielmehr notwendig sei, daß die unmittelbar beteiligten Faktoren, die Regierung, der Reichsrat und der Reichstag, in einer gemischten Kommission sich mit der Lösung dieser Fragen befaßten.

Der Herr Minister machte dann weiterhin darauf aufmerksam, daß neben diesen großen Reformplänen auch eine ganze Reihe von Einzelfragen erörtert und ein gewisses Maß von Kleinarbeit geleistet werden müßten. Dahin gehöre die doppelte Bearbeitung vieler Gegenstände in mehreren Ministerien des Reichs und Preußens, eine Hinwirkung auf eine vernünftige Arbeitsmethode, ein Hineinleuchten in Ueberreste der Kriegsgesellschaften, um ihren schnelleren Abbau zu betreiben und überflüssige und kostspielige Betriebe zu beseitigen. Allen diesen Fragen sei die Denkschrift des Präsidenten Carl nicht gerecht geworden, und es sei wünschenswert, daß auch hiermit in allererster Linie die nach dem Wunsche der Reichsregierung einzusetzende gemischte Kommission sich zu beschäftigen habe.

Der Herr Minister schloß seine Ausführungen mit folgendem Satze: Im ganzen dürfe nicht verkannt werden, daß die Aufgaben der Reichsregierung durch den Krieg, die Revolution und die Verfassung ungeheuer gewachsen seien. Trotzdem sei aber unbedingt anzuerkennen, daß dem übertriebenen Wachstum der Behörden während des Krieges und der Revolutionszeit nicht die hinreichende Aufmerksamkeit zugewandt sei, und daß ein weitgehender Abbau hier dringend notwendig sei. Dieser Aufgabe sollten sich alle Faktoren ohne parteipolitische und ohne persönliche Auseinandersetzungen widmen.

(B) Dieses Schreiben des Herrn Ministers des Innern ist im Ausschuß geteilten Auffassungen begegnet. Auf der einen Seite stand man den Wünschen der Reichsregierung freundlich gegenüber. Man wies darauf hin, daß schon im 16. Ausschuß selbst ähnliche Vorschläge gemacht worden seien, und zwar mit ähnlicher Begründung. Es war bereits früher im 16. Ausschuß darauf hingewiesen worden, daß die schwierigen organisatorischen Fragen, die den Schlüssel zu der Möglichkeit etwaiger Ersparnisse bilden, sehr schwer in einer lediglich aus Mitgliedern des Parlaments zusammengesetzten Kommission ergründet und gelöst werden können. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine derartige Kommission ein Nebeneinander und Nacheinander der Arbeiten des Reichstags einerseits, des Reichsrats und der Regierung andererseits vermeide, und somit zu einer Beschleunigung der Arbeiten führen müsse. Es wurde darauf hingewiesen, daß in einer solchen gemischten Kommission insbesondere die Vertreter des Reichstags die erforderlichen Aufklärungen über das Geschäftsgebaren, die Einrichtungen und die Aufgaben der einzelnen Behörden erhalten könnten.

Kritisiert aber wurde auch von den dem Antrage der Regierung freundlich gegenüberstehenden Mitgliedern des Ausschusses die zahlenmäßige Zusammensetzung dieser gemischten Kommission. Es wurde darauf hingewiesen, daß es unzweckmäßig sei, nur sechs Mitglieder des Reichstages in diese Kommission zu berufen; denn — sagte man — der Reichstag habe acht Fraktionen, und es sei zweifellos wünschenswert, wenn nicht notwendig, daß alle Fraktionen mit je einem Vertreter an der gemischten Kommission beteiligt seien. Es wurde deswegen der Vorschlag gemacht, man möge dem Antrag der Regierung in der vorliegenden Form mit der Maßgabe zustimmen, daß die Zahl der Mitglieder des Reichstags von sechs auf acht erhöht würde. Ein (C) anderer Teil der Kommission war der Meinung, daß es unzweckmäßig sei, den Weg zu gehen, den die Regierung hier vorschlage. Der Reichstag habe sich vorgenommen, aus seiner eigenen Machtvollkommenheit heraus an eine Prüfung der Verbilligungsmöglichkeiten unserer Verwaltung heranzugehen, und man solle dem Reichstag in diesen seinen Kompetenzen nicht beschneiden dadurch, daß man ihn mit dem Reichsrat und der Reichsregierung zusammenspanne.

Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß es unzweckmäßig sei, eine solche Kommission zu bilden, in der die Mitglieder des Reichstags nicht mindestens die Mehrheit hätten. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß es ja in dieser gemischten Kommission gar nicht darauf ankommen könne, rechtsverbindliche Beschlüsse zu fassen, sondern daß in dieser Kommission überhaupt nicht werde abgestimmt werden können, sondern daß ihre Aufgabe lediglich sei, die erwachsenden Probleme zu erörtern und ihre Lösung derart vorzubereiten, daß den späteren Verhandlungen des Reichstags und des Reichsrats damit eine zweckentsprechende Unterlage gegeben werde.

Aus den Erörterungen ging dann schließlich, von der Mehrheit der Kommission beschlossen, folgender Antrag hervor:

Der Reichstag wolle beschließen,

1. sich mit dem Vorschlag der Reichsregierung mit der Maßgabe einverstanden zu erklären, daß die Kommission bestehen solle aus dem Reichsminister des Innern als Vorsitzenden, acht Mitgliedern des Reichstages, vier von der Reichsregierung zu ernennenden Mitgliedern, vier Mitgliedern des Reichsrats,
2. daß für die Mitglieder des Reichstages jeweils von ihren Fraktionen Stellvertreter bestellt werden können. (D)

Ich glaube, es geschieht mit Ihrer aller Einverständnis, wenn ich mich in Anbetracht der vorgerückten Stunde und der Unruhe des Hauses auf diese Ausführungen beschränke.

Ich habe die Ehre, das hohe Haus zu bitten, dem Antrage der Kommission entsprechend zu beschließen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Bei der außerordentlich großen Rednerreihe, die noch vor uns liegt, können wir nach den Beschlüssen des Ältestenausschusses leider jetzt noch nicht abbrechen. Ich möchte Sie deshalb einladen, nur noch einem Redeturnier zwischen dem Herrn Abgeordneten D. Mumm und der Frau Abgeordneten Pfülf beizuwohnen.

(Heiterkeit.)

Dann können wir Schluß machen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm**: Abgeordneter: Die deutschnationale Gruppe des Reichstags beantragt unter der Nr. 1618 der Drucksachen,

> die Reichsregierung zu ersuchen, sie möge auf Grund von Art. 149 der Reichsverfassung, wonach der **Religionsunterricht** ordentliches Lehrfach der Schule ist, auf die Länder **Sachsen und Hamburg** dahin einwirken, daß nicht Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen, in denen Nichtteilnahme von den Erziehungsberechtigten begehrt wird, zu erfolgen hat.

Diese Frage ist im Laufe der Besprechungen immer mehr in den Vordergrund getreten. Während von seiten des Herrn Reichsministers des Innern anfangs leider das Wort, es handle sich um eine „Kleinigkeit", dann das

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) Wort, es handle sich um eine „Einzelheit“ im Vergleich mit anderen Angelegenheiten — gebraucht worden ist, ist doch im Laufe unserer Aussprache sehr deutlich geworden, daß es sich hier um eine Frage von ganz erheblicher, grundsätzlicher und praktischer Bedeutung handelt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es handelt sich zunächst um eine Frage von sehr hoher grundsätzlicher Bedeutung. Denn es ist allerdings für den ganzen Charakter des Deutschen Reichs nicht ohne Bedeutung, ob man die Teilnahme am Religionsunterricht als Regel oder als Ausnahme betrachtet.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es ist darum auch in keiner Weise wundersam, daß diese Frage den Reichstag wieder und wieder beschäftigt, und daß sie auch die anderen Parlamente — ich erinnere nur an das sächsische Parlament — auf das eingehendste beschäftigt hat. Es scheiden sich an dieser Frage die Geister.

(Sehr richtig! rechts und bei den Sozialdemokraten.)

Hier handelt es sich um grundsätzliche Fragen, die grundsätzlich durchgekämpft werden müssen, und ich verzeichne mit voller Anerkennung das „sehr richtig“ meiner verehrten Kollegin Frau Pfülf als Zeugnis der Wichtigkeit der Sache, die auch von entgegengesetzter Weltanschauung aus anerkannt wird.

Meine Damen und Herren! Es handelt sich zum andern um eine Frage von großer praktischer Bedeutung. Denn es ist neben der Schicht derer, die mit Entschiedenheit auf christlichem Boden stehen — mögen sie einem der großen Bekenntnisse, mögen sie einer kleineren Religionsgesellschaft angehören —, und neben der anderen Schicht derer, die ebenso entschieden auf entgegengesetztem Standpunkt stehen, eine Schicht solcher, die schwanken, zweifeln, durch Plötzlichkeiten des Tages sich beeinflussen lassen. Weil wir eine Liebespflicht gegenüber allen in unserem (B) Volke haben, darum halte ich dafür, daß wir auch Rücksicht zu nehmen haben auf diejenigen, die in dieser Beziehung schwanken.

Die Frage ist zunächst eine Frage der **Auslegung der Reichsverfassung.** Als wir zum ersten Male — es war in der 101. Sitzung der Nationalversammlung vom 17. Oktober 1919 — über diese Frage miteinander verhandelten, wurde von seiten des Herrn Staatssekretärs Heinrich Schulz die Annahme vorgebracht, es sei seitens der Parteien, die an dem Kompromiß dritter Lesung beteiligt seien, ein Abkommen, das die von Frau Pfülf vertretene Auslegung vertrete, abgeschlossen worden. Ich habe mir seinerzeit, sobald ich jene Rede gehalten hatte, erlaubt, diese Rede im Manuskript dem verewigten Kollegen Herrn **Gröber** zu zeigen, und er hat mir etwa gesagt: Es ist in jenen Tagen sehr viel gesprochen worden, und ich vermag mich nicht an alle Einzelheiten, wie sie damals besprochen sind, zu erinnern. Wäre aber eine Frage von solcher Wichtigkeit besprochen worden, dann würde ich mich daran erinnern. — Er hat mir die Versicherung gegeben, daß eine solche Auslegung damals nicht verabredet worden ist.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wenn man rein sachlich die Auslegung, wie sie sich dem unbefangenen Beobachter darstellt, finden will, dann muß man sich doch fragen: Was bedeutet es, wenn in jenen Worten steht: Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen? Das kann doch nur bedeuten, daß die **Teilnahme am Religionsunterricht das Reguläre,**

(sehr richtig! rechts)

die **Nichtteilnahme am Religionsunterricht das Außerordentliche** ist,

(lebhafte Zustimmung rechts)

das eine besondere Erklärung erheischt. Das ist die ein- (C) fache philologische Auslegung, die nicht irgendwie dadurch geändert werden kann, daß im weiteren Verlauf dieses selben Artikels — aber erst nachdem grundsätzlich festgestellt worden ist: der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach — gesagt ist:

> Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleiben der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.

Auch diese Erklärung, die nur im Zusammenhang mit der ersten Erklärung aufzufassen ist, kann nicht irgendwie darüber irre machen, daß damals der Wille war: diejenigen, die vom Religionsunterricht befreit zu werden wünschen, können von ihm befreit werden. Nun gibt es aber noch ein interessantes Aktenstück über die Auffassung der äußersten Linken in jenen Tagen. Es handelt sich nämlich um die Nr. 543 der Drucksachen unserer verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, und zwar um einen Antrag der Abgeordneten Frau Agnes, Braß, Dr. Cohn und Genossen. Dieser Antrag forderte unter Nr. 3 des Art. 146 — damals hatte er diese Numerierung — folgendes:

> Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf kein Schüler zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden.

Hier ist der Sinn klar und die Zeugin, die äußerste Linke, in meinem Sinn unverdächtig. Die äußerste Linke begehrte damals nichts anderes, als daß der Zwang beseitigt würde, das heißt, sie forderte die negative Erklärung.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich glaube, dadurch in jeder Weise geschichtlich und philo- (D) logisch den Nachweis für meine Behauptung geführt zu haben.

Auch der Herr **Reichsminister Koch** hat am Schlusse der **Vorkonferenz zur Reichsschulkonferenz,** deren Protokoll ja gedruckt vorliegt, sich in meinem Sinne für die negative Erklärung ausgesprochen, ja ausdrücklich erklärt, man dürfe das Wort „ordentlich“, das nun einmal in der Verfassung steht, nicht aus der Verfassung wegeskamotieren.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Seine gegenwärtige Stellung weicht ja auch nicht weit von meiner Meinung ab, was die Auslegung des Paragraphen anbetrifft. Auch er erachtet die Auslegung, die ich gegeben habe, für die natürliche Auslegung. Der Unterschied in unseren Meinungen ist nur folgender. Er wünscht nicht, im Wege des Verfahrens vor dem Reichsgericht, er wünscht nicht, im Wege eines schärferen Vorgehens gegen die Länder, die heute eine kirchenfeindliche Mehrheit in ihren Parlamenten haben, Hamburg und Sachsen, vorzugehen, sondern er wünscht in dieser Beziehung zunächst Ruhe, um dann später bei irgendeiner Gelegenheit die Frage gesetzlich zu regeln. Ich bin einer solchen gesetzlichen Regelung durchaus geneigt. Wenn wir das Reichsschulgesetz, das ja jetzt dem Reichsrat vorliegt und das auch aus anderen Gründen nicht, wie jetzt seine Überschrift besagt, sich nur auf den Art. 146, sondern auch auf die Art. 147 und 149 wird beziehen müssen, dazu nutzen können, um eine derartige Erklärung einzufügen, so werde ich gern eine solche sich bietende Gelegenheit nutzen. Aber immerhin, das bleibt ungewiß, zumal der Entwurf dieses Reichsschulgesetzes, wenn er sich nicht im Reichsrat noch ändert, sich nur auf den Art. 146 bezieht und ich die Vermutung hegen darf, daß der Herr Reichsminister Koch einer Ausdehnung auf die Art. 147 und 149 nicht sehr günstig sein wird. Also eine solche

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) Regelung durch Hineinarbeiten ins Gesetz oder durch ein besonderes Gesetz bleibt durchaus zweifelhaft. Darum erscheint es uns als eine Notwendigkeit, daß wir jetzt bereits den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes, vergegenwärtigt durch die Mehrheit der deutschen Volksvertretung, feststellen,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

und ich beehre mich deshalb, an den Herrn Präsidenten die Bitte zu richten, über diesen unsern Antrag eine namentliche Abstimmung herbeizuführen.

Meine Damen und Herren! Ich habe des weiteren ein kurzes Wort zu einigen anderen Entschließungen zu sagen, die von unserer Seite aus beantragt sind. Zu einzelnen Entschließungen behalte ich mir Ausführungen bei den Spezialtiteln vor. Ich möchte aber schon jetzt ein Wort zu unserem Vorschlage sagen, daß die **Vorrede aus den amtlichen Ausgaben der Verfassung** verschwinden möchte.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

In Kap. 3 Tit. 21 sind nicht weniger als 1 725 000 Mark ausgesetzt, damit den Schülern die Verfassung gegeben werden kann. Wir haben uns seinerzeit über diese Frage, als Art. 148 der Reichsverfassung zur Debatte stand, unterhalten. Wir von der Rechten sind bei der Verfassungsberatung unterlegen. Es steht in der Verfassung, daß diese Exemplare ausgehändigt werden sollen. Wir werden also erst dann, wenn einmal eine Änderung der Verfassung zur Frage steht, uns darüber zu unterhalten haben, ob diese Ausgabe praktisch und nicht vermeidbar ist. Was aber heute bereits entschieden werden kann, ist die Frage, ob denn außer dieser Verfassung und dem angehängten umfangreichen Sachregister auch noch eine ausführliche Vorrede gegeben werden soll. Die Vorrede allein dürfte nach meiner Berechnung uns im Jahre 3- bis 400 000 Mark kosten. Diese von Herrn Dr. Preuß (B) verfaßte Vorrede kann als eine unparteiische nicht angesehen werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn sie zum Beispiel direkt auf der ersten Seite sagt:

> Nachdem alle alten Gewalten zusammengebrochen waren, konnte die Neugestaltung nur auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes ohne Unterschied des Berufs, des Besitzes, des Geschlechts und der Landsmannschaft erstehen, also nur auf der Grundlage der reinen Demokratie,

(sehr richtig! links)

so ist es ganz selbstverständlich, daß derartige Worte, solche ungerechte Kritik der Vergangenheit, der äußersten Linken außerordentlich gefallen. Wenn ich noch mehr daraus vorlesen würde, würde das Gefallen der Linken noch größer sein. Aber, meine Damen und Herren, ist es denn die Aufgabe des Reichs, eine Vorrede, die durchaus parteiisch wirken muß, an alle Schüler zu geben?

(Sehr gut! rechts. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nebenbei möchte ich mir auch die Frage gestatten, ob denn diese Vorrede als irgendwie pädagogisch zweckmäßig erachtet werden kann. Ein Herr, der meiner Weltanschauung so diametral entgegensteht wie Herr Dr. Löwenstein, hatte schon im Hauptausschuß und auch jetzt die Güte gehabt, mir zu bestätigen, daß er diese Vorrede für pädagogisch denkbar verfehlt halte,

(Abgeordneter Dr. Löwenstein: Nur stilistisch!)

— stilistisch, also pädagogisch für verfehlt hielte. Er hat den Vorschlag gemacht, daß ein Berthold Otto oder sonst irgendein Schulmann eine derartige Vorrede verfassen möchte. Ich habe nicht für einen Berthold Otto zu reden, ob er Freudigkeit dazu haben würde, möchte nur sagen, daß diese Vorrede, so wie sie vorliegt, hier in dieser Ausgabe, die den erschreckten Papagei auf der Umschlagseite trägt, als eine durchaus verfehlte zu betrachten ist. (C)

(Sehr richtig! rechts.)

Daß sie praktisch bei den Vierzehnjährigen, denen sie ausgehändigt wird, viel Schaden tut, der Meinung sind wir nicht. Aber, daß in dieser Weise jährlich Hunderttausende von Reichsgeldern vergeudet werden, daß in der Weise, wie es seinerzeit die Reichszentrale für den Heimatdienst getan hatte, Reichsgelder im Interesse einzelner Parteien verwandt werden, ist etwas, was man durchaus bekämpfen muß.

(Zuruf links.)

— Sie sagen, das sei der Rechten — und Sie gebrauchen dabei den unzutreffenden Ausdruck „Konservativen" — recht. Lieber Herr Kollege! Wir wollen den Fall auch einmal unter einem anderen Gesichtswinkel betrachten. Die Klassenparteien haben bei der letzten Wahl abgenommen und die Volksparteien haben zugenommen, und unter den Volksparteien hat keine stärker zugenommen als die Deutschnationale Volkspartei. Ich möchte Sie darum in aller Freundlichkeit, wenn Sie jetzt unseren Antrag ablehnen, auch an die Möglichkeit späterer Auflagen einer solchen Vorrede erinnern, die vielleicht wiederum Ihnen nicht passen könnten.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Ich halte es durchaus für unzweckmäßig, daß den Schülern derartige Vorreden, die der Subjektivität in keiner Weise entbehren, vielleicht auch in keiner Weise entbehren können, als amtliches Material vorgesetzt werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Nun ein anderes Kapitel, bei dem ich auch nicht auf die Zustimmung derjenigen Parteien rechne, die unsere Verfassung mit Gewalt ändern wollen, allerdings auf die Zustimmung aller der Parteien, die die Verfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege ändern wollen! Von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten hat sich (D) im Hauptausschuß eine Einigkeit in der Richtung herausgestellt, daß die **stammesfremde Einwanderung aus dem Osten** als ein Unglück für uns bezeichnet werden muß.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Die **Ostjudenfrage** darf unter uns nicht zur Ruhe kommen, ehe sich nicht eine befriedigende Regelung gefunden hat. Aus diesen Kreisen kommen die schlimmsten Wühler.

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

— Kein Wunder, daß Sie auf der äußersten Linken dafür eintreten! Aus diesen Kreisen kommen die schlimmsten Schieber.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Kreise mehren die Wohnungsnot ins Unerträgliche,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

sie fördern die Überlastung unserer Gerichte,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

sie mehren die Seuchengefahr. Kurz, unter jedem Gesichtswinkel muß dieser Einwanderung gewehrt werden, müssen die Eingewanderten, wo es nur möglich ist, als lästig zurückgebracht werden und müssen sie bis dahin interniert werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich bin der Überzeugung, daß der gegenwärtige Minister des Innern dieser meiner Auffassung durchaus nicht fern steht;

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

seine Erklärung im Hauptausschuß des Reichstags ging durchaus nach dieser Richtung. Aber als ich neulich die Ergänzungsfrage zu meiner Anfrage stellte: woher kommt die volle Unwirksamkeit aller bisher ergriffenen Maßnahmen? — konnte mir von seiten der Reichsregierung eine Antwort nicht erteilt werden.

(Hört! Hört! rechts.)

Nun ich bin überzeugt, daß man auf seiten der Reichs-

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) regierung manche Gründe kennt. Ich kenne zum Beispiel eine Gebäude Unter den Linden und einen Minister des Innern und einen Staatssekretär des Innern dort, bei denen ich viele Hemmungen vermute. Ich kenne jenen vom Minister Wolfgang Heine verschuldeten unseligen Erlaß, dem erst, wie man es beim Hundeschwanz macht, stückweise das Leben ausgeblasen werden mußte.

(Stürmische, anhaltende Heiterkeit und Zurufe.)

Es ist eine Notwendigkeit, daß auf diesem Gebiet nicht nachgelassen wird, und ich glaube, es für meine Freunde auf der Rechten sagen zu können: wir werden nicht locker lassen. Wir werden auf diesem Gebiet, sei es im Reichstag, sei es im Landtag, unsererseits tun, was zu tun möglich ist, um dieser Gefahr zu wehren.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es wird über andere Fragen dieses Haushalts

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten)

— Herr Kollege, Ihre Fraktion ist die allerletzte, die sich über verlängerte Reichstagssitzungen zu beschweren hat —

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

von anderer Seite gesprochen werden. Wir werden insbesondere auch noch bei den zuständigen Spezialtiteln die Frage zu erörtern haben, wie es mit der Ausführung der Beschlüsse steht, die die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung am 15. April 1920 gefaßt hat, nämlich der Forderung der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur **Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur** sowie zum Schutz der Jugend bei öffentlichen Darstellungen und Darbietungen gemäß Art. 218 Abs. 2 der Reichsverfassung und im anderen eine Einwirkung auf die Länder, damit der vorhandene Schutz gegen **unsaubere und verrohende Schaustellungen** auf Schaubühnen, Varietés, im Zirkus usw. zur Geltung komme und der gesetzliche Schutz gegen unsaubere und verrohende Postkarten, Schriften und Schau-

(B) fenster zur Geltung komme. Es ist für uns unerträglich, untätig zuzusehen, wie gegenwärtig am Mark unseres Volkes gezehrt wird

(sehr wahr! und Lachen bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken)

durch eine Schmutzliteratur — Sie werden es bald verlernen, „sehr wahr!" zu rufen —, durch eine Schmutzliteratur, die das Gewissen unseres Volkes vergiftet.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von der äußersten Linken: „Bordell!")

— Wissen Sie nicht, daß von unserer Seite jener Antrag gegen die Bordelle eingebracht ist, der einstimmige Annahme im Hause gefunden hat?

(Heiterkeit links.)

— Meine Damen und Herren! Es ist leichter, sittlich zu verwüsten, als sittlich aufzurichten.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

So lange man versucht, wie es diese Herren von der äußersten Linken versuchen, derartige Dinge mit Gelächter abzutun, so lange wird es nicht besser werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Es ist nötig, daß in unserem ganzen Volksleben eine veränderte Auffassung dieser Dinge sich durchringt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es ist notwendig, daß durch unser Volk die Empfindung hindurchzieht: diese breiten Wellen des Schmutzes müssen zum Verderben unseres Volkes führen.

Meine Damen und Herren! Was zum Verlust unseres Krieges geführt hat, war nicht so sehr die Front, sondern es war das Zermürbtsein in den Seelen; und so muß auch die **Wiederaufrichtung** von den **Seelen** ausgehen.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Es darf nicht allein eine Wiederaufrichtung materieller Art sein. Wir müssen uns fast immer mit diesen materiellen Fragen hier beschäftigen. Unendlich höher (C) aber steht die große Frage, wie wir die Seele unseres Volkes wieder aufrichten können. Solange man einen skrupellosen Mammonismus wirken läßt, der als Unzuchtskapital in unserem Volke einen jeden, der sich ihm zu widersetzen wagt — er heiße Brunner, er heiße Schlaikjer, er heiße, wie er wolle —, zu vernichten sucht, so lange kann es nicht anders werden. Wir bedürfen in unserem deutschen Volk — und ich möchte gerade bei den Beratungen des **Reichsministerium des Innern** dieses aussprechen —, daß auch von seiten der staatlichen Gewalt mehr auf diesem Gebiete geschehen muß, wirksamer eingegriffen werden muß, daß nicht nur die wirtschaftlichen Aufgaben gelöst werden, sondern daß wir auch zu einer seelischen Neugestaltung unseres Volkes, zu einem ernsten Kampf gegen die Wellen des Schmutzes und des Schundes kommen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat die Frau Abgeordnete Pfülf.

Pfülf, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Dr. Delbrück hat in seiner Etatsrede beklagt, daß das **Reichsministerium des Innern** den einzelnen Ländern nicht genügend Bewegungsfreiheit gönne. Auch wir sind natürlich für eine gesunde Dezentralisation. Aber das eine muß doch gesagt werden: wenn im Reichsministerium des Innern nicht ein unerschütterlicher **Wille zur Einheit** da ist, dann ist keine Kraft vorhanden, um den zentrifugalen Tendenzen, die in einzelnen Ländern vorhanden sind, wirksam entgegenzuwirken. Das ist notwendig. Diesen Willen zur Einheit haben wir im Reichsministerium des Innern recht gründlich vermissen müssen.

Der Herr Reichsminister Koch hat als seinen Grundsatz aufgestellt, daß er sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Einzelländer mischen wolle. Ich muß aber (D) doch gestehen, daß der Herr Reichsminister diesen seinen Grundsatz nicht in allen Fällen für bindend gehalten hat. Ich brauche nur an seine Stellungnahme zur **Auflösung der Bremer Stadtwehr** und zur Auflösung der Einwohnerwehr in Bayern zu erinnern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nicht an dem, wie der Herr Reichsminister gesagt hat, daß wir einem parlamentarischen Minister nicht gestatten wollten, in öffentlichen Versammlungen aufzutreten und dort politische Reden zu halten. Nichts liegt uns ferner als das.

Aber, wie lagen denn damals die Verhältnisse in Bremen? Die Bürgerschaft hatte die Auflösung der Stadtwehr beschlossen. Der Herr Reichsminister Koch spricht am 5. Januar in einer öffentlichen Volksversammlung in Bremen, und schon am 6. Januar, also schon den Tag darauf, hat der Bremer Senat ein Schreiben des Reichsministeriums des Innern in der Hand — also kein persönliches Schreiben des Herrn Reichsministers, sondern ein amtliches Schreiben —, welches das Verschieben der Auflösung dieser Stadtwehr empfiehlt.

Wenn man damit in Zusammenhang stellt, wie sich der Herr Reichsminister Koch bei einer für das Reich so viel wichtigeren Frage, wie es die **Auflösung der Einwohnerwehr in Bayern** war, verhalten hat, so kann man nur das eine wiederholen: seine Grundsätze sind ihm eben nur unter ganz gewissen Voraussetzungen bindend.

Der Herr Reichsminister Koch hat ferner seine Aufgabe dahin präzisiert, daß er vor allem dazu da sei, den **Schutz der Verfassung gegen links und gegen rechts** zu sichern. Niemand — fast niemand, wollen wir sagen — in diesem hohen Hause wird den Herrn Reichsminister in dieser seiner Aufgabe nicht gern und willig

(Pfülf, Abgeordnete.)

(A) unterstützen. Aber er ist doch recht bescheiden gewesen, wenn er das als seine Aufgabe hingestellt hat. Uns erscheint es als eine mindestens ebenso wichtige Aufgabe, daß endlich einmal die passive Resistenz der Einzelländer gebrochen wird, daß die Verfassung lebendiges Leben wird, daß das, was in der Verfassung heute noch nicht gesetzgebend ist, was als grundsätzlich dargestellt ist, endlich einmal Gesetz wird und so der Reichsgedanke und so die **Grundrechte der Verfassung** sich auch im Bewußtsein des Volkes verankern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch das, muß gesagt werden, ist in keiner Weise mit dem nötigen Nachdruck geschehen. Als wir in Weimar die deutsche Verfassung geschaffen haben, da waren wir von der Tatsache überzeugt, daß eine neue Zeit sich schüchtern anzubahnen beginnt, in der nicht mehr die politische Macht, sondern der soziale Wille und die kulturelle Höhe eines Volkes seine Stellung in der Völkergemeinschaft bestimmen wird.

In diesem Sinne haben wir die Artikel der Reichsverfassung geschaffen, die die **Kulturpolitik** betreffen. Wir haben aber in der Zukunft im Reichsministerium des Innern bei dem Herrn Reichsminister Koch nichts weniger als den Willen finden können, großzügige Kulturpolitik im Deutschen Reiche auch wirklich zu treiben. Das ist das gleiche von der Hand in den Mund leben, wie wir es in unserer gesamten Politik gegenwärtig erleben und was diese trostlose Stimmung im deutschen Volke schafft.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und nirgends können wir dieses von der Hand in den Mund leben weniger ertragen als bei der Kulturpolitik.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— Der Herr Staatssekretär Lewald sagt mir gerade: „Weil wir kein Geld haben!" Wir haben Geld fast für alle wirtschaftlichen Dinge im Reich, aber wir haben (B) immer kein Geld, wenn es sich um das Primäre, um das Wichtigste handelt, um was es sich handeln kann, nämlich um die Kulturarbeit im deutschen Volke.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir können auf die Dauer nicht weiter existieren, unser kulturelles Leben kann nicht weiter gedeihen, wenn wir uns nur mit Sympathiekundgebungen für die deutschen Kulturaufgaben zufriedengeben. Wir müssen endlich einmal anstatt Worte Taten sehen.

Lassen Sie mich auf einige der Gesetze, die wir nun seit langem erwarten und ewig nicht zu sehen bekommen, näher eingehen. Am Anfang möchte ich dem Herrn Reichsminister Koch das Wort zurufen, das er leider Gottes in seinen Verhandlungen mit den Einzelländern so oft vergißt, während es ihm an anderer Stelle recht geläufig ist:

Doch erquickend sind zu Zeiten
Goldne Rücksichtslosigkeiten.

Der Herr Minister sieht die ungeheure **Not unserer deutschen Jugend** so gut, wie wir sie sehen. Der Herr Minister hat seit langem ein **Jugendwohlfahrtsgesetz** in Vorbereitung gehabt. Draußen verdirbt die deutsche Jugend, nicht nur, wie der Herr Kollege Moses so erschütternd gezeigt hat, an Tuberkulose und an Unterernährung, sondern auch an der entsetzlichen Heimatlosigkeit, in die diese Jugend hineingetrieben worden ist und in der sie zugrunde gehen muß mit der Sicherheit eines Naturgesetzes; aber der Reichsrat sitzt und berät.

(Abgeordneter D. Mumm: Ist schon fertig!)

— Ist schon fertig, Herr Kollege Mumm?! Das ist recht erfreulich, und ich hoffe, daß wir es in allernächster Zeit in die Hand bekommen werden und daß es den Geist atmet, der es uns ermöglicht, es so schnell wie (C) möglich zu verabschieden. Ich möchte aber heute schon das eine gesagt haben, daß dieses Jugendwohlfahrtsgesetz seine wichtigste Aufgabe versäumt haben wird, wenn es nicht als Motto den Satz trägt, den jedes chinesische Kind schon in seiner Kinderfibel als ersten Satz zu lesen bekommt: „Der Mensch ist gut", d. h. wenn das ganze Gesetz nicht getragen ist von der Hochachtung vor der Menschenwürde auch schon im Kinde. Wir werden also abwarten, wie dieses Jugendwohlfahrtsgesetz ausschaut und ob es für das deutsche Volk einen Gewinn bedeutet oder nicht.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit diesem Jugendwohlfahrtsgesetz auf einen Antrag eingehen, der ja wohl auch als ein Beitrag zu Jugendwohlfahrt gedacht war. Es ist von verschiedenen Fraktionen dieses hohen Hauses ein Antrag eingegangen, einer bestimmten Filmgesellschaft 100 000 Mark zu überweisen, um **für Schul- und Volksbildungszwecke** brauchbare **Filme** zu bekommen. Sachlich stehen wir natürlich einer solchen Verwirklichung besserer Filme ganz und gar wohlwollend gegenüber. Wir sind aber der Auffassung, daß wir uns, wenn zur Verwirklichung des Jugendwohlfahrtsgesetzes nur 500 000 Mark in Ansatz gebracht worden sind und, wie man uns wahrscheinlich vom Finanzministerium aus wieder erklären wird, mehr momentan gar nicht möglich ist, vor jeder Verzettelung der schmalen Summe bewahren müssen. Wir würden es aber außerordentlich begrüßen, wenn die ganze **Überwachungsstelle des Films** nicht zu einer Sache der Polizei gemacht werden würde, sondern wenn sie der Kulturabteilung des Reichsministeriums des Innern überwiesen werden würde, wie wir denn überhaupt den **Polizeicharakter,** der dieses **Ministerium** auszeichnet, aufs erbittertste bekämpfen müssen. Ich kann dem Herrn Reichsminister Koch nur raten, einmal nach Köln in die öffentlichen Anlagen zu gehen; dort steht nämlich nicht: „Es ist verboten!", sondern dort steht — (D) und das wäre eine gesunde Grundlage, um die Demokratie auch wirklich zur Wachsamkeit zu bringen —: „Bürger, schützt eure Anlagen!"; so heißt es dort. Ehe Sie nicht auf diesen Standpunkt gekommen sind, daß Sie dem Staatsbürger und seinem Gewissen diese Dinge überlassen, und solange Sie sich nur auf Polizeiparagraphen stützen, so lange werden Sie keine Gesundung und keine Besserung im deutschen Volk erleben.

Lassen Sie mich zu dem kommenden **Reichsschulgesetz** ein Wort sagen. Wir haben im Sommer 1919 die Deutsche Reichsverfassung verabschiedet. Wir haben damals mit äußerstem Widerstreben dem Sperrparagraphen 174 zugestimmt, der den Einzelländern jede Neugestaltung ihres Schulwesens unmöglich gemacht hat. Wir haben ihm aber deswegen zugestimmt, weil uns das Reichsministerium des Innern damals die Versicherung gab, daß noch im Herbst desselben Jahres ein entsprechendes Reichsschulgesetz vorgelegt werde.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nun ist heute, $1\frac{1}{2}$ Jahre nach der Verabschiedung der deutschen Reichsverfassung, dieses Reichsschulgesetz noch nicht in unserer Hand.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das kann man wahrhaftig keine Überhastung der Gesetzgebung nennen. Die Folgen dieser Verschleppung sind allerdings sehr unangenehme gewesen. Es ist nicht nur die Landesgesetzgebung aufs verderblichste gehemmt, sondern es ist auch Beunruhigung und Unsicherheit in die Reihen der Eltern und in die Lehrerschaft hineingetragen worden. Ja, vielleicht ist es beabsichtigt, dem Hundeschwanz stückweise das Lebenslicht auszublasen,

(Heiterkeit)

um mich in der bilderreichen Sprache des Herrn Abgeordneten Mumm zu bewegen.

(Pfülf, Abgeordnete.)

(A) Es ist aber von noch viel schlimmerer Bedeutung gewesen. Denn, meine Herren und Damen, in der Zeit, die dazwischen liegt, hat eine Agitation von solcher Gewissenlosigkeit im deutschen Volke eingesetzt, ist eine solche Erbitterung in das deutsche Volk hineingetragen worden, daß wir das aufs schwerste bedauern müssen. Wenn Herr Dr. **Schreiber** hier vor einigen Tagen eine von hohem Verantwortungsgefühl getragene **Kulturrede** gehalten hat, so habe ich nur bedauert, daß die **Praxis seiner Partei zu dem versöhnlichen Ton seiner Rede in** einem recht schreienden **Mißverhältnis** steht. Was soll man dazu sagen, wenn beispielsweise der Herr Kollege Dr. Schreiber so richtig gesagt hat „Übertreibung und Negative, ätzende Kritik dient nicht dem Volke und seiner sittlichen Größe", und wenn man andererseits in dem leitenden Organ der Zentrumspartei, in der „Germania", am 5. März zu lesen bekommt:

> Christliches Volk, wie lange willst Du dich noch von Atheisten und Sozialisten zum Narren halten lassen? Willst Du warten, bis alle Deine Altäre gestürzt sind, bis Deine Jugend eine zuchtlose Horde geworden ist? Darum, Elternräte, versammelt Euch, haltet Euch nicht lange bei Worten auf, schreitet endlich zu Taten!

Das klingt ganz anders als die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Schreiber in diesem Hause, und leider Gottes kommen derartige Presseäußerungen in viel weitere Kreise und werden ernster genommen, als manchmal eine Rede in diesem hohen Hause genommen wird.

Wir kennen ja diese Taten, zu denen die „Germania" hier aufgefordert hat. Wir wissen, daß die Elternschaft überall zum Schulstreik aufgeputscht wird, wenn ein **Lehrer** von seinem **verfassungsmäßigen Recht,** den **Religionsunterricht nicht zu erteilen,** Gebrauch macht. Sehr verehrte Anwesende! Wir bedauern aufs tiefste, wenn durch die (B) Versetzung solcher Lehrer von ihrer Schulstelle auf eine andere solchen verfassungsfeindlichen Mächten, Parteien oder Kirchengemeinschaften auch nur der Schatten eines Rechts zu derartigen Dingen gegeben wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir fragen auch den Herrn Reichsminister, ob es mit dem klaren Wortlaut der Verfassung in Einklang zu bringen ist, daß in einigen Regierungen — mir sind zwei konkrete Fälle aus Schwaben-Neuburg bekannt — Lehrer gefragt worden sind, aus welchen Gründen sie die Erteilung des Religionsunterrichts verweigern, und diese Regierungen gleichzeitig erklärt haben, daß eine Verweigerung nur aus Gewissenszwang zulässig ist. Wir glauben in der Tat nicht, daß man durch diese Vergiftung der Atmosphäre unserem Volke irgendwie nützt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf den **Religionsunterricht** überhaupt zu sprechen kommen. Der Herr Abgeordnete D. Mumm hat ja mit einer Zähigkeit, die bewundernswert ist, in diesem hohen Hause eine Umfrage um die andere vorgenommen, ob dieser Verfassungsparagraph, der die Freiheit der Entschließung zuläßt, beim Religionsunterricht positiv oder negativ aufzufassen sei. Ich freue mich, daß sowohl der Herr Staatssekretär Schulz als auch neulich im Plenum der Herr Reichsminister Koch die Erklärung abgegeben hat, daß es dem Geiste der Verfassung selbstverständlich mehr entspricht, wenn diese Erklärung positiv abgegeben werden wird, und ich erkläre dazu als ein Mitglied des Verfassungsausschusses, das den engeren Beratungen dieses Schulparagraphen beigewohnt hat, daß in der Tat dieser Paragraph in dieser Weise aufzufassen ist,

(Widerspruch im Zentrum und rechts)

und ich berufe mich dabei auf den verstorbenen Abgeordneten Gröber,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

der im Verfassungsausschuß den Antrag eingebracht hatte (C) — er, der Abgeordnete Gröber von der Zentrumspartei, gegen dessen Antrag jetzt der Schulstreik vom Zentrum organisiert wird —:

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

> Kein Lehrer und kein Schüler darf zwangsweise zum Religionsunterricht angehalten werden.

(Zurufe aus dem Zentrum: Das ist ganz etwas anderes!)

— Meine Herren, Sie sind so sehr für Veredelung des Parlamentarismus, vielleicht lassen Sie mich den Satz zuerst zu Ende sprechen! Der Herr Abgeordnete Gröber hat in der Begründung dieses Antrags wörtlich gesagt:

> Wir betrachten es vielmehr als eine Notwendigkeit, den Religionsunterricht als Pflichtfach für die Schule zu bezeichnen

— jetzt wollen Sie, bitte, aufpassen —

> in dem Sinne, daß zwar die Schule verpflichtet ist, dieses Fach lehren zu lassen, aber nicht in dem Sinne, daß die Schüler genötigt sind, den Religionsunterricht zu besuchen.

Es ist also auch kein Pflichtfach für die Schüler, sondern es ist lediglich Lehrfach in dem Sinne, daß die Schule die Pflicht hat, Religionsunterricht anzubieten, daß aber niemand gezwungen ist, den Religionsunterricht zu nehmen.

(Zurufe aus dem Zentrum und rechts.)

— Sie wissen genau, Herr Kollege Everling, daß, wenn in der Schule ein Unterrichtsfach ist, an dem nicht alle Schüler teilnehmen, die Schüler sich zu diesem Unterrichtsfach melden.

(Zurufe aus dem Zentrum und rechts: Umgekehrt!)

— Verzeihen Sie, meine Herren, bei uns in Bayern ist es jedenfalls so, vielleicht ist es bei Ihnen anders.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Diese kontradiktorische Verhandlung kann aber nicht fortgesetzt werden; es hat nur (D) Frau Pfülf das Wort. Im übrigen sind noch reichlich Redner gemeldet, um morgen zu antworten.

Pfülf, Abgeordnete: Im übrigen wünschen auch wir, daß diese Frage einmal endgültig geregelt wird.

(Sehr richtig!)

Wenn der Herr Abgeordnete Mumm gesagt hat, sie müsse grundsätzlich entschieden werden, so kann ich nur immer wieder als Mitglied des Verfassungsausschusses betonen: diese Frage ist bereits grundsätzlich entschieden, und wir können höchstens noch durch ein Gesetz ein übriges tun.

Lassen Sie mich nun im Anschluß an diese mit so viel Eifer verfochtene Frage des Religionsunterrichts noch kurz auf den **staatsbürgerlichen Unterricht** zu sprechen kommen. Der Staat vor allen Dingen hat ein Interesse daran, daß seine Bürger die nötigen staatsbürgerlichen Kenntnisse und die nötige staatsbürgerliche Gesinnung haben;

(sehr richtig! im Zentrum)

der Staat hat also als solcher zunächst nicht das größte Interesse am Religionsunterricht, sondern hat das allergrößte Interesse daran, daß der staatsbürgerliche Unterricht, den die Verfassung garantiert, nun auch endlich wirklich einmal in unsere Schulen eingeführt wird. Wir fragen — —

(Zuruf rechts.)

— Das schafft noch lange keine Staatsbürger, sagen Sie! Meine Herren! Aber Ihr Religionsunterricht hat leider noch lange keine Christen geschaffen.

(Oho! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wir wünschen, daß der staatsbürgerliche Unterricht, so wie ihn die Verfassung uns garantiert hat, in unseren Schulen eingeführt werde. Wir fragen das Reichsministerium, ob irgendwelche Vorbereitungen getroffen sind,

(Pfülf, Abgeordnete.)

(A) die die Lehrer in den Stand setzen, diesen Unterricht dann auch in zweckmäßiger Weise zu erteilen.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich eingehen auf die Tendenz des Antrags unter Nr. 1622, Dr. Stresemann, Frau Dr. Matz und Genossen. In diesem Antrag wird die Reichsregierung ersucht, in den **Abschlußklassen aller Schulen** eine dem Verständnis der Schüler angepaßte **Einführung in den Friedensvertrag von Versailles** zu garantieren. Die Tendenz dieses Antrags widerspricht der Reichsverfassung.

(Zurufe rechts: Warum denn?)

— Gewiß, ich werde Ihnen gleich sagen, warum. Die Reichsverfassung erklärt in ihrem Artikel 148:

> In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche Berufstüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erteilen.

(Zuruf rechts: Im Geiste des deutschen Volkstums!)

— Und der **Völkerversöhnung!** Dieser Antrag, den Sie hier in den Tagen schwerster politischer Erregung gestellt haben,

(Zuruf rechts: Ganz recht!)

— gewiß! — entspricht nicht dem Gedanken der Völkerversöhnung, den wir alle Ursache haben, endlich einmal in unsere deutschen Schulen hineinzutragen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wollen Sie uns vielleicht auf dasselbe Pflaster locken, wie es die Franzosen nach dem Jahre 1870 getan haben? Wollen Sie dieselbe Rachesaat säen, die damals im französischen Lande ausgesäet worden ist? Dazu sind uns die deutsche Jugend und unsere deutsche Zukunft zu gut. Deshalb müssen wir die Tendenz dieses Antrages ablehnen.

Wichtig ist uns dann, daß auch endlich einmal das **Gesetz über die Lehrerbildung** an den Reichstag kommt.

(B) Das ganze Gerede über eine Neubildung des Bildungswesens, jeder Reformgedanke, jede großzügige Lösung unserer schulpolitischen Aufgaben bleibt so lange ein Ding der Unmöglichkeit, bis wir nicht einen freien Lehrerstand geschaffen haben, bis wir nicht dem Lehrerstand einmal ordentlich die freie Luft unserer öffentlichen Schulen um die Ohren haben wehen lassen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß, daß diesem Lehrerbildungsgesetz die größten Hemmungen bereitet werden. Wie überall, so ist es ja auch hier mein engeres Heimatland Bayern, das die Lehrerbildung ganz in den Grenzen des Alten gehalten haben will. Diese Unterlassungssünde, die wir vor allen Dingen der Resistenz der Einzelländer verdanken, hat uns nun ein ganzes Jahr in der neuen Lehrerausbildung gekostet.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bayern hat der neuen Schulordnung zugestimmt, und wenn es dabei sein Bewenden haben würde, dann hätten wir ein ganzes Jahr der Lehrerbildung nach verfassungsmäßiger Grundlage durch die Verschleppung des Lehrerbildungsgesetzes verloren.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das bedauern wir außerordentlich.

Ein Wort zur neuen **Schulordnung!** Vom pädagogischen Gesichtspunkt aus ist, glaube ich, niemand in diesem Hause, der nicht der **Herbstferienordnung** zustimmen würde. Die Herren Kollegen Weiß, Löwenstein und ich, wir werden uns erlauben, einen Antrag dahin einzubringen, daß diese Herbstferienordnung, die wir vom pädagogischen Standpunkt aus für die bessere halten, zu der Reichsschulordnung gemacht wird. Ich muß aber doch dem Herrn Kollegen Leicht, der diese Schulordnung mit so warmen Worten verteidigt hat, das eine sagen: Wir haben in Bayern trotz dieser vorhandenen höheren pädagogischen Erkenntnis diese Schulordnung durchaus nicht (C) richtig durchgeführt. Wir haben im Lande fast durchweg den Frühjahrsschulanfang, und bloß in unseren Städten und größeren Marktorten haben wir die Herbstordnung aufgenommen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wird also nicht nur in Preußen und anderwärts im Deutschen Reich, sondern auch in Bayern eine Änderung notwendig sein, wenn die Schulordnung nach diesen pädagogischen Gesichtspunkten geregelt wird. Wir konnten sie bloß nicht ganz so tragisch nehmen wie ein bayerischer Ministerialrat im Kultusministerium in Bayern, der ganz dramatisch erklärte: Lieber vom Reich weg, als diese neue Schulordnung.

(Heiterkeit.)

Wir wünschen eindringlich, daß das **Reich,** das die große Rahmengesetzgebung für unsere kulturpolitischen Aufgaben geben soll, auch die Möglichkeit habe, **pädagogische Versuche** in großem Maßstabe anzustellen. Zu diesem Zweck würden dem Reich die früheren Kadettenanstalten ein ganz ersprießliches Mittel werden. Ich schließe mich dem an, was dazu bereits gesagt worden ist: Diese **Kadettenanstalten,** umgewandelt in großzügige Versuchsanstalten, sind dazu besonders geeignet durch die Ländereien, die um sie herum liegen und es ermöglichen werden, in diesen Schulen nicht nur **Arbeitsunterricht** als ein schönes, aber entbehrliches Schmuckstück unserer Schulen zu betrachten, sondern mehr aus dem Betrieb der Arbeit heraus das Ganze zu organisieren und zu sehen, wieweit man dann auch mit der geistigen Bildung kommt, wenn man auf diese Weise arbeitet. Aber das eine muß betont werden: daß das nun wieder lauter Knabenanstalten werden sollen, noch dazu mit dem sozialen Nebenzweck, unsere Kriegerwaisen, die Kinder unbemittelter Eltern zu erziehen, daß das nicht ebenso auf Mädchen ausgedehnt werden sollte, das müßten wir (D) aufs allertiefste bedauern. Wir wünschen, daß aus diesen Anstalten reine Knabenanstalten, reine Mädchenanstalten und Anstalten, in denen Koedukation herrscht, als Versuchsanstalten hervorgehen.

Als Versuchsanstalten muß ich ja auch die **Aufbauschule** und vor allem die **deutsche Oberschule** bezeichnen, in erster Linie aber die erste Gattung. Wir begrüßen diese Aufbauschulen, weil sie den Versuch der geradlinigen Fortsetzung unserer Schulbildung vom ersten Schuljahre bis hinauf zur Universität kennzeichnen, und wir werden mit besonderem Interesse diesen Versuch verfolgen und auf seine Anwendbarkeit hin prüfen.

Mit eben derselben Sympathie stehen wir der deutschen Oberschule gegenüber, die das deutsche Bildungsgut in den Mittelpunkt stellen will. Wir sind nicht der Auffassung, die ein Kollege hier vertreten hat, daß eine gewisse Gefahr für das Niveau der Hochschule dadurch entstehen kann, denn wir sind auch nicht der Auffassung, daß die Anhäufung eines gewissen Wissensstoffs die Menschen für die Hochschule reif macht, sondern die Art und Weise, wie sie an diesem Wissensstoff sich die geistige und moralische Reife erworben haben. Das ist für uns das Maßgebende, und das kann an jedem Bildungsgut nach unserer Auffassung erworben werden.

Ich muß nun zunächst noch einmal auf den Herrn Kollegen D. Mumm zurückkommen, denn ich habe mir vorhin etwas sehr Wichtiges entgehen lassen. Der Herr Abgeordnete D. Mumm hat erklärt, daß die Regierung eine passive Stellung gegenüber den **kirchenfeindlichen Tendenzen von Sachsen und Hamburg** einnehme. Die „kirchenfeindliche" Stellung Hamburgs beispielsweise ist eine irrige Auffassung des Herrn Kollegen D. Mumm; denn der Senior der Hamburger Landeskirche Dr. Rohde hat der Regelung, wie sie Hamburg getroffen hat, zuge-

(Pfülf, Abgeordnete.)

(A) stimmt und sie für notwendig erachtet. Es scheint also, daß selbst in den Reihen der Parteigenossen des Herrn Abgeordneten D. Mumm diese Kirchenfeindlichkeit in keiner Weise angenommen worden ist.

Es ist soviel diese kleine Ausgabe der Verfassung bekrittelt worden, die nun an die Schüler hinausgegeben werden soll. Ich muß gestehen, kindtümlich ist diese **Vorrede zur Verfassung** nicht, Kinder werden sie nur schwer verstehen. Das ist aber auch das einzige, was man daran aussetzen kann. Denn die Herren und Frauen Kollegen werden doch nicht erwarten, daß vor der Verfassung einer demokratischen Republik etwa eine Lobrede auf die Monarchie und die Propaganda monarchister Gedanken stehen soll, sondern in einer Vorrede zu unserer Verfassung, die ein Werk der demokratischen Republik ist, muß natürlich der Gedanke der Demokratie in den Vordergrund gerückt sein.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es soll überhaupt nicht dastehen, weil es nicht ganz neutral ist.

(Abgeordneter D. Everling: Sehr richtig!)

— Wie schade, daß wir heute nicht Geld genug haben, um alle die Schulbücher verbrennen zu können, in denen Sie so hübsch neutral in der Vergangenheit waren,

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten — Zuruf von den Deutschnationalen)

— das ist ganz etwas anderes? — oder beispielsweise wenn unser Ministerium in Bayern, das ja auch schon sehr in Ihrem Sinne arbeitet, einen Lehrer an einer Mittelschule suspendiert — bitte schön, hören Sie! —,

(B) weil er in einer bayerischen Schule die Republik hochgehalten und gegen die Monarchie gesprochen hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die Neutralität, die Sie wünschen, der wir aber leider Gottes uns wohl nie werden zuwenden können.

Ein Wort zur Regelung der Frage mit Elsaß-Lothringen.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Frau Abgordnete, aber auch nur ein Wort!

(Heiterkeit.)

Pfülf, Abgeordnete: Der Herr Kollege Weiß hat erklärt, daß so viele **Elsaß-Lothringer** noch unterzubringen seien und daß das Reichsministerium des Innern das allergrößte Gewicht darauf zu legen habe, daß diese Elsaß-Lothringer nun auch wirklich in **Beamtenstellen** einrücken. Was wir wünschen, ist, daß dies nicht auf Kosten der erwerbstätigen Frauen geschieht. Das Reichsministerium des Innern hat unter dem 8. Januar an sämtliche Reichsministerien ein Schreiben herausgegeben, in dem es verlangt, daß die **weiblichen Hilfskräfte** aus dem **Bureau- und Kassendienst** sobald als möglich zu entlassen und an ihre Stelle, auch wenn es sich um eine vorübergehende Tätigkeit handle, freigewordene Beamten und Militäranwärter einzustellen seien. Wir wünschen, daß das innerhalb des Rahmens der Demobilmachungsverordnung geschehe, die wir allerdings aufs entschiedenste bekämpfen; wenigstens soll sich die Entlassung im Rahmen dieser Verordnung halten, während das erwähnte Schreiben des Reichsministers des Innern darauf ausgeht, die Frauen

(C) überall aus den qualifizierten Stellungen in den Ministerien heraus und hinunter in die schlechter bezahlten und weniger qualifizierten Stellungen zu drücken.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das scheint uns auch nicht im Sinne der Demobilmachungsverordnung zu liegen.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann leider auf Verschiedenes nicht eingehen, was ich habe sagen wollen. Aber lassen Sie mich zum Schluß nun noch ein Wort sagen. Wenn wir uns nicht gewöhnen, in den Fragen der Kulturpolitik eine viel großzügigere Stellung einzunehmen, als Sie es tun, dann glaube ich auch den Versicherungen dieses hohen Hauses nicht, die von allen Seiten her ertönten, daß uns **Kulturaufgaben** wirklich als **primäre Lebensfragen** unseres Volkes gelten. Wenn sie das sind, dann müssen wir sie als solche auch innerhalb unserer Arbeit im Reichstag und in der Regierung behandeln. Dann muß auch der Herr Finanzminister, mag er noch so sehr durch die Not der Zeit beschwert sein, sich zu der Einsicht aufschwingen, daß Ausgaben für die Kulturpolitik die besten und rentabelsten Ausgaben für unser Volk und seine Zukunft sind.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich schlage Ihnen vor, die Beratung nunmehr abzubrechen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

(Heiterkeit.)

Die Konstituierung des 26. Ausschusses zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes über die Durchführung der Art. 177 und 178 des Friedensvertrags (D) findet heute sofort nach der Plenarsitzung im Zimmer 21 statt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Dienstag den 15. März, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921,

   in Verbindung mit der ersten Beratung

   a) des Entwurfs eines Gesetzes wegen Änderung des Zündwarensteuergesetzes vom 10. September 1919,
   b) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes,
   c) des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes,
   d) des Entwurfs eines Süßstoffgesetzes;
3. Rest der heutigen Tagesordnung;
4. zweite Beratung der Ergänzung zum Entwurfe des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar:
   - Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 9 Uhr 14 Minuten.)

Namentliche Abstimmung

über den Reedereiabfindungsvertrag (Nr. 1567, 1630, 1641 der Drucksachen).

Name.	Abstimmung.
Adams	Ja
Aderhold	Nein
Frau Agnes	fehlt
Albrecht (Hannover)	fehlt
Albrecht (Magdeburg)	Nein
Allekotte	Ja
Alpers	fehlt
Andre	Ja
Frau Ansorge	Ja
Arnstadt	fehlt
Aufhäuser	Nein
Bachmann	fehlt
Bachmeier	Ja
Bahr (Frankfurt)	Ja
Dr. Barth (Chemnitz)	fehlt
Bartz (Hannover)	Nein
Bauer	Ja
Baumann	Ja
Frau Dr. Bäumer	Ja
Bazille	Ja
Becker (Arnsberg)	Ja
Dr. Becker (Hessen)	fehlt
Becker (Oppeln)	krank
Beckmann	Nein
Frau Behm	Ja
Behrens	Ja
Beims	fehlt
Dr. Bell	Ja
Bender	Ja
Berndt	Ja
Bernstein	Ja
Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover)	fehlt
Graf Bernstorff (Schl.-Holstein)	Ja
Berthelé	Nein
Beuermann	Ja
Dr. Beyerle	Ja
Beythien	Ja
Bias	fehlt
Biener	fehlt
Bitta	fehlt
Blum	Ja
Bock	fehlt
Böhm (München)	Ja
Dr. Böhme (Magdeburg)	Ja
Bolz	fehlt
Bornefeld-Ettmann	Ja
Brandes	fehlt
Braß	fehlt
Braun (Düsseldorf)	Ja
Dr. Braun (Franken)	krank
Edler v. Braun (Oberb.)	Ja
Dr. Brauns (M.-Gladbach)	Ja
Dr. Breitscheid	Nein
v. Brentano di Tremezzo	fehlt
Breunig	Nein
Brey	Ja
Brodauf	beurl.
Bruckhardt	fehlt
Brühl	Nein
Bruhn	Ja
Brüninghaus	Ja
Brunner	Ja
Buck	fehlt
Burlage	Ja
Busch	Ja
Colshorn	Ja
Dr. Cremer	fehlt
Crispien	Nein
Cuno	Ja
Dr. Curtius	fehlt
Damm	fehlt
Dannemann	fehlt
Dauch	Ja
Dauer	Ja
Däumig	Nein
Dr. David	Ja
Dr. Deermann	Ja
Deglerk	Ja
Dr. v. Delbrück	Ja
Delius	Ja
Dr. Dernburg	Ja
Diernreiter	beurl.
Dietrich (Baden)	fehlt
Dietrich (Prenzlau)	fehlt
Diez	fehlt
Dißmann	fehlt
Dittmann	Nein
Döbrich	fehlt
Domsch (Dresden)	fehlt
Dorsch (Hessen)	Ja
Frau Dransfeld	Ja
Dr. Düringer	Ja
Dusche	fehlt
Düwell	Nein
Eckardt (Hannover)	fehlt
Eggerstedt	Ja
Ehrhardt (Oppeln)	fehlt
Eichhorn	fehlt
Eisenberger	Ja
Emminger	Ja
Erkelenz	Ja
Ernst	Nein
Ersing	Ja
Erzberger	fehlt
D. Everling	Ja
Fehr	fehlt
Fehrenbach	fehlt
Feilmayer	fehlt
Feldmann	Ja
Feuerstein	fehlt
Dr. Fick	Ja
Findeisen	fehlt
Fischer (Baden)	fehlt
Fischer (Berlin)	Ja
Fischer (Hannover)	fehlt
Dr. Fischer (Köln)	Ja
Dr. Fleischer	Ja
Fleißner	fehlt
Dr. Fortmann	Ja
Frank (Dortmund)	fehlt
Franz (Breslau)	fehlt
Fries	Nein
Frohme	Ja
Frölich	Nein
v. Gallwitz	Ja
Gebhart	krank
Geck (Mannheim)	fehlt
Geck (Offenburg)	Nein
Geisler	Ja
Gerauer	enthalten
Gerstenberger	Ja
Dr. Geßler	Ja
Geyer (Leipzig)	fehlt
Dr. Geyer (Sachsen)	fehlt
Giebel	Ja
Giesberts	Ja
Dr. Gildemeister	Ja
Girbig	Ja
Dr. Goetz	fehlt
Dr.-Ing. Gothein	Ja
Dr. Gradnauer	Ja
Graef (Thüringen)	fehlt
v. Graefe (Mecklenburg)	Ja
Gruber	Ja
v. Guérard	fehlt
Gutknecht	fehlt
Haag	Ja
Dr. Haas (Baden)	fehlt
Hamm	Ja
Hammer	Ja
Hänse (Thüringen)	fehlt

Name.	Abstimmung.
Hansmann	fehlt
Harte	fehlt
Hartleib	Ja
Dr. Hartmann	fehlt
Hartwig	Ja
Frau Hauke	fehlt
Haußmann	fehlt
Havemann	Ja
Heile	Ja
Dr. Heim	Ja
Heimann	Ja
Dr. Heinze	Ja
Dr. Helfferich	Ja
Hellmann	Ja
Hemeter	Ja
Henke	Nein
Henning	Ja
Hensel (Ostpreußen)	Ja
Hepp	fehlt
Herbert (Franken)	Ja
Herbert (Hessen)	fehlt
Hergt	krank
Herold	fehlt
Dr. Herschel	fehlt
Dr. Hertz	Nein
Dr. Herzfeld	Nein
Heydemann	Nein
Dr. Hieber	fehlt
Hildenbrand	Ja
Dr. Hitze	fehlt
Hoch	Ja
Dr. Hoetzsch	fehlt
Hoffmann (Berlin)	Nein
Hoffmann (Kaiserslautern)	Ja
Dr. Höfle	Ja
Hofmann (Ludwigshafen)	Ja
Hofmann (Thüringen)	fehlt
Höllein	Nein
ten Hompel	Ja
Höner	Ja
Horn	fehlt
Hörsing	Ja
Hue	beurl.
Dr. Hugenberg	Ja
Dr. Hugo	fehlt
Hünlich	fehlt
Hüttmann	fehlt
Imbusch	fehlt
Isenmann	Ja
Jäckel	fehlt
Jaecker (Ostpreußen)	fehlt
Jäker (Düsseldorf)	Ja
Jandrey	fehlt
Janeba	fehlt
Janschek	Ja
Jaud	Nein
Joos	fehlt
Frau Juchacz	Ja
Dr. Kaas (Trier)	Ja
D. Dr. Kahl	Ja
Kahmann	Ja
Kaiser	fehlt
Graf v. Kanitz	Ja
Käppler	Ja
Frau Karch	Nein
v. Kardorff	fehlt
Karsten	Nein
Käselau	fehlt
Keil	Ja
Keinath	Ja
v. Kemnitz	Ja
Kempkes	Ja
van den Kerkhoff	fehlt
Kerschbaum	Ja
Keubler-Böhm	Ja
Klöckner	Ja
Kniest	Ja
Koch (Düsseldorf)	Ja
Koch (Essen)	fehlt
Koch (Weser)	Ja
Koenen	fehlt
König	fehlt
Kopsch	Ja
Korell	Ja
Körner	Ja
Körsten	Ja
Dr. Köster	Ja
Kotzke	Nein
Krätzig	Ja
Kröger (Rostock)	beurl.
Krüger (Merseburg)	fehlt
Krüger-Hoppenrade	fehlt
Kubetzko	fehlt
Kuhnt	Nein
Dr. Kulenkampff	fehlt
Dr. Külz	fehlt
Kunert	Nein
Künstler	Nein
Kuntze	fehlt
Lambach	fehlt
Lang	Ja
Frau Lang-Brumann	enthalten
Lange-Hegermann	Ja
Langwost	fehlt
Dr. Lauscher	Ja
Laverrenz	Ja
Ledebour	Nein
Leicht	Ja
Leopold	Ja
Dr. Frhr. v. Lersner	Ja
Lesche	fehlt
Leutheußer	Ja
Dr. Levi	Nein
Liese	Ja
Lind	fehlt
Lipinski	fehlt
Löbe	Ja
Löffler	Ja
Dr. Löwenstein	Nein
Lübbring	fehlt
Frau Dr. Lüders	Ja
Ludwig	Nein
Lukas	enthalten
Dr. Luther	Ja
Malke	beurl.
Malkewitz	fehlt
Malzahn	Nein
Dr. Maretzky	Ja
Marx	Ja
Frau Dr. Matz	fehlt
Dr. Maxen	fehlt
Maxin	Ja
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt
Dr. Meerfeld	Ja
Mehrhof	Nein
Meier (Zwickau)	fehlt
Frau Mende	Ja
Merck	Ja
Merkel	fehlt
Dr. Mittelmann	entsch.
Mittwoch	fehlt
Dr. Moldenhauer	Ja
Molkenbuhr	Ja
Morath	Ja
Dr. Moses	Nein
Dr. Most	Ja
Frau Mueller-Otfried	Ja
Müller (Franken)	Ja
D. Mumm	Ja
Nacken	fehlt
Frau Nemitz	Nein
Neuhaus (Düsseldorf)	Ja
Frau Neuhaus (Westfalen)	Ja
Neyses	Ja
Dr. Oberfohren	Ja
Obermeyer	fehlt
Oertel	Ja
Frau v. Oheimb	Ja
Okonsky	beurl.
Oettinghaus	fehlt
Dr. Pachnicke	fehlt
Peine	fehlt
Pennemann	Ja
Dr. Petersen	Ja
Dr. Pfeiffer	Ja
Frau Pfülf	Ja
Dr. Philipp	Ja
Pieper (Westfalen)	Nein
Pinkau	Ja
Dr. Piper (Mecklenburg)	fehlt
Plettner	Nein
Pohlmann	Ja
Ponschab	Nein
Poppe	Ja
Puchta	fehlt
Dr. Quaatz	Ja
Dr. Quessel	Ja
Dr. Radbruch	Ja
v. Raumer	Ja
Rauschmayr	fehlt
Raute	fehlt
v. Rehbinder	Ja
Reich	Nein
Dr. Reichert	fehlt
Reißhaus	fehlt

Name.	Abstimmung.
Frau Reitze	Ja
Remmele	Nein
Freiherr v. Rheinbaben	Ja
Rheinländer	Ja
Dr. Richter	fehlt
Riedmiller	Ja
Rieke	Ja
Rieseberg	Ja
Dr. Rießer	Ja
Rippler	Ja
Ristau	Nein
Dr. Roesicke	fehlt
Rosemann	fehlt
Dr. Rosenfeld	Nein
Dr. Runkel	beurl.
Frau Ryneck	Ja
Ryssel	Nein
Sauerbrey	Nein
Scheidemann	Ja
Schiele	fehlt
Schiffer	Ja
Frau Schilling	fehlt
Schimmelpfennig	fehlt
Schirmer (Dresden)	fehlt
Schirmer (Franken)	Ja
Schlack	Ja
Schlicke	beurl.
Schmidt (Berlin)	Ja
Schmidt (Cöpenick)	Ja
Schmidt (Sachsen)	Ja
Schmidt (Stettin)	Ja
v. Schoch	Ja
Dr. Scholz	Ja
Schöpflin	fehlt
Schreck	fehlt
D. Dr. Schreiber	Ja
Frau Schreiber-Krieger	fehlt
Frau Schroeder (Schlesw.-Holst.)	Ja
Schröter (Liegnitz)	Ja
Frau Schuch	Ja
Dr. Schücking	Ja
Schuldt (Steglitz)	Ja
Schulte (Breslau)	fehlt
Schultz (Bromberg)	Ja
Schulz (Bremen)	Ja

Name.	Abstimmung.
Frau Schulz (Westf.)	Ja
Schulze (Berlin)	fehlt
Schulz-Gahmen	Ja
Schumann	Ja
Schwarz (Baden)	fehlt
Schwarz (Hessen)	fehlt
Schwarzer (Oberbayern)	Ja
Seemann	Ja
Seger	fehlt
Seibert	Ja
Seidel	Nein
Dr. Semmler	Ja
Frau Sender	fehlt
Seppel	Ja
Severing	Ja
Sidow	Ja
Dr.-Ing. v. Siemens	fehlt
Sievers	fehlt
Silberschmidt	Ja
Simon (Franken)	fehlt
Simon (Schwaben)	Ja
Sivkovich	Ja
Soldmann (Franken)	Nein
Sollmann (Köln)	fehlt
Dr.-Ing. Sorge	krank
Dr. Spahn	Ja
Spetzler	beurl.
Staab	Nein
Stampfer	fehlt
Stegerwald	Ja
Steinkopf	Ja
Stelling	fehlt
Stinnes	fehlt
Stöcker	fehlt
Stolten	fehlt
D. Strathmann	fehlt
Streiter	Ja
Dr. Stresemann	Ja
Stücklen	Ja
Szczeponik	fehlt
Taubadel	Ja
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	Ja
Teuber	Nein
Frau Teusch (Köln)	fehlt

Name.	Abstimmung.
Thiel	Ja
Thomas	fehlt
Thomsen	Ja
Thöne	fehlt
Tremmel	Ja
Trieschmann	Ja
Trimborn	Ja
Tuch	fehlt
Ulitzka	fehlt
Ulrich	fehlt
Unterleitner	fehlt
Veltin	Ja
Vogel (Berlin)	Ja
Vogel (Franken)	fehlt
Dr.-Ing. Vögler	fehlt
Vogt	fehlt
Vogtherr	fehlt
Frau Wackwitz	Nein
Waigand	Ja
Warmuth	Ja
Weilnböck	krank
Weiß	Ja
Wels	Ja
Graf v. Westarp	Ja
Westermann	fehlt
Dr. Wiebel	Ja
Wieber	Ja
Dr.-Ing. Wieland	Ja
Dr. Wienbeck	Ja
Winnefeld	fehlt
Dr. Wirth	Ja
Wissell	Ja
Frau Wulff	Nein
Wulle	Ja
Frau Wurm	Nein
Dr. Zapf	Ja
Zawadzki	fehlt
Zeschke	fehlt
Frau Zetkin	Nein
Ziegler (Westfalen)	Ja
Frau Ziegler (Württ.)	Nein
Frau Zietz	Nein
Zörgiebel	Ja
Zubeil	Nein

Zusammenstellung.

	Abstimmung.
Gestimmt haben: mit **Ja**	237
mit **Nein**	58
Der Abstimmung haben sich enthalten	3
Ungültig	3
Zusammen	301

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

85. Sitzung.

Dienstag den 15. März 1921.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlage ist eingegangen der

Entwurf eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes.

Die Zusammensetzung des neugebildeten 28. Ausschusses bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen:

Schriftführer Abgeordneter **Beuermann:**

In den 28. Ausschuß zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Art. 177, 178 des Friedensvertrages (Nr. 1656 der Drucksachen) sind gewählt die Abgeordneten:

Edler v. Braun (Oberbayern), Dr. Breitscheid, Dr. Fischer (Köln), Dr. Fleischer, v. Graefe, (Mecklenburg), Dr. Heim, Hildenbrand, Hoffmann (Kaiserslautern), Graf v. Kanitz, Dr. Köster, Dr. Maretzky, Dr. Radbruch, v. Rehbinder, Remmele, Rippler, Dr. Rosenfeld, Schiffer, Schwarz (Hessen), Simon (Schwaben), Soldmann (Franken), Dr. Spahn.

Der Ausschuß hat sich konstituiert und gewählt:

zum Vorsitzenden den Abgeordneten Hildenbrand,

zu dessen Stellvertreter den Abgeordneten Remmele,

zu Schriftführern die Abgeordneten v. Graefe (Mecklenburg), v. Rehbinder.

Präsident: Von dem Verweser des Generalkonsulats in Valparaiso ist dem Reichstag folgende Kundgebung übermittelt worden:

Wir billigen vollkommen die Abweisung der maßlosen Forderungen der Feinde und stehen fest zur Reichsregierung.

Die Deutschen von Valparaiso.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. (Reichshaushalts-) Ausschuß für die Abgeordneten v. Gallwitz, Peine, Dr. Braun (Franken), Schmidt (Berlin), Dr. Quessel, Dr. Reichert, Koch (Düsseldorf)

die Abgeordneten Deglerk, Krätzig, Frau Pfülf, Müller (Franken), Stücklen, Schmidt (Stettin), Vogel (Berlin);

in den 6. (sozialen) Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Reichert, Henning

die Abgeordneten Maxin, Hemeter;

in den 9. Ausschuß für den Abgeordneten Böhm (München)

der Abgeordnete Dr. Beyerle;

in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Hammer

der Abgeordnete Thomsen;

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Schröter (Liegnitz), Zeschke

die Abgeordneten Bachmann, Beythien;

in den 22. Ausschuß für den Abgeordneten Graef (Thüringen)

der Abgeordnete D. Mumm;

in den 27. Ausschuß für die Abgeordneten Koch (Essen), Beythien, Haag

die Abgeordneten Lange-Hegermann, Rippler, Biener.

Ich habe Urlaub erteilt dem Abgeordneten Dr. Braun (Franken) für 8 Tage wegen Krankheit.

Entschuldigt für heute ist das Mitglied des Reichstags Schröter (Liegnitz.)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand sind

Anfragen.

Bezüglich der Anfrage Nr. 678, Berndt, Laverenz (Nr. 1593 der Drucksachen), hat eine Vereinbarung stattgefunden, daß sie erst in einer späteren Sitzung beantwortet wird.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 679, Dr. Levi und Genossen (Nr. 1598 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter:

Ist der Reichsregierung bekannt, daß die auf der Durchreise nach Italien befindliche **sowjetrussische Handelsdelegation** unter Führung von Worowski **in Eydtkuhnen** von deutschen Grenzorganen **verhaftet** worden ist?

Billigt die Reichsregierung diesen Schritt? Geht er auf eine Anweisung der Reichsregierung zurück? Womit rechtfertigt sie diese Provokation Sowjetrußlands?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialdirektor Behrendt.

Behrendt, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Die **russische Delegation** unter Worowski ist in Eydtkuhnen nicht verhaftet gewesen. Sie ist am Freitag den 11. dieses Monats unbehindert nach Rom weitergereist.

(Hört! Hört! rechts.)

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter: War die russische Delegation festgenommen?

Präsident: Herr Ministerialdirektor Behrendt hat das Wort zur Beantwortung der Ergänzung.

Behrendt, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Ich kann nur wiederholen, daß die russische Delegation nicht verhaftet gewesen ist.

(Abgeordneter Dr. Levi: War sie festgenommen? Ich kenne die Unterschiede! Ich bin Jurist! — Heiterkeit.)

Sie ist nicht verhaftet gewesen.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Aber festgenommen! — Heiterkeit.)

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 680, Frau Zietz, Breunig (Nr. 1599 der Drucksachen),

hat das Wort die Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete:

Der **Reichsverband für See- und Küstenfischer** hat **4½ Millionen Mark** aufgebracht, um seinen aus dem Felde heimkehrenden Mitgliedern die **Wiederaufnahme des Fischereibetriebs** durch den

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) Ankauf von Schiffen, Motoren, Netzen oder anderem Material zu ermöglichen. Die genannte Summe wurde dem Reichskommissar für Fischversorgung, Herrn v. Flügge, übermittelt, der für geeignete Verwendung Sorge tragen sollte.

Bereits am 5. Februar 1919 erklärte der Herr Fischereidirektor Duge-Hamburg in der Generalversammlung der Genossenschaftsfischer, daß die 4½ Millionen dem Herrn v. Flügge übersandt seien und daß bereits Motore und Schiffe für die heimgekehrten Fischer in Auftrag gegeben seien. Die Fischer Cuxhavens, die als Ortsgruppe dem Reichsverband angeschlossen sind, haben trotz eifrigster Nachforschung nicht erfahren können, wo die 4½ Millionen geblieben sind; ihren Kollegen, die aus dem Kriege heimgekehrt sind, ist keine Hilfe zuteil geworden.

Ist der Reichsregierung dieser Fall bekannt?

Was gedenkt sie zu tun, um Aufklärung über den Verbleib der Summe zu schaffen und den Fischern zu ihrem Recht zu verhelfen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Regierungsrat Heinitz.

Heinitz, Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Der Reichsregierung ist nicht bekannt, daß der **Reichsverband für See- und Küstenfischer** für den in der Anfrage bezeichneten Zweck **4½ Millionen Mark** aufgebracht hat. Um Aufklärung über den **Verbleib der Summe** und überhaupt über die Summe zu schaffen, mußte oder muß mit den allein mit der Sache vertrauten Herren des inzwischen aufgelösten Reichsfischkommissariats in Verbindung getreten werden. Dieses Benehmen konnte (B) bei der Kürze der Zeit nicht in der Schnelligkeit hergestellt werden, daß ich heute in der Lage bin, eine Antwort auf diese Frage zu geben.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort die Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Ich möchte fragen, wann die Regierung bereit sein wird, die Anfrage, die ich dann erneut einbringen werde, hier im Reichstag zu beantworten.

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Regierungsrat Heinitz.

Heinitz, Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung wird alles tun, um die Anfrage so schnell wie möglich zu beantworten.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 681 Thomas und Gen. (Nr. 1601 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Geyer (Leipzig).

Geyer (Leipzig), Abgeordneter:

Am 1. März 1921, abends 10 Uhr, wurde das **Mitglied des Reichstags Thomas in Augsburg** gewaltsam **verhaftet,** weil er sich weigerte, auf offener Straße eine Durchsuchung seines Reisegepäcks vornehmen zu lassen. Thomas befand sich auf dem Wege zur Abreise nach Berlin zur Ausübung seines Mandats. Durch die Verhaftung ist er hieran gehindert worden.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um den Parlamentsmitgliedern die Ausübung ihres Mandats unbedingt zu sichern?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat (C) das Wort der Herr Ministerialdirektor Freiherr v. Welser.

Freiherr **v. Welser,** Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung ist leider noch nicht in der Lage, die Anfrage zu beantworten, da die Auskünfte der bayerischen Regierung, welche die Reichsregierung sofort nach Eingang der Anfrage telegraphisch erbeten hat, noch nicht eingetroffen sind.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Bezüglich der Anfrage Nr. 685 haben sich die Anfrager mit einer schriftlichen Antwort begnügt. Sie ist also für heute erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 1563 der Drucksachen),
in Verbindung mit der ersten Beratung

a) **des Entwurfs eines Gesetzes wegen Änderung des Zündwarensteuergesetzes vom 10. September 1919** (Nr. 1576 der Drucksachen),

b) **des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes** (Nr. 1577 der Drucksachen),

c) **des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes** (Nr. 1578 der Drucksachen),

d) **des Entwurfs eines Süßstoffgesetzes** (Nr. 1579 der Drucksachen). (D)

Ein Verzeichnis der angemeldeten Kommissare für die Beratungen des Reichshaushaltsplans und der Steuergesetzentwürfe bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Beuermann:**

Als Kommissare sind angemeldet:

Für den Entwurf zum Reichshaushalt für 1921:

I. Für die allgemeine Finanzverwaltung:
Staatssekretäre Dr. Schroeder, Zapf,
Ministerialdirektoren v. Stockhammern, v. Laer, Fischer, v. Schlieben, Denhard,
Ministerialrat Dr. Kühnemann,
Reichskommissar für die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung, Präsident Dr. Carl
für den gesamten Reichshaushalt;
Ministerialrat Schulze
bezüglich der Haushalte des Reichsverkehrsministeriums, des Rechnungshofs und des Reichspostministeriums;
Ministerialrat Dr. Siller
bezüglich der Haushalte des Auswärtigen Amts, des Reichsfinanzministeriums, des allgemeinen Pensionsfonds, der allgemeinen Finanzverwaltung und für die Ausführung des Friedensvertrags;
Ministerialrat Professor Müßigbrodt
bezüglich der Haushalte des Reichsfinanzministeriums und der Reichsschuld;
Ministerialräte Brückner, Dr. Poerschke, Dr. Ritter, Ober-Regierungsrat Hilgard,

(Schriftführer Beuermann.)

(A)

Regierungsrat Dr. Gravenhorst
bezüglich des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrags;

Ministerialräte Knaut, Orthmann, Dr. Wißmann
bezüglich des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums — Verwaltung der Reichseisenbahnen —;

Ministerialrat Dr. Richard Müller
bezüglich der Haushalte des Reichswehrministeriums und für die Ausführung des Friedensvertrags;

Ministerialräte Dr. Jacobs, Worbs,

Ober-Regierungsrat Dr Peckert
bezüglich der Haushalte des Reichswehrministeriums, des Reichsschatzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung und für die Ausführung des Friedensvertrags;

Ministerialrat Dr. Karl Müller
bezüglich der Haushalte der Reichsschuld, der allgemeinen Finanzverwaltung und für die Ausführung des Friedensvertrags;

Ministerialrat Schuckert
bezüglich des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung und bezüglich des Haupthaushalts — Haushaltsplans —;

Ministerialrat Dr. Mahnke
bezüglich der Haushalte des Reichsverkehrsministeriums — Abteilung für Wasserstraßen — und für die Ausführung des Friedensvertrags;

Oberregierungsrat Dr. Greiner
bezüglich der Haushalte des Reichspräsidenten, des Reichstags, des Reichsministeriums usw., des Reichsjustizministeriums, des Reichsfinanzministeriums, des Reichsministeriums für Wiederaufbau und für die Ausführung des Friedensvertrags;

(B)

Oberregierungsrat Dr. Auer
bezüglich der Haushalte des Reichspostministeriums und für die Ausführung des Friedensvertrags;

Landrat v. Manteuffel
bezüglich der Haushalte des Reichsministeriums des Innern, des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, der allgemeinen Finanzverwaltung und für die Ausführung des Friedensvertrags;

Regierungsrat Dr. Schippel
bezüglich der Haushalte des Reichsfinanzministeriums und für die Ausführung des Friedensvertrags;

Regierungsrat Sbrzesny
bezüglich des Haushalts des allgemeinen Pensionsfonds;

Regierungsrat Dr. v. Hagenow
bezüglich des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrags;

Regierungsrat Dr. Wachsmann
bezüglich der Haushalte des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums;

Regierungsrat Stern
bezüglich der Haushalte des Reichsfinanzministeriums, des Reichsministeriums für Wiederaufbau, der allgemeinen Finanzverwaltung und für die Ausführung des Friedensvertrags;

(C)

Regierungsrat Dr. Wagner
bezüglich der Haushalte des Rechnungshofs und der Reichsverkehrsministeriumsabteilung für Luft- und Kraftfahrwesen;

Postdirektor Dr. Andersch
bezüglich des Haushalts des Reichspostministeriums;

Ministerialräte Heller, Rühe, Dr. Hoffmann, Jahr, Kuhn, Dr. Popitz, Günther, Mirre, Ernst, Dr. Löblich, Dr. Zeitzsche, Pfeiffer, Ludowieg, Reichard, Munk, Dr. Dürr, Wapenhensch, Hoßfeld, Dr. Beusch, Nebelung, Lauen, Fritsche, Dr. Zarden, Dr. Dorn,

Oberregierungsräte Dr. Grabower, Dr. Kolbe, Kieber, Dr. Weymann, Dr. Markull, Meusel,

Regierungsräte Dr. Pünder, Pachmayr
bezüglich der Haushalte des Reichsfinanzministeriums und der allgemeinen Finanzverwaltung.

II. Für den Haushalt des Reichspräsidenten:
Ministerialdirektor Dr. Meißner;
Oberregierungsrat Geilenberg.

III. Für den Bereich des Reichsministeriums usw.:
Staatssekretär Albert;
Ministerialrat Weber.

IV. Für den Bereich des Auswärtigen Amts:
Ministerialdirektoren Professor Dr. Wiedenfeld, Heilbronn;
Geheime Legationsräte Gneist, Dr. Schmidt-Elskop;
Vortragende Legationsräte v. Kuhlmann, Dr. Rümelin, Hellwig, Koch.

V. Für den Bereich des Reichsministerims des Innern:

(D)

Ministerialdirektoren Dammann, Freiherr v. Welser, Isenbart, v. Jacobi, Hering, Dr. Hamel, Foerster, Schmid, Falkenberg;
Ministerialräte Dr. Graf Adelmann v. Adelmannsfelden, Melior, Frau Dr. Bäumer, Daniels, Dr. Bourwieg, Dr. Kaisenberg, Dr. v. Zahn, Pellengahr, Donnevert, Dr. Ruer;
Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Bumm;
Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung Kuenzer;
Oberregierungsräte Wagner, Dr. Taute, Taubert, Dr. Kahlert;
Regierungsräte Scheer, Ruppert, Dr. Becker, Wollenburg, Dr. Schwarz, Schulze, Wölke;
Oberbürgermeister Dr. Jahnke;
Major a. D. Hellwig;
Reichskunstwart Dr. Redslob;
Ministerialdirektor Götz (Abteilung für Elsaß-Lothringen).

VI. Für den Bereich des Reichswirtschaftsministeriums:
Staatssekretär Dr. Hirsch;
Ministerialdirektoren v. Jonquières, Dr. Hüttenheim, v. Schönebeck, v. La Suire;
Präsident Scharmer;
Ministerialräte v. Tilly, Flach, Full, Graeßner, Dr. Mathies, Kissel, Dr. Trendelenburg, Dr. Wehrmann, Nehring, Dr. Wagemann, Wessig, Dr. Schäffer, Freiherr v. Buttlar, Kralik, Dr. Wohlmannstetter, Dr. Schlottmann, Dr. Lahr, Dr. Sjöberg, Susat;
Präsident des Statistischen Reichsamts Dr. Delbrück;
Oberregierungsräte Dr. Landwehr, Dr. Heintze;
Regierungsräte v. Raven, v. Köbke, Berner, Godlewski;

(Schriftführer Beuermann.)

(A) Geheimer Rechnungsrat Feick;
Regierungsbaumeister Ruelberg.

VII. Für den Bereich des Reichsarbeitsministeriums:

Staatssekretär Dr. Geib;
Ministerialdirektoren Siefart, Dr. Ritter;
Ministerialrat Dr. Leymann;
Ministerialräte Klehmet, Bartels, Dr. Feig, Dr. Sitzler, Dr. Glaß, Gaßner, Kerschensteiner, Ponfick, Dr. Weigert, Dr. Hausmann, Rettig, Dr. Martineck;
Ober-Regierungsräte Grieser, Gaßner;
Regierungsrat Nicolaus;
Regierungs- und Gewerberat Meyer;
Kalkulaturvorsteher und Referent Strübing.

VIII. Für den Bereich des Reichswehrministeriums:

a) Heer:

General der Infanterie und Chef der Heeresleitung v. Seeckt;
Staatssekretär und Chef der Heeresverwaltung v. Feldmann.

Die Chefs der Ämter:

Generalmajor Heye;
Ministerialdirektor Dr. Keber;
Oberst Freiherr Kreß v. Kressenstein;
Oberst Wurtzbacher;
der Sanitätsinspekteur Generaloberstabsarzt Dr. Schultzen;
der Veterinärinspekteur Generalstabsveterinär Dr. Grammlich.

Die Chefs der Stäbe von Inspektionen:

Oberstleutnants v. Falkenhausen, Fischer (Arnold);
Obersten Fischer (Paul), v. Kayser, Kraehe;
Oberstleutnants Vogt, Thaler.

(B)

Die Abteilungschefs:

Oberstleutnant Erdmann;
Wirkliche Geheime Kriegsräte Fischer, Dr. Grünwald, Heller;
Oberstleutnant Lademann;
Wirkliche Geheime Kriegsräte Lange, Pieszczek;
Oberstleutnant Schniewindt;
Wirklicher Geheimer Kriegsrat Wollert;
der Chef der Heeres-Friedenskommission Oberstleutnant Michelis;

außerdem:

Majore v. Giehrl, Knoblauch;
Ministerialrat Lau;
Major Schönheinz;
Ministerialrat Wirklicher Geheimer Kriegsrat v. Worgitzky.

b) Marine:

Die Chefs der Ämter:

Vizeadmiral Löhlein;
Konteradmiral Püllen;
Ministerialdirektor Reuter.

Die Abteilungschefs:

Generaloberstabsarzt Dr. Uthemann;
Vizeadmiral a. D. v. Manthey;
Kapitäne zur See Mommsen, Quaet-Faslem, Pfeiffer;
Fregattenkapitäne Lohmann, Brutzer;
Abteilungschefs Schroeder, Schreiber;
Ministerialrat Müller.

Die Referenten:

Generaloberstabsarzt Dr. Schepers;
Korvettenkapitäne Foerster, Kehrhahn;

Ministerialräte v. Thadden, Winchenbach, Benda, v. Stein; (C)
Admiralitätsrat Hanke.

IX. Für den Bereich des Reichsjustizministeriums:

Ministerialrat v. Specht.

X. Für den Bereich des Reichsschatzministeriums:

Ministerialräte Krüger, Klamt, Reich, Pieszczek, Balthasar, Damm, Dr. Scheehl, Seidl, Dr. Lenzmann, Dr.-Ing. Schäfer, Heimann;
Ober-Regierungsräte Rehdans, Dr. Springer, Pliege;
Ober-Regierungsbaurat Voß;
Regierungsräte Dr. Landauer, Reis.

XI. Für den Bereich des Reichsverkehrsministeriums:

a) Verwaltung der Reichseisenbahnen:

Staatssekretäre Stieler, Bodenstein;
Ministerialdirektoren Ebersbach, Hitzler, Breusing, Pape, Holtze, Anger, Krause;
Ministerialräte Schlesier, Matibel, Wolf, Ulrich, Dr.-Ing. Schwartze, Dr. Roser, Sommerlatte, Dr. Weirauch, Kumbier, Schulz, Hammer, Reinicke, Knebel, Moeller, Kraefft, Prins, Welcker, Pischel, Ackermann, Kühne, Hoogen, Kurth, Meyer, Osthoff;
Ober-Regierungsräte Graber, Dr. Scheu;
Regierungsrat Angelkort;
Direktionsrat Dr. Homberger.

b) Abteilung für Wasserstraßen:

Abteilungsleiter Ministerialräte Dr.-Ing. Ottmann, Dr. Reuß;
Ministerialräte Gustav Meyer, Doehring, Koenigs;
Geheimer Baurat Schultz;
Regierungsrat Ewald.

(D)

c) Abteilung für Luft- und Kraftfahrwesen:

Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Bredow;
Geheime Regierungsräte Fisch, Pflug.

XII. Für den Bereich des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft:

Staatssekretär Dr. Huber;
Ministerialrat Dr. Köhler.

XIII. Für den Bereich des Reichsministeriums für Wiederaufbau.

Ministerialdirektor Wirklicher Geheimer Rat Exzellenz v. Jonquières;
Ministerialdirektoren Dr. Meyer-Gerhard, Dr. Lothholz, Dr. Heinrici;
Ministerialräte Geheime Ober-Regierungsräte Gerstmeyer, Steinhausen, Schmidt;
Ministerialräte Geheime Regierungsräte Dr. Brill, Dr. Ruppel, Cuntze;
Regierungsrat Rudelius.

XIV. Für den Bereich des Reichspostministeriums.

Ministerialdirektoren Dr.-Ing. Bredow, Dr. König, Ronge, Wachenfeld, Röthe, Feyerabend;
Ministerialräte Stenger, Hofmann, Warncke, Apel, v. d. Linde, Lindow, Scheda, Hübner, Martens, Walther, Craemer, Buddeberg, Radeck, Eick, Lerche, Sautter, Buntkirchen. Knöner, Tebbenjohanns, Brümmleef;
Geheimer Ober-Postrat Dreßler;
Ober-Postrat Grallert;
Posträte Dr. Schmidt, Homberg, Klauke, Küsgen, Dr. Neugebauer, Weiland, Kruckow;
Direktor der Reichsdruckerei Helmberger.

(Schriftführer **Beuermann.**)

(A) Ferner werden vertreten:

den Haushalt der bisherigen bayerischen Postverwaltung:

Geheimer Rat v. Hausladen;

Ministerialräte Dr. Schaetzel, Dr. R. Niggl, Probst;

den Haushalt der bisherigen württembergischen Postverwaltung:

Präsident v. Metzger;

Postrat Bretschneider.

Für den Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Zündwarensteuergesetzes

vom Reichsfinanzministerium:

der Ministerialdirektor Denhard und

der Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Jahr;

vom Reichswirtschaftsministerium:

der Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Waldeck;

für den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes

vom Reichsfinanzministerium:

der Ministerialdirektor Denhard und

der Ministerialrat Ludowieg;

vom Reichswirtschaftsministerium:

der Ministerialrat Kralik;

für den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes und den Entwurf eines Süßstoffgesetzes

vom Reichsfinanzministerium:

der Ministerialdirektor Denhard und

der Ministerialrat Laeuen.

Präsident: Ich eröffne die erste Beratung.

(B) Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Dürfte ich mir — ich sehe gerade die anderen Herren nicht zugegen — den Vorschlag gestatten, daß wir Nr. 1563 der Drucksachen, das heißt den Reichshaushaltsplan, an den ersten Ausschuß überweisen, dagegen die übrigen vier Gesetzentwürfe, also die Nummern 1576, 1577, 1578 und 1579, an den Steuerausschuß verweisen.

Präsident: Es war eine ähnliche Abrede im Ältestenausschuß getroffen. Ich nehme die Zustimmung des Hauses an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Die Überweisung an den ersten bezw. den Steuerausschuß ist somit beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich mache nun darauf aufmerksam, daß die Redner der zweiten Rednerreihe zum Etat des Reichsministeriums des Innern laut Vereinbarung im Ältestenausschuß dreißig Minuten Redezeit haben, daß wir ferner versuchen wollen, noch heute den Etat des Reichsministeriums des Innern zu erledigen und im Laufe dieser Woche die gesamten Etatberatungen für 1920 und 1921. Das wird uns nur möglich sein, wenn die Redner sich eine entsprechende Einschränkung auferlegen, wenn die Fraktionen in beschlußfähiger Anzahl anwesend sind und wenn auch sonst der Geschäftsführung keine Schwierigkeiten gemacht werden. Wir wollen es im Interesse des Reichstags selber versuchen, damit wir nach den Osterferien ohne die bisherige Hetze in gründlicher Weise wieder an die Gesetzgebungsarbeit herangehen können und damit wir auch unsere Arbeitszeit so beschränken können, daß den Herren Mitgliedern und den Damen Zeit bleibt, ihre übrigen Geschäfte zu erledigen, daß wir vielleicht die Plenarsitzungen täglich nur von 2 bis 6 Uhr abhalten und dann alle 14 Tage mindestens einmal den Sonnabend und den Montag sitzungsfrei geben können, überhaupt (C) wieder eine geordnete Arbeitsweise einführen. Im Hinblick auf diese glänzenden Aussichten

(Heiterkeit)

hoffe ich, daß unser Wunsch für diese Woche erfüllt wird und daß auch die Herren von der Presse uns diese Versündigung am Achtstundentage verzeihen werden. Auch hier gilt das Wort: Nur die Arbeit kann uns retten.

(Heiterkeit.)

Wir treten ein in die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar

Haushalt des Reichsministeriums des Innern nebst Ergänzung (Anlage V).

Mündliche Berichte des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1333, 1501 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter D. Dr. Schreiber.

Wir verbinden damit wieder wie gestern den folgenden Gegenstand der Tagesordnung, den

mündlichen Bericht des 16. Ausschusses (Verbilligung der Verwaltung) über Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung (Nr. 1596 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. v. Delbrück.

Das Wort in der fortgesetzten Debatte über Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben hat der Herr Abgeordnete Hofmann (Ludwigshafen).

Hofmann (Ludwigshafen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Reichsministerium des (D) Innern ist von einem meiner Herren Vorredner als das politischste unter allen bezeichnet worden. Seine besondere Bedeutung erhellt auch daraus, daß ihm unter anderem die Pflege **der leiblichen und geistigen Kräfte unseres Volkes** anvertraut und ihm somit die Fundamentlegung zum Wiederaufbau übertragen ist. In unserer Not können wir kein Talent entbehren oder verkümmern lassen. Jede Begabung muß großgezogen werden, deshalb stehen meine politischen Freunde auf dem Standpunkt, daß vom Reichsministerium des Innern alle verfassungsmäßig ihm zustehenden Möglichkeiten erschöpft werden müssen, um Wissen und Können im deutschen Volke nicht nur auf der Höhe zu halten, sondern noch weiter zu steigern.

Nach Art. 10 der Reichsverfassung kann das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundsätze für das **Schulwesen** aufstellen. Die innere Ausgestaltung und Leitung des Schulwesens soll Angelegenheit der Länder bleiben, welche unserer Überzeugung nach hierin ihren besonderen kulturellen Bedürfnissen besser gerecht zu werden vermögen als eine Reichszentrale. Daher haben meine politischen Freunde gegen die von verschiedenen Parteien dieses Hauses beabsichtigte Umwandlung **der früheren Kadettenanstalten** in Reichsanstalten schwere Bedenken.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es wäre der erste Schritt zur Verreichlichung unserer Mittelschulen und dabei ein Sprung ins Dunkle. Ich will gar nicht einmal zu sprechen kommen auf die Stellung der Lehrkräfte an diesen **Reichsschulen,** die im neuen Reichsbesoldungsgesetz ja auf den Aussterbeetat geschrieben sind. Wir sind grundsätzlich gegen Reichsschulen. Ich möchte deshalb den Herrn Reichsminister des Innern bitten, diese früheren Kadetten-

(**Hofmann** [Ludwigshafen], Abgeordneter.)

(A) anstalten den Ländern zu überlassen; sie mögen sie dann umwandeln und eingliedern in ihr Schulsystem.

Selbstverständlich sind wir auch der Meinung, daß in diesen Anstalten talentierte Kinder Minderbemittelter, Kinder von Auslandsdeutschen, Kinder von Deutschen, die aus dem besetzten oder abgetrennten Gebiet verdrängt sind, und selbstverständlich auch Kinder von Kriegsgefallenen oder Kriegsbeschädigten besondere Berücksichtigung finden. Wir haben deshalb den Antrag eingebracht, alle diesbezüglichen Entschließungen und Anträge, die auf Umwandlung der Kadettenanstalten abzielen, dem neu einzusetzenden ständigen Ausschuß für Bildung zur näheren Prüfung zu überweisen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir auch den Gedanken der Errichtung von Reichsschulen abweisen, so möchten wir doch andererseits den wirklichen schulischen Bedürfnissen dadurch entgegenkommen, daß wir in dem Antrag auf Drucksache 1664 die Schaffung einer die Abteilung III im Reichsministerium des Innern in ihren schulpolitischen Aufgaben unterstützenden **pädagogischen Auskunftsstelle** fordern und zu diesem Zweck für den Haushalt 1921 einen Betrag von 200 000 Mark als fortdauernde Ausgabe verlangen.

(Bravo! im Zentrum.)

Also eine Reichsauskunftsstelle für das Schulwesen, und zwar für inländisches und ausländisches Schulwesen, fordern wir in diesem Antrag. Zur Begründung darf es genügen, wenn ich auf die Tatsache hinweise, daß deutsche Lehrerorganisationen, um Auskunft über das gesamte Schulwesen im Deutschen Reich zu erhalten, sich nach Washington, also nach Amerika wenden mußten, weil in dem sonst so organisatorisch entwickelten Deutschen Reich für eine derartige Auskunftsstelle bis jetzt kein Raum war.

(B) (Hört! Hört! im Zentrum.)

Es liegen sodann verschiedene Anträge und Entschließungen vor, welche Forderungen auf Erfüllung von verfassungsmäßig festgelegten Bestimmungen bedeuten. So wird die Reichsregierung zum Beispiel ersucht, gemäß Art. 148 Abs. 3 für die **Aufnahme der Staatsbürgerkunde in die Lehrpläne** Sorge zu tragen. Wir treten dieser Forderung bei; denn bei einer Staatsform, welche die Lenkung der Geschicke unseres Volkes in dessen eigene Hand legt, muß jeder Staatsbürger über das Wesen unseres neuen Staatsgebildes unterrichtet sein, seine Pflichten und Rechte erkennen, damit er auch bewußte Verantwortung für sein politisches Handeln übernehmen kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Nebenbei bemerkt: wenn verfassungsgemäß nach Art. 148 Abs. 3 Staatsbürgerkunde Lehrfach in den Schulen ist, dann kommt der **Abdruck der Verfassung** schon vor Beendigung der Schulpflicht als Lernmittel in Betracht; und Lernmittel sind nach Art. 145 der Reichsverfassung unentgeltlich. Also ist der Streit über den Posten für Abdruck der Reichsverfassung schon durch verfassungsgemäße Bestimmungen entschieden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der in einer Entschließung ausgesprochene Gedanke, in den Schulklassen aller Schulen dem Verständnis der Schüler entsprechend eine **Einführung in den Versailler Friedensvertrag** unterrichtlich zu vermitteln, hat seine Berechtigung. Ich möchte das nicht im Sinne chauvinistischer Hetze aufgefaßt wissen, sondern als staatsbürgerliche Aufklärung über die Pflichten der Deutschen. Es soll sich jeder im Volke Rechenschaft geben können, welche Berge von Hindernissen zu überwinden sind, bis wir uns wieder als freies Volk fühlen können. Vielleicht wird dann das Volk in seiner Ge-

(C) samtheit sich mehr des Ernstes seiner Lage bewußt, als das bisher festzustellen war.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn ich an der Beseitigung von Hindernissen mitarbeiten soll, so muß ich zuerst einmal die Hindernisse kennen. Ich kann deshalb diese ablehnende Stellung, welche gestern die Frau Abgeordnete Pfülf hier eingenommen hat, nicht teilen. Im übrigen darf ich sagen: Kinder im besetzten Gebiete lernen den Friedensvertrag zu einem guten Teile durch praktische Erfahrungen kennen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Den Mangel an Rohstoffen in unserem zukünftigen Wirtschaftsleben müssen wir auszugleichen suchen durch ein Höchstmaß von Qualitätsarbeit. Nicht zuletzt auch aus diesem Grunde unterstützen wir die Forderung auf baldige Einführung des **Arbeitsunterrichts** als Lehrfach in den Lehrplan unserer Schulen. Solche Forderung erscheint uns aber auch aus pädagogischen Gründen durchaus gerechtfertigt und zeitgemäß,

(sehr richtig! im Zentrum)

aber nicht im Sinne eines Leitsatzes der Reichsschulkonferenz, welcher sagt: „Darum muß Arbeit, und zwar am sinnlichen Stoffe geübte Arbeit Grundlage der Erziehung sein.“ Von diesem Grundgedanken scheinen mir auch die vom Reichsministerium des Innern aufgestellten Richtlinien für die Einführung des Arbeitsunterrichts beherrscht zu sein. Es kann der an und für sich guten Sache des Arbeitsunterrichts, die wir durchaus unterstützen, nur schaden, wenn sie durch solche Übertreibungen in Mißkredit gebracht wird.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Die Grundlage aller Erziehung liegt nach unserer Auffassung in der Frage nach Zweck und Ziel des Menschen und ist darum gegeben in der Religion. (D)

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der richtige Wegweiser, der unserem deutschen Volke jetzt aufgesteckt werden muß, heißt: „Heraus aus den Niederungen des Materialismus, hinauf zu den Höhen des Idealismus!“ Von diesem Standpunkt aus gestatten Sie, daß ich auch zu der Frage des **Religionsunterrichts in der Schule** Stellung nehme. Der Religionsunterricht ist durch Art. 149 der Reichsverfassung als „ordentliches Lehrfach“ bezeichnet. Meine verehrten Herren Vorredner haben sich mit diesem Kapitel besonders befaßt, weil durch wiederholte Anfragen der Reichsminister des Innern eine Stellung genommen hat, die scharf umstritten ist und die Lager in ein rechtes und in ein linkes scharf teilt. In einer Vorbesprechung zur Reichsschulkonferenz am 22. Oktober soll der Herr Reichsminister des Innern die Forderung nach positiver Willenserklärung für den Besuch des Religionsunterrichts als eine „Wegeskamotierung“ des Wortes „ordentliches Lehrfach“ in der Verfassung erklärt haben.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

In einem Rundschreiben an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom 7. April 1920 empfiehlt der Herr Reichsminister des Innern als Form der Willenserklärung über die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht für Konfessionsschulen die Abmeldung, für Simultanschulen die Anmeldung.

Schließlich hat der Herr Reichsminister des Innern auf meine Anfrage über den Erlaß des sächsischen Kultusministers vom 8. Januar 1921 erklären lassen, daß es bis auf weiteres den Ländern überlassen sei, die Form der Willenserklärung über Teilnahme oder Nichtteilnahme am Religionsunterricht festzusetzen. So sehr mir die föderative Anwandlung des Herrn Reichsministers des Innern in kulturpolitischem Sinne daran

(**Hofmann** [Ludwigshafen], Abgeordneter.)

(A) gefallen könnte, so bin ich mit meinen politischen Freunden nicht in der Lage, ihm auf diesem Wege einer immer mehr abbröckelnden Auslegung der Verfassung zuungunsten der Stellung des Religionsunterrichts in der Schule folgen zu können.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Hier handelt es sich nicht um Meinungsverschiedenheit über Rechtsgrenzen des Reiches und der Länder, sondern um eine klare, eindeutige, sinngemäße Auslegung der Reichsverfassung.

Meine Damen und Herren! Wenn jemand sein Kind zur Schule anmeldet, so unterwirft er sich dadurch stillschweigend dem Lehrplan. Das ist anerkannten Rechtens. Im Lehrplan unserer Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien, weltlichen Schulen ist aber der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach. Davon können Erziehungsberechtigte nach Art. 149, Abs. 2 durch Willenserklärung ihre Kinder fernhalten. Es wird also Dispens gewährt. Als Schulmann muß ich sagen: Wir unterscheiden zwischen ordentlichem oder obligatorischem Lehrfach und Wahlfach oder fakultativem Lehrfach. Zum Besuch eines ordentlichen oder obligatorischen Lehrfachs bedarf es keiner positiven Anmeldung.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Das ist weder im Rechenunterricht noch im Lesen, noch im Turnen oder im Gesangsunterricht der Fall. Gewiß kann davon auch dispensiert werden — ich will einmal ein Beispiel nehmen —: vom Gesangsunterricht bei Unmusikalischen oder beim Turnunterricht bei Kindern mit körperlichen Gebrechen. Hier tritt die Abmeldung als Form für Dispensierung in Kraft.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das Wahlfach dagegen erfordert positive Anmeldung, zum Beispiel bei Stenographie.

(B) Nach Art. 149 der Verfassung wird im ersten Satz der Religionsunterricht in den Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien oder weltlichen Schulen als ordentliches Lehrfach erklärt. Nach bisherigem Brauch kann also von einer positiven Anmeldung keine Rede sein. Abs. 2 kann nur in Verbindung mit Abs. 1 betrachtet werden. In Abs. 2 des Art. 149 ist die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten überlassen, also eine Dispensierung vom ordentlichen Lehrfach Religionsunterricht zugestanden. Die Auslegung des Herrn Reichsministers des Innern degradiert den Religionsunterricht zu einem Wahlfach.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Dagegen erhebe ich namens meiner Parteifreunde entschiedenen Einspruch.

(Bravo! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie schon im Art. 149 solche verschiedenen Auslegungen ermöglichen lassen, so haben wir große Befürchtungen, welchen Meinungsverschiedenheiten Art. 146 beim neuen Reichsschulgesetz unterworfen sein wird. Im Auftrage meiner Parteifreunde muß ich deshalb den Herrn Reichsminister des Innern im voraus darauf aufmerksam machen, daß wir bei Beratung des Reichsschulgesetzes auf einer loyalen, sinngemäßen Anwendung des Art. 146 der Reichsverfassung unbedingt bestehen müssen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir sind in der Zentrumspartei keineswegs bereit, weitere Konzessionen als beim Schulkompromiß von Weimar zu machen.

Ein Antrag der Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei verlangt Abschaffung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen. Meine

(C) Damen und Herren! Unsere Ansicht deckt sich in dieser Frage mit den Auslassungen des bekannten Berliner Hochschulpädagogen Ferdinand Jakob Schmidt. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten werde ich Ihnen dessen Ausführungen darüber zum Vortrag bringen. Er sagt:

„Das deutsche Schulwesen hätte niemals die hohe Bedeutung gewinnen können, zu der es sich im Laufe seiner Geschichte erhoben hat, wenn es nicht den Religionsunterricht endgültig in den Lehrbetrieb aufgenommen und zum Herzstück seiner Gesittungsarbeit gemacht hätte. Denn erst dadurch ist der bloße Lernunterricht grundsätzlich zum allgemeinen Erziehungsunterricht fortgebildet worden und hat unserem Volkstum von Kindsbeinen an die starke über alles Vergängliche hinausragende Kraft der christlichen Freiheit eingeflößt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Man entferne daher den Religionsunterricht aus seiner zentralen Stellung, und der Erziehungsunterricht muß notwendig wieder zu einem beschränkten Lernunterricht herabsinken.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Man ersetze ihn durch einen blutleeren, dem deutschen Geiste wesensfremden Moralunterricht, und der Lebensstrom der sich mit dem Ewigen erfüllenden Persönlichkeitsbildung muß unausbleiblich versanden; man verzichte grundsätzlich auf die Bildung und Erhaltung eines bestimmten christlichen Lehrerstandes, und man macht aus dem Erzieherstande christlich-deutscher Nation wieder ein begrenztes Fachlehrertum."

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Ich sage auf Grund einer fast vierteljahrhundertjährigen praktischen Schulerfahrung mit dem bekannten Pädagogen Dörpfeld: „Eine Schule, worin der Religionsunterricht fehlt, gleicht einer Familie, der die Hausmutter gestorben ist",

(D) (sehr gut! im Zentrum)

und ich spreche mit Trotzendorf: „Der reißt vom Firmament die Sonne und nimmt dem Jahre den Frühling, der den Religionsunterricht aus der Schule verbannte." Ich stimme aber auch überein mit Professor Wilhelm Wundt, wenn er die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule als „eine der größten Kulturbarbareien der Gegenwart" bezeichnet, und ebenso teile ich die Befürchtungen mit Johannes Volkelt, eine religionslose Kultur werde „in erschreckendem Umfange einen Geist ehrfurchtsloser Diesseitigkeit, schamentblößter Ichsucht und formloser Handgreiflichkeit nähren". Diese Urteile von allgemein anerkannten Fachmännern, die sich nicht durch politische Leidenschaft den Blick für die Notwendigkeiten unserer Jugendbildung trüben ließen, mögen für heute genügen. Bei der bevorstehenden Verhandlung des Entwurfs eines Reichsschulgesetzes wird sich Gelegenheit bieten, unsere grundsätzliche Stellung zur religiösen Erziehung und zur Bekenntnisschule näher darzulegen.

Meine Damen und Herren! Nun zur Frage der **Lehrerbildung**. Ein Antrag Müller (Franken) und Genossen verlangt die baldige Einbringung eines Gesetzes über die Grundsätze einer einheitlich für das Reich zu regelnden Lehrerbildung. Wir vertreten den Standpunkt, daß jede Reform der Jugenderziehung mit der Reform der Jugenderzieher ihren Anfang nehmen muß, und können deshalb nur wünschen, daß die Grundsätze für die einheitliche deutsche Lehrerbildung möglichst bald gesetzlich festgelegt werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Voraussetzung für uns ist, daß die bewährte religiöse

(**Hofmann** [Ludwigshafen], Abgeordneter.)

(A) Durchbildung der Lehrer auf bekenntnismäßiger Grundlage im weitesten Umfange gewahrt bleibt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Zum mindesten müssen wir verlangen, daß für die Bekenntnisschule geeignete Lehrer in ausreichender Zahl herangebildet werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Zur Frage der „Kindergärten" liegt ein Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung obligatorischen Kindergartenbesuches vor,

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der Schulkindergärten!)

— Jawohl, also des obligatorischen Schulkindergartenbesuches, ich habe mich versprochen. Daß es wünschenswert ist, Kinder, welche zu Hause keine ausreichende Erziehung haben, in Kindergärten oder Schulkindergärten zu sammeln, bestreiten wir keinesfalls; aber den obligatorischen Schulkindergartenbesuch müssen wir ablehnen; denn ohne zwingende Not soll man dem Kinde die natürliche Familienerziehung nicht nehmen

(sehr richtig! im Zentrum)

und die Freiheit des Kindes im vorschulpflichtigen Alter nicht beschränken.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Dem vorhandenen Bedürfnis auf diesem Gebiete haben bisher Verwahrschulen, Kindergärten, Kinderkrippen und ähnliche Einrichtungen zu dienen gesucht. Für tatkräftige Unterstützung und weitere Ausgestaltung dieser privaten Fürsorgeunternehmungen werden wir jederzeit gern eintreten. Wir befinden uns in dieser unserer Stellungnahme in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Reichsschulkonferenz, von denen Satz 3 sagt: „Eine Verpflichtung zum Besuch des Kindergartens ist abzulehnen" — und Satz 9 den Kindergarten grundsätzlich als eine Einrichtung der „Jugendwohlfahrt" bezeichnet.

(B) Wenn ich mir noch erlauben darf, auf das Kapitel Körperpflege einzugehen, so möchte ich sagen: „Nur in einem gesunden Volke wohnt ein gesunder Geist!" Es ist im Laufe der Debatte auf die Volksgeißel Tuberkulose hingewiesen worden. In Spiel, Sport, und in der edlen deutschen Turnerei haben wir ein Hauptgegenmittel gegen diese Volksseuche. Wir müssen bedenken, daß durch den Fortfall der allgemeinen Wehrpflicht vom Konto Volksgesundheit ein namhafter Posten abgestrichen wurde,

(sehr wahr! rechts)

und wir müssen auf Ersatz sinnen. Dabei möchte ich die Gelegenheit nicht versäumen, dem Reichsministerium des Innern nahe zu legen, die edle deutsche Turnerei nicht auf Kosten eingewanderter, fremdländischer Sports an die Wand drücken zu lassen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Der preußische Kultusminister hat unter dem 29. Dezember 1920 eine Verordnung herausgegeben, welche sich mit dem Stenographieunterricht an mittleren und höheren Schulen befaßt. Dabei ist er in die Einseitigkeit verfallen, das System Stolze-Schrey als besonders geeignet hervorzuheben. Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um zu sagen: neben Stolze-Schrey bestehen noch andere Kurzschriftsysteme, und namentlich die Mutter aller Kurzschriftsysteme, das Gabelbergersche, hat in Süddeutschland sehr weite Verbreitung.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Bitte an das Reichsministerium des Innern fasse ich dahin zusammen, die dankenswerten, früher schon gepflogenen Bemühungen um Schaffung einer Einheitskurzschrift wieder aufzunehmen.

(Staatssekretär Schulz: Sind im Gange!)

(C) Meine Damen und Herren! Diese Gelegenheit kann ich nicht vorübergehen lassen, um auch einmal ein Dankeswort zu den Herren Reichstagsstenographen hinunter zu sagen, die den Strom der Rede alltäglich über sich ergehen lassen müssen

(bravo! und Heiterkeit)

und die unserem deutschen Volke und der Öffentlichkeit das Wertvolle und auch das Unwertvolle für immer bewahren.

(Bravo!)

Als Abgeordneter aus dem besetzten Gebiet fühle ich mich verpflichtet, anzuerkennen, was bisher vom Reichsministerium des Innern unterstützend und fördernd für deutsche Kulturbestrebungen im besetzten Gebiet geleistet wurde.

(Bravo! im Zentrum.)

Ich weiß, daß Herr Reichsminister Koch bei der Bereitung von geistiger Nahrung für die besetzten Gebiete die Rechnung nicht ohne den Wirth — ich meine den Herrn Finanzminister — machen kann und darf.

(Heiterkeit im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Trotzdem sage ich: für Sonderverhältnisse auch Sondermaßnahmen. Ich wäre dem Herrn Reichsminister des Innern sehr dankbar, wenn er in diesem Sinne auch auf das Reichsverkehrsministerium bezüglich der Ermäßigung der Tarife für unsere Wanderorchester und Wanderbühnen im besetzten Gebiet einwirken würde.

(Bravo! im Zentrum.)

Möge man dabei an maßgebenden Stellen bedenken, daß deutsche Kunst und Wissenschaft im besetzten Gebiet zu jenen Dingen gehören, die nicht durch Zollschranken eingedämmt oder verhindert werden können.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich es halten mit Fichte, wenn er sagt in seinen „Reden an die deutsche Nation": „Dasjenige Volk, das bis in (D) die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Bildung erlangt, wird zugleich das mächtigste und glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit,

(sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

beneidet von den Zeitgenossen und ein Vorbild der Nachahmung für sie." Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß für unser so tief darniederliegendes deutsches Volk sittlicher Ernst — —

(Abgeordneter Crispin: Sie sind so deutsch, daß einem davon übel wird!)

— Jawohl, meine verehrten Herren von den Unabhängigen, ich fühle mich als deutscher Mann, namentlich als Vertreter des besetzten Gebietes! —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Doch darf, sage ich, nicht übersehen werden, daß das deutsche Volk sittlichen Ernstes und moralischer Stärke benötigt, als Grundbedingungen zu seinem Wiederaufstieg. Wenn sich das Reichsministerium des Innern bei seinen jetzigen schwierigen Aufgaben von solcher Überzeugung leiten läßt, dann darf es unserer Mithilfe versichert sein.

(Lebhafter Beifall im Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als wir damals in Weimar die Reichsschulabteilung einrichteten, da waren wir alle der Überzeugung, daß dieses Amt, ausgestattet mit der ganzen Kraft des Reiches, uns vorwärts führen sollte. Es sollte alles das, was uns eint äußerlich oder innerlich im Schulwesen, in seine Pflege nehmen und führend,

(Beuermann, Abgeordneter.)

(A) leitend, vorwärtsdrängend und auch ausgleichend vorgehen. Dieses Wachsen der Schulabteilung glaubten wir allgemein — ich glaube, ohne Unterschied der Parteien — so sich gestalten zu sehen, daß wir mehr oder weniger annahmen, es würde über kurz oder lang ein Kulturamt des Reiches oder das wirkliche große Reichsschulamt oder Reichskulturministerium herauskommen.

Meine Damen und Herren! Wie sieht es nun heute nach fast zwei Jahren mit diesem Amte aus? Diese Frage, glaube ich, können wir heute bei diesem Etat gar nicht umgehen, und da muß ich sagen, wenn ich mir so den äußeren Aufbau dieses Amtes ansehe, daß es doch wirklich noch erstaunlich mager und knieschwach dasteht, so jämmerlich, daß nicht einmal das höhere Schulwesen bisher einen eigenen Dezernenten in ihm hat. Es ist auch außerdem noch gehalten bei einem wesentlichen Teile seiner Arbeiten — ich denke da namentlich an grundlegende Arbeiten, zu denen statistische Vorarbeiten nötig sind und bei denen von anderen Stellen Material eingeholt werden muß —, dieses Material aus den statistischen Ämtern des Reiches oder Preußens oder vielleicht aus der vorzüglich geleiteten Auskunftsstelle Preußens für das Schulwesen herzunehmen. Äußerlich muß also diese Schulabteilung sowohl zur Verbreiterung ihres Arbeitsbereiches wie zur Vertiefung und besseren Anlegung ihrer Arbeiten ausgestaltet werden.

(Staatssekretär Dr. Lewald: Ist das Vereinfachung der Verwaltung?)

— Ganz recht; das gehört dazu; denn dann würde eine solche Arbeit wirklich auf die Dauer sparsam werden. Ich glaube, sie ist gegenwärtig geradezu verschwenderisch. Solche Stellen haben bislang im einzelnen bestanden; sie müssen eingezogen und wirklich unter des Reiches Hut gebracht werden.

(B) (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wie ist es nun mit der innern Arbeit? Auch da sind ganz gewaltige Hemmungen vorhanden. Man hat im Ausschuß gesagt: Für diese Arbeiten und für die Schulgesetze sind bislang keine Mittel vorhanden. Jawohl, wir wissen, daß die Reichsnot auf finanziellem Gebiete außerordentlich groß ist. Aber wir geben doch für unsere Ernährung notgedrungen 15 Milliarden aus. Da müßten wir doch für die geistige Not — und diese Not ist wirklich die primäre, nicht nur in der Jugend, sondern im ganzen Volke — wenigstens soviele Millionen zur Verfügung haben. Die innerliche Arbeit ist dadurch gewiß begrenzt; aber ich glaube: es hätte sich da doch mehr Entwicklung zeigen müssen. In dieser Beziehung gehen meine Gedanken ganz konform mit den Gedanken, die gestern Abend die Frau Kollegin Pfülf entwickelte, als sie sagte:: „Großzügige Kulturpolitik haben wir nicht gesehen!" Ja, ich habe bislang von einer großzügigen Kulturpolitik wirklich nichts bemerkt. Von den großen Gedanken, die wir, wie es so schön heißt, in der Verfassung „verankert" haben, von dem Einheitsschulgedanken und dem damit verbundenen Gedanken der Lehrerbildung, ist bislang nichts verwirklicht worden als das kleine Stück — ich will nicht von einem abgehackten Schwanzstück sprechen —,

(Heiterkeit)

als das kümmerliche Stück dieses Einheitsschulgedankens, das uns in diesem Grundschulgesetz geboten worden ist. Da frage ich nun den Herrn Staatssekretär zum dritten Male — zum ersten Male habe ich die Frage in Weimar, zum zweiten Male beim Grundschulgesetz gestellt —: Wie will er die Schulen in den Dörfern, die einklassigen Schulen, die Halbtagsschulen, überhaupt das ganze Dorfschulwesen in die Grundschulgesetzgebung einbeziehen, damit dies Gesetz nicht, was es bislang praktisch war, eine Stadtschulreform bleibt? Das (C) ist ein Problem, das gelöst werden muß. Wenn das nicht geschieht, so bleibt das Ganze nur ein wirklich betrübliches Stückwerk. Wir müssen zu den Quellen der Volkskraft, wie ich schon damals sagte, zurückkehren. Wenn das nicht geschieht, dann hilft uns alle diese Bemühung nichts.

Was die Lehrerbildungsfrage anlangt, so ist im Ausschuß gesagt worden: Dieses Lehrerbildungsgesetz hat bis jetzt nicht gemacht werden können, weil uns die Mittel fehlen. Ja, wenn uns hierzu die Mittel fehlen, dann werden sie uns in Zukunft für die ganze Einheitsschule fehlen. Denn diese Reform der Lehrerbildung ist ohne weiteres die Grundlage und die Kernfrage des Einheitsschulbaues. Ohne den einheitlichen, wie es in der Verfassung heißt, auf höhere Bildung stehenden Lehrerstand ist die Einheitlichkeit der Einheitsschule Wind und ein Nichts. Der Lehrerstand als Volksschullehrerstand verlangt nicht nur die Zulassung zu der Universität, sondern das ist die notgedrungene Folge, die sich aus dem Einheitsschulbau im ganzen ergibt. Wenn der Volksschullehrerstand da nicht recht bald die offene Pforte findet, so ist es ganz natürlich, wenn er weiter in seiner Verbitterung verharrt. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Und da muß das Reichsschulamt bahnbrechend vorgehen. Ich fürchte, ich muß es offen gestehen, daß hier nicht nur das Fehlen der Mittel es ist, das diese Reform verhindert, sondern ich fürchte, daß man ängstlich ist und nicht recht weiß, wie man das heiße Eisen dieser Lehrerbildungsreform anfassen soll. Und doch, meine Damen und Herren, es ist notwendig. Nicht nur die Länder, das Reich und die ganze Volksschullehrerschaft ist derselben Meinung, sondern, wie wir gestern hier gehört haben, es ist der einstimmige Wunsch aller (D) Parteien. Wenn die nötigen Gelder bisher nicht zur Stelle gewesen sind, meine Damen und Herren, glaubt etwa jemand unter uns, daß sie demnächst zur Stelle sein werden, vielleicht zur Stelle sein werden, wenn erst die Entente die Kontrolle unserer Finanzen in die Hand genommen hat? Ich glaube, dann wird es auf diesem Gebiete so betrüblich aussehen, daß wir die ganze Einheitsschule und alles, was damit zusammenhängt, als Zukunftsland dereinst mit der Seele suchen müssen,

Ich beklage es und befürchte, daß hier die Reichsschulabteilung nicht eilig genug gearbeitet hat. Wir haben in der Steuergesetzgebung Schnellzugsarbeit geleistet, teilweise leisten müssen, vielleicht leisten müssen zum Schaden unserer Wirtschaft. Hier auf dem Gebiete von Kultur und Schule hätten wir zum Segen von Reich und Land wahrhaft Arbeit leisten müssen mit Fliegerschnelligkeit. Dann wären wir bewahrt geblieben vor dem, was ich da vorhin andeutete. Es wurde in diesem Jahre in dem Ausschuß vom Herrn Staatssekretär gesagt, daß alle diese Fragen, wie sie angedeutet und angeschnitten sind und bezüglich derer von uns schon in den vergangenen Jahren eine Darlegung durch eine Denkschrift gefordert wurde, nur Theorie bleiben würden und die Beschäftigung mit ihnen eine fruchtlose Arbeit darstellte. Ich glaube, Herr Staatssekretär, da verkennen Sie etwas die Ziele und Aufgaben Ihres Amtes. Hier kommt es darauf an, daß dieses Schulamt den Ländern theoretisch vorleuchtet mit den Ideen und ihnen Ziel und Wegrichtung gibt. Wie wollen Sie das anders tun, als daß Sie diese Ideen, gut ausgebildet und gesund entwickelt, in Denkschriften verbreiten? Diese Ideenleuchte muß vorhanden sein. Sonst kommt das Schulamt, wenn es innerlich ein Bekenntnis über seine Arbeit selbst abgeben müßte, zu dem Spruche des

(**Beuermann**, Abgeordneter.)

(A) Apostels Paulus: „Unser Wissen ist Stückwerk und unser Weissagen ist Stückwerk."

(Sehr gut!)

Für dieses Amt ist auch zu beanspruchen, daß es die allerhöchste Autorität haben muß, und die kann es nur haben, wenn es, wie ich andeutete, auf der Höhe der Ideen steht. Ob das der Fall ist, wage ich zu bezweifeln. Ich weise dabei auf einen Vorgang während der Schulkonferenz hin. Dort waren mehr als 500 der besten Schulleute Deutschlands zusammenberufen. Vor dieses Gremium trat ein junger Mann von noch nicht 20 Jahren, sozialdemokratischer Prägung, aus irgendeinem Verein, und verkündete dort diesen ausgesuchten Schulmännern Deutschlands: Mit solchem Lehrermaterial sei kein Schulfortschritt möglich. Meine Damen und Herren! Wenn unter der Aufsicht und dem Vorsitz des Herrn Staatssekretärs ein solcher Ausspruch über die deutschen Schulmänner getan werden kann, so kann sich derselbe Staatssekretär nicht wundern, wenn ihm nicht die nötige Autorität auf dem Schulgebiet in Deutschland gegeben wird.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nun noch eine Anzahl Einzelfragen! Sie sind zum größten Teil gestern hier behandelt worden und, wie ich als Schulmann glaube, doch teilweise ein wenig stark mit parteipolitischer Prägung. Ich meine, gerade auf diesem Schulgebiete sollten wir das, was nicht dringend parteipolitisch gefärbt sein muß, auch wirklich parteipolitisch nicht färben.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das Wörtchen „dringend" ist sehr gut!)

— Jawohl! Zu diesen Sachen zähle ich die Behandlung der **Vorrede zu der Ausgabe der Verfassung**, die den Schülern in die Hand gegeben werden wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

(B) Mag diese Vorrede sonst sein, wie sie will; pädagogisch ist sie für ihren Zweck so ungeeignet, wie nur möglich.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daher muß diese Vorrede — ob sie die eine Partei erfreut und der andern Ärger macht, scheidet dabei aus — wenigstens pädagogisch verbessert werden, und wenn es sein muß — darüber läßt sich im Schulausschuß reden —, muß eine solche Vorrede von einem Pädagogen gemacht werden, so daß sie paßt.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber von keinem Monarchisten!)

— Warum denn nicht, Herr Kollege Wels?

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Weil der gegen die Verfassung ist!)

— Herr Wels, das können wir ganz dabei ausscheiden. Aber es läßt sich ja darüber reden; das ist eine Frage, die sich wohl erwägen ließe in dem Ausschusse. —

Ich komme zu der Frage des **staatsbürgerlichen Unterrichts** und des **Arbeitsunterrichts** in der Schule. An dieser Frage haben doch alle Parteien das gleiche Interesse, und daher, meine ich, hätten diese Unterrichtsgegenstände längst eingeführt werden müssen. Wenn jemand hier im Hause glauben sollte, das seien ganz neue Sachen, so ist er im völligen Irrtum. Ich kenne Schulen, die schon seit 20 Jahren sowohl Staatsbürgerkunde als auch Werkunterricht treiben.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber wie!)

Es kommt hier nur darauf an, wie schon mehrfach gesagt worden ist, daß wir das Prinzip allgemein zur praktischen Durchführung bringen. Wir können und müssen das tun, aber wir sollten es so tun, wie wir es während der Verfassungsverhandlungen in einem Antrage verlangt hatten. Darin hatten wir gesagt, die Aufklärung über unsere Staatsform, über unsere Staatsverhältnisse müsse so geschehen, daß ein völlig

(C) klarer, unvoreingenommener, einwandfreier Einblick in alle diese Verhältnisse gewährt wird, aber im Sinne der Volksversöhnung. Von den Parteien der Linken ist der Ausdruck „Völkerversöhnung" an dieser Stelle in die Verfassung hineingebracht worden. Ich glaube, wenn Sie diese große, ich will einmal sagen, Idee noch einmal durchdenken und ihr in der Verfassung praktisch Folge geben sollten, so würden Sie nach den bitteren Erfahrungen der letzten zwei Jahre

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es erst recht hineinschreiben!)

— lassen Sie mich, bitte, erst aussprechen — ruhig den Weg mit uns gehen können. Sie können, wenn Sie wollen, zu der Völkerversöhnung kommen, aber erst auf dem Wege durch die Volksversöhnung.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Klassenversöhnung ist Unsinn!)

— Nein, das ist es nicht. Bei Ihnen ist es nur Unsinn, denn Sie treiben nichts anderes als Klassenhaß.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Weiter handelt es sich noch um die **körperliche Ertüchtigung der Jugend**. Meine Damen und Herren, nachdem nun die militärische Ertüchtigung ausgeschieden ist, müssen wir sehen, daß wir die körperliche Fortentwicklung unserer Kinder viel besser und grundlegender in die Hand nehmen, als dies bisher geschehen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir dürfen da auch nicht aufhören, wo die Schule ihren Schnitt macht, sondern wir müssen versuchen, mit den freien Institutionen des Sports, des Spieles und, wie der Herr Vorredner so trefflich sagte, mit der prächtigen alten deutschen Turnerschaft die nötige Fühlung zu nehmen.

(D) (Bravo! rechts. — Lachen bei den Vereinigten Kommunisten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Erst wenn wir da gemeinsam vorgehen und darin fortbauen, wird die Möglichkeit sein, das zu ersetzen, was zur Volksgesundung auf diesem Gebiete nötig ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist deutsche Borniertheit, nicht deutscher Geist, den Sie vertreten! — Heiterkeit rechts.)

— Wissen Sie, Herr Kollege Crispien, dieser Ausspruch ist für Sie würdig; denn er bezeichnet Ihren Horizont.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Erst hinter Ihrem Horizonte liegt nämlich das Deutschtum für uns. Sie sind gar nicht darin. Sie sitzen so weit auf Moskau zu, daß Sie von unserem deutschen Horizont zu sehr fernab stehen.

(Wiederholter lebhafter Beifall rechts.)

Weiter ist in diesem Sinne die Frage der **Schulpflege im vorschulpflichtigen Alter** gestreift worden. Meine Damen und Herren, da müssen wir helfen, soweit Hilfe nötig ist, das heißt, soweit die Familie ihre Zwecke und Ziele da nicht erfüllen kann.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: „Treudeutsch!")

— Jawohl, ich wollte, Sie wären es auch.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dann ständen wir besser. Aber Ihr Volkssplitter ist zu entbehren, und Sie werden immer kleiner werden.

(Beifall und Heiterkeit rechts.)

Da stehen wir auf dem Standpunkt des alten Pestalozzi, der da sagte: Ohne Mutter kein Kind! In dem vorschulpflichtigen Alter ist die Mutter die beste Pflegerin und natürliche Förderin des Kindes. Erst da, wo es notwendig ist, wo das schulpflichtige Alter

(**Beuermann,** Abgeordneter.)

(A) eintritt, soll auch der Schulzwang eintreten. Jeden vorschulpflichtigen Zwang lehnen wir von unserer Partei auf das allerentschiedenste ab.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Eine andere Frage, die Weltanschauungsunterschiede aufwirft, ist allerdings die **Frage der Teilnahme am Religionsunterricht.**

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist eine Frage der Wissenschaft!)

— Das ist Ihr Glaube. Bei uns ist es Weltanschauungssache. — Ich brauche über diese Frage nur einige Worte zu sagen, denn später bei dem betreffenden Punkt wird noch wahrscheinlich ein Redner unserer Fraktion darüber sprechen. Nur die grundsätzliche Stellungnahme unserer Fraktion möchte ich dahin präzisieren, daß wir der Ansicht sind, der Religionsunterricht darf unter keinen Umständen anders als anderer Unterricht behandelt werden, so wie wir es im Schulbetrieb als Schulmänner gewohnt sind.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Jede künstliche Konstruktion der Sonderstellung ist da auszuscheiden.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist also die Abmeldung vom Religionsunterricht nötig, nicht eine positive Anmeldung der Teilnehmer.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wohin sollten wir kommen mit einem wirklichen Unterrichtsfach, wenn wir dergleichen Ausnahmestellung zulassen würden? Das ist ohne weiteres abzuweisen.

Dann haben wir einen Antrag eingebracht, man solle auch in den Schulen die **Behandlung des Versailler Friedens** mit vornehmen. Dazu wurde von der Frau Kollegin Pfülf geäußert, das sei in dieser aufgeregten Zeit nicht nur sehr unrecht und gefährlich, sondern das sei ganz falsch, wir wollten den Völkerhaß damit auf- (B) peitschen, wir wollten nationalistisch werden.

(Sehr richtig! links.)

— Mein Herr, wenn Sie „sehr richtig" sagen, ist das immer nur das, was Sie glauben, nicht das, was wir wollen. — Wir sind also der Überzeugung, daß wir ganz anderes damit wollen.

(Sehr richtig! und Zuruf links: Sie wollen anders, als Sie sagen!)

Wenn wir Staatsbürgerkunde treiben, sollen Sie (zum Abgeordneten Crispien) — Sie sind ja zwar nicht Schulmann, aber das werden Sie doch wohl begreifen —

(Heiterkeit)

einmal sagen, wie Sie es machen wollen, die Staatsbürgerkunde zu betreiben, ohne auf diesen Frieden und seinen Zwang nach innen und außen für unsere Volksentwicklung und für unsern Staatsaufbau hinzuweisen. Es ist also eine Lücke im staatswirtschaftlichen Unterricht, wenn wir diesen Vertrag fortlassen. Ich stehe immer und habe es schon damals gesagt — und ich glaube, bis zum Gegenbeweis müßten Sie es mir glauben; ich würde es wenigstens Ihnen bis zum Gegenbeweis glauben —

(Abgeordneter Crispien: Ich möchte wissen, was Sie verbrochen haben, daß Sie durch Gottes Strafe Schulmann geworden sind!)

— Vielleicht wäre ich durch Ihre Güte etwas anderes geworden, das könnte auch nichts geschadet haben. — Ich stehe also auf dem Standpunkt, daß der Versailler Frieden unbedingt in den staatsbürgerlichen Unterricht aufgenommen werden muß und daß hier klare Fingerzeige über unsere Grenzen durch diesen Schmach- und Druckfrieden gegeben werden müssen. Wir können das Ganze lehren ohne jedwede Beeinflussung, ohne jedes Erregen von Völkerhaß. Ich bin sicher, unsere Kinder werden sich von selbst in die Gefühle hineinleben, die (C) notwendig sind, damit ihr Deutschtum die nötigen Impulse empfängt, um sich auch da durch die deutsche Not durchzutragen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich, was dieses Ministerium und seine Schulabteilung betrifft, noch einmal ersuchen, nicht zunächst die Arbeiten in den Vordergrund zu stellen, welche Spaltungen in unser Volkstum hineintragen oder Fragen aufwerfen, über die die heftigsten Kämpfe in unserer kampfreichen Zeit entstehen. Es müssen vielmehr aus dem Einheitsschulbau die einenden Stücke herausgenommen und im großen Zuge vorgeführt werden unter Anhaftung und Verbindung der verkündeten Ideen. Im Endergebnis wird unsere Schule dann in ihrer Gesamtheit getragen sein, wie sie auch sonst in ihren Einzelheiten sich gestaltet und steht, von einem einzigen Gedanken, nämlich von dem Gedanken: Deutsch sein heißt alles!

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Staatssekretär Schulz.

Schulz, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir als dem Stellvertreter des Herrn Reichsministers des Innern in der Leitung der kulturpolitischen Abteilung einige Bemerkungen zu dem bisherigen Gang der kulturpolitischen Debatte.

Ich darf vielleicht zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß alle Parteien des Reichstags sich grundsätzlich bereit erklärt haben, die kulturpolitischen Aufgaben des Reichs zu unterstützen. Dabei besteht wohl auf keiner Seite ein Zweifel darüber, daß die kulturpolitischen Ziele der einzelnen Parteien wesentlich voneinander verschieden sind und daß durch den hier zum Ausdruck gelangenden Willen zur Kulturpolitik des (D) Reichs nicht etwa eine Verwischung dieser weltanschaulichen Gegensätze herbeigeführt werden soll.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber einig scheint man doch darin zu sein, daß eine Gesamthebung des kulturellen Niveaus jeder Partei und jeder Weltanschauung zugute kommen muß und damit dann auch der Gesamtheit aller Parteien, also dem deutschen Volke, vielleicht besonders insofern, als von einer derartigen allgemeinen kulturellen Hebung eine „Versachlichung" der notwendigen Auseinandersetzungen im öffentlichen Leben zu erwarten ist.

Meine Damen und Herren! Das Bekenntnis der einzelnen Parteien zu einer tatkräftigen Kulturpolitik des Reichs hat sich hier und da in die Form der Kritik gekleidet. Gestern abend hat Frau Abgeordnete Pfülf als die Vertreterin einer Partei, die gegenwärtig nicht zur Regierung gehört, in ziemlich scharfen Worten beklagt, daß zu wenig geschehen sei; es würde vom Reiche keine großzügige Kulturpolitik getrieben. Heute hat — soeben unmittelbar vor mir — der Redner einer der Regierungsparteien in der Form vielleicht noch schärfer die Tätigkeit der **kulturpolitischen Abteilung des Reichsministeriums des Innern** kritisiert. Ich glaube, der Herr Reichsminister des Innern darf allen diesen Vorwürfen gegenüber zunächst sagen: „Wächst mir ein Kornfeld auf der flachen Hand?" Andererseits darf er auch darauf hinweisen, daß doch auch schon mancherlei geschehen ist. Bis zu einem gewissen Grade glaube ich persönlich für eine solche Behauptung zuständig zu sein. Ich bin in dem alten Reichstag von dieser Stelle aus Jahr für Jahr als Abgeordneter lebhaft dafür eingetreten, daß das Reich eine kulturpolitische Initiative entfalten und wirksame Schritte dafür unternehmen möchte. Damals hatte das Deutsche Reich Geld genug,

(Schulz, Staatssekretär.)

(A) und mit wenigen Millionen hätte man damals Wunder wirken können. Aber damals hatte das Deutsche Reich keine Kompetenz in Sachen der Kulturpolitik und auch nicht den Willen, sich diese Kompetenz zu verschaffen. Heute ist es umgekehrt. Heute ist der Wille bei der Regierung und, wie mir scheint, bei sämtlichen Parteien vorhanden, aber dagegen steht das schwere sachliche Hindernis, daß das Reich verarmt ist und für die ihm neu zugewachsenen kulturpolitischen Aufgaben nur schweren Herzens die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen kann.

Meine Damen und Herren! Ich bitte ferner doch auch zu berücksichtigen, daß die Abteilung des Reichsministeriums des Innern, der die kulturpolitischen Aufgaben obliegen, noch nicht ganz anderthalb Jahre alt ist und daß sich ihre erste Entwicklung nicht in ruhigen, sondern in sehr unruhigen, politisch bewegten Zeitläuften hat vollziehen müssen. Als die Kulturabteilung gegründet wurde, war sie außerdem nicht sofort ein fertiges, arbeitsfähiges Glied im Organismus des Reichsministeriums des Innern, sondern sie bestand in der ersten Zeit eigentlich nur aus einem Staatssekretär, dem im Reichsministerium des Innern ein Arbeitszimmer und ein leerer Schreibtisch zur Verfügung gestellt wurde. Hilfskräfte innerhalb des Ministeriums waren nicht zur Verfügung. Sie mußten erst gesucht und, was unter den besonderen Umständen nicht leicht war, gefunden werden. Erst seit einem halben Jahre hat die Kulturabteilung des Reichsministeriums des Innern einen kleinen Kreis von ständigen Beamten. Drei Ministerialräte und vier Regierungsräte bilden den ganzen Beamtenstab der Kulturabteilung. Herr Abgeordneter Beuermann hat aber nicht recht, wenn er vorhin hier ausführte, daß innerhalb dieser Abteilung kein Referent für das höhere Schulwesen sei. Selbstverständlich sind sämtliche Aufgaben, die gesetzgeberisch (B) zu lösen oder vorzubereiten oder in anderer Weise zu bearbeiten sind, Referenten übertragen. So hat auch das höhere Schulwesen seinen Referenten.

(Abgeordneter Beuermann: Keinen eigenen Referenten!)

— Wenn Sie unter dem eigenen Referenten eine sachlich durch praktische Schularbeit dafür qualifizierte Persönlichkeit verstehen, so bemerke ich demgegenüber, daß wir zwei pädagogische Fachleute innerhalb des Ministeriums haben. Ich glaube insbesondere annehmen zu dürfen, daß Frau Ministerialrat Bäumer als sachverständig gerade für die Aufgaben des höheren Schulwesens auch von Herrn Beuermann wohl anerkannt werden wird.

Natürlich würde ein so bescheidener behördlicher Apparat den schwierigen Aufgaben, denen sich die Kulturabteilung des Reichsministeriums des Innern gegenübersieht, völlig versagen müssen, wenn nicht andere Mitarbeiter und Helfer zur Verfügung ständen. Das Reich hat keine eigene Schulverwaltung, es hat also nicht den Boden der Schulpraxis unter den Füßen. Wir bedauern das lebhaft und empfinden diesen Mangel schmerzlich. Es war deshalb das erste Bestreben des Reichsministeriums des Innern, eine Fühlung mit den Schulverwaltungen, den berufenen Organen der behördlichen Schulpraxis, herbeizuführen. Das ist dadurch erreicht worden, daß der Reichsschulausschuß eingesetzt worden ist, der sich zusammensetzt aus den Vertretern des Reichsministeriums des Innern, aus Vertretern sämtlicher Unterrichtsverwaltungen der Länder und aus Vertretern der kommunalen Schulverwaltungen. Er ist also ein behördliches Organ, eine ständige organische Verbindung zwischen der zuständigen Reichskörperschaft und den Kulturministerien der Länder. Aus diesem Grunde ist auch der häufig in der

(C) Öffentlichkeit erhobene Anspruch bestimmter Fachverbände, innerhalb dieses Reichsschulausschusses eine Vertretung zu erhalten, nicht zu erfüllen.

Der Reichsschulausschuß hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens als ein vortreffliches Organ zur Erfüllung der Aufgaben, für die er eingesetzt worden war, erwiesen. Reich und Länder arbeiten im Reichsschulausschuß vertrauensvoll zusammen. Weder versucht das Reich, die Länder zu vergewaltigen durch unvermutete gesetzgeberische Maßnahmen, noch verweigern die Länder ihre bereitwillige Mitarbeit bei den gesetzgeberischen Arbeiten, denen das Reich näherzutreten genötigt ist. In der Regel ist es so, daß die Länder selber unter dem Druck der Schwierigkeiten ihrer schulgesetzlichen und verwaltungstechnischen Pflichten an das Reich herantreten und es ersuchen, in dieser oder jener Frage durch entsprechende Maßnahmen die gewünschte Klärung oder Einheitlichkeit herbeizuführen.

Neben dem Bestreben, mit den Unterrichtsverwaltungen in ständiger Fühlung zu stehen, leitet uns auch der dringende Wunsch, eine ständige Fühlung mit der pädagogischen Theorie und Praxis herbeizuführen. Als ersten Schritt auf diesem Wege betrachten wir die Reichsschulkonferenz. Ich möchte mich über sie jetzt nicht ausführlicher äußern. Die Urteile über die Reichsschulkonferenz waren im Verlauf der diesmaligen Debatte im allgemeinen freundlicher als früher, und ich begreife das. Je weniger der einzelne unter dem unmittelbaren Eindruck der kleinen Unbequemlichkeiten steht, die mit dem Verlauf der Reichsschulkonferenz bei ihrer Neuheit und ihren Schwierigkeiten notwendig verbunden sein mußten, je mehr er das Gesamtbild von einer gewissen Entfernung aus überschaut, um so mehr erkennt er, daß diese Reichsschulkonferenz doch ihre schwerwiegende Bedeutung gehabt hat und weiterhin haben wird. Das demnächst erscheinende amtliche (D) Protokoll der Reichsschulkonferenz, wird, glaube ich, auf Jahre und Jahrzehnte hinaus eine wertvolle Materialiensammlung für die Schulgesetzgebung und die Schulverwaltung des Reichs, der Länder und Gemeinden sein; es stellt gewissermaßen einen Querdurchschnitt durch das pädagogische Wollen und Streben unserer Tage dar.

Herr Abgeordneter Beuermann hat heute allerdings ein etwas weniger freundliches Urteil über die Reichsschulkonferenz gefällt und hat sich dabei auf einen Einzelfall, der auf der Reichsschulkonferenz vorgekommen ist, bezogen. Der Fall hat ihm auch Anlaß gegeben, ein nicht gerade freundliches Urteil über mich und meine Tätigkeit auf der Reichsschulkonferenz zu fällen. Auf der Reichsschulkonferenz waren alle Weltanschauungen, alle pädagogischen Gruppen und Kreise vertreten. Wir hatten es nach reiflicher Erwägung auch für zweckmäßig gehalten, die reifere Jugend als Teilnehmer mit heranzuziehen, um so mehr, als wir die Jugendbewegung sich jetzt in allen Kreisen der Bevölkerung hoffnungsvoll entwickeln sehen. Es wäre mir selbstverständlich, selbst wenn ich es gewollt hätte, gar nicht möglich gewesen, einer Äußerung eines Jugendlichen von vornherein entgegenzutreten; das wäre auch vom psychologischen Standpunkt aus durchaus falsch gewesen. Aber, meine Damen und Herren, in diesem besonderen Falle kannte ich die Äußerung, die der betreffende junge Mann tun wollte, der übrigens kein Sozialdemokrat war, sondern meines Wissens ein Freideutscher; welcher Partei er angehörte, weiß ich nicht.

(Abgeordneter Beuermann: Der Mann durfte da nicht hin!)

— Meine Herren, ich habe die Gründe dargelegt, weshalb ich glaube, daß auch dieser junge Mann ein Recht

(Schulz, Staatssekretär.)

(A) hatte, sich auf der Reichsschulkonferenz zu äußern. — Daß er sich gerade zur Frage der Lehrerbildung äußern wollte, schien auch mir bedenklich. Als ich seine Rede durchsah — da es sich um eine formulierte Erklärung handelte, hatte ich nach der damaligen Geschäftsordnung das Recht und die Pflicht, diese Erklärung vorher einzusehen —, erkannte ich, daß sich die Äußerung des jungen Mannes durchaus in den Rahmen des Ganzen fügte. Der Verlauf der Dinge hat mir Recht gegeben. Die Reichsschulkonferenz war zuerst etwas verdutzt, als sich ein junger Mann zu dieser Frage äußern wollte, am Schlusse aber, als er fertig war, erscholl allgemeiner Beifall auf allen Seiten des Hauses, der junge Mann hatte mit einem erfreulichen Takt zu dieser schwierigen Frage Stellung genommen.

(Zuruf aus dem Zentrum und von der Deutschen Volkspartei: Das war ironischer Beifall, kein ernster Beifall!)

— Ja, dann bitte ich die Damen und Herren, sich noch einige Wochen zu gedulden, bis sie das Protokoll der Reichsschulkonferenz sehen. Der Beifall wird darin freilich nicht verzeichnet sein, weil wir derartige Äußerlichkeiten nicht mit aufgenommen haben. Aber ich bitte Sie, die Ausführungen des jungen Mannes zu lesen und dann ein Urteil zu fällen. Wie immer dieser Einzelfall aber auch bewertet werden möge: ich verstehe nicht, wie der Herr Abgeordnete Beuermann daraus das Recht herleitet, auf einen Mangel an Ideen in der Leitung der kulturpolitischen Abteilung des Reichsministeriums zu schließen.

Meine Damen und Herren! Eine Wiederholung der Reichsschulkonferenz ist nicht geplant; statt dessen berufen wir von Fall zu Fall **Fachausschüsse** zusammen und gliedern im Reichsministerium des Innern **Beiräte** (B) für die verschiedenen wichtigen Aufgaben der Schule an. Derartige Ausschüsse und Beiräte bestehen zum Teil schon, so für die Frage der Aufbauschule und der deutschen Oberschule und für die Frage der körperlichen Erziehung. Andere Beiräte sind in Vorbereitung, so für die Lehrerbildung, für den Arbeitsunterricht, für die Volksbildung, für die Staatsbürgerkunde und für andere Angelegenheiten. Ob später einmal eine Zusammenfassung dieser besonderen Beiräte und Ausschüsse zu einem allgemeinen **Reichskulturrat** möglich sein wird, wird im Reichsministerium des Innern ständig im Auge behalten. Jedenfalls glaube ich, daß ein solcher Reichskulturrat von unten herauf als Bedürfnis der Praxis zustande kommen muß.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, auch gesetzgeberisch ist doch — das möchte ich den Kritikern gleichfalls entgegenhalten — einiges geschehen. Das **Grundschulgesetz** ist schon vor ungefähr Jahresfrist verabschiedet worden. Der Herr Abgeordnete Beuermann hat zwar gemeint, es sei ein kümmerliches Stück Gesetzgebung. Meine Damen und Herren! Das Gesetz ist äußerlich nicht umfangreich, aber ich glaube doch, daß mit diesem Gesetze in der Schulreform da angefangen worden ist, wo angefangen werden muß, nämlich bei der Grundmauer. Ohne Regelung der Grundschulfrage ist auch eine weitere Regelung des Schulwesens nicht möglich. Bevor hierüber nicht eine gewisse Klarheit geschaffen ist, kommen wir nicht weiter. Deshalb mußte in der Frage der Grundschule zunächst eine gesetzgeberische Ordnung geschaffen werden. Das ist geschehen.

Der **Durchführung des Grundschulgesetzes** haben sich Schwierigkeiten in den Weg gestellt, wenigstens in einigen Ländern, in anderen Ländern nicht. Besonders in Preußen waren die Schwierigkeiten groß, die aus der Frage der Kostendeckung entstanden. Diese (C) Schwierigkeiten sind behoben. Ich darf es mit Nachdruck im Namen des Herrn Reichsministers aussprechen, daß das Reich mit aller Energie für die Durchführung des Grundschulgesetzes, des ersten Reichsschulgesetzes, Sorge tragen wird.

Ein Abbau nur der untersten Klasse und die Weiterführung der anderen Klassen bis zum Jahre 1924, wie es der Abgeordnete Weiß gerügt hat, entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. Im übrigen — auch das möchte ich dem Abgeordneten Weiß erwidern — gilt dieses Gesetz selbstverständlich ebensowohl für Knaben- wie für Mädchenschulen.

Herr Abgeordneter Beuermann hat dann gefragt, wie sich das Grundschulgesetz in bezug auf die Landschulen stelle. Meine Damen und Herren! Es gilt für die **Landschulen** genau so, wie für die Stadtschulen. Wenn ich die Frage des Herrn Abgeordneten Beuermann, den ich zu meinem Bedauern jetzt nicht hier sehe,

(Zuruf: Da ist er ja!)

— Verzeihung! — richtig verstehe, so meint er, ob wir der Meinung sind, daß auch der vierjährige Besuch einer einklassigen Landschule als ausreichender Schulbesuch anerkannt werden soll. Diese Frage ist selbstverständlich zu bejahen.

(Zuruf rechts: Geht nur nicht!)

Ich will ergänzend hinzufügen, daß wir es ferner für selbstverständlich halten, daß für die Grundschulen ein eigenes Lehr- und Bildungsziel gesetzt werden muß und daß an der Hand dieses eigenen Zieles auch Lehrgang und Lehrmethode einzurichten sind. Daß das aber genau so für die Landschule gelten muß — über die Einzelheiten können wir uns hier nicht unterhalten, das ist Sache der Länder; wir können nur die Grundsätze festlegen —, das ergibt sich auch aus den Vereinbarungen, die neuerdings über die **Aufbauschule** ge- (D) troffen worden sind. Auch da soll der siebenjährige Besuch einer Volksschule, auch wenn es sich nur um den Besuch einer einklassigen Landschule handelt, grundsätzlich als ausreichende Reife für den Übergang auf eine Aufbauschule gelten. Wenn wir das nicht anerkennen würden, so wäre der ganze schöne Gedanke der Aufbauschule, die doch in erster Linie eine Sammelschule für die erkenntnismäßig begabten Kinder des flachen Landes und der kleinen Städte sein soll, einfach hinfällig. Das gleiche muß auch sinngemäß für die Grundschule gelten.

Meine Damen und Herren! Es ist mehrfach wegen der **Neuordnung der Lehrerbildung** angefragt worden. Sie wird auch im Reichsministerium des Innern als ein Kernstück der Schulreform angesehen. Der Entwurf eines Lehrerbildungsgesetzes ist seit langem fertig. Die Schwierigkeiten liegen gerade auch bei diesem Gesetz wie bei fast allen kulturpolitischen Gesetzen auf dem Gebiete der Kostendeckung. Wir hoffen, daß wir bei den jetzt im Gange befindlichen Verhandlungen mit den Finanzressorts die von diesen geltend gemachten Bedenken überwinden können. Und ich kann nur alle Damen und Herren, die hierauf Einfluß haben, bitten, uns bei diesen Bestrebungen zu helfen — eine Bitte, die ich ganz besonders an den Herrn Abgeordneten Beuermann richte!

(Zuruf des Abgeordneten Beuermann: An mir soll es nicht fehlen!)

Es liegt sodann ein Gesetz über die **Berufsschulen** vor, das wir seit langer Zeit fertiggestellt und an die Länder zur Begutachtung geschickt haben. Es steht nur noch ein wichtiges Gutachten aus. Wir glauben, daß die sachlichen Schwierigkeiten dieses Gesetzes im wesentlichen behoben sind oder leicht zu beheben sein würden. Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen auch bei

(**Schulz**, Staatssekretär.)

(A) diesem Gesetz wiederum auf dem Gebiete der Kostenfrage. Es ist uns vom preußischen Staatsministerium die Antwort zugegangen, daß die Durchführung dieses Gesetzes ungeheure Kosten verursachen würde. Die Berechnung konnten wir im einzelnen noch nicht nachprüfen, vielleicht lassen sich die darin aufgeführten Zahlen noch herabsetzen. Aber Kosten werden selbstverständlich auch durch dieses Gesetz verursacht.

Dann haben wir das **Gesetz zur Durchführung der Reichsverfassung Artikel 146 Absatz 2** eingebracht. Es liegt zurzeit beim Reichsrat und wird dort wahrscheinlich im Laufe dieser Woche verabschiedet werden, so daß Sie es — ich glaube, die Hoffnung aussprechen zu dürfen — innerhalb einer Woche in Ihren Mappen haben werden. Bei diesem Gesetz ist die Kostenfrage nicht die eigentliche Ursache für die verzögerte Einbringung gewesen, sondern die Ursache hierfür lag in den Schwierigkeiten, die die gesetzgeberische Materie selber bot. Es war keine Kleinigkeit, die Aufgabe, die die Weimarer Verfassung der Reichsgesetzgebung in dieser Frage gestellt hat, zu lösen.

(Sehr richtig!)

Wir hoffen, eine Lösung gefunden zu haben, die der Grundtendenz des **Weimarer Schulkompromisses** durchaus entspricht: einen Ausweg aus den weltanschaulichen Gegensätzen und Wirrnissen auf dem Gebiete der Schule zu finden. Ich wäre dem Haus dankbar, wenn nach der Osterpause die Verabschiedung dieses Gesetzes schnell erfolgen könnte, weil die Schwierigkeiten des gegenwärtigen Zustandes allgemein empfunden werden, auf der einen Seite von den Anhängern der Bekenntnisschule, auf der anderen Seite von den Anhängern der weltlichen Schule.

(B) Meine Damen und Herren! Sodann haben wir ein **Jugendwohlfahrtsgesetz**, ein sehr umfangreiches Werk, vorbereitet, das fast seit einem Jahre beim Reichsrat lag und dort wegen der schwierigen Kostenfrage nicht vorankommen konnte. Es ist nun so weit, daß es, wie ich hoffe, übermorgen in den Händen der Damen und Herren des Reichstags sein wird. Ich würde in diesem Falle dem Hause besonders dankbar sein, wenn mit Rücksicht darauf, daß gelegentlich der Interpellation über dieses Gesetz erst vor einigen Wochen alle Parteien ihre grundsätzliche Stellung zu dem Gesetz dargelegt haben, die Parteien jetzt auf eine Debatte bei der ersten Lesung verzichten würden. Auf diese Weise könnte das Gesetz noch vor der Osterpause an einen Ausschuß verwiesen und von diesem vielleicht noch vor dem Wiederzusammentritt des Plenums in mehrtägiger Ausschußberatung weiter gefördert werden. Wir würden dadurch ein gutes Stück mit dem Gesetz vorankommen, und es wäre dann die Hoffnung begründet, daß der Gesetzentwurf noch vor der großen Sommerpause des Reichstags verabschiedet werden könnte. Im Interesse der Wichtigkeit dieses Gesetzes und seines auf allen Seiten des Hauses anerkannten wertvollen Inhalts würde ich das sehr begrüßen.

Wir haben ferner ein **Spielplatzgesetz** vorbereitet, durch das wir ein Stück der wichtigen Aufgabe der körperlichen Kräftigung und Erziehung unseres Volkes zu lösen versuchen. Auch dieses Gesetz unterliegt der Prüfung der Finanzressorts. Bevor diese Prüfung nicht erledigt ist, können wir das Gesetz nicht weiter fördern.

(Zuruf rechts: Wann kommt es wohl?)

— Eine bestimmte Zeit möchte ich nicht nennen! Ich möchte aber allgemein aussprechen, daß wir innerhalb des Reichsministeriums des Innern bei allen diesen Gesetzen ständig bemüht sind, sofern irgendwo eine Verzögerung eintritt, Nachfrage zu halten und zu versuchen, (C) das Hindernis zu beseitigen. Es liegt in der Tat nicht an uns, gewiß auch nicht an irgendeiner Böswilligkeit bei den anderen Ressorts; es liegt zumeist an den objektiven Schwierigkeiten, in denen sich heute das Reich und die Länder befinden und die von den Finanzressorts zuerst empfunden werden.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben nicht nur Gesetze vorbereitet, wir haben auch auf andere Weise, besonders durch Vereinbarungen, Fortschritte im Schulwesen zu erzielen versucht. Das ist zum Beispiel in der Frage des **Berechtigungswesens** geschehen. In dieser Frage hat der Reichsschulausschuß eine wertvolle Vereinbarung zustande gebracht, die von den Ländern anerkannt worden ist. Die Einjährigfreiwilligenberechtigung ist selbstverständlich gefallen, ein Ersatz dafür ist nicht geplant. Die Vereinbarung der früheren Bundesstaaten über das Berechtigungswesen aus dem Jahre 1909 wird von uns einer Prüfung unterzogen, weil die Einzelheiten der früheren Vereinbarung nicht mehr alle mit der gegenwärtigen Zeit in Einklang zu bringen sind.

In der Frage des **Arbeitsunterrichts** hat der Reichsschulausschuß Richtlinien ausgearbeitet, die den Ländern zugesandt worden sind, damit sie an der Hand dieser Richtlinien nunmehr tatkräftig die Förderung des Arbeitsunterrichts in die Hand nehmen.

In der Frage der **Staatsbürgerkunde** erwägen wir gleichfalls, wie wir vorangehen können. Wir glauben, der nächste Weg sollte in diesem Falle sein, einen Kreis von Sachverständigen zusammenzuberufen, um mit ihm zu beraten, wie die Forderung der Verfassung am besten ausgeführt werden kann. Der erste Schritt zur praktischen Verwirklichung wird wohl sein müssen, daß wir geeignete Lehrgänge einrichten.

(D) In der Frage der **Aufbauschule** und der **deutschen Oberschule**, einer Angelegenheit, die die Schulmänner aller Richtungen seit langem lebhaft beschäftigt, ist es uns gelungen, zu wertvollen Vereinbarungen mit den Ländern und den Schulsachverständigen zu gelangen. Ich glaube, daß diese neuen Schulformen für den weiteren Ausbau unseres Schulwesens und für eine Reihe von Fragen der Schulreformen von großer Bedeutung sein werden, sowohl die Aufbauschule, die mehr eine soziale Aufgabe hat, als auch die deutsche Oberschule, die einen neuen Typ der höheren Schule, in dem das deutsche Kulturgut vorherrscht, gleichberechtigt neben die bisherigen Arten der höheren Schulen stellt. Es ist erfreulich, daß bei diesem Bestreben alle Kreise der Schulmänner: der Hochschulen, der höheren Schule, der Volksschule, der Lehrerbildner, zusammengearbeitet haben, um ein Stück voranzukommen.

Mit dieser Frage und ebenso mit der Dauer der Grundschule hängt eng zusammen die Frage, ob das **höhere Schulwesen** fürderhin noch **neun** Jahre umfassen kann, **oder ob es auf acht Jahre** beschränkt werden muß. Diese Frage unterliegt gegenwärtig der Prüfung des Reichsschulausschusses und später der Sachverständigen.

Eine zeitraubende Aufgabe war dem Reichsministerium des Innern auch gestellt mit der Frage der **Umwandlung der ehemaligen Kadettenanstalten**. Wir begrüßen die Anregungen, die von einigen Parteien in bezug auf die ehemaligen Kadettenanstalten gegeben worden sind, und glauben auch, daß der vorgeschlagene Weg, diese Frage zunächst in ihren Einzelheiten in dem einzusetzenden Ausschuß für das Bildungswesen zu prüfen, der beste Weg sein wird. Ich hoffe, daß wir Ihnen dann ausreichende Unterlagen im einzelnen darüber geben können, ob und wie diese Anstalten zweckmäßig zu verwenden sind, ferner auch über die Finanzfrage, so daß das Plenum später in der Lage sein wird, dazu Stellung zu nehmen.

(Schulz, Staatssekretär.)

(A) Auch die Frage der Schaffung einer **Auskunftsstelle**, die angeregt worden ist, und die der Herr Abgeordnete Beuermann, wie mir schien, zu einem **Reichskulturamt** erweitert sehen möchte, wird von uns erwogen. Wir sind seit längerer Zeit bemüht, mit Preußen eine Verständigung anzubahnen, sowohl wegen der Auskunftsstelle, die in Preußen bereits besteht, als auch, wenn möglich, mit dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. Durch eine etwaige Vereinbarung des Reichs mit Preußen und mit den übrigen Ländern könnte eine Organisation geschaffen werden, die auch die Aufgaben zu lösen in der Lage wäre, die der Herr Abgeordnete Beuermann vom Reiche gelöst zu sehen wünscht.

Meine Damen und Herren! Auch in der Frage der **Einheitlichkeit unseres Schulwesens in den äußeren Dingen** haben wir voranzukommen versucht. Der erste Versuch, obwohl er zu einem gewissen Ergebnis geführt hat, könnte aus anderen Gründen kaum zur Fortsetzung des Versuchs ermuntern, das ist die Frage der **Schaffung eines einheitlichen Schuljahrbeginns**. Die Frage ist auch hier in den Beratungen gestreift worden. Erfreulicherweise ist dabei nicht zum Ausdruck gelangt, was in den sehr lebhaften Auseinandersetzungen in Bayern gesagt worden ist: daß es sich wieder einmal um das Bestreben Berlins handle, zu zentralisieren und preußische Verhältnisse auf Bayern und auf die anderen Länder zu übertragen. Nein, meine Damen und Herren, das ist nicht der Fall gewesen. An diesem Einzelfall ersehen Sie wie an einem Schulbeispiel die Arbeitsmethode des Reichsschulausschusses. Wir haben die Beratungen der Reichsschulkonferenz zugrunde gelegt, bei der eine unverbindliche Stellung in dieser Frage übrigens auch von einer Stimme abhing. Wir haben dann einen bewährten Schulverwaltungsmann, der zu-(B) gleich ein ausgezeichneter Schultechniker ist, den bekannten Oberschulrat Dr. Wychgram aus Lübeck, gebeten, das Referat über diese Frage im Reichsschulausschuß zu erstatten. Das ist geschehen, und zwar schriftlich, so daß es den Ländern wochenlang zur Stellungnahme vorgelegen hat. Ein ausführliches schriftliches Referat ist außerdem von einem sachkundigen Herrn aus Süddeutschland erstattet worden. Der Reichsschulausschuß hat dann ausführlich über die Frage gesprochen. In den Gutachten waren sämtliche Gründe für den Herbstbeginn dargelegt worden. Keiner hat auch den Vorzügen des Herbstbeginns widersprochen, aber die Gründe für den Frühjahrsbeginn waren noch triftiger, so daß schließlich bei der Abwägung der Vorzüge des einen oder des anderen Beginns sich die Mitglieder einmütig für den Frühjahrsbeginn entschieden.

Es sind in erster Linie die höheren Schulen, die auf den Herbstbeginn Wert legen, während die Volksschulen fast in ganz Deutschland, auch in Bayern, soviel ich unterrichtet bin, den Frühjahrsbeginn bevorzugen. Es scheint mir, als ob der Reichsschulausschuß sich in erster Linie davon hat leiten lassen, daß die **wirtschaftlichen Gründe** für die Festsetzung des Schuljahrsbeginns entscheidend sein müßten, daß aber diese **Gründe für den Frühjahrsbeginn** sprächen. Bayern allein hat sich der einmütigen Stellungnahme nicht angeschlossen, seine Vertreter glaubten aber erklären zu können, wenn alle Länder einverstanden seien, würde sich auch Bayern nicht ausschließen. Im bayerischen Landtag ist dann allerdings eine andere Stellung eingenommen worden, und daraufhin hat eine lebhafte Bewegung gegen den Frühjahrsbeginn in Bayern eingesetzt. Ich habe hier ein Plakat, das in München gelegentlich einer derartigen Protestversammlung angeschlagen worden ist, auf dem mit scharfen Worten gegen die Zentralisierungs-(C) bestrebungen Preußens und gegen die Aufzwingung preußischen Geistes auf Bayern Einspruch erhoben wird.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! An diesem Falle ersehen Sie recht deutlich, wie keinerlei Absicht vorgelegen hat, etwas aufzuzwingen. Man ist lediglich nach ruhiger, reiflicher Erwägung zu einer Vereinbarung gelangt. Wir glauben, daß auch das **Ferienwesen** einer Vereinheitlichung entgegenzuführen ist, aber nicht in der Weise, daß nun etwa überall die Ferien zu gleicher Zeit beginnen müssen, sondern es sollen nur einheitliche Vereinbarungen unter den Ländern getroffen werden, wie sie am zweckmäßigsten die Ferien legen, wie lang sie sie bemessen und wie sie sie gegeneinander abgrenzen. Auch über die Bezeichnung der Schulen, der Klassen und der Lehrer und über ähnliche Dinge haben wir Vorberatungen in die Wege geleitet.

Meine Damen und Herren! Auch eine **Reichsschulstatistik** befindet sich in Vorbereitung. Dabei haben wir uns selbstverständlich in erster Linie an die statistischen Ämter gewandt. Es scheint uns nicht unsere Aufgabe zu sein, diesen Sachämtern mit ihrem Stab von sachverständigen Mitarbeitern die Arbeit wegzunehmen; sie sind ja gerade zu dem Zwecke geschaffen, solche Aufgaben zu lösen. Unsere Aufgabe kann es nur sein, die statistischen Ämter sachlich zu beraten und zu informieren, soweit das Schulgebiet in Betracht kommt, und für Einheitlichkeit der Erhebungsformulare in den Ländern zu sorgen.

Es werden ferner bei uns — auch das möchte ich ausdrücklich ausgesprochen haben — Vorarbeiten für eine **Neuordnung der Rechtschreibung** geleistet. Zur Beruhigung der öffentlichen Meinung möchte ich aber sagen, daß es sich auch hierbei nicht etwa um gewaltsame Zentralisation oder um unruhige Neuerungsbestrebungen handelt, sondern daß der Reichsschulaus-(D) schuß zunächst nur durch uns eine Sachverständigenkommission zusammengebeten hat, die die nötigen sprachwissenschaftlichen Materialien und Gutachten zu verarbeiten und die Grenzen abzustecken hat, nach denen eine Neuordnung vorzunehmen sein würde. Wenn diese Grenzen feststehen, dann erst kann die Frage mit den anderen Ressorts, besonders auch den wirtschaftlichen Ressorts, erörtert werden, ob eine Neuordnung der Rechtschreibung überhaupt in Betracht kommen soll oder nicht.

Auch die Schaffung einer Einheitskurzschrift wird vorbereitet. Das ist keine einfache und auch keine bequeme Angelegenheit. Auf dem Gebiete der Stenographie sind die Gegensätze sehr stark und werden in lebhaften Formen ausgetragen. Wenn man mit den Vertretern einer Schule ein freundliches Wort gesprochen hat, so glaubt eine andere Schule schon wieder, sie werde zu kurz kommen. Wir glauben nach eingehender Prüfung. zunächst noch einmal die Vertreter aller in Betracht kommenden Systeme sich über die schwierigen Fragen in gemeinsamer Besprechung äußern lassen zu sollen, ehe wir weitere Schritte unternehmen. Dadurch glauben wir auch weiteres Material zur Beurteilung der ganzen Angelegenheit zu erhalten.

Es wird ferner ein Reichstheatergesetz bei uns vorbereitet, wir sind bemüht, wissenschaftliche und künstlerische Institute und Einrichtungen zu unterstützen; das Volksbildungswesen wird von uns als eine der dringlichsten Aufgaben betrachtet, denen wir unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben.

In ganz besonderem Maße nehmen wir uns der Pflege der Leibesübungen an, wobei wir uns weder für das Turnen noch für den Sport festlegen, sondern im Gegenteil glauben, daß eine richtige Vereinigung

(Schulz, Staatssekretär.)

(A) und ein wohltätiger Ausgleich beider die eigentliche Lösung der Streitfrage sein muß. Nicht ein Streit zwischen Turnen und Sport darf die beteiligten Kreise zerreißen, sondern beide müssen gemeinsam demselben Ziel zustreben.

Zur Frage der **Einleitung des Verfassungsheftes** möchte ich nur die eine ganz kurze Bemerkung machen, daß diese Einleitung — von der politischen Seite, meine Damen und Herren, sehe ich ab, darüber hat der Herr Minister bereits gesprochen — deshalb nicht einen kindertümlichen Charakter trägt, weil sie für die Kinder gar nicht bestimmt ist. Die Kinder erhalten die Verfassung beim Austritt aus der Schule. Sie sollen das Exemplar für ihr weiteres Leben erhalten, diese Einleitung darf daher nicht in kindertümlichem Ton abgefaßt sein.

Meine Damen und Herren! So glaube ich Ihnen dargelegt zu haben, daß von der kulturpolitischen Abteilung des Reichsministeriums des Innern doch einiges geschehen ist. „Großzügig" konnte die Kulturpolitik des Reiches vorläufig noch nicht sein. Dazu fehlen ihr leider die wichtigsten Voraussetzungen, und Schwierigkeiten stellen sich ihr auf Schritt und Tritt in den Weg. Aber der Wille zur Kulturpolitik — auch in großzügiger Weise — ist vorhanden, und wenn der Reichstag die Regierung bei diesem Streben tatkräftig weiter unterstützt, wie wir es sowohl bei den Beratungen des Haushaltsausschusses erlebt haben, als es auch hier in der Vollsitzung wieder zu unserer Freude konstatieren können, dann werden wir in der Kulturpolitik des Reiches um ein gutes Stück und in lebhafterem Tempo vorankommen.

(Beifall.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Löwenstein.

(B)

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als gestern abend in später Stunde unter der Heiterkeit des Hauses der Herr Kollege Mumm eine Feststellung machte, die dahin ging, daß dort auf der rechten Seite die Volksparteien, hier auf der linken Seite die Klassenparteien säßen,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

da erschien mir trotz des „Sehr richtig!" des Herrn Kollegen doch diese Feststellung reichlich euphemistisch, wenn sie auch nicht so demagogisch war wie jene Umfirmierung, die jene Parteien der Rechten unter dem Einfluß der Revolution vornahmen. Als dann aber hinterher der Herr Kollege Leicht den Herrn Reichsminister des Innern als Kulturpolitiker und Kulturminister verherrlichte, erschien mir seine Verherrlichung als eine bittere Ironie, besonders, da diese Verherrlichung gerade auf die Tatsachenfeststellung folgte, die der Herr Kollege Dr. Levi machte, indem er die verschiedenen Ausgaben, die für kulturwidrige Dinge und die für Kulturzwecke im Etat eingesetzt sind, miteinander verglich und besonders auch, nachdem ungefähr von allen Parteien des Hauses, vielleicht mit Ausnahme der Partei, die dazu besonders berufen und infolge der Parteizugehörigkeit des Herrn Reichsministers des Innern verpflichtet ist, die Kulturpolitik des Herrn Reichsministers des Innern zu verteidigen, sehr viel Bedenkliches und sehr viel Kritisches zu der Kulturpolitik des Herrn Reichsministers des Innern gesagt worden war. Uns erscheint — und das hat ja unser Redner in der ersten Lesung, Herr Dr. Moses, bereits gesagt — allerdings der Herr Minister für Kultur mehr als ein Minister des Polizeiwesens, als ein Minister, der im Stile des alten Regimes für Ruhe und Ordnung zu sorgen als seine erste und wichtigste Aufgabe ansieht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(C) Meine Damen und Herren! Wenn man den Festreden folgt, die bei allen möglichen Gelegenheiten, auf der Reichsschulkonferenz oder sonstwo bei feierlichen Anlässen von dem Herrn Reichsminister des Innern gehalten werden, so hört man zwar allerhand ideologische Versprechungen, Ausblicke von ungeheurer Kulturweite; wenn aber die rauhe Wirklichkeit kommt, dann sieht es ganz anders aus, dann verflüchtigt sich dieses hohe demokratische Ideal der 48er Ahnen zu einer ganz seltsamen, reaktionären Wirkungsweise.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vielleicht hat die Demokratie unserer Zeit überhaupt jene Tragödie durchzumachen, daß sie noch von den Ahnen der 48er Jahre sich ihre Ideologie erhalten hat, die in abgeblaßter Form und darum um so wirksamer für Festtagsstimmung bleibt, die aber für die Wirklichkeit der Verhältnisse nicht mehr paßt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vielmehr tritt da die soziale Umschichtung in die Erscheinung, die dahin geführt hat, daß jene Nachfolger der 48er Jahre heute zur Klasse der Besitzenden, zur Klasse der Herrschenden gehören,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und daß sie sich dann naturgemäß, ihrer Klassenstellung entsprechend, mehr oder weniger nach rechts angleichen müssen. Es liegt vielleicht mehr als eine Übertreibung darin, wenn neulich ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei den Demokraten zurief, daß die Söhne der ehemaligen Demokraten nunmehr in der Deutschen Volkspartei säßen.

(Hört! Hört! und Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wahrscheinlich wäre diese Verschmelzung der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei noch viel ergiebiger geworden, wenn nicht die Deutsche Volkspartei in ihrer Vergangenheit auch allerhand Beziehungen noch weiter nach rechts hätte, die für die Kontinuität der Entwicklung etwas störend wirken würden. (D)

Für die **Staatsbürger jüdischen Glaubens** oder jüdischer Abstammung wird allerdings der Eintritt in die **Deutsche Volkspartei** nicht so ermunternd sein, wenigstens wenn dort der Geist, der in einem Artikel, wie er während der Wahlperiode von dem Herrn Kollegen Maretzky in der „Täglichen Rundschau" veröffentlicht wurde, für die allgemeine Stimmung in der Volkspartei ausschlaggebend sein sollte. Dort wurde nämlich gesagt, daß man zwar — das sollte zur Abwehr gegenüber der antisemitischen Hetze der Deutschnationalen gesagt werden — in den eigenen Reihen Juden wohl aufnehme, vorausgesetzt, daß sie deutsche Gesinnung hätten, daß man aber nie und nimmer Juden in der Führung irgendwelche Entscheidung gestatten würde.

Nun, ich komme zurück zu meinem Ausgangspunkte. Es scheint mir nicht nur an der persönlichen Unzulänglichkeit des augenblicklichen Ministers des Innern zu liegen, sondern es scheint mir in der historischen Stellung der Demokratie überhaupt zu liegen, daß der Herr Minister des Innern nicht anders arbeitet, wie er in seinem Ministerium arbeitet, daß er nicht demokratisch fortschrittlich, wie die revolutionäre Periode von 1848, sondern daß er nach Art und Wunsch der bürgerlichen Reaktion seine Maßnahmen trifft. Es paßt auf diese Periode der demokratischen Regierung im Ministerium des Innern so trefflich dasjenige, was Karl Marx einmal über die Bourgeoisie sagte, am 18. Brumaire des Louis Napoleon:

Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krisen beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienst herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparolen, Kostüme, um in dieser ehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Verehrte Anwesende! Wir Sozialisten sind durchaus nicht gegen historische Bindungen. Es gibt vielleicht keine Weltanschauung, die so sehr vertraut ist mit der Erkenntnis historischer Bindung. Unsere materialistische Geschichtsauffassung zwingt uns naturgemäß, uns mit den geschichtlich wirksamen Kräften auseinanderzusetzen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Für den Herrn Kollegen Petersen mag allerdings gesagt sein, daß **materialistische Geschichtsauffassung** nicht, wie er es so gern in Volksreden, in Wahlversammlungen tut, zu verwechseln sei mit jener ethischen volkstümlichen Wertung einer idealistischen oder materialistischen Weltanschauung. Jene metaphysische und ethische Begriffsbildung hat mit dem Begriff der methodischen geschichtlichen Einstellung der materialistischen Geschichtsauffassung auch gar nichts zu tun.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Sehr künstlich! rechts.)

— Das sollte Allgemeingut sein, und ich würde Sie (nach rechts) bitten, wenn Sie materialistische Geschichtsauffassung studieren wollen, um Gottes willen nicht einen Materialisten wie Büchner oder Moleschott zu studieren, sondern Marx und Engels, die durch den deutschen Idealismus, durch die Methodik des deutschen Idealismus zu der materialistischen Geschichtsauffassung ge-(B)kommen sind.

Aber unsere materialistische Geschichtsauffassung lehrt uns auch eins, und das ist von tiefgründiger Wichtigkeit. Sie lehrt uns, daß wir die geschichtlichen Kräfte nicht beurteilen nach ideologischen Konstruktionen, die vielleicht als Sehnsucht oder Atavismus in uns lebendig sind, sondern daß der historische Materialismus eine Analyse der wesentlich bindenden Kräfte ist, die sich als gestaltende Strukturen der Produktions- und Besitzverhältnisse erweisen. Mit dieser Analyse der historischen Bindungen kommen wir allerdings zu, nach unserer Anschauung, viel klareren, durchgreifenderen Anschauungen. Wir kommen auch zu der Anschauung, daß es nicht bloß darauf ankommt, die bestehenden Verhältnisse zu interpretieren und alles gut zu heißen, was geschichtlich geworden ist, sondern in uns erwächst, wenn ich mich einmal eines Ausdrucks des französischen Philosophen Fourier bedienen darf, jene „Idée force", jene treibende Kraft, die nicht die Welt nur interpretieren, sondern sie auch umändern will, die revolutionär, wenn die Verhältnisse und die wirtschaftliche und soziale Struktur eine derartige revolutionäre Umgestaltung verlangen, auch diese historische Mission, wenn die Triebkräfte dafür da sind, zu erfüllen sucht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was wir dem Ministerium des Innern und der Führung des Reichsministers Koch vorwerfen, ist nicht etwa, daß er keine große Geschäftigkeit entwickelte! Im Gegenteil, wir sind überzeugt, und wir haben uns auch im Ausschuß von folgendem wieder überzeugen können: einen **Chimborasso von Behörden und Stellen** gibt es wie überall in der Reichsregierung, so auch im Reichsministerium des Innern. Wir haben eine unendliche Fülle von Plänen, die geschmiedet werden, die als Akten irgendwo liegen, von Erwägungen, die dort und hier angestellt werden, von Verhandlungen über diese oder jene Dinge. Was uns aber fehlt in der Führung nicht nur (C) im Reichsministerium des Innern, aber besonders im Reichsministerium des Innern, das ist die aus der geschichtlichen Notwendigkeit heraus geborene Erkenntnis und die Entschlußkraft zu Taten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das fehlt uns, das brauchen wir vor allen Dingen! Und da nützen auch nichts die Schablonen und die Schemata, die man von früher her genommen hat.

Der Herr Reichsminister des Innern — und dabei beschleicht mich immer wieder das Gefühl, als ob Öl auf die Wogen der Erregung gegossen werde — kommt dann immer mit dem Schema von **Unitarismus und Föderalismus.** Nun ist zweifellos etwas Richtiges daran, wenn Föderalismus heißen soll, daß gewisse psychische heimatliche Bindungen in manchen Menschen, in manchen Stammesgemeinschaften vorhanden sind. Aber ebenso richtig ist, daß diese historisch gewordenen Bindungen längst durch andere treibende Kräfte, durch die großen Triebkräfte wirtschaftlichen Fortschreitens überwunden seien.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wegen dieser falschen Einstellung wird der Herr Reichsminister des Innern auch immer wieder nach der Seite getrieben, wo die wirklichen Triebkräfte sind, indem man nämlich den Föderalismus immer dann stark betont, wenn es sich darum handelt, reaktionäre Vorrechte in einzelnen reaktionären Staaten zu erhalten,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und zentralistische Politik verfolgt, wenn man die Zentralgewalt gegen links anwenden will.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Verehrte Anwesende! Es war mir äußerst charakteristisch, daß zum Beispiel ein solch eingefleischter Föderalist wie der Herr Kollege v. Delbrück in der Frage der **Polizei,** die doch ein solches föderalistisches Privilegium der Einzelstaaten bislang war, sehr weitgehende zentrale (D) Konzessionen machte. Da diese Polizei doch gegen links gerichtet war, so war er auch für eine zentralistische Polizei im Reichsministerium des Innern, wenn auch sein föderalistisches Gewissen hinterher eine kleine Entschuldigung anbrachte.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir haben unter den bürgerlichen Parteien einen Politiker von großem Ausmaß. Dieser Politiker kümmert sich nicht um jene föderalistischen, nicht um jene unitaristischen und nationalistischen Interessen, sondern der wird durch das wirtschaftliche Interesse bestimmt, durch jene treibende Kraft, in deren Dienst er seine Lebensaufgabe findet. Das ist **Herr Stinnes** von der Deutschen Volkspartei.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In diesem rein internationalistisch, kapitalistisch eingestellten Interesse, das er offen sehr häufig zugegeben hat, und das er durch die Praxis immer wieder betätigt, stört uns auch nicht, wenn sein nicht gerade sehr zulängliches Sprachrohr aus Gründen der Agitation und zur Gewinnung der Massen — ich meine Herrn Dr. Stresemann — immer in seinen Reden diesen Kräften das nationalistische und föderalistische Mäntelchen umhängt. Stinnes kümmert sich nicht darum. Er ist die eine treibende Kraft. Er und sein Typ — ich spreche nicht von seiner Person — sind die letzten Säulen, die noch einmal versuchen, aus dem Zusammenbruch des deutschen föderalistischen Staates nunmehr eine große wirtschaftliche, nicht mehr so sehr nationale, vielleicht sogar internationale kapitalistische Gemeinschaft zu bilden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser streng wirtschaftlich eingestellten Gewalt des Herrn

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) Stinnes stellen wir — und darin, glaube ich, sind alle sozialistischen Parteien sich einig — die diesen Expropriateur überwindende andere Gewalt, die Gewalt des Proletariats, gegenüber.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das hat nichts mit dem Haß zwischen den einzelnen Menschen zu tun, sondern das ist die historische Erkenntnis, die wir auf Grund der Ablehnung der Verschleierung durch Ideologie, die wir auf Grund der materiellen Erkenntnis der geschichtlichen Triebkräfte für uns in Anspruch nehmen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Einseitig!)

— Vielleicht einseitig insofern als — das gebe ich gern zu — neben dieser entscheidenden Triebkraft tausend andere Dinge eine Rolle spielen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die aber für die Gestaltungskraft des Künftigen nicht das Entscheidende zu sagen haben.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In diesem Sinne können wir sogar manches nationalistische Gefühl, das als Heimatsgefühl, als Sprachgefühl, das als Kulturwert der Vergangenheit sich zeigt, das vielleicht auch in manchen Sitten und Wertungen sich zeigt, durchaus werten und würdigen. Wir müssen es nur ablehnen, ihm die gestaltende Bedeutung zu geben, die es nicht mehr hat,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern die es verloren hat.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das ist sehr schade, daß Sie das tun!)

Verehrte Anwesende! Ich wäre geneigt, diese Ausführungen auf das Kulturproblem im allgemeinen auszudehnen. Aber durch die Kontingentierung der Redezeit bin ich leider daran gehindert. Ich würde es deswegen wünschen, weil gerade in den Kreisen, die hier (nach rechts) (B) sitzen, von der Kulturbedeutung des Sozialismus eigentlich nur entweder ablehnende oder verschwommen sentimentale soziale Ansichten bestehen.

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

— Vielleicht tue ich Ihnen unrecht. Ich will versuchen, es später auszuführen, und will heute auf das Kardinalproblem, das heute und gestern abend im Zentrum gestanden hat, auf das Schulproblem, eingehen.

Auch dieses **Schulproblem** und die Versuche zu seiner Lösung kranken an dem allgemeinen Übel, daß man nicht den leitenden geschichtlichen Gedanken erfaßt hat, sondern daß man Geschichte auffaßt als ein Einwenigweiterschrauben der zufällig in der Geschichte entstandenen Institutionen, als ein ewiges Flickwerk, nicht als eine leitende, treibende Kraft, die über dieses Flickwerk hinaus auch häufig vernichten muß, um auf dem Boden der entstehenden Ruinen bessere Hütten für die Menschheit zu schaffen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn ich von diesem Standpunkt aus das Schulproblem betrachte, so will ich darauf verzichten, unsere **heutige Schule** zu charakterisieren. Das ist seit 30 Jahren sehr ausführlich in der Schulreformpädagogik geschehen. Das ist heute von vielen Seiten oft gesagt worden. Darauf will ich nicht eingehen, weil es im Augenblick unwesentlich ist. Ich will nur hinzufügen, daß ich in manchen Punkten durchaus nicht mit den weitgehenden Zersetzungstendenzen der Schulreformer übereinstimme, daß ich auch das Urteil für verfehlt halte, als ob unsere Schule nichts geleistet hat, daß ich auch auf der anderen Seite nicht jenen Hurrapatriotismus habe, als ob wir in allen Schulfragen der Welt vorangegangen seien. Diese Einzelfragen sind nicht der Kern der Sache, und ich will den Kern der Sache herauszuschälen versuchen.

(C) Es ist auch nicht der **Gedanke der Einheitsschule** auch der nationaler Einheit oder, wie es die Besten wollen, der Gedanke zur nationalen Einheit.

(Doch! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist auch nicht die Schule des sozialen Ausgleichs, die irgend etwas praktisch Brauchbares, Treibendes an Kraft bietet. Ein Gesichtspunkt, der auch von den Einheitsschulvertretern oft hervorgehoben wird, ist allerdings wichtig und entscheidend. Das ist der Gedanke der Ausnutzung der ökonomischen Kräfte.

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist etwas, wofür wir Verständnis haben, und wir müssen leider sehen, daß diese Auslese der wirklich tüchtigen Kräfte, der Aufstieg der Tüchtigen bis zu den höchsten Stellen und bis zur bestmöglichen Ausbildung, an der wirtschaftlichen Struktur unserer Verhältnisse immer wieder scheitern muß.

(Leider! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er muß scheitern an den Vorrechten der herrschenden Klassen. Er muß scheitern an den finanziellen Schwierigkeiten Ihrer (nach rechts) Ordnung. Denn Sie können ja noch so viel hier erzählen von begeisterter Zustimmung für Erziehungsbeihilfen; — um den Massen des Proletariats in ihrer Gesamtheit die Aufstiegsmöglichkeit zu geben, dazu müßten von den Vertretern Ihrer jetzt bestehenden Schule solche Summen zur Verfügung gestellt werden, daß Sie weder gewillt sind noch die Möglichkeit haben, das durchzusetzen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Helfen Sie mit!)

— Ich will Ihnen gleich sagen, wie wir helfen wollen. Vielleicht kommen wir dann doch wenigstens zu einer Verständigung in dieser Frage. Vielleicht auch nicht. Ich meine „Verständigung“ nur insofern, daß wir uns verstehen lernen. Daß Sie uns nicht zustimmen und nicht zustimmen können — es sei durch einen besonders günstigen Zufall —, das setze ich voraus. Das ist ja die Voraus- (D) setzung des ganzen Klassenkampfgedankens, den wir vertreten,

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: leider Gottes!)

vertreten müssen und vertreten werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Werte Anwesende! Wenn ich sage, daß Ihre Schule das nicht leisten kann, so bin ich keineswegs der Meinung, daß wir deswegen nun die Hände in den Schoß legen und sagen müssen: wir warten erst einmal die sozialistische Gesellschaft ab, wir warten erst einmal ab, bis wir die Möglichkeiten dazu haben. Nein, wenn auch der Sozialismus uns Perspektiven von unendlicher Weite gibt, so hat er uns doch auf der andern Seite gelehrt, uns auf die Gegenwart einzustellen und die Gegenwart umzugestalten, sowie der Augenblick es erfordert, allerdings in der Richtnng der Perspektiven, die uns die sozialistische Kultur gibt.

Was gebietet uns nun die Struktur unserer Verhältnisse? Man begeht einen Fehler, wenn man glaubt, daß, wenn eine Klasse wie die Klasse des Proletariats mit ihren ungeheuren Millionen mit einem Male auftritt und gleichen Kulturanteil haben will, man es nur so machen will, daß man den bestehenden Kulturgehalt, gewissermaßen den Kulturkuchen, aufteilen und den anderen, den beati possidentes, ein schmaleres Stück geben soll. So geht das nicht. Kulturdinge, Kulturinstitutionen sind organisch verwachsen, und aus dem Geiste dieser neuen Klasse heraus muß der Kulturgehalt daher auch umgestaltet werden. Es ist kein Kulturkuchen, sondern es ist ein Kulturwachstum von qualitativer Bedeutung, an dem wir vom Proletariat aus uns beteiligen, nein, an dem wir entscheidend wirken wollen.

Wenn ich das auf die Frage der Schule anwende, so gestatten Sie mir zu Ihrem Verständnis eine kurze

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) Betrachtung der Gegenwart und der Vergangenheit. Sie mögen es übertrieben finden, aber ich glaube, wir haben heute überhaupt keine Stätte einer eigentlichen Erziehung

(oho! rechts)

— ich komme gleich darauf, Ihnen das zu zeigen —, weder in der Familie noch in der Schule, und es besteht für uns die Aufgabe, für die gesamten Massen, sogar für die Kinder Ihrer Klassenangehörigen, eine Erziehungsstätte zu schaffen. Das ist die große Aufgabe, vor die wir gestellt sind.

Es wird hier immer sehr viel von dem **Einfluß der Familie** gesprochen. Gerade wir, die wir eine feine Einfühlung für die sozialen, natürlichen Wirkungen haben, sind die letzten, die den großartigen und feinsinnigen Einfluß, den die Mutter auf die Erziehung der Kinder hat, wegleugnen wollen. Wir haben volles Verständnis für die Begeisterung eines Pestalozzi, der die Erziehung der Kinder in die Hände der Mütter legen wollte. Wir haben volles Verständnis dafür. Wir haben auch Verständnis dafür, daß die Sorgfalt des natürlichen Vaters unter Umständen ein wesentlicher Erziehungsfaktor sein kann. Aber wir sind nicht so illusionär, zu glauben, daß Erziehung allein gemacht werden kann durch liebende Mütter, durch sorgfältige Väter, sondern wir sind der Meinung, daß Erziehung überall nur dort wirklich statt hat, wo eine arbeitende Gemeinschaft ist.

(Zurufe rechts: Ist ja da!)

— Ich will Ihnen gleich zeigen, daß das nicht mehr ist. Diese ideale arbeitende Gemeinschaft hatten wir in den früheren Wirtschaftsverhältnissen, die hatten wir in der Berufs- und Heimarbeit des früheren Handwerkers und des kleinen Bauern. Da hatten wir alle diese Dinge beisammen. Da wurde das Kind wirklich erzogen, es wuchs an steigend verantwortlicher Arbeit in alle die Dinge hinein, die es für das Leben brauchte, es wuchs sogar (B) hinein in eine gewisse Konstanz der Anschauung dieses Kreises; denn auch die Weltanschauung und die Lebensanschauung dieser eng begrenzten Kreise war in gewisser Hinsicht konstant und hatte daher in seiner konstanten Auswirkung und insbesondere in der gestaltenden Form, in der es sich darbot, ganz bedeutende erzieherische Wirkung. Diese Familie ist dahin, sie ist für das Proletariat längst dahin; denn das Proletariat weiß längst, daß der größte Teil seiner Mütter als Fabrikarbeiterinnen oder sonstwie beruflich in den Betrieben arbeitet und sich nicht um die Erziehung kümmern kann. Wir wissen längst, daß die Wohnungsverhältnisse in den Großstädten so liegen, daß für Erziehung überhaupt keine Bedingungen gegeben sind. Das werden Sie doch nicht bestreiten wollen. Dann lesen Sie doch, bitte, was Sie selbst in Ihrem Aufruf „Kinder in Not“ den Massen verkündet haben, was Ihre Presse gesagt hat. Aber das ist noch nicht einmal das Wesentliche. Der Kern liegt darin, daß die Bedingungen der Erziehung dadurch fehlen, daß wir heute fast ausnahmslos gar keine häusliche Arbeit mehr haben. Wir haben keine Berufsverantwortlichkeit mehr, in die das Kind hineinwachsen könnte. Daraus, daß wir heute zur Gemeinschaftsproduktion fortgeschritten sind und nicht mehr die Einzelproduktion des Hauses haben, ergibt sich die Notwendigkeit, daß wir die Schule, die niemals eine Erziehungsstätte in diesem Sinne gewesen ist, die es nicht sein konnte und auch heute nicht ist, so umgestalten, daß wir eine Gemeinschaftsstätte schaffen. Das ist das große Sozialproblem, das sich uns aus der Analyse der Wirtschaftsbedingungen und der treibenden Kräfte unserer Zeit ergibt. Das ist das Zwingende für uns. Dagegen spricht es nicht, wenn in irgendeiner Familie auf dieses oder jenes Kind eine besondere Sorgfalt verwendet werden kann. Der von uns eingebrachte Antrag über die Einrichtung des Schulkindergartens soll der erste Schritt auf diesem Wege sein. Wir (C) wollen durch diesen **obligatorischen Schulkindergarten** aus den Notwendigkeiten der Zeit heraus Sie zwingen, unseren Weg zu gehen. Sie werden ihn heute nicht gehen, Sie werden ihn aber morgen gewiß gehen müssen, Sie werden uns in der Zukunft noch weiter in unseren Zielen folgen müssen.

(Widerspruch rechts.)

Nun lassen Sie mich einen Augenblick auf die Notwendigkeiten der Zeit zurückkommen, die auch Sie zwingen müßten, dem obligatorischen Schulkindergarten zuzustimmen. Werte Anwesende! Wenn ich Ihre Ideologie für ehrlich nehmen soll — und das tue ich jedenfalls bei den meisten, die ich kenne —, was könnte Sie dann bestimmen, uns hierin zu folgen. Diese Notwendigkeit ergibt sich einfach daraus, daß der **Schulbeginn mit dem sechsten Lebensjahre** bereits vor dem Kriege von Pädagogen und Hygienikern als **verfrüht** angesehen wurde.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

— Herr Kollege Beuermann, Sie bestätigen mir, was ein jeder weiß, daß bei schwächlichen Kindern sich eine ganze Menge von Schäden ergeben haben, Kurzsichtigkeit, Blutarmut, Abnahme des Körpergewichts und dergleichen mehr, und daß diese Schädigungen nach den furchtbaren Verwüstungen des Krieges bei unseren Kindern doppelt und dreifach in die Erscheinung treten. Das werden Sie zugeben und müßten infolgedessen dafür sorgen, daß der Schulzwang nicht mehr mit dem sechsten Lebensjahre beginnen darf. Das ist verfrüht. Selbst die Ausnahmen, die es gibt, rechtfertigen es, wenn der Schulzwang erst mit einem späteren Lebensalter eintritt. Darin stimmen Sie also mit mir überein, und das ist eine sehr wichtige Grundlage für unseren Schulkindergarten.

Aber wir gehen jetzt einen Schritt weiter, Herr Kollege Beuermann. Ich habe Ihnen geschildert, daß die soziale Not unendlich viel Menschen in eine Lage bringt, (D) die es ihnen nicht ermöglicht, für ihre Kinder ein eigenes Heim zu haben. Sie haben mir zugegeben — und die anderen Redner haben dem auch zugestimmt —, daß für diese armseligen Kinder Kindergärten und Schulkindergärten geschaffen werden sollten. Sie haben mir sogar zugegeben, daß Sie sich dafür einsetzen wollen. Sie werden mir auch zugeben, daß Sie auf dem Standpunkte der Einheitsschule stehen und alle Kräfte unseres Volkes einheitlich und großzügig zu einem großen einheitlichen Unterbau zusammenschmelzen wollen. Auch darin sind wir einig.

Nun frage ich: wie schaffen wir eine solche Möglichkeit? Ich sagte schon, daß in den Häusern der besser Situierten eine ähnliche Erziehungsnot herrscht wie bei den Kindern des Proletariats, wenn auch nicht in der Hinsicht, daß Wohnungs- oder Nahrungsmangel herrscht, aber von dem rein pädagogischen Gesichtspunkt aus, daß auch für diese Kinder keine Erziehungsmöglichkeiten vorhanden sind. Man hilft mit tausend Spielsachen, man hilft mit allen möglichen sprachlichen Spielereien. Jeder, der die Dinge kennt, weiß, daß das nicht ausreicht, und man ist in vernünftigen Kreisen auch schon dazu gekommen, die **Fröbelmethode** — und da möchte ich besonders die ältere Methode empfehlen — und alle möglichen anderen Methoden, vor allem die **Montessorimethoden**, anzuwenden. Sie sehen also, daß auch dort die Erziehungsnot besteht. Wenn nun unsere Kinder des Proletariats, die eine gute Erfahrung von den Sachen des Lebens mitbringen, mit denen sie stets zusammenkommen, zusammenkommen mit den sprachlich vorgebildeteren und spachgewöhnteren Kindern der Reicheren, dann schaffen Sie hier auf freier Grundlage eine einheitliche Einrichtung, auf der eine einheitliche Schule aufzubauen ist; dann würde in diesen Kindergärten das

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) geschaffen werden können, was Sie ideologisch ja auch vertreten, nämlich die Verschmelzung dieser beiden großen Kreise der Sprachbegabung und Sprachphantasie und aller dieser Vorteile der Bessersituierten auf der einen Seite und der sachlich eingestellten Proletarierkinder auf der anderen Seite. Das würde alles zusammengebracht werden können in diesem einheitlichen obligatorischen Schulkindergarten. An dieser freien Arbeitsmethode könnten unsere Eltern, die Lust und Liebe haben, am Erziehungswerk mitzuarbeiten, mitwirken; sie könnten auch hineingehen in diese obligatorischen Schulkindergärten, könnten ihr Bestes hineinlegen bei der freien Arbeitsmethode dort und könnten doch eine einheitliche, gleiche geistige Vorbedingung für alle schaffen. Gerade die Damen und Herren vom Zentrum möchte ich daran erinnern, daß in den ersten Stufen der Jesuitenschulen etwas Ähnliches stets geplant worden ist und daß man etwas Ähnliches in veränderten Verhältnissen geschaffen hat. Daß überhaupt im Ausbau der sozialen, pädagogischen Seite der Katholizismus in den früheren Jahrhunderten durchaus hohe gestaltende Kraft gehabt hat, das will ich gern anerkennen; ich habe dem Studium der mittelalterlichen Pädagogen recht viel in dieser Hinsicht zu verdanken. Auch von der protestantischen Erziehung könnte ich noch manches sagen.

Ich habe nur die einleitende allgemeine Debatte hier eröffnen wollen und muß mir vorbehalten, bei der Spezialdebatte auf die einzelnen Punkte von diesem Gesichtspunkt aus einzugehen. Ich bitte Sie aber, es recht zu verstehen. Es lag mir daran, Ihnen zu erkennen zu geben, von welcher Einstellung aus wir an diese Probleme herangehen, um Ihnen zu zeigen, welche Folgerungen wir für den Aufbau unseres Schulwesens sowohl in ökonomischer Hinsicht als in innerer Hinsicht zu ziehen haben werden. Ich hoffe, daß mir auch die Zeit vergönnt wird, Ihnen (B) zu zeigen, daß wir auch finanziell das Problem lösen können, während bei Ihnen der erste Versuch der Abschaffung der Vorschule schon gescheitert ist an der miserablen finanziellen Lage des Staats, Ihres Staats.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Auch Ihres Staats!)

— Nein, nicht unseres Staats; denn wir haben diesen Staat nicht mitgemacht.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sivkovich.

Sivkovich, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, mich in eine Erörterung über das Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung einzulassen. Ich stelle ihr die idealistische gegenüber, das Bekenntnis zu jenen Gedanken, die gerade die besten und tiefsten deutscher Geister in der Zeit des Zusammenbruchs nach 1806 vertreten haben. Der materialistischen Geschichtsauffassung halte ich den Idealismus eines Kant und sein Bekenntnis zur Pflichterfüllung in allen Lebensumständen entgegen. Deutschland wird der wirtschaftliche, staatliche und sittliche Wiederaufbau nicht gelingen, wenn es nicht zu den Grundsätzen Kants zurückkehrt. Ich bin der Auffassung, daß heute mehr als jemals unserem Volke, insbesondere unserer Jugend, die Erziehung zur Pflicht not ist, zu jener Pflicht, die auch dem Staate gegenüber ihre Schuldigkeit tut. Gewiß, der Menschheitsgedanke ist etwas unendlich Großes und Hohes; aber näher als die Menschheit steht uns das Volk, in das wir hineingeboren wurden und dessen Glieder wir sind. Die deutsche Schule soll deshalb wahrhaft national sein in dem Sinne, daß sie das heranwachsende Geschlecht zum Verständnis für die staatlichen Aufgaben erzieht, die von unserem Volke gelöst werden müssen.

Letzten Endes hat ja der Herr Vorredner doch als (C) idealistischer Theoretiker gesprochen, obwohl er vom Idealismus sehr wenig hat wissen wollen. Wir haben den Volksstaat, und der Volksstaat bedingt die denkbar beste Volksbildung. Ohne sie wird sich auch der deutsche Volksstaat der Gegenwart nicht halten können. Aber ich wünsche allerdings, daß diese deutsche Volksbildung die **Verdienste der Familie um die Erziehung** der Jugend genügend wertet. Der Herr Vorredner hat sich, glaube ich, sein Schulideal im wesentlichen nach großstädtischen industriellen Verhältnissen zurechtgelegt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Er kennt offenbar die ländlichen und die kleinstädtischen Verhältnisse recht wenig

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und weiß nicht, wie sehr auf dem Lande die Familie des Handwerkers, des Bauern noch die Trägerin der Kindererziehung ist.

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir wollen die Mitwirkung der Familie bei der Erziehung nicht verkümmern lassen, im Gegenteil, wir wollen die Familie immer mehr zum Träger der deutschen Erziehung machen.

Sowohl der Herr Vorredner als auch die sozialdemokratische Rednerin haben dem Reichsministerium des Innern vorgeworfen, daß es in kulturpolitischer Hinsicht zu wenig Tatkraft zeigt. Auch wir hätten gewünscht, daß die noch ausstehenden, längst angekündigten kulturpolitischen Gesetzentwürfe den Reichstag schon früher beschäftigt hätten. Ich hüte mich aber davor, die Hauptschuld an diesem Säumen dem Reichsministerium des Innern zuzuschieben. Denn ich weiß, wie schwierig es für das Reichsministerium des Innern ist, kulturpolitische Gesetze, besonders dann, wenn sie finanzielle Weiterungen haben, beim Reichsfinanzministerium und im Reichsrat durchzubringen. Es ist leider doch so, daß gerade das Reichs- (D) finanzministerium und der Reichsrat die deutsche Kulturgesetzgebung während des letzten Jahres so außerordentlich verzögert haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn vorhin Herr Staatssekretär Schulz in Aussicht gestellt hat, daß das **Jugendwohlfahrtsgesetz** in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen wird, so will ich hoffen, daß in der Vorlage die Zuständigkeit des Reichs hinreichend gewahrt und eine Reichszentrale für die Jugendwohlfahrtspflege vorgesehen ist. Wir wollen dem Reich die Führung in der Jugendwohlfahrtspflege sichern.

Herr Staatssekretär Schulz hat ja auch die übrigen wichtigen schulpolitischen Gesetze aufgezählt, die augenblicklich im Reichsministerium des Innern vorbereitet werden. Ich beklage es insbesondere, daß es nicht möglich gewesen ist, das **Lehrerbildungsgesetz** eher zu verabschieden. Im März 1920, also vor etwa einem Jahre, bestand die Absicht, das Lehrerbildungsgesetz dem Reichstag vorzulegen. Damals hat der Kapp-Putsch das verhindert, und nachher sind dann alle jene finanziellen Bedenken laut geworden, die verhindert haben, daß dieses wichtige Gesetz rechtzeitig im Reichstag eingebracht wurde. Ich bekenne mich als einen von denen, die der Meinung sind, daß auch die **Volksschullehrerschaft** ihre **berufliche Ausbildung auf der Universität** erhalten muß. Die pädagogische Akademie kann nur ein mäßiger Ersatz für die Universität sein. Wenn man einen einheitlichen Lehrerstand wünscht, so muß man grundsätzlich fordern, daß die Universität die Ausbildungsstätte aller Lehrer werde.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden über diese Angelegenheit zu reden haben, wenn das Lehrerbildungsgesetz den Reichstag beschäftigt.

Von dem **Gesetz über die Berufsschulen** ist ebenfalls gesprochen worden. Es liegt auf der Hand, daß durch

(Sivkovich, Abgeordneter.)

(A) die allgemeine Fortbildungsschulpflicht die Zahl der Fortbildungsschüler außerordentlich vermehrt werden wird. Preußen hat ja wohl ausgerechnet, daß die Zahl seiner Fortbildungsschüler durch die Wirkung dieses Gesetzes sich vervierfachen würde. Dadurch ist natürlich eine außerordentlich erhebliche Steigerung der Kosten bedingt. Hier ergeben sich begreiflicherweise angesichts der traurigen Finanzlage des Reiches große Schwierigkeiten. Wenn wir aber der Einheitsschule zustimmen und sie nicht bloß als eine Deklamation auffassen, dann werden wir unter allen Umständen diese finanziellen Schwierigkeiten beim Berufsschulgesetz überwinden müssen. Der Reichstag darf dem Reichsfinanzministerium darüber keinen Zweifel lassen, daß er bereit ist, auch hinsichtlich der Berufsschule aus der Reichsverfassung die gesetzgeberischen Folgerungen zu ziehen. Es genügt nicht, daß der kulturpolitische Wille im Reichsministerium des Innern vorhanden ist. Er muß sich auch den Hemmungen gegenüber durchsetzen. Auch im **Reichsschulausschuß** sind solche **Hemmungen** vorhanden. Ich bin selber lange genug Mitglied des Reichsschulausschusses gewesen, um beurteilen zu können, mit was für Schwierigkeiten eine frische kulturpolitische Initiative des Reiches bei den Ländern zu kämpfen hat.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich fürchte, daß die Verhältnisse im Reichsschulausschuß für das Reichsministerium des Innern in den letzten Monaten nicht leichter geworden sind. Denn die Zeit ist vorüber, wo kulturpolitisch ein gewisser Schwung herrschte, jener Schwung, den man für die Kulturgesetzgebung des Reiches hätte ausnutzen sollen. Heute ist alles viel schwerer, einmal wegen der allgemeinen politischen Lage, dann aber auch wegen der immer drückender werdenden finanziellen Not. Das aber darf das Reichsministerium des Innern nicht davon abhalten, sich rücksichtslos auch kulturpolitisch gegenüber den Gewalten durchzusetzen, die (B) auf diesem Gebiet etwa zum Rückzug blasen.

Der **Abbau der Kadettenanstalten** bietet dem Reich die günstige Gelegenheit, pädagogische Neuerungen von sich aus zu erproben. Ich bin in mancher Hinsicht kein Freund der sogenannten entschiedenen Schulreformer. Sie schießen zweifellos in vielen Forderungen weit über das Ziel hinaus. Das hindert nicht, daß von ihnen Gedanken vertreten werden, deren Erprobung in der Praxis für die Entwicklung unseres Schulwesens von Bedeutung sein kann.

Meine Damen und Herren! Was die Entschließungen kulturpolitischen Inhalts betrifft, die zum Reichsministerium des Innern vorliegen, so beschränke ich mich auf folgende Bemerkungen:

Wir wollen die **Entpolitisierung der Schule**, auch **der höheren Schule.** Ich weiß, daß in den höheren Schulen jetzt vielfach eine Agitation getrieben wird, die mit der Verfassungstreue, die doch auch von der akademisch gebildeten Lehrerschaft beobachtet werden muß, nicht vereinbar ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir verlangen, daß die Schule die jüngste Entwicklung Deutschlands sachlich würdigt. Deswegen stimmen wir der Entschließung zu, die wünscht, daß die **Schüler** in das **Verständnis des Versailler Friedensvertrages** eingeführt werden. Ich verstehe nicht, daß gestern die Frau Abgeordnete Pfülf in dieser Entschließung etwas der Verfassung Widersprechendes hat erblicken wollen. Der Versailler Friedensvertrag atmet nicht den Geist der Völkerversöhnung. Ich sehe nicht ein, warum wir darauf verzichten sollten, in unseren Schulen den Friedensvertrag als das zu kennzeichnen, was er in Wirklichkeit ist, nämlich als Erzeugnis des Hasses der Siegerstaaten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ebenso nötig aber ist es, unsere **Jugend mit der deutschen** (C) **Reichsverfassung** bekannt zu machen. Wenn in der Ausgabe, die man den aus der Schule ins Leben tretenden Knaben und Mädchen, Jünglingen und Jungfrauen mitgibt, eine Einführung in die Verfassung vorgedruckt ist, so finde ich das sehr verständig. Diese Vorrede bewegt sich im Geiste des Verfassungswerkes von Weimar. Die Einführung in das staatliche Leben der Gegenwart soll durch die Schule so gehandhabt werden, daß unsere Jugend einerseits erkennt: die Geschichte wiederholt sich nie,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

andererseits: die geschichtliche Entwicklung macht keine Bocksprünge, und man muß an das, was geschichtlich hinter uns liegt, anknüpfen.

Der Entschließung der Zentrumspartei über körperliche Erziehung und Leibesübungen werden wir zustimmen, ebenso der Entschließung, die wünscht, daß ein gewisser Betrag zur Förderung der Herstellung guter Filme für Schul- und Bildungszwecke in den Haushalt des Ministeriums des Innern eingestellt wird.

Jetzt noch einige Bemerkungen zum Haushaltsplane selbst.

1. Ich bitte den Herrn Reichsminister des Innern um Auskunft, wie es mit der Besetzung der bereits genehmigten Stelle eines Leiters des Beamtenamtes steht.

2. Ich möchte **Wünsche des Verbandes der Beamten der Landesaufnahme** zur Sprache bringen. Es handelt sich darum, daß bisher infolge von allerhand Schwierigkeiten in den Haushalt des Reichsministeriums des Innern ein Personaletat für die Landesaufnahme nicht eingestellt ist. Infolgedessen sind die Beamten der Landesaufnahme in ihren Anstellungs- und Beförderungsverhältnissen benachteiligt. Da der Haushaltsplan für 1921 vereinfacht sein wird, ist es ausgeschlossen, daß der bisher fehlende Personaletat für die Beamten der Landesaufnahme in ihn hineingearbeitet wird. Ich möchte anregen, daß bis zur (D) dritten Lesung in den Haushalt des Reichsministeriums des Innern für 1920 dieser Personaletat eingestellt wird, und das um so mehr, als bereits dem Reichsrat seinerzeit ein solcher Personaletat vorgelegt worden ist. Die Bedenken, die damals im Reichsrat bezüglich des Personaletats bestanden, sind meines Wissens inzwischen behoben.

3. Die Frau Abgeordnete Pfülf hat sich gestern mit Recht darüber beschwert, daß ein Schreiben des Reichsministers des Innern vom 3. Januar dieses Jahres alle **weiblichen Hilfskräfte aus dem Bureau- und Kassendienst der Reichsministerien entfernen** will. Auch ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß in dieser Hinsicht nicht weiter gegangen wird, als die Demobilmachungsbestimmungen es unbedingt notwendig machen. Die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern steht dem Inhalt der erwähnten Verfügung entgegen. Es scheint mir auch sachlich nicht begründet, daß man eingearbeitete und den Aufgaben gewachsene weibliche Arbeitskräfte entfernt, um sie durch berufsfremde männliche Personen zu ersetzen. Unter keinen Umständen dürfen die unverheirateten männlichen Angestellten weiter den Frauen grundsätzlich vorgezogen werden.

Meine Damen und Herren! Das wären die Fragen, deren Erörterung bei der allgemeinen Aussprache über das Reichsministerium des Innern meinen Freunden noch erwünscht war. Wir geben nochmals der festen Erwartung Ausdruck, daß die großen kulturgesetzgeberischen Vorlagen nunmehr schleunigst an den Reichstag gelangen. Der Reichstag muß den Herrn Reichsminister des Innern in seinem kulturpolitischen Programm unterstützen. Denn es liegt nun einmal so, daß unser Volk wirtschaftlich nicht wieder gesunden kann, wenn es nicht gelingt, es kulturpolitisch vorwärts zu bringen. Das war ja der große Irrtum vergangener Zeiten, daß man gemeint hat, die

(Sivkovich, Abgeordneter.)

(A) Wirtschaft sei ein Ding an sich. Die wirtschaftliche Erneuerung, der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands ist nur zu erhoffen, wenn es für den großen Wirtschaftskampf, der ihm bevorsteht, auch geistig und sittlich tüchtig gemacht wird. Allein die Besserung der Volkskultur, insbesondere der Volksbildung und der Volksgesundheit, führt uns auf den Weg, auf dem wir vorwärts kommen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Am nächsten Sonntag findet **die Abstimmung in Oberschlesien** statt, deren Ergebnis für Deutschland von außerordentlicher Bedeutung ist. Nun sind den Parteien dieses Hauses Mitteilungen gemacht worden, nach denen vielfach in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreisen in Oberschlesien Befürchtungen vorhanden sind, daß für den Fall, daß Oberschlesien bei uns bleibt, diejenigen geschädigt werden könnten, die sich jetzt für die polnische Propaganda eingesetzt haben. Diese Befürchtungen haben schon dahin geführt, daß in den oberschlesischen Zeitungen von den meisten Parteien dieses Hauses gemeinsam erlassene Aufrufe erschienen sind gegenüber diesen Gerüchten. Mir erscheint die Sache sachlich ja ganz klar zu sein. Der Art. 88 des Friedensvertrags schließt **Strafverfolgungen und Ausnahmemaßregeln** vollständig aus **gegen Leute,** die sich irgendwelche Handlungen zuschulden kommen ließen während der Abstimmungskampagne. Aber ich glaube, es wäre trotzdem sehr nützlich, wenn die Reichsregierung eine klare Erklärung darüber hier abgeben würde, daß diejenigen, **die für die Polen propagandistisch tätig gewesen sind,** nach dem Abstimmungsergebnis, das, wie wir alle hoffen, zugunsten Deutschlands

(B) ausfallen wird, **keinerlei Maßregelungen und Schädigungen** zu gewärtigen haben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung weist es weit von sich, in Oberschlesien, wenn die Abstimmung in Oberschlesien erledigt und das Land deutsch sein wird, irgendeine Politik der Rache oder der Verfolgung zu treiben.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Reichsregierung unterscheidet sich in der Hinsicht durchaus in ihrer Haltung von der, die in Oberschlesien Herr **Korfanty** eingenommen hat, der heute bereits denjenigen, namentlich denjenigen Beamten, die in dieser Zeit führend für die deutsche Sache tätig sind, Strafe angedroht hat.

(Hört! Hört! bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Zu ihrer Haltung ist die Reichsregierung nicht etwa allein durch die klaren Bestimmungen des Friedensvertrags, die eben der Herr Abgeordnete Müller (Franken) mit Recht hervorgehoben hat, veranlaßt, sie ist vielmehr dazu auch durch die innerste Überzeugung veranlaßt, daß dieses unglückliche Land nach einer langen Zeit der Verwirrung und der Unruhe, nach einer Zeit furchbarer Pression, bei der auch Bessere schwankend werden konnten, wieder in die Verhältnisse des Friedens, der Versöhnung und der gegenseitigen Achtung zurückkehren muß.

(Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Dieses Land, das so heimgesucht worden ist, soll und muß wieder werden ein Land der Arbeit, ein Land des Friedens, ein Land, in dem der Deutsche und der Pole friedlich und versöhnlich zusammenwohnen.

(Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Dahin zu wirken, wird die Aufgabe der Reichsregierung

(C) sein, und sie erklärt heute bereits feierlich, daß alles, was dieser **Politik der Völkerversöhnung in Oberschlesien** widerspricht, von ihr zurückgewiesen werden wird. Wir hoffen also, daß die Bevölkerung in Oberschlesien demnächst einträchtig auf dem Boden zusammenleben wird, der erneut mit dem deutschen Vaterlande vereinigt sein wird.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Nun noch ein paar Bemerkungen zu meinem Etat. Es ist eigenartig und für mich erstaunlich, wie anders diejenigen Beschwerden, die hier im Reichstage erhoben werden, lauten, als diejenigen, die sonst mir von anderen Stellen entgegenschallen. Mir wird hier vielfach der Vorwurf gemacht, daß es mir nicht gelinge, die nötigen Mittel für meinen Etat freizumachen. Namentlich wird mir hier auch der Vorwurf gemacht, daß ich nicht mit größerer Entschiedenheit mich den Landesregierungen widersetze, wenn sie nicht bereit sind, sich den Bestrebungen des Reichs zu fügen. Die Vorwürfe, die hier erhoben werden, wenn auch im ganzen in milder Form, bedeuten in letzter Linie für mich nichts als eine Rückenstärkung und einen Beweis dafür, daß ich auf dem rechten Wege bin, wenn ich auch wegen dieses Verfahrens von anderer Seite Anfeindungen und Widerstand erleiden muß. Daß der Herr Reichsfinanzminister trotz der finanziellen Nöte des Reichs im ganzen bestrebt ist, die Kulturaufgaben nicht leiden zu lassen, erkenne ich dankbar an. Ich hoffe aber, daß die Beratungen, die wir hier gepflogen haben, diese Neigung des Reichsfinanzministers noch stärken werden und daß er mir in Zukunft bei der Ausgestaltung meines Etats noch weiter entgegenkommen wird.

Etwas anders liegt ja das Verhältnis zu den Ländern. Die **Länder** verfügen von altersher über eine gut ausgebaute **Schulverwaltung,** über eine Verwaltung, die gewohnt ist, selbständig zu arbeiten, die an den

(D) Eigentümlichkeiten des eigenen Landes festhält und sie nicht zugunsten einer Einheitlichkeit opfern will. Daß sich da Reibungen und Schwierigkeiten ergeben, liegt auf der Hand. Gerade mir wird so häufig der Vorwurf gemacht, daß ich im Interesse der Einheitlichkeit des Schulwesens in den großen Grundfragen die Interessen der Länder nicht hinreichend berücksichtige. Ich sehe, daß ich in meinen Auffassungen längst nicht so weit gehe, wie der Reichstag es wünscht, und ich möchte auch das feststellen.

Wenn dann zum Beispiel der Herr Vertreter der Bayerischen Volkspartei, der doch sonst den **Föderalismus** auf seine Fahne geschrieben hat, mich hier mehrfach auf diesem Gebiete zu entschiedenerem Vorgehen zu veranlassen versucht hat, so fürchte ich doch, daß der Herr Vertreter der Bayerischen Volkspartei nachher, wenn ich tatsächlich seine Wünsche in die Praxis umzusetzen versuchen würde, vielleicht nicht in allen Teilen von der Fraktion der Bayerischen Volkspartei in Bayern unterstützt werden würde. Wenn zum Beispiel gesagt wird, daß ich, um die **sittlichen Zustände in Berlin** zu bessern, einen sanften Druck auf Preußen ausüben möge, so kann ich sagen, daß nicht nur Bayern, sondern auch Preußen für einen sanften Druck im allgemeinen ziemlich empfindlich zu sein pflegen,

(Heiterkeit)

und daß es nicht ganz recht ist, hier gegenüber Preußen ein entschiedeneres Vorgehen zu predigen, wenn man ein derartiges Vorgehen Bayern gegenüber in der Regel mit Entrüstung ablehnt.

Wenn weiter in der **Frage des Ferienanfangs** von demselben Herrn gesagt worden ist, das bayerische Schuljahr, das im Herbst beginne, sei viel richtiger, und wenn er auf meinen Einwand, daß die anderen Länder sämtlich nicht bereit gewesen seien, den bayerischen Schulanfang zu akzeptieren, mir geraten hat, einmal das durchzusetzen,

(Koch, Reichsminister des Innern.)

(A) was in Bayern beliebt würde, so glaube ich dem Herrn Abgeordneten Leicht darauf erwidern zu dürfen, daß ich viel zu sehr in föderalistischem Sinne arbeite und viel zu viel Rücksicht auf den überwiegenden Willen der Länder nehme, als daß ich bereit wäre, das Gute, selbst wenn es von Bayern kommt, allen anderen deutschen Ländern meinerseits aufzudrängen.

Der Schulanfang im Herbst hat so manche Vorzüge; das erkenne ich rückhaltlos an. Aber die sämtlichen Landesregierungen halten an dem Osteranfang namentlich aus wirtschaftlichen Gründen entschieden fest. Ich muß betonen, daß ich Bayern gegenüber nicht den geringsten Druck ausgeübt habe, daß es seinerseits den Schulanfang verlegen möge. Es ist bedauerlich, daß trotzdem das Vorgehen des Reichs in Bayern so vielfach zu starker Aufregung und zu der Abwehr eines angeblichen Unitarismus des Reichs geführt hat. Ich habe ganz einfach Bayern vor die Tatsache gestellt, daß sämtliche übrigen Länder den Schulanfang an Ostern haben möchten und habe es Bayern ganz frei überlassen, ob es seinerseits für richtig hält, einen gesonderten Schulanfang beizubehalten oder sich dem Schulanfang im übrigen Reich anzuschließen. Föderalistischer kann man nach meiner Ansicht nicht verfahren. Und wenn trotzdem das Schwergewicht der Verhältnisse Bayern veranlaßt hat, sich dem Schulanfang im Frühjahr anzuschließen, so ist das ein Beweis dafür, daß der Unitarismus keine künstliche Konstruktion ist, sondern eine aus den wirtschaftlichen Verhältnissen heraus sich ergebende Notwendigkeit, die sich auch ohne Zwangsmaßnahmen des Reichs ganz von selbst auch Bayern gegenüber durchsetzt. Ich aber bin an dieser Entwicklung unschuldig und freue mich, daß Bayern diese Entwicklung ganz von selbst anerkannt und mitgemacht hat.

Was die **Frage der Vorschule** angeht, so sind die (B) neuesten preußischen Verordnungen, auf die ein Redner der sozialdemokratischen Partei mich verwiesen hat, im einzelnen mir noch nicht bekannt. Sie sind erst vor wenigen Tagen erlassen, da, wie Sie wissen, die Einigung des Reichs und Preußens über die Frage der Grundschule und die finanziellen Kosten der Grundschule erst vor wenigen Wochen abgeschlossen worden ist. Ich kenne die Ausführungsbestimmungen des Grundschulgesetzes, die der preußische Herr Kultusminister erlassen hat, noch nicht, kann mich aber bei den fortgeschrittenen Anschauungen des preußischen Kultusministers schwer zu dem Glauben bekennen, daß er Ausführungsbestimmungen erlassen haben sollte, die, wie der sozialdemokratische Redner gemeint hat, mit dem Geist und Sinn der Verfassung und des Grundschulgesetzes irgendwie in Widerspruch stehen könnten. Indes, diese Frage wird nachgeprüft werden, und, wenn es doch der Fall sein sollte, werde ich selbstverständlich versuchen, den Gedanken des Grundschulgesetzes zur Durchsetzung zu bringen.

Nun noch ein Wort über die **Frage der positiven oder negativen Erklärung zum Religionsunterricht**. Meine Damen und Herren! Ich habe mich eingehend über den Willen des Gesetzgebers, der diese Verfassungsbestimmung geschaffen hat, zu unterrichten versucht. Es hat sich, wie so häufig, herausgestellt, daß, da wir heutzutage nicht einen, sondern viele Gesetzgeber haben, diese verschiedenen Gesetzgeber ganz verschiedenartige Absichten bei der Abfassung dieses Artikels gehabt haben. Der eine Teil hat an die positive, der andere Teil an die negative Regelung gedacht. Und da der Wortlaut der Verfassung keinen bestimmten Anhalt dafür bietet, ob eine positive oder eine negative Regelung verlangt werden kann, so bin ich, wenn ich auch persönlich der Meinung bin, daß es besser wäre, daß diejenigen Kinder, die nicht teilnehmen wollen, eine Erklärung abzugeben hätten, doch verfassungsmäßig nicht in der Lage, gegen diejenigen Landesregierungen, die (C) anders verfahren, wegen Verfassungsbruchs einzuschreiten. Denn nur, wenn ein Verfassungsbruch vorläge, wäre ich berechtigt, dieses Vorgehen zu hindern. Deswegen kann der Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, der ein solches Einschreiten von mir verlangt, keine Bedeutung erlangen. Ich würde mich mit einem solchen Einschreiten mangels gesetzlicher Festlegung nicht durchsetzen. Wenn, wie es, soviel ich weiß, ein Antrag der Deutschen Volkspartei vorsieht, ein entsprechendes Gesetz von mir verlangt wird, und die Mehrheit des Hauses hinter einem solchen Gesetz steht, so wird die Reichsregierung die Frage, ob ein solches Gesetz zu erlassen ist, einer Prüfung zu unterziehen haben. Dadurch würde dann eine neue Rechtslage geschaffen, die aber zurzeit noch nicht vorliegt.

Es ist hier der Wunsch nach einer **Etatisierung der Landesaufnahme**, des Landesvermessungswesens zum Ausdruck gebracht worden. Ich kann den Herren Rednern mitteilen, daß eine Etatisierung der Landesvermessung im Nachtragsetat 1921 eintreten wird und dann endlich die verdienten Beamten des Landesvermessungswesens eine Sicherheit über ihre künftige Situation erhalten werden.

Weniger günstig ist eine Auskunft über die **Besetzung des Postens eines Ministerialdirektors**, der die **Beamtenfragen** zu erledigen haben wird. Die Stelle eines solchen Ministerialdirektors ist zwar etatmäßig bewilligt, aber, wie ich glaube, bereits ausgeführt zu haben, vor wenigen Wochen den Ersparungsrücksichten des Herrn Ersparungskommissars — vorläufig wenigstens — zum Opfer gefallen, und erst die Kommission, die Sie heute, wie ich hoffe, zu wählen entschlossen sind, wird zu prüfen haben, ob die Stelle dauernd unbesetzt bleiben soll, was ich sehr bedauern würde.

Es ist endlich hier grundsätzlich bemängelt worden, daß die **Polizeikosten** in meinem Etat höher wären als (D) die Kulturposten. Auch ich bedaure das. Ich bitte aber, darauf hinweisen zu dürfen, daß die Polizeikosten keine Reichspolizeikosten sind, sondern Kosten für Zuschüsse, die das Reich den Ländern für ihre Sicherheitspolizei erstattet,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

und weiter Kosten für Ersatz von Tumultschäden, die gelegentlich von Unruhen und von Putschen entstanden sind, wie sie leider in unserm deutschen Vaterlande in dem letzten Jahre noch immer wieder vorgekommen sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es liegt also gar keine Veranlassung vor, und es liegt namentlich von seiten der äußersten Linken nicht die geringste Veranlassung vor, hier über die Höhe der Polizeikosten zu Felde zu ziehen. Im Gegenteil wäre sie sehr wohl in der Lage, ihrerseits dazu beizutragen, daß wir mit geringeren Polizeikosten auskommen könnten.

(Sehr gut! — Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Versteckter Militäretat!)

Ich betrachte es allerdings als meine ernsthafteste und wichtigste Aufgabe, die **Notlage der deutschen Wissenschaft und** die Notlage **der deutschen Kunst** nach Kräften zu beseitigen und ihr entgegenzuwirken. Was ich auf dem Gebiet der Gründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft getan habe, hat dazu geführt, daß immerhin die notwendigsten Mittel der deutschen Wissenschaft wieder zugeführt werden können, und ich appelliere auch von dieser Stelle aus an das ganze Volk, an alle Beteiligten, dafür zu sorgen, daß die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dauernd über die notwendigen Mittel verfügen möge.

(Bravo!)

Ich schließe damit, daß ich im Gegensatz zu Herrn Dr. Moses von der Unabhängigen Sozialdemokratie

(Koch, Reichsminister des Innern.)

(A) meiner Freude darüber Ausdruck gebe, daß die Beratung meines Etats im ganzen so „apolitisch“, wie er sich ausgedrückt hat, verlaufen ist. Ich bin allerdings der Überzeugung, daß man seine politische Überzeugung haben kann, daß aber in der Verwaltung eines Ministeriums und auch in der Etatsberatung des Reichstags über ein Ministerium es erwünscht ist, wenn nicht nur politische, sondern wenn in erster Linie sachliche Fragen behandelt werden.

(Sehr richtig!)

Mir scheint es im Gegensatz zu Herrn Moses höchste Zeit zu sein, sich vom politischen Phrasentum zu sachlicher Arbeit zu wenden.

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Albert.

Albert, Staatssekretär: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsminister des Innern hat die **Vorschläge der Reichsregierung zur Vereinheitlichung und Verbilligung der Reichsverwaltung** — es handelt sich um die Bestellung einer gemischten Kommission — bereits eingehend seinerseits begründet. Die Frage geht jedoch so weit über den Rahmen eines Einzelministeriums hinaus und erfaßt in so weitem Umfange das gesamte Ministerium, daß mich der Herr Reichskanzler beauftragt hat, auch seinerseits zu der Frage Stellung zu nehmen.

Dabei darf ich zunächst den Wunsch des Reichsrats nach Abänderung des Antrags des 16. Ausschusses dahin, daß in die Kommission statt der vier Mitglieder acht Mitglieder des Reichsrats aufgenommen werden sollen, seitens der Regierung befürworten. Der Wunsch beruht darauf, daß in dieser Kommission nicht allein die größeren, sondern auch einige der mittleren und kleinen Länder vertreten sein möchten.

(B) Ich möchte sodann einer gewissen Legendenbildung entgegentreten, die sich bei der Behandlung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit herausgebildet hat. Danach könnte es den Anschein haben, als wenn der **Reichsminister des Innern** den **Vorschlägen des Sparsamkeitsdiktators** Widerstand entgegengesetzt hätte und als wenn er dieser Sparsamkeit nicht zustimmte. Demgegenüber darf ich namens des Herrn Reichskanzlers ausdrücklich feststellen, daß zwischen dem Herrn Reichsminister des Innern und dem Kabinett über diese Frage völliges Einverständnis besteht. Ich darf ausdrücklich betonen, daß der Reichsminister des Innern in seinen Vorschlägen weit über die des Kommissars hinausgegangen ist, daß es sich lediglich um eine Frage der Arbeitsmethode, nicht um eine Frage des Umfangs dieser Vereinfachung und Verbilligung gehandelt hat.

Der Reichsminister des Innern ist mit dem Kabinett darin völlig einig, daß die Angelegenheit mit allem Nachdruck und allem Ernst in Angriff genommen werden muß. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß es verfehlt ist, den Einwand zu machen, als wenn der Vorschlag, eine Kommission einzusetzen, gewissermaßen ein Begräbnis erster Klasse für die ganze Angelegenheit und auch für den Sparsamkeitskommissar sei. Natürlich ist es verfehlt, von einer solchen Kommission binnen kurzem überraschende und endgültige Resultate zu verlangen. Die Schwierigkeiten, die in der Materie liegen, verhindern solche schnelle Erledigung, — Schwierigkeiten, die, wie gesagt, in der Materie liegen, nicht in der Methode. Schließlich ist doch die gesamte Reichsverwaltung lediglich ein Spiegelbild unserer Gesamtverhältnisse und kann erst mit einer Gesundung der Gesamtverhältnisse endgültig saniert werden. So lange uns ein fremder Wille dauernd neue Aufgaben zuweist, wie das gerade auch im gegenwärtigen Zeitpunkt durch die neugeschaffene Situation der Fall ist, ist es un-

(C) möglich, mit einer Vereinfachung, vor allem auch mit einer Verkleinerung der Reichsverwaltung im schnellen Tempo vorzugehen. Inzwischen muß versucht werden zu tun, was möglich ist.

Im Rahmen des Möglichen hat die Reichsregierung zunächst einen Versuch gemacht mit der **Einsetzung des Sparsamkeitskommissars.** Die Erfahrung hat gezeigt, daß dieser Versuch ein Mißerfolg war. Dabei lasse ich dahingestellt, ob der Kommissar seine Aufgabe vollständig richtig angefaßt hat. Dies liegt bis zu einem gewissen Grade in der Natur der Sache. Denn es sind zwei Aufgaben, die zu lösen sind. Einmal müssen die Grundsätze, nach denen verfahren werden soll, festgestellt werden; sodann ist eine enorme Einzelarbeit zu leisten, um die Durchführung der Grundsätze vorzubereiten und sicherzustellen. Schon die erste Aufgabe geht über das, was ein Einzelkommissar zu leisten hat, weit hinaus. Es kann nicht die Aufgabe sein, lediglich die Reichsverwaltung zu verkleinern, ein paar Ministerien zusammenzulegen usw., sondern die Angelegenheit kann nur dann Erfolg haben, wenn der Gedanke der Verbilligung und Vereinheitlichung über die Reichsverwaltung hinaus auch auf die Länder ausgedehnt wird.

Dabei ist allerdings ausdrücklich festzustellen — und dem Wunsch des Reichsrats entsprechend habe ich die Erklärung abzugeben —, daß grundsätzlich vermieden werden soll, in die **Zuständigkeit der Länder** einzugreifen und sich mit den dieser Zuständigkeit unterliegenden Angelegenheiten mehr zu befassen, als es für die Durchführung der der Kommission gestellten Aufgaben unerläßlich ist. Jedenfalls aber würde es, wenn ein einzelner Kommissar eine solche Aufgabe lösen sollte, nötig sein, ihm eine diktatorische Gewalt zu geben, die die gesetzlichen Faktoren vollständig ausschalten würde.

(D) Ebenso ist auch die Befürchtung unbegründet, daß die erforderliche Einzelarbeit nicht von der Kommission geleistet werden könne und daß auch hier ein einzelner besser arbeiten würde. Im Gegenteil, die Arbeit ist für einen einzelnen zu groß. Ich darf hier nur daran erinnern, welche Unsumme von Einzelberatungen und Einzelfeststellungen nötig sind, um zum Beispiel nur die Kompetenzen der einzelnen Ministerien gegeneinander abzugrenzen. Wer jemals an dieser Frage mitgearbeitet hat, der weiß, wie ungeheuer schwierig es ist festzustellen, von welcher Seite aus eine bestimmte Arbeit in Angriff genommen werden kann. Es ist schließlich das volkswirtschaftliche Prinzip der Arbeitsteilung, das selbst bei der Herstellung einfacher Güter Schwierigkeiten macht, besonders schwer anzuwenden und durchzuführen bei einem so komplizierten Apparat wie dem der Reichsverwaltung.

Dazu kommt das psychologische Moment. Wir sind in der Regel nicht in der Lage, mit einem negativen Zuständigkeitsstreit, sondern mit einem positiven zu tun zu haben. Es liegt nicht so, daß ein Ministerium die Aufnahme einer Arbeit ablehnt, sondern meistens so, daß drei oder vier Ministerien dieselbe Arbeit für sich in Anspruch nehmen. Hier einzugreifen ist wiederum nicht möglich, wenn es lediglich einem einzelnen Manne übertragen ist. Gegenüber dieser passiven Resistenz würde ihm die nötige Autorität fehlen.

Alle diese Erwägungen führen mit Notwendigkeit und mit zwingender Logik zu der Einsetzung einer Kommission, die die drei Faktoren in sich vereinigt, deren Mitarbeit notwendig ist: die Regierung, deren Sachkunde zur Durchführung der Aufgabe unentbehrlich ist, den Reichstag als den gesetzgebenden Faktor, um den Arbeiten und der Kommission die nötige Autorität zu geben, und die Länder, deren Mitarbeit erforderlich ist unter dem dargelegten Gesichtspunkte, daß die Reform nicht nur am Haupte, sondern auch an den Gliedern notwendig ist. Nur durch

(Albert, Staatssekretär.)

(A) ein vertrauensvoll gemeinsames Arbeiten aller drei Faktoren kann die Arbeit bewältigt werden. In diesem Sinne hat die Regierung den Vorschlag gemacht, die Aufgabe einer gemischten Kommission zu übertragen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Frölich.

Frölich, Abgeordneter: Die **Erklärung**, die der Herr **Reichsminister des Innern** eben **in der oberschlesischen Frage** abgegeben hat, wird im Lande sicherlich die ihr gebührende Heiterkeit erwecken. Eine Regierung, die in ihrem Wesen die Fortsetzung jener Regierung ist, die während des Krieges ihrem General den Auftrag gab, in einem Aufruf der polnischen Bevölkerung zu erklären: ihr seid jetzt frei, die deutschen Heere kommen, um euch vom russischen Joch frei zu machen, — der Regierung, die damit zugleich die schöne Geste der Befreiung der polnischen Revolutionäre aus dem zehnten Pavillon der Warschauer Festung verband, diese Regierung, die dann den Krieg benutzte, um die polnische Bevölkerung bis aufs letzte auszuplündern,

(große Erregung und Pfui-Rufe rechts)

und die dann eben dieselben Revolutionäre an den Wällen des zehnten Pavillons niederkartätschte,

(andauernde Pfui-Rufe rechts)

eine solche Regierung kann nicht den Anspruch darauf machen, daß man ihr glauben soll. Die Regierung, die in ihrem Wesen die Fortsetzung der alten Regierung von vor dem Kriege ist und ebenso hakatistisch ist, wie sie konterrevolutionär ist, diese Regierung wird nicht beanspruchen können, daß die polnische Bevölkerung ihr auch nur ein Wort glaubt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Große Unruhe rechts. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sie agitieren wohl für die polnische Abstimmung hier!)

(B) — Wir agitieren weder für die polnische Konterrevolution noch für die deutsche Konterrevolution.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten. — Fortgesetzte Unruhe und Zurufe rechts.)

Wir agitieren für die Weltrevolution.

(Ununterbrochene Zurufe und Unterbrechungen rechts. — Gegenrufe von den Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe!

Frölich, Abgeordneter: Ich muß Ihnen ein Geständnis machen, meine Herren. Auf einen Magen, der von Ihrem parlamentarischen Mohnsaft noch nicht verdorben ist, der noch reagieren kann, bewirken die ganzen Debatten, die gestern und heute hier geführt worden sind, physische Übelkeit. Ekel ist es, nichts anderes, was sie hervorrufen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zurufe rechts: Ihre Ausführungen!)

Ich will hier nur eines konstatieren. Man lügt uns in einem **Etat des Innern** vor einen **Militäretat** von $1^1/_2$ Milliarden.

(Lachen rechts.)

— Sie brauchen nicht zu lachen. Ich will es Ihnen vorlesen, damit Sie hören, was in diesem Etat steht. Dieser Etat verlangt 1 250 000 Mark für die Sipo, 36 Millionen für die Grenzpolizei,

(Zurufe rechts: Entsetzlich!)

15 Millionen für die Technische Nothilfe,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten — (sehr gut! rechts)

das heißt für die staatlich organisierte Streikbrecherei; er verlangt 50 Millionen für die weiße Marine.

(Lachen rechts.)

(C) Dieser Etat verlangt im ganzen 1 351 000 Mark für Militärzwecke, für Zwecke der Konterrevolution,

(erneutes Lachen rechts)

und daneben, wenn man die Dinge weitherzig betrachtet, ganze 80 Millionen für Kulturzwecke.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

Diese 80 Millionen müssen aber noch um die Gehälter für die Beamten, die dabei in Frage kommen, gekürzt werden, so daß ein schändlicher Rest von 20 Millionen bleibt. Und dieses Parlament stellt sich angesichts dieses Etats her und hält zwei Tage lang eine Kulturdebatte in einer Zeit, wo man im Deutschen Reiche nur 20 Millionen für Kulturzwecke übrig hat, eine große Kulturdebatte in der Zeit, wo die deutsche Kultur zugrunde geht, wo sich die Krankenhäuser nicht einmal die nötigsten Maschinen und Apparate kaufen können, um das Volk in dieser schweren Zeit von den furchtbaren Krankheiten zu heilen. Sie reden von Kultur und lehnen für Ihre eigenen Beamten das Existenzminimum ab. Sie verurteilen die Beamten zum Hunger und reden von Kultur. Da kommen die Leute her und zitieren Schiller, sie denken aber nicht an Schillers Wort, daß zu allererst der Magen voll sein und daß man ein Hemd auf dem Leibe haben muß, ehe über Kultur überhaupt gesprochen werden kann. —

Was Sie gestern und heute hier aufgeführt haben, ist nichts anderes, als eine jämmerliche Komödie,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

als ein Betrug der Massen da draußen. Sie reden von Kultur, von Schule, von allen möglichen schönen Dingen, von Menschheit und Nation, und haben auch nicht den geringsten Willen, irgend etwas für diese Zwecke zu tun.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Betrug und nichts als Betrug ist das, was Sie hier vorführen. Man stelle sich vor: wir leben in einer Zeit der gesichertsten Demokratie in Deutschland und hören hier im Reichstag einen leibhaftigen Demokraten — er nennt sich (D) Demokrat —, der uns mit ganz dürren Worten sagt, was denn Demokratie bedeutet. Er sagt: Demokratie bedeutet die Bewaffnung der Bourgeoisie, die Bewaffnung der Schieber und der Ausbeuter der Welt, die Bewaffnung der jeunesse dorée gegen die Arbeiterklasse; Das ist die Demokratie! Wir sind Herrn Hamm dankbar dafür, daß er uns das so deutlich ausgesprochen hat.

(Lachen und Zurufe bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

— Sie zeigen Ihre Bildung, über die Sie zwei Tage lang gesprochen haben, meine Herren! — Wir sind Herrn Hamm sehr dankbar dafür, daß er noch etwas anderes gesagt hat, daß er gesagt hat, welchen Ursprung diese Demokratie hat, diese bewaffnete Demokratie der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse. Er hat gesagt, daß der Ursprung dort ist, wo die Herren Sozialdemokraten sitzen. Ihr Sozialdemokraten seid es gewesen, die den Bürgerlichen die Waffe in die Hand gedrückt hat gegen die Arbeiterklasse. Wir sind Herrn Hamm dankbar, daß er mit den Fingern hingewiesen hat auf das Kainszeichen, das an Eurer Stirne geschrieben steht.

Wir haben den Etat des Innern vor uns, und es wird kein Wort gesprochen von den allerwichtigsten Aufgaben, die vor uns stehen, wenn das Deutsche Reich und die deutsche Wirtschaft nicht zusammenbrechen soll. Wir haben eine Arbeitslosigkeit in Deutschland, die von Tag zu Tag verhängnisvoller wird, und kein Wort wird hier gesprochen darüber, was gegen diese Arbeitslosigkeit zu tun ist. Im Gegenteil, man spricht von Kultur und Menschheit.

Wir haben in Deutschland eine Justiz, die alles verhöhnt, was von seiten der Regierung und dieses Parlaments geschieht, eine Justiz, die sich über alles hinwegsetzt, was hier beschlossen worden ist, eine Justiz, die alle

(Frölich, Abgeordneter.)

(A) die Verbrecher und die Mörder der Arbeiterklasse freispricht oder dafür sorgt, daß diese Leute im entscheidenden Augenblick entfliehen können, damit sie nicht in die Verlegenheit kommen, das Recht zu brechen und diese Leute freizusprechen. Wir haben Staatsanwälte, die gegenüber den klaren Bestimmungen des Amnestiegesetzes eine große Zahl von Arbeitern in den Festungen festhalten, die Kollegen von uns mit ihren Strafanträgen und Haftbefehlen verfolgen. Und wir haben Parlamente in Deutschland, die sich noch besinnen, ob sie diese Haftbefehle aufheben sollen oder nicht.

Wir haben eine Regierung, die gestern hier einen Gesetzentwurf einbrachte, der sich gegen die Orgesch richtete und gegen alle diese konterrevolutionären Institutionen, die wir heute in Deutschland haben; und diese Regierung duldet es, daß ein gewisser Ehrhardt in diesen Tagen hier in Berlin arbeitet für den Sturz dieser selben Regierung, die in der Tat mit diesen Elementen im Komplott steht.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben gegenwärtig die Situation, daß hier von diesem Pult aus der Minister des Auswärtigen und der Minister des Innern sich gegenseitig darüber auseinandersetzen müssen, zu welchem Ressort die Aufgaben gehören, die hier zu erledigen sind. Der Herr Außenminister muß innenpolitische Maßregeln vertreten, und innere Angelegenheiten gehören wieder in das Ressort des Auswärtigen.

Was geht daraus hervor? — Es geht daraus hervor, daß diese Regierung überhaupt nichts mehr zu sagen hat, daß in auswärtigen Angelegenheiten die Entente diktiert, daß in inneren Angelegenheiten diktieren die Herren v. Kahr, die Orgesch, Ehrhardt und Konsorten.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(B) Diese Regierung, die so in der Luft schwebt, hat sich in diesen außerordentlich schwierigen Zeiten als vollkommen unfähig erwiesen, auch nur die einfachsten Dinge im Interesse des deutschen Volks zu regeln. Ich befinde mich da in Übereinstimmung mit Ihrem Herrn Stinnes, der das ganz offen ausgesprochen hat. Diese Regierung ist unfähig, auch nur die Entscheidungen zu treffen, die zum Nutzen des Volkes sind, unfähig, zu verhüten, daß das Volk in die äußerste Gefahr und in die furchtbarste Not gerät. Wir sagen der deutschen Arbeiterklasse: Diese Regierung, die euch verfolgt mit ihren Orgeschbanden, gegen die sie einen Scheinkrieg führt, mit denen sie in Wirklichkeit verbündet ist und die sie auf jeden Fall schützen wird, diese Regierung mit ihrem weißen Schrecken, die euch niederwirft mit ihren Streikbrecherorganisationen, die euch nicht einmal das bißchen trocken Brot geben kann,

(Zurufe rechts)

— bitte sehr, dieser Reichstag hat es abgelehnt, den Beamten des Reichs das Existenzminimum zu sichern,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten — Zurufe rechts)

— bitte sehr, Ihr wißt nicht, wie draußen auf den Straßen die Arbeitslosen vor Hunger umfallen —,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

diese Regierung ist unfähig, den Hunger der Arbeiterklasse zu stillen, diese Regierung ist die Verbündete des internationalen Weltkapitals. Wir Kommunisten rufen die Arbeiterklasse auf: Kämpft gegen diese Regierung, zum Sturze dieser Regierung!

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten. — Heiterkeit, ironische Bravorufe und Zurufe rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (C) Ich bin genötigt, hier das Wort zu ergreifen, weil gestern der Herr Abgeordnete Levi unter Bezugnahme auf frühere Vorgänge heftige persönliche Angriffe gegen mich gerichtet hat, zu deren Widerlegung ich hier allerhand Tatsachenmaterial vortragen muß. Es handelt sich da um die sogenannte **Mörderzentrale,** und ich werde nun im Zusammenhang die Beweisstücke vortragen, die nach meiner Auffassung durchaus den Ausdruck, den ich dafür angewandt habe, rechtfertigen.

Auf der Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Anfang September, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Delegierten, die unsere Partei nach Moskau geschickt hatte, und uns, und im Verlaufe derselben hatte ich gegenüber dem gegenwärtigen Herrn Reichstagsabgeordneten Däumig Ausführungen gemacht, die mir am folgenden Tage einen mir zugeschickten Brief einbrachten, den ich Ihnen wortgetreu verlesen werde:

Werter Herr Genosse Ledebour!

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Der **Brief** ging **von einem** meiner damaligen **Parteigenossen** aus, der sich **der Moskauer kommunistischen Auffassung** angepaßt hat. —

> In Verfolg Ihrer ganzen Politik, besonders der vom 6. Januar 1919, und nachdem Sie den Genossen Däumig für feig erklärt haben, — allerdings hat Däumig sehr gekniffen, andere aber auch,
>
> (Heiterkeit)
>
> Däumig hat aber revolutionär gehandelt, indem er die Massen aufgepeitscht, und jeder geistige Führer hat ein gewisses Recht auf Personalschutz, um für seine Ideen weiter wirken zu können. (Siehe Eichhorn usw.) Viel zu wenig haben sich die Genossen von Liebknecht bis Paasche Personalschutz angedeihen lassen! . . . Wir brauchen (D) dieselben heute mehr als jemals!
>
> Aber Ihnen, Hilferding, Kautsky, Breitscheid, Dittmann usw. zur Warnung: Hüten Sie sich, die revolutionäre Arbeiter- und Rätebewegung weiter mit Ihrem leider noch zu großen Einfluß und Wissen — wenn auch im guten Glauben — zu hemmen und zu bremsen. Wir müssen zu rücksichtsloser Diktatur und Aktion kommen. Das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft ist reif dafür. Die Führer haben ein gewisses Recht auf Personalschutz; aber wenn Sie und Ihre Richtung so weiter handeln, dann könnte eines Tages, der gar nicht mehr so weit zu sein braucht, in den Zeitungen stehen: Ledebour, Hilferding, Kautsky usw. sind von oder im Auftrage des exekutiven Komitees der revolutionären Arbeiter
>
> (Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)
>
> wegen politischer Bremsung erschossen worden!!!
>
> (Große Heiterkeit.)
>
> Gerade weil Sie und die Personen Ihres Ideenganges leider noch so einen großen Einfluß haben, müssen Sie Ihre Worte besonders wählen. Dieses zur Warnung! Sonst werden und müssen wir handeln! — — —

Meine Damen und Herren! Der erste Eindruck einer solchen Zuschrift ist natürlich, daß das Blech ist.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das ist der erste Eindruck.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Der letzte auch!)

Ich habe in meinem Leben ungefähr Hunderte solcher Zuschriften bekommen, früher allerdings immer nur von den nationalistischen Parteien.

(Zurufe: Und er lebet noch! — Heiterkeit.)

(**Ledebour,** Abgeordneter.)

(A) So noch vor kurzem nach den letzten Debatten. Man wirft dann selbstverständlich solche Dinge in den Papierkorb oder redet nicht weiter davon.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Daß Sie die Sache hier ins Lächerliche zu ziehen suchen, Herr Abgeordneter Hoffmann, ist vollkommen begreiflich. Warten Sie nur ruhig ab! Gegenüber all den üblen **Drohbriefen und Schmähungen,** die man bekommt, stelle ich fest, daß das hier von einem meiner Parteigenossen ausging, der **durch die Moskauer terroristischen Hetzereien** beeinflußt war. Es gibt gewisse Symptome, die ja schon aus dem Brief hervorgehen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Trotzdem haben wir selbstverständlich alles aufgeboten, um der Sache auf den Grund zu kommen. Es wurde zunächst, wie mir mitgeteilt wurde, vom damaligen Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ihr damaliges Mitglied, der jetzige Abgeordnete Däumig beauftragt, Nachforschungen anzustellen. Er hat aber darüber niemals etwas verlauten lassen. Außerdem haben wir aber durch verschiedene Parteigenossen, die in unserer Organisation tätig sind, die Sache untersuchen lassen, und das Resultat dieser Untersuchung

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: In der „Freiheit“ veröffentlicht)

will ich Ihnen nun vortragen:

Zwei dieser Genossen, die durchaus absolut zuverlässig sind für jeden unter uns, der sie kennt, haben dann auf meine Aufforderung über die **Ergebnisse der Untersuchung** Bericht erstattet. Ich hatte zu dem Zwecke drei politisch erfahrene Rechtsanwälte unserer Partei zugezogen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Donnerwetter!)

Die beiden Genossen haben denn nach dieser Unterredung das, was sie ermittelt hatten, im folgenden Wortlaut (B) festgelegt:

Der terroristische Briefschreiber hat, als er wegen seines Auftretens zur Rede gestellt wurde, sinngemäß folgendes erklärt:

Innerhalb unserer Parteiorganisation ist eine besondere **Unterorganisation zur Beseitigung gewisser der Revolution im Wege stehender Personen** gebildet worden.

(Hört! Hört! rechts, im Zentrum und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Geheimorganisation ist in mehrere Zellen eingeteilt.

(Stürmische Heiterkeit. — Gelächter bei den Vereinigten Kommunisten und Zurufe: Gummizelle!)

— Sie vergessen, daß der Ausdruck „Zelle“ auf ein Moskauer Kommando zurückzuführen ist,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

das anordnete, daß in der damaligen Unabhängigen sozialdemokratischen Partei kommunistische Zellen gebildet werden sollten.

(Erneute Rufe: Hört! Hört! — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn das irrenhäuslerische Anwandlung ist, so beschweren Sie sich in Moskau!

(Große Heiterkeit.)

Diese Geheimorganisation ist in mehrere Zellen eingeteilt.

(Andauernde Zurufe und Unterbrechungen von den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Herren, ich stelle nun folgendes fest: Ich bin durch die heftigsten ehrenrührigsten Angriffe des Herrn Abgeordneten Levi genötigt, Aufklärung zu schaffen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ich habe die Aufklärung zugesagt; ich kann aber keinen Satz sprechen, ohne daß die Handlanger des Herrn Levi (C) hier mich mit beständigen höhnischen Zwischenrufen unterbrechen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erregte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Wir protestieren gegen den Ausdruck „Handlanger!“ Oder sind Sie vielleicht selbst der Handlanger eines anderen? — Wortwechsel zwischen den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Also ich fahre in meiner Verlesung fort in der Hoffnung, daß die Störung nun aufhört. Wenn Sie (zu den Vereinigten Kommunisten) weiter so fortfahren, dann zeigen Sie nur, daß Sie die Aufklärung hindern wollen!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Eine andere Erklärung gibt es dafür nicht, und Sie vertrödeln außerdem die Zeit.

(Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Diese Geheimorganisation ist in mehreren Zellen eingeteilt. Ich selbst gehöre der ersten Zelle an

(Heiterkeit. — Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

und habe den Auftrag, insbesondere Ledebour für immer unschädlich zu machen. Meine Parteigenossen haben mir diesen Auftrag mit der Begründung erteilt, daß man mich gerichtlich doch nicht voll zur Verantwortung ziehen könne, da ich auf Grund einer früheren Krankheit geistig nicht ganz intakt sei.

(Große Heiterkeit. — Andauernde lebhafte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Daher die Gummizelle! — Wortwechsel zwischen den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.) (D)

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe!

Ledebour, Abgeordneter:

Diesen Auftrag habe ich angenommen. Als mir hinterher doch einige Bedenken aufstiegen, stellte ich dessen Ausführung zunächst zurück und begab mich außerhalb Berlins. In meiner neuen Wohnung wurde ich wiederholt von meinen Auftraggebern aufgesucht und gedrängt, nun endlich an die Ausführung des beschlossenen Planes zu schreiten. Um mich diesem Drängen zu entziehen, bleibt mir nichts anderes übrig, als nun Berlin zu verlassen.

Meine Herren, ich gebe Ihnen ohne weiteres zu: wenn Sie so etwas hören, isoliert ohne das, worauf ich jetzt hinweisen werde, gibt das natürlich wieder zu Heiterkeit Anlaß. Aber, meine Herren, genau **nach diesem Rezept** ist unser Parteifreund, der **Abgeordnete Haase,** hier vor den Pforten des Reichstags **ermordet** worden

(lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

— genau nach dem Rezept!

(Erregte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Das waren die Kommunisten?)

— Ich habe die Tatsache festgestellt, daß genau nach diesem Rezept der Abgeordnete Haase ermordet worden ist!

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Ein Irrsinniger!)

— Jawohl, er ist erschossen worden von einem Manne, der eine derartige Entschuldigung vorbringen konnte,

(lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

und damit komme ich nun zu der Regierung.

(Erregter Wortwechsel zwischen den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

(**Ledebour,** Abgeordneter.)

(A) Der Mann ist laufen gelassen worden. Die Staatsanwaltschaft hat sich damit begnügt, festzustellen, daß er, ich glaube auf Grund des § 51 des Strafgesetzbuchs, ein Rezept vorweisen könne, und hat ihn dann gar nicht vor Gericht gestellt.

(Abgeordneter Schiffer: Das konnte sie auch nicht!)

— Aber der Mann kann doch vor Gericht gestellt werden, damit der Fall gerichtlich untersucht wird.

(Zurufe.)

Zu dieser Überzeugung hätte die Staatsanwaltschaft aber erst vor Gericht kommen müssen.

(Zurufe.)

Auch wenn sie das formale Recht hat, — — Sie hat das formale Recht, den Mann vor Gericht zu ziehen; sie hat aber verabsäumt, nachzuforschen, ob der Mann Hintermänner gehabt hat und welche.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist damals unterlassen worden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat also einfach die Erschießung Haases, eines unabhängigen sozialdemokratischen Abgeordneten, zugelassen, und der Mörder ist vollkommen unbehelligt geblieben, weil er jenen Schein in der Tasche gehabt hat.

Und nun, meine Damen und Herren, sehen Sie sich die Folgen an! Daß der Mörder Haases unbehelligt blieb, hat anderen verbrecherisch veranlagten Leuten den Anlaß gegeben, sich umzusehen, ob sie auch irgend so einen mit einem Attest versehenen Mann auftreiben könnten. In den Briefschreiber haben sie hineingeredet, er solle mich oder andere erschießen, ihm könne ja nichts geschehen; denn er habe ja das Attest. Das ist die Konsequenz der Unterlassungssünde der Staatsanwaltschaft.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wäre damals die Untersuchung eingeleitet worden, und hätte die Staatsanwaltschaft getan, was sie konnte, hätte (B) sie die Sache vor Gericht gebracht und Nachforschungen veranlaßt, ob der Mann **Hintermänner** gehabt hat und welche, dann hätte sich nicht bei allen Leuten der Glaube festsetzen können, daß man jeden beliebigen unabhängigen — oder meinetwegen auch kommunistischen — Abgeordneten ruhig erschießen kann, wenn man nur ein Attest in der Tasche hat, daß man auf Grund des § 51 des Strafgesetzbuches straffrei ist.

Die Tatsache — ich wiederhole es —, die hier mitgeteilt ist, wurde eben in der Gegenwart der drei Rechtsanwälte festgestellt, die einstimmig zu der Überzeugung kamen, daß der Hergang unter allen Umständen veröffentlicht werden müsse. So ist es zu der Veröffentlichung dieser Mitteilung gekommen, und nach meiner Überzeugung war sie absolut notwendig.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Zweck, den ich und meine Freunde mit der Veröffentlichung verfolgten, war: wir gaben uns der Hoffnung hin, daß diese Enthüllnngen so auf diejenigen Leute einwirken würden, die damals noch in unserer Partei waren, oder die der kommunistischen Partei angehörten, daß sie empört über solche Nichtswürdigkeiten ihrerseits darauf hinwirken, innerhalb ihrer Reihen Remedur zu schaffen

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und solche Scheußlichkeiten zu bekämpfen.

Was haben wir aber erlebt? Kein Wort der Entrüstung über diese Infamie,

(hört! hört! rechts und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern Entrüstung darüber, daß ich und meine Freunde das in die Öffentlichkeit gebracht haben. Wenn es hier zunächst nur ein Plan war, so war für uns, die wir die Verhandlungen geführt und die Aussagen gehört haben, außer allem Zweifel, daß das die ernstliche Absicht dieser (C) Hintermänner, dieser feigen Schurken war.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Legen Sie sie doch auf den Tisch des Hauses! Nennt doch die Hintermänner, ruft doch den Staatsanwalt! — Unruhe.)

Sie haben gehört, wie Herr Levi gestern versucht hat, mich zu identifizieren erstens mit einer eventuellen Strafverfolgung, dann — ich komme noch darauf — mit der Methode des Fürsten Bismarck. Gerade wir wollen nicht eine Strafverfolgung der Leute.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb habe ich, als ich auf Grund einer Vorladung vor Gericht gefragt wurde, mit der ausdrücklichen Motivierung, daß ich nicht eine Strafverfolgung der Leute will, mein Zeugnis abgelehnt selbst gegenüber der Androhung der Konsequenzen, die das haben kann, abgelehnt mit der ausdrücklichen Motivierung, daß es darauf ankommen muß, durch die Aussprache in der Öffentlichkeit diese üblen Erscheinungen zu bekämpfen. Und um diesem unglaublichen **moralischen Verlotterungsprozeß,** der **durch die terroristischen Lehren,** die **von Moskau** hierhergebracht worden sind, bei einer großen Schar von Parteigenossen großgezüchtet wurde, das Wasser abzugraben, — —

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten)

— daß das bei Ihnen gelingt, habe ich mir niemals eingebildet.

(Heiterkeit.)

Sie werden der moralischen Verlotterung weiter verfallen,

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

wie Sie ja auch jetzt weiter nichts als Hohn und Spott für diese Enthüllungen haben.

(Große Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, eine solche (D) Bemerkung dürfen Sie gegen ein Mitglied des Hauses nicht machen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Lassen Sie ihn doch schimpfen; er hat ja Schimpffreiheit! — Glocke.)

— ich bitte, an meinem Eingreifen nicht Kritik zu üben.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir stehen nun vor folgenden Tatsachen; die Leute, denen das alles bekannt ist — Herr Levi tat gestern, als hätte er etwas munkeln hören; was ich gestern verlesen habe, ist ja alles schon publiziert; er hat es gekannt, muß es gekannt haben, und seine Freunde haben es gekannt —, sind niemals gegen diese Nichtswürdigkeiten aufgetreten.

(Hört! Hört!)

Und wie wirkt das? Solche Drohungen, meine Herren, sind nicht bloß mir zugegangen. Meine Freunde aus Rheinland-Westfalen, meine Freunde aus Sachsen haben mir ähnliches mitgeteilt. In der „Bergischen Arbeiterstimme“, einem Organ der jetzigen Kommunistischen Partei, hat unter anderem folgendes gestanden am 26. Oktober 1920:

> Die opportunistischen Führer müssen verschwinden. Genosse Löffler verlangt, daß gefährliche Elemente, zum Beispiel der Genosse Ludwig aus Hagen, gegebenenfalls sofort hinter Schloß und Riegel gesetzt werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Außerdem sind Parteifreunde von mir im Laufe dieser Monate nicht bloß beschimpft und verleumdet worden — daran haben wir uns ja gewöhnt; wir betrachten es als eine Ehre, von Ihnen (zu den Vereinigten Kommunisten) verleumdet zu werden,

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

(Ledebour, Abgeordneter.)

(A) eine Ehre, von Leuten von derartiger moralischer Auffassung verleumdet zu werden.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mit der Verleumdung findet man sich schließlich ab. Aber was ist meinen Freunden **Dißmann** und **Dittmann** passiert infolge der terroristischen Verhetzung, die in das deutsche Proletariat hineingetragen worden ist durch die Kommissare von Moskau? Haben sie nicht direkt gepredigt, man müsse den Terrorismus anwenden auch gegen die eigenen Parteigenossen? In den letzten **Wählerversammlungen in Frankfurt** ist, nachdem mein Freund Dißmann da gesprochen hatte, ein Mann mit gezücktem Messer auf ihn losgestürzt.

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Sie lachen! — Er ist abgefangen und beiseite gebracht worden.

(Zwischenrufe und Unruhe.)

— Wollen Sie einmal einen Augenblick ruhig sein! — In **Hamburg** sollte mein Freund **Dittmann** in einer von unserer Partei einberufenen **Wählerversammlung** sprechen. Als er mit dem Vorsitzenden und anderen Führern der Hamburger Genossen in den Saal trat, um auf die Tribüne zu gehen, wurde er von einem Stoßtrupp kommunistischer Jünglinge umringt, von seinen Freunden abgedrängt, niedergeworfen, mit Füßen getreten und mit Fäusten geschlagen.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Auf diese Weise wurde ihm die kommunistische Überzeugung eingebläut.

(Heiterkeit.)

Meine Herren! Das ist die Methode — —

(Zuruf des Abgeordneten v. Gallwitz: Von Ihren Leuten wurde das ebenso gemacht!)

— Wenn es wahr ist, daß Ihnen (nach rechts) das ebenso von unseren Leuten angetan ist, dann verurteile ich das (B) auf das allerschärfste.

(Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind gegen den Terrorismus, von wem er auch betrieben wird, weil **terroristische Methoden ein reaktionäres Mittel** sind, und eine Partei, die sich zu reaktionären Methoden bekennt und sie predigt, sinkt damit hinab zu einem Werkzeug der Reaktion,

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Sozialdemokraten — Abgeordneter Düwell: Zu einem „bezahlten" Werkzeug, muß es heißen!)

sinkt damit zu einem Werkzeug der Reaktion hinab, wenn sie sich auch einbildet, revolutionär zu handeln. Sie degradieren das ganze politische Leben.

(Lachen und Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Sie freuen sich ja obendrein, wenn ich solche Gewalttätigkeiten mitteile. Die Tatsache, daß Dittmann mißhandelt worden ist, können Sie nicht bestreiten. Sie freuen sich darüber, und damit zeigen Sie nur, daß Sie selber mit den Leuten, die zu solchen Nichtswürdigkeiten sich bereit finden, ein Herz und eine Seele sind,

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Nur verleumden können Sie!)

wenn Sie kein Wort des Tadels und der Entrüstung dafür finden, sondern nur, wie der Herr Abgeordnete Levi das gestern gemacht hat, in jeder Weise diejenigen zu diskreditieren suchen, die diese Scheußlichkeiten bekämpfen und entlarven.

Damit komme ich auf die Methode des Herrn Abgeordneten Levi, der sagte, die Art und Weise, wie ich verfahren wäre, wäre dasselbe Verfahren, wie das des Fürsten Bismarck, als er versucht hätte, Hödel und Nobiling an die Rockschöße der sozialdemokratischen Partei und der Zentrumspartei zu hängen. Der kolossale Unterschied ist der, daß die verurteilenswerte Deduktion des (C) Fürsten Bismarck darauf hinauslief, Ausnahmegesetze gegen diese Parteien durch diese Deduktion herbeizuführen. Das haben wir auf das allerentschiedenste verurteilt, und wir denken gar nicht daran, zu derartigen Zwecken irgendwie unsere Enthüllungen vorzubringen. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß wir sogar bei einer Strafverfolgung nicht in irgendeiner Weise helfen wollen. Wir wollen nur durch Aufklärung wirken, das ist der Zweck.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Düwell: Verleumden wollen Sie! Sie sind ein alter Verleumder. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Düwell, für diese ungehörige Bemerkung rufe ich Sie zur Ordnung.

(Abgeordneter Düwell: Dann soll er doch die Beweise geben!)

Ledebour, Abgeordneter: — Der Herr Abgeordnete Düwell sagt, ich solle die Beweise geben. Ich habe Ihnen doch die Beweise für die Machenschaften mitgeteilt, die von einer Anzahl von Kommunisten betrieben worden sind. Selbstverständlich mache ich nicht die gesamte Kommunistische Partei dafür verantwortlich.

(Rufe von den Vereinigten Kommunisten: Aha! Sehr gütig!)

Ich weiß, daß auch in der Kommunistischen Partei sehr anständige Leute sind, die sich schämen würden, sich so zu benehmen, wie bei dieser Gelegenheit Herr Düwell, Herr Frölich, den ich heute kennen gelernt habe, und Herr Hoffmann sich benehmen.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Ich habe ja noch keinen Ton gesagt! — Große Heiterkeit. — Abgeordneter Düwell: Wo steckt denn nun die Mörderzentrale? Geben Sie endlich Auskunft, und schwätzen Sie nicht darum herum!) (D)

— Ich habe Ihnen ja die Tatsachen mitgeteilt.

(Abgeordneter Düwell: Die alten Freiheitszitate! Damit locken Sie keinen Hund hinter dem Ofen hervor!)

Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß eine Anzahl meiner Parteigenossen mit mir die Sache geprüft und diese Tatsachen als wahr festgestellt hat.

(Wiederholte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte aber doch um etwas mehr Ruhe. Sie wollen doch nachher dagegen zum Worte kommen; dann müßten Sie jetzt ruhig sein.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Er soll die Hintermänner nennen!)

Ledebour, Abgeordneter: — Ich kenne ja die Hintermänner nicht, die sich verabredet haben, um unbequeme Parteigenossen um die Ecke zu bringen. Die Tatsache, daß eine solche Organisation besteht, ist in unserer Gegenwart festgestellt worden. Und diese Organisation, meine Herren, bezeichne ich allerdings mit Fug und Recht als eine Mörderzentrale.

(Erregte Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Herren! Ich habe zum ersten Male, als ich vor Gericht stand unter der Anklage der „Rädelsführerschaft bei Aufruhr", Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß im **Edenhotel** eine solche **Mörderzentrale** bestanden hat. Damals habe ich den Ausdruck Mörderzentrale für diese Gesellschaft vor Gericht geprägt. Dieser Ausdruck hat sich allgemein eingebürgert.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Hat schon vorher bestanden!)

— Ob er vorher gebraucht wurde, weiß ich nicht; um so besser; dann besteht also die Ansicht allgemein. — Ich

(**Ledebour**, Abgeordneter.)

(A) habe aber niemals gehört, daß von seiten der Kommunisten und der Leute vom Schlage Hoffmann — —

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Pfui Teufel! — Große Heiterkeit rechts. — Vereinzelte Rufe rechts: Bravo!)

— jemals dagegen Widerspruch erhoben wurde, daß diese Organisation im Edenhotel eine Mörderzentrale genannt wurde. Da die Herren ja wünschen, den Ursprung des Ausdrucks kennen zu lernen — —

(Widerspruch bei den Vereinigten Kommunisten: Wir wollen die Beweise für die kommunistische Mörderzentrale haben!)

— Die habe ich bereits gebracht. Da Sie noch immer dagegen brüllen — —

(Zurufe und Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, einen Augenblick! — Ich muß die Damen und Herren jetzt doch bitten, ihre Plätze einzunehmen. Den Herrn Abgeordneten Ledebour bitte ich, seine Rede nicht eher fortzusetzen, als bis meiner Aufforderung Folge geleistet ist. — Meine Damen und Herren! Ich bitte, die Plätze einzunehmen; sonst kommen wir überhaupt nicht weiter. Sie sehen doch selber ein, daß wir so nicht zu Ende kommen. — Ich bitte jetzt den Redner, fortzufahren.

Ledebour, Abgeordneter: Ich will also jetzt folgende kurze Sätze aus dem Stenogramm des erwähnten Prozesses verlesen:

> Verteidiger Theodor Liebknecht: Ich habe eingangs der Verhandlungen erklärt, es bestehe hier eine Stelle, die die Ermordung politischer Gegner betreibe. Wir sind auf dem Wege zu dieser Stelle: Herr Fischer war das Zentrum nicht, aber er gehörte dazu, und weil wir auf dem Wege dazu sind, bereitet man Schwierigkeiten.
>
> (B) Angeklagter Ledebour: Die Ausführungen meines Verteidigers Liebknecht geben mir Anlaß zu folgender Erklärung: Auch nach meiner Überzeugung hat sich eine Mörderzentrale gebildet und vermutlich — darüber wollten wir durch Vernehmung Fischers und seiner Helfershelfer Genaues ermitteln — wurde bei der Unterredung in Schöneberg, die Anton Fischer mit den Soldaten, wie er sagte, unternommen hat, der erste Keim zu dieser Mörderzentrale gelegt. Sie ist in Funktion getreten gegenüber meinem Freunde Meyer und mir, damals funktionierte sie noch nicht treffsicher, und deshalb stehe ich hier noch als Angeklagter vor Gericht.
>
> Vorsitzender: Ich weiß nicht, was das mit der Sache noch zu tun hat.
>
> Angeklagter Ledebour: Bitte! Ich komme darauf! Die Mörderzentrale hat dann später bei der Ermordung meiner Freunde Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vollkommen funktioniert, und sie ist, wie das Schicksal Dorrenbachs beweist, heute noch in Funktion.

Über das Bestehen dieser Mörderzentrale hatten wir auch, da die Staatsanwaltschaft und die Gerichte gründliche Nachforschungen gehindert haben, weiter keine Beweise als die Tatsache der Ermordungen und allerhand andere Indizienbeweise.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Man hat genug Beweise!)

Ich habe damals ebensowenig wie heute behauptet, daß derartige Mörderzentralen etwa „Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht" und unter dem Titel „Mörderzentrale" ins Handelsregister eingetragen sind.

(Heiterkeit.)

Es gibt eben Organisationen, für die es bisher einen legitimen Ausdruck noch nicht gibt. Sie sind in der Nachkriegszeit entstanden, es sind ganz reaktionäre Gebilde. (C) Aber mit demselben Recht, wie ich unter Zustimmung der Kommunisten die Organisation im Edenhotel eine Mörderzentrale genannt habe, nenne ich auch diese Organisation, die durch die Aussagen jenes Mannes enthüllt worden ist, der sie antrieb, eine Ermordung vorzunehmen nach dem Rezept, nach dem Haase ermordet worden ist, eine Mörderzentrale, und zwar eine kommunistische Mörderzentrale, weil sie aus Kommunisten gebildet worden ist.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Verleumder! — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Bravo! — Gegenrufe bei den Vereinigten Kommunisten: Pfui Teufel! Du Lump Du!)

Ich will nur weiter feststellen, daß auch jetzt noch **von Moskau aus die deutschen Kommunisten zu Gewalttätigkeiten** gegen uns **aufgehetzt** werden,

(hört! hört! rechts)

wie mir mitgeteilt ist. Mir liegt allerdings die fragliche Broschüre nicht vor.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Aha!)

Mir ist aber versichert worden, daß in einer Broschüre Radeks erklärt worden ist, Crispien und Ledebour müßten an die Wand gestellt werden.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: ja, ja!)

— Sie rufen „ja, ja"; wir werden das feststellen können. Die Leute, die mir das mitgeteilt haben, verstehen russisch, und ich glaube, daß sie mir nicht etwas vorgelogen haben werden.

(Unruhe und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn irgend derartige Machenschaften betrieben werden: Aufhetzung zur Tötung, Aufhetzung zu Mißhandlungen, und die Partei, der die Aufhetzer angehören, schüttelt solche Scheußlichkeiten nicht ab, dann macht sie sich mitschuldig derartiger Infamie. Wenn Ihnen (zu den Vereinigten Kommunisten) wirklich mit Ihrer Behauptung, daß das nicht gerechtfertigt ist, ernst ist, dann (D) treten Sie doch einmal öffentlich auf und verurteilen Sie die terroristischen Praktiken, genau so wie ich sie verurteilt habe! Ich habe nicht erst heute angefangen, terroristische Praktiken zu verurteilen, weil sich die terroristische Hetzerei der Moskowiter jetzt gegen mich richtet; ich habe das von jeher getan.

Ich kann mich auf folgendes berufen: Als in der Zeit der Revolution einmal die Gefahr bestand, daß am **Weihnachtstage 1918 der von den Matrosen in Haft genommene** jetzige **Abgeordnete Wels** ermordet werden würde, bin ich auf Anruf des Führers der Matrosen in der Nacht nach dem Marstall geeilt und habe den Matrosen ins Gewissen geredet, daß sie sich nicht an Wels vergreifen sollten. Sie haben ihn darauf freigelassen, und vor Gericht ist durch den Kommandeur der Matrosen in jener Revolutionszeit festgestellt worden, daß es nur meinem Dazwischentreten zu danken ist, daß der Mann nicht umgebracht wurde. Also ich habe, ehe für mich eine solche Gefahr bestand, selbst Freunden gegenüber — die Matrosen waren damals meine Freunde — alles aufgeboten, um sie von terroristischen Akten zurückzuhalten. Ich habe aber auch meinerseits meine Freiheit und mein Leben unbedenklich wiederholt aufs Spiel gesetzt für die Sache der Revolution. Das alles wissen die Kommunisten. Trotzdem schämen sie sich nicht, mich in der infamsten Weise zu verleumden und zu verdächtigen von dem Augenblick an, wo ich gegen diese Moskauer infamen Versuche, unsere Partei zu spalten und unter ein zentralisiertes Oberkommando in Moskau herunterzudrücken, aufgetreten bin. Seit der Zeit bin ich bei diesen Leuten der Bestgehaßte und Bestverleumdete.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das gereicht mir nur zur Beruhigung, daß ich auf dem richtigen Wege bin, und ich werde weiter so handeln, wie

(**Ledebour**, Abgeordneter.)

(A) ich gehandelt habe. Ich werde gegen jeden Terrorismus und gegen die Prediger des Terrorismus auftreten, weil ich nicht will, daß diese Verseuchung der deutschen Arbeiterschaft mit terroristischen Lehren, die sie zu solchen Ungeheuerlichkeiten treibt,

(hört! hört! rechts)

weitergeht, und ich hoffe, daß der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterschaft diejenigen Elemente, die sich absolut nicht freimachen können von terroristischen Praktiken, von sich abstoßen wird und daß wir dann zu einer gesunden, einheitlichen, großen revolutionären Arbeiterpartei kommen.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, der Vorwurf der Verleumdung gegen Mitglieder des Hauses ist parlamentarisch unzulässig.

Meine Damen und Herren! Ich habe den Herrn Abgeordneten Ledebour in seinen Ausführungen nicht hindern können, nachdem sowohl im Hauptausschuß wie hier diese Frage angeschnitten worden ist. Ich bitte aber nun die Redner, doch etwas mehr beim Etat des Innern zu bleiben.

(Sehr gut! und Heiterkeit)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auf unsere Frage, wie das mit der kommunistischen Mörderzentrale sei, hat der Herr Abgeordnete Ledebour viel gesagt. Er hat vergebens viel gesagt, um zu versagen; wir haben von allem nichts anderes gehört als das Nein auf unsere Frage. Der Herr Abgeordnete Ledebour ging davon aus, daß er sagte, er habe einen Brief erhalten, den er ja wörtlich vorgetragen hat, einen Brief, den er sehr richtig mit den Worten charakterisierte:
(B) einen solchen Brief wirft man gemeiniglich in den Papierkorb.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und ich kann dem Herrn Abgeordneten Ledebour sagen: auch ich bekomme solche Briefe; ich könnte dem Herrn Abgeordneten Ledebour sogar gedruckt zeigen, wo gegen mich genau dasselbe geschrieben worden ist. Ich habe diese Angelegenheit noch nie anders behandelt als würdig des Papierkorbs. Wenn also der Herr Abgeordnete Ledebour ausgerechnet in diesem Falle von der Uebung, die, glaube ich, jeder vernünftige Mensch, der im politischen Leben steht, anwendet,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

abgeht und ausgerechnet den Brief aufbewahrt, von dem er glaubt, Spähne gegen seine damaligen Parteigenossen schneiden zu können, mit denen er in Konflikt steht, so wird allein durch die Tatsache, daß er diesen Brief nicht dem Papierkorb überantwortet hat, das ganze spätere Verhalten des Herrn Abgeordneten Ledebour genügend charakterisiert.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist sehr dürftig!)

— Es kommt noch mehr, Herr Abgeordneter Crispien. Es wird Ihnen zwar nicht genügen, denn Sie wollen nicht überzeugt werden.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Nein, für Sie ist gegenüber den Kommunisten alles gut genug, auch die Verleumdung, und deswegen werde ich Sie nicht überzeugen können.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und nun, meine Damen und Herren, ging der Herr Abgeordnete Ledebour auf Grund des Briefes, der zwar objektiv würdig des Papierkorbs war, aber subjektiv dem Papierkorb nicht überantwortet wurde, weiter vor. Er leitet ein Verfahren ein. Und nun muß ich sagen: hier (C) kommt ein erstes und unentschuldbares Loch. Ein Mann, der sagt, daß auf ihn der § 51 des Strafgesetzbuchs zutreffe, wird nach der Behauptung des Herrn Abgeodneten Ledebour von einer Mörderzentrale, die damals noch nicht einmal eine kommunistische war, bewußt als Werkzeug benutzt. Wenn ich den Herrn Abgeordneten Ledebour recht verstanden habe, sagt er heute, die Ermittlungen seien nicht so weit gediehen, daß man die Hintermänner habe feststellen können. Ich weiß nicht, wie es sich damit verhält; denn wenn die andere Redensart des Herrn Abgeordneten Ledebour, daß er beim Untersuchungsrichter sich dagegen gewehrt habe, Aussagen zu machen, mehr ist als eine phrasenhafte Pose, dann müssen ihm ja diese Hintermänner bekannt sein.

Dann möchte ich nur dem Herrn Abgeordneten Ledebour sagen: Ich setze den Fall, der Herr Abgeordnete Ledebour hätte mehr erfahren, als er uns hier gesagt hat; was war dann seine Pflicht uns gegenüber? Dann wäre seine Pflicht gewesen, **die anständigen Kommunisten,** zu denen ich mich ja in der Meinung des Herrn Abgeordneten Ledebour nicht zu zählen brauche, aber von denen er selbst zugibt, daß es sie in der Kommunistischen Partei gibt, mit dem Material so genau bekannt zu machen, daß die Genossen in der Lage seien, nachzuprüfen und nach dem Rechten zu sehen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Abgeordneter Crispien: Das sagen Sie Däumig und Hoffmann!)

Wenn der Herr Abgeordnete Ledebour von diesem selbstverständlichen Brauch abgegangen ist, so sage ich: die ganze kommunistische Mörderzentrale und alles, was dahinter steht, alle die Hintermänner, ist, milde ausgedrückt und den günstigsten Fall für den Herrn Abgeordneten Ledebour angenommen, ein Phantasieprodukt, für das er die Verantwortung übernehmen mag. (D)

(Abgeordneter Crispien: Fragen Sie bei Däumig und Hoffmann! — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Bitte heraus die Beweise!)

Nun geht Ledebour weiter. Er konstruiert in seinem Falle hinter einem Verrückten, der als Werkzeug benutzt wird, eine Mörderzentrale, die diesen Verrückten dirigiert, und kommt dann weiter dazu, zu sagen: auch der Mörder des Abgeordneten Haase war ein Verrückter. Haase ist, wie Ledebour sich wörtlich ausdrückte, „nach demselben Rezept" um die Ecke gebracht worden,

(Abgeordneter Ledebour: Sehr richtig!)

so daß — und Ledebour bestätigt das wiederum mit dem Worte „sehr richtig" — er also die Behauptung aufstellt, daß auch hinter dem Mörder des Abgeordneten Haase Kreise gestanden hätten, die bewußt, aus politischen Zwecken und in politischer Absicht diesen Verrückten gegen den Abgeordneten Haase dirigiert hätten. Ich sage dem Abgeordneten Ledebour: wenn er diese Behauptung aufstellt, so ist er ein schamloser Verleumder.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Levi, ich muß auch die Wiederholung dieses Ausdrucks rügen!

(Abgeordneter Ledebour: Ich habe gesagt: nach dem Rezept, daß ein Mann, der das Attest in der Tasche gehabt hat, Haase umgebracht hat!)

Herr Abgeordneter Ledebour, Sie haben jetzt nicht das Wort.

(Abgeordneter Ledebour: Das ist erwiesene Tatsache, und nach diesem Rezept haben die Halunken gearbeitet!)

Das Wort hat nur der Herr Abgeordnete Dr. Levi!

(A) Dr. **Levi**, Abgeordneter: Und nun sage ich weiter: in dem Falle des Abgeordneten Haase ist gegen die Kommunistische Partei nicht und gegen niemanden etwas erwiesen als gegenüber einem Manne, auf den der § 51 St.G.B. zutrifft. Ich glaube, wenn der Herr Abgeordnete Ledebour noch imstande wäre, seine Sinne zu zähmen, so müßte auch er einsehen, daß in Deutschland der Staatsanwalt noch nicht gefunden ist, der nicht eine kommunistische Mörderzentrale aufdecken würde, wenn ihm Gelegenheit gegeben wäre.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn ein preußischer Staatsanwalt den Mann, der den Abgeordneten Haase ermordet hat, hat laufen lassen, ohne ein Gerichtsverfahren zu veranstalten, so müßte, glaube ich, der Herr Abgeordnete Ledebour, wenn er, wie gesagt, seine fünf Sinne noch hätte, zu demselben Schluß kommen, daß hier wirklich nichts Antibolschewistisches zu entdecken war.

Nun hat der Herr Abgeordnete Ledebour sich noch mit besonderer Vehemenz gegen meinen **Vergleich** gewandt, den ich gestern bezüglich seines Verhaltens mit dem **Verhalten des Fürsten Bismarck im Jahre 1878** gezogen habe.

Der Herr Abgeordnete Ledebour hat behauptet, der Vergleich bezüglich des Fürsten Bismarck treffe nicht zu, weil Fürst Bismarck damals seine Methode dazu angewendet habe, um Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie durchzudrücken. Da verkennt doch der Herr Abgeordnete Ledebour die augenblickliche Situation vollständig. Wenn ich auch darüber nicht urteilen will, was die Folge seiner Tat nach seiner Absicht war — denn ich spreche dem Herrn Abgeordneten Ledebour in seinem augenblicklichen Zustand die Fähigkeit ab, die Folgen seiner Taten zu erkennen —,

(Heiterkeit)

(B) so war doch im gegenwärtigen Augenblick die Folge der Behauptung des Herrn Abgeordneten Ledebour die, daß der Minister des Innern sich ausdrücklich auf diese Äußerungen berufen konnte zum Zweck der Durchführung von Ausnahmemaßregeln gegen uns Kommunisten.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Also objektiv, in der Auswirkung hat der Herr Abgeordnete Ledebour das erreicht, was auch Fürst Bismarck mit seiner damaligen Methode erreicht hat, nichts anderes, nicht mehr und nicht weniger.

Meine Damen und Herren! Die Parallele geht allerdings noch weiter. Fürst Bismarck ging, als er die Nobiling und Hödel der Sozialdemokratie an die Rockschöße hing, auch so weit, an Hand dieser terroristischen Einzelakte die ganze Theorie und das ganze Weltbild der Sozialdemokratischen Partei zu verunstalten. Auch in diesem Schritt gibt der Herr Abgeordnete Ledebour dem Fürsten Bismarck nichts nach. Ich muß sagen: ich glaube, daß auch der Herr Abgeordnete Ledebour den heutigen Tag nicht als einen Ruhmestag seiner langen parlamentarischen Vergangenheit betrachten wird. Wenn ein Mann, der jahrzehntelang innerhalb der sozialistischen Bewegung gestanden hat und dessen Namen wir schon mit einer gewissen Achtung gehört haben, als wir noch jung in der sozialdemokratischen Partei waren, sich heute hinstellt und an der Hand terroristischer Einzelakte, wohl wissend, wie wir Kommunisten zum Einzelterror stehen, es unternimmt, die Kommunistische Partei und die kommunistische Internationale herunterzuziehen, so muß ich dem Herrn Abgeordneten Ledebour sagen: wenn Fürst Bismarck damals den Schurkenstreich unternahm,

(Unruhe rechts)

die Sozialdemokratische Partei zu besudeln, so hatte er das eine für sich, daß man bei ihm im Ernste nicht anzunehmen brauchte, daß er wußte, was die Sozialdemokratie sei; aber bei dem Abgeordneten Ledebour, der ein (C) Menschenleben in der sozialistischen Bewegung steht,

(Zuruf rechts: Der kennt die Brüder!)

müßte man annehmen, daß er weiß, was Sozialismus und Kommunismus ist, was er will. Deshalb möchte ich dem Herrn Abgeordneten Ledebour sagen: wenn ich an ihn den Maßstab legen würde, den ich an den Fürsten Bismarck lege, den Maßstab eines Mannes, der weiß, was er tut, so kann der Herr Abgeordnete Ledebour ungefähr ermessen, welches Urteil ich über ihn fällen würde. Ich fälle dieses Urteil nicht. Ich kann nur sagen: Angesichts dieser Ruine, als die sich heute ein Mann enthüllt, der 30 Jahre im sozialistischen Leben steht, rede ich nicht mehr von Verleumder und rede auch nicht von einem Versuch, eine moralische Mörderzentrale zu bilden gegen die Kommunisten; ich kann dem Herrn Abgeordneten Ledebour nur eines sagen: Armer Teufel!

(Große Heiterkeit. — Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kenne Herrn Ledebour noch etwas länger. Ich kenne ihn noch aus jener Zeit, wo er dem Genossen Ferdinand Ewald von der Bühne heruntersagte: Sie junger Mann, was wollen Sie denn mit Ihren sozialistischen Utopien?

(Heiterkeit.)

Ich kenne ihn noch aus jener Zeit, wo er noch bei dem demokratischen Philipp Lenzmann zu Hause war. Ich trage ihm so leicht nichts nach, denn ich bin ein gut Stück Wegs mit ihm zusammengegangen. Ich habe ihn schätzen gelernt in seiner Tätigkeit. Ich habe ihn aber auch in seiner Nervosität kennen gelernt und weiß, daß er das, (D) was er auf der einen Seite aufgebaut hat, auf der anderen Seite durch diese niedergerissen hat, nicht nur in öffentlichen, sondern auch in den internsten Sitzungen.

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Streiten Sie nicht ab!

(Abgeordneter Ledebour: Ich habe ja gar nichts gesagt.)

— Von Sie rede ich jetzt nicht, Herr Ledebour.

(Heiterkeit.)

— In Ihren Reihen sitzt nicht einer, der gern im Vorstand mit Ledebour zusammen wäre. Wir wissen das doch besser,

(Heiterkeit)

die wir es selber erfahren haben.

(Abgeordneter Crispien: Unwahr!)

— Das ist nicht unwahr; das hat gerade Crispien zu allererst behauptet.

(Heiterkeit. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das entfernt sich aber sehr weit vom Gegenstand der Tagesordnung.

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Ich komme jetzt auf das, was Herr Ledebour gesagt hat. Er hat über den Tod Haases gesprochen und hat damit im Zusammenhang, ohne die geringsten Beweise dafür zu haben, von einer kommunistischen Mörderzentrale gesprochen. Er hat das Wort „Mörderzentrale" nicht selbst geprägt. Lange vor dem Prozeß Ledebour können Sie in der Presse nachlesen von dem Worte „nationalistische Mörderzentrale". Lange vorher, als Liebknecht noch lebte, war vom Edenhotel und von der Mörderzentrale dort die Rede. Wenn aber der Genosse Ledebour die Beweise für die kommunistische Mörderzentrale von dem Irrsinnigen herholt, der gegen Haase die Waffe erhoben hat, so möchte ich

(**Hoffmann** [Berlin], Abgeordneter.)

(A) hier folgendes feststellen. Die Frau des Mörders kam in das Bureau von Haase am frühen Morgen, als ich mit Haase eine Besprechung hatte, und erzählte mir dann ihre Geschichte mit der preußischen Lotterie und sagte, da ich Mitglied des Preußischen Landtags wäre, möchte ich mich wegen der Art, wie die Lotteriehauptgewinne an die chauvinistischen Redakteure der Kriegshetzpresse fielen, beim Landtag verwenden.

(Heiterkeit.)

Es schwebte damals gegen ihren Mann ein Beleidigungsprozeß der Lotteriebehörde, und ich erklärte, erst müsse dieser Prozeß zu Ende gehen. Der Mann versuchte dann wiederholt, mich in meiner Wohnung oder im Parlament wegen seiner Sache zu sprechen, bis er eines Tages — es war wohl ein paar Tage vor der **Ermordung Haases** — bei mir erschien und erklärte, jetzt müßte ich die Sache in Angriff nehmen, er hätte jetzt der Lotteriebehörde mitgeteilt, daß er ruhig sein wolle, wenn man ihm auch einmal den Hauptgewinn zukommen ließe.

(Große Heiterkeit.)

Vorher nannte er Haase einen Lumpen, der von der Regierung bestochen wäre. Da machte ich die Tür auf und wies ihn hinaus und sagte ihm, wenn er nicht mache, daß er herunterkomme, dann expediere ich ihn eigenhändig die Treppe hinunter.

(Heiterkeit.)

Er ging schimpfend und polternd hinunter, und wenn ich damals Mitglied des Reichstags gewesen wäre, dann hätte die Kugel vielleicht mich getroffen. So suchte er sich den Haase als Opfer aus. Ich bin der Meinung, der Mann ist unbedingt geisteskrank. Er ist aber keiner Anstalt als gemeingefährlich überwiesen und das mache ich der Justiz zum Vorwurf. Obwohl er gedroht hat: Dittmann und Hoffmann sind die nächsten, die drankommen, die sind auch reif, hat man ihn ruhig auf freiem (B) Fuße gelassen. Daß da etwas nicht ganz richtig ist und daß man anders verfahren wäre, wenn das ein Mörder war, der zur Linken gehalten hätte, ist unbedingt richtig. Da gebe ich auch Herrn Ledebour recht.

Aber wenn er nun sagte: Die Kommunisten haben eine Mörderzentrale, ohne den geringsten Schein eines Beweises, als den Brief eines Irrsinnigen — den er selber dafür erklärt hat —, so sage ich, ich habe Hunderte von **Briefen** während meiner politischen Tätigkeit, in der letzten Zeit mindestens 100 **mit Todesurteilen**, erhalten, die direkt den Tag und die Stunde meines Todes angaben. Ich habe es gehalten wie der Genosse Levi, daß heißt, gewöhnlich Papierkorb, nur besonders saftige Ergüsse hebe ich als Spezialität auf. Es ist ganz interessant, sie einmal nachzulesen, es sind darunter auch Briefe von Leuten, deren Name echt ist. In einem Falle war es ein Leutnant, der mit Namen unterschrieb, und ich habe feststellen lassen, daß er wirklich existierte, der in hundsgemeinen Ausdrücken schrieb, wie sie der gewöhnlichste Pennbruder nicht ordinärer finden kann.

(Große Heiterkeit.)

Dem Manne schrieb ich, daß ich mit Bedauern durch seinen Brief von seinem Bildungsgrad Kenntnis erhalten habe.

(Heiterkeit.)

Er hat darauf nicht geantwortet; solche Briefe beachtet man nicht, man nützt sie nicht zu solchen Zwecken aus, wie es Ledebour getan hat. Wenn hier oder da Krakeel in Versammlungen gemacht wurde — Sie stimmten (nach rechts) so jubelnd zu als das Ledebour sagte —, wenn Schlägereien, Verprügelungen vorkamen, denken Sie mal daran, was wir in den Versammlungen der 80er Jahre erlebt haben: mit Füßen getreten und geprügelt worden sind wir; das war in Versammlungen, in denen der Schwiegervater des Herrn Mumm, der Hofprediger Stoecker, sprach. Das haben wir nie tragisch genommen. Das sind aber doch alles keine Beweise für das, wofür Herr (C) Ledebour die Beweise bringen sollte.

Herr Ledebour sagte schließlich in einer Redewendung: „Leute vom Schlage Hoffmanns“.

(Heiterkeit.)

Ja, nun, da ich mich von der Unabhängigen Partei getrennt habe, nun bin ich natürlich ein Aussätziger. In dem Prozeß, siehe **Ledebourbibel über seinen Prozeß,**

(Heiterkeit)

können Sie wörtlich nachlesen, daß er selber vor Gericht gesagt hat: Hoffmann ist der einzige gewesen, der zu ihm gestanden hat. Damals war der Hoffmann gut, heute ist er vom „Schlage Hoffmann“.

(Große Heiterkeit.)

Und wenn nun Herr Crispien wiederholt, während Ledebour sprach und auch nachher, zugerufen hat: Hoffmann und Däumig wissen es genau,

(Abgeordneter Crispien: Sehr richtig!)

diesen Zuruf mußte und sollte wohl auch jeder so auffassen, wir wissen, was mit der Mörderzentrale ist,

(Abgeordneter Crispien: Daß Däumig mit der Untersuchung dieses Falles beauftragt wurde!)

— bitte schön, das konnte man aus dem Zuruf nicht entnehmen, in der Zentrale der Unabhängigen hat Ledebour allerdings den Brief verlesen, und da haben wir genau dasselbe gesagt, was wir jetzt sagen.

(Abgeordneter Crispien: Ledebour war gar nicht in der Zentrale!)

— Ach, streiten Sie doch nicht, Ledebour war sehr oft in der Zentrale, den haben Sie ja immer zu Hilfe gerufen, wenn Sie die Mehrheit ohne seine Hilfe nicht bekommen konnten,

(große Heiterkeit)

da mußte Ledebour, da mußte Hilferding kommen, erzählen Sie also doch nicht, daß Ledebour nicht in der (D) Zentrale war. Crispien hat hierzu gerufen: wir — Däumig und Hoffmann — wissen es genau. Das mußte Fernstehenden den Glauben erwecken, wir wissen etwas von solcher Mörderzentrale. Wir haben über den Brief in der Zentrale sofort dieselbe Meinung geäußert, die wir heute noch haben, daß das ein Brief ist, den man zu hundert anderen legt, aus dem man nicht solchen Sums macht.

(Heiterkeit.)

Und wenn man dann aber einen solchen Zuruf hier in einer Weise hineinbringt, daß jeder, der nur zuhört, der Auffassung sein muß, als wenn Däumig und Hoffmann von der Mörderzentrale etwas wüßten, so ist das ein Beginnen, das unter aller Kritik steht,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

das sich mit einem parlamentarischen Ausdruck überhaupt nicht kennzeichnen läßt.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Da nimmt man einen unparlamentarischen Ausdruck!)

Das tat ich und halte ich aufrecht! Das gleiche gilt von dem Zuruf: Fragen Sie bei Hoffmann und bei Däumig an! — Der Brief ist gleich richtig bewertet worden, und das Ganze, was sich feststellen ließ, war, daß der Schreiber ein konfuser, irrsinniger Mann war. Wenn aber Herr Ledebour den geringsten Beweis von mitschuldigen Personen hat, dann hat er die verdammte Pflicht, sie zu nennen oder sie wenigstens den Kommunisten zu nennen, die er, Ledebour, noch für anständig hält. Er hat es nicht getan, weil das Ganze nur ist: Herr Ledebour braucht wieder einmal eine Pose als Märtyrer, um das verlorene Ansehen der Unabhängigen Partei wieder etwas aufzufrischen.

(Heiterkeit.)

(A) **Präsident:** Die Besprechung über Kap. 1 Tit. 1 ist geschlossen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Schiffer.

Schiffer, Abgeordneter: Namens meiner politischen Freunde habe ich Verwahrung einzulegen gegen den Mißbrauch, der in diesen Stunden mit der Tribüne des Reichstags getrieben worden ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Reichstag ist wiederholt zu stürmischen Ausbrüchen der Heiterkeit veranlaßt worden. Tatsächlich aber war das Schauspiel, das wir erlebten, tieftraurig; tieftraurig vor der Außenwelt und vor unserem Lande.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Das lag an dem Herrn Reichsminister!)

Es ist immer etwas Mißliches, wenn parteipolitische und persönliche Auseinandersetzungen dieser Art hier gepflogen werden.

(Sehr wahr!)

Aber in der Stunde, in der Lage, in der wir uns jetzt befinden, ist es wohl das allerdringendste sittliche Gebot, solche Bemerkungen jetzt zurückzustellen und unsere Kräfte auf das zu lenken, was uns gemeinsam beschäftigen sollte.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das hätten Sie gestern Herrn Levi sagen sollen!)

— Möge das jeder sich annehmen, den es angeht. Ich glaube, daß es das richtige gewesen wäre, wenn sich, auch wenn der eine angefangen hat, der andere des Ernstes der Stunde bewußt gewesen wäre und geschwiegen hätte.

(Zurufe.)

Das wäre dasjenige Verhalten gewesen, das verstanden worden und gerechtfertigt gewesen wäre.

(B) Zudem haben wir die wichtigsten Teile gerade des Ministeriums des Innern hier zum Teil in einer durchaus unerwünschten Kürze behandeln müssen. Wir haben für die Kulturaufgaben, um die es sich handelte, nur wenige Stunden zur Verfügung gehabt. Nun haben wir es erleben müssen, daß jetzt Stunden darauf verwandt worden sind, diese Auseinandersetzungen, diesen parteipolitischen Zwist anzuhören. Meine politischen Freunde wollen sich hierbei nicht mitschuldig machen und deshalb habe ich gesprochen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Levi, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kann dem Herrn Abgeordneten Schiffer in keinem Worte recht geben. Gewiß ist diese Angelegenheit von Haus aus ein dummes Geschwätz, und als etwas anderes haben wir sie nicht aufgefaßt.

(Zuruf rechts.)

Nachdem aber ein Minister und dazu noch ein Minister, der sich „Demokrat" schimpft, auf dieses dumme Geschwätz amtlich eine Aktion gegen die kommunistische Partei aufbaut

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und erklärt, dieses dumme Geschwätz sei ein solches, daß „die Achtung vor dem Führer einer solchen Partei ihm verbiete," solche Dinge nebenbei zu lassen, und darauf eine ganz große Spitzelorganisation durch das Deutsche Reich gründet, so ist es unsere Pflicht bei der Gelegenheit, wo der Etat besprochen wird, davon zu reden. Wenn der Herr Abgeordnete Schiffer mehr wäre als ein Demokrat nur dem Namen nach, so würde er in seiner Partei und bei seinem Minister dafür sorgen, daß er mit solchem dummen Geschwätz nicht nur unsere Zeit, sondern auch die Mittel des Reichs vergeudet.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(C) **Präsident:** Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dittmann.

Dittmann, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Schiffer hat der Meinung Ausdruck gegeben, es sei jedenfalls sehr unerfreulich, daß diese Erörterungen in dieser Stunde stattgefunden hätten,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und er hat, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt wohl der Meinung Ausdruck geben wollen, daß das Präsidium diese Erörterungen lieber nicht hätte zulassen sollen, oder aber — das wenigstens hat er direkt ausgesprochen — daß, wenn auch gestern die Kommunistische Partei durch ihren Redner die Sache angeschnitten hatte, heute in Rücksicht auf die ganze Situation die Unabhängige Partei nicht hätte zu antworten brauchen. Demgegenüber darf ich vielleicht das eine feststellen: In den ersten Nachmittagstunden habe ich das Präsidium geführt. Da ist der Abgeordnete Düwell von der Kommunistischen Partei zu mir gekommen

(Abgeordneter Düwell: Sehr richtig!)

und hat mich gefragt: „Hat sich der Abgeordnete Ledebour schon zum Worte gemeldet?"

(Abgeordneter Düwell: Sehr richtig!)

Ich habe erklärt: „Nein, der Abgeordnete Ledebour hat sich nicht zum Wort gemeldet."

(Abgeordneter Düwell: Sehr richtig!)

Darauf hat der Abgeordnete Düwell mir erklärt: „Wenn sich der Abgeordnete Ledebour nicht melden sollte, dann werde ich mich zum Wort melden und den Abgeordneten Ledebour noch einmal provozieren,

(lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

sich zu melden". Ich glaube, meine Herren, daß diese Feststellung doch das Urteil des Herrn Abgeordneten Schiffer darüber, ob der Abgeordnete Ledebour zu antworten genötigt war oder nicht, ein wenig korrigieren wird. (D)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Düwell.

(Zuruf: Nein, persönlich!)

Dann hat das Wort zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Schiffer.

Schiffer, Abgeordneter: Ich will zunächst feststellen, daß es mir durchaus ferngelegen hat, dem Präsidium einen direkten oder indirekten Vorwurf zu machen.

Weiter kann ich feststellen — ich habe wenigstens den Eindruck gewonnen —, daß die streitenden Parteien jetzt selbst von der Ungehörigkeit dieses ganzen Vorgehens überzeugt sind und sich nur wechselseitig die Schuld daran zuschieben.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

In diesen Streit mich einzumischen, habe ich keine Veranlassung. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß jede der beiden streitenden Parteien gut daran getan hätte, wenn die andere Schuld hatte, es ihr zu überlassen und sich zurückzuziehen auf den Standpunkt, den ich vorhin vertreten habe.

Präsident: Nunmehr ist auch die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat zunächst der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Dem Herrn Abgeordneten Schiffer will ich bemerken, daß nur eine mangelhafte Kenntnis unseres öffentlichen Lebens ihn zu dem Glauben bringen kann, ich hätte die Sache aus der Welt geschafft, wenn ich geschwiegen hätte. Ich stelle fest, daß in der ganzen Wahlbewegung, die wir jetzt durchgemacht haben, nicht bloß —

(Glocke des Präsidenten.)

(A) **Präsident:** Herr Abgeordneter Ledebour, das überschreitet den Rahmen einer persönlichen Bemerkung!

Ledebour, Abgeordneter: Es sind schon verschiedene Freunde von mir mit diesen Angriffen behelligt worden, und da war es unausbleiblich, daß ich Klarheit schaffe. Es war mir durchaus nicht angenehm, war aber absolut notwendig, weil ja die ganze Rede des Abgeordneten Levi darauf präpariert war, nunmehr zu meiner Diskreditierung durch die kommunistische Presse geschleift zu werden.

Gegenüber dem Herrn Abgeordneten Hoffmann, der hier Vorgänge aus einer Zeit vor 40 Jahren beleuchtet hat, verzichte ich auf eine Erwiderung bis auf einen Punkt. Er hat gegenüber meinem Freunde Crispien, der ihm zurief: „Fragen Sie Hoffmann und Däumig!", gemeint, daß er hier über irgend etwas Auskunft geben sollte. Crispien hat nur darauf hinweisen wollen, daß der Zuruf, unsererseits seien keine Schritte zur Aufklärung über den Drohbrief innerhalb der Parteiorganisation getan, unrichtig ist. Denn das Zentralkomitee — das hat Crispien feststellen wollen — hatte Däumig beauftragt, eine solche Untersuchung anzustellen. Es war also damit der Schritt getan, Herr Dr. Levi, den Sie vermißt haben! Nachher, da das keinen Erfolg hatte — wie ich nochmals festgestellt habe —, hat Däumig überhaupt niemals etwas von sich hören lassen, weder damals noch nachher. Deshalb war es notwendig, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Der abermalige Versuch, mich in Parallele zu stellen mit dem Ausnahmegesetzbestrebungen Bismarcks, ist vollkommen hinfällig, da nicht bloß in meiner Absicht so etwas lag, sondern auch in ihrer Wirkung meine Rede so etwas gar nicht zur Folge haben kann.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Der Minister!)

(B) Wenn man aber von einer Kennzeichnung bedauerlicher Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben Abstand nehmen müßte, weil eine solche Kritik von irgendwelchen Leuten anderer Denkungsart in ihrem Interesse ausgenutzt werden kann, dann dürfte man hier überhaupt keine Kritik mehr üben. Sie können das jetzt an der Parallele erkennen. Wenn hier im Deutschen Reichstag irgend ein Abgeordneter unserer Richtung Kritik übt — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, das ist eine Polemik, aber keine persönliche Bemerkung!

Ledebour, Abgeordneter: Nein, das ist unrichtig!

(Heiterkeit und Unruhe.)

Der Nachweis soll in einer Parallele erbracht werden. — Wenn wir irgendwelche Kritik an der gegenwärtigen Regierung und an den gegenwärtigen nationalistischen Parteien üben, so wird das zweifellos immer von den Kapitalisten und den Regierungen fremder Länder ausgenutzt werden.

(Hört! Hört! und Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber deshalb können wir doch nicht von dieser Kritik Abstand nehmen, wenn sie auch von anderen Leuten in anderem Sinne ausgenützt wird. Und aus demselben Grunde, weil wir die Abscheulichkeiten, zu welchen Ihre terroristischen Predigten (zu den Vereinigten Kommunisten) führen, — —

(Unruhe und Zurufe von den Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, das ist wieder eine Polemik!

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Ledebour, Abgeordneter: Weil wir diese Abscheulichkeiten nur durch volle Aufklärung beseitigen können, müssen wir sie schaffen, ganz gleichgültig, was dann andere Leute damit machen. (C)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung; ich bitte, Platz zu nehmen.

Wir stimmen zunächst über Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben ab.

Wer diesem Titel zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist angenommen.

Wir kommen dann zunächst zu der Entschließung Aderhold und Genossen auf Drucksache Nr. 1498 unter 1, und zwar zunächst zu a:

> die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich dem Reichstage die Noten vorzulegen, welche zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren gewechselt worden sind.

Wer dieser Entschließung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

(Lebhaftes Bravo links.)

Wir kommen dann zur Abstimmung über b:

> die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren schleunigst durchzuführen.

Ich bitte diejenigen, die diese Entschließung annehmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung b ist angenommen

(Lebhafter Beifall links.)

Zu der Entschließung Arnstadt und Genossen auf Nr. 1618 II Ziff. 1 ist von dem Herrn Abgeordneten Schiele namentliche Abstimmung beantragt. Ich schlage Ihnen vor, diese namentliche Abstimmung erst morgen vorzunehmen, falls das Haus sie überhaupt verlangt. — Der Antrag bedarf zunächst der Unterstützung von 50 Mitgliedern. (D)

Ich bitte, daß diejenigen Damen und Herren, welche eine namentliche Abstimmung über die Entschließung wünschen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus; die namentliche Abstimmung wird morgen, eine Stunde nach Eröffnung der Sitzung, also ungefähr um 2 Uhr nachmittags, stattfinden.

Wir kommen dann zur Entschließung Müller (Franken) und Genossen auf Drucksache 1625, welche eine für das ganze Reich einheitlich zu regelnde Lehrerbildung verlangt.

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Nach der Kontingentierung der Zeit für die Redner haben die Vertreter mehrerer Parteien die Absicht, zu dieser und zu anderen Fragen noch bei Kap. 3 Tit. 15 zu sprechen. Ich bitte daher, die Abstimmung über die Schulanträge und alles, was damit zusammenhängt, bis zu diesem Punkte auszusetzen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein bittet, die Abstimmung über die Schulanträge bis zur Besprechung des Kap. 3 Tit. 15 zurückzustellen, weil dort noch einmal Schulfragen erörtert werden. — Ist das Haus damit einverstanden?

(Widerspruch bei den Deutschen Demokraten.)

— Dann muß ich über die Anregung des Herrn Abgeordneten Dr. Löwenstein abstimmen lassen.

(Präsident.)

(A) Ich bitte diejenigen, die ihr zustimmen wollen, sich von ihrem Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Abstimmung ist zurückgestellt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Entschließung Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 1633, welche von der Reichsregierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung des Verfahrens beim Volksentscheid und beim Volksbegehren wünscht.

Diejenigen, die dieser Entschließung zustimmen wollen, bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu der Entschließung Alpers, Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover) und Genossen auf Nr. 1646, welche von der Regierung die Bestrafung der Schuldigen an der verfassungswidrigen Verhaftung der Abgeordneten Colshorn und Schiele verlangt.

Wer ihr zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Auch diese Entschließung ist einstimmig angenommen.

Zur Entschließung 1635, die die Kommunalisierung betrifft, hat das Wort Herr Abgeordneter Kniest.

Kniest, Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Meine Parteifreunde haben folgende Entschließung eingebracht:

> die Reichsregierung zu ersuchen, schleunige Maßnahmen zu treffen, daß alle **den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand betreffenden Kommunalisierungen** gemäß Art. 164 der Reichsverfassung unterbleiben.

Meine Damen und Herren! Drei Gründe bewegen uns, diese Entschließung einzubringen.

(B) (Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas Ruhe.

Kniest, Abgeordneter: Drei Gründe bewegen uns, diese Entschließung einzubringen. Einmal wollen wir wieder in die weiten Kreise des gewerblichen Mittelstands Beruhigung hineintragen. Seit längerer Zeit geht eine Bewegung durch unser Vaterland, die Betriebe, die heute in freier Bewirtschaftung durch den einzelnen Gewerbeinhaber liegen, zum Teil in Kommunalbetriebe überzuführen.

(Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich muß noch einmal die Bitte wiederholen, die Zwiegespräche doch leiser zu führen.

Kniest, Abgeordneter: Der Gewerbestand, sei es der des Handwerkers oder sei es der des Kleinkaufmanns, beruft sich auf **Art. 164 der Reichsverfassung,** der vorsieht, daß die Reichsregierung bemüht sein wird, den gewerblichen Mittelstand vor Aufsaugung zu schützen. Die Bestrebungen der Kommunalisierung bedeuten eine Aufsaugung des gewerblichen Mittelstands.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden uns dagegen verwahren.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir appellieren aber auch an das Gerechtigkeitsgefühl unserer Mitbürger, den Stand, der in weitesten Kreisen als strebsam und arbeitsam bezeichnet werden muß, in dieser schweren Zeit zu schützen und zu stärken.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir verkennen keineswegs den Gang der Entwicklung. Wir wissen, daß wir in ernsten und eigenartigen Zeiten leben, daß manche Existenz zum Opfer gebracht werden muß durch die Entwicklung. Aber man kann auch einer (C) Entwicklung nachhelfen. Dagegen wollen wir uns verwahren. Wir erkennen an, daß wir alle Bestrebungen fördern müssen, um die Produktion auch im Kleingewerbe auf das höchste Maß zu bringen. Wir erwarten, daß der Gewerbestand sich alle modernen Einrichtungen zu eigen macht, soweit sie für ihn zu erreichen sind. Aber wir sind nicht der Meinung, daß die Kommunalisierungsbestrebungen als ein Vorteil sowohl für den Gewerbestand, als auch für die Allgemeinheit gelten können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Beweise dafür fehlen uns bisher.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wohin wir sehen, wo die Gemeinden dazu übergehen, in ihrer Not diesen vermeintlichen Rettungsanker zu ergreifen, sehen wir Mißerfolge. Es ist zu verstehen, wenn in einzelnen Gemeinden in der heutigen schweren Zeit sich Männer finden, die den Gedanken fassen, den sogenannten Mittelstand beiseite zu schieben, ihn als Preisverteurer hinzustellen, und meinen, wenn sie die Produktion oder den Verkauf von Lebensmitteln und dergleichen in eigene Hände nehmen, nun den Steuerzahlern Erleichterung zu schaffen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

In Wirklichkeit sieht es anders aus. Wir haben namentlich in letzter Zeit häufig die Erfahrung machen müssen, daß jene Versuche zu nichts führen. Wenn wir uns in den einzelnen Städten die Einrichtungen ansehen, die während des Krieges entstanden sind, die aber nun fortgeführt oder auch neu eingeführt werden, so können wir allenthalben die größten Mißerfolge feststellen, sogar bei den Betriebsarten, die wir mit unserem Antrage gar nicht treffen wollen und bei denen wir ohne weiteres zugeben, daß sie in staatliche oder städtische Verwaltung zu übernehmen sind. Zum Beispiel bei den Straßenbahnen können wir die größten Mißerfolge der kommunalen Ver- (D) waltung konstatieren. Neuerdings ist mir von der Stadtverwaltung von Frankfurt am Main, also von einer Stadt, die doch gewiß eine Stadt der Intelligenz darstellt, die Nachricht zugegangen, daß man sich dort mit dem Gedanken trägt, die **Straßenbahn** zu **entkommunalisieren,** weil man nicht mehr ein und aus weiß.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ähnliches geht ja auch in Berlin vor. Es verlockt nicht zur Nachahmung, wenn man ferner hört, daß der sogenannte Baubetrieb der Stadt Neukölln, der doch als Musterbetrieb gelten soll, bereits jetzt ein Defizit von 22 Millionen Mark hat

(lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten)

und daß man neuerdings weitere 18 Millionen verlangt, um den Betrieb weiterzuführen.

Meine Damen und Herren! Ich verstehe nicht, wie unter solchen Umständen ein Vorteil für die Allgemeinheit herauskommen soll. Ich kann es verstehen, wenn Theoretiker glauben, durch die Kommunalisierung Ersparnisse machen zu können; ich verstehe es auch, wenn einzelne Stadtverwaltungen sich sagen: wir sehen wohl den Unsinn ein, aber wir werden durch die eigenartige Zusammensetzung unserer Stadtverwaltung gezwungen, so etwas zu machen. Die Leidtragenden sind natürlich immer die Steuerzahler. Ich habe die Empörung der Bürgerschaft in der Stadt Neukölln über die für diesen städtischen Baubetrieb neu veranlagten Millionen hören können. Die Steuerzahler müssen heute wahrhaftig gerade genug Steuern zahlen, als daß noch weiter derartige nutzlose Versuche unternommen werden sollten.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Ich wäre der letzte, der nicht freudig einer Einrichtung

(**Knieft**, Abgeordneter.)

(A) zustimmen würde, die zu einer Entlastung der Bürgerschaft auf steuerlichem Gebiet führen könnte. Aber ich muß ehrlich sagen: in der Kommunalisierung sehe ich nicht einen Weg, um zu einer solchen Entlastung zu kommen. Ich sehe nur, daß die Arbeitsfreudigkeit unseres gewerblichen Mittelstands immer geringer wird.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir brauchen aber die Arbeitskraft dieser großen Schicht unserer Bevölkerung und können sie nicht erhalten, wenn wir dem **gewerblichen Mittelstand** bei jeder Gelegenheit Schwierigkeiten in den Weg legen. Man hat zwar, vor allen Dingen während des Wahlkampfes, auch in sozialdemokratischen Versammlungen immer gesagt: das Handwerk soll gar nicht kommunalisiert werden. Das stimmt aber nicht, das hat man nur während des Wahlkampfes gesagt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

In Wirklichkeit sieht die Sache ganz anders aus. Ich lese jetzt in den Berliner Zeitungen, daß man wieder eine städtische Druckerei einrichten will. Das ist auch etwas, was dem Gewerbestand nahegeht. Man kann es unter diesen Verhältnissen verstehen, wenn die Gewerbetreibenden nicht recht wissen, wie sie bei der Wahl ihre Stimme anbringen sollen. Mir wird manchmal gerade von der linken Seite der Vorwurf gemacht, ich sei nicht in der Lage, die Handwerker zu erziehen und sie davon abzuhalten, nach rechts zu gehen. In der Not greift man bekanntlich nach den Strohhalm. Dieser Strohhalm kann auch ein deutschnationaler Wahlzettel sein, obwohl ich weiß, daß unser Gewerbestand in weitesten Schichten demokratisch gesinnt ist und die Bestrebungen des Großkapitals, der Großagrarier und auch der Schwerindustrie nicht mitmacht. Aber er wählt aus Opposition deutschnational. Und wenn es noch etwas Höheres gäbe als deutschnational, würde er auch das (B) noch wählen aus Verärgerung, weil man ihm in seinem Wirken Erschwerungen in den Weg legt.

Aus diesem Grunde haben wir heute die Gelegenheit bei dem Etat des Ministeriums des Innern wahrgenommen, Sie zu bitten, mit unserer Entschließung eine gewisse Beruhigung in die Kreise des gewerblichen Mittelstandes hineinzutragen. Wir wissen, daß etwas im Werke ist, daß vielleicht eine **reichsgesetzliche Regelung der Sozialisierung und Kommunalisierung** in Aussicht genommen worden ist. Man hat den Herrn Minister des Innern in leisem Verdacht, daß er derjenige wäre, der vielleicht die Sache noch fördern könnte. Ich kenne den Herrn Minister seit langen Jahren sehr genau, da er früher bei uns als Oberbürgermeister tätig war. Ich weiß, daß er innerlich diesem Gedanken jedenfalls nicht huldigt, daß er bestrebt sein wird, den Gewerbestand zu schützen. Aber es liegt natürlich an diesem hohen Hause und auch an der Einsicht der Regierung, wie weit der gewerbliche Mittelstand notwendig ist für unser Wirtschaftsleben, wie weit es notwendig ist, ihn zu stärken und zu erhalten. Hieran liegt's, nicht an dem Willen des einzelnen Menschen. Ich bin auch überzeugt, daß der Minister des Innern seinen ganzen Einfluß in dieser Richtung ausüben wird.

Wir wollen auch nicht eine reichsgesetzliche Regelung. Ich höre aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes Proteste über Proteste und erhalte Schreiben in großer Zahl auch von den Handels- und Handwerkskammern, aus denen hervorgeht, daß in unzähligen Versammlungen gegen diese Kommunalisierung Sturm gelaufen wird und in denen ersucht wird, in diesem hohen Hause energisch Stellung zu nehmen. Ich komme dem gerne nach, weil ich als praktischer Mensch überzeugt bin und weiß, daß keine Vorteile für die Allgemeinheit dabei herauskommen. Ich kann es dem Gewerbestand nachfühlen, wenn er sich dagegen wehrt, zumal er schließlich noch für diese Einrichtung und

(C) Reform durch erhöhte Gewerbesteuern die Kosten aufbringen muß. Deshalb, meine Herren, bitte ich Sie, im Interesse eines arbeitswilligen Standes, der jederzeit bestrebt gewesen ist, seine Pflicht zu tun, im Interesse des Vaterlandes, unserer Entschließung zuzustimmen. Wir werden alles versuchen, um das Vertrauen unserer Mitbürger in den Gewerbestand zu rechtfertigen. Wir werden versuchen, unsere Betriebe so produktiv und praktisch wie möglich einzurichten. Sie dürfen sicher sein: der Weg ist besser als der von Theoretikern eingeschlagene. Damit werden der Bevölkerung größere Vorteile zugute kommen, als wenn sie von Leuten eingerichtet werden, die wenig in der Praxis gestanden haben. Man hat bald einen Stand vernichtet, aber es wird sehr schwer halten, ihn wieder ein- und aufzurichten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich bitte Sie also aus diesem Grunde, weil es der Gewerbestand nicht verdient, in dieser Art untergraben zu werden, unserer Entschließung zuzustimmen.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Isenmann.

Isenmann, Abgeordneter: Geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, in Verbindung mit Kap. 1 Tit. 1 des Etats des Ministeriums des Innern zu der Entschließung auf Drucksache Nr. 1635:

> der Reichstag wolle beschließen:
> die Reichsregierung zu ersuchen, schleunige Maßnahmen zu treffen, daß alle den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand betreffenden Kommunalisierungen gemäß Art. 164 der Reichsverfassung unterbleiben,

(D) einige Worte zu sprechen. Das Verlangen dieser Entschließung ist ebenso zeitgemäß als volkswirtschaftlich von außerordentlich großer Bedeutung. Denn, müssen wir schon der Sozialisierungsidee außerordentlich vorsichtig gegenüberstehen, sie außerordentlich vorsichtig prüfen, so trifft diese Prüfung in noch erheblich höherem Maße für das Experiment der **Kommunalisierung** zu, weil diese Kommunalisierungsepidemie eine wesentliche **Gefährdung des selbständigen Handwerks**, des gewerblichen und kaufmännischen **Mittelstands** darstellt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es ist, wie so manches, eine Folge des Krieges, von der Revolution her Entstandenes. Es ist allerdings nichts Neues, sondern nur etwas Aufgefrischtes, das nun wieder neuerdings in die Erscheinung getreten und auf den Markt geworfen worden ist, in Ermangelung von etwas Besserem.

Seit dem Umschwung, seit der Novemberrevolution von 1918 haben sich die Bestrebungen zur Überführung der privaten Produktionsformen in den Besitz der Allgemeinheit in den verschiedensten Vorschlägen bemerkbar gemacht. Die Vertreter der kommunalisierungswütigen Kreisen rufen in die Welt hinaus: diejenigen Teile der Wirtschaft, die nicht vom Reich oder vom Staat übernommen werden sollen und übernommen werden können, müssen unbedingt in die Hände der Gemeinden gelegt werden. Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft, heißt es, sei sonst gehemmt. Nun frage ich zu dieser Behauptung: wer in aller Welt will bestreiten, daß ehedem, vor dem Kriege, durch das freie Spiel der Kräfte, durch die freie Entfaltung des Geistes, der Wissenschaft, der Forschung, der Technik die Baukunst, der Maschinenbau, der Wohnungsbau, der Bergbau, die Industrie, die Landwirtschaft, das Handwerk, das Gewerbe, Kunst und Wissenschaft auf die höchste Stufe gekommen sind, auf die Stufe der höchsten

(Jsenmann, Abgeordneter.)

(A) Vervollkommnung? Das ist nur durch die **freie Individualität** und die **Privatwirtschaft** erreicht worden, durch die Kommunalisierung und die Sozialisierung wäre das niemals möglich gewesen.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Nein, das ist nicht der Grund! Wir sind anderer Meinung, und zwar: die Kreise der äußersten Linken stehen auf Grund ihrer parteipolitischen Weltanschauung deshalb so unentwegt auf dem Sozialisierungsprogramm, weil sie von außerordentlich schwerer Sorge erfüllt sind, es könnte der durch Menschenalter bewährte Grundsatz von der Freiheit des Unternehmers etwa an irgendeiner Stelle seine Geltung behalten. Der selbständige Mittelstand und vor allem der selbständige Gewerbe- und Handwerkerstand soll einfach als überlebt deklariert werden.

In dem ersten **Entwurf eines Reichskommunalisierungsgesetzes** heißt es: Die Gemeinden sollen ermächtigt sein, nach Zustimmung des Reichs beziehungsweise der Landeszentralbehörden aus Gründen des öffentlichen Wohls, bei Vorliegen eines dringenden Bedürfnisses Unternehmungen aus der Privatwirtschaft in die Gemeindewirtschaft überzuführen. Wann aber diese Voraussetzung, nämlich das **Vorliegen von Gründen des öffentlichen Wohls** oder dringenden Bedürfnisses, als gegeben angesehen wird, wie diese Voraussetzungen und Begründungen in den einzelnen Gemeindekollegien zustandekommen, insbesondere dort, wo gerade die Vertreter dieser Idee überlegen oder in einer sehr erheblichen Majorität sind, können am besten diejenigen beurteilen, die in diesen Kollegien mitzuraten und mitzutaten haben.

Haben wir schon schwere Bedenken gegen diesen Entwurf, der die Genehmigung des Reichs beziehungsweise der Landesbehörden zur Voraussetzung hat, so noch vielmehr bei dem **Gegenentwurf**, den neuerdings die **Sozialisierungskommission** ausgearbeitet hat. Dieser Gegen-

(B) entwurf schiebt das **Recht der Gemeinde zur selbständigen Kommunalisierung** in den Vordergrund. Die Gemeinden hätten somit das absolute Recht, nicht allein Verkehr, Bestattungswesen, Anschlagswesen, Abfuhr, Lichtspiele, Schaustellungen, Badeanstalten, Erzeugung, Beschaffung, Verarbeitung und Vertrieb von Lebens-, Genuß- und Brennmitteln, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanlagen usw. zu übernehmen, sondern sie hätten nach dem § 3 dieses neuen Gesetzentwurfs — allerdings nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats, der mir zwar bisher auch noch nicht eine hinreichende Gewähr dafür geboten hat, daß er mit besonderer Liebe für das selbständige Kleingewerbe und für den Handwerkerstand eintrete — das Recht, die Kommunalisierung auch auf andere als die im § 2 genannten Wirtschaftszweige auszudehnen. Danach könnten also auch das Baugewerbe, des Schneidergewerbe, das Schuhmachergewerbe usw. kommunalisiert werden.

Von ganz besonderem Interesse ist, daß der Entwurf für die Gemeinden ein Monopol für einen Wirtschaftszweig durch Verbot der Fortführung und der Errichtung gleichartiger privatwirtschaftlicher Unternehmungen ausspricht.

Wenn nun ein derartiges Gesetz tatsächlich zustande käme, dann brauchen sich der Reichswirtschaftsrat und das Arbeitsministerium den Kopf nicht mehr über ein etwa notwendig werdendes Handwerkergesetz zu zerbrechen. Wir erheben aber gegen all diese Absichten und gegen diesen Entwurf der Sozialisierungskommission vom selbständigen Handwerk und Gewerbe und vom kaufmännischen Mittelstand den schärfsten Protest.

Ich will heute nicht nicht auf die unrentablen Kommunalisierungsbetriebe zu sprechen kommen, auf Städte und Gemeinden hinweisen, die für ihre kommunalisierten Nebenabteilungen Unsummen aus öffentlichen Mitteln zuschießen müssen, sondern ich möchte mich zunächst auf den Art. 156 der Reichsverfassung beziehen, der sagt:

(C) Jede **Überführung von Privatbetrieben in Gemeindeeigentum** kann nur mit **Zustimmung der Reichsregierung** erfolgen.

Das ist also Voraussetzung. Aber zu einer Änderung des Art. 156 liegt durchaus kein Grund vor. Grundsätzlich möchte ich aber an den Herrn Reichsminister die Worte richten, er möge alle Kommunalisierungsbestrebungen, die an ihn herantreten, mit festem Willen zurückweisen, insbesondere diejenigen Kommunalisierungsideen, die auf die Schädigung oder gar Vernichtung des selbständigen Gewerbes, Handwerks und kaufmännischen Mittelstandes gerichtet sind. Aber nicht allein deshalb, weil sie diese selbständigen Mittelstandsgruppen schädigen und unwirtschaftlich sind, sondern auch, weil bei der Kommunalisierung und der Sozialisierung die deutsche Industrie, das Gewerbe und der Handel wie die deutsche Technik künftig niemals mehr den internationalen Weltmarkt so beherrschen würden, wie dies vor dem Kriege der Fall war. Meine politischen Freunde und ich stimmen dieser Entschließung zu.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eine geschäftsordnungsmäßige Mitteilung machen. Nach den Beschlüssen des Ältestenausschusses sollte heute unbedingt der Etat des Reichsministeriums des Innern zu Ende geführt werden. Das wurde als die unerläßliche Voraussetzung dafür erklärt, daß wir mit der Etatberatung überhaupt vor den Osterferien zu Ende kommen sollten, sofern wir nicht bis weit in die Karwoche zu tagen hätten. Nun darf ich Ihnen mitteilen, daß für die Spezialberatung außer den bereits zu Worte gekommenen Rednern sich vorläufig 33 Redner gemeldet haben.

(Bewegung.)

Es besteht indessen keine geschäftsordnungsmäßige Verpflichtung für jeden einzelnen, der sich in die Redner- (D) liste hat eintragen lassen, wirklich zu reden. Das gilt namentlich für diejenigen Redner, die sich für eine ganze Reihe von Titeln gemeldet haben. Ich glaube deswegen, im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich an eine Reihe von Rednern die Bitte richte, sofern es nicht unbedingt nötig ist, sich streichen zu lassen, im übrigen aber die Reden möglichst kurz zu fassen.

(Bravo!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Henke.

Henke, Abgeordneter: Werte Versammlung! Es ist von vielen Gemeinden in Deutschland in der jüngsten Zeit immer und immer wieder der lebhafte Wunsch nach der endlichen **Schaffung eines Kommunalisierungsgesetzes** geäußert worden. Es gibt eine große Anzahl von Gemeinden, die dieses Gesetz schmerzlich entbehren, weil ja die Gemeinden, die durch die Neuordnung der Steuergesetzgebung und Verwaltung in eine kolossale Abhängigkeit vom Reiche mit ihren Einnahmen gekommen sind, auf eine andere Weise als durch die Kommunalisierung nicht glauben ihre Einnahmen verbessern zu können.

Statt daß uns nun erklärt wird, das Kommunalisierungsgesetz werde endlich herauskommen, begegnen wir diesem Antrag der Deutsch-Demokratischen Partei, der der Kommunalisierung entgegenwirken will. Es ist für mich zweifellos, daß dieser Antrag allgemein der Kommunalisierung entgegenwirken will und im besonderen der Kommunalisierung solcher Wirtschaftsbetriebe, die von Mittelstandsexistenzen vertreten werden. Es ist das sehr charakteristisch, es ist das ein allgemeiner Zug nach Entkommunalisierung, den wir heute in Deutschland beobachten können. Wir hatten neulich in Bremen einen Volksentscheid, da hatten die bürgerlichen Parteien merkwürdiger- und charakteristischerweise zur Wahlparole

(Henke, Abgeordneter.)

(A) gemacht: gegen die Kommunalisierung, für die Entkommunalisierung. Es geht also allgemein — und der Herr Kollege Kniest hatte vollkommen recht mit seinem Hinweis auf Frankfurt am Main — das Bestreben durch die deutschen Lande, der Kommunalisierung aufs schärfste entgegenzuwirken. In Frankfurt ist der Versuch dazu unternommen worden, und es sollen dort weitere Versuche unternommen werden. Frankfurt berief sich schon auf Königsberg. Es kommen noch andere Städte und Gegenden in Betracht, auf die man sich für ein solches Bestreben berufen kann. Ich verstehe schon die Herren von der Deutsch-Demokratischen Partei und insbesondere die Vertreter des Mittelstandes, wenn sie dieses Bestreben unterstützen. Aber daß sie dabei so unglücklich verfahren wie der Begründer des Antrags, ist immerhin ein sehr schlechtes Zeichen für die Sache, die sie vertreten.

Was hat uns der Herr Abgeordnete Kniest eigentlich, im Grunde genommen, gesagt? Was hat er uns vorgetragen? Nachträgliche Wahlschmerzen und weiter nichts. Er hat gesagt, die Leute des Mittelstandes, die kleinen Gewerbetreibenden seien heute sehr erbittert, sie seien mutlos und arbeitsunfreudig, sie wären imstande, eine noch weiter rechtsstehende Partei als die Deutschnationale zu wählen, wenn eine solche vorhanden wäre. Darin drückt sich doch die ganze Entmutigung der Demokratischen Partei darüber aus, daß sie bei den letzen Wahlen, vor allen Dingen in Preußen, so viele Stimmen verloren hatte, hauptsächlich deshalb, weil große Teile des Mittelstandes nach rechts abgewandert sind. Herr Kollege Kniest, ich weiß nicht, wo Sie Ihre politische Wissenschaft gesammelt haben. Da, wo ich sie gesammelt habe, habe ich immer den Hinweis auf die **schwankende Haltung aller Mittelstandsexistenzen in politischen Fragen** gefunden, die ja unser größter deutscher Dichter auch schon gelegentlich in die bekannten und sehr charakteristischen Worte gekleidet hat:

(B) Was ist der Philister, ein hohler Darm,
Voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm!

Das trifft in politischer Beziehung auf viele Mittelstandsexistenzen zu. Der Kleinbürger ist von jeher in politischen Dingen nicht fest gewesen, sondern hat hin und her geschwankt, je nach dem, wie ihm die Konjunktur so oder so günstiger erschien. Erst der Umstand, daß die ökonomische Entwicklung den Mittelstand mit Notwendigkeit in das Proletariat hinabgedrückt hat, hat diese Leute insofern zu festeren politischen Charakteren werden lassen, als sie Opfer dieser ökonomischen Entwicklung waren. Diese ökonomische Entwicklung — Herr Kollege Kniest, darin werden Sie mir hoffentlich zustimmen — werden Sie mit Ihrem Antrage nicht aufhalten. Sie wird überhaupt nicht aufgehalten werden können. Wenn man sich hier schon herstellt und von den Schmerzen des Mittelstandes redet, denen gegenüber ich wahrhaftig kein taubes Ohr und kein unfühlendes Herz habe, soll man nicht unerwähnt lassen, daß der **Mittelstand** niemals so gelitten hat wie während des Krieges. Und warum hat er **während des Krieges gelitten,** Herr Kollege Kniest? Weil niemals die Konzentration des Kapitals in immer wenigere Hände einen solchen Fortschritt gemacht hat, wie gerade während des Krieges. Das bedeutet aber den Untergang zahlreicher Mittelstandsexistenzen. Sie haben übrigens neulich diese **Konzentration des Kapitals** außerordentlich unterstützt — Sie auch, Herr Kollege Kniest, indem Sie für die Reedereiabfindung gestimmt haben; indem Sie dafür gestimmt haben, haben Sie mit dazu beigetragen, daß die großen, die kapitalkräftigen **Reedereien** mehr als bisher in der Lage sind, Schiffe zu bauen. Hingegen können viele kleine und mittlere Reedereien trotz dieser Unterstützung bei den hohen Schiffsbaupreisen von heute die ihnen verloren gegangenen Schiffe nicht ersetzen. Diese Mittelstandsexistenzen sind dazu nicht nur nicht mehr reich genug, sondern werden

(C) durch die Unterstützuug der großen Reedereien aus Reichsmitteln dem Verderben schneller entgegengeführt.

Man soll also, wenn man vom Mittelstande redet, so von ihm reden, daß man nicht allzu deutlich spürt, daß da Wahlschmerzen zum Ausdruck kommen. Es ist eine Tatsache, die sich gar nicht verkennen läßt, daß die Mittelstandsexistenzen bei der letzten Wahl ihrem Mißmut und ihrer Enttäuschung Ausdruck gegeben haben. Das ist eine Erscheinung, die wir auch früher haben wahrnehmen können, und sie wird sich wiederholen, solange wir einen Mittelstand haben. Der kleine Bürger ist, ich wiederhole es, in politischer Beziehung immer ein schwankendes Element gewesen.

Aber was sagt das alles gegen die Kommunalisierung? Der Herr Kollege Kniest hat einige Ausführungen gegen diese Kommunalisierung gemacht, und ich erlaube mir, ganz kurz darauf einzugehen. Er hat von den **Erfolgen kommunalisierter Betriebe vor dem Kriege** ebensowenig wie mein Vorredner, Herr Isenmann, ein Wort gesagt. Beide haben also eine sehr wichtige Tatsache verschwiegen, weil sie absolute Gegner der Kommunalisierung sind.

Aber, werte Versammlung, es läßt sich doch nicht verkennen, daß vor dem Kriege die Kommunalisierung schon erfreuliche Fortschritte gemacht hatte, was die Gasversorgung, die Wasserversorgung, die Elektrizitätsversorgung und was die Straßenbahnen und dergleichen anlangt, und es sind, wie ich hinzufügen will, durch diese **kommunalisierten Betriebe** auch vielfach erhebliche Überschüsse an die Kommunalverwaltungen abgeführt worden. Wenn diese **Überschüsse** heute nicht zu finden sind, dann muß man doch fragen: woher rührt das? Herr Kniest, danach haben Sie offenbar nicht gefragt. Wenn Sie es getan hätten, so hätten Sie mit mir antworten müssen: das rührt einmal daher, daß in diesen kommunalisierten Betrieben in Friedenszeiten eine Buchführung betrieben wurde, die für diese Kommunalisierung nicht zuträglich (D) war und deren Schattenseiten jetzt zum Ausdruck kommen. Bei der kameralistischen Buchführung, die sich jetzt rächt, hat man die Überschüsse einfach eingesäckelt und hat dann in diesen Kommunen keine Steuern zu zahlen gehabt in dem Umfang, wie diese Überschüsse in die Kommunalkasse flossen. Heute geht das nun nicht mehr. Es kommt hinzu, daß man **während des Krieges in den kommunalisierten Betrieben Raubbau** getrieben hat, sowohl bei den Gasanstalten und den Elektrizitäts- und Wasserwerken wie insbesondere bei den Straßenbahnen, und heute ist man genau so wie bei der Eisenbahn in die Notlage versetzt, neues Material anschaffen zu müssen, wieder aufbauen zu müssen, was durch den Raubbau verloren gegangen ist; und da muß man nun die hohen Materialpreise zahlen. Herr Kollege Kniest, dieselben Leute, die an diesen **hohen Materialpreisen** ein so außerordentlich großes Interesse haben, sind auch die Leute, von denen ich, wenn ich die ökonomische Potenz dieser Leute einschätze, behaupte, sie sind die schlimmsten Feinde des Mittelstands.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die **Großkapitalisten,** besonders die Inhaber der großen Stahl- und Eisenwerke sind die schlimmsten Feinde des Mittelstandes, sie haben kein Herz für den **Mittelstand,** und wenn hier ihre parlamentarischen Vertreter veranlaßt werden, für Ihren Antrag zu stimmen, und wenn es eine Tatsache ist, daß die Deutschnationale Partei besonders Mittelstandsretterei getrieben hat, solange sie existiert, ebenso wie ihre Vorgängerinnen, die konservative und die freikonservative Partei, so ist der wirkliche Grund dafür doch sehr leicht zu durchschauen. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Man hat ganz deutlich gemerkt, daß man nicht den Mittelstand retten wollte, sondern Stimmenfang treiben wollte. Den Mittelstand können

(Henke, Abgeordneter.)

(A) Sie nicht retten, wenn Sie solche Anträge einbringen, und dem Gemeinwohl dienen Sie damit auch nicht, sondern dem dienen Sie, wenn Sie die Kommunalisierung zu begreifen sich bemühen und der Kommunalisierung da, wo sie angebracht ist und der Förderung des Gemeininteresses dient, die Wege bahnen. Das sollten Sie mit uns im Bunde tun. Aber statt dessen bringen Sie diesen Antrag ein, der nicht nur den Mittelstand schützen soll, sondern der ganz allgemein der Kommunalisierung entgegenwirken soll. Es sind die ungeheuer gestiegenen Materialpreise, die die Kommunalbetriebe, insbesondere die Straßenbahnen, heute nicht die Überschüsse abwerfen lassen, die man nach früheren Erfahrungen von ihnen erwartet hat.

Nun, werte Versammlung, es gibt leider immer noch kein **Kommunalisierungsgesetz,** wie es schon zu Anfang der Revolution in Aussicht gestellt wurde und wie es von großen Kommunen mit immer größerem Nachdruck gefordert wird. In den **Stadtverordnetenversammlungen,** die in Betracht kommen, sitzen ja glücklicherweise nicht mehr demokratische Hausbesitzer wie früher — denn ich kann doch wohl sagen, die demokratischen Abgeordneten von heute und die freisinnigen Abgeordneten von ehemals sind so ziemlich ein und dasselbe —, sondern es sitzen vielfach Arbeiter darin, die in der Tat der Meinung sind, das Gemeinwohl besser zu vertreten, wenn sie allen üblen Erscheinungen der Individualwirtschaft entgegen und aller Gegnerschaft zum Trotz für die Kommunalisierung eintreten.

Herr Kniest hat gemeint, in **Berlin** solle eine **Druckerei kommunalisiert** werden; das greife ein in die Interessen des Druckereigewerbes. Nun, es gibt auch Druckereien, die ganz besonders große Betriebe sind, und diese sind weit schlimmere Feinde der kleinen Druckereien,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(B) als etwa die Stadt Berlin es ist, wenn sie eine einzelne Druckerei kommunalisieren will. Diese Kommunalisierung hängt aber doch auch mit einer anderen Kommunalisierung zusammen, nämlich mit der Kommunalisierung der Litfaßsäulen, sonst wäre es der Stadt Berlin garnicht eingefallen, eine Druckerei zu kommunalisieren. Man soll doch die Dinge richtig darstellen.

Im Prinzip hat man gegen die Kommunalisierung auch nicht das mindeste einzuwenden vermocht. Ich möchte aber auf die **sozialen Baugenossenschaften** hinweisen und damit auf ein Gewerbe, das ja Herr Kniest auch nicht sozialisiert haben will. Er hat in einem kleinen Artikelchen im „Berliner Tageblatt" unter anderem davon gesprochen, daß die Bauwirtschaft jetzt wieder angekurbelt werden soll. Da möchte er nun am liebsten auch die Baugewerbetreibenden durch irgendwelche Maßnahmen geschützt sehen, die die Regierung auf Grund der Annahme seines Antrages durchführen soll. Im Baugewerbe sind es besonders die Arbeiter, die für seine Sozialisierung eintreten. Da können sich die Bauarbeiter darauf berufen, daß in einer ganzen Reihe von Städten Baugenossenschaften geschäftlich viel günstiger abgeschnitten haben, als Vertreter des Mittelstandes es ihnen nachreden, obwohl sie weit billiger für die Städte gearbeitet haben als die großen Unternehmer. Die großen Unternehmer haben in vielen Fällen ganz exorbitant hohe Forderungen für ihre Bauarbeiten gestellt. Ich könnte dafür viele Beispiele nennen. So hat die Stadt Pforzheim Kleinwohnungsbauten ausführen lassen. Die Unternehmer haben bei der Vergebung der Arbeiten bis 100 Prozent auf den tariflichen Lohn bei ihren Forderungen aufgeschlagen, sie haben als Arbeitslohn 37 Mark für den Kubikmeter im Fundament eingesetzt, 42 Mark pro Kubikmeter für das übrige Mauerwerk. Dagegen hat eine Bauarbeitergenossenschaft ein bedeutend niedrigeres

(C) Angebot gemacht, und sie hat auch einen Auftrag von der Stadt bekommen, nachdem die Stadt auf ihren Rat hin einmal einige Häuser in Regie hat ausführen lassen, um Erfahrungen zu sammeln. Da hat sich nun herausgestellt, daß der Kubikmeter auf 21 Mark zu stehen kam.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ähnliche Resultate könnte ich, wie gesagt, noch aus einer ganzen Reihe anderer Städte nennen. Sie ersehen aus diesem Hinweis, daß eine solche soziale Arbeitsgemeinschaft weit billiger zu arbeiten vermag, wie die Unternehmer, wie insbesondere die Vertreter des Mittelstandes, und da wäre die Frage am Platze, warum diese Arbeitergenossenschaften billiger arbeiten können. Nun, deshalb, weil sie mit weniger Profit vorlieb nehmen, weil die Arbeiter in solchen Unternehmungen viel arbeitslustiger sind, weil sie nicht mit so großen Unkosten zu rechnen haben wie die Unternehmer. Alles das würde der Gemeinde zugute kommen, wenn sie diese Arbeiten an Baugenossenschaften übertragen würde oder wenn sie noch weitergehend das **Baugewerbe sozialisieren** würde. Die Sozialisierung führt zur Verbilligung, wenn im übrigen im einzelnen die Vorbedingungen gegeben sind, um die Sozialisierung durchzuführen, und die fehlen in manchen Beziehungen, weil Sie früher eine Politik getrieben haben, die sich heute in den einzelnen Kommunen von ihrer schädlichen Seite zeigen muß.

Ich habe schon auf den Raubbau hingewiesen, der gerade bei den kommunalisierten Betrieben während des Krieges vollführt wurde. Ich habe auch schon auf die ungeheuer hohen Materialpreise hingewiesen, die heute ganz besonders von den Vertretern der Schwerindustrie gefordert werden. Da ist es ganz selbstverständlich, daß die kleinen kommunalisierten Betriebe an diesen Mißerfolgen nicht schuld sind, sondern es sind die Erscheinungen ihrer kapitalistischen Produktionsweise, die da zum Ausdruck kommen. Es kommen hinzu die infolge der bürgerlichen Kriegspolitik zerrütteten Finanzen und anderes mehr. Wer die Dinge (D) nüchtern, ruhig betrachtet und in Wirklichkeit darauf ausgeht, dem Gemeinwohl zu dienen und nicht irgendeiner einzelnen Interessenkoterie oder irgendeiner einzelnen Klasse oder gar einer untergehenden Klasse zu nützen, der kann gar nicht verkennen, daß mit dem Fortschreiten der Kommunalisierung und Sozialisierung — beide gehören ja eigentlich zusammen, weil die Kommunalisierung letzten Endes ja auch eine Sozialisierung ist — dem Gemeinwohl weit mehr gedient ist als dadurch, daß man künstlich **Mittelstandsexistenzen** am Leben zu erhalten sucht, die nun einmal leider — kann man sagen; aber leider müssen ja alle Lebewesen auch einmal sterben — dem Untergange geweiht sind. Die ökonomische Entwicklung geht über sie hinweg.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Geben Sie sich, meine Herren, also nicht der Überzeugung hin, daß Sie die **Kommunalisierung** aufhalten können. Für eine Zeitlang gelingt Ihnen das vielleicht. Heute können Sie sie aufhalten, wo Ihnen die Faktoren dafür sehr günstig stehen. Aber die Erkenntnis des Vorteils der Kommunalisierung für die Allgemeinheit wird sich so eminent in wenigen Jahren durchsetzen, daß ich fest überzeugt bin: es wird bald nicht mehr möglich sein, solche Anträge überhaupt einzubringen, weil man befürchten muß, sich damit maßlos lächerlich zu machen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heute können Sie allerdings noch einmal solche Anträge einbringen, und ich habe Ihnen gezeigt, daß ich sehr wohl verstehe, aus welchem Grunde Sie das getan haben.

Meine Freunde lehnen diesen Antrag ab, weil sie der Überzeugung sind, daß die Kommunalisierung gefördert werden muß. Wenn uns eins nottut, dann sind es nicht solche Anträge, sondern ein ausreichendes Kommunalisierungsgesetz. Es ist notwendig, daß die Gemeinden in

(**Henke**, Abgeordneter.)

(A) den Stand gesetzt werden, Enteignungen vornehmen zu können,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

vor allen Dingen zum Zweck der Wohnungsbauten für die Arbeiter. Es ist also notwendig, um es noch einmal zu sagen, die Bahn für die Kommunalisierung freizumachen und sich ihr nicht entgegenzustemmen. Wer sich mit Anträgen der Kommunalisierung oder der Kommunalisierungstendenz entgegenstemmt, der gleicht jenem gehörnten Tier, das da glaubt, mit seinen Hörnern einen Eisenbahnzug in der Fahrt aufhalten zu können.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Die folgenden Redner darf ich bitten, mit der Beratung über diese Entschließung nicht eine allgemeine Mittelstandsdebatte verbinden zu wollen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hammer.

Hammer, Abgeordneter: Meine Herren! Ich will der Mahnung des Herrn Präsidenten, uns kurz zu fassen, nachkommen, bin aber doch genötigt, einige Bemerkungen dazu auszuführen.

Wir begrüßen den Antrag und sind erfreut, daß alle bürgerlichen Parteien sich so entschieden auf diesen Standpunkt gestellt haben, und ich glaube, daß hier eine bürgerliche Mehrheit dafür vorhanden sein wird, die ein etwa eingebrachtes Kommunalisierungsgesetz dahin schicken wird, wo es hingehört, in den Orkus.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zurufe links: Wohin?)

Im Herbst vorigen Jahres habe ich im preußischen Landtag im Namen meiner politischen Freunde ganz entschieden gegen die **Kommunalisierung** Stellung genommen. Am 1. Dezember habe ich das hier im Reichstag wiederholt, und ich tue es auch jetzt wieder im Auftrage meiner (B) politischen Freunde.

Wenn der sozialdemokratische Vorredner, auf dessen Ausführungen ich auch nur kurz eingehen will, ein Loblied auf die Kommunalisierung vor dem Kriege gesungen und dem Herrn Antragsteller vorgeworfen hat, er habe dieses verschwiegen, so hat er gegen etwas gesprochen, was doch selbstverständlich ist.

Die **Kommunalisierungsbetriebe vor dem Kriege** für Gas, Wasser, Elektrizität usw. hatten eine Monopolstellung und konnten die Tarife festsetzen, wie sie wollten. Sie konnten so hohe Preise nehmen, wie sie es für gut befanden. Das ist also gar nicht in Vergleich zu stellen. Aber es ist für den Herrn Abgeordneten Henke gefährlich, daran zu erinnern, wenn er sich die geradezu furchtbaren Resultate der jetzigen Kommunalisierung ansieht.

(Sehr richtig! rechts.)

In Groß-Berlin haben wir das Schauspiel, daß fast alle diese Betriebe zusammenbrechen müssen, wenn nicht die Steuerzahler in ganz ungeheurem Maße herangezogen werden.

Auch auf seine **Arbeiterbaugenossenschaften** will ich nur kurz eingehen. Ich habe es schon das letztemal eingehend erwähnt, daß sehr viele Städte mit Unterstützung des Reichs und der Länder Baugelder an die Arbeiterproduktivgenossenschaften hergeben und jede Konkurrenz des selbständigen Baugewerbes ausschließen.

So hat die Stadt Schwedt a. O. 925 000 Mark für Siedlungen hergegeben. Aber kein einziger selbständiger Bauhandwerker ist zur Konkurrenz zugelassen worden. Dann ist es nicht schwer, wenn ich Geld und Aufträge bekomme, aber keine Konkurrenz zu befürchten habe, mit Gewinn zu arbeiten. Wenn Sie die freien Unternehmer heranziehen — sie wollen gar keinen Vorzug haben —, dann werden sie Ihnen zeigen, daß der freie Unternehmer besser und billiger arbeiten wird.

Es ist mir gestern von einem Mitgliede des preußi- (C) schen Landtags mitgeteilt worden — ich kann es nicht nachprüfen —, daß der Reichswirtschaftsminister 2 Millionen Mark für einen freien Bauverband hergegeben haben soll, der, soviel ich gehört habe, aus Arbeitnehmerorganisationen besteht. Wenn derartige Wettbewerber Millionenaufträge nebst großen Summen vom Reich bekommen und man die selbständigen Unternehmer ausschließt, dann ist das eine einseitige Bevorzugung. Aber damit können Sie selbstverständlich nur so lange kommunalisieren, wie der Steuerzahler überhaupt noch einen Groschen im Beutel hat.

Meine Herren (nach links), die **Kommunalisierung des Lebensmittelhandels** ist auch ein sehr gefährliches Thema für Sie! Beim 5. Ausschuß war eine Eingabe der bayerischen Städte eingegangen, wonach sie für alle Verluste, die sie auf dem Lebensmittelmarkt betroffen hätten, vom Reich entschädigt werden wollten. Der Herr Vertreter des Ernährungsministeriums hat dort ausgeführt, das würde für alle Gemeinden etwa in Deutschland 650 Millionen Mark ausmachen.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir haben die mittelständische Rechnung hinterher präsentiert, daß man für die selbständigen Lebensmittelhändler, die Bäcker, die Schlächter, die Konsumvereine und alle diese Wirtschaftsvereine, die sich damit beschäftigen mußten, dann ebenfalls eine große Summe anzumelden hätte, so daß das Reich etwa eineinhalb Milliarden Mark an Entschädigungen zu zahlen gehabt haben würde. Die Städte sind eben nicht imstande, durch ihre Beamten, auch wenn sie noch so tüchtig und pflichttreu sind, die Lebensmittelbeschaffung und Verteilung in dieser Auswahl und mit gleicher Billigkeit herzugeben wie der freie Handel. Wir sehen es ja jetzt, nachdem die Zwangswirtschaft endlich einmal durchbrochen ist, daß wir allmählich immer billigere Preise und größere Auswahl bekommen, nur weil dem (D) freien Handel wieder etwas Ellbogenfreiheit gelassen wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Hunderte von **Gemeinden** haben **Riesenverluste** erlitten. Vom Rabattsparvereinsverband in Hannover ist eine Broschüre herausgegeben, deren Lektüre ich auch den Herren von links einmal empfehlen darf. Da finden Sie geradezu erschütternde Beispiele, was für Verluste die einzelnen Städte gehabt haben. Die Stadt Frankfurt am Main, die auch Herr Henke erwähnte, hat allein über 112 Millionen Mark dafür zugesetzt, daß die Beamten Kaufmann spielen sollten.

(Hört! Hört! rechts)

Übrigens sind wir schon mitten in der Kommunalisierung drin und zwar ohne das Gesetz.

Denn überall, wo eine sozialistische Mehrheit besteht, erzwingt sie es, nicht nur Lebensmittelhandel und -gewerbe in die Hände zu bekommen, sondern auch das Baugewerbe und alle möglichen anderen Dinge. Aber nur sehr selten gelingt es diesen Kommunalisierungspolitikern, mit Gewinn zu arbeiten, sondern sie setzen noch das von der Gemeinde erhaltene Geld zu. — Es wird mir eben zugerufen: die Bekleidung! Sehr richtig, bei solcher Bevorzugung wäre es an sich kein Beweis. Trotzdem arbeiten sie fast überall mit Verlust.

Ich habe hier im Namen meiner politischen Freunde zum dritten Male gegenüber der Kommunalisierung zu wiederholen, daß wir uns unter allen Umständen ganz energisch gegen jede Kommunalisierung wehren werden. Wir freuen uns aber auch über die Erklärung des Herrn Antragstellers, der sagte, daß die **Handwerker und kleinen Kaufleute** heute **deutschnational** wählten, weil sie fühlten, daß sie dort bisher ihren Rückhalt gehabt haben, was übrigens auch Herr Henke widerwillig anerkannte.

(**Hammer**, Abgeordneter.)

(A) Wenn der Herr Abgeordnete Kniest dabei gegen uns polemisierte, indem er meinte, der größte Teil der Handwerker sei trotzdem heute noch demokratisch, so will ich mit ihm als Handwerkskollegen nicht rechten. Ich will ihm nur sagen: Das sind wohl nur noch ein paar Offiziere, aber ohne Mannschaften.

Ich habe also zu erklären: Wir werden jedem Versuch, den Lebensmittelhandel, den freien Handel, Groß- oder Kleinhandel oder das Handwerk zu kommunalisieren, entschiedenen Widerstand entgegensetzen, und wir haben heute die Freude, daß jetzt die bürgerlichen Parteien bis nach links eine Phalanx bilden, weil die Not so groß geworden ist, daß es gar nicht mehr anders geht, und an dieser Phalanx wird sich wahrscheinlich Ihr (nach links) Wille, alles zu kommunalisieren, brechen.

(Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Havemann.

Havemann, Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Entsprechend der Bitte und der Aufforderung des Herrn Präsidenten werde ich meine Ausführungen auf das äußerste beschneiden und nur mit einigen Worten zu der vorliegenden Frage Stellung nehmen. Ich möchte an die Worte des Herrn Abgeordneten Henke anknüpfen. Herr Abgeordneter Henke vertrat in seinem Schlußsatz die Meinung, daß man nicht mehr lange mit solchen Anträgen, wie sie heute von seiten der Deutschdemokratischen Partei gestellt seien, kommen dürfe oder kommen würde. Man würde darüber bald zur Tagesordnung übergehen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und der Gedanke der **Kommunalisierung** würde sich immer mehr durchsetzen. Ich möchte dem verehrten Herrn Kollegen Henke darauf erwidern, daß ich und das gesamte Handwerk Deutschlands durchaus anderer Meinung sind. (B) Wir glauben, daß diese Kommunalisierung durch die Entwicklung von selbst von Jahr zu Jahr mehr zu Grabe getragen wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist hier schon einmal das Beispiel von Berlin angeführt worden, und solche Beispiele ließen sich noch sehr leicht vermehren. Ich darf den Herrn Abgeordneten Henke wohl darauf hinweisen, daß man in sehr vielen Städten, wo derartige kommunalisierte Betriebe durchaus nicht mehr funktionieren wollen, sich mehr oder weniger ernst mit dem Gedanken trägt, diese jetzt kommunalisierten Betriebe wieder dem freien oder dem gemischten Betriebe zuzuführen, um wieder zu einer gewissen Wirtschaftlichkeit zu kommen.

Es ist hier von dem Art. 164 geredet worden, in dem es heißt, daß Handwerk und Mittelstand vor Aufsaugung und Überlastung geschützt werden sollen. Dieser Artikel kommt unmittelbar für diese Sache nicht in Frage, sondern der Art. 156, durch den es möglich ist, unter Umständen eine Kommunalisierung herbeizuführen. Sie wissen ja, daß im Frühjahr 1920 die Regierung einen **Reichskommunalisierungsgesetzentwurf** veröffentlicht hat, nach dessen Paragraphen die Gemeinden ermächtigt sein sollen, aus Gründen des öffentlichen Wohls bei Vorliegen eines dringlichen Bedürfnisses nach Zustimmung der Reichs- beziehungsweise Landeszentralbehörden Unternehmungen aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft zu überführen. Dieser Entwurf birgt an und für sich schon große Gefahren in sich; denn es ist natürlich unter Umständen möglich, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Sozialisierung und Kommunalisierung eintreten könnte.

Ich will offen zugeben, daß damit vielleicht nicht die Betriebe getroffen werden könnten, die jetzt bereits kommunalisiert sind. Ich denke dabei an die städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerke, an die Gasanstalten und dergleichen mehr, und ich gebe offen zu, daß man vielleicht (C) hier oder da nicht wird umhin können, der Kommunalisierung dieser Betriebe, wie wir sie ja schon seit Jahrzehnten haben, auch in Zukunft zuzustimmen.

Bedeutend gefährlicher aber ist der zweite **Entwurf**, der seitens der **Sozialisierungskommission** herausgegeben ist. Dieser schiebt das **Recht der Gemeinden zur selbstständigen Sozialisierung** in den Vordergrund. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, die Beschaffung, Lagerung und den Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln, Brennstoffen und vielen anderen Artikeln in eigene Regie zu übernehmen, hauptsächlich, wenn die betreffenden Gewerbe mehr als die Hälfte ihrer Erzeugung in der Gemeinde absetzen. Der zuletzt erwähnte Entwurf sieht vor, daß die Gemeinden ein Monopol für bestimmte Wirtschaftszweige errichten können. Dieser Sozialisierungsentwurf ist für uns absolut unannehmbar, er muß für uns unter allen Umständen ausscheiden.

Herr Kollege Henke ist dann auch darauf zu sprechen gekommen, daß einzelne Betriebe sich als sozialisierte oder kommunalisierte Betriebe gut gemacht hätten. Er hat besonders auf das Baugewerbe Bezug genommen. Ich könnte ihm da entgegenhalten, daß man auch umgekehrt derartige Betriebe gehabt hat, die nicht funktioniert haben, so daß ich beispielsweise genau weiß, daß gerade bei dem **Bau der Bergarbeiterwohnungen** das **private Unternehmertum** viel besser funktioniert hat als diese sozialisierten Betriebe.

(Abgeordneter Simon [Franken]: Funktionieren denn alle Privatbetriebe?)

— Jawohl, besser als diese kommunalisierten, Herr Kollege, und wenn sie nicht funktionieren, dann kostet es wenigstens den Privatunternehmern ihr eigenes Geld. Wenn aber die kommunalisierten Betriebe nicht funktionieren, dann müssen Sie und wir alle aus öffentlichen Mitteln dazu bezahlen. (D)

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Man könnte ja noch viele Beispiele anführen. Ich will auf einen Betrieb hinweisen in **Flensburg**, der von mir früher schon einmal erwähnt worden ist. Hier hatte man unter anderem eine **Erwerbslosenschlachterei** eingerichtet, eine Sache, der ich grundsätzlich nicht etwa abgeneigt gegenüberstehe. Aber man hat dieser Erwerbslosenschlachterei aus öffentlichen Mitteln ein Betriebskapital von rund 20 000 Mark gegeben. Was ist daraus geworden? Nachdem sie einige Monate so gegangen war, ist die Gesellschaft in Liquidation getreten. Das Geld ist verloren, das Fleisch ist aber in Flensburg nicht billiger gewesen in diesem Betriebe als in jeder Privatschlachterei.

Ähnlich hat die Sache in Kiel gelegen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In **Kiel** hat man einen ähnlichen Versuch gemacht. Man hat dort eine **Meierei** gehabt und in dieser Meierei in anderthalb Jahren 154 000 Mark zugesetzt, — auch eine Sache, die nicht gerade ermunternd gewirkt hat.

Ich brauche dann nur noch hinzuweisen auf Frankfurt a. M., was ja vorhin auch schon einmal erwähnt worden ist, und Ihnen nur zu sagen, um eins herauszugreifen, daß man in **Frankfurt a. M.** auf die glorreiche Idee gekommen ist, auch das **Beerdigungs- und Bestattungswesen** zu kommunalisieren. Man kann sich also dort nur noch kommunalisiert beerdigen lassen. Auch die Särge werden dort nur kommunalisiert gemacht.

(Abgeordneter Simon [Franken]: Sie wissen wohl nicht, daß in der Schweiz das Bestattungswesen auch kommunalisiert ist?)

— Mein verehrter Herr Kollege Simon, lassen Sie mich erst einmal zu Ende kommen. — Dieser Scherz hat aber der Stadt Frankfurt a. M. $1^{1}/_{10}$ Millionen Mark ge-

(Havemann, Abgeordneter.)

(A) kostet, — also auch eine Sache, die nicht gerade ermunternd wirken kann.

(Zustimmung rechts.)

Was die **Sozialisierung des Baugewerbes** anlangt, so könnte man ja noch ein ganzes Kapitel darüber reden. Wir wissen ja alle ganz genau, daß die Anforderungen, die gerade an das Baugewerbe gestellt werden, betreffs Sicherheit, Leben usw. des Volkes außerordentlich groß sind. Ich behaupte, daß gerade das Baugewerbe sich absolut nicht zur Kommunalisierung eignet.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Da täuschen Sie sich!)

Meine Damen und Herren! Der Mahnung des Präsidenten folgend, will ich schließen und mich auf den Handel, der von Kollegen Hammer ja sehr ausgiebig und gut hier auch noch angeführt worden ist, nicht mehr weiter einlassen, sondern will nur erklären: Meine politischen Freunde und ich beharren bei dem Grundsatz, daß jede **Kommunalisierung** des Mittelstandes, des Handwerks, des Gewerbes, des Handels und alles, was dazu gehört, unterbleiben muß, und stimmen deswegen dem Antrag der Deutschen Demokratischen Partei zu.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Entschließung Schiffer und Genossen, betreffend Kommunalisierung des Handwerks, auf Nr. 1635:

> die Reichsregierung zu ersuchen, schleunige Maßnahmen zu treffen, daß alle den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand betreffenden Kommunalisierungen gemäß Art. 164 der Reichsverfassung unterbleiben.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung ihre Zustimmung geben sollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(B) (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 2, — 3, — 4, — 5 mit der Ergänzung, — 6, — 7, — 8 und 9 mit den Ergänzungen, — 10, — 10a, — 11, — 12, — 13 mit der Ergänzung, — 14, — 15, — 16, — 17 aus der Ergänzung; — Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9; — Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10; — Titel 11 ist nach dem Ausschußantrage auf Nr. 1333 zu streichen, womit das Haus einverstanden ist, — 12. — Ich stelle überall, da keine Wortmeldungen vorliegen und kein Widerspruch erfolgt, die Annahme fest.

Zu Tit. 13 hat das Wort der Herr Abgeordnete Wulle.

Wulle, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, Dieser Etatstitel sieht eine Summe vor, die zur Förderung der auf **sittliche und gesundheitliche Hebung des Volkes** gerichteten Bestrebungen, soweit sie allgemeine Bedeutung haben, eingestellt ist. Es soll $1/2$ Million für diesen Zweck bewilligt werden. Es wird wohl niemanden in diesem Hause geben, der nicht für diese Ausgabe zu haben wäre, der nicht alles, was auf die sittliche und gesundheitliche Hebung unseres Volkes Bezug nimmt, unterstützen würde. Aber es will mir scheinen, als ob man den Brunnen zudeckt, nachdem das Kind hereingefallen ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es will mir scheinen, als ob man sich sonst um die sittliche und die gesundheitliche Hebung unseres Volkes verteufelt wenig kümmert. Die Nationalversammlung hat im April 1920 eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, mit den Ländern in Verbindung zu treten, damit der vorhandene Schutz gegen unsaubere oder verrohende Schaustellungen auf den Schaubühnen, Zirkus usw. zur Geltung komme, weiter mit den (C) Ländern in Verbindung zu treten, damit der vorhandene gesetzliche Schutz gegen unsaubere und verrohende Postkarten, Schriften und Schaufenster zur Geltung komme. Diese Entschließung ist einstimmig angenommen worden. Aber wir haben bisher nichts gehört und nichts davon gemerkt, daß nun irgendwie etwas unternommen worden wäre, sondern wir müssen feststellen, daß die **Verrohung und die Unsauberkeit auf unseren Bühnen usw.** einen dauernden Fortgang nimmt. Ich meine, auf diesem Gebiete sollten sich die Parteien einmal unparteiisch zusammenfinden,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

genau so wie das bei dieser Entschließung geschehen ist, um gemeinsam gegen den Schmutz vorzugehen.

Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht umhin, auf die Zustände hinzuweisen, wie sie sich allmählich namentlich auf den **Berliner Bühnen** entwickelt haben.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Sie haben alle gelesen, in welcher Art und Weise die Bühnen bei uns entartet sind, zu welchen Auswüchsen die Bühne allmählich gekommen ist. Sie haben vom „Reigen" gelesen, von einem Theaterstück, das unbedingt nicht auf die Bühne gehört. Diese Vorstellung des „Reigen" hat in Berlin einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Eine ganze Anzahl von Theaterbesuchern hat sich eine derartige Verschandelung des deutschen Geistes und der deutschen Kultur und Sitte nicht weiter gefallen lassen wollen. Was ist die Folge gewesen? Ist man nun etwa gegen diese Veranstaltung vorgegangen? O nein! Man hat vielmehr die Personen, die sich diese Schweinerei — anders kann man es nicht bezeichnen — nicht länger gefallen lassen wollten, mit dem Aufgebot einer Hundertschaft der Sipo abgeführt und hat sie eine ganze Nacht und länger in das Gefängnis geworfen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Darunter befanden sich fünf Ehefrauen, die nur in Be- (D) gleitung ihrer Männer zu der Vorstellung gegangen waren; diese fünf Frauen sind behandelt worden, wie man Dirnen behandelt.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Da muß ich denn doch sagen: wir verlangen von den zuständigen Behörden und vom Reichsministerium des Innern, daß es diese Entschließung, die einstimmig gefaßt worden ist, nun auch in die Tat umsetzt und dafür sorgt, daß unser Berlin nicht weiter im ganzen Reich, wie ein Ausländer gesagt hat, als der „Saustall ganz Deutschlands" gilt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Abgeordneter Malzahn: Soweit Ihre Freunde und Ihre Anhänger in Frage kommen!)

— Sie sind im Irrtum. Der Verfasser des „Reigen" ist kein Mitglied meiner Fraktion. Er steht Ihnen wahrscheinlich viel näher. —

(Wiederholte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Sie brauchen bloß den Anzeigenteil des „Vorwärts" aus den vergangenen Monaten durchzulesen, so werden Sie die allerlieblichsten Anzeigen darüber finden, wie man sich im Karneval usw. amüsiert.

(Erneute Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Man soll sich nicht sittlich entrüsten auf der einen Seite und alle Schuld auf die andere Seite werfen. Es wird auf beiden Seiten gesündigt. Gehen Sie doch in diese Lokale!

(Andauernde Zurufe auf der äußersten Linken.)

Das größte Geschrei wird an der Tatsache nichts ändern, daß es Sünder auf beiden Seiten gibt — auch bei Ihnen (nach links).

Wenn zum Beispiel der Herr Kollege Dr. Moses vor einigen Tagen sagte, das Rennen in Mariendorf wäre so ein typisches Zeichen für die Fäulnis der kapitalistischen

(**Wulle**, Abgeordneter.)

(A) Gesellschaft, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß zu den Besuchern gerade des Rennens in Mariendorf ganz in der überwiegenden Mehrzahl gerade die Kreise gehören, die Ihnen sehr, sehr viel näher stehen.

Meine Damen und Herren! Es ist diese **Reigenvorstellung** ja nur ein Symptom dafür, wie weit das **Berliner Theaterleben** verludert ist. Es wird immer wieder von Aufbau und Wiederaufbau gesprochen. Und es gibt wohl keinen in diesem Hause, der nicht ernsten Willens ist, an dem Wiederaufbau sich zu beteiligen und mitzuarbeiten. Aber wenn Sie wiederaufbauen wollen, müssen Sie in erster Linie zunächst einmal sittlich wiederaufbauen. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß man auf einer sittlich verfaulten Schicht, auf einem sittlich verfaulten Zustand ein neues Reichsgebäude errichten kann.

(Sehr wahr! rechts. — Zuruf links: Selbsterkenntnis!)

— Sie sind vollkommen im Irrtum; die Verfasser der Theaterstücke gehören ganz bestimmt nicht zu uns, und die Theaterdirektoren hier in Berlin gehören auch nicht zu uns, sondern sie gehören alle dem auserwählten Volke an, zu dem Sie (nach links) ja viel nähere Beziehungen haben als wir.

(Sehr wahr! rechts.)

Wie im übrigen im Ausland dieser sittliche Verfall Deutschlands beurteilt wird, beweist der Franzose **Bonnefon**, der im **„Echo de Paris"** sich dahin geäußert hat — ich darf die Stelle mit Erlaubnis des Präsidenten verlesen —:

> Dieses Volk ist verfault; es zerfällt in Fetzen und nährt sich nur noch vom Sadismus. Der größte Erfolg der Theatersaison ist ein Stück, in dem ein junger Arzt eine Frau liebt, die ihren Vater getötet hat. Das sind die Gemeinheiten, zu denen Reinhardt heruntergesunken ist,
>
> (B) und es ist nicht eine Ausnahme. Alles ist im gleichen Geschmack. Der Plünderungskrieg und die Gewalttaten in Frankreich und Belgien haben dieses Volk von Parvenus entarten lassen, das schon vorher durch zu schnellen Reichtum verdorben war. Das deutsche Volk ist ohne Moral, ohne Zügel, Glauben und Gesetz. Es wäre längst reif für ein Budapester Regime, wenn zu allen Lastern, die es zernagen und entstellen, nicht auch ein totaler Mangel an physischem und moralischem Mut hinzukäme. Es ist ein Sterbender, der sich im Kote wälzt.

(Wiederholte Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Er meint die Berliner Theater. Sie haben nicht verstanden, daß er von den Theaterstücken spricht. Er meint dieses verfaulende Theaterleben hier in Berlin. Und dieses Berliner Theaterleben ist ausschlaggebend und maßgebend für die Provinz. All das, was hier gegeben wird, geht in die Provinz hinein. Ich bin der allerletzte, meine sehr verehrten Damen und Herren, der hier etwa Prüderie usw. predigen will. Es handelt sich hier aber um etwas ganz anderes. Es handelt sich hier um das Ansehen des deutschen Volks.

(Zustimmung rechts.)

Es handelt sich hier um die Seele des deutschen Volks. Es soll das Letzte, was wir noch haben, nachdem Sie uns alles zerschlagen haben, es soll die Sittlichkeit und die Reinheit dem deutschen Volke genommen werden. Lesen Sie doch einmal, was der so verdienstvolle **Theaterkritiker der „Täglichen Rundschau"**, Erich Schlaikjer, in seinem Buche „Der Kampf gegen die Schande" festgenagelt hat,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

wie weit unser Theaterleben hier verfault ist. Lesen Sie doch einmal, wie der feststellt, er habe sich die Mühe gegeben, zu Weihnachten ein deutsches Theaterstück auf einer (C) deutschen Bühne in Berlin zu sehen. Er hat kein einziges anständiges Stück gefunden, und ich muß Ihnen sagen: ich habe auch kein anständiges Stück gefunden, in das man mit seiner Frau und seiner Familie hineingehen kann.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Schlaikjer hat das richtige Wort gesprochen: es war die reguläre rituelle Schächtung des deutschen Weihnachtsfestes.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Die Bourgeoisie ist eben zu verderbt! Die Arbeiter gehen in die Freie Volksbühne!)

— Erzählen Sie doch nicht solche Märchen! Glauben Sie denn, meine Herren von der Kommunistischen Partei, daß es in Ihren Reihen um ein Atom besser aussieht? Glauben Sie, daß zu den Theaterbesuchern nicht Ihre Anhänger gehören? Glauben Sie, daß unser armer deutscher nationaler Mittelstand noch in ein Theater gehen kann? Der kann das überhaupt nicht mehr bezahlen, weil er kein Geld hat!

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Sehen Sie sich die Stücke in der Freien Volksbühne an!)

Vielleicht hat keiner ein vernichtenderes Urteil gefällt als ein Mann, der mir in keiner Hinsicht nahesteht, nämlich der jüdische Rechtsanwalt Max Epstein, der in der „Freien Deutschen Bühne" einen Aufsatz veröffentlicht hat, worin er klar und klipp erklärt, wie tief unser Theaterleben gesunken ist. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten möchte ich mir gestatten, einige Sätze daraus vorzulesen. Er sagt:

> Früher war der Direktor durch die Billigung der Zensurbehörde gegen die Anklage, öffentliches Ärgernis zu geben, gesichert. Jetzt ist das Publikum versichert, fast kein Theater zu betreten, ohne daß es in sexuellen Fragen weiter aufgeklärt und angeregt wird. Unsere Direktoren verlangen ein handfestes, klares Bordell, (D)

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

> am besten im zweiten Akt. Wedekinds „Büchse der Pandora" bringt das Freudenhaus in allen Formen. Sein Ableger „Schloß Wetterstein" ist nicht kräftig genug und wird sich darum nicht durch mehrere Spielzeiten halten.
>
> Ganz widerwärtig macht sich das Spiel mit geschlechtlichen Affären an den Bühnen des Herrn Dr. Altmann breit. Der Ruhm und der Kassenerfolg anderer Kollegen haben ihn wohl nicht schlafen lassen. Vielleicht hat er bei Übernahme des „Kleinen Schauspielhauses" gedacht, daß er dasselbe könne wie Reinhardt, der mit Wedekinds Pandorenbüchse ausverkaufte Häuser erzielte. Warum soll man da zurückstehen? Heutzutage will und muß jedes kleine Theater sein Bordellchen haben. Altmann leitet zwei Bühnen und braucht deshalb zwei Bordellchen.

In dieser Tonart stellt Max Epstein, der dem „Berliner Tageblatt" wesentlich näher steht als wir — Sie können es mir glauben —, fest, wie tief wir gesunken sind.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Ja Sie!)

— Wie können Sie das dazwischenrufen? Haben Sie denn gar kein Gefühl für die Schmach und Schande, die uns dieser **Tiefstand der Kultur in Berlin** im ganzen deutschen Vaterlande und in der ganzen Welt einbringt?

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wenn in einem solchen Augenblick nicht einmal Ihr Parteibewußtsein schweigt, dann beweisen Sie damit nur, daß Sie weit entfernt sind von dem Gedanken einer wahren Volksgemeinschaft, daß Sie nichts weiter wollen, als den zersetzenden Kampf in unser Volk hineintragen.

Es ist auch sehr bezeichnend, wie gleich nach der Revolution mit einem Schlage von den Bühnen alle Stücke

(**Wulle**, Abgeordneter.)

(A) verschwanden, die irgendwie an das nationale Gewissen oder an das deutsche Gewissen appellierten, wie man mit einem Male den Ausländern die Tore öffnete,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen)

denselben Ausländern, die noch kurz zuvor die Vernichtung Deutschlands gepredigt hatten. Da wurden Stücke von Shaw aufgeführt, desselben Mannes, der noch zu Beginn des Krieges erklärt hatte — —

(Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten)

— Es ist mir ja sehr verständlich, daß Ihnen diese Ausführungen peinlich sind — —

(Erneute Unruhe und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat nur der Herr Abgeordnete Wulle!

Wulle, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Derselbe Shaw, der zu Beginn des Krieges erklärt hatte: man muß das deutsche Volk entwaffnen, das heißt besiegen können, feierte bei unseren Bühnen seine Auferstehung, und so zogen die gesamten Ausländer bei uns ein, und die deutsche Dichtkunst wurde zum Aschenbrödel gemacht.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Sie brauchen sich nur einmal so eine kleine Blütenlese anzusehen, Stücke wie „Albine und Aujust", „Schloß Wetterstein", „Evchen Humbrecht", „Die unberührte Frau", „Reigen", alles Stücke, die Tag für Tag aufgeführt werden. Wenn zum Beispiel am Weihnachtstag ein derartiger Schmarren aufgeführt wird wie „Sternheims Hose", wo geschildert wird, wie eine junge Frau unterwegs ihre Hose verliert und wo die gemeinsten zynischen Bemerkungen gemacht werden, wenn Sie weiter lesen, wie in anderen Stücken, zum Beispiel „Albine und (B) Aujust", in der zynischsten Weise das religiöse Empfinden verletzt wird, — —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Stimmen wir mal ab, wer drin gewesen ist!)

— Von uns war wahrscheinlich kein einziger darin;

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

da seien Sie ohne Sorge!

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Sie schildern doch all diese Geschichten, Sie müssen es doch wissen!)

— Sie haben wohl nicht gehört, daß ich von Herrn Erich Schlaikjer gesprochen habe, der in seinem Buch „Kampf gegen die Schande," das Sie (zu den Vereinigten Kommunisten) zweimal lesen müssen, damit Sie es auswendig kennen,

(sehr gut! rechts)

diese Zustände genügend schildert.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Wir haben bessere, praktischere Arbeit zu leisten als Sie in Ihren Kreisen!)

— Sie haben bessere Arbeit zu leisten als die sittliche Erneuerung und Ertüchtigung unseres Volks zu fördern? Dieses Eingeständnis ist mir außerordentlich wertvoll, Herr Abgeordneter!

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich bitte, doch nicht ständig Zwischenrufe zu machen!

Wulle, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! So wie das Theater ist, sind selbstverständlich auch sämtliche **andere Schaustellungen**. Das Tollste, was wohl geleistet worden ist, waren die **„Haremsnächte"** im **Apollotheater**, — eine Schande, die zum Himmel schrie. Es ist mir vollkommen unverständlich, daß in dieser Vorstellung Minister gewesen sind — nicht daß sie drin gewesen sind, sondern daß sie nun nicht dafür gesorgt haben, (C) daß, nachdem sie diese Schweinereien dort gesehen haben, das Stück verboten worden ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Im Gegenteil, das Stück ist daraufhin noch um vier Wochen verlängert worden,

(hört! hört! rechts)

ein Stück, in dem zwei Dutzend nackte Frauen vor einem Schwarzen den Kotau machen müssen.

(Hört! Hört! rechts.)

Meine verehrten Damen und Herren, das eine möchte ich doch sagen: wir reden über die schwarze Schmach im Rheingebiet, und mit Recht reden wir darüber; wir sollten aber auch von der Regierung verlangen, daß sie die schwarze Schmach bekämpft, die sich hier im Apollotheater abspielt, wo dem deutschen Volk jedes Bewußtsein für Rassestolz

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

und jedes Bewußtsein für Ehre allmählich genommen wird.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir fordern daher den Herrn Minister des Innern auf, uns zunächst Auskunft zu geben, was denn nun geschehen ist. Hat sich das Ministerium des Innern tatsächlich mit den Ländern, wie hier einstimmig beschlossen worden ist, ins Einvernehmen gesetzt? Und wenn das der Fall gewesen ist, warum hat die Regierung nicht erreicht, daß derartige Schandzustände, wie sie sich hier in Berlin entwickelt haben, unterbunden werden? Ich muß unserem größten Bedauern darüber Ausdruck geben! Und ich bitte doch die hier anwesenden Damen und Herren aller Parteien zu beachten, was ich zu Beginn gesagt habe: hier handelt es sich darum, eine Partei der Anständigen zu bilden, eine Partei von Männern und Frauen, die dafür sorgen, daß unsere Volksseele nicht weiter in dieser Weise vergiftet wird. Dazu gehört doch nichts weiter als ein klein wenig Liebe zu seinem Volke, und sämtliche Parteien behaupten von sich, daß sie diese Liebe haben. Nun, dann beweisen (D) Sie das. Wir wollen wieder anständig werden, auch hier in Berlin, damit der Ruf von diesem Sündenbabel, der in ganz Deutschland verbreitet ist und der uns den Haß der sämtlichen deutschen Stämme einbringt,

(sehr richtig!)

nicht mehr zu Recht besteht. Ich glaube, das ist die positivste Arbeit im Interesse der Reichseinheit, die wir überhaupt unternehmen können.

Ich wiederhole, meine Damen und Herren, wir wollen wieder anständig werden

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

und fordern die Regierung und sämtliche Parteien auf, an diesem Werke mitzuarbeiten.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen. — Fortgesetzte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren: Wir haben zu Tit. 13, Förderung der auf sittliche und gesundheitliche Hebung des Volkes gerichteten Bestrebungen, soweit sie allgemeine Bedeutung haben, eine Entschließung eingebracht:

> die Reichsregierung zu ersuchen, eine Denkschrift über den gegenwärtigen Stand der körperlichen Erziehung und die zur **Förderung planmäßiger Leibesübungen** getroffenen Maßnahmen vorzulegen.

Ich habe diese Entschließung ganz kurz zu begründen. Sie knüpft an Verhandlungen an, die wir bereits im Hauptausschuß hatten. Im Hauptausschuß stellten wir fest, daß wir wohl für die soziale und charitative Jugend-

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) fürsorge einen Fonds von 500 000 Mark haben, daß wir aber bislang leider im Etat für Leibesübungen noch keine Mittel eingestellt haben, auch nicht für 1920. Wir haben im Hauptausschuß versucht, 500 000 Mark für diese Dinge noch einzustellen. Es war aber aus mehreren Gründen damals noch nicht recht möglich, und doch sind die Dinge ganz außerordentlich dringlich.

Wir haben uns hier einmal eine Statistik der Gesunden vorzuführen. Es sind nämlich auf der einen Seite zwei bis drei Millionen Jugendliche vorhanden, die als krank, die als pflegebedürftig, als fürsorgebedürftig anzusehen sind, für die charitative Mittel in bescheidenem Umfang zur Verfügung stehen. Und andererseits haben wir eine große Masse von 17 bis 20 Millionen Jugendlicher, für die Mittel noch geschaffen werden müssen.

Wir fordern im Grunde genommen, wenn wir der körperlichen Ertüchtigung der Jugend heute im Reichstag bei diesem Etat entschieden das Wort reden, nichts Neues. Wir haben bereits eine Entschließung der Nationalversammlung auf Drucksache 1911 des Jahres 1919 vorliegen. Weiterhin hat im Sinne einer Initiative die Reichsschulkonferenz in ihrem Ausschuß IIb fruchtbare Arbeit geleistet, wo wertvolle Leitsätze über die körperliche Erziehung aufgestellt worden sind, wo mit Nachdruck der Grundsatz ausgesprochen ist: letztes Ziel der körperlichen Erziehung muß sein, den regelmäßigen Betrieb von Leibesübungen für beide Geschlechter auch über das schulpflichtige Alter hinaus zu einer lieben Gewohnheit und selbstverständlichen Volkssitte werden zu lassen. Wir stehen weiterhin vor der Tatsache, daß das Heer fortgefallen ist und mit ihm viele Möglichkeiten körperlicher Ertüchtigung, daß weiterhin den Beratungen in der Reichsschulkonferenz sich eine Reihe von Entschließungen auch im Reichsschulausschuß angliederte. Wir besitzen weiterhin eine einmütige Phalanx aus bürgerlichen (B) Kreisen, aus Arbeiterkreisen, aus den Gewerkschaften, wir besitzen einen Reichsbeirat für körperliche Erziehung, alle die Vorgenannten haben sich mit Nachdruck für eine Steigerung der körperlichen Ertüchtigung, auch für eine Einstellung von finanziellen Mitteln eingesetzt.

Bislang hat trotzdem nichts geschehen können. Das **Spielplatzgesetz,** um diesen Punkt einmal zu berühren, ist gewiß nicht allein mit Mitteln des Reichs zu machen. Das muß mit Nachdruck festgestellt werden. Mit Dank ist hier auch anzuerkennen, daß bereits zahlreiche Gemeinden großzügig eingesetzt haben, in der Spielplatzbewegung etwas zu leisten und zu schaffen. So haben die Teilgemeinden von Berlin Millionen in dieser Frage aufgebracht. Auch im Westen Deutschlands ist außerordentlich viel praktisches Interesse in der Spielplatzfrage bereits betätigt worden, auch auf dem Lande siedelt sich die Spielplatzbewegung an. So muß man mit einer gewissen Freude feststellen, daß im Kreise Wetzlar in der letzten Zeit 32 Gemeinden, vorwiegend Landgemeinden, Spielplätze geschaffen haben.

So hoch ich nun aber die kommunalen Leistungen und die Initiative mancher starken Persönlichkeiten in Rechnung stelle, wir kommen an der Tatsache nicht vorüber, auch hier im Reichstage uns mit dem Spielplatzgesetz in der einen oder anderen Form zu beschäftigen. Wenn wir auch nicht ein stürmisches Tempo wünschen, wenn wir auch hier glauben, daß den Ländern außerordentlich viel an eigener Initiative und Wirksamkeit zufallen muß, so müssen wir doch sagen, daß das Reich von sich aus die Dinge stärker in die Hand nehmen muß. Diese Denkschrift beabsichtigt, die Dinge allmählich in Fluß zu bringen.

Einer der Redner hat am gestrigen Tage davor gewarnt und gemeint, es müßten Milliarden für diese Zwecke aufgewendet werden. Nun, es handelt sich nicht gleich um Milliarden, davon kann keine Rede sein. Aber (C) eine andere Erwägung muß doch hier angestellt werden. Wer der **körperlichen Ertüchtigung** das Wort redet, setzt sich gleichzeitig im Sinne einer **Prophylaxe gegen die Erkrankung des Volkes** ein. Je stärker wir die körperliche Erziehung betonen, umso eher kommen wir an den Krankenhäusern und an den Siechenhäusern vorbei, umso weniger haben wir für die unermeßlichen Kosten für die Volksgesundheit aufzukommen. Kliniker, Ärzte und Sozialhygieniker haben uns im letzten Jahre eindringlich darauf hingewiesen, daß ein Krankenhausbett jetzt im Jahre auf mindestens 20 bis 30 000 Mark, stellenweise auf noch weit mehr, zu stehen kommt. Gerade die Kliniker und Sozialhygieniker haben uns darüber belehrt, daß in der **Tuberkulosebekämpfung** eine prophylaktische Behandlung einsetzen muß, daß es möglich ist, durch Freiluftsport im Jugendalter die Tuberkulose, das grausame Volksübel, bereits zu bekämpfen, und daß dies weit zweckmäßiger ist, als die Behandlung von erkrankten Erwachsenen in die Hand zu nehmen. So würden in der Tat die Leibesübungen und ihre planmäßige Pflege eine große Ersparnis für die Volsgesamtheit bedeuten, eine Ersparnis für Krankenhäuser, für Siechenhäuser, für Alkoholikerheime und auch für Gefängnisse; denn auch das ist einmal zu sagen, daß Jugendpflegetagungen und auch eine Reihe von bedeutenden Kriminalstatistikern und Kriminalpsychologen sich dahin ausgesprochen haben, daß die Einrichtung von Spielplätzen gleichzeitig eine günstige Beeinflussung der jugendlichen Kriminalstatistik überhaupt bedeutet. So sind die Ausgaben für die Spielplätze für die körperliche Ertüchtigung eine werbende Anlage.

Wenn wir unseren Etat gerade in dieser Hinsicht wohlwollend behandeln, tun wir doch im Grunde genommen nur das, womit wir bei anderen Etats längst vorangegangen sind. Wir haben doch beim Reichswehretat etwa 8 Millionen Mark für Sportzwecke eingestellt, (D) wir haben für die Sicherheitspolizei ebenfalls eine hohe Summe für Sportzwecke eingesetzt. Da ist es doch eine logische Folgerung, daß für 20 bis 30 Millionen deutscher Jungmänner und -frauen in dieser Hinsicht auch seitens des Reichs und der Länder mehr geschieht als bisher.

Ich möchte noch kurz von der genossenschaftlichen Bewegung sprechen. Wir sehen, daß ein gut Teil der **deutschen Genossenschaftsbewegung** zurzeit zusammenbricht aus Mangel an Mitteln, daß die Wirtschafts- und Finanzkrise auch in die Genossenschaftsbewegung herübergreift. Auch unsere **Sportvereine, die Turnvereine** und alle Vereinigungen für Leibesübungen stehen zurzeit in einer großen **Finanzkrise.** Man darf die Dinge nicht so oberflächlich sehen nud vielleicht auf die eine oder andere Dissonanz bei diesem oder jenem Turnfest hinweisen. So geht es nicht, sondern man muß die Dinge in einem großen sozialhygienischen Zusammenhang sehen. Da ist allerdings zu sagen: wenn diese Sport- und Turnvereine, die sich heute durch unsere Gewerkschaften, durch unser ganzes Volk hindurchziehen, weiterhin finanziell so geschwächt und so wenig leistungsfähig sind — von Monat zu Monat gehen Hilfeschreie an den Reichstag —, dann wird auch ein großes Stück deutscher Volksgesundheit vor einer Katastrophe stehen.

(Sehr richtig!)

Gleichzeitig erleben wir auch, daß von Reichs wegen die Existenz dieser Turn- und Sportvereine in mancher Hinsicht noch erschwert wird. Wir haben heutzutage die **Luxussteuer auf Sportgeräte,** wir kennen die **Vergnügungssteuer auf Turn- und Sportfeste,** wir haben weiterhin auch Verkehrseinschränkungen, wir erleben eine Preissteigerung für alle möglichen Anschaffungen und für Bauten. Es wird immer schwerer, heutzutage Spielplätze zu beschaffen. So sind auch nach dieser Seite hin die

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) Turn- und Sportvereine in einer ernsten Krisis. Das alles sind Momente, die unsere Volksgesundheit auch von dieser Seite aus stark bedroht erscheinen lassen.

Nun wollen wir zunächst bloß eine Denkschrift, um auf allen diesen Feldern einmal klarer zu sehen, eine Denkschrift, die abwägt, wie zurzeit die Lage unserer körperlichen Ertüchtigung ist, und die zugleich Mittel und Wege angibt, in Gemeinsamkeit mit den Ländern des Reichs der großen Not in dieser Hinsicht zu steuern.

(Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter: Es tut mir leid, daß der Herr Kollege Wulle nach seiner begeisterten Kapuzinerrede den Saal verlassen hat. Ich wollte ihm nämlich mein Erstaunen zum Ausdruck bringen, daß es seinem Scharfsinn entgangen ist, daß ausgerechnet gerade die **Vorstellung des „Reigen"** während der landwirtschaftlichen Woche ständig in der **„Deutschen Tageszeitung" annonciert** worden ist

(hört! hört! links)

und in Fettdruck dazugesetzt war, daß der Platz 100 Mark kostet.

(Hört! Hört! links.)

Wenn er also das Reinigungsbedürfnis in der Weise befriedigen will, wie er es hier ausgesprochen hat, dann möge er zuerst vor der eigenen, ihm am nächsten liegenden Tür anfangen.

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß grundsätzlich die Einstellung recht falsch ist. Ich glaube, die Bekämpfung des Schundes und Schmutzes mit Polizeimaßregeln und Polizeivorschriften hat im Laufe der Zeit einen derartigen Bankerott erlebt, daß wir diese Dinge (B) wirklich nicht noch einmal aufwärmen sollten. Überhaupt möchte ich sagen — und ich bitte Sie, an das zu denken, was ich in meinen allgemeinen Ausführungen sagte —, daß wir gut tun, anstatt zu verdammen und Urteile zu fällen und uns irgend etwas auszumalen, was vielleicht dem Wunsche unseres Herzens entspricht, einmal eine Analyse der treibenden Kräfte unserer Zeit zu vollziehen. Dann werden wir viel näher an die Quellen der Unsittlichkeit herankommen und werden auch die besseren Möglichkeiten ihrer Bekämpfung haben. Da möchte ich dem Herrn Abgeordneten Wulle empfehlen, einmal das Kapitel in **Marx' „Kapital"** wie überhaupt Karl Marx durchzulesen, wo er in einer ganz hervorragenden Analyse — Marx war nämlich nicht nur Nationalökonom, sondern auch ein ganz hervorragender Psychologe — und mit einer drastischen Deutlichkeit die **Zustände**, die wir jetzt haben, als notwendige **Konsequenz des kapitalistischen Raubbaus** darstellt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Unsere kapitalistische Raubbauordnung hat eine furchtbare Zersetzung in unser ganzes Leben hineingebracht, und der Weltkrieg, der nur die Konsequenz und eine verschärfte Folge dieses kapitalistischen Raubbaus ist, hat noch das übrige getan. Alle die sittlichen Bindungen, die wir hatten und die an innere Kulturzusammenhänge geknüpft waren, sind durch den Raubbau des Krieges und die kapitalistische Ordnung vollkommen kaputt gegangen,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und vorangegangen sind diejenigen, die in dieser kapitalistischen Ordnung die Hauptnutznießer gewesen sind. Ich spreche mit großem innerlichem Abscheu, aber weil wir die notwendige Konsequenz erkennen, nicht in pharisäischem Hochmut aus, daß es doch eigentlich eine unableugbare Tatsache ist, daß überall dort, wo der Kapitalismus zu seiner Blüte gekommen ist, ein solches Schlemmerleben und eine solche sittliche furchtbare Zersetzung festzustellen (C) ist, wie etwa in Berlin W.

(Zurufe.)

— Ob es Juden oder andere sind, ist dabei ganz gleichgültig. Ich will auch nicht sagen, daß es nur die Deutschnationalen sind, es sind gewiß auch anderswo welche. Aber, meine Damen und Herren (nach rechts), — und das gilt wiederum für Herrn Wulle —, ich würde Sie doch bitten, wenn Sie wirklich so dem sittlichen Verfall entgegenwirken wollen, daß Sie auch in Ihren Flugblättern, die aus Ihren Kreisen kommen, in Ihrem **antisemitischen Haß** nicht soweit gehen, eine **Schmutz- und Schundliteratur** auch **in sexueller Hinsicht** zu schaffen, die wirklich das schreiendste ist, was es überhaupt gibt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hätte ich gewußt, daß diese Debatte heute heraufbeschworen wurde, so würde ich Ihnen einmal einige **Flugblätter des Teutsch-Bundes** und einiger anderer Bünde vorlegen, in denen mit einer Kraßheit und einer Drastik sexuelle Vorwürfe erhoben werden, in denen gesagt wird: Die Juden vergewaltigen euere Ehefrauen — in der wüstesten Weise, wie ich sie hier nicht wiedergeben möchte —, die Juden sind Onanisten, und was alles sonst gesagt wird, in einer Abscheulichkeit, in einer Widerlichkeit, daß ich die Hoffnung habe, daß die Kreise, die mir nahestehen, von den Widerlichkeiten so abgestoßen werden, daß daraus keine sittliche Gefahr für sie zu befürchten ist. Hier könnten Sie (nach rechts) positive Arbeit leisten.

Und nun möchte ich Ihnen zeigen, wie wir diese sittliche Gefahr bekämpfen wollen. Sie ist einmal nur generell zu bekämpfen und wird erst dann aufhören, wenn an Stelle dieser kapitalistischen Raubbauordnung eine planvolle sozialistische Ordnung tritt, wenn der Ausgleich so erfolgt, daß nicht die Profite einem Menschen erlauben, selber ein solches Schlemmerleben zu führen und andere (D) in das Sklavenjoch hineinzuzwingen und sie damit dem eigentlichen förderlichen Arbeitsgedanken zu entfremden. Aber es wäre auch eine ganze Menge positiver Arbeit heute schon zu leisten. Ich verspreche mir gar nichts von Verboten, von Zensuren und Gesetzen, ich verspreche mir aber gewaltig viel davon, wenn wir positiv Gutes schaffen. Da ist die Arbeiterschaft aus eigener Kraft ans Werk gegangen, und ich bitte Sie, einmal die **„Freie Volksbühne"**, die ein **Werk der Berliner Arbeiterschaft** ist, zu besuchen, und Sie werden feststellen können, daß dort beste klassische Stücke vor vollbesetztem Hause gespielt werden. Da finden Sie den proletarisierten Mittelstand, und Sie finden die Arbeiterschaft und immer ein vollbesetztes Haus. Die „Freie Volksbühne" hat leider noch nicht die Mittel dazu, sonst würde sie das Kroll-Unternehmen längst ausgebaut haben, und Sie können überzeugt sein, daß auch dieses Haus vollbesetzt sein würde.

Ich bitte Sie auch, sich einmal etwas näher mit den **Bildungseinrichtungen unserer sozialistischen Parteien** zu befassen. Ich möchte Sie bitten, einmal an einer Veranstaltung teilzunehmen, wie sie im Großen Schauspielhaus den ganzen Winter hindurch an jedem Sonntag stattgefunden hat, die sogenannten **proletarischen Feierstunden**.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann hätten Sie erleben können, daß in dem deutschen arbeitenden Volke und in der Berliner Arbeiterschaft doch noch ein hohes Gefühl von Sittlichkeit

(sehr wahr! links)

und ein starkes Erleben guter Kunst vorhanden ist.

(Sehr gut! links.)

Das möchte ich Ihnen raten, dann kommen Sie zu einer besseren Erkenntniß der Dinge. Lassen Sie diese negativen Maßnahmen weg, denn diese haben immer wieder die Gefahr, daß sie mißbraucht werden.

(Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter.)

(A) Ich kenne wirklich den „Reigen" nicht. Herr Wulle, es tut mir leid, da Sie so viel von ihm erzählt haben, daß ich nicht sagen kann, ob ich Ihren Geschmack teile oder nicht. Ich kenne nur alle jene Schmachurteile, die selbst gegen unsere Klassiker in früheren Jahren gefällt worden sind. Wenn wir erst da anfangen würden, eine Zensur einzusetzen, — und wir müssen doch ausführende Organe haben, Zensoren, die dem Gesetze entsprechend entscheiden sollen —, dann gibt es kein Ende der Streitereien, dann kann es passieren, daß man das Wertvollste unter die Zensur bringt und daß man Schund- und Schmutzliteratur, weil sie irgendeinem besonderen Interesse entspricht, passieren läßt.

(Abgeordneter D. Mumm: Wir verlangen ein Gesetz gegen Schmutz und Schund!)

— Ja, verehrter Herr Kollege Mumm, wenn die Gesetzesmaschine ein feinsinniger Psychologe und ein unbestechlicher Urteiler wäre, würde ich mit Ihnen einverstanden sein, wenn es überhaupt so mechanistisch in der Welt herginge, daß man einfach durch ein Gesetz und entsprechende mechanische Exekutive alles glatt und wunderbar machen könnte, dann, Herr Kollege Mumm, würden wir die Welt sehr einfach regieren können. Dann ginge es so, wie die Schöpfungslegende sagt, man brauchte bloß von morgens bis abends Anordnungen zu treffen und ausführen zu lassen. Wir hätten dann aber kein lebendiges, ringendes Leben, sondern wir hätten einen durchgreifenden Mechanismus. So geht es aber, besonders in unserer Zeit, nicht. Ich glaube doch, Herr Kollege Mumm, bei aller Vertrautheit mit den konservierenden Tendenzen Ihrer Anschauungen und bei dem Wunsche, diese alten konservierenden Tendenzen zu verstärken, können Sie doch eines nicht bezweifeln, nämlich, daß heute eine furchtbare Zersetzung aller Dinge vor sich geht. Und dieser Zersetzung kann man nicht entgegenarbeiten, indem man durch (B) Gesetzesbestimmung mechanisch etwas erreichen will, der kann man nur entgegenarbeiten — und in diesem Sinne hat meine Fraktion die Entschließung, die damals einmütig gefaßt wurde, verstanden —, daß man, soviel es geht, Positives schafft und durch das Bessere der Feind des Schlechten wird. Stimmen Sie für die **Kommunalisierung der Kinos,** schaffen Sie uns die Mittel für die Sozialisierung — oder besser — für die **Verstaatlichung der Filmindustrie,** dann haben wir es in der Hand, wirklich bildende, sittlich fördernde Kinos zu bekommen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben es dann in der Hand, wirklich Positives zu leisten. Bewegen Sie sich auf diesem Wege, dann finden Sie sich immer an unserer Seite; bewegen Sie sich auf anderen Wegen, so befürchten wir, daß Sie nutzlos die Zeit verbringen, denn wir möchten uns den Praktiken der alten Zeit nicht ausliefern.

Ich könnte von all diesen häßlichen Praktiken, die die **Zensur** mit sich gebracht hat, viel auspacken; ich will das aber jetzt unterlassen, weil die Zeit schon vorgerückt ist und ich noch einiges mehr sagen möchte. Ich warne Sie aber auch. Es könnte zum Beispiel eine Zeit kommen, die für die Drastik und das natürliche Reinlichkeitsgefühl derjenigen, die die Verfasser des Alten Testaments waren, nicht das nötige Verständnis hat,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und die diese Stellen nicht aus dem natürlichen, geschichtlichen Milieu heraus verstehen wird, aus dem heraus allein sie verstanden werden können, und die sie auch in bezug auf psychologische und ethische Wirkung auf unsere verdorbene Jugend und auf unsere verdorbenen Erwachsenen beurteilen würde. Dann könnte ein Zensor zu dem seltsamen Urteil kommen, man müsse die Bibel verbieten, weil in ihr so und so viele Stellen, was unbezweifelbar ist, auf unsere für Nacktheit und Drastik der alten Zeit (C) nicht mehr ein solches Verständnis habende Zeit verunsittlichend wirken.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man könnte dazu kommen. Ich mache nur auch in Ihrem Interesse auf die Gefahren aufmerksam, die durch die Forderung einer solchen Zensur heraufbeschworen werden.

Verehrte Anwesende! Gestatten Sie mir, daß ich im Zusammenhang hiermit die **Versittlichung unseres Volkes** und den sittlichen Aufbau doch unter einige noch höhere Gesichtspunkte stelle. Ich glaube, daß das beste Mittel, in einem Menschen die sittlichen Kräfte lebendig zu machen, ist, ihm einen Beruf zu schaffen, zu dem er berufen ist, der aus seinem Arbeiten und Können lebendig herauswächst. Arbeitende Menschen, Menschen, die wirklich arbeiten, die nicht taglöhnern, Menschen die nicht zu irgendeinem Frondienst herangezogen werden, sondern Menschen, denen das Arbeiten aus innerstem Bedürfnis herauskommt, weil es in der inneren Gestaltung ihres eigensten Wesens liegt, die haben in ihrer Arbeit die beste Möglichkeit, ja die haben die größte Sicherheit, den eigentlich sicheren Anker für ihre sittliche Entwicklung.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und da steckt meines Erachtens der Fehler unserer Zeit. Unsere Schulbildung hat nicht jene Möglichkeit und kann sie, wie sie ist, auch nicht haben. Bei uns werden die Menschen in einer verhältnismäßig wenig mit ihrer inneren Berufung zusammenhängenden Art in den späteren Beruf hineingedrängt, und da komme ich nun auch gleich auf eine andere Frage. Entschuldigen Sie, daß ich sie hier mit hineinbringe. Es ist ein wenig gewaltsam, gehört aber in weiterem Sinne auch zur Sache. Durch die Kontingentierung bin ich zu dieser Zwangseinreihung gezwungen. Auch die Frage der Lehrerbildung gehört in diesem weiteren Sinne mit unter den Gesichtspunkt der sittlichen Hebung unseres Volkes. (D)

Ich möchte zunächst bei der **Lehrerbildung** eins vorausschicken. Meine Freunde stehen all den Bestrebungen der Lehrer, aus dem engen Schematismus des Seminars und der Stoffüberfütterung herauszukommen, der nicht in die methodische wissenschaftliche Arbeit hineinleitet, sondern den armen Menschen dauernd unter Beschränkungen beläßt, den Bestrebungen auf Förderung der geistigen Entwicklung unserer Lehrerschaft im Sinne eines einheitlichen Lehrerstandes durchaus sympathisch gegenüber und werden sie aufs allerkräftigste unterstützen. Sie werden daher auch die Gesetzesvorlage begrüßen, die dahin geht, den Lehrer in die gesamte Schulbildung hineinzustellen, so daß er aus der gesamten allgemeinen Bildung, etwa in einer Aufbauschule oder in einer Gemeinschaftsschule, herauswächst.

Aber so sehr wir das auch unterstützen, sehen wir doch eine große Gefahr darin, daß auf diese Weise der Lehrer zu seiner eigentlichen inneren Berufung, zu seinem Beruf meist in sehr später Zeit erst kommt. Wenn wir zum Beispiel die Entwicklung der Volksschullehrerschaft und der Oberlehrerschaft miteinander vergleichen, so sind meine Freunde der Ansicht, daß in pädagogischer Hinsicht der Zustand, daß die **Oberlehrer** bei Abschluß ihres Studiums etwa nach dem 23. oder 24. Lebensjahr erst dazu kommen, sich auch ein wenig mit Pädagogik zu beschäftigen und praktisch ein **Probejahr** in der Schule durchzumachen, nachgerade unhaltbar ist,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß dieser Zustand dazu führt, daß die Lehrerschaft nicht aus innerer Berufung zu ihrem eigentlichen Beruf gelangt, daß wir also keine aus innerlich berufenen Persönlichkeiten zusammengesetzte Qualitätslehrerschaft erhalten, sondern eine mehr oder wenig zusammengewürfelte Schar, bei der dann sehr häufig pädagogisch erhebliche Nachteile

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) mit ins Gewicht fallen. Das ist zweifellos eine furchtbar große Gefahr.

Aber auch in ökonomischer Hinsicht stellt das eine große Gefahr dar. Wenn wir unsere Lehrerbildung und überhaupt allgemein unsere Bildung so aufziehen, wie wir sie bisher aufgezogen haben, dann werden wir weder die finanziellen Möglichkeiten für die Ausbildung unserer Lehrer, noch überhaupt anderer Berufe haben. Wir wissen alle, daß wir sehr arm geworden sind. Aber wir haben uns immer noch keine Rechenschaft darüber gegeben, daß unser Kulturstand in seiner Höhe und seiner Ausbreitung finanziell aufs höchste gefährdet ist durch den Luxus, den wir uns in unserer ganzen Ausbildung leisten, daß unsere ganze Ausbildung schlechthin von der wirtschaftlichen Entwicklung getrennt ist, daß wir namentlich in unserer höheren Ausbildung, beim Universitätsstudium sowohl wie auf den höheren Schulen, unsere jungen Leute bis zum 24. Jahre jeder produktiven wirtschaftlichen Tätigkeit entziehen. Das ist ein Zustand, den wir auf die Dauer weder werden durchhalten können, der aber auch dem inneren Gedanken einer **Erziehung durch Arbeit** durchaus abträglich ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das gilt für unser ganzes bisheriges Schulsystem, und darum müssen wir unser Schulsystem in solchem Sinne umgestalten. Versuche in diesem Sinne hat man schon gemacht. Ich weiß zum Beispiel von Neukölln. Dort hat man eine **Gartenbauschule an die Schule angebaut**, und ein Herr, der es wissen muß, weil er sich an leitender Stelle befindet, hat mir gesagt: Wenn wir ein paar Jahre so fortfahren, dann können wir aus dem Gemüsebau fast soviel herausholen, wie uns die ganze Schule kostet.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir diesen Gedanken weiter ausbauen und auf (B) den Handwerksbetrieb usw. ausdehnen, dann werden wir zweierlei erreichen. Einmal haben wir für die Gesamtheit der Jugend die Möglichkeit geschaffen, im Zusammenhang mit wirtschaftlich notwendiger praktischer Arbeit zu der geistig bedeutsamsten Kultur zu kommen, die wir uns überhaupt nur denken können. Denn nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern auch manch feinsinniger Kritiker auf der bürgerlichen Seite ist sich darüber klar, daß jene einseitige intellektuelle Ausbildung, auch jene einseitige Gemütsausbildung, die unsere Schulen vermitteln, die die innere Verantwortung und jene selbstverständliche Notwendigkeit, die die Versittlichung der Arbeit gibt, ausschaltet, ungeheure Gefahren in sich birgt. Wir müssen zu einer **revolutionären Umgestaltung unseres** ganzen **Schulwesens** kommen und besonders — da komme ich auf den Ausgangspunkt zurück — zu einer revolutionären Umgestaltung unserer Lehrerausbildung. Ich möchte diesem Lehrerausbildungsgesetz, das wir ja jetzt bekommen sollen und das wir mit Spannung erwarten, doch eines mit auf den Weg geben. Es ist nicht angängig, daß wir unsere Volksschullehrer wie unsere Oberlehrer so lange von ihren Berufen fernhalten. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, daß erziehungsbefähigte junge Menschen, auch junge Mädchen, schon während ihrer Ausbildungszeit sich in praktischer Erziehungshilfsarbeit bewähren können.

(Sehr richtig links. — Abgeordneter Beuermann: Das haben wir schon gehabt!)

— Ja, viele dieser Dinge hat das praktische Mittelalter viel besser geschaffen, als wir es heute schaffen.

(Abgeordneter Beuermann: Wir haben es jetzt auch!)

— Ich weiß nicht, wo so etwas besteht. Ich wollte es einmal an einer Privatschule durchführen, da wurde es aber verboten. Dem mag sein, wie ihm wolle, — wer ein offenes Auge für Erziehungsbegabung hat, der weiß, daß es sehr viele Menschen gibt, die vom frühesten Alter an schon jene pädagogische Begabung zeigen, die direkt (C) eine Neigung dazu haben, andern etwas beizubringen, sie zu sich heranzuziehen, oder sich in andere hinein zu vertiefen. Das sind die ersten Ansätze, die wir beobachten müssen. Das ist das erste und beste Ausleseverfahren, das wir vollziehen müssen. Die Kinder müssen schon im frühesten Alter in die Schulkindergärten, in die Kindergärten hinein, die Sie hoffentlich bewilligen werden. Sie müssen als Hilfskräfte in den Schulbetrieb hinein und müssen dann, wenn sie weiterkommen, neben dieser praktischen Betätigung allmählich pädagogisch-theoretisch ausgebildet werden. So wächst aus diesen Kindern der Lehrer heraus. Dort ist die Möglichkeit gegeben, den Beruf zu wechseln, einen andern Beruf zu ergreifen; dort haben wir eine **innere Auslese aus der Arbeit selbst heraus**, die ich weit, unendlich weit höher schätze, als irgendeine unzulängliche pädagogisch-experimentelle Auslese. Dasselbe was ich von der Lehrerausbildung gesagt habe, gilt auch von anderen Berufen. Meine Freunde sind so radikal zu glauben, daß es ein Unsinn ist anzunehmen, daß etwa nur künftige Jurist oder Mediziner eine klassische und eine solch hervorragende Ausbildung haben müßte, wie die höheren Schulen sie geben, sondern wir sind der Meinung, daß jedem Menschen nach seinem Können die Möglichkeit dazu gegeben werden muß, und zwar bereits in der Schule, sich in seinen praktischen Beruf hineinzuarbeiten. Wenn wir unser Schulsystem so ausbauen — ich kann ja nicht lange mehr über diese Frage sprechen —, wenn wir das Berufsschulwesen gleichsam als Berufsschulwesen für alle Kreise ausbauen, dann bekommen wir positive feste Grundlagen für die Versittlichung unseres Volks.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So etwas hilft viel besser als Zensuren und alle solche Dinge mehr. Der Mensch, der an ringender Arbeit innerlich beteiligt ist, verschmäht den Kitsch in der Kunst, er verschmäht auch alle Perversität und alle Anregungen (D) nach dieser Hinsicht. Denn er hat innerlich die Anregung in seiner Arbeit, und er sucht in seiner Kunst nur die Muse. Er sucht in ihr die anmutige Form, die seinem Leben eine Abrundung geben soll.

Sind Sie wirklich überzeugt davon, eine sittliche Kultur zu schaffen, so ist hier eine Möglichkeit, wo die Notwendigkeiten des Augenblicks Sie mit dem, was wir für unsere Zukunft erstreben, verbinden. Ist es Ihnen wirklich in tiefstem Herzen ernst, dann überlegen Sie sich diese Dinge und schaffen Sie mit uns diese positive Ausgestaltung und Versittlichung unseres Volkslebens, unserer Menschheit überhaupt.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Ich habe keine Veranlassung, in dem engen Rahmen, der hier der Debatte gestellt ist, auf die Ausführungen des Herrn Vorredners näher einzugehen. Gewiß sind sie in manchen Dingen beachtenswert; — wieweit sie sich in der rauhen Wirklichkeit durchsetzen lassen,

(sehr wahr! im Zentrum)

muß, glaube ich, in einem anderen Gremium als hier in dem Plenum des Reichstags erörtert werden. Jedenfalls liegt keine Veranlassung vor, diese Anregungen etwa sämtlich oder von vornherein ablehnend zu behandeln.

Was nun die Ausführungen angeht, die hier zunächst über die **Unsittlichkeit in Berlin** gemacht worden sind, so ist es gewiß langweilig, aber unvermeidlich, wenn ich auch bei dieser Gelegenheit wiederhole, daß, solange das Reich ein Bundesstaat ist, solange die gesamte Polizei bei den Ländern liegt, es für den Reichsminister des

(Koch, Reichsminister des Innern.)

(A) Innern unmöglich ist, die Verantwortung für dasjenige zu übernehmen, was auf diesem Gebiete in den einzelnen Ländern geschieht. Und gerade die Partei, der Herr Wulle angehört, legt ja immer ganz besonders Gewicht darauf, die Selbständigkeit Preußens zu erhalten. Ich halte es nicht für erwünscht, daß etwa das Reich versucht, in die preußische Verwaltung einzugreifen. Gesetze sind jedenfalls nicht erforderlich, um die Uebelstände, wie sie im hiesigen Theaterwesen eingerissen sind, zu bekämpfen,

(sehr richtig! links)

sondern die Bekämpfung dieser Übelstände ist ohne weiteres auf Grund der bestehenden Gesetze und durch die der Polizei gegebenen Befugnisse zu erreichen. Ich habe die Hoffnung, daß, wenn wir erst aus den Unruhen der gegenwärtigen Zeit heraus sind und erst wieder dazu kommen, stetig zu arbeiten, wenn auch der Beamtenkörper in den einzlnen Ländern sich erst wieder mehr in die Verhältnisse eingewöhnt hat, dann auch die Aufmerksamkeit, die Staatsanwalt und Polizei in den Ländern diesen Zuständen zuwenden, eine größere sein wird, als es heute vielfach der Fall ist. Ich möchte mich allerdings dabei auf ein französisches Urteil gerade nicht berufen, wie es Herr Wulle getan hat.

(Sehr richtig!)

Denn ich habe im ganzen den Eindruck, daß die **Verhältnisse in Frankreich** und namentlich auch in Paris auch heute durch die Verhältnisse in Berlin noch nicht übertroffen werden. Also ich bin gern bereit, wie ich das mehrfach getan habe, auf besondere Übelstände überall da, wo es angängig ist, die Behörden der Länder hinzuweisen, kann aber meinerseits einen Erfolg dieser Bemühungen nicht versprechen, da ich einen irgend wie verfassungsmäßigen Einfluß zur Durchsetzung meiner Anschauungen nicht besitze.

Was die **Frage des Gesetzes gegen** den Schund und (B) Schmutz, besonders gegen die **Schund- und Schmutzliteratur** angeht, so bin ich in den Zielen, daß es erwünscht und notwendig wäre, solche Literatur von unseren Kindern fernzuhalten, mit dem ersten Herrn Redner einig. Die Schwierigkeiten, ein Gesetz zu erlassen, das sich tatsächlich auf die Bekämpfung von Schund und Schmutz beschränkt und nicht gleichzeitig in unsere Literatur, auch in die bessere und beachtenswerte Literatur eingreift, sind allerdings groß.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So verhältnismäßig leicht, wie bei der Bekämpfung des Kinematographenunwesens die Sache gesetzlich gelöst werden konnte, ist hier die Aufgabe nicht. Die Angelegenheit wird aber in meinem Ministerium bearbeitet, und zwar, wie ich ausdrücklich betone — das wird auch den Herren von der Linken Freude machen —, nicht in der Polizeiabteilung, sondern in der Kulturabteilung durch den Herrn Staatssekretär Schulz. Gerade in der nächsten Zeit wird eine Besprechung mit Sachverständigen stattfinden, die den ersten Entwurf, der nach dieser Richtung hin ausgearbeitet worden ist, dort zur Beratung bringt und hoffentlich doch dazu führt, daß man sich auf einen brauchbaren Weg einigt. Der gute Wille, unseren Volkskörper vor solchen Schäden zu bewahren, ist in der Tat vorhanden.

Ich bin aber auch weiterhin der Meinung — und kann auch da einmal ausnahmslos meine Uebereinstimmung mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Löwenstein konstatieren —, daß die besten und hauptsächlichsten Mittel ja nicht auf polizeilichem Gebiet liegen, wenn man dafür sorgen will, daß unser Volk und namentlich unsere Jugend an solchen Dingen keinen Gefallen mehr findet.

Ich begrüße deshalb das eifrige Interesse, mit dem der Herr Abgeordnete Dr. Schreiber auch heute wieder für die **Frage der körperlichen Ertüchtigung unserer Jugend** eingetreten ist. Kein besseres Mittel gegen das Interesse für Schund und Schmutz gibt es als die Freude an Sport und (C) Spiel, als die Freude am Turnen und daran, den eigenen Körper gesund und damit auch rein zu erhalten. Ich glaube deswegen, daß wir auf diesem Wege gemeinsam werden arbeiten können und daß hier viel geschehen kann. Ich habe im Nachtragsetat für 1921 erhöhte Mittel für dieses Gebiet angefordert und darf ja auch hier wohl konstatieren, daß der Reichstag hinter mir steht, wenn ich den Standpunkt einnehme, daß wir, wenn wir unser Volk vor Schädigungen bewahren wollen, auf diesem Gebiete Ausgaben zu machen genötigt sind.

Ich werde auch den Gedanken des **Spielplatzgesetzes** weiter verfolgen trotz der Bedenken, die dagegen laut geworden sind,

(sehr richtig! rechts)

nicht in dem Sinne, daß nun das Reich hier etwa in erster Linie berufen wäre, vorzugehen. Ich erkenne durchaus an, daß eine ganze Reihe von Kommunen und fast durchweg auch die Länder ihre Pflicht getan haben. Trotzdem wird die Möglichkeit bestehen, daß hier auch von Reichs wegen nützlich gewirkt wird, und ich glaube, wir brauchen uns nicht vorzeitig über dieses Gesetz zu erzürnen, sondern wir können abwarten, wie es ausfällt, ehe wir endgültig ein zustimmendes oder abfälliges Urteil darüber fällen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Eine **Denkschrift über die körperliche Ertüchtigung der Jugend** wird eingehen. Ich darf aber bemerken, daß die Leitsätze, die die Reichsschulkonferenz nach dieser Richtung hin ausgearbeitet hat, doch schon ein guter Wegweiser auf diesem Gebiete sind. Es ist manches abfällige Urteil über die **Reichsschulkonferenz** gefällt worden, und es ist ja ganz klar, daß eine solche Konferenz nicht leisten konnte, was manche von ihr erwarteten, nämlich mit einem Schlage auf dem Gebiete der Schulreform endgültige Vorschläge in der Weise zu bringen, daß wir übermorgen (D) die alten Schulen zumachen und neue Schulen aufmachen könnten. Das hat niemand erwartet. Ich selbst habe zu Beginn der Reichsschulkonferenz erklärt, daß es sich nur darum handeln könnte, die Männer und Frauen aus den verschiedensten Gebieten des Schulwesens einmal zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen, schon damit man endlich einmal einsehe, daß man auch bei abweichender Meinung miteinander verhandeln kann und daß wir Deutsche, auch wenn wir in unseren grundsätzlichen und parteipolitischen Anschauungen nicht überall auf demselben Standpunkte stehen, durchweg nicht so schlechte Kerle sind, wie wir uns das in der bitteren Fehde der Presse und bei anderen Gelegenheiten immer wieder glauben machen wollen. Ich glaube: wer die Schulkonferenz und ihren Verlauf verfolgt hat, wird sich mit mir davon überzeugt haben, wie außerordentlich sich die Anschauungen im Laufe der Reichsschulkonferenz fast auf allen Gebieten genähert haben und wie sehr im Schulwesen, das dem Streit der Parteien so weit wie möglich entrückt werden sollte, praktisch zusammengearbeitet werden kann, ohne daß man sich seiner grundsätzlichen Anschauungen dabei entschlagen muß. Das gilt insbesondere auch für das, was die Reichsschulkonferenz auf dem Gebiete der körperlichen Ertüchtigung geleistet hat. Die Leitsätze der Reichsschulkonferenz sind jetzt den Ländern zur gutachtlichen Äußerung zugeschickt worden. Ich hoffe, daß aus der Zusammenarbeit des Reichs mit den Schulverwaltungen der Länder auch auf diesem Gebiete eine Reihe brauchbarer Vorschläge hervorgehen werden, die dazu führen können, daß wir in der Tat im Sinne der körperlichen und sittlichen Hebung unserer Jugend zu wirken in der Lage sind.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, ihre

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) Plätze einzunehmen, damit über den Antrag zu Kap. 3 Tit. 13 der fortdauernden Ausgaben auf Drucksache Nr. 1665 abgestimmt werden kann. —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die der Entschließung D. Dr. Schreiber und Genossen auf Drucksache Nr. 1665 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Ebenso darf ich annehmen, daß Kap. 3 Tit. 13 angenommen ist, wenn kein Widerspruch erfolgt. —

Ich darf weiter die Annahme von Kap. 3 Tit. 14 feststellen, wenn kein Widerspruch erfolgt. — Ein solcher erfolgt nicht.

Wir kommen nun zu Kap. 3 Tit. 15. Ich möchte vorschlagen, von Kap. 3 die Titel 15, 17, 21, 24 und 25, die sämtlich Schulfragen behandeln, zur gemeinschaftlichen Beratung zu verbinden.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Ich wäre damit einverstanden, die gemeinsame Beratung bis Tit. 24 zu erstrecken. Den Tit. 25, der eine in sich geschlossene, davon gesonderte Materie, die Kadettenanstalten, behandelt, bitte ich herauszunehmen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Wenn sich dagegen kein Widerspruch erhebt, würden also nur die Tit. 15, 17, 21 und 24 miteinander verbunden werden.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Luther.

Dr. **Luther,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe in Kürze den Widerspruch meiner politischen Freunde zu den beiden Drucksachen Nr. 1499 und 1534 zu begründen. Wir haben uns selbstverständlich (B) darüber gefreut, daß der ganzen **Frage der religiösen Erziehung** gegenüber eine außerordentlich ruhige und zurückhaltende Art von allen Seiten des Hauses bewahrt worden ist. Aber wir empfinden, daß in diesen beiden Anträgen der Versuch gemacht wird, unter dem Scheine der Toleranz Religion und religiöse Erziehung zu einer bloßen Privatsache herabzudrücken und die weltliche Schule als die Normalschulform in Deutschland hinzustellen. Dagegen erheben wir auf Grund unserer Weltanschauung den schärfsten Protest. Wir tun das nicht etwa um der Religion willen, denn der religiöse Glaube ist ein Teil des menschlichen Geisteslebens und wird darum immer bestehen. Wir tun es auch nicht aus Angst um die Kirche, denn die Kirche als Gemeinschaftsform einer religiösen Überzeugung wird immer bleiben, in immer neu sich verjüngender Form. Aber uns beherrscht eine heiße Sorge, daß nicht bloß ein äußerlich, sondern auch ein innerlich armseliges Geschlecht in unserer Jugend erstehe. Ein einziger Blick in unsere Gegenwart zeigt uns doch — so denken wenigstens wir bei unserer Weltanschauung — die absolute Seelenlosigkeit unserer Tage. Wir sind ja erfreulicherweise trotz mancher Zwischenrufe darin einig, daß der Tiefstand unserer Zivilisation, der sich in der schamlosen Kinokultur, in perversen Theaterstücken, bei denen der Großstadtmob über die Zoten jubelt, nicht überboten werden kann. Aber im Gegensatz zu Dr. Löwenstein behaupte ich, daß alle diese Verirrungen durchaus nicht in den ökonomischen Verhältnissen begründet sind, sondern diese Verirrungen haben ihren Grund in der seelischen Verarmung unseres Volkes.

Ich möchte mir erlauben, auch einen Augenblick von diesen Außendingen, die uns namentlich in der Großstadt ins Auge fallen, auf etwas Intimeres hinzuweisen. Ich nehme an, daß alle in diesem Hause auch ein tiefes Leid tragen über den **sittlichen Mangel im täglichen Leben,** dem wir im Denken und Fühlen unseres Volkes begegnen, (C) über den Mangel an Autorität, Pflichtgefühl und Achtung vor dem Leben und Eigentum des andern. Ich habe darauf gewartet, daß Herr Dr. Löwenstein uns das große Heilmittel für alle diese Nöte, über die wir uns alle einig sind, nennen würde. Ich bin bitter enttäuscht über das einzige Heilmittel, das er zur Gesundung unseres Volkes vorgeführt hat. Ich behaupte, daß die **Arbeitsschule,** deren begeistertes Lob Herr Dr. Löwenstein gesungen hat, keineswegs imstande ist, eine neue Erstarkung und sittliche Gesundung unseres Volkes heraufzuführen. Täuschen wir uns doch darüber nicht! Einmal haben wir diese Dinge längst gehabt, und andrerseits entsteht doch aus der Neuordnung der ökonomischen Verhältnisse das nicht, was für die Gesundung eines Volkes nötig ist, nämlich sittlich starke, gute, freie, kernhafte Persönlichkeiten. Es bleibt doch dabei, daß weder die Arbeitsschule noch die aus ihr entstehende Moral, von der geredet worden ist, eines hat: den heißen Atem, der imstande ist, die Menschen in den vollen Dienst des Volkes zu stellen. Ich möchte Sie einmal fragen, was denn die großen Moralpauken, die in den letzten beiden Jahren gehalten worden sind, bei denen man versucht hat, die Bitte um Arbeit, um Gemeinschaftsgefühl in tausend Plakaten vor Augen zu führen, irgendwie in der Stärkung unserer Volkssittlichkeit genutzt haben. Darum bleiben wir dabei, daß im Gegensatz zu den beiden Entschließungen, die uns vorliegen, doch die religiöse Erziehung unserer Kinder Kern und Stern unseres Lebens bleiben muß.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist auch so, wenn Sie es auch bestreiten, daß nur in der Religion Pflicht, Ordnung, innerliche und äußere Selbstzucht ist und eine Moralität, die nicht nur fordert, sondern auch Opfer zu bringen imstande ist.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Sie bringen keine Opfer!) (D)

Es wäre viel besser, wenn die Herren, statt gegen Religion und gegen religiöse Erziehung zu opponieren, sich vereinigten dahin, daß wir in unserem Vaterlande und in der Erziehung unseres Volkes nötig haben, was einer der Redner sehr richtig angedeutet hat, eine gründliche Reform unseres Religionsunterrichts. Alle Vorbedingungen sind dazu da, an gutem Willen fehlt es keineswegs. Glauben Sie nicht, daß, wie dieser Antrag will, mit der feinen Abzirkelung der Kompetenzen etwas geschaffen werden kann, sondern nur im geistigen Kampf auch auf dem Gebiete der Religion, und darum steht für uns fest, daß, wie die Religion die feinste Blüte des menschlichen Geisteslebens ist, auch nur eine vollwertige Erziehung auf dem Boden einer echten Religiosität möglich ist.

Wir bieten von Anfang an nicht die Hand dazu, daß eine religionslose Schule der Normaltypus im deutschen Geistesleben werden soll, und lehnen aus diesem Grunde von vornherein alle Dinge ab, die leise spielen hinter Nr. 1599 und 1534, die uns von dieser Seite angeboten werden.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Matz.

Dr. **Matz,** Abgeordnete: Ich habe zunächst eine Entschließung zu begründen, die meine politischen Freunde zu Kap. 3 Tit. 15 eingebracht haben, nämlich die Entschließung, daß die Reichsregierung ersucht werden soll, bei den Regierungen der Länder darauf hinzuwirken, daß **in den Abschlußklassen aller Schulen** eine dem Verständnis der Schüler und Schülerinnen angepaßte **Einführung in den Versailler Friedensvertrag** erfolge.

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit beschränke ich mich auf kurze Worte Mit dem Versailler Frieden haben

(Dr. **Matz**, Abgeordneter.)

(A) wir eine ungeheure Verantwortung auf uns genommen, eine Verantwortung nicht nur für uns, sondern auch für das kommende Geschlecht, für unsere Jugend. Unsere Jugend ist es, die diese Lasten, die unser Volk nach dem Friedensvertrag leisten soll, in erster Linie zu tragen hat; die Jugend ist es, die nach dem Pariser Diktat in die Schuldknechtschaft der 42 Jahre verstrickt werden soll. So ist die Einführung in den Friedensvertrag in den Abschlußklassen unserer Schulen für uns ebenso wichtig wie die Einführung in die Verfassung.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Jugend von heute tritt nicht mehr so leicht und unbeschwert in das schaffende Leben hinaus, wie wir es seinerzeit in glücklicheren Zeiten des Vaterlandes haben tun können. Sie tritt hinaus belastet mit dem Ungeheuren, was dieser Friedensvertrag uns auferlegt, und diese Jugend hat ein Recht, ehe sie ins Leben hinausgeht, zu wissen, woran sie ist.

Nun allerdings denken wir uns diese Einführung in den Friedensvertrag nicht in dem Sinne, wie es hier gestern von sozialdemokratischer Seite aus erörtert worden ist. Mit der **Einführung in den Friedensvertrag** soll **nicht Politik in die Schule hineingetragen** werden.

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir wollen nicht die Schuld an diesem Vertrage in unserem Volk von einer Seite auf die andere schieben, sondern wir wollen unsere Jugend nur ausreichend wissen lassen, um was es sich bei diesen Bestimmungen handelt. Der Friedensvertrag soll auch nicht benutzt werden, um Haß in die Seelen der Jugend zu säen, wir wollen nicht wiederholen, was Frankreich nach dem Jahre 1870/71 getan hat. Ich habe selbst erlebt, wie in französischen Schulen immer wieder im Hinblick auf Elsaß-Lothringen Haß und Rache gepredigt wurde. Das wollen wir nicht tun. Aber für den Gedanken, daß Unerträgliches und (B) Unerfüllbares von uns verlangt wird, daß eine Revision des Vertrages nötig ist, hat schon die Jugend Verständnis. Wir glauben auch, daß die Einführung in den Friedensvertrag unsere Jugend in dem Gefühl der Vaterlandsliebe stärken wird

(lebhafte Zustimmung rechts)

im Sinne der Worte von Ernst Moritz Arndt, daß dieses Vaterland in seiner Not mit seinen — wirtschaftlich betrachtet — „kahlen Felsen und öden Inseln" dem Menschen doppelt lieb und wert sein soll und sein muß, — daß dieses Gefühl in den Herzen unserer Jugend gestärkt werde durch das Wissen um das, was dem Vaterland zu tragen auferlegt ist. So glauben wir, daß die Einführung in den Friedensvertrag ein Stück **Erziehung zum Staatsbürgertum** darstellt.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich darf im Anschluß daran — gleichfalls noch zum Tit. 15 — einem andern Wunsche hier Ausdruck geben, der meiner Meinung nach nur von dem Herrn Berichterstatter kurz gestreift worden ist, nämlich hinsichtlich der **Privatschulen.** Die Privatschulen können heute aus eigener Kraft nicht mehr weiterexistieren.

(Leider! bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie sind unbedingt auf die Hilfe der Gemeinden, der Länder und schließlich des Reichs angewiesen.

Meine Damen und Herren, es ist ganz zweifellos, daß die Privatschulen eine große, wichtige Aufgabe erfüllt haben und auch in Zukunft noch erfüllen müssen. Sie haben einmal dem Staate und den Städten außerordentlich viel Geld gespart, ganz besonders auch auf dem Gebiete des Mädchenschulwesens. Sie sind weiter darin außerordentlich wichtig, daß sie den Minderheiten Gelegenheit geben, in der Schulerziehung zu ihrem Rechte zu kommen. Sie sind geeignet, das Elternrecht die Erziehung des Kindes nach ihrem Willen sicherzustellen. Endlich haben sie wertvollste Arbeit geleistet als pädagogische Versuchsschulen. (C) Es ist nicht möglich, im Rahmen der großen öffentlichen Schulen pädagogischen Reformbewegungen und -bestrebungen in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen. Das ist in hervorragendem Maße seitens der deutschen Privatschulen geschehen, und das wird auch in Zukunft so sein.

Deswegen wünschen wir, daß die Privatschulen nicht einfach hinweggefegt werden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

Wir wollen uns nicht einsetzen für den Schutz jeder ersten besten Winkelschule, aber wir treten dafür ein, daß denjenigen Schulen, die sich bewährt haben als wirklich wertvolle Glieder des gesamten Schulorganismus, auch die Möglichkeit gegeben wird, weiterzubestehen,

(bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

und daß, wo eine Übernahme durch den Staat oder durch die Städte erfolgt, auch der Lehrkräfte der Privatschulen, die hingebende Arbeit geleistet haben, gedacht werde, indem sie in den öffentlichen Dienst übernommen werden oder sonst in ausreichender Weise für sie gesorgt wird.

So wünschen wir, daß auch die Privatschule mit Teil hat an dem Schutz und der Pflege, die für das Bildungswesen nach Art. 142 der Verfassung gewährleistet ist.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Dann ein Wort zu Tit. 24, zu der **Frage des Films.** Verschiedene Parteien haben eine gemeinsame Entschließung des Inhalts vorgelegt, daß ein Betrag von 100 000 Mark im Haushaltsplan für 1921 ausgeworfen werde zur Förderung der Herstellung guter Filme für Schul- und Bildungszwecke in Fühlungnahme mit vorhandenen Organisationen, so namentlich dem **Bilderbühnenbund deutscher Städte.** Ich möchte mich bei der späten Stunde nicht erst lange mit der Einzelbegründung aufhalten. Ich darf nur kurz darauf hinweisen, was hier auch schon immer wieder gesagt worden ist, daß die Schundfilme, die nach (D) den Bestimmungen des Filmgesetzes nicht immer von der Zensur erfaßt werden können und sich auf dem Filmmarkt breit machen, in weitgehendem Maße auf das Kulturleben, auf das sittliche Leben vernichtend wirken.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich darf darauf hinweisen, daß an der erschreckenden Zunahme der Verbrechen Minderjähriger in außerordentlichem Maße gerade der Anreiz des Films Schuld hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich darf auf die Roheit und die Entsittlichung hinweisen, die durch den Film in unserem Volke hervorgerufen ist.

Aber daneben hat doch der **Film** seine außerordentlich große **kulturfördernde Bedeutung.**

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

In einer Zeit, in der breite Kreise unseres Volkes den Besuch der Theater nicht mehr erschwingen können, ist der Film ein Kulturfaktor geworden, um den man nicht mehr herumkommen kann. Deswegen wünschen wir, daß für Schul- und Bildungszwecke, positive Förderung der Bestrebungen auf Herstellung guter Filme Mittel eingestellt werden. Die hunderttausend Mark, die wir beantragen, sind nur ein erster Anfang, der das Interesse des Reichs für diese Fragen bekunden soll. Es handelt sich nicht um eigene Herstellung von Filmen, für die der geforderte Betrag nicht entfernt ausreichen würde, sondern um Unterstützung von entsprechenden Organisationen. Ich darf im Zusammenhange damit betonen, daß die Organisation, die wir genannt haben, der Bilderbühnenbund deutscher Städte, bezeichnet durch die Namen Ackermann und Ackerknecht, übrigens neben anderen Organisationen, eine hervorragende und vorbildliche Arbeit nach dieser Richtung geleistet hat. Eine Darlegung darüber ist den Mitgliedern des hohen Hauses zugegangen.

(Dr. Matz, Abgeordneter.)

(A) Weiter würde es sich als notwendig und zweckmäßig erweisen, wenn man die **Reichsfilmstelle,** die heute bereits besteht, zu einer **Zentralstelle für das ganze Gebiet des Films** ausbaute. Diese Reichsfilmstelle hat es jetzt mit der Verwaltung der alten Bestände zu tun, die von dem früheren Bild- und Filmamt übernommen sind. Zweifellos leidet die Bearbeitung der Filmfragen darunter, daß heute ganz verschiedene Amtsstellen sich mit diesen Fragen beschäftigen. Ein Teil steht unter der Polizeiabteilung des Reichsministeriums des Innern, ein anderer Teil unter der Kulturabteilung; andere Fragen werden vom Reichswirtschaftsministerium erledigt, andere im Reichsschatzministerium, im Auswärtigen Amt und im Reichsarbeitsministerium. Bei der großen kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung, die diese Fragen gewonnen haben — ist doch die Filmindustrie heute die drittgrößte Industrie in Deutschland — erscheint es angemessen, daß die Reichsfilmstelle im Reichsministerium des Innern sich zu einer Zentralstelle für die Bearbeitung aller einschlägigen Fragen entwickele. Es bleibt dabei zu erwägen, ob man sie vielleicht früher oder später einmal in der Kulturabteilung des Reichsministeriums des Innern überführt.

Dann noch ein letztes Wort zu einer Entschließung, die von den Unabhängigen vorgelegt worden ist, zu der Entschließung über den Ausbau des Kindergartens, über die **Einführung des obligatorischen Kindergartens.**

(Abgeordneter Dr. Löwenstein: Schulkindergarten!)

— Ganz recht! Wir können dieser Entschließung, die Herr Kollege Dr. Löwenstein hier ausführlich begründet hat, nicht zustimmen. Wir erkennen dem Kindergarten eine hervorragende Bedeutung zu in Unterstützung oder Ergänzung einer irgendwie nicht ausreichenden Familienerziehung, und wir sind selbstverständlich dafür, daß mit Rücksicht auf die soziale Not die Zahl der **Kindergärten** weiter vermehrt wird. Wir sehen aber in dem Kinder-(B)garten nicht eine Einrichtung der Schule — ich bitte, das Herrn Dr. Löwenstein sagen zu dürfen —, sondern eine **Einrichtung der Jugendwohlfahrt.** Wir lehnen einen Schulkindergarten ab, der das Kind noch früher, als es die heute geltende Schulpflicht tut, der Familie entzieht. Wir müssen unbedingt fordern, daß den Eltern grundsätzlich die Pflicht, aber auch das Recht zur Erziehung ihrer Kinder verbleibt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir wenden uns dagegen, daß die Verschulung unseres Volkes nun auch noch auf das Spielalter hinübergreift; denn wenn jetzt gefordert wird, daß dieser Schulkindergarten nach dem fünften Lebensjahr einsetzen soll, so wird es sehr bald auf das vierte und dritte Lebensjahr hinübergehen, die das Schulprogramm mancher Schulreformer heute bereits umschließt. Wir sind durchaus der Überzeugung, daß in der Erziehung der deutschen Familie unschätzbare Werte beschlossen sind. Ein Beweis dafür liegt darin, daß man bemüht ist, den Kindergärten einen familienhaften Charakter zu geben. Daraus erhellt, wie wichtig und wertvoll das ist, was die Familie zu leisten hat. Die Familie ist die natürliche Stätte der Erziehung für das jugendliche Alter, und es bedeutet eine Überspannung des Staatsgedankens, durch einen obligatorischen Schulkindergarten in diese Erziehungsarbeit ohne Not einzugreifen. So wichtig und entscheidend die ergänzende Arbeit des Kindergartens sein wird, da, wo die Familie versagt oder wo ein Kind wegen körperlicher oder geistiger Mängel nicht die Schulreife erhalten kann, so sehr verwahren wir uns dagegen, den Kindergarten, auch in der Form des Schulkindergartens mit zweijähriger Dauer und Heraufsetzung des Schulalters, bindend zu machen und alle Kinder in ihn hineinzuzwingen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Davon ist ja keine Rede!)

— Es steht ausdrücklich darin: ein obligatorischer Schul- (C) kindergarten, das heißt: alle Kinder sollen in den Kindergarten gehen. Das, meine Damen und Herren, scheint mir im besonderen auch eine Verkennung der großen Erziehungsaufgabe der deutschen Frau, der deutschen Mutter zu sein. Ich glaube, daß gerade das junge Kind in der Pflege seiner körperlichen und geistigen Kräfte und in der sittlichen Beziehung in der Familie besser zu seinem Rechte kommt als in dem Kindergarten, auch wenn er noch so vorbildlich organisiert ist.

Wenn Herr Dr. Löwenstein betont hat, daß im Kindergarten eine gesellschaftlich nutzbringende Arbeit geleistet werden soll, so muß ich demgegenüber bemerken, daß diese **gesellschaftlich nutzbringende Arbeit** in viel höherem Maße **in der deutschen Familie** im Hause geleistet werden kann. Man hat das für die Großstädte angezweifelt. Es gibt aber doch nicht nur Großstädte, sondern auch noch Mittelstädte und Kleinstädte und das Land; und ich als Hausfrau muß mich ganz entschieden dagegen verwahren, daß heute in unseren deutschen Familien keine Arbeit des Haushalts mehr geleistet würde, die zur Heranziehung des kleinen Kindes zu nutzbringenden Hilfeleistungen, zur Erziehung zum Gemeinschaftsgefühl in der Familie fruchtbar gemacht werden könnte. Wir sind heute glücklicherweise noch nicht allgemein zu einem Einküchenhaus gekommen, sondern wir haben noch unsere getrennten Haushalte mit all der mannigfachen Kleinarbeit, die sehr wohl auch der Betätigung des Kindes Raum lassen.

Ganz zweifellos ist nicht jede Mutter zu dem Erziehungswerke geschickt. Da müssen wir ansetzen. Für unser Volksganzes ist es unendlich wichtig, daß wir die weibliche Jugend tüchtig machen für diese ihre mütterlichen Aufgaben, die in weiterem Sinne in der Erziehung des Kindes zum Gliede der Volksgemeinschaft auch eine staatsbürgerliche Pflicht darstellen. Meine Damen und (D) Herren! Wenn wir Frauen hier in dieses hohe Haus eingezogen sind mit den bei Beratung der Kulturaufgaben oftmals so leeren Bänken, so haben wir damit zwar allerlei Rechte bekommen, es bleibt für uns aber noch unendlich viel zu tun, gerade an den ernsten und heiligsten Rechten der Frau. Was hülfe es uns Frauen, wenn wir die ganze Welt gewönnen mit allen möglichen schönen äußeren Rechten, wenn wir dabei Schaden nähmen an dem Besten in unserer Brust, an unserem Frauentum, an unserem Muttertum. Die deutschen Mädchen zu einem tiefen inneren Erfassen dieser ihrer mütterlichen Aufgabe zu erziehen, das muß die Aufgabe der Zukunft sein. Mutterliebe ist nicht nur Instinkt, nicht nur Gefühl; sie ist Tat, sie bedeutet Erziehung. Wir fordern daher, wie es auch gelegentlich hier in diesem hohen Hause bereits gestreift worden ist, ein **weibliches Dienstjahr,** das als Ausbildungsjahr die weibliche Jugend tüchtig mache zur Erfüllung ihrer hauswirtschaftlichen und hausmütterlichen Pflichten, ein **Erziehungsjahr,** das insbesondere auch die Gebiete der **Kinderpflege und Kindererziehung** umfaßt. Wir glauben, daß die deutsche Frau, die so vorgebildet ist, in noch weit stärkerem Maße auch die Erzieherin ihrer Kinder sein wird. Dann erst wird sie in vollem Maße die erziehliche Aufgabe der deutschen Familie erfüllen.

Es ist in diesen Tagen hier soviel einerseits vom Schlemmerleben und andererseits von der Veredelung des deutschen Volks geredet worden. Da möchte ich daran erinnern, daß diese Veredelung des Volks von der deutschen Familie ausgehen muß. Die Seele der deutschen Familie ist und bleibt die deutsche Frau, und wenn es abwärts geht mit der Sittlichkeit des Volks, so sind wir Frauen dafür in erster Linie mit verantwortlich. Man soll aber die Dinge sehen, wie sie wirklich sind. Wohl macht sich

(Dr. Matz, Abgeordneter.)

(A) in manchen Kreisen ein üppiges Leben breit, aber wir wollen doch nicht vergessen, daß es neben der kleinen Minderzahl der Schlemmer und Prasser noch Millionen von deutschen Familien gibt, die gesunden deutschen Geist, die Einfachheit und Schlichtheit des Lebens pflegen. Hier liegt die besondere Aufgabe der deutschen Frau, die Pestalozzi ihr zuweist, wenn er sagt: „Die Veredelung des Volks ist kein Traum; ich will sie in die Hand der Mutter legen."

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dransfeld.

Dransfeld, Abgeordnete: Die Bedeutung der Entschließung Dr. Rießer, Erkelenz, Aderhold und Genossen finde ich in der Tatsache, daß sie positiv das **Filmwesen** zu beeinflussen sucht. Unsere gesamte Tätigkeit auf diesem Gebiet hatte bisher in mancher Beziehung zu sehr negativen Charakter. Wir suchten abzuwehren, auszuscheiden, den schlechten Film als Volksverführer größten Stils möglichst unschädlich zu machen. Nach diesen Grundsätzen ist auch unser Lichtspielgesetz aufgebaut, — natürlicherweise, möchte ich sagen; denn als Zensurgesetz hat es zunächst nicht die Aufgabe, anregend zu wirken, das Filmwesen im besten Sinne des Wortes volkserzieherisch auszugestalten. Die Initiative hierzu muß von anderer Seite ausgehen, und sie muß in feinerer Weise auf ethische und ästhetische Bedürfnisse unseres Volks Rücksicht nehmen, als es in den trockenen Paragraphen eines Gesetzes geschehen könnte.

So sehr ich also den positiven, auf notwendige Bildungszwecke hinzielenden Charakter der Entschließung anerkenne, so erstaunt bin ich über den eingeschlagenen Weg. Es sollen in den Haushaltsplan von 1921 100 000 Mark zur Förderung der Herstellung guter Filme eingesetzt werden. Wer die Filmindustrie kennt, der weiß (B) einerseits, daß hier 100 000 Mark ein Tropfen auf einen heißen Stein sind, rasch verdampft und verflogen.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Mit dieser Summe kann Wesentliches nicht geleistet werden. Selbstverständlich lege ich gegenüber dem Lehrfilm nicht den Maßstab an, mit dem die Herstellung der großen Filmdramen mit unendlichem Aufwand an Requisiten, an technischer Arbeit, an Honorar für Stars und Regisseure gemessen sein will. In solchen Fällen geht der Aufwand bekanntlich zuweilen über eine Million hinaus. Aber auch **der gute Lehrfilm** erfordert, wenn wir ihn umfassend fördern wollen, andere Kapitalien, als sie in der Summe von 100 000 Mark uns zur Verfügung stehen würden. Denn wir wollen ja gerade für die Aufgaben der Volksbildung und Volkserziehung das echtkünstlerische Lichtspiel, das die Eigenart des Films, Licht und Linie, bis in die zarteste Schattierungsnüance und die letzte Bewegungskurve hinein wiedergibt.

Ich möchte aber nun nicht raten, eine höhere Summe für den genannten Zweck in den Haushaltsetat 1921 einzustellen. Ja, ich bin dafür, auch die geforderten 100 000 Mark zu streichen. Denn wer die Filmindustrie kennt, der weiß auch anderseits, daß sie zu den kapitalkräftigsten Industrien gehört und auf eine Reichsunterstützung von 100 000 Mark wirklich nicht angewiesen ist.

(Sehr wahr! im Zentrum!)

Nach meiner Meinung verletzen wir deshalb das Sparsamkeitsprinzip, das eisernes Fundament all unserer Etatswünsche sein sollte, wenn wir auch nur die kleinste Summe für Zwecke ausgeben, für die andere Mittel zur Verfügung stehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die geforderten 100 000 Mark machen das Reich freilich nicht ärmer. Aber letzten Endes handelt es sich um ein Prinzip und sodann um eine Summe, mit der, wie ich (C) wiederholen möchte, nichts Wesentliches zu leisten ist; eine Summe zudem, die uns die Filmindustrie aus eigenen Mitteln „zur Förderung der Herstellung guter Filme für Schul- und Bildungszwecke" vielleicht verzehnfacht und verzwanzigfacht, wenn wir vom Reichstag aus in einer Entschließung den klaren Willen äußern, die Sache an sich zu unterstützen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wer je Gelegenheit hatte, mit der Filmindustrie zu verkehren, der weiß, daß sie durchweg doch nicht so kraß materiell gesinnt ist, um nicht guter Anregung im idealeren Sinne zugänglich zu sein. Der Filmkitsch und Lichtspielschund, der auch heute noch massenweise produziert wird, hat seine Entstehungsursache nicht immer in der betonten Absicht, durch Eingehen auf den verdorbenen Volksgeschmack und durch Entfesselung aller möglichen Triebe in der Massenseele ein möglichst gutes Geschäft zu machen. Nein, man arbeitet mit Schundfilmen vielfach faute de mieux und weil klarere Anregungen und kluge Unterstützungen zu einer besseren und volksbildnerisch fruchtreicheren Produktion fehlen.

Ich halte es auch für äußerst bedenklich, in einer Entschließung hier von der Plattform des Reichstags herab nur eine einzige Organisation zu nennen, den **Bilderbühnenbund deutscher Städte.** Wir haben zweifellos nicht die Aufgabe, ein Einzelunternehmen, möge es an sich noch so gut sein, zu unterstützen

(sehr richtig! im Zentrum)

und daneben viele andere, die das gleiche Anrecht haben, unberücksichtigt zu lassen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Ich würde also die Entschließung aufs wärmste begrüßen, wenn sie die Forderung der 100 000 Mark aus Reichsmitteln und die besondere Nennung des Bilderbühnenbundes nicht enthielte, also etwa die folgende (D) Fassung hätte:

> der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Herstellung guter Filme für Schul- und Bildungszwecke in Fühlungnahme mit den vorhandenen Organisationen zu fördern.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Um auf andere Weise die Herstellung des Lehrfilms zu unterstützen, hat mein Fraktionsgenosse Herr Dr. Schreiber eine Entschließung eingebracht, die praktisch sofort wirksam gemacht werden kann, allen vorhandenen Organisationen in gleicher Weise dienstbar ist und Reichsmittel nicht in Anspruch nimmt. Sie lautet:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, in Erwägung einzutreten, ob die **Prüfung von Lehrfilmen** nicht **gebührenfrei** erfolgen oder eine weitere Vorzugsstellung erfahren kann.

Ich bitte Sie dringend, diese Entschließung zu unterstützen. Sie weist zudem den Weg, wie die Filmprüfungsstellen, obgleich auch sie als Zensurstellen zunächst einen negativen Charakter tragen, dennoch positiv in den Dienst des guten, erzieherisch wirkenden Films zu treten vermögen.

Die **Filmprüfungsstellen** sind aus verschiedenen Gründen zu einer derartigen Aufgabe besonders geeignet. In ihnen treffen, ohne daß es besonderer Vorbereitungen bedürfte, die Filminteressenten mit den Sachverständigen zusammen: den Vertretern von Kunst und Literatur und den, wie es im Gesetze heißt, „auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, der Volksbildung oder der Jugendwohlfahrt besonders erfahrenen Personen". Wir könnten in den Filmprüfungsstellen also ein gutes Instrument haben nicht nur für die Ausscheidung des im Sinne des Lichtspielgesetzes § 1 Abs. 2 Verwerflichen, sondern auch für Schaffung des Besseren.

(Dransfeld, Abgeordnete.)

(A) Diesen Ausbau brauchten wir natürlich nicht gesetzgeberisch zu regeln; er könnte von den Beisitzern als freie Aufgabe betrachtet oder auf den Boden einer Ministerialverordnung gestellt werden. Es würde aber zu diesem Zwecke durchaus notwendig sein, die Beisitzer noch viel sorgfältiger auszuwählen, als es bisher — ich nehme das vom Herrn Reichsminister des Innern ohne weiteres an — geschehen ist.

Soweit ich mich unterrichten konnte, arbeiten die Beisitzer mit Gewissenhaftigkeit und beruflicher Strenge. Daß bei der Verschiedenheit künstlerischer Auffassung, sittlicher Weltanschauung und volkserzieherischer Bestrebungen in unserem Volke es immer wieder zu einem Zusammenprall der Meinungen kommt, und daß die Zensur sehr häufig das Ergebnis von unbefriedigenden Kompromissen ist, liegt mehr oder weniger in der Natur der Dinge. So kommt es auch wohl, daß man mit der Arbeit der Filmprüfungsstellen heute in weitesten Volkskreisen noch nicht zufrieden ist. Wer einmal ein Lichtspieltheater aufsucht, kann sich schon beim ersten Besuch überzeugen, daß die Filmprüfungsstelle doch ein recht grober Filter ist, durch den viel Zweideutiges und sittlich Aufreizendes, Blutrünstiges und Abenteuerliches und vor allem der nackte Schund im Sinne des Hintertreppenromans hindurchschlüpft.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Vielleicht ist es **für den Charakter der Volkszensur,** die unsere Filmprüfung darstellt, und die deshalb die künstlerisch- und sittlich-pädagogische Auffassung unseres gesamten Volkes widerspiegeln soll, **nicht günstig, daß die Beisitzer nur aus Berlin stammen.**

(Sehr gut! im Zentrum.)

Zweifellos handelt der Vorsitzende der Spruchkammer gut und richtig, wenn er vor jeder Sitzung darauf hinweist, daß die Beisitzer ihr Urteil nicht nur für das Weltstadtpublikum Berlins, sondern für ganz Deutschland, also auch etwa für die mittlere Landstadt Westfalens und das kleinste schlesische Dorf, abgeben. (B)

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der gute Wille der Beisitzer soll in meinen Ausführungen nicht angetastet werden. Aber es gibt eine Mentalität des Großstädters gegenüber dem, was in öffentlicher Schaustellung noch geboten werden kann, die sich von der Mentalität des Bewohners anderer Gebiete, wenn auch nicht grundsätzlich, so doch graduell auf das schärfste unterscheidet und nicht auf eine einfache Mahnung hin geändert werden kann. Wir alle, die wir viele Wochen in Berlin zubringen müssen, können vielleicht an uns selber konstatieren, daß wir fast unbewußt uns einer derartigen Mentalität nähern, natürlich ohne von unserer sittlichen Überzeugung etwas aufzugeben.

Diese großstädtisch orientierte Einseitigkeit ist aber für die Handhabe einer wirklichen Volkszensur nicht vorteilhaft. Deshalb möchte ich an den Herrn Reichsminister des Innern die Frage stellen, ob es nicht angebracht wäre, wenigstens einen Teil der Beisitzer, nach Sitzungswochen wechselnd, aus allen Gegenden Deutschlands nach Berlin zu berufen. Eine positive Mitarbeit unseres Volkes in seiner gesamten psychischen Schichtung und ethisch-ästhetischen Weltanschauung wäre in diesem Falle viel besser gewährleistet.

Ich weiß wohl, daß mir jetzt das Sparsamkeitsprinzip vorgehalten wird, für das ich soeben eingetreten bin. Aber ich höre, daß bei der Filmprüfungsstelle in Berlin die Einnahmen die Ausgaben weit übersteigen. Außerdem halte ich die tatsächliche Zusammenfassung aller Volkskreise aus Stadt und Land im gesamten Deutschland für eine sachliche Notwendigkeit, wenn eine wirkliche Volkszensur zustande kommen soll. Eine derartige Notwendigkeit aber kann ich für die in der Entschließung Dr. Rießer, Erkelenz, Aderhold und Genossen geforderten 100 000 Mark nicht anerkennen. (C)

Damit die Beisitzer nicht fortgesetzt gewissermaßen vom grünen Tisch aus ihr Zensururteil fällen, müssen sie sich jederzeit darüber unterrichten, wie das Volk in seinen breiten Schichten im Lichtspieltheater auf die einzelnen Filmvorstellungen reagiert. Ich möchte deshalb dem Herrn Reichsminister des Innern die Anregung geben, die Beisitzer mit Legitimationskarten auszustatten, die ihnen den Besuch aller Lichtspieltheater Berlins ohne weitere Formalitäten und ohne Eintrittsgeld ermöglichen. Selbstverständlich soll dadurch keinerlei neue polizeiartige Kontrolle des Lichtspiels geschaffen werden, etwa eine Aufsicht, ob die vorgeführten Films nun auch tatsächlich zensiert sind. Mein Vorschlag geht nur dahin, den **Beisitzern** die Gelegenheit zu einem besonders **engen Kontakt mit der Masse der Zuschauer** zu geben, welche die einzelnen Films auf sich wirken lassen, mit der Art und Weise ihrer Reaktion sowohl auf Grundtendenzen, als auch auf Einzelheiten der Vorführungen, damit sie auf diese Weise gewissermaßen die Probe auf ihr Urteil machen und aus fortgesetzter Erfahrung heraus sich experimentell wissenschaftlich für ihre Zensuraufgaben weiterbilden. Wer pädogogisches Geschick hat, wird aus der Art des Beifalls, aus der Unterhaltung in den Zwischenakten, aus der ganzen suggestiven Atmosphäre während der Vorführung leicht schließen können, ob entsprechend den Kriterien des Gesetzes etwa das religiöse Empfinden verletzt oder eine verrohende und entsittlichende Wirkung ausgeübt wird usw.

Der Beisitzer müßte allerdings genug Selbstkritik besitzen, um einen Irrtum einzugestehen und die Filmprüfungsstelle von seinen andersartigen Erfahrungen zu unterrichten, also den Gegensatz zwischen der Praxis im Lichtspieltheater und der Theorie in den verschiedenen Spruchkammern herauszustellen. Nur so können wir zu einem Einklang von Theorie und Praxis kommen. (D)

Zum Schluß möchte ich auf die Notwendigkeit der **Konzessionspflicht für Lichtspieltheater** hinweisen. Wenn wir das Filmwesen in der Praxis volksbildnerisch und volkserzieherisch ausbauen wollen, dann müssen wir in erster Linie die Möglichkeit haben, aus den Kreisen jener, die unserem Volke den Film vermitteln, also aus den Kreisen der Lichtspielbesitzer, unlautere und unsaubere Elemente auszuschalten.

Endlich richte ich an den Herrn Minister des Innern die Bitte, im Sinne einer positiven Einwirkung auf die Filmindustrie die **Länder** zur **Mitarbeit** anzuregen. Auch müßten durch sie die Vorbedingungen geschaffen werden, damit die Gemeinden und Gemeindeverbände von den Rechten, die ihnen in § 3 des Lichtspielgesetzes gegeben sind, zum Zwecke eines intensiveren Schutzes und einer durch den Film zu vermittelnden umfassenderen Belehrung und Weiterbildung unserer Jugendlichen weitgehend Gebrauch machen zu können.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ein kurzes Wort der Begründung für eine Entschließung, die wir bei Kap. 3 Tit. 15 eingebracht haben. Es heißt in dieser Entschließung:

> Der Reichstag wolle beschließen,
> im Haushalt 1921 einen Betrag von 200 000 Mark als fortdauernde Ausgabe für die Schaffung einer die Abteilung 3 in ihren schulpolitischen Aufgaben unterstützenden **pädagogischen Auskunftsstelle** einzusetzen.

(D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter.)

(A) Ich möchte Sie bitten, diese Entschließung anzunehmen. Sie geht auf Anregungen zurück, die bereits im Hauptausschuß von verschiedenen Seiten ausgesprochen sind. Mein verehrter Herr Kollege Rheinländer hat bereits am 7. August 1920 darauf hingewiesen, daß die Eingliederung **der preußischen Auskunftsstelle** einen bedeutenden Gewinn darstellen würde. Auf diese Weise nämlich würde dem Reiche eine Stelle zur Verfügung gestellt, die auf Grund ihrer Materialien sowie ihrer bisherigen Tätigkeit und Erfahrung imstande wäre, die längst vermißte Reichsschulstatistik durchzuführen. Mit einer solchen Einrichtung ließe sich bei einer Erweiterung auch das in- und ausländische Schulwesen beobachten. Weiterhin ließe sich der Schulfortschritt zur Darstellung bringen, und eine allgemeine Auskunftsstelle wäre gewonnen.

Meine Damen und Herren! Auch **das Ausland** hat solche Einrichtungen. Ich nenne nur das Bureau of Education in Washington, das Bureau of special inquiries and reports in London, das Musée paedagogique in Paris. Das alles sind Einrichtungen, die großen pädagogischen Sammelwert haben, in denen alle Meldungen und Nachrichten über das Schulwesen des Reichs zusammenfließen könnten. Es wäre zudem eine Auskunftsstelle, an die jede Behörde oder Privatperson sich wenden kann, vor allen Dingen aber eine Stütze für die Schulabteilung des Reichsministeriums des Innern gewonnen.

An einer solchen Auskunftsstelle kommen wir aus mehreren Gründen doch nicht vorbei. Sie ist heute dringender als je. Wir brauchen ja für unsere schulpolitische Arbeit eine weit genauere Kenntnis des deutschen Schulwesens als früher. Auch die Haushaltspläne, die in den einzelnen Ländern aufzustellen sind, haben eine solche **schulstatistische Voraussetzung** notwendig. So würden gesetzgebende Körperschaften und Schulbehörden viel Zeit und Kosten ersparen. Außerdem (B) hätten wir einen bedeutsamen Gradmesser für die Bildungshöhe des deutschen Volks, wir könnten ersehen, ob wir weitergekommen oder zurückgeblieben sind. Ein anderes noch. Sie wissen ja selbst, wenn Sie die kleinen Anfragen durchmustern, wieviel sich gerade auf dem Gebiete der schulpolitischen Auskunft bewegen. Dazu kommt dann das Reichsschulgesetz. Wenn das Reichsschulgesetz mit seinen verschiedenen Typen sich auswirkt, dann wird es unbedingt notwendig sein, eine Auskunftsquelle dieser Art im Reiche zu haben. Bereits jetzt liegen ja immer wieder Fälle vor, daß die Länder sich an das Reich heute schon fast vergeblich wenden, um über eine Reihe von Schultypen und ihre Häufigkeit Genaueres zu erfahren, um eine Grundlage für ihre eigene Legislative zu besitzen. Es kommen da so eigenartige Fälle vor. Wie ich höre, ergab sich in Hamburg die Notwendigkeit, über bestimmte schulstatistische Verhältnisse sich nähere Auskunft zu verschaffen; es war nicht möglich, in Deutschland diese Auskunft zu bekommen. **Hamburg hat sich an die Vereinigten Staaten, an ein hochstehendes schulstatistisches Bureau wenden müssen,** um **die Auskunft über deutsche Verhältnisse zu erlangen.**

(Zuruf im Zentrum: Das kommt öfter vor!)

Das sind doch Zustände, die gebessert werden müssen.

Ein weiteres, was für eine solche schulstatistische Stelle spricht, ist nun auch, daß wir eine gewisse Rücksicht auch auf unsere **Auslandsschulen** nehmen müssen. Auch diese können bei der nicht in allem ausreichenden Behandlung, die ihnen durch das Auswärtige Amt zuteil werden kann, durch eine solche schulstatistische Stelle nur gefördert werden.

Ich darf zusammenfassend erwähnen, daß diese schulstatistische Stelle, und überhaupt eine Auskunftsstelle im Reichsministerium des Innern eine Notwendigkeit sein dürfte. Es ist nur die Frage, ob sie eigens geschaffen (C) werden soll oder ob bestehende Einrichtungen übernommen werden sollen. Es ist zu hoffen, daß das Reichsministerium des Innern geeignete Wege gehen dürfte.

(Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Dem Antrag Schreiber und Genossen werden meine Freunde ihre Zustimmung geben. Den Antrag der Deutschnationalen Partei, die den Wunsch hat, die **Einleitung** aus der **Verfassung** zu streichen, die den Kindern bei ihrem Abgang von der Schule gegeben werden soll, werden wir ablehnen,

(Zuruf rechts: Das haben wir erwartet!)

und zwar aus folgenden Gründen: Es ist ganz richtig, auch wir halten diese Einleitung, wie sie uns gegeben ist, pädagogisch und stilistisch nicht gerade für das Hervorragendste, und wir wünschen, daß in Zukunft ein tüchtiger Pädagoge — und da sagte ich bereits im Haushaltsausschuß, daß es mir persönlich gleichgültig wäre, ob es etwa ein Scharrelmann oder ein Berthold Otto wäre, weil ich auch der feinsinnigen Persönlichkeit eines Berthold Otto meine Anerkennung nicht versagen kann — mit der Abfassung der Einleitung beauftragt wird! Wenn wir uns auch nicht als Hüter vor die Verfassung stellen wollen — es sind viele Punkte darin, die auch wir stark geändert haben möchten, bei denen wir wünschen, daß sehr bald eine Änderung eintrete —, so scheint uns doch eine Einleitung in die demokratisch-republikanischen Grundsätze, die unserer Verfassung zugrunde liegen, durchaus notwendig zu sein, besonders notwendig für unsere augenblicklichen Schulen! Denn wir erleben ja alle Tage, daß diesem Geiste bewußt entgegengearbeitet wird,

(Zuruf rechts: Gott sei Dank!)

sowohl in unseren höheren, als in unseren Gemeindeschulen. (D)

Ich will die Litanei all dieser Dinge nicht endlos ausdehnen, ich will nur ein Erlebnis aus den allerletzten Tagen, das uns auch in Berlin noch beschäftigen wird, als kennzeichnend hinzufügen. Am 10. März wurden **Feierlichkeiten am Luisendenkmal im Tiergarten** veranstaltet. **Gemeindeschul- und höhere Schulklassen** wurden von ihren Lehrern in den Tiergarten an das Denkmal geführt. Wenn die Persönlichkeit der Königin Luise historisch die gleiche wäre, wie sie uns in den Geschichtsbüchern geschildert wird — ich bin nicht Historiker genug, um das entscheiden zu können, wenn ich auch größtes Mißtrauen gegen den Byzantinismus unserer Geschichtsbücher habe —, so würde ich gegen eine Huldigung nichts einwenden. Aber man benützt alle diese Dinge — und darum sind sie so ungeheuer gefährlich — zur monarchistischen Propaganda, und die Kinder — ich will Ihnen gleich den Beweis bringen — wurden vor eine blumenumrahmte Widmung geführt, die folgenden für die Erhaltung des republikanisch-demokratischen Deutschlands durchaus wichtigen Vers trug:

> Wir hatten dem König von Preußen geschworen
> Einen heiligen Eid.
> Der König von Preußen ist uns verloren, —
> Unselige Zeit!
> Ich habe dem König von Preußen geboren
> Drei Knaben, zu helfen im Streit.
> Wenn einst wieder ein König von Preußen erkoren,
> Gesegnet sei künftige Zeit!

(Bravo! rechts.)

— Ich verstehe es, Herr Kollege Mumm, wenn Sie „bravo" sagen. Das entspricht Ihrer Auffassung, aber Sie können es uns wirklich nicht verdenken, wenn wir, die wir eine andere Auffassung haben, die in diesem Falle die Auffassung der Verfassung ist, wenn wir es nicht

(Dr. Löwenstein, Abgeordneter.)

(A) dulden wollen, daß durch unsere städtischen Lehrer die Kinder unseres deutschen Volkes offiziell an solche Propaganda herangebracht werden. Das können Sie uns nicht verdenken, und um diese monarchistische Verhetzung zu bekämpfen, wünschen wir, daß zur Verfassung eine solche Einleitung geschrieben wird.

Wir haben — auch das habe ich im Hauptausschuß gesagt — auch allen Grund, gegenüber den Geschichtsbüchern des alten Regimes, die ja leider immer noch bestehen, gegenüber den sonstigen Realienbüchern etwas zu wünschen, das auch den Geist der Verfassung zeigt. Wir wünschen das nicht bloß für die Kinder, solange sie in der Schule sind, sondern auch für ihre spätere Zeit, damit sie, wenn sie darauf zurückgreifen, auch von diesem Geiste eine Ahnung bekommen.

Den Antrag der Herren Dr. Stresemann und Genossen, den **Friedensvertrag** den Kindern **in der Schule** beizubringen, erachten wir für überflüssig, wenn einfach das Tatsachenmaterial in dem Geschichtsunterricht dargestellt wird. In dem Zusammenhang, in den er gestellt wird, und mit der Begründung, die man ihm gegeben hat, halten wir ihn direkt für gefährlich, besonders da er von der Seite kommt, die immer wieder von neuem versucht, auch durch die Schulen den alten Geist zurückzurufen. Wir wehren uns hiergegen und lehnen den Antrag daher ab.

Über das **Berechtigungswesen unserer Schulen** hat der Herr Kollege Weiß in dankenswerter Weise gesprochen. Ich hoffe, daß die demokratische Fraktion wie auch er unserem Antrag zustimmen. Ich will heute abend, weil die Zeit sehr vorgerückt ist, und weil ich zu unserem Religionsantrag doch noch einiges sagen möchte, mich nicht sehr lange dabei aufhalten. Ich würde Sie bitten, falls Sie noch irgendeinen Zweifel haben, daß durch das Berechtigungswesen unsere Schule zu einer schlechten Versorgungsanstalt und damit zu einer ausgesprochenen Klassenschule wird, das Verzeichnis der (B) Berechtigungen, die die höheren Schulen verleihen, etwa nach einem solch guten Sammelwerk wie das von Dreger „Berufswahl im Staate" durchzulesen. Wenn Sie das nicht wollen, dann bitte ich Sie, eine beliebige Schulordnung, etwa eine preußische, sächsische oder eine bayerische zu nehmen. Dann werden Sie zu Ihrem Erstaunen finden, daß der Besuch der Obertertia, der Besuch der Untersekunda, der Besuch der Obersekunda wirtschaftliche Vorteile bietet sogar denjenigen, deren Schulbesuch 10 und noch mehr Jahre zurückliegt, und daß durch dieses Berechtigungswesen der Schulen eine Sperre für den Aufstieg unserer Beamten von den unteren in die mittleren Stellen, von den mittleren Stellen in die höheren und höchsten Stellen zu Unrecht gegeben ist. Ich meine, es ist doch ein so krasser Widerspruch, daß er selbst Ihnen auffallen müßte, daß in einer Zeit, in der einer, ohne eine höhere Schule besucht zu haben, zu den höchsten Staatsstellungen — Reichspräsident, Reichskanzler und Minister — kommen kann, — und ich sage: glücklicherweise —, doch in furchtbarem Widerspruch zu unserem Schulwesen und zur ganzen Entwicklung steht, wenn wir unserem Schulwesen noch derartige wirtschaftliche Berechtigungen zuerkennen wollen. Wir wehren uns ganz entschieden dagegen. Wenn Sie das Urteil, das wir immer wieder bestätigt finden, daß unsere **höheren Schulen Klassenschulen** sind, um ein weniges mildern wollen, dann bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen, der dahin geht, daß die öffentlichen Schulen nur Berechtigungen erteilen sollen, die aus ihren Bildungsaufgaben und ihren besonderen Lehrzielen naturgemäß folgen. Es sind ferner Einrichtungen zu schaffen, die den Erwerb dieser Berechtigungen, also dieser aus den natürlichen Bildungsaufgaben folgenden Berechtigungen, auch denen ermöglichen, die in einem freien Bildungsgange die Lehrziele der betreffenden öffentlichen Schule erreicht haben.

Die Einstellung in den öffentlichen Dienst darf nicht von (C) **dem Besuch einer bestimmten Schulart abhängig gemacht werden.**

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir damit auch dem höheren Schulwesen, auch denjenigen, die das höhere Schulwesen wenigstens im wesentlichen so erhalten wollen, wie es jetzt ist, einen sehr guten Dienst erweisen. Denn wer die Geschichte unseres höheren Schulwesens, die Entwicklung etwa des Realgymnasiums, des Gymnasiums und der Oberrealschule kennt, weiß, wie verhängnisvoll das Berechtigungswesen für diese Schulen geworden ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will nicht ausführlicher sein. Herr Kollege Weiß hat das sehr schön gesagt, in der Literatur sowie auch in seinen Ausführungen zur Reichsschulkonferenz hat er es noch viel besser gesagt.

Meine Damen und Herren! Nun komme ich zu unserem Religionsunterrichtsantrag. Es tut mir leid, daß ich dem Herrn Kollegen Luther auf seine allgemeinen Ausführungen in diesem Augenblick nur recht kurz antworten kann. Wir haben ja auch einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Verfassung ändern soll, und wir haben dann Gelegenheit, uns mit der grundsätzlichen Frage des **Religionsunterrichts** eingehend zu beschäftigen. Ich kann mir das heute abend schenken, und ich will nur noch einige wenige Bemerkungen zum Verständnis unseres Antrags sagen. Wir sind gegen jeden **Gesinnungsunterricht**, wie wir überhaupt glauben, daß Gesinnung nicht unterrichtet werden kann, sondern daß der natürliche Zusammenhang arbeitender Gemeinschaft allein sich lebendig gestalten kann. In diesem Zusammenhang sind wir auch gegen den **Moralunterricht**, der unseres Erachtens ein **schlechter Ersatz des Religionsunterrichts** ist. Wir sind gegen den Religionsunterricht und seine augenblickliche Erteilung durch die Kirchen und die kirchlichen Institutionen auch aus politischen Gründen, (D) weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß dieser **Religionsunterricht politisch mißbraucht**, und zwar auf das allerschlimmste mißbraucht wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Trimborn: Sehr unrichtig!)

— Ich werde Ihnen gleich den Beweis dafür erbringen, Herr Kollege Trimborn. — Mir sind **Richtlinien** bekannt, die der **Bischof von Osnabrück am 12. Mai 1919** herausgegeben hat. Dort gibt er die Anweisung:

> Gleichwohl ist es gut, auf der Kanzel zu warnen vor dem Beziehen und dem Lesen der sozialdemokratischen Blätter sowie vor dem Beitritt zu sozialdemokratischen Vereinen und freien Gewerkschaften,
>
> (hört! hört! links)
>
> weil beides nächste Gelegenheit mindestens zum religiösen Indifferentismus und somit, von Ausnahmefällen abgesehen, schwere Sünde ist.
>
> (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! links.)
>
> Bei der Warnung vermeide man den Ausdruck „sozialdemokratisch" und verwende anstatt dessen andere Bezeichnungen wie ungläubig, religionsfeindlich, gottlos, sittenwidrig, umstürzlerisch.
>
> Überzeugte Anhänger der Sozialdemokratie, zu denen sicher die als Agitatoren, Redner und Sekretäre tätigen Mitglieder zu rechnen sind, können nicht absolviert werden.

Ja, Sie dürfen es mir nicht verargen, wenn ich glaube, daß das erstens zwar nicht religiöse Unterweisung ist, daß es zweitens aber ein durchaus politisches Eingreifen mit religiösen Institutionen und durch religiöse Autorität ist.

(Sehr wahr! links.)

Aber Sie (zum Zentrum) sind nicht allein. Auf protestantischer Seite wird zum Teil noch viel ärger ge-

(Dr. Löwenstein, Abgeordneter.)

(A) sündigt. Mir ist ein **Kinderkalender aus dem Jahre 1920** in die Hände gekommen. Da wird von einem **evangelischen Pastor,** einem Herrn Lösche in Leipzig, ein Bühnenspiel in diesem Kalender aufgeführt — ich bitte den Herrn Präsidenten um die Erlaubnis, wenigstens einige Stellen, die typisch sind, hier zum besten geben zu können. Es heißt da in dem Bühnenspiel:

Hänsel und Gretel (in die Hände klatschend): Herrlich! Herrlich! Das wird zu fein! Ein Kaiserfest!
Gretel: Hast du mal eins gesehen, Hänsel?
Hänsel: Nein. Aber Vati erzählt doch so gern davon.
Gretel: Und ist so traurig, weil es kein Kaiserfest mehr gäbe. Warum denn eigentlich nicht?
Hänsel: Ich weiß auch nicht. Aber wenn ich groß bin, dann ziehe ich mit unserem Kaiser in den Krieg gegen die bösen Franzosen.

(Hört! Hört! links.)

Gretel: Und die Engländer und die Amerikaner.
Hänsel: Und die Russen und die Schwarzen.
Gretel: Und wenn ich mal groß bin, werde ich Rote-Kreuz-Schwester und pflege die Kranken. Dann schenkt mir die Kaiserin einen Orden.

(Hört! Hört! links.)

Dann kommen einige Kinder an, ein Otto, ein Robert und ein Hugo, die sehr dreckig und schmutzig sind, wie es in dem Kinderspiel heißt, wilde Jungen. Diese Kinder rufen auf einmal:

Nieder damit!
Wir sind Bolschewisten, weg damit!

Dann kommen Hänsel und Gretel weinend, als die Bolschewisten ihre Kaiserburg zerstören — Bolschewistenkinder zerstören natürlich so etwas — und sagen: wir

(B) haben euch doch gar nichts getan.

Fritz: Macht mal, daß Ihr fortkommt!
Hugo: Du hast uns nichts zu sagen!
Hänsel (schreit): Meine Kaiserburg, meine Kaiserburg! Da schreien sie: Es gibt keinen Kaiser mehr! (Greift nach einer Figur.) Soll er das sein?
Werner: Laßt das Spielzeug in Ruh, das gehört dir nicht.
Robert: Was den Reichen gehört, ist unser; wir sind Bolschewisten!
Gretel: Meine Hofdamen, meine Hofdamen; ihr habt sie zertreten.
Hugo: Hofdamen? Wohl gar noch eine Kaiserin? — Weg damit!

Und so geht es weiter. Ich möchte nur noch den Schluß geben, weil er charakteristisch ist. Schließlich, als die Kaiserburg zerstört ist und die wilden Jungen dann überzeugt werden, daß sie unrecht tun und Bolschewismus eine furchtbare Gefahr ist, baut man eine Wartburg. Da schreien die andern, natürlich wieder die Bolschewistenkinder: Eine Wartburg will der Bauer? Wir glauben alle nicht mehr an Luther. Für die Bolschewistenkinder gibt es keine Religion mehr. Schließlich sind dann die Bolschewistenkinder auch überzeugt, daß Religion im Kaisertum sein wird und verherrlichen Wartburg und Kaiserfest.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Was hat dieser Unsinn mit Religionsunterricht zu tun? — Gegenruf: Unsinn ist gut!)

— Ich freue mich, daß Sie das für Unsinn und für unpädagogisch und, ich hoffe, auch für politische Beeinflussung halten. Dies steht aber in einem Kinderkalender für evangelische Kinder.

(Zuruf rechts.)

— Ich wollte nur zeigen, wie die Religion zu politischen (C) Zwecken im Unterricht verwandt wird. Man hat doch die Absicht, durch diesen Kalender erziehlich zu wirken. Man hat diesen Kalender verteilt an Kinder. Wenn man da keine pädagogische Auswirkung haben will, dann weiß ich nicht, was das für einen Zweck haben soll.

All dem könnte ich noch unendlich viel hinzufügen. Wir haben in dieser Hinsicht ein großes Material. Aus diesen Gründen, auch aus diesen politischen Gründen, sind wir gegen die Erteilung des Religionsunterrichts durch die kirchlichen Gemeinschaften unter dem Schutz und mit Unterstützung des Staates. Denn der Staat hat mit diesen Dingen nichts zu tun und darf nicht eine solche einseitige Politik gegen die Linksparteien treiben. Infolgedessen wenden wir uns ganz energisch gegen die Art der Erteilung des Religionsunterrichts, wie sie bei den orthodoxen Protestanten und Katholiken getrieben wird.

Wir sind aber weiter dagegen, daß der Religionsunterricht vom Staate erteilt wird, weil uns der Staat als eine weltliche und nicht als eine religiöse Institution erscheint.

(Sehr richtig! links.)

Inwiefern wir auch aus pädagogischen und letzten Endes sogar aus sittlichen Anschauungen heraus gegen den Religionsunterricht — nicht gegen die Religion — sind, werde ich Ihnen dann bei der prinzipiellen Erörterung auseinandersetzen.

Ich komme nun, nachdem Sie unsere prinzipielle Stellung kennen, dazu, Ihnen zu zeigen, daß auch Sie, wir wir, gut daran täten, sich zunächst auf den Boden der Verfassung zu stellen und gemäß der Verfassung zu verfahren. Darin sind wir wohl alle einig: es war ein großer Fehler, daß die Frage der Erteilung des Religionsunterrichts so spät gesetzgeberisch geordnet wurde und wir dadurch zu chaotischen Zuständen kommen, die weder Sie noch wir begrüßen können. Wenn wir jetzt weltliche (D) Schulen einrichten wollen, so können wir das nicht, sondern wir müssen religionslose evangelische oder religionslose katholische Schulen einrichten. Das ist kein Zustand, der erträglich ist. Ein solcher Zustand ist unwürdig und muß überwunden werden.

Darum müssen wir, bevor wir zu einer Veränderung der Verfassung nach unserem Wunsche kommen, wenigstens im Rahmen der Verfassung die Bestimmungen durchführen, die in der Verfassung gegeben sind.

Verehrte Damen und Herren! Es ist jetzt viel über den Sinn der Verfassung gestritten worden. Frau Pfülf hat den verstorbenen Abgeordneten Gröber zitiert. Von der rechten Seite hat Herr Mumm dasselbe getan, und die Herrschaften, die selber dort im Ausschuß waren, konnten sich nicht darüber einig werden, was eigentlich der Geist dieser Verfassung ist. Ich will mich in diesen Streit nicht hineinmischen. Ich habe mich auch bemüht, die Drucksachen und die Protokolle zu bekommen, und habe versucht, durch Einsichtnahme festzustellen, was wohl die allgemeine Meinung damals war. Ich habe das daraus nicht feststellen können. Ich glaube, jede der beiden an dem Kompromiß beteiligten Parteien hat im stillen gedacht, man läßt die Sache etwas verschwommen und versucht, in der künftigen Zeit das herauszubekommen, was man herausholen kann.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, die Zentrumspolitiker — ich schätze die Klugheit der Zentrumspolitiker sehr hoch ein —

(bravo! im Zentrum)

haben sicher nicht geglaubt, die Sache so auslegen zu wollen, wie wir sie auslegen wollen, und ich hoffe von den Rechtssozialdemokraten, daß sie ihrerseits sich auch den Vorbehalt gemacht haben, so wenig Kompromiß zu machen, wie es nur eben geht.

(Dr. Löwenstein, Abgeordneter.)

(A) Da uns nun aber eine authentische Auffassung nicht vorliegt, wenigstens keine eindeutige, habe ich mich auf das beschränkt, was in der Verfassung wirklich drin steht, und da haben Sie, meine Damen und Herren, alle vergessen, daß zum Beispiel einleitend in den Schulartikeln, im **Art. 146**, ausdrücklich steht, daß die Aufnahme eines Kindes neben der Unabhängigkeit von anderen Dingen auch unabhängig sein soll von der religiösen Überzeugung der Eltern. Danach ist also das Normale, daß die religiöse Überzeugung bei keiner Schule eigentlich eine Rolle spielen soll; sondern die Normalschule ist eine Schule, in der die religiöse Überzeugung überhaupt nicht weiter in Betracht kommt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann kommt **Art. 149.** In dem Artikel wird der Religionsunterricht allerdings als ordentliches Lehrfach vorgesehen; das ist recht, und wir wollen das auch gar nicht bezweifeln. Aber dadurch, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach vorgesehen ist, ist er nicht zu zu vergleichen mit Geographie, Geschichte und all den anderen Fächern, die auch ordentliche Lehrfächer sind, weil bei diesen Lehrfächern ja gar keine Ausnahme gestattet ist, während hier ausdrücklich sowohl durch Art. 146 1 als auch durch Art. 149 Abs. 2 garantiert ist, daß eine Ausnahme in dem Fach selber gemacht werden soll. Demnach kann der Ausdruck „Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach“ doch sinngemäß nur heißen: wenn Religionsunterricht erteilt wird, ist dieser Religionsunterricht ordentliches Lehrfach. Es ist also nicht in das Belieben des Schülers gestellt, wegzugehen, und alle disziplinaren und sonstigen Folgen, die in ordentlichen Lehrfächern bei Versäumnis und sonstigen Verfehlungen eintreten, haben auch Bezug auf den Religionsunterricht, wo er erteilt werden muß.

Aber sehen wir von dieser formalistischen Dialektik ab! (B) Ich gebe zu, daß die Dialektik mehr ein Kunststück ist, und daß man vielleicht, wenn man geschickt ist, auch die Dialektik anders fassen kann. Worauf es mehr ankommt, ist folgendes. Ich glaube, Sie sollten doch auch einen Zustand schaffen, in dem **die religiöse Überzeugung allein das Entscheidende für die Erteilung des Religionsunterrichts** sein sollte. Das entspricht ja auch den Toleranzaussprüchen, die die Besten in Ihren Reihen — ich meine allgemein: Ihren religiösen Reihen — sowohl auf evangelischer als auf katholischer Seite gepredigt haben, die Sie verlangen. Infolgedessen bin ich doch der Meinung: wenn Sie innerlich überzeugt sind, daß der Religionsunterricht ein so bedeutsamer Wert ist, daß der Religionsunterricht so sehr von den Erziehungsberechtigten gewünscht wird, dann würde ich Sie doch bitten: verlassen Sie sich doch auf die Zukunft! Dann wird ja in Zukunft ein Andrang der Eltern zu Ihrem Religionsunterricht stattfinden,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und Sie könnten gar keine bessere Propaganda, und zwar berechtigte innere Propaganda, für Ihren Religionsunterricht machen als dadurch, daß Sie den Religionsunterricht an den Schulen so frei geben, wie es nur möglich ist, und daß Sie uns den Willen der Erziehungsberechtigten aufzwingen, in den neutralen Schulen, in den Gemeinschaftsschulen, in den Schulen, in denen sonst kein Religionsunterricht erteilt wird, für alle religiösen Fakultäten Religionsunterricht zu erteilen.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Werden wir machen!)

— Ich würde Sie darum bitten. Aber Sie dürfen sich dann diese Möglichkeit nicht entgehen lassen, und, meine Damen und Herren, man kommt doch auf den Verdacht — und Böswillige haben das sogar schon ausgesprochen, Sie können das also nicht übelnehmen —, daß Sie zu (C) der Überzeugungskraft Ihres Relionsunterrichts und zu der Überzeugungstreue Ihrer Anhänger nicht das genügende Vertrauen hätten.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Im Gegenteil!)

— Ich hoffe, daß es das Gegenteil ist, und ich hoffe, daß Herr Dr. Luther meinem Antrag zustimmt, der ihm die Möglichkeit gibt, den Nachweis zu führen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Warum denn den gegenwärtigen Zustand auf den Kopf stellen?)

— Verzeihung, Herr Kollege Everling! Ich sehe das nicht als ein Aufdenkopfstellen, sondern als das einfachste und natürlichste auf der Welt an.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Weil Sie immer kopfstehen!)

— Herr D. Everling, man kann über das Bild etwas streiten. Aber wir wollen uns nicht darüber streiten, sondern die Sache betrachten. Nun bitte ich Sie, einen Augenblick aufzumerken!

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Alle Beredsamkeit nützt nichts, es wird doch so gemacht, wie wir es machen! — Gegenruf von den Vereinigten Kommunisten: Macht geht vor Recht!)

— Ich glaube nicht, Herr Everling, daß Sie gut tun — wenn Sie Wert darauf legen, in der Achtung der Kollegen zu steigen — von vornherein zu behaupten: „alle Ihre Beredsamkeit hat doch gar keinen Zweck, wir werden doch machen, was wir wollen“. Sie könnten uns Gelegenheit geben, diesen Ausspruch als besonders charakteristisch dafür anzusehen, daß Sie augenblicklich die Diktatur Ihrer Macht durchführen werden, wie wir überzeugt sind, daß wir — nicht die Diktatur unserer Partei, aber die Diktatur des größten Teils der Menschheit, des Proletariats, durchführen müssen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Ich wollte nur den Wert Ihrer Beredsamkeit kennzeichnen! — Glocke des Präsidenten.) (D)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Ich bitte den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Wir haben heute noch 12 Redner anzuhören.

(Heiterkeit.)

Die Debatte wird durch Zwischenrufe nur unnütz verlängert.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Ich werde mich also kürzer fassen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Zustand, wie wir ihn herbeiführen wollen — und nach unserer Meinung gemäß der Verfassung herbeiführen —, zustimmen, dann kommt folgendes dabei heraus. Wir haben zunächst Schulen, in die alle Kinder hineinkommen. Bei der Aufnahme dieser Kinder werden die Erziehungsberechtigten angeben müssen, ob sie Religionsunterricht wollen oder nicht wollen. Sind genügend Erziehungsberechtigte da, die katholischen, evangelischen, dissidentischen oder sonstwelchen Gesinnungs- oder Religionsunterricht haben wollen, sind die Schulen unter den Kautelen, welche die Verfassung vorsieht, verpflichtet, solchen Religionsunterricht einzurichten. Dann ist er auch an diesen Schulen ordentliches Lehrfach, und Sie haben also die Gewißheit, daß an diesen Schulen alles erfüllt wird, was Sie nur wünschen, vorausgesetzt, daß Sie auf die Überzeugungstreue und auf die innere Verpflichtung Ihrer Gläubigen rechnen können.

Wir wollen weiter, weil die Verfassung es vorsieht, den Erziehungsberechtigten gar nicht nehmen, daß sie sich konfessionelle Schulen einrichten, wie wir es auch den Weltanschauungssekten nicht nehmen wollen, daß sie Weltanschauungsschulen sich einrichten. Das sieht leider die

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) Verfassung vor. Ich halte es vom pädagogischen Standpunkt aus für einen Fehler, aber da es die Verfassung vorsieht, konzediert unser Antrag im Rahmen der Verfassung auch diese Möglichkeit.

Damit ist doch alles gegeben, was Sie nur wünschen können, wenn Sie wirklich tolerant sein wollen und wenn Sie es wirklich auf den inneren Kampf ankommen lassen wollen, um den wir ja nicht herumkommen, den wir auch nicht vermeiden wollen. Sperren Sie sich aber dagegen, so werden Sie den äußeren Kampf bekommen, den verhetzenden Kampf. Sie werden die Massen, die durch eine Form, wie Sie sie wollen, vergewaltigt werden, gegen sich bekommen und können es uns nicht übel nehmen, wenn wir alle Öffentlichkeit mobil machen, um dann auch in dieser Frage eine Mehrheit hinter uns zu haben, und Ihnen die Möglichkeit nehmen, eine derartige Einschränkung vorzunehmen.

Nun noch ein Wort zu der **positiven oder negativen Erklärung.** Ich kann mich kurz fassen. Ich sage: wenn Sie nicht für eine positive Erklärung, sondern nur für eine negative Erklärung der Teilnahme am Religionsunterricht stimmen, dann dokumentieren Sie damit die innere Haltlosigkeit Ihrer Überzeugung zu Ihrer Sache.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe heute einige Male schon vom Mittelalter gesprochen. Die Gläubigsten gerade Ihrer Besten — ich erinnere an einen Tertullian und andere — haben nie gezweifelt, daß ihre Sache siegen werde. Wenn Sie diesen felsenfesten Glauben auch haben, dann können Sie auch nur zustimmen, daß die Erklärung positiv erfolgt. Man verlangt von jedem Menschen, daß, wenn er an einer guten Sache teilnimmt, er dafür etwas opfert, mindestens die Dokumentierung seiner Überzeugung. Wollen Sie die negative Erklärung, so sprechen Sie die Gewohnheit und den Schlendrian heilig und nicht die Überzeugung.

(B) Ich hoffe, daß meine Ausführungen nicht ganz so erfolglos gewesen sind, wie Herr Everling prophezeite. Aber wir werden bei der Abstimmung sehen, welchen Erfolg es gehabt hat.

Entsprechend unserem Antrage wünschen wir auch, daß den Landesgesetzgebungen, durch die allein diese Gesetze durchgeführt werden können, eine befristete Zeit gesetzt wird, innerhalb deren sie diese Dinge durchzuführen haben. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben uns gezeigt, daß wir eine solche Befristung aussprechen müssen, weil sonst die Dinge ad calendas graecas nicht zu ihrem Vorteil verschleppt werden. Ich hoffe auch, daß Sie diesem Antrage Ihre Zustimmung geben werden.

Ich möchte ferner anregen, daß die Reichsregierung uns bald einen Gesetzentwurf vorlegt, der die **Trennung des Kirchen- und Schuldienstes** vorsieht, und zwar die Richtlinien für eine derartige Durchführung für die Länder ausarbeitet. Wir sind auch auf diesem Gebiete in recht unhaltbaren Zuständen. In Sachsen-Altenburg hat man ein Gesetz erlassen. In Sachsen will man entweder ein Gesetz erlassen oder hat es erlassen. Es geht doch nicht an, daß das in dem einen Lande so und in dem anderen so gemacht wird. Wir müssen hier zu Richtlinien kommen, die durch eine reichsgesetzliche Ordnung aufgestellt werden. Durch die Verfassung ist ein derartiges Gesetz notwendig geworden und es muß daher gegeben werden.

Ich hätte nun noch einiges über das **Fortbildungswesen** zu sprechen, aber ich will mich wegen der vorgerückten Stunde beschränken. Ich hoffe, daß in dem Berufsschulgesetz wenigstens folgende Mindestforderungen vorgesehen sind: 1. eine allgemeine Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, 2. obligatorische Festsetzung der Pflichtstunden dieser Berufsschulpflicht in die Arbeitszeit, 3. der Ausfall an Arbeit darf keine Lohnentziehung zur Folge haben.

(C) Ferner möchte ich 4. anregen, daß in dieser Gesetzesvorlage auch eine besondere Zeit vorgesehen wird, in der für Körperpflege in den Berufsschulen etwas getan werden kann und daß diese Zeit ebenfalls in die Arbeitszeit als bezahlte Arbeitszeit einzurechnen ist. Ferner muß 5. in diesem Gesetze auch die Frage der Betriebsschulen geregelt werden. Wir haben genau wie die englischen Gewerkschaften von unseren Gewerkschaften den Widerspruch zu erwarten, wenn wir diese Betriebsschulen einfach den Unternehmern überlassen. Ich verkenne nicht, daß in den Großbetrieben die Möglichkeit für eine bessere technische Durchführung des Berufsschulwesens gegeben sein kann. Aber die Bestimmung darüber, die Stellung der Lehrkräfte, die Bestimmung des Lehrplans usw. muß in die Hände der öffentlichen Organe gelegt werden, entweder in die der städtischen Körperschaften oder der staatlichen Körperschaften.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Zu Kap. 3 Tit. 15 ist eine Entschließung der Herren D. Everling, Burlage, Schiele, Sivkovich und Genossen eingegangen, die ich den Herrn Schriftführer zu verlesen bitte.

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:**

Der Reichstag wolle beschließen,

die Reichsregierung zu ersuchen, sie möge auf Grund von Art. 146 der Reichsverfassung baldigst einen Gesetzentwurf einbringen, wonach nicht Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen, in denen Nichtteilnahme von den Erziehungsberechtigten begehrt wird, zu erfolgen hat.

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Es ist dazu der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Er ist genügend unterstützt. Die Abstimmung wird morgen vorgenommen werden. (D)

Der Antrag Arnstadt und Genossen Nr. 1618 ist zurückgezogen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Deermann.

Dr. **Deermann**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich muß dem Herrn Abgeordneten Dr. Löwenstein darin durchaus zustimmen, daß unser Schulwesen allgemein an dem Berechtigungswesen krankt. Wir haben ganz entschieden allzu viele blaue Stempel nötig, bis wir irgendeine Stelle bekleiden können. Unser Schulwesen sollte heute mehr als bisher Auszeichnungen statt Berechtigungen verleihen; dann würden viele Hemmungen, besonders auch im mittleren Schulwesen, beseitigt werden. Die größte Hemmung, die uns auf den höheren Schulen großen Ballast unbegabter Schüler brachte, der Einjährigenschein, ist ja schon — ich sage offen: Gott sei Dank! — gefallen.

Aber auf einem anderen Gebiete, das Herr Löwenstein angeschnitten hat, muß ich ihm energisch widersprechen. Wir brauchen unbedingt mehr als je Gesinnungs- und Religionsunterricht. Herr Abgeordneter Löwenstein will nur auf den Gebieten, die die Handfertigkeit und die intellektuelle Bildung betreffen, den Unterricht der Jugend behalten und auf den Ergebnissen der Vergangenheit aufbauen. Nur in der religiösen Erziehung, im religiösen Unterrichte soll das nicht geschehen. Wir brauchen diese aber, um unsere Jugend charakterfest zu machen, wir brauchen die Erfahrungen, die Beispiele der Eltern und der Lehrer zur richtigen Leitung, Durchbildung und Vertiefung des angeborenen religiösen Bedürfnisses der Kinder.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

(Dr. Deermann, Abgeordneter.)

(A) Vor allem muß ich Widerspruch erheben gegen die Angriffe, die der Abgeordnete Löwenstein gegen katholische Seelenführer, besonders gegen den Herrn Bischof von Osnabrück, richtete. Es ist das Recht der katholischen Geistlichen, darauf aufmerksam zu machen, daß die sozialistischen Lehren den katholischen Glaubens- und Sittenlehren widersprechen, daß sie Gift sind für die Seelen des katholischen Volkes und durchaus geeignet, den Glauben und die Religiosität zu vernichten. Der Bischof hat nichts anderes getan, als seine Pflicht erfüllt, denn die sozialistischen Parteien sind nun einmal auf einer materialistischen Weltanschauungslehre aufgebaut, die die Grundwahrheiten des Christentums, besonders des katholischen, leugnet. Darum ist es Recht und Pflicht eines Bischofs, vor den sozialistischen Zeitungen und Vereinen zu warnen.

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Für die Feststellung, daß der Moralunterricht nur ein schlechter Ersatz des Religionsunterrichts ist, bin ich dem Vorredner dankbar. Wir sind ganz derselben Überzeugung.

Ich will mich aber im einzelnen mit den Ausführungen des Herrn Löwenstein nicht befassen, sondern mich zu dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Schreiber auf Nr. 1664 Absatz 1 wenden. Die Reichsverfassung überläßt ja noch das Schul- und Erziehungswesen, wenigstens in der Durchführung, den Ländern. Und das ist durchaus notwendig. Aber eine Reihe von Aufgaben der Erziehung und Volksbildung sind jetzt durch die Reichsverfassung dem Reiche überwiesen worden. Man mag sich zu diesen Tatsachen stellen, wie man will, einzelne davon sind sicher bedauerlich, aber man muß doch damit rechnen. Es ist nicht zu verkennen, daß auf einzelnen Gebieten die Hilfe durch das Reich dem Schul- und Bildungswesen durchaus förderlich und gut sein kann, besonders nachdem durch die (B) Reichsverfassung Richtlinien für das gesamte deutsche Bildungswesen aufgestellt worden sind. Ich stimme auch dem Herrn Abgeordneten Dr. Schreiber darin zu, daß die Schaffung einer pädagogischen Auskunftsstelle des Reichs auf dem Gebiete der Auslandsschulen sehr zweckmäßig sein wird, daß uns diese pädagogische Auskunftsstelle vor allem zeigen wird, welche Auslandsschulen wir noch haben, welche Arbeit sie leisten, welche Kulturarbeit überhaupt von deutscher Seite im Auslande betrieben wird. Ich bin der Überzeugung, daß das traurige Bild, das diese statistische Erhebung uns zeigen wird, Veranlassung geben wird, auf dem Gebiete der Auslandsschulen und der Kulturpropaganda im Auslande viel mehr als bisher zu tun.

Wie ich aus den Ausführungen des Herrn Ministers und des Herrn Antragstellers entnommen habe, soll ein schulstatistisches Reichsamt nebst Informationsstelle geschaffen werden. Nun waren meine politischen Freunde und ich zunächst gegen eine neue Zentralstelle des Reichs, besonders einer solchen auf dem Schulgebiete. Bei näherer Betrachtung läßt sich aber die Wichtigkeit einer rein informatorisch-statistischen Stelle nicht bestreiten. Wir brauchen eine solche Reichsstelle, die zuverlässige und regelmäßige, von Fachleuten bearbeitete Reichsschulstatistiken aller noch bestehenden 15 deutschen Länder liefert. Diese Reichsschulstatistik müßte dann gleichzeitig die Informationsstelle für die schultechnischen Verhältnisse in allen Bundesstaaten bilden. Wie mir bekannt geworden ist, sind gerade die Arbeiten der Reichsschulkonferenz dadurch aufs stärkste beeinträchtigt worden, daß es an genügendem Material, an Unterlagen für eine gesunde Kritik und positiven Vorschlägen zu einer gesunden Weiterentwicklung fehlte. Es ist vielen gar nicht bekannt, daß gerade in Preußen (C) schon eine solche Schulauskunftsstelle besteht, die schnell über viele dieser Fragen informieren kann. Jetzt, wo das Reichsschulgesetz vor der Tür steht, brauchen wir doch unbedingt die nötigen Unterlagen und Belege, um die Art, die Notwendigkeit und die Wirkungen eines Reichsschulgesetzes abschätzen zu können. Eine solche Auskunftsstelle haben die Abgeordneten, die Behörden und die Fachleute auf dem Schulgebiet zur ersprießlichen Vor- und Mitarbeit nötig. Wir brauchen dieses statistische Auskunftsamt aber auch, um die Ausführung der Reichsverfassung auf dem Schulgebiet und um die Stellungnahme der einzelnen Bundesstaaten dazu genau verfolgen zu können und dafür zu sorgen, daß die Reichsverfassung im guten Sinne gehandhabt wird und nicht in dem Sinne, wie er von der Linken dieses Hauses hier vertreten wird. Mit Hilfe der Reichsschulstatistik werden dem gläubigen Volke die Augen geöffnet werden können über die verderblichen Wirkungen gewisser kautschukartiger Kompromißbestimmungen über die Schule in der Reichsverfassung. Wir brauchen in unserer schweren Zeit, wo die Finanzlage des Reichs und der Länder eine weitere Belastung für das Schulwesen kaum noch erträgt, eine planmäßiges Zusammenarbeiten der Länder, um mit möglichst geringen Mitteln das möglichste Beste zu erreichen.

Sehr wichtig wäre eine solche Reichsanstalt aber auch auf dem Gebiete der Kulturstatistik. Sie wäre sehr wichtig, um z. B. feststellen zu können, welche Bildungsmöglichkeiten für die verschiedenen Schichten des Volkes, für die verschiedenen Konfessionen, für die verschiedenen Berufsstände gegeben sind.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wir brauchen sie, um festzustellen, ob die Parität der einzelnen Konfessionen und Stände durch die Reichs- (D) kulturpolitik gewahrt wird, und wir brauchen sie zur Aufklärung über die Wirkungen der Reichsverfassung und der neuen Schulgesetze des Reichs und der Länder, damit wir den Übelständen, die sich ja heute schon ergeben und in der Zukunft sich noch vermehren werden, rechtzeitig abhelfen können.

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Nun sind aber auch eine Reihe Bedenken gegen eine solche Reichsanstalt auf dem Schulgebiet aufgetaucht. Wir betonen mit allem Nachdruck, daß wir eine neue Reichszentralstelle für Schulwesen dann durchaus nicht anerkennen können, wenn diese Stelle jurisdiktionelle oder administrative Befugnisse bekommt. Ich möchte hier fragen, ob die Regierung etwa die Absicht hat, das preußische Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht auf das Reich zu übernehmen, ob es Preußen einen Gefallen tun will, das, wie ich weiß, dieses Zentralinstitut und ebenso seinen Leiter gern los sein möchte. Ich frage ferner: Glaubt der Herr Staatssekretär Schulz im besonderen, auf diese Weise, wenn nämlich das preußische Zentralinstitut verreichlicht wird, eine sehr gute Handhabe zu bekommen, um die Schulreform mit Hilfe dieses Instituts in seinem Sinne durchzuführen?

(Hört! Hört! im Zentrum und in der Bayerischen Volkspartei.)

Ich erinnere nur daran, wie der preußische Herr Kultusminister in sehr geschickter Weise das Zentralinstitut zur Durchführung seiner Pläne zu benutzen versteht. Konferenzen finden mit Vorliebe im Zentralinstitut statt, und dieses Zentralinstitut hat einen privaten Firmennamen. Der Herr Minister ist also nicht an bestimmte Einladungen gebunden und ist auch nicht verpflichtet, die Ergebnisse dieser Konferenzen zu berücksichtigen, er kann damit machen, was er will, und gleichzeitig wird

(Dr. Deermann, Abgeordneter.)

(A) im Lande die schönste Reklame mit irgendwelchen Sitzungen dort betrieben. Sie kommen unter den verschiedensten Namen in die Presse, tatsächlich ist aber bisher wenig durch diese Konferenzen geleistet worden.

Das preußische Zentralinstitut ist nach unserer Überzeugung nicht geeignet, diese statistische Auskunftsstelle des Reichs zu werden. Die Aufgaben des Zentralinstituts waren bisher folgende: Es hatte eine Einrichtung für die Lehrerbildung, es veranstaltete in Berlin und draußen Vortragskurse zur Weiterbildung der Volksschullehrer und Oberlehrer; ferner hat es eine Film- und Lehrmittelstelle und eine Bibliothekarschule. Diese drei Abteilungen sind durchaus preußischer Art und erfüllen spezifisch preußische Aufgaben, mit gutem Erfolg, wie ich gern hier feststelle. Allerdings hat das Zentralinstitut seit einem halben Jahre auch eine Auskunftsstelle über Jugendforschung, Kleinkinderschulen, Auslandsschulen und Berufsberatung eingerichtet. Aber diese Auskünfte wurden schon seit 10 und 15 Jahren viel besser von der preußischen Schulauskunftsstelle gegeben. Darum müssen wir die Übernahme des preußischen Zentralinstituts auf das Reich unbedingt ablehnen.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Auch die **staatliche Auskunftsstelle für Schulwesen in Preußen** können wir nicht als geeignet zur Übernahme auf das Reich ansehen; denn vier Fünftel der Aufgaben der preußischen Auskunftsstelle betreffen spezifisch preußische Einrichtungen. Es sind Aufgaben, die sich mit Lehrbuchstatistik und anderen Dingen befassen, die reine Landessache sind. Wenn der restierende Teil der Aufgaben der preußischen Auskunftsstelle nun auf das Reich ausgedehnt wird, so entsteht eine ganz andersgeartete Stelle von viel größerer Bedeutung, die nach ganz anderen Gesichtspunkten arbeiten muß. Die preußische Stelle hat jetzt allerdings nur Teilmaterial, (B) weil sie die Länder nicht zwingen kann, Auskunft über statistische Schulsachen zu geben. Wir bitten aber trotzdem, daß bei der Einrichtung des **Reichsamts für Schulstatistik** der Chef der preußischen Auskunftsstelle zur Beratung herangezogen wird, da er die notwendige Sachkunde besitzt.

Bei dem Ausbau dieses statistischen Auskunftsamtes des Reichs müssen wir verlangen, daß als **Beamte praktische Pädagogen**, nicht Juristen, herangezogen werden. Die letzte Erhebung über die Schulverhältnisse des Reichs im Jahre 1911 hat gerade deswegen so viel Mängel, weil sie von Juristen, nicht von Fachmännern gemacht worden ist. Wir müssen es auch ablehnen, daß etwa Archivare oder Museumsleiter oder Herren, die zwar ursprünglich Philosophie und Philologie studiert haben, aber nicht praktisch als Lehrer tätig waren, die Leitung eines solchen Amtes übernehmen, wie das bei der Leitung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Preußen eigentümlicherweise der Fall ist. Für pädagogische Dilettanten kann dieses Amt unter keinen Umständen Unterkunft bieten, und für Experimente muß es uns zu gut sein.

(Sehr richtig, Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Damit nun aber dieses **Reichsamt** in freier wissenschaftlicher Weise arbeitet, damit es nur dem Zwecke der Auskunftserteilung, der **Statistik** dient und frei ist von politischen Einflüssen im Reichsministerium des Innern, haben wir den Wunsch, daß es eine **Reichsmittelbehörde** würde, etwa wie das Reichsarchiv oder wie die Physikalisch-technische Reichsanstalt. Ich möchte fragen, ob die Regierung die Absicht hat, gerade in einem solchen unabhängig wissenschaftlichen Sinn das in Aussicht genommene Amt auszubauen. Jedenfalls darf es durchaus nicht ein Apparat werden zur Durch- (C) setzung politischer Ziele von beamteten Parteiführern im Reichsministerium des Innern.

(Sehr gut! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die Gefahr dazu liegt sehr nahe, besonders nach dem, was wir gerade hier anläßlich der Debatte über das Ministerium des Innern gehört haben. Wir würden es aufs schärfste bekämpfen, wenn das Amt irgendwie zur Beeinträchtigung der konfessionellen Schulen, wenn es zur Beeinträchtigung des Religionsunterrichts als eines ordentlichen Lehrfaches benutzt würde; wir würden es aufs schärffte bekämpfen, wenn die Unterrichtsfreiheit und die Parität in der Bildungsmöglichkeit dadurch verletzt würde!

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich muß hier anknüpfen, daß wir die Anträge der Linken, die zu diesem Etat gestellt worden sind, bezüglich des **Religionsunterrichts** und auch des **obligatorischen Kindergartens**, aufs schärffte ablehnen.

Wenn nun so die Bedenken gegen ein **statistisches Schulamt des Reichs** ausgeräumt werden würden, so würden wir seine Gründung wohl begrüßen können, aber ich bin doch der Ansicht, daß 200 000 ℳ für diesen Zweck wirklich zu wenig sind. Ich möchte dem Herrn Antragsteller anheimgeben, ob er nicht den Betrag erhöhen will. Das preußische Auskunftsamt, das doch viel kleiner ist — es arbeitet mit einem einzigen höheren Beamten —, braucht allein schon 250 000 ℳ im Jahre! Da kommen wir im Reiche mit 200 000 ℳ sicher nicht zum Ziele. Und wenn wir heute für die Ernährung des Leibes 10 Milliarden und mehr im Jahre opfern, so, meine ich, sollte man für die Förderung der Ausbildung des Geistes und für die Erziehung und Förderung des Seelenlebens mindestens eine halbe Million, wenn es notwendig ist, übrig haben.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

(D) Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hellmann.

Hellmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Fraktion der sozialdemokratischen Partei wird den Titeln des Etats, die hier zur Debatte stehen, an und für sich zustimmen. Diese Titel, namentlich die unter 15, 17, 21, zeichnen sich in dem jetzt vorliegenden Etat dadurch aus, daß sie eine ganz überraschend, ich möchte sagen fast aufreizend niedrige Bezifferung überall zeigen. Für die **Förderung von Bestrebungen auf dem Gebiete des Schulerziehungs- und Volksbildungswesens** werden 300 000 Mark eingesetzt, im vorigen Etat 100 000 Mark. Die Verpflichtungen des Reichs, für die genannten Zwecke einzutreten, ergeben sich dabei aus den allergewichtigsten Verfassungsbestimmungen, aus Artikel 143 Absatz 1 der Reichsverfassung, der ganz allgemein die weitesten Zwecke umfaßt, dann aus Artikel 146 Absatz 3 der Reichsverfassung, der das Reich verpflichtet, auch seinerseits zu Erziehungsbeihilfen beizutragen, und Artikel 148 Absatz 4 der Reichsverfassung, der die Förderung des Volksbildungswesens ebenso ganz umfassend mit zu den Aufgaben des Reichs zählt. Die Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke in Titel 17 ist zum erstenmal in einem Haushalt des Deutschen Reichs, und zwar mit ganzen 100 000 Mark, bedacht! Darin spricht sich natürlich zunächst grundsätzlich nur die erweiterte Zuständigkeit des Reichs und die von ihm anerkannte Pflicht aus, auf den verschiedensten Gebieten sowohl des Theaterwesens, wie des Hochschulwesens, des wissenschaftlichen Büchereiwesens eine umfassendere Tätigkeit zu entfalten. Alle diese Dinge haben wir bekanntlich in Weimar in der Verfassung ausdrücklich der Pflege und Förderung des Reichs unterstellt.

(**Hellmann,** Abgeordneter.)

Wenn wir der Bewilligung dieser Summen zustimmen, so geschieht es nicht, ohne besonders nachdrücklich das Bedauern zu unterstreichen, daß in den Zeiten vor dem Kriege, als um die Erweiterung der Reichskompetenzen mit dem großen Ziel auf **Vereinheitlichung der Volkskultur** gestritten wurde, es den Parteien der Linken, besonders aber den Vertretern der deutschen Arbeiterschaft, die den großen Gedanken wieder aufnahmen, den der bürgerliche Liberalismus bald nach 1870 hatte fallen lassen, daß zu einem einheitlichen Reich nicht bloß die wirtschaftliche Einigung, sondern auch die geistige und kulturelle gehört, nicht vergönnt war, diesen Willen durchzusetzen, in jener Zeit, wo das deutsche Volk, das Deutsche Reich wie auch die Einzelstaaten wohl in der Lage gewesen wären, für diese damals vom Reiche noch nicht oder kaum erkannten Ziele Mittel zu bewilligen. Heute, wo wir bitter arm geworden sind, erkennen wir endlich diese Aufgaben. Aber nun stehen wir vor der tragischen Notwendigkeit, uns aufs erbarmungswürdigste bescheiden zu müssen in den Summen, die wir bewilligen können.

Mit ganz besonderer Freude, weil wir wenigstens einen einigermaßen fühlbaren Fortschritt in dieser Richtung erblicken, stimmen wir der Entschließung zu Titel 17 zu, die wenigstens für den neuen Haushalt von 1921 zur **Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke** statt diesmal 100 000 Mark 5 Millionen einsetzt. Natürlich werden wir auch für die Entschließung zu Titel 15 eintreten, die einen **ständigen Ausschuß für das Bildungswesen** beim Reichsamt des Innern fordert.

Es ist eine tragische Verkettung, daß die Parteien, die die wahre Massenkultur auf ihre Fahne geschrieben haben, zu einem, auch heute noch nicht durchschlagenden, aber doch wenigstens einigermaßen wirksamen Einfluß auf die Gestaltung der Politik im Deutschen Reiche erst in dem Augenblick gelangt sind, wo wir leider eingestehen müssen, daß uns hierfür die ausreichenden Mittel fehlen. Trotzdem betonen wir, daß künftig die Aktivität des Reichs auch auf diesem Gebiet planmäßiger und umfassender gestaltet werden muß. Was in der Hinsicht von seiten meiner Partei geschehen kann — dessen darf sich das Reichsministerium des Innern versichert halten —, daran werden wir es nicht ermangeln lassen.

In dieser späten Nachtstunde wollen Sie mir nun noch gestatten, daß ich zu den vorliegenden Entschließungen und der ganzen Reihe der aufgeworfenen äußerst wichtigen Einzelfragen ganz kurz unsere Stellungnahme weniger ausführe, als lediglich noch einmal andeute.

An die Spitze stelle ich die Entschließung meiner Fraktion auf Nr. 1625, die Reichsregierung dringend aufzufordern, das im Art. 143 der Reichsverfassung geforderte Gesetz über die Grundsätze einer einheitlich für das Reich zu regelnden Lehrerbildung baldigst, mindestens aber noch im laufenden Tagungsabschnitt, vorzulegen. Ich hoffe, daß dieser Antrag die Zustimmung des ganzen Hauses finden wird. Ich unterstreiche noch einmal die Ausführungen der zweiten **Rednerin meiner Partei, daß von der endlichen gesetzlichen Regelung des Lehrerbildungswesens** jeder weitere Fortschritt auf dem Wege zur Einheitsschule und der Schulreform überhaupt abhängen wird. Es handelt sich dabei nicht nur darum, die Lehrerbildung irgendwie zu verbessern, was ja in manchen Teilen des Deutschen Reichs notwendig ist, — in Mecklenburg sind zum Beispiel erst jetzt durch das Zusammenwirken der sozialdemokratischen und der demokratischen Partei die ganz mittelalterlichen ritterschaftlichen Schulen, die in der Frage der Lehrerbildung bisher absichtlich herabgedrückt wurden, den staatlichen und städtischen Volksschulen gleichgestellt worden —, es handelt sich nicht nur um das Abrücken von diesem äußersten Thule der Kulturreaktion, sondern vor allem darum, daß in absehbarer Zeit der **Unterschied zwischen dem Volksschullehrer- und dem sogenannten Oberlehrerstande** verschwindet. Wenn wir in einigen Jahrzehnten die Erinnerung an die Reibungen zwischen diesen Ständen durch eine wirklich einheitliche Lehrerschaft überwunden haben werden, die das gleiche Ziel erstrebt, erst dann wird eine ganz andere Temperatur speziell unter den Sachkennern, aber auch im ganzen Volke in der Stellung zu den praktischen Fragen der Schulreform geschaffen werden.

Die Gleichmäßigkeit der Lehrerbildung ist auch aus einem praktischen technisch-politischen Grunde in die Wege zu leiten, weil infolge der Ankündigungen der Reichsregierung nach Inkraftsetzung der Verfassung schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahres mehrere Länder mit dem **Abbau der Lehrerseminare** begonnen haben und jetzt vor ganz unhaltbaren Zuständen stehen. Hier muß das Reich endlich Bestimmungen treffen.

Den Ausführungen des von mir hochgeschätzten Kollegen Dr. Löwenstein über das Wesen und die Neuordnung der Lehrerbildung brauche ich kaum etwas hinzuzusetzen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber der Rechten — ich meine nicht gerade die hier Anwesenden oder die, die hier anwesend sein könnten und müßten, sondern überhaupt das ganze Milieu der Rechten — gegenüber zum Ausdruck bringen, welch eine Blamage es eigentlich gewesen ist, daß man eine Persönlichkeit wie diesen Herrn **Abgeordneten Löwenstein** — er gehört nicht meiner Partei an, das wissen Sie alle — unter der Ägide der Deutschnationalen verhindert hat, in Berlin **vor der Berliner Lehrerschaft** seine Meinungen, seine Ziele, seine Grundsätze auch nur aufzurollen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist durch brutale Gewalt, durch Verhetzung von der Seite der äußersten Rechten in Berlin, der Hauptstadt des Deutschen Reichs, verhindert worden, daß das, was wir hier heute gehört haben und was — ich muß es zu Ihrer (nach rechts) Ehre anerkennen — auch die schärfsten sachlichen, politischen und Weltanschauungsgegner dieses Herrn hier mit sichtlichem Interesse angehört haben — und ich habe das sichere Gefühl gehabt, manches Wort ist mit starkem Gewicht auch in die Seelen der Fernstehenden gefallen —, daß diese Darlegungen in einer großen Berliner Lehrerversammlung auch nur angefangen werden konnten. Ehe überhaupt die Möglichkeit dazu gegeben war, wurde eine solche Persönlichkeit niedergeschrieen. Das ist ein Zeichen, wieweit wir doch davon entfernt sind, daß wir diese Dinge wirklich sachlich behandeln können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn aus den Reihen der Demokraten sehr mit Recht von dem Herrn Abgeordneten Weiß gefordert wurde die Entpolitisierung unseres Schulwesens — ich bin nicht so ideologisch zu sagen, die Entpolitisierung unserer Schulkämpfe —, so gehe ich noch einen Schritt weiter und sage, die Konsequenz wäre auch die **Entdogmatisierung unseres Schulwesens** und Schulunterrichts, und das ist ein Ziel, das wir mit ganzem Nachdruck vertreten und für das wir mit ganzer Seelenkraft eintreten. Aber ein solches Vorkommnis, wie ich es hier eben gezeichnet habe, beweist so recht, wie notwendig das ist.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Polemik gegen den neuen, den jetzigen Berliner Oberschulrat steht ja ganz auf demselben Niveau. Sie können glauben, daß es mich lockt mit allen Kräften,

(**Hellmann**, Abgeordneter.)

(A) auch darauf einzugehen. Ich werde mir das aber strikte versagen und möchte das nur angedeutet haben. Es wird noch einmal als ein Kuriosum in der deutschen Sitten- und Kulturgeschichte verzeichnet stehen, was in dieser Beziehung gerade gegenüber den sachlichen und hingebenden praktischen Schulreformern die Kulturreaktion verschuldet und gesündigt hat!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich spreche weiter die Hoffnung aus, daß das Haus auch der Entschließung meiner Parteifreunde Dr. Radbruch, Frau Pfülf, Müller (Franken) auf Nr. 1626 in bezug auf die wirkliche, praktische Anbahnung eines **staatsbürgerkundlichen Unterrichts** in allen deutschen Schulen zustimmen wird. Bei der Kürze der Zeit will ich aber darauf nicht mehr eingehen.

Meine Partei stimmt dem Antrag D. Dr. Schreiber in bezug auf die Schaffung oder Unterstützung einer **pädagogischen Auskunftsstelle** und die Bewilligung von 200 000 Mark für diesen Zweck zu mit der Maßgabe, die schon in der Begründung durch den Herrn Kollegen Schreiber gegeben worden ist. Die partikularistischen Bedenken meines letzten Herrn Vorredners in dieser Beziehung vermögen wir nicht zu teilen.

Ich darf im Vorbeigehen — vielleicht kürzt das die Verhandlungen des morgigen Tages in etwas ab — auch gleich erklären, daß wir dem Antrage Trimborn, Frau Dransfeld auf Nr. 1649 in bezug auf die Unterstützung der **Forschung auf psychopathischem Gebiet** durchaus zustimmen werden.

Wir sind auch dafür, daß die Mehrzahl der Anträge, die sich mit den **Kadettenanstalten** beschäftigen — es handelt sich da allerdings schon um den Tit. 25 —, dem Ständigen Ausschusse, den wir für das Bildungswesen schaffen wollen, überwiesen wird. Ich nehme

(B) aber davon den Antrag der Rechten aus, den wir ablehnen, weil er ausdrücklich Bedingungen aufstellt, denen wir nicht zustimmen können, auf die ich indessen nicht weiter eingehen kann.

Dem berichtigten Antrag auf Nr. 1497 der Drucksachen, dem Antrag Aderhold und Genossen ad I, der sich in seinem ersten Absatz auf die Einführung des **obligatorischen Schulkindergartenbesuches** bezieht, stimmt meine Fraktion zu. Ich muß leider auf das Vergnügen verzichten, der Abgeordneten Frau Matz auseinanderzusetzen, daß ihre Einwendungen gegen den Kindergarten und das heutige Kindergartenwesen nicht den Gedanken des Schulkindergartens, wie er uns vorschwebt und wie er von uns ja schon oft und ausführlich begründet worden ist, treffen. Ihre ganzen Hoffnungen auf die starke erziehliche Wirkung der Familie in den Kleinstädten, auch in der kleinbäuerlichen und vielleicht auch mittleren bäuerlichen Familie scheinen mir wenig zu wiegen gegenüber der furchtbar steigenden Not in den Großstädten, überhaupt in den größeren Städten in den Familien, wo infolge der Verhältnisse und der Erwerbstätigkeit der Frau die Erziehung mehr und mehr Sache des Zufalls geworden ist. Ein anderer Gedanke, der bei dieser Frage zu erörtern wäre, ist der, daß ja auch gerade in vielen Kreisen solcher Familien, die auf der gesellschaftlichen Stufenleiter recht hoch stehen, namentlich solcher Familien, die durch die Umschichtung des Reichtums plötzlich im krassesten Gegensatz zu ihrem inneren Werte auf dieser Leiter hochgehoben worden sind, die gute Kinderstube am allerwenigsten zu finden sein wird. Aber auch in den im hergebrachten Sinne wohlsituierten Familien wird doch — und das haben ernste Kritiker unseres häuslichen Erziehungswesens schon seit langem nicht mehr bestritten — sehr viel gerade auch von der Mutter, weil sie gesellschaftlich in ganz anderer Richtung in Anspruch

(C) genommen ist, entweder bezahlten Kräften, Erzieherinnen, manchmal auch Dienstboten überlassen. Darüber zu diskutieren, ob Einrichtungen im Sinne dieses Antrages, die alle diese Kinder aus den verschiedensten Schichten zusammenführen, nicht ernstlich zu erwägen sind, muß ich mir versagen. Ich beziehe mich da ausdrücklich auf die sehr sachlichen und nach meiner Meinung durchschlagenden Auseinandersetzungen des Herrn Kollegen Löwenstein.

Wir stimmen auch dem zweiten Unterabsatz zu, der sich auf das **Berechtigungswesen** bezieht. Darüber, glaube ich, kann der Deutsche Reichstag wirklich die Akten schließen. Das ist eine Frage, die kaum mehr strittig sein dürfte.

Den eben neu eingebrachten Antrag der vier rechts von uns sitzenden Parteien, der die negative Abstimmung in bezug auf die **Teilnahme am Religionsunterricht** durch ein neues, jetzt erst zu schaffendes Gesetz verlangt, müssen wir natürlich in Konsequenz unserer ganzen Haltung schon vom Schulkompromiß von Weimar her und gemäß unserer genügend bekannten Stellung zu diesen Dingen strikte ablehnen. Ich möchte aber doch nicht unterlassen, die Herren Antragsteller, also die vier großen Parteien, ganz besonders darauf hinzuweisen, was es bedeutet, wenn sie jetzt, nachdem diese Frage so lange umstritten ist, zur Entscheidung dieser Frage ein besonderes Gesetz verlangen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das bedeutet meines Erachtens für den einfachen Menschenverstand, daß die Frage eben in der heutigen Gesetzgebung im Art. 149 letzter Absatz der Verfassung umgekehrt geregelt ist.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sonst brauchten sie jetzt keine neue Entscheidung, die natürlich eine politische Entscheidung sein soll, herauszufordern.

(D) Das scheint mir aber auch ganz klar aus dem Wortlaut selbst hervorzugehen. Wenigstens bin ich in den schwülen und in mancher Beziehung gefährlichen Tagen des Weimarer Kompromisses, namentlich bei dem sehr schweren Übergang von der zweiten zur dritten Lesung, völlig dieser Meinung gewesen. Wenn ich sage, es bleibt der Willensäußerung der Erziehungsberechtigten überlassen, ob die Kinder am religiösen Unterricht und an religiösen oder kirchlichen Handlungen teilnehmen sollen, so scheint mir daraus hervorzugehen, daß, wenn diese Willensäußerung nicht erfolgt, der religiöse Unterricht und die kirchlichen Handlungen für diese Kinder nicht in Betracht kommen. Sonst wüßte ich nicht, was die Wendung „bleibt überlassen" bedeutet. Wenn es mir in einem Rechtsstreit überlassen bleibt, etwa zur Erreichung einer Revision einen Antrag zu stellen, dann bedeutet das, daß bei Unterlassung der Antragstellung die in Aussicht gestellte Wirkung ausbleibt. Es geht also schon aus diesem Wortlaut, aus der Wahl dieser Vokabel deutlich hervor, daß die positive Abstimmung, das heißt die Anmeldung zum Religionsunterricht, heute verfassungsmäßiges Schulrecht ist.

Und das stimmt auch mit dem tatsächlichen Hergang, auf den ich hindeutete, mit dem eigentlichen Sinn und Inhalt der allerletzten Kompromißverhandlungen zwischen der zweiten und dritten Lesung der Verfassung und den Verhandlungen unter den Fraktionen damals überein. Das Zentrum — ich weiß im Augenblicke nicht genau, wie die Herren Demokraten damals operiert haben — suchte uns die Zustimmung zu dem Satz „Der Religionsunterricht ist ein ordentliches Lehrfach" durch die Einfügung dieses Satzes zu erleichtern, den ich vorhin schon zweimal zitiert habe: die Teilnahme daran bleibt aber der Willenskundgebung der

(Hellmann, Abgeordneter.)

(A) Erziehungsberechtigten überlassen. Die beiden Dinge gehören in dem Sinne, in dem ich mir erlaubt habe sie wieder vorzutragen, zusammen!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nur in diesem Sinne ist der Religionsunterricht ein ordentliches Lehrfach. Man kann jetzt nicht, wenn man auf dem Boden des Kompromisses bleiben will, wie die Herren Kollegen vom Zentrum doch wiederholt und auch noch in der letzten Zeit ausgeführt haben, einen Teil der Übereinkunft seinerseits kündigen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß damit die ganze Frage neu aufgerollt wird.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das bedingt letzten Endes eine große politische Entscheidung,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und trotz der schlechten Erfahrungen und der unglücklichen Umstände, unter denen auch diesmal wieder, ähnlich wie beim Grundschulgesetz, die großen Dinge des Schulwesens und der deutschen Kultur hier im Reichstag verhandelt werden müssen, halte ich an der Hoffnung fest, daß diese Fragen, wenn noch nicht gegenwärtig, so doch in naher Zukunft draußen eine Resonnanz finden werden, stärker als sich die Antragsteller das vorstellen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Knoten, der damals mit Mühe geschlungen worden ist, um eine Mehrheit für diesen Art. 149 herbeizuführen, jetzt gelöst wird, so ist das eine politische Frage allerersten Ranges,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und ich weiß nicht, ob es glückliche Finger sind, die an dieser Verknotung jetzt rühren.

(B) Ich will die Religionsunterrichtsentschließungen bei dieser Gelegenheit gleich durchgehend behandeln. Dem Antrag 1534 der Fraktion des Herrn Kollegen Löwenstein, dem langen Antrag, der mit starken, begründenden Einschlägen und einer allerdings sehr geschickten, ich muß leider sagen, übergeschickten Dialektik, verlangt, daß der **Religionsunterricht an öffentlichen Schulen** aus dem Art. 146 Abs. 1 heraus generell — Ausnahmen sind zugelassen — **abgeschafft** werden soll, vermag meine Fraktion, eben weil er trotz aller geschickten Dialektik von Grund aus unlogisch ist, nicht zuzustimmen. Deswegen nicht, weil man, wenn man diese Forderung erhebt, sich nicht auf den Boden der Verfassung stellen kann. Aus dem eben abgeschlossenen Auseinandersetzungen geht, glaube ich, deutlich unsere Stellungnahme hervor. Wir sind bereit, das Verfassungskompromiß aufrechtzuerhalten. Wir müssen offen zugestehen, daß man nicht aus Art. 146 Abs. 1 unter Ignorierung oder wenigstens teilweiser Ignorierung der übrigen Verfassungssätze ganz theoretisch folgern kann: also muß der Religionsunterricht im allgemeinen aus den öffentlichen Schulen verschwinden, weil die anderen Absätze natürlich gleich mit ins Auge gefaßt werden müssen. Das Ganze dieser Verfassungsbestimmungen ist eben ein Komplex. Deshalb vermögen wir diesem Antrag Nr. 1534 nicht zustimmen.

Wohl aber halten wir unsere grundsätzliche, vor der Verfassung bestandene und natürlich für uns auch weiter maßgebende Überzeugung gemäß unserem Programm, daß die Religion die allerinnerste und feinste Angelegenheit des Menschenlebens und Menschenherzens und eben deswegen Privatsache sein soll und infolgedessen zu einer staatlichen Schule an sich der Religionsunterricht — ich sage nicht: die Religion, sondern der Religionsunterricht — ein Widerspruch ist, aufrecht

(C) und stimmen deshalb dem rein grundsätzlichen Antrag Aderhold und Genossen Nr. 1499:

> die Reichsregierung zu ersuchen, einen Entwurf der Grundsätze vorzulegen, nach denen binnen einer befristeten Zeit der Religionsunterricht von den bestehenden öffentlichen Schulen abzulösen ist,

mit Freuden und ausdrücklich zu.

Wenn uns vielleicht noch irgendeine Rücksicht daran hätte hindern können, dann ist es durch den neuen Antrag der vier Rechtsparteien, die vorläufig noch, namentlich Herr Dr. Eberling, stolz auf ihre Mehrheit sind, erleichtert und ermöglicht worden. Ich will aber doch dieses Gebiet nicht verlassen, ohne mit einem Satz wenigstens noch auszusprechen — die Begründung müssen Sie mir schenken —, daß eine Schule ohne Religionsunterricht angesichts der großen Literatur über diese Dinge und der wiederholten eingehenden sachlichen Auseinandersetzungen unseres Standpunktes ehrlicherweise nicht mehr, wie es auch heute abend wieder geschehen ist, gleich gesetzt werden kann einer religionslosen Schule.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das muß nun endlich einmal aus der sachlichen Auseinandersetzung zwischen aufrechten und klardenkenden und nur der Sache dienenwollenden Männern und Frauen verschwinden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eine **religionslose deutsche Schule**, eine Schule für das ganze deutsche Volk ohne Religion, ist nach meiner Lebensanschauung und Lebenserfahrung ein Unding.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ganz selbstverständlich!

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

(D) Damit ist über die Frage des Religionsunterrichts aber noch nichts entschieden. Uns schwebt vor, und zwar in ganz klaren Umrissen, eine Schule, in der der heranwachsende Mensch die Religionen, zunächst die christliche Religion, weil sie uns in der Gegenwart am nächsten liegt, in ihrem Entstehen, in ihren Abarten und Umbiegungen, in ihrer kirchlichen Erstarrung, in allen ihren Kämpfen auf ihrem ganzen Entwicklungswege begleiten und begreifen lernt, eine Schule, die ausdrücklich auch von den religiösen Betätigungen des Gegenwartslebens ausgeht, eine Schule, in der auch die übrigen Religionen, sei es nun in **kulturgeschichtlichem** oder in einem besonderen **Unterricht** — die Schulen sind ja auch verschieden je nach den Lebensaltern der Kinder und nach der Höhe der Bildung, die sie voraussetzen können —, in der diese wichtigen, aus keiner menschlichen Geschichte und aus keiner Kulturgeschichte entbehrlichen Gebiete vom Kinde erlebt, erfaßt und begriffen werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Unterricht im Zusammenklang — heute ist es eine Disharmonie — mit einem wahren naturkundlichen Unterricht im weitesten Sinne soll der heranwachsenden Jugend die Steine geben, die Elemente geben, aus denen sich der Mensch dann selbst — und ich stehe gar nicht an, auch weiter in der obligatorischen Fortbildungsschule diesen Unterricht fortzusetzen — den Dom seiner Weltanschauung, aber auch wahrhaft seine Weltanschauung, selbst errichtet. Ich bestreite dem Staate, ich bestreite dem Lehrer und der Schulgewalt, ja ich bestreite im letzten Grunde auch dem Vater und der Mutter das menschliche Recht, das heranwachsende Kind ohne weiteres in eine ganz bestimmte Religion unter dem Bekenntniszwang hineinzupflanzen. Der schwarze Schatten irgendeines Dogmas, und sei es selbst der des Kreuzes, soll nicht ohne weiteres in dem Sinne wie

(Hellmann, Abgeordneter.)

(A) bisher auf die Seelen der Jugend fallen. Wohl aber wird ein Unterricht, der das Sittenleben bildet und formt aus der Natur des Kindes heraus und der auch wertvolle religiöse Stoffe mit der nur irgendwie vom Lehrer aufzubietenden Objektivität in und an die Kindesseele heranbringt, in der weltlichen Schule seinen Platz haben.

Ich gestehe zu, daß diese Ausführungen aphoristisch und bei dem großen und wichtigen Gegenstande an und für sich unzureichend sind. Aber ich glaube, daß Sie doch das eine daraus entnehmen dürfen, ja eigentlich entnehmen müssen: es handelt sich nicht um eine „religionslose" Schule, sondern um eine Schule, die von dem religiösen Bekenntnisunterricht befreit sein soll. Demgegenüber fallen die Argumente des Herrn Abgeordneten Luther zu Boden. Das Bild, das er sich über die **Arbeitsschule** und die **Gemeinschaftsschule** gemacht hat, ist ebenfalls völlig abwegig. Das geht schon aus seiner beiläufigen Bemerkung hervor, daß wir solche Schulen ja bereits in alter Zeit gehabt hätten. Das zeigt, daß er von dem, was hinter der großen modernen Forderung der Arbeitsschule und der Gemeinschaftsschule steht, mangelhaft unterrichtet ist.

Aber angesichts der neuen aggressiven Haltung der Herren, mit denen wir in Weimar glaubten für eine Reihe von Jahren bis zur Beruhigung unserer sonstigen leiblichen und seelischen Nöte ein erträgliches Kompromiß geschlossen zu haben, angesichts dieser aggressiven Haltung, die leider sehr gut zu der **Kundgebung des deutschen Episkopats** zu Anfang dieses Jahres paßt, sind wir genötigt, diese Frage nicht allein hier, sondern erst recht draußen im Volke grundsätzlich in dem Sinne, wie ich es eben versucht habe mit schwachen Worten anzudeuten, auch unsererseits wieder aufzurollen. Der Kundgebung der deutschen Bischöfe gegenüber muß aber (B) schon jetzt auch innerhalb des Rahmens des bestehenden Schulrechts daran festgehalten werden, etwa in der Linie, wie der Deutsche Lehrerverein es in einer neuerlichen Erklärung getan hat, daß das deutsche Episkopat, wie es in allen seinen Forderungen an das von uns erwartete neue Reichsschulgesetz klar zu erkennen gibt, nur von kirchlichen Interessen aus orientiert ist, nicht aber von der Rücksicht auf die Schule, auf die allseitige Ausbildung des jungen Geschlechtes getragen ist. Ich beschränke mich auf diese ganz wenigen Andeutungen

(Heiterkeit)

— in bezug auf die Kundgebung der deutschen Bischöfe — und will im übrigen auf ihre einzelnen Forderungen — es ist ja ein ganzer Katalog von Forderungen — nicht mehr eingehen.

Ich habe dann noch eine kurze Erklärung zu der Entschließung auf Nummer 1632 abzugeben. Diese Entschließung Dr. Rießer, Erkelenz, Aderhold verlangt 100 000 Mark zur Herstellung guter **Filme für Schul- und Bildungszwecke**. Wir lehnen diese Entschließung deswegen ab, weil wir angesichts der erschreckend geringen Mittel nicht glauben, dazu beitragen zu dürfen, daß diese Mittel noch weiter verzettelt werden. In bezug auf die Handhabung der **Filmzensur** sind wir im übrigen mit den vorgebrachten Besserungsvorschlägen und mit der geübten Kritik einverstanden. Vor allen Dingen wiederhole ich auch an dieser Stelle noch einmal den Wunsch, daß dieses wichtige Gebiet des Reichsministeriums des Innern gerade so wie die Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur unter die Kulturabteilung kommt. Die Filmzensur, die viele Fehler hat, krankt besonders auch daran, daß sie von einer polizeilichen Spitze aus regiert wird.

Dem Antrage Nummer 1622, Dr. Stresemann und Frau Dr. Matz, betreffend die Einführung des Versailler **Friedensvertrages als Unterrichtsgegenstand**, (C) gegenüber habe ich das schroffste und ausdrücklichste Nein meiner Fraktion kundzugeben. Zu begründen brauche ich es, glaube ich, nicht. Die Behandlung der Gegenwart, die Behandlung des Krieges und seiner grauenhaften Folgen ist natürlich ein Stück des Geschichtsunterrichtes und wird auch selbstverständlich in den staatsbürgerkundlichen Unterricht hineinspielen; hoffen wir doch, daß der **Geschichtsunterricht** endlich so gehandhabt wird, daß er sich auch der Gegenwart und ihren Nöten nicht verschließt. Aber ein ausdrücklich prononzierter Beschluß und eine besonders akzentuierte Anordnung, nun gerade diese Dinge zu betreiben, ist nichts weiter als eine schlecht verhüllte Aufforderung zur weiteren Völkerverhetzung, von der wir in unserem Leben gerade genug der übelsten Folgen erfahren haben. Deshalb lehnen wir dies ab. Wir wollen endlich unsere Schulen von diesem Gift freihalten, oder richtiger: freimachen.

Ich bitte Sie, diejenigen Entschließungen, die ich Ihnen im Namen meiner Fraktion empfohlen habe, anzunehmen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Entschließung unter der Nummer 1618 II, 2, die die **Vorrede zur amtlichen Ausgabe der Reichsverfassung** betrifft, ist bereits gestern von mir begründet worden. Nach dem, was inzwischen gesagt worden ist, habe ich keinen Grund, dem irgend etwas hinzuzufügen.

Wenn es noch eines Grundes für uns bedurft hätte, nach der warmen Empfehlung von Frau Dr. Matz für den Antrag zu stimmen, den sie betreffend den **Vertrag** (D) **von Versailles** begründet hat, dann würden die letzten Worte des Herrn Vorredners für uns ein solcher Grund gewesen sein.

Ebenso stimme ich auch gern den Worten zu, die Frau Dr. Matz zugunsten der **Privatschulen** gesagt hat. Wie manchesmal haben wir uns hier schon als Deutschnationale über die Bedeutung der Privatschulen für unser christliches und nationales Leben ausgesprochen.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Nun haben wir morgen um 2 Uhr namentlich abzustimmen über eine von uns beantragte Entschließung über die **positive und negative Erklärung über Teilnahme am Religionsunterricht**.

Inzwischen ist von anderen Seiten aus eine etwas veränderte Entschließung in Vorschlag gebracht worden, eine Entschließung, die ein besonderes Gesetz in Anregung bringt. Diese Entschließung, die inzwischen unter Nummer 1677 verteilt worden ist, ist um deswillen auch von meiner Fraktion mit unterschrieben worden, weil es uns bei dem doch nicht sehr wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Entschließungen nicht zweckmäßig erschien, mit zwei namentlichen Abstimmungen ein vielleicht nach außen unklar wirkendes Ergebnis zu erzielen, so daß also morgen, indem wir auf die besondere Abstimmung über unsere Entschließung Verzicht leisten, nur die von uns mitunterzeichnete Entschließung 1677 zur namentlichen Abstimmung kommen würde.

Was inzwischen über die Auslegung des Verfassungsartikels gesagt worden ist, kann mich auch nicht zu eingehenden Ausführungen veranlassen. Wenn die Länder nun einmal verschieden entscheiden — und ich muß auch gegenüber der Kollegin Pfülf aufrechterhalten, daß es die kirchenfeindlichen Länder sind, die sich für

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) die positive Erklärung entschieden haben — und der Minister erklärt, er wünsche nicht einfach an das Reichsgericht zu gehen, ist der Weg gangbar, daß wir hier ein Auslegungsgesetz — nur um ein solches würde es sich handeln — möglichst schnell beschließen.

Der Herr Vorredner hat die Erzählung vorgebracht, es sei Herr **Dr. Löwenstein von deutschnationaler Seite** aus **verhindert** worden, hier in **Berlin zu sprechen**. Ich habe inzwischen mit einem meiner Berliner Kollegen darüber gesprochen; ihm war davon nichts bekannt. Wenn mir der Tag angegeben würde, an dem das geschehen sein sollte, dann bin ich gern bereit, weitere Nachforschungen darüber vorzunehmen. Ich bin es aber gewohnt, alles mögliche Schlechte über die Deutschnationalen in den Zeitungen zu lesen, daß ich eine solche Beschuldigung auf Grund einfacher Zeitungsnotizen nicht als erwiesen annehme.

Wenn Herr Hellmann dann aber darauf hinwies, daß Herr Dr. Löwenstein nicht bestätigt worden sei,

(Abgeordneter Hellmann: Davon habe ich nichts gesagt!)

— ich habe es so verstanden; jedenfalls ist derartiges sehr häufig vorgebracht worden —, dann muß ich doch sagen: der Umstand, daß die überwältigende Mehrheit der Eltern, der Erziehungsberechtigten Berlins auch heute noch den Religionsunterricht will, der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein diesen Religionsunterricht aber bekämpft, mußte Veranlassung zu dieser unserer gegnerischen Stellung sein, und ich darf wohl auch daran erinnern, daß die **Nichtbestätigung Herrn Dr. Löwensteins** ausgegangen ist von einem mehrheitssozialdemokratischen Minister des Innern und einem mehrheitssozialdemokratischen Kultusminister.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

(B) Herr Dr. Löwenstein hat heute die Entschließung seiner Fraktion auf Nr. 1534 begründet; ihr Kernsatz lautet: „Dementsprechend ist im allgemeinen **kein Religionsunterricht an den Schulen zu erteilen.**" Ich hoffe, daß diese und andere Anträge der Unabhängigen einigen verstiegenen Idealisten, die sich aus religiöser Unklarheit in die Reihen der Unabhängigen hinein verirrt haben, die Augen öffnen wird.

(Heiterkeit links.)

Wenn aber darüber hinaus Herr Dr. Löwenstein mit seiner Dialektik — er selbst brauchte ja das Wort, daß die Dialektik mehr oder weniger ein Kunststück sei, — dieses in die heute geltende Reichsverfassung hineinlesen wollte, so war das doch auch Herrn Kollegen Hellmann etwas zu viel, und ich muß gestehen, ich fühle mich etwas erinnert in Tage, die jetzt schon Jahrzehnte hinter mir liegen, wo ich mir Mühe gab, mich quellenmäßig ein wenig in den Talmud einzuarbeiten,

(Heiterkeit links)

oder in jene Stunden, in denen ich unter der liebenswürdigen Führung des Herrn Kollegen Haas im Kriege Gelegenheit hatte, Talmudschulen des Ostens persönlich kennenzulernen. Da war auch eine ähnliche Dialetik, die alles herauslesen konnte, was sie herauslesen wollte. Es ist aber kennzeichnend auch für die Mehrheitssozialisten, daß sie der Entschließung der Unabhängigen auf Nr. 1499:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Entwurf der Grundsätze vorzulegen, nach denen binnen einer befristeten Zeit der Religionsunterricht von den bestehenden öffentlichen Schulen abzulösen ist,

auch ihrerseits zugestimmt haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Unser Programm!)

— Gewiß kenne ich Ihr Erfurter Programm und habe (C) das manchmal auch gegenüber solchen, die es bezweifeln, vorgelegt. Aber Sie haben Forderungen im Erfurter Programm, die Sie augenblicklich durchführen wollen, und haben Forderungen darin, die Sie ziemlich weit zurückstellen, und das Interessante ist also, daß Sie jetzt dies unter die Forderungen rechnen, die Sie gegenwärtig durchführen wollen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: War immer so!)

Nun sagte der Herr Kollege Hellmann, er unterscheide zwischen einer Schule ohne **Religionsunterricht** und einer Schule ohne Religion. Ich kann trotz der harten Machtsprüche, die er brauchte, diesen Unterschied als entscheidend nicht anerkennen; denn was er in seiner Rede in der Nationalversammlung 1919 zu unserer deutschnationalen Interpellation über den Religionsunterricht ausführte, das war doch eine Religion, die Jesum, Sokrates und Buddha durchaus gleichstellte, und ein solches allgemeines verschwimmendes Wesen kann allerdings von denjenigen, die an einer christlichen Religion festhalten, nicht als Ersatz eines Religionsunterrichts anerkannt werden.

(Sehr wahr! rechts.)

Der Herr Kollege Löwenstein hat dann gesagt, wir sollten doch an die frömmsten Männer des Mittelalters denken. Er hat unter diesen einen **Tertullian** genannt. Ich hörte zum ersten Male bei dieser Gelegenheit, daß Tertullian im Mittelalter gelebt hat,

(Zuruf links)

— Sie verbessern es, im frühen Mittelalter; aber auch das genügt noch nicht. Bitte, nehmen Sie sich ihn einmal zu Hause vor. Jedenfalls werde ich das, was ein Feuergeist wie Tertullian gesagt hat, immer mit Achtung hören. Ich muß aber gestehen, mir ist nicht bekannt, daß sich Tertullian irgendwie einmal über die (D) Auslegung von Art. 149 im speziellen oder ganz allgemein

(Zurufe links: Au!)

über die positive und negative Erklärung zum Religionsunterricht geäußert hat.

(Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! Ich will auf die Kalendergeschichte nicht eingehen

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Es ist auch besser!)

— es ließe sich auch vielerlei aus sozialdemokratischen Kalendern anführen! —, sondern ich will nur die grundsätzliche Bemerkung dazu machen, daß allerdings **Religion** uns viel zu hoch und zu groß ist, als daß sie je in den **Dienst politischer Zwecke** gestellt werden könnte.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Das gilt für die Schule, und das gilt für das Leben, und ich weiß, daß ich dabei denen, denen es mit dem Christentum ernst ist, zu Gefallen gesprochen habe.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zuruf links: Widerliche Heuchelei!)

Meine Damen und Herren! Wir wünschen durchaus — —

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Frau Pfülf gebrauchte eben den Ausdruck: „widerliche Heuchelei!"

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

— Das charakterisiert den, der solche persönlichen Beschimpfungen gebraucht, nicht den, wider den sie gerichtet sind.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie haben uns während des Wahlkampfes viel mehr beschimpft!)

— Herr Hellmann, das ist nicht wahr!

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ich habe das Flugblatt in der Hand!)

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Es ist weiter die Frage gestellt worden, ob die Religion irgendwie zwangsweise verbreitet werden sollte. Wir wollen uns durchaus, sowohl was die Religionserteilung durch die Lehrer als das Empfangen des Religionsunterrichtes durch die Schüler betrifft, in den Dienst der Freiheit stellen. Nachdem es einmal religionslose Schulen gibt, mögen auch die religionslosen Schulen zeigen, was sie vermögen; sie werden großenteils an der Unheitlichkeit ihres Lehrermaterials und an ihrem Schülermaterial zugrunde gehen.

Es wurde von der gegnerischen Seite Tertullian genannt. Nun, so nenne ich denn ein Wort Augustins, das den ewigen Grund aller Religionen und allen Religionsunterrichtes offenbar macht:

> Gott hat uns auf sich hin geschaffen, und ruhelos ist unser Herz, bis es ruht in Gott.

Und wenn Herr Hellmann sagte, der schwarze Schatten des Kreuzes solle nicht auf die Seele der Jugend fallen, dann hoffe ich, im Sinne der großen Mehrheit unseres Volkes zu sprechen, wenn ich sage: Das helle Licht des Kreuzes soll auch auf die Seelen der Jugend fallen!

(Lebhaftes Bravo bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Burlage.

Burlage, Abgeordneter: Meine Damen und meine Herren! Ich würde in dieser vorgerückten Stunde jedenfalls nicht das Wort genommen haben, wenn nicht eine Mitteilung des Herrn Abgeordneten Dr. Löwenstein mir den Anlaß dazu gäbe. Der Herr Kollege Dr. Löwenstein hat den **Erlaß des Bischofs von Osnabrück** angeführt. Ich habe besonderen Grund, mich darauf einzulassen, weil der Sitz dieses Bischofs in meinem Wahlkreise liegt. Ich war nicht im Besitz des Erlasses. Der Herr (B) Kollege Dr. Löwenstein hatte die Freundlichkeit, mir seinen Bogen, auf dem ein Auszug aus diesem Erlasse aufgeschrieben war, zu übergeben. Ich bezweifle gar nicht, daß das, was der Abgeordnete Dr. Löwenstein angeführt hat, echt ist. Allerdings ist nicht alles angeführt worden; denn der Auszug beginnt: „Gleichwohl ist es gut . ." Daraus ist zu folgern, daß ein Text vorhergeht, der nicht mitgeteilt wurde. Ich nehme indessen nicht an, daß dieser vorhergehende Text so wesentlich wäre, daß man das jetzt Folgende, das ich noch einmal anführen möchte, nicht verstehen könnte. Es ist hier gesagt: Es ist gut, auf der Kanzel vor dem Beziehen und dem **Lesen sozialdemokratischer Blätter** sowie vor dem **Beitritt zu sozialdemokratischen Vereinen** und so weiter zu warnen, weil beides Gelegenheit mindestens zu **religiösem Indifferentismus** gäbe. Ein ähnlicher Erlaß ist seinerzeit bereits im Haushaltsausschuß von dem Herrn Abgeordneten Simon, einem Fraktionskollegen des Herrn Dr. Löwenstein, angeführt worden. Es war dies ein Erlaß des hochwürdigsten Bischofs von Speyer. In der Diskussion, die sich darüber im Haushaltsausschuß entspann, hat damals schon mein Kollege Dr. Fleischer dem Abgeordneten Simon erwidert.

Ich will nun gar nichts herumwickeln, sondern ganz offen sprechen. Aber ich meine, wenn der Herr Kollege Dr. Löwenstein, der sich ja erfreulicherweise mit dem Mittelalter zu beschäftigen scheint, sich hier näher umgesehen hätte, dann würde er dort schon Vorbilder für solche Erlasse haben finden können.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es handelt sich um eine pastorale Instruktion, die es gegeben hat, solange es eine Kirche gibt.

(Sehr wahr! im Zentrum. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Und dann hat man die Ketzer verbrannt!)

(C) — Ach Sie mit Ihrem Ketzerverbrennen! Sie könnten wissen, daß die **römische Inquisition** nur ein Urteil gegen einen Ketzer vollstreckt haben soll. Auch über diesen einzigen Fall streiten die Gelehrten noch. Wenn Sie aber etwa die spanische Inquisition meinen, dann sollten Sie wissen, daß das eine staatliche Einrichtung war und keine kirchliche.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Ich sage also, ich will nichts herumwickeln. Ich stelle vielmehr die Behauptung auf, daß jeder Bischof, mag er nun in Deutschland oder in Holland, in Afrika oder wo sonst immer auf der Welt sein, das Recht hat, eine solche Anweisung herauszugeben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.

— Nein, dabei ist gar keine List und Schlauheit!

Ich will noch offener werden: Ich bin voll überzeugt, daß die Sozialdemokratie in ihrem Geiste religionsfeindlich ist, wenn Sie die Religion so verstehen, wie wir sie verstehen, als eine auf ein festes Dogma gegründete Glaubensüberzeugung.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Wollen Sie doch das lieber nicht bestreiten! Ich könnte Ihnen eine Broschüre, die unser Generalsekretariat vor einigen Wochen herausgegeben hat, auf den Tisch des Hauses legen mit sehr zahlreichen Aussprüchen. Es sind unanfechtbare Aussprüche: Es genügt aber wohl, wenn ich an den einen Ausspruch von Bebel erinnere, daß **Religion und Sozialdemokratie**

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— oder Sozialismus — das kommt ja auf dasselbe hinaus, denn Bebel meint den Sozialismus der Sozialdemokratie — sich vertrügen wie Feuer und Wasser. Kautsky hat ganz ähnliche Aussprüche getan. Wie gesagt, es gibt Hunderte solcher Aussprüche. Streiten wir uns also darum nicht.

(D) Steht aber die Religionsfeindlichkeit fest, und der hochwürdigste **Bischof von Osnabrück** wird davon ebenso überzeugt gewesen sein, wie ich es bin, dann ist es nicht nur das Recht des Bischofs, nein, es ist seine heiligste Pflicht, die Gläubigen seiner Diözese davor zu warnen, sich in die Gelegenheit zu begeben, wo ihre Religion Gefahr läuft.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Es ist vorhin davon gesprochen worden — der unmittelbare Vorredner Herr D. Mumm hat es auch schon angeführt, allerdings wohl nicht ganz richtig —, daß der schwarze Schatten des Dogmas auf die Kindesseele fiele.

(Zurufe rechts: Der Schatten des Kreuzes!)

— Ich habe verstanden: des Dogmas!

(Wiederholter Zuruf rechts.)

— Gut, dann hätte also Herr Kollege D. Mumm recht gehabt. Es ist übrigens schließlich gleich. — Was ich betonen will, ist folgendes. Wir sehen in dem, was hier als schwarzer Schatten bezeichnet wird, das helle Licht, das das Leben erleuchtet und verklärt, das dem Kinde, wenn es durch das Leben hindurchschreitet, das größte Glück gewährleistet. Ich wiederhole: wenn wir diese Auffassung haben, ist es die Pflicht des Bischofs, davor zu warnen, daß das höchste Gut, das die Gläubigen seiner Diözese besitzen, in Gefahr kommt. Der Erlaß weist mit allem Recht darauf hin, daß im Umgang mit überzeugten Sozialdemokraten mindestens die Verführung zum Indifferentismus liegt — das sollte man nicht leugnen! Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist!

Weitere Worte sind, glaube ich, überflüssig. Ich habe von dem Rechte und auch von der Pflicht des Bischofs gesprochen. Der Bischof übt hier sein Recht und erfüllt seine Pflicht in den Grenzen der Verfassung,

(Burlage, Abgeordneter.)

(A) auf der Verfassung fußend; denn die Verfassung sagt im Art. 135, daß in Deutschland Glaubensfreiheit besteht.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter: Ich möchte mich nicht auf dem religionspolitischen Gebiete bewegen. Der Herr Kollege Burlage hat ja unsere Auffassung mit allem Nachdruck zum Ausdruck gebracht, und ich muß andererseits sagen, daß die Ausführungen des Herrn Kollegen Hellmann bei uns hier und da in manchen Formulierungen, die in seiner Rede enthalten waren, doch einige Überraschung ausgelöst haben.

Doch ich wollte zu einem anderen Punkte eine ganz grundsätzliche kurze Erklärung zum **Berechtigungswesen** abgeben. Herr Dr. Löwenstein hat zu dieser Frage einen Antrag eingebracht, und ich muß sagen, er hat hier wirklich einem Zeitbedürfnis Auffassung und Raum gegeben. Ich kann aber der Auffassung des Herrn Dr. Löwenstein in wesentlichen Teilen nicht zustimmen. Das Berechtigungswesen ist allerdings so wichtig, und es handelt sich hier um neue soziale Gruppierungen, die gleichzeitig mitergriffen werden, daß es notwendig ist, sich wenigstens in einigen Sätzen grundsätzlich dazu zu äußern. Ich bestimme meine Stellung in folgender Richtung. Die vollständige Abschaffung der Berechtigungen, wie es von einzelnen Schulreformern und auch von politischen Parteien erstrebt wird, würde zurzeit und auf eine Reihe von Jahren hinaus auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, da die verschiedenen Verwaltungsbehörden, aber auch die Berufsorganisationen nicht darauf verzichten werden, für den Eintritt in die betreffende Laufbahn ein bestimmtes Maß an (B) allgemeiner Bildung zu fordern, für das die Schulprüfungen und Klassenzeugnisse den erforderlichen objektiven Maßstab bilden werden.

Ich sage ein zweites! Andererseits dürfen die Rücksichten auf die Berechtigungen nicht dahin führen, daß der organische Aufbau des Schulwesens, der sich nach eigenen inneren, ich möchte fast sagen, nach biologischen Gesetzen zu vollziehen hat, hierdurch beeinträchtigt wird. Zu vermeiden sind deshalb willkürliche Einschnitte in den Lehrgang der höheren Schulen durch Einführung von Prüfungen, die keine innere Begründung im Schulaufbau haben, sondern nur durch äußere Rücksichten auf bestimmte Berufsanforderungen bedingt sind.

Ich sage ein Weiteres. Der organische Schulaufbau, wie er im Art. 146 der Reichsverfassung gedacht ist, sieht Volks-, Mittel- und Oberschulen, also höhere Schulen vor, die sämtlich ein bestimmtes Lehrziel verfolgen, das gleichzeitig einen gewissen Bildungsabschluß bedeutet. Es wird also anzustreben sein, das Berechtigungswesen planmäßig auszugestalten und gleichzeitig — darin gebe ich Herrn Dr. Löwenstein etwas recht — zu vereinfachen, daß die Berechtigungen sich an diesem Schulaufbau anschließen. In dieser Richtung dürften sich im allgemeinen die Grundlinien der Schulpolitik zu bewegen haben. Ich würde es begrüßen, wenn die Reichsregierung, wie hier dieser Tage erklärt wurde, in dieser Hinsicht mit einzelnen Verwaltungszweigen und auch mit den einzelnen Ländern in Verhandlungen in der Frage des Berechtigungswesens eintreten würde. Ich verkenne nicht, daß ein berechtigter Kern in dem Antrage vorhanden ist, andererseits sind bestimmte ernste Notwendigkeiten nicht zu übersehen, die ich hier grundsätzlich zum Ausdruck gebracht habe.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Wort- (C) meldungen liegen zu diesen verbundenen Titeln nicht mehr vor. Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmungen über die verbundenen Titel 15, 17, 21 und 24 morgen vorzunehmen. —

Zu den Titeln 16, 18, 19, 20, 22 ist kein Redner gemeldet. Ich erkläre sie für angenommen.

Bei Titel 23 liegt eine Wortmeldung vor. Ich schlage deshalb dem Hause vor, jetzt die Erörterung abzubrechen.

(Zurufe: Schon?)

und morgen fortzusetzen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hellmann hatte die Liebenswürdigkeit, die Vorkommnisse aus der **Lehrerversammlung im Lehrervereinshause** hier zu erwähnen. Der Herr Kollege Mumm bezweifelte, daß die **Ruhestörungen durch Deutschnationale** verursacht worden sind. Ich will Ihnen gern bestätigen, daß weder ich noch irgendeiner meiner Freunde, die da waren, noch die Leitung dieser Versammlung die anwesenden Ruhestörer nach dem Mitgliedsbuche ihrer politischen Organisation gefragt haben. Jedoch weiß ich aus eigener Erfahrung und durch viele meiner Freunde, daß besonders in dem Vorsaal, in dem der gewaltigste Radau damals gemacht wurde, sich eine große Menge von Menschen befanden, die die Abzeichen trugen, die in deutschnationalen Kreisen sehr häufig getragen werden, nämlich das Hakenkreuz

(hört! hört! links)

und sonstige Embleme, wie schwarz-weiß-rote Fähnchen oder was es sonst noch an solchen Albernheiten gibt, die darauf schließen lassen, daß diese Leute zweifelsohne nicht gerade den Linksparteien angehört haben. (D)

Dann möchte ich in der persönlichen Bemerkung Herrn Mumm auch noch sagen, daß er mir unrecht darin getan hat, wenn er die Dialektik, die ich in diesem Falle angewandt habe — die Dialektik ist nämlich nicht etwas Schlechtes, sondern Dialektik gehört zu den methodischen Grundvoraussetzungen des deutschen Idealismus —, mit der **talmudischen Dialektik** vergleicht.

(Zuruf rechts: Na! Na!)

— Verzeihung, Herr Eberling, ich habe im Gegensatz zu Herrn Mumm nicht gelegentlich talmudische Studien gemacht, sondern im Gegenteil sehr eingehend talmudische Studien gemacht, und die Dialektik dieser talmudischen Studien, die ich gemacht habe, hat vielmehr etwas zu tun mit der Dialektik der scholastischen Philosophie überhaupt, mit der sie sehr eng verwandt ist. Ich würde Herrn Mumm bitten, — —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Über die Unterschiede der talmudischen und scholastischen Dialektik dürfen Sie sich in einer persönlichen Bemerkung nicht auslassen, Herr Abgeordneter.

Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter: Verzeihung, es war mir persönlich dieser Vorwurf gemacht worden — ich glaube nicht ohne eine gewisse Absicht, und ich befürchte, daß bei Herrn Mumm eine solche Absicht besteht —, und es muß mir daher das Recht gegeben sein, Herr Präsident, in einer persönlichen Bemerkung richtigzustellen, daß ich nicht nach dieser Dialektik, sondern nach einer ganz anderen verfahren bin.

(Glocke des Präsidenten.)

(A) Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Herr Abgeordneter Dr. Löwenstein, Sie dürfen in einer persönlichen Bemerkung nur richtigstellen, was seitens eines anderen Abgeordneten unrichtig über Ihre Ausführungen gesagt worden ist, nichts weiter.

(Zurufe links: Das tut er ja auch nur!)

Eine Begründung dürfen Sie nicht geben. Das ist ein Unterschied.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Ich bin in der Hauptsache auch damit fertig.

Dann möchte ich dem Herrn Kollegen Burlage sagen, daß mir zwar der ausführliche Erlaß vorgelegen hat, daß ich aber deswegen die Zwischenstellen weggelassen habe, weil sie ganz belanglos sind. Wenn der Herr Kollege Burlage den ganzen Erlaß bekommen wird, so wird er sehen, daß ich ganz loyal verfahren bin. und daß ich nichts weggelassen hatte, was etwa die politische Stellung abmildern könnte.

(Abgeordneter Burlage: Das habe ich auch nicht behauptet!)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Ich schlage dem Hause vor, sich nunmehr zu vertagen. —

(B) Was die Tagesordnung der morgigen Sitzung anbelangt, so werden sie die Herren, da nach 10 Uhr abends die Post für die Vororte nicht mehr bestellt werden kann, zum größeren Teil auf ihren Plätzen vorfinden.

Die nächste Sitzung soll stattfinden morgen, Mittwoch, den 16. März, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Rest der heutigen Tagesordnung;

— die namentliche Abstimmung findet morgen um 2 Uhr statt —

2. Fortsetzung der Beratung des Haushalts für 1920, und zwar:
   a) Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei,
   b) Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen nebst Ergänzung,
   c) Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 1 Minute.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

86. Sitzung.

Mittwoch den 16. März 1921.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 26 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlage ist eingegangen der

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Art. 169, 192, 202 und 238 des Friedensvertrags.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Vogel (Berlin), Deglerk, Schmidt (Stettin), Jaud

die Abgeordneten Graf v. Westarp, Dr. Hoetzsch, Koch (Düsseldorf), Merck;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Frau v. Oheimb, Frau Behm

die Abgeordneten Morath, Koch (Düsseldorf);

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Plettner, Herbert (Franken), Baumann

die Abgeordneten Düwell, Dr. Heim, Blum;

(Präsident.)

(A) in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Beythien, Bachmann
die Abgeordneten Winnefeld, Domsch (Dresden);
in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Emminger, Kempkes, Warmuth
die Abgeordneten Leicht, Leutheußer, Frau Mueller-Otfried;
in den 23. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Barth (Chemnitz)
der Abgeordnete Vogel (Berlin).

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten Schwarzer (Oberbayern) und Dr.-Ing. Sorge für 4 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt des Reichsministeriums des Innern nebst Ergänzung (Anlage V).
Mündliche Berichte des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1333, 1501, 1674 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter D. Dr. Schreiber.
Anträge Nr. 1497 (berichtigt), 1498, 1499, 1504, 1534, 1618, 1622, 1624, 1625, 1626, 1632, 1633, 1635, 1636, 1645, 1646, 1647, 1649, 1664, 1665, 1667, 1671, 1676, 1677.

Wir verbinden damit wieder den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, den

(B) **mündlichen Bericht des 16. Ausschusses (Verbilligung der Verwaltung) über Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Reichsverwaltung** (Nr. 1596 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Dr. v. Delbrück.
Antrag Nr. 1668.

Die Beratung des Haushalts beginnt mit Kap. 3 Tit. 23 der fortdauernden Ausgaben.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Der deutschnationale Antrag Nr. 1618 I 1 beantragt, bei dem zur Beratung stehenden Tit. 23 an Stelle von 500 000 Mark 490 000 Mark zu bewilligen. Der Reichsminister des Innern als guter Kenner des in den Ländern mit parlamentarischen Formen üblichen Brauchs wird nicht im Zweifel darüber sein, was der Sinn dieses kleinen Abstrichs sein soll: ein Zeugnis dafür, daß die antragstellende Fraktion an dieser Stelle ein ernstes Bedenken anzubringen hat.

Es betrifft die **Oberprüfungsstelle.** Das Lichtspielgesetz haben wir im vorigen Frühjahr in breiter Front und in großer Übereinstimmung hinsichtlich seiner Grundlagen verabschiedet. Der sozialdemokratische Redner Katzenstein erklärte ausdrücklich, daß man im Kampfe gegen mammonistische Tendenzen ohne repressive Bestimmungen, ohne polizeilichen Zwang nicht auskomme. Als ein Filmblatt terroristische Maßnahmen gegen diejenigen, die dem Lichtspielgesetz zustimmen würden, in Vorschlag brachte, erklärte der Mehrheitssozialist Krüger: Nun erst recht. Aus den Kreisen der Demokraten, der Partei des Herrn Ministers, kam mehr als einmal die Erklärung, die künftige **Filmzensur** müsse scharf sein, sie müsse nicht aus dem Berliner Milieu heraus erfolgen, sondern sie müsse so gestaltet sein, daß sie auf die Verhältnisse aller deutschen (C) Gaue in Stadt und Land gleichmäßig Anwendung finden könne. Die Handhabung aber war eine sehr milde, sie geschah und geschieht unter starkem Empfinden für das wirtschaftliche Interesse der Filmfabrikanten, während die Belange des sittlichen Volkslebens gegenüber der Jugend nach meinem Gefühle nicht so sehr ins Licht treten, wie sie ins Licht treten müßten. Es ist gewiß zu berücksichtigen, daß die Entscheidungen in den Händen der Filmstellen und der Oberfilmstelle liegen. Fünf Personen mit richterlichen Pflichten entscheiden. Auch die Auswahl dieser Personen liegt nur teilweise in der Hand der Reichsregierung, die auf Vorschläge der von ihr herangezogenen Verbände angewiesen ist. Die **Heranziehung von Sachverständigen** aus den Kreisen der Volksbildung, der Literatur, kurz, aus den Kreisen, die die ethisch-ästhetischen Werte pflegen, betrachte ich als eine durchaus glückliche Neuerung und wünsche die Heranziehung solcher Sachverständigen auch für die hoffentlich recht bald kommenden Gesetze wider den Schmutz und Schund, wie zum Schutz der Jugend.

Natürlich folgt daraus, daß man für die einzelnen Entscheidungen, die von den Kollegien von fünf Personen gefaßt werden, nicht den Herrn Reichsminister des Innern politisch verantwortlich machen kann. Wenn Films eine Zeitlang Mode waren, die den weltgeschichtlichen Schmutz zusammenkehrten, insbesondere solche, die sich mit der Skandalgeschichte der Höfe beschäftigten, so enthalte ich mich in dieser Hinsicht eines Angriffs auf den Minister. Dagegen ist es peinliche Pflicht, dem Bedenken gegen die Persönlichkeit des **Leiters der Oberprüfungsstelle,** der von dem Herrn Minister berufen worden ist, Ausdruck zu geben. Ich verstehe durchaus, daß der Herr Minister, wie er im Ausschuß ausführte, sich freute, eine Persönlichkeit in seinem Amte zu finden, die seit Jahren literarisch hervorgetreten ist. Die literarische Bedeutung der Persönlichkeit einzuschätzen, ist nicht unsere Aufgabe (D) als Politiker, sondern Aufgabe des Literarhistorikers. Hier ist nur die Frage zu stellen, ob der Verfasser dieser Schriften „Die schöne Frau Schmelzer", „Die süße Lilly", „Der junge korrekte Hauptmann" für die Stelle des Leiters der Oberprüfungsstelle geeignet ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn diese Novellen verfilmt worden wären, sie nach § 1 des Gesetzes verboten werden müßten. Ich habe mich nicht auf meine eigene Auffassung stützen wollen, ich habe die Schriften nicht nur Gesinnungsgenossen gezeigt, sondern auch manchen Angehörigen anderer Parteien, im Ausschuß zum Beispiel einem Herrn von der sozialistischen Partei und einem Demokraten. Das Urteil war durchaus ein einhelliges: Unerquickliche Schriften, die jedem gesunden sittlichen Empfinden widerstreiten. Der Herr Minister nannte sie auch, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, im Ausschuß seicht.

Ist es nun möglich, dem schweigend zuzusehen, wenn in solchen Händen die oberste Prüfung liegt? Der Herr Minister hat im Ausschuß seinen angegriffenen Beamten verteidigt. Das verstehe ich, kann aber das Bedauern nicht verhehlen, daß eine Differenz zwischen den Rechtsauffassungen der Filmstellen und der Oberfilmprüfungsstelle besteht. Die Mehrzahl der Verbote von Films sind von der Oberfilmprüfungsstelle wieder aufgehoben worden. Das ist kein gesunder Zustand. Ich erwäge sehr, ob es nicht nötig sein wird, die **Oberprüfungsstelle von Berlin zu verlegen.** So hoch ich die immer breiter werdende Schicht in Berlin schätze, die es sittlich ernst meint, so ist doch das Bild, das Kollege Wulle gestern von dem Berliner Theatergewerbe entwickelte, so trübe, daß wir im Reichstag sehr ernst werden erwägen müssen, ob wir nicht aus allen Parteien eines Tages den Antrag werden

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) stellen müssen, die Oberprüfungsstelle von Berlin fortzuverlegen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber nicht nach Siegen!)

— Ihnen, Herr Kollege Dr. Breitscheid, ist Siegen besonders unangenehm. Das kann ich sehr verstehen aus dem Geist, der in Siegen herrscht.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Im Gegenteil, ich dachte, es wäre Ihnen besonders angenehm!)

Ich dachte an eine Verlegung nach Süddeutschland. Das ist eine Frage der Zukunft.

Mit bloßer Kritik möchte ich nicht schließen. Es ist viel erfreulicher, das Gute zu fördern, als das Schlechte zu bekämpfen.

(Sehr richtig!)

Was hier die **Arbeiterschaft,** auch die geistig ganz anders eingestellte, im **Berliner Theaterleben** an der Hand guter ästhetischer Führer geleistet hat, die Kitsch und ernste Werte zu unterscheiden verstehen, ist aller Ehren wert, ebenso auch das Streben des **Christlichen Volksbühnenbundes,** der jetzt in Berlin gemeinsam mit den christlich-nationalen Verbänden einen erfreulichen Anfang gemacht hat. Soweit es irgend die Finanzlage von Gemeinden und Gemeindeverbänden, von Staat und Reich gestattet, sollte man hier helfen. Wir müssen Kritik üben; dazu sind wir im Reichstage da. Viel lieber aber wollen wir tun, was möglich ist, um das Gute, das sittlich Festigende, das Lebenswerte, Schaffende zu fördern.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! In dem einen Punkte bin ich mit dem Herrn (B) Vorredner einverstanden, daß es wichtig ist, wichtiger noch als polizeiliche Maßnahmen, durch positive Förderung guten Filmwesens dafür zu sorgen, daß das **Filmwesen** verbessert wird.

(Zuruf links.)

— Auch eine Kommunalisierung der Filme kann dabei unter gewissen Umständen mit in Frage kommen! — Die Bedeutung des Filmgesetzes aber beruht nach meiner Ansicht nicht darin, wieviel Verbote von den Prüfstellen oder der Oberprüfstelle ergehen — eine Statistik darüber aufzustellen, ist vollkommen zwecklos —, sondern seine Bedeutung beruht darin, daß das Bestehen einer solchen Stelle von vornherein präventiv wirkt. Keine gute Firma, die sich mit der Herstellung von Filmen befaßt, riskiert es heute bei den hohen Kosten der Filmherstellung noch, Filme zu schaffen, deren Verbot sie von vorherein befürchten muß. Infolgedessen wirkt dieses Gesetz dahin, daß unser Filmwesen im Laufe der Zeit von dem Schmutz, der ihm anhaftet, befreit wird. Mehr darf man nicht erwarten. Eine Bekämpfung etwa des Kitsches durch ein solches Gesetz ist völlig unmöglich, denn damit würde man nicht mehr polizeiliche Übelstände zu beseitigen versuchen, sondern würde versuchen, seinerseits den Geschmack der Filmdichter und des Filmpublikums zu beeinflussen, was auf polizeilichem Gebiete unmöglich ist. Also die Grenze ist gegeben.

Ich glaube, daß auch der Herr Abgeordnete Mumm nicht verkennen kann, daß das **Filmgesetz** bessernd gewirkt hat, und ich glaube namentlich, daß er nicht verkennen wird, ein wie ungeheuer großer Wert darin liegt, daß Kindern der Besuch von solchen Filmen und von Filmen überhaupt jetzt versagt ist. Wir dürfen also mit dem Erfolge zufrieden sein.

Nun hat der Herr Abgeordnete Mumm aber bei dieser Gelegenheit Angriffe gegen den Leiter der Filmstelle erhoben und zunächst, wenn ich damit beginnen (C) darf, erklärt, ich selbst hätte Leistungen des **Leiters der Oberprüfungsstelle** auf literarischem Gebiete als seicht bezeichnet.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das wäre auch richtig gewesen!)

Diesen Ausdruck habe ich nicht gebraucht; ich habe nur von „leichter" Unterhaltungslektüre gesprochen, die er vereinzelt neben anderen Werken geschaffen hat.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie ist auch seicht!)

— Ich hatte keine Veranlassung, meinerseits auf eine literarische Kritik einzugehen! Ich hatte nur die Tatsache zum Ausdruck zu bringen, daß die beanstandeten Werke nicht derartig wären, daß sie den Verfasser ungeeignet machten, als Leiter der Stelle tätig zu sein. Ich muß aber jetzt feststellen, daß jeder, der die schriftstellerische Tätigkeit des Leiters der Oberprüfungsstelle kennt, zugeben muß, daß seine Werke fast durchaus eine gute und ernste Lektüre darstellen. Ein Anlaß, zu sagen, daß sie ihn zu dem Amt ungeeignet erscheinen lassen könnten, ist nicht gegeben. Außerdem darf ich den Herrn Abgeordneten Mumm nochmals darauf hinweisen, angesichts seiner Vorliebe für das alte Regime, daß diese von ihm beanstandeten Schriften des Leiters der Oberprüfungsstelle zu einer Zeit entstanden sind, als dieser Beamte noch die in den Augen des Abgeordneten Mumm doch besonders große Ehre hatte, Staatsanwalt im alten königlichen Regime zu sein,

(Heiterkeit und hört! hört!)

ohne daß das alte Regime irgendeine Veranlassung genommen hätte, irgendwie gegen den Leiter der Filmprüfungsstelle in seiner damaligen Tätigkeit wegen seiner Werke vorzugehen oder ihm etwa irgendwelche amtlichen Schwierigkeiten zu machen. Ich darf also wohl ablehnen, Herr Abgeordneter Mumm, meinerseits hier intoleranter (D) zu sein, als man es damals gewesen ist.

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und kann nur nochmals feststellen, daß der Leiter der Oberprüfstelle der überaus schwierigen Aufgabe, die sein Amt mit sich bringt, nämlich einerseits zwar den Schmutz zu bekämpfen, auf der anderen Seite aber sich von der Rolle eines Obergeschmacksrichters in Deutschland fernzuhalten, durchaus gerecht geworden ist.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten und links.)

Präsident: Damit ist die Beratung über den Tit. 23 geschlossen. Die Abstimmung werden wir auch im Anschluß an die namentliche und die übrigen Abstimmungen nach 2 Uhr vornehmen.

Wir kommen nunmehr zum Tit. 25, der die ehemaligen Kadettenanstalten betrifft. Es liegen dazu von den einzelnen Parteien sechs verschiedene Anträge vor, aber auch ein Antrag Dr. Schreiber, alle diese Anträge dem einzusetzenden Ausschuß für das Bildungswesen zu überweisen. Es wäre eine freudige Überraschung, wenn auch die Reden diesem Ausschuß mit überwiesen würden.

(Heiterkeit und Zustimmung.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

(Abgeordneter D. Everling: Im Ausschuß!)

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich schicke voraus, daß wir dem Antrag Schreiber unsere Zustimmung um so eher geben können, als der zweite Teil unseres Antrags mit dem Antrag D. Schreiber identisch ist.

Ich bedauere aber, daß ich dem Herrn Präsidenten nicht so weit folgen kann, daß ich auch die Reden dem Ausschuß mitüberweisen möchte, weil ich im Hauptausschuß die böse Erfahrung gemacht habe, daß dort durch Kontingentierung und die anderen technischen Zwangs-

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) maßnahmen nicht die genügende Gelegenheit gegeben wird, Aufklärung zu schaffen, und ich diesem neuen Ausschuß auch eine andere Aufgabe zuweisen möchte als die, die noch vorweg erfüllt werden muß.

Wir müssen nämlich bei der Frage der Kadettenanstalten zwei Fragen sehr scharf voneinander unterscheiden. Die erste Frage ist: was ist ohne Zustimmung des Reichstages bislang von der Reichsregierung in der Frage der **Kadettenanstalten** geschehen; können wir es billigen, oder müssen wir, wie wir glauben, es aufs schärfste mißbilligen?

Die zweite Frage lautet: was soll in Zukunft mit diesen Kadettenanstalten geschehen? Diese Frage ist natürlich für die Zukunft viel wichtiger; aber damit der Boden für die Zukunft wirklich rein beackert werden kann, muß hier erst die erste Frage klargestellt und die Meinung des Reichstags in dieser Frage erst festgestellt werden.

Ich will versuchen, ein wenig Licht in die dunklen Irrgänge hineinzubringen, die die Reichsregierung bei der Erledigung der Kadettenanstaltsfrage gegangen ist. Das fällt sehr schwer; denn durch offizielle Veröffentlichungen ist uns von diesen Dingen herzlich wenig bekannt geworden. Wir wissen zwar, daß der Kultusminister in Preußen, dem einige dieser Anstalten übergeben worden sind, besonders mit der Anstalt Lichterfelde, Bankerott erlebt hat und daß er diesen Bankerott in der preußischen Landesversammlung eingestanden hat. Wir wissen auch aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Schulz im Haushaltsausschuß, daß auch er — und ich nehme an, auch der Herr Reichsminister — an diesen Anstalten keine rechte Freude hat. Aber damit können wir uns doch schließlich nicht zufrieden geben, daß Herr Hänisch und Herr Schulz kein Vergnügen mehr an den Anstalten haben, sondern es handelt sich hier doch um sehr große Wertobjekte, (B) die recht bedeutsam sind; haben doch die in Preußen liegenden Kadettenanstalten einen Buchwert von 71 Millionen Mark. Von Kadettenanstalten sind zumeist aus Reichsmitteln gebaut worden die Anstalten in Lichterfelde, Karlsruhe, Köslin und Naumburg. Wir hören, daß mit Preußen Abkommen getroffen worden sind, daß die Anstalten zum Teil Preußen übergeben werden sollen, daß Reformversuche dort gemacht werden sollen, die nachher Schiffbruch erlitten haben. Wir wissen, daß inzwischen in Baden die Karlsruher Anstalt dem badischen Staat übergeben und von ihm aufgelöst worden ist. Bei allen diesen Fragen hat der Reichstag kein Wort mitgeredet. Er ist nicht gefragt worden, und ich bin der Meinung, der Reichstag hat bei einem solch umfassenden Objekt alles Interesse daran, hier auch seine Meinung zu äußern. Das können wir uns auf keinen Fall gefallen lassen.

Zweitens aber haben wir unser Urteil auch darüber abzugeben: was ist in der Zwischenzeit in diesen Kadettenanstalten geschehen? Wir sind dazu vollkommen kompetent. Es ist nicht richtig, wenn der Herr Staatssekretär Schulz meinte, als ich im Ausschuß Beschwerden vorbrachte, daß diese Angelegenheit preußische Angelegenheit wäre und daß wir uns daher damit nicht zu beschäftigen hätten. Wir sind erstens dafür kompetent, solange der Reichstag nicht ausdrücklich erklärt hat, daß diese ehemaligen Reichsanstalten nunmehr Landesanstalten werden sollen. Aber auch dann sind wir noch durchaus kompetent dafür. Unsere Kompetenz, gewissermaßen unsere Aktivlegitimation, leite ich auch aus den Kontrollansprüchen her, die wir ja nach der Reichsverfassung im gesamten Schulwesen und besonders in diesen ehemaligen Kadettenanstalten ausüben können.

Es kommt eine weitere Verpflichtung aus dem Friedensvertrag hinzu. Der Reichstag und die Reichsregierung haben das größte Interesse daran, zu unter- (C) suchen, ob man dem Friedensvertrag entsprechend bei der Auflösung der Kadettenanstalten oder der Umwandlung der Kadettenanstalten in staatliche Erziehungsanstalten vorgegangen ist.

Drittens kommt noch in Frage, daß wir ein erhebliches finanzielles Interesse auch dann, wenn die Landesregierungen den inneren Betrieb dieser Anstalten übernehmen sollten, an diesen Anstalten haben und gehabt haben sollten. Sind doch im Etat 1920 4,3 Millionen Reichsunterstützung für diese Kadettenanstalten vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mich nun zu den inneren Fragen der Kadettenanstalten wende, so muß ich sagen, daß der Reichstag sich nicht damit einverstanden erklären kann, daß die Kadettenanstalten in dem Sinne umgewandelt werden, wie er uns in der Erklärung zu diesem Titel im Haushaltsplan angedeutet worden ist. Dort wird gesagt, daß sie als höhere bürgerliche Lehranstalten mit Internat weiterzuführen sind, daß sie neben der Beschulung der bisherigen Zöglinge in erster Linie der Aufnahme von Kindern von Kriegsgefallenen und Kriegsverletzten, schließlich auch von Kindern von Auslandsdeutschen und von Deutschen aus den besetzten Gebieten zu dienen haben.

Ich glaube, wir werden diese Grundsätze nicht billigen können. Wir werden sie einmal aus finanziellen Gründen nicht billigen können. Wir haben für die Verpflichtung des Reichs, zu Erziehungsbeihilfen aus Art. 146 anteilig beizusteuern, im Haushalt fast gar nichts, wenn man nicht einen Teil der 300 000 Mark, die beim Tit. 15 vorgesehen sind, dafür in Anspruch nehmen will, an Etatspositionen zu verzeichnen. Dagegen sollen hier für diese Anstalten 4,3 Millionen gegeben werden. Es handelt sich da nicht um **Unterstützung von** nur **Unbemittelten**, es handelt sich um ungeheure Zuschüsse für einen großen (D) Teil sehr bemittelter Kinder, **die diese Kadettenanstalten besuchen.** Ich habe mir einen Überschlag aus den Veröffentlichungen zu machen versucht und habe herausgerechnet, daß durch staatliche und Reichszuschüsse und durch das, was die Pensionen kosten, ein Kind dort in den Kadettenanstalten etwa 6000 Mark im Jahre kostet.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da haben wir doch die Frage zu untersuchen, ob es berechtigt ist, daß eine solche hohe Summe für ein derartiges Internat ausgegeben wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bin wohl der Meinung, daß der Reichstag damit einverstanden sein kann, daß die unbemittelten Knaben und Jünglinge in diesen Kadettenanstalten unterstützt werden können, daß sie nicht einfach ihre Ausbildung abbrechen müssen. Das kann aber nur für die unbemittelten, niemals für die bemittelten Zöglinge dieser Kadettenanstalten gelten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir müssen freilich die Frage aufwerfen, ob es denn in diesem Falle gut getan ist, diese Unbemittelten in den Kadettenanstalten zu belassen und dadurch eine wirkliche Entwicklung dieser Kadettenanstalten zu staatlichen, nach modernen Grundsätzen geleiteten Erziehungsanstalten zu hindern. Denn, wenn ein großer Prozentsatz der ehemaligen Schüler der Kadettenanstalten bleibt, wenn das gleiche Lehrpersonal in diesen Kadettenanstalten bleibt, so bleibt natürlich der Geist der Kadettenanstalt voll und ganz erhalten und er muß, wie ich hinzufügen möchte, erhalten bleiben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es tut selbst für diese unbemittelten Kadetten not, daß sie erst einmal aus diesem Milieu herauskommen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) daß sie in die übrigen Anstalten, die wir sonst im deutschen Lande haben, eingeordnet werden. Wenn wir einer unbemittelten Witwe eine Erziehungsbeihilfe von etwa 3000 Mark im Jahre geben, dazu unentgeltliches Schulgeld und unentgeltliche Lernmittel, kommen wir weit besser dabei weg. Ich glaube: keine der unbemittelten Witwen wird diese Erziehungsbeihilfe ablehnen und wünschen, daß ihr Knabe weiter in der Kadettenanstalt erzogen wird, wenn sie nicht aus ganz bestimmten politischen Gründen ein Interesse daran hat, daß das Kind in diesen Kadettenanstaltskreisen weiter erzogen wird. Auf die übrigen Kadetten aber brauchen wir gar keine Rücksicht zu nehmen. Es ist richtig: eine kleine Härte für die jetzigen Schüler liegt darin, daß die Kadettenanstalten den Anforderungen unseres eigentlichen höheren Schulbetriebs nicht genügt haben, daß man mit allerhand militärischen und sonstigen unzweckmäßigen Methoden den Stand des Realgymnasiums, dem ja ungefähr diese Kadettenanstalten entsprechen sollen, stark herabgedrückt hat, so daß also etwa ein Obersekundaner der Kadettenanstalt nicht einem Obersekundaner eines guten deutschen Realgymnasiums entspricht. Das ist wahr; aber wir haben diese Härte immer auch dann, wenn Beamte im Reich versetzt worden sind und ihre Kinder vorher eine Schule besucht haben, die nicht dem Stande des Versetzungsorts entsprechend auf der Höhe war. Auch dort mußten Härten überwunden werden; die Härten wurden überwunden, und der Staat hat sich überhaupt nicht darum gekümmert, hat überhaupt keine Hilfe gegeben, um diese Härten abzumildern. In unserem Falle tut das aber besonders nicht not, da ja diese Kadetten und ihre Familien in der verflossenen Zeit so ungeheuer viele Vorzüge gehabt haben, indem sie zu einem sehr billigen Pensionspreise — es sollen heute noch nur 800 bis 1000 Mark sein — die vollständige Versorgung, Kleider, Schulgeld, (B) Lernmittel und eine gute körperliche Erziehung gehabt hatten. Alles das ist ihnen für diesen billigen Preis viele Jahre lang geliefert worden. Es ist daher gar keine Härte, wenn man nunmehr von den bemittelten Eltern verlangt, daß sie gefälligst selbst für ihre Kinder jetzt weiter sorgen möchten, bevor wir nicht überhaupt eine allgemeine Schulgeldfreiheit haben.

Meine Damen und Herren! Wir sind daher der Meinung, daß der Anfang einer vernünftigen Reformtätigkeit und einer **Umbildung unserer Kadettenanstalten zu wirklichen staatlichen Erziehungsanstalten** notgedrungen aus ökonomischen und inneren Gründen darin liegen muß, daß man zunächst die **Kadettenanstalten auflöst,** ihre Schüler herausnimmt und sie überall zerstreut, entweder in die Familien zurückgibt oder auf andere Anstalten verteilt. Erst dann ist der Boden dafür frei geworden, daß in diesen Anstalten auch wirklich nutzbringende allgemeine Erziehungs- und Bildungsarbeit geleistet werden kann. Daß man das bisher nicht getan hat, daß dieser große Fehler gemacht worden ist, müssen wir hier geißeln. Ich bin überzeugt: wenn der Reichstag sich eingehend mit diesen Kadettenanstalten vorher beschäftigt hätte, dann hätte dieser Fehler vielleicht vermieden werden können, oder wenigstens hätten die Parteien, die kein Interesse daran haben, in Deutschland monarchistischen, militaristischen Revanchegeist weiter zu pflegen, ihr schärfstes Veto gegen eine derartige Verwendung der Kadettenanstalten einlegen können. Diese Möglichkeit mußte uns gegeben werden. Daß sie uns nicht gegeben worden ist, ist ein Fehler der Reichsregierung; ihn möchten wir hier ausdrücklich gerügt haben.

Meine Damen und Herren! Ich würde Sie auch bitten, sich einmal die **Lehrbücher** anzusehen, die noch heute in **Lichterfelde** gebraucht werden. Gibt es Bücher, die mehr chauvinistisch, monarchistisch und verhetzend (C) wirken als die Bücher von Stengler-Lindner und Johannesson? Die Benutzung solcher Bücher können wir nicht zugeben, weil durch sie ein Geist erzeugt wird, der der Verfassung widerspricht und zu gleicher Zeit auch dem widerspricht, was mit vernünftigen Erziehungsgrundsätzen vereinbar ist.

Aber auch in der Leitung dieser Anstalten wird ganz nach dem alten Schema verfahren. Obwohl es ja staatliche Erziehung sein soll, hat man überall **Offiziere als Leiter** in diese Anstalten hineinberufen. Ich will Ihnen einige Beispiele geben. In Plön ist es ein Hauptmann der Reserve, in Naumburg ein Leutnant der Landwehr, in Potsdam ein Leutnant der Landwehr; ein Leutnant im Garderegiment ist auch zum Beispiel in Lichterfelde usw.

(Zuruf rechts.)

— Das ist kein Fehler, sagen Sie! Ich gehe mit Ihnen so weit, daß ich selbstverständlich der Meinung bin, daß man einen Offizier, wenn er Qualitäten des bürgerlichen Berufes hat und er sich für einen solchen bürgerlichen Beruf eignet, durchaus nicht zurückstoßen soll, sondern wir als Sozialdemokraten haben allen Grund und sind die Letzten, die dies nicht betonen werden, daß jede Qualitätsarbeit für den Gesamtaufbau ausgenutzt werden muß. Wir haben aber auch allen Grund, daß wir an Anstalten, an denen ein monarchistischer Geist selbstverständlich gepflegt worden ist, an denen ein militärischer Geist herrschte, den wir heute nicht mehr brauchen können und nicht mehr haben wollen, nicht jene Offiziere als Leiter hinbringen, die diesen Geist, wenn sie keine Heuchler sind, selbstverständlich weiterpflegen müssen.

(Zuruf rechts: Die sind dort besser angebracht wie Sie als Berliner Stadtschulrat!)

— Daß Sie nicht dafür sind, daß ich **Berliner Stadtschulrat** werde, weiß ich. Ich weiß aber, daß die sozialistische Mehrheit in Berlin trotzdem mir das Vertrauen ausgesprochen hat, und es ist ja noch nicht aller Tage (D) Abend. Die Geschichte wird ja vielleicht noch einmal ein objektives Urteil über pädagogische und verwaltungstechnische Befähigung fällen können.

(Zuruf rechts: Sie werden schon hintenrum mal hereinkommen!)

— Wir machen keine solchen Schiebungen, wie Sie sie überall belieben. Ich könnte noch viel darüber reden, wie Sie überall die Offiziere in Stellen hineinschieben unter dem Vorgeben, daß sie dafür besonders geeignet seien. Sehen Sie sich nur mal einige solcher Behörden, wie z. B. das Landesvermessungsamt und einige andere, bei denen ich Einblick bekommen habe, an!

Wir haben kein Interesse daran, ja wir erblicken sogar eine große Gefahr darin, daß die alten Leiter dieser Anstalten, die sie in einem ganz anderen Geist geleitet haben und leiten mußten, als wir es jetzt wünschen, wieder in die alten Stellen hineingebracht werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann, meine Damen und Herren, befinden sich überall in diesen **Kadettenanstalten** noch die **Oberinspektoren, Inspektoren,** die die Disziplin überwachen sollen, die früher in dem militärischen System eine Rolle gespielt haben und bei der militärischen Überwachung sogar eine gewichtige Rolle gespielt haben, was ich gern zugebe. Mit unseren heutigen Schul- und Erziehungsproblemen haben sie aber gar nichts zu schaffen; sie kennen diese Probleme und Fragen überhaupt nicht. Nun hat man ausgerechnet zu solchen Oberinspektoren, denen man die Inspektionsgeschäfte anvertraute, Offiziere des alten Regimes, die durchaus monarchistische Tradition bewahrt haben, genommen.

(Zuruf rechts: Das ist sehr gut!)

— Daß Sie das für gut halten, bezweifle ich auch nicht. Es wird dadurch nicht besser, daß Sie das immer wieder

(Dr. Löwenstein, Abgeordneter.)

(A) sagen. Innere Überzeugungen braucht man nicht immer mit der Schelle auszuläuten. Niemand bezweifelt, daß Sie, Herr Behrens, noch Monarchist sind trotz der Erfahrungen des Weltkrieges, daß Sie nicht so viel gelernt haben, wie das sonst auch sehr konservative Zentrum. Ich habe Achtung vor der ehrlichen Konsequenz des Zentrums, von dem ein Vertreter im Ausschuß bekannte, daß nach dieser Erfahrung des Weltkrieges, besonders nach seinem Abschluß, ihm das Gefühl für Erhaltung des **Monarchismus** doch ein wenig in die Brüche gegangen sei.

(Zuruf rechts: Das muß erst nachgeprüft werden! Das hat er nicht gesagt!)

— Der Herr ist ja anwesend; wenn er glaubt, daß der Ausspruch korrigiert werden müßte, mag er sich melden und es sagen.

Was diese Oberinspektoren zu tun haben, wissen wir auch ganz genau; das haben die Erfahrungen auch gezeigt. Diese Oberinspektoren haben nämlich acht zu geben, daß die monarchistischen Erinnerungen treu bewahrt werden und in dem Augenblick, wo die Luft nicht ganz rein ist, schnell in die Ecke gebracht werden. Als nämlich die Ententekommissionen die Anstalten besichtigten, hat törichterweise — denn die Ententekommissionen sind gar nicht so töricht, diesen Dingen solchen Wert beizumessen — zum Beispiel in einer der Anstalten der Oberinspektor, der Major Norden in Wahlstatt, die Waffentrophäen, die Bilder und Büsten der Hohenzollern schnell aus der Anstalt entfernt und in seine Privatwohnung gebracht. Dort bleiben sie und werden wahrscheinlich Auferstehung feiern, wenn die neue Reichsregierung sich nach Ihrem (nach rechts) Wunsche zusammengesetzt hat.

(Zuruf rechts: Die wird kommen!)

Ich will Ihnen etwas sagen: wenn einer offen und ehrlich seine monarchistische Überzeugung bekundet, und wenn er auch **Erinnerungszeichen** dieser **monarchistischen**

(B) **Überzeugung** dort, wo er das Recht hat, aushängt, so, muß ich sagen, wird ein jeder ehrliche Mensch Achtung davor haben, selbst wenn man diese Weltanschauung nicht teilt. Wenn aber jemand, sobald eine Kommission kommt und nachprüfen will, diese Dinge beiseite tut, sie in Privatwohnungen hineinschleppt, so ist ein solches Verhalten erbärmlich feige.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf bei den Deutschnationalen: Ist das nicht eine Denunziation? Ist das nicht auch feige?)

— Ich habe diesen Einwurf erwartet. Dieser Einwurf ist mir bereits in der Öffentlichkeit durch die „Lichterfelder Zeitung“ gemacht worden.

(Zurufe bei den Deutschnationalen.)

— Ich werde Ihnen gleich Antwort geben; haben Sie nur ein wenig Geduld, Herr Behrens! Ich war auch ganz darauf gefaßt, daß dieselben Drohbriefe, die ich bei meiner Anfrage wegen Lichterfelde bekommen habe, „daß für mich die Kugel schon gegossen wäre“ usw. — —

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Auch ein Held!)

— Ich habe gar keine Anlage und gar keinen Wunsch zu jenem Heldentum, das Sie in Worten immer so sehr preisen.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Das glaube ich!)

Ich weiß genau, daß diese Albernheiten auch jetzt wieder kommen werden. Ja, ich weiß genau, daß man uns des Landesverrats zeihen, der Bestechung durch die Entente, der Denunziation beschuldigen und uns beschimpfen wird. Ich will nur unseren Standpunkt dazu sagen, meine Herren von der Rechten. Nach unserer Meinung haben wir in Deutschland gar keine Aussicht dem Ausland dadurch zu imponieren, daß wir insgeheim jene kaiserlich militärischen Traditionen weiter pflegen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben vom Standpunkt unserer Partei auch gar kein (C) Interesse daran, diese Dinge auch nur im geringsten zu unterstützen, sondern alles Interesse daran, diese Dinge bis zur letzten Wurzel auszumerzen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Glauben Sie nicht, daß unsere Stellung in der Welt dadurch geschädigt wird, wenn wir Ihr Treiben aufdecken und Kritik daran üben! Geschädigt wird unser Ansehen lediglich dadurch, daß Sie alle diese Dinge heute noch treiben, daß Sie durch Maulheldentum — —

(lebhafte Rufe bei den Deutschnationalen: Unerhört! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Löwenstein, ich nehme an, daß sich dieser Vorwurf nicht gegen Mitglieder des hohen Hauses richtet.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Nein, er richtet sich nur gegen das Maulheldentum außerhalb des Hauses.

(Erregte Zurufe bei den Deutschnationalen: Er wagt so etwas zu sagen! Unerhört! In dem Ton haben Sie gestern abend mit Ihren Leuten verkehrt!)

— Seien Sie gefälligst ruhig! — Wenn Sie von Bildungskommissaren im ironischen Sinne sprechen, dann möchte ich Ihnen einmal einige Briefe deutschnationaler Oberlehrer vorlesen, die mir damals, zur Zeit meiner Wahl zum Oberstadtschulrat, geschrieben worden sind, und wenn Sie dann noch die Stirn haben sollten, als Pharisäer aufzutreten, dann muß ich allerdings Ihren Mut bewundern.

Meine Damen und Herren, ich möchte folgendes sagen: nur wenn die Entente die Überzeugung gewinnt — ich spreche hier von der Bevölkerung der Entente —, daß in Deutschland die Mächte stark sind, die Kehraus machen wollen mit Ihrem ganzen Kram,

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Kram?)

(D) dann können nicht die Chauvinisten dort drüben bei der Entente immer wieder mit dem Vorwand kommen, uns wirtschaftlich zu knebeln und uns so ungeheuer den Weg zum Frieden zu erschweren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Vereinigten Kommunisten. — Unruhe rechts.)

So sind Sie eigentlich die intellektuellen und materiellen Urheber solcher großen Schädigungen,

(Widerspruch rechts)

zu denen Sie der Entente wenigstens durch Ihr Verhalten die Vorwände liefern.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Die drüben verachten den, der sein eigen Nest beschmutzt! Es ist nicht einmal Ihr eigen Nest, das Sie beschmutzen!)

— Ganz recht! Die Kadettenanstalten und Ihre Kreise sind nicht mein Nest!

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Drüben verachtet man Leute wie Sie, da können Sie sich drauf verlassen! Man nennt sie dort „deutsche Schufte“!)

Meine Damen und Herren! Wir haben auch allen Grund, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen und von ihr zu verlangen, daß sie gegen die **Sammlungen** einschreitet, die der **Erhaltung der Kadettenanstalten im alten Sinne** dienen sollen, besonders deswegen, weil diese Sammlungen durch offizielle Stellen der Reichsregierung unterstützt werden. Ich mache da auf eine Zuschrift, die in den Kadettenanstalten kursiert hat, von dem Reichsverband für Kriegspatenschaften, aufmerksam, in der man sich ausdrücklich an die Leiter der Kadettenanstalten wendet und von ihnen verlangt, daß sie ein Schreiben an die Eltern weitergeben möchten, in denen auf Bestrebungen zur Erhaltung der Kadettenhäuser in ihrer bisherigen Form aufmerksam gemacht wird,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(Dr. Löwenstein, Abgeordneter.)

(A) nicht etwa auf Umwandlung in Erziehungsanstalten, sondern auf Erhaltung in ihrer bisherigen Form. Diese Zuschrift wird ausdrücklich mit der Zustimmung des Kommandeurs der Kadettenanstalten versehen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der zwar unserer Meinung nach eigentlich gar keine Berechtigung mehr hat, aber vorläufig doch noch Reichsbeamter ist.

Ich will nicht das ganze Schreiben vorlesen, es genügt, daß es auch unterzeichnet ist von einem Oberstleutnant im Abwicklungsamt des preußischen Kriegsministeriums.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe nichts dagegen, wenn der Herr Oberstleutnant als Privatmann Sammlungen zu irgendwelchen Veranstaltungen macht; ich wende mich aber sehr scharf dagegen, wenn er die Autorität seiner Stellung benutzt, um einer solchen Sammeltätigkeit Relief zu geben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine andere **Sammlung** ist die **des** Herrn **Professors Schoubye.** Dieser Herr Schoubye hat eine private Sammlung gemacht. Wir hätten nichts dagegen, daß er eine Sammlung macht. Er verrät aber denen, von denen er Geld haben will, daß er schon mit Regierungsstellen verhandelt hätte und daß nicht nur Aussicht, sondern vollkommen begründete Aussicht bestände, daß dem Verband des Herrn Professors Schoubye ein Dauerabonnement zur Verfügung gestellt werden soll für Knaben, die sie in diese Kadettenanstalt hineinbringen wollen. Durch diese Sammlung sollen also **Dauerabonnements** von der Regierung erworben werden. Ich frage die Reichsregierung, ob sie sich mit solchen Dauerabonnements einverstanden erklärt hat und ob sie Maßnahmen getroffen hat, um diese Dauerabonnements zu verhüten. Denn diese Stellen und Fonds sollen nicht etwa für die und von der gesamten Bevölke-

(B) rung geschaffen werden — dann könnte man nichts dagegen haben —, sondern durch die Verbände der Industrie, der Banken, von militärischen, politischen oder akademischen Vereinigungen, von Logen- und studentischen Vereinigungen. Ich glaube, die Heranziehung dieser Kreise zeigt kennzeichnend genug, wie man sich diese Anstalten denkt. Timeo Danaos et dona ferentes!

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben also ein großes Interesse daran, von der Regierung zu erfahren, ob sie diesen Vereinigungen solche Dauerabonnements eingeräumt hat.

Nun nur noch kurz etwas zu der zweiten Frage, was aus diesen Anstalten werden soll.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Löwenstein, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Ich werde dann kurz abschließen, weil ich ja noch alles in dem Ausschuß, der sich bilden wird, sagen kann. Wir lehnen selbstverständlich alle diejenigen Anträge ab, die die Kadettenanstalten im bisherigen Sinne erhalten wollen. Wir verlangen, daß die Schüler zerstreut werden und, wo Bedürftigkeit vorliegt, im Rahmen der finanziellen Mittel des Reiches dieser Bedürftigkeit durch Erziehungsbeihilfen abgeholfen wird. Wir verlangen, daß diese Anstalten in moderne Erziehungsanstalten umgewandelt werden.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nicht in Einzelheiten möchte ich eingreifen, nicht die Frage der Monarchie, des Friedensvertrags be-

(C) handeln, auch nicht die Episode Karsen, die ein schmerzliches Intermezzo in der Bildungsgeschichte der Gegenwart bedeutet; denn für diese Dinge ist ja der Ausschuß da, dem wir die Kadettenanstalten überweisen wollen.

Eines möchte ich allerdings betonen: wir sind auch der Auffassung, daß die **Kadettenanstalten** in ihrer Aufmachung natürlich auf dem Boden der Verfassung zu stehen haben. Die ganze Regie dieser Kadettenanstalten wird im übrigen sehr schwer sein. Ich sehe in dieser Hinsicht nicht überall so optimistisch wie der Herr Vorredner. Die Anstalten sind zurzeit in einem Übergangszustand, sie sind zurzeit noch Internate. Das Reich wird nicht vergessen dürfen, daß es bei diesen Anstalten nach wie vor eine enge Fühlung auch mit den Ländern zu nehmen hat. Das Reich eröffnet neue Bahnen einer Reichsgymnasialpolitik. Ich komme an dem Ausdruck nicht vorbei, obwohl er im Hauptausschuß bestritten worden ist. Diese neuen Bahnen mahnen doch zu einer gewissen Vorsicht und zu einer gewissen Behutsamkeit.

Wir werden uns im Ausschuß einläßlich über den Kreis der Kinder zu unterhalten haben, die in den Kadettenanstalten geführt werden sollen. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß diese Kadettenanstalten und die neuen Bildungsunternehmungen vor allen Dingen im Zeichen des sozialen Sinnes zu stehen haben. Wir werden also die **Kinder von Unbemittelten** einzustellen haben. Ich zähle aber auch zu diesen Unbemittelten — ich muß das mit Nachdruck sagen — einen großen Teil der **Offizierskinder,** die jetzt in den Kadettenanstalten vorhanden sind. Auch durch diese Kreise geht zurzeit viel soziales Elend und soziale Not. Es scheint mir doch vom Standpunkt des sozialen Verantwortlichkeitsgefühls gesprochen, wenn die Kinder, die zurzeit in den Kadettenanstalten vorhanden sind, nun ihrer Abschlußprüfung entgegengebracht werden.

(D) Ich habe andererseits bereits mit Nachdruck gesagt, daß die früheren Kadettenanstalten sich resolut und entschieden auf den Boden der Verfassung zu stellen haben. Weiterhin beseitigen diese Anstalten auch einen Notzustand, weil sie die **Kinder von** den **Verdrängten** aufzunehmen haben. Wir haben in dieser Hinsicht sehr stark mit Elsaß-Lothringen zu rechnen. Wir haben 110 000 Verdrängte aus diesem Gebiete. Es kommen die Ostgebiete, vor allen Dingen werden in der nächsten Zeit auch die besetzten Gebiete ihre Bedürfnisse sehr stark anmelden. Ich muß bei dieser Gelegenheit feststellen, daß auch viele Not und soziales Elend zurzeit durch die Beamtenfamilien geht, die aus Elsaß-Lothringen und aus den anderen Gebieten abgeschoben sind.

Meine Damen und Herren! Einen Punkt muß ich überdies mit allem Nachdruck hier erwähnen, den der Herr Vorredner nicht hervorgehoben hat, daß nämlich die Reichsregierung nicht von sich aus hier isolierte **Bildungspolitik** treiben darf, sondern daß sie sich auch in Beziehung mit dem **Elternwillen** zu setzen hat. Wir werden damit zu rechnen haben, daß gerade auch die Eltern dieser Kinder in starker seelischer Not sind. Gerade diese Kreise, die abgeschoben oder verdrängt worden sind, befinden sich in so vielen Schwierigkeiten, und nun kommt die andere große Schwierigkeit hinzu, daß es für die Eltern nicht sehr leicht sein wird, die Kinder jedwedem Internat anzuvertrauen. Wenn diese **Anstalten** den **Internatscharakter** behalten, wird mit allem Nachdruck von der Reichsregierung die Vertrauensfrage bei den Eltern zu stellen sein, ob sie bereit sind, ihre Kinder den Internaten zu überweisen. Wenn man berücksichtigt, daß die Eltern in großer seelischer Not sind, sollte man diese Not nicht noch dadurch vermehren, daß man ihnen zumutet, angesichts ihrer wirtschaftlichen Notlage die Kinder einem Internat anzuvertrauen, dem sie nicht ihr Vertrauen schenken können.

(D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter.)

(A) Das wäre doch ein Eingriff in die Gewissensfreiheit, den wir unsererseits nicht dulden könnten.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns über diese Punkte im Ausschuß einläßlicher zu unterhalten, weiterhin auch über den Begriff der **pädagogischen Musteranstalten,** darüber auch, ob wir auch hier Dauerzustände schaffen oder ob wir nur einen bestimmten Kreis der Kadettenanstalten für diese Dinge ausscheiden. Ich persönlich stehe der **Aufbauschule** und der **Oberschule** in vieler Hinsicht sehr sympathisch gegenüber. Das muß ich auch gegenüber der Kollegin Pfülf bemerken, die einige meiner diesbezüglichen Ausführungen mißverstanden zu haben scheint. Inwieweit wir aber die Anstalten unter diesem Gesichtspunkt von Versuchsschulen einrichten, inwieweit wir einen anderen Teil anders ausschalten, werden wir im Ausschuß noch zu verhandeln haben.

Ich bitte Sie deshalb, meine Entschließung anzunehmen, die gesamten Anträge in Sachen dieser Kadettenanstalten dem Ausschuß für Bildungswesen zur Prüfung und zur Berichterstattung an das Plenum zu überweisen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich möchte vor der namentlichen Abstimmung diesen Titel noch zur Erledigung bringen, damit wir die dazu gehörigen Abstimmungen gleich anschließen können. Die noch dazu gemeldeten Redner haben bemerkt, daß sie nur kurze Ausführungen machen werden.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Dr. Löwenstein hat gemeint, man müsse die **militärischen Traditionen** dieser **Kadettenanstalten** mit Stumpf und Stiel ausrotten. Ja, wie steht es denn nun mit dem Willen der Erziehungsberechtigten? (B) Gerade Sie (nach links) haben diesen Begriff in die Verfassung hineingebracht, und was der einen Seite recht ist, ist der anderen Seite billig. Sie als Sozialisten sollten um so mehr den Gedanken vertreten, daß auch die Erziehungsberechtigten anderer Gesinnung sein dürfen als Sie es sind.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es steht fest — und darin stimme ich mit Ihnen überein —, daß der Geist dieser Anstalten bisher ein ganz anderer war als Sie ihn gewünscht hätten. Es waren militärische Ziele, zu denen hingeführt wurde; es wurde in militärischer Tradition und mit militärischen Mitteln gearbeitet. Ja, mein Herr Kollege, wie ist es aber, wenn man diese Anstalten umwandeln wird, wenn man das Gute herausnehmen und erhalten will? Wie kann man das machen, wenn man einfach sagt: das Ganze muß aufgelöst und ausgerottet werden? Das ist kein schulreformerischer Gedanke mehr, das ist ein schulrevolutionärer Gedanke. Ich bedauere, daß Sie ihn in dieser Schärfe hier ausgesprochen haben, denn er schlägt Ihren allgemein vertretenen sozialistischen Ansichten durchaus ins Gesicht.

Mehr noch bedauere ich, daß Sie das Verstecken und **Beseitigen der Bilder bei Besichtigungen der Ententekommission** in der Weise dargestellt haben, wie Sie es getan haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Friedensvertrag verbietet es uns gar nicht, daß diese Bilder dort noch hängen dürften, wenn nicht Anordnungen unserer Behörden das verhinderten. Wenn wir alle diese Embleme mit Trauerflor umhängt hätten, so hätte das die Ententekommission auch nicht hindern dürfen, und Sie als Pädagogen dürfte es unter keinen Umständen stören.

Ich bin aber weiter der Ansicht, daß es sehr betrüblich ist, wenn man bei allem reformatorischen Geist, mit dem man diese Anstalten antastete, so rigoros vorging, daß man Personen wie **Karsen-Krakauer,** wie wir (C) es in **Lichterfelde** erlebt haben, als Dirigenten und Direktor einsetzte.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Ihnen (nach links) das recht gewesen ist, — den Erziehungsberechtigten war es so wenig recht, daß dieser Mann schließlich wieder beseitigt werden mußte. Wer den Mann gehört hat und wer seine pädagogischen Ideen kennt, der muß, er mag stehen, auf welcher Seite er will, sagen: dieser extraordinäre Schulschwärmer gehört überhaupt nicht an eine solche Anstalt.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen.)

Das ist nicht nur ein einzelner Fall, der da vorgekommen ist, etwa nur ein einzelner Mißgriff, sondern auch in der **Anstalt Wahlstatt** in meinem Wahlkreise Niederschlesien ist **Gesinnungsriecherei** in einer Weise geübt worden, die geradezu unerhört war.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß Sie so verfahren, müßte Ihnen der politische und persönliche Anstand verbieten.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich verlange als Schulmann, daß diese Gesinnungsriecherei, möge sie kommen, von welcher Seite sie wolle, mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Bei der Schule muß es heißen: Zeuch Deine Schuhe von Deinen Füßen, dies Land ist heiliges Land! Das sollten Sie sich auch für diese Anstalten merken.

(Sehr wahr! rechts.)

Vor mir liegt eine Liste derjenigen Leute, die ihre **Kinder** in der **Anstalt in Lichterfelde** gehabt haben. Sie können sie einmal durchsehen nach der **Berufsart der Väter,** dann werden Sie nicht der Meinung sein können, daß diese aus Kreisen stammen, die wohlhabend wären, die zu der sogenannten ersten Gesellschaft gehören. Sehen (D) Sie die Liste ein, dann werden Sie gestehen müssen: das sind durchweg Mittelständler, die durch das Elend der Zeit teilweise ins Proletariat gesunken sind. Ich will Sie mit Einzelheiten nicht aufhalten; ich will nur bemerken, daß da in Frage kommen: 65 Kriegswaisen, ferner an Kindern von Flüchtlingen, von Auslandsdeutschen, von Deutschen aus den abgetretenen Gebieten 34, an Kindern der Kriegsbeschädigten 28. Ich glaube, da gehen wir alle einig, wenn wir sagen: Die sollen da bleiben, wo sie sind.

(Sehr wahr! rechts.)

Sie sollen nicht geschädigt werden durch etwaige Umschulung irgendwelcher Art.

Das Ziel, die Anstalten den Veränderungen der Zeit anzupassen, ist richtig; aber wenn der Herr Kollege Löwenstein meint, daß die Reichsregierung bis dahin sehr dunkle Wege gegangen sei und daß der Reichstag sich nicht darum bekümmert habe, so ist das ein Irrtum von ihm. Es liegt eine Entschließung der Nationalversammlung vor, die besagt, daß diese **Anstalten** den **Ländern** überwiesen werden sollten. Daß das in Preußen gehapert hat, ist eine Sache für sich. Die **Reichsregierung** hat sich sicher bemüht, das ihrige zu tun, um dieser Entschließung nachzukommen. Jetzt sehen wir, daß wir ja verschiedener Ansicht sind über die Art und Weise, wie wir diese Anstalten fortentwickeln, wie wir sie gesund umgestalten können, ob wir sie als Staats- oder Reichseigentum erhalten können.

Ich weiß meine Fraktion mit mir in dem Sinne einig, daß wir auch unsere Entschließung mit an den Ausschuß hinübergeben nach dem Wunsche, wie er vom Zentrum geäußert worden ist. Aber noch einmal möchte ich betonen — und das möchte ich Ihnen als Schulmann besonders sagen, Herr Kollege Löwenstein —: Wenn man

(Beuermann, Abgeordneter.)

(A) etwas will in der Schule, dann muß man nach des alten Wackernagels Wort handeln:

Das Schöne kommt her vom Schonen. Es ist zart und will behandelt sein als Blume seltener Art.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Schulz.

Schulz, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Meine Damen und Herren! Ich beabsichtige nicht, auf Einzelheiten der bisherigen Debatte einzugehen, weil sie mir im wesentlichen Gegenstand der Ausschußberatungen zu sein scheinen. Aber da diese Angelegenheit die Öffentlichkeit schon in erheblichem Maße beschäftigt hat und hier wiederum vor aller Öffentlichkeit besprochen worden ist, scheint es mir doch notwendig zu sein, vom Standpunkt der Regierung aus einige tatsächliche Mitteilungen dazu zu machen.

Meine Damen und Herren! Der Friedensvertrag verlangte die Aufhebung der **Kadettenanstalten** schon innerhalb zweier Monate nach erfolgter Ratifizierung oder ihre Umwandlung in bürgerliche Erziehungsanstalten. Der sofortigen Aufhebung widersprach neben anderen Rücksichten auch die Rücksicht auf die zahlreichen Lehrer, Beamten, Angestellten, nicht zuletzt auch auf die große Zahl der Schüler. Es blieben demnach zwei Möglichkeiten: Der allmähliche **Abbau oder** die **Fortführung,** beides selbstverständlich unter völliger **Entmilitarisierung** der Anstalten. Ehe nach der einen oder anderen Seite ein endgültiger Beschluß gefaßt werden konnte, mußte für die vorläufige Weiterführung Sorge getragen werden. Dies geschah durch **Abkommen mit einzelnen Ländern,** durch welche sich diese Länder zur vorläufigen Weiterführung der in ihrem Gebiete liegenden Anstalten unter Beteiligung des Reichs verpflichteten. Die diesem Abkommen (B) zugrunde liegenden Richtlinien finden Sie in den Erläuterungen zum Etat für 1920.

Von den beteiligten Ländern erklärten sich **Bayern** und **Sachsen** zum Abschluß eines endgültigen Abkommens bereit, durch das sie sich auf Grundlage der erwähnten Richtlinien zur Weiterführung der Anstalten verpflichteten. Das Reich hat dabei ein Kündigungsrecht nach neun Jahren. **Baden** lehnte die Weiterführung ab, **Preußen** konnte sich zum Abschluß eines endgültigen Abkommens bisher nicht verstehen und lehnte eine Annahme der Richtlinien in wesentlichen Punkten ab. Mit der Möglichkeit einer Kündigung des Abkommens durch Preußen muß deshalb gerechnet werden. Eine endgültige Lösung ist aber in höchstem Maße dringlich sowohl im Interesse der Zukunft der Anstalten, wie auch der Lehrer, Beamten, Angestellten und Schüler. Es bedarf einer baldigen Entscheidung, ob die Anstalten erhalten bleiben, ob sie durch das Reich oder durch die Länder weitergeführt werden sollen oder ob nunmehr der Abbau in die Wege geleitet werden soll.

Meine Damen und Herren! Wir befinden uns also zurzeit in einem Provisorium, und dem gegenwärtigen Zustand haftet alles Üble und Unzulängliche eines provisorischen Zustandes an. Aus diesem Grunde ist die Kritik des Herrn Abgeordneten Dr. Löwenstein in wesentlichen Teilen vollkommen unberechtigt, weil sie sich mit Zuständen beschäftigt, die in diesem Übergangsstadium vorläufig nicht anders sein können und für die weder das Reich noch die Länder in ihren Einzelheiten zurzeit verantwortlich gemacht werden können.

Meine Damen und Herren! Über die zukünftige Verwendung durch das Reich müssen eingehende Beratungen in engerem Ausschuß gepflogen werden. Es muß besonders das **Eigentumsrecht** an den Baulichkeiten und am Grund und Boden festgestellt werden. Auf diese Einzelheiten will ich in diesem Stadium nicht eingehen, (C) ich will nur darauf hingewiesen haben.

Dann einige Zahlen über die **gegenwärtige Belegung der Anstalten.** Am 1. Februar 1921 waren die preußischen Anstalten von 1471 Schülern, davon 654 in Lichterfelde, besucht. Die normale Belegzahl wird mit 2000 Schülern, davon 1000 in Lichterfelde und je 200 in den fünf kleineren Anstalten, angenommen. Tatsächlich ist aber die Belegung der Anstalten bei Vornahme einiger baulicher Veränderungen erheblich zu steigern. Die Schüler sind der Zusammensetzung nach zunächst frühere Zöglinge der ehemaligen Kadettenanstalten, daneben in steigendem Maße begabte Kinder aus unbemittelten Kreisen, Kinder von Auslandsdeutschen, von Deutschen aus den abgetretenen und besetzten Gebieten und von Kriegsgefangenen und Kriegsbeschädigten. Von den Anfang Februar vorliegenden 127 Neuanmeldungen waren 65 Kriegerwaisen, 28 Kinder von Kriegsbeschädigten, 34 Kinder von Auslandsdeutschen, Flüchtlingen und Deutschen aus den abgetretenen Gebieten. — Ähnlich wie in Preußen liegen die Verhältnisse in München und Dresden.

Meine Damen und Herren! Für die Erhaltung der Anstalten sprechen zahlreiche und schwerwiegende Erwägungen. Eine Reihe von sehr triftigen Erwägungen spricht dafür, daß das **Reich** selber diese **Weiterführung** in die Hand nimmt. Ein erheblicher Teil der Anstalten ist in den letzten Jahren vor dem Krieg neugebaut und für Schul- und Internatszwecke vorzüglich eingerichtet. Es wäre, zumal in der heutigen Zeit, doch wohl eine kaum zu rechtfertigende Einbuße an unserem nationalen Bildungswesen, wenn man diese Anstalten nicht wieder für Erziehungszwecke nutzbar machen wollte. Überdies würde die Verwendung der Anstalten für andere Zwecke, ihre Überführung zu anderen Aufgaben durch den damit verbundenen Umbau erhebliche Kosten verursachen und (D) sehr schwierig, in vielen Fällen kaum möglich sein. Es ergeben sich außerdem auch eine Reihe von Gründen aus der Verfassung, die ebenfalls eine Fortführung durch das Reich ratsam erscheinen lassen. Ich verweise auf die Verpflichtung des Reichs hin, **Erziehungsbeihilfen** für Kinder minderbemittelter Eltern zu schaffen, die auf diese Weise gleich praktisch geboten werden könnten. Ich verweise auf die nach meiner Auffassung bedeutsame nationalpolitische Aufgabe hin, daß das Reich **Erziehungsanstalten für die Kinder von Auslandsdeutschen und** Deutschen aus den **abgetretenen Gebieten** schaffen sollte. Viele Deutsche in den abgetretenen Gebieten kommen in bezug auf die Erziehung ihrer Kinder in schwere Notlagen. Es scheint mir eine Ehrenpflicht des Reichs zu sein, gute Erziehungsanstalten für derartige Kinder bereitzuhalten.

Auf die besonderen pädagogischen Erwägungen will ich nicht eingehen. Kosten entstehen natürlich dem Reich durch diese Fortführung. Aber diese Kosten scheinen nicht so hoch, daß sich nicht eine Fortführung rechtfertigen ließe, zumal das Reich auch jetzt zu Zuschüssen verpflichtet ist und sich außerdem bei richtiger Bewirtschaftung der Kadettenanstalten eine Reihe von Ersparungen ermöglichen lassen. Ich glaube, es könnten für die Regelung der **Kostenfrage** auch die Gelder zum Teil mit nutzbar gemacht werden, die allgemein für Erziehungsbeihilfen ausgegeben werden; ferner ein Teil der Kosten, die vom Reich zurzeit für die Kinder von Kriegsverletzten als Waisengelder und Erziehungsbeihilfen ausgegeben werden.

Ich glaube, aus diesen Gründen hat das Reich ein Interesse daran, sich für die Weiterführung der Anstalten einzusetzen. Das Reich kann es daher nur begrüßen, wenn die verschiedenen Anträge, die eingebracht worden sind, dem Ausschuß für das Bildungswesen zur weiteren Beratung überwiesen werden.

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich würde nicht das Wort ergriffen haben, wenn ich nicht mein Erstaunen darüber ausdrücken wollte, daß nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Beuermann die Reichsregierung oder wenigstens die Vertreter der preußischen Regierung sich nicht veranlaßt fühlen, die Angriffe und Anschuldigungen gegen Herrn **Dr. Karsen,** der doch noch heute Ministerialbeamter ist, zu widerlegen. Ich bin kein eingeschworener Anhänger der pädagogischen Anschauungen des Herrn Dr. Karsen, muß aber sagen, daß das Mißlingen seines Versuchs nicht nur den Traditionen zuzuschreiben ist, die in dieser Anstalt bestehen, sondern vor allem den furchtbar verhetzenden nationalistischen und antisemitischen Einflüssen, denen die Schüler dieser Anstalt durch die alten Lehrer und durch viele außenstehende Kreise ausgesetzt waren. Wenn Herr Kollege Beuermann den Wunsch geäußert hat, die Jugend schonend zu behandeln, so hat er durchaus nach meinen Wünschen gesprochen. Ich wünsche sogar, daß die nationalistische Jugend in ihren Gefühlen geschont werde. Ich hoffe aber, daß der Herr Kollege Beuermann nach der Überzeugung, die er hier geäußert hat, nunmehr alles versuchen und sein Bestes daran setzen wird, daß jene **pädagogische Verhetzung** durch Kreise, die ihm so sehr nahe stehen, an den höheren wie an den Volksschulen aufhört, und daß er gegen das Hakenkreuzlertum an den höheren Schulen und gegen jene hypernationalistischen Rektoren, die Kinder unserer Anhänger Bolschewisten und Verbrecher nennen, mit derselben Energie kämpfen wird wie gegen jeden Versuch der Verunglimpfung nationalistischer Kinder.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) **Präsident:** Die Beratung über Tit. 25 ist geschlossen. Der Titel selbst ist nicht angefochten; er ist bewilligt.

Wir kommen zur Abstimmung über die hierzu vorliegenden Anträge, und zwar zunächst über den Antrag D. Dr. Schreiber und Genossen. Dieser Antrag, den Sie auf Drucksache 1664 unter 2 finden, wünscht, daß alle zu diesem Titel vorliegenden Anträge dem einzusetzenden ständigen Ausschuß für das Bildungswesen überwiesen werden.

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur namentlichen Abstimmung. Ich mache aber jetzt schon darauf aufmerksam, daß sich daran eine lange Reihe von weiteren Abstimmungen, die zum Teil sehr strittig sind, anschließen wird. Bei der namentlichen Abstimmung handelt es sich, wie gestern abend bereits mitgeteilt, um die Entschließung D. Everling, Burlage, Schiele, Sivkovich und Genossen auf Drucksache 1677, die die Reichsregierung ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach nicht die Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern die Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen, in denen die Erziehungsberechtigten davon Gebrauch machen wollen, gefordert wird.

Ich bitte, daß diejenigen, die der Entschließung Everling zustimmen wollen, eine Karte mit Ja, diejenigen, die sie ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abgeben.

Für diejenigen Damen und Herren, die Karten mit ihrem Namen nicht besitzen, liegen Karten ohne Namen auf dem Tische des Hauses aus.

Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln.

(Geschieht.)

(C) Diejenigen Damen und Herren, welche noch nicht abgestimmt haben, bitte ich, die Karte hier beim Bureau niederzulegen.

(Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige*) Ergebnis der Abstimmung ist folgendes. Es sind abgegeben 356 Karten, davon 150 mit Nein, 205 mit Ja, eine Enthaltung. Die Entschließung D. Everling und Genossen ist somit angenommen.

(Bravo! rechts.)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den auf Drucksache 1596 vorliegenden Antrag des 16. Ausschusses, der die Einsetzung einer Kommission zur Vereinheitlichung der Verwaltung wünscht, die aus 8 Mitgliedern des Reichstags, 4 Mitgliedern der Reichsregierung und 4 Mitgliedern des Reichsrats bestehen soll.

Zu diesem Ausschußantrage liegt auf Drucksache Nr. 1668 ein Abänderungsantrag Trimborn, Schiele, Dr. Rießer, Erkelenz und Genossen vor, der nicht 4, sondern 8 Mitglieder des Reichsrats in diese Kommission entsenden will.

Wer für den Fall der Annahme des Ausschußantrags diesem Abänderungsantrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

— Das ist die Mehrheit; der Abänderungsantrag ist angenommen.

Wer nunmehr dem Antrage des Ausschusses mit der eben beschlossenen Abänderung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist so angenommen.

Damit sind die Aufgaben des 16. Ausschusses des Reichstags erledigt. (D)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die zum Kap. 1 Tit. 1 gehörenden, gestern zurückgestellten Entschließungen.

Wir stimmen zunächst ab über die Entschließung Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 1625, die die Vorlage eines Gesetzentwurfs über eine einheitlich für das Reich zu regelnde Lehrerbildung verlangt.

Wer dieser Entschließung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Wir kommen dann zu der Entschließung Dr. Radbruch, Frau Pfülf, Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 1626 der Drucksachen, die die Aufnahme der Staatsbürgerkunde in die Lehrpläne der Schulen beabsichtigt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Entschließungen, die zu Kap. 3 Tit. 15 vorliegen, und zwar zunächst zu der Entschließung des Ausschusses auf Nr. 1333 der Drucksachen unter II 1, in der die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für das Bildungswesen beantragt wird. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Dann liegt weiter der Antrag D. Dr. Schreiber und Genossen auf Nr. 1664 unter 1 vor, nach dem ein Betrag von 200 000 Mark für die Schaffung einer pädagogischen Auskunftsstelle mit schulpolitischen Aufgaben eingesetzt

---

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 3087.

(Präsident.)

(A) werden soll. Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zu der Entschließung Dr. Stresemann, Frau Dr. Matz und Genossen auf Nr. 1622 der Drucksachen, welche eine dem Verständnis der Schüler und Schülerinnen angepaßte Einführung in den Versailler Friedensvertrag in den Abschlußklassen aller Schulen vorsieht. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Nunmehr kommen wir zu der Entschließung Aderhold und Genossen auf Nr. 1534 der Drucksachen. In diesem Antrag wird der in der Reichsverfassung vorgeschriebene Gesetzentwurf über Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen mit den dazu gehörigen Einzelheiten verlangt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zu einer weiteren Entschließung Aderhold und Genossen auf Drucksache Nr. 1497 (berichtigt) unter I. Sie zerfällt in drei Teile. Teil 1 betrifft die Einführung des obligatorischen Schulkindergartenbesuchs, Teil 2 eine Abänderung des Berechtigungswesens in den Bildungsanstalten und Teil 3 die Zurverfügungstellung ausreichender Mittel zur Erfüllung des Art. 146 Abs. 3 der Reichsverfassung — das ist der Artikel, der von dem Besuch der höheren Lehranstalten durch Minderbemittelte handelt. Wird eine getrennte Abstimmung gewünscht?

(Zurufe: Ja!)

Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über Ziffer 1. (B) Wer dieser Ziffer zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; Ziffer 1 ist abgelehnt.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Ein einziger Demokrat!)

Wir kommen zur Abstimmung über Ziff. 2: Änderung des Berechtigungswesens in den Bildungsanstalten. Wer dieser Ziffer zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht. Pause.)

Das Bureau ist zweifelhaft; ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt. Pause.)

Das Bureau bleibt zweifelhaft; wir müssen auszählen. Ich bitte, daß diejenigen Damen und Herren, welche der Entschließung Aderhold und Genossen auf Nr. 1479 (berichtigt) Ziff. 2 zustimmen wollen, durch die Ja-Tür, rechts von mir, und diejenigen, die die Entschließung ablehnen wollen, durch die Nein-Tür, links von mir, den Saal betreten. Ich bitte sämtliche Damen und Herren, den Saal zu verlassen.

(Geschieht.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Abstimmung beginnt; ich bitte, den Eintritt zu bewirken.

(Die Zählung erfolgt.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen): Ja!

Schriftführer Abgeordneter **Beuermann:** Nein! (C)

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:** Nein!

Präsident: Ja!

(Pause.)

Es sind abgegeben 175 Stimmen mit Ja, 144 Stimmen mit Nein.

(Bravo! links.)

Der zweite Teil der Entschließung Aderhold und Genossen ist also angenommen.

Wir kommen nunmehr zu der Ziffer 3, die ausreichende Mittel für die minderbemittelten Schüler verlangt. Wer diesem Teil zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; auch Ziff. 3 ist angenommen.

Der Antrag Aderhold auf Nr. 1499 ist durch die namentliche Abstimmung erledigt.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Wird noch Abstimmung über den Antrag verlangt?

(Abgeordneter Dr. Löwenstein: Der Antrag ist erledigt!)

Der Antragsteller selber betrachtet seinen Antrag für erledigt. Dabei müssen wir uns beruhigen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließung zu Kap. 3 Tit. 17 auf Nr. 1333 der Drucksachen unter II 2, wo der Ausschuß beantragt:

> die Reichsregierung zu ersuchen, die zur „Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke" eingesetzte Summe von 100 000 Mark für das Rechnungsjahr 1921 auf 5 000 000 Mark zu erhöhen. Die Verwendung dieser Summe soll nach Anhörung eines parlamentarischen Beirats vorgenommen werden.

Ich bitte diejenigen, die der Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. (D)

(Geschieht.)

Die Entschließung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die zu Tit. 21 gestellten Entschließungen, und zwar zunächst über die Entschließung Arnstadt und Genossen auf Nr. 1618 Ziff. II 2,

> die Reichsregierung zu ersuchen, bei Aushändigung eines Abdrucks der Reichsverfassung gemäß Art. 148 Abs. 3 an Schüler bei Beendigung der Schulpflicht keine mit Vorrede oder Kommentar versehenen Abdrücke auszuhändigen.

Wer dieser Entschließung Arnstadt zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Ein weiterer Antrag Arnstadt und Genossen auf derselben Nr. 1618 I 1 möchte zur Durchführung der Filmprüfung an Stelle von 500 000 Mark 490 000 Mark bewilligen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Zu demselben Titel liegt eine Entschließung D. Dr. Schreiber und Genossen auf Nr. 1667 der Drucksachen vor,

> die Reichsregierung zu ersuchen, in Erwägung einzutreten, ob die Prüfung von Lehrfilmen nicht gebührenfrei erfolgen oder eine weitere Vorzugsstellung erfahren kann.

Wer dieser Entschließung Dr. Schreiber und Genossen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Präsident.)

(A) Wir kommen zur Ausschußentschließung zu demselben Titel auf Drucksache Nr. 1333 Ziff. II 3:

die Reichsregierung zu ersuchen, in eine Prüfung einzutreten, ob und inwieweit die Reichsfilmstelle auszubauen ist.

Wer dieser Entschließung des Ausschusses zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Dann liegt hierzu noch auf Drucksache Nr. 1632 eine Entschließung Dr. Rießer, Erkelenz, Aderhold und Genossen vor, die beabsichtigt, 100 000 Mark zur Förderung der Herstellung guter Filme für Schul- und Bildungszwecke auszuwerfen.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau ist einig, daß zuerst die Mehrheit gestanden hat; die Entschließung ist also angenommen.

Die zu Tit. 25 gestellten Anträge sind dem ständigen Ausschuß überwiesen.

Ich rufe auf Tit. 26 aus der Ergänzung, — 27 aus der Ergänzung. — Angenommen.

Ich rufe auf Kap. 4 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 5; — Kap. 6. — Angenommen.

Zu Kap. 7 ist ein Antrag Aderhold und Genossen — Nr. 1498 Ziff. 2 — gestellt, der aber nicht zu diesem Ministerium, sondern zum Reichswehrministerium gehört.

Ich rufe von diesem Kapitel auf Tit. 1, — 2, — 3. — Bewilligt.

Kap. 8 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5. — Angenommen.

Zu Tit. 5 liegt eine Entschließung des Ausschusses (B) auf Drucksache Nr. 1333 unter II Ziff. 5 vor, welche verlangt, daß bei diesem Titel „Hilfeleistungen durch nichtbeamtete Kräfte" eine Referentin miteingestellt wird. Wer dieser Entschließung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Ich rufe auf Kap. 8 Tit. 6, — 7, — 8, — 9, — 10. — Bewilligt.

Zu Kap. 9, Reichsgesundheitsamt, hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Moses.

Dr. **Moses**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hatte bereits in der Generaldebatte, als ich den Gegensatz zwischen dem Schlemmerleben in einem Teile unseres Volkes einerseits und der immer stärker in die Erscheinung tretenden physischen Verelendung unseres Proletariats andererseits zu charakterisieren versuchte, darauf hingewiesen, daß ich beim Kapitel Reichsgesundheitsamt noch mit einigen Worten auf die Tuberkulose zu sprechen kommen werde. Das wird aber leider mit Rücksicht auf die schleunige Erledigung unseres Etats nicht möglich sein. Aber die Bemerkung kann ich doch nicht unterdrücken: es ist doch im gewissen Sinne ein Skandal, daß solche gewaltigen Kulturprobleme der körperlichen und geistigen Gesundung unseres Volkes hier im Reichstag so abgehaspelt werden.

(Fortgesetzte Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Dr. **Moses**, Abgeordneter: Ich schließe mich da durchaus dem Urteil des Herrn Kollegen Weiß und der Frau Kollegin Pfülf an. Meine Damen und Herren, gerade die Tribüne des Reichstags sollte auch von der Regierung einmal dazu benutzt werden, um von ihr aus dem Volke das furchtbare physische Elend zu zeigen, in (C) das wir infolge des Krieges hineingeraten sind.

Das Volk kennt ja den Umfang dieses Unglücks überhaupt noch nicht. Es hat heute noch nicht einmal eine Ahnung von dem **Umfang der Verluste**, die wir **im Kriege** erlitten haben.

Da gestatten Sie mir zunächst einmal eine Anfrage an die Regierung. Ich habe bereits mindestens 30 oder 40 Abgeordnete aus den verschiedensten Parteien gefragt. Ich habe mich beim Präsidenten selbst erkundigt, ich habe bei dem Direktor Jungheim nachgefragt, ich habe Nachfrage gehalten im Reichsstatistischen Amt, beim Reichswehrministerium, bei einigen Geheimräten im Ministerium des Innern. — Niemand wußte mir Auskunft zu erteilen, wo denn eigentlich die Listen überhaupt bearbeitet werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wann endlich werden wir überhaupt einen genauen Aufschluß, ein genaues Bild über den Umfang unserer Verluste während des Krieges bekommen? Es scheint mir das doch außerordentlich wichtig, und zwar nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch aus wissenschaftlichen Gründen heraus.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sind immer noch auf die Zahlen oder die Ergebnisse der Forschungen angewiesen, die die internationale Studiengesellschaft für die sozialen Folgen des Krieges, die in Kopenhagen ihren Sitz hat, veröffentlicht hat. Es sind da Zahlen angegeben, die durchaus unzureichend sind.

Wenn zum Beispiel dort in den letzten Tagen die Zahl der Personen aus der **Zivilbevölkerung**, Frauen und Kinder, die **infolge der Hungerblockade an Unterernährung und Erschöpfung vorzeitig gestorben** sind, auf 700 000 angegeben ist, so ist das ein ganz grober Irrtum; denn bereits im Dezember 1918 hat Herr Geheimrat (D) Hamel in der bekannten Sitzung der Berliner medizinischen Gesellschaft schon die Zahl derjenigen Personen, die, wie ich nochmals betone, infolge der Hungerblockade vorzeitig gestorben sind, auf 800 000 angegeben. Das sind bereits $2^1/_2$ Jahre her, und ich glaube nicht, daß es übertrieben ist, wenn ich diese Zahl heute schon auf $1^1/_2$ bis $1^3/_4$ Millionen, vielleicht 2 Millionen angebe. Wenn wir dann noch dazu rechnen, daß wir 2 Millionen Tote im Kriege haben, 2 Millionen als infolge der Unterernährung und Erschöpfung vorzeitig Gestorbene aus der Zivilbevölkerung, wenn wir ferner die Tatsache zu verzeichnen haben, daß wir infolge des **Geburtenverlustes während des Krieges**, wenn wir den Maßstab von 1913 zugrunde legen, dadurch, daß 800 000 Ehen während des Krieges nicht geschlossen werden konnten, $3^1/_2$ Millionen Geburtenausfall haben, so macht es insgesamt einen Menschenverlust von $7^1/_2$ Millionen, den wir in Deutschland zu verzeichnen haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So reizvoll es wäre, einmal an dieser Stelle die vorläufige Bilanz des Krieges zu ziehen — die endgültigen Zahlen werden ja erst in Jahrzehnten festzustellen sein —, so muß ich mich doch mit Rücksicht auf die Zeit bescheiden. Aber eins möchte ich betonen. Wir erwarten, daß sofort alles geschieht, um der weiteren physischen Verelendung, dem weiteren Massensterben im Volke Einhalt zu gebieten. Allerdings in ganz anderem Sinne, als das der bekannte Führer der Alldeutschen in Bayern, der Hofrat v. Gruber, befürwortet hat. Sie wissen, daß der Geheimrat Bumm — nicht der Herr Präsident des Reichsgesundheitsamts, sondern der Direktor der Universitäts-Frauen-Klinik — die deutschen Professoren aufgefordert hat, zur Unterstützung seiner Bestrebungen in der Einleitung einer internationalen Hilfsaktion für die Rettung der deutschen Tuberkulose-Kinder zu einem Komitee zusammenzutreten. Der Geheim-

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

(A) rat **v. Gruber in München**, also der Führer der dortigen Alldeutschen, hat ihm darauf einen Absagebrief geschrieben, in dem er erklärt:

> Ich verkenne natürlich ebensowenig wie Sie die Furchtbarkeit der Gesundheitslage, in der sich unser Volk befindet, und ich würde eben so gern wie Sie abhelfen. Ich halte es aber für **unabwendbar**, daß in der einen oder andern Weise die **10 bis 15 Millionen aussterben.**

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> für die wir den Tisch nicht mehr decken können. Vom Betteln kann das deutsche Volk nicht leben, und völlig unvereinbar mit seiner Ehre wäre es, wenn wir jene anbetteln würden, welche durch ihren längst geplanten gemeinsamen Raubanfall, durch die Hungerblockade . . . . uns in das entsetzliche Elend der kommenden Tage gestürzt . . . . Ohne völkische Ehrliebe gibt es kein gesundes Gedeihen für ein Volk.

Am Schlusse sagt er ihm:

> Rufen Sie auch nicht den Papst an, den Wächter christlicher Sittlichkeit, der kein Wort gewagt hat gegen den Versailler Frieden.

Ich muß sagen, das ist eine wahrhaft menschenfreundliche Gesinnung dieses Herrn Hofrat v. Gruber.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich hatte immer geglaubt, Aufgabe eines Arztes sei es, unter allen Umständen das menschliche Leben zu retten und zu erhalten. Herr Hofrat Gruber aber ist der Meinung, daß 15 Millionen aussterben sollten, da es ohne völkische Ehre kein gesundes Gedeihen gebe. Ich glaube, es genügt, diesen Brief anzuführen, um den Geisteszustand gewisser Kreise zu charakterisieren.

Meine Damen und Herren! Wie wenig im übrigen vom Ministerium des Innern selbst zur Bekämpfung der (B) Krankheiten, insbesondere zur Bekämpfung der Tuberkulose, geschieht, habe ich neulich bereits auseinandergesetzt. Ich möchte noch an einem Beispiel darauf hinweisen, wie wenig zur Bekämpfung der Tuberkulose geschieht. Das **Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose** hat sich bitter darüber beklagt. In dem Bericht dieses Zentralkomitees heißt es:

> Es wurden an das Reichsministerium des Innern wiederholt Anträge gerichtet, im Hinblick auf die große Gefahr einer weiteren Ausbreitung der Tuberkulose ganz wesentlich erhöhte Mittel zur Verfügung zu stellen. Eine Entscheidung auf alle diese Anträge war nicht eingegangen.

Meine Damen und Herren! Daß es sich bei dem Problem der Wiedergesundung unseres Volkes nicht um die Tuberkulose allein handelt, sondern um viele andere Dinge, darauf brauche ich hier ja nicht mehr einzugehen. Ich erinnere ganz kurz zum Beispiel an die Zunahme von **Knochenerkrankungen infolge von Unterernährung**, die bei uns im Volke so starker Natur ist, daß sich das Preußische Wohlfahrtsministerium veranlaßt gesehen hat, ein Merkblatt für Ärzte herauszugeben, „betreffend gehäuftes Vorkommen krankhafter Veränderungen am Knochensystem im ursächlichen Zusammenhang mit der mangelhaften Ernährung des Volks."

(Hört! Hört! links.)

Dann möchte ich darauf hinweisen, welch bureaukratischer Geist manchmal in unseren Ministerien vorhanden ist, trotz der Revolution. Am Schlusse dieses Merkblattes — wohlgemerkt: eines Merkblattes für Ärzte! — wird erkärt:

> Das Wesentliche in der Bekämpfung der Krankheiten ist die Aufbesserung der Kost in Gestalt von reichlicher Zufuhr von Eiweiß, Milch und Fett.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, ich brauche kein Wort hinzuzufügen; die (C) bureaukratische Gesinnung spricht aus diesem Merkblatt selbst.

Wir erwarten also, daß im Interesse der Wiedergesundung unseres Volks alles geschieht, insbesondere, daß das angekündigte **Reichstuberkulosengesetz** uns bald zugehen wird, daß das **Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** bald vorgelegt wird, ebenso das **Gesetz zur Bekämpfung der Trunksucht.** Je länger man damit wartet, um so größer sind natürlich die Opfer.

Ich sagte schon, daß ich es mir versagen muß, weitere Ausführungen über die furchtbaren Verwüstungen der Volksgesundheit an dieser Stelle zu machen. Nur auf einen Punkt möchte ich noch Ihre Aufmerksamkeit lenken. Um etwas Durchgreifendes zu schaffen, brauchen wir eine Zentrale, von der aus diese Probleme gelöst werden müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, haben wir den Antrag eingebracht:

> Die Reichsregierung wird ersucht, so bald als möglich ein **selbständiges Reichsministerium für Volksgesundheit** unter fachmännischer Leitung einzurichten,

also ein Aufbauministerium im wahren Sinne des Wortes, trotz der Antisparsamkeits- oder Sparsamkeitsrede — wie man es nehmen will — des Herrn Ministers. Meine Damen und Herren! Bereits in der Nationalversammlung hatten meine Parteifreunde am 17. Oktober 1919 einen solchen Antrag eingebracht. Er ist damals abgelehnt worden. Ich hoffe, daß ihm diesmal nicht das gleiche Schicksal zuteil werden wird, um so mehr, als eine solche Forderung nach einem selbständigen Reichsgesundheitsministerium von der gesamten deutschen Ärzteschaft, von den Ärzten aller Parteirichtungen, erhoben wird.

(Hört! Hört! links.)

In der medizinischen Presse erscheinen fortgesetzt Artikel über die Notwendigkeit eines solchen selbständigen Reichsgesundheitsministeriums. (D) Auf den Ärztetagen werden diesbezügliche Beschlüsse gefaßt, und auch der Deutsche Medizinalbeamtenverein hat in einer Eingabe an den Reichstag die gleiche Forderung gestellt. Ich meine, wenn die gesamte Ärzteschaft ohne Unterschied der politischen Parteirichtung sich in der Forderung nach einem solchen Ministerium einig ist, darf man doch nicht mit einer Handbewegung so leicht über die Forderung der Ärzteschaft hinweggehen.

(Sehr richtig! links.)

Ich erinnere ferner daran, daß es kein Geringerer als **Rudolf Virchow** war, der bereits im Jahre 1848, nach dem ungeheuren Elend, das damals in Oberschlesien herrschte, die Forderung nach einem selbständigen Gesundheitsministerium erhob, und es war auch charakteristisch, daß **Professor Grotjahn** in seinen **Vorschlägen für die Erneuerung des Erfurter Programms auf gesundheitlichem Gebiete** ausdrücklich erklärt:

> Fast alle europäischen Staaten, und zwar nicht nur die großen historischen, sondern auch die kleineren neugegründeten, verfügen über besondere Gesundheitsministerien. Es liegt kein Grund vor, daß allein das Deutsche Reich auf ein solches verzichten und sich dauernd mit der ganzen bestehenden unheilvollen Zersplitterung der Gesundheitspflege innerhalb seiner Zentralbehörden begnügen soll. Es ist daher zu fordern, daß aus dem ungefügen Reichsamt des Innern verschiedene Zweige abgespalten und zu einem besonderen Reichsministerium für Gesundheitspflege und soziales Versicherungswesen zusammengefaßt werden.

Und in der Tat, was in anderen Ländern, in alten sowohl wie in neuen, sich als eine der notwendigsten

(Dr. Moses, Abgeordneter.)

(A) Folgen des durch den Krieg herbeigeführten Zusammenbruchs der Volksgesundheit herausgestellt, das trifft auch für uns zu, ja für uns als besiegtes Land in noch höherem Grade als bei den siegreichen Ländern. Unsere vollständig zusammengebrochene Volksgesundheit wieder aufzurichten, sie zu pflegen, brauchen wir bei meiner festen Überzeugung ein selbständiges Reichsgesundheitsministerium. Es ist doch charakteristisch, daß schon während des Krieges, noch mehr aber nach dem Kriege in einer ganzen Reihe von europäischen und außereuropäischen Staaten solche Ministerien für Volksgesundheit errichtet worden sind, zuletzt noch geradezu mustergültig in England. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf Rußland hinweisen. **Rußland** hat von dem Augenblick an, da es die **Sowjetregierung** gründete, sofort ein eigenes **Volkskommissariat für das Gesundheitswesen** eingerichtet mit einem Arzt und einer Ärztin an der Spitze, welch letzterer die Probleme des Mutter- und Säuglingsschutzes anvertraut sind; und daß gerade von diesem Ministerium eine außerordentlich aufbauende Tätigkeit entfaltet wird, das besagen uns nicht nur die Berichte der Regierung selbst — ich habe ein großes amtliches Material zugewiesen erhalten —, sondern dafür sprechen auch die Berichte des internationalen Roten Kreuzes, dessen Vertreter längere Zeit in Moskau und Petersburg gewesen sind und die Erfolge gerühmt haben, die das dortige Volkskommissariat für das Gesundheitswesen auf diesem Gebiete erzielt hat.

Um die Probleme der Volksgesundheit in Deutschland lösen zu können, brauchen wir, sage ich, ein eigenes selbständiges Ministerium für Volksgesundheit. Das Schwergewicht der Gesetzgebung auf gesundheitlichem Gebiete muß immer mehr und mehr in das Reich verlegt werden. Nach Art. 7 Ziff. 8 der Verfassung des Deutschen Reichs liegt dem Reiche die Gesetzgebung über das Gesundheitswesen ob.

(Sehr wahr! links.)

(B) Die Tätigkeit der Landesverwaltung wird dadurch nicht nur nicht, wie manche glauben, beeinträchtigt, sondern im Gegenteil gehoben. Auf keinem Gebiet ist eine einheitliche Gesetzgebung für das ganze Reich notwendiger, als auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens, schon um der Zerfahrenheit und der Unterschiedlichkeit in der Behandlung gemeinsamer Gesundheitsangelegenheiten ein Ende zu bereiten. Das **Reich** muß die gemeinsame **Gesetzesinitiative** haben. Das haben die Ärzte, haben alle Sozialhygieniker vor dem Kriege anerkannt und jetzt nach dem Kriege erst recht, das hat insbesondere auch Geheimrat Dietrich hervorgehoben, der gemeint hat:

> Die hohe Bedeutung der Aufgaben, die jetzt von der Medizinalverwaltung erfüllt werden müssen, fordert endlich, daß diesem wichtigen Zweig der Verwaltung überall eine größere Selbständigkeit als bisher zugewiesen wird, damit er seine Forderungen den anderen Zentralbehörden gegenüber mit größerem Nachdruck vertreten kann. Eine selbständige Zentralbehörde für das gewaltige Gebiet der Volksgesundheit zu schaffen, wird eine der vornehmsten Aufgaben der neuen Staatsverfassung sein.

In der Tat: nur als selbständiges Reichsgesundheitsministerium kann die Verwaltung der öffentlichen Gesundheitspflege sich voll auswirken und ihre dringlichen Aufgaben wirkungsvoll erledigen.

Leider scheinen zurzeit die Aussichten auf Errichtung eines solchen selbständigen Reichsgesundheitsministeriums nur sehr schwach zu sein, und insbesondere ist es ja der Herr Reichsminister Koch selbst, der dieser Forderung sehr wenig freundlich gegenübersteht. Er nimmt noch heute dieselbe Stellung ein — er hat das ja im Hauptausschuß erklärt —, der er in der Nationalversammlung Ausdruck (C) gegeben hat. Er meinte damals: zu viele Ministerien schaffen heißt, zu viele Reibungspunkte schaffen. Nun, ich besitze nicht die Erfahrungen, die Herr Minister Koch während seiner Ministertätigkeit auf diesem Gebiete schon gemacht haben muß, um ihm zu einem solchen Ausspruch Gelegenheit zu geben. Aber das scheint mir doch kein Argument zu sein, um einer so dringlichen und drängenden Forderung nicht nur der gesamten Ärzteschaft sondern aller Sozialhygieniker im Interesse der Förderung der Volksgesundheit nicht Rechnung zu tragen. Ich nehme an, daß Reibungspunkte bei zu vielen Ministerien auch in anderen Ländern vorhanden sind und daß sie trotzdem auch dort überwunden werden. Ich muß offen gestehen, daß einem solchen gewaltigen Problem gegenüber die Bedenken des Herrn Reichsministers Koch mir allzu kleinlich erscheinen. Mit solchen Argumenten fadenscheiniger Natur kann man doch nicht an so wichtige Probleme herantreten. Ich meine, das Gegenteil wird eintreten: es werden Reibungspunkte dadurch aus der Welt geschafft werden.

Dazu kommt der ungeheure Umfang, den jetzt das Reichsministerium des Innern angenommen hat. Ich habe darauf bereits in der Generaldebatte hingewiesen. Ich möchte auf die Einzelheiten und auf die Umgestaltung dieses unseres Ministeriums hier nicht eingehen; ich wollte nur Anregungen geben. Es wird eventuell Sache des Ausschusses sein, darauf ausführlich zu sprechen zu kommen. Nur das eine möchte ich noch betonen: Vieles, was heute im Ministerium des Innern neben anderen Aufgaben und Pflichten mitversehen wird, sozusagen nebenbei und im Nebenamt, ist so groß und so wichtig geworden, daß es allein die Arbeitskraft und vor allen Dingen den Wissensreichtum eines ganzen und starken Mannes erfordert. Gerade auf dem Gebiet der niedergeworfenen Gesundheit unseres Volks liegt ein schreiendes Bedürfnis und eine nicht länger zu umgehende Notwendig- (D) keit vor, das zu einer selbständigen Position zu machen, was nach der Art der ganzen Verhältnisse nun nicht länger mehr als ein Ding unter vielen, als ein untergeordneter Nebenzweig eines Ministeriums behandelt werden kann. Die Entwicklung der Dinge hat in allen Ländern dazu gedrängt, ein solches selbständiges Gesundheitsministerium zu schaffen, sie wird und muß auch bei uns dahin drängen.

(Sehr richtig! links.)

Meine Damen und Herren! Nun noch ein Wort darüber, daß ein Fachmann an der Spitze stehen soll. Es braucht nicht durchaus und mit aller Gewalt an der Spitze aller unserer Ministerien ein Jurist, ein Verwaltungsbeamter stehen.

(Sehr richtig! — Heiterkeit links.)

Man könnte in Deutschland auch daran denken, an die **Spitze eines Gesundheitsministeriums** einen **Arzt** zu setzen.

(Sehr richtig! links.)

Wenn je der Ruf nach einem Fachmann Berechtigung hat, dann auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. Ich unterschreibe, was vor kurzem **Professor Adam** einmal **in der Berliner medizinischen Gesellschaft** gesagt hat:

> Nur der Arzt, in sozialem Denken erzogen und ausgestattet mit dem ganzen Rüstzeug der Hygiene, ist imstande, den verschlungenen Wegen zu folgen, auf denen gesundheitliche Schäden die Bevölkerung bedrohen. Der Jurist wird immer das Formale in den Vordergrund stellen und entsprechend seiner Erziehung und Ausbildung am Paragraphen und daher am Althergebrachten hängen. Der Arzt bringt allein die nötige Nichtachtung bureaukratischer Selbstherrlichkeit auf, ohne die neue Wege zur Erhaltung des kostbarsten Gutes des Volkes nicht gefunden werden.

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

(A) Ein Jurist und Verwaltungsbeamter ist nach meiner Überzeugung garnicht in der Lage, auf diesem von Tag zu Tag sich immer weiter ausdehnenden ungeheuren Gebiete der Volksgesundheit irgendwie eine Initiative aus eigenem heraus zu ergreifen. Nur so ist es zu erklären, daß Herr Minister Koch der Meinung ist, daß es für die oberste Leitung der Reichsgesundheitsbehörden auf keine fachliche Vorbildung ankomme, sondern daß derjenige, der an der Spitze steht, seine Aufgabe nur darin sehen kann, die verschiedenen fachlichen Gesichtspunkte nach Möglichkeit zu vereinen und auszugleichen. Diese Anschauung des Herrn Ministers Koch gibt auch den besten Beweis dafür, daß er diesen Problemen eben wie ein Verwaltungsbeamter gegenübersteht.

(Sehr gut! links.)

Nein, an die Spitze einer solchen Reichsgesundheitsbehörde gehört ein Arzt, der neben einem reichen Wissen auf dem Gebiete der sozialen Hygiene auch die nötige Initiative zu entfalten vermag, um innerhalb der Regierung und des Parlaments die sozialhygienischen Probleme immer mehr und mehr in den Vordergrund unseres politischen Lebens zu schieben, ein Arzt, der auf der Höhe seines Könnens steht und der mit seiner Fachbildung auch genügendes politisches Können, reiches soziales Empfinden verbindet, um der immer größer werdenden Aufgabe dienen zu können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich gebe ja zu, um die Bemerkung noch zu machen, daß in bezug auf bureaukratischen Schliff, formales Denken und Kenntnis der Verfassung der Jurist uns Ärzten überlegen ist. Ich glaube aber, daß es gerade in sanitären Fragen weniger auf bureaukratische Erfahrung und Geschäftsführung ankommt als auf die Beherrschung der zu behandelnden Materien.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Ich halte es daher für ein geringeres Übel, daß an die Spitze der Reichsgesundheitsbehörde ein Arzt gestellt wird, als wenn umgekehrt ein Jurist, der doch vom Sanitätswesen wenig versteht und bloß bureaukratischen Schliff mitbringt, der oberste Hüter und Leiter in rein medizinischen Fragen sein soll. Das **Juristenmonopol** auch auf Fragen der Gesundung und Gesunderhaltung unseres Volkes auszudehnen respektive aufrechtzuerhalten, scheint mir doch gerade in diesen Zeiten des Aufbaues unserer geschwächten Gesundheitsverhältnisse große Gefahren mit sich zu bringen. Außerdem belehrt uns die Erfahrung in anderen Ländern, daß dort überall, wo eben ein solches selbständiges Reichsgesundheitsministerium geschaffen worden ist, ein Arzt an die Spitze gestellt wurde.

Ich komme zum Schluß und betone nomals: Ein selbständiges Reichsgesundheitsministerium wird und muß auch bei uns in Deutschland wie in anderen Ländern kommen. Es kann dies nur eine Frage der Zeit sein. Das Gesundheitswesen muß jetzt nach diesem katastrophalen Zusammenbruch unserer Volksgesundheit endlich aufhören, immer nur ein Anhängsel irgend eines Ministeriums, ein Aschenbrödel zu sein!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hier handelt es sich ja nicht um eine Frage parteipolitischer Natur, sondern um ein Problem, an dem alle Klassen, alle Kreise, alle politischen Parteien in gleicher Weise interessiert sind.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darum habe ich den dringenden Wunsch, daß Sie alle ohne Unterschied der Partei kleinliche Bedenken, auch sogar Bedenken finanzieller Natur, Bedenken formaler Art nicht in den Vordergrund stellen, sondern gerade durch Annahme unseres Antrags zeigen, daß Sie bei dem Wiederaufbau des durch den Krieg zusammengebrochenen Gesundheitswesens eben dort beginnen, wo begonnen (C) werden muß, nämlich bei der Gesundung und Gesunderhaltung des Volkes.

Ich bitte Sie daher, sich von diesem Gedanken leiten zu lassen und unserem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst das Wort genommen, um meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß im Zusammenhang der Rede **Äußerungen gegen den Papst** gefallen sind, deren Inhalt war, die Tätigkeit, die der Papst im deutschen Interesse während und nach dem Kriege geübt hat, herunterzusetzen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Völliges Mißverständnis! Wer hat denn das gemacht?)

— Es ist kein Mißverständnis!

(Erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ich werde es nachher aufklären; es ist ein Zitat vom Geheimrat Dr. Gruber.)

— Es mag das ein Zitat gewesen sein; aber ich bin aus dem Hause mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Herr Dr. Moses sich dieses Zitat hat zu eigen machen wollen!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das Gegenteil ist der Fall!)

— Ich darf jedenfalls feststellen,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Daß Gruber das gesagt hat!)

daß nach Anschauung der Regierung der **Papst während des Krieges** auf dem Gebiete der Charitas, auf dem Gebiete der **Fürsorge für die Kriegsgefangenen** alles dasjenige getan hat, was zu erwarten und zu hoffen war, (D) und daß wir Anlaß haben, ihm für das dankbar zu sein, was auf diesem Gebiete von seiner Seite geschehen ist.

Daß der Papst während des Krieges und nachher so häufig in die Lage gekommen ist, sich dem Vorwurf von Ententeseite aussetzen zu müssen, prodeutsch zu sein, beweist ja, daß es ihm zum mindesten gelungen ist, eine völlig unparteiische Haltung einzunehmen.

Ich freue mich, daß Herr Dr. Moses erklärt, daß er sich die Worte nicht zu eigen machen will, die er zitiert hat.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gerade das Gegenteil!)

— Das Gegenteil haben Sie aber in Ihren Ausführungen sicher nicht zum Ausdruck gebracht.

(Abgeordneter Dr. Moses: Ich werde es nachher richtigstellen!)

Jedenfalls freue ich mich, daß der Herr Abgeordnete Moses diesen Standpunkt sich nicht zu eigen macht, und stelle fest, daß es auch nicht der Standpunkt der Reichsregierung ist, der in diesem Briefe des Herrn Dr. Gruber zum Ausdruck gekommen ist.

Der Herr Abgeordnete Dr. Moses hat aber weiter bemängelt, daß es noch immer an **Verlustlisten** fehlt, die ergeben, welche Verluste dieser furchtbare Krieg über Deutschland gebracht hat. Was zunächst die Kriegsverluste angeht, so befindet sich unter den dem Reichsministerium des Innern nachgeordneten Stellen das **Zentralnachweiseamt für Kriegsverluste,** in dem jederzeit eine Auskunft über die wirklichen und unmittelbaren Kriegsverluste zu haben ist. Es ist das eins der Ämter, deren starker Personenbestand ja gerade zu den vielfachen Angriffen geführt hat, als ob das Reichsministerium des Innern seinerseits mit Beamten zu stark besetzt sei. In

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) diesem Amte wird dem Herrn Abgeordneten Moses jederzeit nach dieser Richtung hin eingehende Auskunft zuteil werden.

Was die übrigen Verluste durch den Krieg angeht, so ist es natürlich ungemein schwer — das wird mir gerade Herr Dr. Moses als Arzt zugeben —, hier in jedem einzelnen Falle festzustellen, ob und in welchem Umfang der Krieg, die mangelhafte Ernährung, die mangelhafte Kleidung, alle die übrigen Entbehrungen, die wir während des Krieges zu ertragen hatten, an einem Todesfall schuld gewesen sind. Das bis ins letzte aufzuklären und statistisch klarzustellen, wird, wie mir scheint, auch dem besten statistischen Amte in der Welt niemals restlos gelingen. Was aber nach der Richtung geschehen kann, ist geschehen. Dem Reichstag ist bereits **Ende 1918** eine **Denkschrift** zugegangen, in der die **Verluste,** die Deutschland **durch die Blockade** erlitten hat, bis ins einzelne hinein dargestellt sind, und ich darf Herrn Dr. Moses auf diese Denkschrift hiermit verweisen.

Der Herr Abgeordnete hat dann weiter bemängelt, daß die Summen, die für die **Tuberkulosebekämpfung** im Etat meines Reichsministeriums ausgeworfen seien, so überaus gering sei, und er hat hervorgehoben, daß der **Verein für die Bekämpfung der Tuberkulose** auf seinen **Antrag wegen Erhöhung des Beitrags** vom Reichsministerium des Innern monatelang keine befriedigende Auskunft erhalten hätte. Ich bedauere diesen Umstand mit Herrn Dr. Moses und stimme ganz mit ihm darin überein, daß es erwünscht gewesen wäre, es hätte früher eine befriedigende Auskunft erteilt werden können. Ich will aber darauf hinweisen, daß diese Auskunft, da das Reichsministerium des Innern Etatsmittel nicht erhöhen darf, erst wird erfolgen können, wenn der Reichstag mich durch Verabschiedung des Etats in die Lage gesetzt haben wird, die nötigen Mittel zur Verfügung zu haben. Sobald die (B) heutige Redeschlacht beendet sein und der Etat des Reichsministeriums des Innern feststehen wird, werden wir in der Tat in der Lage sein, dem Verein für die Bekämpfung der Tuberkulose mitzuteilen, daß der Reichsbeitrag auf 2½ Millionen erhöht worden ist. Also von einer bureaukratischen Verzögerung im Reichsministerium des Innern kann gewiß keine Rede sein. Es handelt sich um eine Verzögerung des Etats, an der ich niemand schuld gebe, an der aber auch das Reichsministerium des Innern seinerseits die Schuld zu übernehmen nicht in der Lage ist.

Daß der Beitrag nur 2½ Millionen, nicht 3 Millionen beträgt, ist auf die Sparsamkeitsaktionen zurückzuführen, die betrieben werden. Man hat im Reichsrat die Summe von 3 auf 2½ Millionen herabgesetzt, und zwar mit der Begründung, daß es in erster Linie Aufgabe der Länder sei, auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung vorzugehen. Ich hätte nicht das geringste einzuwenden, wenn es etwa gelingen sollte, hier im Reichstag den erhöhten Beitrag wiederherzustellen, bin aber zunächst an die Abstriche des Reichsrats gebunden.

Wenn es in einer **Denkschrift des Reichsgesundheitsamts** heißt, daß vom Standpunkt der Tuberkulosebekämpfung in erster Linie eine kräftige Nahrung erforderlich wäre, so ist das eine ärztliche Wahrheit und Weisheit, die nicht verschwiegen werden konnte. Ein Verschweigen dieser Wahrheit hätte zweifellos erst recht zu Vorwürfen geführt. Daß das Reichsgesundheitsamt seinerseits auf diesem Gebiet nicht vorgehen kann, sondern daß es allen denjenigen Stellen, die die Ausführung der Sozialpolitik in der Hand haben, vorbehalten bleiben muß, hier Abhilfe zu schaffen, steht ohne weiteres fest. Was das Reich hat tun können, geschieht durch die ungeheuer vielen Milliarden, die für die Verbesserung der Volksernährung ausgeworfen werden. Neuerdings geschieht es auch wieder dadurch, daß die **Quäkerspeisung** (C) **seitens des Reichs mit erheblichen Zuschüssen versehen** wird. Aber wir werden — und darin wird mir, glaube ich, Herr Dr. Moses beistimmen — doch darüber einig sein, daß es hier in der Tat in erster Linie Aufgabe der Länder und Gemeinden ist, dafür zu sorgen, daß an den einzelnen, namentlich an den einzelnen Tuberkulosen, diejenige Nahrung herankommt, die erwünscht ist.

Und nun ein Wort zu der **Frage, ob ein Reichsgesundheitsministerium geschaffen werden soll** oder nicht. Ich bedaure, daß hier in den Erörterungen immer wieder der eine Gesichtspunkt vergessen wird, wegen dessen häufiger Erwähnung ich mir gestern ja den besonderen Tadel des Herrn Dr. Löwenstein zugezogen habe, daß wir nämlich kein Einheitsstaat, sondern ein Bundesstaat sind, und daß deswegen die gesamte Exekutive auf dem Gebiete des Gesundheitswesens nicht beim Reich, sondern bei den Ländern liegt. Wären wir ein Einheitsstaat, in dem es möglich wäre, von einer einheitlichen Spitze aus das gesamte Gesundheitswesen zu beeinflussen, auf diesem Gebiete zu drängen und Maßnahmen durchzusetzen, dann — darin gebe ich Herrn Dr. Moses ohne weiteres recht — würde es zweckmäßig sein, dafür zu sorgen, daß diese Maßnahmen in die Hand dieser einheitlichen Spitze gelegt würden. Tatsächlich sind wir ja leider auf dem Gebiete des Gesundheitswesens fast nichts wie eine Gesetzgebungsmaschine. Alles weitere, alle Ausführungsmaßnahmen sind Angelegenheit der Länder, und die Durchführung der Maßnahmen muß deshalb von der Verwaltung der Länder gewährleistet werden. Ich fürchte deshalb: jeder Versuch, die Zahl der Ministerien noch durch ein Reichsgesundheitsministerium zu vermehren, wird keinen vollen Erfolg zeitigen können.

Gesetzgeberisch ist das **Reichsgesundheitsamt** — ich darf das doch wohl hervorheben — nach meiner Ansicht völlig auf der Höhe. Es hat die besten **Fachmänner** zu (D) seiner Verfügung, und was auf dem Gebiet der Gesetzgebung geschehen muß, kann und wird durch das Reichsgesundheitsamt geschehen, und es könnte besser ganz gewiß nicht durch einen besonderen Minister geschehen. Für diese Fragen ist es ohne ausschlaggebende Bedeutung, welche Vorbildung der Minister hat.

Ein Reichsgesundheitsministerium würde sich in seinen Aufgaben und in der Gesetzgebung heute auch mehrfach mit anderen Ministerien überschneiden, so mit dem Arbeitsministerium, dem fast die gesamte Sozialpolitik untersteht, das auch die Wohnungsfrage zu regeln hat, ferner mit dem Ernährungsministerium. Man darf doch nicht vergessen, daß die Pflege der Gesundheit nicht eigentlich ein Stoff ist, der abgetrennt von anderen Stoffen bearbeitet werden kann, sondern daß sie eine Tendenz ist, die die gesamte Gesetzgebung zu durchdringen hat,

(sehr richtig! im Zentrum)

die also im Wohnungswesen, im Ernährungswesen, in der Sozialpolitik, in der Arbeiterfürsorge — und vielen anderen Maßnahmen hervortreten muß. Also in allen Ministerien muß, genau so wie der sozialpolitische Geist, auch der Geist herrschend sein, der Verständnis für die Aufgaben der Hygiene hat; sonst werden alle die gesetzgeberischen Aufgaben, deren Lösung den einzelnen Ministerien obliegt, falsch und unrichtig gelöst werden.

Die Gesetze, die von Herrn Dr. Moses vermißt worden sind, sind zum Teil bereits beim Reichsrat, wie das **Gesetz über die Geschlechtskrankheiten**, das sich seit März 1920, also seit 1½ Jahren beim Reichsrat befindet, während die **Gesetze über die Tuberkulosefürsorge und über die Trunksucht** in Vorbereitung sind und, wie ich hoffe, in absehbarer Zeit an den Reichstag werden gelangen können.

(A) **Präsident:** Das Wort hat Frau Abgeordnete Dransfeld.

Dransfeld, Abgeordnete: Es war im Jahre 1912, als Professor Dr. Ziehen, der damalige Direktor der Psychiatrischen und Nervenklinik an der Charité in Berlin, in einer kleinen Schrift klagte: unter den zahlreichen und mannigfaltig gegliederten Bestrebungen der Jugendfürsorge vermisse der Psychiater und psychiatrisch gebildete Pädagoge zu seinem tiefen Bedauern noch immer vollständig die spezielle **Fürsorge für Psychopathen**. Bereits ein Jahr früher hatte Frau Dr. Stelzner in ihrem für die gesamte psychopathologische Literatur grundlegenden Buche „Die psychopathischen Konstitutionen und ihre soziologische Bedeutung" die gleiche Tatsache festgestellt und im Anschluß daran erschütternde Fragen und scharf formulierte Forderungen an die Gesellschaft gerichtet. Und heute, nach einem Jahrzehnt, stehen wir noch fast vor der gleichen Leere, obgleich die Forschung auf dem Gesamtgebiete der Psychopathie seitdem fortdauernd weitergeschritten ist und die Praxis dem Mediziner, dem Pädagogen und Sozialarbeiter, vor allem aber auch vielen Eltern, die sich gegenüber einem psychopathischen Kinde nicht mehr zu raten und zu helfen wußten, jene Leere immer wieder zum Bewußtsein brachte. Man hat freilich manche Versuche gemacht insbesondere zur Heilerziehung für unsere psychopathischen Jugendlichen, aber zu einem System und seinem geordneten Einbau in unser Fürsorgewesen ist es noch nicht gekommen.

Unter Psychopathen versteht man wissenschaftlich jene Jugendlichen und Erwachsenen, die ohne ausgesprochenen Intelligenzdefekt, ja zuweilen mit hervorragender intellektueller Begabung, an leichteren oder schwereren psychischen Störungen leiden, an Übertriebenheiten des Gemütslebens, die den normalen Hemmungen nicht unterstehen, an krankhafter Schwächung oder Steigerung der (B) Willensenergie, die sie unfähig macht, sich in die gesunde Ordnung einer Familie, einer Schule, des Berufslebens oder der öffentlichen Betätigung einzugliedern. Sie bilden die breite Zone zwischen den Normalen und Geisteskranken, die bis an die Peripherie der einen oder anderen heranreicht und in fließender Grenze auch wohl in Einzelformen in das eine oder andere Gebiet hinübergreift. Die Wissenschaft aber hält fest, daß die Psychopathen unter keinen Umständen zu den Geisteskranken gehören, also der Irrenpflege nicht unterstehen. Auch zu den Schwachsinnigen zählen sie nicht, da sie — wie bereits gesagt — keinen Intelligenzdefekt aufweisen. Von den normalen Fürsorgezöglingen unterscheiden sich die psychopathischen Jugendlichen insofern, als sie zu der auch bei ihnen häufigen Verwahrlosung und Verkommenheit in erster Linie durch ihre krankhafte seelische Veranlagung gekommen sind. Allerdings zählt das heutige Kontingent unserer Fürsorgezöglinge einen starken Prozentsatz von Psychopathen, die der psychiatrisch nicht durchgebildete Pädagoge vielfach nicht unterscheidet. Professor Dr. Többen, ein bekannter Führer der Bestrebungen zur Psychopathenfürsorge und Dozent für forensische Psychiatrie an der Universität Münster, berechnet diesen Prozentsatz auf weit über die Hälfte, und Frau Dr. Stelzner kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

Das Fehlen einer geordneten Fürsorge für Psychopathen erklärt sich vielleicht aus der Tatsache, daß die leichteren Fälle ihrer Erkrankung unser gesamtes Volksleben durchsetzen und die schwereren Fälle so verschiedenartige und wenig scharf umrissene Symptome aufweisen, daß nur der ganz Geschulte die Symptome auf die wirklichen Wurzeln zurückführt und sie von ähnlichen Symptomen anderer Erkrankungen oder sittlicher Entartungen scheidet. So kommt es, daß wir für alle Gruppen der (C) Abnormen oder der vom normalen Wege Abgeirrten Einrichtungen haben, die dazu dienen, ihnen zu helfen, sie zu fördern oder auch rein negativ die Gesellschaft vor ihnen zu schützen. Die gefährdeten oder verwahrlosten Jugendlichen werden durch die Fürsorgeerziehung erfaßt, die Schwachsinnigen und Schwachbegabten durch die Hilfsschule und mannigfach gegliederten Heime, die Geisteskranken durch die Irrenanstalten. Die Psychopathen stehen außerhalb dieser Gruppen, obgleich sie am hilfsbedürftigsten sind und in vielen Fällen die Gewähr bieten, bei rechtzeitig einsetzender Heilbehandlung und Heilerziehung noch zu vollwertigen, vielleicht sogar zu hochwertigen Gliedern der Gesellschaft zu werden.

Leider aber bleibt ihre Entwicklung vielfach dem Zufall überlassen. Die krankhafte Veranlagung in ihrem gesamten Seelenleben, das abnorme Steigen und Fallen ihrer Willensenergie, ihre auf einer pathologischen geistig-sittlichen Einstellung beruhenden Triebe und Hemmungen werden bereits im Elternhause nicht erkannt oder falsch gedeutet: etwa im Sinne ethischer Verirrungen aus eigener persönlicher Schuld, die sodann entsprechend behandelt werden müßten. Man entsetzt sich vor ihrer scheinbaren Bösartigkeit, vor ihren wilden Erregungen, vor ihrer Haltlosigkeit und Willensschwäche, vor ihren asozialen und antisozialen Trieben, die schon in der Kindheit ihre kleine Umgebung belasten und für die Zukunft den völligen Schiffbruch befürchten lassen. Der geordnete Schulbetrieb muß sie ausscheiden. In die Hilfsschule oder in Schwachsinnigenheime gehören sie nicht hinein, weil diese ihre Intelligenz unbeschäftigt lassen oder auf falsche Bahnen lenken; auch nicht in Fürsorgeheime, weil sie dort einerseits in ihrer krankhaften Veranlagung nicht richtig erfaßt werden und anderseits gerade durch diese krankhafte Veranlagung gefährliche Verführungszentren bilden können. Und die Familie verzweifelt schließlich an ihnen und überläßt sie (D) ihrem Schicksal.

So wird dieses vielfach von der Unwissenheit der Umgebung und von der auf dieser Unwissenheit beruhenden falschen Behandlung bestimmt. Vielleicht überwinden die Psychopaten bei leichterer Erkrankung ihre unglückliche Veranlagung und kommen notdürftig zu einem Beruf und unter beständigem Schwanken auch zu einer Eingliederung in die bürgerliche Gesellschaft. — Vielleicht aber auch — und es geschieht nach den Zeugnissen der Praxis wohl in den meisten Fällen — wuchert die krankhafte Veranlagung in ihnen fort und macht sie in raschem, gefährlichen Wachstum zu Parasiten der Gesellschaft. Aus den sogenannten schwer Erziehbaren, mit welch landläufigem Ausdruck wohl die psychopatischen Kinder bezeichnet werden, entwickeln sich Verbrecher, Arbeitsscheue, Landstreicher, Prostituierte, Wunderliche, Phantasten und Querulanten, also Menschen, die niemals Werte schaffen, sondern nur Werte aufzehren, und die in den schlimmsten Fällen in völligem sittlichen und bürgerlichem Zusammenbruch auf der Landstraße, im Gefängnis, im Arbeitshaus, in der Irrenanstalt, im Bordell endigen.

(Sehr richtig! links.)

Wenn der Kundige es jederzeit schwer empfunden hat, daß uns eine **ausreichende Psychopathenfürsorge fehlt,** so drängt sich dieser Mangel in der Nachkriegszeit in besonders betonter Weise in den Vordergrund. Denn die psychopathischen Erscheinungen wachsen in unserem Volke in beängstigender Weise. Haben doch die seelischen Erschütterungen durch den Krieg, die Folgen der Unterernährung, die Lockerung sittlicher Anschauungen, der ungehemmte Freiheitsdrang und die krasse Verführung, die sich namentlich an unsere Jugend herandrängt, nicht zuletzt auch die politischen Gewitterstimmungen den gefährlichsten Nährboden für alle Arten von Psychopathien ge-

(Dransfeld, Abgeordnete.)

(A) schaffen. Sie kennen alle die **zunehmende Kriminalität unserer Jugendlichen,** die sich nicht nur aus — ich möchte sagen — normaler Verrohung und Verwahrlosung erklären läßt, sondern gerade in ihren schlimmsten Auswüchsen die Merkmale psychischer Erkrankung zeigt. Sie kennen das Umsichgreifen gewisser Vergehen und Laster und die erotische Hochspannung, in der sich viele Kreise unseres Volkes zurzeit befinden. Ihr Gradmesser ist bis zu einem gewissen Umfange unser auf einen bedauernswerten sittlichen Tiefstand herabgesunkenes Theater. Ein Großstadtpublikum, das ohne innerlichen Protest, ohne seelisches Verletztsein beispielsweise die Einzelszenen eines „Reigen" an sich vorbeiziehen läßt, trägt zweifellos einen psychischen Krankheitskeim in sich.

Aber es gibt noch schlimmere sittliche Gradmesser als etwa das Theater und das nächtliche Großstadtleben. Von einem Beamten des preußischen Wohlfahrtsministeriums wurde mir beispielsweise vor einigen Tagen gesagt, daß sich die **homosexuelle Verführung** bis auf die **Spielplätze der Berliner Gemeindeschulen** hinauswage. Und in einem Gutachten erster medizinischer Größen an den Polizeipräsidenten von Berlin wird darauf hingewiesen, daß gewisse latente Psychopathien, insbesondere auch auf sexuellem Gebiet, die unter normalen Verhältnissen latent erhalten bleiben, also aus ihrem Schlummer nicht geweckt werden, durch derartige Verführungen zum Ausbruch kommen und das arme Opfer fast mit Sicherheit zum moralischen und bürgerlichen Tode verurteilen.

Was in offener und schleichender Verführung gesündigt wird, um unser seelisch schon so schwer belastetes, armes Volk noch kränker zu machen, es namentlich in seinem Nachwuchs ins Herz zu treffen, ist hinreichend bekannt. Schund und Schmutz in allen Formen literarischer und sogenannter künstlerischer Darbietung vervollständigen das Bild der Verführung. Wir aber wollen kein seelisch

(B) krankes Volk sein, zu sittlichem Siechtum verurteilt, sondern wir wollen gerade in unserer Jugend alle Quellen gesunder Kraft zum Sprudeln bringen und alle Möglichkeiten starken, frohen, stolzen Wachstums fördern und ausnutzen.

Das streng wissenschaftliche Dokument, das ich soeben erwähnte, führt auch gerade uns Abgeordneten in eindringlicher Weise unsere Pflicht vor Augen, für den Schutz unserer Jugendlichen mit einer Energie Sorge zu tragen, die unter Umständen bis zur Härte gehen muß. Soziale und sittliche Trümmer von ursprünglich vielleicht hoffnungsvollen Menschenleben bezeichnen den Weg der wachsenden Jugendverführung. Und ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne — im Einklang mit andern Rednern — die dringende Bitte auszusprechen, daß uns bald im Interesse unserer Jugend ein **Gesetz gegen Schund und Schmutz** vorgelegt werden möge. Denn die suggestiven Folgen der mit solchen Mitteln arbeitenden Verfuhrung sind gerade für psychopathisch Veranlagte, möge es sich auch um leichteste Veranlagung handeln, von unberechenbaren Folgen.

Die Nachkriegszeit ist also eine Zeit wachsender Psychopathien und — daraus hervorgehend — wachsender Verwahrlosung unserer Jugendlichen. Wir müssen Abhilfe schaffen. Der psychopathisch Veranlagte gehört nicht unter die Geisteskranken, nicht unter die Schwachsinnigen, nicht unter die Fürsorgezöglinge. Der bereits zitierte Professor Többen in Münster setzt sich mit vielen andern Psychiatern und Nervenärzten für die **Schaffung besonderer Heime für diese Abgearteten** ein, die, in ländlicher Gegend gelegen und geleitet von einem tüchtigen Pädagogen, unter fachärztlicher Beratung die Grundlagen der notwendigen Heilerziehung schaffen.

Es ist selbstverständlich, daß die praktische Durchführung großer Richtlinien auf dem Gebiete der Psychopathenfürsorge den Ländern vorbehalten bleiben müßte. Dankend sei deshalb anerkannt, daß der **preußische** (C) **Wohlfahrtsminister,** mein Fraktionsgenosse **Stegerwald,** hier mit einer bedeutungsvollen sozialen Tat bereits bestimmte Wege vorzeichnete und Ziele aufstellte: durch einen Erlaß, der die **Errichtung von Beratungsstellen für Psychopathen** vorsieht. Manche ratlosen Lehrer und Lehrerinnen, manche verzweifelten Eltern werden ihm dafür dankbar sein. Aber wir müssen noch viel weiter gehen: die Forschung auf dem Gesamtgebiete der Psychopathie muß mit allen Mitteln gefördert werden, etwa auch durch Zusammenfassung in einem Zentralinstitut, damit sie zu einem vollgültigen Umblick und Ausblick und zur intensiven Fruchtbarmachung der Forschungsergebnisse für die Allgemeinheit kommen kann. Vor allem hätte sie den Zusammenhang der seelischen Erkrankungen mit unserer gesamten geistig-sittlichen Lebenshaltung zu zeigen und die notwendigen Vorbedingungen für eine andersartige Beurteilung der Psychopathen innerhalb unserer Gesetzgebung zu schaffen. Ich erinnere nur an die Reform des Strafgesetzbuchs, an die Erfassung der Prostituierten durch die gesetzlich festzulegenden Pflegeämter usw.

Und dann würde es heißen, die Laienkreise in geeigneter Weise über die Psychopathen und deren Behandlung aufzuklären. Die Kranken erleiden ja so oft schwerste Schädigung durch falsche Behandlung, ja seelische Mißhandlung. Und gerade sie sollen doch im Volksleben wurzeln bleiben, also nicht herausgelöst werden wie etwa Geisteskranke und Schwachsinnige. Sie sollen vielmehr im vollen Wortsinn gemeinschaftsfähig bleiben oder gemeinschaftsfähig werden. Deshalb darf die Gemeinschaft sich vor ihnen nicht verschließen, sondern muß ihnen in erbarmender Liebe entgegenkommen. In diesem Zusammenhang möchte ich unsere sogenannten Kriegspsychopathen noch besonders erwähnen.

Erbarmende Liebe bedeutet auch soziale und wirtschaftliche Klugheit. Denn die rechtzeitig einsetzende Heilbehandlung und Heilerziehung erspart uns vielleicht das (D) Zehnfache und Zwanzigfache an Ausgaben, die die Psychopathen später, wenn sie aus Abgearteten zu Entarteten geworden sind, unserem Gemeinwesen verursachen.

Um einen **Aktionsplan** zu entwerfen, wäre es vielleicht angebracht, wenn das Reichsministerium des Innern bald eine **Konferenz** veranstaltete: mit den Vertretern der Länder, mit führenden Fachleuten und Interessenten aus allen Volksschichten, vor allem mit Vertretern der Geistlichkeit aller Konfessionen, der Lehrerschaft, der Wohlfahrtsorganisationen und Berufsvereine. Es wird die höchste Zeit, daß wir den Ring schließen um die bisher so schwer Vernachlässigten, insbesondere die Jugendlichen. Sie sind gewiß nicht immer die angenehmsten und liebenswertesten Kranken. Aber die Wurzel ihrer eigenen Not und jener, die sie anderen bereiten, liegt nicht in einer persönlichen Schuld. Und als Volk haben wir gegen sie, weil sie solange vernachlässigt wurden, besonders schwerwiegende Pflichten. Zudem können wir in der gegenwärtigen Notzeit keines unserer Mitglieder, das noch irgendwie gemeinschaftsfähig gemacht werden kann, entbehren. In der Kraft unserer erbarmenden Liebe zu ihnen und der stets hilfsbereiten Fürsorge für sie finden wir vielleicht auch ein Mittel, um die klaffenden Abgründe unserer politischen Zerrissenheit, über denen so oft eine direkt psychopathisch anmutende Wolke, eine seelenvergiftende Atmosphäre lagert, zu überbrücken.

Ich bitte Sie also, die Entschließung zur Psychopathenfürsorge, die meine Fraktion Ihnen vorschlägt, anzunehmen.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat Herr Geheimrat Dr. Hamel.

(A) Dr. **Hamel**, Geheimer Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Dransfeld hat Ihnen die **große Tragweite des psychopathischen Problems** ausführlich dargelegt. Das Reichsministerium des Innern verschließt sich seiner ernsten Bedeutung nach der ethischen, sozialen und wirtschaftlichen Seite in keiner Weise. Es ist hier ein Problem, das noch nach vielen Seiten weiter entfaltet werden kann, wo zweifellos noch viel Neuland ist, auf dem die Forschung mit Nutzen einsetzen kann, und wo die Bestrebungen, die die Länder und Kommunen bereits an vielen Stellen eingeleitet haben, auch vom Reich nachdrücklich gefördert werden können.

Die Reichsregierung wird daher gern bereit sein, den Anregungen, die in dem eingebrachten Antrag niedergelegt sind, auch ihrerseits Folge zu geben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Moses.

Dr. **Moses**, Abgeordneter: Ich habe nicht die Absicht, materiell noch irgendwie in die Diskussion einzugreifen. Ich will noch einmal dem Minister gegenüber konstatieren, daß ich persönlich überhaupt weder einen **Angriff gegen den Papst** gerichtet noch sonst etwas unternommen, sondern lediglich den Brief des Geheimen Hofrats **v. Gruber** verlesen habe, an dessen Schluß es heißt:

> Rufen Sie nicht den Papst an, den Wächter christlicher Sittlichkeit, der kein Wort gewagt hat gegen den Versailler Frieden!

Ich persönlich habe dazu nichts erklärt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

(B) **Koch**, Reichsminister des Innern: Ich habe bereits gesagt und möchte das nochmals feststellen, daß ich falsch unterrichtet gewesen bin. Es war mir von mehreren Seiten gesagt worden, es wären Angriffe laut geworden, denen entgegenzutreten ich mich für verpflichtet gehalten habe.

Ich erkenne gern an, daß der Angriff nicht von Herrn Dr. Moses, sondern von dem Briefschreiber, Herrn Geheimrat v. Gruber, ausgegangen ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter: Die Angelegenheit der Sache des Papstes ist sicherlich zur Zufriedenheit aller Kreise aufgeklärt, was hier den Sachverhalt betrifft. Herr Dr. Moses hat selbst Wert darauf gelegt, in dieser Hinsicht den Sachverhalt aufzuklären.

Wenn Sie aber meinen, daß es notwendig wäre, Tatsachen in dieser Hinsicht auszusprechen, dann möchte ich sie kurz eben vor Ihnen ausbreiten. Der **Brief des Geheimrats v. Gruber**, eines Mannes, der sonst in der Bevölkerungspolitik als sympathischer Name uns bekannt ist — ich spreche das ganz offen im Sinne einer objektiven Darstellung aus — spricht davon, daß der **Papst seinerseits** nichts gegen den **Vertrag von Versailles** getan habe. Meine Damen und Herren! Das ist ein ganz falscher Sehwinkel! Wir müssen hier unterscheiden zwischen der Zeit vor dem Vertrag von Versailles und dem Vertrag und seiner Nachwirkung selbst. In der Zeit vor dem Versailler Vertrag sind wir dem Papst dankbar gewesen, daß er die Neutralität bewahrt hat. Es ist damals von Kreisen, die weitab von uns stehen und fern von uns stehen, mit allem Nachdruck der Gedanke zum Ausdruck gebracht worden, daß der Papst der einzige wirkliche große Neutrale sei. Sie können in (C) dieser Hinsicht die Ausführungen lesen, die damals Freiherr Octavio v. Zedlitz und Neukirch im „Tag“ geschrieben hat, also der Führer einer Gruppe, die in vieler Hinsicht nicht mit meiner Auffassung übereinstimmt.

Ich verweise weiter auf die Aufsätze des **protestantischen Kirchenrats Lulvés**, die in der **„Deutschen Revue“** erschienen sind, wo quellenmäßig, dokumentarisch, unter Beibringung von großem Material derselbe Gedankengang zum Ausdruck gebracht worden ist, daß der Papst als wirklich Neutraler in den Quellen des Weltkrieges anzusehen ist. Eben deshalb war es ihm möglich, kriegscharitative Maßnahmen größten Stils einzuleiten. Ich erinnere Sie nur daran, was er im Kriege getan hat für die Kriegsgefangenenfürsorge und -hilfe. Unsererseits ist in **Paderborn** das große **Institut für kirchliche Kriegshilfe** aufgemacht worden. Dieses Institut für kirchliche Kriegshilfe hat in seiner Gefangenenfürsorge und in seiner Vermißtennachforschung noch in vielen Fällen — ich stelle das hier einmal fest — dort helfen können, wo es selbst dem Roten Kreuz versagt war, in der einen oder anderen Hinsicht Licht zu bringen, Aufschlüsse zu gewähren und zu helfen. Mit großem Dank muß das festgestellt werden. Es war aber eben nur möglich, weil dieses Institut für kirchliche Kriegshilfe in Paderborn sich anlehnen konnte an die diplomatischen Beziehungen des Vatikans. Es ist in diesen Tagen die Kardinalsernennung des Kardinals Schulte von Köln gewesen, und bei dieser Kardinalernennung ist eigens vom Papst zum Ausdruck gebracht worden, daß die großartigen sozialen charitativen Maßnahmen, die in Paderborn getroffen worden sind, einer der Mitgründe gewesen seien, um ihm die Würde des Kardinals zu verleihen.

So hat die **Neutralität des Papstes** gerade **während des Krieges** außerordentlich wertvolle Früchte gezeitigt und getragen, die dann in der Geschichte des Kriegs, die auch die Charitas zu behandeln hat, nie (D) vergessen werden können. Das müssen wir alle zugeben, zu welchem Parteiprogramm man immer stehen mag. Noch immer ist das Gebiet der sozialen charitativen Fürsorge im allgemeinen ein Gebiet, auf dem wir uns am leichtesten finden können.

Wenn so in der Vergangenheit gerade durch die Neutralität für die Charitas die großen Erfolge erzielt worden sind, so kann diese Vergangenheit in dieser Hinsicht ein Licht werfen auf die Gegenwart, daß nämlich die Neutralität der Vergangenheit natürlich auch eine Verpflichtung für die Gegenwart einleitete.

Aber ich gehe einen Schritt weiter und sage: Herr Geheimrat v. Gruber in München ist doch eigentlich sehr wenig über den Friedensvertrag von Versailles und seine Abbröckelung unterrichtet. Wenn wir wirklich die Reihe der großen Abbröckelungen nehmen, die moralischen Einwendungen, die gegen unerfüllbare Bedingungen und Härten des Friedensvertrags gerichtet sind, dann müssen wir auch hier davon sprechen, daß der **Vatikan** in einem Punkte mit allem Nachdruck — und in einem sehr wichtigen Punkte — mit einer bedeutsamen **Kritik des Friedensvertrags** eingesetzt hat. Ich kann es nur bedauern, daß Herr Geheimrat v. Gruber in dieser Hinsicht so wenig das einschlägige Material verarbeitet hat. Denn es muß doch bekannt sein, daß **der Papst** in seiner **Weihnachtsallokution im Dezember** 1920 mit allem Nachdruck darauf hingewiesen hat, daß der Vatikan nicht auf die Behandlung eingehen kann, wie sie den **Missionsgesellschaften in unseren früheren Kolonien** zuteil geworden ist, die heute der Entente gehören. Mit allem Nachdruck ist ausgesprochen worden, daß es dem Vatikan nicht möglich ist, auf diese Behandlungsmethoden einzugehen, die im Friedensvertrage ausgesprochen sind. Nach dem Friedensvertrag

(D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter.)

(A) sind die Missionare und Missionsgesellschaften im wesentlichen ja als rechtlos betrachtet worden, und man muß wirklich sagen, daß der Vatikan seinerseits moralisch damit, und gewißlich vom Standpunkt des Christentums, einen starken Vorstoß gegen die Härten des Friedensvertrags vorgenommen hat, die unerträglich sind.

Aber ich gehe noch einen Schritt weiter und sage, daß der Vatikan seinerseits jetzt, nachdem der Friedensvertrag von Versailles in Kraft getreten ist, im Sinne seiner großen Traditionen während des Krieges wiederum Charitashilfe und edelste Humanität im größten Stil in die Organisation übergeführt hat. Denn Sie haben davon gelesen, und gerade in diesen Tagen der Kardinalsernennung in Rom ist es mit Nachdruck zum Ausdruck gekommen, daß der Papst es gewesen wäre, der die **Bischöfe der Vereinigten Staaten** aufforderte, wirklich für die Europahilfe, das heißt vor allem für die **Hilfe für Deutschland**, sich einzusetzen, zugunsten der deutschen Kinder. Es ist der **Kardinal Faulhaber**, der am 9. März, also vor wenigen Tagen, in Rom dem Vatikan und dem amerikanischen Erzbischof von Philadelphia seinen Dank mit den Worten ausgesprochen hat:

> „Auf den Ruf Eurer Heiligkeit haben die amerikanischen Bischöfe den deutschen Bischöfen reiche Liebesgaben geschickt, um die schwere Notlage der Bevölkerung zu erleichtern und haben damit als wahre Pontifices eine Brücke der Liebe über den Ozean geschlagen."

Das sind doch alles bedeutsame Tatsachen.

Ich muß weiter darauf hinweisen, daß der **Vatikan** von sich aus von Rom mehrfach mit großen **Spenden zugunsten der deutschen Kinder** eingegriffen hat. Meine Damen und Herren, gewiß, Sie können in solchen Spenden, wenn Sie wollen, juridisch nicht einen formellen Protest gegen den Friedensvertrag von Versailles sehen. Aber was mir vom charitativen Standpunkte aus wertvoller ist, es ist hier eine Apologie der Tat. Es ist das Charitastätigkeit, die in allem eine Milderung, eine charitative Revision des Friedensvertrages bedeutet. Dieses einmal zur Steuer der Wahrheit gegenüber Professor v. Gruber, weil diese Dinge hier in die Debatte geworfen worden sind. (B)

Herr Dr. Moses hat mit allem Nachdruck schon darauf hingewiesen, daß er sich für seine Person mit diesen Auffassungen des Professors v. Gruber nicht identifiziert. Ich freue mich, auf diesem Gebiete der Charitaspflege und sozialer Auffassungen auch in Sachen des Papsttums mit ihm übereinstimmen zu dürfen.

Sachlich ein kurzes Wort zu den Ausführungen von Herrn Dr. Moses. Er hat uns in diesen Tagen eine Reihe wertvoller Anregungen gebracht. Ich stimme ihm auch darin zu, daß gewiß noch manche Möglichkeiten sich für das Reichsgesundheitsamt eröffnen, das Gebiet seines sozialen Interesses zu erweitern. Im Hauptausschuß selbst ist von unserer Fraktion zum Ausdruck gebracht worden, daß wohl noch gewisse Möglichkeiten bestehen, auch bevölkerungs-politische Interessen dem Reichsgesundheitsamt anzubauen.

Andererseits muß ich aber doch gegenüber Herrn Dr. Moses sagen, daß wir mit seiner Charakteristik von der Spitze des Reichsgesundheitsamtes, von dem bürokratischen Schliff, der sich dort äußert, nicht einverstanden sind. Wir haben die Auffassung, daß wir dem derzeitigen Leiter des Gesundheitsamtes doch starkes Vertrauen entgegenbringen können. Wir sind allerdings der Auffassung, daß dieses Vertrauen dadurch gerechtfertigt wird, daß das **Reichsgesundheitsamt** in der Lage ist, noch ein starkes Maß sozialer **Initiative** zu entwickeln. Ich glaube auch, daß der Herr Minister Koch sein Wort vom Reichsgesundheitsamt: „auf dem Gebiete der Gesundheit sind wir eine Gesetzgebungsmaschine", nicht so eng umschrieben wissen will, sondern daß er auch der Auffassung ist, daß auf dem Gebiete der Gesundheitspflege vom Reichsgesundheitsamt auch eine Menge von Signalen in das Land hinauszugeben sind, eine Menge von Anregungen auch hier im Reichstag selbst, denn unser Land braucht solche Anregungen, und die Reichsregierung hat, wenn man sich auf den Boden der Verfassung stellt, auch Antriebe, um solche Anregungen auszugeben. (C)

Ich erinnere Sie bloß daran, daß solche Anregungen jetzt sehr fruchtbar auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet fallen können. Wir sind dort jetzt in einer Neuschöpfung begriffen, die auch die Aufmerksamkeit des Reichsgesundheitsamtes sicher in Anspruch nehmen dürfte. Wir haben die Erfahrung gemacht — und das ist eine Anregung für unsere großen Kommunen —, daß wir mit den bloßen Stadtarztstellen nicht auskommen. Ein Stadtarzt, der bloß Atteste und Zeugnisse schreibt, hat eine mechanische Arbeit und muß das große Gebiet der eigentlichen planmäßigen sozialhygienischen Organisation und Fürsorge im wesentlichen unbeachtet lassen. Wir im Industriegebiet gehen jetzt vor, den Stadtarzt für sich zu lassen und neben dem Stadtarzt einen Arzt als Beigeordneten in unsere Kommunalverwaltung einzubauen. Dieser Arzt hat vor allem von vornherein eine starke gefestigte soziale Grundlage. Er hat die Möglichkeit, sich in den Kommunen stärker durchzusetzen und wirklich organisatorisch auf dem Gebiete der Sozialhygiene etwas zu schaffen. Ich erwähne nur die Stadt Bottrop, die in dieser Hinsicht unter der Leitung eines hervorragenden Augenarztes, des Professors Dr. Ohm, führend und richtungweisend vorangehen will. Wenn das Reichsgesundheitsamt in dieser Hinsicht Anregungen vom Reichstage aus in das Land hinausstreut, sind wir dafür stets dankbar. (D)

Herr Dr. Moses hat zum Ausdruck gebracht, daß ein Reichsgesundheitsministerium zu wünschen sei. Ja, wie die Verhältnisse zurzeit bei uns liegen, sind verfassungspolitisch, da das Reich die Exekutive nicht besitzt, wie der Herr Minister Koch eben bereits ausführte, die Dinge nicht zu machen. Aber eines ist gewiß: weil wir ein großer Kulturstaat sind, können wir wenigstens in der weiten Ferne einmal das große Ziel aufleuchten lassen, auch damit unter die großen Kulturnationen zu treten, daß wir in einer späteren Zeit auch einmal die Gründung eines Reichsgesundheitsministeriums ernster ins Auge fassen.

(Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die Aussprache ist geschlossen.

Zu Kap. 9, Tit. 1 liegen drei Entschließungen vor. Zunächst eine Entschließung des Ausschusses auf Drucksache Nr. 1333 unter II 6:

> die Reichsregierung zu ersuchen, bei Einbringung des nächsten Etats eine Denkschrift über die Unterernährung des deutschen Volkes und die sich daraus ergebenden schweren Schädigungen der Volksgesundheit vorzulegen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Ferner liegt eine Entschließung Aderhold und Genossen auf Nr. 1498 der Drusachen unter 3 vor,

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) die Reichsregierung zu ersuchen, so bald als möglich ein selbständiges Reichsministerium für Volksgesundheit unter fachmännischer Leitung einzurichten.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; sie ist abgelehnt.

Drittens liegt eine Entschließung Trimborn, Frau Dransfeld, auf Nr. 1649 der Drucksachen vor,

die Reichsregierung zu ersuchen, die Forschung auf dem Gesamtgebiete der Psychopathie mit allen Mitteln zu fördern und auf eine umfassende Psychopathenfürsorge unter besonderer Berücksichtigung der notwendigen erzieherischen Maßnahmen für psychopathische Jugendliche beiderlei Geschlechts hinzuwirken.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Ich darf wohl ohne Abstimmung feststellen, daß Kap. 9 Tit. 1 angenommen ist. —

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6 nebst Ergänzung, — 7, — 8, — 9. — Bewilligt.

Ich rufe auf Kap. 10 Tit. 1, — 2, — 3, — 4 nebst Ergänzung, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10. — Angenommen.

Wir gehen über zu Kap. 11 Tit. 1, Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsamt).

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

(B) D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Nicht als Redner nehme ich das Wort, sondern als Berichterstatter. Wir haben den Etat des Reichswanderungsamtes im Hauptausschuß noch einmal beraten auf Grund eines vorliegenden Antrages, die Dinge noch einmal im Hauptausschuß durchzusprechen. Das ist erfolgt. Man hat dort einläßlich über die Organisation des Reichswanderungsamtes gehandelt, man hat über die Zweigstellen gesprochen, man hat auch von der inzwischen ins Leben gerufenen Bewegung gesprochen, die früheren Beschlüsse des Hauptausschusses nicht in ihrer Gesamtheit und Ganzheit verbindlich sein zu lassen, sondern möglichst auf eine Abänderung dieser Beschlüsse hinzuwirken. Mehrere Redner haben zum Ausdruck gebracht, daß die Agitation, die gegen die Beschlüsse des Hauptausschusses eingesetzt hat, die Grenze des Zulässigen in mehr als einer Hinsicht überschritten habe. Nach einer lebhaften Aussprache hat dann der Ausschuß folgende Beschlüsse angenommen:

1. Kapitel 11 der fortdauernden Ausgaben (Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung — Reichswanderungsamt) — entgegen dem Antrage des Ausschusses auf Nr. 1333 der Drucksachen — unverändert nach der Vorlage zu bewilligen.
2. An Stelle der in dem mündlichen Bericht auf Nr. 1333 der Drucksachen unter II. 7 und 8 beantragten Entschließungen die folgenden anzunehmen:
   a) die Reichsregierung zu ersuchen, den Abbau des Reichswanderungamtes einzuleiten und zunächst zwei Regierungsräte als „künftig wegfallend" zu bezeichnen sowie von den drei Direktorstellen eine als „künftig wegfallend" zu bezeichnen und eine Direktorstelle in die Stelle eines Oberregierungsrats (C) umzuwandeln,
   b) die Reichsregierung zu ersuchen, die sich mit der Auswandererberatung befassenden privaten Organisationen finanziell zu unterstützen unter gleichzeitiger Verminderung der amtlichen Auskunftsstellen,
   c) die Reichsregierung zu ersuchen, mit dem Haushaltsplan für 1922 eine Denkschrift vorzulegen, welche erschöpfende Angaben über die Vorgeschichte, die Entwicklung, die jetzigen Aufgaben des Reichswanderungsamts, seine zentrale und lokale Organisation enthält. Dabei ist insbesondere darzulegen, mit welchen privaten Organisationen das Amt arbeitet und wie diese mit denselben organisatorisch verbunden sind.

   In der Denkschrift ist ferner zu erörtern, ob zur Erledigung der gestellten Aufgaben ein besonderes Amt notwendig ist und nicht eine Abteilung des Ministeriums zweckmäßiger mit denselben zu betrauen ist.

Das sind die Beschlüsse des Hauptausschusses.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Abgeordnete Stücklen.

Stücklen, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Reichswanderungsamt gehört zu den staatlichen Einrichtungen, von denen bisher in der Öffentlichkeit sehr wenig oder gar nicht gesprochen wurde. Das einzige, was man bisher in der Öffentlichkeit gesehen hat, waren jene künstlerisch verunglückten Plakate, die an allen Bahnhöfen angeklebt waren, die vor der Auswanderung warnen sollten und andererseits darauf aufmerksam machten, daß man Auskunft im (D) Reichswanderungsamt haben könnte. Wenn solche Plakate angeklebt werden, so ist das natürlich eine Aufforderung, sich an das Reichswanderungsamt zu wenden, und daraus erklärt sichs, daß eine große Menge Anfragen gestellt worden sind. In Wirklichkeit erblickt nun das Reichswanderungsamt seine Aufgabe nicht darin, die Auswanderung zu leiten und zu fördern, sondern sie zu verhindern. Das scheint in der Öffentlichkeit nicht genügend beachtet worden zu sein. Wenn man annehmen wollte, daß ein Amt sehr gut sei, wenn wenig von ihm gesprochen wird, so trifft das beim Reichswanderungsamt jedenfalls nicht zu.

Wie ist nun das Reichswanderungsamt, das die Öffentlichkeit in der letzten Zeit sehr beschäftigt hat, **entstanden?** Als man in Deutschland der Meinung war, daß man **Kurland** haben könne — Sie wissen ja, daß dem früheren Kaiser der Herzogshut von Kurland angeboten wurde —, wurde das Reichswanderungsamt geschaffen mit der Aufgabe, die Deutschen aus den Wolgagebieten und anderen Teilen Rußlands nach Kurland zu lenken, um Kurland zu besiedeln. Es ist anders gekommen. Wir haben Kurland nicht erhalten und haben noch weite Gebiete guten alten deutschen Bodens eingebüßt. Damit war eigentlich die Aufgabe, die dem Wanderungsamt gestellt war, gescheitert, und es wäre selbstverständlich gewesen, wenn man nunmehr das Amt dahin zurückversetzt hätte, von wo aus es eigentlich entstanden ist, nämlich zum Auswärtigen Amt. Statt dessen hat man das Reichswanderungsamt beibehalten, und nun erleben wir die merkwürdige Tatsache, daß man für eine Behörde Arbeit sucht. Im allgemeinen ist es so, daß die Arbeit vorhanden ist und dann eine Behörde zur Lösung der Aufgaben eingesetzt wird. Hier ist der umgekehrte Weg eingeschlagen worden. Es war

(Stücklen, Abgeordneter.)

(A) eine Behörde aufgezogen, sie war außerordentlich stark mit höheren Beamten besetzt, und nun mußte die Arbeit gesucht werden. Es begann ein Hin- und Hertasten, es wurden alle möglichen Aufgaben, die keineswegs eng zusammenhängen, mit der Frage der Einwanderung und Auswanderung, dem Reichswanderungsamt übertragen.

Ich stehe auf dem Standpunkt, der von meinen Parteifreunden auch geteilt wird, daß die Auswanderung eines der wichtigsten Probleme der Zukunft ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist ein altes ökonomisches Gesetz; entweder man muß Waren exportieren oder Menschen. Daß wir in absehbarer Zeit dazu kommen werden, Waren in der erwünschten Menge zu exportieren, erscheint ausgeschlossen. Deshalb werden wir uns damit vertraut machen müssen, daß eine große Anzahl Deutscher ins Ausland geht, die zum Teil auch bereits im Ausland gewesen waren, und daß Vorkehrungen getroffen werden müssen, daß der Auswandererstrom vernünftig geleitet, daß er betreut wird und daß man vor allem die Verbindung mit den Auswanderern aufrechterhält. Darüber gibt es keinen Streit, und wenn man in der Öffentlichkeit gesagt hat, das Wanderungsamt solle beseitigt werden, die ganzen Aufgaben sollen damit unter den Tisch fallen, so ist das eine Unwahrheit gewesen. Davon hat kein Mensch im Haushaltsausschuß geredet. Wir haben nur gesagt, die Aufgaben, die da gelöst werden müssen, können auch von einer Abteilung beim Ministerium oder aber in einer anderen Behörde gelöst werden.

Heute steht im Vordergrunde nicht die Auswanderung, sondern die **massenhafte Einwanderung**. Tagtäglich kommen Tausende von Leuten aus allen möglichen Ländern nach Deutschland zurück, und sie

(B) kommen nicht etwa als **Rückwanderer**, als Leute, die aus freiem Entschlusse nach Deutschland zurückkehren, sie kommen als Flüchtlinge nach Deutschland, die draußen die Existenz verloren und alles eingebüßt haben. Die Einwanderer kommen als Flüchtlinge, mit denen das Wanderungsamt gar nichts zu tun hat. Nun mußte das Wanderungsamt doch zeigen, daß es überhaupt etwas leistet. Vor mir liegt ein umfangreicher **Geschäftsbericht**, den das **Wanderungsamt** herausgegeben hat. Darin wird unter anderem mitgeteilt:

> Die **Heimbeförderung der in Sowjetrußland befindlichen reichsdeutschen Zivilgefangenen** über Litauen vollzog sich trotz erheblicher Schwierigkeiten bis November 1919 mehr oder weniger regelmäßig und im allgemeinen zufriedenstellend. Dann trat wegen verschiedener Ursachen, Widerstand der Sowjetregierung und so weiter, eine Stockung ein, die erst durch den bevorstehenden deutsch-russischen Gefangenenaustausch zu beheben sein wird.

So weit, so richtig; aber es ist nicht hinzugefügt, daß das Wanderungsamt damit gar nichts zu tun hatte,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

aber auch gar nichts. Wenn man so verfährt, könnte eine Behörde, einmal einen Ausschnitt aus der Tätigkeit des Auswärtigen Amts in seinen Geschäftsbericht mit aufnehmen, eine Behörde könnte einen Ausschnitt aus der Tätigkeit irgendeiner Regierungsstelle herausnehmen und in seinen Geschäftsbericht lancieren. Das ist doch zweifellos eine Irreführung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es wird z. B. weiter erzählt, das Reichswanderungsamt habe dafür gesorgt, daß nicht allzuviel Flüchtlinge nach Deutschland hereinkommmen, deshalb habe man nach Eydtkuhnen einen Beamten gesetzt, der den Strom

(C) dort aufhalten sollte. Wie sehr ihm das gelungen ist, beweist ein Blick in unsere überfüllten Flüchtlingslager. Es war ein Fehlschlag, es gehörte auch gar nicht zu den Aufgaben des Wanderungsamtes; denn dieser Beamte in Eydtkuhnen kann doch den Flüchtlingsstrom nicht aufhalten, ganz abgesehen davon, daß die Flüchtlinge größtenteils überhaupt nicht über Eydtkuhnen kommen. Wie lange der Beamte dort war, weiß ich nicht; aber jedenfalls kann das Wanderungsamt nicht für sich in Anspruch nehmen, daß es den Flüchtlingsstrom einigermaßen eingedämmt habe, wie es hier schreibt. Die Richtigkeit des Berichts kann jedenfalls nicht bestritten werden, er ist unterschrieben mit Dr. Jung, und wir werden dann hören, wie er dazu kommt, derartige Dinge in seinen Geschäftsbericht aufzunehmen.

In einer anderen Druckschrift wird erzählt, daß es gelungen sei, den Zuzug Deutscher und Deutschstämmiger aus dem Osten in geordneten Bahnen zu halten und einer drohenden allgemeinen Flucht großer Menschenmassen aus dem Osten nach Deutschland vorzubeugen. Jeder Mensch, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß genau das Gegenteil von dem richtig ist, was hier in dem Bericht stand,

(sehr richtig! links)

und gestützt auf solche Berichte wird dann erklärt, daß das Reichswanderungsamt in seinem jetzigen Umfange eine unbedingte Notwendigkeit sei.

Ich sagte vorhin: die Auswanderung ist zweifellos eins der schwierigsten Probleme; darüber sind wir uns alle vollständig klar. Aber **augenblicklich kann die Auswanderung überhaupt nicht in Frage kommen.** Alle Länder sperren sich gegen Deutschland ab. Sie wissen, daß sogar Nordamerika, das ja auf verschiedenen Gebieten einigermaßen Entgegenkommen zeigt, den Prozentsatz der Deutschen, die zur Einwanderung zugelassen

(D) werden, so reduziert hat, daß die Einwanderung auf ein Minimum herabsinken wird. Es ist bezeichnend, daß in einer anderen Anweisung des Reichswanderungsamtes gesagt wird, die Auswanderer sollten vorzugsweise deutsche Schiffe benutzen, und wenn keine da seien, sollten sie die Schiffe der Staaten benutzen, die neutral gewesen seien, aber sie sollten sich den Schiffen der feindlichen Mächte fernhalten. Was will man denn damit eigentlich erreichen? Wenn die Leute auswandern können, dann werden sie die beste und billigste Gelegenheit benutzen und werden nicht erst lange fragen können, unter welcher Flagge das Schiff fährt, das sie in den Hafen bringen soll, den sie sich als Zielort auserwählt haben. Vorerst dürfen die Deutschen nirgends hinein. Aber auch dann, wenn sie es dürfen, kann man den deutschen Einwandererstrom nicht zwingen, sich in bestimmte Länder zu ergießen. Man scheint der Auffassung zu sein, daß es möglich wäre, durch einen behördlichen Apparat den ganzen Auswandererstrom in ein Bett zusammenfassen und auf diese Weise dorthin lenken zu können, wo die Behörde es haben will. In Wirklichkeit wird es ganz anders gehen. Der Auswanderer wird nicht in das Land hingehen, das ihm das Reichswanderungsamt empfiehlt, er wird in das Land gehen, in dem er am besten sein Fortkommen zu finden glaubt. Wenn man dann obendrein auf dem Standpunkt steht, man müsse die Auswanderung eindämmen, so ist das ein Standpunkt, den ich einfach nicht verstehe, da sich gar keine Möglichkeit bietet, die Leute in Deutschland so unterzubringen, wie es in ihrem eigenen Interesse gelegen wäre.

Ich wäre sehr neugierig, einmal zu hören, welche Länder man denn eigentlich in Aussicht genommen hat. Ich bin der Überzeugung: der Hauptstrom der Aus-

(Stücklen, Abgeordneter.)

(A) wanderer wird nach dem Osten und Südosten Europas sich bewegen, wird also den Seetransport zu vermeiden in der Lage sein.

Ich sagte vorhin schon, allerdings müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß diese Auswanderer der Heimat nicht vollständig entfremdet werden; aber das kann eine Behörde nicht machen. Ich kann mir denken, daß das Aufgabe der Gewerkschaften wäre, die mit den Gewerkschaften in anderen Ländern in engster Beziehung stehen und die auf diese Weise die Leute vor Not und Elend bewahren können; ich kann mir denken, daß die charitativen Vereine, die auf dem Gebiete bisher schon tätig waren, darin sehr viel leisten können; ich kann mir aber nicht denken, daß eine deutsche Reichsbehörde hier einen maßgebenden Einfluß auszuüben in der Lage ist.

Außerdem hat das Reichswanderungsamt sich zur Aufgabe gesetzt, Auskünfte zu erteilen. Ich habe gegen **amtliche Auskünfte** die allergrößten Bedenken, und zwar aus folgendem Grunde: Wenn das Reich einem Auswanderer eine Auskunft gibt, dann übernimmt es damit eine gewisse Garantie, und es ist garnicht ausgeschlossen, daß dann schließlich **Regreßansprüche gegen das Reich** erhoben werden, und wir können damit sehr unliebsame Erfahrungen machen. Man soll ganz ruhig die Organisationen arbeiten lassen, die bisher auf dem Gebiete tätig waren und die man als zuverlässig kennt — ich denke dabei vor allem, daß ein Teil dieser Tätigkeit den Gewerkschaften übertragen wird —, man soll sie mit dem amtlichen Material versehen und sie unter eine gewisse Kontrolle des Staates stellen. Damit ist alles getan, was vernünftigerweise getan werden kann. Aber jede Zentralisation, derart, daß eine amtlich abgestempelte Auskunft von einer Stelle gegeben werden soll, halte ich für das denkbar größte Übel. Man kann auch, wie das seither schon der Fall war, die Firmen,

(B) die sich mit Auswanderung befassen, einer strengen Konzessionspflicht unterwerfen, man kann ihnen Tarife vorschreiben, damit der Auswanderer vor Ausbeutung geschützt wird; aber die amtlichen Auskünfte sind auf alle Fälle nach manchen Richtungen hin höchst bedenklich.

Dann noch eins: solche private Organisationen sind in der Lage, vor der Einwanderung in ein bestimmtes Land zu warnen. Das kann aber eine Behörde, eine amtliche Organisation nicht. Das konnte sich das frühere starke Deutschland leisten, zu sagen: Geht nicht in dieses Land, wir warnen vor der Auswanderung dahin. Das kann aber das heutige Deutschland nicht. Wenn wir einem Lande gegenüber vor der Einwanderung warnen, dann besteht die große Gefahr, daß Repressalien ergriffen werden. Wir sind eben heute in der Welt der Schwächere. Wir haben keinen Anlaß, uns neue Feinde zu schaffen, wir müssen im Gegenteil suchen, allmählich wieder Vertrauen in der Welt zu gewinnen.

Ich glaube, die Bedenken, die ich da geäußert habe, werden nicht ohne weiteres beiseite geschoben werden können. Der ganze Apparat muß so beweglich wie möglich sein; das wird ein behördlicher Apparat aber niemals sein können.

Die Tätigkeit des Reichswanderungsamtes beschränkt sich wie gesagt bis jetzt auf die Warnung vor der Auswanderung. Allerdings, wenn ich mir den Bericht des Reichswanderungsamtes über seine Aufgaben ansehe, dann muß ich sagen: wenn das alles wirklich Aufgaben wären, die das Reichswanderungsamt zu erfüllen hat, dann würde man über Abstriche anderer Meinung werden können. In dem Bericht steht unter den Aufgaben: **Inlandssiedelung.** Was hat das Reichswanderungsamt mit Inlandssiedelung zu tun? Das ist

(C) eine Sache der Länder, aber nicht des Reichswanderungsamtes. Nun bin ich allerdings von einem Herrn, der in solchen Dingen sehr erfahren ist, belehrt worden; er sagte mir: An das Reichswanderungsamt kann ein Brief kommen, worin jemand fragt: Ist in Deutschland die Möglichkeit da, angesiedelt zu werden? Dann wird ihm geantwortet. Demnach kann das Reichswanderungsamt in seiner Geschäftsverteilung schreiben: „Inlandssiedelung“. — Wenn nun jemand fragen würde: Kann man in Deutschland Schweine züchten,

(Heiterkeit)

dann wird das Reichswanderungsamt antworten: Jawohl! Und dann schreibt man in die Geschäftsverteilung hinein: Ein Dezernat für Schweinezucht.

(Heiterkeit!)

So könnte man das ins Endlose hinausziehen, und daraus erklärt es sich dann, daß in seiner Geschäftsverteilung eine ganze Menge Dezernate enthalten sind, die nichts weiter darstellen als einfache Anfragen, die beantwortet wurden. Wenn man auf diese Weise verfährt, dann kann man jedes Amt in jeder Größe ohne weiteres begründen.

Meine Damen und Herren! Die Frage ist nur die: Braucht man für alle diese Dinge ein eigenes Reichsamt, oder kann das von einer Abteilung in einem Ministerium gemacht werden? Das ist der Kernpunkt der Frage.

Das Amt besteht heute aus einem Präsidenten, drei Direktoren, 14 Regierungsräten, 20 Obersekretären usw. In welchem Amt kommen denn auf 20 Obersekretäre 14 Regierungsräte? Daraus geht doch ohne weiteres hervor, daß eine **Überorganisation** besteht,

(sehr richtig!)

die abzubauen im Interesse der deutschen Finanzen eine dringende Notwendigkeit ist.

(Sehr richtig! rechts.)

(D) Meine Damen und Herren! Die **Zahl der höheren Beamten** ist ohne Zweifel **zu groß**, und ich habe die Empfindung, man macht dort auch Arbeiten, die ganz wohl von einer anderen Seite erledigt werden können. Ich will nur eins herausgreifen: Die **Nachforschung nach Vermißten.** Gewiß hat diese Nachforschung eine gewisse Bedeutung. Der Erfolg der Nachforschungen steht allerdings zumeist in einem großen Gegensatz zu der aufgewendeten Mühe. Aber trotz alledem: Die Nachforschungen sollen angestellt werden. Nun hören Sie: wenn jemand eine Uniform getragen hat, und er wird vermißt, dann hat die Nachforschung das Zentralnachweiseamt. Wenn jemand Zivilkleider getragen hat, und er wird vermißt, dann hat die Nachforschung das Reichswanderungsamt.

(Heiterkeit.)

Ich sehe nicht ein, weshalb nicht die Stelle, die die meisten Nachforschungen zu erledigen hat — und das ist das Zentralnachweiseamt, denn die Vermißten waren zum größten Teil Uniformträger —, auch gleichzeitig die Nachforschungen nach den Zivilisten mit übernehmen kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber dem Amt muß eben Arbeit geschaffen werden, es muß irgend etwas gesucht und herangezogen werden, damit die Aufrechterhaltung eines Amtes in diesem Umfange dem Reichstag gegenüber einigermaßen vertreten werden kann. Ich halte es überhaupt für eine große Unsitte, daß man für Aufgaben, die zeitlich begrenzt sind, eigene Behörden schafft.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Derartige Aufgaben soll man anderen Personen übertragen und nach ihrer Lösung sollen diese Personen ihrer Wege gehen, und es bleibt nichts übrig. Schafft

(**Stücklen**, Abgeordneter.)

(A) man aber eigene Ämter, dann wird die Aufgabe schließlich gelöst sein, aber die Beamten bleiben da.

(Zustimmung links.)

Heute klagt man immer darüber, daß wir zuviel Beamte haben. Ja, wenn in dieser Weise verfahren wird, dann braucht man sich darüber nicht zu wundern, wenn das Beamtenheer immer stärker anschwillt.

Das Reichswanderungsamt hat jetzt drei Direktoren. Bis zum vorigen Jahre hatte es einen Direktor. Im vorigen Jahre verlangte man dann zwei Direktoren mehr, und es ist mir kürzlich entgegengehalten worden: weshalb habt ihr denn damals die zwei Direktorenstellen bewilligt? Das will ich Ihnen sagen, weshalb! In der Flut von Nachtragsetats, Ergänzungsetats, Notetats usw. kannte sich im vorigen Jahre kein Mensch mehr aus, und bei der Gelegenheit sind die zwei Direktoren mitbewilligt worden. In dem uns jetzt vorliegenden Etat wird erklärt, daß zwei der Direktorenstellen künftig wegfallen und mit Oberregierungsräten besetzt werden sollen. Das heißt nichts anderes, als daß man zwei Herren einfach zu Direktoren machen wollte, obwohl es sachlich nicht notwendig war. Sonst wäre es ganz unverständlich, daß man jetzt auf einmal nach einem halben Jahr zu der Auffassung gelangt, daß diese zwei Direktoren durch Oberregierungsräte ersetzt werden können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aus diesen Gründen kam der Haushaltsausschuß zu seinen Abstrichen und diese **Abstriche** gingen dahin, daß der Präsident, zwei Direktoren und außerdem sechs Regierungsräte wegfallen sollten. Als Spitze wären ein Direktor und acht Regierungsräte geblieben. Von den Obersekretären, die ja die ausführende Arbeit machen müssen, sollte keine Stelle weggestrichen werden.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— Sie arbeiten nach den Anweisungen, die ihnen von (B) den Regierungsräten gegeben werden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Darüber besteht gar kein Zweifel, daß die Arbeit in manchen Ämtern sehr wohl zusammengedrängt werden könnte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und links.)

Mir gehen als Mitglied des Haushaltsausschusses eine ganze Menge Schreiben zu, in denen gesagt wird: Nein, in diesem Amt dürfen Sie nichts streichen; denn es ist das einzige, das arbeitet! Dieselbe Versicherung bekommt man von zehn und zwölf Ämtern; sie sagen alle: wir sind die einzigen, die arbeiten. Ich habe schon im Hauptausschuß gesagt: heute liegt die Sache eben so: man sucht sich einen Aktendeckel und setzt sich drauf. Da ist die Grundlage der Existenz!

(Heitere Zustimmung links.)

Wenn nun jemand den Aktendeckel wegziehen will, dann wendet sich der Träger des Aktendeckels dagegen, und er ruft seine Freunde und alle möglichen Leute zu seiner Hilfe herbei. Dann wird der Öffentlichkeit klar gemacht: gerade dieser Aktendeckel ist die Achse, um die sich alles bei uns in Deutschland dreht.

(Große Heiterkeit. — Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Diese schöne Erfahrung haben wir auch bei der Agitation erlebt, die gegen den Haushaltsausschuß in einer bisher noch nicht erlebten Weise betrieben worden ist. Das Reichswanderungsamt steht den Treibereien zweifellos nicht fern, wenn es auch natürlich schwer sein wird, einen bestimmten Herrn herauszugreifen und zu sagen: Das ist derjenige, der die ganzen Treibereien veranlaßt hat. Zunächst hat man den ganzen Streit auf ein anderes Geleise geschoben. Man stellte es so hin, als ob das **Auslandsinstitut in Stuttgart**, — ein ausgezeichnet geleitetes Institut, das außerordentlich viel geleistet hat und noch leistet, das übrigens auch von einer (C) ganzen Reihe von Mitgliedern der Nationalversammlung seinerzeit in Stuttgart besichtigt worden ist — alles an sich ziehen wolle, um das Reichswanderungsamt auszuschalten. Das hat vor allen Dingen in den Hansestädten verfangen, wo man in dieser Frage natürlich mit der Verlegung des Schwerpunktes nach Stuttgart nicht einverstanden war. Nach der anderen Seite wurde so gearbeitet, daß man erklärte: es soll alles beseitigt werden, es muß eingegriffen werden, damit die Auswanderer nicht vollkommen schutzlos und ratlos dastehen Das war das andere Geleise, auf das man die Sache geschoben hat.

Kaum hatte der Hauptausschuß seine Sitzung beendet, als auch bereits der **Verein für Siedlung und Wanderung** eine Sitzung einberief mit der Tagesordnung „Stellungnahme zu den Beschlüssen des Hauptausschusses". Ein Mitglied des Hauptausschusses, das hätte Auskunft geben können, war zu der Sitzung nicht eingeladen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Verein für Siedlung und Wanderung gehören nun eine ganze Reihe Organisationen an, vor allen Dingen auch unsere Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften, dann eine Anzahl charitativer Vereine, der Reichsarbeitsnachweis für Offiziere in Berlin, der Evangelische Bund, Zentralausschuß für innere Mission, Deutsche Missionshilfe Berlin-Dahlem, Verein für deutsches evangelisches Leben in den Schutzgebieten und im Auslande, Deutschnationaler Verein des internationalen Vereins der Freundinnen junger Mädchen, Ausschuß der deutschen Gruppen in den Ländern Altrußlands, Deutscher Schutzbund, Deutsche kulturpolitische Gesellschaft, dann der Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Ärzte in Leipzig.

Auf meine Frage, was diese alle mit den Dingen zu tun hätten, wurde mir erklärt: gerade die Offiziere werden Mitglieder in ihren Reihen haben, die auswandern (D) wollen, deshalb müßte der Verein herangezogen werden. Wenn Sie das zu Ende denken, dann können Sie alle Gesangvereine, alle Kegelklubs, alle Skatklubs heranziehen; denn alle werden vielleicht ein Mitglied haben, das die Absicht hat, einmal auszuwandern.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn ich mir die Liste der Teilnehmer ansehe — unter anderem gehört dazu auch die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen —, dann muß ich schon sagen: ich habe die Empfindung, daß neben einer Anzahl sehr verdienstvoller charitativer Vereine und neben unseren Gewerkschaften eine ganze Anzahl erzreaktionärer Vereine mit hereingezogen worden ist. Die Spitze bildet in dem Falle das Reichswanderungsamt. Das ist eine Sache, die man sich sehr überlegen muß. Ich will nicht die ganze Liste hier aufzählen und bei der Geschäftslage des Hauses vielleicht aufhalten oder ermüdend wirken.

In der Sitzung, in der allerdings das Reichswanderungsamt nicht vertreten war, in der aber Herren vom Auswärtigen Amt waren, die in der engsten Verbindung mit dem Reichswanderungsamt stehen, ist erklärt worden: „Wenn der Abbau, den der Hauptausschuß beschlossen hat, vorgenommen wird, dann hört die ganze Geschichte auf, dann bricht alles zusammen." Nicht ein Wort davon ist wahr. Wir wollten weiter nichts, als eine organisatorische Umgestaltung, und ich nehme für den Haushaltsausschuß und für den Reichstag das Recht in Anspruch, eine solche Umgestaltung vorzunehmen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

wenn er glaubt, aus etatsrechtlichen Gründen das tun zu müssen.

Nachdem die Teilnehmer dort entsprechend „informiert" waren, fanden auch anderswo Sitzungen statt, und dann setzten die **Angriffe in der Presse** ein. Da war es vor

(Stücklen, Abgeordneter.)

(A) allen Dingen die **„Deutsche Auswanderer-Zeitung"**, ein Organ, das in Hamburg erscheint und in weiteren Kreisen der Öffentlichkeit wahrscheinlich kaum sehr bekannt sein wird, das den Ton berüchtigter Revolverblätter anschlug. Hören Sie, wie der Kampf in diesem Organ geführt wurde. Er war eingestellt darauf, daß die ganze Sache ausgehe vom Auslandsinstitut in Stuttgart. Es wird geschrieben:

> Hat doch das Auslandsinstitut, soviel wir wissen, durch Vermittlung des Abgeordneten Stücklen in den letzten Tagen vor Abgang des Reichsfinanzministers **Erzberger** aus dessen **Dispositionsfonds** eine Million Mark erhalten.

Jedes Wort ist erlogen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Als Herr Erzberger Finanzminister war, habe ich noch gar keine Kenntnis von dem Auslandsinstitut in Stuttgart gehabt. Ich habe dem Auslandsinstitut durch Vermittlung Erzbergers oder eines anderen Finanzministers niemals einen Pfennig zugewendet.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aber man bringt einen in Verbindung mit dem Abgeordneten Erzberger, man schafft einen schwarz-roten Popanz, auf den man dann nach Kräften losschlagen kann. Nun will ich Ihnen ganz offen gestehen: ich fühle mich keineswegs infamiert durch die Verbindung, in die ich da mit Herrn Erzberger gebracht werde; denn ich habe die Überzeugung, daß die amtliche Tätigkeit des Herrn Erzberger jedenfalls so war, daß wir im wesentlichen damit einverstanden sein konnten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber in dieser Weise wird draußen dann Stimmung gemacht. Nachdem ich eine Berichtigung eingeschickt hatte, drehte man die Sache anders und sagte: es mag sein, daß Herr Stücklen die Million nicht dem Auslands-(B)institut zugewendet hat, aber 450 000 Mark hat er ihm zugewendet.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin deshalb genötigt, mit wenigen Worten darauf einzugehen; es ist nämlich auch glatter Schwindel. Wir hatten in **Mergentheim in Württemberg** 300 **Palästinadeutsche** sitzen, arme Teufel, die von den Engländern interniert waren, und die damals nach Deutschland überführt worden sind. Eines Tages kam der Vorsitzende der württembergischen Kriegs- und Zivilgefangenenhilfe Konsul Wanner, der allerdings gleichzeitig Leiter des Auslandsinstituts ist, zu mir und sagte mir: „Ich kann die Leute nach Palästina bringen, wenn Sie mir für jeden einzelnen 1500 Mark verschaffen." Ich sprach mit dem Finanzminister Dr. Wirth, und wir rechneten uns aus: bleiben die Leute da, so kosten sie uns im Jahre 4000 Mark; wenden wir aber die 1500 Mark auf, dann kommen die Leute in das Land, das ihre zweite Heimat geworden ist. Innerhalb einer Frist von drei Tagen war die Sache erledigt. Ich habe der Kriegsgefangenenhilfe, nicht dem Auslandsinstitut die 450 000 Mark überwiesen. Die Leute sind drei Wochen später in ihrer Heimat, in Palästina gewesen. Einige von ihnen haben das Geld bereits wieder zurückgezahlt; es war nur als Darlehen gegeben worden. Jedenfalls war den armen Leuten geholfen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was kam nun? Eines schönen Tages bekomme ich einen **Brief vom Präsidenten des Reichswanderungsamts**, der mir schrieb: „Wollen Sie mir einmal darüber Auskunft geben, wie Sie eine solche Sache machen können? Das ist meine Sache.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Das ist mein Feuer, das ich zu löschen habe". Ich habe ihm zurückgeschrieben: ich war dazu berechtigt. Dann schickte er mir einen andern Brief, in dem er eine Reihe (C) von Erlassen anzieht, die ich gar nicht gelesen habe — man kann ja nicht alle Erlasse durchlesen, die im Laufe der Jahre herausgegeben worden sind —, und erklärte, er sei dazu berechtigt, nicht ich. Wenn er es hätte machen sollen, dann wären die Leute wahrscheinlich noch heute hier.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Wenn man die Sache bureaukratisch hätte machen wollen, dann hätte man erst einmal Erhebungen angestellt, eine Referentenbesprechung einberufen, von denen keiner eine Vollmacht hatte; dann wäre es zu einer andern Besprechung gekommen, schließlich wäre die Sache vielleicht auch noch ins Kabinett gegangen und dann wäre das Schiff — das war nämlich die einzige Möglichkeit, die Leute für das billige Geld wegzuschaffen — inzwischen längst weg gewesen, und die Leute wären wahrscheinlich heute noch da. Man verlangt wirklich für solche Tätigkeit keinen Dank; aber daß nun irgendein Bureaukrat kommt und erklärt, das sei seine Sache, dafür geht mir allerdings jedes Verständnis vollständig ab.

(Lebhafte Zustimmung.)

Also in dieser Weise ist der ganze Kampf geführt worden. Auf die persönlichen Angriffe gegen mich gehe ich gar nicht ein; die läßt man an sich heruntergleiten, man wird allmählich abgestumpft gegen derartige Dinge.

Meine Damen und Herren! Nun hören Sie, was weiter kam. Eines Tages erhalte ich eine Einladung zu einer **Konferenz im Reichsministerium des Innern** mit einer Tagesordnung, in der gesagt wurde, man solle zu einer **Besprechung über den Umbau** — oder wie es da heißt — **des Reichswanderungsamts** nach den Beschlüssen des Hauptausschusses zusammenkommen. Ich dachte nun: das wird eine Konferenz sein, in der wir über die ganze Frage beraten. Statt dessen hörten wir dort zunächst (D) einmal einen Vortrag. Dann traten der Reihe nach als Teilnehmer an der Versammlung die **Vertreter des Vereins für Siedlung und Wanderung** auf und sagten der Reihe nach ihr Sprüchlein her. Einer kam und sagte: „Ich habe folgende Erklärung abzugeben". Also alles war fix und fertig. Schließlich kam auch Herr v. Lindequist, der auch eine Lanze für das Reichswanderungsamt brach. Jetzt habe ich festgestellt: die Organisation, an deren Spitze Herr v. Lindequist steht, bezieht vom Reichswanderungsamt eine Subvention von 10 000 Mark.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Da war es doch sehr merkwürdig, daß man sich gerade von der Seite aus so warm für dieses Wanderungsamt ins Zeug legte. Es wäre wahrlich besser gewesen, man hätte diese Agitation nicht in die Wege geleitet.

(Sehr richtig!)

Dann kam die Tagespresse, der gezeigt wurde, daß in dem Amt gearbeitet wird. Ja, das wäre noch schöner, wenn dort nicht gearbeitet würde. Ich habe niemals behauptet, daß dort nicht gearbeitet wird. Ich glaube ganz gern, daß dort gearbeitet wird. Die Tagespresse hat dann darauf hingewiesen, wie wichtig das Reichswanderungsamt sei und wie sehr schlecht beraten der Hauptausschuß gewesen sei, als er damals seine Beschlüsse gefaßt hat. Nun hat allerdings der Präsident des Reichswanderungsamts in der Konferenz gesagt, der Hauptausschuß sei jedenfalls deshalb zu seinen Beschlüssen gekommen, weil die Mitglieder die Denkschrift nicht gelesen hätten, die dem Etat mit angefügt war. In gewissem Sinne mag das zutreffen. Alle Mitglieder des Reichstags können unmöglich alle Drucksachen lesen, die ihnen zugehen. Das wäre physisch unmöglich und geistig nicht zu ertragen. Aber für die Mitglieder des Hauptausschusses, die bei den besonderen Etats mitarbeiten, nehme ich in

(Stücklen, Abgeordneter.)

(A) Anspruch, daß sie alles gelesen haben, was mit den Etats zusammenhängt. Das ich alles jedenfalls genau gelesen habe, vielleicht genauer, als dem Wanderungsamt lieb ist, geht daraus hervor, daß ich hier eine ganze Anzahl Dinge zitieren konnte, die zwar objektiv wahr sind, aber mit denen das Reichswanderungsamt wahrlich absolut nichts zu tun gehabt hat.

Dann sind noch angeschlossen etwa 25 **Frauenvereine.** So sehr ich die Tätigkeit der Frauenvereine schätze, muß ich doch auf der anderen Seite bezweifeln, ob sie nun alle miteinander gerade die geeigneten Berater für Fragen der Aus- und Einwanderung und dergleichen sind. Inmitten des Kranzes der 25 Frauenvereine thront nun das Reichswanderungsamt. Da sitzen die Leute, die bestätigen, daß das Reichswanderungsamt so, wie es geschaffen war, bleiben müsse. Es war ja nur eine Vertreterin der Frauenvereine da, die hat aber ihre Erklärung dann gleich im Namen der 25 anderen Frauenvereine abgegeben.

(Hört! Hört! und Heiterkeit.)

Sie werden jetzt verstehen, warum ich dem Herrn Abgeordneten D. Everling, als er vor einigen Tagen sich hier auf diese Sache berief, entgegenrief: Komödie! Ich stelle fest, daß sowohl der Herr Abgeordnete v. Delbrück wie ich dagegen Verwahrung eingelegt haben, daß uns hier ein derartiger Anschauungsunterricht erteilt werden soll. Die anderen Mitglieder des Reichstags, die da waren, waren nicht im Haushaltsausschuß und kannten deshalb die Vorgänge im einzelnen nicht.

Nun hat der Reichstag beschlossen, dem Haushaltsausschuß die Frage noch einmal zur Beratung zu überweisen. Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses hat der Referent, Herr D. Dr. Schreiber, bereits vorgetragen. Wir haben keine Anträge gestellt und haben die Anträge nicht wiederholt, die wir damals im Haushaltsausschuß gestellt hatten und die angenommen worden waren. Wir

(B) haben darauf verzichtet, weil wir uns mit den Beschlüssen des Hauptausschusses zunächst einmal bescheiden zu können glaubten, besonders auch deshalb, weil nach **§ 7 des Haushaltsgesetzes künftig** nur **jede zweite Beamtenstelle wieder besetzt** werden darf, bis der Beamtenbestand um 25 Prozent ermäßigt sein wird, so daß ganz automatisch auch dort eine Verminderung eintreten wird.

Aber ich möchte doch das eine noch einmal feststellen. Wir haben volles Verständnis für die großen Aufgaben, sind aber nicht davon überzeugt, daß dafür ein Amt von diesem Umfange notwendig ist; wir sind der Auffassung, daß diese Aufgaben auch in einem anderen Ministerium oder in einer anderen Behörde erfüllt werden können und daß das, was wir heute als Reichswanderungsamt haben, als eine Abteilung einer anderen Stelle angegliedert werden kann. Der Reichstag hat auch die Interessen der Steuerzahler zu berücksichtigen und darf auf persönliche Liebhabereien, von welcher Seite sie auch kommen mögen, keine Rücksicht nehmen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Nach den Beschlüssen des Ältestenausschusses sollte gestern unbedingt der Etat des Reichsministeriums des Innern zu Ende geführt werden. Heute stehen außer diesem Etat noch eine Reihe anderer Etats auf der Tagesordnung, die gleichfalls erledigt werden sollen. Es haben sich jetzt noch zum Etat des Reichsministeriums des Innern 17 Redner gemeldet. Alle bisher vom Präsidium im dringenden Interesse unserer Geschäftslage gegebenen Mahnungen haben nur den Erfolg gehabt, daß die Rednerliste ständig zugenommen hat, und daß die Reden immer länger geworden sind.

(Heiterkeit.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brüninghaus.

Brüninghaus, Abgeordneter: Meine Damen und (C) Herren! Ich werde mich, der Mahnung des Herrn Präsidenten folgend, bemühen, nicht eine so lange Rede zu halten wie mein Vorredner. Herr Abgeordneter Stücklen hat mir meine Aufgabe insofern erleichtert, als er ungefähr mit denselben Worten, teilweise mit denselben recht guten Witzen — ich glaube, Herr Stücklen, Ihr nicht wegzuziehender Aktendeckel wird nächstens historische Bedeutung erlangen — dieselbe Rede bereits in der Budgetkommission gehalten hat. An sich lag deshalb keine Veranlassung vor, nochmals auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stücklen einzugehen, wenn nicht in der breiten Öffentlichkeit durch seine heutigen Ausführungen der Eindruck erweckt werden könnte, als ob das Reichswanderungsamt eigentlich, entgegen seiner eigenen Behauptung am Schluß seiner Rede, gar nichts zu tun hätte und eine Behörde sei, die lediglich als Ruheposten für höhere Beamten geschaffen worden wäre.

Wenn Herr Abgeordneter Stücklen sich darüber beklagt hat, daß die für das Reichswanderungsamt eintretenden Kreise eine **Preßpropaganda gegen das Auslandsinstitut in Stuttgart** und bedauerlicherweise auch gegen Herrn Abgeordneten Stücklen persönlich entfacht haben, dann möchte ich darauf hinweisen, daß auch von anderer Seite, nämlich von den Gegnern des Reichswanderungsamts, diese Preßpolemik in einer Weise geführt worden ist, die ich ebenfalls nicht billigen kann. Beispielsweise finden Sie in der gerade Herrn Abgeordneten Stücklen wohl nahestehenden „Schwäbischen Tagwacht", dem Organ der Sozialdemokratie Württembergs, in einem Artikel „Die Probe aufs Exempel" ganz klipp und klar den Satz, daß das Reichswanderungsamt nichts weiter als eine Sinekure für höhere Beamte wäre.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß die persönlichen Angriffe gegen Herrn Abgeordneten Stücklen zu verdammen sind, und habe das bereits auch in der Budgetkommission zum (D) Ausdruck gebracht. Wenn er sich vorhin in seiner Rede, als er über die nach Palästina zurückgeschafften Leute sprach, an mich wandte, als ob ich etwa irgendeine Kritik an dieser Tätigkeit hätte üben wollen, so möchte ich demgegenüber ganz klar zum Ausdruck bringen, daß Herr Abgeordneter Stücklen sich mit der gar nicht bureaukratischen, sondern rein praktischen Betätigung der Rückschaffung der Leute auf einem Dampfer nach Palästina große Verdienste erworben hat, was ich neidlos anerkenne. Aber, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Stücklen hat so getan, als ob die Sachverständigenkonferenz, wie ich sie nenne — Sie nennen sie ein Komödienspiel —, doch den meisten Teilnehmern — leider war das Zentrum nicht vertreten — eine ganz andere Auffassung über die Materie beigebracht hat, als sie seinerzeit im Haushaltsausschuß bei den ersten Beschlüssen obgewaltet hat. Wenn Herr Stücklen besonders darauf hingewiesen hat — dieser Gedanke ist das einzig Neue, was mir heute hier in seiner Rede entgegengebracht worden ist —, daß die **Gewerkschaften** vielleicht die geeigneten Organisationen seien, mit denen im stärkeren Maße die **Auswanderung** später betrieben werden könnte, so möchte ich demgegenüber doch einmal feststellen, daß gerade der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der auch zu der Versammlung eingeladen war, sich ausdrücklich dagegen erklärt hat. Der Gewerkschaftssekretär als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ging in der Sitzung davon aus, daß Deutschland mit einer starken Auswanderung rechnen müsse. Es sei nicht nötig, einen Damm dagegen zu errichten. Die Auswanderungsfrage sei eine soziale Frage. „Die Auswanderung müsse deshalb unbedingt vom Staate in der Hand behalten bleiben."

(Zuruf: Seine persönliche Auffassung!)

— Ja, Sie sagen: das ist seine persönliche Auffassung.

(**Brüninghaus**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren, wo kommt man denn da hin, wenn zu einer Sachverständigenkonferenz die Vertreter der verschiedenen Organisationen einberufen werden, und wenn die Vertreter dieser Körperschaften, auf deren Urteil man etwas zu geben hat, dann nachher von ihren verschiedenen Organisationen einfach desavouiert werden! Wenn es ihnen nicht in den Kram paßt, wird gesagt: ja, diesmal hat der Mann nur für seine Person gesprochen;

(sehr richtig! rechts)

wenn es ihnen aber in den Kram paßt, dann wird gesagt: Sie wissen wohl gar nicht, was der Vertreter der Gewerkschaft damals erklärt hat.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren! Wenn diese Herren als Vertreter Ihrer Organisation eingeladen waren und sich auch in so bestimmter Form, wie es geschehen ist, für die Beibehaltung des Auswanderungsamts ausgesprochen haben, dann kann man doch damit rechnen, daß die Mehrzahl der Gewerkschaften dahinterstehen.

Es hat sich dann — das muß ich leider hinzufügen — auch aus politischen Gründen ein Sturm gegen das Auswanderungsamt erhoben, den ich nicht billigen kann. Es ist recht bezeichnend, daß Herr Abgeordneter Stücklen, als er davon sprach, wieviele Vereine mit dem Reichswanderungsamt in Verbindung ständen, sagte: „dieses Reichswanderungsamt ist also gewissermaßen — ich glaube, Sie gebrauchten den Ausdruck — Spitzel von so und sovielen kraß reaktionären Vereinigungen. Es fehlte eigentlich bloß noch, was wir immer in diesem Zusammenhange zu hören gewöhnt sind, das Wort Orgesch. Dann war die Sache für die Agitation fertig.

(Heiterkeit rechts.)

Also, Herr Abgeorgneter Stücklen, damit kann man irgendwelche Differenzen, die vielleicht zwischen uns bestehen, nicht aus der Welt räumen. Ich stehe auf dem Stand-

(B) punkt, daß man gut tut, das **Reichswanderungsamt** als **eine selbständige Behörde** bestehen zu lassen.

Nun sind die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stücklen aber auch in sich nicht schlüssig. Sie haben zu Anfang gesagt: von der ganzen Auswanderung wußte man eigentlich in Deutschland noch gar nichts — ich bedaure das auch —, dann haben Sie das Auswanderungsamt in Grund und Boden verdammt, und schließlich sagten Sie am Schlusse Ihrer Rede, daß die Auswanderung in Zukunft noch große Bedeutung für unser ganzes Volkswesen haben würde. Wenn man auf dem Standpunkt des Abgeordneten Stücklen steht, daß die Auswanderung — und ich glaube das auch — noch einmal eine große Bedeutung für Deutschland haben wird, dann ist es doch richtiger, daß dieses Amt eine selbständige Behörde und nicht eine Zweigstelle eines anderen Amtes ist. Ich habe heute erst wieder von meinem Fraktionsgenossen Dusche gehört, wie das Reichswanderungsamt in Hannover und Braunschweig gelobt wird, weil es nicht bureaukratisch, sondern nach reich praktischen Gesichtspunkten verfährt. Und wenn man jetzt sagt: weil wir in absehbarer Zeit mit einer sehr starken Auswanderung zu rechnen haben werden, deshalb müssen wir jetzt dieses Amt abbauen und verkleinern, so ist das doch in sich nicht schlüssig. Wenn der Abgeordnete Stücklen weiter gesagt hat, daß im Auswanderungsamt 12 Regierungsräte und dazu im ganzen 12 Obersekretäre tätig wären — ja, Herr Abgeordneter Stücklen, dann haben Sie wohl völlig vergessen — was mir bei Ihrem sonst so ausgezeichneten Gedächtnis nicht wahrscheinlich vorkommt —, daß Ihnen von Herrn Staatssekretär Lewald in der Budgetkommission ausgeführt worden ist, daß gerade **die höheren Beamten** von besonderer Bedeutung sind, weil **im Reichswanderungsamt** eine sachkundige Beratung notwendig wäre, daß dazu eben Leute da sein müßten, die früher in fremden Weltteilen, in China, Südamerika, Nordamerika, Westindien usw. gewesen sind (C) und daher die dortigen Verhältnisse genau kennen. Das sind aber eben diese Regierungsräte. Wir sind der Überzeugung, daß das Reichswanderungsamt so, wie es organisiert ist, richtig ist, und wenn Herr Stücklen sagt: die Kernfrage ist: selbständiges Amt oder Ministerialabteilung, so hat er den Kern der Frage nicht erfaßt. Es kommt darauf an, daß diese Behörde so arbeitet, wie es zum Wohle unseres Volksganzen notwendig ist. Wir sind daher gegen eine Ministerialabteilung und wir werden auch gegen die Resolution stimmen, soweit sie eine Ministerialabteilung vorsieht, weil wir der Überzeugung sind — und das ist uns durch den Vertreter der Regierung bestätigt worden —, daß diese Ministerialabteilung teurer wird als ein Amt.

(Hört! Hört! rechts.)

Also gerade aus finanziellen Gründen stimmen wir gegen die Ministerialabteilung.

Meine Damen und Herren! Die Idee der Auswanderung und eines Auswanderungsamts ist nicht neu. Ich möchte daran erinnern, daß bereits das **Frankfurter Parlament im Jahre 1848** sich mit der Frage beschäftigt hat, ein selbständiges Auswanderungsamt zu schaffen, und in der Frankfurter Verfassung steht bereits, daß eins der Grundrechte die Auswanderungsfreiheit der Deutschen sei. Nun ist weiter von der Regierung gesagt worden, daß in absehbarer Zeit — etwa in einhalb bis dreiviertel Jahren — mit der Einbringung eines Auswanderungsgesetzes zu rechnen sei. Man sieht aus alle dem, daß das Reichswanderungsamt in Zukunft voraussichtlich in seinen Aufgaben eine Mehrbelastung erfahren wird. Infolgedessen kann man in dem Augenblick, wo diese Behörde zur allgemeinen Zufriedenheit arbeitet nicht damit anfangen, abzubauen.

(Zurufe: Das wird bestritten!)

— Ja, Sie bestreiten das auf Grund von vagen Redensarten. (D)

(Widerspruch.)

— Ich stelle Ihnen gern das Protokoll zur Verfügung, das über die Sitzung aufgestellt worden ist, in der die Vertreter von, alles in allem, etwa hundert Verbänden sich übereinstimmend dahin ausgedrückt hatten, daß das Reichswanderungsamt gewissenhaft und gut arbeitet und vor allem keine bureaukratisch arbeitende Behörde ist. Das ist eine Tatsache, um die wir nicht herumkommen, und wenn man der Überzeugung ist, daß dem Reichswanderungsamt noch große Aufgaben beschieden sein werden — und das ist nach meiner Meinung der Fall —, dann ist es nicht schlüssig, wenn man jetzt, wo es eben erst im Begriff steht, sich zu entwickeln, ihm von vornherein die Möglichkeit nimmt, wirklich gute Arbeit zu leisten. Wir werden jedenfalls in meiner Partei nach all den Erfahrungen, die wir gemacht haben, und nach den sehr eingehenden Informationen, die wir eingezogen haben, dafür eintreten, daß das Reichswanderungsamt in seiner jetzigen Form bestehen bleibt, und werden dementsprechend unsere Stimme bei den verschiedenen Entschließungen und Anträgen abgeben.

Der Herr Abgeordnete Stücklen hat ganz richtig gesagt: wir müssen entweder — das ist für uns ein volkswirtschaftlicher Grundsatz — Menschen oder Waren exportieren. Ich möchte, wenn ich auch dem Bestehenbleiben des Wanderungsamts aus rein praktischen Erwägungen das Wort geredet habe, doch zum Schluß meiner kurzen Ausführungen der Hoffnung Ausdruck geben, daß es uns möglichst bald wieder vergönnt sein möge, Waren zu exportieren und keine Menschen.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Der Herr Staatssekretär Dr. Lewald hat das Wort.

(A) Dr. **Lewald,** Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Meine Damen und Herren! Es wäre ja sehr verlockend, auf die umfassenden Darlegungen des Herrn Abgeordneten Stücklen einzugehen. Zum Teil hat es aber schon der Herr Abgeordnete Brüninghaus getan, und zum andern möchte ich der Mahnung des Herrn Präsidenten folgen und möglichst kurz sein.

Ich glaube, es kommt nicht darauf an, daß man in eine Kritik eintritt, ob der Geschäftsverteilungsplan des Reichswanderungsamts etwas reichlich ausgestattet ist oder nicht. Es kommt auch nicht darauf an, ob die Verteilung zwischen Regierungsräten und Obersekretären die richtige ist — ich behaupte, sie ist die richtige —, sondern die Hauptfrage ist die, und die hat auch der Herr Abgeordnete Stücklen nachher in den Vordergrund seiner Erörterungen gestellt: soll für die Erteilung von Auskünften und die Beschäftigung mit der Auswandererfrage eine amtliche Stelle vorhanden sein, und zwar eine besondere amtliche Stelle, oder soll das im wesentlichen den privaten Organisationen überlassen werden? Der Abgeordnete Stücklen hat grundsätzliche Bedenken dagegen geäußert, daß man eine amtliche Stelle dafür schaffe, weil er besorgte, daß derartige amtliche Auskünfte unter Umständen für das Reich selbst Nachteile mit sich bringen könnten, das Reich könnte für Auskünfte von anderen Staaten verantwortlich gemacht werden unter der Behauptung, daß diese Auskünfte unzutreffend oder sachlich falsch wären.

Nun, meine Herren, wer sich mit der Auswandererfrage und der Beratung der Auswanderer beschäftigt hat, weiß, daß immer der dringende Wunsch hervorgetreten ist, es möchte hinter den Auskünften, die erteilt werden, auch die Autorität, auch die Verantwortung einer amtlichen Stelle stehen. Das **Auswanderungsproblem** ist ja nicht neu. Wir haben in den 80er Jahren die große Auswanderung gehabt, die später bei der Blüte unseres (B) Wirtschaftslebens zurückgegangen ist. Wir stehen jetzt **nach den ungeheuren Umwälzungen des Weltkriegs** in einer **Art Völkerwanderung,** wenigstens in dem Sinne, daß innerhalb einer ungeheuren Zahl von Menschen im Deutschen Reiche der Gedanke erwogen wird, ihren Wohnsitz zu verlassen. Praktisch kann das zum großen Teil noch nicht ausgeführt werden. Es ist aber sehr wesentlich, daß einer sinnlosen und planlosen Vergeudung von Volksgut vorgebeugt wird und daß nicht Hunderte und Tausende von unseren Volksgenossen von allen möglichen auftauchenden Schieberorganisationen und Schwindlern verführt und verleitet werden, die hier und da sich aufmachen, die die Unzufriedenheit, die besteht, die Unruhe, die Unrast, die in die Menschen hineingekommen ist, ausnutzen, um die Leute zu ihrem Vorteile auszubeuten und in falsche Gegenden zu führen. Darum hat sich — nicht etwa, weil man neue Behörden schaffen wollte — ganz von selbst ergeben, daß man bei der ungeheueren Zahl dieser Anfragen der Mannigfaltigkeit der Bestrebungen und der Strömungen, die vorhanden sind, eine Organisation schuf, wo sachgemäß und erschöpfend diese Fragen geprüft, erörtert und beantwortet werden.

Es bestand, ehe wir das Reichswanderungsamt hatten, ein Referat im Reichsministerium des Innern und eine Abteilung im Auswärtigen Amt für diese Angelegenheiten. Es bestand auch im Auswärtigen Amt eine besondere Organisation, ein Beirat für das Auswanderungswesen. Auch im Reichsministerium des Innern war ein solcher Beirat für das Auswanderungswesen. Wir haben uns nun mit dem auf diesem Gebiete doch wirklich kompetentesten Stellen in Verbindung gesetzt. Das waren einmal diejenigen Persönlichkeiten in den Hansestädten, in Bremen und Hamburg, die seit Jahrzehnten nicht nur die große deutsche, sondern auch die fremdländische Auswanderung geleitet haben. Alle diese Stellen sind zu der (C) Auffassung gekommen, es sei richtig, ein besonderes Auswanderungsamt dafür zu schaffen. Der Herr Vertreter des Auswärtigen Amts hat gestern im Hauptausschuß mit großem Nachdruck erklärt, das Auswärtige Amt müsse es ablehnen, diese Fragen künftighin zu bearbeiten. Es handle sich hier vorwiegend um technische Fragen und um eine Fülle von Einzelheiten. Das Auswärtige Amt sei eine politische Behörde und könne sich nicht mit der großen Fülle derartiger Fragen beschäftigen.

Aus diesen Bedürfnissen heraus ist das Reichswanderungsamt entstanden. Seine Entstehungsgeschichte ist also anders, als der Herr Abgeordnete Stücklen sie dargestellt hat. Er hat vielleicht eine Verwechselung begangen, weil der gegenwärtige Präsident dieses Amtes damals in der Zeit, wo man auf eine starke Rückwanderung aus den Don- nnd Wolgagebieten rechnete, mit diesen Fragen beauftragt wurde. Damals war das Amt mehr ein Einwanderungsamt, jetzt ist es mehr ein Auswanderungsamt geworden.

Wie arbeitet nun **das Reichswanderungsamt?** Es hat die einzelnen Auswanderungsgebiete unter sachverständige Referenten verteilt; darum ist die Zahl der Referenten im Verhältnis zu der der Sekretäre vielleicht etwas größer als in anderen Behörden. Auch arbeitet das Amt mit zahlreichen Angestellten. Wenn der Herr Abgeordnete Stücklen behauptet, die ganze Arbeit in den Ämtern würde von den Sekretären und nicht von den Regierungsräten oder den vortragenden Räten geleistet, so kann ich ihm nur sagen: er hat, wenn auch erfolgreich, so doch zu kurz im Reichsdienst gearbeitet, um das beurteilen zu können. Wer ein alter Beamter ist, wie ich, schätzt die Arbeit, die von den mittleren Beamten geleistet wird, außerordentlich hoch. Sie ist unerläßlich und ein Rückgrat für jede Behörde, und wir müssen sie uns um Gottes Willen erhalten. Aber man kann doch nun nicht (D) behaupten, daß etwa auf dieser mehr büromäßigen, korrekten und sachlichen Arbeit die Leitung eines solchen Amts beruht. Man muß doch die Persönlichkeiten haben, die die Länder kennen. Gestern hat der Herr Abgeordnete Stücklen moniert, daß derselbe Referent für Nordamerika und für Niederländisch-Indien bestellt sei. Ja, der Herr kennt eben zufällig diese beiden Länder, er ist zwei oder drei Jahre dort tätig gewesen. Wie töricht wäre es, wenn man aus einem Schematismus heraus diese Arbeitsgebiete nicht zusammenlegen wollte.

Nun ist der Herr Abgeordnete Stücklen darauf eingegangen, daß es am zweckmäßigsten wäre — er hat ja schließlich anerkennen müssen, daß irgendeine staatliche Organisation vorhanden sein muß —, die Sache in das Ministerium zurückzuverlegen. Aber in welches? Das Auswärtige Amt will es nicht haben aus den von mir angeführten Gründen. Also bleibt wieder das Mädchen für alles, das alte Reichsamt des Innern. Aber auch wir könnten doch nichts anderes tun, als was hier in dem Reichswanderungsamt geschieht, uns die Auskünfte, amtliche und private zu verschaffen, sie an die Anfragenden weiter zu leiten. Inzwischen hat das Reichswanderungsamt sich mit allen bestehenden Organisationen im Reiche in Verbindung gesetzt. Auch ich muß, wie der Herr Abgeordnete Brüninghaus es getan hat, zurückweisen, daß diese Vereine hier etwa willkürlich ausgewählt erscheinen. Es sind alle Vereinigungen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit und auf die Konfession, die auf diesem Gebiete Interessen zu vertreten haben, herangezogen worden, selbstverständlich auch der Ärztevereinsbund. Der Herr Abgeordnete Stücklen scheint nicht im Auslande gewesen zu sein und nicht zu wissen, wie groß die Zahl der deutschen Ärzte ist, die dort tätig waren, vertrieben worden sind und nun wissen wollen, ob sie zurückkehren können.

(Dr. **Lewald**, Staatssekretär.)

(A) Also es ist — das möchte ich am Schluß noch betonen; der Haushaltsausschuß hat ja anerkannt, daß der erste Beschluß einer Korrektur bedurfte — nach dem alten Worte gehandelt worden: „A male informato papa ad melius informandum papam". Der Haushaltsausschuß hat seinen Beschluß geändert. Er hat gewünscht, eine ausführliche **Denkschrift** zu bekommen. Sie wird ihm geliefert werden. Er hat seinen ursprünglichen Beschluß aber aufgehoben, das ganze Amt, das gerade erst begründet war, in seinen Hauptfaktoren wieder verschwinden zu lassen. Ich kann namens der Regierung nur die Erklärung abgeben, daß von sämtlichen Organisationen, die wir gehört haben, ohne irgendwelchen Rückhalt anerkannt ist, daß im Reichswanderungsamt sachlich gute, objektive und wertvolle Arbeit geleistet wird. Das Reichswanderungsamt wird, wie bisher, so auch künftighin, nicht bureaukratisch arbeiten; es wird sich in Zusammenhang setzen mit all den Organisationen, die auf dem Gebiete des Auswanderungswesens tätig sind. Ich hoffe, daß es dazu zum Wohle des ganzen Volkes weiter wirken wird.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Vor der gleich erfolgenden Abstimmung, zu der ich hier zu bleiben bitte, möchte der Herr Abgeordnete Stücklen noch eine kurze Erklärung abgeben.

Ich erteile ihm dazu das Wort.

Stücklen, Abgeordneter: Meine Herren, ich stelle fest: es sind nicht, wie hier gesagt wurde, über hundert Organisationen vertreten gewesen. Es waren vertreten zehn Organisationen und eine Dame, die im Namen von 25 Frauenorganisationen gesprochen hat. Es war also nicht das große Gremium. Die Zurückorganisierung in ein Ministerium war ein Gedanke, den zuerst der Herr Abgeordnete v. Delbrück aufgeworfen hat und den ich dann weiter mit vertreten habe. Das, glaube ich, feststellen (B) zu sollen.

Zum Schluß möchte ich noch feststellen: Ich habe nicht gesagt, daß die Regierungsräte nichts arbeiten. Dagegen verwahre ich mich. Ich habe nur gesagt: wenn auf zwanzig Obersekretäre 14 Regierungsräte kommen, so ist das zweifellos zuviel; denn schließlich sind die Obersekretäre die ausführenden Beamten.

Weiter auf die Sache einzugehen, lehne ich ab. Wenn das Auswanderungsgesetz kommt, wird sich Gelegenheit geben, näher darauf einzugehen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Auch der Herr Abgeordnete Brüninghaus möchte noch eine kurze Bemerkung machen. Ich erteile ihm das Wort.

Brüninghaus, Abgeordneter: Nur ganz kurz zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stücklen. Es handelt sich in der Tat um etwa hundert Organisationen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Sie wissen vielleicht, daß zum Beispiel die Vereinigung für deutsche Wanderung und Siedlung, die durch den früheren Staatssekretär v. Lindequist bei der Sitzung vertreten war, mit einer großen Zahl anderer Körperschaften in einer Arbeitsgemeinschaft zusammenarbeitet. Mir sind als stellvertretendem Vorsitzenden die Verhältnisse genau bekannt. Tatsache ist, daß bei der Sitzung die Meinung von rund achtzig bis hundert Organisationen zum Ausdruck gekommen ist.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Brüninghaus hat bedauert, daß kein Vertreter des Zentrums bei der Sitzung, die im Reichsministerium des Innern stattgefunden hat, (C) anwesend gewesen wäre. Wir haben uns über die Stellung und Bedeutung dieser Sitzung im Haushaltsausschuß eingehend unterhalten. Für mich war wesentlich bestimmend meine Stellung als Berichterstatter, und ich kann nicht dafür, daß andere Angehörige meiner Partei nicht vertreten waren. Ich halte das aber auch nicht für sonderlich notwendig. Für mich als Berichterstatter war es zweckmäßiger, den Dingen objektiv gegenüberzutreten und bei der Sitzung nicht anwesend zu sein. Deshalb habe ich auch Wert darauf gelegt, hier zum Thema selbst nicht zu sprechen. Das war wohlüberlegte Absicht. Unsererseits werden wir die Frage des Reichswanderungsamts nach wie vor scharf im Auge behalten.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Nunmehr ist die Aussprache endgültig erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kap. 11 der fortdauernden Ausgaben. Der Haushaltsausschuß beantragt auf Nr. 1674 der Drucksachen — entgegen einem früheren Antrage des Ausschusses auf Nr. 1333 der Drucksachen —, die Ausgaben unverändert nach der Vorlage zu bewilligen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Dann schlägt der Ausschuß auf Nr. 1674 der Drucksachen unter Ziff. 2 eine Reihe von Entschließungen vor. Entsprechend der Abstimmung des Ausschusses schlage ich vor, daß wir über diese Entschließungen unter a, b und c getrennt abstimmen, und zwar bei c über Abs. 1 und Abs. 2 getrennt. — Damit ist das Haus einverstanden.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die der Entschließung des Ausschusses auf Nr. 1674 (D) Ziff. 2 unter a zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung unter a ist angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die der Entschließung unter b zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist gleichfalls die Mehrheit; auch die Entschließung unter b ist angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Abs. 1 der Entschließung unter c zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Mehrheit; auch Abs. 1 der Entschließung unter c ist angenommen.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, die dem Abs. 2 der Entschließung unter c zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Mehrheit; auch Absatz 2 der Entschließung unter c ist angenommen.

(Abgeordneter Ledebour: Ich bitte doch, solche Anträge zu verlesen. Man kann doch nicht die sämtlichen Ziffern im Kopf haben.)

— Ja, es ist der Antrag des Haushaltsausschusses auf Nr. 1674 der Drucksachen. Wenn es aber in Zukunft gewünscht wird, werden selbstverständlich die Anträge verlesen werden. Die Anträge liegen indessen sämtlich gedruckt vor. — Der Antrag Arnstadt und Genossen Drucksache 1618 II Nr. 4 ist erledigt.

Also Kap. 11 ist nach der Vorlage und Ergänzung bewilligt.

(Vizepräsident Dr. **Bell**.)

(A) Ich rufe weiter auf Kap. 12, Reichsarchiv, Tit. 1 und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Philipp.

Dr. **Philipp**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hoffe mir die Gunst des Hauses zu erwerben, indem ich mich kurz fasse. Zum zweiten Male geht der Haushalt des Reichsarchivs über die Bühne. Zum ersten Male hat uns die Regierung eine Denkschrift beigegeben. Ihr bin ich gezwungen ein paar Worte der Kritik zu widmen. In dieser auf Seite 101 des Haushaltsplanentwurfs befindlichen Denkschrift wird die **Zweckbestimmung des Reichsarchivs** wie folgt näher dargestellt:

1. Die Sammlung, Verwahrung und Verwaltung des gesamten Urkunden- und Aktenmaterials des Reichs seit seiner Gründung, soweit es nicht mehr für die laufende Verwaltung unmittelbar gebraucht wird.
2. Die unparteiische und wissenschaftliche Erforschung und Schilderung der hinter uns liegenden Periode der Geschichte des Reichs, die mit dem Weltkrieg ihren Höhepunkt und ihren Abschluß gefunden hat.
3. Die Auskunftserteilung auf Grund des dem Archiv anvertrauten Aktenmaterials.

Ich möchte betonen, daß die Reihenfolge dieser Zweckbestimmungen des Reichsarchivs nach meiner persönlichen Auffassung nicht den Überlieferungen entspricht, die geboten sind durch die Zweckbestimmungen der Archive überhaupt.

(Hört! Hört! rechts.)

Die erste Aufgabe jedes Archivs ist gewiß die Sammlung, Sichtung und Verwaltung der Akten, die zweite die Auskunftserteilung, aber erst in dritter Linie kommt die „Erforschung und die Schilderung."

(Sehr richtig! rechts.)

(B) Wir sind in unserem Archivleben jetzt in einem grundsätzlichen Wandel begriffen. Früher waren die Archive geheime Regierungsstellen, in denen die Dinge verborgen werden mußten, die nicht in die Öffentlichkeit dringen durften. Es ist vielleicht eine der wenigen Errungenschaften der Revolution, die für unsere Wissenschaft fruchtbringend gewirkt haben, daß man die Archive ganz allgemein geöffnet hat.

(Sehr richtig!)

Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß ein Archiv eine Regierungsstelle ist, die öffentlich Auskunft geben soll, dann muß auch der innere Betrieb darauf eingerichtet sein, daß die **Schaffung von Benutzungsmöglichkeiten durch die Öffentlichkeit** das Haupterfordernis in der ganzen Verwaltung ist. Deswegen muß eben der Gedanke der Sammlung, der Sichtung, der Verwaltung und der Registrierung des Aktenmaterials in den Vordergrund treten. Erst dadurch, daß die Akten benutzungsfähig werden, ist es möglich für die Wissenschaft, aus ihnen Kapital herauszuschlagen. Es ist nicht, wie man es aus Punkt 2 dieser Zweckbestimmung des Archivs herauslesen kann, Aufgabe der Archivverwaltung, Geschichte zu schreiben. Das ist in erster Linie Aufgabe der Historiker, denen die Archivverwaltungen das nötige Material für ihre Forschungen beschaffen sollen. Ich gebe zu, man darf hierbei nicht engherzig sein. Es ist in der preußischen Archivverwaltung auf die forschende Tätigkeit der Archivbeamten von altersher großer Nachdruck gelegt worden, und zwar in dem Sinne, daß die Archive durch die Archivare Akten publiziert haben. Ich verweise auf die großen Veröffentlichungen in den „Publikationen der preußischen Staatsarchive". Aber wenn hier in der Denkschrift die „Schilderung" von Begebenheiten grundsätzlich gefordert wird, also eine geschichtliche Darstellung, so bedeutet das in mancher Hinsicht einen Bruch mit der archivalischen Tradition. Die Darstellungen werden (C) eben im allgemeinen von denjenigen Kreisen der Wissenschaft geliefert, die berufsmäßig die Darstellung der Geschichte ausüben sollen; von unseren Hochschullehrern und nichtbeamteten Gelehrten.

(Sehr richtig! rechts.)

Es sind dann weiter in der Denkschrift die künftigen Aufgaben auf dem Gebiete der geschichtlichen „Schilderung" angedeutet, die ich persönlich aber als Zweckbestimmung des Archivs in erster Linie nicht anerkenne. Man hat vielleicht das ganze Kapitel dem Reichstag etwas schmackhaft machen wollen, indem in der Denkschrift betont wird, daß die **Aufklärung** des deutschen Volks **über die Ursache des Zusammenbruches im Kriege** usw. eine der wichtigsten Aufgaben des Archivs sei.

Zweifellos wird die wissenschaftliche Liquidation des Krieges in militärischer Hinsicht eine der Hauptaufgaben der archivarischen Tätigkeit im Reichsarchiv sein müssen. Sie liegt auch dort in guten Händen; denn wenn schon in früherer Zeit unsere militärischen Stellen unserer Kriegsgeschichte große Dinge geleistet haben, so lag das daran, daß die militär- und kriegswissenschaftliche Forschung in erster Linie in den Händen von wissenschaftlich geschulten Militärs lag. Wir haben auch hier in dem Reichsarchiv vermöge der Stellen, von deren Akten es gebildet ist, ein kompaktes Material, das zur kriegsgeschichtlichen Bearbeitung im Sinne aktenmäßiger Publikation reizt.

Das ist nicht so leicht möglich bei den anderen in der Denkschrift geschilderten Aufgaben künftigen Forschens, nämlich bei den Arbeiten, die zur **wirtschaftlichen Aufklärung der jüngsten Vergangenheit** geleistet werden sollen, denn, meine Damen und Herren, was an Akten über die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens vorhanden ist, wird wahrscheinlich erst sehr spät oder nie in das Reichsarchiv hineinwandern. Es kann sich bei diesen Aufgaben nur um die Bewältigung verhältnismäßig (D) kleiner Teile von Akten handeln: um Akten der öffentlichen Wirtschaft und der Kriegsgesellschaften, die quantitativ gewiß sehr groß sind, die aber, wenn wir die ganze Aufgabe betrachten, nur einen verschwindenden Bruchteil des vorhandenen Materials bedeuten; denn die große Entwicklung unseres Wirtschaftslebens ist ja Gott sei Dank noch privatwirtschaftlich, so daß es sich hierbei praktisch nur um die Darstellung eines kleinen Ausschnitts unseres Wirtschaftslebens handeln kann.

Endlich möchte ich auch vor übertriebenen Hoffnungen auf **Veröffentlichungen über politische Fragen** warnen. Zweifellos wird der Laie beim Lesen dieser Denkschrift glauben, daß es möglich sei, innerhalb einiger Jahre große wissenschaftliche Offenbarungen über die politische Entwicklung der letzten Zeit zu bringen. Aber hierfür werden wenigstens in der nächsten Zeit die Akten im Reichsarchiv noch fehlen; denn die entscheidenden Dokumente befinden sich heute noch bei den regierenden Stellen. Das geht ja auch aus der Tatsache hervor, daß diese ihrerseits selbst mit Publikationen begonnen haben. Hierbei möchte ich auf die Gefahr der Zersplitterung hinweisen. Wir haben ja bereits von den Regierungsstellen die Publikationen von Kautsky und den anderen mit ihm verbündeten Herren. Neuerdings ging auch eine Nachricht durch die Presse, daß eine große Publikation über die Ursachen unseres politischen Niedergangs vor dem Kriege bevorstehe, bestehend aus 4000 Akten in 15 Bänden. Ich warne daher vor der Illusion, daß das Reichsarchiv in Bälde sich mit diesen Dingen beschäftigen kann.

Die Warnung gilt auch für den Herrn Abgeordneten Weiß, der mit einer gewissen Begeisterung neulich hier darauf hinwies, daß nun endlich vom Reichsarchiv eine **Publikation über die Sozialpolitik des Fürsten Bismarck** begonnen werde. Gewiß, ein Bedürfnis zu dieser Ver-

(Dr. **Philipp**, Abgeordneter.)

(A) öffentlichung ist vorhanden, aber ich glaube nicht, daß man im Reichsarchiv die nötige Zeit dazu finden wird, weil die dringend notwendigen rein archivalischen Aufgaben zunächst in den Vordergrund treten müssen. Wenn ich auch selbst die Berechtigung einer Bearbeitung der Sozialpolitik Bismarcks nicht in Frage stelle, so möchte ich doch hervorheben, daß es vom Standpunkt der heutigen Lage aus Dinge gibt, die viel eher einer wissenschaftlichen und archivalischen Durchleuchtung bedürfen.

Ich möchte nur auf die **oberschlesische Frage** hinweisen. Meine politischen Freunde haben mit großem Bedauern die Erklärung des Reichsministers des Innern am gestrigen Tage vernommen. Der Herr Reichsminister Koch wies auf eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Müller (Franken) darauf hin, daß denjenigen **Beamten**, die sich heute vor die **polnische Propaganda** haben vorspannen lassen, für den Fall, daß Oberschlesien bei Deutschland bleiben sollte, keinesfalls Unannehmlichkeiten erwachsen sollen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Meine politischen Freunde sind der Auffassung, daß diese Erklärung weder notwendig, noch besonders erwünscht war; im Gegenteil, sie meinen — und ich habe den Auftrag von einer ganzen Reihe meiner Freunde, das zum Ausdruck zu bringen —, daß eine solche Erklärung vom Regierungstisch besser unterblieben wäre.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Dabei will ich sachlich zu der ganzen Frage überhaupt keine Stellung nehmen.

Neben dem Reichsarchiv haben wir als oberste beratende und Richtlinien gebende Stelle die **Historische Kommission** eingerichtet, deren Mitglieder von dem Herrn Reichspräsidenten berufen worden sind. Diese besteht aus 13 Mitgliedern. Ein Sitz ist zurzeit durch den Tod des Reichskanzlers a. D. v. Bethmann Hollweg erledigt. Ich (B) habe Bedenken gegen die Art der **Zusammensetzung** dieser Historischen Kommission, ohne dabei im einzelnen Werturteile über die Qualitäten der verschiedenen Mitglieder aussprechen zu wollen. Es sind nach meiner Auffassung in der Kommission durchaus geeignete Personen, die ihre Aufgabe sicherlich mit der dazu notwendigen Objektivität leisten werden. Das soll mich aber nicht an der Kritik hindern.

Die Historische Kommission besteht zurzeit aus einem höheren Staatsbeamten, zwei Generalen, einem Generaldirektor der preußischen Staatsarchive — einem archivalischen Beamten, der allerdings nicht aus dem Archivdienst gekommen ist, er war zuletzt Direktor des Preußischen Historischen Instituts in Rom — und acht Hochschulprofessoren. Nach meiner Auffassung und der meiner politischen Freunde ist diese Zusammensetzung etwas einseitig: neben acht Hochschulprofessoren stehen nur vier andere Mitglieder der Kommission. Das ist an Professoren des Guten — ich sage ausdrücklich: des Guten — etwas zu viel. Wir halten es daher für erwünscht, wenn künftig mehr Männer aus dem praktischen Leben, Männer aus der praktischen Staatsverwaltung zugezogen würden, vielleicht auch jemand, der mit den großen volkswirtschaftlichen Fragen der Zeit in engster Berührung steht.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Aber auch noch in anderer Hinsicht hat die Historische Kommission einen gewissen Schönheitsfehler. Vom deutschnationalen Standpunkt findet man es nicht berechtigt, wenn bei der Auswahl der Personen — es handelt sich in erster Linie um die Professoren — besonders diejenigen berücksichtigt worden sind, die politisch der Mitte des Hauses oder der Linken angehören. Ich hoffe, daß die Reichsregierung bei eintretenden Vakanzen die Gelegenheit wahrnimmt, durch vorsichtige Korrekturen das ja einmal übliche Prinzip der Proportionalität auch in der Zusammensetzung der Historischen Kommission in bezug auf (C) die politische Richtung ihrer Mitglieder zur Anwendung zu bringen.

Endlich gibt mir einen Anlaß zur Kritik die **Art und Weise, wie** innerhalb des Reichsarchivs **die Verwaltungsstellen verteilt sind.** Zweifellos war eine solche neue Behörde, die große kompakte Massen von Aktenmaterial von vielen Kriegsstellen übernehmen mußte, auch gezwungen, den dazu gehörigen Personalapparat mit zu übernehmen. So ist es verständlich, daß von 97 in wissenschaftlicher Tätigkeit befindlichen Beamten des Reichsarchivs 70 früher dem Militärstande angehörten; der Rest ist aus der Zivillaufbahn hervorgegangen. Zweifellos aber darf man erwarten, daß, wenn die kriegsgeschichtlichen und militärwissenschaftlichen Arbeiten des Archivs im Laufe der nächsten Jahre oder Jahrzehnte erledigt sind, eine gewisse Umbildung eintritt, in welcher — sagen wir einmal — der Zivilgelehrte mehr zu seinem Rechte kommt. Da ja nach der Auffassung vieler Kriege in der neuen Zeit nicht mehr vorkommen sollen, müßte man annehmen, daß wenigstens innerhalb eines Menschenalters das kriegsgeschichtliche Material des Reichsarchivs aufgearbeitet ist, und daß dann die Akten aus der Zivilverwaltung überwiegen.

Aber auch innerhalb der Gruppe der Zivilbeamten ist es notwendig, einmal die Lupe der Kritik anzuwenden. Die Behörde heißt Reichsarchiv. Aber in ihm befinden sich unter den wissenschaftlich beschäftigten Herren meines Wissens nur sieben, die man bisher beruflich als Archivare bezeichnen konnte. Dieses Mißverhältnis, das im Laufe der Zeit korrigiert werden kann und muß, hat natürlich in den Kreisen mancher berufsmäßigen Archivare eine berechtigte Beunruhigung hervorgerufen. Ich meine, es wird notwendig sein, in Zukunft die gelernten Archivare zu bevorzugen; in zweiter Linie sind dann die gelernten Historiker zu berücksichtigen und in dritter Linie Gelehrte anderer Wissenszweige: der Volkswirtschaft usw. Wir (D) müssen — ich gebe zu, praktisch ist es augenblicklich nicht durchführbar — den Grundsatz aufstellen, daß das **Reichsarchiv** der Zukunft **in erster Linie den Archivaren vorbehalten** sein soll. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß diese Gruppe von Gelehrten sehr schlechte Zeiten hinter sich hat, daß sich ihr jetzt neue Entwicklungsmöglichkeiten im Reichsarchiv geboten haben, diese aber infolge der Ungunst der Verhältnisse beschränkt wurden. Ich meine, wenn das Reichsarchiv in der Folge mehr in die Hände von Berufsarchivaren kommt, dann wird es erst seine Aufgaben als Archiv wirklich voll erfüllen können, dann wird es auch eine Fundgrube werden für unsere Historiker nnd Nationalökonomen, und dann werde das große Werk, das ja als letztes Ziel hinter der ganzen neuen Einrichtung stehen soll, vollendet werden können, nämlich: die Aufklärung des deutschen Volkes über das, was in der jüngsten Vergangenheit geschehen ist zu seinem Glück und zu seinem Unglück.

(Beifall rechts.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald,** Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Der Herr Vorredner hat bemängelt die Aufzählung der **drei fundamentalen Aufgaben,** die dem **Reichsarchiv** gestellt sind. Insbesondere hat er getadelt, daß hier auch die unparteiische wissenschaftliche Erforschung und Schilderung der hinter uns liegenden Periode der Geschichte des Reichs, die mit dem Weltkrieg ihren Abschluß gefunden hat, als eine ihrer Hauptaufgaben bezeichnet ist. Meine Herren, diese Hauptaufgaben sind hier aufgenommen worden nach sehr eingehenden Beratungen mit der historischen Kommission des Reichsarchivs. Wir haben ja auch im Hauptausschuß sehr

(Dr. **Lewald**, Staatssekretär.)

(A) eingehend über die Frage gesprochen, und dort hat es keinerlei Bemängelung gefunden. Ich glaube, daß es in der Tat eine Aufgabe sein wird, die nicht allein von Privaten gesichtet werden kann, einen Teil des Aktenmaterials herauszugeben. Es sollen ja nicht unter der Verantwortung des Archivs eigene Geschichtswerke geschrieben werden; aber daß man den Beamten des Archivs auch die Möglichkeit gibt, in den Forschungen und den Arbeiten des Archivs unter ihrer eigenen Verantwortung und unter ihrem eigenen Namen aus dieser Fundgrube zu schöpfen, das wird, glaube ich, von niemandem, der Historiker ist, bemängelt oder bestritten werden können.

Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Philipp beanstandet, daß im **Beamtenkörper des Reichsarchivs** die Archivare nicht genügend berücksichtigt worden sind. Es ist richtig, meine Herren, wir standen vor der ungeheuren, gar nicht abzusehenden Masse der Kriegsakten, die heranströmten, und da sind wir natürlich zunächst an die Offiziere, die in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Generalstabs vorgebildet waren, herangetreten, um dieses riesenhafte Material zu sichten und zu prüfen. Das war der Grundstock der ganzen Sache, und da wird selbstverständlich im Laufe der Zeit — die Stellen sind ja zum großen Teil als künftig wegfallend bezeichnet — dieser und jener ausscheiden und kann dann hoffentlich auch durch geeignete Zivilbeamte ersetzt werden.

Was nun **die aus dem Zivilberuf hervorgegangenen Mitglieder des Reichsarchivs** anbetrifft, so haben wir in weitestgehender Weise alle wissenschaftlichen Organisationen, ja sogar in öffentlichen Blättern, aufgefordert, sich um eine solche Stelle zu bewerben. Es sind damals 250 Bewerbungen eingegangen, die dann in stundenlangen mühevollen Sitzungen der historischen Kommission geprüft und gesichtet worden sind. Ein großer Teil der Herren (B) kannte die Bewerber, es waren ihre eigenen Schüler, und die Anwärter sind dann nachher auf Grund dieses Gutachtens der historischen Kommission berufen worden. Nun möchte ich hervorheben, unter den Herren, die nicht eigentlich Archivare gewesen sind, befinden sich doch viele, die archivalische Studien getrieben haben, die sie mit bibliothekarischen Studien verbunden haben, oder als Historiker tätig gewesen sind oder doch jahrelang in Archiven gearbeitet haben. Ich weiß, daß in den Kreisen der deutschen Archivare der Wunsch besteht, daß sie in stärkerem Maße bei Berufungen an das Reichsarchiv beteiligt werden. Wir wollen die Anregung des Herrn Abgeordneten Dr. Philipp sehr gern prüfen, und sie wird auch bei der im Herbst dieses Jahres stattfindenden Sitzung der historischen Kommission besprochen und in Erwägung gezogen werden. Eine gewisse Schwierigkeit ergibt sich für uns daraus, daß, wie die Herren aus dem Etat sehen, die Stellen als künftig wegfallend bezeichnet sind, daß wir augenblicklich in der schwierigen Lage sind, daß, wenn aus irgendwelchen Umständen ein Teil der Stellen frei wird, wir sie nicht gleich besetzen können, sondern erst den Finanzminister, vielleicht sogar auch den Reichstag dazu anrufen müssen, um eine solche Neubesetzung vornehmen zu können. Wir wollen namentlich auch sehen, daß wir unter dem jüngeren Personal allmählich einen Aufstieg bewirken können. Aber das möchte ich im großen und ganzen doch sagen, daß die historische Kommission, nachdem sie ihr Werk übersehen hat, von dem Gedanken ausgegangen ist, daß hier ein Stamm wissenschaftlich vorgebildeter, ausgezeichneter, auserwählter Beamten aus allen Teilen des Reichs an dieser großen Aufgabe zusammenzuarbeiten hat. Im übrigen hat die Archivverwaltung und ich als Vorsitzender der historischen Kommission nur mit lebhafter Befriedigung davon Kenntnis zu nehmen und zu danken, daß diesem Institut ein so warmes Interesse auch von (C) den Parteien des Hauses entgegengebracht wird.

Vizepräsident **Dittmann:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; ich erkläre daher Kap. 12 Tit. 1 für angenommen.

Ich rufe weiter auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9. —

Zu Kap. 13 Tit. 1 hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das **Zentralnachweiseamt für Kriegergräber und Kriegerverluste** ist in der letzten Woche mehr in die Öffentlichkeit getreten, als es vielleicht vordem der Fall gewesen ist. Die Tatsache, daß die Regierung dieses Zentralnachweisebureau **von dem Zentrum Berlins nach Spandau** in einer Entfernung von 20 Minuten von der **Peripherie Spandaus** nach der **Knobelsdorf-Kaserne verlegen** wollte, hat in weitesten Kreisen Erregung hervorgerufen, nicht nur in den Kreisen, die meinen Freunden nahestehen, sondern auch in den Kreisen der rechtsstehenden Parteien. Im „Lokal-Anzeiger", in der „Täglichen Rundschau" und, wenn ich mich nicht täusche, auch in der „Deutschen Tageszeitung" standen Äußerungen, die darauf schließen lassen, daß auch in Ihren Kreisen (nach rechts) gegen diese Verlegung lebhafte Stimmung herrscht. Vor allem aber sind die zunächst Beteiligten sehr energisch aufgetreten, sie sind über diese Verlegung sehr erregt. Die zunächst Beteiligten sind erstens die durch diese Verlegung am meisten Betroffenen, diejenigen, die Kriegsverluste haben, die Angehörigen der im Kriege Gefallenen. Der Bund der Kriegsbeschädigten hat einen lebhaften Protest auch an die Regierung gerichtet. Dasselbe hat der Zentralverband der Angestellten getan, da hier auch wichtige Interessen der Angestellten vorliegen und durch diese Verlegung die Angestellten in ihrer Tätigkeit auf das (D) empfindlichste geschädigt werden.

Meine Damen und Herren! Der Tatbestand ist folgender. Das Zentralnachweiseamt ist außer in dem Hauptgebäude in der Dorotheenstraße 48 noch in weiteren sechs Gebäuden untergebracht. Es ist selbstverständlich, daß aus Sparsamkeitsrücksichten sowie auch aus technischen Zweckmäßigkeitsrücksichten des Betriebs eine **Zentralisierung dieses Amtes notwendig** ist. Insofern sind alle Beteiligten, wie ich glaube, mit der Regierung einig; es fragt sich nur, wie eine solche Zentralisation erreicht werden soll. Da gehen die Meinungen auseinander. Die Regierung beabsichtigt, wie ich eingangs sagte, und wie es ja auch aus dem Nachtragsetat und aus der Antwort, die die Regierung auf meine Anfrage gegeben hat, hervorgeht, dieses Zentralnachweisebureau nach Spandau in die Knobelsdorf-Kaserne zu verlegen. Was würde das bedeuten? Das Amt hat jetzt schon im letzten Jahre zirka 30 000 Angehörigen unserer Kriegsopfer mündliche Auskünfte erteilen müssen. Diese Hinterbliebenen der Kriegsopfer suchen also das Amt auf. Sie sind sehr häufig unbemittelte Menschen, die in Berlin wohnen. Für sie würde die Verlegung nach Spandau eine ökonomische Benachteiligung sein.

Ebenfalls ist das Personal, das aus etwa 900 Angestellten besteht, stark benachteiligt. Von diesen Angestellten wohnt nur ein verschwindend kleiner Teil — ich glaube 15 — in Spandau oder in der Nähe von Spandau. Die anderen wohnen über Berlin verstreut. Diese Angestellten müßten gleichfalls jeden Morgen einen solch weiten Weg zurücklegen und hätten durch die Stadtbahnfahrt ungeheure Unkosten. Sie müßten dann außerdem noch eine halbe Stunde Weg hin und zurück machen. Alle diese Angestellten sind natürlich nicht gerade sehr erbaut von einer derartigen Notwendigkeit. Das kann ihnen

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) keiner verdenken, und das kann auch die Reichsregierung ihnen nicht verdenken. Es fragt sich nur, ob diese Angestellten — es sind 900 an der Zahl — nicht daraus die Konsequenz ziehen, in großen Massen einfach zu kündigen, ihren Dienst zu verlassen. Es wurde mir erzählt, daß bei der Aussicht, die als ziemlich sicher hingestellt wurde, daß das Amt verlegt würde, schon heute zahlreiche Kündigungen aus diesem Grunde erfolgt seien. Außerdem aber — und das ist viel wichtiger — müßte der ganze Betrieb durch eine solche Verlegung auf zwei bis drei Monate unterbrochen werden. Wer einmal im Amt war und mit den Referenten gesprochen hat, wer sich hat zeigen lassen, wie sehr man dort mit der Auskunftserteilung im Rückstande ist, der weiß, was eine solche Unterbrechung der Arbeiten in diesem Falle bedeuten würde. Ich habe durch die Liebenswürdigkeit einer leitenden Persönlichkeit in eine ganze Menge von Briefen Einsicht bekommen, aus denen hervorging, welche herzergreifenden Bitten von den Witwen und den Müttern der Kriegsopfer an das Amt gerichtet wurden, die inständigst ersuchen, daß man ihnen nun endlich eine Auskunft darüber geben möchte, ob ihre Angehörigen gefallen sind und wo das Gut, das sie hinterlassen haben, geblieben ist, wo sie begraben sind usw. Alle diese Sachen können nicht aufgearbeitet werden; denn das Amt hat unendlich viel zu tun. Wenn nun die Arbeiten des Amts zwei bis drei Monate lang unterbrochen werden sollen, so würde das sicherlich eine Erbitterung in die Kreise der Hinterbliebenen der Kriegsopfer hineintragen. Das sollte man unter allen Umständen zu vermeiden suchen. Dazu kommt noch, daß der Transport der Kartotheken auch nicht so einfach ist. Gewiß ist er technisch möglich. Wer sich aber diese Kartotheken einmal angesehen hat, der weiß, daß sie nicht gerade mit den besten technischen Mitteln aufgestellt sind, sondern daß leicht die Gefahr besteht, daß (B) beim Transport dieser wertvollen Kartotheken etwas verloren gehen kann. Es handelt sich zum Teil um Kartotheken, die nie wieder ersetzt werden können. Beispielsweise die Kartotheken für die hier im Inlande gefallenen Ausländer. Wenn es nicht unbedingt notwendig ist, wird auch kein vernünftiger Mensch den Wunsch haben, daß mit einem solch wertvollen Material der ziemlich weite Transport nach Spandau gemacht wird. Für die Abteilung der auswärtigen Auskünfte würde eine Verlegung noch eine besondere Schwierigkeit im Gefolge haben. Durch den Friedensvertrag und durch allgemeine Völkerbundsverträge sind wir verpflichtet, Auskünfte über die Angehörigen der fremden Staaten zu geben. Wir wollen diese Auskünfte geben, kein Mensch wird etwas dagegen haben; denn wir erwarten ja von der Gegenseite, daß sie dasselbe tut. Alle hier anwesenden Missionen benutzen diese Abteilung sehr häufig. Der Direktor dieser Abteilung hat mir gesagt, daß er sehr gut mit diesen Missionen zusammenarbeite, und daß er ihnen bereits sehr wertvolle Dienste hat leisten können. Wenn nun das Amt nach Spandau verlegt wird, dann werden diese Missionen natürlich verlangen, daß wir ihnen Autos zur Verfügung stellen, damit sie nach Spandau hinkommen können; denn zu Fuß werden sie sicher nicht hingehen. Man kann sich nun auf den Standpunkt stellen, daß wir das nicht nötig haben. Aber es wird im Grunde genommen wenig Zweck haben, sich zu weigern, und es wird doch darauf hinauskommen, daß wir diese ungeheuren Kosten für die Autos tragen müssen. Ein Auto ist heute wirklich kein billiges Stück Möbel. Ich will von der Frage der Unkosten, die dieser ganze Umzug bereiten wird, die noch nicht genau festgestellt sind — vorläufig sind ¾ Millionen dafür vorgesehen —, nicht sprechen. Aber die Zentralisation, wie sie für dieses Amt am Platze wäre, wäre dort draußen in den Kasernen auch nicht ge-

(C) geben. Es sind Gebäude, die ziemlich weit voneinander entfernt sind und der Wunsch derer, die die technische Zentralisation im Auge haben, muß doch dahin gehen, daß man nun auch wirklich in einem Gebäude alles vereinigt, und nicht wie hier in mehreren ziemlich voneinander getrennten Gebäuden.

Und nun die Vorteile und die Möglichkeiten, die sich auf der anderen Seite für eine Zentralisation bieten. Diese **Zentralisation** bietet sich in dem Gebäude, in dem jetzt die Kartotheken des Zentralnachweisamtes im Hauptstamm untergebracht sind, **in dem Gebäude Dorotheenstraße 48.** Man muß nur die Heeresbücherei, die einen erheblichen Umfang des Gebäudes in Anspruch nimmt, entfernen. Die Heeresbücherei hat im Erdgeschoß einen Raum von 424, im ersten Obergeschoß einen solchen von 746, im zweiten Obergeschoß von 529, zusammen von 1750,2 Quadratmeter inne. Und es sind nicht die schlechtesten, sondern die größten und besten Räume, die die Heeresbücherei für sich in Anspruch genommen hat.

Ich will jetzt in diesem Augenblick nicht darüber streiten, wie wertvoll oder nicht wertvoll diese Heeresbücherei sein mag. Das hat mit dieser Sache nichts zu tun. Darüber, daß diese Heeresbücherei dort nicht notwendigerweise sein muß, können wir doch einer Meinung sein. Ich gebe gern zu, daß die **Verlegung der Heeresbücherei** einige Schwierigkeiten macht. Es ist zum Beispiel gesagt worden, daß die Staatsbücherei die Heeresbücherei nicht übernehmen möchte, weil, wie die einen sagen, die Staatsbücherei die Bände der Heeresbücherei alle schon hätte. Ich kann das nicht nachkontrollieren und weiß nicht, ob ich richtig unterrichtet bin. Die anderen sagen, die Staatsbücherei befürchte, daß die Bibliothekare der Heeresbücherei mit übernommen werden müßten und diese Bibliothekare der Heeresbücherei zwar für die Heeresbücherei als Offiziere qualifiziert seien, aber doch nicht die Qualifikation der sonstigen Bibliothekare der Staatsbücherei hätten. Ich kann auch das nicht kontrollieren. (D) Jedenfalls aber sollten diese Dinge für uns nicht entscheidend sein. Das werden Dinge sein, die man bei Verlegung der Heeresbücherei erwägen muß und dabei zu erledigen haben wird. Entscheidend für das große Problem werden diese Dinge nicht sein können.

Und nun, meine Damen und Herren, wollen wir doch auch nicht vergessen, daß der kompetenteste Vertreter der Heeresbücherei, daß die Heeresverwaltung selber durch den Mund des Herrn Reichswehrministers uns verkündet hat, daß er gar keinen Wert darauf lege, daß die Heeresbücherei in dem Gebäude Dorotheenstraße 48 bleibe. Es scheint also doch die Möglichkeit dafür gegeben zu sein. Ich bitte Sie, diese Möglichkeit doch nicht nur zu erwägen, sondern mit uns — und ich hoffe, Sie dahin bringen zu können — sich zu entschließen, dort nach der Dorotheenstraße 48 das gesamte Zentralnachweisamt hinzuverlegen.

Meine Herren! So wie die Raumverhältnisse augenblicklich liegen, geht es natürlich nicht, das ganze Amt dort unterzubringen. Wenn wir die Räume gewinnen können, die die Heeresbücherei hat, dann ist die Möglichkeit gegeben, in den sehr hohen Räumen, in den großen Sälen und Galerien, die die Heeresbücherei dann räumen müßte, Kartotheken einzurichten und alles so weit unterzubringen, daß die Optimisten unter den Sachverständigen behaupten, es könne auf diese Weise das ganze Amt dort untergebracht werden. Die Pessimisten, und zwar die weitgehendsten behaupten, daß wohl alles dort untergebracht werden könnte bis auf jene Teile des Amtes, die in dem Hause **Unter den Linden 74** untergebracht waren. Die müssen vorläufig noch beibehalten werden.

Nun wurde uns einmal gesagt, daß das preußische Ministerium des Innern ein besonderes Gewicht darauf lege, das Haus Unter den Linden 74 geräumt zu sehen.

(Dr. Löwenstein, Abgeordneter.)

(A) Ich habe den Herrn preußischen Minister des Innern neulich gefragt, und er hat mir versichert, daß er gar nicht besonderen Wert auf das Haus Unter den Linden 74 lege. Infolgedessen besteht also gar keine Schwierigkeit, daß man vielleicht diesen Teil, wenn es nicht möglich ist, ihn in dem Zentralamt unterzubringen, dort Unter den Linden 74 beläßt. Diese Möglichkeit ist gegeben.

Und wir wollen doch noch eins in Erwägung ziehen! Das ganze Amt ist ja ein Amt auf Abbau, seine Arbeit wird immer geringer. Es ist zwar nicht ein Amt, das in kurzer Zeit abgebaut werden wird, es wird eine, vielleicht auch eine zweite Generation dauern; aber das ganze Arbeitsmaterial wird weniger werden, und infolgedessen wird mit dem Abbau auch der Raum entbehrlich sein, der Unter den Linden 74 noch jetzt in Anspruch genommen wird.

Wir kommen also, wenn wir die Zentralisation im Augenblick nicht völlig vollziehen können, ganz naturgemäß dazu, diese Zentralisation nach zwei, drei Jahren zu vollziehen.

Es gibt noch eine weitere Möglichkeit. Es scheint mir, daß man sich dort in dem Amt selber nach dem Kriege doch etwas weit ausgedehnt habe. Es ist mir berichtet worden, daß es zum Beispiel vorher eine Abteilung II gegeben habe. Diese Abteilung II habe für ihr gesamtes Aufsichts- und Geschäftsstellenpersonal ein Zimmer in der Größe von zirka 25 Quadratmetern benutzt. Diese Abteilung II sei jetzt umorganisiert worden, und es seien fünf Abteilungen daraus gemacht, und diese nähmen jetzt 15 Räume des Gebäudes Dorotheenstraße 48 in Anspruch. Mir scheint: mit gutem Willen kann man vielleicht auch hier einiges zusammendrängen und würde dann ganz gut die zentrale Organisation ideal dort vollziehen können.

Ich habe auch, obwohl ich weiß, daß man sich von der rechten Seite mit Rücksicht auf die Heeresbücherei (B) darauf festgelegt hat, das Zentralnachweisebüro nach Spandau zu verlegen, die Hoffnung, daß vielleicht ein Teil der Herren der rechten Seite sich doch den Notwendigkeiten, die so dringlich sind, nicht verschließen wird. Ich habe um so mehr die Überzeugung, daß das geschehen wird, als gerade ein Sachverständiger aus Ihren Reihen, der selbst Kartograph ist, der sich die Sache angesehen hat, erklärt hat, daß die Verlegung nach Spandau ein Unding sei, und daß er es durchaus für möglich halte, das Z. A. K. in dem Gebäude Dorotheenstraße 48 zu belassen. Er hat allerdings hinzugefügt, daß der Widerstand in seiner Fraktion sehr stark wäre, und daß er nicht glaube, daß er seine Fraktion dafür gewinnen könne. Ich glaube aber, daß Sie doch dem Urteil Ihres Sachverständigen auch ein wenig Beachtung schenken werden.

Ich kann auch nicht glauben, daß einige Abgeordnete sich davon leiten lassen, was zwei Abgeordnete, die auch der weiteren rechten Seite angehören, dort im Amt erklärt haben. — Sie haben nämlich erklärt, daß, weil der Antrag von uns, von den Unabhängigen, käme, man ihm bei ihnen keine Beachtung schenkte; wenn er von der rechten Seite gekommen wäre, dann könnte man sich viel lebhafter für die Sache interessieren. Ich sehe das als einen falschen Zungenschlag an. Ich will nicht glauben, daß Sie sich durch derartige Überlegungen werden leiten lassen.

Ich bitte, in Betracht zu ziehen, daß es sich darum handelt, das Amt weiter arbeitsfähig zu erhalten, daß uns das Interesse für die Angehörigen der Kriegsopfer am Herzen liegen muß, und, da die Möglichkeit besteht, dieses Amt in dem Gebäude Dorotheenstraße 48 unterzubringen, sich unserem Antrag anzuschließen und dadurch die Verlegung nach Spandau unmöglich zu machen.

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Staatssekretär Lewald.

Dr. **Lewald,** Wirklicher Geheimer Rat, Staats- (C) sekretär im Reichsministerium des Innern: Meine Herren, niemand wäre erfreuter, wenn dem Wunsche des Herrn Vorredners entsprochen werden könnte, das ganze Amt dort zu belassen, wo es gegenwärtig ist, als ich. Denn seitdem diese Frage aufgetaucht ist, ist man wirklich keinen Tag in Ruhe gewesen vor den Wünschen und Anträgen, die nach dieser Richtung hin gestellt wurden.

Ich möchte zunächst mit einer Legende aufräumen, daß nämlich die **Heeresbücherei**, um mich mal drastisch auszudrücken, das Karnickel wäre, das dazu geführt hätte, daß man das Zentralnachweiseamt nicht dort lassen will, wo es gegenwärtig ist. Das **Zentralnachweiseamt ist augenblicklich in sechs verschiedenen Häusern untergebracht:** Dorotheenstraße 48, Unter den Linden 74, Dorotheenstraße 29, Luisenstraße 32, Luisenstraße 36 und Baracke am Jahnplatz in der Hasenheide.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Daß das für eine Behörde ein ganz unerträglicher Zustand ist, liegt auf der Hand.

Nun würden wir ja selbstverständlich mit Freuden die Mühe, den Ärger und die Kosten ersparen, namentlich würden wir auch dem Angestelltenstand des Amts die große Unannehmlichkeit, die ich schon einmal von dieser Stelle aus in Beantwortung einer kleinen Anfrage anerkannt habe, die Unannehmlichkeit einer derartigen Verlegung ihrer Dienstbehörde nach Spandau ersparen. Wir haben daher wirklich mit heißem Bemühen alle Möglichkeiten erschöpft und erwogen, ob sich nicht irgendwo anders eine geeignete, geschlossene Unterbringung ermöglichen ließe. Meine Herren, wenn die Heeresbücherei aus dem Gebäude entfernt wird, in dem sie jetzt ist, so würden dem Zentralnachweiseamt immer noch rund 2000 Quadratmeter Raumfläche fehlen.

Auf einen Punkt muß ich dem Herrn Vorredner (D) gleich antworten. Die Annahme, daß **das Haus Unter den Linden 74** für dieses Zentralnachweiseamt dauernd zur Verfügung stände, ist nicht richtig. Dieses Haus, die alte preußische Kriegsakademie, steht uns gar nicht mehr zur Verfügung, sondern sie gehört zu denjenigen militärischen Gebäuden, die durch das Gesetz vom Jahre 1873 auf das Reich übergegangen sind und die nach den Bestimmungen dieses Reichsgesetzes, wie viele andere Gebäude, an Preußen zurückgegeben werden müssen, wenn der militärische Zweck, für den sie bestimmt waren, in Fortfall kommt. Nun ist das Zentralnachweiseamt eine reine Zivilbehörde und kann also unmöglich als die Nachfolgerin der alten preußischen Kriegsakademie betrachtet werden. Wir sind also verpflichtet, es zu räumen, und ich wundere mich, daß der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein von dem preußischen Minister des Innern die Auskunft erhalten haben soll, daß er keinen großen Wert darauf legte. Ich kann aktenmäßig nachweisen, daß der größte Wert darauf gelegt wird,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nicht mehr!)

daß der preußische Minister des Innern, Herr Severing, immer wieder betont hat, er müßte unter allen Umständen dieses Gebäude haben, welches an das preußische Ministerium des Innern anstößt,

(hört! hört! rechts)

um zu einer Erweiterung für dringend notwendige Räume seines Ministeriums zu kommen. Es sei vollkommen unerläßlich. Er müßte mit dem Staatskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung und der Organisation für die Sicherheitspolizei in räumlicher Verbindung sein. Er wartet und drängt darauf.

Augenblicklich ist eine Reihe von Räumen dieses Amts mit drei Wohnungen besetzt. Eine Wohnung wird von dem Mitglied dieses hohen Hauses, dem Abge-

(Dr. Lewald, Staatssekretär.)

(A) ordneten Dr. David eingenommen, dem seinerzeit als Reichsminister diese Wohnung gegen Entschädigung eingeräumt war.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wieviel Zimmer?)

Ich weiß, daß die preußische Schutzpolizei bereits für die sämtlichen Herren Wohnungen hat, damit im Augenblick, wo das Zentralnachweiseamt heraus ist, auch diesen Herren Wohnungen nachgewiesen werden können und dieses Haus dann unmittelbar in Anspruch genommen wird. Dieses Gebäude fehlt uns. Das muß einfach von dem Raumbedarf gestrichen werden. Oder der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein müßte befürworten, daß wir dieses Haus für das Zentralnachweiseamt kaufen. Ich würde nach Kenntnis der Berliner Verhältnisse annehmen, daß unter 10 oder 15 Millionen Mark ein Unter den Linden gelegener Bau kaum von Preußen zu erhalten sei. Denn der preußische Finanzminister sieht auch auf die Groschen und ist auch dahinterher.

Meine Herren, dieses Haus ist einfach nicht zu haben. Die Verhandlungen haben so lange geschwebt, daß das einfach aus der Erörterung ausscheiden muß. Was steht nun also in Wirklichkeit in Frage? Der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein hat zunächst das **Interesse der persönlich um Auskunft Heischenden** angeführt. Ich habe gewiß auch das gleiche warme Herz für den einzelnen, der dort anfragt. Ich habe mich aber eben bei dem Direktor des Amts erkundigt und erfahren, daß beim Zentralnachweiseamt wöchentlich bis zu 70 000 schriftliche Anfragen um Auskunft eingehen, also im Jahre über 3 Millionen. Im vorigen Jahre sind 30 000 mündliche Auskünfte erteilt worden, also ein Promille. Man müßte also wegen dieses einen Promille das Amt dort lassen. Es sind 30 000 Menschen; die müssen dann eben unter Umständen eine Postkarte schreiben, wie es auch die (B) 3 Millionen anderen Leute tun mußten. Ich wäre sehr froh, wenn wir wo anders eine geeignete Unterkunft fänden, als in dieser **Schmidt-Knobelsdorff-Kaserne in Spandau.** Ich verstehe es: wer seine Arbeits- und Dienststätte in Berlin gehabt hat, dem ist es sehr unbequem, wenn sie nach Spandau verlegt wird. Es bringt das Unbequemlichkeiten und Mühen mit sich.

Es ist noch behauptet worden, auch die Unterkunft wäre ungesund. Das ist vom Reichsgesundheitsamt nachgeprüft worden, und es ist festgestellt worden, daß mit ganz geringen Änderungen das Gebäude durchaus nützlich und zweckmäßig hergestellt werden kann. Jetzt kommt Herr Abgeordneter Dr. Löwenstein und will die Hallen der Kriegsakademie mit Zwischengeschossen versehen, Galerien einbauen, um sie für die Kartothek nützlich zu machen. Ich muß nun sagen: wenn die Sparsamkeitsbestrebungen des Reichstags nicht nur ein tönendes Wort sein sollen, dann würde ich es wirklich nicht verstehen, wie man wahrscheinlich Hunderttausende aufwenden soll, um in ein Gebäude, das für Vortragshallen geschaffen war, Galerien einzubauen, um dort die Kartothek unterzubringen.

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Löwenstein.)

Das würde auch außerordentlich lange dauern und wäre auch verfehlt.

Also, meine Damen und Herren, die Sache ist wirklich nach jeder denkbaren Richtung hin geprüft. Nachdem das Reichsschatzamt uns die Spandauer Kaserne als geeignetes freies Gebäude bezeichnet hatte, haben wir immer wieder in Vertretung der **Interessen der Angestellten** uns bemüht, eine andere Lösung zu finden. Denn für die Angestellten fühle ich mich doch verantwortlich, ich habe doch ein warmes Herz für sie und bin dienstlich verpflichtet, für sie einzutreten; und das tue ich auch nach jeder Richtung, und ich lasse mich von niemandem in diesen Empfindungen und in dieser Verpflichtung übertreffen.

Meine Damen und Herren! Wir haben aber schließlich (C) nichts anderes gefunden. Natürlich kostet ein Umzug eine ganze Menge Geld und bringt auch eine gewisse Unterbrechung der Arbeit des Amtes von etwa sechs Wochen mit sich. Das läßt sich nun einmal nicht vermeiden. Ich habe mit meinem Ministerium auch umziehen müssen, aber diese lästige Arbeit wird sich schließlich überwinden lassen.

Schließlich handelt es sich hier nicht um einen alten, eingearbeiteten, seit Dezennien vorhandenen Beamtenkörper, sondern um eine neue Behörde, deren **Abbau** im Reichstag im vorigen Jahr mit Leidenschaft gefordert wurde. Ich wurde damals sehr heftig angegriffen; es wäre eine unerhörte Zahl von Angestellten vorhanden, es sei ein Skandal; hier verschwende die Regierung; hier müsse hineingeleuchtet werden; der eiserne Besen müsse kommen usw. Wir sind schon von 1500 auf 900 Angestellte heruntergegangen; vielleicht kann die Zahl noch etwas herabgedrückt werden. Wenn einige Angestellte wo anders Unterkunft finden können, die ihnen sympathischer und zusagender ist, dann werden wir andere finden, die für diese Angestellten eintreten, und die mit ihren Lebensgewohnheiten mehr nach Spandau inklinieren, als es bei den vorhandenen der Fall ist.

Ich kann nur dringend bitten, den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion abzulehnen. Wir würden gar nicht in der Lage sein, das betreffende Amt jetzt wo anders unterzubringen. Die Häuser in der Luisenstraße 30 und 36, die zentral gelegen sind, werden auf das dringendste von der Reichsfinanzverwaltung für die Unterbringung von Abteilungen des Landesfinanzamts Berlin angefordert, die sich in einer gewissen zentralen Lage Berlins befinden müssen, weil sie für große Kreise des geschäftlichen Lebens eine absolute Notwendigkeit darstellten.

Also ich resümiere mich dahin: die Schmidt-Knobelsdorff-Kaserne bringt für die Unterbringung der Angestellten (D) zweifellos Unbequemlichkeiten mit sich, wir werden aber alles tun, um ihnen diese zu erleichtern. Wir werden ihnen selbstverständlich auch den Wohnungsgeldzuschuß, den sie hier bekommen, auch dort bezahlen. Es wird vielleicht auch nötig sein, ihnen ein Teil des Fahrgeldes zu erstatten — darüber schweben noch Verhandlungen —, aber eine andere Unterbringungsmöglichkeit dieses jetzt auf sechs Bureaugebäude verteilten Zentralnachweiseamtes existiert tatsächlich in Berlin nicht, und deshalb bitte ich, den Antrag ablehnen zu wollen.

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter: Nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs verzichte ich im Interesse der Geschäftslage zunächst auf das Wort.

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Giebel.

Giebel, Abgeordneter: Der Herr Staatssekretär Lewald hat durchaus recht, daß die Folgen, die sich aus der Verlegung dieses Zentralnachweiseamts für die dort beschäftigten **Angestellten** ergeben werden, nicht ausschlaggebend sein können. Dennoch ist auch diese Wirkung tatsächlich nicht ohne üble Folgen für das Institut selbst, denn die Verkehrsverhältnisse, die dort für die Angestellten in Spandau in Frage kommen, sind nicht so, daß es leicht wäre, diese zirka 900 Arbeitskräfte regelmäßig und pünktlich zum Dienste erscheinen zu lassen. Es führen dort nur zwei Straßenbahnlinien hin, die Kaserne liegt eine halbe Stunde von der Haltestelle der Straßenbahn. Wenn man sich das vergegenwärtigt, kann man sich vorstellen, daß sich daraus allerlei Störungen und unliebsame Zustände entwickeln können.

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) Aber die Annahme, man habe in dem **Grundstück Dorotheenstraße 48** nicht den Raum für die Unterbringung von weiteren ungefähr 350 Arbeitskräften zur Verfügung, trifft doch gar nicht zu. Der Flächeninhalt spielt aus dem Grunde nicht eine so ausschlaggebende Rolle, weil es sich im wesentlichen um die Aufstellung von Kartothekschränken handeln wird, die aber durchaus auf höhere Etagen gestellt werden können, das heißt, sie brauchen nicht nur in Manneshöhe aufgestellt zu werden, sie können sehr wohl noch einige Kastenreihen mehr erhalten. Dadurch ließe sich sehr wohl der Raum schaffen, der erforderlich ist, um die 350 Arbeitskräfte dort unterzubringen.

Der eigentliche Grund der Verlegung ist wohl die Absicht, dieses Gebäude für die **Heeresbibliothek** ganz in Anspruch zu nehmen. Das kann nach dem, was darüber auch von leitenden Herren dieser Behörde erklärt worden ist, eigentlich nicht zweifelhaft sein. Aber für die Bibliothek kommt so gut wie gar kein Verkehr in Frage. Ich bin unterrichtet worden, daß im Jahre 1920 ganze hundert Bände von dieser Bibliothek entliehen worden sind. Die Besucherzahl des Zentralnachweiseamts beträgt aber rund 30 000. Auch in diesem Jahre stellt sich die Besucherzahl auf durchschnittlich 100 Personen pro Tag. Es wurde also die unangenehmste Erscheinung entstehen, daß nunmehr diese zahlreichen Besucher in eine Gegend sich begeben sollen, für die gar keine irgendwie geeigneten Verkehrsmittel zur Verfügung stehen. Wenn man sich nun daran erinnert, daß es Kriegsbeschädigte und auch Angehörige Gefallener sind, die diese Behörde aufsuchen, und daß die nun nach der Bahnfahrt bis Spandau von der Haltestelle der Straßenbahn aus einen halbstündigen Fußmarsch zurücklegen sollen, so ergeben sich daraus doch so unleidliche Zustände, daß es begreiflich wird, wenn auch die **Verbände der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen** sich sehr energisch **gegen die Verlegung nach Spandau** gewendet haben. (B) Dem Reichsministerium des Innern ist ja auch eine entsprechende Erklärung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zugegangen, und in diesem Schreiben vom 8. Februar heißt es:

> Diese Folgeerscheinungen mit Rücksicht auf die Rat- und Auskunftsuchenden liegen aber durchaus nicht im Interesse der Kriegsopfer, und wir sehen uns infolgedessen gezwungen, nochmals ganz energisch gegen die Verlegung nach Spandau zu protestieren.

Das Schreiben fährt dann fort:

> Wir halten es im Interesse der Kriegsopfer für unsere dringendste Pflicht, das Reichsministerium des Innern auf die Möglichkeit der Unterbringung im Gebäude Dorotheenstraße 48 nochmals hinzuweisen, schon deswegen, weil durch eine derartige Unterbringung dem Reiche mehrere Millionen Unkosten erspart bleiben, die unseres Erachtens viel besser im Interesse der Kriegsopfer verwendet werden können, zumal ja die Fursorgemittel äußerst beschränkt sind.

So äußert sich also der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Ich sollte meinen: wenn auch nur die Wahrscheinlichkeit besteht, durch technische Verbesserungen und durch bauliche Einrichtungen die Unterbringung des gesamten Zentralnachweiseamts in der Dorotheenstraße 48 zu ermöglichen, wo ja heute das Gros der Verwaltung untergebracht ist, dann sollte das unter allen Umständen geschehen.

Als diese Behörde noch 1600 bis 1800 Arbeitskräfte zählte, hatte sie nicht den Raum zur Verfügung, den sie jetzt mit 900 Arbeitskräften in Anspruch nimmt. Daraus muß man doch schließen, daß in diesem Gebäude durch die Herausnahme der Heeresbibliothek sehr wohl der notwendige Platz geschaffen werden kann. Manche Bureaus könnten auch etwas rationeller ausgenützt (C) werden als es geschieht. Mir ist zum Beispiel mitgeteilt worden, daß das ziemlich umfangreiche Referat II, das früher bestand und mit fast der gleichen Anzahl von Hilfskräften nur einen einzigen Raum beanspruchte, jetzt mit den vier Abteilungen, die an dessen Stelle getreten sind, und mit 8 Regierungsräten, 4 Obersekretären und zirka 30 Hilfskräften 12 Zimmer beansprucht.

Ich muß auch bestreiten, daß die **Kosten der baulichen Veränderungen** in diesem Gebäude höher sein würden als die **Umzugskosten.** Wir haben doch nicht allein mit den Umzugskosten in Höhe von 650 000 Mark zu rechnen; es entsteht auch ein großer Verlust an Arbeitszeit während des Umzugs, die den Angestellten natürlich trotzdem zu entschädigen ist. Ferner ergeben sich daraus auch laufende Belastungen. Es ist mir bekannt geworden, daß die **auswärtigen Militärkommissionen** für den Fall der Verlegung nach Spandau eine erhöhte Automobilgestellung vom Reich verlangen — es scheint das ein im Friedensvertrag statuiertes Recht zu sein —, und aus unseren Etats ist genügend bekannt, daß die Unterhaltung solcher Automobile heute eine sehr kostspielige Sache ist. Wir werden also mit einer laufenden Belastung von 600 000 bis 700 000 Mark zu rechnen haben neben den einmaligen Umzugskosten. Demgegenüber würden sich die Kosten für die baulichen Veränderungen in dem Gebäude Dorotheenstraße 48 ungefähr mit dem Betrage bestreiten lassen, den wir in unserem Abänderungsantrag auf 1676 vorgeschlagen haben, nämlich mit 400 000 Mark. Die Umzugskosten, die aus der Zusammenführung der jetzigen Nebenstellen nach Dorotheenstraße 48 entstehen würden, sind dabei mit einkalkuliert. Dieser Weg wäre also sparsamer als die Verlegung der gesamten Behörde mit den Bureaus nach Spandau. Es besteht auch die Möglichkeit, die (D) breiten Korridore in diesem Gebäude Dorotheenstraße 48 für das Aufstellen dieser Kartothekschränke mit heranzuziehen. Das scheint mir durchaus möglich und angängig. Man soll sich die Arbeit nicht so vorstellen, als ob jeder einzelne Kartothekkasten Tag für Tag benötigt wird. Er wird nur dann gebraucht, wenn durch das Auskunftsbegehren oder die Nachfrage irgendeines interessierten Kriegshinterbliebenen das Heraussuchen einer Karte notwendig wird. Also eine nennenswerte Störung im Bureaudienst dadurch, daß man die Kartothekschränke höher baut, daß man auch auf den Korridoren, die sehr breit und geräumig sind, noch Kartothekschränke aufstellt, wird sich daraus nicht ergeben.

Wenn das aber nicht eintrifft und andererseits durch eine sparsame und rationelle Verwertung des zur Verfügung stehenden Raumes es erreichbar ist, auch die noch unterzubringenden zirka 350 Arbeitskräfte dort zu placieren, so spricht doch nichts mehr für die Verlegung nach Spandau, sondern im Gegenteil, Zweckmäßigkeitsgründe, Rücksichtnahme auf die Besucher und nicht zuletzt auch Sparsamkeitsgründe dafür, daß diese Behörde in Dorotheenstraße 48 zusammengefaßt wird.

Aus dieser Überlegung heraus haben wir unsere Anträge gestellt. Wir haben die Abänderung der Position 42 unter den einmaligen Ausgaben vorgeschlagen und haben dazu eine Entschließung eingebracht, die nun nicht einfach sagt: Ihr müßt die Unterbringung in Dorotheenstraße 48 herbeiführen, sondern die der Regierung die Möglichkeit läßt, zu untersuchen, ob nicht doch noch in Berlin eine für die Verkehrsverhältnisse günstiger liegende Unterkunft für das Zentralnachweiseamt geschaffen werden kann, allerdings in erster Reihe in Dorotheenstraße 48. Ich glaube, wenn der Reichstag dieser Entschließung zustimmt, würde es dem Ministerium des Innern möglich sein, beim Reichsschatzministerium eine freundlichere

(**Giebel**, Abgeordneter.)

(A) Stellungnahme zu erwirken, als das anscheinend bislang der Fall gewesen ist. Ich bitte Sie deshalb, aus Rücksicht auf die in die 30 000 gehende jährliche Besucherzahl dieser Behörde die Verlegung nach Spandau nicht zu genehmigen, sondern die Regierung zu ersuchen, noch einmal die Angelegenheit zu prüfen, weil durch die beabsichtigte Verlegung nur eine wesentliche Verteuerung, aber keine Verbilligung eintreten wird, weil dadurch Ausgaben auch laufender Art entstehen, die für andere Interessen, nicht zuletzt auch für die, die den Zwecken des Zentralamts dienen, in Anspruch genommen werden sollten.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald**, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Meine Herren, ich möchte nur einige Irrtümer des Herrn Vorredners richtigstellen. Es trifft nicht zu, was der Herr Abgeordnete Giebel gesagt hat, daß zu der Schmidt-Knobelsdorff-Kaserne keinerlei Straßenbahnverbindung hinführte. Der Weg wird von den Herren, die ihn häufig gegangen sind, von der Straßenbahnhaltestelle bis zur Kaserne verschiedentlich beurteilt. Ein Herr sagt: Ich bin ihn in drei Minuten gegangen; der andere Herr sagte mir, ich bin sehr langsam gegangen, da habe ich fünf Minuten gebraucht.

(Hört! Hört! rechts.)

Das ist also die große Entfernung, die dort vorliegen soll.

Dann hat der Herr Abgeordnete Giebel gesagt, der Bund der Kriegsbeschädigten hätte ausgeführt, Millionen würden damit erspart werden, wenn man vom Umzug des Zentralnachweiseamts absähe. Meine Herren! Das trifft nicht zu. Der Umzug nach und die Herrichtung der Schmidt-Knobelsdorff-Kaserne kosten 800 000 Mark. Das ist also keine in die Millionen gehende Forderung. Da möchte ich doch noch einmal betonen, es handelt sich bei (B) der **Verlegung** im wesentlichen auch um eine **Sparsamkeitsmaßregel**, und wenn der Reichstag immer von Sparsamkeit spricht, muß er diese Sparsamkeit auch in der Praxis betätigen.

(Sehr wahr! rechts.)

Diese Frage ist von dem hier ja wiederholt anerkennend genannten Sparsamkeitsdiktator, Herrn Präsidenten Carl, aufs eingehendste untersucht, und wir haben ein Schreiben des Herrn Präsidenten Carl, in dem er dringend vorschlägt, das zu tun, denn damit würden in der Tat erhebliche Ersparnisse erzielt werden.

(Hört! Hört! rechts.)

Nun hat Herr Abgeordneter Giebel gesagt, die Heeresbücherei könnte irgendwo anders hinkommen. Das gebe ich zu. Aber was würde ihre Verlegung kosten? Ich habe hier einen Anschlag einer großen Berliner Speditionsfirma, die uns als eine der billigsten bekannt ist und die mitteilt, daß der **Umzug der Heeresbücherei** in Berlin 2 160 000 Mark erfordern würde.

(Hört! Hört! rechts.)

Diese Kosten kommen also zu den von Herrn Abgeordneten Giebel genannten noch hinzu. Auf der einen Seite stehen die Ausgaben für die Verlegung in die Kaserne mit 800 000 Mark, auf der anderen Seite würde der Umzug der Heeresbücherei in Betracht kommen, der 2 160 000 Mark Kosten verursachen würde. Vom Sparsamkeitsstandpunkt aus kann es also gar nicht zweifelhaft sein, daß man sich dem Standpunkt der Regierung anschließt.

Prüfungen sind sehr gut, aber jede Prüfung muß schließlich einmal ein Ende haben. Wenn man wochen- und monatelang das Problem immer nach allen Richtungen geprüft und erörtert hat, herumgefahren ist und Gebäude angesehen hat und schließlich zu dem Ergebnis kommt, es gibt keine andere Lösung, dann muß einmal Schluß gemacht werden.

Ich bitte daher den Reichstag, beide Entschließungen (C) abzulehnen und der Regierungsvorlage zuzustimmen.

Vizepräsident **Dittmann**: Die Abstimmung über die Anträge, über die eben debattiert worden ist, erfolgt aus sachlichen Gründen erst bei einem späteren Kapitel.

(Zuruf rechts: Warum denn?)

— Sie fragen, Herr Kollege: weswegen? Weil zu dem anderen Kapitel noch eine Wortmeldung vorliegt, wo es sich um dieselbe Sache handelt. Ich möchte aber dem betreffenden Herrn Kollegen natürlich nicht das Wort abschneiden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber**, Abgeordneter: Ich möchte doch anregen, beide Titel miteinander zu verbinden. Es handelt sich um dieselbe Materie, und wir müßten sie dann später noch einmal besprechen. Es ist ein Zufall, daß in dieser Hinsicht der Ergänzungsetat das Wort Spandau nennt. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage bitte ich, beide Gegenstände miteinander zu verbinden, sofern sich kein Widerspruch erhebt. Praktisch haben die Herren sowohl zum Hauptetat wie zum Ergänzungsetat ihre Ausführungen gemacht. Ich bitte um Annahme meines Vorschlags.

Vizepräsident **Dittmann**: Es lag bisher eine Wortmeldung von dem Herrn Abgeordneten D. Dr. Schreiber vor. Da mir nun soeben mitgeteilt wird, daß der Herr Abgeordnete auf diese Wortmeldung verzichtet hat, können wir natürlich so verfahren, wie es von ihm vorgeschlagen ist. Mein erster Vorschlag basierte auf dieser Wortmeldung, von der ich wußte, und ich wollte dem betreffenden Herrn Kollegen natürlich nicht das Wort abschneiden.

Wir kommen also nunmehr zur Abstimmung zunächst über den Antrag Giebel, Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 1676 Ziff 1, der zu Kap 1 Tit. 42 der ein- (D) maligen Ausgaben gestellt ist und dahin geht, diese Etatsposition zu streichen und dafür einzusetzen:

Titel 42: Zusammenlegung der Bureaus des Zentralnachweiseamts für Kriegerverluste und Kriegergräber 400 000 Mark.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für diesen Antrag stimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Pause.)

Es steht gegenwärtig die Mehrheit; der Antrag Giebel, Müller (Franken) ist abgelehnt.

Sachlich stimmt mit diesem Antrage der erste Teil der Entschließung Aderhold und Genossen auf Nr. 1504 der Drucksachen überein. Durch die Abstimmung über den Antrag Giebel, Müller (Franken) dürfte demnach der erste Teil der Entschließung Aderhold und Genossen gleichfalls seine sachliche Erledigung gefunden haben.

Ich lasse nunmehr abstimmen über die Entschließung Giebel, Müller (Franken) und Genossen auf Drucksache 1676 unter 2:

die Reichsregierung zu ersuchen, das Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber nicht nach Spandau zu verlegen, sondern den Verkehrserfordernissen bei dieser Behörde Rechnung zu tragen und in erster Reihe die zentrale Unterbringung in der Dorotheenstr. 48 zu verfolgen.

Wer dafür stimmen will, daß das Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber nicht nach Spandau verlegt wird, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Pause.)

(Vizepräsident **Dittmann.**)

(A) Das Bureau ist der Auffassung, daß gegenwärtig die Mehrheit steht; demnach ist die Entschließung abgelehnt.

Wir kämen jetzt zur Abstimmung über die Entschließung Aderhold und Genossen auf Nr. 1504 folgenden Wortlauts:

> Der Reichstag wolle beschließen:
> Der Reichstag stimmt nicht der Verlegung des Zentralnachweiseamts für Kriegsverluste und Kriegergräber zu. Er ersucht vielmehr die Reichsregierung, die Heeresbücherei aus dem Gebäude Berlin, Dorotheenstraße 48, zu entfernen, und die zentrale Unterbringung des Z.A.K. in diesem Gebäude zu ermöglichen. Dementsprechend ist in der Ergänzung zum Entwurfe des Haushalts des Ministeriums des Innern für das Jahr 1920 unter „einmalige Ausgaben" Kap. 1 Tit. 42 zu streichen und dafür unter gleichem Titel einzusetzen: Zum Zwecke der Zentralisierung (Umzug und Umbau) des Z.A.K. in dem Gebäude Dorotheenstraße 48 der Betrag von 500 000 Mark.

Ich bitte diejenigen, die für diese Entschließung Aderhold und Genossen stimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Pause.)

Gegenwärtig steht die Mehrheit; die Entschließung Aderhold und Genossen ist also abgelehnt.

Damit wären die Anträge, die sachlich im Zusammenhang mit Kap. 13 stehen, erledigt.

Kap. 13 Tit. 1 ist angenommen.

Ich rufe weiter auf vom Kap. 13 Tit. 2, — 3, — 4 mit der Ergänzung, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9. — Angenommen.

(B) Kap. 13a Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9; — Kap. 13b Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9; — Kap. 13c Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9; Kap. 13d Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9; Kap. 13e Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7. — Alle diese aufgerufenen Kapitel und Titel sind angenommen.

Wir kommen zu Kap. 14, Landesvermessung, Tit. 1. — Angenommen.

Zu diesem Titel liegt eine Entschließung des Haushaltsausschusses auf Nr. 1333 unter II 9 vor, die folgenden Wortlaut hat:

a) die Reichsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei Bemessung der in den Haushaltsplan 1921 für die Landesvermessung einzustellenden Mittel die hier berührten erheblichen wirtschaftlichen Interessen nicht geschädigt werden;

b) die Reichsregierung zu ersuchen, den Kartendruck der Landesvermessung vorläufig nicht einzuschränken und dem nächsten Haushaltsplan eine Denkschrift über den Kartendruck der Landesvermessung beizufügen;

c) die Reichsregierung zu ersuchen, die Beamten der Landesaufnahme im Haushalt 1921 aufzuführen;

Da keine Wortmeldungen hierzu vorliegen, stelle ich fest, daß die drei eben verlesenen Ausschußanträge angenommen sind.

Damit ist also das Kap. 14 erledigt.

Ich rufe weiter auf Kap. 15 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10; ferner Kap. 16 — angenommen.

Zu Kap. 17 hat das Wort der Herr Abgeordnete Berndt.

Berndt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (C) Die **Zustände bei der Polizei** machen eine Besprechung vor breitester Öffentlichkeit notwendig. Natürlich bewilligen wir, wie unser Etatsredner schon angeführt hat, die für die Polizei angeforderte $1^1/_4$ Milliarde schon um deswillen, weil die Polizei die Stütze der Staatsautorität sein soll. Unsere Bewilligung würde uns noch leichter werden, wenn die Polizei ihrem ganzen Zustand, ihrer Zusammensetzung und Verfassung nach auch wirklich die Gewähr böte, daß sie diesem Zweck unter allen Umständen und zu jeder Zeit gerecht werden könnte. Aber da haben wir nun allerdings sehr schwere Bedenken. Denn es ist kein Zweifel, daß die Polizei sich zurzeit in einem **Zustand weitgehender Zersetzung** befindet infolge der unter der Leitung des Herrn **Ministerialrats Abegg** durchgeführten Reorganisation. Diese Reorganisation macht sich in Erscheinungen Luft, die wahrlich alles andere als den guten Geist verraten, dessen Erhaltung und Stärkung notwendig ist, wenn die Polizei, die der unbedingt zuverlässige Schutz der öffentlichen Ordnung sein soll.

Auf keinem Gebiete, darf man wohl sagen, ist der Unterschied zwischen dem Jetzt und dem Einst des früheren Regimes so kraß wie bei der Polizei.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Von Disziplin, Autorität und Gehorsam ist keine Rede mehr.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Gehorsamsverweigerungen sind an der Tagesordnung und kommen fortgesetzt vor und zwar sowohl bei einzelnen als bei ganzen Gruppen. Erst vor wenigen Tagen hat man in der Presse gelesen, daß das Kommando der Schutzpolizei ganze Hundertschaften wegen Gehorsamsverweigerung und anderer unliebsamer Dinge hat auflösen bezw. umgruppieren müssen. Vorgesetzte im eigentlichen Sinn gibt es überhaupt nicht mehr, wenigstens werden sie nicht anerkannt. (D) Die Untergebenen machen den Kontrollbeamten, die auf der Straße an sie herantreten oder die Wachstube betreten, keine Meldung mehr, wie es sonst üblich war, der Kontrollbeamte wird gleichsam nur noch gnädigst geduldet. Das Denunziantentum, die Bespitzelung der Vorgesetzten, aber auch Andersdenkender, und der Gesinnungsterror stehen in voller Blüte.

Namentlich will ich aber auf einen unerhörten Fall hinweisen. In **Kiel** hat am 7. November vorigen Jahres die **Polizei** sich an einer vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und von der Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände veranstalteten **Gedenkfeier für die Opfer der Revolution und der Unruhen im März 1920** beteiligt. Sie hat an einem Demonstrationszug teilgenommen, der nach der offiziellen Erklärung der Reichsregierung den Charakter einer ausgesprochen parteipolitischen Demonstration und Kundgebung trug. Sie hat teilgenommen in voller Uniform an diesem Demonstrationszuge unter Vorantritt der Polizeikapelle.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Derartige Zustände muß ich als unerhört, ja als skandalös bezeichnen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Warum denn?)

Solche Zustände, meine Damen und Herren, wie ich Sie Ihnen geschildert habe, sind zurückzuführen auf dreierlei: zunächst auf die Wirtschaftsverbände, die sich innerhalb der Schutzpolizei gebildet haben; dann auf die sogenannten Zivilkommissare, die bei einzelnen Hundertschaften eingerichtet sind, und aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften entnommen werden; und drittens auf die so ungeheuer weitgehende parteipolitische Zersetzung, — all dies unter Duldung, ja — ich darf es aussprechen — unter Förderung des Herrn Ministerialrats Abegg und und des preußischen Ministers Severing.

(**Berndt** Abgeordneter.)

(A) Was die **Wirtschaftsverbände** anlangt, so würde von niemand irgend etwas gegen sie eingewendet werden, wenn sie sich auf ihren eigentlichen Zweck, auf ihre eigentliche Tätigkeit beschränken. Das tun sie aber nicht. Sie werden nicht nur zu Fragen rein wirtschaftlicher Art herangezogen; sie werden nicht nur — und was das Bezeichnende ist, sogar von der Ministerialinstanz — befaßt mit Fragen, die ihnen zunächst liegen, sondern, meine Damen und Herren, sie werden sogar befaßt mit Fragen der Kommandoregelung und mit Fragen der Organisation der Polizei selbst. Zu allem und überall werden sie zugezogen, wirken sie mit: bei Versetzungen, Urlaubserteilungen, bei Beförderungen. Die Wirtschaftsverbände sind **die eigentlichen Vorgesetzten bei der Polizei.** Sie stellen nicht nur eine Nebenregierung, sondern sie stellen die Hauptregierung dar, und sie in Gemeinschaft mit den erwähnten Zivilkommissaren üben die Gewalt, die sie haben, in rücksichtslosester Weise aus. Sie üben einen unerhörten **Terror gegenüber allen Andersdenkenden** aus, und es gibt — das will ich extra hervorheben — zum Glück und Gott sei Dank noch Andersdenkende bei der Polizei in recht erheblichem Maße. Gerade zum Schutz und im Interesse dieser andersdenkenden Polizeibeamten, zum Schutz und im Interesse der Vorgesetzten und der Polizei selbst bringe ich diese Zustände hier zur Sprache.

Wes Geistes Kind die Wirtschaftsverbände sind, wie unheilvoll ihre ganze Tätigkeit und Wirksamkeit ist, das wird am besten beleuchtet durch **Richtlinien,** die der **Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands zur Frage eines Beamtenstreiks** herausgegeben hat. In diesen Richtlinien heißt es wörtlich — ich bitte den Herrn Präsidenten um die Erlaubnis, das verlesen zu dürfen —:

> Im Falle eines Beamtenstreiks erklären sich die **Polizeibeamten mit den streikenden Beamten solidarisch,**

(B)

> (bravo! links; hört! hört! rechts)
>
> müssen aber den Dienst im Interesse der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung weiter versehen. Handlungen und Maßnahmen dürfen von Polizeibeamten nicht vorgenommen werden, die nicht im Einklang mit der Solidaritätserklärung stehen beziehungsweise geeignet sind, den Streik zu sabotieren oder zu verlängern.
>
> (Sehr gut! links. — Hört! Hört! rechts.)
>
> Die Polizeibeamtenschaft muß mit den Streikleitungen dauernd Verbindung aufrecht erhalten.

In einem Rundschreiben desselben Verbandes, das unter dem 7. Dezember 1920 an die Landesverbände gerichtet ist, wird gesagt:

> Selbstverständlich ist es, daß wir

— also die Polizeiorganisationen —

> keine Streikbrecherarbeit leisten,
>
> (sehr gut! links)
>
> und daß kein organisierter Polizeibeamter sich dazu gebrauchen läßt, etwa Organisationsführer und Streikleitungen zu verhaften, die sich bei ihrer Tätigkeit im Rahmen der durch die Verfassung gewährleisteten Rechte halten.
>
> (Bravo! links.)

Meine Damen und Herren! Der Hinweis auf die Verfassung am Schluß und der Hinweis darauf, daß es nur darauf ankommt, daß die Streikführer usw. sich im Rahmen der Verfassung halten, ist natürlich lediglich Täuschung und Unsinn; denn ein **Beamtenstreik** hält sich **niemals im Rahmen der Verfassung,**

(sehr richtig!)

wie hier nochmals ausgesprochen werden soll. Einen Beamtenstreik hat es unter keinen Umständen zu geben, weder nach der Verfassung noch nach den feierlichen und autoritativen Erklärungen der Reichsregierung sowohl wie (C) der preußischen Regierung. Es ist klar, meine Damen und Herren, daß eine Polizei, in der solche Zustände herrschen, eine Polizei, die der Regierung die Gefolgschaft aufkündigt im Fall eines solchen Streiks, also in der für jedes Staatswesen kritischsten Situation, die eine Solidaritätserklärung mit den Streikenden abgibt oder sich mindestens neutral erklären will, den Anspruch darauf verwirkt hat, als ein zuverlässiger Schutz der öffentlichen Ordnung angesehen zu werden. Solidaritäts- und Neutralitätserklärungen der Polizei bei Streiks und Unruhen hat es nicht zu geben, unter keinen Umständen, welcher Art sie auch sein mögen. Das ist ja übrigens nicht nur unsere Meinung, sondern das ist auch von dem früheren sozialdemokratischen Minister Herrn Heine ausgesprochen worden, der jedem Polizeibeamten, der sich irgendwie bei Streiks und Unruhen, wie das ja früher auch wirklich vorgekommen ist, auf Neutralität zurückziehen wollte, die sofortige und fristlose Entlassung angedroht hat. Das ist in wiederholten Erlassen geschehen; leider wird von diesen Erlassen jetzt keinerlei Gebrauch gemacht. Wir verlangen deshalb, daß gegen diese Wirtschaftsverbände nach allen Richtungen hin eingeschritten wird und daß sie zurückgeführt werden auf die ihnen zukömmenden Zwecke, für die sie geschaffen sind, daß ihnen namentlich alle Befugnisse, die ihnen nicht zukommen, unbedingt genommen werden.

Ebenso muß die Einrichtung der sogenannten Zivilkommissare — und hiermit komme ich zu einem sehr wichtigen und wunden Punkt in der Organisation unserer Polizeiverwaltung — unbedingt möglichst bald beseitigt werden. Wie ich schon sagte, werden die **Zivilkommissare aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften** genommen. Sie sollen — so wenigstens hieß es früher — die Verbindung zwischen der Polizei und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft herstellen. Da darf ich doch wohl fragen, meine Damen und Herren: mit welchem Recht kann eine (D) solche Begünstigung lediglich für eine einzige Klasse und für eine einzige politische Partei gerechtfertigt werden? Wodurch kann gerade für die sozialdemokratische Arbeiterschaft das Recht konstruiert werden, daß nur sie die Zivilkommissare stellen und sich dadurch einen so weitgehenden, ja entscheidenden Einfluß auf die ganze Polizei und ihre Organisation, ihre Verwendungsfähigkeit, kurzum ihre ganze Brauchbarkeit sichern soll. Man denke doch nur an die Folgen! Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Mit demselben Recht könnte jeder andere Teil der Bevölkerung, jede andere Partei, könnten auch wir Deutschnationale in Anspruch nehmen, Zivilkommissare zu stellen. Denn wir haben wirklich keine Lust, uns zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradieren zu lassen.

(Lachen auf der äußersten Linken.)

Man braucht sich doch nur diese Folgen auszumalen, um ohne weiteres die Unhaltbarkeit eines solchen Zustandes einzusehen. Wir fordern deshalb die sofortige Beseitigung der Zivilkommissare, einmal weil überhaupt kein Grund dafür vorhanden ist, weil sie eine Kränkung und eine Ungerechtigkeit gegenüber dem ganzen übrigen Teil der deutschen Bevölkerung darstellen, und ferner weil diese Einrichtung den Charakter der Polizei als einer unparteilichen, lediglich dem Staatswohl und dem Staatsganzen dienenden und ergebenen Einrichtung glatt verleugnet.

(Sehr wahr! rechts.)

Und zwar, meine Damen und Herren, muß hier sehr schnell gehandelt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Denn nach unwidersprochenen Nachrichten besteht die Absicht, die **Zivilkommissare** sogar in das **Beamtenverhältnis** zu überführen, sie zu dauernd und lebenslänglich angestellten Beamten zu machen. Ich frage den Herrn

(Berndt, Abgeordneter.)

(A) Minister, ob ihm von dieser Absicht etwas bekannt ist, und wie von seiten des Reichs gegen diese Absicht Stellung genommen ist.

Das Schlimmste aber ist die **parteipolitische Zersetzung,** die bei der Polizei eingetreten ist. Herr **Reichsminister Koch** hat uns in einer Sitzung des Hauptausschusses mitgeteilt, daß er in einem **Rundschreiben vom 22. Dezember an alle Länder** darauf hingewiesen habe, daß die Sicherheitspolizei unbedingt von jeder Politik fernzuhalten sei, und daß sich innerhalb der Polizei keine parteipolitischen Sondervereine bilden dürften. Trotzdem besteht nun aber ein **sozialdemokratischer Verein der Polizeibeamten.**

(Hört! Hört! rechts.)

In Berlin sind nach zuverlässigen Nachrichten von 12 000 Polizeibeamten ungefähr 5000 sozialdemokratisch organisiert.

(Bravo! links.)

Herr Minister Koch hat uns im Ausschuß ferner mitgeteilt, daß die Länder sich zustimmend zu seinem Rundschreiben vom 22. Dezember geäußert haben, auch Preußen. Nun, wenn das der Fall ist, so scheint aber der preußische Herr Minister Severing leider nicht die Folgen seiner Zustimmungserklärung gezogen zu haben; er sagt, er macht es, in Wirklichkeit macht er es aber doch nicht. Wir erkennen die überaus schwierige Stellung des Reichsministers in polizeilichen Dingen im Verhältnis zu den Ländern gern und vollkommen an. Dennoch dürfen wir aber erwarten, meine Damen und Herren, daß der Herr Minister, und gerade schon mit Rücksicht auf die große Summe, die von Reichs wegen für die Polizei aufgewendet wird — $^5/_4$ Milliarden —, sich den dem Reich und ihm zukommenden Einfluß sichert und entsprechend seinem eigenen Standpunkt deswegen diesen unhaltbaren Zuständen unbedingt ein Ende macht.

(B) Zum Schluß noch eine Frage an den Herrn Minister, die sich mit dem **Fall des Geheimrats Priesdorf** beschäftigt. Geheimrat Priesdorf war, wie bekannt, hier Inspekteur der Schutzpolizei, und er ist eines Tages kurzfristig an die Luft gesetzt worden, wie es hieß, weil seine Stelle überflüssig sei und deswegen bei dem Zwange, zu sparen, wie jede entbehrliche und überflüssige Stelle unbedingt eingezogen werden müsse. Mit diesem Grundsatz könnten wir an sich durchaus einverstanden sein; nur haben wir wenige Tage darauf in der Presse gelesen, daß die Stelle des Inspekteurs doch wieder besetzt worden ist, allerdings mit einem anderen, nicht mit dem Geheimrat Priesdorf. Es dürften also deshalb die der Öffentlichkeit angegebenen Gründe nicht stimmen, und ich wäre dankbar, wenn ich eine authentische Aufklärung bekommen könnte.

Ferner noch eine Frage, die ich bereits im Hauptausschuß gestellt habe, und die ich deshalb wohl hier wiederholen darf, ohne mich der Illoyalität gegen den Herrn Minister schuldig zu machen, und ohne den Anschein zu erwecken, als wollte ich ihn mit einer Frage überfallen. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß in der Presse ausgesprochen worden sei, daß **Führer der** vorhin erwähnten **Wirtschaftsverbände** über den Kopf ihrer Vorgesetzten hinweg **mit Organen der Entente in Verbindung** stünden, daß sie sogar, wenn ihnen Übungen oder sonstiges nicht gefiele, diese Übungen als militaristische Übungen bei der Entente anschwärzten.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich habe darauf hingewiesen, daß dies in der Presse unwidersprochen geblieben sei, und ich halte es doch für notwendig, daß hier eine authentische Aufklärung gegeben wird. Aus einem doppelten Grunde; ist diese Angabe unwahr, dann sind wir alle es der Polizei schuldig, daß diese Unwahrheit richtiggestellt wird;

(sehr richtig! rechts)

ist sie dagegen wahr, dann muß entsprechend eingeschritten und es müssen die betreffenden Leute rücksichtslos und unbekümmert um ihre hohen Protektoren aus dem Dienst entfernt werden. (C)

(Zustimmung rechts. — Zurufe links.)

— Es würde Ihnen gar nicht schaden, wenn Sie sich ein bißchen im Stillstehen übten, diese Übung scheint Ihnen schon ganz abhanden gekommen zu sein.

(Zuruf.)

Es könnte noch vieles von mir vorgebracht werden, um diese in der Polizei herrschenden Zustände, die ich als unhaltbar bezeichnen muß, näher zu kennzeichnen. Mit Rücksicht auf unsere sonstigen Aufgaben will ich es mir versagen. Jedenfalls ist so viel nach dem Vorgebrachten schon sicher, daß die in der Polizei herrschenden Zustände größter Aufmerksamkeit von uns wert sind.

(Unruhe und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Jedenfalls werden wir es uns angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß die Polizei nicht zu einem Alliierten lediglich der sozialdemokratischen Partei wird.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Und nicht zu Knechten der Geldschrankbesitzer!)

— Sparen Sie sich doch Ihre törichten Bemerkungen!

(Beifall rechts.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Gegenüber dem weitgehenden Verlangen des Herrn Vorredners auf Einschreiten der Reichsregierung gegenüber einzelnen Vorgängen innerhalb der Ordnungspolizei kann ich zunächst nicht anders als wieder einmal mein altes Lied singen und darauf hinweisen, daß wir nicht in einem unitarischen, sondern in einem föderalistischen (D) Staat leben. Es ist ganz eigenartig: im ganzen bekennen sich auch gerade die Parteien der Rechten immer zu dem Grundsatz des Föderalismus, immer zu dem Grundsatz, daß Preußen als der führende Staat in Deutschland seine eigene selbständige Verwaltung haben solle, ungestört bleiben solle von dem Eingriff des Reichs.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Wie es paßt!)

In der Praxis liegt es aber bei allen Parteien des Reichstags so, daß man sagen kann, wie eben in einem Zwischenruf gesagt wird: wie es paßt! Alle Augenblicke wird von uns verlangt, daß wir einschreiten: von dem einen, daß wir gegen Bayern einschreiten, von dem andern, daß wir gegen Preußen oder gegen Braunschweig einschreiten. Immer dann, wenn das Verhalten irgendeines Einzelstaates dem einzelnen nicht gefällt, wird ein Einschreiten verlangt. Gerade heute morgen hat ein Parteifreund des Herrn Vorredners mir zum Vorwurf gemacht, daß ich in der Frage der Auflösung von Organisationen viel zu sehr in das Eigenleben der Einzelstaaten eingriffe.

(Hört! Hört! links.)

Wenn aber auf der andern Seite ein Staat nicht so handelt, wie es auf der Rechten gewünscht wird, kommt natürlich der entgegengesetzte Wunsch.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Die Ausgaben stehen doch im Etat!)

In letzter Linie liegt es leider so, daß draußen vielfach die Herren von allen Parteien die Meinung verbreiten, daß wir uns hier in Berlin ganz unnötigerweise um alle möglichen Angelegenheiten kümmerten, um die wir uns nicht zu kümmern brauchten. Wenn es sich nicht um einen einzelnen Fall handelt, dann wird von der Vielregiererei in Berlin gesprochen, und es wird gewünscht,

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) daß die Reichsregierung endlich aufhöre, sich um alle möglichen Angelegenheiten zu kümmern und dadurch den Beamtenapparat unnötig zu vermehren.

Ich muß grundsätzlich — nicht nur für diesen Einzelfall — feststellen, daß während der ganzen langen Beratungen des Etats des Reichsamts des Innern eigentlich noch keine einzige Beschwerde gegen mich vorgebracht worden ist, daß ich zu viel mit meiner Verwaltung eingeschritten wäre, daß ich dagegen einer Reihe von Unterlassungen von allen Seiten des Hauses geziehen worden bin in Fällen, bei denen ich mir bei reiflicher Überlegung gesagt hatte, daß die Frage nicht bedeutend genug wäre, um gegen die Länder vorzugehen und dadurch die Meinung hervorzurufen, als ob wir von der Reichsregierung die Neigung hätten, in alles mögliche hineinzureden.

Also, wenn der Reichstag wirklich will, daß wir uns um alle diese Dinge bekümmern, dann muß zum mindesten grundsätzlich der Vorwurf aufgegeben werden, als wenn wir in der Reichsregierung und auch im Reichsministerium des Innern zu unitarisch regierten. Denn so unitarisch, wie der Reichstag das in seiner Gesamtheit wünscht, immer dann, wo es ihm paßt, so unitarisch ist die Reichsregierung nicht.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Auch die Regierung machts so, wie es ihr paßt; siehe Bremen und Braunschweig!)

— Meine Herren, Sie könnten ja die ganze schöne Speisekarte Ihrer Zwischenrufe wiederholen; aber ich glaube nicht, daß das unsere Beratungen irgendwie fördert.

Was den vorliegenden Fall anlangt, so möchte ich doch sagen: wenn ich auch naturgemäß nicht in der Lage bin, auf jeden einzelnen Vorwurf einzugehen — denn ich kann nicht über jede Frage in einen Schriftwechsel, um das Wort Notenwechsel zu vermeiden, mit der preußischen Regierung eintreten, um festzustellen, ob hier oder da ein (B) Übelstand vorhanden ist —, so möchte ich im ganzen doch glauben, daß die Ausführungen des Herrn Vorredners in mancher Beziehung doch über das Ziel hinausgeschossen sind. Daß die **Ordnungspolizei** überall da, wo sie vor ernsthaften Aufgaben gestanden hat, sich **bewährt** hat, wird man, glaube ich, nicht leugnen können, und das gilt, wie mir scheint, für alle Länder, die überhaupt eine Ordnungspolizei haben. Insbesondere ist es mir unbekannt, daß, wie der Herr Vorredner behauptet, viele Hundertschaften in Preußen hätten aufgelöst werden müssen, weil sie jeder Disziplin entbehrt hätten. Darüber ist irgendeine Nachricht an mich niemals gelangt. Ich möchte doch glauben, daß der Herr Vorredner da irgendeinem falschen Gerücht zum Opfer gefallen ist.

Was den Vorgang in **Kiel** anlangt, wo in der Tat bei einem **Umzuge am 7. November** die **Ordnungspolizei in Uniform** den Umzug mitgemacht hat, so hat der Herr preußische Minister des Innern diesen Vorgang aus eigener Initiative alsbald auf das schärfste gerügt

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Nanu? Wieso?)

und das Notwendige veranlaßt, damit dieser Vorgang sich nicht wiederholt.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Die Beamten müssen das Koalitionsrecht und volle politische Bewegungsfreiheit haben!)

— Sie können sich darüber mit dem preußischen Minister des Innern näher auseinandersetzen. Ich brauche die Begründung, die der preußische Minister des Innern seinem Vorgehen gegeben hat, hier in diesem hohen Hause nicht zu wiederholen, da ich annehmen darf, daß die große Mehrheit des Hauses hinter dem Vorgehen des preußischen Ministers des Innern steht.

(Zustimmung im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

(C) Was die Tätigkeit der **Gewerkschaften** angeht, so kann es naturgemäß nicht geduldet werden, daß die Gewerkschaften etwa ausschlaggebend bei der **Einstellung von Beamten der Ordnungspolizei** wären.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Sind es aber!)

Es kann auch nicht geduldet werden, daß sie entscheidend wären für irgendwelche Anordnungen, die im Namen der Ordnungspolizei geschehen. Wir haben diesen Standpunkt auch dem preußischen Minister des Innern gegenüber geltend gemacht, und ich glaube, daß wir in diesem Standpunkt miteinander durchaus übereinstimmen.

Ebenso kann es mir nur willkommen sein, hier zu erklären, daß es nicht geduldet werden könnte, wenn die Ordnungspolizei sich an einem **Beamtenstreik** beteiligte oder einen Beamtenstreik durch ihre Maßnahmen förderte. Ich kann mich auch hier kurz fassen. Denn der Standpunkt, den die Reichsregierung in dieser Frage einnimmt, deckt sich ja vollkommen mit dem, den die preußische Regierung in mehrfachen Erklärungen mit aller Entschiedenheit eingenommen hat und den sie, soviel mir bekannt ist, auch in der Praxis wahrnimmt. Also auch hier liegt keine Veranlassung vor, den Reichstag mit der näheren Erörterung zu befassen. Wer etwa den Standpunkt des preußischen Ministers des Innern nicht teilt, mag an dem preußischen Minister des Innern im preußischen Landtag eine Kritik üben. Ich glaube, der preußische Minister wird dann die Begründung zu seinem Vorgehen ohne große Schwierigkeiten geben können.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Was die **Zivilkommissare** angeht, so erscheint mir ihre Einrichtung als unverträglich mit den Anforderungen des Dienstes.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Sie erscheint mir außerdem naturgemäß als eine Einrichtung, die aus Reichsmitteln irgendeine Unterstützung nicht erfahren kann. (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Auch darüber haben wir die Länder, die die Einrichtung von Zivilkommissaren ins Auge gefaßt hatten, unterrichtet,

(bravo! bei der Deutschen Volkspartei)

und ich bin überzeugt, daß sich auch in dieser Hinsicht der Standpunkt der Reichsregierung durchsetzen wird.

Meine Damen und Herren, dagegen muß ich mich wieder grundsätzlich dagegen wenden, daß es Aufgabe der Reichsregierung sein könnte, in der Frage der Ernennung und Entlassung einzelner Beamter, wie es die **Entlassung des Herrn v. Priesdorff** ist, von Reichs wegen einzugreifen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte einmal erleben, was die Herren auf der Rechten sagen würden, wenn ich an irgendeiner bayerischen Ernennung in Beamtenfragen eine Kritik üben wollte, auch wenn dann einmal hier oder da der Eindruck entstehen sollte, daß ein bayerischer Beamter sich in seinen Gesinnungen gegenüber der Reichsregierung mehr hervorgewagt hat, als es erwünscht erscheint. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß die Reichsregierung sich in diese Einzelfragen einmischen könnte, und wenn man überhaupt auf föderalistischem Standpunkt steht, wie der Herr Vorredner, muß er den Föderalismus auch da aufrechterhalten, wo es ihm vielleicht einmal scheint, daß eine Beamtenentlassung nicht hätte vorgenommen werden sollen, die der preußische Minister des Innern vorgenommen hat.

Von einer **Verbindung der Ordnungspolizei** oder einzelner Personen der Ordnungspolizei oder des Verbandes der Ordnungspolizei **mit der Entente** ist mir nicht das geringste bekannt. Ich glaube aber mit aller Entschiedenheit erklären zu können, daß nicht nur ich, sondern auch der preußische Minister des Innern es mit der

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) größten Schärfe mißbilligen würde, wenn eine derartige Verbindung bestände, und daß er nicht zögern würde, auch ohne daß die Reichsregierung sich erst einmischt, dagegen mit allen Mitteln vorzugehen.

Meine Damen und Herren! Es ist selbstverständlich für mich eine schwierige Aufgabe, hier Mittel für die Ordnungspolizei zu verlangen, und zwar hohe Mittel, ohne daß ich gleichzeitig in der Lage wäre, auf die Verwaltung der Ordnungspolizei durch die Länder in allen Fragen einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Solange aber die **Ordnungspolizei** eine **Angelegenheit der Länder** ist, so lange muß nach meiner Ansicht auch die verständige Arbeitsteilung dahin gehen, daß ich zwar gewisse Grundfragen von Reichs wegen mitzuregeln versuche und mir da einen Einfluß bewahre, daß ich es aber vermeide, in eine Kritik der Einzelheiten einzutreten, die je nach der verschiedenartigen politischen Einstellung des preußischen Ministers, des bayerischen Ministers und des braunschweigischen Ministers selbstverständlich in den verschiedenen Ländern verschieden geregelt werden und die von Berlin aus einheitlich durch das Reich zu regeln einfach dazu führen würde, daß die Ordnungspolizei eine Reichsangelegenheit würde. Solange Sie das nicht wünschen — und wir alle haben bisher diesen Wunsch nicht ausgesprochen —, muß man wohl auch hier im Reichstag mit einer Kritik gegenüber den Einzelheiten der Verwaltung in den Ländern zurückhalten.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jäker (Düsseldorf).

Jäker (Düsseldorf), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Entschließung auf der Drucksache 1636 bedarf einiger Erläuterungen, weil über die Verhältnisse, (B) welche dieser Entschließung zugrunde liegen, nur die Abgeordneten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets näher unterrichtet sind. Es ist Ihnen ja bekannt, daß die **Wirren**, die sich im vorigen Jahre **im Anschluß an den Kapp-Putsch** entwickelten, hauptsächlich das **rheinisch-westfälische Industriegebiet** heimgesucht haben. Die **Gemeinden** dieses Gebiets haben damals große **Ausgaben** gehabt, die über den Rahmen ihrer Aufgaben weit hinausgingen. Diese Ausgaben haben sich in erster Linie durch die Bildung und Unterhaltung der sogenannten Ortswehren ergeben und dann auch, als die Rote Armee geschlagen war, durch die Unterbringung und Verpflegung der Reste der sogenannten Roten Armee.

Aus diesem Grunde haben 72 Gemeinden des Industriegebiets eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet mit dem Ersuchen, diese Kosten auf die Reichsregierung zu übernehmen. Sie wissen, daß damals das sogenannte **Bielefelder Abkommen** geschlossen wurde. Bei Schließung dieses Abkommens haben die Regierungsvertreter Giesberts und Braun die Erklärung abgegeben, daß das Reich die Kosten übernehmen würde, die sich aus der Bildung der Ortswehren ergeben. Es ist allerdings in diesem Bielefelder Abkommen nicht klar zum Ausdruck gebracht, daß das Reich die Kosten übernehmen will. Das ist aus dem Grunde nicht geschehen, weil man den Gemeinden keine Blankovollmacht ausstellen wollte, weil man befürchtete, daß die Ausgaben allzu hoch sein würden, wenn man innerhalb der einzelnen Gemeinden der Überzeugung sein könnte, daß man ohne Maß und Ziel auf Kosten des Reichs für diese Zwecke Geldausgaben bereitstellen könnte. Deshalb hat man klug und weise in dem Abkommen erklärt: Die Kosten trägt das Reich, soweit sie nicht von den Gemeinden getragen werden. Das sagt natürlich recht wenig; es kommt aber darauf an, daß die bevollmächtigten Vertreter der Reichsregierung und der preußischen Regierung sich bei den mündlichen Verhandlungen (C) damit einverstanden erklärt haben, daß das Reich die Kosten übernimmt.

Nun sagt man allerdings, das Bielefelder Abkommen sei von beiden Seiten nicht eingehalten. Die Reichsregierung wirft den anderen Kontrahenten vor, daß sie das Abkommen nicht gehalten hätten, und deshalb sei sie ebenfalls nicht verpflichtet, es zu halten. Das kann aber die Städte nicht berühren,

(sehr richtig!)

die auf Grund der Abmachungen diese Ortswehr gebildet haben. Es würde alle Gesetze von Treu und Glauben umwerfen, wenn man in diesem Sinne das Bielefelder Abkommen nicht gelten lassen wollte. Es kommt noch hinzu, daß ein Teil der in Frage kommenden Behörden, beispielsweise der Regierungspräsident von Arnsberg, der Mitglied dieses Hauses ist, die Gemeinden aufgefordert haben, Ordnungsausschüsse und Ortswehren auf Grund des Bielefelder Abkommens zu bilden. Das haben die Gemeinden getan, und sie haben daraus ganz erhebliche Kosten gehabt.

Außerdem haben die Gemeinden große Mittel aufwenden müssen, als die Rote Armee zurückflutete und in den Städten südlich der Ruhr Aufenthalt nahm. Die Ortschaften nördlich der Ruhr waren von der Reichswehr besetzt. Die Rotgardisten befürchteten, und zwar nicht mit Unrecht, daß sie, wenn sie in ihre Heimatstädte, die Städte nördlich der Ruhr, zurückkehrten, verhaftet werden würden. Infolgedessen flüchteten die Reste der Roten Armee nach Düsseldorf, Elberfeld, Barmen und den sonstigen Städten des Bergischen Landes. Wenn die Städte südlich der Ruhr damals nicht die Ausgaben übernommen und tatkräftig mit eingegriffen hätten, dann würden sich diese Reste der Roten Armee, denen sich mittlerweile auch naturgemäß zweifelhafte Elemente beigesellt hatten, über das Land ergossen und zur Selbsthilfe gegriffen haben. (D) Wenn die Städte damals tatkräftig eingriffen und dafür sorgten, daß sich alles in geordneten Bahnen vollzog, so haben sie sich damit im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse des Staats zweifellos ein großes Verdienst erworben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Man kann doch nun die Städte nicht auch noch dafür bestrafen, daß man ihnen die Kosten aufhalst. Die Städte haben Hunderte von Rotgardisten wochenlang verpflegt. Sie haben erst mit den Kommandeuren der Reichswehr nördlich der Ruhr Verhandlungen pflegen müssen, damit die Leute in ihre Heimat gehen konnten. Wenn Städte wie Remscheid, also Mittelstädte, für diese Zwecke mehr als eine Million Mark aufgewendet haben, kann man nicht verlangen, daß sie das aus eigenen Mitteln tragen. Die Stadt Düsseldorf hat annähernd drei Millionen Mark für die Zwecke aufgewandt. Wo sollen die Städte das Geld hernehmen, wo sie doch heute Kostgänger des Staats sind, wo man ihre Einnahmen rationiert hat? Wie die Dinge liegen, ist das Reich nicht nur wegen des Bielefelder Abkommens, sondern auch aus allgemeinen Gründen verpflichtet, diese Kosten zu übernehmen.

Die Entschließung, die wir eingebracht haben, ist von Abgeordneten des Industriegebiets aus allen Parteien, soweit sie gerade im Hause anwesend waren, unterzeichnet. Ich hoffe deshalb auch, daß alle diese Parteien und auch die, die nicht unterzeichnet haben — das ist nur die Kommunistische und die Deutschnationale, von denen ich zu der Zeit einen Abgeordneten aus dem Gebiet hier im Hause nicht treffen konnte —, dieser Entschließung zustimmen und den rheinisch-westfälischen Gemeinden das Recht zukommen lassen, das ihnen gebührt.

(Beifall.)

(A) Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thomas.

Thomas, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben hier vom Herrn Kollegen Berndt vernommen, daß die **preußische Polizei** im Untergang begriffen ist, daß sie stark vom sozialdemokratischen Bazillus durchsetzt sei. Das ist an und für sich sehr bedauernswert, wenn man auf dem Standpunkt des Herrn Kollegen Berndt steht, wenn man die Polizei als eine Institution betrachtet, die ausschließlich dem preußischen Junkertum zu dienen hat. Daß die Polizei auch noch anderen Geistes ist, glaube ich, das läßt sich an hundert und tausend Fällen nachweisen. Ich will nur einige wenige aufzeigen, damit Sie sich davon überzeugen können, daß die sozialdemokratische Verseuchung noch nicht solchen Grad angenommen hat, wie es Herr Kollege Berndt hier vorzutäuschen für notwendig fand.

Als Beispiel sei die **Polizei in Bayern** genannt. Unsere Partei lehnt den Föderalismus ab, wie er hier zu Tage tritt und hinter den man sich versteckt, wenn es gilt, von Reichs wegen irgendwo einzugreifen. Der Reichstag hat ein unbedingtes Recht, bei den Maßnahmen der einzelnen Länder ein entscheidendes Wort mitzusprechen,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

ganz besonders bei den Polizeimaßnahmen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es kann nicht angehen, daß in Bayern die Pickelhaube rücksichtslos herrscht und daß sich der deutsche Minister des Innern darauf beruft: ich darf in die bayerischen Polizeiverhältnisse nicht eingreifen.

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten.)

— Wie er das machen soll? Nun, ich denke, wo soviel Weisheit beieinander ist wie im deutschen Reichstag, muß (B) sich doch sehr leicht mit Ihrer gütigen Mitwirkung ein Mittel finden lassen.

(Erneute Zurufe bei den Deutschen Demokraten.)

— Ich bin mit dabei, bester Herr, wenn Sie dafür Vorsorge treffen wollen, daß die bayerische Polizei dahingebracht wird, wohin sie gehört, daß ihr die Nägel ein bißchen beschnitten werden, daß sie nicht glaubt, daß in Deutschland die Pickelhaube herrscht, und zwar die bayerische Pickelhaube. Dann werden Sie mich an Ihrer Seite finden.

(Lachen und Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie haben nie eine Pickelhaube gehabt!)

— Ich will Ihnen nur eins sagen: sie herrscht wieder in Bayern.

Einige kleine Beweise dafür will ich Ihnen bringen. Ich hatte vor vierzehn Tagen das Vergnügen, von einer Pickelhaube verhaftet zu werden.

(Zuruf: Ich gratuliere!)

— Ihnen kann das natürlich nicht passieren, weil Sie geistig mit den Pickelhauben verwandt sind. —

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen bei den Deutschen Demokraten.)

Der Reichstag zu wilhelminischer Zeit hätte natürlich sofort seine Entrüstung darüber geäußert. Der heutige Reichstag aber kennt das nicht mehr. Er glaubt, wie auch die Regierung, sich in Stillschweigen hüllen zu müssen, wenn Bayern im Hintergrund steht.

Die Regierung hat gestern eine kleine Anfrage der kommunistischen Partei in dieser Angelegenheit beantwortet, und zwar dahin, daß sie nichts zu antworten habe. Damit ist die kleine Anfrage erledigt, und man kommt um eine sachliche Antwort herum, d. h. um die Antwort, die wir verlangen: was der Reichstag zu tun gedenkt, um seine Abgeordneten zu schützen vor den Übergriffen der bayerischen Pickelhaube. Um diese Antwort (C) scheint die Regierung herumkommen zu wollen.

Ich habe eine weitere Sache von der bayerischen Polizei. Gelegentlich der Behandlung des Antrages auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in **Bayern** im Reichstage wurde die Anfrage über die **Schutzhaft** hier ganz eingehend behandelt. Heute noch sind unsere politischen Freunde drunten ganz grundlos in Schutzhaft. Ich stelle hier fest, daß man einen russischen Staatsangehörigen seit September 1919 ununterbrochen in Schutzhaft hält.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Münchener Polizei ist die russische Staatsangehörigkeit eines der Schutzhaftgefangenen aus Dokumenten bekannt. Die Polizei hat sich nicht bewogen gefühlt, den Mann in Freiheit zu setzen. Neuerdings hat er einen Fluchtversuch unternommen und wird jetzt wegen Meuterei jedenfalls in eine sechsmonatige Strafe genommen werden.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das sind so kleine Auswüchse der bayerischen Polizei, die sehr wohl unseren Minister veranlassen könnten, ein klein bißchen nach dem Rechten zu sehen. Ich bin mir aber bewußt, daß, wenn Bayern und seine Verhältnisse hier zur Sprache kommen, alle regierungstreuen Parteien sich die allergrößte Reserve auferlegen. Ich weiß, daß sie eine Verbeugung zu machen haben vor Bayern und alles in Kauf zu nehmen haben, was Bayern für gut hält. Wohin die Sache treibt, brauche ich Ihnen nicht zu prophezeien. Darüber werden Sie sich selbst im klaren sein.

Ich will nur noch eins erwähnen. Ich habe den Herrn Minister des Innern persönlich vor etwa zehn Wochen wegen **Verbots einer kommunistischen Zeitung in Bayern** interpelliert. Der Herr Minister des Innern hat gesagt, das ginge ihn nichts an, hierfür wäre der Minister des Innern von Bayern zuständig; der Minister des Innern von Bayern hat sich natürlich nicht berufen gefühlt, irgend- (D) eine Antwort auf eine Beschwerdeschrift gegen das Verbot zu geben. Das Verbot der Zeitung besteht heute noch, die Zeitung, für die die Arbeiter ihre sauer ersparten Groschen aufgewendet haben, soll wirtschaftlich ruiniert werden,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

so will es die bayerische Polizei.

(Bravo! bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Minister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Ich will mir erlauben, auf eine Anfrage des Abgeordneten Jäker zu antworten über die **Kosten,** die den **Gemeinden** während der großen **Unruhen im März des vorigen Jahres im Industriegebiet** entstanden sind. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, ich will nur erklären, daß ich in allem seinem Standpunkt durchaus zuneige, daß erhebliche Billigkeitsgründe für einen solchen Ersatz sprechen. Die Anregung ist an mein Ministerium erst vor kurzem gegangen. Ich habe diese Anregung dem Herrn Reichsminister der Finanzen befürwortend weitergegeben. Ob und inwieweit der Herr Reichsfinanzminister und demnächst die Reichsregierung mit Rücksicht auf die finanzielle Not des Reichs bereit sein werden, der Eingabe zu entsprechen, vermag ich naturgemäß hier vorweg und allein nicht zu entscheiden. Ich stelle aber nochmals fest, daß ich von meinem Standpunkte aus alles veranlassen werde, diesen Antrag zu unterstützen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eggerstedt.

Eggerstedt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Berndt hat es als unerhört

(Eggerstedt, Abgeordneter.)

(A) bezeichnet, daß in **Kiel** anläßlich des **Jahrestages der Revolution Sicherheitspolizei an einer Gedächtnisfeier teilgenommen** habe. Selbst wenn es so wäre, wie er es hingestellt hat, daß es eine Demonstration meiner Partei gewesen wäre, so würden Sie doch die letzten sein, die uns darüber Vorwürfe machen könnten,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

denn wir wären dann doch nur die Schüler der Methode, die Sie früher sehr oft angewandt haben, und ich kann sagen, daß wir sehr schlechte Schüler sind. Denn die Meisterschaft, mit der Sie früher Militär und Polizei für Ihre Parteizwecke verwendet haben, die haben wir noch nicht erreicht. Deshalb dürfen Sie uns deswegen keine Vorwürfe machen. In Wirklichkeit liegt es auch nicht so, wie es der Abgeordnete Berndt hingestellt hat. Es war eine Gedächtnisfeier für alle Kreise der Bevölkerung, nicht einseitig von einer Partei veranstaltet, und da die Gefallenen der Revolution und auch des Kapp=Putsches auf demselben Friedhofe beerdigt worden sind, hat auch die Sicherheitspolizei daran teilgenommen, weil auch von ihr Kollegen beim Kapp=Putsch gefallen sind. Deshalb kann man es ihnen nicht vorwerfen, daß sie sich an dieser Gedächtnisfeier beteiligt haben, und wenn der Herr Kollege Berndt so sehr der Wächter dafür ist, daß kein Mißbrauch mit der Beteiligung der staatlichen Gewalt an Demonstrationen getrieben wird, dann hätte er wahrnehmen müssen, daß zu derselben Zeit eine **Gedächtnisfeier auf dem Garnisonfriedhofe** stattgefunden hat. Da war die ganze **Reichswehr** in Parade aufmarschiert, und man hat sich ausgerechnet den Prinzen Heinrich von Hemmelmark kommen lassen, der die Front abgeschritten hat. Das hat der Kollege Berndt nicht gemerkt, das gehört sich so. Aber es ist etwas anderes, wenn die Sicherheitspolizei einmal mit der Bevölkerung gemeinsam an einer Gedächtnisfeier teilnimmt. Ich meine, deswegen

(B) soll man keine Vorwürfe erheben.

Dann ist er auf die Stellung der Zivilkommissare eingegangen. Die **Zivilkommissare** sind ja eine Errungenschaft der Kapp=Tage. Daß Herr Berndt dagegen einschreitet oder Einspruch erhebt, wundert mich nicht; daß sich aber der Herr Reichsminister dem anschließt, das wundert mich.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Denn während der Kapp=Tage war es gerade die Partei des Herrn Reichsministers, die sehr wohl die Tätigkeit der Zivilkommissare einschätzen konnte, da waren Sie sehr wohl geneigt, diese Zivilkommissarstellen zu schaffen, damit das Vertrauen der Bevölkerung zur Sicherheitspolizei, zur militärischen Gewalt wiederhergestellt wurde. Jetzt scheint es aber, als wenn die Demokraten es nicht mehr nötig hätten.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan!)

— Ja, Herr Hoffmann, wir werden schon dafür sorgen, daß wir uns nicht wie die Mohren abspeisen lassen. Jedenfalls stellen wir fest, daß von einem Abbau in dieser Richtung gar nicht geredet werden kann, sondern wir brauchen die Zivilkommissarstellen, um eben das Vertrauen der Bevölkerung zu staatlichen Einrichtungen wiederherzustellen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; Kap. 17 ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließung Nr. 1636, Jäker (Düsseldorf) und Genossen, zu diesem Kapitel, wobei ich wohl bemerken darf, daß sie von den Abgeordneten fast sämtlicher Parteien aus Rheinland-Westfalen unterstützt ist. Sie geht dahin:

(C) den rheinisch=westfälischen Gemeinden, die anläßlich der Wirren beim Kapp=Putsch in Ausführung des Bielefelder Abkommens entstandenen Kosten für die Ortswehren und die Unterbringung und Verpflegung der „Roten Armee“ aus Reichsmitteln zu ersetzen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Ich rufe auf Kap. 18. — Wortmeldungen oder Beanstandungen liegen nicht vor; Kap. 18 ist angenommen.

Wir gehen über zu Kap. 19.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brey.

Brey, Abgeordneter: Meine Freunde lehnen die Mittel, die zur Durchführung der **Technischen Nothilfe** im Etat angefordert sind, ab, und dieser Ablehnung habe ich einige Worte der Begründung mit auf den Weg zu geben.

Im Jahre 1920 waren insgesamt 18 753 073 Mark für die Technische Nothilfe eingesetzt. Im vorliegenden Etat ist diese Summe auf mehr als das Doppelte angewachsen. Bei Errichtung der Technischen Nothilfe ist weder mit einer so hohen Summe, noch mit einer solch langen Dauer der Technischen Nothilfe gerechnet worden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weder die Begründung, noch die der Technischen Nothilfe gesetzten Ziele ließen auf ein solches Anwachsen schließen. Der Staatssekretär Lewald gab damals folgendes zur **Begründung** der Technischen Nothilfe an: sie sei erforderlich in Berücksichtigung der Gefahren, die namentlich bei den bevorstehenden Wahlen entstehen könnten. Wenn also eine Organisation für die Nothilfe nicht vorhanden sei, würde die Wahl gefährdet werden. Der leitende Gedanke

(D) bestehe darin, in den wirtschaftlichen Kämpfen ein Rotes Kreuz zu schaffen. Diese Begründung ließ darauf schließen, daß die Technische Nothilfe zur ungehinderten Durchführung der Wahl gedacht war.

Auch die weitere Beratung hat über Zweck und Ziel völlige Klarheit nicht geschaffen. Ich habe mir die Akten daraufhin angesehen. Besonders in den Darlegungen des Berichterstatters kam zum Ausdruck, daß eine weitere Klärung der Aufgaben und Ziele der Technischen Nothilfe notwendig sei, und der Berichterstatter beantragte, bis dahin von einer Einstellung der angeforderten Mittel in den Reichsnotetat Abstand zu nehmen.

Wenn Begründung und Aufbau der Technischen Nothilfe nur entfernt hätten erkennen lassen, daß die Einrichtung für längere Dauer gedacht war, dann wäre in der gesamten Arbeiterbewegung ein einziger Ruf des Widerspruchs ausgelöst worden und dieser Widerspruch würde sich derart bemerkbar gemacht haben, daß heute die Technische Nothilfe erledigt wäre. Nun deuten aber alle Anzeichen darauf hin, daß mit dieser Dauereinrichtung gerechnet werden muß.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dafür spricht die Einstellung der Summe in den Etat, spricht auch das Anwachsen der Summe auf 40 Millionen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Vor allen Dingen spricht dafür die inzwischen vorgenommene Gliederung nach Ländern. Das alles sind Merkzeichen für eine dauernde staatliche Einrichtung, die wir eben nicht wollen, und deshalb versuchen wir, den weit vorgeschrittenen Anfängen zu wehren.

Die Richtlinien der Technischen Nothilfe besagen, daß sie lediglich zum Schutze der unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten der Volksgesundheit geschaffen worden sei. Ohne Zweifel ist die Volksgesundheit, die heute unser wichtigstes Gut darstellt, in den letzten Jahren auf äußerste

(Brey, Abgeordneter.)

(A) gefährdet und geschädigt worden, besonders schwer aber im vorigen Jahre durch die **Verweigerung ärztlicher Hilfe seitens der Kassenärzte.**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Von einem Eingreifen der Nothilfe war aber nichts zu merken. In einer Zeit, wo Unterernährung und dauernde Krankheitsgefahren die Ärmsten des Volkes bedrohten, haben diejenigen, die berufen sind oder berufen sein sollen, den Kranken, den an Gesundheit und Leben gefährdeten Menschen beizustehen, einfach ihre Tätigkeit eingestellt. Wohl oder übel mußten deshalb die Krankenkassen sich bequemen, mit den streikenden Ärzten zu einem Vergleich zu kommen.

Wie ich bemerkte, wurden von diesem Streik die Allerärmsten betroffen, deren Gesundheit infolge von Unterernährung sowie durch die körperlichen und seelischen Qualen des Krieges aufs äußerste gelitten hatte. Aber ungehindert konnten die Kassenärzte ihren Streik führen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Keine technische, keine sanitäre Nothilfe trat ihnen in den Weg.

Ebenso konnte man bemerken, daß im vorigen Jahre, als die großen **Hoteliers** und großen **Restaurateure** ihren **Kampf** begannen **gegen gesetzliche**, juristische **Bestimmungen,** auch nicht im geringsten der Versuch gemacht wurde, diesem Kampf in den Weg zu treten, obwohl dieser Kampf ganz ohne Zweifel Eingriffe in die Lebensbedingungen großer Kreise der Berliner Bevölkerung zur Folge hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man hat auch nichts davon beobachten können, daß bei dem **Streik der Milcherzeuger und Milchlieferanten** der Versuch gemacht worden wäre, bei den Kranken und älteren Menschen, Greisen und Säuglingen, die in Süddeutschland durch diesen Streik betroffen worden sind,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

(B) ein Organ einzusetzen, um diesen Streik irgendwie unwirksam zu machen. Die Technische Nothilfe kommt eben nur gegen Arbeiter zur Anwendung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist ihr Zweck, und das macht sie bei den Arbeitern so wenig beliebt, ja ich darf sagen, verhaßt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Übungen, die man bei der Verweigerung der ärztlichen Behandlung und damit bei der Gesundheitspflege überhaupt zur Geltung gebracht hat, muß man auch bei jenen Mitmenschen, deren Tätigkeit sich nicht auf die Pflege kranker Menschen bezieht, sondern deren Tätigkeit nur ganz unmittelbar und indirekt mit der Gesundheit des Volkes in Berührung zu bringen ist, anwenden und gelten lassen. Bei einer ganzen Reihe von Betrieben, die nach den Richtlinien der Technischen Nothilfe als lebenswichtig angesehen werden, kommt diese unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit überhaupt nicht oder doch erst in zweiter oder dritter Linie in Frage. Was ist alles als **lebenswichtiger Betrieb** in den Richtlinien deklariert worden, und wo soll die Technische Nothilfe eingesetzt werden? Bei Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, bei Eisenbahnen, Post, Telegraphen, Hüttenbetrieben und Bergwerken, Landwirtschaft, Zuckerfabriken, Brennereien, Mühlen, Schlachthäusern und Erzeugungswerkstätten künstlichen Düngers!

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Man findet in dieser Aufzählung alle Industrie- und Gewerbearten, die bis zum Jahre 1918 eine unüberwindliche Feindschaft gegen Tarifverträge geübt haben.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die meisten aufgezählten Gewerbearten haben es bis zum Herbst 1918 abgelehnt, mit den Gewerkschaften oder mit ihren Arbeitern Tarife abzuschließen, und auch heute sind sie zum Teil dem Tarifgedanken nicht sonderlich (C) freundlich gesonnen. Diese Feindschaft, die auf eine jahrzehntelange Übung zurückzuführen ist, ist auch heute noch sehr oft in den aufgezählten Gewerbearten zu verzeichnen. Ich will nicht besonders anführen, wo diese Feindschaft besteht, die es verhindert, zur rechten Zeit mit den Vertretungen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu tariflichen Abkommen zu gelangen und so die Konfliktstoffe von vornherein auf ein Mindestmaß zu beschränken oder durch einen vernünftigen Vergleich zu beseitigen. Ich behaupte: bei vernünftigem Entgegenkommen der Unternehmer kann auch in den aufgezählten Betrieben jede Betriebsgefahr in volkswirtschaftlichem Sinne vermieden und beseitigt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber eine große Anzahl der hier als lebenswichtig aufgeführten Betriebe werden in der Technischen Nothilfe eine Bundesgenossenschaft erblicken und, gestützt auf deren Rausreißerdienste, sich hartnäckig und lange weigern, überhaupt mit den in Frage kommenden Gewerkschaften zu einer Regelung der Arbeitsbedingungen zu kommen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Leitung der **Technischen Nothilfe** ist nun gar nicht imstande, die Grundsätze der **Richtlinien** zur **Durchführung** zu bringen, die da aufgestellt sind. Es ist da gesagt: sie sollen sich nicht richten gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter; sie sollen nicht eingreifen in berechtigte wirtschaftliche Bestrebungen der Arbeiter. Ich sage: die Technische Nothilfe ist gar nicht in der Lage, entscheiden zu können, wo ihr Wirken das Koalitionsrecht der Arbeiter gefährdet. Sie ist gar nicht in der Lage, entscheiden zu können, wo ihr Eingreifen verhindert, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter garantierte Rechte der Verfassung für sich in Anspruch nehmen können. Sie ist gar nicht imstande, bei Wirtschaftskämpfen entscheiden zu können, wessen Verhalten (D) einen sogenannten lebenswichtigen Betrieb gefährdet.

Das ist gar nicht so einfach. Es sind aufgeführt unter den lebenswichtigen Betrieben auch die Erzeugungsstätten für künstlichen Dünger. Nun haben wir in den letzten Wochen folgendes Erlebnis zu verzeichnen. Den Rohstoff für künstliche Düngererzeugungsstätten liefern zum Teil die Kalibergwerke und Kalifabriken. In der **Kaliindustrie** ist ein **Tarifvertrag** für rechtsverbindlich erklärt worden. Die Kaliindustrie weigert sich aber, diesen Vertrag anzuerkennen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sie fordert im Gegensatz zur Anerkennung, daß die Arbeiter sich mit einer Reihe von Maßnahmen einverstanden erklären sollen, die alles andere sind, nur nicht eine Anerkennung der berechtigten Ansprüche der Arbeiter. Unter anderem drohen die Kalifabriken nun an Stillegung zahlreicher Werke, Einlegung von Feierschichten, Verminderung der Belegschaften und sofortige Kündigung der Lohntarife. Ich bin der Auffassung, daß hier von seiten der Industrie unsere Volkswirtschaft auf das äußerste gefährdet wird. Die Arbeiter sind aber nicht die Veranlasser; sondern die Gefährdung lebenswichtiger Erzeugungsstätten erfolgt durch die Industrie.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Technische Nothilfe ist da machtlos.

Dann frage ich weiter: wo ist denn bei der Technischen Nothilfe das Organ, das nun zu prüfen hätte, wer bei einer Differenz, die zum Ausstand geführt, die ursächliche Schuld trägt? **Wilde,** verstiegene **Streiks,** billigt niemand von uns, die bekämpfen wir. Derartige Streiks und ihre Auswirkungen können nur von der Gewerkschaft verhindert werden. Die Technische Nothilfe ist da machtlos.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

(**Brey**, Abgeordneter.)

(A) Wilde Streiks sind doch nur Ausnahmen von den Regeln jener Wirtschaftskämpfe gewesen, die hinter uns liegen. Es kann festgestellt werden, daß ein wesentlicher Besserungsprozeß bereits zur Auswirkung gekommen ist.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sehr oft kommt es vor, daß nicht durch Arbeiter, sondern **durch Unternehmer** der **Wirtschaftsfriede gefährdet** wird, zum Beispiel dadurch, daß man Verhandlungsergebnisse sabotiert, wie es in der Kaliindustrie geschehen ist. Unzählige Beispiele könnten dafür angeführt werden. Der Wirtschaftsfriede wird weiter dadurch gefährdet, daß private und öffentlich-rechtliche Arbeitgeber die Verhandlungen über Gebühr hinausziehen, daß den Arbeitern ungenügende Zugeständnisse gemacht werden und so eine Stimmung unter den Arbeitern geschaffen wird, bei der die Interessen der Gesamtheit dann nicht mehr im Vordergrunde stehen. Wer will hier entscheiden, wo die Schuld liegt? Die Technische Nothilfe hat ein Organ für die Prüfung dieser Frage nicht; dazu ist sie gar nicht eingerichtet. Deshalb muß sie zur Verletzung verfassungsmäßiger Rechte der Arbeiter führen. Sie führt weiter dahin, daß die Arbeiter an der Erlangung wirtschaftlicher Rechte gehindert werden.

Die Verwaltung der Post und die Verwaltung der Eisenbahnen haben mit der Technischen Nothilfe Abkommen dahingehend getroffen, daß die Technische Nothilfe Personen einsetzt, die in den Amtsbureaus zur Verwendung kommen sollen, während die Beamten außerhalb der Bureaus in den Betrieben beschäftigt werden. Bei Beurteilung der Technischen Nothilfe ist immer darauf hingewiesen worden, sie unternehme nichts, ohne sich mit den Vertretungen der Arbeiter ins Benehmen gesetzt zu haben. Mir ist versichert worden, daß für diese **Abkommen der Post- und Eisenbahnverwaltung mit der Technischen Nothilfe** Verabredungen mit den in Frage kommenden Organisationen nicht getroffen worden sind.

(B) (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Ich stelle die Frage, ob diese Abkommen getroffen worden sind und warum die zuständigen Gewerkschaftsorganisationen nicht nach ihrer Stellungnahme gefragt worden sind. Sie würden, soweit ich in der Lage bin, sie einzuschätzen, ihre Zustimmung dazu auch nicht gegeben haben; denn sie befürchten, daß durch die Technische Nothilfe ihre Rechtsverhältnisse gefährdet werden. Das ergibt sich ja auch aus einer **Eingabe**, die der **Bund der technischen Angestellten und Beamten** dem Reichstage zugesandt hat und die im Sozialpolitischen Ausschuß zur Besprechung und im Plenum des Reichstags zur Annahme gelangt ist.

Diese Entschließung besagt:

> Der Bund der technischen Angestellten und Beamten sieht in der Technischen Nothilfe eine Bedrohung der Grundrechte der Arbeiter, des Streikrechts, der Koalitionsfreiheit und der gewerkschaftlichen Solidarität der Arbeiter und wünscht, daß die Regelung der Notstandsarbeiten bei Streiks nur im Einverständnis mit den Gewerkschaften erfolgt.

Dieser Entscheidung hat der Reichstag seine Zustimmung gegeben, und ich stelle auch hier die Anfrage, wie diese Entscheidung des Reichstags mit der Erweiterung der Technischen Nothilfe in Einklang zu bringen ist. Eine Umstellung der Technischen Nothilfe in dem Sinne, daß die Ansprüche der Arbeiter berücksichtigt werden, daß den Arbeitern gewährte verfassungsgemäße Rechte nicht verletzt werden, ist auch gar nicht denkbar. Die **Gewerkschaften** haben versucht, eine solche Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen bei Ausübung der Technischen Nothilfe zu veranlassen. Bei Besprechungen, die in Berlin geführt worden sind, hat sich herausgestellt, daß ein Einverständnis nicht zu erzielen war. Der zuständige Landesbezirksleiter der Technischen Nothilfe in Berlin hat erklärt, (C) er allein habe die Entscheidung über den Begriff der Notstandsarbeiten, er allein habe somit auch zu entscheiden, wann und wo der Einsatz der Technischen Nothilfe im Streikfalle zu erfolgen habe.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist natürlich keine Regelung, sondern einfach ein Diktat, daß sich der Landesbezirksleiter der Technischen Nothilfe anmaßt. Infolgedessen sind die Instanzen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und auch der bedeutendsten in Frage kommenden Organisationen zu dem Ergebnis gekommen, daß sie es ablehnen müssen, sich mit der Technischen Nothilfe einverstanden zu erklären. Ich gestatte mir, die in Frage kommenden **Entschließungen** hier zur Kenntnis zu bringen. Auf der vierten Tagung des **Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes** erklärte dieser:

> Die Organisation der Technischen Nothilfe bedeutet eine ernste Gefahr für den gewerkschaftlichen Kampf. Wenn sie auch errichtet sein mag in dem Bestreben, lediglich den gemeingefährlichen Auswüchsen wilder Streiks entgegenzutreten, so bildet sie doch nach ihrer Natur und der Art ihrer Organisation eine ständige Bedrohung auch der berechtigten gewerkschaftlichen Streiks.
>
> Indem der Bundesausschuß die Technische Nothilfe verwirft, erkennt er gleichwohl an, daß die Lebensinteressen der Allgemeinheit gegen Angriffe durch sinnlose Streiks geschützt werden müssen. Die mutwillige Zerstörung von Produktionsmitteln, sei es direkt oder durch Unterlassen respektive Verhindern von Notstandsarbeiten, wird als Kampfmittel von den Gewerkschaften verworfen.
>
> Streiks sowohl wie Aussperrungen in Gewerben von besonderer volkswirtschaftlicher Be- (D) deutung enthalten eine Gefahr für das Wirtschaftsleben und das Wohl der Arbeiterklasse oder einzelne Arbeitergruppen. Zur Vermeidung solcher Streiks und Aussperrungen ist es die Pflicht der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten rückhaltlos anzuerkennen, mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnisse rechtzeitig zu vereinbaren und für sachgemäße Durchführung zu sorgen. Die Gewerkschaften sind sich ihrer Verantwortung gegenüber den Allgemeininteressen bewußt und halten es für selbstverständlich, daß in solchen Betrieben Arbeitseinstellungen nicht erfolgen, bevor alle Schlichtungsmöglichkeiten erschöpft sind und die zuständigen Gewerkschaftsleitungen ihre Zustimmung zum Streik erteilt haben.
>
> Die Gewerkschaften erklären, daß sie bereit und in der Lage sind, den notwendigen Schutz der Allgemeininteressen gegen verwerfliche Streikausschreitungen selber zu übernehmen, gegebenenfalls durch die Aufforderung an die Mitglieder, durch wilde Streikbewegungen erforderlich werdende Nothilfsaktionen auszuführen. Mit dieser Erklärung verbindet der Bundesausschuß den Appell an die deutschen Arbeiter und Angestellten, strengste gewerkschaftliche Disziplin zu üben und den Aufforderungen unverantwortlicher und von der Gewerkschaft nicht beauftragter Personen zu wilden Streiks und sinnlosen Zerstörungsaktionen energischen Widerstand zu leisten.

Eine gleiche Entschließung hat der Verband der Maschinisten und Heizer auf seiner Funktionärkonferenz angenommen. Er erklärt darin:

(**Brey**, Abgeordneter.)

(A) Die aus allen Gauen des Reichs stark besuchte **Funktionärkonferenz des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer** sowie Berufsgenossen Deutschlands beschließt:

In Erwägung der allgemeinen Lage der deutschen Volkswirtschaft hält die Konferenz es im Interesse der Verbandsmitglieder und der Allgemeinheit für dringend erforderlich, bei allen Lohnbewegungen jede Verhandlungsmöglichkeit voll auszunützen, bevor die Waffe des Streiks in Anwendung gebracht wird.

Bei erforderlichen Kämpfen ist streng darauf zu achten, daß die Notstandsarbeiten von unseren Mitgliedern ausgeführt werden.

Der Verband der Bergarbeiter erklärt mir auf Anfrage, daß es bei den **Streiks,** die er in den letzten zwei Jahren **im Bergbau** gehabt hat, fast immer gelungen ist, die **Notstandsarbeiten** durch eigene Mitglieder ausführen zu lassen:

Bei dem jüngst in Sachsen ausgebrochenen Bergarbeiterstreik hat völlige Einmütigkeit zwischen den Streikenden und der Verbandsleitung über die Notwendigkeit der Ausführung von Notstandsarbeiten geherrscht.

So haben also die maßgebenden Gewerkschaftsorgane sich gegen die Technische Nothilfe erklärt und es als Pflicht der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht, die Notstandsarbeiten zu verrichten. Wo es aber den Gewerkschaften nicht gelungen ist oder nicht gelingen sollte, die Notstandsarbeiten zu verrichten, wird es der Technischen Nothilfe erst recht nicht gelingen.

(Sehr wahr! links.)

Das Einsetzen der Technischen Nothilfe gegen den Willen der Gewerkschaften, gegen den Willen der Arbeiter wird naturgemäß eine Verschärfung der Kämpfe zur Folge (B) haben.

(Sehr richtig! links.)

In **Amerika** hat man seit Jahrzehnten ein Instrument zum **Eingreifen bei Streiks** eingeführt, allerdings nicht auf staatlicher, sondern auf privater Grundlage, und die Erfahrung hat den Beweis erbracht, daß die Wirtschaftskämpfe dadurch in Amerika nicht friedlicher geworden sind, sondern daß zu ihrer Durchführung Mittel zur Anwendung gekommen sind, wie wir sie in Deutschland weder vor noch nach den Revolutionsjahren kennen gelernt haben. Wir wollen eine solche Entwicklung selbstverständlich nicht, und aus diesen Gründen erklären wir uns gegen das Einsetzen der Technischen Nothilfe bei Wirtschaftskämpfen.

Ich habe dann noch mit einigen Worten darauf hinzuweisen, wie in anderer Beziehung die Technische Nothilfe ihre Aufgaben erfüllt oder nicht erfüllt. In den Etattiteln sind ja diverse Millionen zur Beschaffung von Materialien und von Kleidung, unter anderem auch zur Beschaffung von Arbeiteranzügen, eingesetzt. Dabei ist man nun nicht von dem Leitgedanken ausgegangen, die Interessen der Arbeiter, der Industrie und der Steuerzahler zu wahren, sondern man hat bei der **Beschaffung von 20000 blauen Anzügen** es so angedreht, wie man es nicht andrehen soll. Wenn ich aus dem gegebenen Beispiel schlußfolgern darf, daß die Technische Nothilfe bei der Beschaffung von Automobilen und anderen Dingen in gleicher Weise verfahren ist, dann, sage ich, ist es gefehlt mit der Wahrung der Interessen der Steuerzahler, der Arbeiter und der Industrie. Es sollten also 20 000 blaue Anzüge beschafft werden. Die Technische Nothilfe schrieb diese Lieferung nicht etwa aus, um nun einem größeren Kreise von Bewerbern die Möglichkeit der Bewerbung zu geben. Sie wandte sich auch nicht an die Stellen, die im Reich bestehen. So haben wir im Reich eine Notstandsversorgung für Arbeiter lebenswichtiger Betriebe, die (C) die Aufgabe hat, den Arbeitern lebenswichtiger Betriebe Arbeiterkleidung zu verschaffen. Es besteht weiter eine Reichsstelle für die Textilwirtschaft zur Unterbringung von Aufträgen. Es ist bekannt, daß besonders die Textilindustrie mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen hat. Wenn nun die Technische Nothilfe ihren Aufgaben irgendwie hätte gerecht werden wollen, dann hätte sie sich bei der Beschaffung dieser Arbeiteranzüge an die bestehenden Stellen wenden müssen. Bei keiner der genannten Stellen hat sie angefragt. Sie wandte sich an einen Herrn Rosenbaum,

(hört! hört! links)

der weder in der Fabrikation bekannt ist, noch irgendeiner eingeschriebenen Firma vorsteht; der erhielt nun den Auftrag, 20 000 Monteuranzüge à 68,50 Mark zu liefern. Herr Rosenbaum war nicht durch seine praktische Tätigkeit in der Versorgung der an Kleidungsstücken notleidenden Bevölkerung der Technischen Nothilfe bekanntgeworden, sondern er soll durch einen Herrn Hauptmann Detleffsen empfohlen worden sein. Die Vergebung des Auftrags ist nun durch den Leiter der Hauptstelle der Technischen Nothilfe Herrn Luhmitsch erfolgt; er hat sie, wie gesagt, an Rosenbaum vergeben, der sie einem Herrn Berju bei der Firma Hempel & Leibfried in Urach weiter vergeben hat. Der Vergebungspreis war 57,50 Mark, so daß dieser Herr Agent Rosenbaum an jedem Anzug den glatten Gewinn von 11,50 Mark in die Tasche zu stecken in der Lage war.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Insgesamt ergab das einen Rebbach von 220 000 Mark.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das schien dem Herrn noch nicht genug zu sein, denn er machte außerdem noch den Versuch, ein Aufgeld von 100 000 Mark zu bekommen,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und er gab an, diese 100 000 Mark habe er an Herren der Technischen Nothilfe verausgabt, um den Auftrag (D) überhaupt zu bekommen und vergeben zu können.

(Erneute Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Berju gab nun 10 000 Stück dieser Anzüge an einen Christian Schulz in München-Gladbach, der ihm den Anzug zu 53,50 Mark lieferte, so daß also hier noch ein Übergewinn über die 10 000 Mark für jenen Herrn entstanden ist, so daß noch 80 000 Mark hier für die Zwischenhand als Profit herausgewachsen sind.

300 000 Mark bei 20 000 Anzügen sind so durch das ganz unpraktische Gebahren der Technischen Nothilfe zum Fenster hinausgeworfen worden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man nach diesem Musterbeispiel auf die übrige Tätigkeit der Technischen Nothilfe eine Schlußfolgerung ziehen darf, so ist diese Schlußfolgerung wahrlich nicht zu Gunsten der Technischen Nothilfe.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im weiteren Verlaufe der Dinge hat dann Rosenbaum bei Berju weitere 20 000 Anzüge angeboten, die er wiederum für die Technische Nothilfe zu 65 Mark liefern sollte. Da ist es aber zu einem Abschluß nicht gekommen, weil Berju abgelehnt hat.

Ich habe nun festzustellen, daß von seiten der in Frage kommenden Vertretungen der Industrie diese Dinge dem Ministerium des Innern bekannt geworden sind, und ich bin so frei, mich nach dem Verlauf der Angelegenheit zu erkundigen. Ich habe die Frage zu stellen, ob die Beamten, die so unpraktisch bei Beschaffung von Materialien vorgegangen sind, daß die Reichskasse einen großen Verlust zu verbuchen hat, noch im Dienste sind. Ich habe weiter die Frage zu stellen, ob Herr Rosenbaum dem Staatsanwalt überliefert worden ist und ob und mit welchem Erfolge ein Verfahren eingeleitet worden ist, einmal deshalb, weil er die Beamten zu Unrecht der Be-

(Brey, Abgeordneter.)

(A) stechung beschuldigt haben soll, und zum andern, weil er einer unberechtigten Preistreiberei sich schuldig gemacht hat.

Ich komme zum Schluß.

(Bravo! und Heiterkeit rechts.)

— Sehen Sie, die Gefühle, die Sie nun beschleichen, beschleichen mich so oft, wenn einer von den Herren rechts redet.

(Zuruf rechts: Nicht mehr als 10 Minuten reden wir!)

— Es kommt mitunter vor, daß einer von Ihren Herren 10 Minuten redet. — Wir lehnen die Mittel für die Technische Nothilfe ab und fordern, daß in Rücksicht auf die Stellung der Gewerkschaften und der unliebsamen Erfahrungen, die mit der Technischen Nothilfe gemacht worden sind, nun baldigst an den **Abbau der Technischen Nothilfe** herangetreten werden muß.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Reichsminister des Innern.

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren!

> Den in der **Technischen Nothilfe** vereinigten Männern und Frauen spreche ich gern Worte des Dankes aus,
>
> (bravo! rechts — hört! hört! links)
>
> weil sie uneigennützig und niemand zu Schaden den Willen in die Tat umgesetzt haben, einem armen Volke und Lande Werte zu erhalten, die ohne diese Tätigkeit verloren gegangen wären.

(Bravo! rechts. — Hört! Hört! links.)

Die Herren, die von der Rechten Bravo gerufen haben, wissen nicht, daß sie dieses Bravo nicht mir zurufen, (B) obwohl ich es gern auch für mich akzeptiere, und die Herren von der Linken, die sich diesen Worten gegenüber erregen, wissen nicht,

(Zurufe links: oh ja!)

daß es Worte des **Ministerpräsidenten Buck** sind, die dieser im Dezember 1920 als sächsischer Ministerpräsident gesprochen hat.

(Hört! Hört! rechts.)

> Ich habe als Minister nicht danach zu fragen, ob Streiks gerechtfertigt sind, sondern wir haben uns auf den Standpunkt zu stellen, daß bei aller Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts die Arbeiter in diesen lebensnotwendigen Betrieben auf die Lebenshaltung der Mitmenschen Rücksicht zu nehmen haben. Streiks, wie sie wiederholt vorgekommen sind, kann man sich nicht auf Gnade und Ungnade ergeben. Deswegen wurde die Technische Nothilfe organisiert.

Das sind Worte, die im Januar dieses Jahres der **badische Minister Remmele** von der Sozialdemokratischen Partei gesprochen hat. Weiter:

> Es liegt heute im Interesse des gesamten Volkes, daß die Notwaffe der Nothilfe immer mehr vervollkommnet wird, um ihre schwierige, aber wichtige Aufgabe im Dienste des Volkes ganz zu erfüllen.

(Zurufe links: Warum lassen Sie denn nicht Ihr eigenes Licht leuchten? — Diese Worte sind eines Noske würdig!)

— Nein, sie sind nicht von Noske, sondern sie stammen vom **Minister Severing** aus dem Januar dieses Jahres.

Meine Damen und Herren! Warum ich das vortrage? Ganz gewiß nicht, um einen sozialdemokratischen Kollegen dadurch zu kompromittieren, daß ich feststelle, daß er einer Meinung mit mir ist, sondern lediglich deshalb, um darauf hinzuweisen, daß nach meiner Ansicht (C) niemand, der in der heutigen Zeit die Verantwortung dafür trägt, daß unser Volksleben nicht gänzlich zerstört und unser Wirtschaftsleben nicht zerrüttet wird, ohne die Technische Nothilfe auskommen kann. Es ist ein Glück, daß wir so verantwortungsfreudige Männer auf den Posten als Minister haben. Sobald sie in ein solches Amt berufen werden, sehen sie ein, daß es eine Notwendigkeit ist, eine solche Einrichtung zu haben. Ich bin überzeugt, daß auch in den Herren der Sozialdemokratischen Partei, die sich heute dagegen gewendet haben, vielleicht auch in Herren, die noch weiter links stehen, in dem Augenblick, wo sie berufen sein sollten, ein Ministerium des Innern zu übernehmen, das Gefühl, daß sie eine Feindschaft gegen die Technische Nothilfe nicht mehr verantworten könnten, übermächtig werden würde.

(Widerspruch links.)

Ich kann mir wenigstens nicht denken, daß die Herren nach dieser Richtung hin anders gerichtet sind als die Minister Remmele, Buck und Severing.

Meine Damen und Herren! Daß auch der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sich seinerzeit mit den wärmsten Worten an die Arbeiter und Parteigenossen gewandt hat, um sie zu veranlassen, der Technischen Nothilfe beizutreten, ist ja aus der Denkschrift bekannt. Wenn immer gesagt wird, daß eine solche Technische Nothilfe zu sehr mit reaktionären Elementen durchsetzt sei, so kann ich nur sagen, daß ich es bedauere, wenn der **Aufruf**, den seinerzeit die **Sozialdemokratische Partei in Groß-Berlin** erlassen hat, in den Reihen der organisierten Arbeiter nicht noch mehr Befolgung gefunden hat, als es tatsächlich geschehen ist.

Meine Damen und Herren, solange wir lebenswichtige Betriebe in Deutschland zu schützen haben, solange Streiks vor ihnen nicht haltmachen, solange solche (D) Streiks auch gegen den ausgesprochenen Willen der Gewerkschaften ins Leben gerufen werden und solange solche Streiks ausgesprochenermaßen politische Absichten verfolgen, solange ist es unmöglich, die Technische Nothilfe zu entbehren, und so lange wird die Reichsregierung an der Technischen Nothilfe festhalten, unterstützt von der warmen Bundesgenossenschaft der Landesregierungen, auch derjenigen, die von sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und sozialdemokratischen Ministern des Innern regiert werden.

(Beifall rechts. — Zuruf links: Da sind Sie aber im Irrtum!)

— Ich glaube, daß nach diesen Beweisen von einem Irrtum auf meiner Seite wohl schwerlich die Rede sein kann. Ich erwähnte Ihnen ja, daß diese warmen Zuschriften aus dem Ende des letzten und dem Anfang dieses Jahres sind, auch die Zuschrift des Ministers Severing, die übrigens in der „Zeitschrift für technische Nothilfe" erschienen war. Es geht wirklich nicht an, in dem Augenblick, wo man die Verantwortung zu tragen hat, sich zu solchen Einrichtungen zu bekennen, und in dem Augenblick, wo man die Verantwortung nicht mehr zu tragen hat, auf die bürgerliche Regierung loszuschlagen, weil sie dieselbe Einrichtung, die von ihren sozialdemokratischen Vorgängern getroffen worden ist, auch ihrerseits handhaben muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn nun gesagt worden ist, daß die Technische Nothilfe bei **Ärztestreiks** und bei Streiks von Milchlieferanten versage, so muß ohne weiteres zugegeben werden, daß ich in der Technischen Nothilfe noch keine Ärzte habe, die in der Lage wären einzugreifen. Wenn sich aber solche Streiks zu einer gleichen Gefahr entwickeln, so wird man ganz unabhängig davon, um wen es sich handelt, überall

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) dafür sorgen müssen, daß die Technische Nothilfe in solchen Fällen eingreift. Wir müssen — und da schließe ich mich den Worten des Ministers Severing an — die Technische Nothilfe nicht abbauen, sondern müssen sie so aufbauen, daß sie allen Notlagen, die überhaupt auftreten können, gewachsen ist.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Auch wenn die Minister nach Stuttgart ausreißen?)

— Herr Abgeordneter Hoffmann, wir können uns über diese Frage sehr eingehend unterhalten, aber heute nicht. Heute lassen Sie mich nur eins sagen. Ich bin nicht nach Stuttgart gegangen, um zu streiken, sondern um von Stuttgart aus dahin zu wirken, daß die rechtmäßige Regierung wieder ins Amt eingesetzt wird, also um zu arbeiten. Wäre ich in Berlin geblieben, so würde ich allerdings sehr bald zu einem unfreiwilligen Streik gezwungen gewesen sein, und um mich dem zu entziehen, habe ich es genau so wie die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung vorgezogen, dafür zu sorgen, daß die Tätigkeit der Reichsregierung nicht unterbunden wurde.

(Wiederholte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte, nicht Zwischenrufe zu machen, die zu einem ganz anderen Etat gehören.

(Heiterkeit und Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Koch, Reichsminister des Innern: Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann feststellen, daß die Notwendigkeit der Technischen Nothilfe, die auch von so vielen Seiten anerkannt worden ist, solange bestehen bleiben wird, als Streiks in einer Form unternommen werden, wie sie entgegen dem Willen der Gewerkschaften heutzutage von Männern unternommen werden, die Streiks nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen (B) Gründen ins Leben rufen, und ich würde mich freuen, wenn die Gewerkschaften so erstarken würden, daß wir der Technischen Nothilfe entraten könnten.

Wenn aber gesagt wird, daß die **Entscheidung über das Eingreifen der Technischen Nothilfe** bei dem Leiter der Technischen Nothilfe läge, so ist das unrichtig. Der Leiter der Technischen Nothilfe hat zwar das Recht, das Einschreiten der Technischen Nothilfe zu versagen, wenn ein Grund zum Einschreiten nicht gegeben ist; er ist dagegen genötigt, das Einverständnis des Reichsministers des Innern oder seines Bevollmächtigten einzuholen, wenn er mit der Technischen Nothilfe eingreifen will. Im übrigen ist gar kein Zweifel, daß es möglich sein könnte, die Art, wie die Technische Nothilfe einzugreifen hat, noch eingehender zu regeln, als es bisher der Fall gewesen ist, wenn ich auch feststellen muß, daß auch von dem Herrn Vorredner kein Fall dargelegt worden ist, in dem die Technische Nothilfe zu Unrecht eingeschritten wäre.

Aber, meine Damen und Herren, wenn eine solche Regelung noch nicht getroffen ist, so liegt es zu meinem Bedauern daran, daß sich die **Gewerkschaften** der **Mitwirkung** bei einer solchen Regelung bisher noch nicht zur Verfügung gestellt haben. Es wird so häufig der Vorwurf erhoben, eine solche Einrichtung sei reaktionär. Indem die Arbeiterschaft ihrerseits, wenigstens die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft, sich der Mitwirkung bei solchen Einrichtungen entzieht, trägt sie geradezu künstlich dazu bei, daß solche Einrichtungen die Gefahr laufen, nach rechts abgedrängt zu werden.

Dieser Fehler liegt hier genau wie bei der Einwohnerwehr und anderen Angelegenheiten bei denen, die sich der Mitwirkung versagen, anstatt durch eine Mitwirkung dafür zu sorgen, daß eine solche Einrichtung auf dem rechten Geleise bleibt.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Hier liegt es so, daß ich mich bereits im Juli des vorigen (C) Jahres an den **Reichswirtschaftsrat** mit der Bitte gewandt habe, eine **Kommission** zu bilden, die mir bei der **Ausgestaltung der Technischen Nothilfe** zur Seite stände. Eine solche Kommission ist im Reichswirtschaftsrat bisher, soviel mir bekannt ist, noch nicht gewählt worden. Das hat allerdings nicht verhindert, daß sich das Plenum des Reichswirtschaftsrats im November mit dieser Frage, ohne auf mein Ersuchen einzugehen, beschäftigt und seinem Mißfallen darüber Ausdruck gegeben hat, daß er vor Einstellung dieser Position in den Etat des Reichsministeriums des Innern nicht gehört worden sei. Ich darf wohl feststellen — ich glaube, daß der ganze Reichstag darin mit mir übereinstimmt —, daß die Einstellung von Positionen in den Reichsetat keine Angelegenheit des Reichswirtschaftsrats ist

(sehr richtig!)

und daß er gerade in diesem Falle nicht die geringste Veranlassung hatte, sich darüber zu beschweren, daß er nicht gehört worden wäre; denn er war jederzeit in der Lage, dadurch, daß er die Wahl der Kommission auf seine Tagesordnung brachte, dafür zu sorgen, daß er sich aufs eingehendste mit dieser Angelegenheit beschäftigen konnte, ja, er hätte mir sogar einen großen Dienst geleistet, wenn er meinem Wunsche nach dieser Richtung hin entsprochen hätte.

Meine Damen und Herren! Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß sich der Reichswirtschaftsrat bereit finden wird, eine Kommission zu wählen, die mich bei der Ausgestaltung und Einrichtung der Technischen Nothilfe berät. Ich hoffe, daß dabei namentlich auch die Arbeitnehmer mitwirken werden. Wenn es nicht geschieht, so bin ich jedenfalls nicht schuld, wenn irgendwelcher Anlaß zur Kritik gegeben sein sollte, der durch eine solche Mitwirkung hätte vermieden werden können.

Daß ich auf die Frage der **blauen Anzüge** hier im (D) Plenum und bei der Geschäftslage näher eingehe, wird niemand von Ihnen erwarten.

(Sehr richtig!)

Ich kann nur sagen, daß wegen der Beleidigung — und es handelt sich bei der ganzen Sache um zwei Händler, von denen jeder die Lieferung haben wollte und die sich bei diesem Anlaß beleidigt haben —

(Heiterkeit)

Strafantrag gestellt ist und die Angelegenheit zur gerichtlichen Verhandlung kommen wird. Ich kann aber weiter feststellen, daß der Beschuldigte, also der Beleidiger, nachdem der Strafantrag gestellt worden war, bei der Technischen Nothilfe erschienen ist und dort de- und wehmütig gebeten hat, von der weiteren Verfolgung der Angelegenheit abzusehen, da er alles zurücknehme, was er jemals gesagt habe.

(Hört! Hört!)

Im übrigen liegt die Sache so, daß diese Anzüge für 60 bis 70 Mark gekauft waren auf Grund einer Submission zu einer Zeit, wo das Reichsverwertungsamt ähnliche Anzüge für den mehr als doppelten Preis verkauft hat. Der Preis ist außerordentlich billig, und ich lade die Herren, die sich dafür interessieren, ein, sich die Sachen anzusehen und sich davon zu überzeugen, daß der Kauf ein durchaus sachgemäßer ist.

Weiteres über die Sache hier zu sagen, scheint mir völlig unangebracht. Ich würde es begrüßt haben, wenn eine solche Angelegenheit zu mindestens nur in der Kommission verhandelt worden wäre, da sie mir höchstens geeignet erscheint, die Tätigkeit der Kommission einmal eine halbe Stunde lang zu beanspruchen.

Meine Damen und Herren! Ich schließe also damit, daß ich feststelle: nicht bürgerliche und nicht sozialdemokratische Gesinnung entscheidet bei der Frage, wie man

(**Koch**, Reichsminister des Innern.)

(A) sich zur Technischen Nothilfe stellt, sondern es entscheidet, ob man bereit ist, Staatsgesinnung und Staatsnotwendigkeiten vor irgendein Spezialinteresse zu stellen,

(sehr richtig! rechts)

und ich freue mich, daß ich bei dieser Feststellung so wertvolle Kronzeugen zur Seite habe wie die bewährten Minister sozialdemokratischer Parteizugehörigkeit in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Berndt.

Berndt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich hätte nicht geglaubt, daß zur **Notwendigkeit der Technischen Nothilfe** überhaupt noch gesprochen werden müßte;

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

denn nach dem bisherigen Lauf der Dinge mußte man annehmen, daß über diese grnndsätzliche Seite in den weitesten Teilen, in dem überwiegenden Teil, darf ich wohl sagen, des Hauses völlige Einmütigkeit herrscht. Die Ausführungen des ersten Herrn Redners machen aber doch lebhaften Widerspruch notwendig.

Ich gebe den Gegnern der Technischen Nothilfe ohne weiteres eins zu: die Notwendigkeit der Technischen Nothilfe ist an sich etwas ganz Unerfreuliches, allerdings aus einem anderen Grunde, wie Sie vielleicht glauben, nämlich deshalb, weil die Tatsache, daß es eine Technische Nothilfe geben muß, beweist, daß die ganze Geistesrichtung und der ganze Zustand unseres deutschen Volks, überhaupt unsere ganzen deutschen Verhältnisse zurzeit noch völlig krank und ungesund sind. Denn nur dieser Krankheitszustand unseres Volks und die Verwilderung aller sittlichen und sozialen Begriffe

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten)

hat zur Einrichtung der Technischen Nothilfe geführt.

(B) (Lebhafte Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Auf diese persönlichen Bemerkungen wird, glaube ich, ein Herr, den ich etwas euphemistisch als Witzbold bezeichnen will — ich glaube, daß ich mir deswegen nicht die Rüge des Herrn Präsidenten zuziehe —, mir nicht zumuten zu antworten. Ich darf ihm auch das eine sagen, daß es die erste und letzte Antwort ist, die ich ihm überhaupt gebe.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Solange dieser Krankheitszustand unseres Volks anhält, muß auch die Technische Nothilfe unter allen Umständen bestehen bleiben. Und gerade die radikale Linke, die ist die allerletzte dazu, sich über die Einrichtung und Beibehaltung der Technischen Nothilfe zu beschweren, da Sie ja beziehungsweise Ihre Gefolgschaft durch Ihren Terror und Ihre Gewalttätigkeiten erst zu dieser Einrichtung den Grundstock gelegt haben.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn die radikale Linke an der Beibehaltung der Technischen Nothilfe irgendwelchen Anstoß nimmt, so hat sie es ja in der Hand, all ihre Beschwerden selbst zu beseitigen. Sie braucht nur die Voraussetzung der Technischen Nothilfe aufzuheben; eine gewalttätige Minderheit und sonstige Sondergruppen, die brauchen nur aufzuhören, ihren Sonderinteressen den Vorrang vor den Rücksichten auf die Allgemeinheit und den Bedürfnissen des Staates zu geben;

(lebhafte Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten)

sie braucht nur endlich und endgültig aufzuhören, diese Sonderwünsche mit allen Mitteln des Terrors, der Gewalt und unbekümmert um das Schicksal der Allgemeinheit und des Staates durchzusetzen zu suchen, dann wird sich die Technische Nothilfe von selbst abbauen.

(Zurufe links.)

(C) Solange aber dieses Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Allgemeinheit nicht bei allen Teilen des deutschen Volkes eingekehrt ist, solange das sogenannte Streikrecht in einer so unerhörten Weise mißbraucht wird, wie wir es tagtäglich vor uns sehen, so lange muß der Staat allerdings im Interesse und zum Schutze seiner Bevölkerung und seiner selbst sich wehren.

(Sehr richtig! rechts.)

Er würde einer allerersten Voraussetzung für seine Verantwortlichkeit nicht gerecht werden, wenn er die lebenswichtigen Betriebe einfach stillegen, wenn er die deutsche Wirtschaft zerstören lassen würde, wenn er das Leben von ungezählten Tausenden seiner Bevölkerung einfach durch frivole und verbrecherische Gewalttaten

(stürmische Zurufe links)

von unverantwortlich handelnden Persönlichkeiten gefährden lassen würde, und namentlich, wenn er diesen vor nichts zurückscheuenden Elementen den Griff an die Gurgel des Staates nicht verwehrte.

(Zurufe links.)

Die Technische Nothilfe, meine Damen und Herren, ist deshalb weiter nichts als eine Einrichtung der Notwehr und der Abwehr, und in dieser Stellung ist die Technische Nothilfe nicht nur Vertreterin der Ordnung und der Staatsautorität, sondern auch — wofür Sie allerdings kein Verständnis haben — der humanitären und sozialen Gedanken.

(Zurufe links.)

In diesem Sinne wird die **Technische Nothilfe** auch von jedem Verantwortungsbewußten im deutschen Volke ohne weiteres **anerkannt**, und namentlich auch **von der Arbeiterschaft.**

(Lachen links.)

— Jawohl, ich könnte Ihnen die Namen nennen, wenn Sie auch sofort wieder in ein höhnisches Lachen ausbrechen werden: Den Nationalverband deutscher Gewerkschaften nenne ich Ihnen zum Beispiel, dann die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die christlich-nationalen Gewerkschaften, und dann brauche ich mich nur auf das zu beziehen, was Ihnen der Herr Minister Koch vorhin an **Urteilen** prominenter **sozialdemokratischer Persönlichkeiten** vorgeführt hat, namentlich brauche ich mich nur zu berufen auf das Zeugnis des Herrn Ministers Severing, der die Notwendigkeit der Technischen Nothilfe unbedingt anerkannt hat, ja mehr noch, der sich sogar für den weiteren Ausbau der Technischen Nothilfe ausgesprochen hat. (D)

(Hört! Hört! rechts.)

Dasselbe hat auch übrigens im Hauptausschuß der mehrheitssozialdemokratische Redner, Herr Hermann Müller, getan, wenn auch nicht in endgültig sich festlegender Weise; er behielt sich die Stellung bis zum Plenum vor.

(Zuruf des Abgeordneten Müller [Franken].)

— O nein, die von Ihnen im Hauptausschuß eingenommene Stellung zeugte durchaus von einer freundlichen Gesinnung gegenüber der Technischen Nothilfe. Das will ich doch feststellen. Das kann Ihnen jederzeit aus dem Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses nachgewiesen werden. Um so mehr, meine Damen und Herren, muß ich mich deswegen über die heutige Stellungnahme des mehrheitssozialdemokratischen Redners wundern. Ich kann nur sagen, daß sie mir nach dem ganzen Lauf der Dinge weniger sachlichen als nur taktischen Rücksichten und Gründen entsprungen zu sein scheint.

(Sehr richtig! rechts.)

Man will eben den radikalen linken Bruder, dessen Wut gegen die Technische Nothilfe bekannt ist, und zwar deswegen, weil sie ihm eben bei der Durchsetznng seiner Ziele und umstürzlerischen Pläne besonders im Wege ist, nicht verärgern.

(Sehr richtig! rechts.)

(**Berndt**, Abgeordneter.)

(A) Auf weitere Ausführungen, meine Damen und Herren, brauche ich nach dieser Richtung hier nicht einzugehen, da das ja schon durch den Herrn Minister Koch geschehen ist. Die Behauptung, die auch heute wieder aufgestellt ist, die Technische Nothilfe sei lediglich eine staatlich organisierte Streikbrechergarde, ist nichts weiter als eine agitatorische und demagogische Redensart. In den wirtschaftlichen Kampf mischt sich die Technische Nothilfe nicht ein. Sie werden nicht in der Lage sein, irgendeinen Fall von Parteinahme der **Technischen Nothilfe** bekanntzugeben; sie ist unbedingt **neutral.**

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Ich gehe sogar so weit, daß ich sage, daß, wenn Arbeitgeber Anlaß zum Einsatz der Technischen Nothilfe geben würden, sie ohne weiteres auch gegen die Arbeitgeber in Verwendung kommen müßte.

(Wiederholte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Sie können ja jederzeit, wenn ein derartiger Fall eintritt, von den Anerbietungen der Technischen Nothilfe, von der Sie ja stets aufgefordert werden, es zu tun, Gebrauch machen. Kontrollieren Sie dann doch die Tätigkeit der Technischen Nothilfe, und Sie werden dann feststellen, daß diese Tätigkeit keine produktive, sondern lediglich sogenannte Erhaltungsarbeit ist, — weiter nichts.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

Die Angliederung der Technischen Nothilfe an das Reichsministerium des Innern und nicht an das Arbeitsministerium spricht ja auch schon für den Charakter, der ihr von den Reichsstellen beigemessen wird. Übrigens braucht man ja nur auf die Praxis des tagtäglichen Lebens zurückzublicken, um die Notwendigkeit der Technischen Nothilfe sich vor Augen zu führen und ferner zu beweisen, wie überaus segensreich sie gewirkt hat. Ich verweise nur auf den **Streik**, der unlängst **in den Farbwerken in** (B) **Leverkusen** ausgebrochen ist. Dort konnte die Technische Nothilfe bei dem durchaus frivolen Streik nicht eingreifen, weil sie im besetzten Gebiet verboten ist. 200 Nothelfer hätten genügt, um alles in Gang zu bringen. Weil sie nicht eingreifen konnte, ist durch die frivol streikende Arbeiterschaft ein Schaden von mehr als 30 Millionen Mark hervorgerufen.

(Lärmende Zurufe auf der äußersten Linken.)

Ich erinnere ferner an die Hunderte von Millionen Werte, die durch die Technische Nothilfe im **Binnenschiffahrtsstreik** geschützt worden sind.

(Wiederholte Unterbrechungen auf der äußersten Linken. — Abgeordneter Bartz [Hannover]: Ein unverschämter Bursche sind Sie! — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen.

(Andauernde Zurufe von den Vereinigten Kommunisten. — Abgeordneter Berndt: Ich darf bemerken, Herr Präsident, daß mir „unverschämter Bursche" zugerufen worden ist! — Unruhe. — Glocke.)

— Herr Abgeordneter Bartz (Hannover), ich rufe Sie wegen dieses Zurufs zur Ordnung.

Berndt, Abgeordneter: Ich weise ferner hin auf die **Streiks in der allerletzten Zeit.** —

(Erneute Unterbrechungen.)

— Wenn Ihnen (nach links) das unbequem ist, was ich ausführe, kann ich nichts dazu. Ich muß aber auf jeden Fall, nachdem hier die Notwendigkeit der Technischen Nothilfe bestritten worden ist, auf diese Einzelheiten eingehen. —

Ich weise hin auf den Streik in Breslau, einen Streik der Gemeindearbeiter, ebenso auf den Streik der städtischen Arbeiter in Mühlhausen in Thüringen,

(Zurufe links: Der Ärzte!)

auf den Streik der Elektrizitätsarbeiter in Stralsund, (C) ferner auf den Streik der Hafenarbeiter in Altona und den Transportarbeiterstreik in Potsdam.

(Wiederholte Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! Wie Sie aus dieser Aufzählung ersehen, handelt es sich hierbei nicht etwa um Streiks gegen Privatkapitalisten, sondern um Streiks gegen Gemeindebetriebe, gegen sozialisierte Betriebe.

(Zustimmung rechts. — Zurufe auf der äußersten Linken.)

Ohne Eingreifen der Technischen Nothilfe wären zum Beispiel in Altona Millionen- und aber Millionenwerte an lebenden Fischen verdorben, hätten in Potsdam die Lebensmittel für die Bevölkerung nicht ausgefahren werden können;

(hört! hört! rechts)

denn die streikenden Arbeiter waren hier, wie so oft, leider nicht von dem Verantwortungsgefühl beseelt, daß sie haben müßten,

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Was Ihr habt!)

sondern sie haben einfach die Notstandsarbeiten glattweg verweigert.

(Wiederholte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Alle diese Beispiele beweisen ferner,

(Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: Kriegsverbrecher! — Große Unruhe rechts)

was von der Behauptung zu halten ist, daß es der Technischen Nothilfe gar nicht bedürfe, weil die **Gewerkschaften** schon selbst dafür sorgen würden, daß die **Notstandsarbeiten** von den Arbeitern selbst ausgeführt würden. Leider hat diese Behauptung auch der mehrheitssozialistische Redner heute wieder hier aufgestellt. Ja, ist er denn taub und blind, geht er an all den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate achtlos vorüber? Gerade diese Ihnen eben genannten Streiks be- (D) weisen doch, daß hier eben die Notstandsarbeiten nicht ausgeführt sind, daß sie nicht ausgeführt sind, obwohl die Gewerkschaften sich für die Ausführung der Notstandsarbeiten eingesetzt haben. Es beweist eben, daß die freien Gewerkschaften, wie ja auch von mehrheitssozialdemokratischer Seite, sowohl von dem Minister Severing wie von Herrn Hermann Müller im Hauptausschuß, gesagt wurde, in vielen Fällen nicht mehr ihre Massen in der Hand haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Was dann über die Frage gesagt worden ist, die Technische Nothilfe wäre nicht tauglich, nicht geeignet, meine Damen und Herren, so brauche ich nur auf die 521 Fälle hinzuweisen, in denen sie mit Erfolg eingesetzt worden ist, auf die Unmenge von Anerkennungsschreiben aus sämtlichen Betrieben usw. usw.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Die Technische Nothilfe ist hiernach zurzeit vollständig unentbehrlich, und wenn noch etwas zu wünschen ist, so nicht das, daß sie abgebaut werden sollte, sondern höchstens das, um mit dem Herrn Minister Severing zu reden, daß sie weiter ausgebaut und vervollkommnet werden sollte. Es kann keiner so sehnsüchtig wünschen wie wir, daß die Aufgabe der Technischen Nothilfe sich möglichst bald erfüllen möchte; denn wenn dieser Zeitpunkt erreicht ist, dann ist das ein Beweis, daß unsere deutschen Verhältnisse wieder zur Gesundung kommen, und daß wir an der Schwelle einer besseren Zukunft stehen.

Meine Damen und Herren! Noch eine Ausführung zu einem Mißstande, der sich beim Einsetzen der Technischen Nothilfe herausgestellt hat, ein Mißstand, nicht hervorgerufen durch die Technische Nothilfe, sondern nach meiner Meinung durch die Regierung selbst. Das ist nämlich die Tatsache, daß die Nothelfer und alle die-

(**Berndt**, Abgeordneter.)

(A) jenigen, die sich in den Dienst der Notstandsarbeiten stellen, bei Verrichtung ihrer Arbeiten nicht ausreichend geschützt werden. Meine Damen und Herren! Unterlassungen in dieser Beziehung sind allerdings auf jeden Fall verhängnisvoll. **Ausreichender Schutz** ist die unbedingte Voraussetzung dafür, daß die Technische Nothilfe überhaupt mit Erfolg arbeiten kann. Sie ist das A und O für eine erfolgreiche Tätigkeit der Technischen Nothilfe. Aber an einem solchen Schutz hat es leider vielfach gefehlt. Mißhandlungen und sonstige Brutalitäten gegen die technischen Nothelfer und ihre Mitarbeiter sind an der Tagesordnung. Ich will zum Beweis lediglich auf die Erfahrungen hinweisen, die in den **pommerschen Landarbeiterstreiks** gemacht worden sind. Dort ist es zu den unerhörtesten **Gewalttätigkeiten** gegen die technischen Nothelfer und gegen andere in den Notstandsarbeiten beschäftigte und tätige Personen gekommen. Ja, es hat sogar eine Reihe von Toten gegeben neben den Verletzten. In ganzen Banden sind die Streikenden und die Terroristen im Lande umhergezogen von Hof zu Hof und haben die gefährlichsten Drangsalierungen usw. verübt.

(Lebhafte Zurufe von der äußersten Linken.)

Hier, meine Damen und Herren, ist Abhilfe unbedingt notwendig. Denn es kann das nicht etwa so gedeutet werden, als wenn mit einem derartigen ausreichenden Schutz nachher die Regierung den Arbeitern bei Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Wünsche in den Rücken fiele. Nein, wenn der Schutz gewährt wird, so wird hiermit lediglich die Konsequenz der Tatsache, daß überhaupt eine Technische Nothilfe notwendig ist, gezogen. Technische Nothilfe und ausreichender Schutz gehören unbedingt zusammen, und deswegen fordern wir, daß grundsätzlich entsprechende Vorkehrungen getroffen werden dahin, daß stets ein entsprechender ausreichender polizeilicher oder militärischer Schutz für die Technische Nothilfe zur Verfügung gestellt (B) wird.

(Lebhafter Beifall rechts. — Rufe auf der äußersten Linken: Mit Flammenwerfern und Maschinengewehren!)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Unterleitner.

Unterleitner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich werde nicht dieses Loblied über die Technische Nothilfe anstimmen wie mein Vorredner, sondern ich glaube, ihm beweisen zu können, daß doch nicht alles so schön bei der **Technischen Nothilfe** aussieht, wie er es dargestellt hat. Wenn es übrigens noch eines Beweises der Überflüssigkeit und Schädlichkeit der Technischen Nothilfe bedurft hätte, so hat ihn mein Vorredner vollkommen erbracht.

(Oho-Rufe rechts.)

Gerade durch Ihre (nach rechts) Ausführungen haben Sie bewiesen, was die Technische Nothilfe für ein Werkzeug ist. Wir als unabhängige Sozialisten lehnen die Technische Nothilfe ab. Gerade in dieser Zeit, in der die Arbeiter immer mehr in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt werden und sie mehr denn je vom Koalitionsrecht Gebrauch machen müssen, wird natürlich von der Reaktion, von den kapitalistischen Parteien versucht, den Arbeitern das **Koalitionsrecht** streitig zu machen. Die Technische Nothilfe ist nichts anderes als eine Beschränkung des Koalitionsrechts, ja letzten Endes wirkt sie wie eine Beseitigung des Koalitionsrechts.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Meine Partei hat eigentlich allein ein Recht, heute gegen die Technische Nothilfe aufzutreten; denn sie war die einzige Partei, die von Anfang an seit der Gründung der Technischen Nothilfe den schärfsten Kampf gegen die Technische Nothilfe geführt hat, indem sie zeigte, was für Zwecke mit der Technischen Nothilfe verfolgt werden. Ich kann heute erfreulicherweise konstatieren, daß ich im wesentlichen (C) die Ausführungen des rechtssozialistischen Kollegen unterschreibe; aber ich hätte gewünscht, daß auch zu der Zeit, als Schlicke und Noske Minister waren, dieselben Worte gesprochen worden wären. Ich hätte gewünscht, daß auch da die Opposition gegen die Technische Nothilfe so stark gewesen wäre wie heute. Die Ausrede, daß man damals nicht gegen die Technische Nothilfe angegangen wäre, weil man nicht mit einer langen Dauer dieser Einrichtung gerechnet habe, kann ich nicht gelten lassen. Gerade die **Minister von der rechtssozialistischen Partei**, die heute noch im Amte sind, stützen sich ja immer noch sehr stark auf die **Technische Nothilfe** und verteidigen sie.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Ich halte es für notwendig, daß auch das in dieser Situation festgestellt wird.

Wir betrachten die Technische Nothilfe als eine Streikbrechergarde, als die Organisierung von Elementen, die der organisierten Arbeiterschaft bei ihren Kämpfen in den Rücken fallen sollen. Daß die Technische Nothilfe gerade gegen die fortschrittlich gesinnten Arbeiter, die um die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeiterverhältnisse kämpfen, einseitig angewandt wird, das hat uns ja die Vergangenheit gezeigt.

(Zuruf rechts und im Zentrum: Wo denn?)

Mein Herr Vorredner hat alles mögliche über die leichtfertigen Steiks der Arbeiter angeführt. Ich hätte gewünscht, daß er uns auch gezeigt hätte, wie leichtfertig die **Landwirte Streiks** vom Zaune brechen.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken. — Widerspruch und Zurufe rechts: Wo denn?)

Wie viele Milchlieferungen sind eingestellt worden, wie viele Kinder sind vielleicht dadurch zugrunde gegangen, daß die Landwirte in gewissenloser Weise die Milchlieferungen einstellten?

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.) (D)

Wo ist da die Technische Nothilfe gewesen? Wo haben wir gesehen, daß die Technische Nothilfe gegen diese Agrarier eingeschritten wäre? Wo hat die Technische Nothilfe eingegriffen, wenn Unternehmer ihre Betriebe leichtfertigerweise stillgelegt haben, nur weil ihre Profite in Gefahr waren?

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Wo war die Technische Nothilfe, wenn **Bürgerstreiks** gemacht wurden? Wir haben nicht gesehen, daß die Technische Nothilfe gegen die Bürgerstreiks in derselben Weise vorgegangen wäre wie gegen die Streiks der Arbeiterschaft.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin] [zum Staatssekretär Dr. Lewald, der sich neben den Redner gestellt hat]: Setzen Sie sich doch an Ihren Platz! Der Redner braucht keine Assistenz!)

— Ach, der kann ruhig neben mir stehen. —

(Zuruf des Staatssekretärs Dr. Lewald. — Abgeordneter Höllein: Bei mir würden Sie sich nicht dahinstellen, dafür garantiere ich! — Lachen rechts und im Zentrum. — Wiederholte gegenseitige Rufe zwischen der äußersten Linken und rechts. — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Der ist noch aus Wilhelms Zeiten da stehen geblieben. — Heiterkeit auf der äußersten Linken.)

— Herr Lewald macht alle Regierungen mit, ob mit Wilhelm II. oder einem anderen.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich bitte um Ruhe. — Herr Abgeordneter Unterleitner, ich bitte Sie, fortzufahren!

Unterleitner, Abgeordneter: Aus diesen Feststellungen ergibt sich, daß die **Technische Nothilfe ein Instrument der Konterrevolution** ist, das gegen die Arbeiter

(**Unterleitner**, Abgeordneter.)

(A) zu bestimmten Plänen der reaktionären Parteien verwandt wird. Sonst würden Sie (nach rechts) die Technische Nothilfe auch nicht so verteidigen. Wenn wir die Entstehungsgeschichte der Technischen Nothilfe betrachten, brauchen wir über ihren tieferen Sinn gar nicht lange nachzudenken. Sie ist hervorgegangen aus der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die damals den Kampf gegen die Arbeiter führte. Diese bildete damals die Grundlage für die Technische Nothilfe. Und die Technische Nothilfe hat ihre militärische Natur auch heute noch bewahrt. Jeder Ingenieur oder sonst ein Arbeiter und Angestellter, der in der Technischen Nothilfe den Arbeiterstandpunkt vertritt, ist die längste Zeit Mitglied gewesen. Ich habe zufälligerweise die Bekanntschaft eines Ingenieurs gemacht, der bei der Technischen Nothilfe angestellt war. Als man erfuhr, daß er Sozialdemokrat ist, wurde ihm aus irgendwelchen ganz durchsichtigen Vorwänden einfach gekündigt.

(Hört! Hört! links.)

Das ist ja bei den ganzen Bestrebungen der Technischen Nothilfe auch gar nicht anders möglich.

Wer bietet uns nun die Gewähr dafür, daß die Technische Nothilfe wirklich immer dort eingreift, wo das Volk in Lebensgefahr schwebt, dort, wo leichtfertig die Volksgesundheit und das Volkswohl aufs Spiel gesetzt wird? Wer entscheidet darüber bei der heutigen Organisation? Darüber entscheidet — es ist das noch nicht genügend hervorgehoben worden — der **Leiter der Technischen Nothilfe.** Er hat das Urteil darüber, ob es sich um Notstandsarbeiten handelt oder nicht. Diese Herren führen bei der Technischen Nothilfe kein so opferreiches Leben, wie es der Herr Reichsminister des Innern darstellen wollte. Denn diese 40 Millionen, die sie bekommen, und die anderen Millionen und Hunderttausende von Mark, die sie für alle möglichen Zwecke verwenden können, werden selbstverständlich gerade den in der Technischen (B) Nothilfe tätigen Personen zugute kommen.

Wir wollten noch fragen, was der **Reservefonds** von 3 Millionen **für einen Generalstreik** eigentlich heute schon zu tun hat. Im Laufe meiner Ausführungen werden wir noch sehen, wozu diese 3 Millionen verwandt werden sollen.

Ich möchte auch wissen, warum ein **Propagandafonds** von fast 1½ Millionen in der Technischen Nothilfe vorhanden sein muß, warum für die Presse monatlich 47 000 Mark oder noch mehr ausgegeben werden müssen, warum da die Tausende von Mark hinausgeworfen werden, während auf der andern Seite beim Gesundheitswesen usw. keine Mittel vorhanden sind. Aber die Technische Nothilfe verwendet diese Mittel gegenwärtig auch zu Aufkäufen von allen möglichen Dingen. Mir wurde mitgeteilt, daß man in Schöneberg alle **Lastautomobile** zusammengekauft hat und daß sehr viele Transportunternehmer oder solche, die im Verkehr tätig sind, sich darüber beklagen, daß sie keine Automobile zur Verfügung haben und daß diese Automobile in den Parks der Technischen Nothilfe ungebraucht stehen, daß sie in der Gegenwart nicht verwandt werden können, wo der Verkehr sowieso sehr stark leidet.

Nun wollen wir uns noch einmal den Nutzen der Technischen Nothilfe betrachten. Es wurde auch davon gesprochen, wie gut die Technische Nothilfe gearbeitet habe. In Wirklichkeit sind die **Berichte über** die Leistungsfähigkeit und **das gute Funktionieren der Technischen Nothilfe** sehr oft erfunden und enthalten direkte Unwahrheiten. Die Arbeiter, die in den Betrieben haben arbeiten müssen, erzählen uns ganz etwas anderes, und die Gewerkschaften, deren Arbeiter, nachdem die Technische Nothilfe in den Betrieben gearbeitet hatte, die Arbeit wieder aufnehmen mußten, können ein anderes Lied singen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und da sehen wir, daß nicht bei den Arbeitern, wie mein (C) Herr Vorredner ausgeführt hat, eine **Verwilderung der Sitten** eingerissen ist, sondern gerade bei den Personen, die in der Technischen Nothilfe tätig sind,

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Sind ja auch Studenten!)

daß gerade in der Technischen Nothilfe Elemente vorhanden sind, die kein besonders feines Gewissen haben und die Sitten nicht besonders pflegen.

Vielleicht darf ich Ihnen aus einer **Denkschrift,** die der **Verband der Maschinisten und Heizer** herausgegeben hat, nur ein paar Zeilen vorlesen. Da heißt es:

> In dem Elektrizitätsstreik, wo die Technische Nothilfe gearbeitet hat, konnte nachher festgestellt werden, daß 14 Spinden, in denen sich den Arbeitern gehörige Kleider und Werkzeuge befanden, erbrochen

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kummunisten)

> und ihres Inhalts teilweise beraubt waren.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Das sind Ihre Garden!)

> Ferner waren aus der Kantine Getränke entwendet worden. Die Kessel 5, 6 und 8 waren überspeist! Maschine 7 war laut Zeugnis des Meisters Henschel am rechten Bocklager ohne Öl angefahren worden. Im Zählerraum Moabit I waren die Sandkästen entzwei geschlagen. Die Tür des Raumes war erbrochen.

Dieses Protokoll ist unterzeichnet von Oberingenieur Hahl, Betriebsingenieur Gürtler und für die Technische Nothilfe von Glaser und Baath.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Zuruf: Auf diese Gesellschaft sind Sie stolz!)

Ich könnte Ihnen auf Grund von reichhaltigem Material erzählen, was sonst noch an **Diebstählen** durch die (D) Technische Nothilfe vorgekommen ist. Aber bei der vorgeschrittenen Zeit will ich mich darauf beschränken, Ihnen den „Nutzen" zu zeigen, den die Technische Nothilfe gestiftet hat. Im **Berliner Städtischen Elektrizitätswerk** hat sie während der Zeit, in der sie arbeitete, einen **Schaden** von 273 481 Mark angerichtet.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich kann daher meinem Vorredner beipflichten, wenn er sagte, die Technische Nothilfe leiste keine produktive Arbeit.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist richtig, sie leistet nur zerstörende Arbeit, sie vernichtet mehr als sie gut machen will. Der Verband der Maschinisten und Heizer schreibt darüber in einem anderen Abschnitt:

> Das große **Braunkohlenwerk Zschornewitz-Golpa** liefert Braunkohlenfernstrom nach Berlin. Trotzdem während des Generalstreiks im März 1920 die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten die Notstandsarbeiten im weitesten Sinne selbst ausführten, rückte die Technische Nothilfe an und wollte das ganze Werk in Betrieb setzen. Nachdem sie drei Tage in dem Werk gehaust, mußte sie abrücken, ohne auch nur ein Kilowatt Strom erzeugt zu haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Das Werk war durch die Technische Nothilfe ruiniert.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Die Mehrzahl der Kessel war unbrauchbar und ihrer wertvollen Armaturen durch die Nothelfer beraubt. Die Dampfleitungen waren gerissen und unbrauchbar. Die wertvollen Maschinen und Schaltanlagen waren nur dadurch der Zerstörung entgangen, daß es der Nothilfe nicht gelang, sie

(**Unterleitner**, Abgeordneter.)

(A) in Gang zu setzen. Die in den Werksräumen befindlichen Arbeitskleider der Arbeiter waren zum größten Teil gestohlen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wird weiter festgestellt, daß nicht nur den Arbeitern die Kleider gestohlen wurden, sondern daß man auch die Treibriemen mitgenommen hat.

(Hört! Hört! und Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Um Stiefelsohlen daraus zu machen!)

Nun behauptet man, daß die Technische Nothilfe eine unentbehrliche Einrichtung sei. Aber die Direktoren verschiedener Werke haben es abgelehnt, eine Nothilfe anzunehmen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

weil sie ihr Werk nicht leichtfertig und frivol zerstören lassen wollten. Auch die Direktoren der Städtischen Elektrizitätswerke in Berlin haben sich lange dagegen gewehrt, überhaupt die Technische Nothilfe in ihren Betrieb zu lassen. Und wie soll denn das auch anders sein? Aus welchen **Personen** setzt sich denn die **Technische Nothilfe** zusammen? Aus Studenten, aus Schülern, einigen reaktionären Beamten und Angestellten und dann aus sonstigen unsicheren Elementen, die dort eine willkommene Gelegenheit finden, persönliche Vorteile sich zu verschaffen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind diejenigen, die sich auf Kosten ihrer Arbeitsbrüder bereichern wollen, die daraus Vorteile ziehen, daß die anderen in den Streik getreten sind und für ihre Existenz kämpfen. Das sind die verwerflichen Subjekte, die in der Technischen Nothilfe zu finden sind.

Es ist soviel davon gesprochen worden, daß man nicht den Lohnstreiks der Arbeiter in den Rücken fallen will, die Technische Nothilfe hätte nur die Bestimmung, bei **politischen Streiks** einzugreifen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter auch ein Recht zu politischen (B) Streiks haben,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß die Arbeiter, wenn es politisch um ihre Lebensinteressen geht, ebenfalls zur Verweigerung ihrer Arbeitskraft greifen müssen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Da hat die Technische Nothilfe ebensowenig ein Recht einzugreifen.

Aber die Technische Nothilfe greift nicht nur bei politischen Streiks ein, sondern auch bei **Lohnstreiks.** Sie hat auch bei Lohnstreiks schon öfter Streikbrecherdienste geleistet. Mein Vorredner hat angeführt, daß ihm kein Fall bekannt wäre, wo die Technische Nothilfe ungerechtfertigterweise eingeschritten ist. Ich habe hier die Verbandszeitung der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Da ist der **Fall von Potsdam** erwähnt, wo man, als die Schiedsgerichtsverhandlungen gescheitert waren, einfach die Technische Nothilfe in Bewegung setzte,

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gerade weil man den Arbeitern das Lebensnotwendigste verweigert, weil man ihnen den Lohn verweigerte, den sie brauchen, um ihre Existenz zu erhalten, wurde der Schiedsspruch von dem Arbeitgeber, der da die Gemeinde war, abgelehnt, und die Technische Nothilfe suchte irgendeinen Vorwand, um eingreifen zu können.

Es ist nun bezeichnend, was eine einzelne Person unter Notstandsarbeiten versteht und wie die Technische Nothilfe jeweils verwandt wird. Es heißt da:

> Am 26. Juni traten die Arbeiter wegen Nichtannahme des Schiedsspruchs in den Streik. Im Krankenhaus und im Wasserwerk wurde der Betrieb voll aufrechterhalten.

— Die Arbeiter haben selbst technische Nothilfe geleistet; sie haben mehr Verantwortlichkeitsgefühl als die, die sie verurteilen wollen. —

> Ebenfalls im Schlachthof, soweit ein Verderben (C) von Lebensmitteln in Frage kommen konnte. Im Gaswerk wurde die Erzeugung von Gas und der Druck in den Leitungen um die Hälfte verringert. Vom Elektrizitätswerk wurden mit Strom versorgt: Krankenhäuser, Privatheilanstalten, Gaswerk, Wasserwerk I und II, sämtliche Pumpstationen der Kläranlagen, Schlachthof, sämtliche Bahnhöfe, sämtliche Nachbargemeinden und eine Konservenfabrik.

Es war also alles versorgt was notwendig war, was lebenswichtig war. Trotzdem hat die bürgerliche Presse es zunächst verstanden, den Abbruch der Schiedsgerichtsverhandlungen und den Eintritt des Streiks falsch darzustellen. Und so schreibt diese Zeitung weiter:

> Nachdem eine Schwindelnachricht behauptete, daß die Verhandlungen zwischen Magistrat und Vertretern der Arbeiter ergebnislos abgebrochen seien, setzte man die Nothilfe ein. Aber nicht nur im Elektrizitätswerk, sondern in allen städtischen Betrieben. Dadurch ist bewiesen, daß der Polizeipräsident in der Straßenbeleuchtung nur den Vorwand suchte, um die Nothilfe und die Sicherheitswehr in Aktion treten lassen zu können.

Also hier haben wir ein Beispiel dafür, wie leichtfertig ein Polizeipräsident einfach die Straßenbeleuchtung für lebenswichtig erklärt und dadurch alle Gemeindebetriebe und alle anderen Betriebe durch die Technische Nothilfe betreiben lassen kann.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Polizeipräsident v. Zitzewitz, wie der schöne Name heißt,

(Heiterkeit links; — Zuruf rechts: es können nicht alle Unterleitner heißen!)

— alle können nicht Unterleitner heißen, und auch nicht (D) so wie Sie, dann wäre es noch schlimmer —, dieser Polizeipräsident ist in diesem Falle ein Beispiel dafür, wie man objektiv urteilt und wie die Technische Nothilfe nicht nur bei politischen Streiks verwandt wird, sondern wie sie bei Lohnbewegungen den Arbeitern direkt in den Rücken fällt. Deshalb ist die Bezeichnung „Streikbrechergarde" die einzig richtige und mögliche, die wir ihr geben können. Aber auch da hat sich die Technische Nothilfe sehr gut bewährt, auch in Potsdam haben 18 jährige Schüler mehr schlecht gemacht, als sie gut machen sollten. Es heißt:

> Trotzdem die Technische Nothilfe nur ein paar Stunden in den Betrieben war, hatte man das Elektrizitätswerk so zugerichtet, daß der Heizer, welcher die Nothilfe ablösen sollte sich anfänglich weigerte, die Arbeit aufzunehmen. Ein 18jähriger Schüler mußte bereits 10 Minuten nach dem Einsetzen in der Gasanstalt wegen Oberschenkelbruchs ins Krankenhaus gefahren werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Kinder verwendet man, um die Arbeit Erwachsener zu ersetzen; das ist kennzeichnend für die Methode der Technischen Nothilfe.

Aus dieser Erkenntnis — um mich kurz zu fassen — haben sich auch die Gewerkschaften, nachdem sie anfänglich verschiedentlich geschwankt haben, zu dem Standpunkt durchgerungen, den wir als unabhängige Sozialdemokraten von Anfang an vertreten haben, daß die Technische Nothilfe gewerkschaftsfeindlich, der Arbeiterbewegung feindlich ist, und in den letzten Tagen ist im vorläufigen Reichswirtschaftsrat von den Vertretern der **Gewerkschaften** der Arbeiter und Angestellten und den Vertretern sämtlicher **Arbeiterparteien** ganz energisch **gegen die Technische Nothilfe** Stellung genommen worden. Ebenso hat sich

(**Unterleitner**, Abgeordneter.)

(A) der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und haben sich auch Verbände, wie der Verband der Maschinisten und Heizer und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, gegen die Technische Nothilfe ausgesprochen, und der letztere kommt in einer seiner Zeitungen zu folgendem Urteil über diese famose Technische Nothilfe:

> Wir können unserer festen Entschlossenheit gegen diese völlig unberufene Einmischung in die Arbeiterangelegenheiten nur erneut Ausdruck verleihen durch die Feststellung, daß alle unsere Mitglieder darin nur eine Streikbrechergarde schlimmsten Kalibers erblicken.

Wir können uns diesem Urteil des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes vollkommen anschließen. Wir fordern deshalb nicht nur wie der mehrheitssozialistische Redner einen Abbau der Technischen Nothilfe, sondern wir fordern ihre Auflösung, ihre Beseitigung. Denn es liegt keine Notwendigkeit für diese Einrichtung vor, und wir wollen diese 40 Millionen für soziale Zwecke verwendet wissen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Die noch ausharrenden Mitglieder des Hauses würden sicherlich den folgenden Rednern für tunlichste Kürze besonders dankbar sein.

(Sehr wahr! rechts.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geisler.

Geisler, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Man kann den scharfen Widerspruch, der von der linken Seite dieses Hauses gegen die **Technische Nothilfe** geäußert worden ist, wohl verstehen. Wenn man vom Standpunkt des Klassenkampfes die staatlichen wie auch die wirtschaftlichen Fragen in unserm Volk beurteilt, wenn (B) man danach auch die Art der Interessenvertretung für die Arbeiter und Angestellten einstellt, dann muß sich naturnotwendig daraus eine gewisse Härte und Rücksichtslosigkeit dem Volksganzen, den Interessen der Gesamtheit unseres Volkes gegenüber ergeben. Dabei muß aber auch die natürliche Folge die sein, daß andere Schichten unseres Volkes gefährlich benachteiligt werden, und die weitere Folge die, daß die im Volksleben an verantwortlicher Stelle stehenden Männer der Regierung eine ganz andere Meinung haben müssen hinsichtlich der Berechtigung und der Notwendigkeit, solchen Schaden zu verhüten, als diese rücksichtslose Interessenvertretung von Arbeitern und Angestellten. Steht man überhaupt auf einer höheren Warte als an der Spitze einer Klassenkampfgewerkschaft, so muß man sich ebenfalls verantwortlich fühlen für diejenigen Volksinteressen, die im **Klassenkampf** geschädigt werden, und wird auch zu dem vorliegenden Problem naturgemäß eine andere Stellung einnehmen müssen als die Linke dieses Hauses.

So erklärlich also auch Ihre Auffassung, meine Herren von der Linken, sein mag, ebenso ist es aber auch zu erklären, daß die Herren, die einst aus Ihren Reihen an die Spitze des Reichs gelangt sind, die Herren Bauer, Scheidemann, Noske, Schlicke, Schmidt usw., zu jener Zeit zu dem Problem des Streiks in lebenswichtigen Betrieben zu einer anderen Auffassung gelangt sind, als Sie (zu den Sozialdemokraten) sie heute hier geäußert haben und als deren Kampfgenossen, den Mitgliedern ihrer Organisationen und Parteien, die sie einst auf den Schild erhoben hatten, angenehm ist. So ist es zu erklären, daß **die sozialdemokratischen Minister** die Technische Nothilfe einst schufen und aufbauten, und daß zum Beispiel der Bruder des sich immer hier recht radikal gebärdenden Herrn Remmele, der Minister Remmele in Baden, eine ganz andere Stellung, obwohl er mit ihm wohl im großen (C) und ganzen in demselben Parteilager steht, zur Technischen Nothilfe einnimmt als Remmele, der Radikale.

(Zuruf links.)

— Das mag man in der Familie ausmachen.

(Heiterkeit. — Zuruf links.)

Man kann bei der Stellungnahme zur Technischen Nothilfe von verantwortlicher Stelle unseres Landes aus kaum an den Schäden und den Auswüchsen vorbeigehen, die heute der **Klassenkampf** in unserem Lande mit sich gebracht hat. Diese **Schäden** sind zu verurteilen, mögen sie auf dieser wie auf jener Seite verschuldet worden sein, vom Arbeitgeberlager oder vom Arbeitnehmerlager. Man darf doch heute nicht übersehen, daß zum Beispiel ein Streik in der Landwirtschaft ganz erhebliche Schäden für die Volksgesamtheit im Gefolge hat, zu der Sie (nach links) die Arbeiter und die Angestellten trotz allen Klassenkampfes gewiß auch zählen.

(Zuruf links.)

— Herr Kollege Simon! Ich werde gleich auf die Frage der Milchbelieferung der unteren Schichten unseres Volkes zu sprechen kommen. Man darf nicht übersehen, daß ein Streik in der Landwirtschaft folgende Folgen hat: Der **Schaden eines Landarbeiterstreiks** auf einem einzigen mittleren Gute ist auf Grund der Unterlagen des Streiks in Hinterpommern im Juli 1920 von Professor Biehler auf einen Verlust beziffert worden von

170 000	Liter	Milch,
47	Zentner	Fleisch,
1 800	„	Kartoffeln,
9 200	„	Wruken,
300	„	Weizen,
350	„	Gerste,
280	„	Hafer.

Auf einem Gute! Das kommt, meine Herren auf der Linken, wohlgemerkt der Jahresernährung von nicht (D) weniger als 612 Menschen gleich! — Es wurde aber nicht auf einem Gute allein, sondern auf 60 Gütern gestreikt.

(Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Berndt hat bereits auf die großen volkswirtschaftlichen Schäden von Verweigerung von Notstandsarbeiten bei Streiks in der Industrie hingewiesen. Ich kann deshalb auf die Nennung von Zahlenbeispielen verzichten.

Die älteren Gewerkschaften können wilde Streiks, die leider so häufig und ohne jede Spur von Verantwortungsgefühl dem Volksganzen gegenüber geführt werden, nicht verhüten. Dürfen sie angesichts dieser Schwäche, die zudem ständig zunimmt, die Technische Nothilfe bekämpfen? In erfreulicher Übereinstimmung bin ich bei Beantwortung dieser Frage mit dem „Vorwärts", mit dem Organ der Partei, die heute ebenfalls gegen die Technische Nothilfe Stellung nehmen läßt. Nachdem ihre einst führend gewesenen Männer im Reich die Technische Nothilfe selbst aufgebaut haben, möchte ich mich auf folgende Auslassung des **„Vorwärts"** beziehen, der am 11. September 1919 schrieb:

> Die **Stillegung der lebenswichtigen Betriebe** ist keine Frage des Lohnkampfes oder des politischen Kampfes, sie schädigt am schwersten nicht die Kapitalisten, sondern die große Volksmasse, ihren Unterhalt, ihre Verpflegnng, die Gesundheit vor allem der Kinder und die Genesung der Kranken.

Am 17. Oktober 1919 schrieb der „Vorwärts":

> Wer Notstandsarbeiten verrichtet, ist kein Streikbrecher; Notstandsarbeiten stellen, solange durch sie die Gesamtheit vor unverdienten Härten und Leiden verschont wird, eine sittliche Handlung dar.

(**Geisler**, Abgeordneter.)

(A) Ein treffender und sehr wohl annehmbarer Kronzeuge gegenüber den heute hier geäußerten Behauptungen, daß die Mitglieder der Technischen Nothilfe jedes sittlichen Empfindens bar und Streikbrecher, ja sittlich verkommene Existenzen seien.

Der „Vorwärts" schrieb am 7. November 1920 unter dem Eindruck des Elektrikerstreiks in Berlin:

> Wenn Berlin im Dunkel liegt und sich alle zweifelhaften Subjekte breitmachen können, wenn Tausende und aber Tausende von Familienvätern durch den Streik einer Arbeitergruppe gleichfalls zum Feiern gezwungen werden, dann wird mancher von ihnen zum Beispiel in der Technischen Nothilfe nicht mehr den Fremdkörper im Organisationsleben der Arbeiterschaft erblicken.

Hier hat der „Vorwärts" treffend die Stimmung gekennzeichnet, die heute erhebliche Teile der Arbeiter- und Angestelltenschaft in ihrem Urteil über die Technische Nothilfe beherrscht. Wenn die Technische Nothilfe wirklich so von den Arbeitern und Angestellten bekämpft und verurteilt würde, wie es hier behauptet worden ist, wo sollte dann die Technische Nothilfe ihre vielen Tausend von Facharbeitern hernehmen? Der „Vorwärts" kennzeichnet sehr richtig die Stimmung, die heute in der Arbeiter- und Angestelltenschaft im Wachsen begriffen ist. Sie erkennt, daß man durch die Überspannung und die rücksichtslose Anwendung der Waffe des Streiks alle Kreise unseres Volks, am meisten aber die Arbeiter und Angestellten, geschädigt hat.

Meine Damen und Herren! Einer meiner Herren Vorredner hat hier das Wort gebraucht, daß die „fortschrittlichen" Arbeiter die Technische Nothilfe ablehnten. Ich bezweifle, ob sich in diesem Hause eine Mehrheit für eine solche Bezeichnung für diejenigen, die sich gegen die Technische Nothilfe stemmen, finden (B) wird. Ich glaube, die Mehrheit dieses Hauses dürfte der Meinung sein: wahren fortschrittlichen und modernen Geist findet man wohl am allermeisten bei den Arbeitern und Angestellten, die sich in der Technischen Nothilfe betätigen, und es dürfte wohl das Wort, das Sie (nach links) so oft anwenden, „reaktionär und volksfeindlich", vielleicht am treffendsten auf diejenigen angewendet werden, die in der Technischen Nothilfe eine Einrichtung sehen, gegen die man mit allen Kräften Sturm laufen müsse.

Man hat weiter gegen die Mitglieder der Technischen Nothilfe behauptet, daß sie die Werke, in denen sie arbeiten, „schädigen", daß sie „mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften". Man hat ihnen auch vorgeworfen, sie „stehlen wie die Raben". Sie hätten im **Berliner Elektriziätsarbeiterstreik** Spinde aufgebrochen, eine Wolljacke herausgenommen, Flaschenbier ausgetrunken usw. Wenn das aus den Motiven, die Sie (nach links) annehmen, geschehen wäre, so würde auch ich das in der schärfsten Weise zu rügen wissen. Aber wie liegen denn die Dinge? Die Technische Nothilfe rückte im Elektrizitätswerk ein. Es war alles verschlossen, auch die Werkzeuge. Wenn man solche Arbeit aufnimmt in dem Bewußtsein, für die Allgemeinheit, für die notleidenden Arbeiter und Angestellten und ihre Familien, für die Notleidenden und Hilfsbedürftigen in den Krankenhäusern eine sittliche Pflicht erfüllen zu müssen, dann wird man eben die Werkzeuge dort holen, wo sie untergebracht sind, nämlich in den Werkzeugspinden. Sie (nach links) können nicht nachweisen, daß die Gegenstände, die Sie als gestohlen bezeichnen, wirklich darin gewesen sind. Es läßt sich nachher so manches behaupten, wofür man den Beweis schuldig bleibt.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Herr Kollege Unterleitner, Sie rufen mir in der üblichen Weise in dem Tone, den Sie und Ihre Genossen in dieses Haus gebracht haben, zu, es wäre dieser Teil (C) meiner Ausführungen eine Unverschämtheit.

(Zurufe links.)

Und weil Sie behaupten, ich machte falsche Angaben, will ich Ihren Behauptungen authentisches Tatsachenmaterial gegenüberstellen.

(Zurufe links.)

Es wird im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes" am 29. Mai 1920 unter anderem folgender Fall zur **Belastung der Mitglieder der Technischen Nothilfe** angeführt:

> „Gegen die Technische Nothilfe. — In dem **Großkraftwerk Franken bei Nürnberg** erschien die Technische Nothilfe, trotzdem die Arbeiter sich bereit erklärt hatten, die Notstandsarbeiten selbst aufrechtzuerhalten. Die Nothilfe hat hier derartig gehaust, daß, als der Generalstreik beendet war, die Arbeiter es zuerst ablehnten, die Arbeit in einem derart demolierten Werke wieder aufzunehmen.
>
> (Hört! Hört! links.)
>
> Es bedurfte des ganzen Einflusses der Organisation, um den Arbeitern klar zu machen, daß im Interesse der Allgemeinheit die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse. Wie sah es in dem Werke aus! Alles war durcheinander. Armaturen demoliert, ein Kohlenbunker mit 30 000 Zentner Inhalt geriet in Brand und die so teueren und raren Kohlen, an denen es gerade in Bayern so sehr fehlt, verbrannten durch das tolle Treiben der Technischen Nothilfe.
>
> (Hört! Hört! links.)
>
> Ebenso ist ein Kohlentransportband von 30 Meter Länge, von dem jeder Meter mindestens 1000 Mark kostet, verbrannt, so daß auch in diesem Werk die Technische Nothilfe nicht nur nichts ge- (D) leistet hat, sondern durch ihr wüstes Treiben namenlosen Schaden angerichtet hat.

Herr Kollege Unterleitner, das ist den Reihen Ihrer Parteien und Gewerkschaften entnommen, wohl Ihr schwerstes Belastungsmaterial gegen die Technische Nothilfe und ihre Mitglieder. Nun vernehmen Sie, wie es sich in Wahrheit verhält. Sie sagten heute auch, die Werksdirektoren, die Oberingenieure usw. bestätigten noch in Protokollen, daß es tatsächlich so sei, und man lehne es ab, noch einmal die Technische Nothilfe in diesen von Ihnen angeführten Werken einsetzen zu wollen, weil man sich nicht die Werke zerstören lassen wolle. Vernehmen Sie, was die Direktion,

(Zuruf links: aha!)

die Betriebsleitung des Großkraftwerks Franken in Nürnberg hierzu festgestellt hat. Da heißt es:

> „Die im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes" angegriffene Technische Nothilfe erschien auf unseren Anruf erst dann, als unsere Arbeiterschaft, entgegen dem Gewerkschaftsbeschluß, wonach der Notbetrieb in lebenswichtigen Betrieben aufrechtzuerhalten ist, durch Arbeitsverweigerung das ganze Werk stillgesetzt hatte.
>
> Die Inbetriebsetzung des Werks erfolgte zwei Stunden nach Eintreffen der Abteilung ohne jede Störung. Der Notbetrieb wurde fünf Tage lang musterhaft geführt,
>
> (hört! hört! rechts)
>
> das Werk und die Anlagenteile wurden weder beschädigt noch demoliert, wovon sich der Betriebsrat vor Wiederaufnahme der Arbeit überzeugte.

(Hört! Hört! rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Geisler,** Abgeordneter.)

— Herr Kollege Simon, Sie werden ja vielleicht Gelegenheit haben, in Nürnberg festzustellen, ob sich der Betriebsrat tatsächlich davon überzeugt hat.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Arbeitsaufnahme erfolgte nicht, wie bei anderen Werken, nach Beendigung des Generalstreiks, da die Arbeiterschaft unbillige Forderungen stellte. Bei Übergabe des Werkes waren die Betriebsräume aufgewaschen und ausgekehrt; es lag nichts durcheinander und keine Armaturen waren demoliert.

(Hört! Hört! rechts.)

Und, meine Damen und Herren, der schwere Vorwurf, daß durch die Technische Nothilfe dort 30 000 Zentner Kohlen verbrannt seien, findet nun in diesem Schreiben folgende Beleuchtung:

Der Kohlenbunker brannte schon mehrere Tage vor Arbeitsniederlegung. Der Brand breitete sich durch Verschulden der Arbeiterschaft aus, welche den Löschdienst einstellte.

(Hört! Hört! rechts.)

Das Kohlentransportband verbrannte aus gleichem Anlaß bis zum Eintreffen der Nothilfe.

Die Technische Nothilfe hat in unserem Werk nur Anerkennenswertes geleistet

(hört! hört! rechts)

und Werk wie Allgemeinheit noch vor größeren Schäden bewahrt.

(Hört! Hört! rechts.)

Groß-Kraftwerk Franken A.-G.
gez. ppa. Lambertin.

Meine verehrten Herren von der Linken! So wie in diesem Falle dürften sich auch die Verhältnisse in den übrigen von Ihnen angezogenen Fällen verhalten,

(Zurufe links)

die Sie hier als Belastungsmomente gegen die Technische Nothilfe anführen.

Ferner möchte ich, da man es den Männern, die in der Technischen Nothilfe tätig sind, schuldet, der Wahrheit die Ehre zu geben, noch folgendes über die **Leistungen der Technischen Nothilfe** sagen.

Sie wurde allein im ersten Jahre ihres Bestehens in 385 Fällen eingesetzt, davon in 58 Elektrizitäts-, 85 Gaswerken, 19 Eisenbahnbetrieben, 15 Schlachthöfen und Kühlanlagen — ich glaube nicht, daß Sie (nach links) es ableugnen können, daß das lebenswichtige Betriebe sind —, in zahlreichen Gruben und Bergwerken, in der Schiffahrt, bei der Post, in Zuckerfabriken, Brauereien, Bäckereien, Fettverarbeitungsanstalten, Maschinenhäusern, Bau- und Transportunternehmungen, in der Landwirtschaft, in der Krankenpflege, im Bestattungswesen, bei Bekämpfung von Naturereignissen und bei anderen gemeinnützigen Zwecken.

Ich möchte dabei bemerken, daß heute die Folgen von Streiks den Menschen von der Wiege bis zum Grabe treffen können, von der Entbindungsanstalt

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten)

bis zur Beerdigung, wo der Streik sogar die Särge der Gestorbenen stehen läßt.

Mindestens ebenso oft veranlaßte das Bereitsein der Technischen Nothilfe die Arbeiterschaft, selbst die Notstandsarbeit zu verrichten. Meine Herren von der Linken! Das ist auch eine indirekte Wirkung der Technischen Nothilfe, daß sie allein durch die Tatsache ihrer Existenz Streikenden schon so manche Veranlassung gegeben hat, Notstandsarbeiten selbst auszuführen, um das Einsetzen der Technischen Nothilfe zu verhüten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Höhe der dadurch verhüteten Schäden ist zahlenmäßig nicht faßbar, jedoch außerordentlich hoch, wenn man bedenkt, welchen Sachschaden beispielsweise Gaswerke, Gruben und Hochöfen bei Nichtverrichtung der Notstandsarbeiten erleiden.

Wir wissen ja alle, daß ein Bergwerk so schnell ersauft und dadurch Hunderte von Millionen vergraben werden, in einer Zeit, wo wir die Kohlen so notwendig brauchen, den gesundheitlichen Nachteil der Bevölkerung beim Aussetzen lebenswichtiger Funktionen nicht eingerechnet!

Ich möchte dabei bemerken, daß bei Nichtverrichtung von Notstandsarbeiten zum Beispiel in einem Gaswerk die empfindlichen Teile der Anlage einen Sachschaden erleiden, der bei einem größeren Werke auf etwa 3 Millionen zu beziffern ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun einige Zahlen nennen für die Werte, die die Technische Nothilfe vor dem Verderben gerettet hat. Im **Binnenschifferstreik** im Mai des Jahres 1920 sind durch die Technische Nothilfe für die Lebenshaltung gerade der unteren Schichten unseres Volks dringend benötigte und leicht verderbliche Werte gerettet worden im Werte von 107 Millionen Mark im Landesbezirk Hamburg, von 37 Millionen Mark im Landesbezirk Berlin, von etwa 10 Millionen Mark im Landesbezirk Magdeburg,

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Das haben Sie ausgerechnet!)

zusammen in Gesamthöhe von über 150 Millionen Mark bei einem einzigen Binnenschifferstreik!

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten.)

Im **Königsberger Streik,** der vom Juli bis August 1920 gedauert hat, stand ebenfalls vornehmlich das Verderben großer Mengen von Nahrungsmitteln auf dem Spiele. Es wurden damals durch Einsetzen der Technischen Nothilfe erhalten: Butter und Margarine im Werte von etwa 5 Millionen Mark,

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

Käse im Werte von 100 000 Mark, Getreide im Werte von 39 Millionen Mark, Lebensmittel in Kühlhäusern im Werte von 22 Millionen Mark, also im Gesamtwert von etwa 65 Millionen Mark.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Eine schöne Milchmädchenrechnung!)

Noch ein einzelnes Beispiel, meine Herren von der Linken, die Sie so sehr gern die Technische Nothilfe des Mangels an sittlichem Empfinden, an Empfinden für die Volksgesamtheit bezichtigen, sei aus der Fülle der Tatsachen, die die positiven Leistungen der Technischen Nothilfe beweisen, herausgegriffen. Am 3. September 1920 wurden in **Hamburg** die **Entladearbeiten der Fischdampfer** nicht ausgeführt. Es drohte ein Verderben der Fischladungen. 63 Nothelfer bargen in zwei Nächten 979 000 Pfund Fischnahrung im Werte von 2½ Millionen Mark.

(Hört! Hört! rechts und im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Wir sind den Männern und Frauen, die sich in der Technischen Nothilfe für die Interessen des Landes und gerade für die Interessen der unteren Schichten unseres Volkes in die Bresche gestellt haben, schuldig, daß ihnen auch von dieser Stelle, von der Tribüne des Reichstags herab, Dank gezollt wird für die Arbeit,

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten)

die sie für die Allgemeinheit geleistet haben,

(lebhafter Beifall rechts)

daß ihnen Anerkennung gezollt wird für den hohen Grad von staatsbürgerlichem Sinn, von Pflichtbewußtsein und sittlichem und sozialem Empfinden ihren Mitmenschen gegenüber. Es ist das um so notwendiger, als ihre Arbeit oft unter einem sehr häßlichen **Terror** geleistet werden mußte, einem Terror gerade derjenigen, die sich heute hier zum

(**Geisler**, Abgeordneter.)

(A) Hüter sittlicher und ehrenhafter Gesinnung aufgeworfen haben. Dieser Terror hat so manchen Mitarbeitern der Technischen Nothilfe nicht allein schweren körperlichen Schaden durch Mißhandlungen eingebracht, sondern auch dadurch Schaden zugefügt, daß sie auch noch aus ihren Arbeitsstellen hinausgebissen worden sind. Deshalb müssen wir hier von der Regierung verlangen, daß sie noch mehr als bisher diesen opferwilligen Volksgenossen

(Lachen und Zurufe von den Vereinigten Kommunisten)

den vollen Schutz des Staates angedeihen läßt.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Ich möchte aber hier auch noch die eine Bitte an den Minister des Innern äußern, daß im **Beirat der Technischen Nothilfe**, wo wohl diejenigen **Gewerkschaften** vertreten sind, die in der Praxis die Technische Nothilfe bekämpfen, die Vertreter aller Gewerkschaften, also auch derjenigen, die sie unterstützen, zugezogen werden, was bis heute noch nicht der Fall ist.

(Erneute Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn ich am Schluß meiner heutigen Ausführungen noch eine Feststellung machen darf, dann ist es die: Die Möglichkeit, die Technische Nothilfe aufzuheben, liegt heute nicht in der Hand der Regierung, auch nicht in der Hand der Mehrheit dieses Hauses, die zweifellos dafür sein würde, wenn man die Technische Nothilfe entbehren könnte,

(Zuruf von den Sozialdemokraten)

sondern, verehrteste Kollegin Pfülf, diese Möglichkeit liegt bei denen, die die Technische Nothilfe heute hier so scharf und leidenschaftlich bekämpfen. Wenn nämlich diese Kreise ihre Parteigänger und ihre Gewerkschaftsmitglieder endlich einmal dazu erzogen haben werden, über das Privatinteresse und über das **Klasseninteresse**

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten)

(B) in erster Linie das **Volksinteresse** zu stellen, wie es doch die Theorie des sozialistischen Gedankens vorschreibt, wenn Sie (nach links) das Gemeinwohl endlich einmal über das Ich stellen werden, dann werden wir die Technische Nothilfe nicht mehr brauchen.

(Lebhafter Beifall rechts. — Zurufe von der äußersten Linken.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tremmel.

Tremmel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, die **Technische Nothilfe** wurde seinerzeit unter der alten Regierung zu dem Zweck gebildet, bei wilden Streiks und Putschen lebenswichtige Betriebe instand zu halten, um Leben und Gesundheit des Volkes zu sichern.

(Zurufe links: Da haben sie versagt!)

Das war der Zweck der Gründung der Technischen Nothilfe. Heute ist nun die Frage zu prüfen, ob sie noch notwendig ist, um diesem Zweck zu dienen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Da stehen wir auf dem Standpunkt, daß diese Notwendigkeit auch heute noch besteht.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Eine ganze Reihe von Vorgängen der letzten Zeit zeigt das zur Genüge, so die Vorgänge in Hamborn, jetzt in Leverkusen usw., die selbst von den freien Gewerkschaften als kommunistische Putsche bezeichnet werden. Es war sehr bedauerlich, daß z. B. in **Leverkusen** die Technische Nothilfe nicht bestanden hat, weil sie im englisch besetzten Gebiete verboten ist, bedauerlich besonders vom Arbeiterstandpunkt aus, weil wegen des Fehlens der Technischen Nothilfe der Hauptbetrieb, von dem die Produktion des Gesamtbetriebes abhängig ist, der

(C) Oleum- respektive der Säurebetrieb zugrunde gegangen ist

(hört! hört! im Zentrum und rechts)

und erst innerhalb mehrerer Monate wieder aufgebaut werden kann. Dadurch sind auf längere Zeit mehrere tausend Arbeiter brotlos geworden.

(Hört! Hört!)

Ich will auf den entstandenen Schaden nicht weiter eingehen, da vorhin bereits darauf hingewiesen worden ist. Es steht fest, daß jetzt Tausende von Arbeitern wochenlang, vielleicht monatelang brotlos sind, weil dieser Betrieb nicht so rasch wieder aufgebaut werden kann und dadurch ein Lohnausfall von vielen Millionen entsteht. Dieselben Vorgänge sehen wir in anderen Gebieten.

Meine Damen und Herren! Wenn die Technische Nothilfe dazu benutzt werden sollte, das **Koalitionsrecht** und das **Streikrecht** der Arbeiter zu schmälern, das Streikrecht nach gewerkschaftlichen Grundsätzen, dann finden Sie uns an Ihrer Seite im Kampfe gegen die Technische Nothilfe. Ich betone das ausdrücklich.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Über den Streik nach gewerkschaftlichen Regeln sind wir ja verschiedener Auffassung. Ich bin der Überzeugung, daß keiner den andern eines anderen belehren wird, auch wenn wir uns noch so lange auseinandersetzen. Das hat gar keinen Zweck, weil sie mit den wilden Streiks und Putschen nichts anderes wollen, als ihren politischen Geschäften dienen.

Meine Damen und Herren! Wenn darauf hingewiesen wird, daß innerhalb der Technischen Nothilfe Mißstände bestehen, so ist schließlich nicht zu bestreiten, daß da und dort einzelne Vorkommnisse zu verurteilen sind, denn überall, wo es Menschen gibt, werden auch Fehler gemacht. Aber eins fällt auf, daß nämlich Herr Kollege Unterleitner heute dieselben Dinge gegen (D) die Technische Nothilfe vorbringt, die hier an derselben Stelle schon einmal durch Regierungsvertreter widerlegt worden sind.

(Zuruf.)

Damit ist der Sache nicht gedient. Die christlich gewerkschaftliche Bewegung hat auch auf ihrem Kongreß in Essen eine Entschließung angenommen, daß sie für die Technische Nothilfe nur soweit eintritt, als diese dazu dient, lebenswichtige Betriebe instand zu halten, soweit Leben und Gesundheit des Volkes dabei auf dem Spiele stehen. Soweit treten auch wir für sie ein. Die Frage, wie lange dies notwendig ist, hängt nicht von der Regierung ab — das möchte ich ebenfalls betonen —, sondern das hängt vielfach von Ihrem Verhalten ab. Wenn die äußerste Linke von ihren wilden Streiks und Putschen absieht und wir nur noch zu Kämpfen kommen, die den gewerkschaftlichen Regeln entsprechen, dann habe ich die Überzeugung, können wir die Technische Nothilfe abbauen; dann brauchen wir sie nicht länger aufrechtzuerhalten.

Meine Damen und Herren! Wir möchten ferner darauf hinweisen, daß gerade Sie von der äußersten Linken die Triebkräfte waren, daß unter **sozialdemokratischen** Ministern die Technische Nothilfe geschaffen werden mußte.

(Sehr richtig!)

Es gibt heute sozialdemokratische Minister, die an der Technischen Nothilfe noch manches Gutes finden.

(Sehr richtig! — Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Es ist begreiflich, wenn in **Arbeiterkreisen** vielfach ein gewisses **Mißtrauen** gegen die Technische Nothilfe besteht, nach all dem was

(Tremmel, Abgeordneter.)

(A) die Arbeiter in früheren Jahren erlebt haben. Aber heute liegen die Dinge doch wesentlich anders. Das Organisationsverhältnis ist heute wesentlich anders als früher. Die Stellung des Arbeiterstandes gegenüber den Arbeitgebern ist eine viel gestärktere und gefestigtere, als sie überhaupt jemals war.

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir sind der Auffassung, die Arbeiterorganisationen aller Richtungen sollten sich in viel stärkerem Maße Einfluß auf die Technische Nothilfe dadurch verschaffen, daß sie praktisch mitarbeiten und ihre Mitglieder dazu anhalten. Dann werden Mißbräuche jedenfalls nicht vorkommen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Dazu kommt, daß Fälle, wo die Technische Nothilfe gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter angewendet worden ist, bis jetzt nicht angegeben worden sind.

(Widerspruch links.)

Bei den Fällen die genannt worden sind, handelt es sich um Putsche und wilde Streiks, bei denen die Technische Nothilfe eingetreten ist, aber nicht um Kämpfe, die nach gewerkschaftlichen Regeln geführt worden sind,

(Sehr irchtig! im Zentrum.)

Die Vorwürfe, die vielfach erhoben werden, sind in der Form nicht berechtigt. Ich betone nochmals ausdrücklich: wenn die Technische Nothilfe gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter mißbraucht werden sollte, dann werden wir den Kampf gegen die Technische Nothilfe aufnehmen.

(Zurufe links.)

— Meine Damen und Herren! Wenn man unser Volk mit den Schlagworten, die von der äußersten Linken kommen, ernähren könnte, würden wir uns in einer äußerst günstigen Ernährungslage befinden.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

(B) Man findet ja bei Ihnen lediglich Schlagworte, praktische Vorschläge nur sehr wenig. Wenn vielfach in Arbeiterkreisen ein Mißtrauen gegen die Technische Nothilfe besteht, so deshalb, weil manche Arbeitgeber und industriellen Kreise die **Gelben** wieder fördern möchten. Darüber darf man sich auf Arbeitgeberseite keinem Zweifel hingeben, daß in demselben Augenblick, wo man die Gelben fördert, in allen Kreisen der organisierten Arbeiterschaft Mißtrauen gegen die Technische Nothilfe bestehen muß. Darüber kommen wir nicht hinweg, und ich betone dies deshalb ausdrücklich. Wenn die Gelben — wir kennen sie ja von früher —

(Zuruf des Abgeordneten Geisler)

einen gewissen Einfluß bekommen, dann besteht die Gefahr, daß die Technische Nothilfe in ihren Dienst gestellt wird. Wir von seiten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sind gewillt, praktisch an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, aber wir wollen nicht, daß unsere Arbeiter zu Dingen mißbraucht werden, die ihre staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten einschränken, und diese Gefahr würde dann bestehen.

(Zuruf des Abgeordneten Geisler: Beweisen Sie das doch mal!)

Es ist nicht von ungefähr — das muß auch gegenüber den Arbeitgebern einmal offen ausgesprochen werden —, daß gerade in den Gebieten, wo früher die gelben Gewerkschaften vorherrschend waren — dafür ist ja Leverkusen ein typisches Beispiel —

(Zuruf des Abgeordneten Geisler: Wir sind noch nie in Leverkusen vertreten gewesen!)

— Herr Abgeordneter Geisler, ich weiß, daß man in Leverkusen scharf die Arbeiterorganisationen bekämpft, mit ihnen nicht verhandelt hat, und durch Wohlfahrtseinrichtungen auf seiten der Gelben, die von den Arbeitgebern gespeist worden sind, man jede freie Regung des (C) Arbeiters unterbunden hat.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Geisler.)

— Herr Abgeordneter Geisler, es hat ja verschiedene gelbe Richtungen gegeben. Dasselbe Beispiel sehen wir in Ludwigshafen. Überall dort, wo die Arbeitgeber früher die Gelben gefördert haben und ihre Hochburgen hatten, hat heute der Radikalismus den breitesten Nährboden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Durch die wilden Streiks und Putsche von links entsteht die Gefahr, daß die gelbe Bewegung in diesen Gebieten wieder gefördert wird.

Zustimmung im Zentrum.)

Ich habe die felsenfeste Überzeugung, daß gerade dort, wo man wie in Leverkusen und in all diesen Fällen die Arbeiter in wilde Streiks hineintreibt, die gelbe Bewegung am allerersten wieder hoch kommt. Wer tatsächlich auf dem Standpunkt steht, daß die Interessen der Arbeiter rückhaltlos vertreten werden müssen, der kann sich nur auf den Boden einer praktischen Gewerkschaftsarbeit stellen. Wer auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit steht, der braucht auch die Technische Nothilfe nicht zu fürchten.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Deshalb werden wir auch dafür eintreten, daß diese Summe für die Technische Nothilfe bewilligt wird, betonen aber ausdrücklich: wir werden ein wachsames Auge darauf haben, daß die Technische Nothilfe nicht gegen die Interessen der Arbeiter mißbraucht wird.

(Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Malzahn.

Malzahn, Abgeordneter: Ich werde den wenigen (D) hier anwesenden langweiligen Gästen

(große Heiterkeit)

in aller Kürze unsern Standpunkt über die Technische Nothilfe auseinandersetzen. Wir betrachten die Einsetzung von 40 Millionen für die **Technische Nothilfe** als eine Beleidigung der Arbeiterklasse.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken. — Abgeordneter Behrens: Das ist ja Torheit!)

Wir betrachten die Dinge von dem Standpunkt aus, daß es, sagen wir einmal, ein Verzweiflungsakt des im Zerfall begriffenen kapitalistischen Systems ist,

(sehr richtig! auf der äußersten Linken)

zu glauben, daß man durch solche Maßnahmen den großen wirtschaftlichen Kämpfen aus dem Wege gehen könnte, die aus dem Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft, aus der ganzen ökonomischen Lage, in der sich die Arbeiterklasse heute befindet, hervorgehen. Mit den 40 Millionen, die hier für die Technische Nothilfe gefordert werden, läßt sich an diesen Zuständen nichts ändern.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Aber als Technische Nothilfe kann man die ganze Einrichtung gar nicht einmal bezeichnen. Denn erstens hat sie mit Technik nichts zu tun, und zweitens habe ich schon damals nachgewiesen, daß sich in der Praxis diese Einrichtung als mehr Not wie Hilfe erwiesen hat.

(Sehr gut! auf der äußersten Linken.)

Beim **Elektrizitätsarbeiterstreik** habe ich hier auf den Tisch des Hauses Protokolle niedergelegt, die von dem Betriebsleiter des Moabiter Kraftwerks und von dem Leiter der Technischen Nothilfe unterzeichnet waren. In diesen Protokollen war nachgewiesen, daß in diesem Betrieb 120 Knaben im Alter von 13 bis 16 Jahren eingesetzt worden waren,

(hört! hört! auf der äußersten Linken)

(**Malzahn,** Abgeordneter.)

(A) von denen drei kaum in der Lage waren, eine Schaufel zu führen.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken. — Lachen rechts.)

Aber es ist ein Skandal, daß in einer Großstadt wie Berlin solche Kinder, solche jungen Burschen auf derartig wertvolle Maschinenanlagen losgelassen werden.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Damals ist nachgewiesen worden, welch ungeheurer Schaden an den wertvollen Anlagen angerichtet worden ist.

(Zuruf aus dem Zentrum: Durch den Streik!)

— Nein, durch die Nothilfe. —

(Widerspruch im Zentrum und rechts.)

Wir haben damals protokollarisch nachgewiesen, was dort alles gestohlen worden ist, wie man die Spinde erbrochen hat, wie man dazu übergegangen ist, den Arbeitern die Kleider zu stehlen, wie man die Kantine ausgeplündert hat usw.

(Widerspruch und Zurufe rechts.)

— Das ist dokumentarisch festgelegt; das können Sie nicht abstreiten. —

Hier wurde vorhin so viel von den Farbwerken in Leverkusen gesprochen. Wie sehen die Dinge in Wirklichkeit aus? Die Arbeiter haben sich angeboten, in den **Farbwerken Leverkusen** in den Oleumbetrieben die Notstandsarbeiten zu verrichten.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken. — Widerspruch rechts.)

— Das steht fest. —

(Erneuter Widerspruch und Zurufe rechts: Wie es zu spät war!)

— Nein, sie haben sich in den ersten Tagen angeboten, die Notstandsarbeiten zu verrichten.

(Wiederholte Rufe rechts: Das stimmt nicht!)

(B) — Das ist festgestellt; das stimmt.

(Erneuter Widerspruch rechts.)

Sie können hundertmal sagen, das stimme nicht, es ist doch so, Sie sollten sich bei den maßgebenden Gewerkschaften erkundigen. Auch die Betriebsleiter werden das zugeben müssen. Ich stelle jedenfalls fest, daß der Betriebsrat den ersten Tag verhandelt hat, um die Notstandsarbeiten in den Oleumwerken aufzunehmen. Aber dieses bornierte Unternehmertum hat es einfach abgelehnt.

(Zurufe rechts. — Gegenrufe auf der äußersten Linken.)

— Jedenfalls hat es dieses bornierte Unternehmertum abgelehnt, die Notstandsarbeiten vollführen zu lassen. Die Folge davon war, daß allerdings für 30 Millionen Mark der Volkswirtschaft verloren gegangen ist.

(Wiederholte Zurufe rechts und Gegenrufe links. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Es sind ja schließlich nur Werturteile, die Sie fällen, und die Meinungsverschiedenheiten hierüber werden Sie heute Abend doch nicht beseitigen. Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

Malzahn, Abgeordneter: Wie und wann wollen Sie denn die Technische Nothilfe eigentlich einsetzen? Sie sehen ständig, in welch ungeheurem Maße die **Unternehmer** dazu übergehen, die Arbeiter zu provozieren, um dann zur **Stillegung ihrer Betriebe** zu schreiten. Sie sehen jetzt wieder die Maßnahmen im **Kalibergbau**, womit wir uns demnächst vielleicht nach den Ferien beschäftigen werden. Dann werden wir Material vorlegen und Ihnen nachweisen, welche Sabotage im Interesse der Profitsucht von diesen Berggewaltigen ausgeübt wird. Wir werden Ihnen nachweisen, in welchem Umfang gerade Ihre agrarischen (C) Freunde die Landwirtschaft in jeder Richtung sabotiert haben im Interesse ihrer Profitsucht. Es steht fest, daß man von seiten der Unternehmer ganz planmäßig dazu übergeht, die Volkswirtschaft zu sabotieren. Da ist bisher seitens der Regierung in keiner Weise eingegriffen worden, obwohl durch diese Sabotageakte das Heer der Arbeitslosen immer mehr und mehr vergrößert worden ist. Es ist charakteristisch, daß man gerade in diesen Tagen, wo der Etat des Ministeriums des Innern zur Sprache steht, zwar zur Bekämpfung der Tuberkulose nur die allergeringsten Mittel zur Verfügung hat, daß man aber für diese Sache, wo es gilt, eine Streikbrechergarde zu organisieren, 40 Millionen auswirft. Und ich muß allerdings auch den Mehrheitssozialisten sagen, daß dieser Krüppel erzeugt wurde unter Beihilfe von Eurem Noske.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Gegenrufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Noske hat Ihnen ja so manches Kuckucksei ins Nest gelegt. Aber gut! Wir freuen uns darüber, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) zu der Erkenntnis kommen, daß Sie die Technische Nothilfe ablehnen müssen. Wir begrüßen das. Wir werden dafür sorgen, daß die freien Gewerkschaften zu wirklichen revolutionären Kampforganisationen werden, wir werden dafür sorgen, daß die Arbeitsgemeinschaftspolitik aus den Gewerkschaften beseitigt wird und daß wir den Klassenkampf in unverfälschter Form führen können.

(Zuruf rechts: Nach Moskauer Muster!)

Mögen Sie auch heute noch so laut krähen, mögen Sie sich heute noch so sehr freuen, — das alles sind Verzweiflungsakte, um den Bankerott Ihrer kapitalistischen Wirtschaft nochmals zu sanieren. Diese Sanierungsversuche werden Ihnen aber nicht gelingen; sondern wir werden mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, den (D) Arbeitern Ihr wahres Gesicht zu zeigen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sie haben immer nur eine Walze!)

— Herr Werkzeugmacher!

(Große Heiterkeit. — Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Vielleicht habe ich mehr gearbeitet als Sie!)

Befassen Sie sich mit Ihren gelben Organisatiönchen und rechnen Sie sich aus, welche Prämie Sie wieder von den Kapitalisten für Ihre hier gehaltene Rede bekommen.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Sie taxieren nach Ihrem eigenen Empfinden! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Herr Abgeordneter Malzahn, ich bitte, derartige Bemerkungen doch zu unterlassen!

Malzahn, Abgeordneter: Aber sie sind doch zutreffend!

(Unruhe und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Sie kriegen doch Ihre Dividenden! Der Händedruck von Rießer spricht Bände. — Zuruf aus dem Zentrum: Ihr Moskauer Speichellecker! — Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Sie können mich ganz wo anders lecken! — Stürmische Heiterkeit links.)

Wir werden den Arbeitern und Angestellten schon plausibel machen, daß hier ein Glied in der Kette, die zur Knebelung der Arbeiter und Angestellten dienen soll, eingereiht wird. Aber arbeiten Sie nur ruhig weiter! Bei der gestrigen Schuldebatte ist Herrn Abgeordneten Löwenstein von rechts zugerufen worden: Sie können

(Malzahn, Abgeordneter.)

(A) reden, was Sie wollen; wir machen doch, was uns paßt. Schön, machen Sie ruhig weiter! Aber wundern Sie sich nicht, wenn mal die Dinge anders herum gehen und die Arbeiter und Angestellten Ihre Klasse, die wir als ein Parasitenheer betrachten,

(lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten — Lachen und Zurufe rechts)

dazu zwingen, tatsächlich praktische und nützliche Arbeit für die menschliche Gesellschaft zu leisten.

(Heiterkeit und Zurufe rechts.)

Dann werden wir eine Technische Nothilfe schaffen, indem wir Sie und Ihre Kreise mal selbst in die praktische Arbeit einspannen werden.

(Zuruf rechts: Wenn Sie so viel gearbeitet hätten wie wir, würden Sie nicht so reden!)

Dann lernen Sie kennen, was Arbeit ist.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen und Zurufe rechts.)

Sie ergreifen allerlei Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft,

(Zuruf rechts: Tut ja kein Mensch!)

und bei anderer Gelegenheit erklären Sie, Sie wollen zwischen den einzelnen Schichten des Volkes die Harmonie herstellen.

(Sehr richtig! rechts.)

Soll die Technische Nothilfe etwa dazu dienen, die Harmonie herzustellen? Wir sagen Ihnen: wir fürchten die Technische Nothilfe nicht!

(Zuruf rechts: Warum reden Sie denn dann!)

— Kritisieren können wir sie doch; das Recht steht uns zu! Wir fürchten die Technische Nothilfe nicht, weil die Elemente, die da hineingehen, keine Lust zum arbeiten haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

(B) Sie haben nur Lust zum Faulenzen und Lust zum Stehlen, wenn sich irgendwo Gelegenheit bietet, sich zu bereichern, und Lust zum Saufen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ein anständiger Arbeiter gibt sich dazu nicht her!

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denken Sie doch an die Katschmarek- und Hintzegarden, die seinerzeit beim Kohlenarbeiterstreik in Moabit bei der Firma Kupfer Streikbruch verübten. Da haben die aus Kupfer Gold gemacht,

(Heiterkeit)

indem sie Kohlen verschoben und verkauft haben. Das eine steht jedenfalls fest: mit dieser Technischen Nothilfe können Sie die Arbeiterschaft gar nicht einschüchtern. Und naiv wäre es, — —

(Zuruf rechts.)

— „Annehmen" haben wir nicht nötig, das können Sie von uns nicht verlangen, aber naiv wäre es, zu glauben, daß man durch eine derartige Streikbrechergarde die ungeheuren wirtschaftlichen Machtkämpfe, die sich naturgemäß auf Grund der ökonomischen und politischen Erscheinungen ergeben müssen, beseitigen kann. Nein, das schaffen Sie nicht. Aber wir können es schließlich verstehen, wenn Sie Stellen schaffen wollen für Offiziere, die jetzt nicht Europa beherrschen können, wie das eigentlich vorgesehen war. Man wollte Beherrscher Europas werden, und dann war ja für dieses noble preußische Offizierkorps gesorgt.

Wir haben hier Mitteilung bekommen von einer neuen Stinnesgarde.

(Lachen rechts.)

Ich weiß nicht, ob Sie darüber informiert sind.

(Ruf rechts: Nein! — Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das ist aber äußerst interessant. Es handelt sich hier (C) um eine niederrheinische Bewachungsgesellschaft.

(Zuruf: Wach- und Schließgesellschaft!)

— So etwas Ähnliches, ganz richtig! Diese verpflichtet sich also, die Überwachung der Betriebe zu übernehmen.

(Zuruf rechts: Gegen Spitzbuben!)

— Ja, richtig! Auch gegen Spitzbuben!

(Zuruf rechts: Auch gegen Kommunisten! — Heiterkeit.)

— Auch gegen Kommunisten und so weiter.

(Erneute Heiterkeit.)

Nun passen Sie mal auf! Diese Leute, sagt die Gesellschaft, sind äußerst zuverlässig,

(hört! hört! rechts)

da es sich meist um ehemalige Offiziere handelt. Daraus ersehen Sie aber, wie wohlfeil in Preußen diese noblen Offiziere geworden sind. Jeder Kriegsgewinnler, jeder Schieber, der sich emporgearbeitet hat, kann sich als Wächter einen solchen Offizier halten, oder besser gesagt: als Hofhund,

(Pfuirufe)

als Kettenhund.

(Rufe rechts: Pfui! Unerhört!)

Ich habe es ja nicht gemacht.

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die niederrheinische Bewachungsgesellschaft macht es doch, nicht ich, wenn ich das vortrage.

(Zuruf rechts: Die Leute wollen arbeiten und Geld verdienen!)

— Richtig! Passen Sie mal auf! Das verstehen wir vollständig.

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir wissen, daß ein großer Teil der Offiziere, nachdem sie gesehen haben, daß der ganze Plunder zum Teufel gegangen ist, daß mit dem Beherrschen Europas nichts geworden ist, das Bestreben hat, sich durch nützliche Arbeit zu ernähren. (D)

(Na also! rechts.)

— Warten Sie doch ab, ich bin noch nicht fertig! — Das Bestreben haben die Offiziere. Aber sowie sie die Versuche gemacht haben, bei den Fabrikanten der Leder- und der Bekleidungsindustrie Unterkunft und Stellen zu bekommen, haben diese Fabrikanten mit höhnischem Lächeln und Achselzucken diese Offiziere abgewiesen.

(Widerspruch rechts.)

Sie haben gefragt: „Was können Sie denn für praktische Arbeit leisten?" Und wenn geantwortet wurde: dies und jenes, dann haben diese Börsenjobber, diese Kriegsgewinnler, diese Schieber, die sich auf Kosten des Volkes gesund gemacht haben, diesen blauen Söhnen des Adels abgewinkt.

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber weiter. Die kapitalistische Gesellschaft und die Bourgeoisie sind ja von jeher groß darin gewesen, jedes Unternehmen für ihre Zwecke auszunutzen, und weil nun die Offfiziere keine praktische Arbeit, keine Fachkenntnisse haben, werden sie verwandt als Nachtwächter, als Hofwächter, als Hofhunde und so weiter.

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf rechts: Nachtwächter ist ein ehrenhafter Beruf!)

— Nein, in diesem Falle ist es kein ehrenhafter Beruf. Hören Sie mal zu! Lesen Sie sich mal die einzelnen Bestimmungen durch! Wenn Sie dann noch ein bißchen Gerechtigkeitsempfinden haben, werden Sie sagen, daß diese adligen Offiziere, diese hochnoble Gesellschaft jetzt zu Denunzianten für die Arbeiterschaft benutzt werden sollen.

(Zuruf rechts: Steht das darin?)

— Ja, bitte, eine Spitzel- und Agentengesellschaft soll aus den preußischen Offizieren gemacht werden. —

(**Malzahn,** Abgeordneter.)

(A) Bitte, beurteilen Sie das. Das ist nicht meine Auffassung, sondern das ist von dieser Niederrheinischen Bewachungsgesellschaft niedergelegt, die die Offiziere in dieser Hinsicht verwenden will.

Ich sage also in aller Deutlichkeit: nehmen Sie diese Maßnahme ruhig an, denn Sie sind ja unbelehrbar.

(Lachen rechts.)

Wir verlangen auch gar nicht, daß Sie irgendwie Vernunft annehmen, und viel weniger verlangen wir von Ihrer Seite noch irgendwie Anstand.

(Lautes Lachen und Zurufe: Ausgerechnet Malzahn und Anstand! — Heiterkeit.)

Darum sagen wir: machen Sie ruhig so weiter, Sie werden uns mit diesen Maßnahmen die Mittel in die Hand geben, um die Arbeiter und Angestellten über Ihr Tun und Treiben aufzuklären. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir als **Kommunisten die Arbeiter und Angestellten** durch die sozialen Nöte, die sich aus dem Bankrott und dem Zerfall Ihres Systems ergeben, zusammenschmieden werden, um Sie und Ihre Klasse im gegebenen Moment von der Bildfläche hinwegzufegen.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten. — Ironischer Beifall rechts.)

Wir werden dafür sorgen, und die intelligenten deutschen Arbeiter und Angestellten sind dazu in der Lage, ohne Sie mit Ihrem Anhang als Parasitenheer die Volkswirtschaft weiter zu führen. Darum werden wir alles daran setzen, um den Arbeitern Ihr wahres Gesicht zu zeigen und ihnen darzulegen, welche dunkeln reaktionären Pläne hier in diesem Hause geschmiedet werden.

(Rufe: Hu! Hu!)

Wir werden schon sehen, wohin die Dinge treiben. Des einen sind wir gewiß, daß wir froh in die Zukunft (B) sehen; denn nicht diese kapitalistische Gesellschaft kann die Volkswirtschaft mehr aufrichten. Wir werden diejenigen sein, wir werden es verstehen, die Arbeiter und Angestellten wieder auf eine neue Kulturhöhe, zu einer wirklichen Freiheit und zu einer wirklichen Arbeitsfreude zu bringen.

(Lebhafter Beifall bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Der Herr Abgeordnete Brey hat das Wort.

Brey, Abgeordneter: Mit meinem Vorredner Malzahn streite ich nicht darüber, wer der intellektuelle Urheber der Technischen Nothilfe ist. Ich bin der Auffassung, daß Malzahn und seine Freunde auf diesem wie auf so manchem andern Gebiete der Stoßtrupp der Reaktion gewesen und noch sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Seine Kampfansage gegen die **freien Gewerkschaften** nehmen diese und nehme ich genau so ernst, wie wir vieles andere ernst nehmen, was in diesen Tagen von Ihrer Seite vorgebracht worden ist. Da glaube ich, werden wir mit Ihnen fertig werden.

(Abgeordneter Höllein: Und wir mit Ihnen!)

— Denn Sie brauchen sich nicht einzubilden, daß die Hölleinschen Bäume in den Himmel wachsen.

(Große Heiterkeit. — Zurufe des Abgeordneten Höllein.)

Wenn die Arbeiter, die draußen sind und die heute Eurem Banner folgen, Gelegenheit hätten zu beobachten, wie Ihr Euch hier betragt

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und ernste Angelegenheiten behandelt, dann kriegtet Ihr sehr bald die Papiere und Sie (zum Abgeordneten Malzahn) zu allererst. (C)

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Ministers. Wenn ich ihn recht verstanden habe, hat er unsere Stellung so geschildert, als ob wir nun, wo wir aus der Verantwortung heraus seien, eine ablehnende Stellung gegen die Technische Nothilfe einnähmen. Das trifft nicht zu. Die Stellung, die ich vertreten habe, ist die Stellung der freien Gewerkschaften. Sie ist von den freien Gewerkschaften immer in dem Sinne vertreten worden, wie ich hier die Technische Nothilfe bekämpft habe. Es ist schon sehr lange her, daß die Entschließung des Gewerkschaftsausschusses gefaßt worden ist, die ich hier zum Vortrag gebracht habe.

Dann hat der Herr Minister sich über die **Monturbeschaffung** geäußert. Ich war darüber erstaunt, wie er diese Angelegenheit behandelt hat. Ich stelle mir immer vor, daß 300 000 Mark ein ganzer Batzen Geld sind. Es mag sein, daß ich zu dieser Geldschätzung aus meinen Verhältnissen heraus komme. Ich habe immerhin festgestellt, daß bei diesem Monturhandel 300 000 Mark an Zwischenhändler geopfert worden sind, die dafür an Arbeitsleistung aber auch nicht das Geringste von Belang vollbracht haben. Sie sind vielleicht lediglich ans Telephon gegangen oder haben einige Briefe geschrieben. Die Art und Weise, wie der Herr Minister diese Angelegenheit behandelt, wird nicht dazu führen, daß man in Zukunft bei der Technischen Nothilfe sparsamer und vorsichtiger zu Werke gehen wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann sprach der Herr Minister vom Reichswirtschaftsrat und sagte, er habe sich bei Behandlung der Sache darüber beschwert, daß die 40 Millionen in den Etat eingestellt worden seien, ohne daß er darum gefragt (D) worden wäre. Das war der Zweck im Reichswirtschaftsrat nicht. Der Zweck der Übung war ein ganz anderer. Die **Arbeiter- und Angestelltenvertreter** im Reichswirtschaftsrat wollten zu der Technischen Nothilfe Stellung nehmen. Das geschah dann lediglich in der Form, daß man zu der Einstellung in den Etat Stellung nahm, und zwar ablehnend. Sämtliche Vertreter der Arbeiter und Angestellten bis in die Reihen der christlichen Gewerkschaften haben sich letztere durch den Mund des Dr. Tissen gegen die Technische Nothilfe erklärt,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

weil sie in ihr eine Gefahr für das Koalitionsrecht und für den Kampf der Arbeiter erblickten. Ich wäre erfreut gewesen, wenn auch Tremmel in diesen Ring getreten wäre und nicht die Ausführungen gemacht hätte, die er vor drei Minuten an dieser Stelle gemacht hat

Nun ist Herr Berndt aufgetreten und hat von einem Krankheitszustand gesprochen. Ich glaube auch, daß sich viele Teile unseres Volkes in einem Krankheitszustand befinden. Besonders erblicke ich in der Sucht, die Papierscheine anzuhäufen, ein ganz bedenkliches Krankheitszeichen. Diese Sucht ist aber in jenen Kreisen zu verzeichnen, die man nicht in die Arbeiterklasse rechnen kann. Die Sucht nach ungeheuren Papierwerten findet man gerade in den Kreisen, die auf Ihrer Seite (nach rechts) ihre politische Vertretung finden. Sie sollen doch einmal nachweisen, Herr Berndt, daß man in der Landwirtschaft und in den übrigen Erzeugerkreisen lebenswichtiger Dinge nicht diese **Sucht nach ungeheurem Geldverdienst** immer krasser in Erscheinung tritt.

(Zuruf rechts: Sie sind alle gleich!)

— Sie sagen, sie sind alle gleich. Ich steigere aber und sage: diese Leute sind schlimmer als die Arbeiter. Der Arbeiter sucht heute in seinen Kämpfen nur das zu be-

(Brey, Abgeordneter.)

(A) kommen, was er zur allerdürftigsten Existenz gebraucht, und Sie werden nicht bestreiten können, daß das Einkommen jedes Arbeiters und Angestellten heute nicht entfernt ausreicht.

Von diesem Gesichtspunkt aus hat man zu den Kämpfen Stellung zu nehmen, die sich im Lande abspielen. Und wo die Technische Nothilfe nicht neutral sein kann, sondern sich ohne weiteres auf die Seite der Unternehmer stellt und deren Interessen vertritt, da müssen Sie schon damit rechnen, daß wir eine andere Stellung einnehmen, als sie der Herr Abgeordnete Berndt hier vertreten hat. Ich bestreite, daß das Streikrecht unerhört mißbraucht worden ist, wie Herr Berndt behauptet hat. In den letzten Monaten sind Streiks mit politischem Hintergrund nicht zum Ausbruch gekommen, sie hatten alle wirtschaftlichen Charakter, und ich behaupte, bei vernünftigem Entgegenkommen der Unternehmer würde es zu den Streiks nicht gekommen sein. Wenn die Unternehmer zur rechten Zeit und in der erforderlichen Weise entgegenkommen, dann werden die Streiks weiter abnehmen, wie sie in den letzten Monaten abgenommen haben.

Wenn Herr Berndt meint, wir nähmen jetzt diese Stellung ein, um in einen Konkurrenzkampf mit unseren Brüdern von links eintreten zu können, so sage ich, diesen Konkurrenzkampf haben wir nicht nötig; wir sind überzeugt, daß die Mehrheit der Arbeiter sich von Tag zu Tag mehr auf unseren Boden stellt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber Ihnen, Herr Berndt, sage ich, daß Sie der Vorkämpfer der Leute von links sind, wenn Sie solche Maßnahmen verteidigen und für gerechtfertigt erklären und wenn Sie zugunsten der Unternehmer noch weitergehende Bekämpfungsmittel fordern. Sie tragen damit (B) zur Radikalisierung bei und können das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, als unfreiwilliger Bundesgenosse der radikalen Leute von links angesehen zu werden.

Einige Worte zu dem **Landarbeiterstreik in Pommern**, der hier auch angeführt worden ist. Ich habe nach Beendigung des Streiks davon gelesen, daß der pommersche Landbund zum Ausdruck brachte, dieser Streik habe wohl einem großen Teil der Landwirte Schaden gebracht, aber er hätte einmal ausgefochten werden müssen. Da ich die Dialektik dieser Leute kenne, schließe ich daraus, daß der pommersche Landbund diesen Kampf mehr gewollt hat als die pommerschen Landarbeiter.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn er sich rechtzeitig mit den in Frage kommenden Organisationen in Verbindung gesetzt hätte, dann wäre der Volksernährung dieser Schaden nicht erwachsen, den Herr Berndt hier anführte.

Dann ein Wort zu dem **Streik in Leverkusen**. Ich möchte da sagen, daß allerdings die Möglichkeit gegeben war, die Notstandsarbeiten zu verrichten. Durch Zwischenfälle, die mir in allen Einzelheiten nicht gegenwärtig, ist das schließlich verhindert worden.

All denen, die ein Interesse an der friedlichen Entwicklung und vernünftigen Austragung unserer wirtschaftlichen Kämpfe haben, lege ich dringend ans Herz, sich mit der Frage sehr ernst zu befassen. Sie tun dem Wirtschaftsfrieden den besten Dienst, wenn Sie dieses Hilfsmittel des Unternehmertums beseitigen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Unterleitner.

Unterleitner, Abgeordneter: Eine kurze Bemerkung gegenüber dem Abgeordneten Geisler, der (C) glaubte, die Arbeiter verdächtigen zu dürfen, indem er ihnen unterstellte, sie würden, nachdem die Technische Nothilfe in einem Betriebe war, einfach angeben, daß ihnen Kleider oder Sonstiges gestohlen worden wäre. Sie glauben vielleicht, daß die **Arbeiter, die streiken**, Gesinnungslumpen sind oder genau so eine Auffassung von dem Begriffe Ehre oder eine solche moralische Auffassung haben, wie sie vielleicht in Ihren Reihen vorkommen kann.

(Zurufe rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die Aussprache ist geschlossen. Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Geisler.

Geisler, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Malzahn hat heute wieder beliebt, mich zu fragen, was ich für meine Ausführungen an klingender Münze von den Kapitalisten bekäme. Ein anderer Herr von der kommunistischen Partei rief mir zu, daß sich der mich nach meiner Rede beglückwünschende Händedruck eines Vorstandsmitgliedes meiner Fraktion schon in klingende Münze umsetzen würde.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

— Ich weiß nicht, worauf sich diese Prozente beziehen. — Ich möchte, nachdem das schon zweimal in diesem Hause geschehen ist, bemerken, daß mich solche Verdächtigungen nicht beleidigen können; denn sie sind ja aus dem Munde dieser Herren durchaus verständlich, die es nicht begreifen können, daß man **aus Idealismus statt gegen klingende Münze eine Sache vertreten** kann.

(Heiterkeit links.)

Aber man soll sich gerade auf jener Seite (nach links) lieber an das viele ausländische Geld erinnern, mit (D) dem man dortseits gegen uns arbeitet, dann wird man mit sich selber genügend zu tun haben.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Es ist von verschiedenen Seiten des Hauses angeregt worden, die Abstimmung über das Kap. 19 bis morgen auszusetzen, ebenso die Abstimmung über die folgenden Titel, zu denen Abänderungsanträge vorliegen, sowie über die Entschließungen. — Ich darf annehmen, daß das Haus damit einverstanden ist.

Wir gehen dann über zu den einmaligen Ausgaben. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — 30, —31, — 32, — 33 mit der Ergänzung, — 34 mit Ergänzung. — Wortmeldungen liegen nicht vor; ich stelle die Annahme fest, da kein Widerspruch erfolgt. Ebenso liegen auch zu den Titeln 4, 14 und 16a, über die morgen abgestimmt werden wird, keine Wortmeldungen vor.

Tit. 35. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Mehrhof.

Mehrhof, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Reichsparlament soll 400 Millionen Mark bewilligen zur **Wiedergutmachung von Schäden**, die im Laufe der **politischen Wirren** der letzten Jahre entstanden sind. Es handelt sich in erster Linie um Schadensersatz für zerstörte Güter. Zerstörtes Leben kann man nicht mit Geld wieder gutmachen. Aber für den Kulturzustand in einem Staate ist der Grad der Wertschätzung und des Schutzes des Lebens der beste Gradmesser, und charakteristisch für die Gesellschaftszustände unserer Zeit ist es, daß heute der Kampf und das Streben nach Geld und Gut höher bewertet wird

(Mehrhof, Abgeordneter.)

(A) als der Kampf um höhere Lebensformen und um Freiheit. Wir Unabhängige Sozialdemokraten fordern, daß nun endlich den unglücklichen Hinterbliebenen der Blutopfer der Revolution die ihnen gebührende Unterstützung aus dem Fonds zugewiesen wird, der unter diesem Titel bewilligt werden soll. Wie notwendig das ist, und daß wir uns mit unserer Forderung auf dem richtigen Wege befinden, beweist das **Schreiben der Frau eines in den Märztagen durch reaktionäre Soldaten ermordeten Arbeiters in den Orten Tunzenhausen und Schallenburg im Kreise Weißensee in Thüringen.** Die Frau schreibt — den Brief bitte ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten kurz vorlesen zu dürfen —:

> Am 24. März marschierte ein Kommando Reichswehrsoldaten auf der Landstraße nach Schallenburg, Tunzenhausen und Sömmerda. Vor dem Orte Schallenburg begegneten der Truppe zwei Männer, die den Soldaten von einem Landwirt als Spartakisten denunziert wurden. Die Soldaten schlugen nun mit Gewehrkolben auf die unschuldigen Menschen ein,
>
> (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)
>
> so daß ein Mann im Straßengraben bald sein Leben aushauchte
>
> (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)
>
> und der andere infolge der schweren Verletzungen in das Krankenhaus überführt werden mußte, wo er heute noch liegt. Dann marschierten die Soldaten nach Tunzenhausen. Hier sagte der Oberleutnant Hagedorn: Gefangene werden nicht gemacht. Eine Gruppe Arbeiter, die sich zur Arbeit auf das Feld begeben wollten oder von dort zurückkamen, wurden wie das Vieh in das
>
> (B) Dorf zurückgetrieben. Dann sagte Leutnant Hagedorn: „Die werden erschossen!“ Als sich eine Gruppe Soldaten weigerte zu schießen, sagte Hagedorn: „Wer meinem Befehle nicht gehorcht, der wird von meiner Hand niedergestreckt.“ Ein Soldat wagte noch zu bemerken, daß die Leute unschuldig seien, doch nützte das alles nichts. Am Straßengraben, am Eingang des Dorfes wurden die Leute erschossen.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Unter den Erschossenen befand sich ein Vater mit seinen zwei Söhnen.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Dann gingen die Soldaten in das Dorf. Es begegnet ihnen ein harmloser Mann, der von Bauern als Spartakist bezeichnet wird. Auch er wurde an der Friedhofsmauer erschossen.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Ebenso erging es einem vorbeifahrenden Radfahrer. Dann gingen die Soldaten unter Führung einiger Landwirte nach der Wohnung des angeblichen Spartakistenführers Schäffner. Die verschlossene Tür wurde mit Gewalt erbrochen, und als sich die Ehefrau des Gesuchten zur Wehr setzte und die Soldaten bat, ihren Gatten nicht zu töten, bedrohte sie ein Mann mit Erschießen und warf die ihrer Niederkunft entgegensehende Frau zur Stufe hinunter.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Daraufhin stellte sich Schäffner selbst und sagte: Ich bin mir keiner Schuld bewußt. Er wurde
>
> (C) die Dorfstraße hinuntergeführt, dann durch das Knie geschossen. Nach schrecklichen Schmerzen erhielt er den Gnadenschuß.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Viehzeug!)

Meine Damen und Herren! Die Angaben, die uns diese schlichte Arbeiterfrau hier in diesem Briefe macht, werden durch Feststellungen des Zivilkommissars für den Bezirk Erfurt bestätigt, Feststellungen, die in den Märztagen des Jahres 1920, also nach dem Kapp-Putsch, gemacht worden sind. Ich bin von den 17 Frauen und Kindern, also von den Hinterbliebenen dieser brutal Ermordeten, ersucht worden, hier diese Sache vorzutragen.

(Zuruf rechts: Beim Reichswehrministerium!)

— Nein, es handelt sich hier um den Titel: Tumultschädengesetz!

(Erneute Zurufe rechts.)

— Sie bringen noch immer allen Schandtaten und allen brutalen Gewaltakten ein entschuldigendes Verständnis entgegen, die von Ihren Klassengenossen begangen werden. Dafür haben Sie immer noch ein entschuldigendes Verständnis. Aber sowie arme Teufel, die der Verzweiflung nahe sind, Ihre geschriebenen Gesetze übertreten, dann sind sie in Ihren Augen Verbrecher.

(Zuruf rechts: Darauf antwortet der Reichswehrminister!)

— Es handelt sich hier um den Fonds für Tumultschäden!

(Zuruf links: Darüber zu entscheiden, ist doch Sache des Herrn Präsidenten und nicht Ihre! [nach rechts]. — Andauernder erregter Wortwechsel zwischen der Rechten und der äußersten Linken. — Glocke des Präsidenten.)

(D)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Ich bitte, regen Sie sich nicht darüber auf! Das hat allein der Präsident zu entscheiden. Wenn es nicht zur Sache gehört, dann werde ich einschreiten.

Bitte, fahren Sie fort, Herr Abgeordneter Mehrhof!

Mehrhof, Abgeordneter: Wenn Ihnen das auch unangenehm ist, Herr Abgeordneter, so nehme ich doch an, daß aus den 400 Millionen Mark, die hier zu diesem Zweck bewilligt werden sollen, zum mindesten auch die Hinterbliebenen der auf solche Weise ums Leben Gekommenen unterstützt werden müssen. Weil das nicht geschieht, ist es Pflicht der unabhängigen Partei, das hier vorzutragen.

Ich stelle fest, daß das, was die Frau in diesem Briefe schreibt, der Warheit entspricht, wie der Zivilkommissar für den Bezirk Erfurt feststellt. Weiter stelle ich fest, daß der hier in Frage kommende Vater, seine zwei Söhne und die anderen Erschossenen vollständig unschuldig ermordert worden sind. Der Vater, ein ländlicher Arbeiter, wollte sich auf das Land begeben, um künstlichen Dünger zu streuen, wird aber von den Truppen in den Straßengraben gezerrt, vor seinen Augen werden seine beiden Söhne erschossen, und dann erhält der Alte selbst den Gnadenschuß.

Nun möchte ich darauf hinweisen, wie himmelschreiend es ist, daß die in Frage kommenden **Gemeinden sich weigern, die Unterstützungen an die Hinterbliebenen zu zahlen.**

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Im Dezember habe ich hier in Form einer kleinen Anfrage an die Regierung die Frage gerichtet, was sie zu tun gedenkt, um die Not der in Betracht kommenden

(Mehrhof, Abgeordneter.)

(A) Hinterbliebenen der Ermordeten zu lindern. Darauf wurde mir von einem Regierungsvertreter die Antwort zuteil, gegen die Schuldigen sei ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, und bevor dieses Verfahren nicht abgeschlossen sei, könne eine bindende Erklärung über die Entschädigungspflicht nicht abgegeben werden. Nun stelle ich fest, daß seit dieser Zeit ein Jahr verflossen ist,

(hört! hört! auf der äußersten Linken)

— es fehlen nur noch zehn Tage daran — und der Staatsanwalt in Erfurt bemüht sich immer noch vergeblich, die Schuldigen zu suchen und festzustellen, obwohl feststeht und die Spatzen, wie der Volksmund sagt, pfeifen es von den Dächern, daß der Oberleutnant Hagedorn, ein Erfurter Zeitfreiwilliger, den Befehl zu diesen brutalen Gewalt- und Mordtaten gegeben hat.

Obendrein besteht aber die Möglichkeit, daß das Verfahren, wenn es wirklich zustande kommt, ausläuft wie das Verfahren gegen die Marburger Studenten.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Denn auch die Hinterbliebenen der Mechterstedter und der bei Bad Thal erschossenen Arbeiter erhalten heute noch keine Unterstützung!

(Sehr wahr!)

Wenn das gerichtliche Verfahren einen ähnlichen Ausgang nehmen sollte, dann wäre allerdings formal der juristische Boden geschaffen, daß die Unterstützung für die armen, unglücklichen Frauen und Kinder abgelehnt werden könnte. Das widerspricht aber dem Rechtsempfinden des Volkes. **Warum sind denn die Marburger Mörder freigesprochen worden?** Einmal, weil die Richter, die in diesem Prozeß die Geschworenenbänke drückten, in erster Linie Klassengegner der Ermordeten waren, dann, weil sie sich auf ein barbarisches Militärrecht berufen konnten, das den Angeklagten damals das Recht zu brutalem Waffengebrauch einräumte, (B) und drittens sind sie vielleicht — das weiß ich nicht — wegen Mangel an Schuldbeweisen freigesprochen. Aber über aus solchen Motiven freigesprochene Mörder noch Loblieder anzustimmen und daß die Opfer solcher Mordbuben nicht öffentlicher Unterstützung teilhaftig werden sollen, das steht mit dem Rechtsempfinden des Volkes in schrofffster Disharmonie, und das muß hier der Regierung gesagt werden. —

(Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Es kommen ja auch nicht allein die Opfer der in Tunzenhausen und Schallenburg Ermordeten in Frage, sondern von überall her werden uns derartige Fälle mitgeteilt. Noch immer müssen die **Hinterbliebenen der 29 auf Befehl Marlohs erschossenen** und ermordeten **Matrosen** auf Unterstützung warten!

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Aus Rheinland und Westfalen, Thüringen und anderen Gegenden werden uns Mitteilungen gemacht, daß sich die Gemeinden vergeblich bemühen, von den zuständigen Stellen der Reichsregierung den Ersatz für die aufgewendeten Gelder zu erhalten, die sie zur Unterstützung der Hinterbliebenen der auf diese Weise umgebrachten Menschen verausgabt haben. Wenn man auf der anderen Seite Milliarden für Lebensmittelwucherer für Lieferungsprämien, für die Reeder in den letzten Tagen bewilligt, dann ist es endlich an der Zeit, mehr Schutz für das Leben und die Menschen zu fordern,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und das sollte der Zweck meiner Ausührungen sein.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neuhaus (Düsseldorf):

Neuhaus (Düsseldorf): Angesichts der vor- (C) geschrittenen Zeit will ich auf die Ausführungen meines Herrn Vorredners nicht eingehen. Wir sind es ja gewohnt, daß von jener Seite (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) immer wieder alles das ins Feld geführt wird, was diejenigen, die ursprünglich von den Parteien der Linken gerufen sind, für Ordnung zu sorgen, verübt haben sollen, wenn sie für Ordnung gesorgt haben. Ich lehne es, wie gesagt, angesichts der vorgerückten Stunde ab, darauf einzugehen.

Ich möchte der Regierung —

(Unterbrechungen von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich bin auch einer von denen? Ach, fragen Sie doch Ihren Fraktionsgenossen **Ernst**, der weiß, wie man **Gulaschgeschäfte während des Krieges** macht.

(Abgeordnete Henke: Das ist erlogen! Sie sind ein dreister Lügner! — Große Unruhe.)

Ich stelle fest, daß der Abgeordnete Ernst der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehört.

(Lärmende Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Sie versuchen ja jetzt nur, mich durch Ihre Zwischenrufe zu übertönen und mich niederzuschreien, weil Sie die Wahrheit nicht hören wollen!

(Fortgesetzte Zwischenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Diese Zwischenrufe sind unparlamentarisch; ich bitte, sie zu unterlassen.

Neuhaus (Düsseldorf), Abgeordneter: Ich stelle fest, daß der Abgeordnete Ernst der der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehört, sein Stadtratmandat in Hagen auf Beschluß der Stadtverordneten- (D) versammlung hat niederlegen müssen, weil er nach ihrer Ansicht die Stadt Hagen geschädigt hat.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Das ist Tatsache! Fragen Sie bei der Hagener Stadtverwaltung an.

(Erneute Zurufe.)

— Das ist Ihnen ja unangenehm!

(Andauernde Unterbrechungen von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Es ist Tatsache; verlassen Sie sich darauf! Es ist im preußischen Abgeordnetenhaus von einem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Hagen in Westfalen festgestellt worden.

(Wiederholte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Wir wissen ja, daß Sie die Wahrheit niederschreien wollen! — Stellen Sie doch die Tatsachen in Hagen fest, wenn Sie es mir nicht glauben wollen.

(Abgeordneter Henke: Stellen Sie es hier fest! — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen! Ich bitte aber auch den Herrn Abgeordneten Neuhaus, nun zum Thema zu kommen.

Neuhaus (Düsseldorf), Abgeordneter: Ich habe lediglich auf Grund der Zwischenrufe festgestellt, Herr Präsident, daß sich die Herrschaften an Ihren Abgeordneten Ernst wenden sollen, wenn Sie etwas derartiges behaupten.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Kommen Sie aber jetzt, bitte, zum Thema, Herr Abgeordneter!

(A) **Neuhaus**, Abgeordneter: Recht gern! Aber schützen Sie mich auch gegen Zwischenrufe solcher Art.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich muß bemerken, daß ich ausdrücklich erklärt habe: derartige Zwischenrufe sind parlamentarisch unzulässig. Ich habe sie also zurückgewiesen. Ich bitte, nicht in meine Geschäftsführung einzugreifen.

(Zurufe rechts und links.)

Neuhaus (Düsseldorf), Abgeordneter: Ich habe wegen der Gulaschgeschäfte des Herrn Abgeordneten Ernst nichts zurückzunehmen.

Ich stelle fest, daß die Herren von der Linken immer wieder da eingreifen, wo sie glauben, daß denjenigen, die für unser krankes deutsches Volk gesorgt haben, etwas anzuhängen ist. Ich möchte die Herren von der Linken erinnern an die Schäden, die entstanden sind durch das Vorgehen am Essener Wasserturm, durch das Vorgehen unter ihrem famosen Herrn Oberbürgermeister Schmidtchen in Düsseldorf und anderwärts, und ich möchte vor allen Dingen einmal fragen, wie es mit der Entschädigung derjenigen steht, die unter den Tumultschäden infolge des Vorgehens der Roten Armee im vergangenen Jahre gelitten haben. Ich darf Ihnen (nach links) nur das eine Wort Remscheid nennen. Da (B) möchte ich nur die Frage aufwerfen, wie es kommt, daß jene Tumultgeschädigten immer noch nicht entschädigt sind, namentlich nicht an den Orten, wo unabhängig-kommunistische Mehrheiten in den Stadtparlamenten in Frage kommen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ich weiß, daß in einzelnen Fällen Schäden von 90- bis 100 000 Mark vorgekommen sind, die die Betroffenen wirklich nicht tragen können, und bei denen man ihnen nur lächerliche Abschlagszahlungen gegeben hat.

Ich sage noch einmal: ich gehe in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit auf die Rede meines Herrn Vorredners nicht ein. Ich möchte nur die Regierung auffordern, dafür zu sorgen, daß die Tumultgeschädigten südlich und nördlich der Ruhr, die durch die Taten der Roten Armee geschädigt sind, endlich einmal entschädigt werden.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle, wenn kein Widerspruch erfolgt — das geschieht nicht —, die Annahme von Kap. 1 Tit. 35 fest.

Ich rufe weiter auf Tit. 36, — 37, — sowie aus der Ergänzung Tit. 38, — 39, — 40, — 41, — 42, — 43. — Angenommen.

Wir gehen über zum außerordentlichen Haushalt. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5 — und erkläre sie für angenommen.

Wir gehen über zu den Einnahmen im ordentlichen Haushalt. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 2 Tit. 1 und 2; — Kap. 3 Tit. 1; — (C) Kap. 4 Tit. 1 und 2; — Kap. 5 Tit. 1 und 2; — Kap. 6 Tit. 1 und 2; — Kap. 7 Tit. 1; — Kap. 8 Tit. 1; — Kap. 9 Tit. 1 und 2 — stelle überall die Annahme fest.

Wir kommen zu der Petition. Das Wort wird nicht verlangt, die Abstimmung erfolgt in dritter Beratung.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Verhandlungen abzubrechen

(Zustimmung)

und die nächste Sitzung anzuberaumen auf Donnerstag, den 17. März, vormittags 10 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

(Unruhe.)

— Meine Herren, es wird Sie doch interessieren, die morgige Tagesordnung zu erfahren!

(Heiterkeit.)

1. Zweite Beratung der Ergänzung zum Entwurfe des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar:
   Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums;
2. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar:
   a) Haushalt des Reichsministeriums des Innern nebst Ergänzung. Abstimmung über Kapitel 19 der fortdauernden Ausgaben (D) (Technische Nothilfe) und über die Anträge und Entschließungen der Drucksachen Nr. 1333, 1504, 1636, 1671 und 1676,
   b) Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei,
   c) Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen nebst Ergänzung,
   d) Haushalt des Reichstags,
   e) Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Verwaltung der Reichseisenbahnen),
   f) Haushalt des Reichspostministeriums und der Reichsdruckerei,
   g) Haushalt der Reichsschuld nebst Ergänzung,
   h) Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung nebst Ergänzung,
   i) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 nebst Ergänzung;
3. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921.

Hoffentlich werden wir morgen diese Tagesordnung erledigen können.

(Heiterkeit.)

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 10 Uhr 47 Minuten.)

Namentliche Abstimmung

über die Entschließung der Abgeordneten D. Everling und Genossen (Nr. 1677 der Drucksachen) zur zweiten Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern nebst Ergänzung für das Rechnungsjahr 1920 (Anlage V) Fortdauernde Ausgaben, Kapitel 3 Titel 15 (Einbringung eines Gesetzentwurfs, betreffend Religionsunterricht).

Name.	Abstimmung.
Adams	fehlt
Aderhold	fehlt
Frau Agnes	Nein
Albrecht (Hannover)	fehlt
Albrecht (Magdeburg)	Nein
Allekotte	Ja
Alpers	Ja
Andre	Ja
Frau Ansorge	Nein
Arnstadt	fehlt
Aufhäuser	Nein
Bachmann	Ja
Bachmeier	Ja
Bahr (Frankfurt)	Ja
Dr. Barth (Chemnitz)	Ja
Bartz (Hannover)	Nein
Bauer	Nein
Baumann	fehlt
Frau Dr. Bäumer	fehlt
Bazille	Ja
Becker (Arnsberg)	Ja
Dr. Becker (Hessen)	Ja
Becker (Oppeln)	fehlt
Beckmann	Nein
Frau Behm	Ja
Behrens	Ja
Beims	fehlt
Dr. Bell	Ja
Bender	Nein
Berndt	Ja
Bernstein	Nein
Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover)	fehlt
Graf Bernstorff (Schl.-Holstein)	Ja
Berthelé	Nein
Beuermann	Ja
Dr. Beyerle	Ja
Beythien	fehlt
Bias	fehlt
Biener	Ja
Bitta	fehlt
Blum	Ja
Bock	fehlt
Böhm (München)	fehlt
Dr. Böhme (Magdeburg)	Ja
Bolz	fehlt
Bornefeld-Ettmann	Ja
Brandes	fehlt
Bratz	fehlt
Braun (Düsseldorf)	Nein
Dr. Braun (Franken)	Nein

Name.	Abstimmung.
Edler v. Braun (Oberb.)	Ja
Dr. Brauns (M.-Gladbach)	Ja
Dr. Breitscheid	Nein
v. Brentano di Tremezzo	fehlt
Breunig	Nein
Brey	Nein
Brodauf	Ja
Bruchardt	fehlt
Brühl	Nein
Bruhn	Ja
Brüninghaus	Ja
Brunner	Nein
Buck	Nein
Burlage	Ja
Busch	Ja
Colshorn	Ja
Dr. Cremer	Ja
Crispien	Nein
Cuno	Ja
Dr. Curtius	Ja
Damm	fehlt
Dannemann	fehlt
Dauch	Ja
Dauer	Ja
Däumig	Nein
Dr. David	Nein
Dr. Deermann	Ja
Deglerk	Ja
Dr. v. Delbrück	Ja
Delius	Ja
Dr. Dernburg	Ja
Diernreiter	beurl.
Dietrich (Baden)	Ja
Dietrich (Prenzlau)	Ja
Diez	fehlt
Dißmann	fehlt
Dittmann	Nein
Döbrich	Ja
Domsch (Dresden)	Ja
Dorsch (Hessen)	Ja
Frau Dransfeld	Ja
Dr. Düringer	Ja
Dusche	Ja
Düwell	Nein
Eckardt (Hannover)	Nein
Eggerstedt	Nein
Ehrhardt (Oppeln)	fehlt
Eichhorn	fehlt
Eisenberger	Ja
Emminger	Ja

Name.	Abstimmung.
Erkelenz	Ja
Ernst	fehlt
Ersing	Ja
Erzberger	fehlt
D. Everling	Ja
Fehr	fehlt
Fehrenbach	fehlt
Feilmayer	Ja
Feldmann	Nein
Feuerstein	Nein
Dr. Fick	Ja
Findeisen	fehlt
Fischer (Baden)	Ja
Fischer (Berlin)	Nein
Fischer (Hannover)	Nein
Dr. Fischer (Köln)	Ja
Dr. Fleischer	Ja
Fleißner	fehlt
Dr. Fortmann	Ja
Frank (Dortmund)	fehlt
Franz (Breslau)	fehlt
Fries	Nein
Frohme	Nein
Frölich	Nein
v. Gallwitz	Ja
Gebhart	krank
Geck (Mannheim)	Nein
Geck (Offenburg)	Nein
Geisler	fehlt
Gerauer	Ja
Gerstenberger	Ja
Dr. Geßler	Ja
Geyer (Leipzig)	Nein
Dr. Geyer (Sachsen)	fehlt
Giebel	Nein
Giesberts	Ja
Dr. Gildemeister	Ja
Girbig	Nein
Dr. Goetz	Ja
Dr.-Ing. Gothein	Ja
Dr. Gradnauer	Nein
Graef (Thüringen)	Ja
v. Graefe (Mecklenburg)	Ja
Gruber	Nein
v. Guérard	Ja
Gutknecht	Ja
Haag	Ja
Dr. Haas (Baden)	fehlt
Hamm	fehlt
Hammer	Ja
Hänse (Thüringen)	Ja

Name.	Abstimmung.
Hansmann	Nein
Harte	Ja
Hartleib	Nein
Dr. Hartmann	fehlt
Hartwig	Ja
Frau Hauke	fehlt
Haußmann	fehlt
Havemann	Ja
Heile	fehlt
Dr. Heim	fehlt
Heimann	Nein
Dr. Heinze	Ja
Dr. Helfferich	Ja
Hellmann	Nein
Hemeter	Ja
Henke	Nein
Henning	Ja
Hensel (Ostpreußen)	Ja
Hepp	Ja
Herbert (Franken)	Ja
Herbert (Hessen)	Ja
Hergt	krank
Herold	fehlt
Dr. Herschel	fehlt
Dr. Hertz	Nein
Dr. Herzfeld	Nein
Heydemann	fehlt
Dr. Hieber	fehlt
Hildenbrand	Nein
Dr. Hitze	fehlt
Hoch	Nein
Dr. Hoetzsch	Ja
Hoffmann (Berlin)	Nein
Hoffmann (Kaiserslautern)	Nein
Dr. Höfle	Ja
Hofmann (Ludwigshafen)	Ja
Hofmann (Thüringen)	fehlt
Höllein	Nein
ten Hompel	Ja
Höner	Ja
Horn	Nein
Hörsing	fehlt
Hue	beurl.
Dr. Hugenberg	Ja
Dr. Hugo	Ja
Hünlich	Nein
Hüttmann	fehlt
Imbusch	Ja
Isenmann	Ja
Jäckel	fehlt
Jaecker (Ostpreußen)	Nein
Jäker (Düsseldorf)	Nein
Jandrey	fehlt
Janeba	fehlt
Janschek	Nein
Jaud	fehlt
Joos	fehlt
Frau Juchacz	Nein
Dr. Kaas (Trier)	Ja
D. Dr. Kahl	Ja
Kahmann	Nein

Name.	Abstimmung.
Kaiser	Nein
Graf v. Kanitz	Ja
Käppler	Nein
Frau Karch	Nein
v. Kardorff	Ja
Karsten	Nein
Käselau	fehlt
Keil	Nein
Keinath	Ja
v. Kemnitz	Ja
Kempkes	fehlt
van den Kerkhoff	Ja
Kerschbaum	Ja
Keubler-Böhm	Ja
Klöckner	Ja
Kniest	Ja
Koch (Düsseldorf)	Ja
Koch (Essen)	Ja
Koch (Weser)	Ja
Koenen	fehlt
König	Nein
Kopsch	Ja
Korell	Ja
Körner	Ja
Körsten	Nein
Dr. Köster	Nein
Kotzke	Nein
Krätzig	Nein
Kröger (Rostock)	Nein
Krüger (Merseburg)	Nein
Krüger-Hoppenrade	Ja
Kubetzko	fehlt
Kuhnt	Nein
Dr. Kulenkampff	Ja
Dr. Külz	Ja
Kunert	Nein
Künstler	Nein
Kuntze	Nein
Lambach	fehlt
Lang	Ja
Frau Lang-Brumann	Ja
Lange-Hegermann	Ja
Langwost	Ja
Dr. Lauscher	Ja
Laverrenz	Ja
Ledebour	Nein
Leicht	Ja
Leopold	Ja
Dr. Frhr. v. Lersner	Ja
Lesche	Nein
Leutheußer	Ja
Dr. Levi	Nein
Liese	Ja
Lind	fehlt
Lipinski	fehlt
Löbe	Nein
Löffler	Nein
Dr. Löwenstein	Nein
Lübbring	fehlt
Frau Dr. Lüders	Ja
Ludwig	Nein
Lukas	Ja
Dr. Luther	Ja
Malke	beurl.
Malkewitz	Ja

Name.	Abstimmung.
Malzahn	Nein
Dr. Maretzky	Ja
Marx	Ja
Frau Dr. Matz	Ja
Dr. Maxen	krank
Maxin	Ja
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt
Dr. Meerfeld	Nein
Mehrhof	Nein
Meier (Zwickau)	Nein
Frau Mende	fehlt
Merck	Ja
Merkel	fehlt
Dr. Mittelmann	fehlt
Mittwoch	fehlt
Dr. Moldenhauer	Ja
Molkenbuhr	Nein
Morath	Ja
Dr. Moses	Nein
Dr. Most	Ja
Frau Mueller-Otfried	Ja
Müller (Franken)	Nein
D. Mumm	Ja
Nacken	fehlt
Frau Nemitz	Nein
Neuhaus (Düsseldorf)	Ja
Frau Neuhaus (Westfalen)	Ja
Neyses	Ja
Dr. Oberfohren	Ja
Obermeyer	fehlt
Oertel	Ja
Frau v. Oheimb	Ja
Okonsky	beurl.
Oettinghaus	fehlt
Dr. Pachnicke	Ja
Peine	Nein
Pennemann	Ja
Dr. Petersen	enthalten
Dr. Pfeiffer	Ja
Frau Pfülf	Nein
Dr. Philipp	Ja
Pieper (Westfalen)	Nein
Pinkau	Nein
Dr. Piper (Mecklenburg)	Ja
Plettner	Nein
Pohlmann	Ja
Ponschab	fehlt
Poppe	Ja
Puchta	Nein
Dr. Quaatz	Ja
Dr. Quessel	Nein
Dr. Radbruch	Nein
v. Raumer	Ja
Rauschmayr	Ja
Raute	fehlt
v. Rehbinder	Ja
Reich	Nein
Dr. Reichert	Ja
Reißhaus	Nein

Name.	Abstimmung.
Frau Reitze	Nein
Remmele	fehlt
Freiherr v. Rheinbaben	fehlt
Rheinländer	Ja
Dr. Richter	Ja
Riedmiller	Nein
Rieke	Nein
Rieseberg	Ja
Dr. Rießer	Ja
Rippler	Ja
Ristau	Nein
Dr. Roesicke	fehlt
Rosemann	Nein
Dr. Rosenfeld	Nein
Dr. Runkel	beurl.
Frau Ryneck	Nein
Ryssel	Nein
Sauerbrey	Nein
Scheidemann	fehlt
Schiele	Ja
Schiffer	Ja
Frau Schilling	Nein
Schimmelpfennig	fehlt
Schirmer (Dresden)	Nein
Schirmer (Franken)	Ja
Schlack	Ja
Schlicke	Nein
Schmidt (Berlin)	Nein
Schmidt (Cöpenick)	Nein
Schmidt (Sachsen)	Nein
Schmidt (Stettin)	Ja
v. Schoch	Ja
Dr. Scholz	Ja
Schöpflin	Nein
Schreck	fehlt
D. Dr. Schreiber	Ja
Frau Schreiber-Krieger	Nein
Frau Schroeder (Schlesw.-Holst.)	Nein
Schröter (Liegnitz)	Ja
Frau Schuch	Nein
Dr. Schücking	Ja
Schuldt (Steglitz)	Ja
Schulte (Breslau)	Ja
Schultz (Bromberg)	Ja
Schulz (Bremen)	Nein
Frau Schulz (Westf.)	Nein
Schulze (Berlin)	Ja
Schulz-Gahmen	Ja
Schumann	Nein
Schwarz (Baden)	Nein
Schwarz (Hessen)	Ja
Schwarzer (Oberbayern)	beurl.
Seemann	Nein
Seger	fehlt
Seibert	Ja
Seidel	Nein
Dr. Semmler	Ja
Frau Sender	fehlt
Seppel	Nein
Severing	Nein
Sidow	Nein
Dr.-Ing. v. Siemens	fehlt
Sievers	Ja
Silberschmidt	Nein
Simon (Franken)	Nein
Simon (Schwaben)	Nein
Sivkovich	Ja
Soldmann (Franken)	Nein
Sollmann (Köln)	Nein
Dr.-Ing. Sorge	beurl.
Dr. Spahn	Ja
Spetzler	beurl.
Staab	Nein
Stampfer	fehlt
Stegerwald	Ja
Steinkopf	Nein
Stelling	fehlt
Stinnes	fehlt
Stöcker	Nein
Stolten	fehlt
D. Strathmann	fehlt
Streiter	Ja
Dr. Stresemann	fehlt
Stücklen	Nein
Szczeponik	fehlt
Taubadel	Nein
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	Nein
Teuber	fehlt
Frau Teusch (Köln)	Ja
Thiel	fehlt
Thomas	Nein
Thomsen	Ja
Thöne	fehlt
Tremmel	Ja
Trieschmann	Ja
Trimborn	Ja
Tuch	fehlt
Ulitzka	fehlt
Ulrich	fehlt
Unterleitner	Nein
Veltin	Ja
Vogel (Berlin)	Ja
Vogel (Franken)	Nein
Dr.-Ing. Vögler	fehlt
Vogt	fehlt
Vogtherr	fehlt
Frau Wackwitz	Nein
Waigand	Nein
Warmuth	Ja
Weilnböck	krank
Weiß	fehlt
Wels	fehlt
Graf v. Westarp	Ja
Westermann	fehlt
Dr. Wiebel	Ja
Wieber	Ja
Dr.-Ing. Wieland	Ja
Dr. Wienbeck	Ja
Winnefeld	Ja
Dr. Wirth	Ja
Wissell	Nein
Frau Wulff	Nein
Wulle	Ja
Frau Wurm	Nein
Dr. Zapf	Ja
Zawadzki	fehlt
Zeschke	Ja
Frau Zetkin	Nein
Ziegler (Westfalen)	Ja
Frau Ziegler (Württ.)	Nein
Frau Zietz	Nein
Zörgiebel	Nein
Zubeil	Nein

Zusammenstellung.

	Abstimmung.
Gestimmt haben: mit **Ja**	203
mit **Nein**	151
Der Abstimmung haben sich enthalten	1
Ungültig	3
Zusammen	358

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

87. Sitzung.

Donnerstag den 17. März 1921.

(A) Die Sitzung wird um 10 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 5. (volkswirtschaftlichen) Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Hugo, Dusche, Findeisen, Diez, Brühl, Brandes, Hänse (Thüringen)
die Abgeordneten Dr. Richter, Cuno, Havemann, ten Hompel, Pieper (Westfalen), Horn, van den Kerkhoff;

in den 6. (sozialen) Ausschuß für den Abgeordneten Schwarzer (Oberbayern)
der Abgeordnete Herbert (Franken);

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Fischer (Hannover), ten Hompel, Leopold
die Abgeordneten Hartleib, Feilmayer, Hensel (Ostpreußen);

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Merkel, Schlack
die Abgeordneten Frau Karch, Imbusch;

in den 23. Ausschuß für den Abgeordneten Morath
der Abgeordnete Seibert;

in den 25. Ausschuß für den Abgeordneten Hemeter
der Abgeordnete Henning;

in den 28. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Rosenfeld, Dr. Heim, Dr. Maretzky
die Abgeordneten Unterleitner, Merck, Dr. Becker (Hessen).

Ich habe Urlaub erteilt dem
Herrn Abgeordneten Herbert (Franken) für 4 Tage, dem
(B) Herrn Abgeordneten Hoffmann (Kaiserslautern) für 6 Tage.

Es sucht für längere Zeit um Urlaub nach der Herr Abgeordnete Dr. Maxen für 6 Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erhebt sich nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

zweite Beratung der Ergänzung zum Entwurfe des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 1438 der Drucksachen),

und zwar

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums (Anlage VI)
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt: Nr. 1660 der Drucksachen.
Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Rießer.
Antrag Nr. 1670.

Als Kommissare sind angemeldet der Herr Ministerialdirektor v. Schönbeck und der Herr Ministerialdirektor v. Le Suire.

Wir beginnen die Beratung mit Kap. 1 Tit. 6 der fortdauernden Ausgaben. Ich rufe auf Tit. 6, — 9, — 12; — Kap. 2 Tit. 7; — Kap. 5 Tit. 2; — Kap. 6 Tit. 4, — 7, — 8; — Kap. 7 Tit. 4, — 6; — Kap. 8 Tit. 4, — 7; — Kap. 10 Tit. 3, — 4. — Angenommen.

Einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 2, — 9, — 10, — 10a sowie 10b und 10c nach dem Ausschußantrag auf Nr. 1660 der Drucksachen, — 16, — 18. — Genehmigt.

Außerordentlicher Haushalt Kap. 1 Tit. 1. Hierzu liegt eine Entschließung Körner und Genossen auf Nr. 1670 vor über das Ursprungszeugnis für Weine.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Körner.

Körner, Abgeordneter: Meine Frauen und Herren! (C) Der Friedensvertrag von Versailles verpflichtet uns, eine Reihe von Jahren die früher vom Elsaß nach Deutschland eingeführten **Weine** zollfrei über die Grenze im Westen nach Deutschland einzuführen. In diesem Jahre sollen 217 000 Hektoliter Wein und über 1 Million Flaschen Schaumwein aus Elsaß-Lothringen zur zollfreien Einfuhr gelangen. Gegen diese **zollfreie Einfuhr aus Elsaß-Lothringen** können wir nichts machen. Allein es ist zu befürchten, daß, wenn keine Verpflichtung zur **Angabe des Anbaugebietes** für die eingeführten Weine besteht, dann versucht werden wird, andere als elsaß-lothringische Weine und Schaumweine nach Deutschland einzuführen. Hiergegen wendet sich die Ihnen vorliegende Entschließung auf Beilage 1670.

Ich brauche zur Begründung derselben nicht viele Worte zu machen. Was uns der Friedensvertrag bezüglich zollfreier Einfuhr von Weinen vorschreibt, wollen und müssen wir erfüllen. Im übrigen aber sollten wir uns in der heutigen Zeit den alten Vers abgewöhnen, der uns von den französischen Weinen sagt: „Ein echter deutscher Mann kann keinen Franzmann leiden, doch seine Weine trinkt er gern". Wir meinen, diesen aus guter alter Zeit stammenden Vers sollten wir außer Kraft setzen und uns abgewöhnen, **französische Weine** gegenüber unseren guten einheimischen Weinen zu bevorzugen. Aber nicht nur den französischen Wein möchten wir möglichst fernhalten, sondern, solange wir in großer Not an Lebensmitteln und Rohprodukten sind, wollen wir auch die Einfuhr aller Luxusbedürfnisse aufs äußerste beschränken. Hierzu gehören vor allem die ausländischen Schaumweine, aber auch die sonstigen teueren Weine, die in letzter Zeit wieder in größerem Umfang nach Deutschland eingeführt wurden und eingeführt werden sollen.

Unser deutscher Weinbau hat sich in den letzten Jahren wieder erholt. Es muß unseres Erachtens unsere Auf- (D) gabe sein, soviel als möglich auch hier im eigenen Lande zu erzeugen und so wenig als möglich Weine und Weinerzeugnisse vom Auslande zu beziehen.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Dem möchte unsere vorliegende Entschließung Rechnung tragen. Ich bitte daher um deren Annahme und bitte das Reichswirtschaftsministerium, im Sinne dieser Entschließung tätig zu sein.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Korell:

Korell, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird die Resolution Körner auf Drucksache Nr. 1670 unterstützen. Schon vor einigen Monaten habe ich mir erlaubt, eine Anfrage an die Reichsregierung einzubringen, ob ihr von den **Mißbräuchen** Kenntnis geworden ist, die sich **bei der Einfuhr elsaß-lothringischer Weine** herausgestellt haben. Wir sind der Überzeugung, daß die Bestimmung auf die zollfreie Einfuhr einer gewissen Anzahl Hektoliter von Elsaß-Lothringen nach dem Friedensvertrag erfüllt werden muß. Wir müssen aber andererseits, wenn wir eine Pflicht auf uns nehmen, auch seitens des anderen Teiles, seitens der französischen Regierung, verlangen, daß sie ihre Pflicht erfüllt und wirklich elsaß-lothringische Weine zur Einfuhr bringt. Die Weine aber, die man uns in dem letzten Jahre hereingebracht hat, sind nur zum allergeringsten Teile elsaß-lothringische Weine. In der Hauptsache waren es französische Weine oder Verschnitte mit solchen.

Meine Herren! Daß das nicht allein die Beschwerde eines deutschen Reichstagsabgeordneten ist, geht schon daraus hervor, daß auch in der französischen Kammer elsässisch-lothringische Abgeordnete sich über die Zurück-

(Korell, Abgeordneter.)

(A) setzung des elsässisch-lothringischen Weinbaues beschwert haben. Sie haben selbst darauf aufmerksam gemacht, in welch prekäre Lage der elsässisch-lothringische Weinbau durch die Handhabung der Ausfuhrbestimmungen gekommen ist.

Wir sind der Meinung, daß die deutsche Regierung darauf bestehen muß, daß den bei uns einzuführenden Weinen ein **Ursprungszeugnis** gegeben wird. Die französische Regierung kann das sehr wohl machen, wenn sie sich mit derjenigen Sympathie der uns entrissenen elsässisch-lothringischen Weinbauern annehmen will, wie sie das mit ihren Worten versichert.

Zum andern, meine Herren, sind wir in der Tat der Meinung, daß die Einfuhr von Weinen über die Westgrenze auf das allerdenkbar geringste Maß beschränkt werden muß. Es sind bekannt die immer und immer wieder sich wiederholenden Verstöße französischer Handelskreise, die es unter gewissen Druckmitteln versucht haben, die deutsche Regierung zur Erlaubnis größerer Einfuhrmengen zu bestimmen.

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Körner darauf hingewiesen hat, daß das deutsche Publikum sich besonders in dieser Zeit aus volkswirtschaftlichem Interesse die nötige Reserve gegenüber den Weinen vom Auslande auferlegen müsse, so kann ich diesen Appell nur unterstützen. Ich muß ihn aber bitten, gerade auf die Kreise, denen er vielleicht nahesteht, zumal hier in Berlin, seinen lebhaften Einfluß dahin geltend zu machen, daß man in den **Weinstuben** nicht in erster Linie **ausländische Weine** verlangt, sondern deutsche Weine.

(Erregte Zurufe rechts.)

— Daran ändern Sie auch nichts durch Ihre Zwischenrufe! So oft ich eine Berliner Weinstube betrete, sehe ich ganz gewiß mehr Herren, die auf der rechten Seite des Hauses sitzen und fremde Weine trinken.

(B) (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten. — Wiederholte Zurufe rechts.)

Es muß allerdings das deutsche Volk in allen seinen Kreisen sich bescheiden lernen. Man darf hier die nationale Pflicht nicht bloß von der Tribüne des Reichstags aus geltend machen, sondern muß sie auch draußen im Lande betätigen,

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Man darf heutzutage nicht mehr französische Seide kaufen, Schokolade, Konfitüren verzehren und französische Weine trinken.

(Wiederholte Zustimmung.)

Wir sind auch damit einverstanden, daß bei neuen Handelsabkommen demnächst die Rechte der deutschen Weinproduzenten gewahrt werden. Es ist ein vollständig falsches Urteil, das in weiten Kreisen des deutschen Volkes besteht, daß die Weinproduzenten nach den guten Jahren, die sie gehabt haben, heute wirklich noch auf Rosen gebettet seien. Wer selbst im Weingebiete wohnt, der weiß, daß es eine Überzeugung aller Parteien ist, daß der **Weinbau** schon sehr bald wieder zurückgesunken ist von der Stellung, die er durch einige glänzende Jahre während des Krieges erlebt hat. Das Weingeschäft, ebensowohl beim Winzer wie beim Handel, ist zurzeit vollständig tot. Die erzielten Überschüsse sind durch die erhöhten Produktionskosten und die gesteigerten Abgaben erheblich zurückgegangen, und schon steht der Weinbau, namentlich am Rhein, wieder in sehr übler Lage. Darum muß die Reichsregierung bedacht sein, ihn zu schützen gegen weitere Verschlechterung durch unberechtigte Einfuhr.

Der Herr Reichswirtschaftsminister hat ja im Reichswirtschaftsratsausschuß nach Pressemeldungen von heute früh gesagt, daß wir darauf bedacht sein müßten, uns jetzt dagegen zu wehren, daß das Loch im Westen durch

(C) die nun in Wirksamkeit getretenen Gewaltmaßregeln, die sogenannten Sanktionen, wieder aufgerissen wird.

Wir sind uns darüber klar, daß man seitens der Westmächte, insbesondere seitens Frankreichs, versuchen wird, alle möglichen Waren und insbesondere Weine auf legalem oder illegalem Wege durch den Handel über die frühere deutsche Zollgrenze im Westen herüberzubringen, und ich glaube, daß es der lebhaftesten Bemühungen der Reichsregierung bedarf, um den deutschen Weinbau vor dieser Überflutung mit fremden Weinen zu schützen.

Ich gebe zur Erwägung, ob eine dieser Maßnahmen nicht die sein muß, daß wir das deutsche Reichsweingesetz alsbald in der Beziehung abändern, daß der **Verschnitt deutscher und ausländischer Weine** verboten werden muß, damit sich diese Weine nicht in die deutschen Weine hinein verstecken und auf diese Weise den deutschen Weinbau und auch die deutsche Zollkasse beträchtlich schädigen können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Zum anderen bin ich aber auch der Überzeugung, daß das Reichswirtschaftsministerium darauf zu achten hat, daß die Schutzmaßnahmen, die es selbstverständlich im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu treffen hat, an der deutschen **neuen Zollgrenze** — möge sie eine recht vorübergehende, eine recht kurze sein! — nicht dahin führen können, das legale Geschäft Deutschlands, die Ausfuhr derjenigen Waren, die im **besetzten Gebiet** erzeugt werden, insbesondere der Weine, bei der **Einfuhr nach Deutschland** noch weiter zu schädigen, als das naturgemäß durch die Errichtung einer neuen Zoll- und Verkehrsgrenze geschehen muß. Ich möchte dringend bitten, nicht zurückzukehren zu der Praktik, die früher der Reichsbeauftragte für Ein- und Ausfuhr und seine Delegierten gegenüber diesen Waren gehabt haben, sondern ich wünsche, daß das Reichswirtschaftsministerium bei der Kontrolle dieser Waren in weitestgehendem Maße die Handels- und (D) Industriekreise, die Firmen- und Branchensachverständigen heranzieht, damit sie eine sachgemäße und rasche Erledigung aller Waren, die aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet kommen, ermöglichen können.

Wie gesagt, wir sind einverstanden mit der Resolution Körner, auch aus dem Gesichtspunkte, daß ein Lebensinteresse nicht nur des Rheinlandes und der übrigen Weinbaugebiete, sondern daß es ein Lebensinteresse ganz Deutschlands ist, die Produktion im besetzten Gebiete nicht leiden zu lassen unter den „Sanktionen", unter den Gewaltmaßregeln, unter die sie gestellt worden ist.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

Dr. **Scholz**, Reichswirtschaftsminister: Meine Damen und Herren! Der Antrag Körner und Genossen gehört zwar, wenigstens in seinem ersten Teil, zur Zuständigkeit des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Ich nehme aber trotzdem, ohne meinem Herrn Kollegen vorgreifen zu wollen, keinen Anstand, zu erklären, daß die Reichsregierung durchaus auf dem Boden dieses Antrages steht und gegen seine Annahme Einwendungen nicht zu erheben hat.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geck (Offenburg).

Geck (Offenburg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte gegen diesen Antrag im Interesse derjenigen Deutschen, die den **französischen Rotwein** nicht als Schwelger genießen, sondern die ihn als Medizin, als Mittel zur Erhaltung und Wiedergewinnung ihrer Gesundheit notwendig haben, Einspruch erheben. Damit meine ich nicht die Herren, die bei Kempinski verkehren, sondern ich meine die Kranken in den Spitälern, die Ar-

(A) (Geck [Offenburg], Abgeordneter.)

beiter und Frauen, insbesondere die Wöchnerinnen, die Herzleidenden, denen der Arzt zur Stärkung ihrer Gesundheit und Herztätigkeit den Wein verschreiben muß. Dazu genügt unser Rotwein nicht, weil er Eigenschaften besitzt, die ihn als Medizin, für die Kranken verwendet, nicht geeignet machen.

(Widerspruch. — Zuruf rechts: Vorurteil!)

Wir sind deswegen auf die Einfuhr des französischen Rotweins im Interesse der notleidenden Volksgenossen, deren Zahl, wie Sie wissen, täglich zunimmt, angewiesen.

Nun ist richtig, was einer der Herren Vorredner gesagt hat: wir bekommen und bekamen in letzter Zeit aus dem besetzten Gebiet über die Westgrenze, namentlich über Straßburg und Kehl, eine Menge elsässischen Weins, der mit französischem Rotwein vermischt und versetzt gewesen ist. Das Kontingent wird auch künftig nicht beschränkt werden. Da meine ich, wäre es doch viel vernünftiger, wenn wir statt des geschmierten elsässischen Weines, statt amerikanischen Weines, der mit französischem Rotwein versetzt wird, um ihn genießbar zu machen, echten französischen Rotwein einführen lassen. Es würde daher, weil ja auch die Zollfrage dabei in Betracht kommt, viel wirtschaftlicher und aus den schon von mir angeführten Gründen auch vernünftiger sein, wenn wir die Einfuhr französischen Rotweins nach Deutschland fördern würden. Ich bitte deswegen, den Antrag abzulehnen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Körner.

Körner, Abgeordneter: Meine Frauen und Herren! Nur eine ganz kurze Bemerkung gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Korell. Er hat mich gebeten, auf mir nahestehende Freunde, die in Berliner **Weinlokalen** teure **französische Weine** trinken, einzuwirken. (B) Ich bin als einfacher Mittelstandsmann nicht in der Lage gewesen, diese Berliner Lokale zu besuchen und sie daraufhin zu prüfen, welches Publikum dort verkehrt. Es scheint aber, daß der Herr Abgeordnete Korell auf diesem Gebiete persönliche Erfahrungen besitzt und deshalb viel besser Bescheid weiß als wir auf der Rechten. Seine Mahnungen sind an die unrichtige Adresse gerichtet gewesen. Gegenüber dem Herrn Vorredner möchte ich nur das eine sagen, daß unsere **deutschen Rotweine** mit den französischen Rotweinen, sowohl was Qualität als gesundheitliche Bekömmlichkeit, auch für die Kranken, betrifft, sehr gut konkurrieren können.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Korell.

Korell, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch ich muß dem Herrn Vorredner erwidern, daß ich es im Interesse der **deutschen Rotweine** nicht unwidersprochen lassen kann, daß sie etwa für Kranke schädlich seien. Ich stamme aus einem Orte, von dem einer der besten deutschen Rotweine seinen Namen hat, und habe noch niemals gehört, noch habe ich selbst an einem Kranken irgendwie schädliche Einwirkungen des Ingelheimer Rotweins gesehen. Tatsache ist, daß gegen die deutschen roten Weine weithin ein Vorurteil besteht, und ich möchte dem Herrn Abgeordneten Körner dieses erwiedern, daß man nicht, was auch ich nicht kann, in ein Berliner Schlemmerlokal zu gehen braucht, sondern bloß in gut bürgerliche **Weinstuben** Berlins, um zu sehen, daß dort die wohlhabenden Kreise **Bordeauxwein** verlangen. Ich mache aber weiter darauf aufmerksam, daß in großen Bezirken des Ostens, wie ich neulich auf einer Reise im Osten feststellen konnte, wo doch in der Hauptsache die Freunde der Rechten sitzen, auch in der heutigen Lage französische Rotweine getrunken werden; — von früheren (C) Zeiten will ich gar nicht sprechen.

Ich kann daher von den Bemerkungen, die ich vorhin gemacht habe, nichts zurücknehmen, und muß mich nur dagegen wehren, wenn der Herr Vorredner geglaubt hat, wir kämen am besten durch, wenn wir möglichst viel französische Weine womöglich zollfrei hereinließen. Für kranke Personen, die die französischen Rotweine nötig haben, wird die erforderliche Menge auch vorhanden sein. Darüber hinaus müssen wir es aber in der jetzigen Lage im Interesse unseres Wirtschaftslebens ablehnen, daß wir die ausländische Produktion auf Kosten der deutschen Produktion begünstigen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geck (Offenburg).

Geck (Offenburg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß wir durch den Friedensvertrag gezwungen sind, **französische Rotweine** einzuführen. Sie kommen nicht darum herum. Zweitens möchte ich dem Herrn Vorredner gegenüber bemerken, daß die **Preise der Weine** deswegen zurückgegangen sind — nicht allein wegen der etwas vermehrten Einfuhr in der letzten Zeit —, weil der Jahrgang 1920 so außerordentlich ungünstig in seiner Lagerung gewesen ist. Namentlich im Süden Deutschlands haben die Reben an allen möglichen Krankheiten gelitten, deswegen ist der Wein auf dem Lager schlecht gediehen. Infolgedessen gehen die Weinpreise zurück, weil der Wein nicht gekauft wird. Das ist also die Ursache, und nicht, wie es der Herr Vorredner glaubhaft machen wollte, die Einwirkung der größer gewordenen Arbeitslöhne und andere Umstände.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen (D) und Herren: Soweit uns der Friedensvertrag dazu zwingt, **elsässische Rot- oder Weißweine** hereinzulassen, müssen wir sie selbstverständlich aufnehmen. Dagegen hat auch kein vernünftiger Mensch etwas einzuwenden. Ich habe zwar die Ausführungen des Herrn Kollegen Korell nicht gehört; aber ich nehme an, daß auch er sich nicht auf einen anderen Standpunkt stellt. Im übrigen aber bedauere ich es außerordentlich, daß der **deutsche Rotwein** von der Tribüne des Reichstags herunter schlecht gemacht und für den **französischen Rotwein** Reklame gemacht wird. Der deutsche Rotwein kann die Konkurrenz, das hat — —

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Es wird aus den Reihen der Linken behauptet, das sei die Wahrheit. Das ist unrichtig, meine Herren. Der deutsche Rotwein kann die Konkurrenz des französischen Rotweins — ganz selbstverständlich nicht der Rotweine, die schon in Frankreich 100 Mark kosten — sehr wohl aushalten.

Ich wundere mich aber außerordentlich auch darüber, welch große Kenntnisse von **Weinbau und Weinbehandlung** der letzte Herr Vorredner hier zum besten gegeben hat. Er hat behauptet, die Krankheiten des Weinstocks seien schuld daran, daß der deutsche Rotwein schlecht oder verdorben sei. Deshalb sei er unverkäuflich oder würde sehr schlecht bezahlt. Die Krankheiten des Weinstocks werden von den Winzern bekämpft; soweit sie mit der Bekämpfung nicht vom Weinstock wegzubringen sind, schaden sie dem Wein an sich nichts. Es gibt Wein, der nachher schlecht behandelt wird, wenn er im Faß liegt, und unter Umständen verdirbt. Den wird natürlich kein Mensch kaufen. Das verlangt aber auch niemand, und das hat wohl auch keiner der Vorredner verlangt, daß verdorbener deutscher Rotwein gekauft wird. Ich

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) warne aber nochmals davor, in der Allgemeinheit und vor allem im Reichstag die Ansicht aufkommen zu lassen und sie gar von hier aus zu vertreten, daß der deutsche Rotwein an und für sich minderwertig und deshalb unverkäuflich sei. Das ist verfehlt, und wir haben alles Interesse daran, die deutsche Landwirtschaft und den deutschen Weinbau, der sehr schwere Jahre hinter sich hat und wahrscheinlich sehr schwere Jahre auch wieder vor sich haben wird, zu unterstützen, nicht aber ihn zu schädigen dadurch, daß man von der Tribüne des Reichstags aus Behauptungen aufstellt, die dazu noch absolut unhaltbar sind.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Veltin.

Veltin, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kann die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Becker nur unterstützen.

(Lachen links.)

Die unbegrenzte **Einfuhr der französischen Weine** würde unseren Weinbau — und damit auch die kleinen Winzer, welche die Sozialdemokratie angeblich am besten vertreten will — direkt ruinieren. Wir sind nicht imstande, angesichts der gewaltigen Produktionskosten, mit denen wir heute rechnen müssen, die Konkurrenz der französischen Rotweine auszuhalten. Frankreich produziert seine Weine unter viel günstigeren Bedingungen als wir. Der Süden hat viel billigere Bodenpreise, billigere Arbeitskräfte und reichere Ernten. Wir sind nur durch einen sehr geringen Zoll geschützt. Ich bitte Sie daher, den vorliegenden Antrag anzunehmen.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fischer (Baden).

(B) **Fischer** (Baden), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! So ungern ich auch meinem ergrauten Landsmann gegenübertrete, so kann ich es doch nicht verstehen, daß einer, der in allernächster Nähe einer der besten Weingegenden in Baden wohnhaft ist, derartige Ausführungen machen kann. In dieser Weingegend wächst nämlich der beste **badische Wein,** und zwar in der Gegend von Offenburg, in Durlach und Zell sowie in Oberbaden Markgräfler und Kaiserstühler. Ein halbe Stunde von Offenburg, der Heimat des Herrn Abgeordneten Geck, entfernt, wird der bekannte Zeller Rotwein gebaut. Ich möchte den Herrn Kollegen Geck bitten, das, was er hier vorvorgetragen hat, einmal in seiner Gegend den Weinbauern zu erzählen.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Ich weiß nicht, wie ihm dann zu Mute wäre, wenn er das Lokal verlassen würde.

(Große Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Geck geht von dem Standpunkt aus, daß wir nach dem Friedensvertrage verpflichtet wären, **französische Rotweine** hereinzulassen. Soviel mir bekannt ist, sind wir nur verpflichtet, Elsässer Weine zollfrei hereinzulassen.

(Sehr richtig! rechts.)

In ganz Deutschland und sogar in Berlin findet man aber echten französischen Rotwein, der für Elsässer Rotwein verkauft wird. Dies zu verhindern, ist der Zweck unseres Antrags. Diese Ungerechtigkeit, daß der Deutsche in dieser Weise an der Nase herumgeführt wird und französischen Rotwein für Elsässer Rotwein kaufen soll, muß im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse des deutschen Namens und im Interesse der deutschen Winzer unter allen Umständen aus der Welt geschafft werden.

(Lachen links. — Beifall rechts.)

(C) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geck (Offenburg).

Geck (Offenburg), Abgeordneter: Werte Damen und Herren! Mein lieber Landsmann und Vorredner hat Dinge hier vorgetragen, die ich gar nicht behauptet habe. Er hat vielmehr das, was ich ausgeführt habe, unterstützt. Ich weiß genau, daß in nächster Nähe meiner Heimat der beste süddeutsche Rotwein, der **Zeller Rotwein,** gepflanzt wird. Aber wenn Sie hingehen und ihn versuchen wollen, finden Sie keinen Tropfen mehr;

(Heiterkeit)

denn er ist längst trotz der großen Einfuhr französischer und elsässischer Weine ausverkauft, weil er eben ein begehrter Wein ist, der nicht in dem Maße gepflanzt werden kann, um der Nachfrage zu genügen. Also ich brauche meine Nachbarschaft nicht zu schützen. Ich schütze sie aber gegen das, wogegen der Herr Vorredner sie auch geschützt haben will, nämlich gegen die Konkurrenz verschnittener und gefälschter Elsässer Weine. Ich habe ja hervorgehoben, daß sogar amerikanische Weine drüben mit französischen Rotweinen verschnitten und als **französische Rotweine** verkauft werden. Deshalb sage ich: wir kaufen keine Katze im Sack, sondern wir wollen dann lieber direkt französischen Rotwein haben.

(Lebhafte Rufe rechts: Nein!)

Ich habe gesagt, warum wir den französischen Rotwein haben wollen, nämlich weil wir ihn notwendig haben,

(erneute lebhafte Rufe rechts: Nein!)

weil ihn die Ärzte für die Kranken verschreiben und weil unsere deutschen Rotweine nicht als Medizinalweine gebraucht werden können, da sie nicht die nötigen Qualitäten dafür haben.

(Rufe rechts: Doch!)

Was ich von der **Traubenkrankheit** gesagt habe, verehrter Herr Kollege, bezog sich nicht auf Rotwein allein, (D) sondern ich spreche vom Wein überhaupt. Er kann nicht verkauft werden, er bleibt auf dem Lager liegen.

(Widerspruch und Zurufe rechts.)

— Bei uns ist es wenigstens so. —

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Das ist etwas anderes!)

— Ich kann ja nur von dem sprechen, was ich selber sehe und weiß. Bei uns ist der Wein aus den eben angeführten Gründen nicht flaschenreif, und deswegen ist auch der Preis des Weines zurückgegangen, nicht deswegen, weil die Kosten für die Arbeiter erhöht worden seien.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Ich bitte die Damen und Herren, zur Abstimmung Platz zu nehmen. — Zunächst kann ich den Tit. 1 für angenommen erklären.

Sodann bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche der Entschließung Körner und Genossen auf Drucksache 1670 über das Ursprungszeugnis der auswärtigen Weine und die Nichtbevorzugung von solchen Weinen zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 1a Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7; — Kap. 2 — Tit. 4, — 5; — Kap. 4 Tit. 2; — Kap. 6 Tit. 2; — Kap. 8 Tit. 3, — 4, — 5. —

Wir kommen nunmehr zu den Einnahmen des Ergänzungsetats. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — Tit. 3; — Kap. 2 Tit. 1. — Die einzelnen Kapitel und Titel sind genehmigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die

(Präsident.)

(A) **Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920** (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt des Reichsministeriums des Innern nebst Ergänzung (Anlage V). Abstimmung über Kap. 19 der fortdauernden Ausgaben (Technische Nothilfe) und über die Anträge und Entschließungen der Drucksachen Nr. 1333 zu Ib und II 10, 1671.

Ich schlage Ihnen vor, die gestern ausgesetzten Abstimmungen erst nach erfolgter Debatte über die Haushalte des Reichsministeriums usw., etwa in der Zeit von 12 bis 1 Uhr, vorzunehmen. —

Wir würden dann übergehen zum

Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei (Anlage III).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt: Nr. 1419 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Ersing.

Wir beginnen die Beratungen bei Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben und verbinden damit den gleichen Titel im

Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen nebst Ergänzung (Anlage IV).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt Nr. 1406 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Hoetzsch.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bernstein.

Bernstein, Abgeordneter: Meine Herren! Sie werden begreifen, daß ich bei der geringen Zeit, die uns (B) noch für die Erörterung des Haushalts übrig bleibt, darauf verzichte, auf den Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei näher einzugehen. Die hierfür in Betracht kommenden Fragen werden ja gewöhnlich bei der Einbringung des Etats im allgemeinen eingehend erörtert. Ich beschränke mich auf den **Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen.**

Dieser Haushalt schließt diesmal ab mit einer Ausgabe von 320 Millionen Mark für die fortlaufenden Ausgaben und 91 Millionen Mark für die einmaligen Ausgaben, zusammen 411 Millionen. Das bedeutet gegenüber dem höchsten Haushalt vor dem Kriege, nämlich dem Haushalt für 1914 von etwa 20 Millionen, das Zwanzigfache. Die Ausgaben übersteigen also weit mehr die damaligen Ausgaben, als es der gesunkenen Kaufkraft unserer Papiermark entsprechen würde. Ich verkenne aber nicht, daß nebenbei noch außerdem viele Preissteigerungen stattgefunden haben, die nicht durch das Sinken der Mark entschuldigt sind. Wir haben aber trotz alledem die Frage aufzuwerfen: ist es möglich, an diesem Haushalt etwas zu sparen und Einschränkungen stattfinden zu lassen? Wir haben auch heute kaum die Zeit dazu, diese Frage hier zu untersuchen; denn es werden da Fragen behandelt, die sich auf die ganze Organisation und Natur unseres auswärtigen Dienstes erstrecken. Wir müssen dahin streben, den auswärtigen Dienst zu vereinfachen und in unseren Vertretungen im Auslande den Charakter der deutschen Republik zum Ausdruck zu bringen, das heißt: so wenig wie möglich Luxus, so wenig wie möglich überflüssige Beamte, so wenig wie möglich rein äußerliche Repräsentation. Wir wollen eine **Vereinfachung des auswärtigen Dienstes.** Als ich mich mit der Frage der Demokratisierung unserer Diplomatie beschäftigt habe, habe ich das Wort gebraucht: die Demokratisierung der Diplomatie bedeutet zuletzt weiter nichts als die Abschaffung der Diplomatie. Bis wir dahin kommen werden, dauert es (C) ja wohl noch einige Zeit. Aber die Tendenz unserer ganzen Organisierung des auswärtigen Dienstes muß doch von dem Gedanken beseelt sein, die Beziehungen der deutschen Republik zu den anderen Völkern auf einen ganz anderen Boden zu stellen als bisher. Wir brauchen eine **auswärtige Vertretung,** die den **republikanischen Gedanken** in Form und Geist zum Ausdruck bringt.

Wie wichtig dies ist, haben zum Beispiel die Vorkommnisse deutlich gezeigt, die sich vor einigen Monaten in Buenos-Aires bei einer Feier abgespielt haben. Die Vertreter der deutschen Republik im Auslande haben auch die Aufgabe, auf die Deutschen dort im Auslande im Geiste und Sinne der Republik, wie sie geschaffen ist, einzuwirken. Der Auslandsdeutsche ist seinerzeit in bezug auf die Politik infolge einer intensiven Agitation, die darauf ausging, ihn sozusagen zum Chauvinismus zu erziehen, zweifellos keine Wohltat für Deutschland gewesen, und wenn in demselben Geist weiter agitiert und gearbeitet wird, dann wird das deutsche Volk den Schaden davon haben.

Es ist eine Lebensbedingung Deutschlands, daß der auswärtige Dienst in jeder Hinsicht mit republikanischem Geiste erfüllt wird. Wir haben das gerade in der neuesten Zeit recht deutlich erkennen können. Das, was Deutschland in der Welt braucht, ist das Vertrauen in den demokratischen Volksklassen der anderen Länder in die Echtheit der deutschen Republik, ihren demokratischen und sozialistischen Charakter; denn bei diesen demokratischen Volksklassen, bei der Arbeiterklasse sitzen diejenigen Elemente, auf die die deutsche Republik gegebenenfalls rechnen kann, wenn es sich darum handelt, für sie Gerechtigkeit zu erwirken. Das wird aber nur erreicht, wenn das Vertrauen in die Realität der deutschen Republik besteht, in ihren guten Willen und ihre Kraft. Daran fehlt es (D) noch. Dies Vertrauen ist in weiten Gebieten nicht da.

Vor einigen Tagen hat das an dieser Stelle Herr Minister Simons, den ich zu meinem Bedauern hier vermisse, ausgesprochen, indem er sagte: in London ist mir erst voll zum Bewußtsein gekommen, wie vereinzelt Deutschland in der Welt noch dasteht. Das ist zum großen Teil eine Folge der Tatsache, daß das volle Vertrauen in die Realität der deutschen Republik noch nicht da ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

— Ja, Sie haben ganz recht, „Hört! Hört!" zu sagen, denn von Ihrer Seite geschieht ja alles mögliche, dieses Vertrauen zu erschüttern, und weil sie überhaupt da sind und eine solche Sprache führen, mangelt das Vertrauen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Mißerfolg unserer Vertreter auf der **Londoner Konferenz** ist zu einem großen Teil auch darauf zurückzuführen. Ich verkenne durchaus nicht die Bedeutung des wirtschaftlichen Faktors und des **finanziellen Interesses,** das gewiß im Vordergrund der Erwägungen der Entente stand und eine große Rolle spielte. Aber ich betone hierbei mehr, wie bedeutungsvoll die finanziellen Notwendigkeiten namentlich Frankreichs und Belgiens sind, die uns vieles verstehen lassen, was wir sonst nicht verstehen würden, und die wir berücksichtigen müssen, wenn wir ein richtiges Urteil über das Volksleben — ich will nicht sagen der Staatsmänner, sondern überhaupt der großen Masse der Nation in diesen Ländern — fällen wollen.

Aber so bedeutungsvoll das ökonomische Interesse ist, ein so gewaltiger Faktor in der Entscheidung der Nationen es ist, — es bestimmt doch nicht alles, es bestimmt nicht die Form der Forderungen und den Modus. Da ist noch ein weiter Spielraum. Da unterscheiden sich auch die Parteien in den entgegengesetzten Ländern. Da ist noch

(**Bernstein,** Abgeordneter.)

(A) ein weiter Spielraum für die auswärtige Vertretung der Republik gegeben, um bessere Bedingungen zu erzielen. Namentlich darauf kommt es eben vor allen Dingen an. Das sind Möglichkeiten, die ausgenutzt werden müssen. Denn die Nationen, mit denen wir zu tun haben, bestehen ja keineswegs ausschließlich aus Kapitalisten und Geschäftsleuten. Erstens sind die Kapitalisten selbst sehr verschieden und haben sehr verschiedene Interessen, und zweitens bestehen die Nationen zum großen Teil aus Arbeitern, auf die wir Rücksicht zu nehmen haben.

Das **Scheitern der Verhandlungen in London** ist auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen. Zwei davon will ich hier erwähnen. Die eine ist die viel besprochene Tatsache, daß die Anerbietungen Deutschlands im ersten Vorschlag in nicht geschickter Form, um es milde auszudrücken, vorgetragen wurden. Der **erste Vorschlag** ließ die wirkliche Größe des Anerbietens nicht voll zum Ausdruck kommen. Das machte zunächst insofern einen ungünstigen Eindruck, weil er eine Anschauung zu bekräftigen schien, die überhaupt schon Deutschland gegenüber herrscht, daß nämlich die deutsche Politik eine solche der „Winkelzüge“ ist und die Tendenz hat, sich von dem, was man einmal unterschrieben hat, mit allerhand Ausflüchten zurückzuziehen.

Ich glaube, hier hinzufügen zu müssen, weil es eine große Rolle gespielt hat, daß das **Verhalten der deutschen Politik in der Frage Eupen-Malmedy** sehr viel dazu beigetragen hat, diese Stimmung zu schaffen. Von unserer Seite ist die Regierung gewarnt worden, diese Haltung einzunehmen. Deutschland hat im Friedensvertrag von Versailles unterschrieben, daß es Eupen und Malmedy mit allen Rechten an Belgien abtritt. Wir konnten höchstens aus demokratischen Gründen, möchte ich sagen, dafür eintreten, daß der Bevölkerung eine demokratische Abstimmung gewährleistet wird. Dafür haben wir Sozial- (B) demokraten vor allen Dingen uns ja ausgesprochen. Aber die Art und Weise, wie die Frage Eupen-Malmedy von offizieller Seite behandelt wurde, mußte den Eindruck machen, daß man sich wiederum von dem, was man unterschrieben hat, zurückziehen will, und das ist ein großer Schaden. Man kann sich nicht einen Tag auf den Friedensvertrag von Versailles stützen und ihn am nächsten Tage wieder umstoßen wollen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Entweder — oder! — Ich will aber den Einfluß dieses Versehens der deutschen Vertretung, dieser ungeschickten Form der ersten Darstellung des Anerbietens nicht übertreiben; denn drüben saßen Leute, die hinterher gut herauszufinden wußten, was angeboten war.

Der zweite Verstoß ist viel wichtiger. Er bezieht sich auf die Haltung in der Frage der Schuld am Kriege. Da ist vor allen Dingen Einspruch dagegen zu erheben, daß man von seiten der Vertretung Deutschlands sich nicht endlich zu dem bekennt, was die übergroße Masse nicht nur der Gegner, nein, was in allen neutralen Ländern feststeht: zu der **Schuld des kaiserlichen Deutschland am Ausbruch des Krieges.**

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Unerhört!)

Wie sehr man dadurch Deutschland schädigt, das zeigt Ihnen ein sehr eindrucksvoller Artikel in der letzten Nummer des „New Statesman“, eines demokratisch-sozialistischen englischen Blattes in der Opposition, das die Forderungen von Paris und die Beschlüsse der Sanktionen aufs allerschärfste verurteilt, schon in der Überschrift des Artikels mit dem Namen „Der Gipfel des Wahnsinns“ bezeichnet. Also ein Artikel, der nicht etwa geschrieben ist, um gegen Deutschland zu hetzen, sondern im Gegenteil die schärfste Kritik an dem Vorgehen der Entente übt. Aber dieser Artikel hat auch ein Stück, das sich auch an Deutschland, an die deutsche Vertretung wendet. Der Artikel sagt an einer Stelle — er ist sehr kurz; ich (C) erlaube mir, das vorzulesen —:

> Zwei Lehren soll man aus den Vorgängen in London entnehmen. Die erste, die unserer Ansicht nach alle sich zu Herzen nehmen sollten, denen die Herstellung des Friedens in Europa am Herzen liegt, ist, daß es eine Torheit ist, beständig über die Verantwortung am Kriege zu nörgeln. Unzweifelhaft gibt es viele Deutsche, die nicht glauben, daß die Hauptschuld am Kriege auf Deutschland lastet. Einige wenige Leute hierzulande sind der gleichen Ansicht. Aber die ungeheure Mehrheit hier und in allen Ländern der Alliierten zweifelt nicht im mindesten daran. Zugleich hat jedoch die große Mehrheit von uns nicht den Wunsch, fortgesetzt davon zu reden, — —

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das glaube ich!)

— Wen meint denn „New Statesman“ damit? Die englischen Demokraten, die englischen Sozialisten!

(Abgeordneter Dr. Rießer: Was richten Sie sich denn gegen mich? Ich habe keinen Zwischenruf gemacht!)

— Das gilt dem, der den Zwischenruf gemacht hat. — Hören Sie nun weiter:

> — — noch erwarten wir von den Deutschen, daß sie es zum Refrain aller ihrer Reden und zur Einleitung aller ihrer Dokumente machen. Es ist aber heller Wahnsinn von ihnen, beständig ihre Unschuld zu beteuern. Dr. Simons zieht es in alle seine Reden hinein. Wir erlauben uns die Bemerkung, daß dieses windige akademische Argument eines der besten Stücke der deutschfeindlichen Agitation seit den Tagen des Waffenstillstands gewesen ist. Es gibt denen eine Waffe, die den Hader lebendig zu erhalten suchen. (D) Es erlaubt Mr. Lloyd George, von der Galerie rhetorisches Spiel mit der Ankündigung zu treiben, daß, wenn Deutschlands Schuld geleugnet wird, der Versailler Vertrag zu Boden fällt, und das ist um so mehr zu bedauern, da Deutschland den Vertrag unterzeichnet hat und kein vernünftiger Mensch ernsthaft an irgend etwas anderem interessiert ist, als wie und bis zu welchem Grade die Wiedergutmachung möglich ist.

Die zweite Lehre — das will ich nur kurz erwähnen — ist die, daß England sich nicht zu eng auf Frankreichs Politik einlassen dürfe.

(Hört! Hört! rechts.)

— Jawohl, das sage ich zur Charakterisierung der Tendenz des ganzen Artikels. — Das sollte man sich zu Herzen nehmen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die kaiserliche Regierung, die Regierung Wilhelms II., den Ausbruch des Krieges herbeigeführt hat

(Ohorufe rechts)

durch die ganze Politik mit Österreich. Das steht fest, und niemand hat mehr ein Interesse daran, das festzustellen, als die Vertreter des deutschen Volkes.

(Lachen und Widerspruch rechts.)

— Jawohl, wir haben es deshalb, um zu zeigen, daß wir mit dieser kaiserlichen Politik nicht nur staatsrechtlich, sondern auch innerlich durch und durch gebrochen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin objektiv genug, das zu begreifen: man verdunkelt sich die klare Stellung dadurch, daß man den **Begriff der Alleinschuld** hineinbringt. Wer hat denn gesagt, daß Deutschland alleinschuldig ist? Das steht weder im Friedensvertrag von Versailles, noch ist es in London gesagt worden. Was heißt Alleinschuld? Das heißt doch, die ganze Weltgeschichte heranrufen. Hier hat

(Bernstein, Abgeordneter.)

(A) es sich aber darum gehandelt, wer in dem Moment, auf den es ankommt, die Lunte ins Pulverfaß gelegt hat.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bernstein, vielleicht gestatten Sie mir eine Ermahnung. Wir haben in den letzten Tagen so oft über die Schuld am Krieg debattiert, daß es doch nicht erfreulich wäre, wenn die ganze Debatte jetzt noch einmal aufgerollt würde.

Bernstein, Abgeordneter: Es liegt mir auch gar nicht daran, die Schuldfrage eingehend zu diskutieren. Ich will nur dagegen protestieren, daß man die Betonung der Schuld der damaligen Regierung in vielen Artikeln, die im Ausland erschienen sind und für das Ausland berechnet waren, mit der Betonung der Schuld des deutschen Volks gleichsetzt. Es ist nicht zu bestreiten: es ist einmal ein Grundsatz des internationalen Rechts, das wir bei uns Völkerrecht nennen, daß **ein Volk haftbar** ist **für die Taten seiner Regierung,** namentlich für die Verbindlichkeiten seiner Regierung. Es ist staatsrechtlich haftbar, aber nicht moralisch, und darauf kommt es an. Auch die staatsrechtliche Haftbarkeit hat ihre Grenzen. Wenn wir den Standpunkt einnehmen, daß man ein Volk, das unter gewissen Voraussetzungen gehandelt hat, das von seiner Regierung zum großen Teil irregeführt worden ist, nicht bis zum letzten für die Handlungen seiner Regierung verantwortlich machen kann — diesen unseren Standpunkt versteht man drüben.

(Zuruf rechts: Siehe den Friedensvertrag von Versailles! Siehe Lloyd George!)

Diesen Standpunkt verstehen vor allem diejenigen Elemente drüben, auf die es ankommt. Wenn diese Elemente, wenn die Labour Party in England sich diesmal nicht so energisch für Deutschland ins Zeug gelegt hat,

(Zuruf rechts: Das kann man wohl sagen)

(B) — ja, meine Herren, Sie können doch nicht von der „Labour Party“ verlangen, daß sie Ihren Standpunkt einnimmt, — dann ist das eine Folge von dem, was ich vorhin gesagt habe, eine Folge davon, daß Ihre Partei und die Schichten der Bevölkerung, die Sie verstehen, ich will nicht sagen, noch einen so großen Einfluß auf die Politik der Republik haben, aber doch den Eindruck erwecken, als ob sie ihn hätten. Was hat denn einen so großen Einfluß ausgeübt und wirkt noch heute auf die Geister? — Man nimmt an, daß die Politik, die der Außenminister Simons vertritt, im wesentlichen von den Herren Stinnes und Gesinnungsgenossen diktiert wird. Dagegen kann nicht genug protestiert werden, und es ist die Aufgabe der Regierung, keinen Irrtum darüber aufkommen zu lassen, daß ihre Politik nicht von der Seite da drüben diktiert wird.

(Zuruf rechts: Das ist Lloyd George ganz gleichgültig.)

— Ich will Ihnen einmal etwas sagen. Es ist von jeher ein Fehler großer Teile der deutschen Nation gewesen, die Gegner, wenn sie unbequem wurden, sozusagen moralisch zu verurteilen. Ich bin hier durchaus nicht der Vertreter des Herrn Lloyd George.

(Zuruf rechts: Na! Na!)

— Ja nun, das ist eine sehr beliebte Redensart. Sie (nach rechts) machen viel mehr die Geschäfte des Herrn Lloyd George als irgendeiner von dieser Seite.

(Sehr richtig! links. — Zuruf rechts: Wodurch denn!)

— Durch die Sprache, die Sie führen.

(Lachen rechts.)

Lesen Sie doch die englischen Blätter! Vor ein paar Tagen hat Lloyd George mit einem Vertreter des „Petit Parisien“ eine Unterhaltung gehabt, die dieses Blatt gebracht hat. Es handelt sich um die Agitation, die in Frankreich von einer gewissen Seite betrieben wird in der (C) Richtung einer Annexion oder einer Vorbereitung zur Annexion unserer Westprovinzen, und da hat Lloyd George gesagt, daß das die große Klasse der demokratischen Elemente in England beunruhige, und er hat hinzugefügt, daß die **Partei der Arbeiter in England** einen viel stärkeren **Einfluß** habe als in Frankreich. Das ist tatsächlich der Fall. Wir können, meine Herren, das Herz der herrschenden Kapitalisten drüben nicht so leicht gewinnen; wir können aber die Herzen der Arbeiterschaft und der Demokratie gewinnen, und darauf muß unsere Politik gerichtet sein.

(Sehr richtig! links.)

Der Herr Kollege Rießer hat neulich eine **Schrift Kautskys** zitiert. Ich will ihm darauf nicht antworten; ich glaube, der Herr Kollege Breitscheid hat die Absicht, sich mit ihm darüber auseinanderzusetzen. Ich will nur sagen, daß der Herr Kollege Rießer entweder Kautsky nicht gelesen oder ihn nicht verstanden hat.

(Zuruf rechts.)

— Ich bin besser geübt, Kautsky zu lesen, als Sie, Herr Kollege; ich kenne seinen Standpunkt. Was Kautsky da sagt, bezieht sich einfach darauf, daß die deutsche Politik nicht einmal an sich logisch und planmäßig war. Die deutsche Politik irgendwie zu verteidigen, fällt ihm gar nicht ein. — Also, den Gedanken, daß es gilt, auf die demokratischen Elemente der Völker einzuwirken, sollte man niemals aus dem Auge lassen.

Ich möchte auch dem Herrn **Reichskanzler** und nicht bloß dem Herrn **Minister** sagen, daß die **Reden,** die sie halten, nicht bloß vor dem Publikum gehalten werden, sondern **vor der Welt.** Mir sagte vor zwei Jahren, als ich in Bern war, ein Franzose, der es mit der Verständigung mit Deutschland ernst meint, folgendes:

(Zuruf rechts.)

— Nun, Herr Kollege, ich bitte Sie doch; gibt es denn nur hier anständige Menschen? — Er sagte mir: vergessen (D) Sie nicht, Ihren Landsleuten zu sagen, daß ihre Reden bei uns mit der Lupe gelesen werden!

(Zuruf rechts: Leider auch Ihre!)

— Ja, ich habe nichts dagegen und wäre Ihnen ganz dankbar, wenn Sie meine Reden übersetzen lassen und in England und Frankreich verbreiten. Das wird der deutschen Republik sehr viel nützen,

(Zurufe rechts)

Ihre Reden nicht, im Gegenteil.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Lesen Sie doch die englischen Blätter drüben. Daß Ihre Partei noch den Einfluß haben kann, ist der größte Schaden für Deutschland, für seine materielle und seine moralische Stellung in der Welt.

(Sehr richtig! links.)

Wir haben es immer betont, daß Leute, die an hervorragender Stelle stehen, in ihren Reden und Erklärungen sehr vorsichtig sein müssen, niemals vergessen dürfen, daß sie nicht nur für ihr Publikum, sondern auch für draußen sprechen. Das äußerte ich schon in der letzten Rede, meine Herren, die ich in Deutschland vor dem Kriege hielt, im Mai 1914, und die mir deswegen einen Ordnungsruf zuzog, weil ich dem damaligen Minister des Auswärtigen von Jagow sagte, er hätte gegen die Reden protestieren müssen, die damals der deutsche Kronprinz gehalten hat,

(sehr richtig! links)

die Deutschland außerordentlich viel geschadet haben. Glauben Sie doch nicht, daß uns das Interesse des deutschen Volkes nicht mehr am Herzen liegt als Ihnen. Wir sind doch die Partei der großen Masse des arbeitenden Deutschlands, wir wissen doch einigermaßen aus unseren Beziehungen, was geeignet ist, die Lage des deutschen Volkes zu verbessern, und was ihr schadet. Daß diese

(**Bernstein,** Abgeordneter.)

(A) Partei so stark ist und stärker wird, das ist das beste Pfand dafür, daß wir bessere Bedingungen bekommen, als Sie (nach rechts) uns je verschaffen können.

Glauben Sie doch nicht, daß wir es bloß mit den Ländern zu tun haben, mit denen wir bisher im Kriege waren. Es wird jetzt vielfach **das Wort Feindbund** gebraucht. Ich möchte entschieden davor warnen. Wir haben den Friedensvertrag unterschrieben. So groß die Gegensätze in der Auslegung sind und so sehr man vieles empfinden kann, was geschieht, hüten Sie sich davor, diesen Begriff in unser Volk hineinzutragen.

(Zuruf rechts: Es ist doch kein Freundbund!)

— Dann brauchen Sie auch nicht Feindschaft zu sagen. Feindbund ist ein politischer Begriff. Daß wir im Krieg mit denen drüben liegen, das wollen Sie doch nicht.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Die benehmen sich aber so, als wenn sie im Kriege mit uns lägen!)

— Daß es solche Leute drüben gibt, so gut als hier, darüber sprechen wir nicht, es handelt sich hier um die Länder, mit denen wir zu tun haben, und ich kann nur dringend warnen, namentlich die offiziellen Persönlichkeiten, Regierungsmitglieder, Personen, die Beamtenposten im Deutschen Reiche haben, solche Worte zu gebrauchen.

(Sehr richtig! links.)

Wenn auch unser **gegenwärtiger Außenminister** einige Fehler begangen hat, so bin ich doch überzeugt, daß er drüben keineswegs **als Unterhändler für Deutschland** abgetan ist. Eins entnehme ich aus den Äußerungen drüben, wenn man nicht gewissen Tageszeitungen eine übergroße Bedeutung beilegt, daß er bei den Staatsmännern drüben einen guten Ruf hat und für einen ehrlichen Mann gilt, und das ist schließlich wichtiger, als ob er sozusagen als geschickter Unterhändler auftritt, mit großer Redegewandtheit und dergleichen. Darauf kommt (B) es nicht an, es kommt darauf an, daß der Eindruck der Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit erweckt wird.

(Sehr richtig! links.)

Sie (nach rechts) protestieren in scharfen Reden gegen die **finanziellen Zumutungen,** die Deutschland gestellt werden.

(Zuruf rechts.)

— Ja nun, Herr Kollege Helfferich, es steht doch so, daß darüber, was Deutschland leisten kann, nicht nur im Ausland, sondern in Deutschland selbst die Meinungsverschiedenheiten außerordentlich groß sind: Nach meiner Kenntnis der Dinge gibt es sehr wenige Deutsche, wenn überhaupt einen, die zu sagen vermögen, was Deutschland heute finanziell zu leisten imstande ist und was nicht. Aber wir sind die Verpflichtungen eingegangen, soweit wie möglich nach unserm besten Können wieder das gutzumachen, was im Kriege und durch den Krieg drüben an Schaden angerichtet worden ist. Ich habe von Leuten, die sehr gut in der Finanz- und Volkswirtschaft zu Hause sind, sehr weit auseinandergehende Auskünfte gehört. Unsere Politik, unsere Haltung muß aber darauf gerichtet sein, für die Abtragung der eingegangenen Verpflichtungen immerhin solche Bedingungen zu bekommen, die unser Wirtschaftsleben am allerwenigsten schädigen.

Dabei muß ich noch eines sagen. Die Pariser Bedingungen, Vorschriften, Vorschläge, wie Sie es nun nennen wollen, sündigten nicht dadurch, daß sie 42 Jahre vorschrieben. Je länger der Termin, die Frist hinausgeschoben wird, um so mäßiger können dann doch die Abzahlungen gehalten werden, wenn man sich über eine bestimmte Summe verständigt. Das Bedrückende dieser Bestimmung war vielmehr, daß diese Zahlungssummen, diese **Jahreszahlungen** auf reine Vermutung hin festgesetzt wurden. Ich verstehe nicht, warum man hier daran festhält, das französische Wort „Annuitäten“ zu gebrauchen (C) für „Jahreszahlungen“. Ich bin kein Fanatiker der Sprachreinigung; wo wir aber einen guten, klaren Ausdruck haben, da wollen wir ihn auch vorziehen, weil ihn das ganze Volk besser kennt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Hinzu kommt noch, daß der Begriff „Annuität“ noch eine ganz andere Bedeutung hat, die auf ganz anderem Gebiet liegt. Das Bedrückende war, daß man die Jahreszahlungen hat ansteigen lassen, ohne daß wir der Gewißheit sind, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse gute sind oder nicht. Das hätte man der anderen Seite begreiflich machen müssen. Deutschland steht also von Jahr zu Jahr vor immer größeren Leistungen, ohne zu wissen, ob es sie erfüllen kann. Das muß bekämpft und verurteilt werden; denn hier konnte Deutschland mit gutem Rechte sagen: von Zeit zu Zeit muß festgestellt werden, ob Deutschland diese größeren Zahlungen leisten kann oder nicht. Daß der Termin etwas länger hinausgeschoben ist, hat verhältnismäßig geringe Bedeutung, denn — ob wir es wollen oder nicht —, wenn nicht vollständige Umwälzungen in der Welt eintreten, mit denen man nicht rechnen kann, dann werden noch unsere Kinder und Enkel an dem Rest der Schuld zu tragen haben, die das **kaiserliche Deutschland** auf unser Volk gewälzt hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Davon wollen wir, meine Herren, unser Volk befreien. Es ist das Recht und die Pflicht der Republik, zu sagen: mit dieser Politik haben wir nichts zu tun, und ruhig das Urteil, das die ganze Welt gefällt hat, anerkennen. Die Schuld am Ausbruch des Krieges trägt das kaiserliche Deutschland.

(Stürmische Rufe rechts: Nein! Nein! Unwahr!)

— Ja, meine verehrten Damen und Herren, mögen Sie sagen, was Sie wollen,

(erneute stürmische Gegenrufe rechts)

wir rechnen mit der **Demokratie der Welt.** Wir rechnen (D) mit den arbeitenden Klassen, deren Macht von Jahr zu Jahr in der Welt wächst,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und ich bin fest überzeugt: wenn Erlösung für Deutschland möglich ist, dann werden wir sie erzielen durch die Internationale der Arbeiterklasse.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es liegt nicht in meiner Absicht, das Ganze der auswärtigen Politik bei dieser Etatsberatung aufzurollen. Die auswärtige Politik ist ja hier in diesem Hause allmählich unser tägliches Brot geworden. Wir haben erst in den letzten Wochen so häufig über diese Dinge gesprochen, daß es sich erübrigt, in diesem Augenblick auf die Einzelheiten einzugehen. Ich will nur einige wenige Punkte herausgreifen, deren Behandlung mir notwendig erscheint, und ich knüpfe dabei an die Ausführungen meines Herrn Vorredners, nämlich an die **Kriegsschuldfrage.**

Ich nehme ohne weiteres an, nachdem sowohl von Regierungsseite wie von seiten der rechtsstehenden Parteien die Forderung erhoben worden ist, daß Deutschland sich jetzt bezüglich der Schuldfrage rechtfertigen solle, daß das Ministerium des Auswärtigen, soweit amtliche Stellen in Betracht kommen, die Führung in dieser Kampagne übernehmen soll. Da möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß in nächster Zeit 15 oder noch mehr Bände **diplomatischer Akten aus den Jahren 1873 bis 1914** ausgegeben werden sollen. An sich ist dieses Unternehmen außerordentlich dankenswert, und wir begrüßen diese Bereicherung unseres historischen

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Materials. Es wäre uns nur sehr erwünscht gewesen, wenn an der Herausgabe dieser Akten nicht nur Persönlichkeiten beteiligt worden wären, die den rechtsstehenden bürgerlichen Parteien angehören, sondern wenn man es für richtig gehalten hätte, auch irgendeinen Vertreter der linksstehenden Parteien mit bei dieser Herausgabe zu beteiligen.

(Zuruf rechts.)

— Seien Sie doch ganz still, verehrter Herr! Ehe Sie über Kautskys Bücher reden, lesen Sie sie zunächst!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Wiederholter Zuruf rechts.)

— Sie scheinen gar nicht zu wissen, worum es sich handelt. Es handelt sich nicht um die Kautsky-Akten,

(Zuruf rechts: Habe ich auch nicht behauptet!)

Dann machen Sie nicht so absolut sinnlose Zwischenrufe!

(Andauernde Zurufe rechts.)

Ich wiederhole noch einmal: es handelt sich darum, daß die diplomatischen Akten von 1873 bis 1914 veröffentlicht werden sollen. Über die hat sich Kautsky noch niemals geäußert und konnte er sich nicht äußern, weil sie ihm nicht zugänglich waren. Meine Forderung geht dahin, daß man bei **Herausgabe wichtiger Akten und** so interessanter **diplomatischer Stücke** doch auch einen **der linkspolitischen Richtung angehörigen Gelehrten** oder Politiker beteiligt hätte. Das ist nicht geschehen. Wir warten die Veröffentlichung ab und werden festzustellen suchen, inwieweit die Zusammenstellung wirklich objektiv gewesen ist.

Da aber die Herren auf der Rechten, wie mir scheint, gar nicht abwarten können, bis die **Angelegenheit Kautsky**, die jetzt mehrfach in diesem Hause gestreift worden ist, behandelt wird, komme ich unmittelbar auf sie, und ich möchte wünschen, daß endlich einmal mit dem Unfug aufgehört wird, der in der Behauptung liegt, Kautsky habe (B) irgend etwas von seinen Feststellungen und Darstellungen in irgendeinem Moment zurückgenommen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist schlechterdings unwahr.

(Lachen und Zurufe rechts.)

Meine Herren, ich stelle fest: Zurücknehmen wird man selbst nach Ihrer Auffassung nur das können, was man irgendwo einmal mündlich oder schriftlich behauptet hat. Kautsky hat in keinem Augenblick irgend etwas von dem, was er geschrieben oder mündlich behauptet hat, zurückgenommen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man stützt sich auf die **Broschüre von Kautsky: „Delbrück und Wilhelm II."**. In dieser Broschüre sagt er, daß es eine Zeit gab, in der er geglaubt habe, die deutsche Regierung habe in den letzten Wochen vor dem Kriege planmäßig auf den Krieg hingearbeitet; nach Kenntnisnahme der Akten sei er von dieser seiner Auffassung abgekommen.

(Zustimmung links. — Zurufe rechts.)

Und nun stelle ich fest: nach Kenntnisnahme der Akten erst hat Kautsky das Buch geschrieben: „Wie der Weltkrieg entstand."

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieses Buch **„Wie der Weltkrieg entstand"** ist gerade von Ihrer Seite aufs allerheftigste als unnational und unvaterländisch angegriffen worden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Von dem, was er in diesem Buch geschrieben hat, hat Kautsky niemals auch nur ein Jota zurückgenommen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und deshalb ist es eine bewußte Irreführung, wenn nach wie vor von gewissen Seiten behauptet wird, Kautsky habe irgend etwas von seinen Feststellungen widerrufen.

(C) Des weiteren: Kautsky hat allerdings gesagt, daß er seine erste Auffassung — die er nie irgendwo niedergelegt hat —, wonach die deutsche Regierung in den letzten Wochen vor dem Krieg planmäßig auf den Weltkrieg hingearbeitet habe, korrigiert habe. Ja, aber lesen Sie dann bitte, was Kautsky in seinem Buche weiterschreibt, da ist ein außerordentlich bezeichnender Satz. Er sagt:

> Die Entstehung des Weltkrieges zeigt uns in Deutschland ein Regierungssystem, das im Lande der Dichter und Denker, der höchsten wissenschaftlichen Leistungen zur politischen Führung Elemente berief, die von solcher Unfähigkeit oder Streberhaftigkeit oder Leichtfertigkeit waren,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> daß sie das Volk sinnlos in ein Abenteuer hineinritten, aus dem sie schließlich keinen anderen Ausweg mehr fanden als die Kriegserklärung an Rußland und Frankreich.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Sie (nach rechts) sich endlich einmal dazu entschließen würden, Zitate nicht mehr aus dem Zusammenhang zu reißen, sondern sie hier ganz vorzutragen, so würden Sie wahrscheinlich aufhören, Kautsky als Kronzeugen für Ihre Auffassung in Anspruch zu nehmen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber was hat denn Kautsky mit seinen Worten gesagt? Er hat zum Ausdruck gebracht, daß er die kaiserliche Regierung sogar überschätzt habe,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß seine ursprüngliche Auffassung, daß sie überhaupt etwas planmäßig tue, falsch war. Er hat festgestellt, daß sie mit unerhörter Leichtfertigkeit die Politik im Juli und Anfang August 1914 getrieben hat. Er hat niemals irgendwo behauptet, daß die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg bewußt den Weltkrieg heraufbeschworen habe. So verrückt konnte keine Regierung (D) sein, daß sie den Weltkrieg heraufbeschwören wollte; denn so klug mußte sie sein, sich zu sagen, daß ein solcher Weltkrieg nur zum Nachteile Deutschlands ausschlagen könne. Was Kautsky der kaiserlichen Regierung vorwirft, und was ich neulich hier von dieser Stelle vorgeworfen habe, das ist, daß sie es nicht verstanden und nicht beabsichtigt hat, Österreich von seinem verbrecherischen Unternehmen gegen Serbien zur rechten Zeit fernzuhalten,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß sie sich nicht sagte, daß dieser österreichisch-serbische Krieg mit Naturnotwendigkeit den Weltkrieg zur Folge haben würde.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das alles hat mit der gesamten Frage der moralischen Schuld am Weltkrieg nichts zu tun; denn die **moralische Schuld Deutschlands** — ich wiederhole, was ich neulich gesagt habe — datiert nicht vom 26. Juli 1914, sondern von den ganzen vorhergehenden Jahren, die unter dem Zeichen des „glorreichen" Regierungssystems Wilhelm des II. standen.

(Zuruf rechts: Unerhört! — Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Damit möchte ich dieses Kapitel der Schuld am Kriege einstweilen verlassen. Ich bin überzeugt, wir werden noch häufig Gelegenheit haben, auf diese Frage zurückzukommen, und wir werden in diesen Auseinandersetzungen unseren Mann stellen mit um so größerem Erfolg, davon bin ich überzeugt, wenn die Argumente, die sie beizubringen imstande sind, nicht von mehr Qualität sind, als die, die der Herr Abgeordnete auf der äußersten Rechten hier vorbringt,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der seine Meinung ganz ohne Kenntnis der Sachlage vorzutragen im stande und bereit ist.

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Nun noch einige Worte über einige andere Punkte, die in diesem Zusammenhang berührt werden müssen. Der Herr Minister des Auswärtigen hat neulich in seiner Rede, die sich besonders gegen die Rechte, gegen den Grafen Westarp, wandte, erklärt, daß er überzeugt sei, man müsse den Versailler Friedensvertrag nach wie vor von deutscher Seite erfüllen. Er hat außerdem ein Bibelwort zitiert, wonach man Böses nicht mit Bösem vergelten dürfe.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Leider!)

— Ja, sehen Sie, sonst sind Sie doch so bibeltreu, und jetzt rufen Sie „leider"! — Er hat im allgemeinen zum Ausdruck bringen wollen, wie mir schien, daß es nicht zweckmäßig sei, in dieser Situation die Gegensätze noch unnötig zu verschärfen, und daß man, soweit es irgendwie möglich sei, doch auch hier die Stimmung dafür erhalten müsse, daß eben in neue Verhandlungen eingetreten werden kann.

Nun, diesem an sich guten Programm des Herrn Ministers Simons entspricht nicht durchweg die Haltung gewisser oder wenigstens eines seiner Mitarbeiter, den er auch auf die Reise nach London mitgenommen hat. Die **Rede**, die der Herr **General Seeckt vor den Offizieren und Beamten des Reichswehrministeriums über seine Eindrücke in London** gehalten hat, scheint mir nicht in den Rahmen dieses ministeriellen Programms zu passen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gewiß, wenn jemand eine Reise tut, so kann es was erzählen,

(Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und ich nehme an, daß nun Herr Seeckt das Bedürfnis hatte, seinen Beamten und Offizieren im Reichswehrministerium einen Abriß über seine Erfahrungen zu geben. Ob es notwendig war, lasse ich dahingestellt; denn soweit ich unterrichtet bin, hat es Herr Minister Simons auch (B) nicht für notwendig gehalten, den Beamten seines Ministeriums nun noch ein Privatissimum über seine Reiseerlebnisse zu lesen. Wenn aber Herr General Seeckt davon spricht, daß die Deutschen in Spa und Versailles wie ein Kaffernvolk behandelt worden seien, so halte ich solche Ausdrücke und Wendungen in einem Zeitpunkt, wo wir doch einmal wieder mit Frankreich zu Verhandlungen kommen müssen, nicht gerade für angebracht. Soweit ich unterrichtet bin, hält sie auch die **französische Regierung** nicht für angebracht; denn sie hat wegen dieser Rede des Generals Seeckt bereits **Vorstellungen in Berlin** erheben lassen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun, meine Damen und Herren, ich meine, es geht nicht an, daß irgendein Mann, der doch außerhalb der eigentlichen Leitung der auswärtigen Politik steht und auf der Reise nach London nur als Nebenfaktor in Betracht kam, seinerseits Ausführungen an amtlicher Stelle macht, die geeignet sind, die Pläne und die Absichten des Außenministers zu konterkarieren. Wir sollten uns doch davor hüten, in jenen Fehler des kaiserlichen Deutschlands zurückzufallen, daß irgendwelche Generäle sich berufen halten, hohe Politik zu treiben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Schuster, bleib bei deinen Leisten!

(Sehr richtig! rechts.)

— Wo wären Sie (nach rechts), meine Herren, wenn Sie bei Ihrem Leisten geblieben wären!

(Heitere Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich sage: ich möchte dringend wünschen, daß der General Seeckt bei den Angelegenheiten des Reichswehrministeriums bliebe und mit ihnen, so gut und so schlecht er dazu imstande und gewillt ist, fertig zu werden suchte.

Im übrigen gibt es noch eine zweite Stelle in (C) Deutschland, die wesentlich gefährlicher für die Gestaltung unserer auswärtigen Politik in diesem Augenblick ist. Der General Seeckt ist gegenüber dem **bayerischen Ministerpräsidenten Kahr** wirklich nur ein Waisenknabe. Der Außenminister hat hier im Einverständnis, glaube ich, mit der Mehrheit dieses Hauses festgestellt: wir erfüllen den Versailler Friedensvertrag. Wenn wir den Versailler Friedensvertrag erfüllen, so meine ich, daß darin — ich hoffe die Auffassungen des Reichsaußenministers zu treffen — auch die **Erfüllung des Abkommens von Spa** einbegriffen ist. — Herr Minister Simons gibt mir durch Kopfnicken zu erkennen, daß das in der Tat seine Ansicht ist. Nun, die Ansicht des bayerischen Ministerpräsidenten deckt sich nicht mit derjenigen der verantwortlichen Leitung unserer auswärtigen Politik.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der bayerische Ministerpräsident Kahr hat vorgestern im **bayerischen Landtag** eine **Rede** gehalten, in der er unter anderem sagte:

> deswegen kann ich bei den gegebenen Verhältnissen weder an der **Auflösung und Entwaffnung unserer Einwohnerwehren** mitwirken noch die Männer verurteilen, die sich nicht entwaffnen lassen wollen.

(Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört! — Sehr richtig! rechts.)

— Sie nennen das sehr richtig, nachdem Sie am Sonnabend dem Herrn Reichsaußenminister ein Vertrauensvotum gegeben haben, obwohl er anderer Auffassung ist als der Ministerpräsident Kahr. Aber Ihre Politik ist eben eine solche, die sich ganz nach Bedarf von Tag zu Tag ändern kann, eine Politik der reinen Opportunität, der reinen Parteiinteressen.

(Widerspruch rechts.)

Ich stelle also noch einmal fest: der bayerische Minister- (D) präsident Kahr ist nicht nur gegen die Auflösung der Einwohnerwehren, die unter Umständen durch das Gesetz, das jetzt dem Ausschusse vorliegt, herbeigeführt werden könnte, sondern er spricht sich auch gegen die Entwaffnung aus, die durch das Abkommen von Spa und in Konsequenz des Art. 177 des Friedensvertrags von Versailles durchzuführen ist; denn dort sind alle Organisationen verboten, die sich mit militärischen Dingen beschäftigen. Und das tut selbstverständlich die bayerische Einwohnerwehr.

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Nein! — Lachen links.)

— Nein? Womit beschäftigt sie sich denn sonst, wenn ich fragen darf? Ist es keine militärische Angelegenheit, wenn man sich mit Waffen versieht und, wie der bayerische Ministerpräsident bei anderer Gelegenheit ausgeführt hat, sich dafür bereit hält, daß im gegenwärtigen Moment das revolutionäre Zentrum von Rußland immer mehr an die bayerische Grenze heranrückt?

(Lachen links.)

Wenn das keine militärischen Unternehmungen sind, die die bayerische Einwohnerwehr machen will, dann weiß ich schließlich nicht, was es heißt, sich mit militärischen Dingen beschäftigen. —

(Sehr gut! auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Der bayerische Ministerpräsident erklärt nicht nur, er biete seine Hand nicht zur Erfüllung der durch den Vertrag von Versailles und das Abkommen von Spa uns aufgenötigten und von uns anerkannten Bedingungen, sondern er erklärt weiter, daß er niemanden verurteilen könne, der sich nicht entwaffnen lasse. Das heißt: der bayerische Ministerpräsident fordert tatsächlich dazu auf, den Gesetzen und Anordnungen der Reichsregierung Widerstand zu leisten.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

(Dr. **Breitscheid,** Abgeordneter.)

(A) Wie weit sind wir im Deutschen Reiche denn schon gekommen,

(Zustimmung auf der äußersten Linken)

wenn der Ministerpräsident eines der Gliedstaaten sich herausnehmen kann, nicht nur offen gegen die Politik des Reichsaußenministers und des Reichskabinetts zu polemisieren, sondern geradezu mindestens zum passiven Widerstande gegen die Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen aufzufordern?

(Zuruf von den Deutschnationalen: Im kaiserlichen Deutschland war das nicht!)

— Im kaiserlichen Deutschland war das nicht. Nein; aber Herr v. Kahr ist doch jedenfalls der Mann, der von allen Ministerpräsidenten im Deutschen Reich am meisten in seinem Geist und in seinen Ideen dem kaiserlichen Deutschland nahe kommt.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Dieser bayerische Repräsentant des Geistes von Potsdam hat von der Potsdamer Disziplin nicht so viel, daß er nicht zum mindesten davon absteht, zum Widerstande gegen die Gesetze aufzufordern. —

Meine Damen und Herren! Es will mir scheinen, als ob wir infolge dieses Auftretens in eine innere Krisis hineingetrieben würden, die sehr böse **Rückwirkungen auf die Gestaltung unserer auswärtigen Beziehungen** hat;

(sehr richtig! auf der äußersten Linken)

es müßte denn sein, daß, wie hier und da angenommen wurde, dies der politische Schwanengesang des Herrn v. Kahr gewesen sei, daß er nur erklären wollte, er könne seine Hand nicht dazu bieten und werde infolgedessen seinen Posten einem andern überlassen. Aber bei der großen Sympathie, die gerade der Herr Ministerpräsident v. Kahr in allen Kreisen des Nationalismus in Deutschland findet,

(Abgeordneter Emminger: sehr richtig!)

(B) glaube ich nicht, daß er entschlossen ist, die Konsequenzen zu ziehen, die ihm hier nahegelegt werden. Die Bayerische Volkspartei und die übrigen Gruppen, die hinter ihm stehen, unterstützen die Gesetzwidrigkeit des Herrn v. Kahr. Wenn Sie (zur Bayerischen Volkspartei) in diesem Augenblick sich für den bayerischen Ministerpräsidenten einsetzen, dann möchte ich bitten, daß Sie hier in aller Öffentlichkeit auftreten und sagen, ob auch Sie der Meinung sind, daß ein Ministerpräsident es wagen darf, niemanden zu verurteilen, der sich wider die Gesetze vergeht. Es ist in diesem Falle ein Staatsanwalt. Es scheint, daß die Staatsanwälte in Bayern von ganz besonderer Struktur sind.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Breitscheid, auf den privaten Beruf eines Abgeordneten darf hier nicht eingegangen werden.

Breitscheid, Abgeordneter: — Ja, nun habe ich es einmal getan. — Ich sage, daß wir auf diese Weise in eine Krisis hineingetrieben werden könnten, die nicht nur innerpolitisch, sondern auch außenpolitisch von der verhängnisvollsten Wirkung sein kann. Wir wollen doch alle, daß Verhandlungen irgendwie so oder so wieder angeknüpft werden. Das gegenwärtige Kabinett geht in solche möglichen Verhandlungen schon mit einer schweren Last hinein. Es ist belastet mit einem Vertrauensvotum, was kein Vertrauensvotum war, belastet mit den Reden, die besonders von den Sprechern der Parteien der Rechten gegen es gehalten worden sind. Und nun kommt hinzu die Stellungnahme der Regierung des zweitgrößten deutschen Staates. Ja, meine Herren, was glauben Sie denn, was die Entente, wenn Herr Dr. Simons oder ein anderer Vertreter des Kabinetts neue Verhandlungen sucht oder von der Entente

(C) zu neuen Verhandlungen gesucht wird, diesen deutschen Regierungsvertretern entgegengehalten wird: könnt ihr uns denn überhaupt eine Garantie dafür geben, daß das, was ihr uns anbietet und was ihr zusagt, tatsächlich gehalten wird? Ihr habt bürgerliche Parteien im Reichstag, wird man weiter sagen, die in Sympathie und gemeinsam mit einem bayerischen Ministerpräsidenten, der sich direkt gegen das sträubt, was der Herr Reichsaußenminister unterschrieben hat, darauf aus sind, all das, was ihr uns zugesteht, zu sabotieren. Unter solchen Umständen ist ein Verhandeln schlechterdings nicht denkbar, jedenfalls kein solches, das irgendeinen Erfolg verspricht. Der Ausweg wäre nun der, daß sich das Reichskabinett endlich zu der Energie gegenüber dem renitenten Bayern entschlösse, die notwendig ist, um diesen Staat und seine Regierung zur Raison zu bringen. Diese Möglichkeit besteht allerdings nur dann, wenn die Reichsregierung entschlossen ist, sich rücksichtslos auf die Arbeiterschaft im Norden und Süden zu stützen. Sie ist zurzeit der einzige Bundesgenosse, den sie bei der Durchführung ihrer eigenen Anordnungen in Deutschland besitzt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich weiß ja nicht, ob die Regierung den Mut und die Entschlossenheit zu solchem Vorgehen aufbringen wird. Tut sie es nicht, dann hat sie moralisch bereits heute abgedankt, und es ist ganz gleichgültig, ob sie in Person noch auf diesen Plätzen sitzt.

Nun endlich noch eine Frage, die ebenfalls im Zusammenhang mit diesen Dingen steht. Ich weiß nicht, ob der Herr Reichsaußenminister mir darauf Auskunft geben will, wie lange der **Urlaub der Botschafter in London und Paris und des Gesandten in Brüssel** dauern soll. Es wird immer wieder der Eindruck erweckt, als habe die Abberufung dieser diplomatischen Vertreter nicht nur den Zweck, sich hier von ihnen mündlich zu unterrichten und informieren zu lassen, sondern als sei es zum (D) mindesten eine Art von Demonstration gegen die Entente. Tatsache ist, daß ja auch die Vertreter der Ententestaaten nicht nach Berlin zurückgekommen sind und wahrscheinlich warten, bis unsere Vertreter nach Paris und London zurückkehren. Es wäre mir erwünscht zu wissen, wann diese Rückkehr stattfinden soll. Es sollte mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden, daß man nicht nur nicht an den Abbruch, sondern auch nicht an die Suspendierung der diplomatischen Beziehungen denkt. Im übrigen möchte ich mich einem Wort anschließen, das Herr Kollege **Hoetzsch,** der zwar den Deutschnationalen angehört, sich aber durch Kenntnis und Einsicht in hohem Maße über seine Partei erhebt

(Lachen und Zurufe rechts)

— hoffentlich schadet ihm mein Lob nichts —, gestern in der **„Kreuzzeitung"** geschrieben hat. Sie sehen (nach rechts), wir sind bereit, das Gute dort zu nehmen, wo es sich findet, und wenn Herr Dr. Helfferich einmal etwas Vernünftiges schreiben würde, würden wir sogar das annehmen.

(Zurufe und Heiterkeit.)

Herr Hoetzsch sagt, es gehe auf die Dauer nicht an, nur mit Protesten zu arbeiten und nur mit einem „Nein" und „Unmöglich" zu operieren, sondern es sei endlich notwendig, daß Regierung, Sachverständige und Parlament sich darüber klar würden und darüber aussprächen, was Deutschland nun wirklich positiv auf dem Gebiete der Reparationen leisten kann und leisten will.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

An diesem Positiven hat es bisher gefehlt.

(Zurufe bei den Deutschnationalen.)

— Ich freue mich Ihrer Zustimmung, Herr Dr. Helfferich.

(Erneute Zurufe bei den Deutschnationalen.)

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) — Sie sind nicht in der Regierung? Leider nicht! Sonst würde es ja wahrscheinlich sehr viel besser sein.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sind nicht Regierung; aber Sie haben es an diesen positiven Vorschlägen bisher vollständig fehlen lassen. Das habe ich mir ja erlaubt am vorigen Sonnabend bereits auszuführen. Sie haben von Taten geredet, aber nicht gesagt, welches die Taten sind. Sie haben bisher Ihrerseits der Regierung gegenüber nicht zum Ausdruck gebracht, was positiv geleistet werden kann und geleistet werden muß. Sie sind dazu ebenso verpflichtet, wie die Regierung dazu verpflichtet ist, und ich hoffe, daß der Wunsch, daß man endlich einmal aus dem fruchtlosen und ergebnislosen Protestieren und dem ewigen Neinsagen heraus und zu einem wirklich positiv aufbauenden Programm kommt, erfüllt werden möge.

Ob wir mit diesem Programm einverstanden sein werden

(aha! rechts)

vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterschaft, das ist eine Frage für sich. Ich rede jetzt vom Standpunkt der Regierung aus und vom Standpunkt unseres gegenwärtigen Verhältnisses zur Entente.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterschaft ist zurzeit in Deutschland nicht diejenige, die in der Macht und die in der Regierung sitzt. Aber sie hat, auch wenn ihre Wünsche und Forderungen nicht durchgesetzt werden können, das dringende Bedürfnis in ihrem eigensten Interesse, daß wir aus diesem Zustand fortgesetzten Zweifels, aus diesem Zustand fortgesetzter Unsicherheit, aus einem Zustand, in dem diese Unsicherheit zu verhängnisvollen Sanktionen führt, die die Arbeiterschaft in höchstem Maße belasten, herauskommen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(B) und es ist — ich wiederhole es — die Pflicht der Regierung, endlich einmal eine positive und klare Politik auch auf dem Gebiete des Auswärtigen zu treiben, eine Politik, die wir leider in den letzten zwei Jahren sehr schmerzlich vermißt haben.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist einigermaßen überraschend, aus dem Munde der Unabhängigen den Wunsch nach einer aufbauenden Politik hier aussprechen zu hören.

(Sehr gut! rechts. — Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben von den Herren die Ankündigung der Revolution sehr oft gehört, aber von einer aufbauenden positiven Politik haben wir wenig gehört. Nun verlangen Sie von uns und der Regierung das, was Sie selbst verneinen. Sie selber wollen zerstören, und von uns verlangen sie den Aufbau. Wir sollen aufbauen, und Sie wollen es zerstören. Das könnte Ihnen gefallen!

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Große Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Hier sind eben sehr scharfe Worte gegen den **bayerischen Ministerpräsidenten** gesprochen worden. Ich bedaure lebhaft, daß diese Tribüne dazu benutzt wird, die schwierigen und delikaten Verhältnisse, in denen Deutschland zu einzelnen Bundesstaaten steht, ich muß sagen, zu trüben und zu vergiften.

(Lebhafte Zustimmung rechts und bei der Bayerischen Volkspartei. — Lebhafte Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(C) Ich bedaure es auf das lebhafteste, daß ein Abgeordneter, der sich seiner Verantwortung bewußt sein sollte, in dieser Art gegen den hervorragenden Mann, der in reichstreuer Haltung die bayerische Regierung führt, in dieser Weise Front macht

(Lebhafte Zustimmung rechts und bei der Bayerischen Volkspartei — Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und sich dazu hergibt, eine Wendung des Herrn Ministerpräsidenten v. Kahr, in der er deutlich zum Ausdruck brachte, daß eine gewisse Handlung unter Umständen nach seiner Auffassung moralisch nicht zu verurteilen sei,

(erneute Zustimmung rechts und bei der Bayerischen Volkspartei)

dahin auszulegen, auch wenn ein Gesetz Strafen vorsieht, dennoch keine Verurteilung durch seine Richter eintreten zu lassen. Ich gestehe: es ist mir unverständlich, wie ein Mann, wie der Herr Abgeordnete Breitscheid, eine solche Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten in dieser Weise auslegen und ihr einen andern Sinn unterlegen konnte.

(Zustimmung rechts und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich komme zu etwas anderem, was mich überhaupt nur heute auf diese Tribüne geführt hat, entgegen unserer ursprünglichen Absicht, dem Gerede hier nicht noch weitere Nahrung zu geben, das wir in diesem Parlament in diesen Tagen und Stunden leider erleben müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es handelt sich um die **Frage der Schuld am Kriege.** Sie ist so oft behandelt worden, daß man nicht Lust hat, ohne weiteres auf die Tribüne hinaufzusteigen und das, was hundertfach gesagt worden ist, zum hundertersten Male zu wiederholen. Aber es läßt sich nicht vertreten, daß solche Worte, wie sie der Herr Abgeordnete Bernstein hier gebraucht hat, und im Zusammenhang damit auch der (D) Herr Abgeordneter Breitscheid, von der Schuld des kaiserlichen Deutschlands am Kriege, auch nur einen Augenblick unwidersprochen ins Land gehen.

(Zustimmung rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es muß festgestellt werden, daß, wie ich glaube, die große Mehrheit dieses Hauses eine andere Ansicht hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich behaupte, **das kaiserliche Deutschland** ist nicht nur **nichtschuldig** gewesen, sondern es hat niemals eine friedfertigere Regierung in Europa gegeben.

(Lebhafter Beifall rechts. — Lachen auf der äußersten Linken.)

Die Taten der kaiserlichen Regierung und namentlich Kaiser Wilhelms II. beweisen es. Niemand von Ihnen (nach links) hat damals im Parlament und in der sozialdemokratischen Presse, als Sie in schärfster Opposition unter Führung Ihres alten Bebel standen, je an der Friedensliebe dieses Kaisers gezweifelt.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Lachen auf der äußersten Linken.)

Sie haben ihn vielmehr uns gegenüber immer als Muster der Friedensliebe hingestellt. Es ist eine völlige Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen, wenn Sie mit einem Male hier zwar sagen, was wir alle wissen, daß das deutsche Volk am Kriege nicht schuld ist, aber auf die damaligen Machthaber die Schuld schieben wollen. Meine Damen und Herren, damit retten Sie sich nicht vor dem Feind. Sie haben es am Frieden von Versailles gesehen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Damals schon ist uns versprochen worden: schafft nur den Obrigkeitsstaat ab, schafft den Militarismus ab, setzt

(Schultz [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) den Kaiser, die Fürsten ab. — Es ist alles geschehen, und dann haben Sie diesen Frieden erhalten!

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Damit kommen wir nicht weiter. Sie irren sich, wenn Sie glauben, damit auch nur das Geringste von den Feinden zu erreichen, wenn Sie die Schuld hier in gewissen Stellen suchen und vor aller Welt behaupten. Sie irren sich, wenn Sie glauben, dadurch die Feinde freundlicher und entgegenkommender zu stimmen. Das ist einer der schwersten und vergängnisvollsten Irrtümer, und wenn Sie diese Behauptung etwa aus diesem Gesichtspunkte heraus ausgesprochen haben, so bitte, lassen Sie das!

(Sehr gut! rechts.)

Aber, meine Damen und Herren, ich muß die Behauptung noch einmal wiederholen: ich habe nie eine friedfertigere Regierung gesehen, als die kaiserliche es war.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken.)

Sie war so friedfertig, daß die anderen Mächte es wagen konnten, vor aller Welt die Bündnisse, die zum Überfall gegen uns geplant waren, vorzubereiten,

(lebhafte Zustimmung rechts)

wirtschaftlich, militärisch, durch unaufhörliche Verabredungen. Das hätten sie einem Bismarck gegenüber, dem Sie (nach links) die Friedfertigkeit nicht bestreiten, nie gewagt.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Denn sie hätten gewußt, daß ein Bismarck das Netz zerrissen haben würde, ehe es fertig gesponnen, ehe es uns über den Kopf geworfen war.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Es war nicht Kaiser Wilhelm II, der in den Ländern herumgereist ist, um ein Bündnis gegen andere Staaten zu schmieden, sondern **Eduard VII.** war es, der die **Einkreisungspolitik** (B) gemacht hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe auf der äußersten Linken.)

— Herr Dr. Breitscheid, ich möchte Ihnen später antworten.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Lassen Sie mich jetzt hier ausreden.

(Fortgesetzte Zwischenrufe auf der äußersten Linken. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte, die Plätze einzunehmen und den Redner nicht fortgesetzt durch Zwischenrufe zu unterbrechen.

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Es war nicht der deutsche Generalstab, der kriegerische Vorbereitungsmaßnahmen mit anderen Generalstäben verabredet und festgelegt hat, es waren der englische, der französische, der russische Generalstab, die offenkundig, fast vor aller Welt, ebenso wie die Admiralstäbe dieser Staaten, den Kriegsplan für den Aufmarsch gegen Deutschland festlegten.

Es mag daran erinnert werden, daß der bekannte **serbische Ministerpräsident Pasitsch, am 12. August 1915 in der serbischen Skuptschina** die **Erklärung** abgab: Wir haben im günstigsten Moment losgeschlagen, der für die Verwirklichung unserer Ideale überhaupt denkbar war.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! — Zurufe von der äußersten Linken.)

— Meine Herren (nach links), wir sprechen zwei verschiedene Sprachen.

(Sehr gut! rechts. — Zuruf auf der äußersten Linken: Sehr richtig!)

Wir werden uns in manchen Punkten niemals einigen. Denn wir hier sprechen eine vaterländische Sprache, von Ihnen (nach links) habe ich sie noch nicht gehört.

(Lebhafter Beifall rechts. — Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Ich will statt alles (C) dessen, was Sie hier zur **Schuldfrage am Kriege** anführen können, nur zwei Zeugnisse von Leuten erwähnen, gegen die Sie doch auch nicht viel einwenden können. Es ist der **englische Historiker Gooch,** der **in der Geschichtlichen Gesellschaft in Cambridge** neulich erklärte:

> Wenn ich sage, daß es ein absoluter Unsinn ist, zu behaupten, Deutschland habe eine friedliche und nichtsahnende Welt mit Krieg überfallen, so spreche ich nicht als Prodeutscher, sondern als ein Mann der die Tatsachen studiert.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Das sagt ein englischer Gelehrter und Geschichtsschreiber!

Und nun lassen Sie mich noch an ein Wort erinnern, das **der englische Ministerpräsident in Birmingham** in einem Augenblick ruhiger geschichtlicher Würdigung sprach, wo er keinen besondern politischen Zweck vorhatte, wo er es nicht nötig hatte, unsere Unterhändler, die mit ihm verhandelten, durch Drohungen und Geschichtsfälschungen einschüchtern zu wollen, an die Worte:

> Je mehr man die Denkwürdigkeiten liest und die Bücher, welche in den verschiedenen Ländern über die Ereignisse vor dem 1. August 1914 geschrieben worden sind, um so mehr begreift man, daß niemand an leitender Stelle den Krieg wollte;

(hört! hört! rechts; Lachen links)

> Es war etwas, in das wir hineinglitten oder vielmehr hineintaumelten oder stolperten.

— Das gefällt Ihnen nicht (nach links), darum lachen Sie. Sonst berufen Sie sich auf die Zeugnisse unserer Feinde so oft zu unserem Schaden. Wenn sie einmal für uns sprechen, dann lachen Sie darüber.

(Zurufe links.)

Nun noch eins, meine Damen und Herren: Der **Untersuchungsausschuß** der ja wesentlich nach Ihren Wünschen eingesetzt war, um die Schuld Deutschlands (D) dokumentarisch aus unseren eigenen Akten festzustellen, was hat er ergeben? — Das Gegenteil. Er hat von Tag zu Tag mehr und mehr festgestellt, daß wir vor dem Richterstuhle der Geschichte bestehen können. Und, meine Damen und Herren, es ist niemand unter Ihnen, der dem damals leitenden Staatsmann in Wirklichkeit ernstlich unterschieben will, daß das ein Mann war, der sich heimlich nach dem Kriege sehnte und das Volk in den Krieg hineingehetzt und heimtückisch hineingeführt hat. Wer glaubt das von **Bethmann Hollweg?**

(Abgeordneter Bernstein: Bethmann Hollweg nehme ich aus!)

Wer hat das von ihm geglaubt! Im Ausschuß ist zur Evidenz festgestellt worden, daß sämtliche kriegerischen vorbereitenden Handlungen von allen unseren Feinden, mit denen wir im Kampf gestanden haben und die ich deshalb heute, weil sie den Kampf fortsetzen, auch mit Recht weiter Feindbund nenne und immer weiter nennen werde, solange sie sich so betragen — —

(sehr richtig! und bravo! rechts; Lachen und Zurufe links)

— es ist festgestellt worden, daß sämtliche kriegerischen vorbereitenden Handlungen nicht bloß Tage, nicht bloß Wochen, sondern Monate lang vorher von allen feindlichen Staaten, insbesondere Rußland, ausgegangen sind,

(lebhafte Zustimmung rechts; Widerspruch links)

und daß Deutschland in allen Dingen nachgehinkt ist, daß es später, man kann sagen, zu spät gekommen ist.

(Abgeordneter Bernstein: Alle haben vorbereitet, Deutschland auch!)

Die einzige Handlung, auf die Sie sich dem äußeren Anschein nach berufen können, ist die Kriegserklärung, zu der sich Bethmann Hollweg gezwungen sah, weil es aus dem Netz, das die Feinde über uns zuzogen, kein anderes

(Schultz [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) Entrinnen mehr gab, weil wir vor dem Abgrunde standen, weil nichts anderes übrig blieb, als dieses Netz, das über uns geworfen war, mit dem Schwert zu zerreißen.

(Stürmischer Beifall rechts. — Unruhe und Zurufe links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

(Abgeordneter Henke: Noch ein Mitschuldiger! — Unruhe rechts.)

— Herr Abgeordneter Henke, dieser Zuruf ist unzulässig.

(Abgeordneter Henke: Aber richtig!)

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: Ich glaube, daß ich vor und im Kriege die Haltung eingenommen habe, die jeder vaterlandsliebende Deutsche eingenommen hat.

(Bravo! rechts. — Lachen links.)

Ich habe mich aber vor jeder Übertreibung gehütet. Ich war nicht Mitglied der Vaterlandspartei, weil ich mich an deren Forderungen nicht binden wollte. Aber ich habe immer anerkannt, daß auch diese Männer von tiefem patriotischen Gefühl erfüllt waren.

(Lachen links.)

Was uns heute so tief erregt hat, das war vor allem, daß der Herr Abgeordnete Bernstein und nach ihm Herr Dr. Breitscheid kein Wort der Verurteilung gefunden hat über den furchtbaren **Friedensvertrag,** richtiger **Kriegsverlängerungsvertrag** und kein Wort der Verurteilung über die sogenannten Sanktionen oder Violationen.

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Darüber habe ich am Sonnabend genügend gesprochen!)

— Heute jedenfalls nicht, und das, was wir verlangen, ist, daß man nicht, wie dies besonders Herr Kollege Bernstein getan hat, lediglich den Gegnern Gerechtigkeit widerfahren läßt, sondern daß man vor allen Dingen für unser deutsches Vaterland genügend Sinn hat.

(Stürmischer Beifall rechts. — Lachen links.)

(B) Und daran haben Sie es fehlen lassen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ihr habt ja nur das Kapital im Auge! — Weitere Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

— Diese Zwischenrufe berühren mich nicht. — Man könnte sagen, daß man in diesem Augenblick — und Herr Bernstein hat etwas derartiges angedeutet — über die Frage des Friedensvertrags hier nicht sprechen sollte, um die herrschende Spannung nicht zu vermehren. Einmal angenommen, obwohl ich diesen Standpunkt nicht teilen kann, daß das etwas Richtiges habe, dann dürfen Sie aber noch viel weniger gerade in diesem Augenblick hier die Schuldfrage behandeln, und zwar in einem Sinne, der den Feinden sehr große Freude machen wird.

(Stürmische Zustimmung rechts.)

Denn die Schuldfrage ist ja die Voraussetzung für die ganzen furchtbaren Verträge, auch für die vertrags- und völkerrechtswidrigen **Sanktionen,** richtiger wie man jetzt vorgeschlagen hat zu sagen **Violationen,** die uns in London auferlegt worden sind. Wie kommen Sie dazu und woher nehmen Sie den Mut, in diesem Augenblick die Schuldfrage so zu behandeln, wie Sie es getan haben?!

(Unruhe links.)

Und nun lassen Sie mich sagen: Nicht nur bei uns, sondern auch bei verständigen Engländern, Franzosen und anderen, hat sich heute doch allmählich die Meinung verbreitet, von der Sie absolut nichts haben erkennen lassen, daß von einer eigentlichen Schuld Deutschlands nicht die Rede sei.

(Lachen links.)

Die Abgeordneten Graf Westarp, Hergt und Stresemann haben derartige Beweise in ihren Reden erbracht, auf die ich mich beziehen darf. Es sollte doch auch einen Eindruck, gerade auf Sie, Herr Kollege Bernstein, machen, wenn ein Delegierter für die **Genfer Sozialistenkonferenz,** ein (C) **Engländer,** Herr **Herbert Morrison,** gesagt hat, was Ihnen schon einmal vorgehalten wurde:

> Einige von uns Engländern waren peinlich berührt, und wir wollten unser Mißfallen

— über die Resolution über die Schuldfrage —

> zum Ausdruck bringen. Aber als die Deutschen selbst die Politik des Schweigens und der Unterwerfung annahmen, war unsere Lage schwierig.

(Lebhafte Zurufe rechts: Hört! Hört!)

„Ich für meine Person", fährt Morrison fort — und diese Worte unterzeichne ich von ganzem Herzen —

> würde viel mehr Achtung vor der deutschen Mehrheit gehabt haben, wenn sie sich geweigert hätte, irgendein Schuldbekenntnis abzulegen."

(Hört! Hört! rechts.)

Ist es denn gerechtfertigt und erhört, an irgend etwas wie ein deutsches Schuldbekenntnis auch nur zu denken? Es ist eine elende Lüge, die diejenigen unterzeichnet haben, welche erzwungenermaßen den Friedensvertrag billigten, die aber doch auch ihrerseits gleichzeitig gegen die elende Lüge protestiert haben, daß das deutsche Volk den Krieg gewollt oder herausgefordert habe.

(Große Unruhe und erregte Zurufe links. — Abgeordneter Bernstein: Vom deutschen Volke sprechen wir nicht!)

— Sie haben vom deutschen Volke gesprochen.

(Abgeordneter Bernstein: Im Gegenteil! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bernstein, bitte, nehmen Sie ihren Platz ein!

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: Was ich bei Ihnen vermisse (zum Abgeordneten Bernstein), ist, daß Sie der Regierung Vorwürfe gemacht, aber das deutsche Volk nicht ausgenommen haben. (D)

(Abgeordneter Bernstein: Lesen Sie mein Stenogramm!)

Bitte, werfen Sie sich nicht immer, wenn Sie das, was bei uns geschah, kritisieren und herabsetzen zum Vertreter des Volks auf!

(Bravo! rechts. — Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Sagen Sie das mindestens in solchen Fragen nur dann, wenn Sie sicher sein können, daß Sie aus der Seele des deutschen Volks heraus sprechen.

(Zurufe rechts: Das sind die Vertreter des Auslandes!)

— Nein! Das will ich nicht sagen; aber was ich verlange, das ist ein offenes, klares, unzweideutiges Bekenntnis zum deutschen Volke in seinem Glück und noch mehr in seinem Unglück. Ich bitte, Ihnen einmal folgendes ins Gedächtnis rufen zu dürfen: Die Franzosen, die vielleicht, weil sie noch nicht ganz fertig waren, den Krieg lieber ein halbes Jahr später gehabt hätten, die ihn aber gewollt und Jahrzehnte vorbereitet hatten, haben auf russisches Diktat die dreijährige Wehrpflicht eingeführt. Sie haben eine Unsumme von Milliarden nach Rußland unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben, daß Rußland damit seine Kriegsvorbereitungen treffe,

(sehr richtig! rechts)

daß es insbesondere seine Festungen verbessere, daß es sein Heer besser ausstatte und strategisch wichtige Eisenbahnlinien baue. Die **Enthüllungen in dem Prozeß des russischen Kriegsministers Suchomlinow** dürften für alle — vielleicht werden Sie auch hier die alleinige Ausnahme bilden — klargestellt haben, daß auch Rußland den Krieg mit allen Kräften gewollt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Als der frühere **Kaiser Wilhelm** bei der **Marokkokrise** sich alles das gefallen ließ,

(Lachen links)

(Dr. Rießer, Abgeordneter.)

(A) was Frankreichs und Englands Übermut damals diktierte, haben die Franzosen in den verschiedensten ihrer Blätter ihn spottend bezeichnet als „Guillaume le timide“, Wilhelm den Furchtsamen, weil er nicht gewagt habe, damals den Krieg zu erklären.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei und Zurufe links.)

Man kann über den früheren Kaiser sicherlich sehr viel Kritisches sagen, man kann aber nicht sagen, daß er den Krieg gewollt habe. Er ist es vielmehr gewesen, der, trotz klar erkannter Einkreisungspolitik der Gegner, die mehrfach sich bietenden günstigen Gelegenheiten zum Losschlagen nicht benutzte und durch Jahrzehnte hindurch bewußt und erfolgreich der Welt den Frieden zu erhalten suchte.

Was den **Reichskanzler v. Bethmann Hollweg** betrifft, so sind auch wir der Meinung, daß er in den letzten Tagen vor dem Kriegsausbruch und am 4. August 1918 manche Fehler gemacht hat, die besser vermieden worden wären. Aber sie dürfen doch auch nicht jenes **Schreibens** Bethmann Hollwegs vergessen, sollten es vielmehr auch hier im Deutschen Reichstag erwähnen, das er **an den deutschen Botschafter in Wien** richtete und worin er sagte: wir sind nicht willens, um Serbiens willen uns in einen Weltkrieg verwickeln zu lassen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese Dinge hier vorzubringen in einem Augenblick, wo die Frage der Schuld die Grundlage des feindlichen Vorgehens ist, ist, glaube ich, die Pflicht eines deutschen Abgeordneten.

(Bravo! rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und die Lügen!)

— Wenn von Lügen die Rede ist, so handelt es sich um den Lügenfeldzug, der gegen uns geführt worden ist und der die ganze Welt gegen uns eingenommen hat, während (B) wir vom Nachrichtenverkehr abgeschnitten waren und uns nicht wehren konnten. Northcliffe hat in seinem Buche in fast naivem Zynismus geschildert, „wie's gemacht wird“.

Ob die **15 Bände,** die der Herr Kollege Breitscheid erwähnt hat, die jetzt im Auswärtigen Amt **über die Entstehungsursachen des Kriegs** fertiggestellt oder vorbereitet worden sind, den richtigen Weg darstellen, um jetzt wenigstens das Ausland von seiner falschen Meinung abzubringen, weiß ich nicht. Ich glaube nicht, daß es viele Menschen geben wird, die sich an das Studium von 15 Bänden heranmachen werden. Aber ich erwarte, daß die Propaganda, die man uns in Aussicht gestellt hat und die durch diese 15 Bände hoffentlich erleichtert wird, nun mit aller Macht beginnt.

(Bravo rechts!)

Ich erwarte insbesondere, daß die Liste der Greuel, deren sich die Gegner im Kriege schuldig gemacht haben, nun endlich einmal veröffentlicht werden wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nun ein paar Worte über das, was der Herr Kollege Breitscheid auf meine Bemerkungen über **Kautskys Umfall** gesagt hat. Kautsky hat seine Auffassung — ich sprach nur von seiner Auffassung, nicht von seinen Erklärungen —, daß Deutschland der schuldige Teil sei,

(Widerspruch bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— Bitte sehr, ich werde den Beweis antreten. Er sagt im ersten Absatz ausdrücklich:

> Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung unrecht tat.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Er fährt dann im zweiten Absatz fort:

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Lesen Sie den ersten Absatz vor!)

— Gern, wenn Sie es wollen. Ich habe es nur mit Rücksicht auf die Geschäftslage nicht getan. — Kautsky (C) sagt also im ersten Absatz weiter:

> Wohl besaß ich nicht das felsenfeste Vertrauen Delbrücks in die Klarheit und Wohlüberlegtheit ihres Programms, immerhin nahm ich an, daß sie sich der sinnenfälligsten Konsequenzen ihres Vorgehens klar bewußt war, als sie sich zur Unterstützung Österreichs entschloß. Dann aber konnte man auf Grund der bekannten Tatsachen nur zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschland den Weltkrieg 1914 gewollt hatte, ihn planmäßig herbeiführte. Zu erklären war dieser Krieg nur als Präventivkrieg.

Und nun fährt er fort:

> Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam.
>
> Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar.

(Aha! rechts.)

> Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! rechts)

— also im Gegensatz zu Abs. 1, der seine frühere Auffassung enthielt —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Es hat ihn (den Weltkrieg) schließlich zu vermeiden gesucht.

(Hört! Hört! rechts.)

— Das geht doch noch darüber hinaus, Herr Henke, was Sie in Ihren Zuruf annehmen. Dann fährt er fort:

> Delbrück findet denn auch, daß „für den aufmerksamen Leser Kautsky nicht der Ankläger, sondern der Verteidiger der Deutschen Regierung ist“.
>
> Aber für seine Bedürfnisse bin ich das, nicht absolut genug. Ich bin es nämlich nur nach der, man kann sagen, kriminalistischen Seite der (D) Sache. Um so weniger bin ich es nach der intellektuellen Seite.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Ich werde zum Verteidiger der deutschen Regierung der Entente gegenüber,

— das Gegenteil von Verteidigern sind Sie (nach links) hier gewesen —

(sehr wahr! rechts)

> die sie als großen Verbrecher behandeln will. Ich werde um so mehr zu ihrem Ankläger dem deutschen Volke gegenüber. Die Entstehung des Weltkrieges zeigt uns in Deutschland ein Regierungssystem, das im Lande der Dichter und Denker usw. zur politischen Führung Elemente berief —

(Zurufe links)

ich will es meinetwegen ganz verlesen, es hat gar nichts mit der Sache zu tun —

> im Lande der Dichter und Denker, der höchsten wissenschaftlichen Leistungen

— diese vier letzten Worte hatte ich weggelassen! —

> zur politischen Führung Elemente berief, die von solcher Unfähigkeit oder Streberhaftigkeit oder Leichtfertigkeit waren, daß sie sinnlos das Volk in ein Abenteuer hineinritten, aus dem sie schließlich keinen andern Ausweg mehr fanden, als die Kriegserklärung an Rußland und Frankreich.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also mit anderen Worten: seine Grundauffassung, an die er im ersten Teil in seiner Ausführung erinnert, Deutschland habe den Weltkrieg 1914 gewollt und ihn planmäßig herbeigeführt, diese Grundauffassung konnte er nach dem Studium der Akten nicht mehr aufrecht erhalten.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. Rießer, Abgeordneter.)

(A) Und er fügt hinzu, daß Deutschland den Krieg nicht nur nicht planmäßig herbeigeführt, ihn vielmehr zu vermeiden gesucht habe.

(Hört! Hört! rechts.)

Der zweite Teil seiner Ausführungen ist lediglich eine Auseinandersetzung des Politikers, der gegen das Regierungssystem gewesen ist und der in dieser Regierung, lediglich Unfähigkeit und Streberhaftigkeit und Leichtfertigkeit gesehen hat. Davon war nicht die Rede. Auch wir haben manches auszusetzen, wie ich schon gesagt habe, vielleicht vieles auszusetzen, an der Art der politischen Führung in den letzten Tagen vor Entstehung des Weltkrieges. Aber worauf es ankam und was ich allein behauptet habe, das ist bewiesen: die völlige Änderung der ursprünglichen Auffassung Kautskys.

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Nein! — Rufe rechts: Ja!)

— Dann müssen eben andere als wir beide entscheiden. Ich aber sage dem Kollegen Breitscheid, und damit will ich den Streit mit den Kautsky-Freunden schließen: „Zurück, Du rettest den Freund nicht mehr!"

(Lebhaftes Bravo rechts. — Lachen links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Petersen.

Dr. **Petersen,** Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Fluch, der auf der Behandlung dieses Problems liegt, ist der, daß eine Frage, die im Interesse der Stellung Deutschlands gegenüber der Welt objektiv behandelt werden muß,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

jedesmal zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung zwischen Parteien wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(B) Ich bin der Auffassung, Herr Kollege Crispien, daß sich solche Fragen nicht erledigen lassen durch Rufe von der Tribüne und Zwischenrufe aus dem Parlament,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— ach, Herr Henke, Sie sollten ruhig sein und auch einmal einen Augenblick den Atem anhalten können — sondern, daß solche Sachen objektiv ohne parteipolitische Voreingenommenheit zu behandeln sind. Wenn derartige Feststellungen von vornherein mit dem Wunsche des Redners gemacht werden, den parteipolitischen Gegner zu bekämpfen, so ist er gezwungen, einseitig in der Behandlung der Dinge zu werden,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

und diesen Eindruck habe ich aus der Rede des Herrn Abgeordneten Breitscheid gewonnen, dem ich in manchem zustimmen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Breitscheid.)

— Warten Sie ab, Herr Kollege, Sie sind so erregt und so nervös und so von der eigenen Meinung eingenommen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

daß Sie gar nicht mehr in der Lage sind, einen Gegner ausreden zu lassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich bin also durchaus in vielem der Meinung des Herrn Kollegen Breitscheid, was ihm wohl bei einer nach seiner Auffassung so unbedeutenden Persönlichkeit gleichgültig sein wird. Ich will aber doch aussprechen: Der Abgeordnete Breitscheid hat darin recht, daß bei Herbeiführung des Tatbestandes des Krieges im Juni/Juli 1914 auf seiten der deutschen Regierung schwere intellektuelle Fehler begangen worden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es liegt aber **nicht** so, daß **allein bei uns intellektuelle Fehler bei Herbeiführung des Tatbestandes** geschehen sind, sondern auch auf der anderen Seite sind solche **intellektuellen Fehler in der Nichtverhinderung dieses Krieges** (C) vorgekommen. Man sollte eigentlich denken, daß es Pflicht jedes deutschen Abgeordneten ist, er mag unabhängig oder deutschnational sein, in diesen Fragen beides hervorzuheben.

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Lesen Sie doch meine Rede vom Sonnabend!)

Ein zweites habe ich noch hervorzuheben. Es heißt nach meiner Meinung, die Sache unrichtig behandeln, eine falsche Einstellung bei der Beurteilung dieser Fragen nehmen, wenn man das, was die deutsche Regierung in der Geschichtsperiode vor dem Weltkriege getan hat, als eine **moralische Schuld** betrachtet und bezeichnet. Auch in dieser Zeit sind viele Unbesonnenheiten, Unklarheiten und wechselnde Stellungen bei der Regierung vorgekommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber der Wunsch des jungen Deutschen Reichs zur Weltgeltung zu kommen, war nicht moralische Schuld, Herr Kollege Breitscheid, jedenfalls nicht in höherem Maße moralische Schuld, als es „moralische" Schuld Englands war, allein die Herrschaft zur See behalten zu wollen,

(sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

als es „moralische" Schuld Frankreichs war, für 1870/71 Revanche zu nehmen, „moralische" Schuld Rußlands, auf dem Balkan die Alleinherrschaft zu erzwingen, „moralische" Schuld von Italien und Rumänien, während des Krieges dem „sacro egoismo" zu folgen.

Wenn Herr Breitscheid sagt, daß das Streben nach der Weltgeltung mit allerlei fehlerhaften Maßnahmen, über die wir einig sind, eine „moralische" Schuld ist, warum sagt er nicht auch von dieser Stelle aus, wo er der Entente etwas sagen will und von ihr gehört werden will, daß die angeführten Tendenzen bei den Ententemächten in den Jahren vor dem Kriege gleichfalls eine (D) „moralische" Schuld darstellen.

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Lesen Sie erst, was ich gesagt habe, ehe Sie reden!)

— Ach, Herr Breitscheid, Sie haben gar nicht das Recht, hier immer als Schulmeister aufzutreten!

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Weil Sie hier Fälschungen behaupten! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Breitscheid, der Vorwurf der Fälschung ist unparlamentarisch; ich rufe Sie zur Ordnung.

Dr. **Petersen,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bin weiter mit dem Herrn Kollegen Breitscheid in weitgehendem Maße gleicher Auffassung über das, was in **Bayern** vorgeht. Ich habe den Wunsch, daß auch von der Tribüne hier für unsere Partei auszusprechen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte dann zum Schluß, da ich mich kurz fassen will, nur eines sagen: Ist der Führer einer Partei berechtigt der Regierung zu sagen: Stütze dich mehr auf die Arbeiterschaft! wenn er programmatisch und taktisch die parlamentarische Demokratie ablehnt, wenn er und seine Partei ausdrücklich sich versagen, überhaupt bei einer Regierung mitzuwirken?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darüber können doch nur wir lachen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Kann eine Partei, die in allen Erklärungen, namentlich auch der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber, es ablehnt, in eine Regierung einzutreten, das Schicksal Deutschlands in der parlamentarisch-demokratischen Form in die Hand zu nehmen, gleichzeitig hier der Regierung sagen: Regierung,

(Dr. Petersen, Abgeordneter.)

stütze dich mehr auf die Arbeiter. — Erst fangen Sie bei sich an, Einkehr zu halten!

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Schulmeister!)

Empfinden Sie erst bei sich das Bedürfnis, das Vaterland in jetziger Zeit nicht im Stich zu lassen und der Staatsform zu dienen, die die Mehrheit des Volkes beschlossen hat! Erst dann sind Sie berechtigt, vor dem deutschen Volke gegen die Regierung derartige Vorwürfe zu erheben.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Dies vom Standpunkte unserer Partei auszuführen, wollte ich nicht unterlassen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stoecker.

Stoecker, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es lohnt sich kaum, auf den Witz des Herrn Schultz (Bromberg) einzugehen, daß die deutsche Regierung vor dem Kriege die friedfertigste Regierung der Welt gewesen sei. Sie (nach rechts) haben natürlich ein Interesse daran, das Geschrei der Alldeutschen vor dem Kriege zu vertuschen,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

Sie haben ein Interesse daran, das Säbelgerassel Ihrer alldeutschen Generale, die Reden des Kronprinzen, die Reden des Kaisers und die Reden Ihrer ganzen militäristischen Sippschaft zu verschweigen. Aber wenn Herr Schultz (Bromberg) hier sogar behauptet hat, der Kaiser wäre nicht in der Welt herumgereist, dann müssen wir demgegenüber doch feststellen, daß Wilhelm II. den Reisekoffer fast nicht aus der Hand bekommen hat,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß er andauernd in der Welt herumreiste und das deutsche Volk in einen Konflikt nach dem anderen brachte. Es kann einem schlecht werden, wenn man Sie von Vaterland und von Patriotismus reden hört,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

Sie, um deren Profitgier willen das deutsche Volk in dieses Unglück, in diese vier langen Kriegsjahre hineingeführt worden ist.

(Zuruf rechts: Das glaubt ja kein Mensch!)

All Ihr Geschrei wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die deutsche Regierung

(Unruhe rechts)

das deutsche Volk 1914 in der unverantwortlichsten Weise in diesen Krieg hineingeführt hat.

(Ironische Zurufe rechts.)

Die **auswärtige Politik eines Staates** war noch von jeher das getreue **Spiegelbild seiner inneren Politik.** Und wie in unserer neudeutschen Republik die innere Politik im wahrsten und schlimmsten Sinne des Wortes Klassenpolitik ist, so auch unsere auswärtige Politik. Der ganze **Apparat unseres Auswärtigen Amts** steht, wie unter dem kaiserlichen Regime, nach wie vor **im Dienste des deutschen Finanz- und Industriekapitals.** Sehen wir uns die Vertreter der neudeutschen Republik in der Welt an! Überall sind es Männer der Bank- und Industriewelt. Von den Errungenschaften der Revolution sind zwei ganze Sozialisten übriggeblieben. Und nicht einmal ganze, nein zwei halbe Sozialisten: Landsberg in Brüssel und Müller in Bern. Selbst der Sozialist Müller (Franken) hat seinerzeit, als er den Sessel des Ministers des Auswärtigen innehatte, als getreuer Diener seiner Herren nicht gewagt, Sozialdemokraten auf so wichtige Zentren der auswärtigen Politik wie London, Paris oder Rom zu setzen.

(Rufe rechts: Wollen Sie etwa dahin?)

Nur bescheidene Pöstchen, wie Bern und Brüssel durften Sozialisten einnehmen.

(Wiederholte Zurufe rechts.)

Auch sonst herrscht im Auswärtigen Amt fast noch genau dieselbe **Geheimratswirtschaft** wie vor dem Kriege.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Reaktionäre und monarchistische Geheimräte beherrschen auch heute noch trotz dreier rechtssozialistischer Minister des Äußern den auswärtigen Apparat. Und wenn die Rechtsunabhängigen

(Lachen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

seinerzeit den Minister des Auswärtigen als einen weißen Raben begrüßt haben, so haben sie sich inzwischen wohl davon überzeugt, daß Dr. Simons mittlerweile pechschwarz geworden ist, daß auch er nur ein Instrument der deutschen Industrie- und Bankwelt ist, wie man das von jedem bürgerlichen Minister dieser Republik nicht anders erwarten kann. Wie die innere Politik von der Diktatur des deutschen Finanzkapitals beherrscht wird, genau so auch unsere Außenpolitik!

Wenn heute die Leiter unserer auswärtigen Politik nicht mehr mit den Sporen klirren wie vor dem Kriege, wenn sie nicht mehr mit dem Säbel rasseln, so hat das seine guten Gründe. Heute hören wir pazifistische Reden über Frieden, Völkerversöhnung, Demokratie, Gerechtigkeit und dergleichen mehr. Diese pazifistische Bescheidenheit gleicht verteufelt der Bescheidenheit des Fuchses, dem die Trauben zu sauer waren. Der deutsche Imperialismus ist nicht tot. Der Pazifismus dieser Herren ist nur eine schwache Tünche, an der man nur ein wenig zu kratzen braucht, um den nackten Imperialismus, die kapitalistische Profitpolitik hervorleuchten zu sehen. Wir sagen es den deutschen Arbeitermassen, daß sie diesen Imperialismus nicht eher los werden, bis sie den Kapitalismus überwunden haben. Wir sehen, daß auch heute von Versailles über Spa bis London unsere auswärtige Politik von kapitalistischem Profitinteresse beherrscht wird, und daß in Wahrheit Hugo Stinnes und die deutschen Industriekönige die eigentlichen Fadenzieher sind, die unsere auswärtige Politik entscheidend beeinflussen. Das ganze Trachten der deutschen Bourgeoisie bei den Verhandlungen mit der Entente geht darauf hinaus, sich ihre Profitrate von der Bourgeoisie der Entente nicht zu sehr beschneiden zu lassen. Nur deshalb gibt sie sich ja so willig zu Sklavenhalterdiensten über das deutsche Proletariat her, wobei sie leider auch von den Rechtssozialisten immer noch unterstützt wird. Der ganze Kampf vor, in und nach London gleicht dem Streite zweier Raubtiere um ihre Beute, von denen dem einen gegenwärtig die Knochen entzwei geschlagen sind, so daß es nur noch durch List und Tücke sich seinen Anteil an der Beute sichern kann.

(Zuruf rechts: Ein feiner Vergleich!)

Wenn sich die **deutsche Regierung** vor wenigen Tagen über die **Gewaltmaßnahmen der Entente** beim **Völkerbund** beschwert hat und an diesen eine **Protestnote** losgelassen hat, so ist das ein feiner Treppenwitz der Weltgeschichte. Denn das heißt doch wahrlich nichts anderes, als den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. Ist doch der Völkerbund nichts anderes als die Organisation der Räuber und Banditen des Ententekapitals, das demokratische Aushängeschild für die Dummen in der Welt, die leider auch heute noch nicht alle werden, das Machtinstrument des Weltkapitals zur Unterdrückung der Arbeiterschaft und zur Niederknüppelung der proletarischen Revolution. Genau so, wie wir der Demokratie in der inneren Politik die Maske herunterreißen, genau so demaskieren wir den Völkerbund und zeigen, daß er nur

(**Stoecker**, Abgeordneter.)

(A) ein Trugbild ist, mit dem die Arbeitenden aller Länder getäuscht werden sollen über die imperialistische Gewaltpolitik, die in Wahrheit von dem Ententekapital getrieben wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn die englische Presse gerade in diesen Tagen über die Gewaltmaßnahmen, über die Sanktionen gegen das deutsche Volk triumphiert, und wenn sie triumphierend feststellt — wie es wörtlich heißt — daß „Deutschland trotz der übernommenen Belastung der Ausfuhrabgabe seine Ware nach England liefern muß, da es nach Rußland nicht liefern kann“, so sehen wir aus dieser Tatsache, wie schwer sich die deutsche Regierung an den Interessen des deutschen Volks versündigt hat. **England triumphiert, daß Deutschland jetzt keinen Handel mit Rußland treiben kann,** weil es sich die Grenzen nach Rußland künstlich verbarrikadiert hat. Das sind die Folgen der kurzsichtigen Politik unserer Regierung, das sind die Folgen der engstirnigen Politik, die damit das deutsche Volk auch wirtschaftlich zum willenlosen Gefangenen des Ententekapitals gemacht hat Hunderttausende deutscher Arbeitsloser könnten Arbeit finden, wenn wir endlich zu einem geregelten wirtschaftlichen Verhältnis mit Rußland kommen würden.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Tausende unserer Fabriken könnten Aufträge in Hülle und Fülle bekommen, Tausende von Webstühlen, die heute stillstehen, könnten wieder laufen, und Tausende von unseren arbeitslosen Intellektuellen, von Technikern, von Ingenieuren, von Organisatoren, von Kaufleuten, von qualifizierten Arbeitern könnten hinüber, um dort eine neue Welt aufzubauen, wenn unsere Regierung nicht mit diese **chinesische Mauer um Sowjetrußland** gezogen hätte. Unsere deutsche Regierung hat es durch die kleinlichsten Schikanen verhindert, daß mit Sowjetrußland ein (B) wirtschaftlicher Verkehr zustande kam.

Wenn die Leiter unserer auswärtigen Politik sagen: wir leben ja doch in einem friedlichen Verhältnis mit Sowjetrußland, so sagen wir, daß dies nichts als eine bewußte Täuschung ist. Denn in Wahrheit führt heute die deutsche Regierung Krieg gegen Sowjetrußland; sie führt diesen Krieg dadurch, daß sie immer noch nicht die diplomatischen Beziehungen zu unserem russischen Brudervolke aufgenommen hat. Sie führt diesen Krieg dadurch, daß sie den Handel, das Wirtschaftsverhältnis mit Rußland künstlich unterbindet und sabotiert und in der kleinlichsten Weise gegen Sowjetrußland vorgeht, um nur ja kein geregeltes Wirtschaftsverhältnis mit Rußland aufkommen zu lassen. Dabei sind wir auf Rußland wirtschaftlich angewiesen,

(Zuruf rechts: aber heute nicht!)

so wie Rußland auf uns wirtschaftlich angewiesen ist. Deshalb sagen wir: die Haltung der deutschen Regierung in der russischen Frage ist ein Verbrechen am deutschen Volke.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wie bei all ihren Schandtaten kann sich die Regierung auch hier auf die rechtssozialistische Partei stützen; denn auch die Führer der Rechtssozialisten, wie die auswärtigen Minister Scheidemann, Hermann Müller, Köster haben ja genau dieselbe Linie in der auswärtigen Politik Sowjetrußland gegenüber befolgt, die heute der bürgerliche Minister Simons Sowjetrußland gegenüber einnimmt. Wenn Sie auf der einen Seite vor dem Ententekapital auf dem Bauche liegen, so haben Sie auf der andern Seite den Noskeschen Stiefel gegenüber der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik. Das ist eine schwere Schuld, die Sie dem deutschen Volke gegenüber auf sich geladen haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Und Georgien?)

Was ist in dieser Situation die Aufgabe der deutschen (C) Arbeiterklasse? Der Kapitalismus ist in seinen Grundfesten erschüttert. Die Wirtschaftskrisis steigert sich in allen Ländern von Tag zu Tag. Die kapitalistische Anarchie führt uns in immer schlimmeres Elend hinein. Die ganzen Verhandlungen von Spa, Brüssel und London sind elende Quacksalbereien und Flickschustereien an dem System, das die Menschheit nicht mehr in die Höhe, sondern nur noch tiefer in den Abgrund führen kann. Das Rechenkunststück, die europäische Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, gleicht wahrlich der Aufgabe, die Quadratur des Zirkels zu lösen. Die Unterhändler von London gleichen einer Kartenspielergesellschaft, die sich in der Kabine eines untergehendes Schiffes befindet. Wir sehen, daß sich das kapitalistische System durch den Weltkrieg, durch die Zerrüttung der ganzen Produktion und der ganzen Kultur immer mehr seinem Ende nähert. Die kapitalistische Welt ist krank durch und durch.

In einer solchen Situation, in der wir den Kapitalismus am Ende seiner Kräfte sehen, kommen nun die Rechtssozialisten und jetzt auch die Rechtsunabhängigen mit Rezepten und mit Medizinen, um diesem Todkranken wieder auf die Beine zu helfen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Und die Rechtskommunisten auch!)

Denn was sind denn die Vorschläge Ihrer zweiten Internationale und die Vorschläge der Internationale zweieinhalb, die jetzt in Wien der Welt die Reparationsvorschläge überreicht hat, anders? Diese Vorschläge bedeuten im Grunde genommen den Wiederaufbau der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser Wiederaufbau aber bedeutet für die Arbeiterklasse Deutschlands und der anderen Länder, wenn es dem Kapitalismus nach diesem Weltkriege, nach dieser großen Erschütterung durch Ihre (zu den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten) Hilfe gelingen sollte, wieder auf die Beine zu kommen, er bedeutet für die arbeitende Menschheit Jahre neuer kapita- (D) listischer Lohnsklaverei; er bedeutet für die darbende und hungernde Bevölkerung neue Krisen, neue Arbeitslosigkeit, neues Elend, neue Teuerung. Aber der arbeitenden Menschheit würde dann noch Schlimmeres bevorstehen. Genau so wie wir in den Weltkrieg von 1914 nicht durch persönliche Schuld einiger Männer hineingeraten sind, genau so wie der Ausbruch dieses imperialistischen Weltkrieges eine naturnotwendige Folge des kapitalistischen Systems ist, genau so können wir heute mit tödlicher Sicherheit den nächsten imperialistischen kriegerischen Konflikt voraussagen, den großen Konflikt, der die Menschheit von neuem in großes Elend und große Not hineinstürzen wird. Wir sehen diese Konflikte heranдämmern. Die amerikanische und englische Presse spricht ganz offen von dem Weltkrieg, der zwischen Amerika und England bevorstehe und in dem natürlich wie in dem vergangenen Weltkriege die Arbeitenden aller Länder mit hineingezogen werden. Dann wird das Proletariat wiederum Millionen und aber Millionen opfern müssen für die Profitgier, für die Dividendensucht und für den imperialistischen Drang der kapitalistischen Meute aller Länder. Deshalb kann und darf es für die Arbeiterklasse nicht die Parole geben: Wiederaufbau. Und es kann sich nicht darum handeln, an diesem kapitalistischen System mit Rezepten herumzuschustern. Will die Arbeiterklasse nicht, daß sie von neuem in kapitalistische Sklaverei gerät, daß sie von neuem in große kriegerische Konflikte hineingeführt wird, dann kann es für sie nur die Parole geben: Sturz und Zertrümmerung dieses kapitalistischen Systems!

(Zuruf rechts: Sie bauen es nachher wieder auf?)

Und wenn vorhin ein Redner der Deutschnationalen behauptete, wir würden zertrümmern und nicht aufbauen, so sagen wir Ihnen: Sie haben durch Ihre Politik

(**Stoecker**, Abgeordneter.)

(A) Europa in einen Friedhof und einen Trümmerhaufen verwandelt, und die Menschheit wird aus diesem Trümmerhaufen nicht herauskommen, bis sie Ihre ganze Sippschaft beseitigt hat, bis die sozialistische und kommunistische Gesellschaftsordnung errichtet worden ist. Sie laden eine schwere geschichtliche Schuld auf sich, daß sie nicht zusammengehen mit den Proletariern, die ihre ganze Energie darauf anwenden, dieses System endlich zu zerschlagen und die Arbeiterklasse von den kapitalistischen Parasiten und Aasgeiern zu befreien.

Meine Damen und Herren! Ueber die pazifistischen Reden, die wir von Hermann Müller, von Bernstein und Breitscheid gehört haben, lachen ja die Banditen des Ententekapitals. Darüber lachen Lloyd George und Briand, denn diese Männer denken genau so gut wie die Vertreter des absolutistischen Regimes, daß ihre letzten Gründe nicht pazifistische Reden, sondern die Kanonen sind. Genau so wie einst im alten preußischen Regime der Spruch galt:

Gegen Demokraten
Helfen nur Soldaten,

genau so kennen heute Lloyd George und Briand und der Völkerbund und die ganze kapitalistische Meute der Welt nur das eine Motto: gegen Kommunisten helfen nur Soldaten.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist deshalb ein Verrat an den Interessen des Proletariats, wenn die Führer der Arbeiterschaft sich auf eine friedliche, pazifistische Wiederaufbaupolitik dieses kapitalistischen Systems einstellen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Auf zum Krieg!)

Den Rechtssozialisten noch ein Wort! Sie haben gar nicht mehr das Recht, sich eine sozialistische Partei zu nennen.

(B) (Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Genau so wie Sie im Innern heute eine reformistische Politik betreiben, die die Sozialdemokratie unter der Führung eines Bebel, eines Singer bis zu deren Tode abgelehnt hat, genau so gut treiben Sie heute in der auswärtigen Politik einen Pazifismus, der ebenfalls von der Sozialdemokratie bis zum Kriegsausbruch abgelehnt und bekämpft wurde. Sie sind eine kleinbürgerliche Partei geworden, die sich zu Handlangerdiensten für die kapitalistischen Unterdrücker und Ausbeuter hergibt. Die einzige Hoffnung des Proletariats, aus diesem imperialistischen und kapitalistischen Elend herauszukommen, ist heute Sowjet-Rußland und die kommunistische Internationale.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Lachen Sie da nicht selber drüber?)

Die Aufgabe des Proletariats ist es heute, den einzigen Arbeiterstaat zu stützen und zu fördern. Das A und O der auswärtigen Politik einer proletarischen Partei müßte es sein, diesen Staat in jeder Weise zu unterstützen.

Bei der antibolschewistischen Politik, die in den letzten Monaten nicht nur in der rechtssozialistischen, sondern auch in der unabhängigen Presse betrieben wird, sind sich diese Parteien nicht klar, welche Folgen es auch für das deutsche Proletariat haben würde, wenn es der kapitalistischen Meute der Welt gelänge, Sowjet-Rußland auf die Knie zu zwingen.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Was wollen Sie denn tun?)

Sie machen sich nicht klar, wie sehr die Konterrevolution, wie sehr die Vertreter unseres Militarismus und unseres Industrie- und Bankkapitals heute noch in den Schranken gehalten werden, weil sie Sowjet-Rußland und die Rote Armee der russischen Proletarier im Nacken spüren. Deshalb ist Ihre Politik unverantwortlich und arbeiterfeindlich. (C) Es ist die Schuld insbesondere der Rechtssozialisten, daß sie nicht unsere Regierung, so lange sie offene Teilhaber waren, und auch jetzt nicht, wo sie stille Teilhaber sind, gezwungen haben, wenigstens in ein vernünftiges wirtschaftliches Verhältnis mit Sowjet-Rußland zu kommen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gemeinsam nach Georgien zu gehen!)

Die englische Bourgeoisie hat sich wieder einmal viel klüger gezeigt als die unbeholfene, unstete auswärtige Politik unserer Bourgeoisie.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Heute bringt die Presse die Meldung, daß gestern in London der **Handelsvertrag zwischen Sowjet-Rußland und England** unterzeichnet worden ist. England hat einmal wieder viel weiter geschaut als unsere deutschen Vertreter, die glauben, liebedienern zu müssen gegenüber dem Ententekapital, anstatt selber entschlossen den Weg zu gehen, den sie hätten einschlagen müssen.

Wir haben nicht die Hoffnung, daß diese Stinnesregierung den Weg gehen wird, den sie im Interesse des deutschen Volkes gehen müßte. Wir haben die felsenfeste Überzeugung, daß trotz der Politik der deutschen Bourgeoisie, trotz der Politik der Rechtssozialisten und der Unabhängigen die deutsche Arbeiterklasse dennoch ihre geschichtliche Mission erfüllen wird und die proletarische Revolution vom Osten nach dem Westen hinübertragen wird.

(Heiterkeit.)

Wenn wir diese Hoffnung haben, so in der Überzeugung, daß Europa heute wirtschaftlich reif ist für den Sozialismus, für den Kommunismus. Und wenn sich die Arbeitenden aller Länder, die vielen Tausende von Proletariern, Handlungsgehilfen, Technikern usw. einig wären in dem Willen, nicht die Bourgeoisie zu unterstützen, sondern die (D) Bourgeoisie mit allen Mitteln rücksichtslos niederzuringen, so könnte die Arbeiterklasse morgen in Europa die politische Macht in der Hand haben. Es ist aber heute so, daß diese geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse nur liegt in den Händen der kommunistischen Internationale.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Welcher?)

Man ist versucht, ein Wort zu gebrauchen, das Karl Marx im kommunistischen Manifest angewandt hat, wo er sagte: „Ein Gespenst geht um in Europa, der Kommunismus."

(Hört! Hört! — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sehr richtig! Ohne Fleisch und Bein! — Heiterkeit.)

Die Bourgeoisie zittert heute in allen Ländern vor den Kommunisten.

(Große Heiterkeit.)

Ihr Lachen ist bezeichnend. In unserer Nachbarrepublik Polen sitzen 7000 Kommunisten in den Gefängnissen, in unserer Nachbarpolitik der Tschechoslowakei sitzen 3000 Kommunisten in den Gefängnissen. In Horthy-Ungarn, in Rumänien, in Jugoslavien herrscht der weiße Terror, die weiße Diktatur der Militaristen und des Finanzkapitals. Die Bourgeoisie zittert nicht vor den Rechtssozialisten und vor den Unabhängigen, sie zittert vor den Kommunisten, die den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen wollen und aufnehmen werden.

(Zurufe und Heiterkeit.)

Wir sehen den offenen Bürgerkrieg in Italien, wo die Weißgardisten Giolittis gegen die Kommunisten vorgehen. Wir sehen, wie in Frankreich Hunderte von Kommunisten jetzt in die Gefängnisse eingeliefert werden. In England derselbe Prozeß. In dem Musterlande der Demokratie, in dem seit zwei Jahrhunderten Ihre glorreiche Demokratie besteht, über 10 000 Kommunisten in den Gefäng-

(**Stoecker,** Abgeordneter.)

(A) nissen, in dem Lande eines Wilson, der der Menschheit Friede, Freiheit und Brot bringen sollte.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Vor 200 Jahren in Amerika? — Zuruf rechts: Geschichte schwach! — Heiterkeit.)

Wir sehen in den Vereinigten Staaten die kommunistische Presse unterdrückt und sehen, daß jede kommunistische Versammlung verboten wird in dem Lande der Demokratie und der Freiheit, von dem Sie schwärmen.

(Rufe: Und Rußland?)

Wir rufen deshalb die Arbeiterklasse zum Kampf gegen diese Diktatur des Finanzkapitals in allen Ländern auf.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Fürchterlich!)

Wir fordern Sie auf, der kapitalistischen Diktatur entgegenzustellen die proletarische Diktatur des revolutionären Proletariats. Insbesondere in diesen Tagen und Wochen, in denen die deutsche Bourgeoisie wiederum um die Beute mit der Entente-Bourgeoisie verhandelt und kuhhandelt, rufen wir die Arbeitermassen auf, sich von diesem kapitalistischen Joche freizumachen und sich endlich aufzuraffen und die Fesseln der Lohnsklaverei von sich abzuschütteln.

Die Rechtssozialisten und die Unabhängigen kommen immer mit dem Einwande: Die Proletarier der Ententeländer marschieren ja nicht mit uns im gleichen Tempo, und die Revolution geht dort langsamer vor sich als bei uns. Dem halten wir entgegen: je schneller das deutsche Proletariat marschiert, desto schneller wird auch das Proletariat Frankreichs und Englands marschieren. Je entschiedener wir den Kampf gegen die Bourgeoisie in Deutschland aufnehmen, desto entschiedener wird auch das Proletariat Englands und Frankreichs den Kampf aufnehmen. Je eher wir in Deutschland die kapitalistische Diktatur niederschlagen,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten:
(B) Schlagen Sie doch!)

desto eher wird auch das Proletariat Englands und Frankreichs seine Bourgeoisie niederringen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ihr kämpft ja gegen die Arbeiter!)

Je eher wir in Deutschland das Banner der sozialen Revolution entrollen, desto eher werden auch in England und Frankreich die Flammen der Revolution auflodern, und auch dort werden die Proletarier Ihr kapitalistisches System in Trümmern schlagen. Wir erleben morgen den 50. Jahrestag, daß die Proletarier von Paris zum ersten Male gegen ihre Bourgeoisie aufstanden und die Kommune in Paris proklamierten. Es ist damals der Bourgeoisie gelungen, die Pariser Kommunarden niederzukartätschen. Es ist dem Zarismus gelungen, 1905 die russischen Proletarier niederzuringen. 1917 ist ihm dies nicht mehr gelungen, und so wird auch der Tag kommen, wo es der deutschen Bourgeoisie nicht mehr gelingen wird, die deutschen Arbeiter niederzuknüppeln und niederzukartätschen.

Deshalb gilt auch heute noch für die Arbeiter Deutschlands der Ruf der Pariser Kommunarden: Krieg den Palästen und Friede den Hütten!

(Lachen und Zurufe.)

Ferdinand Freiligrath ließ einst in einem seiner schönsten Revolutionsgedichte einen Maschinisten zu dem Könige, der auf dem Verdeck seines Dampfers fuhr, sagen:

> Ein Ruck von mir zu dieser Frist,
> Und siehe, das Gebäude stürzt,
> Von welchem Du die Spitze bist!

Dieses Wort gilt auch heute noch gegenüber der kapitalistischen Oligarchie, die noch immer das deutsche Volk in Banden hält. Wir fordern deshalb von der deutschen Arbeiterklasse, daß sie sich in diesen Tagen und Wochen aufrafft und zum Sturm gegen die Bourgeoisie vorgeht, die sie von neuem ins Elend und in die Sklaverei hineinführen will. (C) Nicht nur um des deutschen Proletariats, sondern um der Befreiung der Menschheit willen sehnen wir den Tag herbei, an dem die deutschen Arbeiter den Mut und die Kraft finden werden, dieses Parlament auseinanderzujagen

(Unruhe)

und die bürgerliche Regierung zum Teufel zu jagen. Deshalb fordern wir die deutschen Arbeiter auf, selbst ihre Geschicke in die Hand zu nehmen, selber die politische Macht Deutschlands in die Hände der Arbeiterklasse zu legen und dann das Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland herzustellen,

(Lachen)

um so Hand in Hand mit den Proletariern Sowjetrußlands den Sieg der Weltrevolution herbeizuführen.

(Hu! Hu!-Rufe rechts. — Lebhafter Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jaud.

Jaud, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In einer Anfrage, die ich unter dem 24. Februar unter der Nummer 661 an das Auswärtige Amt beziehungsweise an die Regierung richtete, wurde von mir darauf hingewiesen, daß zur Vorberatung der Pariser Ententenote und **zur Aufstellung der deutschen Gegenvorschläge Sachverständige** berufen wurden, daß aber unter diesen Sachverständigen **keine Vertreter des Handwerks** waren. Auf diese Frage wurde unter dem 10. März vom Auswärtigen Amt an den Reichstag folgende Antwort erteilt:

> Zu den Beratungen der Pariser Beschlüsse und der deutschen Gegenvorschläge für die Londoner Konferenz sind der Reichsregierung auf ihr Ansuchen von dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat (D) Sachverständige genannt worden, unter denen sich Vertreter sämtlicher Erwerbszweige befanden. Von dem deutschen Handwerk gehörten diesen Sachverständigen an Malerobermeister Hansen und Generalsekretär F. Derlien vom Reichsverband des deutschen Handwerks.

Ich möchte zu dieser Antwort konstatieren, daß sie eine unrichtige Darstellung gibt. Es ist nicht richtig, was hier in der Antwort des Auswärtigen Amts gesagt wird, daß Malerobermeister Hansen und Generalsekretär Derlien zugezogen waren zur Vorberatung der Pariser Ententenote. Meine Antwort wurde am 24. Februar eingereicht, am 25. Februar wurde die erweiterte Sachverständigenkommission zur Beratung der bereits aufgestellten Gegenvorschläge zusammenberufen. Erst unter diesen Sachverständigen befanden sich dann die Vertreter des deutschen Handwerks. Ich habe bereits am 22. Februar mit einem Vertreter des Auswärtigen Amts ein Telefongespräch geführt und mich erkundigt, ob es richtig sei, daß bei den Vorberatungen nur die siebzehn Herren, die in der Presse genannt wurden, mit dabei waren. Dies wurde mir ausdrücklich bestätigt.

Ich möchte deshalb noch einmal konstatieren, daß die Antwort, die vom Auswärtigen Amt unter der Nr. 1658 auf meine Anfrage hin gegeben wurde, eine objektive Unwahrheit bedeutet, da vor dem 24. Februar Handwerkervertreter nicht dabei waren. Ich möchte vom Standpunkt des Abgeordneten aus doch ganz entschieden dafür eintreten und ersuchen, daß man bei Erteilung einer Antwort, die auf eine Anfrage hin gegeben wird, sich auch an die Tatsachen hält, wie sie sich abgespielt haben.

(Sehr richtig!)

Präsident **Löbe:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Müller (Franken).**

(A) **Müller** (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn die gesamten Debatten, die wir beim Etat des Reichskanzlers und des Reichsministeriums des Auswärtigen Amts bisher gehabt haben, so ruhig und objektiv gewesen wären wie die letzten Ausführungen des Herrn Abgeordneten Jaud, als er sich gegen die „objektiven Unwahrheiten" des Auswärtigen Amts gewendet hat, so wäre das zweifellos besser gewesen; denn die hohen Töne, die hier geredet worden sind, haben doch absolut keinen Zweck. Ich glaube nicht, daß einer der Herren von rechts nach links und von links nach rechts so, wie die Dinge sich bei uns entwickelt haben, den anderen überzeugt. Und auf das Ausland machen Sie doch mit Reden, wie wir sie hier gehört haben, nicht den allergeringsten Eindruck.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darüber sollten Sie sich doch nach wie vor klar sein.

Gewiß, das Ausland hat eine feste Auffassung bekommen auf Grund der geschichtlichen Vorgänge, so wie sie im Auslande gesehen werden, und es nimmt eine Reihe von Tatsachen für die Bildung seiner Auffassung als absolut feststehend. Ich will davon nur zwei Tatsachen anführen, und ich möchte Sie im übrigen bitten, einmal ein **Buch** zu lesen, das nicht im Sinne meiner Partei geschrieben worden ist — das beweist sein zweiter Teil —, das aber dieser Tage **im Verlag von Quelle und Meyer** herausgekommen ist, und das sich mit **Deutschlands Niederbruch und Wiederaufbau** beschäftigt. Es erschien anonym. Es soll von einem Staatsmann sein. Sie können in diesem Buch, das von bürgerlichen Auffassungen ausgeht, eine ausgezeichnete **Analyse der Entwicklung der politischen Verhältnisse finden, die zum Kriege geführt haben.**

In diesem Buch wird immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß vor allen Dingen die Tatsache, (B) daß Wilhelm II. diese 30 Jahre Deutscher Kaiser gewesen ist, eine der Hauptursachen dieses Weltkrieges ist, und es wird im einzelnen von bürgerlicher Seite auseinandergesetzt, wie neben ihm überhaupt die Männer nicht aufkommen konnten, die eventuell Deutschland einer besseren Zukunft hätten entgegenführen können. Es wird darin vor allen Dingen auch rein sachlich als richtig gewertet, daß Deutschland nun einmal — und das weiß die Welt — diese **Offensivflotte gegen England** gebaut hat — und mit allen Ihren Tiraden können Sie das auch nicht aus der Welt schaffen —, daß alle Versuche von englischer Seite, zu einem Bündnis mit Deutschland zu gelangen, seit der Jahrhundertwende von deutscher Seite immer und immer wieder zerschlagen worden sind,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und daß vor allen Dingen all die Bemühungen, die bis in die letzte Zeit vor dem Kriege von Lord Haldane und anderen hervorragenden Engländern erfolgt sind, immer wieder und wieder von deutscher Seite zurückgewiesen worden sind.

Aber der Bau der Offensivflotte gegen England und die ganze von Wilhelm II. gebilligte Tirpitzpolitik, die immer die Politik des Auswärtigen Amts, wenn sie vernünftig werden wollte, konterkariert hat, ist nur die eine Tatsache.

Die zweite Tatsache ist, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege **Deutschland** sich **in Konstantinopel** festgesetzt und Liman von Sanders als Korpskommandanten dort durchgedrückt hat. Herr Abgeordneter Schultz (Bromberg) hat auseinandergesetzt, daß sich Rußland in Konstantinopel festsetzen wollte. Das ist ganz richtig, aber zu diesem Kriege kam es erst, weil Deutschland diese russische Politik konterkarieren wollte und sich selbst auch einer hervorragenden militärischen Stellung in der Türkei bemächtigt hatte.

(C) Das sind also die Tatsachen, die die Welt weiß, und die schaffen Sie nicht aus der Welt, indem Sie immer wieder Wilhelm II. als den hervorragenden friedfertigen Politiker vor uns hier im Reichstag feiern. Es ist doch bekannt, daß Wilhelm II. das berühmte Telegramm herausgelassen hat: Der Admiral des Atlantischen Ozeans dem Admiral des Stillen Ozeans! Hat er mit dem Admiral des Atlantischen Ozeans etwa Eduard VII. gemeint, ist das keine Provokation gewesen? Hat nicht diese Haltung des an der Spitze Deutschlands stehenden Mannes es verschuldet, daß es überhaupt kein Vertrauen zur deutschen Politik gab? Wir haben die Dinge öfter hier behandelt; ich will deshalb nicht weiter auf diese Sachen eingehen, sondern nur erklären, wie und warum das Ausland zu diesen Dingen so steht. Daran ändern Sie auch nichts, wenn Sie hier hohe Töne reden und immer wieder unsere Unschuld betonen.

Dann ein Wort zur **Schuldfrage**. Ich glaube, wir Sozialdemokraten haben innerhalb und außerhalb der Regierung immer darauf gedrängt, daß von uns das zur Aufklärung getan wird, was wir nur tun konnten. Wir haben darauf gedrängt, daß möglichst bald die deutschen Dokumente herausgegeben werden, und unseren Sozialisten im Auslande haben wir immer und immer wieder gesagt: Sorgt dafür, daß auch die Ententemächte ihre Archive öffnen. Wie könnt ihr von dem Richterstuhl der Geschichte reden in dem Augenblick, wo eure Regierungen das Material, das absolut zur Aufklärung der Frage notwendig ist, nicht herausgeben?

Meine Herren, diese Frage kann überhaupt im Parteikampf niemals restlos geklärt werden. Aber an der Schuldfrage ändert man auch nichts daran, indem man schimpft. Der Herr Abgeordnete Breitscheid hat bereits auf eine der vielen Reden hingewiesen, die Herr v. Kahr in letzter Zeit vom Stapel gelassen hat. Ich (D) habe hier die „München-Augsburger Abendzeitung" vom 15. März, in der ein Bericht über die Reden vor der Feldherrnhalle gegeben ist. Da hat sich **Herr v. Kahr** auch mit der **Schuldfrage** befaßt und gesagt:

> Deshalb wollen wir es mit der Wahrheit halten. Wir wollen diesem Schwindel von der Schuld des deutschen Volkes mit aller Entschlossenheit entgegentreten. Es darf die Schuldfrage nicht mehr ruhen, es wird sich zeigen, wo die Gauner sind.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube nicht, daß wenn ein bayerischer Ministerpräsident vor der Feldherrnhalle so redet, daß bei denjenigen, die uns wohlgesinnt sind, im neutralen Auslande, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in dem übrigen Teile der Welt sich irgend etwas verbessern wird.

Es sind hier die **Genfer Beschlüsse** meiner Partei angezogen worden, denen wir zugestimmt haben. Ich möchte doch dem Herrn Abgeordneten Rießer sagen, worauf es dabei ankommt. Es heißt in diesen Beschlüssen der **Internationalen Sozialistenkonferenz vom 31. März** in Genf, nachdem zunächst ein Auszug aus der deutschen Denkschrift wiedergegeben ist:

> Es nimmt der Kongreß diese Erklärung zur Kenntnis und erneuert die Erklärung der Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Übertreibung seiner Politik und seine Raffsucht eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist, und erklärt gleichzeitig mit den gleichen Ausdrücken, wie die deutsche Denkschrift, daß sein unmittelbarer Anlaß, wenn auch nicht ausschließlich an der mit Kopflosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber lag.

(**Müller** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Ich glaube, jeder, der einigermaßen objektiv den Tatsachen folgt, kann das unterschreiben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Es ist das der mindeste Ausdruck zur Kennzeichnung der Haltung der deutschen Staatsmänner und der Militärs in den entscheidenden Tagen vor dem 1. August 1914. Es ist bezeichnend, daß alle die Herren, die Reinwaschungsversuche an „Seiner Majestät“ machen — „Seine Majestät“ macht ja augenblicklich die Tabellen, um sich selbst zu rechtfertigen —, mit keinem Worte auf seine Randbemerkungen eingehen, die veröffentlicht sind und die doch wahrhaftig zeigen, welches Geistes Kind dieser Mann gewesen ist, und die zeigen, warum in der ganzen Welt kein Mensch Vertrauen zur deutschen Politik haben konnte, solange bekannt war, daß dieser Mann überhaupt entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik gehabt hat. Wenn aber dann gar der Abgeordnete Schultz (Bromberg) sich hingestellt hat und gemeint hat, daß auch Bebel anerkannt hätte, daß Wilhelm II. dieser friedfertige Mann gewesen ist, so muß er gefälligst dafür den Beweis antreten. Mit der Behauptung allein ist es nicht getan. Wir kennen die Reden unseres Parteiführers Bebel seit der Zeit, wo Wilhelm II. an die Regierung kam, und ich habe schon neulich einmal in der Auseinandersetzung, in der wir über die Kapitalschiebungen der Hohenzollernfamilie gesprochen haben, darauf hingewiesen, wie seit 1888 unser verehrter Parteiführer Bebel zu diesen Dingen gestanden hat, und wie er sich schon geäußert hat, als Wilhelm II. jene berüchtigte Rede vom 18. August 1880 in Frankfurt an der Oder gehalten hat, wo Wilhelm II. erklärt hat, daß lieber 19 Armeekorps und 42 Millionen Deutsche auf der Strecke bleiben sollten, ehe ein Stein des Errungenen preisgegeben werde. Er hat bekanntlich nicht abgewartet, bis die 42 Millionen zugrunde gegangen (B) sind. Er ist auch nicht davongejagt worden, wie der Abgeordnete Schultz (Bromberg) gesagt hat, sondern er ist davongegangen, ehe er davongejagt worden ist, weil er den besseren Teil der Tapferkeit in dieser Situation zu wählen für notwendig fand. Aber ganz unverständlich ist es mir immer, daß man, wenn von diesen Dingen die Rede ist und hier kritisch Stellung genommen wird, Bismarck damit hineinzieht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Politik seit 1900 hat doch mit der **Bismarckschen Politik** ganz und gar nichts mehr zu tun!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Lesen Sie die beiden ersten Bände der Gedanken und Erinnerungen Bismarcks — der dritte Band ist bisher nur im Schleichhandel zu haben —, dann finden Sie, wie Bismarck oft Angst gehabt hat in der Nacht, wie er von einer cauchemar des coalitions gesprochen hat, wie er deshalb seine ganze Politik darauf eingestellt hat, daß wir nicht gleichzeitig in einen tödlichen Gegensatz zu England und Rußland kämen. Durch die wahnwitzige Flottenpolitik, die von Tirpitz und Wilhelm II. getrieben worden ist, ist dann das deutsche Volk in diesen tödlichen Gegensatz zu Rußland und zu England hineingekommen, der letzten Endes diesen Weltkrieg möglich gemacht hat, und der schuld daran ist, daß Deutschland in diesem Weltkrieg so elend abgeschnitten hat trotz der ungeheuren Opfer, die die breitesten Volksmassen bis zuletzt gebracht haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Also so liegen die Dinge. Lassen Sie Bismarck aus dem Spiel und überzeugen Sie sich, daß Sie gewisse historische Tatsachen nicht aus der Welt schaffen können, daß dieses ganze Gerede über die Schuldfrage vor der Londoner Konferenz, das nicht von uns, sondern von der Regierung angefangen worden ist,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

(C) nicht den geringsten Zweck hat, daß wir aus Gründen des ökonomischen Zusammenarbeitens Europas in sehr baldiger Zeit zu einer Zusammenarbeit kommen müssen, und daß wir nichts tun dürfen, was, ohne uns im geringsten zu nützen, ein Zusammenarbeiten erschwert! Jede **Diskussion über die Schuldfrage erschwert** zur Jetztzeit **das Zusammenarbeiten,** denn die Zeit zur Wiederaufnahme dieses Verfahrens ist noch nicht gekommen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dittmann.

Dittmann, Abgeordneter: Meine Herren! Die Erörterungen über die Schuldfrage sind meines Erachtens zunächst, wenn ich mich recht entsinne, vom Herrn Minister Dr. Simons zu sehr ungelegener Zeit wiederum auf das Tapet gebracht worden, und es war meines Erachtens ebenfalls gerade vom Standpunkt der nationalistischen Parteien dieses Hauses sehr wenig geschickt, daß sie in den Erörterungen der letzten Zeit diese Frage wieder in den Vordergrund gerückt haben und uns damit genötigt haben, ihnen zu antworten.

Der Herr Kollege Dr. Petersen hat vorhin gemeint, er müsse es uns verübeln, daß wir stets nur auf die Sünden und Verfehlungen unserer deutschen Militaristen, Imperialisten und Chauvinisten hinwiesen und es angeblich unterließen, zu betonen, daß Leute des gleichen Kalibers auch in den Ententeländern säßen. Mein Kollege Dr. Breitscheid hat schon durch einen Zuruf darauf hingewiesen, daß er in seiner neulichen Rede sehr wohl betont hat, daß auch in den Ententeländern Chauvinisten, Nationalisten, Militaristen und Imperialisten sitzen, genau wie bei uns. Aber das unterscheidet uns ja gerade von Ihnen: Wenn wir den Nationalismus und Imperialismus bekämpfen wollen, so sind wir uns darüber klar, daß wir (D) es nicht können, indem wir Anklagen und Beschwerden erheben und unseren Vorstoß richten gegen den Nationalismus, den Chauvinismus und den Imperialismus in den Ententeländern, sondern nur, indem wir diese Erscheinungen in unserem eigenen Lande aufs energischste bekämpfen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wohin sollte es führen, wenn eine andere Methode vom Proletariat angewandt würde? Wenn wir Sozialisten uns in eine gemeinsame Kampffront stellen wollten mit den Herren Deutschnationalen und Sturm laufen wollten gegen den Nationalismus und Imperialismus der Ententeländer, dann würde das Resultat sein, daß die nationalistischen Instinkte in Deutschland dadurch gesteigert und gestärkt würden. Und wenn in Frankreich, wenn in England das Proletariat nach demselben Rezept verfahren würde, so würden auch dort die nationalistischen Instinkte gestärkt und gesteigert werden. Das Endresultat wäre, daß der Nationalismus überhaupt, daß die Gegensätze unter den Völkern immer wieder aufs neue entflammt und aufgestachelt würden. Nein, der Nationalismus und Chauvinismus läßt sich grundsätzlich nur bekämpfen von der Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes gegenüber den Imperialisten, Militaristen und Nationalisten des eigenen Landes.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nur so ist es überhaupt möglich, den Einfluß des Nationalismus in allen Ländern zurückzudrängen. Darin offenbart sich das **internationale Zusammenarbeiten des revolutionären Proletariats aller Länder,** das in diesem Sinne vorgeht.

Nun hat der Herr Abgeordnete Schultz es für notwendig befunden, die **Friedensliebe Wilhelms II.** hier in hohen Tönen zu singen. Einige meiner Vorredner haben ihm ja schon darauf erwidert. Ich will auch nur

(Dittmann, Abgeordneter.)

(A) darauf hinweisen an einem weiteren Beispiel, daß wir doch im Jahre **1908** im Reichstag die **Daily Telegraph-Affäre** erlebt haben, wo der ganze Reichstag und auch der damalige Reichskanzler Fürst Bülow, in etwas diplomatischerer Form vielleicht als ich es hier ausspreche, aber dem Sinne nach doch dem angeblich friedfertigen Wilhelm II. gesagt haben: „Du hast künftig das Maul zu halten und Deutschland nicht fortgesetzt in Kriegsgefahren hineinzureden mit deiner Großmäuligkeit!“ Das ist doch damals ziemlich deutlich, wenn auch, wie ich eben schon sagte, in etwas diplomatischerer Form, ausgesprochen worden. Man sollte also wirklich nicht fortgesetzt über die Friedensliebe Wilhelms II. reden.

Der Herr Kollege Schultz hat sich auf den ersten **Untersuchungsausschuß des Reichstags** berufen, durch den festgestellt sei, daß die Mobilmachungen in den Ententeländern alle eine halbe Stunde oder einige Stunden vor der deutschen Mobilmachung erfolgt seien.

(Rufe rechts: Tage!)

Ich habe schon in diesem Ausschuß gesagt: Wenn man damit irgendwelchen Eindruck auf die internationale Öffentlichkeit machen zu können glaubt, so täuscht man sich sehr. Im Ausland wird man den entgegengesetzten Eindruck damit hervorrufen; in den Ententeländern wird die Auffassung entstehen: Deutschland sucht die Schuld am Weltkriege auf uns abwälzen, und dadurch wird die Stimmung gegen Deutschland nur noch mehr verschlechtert werden.

Ich traue allerdings diesem Untersuchungsausschuß zu, daß er auch noch zu der Feststellung kommt, im August 1914 habe nicht Deutschland Belgien, sondern umgekehrt Belgien Deutschland überfallen. Ja ich würde mich nicht wundern, wenn dieser Untersuchungsausschuß auch noch feststellte, Deutschland war am Weltkriege überhaupt nicht beteiligt gewesen.

(Lachen rechts.)

(B) Der Ausschuß ist wirklich nach seinen Leistungen dazu kapabel. Ich habe vergebens versucht, den Herren klarzumachen, in welche unmögliche Situation sie sich mit ihren ganzen angeblichen Feststellungen und vor allen Dingen mit der Veröffentlichung dieser Feststellungen begeben haben. Da holt man den Herrn Grafen v. Montgelas, den Herrn Professor Delbrück, Herrn Professor Höninger als Sachverständige herbei, und was diese Leute angeblich festgestellt haben, das erklärt der Ausschuß dann für seine Auffassung. Ja, meine Damen und Herren, Sie können sich nicht wundern, wenn das mir und breiten Schichten in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit in keiner Weise imponiert.

Nun komme ich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Rießer, der ja versucht hat, Kautsky als Kronzeugen dafür anzurufen, daß Deutschland am Weltkrieg so gut wie unschuldig sei.

(Zurufe rechts.)

Dem Herrn Kollegen Rießer ist bereits vom Kollegen Breitscheid geantwortet; aber trotzdem hat Herr Kollege Rießer versucht, seine Darstellung aufrechtzuerhalten. Ich sehe mich deshalb genötigt, ein wenig näher auf diese Frage einzugehen und dem Kollegen Rießer nachzuweisen, daß er Kautsky vollständig falsch interpretiert hat.

Kautsky sagt **über die** allgemeinen **Ursachen des Weltkrieges** in ein paar knappen Sätzen:

> Man macht sich eine ganz falsche Vorstellung, wenn man meint, der Imperialismus habe in den Regierungen den Drang nach einem Weltkrieg erzeugt. So direkt brachte er ihn nicht hervor, die Wirkung des Imperialismus vollzog sich auf einem Umweg. Was er zunächst produzierte, war die Gier nach auswärtigem Besitz oder Einflußsphären, waren Differenzen zwischen den Großmächten und damit stetes, sich progressiv steigerndes Wettrüsten, daher wachsende Nervosität, (C) wachsendes Mißtrauen, zunehmende Furcht, vom Nachbar überfallen zu werden. Keiner wollte den Krieg, jeder fürchtete ihn; aber mehr noch als den Krieg fürchtete man natürlich die Niederlage, und so war jeder bereit, bei der ersten verdächtigen Bewegung des Nachbarn diesem an die Gurgel zu fahren.

In diesen Sätzen hat Kautsky die Situation unmittelbar vor Kriegsausbruch skizziert, er hat ausdrücklich festgestellt, daß das imperialistische Drängen nach einem Konflikt, nach einem Zusammenprall ein internationales war.

(Zuruf rechts: Na also!)

— Bitte, ich komme noch weiter! Kautsky weist dann darauf hin, daß die deutsche Regierung mit Blindheit geschlagen war, als sie glaubte, daß der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sich lokalisieren lasse. Er weist in seinem Buche nach, daß sich auf dem Balkan nicht nur die Interessen der Balkan- und der benachbarten Staaten kreuzten, sondern daß dort auch ein Interessenknäuel aller europäischen Großstaaten vorhanden war. Er sagt:

> Jeder Großstaat, der auf dem Balkan das Übergewicht zu erlangen versuchte, stieß dabei auf den Widerstand anderer Großmächte, hatte mit der Gegnerschaft einer Koalition zu rechnen.

Dann weist er darauf hin: Trotz dieser Situation hat Österreich-Ungarn versucht, Serbien zu vergewaltigen und den Großmächten zuzumuten, das als eine Angelegenheit anzusehen, die lediglich Österreich-Ungarn und Serbien anginge. Kautsky sagt:

> Jeder Kenner der Balkangeschichte seit 100 Jahren mußte sich darüber klar sein, daß diese Politik zum Weltkrieg führte. Schlimm genug, daß Deutschlands leitende Staatsmänner 1914 dafür blind waren. (D)

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dann sagt Kautsky — und damit komme ich auf den springenden Punkt, der von dem Kollegen Dr. Rießer in die Debatte hereingeholt ist —:

> Vielleicht noch nie ist ein Krieg auf die bloße „Allerhöchste Eingebung“ eines Tages mit solcher Leichtfertigkeit und Unüberlegtheit beschlossen worden, wie am 5. Juli 1914 der Krieg gegen Serbien. Kein Wunder, daß man einige Wochen später völlig den Kopf verlor, als die Konsequenzen zutage traten, auf die jeder klar denkende Mensch von vornherein hätte gefaßt sein müssen, wenn er sich auf diese Bahn überhaupt begab.

Und nun kommt der Hauptsatz, auf den der Herr Kollege Rießer sich stützt, der von Kautsky in diesem Zusammenhang ironisch gemeint ist:

(Lachen rechts.)

> Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung Unrecht tat. Wohl besaß ich nicht das felsenfeste Vertrauen Delbrücks in die Klarheit und Wohlüberlegtheit ihres Programms. Immerhin nahm ich an, daß sie sich der sinnenfälligsten Konsequenzen ihres Vorgehens klar bewußt war, als sie sich zur Unterstützung Österreichs entschloß.

Also er sagt: ich habe angenommen, die deutsche Regierung wußte, was sie tat, als sie Österreich die Blankovollmacht gab, gegen Serbien vorzugehen. Aber, fährt er fort, nachdem ich Einblick in die Akten gewonnen habe, habe ich zu meinem Erstaunen gesehen, daß die deutsche Regierung sich nicht darüber klar war: der Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien muß zum Weltkrieg führen, daß die deutsche Regierung tatsächlich der Auffassung war, es würde möglich sein, diesen Krieg zu lokali-

(Dittmann, Abgeordneter.)

(A) sieren. Und nun sagt Kautsky: Die Leute, die in Deutschland 1914 das Ruder in Händen hatten, sind ja wahrhaftig noch viel dämlicher gewesen, als ich sie eingeschätzt hatte.

(Zuruf rechts: Möglich, aber nicht Verbrecher!)

— Bitte, darauf komme ich. — Er weist darauf hin — es ist übrigens, glaube ich, auch heute schon zitiert worden —:

> Die Entstehung des Weltkrieges zeigt uns in Deutschland ein Regierungssystem, das im Lande der Dichter und Denker, der höchsten wissenschaftlichen Leistungen zur politischen Führung Elemente berief, die von solcher Unfähigkeit oder Streberhaftigkeit oder Leichtfertigkeit waren, daß sie sinnlos das Volk in ein Abenteuer hineinritten, aus dem sie schließlich keinen anderen Ausweg mehr fanden als die Kriegserklärung an Rußland und Frankreich, und durch das sie und die ganze Nation in den Abgrund gerissen wurden.

Er fährt fort:

> Wäre es richtig, wie Delbrück behauptet, daß diese Politik „logisch nach einem ganz klaren und wohlüberlegten Programm“ vor sich ging, so würde die Schuld des wilhelminischen Regimes dadurch nicht vermindert, sondern ins Riesenhafte vergrößert.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also, meine Herren, Kautsky stellt fest: die deutsche Regierung wußte nicht, daß, als sie 1914 in das Pulvermagazin hineinging und die Fackel in eines der offenstehenden Pulverfässer, das ihr im Wege stand, hineinschleuderte, sie damit das ganze Pulvermagazin zur Explosion bringen mußte. So beschränkt war die deutsche Regierung, das nicht zu wissen. Das ist der Sinn der Darstellung Kautskys. Nun überlasse ich Ihnen selbst, (B) Herr Kollege, die Alternative, ob Sie sagen wollen, es wären damals bei Ausbruch des Weltkrieges in Deutschland Leute am Ruder gewesen, die man nur charakterisieren könne entweder als dummköpfige Verbrecher oder als verbrecherische Dummköpfe. Kautsky kommt zu der letzteren Auffassung. Er sagt: Zuerst habe ich geglaubt, es seien dummköpfige Verbrecher am Ruder gewesen. Nachdem ich aber gesehen habe, wie hilflos und ratlos man gewesen ist, wie man sich der Konsequenzen nicht bewußt war, muß ich allerdings sagen: es waren verbrecherische Dummköpfe. Ist das nun von Ihrem Standpunkte aus etwas, meine Herren, womit Sie besonders Staat machen können in der Öffentlichkeit?

(Zurufe rechts.)

Mir soll es gleich sein, ob Sie künftig sagen werden: wir berufen uns auf Kautsky dafür, daß bei Ausbruch des Krieges in der Regierung nicht dummköpfige Verbrecher, sondern verbrecherische Dummköpfe saßen. Das allein ist es, worum es sich bei diesem ganzen Kautsky-Zitat handelt. Mir schien es aber notwendig, diesen Sachverhalt noch einmal mit aller Schärfe herauszuarbeiten, weil ich weiß, daß man die wissenschaftliche Autorität Kautskys im nationalistischen Lager benutzt, um den Eindruck zu erwecken, einer derjenigen, der zuerst ein Buch veröffentlicht hat über den Anteil der Schuld Deutschlands am Weltkriege, habe seine zuerst aufgestellten Behauptungen zurückgenommen. Zurückgenommen hat Kautsky, wie schon ganz richtig von meinem Kollegen Breitscheid gesagt worden ist, überhaupt nichts.

(Rufe rechts: Doch!)

Er hat von dem, was er in seinem Buche über die Entstehung des Weltkrieges geschrieben hat, gar nichts zurückgenommen. Denn dieses Buch hat er erst geschrieben nach Kenntnis der Akten. Also Sie können nicht sagen, daß Kautsky in dem Buche „Wie der Weltkrieg entstand“ etwas geschrieben hat, was er durch dieses Zitat in seiner (C) Broschüre gegen Professor Delbrück irgendwie zurückgenommen hätte.

(Zuruf rechts.)

— Das Endresultat — Herr Kollege Warmuth, ich weiß nicht, ob Sie eben hier waren — habe ich auch schon festgestellt. Kautsky sagt lediglich — wenn Sie es noch einmal hören wollen, will ich es auch für Sie noch einmal sagen —: „Ich habe ursprünglich gemeint, es säßen nur dummköpfige Verbrecher in der Regierung; jetzt weiß ich, es waren verbrecherische Dummköpfe.“

(Zurufe rechts.)

Präsident: Die allgemeine Beratung ist geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Bernstein.

Bernstein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist schon von einer Seite betont worden, daß die Erwähnung der Schuldfrage bei dem Haushalt der auswärtigen Politik gar nicht zu umgehen war, da sie bei den Verhandlungen in London eine so große Rolle gespielt hat und es darum nötig war, die Stellung, welche die deutsche Regierung mit ihren Vertretern eingenommen hat, zu kritisieren. Ich habe es getan und habe dabei betont, daß die Vertreter der Regierung sich dadurch auf ein falsches Gebiet begeben haben, daß sie den Begriff der Alleinschuld hineintrugen, durch den die Debatte vollständig verschoben wird und einen ungünstigen Eindruck erwecken muß.

Dann ist mir von Herrn Schultz und ich glaube auch von Herrn Rießer vorgeworfen worden, daß ich bei der Erwähnung der Schuldfrage und der Lasten, die Deutschland auferlegt sind, nicht zwischen Volk und Regierung unterscheide und überhaupt nicht für die Interessen des deutschen Volkes eintrete. Ich habe nun hier das Stenogramm meiner Rede; Sie wollen mir erlauben, (D) einen kurzen Satz daraus zu verlesen. Sie werden daraus ersehen, daß ich durchaus das Gegenteil getan habe. Es heißt dort:

> Es liegt mir auch gar nicht daran, die Schuldfrage eingehend zu diskutieren. Ich will nur dagegen protestieren, daß man die Betonung der Schuld der damaligen Regierung in vielen Artikeln, die im Ausland erschienen sind und die für das Ausland berechnet waren, mit einer Betonung der Schuld des deutschen Volkes gleich setzt. Es ist nicht zu bestreiten: es ist einmal ein Grundsatz des internationalen Rechts, das wir bei uns Völkerrecht nennen, daß ein Volk haftbar ist für die Taten seiner Regierung, namentlich für die Verpflichtungen seiner Regierung.

Es ist staatsrechtlich haftbar, betone ich, aber nicht moralisch, und hebe dann hervor: auch für die staatsrechtliche Haftbarkeit gibt es Grenzen am Können, an der Lage des Volkes. Das führte ich weiter aus, also gerade das Gegenteil von dem, was Sie mir vorwerfen. Die ganze Tendenz meiner Ausführungen war darauf gerichtet, vom deutschen Volke abzuwälzen, daß man es moralisch haftbar macht für die Schuld des Kaisertums, und weiter, daß man in der staatsrechtlichen, in der ökonomischen Haftbarkeit über das hinausgeht, was das deutsche Volk leisten kann. Meine Damen und Herren, Sie (nach rechts) nehmen für sich allein die vaterländische Gesinnung in Anspruch. Sie haben kein Monopol darauf!

(Rufe rechts: Persönlich!)

Das habe ich in meiner Rede betont, und damit will ich schließen. Wir treten viel energischer und mit viel größerer Wirkungskraft für das Wohl des deutschen Volkes ein, als Sie dort drüben.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, jetzt die zurückgestellten

Abstimmungen über den Haushalt des Ministeriums des Innern

vorzunehmen. Es handelt sich zunächst um das Kap. 19 zur Unterhaltung und Durchführung der Technischen Nothilfe. Wer diesem Kapitel seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich von seinem Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; das Kap. 19 ist angenommen.

(Bravo! rechts.)

Wir kommen dann zu den einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 4. Dazu liegt ein Antrag von Anhängern aller Parteien auf Nr. 1671 vor, den Titel zur weiteren Ausschmückung des Reichstags aus dem Haushalt des Ministeriums des Innern in den Haushalt des Reichstags zu übernehmen. Ich nehme das Einverständnis des Hauses an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zu Kap. 1 Tit. 14. Da liegt auf Nr. 1333 ein Ausschußantrag vor, für das deutsche Museum in München nicht 400 000 Mark, sondern 500 000 Mark einzusetzen. Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Nun kommt der Ausschußantrag auf Nr. 1333, einen neuen Tit. 16a einzufügen, nämlich 3000 Mark zur Beratung und Überwachung lungenkranker Personen zu bewilligen. Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Nunmehr ist noch die Ausschußentschließung auf Drucksache Nr. 1333 unter II 10 zu erledigen, die Reichsregierung um baldige Errichtung eines Denkmals für die (B) auf außereuropäischem Boden im Kampf gebliebenen Deutschen zu ersuchen. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist auch angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch zur Feststellung erwähnen, daß der Antrag Arnstadt und Genossen auf Drucksache Nr. 1618 unter II 4, der eine Denkschrift über die Vorgeschichte, Entwicklung und Aufgaben des Reichswanderungsamts verlangt, durch die Annahme der Ausschußanträge auf Nr. 1674 zu 2 erledigt war. — Sie sind damit einverstanden.

Damit ist die Beratung und auch die Abstimmung über den Haushalt des Reichsministeriums des Innern erledigt.

Wir kommen zur weiteren Erledigung des

Haushalts des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Wir hatten eben Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben angenommen.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 7a, — 8, — 9, — 10, — 11; — Kap. 2 Tit. 1, — 2 nach dem Ausschußantrage auf Nr. 1419, — 3; — einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 1; — Einnahme Kap. 1 Tit. 1. — Die einzelnen Titel dieses Haushalts sind bewilligt.

Wir kommen zum

Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen.

Über Kap. 1 Tit 1 der fortdauernden Ausgaben ist eben debattiert worden; ich erkläre ihn für angenommen.

Ich rufe auf Tit. 1a, — 2, — 3 sowie 4, 5, 6, 6a mit den Ergänzungen, — 7, — 8 mit der Ergänzung, — 9, — 10 mit der Ergänzung, — 11; — Kap. 2 Tit. 1 (C) mit der Ergänzung, — 1a, — 2, — 3, — 4, — 5 mit der Ergänzung, — 6 mit der Ergänzung, — 7, — 8, — 9, — 10; — Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3. — Angenommen.

Zu Tit. 3 liegt eine Entschließung des Ausschusses auf Drucksache Nr. 1406 unter II vor, die Reichsregierung um Nachprüfung zu ersuchen, ob die finanztechnischen Sachverständigen (Finanzbeiräte) im Auslande mit dem 31. März 1921 abzuberufen sind. Wer dieser Entschließung des Ausschusses zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Ich rufe auf Kap. 3 Tit. 4, — 5, — 6, — 7, — 8 mit der Ergänzung, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14. —

Zu Tit. 15 hat das Wort der Herr Abgeornete Dr. Deermann.

Dr. **Deermann,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das unangenehme Schauspiel, das wir vorhin erlebten, daß nämlich die auswärtige Politik nach beliebter deutscher Art zu innerpolitischen Kämpfen benutzt wird, möchte ich hier nicht wiederholen, sondern Sie auf eine Frage hinweisen, die uns gewiß allen am Herzen liegt, für die wir uns alle ohne Unterschied der Partei einsetzen können. Es ist das der **Wiederaufbau der Auslandsschulen.** Dafür sind im Etat für 1920 8,5 Millionen Mark, also wesentlich mehr als im Vorjahre ausgesetzt worden. Ich hoffe, daß im nächsten und im übernächsten Jahre diese Summe mehr und mehr gesteigert werden wird.

Aber ich möchte Sie nicht so sehr auf die finanzielle Seite dieser Wiederaufbauarbeit hinweisen als vielmehr (D) auf die Art, wie sie geleistet werden sollte. Vor dem Kriege hat unsere auswärtige Vertretung es sicher daran fehlen lassen, den deutschen Lehrern an Auslandsschulen die Förderung, vor allen Dingen auch in gesellschaftlicher Beziehung, zuteil werden zu lassen, die sie verdienen. Darin haben vor allem die Franzosen viel besser gearbeitet. Ich erinnere nur daran, wie gerade noch im Winter 1913—14 die französische diplomatische Vertretung mit allen Mitteln französische Schulen, französische Lehrer usw. im Ausland unterstützt hat, um sie mit der Gesellschaft des betreffenden Landes in Verbindung zu bringen, in dem diese ausländischen französischen Schulen waren, besonders auch in England und in den englischen Kolonien. Gegenüber den glänzenden Veranstaltungen zur Verbreitung französischer Kultur auch im gesellschaftlichen Leben ist von seiten der deutschen diplomatischen Vertretungen fast gar nichts geschehen. Ich möchte darum bitten, daß unser Auswärtiges Amt den deutschen Privatlehrern, den deutschen Hochschullehrern und Gelehrten und Künstlern im Auslande gerade in gesellschaftlicher Beziehung ganz anders unter die Arme greift, sie mit allen Mitteln in die Gesellschaft des fremden Landes einführt, besonders auch öffentliche Feste, Theateraufführungen und dergleichen zu dem Zwecke veranstaltet oder unterstützt. Eine solche **deutsche Kulturpropaganda** ist notwendig und, wenn richtig durchgeführt, auch sehr wirksam.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Dann noch ein anderes! Wir sind gewiß nicht der Ansicht, daß nun Reichsschulen im Auslande gegründet werden müssen; aber **die Privatschulen,** die **im Auslande** bestehen, **müssen vom Reich unterstützt werden.** Ich möchte noch ein Wort gerade für die Schulen einlegen, die von evangelischen und katholischen Missionen im Auslande für deutsche Kinder unterhalten werden.

(Dr. **Deermann**, Abgeordneter.)

(A) Ebenso wichtig aber wie die Schulen sind die **deutschen Kirchen im Auslande**. Kirche und Schule sind das Fundament, der Felsen, auf dem allein die Erhaltung des Deutschtums im Auslande sicher gegründet werden kann, und daher sollte auch in Zukunft gerade für die Unterstützung deutscher Kirchen im Auslande im Etat des Auswärtigen Amts ein hinreichender Posten eingesetzt werden. Zum Beispiel bekam die katholische deutsche Kirche in London vor dem Kriege vom Deutschen Reiche trotz wiederholter Bitten und trotz großer Notlage, obgleich sie gerade in sozialer Beziehung für die mittleren und kleineren deutschen Existenzen da draußen sehr viel tat, nichts. Die einzige Unterstützung, die ihr zuteil wurde, erhielt sie vom österreichischen Kaiserhause.

Die Hauptarbeit der deutschen Schulen, der Verbreitung deutscher Bildung im Auslande, wird von privater Seite geleistet, und die deutschen Lehrer dort draußen stehen in einem privaten Arbeitsverhältnis. Wenn wir aber wünschen, daß die besten Lehrer zur Erziehung der Kinder der Auslandsdeutschen von den deutschen Auslandsschulen gewonnen werden, daß nicht sogenannte verunglückte Existenzen eingestellt werden müssen, die dem Ansehen deutscher Wissenschaft und Erziehung nicht gerade immer in der besten Weise dienen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die **Lehrer an Auslandsschulen**, wenn sie nach fünf- oder zehnjähriger Arbeit zurückkehren, unbedingt in der Heimat feste staatliche Anstellung finden und daß auch ihre im Ausland zugebrachten Dienstjahre auf ihre Besoldung angerechnet werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Nun zu der Gegenseite. Mit Genugtuung müssen wir feststellen, daß wir, obgleich wir während des Weltkrieges soviel als Barbaren geschmäht worden sind, so viele **ausländische Studierende an unseren Universitäten** (B) **und Hochschulen** sehen. Ich buche das als eine Ehrung für Deutschland, für deutsches Wissen und Können. Gewiß können wir ausländische Studierende nicht aus allen Ländern in gleichem Maße zu uns herbeisehnen. Wir haben es erlebt, daß uns feindlich gesinnte Ausländer deutsche Wissenschaft und Kunst bei uns gelernt haben, um sie später im wirtschaftlichen oder militärischen Wettbewerb gegen uns auszuspielen. Die Studierenden der Entente dürfen bei uns nur dann auf eine wohlwollende Aufnahme rechnen, wenn wir bei ihnen die gleiche Aufnahme finden. Da muß es heißen: wie du mir, so ich dir.

Besonders werden die deutschen Hochschulen heute aufgesucht von den Studierenden bedrückter Völker und aus neu erstandenen Staaten, die, wie das nun einmal natürlich ist, sich bei uns wohlfühlen, weil sie wissen, daß gerade wir Verständnis für die Leiden, die sie durchgemacht haben, besitzen und weil sie andererseits erkannt haben, daß wir ihnen das Beste an Wissen und Können bieten wollen und können. Wir haben ein großes Interesse an der geistigen und politischen Befreiung dieser bisher unterdrückten oder zurückgebliebenen Völker. Je mehr wir die Kultur und den geistigen und wirtschaftlichen Fortschritt in diesen neuen Ländern fördern, desto mehr wird für uns auch dort Gelegenheit gegeben sein, blühende wirtschaftliche Unternehmungen zu gründen und Handel zu treiben. Wir werden Freunde gewinnen, die auch für die Erzeugnisse unserer Wirtschaft, unserer Technik, unserer Industrie gern Abnehmer sind.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Nach meiner Überzeugung darf bei der Zulassung und Förderung **ausländischer Studierender** kein Unterschied zwischen **farbigen und weißen Rassen** gemacht werden. Wir haben die Menschen in den Studierenden zu achten, wenn sie sittlich und gebildet sich benehmen. Für uns kommt es darauf an, daß wir draußen Freunde gewinnen. Ob das nun farbige oder weiße Freunde sind, kann uns (C) in unserer bedrängten Lage ganz einerlei sein. Wir müssen uns auf den Standpunkt der Kultur und der Menschlichkeit stellen. Freund soll uns sein, wer uns Freund ist, wenn er es als sittlicher und charaktervoller Mensch verdient.

(Sehr richtig!)

Wir müssen nun vor allem diesen Studierenden nicht bloß die Tore unserer Hochschulen öffnen, — es ist mindestens ebenso wichtig, und ich empfehle die Förderung dieser Angelegenheit auch dem Auswärtigen Amt —: die **Studierenden dieser jungen Völker müssen in die deutsche Gesellschaft**, in das deutsche Kulturleben durch persönliche Berührung mit deutschen Familien, deutschen Gelehrten, Leuten des Handels und der Industrie **eingeführt werden.** Es ist notwendig, daß wir Vereine gründen zur Einführung dieser fremden, uns freundlich gesinnten Studierenden, damit eine engere Berührung zwischen ihnen und uns geschaffen wird. Nur die Studierenden, die bei uns warm geworden sind, werden uns auch ein gutes Andenken bewahren; denn letzten Endes beruht doch alles auf den Gefühlen, die man zueinander hegt, auf dem freundlichen Andenken, das die Studierenden aus Deutschland mit in ihre Heimat zurücknehmen. Kaltes, deutsches Wissen allein erobert uns die Herzen der fremden Völker nicht.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und im Zentrum.)

Gewiß können wir die deutschen und die fremden Studenten an den Universitäten nicht mit gleichen Rechten ausstatten. Wirtschaftlich und rechtlich werden die deutschen Studenten zunächst und vorzugsweise bedacht werden müssen. Wir dürfen die deutschen Studierenden nicht durch Massenandrang fremder Studierender in der Möglichkeit der Ausnutzung unserer wissenschaftlichen Institute behindern lassen. Wir können den fremden Studenten nicht (D) alle die Rechte einräumen, die unsere Studierenden haben. Aber sozial, als Menschen sollten wir die fremden Studierenden nicht schlechter behandeln als unsere eigenen Söhne und Töchter.

Es müßte auch Mittel geben, um bedürftige Studenten aus uns befreundeten Staaten und Völkern in geeigneten Fällen zu unterstützen. Wenn das nicht durch staatliche Mittel geschehen kann, so ist es einem geschickt arbeitenden Auswärtigem Amt immer möglich, dafür private Mittel zu bekommen und auf dem Umwege durch private Förderer den befreundeten Studenten die notwendige Unterstützung zu verschaffen.

Die Zeit, wo wir mit Gewalt und Macht uns draußen Einfluß, Vorteile und Ansehen zu erobern hoffen durften, ist vorbei. Aber wenn man auch unsere wirtschaftliche und vor allem militärische Macht zerschlagen hat, **unsere geistige Macht** kann uns Haß und Neid nicht rauben. Diese kann nur von uns selbst zertrümmert werden, diese können nur wir selbst verkümmern lassen. Im friedlichen Wettbewerb der Geisteswaffen, in der friedlichen Kulturoffensive draußen in der Welt können wir unser altes deutsches Ansehen als eine Kulturnation, als eine Nation hochgebildeter Menschen wieder erringen und noch steigern. Darum möchte ich Sie bitten, daß Sie das Studium der Söhne fremder Völker in unserer eigenen Heimat und die Ausdehnung der deutschen Kulturpropaganda im Ausland durch die Förderung von deutschen Privatschulen, Missionen und Kirchen unterstützen. Dem geistigen deutschen Aufschwunge, der Ausbreitung deutschen Wissens und deutscher Kultur im Auslande wird dann auch ganz bestimmt eine Blüte deutscher Wirtschaft und deutscher Erwerbstätigkeit daheim und im Ausland folgen.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die Annahme des Tit. 15 mit Ergänzung fest.

Ich rufe auf Tit. 16 mit Ergänzung, — 17 ebenso, — 18 ebenso, — 19 ebenso, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25. — Angenommen.

Ich rufe weiter auf die einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 1 mit Ergänzung, — 2, — 3, — 4, — 5 mit Ergänzung, — 6 mit Ergänzung, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13 aus der Ergänzung, — 14 aus der Ergänzung. —

Wir gehen über zu den Einnahmen im ordentlichen Haushalt. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3 — und stelle auch hier die Annahme fest.

Ich eröffne die Debatte über die Petition auf Nr. 1406 unter III. Das Wort wird nicht verlangt, die Abstimmung erfolgt in 3. Beratung.

Wir gehen über zum

Haushalt des Reichstags (Anlage II)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt Nr. 1684 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Pachnicke.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 1 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. **Pachnicke,** Abgeordneter, Berichterstatter: Bei der Vorbereitung des Haushaltsplans für den Reichstag war die Frage aufgetaucht, ob und inwieweit der **Reichstag selbständig** seinen **Etat aufstellen** darf oder an die Zustimmung des Reichsrats und der Finanzverwaltung gebunden ist. Über diese Frage ist eine Verständigung noch nicht erzielt worden. Es sollen Rechtsgutachten darüber eingeholt werden. Der Ausschuß hat deshalb von einer grundsätzlichen Erörterung dieser Frage Abstand genommen und wird an die Angelegenheit erst wieder herantreten, sobald diese Gutachten vorliegen.

Ebenso sind weitergehende **Erörterungen in bezug auf die Anstellung des Personals des Reichstags** unterblieben mit Rücksicht darauf, daß auch die Frage bisher nicht geklärt ist, inwieweit der Reichstag an die Bestimmungen über die Militäranwärter gebunden ist für den Fall, daß vom Reichstage aus feste Anstellungen und Pensionsansprüche gewährt werden. Auch hier sind Verhandlungen im Gange. Erst nach Abschluß derselben werden wir, vielleicht im Anschluß an einen zu erwartenden Ergänzungsetat, diese Frage behandeln. Der Ausschuß ist deshalb über die Ziffern des Voranschlags nicht hinausgegangen, und ich empfehle auch dem Plenum, den Voranschlag unverändert anzunehmen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; ich darf die Annahme des Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben feststellen.

Ich rufe weiter auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10 nach dem Ausschußantrage 1684, — 11, — 12 nach dem Ausschußantrage, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20. — Angenommen.

Wir kommen zu den einmaligen Ausgaben. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4. — Auch hier stelle ich die Annahme fest, da kein Widerspruch erfolgt.

Wir gehen über zu der Einnahme im ordentlichen Haushalt. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3 — und stelle auch hier, ohne Widerspruch zu finden, die Annahme fest.

Damit ist der Haushalt des Reichstags erledigt.

Wir gehen über zum

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Anlage XIX) **(Verwaltung der Reichseisenbahnen)** (Nr. 1487 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt Nr. 1608 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Deglerk.

Ich rufe auf Kap. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Deglerk, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die Reichseisenbahnverwaltung hat gleichzeitig mit dem Haushalt für 1920 den für 1921 vorgelegt. Die frühzeitige Fertigstellung des Haushalts für 1921 fand im Ausschuß Anerkennung, dagegen wurde die späte Vorlegung des Haushalts für 1920 mißbilligt. Es wurde im Laufe der Erörterungen festgestellt, daß an der Verzögerung des Haushalts für 1920 nicht das Reichsverkehrsministerium, sondern das Reichsfinanzministerium die Schuld trägt.

Beide Haushalte wurden vom Ausschuß in acht Sitzungen durchberaten. Zugrunde gelegt wurde der Haushalt für 1921 in der Weise, daß mit der Annahme eines Titels des Haushalts für 1921 gleichzeitig der entsprechende Titel des Haushalts für 1920 als angenommen galt. Nur der außerordentliche Haushalt für 1920, soweit er die Bauten der Zweigstellen enthält, ist getrennt von dem für 1921 beraten worden. Der Haushalt für 1920 schließt ab mit einer Ausgabe von 29 363 042 300 Mark im Ordinarium und von 1 986 176 000 Mark im Extraordinarium, mithin mit einer Gesamtausgabe von 31 349 218 300 Mark. Ihr steht eine Einnahme von 14 966 258 700 Mark gegenüber, so daß sich ein Gesamtfehlbetrag von 16 382 959 600 Mark ergibt, der mit 14 399 483 600 Mark auf den ordentlichen und mit 1 983 476 000 Mark auf den außerordentlichen Haushalt entfällt. Der Haushalt für 1921 weist eine Ausgabe von 31 181 834 100 Mark im Ordinarium und von 5 650 000 000 Mark im außerordentlichen Haushalt, mithin eine Gesamtausgabe von 36 831 834 100 Mark auf. Ihr steht eine Einnahme von 27 604 000 000 Mark im ordentlichen und von 4 Millionen Mark im außerordentlichen Haushalt, also eine Gesamteinnahme von 27 608 000 000 Mark, gegenüber. Für das Jahr 1921 ist daher ein Zuschuß von 9 223 834 100 Mark erforderlich. Hiervon entfallen 3 577 834 100 Mark auf den ordentlichen und 5 646 000 000 Mark auf den außerordentlichen Haushalt. Gegen 1920 verringert sich der Zuschuß im ordentlichen Haushalt um 10 821 649 500 Mark, während derjenige für den außerordentlichen Haushalt sich um 3 662 524 000 Mark erhöht. Der Gesamtfehlbetrag für 1921 ist gegenüber dem für 1920 um 7 159 125 500 Mark geringer.

Während bei der früheren preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung die Mittel für werbende Anlagen, wie der Bau zweiter Gleise, der Bau neuer Bahnen, nicht im Etat veranschlagt wurden, sondern durch besondere Anleihegesetze flüssig gemacht wurden, hat die Reichseisenbahnverwaltung die Mittel für diese Zwecke in den außerordentlichen Haushalt eingestellt. Der außerordentliche Haushalt gliedert sich in die Hauptfonds und die „Sonstigen Baufonds“. Für die Hauptfonds sind für 1921 3 130 000 000 Mark ausgesetzt. Hiervon entfallen allein 2 479 800 000 Mark für Beschaffung von Fahrzeugen, 205 000 000 Mark für die Einführung der Kunze-Knorr-Bremse und 300 Millionen Mark für den Bau von Wohnungen für Eisenbahnbedienstete. Ein größerer Posten von 20 000 000 Mark ist erforderlich, um die Bahnanlagen an den neuen Reichs- und Zollgrenzen zu ergänzen.

Für die Unterstützung im Betriebe befindlicher Klein- und Nebenbahnen und zur Förderung des Baues von Kleinbahnen sind nur 25 Millionen Mark vor-

(Deglerk, Berichterstatter.)

(A) gesehen. Die geringe Höhe dieser Summe wurde im Ausschuß beanstandet. Eine einstimmig angenommene Entschließung des Ausschusses fordert die Bereitstellung weiterer Mittel zum Bau von Wohnungen für Eisenbahnbedienstete durch einen Nachtragsetat.

Beanstandet wurde im Ausschuß die **Monopolstellung der Kunze-Knorr-Bremse-Aktiengesellschaft.** Die Regierung erklärte, daß die Gesellschaft vertraglich verpflichtet sei, 50 Prozent der Aufträge an Unterlieferer zu verteilen, daß aber zur Wahrung der Betriebssicherheit die Lieferung der einzelnen Teile der Bremse durch eine einzige Gesellschaft, die die Verantwortung trage, gefordert werden müsse.

Hinsichtlich der **Beschaffung der Lokomotiven und Wagen** wurde die Aufstellung eines großzügigen Bauprogramms und die rasche Vergebung der Aufträge gewünscht. Bemängelt wurde die geringe Zahl der für 1921 in Bestellung gegebenen Wagen und die Art der Vergebung, bei der man der Industrie ins Ungeheuerliche gehende Vorschriften gemacht habe. Die angemessene Berücksichtigung der verschiedenen Landesteile wurde verlangt und wurde von der Regierung zugesagt. Die Verzögerung der Vergebung führte die Regierung auf die Übergangsschwierigkeiten bei der Verreichlichung der Eisenbahnen und auf die hohen Preisforderungen, insbesondere der Lokomotivfabriken, zurück.

Zu den „sonstigen Baufonds" rechnet die Erweiterung von Bahnhöfen, der Bau zweiter Geleise, der Bau neuer Bahnen. Für diesen Zweck werden für 1921 2 Milliarden 520 Millionen Mark angefordert, das sind 819 Millionen Mark mehr als 1920. Hiervon entfallen 2 153 000 000 Mark gleich rund 86 Prozent der gesamten Forderungen auf die Fortsetzung und Vollendung älterer Bauausführungen und nur 367 Millionen auf Neubauten. Im letzten Friedensjahr betrugen die Bau- (B) ausgaben im Gesamtbereich der jetzigen Reichseisenbahnen 470 Millionen Mark. Die jetzige Forderung für 1921 ist das 5,2fache, während die allgemeine Preissteigerung etwas mehr als das dreizehnfache beträgt.

Die infolge des Friedens eingetretene Änderung in der Kohlenversorgung Deutschlands hat vielen Eisenbahnlinien einen erheblichen Mehrverkehr zugeführt. So nötigt die Belieferung Süddeutschlands, der Schweiz und Österreichs mit Ruhr- statt wie im Frieden mit Saarkohlen zum Ausbau der Ruhr-Siegbahn zwecks Entlastung der Rheinstrecken. Für den Braunkohlenversand ist im linksrheinischen Gebiet, in der Provinz und im Freistaat Sachsen, für den Torfversand in der Provinz Hannover und in Oldenburg zu sorgen.

Erhebliche Mittel sind für die **Elektrisierung der bayerischen Bahnen** bereitgestellt, der die Wasserkraftwerke am Walchensee und an der mittleren Isar dienstbar gemacht werden sollen. Ferner sind hohe Beträge eingesetzt für die Erweiterung und den Ausbau der Haupt-, Neben- und Betriebswerkstätten. Der Bau neuer Lokomotiven und Wagen in Staatseisenbahnwerkstätten ist, wie die Regierung auf Anfrage eines Ausschußmitglieds erklärte, nicht beabsichtigt. Dagegen sollen allmählich die Ausbesserungsarbeiten an den Fahrzeugen wie im Frieden ausschließlich in staatseigenen Werkstätten ausgeführt werden.

Bei der Instandsetzung der Lokomotiven wird nach Meinung der Regierung die Zuziehung der Privatindustrie noch mehrere Jahre erforderlich sein. Dagegen hat nach Ansicht der Regierung die **Ausbesserung der Wagen** derart abgenommen, daß die Hilfe der **Privatindustrie** mehr und mehr entbehrt werden kann. Der Anregung einiger Ausschußmitglieder, abgängige Werkstätten nicht neu aufzubauen, sondern zur Schaffung eines gesunden Wettbewerbs die Privatindustrie auch (C) künftig zu Ausbesserungsarbeiten heranzuziehen, wurde von anderen Mitgliedern widersprochen. Der Minister glaubte trotz der mit den Privatwerkstätten gemachten günstigen Erfahrungen dieser Anregung nicht Folge geben zu können.

Von den Ausgaben des ordentlichen Haushalts in Höhe von 29 363 042 300 Mark in 1920 und 31 181 834 100 Mark in 1921 entfallen im Jahre 1920 25 848 300 und 1921 26 873 000 Mark, das sind 0,1 Prozent der Gesamtausgaben auf das Ministerium selbst, 2 519 000 000 Mark gleich 8,6 Prozent in 1920 und 2 824 000 000 Mark gleich 9,1 Prozent in 1921 auf den Schuldendienst und 26 818 194 000 gleich 91,3 Prozent im Jahre 1920 und 28 330 961 000 gleich 90,8 Prozent in 1921 auf die eigentliche Betriebsverwaltung. An der letzteren Ausgabe, also der Ausgabe für die Betriebsverwaltung, sind beteiligt die persönlichen Ausgaben im Jahre 1920 mit 13 714 145 000, das sind 46,7 Prozent, in 1921 mit 13 608 672 000 Mark, das sind 43,6 Prozent, die sächlichen Ausgaben 1920 mit 13 104 049 000 Mark, das sind 44,6 Prozent, und im Jahre 1921 14 722 289 000 Mark, das sind 47,2 Prozent. Die persönlichen Ausgaben verzehren im Jahre 1920 91,6 Prozent, im Jahre 1921 nur 49,3 Prozent, die sächlichen im Jahre 1920 87,6 Prozent, im Jahre 1921 53,4 Prozent der Einnahmen. Die Ausgaben zusammen machen also im Jahre 1920 179,2 Prozent, im Jahre 1921 dagegen 102,7 Prozent der Einnahme aus.

Vergleichsweise betrugen im Jahre 1919 die Betriebsausgaben 160,1 Prozent der Einnahmen, und zwar die persönlichen Ausgaben 97,1 Prozent, die sächlichen 63,0 Prozent. Im Jahre 1913 machten die Betriebsausgaben nur 70,2 Prozent der Einnahmen aus, wovon 47,7 Prozent auf die persönlichen und 27,5 Prozent auf die sachlichen Ausgaben entfielen.

(D) Im Verhältnis zur gesamten Betriebsausgabe stellten sich im Jahre 1919 die persönlichen Kosten auf 51,0 Prozent, im Jahre 1913 auf 60,8 Prozent, die sächlichen Kosten im Jahre 1919 auf 39,3 Prozent, im Jahre 1913 auf 39,1 Prozent. Das Verhältnis der sächlichen Kosten zur Gesamtbetriebsausgabe hat also im Jahre 1920 gegen 1913 um 5,53 Prozent, im Jahre 1921 um 8,1 Prozent verschlechtert, das der persönlichen Ausgaben dagegen im Jahre 1920 gegen 1913 um 14,1 Prozent, im Jahre 1921 um 17,2 Prozent verbessert.

Bei den Betriebsausgaben 1920 und 1921 sind die für die Durchführung der endgültigen Besoldungsreform, der Personalreform, der Ortsklasseneinteilung, der Erhöhung der Kinderzulagen, des Pensionsergänzungsgesetzes und der neuesten Zugeständnisse an das Personal erforderlichen Beträge noch nicht berücksichtigt. Sie schätzt die Regierung auf rund 1,4 Milliarden Mark für 1920 und auf rund 2,5 Milliarden Mark auf das Jahr 1921. Um diesen Betrag wird sich die Ausgabe noch erhöhen. Man rechnet jedoch damit, daß diese Mehrausgabe durch die aus der Tariferhöhung vom 1. Dezember 1920 zu erwartenden Mehreinnahmen ausgeglichen werden wird, die bei Aufstellung des Haushalts nicht berücksichtigt sind.

An Personal sind veranschlagt für 1920 1 044 379 Köpfe, für 1921 nur 997 721 Köpfe, mithin 1921 gegen 1920 46 658 Köpfe weniger. Von dieser Kopfzahl entfallen im Jahre 1920 759, im Jahre 1921 784, also 25 mehr auf die Hauptverwaltung und im Jahre 1920 1 043 620 und im Jahre 1921 996 937 gleich 46 683 Köpfe weniger auf die Betriebsverwaltung. Von dem Gesamtpersonal sind im Jahre 1920 430 120, im Jahre 1921 437 107 Beamte und im Jahre 1920 614 259, im Jahre 1921 560 614 Angestellte und Arbeiter. Gegen 1913 ergibt sich im Jahre 1920 eine Vermehrung um

(**Deglerk**, Berichterstatter.)

(A) 303 173 Köpfe, gegen 1919 eine Verminderung um 56 905 Köpfe. Auf den Kilometer Betriebslänge kommen im Jahre 1913 13,2 Köpfe, im Jahre 1919 19,7 Köpfe, im Jahre 1920 19,6 Köpfe und im Jahre 1921 nur 18,7 Köpfe.

Die erhebliche Zunahme der Kopfzahl in den Jahren 1919 und 1920, die eine der Ursachen des finanziellen Mißerfolges ist, beruht auf der **Inflation mit Arbeitskräften** infolge der Demobilmachungsmaßnahmen und, wie die Regierung ausführte, in der schematischen Anwendung des Achtstundentages. Unter der Inflation mit Arbeitskräften hatten besonders die Werkstätten zu leiden. Die Arbeiterkopfzahl der preußischen Werkstätten — für das Reich liegen vergleichsfähige Zahlen noch nicht vor — betrug am Ende des Krieges 108 000, stieg bis August 1919 auf 166 400 und hielt sich bis Januar 1920 auf dieser Höhe. Von diesem Zeitpunkt ist sie auf 121 000 gesunken. Erschwerend kam hinzu, daß bei der Demobilmachung viel ungeeignete und arbeitsunwillige Kräfte aufgenommen werden mußten, die durch ihre mangelhaften Leistungen und ihren demoralisierenden Einfluß auf die älteren Arbeiter das Leistungsniveau der Werkstätten stark herabgedrückt haben. Nach dem Haushalt für 1920 beträgt die Zahl der Werkstättenarbeiter 211135, während sie für 1921 nur mit 181907, also einem Weniger von 29 228 veranschlagt ist.

Der durch die **schematische Anwendung des Achtstundentages**, welche die Regierung im Ausschuß selbst ein großes Unglück nannte,

(hört! hört! rechts)

bedingte Mehrbedarf an Personal wird auf 30 Prozent geschätzt. Von der Gesamtkopfzahl des Betriebspersonals von 1 043 620 im Rechnungsjahre 1920 entfallen auf den Achtstundentag nach der Schätzung der Regierung 240 033 Köpfe mit einem Kostenbetrage von 3½ Milliarden Mark, von der Gesamtkopfzahl von (B) 996 937 im Jahre 1921 229 296 mit 3,7 Milliarden Mark. Von mehreren Abgeordneten wurde diese schematische Durchführung des Achtstundentages als eine soziale Ungerechtigkeit bezeichnet und Abänderung verlangt. Von anderer Seite wurde diesem Verlangen dagegen widersprochen. Der Minister stellte ein Gesetz über die Arbeitszeit und die Dienst- und Ruheschichten bei der Eisenbahnverwaltung in Aussicht.

Weiteren Anlaß zur Vermehrung des Personals gab die Steuergesetzgebung. Die **Bearbeitung der Steuerabzüge** erfordert ein Mehr von 1706 Köpfen. Während früher die Löhne 14tägig gezahlt wurden, ist seit einiger Zeit die wöchentliche Lohnzahlung und Abrechnung eingeführt. Den Mehrbedarf an Personal schätzt die Regierung auf 3548 Köpfe. Für die Diebstahlsbekämpfung werden 6000 Köpfe und für die Bearbeitung der auf Diebstählen beruhenden Entschädigungsforderungen weitere 6000, insgesamt also infolge der Diebstähle 12 000 Köpfe benötigt.

Die Eisenbahnverwaltung hat 42 171 Kriegsbeschädigte eingestellt, die nicht als volle Arbeitskräfte verwendbar sind. Die beschränkte Leistungsfähigkeit mußte durch Einstellung weiterer Arbeitskräfte ausgeglichen werden. Der hierdurch bedingte Mehrbedarf wird auf 2868 Köpfe beziffert. Durch Erweiterung des Erholungsurlaubs tritt ein Mehrbedarf von 26 517 Köpfen ein. Zu Organisationen aller Art sind 22 Beamte und 32 Arbeiter mit Fortgewährung des Gehaltes bezw. Lohnes und 328 Beamte und 6 Arbeiter ohne Weiterzahlung von Gehalt und Lohn beurlaubt. Den eigentlichen dienstlichen Aufgaben werden weiter etwa 553 Beamte und 1659 Arbeiter durch die Tätigkeit in Beamten- und Arbeitervertretungen entzogen.

Bei dieser Gelegenheit wurde die **Aufwandsentschädigung** von 380 000 Mark im Haushalt 1920 und (C) 280 000 Mark im Haushalt 1921 **für die Personalvertretung im Reichsverkehrsministerium** beanstandet. Die in Berlin ansässigen Mitglieder dieser Vertretungen erhalten 15 Mark, die auswärtigen 60 Mark für den Tag. Die Notwendigkeit dieser Personalvertretung neben den Gewerkschaften wurde bezweifelt, besonders aber bemängelt, daß ihre Mitglieder höhere Tagegelder beziehen als diejenigen Beamten, welche zu sonstigen Dienstreisen abkommandiert werden, und daß derartige Vergütungen auch an Personen, die zwar dieser Personalvertretung, aber nicht der Eisenbahnverwaltung angehören, gezahlt werden. Ein Antrag, den Posten zu streichen und dafür den in der Personalvertretung tätigen Beamten bis zum Erlaß des Beamtenvertretungsgesetzes die gesetzlichen Tagegelder, den Arbeitern die ihnen nach dem Lohntarif zustehenden Sätze zu gewähren, wurde abgelehnt.

Vom Minister wurde betont, daß die Verminderung des Personals im Gange sei und schrittweise fortgesetzt werden solle. Hierzu wurde die dem Hause gedruckt vorliegende Entschließung vom Ausschuß angenommen, die die Vermeidung von Härten bei Entlassungen bezweckt.

Zur Vermehrung der Ausgaben trägt weiter die Erhöhung der Gehälter und Löhne bei. Es sind gestiegen die Löhne der Betriebsarbeiter um etwa 933 Prozent, die Löhne der Werkstattarbeiter um etwa 800 Prozent, die Löhne der Beamten der unteren Besoldungsgruppen um etwa 840 Prozent, die der mittleren Gruppen um etwa 450 Prozent, die der Amtsvorstände und Direktionsmitglieder um etwa 300 Prozent, die der Ministerialräte um etwa 230 Prozent. Man wird diese Erhöhung in Vergleich zu den Preisen aller Lebensbedürfnisse nicht übertrieben nennen können.

Bei der Besprechung der einzelnen Personaltitel kam die Not der Diätare und Probisten zur Erörterung, (D) deren Linderung eine Entschließung fordert.

Es wurde die Notwendigkeit einer Dezentralisation, die Beschneidung des zentralen Verwaltungsapparates, insbesondere die Verringerung der Hilfsarbeiter des Ministeriums, betont und die hohe Zahl der nichtbeamteten Hilfskräfte sowohl im Ministerium als auch bei der Betriebsverwaltung bemängelt. Gewünscht wurde, daß die Verwaltung der Ausbildung des Personals erhöhte Sorgfalt widme, und zwar nicht nur des Personals des Innen-, sondern auch des Außen- und Abfertigungsdienstes. Es wurde ein gutes Außenpersonal als die Voraussetzung für die Verminderung des Personals des Verwaltungs- und Kontrolldienstes bezeichnet.

Die Entziehung der besten Kräfte des Außendienstes zugunsten des Bureaudienstes wurde bemängelt.

Von mehreren Seiten wurde lebhaft beklagt, daß die Beamten der früheren preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung bei dem Übertritt in den Reichsdienst schlechter weggekommen sind als die Beamten der übrigen Länderverwaltungen. Von der Regierung wurden hierfür Zahlen gebracht. Es sind in den Besoldungsgruppen VII bis IX vorhanden in Bayern 15,9 Prozent, in Baden 14,2 Prozent, in Sachsen 14 Prozent, in Oldenburg 11,1 Prozent, in Württemberg und Mecklenburg je 9 Prozent, in Preußen dagegen nur 6,6 Prozent,

(hört! hört! rechts)

und unter den Besoldungsgruppen X bis XII in Bayern 1,1 Prozent, in Baden 1,2 Prozent, in Sachsen 0,9 Prozent, in Oldenburg 0,5 Prozent, in Württemberg 1,7 Prozent, in Mecklenburg 0,8 Prozent, in Preußen dagegen nur 0,4 Prozent. Es wurde seitens der Re-

(Deglerk, Berichterstatter.)

(A) gierung angeführt, daß am 31. März 1920 in Preußen nur 89 Beamte der Gruppe XII vorhanden waren, während in Bayern sämtliche Regierungsräte in Gruppe XII eingestuft seien.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Regierung erklärte, daß sie bestrebt sein werde, die zurzeit zurückgesetzten Beamten nicht schlechter zu stellen als jene, die sich durch die Ausübung des Rücktrittrechts eine besonders günstige Situation geschaffen hätten,

(Zuruf rechts: Wir wollen es hoffen!)

daß aber ein voller Ausgleich wegen der ungünstigen Finanzlage gegenwärtig nicht möglich sein werde.

(Zuruf rechts: Leider!)

Für das Personal wünschte der Ausschuß erhöhte Fürsorge und verlangte insbesondere die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der Krankenpflege in den Familien des Eisenbahnpersonals, die Förderung des Schulunterrichts und die Fürsorge für die Jugendlichen. Einig war der Ausschuß in der Forderung erheblich erhöhter Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose mit Rücksicht darauf, daß das Eisenbahnpersonal bei seinem Dienst den Gefahren der Ansteckung in besonders hohem Maße ausgesetzt ist. Die Willensmeinung des Ausschusses kommt in der dem Hause vorliegenden Entschließung zum Ausdruck.

Die erhebliche Ausgabesteigerung **bei den sächlichen Titeln** beruht in der Hauptsache auf der ganz bedeutenden Erhöhung der Preise für die Betriebs-, Oberbau-, Bau- und Werkstoffe. Nach einer Aufstellung der Eisenbahnverwaltung wird beispielsweise für 1921 mit folgenden Preisen gerechnet: 1 Tonne Kohle 263 Mark gegen 12,52 Mark im Jahre 1913, das ist eine Steigerung von 2000 Prozent, eine Tonne Schienen 2550 Mark gegen 121 Mark 1913 — eine Steigerung von 2007 Prozent, eine Tonne Kleineisen 4100 Mark gegen 178 Mark

(B) 1913 — eine Steigerung von 2204 Prozent, eine hölzerne Bahnschwelle 87 gegen 5,20 Mark 1913 — eine Steigerung von 1573 Prozent, ein Kubikmeter Eichenholz 1800 Mark gegen 98 Mark 1913 — eine Steigerung von 1747 Prozent.

Von einem Abgeordneten wurde die **Einschränkung des Kohlenverbrauchs** gefordert. Er behauptete, daß — auf das Zugkilometer berechnet — 1920 30 Prozent mehr an Kohle verbraucht worden sei als 1913. Der Mehrverbrauch erkläre sich nicht nur aus der schlechten Beschaffenheit der Kohle und der Notwendigkeit, neben Kohle auch Koks zu verarbeiten, sondern auch aus der unwirtschaftlichen Verarbeitung, teilweise auch aus der Verschwendung und Entwendung von Kohle. Der Abgeordnete verlangte eine scharfe Überwachung des Verbrauchs.

Von anderer Seite wurde die Beteiligung des Lokomotivpersonals bei der Abnahme der Kohle angeregt und als besonders wichtig sowohl für den Verbrauch von Kohlen als auch für die pflegliche Behandlung der Lokomotiven die Doppelbesetzung der Lokomotiven verlangt.

Bei dieser Gelegenheit kam auch die **Ausmusterung der Lokomotiven** und das dabei einzuschlagende Verfahren zur Sprache. Nach Angabe der Regierung sind infolge der Einschränkung der Ausmusterungen während des Krieges gegenwärtig 3000 Lokomotiven ausmusterungsreif. Die Regierung beabsichtigt, im Gegensatz zur Vorkriegszeit die auszumusternden Lokomotiven nicht mehr zu zerschlagen, sondern als solche im Wege der öffentlichen Ausschreibung zu verkaufen und verspricht sich davon ein günstigeres finanzielles Ergebnis.

Zur **Verbesserung der Ausrüstung der Werkstätten** sind im Jahre 1920 330 Millionen Mark aufgewendet worden. Der Haushalt für 1921 sieht hierfür 250 Millionen Mark vor. Die Verwaltung erwartet eine Steigerung der Leistungen der Werkstätten durch Einführung (C) des fabrikatorischen Betriebes an Stelle des bisher üblichen handwerksmäßigen. Die Leistungen der Werkstätten sollen nach den Angaben der Regierung sowohl an Güte wie an Umfang annähernd den Friedensstand erreicht haben. Für die Beschaffung von Werkstoffen sind 1920 1,9 Milliarden Mark aufgewandt und für 1921 1,57 Milliarden Mark veranschlagt. Das Vorgehen bei der Beschaffung dieser Stoffe wurde einer Kritik unterzogen und der Wunsch ausgedrückt, den freien Handel nicht durch Bevorzugung einzelner Firmen völlig auszuschalten. Hinsichtlich der für die Betriebssicherheit überaus wichtigen Unterhaltung des Oberbaues wurde die für den Umbau vorgesehene Gleislänge als ungenügend bezeichnet. Der von mehreren Seiten angeregten Zuziehung privater Unternehmer sowie der Einführung des Gedingeverfahrens bei Regiearbeit wurde von anderer Seite widersprochen. Der Minister erklärte, die Gleisarbeiten in möglichst großem Umfange in Regie ausführen lassen zu wollen. Die Berücksichtigung des Handwerks bei Vergebung der Bauarbeiten wurde von mehreren Abgeordneten entschieden verlangt.

Die Eisenbahnverwaltung ist nun bestrebt, das Defizit zu beseitigen, und zwar zu einem Drittel durch Verminderung der Ausgaben. Es in voller Höhe oder auch nur zur Hälfte durch Verminderung der Ausgaben allein zu beseitigen, hält die Verwaltung nicht für angängig. Sie hält es für erforderlich, durch besondere Maßnahmen die Einnahmen zu steigern. Diese Mehreinnahme soll durch Erhöhungen der Personen- und Gütertarife erreicht werden. Die Erhöhung des Personentarifs wird nicht vor dem 1. Juni in Kraft treten. Gegenüber den Friedensverhältnissen werden die Fahrpreise eine Steigerung von 550 Prozent in der 4. und (D) 3. Klasse, von 622 Prozent in der 2. Klasse und von 735 Prozent in der 1. Klasse erfahren. Die Sätze werden in der 4. Klasse für einen Kilometer 13 Pfennig, in der 3. Klasse 19,5 Pfennig — das ist das Eineinhalbfache gegenüber der 4. Klasse —, in der 2. Klasse 32,5 Pfennig — das ist das Zweieinhalbfache gegenüber der 4. Klasse — und in der 1. Klasse 58,5 Pfennig, also das Viereinhalbfache gegenüber der 4. Klasse, betragen. Die neuen Gütertarife sollen bereits am 1. April dieses Jahres in Kraft treten. Ursprünglich war eine Verdoppelung der Sätze beabsichtigt. Die Eisenbahnverwaltung hat den hiergegen geäußerten Bedenken Rechnung getragen und nur eine Erhöhung von durchschnittlich 75 Prozent vorgeschlagen, sich aber schließlich dem in einer Entschließung zum Ausdruck gebrachten Willen des Ausschusses, die Frachtsätze um höchstens 65 Prozent im Durchschnitt zu erhöhen, gefügt. Die aus den Tariferhöhungen zu erwartende Mehreinnahme ist bereits im Haushalt für 1921 veranschlagt. Ueber die Notwendigkeit der Tariferhöhung herrschte im Ausschuß Uebereinstimmung. Beklagt wurde jedoch, daß der richtige Zeitpunkt verpaßt worden sei, und daß die Erhöhung unser Wirtschaftsleben gerade in einer Zeit sinkender Konjunktur treffe. Meinungsverschiedenheit herrschte über die Frage, ob für Tariferhöhungen wie bisher in Preußen ein besonderes Gesetz erforderlich sei. Die Lösung dieser Frage soll das vom Minister angekündigte Eisenbahnfinanzgesetz bringen. Dagegen herrschte Einigkeit darüber, wie das auch in einer Entschließung zum Ausdruck gekommen ist, daß bei jeder Tariferhöhung der Reichstag mitwirken müsse. Einer Anregung, gleitende Tarife einzuführen, wurde von anderer Seite mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des praktischen Dienstes widersprochen. Einer weiteren An-

(Deglerk, Berichterstatter.)

(A) regung, die erste Wagenklasse ganz zu beseitigen, glaubte der Minister mit Rücksicht auf den internationalen Verkehr nicht Folge geben zu können. Es fand sich auch im Ausschuß dafür keine Mehrheit. Auch der Wunsch auf Einstellung von Wagen vierter Klasse in die Eilzüge fand weder im Ausschuß eine Mehrheit, noch bei der Regierung Zustimmung. Dagegen stellte der Minister Versuche mit Schlafwagen dritter Klasse in Aussicht. Einer Anregung auf Wiedereinführung der Sonntagsfahrkarten gegenüber verhielt sich die Regierung zwar nicht ablehnend, konnte aber einen Zeitpunkt hierfür nicht angeben. Einer weiteren Anregung, als Gegenleistung für die erhöhten Fahrpreise die Fahrgeschwindigkeit zu erhöhen und die Fahrzeiten abzukürzen, stand der Minister sympathisch gegenüber, glaubte aber, eine solche Beschleunigung der Züge bei der gegenwärtigen Betriebslage nicht in Aussicht stellen zu können.

In mehreren Entschließungen forderte der Ausschuß Rücksichtnahme auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Tarifmaßnahmen, geringstmögliche Belastung des Arbeiter- und Angestelltenverkehrs zwischen Arbeits- und Wohnort, Fahrpreisermäßigung zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, zu Schulausflügen, zugunsten der Jugendpflege, Fortgewähr der Fahrpreisermäßigung zugunsten der öffentlichen Krankenpflege, der Wohltätigkeitsanstalten, für hilfsbedürftige Personen, mittellose Kranke, Schwerkriegsbeschädigte und die Ausdehnung der den Arbeitern gewährten Fahrpreisermäßigung auf gering besoldete Beamte und Angestellte.

Die niedrigen Preise für Zeit- und Monatskarten der Berliner Stadt- und Ringbahn wurden bemängelt und vom Minister eine Erhöhung dieser Preise in Aussicht gestellt. Die Wiedereinführung der Sonntagsfahrkarten lehnte der Minister nicht ab, stellte sie aber erst (B) für die fernere Zukunft in Aussicht.

Die ungleiche Belastung des Personen- und Güterverkehrs zum Nachteile des Güterverkehrs wurde beanstandet. Die Einführung von Staffeltarifen für lebenswichtige Güter sowie die Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Seehäfen und Süddeutschlands gefordert.

Ferner wurde darauf hingewiesen, daß infolge mangelhafter Kontrolle der Verkehrseinnahmen der Eisenbahnverwaltung alljährlich erhebliche Ausfälle entstehen. Es wurde deshalb eine Verschärfung der Kontrolle dieser Einnahmen durch Besetzung der Kontrollstellen mit gut vorgebildetem Personal und Hebung dieser Stellen gewünscht und in Aussicht gestellt.

Zu näherer Auseinandersetzung gab Anlaß das Verhalten der Verwaltung gegenüber den Anschlußgleisinhabern. Der Ausschuß nahm eine Entschließung an, nach der bei Neuregelung der Gebühren die durchschnittlichen Selbstkosten nicht überschritten werden dürfen und der Leistungsfähigkeit der schwächeren Anschlußgleisinhaber Rechnung getragen wird.

Bezüglich der übrigen Einnahmen wurde von verschiedenen Seiten die Steigerung der Mieten und Pachtzinse für Bahnhofswirtschaften, für den Bahnhofsbuchhandel, für Reklame, für Reisebureaus und dergleichen angeregt. Klage wurde auch geführt über die hohen Preise in den Bahnhofswirtschaften, insbesondere über die verschiedene Höhe der Preise für ein- und dieselbe Ware in den einzelnen Bahnhofswirtschaften.

Die baldige Bildung der in Art. 93 der Verfassung vorgesehenen Beiräte fordert die Entschließung auf Seite 5.

Wenn nun auch das finanzielle Bild der Eisenbahnverwaltung kein rosiges ist, so war doch der Minister in der Lage festzustellen, daß der Tiefstand der Verkehrsleistungen überwunden ist. Der Gesamtverkehr (C) ist in 1920 gegenüber 1919 um 25 Prozent gestiegen. Er bleibt hinter dem Verkehr von 1913 noch um 25 Prozent zurück. Während im Jahre 1919 auf tausend Lokomotivkilometer nur 25 951 Wagenachskilometer geleistet wurden, ist deren Zahl im Jahre 1920 auf 29 115 gestiegen, also gegen 1919 ein Mehr von 3524 und gegenüber dem letzten Friedensjahr 1913 ein Mehr von 2676. Das bedeutet, daß jetzt mit geringerer Zugkraft erhöhte Leistungen vollbracht werden.

Auch die Wagengestellung soll sich nach den vom Minister im Ausschuß mitgeteilten Zahlen wesentlich gebessert haben. Allgemein herrschte der Eindruck vor, daß sich der Eisenbahnbetrieb in dem Gesundungsprozeß befindet. In Übereinstimmung mit dem Minister wurde von mehreren Mitgliedern des Ausschusses darauf hingewiesen, daß eine volle Gesundung des Betriebes nur zu erreichen ist durch Wiederkehr der Autorität und der Dienstzucht, ohne die ein großer Betrieb nicht bestehen kann.

Heute ist dem Hause eine Entschließung Breunig, Beckmann, Simon und so weiter auf Drucksache Nr. 1681 vorgelegt worden. Dem Ausschuß hat sie nicht vorgelegen. An den Einzelposten der beiden Haushalte hat der Ausschuß Änderungen nicht vorgenommen. Er schlägt dem Hause vor, die Etats für 1920 und 1921 einschließlich der Ergänzung, die den außerordentlichen Haushalt betrifft, unverändert anzunehmen.

In den Ihnen vorliegenden Entschließungen auf Drucksache Nr. 1678 Seite 4 befindet sich unter D a 4 auch eine Entschließung zu a 2, die Fahrpreisermäßigung zum Besuche der Volkshochschulen fordert. Der Stenograph hat in die amtliche Niederschrift nicht aufgenommen, in welcher Weise über die Entschließung abgestimmt worden ist. Nach meiner eigenen Erinnerung und nach der Erinnerung mehrerer Mitglieder des (D) Ausschusses ist über die einzelnen Punkte dieser Entschließung abgestimmt worden, und dabei ist die Fahrpreisermäßigung für Fahrten zum Besuche der Volkshochschulen entsprechend den Ausführungen des Herrn Ministers abgelehnt worden.

(Widerspruch.)

— Ja, darüber, Herr Kollege Wiegand, herrschen nun Meinungsverschiedenheiten; das müssen wir im Laufe der Debatte noch aufklären. Die Niederschrift gibt darüber leider keine Auskunft. Eventuell müssen wir nachher im Plenum auch über die einzelnen Punkte dieser Entschließung abstimmen. Ich wollte das nur im Bericht erwähnen, damit im Laufe der Erörterung darauf zurückgekommen werden kann.

Der Ausschuß schlägt dem Hause im übrigen vor, den Entschließungen auf Drucksache 1678 Abschnitt D Seite 4 und 5 zuzustimmen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Der Herr Berichterstatter hat den Haushalt für 1921 in den Bericht schon mit aufgenommen. Ich schlage Ihnen demgemäß vor, den

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums für 1920 mit dem für 1921

zu verbinden. — Damit ist das Haus einverstanden, da kein Widerspruch erfolgt.

Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Groener, Reichsverkehrsminister: Meine Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat in ausführlicher Weise die Verhältnisse der Eisenbahnverwaltung dargelegt und dabei die Stellungnahme der Verwaltung zu den einzelnen Fragen bereits klar und deutlich präzisiert. Es bedarf meinerseits zunächst nur der programmatischen Erklärung über einige Punkte. Ich lege darauf besonderen Wert, damit auch die Oeffentlichkeit darüber

(Groener, Reichsverkehrsminister.)

(A) unterrichtet wird, wie die Reichsverkehrsverwaltung vorzugehen beabsichtigt.

Die beiden Etats, die Ihnen vorliegen, meine Damen und Herren, sind in ihrer Wesensart grundverschieden. Der Etat vom Jahre 1920 bedeutet lediglich die Feststellung des Status, der Etat für das Jahr 1921 bedeutet ein Programm: das Programm der finanziellen Gesundung unserer Reichseisenbahnen. Wenn Sie über die äußere Form der Etats — über die in späterer Zeit noch mancherlei zu reden sein wird — hinwegsehen und nur das innere Wesen der Etats betrachten und erforschen wollen, so werden Sie auch finden, daß wir ehrlich bemüht sind, die Finanzen der Reichseisenbahnen in möglichster Bälde wieder zu gesunden und in allererster Linie die Kostendeckung zu erreichen.

Was die Finanzgebarung der Reichseisenbahnen und die äußere Form derselben, insbesondere die Aufstellung des Haushaltsentwurfs anbelangt, so haben wir in dieser Beziehung auch die Absicht, diese Form neu zu bilden und die Finanzgebarung auf eine neue wirtschaftliche, mehr kaufmännische Basis zu stellen.

Das Eisenbahnfinanzgesetz ist in Vorbereitung und wird, wie ich hoffe, in möglichster Bälde dem Reichstag vorgelegt werden können. Der Zweck dieses Gesetzes wird sein, gemäß dem Art. 92 der Reichsverfassung die wirtschaftliche Selbständigkeit des Eisenbahnunternehmens durchzuführen. Wir wollen das Eisenbahnunternehmen nicht in der Art und Weise einer Staatsverwaltung, sondern als Großbetrieb nach wirtschaftlichen, technischen, kaufmännischen Gesichtspunkten betreiben. Der wesentliche Inhalt des Eisenbahnfinanzgesetzes wird sein: die Abgrenzung des Eisenbahnhaushalts von dem Reichshaushalt, die Regelung des Verhältnisses zu der Reichsfinanzverwaltung, die Gestal- (B) tung des Haushalts, die Festsetzung des Anlagekapitals unter Zugrundelegung des Erwerbspreises nach Absetzung der vom Reich zu erstattenden Betriebsschäden; der Wert der abgetretenen Strecken, der Kriegsverschleiß und die Fehlbeträge bis zum 1. April 1920 sind darunter zu verstehen. Ferner sollen neue Grundsätze über die Scheidung zwischen ordentlichem und außerordentlichem Etat aufgestellt werden. Die Aufbringung der Mittel für den außerordentlichen Etat wird ein besonderes Kapitel des Eisenbahnfinanzgesetzes bilden, ebenso die Bildung eines Rücklagefonds, ferner die Bestimmungen über Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld. Es werden auch, obwohl wir ja vorläufig noch nicht soweit sind, wenigstens in theoretischer Beziehung Bestimmungen über die Verwendung von Überschüssen sowie über die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz zu treffen sein. Auch die Schuldenverwaltung wird in dem Gesetz berührt werden müssen. Dazu kommen noch die Bestimmungen, die notwendig sind, um in der Tarifgestaltung dem Einfluß des Reichstags die Tür zu öffnen; ich bin der Auffassung, daß dieser Einfluß des Reichstags unentbehrlich ist, andererseits wird er sich aber in Grenzen halten müssen, die die Beweglichkeit der Verwaltung nach Maßgabe der Entwicklung des Wirtschaftslebens noch gewährleisten.

Die wichtigsten Aufgaben, die der Reichseisenbahnverwaltung zurzeit obliegen, sind einmal die finanzielle Gesundung der Reichseisenbahnen, dann aber vor allem die Gesundung des ganzen technischen Apparates, die Wiederherstellung unserer Leistungsfähigkeit. Wir sind entschlossen, auf diesen beiden Wegen stramm vorwärts zu gehen, und hoffen, in Bälde Ihnen ein Ergebnis vorlegen zu können, bei dem wir wieder die alte Leistung des Jahres 1913 erreicht haben und wieder (C) zur Selbstkostendeckung gekommen sind.

Es ist sehr viel über die Organisationsfrage gesprochen und geschrieben worden. Auch darüber möchte ich programmatisch einige Worte nicht versäumen. Die organisatorischen Maßnahmen waren meines Erachtens nicht absolut dringend, sie mußten zurückstehen gegenüber den beiden anderen Aufgaben, der Gesundung des Apparats und der Gesundung der Finanzen. Unter der Voraussetzung, daß wir in diesen beiden Beziehungen im Laufe des Jahres 1921 weitere und erhebliche Fortschritte machen werden, wie es den Anschein hat, habe ich die Absicht, auch in organisatorischer Beziehung ein beschleunigteres Tempo anzuschlagen.

Wir sind entschlossen, keine starre und straffe Zentralisation einzuführen, sondern wir sind durchaus willens, in dieser Beziehung Wege einzuschlagen, die darauf abzielen, draußen bei unseren Provinzialbehörden möglichst in weitestem Umfange die Selbstverwaltung einzuführen. Wir werden dabei natürlich an der ganzen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens nicht vorbeigehen können. Sie alle wissen, daß Bestrebungen im Gange sind, Wirtschaftsprovinzen zu bilden und in dieser Beziehung die Gliederung des Reichs auf einen anderen Boden als bisher zu stellen. Ich halte es nicht für die Aufgabe der Eisenbahnverwaltung, in dieser Entwicklung des wirtschaftlichen Prinzips etwa die Führung zu übernehmen. Wohl aber halten wir es für unsere Aufgabe, alles vorzubereiten, daß wir jederzeit bereit sind, den Anforderungen und der Entwicklung des Wirtschaftslebens sofort zur Seite zu sein.

Wir werden mit den organisatorischen Maßnahmen nicht an der obersten Spitze anfangen, weil ich das für falsch halte, sondern wir werden draußen bei den untersten Dienststellen anfangen und werden in allererster Linie die Selbständigkeit der Dienststellen, die (D) Selbständigkeit der Aemter und demnächst die der Direktionen erhöhen. Wir werden ihnen weitere Befugnisse übertragen. Auf diese Weise werden die Arbeiten von selbst von oben nach unten gezogen und werden vor allem die Direktionen und demnächst das Ministerium entlastet. Ich halte diesen Weg vor allem deshalb für nötig, weil dadurch am schnellsten die Schreibarbeit, unter der wir geradezu seufzen, vermindert wird.

In Verbindung mit dieser Dezentralisation der Verwaltung wird zu erwägen sein, welche Aufgaben für größere Wirtschaftsgebiete delegiert werden können an führende Direktionen, Gruppendirektionen oder wie Sie sie nennen wollen. Ich will dabei vorläufig die in der Presse vielfach zutage getretene Stimmung für die Bildung von Generaldirektionen ganz unerörtert lassen. Wir sind noch nicht so weit, daß wir in dieser Beziehung absolute Klarheit besitzen und ein endgültiges Urteil haben können. Überall bei meinen Behörden stoße ich auf volles Verständnis für diese Art des Vorgehens der Dezentralisation. Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn auch in der breiten Öffentlichkeit nicht in theoretischer Weise erörtert würde, ob man so oder so organisiert, ob man dies so oder so einteilt, sondern wenn man an der praktischen Arbeit mitwirken würde, die von unten, bei den Dienststellen draußen, anfangen muß. Wenn ich aber tagtäglich Stöße von Briefen bekomme, die mich und das Ministerium in sehr intensiver Weise mit Arbeiten in Anspruch nehmen, und zwar mit Arbeiten, die eigentlich beim Ministerium gar nicht erledigt werden können, sondern lediglich bei den Dienststellen draußen ihre Erledigung finden müssen, so wäre ich außerordentlich dankbar, wenn diese Erschwernisse überwunden würden. Ich hoffe auch, daß wir bald

(Groener, Reichsverkehrsminister.)

(A) schneller arbeiten werden, als es manches Mal noch bei unseren Dienststellen geschieht, weil eben noch eine gewisse bureaukratische Hemmung vorliegt, und daß auch das Publikum dabei auf seine Kosten kommen wird. Die bureaukratischen Formen, über die so vielfach geklagt wird, müssen natürlich in einem so großen Unternehmen, wie es die Reichseisenbahnen sind, bis zu einem gewissen Grade erhalten bleiben, weil man sonst die Geschäfte nicht ordnungsmäßig führen kann, aber sie müssen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Ich lege ganz besonderen Wert darauf, auch hier auszusprechen, daß wir darauf abzielen, eine schnelle Erledigung der Geschäfte bei den Außenstellen sicherzustellen.

Die **Personalpolitik**, meine Damen und Herren, ist eine der schwierigsten Aufgaben der Reichseisenbahnverwaltung. Das liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, welch ungeheure Masse von Beamten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung untersteht. Man kann es begreifen, wenn an manchen Stellen Bedenken laut werden, ob eine solche Riesenunternehmung, die mit einem solchen Personal zu rechnen hat, mit Hunderttausenden, fast mit einer Million, zweckmäßig in einem Unternehmen zusammengefaßt werden kann. Dies ist selbstverständlich nur möglich, wenn im Personal der Sinn für Autorität, der Sinn für Ordnung vorhanden ist, das Verständnis dafür, daß in einem Staatsbetrieb der Staatsgedanke voranstehen muß.

(Sehr richtig!)

In dieser Beziehung kann ich nach pflichtmäßiger und ehrlicher Überzeugung sagen, daß in den deutschen Eisenbahnern bereits wieder **der alte Sinn für Autorität und für Ordnung im Wachsen begriffen ist.**

(Bravo!)

Es war ganz selbstverständlich, meine Damen und Herren, daß unter den Wirkungen der Revolution, unter (B) den politischen Erscheinungen, die die Nachrevolutionszeit mit sich gebracht hat, das Vertrauen erschüttert wurde zwischen dem Personal und den verschiedenen Dienststellen bis hinauf zur Verwaltung.

Es war also eine meiner ersten Aufgaben, dieses Vertrauen wieder herzustellen, und ich bemühe mich, durch persönliche Reisen, persönliche Fühlungnahme, persönliche Besichtigungen überall dahin zu wirken, daß dieses Vertrauen wieder hergestellt wird. Denn ich bin der Auffassung: der Sinn für Autorität kann nur gedeihen und wachsen und blühen auf dem Boden des Vertrauens, sonst nicht. Die Arbeitswilligkeit bei unserem Personal ist dauernd im Zunehmen. Das wird wohl auch jeder feststellen können, der eine Reise macht. Zweifellos sind infolge der Teuerungsverhältnisse die Beunruhigungen in dem Personal noch nicht ganz geschwunden. Ich möchte aber annehmen, daß die Aktion, die Regierung und Parlament im Januar getroffen hat, eine Beruhigung in das Personal auf lange Zeit hineingetragen hat. Ich halte es für meine besondere Pflicht, auf allen Gebieten der materiellen Fürsorge für das Personal an der Spitze zu stehen. Ich würde es deshalb auch durchaus begrüßen, wenn wir in der Lage wären, auf dem Gebiete des Wohnungsbaues unserem Personal möglichste Vorteile zu verschaffen. Ich habe mich bei meinen vielen Reisen bemüht, Einblick in die Wohnungsverhältnisse zu gewinnen, und bin sehr gern bereit, Anregungen, die auch aus diesem Hause kommen werden, zu folgen und erforderlichenfalls Mittel anzufordern, solange ich noch nicht selbst in der Lage bin, sie aus meinen Einnahmen zu decken.

Die Verwaltung hat eine ungeheure Aufgabe auch auf dem Gebiete der **Befruchtung der Industrie.** Wir sind wohl die größten Besteller der Industrie, und es wird meine ganz besondere Sorge sein, daß in dieser (C) Beziehung alles geschieht, um die Industrie frühzeitig und fortlaufend mit den erforderlichen Aufträgen zu versehen. Ich kann berichten, daß wir bereits über zwei Drittel der Vergebungen an Wagen fest hinausgegeben haben. Leider ist das bei den Lokomotiven noch nicht möglich gewesen, weil über die Preisfrage noch geringe Differenzen bestehen. Ich darf aber annehmen, daß diese Differenzen bald überwunden sein werden.

Der Gesamtzustand der Eisenbahnen läßt in mir die feste Überzeugung entstehen, daß die Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich durchaus zweckmäßig war, daß sie nicht nur eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit war, sondern auch ein Schritt, der sich in ferner Zukunft für unser gesamtes Wirtschaftsleben, für unser Verkehrsleben und nicht zuletzt auch für die Gesundung unserer Finanzen bezahlt machen wird. Etwas Geduld ist allerdings vonnöten. Ich habe bei der Kritik, die geübt wird, so häufig den Eindruck, als ob wir etwas ungeduldig sind und glauben, die Wirkungen eines vierjährigen Krieges und die Wirkungen der Revolution und der Nachrevolutionszeit im Handumdrehen überwinden zu können. Wenn wir einige Geduld haben, so werden wir die Fortschritte auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens zusehends erkennen.

Wir werden zum Sommerfahrplan wieder eine erhebliche Vermehrung der Personen- und Schnellzüge versuchen, immer unter der Voraussetzung, daß unsere Lokomotiv- und unsere Kohlenlage sich weiter nicht ungünstig entwickelt. Auf dem Gebiete des Güterverkehrs haben wir zurzeit eine solche Entwicklung, daß ich nur mit Vertrauen in die Zukunft sehen kann. Selbstverständlich liegt noch vieles im argen, insbesondere die Zuverlässigkeit in der Beförderung der Güter. Wir haben noch sehr zu kämpfen mit dem Abhanden- (D) kommen von Gütern, mit den Diebstählen. Wir gehen in der schärfsten Weise vor, insbesondere auch gegen Personal, das sich zu Unredlichkeiten hinreißen läßt. Ich habe aber doch zu melden, daß wir seit dem Frühjahr vorigen Jahres in dieser Richtung eine langsame, stetige Besserung bemerken.

Die Frage der Beamten liegt mir deshalb ganz besonders am Herzen, weil neuerdings Bestrebungen im Gange sind, in die Beamtenschaft eine gewisse Uneinigkeit hineinzubringen, eine gewisse Scheidung zwischen unteren, mittleren und höheren Beamten. Es ist die Aufgabe der Verwaltung, allen solchen Bestrebungen entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß wir einen einheitlichen Beamtenkörper haben, und daß beim Aufstieg in diesem einheitlichen Beamtenkörper der Tüchtige vorankommen kann, und daß jeder, der sich eignet und voll bewährt, ohne Rücksicht auf seine frühere Schulbildung auch die Möglichkeit hat, in die höheren Stellen einzurücken. In meiner eigenen Umgebung sind ja eine ganze Reihe Persönlichkeiten in dieser Beziehung bereits tätig und ebenso draußen bei den Direktionen.

Die Aufgabe, die der Verwaltung im ganzen obliegt, ist wohl eine der schwierigsten auf wirtschaftlichem und verwaltungstechnischem Gebiete. Die Persönlichkeiten, die wir zur Lösung dieser Aufgabe bedürfen, müssen frei von allen Hemmungen irgendwelcher Art sein, sie müssen nur der Sache dienen und müssen in erster Linie Köpfe sein. Ich werde mich in dieser Beziehung eifrig bemühen, solche Persönlichkeiten heranzubilden und heranzuziehen, und hoffe, daß auch die Ernennung eines neuen technischen Staatssekretärs, die nach Verabschiedung des Etats in die Wege geleitet werden wird, in dieser Beziehung neues Blut und neuen Schwung in unsere Verwaltung hineinbringt.

(Groener, Reichsverkehrsminister.)

(A) Ich möchte nicht schließen, ohne auch von dieser Stelle aus nochmals der glänzenden Leistungen der deutschen Staatsbahnverwaltungen einst und insbesondere auch im Kriege gedacht zu haben, und, meine Herren, wenn wir an diese Leistungen denken, so werden wir alle das Vertrauen haben, daß wir auf dem Gebiete des Verkehrs wieder vorwärtskommen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brunner.

Brunner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn wir an die Leistungen unserer Eisenbahnen vor dem Kriege und im Kriege denken und uns jetzt den Etat für 1920 ansehen, in dem sich das ganze Elend unserer deutschen Wirtschaft spiegelt, in dem wir 16,4 Milliarden zuschießen müssen, um das bißchen Eisenbahnbetrieb aufrechtzuerhalten, wenn wir das vergleichen, so sehen wir, wie weit wir durch den Krieg gekommen sind.

(Zuruf rechts: Durch die Revolution!)

— Ja, wir kommen darauf. 16,4 Milliarden mußten wir im Jahre 1920 zuschießen. Jedenfalls ist es nicht möglich, das so fortzusetzen. Erstens einmal kann das Reich sich einen solchen Luxus nicht mehr gestatten, zweitens verlangt aber auch die Reichsverfassung, daß unsere **Eisenbahnen** als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten sind, das seine Ausgaben aus sich selbst heraus zu bestreiten hat. Der Reichstag hat also die Aufgabe, dieses **Defizit** nach Möglichkeit zu beseitigen.

Der Herr Minister erklärte ja, daß er eine finanzielle Gesundung der Reichseisenbahnverwaltung herbeiführen will. Er will das herbeiführen zunächst durch (B) Tariferhöhungen zu zwei Dritteln und durch Sparmaßnahmen zu einem Drittel. Etwa 10 Milliarden sollen durch Tariferhöhungen mehr vereinnahmt und 5 Milliarden erspart werden. Es ist jedenfalls nicht zu bestreiten, daß wir die beiden Wege beschreiten müssen, um zu einer Gesundung zu kommen, auf der einen Seite die Einnahmen erhöhen und auf der anderen Seite versuchen müssen, zu sparen, wo zu sparen ist.

Allerdings sind **Tariferhöhungen** immerhin von außerordentlicher Bedeutung für das Wirtschaftsleben, ganz gleich, zu welcher Zeit man sie in Angriff nimmt. Gegenwärtig liegen die Dinge so: Wir haben Erhöhungen von 1913 bis jetzt bei den Personentarifen um das Viereinhalb- und bei den Gütertarifen um das Sechsfache.

(Zuruf rechts: Viel mehr!)

— Mit Ausnahme der Ausnahmetarife. Darauf kommt es aber weniger an. Jedenfalls sind wir zurzeit mit der Tarifentwicklung nicht fortgeschritten mit der ganzen Geldentwertung. Das ist dabei zu berücksichtigen. Heute steht die Frage nicht mehr so, ob überhaupt die Tarife erhöht werden sollen oder müssen, sondern es kann nur die Frage gestellt werden, wie sie zu erhöhen sind, ohne mehr zu schädigen als zu nützen. Nach dem Urteil der Sachverständigen und den Ausschüssen soll die Erhöhung der **Frachttarife** im Durchschnitt etwa 65 Prozent betragen. Das ist natürlich allerdings eine ganz gewaltige Belastung und bedeutet eine erhebliche Verteuerung aller auf der Eisenbahn — und nicht nur auf der Eisenbahn, sondern auch auf sonstigen Transportmitteln — transportierten Waren, eine Verteuerung der Produktion, eine Verteuerung der Lebenshaltung. Die haben wir dabei in Kauf zu nehmen; aber wir müssen das machen, denn wir können uns heute nicht mehr auf den Standpunkt stellen, die Tariferhöhungen abzulehnen, sondern wir brauchen die Mehreinnahmen und müssen uns deshalb schon (C) dahin verständigen, daß eine Erhöhung eintreten muß.

Allerdings ist vorgesehen, daß diese Erhöhungen von zunächst etwa 65 Prozent im Durchschnitt nur für das Jahr 1921 vorgesehen werden sollen, damit wir die Möglichkeit haben, in den folgenden Jahren auch wieder abzubauen. Bei allen diesen Erhöhungen muß aber auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden, insbesondere auch auf die Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß die Arbeiter und Angestellten auch möglichst billig von ihrem Wohnorte zur Arbeitsstelle befördert werden. Außerdem müssen Staffeltarife eingeführt werden, besonders für solche Güter, die der Volksernährung dienen und für die eine wesentliche Steigerung einfach nicht möglich ist.

Erleichterungen müssen nach Möglichkeit auch da geboten werden, wo man **Ausnahmetarife** zulassen will, und zwar nicht nur einseitig für gewisse Interessengruppen, sondern, wo solche Erleichterungen Platz greifen, da müssen sie jedenfalls allen Gruppen im gleichen Maße zuteil werden.

Ich will auf diese Dinge nicht näher eingehen, obgleich es notwendig wäre, hierüber noch mehr zu sagen. Doch möchte ich mich in Anbetracht der ganzen Geschäftslage des Hauses hier auf das Allernotwendigste beschränken.

Bei der Erhöhung der **Personentarife** muß ebenfalls gebührend auf die wirtschaftlich Schwachen Rücksicht genommen werden. Für sein Geld hat man vor allen Dingen dann aber auch Anspruch auf eine menschenwürdige Beförderung.

Da darf ich mit wenigen Worten noch einmal auf die **Verhältnisse bei der Berliner Stadt- und Vorortbahn** hinweisen. Es ist zwar gesagt worden, das ließe sich zurzeit nicht ändern, bevor nicht die Elektrifizierung (D) der Stadt- und Ringbahn vorgenommen wäre. Ich glaube aber nicht, daß man darauf zu warten braucht, um eine Besserung herbeizuführen. Wir haben in früheren Jahren ohne elektrischen Betrieb dort bessere Verhältnisse gehabt, und es muß darauf hingewirkt werden, daß auch die Berliner Arbeiter- und Angestelltenschaft, die täglich diese Qualen ausstehen muß, wieder besser befördert wird.

Aber auch in anderer Beziehung hat man unbedingt Anforderungen zu stellen, wenn man den Personenverkehr mit Recht als den Pionier für den Güterverkehr bezeichnet. Ein guter Personenverkehr wird in der Tat eine Steigerung des Güterverkehrs nach sich ziehen. Stellt man sich aber auf diesen Standpunkt, dann muß man dem Publikum alle möglichen Vorteile bieten, um es zum Reisen zu veranlassen und so eine Steigerung des Personenverkehrs herbeizuführen. Mit der Erhöhung der Fahrpreise wird ja zunächst eine Einschränkung verbunden sein, die man nur ausgleichen kann, indem man auf der anderen Seite Erleichterungen schafft. Hier kommt insbesondere die **Massenbeförderung der Arbeiter** in Frage. Da soll man nicht die höchsten Tarife nehmen, sondern die Fahrpreise möglichst herabsetzen. Auch für die **Beförderung von Kindern bei Schulausflügen**, wenn sie unter Führung der Lehrer stattfinden, sollten Erleichterungen geboten werden, weil solche Schulausflüge nicht nur der Gesundheit der Kinder, sondern auch ihrer Belehrung dienen. Ebenso sollte man den Jugendorganisationen für ihre Ausflüge Fahrpreisermäßigungen und sonstige Erleichterungen im Verkehr gewähren.

Der Herr Minister hat vorhin darauf hingewiesen, daß geplant ist, während der Sommerferien wieder Sonderzüge fahren zu lassen. Wir wollen hoffen, daß

(Brunner, Abgeordneter.)

(A) die Möglichkeit dazu gegeben ist, daß nicht wieder, wenn es so weit ist, gesagt werden muß, es fehlen uns die nötigen Lokomotiven, es fehlt die Kohle, es fehlt hier und es fehlt da. Hoffen und wünschen wir also, daß diese Pläne sich durchführen lassen.

Der Herr Minister hat aber im Ausschuß auch erklärt, und er wiederholte es mit etwas anderen Worten von dieser Stelle aus, daß er seine Hauptaufgabe darin erblicke, den technischen Apparat der Eisenbahn in Ordnung zu bringen und die **Organisation der Verwaltung** zu vereinfachen, um die Wirtschaftlichkeit des Betriebes wieder zu erreichen. Ich habe das Vertrauen zu dem Herrn Minister persönlich, daß er ernsthaft bestrebt ist, das durchzuführen, was er hier gesagt hat. Aber ich glaube, er wird dabei außerordentlich große Schwierigkeiten zu überwinden haben; denn in seiner Umgebung herrscht auch noch sehr viel von dem alten Bureaukratengeist aus der wilhelminischen Zeit, der nicht so leicht zu beseitigen ist.

Im Haushaltsausschuß wurde von der rechten Seite darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften an der Unwirtschaftlichkeit schuld seien, und man suchte die gewerkschaftlichen Organisationen für die Unterbilanz verantwortlich zu machen. So hat Herr Deglerk unter anderem gesagt, die Konkurrenz der Gewerkschaften erschwere der Verwaltung die Erfüllung ihrer Aufgaben. Man hat auch der Revolution die Schuld in die Schuhe geschoben; die habe die Eisenbahnen heruntergewirtschaftet. Ich bin der Meinung, kein vernünftiger Mensch kann mehr bestreiten, daß nicht die Revolution, sondern der **Krieg unser Eisenbahnwesen heruntergewirtschaftet** hat. Als die Revolution ausbrach, war die Eisenbahn schon herabgewirtschaftet.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht die Revolution hat dies verschuldet.

(B) Was aber die Gewerkschaften betrifft, so darf ich wohl sagen: vielleicht mit einer einzigen Ausnahme, mit Ausnahme derjenigen Organisation der Eisenbahnbeamten, in der der deutschnationale Einfluß schon erheblich ist, haben alle anderen Organisationen der Eisenbahner, die sich gewerkschaftlich nennen und die man wirklich als **Gewerkschaften** bezeichnen kann, insgesamt auf eine **wirtschaftliche Gestaltung der Eisenbahnen** hingearbeitet.

(Zuruf rechts: Lächerlich!)

— Lachen Sie! Daß Sie die Tätigkeit der Organisationen gar nicht kennen, das beweist Ihr Lachen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich betone noch einmal mit Nachdruck, daß es den gewerkschaftlichen Organisationen zu danken ist, wenn nicht unheilvolle Störungen des Eisenbahnbetriebs eingetreten sind. Das haben die Organisationen bewirkt,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und es ist sehr bedauerlich, daß man im Eisenbahnwesen nicht schon früher die gewerkschaftlichen Organisationen in dem Maße anerkannt hat, wie es heute geschieht, um das Eisenbahnpersonal gewerkschaftlich genügend zu schulen und zu vermeiden, daß Dinge geschehen, wie sie vereinzelt kurz nach der Revolution und während der Revolution vorgekommen sind. Das haben Sie von der rechten Seite veranlaßt. Sie waren schuld daran, daß man früher Gewerkschaften nicht zugelassen hat. Da nutzt alles Winken nichts. Ich sage es hier nicht zum ersten Male, aber wenn Sie behaupten, die Gewerkschaften seien schuld, wenn die Eisenbahnen nicht wirtschaftlich seien, dann muß ich es immer und wieder betonen: die Gewerkschaften sind das Gegenteil von dem, was Sie sagen, die Gewerkschaften, die man ja überhaupt schon lange während des Krieges von Regierungsseite aus auch als notwendig

(C) in unserem Wirtschaftsleben bezeichnet hat, und man hat seitdem doch einen anderen Ton angeschlagen. Man sollte uns heute nicht mehr mit solchen Redensarten kommen: die gewerkschaftlichen Organisationen sind schuld daran. Nein, was sie tun konnten, haben sie zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen getan. Wenn nur noch etwas mehr Verständnis auf seiten der Verwaltung für die Not und das Elend des Personals vorhanden gewesen wäre, dann hätte das auch wesentlich zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen beigetragen. Da hat es aber oft sehr gehapert, und daran hapert es auch heute oft noch.

Die Vertreter der Gewerkschaften bei den **Tarifverhandlungen** haben sich jedenfalls ernstlich bemüht, solche Verhandlungen zu einem guten Ende und zu einem möglichst schnellen Ende zu führen, und dies ist sehr oft an dem nötigen Verständnis seitens der Verwaltungen gescheitert, die daran mitzuwirken hatten. Da wurden die Verhandlungen verschleppt und hingezogen; die Massen der Angestellten und Arbeiter draußen wurden unruhig, und es mußte schließlich, entweder heute oder morgen, der Streik kommen, oder nun plötzlich hat sich hier der Reichstag oder das Kabinett zu entscheiden, ob so oder so.

Das alles wäre zu ändern; das könnte ganz anders gehen, wenn das nötige Verständnis auf allen Seiten vorhanden wäre, wenn man die Gewerkschaften hätte gewähren lassen; sie hätten die Tarifverhandlungen nicht verschleppt. Es hätte das nötige Verständnis für das gezeigt werden, was nötig ist. Letztes Endes muß doch etwas geschehen. Wir haben das bei der letzten Bewegung gesehen, und der Gewerkschaft ist es zu danken, wenn es nicht zu unheilvollen Störungen gekommen ist. Gerade die letzte Lohnbewegung hat es gezeigt, welchen guten Einfluß die wirklich gewerkschaftlichen Organisationen auf das Personal auszuüben vermögen. (D) Wir wollen hoffen, daß auf diese Weise auch das Verständnis bei der Verwaltung wächst, daß künftig das Zusammenarbeiten zwischen Organisation und Eisenbahnverwaltung doch ein besseres ist.

In bezug auf den **Achtstundentag** muß ich ebenfalls einige Worte sagen. Die Eisenbahnverwaltung ist jedenfalls von der Einführung des Achtstundentags hart betroffen worden; denn hier bestanden zum Teil noch außerordentlich lange Arbeitszeiten. Ich erkenne ohne weiteres an, daß in dieser Frage noch eine Regelung herbeigeführt werden muß. Man kann nicht gut den Dienst eines Bahnwärters draußen auf wenig befahrener Strecke mit dem Dienst eines Rangierers auf einem modernen, groß angelegten Rangierbahnhof oder mit der Arbeit eines Handwerkers oder Arbeiters in der Werkstatt vergleichen. Darin bestehen Unterschiede. Man kann aber auf der anderen Seite nicht zugeben, daß das Prinzip des Achtstundentags in der Weise, wie es schon geschehen ist, durchlöchert wird, daß das Fahrpersonal und das Zugbegleitpersonal wieder ununterbrochen Dienst von 32 Stunden leistet. Das ist die Durchbrechung des Achtstundentags. Gewiß, eine derartige Regelung läßt sich nicht allgemein machen. Es muß eine Regelung für die einzelnen Gruppen geschaffen werden, für das Fahrpersonal, für die Werkstätten; da lassen sich Vereinbarungen treffen. Das darf aber nicht zwischen Personal und Dienststellenvorsteher erfolgen, sondern muß durch Vermittlung der Organisationen geschehen. Jedenfalls darf unter keinen Umständen daran gedacht werden, wie es in letzterer Zeit vielfach den Anschein hat, daß der Achtstundentag jemals wieder beseitigt werden kann,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

auch im Eisenbahndienst nicht.

(Zurufe rechts.)

(**Brunner**, Abgeordneter.)

(A) Man sucht alle Augenblicke wieder von seiten Industrieller — und das hat dann auch Folgen für die Verwaltungsorgane des Reichs und des Staats — an dem Achtstundentag zu rütteln. Ich sage: daran ist nicht zu denken. Wohl ist hier in dieser oder jener Beziehung etwas zu regeln, aber an eine Beseitigung des Achtstundentags kann nicht gedacht werden, weder in der Eisenbahnverwaltung noch in der Industrie.

(Zuruf rechts: Das kommt von allein!)

— Das kommt nicht von allein. Dagegen werden sich die deutschen Arbeiter mit aller Entschiedenheit und mit aller ihrer Macht wenden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

— Meinen Sie denn, Sie sind das Vaterland allein? Sind denn die Arbeiter, die in Gewerkschaften zusammengefaßt sind, nicht auch ein Stück vom Vaterland?

(Zustimmung rechts.)

Tun sie denn das, was sie tun, nicht für die Bevölkerung?

(Zurufe rechts.)

— Nein, wenn Sie nicht so gehemmt hätten, wären wir weiter.

(Erneute Zurufe rechts.)

— Prinzipien! Für uns, meine Herren, ist allerdings der Achtstundentag ein Prinzip. Jawohl, er ist ein Prinzip, an dem wir festhalten, weil wir wissen, daß durch die Durchführung dieses Prinzips die Wirtschaftlichkeit unseres ganzen Volkes gehoben wird.

(Zurufe rechts.)

— Bitte, lachen Sie, damit beweisen Sie Ihr geringes Verständnis für diese Dinge.

Der Herr Minister hat zugegeben, daß die **Leistungen des Eisenbahnpersonals** auf den Kopf genommen wieder auf den früheren Stand gekommen sind.

(Widerspruch rechts.)

(B) — Das hat der Herr Minister im Ausschuß gesagt.

(Erneuter Widerspruch rechts.)

— Aber meine Herren, ich weiß nicht, wie Sie von der rechten Seite lachen und Dinge bestreiten können, die Sie doch gar nicht kennen. Lachen Sie darüber, aber bestreiten Sie diese Dinge nicht. Sie stehen doch nicht in den Werkstätten, Sie verstehen doch die Arbeit nicht, Sie haben doch keine Ahnung von den Arbeiten in der Eisenbahnverwaltung. Der Minister hat selbst erklärt: wir können wieder feststellen, daß die Leistungen nahezu auf den früheren Stand im einzelnen kommen. Er hat das gesagt; ich weiß nicht, ob der Herr Minister das heute anders sagen will, jedenfalls hat er es im Ausschuß gesagt, ich habe es dort wiederholt, und es ist nicht bestritten worden. Ich habe es damals im Ausschuß schon als eine erfreuliche Anerkennung bezeichnet, als etwas, was wert ist, auch draußen bekannt zu werden, und etwas, was notwendig ist, bekannt zu werden, um die Arbeitsfreudigkeit beim Personal noch weiter zu heben.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die **gewerkschaftlichen Organisationen** haben jedenfalls auch in dieser Beziehung ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Die Gewerkschaften, die stets erzieherisch auf ihre Mitglieder gewirkt haben, haben auch in dieser schweren Zeit, in der sie einen so außerordentlich schweren Stand hatten, ihre Aufgabe voll und ganz erfüllt, dem Personal und der gesamten Arbeiterschaft Vorteile zu bringen, sie besser zu stellen, als es früher der Fall war.

Meine Herren von der Rechten, wenn Sie sagen: der **Achtstundentag** ist ein Prinzip, so denken Sie doch daran, daß der Achtstundentag notwendig ist. Die Einhaltung des Achtstundentages im Prinzip ist unbedingt nötig, wenn wir überhaupt wirtschaftlich wieder auf die Beine kommen wollen. Sie sind der Meinung, daß (C) das durch Verlängerung der Arbeitszeit möglich wäre. Wir glauben, daß es durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch bessere Entlohnung der Arbeiter möglich ist.

(Lachen und Zurufe rechts.)

Was die **Entlohnung** der Arbeiterschaft betrifft, so sind wir noch lange nicht dahin gekommen, wo wir hinkommen müßten.

(Widerspruch und Zurufe rechts.)

— Ja, ich werde Ihnen das beweisen. Je mehr Sie mich unterbrechen, desto länger dauert die Rede; Sie dürfen dann aber nicht mich dafür verantwortlich machen. —

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zunächst auf die Frage der Verminderung der Ausgaben. Soweit eine Verminderung der Ausgaben in der Eisenbahnverwaltung sachlich begründet ist, werden wir stets dafür eintreten. Mir scheint nun eine **Ersparung** vor allen Dingen **beim Ankauf von Material**, von Bau- und Betriebsstoffen möglich und nötig zu sein.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das organisierte Unternehmertum, das ja auch seine Gewerkschaften hat, scheint heute mehr denn je den Staat als Ausbeutungsobjekt zu betrachten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das sage ich Ihnen, damit Sie den Unterschied zwischen uns und Ihnen begreifen. Sie wollen immer nur, daß der Arbeiter die Lasten tragen soll. Der Arbeiter soll länger und billiger arbeiten; aber Sie selbst wollen verdienen. Nein, die Unternehmer, die Großfabrikanten, die wirklich heute mehr als früher den Staat nur als Ausbeutungsobjekt betrachten, sollen einmal etwas einbüßen.

(D) Um den Bestrebungen des Unternehmertums entgegenzuwirken, ist eine strenge Kontrolle nötig, die heute leider in der Eisenbahnverwaltung nicht vorhanden ist. Es ist unbedingt erforderlich, daß weiteste Kreise zur Lieferung zugelassen werden. Die Konzerne der Lieferanten müssen durchbrochen werden. Nicht nur die Großunternehmer, nicht nur die Großfabrikanten, nicht nur einige wenige dürfen zu den **Lieferungen** zugelassen werden, sondern die **Ausschreibung** muß allgemein und öffentlich erfolgen. Man darf dabei auch nicht an den Händlern vorübergehen. Es besteht die Möglichkeit, unter Umständen von den Händlern billiger zu kaufen als von den Fabrikanten selbst. Man soll also auch den Handel dabei nicht ausschalten. Ich will Sie mit den Einzelheiten nicht länger aufhalten und nur noch ein ganz drastisches Beispiel dafür anführen, wie vorgegangen wird. Eine einzige Lieferung kostete der Verwaltung 2 264 000 Mark. Eine Firma erbot sich, das Material in besserer Güte und in demselben Umfange für 868 000 Mark zu liefern. Das wäre also eine Ersparnis von 1 396 000 Mark gewesen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist nur ein Einzelfall. Der Betriebsrat in Bremen, in der Eisenbahnwerkstatt Seewaldsbrück — das ist auch nur ein einzelner Fall, den ich herausgreife — hat festgestellt, daß Holz, das die Eisenbahnverwaltung pro Kubikmeter mit 1300 Mark bezahlte, für 800 Mark von allen möglichen Firmen angeboten wird.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind Einzelfälle. Ich könnte Ihnen eine ganze Anzahl ähnlicher Dinge vorführen. Die Fälle, die ich angeführt habe, dürften aber genügen, um zu zeigen, wie die Eisenbahnverwaltung von den Unternehmern ausgebeutet wird.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

(**Brunner**, Abgeordneter.)

(A) Dasselbe, was beim Holz und bei den Farben der Fall ist, ist auch bei den Kohlen, beim Eisenmaterial usw. zu verzeichnen. Die Eisenbahnverwaltung zahlt stets höhere Preise, als sie irgendein Privatbetrieb zahlt. Dabei sollte sie doch als der größte Abnehmer der Industrie eigentlich billiger kaufen als jeder andere. Das Unternehmertum sollte sich selber sagen: wir können bei diesen großen Lieferungen mit einem geringeren Verdienst auch noch auskommen, wir verdienen trotzdem noch genug daran; wir brauchen nicht die Eisenbahnverwaltung, den Staat in dieser Weise zu schröpfen. Aber darauf wird keine Rücksicht genommen. Nur der Arbeiter soll Rücksicht auf das Vaterland nehmen.

(Zuruf rechts: Zu einem Vertrag gehören doch immer zwei!)

— Gewiß gehören zu einem Vertrag immer zwei; ich komme auch darauf noch zu sprechen. — Ich will nur betonen, daß man vor allen Dingen das Schwergewicht nicht allein auf die Löhne der Arbeiter oder die Bezüge der Beamten legen soll. Die Kohlenpreise sind um das Neunzehnfache gestiegen gegenüber dem Friedenspreis, die Schienen, die natürlich nur von Großfabrikanten geliefert werden können, um das Achtundzwanzigfache, Stabeisen um das Dreiunddreißigfache, Stahlblech um das Vierzigfache.

(Zuruf rechts: Das ist längst nicht mehr wahr!)

— Dann war es wahr. Diese Preise hat doch der Staat bezahlen müssen im vorigen Jahr. Und wenn sie heute etwas heruntergegangen sind, wird eben nur bestätigt, daß es eben wahr war, was ich eben sagte. Sie haben erst mal den Gewinn in den Taschen. Nun kann man wieder von vorne anfangen.

(Wiederholte Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

(B) **Vizepräsident** Dr. **Bell**: Sie haben vorhin gehört, daß durch die Unterbrechungen die Reden nur noch länger werden. Das ist in diesem Falle um so bedenklicher, als dem Redner nur noch ganz kurze Zeit zur Verfügung steht.

Brunner, Abgeordneter: Sie haben die Löhne jedenfalls nicht derart in der Industrie gesteigert, daß sie diese **Preissteigerungen** damit begründen könnten. Das Unternehmertum war skrupellos genug, den Profit einzustecken; aber die Löhne wurden nicht entsprechend erhöht. Diese **Profitsucht des Kapitals** muß eingedämmt werden. Sie läßt sich durch geeignete Verwaltungsmaßnahmen eindämmen; sie läßt sich auch dadurch eindämmen, daß die Eisenbahnverwaltung endlich diese Praktiken der Unternehmer durchschaut, daß sie an die betreffenden Stellen geeignete Beamten setzt, die kaufmännisch und volkswirtschaftlich und nicht nur einseitig verwaltungs-juristisch geschult und gebildet sind.

(Zuruf rechts: Nicht so schnell sprechen!)

— Ich muß leider schnell sprechen, um fertig zu werden und wenigstens das Allernotwendigste zu sagen. Es ist bedauerlich, meine Herren, daß man einen Etat mit solchen Unsummen in so kurzer Zeit durchhecheln muß. Schon im Ausschuß war keine Gelegenheit zu einer genügenden Aussprache über alle diese Dinge. Der Berichterstatter hätte seinerseits etwas mehr Rücksicht nehmen können auf die Zeit des Hauses und nicht die ganzen Zahlen alle nochmals vorlesen sollen.

(Zustimmung.)

Meine Herren! Ich will einige Dinge übergehen und kurz auf die Frage der **Löhne** zu sprechen kommen. An einer Stelle haben Arbeiter im Eisenbahnbetrieb verlangt, nach Akkord Kohle zu verladen; sie haben pro Tonne 3,50 Mark verlangt. Dann hat man den Auftrag einem Privatunternehmer übergeben und zahlte 7 und 7,50 Mark pro Tonne. Der Privatunternehmer (C) steckte also erstens den Profit ein und war außerdem in der Lage, seine Arbeiter besser zu bezahlen als die Eisenbahnverwaltung, obwohl diese es anders haben konnte. Hier ist also noch vieles zu ändern und zu bessern.

Wenn Fälle vorkommen, daß das **Material**, das die Eisenbahnverwaltung an diejenigen Unternehmer liefert, die für sie **Reparaturen** herstellen, **weit unter dem Selbstkostenpreis den Unternehmern geliefert** wird, um vielleicht nach außen zu zeigen, daß die Privatunternehmer nicht teurer sind, als die Eisenbahnverwaltung in ihren Werkstätten arbeitet — ich weiß nicht, aus welchem Grunde sonst —, dann sage ich mir, daß doch irgend etwas faul sein muß im Staate Dänemark. Man kann es gar nicht verstehen, welche Gedanken die Eisenbahn hier beseelen, wenn man sieht, wie dem Unternehmertum geradezu die Gewinne durch die Eisenbahnverwaltung in die Tasche geschoben werden, den Arbeitern im eigenen Betrieb aber nach Möglichkeit der Lohn beschnitten wird. So können die Dinge nicht weiter gehen. Da liegt noch sehr viel im argen, und der Minister wird noch große Schwierigkeiten zu überwinden haben, bebor er seine Reformpläne in die Praxis umsetzen kann. Ich wollte das nur durch diese wenigen Tatsachen beleuchtet haben.

Der **Verkauf von Werkstoffen und Werkzeugen** erfolgt auch in der unsinnigsten Weise. Als die Preise außerordentlich hoch waren, wurden ungeheure Materialmengen angekauft, so daß die Lager für lange Zeit versehen sind und diese Mengen kaum verbraucht werden können. An anderen Stellen ist nichts vorhanden. Ich habe selber solche Dinge gesehen, die nie im Leben als Werkzeug zu gebrauchen sind, aber als Werkzeug gekauft worden sind.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(D) Ebenso ist es mit sonstigen Materialien. Die nötige Sachkenntnis in diesen Dingen wäre vornehmlich bei Arbeitern zu finden, und man sollte an solchen Stellen auch **Arbeiter als Kontrolleure** zur Beaufsichtigung mit heranziehen und nicht nur einseitig Beamte, zu denen man zwar das Vertrauen haben kann, daß sie ehrlich und aufrichtig handeln, die aber die nötige Sachkenntnis nicht besitzen. Und selbst das Vertrauen in die Ehrlichkeit wird erschüttert, wenn man solche Dinge erlebt, wie ich sie eben geschildert habe, wo der Eisenbahnverwaltung durch Abschluß eines anderen Vertrages Millionen hätten erspart werden können. Es müssen doch irgendwelche Gründe vorhanden sein, die jemand veranlassen, einen solchen Vertrag abzuschließen und einem Unternehmer, der teurer liefert, den Zuschlag zu geben,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

während andere, die billiger zu liefern bereit sind, den Zuschlag nicht bekommen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erwähne noch einen Fall aus der allerneuesten Zeit, der mir aus Kreisen der Eisenbahnverwaltung selbst mitgeteilt worden ist. Es handelt sich um eine Ausschreibung, bei der 20 Firmen zugelassen waren. Alle 20 Firmen haben die gleiche Forderung gestellt, und zwar eine unverschämt hohe Forderung. Da sehen wir, was die Organisation der Unternehmer bedeutet. Sie einigen sich von vornherein auf eine gemeinsame Forderung und sagen sich gegenseitig zu, daß keiner den andern unterbieten darf. Deshalb sage ich: die **Ausschreibungen müssen öffentlich erfolgen**; es dürfen nicht nur einzelne Firmen zugelassen werden. Meiner Meinung nach läßt sich bei den Ankäufen von Material außerordentlich viel ersparen, das sind gerade die Hauptausgaben; man soll nicht das Schwergewicht auf

(Brunnce, Abgeordneter.)

(A) die Löhne legen. Wenn man für die Beurteilung dieser Dinge geeignetes Personal haben will, dann muß man allerdings kaufmännisch und technisch geschultes Personal in genügender Zahl heranziehen und den Verwaltungsjuristen zur Seite stellen.

Dann soll man auch den **Technikern**, die seit dreißig Jahren und länger im Eisenbahndienst stehen, die Millionenprojekte selbständig ausgearbeitet haben, den Aufstieg nicht erschweren und ihnen, wenn sie in das Beamtenverhältnis übernommen werden sollen, nicht noch eine Prüfung auferlegen. Das kann man von solchen alten, erfahrenen Leuten nicht mehr verlangen. Die Leute, die in der Praxis ihre Befähigung nachgewiesen haben, soll man ohne Prüfung anstellen.

Der Verwaltungsapparat soll nach der Aussage des Ministers vereinfacht werden. Gewiß, auch da werden außerordentliche Ersparnisse erzielt werden können. Ich bin auch überzeugt, daß durch die Dezentralisation der Verwaltung manches zu ersparen ist. Aber die Dezentralisation darf keineswegs auf das Beschaffungswesen erstreckt werden. Hier würde nichts erspart werden. Im Gegenteil! Es muß darauf hingearbeitet werden, daß die Eisenbahnverwaltung nicht noch in größere **Abhängigkeit von Lieferanten** und Unternehmern gerät, als es ohnehin der Fall ist; sondern die Eisenbahnverwaltung muß sich von dieser Abhängigkeit nach und nach zu befreien suchen.

Im Jahre 1920 ist die Kopfzahl des Personals um 56 000 eingeschränkt worden. Geplant ist eine weitere Einschränkung um 42 000 Köpfe. Ich meine, in der Weise sollte man nicht weiter fortfahren. Ich halte es geradezu für eine Unmöglichkeit, Personal in gegenwärtiger Zeit zu entlassen. Solange die Arbeitslosigkeit so unendlich groß ist wie zurzeit, dürfen **Entlassungen aus dem Eisenbahndienst** nicht vorgenommen werden, um das Personal zu verringern. Es ist auch

(B) meiner Ansicht nach gar nicht nötig, eine derartige Verringerung des Personals vorzunehmen, wenn man nur an den Stellen zu sparen sucht, auf die ich hingewiesen habe, beim Einkauf der Baustoffe, beim Einkauf aller Materialien, die man braucht. Hier lassen sich meiner Überzeugung nach mindestens 5 Milliarden ersparen, die man dann nicht an Arbeiterlöhnen und an Beamtengehältern zu sparen braucht. Jedenfalls soll man nicht an die Möglichkeit einer Herabsetzung der Löhne denken, im Gegenteil. Im Etat wird an verschiedenen Stellen davon gesprochen, daß man mit der Möglichkeit einer Verteuerung der Preise rechne. Aber an keiner Stelle ist davon die Rede, daß man auch noch mit der Möglichkeit einer Erhöhung der Löhne rechne. Augenblicklich werden Pläne auszuhecken versucht, wonach die Getreidepreise derart gesteigert werden sollen, daß vom nächsten Erntejahr ab der Zentner Getreide auf 4000 Mark kommt.

(Zuruf rechts: Der Zentner? — Große Heiterkeit.)

— Nein, es handelt sich um die Tonne, 4000 Mark die Tonne!

(Erneute Heiterkeit rechts.)

Jedenfalls ist es eine so außerordentliche Preissteigerung, daß das Brot im Preise auf 8 bis 10 Mark kommen würde.

Meine Herren, wenn man sich mit solchen Gedanken trägt, so soll man doch auch mit einer Erhöhung der Gehälter oder wenigstens der Teuerungszulagen rechnen.

(Zuruf rechts: Das wird gemacht!)

— Im Etat wird es nicht gemacht, sondern da ist nur eine eventuelle Erhöhung der Warenpreise vorgesehen, nicht aber eine eventuelle Erhöhung der Löhne. Ich bin der Meinung, wenn eine weitere Teuerung eintritt, kann man sich nicht sperren und sagen, wir dürfen nicht

(C) mehr bezahlen, sondern wir weisen schon **jetzt** darauf hin, daß die Forderungen kommen werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir werden damit zu rechnen haben, eventuell höhere Löhne zu zahlen und den Beamten neue Teuerungszulagen zu geben. Und an Entlassungen werden wir nicht denken dürfen, solange nicht die ganze Wirtschaft so gestaltet ist, daß die Arbeitslosigkeit wirklich eingedämmt ist, daß ein Arbeiter, der auf der einen Arbeitsstelle herauskommt, in einer anderen Stelle wieder Arbeit und Verdienst findet.

Ich will in wenigen Zahlen die Löhne und überhaupt die **persönlichen Ausgaben** in der Eisenbahnverwaltung mit den **sächlichen Ausgaben** vergleichen. Im Jahre 1913 entfielen von je 100 Mark der Gesamtausgaben 61 Mark auf persönliche und 39 Mark auf sächliche Ausgaben. Im Jahre 1920 kommen von 100 Mark nur 51 auf persönliche und 49 auf sachliche Ausgaben. Wir sehen also eine gewaltige Steigerung der Warenpreise und einen ungeheuren Rückgang der Löhne und persönlichen Ausgaben.

Ein anderes Beispiel. Während früher 9 Mark von 100 Mark für Kohlen ausgegeben wurden, sind es heute 16 Mark von 100 Mark der Ausgaben. Bei anderen Dingen ist es ähnlich.

Die Bezüge des Personals sind gegen 1913, auf den Kopf berechnet, um das Siebenfache, die der Warenpreise um das Zehn- bis Vierzigfache gestiegen. Und wenn man in den Voranschlag für 1920, der ja gar kein Voranschlag mehr ist, hineinsieht, so findet man, daß auf einen Kilometer Betriebslänge die persönlichen Ausgaben um das Zehnfache gestiegen sind, die sächlichen Ausgaben um das Fünfzehnfache.

So sehen Sie überall die enorme Steigerung der sächlichen Ausgaben, einen verhältnismäßigen Rückgang der persönlichen Ausgaben. Deshalb ist weder an eine

(D) Verringerung der Kopfzahl, noch an eine Beseitigung des Achtstundentags, noch an eine Verringerung der Löhne zu denken, sondern im Gegenteil, man soll bei den sächlichen Ausgaben sparen, ohne den Verbrauch an Waren einzuschränken, man soll beim Einkauf die Augen offenhalten, den Profit der Unternehmer etwas schmälern, und dann wird man schon zurechtkommen.

(Zuruf rechts.)

— Wenn ich es zum fünften Male sage, ist es auch noch nicht zu viel; Ihnen ist es natürlich schon einmal zu viel.

Herr Deglerk hat im Ausschuß auch auf die Entschädigungen hingewiesen, die für die Personalvertretung gewährt werden sollen; ich will wegen der vorgerückten Zeit darüber hinweggehen und in diesem Zusammenhange nur noch auf die **Betriebsräte** hinweisen, die man ja immer von der rechten Seite des Hauses verpönt. Man weist darauf hin, wie das neulich zum Beispiel im „Lokal-Anzeiger" geschehen ist, daß der Betriebsrat bei der preußischen Eisenbahnverwaltung allein die Hälfte der früheren Zivilliste koste. Was aber die Betriebsräte andererseits der Eisenbahnverwaltung ersparen, wie sie der Eisenbahnverwaltung zur Hand gehen und auf die Schäden hinweisen, auch auf solche Dinge, die ich Ihnen hier kurz gezeigt habe, von denen ich Ihnen eine ganze Anzahl hätte nennen können, wenn die Zeit dazu ausreichte, das allerdings steht auf einem andern Blatte. Man vergißt auch ganz und gar, daß die Ausgaben für die frühere Zivilliste unproduktiv waren, aber die Ausgaben für die Betriebsräte produktive Ausgaben sind; das ist der gewaltige Unterschied.

(Lachen rechts.)

— Ja, meine Herren, darüber wird man ja später noch sprechen, und wir werden Sie belehren. Sie trauen den Arbeitern so wenig zu. Gewiß, hier und da mag der Betriebsrat nicht das sein, was er sein sollte, auch

(**Brunner**, Abgeordneter.)

(A) nach Ansicht der Arbeiter nicht; aber im großen und ganzen haben die Betriebsräte den Erwartungen vollkommen entsprochen, und je mehr man sie gewähren läßt, besonders auch bei der Eisenbahnverwaltung, je mehr Rechte man ihnen einräumt, desto besser werden sie ihre Aufgaben zu erfüllen vermögen.

(Bravo! links. — Zuruf rechts.)

— Ich denke nicht an Rußland und wünsche keine russischen Zustände; aber gerade deshalb wende ich mich so gegen Ihre Pläne.

Der Herr Minister hat zugesagt, daß er, wenn ihm aus dem Hause noch Anregungen gegeben werden sollten für den **Bau von Wohnungen für das Personal**, diesen sehr gern nachgehen würde. Wir haben im Ausschuß schon Anträge in diesem Sinne gestellt. Ich brauche das nur noch einmal zu unterstreichen. Wir haben gefordert, daß mehr als 300 Millionen für 1921 eingesetzt werden. Wir erwarten, daß das Genügende auch auf diesem Gebiet geschieht. Andererseits haben wir beantragt, daß auch für die **Bekämpfung der Tuberkulose** mehr geschehe; auch dem werden wir unsere Zustimmung geben.

Im übrigen sind wir ja auch bereit, den Etat zu genehmigen. Dabei aber darf ich noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß wir künftig nicht wieder in solche Verlegenheiten gebracht werden, wie es hier geschehen ist, daß uns der Haushaltsplan zeitig genug vorgelegt wird, auch mit den nötigen statistischen Unterlagen, die diesmal im wesentlichen ganz fehlten. Bei aller Anerkennung der augenblicklichen Schwierigkeiten darf sich der Reichstag schließlich nicht zu einer reinen Bewilligungsmaschine herabwürdigen lassen; das wäre dem Ansehen und der Würde des Hauses jedenfalls nicht angemessen.

(Beifall links.)

(B) Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich darf die folgenden Redner vom Hause bitten, sich an die durch den Ältestenausschuß vorgesehene Redezeit halten zu wollen. Das wird vor allem dann möglich sein, wenn die Unterbrechungen tunlichst vermieden werden, die ja bekanntlich die Redner sehr leicht auf Abwege führen.

Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Groener, Reichsverkehrsminister: Der Herr Vorredner hat eine Äußerung von mir aus dem Hauptausschuß wiederholt bezüglich der **Leistungen** auf den Kopf der Arbeiter. Ich darf darauf hinweisen, daß im Ausschuß lediglich von den **Werkstättenarbeitern** die Rede war, und darf das Stenogramm vorlesen:

> Was die Leistungen in den Werkstätten anlangt, so ist die Qualität der alten Friedensleistung erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir vor dem Kriege bei den Reparaturen nur 25 vom Hundert Kesselreparaturen hatten, während wir heute mindestens 80 vom Hundert Kesselreparaturen haben. Die Leistungen auf den Kopf der Arbeiterschaft dürften zurzeit die frühere Höhe erreicht haben.

(Na also! links.)

> Was die Zahl der ausgehenden Lokomotiven anlangt, so bleibt diese durchschnittlich noch um etwa 10 vom Hundert hinter dem Ausgang des Jahres 1913 zurück.

Das betrifft die Werkstättenarbeiter. Meine Damen und Herren! Dieses erfreuliche Ereignis in den Werkstätten führen wir auf die Einführung des **Gedingeverfahrens** zurück.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich möchte wünschen, daß die Einführung des Gedingeverfahrens auch in den übrigen Zweigen der Eisenbahnverwaltung, wo es noch nicht gelungen ist, es durchzusetzen, (C) möglichst bald dasselbe erfreuliche Resultat haben würde. Insbesondere würde es mir sehr am Herzen liegen, daß auf den Güterböden dieses Verfahren recht bald wieder eingeführt wird, damit auch dort die alte Friedensleistung wieder erreicht wird.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Klöckner.

Klöckner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mit Rucksicht auf die Geschäftslage werde ich mich sehr kurz fassen. Der **Etat der Eisenbahnverwaltung** schließt im Jahre 1920 mit einem Defizit mit 16,3, im Jahre 1921 mit einem solchen von 6,7 Milliarden ab. Das Defizit von 16 Milliarden im Jahre 1920 beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung zu zwei Dritteln aus den Einnahmen und zu einem Drittel durch Verringerung der Ausgaben zu decken. Die Besserung, welche sich in dem Etat von 1921 gegenüber demjenigen von 1920 in Höhe von zirka 10 Milliarden zeigt, ist in der Hauptsache auf die am 1. April beabsichtigte Erhöhung der Gütertarife und die ab 1. Juli erfolgenden Erhöhung der Preise für die Personenbeförderung zurückzuführen. Die Erhöhung der Gütertarife, welche durchschnittlich höchstens 65 vom Hundert der bisherigen Frachtsätze betragen darf und auf 9 Milliarden Mark zu schätzen ist, soll zunächst nur für das Haushaltsjahr 1921 Geltung haben.

Das Mitbestimmungsrecht des Reichstags soll in dem demnächst zur Vorlage kommenden Eisenbahnfinanzgesetz geregelt werden.

Die **Erhöhung der Gütertarife** kommt in einem Augenblick, in welchem das Wirtschaftsleben eine schwere Krisis durchzumachen und Mühe hat, sich gegen die Konkurrenz der fremden Länder auf dem Auslandsmarkte zu behaupten.

(Sehr wahr! rechts.) (D)

Die Lage der Exportmärkte ist zurzeit außerordentlich schwierig. Frankreich und Belgien machen in den industriellen Erzeugnissen angesichts ihrer gewaltigen Vorräte Deutschland die bisherigen Absatzgebiete streitig. Infolgedessen neigen die Preise auf den Exportmärkten nach unten und nähern sich in schneller Eile den Inlandspreisen. Die Tariferhöhung bedeutet demnach im jetzigen Augenblick in erhöhtem Maße eine Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit, in einem Augenblick, in dem Frankreich, durch die Wirtschaftsnöte gezwungen, seine Gütertarife für Exportgüter ermäßigt hat.

(Hört! Hört! rechts.)

Meine Freunde konnten sich demnach nur sehr schwer entschließen, dieser Erhöhung die Zustimmung zu geben, nicht ohne Besorgnis im Hinblick auf die Rückwirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben. Das Defizit der Eisenbahnen muß aber, wollen wir finanziell wieder gesunden, unter allen Umständen beseitigt werden. Aus diesem Grunde müssen die eben angeführten Bedenken wirtschaftlicher Art zunächst zurücktreten. Zweifelsohne wird die Tariferhöhung für manche Gebiete ganz besonders schwer ins Gewicht fallen, und es wird die Aufgabe der Eisenbahnverwaltung sein, diese Entwicklung scharf zu verfolgen, um im gegebenen Falle durch Notstandstarife den gefährdeten Gebieten unter die Arme zu greifen.

Die **Erhöhung der Personenfahrpreise**, welche schätzungsweise eine Mehreinnahme von einer Milliarde Mark pro Jahr bringen soll, wird vorübergehend zweifelsohne einen Rückgang der Personenbeförderung im Gefolge haben. Es wird deshalb Aufgabe der Eisenbahnverwaltung sein, im Personenverkehr alle Erleichterungen zu schaffen, die geeignet sind, den Verkehr zu heben.

Ich weise hier besonders auf die bereits im Ausschuß von mir vorgebrachten unhaltbaren Schalterabferti-

(Klöckner, Abgeordneter.)

(A) gungsverhältnisse in dem dicht besetzten Industriegebiet hin. Fast auf sämtlichen Bahnhöfen reicht die Zahl der **Schalter** nicht aus, um die Reisenden rechtzeitig abzufertigen. Wir verlangen nach dieser Richtung hin durchgreifende Maßnahmen dahin, daß bei großem Andrange die noch leerstehenden Schalter geöffnet und zur schnelleren Abfertigung rechtzeitig in Benützung genommen werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Hier muß unter allen Umständen ein selbständiges Eingreifen der Stationsvorstände in Zukunft möglich sein; starre Vorschriften müssen durch solche ersetzt werden, die geeignet sind, diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

In Duisburg sind diese Zustände ganz besonders schlimm. Die Stadt Duisburg hat durch wiederholte Eingaben dargelegt, daß das jetzige Empfangsgebäude dem angeschwellten Verkehr in keiner Weise gewachsen ist. Häufig kommt es vor, daß die Vorhalle des Bahnhofs von den vor den Schaltern stehenden Menschen derartig angefüllt ist, daß der Zugang zu den Perrons unmöglich wird. Der Herr Minister hat im Ausschuß erklärt, man müsse den Personenverkehr mehr „poussieren", um eine günstigere Relation zwischen Güterverkehr und Personenverkehr herbeizuführen. Dazu ist es aber dringend notwendig, dem Personenverkehr die denkbar größten Erleichterungen zu gewähren. Wir hoffen, daß die in dem dichtbesetzten Ruhrrevier zur Behebung der Übelstände zu treffenden Maßnahmen die guten Absichten des Ministers bald erkennen lassen.

Neben der Steigerung der Einnahmen muß die Eisenbahnverwaltung in ganz besonderem Maße ihr Augenmerk auf die **Verringerung der Ausgaben** richten. Die Eisenbahnverwaltung verausgabt jährlich etwa $4^1/_2$ Milliarden Mark für Kohlen. Der **Kohlenverbrauch** betrug im Jahre 1913 14,4 Tonnen für 1000 Lokomotiv-

(B) kilometer. Im Jahre 1920 beträgt er voraussichtlich 19,85 Tonnen, so daß also die Eisenbahnverwaltung im Jahre 1920 bei gleicher Leistung wie im Jahre 1913 38 Prozent mehr Kohlen verbraucht als im Frieden.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Bei diesen Ausgabekosten von $4^1/_2$ Milliarden muß allmählich eine Milliarde gespart werden.

Die Ursache dieses Mehrverbrauchs an Kohlen liegt zunächst in der schlechteren Qualität und in dem Umstand, daß die Eisenbahnverwaltung gezwungen worden ist, 20 Prozent ihres Bedarfs in Koks zu verfeuern. Die Qualität der Kohlen hat sich aber inzwischen wieder gebessert, während die Möglichkeit des Fortfalls der Koksverfeuerung vorerst noch nicht in Aussicht genommen werden kann, trotzdem Frankreich und Belgien dank unserer reichlichen Kohlensendungen in Kohlen fast ersticken und deutsche Kohlen nach Holland exportieren.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Die Eisenbahnverwaltung ist gezwungen, in den nächsten Jahren gesteigerte Aufwendungen für **Gleisanlagen** zu machen, da die Erneuerung der Gleise und Weichen und ihre Instandhaltung während der letzten Kriegsjahre durch die Abgabe aller verfügbaren Stoffe an die Heeresverwaltung sowie durch die unzureichenden Lieferungen der Walzwerke derart in Rückstand gekommen ist, daß sie außergewöhnliche Anstrengungen machen muß, um den versäumten Gleisbau nachzuholen, damit die Betriebssicherheit wieder verbessert wird. Bis 1916 sind die Arbeiten der Gleisanlagen stets gleichmäßig fortgesetzt worden um durchschnittlich jährlich 4,9 Prozent der gesamten Hauptgleise. Von da ab konnten infolge des Einflusses des Krieges die Umbauten nur noch unvollkommen gefördert werden. Das vorliegende Bedürfnis des Betriebes macht es nunmehr notwendig, die Leistungen ganz erheblich zu steigern.

Man spricht immer von **Wagenmangel**. Es handelt (C) sich aber nicht um Wagenmangel, sondern, wie auch schon der Herr Minister im Ausschuß hervorgehoben hat, um **Lokomotivmangel**, der die Stellung der nötigen Waggons behindert. Daher ist es Pflicht der Eisenbahnverwaltung, für ausreichende Instandsetzung und Ergänzung des Lokomotivparks zu sorgen, damit der Wagenmangel auf ein Mindestmaß reduziert wird.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es ist ein Unding, wenn im Herbst vergangenen Jahres täglich 10 000 Waggons fehlten, auf den Halden über eine Million Tonnen Kohlen lagerten und das gesamte Wirtschaftsleben mangels Kohlen teilweise zur Untätigkeit verurteilt wurde.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Die Eisenbahnverwaltung hatte auf ihren eigenen Lagern derartig geringe Bestände, daß der Betrieb gefährdet und die Eisenbahnverwaltung gezwungen war, alle Kohlenmengen, welche ankamen, unbesehen und unbeschadet ihrer Qualität sofort in Benutzung zu nehmen.

Mit allen Mitteln muß der Minister diesem nunmehr seit 15 Jahren wiederkehrenden Waggonmangel zu Leibe gehen. Das Eisenbahnzentralamt hat endlich dem Drängen weiter Fachkreise nachgegeben und eine Abteilung eingerichtet, welche sich mit der Einführung der großen Wageneinheit, 40 bis 50 Tonnenwagen, befaßt. Die interessierten Kreise sind bereit, die Versuche auf eigene Kosten vorzunehmen. Ich bitte den Herrn Minister dringend, dieser Frage die ernsteste Beachtung zu schenken, die Arbeiten zu beschleunigen und die Versuchsfahrten auf dazu geeigneten Linien möglichst schnell vorzunehmen, weil ich mir durch Einführung dieser **großen Wageneinheiten** eine bedeutende Entlastung des Verkehrs verspreche. Nach den angestellten Untersuchungen soll der jetzige Oberbau den Anforderungen dieser großen Wageneinheiten entsprechen. Die Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnanlagen und die not- (D) wendige Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit hängt meines Erachtens ganz allein von der Einführung dieser großen Wageneinheiten auf den dazu geeigneten Linien ab.

Ein weiterer Grund für den ständig wiederkehrenden Wagenmangel ist in dem ungenügenden **Ausbau der Gleis- und Bahnhofsanlagen** zu erblicken. Die Bahnhöfe im Industriegebiet waren immer für den augenblicklichen Verkehr berechnet, nahmen aber auf die kommende Entwicklung keine Rücksicht und waren deshalb bei ihrer Fertigstellung immer schon wieder zu klein. Abhilfe ist nur möglich durch Trennung von Güter- und Personenverkehr, das heißt Einrichtung des viergleisigen Ausbaues und weitere Trennung von Durchgangs- und Ortsverkehr sowie Einrichtung von Schnellbahnen. Die für den Kohlentransport wichtige Strecke über Gelsenkirchen ist völlig überlastet. Immer wieder muß der viergleisige Ausbau gefordert werden. Die Festsetzung der **Gebühren für Anschlußgleise** soll im ganzen Reich gleichmäßig geregelt werden. Es ist beabsichtigt, die durchschnittlichen Selbstkosten der Eisenbahnverwaltung nicht überschreiten zu lassen und die Leistungsfähigkeit der schwächeren Anschlußgleisbesitzer entsprechend in Rechnung zu stellen.

Der Einstellung eines neuen **technischen Staatssekretärs** stimmen meine Freunde zu. Wir begrüßen es, daß die Eisenbahnverwaltung durch Einrichtung dieser Stelle entschlossen ist, der Technik im Eisenbahnwesen eine führende Stellung einzuräumen, und erhoffen von dieser Einrichtung günstige Rückwirkungen auf die technische und finanzielle Gestaltung des Eisenbahnwesens sowie die unbedingt nötige Rückenstärkung des technischen Personals. Es ist unbedingt notwendig, daß technisch frisches Leben in die Eisenbahn hineinkommt und daß unsere technische Intelligenz zu erfinderischer Tätigkeit auch auf dem Gebiete der Reichseisenbahn angeregt wird. Wir werden die Taten

(**Klöckner,** Abgeordneter.)

(A) des neuen Mannes abwarten. Die **Dezentralisation der Verwaltung** muß durchgesetzt werden. Dem Verkehrsbedürfnis der verschiedenen Wirtschaftsgebiete Deutschlands kann nur durch eine weitgehende Dezentralisation entsprochen werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich erinnere hier an die Einrichtung der Generalbetriebsleitung West, die während des Krieges hervorragend gut gearbeitet hat. Erst durch die Schaffung dieser Außenbehörde ist einigermaßen Ordnung in das Verkehrswesen nach dem Westen gekommen. Wir hoffen von der Initiative des Ministers, daß er die Eisenbahnverwaltung mit modernem Geist erfülle und durch Einführung der unbedingt notwendigen Erneuerungen, die schon lange auf sich warten lassen, dazu beitragen wird, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Eisenbahnverwaltung zu heben.

Meine Freunde sowie die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei haben noch eine Entschließung eingebracht, die ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten kurz verlesen darf:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, daß das Reichsverkehrsministerium bei **Vergebung von Lieferungen** und Leistungen nicht nur die Industrie, sondern auch soweit als möglich das selbständige **Handwerk** berücksichtigt.

(Bravo! im Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich empfehle die Entschließung Ihrem geneigten Wohlwollen.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Reichert.

Dr. **Reichert,** Abgeordneter: Meine Damen und (B) Herren! Auch wir bedauern, daß der Etat für das Jahr 1920 nicht früher vorgelegt worden ist als der Etat für das Jahr 1921. Wir haben im Ausschuß feststellen können, daß es sich hier um eine Verzögerung handelt, die im Reichsfinanzministerium vorgekommen ist. Wenn man uns das **Etatrecht** als eines der wichtigsten Rechte der Volksvertretung nicht schmälern will, müssen wir verlangen, daß künftig die Etats rechtzeitig vorgelegt werden; denn sonst wird eben das nicht erfüllt, was der Herr Minister selbst als Ziel für die Etatberatung hingestellt hat, nämlich: Sie soll die Richtung geben für die weitere Besorgung der Geschäfte des Reichsverkehrsministeriums, für die Verwaltung, den Betrieb und den Ausbau der Eisenbahnen. So sind naturgemäß auch die Schätzungen für das Jahr 1920, mit denen wir uns beschäftigt haben, weit überholt. Ein Beweis hierfür liegt in den **Zahlenangaben für den Etat 1921,** der die Einnahmen derselben Zeitspanne erheblich höher als für den Aufbau des Etats 1920 vorsieht. Ich sage: Die Einnahmen sind höher, leider aber nicht in dem Maße, daß man Grund zu der Annahme hätte, daß es dem Eisenbahnbetrieb in Deutschland gut gehe; denn auch die Ausgaben sind höher. Ich bedaure, daß in der Presse Nachrichten enthalten sind, welche die „Besserung der Verkehrsverhältnisse" so günstig hinstellen, daß sie im Ausland ein ganz falsches Bild erwecken müssen.

Ich bedaure an dem **Etat** ferner, daß er angesichts der Größe des Unternehmens nicht die notwendige **Durchsichtigkeit** hat. Es waren tagelange Verhandlungen im Ausschusse nötig, die zweifellos hätten abgekürzt werden können, wenn man bessere Unterlagen gehabt hätte. Trotz der langen Verhandlungen ist eine volle Klärung nicht erreicht worden. Wir bitten den Herrn Minister dringend, daß er sich den Ausschußentschließungen anschließt, die dahingehen, daß künftig etwas mehr an statistischen Unterlagen, an Betriebsberichten, aber auch an Berichten (C) über die Finanzgestaltung hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben beigebracht werden.

Was die maßgebenden Gesichtspunkte für die **Verwaltung** beziehungsweise für die **Leitung der Eisenbahn** anlangt, so stimmen meine Freunde mit mir darin überein, daß es sich bei dem Eisenbahnbetrieb und damit auch bei dem jetzigen Ministerium nicht um eine reine Verwaltungsbehörde handelt. Wir haben hier aber auch kein Versuchsfeld für Organisationsdilettanten. Die Eisenbahnen sind ferner kein wirtschaftlicher Selbstzweck; die Eisenbahnen sind vielmehr — darin muß man durchaus dem Herrn Minister zustimmen — der größte Wirtschaftsbetrieb in Deutschland, aber zugleich auch ein Monopolbetrieb. Wenn man nun an sich von der Arbeit nach dem bekannten Kruppschen Spruch sagt, sie müsse dem Gemeinwohl dienen, so kann man diesen Spruch erst recht auf die Zwecke und Ziele der Eisenbahn anwenden. Die Eisenbahn muß vor allen Dingen der Wohlfahrt des ganzen Volkes dienen; denn jedermann ist auf die Eisenbahn angewiesen und niemand kann sich ihr entziehen.

Die Eisenbahn steht tatsächlich im Mittelpunkt aller Wirtschaft. Die Eisenbahn verbindet ebensosehr den Produzenten mit dem Konsumenten wie die einzelnen Produktionsstufen miteinander. Die Eisenbahn hat aber nicht zuletzt auch eine sehr hohe Bedeutung für die Ein- und Ausfuhr. Ich führe das an, um zu zeigen, daß die Eisenbahnen, ähnlich wie die Adern für den menschlichen Körper, im Wirtschaftsleben eine denkbar wichtige Funktion zu erfüllen haben.

Aber zugleich muß man sagen: So wichtig die Stellung der Eisenbahnen ist, sie ist kein Selbstzweck. Um es zu wiederholen: das Monopol darf nicht übertrieben, darf nicht ausgenutzt werden. Es gibt hier eine Grenze. Daher sagen meine Freunde und ich, das Monopol der Eisenbahnverwaltung verpflichtet derart, daß sie sich als (D) die erste Dienerin der Volkswirtschaft fühlen muß.

Aber die **Eisenbahn** soll auch das erhalten, was ihr zukommt. Sie muß eine **ausreichende Vergütung für** ihre **Leistungen** empfangen, und man kann nicht verlangen, daß sie sich für Leistungen, die ihr zwei Mark kosten, mit einer Mark Einnahme zufrieden gibt. Dringend notwendig ist es, einen solchen Ausgleich zu schaffen, damit eben der Betrieb wieder in Ordnung gebracht und damit die Leistungsfähigkeit gesteigert werden kann. Wie aber Bismarck schon sagte: die Eisenbahn soll dem Verkehr und nicht den Finanzen dienen, so sagen meine Freunde und ich: Es ist nicht nötig, in einer Zeit wie der jetzigen, die Einnahmen derart zu gestalten, daß beliebige Überschüsse erzielt werden können.

Im Mittelpunkt der ganzen Erörterung steht die Frage, wie die **Frachterhöhung** zu gestalten ist. Wir kommen an dieser Frage leider jetzt nicht vorbei; denn die Ursachen sind dermaßen mächtig, daß sie unbedingt beseitigt werden müssen, wenn man einen gesunden Betrieb entwickeln will.

Die Ursachen sind — und da stimme ich nicht mit dem Herrn Abgeordneten Brunner überein — nicht im Kriege allein zu suchen. Es ist richtig, daß das Kriegserbe der Eisenbahn nicht günstig ist. Wir haben infolge des Krieges abgewirtschaftete Anlagen und stark abgenutzte und viel beschädigte Lokomotiven und Waggons. Aber wenn wir für die Beurteilung der **Wirkungen des Krieges und der Revolution** einen Hauptmaßstab anlegen, nämlich den der Betriebsergebnisse, so haben wir das Bild, daß bis zum Kriegsende die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen sind; mit dem ersten Revolutionsjahr aber ist das erste große, mächtige Defizit eingetreten.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

(Dr. **Reichert**, Abgeordneter.)

(A) Wir wissen aber auch nach den Ausführungen des Herrn Ministers, die er, unwidersprochen von der Linken, im Ausschuß gemacht hat, wie tief eingreifend die Revolutionswirkungen im einzelnen gewesen sind. Es ist heute schon einmal vom **Achtstundentag** gesprochen worden. Der Herr Minister selbst hat ferner das Wort von der „Inflation mit Arbeitskräften" gebraucht, mit Angestellten wie namentlich mit Arbeitern, und er hat von der Verringerung der Arbeitslust gesprochen. Ich möchte hinzufügen: der Achtstundentag bedeutete ja nichts anderes als eine Entwertung der Arbeitskraft, er wirkte hin auf eine Schwächung der Valuta und damit auf der anderen Seite zu einer Steigerung der Teuerung nicht nur für die Waren und Materialien, sondern auch für die Löhne und Steuern. Dann kam dazu das böse Kapitel der Verkehrsstörungen und -beschränkungen, die zahlreichen **Streiks** mit dem Bestreben, den Arbeitern Kontrollrechte zu verschaffen. Wir wissen aber auch, daß infolge des Waffenstillstandsvertrags 5000 der besten Lokomotiven und 150 000 der besten Waggons an die Entente abgeführt werden mußten. Ferner hat der Minister deutlich gezeigt, wie schwer die Disziplin und die Moral durch die Revolution erschüttert worden ist. Ein deutliches Zeichen dafür, wie stark die Moral gelitten hat, ist der große Umfang der **Diebstähle**, die im Jahre 1914 etwa 5 Millionen ausgemacht haben, aber im ersten Revolutionsjahr auf die ungeheure Summe von 336 Millionen Mark gestiegen sind.

(Lebhaftes Hört! Hört! Abgeordneter Breunig: Das hat Ihre Partei mit verschuldet!)

— Über die Schuld am Kriege, Herr Kollege, ist so viel gesprochen worden, daß ich keine Lust habe, heute bei dieser sachlichen Beratung noch weiter darauf einzugehen.

(Abgeordneter Breunig: Dann müssen Sie auch hier keine Mätzchen sagen!)

— Mätzchen zu sagen, überlasse ich Ihnen, und ich werde (B) Ihnen gerade zeigen, daß ich die Mätzchen des Abgeordneten Brunner nicht in Kauf nehme.

Selbstverständlich muß man den Ausführungen des Herrn Ministers auch insofern folgen, als er gezeigt hat, wie beim Ausgang des Krieges ungeschultes Personal in den Betrieb gekommen ist und wie dadurch zugleich Minderleistungen herbeigeführt worden sind.

Der Herr Minister hat dankenswerterweise im Ausschuß Grundsätze für die künftige Leitung seines großen Amtes entwickelt. Er hat zweifellos eine Anzahl gesunder Gedanken, denen eine Großzügigkeit nicht abzusprechen ist, ausgesprochen. Meine Freunde und ich bezweifeln nur, ob er diese Grundsätze tatsächlich durchführen kann und ob er schon auf dem Wege ist, sie durchzuführen. Hier ist beispielsweise die Frage der **Ersparnisse an Personal** ein wichtiges Moment. Ich wiederhole das Wort des Ministers von der „Inflation" mit Arbeitskräften. Der Herr Minister hat in einer Denkschrift gesagt, daß in seinem Millionenbetriebe mindestens 100 000 Menschen zuviel seien. Zweifellos wird er es besser berechnen können als unsereiner; ich nehme aber an, daß diese Zahl eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist.

Ferner ist seine Angabe bemerkenswert, daß durch den **Achtstundentag** das Personal um 30 Prozent vermehrt werden mußte. Hier handelt es sich um die „Kleinigkeit" von 240 000 Köpfen, die natürlich eine ungeheure Belastung für den Etat verursachen. Wenn man noch bedenkt, daß der Achtstundentag auch für die ganze Volkswirtschaft eine ähnliche Belastung darstellt, daß der Krieg schon Millionen an Arbeitskräften gekostet hat, so sieht man, daß es kein Wunder ist, wenn Richard Calwer in seiner Schrift „Staatsbankerott" feststellt, daß die Leistungsfähigkeit der gesamten deutschen Volkswirtschaft heute wohl nur die Hälfte dessen betragen kann, was vor dem (C) Kriege erzielt worden ist.

(Zustimmung rechts.)

Der Herr Minister kritisierte den Achtstundentag. Ich finde, er hat ihn in seinen schlimmen Wirkungen ziemlich gut umrissen. Ich habe mich nur vergebens bemüht, zu hören, welches Urteil er letzten Endes über den Achtstundentag fällt. Der Herr Abgeordnete Brunner hat versucht, eine Lanze für den Achtstundentag zu brechen, aber nur für den Achtstundentag „im Prinzip". Wir entnehmen daraus, daß seine politischen Freunde von der Mehrheitssozialdemokratie nur noch im Prinzip auf dem Achtstundentag bestehen

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

und daß sie den Fehler des allgemeinen schematischen Achtstundentages auch in ihren Reihen schon erkannt haben.

(Sehr richtig! rechts. — Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich glaube, der Herr Abgeordnete Brunner hat bei der Verteidigung des Achtstundentages eine recht unglückliche Rolle gespielt.

(Sehr gut! rechts.)

Ich möchte einmal auf die Frage des Achtstundentages kurz eingehen, ohne mich zu sehr dabei ins einzelne zu verlieren. Ich glaube, es gibt auch bei der Eisenbahn ganz bestimmte Berufe, wie den des Lokomotivführers oder des Weichenstellers in schwierigen Verkehrsbezirken, bei denen ein Achtstundentag die körperlichen und geistigen Kräfte ziemlich stark mitnimmt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben aber bei der Eisenbahn andererseits ebenso schlagende Beweise dafür, daß zum Beispiel ein Schrankenwärter tatsächlich die doppelte Bereitschaftszeit — Arbeitszeit ist ja nicht dasselbe wie Bereitschaftszeit — haben kann, daß er dazwischen seinen Garten oder seinen Acker (D) bestellen kann, ohne daß er so mitgenommen wird, daß auch ihm ein Achtstundenarbeitstag eingeräumt werden müßte.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß man ja durch die Revolution auch nicht den Hausfrauen den Achtstundentag geschenkt hat; diese fühlen sich trotzdem recht wohl und wissen, daß sie weit länger arbeiten müssen als 8 Stunden, um die Erfordernisse der Familie zu erfüllen. Ich möchte sogar einmal hier in diesem Kreise fragen, welcher sorgfältige Abgeordnete oder Gewerkschaftssekretär immer mit dem Achtstundentag auskommt. Ich glaube, es gibt viele parlamentarische Arbeiten und Gewerkschaftsarbeiten oder Parteiarbeiten, die geleistet werden müssen, und da wird nicht nach der Dauer gefragt. Gerade die jetzige Zeit erinnert ja selbst den Herrn Präsidenten des Reichstags daran, daß wir mit dem Achtstundentag nicht weiterkommen können, sondern daß wir ihn überschreiten müssen.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Reden Sie nur nicht 8 Stunden!)

— Nein, Herr Abgeordneter Hoffmann, acht Stunden will ich nicht reden, das überlasse ich Antrick und Genossen, die sogar neun Stunden gesprochen haben. Auch damals haben Sie den Achtstundentag nicht eingehalten.

(Heiterkeit rechts.)

Ich möchte bei der Gelegenheit auch einmal auf eine andere Unstimmigkeit in der sozialistischen Politik aufmerksam machen. Die Herren der Linken und der äußersten Linken beteuern und betonen immer wieder ihre Reparationsbereitschaft gegenüber der Entente. Wie wollen Sie denn die Reparation voll leisten, wenn Sie beim Achtstundentag bleiben?

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

(Dr. Reichert, Abgeordneter.)

(A) Diese Frage möchte ich einmal von dem Zehngebote-Hoffmann beantwortet haben. Würde er da vielleicht einmal fruchtbringende Arbeit leisten? Wie will man es machen, 226 Goldmilliarden in 42 Jahren zu schaffen und dabei beim Achtstundentag zu bleiben? Ich gehöre nicht zu den Verteidigern eines Dr. Rathenau, der behauptet hat, daß der Achtstundentag um sechs Stunden verlängert werden müßte, damit man den Franzosen und Engländern alles das leiste, was sie wollen. Andere berechnen mindestens vier bis fünf Stunden Mehrarbeit. So weit möchte ich noch nicht einmal gehen. Aber ich glaube, es ist nicht zu bezweifeln, wenn man sagt: der Achtstundentag in seiner schematischen Durchführung ist ein Unsinn.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir können für viele Schwerarbeiter und Schwerstarbeiter eine solche Arbeitszeitverkürzung in Kauf nehmen — das habe ich vorhin betont —; aber auf dem ganzen Gebiet der Volkswirtschaft

(lebhafte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten)

wäre es eine Verkehrtheit, wenn man derartige „Errungenschaften der Revolution“ beibehalten wollte.

Meine Damen und Herren! Die **Wirkungen der Revolution**, bei denen ich mich nicht länger aufhalten will, die aber einmal festgestellt werden mußten angesichts der falschen Mitteilungen des Herrn Abgeordneten Brunner, sind in den Privatbetrieben und im Privatleben etwas schneller überwunden worden als bei den Staatsbetrieben, wie das auch hier beim Eisenbahnbetrieb der Fall ist. Die bedauernswerteste der Revolutionswirkungen ist zweifellos die **Erschütterung der Autorität, der Disziplin** und der Moral. Ich glaube, die Wiedergesundung in dieser Beziehung ist sehr stark von der Leitung abhängig. Es ist keine Organisation ohne Disziplin haltbar, keine Fraktion, selbst nicht die der Kommunisten oder Unabhängigen, auch keine Gewerkschaft ist ohne Disziplin (B) möglich. Da werden Sie mir zustimmen, daß ein Betrieb wie der der deutschen Eisenbahnen, der über eine Million Menschen umfaßt, erst recht und dringend immer wieder Disziplin und Autorität braucht.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das ist eben das Wesentliche: es muß die Ordnung verbunden sein mit Überordnung und Unterordnung, und in der Beziehung glaube ich, daß der Herr Minister sehr wohl daran tun würde, wenn er für die Autorität der Vorgesetzten und Vorsteher noch besser sorgen würde, als es bisher der Fall gewesen ist.

(Zustimmung rechts.)

Dabei ist auch schon von den Betriebsräten gesprochen worden. Die **Betriebsräte** können sehr leicht die Disziplin verbessern. Die Disziplin kann aber durch die Betriebsräte auch sehr leicht erschüttert werden. Da war es mir sehr interessant, daß aus den eigenen Angaben des Ministers hervorging, daß selbst die demokratische Schweiz die Notwendigkeit einsieht, die Betriebsräte und die anderen Räte eher einzuschränken als zu erweitern, weil nicht nur Tausende und Zehntausende von Arbeitskräften damit der Arbeit in dem Betrieb entzogen werden, sondern weil eben dadurch auch sonstige Störungen sehr leicht immer wieder größeren Umfang annehmen können.

Ich hörte im Ausschuß, daß der Herr Minister die Notwendigkeit, einen Gesetzentwurf einzubringen, eingesehen hat, nämlich für eine Regelung der Arbeitsdienstzeit und der Ruhedienstzeit. Ich glaube, es wird dringend nötig sein, daß das bald geschieht, und ich möchte den Herrn Minister fragen, ob er dabei nicht auch die Frage des **Streikrechts der Eisenbahnbeamten und -angestellten** einmal endgültig entscheiden will. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß der frühere preußische Eisenbahnminister Breitenbach auch im Kriege immer und immer wieder betont hat, daß Eisenbahndienst

(C) Staatsdienst ist. Heute müssen wir sagen Reichsdienst. Reichsdienst aber heißt Dienst am ganzen Volk. Es ist unzulässig, daß derjenige, welcher sich in den Reichsdienst stellt, zu beliebiger Zeit seine Arbeit niederlegen kann. Das geht unter keinen Umständen. Wir müssen wieder zu anderen Grundsätzen zurückkehren, und das sogenannte Streikrecht der Beamten, Angestellten und Arbeiter muß zu einem Streikverbot der Eisenbahnverwaltung werden.

(Lachen links.)

Es gibt für die Staatsangestellten heute, um die notwendigen wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, andere Möglichkeiten genug. Die größte und beste Möglichkeit ist die der parlamentarischen Vertretung. Ich glaube, der Herr Minister hat wirklich in dieser Beziehung nicht zu wenig Wünsche und nicht zu wenig Beschlüsse in den verschiedensten Ausschüssen bekommen. Dazu ist kein Streik notwendig, daß Staatsbeamte und Staatsarbeiter zu ihrem Rechte kommen.

(Bravo! rechts.)

Die Wirkungen der Revolution sind im Etat deutlich erkennbar. Die Zahlen sind bereits genannt worden. Ich will sie nur noch einmal gegenüberstellen. Gegenüber einem **Defizit** von 1,6 Milliarden Mark im Jahre 1919 ergibt sich beinahe das zehnfache Defizit im Jahre 1920. Daß angesichts solcher Zahlen sich einmal ein Politiker dieses hohen Hauses finden konnte und von einer „großen Tat“ des Eisenbahnministers sprach, kann ich leider nicht recht verstehen. Ich glaube, hier sind Vorschußlorbeeren gestreut, mehr als wirklich verdient sind.

Ich möchte darauf hinweisen, daß man sich durch die Mitteilung über die Verbesserung der **Verkehrslage** keinen falschen Illusionen hingeben darf. Es ist zwar festgestellt worden, daß der Winter, der immer eine besondere Beanspruchung der Verkehrslage mit sich bringt, überwunden werden konnte, aber es ist fraglich, ob, wenn die Rheinwasserstraße noch einmal als Verkehrsträger (D) ausfällt, die Einnahmen in demselben Maße werden funktionieren können. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die **Entente** möglicherweise eine solche **Erschwerung des Rheinwasserstraßenverkehrs** bringt, so daß die Eisenbahn automatisch eine höhere Aufgabe im Verkehr mit Süddeutschland zu bewältigen hat. Es fällt dann, wenn höhere Zölle für die Einfuhr nach Westdeutschland und auch für die Durchfuhr nach Süddeutschland für Kohlen usw. eingeführt werden, wahrscheinlich die Möglichkeit weg, die Eisenbahnen längs des Rheins zu benutzen. Es bleiben nur wenige Linien übrig. Hier bitte ich den Herrn Minister, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, daß die vom Ruhrgebiet entfernt liegenden süddeutschen Gebiete ausreichend mit Kohlen versehen werden können.

Es war heute davon die Rede, daß der Herr Minister die **Sanierung** auf der Grundlage 2 : 1 vornehmen will. Er will 10 Milliarden Mark mehr einnehmen und 5 Milliarden Mark weniger ausgeben. Das erstere ist ziemlich sichergestellt, nämlich die Mehreinnahme. Ob aber das letztere erreicht werden kann, erscheint mir sehr fraglich. Denn, wenn man Ersparnisse an Material machen will, das man nötig braucht, so schwächt man sehr leicht die Leistungsfähigkeit. Die Personalersparnis aber, so sagte der Herr Minister, scheitere an der produktiven Erwerbslosenfürsorge und an der Beibehaltung des Achtstundentags. Wenn das alles abgelehnt werden sollte, kämen wir natürlich zu einem Weiterschleppen des Defizits, und wir müßten alles durch eine Tarifverteuerung wieder gut zu machen suchen. Ich glaube, das wäre eine Entwicklung, die schwerlich zu vertreten wäre. Daher bitten meine Freunde und ich den Herrn Minister sehr dringend, sich diese Frage eingehend zu überlegen und nicht allzuviele Zeit verstreichen zu lassen, um das Erforderliche einzuleiten.

(Dr. **Reichert**, Abgeordneter.)

Ich sagte bereits, daß, wenn man lediglich an Material Ersparnisse machen wollte, man eigentlich leicht dahin kommt, daß man die Anlagen nicht in den notwendigen Stand versetzt, daß man nicht genügend Lokomotiven und Wagen hat. Es ist auch im Ausschuß kritisiert worden, daß, während man früher einen **Gleisumbau** von jährlich 5 Prozent der Strecken vornahm, man neuerdings auf zwei bis drei Prozent zurückgegangen ist. Ich hoffe, daß das nur ein vorübergehender Zustand ist. Ich könnte mir sonst nicht vorstellen, daß der deutsche Eisenbahnverkehr einen solchen Rückgang im Gleisumbau auch nur auf kürzere Zeit ertragen könnte.

Ich habe vorhin den Worten des Herrn Ministers entnommen, daß **Bestellungen von Wagen** im großen Umfange hätten vorgenommen werden können, daß aber bei den **Lokomotiven** noch große Schwierigkeiten zu überwinden wären und daß da noch Differenzen bestünden. Ich glaube, es wird notwendig sein, daß man Bestellungen möglichst bald trifft und möglichst auf lange Zeit hinaus; denn je größer die Bestellungen sind, desto sicherer können sich die Betriebe auf ihr Bauprogramm einrichten, desto günstiger sind dann auch die Bedingungen, die sie dem Ministerium machen können.

Wenn vorhin von seiten des Abgeordneten Brunner nach rechts hin die Bemerkung fiel: Sie haben gut reden, Sie haben ja Ihre Gewinne in der Tasche, so möchte ich für meine Person und meine Freunde sagen, daß bei uns Besitzer von Hüttenwerken und Kohlengruben nicht zu finden sind. Ich möchte ganz gern Besitzer von Kohlengruben sein. Aber wer mich näher kennt, weiß, daß meine Mutter mir nur ein Grübchen mitgegeben hat:

(Heiterkeit.)

Das ist natürlich etwas sehr wenig, um in der Beziehung als Beweis für den Herrn Brunner dienen zu können.

Da wir gerade bei den Bestellungen sind, so möchte ich darauf hinweisen, daß es verkehrt wäre, die **produktive Arbeitslosenfürsorge** etwa in dem Sinne zu gestalten, wie man es schon durch ein Experiment vor zwei bis drei Jahren unmittelbar nach Ausbruch der Revolution versucht hat, als man sogenannte **Notstandsaufträge** vergeben hat. Damals hat man nämlich die Bauanstalten verpflichtet, die einzelnen Teile ihrer Bestellungen unterzuvergeben an eine größere Zahl von Unternehmern. Man glaubte, auf diese Weise schneller in den Besitz der Materialien zu kommen. Die Wirkung dieser Art der produktiven Erwerbslosenfürsorge war aber so wenig günstig, daß sie es nicht verdient, nachgeahmt zu werden. Heute noch sind viele Arbeiten, die damals vergeben worden sind, nicht erledigt und die gegenseitigen Differenzen sind ungeheuer groß. Ich glaube, es dient ebensosehr der Arbeitslosenfürsorge als dem Ministerium und damit der Öffentlichkeit, daß man den vorhandenen zahlreichen Bauanstalten recht viel Aufträge, soweit man es einigermaßen übersehen kann, gibt. Ich füge nochmals hinzu, daß die Entwicklung des ganzen Eisenbahnverkehrs uns gerade im Hinblick auf die Entente noch ungeheure Überraschungen bringen kann und daß der Herr Minister sich ein Verdienst erwerben würde, wenn er rechtzeitig Vorsorge in dieser Beziehung treffen würde.

Von dem Herrn Abgeordneten Brunner sind weiter die **Materialkosten**, namentlich für Eisen, Kohle und dergleichen, bemängelt worden. Er hat recht, daß die Preise stark gestiegen sind. Ich wüßte außer den Mieten in Deutschland kaum etwas zu nennen, was wirklich in der Preisentwicklung zurückgeblieben wäre, und das hat natürlich seine wirtschaftliche Begründung in der Valuta, im Achtstundentag und in anderen Erschwerungen für die Produktion. Wenn man sich daran erinnert, daß man zeitweise, bei der Teuerung im Auslande und bei den Valutaschwankungen, für Eisenerze aus Schweden das Hundertfache des Friedenspreises zahlen mußte, dann ist es kein Wunder, wenn vorübergehend auch die Eisenpreise einmal auf das Dreißigfache steigen. Aber wir haben durch einen Zwischenruf schon darauf aufmerksam gemacht, daß diese Preise längst überholt sind, und ich darf hinzufügen, daß die von dem Herrn Abgeordneten Brunner genannten Preise nur in einem einzigen Monat gegolten haben. Der Fall zeigt deutlich, wie kurz das Gedächtnis mancher Politiker ist, wenn diese Politiker, wie im vorliegenden Fall, ihre Angaben von amtlicher Seite beziehen. So ist leider auch das Eisenbahnministerium mit daran schuld, daß derartige falsche Zahlen immer weiter fortgeschleppt werden.

Für den Bau von Fahrzeugen spielt die Frage eine Rolle, ob man hier zu einem neuen Staatsbetrieb übergehen soll, nämlich zu sogenannten **bahneigenen Lokomotiv- und Wagenbauanstalten.** Der Herr Minister hat im Ausschuß erklärt, daß er keinen Wert darauf lege, die Sorge, die er bereits mit den Reparaturwerkstäten hätte, auf dieses Gebiet zu übertragen. Es liegt ja auch nahe, daß die Kinderkrankheiten, die mit derartigen neuen Betrieben naturnotwendig verbunden sind, wirklich nicht ermutigen, Betriebe zu schaffen, die für die ausreichende Produktion an Lokomotiven und Waggons auch gar nicht notwendig sind.

Ich glaube, Ersparnisse sind noch großen Teils in den **Reparaturwerkstätten** zu machen. Ersparnisse sind ferner noch zu machen beim **Kohlenverbrauch.** Hier, glaube ich, würde der Herr Minister gut daran tun, **Ersparnisprämien** einzuführen. Es ist an jeder Stelle die Tüchtigkeit vor der Mittelmäßigkeit zu belohnen. Das ist ein gesunder Grundsatz, gleichgültig, um welche Wirtschaftsform es sich handelt. Der Aufstieg muß ferner jedermann ermöglicht werden nicht nur auf Grund von Fachkenntnissen, und zwar dann, wenn die notwendigen allgemeinen Kenntnisse vorhanden sind.

Seit Ausbruch der Revolution hat man wiederholt den Versuch gemacht, im **Regiebetrieb** Aufträge zu übergeben und Reparaturen vorzunehmen. Leider sind auch auf diesem Gebiet die Erfahrungen so ungünstig, daß man sie nicht mehr empfehlen kann. Es ist notwendig, daß der gesunde Wettbewerb unter den einzelnen Unternehmern aufrechterhalten wird und nicht in Regiebetrieben Geld verpulvert wird.

Noch eine Sache zu dem Kapitel der Bestellungen! Die Klagen des Herrn Ministers, daß er nicht die notwendige Anzahl von **Holzschwellen** erhalten konnte, müßten meiner Ansicht nach dahin führen, daß man einen Ausgleich im Material herbeiführt und dann eben die notwendigen eisernen Schwellen bestellt.

Die Frage der **Frachterhöhung**, die heute bereits angeschnitten worden ist, sehen meine Freunde von folgendem Standpunkt aus an. Es konnte natürlich der ursprüngliche Anspruch des Herrn Ministers gutgeheißen werden, die vorhandenen Frachten, die nach einem halben Dutzend Erhöhungen am 1. Dezember erneut in die Höhe gesetzt worden sind, mit einem neuen Zuschlag von 100 Prozent zu versehen. Als er später auf 75 Prozent durchschnittlichen Zuschlags herunterging, haben die Verkehrsbeteiligten in mehreren Ausschüssen darauf hingewiesen, daß die Schätzung der Eisenbahnverwaltung über die mutmaßliche Entwicklung des Verkehrs hinter den tatsächlichen Verhältnissen weit zurückbleibt und daß man auch mit 65 Prozent Zuschlag sehr gut auskommen könne. Meine Freunde und ich bedauern, daß eine so ungeheure Frachterhöhung notwendig ist; denn zweifellos wirkt die Frachtverteuerung auf allen Gebieten antisozial. Es ist mit Recht betont worden, daß die Frachterhöhung aber auch den Preisabbau, wie wir ihn alle wünschen, aufhält. Ja man muß sagen: für

(Dr. Reichert, Abgeordneter.)

(A) das Eisenbahnministerium kommt hinzu, daß diese Frachtverteuerung auch einen Rückschlag auf die Materialkosten ausübt, mag es sich nun um Kohlen, um Eisen oder Holz handeln, also um Materialien, auf die die Eisenbahnverwaltung sehr dringend angewiesen ist.

Der Herr Minister hat während der Ausschußverhandlungen ganz richtig darauf aufmerksam gemacht, daß zwischen den Warenwerten und den Warenpreisen ein richtiges, gesundes Verhältnis bestehen muß. Er meinte, er strebe nach einem solchen gesunden Verhältnis für alle möglichen Wirtschaftszweige. Ich kann von meinen Freunden sagen: wir verstehen diesen Wunsch nach einem solchen „gesunden Verhältnis."

(Heiterkeit.)

Wir hoffen aber, daß es nicht bei diesem Wunsch bleibt; sondern wir erwarten, daß angesichts der ungeheuren Vorausbelastungen, die bereits durch die letzten Frachterhöhungen gekommen sind, der Herr Minister bald für eine Milderung der Härten sorgt, die sich schon allerwärts zeigen. An Forderungen wird es zweifellos nicht fehlen. Im Ausschuß konnte ihm auch schon eine Reihe von Wünschen vorgelegt werden, die sich beziehen auf die **Erleichterung der Ausfuhr,** wie es in Gestalt von **Ausnahmetarifen** in Frankreich und Belgien der Fall ist; ferner auf die Erleichterung des **Schiffsbaus,** der ein wesentliches Kapitel der produktiven Erwerbslosenfürsorge umfaßt, aber auch auf die Rücksichtnahme, die die **Binnenumschlagsplätze** erfordern.

Ein wichtiger Wunsch, der bereits im Ausschuß kurz gestreift worden ist, betrifft die **privaten Anschlußgleise.** Hier hat sich gezeigt, daß die Eisenbahnverwaltung in ihrem Verhalten gegenüber den Anschlußinhabern sich zu sehr von autokratischen Ansichten leiten ließ, als daß sie den demokratischen Grundsatz der Gleichberechtigung anerkannt hätte. Gerade meine Freunde legen Wert darauf,

(B) daß, wenn einmal demokratische Politik gemacht wird, man das auch bei der Eisenbahnverwaltung nicht vergißt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es ist notwendig, daß man nicht bei der Kündigung von Anschlüssen die Unterschrift für Bedingungen verlangt, die man noch gar nicht bekanntgeben kann. Es muß vielmehr auf dem Wege ruhiger, angenehmer Verhandlungen mit den Interessenten ein Ausgleich geschaffen werden.

Der Ausgleich ist meines Erachtens nicht unschwer zu erreichen, nachdem doch feststeht, daß für die privaten Anschlußgleisgebühren die Selbstkosten maßgebend sein sollen. In dieser Beziehung ist dem hohen Hause eine Entschließung unterbreitet. Meine Freunde und ich verstehen unter den darin genannten Durchschnittsselbstkosten diejenigen, die nicht etwa durch sämtliche Arten und sämtliche Größen von Anschlüssen durchgerechnet werden, sondern wir wollen wohl unterschieden wissen zwischen den sogenannten kleinen, den mittleren und den großen Anschlüssen und verlangen Abstufungen. Man kann dem kleinen Anschlußinhaber nicht die tatsächlichen hohen Selbstkosten aufnötigen. Andererseits aber wäre es verkehrt, wenn man den mittleren oder größeren Anschlußinhabern dieselben Einheitskosten für die Zuführung der einzelnen Waggons anrechnen würde.

Ich habe mit Genugtuung ferner die Erklärung des Herrn Ministers begrüßt, daß er hofft, für den Eisenbahnbetrieb auf dem Gebiete des Personenverkehrs den **Fahrplan** allmählich großzügig ausbauen zu können. Ich darf ihn darauf aufmerksam machen, daß sich die Wünsche nicht auf Berlin konzentrieren — die Abgeordneten haben ja bereits im allgemeinen recht gute Verbindungen von und nach Berlin —, sondern daß es hauptsächlich noch an den **Zwischenverbindungen zwischen den großen Landeshauptstädten** und den großen **Verkehrszentren** in der Provinz fehlt. Ich glaube, die allgemeine industrielle

(C) wie Handelsentwicklung, aber naturgemäß die allgemeine Kulturentwicklung muß dahin führen, daß die berechtigten Wünsche dieser großen Städte der Provinz und der Länder berücksichtigt werden.

Ein Wunsch, den ich als sächsischer Abgeordneter vertreten muß, betrifft den großen internationalen Verkehr der Leipziger Mustermesse, aber auch der Hauptstadt **Leipzig** während der gewöhnlichen Zeit. Man muß naturgemäß der Grenzlage vieler Länder, wie Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden Rechnung tragen und ein offenes Herz für sie haben.

Zum Schluß möchte ich auf die Worte des Herrn Ministers aufmerksam machen, der erklärt hat, er wolle die Eisenbahnen künftig im wirtschaftlichen Geist verwalten und betreiben lassen und er denke an eine Zurückdrängung des fiskalischen Geistes. Das ist ein sehr schöner Grundsatz, den man nur loben kann. Allein, ich glaube, dann müssen viele Gebräuche, wie der eine oder andere, den ich schon hervorgehoben habe, geändert werden. Ich brauche nicht mehr an die Privatanschlußgleise zu erinnern; ich möchte nur einmal an die Frage der rechtzeitigen Vorschußleistungen und Bezahlung, ich möchte aber auch an das Kapitel der **Frachtstundung** erinnern, weil in dieser Beziehung noch Differenzen zwischen Industrie und Handel einerseits und Eisenbahnverwaltung andererseits bestehen.

Ich möchte auch den Herrn Minister bitten, wenn Anforderungen auf starke **Erhöhung der Gehälter und der Löhne** kommen, nicht nach dem Reichssäckel zu schielen und zu denken, daß dahin diese großen Aufwendungen abgeschoben werden können. Auf Grund der Verfassung muß sich der Eisenbahnbetrieb selbst erhalten. Was man daher an neuen Lasten auf sich nehmen kann, das entscheidet letzten Endes nicht der Reichstag, sondern die tatsächliche Entwicklung und die Tragfähigkeit der Wirtschaft.

(D)

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das entscheidet die Volkswirtschaft, also auch die Bevölkerung. Deswegen bitte ich den Herrn Minister, bei seinen künftigen Maßnahmen darauf bedacht zu sein: wie fördere ich das Wirtschaftsleben, wie rege ich es an, wie mache ich es stark und leistungsfähig?

Es sind riesige Anforderungen, die an das Eisenbahnministerium gerichtet werden. Das Ziel ist sehr hoch, und es ist eine ungeheuer große Aufgabe zu leisten. Meine Freunde und ich hoffen, daß wir, wenn wir heute dem Etat zustimmen, im nächsten Jahre in der Lage sind, einen besseren Etat und einen besseren Finanzbericht entgegennehmen zu können, als es in diesem Jahre der Fall ist.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Vielleicht haben die folgenden Herren Redner aus dem Hause die Freundlichkeit, zuweilen einmal den Blick von ihren Notizen aufwärts zur Uhr zu richten.

Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Groener, Reichsverkehrsminister: Mehrere der Herren Redner haben die **verspätete Vorlage des Etats 1920** dem Finanzminister aufs Kerbholz geschrieben. Ich möchte doch ganz besonders hervorheben, daß wir beim Finanzministerium in der Fertigstellung unseres Etats die allergrößte Förderung gefunden haben. Wenn es nicht so schnell gegangen ist, wie das wohl erwünscht gewesen wäre, so ist das auf die kolossale Arbeitsüberlastung des Reichsfinanzministeriums zurückzuführen.

Was einzelne Punkte anbelangt, die die Herren Redner vorgetragen haben, so darf ich folgendes bemerken. In der Frage der **Schalteröffnung** werde ich

(**Groener**, Reichsverkehrsminister.)

(A) nachforschen, wie die Sache zusammenhängt. Die Bestimmungen der Verkehrsordnung sind ja da, daß bei verkehrsreichen Stationen mindestens eine Stunde, bei andern mindestens eine halbe Stunde vorher der Schalter geöffnet sein muß. Selbstverständlich hat jeder Bahnhofsvorsteher die Möglichkeit, wenn er sieht, daß ein Andrang des Publikums zu den Schaltern stattfindet, sofort geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen. Derjenige Bahnhofsvorsteher, der nicht aus eigener Initiative dazu greift, sondern zuerst eine Verfügung erwartet, ist nach meiner Überzeugung nicht an seinem Platze.

(Sehr richtig!)

Was den Andrang der Reisenden in den Vorhallen der Bahnhöfe anbetrifft, so ist das natürlich eine sehr üble Erscheinung. Sie hängt aber meist mit den baulichen Verhältnissen zusammen, und wir sind leider zurzeit nicht in der Lage, bei den Personenbahnhöfen große Umbauten vorzunehmen.

Der **Ausbau der Bahnanlagen in dem westlichen Industriegebiet** ist unsere ganz besondere Sorge. Ich werde bald nach Ostern mit den in Frage kommenden Direktionen im Ruhrgebiet persönlich zusammenkommen, um festzustellen, welche Maßnahmen wir treffen müssen, um die Bahnanlagen dieses Industriegebiets leistungsfähiger zu machen. Meines Erachtens ist ja mancherlei nachzuholen.

(Sehr richtig!)

Ich stimme mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Reichert durchaus überein, daß wir unsern **Etat** erheblich durchsichtiger gestalten müssen und daß wir ihm auch **statistische Unterlagen** beigeben müssen. Es ist sehr bedauerlich, daß infolge der Kriegszeit und Revolutionszeit die Statistik nicht mit der Genauigkeit geführt werden konnte, wie das in normalen Zeiten durchaus notwendig ist.

Es ist die Frage des **Streikrechts der Beamten** hier berührt worden. Die Reichsregierung hat in dieser Be-(B)ziehung einen klaren und festen Standpunkt eingenommen und ausgesprochen. Ich als Ressort- und Eisenbahnminister habe nicht den mindesten Anlaß, auch nur einen Strich von dieser Stellungnahme abzuweichen, ich habe auch in dieser Beziehung meine Stellungnahme dem Personal sehr nachdrücklich zur Kenntnis gebracht.

(Bravo!)

Die **Rückwirkungen der sogenannten Sanktionen auf den Eisenbahnverkehr** lassen sich zurzeit noch nicht beurteilen. Ich bin also nicht in der Lage, darüber eine Meinung endgültig abzugeben. Ich beobachte aber persönlich die Verhältnisse sehr eingehend und stehe in dauernder Verbindung mit dem betreffenden Eisenbahnpräsidenten, lasse mir über jede Einzelbewegung genau Bericht erstatten, so daß wir rechtzeitig eingreifen können.

Auf dem Gebiete des **Ersparniswesens** sind umfangreiche Maßnahmen seit Monaten auf allen Gebieten eingeleitet. Es gibt kein Gebiet, wo wir nicht sparen müssen, und wir müssen den Sparsamkeitssinn, der im Kriege und in der Revolutionszeit durchaus verloren gegangen ist, wieder in unser ganzes Personal einhämmern. Wir sind dabei, und ich verspreche mir davon ganz erhebliche Wirkungen.

(Beifall.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Entschließungen, die dem hohen Hause vorgelegt werden, geben ein Bild davon, daß die Ausschußverhandlungen eine erfreuliche Übereinstimmung fast aller Parteien in wichtigen Punkten ergeben hatten. Im Plenum hielt man es freilich auf mancher Seite doch für nötig, diesem einheitlichen Konzert einige Posaunenstöße hinzuzufügen. Nun möchte ich mich davon fernhalten, auf das Thema einzugehen, worin die Ursachen der un-(C)glücklichen Lage unseres Verkehrswesens denn eigentlich liegen, um das bis zum Überdruß abgewandelte Thema „Krieg oder Revolution?" nicht auch meinerseits noch um eine Melodie zu vermehren.

Die Ursachen sind für uns weniger wichtig als die Aussichten, vor denen wir stehen. Da müssen wir uns vergegenwärtigen, daß unsere gesamte Verkehrspolitik eingeschnürt ist durch die Politik des Feindbundes, der Entente. Da möchte ich anknüpfen an das, was der Herr Reichsverkehrsminister eben von den sogenannten Sanktionen, den Gewaltmaßnahmen, gesagt hat. Ich fürchte meinerseits doch, daß die **Errichtung der Zollinie auf der rechten Rheinseite** eine ganz erhebliche neue **Erschwerung** in unser gesamtes **Verkehrssystem** bringen wird. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Zollabfertigung eine Cäsur im Verkehr bedeutet, daß Aufenthalte entstehen, daß wahrscheinlich sogar Bahnhofsanlagen neugeschaffen werden müssen, wenn wir überhaupt die Hand dazu bieten wollen, derartige widerrechtliche Gewaltmaßnahmen zu unterstützen. In jedem Falle werden schwere Rückschläge auf unser gesamtes Verkehrssystem nicht ausbleiben, Rückschläge, die sich meines Erachtens dann auch wieder auf das Wirtschaftsleben Frankreichs und ganz Europas fortpflanzen werden. Es erscheint mir beispielsweise sehr fraglich, ob es möglich sein wird, unsere Kohlenverpflichtungen aus dem Abkommen von Spa zu erfüllen, wenn die Entente mutwillig unser Verkehrssystem wieder erneut erdrosselt.

Meine Damen und Herren! Unser gesamtes Verkehrssystem leidet unter der Blutleere, die aus dem Friedensvertrag folgt. Im Osten und Westen verstümmelt, hat die Eisenbahn außerdem noch das Beste von ihrem Material verloren, abgesehen davon, daß auch ein allerwertvollster Teil des Personals draußen auf den Schlachtfeldern geblieben ist. Noch heute ist es nicht gelungen, (D) über eine **Betriebsleistung** von etwa vier Fünfteln der Friedensleistung, gemessen an den Nutzkilometern, herauszukommen.

Nun ein paar Worte zu einigen Hauptpunkten, zunächst einmal zu den Einnahmen. Die Minderleistung ist deshalb für die Einnahmeseite so mißlich, weil die Generalkosten auch bei einer verminderten Leistung dieselben bleiben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese Generalkosten müssen herausgeholt werden, und zwar auf dem Wege, den der Herr Reichsverkehrsminister eingeschlagen hat, durch Ersparnisse sowohl wie durch Erhöhung der Einnahmen. Eines ist allerdings zu bedauern, daß diese Erhöhung der Einnahmen nicht früher erfolgt ist, daß sie jetzt eintritt, wie bereits hervorgehoben worden ist, in einem Zeitpunkte, in dem die Wirtschaft sehr schwer zu tragen hat. Da muß ich dem verehrten Kollegen Brunner in einem Punkte widersprechen. Er hat, glaube ich, davon gesprochen, daß wir **Eisenbahntarife im Güterverkehr** zu bezahlen haben, die das Vier- bis Fünffache des Friedenspreises betragen. Da ist ihm ein erheblicher Irrtum unterlaufen. Er hat vergessen, daß mehr als die Hälfte aller Güter zu Ausnahmetarifen gefahren werden und daß der Wegfall der Ausnahmetarife geradezu gewaltige Frachtpreiserhöhungen mit sich gebracht hat, und zwar in einem ganz besonders empfindlichen Punkte unseres Wirtschaftslebens, nämlich in dem Verkehr mit den Seehäfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Eine der schlimmsten Folgeerscheinungen des Krieges und des sogenannten Friedensvertrags ist die **Abschnürung vom Weltverkehr.** Die Organe Deutschlands für den Weltverkehr, unsere **Seehäfen,** haben überaus gelitten, und es wird eine der wichtigsten Aufgaben des Herrn Reichsverkehrsministers

(Dr. Quaatz, Abgeordneter.)

(A) sein, die Hansestädte durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.

(Sehr wahr! rechts.)

Ein paar Zahlen dazu! Sie wissen, daß für unsere Ausfuhr die **Eisenausfuhr** von besonderer Bedeutung ist, ebenso wichtig für die Industrie wie für die Häfen wie für die Gesamtheit des Volkes. Die **Verteuerung der Eisentransporte** nach Hamburg und Bremen beträgt bis zum Dreißigfachen des Friedenspreises.

(Hört! Hört! rechts.)

Wenn man sich die schwierige Lage unseres Ausfuhrhandels, wie sie an sich schon besteht, vergegenwärtigt, so sind das geradezu ruinöse Erscheinungen. — So viel über die Einnahmeseite.

Ich will nur ein paar kurze Worte anfügen bezüglich der Ausgaben. Der Abbau, von dem so viel gesprochen worden ist, steht ja noch in seinen Anfängen. Ich möchte hervorheben, daß einer der Hauptschuldigen auch an dieser Erscheinung wieder der Feindbund selbst ist. Der Feindbund verlangt von uns, daß wir unseren Etat, unser Finanzwesen in Ordnung bringen, namentlich unsere Betriebsverwaltung sanieren, das Personal verringern; aber er versagt uns die Mittel dazu. Wir können schließlich nur dann wirksam abbauen, wenn wir die **entlassenen Eisenbahner** an anderer Stelle unterbringen können oder wenn wenigstens eine große Wahrscheinlichkeit der Unterbringung für diese Leute besteht. Durch die Abschnürung vom Weltmarkte, durch die unglaublichen Sanktionen verhindert aber der Feindbund, daß die Arbeitslosen, die aus den Staatsbetrieben Entlassenen in der freien Wirtschaft wieder Unterkunft finden.

Aber das darf uns nicht hindern, dem Abbau unsere ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Herr Minister hat uns ein größeres Reformprogramm entwickelt, das meines Erachtens naturnotwendig zu einem **Abbau des Personals** (B) führen wird, indem er nach Möglichkeit die Selbständigkeit der unteren und mittleren Stellen heben will. Wir begrüßen das sämtlich, ich glaube, auf allen Seiten des Hauses. Aber ich möchte doch ein Wort hinzufügen über einen Punkt, in dem ich dem Herrn Minister nicht in vollem Umfange beipflichten kann, wenigstens wenn ich ihn richtig verstanden habe. Ich glaube ihn dahin verstanden zu haben, daß er sagte: wenn ich so vorgehe, daß ich die unteren Stellen selbständiger gestalte, so ergibt sich allmählich die Möglichkeit einer Entlastung in den oberen Stellen und dann auch in der Zentrale. Wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, so ist das vielleicht doch nur theoretisch richtig, und ich möchte ihn darauf hinweisen, daß bei der ganzen Frage des Abbaus und der Reorganisation doch das psychologische Moment eine sehr große Rolle spielt. Ich glaube, die Zentralstellen müssen auch dann, wenn große Unbequemlichkeiten entstehen, entschlossen im Abbau vorangehen, sie müssen dem Manne unten zeigen, daß man oben zuerst ernst macht mit der Verringerung des Personals; und daß die Zentralstelle gegenüber den Friedensverhältnissen doch überreich besetzt ist, das habe ich mir im Ausschuß bereits auszuführen gestattet.

Meine Damen und Herren! Nur ein paar kurze Worte über die Frage der Bezahlung der Leistungen, des Nutzeffekts des Personals. Meines Erachtens ist es ausgeschlossen, mit Herrn Kollegen Brunner zu sagen, wir wollen die **Löhne und Gehälter** erhöhen, und gleichzeitig womöglich auch die Zahl der Angestellten noch zu vermehren — was ja die Folge wäre, wenn wir die Arbeitszeit weiter verkürzten —, sondern die Lösung der Frage liegt darin, daß die Leistung des einzelnen erhöht wird. Dazu gehört aber allerdings — das spreche ich namens meiner Freunde mit aller Entschiedenheit aus —, daß das Personal ausreichend bezahlt wird, und wir beklagen es sehr, daß unsere unglückliche finanzielle und wirtschaft- (C) liche Lage es tatsächlich nicht ermöglicht, das Personal so zu bezahlen, wie es nicht nur wünschenswert, sondern vielleicht auch durchaus notwendig wäre. Das ist eine Folge unserer unglücklichen außenpolitischen Lage, und ich möchte den Herren von der Linken dringend zu erwägen geben, sich doch einmal mit diesem Problem zu befassen. Wir müssen dahin kommen, mit einer geringeren Zahl von Angestellten und Beamten zu wirtschaften, die besser als bisher bezahlt werden.

(Sehr wahr! rechts.)

Nun sagt Herr Kollege Brunner mit vollem Recht — er hat es durchaus objektiv dargestellt —, daß die persönlichen Kosten einen geringeren Prozentsatz im Gesamthaushalt ausmachen als früher, obwohl die Zahl der Personen erheblich, von etwa $^{3}/_{4}$ Millionen auf über 1 Million gestiegen ist. Meine Damen und Herren auf der Linken, wenn Sie objektiv denken, so zeigt Ihnen dies, daß das sogenannte „fluchwürdige alte Regime“, obwohl es vielerlei Fehler hatte, seine Beamten doch recht gut bezahlt hat, und es konnte das auch, weil unsere wirtschaftliche und politische Lage eben, Gott sei Dank, damals eine ganz andere war.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir müssen uns jetzt nach der Decke strecken und versuchen, durch einen größeren Nutzeffekt, durch **verstärkte Leistung** eine **bessere Bezahlung** des Personals zu ermöglichen.

Mit der gebotenen Zurückhaltung kann ich daran vielleicht auch die Andeutung knüpfen, daß vielleicht in unserer Besoldungspolitik einiges hätte anders gemacht werden können.

Eine der schwierigsten Fragen bezüglich der Leistungen ist meines Erachtens, wie der Herr Minister mit Recht hervorgehoben hat, die Frage der Leistung unseres Lokomotivparks, denn unsere Betriebsnot ist eine Lokomotivnot. (D) Da bin ich doch ein wenig erstaunt, daß der Herr Minister erklärt hat, daß die Werkstätten qualitativ und quantitativ befriedigend arbeiten. Ich werde mich hüten, eine derartige Äußerung des Herrn Ministers zu bezweifeln; aber es steht in einem gewissen Widerspruch damit, daß tatsächlich ein fortwährender **Mangel an Lokomotiven,** veranlaßt durch einen ungenügenden Reparaturstand, noch weiter besteht. Jedenfalls darf ich bei diesem Punkte die Bitte an den Herrn Minister richten, dem Nutzeffekt der Werkstättenverwaltung ständig weiter sein Augenmerk zuwenden zu wollen, da wir mit ihm durchaus der Meinung sind, daß hier der Kernpunkt des Betriebsproblems liegt.

(Sehr richtig! rechts.)

Vielleicht kann man daran noch ein paar ganz kurze Worte bezüglich der sächlichen Ausgaben knüpfen. Sehr gefreut hat es uns, daß die Reichsverkehrsverwaltung mit Energie an das Retablissement herangeht und daß der Herr Reichsverkehrsminister mit richtigem Blick auch die großen Industriegebiete als Brennpunkte des Verkehrs besonders bedenken will. Es ist in der Tat hier noch mancherlei nachzuholen.

Nun hat Herr Kollege Brunner — ich muß ihm leider auch hier etwas widersprechen — die Frage des **Beschaffungswesens** angeschnitten und leider nach meiner Auffassung in einer durchaus unrichtigen Form. Auch wir sind der Meinung genau so wie der Herr Kollege Dr. Reichert und der Herr Kollege Klöckner, daß bei den Vergebungen von Leistungen und Lieferungen der kleine Mann, der **Handwerker** und der **kleine Unternehmer** besonders berücksichtigt werden müssen. Es besteht aller Anlaß — und es geschieht das ja auch in Form einer Entschließung noch —, ständig die Reichsregierung zu

(Dr. **Quaatz**, Abgeordneter.)

(A) bitten, in diesem Punkte für den sozial und wirtschaftlich Schwächeren einzutreten.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist ganz erklärlich und ist bei jeder großen Verwaltung so, daß eine gewisse Unlust besteht, sich mit kleineren Lieferanten und kleineren Unternehmern abzugeben. Es ist bequemer, in großen Losen zu arbeiten. Aber ich wundere mich darüber, daß der Herr Vertreter der sozialdemokratischen Partei den Wunsch ausspricht, die Beschaffung noch weiter zu zentralisieren. Jede Zentralisierung des Einkaufes bedeutet ein Ausschalten des kleineren Unternehmers.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist ja ganz klar, und die Zentralisierung hat nur dann eine innere Berechtigung, wenn dem Großeinkäufer ein Großverkäufer gegenübersteht, mit anderen Worten, wenn das Unternehmertum syndiziert oder vertrustet ist. In allen anderen Materien müssen wir durchaus bitten, daß die Beschaffung soweit als irgend möglich dezentralisiert wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nur auf diesem Wege ist es möglich, das ansässige Handwerk ausreichend zu bedenken, denn es gehört persönliche Fühlung dazu.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch weiter muß ich dem verehrten Herrn Kollegen Brunner widersprechen, wenn er der Auffassung ist — ich habe ihn wenigstens so verstanden —, es müßte immer dem Billigsten der Zuschlag erteilt werden. Das ist wirklich vollkommen falsch.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wer die parlamentarische Geschichte in diesem Punkte nur einigermaßen kennt, der übernimmt auch die ständige Klage, daß die großen Verwaltungen geneigt sind, immer (B) dem Billigsten zuzuschlagen. Auf diese Weise fördert man Schundware.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir möchten also dringend bitten, daß an den bewährten Prinzipien festgehalten wird, und daß man bei jedem Angebot die Qualität der Ware und des Lieferers ernsthaft prüft.

Diese Dezentralisation hat aber auch noch eine andere Seite, die den technischen Fortschritt berührt. Wenn ich mich nicht sehr irre, hatte ich Gelegenheit, auch im Ausschuß schon einmal diese Frage kurz zu streifen. Der Herr Minister hat hervorgehoben, daß die Eisenbahnverwaltung der größte Käufer auf dem deutschen Markte ist. Es ist klar, daß, je stärker dieser Käufer seinen Einkauf zentralisiert, auch die **Normalisierung** seiner Anforderungen um so stärker wird. Nun ist es aber bei einer so großen Verwaltung wünschenswert, daß innerhalb derselben dem technischen Fortschritt ein Weg offen bleibt. Wir dürfen nicht dahin kommen, um praktisch zu reden, daß sämtliche **Personenwagentypen** von einem einzigen Herrn in Berlin entworfen werden. Ich habe mir bei anderer Gelegenheit bereits einmal auszuführen gestattet, daß es für das deutsche Verkehrswesen durchaus nützlich war, daß die süddeutschen Wagentypen mit den norddeutschen konkurrierten. Wir haben aus Süddeutschland in der Beziehung allerlei zu lernen, und auch umgekehrt ist vielleicht ein Ähnliches möglich. Es wäre durchaus erwünscht, wenn Konstrukteure an verschiedenen Stellen säßen

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und die nötige Bewegungsfreiheit hätten. Meine Herren! Es ist nicht gut, dem technischen Fortschritt nur einen Weg auf dem Papier zu eröffnen, sondern man muß ihm auch die Möglichkeit geben, durch die Praxis das, was er für richtig hält, zu erproben und nachzuweisen.

(C) So hat diese Frage der Zentralisierung und Dezentralisierung auch ein recht ernstes, technisch-wissenschaftliches Gesicht. Nun hat der Herr Kollege Seibert soeben noch, als ich auf die Tribüne stieg, mich auf eine interessante Zahl aufmerksam gemacht. Er sagt: Wie wichtig eine solche technische Durchbildung, **technische Sparsamkeit**, ich möchte sagen: das technische Gewissen ist, das zeigt ein kleines Exempel in der **Kohlenfrage**. Wenn es gelingt — so sagt der Kollege Seibert —, auf 1000 Kilometer nur eine Tonne Kohlen zu ersparen, was durch Gewissenhaftigkeit unseres Personals an sich vielleicht möglich ist, so macht das nach seinen Errechnungen im Jahre 202 Millionen Mark aus.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Von solcher Wichtigkeit ist die Mitarbeit unseres Personals aus freien Stücken, aus eigenem Gewissen heraus zum Nutzen des großen Ganzen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nach dem, was unser Personal in letzter Zeit geleistet hat, ist allerdings zu hoffen, daß von der Mitarbeit des Personals die besten Wirkungen entstehen werden.

(Zuruf.)

— Mir wird eben das Wort „Prämie“ zugerufen. Ich halte es für durchaus richtig, den guten Willen auch durch Prämien in jeder nur möglichen Form anzustacheln.

Ich wollte aber etwas anderes, mehr Psychologisches noch zum Schluß ausführen. Das ist nämlich das Problem, den guten Willen des **Personals** durch geeignete **Behandlung** geeignete **Bezahlung** heranzuziehen, auf der anderen Seite aber durchaus die **Autorität** der Verwaltung aufrechtzuerhalten.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das liegt nicht etwa im Interesse einer Kaste von oberen leitenden Beamten, das liegt im Interesse des Personals bis nach unten hin;

(sehr richtig! rechts) (D)

denn der Verkehrsorganismus ist überaus feingegliedert, und jeder beinahe hat in diesem großen Organismus einerseits zu befehlen, andererseits zu gehorchen.

Damit kann ich schließen, und ich habe nur noch bezüglich der Frage der Etatsgestaltung, der Neuorganisation der Eisenbahn als eines selbständigen wirtschaftlichen Unternehmens unsere volle Zustimmung zu dem auszusprechen, was der Herr Minister uns hier vorgetragen hat.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister:

Groener, Reichsverkehrsminister: Die Reichsverkehrsverwaltung sieht es als ihre ganz besondere und dringliche Aufgabe an, dafür zu sorgen, soweit ihr das möglich ist, daß unser **Überseeverkehr** wieder in Gang kommt. In dieser Beziehung habe ich ja auch mit den Vertretern der Hansestädte mich an Ort und Stelle schon ausgesprochen, und wir tun alles, was geschehen kann, um den **Hansestädten** zu helfen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei)

Was die Zentrale anlangt, so hat der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz empfohlen, bei dem Abbau auch von oben anzufangen. Ich möchte meine Meinung augenblicklich dahin aussprechen: wenn ein Vergleich zwischen den verschiedenen Zentralen hier in Berlin und ihrem Anwachsen gezogen wird, so glaube ich, daß die **Reichsverkehrsverwaltung** dabei recht gut abschneiden wird. Wir haben uns bemüht, die **Zahl der Beamten** möglichst klein zu halten, und auch räumlich sind wir bis auf den heutigen Tag so bescheiden geblieben, wie früher das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das

(**Groener**, Reichsverkehrsminister.)

(A) Reichseisenbahnamt zusammen waren. Wir waren also bemüht, auch räumlich uns nicht auszudehnen. Jetzt allerdings müssen wir uns auch in dieser Beziehung etwas strecken. Sonst aber soll alles geschehen, um die Bildung eines Wasserkopfes an der Zentrale zu vermeiden. Ich selbst hasse diese Wucherungsbestrebungen an der obersten Spitze, weil ich der Auffassung bin, daß dadurch nicht bessere Arbeit geleistet wird, sondern nur mehr Arbeit, die in der Regel an anderer Stelle sehr viel sachkundiger geleistet werden kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Durchaus zustimmen kann ich dem Grundsatz, nicht in der Menge des Personals, sondern in **hochqualifiziertem und gutbezahltem Personal** den Kern der ganzen Personalpolitik zu erblicken.

(Bravo! rechts.)

Wir streben in der Richtung dasselbe an, was der Herr Vorredner empfohlen hat.

Auch den Weg des **technischen Fortschritts** lassen wir durchaus offen. Die Konstrukteure sollen nicht etwa hier in Berlin allein sitzen, sondern wir haben bei der Bildung der Fachausschüsse durchaus die früheren Eisenbahnverwaltungen, insbesondere die süddeutschen, berücksichtigt und legen großen Wert darauf, daß bei diesen technischen Maßnahmen die Entscheidung nicht hier in Berlin allein getroffen wird, sondern daß in erster Linie auch die Erfahrungen der Praxis draußen im Lande zur Geltung kommen.

Wir sind bezüglich der **Ersparnisprämien** derselben Meinung wie der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz. Wir haben auf verschiedenen Gebieten diese Prämien in die Wege geleitet, zum Beispiel ein besonderes System bei der Aussetzung von Prämien für die Lokomotivführer und Heizer. Vor allem aber legen wir den allergrößten Wert darauf, daß die Lokomotiven wieder mit ständigem

(B) Personal besetzt werden. Doppelte Besetzung jeder Lokomotive gewährleistet die beste Ausnützung der Kohle; in dieser Beziehung kommen wir von Woche zu Woche weiter. Ich hoffe, daß die Wirkung der Anregungen in dieser Beziehung sich auch wirklich in Bälde durch die Leistungen bemerkbar machen wird.

(Sehr gut! rechts.)

Noch eins zu der Entschließung auf Drucksache Nr. 1678 unter Da Ziff. 4 unter a 2. Vom Haushaltsausschuß ist folgende Entschließung angenommen worden:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, **Fahrpreisermäßigungen für Fahrten zum Besuch der Volkshochschulen** einzuführen.

Ich möchte vor dieser Bestimmung doch warnen. Denn da für den Besuch der Volkshochschulen keinerlei Voraussetzung vorhanden ist, diese Schulen von jedermann ohne irgendwelchen Nachweis der Notwendigkeit oder der Befähigung oder in anderer Beziehung besucht werden können, so ist durch eine solche Bestimmung dem Unfug Tor und Tür geöffnet.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich möchte deshalb dringend bitten, diese Ziff. 2 abzulehnen.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Breunig.

Breunig, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn man die Rede des Herrn Verkehrsministers gehört hat, so könnte man der Auffassung sein, daß bei der **Reichseisenbahnverwaltung**, abgesehen von der Finanzlage, so ziemlich alles in Butter ist. Ich will aber versuchen den Nachweis zu führen, daß dem nicht so ist, daß noch mancherlei zu tun übrig bleibt. Ich möchte hier in einer

(C) Variation den Satz prägen: Das Schienennetz ist lang und der Herr Groener ist weit!

(Heiterkeit links. — Lachen rechts.)

Wir müssen feststellen, daß die Herren, die draußen in den Direktionen und den Zweigstellen tätig sind und das Heft in der Hand haben, durchaus nicht nach den Motiven tätig sind, die der Herr Minister hier skizziert hat. Wir müssen dem Herrn Minister empfehlen, bei seinen Besuchen draußen im Lande etwas genauer hinzusehen und daß er vor allen Dingen die Arbeiter- und Beamtenvertreter über die Zustände befragt. Sonst wird er vielfach nicht erfahren, wie es in Wirklichkeit aussieht. Es kommt vor allen Dingen darauf an, die Zustände draußen auch wirklich richtig zu sehen.

Der Herr Minister hat hier ein Reformprogramm entwickelt, und er hat darauf hingewiesen, daß der Etat 1921 ein derartiges Reformprogramm sei. Er hat auch daran erinnert, daß ein **Sparprogramm** in die Wege geleitet werden müsse; er hat vor allen Dingen noch darauf hingewiesen, daß der Sparsinn des Personals im Kriege und in der Revolution verloren gegangen sei. Meine Damen und Herren! Ich muß demgegenüber daran erinnern, daß im Kriege von den Eisenbahnern hohe Leistungen verlangt wurden bei völlig ungenügender Bezahlung, daß vor dem Kriege die Eisenbahn bedeutende Überschüsse zugunsten des Militarismus abwarf und daß diese Überschüsse aus dem Personal herausgewirtschaftet wurden.

(Zurufe rechts. — Gegenrufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Minister hat soeben noch kurz darauf hingewiesen, daß es nicht angängig sei, eine Fahrtverbilligung für den Besuch von Volkshochschulen zu gewähren. Ich möchte mir nun gestatten, ihm hier kurz etwas mitzuteilen, was mir auf den Tisch geflogen ist. (D) Es ist mir mitgeteilt worden, daß zum Beispiel für die staatliche Bildungsanstalt in Lichterfelde, die ehemalige Hauptkadettenanstalt, die auch gestern und vorgestern hier eine Rolle gespielt hat, Ausweise zur Erlangung von **Fahrpreisermäßigung für „mittellose Blinde** und mittellose **Taubstumme** sowie für **Mannschaften der Handelsmarine"** ausgegeben worden sind mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß diese Fahrscheine nur für **ehemalige Kadetten** verwendet werden dürfen, also für Söhne wohlhabender Kreise,

(Widerspruch rechts)

für Söhne von Rittergutsbesitzern und für Söhne von Fabrikanten und hohen Staatsbeamten.

(Zuruf rechts: Stimmt ja nicht!)

— Das schaffen Sie nicht aus der Welt, das sind Tatsachen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Fahrscheine sind auch ausgegeben worden an Söhne hoher Reichsbeamten, an Söhne von Beamten, die in Ministerien tätig sind. Es ist ein derartiger Fahrschein auch ausgegeben worden für den Sohn des bulgarischen Generals Gantschew.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also ich bin darüber sehr genau informiert, und ich hoffe von dem Herrn Reichsverkehrsminister darüber noch näher Auskunft zu erhalten. Ich möchte nun noch die Anfrage stellen, womit man derartige Geschenke an diese Kreise begründet. Es ist festgestellt worden, daß diese Fahrscheine durch Vermittlung einer Hausdame der staatlichen Bildungsanstalt in Lichterfelde, der Hausdame Frau v. Arnim, die anscheinend gute Beziehungen zu den Herrn Geheimräten im Verkehrsministerium hat, ausgegeben wurden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Brcunig,** Abgeordneter.)

(A) Das zu der Sache der Bewilligung von Fahrpreisermäßigungen für den Besuch von Volkshochschulen.

Nun zur Sache selbst. Meine Damen und Herren! Wer beim Übergang der Staatseisenbahnen in den Besitz des Reichs die Erwartung hegte, daß nun grundlegende Reformen in Angriff genommen würden, ist sehr enttäuscht worden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben tiefgreifende Reformen nicht gesehen; sie sind ausgeblieben. Der Herr Reichsverkehrsminister Groener hat im Hauptausschuß durchblicken lassen, daß er mancherlei Schwierigkeiten in seinem Ressort zu überwinden hat. Er hat angedeutet, daß der „Kampf zwischen dem wirtschaftlichen Prinzip und dem historischen Zustand" zu führen sei, und ich glaube, daß hier der historische Zustand, das altpreußische System, ein schweres Hindernis bietet, das auch ein Mann wie der Herr Verkehrsminister Groener noch nicht beseitigen konnte. Vor allen Dingen ist es die **schwerfällige Staatswirtschaft,** die an einem Vorwärtskommen hindert. Ich darf da mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten einen Mann zitieren, der aus der Industrie hervorgegangen ist und der diese Dinge ganz gut kennt. Es ist der ehemalige Generaldirektor Bergassessor Horten.

(Lachen und Zurufe rechts: Das ist der richtige Mann!)

Dieser Mann hat in bezug auf eine Äußerung des Herrn Gothein im „Berliner Tageblatt" vom 15. August 1919 darauf hingewiesen — Herr Gothein hat die Behauptung aufgestellt, die Staatswerke seien bereits vollsozialisierte Betriebe —, daß diese Staatswerke nicht als sozialisierte Betriebe gelten können, daß sie von einer wahren Sozialisierung mindestens ebensoweit, wenn nicht noch weiter entfernt seien wie ein großer Teil unserer Privatwerke.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ungünstige Abschneiden der Staatswerke ist also (B) nicht darauf zurückzuführen, daß der Staat Eigentümer dieser Werke ist, sondern darauf, daß diese Werke infolge der Schwerfälligkeit ihrer Verwaltung gegenüber fortschrittlichen Forderungen der Arbeiter rückständig geblieben sind.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sehen also, daß der Herr, der aus der Privatindustrie stammt und die Dinge durchaus kennt, ein wesentlich anderes Urteil hat als Sie von der Rechten.

(Zuruf rechts: Der hat ja gar nicht von der Eisenbahn gesprochen!)

— Ja, er hat doch von der Eisenbahn gesprochen; Sie können das ja selbst nachlesen in seinem Buche „Die Sozialisierung von Kohle und Stahl." Ich werde noch etwas deutlicher werden, Herr Kollege Quaatz, und werde Ihnen nachher noch einige Zitate daraus geben, in denen er auch nachweist, wie die Großindustrie während des Krieges die Eisenbahnverwaltung und die Heeresverwaltung bei den Lieferungen zugunsten des neutralen Auslands benachteiligt hat.

(Abgeordneter Dr. Quaatz: Das ist alles schon widerlegt!)

— Das ist nicht widerlegt; das sind Tatsachen, die Sie nicht widerlegen können. —

Also ich will nochmals darauf hinweisen, daß wir mit der bisherigen Entwicklung bei der Reichsverkehrsverwaltung nicht zufrieden sein können. Die alte Verwaltungspraxis und die alten Methoden sind dort durchaus noch gang und gäbe.

Wir haben dem Reichstag in verschiedenen Anträgen unsere Forderungen unterbreitet. Wir verlangen grundlegende Reformen an Haupt und Gliedern. Wir haben unter Nr. 1681 der Drucksachen eine Anzahl Anträge unterbreitet, deren grundlegender Antrag folgenden Wortlaut hat:

(C) Der Reichstag wolle beschließen:
die Reichsregierung zu ersuchen:

1. eine grundlegende Neugestaltung der Reichsverkehrsverwaltung mit dem Ziele der **Zusammenfassung des gesamten Transportwesens** (der Eisenbahnen, Binnen- und Küstenschiffahrt und des Lastkraftfahrwesens) in engster Anlehnung an die verkehrsfördernden Institute (Post, Telegraphie, Luftverkehr usw.) sowie die allgemeine Einführung des **elektrischen Betriebs** der Eisenbahnen alsbald in Angriff zu nehmen,
2. sofort eine **Reform der gesamten Verwaltung** nach modernen kaufmännischen und technisch-wirtschaftlichen Grundsätzen in die Wege zu leiten,
3. den betriebsorganisatorischen und technischen Ausbau der **Eisenbahnwerkstätten,** insbesondere der Betriebswerkstätten und Lokomotivschuppen, zu beschleunigen, und vor allem die hygienischen Einrichtungen zu vervollständigen.

Es sieht in dieser Beziehung in den einzelnen Betriebswerkstätten und Lokomotivschuppen sehr schlimm aus. Wir fordern weiterhin:

4. für Verbesserung und Vermehrung der technischen Einrichtungen, insbesondere der Werkzeugmaschinen und Werkzeuge, ständig Sorge zu tragen,
5. eine bessere Ausnutzung der Anlagen durch **Einführung von Doppelschichten** herbeizuführen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Privatwerke, die von der Eisenbahnverwaltung Aufträge erhalten, sogar drei Schichten eingeführt haben, trotzdem es sich eigentlich in der Hauptsache um Notstandsarbeiten in diesen Werken handelt.

(D) Wir fordern weiterhin eine Neuordnung der Verwaltungsorganisation, **Vereinfachung der Verwaltung,** Abkürzung des Instanzenzuges und Verminderung des Schreibwerkes. Von dem Herrn Verkehrsminister Groener ist ja auf diesem Gebiete manches zugesagt worden; aber die Sache geht viel zu langsam. Wir fordern ferner die Anwendung kaufmännischer Grundsätze und einen größeren Einfluß des Technikers und Volkswirtschaftlers gegenüber dem Juristen.

Ferner verlangen wir, daß die Betriebsorganisation in den Werkstätten und im Betriebe selbst planmäßig modernisiert wird. Wir fordern die **Modernisierung der Betriebseinrichtungen.** Es muß darauf hingearbeitet werden, daß die Fehler des alten Apparats schonungslos aufgedeckt werden. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß der Zustand der Gebäude und Anlagen bei den Betriebswerkstätten und Lokomotivschuppen sehr viel zu wünschen übrig läßt. Daß die Maschinen und Einrichtungen während des Krieges vernachlässigt worden sind, ist ja schon mehrfach ausgesprochen worden. Wir fordern aber darüber hinaus eine Steigerung des Verkehrs durch billige Personentarife.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir fordern **Verkehrsverbesserungen.** Wir fordern vor allen Dingen auch die Schaffung einer Einheitswagenklasse mit einfachen und bequemen Einrichtungen

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und die Anpassung der Gütertarife an die Bedürfnisse der Volkswirtschaft. Wir fordern **Sozialisierung der Eisenbahnbetriebe** und nicht Fiskalisierung, wie sie scheinbar auch fernerhin beibehalten werden soll.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir das Geschrei von dem **Defizit** hören, so müssen wir unwillkürlich daran denken, daß immer derartige Dinge durch die Presse lanziert werden, wenn man

(**Breunig**, Abgeordneter.)

(A) irgendwelche Absichten durchdrücken will. Wir sehen in dem Geschrei vom Defizit, das auch gegenüber den Arbeitern für Schließung der Werkstätten angewandt wurde, die Vorbedingung, um die Tariferhöhung durchdrücken zu können. Wir lehnen diese Tarifpolitik ab. Es gilt vor allen Dingen, die Ursachen des Defizits festzustellen. Der Herr Minister Groener war so freundlich, im Hauptausschuß selbst darauf hinzuweisen, daß die ungeheure Erhöhung der **Materialpreise** daran schuld sei. Wir müssen aber bei diesen unerhörten Preissteigerungen schon mehr von einem Raubzug der Großindustrie sprechen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Kollege Brunner hat das auch bereits im einzelnen durch Zahlen belegt; ich kann mir es daher ersparen. Es steht jedenfalls fest, daß fast alle Materialien — Kohle, Eisen, Holz, Öle, Fette usw. — sprunghaft in die Höhe gegangen sind. Auf der andern Seite verlangt diese selbe Großindustrie billige Tarife.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Und die Löhne?)

— Die **Löhne** spielen in diesem Zusammenhang gar keine Rolle. Ich brauche Ihnen nicht im einzelnen nachzuweisen, daß die Löhne nicht in derselben Weise gestiegen sind und in gar keinem Verhältnis stehen zu der Steigerung der Materialienpreise. Die prozentuale Steigerung gegenüber 1912 und den letzten Friedensjahren vor allen Dingen bleibt weit hinter der Steigerung der Materialienpreise zurück.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist sehr wohl möglich, Herr Kollege Dr. Quaatz, daß man durch Ersparnisse im Einkauf Fortschritte erzielen kann.

Von Herrn Kollegen Dr. Reichert ist darauf hingewiesen worden, daß die Eisenbahn nicht Selbstzweck sei, sondern dem Gemeinwohl dienen soll. Aber das weiß (B) ja der letzte Eisenbahner draußen im Lande. Predigen Sie das einmal mehr den Leuten, die die Eisenbahnverwaltung durch das Diktat von hohen Materialpreisen aussaugen!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Eisenbahner aber wissen auch, daß die Eisenbahnverwaltung lange Zeit die melkende Kuh des Militarismus war. Wir werden allen Versuchen der Schwerindustrie, die Sache zu verdunkeln, mit aller Energie entgegentreten.

Herr Kollege Reichert hat ferner von der **gesunkenen Moral** gesprochen, die ganz besonders durch die Revolution einen solchen Tiefstand erreicht habe. Dem gegenüber muß betont werden, daß die Moral infolge des Krieges gesunken ist, und den Krieg hat der Herr Kollege Reichert mit seinen Parteifreunden mit auf dem Gewissen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich komme nun znm Herrn Kollegen Dr. Quaatz, der so freundlich war, zu sagen, daß er die Ursachen der Lage der Eisenbahnverwaltung heute nicht untersuchen wolle. Aber auch hier ist es so, daß er und seine Partei bei dieser Untersuchung jedenfalls keine Lorbeeren ernten würden.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich kann ihm sehr wohl darin zustimmen, daß die Zukunft wichtiger sei als die Vergangenheit. Aber um aus der Vergangenheit die richtigen Schlußfolgerungen ziehen zu können, muß man eben die Geschichte kennen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn hier vom **Personalabbau** und einer **besseren Bezahlung** gesprochen worden ist, so werde ich noch im einzelnen darauf eingehen. Die Methode, die Herr Kollege Quaatz empfiehlt, sieht mir mehr wie ein Köder aus, der ausgeworfen werden soll, um die Uneinigkeit bei den Beamten und Arbeitern zu fördern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Kollege Quaatz hat ständig darauf hingewiesen, daß (C) unter dem alten System die Beamten gut bezahlt waren. Ich glaube, Herr Kollege, da sind Sie nicht gut informiert. Sie müssen da schon einmal die Eisenbahnbeamten fragen; Sie waren es doch selbst bis vor kurzer Zeit und müßten es eigentlich doch besser wissen.

Herr Quaatz hat darauf hingewiesen, daß die Eisenbahn als Großeinkäufer vis-à-vis haben müsse den Großverkäufer, also die Schwerindustrie. Aber wir wissen aus dem Munde von Herren, die es wissen müssen, daß dieser Großverkäufer, die **Schwerindustrie**, mit der **Eisenbahnverwaltung** sehr schlecht umspringt, daß sie der Eisenbahnverwaltung einfach die Preise diktiert. Die Eisenbahnverwaltung muß einfach zahlen, was verlangt wird,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

nach einem Ausspruch eines Herren aus dem Reichsverkehrsministerium, der es wissen muß. Ich bin sehr wohl mit Herrn Kollegen Quaatz damit in Übereinstimmung, wenn er sagt: dem technischen Fortschritt muß der Weg offenbleiben. Auch dafür treten wir stets nnd ständig ein. Aber die Rüstungs- und **Schwerindustrie**, die **während des Krieges**, worauf ich vorhin kurz hinwies, **an das neutrale Ausland geliefert** und dabei die Eisenbahnverwaltung und auch die Heeresverwaltung vernachlässigt hat, wie Herr Assessor Horten hier nachweist, ist eben an den Zuständen mit schuld, genau mit schuld wie diejenigen, die den Krieg verursacht haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bergassessor Horten sagt in bezug auf diese Dinge in seiner Broschüre auf Seite 33:

> Als infolge der Sperrung der englischen Ausfuhr Ende 1915 die Eisenpreise im neutralen Auslande stiegen und durch den niedrigen Stand der Valuta hohe Gewinne lockten, wurden besonders in den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1916 (D) von den Großpatrioten der Schwerindustrie aus deutschen Werken ungeheure Mengen Stahl, bis zu 250 000 Tonnen monatlich, ausgeführt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> dagegen der Heeresverwaltung und der Eisenbahnverwaltung die Übernahme der Lieferungen verweigert und die Erfüllung zu niedrigeren Preisen eingegangener Lieferungsverpflichtungen vernachlässigt und verzögert.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sagt ein Herr, der es ganz bestimmt wissen muß, der als Generaldirektor der Firma Thyssen sehr tief in ihre Küche hineingeschaut hat.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts.)

Die Sache ist bis jetzt nicht widerrufen.

Es ist also Tatsache, und es ist auch durch die Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung erwiesen, daß die Eisenbahnverwaltung, trotzdem sie oft das Fünf- und Zehnfache an Materialien bestellt hat, nicht genügend beliefert wurde,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß sie das dringend erforderliche Material in einem derartig geringen Umfange erhalten hat, daß sie nicht in der Lage war, den Wagenpark, die Fahrzeuge und auch den Unterbau so in Ordnung zu halten, wie es notwendig gewesen wäre. Also der Wagenpark wurde heruntergewirtschaftet, weil die großen Prozentpatrioten der Eisenbahnverwaltung nicht das notwendige Material geliefert haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich hoffe, später noch Gelegenheit zu haben, das im einzelnen noch mit Beweisen zu belegen.

Die Lieferungsverträge wurden also von der Schwerindustrie nicht erfüllt, jetzt aber bestehen diese Herren auf

(Breunig, Abgeordneter.)

(A) der Erfüllung der Verträge, die während der Kriegszeit abgeschlossen wurden. Heute haben wir vielfach zu verzeichnen, daß in einzelnen **Materialien eine Überfüllung der Magazine** eingetreten ist, daß in einzelnen Artikeln die Eisenbahnverwaltung auf Jahrzehnte versorgt ist,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

besonders im Kleineisenzeug. Es sind Läger vorhanden, die auf 10 bis 20 Jahre den Bedarf für die Eisenbahnverwaltung decken.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hier liegt der Haase im Pfeffer, hier könnte beim Materialieneinkauf ganz bedeutend gespart werden. Ebenso verhält es sich mit der Verwertung der Altmaterialien. Auch hier werde ich mir vorbehalten, in der Spezialdebatte oder beim Nachtragsetat noch die Beweise zu erbringen. Wir verlangen in unseren Anträgen, die wir vorgelegt haben, eine Nachprüfung der Lieferungsverträge und der Lagerbestände. Sie haben es ja in der Hand, diesen Anträgen zuzustimmen und damit den Verdacht, den ich gegen die Großindustrie ausgesprochen habe und der in der Broschüre des Herrn Bergassessors Horten niedergelegt ist, zu entkräften.

Alle diese Dinge, die ich hier gestreift habe, sind also Folgeerscheinungen des Krieges.

Es wäre nun sehr wertvoll, ein besonderes Kapitel hier ausführlich zu behandeln: das ist die **Vergebung der Arbeiten an Privatwerke.** Als wir der Eisenbahnverwaltung darüber Vorhaltungen gemacht hatten, ist gesagt worden, es sei nicht möglich, die **Reparaturen** gegenseitig zu vergleichen, es sei keine einzige Reparatur mit einer anderen vergleichbar. Aber es ist sehr wohl die Möglichkeit vorhanden, wenn die Eisenbahnverwaltung selbst in ihren Betrieben nach modernen Grundsätzen kalkulieren und sich die technischen Erfahrungen zunutze machen würde. Es ist uns im Hauptausschuß mitgeteilt worden, daß (B) mehrere hundert Privatwerke an den Reparaturen der Fahrzeuge beteiligt sind. Es ist davon gesprochen worden, daß wohl bezüglich der Waggonreparaturen ein Abbau eintreten würde, aber wir finden im Etat noch eine sehr hohe Summe für diese Zwecke, eine Summe von fast 1,8 Milliarden Mark. Wenn man weiß, daß die Privatindustrie durchschnittlich 10 Prozent teurer ist, so bedeutet das eine Belastung für den Eisenbahnhaushalt von rund 180 Millionen Mark.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn auch zugegeben werden muß, daß der Reparaturstand der Lokomotiven noch ein sehr hoher ist, so ist diese starke Heranziehung der Privatwerke zu den Waggonreparaturen in keiner Weise notwendig, wie es nach der Ziffer im Etat anzunehmen ist.

Hinsichtlich der **Überfüllung der Materiallager** ist von der Eisenbahnverwaltung gesagt worden, daß die Eisenbahnverwaltung sich damit gewissermaßen ein Verdienst erworben habe, daß, solange die Materialpreise so hoch seien, Ersparnisse zutage treten könnten. Ich bin darüber anderer Meinung. Ich bin der Meinung, daß darin ein sehr wesentlicher Bestandteil des Defizits zu suchen ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir können heute in keiner Weise im einzelnen nachprüfen, über welche Materialien die Eisenbahnverwaltung verfügt. Wir verlangen also, daß darüber Auskunft gegeben wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun, da die einzelnen Dinge von Herrn Kollegen Brunner schon gestreift worden sind, auf Dinge eingehen, die bisher nicht erörtert worden sind. Es handelt sich hier vor allem um **die Absicht, die Arbeiterzahl zu verringern.** Eine ganz besonders hohe Ziffer von 29 000 ist in den Werkstätten vorgesehen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch im Betriebe und bei der Bahnunterhaltung will (C) man Tausende von Arbeitern entlassen, trotzdem der Arbeitsmarkt in keiner Weise dazu angetan ist. Wir fordern, daß zur bessern Ausnutzung der Maschinen und Anlagen Doppelschichten eingeführt werden. Dann ist es nicht notwendig, Arbeiter in den Werkstätten zu entlassen, und wenn der Unterbau richtig instand gesetzt werden soll und im Betrieb in Zukunft alles besser klappen soll als bisher, so dürfen auch da keine Arbeitskräfte entlassen werden.

Es wäre auch noch notwendig, darauf hinzuweisen, daß eine Erhöhung der Einnahmen in der Weise erfolgen könnte, daß die **Miet- und Pachtverträge** entsprechend den jetzigen gestiegenen Preisen abgeschlossen werden. Es ist mir zu Ohren gekommen, daß **Anschlußgleise der Privatindustrie** zu solch minimalen Preisen vermietet sind, daß die Eisenbahnverwaltung fast das Zehnfache und noch mehr an Unkosten für die Unterhaltung dieser Anschlußgleise ausgeben muß.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In den Lagerhallen, bei den Bahnhofswirtschaften, im Buchhandel und im Reklamewesen liegen die Verhältnisse ebenso.

Ein besonderes Kapitel, das leider auch nicht ausführlich genug behandelt werden kann, ist das Kapitel der Korruptionserscheinungen. Es ist da und dort ein verstecktes Schmiergelderwesen eingerissen. Der Herr Verkehrsminister hat darauf hingewiesen, daß der Wiederaufbau und die Neuordnung bei der Eisenbahnverwaltung nur durch die Mithilfe von unten, nur durch die Mithilfe des Personals erfolgen könnte. Wir verlangen allerdings, daß die **Beseitigung der** schwerfälligen **Verwaltungsbureaukratie** vorausgeht. Wir verlangen eine gleichberechtigte **Mitwirkung der Betriebsräte** und der Beamtenvertreter. Wenn der Gesundungsprozeß nur von unten einsetzen kann, ist es auch notwendig, daß die Vertreter (D) der Arbeiter und Beamten über die erforderlichen Rechte verfügen, daß ihnen nicht fortwährend Widerstände von einem solchen Ausmaß, wie es bisher der Fall war, entgegengesetzt werden.

Auch dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt, denen Sie zustimmen können, wenn Sie wollen, daß wir wirklich vorwärts kommen, daß wirklich der Gesundungsprozeß Platz greift und von unten her einsetzt. Wir verlangen also eine Neuordnung nach technisch-wirtschaftlichen Grundsätzen. Wir vermissen, daß in der ersten Zeit der Verreichlichung der Eisenbahnen diese Kräfte in entsprechender Weise herangezogen wurden. Ich könnte im einzelnen den Nachweis erbringen, daß die Ausgaben für die Betriebsräte in Wirklichkeit produktive Ausgaben sind und daß durch die Mitarbeit der Betriebsräte große Beträge erspart worden sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Beträge könnten, wenn nicht den Betriebsräten derartig große Widerstände entgegengesetzt würden, bald in die Milliarden gehen, die da erspart werden könnten. Ich habe hier ein ganzes Bündel von Unterlagen. Es ist leider bei der rationierten Zeit nicht möglich, auf alle die Dinge näher einzugehen.

Wenn nun mehrere Redner der Rechten gesagt haben, daß die **Vermehrung des Defizits** die Folge der Revolution sei, so möchte ich darauf hinweisen, daß bereits im Jahre 1915 der Etat der preußischen Eisenbahnverwaltung eine Staatseisenbahnschuld von 8419 Millionen vorsah.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Sie nun diese rund $8^1/_2$ Milliarden mit dem heutigen Wert der Papiermark in Vergleich setzen, dann bekommen Sie 85 Milliarden. Sie sehen also, daß dieses aufgeschwollene Defizit in Wirklichkeit im Verhältnis zur

(Breunig, Abgeordneter.)

(A) Vorrevolutionszeit nicht zu groß ist. Allerdings ist es groß genug für das verarmte Deutschland.

Wenn nun davon gesprochen wird, daß der Zusammenbruch der Eisenbahnen durch die Revolution erfolgt sei, so kann ich meinerseits einen Zeugen dafür anführen, einen genauen Kenner der Verhältnisse, der darauf hinweist, daß der **Zusammenbruch der Eisenbahnverwaltung** auch ohne den Weltkrieg gekommen wäre. Es ist das Herr Geheimrat Kirchhoff, den die Herren, die vor mir gesprochen haben, ja kennen. Er hat ausgesagt: Die preußischen Staatsbahnen waren finanziell mehr ausgesogen, als öffentlich bekannt war, und wären bei dem Aussaugungssystem auch ohne Weltkrieg schließlich zusammengebrochen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sagt also ein Mann, der die Verhältnisse kennen muß.

Wie auf dem Gebiete der Wirtschaftsführung in den Werkstätten, liegen die Dinge auch im Betrieb. Man kann fast von einer Sabotage des Betriebes reden. Auch dafür könnte ich Ihnen Dutzende von Beispielen anführen, wie auf der einen Seite **Waggonmangel** vorgetäuscht wird, während auf der anderen Seite die Waggons in verschiedenen Bahnhöfen und auf verschiedenen Strecken zu Dutzenden herumstehen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist bei einer Gelegenheit im Essener Bezirk die Rede davon gewesen, den **Betrieb** dort in der Weise zu gestalten, daß **Überstunden** eingeführt würden. Es ist eine Sitzung anberaumt worden, an der sogar Herr Stinnes persönlich teilgenommen hat.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Der Herr Kollege Quaatz war auch dabei; er meldet sich ja freiwillig. Sie können also sehen, daß die Herren der Verlängerung der Arbeitszeit ein sehr reges Interesse entgegenbringen.

(B) (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Man wollte ja die Eisenbahner sogar mit Speck und billigem Fett fangen. Auf der einen Seite sagt der Herr Minister Groener im Hauptausschuß, es sei kein Wagenmangel vorhanden, sondern nur ein Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven, und auf der anderen Seite bemühen sich die Herren Stinnes und Quaatz, die Arbeitszeit im Betrieb zu verlängern. Wie reimt sich das zusammen? Man ist sogar so weit gegangen, daß man den Beamten und Arbeitern für die Überstunden eine besondere Vergütung geben wollte; wohlgemerkt: den Beamten, während sich bisher die Regierung und die Verwaltung mit aller Energie dagegen gesträubt hat, den **Beamten Überstunden zu bezahlen.** Vom Essener Bezirk aus soll also der Widerstand der Eisenbahner gegen die Beseitigung des Achtstundentags aufgerollt werden. Jeder Kenner des Eisenbahnbetriebes weiß, daß ein derartiger Versuch nicht auf den Bezirk der Eisenbahndirektion Essen beschränkt bleiben kann. An der erwähnten Sitzung hat auch der Herr Direktionspräsident von Essen teilgenommen und sich, wie das Protokoll ergibt, mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt. Ich möchte den Herrn Minister Groener bitten, sich einmal darüber zu äußern, ob auch er der Meinung ist, daß den Beamten Überstunden bezahlt werden sollen, entgegen der bisherigen Auffassung, die im Verkehrsministerium vertreten wurde.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dittmann:** Herr Abgeordneter Breunig, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen. Sie reden bereits über eine halbe Stunde.

Breunig, Abgeordneter: Ja, ich werde gleich zum Schluß kommen. Ich will nur noch, da die Redezeit abgelaufen ist, kurz einiges sagen.

(Heiterkeit.)

Es ist von uns in den verschiedenen Anträgen die (C) **Verbesserung der technischen und hygienischen Betriebseinrichtungen** verlangt worden, es ist von uns die Verbesserung der maschinellen Einrichtungen verlangt worden. Sie sehen also, daß wir durchaus gewillt sind, auf dem Gebiete der inneren Gesundung mitzuarbeiten. Wir verlangen aber auch, daß auf der anderen Seite die Forderungen der Arbeiter und Beamten respektiert werden. Da sagen wir vor allen Dingen: Hände weg vom **Achtstundentag!** Unter keinen Umständen darf die Reichsverkehrsverwaltung die Hand dazu bieten, auch wenn sie sagt, sie wolle nur die schematische Auswirkung des Achtstundentages beseitigen. Die Arbeiter und Beamten der Eisenbahn werden diesen Bestrebungen den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Ich möchte zulm Schuß sagen, daß wir mit dieser Quacksalberei des alten Systems nicht vorwärts kommen. Wir müssen heraus aus dem Kreise der alten Vorstellungswelt, wir müssen heraus aus den alten ausgefahrenen Gleisen. Wenn noch ein kurzes Wort zu dem Verlangen, die alte Autorität und die alte Dienstzucht wieder einzuführen, gestattet ist, so möchte ich demgegenüber sagen, daß der **Aufbau** nur durch **freiwillige Mitarbeit** aller Beamten und Arbeiter erfolgen kann, nur dadurch, daß die Kräfte, die durch den Kapitalismus und das bureaukratische System gebunden sind, frei gemacht werden. Nur so können wir vorwärts kommen zum sozialistischen Aufbau.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Groener, Reichsverkehrsminister: Der Herr Abgeordnete Breunig hat die **Preisermäßigung,** die den **früheren Kadetten** von mir gewährt worden ist, angeschnitten und hat das zurückgeführt auf Beziehungen zu Geheimräten; (D) er sprach, glaube ich, von einer Frau v. Arnim, — ich war einen Moment nicht hier. Selbstverständlich haben irgendwelche Beziehungen bei meinem Entschluß gar keine Rolle gespielt. Ich habe es aber für richtig und den Umständen angemessen gehalten, bei dieser Einrichtung, die ja im Absterben begriffen ist, den früheren Kadetten die Ermäßigung zu gewähren, und zwar nur denjenigen, die schon früher in der Anstalt waren, den neu hinzugekommenen Zöglingen ist sie nicht gewährt. Die Sache wird ja mit der Zeit aufhören. Daß die Kadetten bedürftig sind, darüber wird ja kein Zweifel sein.

Was die **Sitzung in Essen** anlangt, die ein ganz merkwürdiges Aufsehen plötzlich nach Monaten erregt, so ist die in aller Öffentlichkeit vor sich gegangen. An dieser Sitzung haben ja auch Arbeitervertreter teilgenommen; sie hat sogar nicht nur unter Teilnahme, sondern, wenn ich nicht irre, unter Vorsitz des Direktionspräsidenten stattgefunden. Es ist ein Gremium von Vertretern der Industrie, der Arbeiterschaft, der Eisenbahnverwaltung, das in Verkehrsfragen von Zeit zu Zeit zusammentritt, was ich für außerordentlich wertvoll halte. Ich halte es für sehr gut, daß auch die Frage, die damals behandelt worden ist, zur Sprache kam. Ich habe den Sitzungsbericht sehr eingehend persönlich durchstudiert und habe dabei auch persönlich mancherlei Anregung entnommen. Also diese Sitzung war nichts Besonderes, sondern etwas sehr Ersprießliches, und es ist sehr gut, wenn gerade mit Arbeitervertretern auch diese Fragen besprochen werden.

Was die **Bezahlung von Überstunden an Beamte** anlangt, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß davon ja keine Rede sein kann. Die Beamten haben im Rahmen der Leistungsfähigkeit und der Bestimmungen des Besoldungsgesetzes ihre Pflicht zu tun, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das alte Pflichtbewußt-

(**Groener**, Reichsverkehrsminister.)

(A) sein wieder in unsere Beamtenschaft einzieht, daß man auch mal mehr tut als seine Pflicht, so werden wir um so rascher zur Gesundung kommen.

(Sehr richtig!)

Ich habe in meinem Leben oft 12 Stunden und mehr gearbeitet und niemand hat danach gefragt. Ebenso ist es anderen Beamten auch gegangen. Also ich stehe durchaus auf dem Standpunkt: man darf den Beamten nicht in eine Stellung bringen, die eigentlich mit seiner ganzen Aufgabe im Staate nicht zu vereinbaren ist.

(Sehr richtig!)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Wieland.

Dr.-Ing. **Wieland**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist in weiten Kreisen nicht bekannt — und das geht aus der Nervosität hervor, mit der man an dem Verkehrsministerium Kritik übt —, wie außerordentlich schwierig die Aufgaben des Verkehrsministeriums sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte das einmal ganz besonders hervorheben, unter welchen schwierigen Verhältnissen die Eisenbahnen an das Reich übergegangen sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der technische Apparat war, wie der Herr Minister im Ausschuß ganz richtig hervorgehoben hat, zerrüttet aus dem Krieg und der Revolution hervorgegangen. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang und in Ergänzung dessen, was der Herr Kollege Dr. Quaatz bezüglich der Zwangsmaßnahmen gesagt hat, einmal darauf ganz besonders hinweisen, wie verderblich die **Abgabe der Fahrzeuge an die Entente**, insbesondere der Lokomotiven, auf unser Verkehrswesen gewirkt hat und wie von seiten der Entente in dieser Richtung verfahren wurde.

(B) Sie hat uns zur Auflage gemacht, daß wir die Lokomotiven betriebsfertig abzuliefern haben. Und was hat sie mit den Lokomotiven angefangen? Ausländische Ingenieure, die vielfach durch Frankreich fahren, haben mir versichert, daß die Lokomotiven zu Hunderten auf den französischen Bahnhöfen herumstehen und dort verrosten.

(Hört! Hört!)

Man hat also von uns verlangt, daß man Hunderte von Millionen ausgibt, um die Lokomotiven betriebsfähig zu machen, und nun gibt man sie dem Verderben preis. Ich muß sagen, das ist ein geradezu sadistisches Verfahren,

(lebhafte Zustimmung)

und wenn man sich demgegenüber vor Augen hält, daß man uns nicht nur diese Geldverschwendung auferlegt, sondern auch die Reparatur unserer verbrauchten Lokomotiven verhindert und dazu die Kohlenlieferungen von uns verlangt hat, außerdem jetzt noch 226 Milliarden Goldmark von uns fordert, dann muß man wirklich sagen: Es wird von der Entente zielbewußt auf den Ruin der deutschen Wirtschaft hingearbeitet;

(sehr richtig!)

um eine Reparation kann es sich in diesem Falle nicht handeln, wenn man die Lokomotiven verderben läßt.

(Sehr richtig!)

Das zweite Moment, das erschwerend gewirkt hat, ist die überstürzte Übernahme der Bahnen auf das Reich. Die **Beseitigung des großen Fehlbetrags** muß unsere Hauptaufgabe sein. Aber ich glaube, wenn wir nach dem Rezept des Herrn Vorredners verführen, würden wir nie dazu kommen, dieses Defizit zu beseitigen. Der Weg, den der Herr Minister eingeschlagen hat und den er uns im Hauptausschuß vorgeführt hat, scheint mir der einzig richtige zu sein. Ich möchte nur wünschen, daß er gerade (C) in bezug auf die Ersparnisse noch mehr herauswirtschaftet als die 5 Milliarden, damit die Tariferhöhungen dann wieder abgebaut werden können.

Daß der **technische Apparat** auf eine **höhere Leistungsfähigkeit** gebracht werden muß, ist klar, und daß in dieser Richtung schon Wesentliches erreicht worden ist, hat der Herr Berichterstatter nachgewiesen, indem er gesagt hat, die Leistungen pro 1000 Lokomotivkilometer in bezug auf die Wagenachsenkilometer seien jetzt bereits höher als in Friedenszeiten.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Es wird also mit geringerer Zugkraft eine erhöhte Leistung erzielt. Der Herr Minister erhofft noch eine erhebliche Betriebssteigerung. Ich bin in dieser Richtung nicht so optimistisch; denn bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen wird es nicht so rasch gehen.

Was der Herr Minister mit Bezug auf die **Dezentralisation** gesagt hat, kann man nur unterschreiben. Er hat im Ausschuß den Reichsgedanken in den Vordergrund gestellt, aber gesagt, daß trotzdem weitgehendst dezentralisiert werden müsse, und er wünsche, keinen Wasserkopf eines Ministeriums hier zu haben. Es soll eine Arbeitsteilung zwischen der Zentrale und den unteren Instanzen vorgenommen werden. Das kann man nur begrüßen; nur kann man nicht so weit gehen, wie es im Finanzministerium der bayerischen Kammer gefordert wurde; denn das würde sagen, daß man die bayerischen Bahnen wieder selbständig machen will, und das würde dem Reichsgedanken zuwiderlaufen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die **Fahrplanverbesserungen**, die uns der Herr Minister in Aussicht gestellt hat, begrüßen wir freudig, hauptsächlich auch wir in Süddeutschland; denn wir hatten in dieser Richtung schwer zu klagen, besonders was die Verbindungen mit dem Rheinland betrifft.

(D) Der Herr Minister ist auch für eine **Hebung des internationalen Verkehrs** eingetreten. Ich glaube, wir müssen in dieser Richtung noch sehr viel tun, und ich möchte da ein kurzes Wort gerade über den **Grenzverkehr** sagen; denn in dieser Richtung habe ich selbst Erfahrungen gemacht und ist mir von Ausländern auch schon schwer geklagt worden. Ein Ausländer, den ich kürzlich sprach, sagte mir, er habe eine Reise durch Frankreich, Belgien, England, Norwegen, Schweden und Deutschland gemacht, und nirgends sei er an der Grenze so schlecht behandelt worden wie in Deutschland,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

weil man beinahe bis auf die Haut untersucht wird wie während des Krieges. Ich habe darüber auch mit dem Herrn Außenminister schon gesprochen, und er hat mir zugestimmt, daß in dieser Richtung unbedingt eine Änderung eintreten müsse. Hier sollte also von der Regierung das Nötige vorgekehrt werden, wenn man den internationalen Verkehr heben will.

Der Herr Minister will ein **hochqualifiziertes Personal** erziehen. Ich glaube, das kann man allseits nur mit Freuden begrüßen;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

denn die Masse der Beamten tut es nicht, sondern die Qualität.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich will mich über diesen Punkt nicht weiter verbreiten; ein anderer Redner meiner Fraktion wird sich beim Nachtragsetat näher darüber auslassen.

Auf die Frage des **Achtstundentags** will ich auch nicht näher eingehen. Aber so viel möchte ich sagen: wenn der Herr Minister gesagt hat, daß der Achtstundentag nicht mechanisch und schematisch gehandhabt werden soll, und auch, daß die Ruhepausen nicht in die Dienstzeit eingerechnet werden sollen, so kann man dem nur zustimmen.

(Dr.-Ing. **Wieland**, Abgeordneter.)

(A) Im **Betrieb**, wie er sich jetzt hauptsächlich im Personenverkehr gestaltet hat, kann man die **Pünktlichkeit und Sauberkeit** nur lobend erwähnen, und es ist ganz interessant, daß diese Besserung auch von Ausländern besonders anerkennend erwähnt wird.

Was nun die Fehlmeldungen anlangt, so hat der Herr Minister im Ausschuß nachgewiesen, daß hier sozusagen eine Wellenbewegung stattfindet. Er hat gesagt, er greife rücksichtslos durch mit der Entfernung der Schädlinge. Das kann man nur begrüßen. Denn die **Hebung der Moral** in dieser Beziehung ist eine notwendige Stütze für unsere Verkehrssteigerung. Wenn das Zutrauen zu unserer Bahn nicht gehoben wird, dann tritt auch nicht die wünschenswerte Verkehrssteigerung ein.

Dann möchte ich den Herrn Minister bitten, uns Aufschluß darüber zu geben, wie es mit den **50 000 Waggons** steht, die **in Polen widerrechtlich zurückgehalten** worden sind, und was wegen der **108 Kohlenzüge** geschehen ist, die in Polen spurlos verschwunden sind.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube, die Regierung hat alle Veranlassung, Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß wir auf diese Weise unserer Waggons und unserer Kohlen beraubt werden.

Nun komme ich zu den Tariferhöhungen. Verschiedene Vorredner haben mit Recht schon hervorgehoben, daß diese **Tariferhöhung** eine sehr schwere Belastung für die Gesamtwirtschaft bedeutet und sie um so schwerer trifft, als sie in eine Zeit des wirtschaftlichen Niederganges fällt. Sie kann deshalb sehr gefährlich wirken, und es wird Aufgabe der Eisenbahnverwaltung sein, die Wirkung scharf zu beobachten. Der Reichstag ist dabei in einer Zwangslage; denn wir sind genötigt, die Einnahmen zu erhöhen, und deswegen müssen wir leider diesen Tariferhöhungen zustimmen.

Der Herr Minister hat in Aussicht gestellt — und (B) der Reichstag hat dies ja auch in seinem Antrage zum Ausdruck gebracht —, daß im Finanzgesetz in Zukunft eine **Mitwirkung des Reichstags bei Tariferhöhungen** vorgesehen werden soll. Mit besonderer Genugtuung habe ich begrüßt, daß dieses Finanzgesetz darauf abgestellt werden soll, daß das Verkehrswesen wirtschaftliche Selbstständigkeit erhält. Das Verkehrswesen muß sich von selbst tragen.

Was die **Gütertarife** anlangt, so hat der Ausschuß in seinem Antrage zum Ausdruck gebracht, daß er nur einer 65prozentigen durchschnittlichen Erhöhung zustimmen will; diese soll nicht überschritten werden.

Ganz besonders möchte ich dem Herrn Minister ans Herz legen, bei den Tarifen darauf zu achten, daß die Wirtschaftsgebiete in ungünstiger geographischer Lage, wie zum Beispiel **Süddeutschland**, nicht so hart getroffen werden. Sie werden am härtesten infolge der großen Entfernungen von dem Kohlengebiet und von der Wasserkante hauptsächlich dadurch betroffen, daß sie eine Doppelbelastung zu tragen haben, indem die Rohstoffe hinbefördert und dann wieder die Waren zurückbefördert werden müssen und so eine unerträgliche Belastung erfahren. Deswegen ist in den Antrag des Ausschusses der Passus aufgenommen worden, daß diese Gebiete nach Möglichkeit bei den Tariferhöhungen geschont werden sollen.

Nun möchte ich ein Wort über die **Beförderung der Nahrungsmittel** sagen. Es sind mir nach den Ausschußberatungen ganz interessante Vergleiche zugegangen, wie stark die Nahrungsmittelindustrie gerade in Süddeutschland durch diese Belastung getroffen wird. Es liegt mir ein Beispiel von Frachten zwischen Eßlingen und Köln vor. Die Nahrungsmittel fallen in die Stückgutklasse I; der Vorkriegssatz für die Nahrungsmittel war 3,91 Mark per 100 Kilogramm und nach dem neuen Tarif steigert sich der Satz auf 56,35 Mark, also auf nahezu das Zwanzig- (C) fache. Es wird von dieser Industrie vorgeschlagen, eine Deklassierung vorzunehmen, und angesichts der Wichtigkeit der Nahrungsmittel möchte ich dem Herrn Minister dringend nahelegen, die Frage in dieser Richtung zu prüfen; denn die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist doch eine der wichtigsten Fragen des gesamten Volks.

Was den **Personenverkehr** anbelangt, so ist ein organischer Aufbau wie im Frieden geplant. Am schwersten wird durch die Verteuerung der Personentarife der Geschäftsverkehr getroffen, und der Minister muß darüber wachen, daß er nicht unterbunden wird, denn das wäre im Interesse der Gesamtwirtschaft geradezu gefährlich.

Es ist vorhin von verschiedenen Rednern und auch von dem Herrn Berichterstatter von dem Antrage gesprochen worden, den wir in bezug auf die **Fahrpreisermäßigung** im Ausschuß gestellt haben. Der Herr Minister hat besonders hervorgehoben, er möchte dringend empfehlen, den Antrag unter Ziffer 4 a 2, der den **Besuch der Volkshochschulen** betrifft, abzulehnen. Ich möchte nun gegenüber dem Herrn Berichterstatter feststellen, daß mein Fraktionskollege Dr. Pachnicke, der als Vorsitzender des Hauptausschusses fungiert hat, mir vorhin versichert hat, daß er im Hauptausschuß die Annahme dieses Antrags ausdrücklich festgestellt hat. Ich möchte das hiermit besonders hervorgehoben haben und sagen, daß hier also ein Ausschußantrag vorliegt und ich dringend empfehlen möchte, diesen Ausschußantrag anzunehmen.

(Sehr richtig! links.)

Für das **Beschaffungswesen** sind uns die Grundsätze im Finanzgesetz in Aussicht gestellt. Auch ich bin der Meinung, daß man von einem schematischen Verfahren unter allen Umständen absehen muß. Eine Grundbedingung ist, daß bei der Vergebung alle Wirtschaftsgebiete berücksichtigt werden müssen. Es geht das in der Richtung, die der Herr Minister vorhin richtig dahin gekennzeichnet (D) hat, daß er es als eine Aufgabe der Verkehrsverwaltung betrachtet, die Industrie zu befruchten; diese Absicht ist noch dahin zu ergänzen, daß, wie der Zentrumsantrag sagt, auch das Handwerk entsprechend befruchtet werden soll. Und wenn die Verkehrsverwaltung wegen der Mehrarbeit Bedenken hat, so möchte ich darauf hinweisen, daß sie das Geschäft dadurch vereinfachen kann, daß sie solche Aufträge an Korporationen, und zwar zu angemessenen Preisen, verteilt.

Wenn wiederholt davon gesprochen worden ist, daß die Syndikate und Monopole darauf ausgehen, den Staat zu schädigen, so vermisse ich immer die Angabe der Mittel dafür, wie dem entgegengewirkt werden kann. Ich erblicke ein Hauptmittel darin, daß die Verkehrsverwaltung einen großen Auftragsbestand in der Hand hat, und wenn sie richtig mit diesem operiert, hat sie ein ganz erhebliches Druckmittel, um hier Auswüchsen entgegenzuarbeiten. Eine geschäftskluge und gewandte Handhabung der Vergebung dieser Aufträge kann sehr heilsam wirken, insbesondere auch als Regulator für die Arbeitslosigkeit.

Bei der **Vergebung der Aufträge** wäre noch das Moment besonders zu berücksichtigen, daß man keine zu großen Erschwerungen in die **Bedingungen** hineintragen sollte und insbesondere davon absehen müßte, Fabrikationsvorschriften für die zu liefernden Waren vorzuschreiben. Denn damit würde die Verwaltung eine erhebliche Verantwortung auf sich laden. Es ist auch im Ausschuß nicht mit Unrecht beanstandet worden, daß die Eisenbahn keine Rohstoffe beschaffen wolle, um sie ihren Lieferanten zu liefern. Das möchte ich hier ganz besonders unterstreichen; denn es kann nicht Sache der Eisenbahnverwaltung sein, als Rohstofflieferant aufzutreten; denn sie übernimmt damit gleichzeitig eine Garantie, die sonst der Lieferant zu tragen hätte.

(Dr.-Ing. **Wieland**, Abgeordneter.)

(A) Die Behauptung bezüglich der **Regiebetriebe**, daß die Privatunternehmer billiger arbeiten und der Wettbewerb ein Regulator für die Preise ist, kann ich nur unterstreichen und sagen, daß meine Freunde eine stärkere Heranziehung gerade der Privatunternehmer wünschen, mehr als es bisher geschehen ist.

Der Herr Minister hat schon zugesagt, daß er beabsichtige, die **Verwaltung nach kaufmännischen Grundsätzen** zu führen. Man kann diese Absicht nur mit Freuden begrüßen, und ich möchte dem hohen Hause die Ausführungen, die der Herr Verkehrsminister Oeser seinerzeit über seine Erfahrungen in kaufmännischer Richtung gemacht hat, nicht vorenthalten. Er äußerte sich:

> Es hat mich als wirtschaftlich orientierten Mann geradezu zur Verzweiflung gebracht, daß die einfachsten rechnerischen Dinge, ohne deren Kenntnis ein kaufmännisches Vorgehen allerdings schwer ist, hinter einem dichten Schleier zu liegen scheinen.

Es wird also dem Herrn Minister vorbehalten bleiben, diesen Schleier einmal gründlich zu lüften.

Ein Wort noch über den im Etat angeforderten **technischen Staatssekretär.** Diese Anforderung ist freudigst zu begrüßen, denn es geht aus ihr hervor, daß der Herr Minister richtig erkannt hat, daß er ohne einen technischen Mitarbeiter das Verkehrsministerium nicht führen kann. Aus dem, was wir hier heute schon gehört haben, geht klar und deutlich hervor, welch' große Aufgaben dieses technischen Staatssekretärs warten. Es soll im Verkehrsministerium ein neuer Boden gelegt werden, und vor allen Dingen muß der technische Apparat von Grund auf verbessert werden. Ich erinnere nur an die Klagen, die bezüglich der Lokomitvreparaturen hier geführt worden sind. Dann müssen die technischen Errungenschaften nutzbar gemacht werden, und in dieser Richtung hat ja der Herr Kollege Klöckner hier gesagt, er empfehle dringend, (B) die großen Wageneinheiten schleunigst auszuprobieren. Man sieht also, daß der Mann hauptsächlich in bezug auf die Organisation ein ganz erhebliches Tätigkeitsfeld vor sich hat. Eine Hauptsache ist aber nun, daß der Herr Minister den richtigen Mann findet; denn sonst wird die Schaffung dieser Stelle ein Schlag ins Wasser sein.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Mann muß eine selbständige, energische und praktische Persönlichkeit sein, das nötige Organisationstalent besitzen und vor allem einen neuen Geist mit in die Verwaltung hineinbringen. Ich möchte es deswegen als sehr fraglich erscheinen lassen, ob es richtig wäre, zum Beispiel einen Mann aus der bisherigen Verwaltung für diesen Posten vorzusehen; dann, wie gesagt, wäre er wahrscheinlich zu sehr vom alten Geist beseelt, während es dringend notwendig wäre, einen neuen Geist in die Verwaltung hineinzubringen. Dieser Meinung ist man in den weitesten Technikerkreisen. Ich bin überhaupt der Meinung: die bisherige Verwendung der Technik in unseren Ministerien und gerade im Verkehrsministerium ist viel zu sehr im Hintergrunde gewesen.

(Sehr richtig! rechts.)

Man hat gesehen, daß man beim Aufbau des Ministeriums es nicht einmal für nötig befunden hat — der Herr Minister war damals nicht am Ruder — überhaupt Techniker über den Aufbau des Ministeriums nur zu hören.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist das einfach unbegreiflich, wenn man bedenkt, daß das Verkehrsministerium doch ein vorwiegend technisches Ministerium ist. Man sieht, welcher Geist damals im Verkehrsministerium geherrscht hat. Der Staat muß viel mehr, als dies bisher geschehen ist, sich die Fähigkeiten seiner technischen Beamten zu nutze machen, und vor allem ihre Arbeitskraft und ihre Arbeitslust auch in der (C) richtigen Weise ausnützen. Man würde damit nur ihr Wollen und ihr Können auch in der richtigen Weise anerkennen und in die Tat umsetzen.

Die technischen Beamten- und Wirtschaftsverbände haben sich in dieser Richtung schon in Entschließungen in weitestgehender Weise vernehmen lassen. Ich möchte dem hohen Hause nur eine Entschließung des Reichsbundes deutscher Technik zur Kenntnis bringen, die sehr treffend ist. Sie sagt: „daß in der Geschäftsführung der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen Deutschlands Verschwendung an Arbeitskraft getrieben wird. Die Bundesversammlung dieses über ganz Deutschland weit verbreiteten Bundes hat gefordert, daß die bisher zersplitterten, technischen und wirtschaftlichen Einrichtungen, Behörden und Stellen entsprechend den für die Einschränkung der Ausgaben des Staatshaushalts gegebenen Leitsätzen in technischen Zentralinstanzen zusammengefaßt werden, ferner daß bei allen mit technischen und technisch-wirtschaftlichen Fragen befaßten Behörden und Ministerien durch Einschränkung der mehrfachen Bearbeitung ein und derselben Sache die Produktivität der Arbeit erhöht wird, daß die Geschäftsführung einer sachgemäßen Prüfung unterzogen und durch übersichtliche Verteilungspläne neu geordnet wird und daß hierbei an die Spitze der auf technisch-wirtschaftlicher Grundlage beruhenden Abteilungen und Ämter Techniker gestellt werden". In dieser Richtung soll erfreulicherweise hier verfahren werden.

Noch ein Wort über die **Organisation des Ministeriums.** Es sind im Etat die Berufe, die im Ministerium verwendet werden, nur von der Gruppe A XII abwärts ersichtlich. Die höheren Beamten sind nicht nach Berufen gegliedert, und es wäre sehr wünschenswert, wenn das ersichtlich gemacht werden würde. Auch in der Aufstellung, die das Ministerium des Innern dem Verbilligungsausschuß gegeben hat, ist das beim Reichsschatzministerium ganz klar ersichtlich. Aber das Reichsverkehrsministerium (D) ist in der Richtung noch sehr dürftig. Ich möchte dringend wünschen, daß da dem Beispiel des Reichsschatzministeriums gefolgt würde.

Zum Schluß möchte ich unsere Anerkennung darüber aussprechen, daß die **Leistungen der Verwaltung und des Personals** in schwieriger Zeit wirklich hervorragend gewesen sind.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich will nicht schließen, ohne besonders noch darauf hingewiesen zu haben, daß der frühere preußische Verkehrsminister Oeser in ganz verzweifelter Lage den Betrieb über Wasser gehalten hat und sich, hauptsächlich durch die Einführung des Systems der Leistungsprämie, erhebliche Verdienste erworben hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Kollege Dr. Reichert hat vorhin gesagt, der Minister sammle sozusagen jetzt schon Vorschußlorbeeren. Dem möchte ich entschieden widersprechen; denn wenn man sich das Ergebnis der Ausschußverhandlungen vor Augen hält, so muß man doch sagen, daß im Verkehrsministerium unter der Führung des Herrn Ministers und seiner Mitarbeiter schon recht Erhebliches geleistet worden ist. Ich möchte hoffen und wünschen, daß die Grundsätze und die guten Absichten, die er uns hier entwickelt hat, ihn auch zum Ziele führen.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Groener, Reichsverkehrsminister: Meine Damen und Herren! Bezüglich der **Tarifgestaltung für die ungünstig gelegenen Wirtschaftsgebiete** haben wir schon bei der Reform vom Dezember den Staffeltarif eingeführt, und ich hoffe, daß dieses Vorgehen doch auf die Dauer gute

(**Groener**, Reichsverkehrsminister.)

(A) Wirkungen für diese Gebiete haben wird. Wir sind auch in eine Prüfung der Frage eingetreten, in welchem Umfange es möglich erscheint, die **Nahrungsmittel** bei der bevorstehenden **Tariferhöhung** noch mehr zu berücksichtigen.

Was die **Zurückhaltung der Wagen in Polen** anlangt, so ist es richtig, daß zurzeit über 82 000 deutsche Güterwagen in Polen sind.

(Hört! Hört!)

Davon sind 30 754 aus dem Wagenübergang nach Polen vom Zeitpunkt der Verkehrsaufnahme an bis zum Januar 1921 hinübergeflossen. 9440 Wagen sind seinerzeit in Russisch-Polen zurückgeblieben.

(Hört! Hört!)

14 000 Wagen sind in Galizien von den Polen festgehalten worden.

(Hört! Hört!)

9000 Wagen befanden sich seinerzeit in dem losgerissenen Teile der Provinz Posen. 11 000 Wagen sind in dem Gebiete zurückgelassen worden, das nach der Ratifizierung des Friedensvertrages am 14. Januar 1920 übergeben worden ist. 8000 Wagen sind nach einer Mitteilung der tschechoslowakischen Eisenbahnverwaltung über die Kaschau—Oderberger-Bahn abgeflossen. Der Güterwagenausgleich mit Polen sollte nach dem vorläufigen deutschpolnischen Eisenbahnübereinkommen vom 22. Oktober 1919 in natura erfolgen. Der Ausgleich sollte nach Ablauf je einer Woche vom Eisenbahnzentralamt hier und von der polnischen Staatsbahndirektion Posen vorgenommen werden. Dieser Naturalausgleich hat sich nur bis zur Besetzung Oberschlesiens durch interalliierte Truppen durchführen lassen. Von diesem Zeitpunkt an sind dauernd erheblich mehr deutsche Wagen nach Polen abgegangen, als von dort zurückgekommen sind, und zwar deshalb, weil die Ententekommission in Oppeln die Direktion Kattowitz genötigt hat, für die Kohlentransporte nach Polen die erforder-(B)lichen Wagen zu stellen, auch wenn die deutschen Wagen in Polen festgehalten wurden.

(Hört! Hört!)

Erst als die Polen nach Beginn ihrer Gegenoffensive gegen die Bolschewisten von Woche zu Woche Tausende von deutschen Wagen zurückhielten, hat die Verkehrsabteilung der interalliierten Kommission in Oppeln eingegriffen und am 28. August vorigen Jahres angeordnet, daß lediglich 110 Kohlenwagen nach Polen weniger gesandt würden als von Polen leer zurückgegeben wurden. Durch allerlei Quertreibereien, wohl über Paris, ist es allerdings den Polen seitdem gelungen zu erreichen, daß die Kommission in Oppeln ihre Zwangsmaßnahmen wieder aufgehoben hat.

(Hört! Hört!)

Zurzeit schweben Verhandlungen mit Polen, die die Feststellung der polnischen Wagenschuld und die Rückführung der unrechtmäßig zurückgehaltenen Wagen zum Ziele haben.

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Deglerk, Abgeordneter, Berichterstatter: Bezüglich des zweifelhaften Punktes in der Entschließung auf Seite 4 der Drucksache Nr. 1678 unter D. a) 4a 2, **Fahrpreisermäßigungen** für Fahrten zum **Besuch der Volkshochschulen**, ist nunmehr aus dem Protokoll über die 82. Sitzung des Haushaltsausschusses festgestellt worden, daß der Haushaltsausschuß auch diesen Punkt angenommen hat.

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Die Eisenbahndebatte, die heute hier gepflogen wird, läuft in ihrer Grundtendenz wieder auf dasselbe hinaus, was wir Ende voriger Woche hier im Saale besprochen haben anläßlich der Beratung (C) des Reedereiabfindungsgesetzes. Die Eisenbahndebatte bildet einen Teil des Themas, das Sie euphemistisch als kapitalistischen Wiederaufbau bezeichnen. Dieselben Tendenzen und Motive, die im Reedereiabfindungsvertrag zum Ausdruck kamen, können wir auch hier wiederum beobachten. Die Eisenbahnen boten nach Beendigung des Krieges ein ganz getreues Abbild der zerrütteten kapitalistischen Wirtschaft überhaupt, und es gehört schon mehr als eine eiserne Stirn dazu, wenn Vertreter der Rechtsparteien sich hier im Hause hinzustellen und die Behauptung aufzustellen wagen, daß die Revolution an der **Zerrüttung der Eisenbahn und des Verkehrswesens** schuld sei.

(Abgeordneter Leutheußer: Sehr richtig!)

— Nun, Herr Abgeordneter Leutheußer, wenn Sie „sehr richtig!" rufen, möchte ich Sie daran erinnern, daß Sie jedenfalls ein sehr kurzes Gedächtnis haben. Sonst müßten Sie wissen, daß auch die Länder, die keine Revolution durchgemacht haben, wie die von Ihnen so sehr beneideten Siegerstaaten, genau mit denselben Erscheinungen zu rechnen haben, wie das sogenannte revolutionäre Deutschland. Wir haben die Klagen, die Sie hier erheben aus parteiegoistischen Gründen und aus Ihrer Sucht heraus, alles, was irgendwie mit der Revolution zusammenhängt, zu verleumden, in allen übrigen Ländern ebenfalls gehört. Ich entsinne mich sehr genau, in der englischen, französischen und auch in der italienischen und belgischen Presse dieselben Klagen, dieselben Lamentationen gehört zu haben. Überall war das Schlagwort von der „Woge der Faulheit", die durch die Massen geht, überall wurden dieselben Gründe angeführt, und da nun die Folgen des Krieges, die Folgen von viereinhalb Jahren Menschenmord und Güterverníchtung sich zeigen und Sie den Krieg, den Sie heraufbeschworen hatten und verloren haben, nun natürlich in seinen Wirkungen vor den Massen verschleiern müssen, (D) kamen Sie mit der verlogenen Behauptung heraus, die Revolution sei Schuld an den Zuständen, die sich im Wirtschaftsleben und insbesondere im Verkehrsleben herausgebildet hatten.

Die Ursachen des Niederganges der deutschen Eisenbahnen sind ausschließlich in der Überlastung des Betriebes während der viereinhalb Kriegsjahre zu suchen, sie sind in Ihrer Sucht zu suchen, jeden Mann an die Front zu schleppen, damit er Ihre Geldsäcke verteidigen sollte, sie sind in der Unterlassung jeder Reparatur während der Kriegszeit zu suchen, sie sind darin zu suchen, daß Sie die wertvollen Materialien, in denen menschliche Arbeit verkörpert war, die also besonders wertvoll waren, aus den Eisenbahnwagen, aus den Lokomotiven herausrissen, um sie in den Dienst der Vernichtung, in den Dienst des internationalen Massenmords zu stellen.

Der Niedergang ist vor allen Dingen in einer Art von **Ausbeutung des Eisenbahnpersonals während des Krieges** zu finden, die ihresgleichen sucht. Ich brauche nicht daran zu erinnern, daß die Eisenbahnarbeiter während der Kriegszeit vom preußischen Staat in der unglaublichsten Weise ausgebeutet worden sind.

(Zuruf rechts: Das haben wir gern gemacht!)

— So sehen Sie aus! Sie sind auch vom Stamme Nimm!

(Zuruf rechts: Sie sind kein Beamter der Eisenbahn!)

— Jedenfalls können Sie nur von Ihrer Person sprechen, und da bezweifle ich die Ehrlichkeit Ihrer Behauptung;

(oho! rechts)

das möchte ich Ihnen gesagt haben. Wir sprechen aber im Namen der großen Zahl derer, die von ihrer Hände Arbeit leben mußten und die wegen des Patriotismus, wie Sie ihn verstehen, sich den Hungerriemen enger schnallen mußten. Diese unglaublich niedrige Bezahlung

(**Höllein,** Abgeordneter.)

(A) des Eisenbahnpersonals, vor allen Dingen des Fahrpersonals, hat dann auch mit dazu beigetragen, die sittlichen Bande zu lockern, wie man das bei späteren Erscheinungen hat feststellen müssen. Der Hunger auf der einen Seite und das ansteckende Beispiel auf der anderen Seite, das Beispiel derer, die nicht Proletarier waren, aber in Feindesland alles an sich gebracht haben, was sie irgend an sich bringen konnten, waren dann die Ursache für jene Erscheinungen im Verkehrswesen, die Sie mit so viel Krokodilstränen und mit noch viel mehr Moralinsäure zu begießen sich anmaßen.

(Große Heiterkeit.)

Eine weitere Ursache des Niedergangs des Eisenbahnwesens war unzweifelhaft die Tatsache, daß Sie während des Krieges, während es galt, Patriotismus nach außen zu mimen, nicht das getan haben, was Sie heute den Arbeitern aufpacken wollen: da sind Sie mit Verkehrstariferhöhungen nicht an die Öffentlichkeit getreten, da haben Sie im Interesse des Patriotismus der Geldsäcke jede Maßnahme, die auf eine Vermehrung der Einnahmen abzielte, unterbunden.

Als dann der Zusammenbruch kam, haben wir erlebt, daß die Sklaven, die Sie bei schlechter Bezahlung, bei Hunger bisher mit der Peitsche des Obrigkeitsstaats

(Lachen und Zurufe rechts)

zusammengehalten hatten, sich endlich auf ihr Menschenrecht besonnen und ihre Fesseln zerbrochen haben, in die gerade Ihre Parteien (nach rechts) sie bis dahin geschlagen hatten, und es gehört schon etwas mehr als ein — ich möchte fast sagen — perverser Geschmack dazu, um sich hinzustellen und hier im Hause und im Ausschuß zu beklagen und zu bejammern, daß die Eisenbahnsklaven nicht mehr die geduldigen Schafe sind, die sie bisher waren zugunsten der preußischen Junker,

(Heiterkeit rechts)

(B) die sich dadurch vom Steuerzahlen drücken konnten.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Ist der Mann gesund?)

— Ach, Herr Beuermann, wenn Sie einen Witz machen wollen, so machen Sie wenigstens einen gescheiten, nicht so einen blöden Oberlehrerfimmel!

(Schallende Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, daß sich die Eisenbahnerschaft freigemacht hat von jenem Geist der absoluten Unterwürfigkeit, von jenem Geist des Kadavergehorsams, der ihnen systematisch eingebläut worden ist, das ist eine Kulturerscheinung ersten Ranges.

(Heiterkeit)

Auch die Eisenbahner haben ihre Menschenrechte geltend zu machen, und was wir tun können, um sie in dieser Beziehung zu stützen, das werden wir tun! Wir werden rücksichtslos für ihre materiellen und noch rücksichtsloser für ihre geistigen Interessen eintreten,

(schallende Heiterkeit rechts)

unbekümmert darum, ob es Ihnen (nach rechts) gefällt oder nicht.

Wo Sie hinauswollen und wie Ihre Beamtenfreundlichkeit aussieht, das hat die Debatte im Reichstage anläßlich der Eisenbahnerforderungen hinlänglich bewiesen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie haben keine Ursache, sich hier hinzustellen und Beamten- und Arbeiterfreundlichkeit zu mimen.

(Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Jeder Eisenbahner, der noch seine fünf Sinne zusammen hat, sagt: „Spiegelberg, ich kenne dir“, und fällt auf Ihre Tiraden nicht herein.

(Große Heiterkeit rechts.)

Aber wenn es noch eines Beweises bedarf, wie Sie zu der ganzen Frage stehen, so haben Sie ihn erbracht in den Angriffen, die von der rechten Seite bis zur Mitte dieses Hauses gerichtet worden sind gegen die Errungenschaften der Novemberrevolution, (C)

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: „Errungenschaften“ ist gut!)

in den Angriffen auf den **Achtstundentag.** Nun, der Achtstundentag ist eine Tatsache, und die Arbeiterschaft und auch die Beamtenschaft werden sich mit Händen und Füßen dagegen zu wehren wissen, daß diese Errungenschaft ihnen wieder streitig gemacht werden könnte.

Herr Dr. Reichert von den Deutschnationalen war sogar so freundlich, etwas tiefer in sein schwarzes Herz hineinschauen zu lassen.

(Heiterkeit.)

Er war offenherzig genug, uns hier zu verraten, daß bei der Aufrechterhaltung des Achtstundentags die Pflicht zur Wiedergutmachung an die Entente nicht erfüllt werden könnte, und er, als der Kuli des Kapitals,

(große Heiterkeit)

hat selbstverständlich die Pflicht, im Interesse derer, die ihn bezahlen und hierher geschickt haben, zur Vertretung ihrer Interessen in diesem destruktiven Sinne zu wirken, vom allgemeinen Interesse aus gesehen.

Meine Damen und Herren! Das **Defizit,** das der Eisenbahnetat aufweist, beträgt 16 Milliarden Mark. Davon sollen nach den Angaben des Herrn Ministers 5 Milliarden dadurch getilgt werden, daß er den Beamten- und Arbeiterkörper verringert, und 10 Milliarden Mark will er aufbringen durch Erhöhung der bestehenden Personen- und Gütertarife. Im Ausschuß ist die These aufgestellt worden, daß die Eisenbahn sich selbst erhalten müßte. Im gegenwärtigen konkreten Falle bedeutet die Anerkennung dieser These, daß auch das Proletariat, die Arbeiterklasse, die Opfer für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerrütteten Eisenbahnen tragen, daß auch hier wieder der kapitalistische Abbau auf Kosten der Knochen der Arbeiterklasse erfolgen soll. Und zwar soll dieser (D) kapitalistische Abbau durch eine verstärkte, auf die Spitze getriebene Ausbeutung herbeigeführt werden. Man möchte das Personal wieder dahin bringen, daß es wie früher bei miserabler Bezahlung und unendlicher Arbeitszeit sich alles gefallen läßt.

(Zuruf rechts: Das will kein vernünftiger Mensch!)

— Nun, wenn Sie es mit den Lippen leugnen, Ihre Taten zeugen für Sie, und Taten sind härter als Eisen.

(Zuruf rechts.)

— Ach, gehen Sie lieber hin zu Stinnes und machen Sie dort Ihre Lakaienrolle! Hier dürfen Sie sich nicht so mausig machen.

(Zuruf rechts: Wenn Sie einen Mann wie Stinnes hätten!)

— Ich meine, Sie können sich ja wohlfühlen als Anhängsel eines Herrn Stinnes; ich jedenfalls nicht.

Nun, meine Damen und Herren, wenn der Wiederaufbau der deutschen Eisenbahnen auf der einen Seite durch verstärkte Ausbeutung des Personals erfolgen soll, so soll er auf der andern Seite erfolgen auf Grund einer bis ins Uferlose gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter als Konsumenten.

(Zuruf.)

— Nun, ich werde Ihnen da noch dienen. Wie der Wiederaufbau erfolgen soll, und wie dabei die Kapitalkreise besonders verdienen sollen, das erhellt aus Ihren Forderungen, die von den verschiedensten Seiten erhoben worden sind. Daß Sie die Aufträge, die **Reparaturen der Eisenbahnen** wieder zum größten Teil in die Hände des **Privatkapitals** hinüberleiten wollen, das kennzeichnet Sie. Kommen Sie nicht mit der Einrede, daß die Privatindustrie billiger arbeite als der Regiebetrieb der Eisenbahn! Wir haben Zahlen zur Verfügung, wonach die Kosten der Reparaturen bei der Privatindustrie bedeutend

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) höher sind als in den Werkstätten. Es ist also lediglich das Hinüberspielen von Extraprofiten an das Kapital, das Sie veranlaßt, diese Forderungen zu erheben.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Herr Minister hat dann im Ausschuß auch in Aussicht gestellt, daß das **Personal**, das heute vorhanden ist, erheblich **abgebaut** werden soll. 52000 Mann sind bisher schon entlassen worden und, wie berichtet worden ist, sollen weitere 100000 den schon Hinausgeworfenen folgen, während man die Zahl der Zurückgebliebenen durch erhöhte Leistungen zwingen will, die Entlassenen zu ersetzen.

In welcher Art und Weise diese **Erhöhung der Leistungen** durchgesetzt werden soll und durchgesetzt worden ist, haben wir schon an einem konkreten Beispiel im vorigen Jahre erlebt, als unter dem Schutz der Sipo und der Reichswehr die Werkstätten ganz brutal geschlossen wurden, in einer Weise, wie der brutalste Unternehmer in Deutschland bisher noch nicht vorgegangen war. Als die Arbeiter früh in den Betrieb hineingehen wollten, waren die Werkstätten geschlossen, und die bewaffnete Macht stand da.

(Zuruf rechts.)

— Wenn Sie das richtig nennen, dann zeigen Sie, welch' Geistes Kind Sie sind.

(Zuruf rechts: Habe ich gar nicht gesagt!)

— Was ist ein sozialistischer Betrieb? Wenn das Ihr Sozialismus ist, dann überlassen wir Ihnen den gern. Wir verzichten auf diese Ehre, wo der Arbeiter der Alleinige ist, der die Kosten zu tragen hat.

Weiter wird von allen Seiten der bürgerlichen Parteien eine **Attacke** über die andere **gegen den Achtstundentag** geritten, und man hat schon allerlei schöne juristische Formeln gefunden, um diesen Abbau des Achtstundentags (B) möglichst harmlos nach außen in die Erscheinung treten zu lassen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber nicht nur das; man hat uns als Unterlage zur Beurteilung der Dinge Material zur Verfügung gestellt, das man unbedingt zurückweisen muß. Es wurden uns vom Verkehrsministerium über die Durchführung des Achtstundentags Zahlen genannt, wonach durch den Achtstundentag bei der Eisenbahnverwaltung ein Personalmehrbedarf von etwa 30 Prozent notwendig geworden sein soll. Diese Behauptung ist auch vom Berichterstatter hier wiederholt worden. Nun, meine Damen und Herren, wir bestreiten die Richtigkeit dieser Zahlen; die Beweise, die dafür angeführt worden sind, sind absolut nicht stichhaltig und haben die Gründe, die angeführt worden sind, nicht zu widerlegen vermocht. Wenn ein großer Teil des Personals der Eisenbahn auch schon vor dem Kriege nur acht Stunden gearbeitet hat, wenn das Gros der Werkstättenarbeiter nur neun Stunden gearbeitet hat und das Zugpersonal zehn Stunden, so kann man doch nicht sagen, daß der Unterschied von einer Stunde beziehungsweise zwei Stunden hinreichen könnte, um eine Vermehrung des Personals um 30 Prozent herzuleiten. Aber der Minister hat dabei nur das eine im Auge: er will den bürgerlichen Parteien Unterstützung leisten bei ihrer Attacke, die sie gegen den Achtstundentag reiten, er will ihnen Material liefern, damit man diese Errungenschaft der Revolutionstage möglichst wieder beseitigen kann. Daß schon Versuche gemacht worden sind, um den Achtstundentag zu beseitigen, steht für jeden, der die Dinge kennt, ohne weiteres fest, und es wird an den Eisenbahnern selbst liegen, sich mit Händen und Füßen dagegen zu wehren, daß ihnen auf Umwegen und durch Hintertüren der Achtstundentag wieder geraubt wird.

(Zurufe rechts.)

— Jawohl, es sind alle möglichen Dinge angeführt (C) worden. Man hat zum Beispiel darauf hingewiesen, daß die Arbeitsleistung der einzelnen Arbeiterschichten nicht die gleiche sei, daß es ungerecht sei, wenn ein Streckenwärter nur acht Stunden Dienst tue, während ein Heizer einer Lokomotive verhältnismäßig viel stärker arbeiten müsse. Auf die Art der Tätigkeit kommt es aber dabei nicht an, sondern auf die Inanspruchnahme der Arbeitskraft des einzelnen. Wenn wir hier irgendwelche Zugeständnisse machen würden, so wüßten wir, daß in absehbarer Zeit der ganze Achtstundentag von der Bureaukratie, die wir ja kennen, hinweggeskamotiert werden würde. Wenn weiter versucht werden sollte, eine Gruppe der Eisenbahner gegen die andere auszuspielen, so kennen wir ja die Weise, die Motive und die Verfasser, die nach dem alten Grundsatz handeln: teile und herrsche.

Nun die **Tariferhöhung**. Der Herr Eisenbahnminister will aus dem Verkehr, wie ich schon andeutete, in Zukunft 10 Milliarden Mark mehr herausholen, und zwar soll der Personenverkehr 1 Milliarde und der Güterverkehr 9 Milliarden Mark bringen. Das macht **auf den Kopf der deutschen Bevölkerung eine Jahresbelastung von 166⅔ Mark** und für die deutsche Normalfamilie von 4½ Köpfen eine Jahresbelastung von 750 Mark. Während man also bei den Reedern einen Packen von 900 Mark pro Familie bereitgehalten hat, kommt hier als weitere Bürde für den Rücken der Arbeiterfamilie eine Jahresbelastung von 750 Mark hinzu. Das bedeutet eine Belastung der einzelnen Arbeiterfamilien mit 15 Mark pro Woche und das in einer Zeit, wo man vom Lohnabbau redet, wo die Schwerindustrie und das Großkapital Tag für Tag Versuche unternimmt, durch offene Provokation und durch die brutalsten Maßnahmen die Arbeiterlöhne herabzudrücken. In dieser Zeit kommt die Eisenbahn her und trägt ihrerseits zu einer gewaltigen Verteuerung der Lebenshaltung bei. Es bleibt ja nicht (D) bei dieser Wochenbelastung von 15 Mark für die Normalfamilie; denn die erhöhten Frachten und Aufwendungen, die die Händler, Kaufleute und Industriellen zu machen haben, werden nicht nur in dieser Höhe auf den Preis aufgeschlagen, sondern die Unternehmer wollen, wie die Erfahrung längst gelehrt hat, auch an diesen Summen, die sie mehr hineinstecken müssen, ebenfalls ihren Sonderprofit machen, so daß die Belastung eine viel höhere sein wird, als sie zahlenmäßig in der Tariferhöhung zum Ausdruck kommt.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Warenpreise werden durch die beträchtliche Erhöhung der Frachten und der Personentarife eine gewaltige Steigerung erfahren, und wir werden erleben, daß die Menge der Lebensmittel, der Kleidung, der Wohnungsgelegenheit usw., die der Arbeiterklasse bisher bei ihren ungenügenden Löhnen noch erreichbar war, in Zukunft noch mehr verringert werden wird, daß also die Verelendung der breiten Massen der Arbeiter noch weitere Fortschritte machen wird.

Abgesehen von dieser finanziellen Herabdrückung des Niveaus der Arbeiter kommt auch noch ein ideeller Faktor in Betracht bei diesen Tariferhöhungen, und das ist für weite Kreise der Arbeiter die Beraubung der Möglichkeit, in ihrer arbeitsfreien Zeit einen Ausflug in die Umgebung zu machen, um ihre gesundheitlichen Kräfte möglichst im Gleichgewicht zu erhalten. Die Tariferhöhungen bedeuten, daß große Kreise der Arbeiter in den Großstädten nicht mehr aus dem Weichbild der Stadt herauskönnen, sondern ihre ganze freie Zeit in der brütenden Hitze bei Staub und allen möglichen Gerüchen verbringen müssen. Daß dies für die Erwachsenen eine Schädigung ihrer Gesundheit bedeutet und daß es vor allen Dingen für das heranwachsende Geschlecht geradezu katastrophale Folgen zeitigen muß, bedarf keiner weiteren Darlegung.

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) Auch der Arbeiterverkehr, der bisher gewisse Vergünstigungen gegenüber den allgemeinen Tarifen hatte, soll, wie uns mitgeteilt worden ist, mehr belastet werden. Das bedeutet an sich schon eine Verringerung der Lohnhöhe der Arbeiter; denn die Arbeiter, die gezwungen sind, auswärts Arbeit zu nehmen, können den Betrag, den sie für die Fahrt vom Wohnort zum Arbeitsort und zurück aufwenden müssen, nicht als eigentlichen Lohn betrachten. Wohl wird ihnen dies als Lohn angerechnet, aber in Wirklichkeit sind es doch Aufwendungen, von denen sie persönlich gar keinen Nutzen haben und mit denen sie nicht das geringste Lebensbedürfnis befriedigen können. Der Endeffekt der Tariferhöhungen wird also eine gewaltige finanzielle und damit auch körperliche Verelendung der Arbeiterklasse sein, er wird weiter zu einer Herabdrückung ihres Gesundheitszustandes führen und ihre Widerstandskraft gegenüber den schädlichen Einflüssen weiter herabmindern.

Ich will nicht auf Dinge eingehen, die im Ausschuß zur Sprache gekommen sind, aber möchte doch einen Fall an die Öffentlichkeit bringen, der sich im Ausschuß abgespielt hat und der zeigt, wie wenig Beamten- und Arbeiterfreundlichkeit in Ihren Kreisen zu suchen ist. Es war im Ausschuß von den Vertretern der Unabhängigen ein Antrag gestellt worden, die für den bahnärztlichen Dienst eingestellte Summe um 20 Millionen Mark zu erhöhen und diesen Mehrbetrag für die **Bekämpfung der Tuberkulose** unter der Arbeiterschaft zu verwenden. Da hatten wir das erbauliche Schauspiel, daß ein Vertreter der rechtssozialistischen Partei trotz der anerkannten Tatsache, daß sich der Gesundheitszustand der Eisenbahnerschaft in und nach dem Kriege erheblich verschlechtert hat, es für notwendig hielt, bei der Regierung anzufragen, ob es notwendig sei, diesen Betrag in den Etat einzustellen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(B) Anerkannt aber muß werden, meine Damen und Herren, daß der Regierungsvertreter im Ausschuß seine Freude darüber zum Ausdruck gebracht hat, daß dieser Antrag gestellt worden war. Nun, wie es immer so ist, sobald Anträge gestellt werden, die proletarischen Interessen dienen, kommt das Wiederaufbaukonsortium von dieser Seite mit allen möglichen parlamentarischen Kniffen und juristischen Tricks, um derartige Anträge zu Fall zu bringen. In diesem Falle schützte man etatsrechtliche Bedenken vor,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

als ob man nicht in diesem Milliardenetat die 20 Millionen Mark, die pro Kopf des beschäftigten Arbeiters ganze 20 Mark ausgemacht hätten, sofort hätte einstellen können. Man verschob die Sache vielmehr auf den Weg der Resolution nach der bekannten Weise: Wasch mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß! Die Resolutionen haben nämlich nicht den Wert des Papiers, auf das sie gedruckt werden.

Nun ist aber die Tatsache, daß aus dem Etat nicht ersichtlich ist, daß bisher auch nur ein Pfennig zur Bekämpfung der Tuberkulose eingestellt worden wäre. Gegenüber diesem Nichts im Eisenbahnetat wird selbstverständlich jeder Betrag zur Bekämpfung der Tuberkulose eine Erhöhung der Mittel verursachen. Nun brauche ich nicht auszuführen, wie dringend notwendig gerade unter der Eisenbahnerschaft, die den Einflüssen der Witterung in weitem Maße ausgesetzt ist, die Bekämpfung der Tuberkulose ist; aber feststellen wollen wir, daß man angesichts der Milliardenforderungen in diesem Etat seine Arbeiterfreundlichkeit nicht einmal soweit dokumentieren wollte, daß man diese lumpigen 20 Millionen Mark für diesen Zweck eingesetzt hätte, obwohl der Regierungsvertreter ausdrücklich seine besondere Freude über den Antrag zum Ausdruck gebracht hatte.

(Zuruf rechts: Es ist Sache der Eisenbahnbetriebskrankenkassen, für die Eisenbahner zu sorgen!)

(C) — Es handelt sich ja um den bahnärztlichen Dienst, der heraufgesetzt werden sollte mit der Maßgabe, daß 20 Millionen Mark für die Bekämpfung der Tuberkulose eingesetzt wurden.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

Diese 20 Millionen Mark waren verteilt auf 1 Million Beschäftigte und auf die Familien der Beschäftigten. Das war doch wahrlich eine so bescheidene Forderung, daß auch der ärgste Reaktionär und der ärgste Arbeiterfeind sie hätte bewilligen müssen. Aber, wie gesagt, auch die Rechtssozialisten haben gegen die Einsetzung der 20 Millionen gestimmt. Das muß hinausgetragen werden in die Lande!

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ob Ihnen das gefällt oder nicht, das soll mir ganz gleichgültig sein, aber wir nageln Sie an. Ja, der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Herr Brunner, war sogar so freundlich, mit dagegen zu stimmen, er, der dazu berufen ist, die Eisenbahnerinteressen zu vertreten. So sehen diese Art Arbeitervertreter aus!

(Heiterkeit.)

Nun, meine Damen und Herren, habe ich an den Minister noch eine Anfrage zu stellen. Aus Hamburg ist uns die Mitteilung geworden, daß dort einem Eisenbahner, der zur hamburgischen Bürgerschaft kandidiert hat, wohl der verfassungsmäßig vorgeschriebene Urlaub gewährt worden ist, daß ihm aber die Bezahlung für diese Urlaubstage, während deren er sich um das Mandat bewarb, verweigert oder wenigstens zunächst ausgesetzt worden ist bis zur Entscheidung des Ministers. Der Herr Minister hat nun nach den uns gewordenen Mitteilungen unter dem 28. Januar 1921 durch die Zweigstelle Preußen-Hessen einen ablehnenden Bescheid erteilen lassen. Der Herr, der uns hier die Informationen zugesandt hat, bemerkt, daß ein Arbeitskollege von ihm in (D) Wilhelmsburg, ein Eisenbahnarbeiter Hagel, der zum preußischen Landtag kandidierte, während der Zeit seines **Urlaubs für die Wahlagitation** bezahlt worden ist. Ich richte also an den Herrn Minister die Frage, wie er es in Zukunft gegenüber diesen Dingen zu halten gedenkt. Mir ist bekannt, daß Beamte, die zum Reichstag, zum Landtag oder zu einer anderen gesetzgebenden oder Verwaltungskörperschaft kandidieren, für die Zeit, wo sie auf Wahlagitation sind, Urlaub erhalten und auch ihr Gehalt weiterbeziehen.

(Zuruf: 9 Tage!)

— Bitte, wenn das für die Beamten gilt, so muß natürlich dasselbe Recht auch den Arbeitern zugestanden werden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir würden uns mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß für die Herren Beamten eine Extrawurst gebraten werden sollte und die Arbeiter nicht mit derselben Elle gemessen werden sollten wie die Beamten.

Dann scheint mir auch die Ablehnung durch das Verkehrsministerium nicht mit dem Paragraphen 20 des abgeschlossenen Tarifvertrages im Einklang zu stehen, wo es unter g heißt, daß der Lohn zu bezahlen ist bei Ausübung der Obliegenheiten als Mitglied des Reichstags oder eines Landtags, bei Teilnahme an den Sitzungen der kommunalen Vertretungskörperschaften. Also für die Zeit, wo diese Körperschaften tagen, müßte das Gehalt eo ipso auch für die Herren Beamten gezahlt werden, und wenn die Beamten das erhalten, muß es mindestens auch den Arbeitern zugestanden werden.

Vizepräsident **Dittmann:** Herr Abgeordneter Höllein, ich bitte, zum Schluß zu kommen.

(A) **Höllein,** Abgeordneter: — Ich komme zum Schluß. Also, meine Damen und Herren, der vorliegende Etat stellt einen Versuch dar, auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse, die bis aufs Hemd ausgebeutet und ausgeplündert ist, die körperlich degeneriert ist, die jeden Tag mehr herunterkommt, auch die Sanierung der Reichseisenbahnen durchzuführen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir weigern uns mit aller Entschiedenheit, unsere Hand dazu zu bieten, daß aus dem Rücken der deutschen Arbeiter weitere Riemen geschnitten werden. Aus diesem Grunde lehnen wir diesen Etat ab, aus diesem Grunde rufen wir die Arbeiter und Angestellten draußen auf zum Kampf, zum Sturz eines Regiments, das nichts weiter kennt, als die Arbeiter immer wieder zum alleinigen Ausbeutungsobjekt der Gesetzgebung zu machen.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident **Dittmann:** Ich schließe die Aussprache.

Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz,** Abgeordneter: Meine Herren, ich habe in der Debatte ausgesprochen, daß die Beamten und Arbeiter im alten Regime besser bezahlt worden wären, als sie es heutzutage leider sind. Daraufhin hat der Herr Abgeordnete Breunig mir gesagt, ich hätte diese Äußerung wider besseres Wissen gemacht. Dieser Anwurf an sich berührt mich nicht. Ich bedauere nur, daß es parlamentarisch möglich ist, an die Stelle einer sachlichen Widerlegung eine absolut haltlose und törichte Beschuldigung zu setzen.

Er hat dann weiter davon gesprochen, daß ich mit meinen Ausführungen beabsichtigte, den Beamten und (B) Arbeitern einen Köder hinzuwerfen. Dazu kann ich nur sagen: Wo die Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit das Schimpfwort sich ein.

(Sehr gut! rechts.)

Dann hat der Herr Abgeordnete, der zuletzt sprach, mich und meine Parteifreunde als Vertreter von Unternehmerinteressen, als Kulis bezeichnet, sich selbst aber als Vertreter der Arbeiter- und Angestellteninteressen. Wir sind Vertreter des ganzen Volkes.

(Lachen und Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Lassen Sie mich doch ausreden! — Wir sind genau so Vertreter von Beamten und Arbeitern wie Sie, und was die Persönlichkeiten betrifft, so stehe ich persönlich dem Eisenbahnpersonal bedeutend näher als der Herr und seine Genossen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Darauf können Sie sich ganz sicher verlassen.

Zum Schluß haben Sie uns, mich und meine Parteifreunde, mit dem lieblichen Wort „Stinneslakaien" bezeichnet. Wir rechnen es uns zur Ehre, daß einer der bedeutendsten Leute Europas hier auf diesen Bänken sitzt,

(bravo! bei der Deutschen Volkspartei)

und das Wort „Lakai" steht jenen Herren besser an, die vom Ausland bezahlt und vom Auslande ihre Aufträge empfangen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei. — Oho! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident **Dittmann:** Meine Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Kap. 1 für 1920 und 1921 sind angenommen.

Zu Tit. 1 für 1921 liegen dann zunächst vor Ausschußentschließungen auf Nr. 1678 unter II D c Ziff. 1 bis 5. Der Wortlaut ist den Herren bekannt.

Ich bitte diejenigen, die diesen Ausschußentschließungen (C) zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich stelle fest, daß die Entschließungen angenommen sind.

Wir kommen zu der Entschließung Breunig und Genossen auf Nr. 1681 Ziff. 1 bis 14 zum Etat für 1921.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Breunig.

Breunig, Abgeordneter: Herr Präsident, ich beantrage getrennte Abstimmung über die einzelnen Nummern.

Vizepräsident **Dittmann:** Der Herr Abgeordnete Breunig wünscht, daß einzeln abgestimmt wird.

(Abgeordneter Dr. Quaatz: Ich widerspreche der Einzelabstimmung!)

Die Einzelabstimmung kann gefordert werden!

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz,** Abgeordneter: Die Entschließung Breunig bedeutet einen Überfall des Hauses. Sie ist im Ausschuß überhaupt nicht beraten worden, so daß eine sachliche Nachprüfung gar nicht möglich ist.

Vizepräsident **Dittmann:** Demgegenüber muß ich bemerken, daß es zulässig ist, bei der zweiten Beratung im Plenum Anträge zu stellen, auch solche, die nicht vorher im Ausschuß gestellt worden sind. Das Haus hat ja die Möglichkeit, durch Annahme oder Ablehnung dazu Stellung zu nehmen.

Wir kommen also zur gesonderten Abstimmung über die Entschließung Breunig. Ich bin genötigt, die einzelnen Absätze zu verlesen und darüber abstimmen zu lassen.

Es ist beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. eine grundlegende Neugestaltung der Reichsverkehrsverwaltung mit dem Ziele der Zusammen- (D) fassung des gesamten Transportwesens (der Eisenbahnen, Binnen- und Küstenschiffahrt und des Lastkraftfahrwesens) in engster Anlehnung an die verkehrfördernden Institute (Post, Telegraphie, Luftverkehr usw.) sowie die allgemeine Einführung des elektrischen Betriebs der Eisenbahnen alsbald in Angriff zu nehmen.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht. Die Entschließung ist also abgelehnt.

Wir gehen weiter zu Ziff. 2, die Reichsregierung zu ersuchen:

sofort eine Reform der gesamten Verwaltung nach modernen kaufmännischen und technisch-wirtschaftlichen Grundsätzen in die Wege zu leiten.

Ich bitte diejenigen, die dafür stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht. Auch diese Entschließung ist abgelehnt.

Ich verlese weiter Ziff. 3, die Reichsregierung zu ersuchen:

den betriebsorganisatorischen und technischen Ausbau der Eisenbahnwerkstätten, insbesondere der Betriebswerkstätten und Lokomotivschuppen zu beschleunigen, und vor allem die hygienischen Einrichtungen zu vervollständigen.

(Vizepräsident Dittmann.)

(A) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; das ist abgelehnt.

Ich verlese weiter Ziff. 4, die Reichsregierung zu ersuchen:

für Verbesserung und Vermehrung der technischen Einrichtungen, insbesondere der Werkzeugmaschinen und Werkzeuge ständig Sorge zu tragen.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; abgelehnt.

Ich verlese Ziff. 5, die Reichsregierung zu ersuchen:

eine bessere Ausnutzung der Anlagen durch Einführung von Doppelschichten herbeizuführen.

Ich bitte diejenigen, die dafür stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; abgelehnt.

Ich verlese Ziff. 6, die Reichsregierung zu ersuchen:

dahin zu wirken, daß die Betriebsvertretungen im Interesse einer wirtschaftlichen Betriebsführung mehr als bisher an der Lösung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen aktiv beteiligt, und zu allen Beratungen und Kollegialsitzungen der Verwaltungsbehörden, die sich mit technisch-wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten befassen, hinzugezogen werden.

Ich bitte diejenigen, die dafür stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; abgelehnt.

Ich verlese Ziff. 7, die Reichsregierung zu ersuchen:

(B) die durch die Folgeerscheinungen des Krieges (Herabwirtschaftung des rollenden Materials, der Anlagen, Steigerung der Materialpreise usw.) im Eisenbahnhaushalt vorhandenen und daraus noch weiter erwachsenden Fehlbeträge, mindestens jedoch den Betrag von 15 Milliarden Mark, auf die allgemeine Reichsschuld zu übernehmen.

Die Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, bitte ich sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; ist abgelehnt.

Ich verlese Ziff. 8, die Reichsregierung zu ersuchen:

zur Vereinfachung der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahn die Einführung einer Einheitswagenklasse alsbald in Angriff zu nehmen und möglichst bis zum 1. April 1923 zum Abschluß zu bringen.

Ich bitte diejenigen, die dafür stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; abgelehnt.

(Unruhe.)

Meine Damen und Herren, ich bitte doch um etwas Ruhe, um die Verlesung nicht allzusehr zu erschweren.

(Abgeordneter Schiele: Ich beantrage, zur Abkürzung der Abstimmung lediglich die Nummern vorzulesen; die Entschließung ist ja in unserer Hand! — Unruhe links.)

— Ja, Herr Kollege, ich habe ursprünglich so verfahren wollen; es wurde aber dann beantragt, Einzelabstimmung vorzunehmen, und nach der Geschäftsordnung kann verlangt werden, daß vor der Abstimmung verlesen wird, worüber abgestimmt wird.

(Sehr richtig! links.)

(C) Ich persönlich würde ja gern bereit sein, Ihrem Wunsche stattzugeben.

(Abgeordneter Schiele: Ich bin ja durchaus nicht gegen die Einzelabstimmung, sondern nur gegen die Verlesung des ganzen Wortlautes! — Lebhafte Zurufe links.)

— Wenn Widerspruch erhoben wird, bin ich verpflichtet, die Abstimmung einzeln vorzunehmen und zu verlesen, worüber abgestimmt wird.

Ich lese weiter vom Antrag Breunig und Genossen die Ziff. 9, die Reichsregierung zu ersuchen:

sofort alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den gesetzlich anerkannten achtstündigen Maximalarbeitstag im Bereich der Reichseisenbahnverwaltung restlos durchzuführen.

Den besonderen Verhältnissen des Eisenbahnbetriebs- und -bewachungsdienstes, insbesondere hinsichtlich der Schrankenwärter und Personalgruppen in ähnlicher dienstlicher Verwendung, ist dadurch Rechnung zu tragen, daß solche Stellen durch Kriegsbeschädigte und Arbeitsinvaliden besetzt werden. Diese sind, soweit angängig und erforderlich, innerhalb der achtstündigen Dienstzeit an ihrer Dienststelle mit Nebenarbeiten zu beschäftigen.

Bei regelmäßigen schweren körperlichen Arbeiten oder bei besonders angestrengtem und verantwortungsvollem Dienst ist ein Ausgleich durch entsprechende Verkürzung der täglichen Arbeitszeit herbeizuführen.

Bei Schichtendienst ist eine Verlängerung der Ruhezeiten durchzuführen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

(D) Das ist die Minderheit; das ist abgelehnt.

Ich lese weiter vom Antrag Breunig die Ziff. 10, die Reichsregierung zu ersuchen:

dahin zu wirken, daß bei der Reichsverkehrsverwaltung Arbeiterentlassungen, unbeschadet des natürlichen Abgangs, bis zum Eintritt verhältnismäßig normaler Zustände auf dem Arbeitsmarkte nicht vorgenommen werden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; ist abgelehnt.

Dann heißt es weiter, im Falle der Ablehnung dieses eben abgelehnten Antrages die Regierung zu ersuchen:

dahin zu wirken, daß etwa notwendige Arbeiterentlassungen bei der Reichsverkehrsverwaltung nur nach den Vorschriften der Demobilmachungsverordnung erfolgen. Die Grundsätze über die Durchführung der Entlassungen sind mit den beteiligten Gewerkschaften zu vereinbaren.

Im Rahmen dieser Grundsätze sind Entlassungen nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung zulässig. Im übrigen werden die im Betriebsrätegesetz bezüglich der Entlassungen vorgesehenen Bestimmungen nicht berührt.

Wer dafür stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; ist abgelehnt.

Ich lese von dem Antrage Breunig und Genossen die Ziff. 11 vor:

zur Verbesserung der sanitären Einrichtungen der Eisenbahndienststellen, zur Bekämpfung der Unfallgefahren und zur Förderung der beruflichen Aus-

(Vizepräsident Dittmann.)

(A) bildung im Wege des Nachtrags mehr Mittel als bisher bereitzustellen,

ferner dahin zu wirken, daß die bei der Reichsverkehrsverwaltung bestehenden sozialen Einrichtungen alsbald einheitlich geregelt und weiter ausgebaut werden.

Ich bitte diejenigen, die dafür stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; ist abgelehnt.

Ich verlese Ziff. 12:

bei der Besetzung der Referenten- und Dezernentenstellen beim Reichsverkehrsministerium sowie bei den Zweigstellen, Generaldirektionen, Direktionen und Ämtern (Inspektionen) künftig mehr als bisher erfahrene, sozialpolitisch und volkswirtschaftlich geschulte Kräfte aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und der nicht akademisch vorgebildeten Beamten zu berücksichtigen.

Überhaupt darf die Beförderung von Arbeitern, Angestellten und Beamten nur von ihrer Eignung und Bewährung, nicht aber von dem früheren Besuch einer höheren Schule und dem Erreichen ihrer End- oder Zwischenziele abhängig gemacht werden.

Wer dafür stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; ist abgelehnt.

Ich lese jetzt die Ziff. 13 vor, zunächst die Nr. 1 davon:

den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Reichsverkehrsverwaltung bei Ausübung des Amtes als Schöffe oder Geschworener den erforderlichen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes oder Gehaltes zu gewähren.

(B) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; ist abgelehnt.

Die Nr. 2 der Ziff. 13 lese ich jetzt vor:

den Kandidaten zu den Reichs-, Landes-, Provinzial-, Kreis- oder Gemeindeparlamenten den notwendigen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes oder Gehaltes zu gewähren.

Wer dafür stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; ist abgelehnt.

(Zuruf rechts: Das steht in der Verfassung!)

Wir kommen zu Ziff. 14 der Entschließung Breunig und Genossen, dem Reichstage

1. einen Nachweis der am 1. Januar 1921 bei der Reichseisenbahnverwaltung vorhandenen, zu Betriebs-, Neubau- und Ausbesserungszwecken beschafften Materialien und Ersatzstoffe sowie Altmaterialien aller Art,
2. eine Aufstellung der am gleichen Tage laufenden Lieferungsverträge nebst näherer Angabe der vertraglich vereinbarten Lieferungsbedingungen, besonders der Materialpreise, der Menge und der Vertragsdauer,
3. die Grundsätze der mit Privatwerken abgeschlossenen Ausbesserungsverträge für Fahrzeuge

baldigst vorzulegen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; Ziff. 14 ist abgelehnt.

Demnach wäre der Antrag Breunig und Genossen in allen seinen Teilen in der Einzelabstimmung abgelehnt.

(C) Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Entschließung Schiffer und Genossen auf Nr. 1709 der Drucksachen zum Etat für 1921, die folgenden Wortlaut hat,

die Reichsregierung zu ersuchen, den Korporationen des Handwerks die für das Handwerk vorgesehenen Arbeiten zu angemessenen Preisen zu übertragen, da diese in der Lage sind, die Leistungsfähigkeit der Einzelbetriebe genau zu beurteilen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für diese Entschließung stimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Wir haben dann noch abzustimmen über die Entschließung Trimborn, Dr. Stresemann, Leicht und Genossen auf Nr. 1704 der Drucksachen, zum Etat für 1921

die Reichsregierung zu ersuchen, daß das Reichsverkehrsministerium bei Vergebung von Lieferungen und Leistungen nicht nur die Industrie sondern auch, soweit als möglich, das selbständige Handwerk berücksichtigt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Ich stelle nunmehr fest, daß Kap. 1 angenommen ist.

(Zuruf.)

— Meine Damen und Herren, es ist beschlossen worden, daß die Beratung über die Etats für 1920 und 1921 miteinander verbunden wird, so daß die Abstimmung über den Etat für 1920 meines Erachtens gleichzeitig auch für den Etat von 1921 gelten kann. —

Wir kommen dann zu Kap. 2. Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Queffel.

(D) Dr. **Queffel**, Abgeordneter: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Höllein hat es für zweckmäßig gehalten, bei der Generaldebatte eine Attacke gegen die Mehrheitssozialisten zu reiten, weil wir uns angeblich gegen die **Bekämpfung der Tuberkulose** ausgesprochen hätten. Ich stelle fest, daß diese Angaben unbedingt unrichtig sind und ein Zerrbild der wirklichen Vorgänge im Haushaltsausschuß darstellen.

(Sehr richtig! rechts.)

Zunächst möchte ich aber auch erklären, daß Herr Höllein den Etat nicht gelesen hat. Er hat gesagt, in dem Etat sei kein Posten für die Bekämpfung der Tuberkulose enthalten gewesen. Demgegenüber stelle ich fest, daß es im Punkt 1 zu Tit. 11 zum Schluß heißt: „ferner für die Bekämpfung der Tuberkulose usw." Die Summen, die hier ausgeworfen sind, sind erhöht worden von 16 auf 25 Millionen Mark, ferner die Zuschüsse zu den Krankenkassen von 49 Millionen auf 111 Millionen Mark.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im ganzen hat also eine Erhöhung der Titel um 71 Millionen stattgefunden. Angesichts dieser Erhöhungen waren die Mehrheitssozialisten sehr wohl im Rechte, zunächst einmal die Regierung zu fragen, wie viel von diesen Summen auf das Konto der Tuberkulosebekämpfung entfällt. Auf diese Frage hin, die von den Mehrheitssozialisten gestellt wurde, hat die Regierung allerdings erklärt, daß in diesem Mehr von 71 Millionen, die in diesem Etat enthalten sind, für die Tuberkulosenbekämpfung sehr wenig übrig bleiben würde. Darauf hat dann auch der Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie sofort erklärt, unter diesen Umständen würde die Summe von 20 Millionen Mark als angemessen angesehen werden müssen. So steht es im unverbesserten Protokoll, das von

(Dr. **Quessel**, Abgeordneter.)

(A) amtlicher Stelle aufgenommen worden ist. Wir haben es also hier, meine Damen und Herren, mit einer systematischen Verdrehung von Tatsachen zu tun, die aus agitatorischen Gründen vorgenommen worden ist. Die Frage, ob eine so erhebliche Summe von 20 Millionen Mark angesichts der Erhöhung dieser Titel um 71 Millionen noch notwendig ist, war auch deshalb berechtigt, weil jeder Eisenbahner Herrn Höllein sagen wird, daß die Lungenschwindsucht bisher keine typische Berufskrankheit der Eisenbahner war. Ich weiß nun sehr wohl, daß infolge der Unterernährung auch in den Kreisen der Eisenbahner die Tuberkulose an Umfang gewonnen haben wird. Aber dennoch war das Verlangen, von der Regierung Auskunft zu erhalten, inwieweit die Tuberkulose im Eisenbahnpersonal um sich gegriffen hat, durchaus berechtigt, denn, ehe man an die Heilung eines schweren sozialen Schadens herantreten kann, muß man die notwendigen Unterlagen haben. Diese Unterlagen kann uns die Regierung geben, indem sie von den Krankenkassen der Eisenbahner das statistische Material über die Zahl der Erkrankungen an Tuberkulose einholt. Dieses statistische Material ist da und muß da sein, denn jede Krankenkasse muß auf Befragen über die Zahl der an Tuberkulose Erkrankten Auskunft geben. Die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie zu dieser Frage war daher klar vorgeschrieben. Wir sagten uns: solange wir nicht wissen, wie groß die Zahl der an Tuberkulose Erkrankten im Eisenbahnpersonal ist, können wir auch keine bestimmte Summe für die Bekämpfung der Tuberkulose angeben. Erst wenn wir das statistische Material haben werden, werden wir bestimmen können, ob 20 Millionen oder 10 oder 30 Millionen notwendig sein werden. Wir haben deshalb die Reichsregierung in einer Entschließung aufgefordert, uns einen Nachtragsetat zur Bekämpfung der Tuberkulose mit den nötigen statistischen Nachweisen vorzulegen. Von diesem Standpunkt abzuweichen, liegt kein Grund vor, und wenn dieser Nach- (B) tragsetat kommt — die Regierung hat zugesagt, uns einen solchen vorzulegen —, dann werden wir uns schlüssig zu machen haben, wieviel Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose notwendig sind.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Im übrigen würde ich es aber für verfehlt halten, wenn man für die Eisenbahner höhere Summen bewilligte als für die anderen Proletarier. Wir wollen auch hierin Gleichmäßigkeit haben, und da die Eisenbahner unter Lungenschwindsucht vielleicht weniger leiden als zum Beispiel die Steinhauer des Odenwalds und andere gefährdete Berufe, so meinen wir, daß hier nach einheitlichen Gesichtspunkten verfahren werden muß.

Ich schließe also meine Erwiderung auf die Angriffe des Herrn Höllein mit der Bemerkung, daß er in allen Punkten den wahren Sachverhalt unrichtig dargestellt und von den Verhandlungen im Ausschuß ein Zerrbild gegeben hat.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Deglerk, Abgeordneter, Berichterstatter: Als Berichterstatter möchte ich zu diesem Punkt folgendes feststellen

(Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten)

— Herr Kollege Höllein, vielleicht passen Sie mal auf —: Der gesamte Ausschuß war darin einig, daß erhöhte Mittel hier eingestellt werden sollen. Man hat aber davon abgesehen, die Etatssumme zu ändern, weil in diesem Falle der Etat wieder an den Reichsrat hätte zurückgehen müssen und dann eine sehr erhebliche Verzögerung in der Fertigstellung des Etats eingetreten wäre.

Dieser Gesichtspunkt war für den Ausschuß ausschlaggebend, von einer Abänderung dieses Postens Abstand zu nehmen. (C)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Herr Dr. Quessel versucht hier, dieselben Verdrehungskünste anzuwenden, die er schon im Ausschuß angewendet hat, und dann kommt man zunächst immer mit der bei den Rechtssozialisten schon stereotyp gewordenen Wendung, der Betreffende habe den Etat nicht gelesen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nicht begriffen!)

Ich habe ihn sehr genau gelesen! Ich weiß gerade in diesem Punkte sehr gut, worum es sich handelt.

Herr Dr. Quessel hat hier einen ganz anderen Angriffspunkt herausgesucht zur Stützung seiner Haltung, die absolut arbeiterfeindlich gewesen ist; denn der Antrag, der von unserer Seite gestellt worden war, bezog sich nicht auf die Ziffer 3 in den Erläuterungen zu Tit. 11 „Zuschüsse zu Krankenkassen", sondern auf Ziffer 1. Die höheren Zahlen, die für die Krankenkassen in Frage kommen, ergeben keine Verschiebung des Bildes und somit auch keine Entlastung der Haltung des Oberstaatsmannes Dr. Quessel.

(Heiterkeit.)

Es heißt nämlich in den Erläuterungen zu Kap. 2 Tit. 11 unter 1:

> Kosten für den bahnärztlichen Dienst sowie für sonstige ärztliche Untersuchung und Behandlung von Beamten und Arbeitern einschließlich der Heilmittel und der Unterweisung im Rettungswesen, ferner für Bekämpfung der Tuberkulose 25 500 000 Mark.

Im Jahre 1920 waren 16 345 000 Mark eingesetzt. Daß diese Erhöhung von annähernd 9 Millionen nicht etwa (D) zur Bekämpfung der Tuberkulose vorgenommen worden ist, geht ganz eindeutig hervor aus der Erläuterung, die im Etat zu Tit. 11 gegeben ist. Es heißt nämlich dort:

> Zu 1: Der Mehraufwand bei den Kosten für den bahnärztlichen Dienst usw. ist in der weiteren Erhöhung der Vergütungen für die Bahnärzte begründet, die im Haushalt 1920 noch nicht berücksichtigt war.

Daraus geht mit dürren Worten hervor, daß die Erhöhung um rund 9 Millionen Mark, die bei diesem Posten vorgesehen ist, ganz verschlungen wird durch die notwendig gewordene Erhöhung der Honorare für die Bahnärzte, daß also kein Pfennig mehr für die angebliche Bekämpfung der Tuberkulose eingestellt ist. Wenn nun Herr Dr. Quessel sich auf die Ziffer 3 beruft, wo es sich um die Zuschüsse zu Krankenkassen handelt, die von 49½ Millionen auf 111 Millionen Mark heraufgesetzt worden sind, so entbehrt dieser sein Hinweis jeder sachlichen und inneren Berechtigung. Denn unten in den Erläuterungen zu diesem Titel steht nämlich weiter:

> Zu 3. Der Mehraufwand bei den Zuschüssen zu den Krankenkassen der Arbeiter usw. beruht auf der Erhöhung des krankenversicherungspflichtigen Lohneinkommens und auf der Erhöhung des Hundertsatzes der Krankenkassenbeiträge.

Also mit anderen Worten: die Arbeiter und Angestellten bringen diese Erhöhung mit auf; es ist der Anteil an der Krankenversicherung.

Wenn sich also schon bei dieser nackten Darstellung der Dinge ergibt, daß Herr Dr. Quassel

(Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten)

— Verzeihung, Herr Dr. Quessel — tatsächlich daneben gequasselt hat, so ergibt sich das noch aus anderem, nämlich aus den Argumenten, die er hier anzuführen beliebte.

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) Es handelt sich — ich will das noch einmal unterstreichen — im Eisenbahnbetrieb um ein Personal, das rund eine Million Köpfe umfaßt, ein Personal, das mit Familiengliedern ganz bestimmt drei Millionen Menschen umfaßt. Wenn wir angesichts der rapiden Zunahme der Tuberkulose in allen Schichten der Arbeiterbevölkerung hier zwar einen Antrag von 20 Millionen Mark zur Bekämpfung der Lungentuberkulose unterstützt haben, die allgemein grassiert, die immer mehr Opfer fordert und zur raschen Verelendung zahlloser Arbeiterfamilien beiträgt, so kann man, wenn man wirklicher Arbeitervertreter nicht bloß mit dem Munde, sondern mit der Tat ist, nicht mit Argumenten kommen, wie sie hier angeführt worden sind. Meine Herren, 20 Mark pro Eisenbahnerfamilie für die Tuberkulosebekämpfung im Durchschnitt ist doch ein Betrag, der bei den heutigen Kurkosten so gering ist, daß ein Arbeitervertreter keinerlei bureaukratische Bedenken haben sollte, Bedenken, die noch bureaukratischer sind als die Eisenbahnbureaukratie an und für sich.

Herr Dr. Quessel hat im Hauptausschuß damit bereits operiert, daß die Lungentuberkulose keine spezielle Berufskrankheit der Eisenbahner sei, wie sie zum Beispiel eine Berufskrankheit der Steinhauer, Metallschleifer usw. ist. Wir wissen genau so gut wie Herr Dr. Quessel, daß der Prozentsatz der Lungentuberkulosekranken innerhalb dieser Berufe ein höherer ist als im Eisenbahnerberuf. Es dürfte Herrn Dr. Quessel auch nicht unbekannt sein, daß bei der ganzen Art des Dienstbetriebs auf der Eisenbahn, besonders beim Fahrpersonal, das immer den Unbilden der Witterung ausgesetzt ist, vor allen Dingen beim Heizer- und Lokomotivpersonal, das vorn verbrennt und hinten unter Umständen erfriert, Arbeitsverhältnisse vorliegen, die unbedingt zur Steigerung der Tuberkulosegefahr beitragen müssen. Wenn man nun herkommt und sagt, man müsse erst von der Regierung statistische Unterlagen (B) fordern, um eine so große Summe von 20 Millionen Mark für eine Million Menschen zu rechtfertigen, so geht das einfach über mein proletarisches Begriffsvermögen hinaus. Der Betrag ist so gering, und der Nutzen, der in der Erhaltung von Volkskraft damit gestiftet werden könnte, fällt bei unserem heutigen Zustand der Dinge derart ins Gewicht, daß man, ganz abgesehen von der Parteistellung, schon als Mensch keinerlei Bedenken dagegen erheben dürfte, daß hier von der Eisenbahn eingegriffen wird.

Eine solche Begründung, wie sie weiter Herr Dr. Quessel gegeben hat, habe ich tatsächlich bisher noch nicht gehört. Er sagt, man könne doch unmöglich für die Eisenbahner höhere Summen für die Tuberkulosebekämpfung bewilligen, als sie für die übrigen Schichten der Proletarier üblich sind. Nun, ich meine, Herr Dr. Quessel, das sollten auch Sie bei Ihrer akademischen Bildung begriffen haben: es besteht ein ganz gewaltiger Unterschied zwischen einem x-beliebigen Proletarier, der im Privatbetriebe beschäftigt ist, und den Proletariermassen, die vom Staate beschäftigt werden und die die Lohnsklaven des Staates sind. Ich meine, der Staat als Unternehmer hat die sittliche Pflicht, dafür zu sorgen, daß unter seinem Personal die sanitären Verhältnisse möglichst günstig gestaltet werden. Ja, es war einmal eine sozialdemokratische Tradition, Herr Dr. Quessel, daß wir gerade vom Staate verlangten, daß er in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der sanitären Verhältnisse mustergültig sein sollte. Das waren allerdings noch glückliche Zeiten, und diese glücklichen Zeiten sind seit dem 1. August 1914 unwiderbringlich dahin.

Die Argumente, die also hier von Herrn Dr. Quessel angeführt worden sind, um den schmählichen Umfall, den schmählichen Arbeiterverrat,

(Unruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten)

(C) den er und Herr Brunner im Haushaltsausschuß betrieben haben, zu verdecken, verfangen nicht bei denen, die weiter sehen können als ihre Nasenspitze. Ich wiederhole, wenn es auch dem Herrn Dr. Quessel nicht paßt: wir werden alles tun, damit draußen die Massen, vor allen Dingen die Massen im Eisenbahnerverband sehen, wes Geistes Kinder Ihr seid.

(Hu! Hu! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Quessel.

Dr. **Quessel,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte zu den letzten Ausführungen des Herrn Höllein nur sagen, daß er wieder einmal nach der Maxime verfahren ist: im Auslegen seid frisch und munter, legt ihr's nicht aus, so leget unter. Ihm gegenüber sage ich: es war immer sozialistische Tradition, ehe man Summen bewilligte, nach den Unterlagen zu fragen. Wir Sozialisten haben niemals zu einer bürgerlichen Regierung so viel Vertrauen gehabt, ihr ohne Unterlagen Summen zu bewilligen. Wenn Herr Höllein es uns zum Vorwurf macht, daß wir auch in diesem Falle nach Unterlagen gefragt haben, nach der Zahl der an Tuberkulose Erkrankten in den Betriebskrankenkassen der Eisenbahnen, so sage ich: wir werden uns auch in Zukunft dafür interessieren, wieviel Eisenbahner von dieser schrecklichen Krankheit befallen sind, und werden die Summen bewilligen, die notwendig sind, um diesem sozialen Übel Abbruch zu tun. Wenn Sie Summen ohne Unterlagen bewilligen wollen, so tun Sie es. Unser Vertrauen zur bürgerlichen Regierung reicht nicht so weit, ihr Summen ohne ausreichende Unterlagen zu bewilligen.

(Lachen und Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben auch keine Sicherheit dafür, daß diese Summen immer in dem richtigen Sinne verwendet werden.

(D) Die Summe von 20 Millionen Mark konnte nach dem Wortlaut Ihres Antrags von der Regierung auch lediglich dazu benutzt werden, eine größere Anzahl von Ärzten in den Betriebskrankenkassen anzustellen. Ich sage Ihnen aber, meine Herren Kommunisten: mit einer größeren Zahl von Ärzten bekämpfen Sie die Tuberkulose noch lange nicht. Jeder Arzt wird Ihnen sagen, daß noch wichtiger als die ärztliche Behandlung die Möglichkeit ist, daß der Arzt den Tuberkulosenkranken Milch, Eier, Weizenmehl und andere wichtige Nährstoffe verschreiben kann. Ob Sie dieses, das Entscheidende, mit Ihrem Antrage erreicht hätten, bezweifle ich, weil er in seinem ersten Absatz lediglich eine Erweiterung des ärztlichen Dienstes verlangt.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beckmann.

Beckmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Etat 1921 sind ungefähr neun Millionen Mark mehr eingestellt worden. Von diesen neun Millionen Mark soll ein Teil zur Bekämpfung der Tuberkulose Verwendung finden. Wir hielten diesen Betrag für zu gering und haben versucht, im Ausschuß einen höheren Betrag für die Bekämpfung der Tuberkulose flüssig zu machen. Wir wissen auch, daß eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose nicht darin bestehen kann, daß man die Erkrankten oder deren Familienangehörige in Sanatorien oder Heilanstalten bringt, sondern daß eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose nur erreicht werden kann, wenn es möglich sein wird, neue, allen hygienischen Anforderungen entsprechende Wohnungen zu errichten und auf der anderen Seite gute und ausreichende Ernährungsverhältnisse zu schaffen. Daran hapert es aber leider, solange

(Beckmann, Abgeordneter.)

(A) ein Teil unserer Landwirtschaft die allernotwendigsten Lebensmittel, namentlich Milch, im Preise derartig in die Höhe treibt, daß die minderbemittelte Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterbevölkerung, ihren armen und siechen Kindern diese Milch nicht mehr kaufen kann; solange ein Teil der Landwirtschaft die Milch zu Butter verarbeitet, um diese zu exorbitant hohen Preisen zu verkaufen; solange die Milch lieber den Schweinen vorgesetzt als an die Zentrale der Städte abgeliefert wird; — solange all dies der Fall ist, kann von einer wirksamen Bekämpfung der Tuberkulose keine Rede sein.

Wir dürfen aber nicht mit verschränkten Armen tatenlos dieser Krankheit, die namentlich während des Krieges und nach dem Kriege in erheblichem Maße an Umfang zugenommen hat, gegenüberstehen. Wir müssen alle Mittel anwenden, um dieser Seuche, die die ganze Volksgesundheit bedroht, entgegenzutreten. Daher haben wir mindestens einen Betrag von 20 Millionen Mark nötig. Ein Regierungsvertreter hat unseren Antrag warm unterstützt. Damit ist der Beweis erbracht, daß wir statistische Unterlagen dazu nicht nötig haben. Wenn ein Regierungsvertreter diese Summe für notwendig erklärt und sie warm unterstützt, so können Sie versichert sein, Herr Kollege Quessel, daß diese Summe noch lange nicht ausreichend ist, um eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose durchführen zu können.

Von bürgerlicher Seite sind namentlich etattechnische und etatrechtliche Bedenken geltend gemacht worden, um diesen Antrag in die Form einer Entschließung zu kleiden. Diese etattechnischen Bedenken bestehen für uns nicht. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Reichstag das Recht haben muß, Abstriche und Erhöhungen an den Titeln vorzunehmen. Wenn wir aber dieser Auffassung sind, dann lassen wir uns auch nicht auf eine die Regierung zu nichts verpflichtende Entschließung ein. Ich möchte (B) deshalb dringend bitten, unserem Antrage auf Bewilligung von 20 Millionen Mark zuzustimmen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Quessel hat sich damit auszureden versucht, daß er mir unterschob, ich hätte den Sinn und Inhalt seiner Worte verdreht. Er hat das alte Bibelwort zitiert: Legt Ihr nicht aus, so legt Ihr unter.

(Heiterkeit und Zurufe: Das ist doch kein Bibelwort!)

Ich will feststellen, daß diese Methode, die er anderen andichten will, hier von ihm selbst angewendet worden ist.

Ich stelle weiter fest, daß der Antrag, der dem Ausschuß vorlag, nicht die Tendenz und den Inhalt hatte, den Herr Dr. Quessel ihm zu geben suchte. Ich darf den Wortlaut vorlesen:

> die Kosten für bahnärztlichen Dienst usw. sind um 20 Millionen Mark zu erhöhen. Die Erhöhung ist insbesondere zur Bekämpfung der Tuberkulose zu verwenden.

Es kann also keine Rede davon sein, daß die 20 Millionen nur für die Ärzte, für die Anstellung von mehr Ärzten und dergleichen verwendet werden sollten, sondern es heißt ausdrücklich, daß sie insbesondere zur Bekämpfung der Tuberkulose verwendet werden sollen.

Geradezu zwerchfellerschütternd war dann seine weitere Behauptung, daß die Rechtssozialisten keinerlei Vertrauen zu der kapitalistischen Regierung hätten und ihr nicht die Summe von 20 Millionen Mark zur Verfügung stellen könnten für den Zweck der Bekämpfung der Tuberkulose unter den Eisenbahnern. Ich stelle fest, daß die sozialistische Tradition des Herrn Quessel, die er hier ins Feld geführt hat, ihn und seine Fraktion nicht gehindert hat, das Sechshundertfache dieses Betrags, nämlich 12 Mil- (C) liarden, für die Reeder zu bewilligen. Da versagte die sozialistische Tradition. Für die lumpigen 20 Millionen wird sie als Prunkstück aus der Ecke herausgeholt. Die Öffentlichkeit wird sich jedenfalls ein Urteil darüber bilden.

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz.

Dr. **Quaatz**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Damit keine Verdunkelung des Tatbestandes eintritt, möchte ich hier doch feststellen, daß in der Frage der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und der Bekämpfung der Tuberkulose sämtliche Parteien im Ausschuß einig waren.

(Sehr richtig!)

Ich muß hier Widerspruch erheben, wenn von einigen Abgeordneten versucht wird, aus der Sache Kapital zu schlagen und aus einer Sache, die dem Allgemeinwohl dient, parteipolitisches Material zu machen.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Quessel.

Dr. **Quessel**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will nur kurz verlesen, was der Ausschuß einstimmig angenommen hat:

> für den bahnärztlichen Dienst, insbesondere zur Bekämpfung der Tuberkulose, durch einen Nachtragshaushalt für das Jahr 1921 erheblich höhere Mittel einzusetzen.

Sie sehen also daraus, daß alle die Anführungen von der Gegenseite unzutreffend sind. Das, was der Antrag der Unabhängigen und der Kommunisten bezweckt, ist in diesem Antrag, den der Haushaltsausschuß einstimmig angenommen hat, ebenso genau ausgedrückt worden, nur mit dem Unterschied, daß wir nicht eine runde Summe (D) angegeben haben, sondern von der Regierung erwarten, daß sie sich Unterlagen beschafft, um die Höhe der Summe richtig bestimmen zu können.

Vizepräsident **Dittmann**: Die Aussprache ist nunmehr geschlossen.

Kap. 2 in beiden Etats ist angenommen.

Es liegen zu Kap. 2 Tit. 11 für 1921 zwei Entschließungen vor: eine Entschließung des Ausschusses auf Nr. 1678 der Drucksachen unter II D d folgenden Wortlauts:

> die Reichsregierung zu ersuchen, für den bahnärztlichen Dienst, insbesondere zur Bekämpfung der Tuberkulose, durch einen Nachtragshaushalt für das Jahr 1921 erheblich höhere Mittel einzusetzen.

Wer für diese Entschließung stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Ich stelle fest, daß die Entschließung angenommen ist.

Es liegt weiter vor der Antrag Breunig, Beckmann, Simon (Franken), Henke und Genossen auf Nr. 1680 der Drucksachen, folgenden Wortlauts:

> Der Reichstag wolle beschließen:
> die Kosten für bahnärztlichen Dienst sind um 20 Millionen Mark zu erhöhen. Die Erhöhung ist insbesondere zur Bekämpfung der Tuberkulose zu verwenden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für diesen Antrag stimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke. Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

(Vizepräsident Dittmann.)

(A) Ich rufe auf Kap. 3. Angenommen.

Zu Tit. 4 des Kap. 3 für 1921 liegt eine Entschließung des Ausschusses auf Nr. 1678 der Drucksachen unter II D e: die Reichsregierung zu ersuchen:

die endgültige Organisation der durch Artikel 93 der Reichsverfassung vorgesehenen Beiräte baldmöglichst vorzunehmen und die dafür erforderlichen Mittel in den Nachtragshaushalt einzusetzen.

Wortmeldungen liegen nicht vor; ich darf deshalb feststellen ohne besondere Abstimmung, daß auch diese Entschließung angenommen ist.

Ich rufe auf Kap. 4. Angenommen.

Wir kämen zum außerordentlichen Haushalt zunächst für das Jahr 1920, Ausgabe. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1. — Wortmeldungen liegen nicht vor; ich stelle fest, daß Tit. 1 angenommen ist.

Zu Tit. 2 hat das Wort der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ein gleichlautender Titel der beiden Etats für 1920 und 21, der in seiner Bewertung in beiden Etats in umgekehrtem Verhältnis zu seiner Bedeutung steht, gibt mir zu kurzen Ausführungen zwingende Veranlassung. Bei der Beratung des Verreichlichungsgesetzes haben wir bei § 20 besonders betont, daß es die Aufgabe des Reichs sei, den **Bau von Kleinbahnen,** die nicht dem allgemeinen Verkehr dienen, dem Umfang entsprechend zu unterstützen, in dem bisher die Kleinbahnen in Preußen unterstützt worden sind. Hier habe ich zunächst die Frage an die Reichsregierung zu richten: In welchem Umfang erkennt sie ihre Verpflichtungen gegenüber den Ländern an? Es ist mir bekannt, daß man in Preußen und den übrigen Ländern seitens des Reichs keineswegs diejenige Unterstützung erfährt, die die Länder erwarten und die wir (B) seinerzeit im Ausschuß als notwendig erkannt haben; denn wenn diese Worte, die ich Ihnen aus dem § 20 vorgelesen habe, einen Sinn haben — so haben wir sie auch damals ausgedeutet —, so mußte das Reich von den aufzubringenden Mitteln ein Drittel aufbringen, die Länder ein Drittel und das letzte Drittel die Interessenten in Verbindung mit der Provinz und dem Kreise. Hier ist eine nach jeder Richtung hin notwendige Klarheit zum Ausdruck zu bringen. Denn ich muß leider feststellen, daß von den 5 Millionen Mark, die hier in den beiden Etats eingesetzt sind, bisher seitens des Reichs nicht ein Pfennig für die Zwecke der Kleinbahnen bewilligt worden ist.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Es ist hier vor diesem hohen Hause in der vorgerückten Stunde nicht notwendig, über die landeskulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Kleinbahnen nähere Ausführungen zu machen. Daß sie aber nicht allein dem Zweck dienen, den die Reichsregierung einmal bei Beantwortung einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Delius zum Ausdruck gebracht hat, das steht doch vor aller Welt fest. Die Reichsregierung sagt da: Diese Kleinbahnen dienen dem rein örtlichen Verkehrsbedürfnis und sind für die darauf angewiesenen Verkehrstreibenden von erheblicher Bedeutung. In der Begründung des § 20 des Verreichlichungsgesetzes hat der damalige Reichsverkehrsminister Bell mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Kleinbahnen wertvolle Zubringer für die Reichsbahnen sein müssen. Was soll es nun bedeuten, wenn diese außerordentlich wichtige Aufgabe, die die Kleinbahnen in allgemein volkswirtschaftlicher und landeskultureller Hinsicht zu erfüllen haben, lediglich damit ausgewirkt wird, daß man etwa 8 bis 9 Kilometer mit demjenigen Werte, der angesetzt ist, ausbauen kann? Damit werden jedenfalls die für diesen Zweck gedachten allgemeinen Aufgaben keineswegs (C) erfüllt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Aber noch ein wesentliches Moment kommt dazu. Es gibt im Lande eine Reihe von Kreisen, die sich unter dem Druck der Arbeitslosigkeit einerseits und auch in Erfüllung ihrer landeskulturellen Aufgaben andererseits daran gemacht haben, Kleinbahnen zu bauen. Sie sind vielfach jetzt, wo das Reich keine Unterstützung leiht, wo auch die Länder bei der Rückfrage, die sie an das Reich gerichtet haben, abschlägig beschieden werden, nicht in der Lage, diese Bahnen zu Ende zu führen. So kenne ich Kreise, die für diese Zwecke 6 bis 7 Millionen Mark aufgewendet haben. Sie sind dazu gezwungen, die Kleinbahnen stillzulegen, hier ist doch eine Unproduktivität vorhanden, die gerade in der heutigen Zeit, wo die Arbeitslosigkeit so groß ist, nicht am Platze ist. Die finanzielle Notlage des Reichs ist nicht zu verkennen, sie aber mit rein finanztechnischen Mitteln dadurch zu bekämpfen, daß man hier bei den wichtigsten Positionen, die lediglich der Produktivität im ganzen zu dienen haben, so kleine Mittel auswirft, ist durchaus unzweckmäßig. Es ist nichts anderes als ein Stück Siedelung, ein Stück Wohnungsbau, wofür wir Milliarden zweckmäßigerweise aufgewandt haben. Da darf nicht lediglich nach der Rentabilität ziffernmäßig gefragt werden. Das ist durchaus unmöglich. Warum fragen wir denn bei den Reichseisenbahnen nicht auch nach Rentabilität ihrerseits? Man kann nicht ohne weiteres erwarten, daß eine Kleinbahn vom ersten Tage ihres Bestehens an ohne weiteres rentabel ist, sondern man muß zunächst Nachsicht üben und warten, wie sich die Verhältnisse entwickeln, die die Rentabilität gewährleisten. Wir haben in jedem Kreise eine Menge von Arbeitslosen. Wir wissen aber, daß die Kleinbahnen in der Zukunft Handel, Gewerbe und Landwirtschaft zu bedienen in der Lage sind, (D) und es sind gefährliche Irrtümer, die heute im Lande umgehen, weil alle Etatstitel, die der Produktivität der gesamten Volksgemeinschaft dienen, so beschnitten werden. Mit Finanzoperationen kommen wir über die schwierige Lage der nächsten Zeit nicht hinweg. Diese Kapitalsanlage, die hier von uns gewünscht wird, und die wir durch Einbringung der Entschließung auf Nr. 1705 zum Ausdruck bringen, bietet zwar im Augenblick keine absolute Gewähr für Rentabilität, soll aber einer Zweckbestimmung entgegengeführt werden, die im wesentlichen Sinne dem Volksganzen dient.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsverkehrsminister.

Groener, Reichsverkehrsminister: Meine Herren, die Frage der **Unterstützung des Baues von Kleinbahnen** erledigt sich durch § 20 des Staatsvertrags, an dessen Vereinbarungen mit den Ländern wir gebunden sind. Die Situation ist so, daß zurzeit keine neuen Kleinbahnen gebaut werden. Wir haben bisher überhaupt nur auf einen Antrag entscheiden können, der eine früher begonnene Bahn betrifft und bewilligt worden ist, und zwar mit 688 000 Mark. Jetzt hat Preußen durch Gesetz, wenn ich nicht irre, zehn Millionen zu diesem Zweck bereitgestellt. Uns stehen im Etat für 1920 und 1921 je fünf Millionen, insgesamt also ebenfalls zehn Millionen, zur Verfügung.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen; Kap. 1 Tit. 2 der außerordentlichen Ausgaben ist bewilligt.

Ich rufe auf Tit. 3, — 4, — 5, — 6, — 7. — Angenommen.

(Präsident.)

(A) Ich rufe auf Kap. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. — Alle diese Kapitel sind angenommen.

Wir kommen zur Einnahme des außerordentlichen Haushalts; ich rufe auf Kap. 1, — 2. — Angenommen.

Wir kommen nun zu den Ausgaben im außerordentlichen Haushalt für 1921.

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1. — Angenommen.

Tit. 2. — Angenommen.

Zu Tit. 2 liegt eine Entschließung Trimborn, Schiele, Dr. Stresemann, Schiffer auf Drucksache 1705 vor:

Der Reichstag wolle beschließen:
die Reichsregierung zu ersuchen, zur Unterstützung des Baues von Kleinbahnen und Bahnen, die den Kleinbahnen gleichzuachten sind, aus landeskulturellen und volkswirtschaftlichen Gründen, insbesondere aber zur Behebung der herrschenden Arbeitslosigkeit statt der im Haushalt 1921 eingesetzten 5 Millionen Mark einen erheblich höheren Betrag in dem Nachtragshaushalt 1921 vorzusehen.

Wer dieser Entschließung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Tit. 3. — Angenommen.

Zu Tit. 3 liegt wieder eine Entschließung des Ausschusses auf Drucksache 1678 II D f vor, die eine weitere Summe zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse des Eisenbahnpersonals wünscht.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Ich rufe weiter auf Tit. 4, — 5, — 6, — 7, —
(B) 8, — 9. — Angenommen.

Nunmehr kommen wir zu den außerordentlichen Ausgaben in dem Ergänzungsetat für 1920, Kap. 2.

Hier darf ich mich wohl darauf beschränken die einzelnen Zweigstellen aufzurufen. — Ich rufe demgemäß auf: Preußen — Hessen Tit. 1 bis 868, — Zweigstelle Bayern Tit. 871 bis 1089, — Eisenbahngeneraldirektion Dresden Tit. 1091 bis 1235, — Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart Tit. 1236 bis 1305, — Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe Tit. 1306 bis 1414, — Eisenbahngeneraldirektion Schwerin Tit. 1415 bis 1434, — Eisenbahndirektion Oldenburg Tit. 1435 bis 1447. — Angenommen.

Es folgt die Einnahme vom außerordentlichen Haushalt des Etats für 1921.

Ich rufe auf Kap. 1 und 2. — Angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Einnahmen des ordentlichen Etats für 1920.

Ich rufe auf Kap. 1, — Kap. 2, — Kap. 3, — Kap. 4. — Angenommen.

Wir kommen zu den Einnahmen des ordentlichen Etats für 1921. Ich rufe auf Kap. 1. — Angenommen.

Kap. 2 Tit. 1, — 2. — Angenommen.

Zu Kap. 2 Tit. 1 liegt auf Drucksache Nr. 1678 unter II D a Ziff. 1 bis 5 eine Reihe von Entschließungen des Ausschusses vor.

Ich bitte diejenigen, welche diesen Entschließungen ihre Zustimmung geben wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließungen sind angenommen.

Zu Tit. 3 liegt auf Drucksache Nr. 1678 unter II D b eine Entschließung des Ausschusses vor, die die Reichsregierung mit einer Neuregelung der Gebühren für die Anschlußinhaber beauftragt.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte (C) ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Ich rufe weiter auf Tit. 4, — 5, — 6; — Kap. 3, — Kap. 4. — Angenommen.

Damit ist der Etat des Reichsverkehrsministeriums für das Jahr 1920 und 1921 erledigt.

Wir kommen nunmehr zum

Haushalt des Reichspostministeriums und der Reichsdruckerei (Anlage XVIII) (Nr. 1652 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1684 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Delius.
Antrag Nr. 1700.

Als Kommissar ist weiter angemeldet der Ministerialrat von der Linde.

Wir beginnen mit den fortdauernden Ausgaben Kap. 1 Tit. 1.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Taubadel.

Taubadel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß uns dieser umfangreiche Etat erst vor knapp zwei Tagen zugegangen ist. Es war in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit, da wir doch auch noch eine andere große Masse von Arbeit zu erledigen haben, nicht möglich, den Etat mit der Gründlichkeit zu studieren, wie er es verdient. Bei einer Durchsicht fällt es aber auf, daß wir bei diesem Etat noch einen besonderen Etat für Bayern und Württemberg haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach der Reichsverfassung soll doch auch das gesamte Postwesen in die Hände des Reiches übergehen, und es (D) wäre darum auch an der Zeit, daß uns bald ein einheitlicher Postetat für das ganze Reich vorgelegt wird.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Postverwaltung wird sich ja sehr bald draußen wieder unangenehm bemerkbar machen insofern, als sich die Gebühren wieder um ein Wesentliches steigern. Mit dieser unangenehmen Tatsache werden wir sehr bald zu rechnen haben, da ja der Reichstag noch kurz vor den Osterferien das **Gesetz über die Gebührenerhöhung** verabschieden soll. Ich muß zugeben, daß es auf die Dauer nicht angeht, daß ein wirtschaftlicher Reichsbetrieb mit solchen ungeheuerlichen Zuschüssen arbeitet, wie das jetzt der Fall ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es wird uns dargelegt, daß der Zuschuß für das Etatsjahr 1921 sich nunmehr schon auf rund 4 Milliarden beziffern soll.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Daß eine Änderung nach dieser Richtung hin eintreten muß, darüber dürfte wohl hier im Hause kein Zweifel bestehen. Nun wird ja mit Hinweisen auf die sogenannte gute alte Zeit, wo die Reichspost noch Millionen von Mark an Überschüssen an die Reichskasse abgeliefert hat, an dem heutigen Zustande leider nichts geändert. Ich darf wohl in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß diese Zuschußwirtschaft, die jetzt bei der Reichspost eingetreten ist, durchaus keine Erscheinung ist, die erst in der Republik zutage getreten ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Denn das Jahr 1913 ist ja das letzte Jahr gewesen, in dem die Reichspost imstande war, einen erheblichen Überschuß an die Reichskasse abzuliefern. **Seit 1914** muß aber schon **aus allgemeinen Mitteln** ein **Zuschuß an die Reichspost** abgeführt werden.

(Taubadel, Abgeordneter.)

(A) Ich möchte in diesem Zusammenhang weiter auch sagen, daß meine Fraktion der Überschußwirtschaft, die früher betrieben wurde, niemals das Wort geredet hat.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wußten ja, daß diese Überschüsse zumeist zustande kamen durch eine übermäßige Ausnützung des Personals in langer Arbeitszeit und durch eine niedrige Entlohnung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wünschen die Rückkehr solcher Zustände im Reichspostbetriebe nicht. Ich betone das ganz besonders deshalb, weil auch hier bei der Besprechung dieses Etats von rechtsstehender Seite wieder auf den **Achtstundentag** hingewiesen und es so dargestellt wurde, als sei auch dieser zu einem erheblichen Teil mit schuld daran, daß die Post eine solche Defizitwirtschaft aufzuweisen hat. Gewiß macht sich eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie nach der Revolution in den Reichsbetrieben eingetreten ist, die Arbeitszeit von 11 Stunden und 10 Stunden bis auf 8 Stunden herabgesetzt wurde, vorübergehend auch ungünstig im Etat bemerkbar. Aber, meine Damen und Herren, dem steht doch auf der anderen Seite die Tatsache gegenüber, daß die Einführung des achtstündigen Arbeitstages in sozialer und kultureller Beziehung ein Fortschritt ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die schlimmen Nachwirkungen des Krieges verschwunden sein werden, dann wird sich auch die Einrichtung des Achtstundentages als ein wirtschaftlicher Vorteil für die Reichsbetriebe bemerkbar machen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es kommt ja auch hier darauf an, daß jeder einzelne in einem solchen wirtschaftlichen Betrieb an den richtigen Platz gestellt wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(B) Es muß unwirtschaftlich sein, wenn beispielsweise mittlere oder gar höhere Beamte mit Leistungen beschäftigt werden, die ebensogut von Unterbeamten oder gar von Hilfskräften verrichtet werden können. Jedenfalls möchte ich gegenüber den Auslassungen von rechts zu dem Achtstundentage auch hier bei der Besprechung dieses Etats erklären, daß meine Fraktion niemals ihre Hand dazu bieten wird, daß der achtstündige Arbeitstag in den Reichsbetrieben beseitigt und durch eine längere Arbeitszeit ersetzt wird.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin ja auch überzeugt, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Betrieben sich gegen eine solche Maßnahme, wenn sie beabsichtigt sein sollte, mit aller Entschiedenheit wenden würden. Die Beamten sind ja auch aus dem Grunde mißtrauisch gegen die Verordnung, die hinausgegangen ist, und in der steht, daß die Beamten verpflichtet seien, mindestens 48 Stunden wöchentlich Dienst zu tun, weil sie glauben, daß mit dieser Verordnung angedeutet werden soll, daß eine Durchbrechung des Achtstundentags nach oben von der Reichsregierung beabsichtigt sei. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch mitteilen, daß eine Reihe von höheren Beamten in den einzelnen Direktionen ganz offen erklären, für sie habe der Dienststundenplan keine Geltung.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Beamten glauben also, nicht dazu verpflichtet zu sein, 48 Stunden in der Woche zu arbeiten.

Finanziell würde uns auch eine Verringerung der Arbeitszeit in den Reichsbetrieben gar nichts nützen; denn die Entlassung von Kräften, die dann einträte, würde ja nur das Heer der Arbeitslosen vergrößern,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und was dann auf der einen Seite gespart würde, müßte auf der anderen Seite wieder für die Unterstützung der Arbeitslosen ausgegeben werden, ganz abgesehen von den (C) schlimmen sozialen und politischen Wirkungen, die eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Das muß doch auch ausgesprochen werden, daß wir trotz des achtstündigen Arbeitstages im Postbetriebe noch zu viel Arbeitskräfte haben. Wenn sie bis heute nicht entlassen worden sind, so aus dem Grunde, weil die Verwaltung meines Erachtens mit Recht die Wirkungen eines solchen Schrittes vermeiden will.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichspostminister hat uns bei anderer Gelegenheit gesagt, daß die Unterbilanz bei der Reichspostverwaltung um eine halbe Milliarde Mark geringer wäre, wenn alle **überzähligen Kräfte aus dem Reichspostbetrieb entlassen** werden könnten. Ich kann nicht nachprüfen, ob diese Ziffer stimmt, weil mir die Unterlagen fehlen. Aber auch wenn diese stimmen sollte, so halte ich es für richtiger, die Leute weiter zu beschäftigen, als sie dem Elend der Arbeitslosigkeit zu überlassen. Das eine steht allerdings fest, daß wir nach und nach dazu übergehen müssen, die überzähligen Arbeitskräfte aus den Reichsbetrieben zu entfernen. Ich bin überzeugt, daß es, wenn Industrie und Handel wieder richtig in Gang kommen, den Entlassenen auch möglich sein wird, leichter in die Privatbetriebe überzutreten. Aber solange das nicht der Fall ist, sollten die Leute weiter beschäftigt werden oder, wenn man zu Entlassungen schreitet, sollte sich die Reichspostverwaltung mit den zuständigen Organisationen in Verbindung setzen und in den einzelnen Fällen bei den Entlassungen nach Möglichkeit jede Härte vermeiden. Auf Grund der Klagen, die mir über solche Entlassungen zugegangen sind, habe ich den Eindruck gewonnen, daß im einzelnen solche Härten nicht immer vermieden worden sind. Ich muß vor allen Dingen auf die vielen Klagen hinweisen, die aus den **Scheckämtern** gekommen sind, in denen man zu einem guten Teil sogar verheiratete männliche Angestellte ent- (D) lassen und durch ledige weibliche Angestellte ersetzt hat. Ich will durchaus nicht bestreiten, daß auch den Frauen und Mädchen ein Anspruch auf Erwerbsmöglichkeit zusteht. Aber wenn verheiratete männliche Kräfte entlassen und durch ledige weibliche Kräfte ersetzt werden, dann wirkt das verbitternd und auch unsozial.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf die Entschließung verweisen, die Ihnen meine Fraktion auf Nr. 1700 der Drucksachen vorgelegt hat. Die Veranlassung zu dieser Entschließung haben uns verschiedene Fälle von Entlassungen gegeben, die bei der Reichspostverwaltung zu verzeichnen waren. Ein besonders krasser Fall hat sich nach Zeitungsberichten und nach sonstigen Unterlagen, die mir übergeben wurden, in **Dresden** zugetragen. Vor dem Dresdener Schlichtungsausschuß hat eine weibliche Angestellte des dortigen Fernsprechamts gegen eine ihr zugestellte Kündigung Einspruch erhoben. Nach den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, hat man dieser **weiblichen Angestellten gekündigt, weil sie** etwa zwei Jahre vor Ausspruch der Kündigung **Mutter eines unehelichen Kindes geworden ist.**

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Ich muß leider aussprechen, daß die weiblichen Beamten dieses Fernsprechamts in Dresden an der Kündigung einen großen Teil mit schuld tragen,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

weil sie der Leitung des Fernsprechamts erklärt haben, man könne ihnen nicht zumuten, mit einer solchen Person zusammenzuarbeiten.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Unerhört!)

Meine Damen und Herren! Das zeugt von einer erschreckenden Rückständigkeit, die noch bei einem Teil der weiblichen Beamten und Angestellten anzutreffen ist. Hier

(**Taubadel**, Abgeordneter.)

(A) haben die zuständigen Organisationen der Beamtinnen noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit zu leisten, damit mit solchen rückständigen Anschauungen aufgeräumt wird.

Aber ich muß doch sagen, daß noch rückständiger wie diese weiblichen Angestellten die Leitung des Scheckamts in der Reichspostverwaltung ist, wenn sie erstens einmal einem solchen Drängen nachgibt und hier in diesem Falle Mutter und Kind dem Elend preisgibt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Rufe: Unerhört!)

Die Gekündigte hat vor dem Schlichtungsausschuß in ihrer Erregung auch gesagt, sie müsse das Kind umbringen, wenn man ihr jede Erwerbsmöglichkeit nehme. Der Schlichtungsausschuß hat sich meines Erachtens auf einen sehr vernünftigen Standpunkt gestellt und die Kündigung für unwirksam erklärt.

(Sehr vernünftig! bei den Sozialdemokraten.)

Was hat aber die Reichspostverwaltung getan? Sie hat sich nicht daran gekehrt, sondern die Entlassung aufrechterhalten.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie hat Angst vor den Damen!)

Meine Damen und Herren! Um derartigen Vorkommnissen in Zukunft einen Riegel vorzuschieben, bitte ich den gesamten Reichstag, einstimmig unserer Entschließung zuzustimmen.

Nun noch ein Wort über die bedauerliche **Defizitwirtschaft.** Sie wird ja, wie ich ausdrücklich hervorheben möchte, durch die beabsichtigte Gebührenerhöhung und auch durch die Entlassung überzähliger Kräfte bei der Reichspostverwaltung noch nicht vollständig beseitigt. Wir stehen, wie ich noch einmal ausführen möchte, auf dem Standpunkt, daß die Unkosten der wirtschaftlichen Reichsbetriebe durch die Einnahmen gedeckt werden sollen. Aber die **Er-**

(B) **höhung der Gebühren hat** natürlich auch **eine Grenze.** Wenn die Gebühren so hoch werden, daß sie für viele nicht mehr erschwinglich sind, führt das geradezu zu einer Erdrosselung des Verkehrs. Dann hat auch die Erhöhung der Gebühren keinen Zweck mehr, weil dann diese Erhöhung keine Erhöhung der Einnahmen, sondern wahrscheinlich sogar eine Verringerung zur Folge haben würde. Ich glaube, sagen zu müssen, daß wir dieser gefährlichen Grenze mit der beabsichtigten Gebührenerhöhung bedenklich nahe kommen, und darum sollte es sich die Reichspostverwaltung in Zukunft doch mehr als bisher angelegen sein lassen, neben der Erhöhung der Gebühren auch Wert darauf zu legen, daß Ersparnisse erzielt werden durch eine Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte und durch eine Ausnutzung aller technischen Neuerungen, die für die Reichspost in Frage kommen.

Ich habe von dieser Stelle aus in den Vorjahren leider wiederholt über **Unpünktlichkeit und Unzuverlässigkeit im Reichspostbetrieb** Klage führen müssen. Ich kann heute feststellen, daß in der letzten Zeit mir Klagen in so großer Zahl nicht mehr zugegangen sind. Allerdings kann ich nicht nachprüfen, ob das darauf beruht, daß an sich diese Unpünktlichkeit nachgelassen hat und ob insbesondere die Zahl der bedauerlichen Diebstähle zurückgegangen ist. Es wäre darum sehr erwünscht, wenn der Herr Reichspostminister mit einigen Worten darauf eingehen möchte, wenn festgestellt werden könnte, daß diese Unpünktlichkeit nicht mehr in dem Maße zu verzeichnen ist und daß insbesondere auch die Zahl der Eigentumsvergehen bei der Reichspost zurückgegangen ist. Das würde außerordentlich dazu beitragen, daß das alte Zutrauen zu der Zuverlässigkeit und der Pünktlichkeit im Reichspostbetrieb wieder zurückkehrte.

Über einen Betriebszweig allerdings wollen die Klagen bis auf den heutigen Tag nicht verstummen. Das ist unser **Fernsprechwesen.** Gespräche zu den sogenannten (C) einfachen Gebühren sind fast gar nicht auszuführen. Ich muß auch heute wieder erklären, daß es unendlich viel Stunden dauert, ehe man in der Lage ist, überhaupt ein Gespräch zu den sogenannten einfachen Gebühren auszuführen. Nun ist uns von der Reichspostverwaltung eine Neuordnung auch der Fernsprechgebühren in Aussicht gestellt, die wahrscheinlich in der Hauptsache wieder in einer wesentlichen Erhöhung der Gebühren bestehen wird. Aber dem Publikum wäre es außerordentlich erwünscht, wenn die Reichspostverwaltung auch endlich einmal dafür sorgen wollte, daß das Fernsprechwesen besser funktioniert, als es jetzt der Fall ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der **Einrichtung von Linien für den Kraftwagenverkehr,** müßte doch darauf Bedacht genommen werden, daß Linien von der Reichspostverwaltung aus nicht auch dort eingerichtet werden, wo schon die Kraftverkehrsgesellschaft ihren Betrieb aufgenommen hat. Es ist doch durchaus nicht notwendig, daß sich die Reichsbetriebe gegenseitig Konkurrenz machen; denn das erhöht doch nur die Unwirtschaftlichkeit. Die Reichsbetriebe sollten sich darüber verständigen. Es ist auch wohl eine dementsprechende Verordnung ergangen oder ein Kabinettsbeschluß gefaßt worden; aber was ich auch hier bei diesem Etat betonen möchte, noch zweckmäßiger wäre es, wenn der ganze Kraftwagenverkehr einer Reichsverwaltung unterstellt würde, und das würde wohl am zweckmäßigsten die Reichspostverwaltung sein.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was die Beamten betrifft, so soll darüber in einem andern Zusammenhang gesprochen werden. Es ist ja auch in der jetzigen Situation ganz unmöglich, auf diesen wichtigen Komplex von Fragen heute so gründlich einzugehen, wie das erforderlich wäre.

(D) Nur zwei Fragen möchte ich an den Herrn Minister stellen. Wie denkt er in seinem Betriebe die **Zwangspensionierung der über 65 Jahre alten Beamten** durchzuführen? Soll das wie beim Reichsverkehrsministerium auf dem Wege einer Verordnung gemacht werden oder denkt man an ein besonderes Gesetz?

Meine zweite Anfrage geht dahin: sind denn die Verhandlungen zwischen Postverwaltung und Finanzverwaltung wegen **Übernahme von überzähligen Beamten aus dem Postdienst in den Dienst der Finanzverwaltung** abgeschlossen oder noch nicht? Auch hier könnte ja der Etat der Reichspost erleichtert werden, wenn die Finanzverwaltung, die doch noch Beamte einstellen kann, überzählige Beamte aus dem Postdienst übernähme.

Ich will heute in dieser vorgerückten Stunde auch nicht auf **Übergriffe von einzelnen Beamten** eingehen, wo mir Klagen zugetragen worden sind. Nur einen Fall möchte ich besprechen. Der Postvorsteher Kredel in **Langenbielau** hat sein **Postamt** im preußischen Wahlkampf **zur Wahlagitation** für die Deutsche Volkspartei **mißbraucht.**

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Er hat unfrankierte Briefe, die an bestimmte Firmen adressiert waren, mit Flugblättern der Deutschen Volkspartei

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

in die Schließfächer der betreffenden Firmen gesteckt

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: So ist es richtig!)

und hat weiter dem Postboten seines Amtes Wahlflugblätter der Deutschen Volkspartei mit auf die Dienstgänge zur Weiterverbreitung gegeben.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerhört!)

Ich kann mir schon vorstellen, daß das für die Deutsche Volkspartei eine bequeme und billige Agitation ist. Aber ich muß doch scharf dagegen Einspruch erheben, daß ein

(**Taubadel**, Abgeordneter.)

(A) Beamter, wie es hier geschehen ist, in der Weise zugunsten der Deutschen Volkspartei Amtsmißbrauch treibt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Schluß möchte ich von dieser Stelle noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß der **Verkehrsbeirat**, wie das bei einer anderen Gelegenheit auch ausgesprochen worden ist, dadurch erweitert wird, daß in ihn auch **Reichstagsmitglieder** gewählt werden. Es würde meines Erachtens genügen, wenn aus jeder Fraktion ein Mitglied diesem Verkehrsbeirat angehörte.

Im übrigen wird sich bei dem Nachtragsetat, der uns in den nächsten Wochen zugehen soll, mehr Gelegenheit bieten, gründlicher auf alle Fragen einzugehen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichspostminister.

Giesberts, Reichspostminister: Meine Damen und Herren! Ich bin recht unvorbereitet, weil ich geglaubt hatte, es bestände ein Übereinkommen der Parteien, daß nicht geredet werden soll. Aber ich will versuchen, so gut ich es kann, dem Herrn Vorredner aus dem Handgelenk zu antworten. Was die **bayerischen und württembergischen Sonderetats** anlangt, so werden die im nächsten Jahre verschwinden. In diesem Jahre mußten sie noch hineingebracht werden, weil die übernommenen Bestimmungen auf Grund der Staatsverträge noch nicht in vollem Umfange erledigt sind. Also im nächsten Jahre werden wir einen einheitlichen Reichspostetat bekommen.

Ich freue mich, daß der Herr Vorredner das **Defizit** bei der Reichspostverwaltung gewürdigt hat. Es ist tatsächlich ein ungesunder Zustand, daß eine Verwaltung, die früher dem Reiche 60 und 80 Millionen Mark Überschuß brachte, heute mit 4 Milliarden Defizit dasteht. Aber, meine Herren, wir haben uns schon bei früherer (B) Gelegenheit über die Ursachen dieser Dinge geäußert. Wir hoffen, durch die Gebührenvorlage wenigstens die Hälfte dieses Defizits abzubürden und die Abstoßung der übrigen Hälfte durch Gesundung unserer inneren wirtschaftlichen Verhältnisse und zweckmäßige Einteilung des Betriebs allmählich zu erreichen.

Ich glaube mit dem Herrn Vorredner einig darüber zu sein, daß unsere **Gebührenordnung**, die außerordentlich maßvoll gehalten ist, die Verkehrsverhältnisse sehr berücksichtigt. Wir werden darüber noch reden, wenn die Gebührenvorlage noch selbst beraten wird. Ich bin der Ansicht, daß man das Defizit durch eine einmalige Erhöhung der Gebühren nicht abdecken kann, ohne den Verkehr gewaltsam zu erdrosseln. Das wollen wir aber doch nicht tun. Wir leben immer noch in einem Übergangsstadium, noch in keinen abgeklärten, ruhigen wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen man Wechsel auf lange Sicht machen könnte.

Was das Leistungsmaß anlangt, so ist bei der Postverwaltung das Bestreben, den **Achtstundentag** nicht zu durchbrechen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Aber darin bin ich allerdings bisher sehr energisch gewesen, die 48-Stunden-Woche durchzuhalten. Ich bin auch einig mit den Vertretern der Beamtenverbände und der gewerkschaftlichen Organisationen darin: wenn wir den Achtstundentag retten wollen, müssen wir innerhalb des Achtstundentags auch das tun, was wir leisten können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sonst geht die Wirtschaft zugrunde.

Bezüglich der etwas sonderbaren Bemerkung, daß mittlere und **höhere Beamte** sich nicht an die **Dienstpläne** halten, möchte ich eins sagen. Soweit ich Erfahrung im Reichspostgebiet habe, vor allem beim Ministerium selbst, leisten gerade die höheren Beamten weit mehr als die 48 stündige Arbeitswoche. Das kommt zwangsläufig (C) durch das außerordentliche Maß von Arbeit, das durch die Verhältnisse eingetreten ist. Ich darf wohl sagen: ich habe eine ganze Reihe pflichteifriger, treuer, tüchtiger höherer Beamten, die hier im Hause hohe Achtung genossen, zu Grabe tragen sehen, von denen ich überzeugt bin, daß sie durch den Hunger des Kriegs und durch die unmäßige Arbeit, die ihnen während des Kriegs auferlegt war, eigentlich den Tod gefunden haben. Meine Herren und Damen, ich möchte nicht den Verdacht aufkommen lassen, als ob die höheren Beamten hinter anderen Gruppen in bezug auf Pflichttreue und Arbeitseifer zurückstehen. Die meisten der Herren, wenn sie auch nicht 8 Stunden auf dem Bureau sitzen, nehmen ihre Arbeit mit nach Hause. Eine ganze Reihe Herren müssen sich aus dem Amt retten, weil sie dort nicht zur vernünftigen Arbeit kommen bei den Besuchen und sonstigen Dingen. Es hat auch gar keinen Sinn, die höhere Beamtenschaft nach der Richtung hin gewissermaßen zu verdächtigen. Wir kennen keinen Unterschied zwischen oberen und unteren, alle sind verpflichtet, 48 Stunden in der Woche nach Möglichkeit durchzuhalten.

Was dann die **Entlassungsfrage** anlangt, so möchte ich wiederholen, was ich früher schon einmal gesagt habe, daß wohl kaum eine Verwaltung diese schwierige Frage so human durchzuführen versucht hat wie die Reichspostverwaltung.

Was der Herr Vorredner wünscht, daß wir möglichst im **Einvernehmen mit den Organisationen** handeln, ist schon bisher geschehen. Nun kann ich es selbstverständlich keinem Gewerkschaftsvertreter zumuten, daß er offiziell Entlassungen, die notwendig sind, zustimmt. Das ist aus bestimmten Gründen für einen Gewerkschaftsführer nicht tragbar. Aber die letzte Verfügung, die wir herausgegeben haben, ist sowohl mit Organisationsvertretern wie auch mit den Betriebsräten durchgesprochen worden, und die Herren haben erkannt, daß wir nicht dauernd (D) dieses große Personal mitschleppen können. Wir haben aber in diesem Jahre wie auch im vorigen Jahre das Unglück, daß in dem Moment, wo wir die Verfügung herausgaben, ein Rückschlag auf dem Wirtschaftsmarkte erfolgte, die Arbeitslosigkeit gesteigert wurde und dadurch die Durchführung dieser notwendigen Maßnahme erschwert wurde. Deshalb habe ich die Anweisung gegeben, auch diese Verfügung möglichst schonend durchzuführen und Entlassungen nach Möglichkeit zu verhindern.

Aber wenn wir auf der einen Seite einen leistungsfähigen Betrieb haben wollen, dann muß ich doch sagen, daß die Beibehaltung überflüssiger Kräfte auf die Dauer — vorübergehend für drei Monate oder ein halbes Jahr läßt sich das noch ertragen —, Jahre hindurch im allgemeinen zu einer Herabminderung des Leistungsmaßes führt, die wirtschaftlich nicht tragbar ist. Das müssen wir verhindern. Es soll auch in Zukunft möglichst schonend vorgegangen werden.

Mit den **Scheckämtern** liegt die Sache sehr eigentümlich. Als wir die **Demobilmachung** vor uns hatten, wurde die Reichspost- und Telegraphenverwaltung gezwungen, **Massenentlassungen von weiblichen Arbeitskräften** vorzunehmen, die uns im Kriege treue und gute Dienste geleistet hatten. Das war sehr bitter für den Betrieb; denn eingearbeitete Kräfte mußten abgeschoben werden, und nicht eingearbeitete Kräfte mußten wir annehmen. Das war der Zwang der Verhältnisse.

Nun aber müssen wir doch die Betriebsarten, die sich für die weibliche Beschäftigung besonders eignen, auch möglichst für die Frauen reservieren.

(Abgeordneter Giebel: In normalen Zeiten!)

— Ja, Herr Kollege Giebel, ich komme gleich darauf. Deshalb haben wir mit dem Verband der Beamtinnen bei Besprechung der Personalien uns dahin geeinigt, daß nicht

(**Giesberts**, Reichspostminister.)

(A) etwa die schematische Gleichberechtigung der Frau auf Grund der Verfassung durchgeführt wird. Da müßten wir ja auch jedes Jahr bei den Anwärtern die Hälfte weiblicher und die Hälfte männlicher Anwärter einstellen. Damit ständen sich die Frauen bedeutend besser, aber für die männlichen Anwärter wäre es unerträglich. Ich habe den Frauen in ihrem Interesse geraten, sich diejenigen Zweige, die sich besonders für sie eignen, besonders reservieren zu lassen, und dazu gehört zweifellos der Dienst am Scheckamt. Wenn ich den Grundsatz aufstelle, soll er nicht rücksichtslos durchgeführt werden. Wir verhandeln — das möchte ich dem Vorredner sagen — noch heute fortgesetzt mit den Organisationen, um einen Weg zu finden, der möglichst Härten vermeidet und der wenigstens ein allmähliches Absterben der überflüssigen Kräfte einführt und nicht eine plötzliche Entlassung.

Es scheint mir aber auch, daß hier und da falsche Auffassungen bestehen; denn wenn in Orten wie Dresden, Essen und Dortmund ein neues Postscheckamt eingerichtet wird, sieht man sich veranlaßt, nach diesen Grundsätzen weibliche Arbeitskräfte einzustellen, weil diese Arbeit dem weiblichen Geschlechte außerordentlich liegt, wie alle diejenigen bestätigen werden, die einmal in einem Postscheckamt tätig waren. Dann kommt es vor, daß weibliche Arbeitskräfte gesucht werden müssen, während an männlichen Arbeitskräften Überfluß ist. So ist der Zustand, der gegenwärtig besteht. Ein richtig durchgebildeter kaufmännischer und bankmännischer Angestellter wird niemals sein Leben lang im Scheckamt die mechanische Arbeit machen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich bin überzeugt, das will er auch gar nicht. Es kommt dann aber die Schwierigkeit, die Leute nachher zu entlassen, Herr Kollege Giebel. Wir sehen dann, daß die Leute, obwohl wir es ihnen hundertmal gesagt haben, (B) nicht daran denken wegzugehen, sondern sogar die Forderung stellen, mittlere Beamte zu werden. Und an dem Grundsatz muß ich doch festhalten: wer die Beamtenlaufbahn beschreitet, muß die allgemeinen Vorschriften beobachten und den Eingang so nehmen wie die übrige Beamtenschaft auch.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Darin liegt die Schwierigkeit der Dinge. Sobald sich unser Wirtschaftsmarkt bessert, kommen wir, davon bin ich überzeugt, über diese Schwierigkeit hinweg. Im übrigen — ich habe mit Herrn Kollegen Giebel bereits dieser Tage persönlich darüber gesprochen — werden wir mit den Organisationen den Weg suchen, der die hier angeführten Härten möglichst vermeidet.

Nun die Frage der **Beschäftigung der unehelichen Mütter.** Ja, warum schneidet man das zufällig gerade bei der Post an?

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

— Bitte sehr, Herr Kollege Steinkopf, ich darf wohl darauf verweisen, welche Antwort das Reichsministerium des Innern, das für diese allgemeinen Beamtenfragen doch zuständig ist, auf eine kleine Anfrage seinerseits erteilt hat. Diese kleine Anfrage hat der Staatssekretär Lewald folgendermaßen beantwortet:

> Ob die Entlassung unehelicher Mütter aus dem Dienst gerechtfertigt ist, hängt, abgesehen von der Frage, ob die uneheliche Mutter ihren dienstlichen Verpflichtungen im vollen Umfange nachkommen könnte, besonders von der Beantwortung der Frage ab, ob die Betreffenden die Verpflichtung, sich durch ihr Verhalten der Achtung, die ihr Beruf erfordert, würdig zu zeigen, verletzt haben. Diese Frage allgemein zu verneinen, ist schon mit Rücksicht darauf nicht möglich, daß große Beamtenverbände, wie der Verband der Reichspost- und Telegraphenbeamtinnen, der Eisen- (C) bahnbeamtinnen und der Volksschullehrerinnen den entgegengesetzten Standpunkt vertreten.

Meine Damen und Herren! Wenn allgemein die Reichsregierung zu der Auffassung kommt, daß das Beamtengesetz in dieser Richtung hin geändert werden muß, werde ich mich dem als Reichspostminister fügen. Gegenwärtig aber habe ich mit dem Zustand zu rechnen, daß der **Verband der Post- und Telegraphengehilfinnen** geschlossen auf dem Standpunkte steht.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun sagen Sie, das seien reaktionäre Frauen, was übrigens nicht zutrifft. Ja, meine Herren, was kann ich als Minister anderes tun, als die zuständige Berufsorganisation hier als Autorität aufmarschieren zu lassen?

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Giebel: Sie tun doch sonst nicht das, was die Berufsorganisationen wünschen!)

— Ja, Herr Kollege Giebel, bis jetzt ist mir der maßgebendste, größte und geschlossenste Verband, der seit Jahren besteht, der Verband der Post- und Telegraphengehilfinnen, in dem nach meiner Kenntnis alle Parteirichtungen vertreten sind. Ich kann doch nicht gegen diesen Verband etwas beschließen. Das wäre nicht bloß undemokratisch,

(oho! bei den Sozialdemokraten)

das würde sogar zu ungesunden Zuständen führen.

(Abgeordneter Giebel: Wir werden Sie bei einer anderen Gelegenheit beim Worte nehmen!)

— Ich verstehe die Zwischenrufe nicht, die mir hier gemacht werden, aber wenn eine große Berufsorganisation, die bisher als einzige Vertreterin dieser Gruppen aufgetreten ist, sich dagegen sträubt? Und, meine Herren, die Gründe sind wirklich nicht von der Hand zu weisen. (D)

(Aha! links.)

— Ja, selbstverständlich, Frau Zietz! Warum wollen Sie denn die Postgehilfinnen anders behandeln als die Eisenbahngehilfinnen, die Lehrerinnen, die Hebammen?

(Widerspruch links.)

— Dann müssen Sie die Sache nicht beim Postetat anschneiden. Das ist eine allgemeine Frage, die allgemein zu regeln ist. Vorläufig haben wir im Postministerium die Praxis geübt, besonders in Fällen, die im Kriege passiert sind, mit größter Nachsicht vorzugehen. Es ist nicht richtig, daß jede uneheliche Mutter bei uns entlassen worden ist.

(Zuruf von den Sozialisten: Der Fall Dresden ist ein Kriegsfall!)

— Wenn mir der Fall vorher mitgeteilt worden wäre, hätte ich Erkundigungen eingezogen und könnte Ihnen darauf antworten.

(Abgeordneter Giebel: Er hat Ihnen schriftlich vorgelegen und das Postministerium hat ablehnenden Bescheid gegeben.)

— Herr Kollege Giebel, wenn das Postministerium einen ablehnenden Bescheid gegeben hat und Sie die Absicht haben, das hier zur Sprache zu bringen, dann wäre es das Richtige, Sie teilten mir das vorher mit, dann habe ich die Akten da und kann Ihnen an Hand der Akten antworten. Aber aus dem Stegreif kann man auf einen solchen Fall nicht eingehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich erinnere mich wohl, daß die Betreffende als Helferin eingestellt war und mir verschwiegen hat, daß sie uneheliche Mutter war.

(Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten: Muß sie denn das sagen? Unerhört!)

(Giesberts, Reichspostminister.)

(A) — Das ist Ihre Auffassung. Es gibt Menschen, die anderer Auffassung sind.

(Lebhafter Widerspruch und Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Giesberts, Reichspostminister: Ich muß den Herren schon anheimgeben, zu versuchen, die Sache auf dem Boden des Beamtengesetzes zu ändern. Ich muß mir aber verbitten, daß man die Post- und Telegraphengehilfinnen hier vornimmt und uns zu solchen Maßregeln zwingen will. Wenn das bei allen Beamten im Reiche geschieht, muß ich mich dem fügen.

Was die **Diebstähle bei der Post** anlangt, so haben wir in der letzten Zeit bei den kleinen Diebstählen eine Minderung zu verzeichnen. Allerdings mehren sich die Fälle, wo **Raubüberfälle** auf die Post- und auf Geldtransporte versucht werden. Ich habe sogar die Absicht gehabt und auch Schritte dahin unternommen, wenigstens in den gefährlichen Gebieten, die Postbeamten, die Wertsachen mit Postwagen befördern, zu bewaffnen. Wir sind davon abgekommen, weil wir glauben, daß unsere inneren Zustände bald wieder so gesund sein werden, daß solche Raubüberfälle selten werden. Wenn sich das allerdings nicht ändert, dann müssen wir zu Maßnahmen greifen, die die Postbeamten in die Lage versetzen, sich gegen solche Überfälle zu wehren.

Auf das **Fernsprechwesen** will ich heute nicht näher eingehen. Der Reichstag wird nach den Osterferien von uns eine Denkschrift bekommen über den Ausbau des Fernsprechwesens und gleichzeitig auch die neue Fernsprechgebührenvorlage. Die beiden werden dann wohl zweckmäßig zusammen behandelt und beraten werden. Sie werden daraus erkennen, daß wir den Mißständen und Unzulänglichkeiten, die sich eingeschlichen haben, mit allen (B) Mitteln zu begegnen versuchen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß, wenn wir unser Fernsprechwesen in Ordnung bringen wollen, so daß es unseren Verkehrsbedürfnissen genügt, wir große, ich möchte sagen, Riesensummen in dieses Geschäft hineinstecken müssen. Heute besteht kein Personalmangel, sondern die Einrichtungen genügen dem gesteigerten Verkehr nicht mehr. Unsere Einrichtungen sind während des Krieges nicht vervollkommnet worden, sie haben sehr gelitten, und neue Verbindungen konnten nicht hergestellt werden. Der Fernsprechverkehr dagegen ist gegenüber der Vorkriegszeit ganz gewaltig gestiegen. Wir haben die Absicht, den Fernsprechverkehr so vollkommen auszubauen, wie es nur irgend möglich ist.

Auf die Autofrage will ich bei der vorgerückten Zeit nicht eingehen; sie kann zweckmäßig auch später bei einem Nachtragsetat einmal behandelt werden. Jedenfalls sind wir bemüht, den Wünschen des Publikums durch **Neueinrichtung von Postautolinien** nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Zum Schluß hat der Herr Abgeordnete Taubadel zwei Fragen gestellt bezüglich der **Zwangspensionierung.** Wir haben uns bisher an die Vorschriften des Beamtengesetzes gehalten und werden das auch in Zukunft tun. In meinem Ressort besondere Maßregeln zu treffen, beabsichtige ich nicht.

Was die **Übernahme von Postbeamten in die Finanzverwaltung** anlangt, so ist diese Frage heute dadurch erledigt, daß das Reichsfinanzministerium wohl einen genügenden Beamtenapparat hat. Es hat sich leider nicht ermöglichen lassen, eine größere Anzahl mittlerer und höherer Beamten bei der Reichsfinanzverwaltung unterzubringen. Auf die Gründe will ich nicht näher eingehen.

Dann hat der Herr Abgeordnete Taubadel einen Fall vorgetragen, wonach in den Postämtern bei den Drucksachen **Wahlagitation** für die Deutsche Volkspartei getrieben wurde. (C) Meine Herren, zufällig bin ich auch einer derjenigen, der der sozialdemokratischen Agitation in dieser Beziehung zum Opfer gefallen ist.

(Heiterkeit.)

Ich habe leider das Original nicht hier, bin aber bereit, es den Herren zuzustellen. Da war in die Drucksachen, die von der Zentralstelle des Vereins für Volkswohlfahrt ausgehen, ein kleiner viereckiger Zettel eingefügt worden, auf dem die Beamten aufgefordert wurden, sozialdemokratisch zu wählen.

(Heiterkeit.)

Also, es wird hier gesündigt und dort, hüben und drüben. An sich bin ich aber mit dem Herrn Abgeordneten Taubadel vollständig einig, daß die Post zu irgendwelchen politischen Wahlzwecken nicht benutzt werden darf. Ich werde den Fall untersuchen und dementsprechend Anweisung ergehen lassen.

Damit habe ich die Fragen des Herrn Abgeordneten Taubadel so ziemlich beantwortet. Im übrigen werden wir ja bei der Gebührenvorlage Gelegenheit haben, den guten Willen zu zeigen, die Post auch wirtschaftlich auf die Höhe zu bringen. Dann wird auch das eintreten, was Herr Taubadel wünscht, daß unsere Postverwaltung wieder mit der alten Pünktlichkeit und Sorgfalt arbeitet.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, zum Postetat zu sprechen. Aber nach der Rede des Herrn Ministers — es fehlt mir geradezu der parlamentarische Ausdruck, um sie richtig zu kennzeichnen —, nach dieser Rede, in der er das rückständige Verhalten der **Postverwaltung, die die unehelichen Mütter entläßt,** verteidigt hat, würde ich es als eine (D) Pflichtverletzung betrachten, wenn ich hier schweigen wollte. Der Herr Postminister scheint sich gar nicht bewußt zu sein, daß er mit dieser Verteidigung der Behandlung der unehelichen Mütter, soweit sie Beamtinnen sind, **gegen die Verfassung** verstößt **und gegen das Besoldungsgesetz.** In der Verfassung heißt es bekanntlich, daß die Mutterschaft unter dem Schutz der Verfassung steht. Heißt es nun, die Mutterschaft schützen, wenn man die uneheliche Mutter nur deshalb, weil sie uneheliche Mutter war, auf die Straße wirft und sie dann vor die Frage stellt, ob sie sich mit dem Kinde gemeinsam das Leben nehmen soll oder ob sie ihrem Kinde das Leben nehmen

(Zurufe rechts)

und selbst im Zuchthaus Unterkommen finden soll?

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die lachen auch noch!)

— Das kann ich auch nicht fassen, daß es noch Herren gibt, und wenn sie auch der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen angehören, die über solche Dinge lachen können.

(Sehr richtig! links.)

Die Tragik der unehelichen Mütter scheinen die Herren nicht zu kennen oder nicht kennen zu wollen. Ich möchte fragen: wenn so gegen die uneheliche Mutter vorgegangen werden soll, nachdem man den Grundsatz in der Verfassung anerkannt hat, daß Frauen und Männer gleich zu behandeln sind, warum dann nicht ebenso gegen die unehelichen Väter vorgegangen wird?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Daß auch Sie darüber lachen können, Herr Minister,

(Widerspruch des Reichspostministers)

wundert mich nach Ihrer Rede allerdings nicht. Ich will Ihnen nur sagen, daß gerade die Tatsache, daß Sie hier

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) so gegen die unehelichen Mütter auftreten, die als Beamtinnen so behandelt worden sind, besonders in Ihrem Ressort, wirkt wahrlich nicht erzieherisch auf die Beamtinnenorganisation.

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— Warum wir das hier beim Postetat vorbringen? Weil in Ihrem Ressort die meisten Fälle vorgekommen sind, wo uneheliche Mütter so behandelt wurden

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und damit gegen die Verfassung verstoßen wurde und auch gegen das Besoldungsgesetz. Herr Postminister, Sie werden doch die Begründung zum Besoldungsgesetz kennen und wissen, wie wir im Ausschuß der Nationalversammlung das Besoldungsgesetz behandelt haben. Die Herren Kollegen, die mit im Ausschuß waren, werden bezeugen können, daß wir uns gerade über diese Frage eingehend beraten haben. In dem Besoldungsgesetz steht, daß Kinderbeihilfen gewährt werden für eheliche und uneheliche Kinder

(hört! hört! links)

ohne jede Differenzierung. Ich habe ausdrücklich die Frage noch angeschnitten und die Vertreter des Finanzfinanzministeriums, Herrn Geheimrat Kühnemann und Herrn Ministerialrat Mäder, gefragt: Wenn eine **ledige Beamtin Mutter** wird, bekommt sie dann auch für das **uneheliche Kind** die **Kinderzulage?** und da wurde mir entgegnet: Ja, Frau Abgeordnete Zietz, ich weiß nicht, warum Sie danach noch fragen, das steht ausdrücklich in der Begründung zum Besoldungsgesetz.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich hatte das allerdings gelesen; aber ich wollte ausdrücklich die Bestätigung von dem Regierungsvertreter haben und diese Bestätigung ist gegeben worden, und (B) wenn damals schon so sorgfältig Protokoll geführt worden ist wie jetzt, dann würde man es im Protokoll dieser Ausschußsitzung nachlesen können.

Es ist außerdem noch ausdrücklich von dem Regierungsvertreter hervorgehoben worden: Wenn Vater und Mutter eines unehelichen Kindes gemeinsam den Unterhalt bestreiten, dann wird die Mutter, wenn sie einen größeren Prozentsatz zum Unterhalt des Kindes beiträgt als der Vater, auch den größeren Prozentsatz der Kinderbeihilfe bekommen; trägt sie allein die Kosten des Unterhalts, bekommt sie die ganze Kinderbeihilfe, sonst wird sie prozentualiter verteilt auf Vater und Mutter, die die Unterhaltskosten tragen. Sie, Herr Minister, sind also gar nicht berechtigt, eine Beamtin zu entlassen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten)

deshalb weil sie uneheliche Mutter geworden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun heißt es in der **Antwort** des Herrn Vertreters **des Ministeriums des Innern** auf die kleine Anfrage, die damals gestellt worden ist: Dafür, ob die uneheliche Mutter entlassen wird, ist ausschlaggebend, ob sie ihre Arbeiten verrichtet, ob sie sich in ihrem Betragen keine Achtungsverletzung zu Schulden kommen läßt, beziehungsweise selbst die Achtung verdient. Da weiß ich wahrhaftig nicht, wer darüber entscheiden soll, ob sie sich nach dieser Richtung hin vergangen hat. Ich möchte fragen, ob vielleicht ausgerechnet der Herr **Staatssekretär Lewald**, der unter vier verschiedenen Regierungen immer „treu“ gedient hat, unter der kaiserlichen und der republikanischen, der bürgerlichen und der sozialistischen, ob dieser Lewald, der ein so riesiges Anpassungsvermögen besitzt, vielleicht derjenige ist, der über die Moral und über die Sittlichkeit der weiblichen Beamten in Deutschland entscheiden soll? (C)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber ausgerechnet dieser Mann wird vorgeschickt, um die Antwort der Regierung zu geben, die eine Beleidigung aller Beamtinnen darstellt, die unehelich Mutter geworden sind, daß ihnen dann noch als ein Verstoß angerechnet wird, wenn eine Beamtin uneheliche Mutter geworden ist und das nicht offiziell mitteilt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Unglaublich!)

Was heißt das denn: Sie soll mitteilen, daß sie uneheliche Mutter geworden ist? Was geht das die Postverwaltung an, die hat sie ja wohl als ledige Beamtin, aber nicht als Mutter engagiert, sondern als Beamtin, deren Arbeitskraft sie nötig hat. Bitte schön, Herr Postminister, stellen Sie diese Recherchen doch auch bei den männlichen Beamten an! Es würde mich sehr interessieren, zu erfahren, ob sie bei Anstellung der männlichen Beamten Recherchen anstellen: Haben Sie auch uneheliche Kinder, oder haben Sie mehrere uneheliche Kinder und wo haben Sie die unehelichen Kinder untergebracht, wann sind Sie Vater geworden? usw. Stellen Sie diese Nachforschungen auch da an? Und wenn Sie mir das mit Nein beantworten müssen, dann beweist das schon, wie mit zweierlei Maß bei Ihnen gemessen wird!

Und nun stellt sich der Herr Postminister hin und verteidigt das **reaktionäre Verhalten gewisser Beamtinnenkreise und gewisser Lehrerinnenkreise** noch. Ich bin der Meinung, wenn er zur Hebung der sittlichen Auffassung beitragen wollte, hätte er hier auftreten und hätte sagen müssen: Unter keinen Umständen darf eine solch rückständige Auffassung splitterrichtender Beamtinnen unterstützt und noch gefördert werden!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Statt das zu tun, Herr Minister, haben Sie diese reaktionäre Rede gehalten. (D)

Noch ein weiteres! Der Herr Minister hat sich sogar auf diese Organisationen der Beamtinnen berufen, die den reaktionären Standpunkt einnehmen. Er hat ausdrücklich gesagt: wir können nicht gegen den Willen dieser Organisationen handeln und die Beamtinnen im Amte lassen. Ach, Herr Minister, wenn Sie doch nur einmal diesen Standpunkt eingenommen hätten, wenn die Beamtenorganisationen kommen und erklären: Wir können mit dem Gehalt nicht mehr auskommen, wir haben kein Brot für uns und unsere Familien, wir müssen unbedingt eine Erhöhung der Gehälter bekommen. Noch nie habe ich gehört, daß der Herr Postminister sich solcher Kundgebungen der Beamten gebeugt hat, sondern ich habe dann immer erlebt, daß tausend Einwände gemacht werden und erklärt wird: die und die Gründe sind maßgebend, daß wir diese Forderungen gar nicht oder nur zum Teil erfüllen können. Dann sind die Auskünfte der Beamtenorganisationen für Sie, Herr Minister, nicht maßgebend. Sie hören es und werden es hoffentlich auch bis zu einem gewissen Grade berücksichtigen, aber immer nur bis zu einem gewissen Grade, obgleich eine volle Berücksichtigung im Interesse der wirtschaftlichen Hebung der Beamten und Beamtinnen notwendig wäre. Wenn Sie aber hier diese rückständigen Auffassungen nicht nur gelten lassen, sondern noch von öffentlicher Reichstagstribüne herab unterstützen, dann schäme ich mich für Sie, Herr Minister, daß Sie solche Anschauungen vertreten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich hoffe nur, daß alle die Herren und Damen, die im Ausschuß ganz auf unserem Standpunkt standen, daß kein Unterschied gemacht werden könne bei Berücksichtigung der unehelichen Väter und der

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) unehelichen Mütter bei Auszahlung der Kinderzulagen, mich unterstützen. Meine Damen und Herren! Nimmermehr dürfen die unehelichen Mütter entlassen werden und dadurch um ihr Amt und Brot kommen und um die gesetzlich ihnen zustehenden Kinderbeihilfen. Damals haben im Ausschuß sich auch die Kollegen aus der rechtssozialistischen Partei, ebenso die Kollegen aus der demokratischen Partei auf unseren Standpunkt gestellt. Soviel ich mich erinnere, sind es damals auch verschiedene Kollegen aus anderen Parteien gewesen. Vor allen Dingen hat mich der Herr Kollege Beuermann damals unterstützt. Ich hoffe, daß alle diese Kollegen mit ihren Fraktionen nun für unseren Antrag stimmen werden und dadurch den Herrn Postminister und die anderen in Frage kommenden Ressorts zwingen, daß man in Zukunft die unehelichen Mütter nicht weiter so behandelt, wie es jetzt der Fall ist, mit einem Worte, daß man in Zukunft die Bestimmungen der Verfassung, die Bestimmungen des Besoldungsgesetzes beachtet.

(Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Neuhaus (Westfalen).

Neuhaus (Westfalen), Abgeordnete: Ich muß zunächst dem Herrn Postminister darin recht geben, daß es sich hier um eine Frage von so enormer Bedeutung für unsere ganze Volkssittlichkeit handelt, daß man sie unmöglich so nebenbei beim Postetat in später Abendstunde besprechen kann.

(Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ja, mir liegt die Sache so sehr am Herzen, das ich sie wirklich nicht so nebenbei behandelt sehen möchte. Aber ich will mich durchaus nicht hinter dieser Auffassung verstecken und (B) darum auch meine grundsätzliche Anschauung über die Frage hier aussprechen.

Wenn die Verfassung die Mutterschaft schützen will, so müssen wir zweifellos dafür sorgen, daß das auch geschieht. Ob es aber gerade in der Form geschehen muß, daß die **uneheliche Mutter** unbedingt **Beamtin** bleibt, das weiß ich doch nicht.

(Lebhafte Rufe links: Aha!)

Ich meine, dafür könnten wir doch auch andere Formen finden.

(Erregte Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Meine Damen, Sie kennen doch meine Lebensarbeit und wissen, daß ich mit die erste war, die sich der unehelichen Mütter angenommen hat.

(Sehr wahr! im Zentrum. — Andauernde erregte Zurufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten: Dann müssen Sie sich auf unsere Seite stellen!)

— Das kann ich nicht aus ganz bestimmten Gründen. Es ist doch ein großer Unterschied, ob wir der einzelnen unehelichen Mutter helfen, und das müssen wir tun, denn sie hat es oft viel nötiger als die eheliche Mutter. Aber ob wir damit das Volksempfinden preisgeben wollen in unserer heutigen Zeit, wo wir in unseren Sittlichkeitsbegriffen so heruntergekommen sind, ob wir da alle Hemmungen niederreißen wollen,

(sehr gut! im Zentrum und rechts)

das ist doch eine andere Frage. Und darum sage ich, wir brauchen den Schutz der unehelichen Mutter nicht gerade in diese Form zu kleiden.

Und wenn Sie nun fragen: Weshalb stellen Sie denn diese Fragen nicht an den Mann, wenn er angestellt werden soll? — so gebe ich Ihnen ohne weiteres zu, daß wir in dieser Hinsicht in der Praxis eine doppelte Moral haben. Aber solange wir den Mann nicht hinaufbringen können auf die Höhe, die wir mit Recht von der Frau verlangen, solange ist es mir immer noch lieber, zweierlei Moral zu haben, als nun auch die Frau, nur um der Gleichstellung willen, auf das tiefere Niveau des Mannes sinken zu lassen. (C)

(Entrüstete Rufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Erlauben Sie, meine Damen, einen Augenblick! Ich habe oft in meinem Leben gedacht: wenn die Welt an der Frau das nicht erträgt, was sie dem Mann hier und da leider Gottes zugesteht, dann ist es immer noch ein Glück für unser ganzes Volk, wenn die Frau wenigstens auf einer Höhe steht, daß das Volksempfinden die hier in Frage stehenden Vorkommnisse mit ihrer Ehre nicht zu vereinigen weiß. Wenn sie aber die uneheliche Mutterschaft auf die gleiche Stufe mit der ehelichen stellen wollen — und darauf kommt es doch hier schließlich an —, dann müssen wir uns über diese Frage grundsätzlich unterhalten; aber es geht nicht an, sie hier so nebenbei in den Postetat hineinzubringen.

Und dann, Frau Zietz, hätten Sie diese Frage nicht mit der Frage der Organisationen, die mehr Gehalt fordern, verquicken sollen. Wenn die Beamten in der heutigen Zeit mehr Geld brauchen, dann teilen Sie dieses Schicksal mit sehr vielen anderen Volksgenossen, und das hätte Ihnen gewiß der Herr Minister grundsätzlich niemals abgeschlagen. Er hat es Ihnen abgeschlagen, weil er nicht — —

(Unterbrechungen links.)

Heute kommt es auf die Grundsätze für unser ganzes Volk an, und da werden wir uns nicht eher einigen, bis wir darüber einig sind, ob die eheliche Mutter mit der unehelichen gleichgestellt werden soll.

(Zurufe links.)

(D) Wenn wir nach wie vor dafür halten, daß die Frau sich solange im Zügel halten soll, bis sie die Ehe eingegangen ist,

(sehr wahr! im Zentrum; Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Und der Mann?)

— der Mann auch! — dann wollen wir in der heutigen Zeit nicht die Hemmungen niederreißen, sondern halten, was noch zu halten ist. Wir wollen der unehelichen Mutter helfen, aber nicht, indem wir sie in dieser Beziehung völlig der ehelichen Mutter gleichstellen.

(Bravo! im Zentrum. — Zuruf links: Das sind Christen!)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schroeder (Schleswig-Holstein).

Schroeder (Schleswig-Holstein), Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Als mir vor einigen Monaten in diesem Hause der Herr Staatssekretär Lewald auf meine Anfrage die Antwort gab, da habe ich mich nicht gewundert: denn von ihm hatte ich ja nichts anderes erwartet.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Aber von dem Herrn Postminister hatte ich doch geglaubt, daß das Gerücht wahr sei, daß er sich persönlich nur unter dem Druck der Standesvertretung gebeugt habe, daß er aber innerlich auch das große Unrecht gegen die Beamtinnen bedaure. Wenn nun gar die Fraktionskollegin des Herrn Postministers, Frau Neuhaus (Westfalen), heute ebenfalls dieses gewaltige Unrecht

(Zuruf im Zentrum: Na! Na!)

gegenüber der unehelichen Mutter und gegenüber den Beamtinnen noch verteidigen zu müssen glaubt, dann muß ich schon sagen, daß ich dies von einer Frau, die selbst stolz darauf ist, einem Kinde das Leben gegeben zu haben, gewiß nicht verstehen kann.

(Sehr wahr! links.)

(**Schroeder** [Schleswig-Holstein], Abgeordnete.)

(A) Frau Neuhaus, Sie haben gesagt: für die uneheliche Mutter soll gesorgt werden! Begreifen Sie denn gar nicht das Gefühl der unehelichen Mutter, der sie Almosen geben wollen,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

nachdem Sie ihr die Möglichkeit, durch Arbeit ihr Kind zu ernähren, genommen haben?!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Haben Sie denn — gerade Sie! — dafür gar kein Gefühl, Sie als Frau und Mutter? Ich muß gestehen, daß ich, als ich damals die **Entschließung der Beamtinnen auf ihrem Verbandstag in Hamburg** gelesen habe, mich im tiefsten Innern geschämt habe, daß Frauen eine solche Entschließung annehmen konnten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich meine, wir Frauen sollten uns alle auf den Standpunkt stellen, daß die, die dort diese Entschließung angenommen haben, nicht wußten, was sie taten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Oder wie sollten Sie sich zu verteidigen suchen?

(Zuruf im Zentrum: Sie wußten sehr wohl, was Sie wollten!)

— Sie wissen es nicht! — Aber wenn der Herr Postminister sich nun heute hinter dieser Entschließung verkriecht — ich finde kein anderes Wort dafür —, dann will ich ihn — ganz abgesehen von dem von Frau Zietz schon Angeführten, daß er nicht so unbedingt auf die Standes- und Berufsvertretungen hört, wenn es sich um Gehalts- und andere Forderungen handelt — doch nur fragen: woher nimmt eine Berufsvertretung das Recht, einfach eine Abänderung der Verfassung zu beschließen?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Woher nimmt ein Minister der deutschen Republik, der doch auf die Verfassung eingeschworen ist, das Recht, sich bei einem Verfassungsbruch — und um einen solchen (B) handelt es sich hier —

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

hinter einer Berufsvertretung zu verkriechen?

(Lebhafte Zustimmung links.)

Der Herr Postminister hat gemeint, es würde ja nicht jede Beamtin, die unehelich Mutter wird, entlassen. O ja, es wird so gut wie jede Beamtin, die unehelich Mutter wird, entlassen, ganz ohne Rücksicht darauf, was ihre eigenen Kolleginnen wollen.

Ich selber habe hier einen Fall, wo eine Beamtin, die 13 Jahre im Dienst war und voll und ganz ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat, eine Beamtin, die nicht nur für sich sorgte, sondern die auch noch ihre gelähmte Schwester unterhielt, die im Amt angesehen und beliebt war, so daß sich die gesamte Kolleginnenschaft ihres Amts mit der Bitte an die Oberpostdirektion wandte, sie im Dienst zu belassen, trotzdem entlassen wurde.

(Hört! Hört! links. — Rufe links: Pfui! Ein Skandal!)

Ich will dann noch den Fall einer Beamtin vortragen, die bereits lange im Dienst war, ein Kind von vier Jahren hatte, das sie mit ihrer Hände Arbeit ernährt und erzogen hatte, so gut wie jede eheliche Mutter, in dem Augenblick entlassen wurde, als sie die Kinderzulage für ihr uneheliches Kind verlangte

(Pfuirufe links)

und sich dadurch zu ihrem Kinde bekannte. Das sind die Folgen von Gesetzen, wie es das Besoldungsgesetz ist, wenn man versucht, sie anzuwenden! Als wir uns dann an das Postministerium wandten, meinte der Herr Postminister oder sein Stellvertreter seinen ablehnenden Standpunkt damit begründen zu müssen, daß er sagte, die Genannte wäre nur durch Verschweigen ihrer Mutterschaft überhaupt als Beamtin angenommen.

(Erneute Pfuirufe links.)

Damit sind am besten alle anderen Gründe widerlegt (C) worden;

(sehr richtig! links)

damit ist am besten bewiesen, daß es sich hier nicht um sittliches Verhalten im Dienst, auch nicht um Tüchtigkeit und Befähigung dreht,

(sehr gut! links)

sondern daß hier klar ein **Ausnahmezustand gegen die uneheliche Mutter** geschaffen ist.

(Sehr wahr! links.)

Wohin aber solche Erlasse führen, Herr Postminister, zeigt am besten ein Brief, der mir von einem kleinen Postamt in Sachsen zugegangen ist. Dort hat der Postassistent die Brutalität besessen, einer jungen Beamtin, die ihrer unehelichen Mutterschaft entgegensah, folgendes zu schreiben:

> Es hat sich herausgestellt, daß Sie schwanger sind und sich durch Ihr unsittliches Verhalten außer dem Dienste der Achtung, die Ihr Beruf erfordert, unwürdig gezeigt haben.

— Ich will nur einschalten, daß mir der Verlobte dieser Beamtin diesen Brief eingeschickt hat, der die Absicht hat, das Mädchen zu heiraten, sobald seine wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten.

(Unruhe im Zentrum.)

Aber der Herr fährt fort:

> Sie werden daher auf Grund der Verfügung der Oberpostdirektion in Chemnitz vom 18. Januar 1921 mit Ablauf des 20. Januar 1921 aus dem Postdienst entlassen.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

— Geschrieben ist der Brief am 19. Januar. —

> Für die Zeit vom 21. bis 31. Januar haben Sie 188,50 Mark übergezahlte Dienstbezüge zurückzuzahlen.

(Erneute Rufe: Hört! Hört! links.) (D)

Ja, Frau Neuhaus, in Ihren Kreisen versucht man doch, der Frau, die Mutter wird, alles Unangenehme und Häßliche fernzuhalten — und mit Recht! —, man versucht, ihr die schwere Zeit so viel wie möglich zu erleichtern.

(Zuruf im Zentrum: Der unehelichen auch!)

Nun stellen Sie sich eine Frau vor, die vor der Entbindung steht, die mittellos ist, und die von einem Tage zum anderen entlassen wird, von der man dann noch die Zurückzahlung der bereits ausgezahlten Gehälter verlangt!

(Zurufe links: Unerhört!)

Vielleicht werden Sie sagen, daß Sie dann durch Almosen ihr das zurückgeben wollen. Aber darauf verzichtet diese Mutter. Sie will ihr gutes Recht, sie will die Möglichkeit haben, ihr Kind zu ernähren und zu erziehen.

Ich will mich mit Ihnen (zum Zentrum) nicht über den Wert der unehelichen Mutterschaft streiten. Darüber kommen wir heute doch nicht zurecht; dazu brauchten wir länger.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber ich sage Ihnen nur das eine, — Ihnen, die Sie jetzt gegen unseren zum Strafgesetzbuch gestellten Antrag Einwendungen machen, — ich will auch darauf nicht eingehen. Die Kreise, die Ihnen nahestehen, sprechen in allen Eingaben von dem „gottgewollten" Leben. Woher nehmen Sie denn das Recht,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: und den Mut!)

gerade Sie, die Sie sich berufen auf einen Gott, der den Lauf dieser Erde leiten soll, zu sagen, daß das uneheliche Kind weniger gottgewollt sei als das eheliche Kind.

(Sehr gut! links.)

Aber wohin treiben Sie die uneheliche Mutter? Man hat ja vorhin so schön hier rechts gelacht, als Frau Zietz

(**Schroeder** [Schleswig-Holstein], Abgeordnete.)

(A) von der unehelichen Mutter gesprochen hat, die mit ihrem Kind ins Wasser geht.

(Sehr richtig! links. — Zurufe rechts.)

— Ja, ob Sie darüber lachen können, das mögen Sie mit Ihrem Gewissen ausmachen. — Aber wohin treiben Sie vor allen Dingen die Mutter? Doch nur dahin, daß sie gerade gegen die Strafgesetzparagraphen verstößt, die Sie aufrechterhalten wollen, nämlich daß sie alles tut, um ihr Kind nicht erst zur Welt kommen zu lassen, von dem sie weiß, daß sie es nicht ernähren kann, da man ihr die Arbeit und damit das Brot nimmt.

Verehrte Anwesende! Deshalb meine ich: wer immer sich der Verantwortung gegenüber der Mitwelt bewußt ist, wer nicht will, daß Menschen einfach zugrunde gehen und ganz besonders die Kinder zugrunde gehen lediglich wegen ihrer unehelichen Geburt, der kann, wie er auch zu der unehelichen Mutterschaft als solcher steht, gar nicht anders, als unseren Antrag annehmen.

(Lebhafter Beifall links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichspostminister.

Giesberts, Reichspostminister: Meine Damen und Herren! Wie ich persönlich zu der Frage der **unehelichen Mutterschaft** stehe, kann nicht Gegenstand der Erörterung beim Postministerium sein.

(Zurufe links: Und wie stehen Sie zur Verfassung?)

Wo ich Gelegenheit gehabt habe in Fällen, die mir unterbreitet worden sind, mildernd einzuwirken und Härten zu verhindern, habe ich das getan. In dem Falle, den die Vorrednerin angeführt hat — ich denke wenigstens, daß es der eine Fall gewesen ist —, ist die Betreffende nicht entlassen worden, sondern sie wird noch heute als Helferin weiter beschäftigt.

(Zurufe links: Als Helferin! Degradiert!)

(B) Meine Damen und Herren! Wenn aus der bisherigen praktischen Übung heraus und aus der grundsätzlichen Stellungnahme heraus von der Reichsregierung eine Erklärung ergangen ist, dann bin ich gar nicht in der Lage, anders zu handeln.

(Zuruf links: Sie haben sie schon verteidigt!)

— Da habe ich gar nichts zu verteidigen und nichts zu verwerfen. Ich habe mit der Tatsache zu rechnen, daß diese Erklärung der Reichsregierung ergangen ist, und auf Grund dieser Erklärung habe ich zu handeln.

(Abgeordnete Frau Zietz: Und das Besoldungsgesetz? — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Werden die männlichen Beamten, die uneheliche Kinder haben, auch entlassen?)

— Fräulein Lüders, ich will Ihnen nur folgendes sagen. **Beamte,** die **uneheliche Väter** werden und ihre Pflichten nicht erfüllen, werden vom Reichspostministerium mit aller Schärfe und Entschiedenheit zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen angehalten; ich habe auch solche Fälle schon zu behandeln gehabt.

(Zurufe links: Aber diese Beamte schämen sich nicht, ein Mädchen zu verführen! Ist das eine Moral?)

— Das hat mit Moral absolut nichts zu tun. Unter Umständen ist die uneheliche Mutter ein moralischeres Menschenkind als diejenige, die das Glück hat, keine Kinder zu kriegen. —

(Abgeordnete Frau Zietz: Dann dürfen Sie aber nicht so handeln!)

Ich bitte Sie, doch eins zu berücksichtigen. Wenn wir aus der Sache herauskommen wollen, dann müssen Sie nach der Richtung hin einen Beschluß der Reichsregierung für die gesamte Beamtenschaft herbeiführen.

(Zurufe links: Und das Beamtengesetz? Das Besoldungsgesetz?)

— Bitte sehr, Frau Zietz, auf das **Beamtengesetz** berufen sich gerade die Beamtinnen, nämlich auf § 10, glaube (C) ich, der von der notwendigen **Standesehre und Achtung** handelt.

(Abgeordnete Frau Zietz: Und das Besoldungsgesetz?)

Ändern Sie das **Beamtengesetz** dementsprechend, dann werde ich danach handeln.

(Abgeordnete Frau Zietz: Das „Besoldungsgesetz“, habe ich gesagt! — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Da antwortet er nicht darauf!)

— Ja, meine Damen und Herren! Diejenigen Beamtinnen und Helferinnen, die bei uns beschäftigt sind und Kinder haben, bekommen ganz genau wie in allen Verwaltungen die Kinderzulage. — Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, diese Frage zur Entscheidung zu bringen; dann kann die Sache allgemein für das Reichsgebiet geregelt werden. Ich persönlich füge mich einem solchen Beschluß und bin froh, wenn ich diese Schwierigkeiten los bin.

(Abgeordneter Steinkopf: Gehen Sie mit gutem Beispiel voran!)

— Herr Kollege Steinkopf! Gegen die Bestimmungen der Reichsregierung und ihre Gesinnung bin ich nicht berechtigt zu handeln.

(Frau Zietz: Die Gesetze müssen Sie aber befolgen!)

— Sie haben den Verkehrsetat heute behandelt, und ich bin überzeugt, daß beim Eisenbahnministerium auch ähnliche Fälle vorgekommen sind. Die Gesetze gelten für das Eisenbahnministerium genau so wie für das Postministerium. Im übrigen glaube ich, daß die Erregung darüber gar nicht so sehr am Platze ist.

(Widerspruch links.)

— Lassen Sie mich doch mal aussprechen! Wenn ich gewußt hätte, daß diese Frage hier behandelt würde, würde ich natürlich dafür Vorbereitungen getroffen haben. Ich habe schon längere Zeit den Plan ins Auge gefaßt, speziell die Damen aus dem Reichstag zu einer Besprechung einzuladen, um gerade diese Frage zu erörtern und Mittel (D) und Wege zu suchen, wie wir an diesen harten Bestimmungen vorbeikommen.

(Frau Zietz: Das Gesetz selbst bestimmt etwas anderes!)

— Das Gesetz sagt gar nichts darüber. Wenn ich versuchen wollte, mich mit den Damen dieses Hauses aus allen Parteien zusammenzutun, um einen Weg zu suchen, wie wir die Auffassung der Beamtinnen und die hier vertretene vereinigen können, zeigt das doch, daß ich meinerseits die gute Absicht habe, die Frage zu lösen. Mit dieser Debatte, wie sie hier geführt wird, kommen wir nicht zum Ziele. Ich werde aber veranlassen, auf Grund der Debatte nunmehr diese Frage einmal grundsätzlich zu klären. Dabei sollen sich die Frauen aussprechen. Es ist mir zum Vorwurf gemacht worden, daß ich die Beamtenorganisationen nicht behandle wie die **Beamtinnenorganisationen.** Meine Damen und Herren! Wenn eine Organisation der Beamten mir gegenüber eine Forderung vertritt, die ihre Standesehre betrifft, ist mir diese Organisation zur Beurteilung des Falles ausschließlich maßgebend. Und ebenso ist das bei den Beamtinnen.

Was die Gehaltsfrage anlangt, so sind wir darüber einig, daß die Schwierigkeiten bei den weiblichen und männlichen Beamten gleich geartet sind. Wenn es sich aber um Ehren- und Standesfragen handelt, sind für mich die Meinungen der Mehrheit der Beamtenvertretungen und Organisationen ausschlaggebend. Mehr kann ich als Postminister auch in dieser Frage nicht tun.

(Beifall im Zentrum und rechts.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Neuhaus (Westfalen).

Neuhaus (Westfalen), Abgeordnete: Ich werde Sie nicht lange aufhalten. Das Schlußwort der Vorrednerin gibt mir Veranlassung, noch einmal ein Wort zu Ihnen zu sprechen.

(Neuhaus [Westfalen], Abgeordnete.)

(A) Sie hat gesagt: wer der Allgemeinheit dienen, indem er der unehelichen Mutter helfen will, muß unseren Antrag annehmen.

(Sehr richtig! links.)

Sie hat weiter gesagt, es komme hier nicht auf Grundsätze an, das könnten wir heute abend nicht erledigen.

Meine Damen! Ich bin genau der entgegengesetzten Ansicht mit derselben Motivierung. Wenn ich allen unehelichen Müttern einzeln helfen könnte, würde ich es gerne tun und gäbe gerne dafür, was ich könnte. Aber, meine Damen, daneben gilt es, der Allgemeinheit zu dienen.

(Zurufe links. — Unruhe.)

— Es kommt eben ganz allein auf die grundsätzliche Frage an, und die können wir heute abend nicht lösen. Frau Schröder kann nicht sagen, es käme nicht darauf an. Ganz allein auf die **grundsätzliche Stellungnahme** kommt es an, **ob die uneheliche Mutter der ehelichen gleichstehen soll** oder nicht. Das ist das Entscheidende. Wenn wir diese Frage bejahen, dann können wir die Postbeamtinnen in solchen Fällen in ihren Stellungen behalten. Aber ich betone noch einmal: das ist eine grundsätzliche Frage. Ich kann es einfach nicht begreifen, meine Damen, daß es die deutschen Frauen auf sich nehmen wollen, auf diesem Gebiet klare, feste Grenzen zu verwischen und Hemmungen vollständig niederzureißen. Das könnte ich von der deutschen Frau nicht verstehen.

(Widersprechende Zurufe links: Ist das christliche Nächstenliebe?)

— Ich fürchte eine Untersuchung über christliche Nächstenliebe nicht.

Ich möchte nur noch eins sagen. Die Frau braucht, wie Sie meinen, darum kein Almosen zu nehmen, weil wir ihr helfen. Wir haben in unserer Organisation eine spezielle **Stellenvermittlung** für diese Frauen.

(Entrüstete Zurufe links.)

(B) — Seien Sie ganz ruhig, meine Damen, die sind ganz gut aufgehoben.

(Erneute Zurufe links.)

Ich kann hier mit meiner Praxis bestehen!

(Unruhe und lebhafte Zurufe links.)

Und noch eins. Das müssen Sie sich selbst sagen, meine Damen: wenn es nötig ist, die Unterschiede zu betonen — die Frage können wir, wie gesagt, heute abend nicht entscheiden —, dann muß die einzelne leiden für ein Ideal, welches im Interesse des ganzen Volkes hochgehalten werden muß. Das ist auf allen Gebieten so. Das Ideal hochhalten, aber dann der einzelnen helfen.

(Beifall im Zentrum und rechts. — Unruhe links und Zuruf: Es kommt auf ein Menschenleben nicht an!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Art. 119 der Reichsverfassung bestimmt — und das ist der grundlegende und erste Satz —:

> Die **Ehe** steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutze der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.
>
> Die **Reinerhaltung, Gesundung** und soziale Förderung **der Familie** ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

Ich halte dafür,

(Zurufe links: Weiterlesen!)

daß wir von diesem Grundsatz, der verfassungsmäßig ist, auszugehen haben.

(Unruhe und Zurufe links.)

— Ich komme darauf!

Wir haben danach zwei Grundsätze zu üben. Der (C) eine Grundsatz ist der — und ich halte das allerdings für einen Grundsatz, der politisch ganz prinzipiell aufzustellen ist —: wir haben alle Gesetze, alle Maßnahmen darauf anzusehen, ob sie der Gesundung, der Reinerhaltung der Familie dienen oder ob sie dieselbe erschweren.

(Unruhe und Zurufe links.)

Ich gehe dabei durchaus davon aus, daß **an Mann und Frau der gleiche Maßstab anzulegen** ist, soweit es praktisch durchführbar ist.

(Lebhafte Rufe links: Aha! Heuchler!)

Grundsätzlich und sittlich unbedingt der gleiche Maßstab!

(Zuruf links: Und Ihr Kampf gegen die doppelte Moral?!)

— Den führte ich eben durch jene Sätze, die ich anführte. Sittlich und grundsätzlich die gleiche Auffassung!

Auf der anderen Seite — das ist der zweite Grundsatz — haben wir die **Pflicht gegenüber denen, die gefallen sind,**

(entrüstete Rufe links: Die sind nicht gefallen! Sind denn die Männer mit gefallen?)

alle Liebe anzuwenden, die auf Grund unserer Bestimmungen möglich ist.

Diese Auffassung verträgt sich durchaus mit dem, was der Herr Minister Giesberts soeben angeführt hat, mit der Stellung, die er in einem einzelnen praktischen Fall eingenommen hat: daß er eine solche Seele nicht ins Elend gestoßen, sondern versucht hat, was möglich war, um derselben eine **weitere Beschäftigung** zu verschaffen.

(Andauernde große Unruhe und entrüstete Zurufe links.)

Eine solche Möglichkeit wird durch derartige Verhandlungen, wie sie in dieser Stunde stattfinden, unendlich erschwert. Denn dadurch treten die Gedanken der (D) Standesehre und die Notwendigkeit, Standespolitik zu treiben, weiter in den Vordergrund als dann, wenn es möglich ist, im einzelnen Fall in aller Stille so zu handeln, wie man von Herzen gern handeln möchte.

(Unruhe und Zurufe links.)

Wenn hier **Frau Neuhaus** auf das schärfste von Ihnen angegriffen worden ist,

(Zuruf links: Mit Recht!)

dann möchte ich als Angehöriger einer anderen Fraktion es bezeugen, daß sie gerade um ihrer hingebenden persönlichen Arbeit, die sie durch Jahre hindurch an den Gefallenen getan hat, — —

(stürmische entrüstete Zurufe links: Das sind keine Gefallenen! Unerhört! Elender Heuchler! Wie viele sind durch die Männer zugrunde gegangen! Das ist ein Vertreter der Kirche! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen, — —

(Fortgesetzte stürmische Zwischenrufe links. — Zuruf von den Sozialdemokraten: „Wer sich frei weiß von Sünde, der werfe den ersten Stein auf sie“! — Anhaltende große Unruhe und Zurufe links und rechts. — Glocke des Präsidenten.)

— Meine Damen und Herren, ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen, daß unsere Stenographen seit 12 Stunden arbeiten und daß sie unter diesen Umständen natürlich ihre Arbeit nicht fortsetzen können.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es erscheint mir eine Notwendigkeit, gegen eine Theorie, die die Ehe in weitgehendem Maße tangieren müßte, Stellung zu nehmen. Wenn keine Möglichkeit

(D. Mumm, Abgeordneter.)

(A) mehr für den leitenden Beamten besteht, auch gegen eine solche, die sich ihres ungehemmten Geschlechtsverkehrs rühmt,

(Zurufe links: „Eine solche“? — Das machen die Leute Ihrer Klasse!)

einzuschreiten, dann ist die Grundlage, auf der der Staat allein zu bestehen vermag, gebrochen.

(Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren, die tiefen Gegensätze, die durch unser Volksleben gehen, machen sich bei einer solchen Frage bemerkbar. Wir wollen durchaus den Grundsatz des **persönlichen Erbarmens**,

(Lachen und lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken)

den Grundsatz, daß beide Geschlechter Gott die gleiche Verantwortung für ihre Taten schulden.

(Entrüstete Rufe links: Quatsch! Pfaffe! Moralfatzke!)

Eine **Untergrabung des Familienlebens** vermögen wir nicht mitzumachen.

(Lebhafter Beifall rechts. — Zischen und Pfuirufe links. — Zurufe: Pfaffe! Heuchler! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Malzahn.

Malzahn, Abgeordneter: Werte Versammlung! Über das unsoziale Verhalten der sogenannten deutschen Kulturregierung werde ich nicht reden. Das haben die Frau Abgeordnete Zietz und die Frau Abgeordnete Schroeder vorzüglich verstanden. Auch die Abendpredigt eines verbohrten Pfaffen — —

(große Heiterkeit bei den Vereinigten Kommunisten. Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Malzahn! Dieser Ausdruck ist ganz ungehörig. Ich rufe Sie dafür zur (B) Ordnung.

Malzahn, Abgeordneter: — kann mich jedenfalls keineswegs veranlassen, dieses Thema noch einmal anzuschneiden. Diese sogenannte **bürgerliche Moralkultur,** wofür wir als ehrliche und anständige Arbeiter kein Verständnis haben, ist von den Frauen genügend gebrandmarkt worden.

(Zurufe rechts: Anständig? — Gegerufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Wir werden uns aber jedenfalls nicht abhalten lassen, trotz der Durchpeitschung der verschiedenen Etats die **Interessen der Angestellten** wahrzunehmen. Wir haben ja bei der Abstimmung über die Anträge des Abgeordneten Breunig gesehen, welches Verhalten Sie den Forderungen der Eisenbahner gegenüber an den Tag gelegt haben. Aber trotzdem werden wir von neuem die berechtigten Wünsche der Angestellten vorbringen, damit Sie (nach rechts), meine Herren, mal endlich vor der gesamten Angestelltenschaft entlarvt werden, damit Sie sich nicht bei jeder Gelegenheit rühmen können, daß Sie die Interessen der Angestellten vertreten. Sie denken gar nicht daran, sondern lediglich daran, Ihre Profitinteressen wahrzunehmen.

Es wäre notwendig, daß die Reichsbetriebe den Privatbetrieben vorbildlich vorangehen würden, daß sie mustergültig dastehen sollten. Aber ich muß feststellen, gerade die Postbetriebe unter dem Regime des Reichspostministers Giesberts haben seit dem Frühjahr die meiste Veranlassung zu Klagen gegeben. Eine Verfügung, ein vertrauliches Rundschreiben nach dem andern ist von dem **Reichspostministerium** herausgegeben worden, und zwar haben diese **Verfügungen** die Tendenz verfolgt, daß man die **Angestellten,** die **Hilfskräfte entlassen** will. Selbst verheiratete Leute hat man zu Hunderten entlassen und hat dafür aus den höheren Beamtenfamilien Mädchen (C) von 16 bis 17 Jahren aus den höheren Töchterschulen eingestellt.

(Hört! Hört! links.)

Obwohl schon im Frühjahr verfügt ist, daß die Beamtenanwärterlisten geschlossen werden sollten, hat man auf dem **Postscheckamt Dorotheenstraße** und der **Filiale Leipziger Straße** die verheirateten Leute scharenweise entlassen und hat aus diesen Postscheckämtern einen — sagen wir einmal: Kindergarten gemacht.

Ich habe Gelegenheit genommen, habe einen Tag geopfert und habe das Postscheckamt Dorotheenstraße und auch die Filiale Leipziger Straße besucht, und gerade in der Leipziger Straße ist die Einteilung so getroffen, daß nicht die Mädchen der höheren Beamten dort sitzen, sondern die Proletarierkinder. In einem Raume, der hygienisch alles zu wünschen übrig läßt, sind zirka 200 Mädchen eingepfercht, so daß es geradezu als skandalös zu bezeichnen ist. Nehmen die Abgeordneten die Gelegenheit wahr und besuchen Sie das Postscheckamt, und vor allem die Abteilung Leipziger Straße! Ich sage Ihnen, es ist einfach skandalös.

Der Leiter dieses Amts in der Leipziger Straße — das gehört mit zu dem unsozialen Verhalten; leider weiß ich im Augenblick den Namen nicht, werde ihn aber dem Herrn Postminister zur Verfügung stellen — erlaubt sich bei jeder Gelegenheit, wo die Mädchen, sagen wir einmal aus Anlaß einer Krankheit, ein oder zwei Tage fehlen, sie, wenn sie zurückkommen, einem strengen Verhör zu unterziehen. Dieser Herr stellt bei diesem Verhör beleidigende, unsittliche Fragen an die jungen Mädchen.

(Hört! Hört! links.)

Wir verlangen, daß diese Fälle geprüft werden. Es ist eines Kulturstaats unwürdig, daß man in dieser Weise verfährt.

Ich sage also: man hat seit dem Frühjahr die Ent- (D) lassungen auf den einzelnen Postämtern in ungeheurer Weise vorgenommen. Der Reichsbetriebsrat der Post, der Bezirksbetriebsrat, die Vertreter der einzelnen Verbände, haben sich in einer Sitzung am 26. Oktober mit diesen Vorkommnissen in der Reichspost beschäftigt. Sie haben dabei die Forderung aufgestellt, daß alle in dem Oberpostdirektionsbezirk Berlin vorgenommenen Betriebseinschränkungen und Arbeitsstreckungen aufzuheben sind. Man hat nämlich in großem Umfange neben diesen Entlassungen noch sogenannte **Arbeitsstreckungen** vorgenommen, so daß die Posthilfskräfte teilweise nur noch vier Stunden täglich beschäftigt wurden. Nun nehmen Sie, bitte, die Vereinbarungen vor und sehen Sie, was die Posthilfskräfte bei dieser vierstündigen Arbeitszeit noch für ein Einkommen hatten. Es ist geradezu als skandalös zu bezeichnen, wie die Reichsbehörde, die mustergültig in ihren Betrieben vorgehen sollte, verlangt, daß die Beamten Ehrlichkeit, Anstand, Sittlichkeit wahren sollen, und dann derartige Hungerlöhne durch die Arbeitsstreckung zahlt. Darum haben sie diese Forderung gestellt.

Sie fordern weiter:

> Alle Kündigungen, die nach der Verfügung V 988

— daran können Sie ungefähr ermessen, in welcher Masse diese Verfügungen herausgekommen sind —

> vom 15. Juni 1920 vorgenommen worden sind, sind rückgängig zu machen, und die davon Betroffenen werden umgehend wieder eingestellt.

Weiter wurde gefordert:

> Ohne Zustimmung des ordentlichen, beziehungsweise des **Bezirksbetriebsrats** dürfen **Einstellungen und Entlassungen sowie Dienstveränderungen** und Betriebsmaßnahmen nicht vorgenommen werden.

Das fordern die Betriebsräte mit Recht, weil sie keinerlei Einfluß auf die vorzunehmenden Entlassungen haben,

(Malzahn, Abgeordneter.)

(A) weil sie auch keinerlei Einfluß auf die Einstellungen haben, die durch die Anwärterlisten vorgenommen werden, so daß sich gerade in diesen Postbehörden eine Vetternwirtschaft allerersten Ranges herausbildet.

Weiter wird gefordert:

> Die Einstellung von Anwärtern und Anwärterinnen, auch als Bewerber und Bewerberinnen, muß unterbleiben. Die Verfügung vom 15. Juni muß unbedingt eingehalten werden. **Einstellungen von Personal** jeglicher Art haben durch die städtischen paritätischen Arbeitsnachweise zu erfolgen.

Das ist eine Forderung, die wir unbedingt zu vertreten haben.

Dann wird weiter gefordert, daß die **Personalausgleichsstelle,** also die Stelle, die die Versetzung der Hilfskräfte und Beamten von einem Postamt nach dem anderen zu regulieren hat, von dem ordentlichen Bezirksbetriebsrat des Oberpostdirektionsbezirks Berlin geleitet werde. Weiter haben die Organisationsvertreter und der Reichsbetriebsrat verlangt, daß diese Bestimmungen für das gesamte Gebiet der Reichspostverwaltung einschließlich Bayerns und Württembergs in Kraft treten sollen.

Wir haben eine Fülle von **Beschwerden** von den einzelnen Postämtern bekommen über die Leiter dieser Ämter, die Postdirektoren. Besonders wird Klage geführt über den **Postdirektor Petermann vom Postamt 36,** einen ganz reaktionären Herrn, der seine reaktionäre Gesinnung besonders in den Kapp-Tagen bekundet hat. Aus den verschiedensten Momenten heraus haben die Angestellten und Beamten einmütig die Beseitigung dieses Postdirektors verlangt. Was war die Folge davon? Die Oberpostdirektion Berlin hat daraufhin, wahrscheinlich mit Genehmigung des Reichspostministeriums, nicht etwa den Postdirektor Petermann beseitigt, sondern erklärt, daß die Nichtbeamten, (B) also die Angestellten und Hilfskräfte, zur Strafe entlassen werden, während die Beamten durch den Abzug eines Monatsgehalts bestraft werden. So sind die Zustände. Alle Bestrebungen gehen dahin, den alten reaktionären bureaukratischen Beamtenstaat wieder aufzurichten. Man will die Hilfskräfte, die Lohnempfänger entlassen, um wieder den reaktionären Beamtenstaat zu schaffen.

Heute ist mir eine Mitteilung zugegangen, daß das **Telegraphenbauamt** dazu übergegangen ist, **Reichswehrangehörigen** in größerem Umfang **Unterricht** zu erteilen im Kabellöten usw. Es ist vom Betriebsrat festgestellt worden, daß diese Maßnahmen vom Reichspostminister ausgehen, daß also dem Telegraphenbauamt keine Vorwürfe zu machen sind. Es handelt sich also um eine direkte Anordnung des Reichspostministers, daß im Telegraphenbauamt Reichswehrangehörige ausgebildet werden sollen. Es steht also fest, daß man Reichswehrangehörige ausbildet, um sie in Stellen hineinzubringen, aus denen die Hilfsangestellten entlassen werden. Wir haben alle Veranlassung, diese Maßnahmen einer scharfen Kritik zu unterziehen; wir werden die Dinge im Ressort des Reichspostministeriums aufmerksam verfolgen und die Angestellten darauf hinweisen. Ich muß allerdings sagen: so, wie bisher bei der Durchpeitschung dieser Etats die Forderungen der Angestellten behandelt worden sind, müssen die Angestellten der Reichs- und Staatsbetriebe mit Recht zu der Erkenntnis kommen, daß sie von diesem Hause nichts zu erwarten haben, sondern daß hier eine Affenkomödie allerersten Ranges getrieben wird.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Diesen Ausdruck haben Sie von der rechten Seite des Hauses wegen der Ablehnung der Forderung der Eisenbahner voll und ganz verdient, und ich halte den Ausdruck aufrecht, daß dieses Haus eine Affenkomödie ist.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Malzahn, ich rufe (C) Sie wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schroeder (Schleswig-Holstein).

Schroeder (Schleswig-Holstein), Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Nur noch ein paar Worte auf die Ausführungen von Frau Neuhaus und Herrn Mumm. Es liegt mir vollkommen fern, die Lebensarbeit von Frau Neuhaus irgendwie herabsetzen zu wollen. Aber Frau Neuhaus überschätzt doch vollkommen die Möglichkeiten, wenn sie glaubt, daß sie allen **unehelichen Müttern** auf dem Wege der **Wohlfahrt** helfen könnte.

(Sehr richtig! links.)

Vor allen Dingen wollen wir doch in den Frauen den Stolz auf eigene Arbeit wecken und erhalten. Wenn der Herr Minister gemeint hat, daß man in einem Falle die Frau nicht entlassen, sondern als Helferin behalten hätte, so muß ich darauf erwidern, daß in solchen Bescheiden immer steht, daß die uneheliche Mutter Helferin bleibe, solange bis sie sich einen anderen Dienst gesucht habe. Das heißt also, es wird eine kurze Zeit des Überganges gewährt, und dann wird sie entlassen.

Frau Neuhaus hat gemeint, sie habe ja **Stellen** für diese **unehelichen Mütter.** Ja, Frau Neuhaus, woher nehmen Sie denn das Recht, einer Frau den Beruf zu nehmen, für den sie sich entschieden hat?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ist denn ein Beruf etwas so gleichgültiges? Es ist leider dahin gekommen, daß ein großer Prozentsatz der Menschen heute keinen Beruf mehr hat, sondern nur noch einen Lohnerwerb. Der Beruf ist etwas, wofür sich der Mensch im inneren geeignet fühlt. Das sagt doch schon das Wort „Beruf“. Und nun will man die Frau da herausreißen, nur weil sie einem Kinde das (D) Leben gegeben hat und dem Staate dadurch genützt und nicht geschadet hat! Wofür bestrafen Sie eigentlich die Frau? Für die Mutterschaft, die doch gerade Ihre Kreise als das Heiligste bezeichnen, was der Mensch hat.

Herr Mumm ist mit der Verfassung gekommen. Herr Mumm versteht es sehr gut, sich aus der Verfassung das herauszunehmen, was ihm gerade paßt. Aber in der **Verfassung** steht auch der Satz, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden müssen. Dieser Paragraph kommt hier in Frage und nicht der Paragraph von der Ehe, der nebenbei den Zusatz hat, daß die Mutterschaft, das heißt jede **Mutterschaft Anspruch auf Schutz und Fürsorge** des Staats hat. Wenn Sie schon die Verfassung anführen, Herr Abgeordneter Mumm, dann führen Sie sie gefälligst richtig an

(sehr richtig! links)

und nicht nur das, was Ihnen da gerade paßt!

Im übrigen will ich nicht auf den Ton des Herrn Kollegen Mumm eingehen. Herr Mumm lebt in einer anderen Welt als wir, und wie gern er in all dem Schmutz herumwühlt, von dem er sagt, daß er ihn bekämpfen will, haben wir schon bei mancher Gelegenheit gesehen.

(Sehr gut! links.)

Aber ich verwahre mich dagegen, daß man hier die **uneheliche Mutter als gefallenes Mädchen** ansieht.

(Sehr gut! links.)

Woher nehmen Sie das Recht dazu, Herr Mumm? Einer meiner Kollegen hat Ihnen bereits zugerufen: Derjenige, der sich frei von Schuld fühlt, der hebe den ersten Stein auf.

(Sehr gut! links.)

Schroeder [Schleswig-Holstein], Abgeordnete.)

(A) Ich will Sie nicht auf Ihr Gewissen fragen,

(sehr gut! links)

ob Sie das Recht dazu haben, und Ihre Fraktionskollegen, die diese Frage mit Lachen oder Spott zu behandeln versuchen, die will ich erst recht nicht danach fragen.

(Sehr gut! links.)

Woher stammen denn die vielen unehelichen Mütter? Ist denn die Frau mehr schuldig als der Mann, daß hier von gefallenen Mädchen gesprochen wird, von Frauen, die den Willen und die Kraft haben, durch ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit das Kind zu ernähren, dem sie unter Einsetzung des eigenen Lebens das Leben gegeben haben? Im Namen aller Frauen, die überhaupt weiblich zu denken imstande sind, erhebe ich den schärfsten Protest dagegen.

(Bravo! links.)

Aber etwas anderes ist, ob man die Frauen nicht durch das Vorgehen, wie es hier gehandhabt wird, sehr oft zu Gefallenen macht.

(Sehr richtig! links.)

Dadurch, daß man ihnen die Arbeit nimmt, weist man sie ja auf den Weg, der gegen Sitte und Anstand verstößt, und es ist deshalb furchtbare Heuchelei, wenn man auf der einen Seite sagt, daß man die Sittlichkeit heben will, und auf der anderen Seite die Frauen in die Unsittlichkeit hineintreibt.

(Sehr gut!)

Es gilt eben leider immer noch das alte Wort: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein.

Aber wir Frauen und wir Sozialdemokraten, und ich hoffe, mit uns ein großer Teil des übrigen Hauses, verwahren uns aufs schärfste dagegen. Dem Herrn Postminister ebenso wie der Berufsorganisation der Beamtinnen draußen, die diese ganze Debatte durch (B) ihre eigene Stellungnahme hervorgerufen haben,

(sehr wahr! links)

möchte ich sagen: Wir Frauen und wir Sozialdemokraten werden nicht eher ruhen, als bis diesem Unrecht gegen die Frauen und gegen die Kinder ein Ende gemacht ist!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will nicht die Berechtigung untersuchen, die die Herren von der Rechten glauben in Anspruch nehmen zu müssen, um hier über die uneheliche Mutter zu Gericht zu sitzen. Ich weiß, daß gerade in jenen Kreisen, die heute sich über die uneheliche Mutter moralisch entrüsten, die Sitte und Moral, die eheliche Moral so lax und locker genommen wird wie in keinem anderen Bevölkerungskreise.

(Lebhafter Widerspruch und Unruhe rechts.)

— Meine Damen und Herren! Die Entrüstung ist nicht echt, die Sie an den Tag legen!

(Zuruf rechts: Ihre auch nicht!)

Die Entrüstung, die Sie vorbringen, ist nichts als Heuchelei, die die Tatsache nicht zu verdecken vermag, daß gerade in Ihren Kreisen der größte Teil der unehelichen Väter,

(Zuruf rechts)

auch jener Leute zu finden ist, die sich an dem Dienstpersonal vergehen, die glauben, es als Sklaven, als williges Ausbeutungsobjekt für sich und ihre sinnlichen Gelüste benutzen zu dürfen. Dieses Privilegium haben Sie bisher stets für sich und Ihre Klasse in Anspruch genommen, und es steht Ihnen schlecht an, auch Herrn Mumm, sich heute darüber zu entrüsten und die Moral, die eheliche Moral für sich in Erbpacht nehmen zu (C) wollen.

Aber meine Damen und Herren, mit welchem Ernst und mit welcher sittlichen Würde gerade von Ihrer Seite (nach rechts) dieses Problem behandelt worden ist — deswegen habe ich mich zum Worte gemeldet —, das beweist eine Äußerung Ihres Herrn Kollegen, der dort sitzt. **Schmidt** ist sein Name, und seines Zeichens ist er Eisenbahnassistent oder Eisenbahnsekretär; das beweist eine Äußerung dieses Herrn, der, als der Herr Postminister den Vorschlag machte, die Damen des Hauses zusammenzurufen, um das Problem zu lösen oder wenigstens eine Klärung oder Erleichterung zu schaffen, sich herausnahm und sich erdreistete, den Namen einer Abgeordneten hier hineinzuwerfen und zu sagen, diese Abgeordnete müsse dann als Sachverständige hinzugezogen werden.

(Lebhafte Pfui-Rufe bei den Sozialdemokraten.)

Wenn schon irgend etwas den Zynismus Ihrer Kreise kennzeichnen und Ihre Moral charakterisieren konnte, so war es diese hundsgemeine Bemerkung, die die sittliche Verfassung ihres Urhebers treffend kennzeichnet.

Präsident: Herr Abgeordneter Bartz (Hannover), die letzte Äußerung widerspricht der Ordnung des Hauses.

Die Debatte ist geschlossen.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Morath.

Morath, Abgeordneter: Die Herren Abg. Giebel und Malzahn haben mir vorgeworfen, bei den Ausführungen der Frau Kollegin Zietz schamlos gelacht zu haben. Ich stelle fest und habe genügende Zeugen dafür, daß ich weder laut noch herausfordernd gelacht habe. Wenn ich gelächelt habe, so geschah es über die starken Übertreibungen von dieser Seite. Ich gebe Ihnen (D) aber durchaus als richtig zu, daß es schamlos ist, über Dinge zu lachen, die andern heilig sind.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich würde mich freuen, wenn Sie danach handeln würden. Gerade von dieser Seite ist oft genug gelacht worden, wenn hier Dinge behandelt wurden, die uns heilig sind.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nun vor, die Abstimmung über diese strittige Entschließung heute nicht vorzunehmen. Es ist außerdem angekündigt, daß dieselbe namentlich stattfinden soll.

(Bravo!)

Infolgedessen würden wir ja heute nicht mehr zu einem Resultate kommen.

Vielleicht können wir aber wenigstens die laufenden Geschäfte beenden, zu denen eine weitere Aussprache nicht gewünscht wird.

Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben hat augenblicklich zur Debatte gestanden und ist bewilligt.

Ich rufe auf die weiteren Titel des Kap. 1 der fortdauernden Ausgaben von 2 bis 66 und erkläre dieselben für angenommen.

Wir kommen nun zu den einmaligen Ausgaben. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1 bis 64; — Außerordentlicher Haushalt, Ausgabe Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3. —

Es folgen nunmehr die Einnahmen, Ordentlicher Haushalt. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4 fällt aus, — 5 bis 10. — Außerordentlicher Haushalt, Einnahme Kap. 1 Tit. 1. — Angenommen.

Wir kommen nunmehr zum Sonderhaushalt für Bayern auf Seite 78 des Etats. — Angenommen. Dann zum Sonderhaushalt für Württemberg — Seite 96 — gleichfalls angenommen.

(Präsident.)

(A) Es folgt der

Haushalt der Reichsdruckerei.

Ich rufe auf bei den fortdauernden Ausgaben die einmaligen Ausgaben und die Einnahme. — Angenommen.

Damit sind alle Abschnitte, Kapitel und Titel des Haushalts für das Reichspostministerium für das Jahr 1920 bewilligt, und ich stelle fest, daß diese Bewilligung auch gilt für sämtliche Abschnitte und Kapitel des Haushaltsplans für das Reichspostministerium für das Jahr 1921. — Das Haus ist damit einverstanden.

Nun liegt noch eine Entschließung des Ausschusses zum Haushalt für 1921 vor auf Nr. 1678 II C der Drucksachen, die wir wohl heute zur Abstimmung bringen können, da sie wahrscheinlich nicht strittig ist, nämlich:

> die Reichsregierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß den Mitgliedern des Reichstags die Benutzung der Reichspost-Autolinien unter den gleichen Bedingungen ermöglicht wird wie bei den Eisenbahnen.

Ich nehme das Einverständnis des Hauses mit dieser Entschließung an, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ein solcher ist nicht laut geworden; die Entschließung ist mit dem Etat angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, noch die Etats heranzunehmen, bei denen nach Vereinbarung des Ältestenausschusses eine Debatte nicht stattfinden soll, nämlich die

> **zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921** (Nr. 1563 der Drucksachen).
>
> Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt; Nr. 1678 der Drucksachen.

(B) Ich rufe auf Haushalt des Reichspräsidenten, — des Reichstags, — des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, — des Auswärtigen Amts, — des Reichsministeriums des Innern nach dem Ausschußantrag, Drucksache Nr. 1678, — des Reichswirtschaftsministeriums nach dem Ausschußantrag Drucksache Nr. 1678, — des Reichsarbeitsministeriums, — des Reichswehrministeriums nach dem Ausschußantrag Drucksache Nr. 1678, — des Reichsjustizministeriums, — des Reichsschatzministeriums, — des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung für Luft- und Kraftfahrwesen, — des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, — des allgemeinen Pensionsfonds, — des Rechnungshofs des Deutschen Reichs, — der Reichsschuld, vorbehaltlich der rechnerischen Feststellung, — des Reichsfinanzministeriums, — des Reichsministeriums für Wiederaufbau nach dem Ausschußantrag Drucksache Nr. 1678, — der allgemeinen Finanzverwaltung nach dem Ausschußantrag Drucksache Nr. 1678, — des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages — und das Etatsgesetz für das Jahr 1921, vorbehaltlich der rechnerischen Feststellung der Ziffern. —

Wir kämen dann zur

> **Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts für 1920 des Reichsschatzministeriums nebst Ergänzung** (Anlage X),

und zwar zu dem zurückgestellten

> Kapitel 6 der fortdauernden Ausgaben (**Reichsbekleidungsämter**).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Giebel. Er hat das Wort. — Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Wünscht sonst jemand das Wort dazu? —

Der Herr Abgeordnete Giebel hat das Wort als Abgeordneter.

(C) **Giebel**, Abgeordneter: Der Etatstitel für die **Reichsbekleidungsämter** hat bei der Beratung des Hauptausschusses eine sehr ausführliche Erörterung erfahren. Es handelt sich darum, ob im Gegensatz zu einem Beschluß der Nationalversammlung die Reichsbekleidungsämter allmählich in der Versenkung verschwinden sollen, oder ob nicht vielmehr diese, wie das Reichsschatzministerium uns selbst erklärte, technisch vollkommen ausgestatteten Betriebe beibehalten werden sollen, um so mehr, da sie wirtschaftlich recht gut stehen. Das Anerkenntnis dieses günstigen Standes der Reichsbekleidungsämter wiegt um so schwerer, als leider im Ausschuß vom Schatzministerium hat vorgehalten werden müssen, welche Schwierigkeiten der Geschäftsführung der Bekleidungsämter aus dem Reichsschatzministerium selbst heraus in den Weg gelegt worden sind. Ich will nicht auf die Einzelheiten, die diese Vorwürfe für das Reichsschatzministerium belegen, eingehen. Es steht fest, daß es verboten worden war, obwohl die Beamten im Reichsschatzministerium den Wunsch dafür geäußert hatten, Anfertigungen von Garderobe und Schuhzeug für die Beamten in den Betrieben vornehmen zu lassen. Aber ich brauche auch nur einige Zahlen dafür vorzutragen, daß in der Tat die Betriebe gut stehen und daß eigentlich aus der Sache selbst heraus Gründe für die Beseitigung der Reichsbekleidungsämter in dem Umfang, wie es gedacht und beabsichtigt worden ist, nicht vorliegen. Mir liegt der **Bilanzabschluß für das erste Geschäftsjahr** vom 1. März 1920 vor. Aus ihm geht hervor, daß unter Einstellung aller übernommenen Waren, auch aller baren Geldvorschüsse des Reichs ein durchaus günstiger Geschäftsgang nachgewiesen wird, nicht bloß, daß die Reichsbekleidungsämter alle Verpflichtungen, die keineswegs leicht zu nennen sind, gegenüber dem Reich erfüllt haben, die Zinsen und Mieten und alle (D) sonstigen Abgaben an das Reich geleistet werden konnten, nicht nur, daß sogar außerordentlich hohe Abschreibungen an dem Inventar der Betriebe, und zwar 33⅓, erfolgt sind, sondern nach allen diesen Abschreibungen und Pflichtleistungen und nach Bezahlung der Umsatzsteuer bleibt noch ein Reingewinn von fast 1½ Millionen Mark, und das nach dem halbjährigen Bestehen dieser Betriebe. Auch der gegenwärtige Stand, soweit sich heute der Geschäftsgang seit dem 1. April 1920 übersehen läßt, zeigt das gleiche erfreuliche Bild. Die Rückzahlungen der Bekleidungsämter an das Reich werden terminmäßig erfüllt. Nach dem vorläufigen Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres wird das Reich eine Zinseinnahme bei 6 Prozent der dargebrachten Werte von ungefähr 12 Millionen Mark aus den Bekleidungsämtern erhalten. Die Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1920 hat bereits rund 9½ Millionen Mark ergeben. Es werden wiederum die erheblichen Rücklagen für Versicherungen vorgesehen, ebenso die Prozentualabschreibungen, wie sie im abgelaufenen Geschäftsjahr gemacht werden konnten.

Dieser günstige Geschäftsgang konnte erzielt werden, obwohl die Reichsbekleidungsämter, wie von den Gewerkschaften unbestritten anerkannt ist, volle **Tariflöhne** zahlen, wobei die tariflichen Bestimmungen zum Besten der Arbeiter und Angestellten ausgelegt werden. Das günstige Ergebnis war offenbar nur deshalb zu erreichen, weil der **Betrieb technisch** durchaus **vollkommen** ist und so die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf eine außerordentliche Höhe gehoben werden konnte.

Bei diesem günstigen Stande der Betriebe muß man sich fragen, ob es gerechtfertigt ist, sie aufzulösen. Das Ministerium hat seine Stellungnahme und die Entlassung der Arbeiter und Angestellten, die für Ultimo

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) dieses Monats eintreten, damit gerechtfertigt, daß nach dem starken Abbau der Reichswehr für so viele Arbeitskräfte keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr vorhanden sei. An sich ist das zutreffend, aber was hätte denn da näher gelegen, als nunmehr mit großer Rührigkeit und Umsicht, mit Daransetzung allen guten Willens dafür zu sorgen, daß aus den anderen Reichsbehörden Bestellungen an diese reichseigenen Werkstätten abgegeben werden gerade um deswillen, weil es feststeht, daß diese Betriebe trotz guter Qualitätsarbeit zu billigeren Preisen liefern als es private Unternehmer tun, wir dachten im besonderen an die **Eisenbahn**, an die Post und an viele andere Behörden, die **Uniformaufträge** vergeben oder vermitteln können. Genau so wie das private Publikum von den Fabrikanten der Konfektion wie der Schuhbranche mit den Preisen ganz barbarisch übers Ohr gehauen wird, wird auch dem Reich als Auftraggeber gegenüber verfahren. Gerade dem Staate gegenüber legen die privaten Unternehmer eine noch rücksichtslosere Preispolitik an den Tag.

Das Reichsschatzministerium hat eingewendet, es habe auch mit den zuständigen Ministerien verhandelt, es sei ihm aber nicht möglich gewesen, Aufträge von dort zu erlangen.

(Abgeordneter Dr. Wienbeck: Weil die Beamten nicht wollten!)

Wir haben nicht den Eindruck gewinnen können, daß dieses Verhandeln mit den anderen Ministerien des Reichs und der Länder mit einem solchen Nachdruck geführt worden wäre, um ein Entgegenkommen zu erreichen.

(Rufe rechts: Aha!)

Wir haben in den Unterausschußberatungen allerdings die Einwendungen und die Bedenken z. B. der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, des Postministeriums (B) gehört, ohne aber die Überzeugung gewinnen zu können, daß es sich dabei um Schwierigkeiten handele, die nicht zu überwinden wären. Wenn soeben Herr Dr. Wienbeck zurief, die Beamten haben das abgelehnt, so bin ich heute in der Lage, festzustellen, daß, soweit die Leitungen von einigen **Beamtenverbänden** eine derartige Stellung einnehmen, das nicht geschieht in Übereinstimmung und unter Zustimmung breiter Schichten der **Beamtenschaft**. Beamte haben erst noch in jüngster Zeit in Eingaben an das Reichsschatzministerium zum Ausdruck gebracht, daß sie im Interesse ihrer billigeren **Versorgung mit guter Ware** die Beibehaltung der Reichsbekleidungsämter wünschen. Ich bitte die Herren Vertreter des Reichsschatzministeriums um Auskunft, ob nicht erst neulich eine solche Eingabe vom Bund der deutschen Beamten in der Reichsschatzverwaltung eingelaufen ist, weil dieser aus seiner praktischen Erfahrung bestätigen kann,

(Abgeordneter Dusche: Das stimmt nicht!)

daß die Beamten billig und gut mit Waren versorgt worden sind. Auch auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen in der Zwischenzeit kann ich feststellen, daß in der Beamtenschaft der Wille besteht, gerade so gut und in der gleichen Weise mit den Reichsbekleidungsämtern zu arbeiten, wie sie es bislang, weil das nun einmal die von den Oberpostdirektionen vorgeschriebene Methode verlangte, getan haben mit privaten Unternehmungen. Ebenso, sage ich, sind sie bereit, auch ihre Aufträge in die Reichsbekleidungsämter gelangen zu lassen.

(Abgeordneter Dusche: Stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren! In Wirklichkeit handelt es sich aber darum — und das kommt in der Stellungnahme aller Parteien rechts von uns zum Ausdruck —, daß man glaubt, hier so eine kleine antisozialistische Gesetzgebung in die Wege leiten zu wollen. Sie erblicken in dem Weiterbestehen der Bekleidungsämter (C) eine Art Sozialisierung und wollen aus diesem Grunde ohne Rücksicht auf die Wirkungen, die dadurch für die 6000 bis 7000 Angestellten und Arbeiter entstehen, dem guten, leistungsfähigen und nach seiner bisherigen Tätigkeit fraglos aus den privaten Unternehmungen überlegenen Reichsbetrieb

(oho! rechts)

den Garaus machen, um dadurch eine **private Profitmöglichkeit zu schaffen.**

(Abgeordneter Dusche: Freie Wirtschaft wollen wir haben!)

— Sie wollen nicht die freie Wirtschaft. Das ist nur ein Vorwand. Sie wollen die Freiheit des schrankenlosen Profits. —

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Sie benutzen auch den Vorwand, das sei eine **Konkurrenz für das Handwerk.**

(Rufe rechts: Sehr richtig!)

Sie müßten wissen oder Sie könnten es wenigstens wissen, daß von einer Konkurrenz für das Handwerk gar keine Rede sein kann; denn es kommt ja nur fabrikmäßige Produktion dabei in Betracht.

(Zuruf rechts: Das wissen wir besser!)

— Das wissen Sie besser, Herr Kollege? Nein, Ihr Zwischenruf zeigt, daß Sie von diesen Verhältnissen in der Tat keine blasse Ahnung haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie sich darum gekümmert hätten, dann könnten Sie wissen, daß gerade durch die Bekleidungsämter dem Handwerk Notstandsarbeiten zugewiesen worden sind,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

die die Handwerker nicht bekommen hätten,

(Widerspruch und Lachen rechts) (D)

wenn diese Aufträge an die privaten Kleiderfabriken gelangt wären. Gerade das zeigt, daß auch der Hinweis auf die Konkurrenz für das Handwerk nur eine Behauptung ist, die auf beiden Beinen lahmt. Daß sie nicht zutrifft, hat auch kein Geringerer anerkannt als der bekannte Handwerksführer **Obermeister Plate.**

(Zuruf rechts: Sagen Sie doch einmal die Gelegenheit!)

— Jawohl, ich bin in der Lage, Ihnen diese Gelegenheit heute mitzuteilen. Es war am 17. Mai 1919 in einer **Konferenz im Reichswehrministerium**, die sich mit der Behandlung der Bekleidungsämter zu befassen hatte, die damals noch dem Reichswehrministerium unterstanden. Bei dieser Gelegenheit — und ich will auch das hier im Plenum wiederholen — erklärte Herr Plate folgendes:

> Nach den Ausführungen seines Kollegen Eckele bemerkte er, daß die Handwerkskammern keine Gegner der Bekleidungsämter seien, sondern nur gegen das System der Ökonomiehandwerker, soweit die Ämter Zivilarbeiter beschäftigen, wären keine Einwendungen möglich.
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)
>
> Nach den harten Friedensbedingungen müßte in jeder Weise versucht werden, die Arbeit aufzubauen. Es wären auch schon Verhandlungen mit den Gewerkschaften im Gange, um ein Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Er bitte jedenfalls, diese Bestimmungen nicht zu durchkreuzen.
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

So der Herr Handwerksführer Plate, der sich nur dagegen wandte, daß das alte Militärsystem der Ökonomiehandwerker beibehalten bliebe, während er die Reichsbekleidungsämter als freie Konkurrenz der fabrik-

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) mäßigen Konfektion, der fabrikmäßigen Herstellung der Schuhbekleidung gegenüber durchaus zulassen wollte.

(Zuruf rechts und im Zentrum: Nur für das Militär!)

— Nicht bloß für das Militär. —

(Rufe rechts: Doch!)

— Aus dem Grunde nicht bloß für das Militär, als ja schon damals feststand, daß das Heer, das abgebaut werden mußte — wir übersahen doch im Mai 1919 bereits die Situation zur Genüge —, natürlich diese große Zahl von Bekleidungsämtern nie und nimmer in Anspruch nehmen würde.

Diese Gründe können also nicht als stichhaltig anerkannt werden, denn von einer handwerksmäßigen Produktion ist in der Tat nicht die Rede. Sie wissen so gut wie ich, daß die **Konfektion** genau so zum Großbetrieb und zur **fabrikmäßigen Produktion** vorwärts treibt wie jede andere Produktion. Man mag das bedauern, daß die kapitalistische Entwicklung auch hier genau so ruinierend auf das Handwerk gewirkt hat wie in jedem anderen Handwerksfach, aber, nachdem diese Entwicklung zur Ausschaltung und Aufsaugung des Handwerks führt, können Sie nicht mehr sagen, daß die Beibehaltung der Bekleidungsämter eine Gefahr für das Handwerk wäre. Ich gebe Ihnen zu, daß sie eine scharfe Konkurrenz für die fabrikmäßige Produktion wäre. Sie wäre vor allen Dingen ein geeignetes Mittel, einmal durch einen wirklich nicht von Profitsucht getriebenen Betrieb feststellen zu können, daß und in welchem Maße heute durch diese privatkapitalistische Wirtschaft das gesamte deutsche Volk gerade bei **Bekleidung** ausgeplündert wird. Das geschieht so über alle Gebühr, daß einem fast die Worte fehlen, um diese **Auswucherung unseres Volkes** in der richtigen Weise zu kennzeichnen und zu brandmarken.

(B) (Zuruf rechts: Bei der Sozialisierung wäre das noch schlimmer!)

— Machen Sie doch den Versuch, Herr Dr. Wienbeck.

(Erneuter Zuruf rechts.)

— Sie sollten dann erst recht sagen: Wollen wir doch, daß sich auch hier zeige, daß die gemeinwirtschaftliche Betriebsführung die Konkurrenz nicht aushielte.

(Zuruf rechts: Wir haben ja den Versuch gemacht!)

— Sie wissen genau so gut wie ich, daß, selbst wenn alle zwölf Bekleidungsämter im besten Geschäftsgang stünden, sie dennoch nur einen Bruchteil der Versorgung des deutschen Volkes erarbeiten könnten, daß demzufolge der Schaden, der dadurch entstehen könnte, nicht so ins Gewicht fallen würde, so daß sie sich die günstige Gelegenheit, einen neuen Agitationsgrund gegen die in Gemeinwirtschaft geführten Betriebe zu haben, nicht entgehen lassen sollten. Nein! Nicht das befürchten Sie, sondern Sie befürchten — und das vielleicht mit Recht —, daß eben die technisch auf der Höhe stehenden Betriebe eine überlegene Konkurrenz der privaten Wirtschaft bedeuten, und Ihnen wäre vor allem die Vergleichsmöglichkeit zwischen der Preisbildung in einem solchen Betriebe gegenüber den privaten Betrieben äußerst ungelegen.

(Zuruf rechts: Technisch haben wir sie nicht zu fürchten, noch weniger finanziell!)

— Wenn die Privatbetriebe technisch nichts zu fürchten haben, brauchen sie auch nicht zu befürchten, daß sie finanziell geschädigt werden könnten. Denn nur durch die technische Überlegenheit läßt sich letzten Endes eine billigere Produktion erreichen.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns aus all diesen Gründen nicht zu der Auffassung bekehren können, daß der Beschluß, den der Hauptausschuß gefaßt hat, ausreichend ist und den Verhältnissen Rech-

(C) nung trägt. Sie haben leider im Ausschuß das Schicksal von einigen tausend Arbeiter- und Angestelltenfamilien sehr leicht gewogen. Wir haben Ihnen an Hand der Eingaben der Oberbürgermeistereien gezeigt, daß die meisten Bekleidungsämter in solchen Städten liegen, wo so gut wie keine Beschäftigungsmöglichkeit für die arbeitslos werdenden Arbeiter und Angestellten besteht. Wir haben sie auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß die Abwehr der Schließung und des Abbaues **der Bekleidungsämter** nicht nur von frei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten ausgeht, sondern daß die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft einmütig und geschlossen sich gegen die Maßnahmen gewandt haben. Und es sind nicht die schlechtesten unter den Führern der christlichen Gewerkschaften, die sich aus dem tieferen Einblick in die Verhältnisse mit aller Schärfe gegen diese Maßnahmen zur Wehr gesetzt haben. Ich stelle fest, daß am 8. Januar dieses Jahres, als über die Kündigungsmaßnahmen des Reichsschatzministeriums gesprochen wurde und die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen anwesend waren, alle Vertreter einmütig verlangten, daß diese unglückselige Maßnahme zurückgezogen würde, unglückselig gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Konjunktur, unglückselig auch aus dem Grunde, weil in vielen Orten die zur Entlassung kommenden Arbeiter und Angestellten gar keine Arbeitsmöglichkeit finden. Es heißt geradezu, sich das Herz verschließen vor dem Elend, vor der Verzweiflung über den Zerfall der Existenz und der wirtschaftlichen Lebensmöglichkeit dieser Familien, wenn man sich der Tatsache erinnert, daß wir in einer schweren wirtschaftlichen Krisis stehen, durch die ohnehin Hunderte und Tausende in das graue Elend der Beschäftigungslosigkeit hineingestoßen werden.

(D) (Zuruf rechts: Und was wird aus den Handwerksmeistern?)

— Die **Handwerksmeister**, geehrter Herr Kollege, werden durch diese Konkurrenz nicht geschädigt; das geben sie selber zu.

(Widerspruch rechts und im Zentrum.)

Gibt es denn überhaupt für die Anfertigung von Schuhzeug noch Handwerksmeister?

(Zuruf rechts und im Zentrum: Allerdings!)

— Sie sprechen von Genossenschaften. Der genossenschaftliche Betrieb, der sich gebildet hat, um die technische Leistungsfähigkeit durch die finanzielle Stärke der Genossenschaften zu erhöhen, ist nicht mehr der eigentliche handwerksmäßige Betrieb. Das ist genau so fabrikmäßige Produktion

(Zuruf rechts: Sie haben ja keine Ahnung!)

wie jede Entwicklung zum Großbetriebe. — Wenn Sie mir übrigens zurufen, ich hätte keine Ahnung, dann sage ich Ihnen: Sie sind mit Blindheit geschlagen und wollen die Entwicklung nicht sehen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Giebel, Sie dürfen gegen einen Abgeordneten nicht den Vorwurf erheben, daß er mit Blindheit geschlagen sei.

(Zuruf rechts: Er schließt von sich auf andere!)

Giebel, Abgeordneter: Dieser Zuruf, daß ich von mir auf andere schließe, soll wahrscheinlich bedeuten, daß weiter der Witz dieses Herrn nicht reicht.

(Zuruf rechts: Das ist ein bißchen matt!)

Wir sehen in dieser Maßnahme nicht bloß eine unsoziale Härte gegen die Arbeiter und Angestellten, die Ihnen offenbar gleichgültig zu sein scheinen.

(Widerspruch rechts und im Zentrum.)

Sie kennen nur die unbegründete Sorge um die Handwerksmeister, für die die Bekleidungsämter in ihren

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) Hauptaufgaben gar nicht als Konkurrenz in Betracht kommen. Sie können offenbar nicht das Verständnis für die Notlage der Arbeiter und Angestellten aufbringen.

(Widerspruch rechts und im Zentrum.)

Sonst würden Sie nicht so leichten Herzens über die Frage hinweggleiten.

Was soll denn aus den Betrieben werden, wenn sie abgebaut werden?

(Zuruf rechts: Wohnungen!)

Glauben Sie denn oder wünschen Sie, daß diese technischen Betriebe dann auch wieder so zerschlagen werden, daß die wirtschaftlichen Werte zerstört werden, wie leider so viel zerstört worden ist?

(Zuruf rechts: Durch die Soldatenräte!)

— Ach Gott, bleiben Sie mir doch mit Ihren Soldatenräten vom Halse! Ich kann mich natürlich nicht auf das Thema „Soldatenräte" einlassen. Wenn aber die Offizierskaste so viel Pflichtgefühl an den Tag gelegt hätte wie viele **Soldatenräte**, dann wäre nicht so viel Heeresgut verschleudert worden,

(Lachen rechts)

wie es leider trotz der Wachsamkeit dieser Soldatenräte doch geschehen ist.

Wir lassen uns bei dieser Frage aber nicht bloß von sozialen Rücksichten durch die Arbeiter und Angestellten leiten, sondern auch von den Interessen des Reichs. Kommt es dazu, daß diese **Betriebe geschlossen** werden, dann besteht die große Gefahr, daß sie wieder **verschleudert** werden: entweder insgesamt oder aber durch das Herausbrechen der Maschinen. Verschleudert würden sie wohl in jedem Falle werden. Das ist zu befürchten.

(Zuruf im Zentrum: Das sind doch Kriegsgesellschaften!)

(B) Das ist mir neu, daß Reichsbekleidungsämter Kriegsgesellschaften sind.

(Zuruf im Zentrum: Wie sie jetzt bestehen! — Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist eine ganz neue Entdeckung!)

— Die muß patentiert werden!

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wenn sie aber nicht im einzelnen zerschlagen werden, sondern als Betriebe bestehen bleiben und nun von einem reichen Kapitalisten erworben werden, — sind sie dann damit aus der Welt geschafft als Konkurrenzmöglichkeit für Handwerker? Nein, die Betriebe bleiben natürlich bestehen, und demzufolge geht Ihr ganzes Sinnen und Trachten lediglich darauf hinaus, für ein halbes Dutzend reicher Kapitalisten wieder eine neue Gewinnquelle zu erschließen.

(Widerspruch rechts.)

Sie schützen also im Effekt auch nicht das Handwerk,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern Sie führen nur diese Reichsbekleidungsämter in den Besitz einer kleinen Gruppe von Großkapitalisten über, und damit finden Sie sich ab, weil es Ihnen nicht so sehr darauf ankommt, das Handwerk zu schützen, sondern Ihnen den heiligen Profit sicherzustellen.

(Lachen rechts.)

Den zu wahren, ist Ihr eifrigstes Bestreben, und deswegen halten Sie darauf, obschon einige Tausend Arbeiter und Angestellte dadurch der Not, der Sorge und dem Elend überantwortet werden.

(Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Beratung über diesen Etat jetzt a b z u b r e c h e n.

(Rufe: Schon? — Heiterkeit.)

— Wir sind noch nicht am Ende!

(C) Ich bitte aber, die Genehmigung für die nach § 21 unserer Geschäftsordnung mögliche **V e r k ü r z u n g d e r F r i s t** für die Vornahme der **d r i t t e n L e s u n g s ä m t l i c h e r E t a t s** für 1920 und 1921 dahin zu geben, daß alle diese dritten Lesungen am Sonnabend, den 19. März, vorgenommen werden können. — Ein Widerspruch wird von keinem Mitglied des Hauses erhoben; die Fristverkürzung ist beschlossen.

Wir kommen nun noch zur Erledigung der drei unter g, h und i bezeichneten Tagesordnungspunkte, für die Wortmeldungen nicht vorliegen.

Es handelt sich zunächst um den

Haushalt der Reichsschuld für 1920 nebst Ergänzung (Anlage XIV).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1511 der Drucksachen).

Wir beginnen mit der Beratung der fortdauernden Ausgaben.

Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1 mit der Ergänzung, — Tit. 2, — 3 mit der Ergänzung, — 4, — 5, — 6 mit der Ergänzung; — Kap. 2 Tit. 1 vorbehaltlich der rechnerischen Feststellung der Ziffern — und 2; — Kap. 3 Tit. 1 bis 4; — Kap. 4. — Bewilligt.

Einmalige Ausgaben, Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3 mit der Ergänzung, — 4 mit der Ergänzung, — 5. — Angenommen.

Außerordentlicher Haushalt, Kap. 1 Tit. 1 bis 7. — Genehmigt.

Einnahmen des ordentlichen Haushalts, Kap. 1 Tit. 1 bis 7; — außerordentlicher Haushalt Kap. 1 Tit. 1 bis 8; — Kap. 2; — Kap. 3 mit der Ergänzung. — Bewilligt.

Nunmehr käme der

Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung für 1920 nebst Ergänzung (Nr. 1418 der Drucksachen), (Anlage XVII). (D)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1511 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Merck.

Als **K o m m i s s a r e** sind weiter angemeldet für das Heeresabwicklungs-Hauptamt:

der Ministerialrat im Reichsschatzministerium Krebs,

der Abteilungschef Kirch,

der Referent Mac Lean,

der Referent Dr. Mauersberg.

Ich rufe auf fortdauernde Ausgaben Kap. 1 Tit. 1 mit Ergänzung, — 2, — 3; — Kap. 2 Tit. 1 bis 6, — 7 in der Ergänzung; — Kap. 3; — Kap. 4 Tit. 1 und 2; — Kap. 5; — Kap. 6 Tit. 1 bis 3; — Kap. 7; — Kap. 8 Tit. 1, — 2, — 3 aus der Ergänzung. — Bewilligt.

Zum Kap. 6 Tit. 2 liegt eine Entschließung des Ausschusses vor auf Nr. 1511 der Drucksachen unter IIb:

die Reichsregierung zu ersuchen, im Reichshaushaltsplan 1921 weitere, den Betrag von zwei Millionen Mark erheblich übersteigende Mittel zur wissenschaftlichen Erforschung und praktischen Förderung des Kartoffelbaues usw. bereitzustellen und, soweit erforderlich, eine Abänderung des § 258 des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918 in die Wege zu leiten.

Ich nehme an, daß das Haus auch dieser Entschließung in letzter Stunde noch seine Zustimmung geben wird.

(Zustimmung und Bravorufe.)

Ich rufe weiter auf die einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 1, — 2 mit der Ergänzung, — 2a aus der Ergänzung, — 3 mit Ergänzung, — 4, — 5, — 6 aus der Ergänzung. —

(Präsident.)

(A) Außerordentlicher Haushalt Kap. 1 mit Ergänzung, — Kap. 2 mit Ergänzung, — Kap. 3, — Kap. 4 aus der Ergänzung. —

Einnahmen im ordentlichen Haushalt Kap. 1 Tit. 1 bis 11; — Kap. 2 Tit. 1 bis 5; — Kap. 3 Tit. 1 bis 15; — Kap. 4; — Kap. 5; — Kap. 6 Tit. 1 bis 2; — Kap. 7 Tit. 1 bis 3; — Kap. 8 Tit. 1 bis 3, — 4 mit Ergänzung. —

Wir gehen über zu dem

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 nebst Ergänzung.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 1511 der Drucksachen). Berichterstatter: Abgeordneter Merck.

Ich rufe auf die einzelnen Paragraphen 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12 nebst Anlagen, — 13, — 14 — immer laut Ergänzung und vorbehaltlich der rechnerischen Feststellung der Endziffer, — Einleitung und Überschrift. —

Ich eröffne die Debatte über die Petitionen — und schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Damit ist auch dieser Entwurf des Reichshaushaltsplanes erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, unsere Sitzung jetzt abzubrechen

(Heiterkeit und Zurufe)

und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Freitag den 18. März, vormittags 11 Uhr, mit einer Tagesordnung, die der Herr Schriftführer Ihnen bekanntgeben wird.

Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen):

1. Anfragen;
2. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar:
   a) Haushalt des Reichsschatzministeriums nebst Ergänzung — Kap. 6 der fortdauernden Ausgaben (Reichsbekleidungsämter),
   b) Haushalt des Reichspostministeriums und der Reichsdruckerei — Abstimmung über die Entschließung Müller (Franken) und Genossen;
3. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921, und zwar: Ergänzung zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Abteilung für Wasserstraßen);
4. zweite Beratung des Entwurfs eines Wehrgesetzes;
5. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes; (B)
6. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes wegen Änderung des Zündwarensteuergesetzes vom 10. September 1919;
7. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer;
8. mündlicher Bericht des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) über die Vorbereitung des Ortsklassenverzeichnisses;
9. mündlicher Bericht des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) über Entschließungen;
10. mündlicher Bericht des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) über eine Entschließung, betreffend Besatzungszulagen für neu besetzte Gebiete;
11. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920;
12. zweite Beratung
    a) des Entwurfs eines Gesetzes über Postgebühren,
    b) des Entwurfs eines Gesetzes über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der vom Weltpostkongreß in Madrid beschlossenen Auslandspostgebühren,
    c) des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Postscheckgesetzes vom 26. März 1914,
    d) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung der Telegraphengebühren;
13. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Artikel 169, 192, 202 und 238 des Friedensvertrages;
14. Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 30. Mai 1920;
15. Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 30. Mai 1920.

Präsident: Wir werden die heute ausgesetzten Abstimmungen so einzurichten suchen, daß sie etwa mittags 1 Uhr vorgenommen werden.

Ein Widerspruch gegen die Tagesordnung wird nicht erhoben;

(Heiterkeit)

sie steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 5 Minuten abends.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

88. Sitzung.

Freitag den 18. März 1921.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht offen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. (Reichshaushalts-) Ausschuß für die Abgeordneten Merck, Giebel, Krätzig, Frau Pfülf, Koch (Düsseldorf), Dr. Hoetzsch, Graf v. Westarp
die Abgeordneten Emminger, Bender, Schmidt (Sachsen), Sollmann (Köln), D. Strathmann, Leopold, Körner;

in den 3. (Geschäftsordnungs-) Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Mittelmann
der Abgeordnete Dr. Rießer;

in den 6. (sozialen) Ausschuß für den Abgeordneten Maxin (C)
die Abgeordnete Frau Behm;

in den 10. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Hugenberg
der Abgeordnete Dr. Reichert:

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Feilmayer, Dr. Heim, Dr. Blunck, Perner
die Abgeordneten ten Hompel, Gerauer, Keinath, Gruber;

in den 14. Ausschuß für den Abgeordneten Bachmann
der Abgeordnete Dr. Wiebel.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten
Bornefeld-Ettmann, Dr. Philipp, Dr. Zapf für 2 Tage,
Dr. Kaas (Trier) für 3 Tage,
Frau Zetkin für 4 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand bilden

Anfragen.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 678, Berndt, Laverrenz (Nr. 1593 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Berndt.

Berndt, Abgeordneter:

Nach Zeitungsmeldungen ist vor wenigen Tagen ein englischer Handelsdampfer „Camp Riva" im Bremer Hafen gelandet, der ein 10,5 cm-Geschütz schußfertig aufmontiert auf dem Achterschiff führte. Ebenso hat im Hamburger Segelschiffshafen der englische Handelsdampfer „Orange River" eine Maisladung gelöscht, an dessen Heck ebenfalls ein 10,5 cm-Geschütz aufgestellt war, dessen Mündung auf die Stadt gerichtet war. Ein ähnliches **Auftreten bewaffneter englischer Handelsschiffe** ist auch aus anderen **deutschen Häfen** gemeldet worden. (D)

Sind diese Vorkommnisse der deutschen Reichsregierung bekannt? Was hat die Reichsregierung gegen diese Verletzung der völkerrechtlichen und internationalen seerechtlichen Bestimmungen sowie gegen die Nichtachtung der deutschen Hoheitsrechte veranlaßt, und ist für die Zukunft ausreichende Vorkehrung gegen die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse getroffen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialdirektor Knipping.

Knipping, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Der Reichsregierung ist bekannt, daß in der letzten Zeit in **deutsche Häfen britische Handelsschiffe** eingelaufen sind, die **mit einem Geschütz bewaffnet** waren.

Das Prinzip, das hierdurch von britischer Seite zum Ausdruck gebracht wird, ist von großer Tragweite; es hat die ernsteste Beachtung der Regierung gefunden.

Über die Haltung der Regierung und die von ihr zu ergreifenden Maßnahmen schweben zurzeit noch Verhandlungen zwischen den beteiligten Stellen. Die Regierung muß sich daher eine definitive Erklärung vorbehalten.

(Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um etwas mehr Ruhe und um möglichst lautes Vorlesen, damit die Presse davon Notiz nehmen kann, was hier geantwortet wird.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 687, Hoffmann (Berlin) und Genossen (Nr. 1615 der Drucksachen)
hat das Wort der Herr Abgeordnete Däumig.

(A) **Däumig,** Abgeordneter:

Der **Bürgervorsteher Iwan Katz in Hannover,** Angestellter der Stadt Hannover, wurde von dem Magistrat der Stadt mit folgender Begründung aus dem städtischen Dienste **entlassen:**

„Wir halten es als unvereinbar mit Ihren Pflichten als städtischer Angestellter, wenn Sie gegenüber Ihrer Anstellungsbehörde so vorgehen, wie es in dem mit Ihrer Unterschrift erschienenen Artikel des „Volksrechts" vom 5. November 1920 geschehen ist. Wir entlassen Sie daher hiermit aus Ihrem Verhältnis als städtischer Angestellter.

J. V.: Lodemann."

Herr Iwan Katz hat in der Eigenschaft als Bürgervorsteher in dem oben erwähnten Artikel, der unter der Überschrift: „Aus der rechtssozialistischen Lebensmittel-Schmutzwirtschaft in Hannover" seine durch Augenscheinnahme des Lebensmittellagers der Stadt Hannover gemachten Erfahrungen wiedergegeben.

Die Entlassung des Angestellten Iwan Katz aus seinem Dienstverhältnis durch den Magistrat ist eine grobe Verletzung des Artikels 129, besonders aber des Artikels 118 Absatz 1 der Deutschen Reichsverfassung, welcher lautet:

„Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht."

(B) Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, damit die Reichsverfassung durch den Magistrat der Stadt Hannover beachtet wird?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, dem widerrechtlich gemaßregelten Angestellten Iwan Katz, der als Bürgervorsteher nur seine Pflicht im Interesse der Bevölkerung der Stadt Hannover erfüllte, zu seinem Recht zu verhelfen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialdirektor v. Jacobi.

v. Jacobi, Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Der **Bürgervorsteher Iwan Katz** ist in der zweiten Hälfte des November 1918 von dem Magistrat in **Hannover** angestellt worden. Ein schriftlicher Anstellungsvertrag ist nicht geschlossen und über die **Kündigung** eine Vereinbarung nicht getroffen. Die Vergütung wurde dem Genannten in monatlich nachträglich fälligen Raten gezahlt. Nach Ansicht des Magistrats waren wegen der Auflösung des Vertragsverhältnisses die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs maßgebend. Nach diesen kann das Vertragsverhältnis bei Kündigung bis zum 15. des vorhergehenden Monats von jeder Seite zum 1. jeden Monats und außerdem ohne Kündigungsfrist gelöst werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. In Nr. 254 des „Volksrechts" hat nun der Bürgervorsteher Katz einen Artikel „Aus der rechtssozialistischen Lebensmittelschmutzwirtschaft in Hannover" veröffentlicht, in dem er den Magistrat, seine Anstellungsbehörde, in der schärfsten Weise angriff. Der Magistrat kündigte ihm darauf seine Stellung unter dem 12. November 1920 durch das in der Anfrage mitgeteilte Schreiben. Da Katz als Angestellter des Magistrats den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes unterlag, hätte ihm freigestanden, eine Entscheidung der zuständigen Stellen darüber, ob die Kündigung zu Recht erfolgt sei, herbeizuführen. Von (C) diesem Recht hat Katz jedoch keinen Gebrauch gemacht.

Die zuständige Aufsichtsbehörde hat sich nicht veranlaßt gesehen, einzuschreiten. Auch der Preußische Herr Minister des Innern hat erklärt, das Verfahren des Magistrats nicht bemängeln zu können, zumal die Kündigung nach zweimaliger Beratung der Angelegenheit durch den Magistrat auf Grund eines förmlichen Magistratsbeschlusses von dem Stellvertreter des Oberbürgermeisters ausgesprochen worden sei.

Die Reichsregierung hat bei dieser Sachlage keinen Anlaß, irgendwelche Schritte ihrerseits in der Angelegenheit zu tun, kann auch in der den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Kündigung eine Verletzung des Art. 118 der Reichsverfassung nicht erblicken.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 688, Simon (Schwaben), Gruber (Nr. 1620 der Drucksachen), hat das Wort der Herr Abgeordnete Simon (Schwaben).

Simon (Schwaben), Abgeordneter: Im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags hat ein der Bayerischen Volkspartei angehörender Abgeordneter behauptet, die Reichsregierung habe über die **Antwort der bayerischen Regierung in der Einwohnerwehrfrage** ihre Befriedigung ausgesprochen.

Die Unterzeichneten fragen an, ob diese Behauptung zutrifft, ferner, ob die Reichsregierung geneigt ist, den Inhalt des zwischen den beiden Regierungen in der erwähnten Frage gepflogenen Notenwechsels dem Reichstag mitzuteilen.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Staatssekretär Dr. Lewald.

Dr. **Lewald,** Wirklicher Geheimer Rat, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Die Behauptung, (D) daß die Reichsregierung der **bayerischen Regierung** wegen ihrer Haltung in der **Einwohnerwehrfrage** ihre Befriedigung ausgesprochen habe, entbehrt jeder Begründung. Das Schreiben der bayerischen Regierung in der betreffenden Angelegenheit ist gestern im 28. Ausschuß mitgeteilt worden.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 690, Delius und Genossen (Nr. 1639 der Drucksachen), hat das Wort Herr Abgeordneter Kerschbaum.

Kerschbaum, Abgeordneter:

Ist der Reichsregierung bekannt, daß zahlreiche Großgrundbesitzer aus dem verbilligten Mais größere Mengen erhalten, als zur Viehfütterung von ihnen benötigt wird? In einzelnen Fällen wird mit dem auf Kosten der Steuerzahler erhaltenen Mais ein schwunghafter Handel getrieben. Die Bezugsscheine werden bereits an der Börse gehandelt. Gedenkt die Reichsregierung hier durch schleunigen Eingriff die Mißstände zu beseitigen und die **Maislieferungen** an diejenigen Landwirte ausführen zu lassen, die wirklich dieser Futtermittel zur Viehmast bedürfen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Regierungsrat Heinitz.

Heinitz, Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Die Tatsache, daß landwirtschaftliche Betriebe aus dem **verbilligten Mais** größere Mengen erhalten, als sie zur Viehfütterung benötigen, ist der Reichsregierung bekannt. Es kommen besonders Betriebe mit intensivem

(Heinitz, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Getreidebau und schwacher Viehhaltung in Betracht. Eine Beschränkung der Maisabgabe auf den Futterbedarf der eigenen Wirtschaft des Empfängers läßt sich praktisch nicht durchführen, da es unmöglich ist, bei der außerordentlich großen Zahl der in Betracht kommenden Betriebe deren Futterbedarf festzustellen. Eine solche Beschränkung würde überdies dazu führen, daß der eigentliche Zweck der Maisabgabe nur in erheblich geringerem Umfange erreicht würde. Dieser Zweck besteht in der Förderung der inländischen Getreideaufbringung und damit der Minderung der hohen Kosten der Einfuhr von Auslandsgetreide. Er ist in dem Augenblick erreicht, in dem der Landwirt gegen die Hingabe von Mais mehr als den festgesetzten Pflichtteil seines Lieferungssolls abgeliefert hat. Für die Erreichung dieses Zweckes ist es ohne Belang, ob der Landwirt den Mais dann in seiner eigenen Wirtschaft verbraucht oder weiter veräußert. Auch bei einer Weiterveräußerung wird übrigens der Mais letzten Endes eine Verwendung als Futter finden, da der Bezugsschein schließlich nur in Mais, nicht in Geld eingelöst wird.

Landwirte, die Mais zur Viehmast nicht auf dem Wege der Hingabe von Getreide in ausreichender Menge erhalten, können sich dadurch verbilligten Mais verschaffen, daß sie sich an den Schweinemastverträgen beteiligen, wonach für jedes abzuliefernde Schwein im Gewicht von zwei Zentnern sieben Zentner Mais zugewiesen werden.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 693, D. Mumm und Genossen (Nr. 1644 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter:

Die **Verordnung** des Reichsarbeitsministeriums über die **Freimachung von Arbeitsstellen** während (B) der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 25. April 1920 und die darauf fußenden Verordnungen der Demobilmachungsausschüsse, z. B. die des Groß-Berliner, betreffend Entlassung auf Erwerb nicht angewiesener Personen, vom 23. Juli 1920, haben vielfach schädlich gewirkt.

Eingearbeitete Kräfte mußten vielfach durch völlig ungeeignete Kräfte ersetzt werden; in manchen Fällen wurden Eheschließungen nicht vorgenommen, um der Entlassung zu entgehen, und statt dessen ein wildes Zusammenleben gewählt. Beschwerden wegen ungerechtfertigter Entlassung wurden oft erst nach vielen Monaten entschieden. Die größten Härten ergaben sich, wenn Nichtortsansässige entlassen wurden. In dieser Hinsicht ist hier und da bereits Abhilfe erfolgt.

Ist die Reichsregierung bereit, auf Grund der gemachten Erfahrungen jene Verordnung aufzuheben oder doch weitgehend einzuschränken?

Ich darf hinzufügen, daß natürlich seit dem Einreichen der Anfrage bis zu ihrer Verlesung einige Zeit vergangen ist.

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage hat der Herr Ministerialrat Dr. Weigert.

Dr. **Weigert,** Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die **Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen** während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 25. April 1920 hat nach der Auffassung der Reichsregierung mit sehr gutem Erfolge dazu beigetragen, die Wirkungen der Kriegswirtschaft auf den deutschen Arbeitsmarkt auszugleichen. Sie entspricht aber in ihrer bisher geltenden Form auch nach der Meinung der Reichsregierung nicht mehr der veränderten wirtschaftlichen Lage. Ich habe deshalb durch eine Verordnung vom 5. März (C) 1921, die in Nr. 26 des Reichs-Gesetzblattes auf Seite 222 veröffentlicht worden ist, die Befugnisse zur Freimachung von Arbeitsstellen vom 15. März 1921 an auf Orte beschränkt, die mehr als 100 000 Einwohner haben und in denen die Anzahl der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung regelmäßig mehr als $1^1/_2$ v. H. der Bevölkerung beträgt.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Im Dezember wurde ein armes krankes **Dienstmädchen in einem hiesigen Krankenhause durch den Demobilisationsausschuß arbeitslos gemacht,** weil es einige Wochen zu wenig in Groß-Berlin ansässig gewesen ist. Ich bat das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung. Bisher konnte eine Entscheidung nicht erfolgen. Wir sind heute in der zweiten Hälfte des März. Ich bin überzeugt, daß alle Beteiligten in diesem Sonderfall nicht die geringste Schuld trifft. Um so mehr darf der Fall als typisch bezeichnet werden. Ist, nachdem derartige Fälle vielfach vorgekommen sind, nicht eine weitere Einschränkung der betreffenden Verfügung in Aussicht zu nehmen?

Präsident: Das Wort wird nicht mehr verlangt; die Anfrage ist damit erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 (Nr. 624, 698, 1346 der Drucksachen),

und zwar zunächst

Haushalt des Reichsschatzministeriums nebst Ergänzung (Anlage X), Kapitel 6 der fortdauernden Ausgaben **(Reichsbekleidungsämter)** usw. (D)

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses: Nr. 1637 der Drucksachen.

Anträge: Nr. 1702, 1714, 1715.

In der fortgesetzten Beratung hat das Wort der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

Simon (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Seit Monaten besteht bei den Arbeitern der **Bekleidungsämter** eine große Beunruhigung wegen der beabsichtigten **Auflösung** eines Teils der Bekleidungsämter und der **Einschränkung** eines anderen Teils, soweit sie bestehen bleiben sollen. Die Arbeiter dieser Bekleidungsämter stehen heute zu einem erheblichen Teile vor der vollständigen Vernichtung ihrer Existenz. Die Beunruhigung ist um so größer, als die Arbeiter erwarten durften, daß die Bekleidungsämter weitergeführt würden, und als der Haushaltsausschuß der verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar am 19. April 1919 folgenden grundsätzlichen Beschluß gefaßt hatte, den ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zur Kenntnis bringen darf:

Alle gewerblichen Betriebe des Reichs sind ohne Verzug der Zivilverwaltung zu unterstellen. Die Leitung der Betriebe ist bewährten Fachleuten zu übertragen. Ihnen ist ein Beirat beizugeben, der aus den Vertretern der Arbeiter und Angestellten des Betriebs besteht. Die Betriebe sind so auszubauen, daß sie die Unkosten decken und eine angemessene Verzinsung und Tilgung des Anlage- und Betriebskapitals ermöglichen. Betriebe, bei denen dies erreicht werden kann, dürfen nicht geschlossen beziehungsweise eingeschränkt werden.

(**Simon** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Die allgemeinen Grundsätze für die gewerblichen Betriebe sind von einer Reichszentrale (Reichsschatzministerium) unter Hinzuziehung eines parlamentarischen Beirats festzulegen. Innerhalb dieser Grundsätze hat die Leitung der einzelnen Betriebe volle Bewegungsfreiheit und volle Verantwortung.

Auf Grund dieses Beschlusses der Nationalversammlung wurden dann von zirka 20 oder 21 bestehenden früheren Korpsbekleidungsämtern zwölf aufrechterhalten, und man versuchte diese Betriebe nun wirtschaftlich zu gestalten. Das ist auch geschehen. So wurden zum Beispiel in den Werkstätten, die für die **Schuhfabrikation** maßgebend waren, neue moderne Maschinen und neue Leistenformen angeschafft, und die Werkstätten wurden so ausgebaut, daß sie mit der Privatindustrie in Konkurrenz treten konnten. Es werden heute in diesen Bekleidungsämtern nicht mehr, wie das früher der Fall war, nur noch Militärstiefel hergestellt, sondern es werden auch Stiefel für den Zivilbedarf hergestellt, Herren-, Damen- und Kinderstiefel. Die Preise sind erheblich niedriger, als das in der Privatindustrie der Fall ist. Sie betragen für die Herrenstiefel 150 bis 160, für Damenstiefel 130 bis 140, für Knaben 115 bis 120 und für Kinder 60 bis 80 Mark je nach Größe.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im Ausschuß wurde nun die Behauptung aufgestellt, daß die Bekleidungsämter nur aus dem Grund billiger arbeiten könnten wie die Privatindustrie, weil sie keine Unkosten berechneten und weil ihnen die Betriebe zur Verfügung gestellt worden seien, ohne daß eine Verzinsung usw. in Rechnung gestellt würde. Das ist durchaus falsch, und von seiten der Regierung wurde das ja auch richtig gestellt. Löhne und Leistungen in den Bekleidungsämtern sind die gleichen wie in der Privatindustrie. Es kann hier nicht behauptet werden, daß die (B) **Leistungen der Bekleidungsämter** irgendwie zurückgegangen seien, wie wir das hier bei früheren Verhandlungen aus verschiedenen anderen Reichsbetrieben bis zum Überdruß hören konnten. Es kann sogar festgestellt werden, daß die Leistungsfähigkeit in den Bekleidungsämtern eine erheblich höhere ist, als das in den früheren Kriegsbekleidungsämtern der Fall war. Die Leistungen schwanken in den einzelnen Ämtern in der Schuhherstellung zwischen zweieinhalb und drei Paar pro Kopf und Tag, eine Leistung, die in der Privatindustrie nicht überschritten wird, ein Beweis dafür, daß die Arbeiter alles versucht haben, was an ihnen lag, um dem Beschluß der Nationalversammlung, daß die Ämter wirtschaftlich gestaltet werden sollen, nachzukommen.

Es wird nun behauptet, daß diese **Bekleidungsämter dem Mittelstand Konkurrenz** machen. Auch diese Behauptung ist durchaus falsch. Die Bekleidungsämter machen dem kleinen Handwerk nicht mehr und nicht weniger Konkurrenz, als wie das von jeder Schuhfabrik und jeder Firma in der Konfektion selbst geschieht. Als die Kalkulation, die in den Bekleidungsämtern aufgestellt wurde und wo Unkosten und alles mögliche, was notwendig ist, in Rechnung gestellt wird, worauf ich des näheren im Hauptausschuß schon eingegangen bin, in der Arbeitsgemeinschaft der Schuh- und Lederwirtschaft zur Kenntnis gekommen ist, hat einer der prominentesten Schuhfabrikanten erklärt, daß nach dieser Kalkulation keine Rede mehr davon sein könne, daß etwa die Bekleidungsämter nur auf Kosten von Schenkungen, die ihnen das Reich mache, existieren, und die Industrie habe durchaus keine Veranlassung, gegen das Weiterbestehen der Bekleidungsindustrie selbst irgend etwas einzuwenden. Das war der Standpunkt eines Schuhfabrikanten, nachdem er die Kalkulation geprüft und gesehen hatte, in welcher Weise dort kalkuliert wird, daß alle Unkosten eingestellt werden.

(C) Nun wird behauptet, daß die **Bekleidungsämter** nicht genug zu tun hätten. Auch das trifft nicht zu. Von allen Ämtern wurde mir mitgeteilt, daß sie von der Verwaltung gehindert worden seien, **Aufträge,** die ihnen angeboten worden sind, anzunehmen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Um nur eins herauszugreifen: dem Bekleidungsamt Münster wurde ein Auftrag für die minderbemittelte Bevölkerung von 30 000 Paar Stiefeln angeboten. Das Bekleidungsamt durfte aber den Auftrag nicht ausführen, weil von seiten der Regierung erklärt worden ist, sie dürften überhaupt keine Privataufträge übernehmen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun wurde im Ausschuß von Herrn Ministerialdirektor Schultz erklärt, daß die Post- und Eisenbahnverwaltungen — für die sollen bekanntlich die Bekleidungsämter nur noch arbeiten — den Ämtern keine **Aufträge** geben, weil angeblich die **Beamten** die Anzüge und Stiefel nicht tragen wollen. Ich stelle fest, daß auch diese Behauptung unzutreffend ist. Das mag vielleicht von der Post- und Eisenbahnverwaltung dem Vertreter des Reichsschatzministeriums mitgeteilt worden sein, aber nicht von den Beamtenorganisationen. Die Beamtenorganisationen nehmen eine durchaus andere Stellung ein. Ich stelle fest, daß zum Beispiel die Schneiderei in München Anzüge gefertigt hat für die Straßenbahnbeamten, für die Feuerwehr, für die Polizei, für das Kraftwerk, für das Verkehrsamt Auberg, und daß diese Aufträge zur allgemeinen Zufriedenheit ausgeführt worden sind.

Ich stelle ferner fest, daß mir gestern noch ein Eilbrief vom Bekleidungsamt Münster zugegangen ist, welcher auf diese im Hauptausschuß aufgestellte Behauptung Bezug nimmt und mir mitteilt, daß für die Eisenbahndirektion Münster 7000, für die Oberpostdirektion 6000, für gewerkschaftliche Verbände 2000, für Kriegsfürsorgestellen 17 000 Paar Stiefel von dem Bekleidungsamt geliefert (D) worden sind und daß die Beamten der Postverwaltung und der Eisenbahnverwaltung bereit sind, wegen der guten Qualität der Ware auch für die Folge die Waren von dem Reichsbekleidungsamt zu beziehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hierdurch ist also der Beweis erbracht, daß die Behauptung, als ob die Beamten und Angestellten die Anzüge und Stiefel aus den Bekleidungsämtern nicht tragen wollen, unzutreffend ist.

Es kommt hierbei allerdings eins in Frage. Bei der **Zuweisung von Tuchen und sonstigen Materialien** seitens des Reichsschatzamtes an diese Bekleidungsämter aus früheren Beständen werden vielfach **Preise** in Rechnung gestellt, die es den Bekleidungsämtern unmöglich machen, die Konkurrenz mit dem Unternehmertum auszuhalten. Vom Bekleidungsamt München wird mir berichtet, daß dem Amt blaues Militärtuch von der Verwaltung geliefert worden sei. Dieses Militärtuch, obwohl es geringwertig an Qualität war, wurde mit einem Preise von 126 Mark pro Meter in Rechnung gestellt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

während besseres Tuch für 76 Mark pro Meter in genügender Menge in München hätte gekauft werden können.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Bekleidungsamt mußte aber das Tuch zu 126 Mark annehmen, mußte seine Kalkulation auf diese 126 Mark einstellen, wodurch naturgemäß die aus diesem geringwertigen Tuch hergestellten Anzüge einen Preis erhielten, der nicht als angemessen bezeichnet werden kann.

Nun wurde im Hauptausschuß von den bürgerlichen Parteien besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Arbeit, die von den Bekleidungsämtern gemacht wird, von der Privatindustrie ausgeführt werden soll. Das Reich, so

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

(A) wurde gesagt, soll sich überhaupt nicht mit solchen Unternehmungen beschäftigen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich stelle demgegenüber den Beschluß der Nationalversammlung fest, den auch Sie (nach rechts) damals mit gefaßt haben. Ich habe im Ausschuß den Beweis dafür geführt, in welcher Weise von der **Privatindustrie Stiefel und Kleidung** geliefert werden, wie geringwertig sie zum Teil an **Qualität** sind und wie die Bezieher solcher Stiefel direkt betrogen werden.

(Oho! im Zentrum.)

— Ich mache selbstverständlich nicht die gesamte Industrie dafür verantwortlich. Ich weiß, daß es auch Unternehmungen gibt, die außerordentlich gut arbeiten.

(Na also! im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber wir haben schon während des Krieges die Tatsache zu verzeichnen gehabt — das ist den Herren, die den Verhandlungen während des Krieges beigewohnt haben, bekannt —, daß bittere Klage über den Hereinfall geführt worden ist, den die Verwaltung mit einzelen Privatfirmen erlebt hat.

Von Würzburg wurde von der Abteilung des Artillerieregiments Nr. 7, Verwaltungsamt, nach der Intendantur der 7. Division in München ein Schreiben gerichtet, in welchem große Klage über Stiefel geführt worden ist, die angeblich vom Bekleidungsamt München geliefert worden seien. Es wird ausgeführt:

> Das Oberleder besteht aus Spaltleder mit künstlicher Narbe. Die Brandsohle besteht aus Kunstleder. Kappen und Absätze sind vermutlich aus Kunstleder hergestellt. Zu Sohlen ist Brandsohlenleder verarbeitet worden.

So geht es weiter. — Es wurde verlangt, daß diese Stiefel, von denen ein Musterpaar nach München gesandt (B) wurde, vom Bekleidungsamt München zurückgenommen werden sollen. Daraufhin hat das Amt in München folgendes geantwortet:

> Unter Beigabe der anher eingesandten ein Paar Musterschuhe zurück mit dem Bemerken, daß die in Frage kommenden 49 Paar Schuhe vom Amt nicht umgetauscht werden können, da dieselben, wie das eingesandte Muster und die Beschreibung der übrigen 48 Paar beweist, überhaupt von keinem Reichsbekleidungsamt geliefert sind.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und wie sehen nun diese Stiefel aus, die also von einem Privatunternehmer geliefert waren? Eine Beschreibung der Stiefel von einem Fachmann ergibt folgendes. Es handelt sich um Schuhwerk für entlassene Reichswehrangehörige!

> Die im beiliegenden Schreiben genannten Musterschuhe von der Wehrkreisintendantur 7 sind es wert, daß sie näher beschrieben werden, denn man sieht daraus, was dem Staate für sein Geld von der Privatindustrie geliefert wird. Die Form ist undefinierbar. Oberleder aus geschwärztem Spaltleder mit aufgepreßten Narben, rauh wie Filz. Brandsohle aus Altleder. Boden aus zweifach Randsohlenleder, gepflockt. Hintere Kappe vollständig aus Pappe. Absatz aus Holz.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Oberflecke ganz minderwertiges Brandsohlenleder. Futter Nesselstoff.

Dafür bezahlt das Reich 145 Mark pro Paar!

(Hört! Hört! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte, die Zwiegespräche etwas zu dämpfen.

Simon (Franken), Abgeordneter: Für Schuhwerk, (C) welches absolut unbrauchbar ist, zahlt das Reich 145 Mark, während in den Bekleidungsämtern für denselben Preis durchaus gute Qualitätsware hergestellt wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun sind Sie der Auffassung, daß nicht nur die vorhandenen Rohstoffe, sondern auch Maschinen und Werkzeuge lieber der Privatindustrie verschandelt werden sollen. Auch hier möchte ich Ihnen zeigen, welche ungeheuren **Gewinne** die **Privatindustrie** aus dem Material gezogen hat, das aus den Ämtern an die Privatindustrien abgegeben worden ist. Es wird mir von demselben Briefschreiber, einem Fachmann, folgendes mitgeteilt. In einem bekannten Münchener Schuhwarengeschäft wurden Herrenstiefel ausfindig gemacht, die mit 270 Mark Verkaufspreis ausgezeichnet waren. Die Oberlederteile, die Schnitteile wurden früher von dem Bekleidungsamt zum Preise von 33 Mark geliefert.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Rechnen Sie hinzu, daß der Boden etwa ungefähr noch 70 Mark kostet, daß der Arbeitslohn etwa 20 Mark beträgt, dann haben Sie eine Ausgabe an Rohmaterial und Arbeitslohn von ungefähr 120 Mark, und verkauft werden die Stiefel mit 270 Mark.

(Hört! Hört! links. — Abgeordneter Giebel: Das ist die freie Wirtschaft!)

Nun sollen nach dem Beschluß des Hauptausschusses von den jetzt noch bestehenden **Bekleidungsämtern** vier für die **Reichswehr** und weitere vier für die **Sipo** aufrechterhalten werden. Vier Bekleidungsämter sollen stillgelegt werden, und von einem der vier für die Sipo oder die Reichswehr aufrechtzuerhaltenden Bekleidungsämter — in Hannover — soll die Schuhmacherwerkstätte eingestellt werden. Meine Damen und Herren! Wenn die acht Ämter, die aufrechterhalten werden sollen, nur für die Reichswehr und die Sipo beschäftigt werden, dann, (D) können Sie überzeugt sein, muß die Belegschaft dieser Ämter mindestens auf die Hälfte bis ein Drittel reduziert werden. Dann haben Sie den großen Bau, Sie haben die große Anzahl von Maschinen, Sie haben die Unkosten, und es wird nur noch ein Drittel bis höchstens die Hälfte von dem gearbeitet, was gearbeitet werden kann. Daß da die Bekleidungsämter vollständig unrentabel werden, daß sie wieder mit großen Zuschüssen des Reichs arbeiten werden, ich glaube, darüber besteht doch kaum ein Zweifel. Es kommt noch hinzu, daß, wie jedem Fachmann bekannt ist, wenn eine Fabrik nur schwere Herrensachen, wie das für die Reichswehr und Sipo notwendig ist, herstellt, das Leder, da es ja ein Naturprodukt ist und in seiner Struktur nicht gleichartig ist, nicht ausgenutzt werden kann. Es entstehen große Abfälle. Leder, welches sonst für Damen- und Kinderstiefel noch gut verwendet werden könnte, kann hier nicht verarbeitet werden, und die Folge davon ist, daß bei der Einschränkung durch die Unrentabilität der Betriebe und durch die weitere schlechte Kalkulation das Paar Stiefel mindestens 30 bis 40 Mark bei den heutigen Lederpreisen teurer zu stehen kommt, als wenn man die Ämter so arbeiten läßt, wie sie gegenwärtig eingestellt sind und arbeiten können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber es scheint ja, daß das von Ihnen beabsichtigt ist. Sie wollen ja den Nachweis liefern, daß Staatsbetriebe nicht richtig arbeiten können. Hier, wo Betriebe bestehen, die den Beweis erbracht haben, daß einzelne schon mit Überschüssen arbeiten, wollen Sie diese Ämter auflösen, wollen Sie sie unmöglich machen.

Meine Damen und Herren! Es kommt aber noch eines hinzu. Vergessen Sie das eine nicht: Man hat während des Krieges nach einer Reihe von Bekleidungsämtern die Arbeiter gewissermaßen gewaltsam hingezogen.

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

(A) Sie wurden teilweise einfach abkommandiert. Sie mußten schließlich später bei der langen Dauer des Krieges ihre Familie nachkommen lassen. Ich mache darauf aufmerksam, daß z. B. im **Bekleidungsamt Münster** in der Schuhmacherwerkstelle 134 Personen beschäftigt sind. Die Personen sind größtenteils von auswärts zugezogen. Der größte Teil ist verheiratet. Es sind 40 Kriegsbeschädigte, davon sind 17 Schwerbeschädigte. Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß Münster keine Industriestadt ist. Der größte Betrieb in Münster beschäftigt 100 Arbeiter. Es ist ganz unmöglich, daß die Arbeiter dort unterkommen. Was ist die Folge? Sie sagen, sie sollen in der Privatindustrie aufgenommen werden. In dem Antrage, der hier vorliegt, fordern Sie die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter in der Privatindustrie unterkommen können. Was will denn die Regierung tun? Wie soll sie das ermöglichen? Wir wissen doch, daß heute in der Schuhindustrie eine große Krise herrscht, daß die **Arbeitslosigkeit** an allen Orten stark vorhanden ist. Wenn diese Arbeiter das Bekleidungsamt in Münster verlassen müssen, werden sie nicht nur arbeitslos, sondern, wenn sie bestenfalls in irgendeiner anderen Stadt Arbeit erhalten, sind sie wohnungslos und müssen vielleicht jahrelang einen von ihrer Familie getrennten Haushalt führen. Daß es geradezu unmöglich ist, am neuen Arbeitsort Wohnung zu bekommen, ist doch bei der ungeheuren Wohnungsnot bekannt. In Münster sind heute schon 42 arbeitslose Schuhmacher vorhanden. Dazu würden bei Auflösung des Amtes noch die 134 Arbeiter kommen, die gegenwärtig in dem Amt beschäftigt sind.

Dann möchte ich mich mit einigen Worten an die Vertreter des Mittelstandes, an die Vertreter des Handwerks wenden. Wenn die **Ämter aufgelöst** werden, wird (B) ein großer Teil der **Arbeiter** versuchen, sich an diesem Orte selbständig zu machen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie werden dann die **Konkurrenz im Handwerk** beträchtlich vermehren, während die Ämter heute dem Handwerk keine Konkurrenz machen, sondern Fabrikbetriebe sind. Wenn Sie also die Interessen des Handwerks wahren wollen, dürfen Sie nicht für die Aufhebung der Bekleidungsämter stimmen, sondern müssen sie weiter bestehen lassen.

Meine Damen und Herren! Im Ausschuß wurde ein Antrag Burlage angenommen, der an Stelle des Bekleidungsamts Kiel das **Bekleidungsamt Wilhelmshaven** aufrechterhalten will.

(Abgeordneter Burlage: Nicht an Stelle!)

— Ja, ich weiß schon, aber, Herr Kollege Burlage, in Ihrer Begründung hatten Sie es so ausgedrückt. Im Antrage haben Sie diesen Wortlaut nicht wieder aufgenommen, sonst hätten wir ja auch nicht dafür stimmen können. Aber die Regierung hat erklärt, daß, wenn sie infolge des Beschlusses des Ausschusses das Bekleidungsamt Wilhelmshaven aufrechterhalten müsse, das Bekleidungsamt Kiel geschlossen werden müsse. Das ist die Konsequenz Ihres Antrages. Nun weiß doch aber auch der Herr Kollege Burlage, daß der Magistrat Kiel eine Eingabe gemacht hat — sie ist uns allen zugegangen —, in der er nachweist, wie die Dinge in Kiel liegen. In der Schneiderei des **Kieler Bekleidungsamts** sind 700 Nähfrauen beschäftigt, von denen der größte Teil aus Kriegerwitwen besteht. Diese würden arbeitslos werden. Die Arbeitslosigkeit in Kiel ist heute schon sehr groß. Auch darüber macht der Magistrat Mitteilung. Dazu kommt, daß die übrigen Arbeiter arbeitslos werden, die in Kiel nicht unterkommen können. Sie beschwören also Zustände herauf, die Sie überhaupt nicht verantworten können, wenn Sie solche Beschlüsse fassen, wie sie (C) hier von Ihnen im Hauptausschuß angenommen worden sind.

Ich sagte schon, daß es den Arbeitern heute ganz unmöglich ist, in der Privatindustrie unterzukommen, und wies auf die Schwierigkeiten hin, die durch die Entlassung dieser Arbeiter entstehen. Wir sind der Meinung, daß eine **Stillegung der Betriebe** nicht notwendig ist. Wir sind auch der festen Überzeugung und werden Ihnen später den Nachweis liefern, daß es nicht im Reichsinteresse liegt, die Bekleidungsämter stillzulegen. Die Bekleidungsämter erhalten sich selbst und können noch einen Überschuß an das Reich abliefern. Aber die Herren wollen ja keine Stelle, die in der Lage ist, eine Kalkulation aufzumachen und fachmännisch zu beurteilen, zu welchem Preise etwa ein Stiefel oder ein Anzug hergestellt werden kann, wenn die ungeheuren Gewinne der Privatindustrie ausgeschaltet werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ihr Bestreben ist darauf gerichtet, die Privatindustrie so zu schützen, daß sie fortwährend große Gewinne machen kann.

Lehnen Sie die Anträge, die hier gestellt sind, ab, stimmen Sie dem Antrag auf Nr. 1715 zu und beweisen Sie damit, daß Sie nicht nur Liebesgaben für die Agrarier und die Schwerindustrie bewilligen können, sondern daß Sie auch ein Herz haben für die armen Arbeiter, die schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben!

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ersing.

Ersing, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Herren Kollegen Giebel und Simon haben es so dargestellt, als ob es sich hier darum handle, dem Privatkapital erneut die Möglichkeit weiterer Volksausbeutung zu verschaffen. So liegen die Dinge aber nicht. (D) Es ist auch durchaus nicht richtig, daß es sich bei dieser Gelegenheit um einen Antisozialismus handle, wie der Herr Kollege Giebel gestern gemeint hat. Es handelt sich hier um die Frage, ob in Deutschland ein paar **Reichsbekleidungsämter** mehr oder weniger fortgeführt werden sollen, und ich hätte eigentlich dem Kollegen Giebel zugetraut, daß er in dieser wirtschaftlichen Frage größeren Weitblick hätte.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wie liegen die Dinge? Wir haben in Weimar beschlossen, daß zwölf Bekleidungsämter weitergeführt werden sollten. Dabei ist aber, worauf Herr Simon nicht hingewiesen hat, ausdrücklich gesagt worden, diese Weiterführung solle erfolgen, soweit das im Interesse der Allgemeinheit liege und soweit diese Betriebe genau so gut produzierten wie die in der Privatindustrie, und verlangt wurde weiter, daß sie dieselben sozialen und steuerlichen Lasten tragen sollen wie die Privatbetriebe.

(Sehr richtig! rechts.)

Dem ist damals von sozialdemokratischer Seite nicht widersprochen worden. Es entsteht nun heute die Frage, ob die Bekleidungsämter im letzten Jahre diesen Anforderungen entsprochen haben oder nicht.

Die **Bekleidungsämter** leiden an einem starken **Mangel an Arbeitsaufträgen.** Im Haushaltsausschuß haben wir von der Regierung gehört, daß die Bekleidungsämter zurzeit nur noch drei Tage in der Woche arbeiten können. Das finden wir allerdings nicht nur bei Staatsbetrieben, sondern vielfach auch in der Privatindustrie. Wir haben ferner von den Vertretern des Postministeriums, des Eisenbahnministeriums und des Finanzministeriums gehört, es sei nicht damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit neue und größere Aufträge an die Bekleidungsämter ergehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(Erfing, Abgeordneter.)

(A) Dazu kommt, daß die Regelung der Bekleidungsgelder für die Staatsbediensteten der Eisenbahnen und der Post noch nicht endgültig erfolgt ist und daß es sehr fraglich ist, ob das Reich wieder in derselben Weise Zuschüsse wird leisten können, nachdem jetzt die neue Besoldungsordnung zum Abschluß gebracht ist. Wenn wir damit rechnen müssen, daß wir Staatsbetriebe haben, in denen ungefähr 7000 Arbeiter beschäftigt sind und nicht damit gerechnet werden kann, daß dauernd Arbeit vorhanden ist, kann man doch dem Volke nicht zumuten, solche Betriebe weiterzuführen und die Kosten dafür zu tragen.

(Sehr richtig! rechts.)

Zurzeit liegen bei den Bekleidungsämtern 100 000 Anzüge und 100 000 Paar Schuhe. Die Bekleidungsämter wären herzlich froh, wenn sie die losbringen würden. In dem Antrag der Mehrheitssozialdemokraten heißt es, daß die Bekleidungsämter auch für die Zivilbevölkerung arbeiten dürfen. Es steht ja nichts im Wege, wenn die Herren, die Ihrer Richtung nahestehen, den Bekleidungsämtern 100 000 Paar Schuhe und 100 000 Anzüge abkaufen. Aber ich habe das Gefühl, daß auch Ihrerseits keine große Geneigtheit vorhanden ist, die Anzüge dort zu holen, wohl aus denselben Gründen, aus denen die Vertreter der Beamtenorganisationen uns erklärt haben, sie wollten sich keinerlei Vorschriften machen lassen; woher sie ihre Dienstanzüge und Dienstschuhe beziehen müssen,

(sehr richtig! im Zentrum und rechts)

sie wollen die Freiheit haben wie bisher, eine durchaus verständliche Auffassung.

Nun haben die Herren Kollegen Simon und Giebel auf die **Bilanz der Bekleidungsämter** hingewiesen und gesagt, die letzte Bilanz weise einen Reingewinn von 1 418 000 Mark auf. Das ist buchmäßig richtig, aber wie sieht es in der Praxis aus?

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

(B) Die Reichsbekleidungsämter haben vom Reich ein Darlehen in Höhe von 199 Millionen Mark bekommen.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Das wird verzinst mit sechs Prozent.

(Hört! Hört! rechts.)

Wenn Genossenschaften auf einer Bank ein Darlehen holen, müssen sie wenigstens acht Prozent und meist ein Viertel Prozent Provision zahlen.

(Sehr richtig!)

Wenn die Bekleidungsämter der Reichskasse auch acht Prozent zu bezahlen hätten, wie es jeder andere Geschäftsmann muß, hätte das Reich statt 5 900 000 Mark nahezu 8 Millionen an Zinsen eingenommen. Nur dadurch, daß die Bekleidungsämter zwei Prozent Zinsen weniger bezahlt haben, konnten sie noch einen rechnerischen Gewinn von 1 400 000 Mark herausrechnen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Nun hat der Herr Kollege Giebel gemeint, sehr günstig sei, daß beim Inventar 33 Prozent abgeschrieben worden seien, das mache eine Summe von 935 000 Mark aus. Ganz anders aber liegen die Dinge bei dem Warenbestand. Dieser ist in der Bilanz mit 266 Millionen Mark angeführt.

(Abgeordneter Simon [Franken]: Das ist davon abgegangen!)

— Ja, es sind Abschreibungen erfolgt, wie ich mich erkundigt habe, sie sind zu den Preisen eingesetzt worden, wie sie seinerzeit von der Heeresverwaltung übernommen worden sind. Nach mir gewordenen Mitteilungen sind aber die Stoffe zu einem Preise übernommen worden, der weit unter dem steht, was in der Privatindustrie bezahlt worden ist.

(Abgeordneter Simon [Franken]: Sie mußten höhere Preise zahlen!)

— Ja, es sollen Futterstoffe zu einem Preise von 3 bis 6 Mark übergeben worden sein, für die man im freien (C) Verkehr damals 20 und 25 Mark bezahlen mußte.

(Sehr richtig! rechts).

Es ergibt sich also leider, daß kein Vorteil für die Allgemeinheit herauskommt, sondern ein Nachteil, und lediglich von den Erwägungen lassen wir uns leiten.

(Abgeordneter Simon [Franken]: Privatkapitalistische Erwägungen!)

Genau so liegt es mit der **Miete der Gebäude.** Die Gebäude sind zu 13 Millionen veranlagt, dafür ist eine Miete von 6 Prozent vorgesehen. Fragen Sie einen Privatmann, eine Gewerkschaftsorganisation, einen Konsumverein, ob der zu solchen Bedingungen irgendwie Räumlichkeiten oder Lagerräume bekommt. Wenn diese Organisationen, die doch gewiß nicht kapitalistisch sind, mit den allgemeinen Wirtschaftstatsachen rechnen müssen, müssen es die Bekleidungsämter auch tun.

Es ist ein starkes Stück, daß man, wenn man die Interessen der Allgemeinheit wahrnimmt, behauptet, daß privatkapitalistische Gesichtspunkte mitspielen. So liegen die Dinge nicht. Es handelt sich nicht darum, daß die Bekleidungsämter eventuell aufgehoben werden sollen, sondern, wie die Debatte im Ausschuß zeigte, sollen sie auf das Maß zurückgeführt werden, daß eine ausreichende **Beschäftigung der Arbeiter** möglich ist. Wo sie aber nicht möglich ist, da sage ich: daß das für die betreffenden Arbeiter ein außerordentlicher sozialer Nachteil ist, und wir meinen, daß die Regierung entsprechend dem gestellten Antrag dafür Sorge tragen soll, daß die notwendigen **Entlassungen**, die da vorgenommen werden müssen, in einer Weise durchgeführt werden, daß damit für die betreffenden Arbeiter keine besonders großen und schweren Härten verbunden sind.

Nun hat Herr Kollege Simon speziell auf Münster hingewiesen und dabei betont, daß **Münster** gerade außerordentlich hart betroffen würde. Ich schließe mich dem an und bitte die Regierung, daß sie dem in der Resolution (D) vom Ausschuß niedergelegten Grundsatz, daß die verbleibenden Ämter möglichst gleichmäßig auf das Reich verteilt werden sollen, auch Rechnung trägt. Tut sie das, dann darf Münster nicht abgebaut oder aufgelöst werden. Dann, meine ich, Herr Kollege Simon, werden Sie, soweit Münster in Frage kommt, zufrieden sein.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun hat der Herr Kollege Giebel noch weiter darauf hingewiesen, daß die **christlichen Gewerkschaften** sich auch gegen die Auflösung ausgesprochen hätten. Ich habe schon im Ausschuß auf die Tatsache hingewiesen, daß sich jetzt auch die Herren von links an die christlich organisierte Arbeiterschaft erinnern, während sie doch in den letzten zwei Jahren in den Betrieben in der rücksichtslosesten Weise gegen sie vorgegangen sind.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Herren! Wir haben die Tatsache, daß noch vor wenigen Monaten eine Versammlung der sozialistisch organisierten Arbeiter in Königsberg die Entlassung der christlich organisierten Arbeiter verlangt hat, und zwar nur deswegen, weil sie eine andere politische und gewerkschaftliche Auffassung gehabt haben. Ich meine, damals hätten sie ihren sozialen weiten Blick bekunden sollen, damals hätten sie zeigen sollen, daß es ihnen wirklich um die Interessen der Allgemeinheit zu tun ist und nicht darum, für eine bestimmte politische, gewerkschaftliche Richtung eben einen Vorteil herauszuschlagen.

Von solchen Erwägungen lassen wir uns leiten und stimmen mit der **Auffassung** überein, wie sie vom **preußischen Ministerium des Innern,** dessen Inhaber ja ein Sozialdemokrat ist, bekundet wird. Das preußische Ministerium des Innern hat da einen längeren Brief geschrieben, von dem ich nur folgende Stellen mit Genehmigung des Herrn Präsidenten kurz verlesen möchte.

(Ersing, Abgeordneter.)

(A) Das preußische Ministerium des Innern schreibt:

> Ich halte es auch für meine Pflicht, nicht nur einzelne Gruppen der Arbeitnehmer dauernd zu berücksichtigen, sondern alle Arbeitnehmer gleichmäßig heranzuziehen.

Dem stimmen wir durchaus zu. Es heißt weiter:

> Die äußerst ernste Finanzlage zwingt mich, die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke auf dem billigsten Wege zu beschaffen.

Auch das ist durchaus richtig. Zum Schluß schreibt er:

> Nach Berichten in meiner Beschaffungsstelle hat ein **Bekleidungsamt Schnürschuhe** zu 236 bis 248 Mark angeboten, während mir im Freihandel welche zu 136 bis 148 Mark angeboten worden sind.

Wenn also eine solche Stelle wie das preußische Ministerium sagt, daß ihm für die ihm unterstellte Sicherheitspolizei die Schnürschuhe in der Privatindustrie durchschnittlich um 100 Mark billiger angeboten worden sind,

(erregter Gegenruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

dann ergibt sich daraus, daß es eben nicht zutreffend ist, was der Herr Kollege Simon behauptet hat, daß die Bekleidungsämter billiger arbeiten würden, wie die anderen Stellen. Wir lassen uns lediglich von dem Gesichtspunkt leiten, wie wir den Interessen der Allgemeinheit dienen. Von diesen Erwägungen ausgehend, haben wir dem Beschluß zugestimmt, wie er im Hauptausschuß gefaßt worden ist.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Wir haben in den letzten Tagen bei der Etatsberatung verschiedentlich (B) Ehrenrettungen für Handwerk und Mittelstand über uns ergehen lassen müssen. Sie (nach rechts) träumen davon, daß Sie berufen seien, dem **Handwerk** den verloren gegangenen goldenen Boden wieder zu schaffen, daß Sie die Zeit aufhalten und die wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Stand zurückrevidieren könnten, den sie vor etwa 40 oder 50 Jahren hatten. Aus den Ausführungen des Zentrumsredners und den vorliegenden Entschließungen scheint mir auch heute herauszuklingen, daß man noch einmal den Versuch wagen wollte, auch hier, wo das Reich die Möglichkeit dazu hat, die Bedürfnisse wenigstens eines Teils der Bevölkerung zu befriedigen, für die Sonderinteressen gewisser Kreise eine Lanze zu brechen. Diesen Versuch glaubt man machen zu müssen für die Interessen der Großindustrie, speziell der Großkonfektion und der großen Schuhfabriken, aber zum Nachteil der Bevölkerung.

Die Bekleidungsämter sollen nun, wenn auch nicht ganz aufgehoben werden, so doch wenigstens zum Teil verschwinden. Man will gestatten, daß für die Bedürfnisse der Reichswehr und der Sipo je vier Bekleidungsämter bestehen bleiben. Nun haben die Redner der Rechtssozialdemokratie und der Unabhängigen schon die Bedenken geltend gemacht, die bei Beurteilung dieser Frage in wirtschaftlicher Beziehung ausschlaggebend sein müssen. Selbst der Herr Abgeordnete Ersing hat auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die bei Auflösung des Bekleidungsamts der Stadt Münster drohen, und den Versuch gemacht, die Rückwirkung der **Auflösung der Bekleidungsämter** auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der betroffenen Städte kurz zu skizzieren. Aber er glaubte sich der Hoffnung hingeben zu können, daß Regierung oder Reichsschatzministerium beziehungsweise die Mehrheit des Reichstags wohl noch einen Ausweg finden würde, damit gerade das von ihm bevorzugte Bekleidungsamt Münster bestehen bleiben kann, (C) und glaubte damit der Verantwortung enthoben zu sein, für die wirtschaftlichen und sozialen Schäden in den anderen Gemeinden.

Wir sind der Meinung, daß in dem Augenblick, in dem beispielsweise das Bekleidungsamt Wilhelmshaven oder Kiel oder Münster oder München aufgelöst würde, an dem betreffenden Orte wirtschaftliche und soziale Schädigungen eintreten müssen, die in keinem Verhältnis stehen zu dem Nutzen, den die Herren der Rechten sich von der Auflösung der Bekleidungsämter versprechen.

Nun darf ich aber auch darauf hinweisen, daß nicht nur die freigewerkschaftlichen Organisationen, der deutsche Gewerkschaftsbund, sondern auch die christlichen Organisationen unbedingt verlangen, daß sämtliche vorhandenen Bekleidungsämter bestehen bleiben. In Eingaben, die an uns gerichtet sind, vertreten der Transportarbeiterverband, der Verband christlicher Arbeitnehmer für das Bekleidungsgewerbe, der deutsche Bekleidungsarbeiterverband und der Hauptvorstand des Gewerkvereins der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen einmütig die Forderung, das keines der bestehenden Bekleidungsämter aufgelöst werden darf. Aus welchen Gründen? Zunächst sei darauf hingewiesen, daß Tausende von Arbeitern, Tausende von früheren Handwerkern, die durch den Krieg oder andere Verhältnisse ihrer Selbständigkeit beraubt wurden, in den Bekleidungsämtern lohnende Beschäftigung gefunden haben. Daß darüber hinaus aber eine nicht minder große Zahl von Kriegsbeschädigten, darunter zahlreiche Schwerkriegsbeschädigte, in den Bekleidungsämtern tätig ist und für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt zu erringen versucht, ist gleichfalls eine Tatsache, die durch nichts aus der Welt zu schaffen ist. Denken Sie an die Kriegerwitwen, die auf eine wirtschaftliche Beschäftigung in den Städten angewiesen sind, die ihre Existenz durch die Näharbeit bei den Bekleidungsämtern finden! Schon dieser Umstand sollte Sie, die Sie (D) immer den Mund so voll nehmen von dem „Dank des Vaterlandes“ an die Kriegsopfer und Kriegshinterbliebenen, veranlassen, von der Absicht, die Bekleidungsämter ganz oder teilweise verschwinden zu lassen, Abstand zu nehmen.

Aber auch ein anderer Umstand, der meines Erachtens weit schwerwiegender ist, spielt bei der Frage, ob die Bekleidungsämter fortbestehen sollen oder nicht, eine Rolle. Der Herr Vorredner — ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Ersing — sagte, die Bekleidungsämter müssen aufgehoben werden, weil sie gegenwärtig einfach nicht genügend beschäftigt werden können. Da möchte ich doch fragen: wie ist es möglich, daß in einer Zeit allgemeinen Elends, in der die Bevölkerung weder Schuhzeug noch Bekleidung am Leibe hat, Reichseinrichtungen, wie die Bekleidungsämter, angeblich nicht genügend beschäftigt werden können. Was wird denn mit der Auflösung der Bekleidungsämter beabsichtigt? Sie von rechts wollen ja nicht, daß die Not des Volks durch derartige Reichseinrichtungen behoben werde. Sie fürchten, daß mit dem Augenblick, in dem die Bekleidungsämter der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung nutzbar gemacht würden, Ihr Profit oder der Profit Ihrer Kollegen geschmälert werden könnte. Aber nicht nur das! Sie fürchten auch, daß die Bekleidungsämter in der **Preisgestaltung** einen Druck in der Richtung ausüben, daß auch Sie nicht mehr so frei schalten und walten können wie bisher, daß Sie das Volk nicht mehr und nach Herzenslust ausplündern können, wie es vielleicht möglich wäre, wenn Ihr Antrag Gesetz werden würde.

(Zurufe rechts.)

Meine Damen und Herren! Nicht um die Frage kann es sich handeln, ob die Bekleidungsämter abgebaut werden sollen, sondern wir müssen verlangen, daß diese

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) Institutionen weiter ausgebaut werden, und zwar in der Weise, daß die vorhandenen Arbeitseinrichtungen und Arbeitskräfte voll beschäftigt und ausgenutzt werden, indem man auch **Zivilaufträge** hereinzubekommen sucht, was bei dem Bedürfnis an Bekleidung und Schuhzeug der **Ärmsten der Armen** durchaus möglich und unbedingt erforderlich wäre.

Nun sagt man, die **Bekleidungsämter** seien nicht rentabel, und die von der Regierung vorgelegte **Bilanz** der Ämter sei nur deshalb so günstig, weil ihnen durch die Regierung mancherlei Vergünstigungen eingeräumt seien. Herr Kollege Simon hat bereits darauf hingewiesen, daß das nicht zutrifft, daß im Gegenteil die Regierung oder das Reichsschatzministerium bei verschiedenen Bedarfsgegenständen von den Bekleidungsämtern Preise gefordert hat, die das Vielfache von dem darstellen, was in der Privatindustrie gefordert und gezahlt worden ist. Herr Ersing glaubt allerdings, den Gegenbeweis führen zu können, indem er, ohne Unterlagen und näheres Zahlenmaterial zu geben, die Behauptung aufstellt, daß die Bekleidungsämter gewissermaßen künstlich durch die ihnen von der Regierung gewährten Vergünstigungen großgezüchtet würden. Ich bin aber der Meinung, daß die Beweise des Herrn Kollegen Ersing nicht danach angetan sind, die Mehrheit des Hauses von der Richtigkeit seiner Ausführungen zu überzeugen. Wenn an Abschreibungen 33⅓ Prozent in der Jahresrechnung eingesetzt sind, so ist das doch immerhin schon etwas, was in der Großindustrie oder in Handwerkerkreisen nicht üblich ist. Man beschränkt sich dort auf Abschreibungen, die meist niedriger sind.

(Zurufe im Zentrum und rechts.)

Jetzt allerdings, nachdem man fürchtet, die Überschüsse könnten weggesteuert werden, versucht man, die Bilanz der Industrie, der Handelswelt so zu gestalten, daß (B) möglichst nichts mehr bleibt und alles verschleiert wird.

(Zuruf rechts: Einmal so und einmal so!)

Das steht zweifellos fest. Aber gang und gäbe ist ein derartiger Abschreibungssatz von 33⅓ Prozent bei der Industrie durchaus nicht. Ich kann also nicht einsehen, daß die Behauptungen des Abgeordneten Ersing zutreffend sein sollen. Im Gegenteil bin ich der Meinung — damit befinde ich mich in Übereinstimmung mit der Regierung —, daß die Reichsbekleidungsämter sehr wohl in der Lage sind, sich selbst zu erhalten und sogar, wie es hier im Etat in der Anmerkung zu Kap. 1 Tit. 6 heißt, „schon jetzt wirtschaftlich nicht ungünstiger als die Privatindustrie arbeiten, voraussichtlich aber billiger zu arbeiten als die Privatindustrie in der Lage sind".

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und das soll doch angeblich nach Herrn Ersing das ausschlaggebende Moment sein. Er fragt sich: hat die Allgemeinheit Vorteil oder Nutzen von den Bekleidungsämtern, oder muß sie noch etwas darauf legen, nur um Arbeitsgelegenheit für Tausende von Arbeitern zu schaffen?

Meine Damen und Herren! Wenn die Regierung selbst zugibt, daß einmal der Jahresabschluß einen Überschuß von über einer Million Mark aufweist, und zum anderen sagt, daß die **Bekleidungsämter** schon jetzt **wirtschaftlich** nicht ungünstiger als die Privatindustrie arbeiten, dann ist auch die Frage, die der Herr Abgeordnete Ersing aufwarf, durchaus dahin zu beantworten, daß es unverantwortlich wäre, die Bekleidungsämter zu beseitigen, lediglich weil eine Handvoll Großindustrieller, lediglich weil das Handwerk alles verneint, was dem Volksganzen zugute kommen kann. Wir können uns nicht damit einverstanden erklären. Wir verlangen — und wir befinden uns bei diesem Verlangen in Übereinstimmung mit sämtlichen interessierten gewerkschaftlichen Organisationen —, daß die Bekleidungsämter in ihrer gegenwärtigen (C) Form erhalten werden. Sie sollen über den engen Rahmen der Anfertigung von Bekleidungsstücken für Sicherheitspolizei und Reichswehr hinaus auch den Bedürfnissen des Volks dienstbar gemacht werden, die in so überaus großem Maße heute bei den minderbemittelten Bevölkerungsschichten, unbekümmert darum, ob sie dem Arbeiterstande, dem Beamtenstande oder dem Mittelstande angehören, vorhanden sind. Zur Befriedigung dieser Bedürfnisse denkt weder die Großindustrie noch der Großhandel daran, irgendwelche Erleichterungen oder Vergünstigungen eintreten zu lassen, so daß das Volk zur Selbsthilfe gezwungen ist. So primitiv dieses Mittel der Selbsthilfe ist, das wir in der Gestalt der Reichsbekleidungsämter in der Hand haben, so wollen wir doch dieses winzige Mittel ergreifen, um nach Kräften dazu beizutragen, daß die Nöte sowohl hinsichtlich der **Bekleidung** wie hinsichtlich der **Versorgung der Bevölkerung mit Schuhzeug** auf das Mindestmaß herabgedrückt werden.

Meine Damen und Herren! Es ist selbstverständlich, daß in dieser Zeit trostloser wirtschaftlicher Verhältnisse den Gemeinden weit mehr die Aufgabe zufällt, sich der Versorgung der Bevölkerung mit Schuhzeug, Kleidungsstücken, auch mit Lebensmitteln anzunehmen, als es bisher der Fall gewesen ist. Wollen wir aber diese Bestrebungen auch nur einigermaßen mit Aussicht auf Erfolg durchführen, dann können wir unter keinen Umständen auf die Bekleidungsämter verzichten. Denn in dem Augenblick, in dem die Gemeinden sich dieser Aufgabe zuwenden und gezwungen sein würden, mit der Privatindustrie Verträge abzuschließen, würden sie infolge der herrschenden Profitwirtschaft diese Aufgabe einfach nicht erfüllen können. Wir müssen demzufolge die Bekleidungsämter erhalten, damit die Gemeinden bei ihren sozialen Maßnahmen, bei ihren Maßnahmen hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit billigem Schuhzeug und Bekleidungsstücken aller Art eine einigermaßen wirksame Unterstützung finden. (D)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Frage von diesem Gesichtspunkt aus betrachten, dann können Sie, wenn Sie noch etwas soziales Empfinden haben, nicht so verfahren, wie Sie es wollen, sondern dann müssen Sie zum mindesten dem Antrage der Mehrheitssozialdemokraten Ihre Zustimmung geben. Das ist das, worum ich Sie ersucht haben möchte. Entscheiden Sie sich dafür, daß die Bekleidungsämter in ihrer gegenwärtigen Form erhalten bleiben, dann leisten Sie nicht nur den dort beschäftigten Arbeitern, sondern der gesamten Bevölkerung den denkbar besten Dienst.

Es ist nun beabsichtigt, einen Teil der **Bekleidungsämter** aus der allgemeinen **Verwaltung** des Reichsschatzministeriums herauszunehmen. Obgleich ich persönlich der Meinung bin, daß auch das Reichsschatzministerium nicht die geeignete Stelle für die Verwaltung dieser wirtschaftlichen Betriebe ist, obwohl ich glaube, daß es ratsamer wäre, diese Betriebe dem Reichswirtschaftsministerium oder dem Arbeitsministerium zu unterstellen, so möchte ich mich doch vor allen Dingen dagegen wenden, daß einzelne Bekleidungsämter — es ist die Rede von vier — der **Verfügungsgewalt des Reichswehrministeriums** überantwortet werden. Es ist weder im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebe, noch im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Betriebe wünschenswert, daß die Betriebe wieder militarisiert werden oder daß überhaupt das Reichswehrministerium irgendeinen größeren Einfluß auf die Betriebe erhält. Die Herren Vorredner — mit Ausnahme von Herrn Ersing — haben bereits dargelegt, daß die Betriebe in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung lebensfähig sind, daß sie sich selbst nicht nur erhalten, sondern daß ein Überschuß aus ihnen herausgewirtschaftet worden ist. Es wäre deshalb unverantwortlich, an den gegenwärtigen Zuständen irgendeine

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) Änderung vorzunehmen. Die Bevölkerung und vor allem die Arbeiter, die dort beschäftigt sind, würden es nicht verstehen, wenn eine Majorität des Reichstags in den Zeiten bitterster Bekleidungsnöte die einzige Möglichkeit, die sich uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen bietet, zu angemessenen Preisen und zu günstigen Bedingungen der Bevölkerung Kleidungsstücke zu verschaffen, beseitigen würde, wenn sich eine Mehrheit dafür finden würde, die Bekleidungsämter aufzuheben oder ihren Wirkungskreis dahin zu beschränken, daß sie nur die Beschaffung von Uniformen für Beamte der Reichswehr und Marine übernehmen sollen. Wir verlangen demgegenüber einen Ausbau der Bekleidungsämter in der Richtung, daß die Bedürfnisse der breiten Masse des Volks nach Möglichkeit befriedigt werden.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsschatzminister.

v. Raumer, Reichsschatzminister: Meine Damen und Herren! Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ersing möchte ich Ihnen einige Zahlen über die Bilanz geben. Die **Bilanz** ist zunächst einmal eine Halbjahrsbilanz und gibt deshalb nur einen sehr unvollkommenen Überblick. Die Angaben, die der Herr Abgeordnete Ersing gemacht hat, sind zutreffend. Die Verzinsung für das Darlehn des Reichs erfolgt mit 6 Prozent. Die Mieten für die Gebäude sind auch mit 6 Prozent berechnet. Im übrigen ist auf die Warenbestände hingewiesen worden, die mit 266 Millionen Mark zu Buch stehen. Auf diese ist eine innere Abschreibung von 17 Prozent gemacht worden. Man kann aber meines Erachtens heute weder nach der einen noch nach der andern Richtung ein Urteil über die **Rentabiliät** abgeben, (B) und zwar aus folgendem Grunde. Zunächst einmal müssen wir für das Geschäftsjahr, das vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921 läuft, auf sehr starke Verluste an den Beständen rechnen,

(sehr richtig! rechts)

wie das in der ganzen Textilindustrie der Fall ist.

(Zustimmung rechts.)

Selbstverständlich haben diese Betriebe unter der Konjunktur und unter der Entwertung der Kriegswaren genau so zu leiden wie alle anderen Betriebe. Ich nehme an — ich habe ja die Abschlüsse noch nicht vorliegen —, daß alle die Faktoren, also Verluste an Kriegsbeständen, die Minderbeschäftigung in den letzten Monaten usw., dazu führen werden, daß wir aus dem Jahre 1920/21 keinen Überschuß herauswirtschaften, vielleicht sogar mit einer Unterbilanz abschließen.

(Hört! Hört!)

Aber ich möchte wiederum feststellen, daß man weder nach der einen noch anderen Richtung aus diesen Zahlen irgendwelche Rückschlüsse ziehen kann, weil diese Zahlen in einer Zeit der Krisis gewonnen sind, die alle privaten und öffentlichen Betriebe in gleicher Weise ergreift.

Ich möchte dann noch eins bemerken. Es ist Bezug genommen worden auf die **Stellungnahme des preußischen Ministers des Innern.** Ich habe den Eindruck, daß der Herr Minister des Innern — nach Nachrichten, die mir heute durch die Referenten zugekommen sind — geneigt ist, seine Stellungnahme insofern zu ändern, als er grundsätzlich bereit ist, die **Aufträge für die Bekleidung der Sipo** den Reichsbekleidungsämtern zu übertragen.

Im übrigen möchte ich auf die Frage nicht eingehen, inwieweit die **Bekleidungsämter Privataufträge** annehmen sollen oder nicht. Meine Damen und Herren! Das ist eine Frage, die nicht die Verwaltung entscheiden kann, sondern eine Frage politisch-wirtschaftlicher Prinzipien, (C) über die die Majorität dieses Hauses entscheiden muß.

(Zustimmung rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Giebel.

Giebel, Abgeordneter: Die Angabe des Herrn Ministers, daß sich heute noch nicht übersehen ließe, ob die **Rentabilität der Bekleidungsämter** auch 1920/21 gewährleistet sei, ist insofern richtig, als man natürlich buchmäßige Abschlüsse zurzeit nicht in Händen hat. Es steht aber fest — und ich habe bereits gestern abend einige Zahlen als Belege vorgetragen —, daß der Geschäftsgang sich auch im laufenden Jahre in derselben Weise günstig weiterentwickelt, wie der Abschluß der ersten Halbjahrstätigkeit ihn ausgewiesen hat. Hieraus kann, ohne daß man dadurch ein zu optimistisches Urteil fällt, auf einen ähnlich günstigen Abschluß auch für 1920/21, und zwar unter Beobachtung der gesetzmäßigen und zum Teil darüber sogar hinausgehenden Abschreibungen für alle vorhandenen Werte geschlossen werden.

(Zuruf rechts: Und der Steuerfreiheit!)

— Nichts von Steuerfreiheit! Es ist doch eine eigenartige Auffassung, meine Herren, daß man zwar den Bekleidungsämtern übertragen hat, die aus der Kriegsindustrie vorhandenen Halbfabrikate aufzuarbeiten, und nunmehr sagt, daß sich aus der Verarbeitung des nicht immer, besonders hinsichtlich der Qualität günstigen Materials, namentlich bei den Kleidungsstoffen, nun ein besonders großer Gewinn für das Reich ergeben müsse.

Wenn Herr Abgeordneter Ersing sagte, daß die Bekleidungsämter durch Zuschüsse begünstigt wären, irrt er. Die Bekleidungsämter haben keine Zuschüsse, sondern haben Darlehen bekommen, die sie verzinsen und die sie terminmäßig zurückzahlen. (D)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es spricht nichts dafür, daß die Bekleidungsämter irgendwie unrentabel stünden.

Wenn nun der Herr Minister soeben meinte, daß man jetzt abschlußmäßig vielleicht mit einem Verlust am Werte der Warenbestände zu rechnen hätte, so ist das selbstverständlich zurzeit nicht nachzuprüfen. Es könnte aber sein, daß aus den Preisschwankungen buchmäßig eine ungünstige Bilanz in die Erscheinung treten könnte. Aber, meine Damen und Herren, was ergibt sich denn daraus? Doch das, daß eigentlich diese buchmäßigen Verluste nicht die Bekleidungsämter zu tragen hätten, sondern daß dann natürlich der Warenvortragswert, der ursprünglich 160 Millionen Mark betrug, entsprechend reduziert werden muß. Denn dieser sogenannte Verlust aus dem veränderten Preisstande trifft doch die Waren, aus denen die Bekleidungsämter die Fertigfabrikate herstellen. Die Halbfabrikate sind zum Marktpreis übernommen, nicht irgendein Friedenspreis. Der Verlust trifft also diesen Marktpreis vom Stande im Oktober 1919. Also selbst wenn diese Annahme Tatsache würde, dann wäre das noch kein Beweis gegen die Rentabilität der Bekleidungsämter.

Herr Kollege Ersing hat dann auch wieder die Behauptung aufgestellt, daß es die **Beamtenschaft** ganz generell ablehne, ihre konfektionsmäßige **Bekleidung aus den Bekleidungsämtern** zu beziehen. Das trifft nicht zu!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe gestern bereits angeführt, daß sich der Bund der Deutschen Beamten in der Reichsschatzverwaltung für die Beibehaltung der Bekleidungsämter ausgesprochen hat und ausdrücklich wünscht, daß für seine Mitglieder die Bekleidungsgegenstände dort gefertigt werden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(**Giebel,** Abgeordneter.)

(A) Ich bin heute in der Lage, diese Eingabe in dem entscheidenden Satz zu verlesen. Es handelt sich um den Bezug von Bekleidungsstücken oder Schuhzeug und die Ausführung von Reparaturen durch die Bekleidungsämter:

> Hier muß zunächst der Umstand hervorgehoben werden, daß nur bestehende Werke beibehalten werden und im Reichsinteresse sowie in dem der Beamten pp. weiter auszubauen sind. Werden die vorhandenen Werke verkauft, verpachtet oder sonstwie in Privathände gegeben, dann werden diese die vorhandenen Anlagen für ihre Zwecke ausnutzen, unbekümmert um die Konkurrenz oder Bedrückung des Kleingewerbes. Die in letzter Zeit aufgetretenen Tatsachen beweisen dies zur Genüge. Der Einwand, den die Mittelstandspolitiker gegen die Erweiterung der Betriebe erheben, entfällt ohne weiteres aus den gemachten Erfahrungen.

Die Eingabe gibt auch den Grund dazu an:

> Beim Bezug neuer Bekleidungsstücke und Schuhzeug fällt dieser Einwand fort, weil die meisten Beamten und Angestellten fertige Konfektion und Schuhzeug aus Läden beziehen, die wiederum ihre Waren aus Großbetrieben entnommen haben.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Das trifft zu. Von einer Konkurrenz für das Handwerk kann gar keine Rede sein.

Das allgemeine Interesse, von dem Kollege Ersing sprach und das hier auf dem Spiele steht, ist allerdings ein sehr großes. Das allgemeine Interesse der Gesamtheit geht dahin, daß die Konsumenten billig mit guten Waren versorgt werden und daß der wucherischen Ausbeutung des minderbemittelten Volkes ein Riegel vor- (B) geschoben wird.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

Simon (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte nur mit wenigen Worten auf einige Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Ersing eingehen. Herr Abgeordneter Ersing hat zunächst bemängelt, daß die **Bekleidungsämter** für das vom Reich vorgestreckte **Kapital** nur 6 Prozent **Zinsen** zahlen, während der Privatmann, wenn er Kapital aufnimmt, mindestens 8 Prozent zahlen müsse.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich gebe das ohne weiteres zu. Aber es besteht ja die Möglichkeit, daß, wenn das Reich es verlangt, 8 Prozent bezahlt werden. Das ist doch eine Sache der Verhandlung. Jedenfalls ist den Ämtern vom Reich das Geld zu diesem Zinsfuß angeboten worden, oder man hat eine Verständigung darüber erzielt. Das kann man doch aber nicht als Argument gegen die Bekleidungsämter anführen! Das zeugt doch davon, wie wenig sachliche Gründe gegen die Bekleidungsämter vorgebracht werden können.

(Zuruf im Zentrum: Wohnungsmieten!)

— Darauf komme ich noch! Gerade hier will ich Ihnen zeigen, wie Sie gegen das Interesse des Reichs handeln. Heute tragen die Ämter wenigstens sechs Prozent vom Anlagewert. Wenn Sie die Ämter einschränken oder stillegen, was erhalten Sie denn dann?

(Zuruf im Zentrum: Familienwohnungen!)

Wenn der Betrieb eingeschränkt wird, tragen die Ämter, wenn nicht große Zuschüsse vom Reich geleistet werden, noch nicht einmal zwei Prozent Zinsen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf im Zentrum: Notwohnungen machen!)

— Wenn das Amt eingeschränkt wird, wenn Sie die (C) Maschinen brauchen, können Sie nicht, wo die Maschine steht, eine Notwohnung hinstellen. Der Zustand ist doch bei einer **Betriebseinschränkung** so, daß ein Arbeiter an einer Maschine nur zwei, drei Stunden beschäftigt ist, daß er dann an eine andere Maschine geht und dort auch zwei bis drei Stunden arbeitet. Aber die Maschinen braucht man, man braucht den ganzen Raum, so daß der Raum nicht für andere Zwecke benutzt werden kann.

Nun hat der Herr Abgeordnete Ersing einen „Vogel" auffliegen lassen. Er hat vorgelesen, daß das preußische Ministerium mitgeteilt habe, daß sie von der **Privatindustrie die Stiefel** um 100 Mark pro Paar billiger erhalten könnten als von den Bekleidungsämtern. Ich hätte doch angenommen, der Herr Abgeordnete Ersing hätte soviel Kenntnis von den Dingen, daß das eine glatte Unmöglichkeit ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe festgestellt, daß der Preis 150 bis 160 Mark pro Paar beträgt. Wo bekommen Sie denn heute ein Paar Stiefel für 50 Mark? Ich möchte den Unternehmer kennen, der ein Paar Stiefel für 50 Mark zu liefern imstande ist, wo das Rohmaterial schon mehr als 50 Mark kostet. Wenn man mit solchen Dingen hier operiert, dann beweist das doch, daß man sich in der Haut, in der man gegenwärtig steckt, sehr unwohl fühlt,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß man auf der einen Seite angeblich Interessen der christlichen Arbeiter vertreten will und soll, weil diese auch die Aufrechterhaltung der Bekleidungsämter fordern, weil man ihnen aber andererseits nachweisen will: ihr könnt nicht existieren, ihr müßt eingehen, weil das Reich sonst große Summen daraufzahlt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus!

(Heiterkeit.)

Das Reich wird große Summen für die zukünftigen (D) Ämter draufzahlen müssen, wenn sie so eingeschränkt werden und nur die Produkte hergestellt werden, die Sie in Ihrem Antrage lediglich zum Schutze der Privatindustrie und des Privatkapitals ausführen lassen wollen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die allgemeine Beratung über diesen Titel ist geschlossen.

Zu der Entschließung des Ausschusses — Drucksache Nr. 1637 Ziff. 2 — hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Oberfohren.

Dr. **Oberfohren,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Bemerkungen zu der Entschließung auf Drucksache Nr. 1637 unter II 2 machen, die lautet:

> Von einer **Auflösung des Reichsbekleidungsamts in Wilhelmshaven-Rüstringen** ist Abstand zu nehmen.

Ich habe an sich gegen die Annahme dieser Entschließung nichts einzuwenden. Es ist mir aber mitgeteilt worden, es müsse aus Ausführungen von Vertretern des Reichsschatzministeriums im Hauptausschuß geschlossen werden, daß die automatische Folge der Annahme dieser Entschließung die **Aufhebung des Bekleidungsamts in Kiel** sein müsse,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Natürlich!)

eines Bekleidungsamts, von dem ich mitteilen kann, daß es in der Tat einigermaßen wirtschaftlich arbeitet.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das trifft auf die anderen auch zu!)

Nach meiner Ansicht sollte man in dieser Angelegenheit eine Alternative nicht stellen, sondern die Entscheidung

(Dr. **Oberfohren,** Abgeordneter.)

(A) darüber, welche Bekleidungsämter aufzulösen sind, den verantwortlichen Stellen überlassen. Jedenfalls muß ich als Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein und speziell von Kiel darauf aufmerksam machen, daß nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen und der Eignung der Anlagen an erster Stelle Kiel bestehen bleiben müßte, wo die größere Hoffnung besteht, daß das Bekleidungsamt unter Ausnutzung aller rationellen Einrichtungen rentabel wirtschaftet. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß Kiel in der Mitte aller Marineeinrichtungen und Marineanlagen von Wilhelmshaven bis Pillau liegt und daß die dort hergestellten Erzeugnisse auf dem allerbilligsten Wege überallhin geschafft werden können. Außerdem ist die wirtschaftliche Lage gerade in Kiel so gespannt, daß sie eine weitere Belastung nicht verträgt. Ich darf auch darauf verweisen, daß die Schließung des Amts eine empfindliche Störung des von den leitenden Stellen der Stadt Kiel mit anerkennenswerter Initiative in Angriff genommenen Wiederaufbauprogramms sein würde.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Burlage.

Burlage, Abgeordneter: Meine Damen und Herren, es scheint, als wenn sich jetzt Lokalwünsche geltend machen sollen. Ich habe von vornherein im Ausschuß betont und wiederhole, daß gerade für Wilhelmshaven nicht Lokalgründe sprechen, sondern eine Ausnahmestellung, die die Stadt Wilhelmshaven nun einmal einnimmt, was gar nicht zu leugnen ist. Wilhelmshaven ist Marinestadt, eine Stadt, die in dem Umfange sich niemals hätte entwickeln können, wenn nicht seinerzeit die Marine dort einen Hauptsitz gehabt hätte. Nachdem nun diese Grundlage der Entwicklung der Stadt, wenn auch nicht weggefallen, aber doch außerordentlich stark zusammengeschrumpft ist, ergibt sich, daß gerade für Wilhelmshaven (B) alle diejenigen Umstände in allererster Linie zu beseitigen sind, welche dem Erwerb in dieser Stadt Schwierigkeiten bereiten. Aus diesen Gründen ist vor allen anderen Bekleidungsämtern das **Bekleidungsamt in Wilhelmshaven** — es gehört auch Rüstringen dazu — aufrechtzuerhalten.

Das sind die Gründe, welche gerade für Wilhelmshaven sprechen, und sie können für keine andere Stadt, in der sich ein Bekleidungsamt befindet, in dem Maße geltend gemacht werden.

(Zuruf links: Für Kiel nicht?)

Wenn der Herr Vorredner behauptet hat, daß das **Bekleidungsamt in Kiel** besonders wirtschaftlich arbeite, so liegt das daran, daß das Kapital, das dort investiert ist, verhältnismäßig geringer ist, weil die Gebäude in Kiel im Vergleich zu den Gebäuden in Wilhelmshaven viel älter sind, viel unhygienischer und viel weniger geeignet sind, als Arbeitsstätte zu dienen.

(Zuruf links: Das trifft nicht zu!)

— Jawohl, darum handelt es sich gerade, man kann aber nicht mit solcher Begründung für Kiel und gegen Wilhelmshaven sprechen.

(Abgeordneter Dr. Oberfohren: Das habe ich auch gar nicht getan!)

Aus meinem Antrage ergibt sich übrigens zwingend nichts weiter, als was darin steht, nämlich daß Wilhelmshaven auf alle Fälle bestehen bleibt. Wie die Sache dann geordnet wird, welches Bekleidungsamt etwa in Wegfall kommen muß, wenn Wilhelmshaven bleibt, das ist eine Entscheidung, die man der Reichsregierung überlassen muß.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ich muß dem verehrten Herrn Vorredner den Schmerz antun, ihm zu erklären, daß die schöne Rede, die er soeben gehalten hat, von mir ebenso (C) gehalten werden könnte für Cassel und für Breslau, deren Verhältnisse mir bekannt sind. Auch die Herren in Cassel und Breslau weisen auf das überzeugendste nach, daß nicht bloß aus örtlichen, sondern aus „allgemeinen“ Gründen wegen ganz besonderer Umstände die Auflösung der **Bekleidungsämter in Cassel und Breslau** unterbleiben muß. In andern Städten können die Bekleidungsämter aufgelöst werden, nur nicht in derjenigen Stadt, um die es sich gerade handelt. Schade, daß nicht alle bürgerliche Abgeordneten mit Städten zu rechnen haben, wo Bekleidungsämter sind.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Ich möchte Sie aber bitten, ziehen Sie die notwendige Folgerung aus den soeben gehörten beiden Reden, auch wenn ich nicht noch einmal dieselbe Rede halte für Cassel und Breslau, und beschließen Sie, daß alle Bekleidungsämter bestehen bleiben.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Burlage hat das Wort.

Burlage, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nur noch ein Wort. Dem Herrn Kollegen Hoch muß ich erwidern, daß seine Ausführungen ganz unhaltbar sind. Ich habe gesagt, **Wilhelmshaven** wäre eine Marinestadt. Daß Cassel und Breslau auch Marinestädte sind, war mir bisher unbekannt.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Das ist ganz richtig, Breslau ist keine Marinestadt.

(Hört! Hört! und Heiterkeit.)

Nicht einmal Cassel. Was ich aber sagen wollte, ist, (D) daß die Herren in **Breslau und Cassel** ebenfalls „ganz besondere“, aus ihren „ganz besonderen“ Verhältnissen herausgewachsene Gründe haben. Genau so wie Sie für Wilhelmshaven die „Marinegründe“, so haben sie, die andern Städte, „Landgründe“, die aber ebenso durchschlagend für die Beteiligten sind. Das ist gehüpft wie gesprungen, Herr Kollege!

Präsident: Nunmehr ist auch die Debatte über die Entschließung geschlossen.

Ich bitte, zur Abstimmung Platz zu nehmen. —

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Kap. 6 Tit. 1, Reichsbekleidungsämter. Wer diesem Titel seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Titel ist angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Entschließungen. Meine Damen und Herren! Ich werde in folgender Weise abstimmen lassen. Zunächst schlage ich Ihnen vor, abzustimmen über die Entschließung auf Drucksache Nr. 1715, Giebel, Müller (Franken), die die Absicht hat, die Reichsbekleidungsämter unbeschränkt weiterbestehen zu lassen und die ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen. Sollte diese Entschließung die Mehrheit des Hauses nicht finden, dann werde ich über den Ausschußantrag auf Nr. 1637 II, 1 abstimmen lassen, nämlich:

> die Reichsbekleidungsämter dürfen nur soweit fortbestehen, als sie durch Bekleidungsaufträge für die Reichswehr und Schutzpolizei oder durch Aufträge von Gemeindeverwaltungen ausreichend beschäftigt bleiben. Bei Abbau beziehungsweise Aufhebung von Ämtern ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die verbleibenden Ämter möglichst gleichmäßig auf das Reich verteilt werden.

(**Präsident.**)

(A) Die Reichsregierung wird ersucht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, die zu entlassenden Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Privatindustrie unterzubringen und sich hierbei der Unterstützung der gewerblichen Korporationen zu bedienen.

Hierzu liegt dann der Unterantrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1702 der Drucksachen vor, der die Gemeindeaufträge ausgeschaltet wissen will. Er würde vor der Abstimmung über den Ausschußantrag selber zur Entscheidung kommen. An letzter Stelle käme dann die Entschließung Giebel, Müller (Franken) auf Drucksache Nr. 1714, daß nämlich die Bekleidungsämter für den Fall, daß sie weiterbestehen sollen, nicht wieder dem Reichswehrministerium unterstellt werden.

Das Haus ist damit einverstanden, daß in dieser Reihenfolge abgestimmt wird.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke.

Dr. **Pachnicke,** Abgeordneter: Wollen wir nicht, ehe wir über den Ausschußantrag abstimmen, den Antrag Arnstadt für den Fall der Annahme zur Abstimmung stellen?

Präsident: Ich hatte es so vorgeschlagen, Herr Kollege Pachnicke.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Giebel, Müller (Franken) auf Nr. 1715 zustimmen wollen, die Reichsbekleidungsämter unbeschränkt weiterbestehen zu lassen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Es steht jetzt die Mehrheit; die Entschließung ist also abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den (B) Abänderungsantrag Arnstadt und Genossen auf Nr. 1702, nämlich in der Entschließung des Ausschusses zu II Ziff. 1 die Worte „oder durch Aufträge von Gemeindeverwaltungen" zu streichen. Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau bleibt zweifelhaft; wir müssen also auszählen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Arnstadt zustimmen wollen, durch die Ja-Tür, rechts von mir, diejenigen, die ihn ablehnen wollen, durch die Nein-Tür, links von mir, den Saal wieder zu betreten.

Ich bitte die Damen und Herren, den Saal zu verlassen.

(Geschieht.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter **Nacken:** Ja!

Schriftführer Abgeordneter **Graef** (Thüringen): Ja!

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:** Ja!

Präsident: Nein!

(Pause.)

Es sind abgegeben 159 Stimmen mit Ja, 118 Stimmen (C) mit Nein; der Antrag Arnstadt ist also angenommen.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche der Entschließung des Ausschusses unter Ziffer 1 in der eben durch Annahme des Antrags Arnstadt abgeänderten Fassung:

die Bekleidungsämter insoweit weiter bestehen zu lassen, als sie Reichswehr und Schutzpolizei bedienen —

zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; diese Entschließung ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Ziff. 2:

von der Auflösung des Reichsbekleidungsamts Wilhelmshaven-Rüstringen ist Abstand zu nehmen.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über die Entschließung Giebel, Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 1714:

die Reichsregierung zu ersuchen, unbedingt davon abzusehen, daß Bekleidungsämter wieder dem Reichswehrministerium unterstellt werden.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe nunmehr auf — mache aber darauf aufmerksam, daß wir gleich noch zu anderen Abstimmungen kommen — von demselben Kapitel Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — im außerordentlichen Haushalt Kap. 1 Tit. 6, Betriebskredit für die Reichsbekleidungsämter, — und in der Einnahme Kap. 3 Tit. 3 mit der Ergänzung, (D) unter b „Betriebseinnahmen der Reichsbekleidungsämter". — Die einzelnen Titel sind in der Einzelabstimmung genehmigt.

Wir kommen jetzt zum Punkt b dieses Gegenstandes der Tagesordnung:

Haushalt des Reichspostministeriums und der Reichsdruckerei (Anlage XVIII): **Abstimmung** über die Entschließung Müller (Franken) 1700 der Drucksachen.

Diese Entschließung, die gestern zurückgestellt ist, geht dahin:

die Reichsregierung zu ersuchen, die ausnahmerechtliche Behandlung der weiblichen Post- und Telegraphenbeamten und -angestellten, die in der Entlassung der unehelichen Mütter ihren Ausdruck findet, aufzuheben.

Meine Damen und Herren! In diesem Augenblick wird mir eine weitere Entschließung überreicht:

Der Reichstag wolle beschließen,
die Reichsregierung zu ersuchen, die Frage, inwieweit die uneheliche Mutterschaft einen Grund für disziplinare Maßnahmen gegen Beamtinnen abgeben kann, einer grundsätzlichen Prüfung zu unterziehen

(Unruhe links)

und Richtlinien für die Behandlung in den verschiedenen Behörden aufzustellen.

Meine Damen und Herren! Die Beratung über den Antrag Nr. 1700 war gestern geschlossen,

(sehr richtig! links)

es ist nur noch die Abstimmung ausgesetzt. Ich habe Bedenken, einen jetzt eingehenden Antrag, ohne daß ich die Möglichkeit habe, eine Beratung stattfinden zu lassen, zur Abstimmung zu bringen. Sollte das aber gewünscht

(Präsident.)

(A) werden, dann müßten wir die Beratung natürlich noch einmal eröffnen.

(Widerspruch.)

Ich sehe Anträgen entgegen, ob das gewünscht wird. —

(Widerspruch.)

Ein solcher Antrag ist nicht gestellt worden. Dann bringe ich nur die Entschließung Nr. 1700 der Herren Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen, die ich eben verlesen habe und die Gegenstand der gestrigen Beratung war, zur Abstimmung.

Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau bleibt zweifelhaft: wir müssen also zählen.

Ich bitte die Damen und Herren den Saal zu verlassen, und diejenigen, welche der Entschließung Müller (Franken) und Genossen zustimmen wollen, den Saal durch die Ja-Tür, rechts von mir, und diejenigen, die ihn ablehnen wollen, durch die Nein-Tür, links von mir, den Eintritt zu vollziehen.

(Die Abgeordneten verlassen den Saal.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

(B) Schriftführer Abgeordneter **Nacken:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Graef** (Thüringen): Nein!

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:** Ja!

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:** Nein!

Präsident: Ja!

(Pause.)

Es sind abgegeben 136 Stimmen mit Ja, 137 Stimmen mit Nein;

(Bewegung)

die Entschließung Müller (Franken) ist somit abgelehnt.

(Unruhe. — Zurufe.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schiffer.

(Zurufe.)

— Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe!

Schiffer, Abgeordneter: Aus Gründen der Geschäftsordnung ist es nicht möglich gewesen, über den Antrag abzustimmen, den der Herr Präsident unmittelbar vor der Abstimmung verlesen hat, und der vom größten Teil meiner Freunde mitunterzeichnet worden ist. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage haben wir davon abgesehen, einen Antrag auf Eintritt in die Beratung dieses Antrags zu stellen, um damit eine Abstimmung zu ermöglichen. Um aber den Charakter unserer Abstimmung klarzustellen, — —

(erregte Zurufe links; — Glocke des Präsidenten)

um aber den Charakter unserer Abstimmung klarzustellen, verweise ich ausdrücklich darauf, daß der von uns — —

(große Unruhe; — Glocke des Präsidenten)

Präsident: Meine Herren, ich bitte wiederholt um Ruhe!

Schiffer, Abgeordneter: — daß der von uns gestellte Antrag deutlich zu erkennen gibt, (C)

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß wir den von den Sozialdemokraten in ihrem Antrag ausgesprochenen Gedanken keineswegs grundsätzlich ablehnen,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten — Lachen auf der äußersten Linken)

aber allerdings der Meinung sind, daß er nicht für eine Beamtenklasse allein gelöst werden kann.

(Aha! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gerade bei der Bedeutung und Tragweite dieser Frage ist es unbedingt notwendig, sie grundsätzlich zu erörtern und für die verschiedenen Beamtenkreise je nach ihrer Eigenart zur Entscheidung zu bringen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten. — Wiederholte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten.)

Das bezweckte der von uns gestellte Antrag. Wir werden bei der nächsten Gelegenheit, wie ich annehme, bereits beim Nachtragsetat, diesen Antrag wiederholen und dann zur Erörterung bringen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Die Geschäftsordnungsdebatte ist geschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstande der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921 (Nr. 1563 der Drucksachen),

und zwar

Ergänzung zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Abteilung für Wasserstraßen) (Anlage XI).

(D) Wir beginnen mit den Ausgaben. Ich rufe auf von den fortdauernden Ausgaben Kap. 1 Tit. 1, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13; — Kap. 1a Tit. 1 bis 11; — 1b Tit. 1 bis 8; — 1c Tit. 1 bis 9; — 1d Tit. 1 bis 22; Kap. 1e Tit. 1 bis 3; — Kap. 1f Tit. 1; Kap. 1g Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9. —

Ich rufe auf von den einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 1 bis 97; — vom außerordentlichen Haushalt Kap. 1 Tit. 1 bis 10; — von der Einnahme Kap. 1 Tit. 1 bis 9 im ordentlichen Haushalt; — Kap. 1 Tit. 1 vom außerordentlichen Haushalt. —

Damit ist auch dieser Ergänzungsetat erledigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Wehrgesetzes (Nr. 1330 der Drucksachen).

Bericht des 25. Ausschusses (Nr. 1679 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Radbruch.

Anträge: Nr. 1682, 1685, 1686.

Ich eröffne die Beratung über § 1 und verbinde in der Beratung — nicht in der Abstimmung — die Aussprache über die §§ 2 bis 15 mit der Aussprache über § 1.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der **Ausdruck „die deutsche Wehrmacht"** in § 1 des uns ursprünglich vorgelegten Entwurfs ist auf Antrag der Linken abgeändert worden in **„die Wehrmacht der deutschen Republik"**, und zwar zugestandener- und bewußtermaßen im Sinne einer propagandistischen Betonung. Ich kann es dahingestellt sein lassen, ob damit dieser Zweck erreicht wird — —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

(A) **Präsident:** Ich bitte um etwas Ruhe.

v. Gallwitz, Abgeordneter: — und ob es als ein Zeichen besonderen Vertrauens in unsere bestehenden Verhältnisse anzusehen ist, wenn man glaubt, solche Kunstgriffe notwendig zu haben. Meiner Meinung nach wird durch die Einführung dieses Ausdrucks weder die bestehende Staatsform gestützt, noch würde sie durch Weglassen desselben irgendwie Schaden erleiden. Wir nehmen an der Änderung hauptsächlich Anstoß, weil wir in diesem neuen Ausdruck eine Unkorrektheit sehen. Unsere Verfassung heißt: Verfassung des Deutschen Reichs, und ihr Art. 1 lautet: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Es geht daraus klar hervor, daß „Republik" die Staatsform, die Gattung des Staats bezeichnet, während die eigentliche Bezeichnung, der Eigenname, „Das Deutsche Reich" lautet. Wir sind der Meinung, daß dieser ererbte schöne und stolze Begriff des „Deutschen Reichs" auch in Verbindung mit der neugegründeten Wehrmacht erhalten werden soll, und sehen keinerlei Anlaß, die inkorrekte Bezeichnung des Begriffs der „Deutschen Republik", welche sich in dieser Form in keiner grundlegenden Bestimmung oder Druckschrift findet, an seine Stelle setzen zu wollen. Wir bitten daher, den von uns ursprünglich beantragten Wortlaut „die Wehrmacht des Deutschen Reichs" wieder einzuführen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Ich muß meine Bitte um etwas mehr Ruhe wiederholen. —

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schöpflin.

Schöpflin, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner, es bei dem Wortlaut zu lassen, wie ihn der Wehrausschuß gestaltet hat. Die Begründung für die (B) Abänderung, die wir soeben gehört haben, war wesentlich vorsichtiger gefaßt

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

als die Begründung, die wir im Ausschuß gehört haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im Ausschuß hörten wir von deutschvolksparteilicher Seite: es wird gegen die **Einfügung des Wortes „Republik"** deshalb Einspruch erhoben, weil die Herren von der Deutschen Volkspartei monarchistisch sind und aus monarchistischer Gesinnung heraus es ablehnen, das Wort „Republik" in die Wehrverfassung zu bringen. Ein Parteifreund des Herrn v. Gallwitz hat dann die Katze offen aus dem Sack herausgelassen, indem er erklärte: wir hoffen, daß in ein bis zwei Jahren wir in Deutschland die Monarchie wieder eingeführt haben, und sind deshalb dagegen, daß das Wort „Republik" hineinkommt.

(Hört! Hört! links.)

Das hat ja nicht zuletzt dazu geführt, daß andere bürgerliche Parteien dann doch die Notwendigkeit eingesehen haben, das Wort „Republik" in die Wehrverfassung hineinzubringen. Dementsprechend ist auch dann beschlossen worden. Ich kann mir nicht denken, daß nunmehr die Parteien, die im Ausschuß sich gegen die deutliche Absicht der heutigen Antragsteller ausgesprochen haben, jetzt eine andere Stellung einnehmen.

Man hat auch — und darauf muß ich verweisen, weil es vielleicht später auch in der Presse hervorgehoben wird — darauf hingewiesen, es hätte früher auch nicht geheißen: Das Kaiserliche Heer. Das ist richtig. Das erklärt sich aber aus der ganzen Entwicklung des kaiserlichen Deutschland. Wir hatten aber doch die Königlich Preußische, die Königlich Sächsische und die Königlich Bayerische Armee, und wir hatten die Kaiserliche Marine.

Meine Damen und Herren! Es ist durchaus notwendig, daß in § 1 dieses ersten Wehrgesetzes der Republik auch zum Ausdruck gebracht wird, daß es sich um (C) eine Wehrmacht der deutschen Republik handelt. Ich sage ganz offen: es ist eine gewisse Kampfesstellung und Kampfesabsicht darin gewesen, das Wort einzufügen. Nach dem Urteil des Herrn Reichswehrministers ist die Mehrheit der Offiziere monarchistisch gesinnt. Ich gehe weiter und sage: nicht nur die Mehrheit, sondern die übergroße Mehrheit ist monarchistisch gesinnt. Wir wissen, daß ein Teil auch der im Dienst befindlichen **Offiziere** ganz offen **monarchistische Propaganda** treibt; in den letzten Wochen und Monaten weniger öffentlich, aber die Propaganda ist immer noch da. Demgegenüber muß der Reichstag, das Parlament der deutschen Republik, zum Ausdruck bringen, daß die Wehrmacht, die wir jetzt mit diesem Gesetzentwurf fundieren, die Wehrmacht der Republik ist.

Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage ganz offenherzig: gegenüber solchen Versuchen, die unstreitig da sind, gegebenenfalls auch mit Hilfe der Gewalt in einem günstigen Moment der Republik ans Leben zu gehen, ist es notwendig, zum Ausdruck zu bringen, daß die Offiziere und die Angehörigen der Wehrmacht nicht nur Angehörige der Wehrmacht des Deutschen Reichs schlechthin, sondern der deutschen Republik sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit nur ein oder zwei Beispiele geben, wie offen monarchistische Propaganda unter den aktiven Offizieren getrieben wird und wie Aktionen der Vergangenheit, die gewalttätiger Natur waren, verherrlicht werden in Organen, die in Offizierskreisen gelesen werden. Vor mir liegen drei Nummern der in den Kreisen der Marineoffiziere sehr verbreiteten **Zeitschrift „Mittschiffs"**. Da findet sich in Nr. 11 eine Märzbetrachtung, und mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten gestatte ich mir, eine paar Sätze daraus (D) zu verlesen.

Marine-März 1920.

Unpolitische Betrachtungen.

— Als Untertitel. Nun bitte ich Sie, einen Augenblick zu beachten, was in dieser unpolitischen Märzbetrachtnng einer in aktiven Offizierskreisen stark verbreiteten Zeitschrift zum Besten gegeben wird:

> Mit klingendem Spiel, unter der alten Kriegsflagge, mit wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen, selbstbewußt und kraftstrotzend zog **Marinebrigade Ehrhardt** am Morgen des 13. März durch das Brandenburger Tor. Wer war so nüchtern, so real denkend, daß ihm das Herz nicht höher schlug. — Der Hintergrund: Nationalversammlung Dauerexistenz. Keine Fachminister. Erzbergerskandal. Alles wird teurer. Die Seitenkulissen: Reichswehr- und Marinegarnisontruppen haben die besten Stellen besetzt,

— also Futterneid —

> gebrochene Regierungsversprechen, Kriegsminister ein Zivilist.

— Damit ist Herr Geßler gemeint! —

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

> Die Schauspieler: Frontsoldaten, Seeleute, in denen noch etwas vom Furor teutonicus steckt, denen der Ekel bis zum Halse steht — ehrliche, uneigennützige Idealisten,

— die Ehrhardt-Leute sind damit gemeint —

> Abenteurer. Vor allem: Jugend, Schwung und Panzerfaust.

Weiter wird nun von der Energie gesprochen:

> Aber immerhin Ersatz: Energie und Mut. Blut fließt. Die Frühgeburt gewaltsamer deutscher Erneuerung mißlingt.

(**Schöpflin,** Abgeordneter.)

(A) Dann weiter:

die bürgerlichen Parteien

— das geht jetzt Sie (nach rechts) an —

wurden so still, so klein. In Berlin hoben sie beschwörend die Hände. — Ach, du lieber deutscher Zipfelhaubenbürger!

— Damit sind Sie (nach rechts) gemeint.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Ein altes Lied:
So stehn wir an des Thrones Stufen
In unerschütterlicher Treue fest,
Und sind bereit, Hurra zu rufen,
Wenn es sich irgend machen läßt!

Generäle und Stabsoffiziere bei Lüttwitz. Ein sonderbarer Ton. Sind wir noch alte kaiserliche oder schon revolutionsverdorbene Offiziere?!

— Das gilt für die Herren dort (zum Regierungstisch gewandt).

Unser Haupt, unser Kaiser fehlt.

— Hier fehlt das dreifache Hurra. —

Die Ehrhardtsche Marinebrigade glaubte sich im Recht. Die Kapp-Regierung versagt. Arme Schauspieler! Der Ausfall des Stückes ist nicht eure Schuld.

Zum Schluß wird gegen den R.D.B., den Reichsverband deutscher Berufssoldaten, Stellung genommen.

In der nächsten Nummer derselben Zeitschrift finden wir am Schlusse eines Artikels folgende zwei Sätze:

Den Geist der Ehrhardt-Marinebrigade gilt es zu verpflanzen. Marinebrigadegeist und gesunder Freikorpsgeist müssen sich durchsetzen, wenn anders nicht die Wehrmacht in kritischen Tagen versagen soll.

Marinebrigadegeist, der Flibustiergeist eines Ehrhardt, der (B) Geist eines Aulock, der Barbarei, der Geist der Brutalität, etwa des Freikorps Aulock, soll verpflanzt werden. Das wird in einer Zeitschrift in Marineoffizierkreisen verbreitet!

Interessant ist aber nun folgendes: an dieser Zeitschrift arbeiten auch jetzt noch aktive Marineoffiziere mit, und das allerschönste: der Herr, der dort in der Admiralsuniform neben Herrn Dr. Geßler sitzt, der Chef der Marine, ist auch Mitarbeiter dieser Zeitschrift.

(Stürmische Rufe links: Hört! Hört!)

Ich will nicht von Taktgefühl reden, das ein alter Offizier besitzen sollte, an einer Zeitschrift, wo derartige unerhörte Artikel geschrieben werden, nicht mitzuarbeiten. Wie, meine Herren, wie muß das auf die Offiziere wirken. Sie werden Dinge, wie die Märzbetrachtung, diese Verherrlichung eines Ehrhardt, eines Aulock usw. um so eher für richtig halten und glauben, daß das gestattet ist, wenn der **oberste Chef der Marine** mit seinem vollen Namen und Amtstitel **an dieser Zeitschrift mitarbeitet.** Da will ich den Herrn Reichswehrminister auf folgendes aufmerksam machen: der Herr Reichswehrminister hätte alle Veranlassung, sich die Dinge anzusehen; denn der Herr Reichswehrminister als parlamentarischer Minister und als Demokrat, der uns immer versichert, wie er darauf drückt, einen allmählichen Umbau in dem Sinne zu erreichen, daß die Reichswehr in ihren beiden Abteilungen zu einer verfassungstreuen Truppe wird, müßte es sich verbitten, daß der ihm nächstunterstellte Chef der Marineleitung in einer solchen Zeitschrift mitarbeitet.

(Zuruf vom Regierungstisch: Das ist ein Artikel aus einer anderen Zeitschrift, den die Herren aufgenommen haben!)

— Es ist das Heft 11, Februar 1921. Zuerst kommt die Ehrentafel auf der ersten Seite, dann „Zum Jahrestag der deutschen Reichsgründung" von Admiral Behnke, Chef (C) der Marineleitung. Es ist an keiner Stelle zu sehen, daß es sich um einen Nachdruck handelt.

(Zuruf vom Regierungstisch: Flibustiergeist!)

— Dann ist es um so schlimmer. Aber, wenn auch der Herr Admiral Behnke nicht mitarbeitet, — das Heft hätte auch der Leitung der Marine bekannt sein müssen. Ich nehme an, daß man dort nicht nur Interesse hat für „Schild und Scholle", das der R.D.B. herausgibt. Herr Admiral Behnke hätte Veranlassung gehabt, es sich zu verbitten, daß man ohne genaue Angabe, daß es sich um einen Abdruck handelt, diesen Artikel abdruckt.

Ich greife auf die Debatten, die wir früher auf die monarchistischen Treibereien einzelner Offiziere gehabt haben, mit Rücksicht auf die Geschäftslage nicht zurück. Aber aus dem, was früher gesagt worden ist, ergibt sich die absolute Notwendigkeit, den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zum Bewußtsein zu bringen, daß sie Angehörige der Wehrmacht der Republik sind, und wenn dadurch die Gewissensfrage für sie entsteht, ob sie nunmehr noch in der Reichswehr dienen sollen, dann mögen sie die Gewissensfrage so lösen, wie es sich für ehrliche, anständige Menschen geziemt. Ich hoffe also, daß die Mehrheit des Hauses die Ausschußfassung bestehen läßt.

Dann lassen Sie mich ein paar Worte zu der Gruppe von Anträgen sagen, die jetzt hier zur Beratung steht. Die Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beantragen, dem § 7a einen Zusatz zu geben, wonach die **Vertrauensleute** nach dem **Verhältniswahlsystem** gewählt werden sollen. An und für sich ist der Antrag zweifellos sympathisch. Aber es ist doch so: die Truppe ist außerordentlich auseinandergezogen, die Formationen sind klein, oft ist nur eine oder zwei Kompagnien, oft nur ein Bataillon an einem Ort; da ist — davon habe ich mich im Ausschuß durch den Herrn Reichswehrminister (D) überzeugen lassen — die Verhältniswahl sehr schlecht durchzuführen. Sie würde technischen Schwierigkeiten begegnen, die, glaube ich, das ganze Wahlverfahren und den Zweck der Übung zu einem Teil gefährden würden. Weil ich also die technischen Schwierigkeiten höher einschätze als die Vorteile, die der Antrag bringen könnte, wende ich mich dagegen.

Zu § 8, der die **Heeres- und Marinekammern** betrifft, liegt ebenfalls ein Antrag der Herren Unabhängigen vor, auch hier nach dem **Verhältniswahlsystem** zu wählen. Von meiner Fraktion ist ein Antrag gestellt, den Abs. 1 so zu fassen, daß die Wahl allgemein und unmittelbar ist; geheim ist sie ja ohnehin. Je ein Drittel der Kammer wird von **Offizieren,** von **Unteroffizieren** und von **Mannschaften** gewählt. Ich habe mich auch da überzeugen lassen, daß es falsch wäre, einfach Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zusammen als einen Wahlkörper zu nehmen. Denn bei 100 000 Mann, worunter 17 000 Unteroffiziere, 78 000 Mannschaften und 4000 Offiziere sind, würden die Offiziere, die doch die Führer der Truppe sind und in der Kammer gehört werden müssen, derartig in der aussichtslosesten Minderheit sein, daß man, glaube ich, wenn man die Dinge militärisch betrachtet, dieses Resultat nicht wünschen kann. Wir sind der Meinung, daß die Heereskammern wie die Marinekammern zu gleichen Dritteln aus den Gewählten der Offiziere, der Unteroffiziere und der Mannschaften bestehen sollen. Wir werden deshalb für den Antrag der Herren der unabhängigen Partei nicht stimmen können.

Ebenso bedaure ich, daß wir auch dem weiteren Antrag nicht zustimmen können, daß die **Kammern** zu allen **Dienstvorschriften** und zu allen **Verfügungen** Stellung zu nehmen haben. Man muß, wenn man über militärische Dinge spricht, und wenn militärische Dinge entschieden

(Schöpflin, Abgeordneter.)

(A) werden sollen, sie eben auch aus der Natur der militärischen Dinge erklären.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das geht doch gar nicht anders! Und da ist es nicht möglich, daß alle Dienstvorschriften und Verfügungen der Heereskammer vorgelegt werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das verträgt sich mit der Technik des militärischen Betriebes gar nicht.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn eine Heereskammer auf dem Posten ist, wenn gute Leute hineingeschickt werden, wenn der Reichstag hinter der Heereskammer steht — davon hängt schließlich die Wirksamkeit der Heereskammern ab —, dann wird eine Heereskammer auch so in der Lage sein, den Einfluß zu bekommen, den sie bekommen soll, der aber immerhin ein begrenzter ist.

Ebenso kann ich nicht dem Antrag zustimmen, daß alle **Verhandlungen der Heereskammern öffentlich** sein müssen. Es gibt doch Dinge im militärischen Betriebe wie in jeder Organisation, die nicht öffentlich behandelt werden können. Deshalb beantragen wir, daß nur für diejenigen Gegenstände, die der Herr Reichswehrminister nicht öffentlich zu behandeln wünscht, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll. Wir haben ja die Gelegenheit, daß wir den Herrn Reichswehrminister wegen des Ausschlusses der Öffentlichkeit hier zur Rede stellen können.

Wir haben weiter gewünscht, daß die Entschließungen und Verhandlungen der Heeres- und Marinekammer dem Reichstag zugänglich gemacht werden.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wunsch, den man in einem Antrag jetzt nicht formulieren kann, den ich auch momentan nicht formulieren will. Aber ich bitte den Herrn Reichswehrminister um eine Äußerung, wie er sich (B) dazu stellt. Wir wünschen, daß in Zukunft bei der **Beratung des Heeres- und Marinetats** auch **Angehörige aus dem Unteroffizier- und Mannschaftsstand als Regierungskommissare** hier zugezogen werden. Wir haben durchaus ein Interesse daran, gelegentlich auch einmal einen Angehörigen des Mannschaftsstandes oder einen Unteroffizier zu hören, der Mitglied der Heereskammer ist, der die Dinge kennt, an den man Fragen stellen kann. Wir nehmen doch an, daß selbstverständlich Mitgliedern der Heereskammer dienstliche Nachteile aus ihrer Stellung in der Heereskammer nicht erwachsen, selbst wenn sie dort Kritik üben.

Merkwürdig aber ist, wie gerade mit der Heeres- und Marinekammer in der Gegenwart verfahren wird. Die **Heereskammer** ist, glaube ich, durch Verfügung vom 28. Februar **einberufen** worden und vor wenigen Tagen zusammengetreten — ob sie momentan noch berät, weiß ich nicht. Die **Marinekammer** ist aber **nicht gleichzeitig einberufen** worden. Das ist deshalb interessant, weil die Heereskammer zu den neuen Disziplinarvorschriften und zu dem Versicherungswesen Stellung nehmen muß. Jetzt befragt man erst die Heereskammer, läßt sie entscheiden, und wenn sie fertig ist, kommt die Marinekammer dran, offenbar nach dem Prinzip: teile und herrsche. Ich glaube, gehört zu haben, daß unter den Mitgliedern der Heereskammer sehr lebhafte Unruhe darüber ist, daß das Reichswehrministerium so verfahren ist. Es hätte beide Kammern zusammenberufen sollen, denn die Disziplinarbestimmungen und das Versicherungswesen betreffen Angehörige beider Gattungen, des Landheeres und der Marine.

Ich ersuche den Herrn Reichswehrminister um eine Auskunft, warum das geschehen ist. Ich sehe darin einen absichtlichen Versuch, die beiden Kammern derartig zeitlich zu trennen, daß sie leichter für die Wünsche, die im Reichswehrministerium vorhanden sind, gefügig gemacht (C) werden.

Dann ist von den Unabhängigen noch gewünscht worden, daß die **Heeres- und Marinekammer** sich selbst ihre **Geschäftsordnung** gibt. Die jetzige Geschäftsordnung ist wohl im Reichswehrministerinm ausgearbeitet worden. Es sind einige Bestimmungen darin, von denen ich zugebe, daß sie sich nicht gut eignen, wenn wirklich die Angehörigen der Heereskammer und der Truppe Vertrauen zu dieser Kammer bekommen sollen.

Im § 2 heißt es zum Beispiel:

> Vorsitzender der Heeres- und Marinekammer ist das dienstälteste Mitglied.

Das ist aus dem militärischen Reglement genommen, daß immer der Dienstälteste den Vorsitz oder Befehl übernimmt. Wir sind der Meinung, daß mit dem Dienstalter oder mit der entsprechenden Charge nicht auch immer der nötige Verstand vorhanden ist. Die Heereskammer soll sich den **Vorsitzenden** wählen, zu dessen Unparteilichkeit und zu dessen Geschäftskunde sie Vertrauen hat. Das dient zweifellos auch der Förderung der Verhandlungen in der Heereskammer; denn ein unfähiger Vorsitzender kann zweifellos die Verhandlungen in einer solchen Kammer erschweren, ja die Arbeitstätigkeit eines solchen Parlaments bis zu einem gewissen Grade vollständig hemmen. Diese Änderung im § 2 müßte also, falls der Antrag der Unabhängigen nicht angenommen werden sollte, im Reichswehrministerium berücksichtigt werden.

Dann bitte ich um eine Auskunft. Es ist wohl notwendig, daß wir Klarheit darüber bekommen, wie der Herr Reichswehrminister den Abs. 2 des § 9 der Geschäftsordnung auffaßt. Es heißt dort:

> Der Vorsitzende der Heeres- und Marinekammer hat darüber zu wachen, daß keinem **Kammermitglied** ein **dienstlicher Nachteil aus Äußerungen** erwächst, die es in den Sitzungen gemacht hat. (D)

Das ist an und für sich sehr schön. Wie soll aber der Vorsitzende der Heereskammer, der jetzt ein dienstältestes Mitglied ist, darüber wachen? Hier müßte ein Beschluß gefaßt werden, daß die Mitglieder, ähnlich wie die Mitglieder des Parlaments, für ihre Tätigkeit, für Abstimmungen usw. nicht verantwortlich oder irgendwie dienstlich behelligt werden dürfen.

Ich beschränke mich bei dem ersten Teil der Beratungen auf diese Darlegungen, weise aber zum Schluß noch einmal mit besonderem Ernst die Mitglieder der Zentrumspartei und der Demokratischen Partei auf den Vorstoß der Herren von der Rechten hin. Meine Herren, wenn Sie jetzt, nachdem Sie im Ausschuß für die **Einfügung des Wortes „Republik"** eingetreten sind, nachdem Sie gesehen haben, wie ganz offenbar zu monarchistischen Bestrebungen die Herren sich gegen die „Republik" wendeten, wenn Sie jetzt umfallen würden, wäre das Übel unendlich viel schlimmer, als wenn das Wort Republik überhaupt nicht in den Entwurf hineingeschrieben worden wäre. Ich bitte Sie dringend, sich dieser Bedeutung bewußt zu sein; die Ausmerzung des Wortes „Republik" jetzt aus der Fassung würde draußen bei den republikanischen Massen als eine offenkundige Provokation empfunden werden.

(Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister.

Dr. **Geßler,** Reichswehrminister: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Schöpflin hat zunächst äußerst scharfe persönliche Angriffe gegen den **Chef der Marineleitung** wegen seiner **angeblichen Mitarbeit an dem Blatte „Mittschiffs"** gerichtet. Ich habe dieses Blatt selbst noch nicht in Händen gehabt.

(Dr. **Geßler**, Reichswehrminister.)

(A) Ich möchte nur folgendes feststellen. Der Herr Kollege Schöpflin hat gestern bereits die Freundlichkeit gehabt, mir loyalerweise mitzuteilen, daß er nach der Richtung hin Reklamationen erheben werde. Ich bin sofort mit dem Chef der Marineleitung hiewegen in Verbindung getreten, konnte aber leider den Herrn Kollegen Schöpflin vor der Sitzung nicht mehr verständigen. Der Chef der Marineleitung hat niemals, auch solange er inaktiv gewesen ist, an diesem Blatte mitgearbeitet,

(hört! hört!)

sondern es handelt sich darum, daß hier Artikel aus dem „Marineverordnungsblatt" und aus anderen Zeitungen, aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ohne Genehmigung des Herrn Chefs der Marineleitung abgedruckt worden sind. Ich stelle das ausdrücklich fest. Ich bin überzeugt, der Herr Kollege Schöpflin wird damit die von ihm gegen den Admiral Behncke erhobenen Angriffe als erledigt betrachten.

(Zuruf links: Sie hätten das lieber im „Mittschiffs" selbst feststellen sollen!)

— Ich bedauere diese Angriffe um so mehr, als ich feststellen muß, daß es gerade der Herr Chef der Marineleitung gewesen ist, der mir bei der Auflösung der Marinefreikorps und bei der Abstellung des Flibustiergeistes auf das tatkräftigste an die Hand gegangen ist und dessen erste Amtshandlung die gewesen ist, ganz energisch gerade durch die Entlassung einer größeren Anzahl von Offizieren im Munsterer Lager die Disziplin in der Marine wieder herzustellen.

Daß andere aktive Marinemitglieder an dieser Zeitschrift mitgearbeitet haben, ist mir erst heute zur Kenntnis gekommen. Ich muß mir nach der Richtung hin das Nötige vorbehalten, muß aber allerdings das eine sagen, daß ich bisher, solange das Wehrgesetz nicht verabschiedet gewesen ist, keine Möglichkeit gehabt habe, irgendwie (B) politischen Betätigungen — und politische Betätigungen sind das, wenn in einer Zeitschrift wie dieser derartige Politik gemacht wird — entgegenzutreten. Die Grundlagen hoffe ich ja jetzt durch das Wehrgesetz zu bekommen.

Ich darf mich dann zu den Ausführungen bezüglich der **Wehrkammer** wenden. Ich habe im Ausschuß ausdrücklich bemerkt, daß mir die Errichtung der Heeres- und Marinekammer deshalb notwendig erscheint, weil die Struktur des Heeres das freie Koalitionsrecht, die freie Vertretung der Berufsinteressen, wie sie die übrigen Berufe haben, nicht zuläßt. Ich habe deshalb das größte Interesse daran, daß in der Heeres- und Marinekammer auch die wirkliche Stimmung des Heeres zum Ausdruck kommt und daß sie auch dementsprechend zusammengesetzt ist. Die Schwierigkeiten im Aufbau liegen für uns aber darin, daß das Heer außerordentlich disloziert ist, daß eigentlich nur noch Bataillone in den einzelnen Garnisonen stehen, daß in den Garnisonen draußen vielfach nur einzelne Kompagnien liegen. Wenn nun wirklich jede Kompagnie oder jedes Bataillon vertreten sein sollte, was an sich eigentlich notwendig wäre, dann würde natürlich die Zahl der Angehörigen der Heereskammer so außerordentlich groß werden, daß sie für praktische Arbeit wiederum nicht in Betracht kommen könnte.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Schaffen Sie doch Soldatenräte!)

— Ja, Sie wünschen **Soldatenräte**. Ich glaube, ein großer Teil des deutschen Volks hat an den Erfahrungen mit den Soldatenräten überreichlich genug. Ich bin vor allem der Überzeugung, daß auch jeder anständige Soldat von den Soldatenräten genug gehabt hat.

(Sehr richtig! rechts. — Widerspruch bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Sie können ja, wenn Sie mal dran sind, Soldatenräte schaffen. Dann werden Sie dieselben Erfahrungen machen, wie sie Ihre Parteifreunde jetzt in Rußland in (C) der dortigen Armee gemacht haben. Wir sind der Auffassung, daß Disziplin und Gehorsam nach wie vor die Grundpfeiler des Heeres sind und bleiben müssen.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Sie sehen ja, wie weit Sie im Kriege damit gekommen sind!)

— Darauf will ich keine Antwort geben. Ich glaube, die militärischen Erfolge des deutschen Heeres während des Krieges sprechen nach der Richtung hin für sich selbst.

(Sehr richtig!)

Ich habe auch im Ausschuß erklärt, daß ich selbstverständlich das größte Gewicht darauf lege, die Heeres- und Marinekammer auszubauen, aber bemerkt, daß wir eben im Augenblick noch keine praktischen Erfahrungen haben und daß es mir vor allem darauf ankommt, bei dem Ausbau der Heeres- und Marinekammer die Erfahrungen und Wünsche der Truppe selbst zu berücksichtigen. Es ist richtig, was der Herr Kollege Schöpflin sagt, daß die Geschäftsordnung vom Reichswehrministerium erlassen worden ist. Das ist aber nur formell, sachlich beruht sie auf Vorschlägen, die mir von der Heeres- und Marinekammer gemacht worden sind. Insofern steckt in der Geschäftsordnung schon ein Stück Selbstverwaltung. Ich darf auf meine Ausführungen im Ausschuß hierüber verweisen.

Insbesondere beruht auch die Bestimmung über die Indemnität auf Wünschen der Heereskammer selbst. Der **Schutz der Indemnität** ist so geregelt — und so kommt es auch zum Ausdruck —, daß, wenn ein Angehöriger der Heereskammer etwa wegen seines Auftretens in der Heereskammer zur Verantwortung gezogen wird, er nicht gehalten ist, hierwegen sich auf den Dienstweg zu begeben, der sonst vorgeschrieben ist, sondern daß er sich wegen der Abstellung dieser Beschwerden an den Vorsitzenden der (D) Heereskammer zu wenden hat, der dann unmittelbar mit dem Reichswehrminister, der ja seine nächste Stelle ist, in Verbindung zu treten hat. Ich darf wiederholen, daß es im Augenblick eine andere Lösung nicht gibt. Es ist unmöglich, eine allgemeine Immunität einzuführen. Es wäre nicht denkbar, daß etwa der Vorwurf des Diebstahls oder eine andere schwere Beleidigung dem ordentlichen Richter entzogen würde.

In der großen Rede, die der Herr Abgeordnete Scheidemann vor Monaten gegen mich gehalten hat, wies er darauf hin, daß bei der **Besprechung der Kokardenfrage in der Heereskammer** sehr scharfe und ungebührliche Ausdrücke gefallen sind und daß ich dagegen nicht eingeschritten bin. Im alten System, meinte er, wären die Leute wohl keine 24 Stunden mehr geblieben. Ja, meine Herren, ich habe hier haltmachen müssen vor dem, was in der Heereskammer besprochen worden ist. Ich bin nicht berechtigt, hier Strafen vorzunehmen.

Ich darf mich dann zu den Anträgen wegen des **Aufbaues der Heereskammer** wenden. Ich habe gebeten, es bei dem Regierungsentwurf zu belassen, nicht weil ich gegen die einzelnen Anträge durchgreifende sachliche Bedenken hätte, sondern weil es uns heute noch an Erfahrungen auf diesem Gebiet fehlt; wir müssen öfter mal sehen, wie sich das ganze Gefüge zusammenpaßt. Ich darf zum Beispiel bemerken — das wird vielleicht den Herrn Abgeordneten Schöpflin interessieren —, daß in den Plänen für den Ausbau der Heereskammer in der Tat daran gedacht ist, die Zahl der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften so zu dritteln, wie das im sozialdemokratischen Antrag vorgesehen ist. Wir bitten aber, im Augenblick eine gesetzliche Festlegung zu unterlassen, weil wir hierüber ein Gutachten der Heereskammer selbst nicht haben, und weil im Heere selbst wieder die einzelnen Gruppen eine

(Dr. Geßler, Reichswehrminister.)

(A) Rolle spielen, zum Beispiel bei den Offizieren die Sanitätsoffiziere.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Dann können wir auch den Antrag der Unabhängigen auf Verhältniswahlsystem annehmen.)

— Ich halte das Verhältniswahlsystem technisch nicht durchführbar und kann mir seine Durchführung auch nicht vorstellen.

Ich habe sachlich auch nichts dagegen, daß die Vorschriften über die **Pflicht der Geheimhaltung** so geregelt werden, wie es im sozialdemokratischen Antrage vorgeschlagen wird. Aber ich bitte, im Augenblick von einer gesetzlichen Regelung Umgang zu nehmen, um so mehr als ja im Gesetz selbst vorgesehen ist, daß, wenn die Erfahrungen vorliegen, der Ausbau der Heereskammer und der Marinekammer durch Gesetz erfolgen soll. Heute eine Bindung vorzunehmen, würde ich für verfrüht halten.

Ich habe auch Bedenken gegen die Fassung, die im Ausschuß vorgeschlagen worden ist, wonach die **Beschlüsse der Heereskammer** unverzüglich dem **Wehrminister und dem Reichstag vorzulegen** sind. Es ist ja selbstverständlich, daß der Wehrminister, wenn die Kammer beisammen gewesen ist, sich sofort das Stenogramm der Beratungen und die Beschlüsse der Heereskammer vorlegen läßt, und ich kann versichern, daß ich diese stenographischen Protokolle der Wehrkammer gründlichst durchgelesen habe.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber wir haben sie nicht bekommen!)

— Gewiß, nun kommt die zweite Sache, nun soll das alles dem Reichstag vorgelegt werden. Meine Herren, daß hat große grundsätzliche Bedeutung. Was Sie nämlich für die Heereskammer bestimmen, müssen Sie auch für alle anderen Gruppen der Staatsbeamten und Angehörigen im öffentlichen Dienst bestimmen, und das wird das gute Recht derselben sein. Ich habe ja auch den (B) Vorzug, Mitglied des Reichstags zu sein, ich weiß, was wir an Drucksachen bekommen, wie wenig man im großen und ganzen dazu kommt, sie durchzustudieren. Ich trage gar kein Bedenken, denjenigen Herren, die es wünschen, Einblick in die Verhandlungen der Wehrkammer zu geben.

(Abgeordneter Dr. Rosenfeld: Bitte sehr!)

Dem steht nichts entgegen. Aber Sachen mit vielen Kosten zu vervielfältigen, die den Reichstag gar nicht interessieren, das scheint mir eine ungeheure geschäftliche Belastung des Amts wie des Hauses zu sein. Lediglich aus diesen Gründen und wegen der prinzipiellen Folgen glaube ich, Bedenken tragen zu müssen, nicht etwa deshalb, weil ich der Meinung bin, daß es irgendwelche Geheimnisse geben soll. Ich bin nicht naiv genug, um anzunehmen, daß es da wirklich Geheimnisse gibt. Da hilft nur die Öffentlichkeit im besten Sinne des Worts, dann kommen wenigstens keine Entstellungen in die Öffentlichkeit, — ich muß mich ja gegen die Entstellungen wehren, nicht gegen die Wahrheit.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Kollege Schöpflin hat dann gefragt, warum diesmal die **Heeres- und Marinekammer** nicht **zusammen getagt** hat. In der Presse hat ja eine für die Heereskammer nicht sehr schmeichelhafte Begründung gestanden, nämlich daß die Marineangehörigen die gescheiteren seien. So liegt die Sache nicht. Ich bin überzeugt, daß die Leute, die von ihren Kameraden in die Heereskammer abgeordnet worden sind, durchaus wissen, was sie wollen, und ich glaube, man hat der Marine einen Bärentreiberdienst mit dieser Unterscheidung erwiesen. Nein, der Grund ist der, meine Herren, Heeres- und Marinekammer sind relativ gleich groß. Nun repräsentiert die Heereskammer 100 000 Soldaten, die Marine 15 000, und so ist in der Tat bei einem Teile der Heereskammer eine sehr starke Stimmung dagegen gewesen, daß nun die (C) kleinere Marine in der Gesamttagung ziffernmäßig eine viel stärkere Vertretung hat als das Heer. Darin liegen die Schwierigkeiten. Im übrigen ist ja auch diese Zusammenberufung der Heeres- und Marinekammern noch nach den alten Vorschriften erfolgt, wonach die Heereskammer beim Chef der Heeresleitung und die Marinekammer beim Chef der Marineleitung zusammentritt. Das ist durch die neue Fassung des Gesetzes künftighin anders. Künftig ist die Heereskammer und die Marinekammer beim Reichswehrminister. Aber ich bemerke ausdrücklich, daß auch ich nicht die Absicht habe und haben kann, Heeres- und Marinekammer nun immer zusammen einzuberufen. Dazu liegen die Verhältnisse zu verschieden, und außerdem würde eine völlige Verschiebung des Zahlenverhältnisses eintreten, die nicht erwünscht erscheint. Dagegen, daß die Heeresangehörigen geistig minderwertig sind und einer geistigen Führung bedürfen, möchte ich mich aufs entschiedenste wenden. Die Begründung vermag ich nicht anzuerkennen.

Ich hoffe, damit im wesentlichen die Anfragen erledigt zu haben, die in dieser Angelegenheit an mich gestellt worden sind.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Der Herr Abgeordnete Rheinländer hat das Wort.

Rheinländer, Abgeordneter: Der vorliegende Gesetzentwurf ist in seinen Grundlinien ein Diktat unserer Vertragsgegner. Sie hatten uns die Zahl der Soldaten, die Art und Zahl der Formationen, die Dienstzeit usw. vorgeschrieben. Wir müssen das einfach hinnehmen. Worüber man sich aber besonders wundern muß, ist, daß wir, obgleich wir am 30. August vorigen Jahres durch Gesetz schon die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft hatten, gezwungen worden sind, auch in den § 1 dieses Gesetzes noch einmal zu schreiben: die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft, nicht nur im Reich, sondern auch in den Ländern. (D)

Nun ist also das Heer der allgemeinen Wehrpflicht ganz tot. Wir müssen den Heldenleichnam noch einmal erschlagen. Wenn man nun meint, dadurch vielleicht auch **die großen Taten,** die dieses **allgemeine Volksheer** in den Freiheitskriegen, im deutsch-französischen Kriege, auch im Weltkriege in die Geschichte geschrieben hat, tot zu machen, dann ist das ein großer Irrtum. Sie werden fortleben und unseren nachkommenden Geschlechtern erzählen von der Waffentreue, Waffentüchtigkeit und Waffenfreudigkeit des Volksheeres, von der zähen Tapferkeit und der Opferwilligkeit und von der glänzenden Organisationsfähigkeit und dem echt germanischen Heldengeist in der großen Zeit ihrer Väter. Ich glaubte, das im Hinblick auf die Schmähungen, die eben noch einmal hier auf das alte deutsche Volksheer abgeladen wurden, hier sagen zu müssen.

(Sehr gut! im Zentrum und rechts.)

Unvergessen soll auch bleiben, was dieses Heer der allgemeinen Wehrpflicht für die körperliche und sittliche Ertüchtigung unseres Volks, für die Einpassungsfähigkeit in das große Ganze geleistet hat, und wie das Heer der allgemeinen Wehrpflicht dadurch auch dem großen volkswirtschaftlichen Aufblühen indirekt eine mächtige Hilfe gewesen ist.

(Zuruf links.)

— Ich habe keine Zeit, mit Ihnen Fangball zu spielen.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Damen und Herren! Es hätte der freundlichen Stütze, die der Herr Kollege Schöpflin dem Zentrum unter die Arme stellen zu müssen geglaubt hat, nicht bedurft; wir wären auch so nicht umgefallen in der Frage, die zur Debatte steht. Das muß ich allerdings bekennen: eine so gewaltige Wichtigkeit, wie ihr hier beigelegt worden ist, kann das Zentrum ihr nicht beilegen. Wir halten

(**Rheinländer,** Abgeordneter.)

(A) es aber auch in diesem Augenblick am allerwenigsten für zweckmäßig, hier etwa eine große Redeentscheidungsschlacht zwischen Monarchie und Republik herbeizuführen. Für uns liegen die Verhältnisse so klar, wie sie liegen können. Unserer Tradition gemäß stellen wir uns auf den praktischen Boden der gegebenen Verhältnisse. Nachdem wir die Verfassung geschaffen haben und in den Art. 1 geschrieben haben: „Das Deutsche Reich ist eine Republik", nehmen wir auch keinen Anstand, in dieses Gesetz hineinzuschreiben: „Das Heer der deutschen Republik ist die Reichswehr". Wir werden also dem Antrage, der von der Rechten gekommen ist, nicht zustimmen können, wie wir das auch im Ausschuß nicht getan haben.

Der Name „Reichswehr" ist zu unserer Freude erhalten geblieben. Ich halte gerade diesen Ausdruck für eine der schönsten Wortprägungen, die wir in der neueren Zeit geschaffen haben, und wir hoffen, daß er ein guter Name für eine gute Sache sein und bleiben werde.

Dabei möchte ich noch eine allgemeine Bemerkung einfließen lassen. Man hört hie und da vom **„Söldnerheer"** sprechen, selbst in ernsten Kreisen. Ich möchte ganz ausdrücklich darauf aufmerksam machen: Wir haben kein Söldnerheer in dem alten Sinne und mit dem etwas verächtlichen Wortklang der früheren Zeit. Unsere Berufssoldaten sind nicht aus aller Herren Länder zusammengelaufene Abenteurer, welche nur um des Soldes, um der Beute willen ihr Geschäft treiben, heute dem und morgen jenem dienen, wie wir es aus „Wallensteins Lager" kennen. Unsere Soldaten sind Reichsangehörige; nur solche können in dieses Heer aufgenommen werden. So will es § 1 Abs. 2. Es sind das Männer, welche in ihrer Weise gerade so der Allgemeinheit dienen, der Gesamtheit ihre Kräfte zur Verfügung stellen, wie jeder andere Staatsbürger, der als Beamter, als Arbeiter, als Landwirt oder als Gewerbetreibender für die Gesamtheit (B) arbeitet. Die Berufssoldaten sind dazu berufen, uns die Sicherheit zu schaffen, daß wir in Ruhe und Frieden unser Gewerbe betreiben, unsere Arbeit leisten können, geschützt gegen Verletzungen unserer Grenzen, geschützt auch gegen die Verletzung der verfassungsmäßigen Zustände. Es sind das hohe und wichtige Pflichten, die sie als Staatsbürger übernehmen. Deshalb legt meine Partei Wert darauf, daß das Berufsheer, die Reichswehr, eine möglichst geachtete Stellung im ganzen Volkskörper einnehme.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! In dem § 6 des vorliegenden Gesetzentwurfs werden diejenigen Einrichtungen des Heeres, welche durch Beamte vertreten sind, besonders genannt. Zum Beispiel werden da Schulen und auch die Behörden genannt, und dann heißt es „und sonstige Einrichtungen". Eine Einrichtung des alten Heeres war die **Militärseelsorge.** Sie ist hier nicht besonders genannt, und wir haben auch im Ausschuß keinen dahingehenden Antrag gestellt, in der Voraussetzung, daß, nachdem wir in der Verfassung die Seelsorge im Heere besonders erwähnt haben, der Reichswehrminister auch diese bewährte Einrichtung erhalten und pflegen und diejenigen Maßnahmen treffen wird, welche zur Militärseelsorge in dem neuen Berufsheere notwendig sind. Denn wir sind überzeugt, daß, wie in der alten, so auch in der neuen Zeit — und in dieser besonders — auch die Berufssoldaten den geistlichen Einfluß und die geistliche Fürsorge des Militärseelsorgers gebrauchen, besonders dann, wenn sie in den schwersten Augenblicken im Ernstfalle an der Grenze oder daheim ihre schwere Pflicht erfüllen müssen. Meine Partei wünscht Erhaltung, sorgsame Pflege und freie Entfaltung der Seelsorge im Reichsheere und in der Reichsmarine.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der zu § 7 gestellte Antrag des Abgeordneten (C) Dr. Rosenfeld bezüglich der **Vertrauensleute** ist uns nicht unsympathisch. Es wird verlangt, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, wie wir es ja bei allen Körperschaften haben, auch bei der Wahl dieser Vertrauensleute eingeführt werden soll. Ich meine aber, nach den Erklärungen des Herrn Reichswehrministers liegt kein besonderer Grund zur Einfügung des Zusatzes vor. Wir wollen erproben, wie sich die Verhältnisse in dem neuen Berufsheer entfalten. Danach haben wir es ja immer noch in der Hand, wenn sich Mißstände ergeben sollten, entsprechende Vorsorge zu treffen. Ich möchte im allgemeinen zu diesen Anträgen, auch zu denen, die von den Mehrheitssozialdemokraten gestellt sind, sagen: Es sind im wesentlichen die Anträge, die wir schon im Ausschuß abgelehnt haben, besonders, soweit sie sich auf die Wehrkammer beziehen. Mit Rücksicht darauf, daß die Wehrkammerverhältnisse durch besonderes Gesetz geregelt werden sollen oder wenigstens geregelt werden können, wollen wir es bei den Maßnahmen, die in der Gesetzesvorlage vorgesehen sind, belassen und werden diesen Anträgen also nicht zustimmen können.

Dagegen sind wir der Ansicht, daß im § 8 der dritte Absatz, wonach die **Beschlüsse der Kammer dem Reichswehrminister und dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen** sind, überflüssig ist. Der vorhergehende Absatz sagt, daß die Wehrkammer direkt unter dem Reichswehrminister steht, es also selbstverständlich ist, daß der Reichswehrminister auch die Beschlüsse der Kammer bekommt. Daß sie nun unmittelbar auch dem Parlament mitzuteilen sind, halten wir für eine unzweckmäßige Neuerung. Eine direkte Verbindung des Heeres mit dem Parlament halten wir schon aus dem Grunde nicht für zweckmäßig, weil der oberste Befehlshaber, der Reichspräsident, mit dem die Reichswehr eng verbunden ist, eine außerhalb des Parlaments stehende Behörde ist. Andererseits ist der (D) Reichswehrminister uns als parlamentarischer Minister verantwortlich. Wir haben immer, sobald sich irgendwelche Mißstände zeigen, Gelegenheit, durch den Reichswehrminister diese Beschlüsse nicht nur zu erfahren, sondern auch, wenn wir es für nötig halten, im Parlament gegen die Mißstände einzuschreiten.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das noch im Gesetz besonders festzulegen, halten wir für überflüssig, und bitten Sie, dem Antrag auf Streichung dieses Artikels Ihre Zustimmung zu geben.

In dem zweiten Abschnitt des Gesetzentwurfs handelt es sich um die **Landsmannschaften.** Dazu möchte ich ein Wort sagen. Wenn unsere Reichswehr ihrer schweren Pflicht gerecht werden soll, ist vor allen Dingen ihre äußere und innere Geschlossenheit unbedingt notwendig. Dieses Kapitel über die Landsmannschaften steht scheinbar dieser äußeren Geschlossenheit entgegen, besonders, wenn man bedenkt, daß diese landsmannschaftlichen Kontingente nach Möglichkeit nicht nur aus dem Gebiete des Landes rekrutiert sein sollen, sondern auch ihre Führer aus diesem Bezirk haben und unter der Landesbehörde stehen. Nachdem aber in Weimar einmal die Abmachung getroffen war, mußten wir sie halten, und ich möchte noch hinzufügen: nachdem die Befehlsgewalt über das gesamte Heer und die Marine nur in der Hand des Reichspräsidenten liegt, nachdem auch die Verfügungsgewalt über die Truppen im wesentlichen in die Hand des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers gelegt ist, könnten die Bedenken in dieser Beziehung wohl zurückgestellt werden.

In § 15 wird über die **Verwendung der Reichswehr im Ernstfalle** Vorsorge getroffen. Meine Damen und Herren! Ich gestehe, daß es meiner Partei am liebsten wäre, wenn die Reichswehr überhaupt nicht in Aktion zu

(Rheinländer, Abgeordneter.)

(A) treten brauchte, wenn sie ein solch geschlossenes, machtvolles, waffenstarkes und zuverlässiges Instrument der Reichsgewalt bildete, daß die Tatsache seines Bestehens allein schon hinreichte, um unsere Grenzen, um unsere verfassungsmäßigen Zustände im Innern zu schützen. Wie die Verwendung im vorliegenden Entwurf geregelt ist, halten wir es für zweckmäßig.

Nur auf eins möchte ich hinweisen. Es ist da gesagt, daß den **Landesbehörden** und ihren Unterbehörden in bestimmten Fällen das **Verfügungsrecht** eingeräumt werden soll. Meine Damen und Herren! Meine Partei erwartet, daß die Ausführungsbestimmungen gerade zu diesem Art. 15 mit besonderer Sorgfalt ausgearbeitet werden, damit einmal jeglicher Mißbrauch ausgeschlossen ist, damit andererseits aber auch entschlossenes und herzhaftes Zugreifen, wodurch oft sehr viel Unheil verhütet wird, Platz haben kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Nur muß dafür gesorgt werden, daß Rücksicht genommen wird auf die Nervosität der Zivilbehörden, die ja manchmal schon zur ultima ratio greift, wo vielleicht die Polizei noch ausreichte. Ich erinnere da an den Kohlenstreik im Jahre 1889, bei dem sofort Militär von allen Seiten in den Ruhrbezirk geschickt wurde und schließlich der kommandierende General an die höchste Stelle telegraphierte: „Im Kohlenbezirk alles ruhig mit Ausnahme der Zivilbehörden." Die Verwendung der Truppen im letzten Absatz, wenn es sich um Zurückweisung von Angriffen oder Widersetzlichkeiten gegen Teile der Wehrmacht handelt, will mir besonders bedenklich erscheinen. Es wird auch da in den Ausführungsbestimmungen ausdrücklich festzulegen sein, wann und in welcher Weise die Verwendung stattfinden soll. Denn ähnliche Fälle wie der Fall von Zabern wären heute noch weniger erträglich als sie es damals gewesen sind. Die Reichswehr ist ein scharfes (B) Instrument, das nur mit größter Energie, aber dann auch nur im äußersten Falle Anwendung finden darf. Auf diese wenigen Bemerkungen will ich mich vorläufig beschränken.

(Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Schoch.

v. Schoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Schöpflin hat sich stark erregt über den Antrag Gallwitz. Ich vermute, daß sich seine Erregung vielleicht etwas legen wird, nachdem er soeben die Rede des letzten Vorredners gehört hat, die ihm die Versicherung gegeben hat, daß das Zentrum nicht umfallen wird.

(Abgeordneter Hoch: Wenn Sie sich nur nicht irren!)

Nach meiner persönlichen Überzeugung sind die Worte von der deutschen Republik, die die Kommission in den ersten Paragraphen des Wehrgesetzes hineingeheimnißt hat, gelinde gesagt, ein Schönheitsfehler.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Für euch! — Heiterkeit.)

Denn wir finden nirgends im ganzen Reich, daß man beispielsweise spricht von der Bank der deutschen Republik, es heißt Reichsbank;

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das kommt noch!)

wir sprechen nicht von der Post der deutschen Republik, auch nicht Druckerei der Republik. Hier, beim Heer muß nun ausnahmsweise, um nur jede monarchische Gefahr zu beseitigen, plötzlich die deutsche Republik betont werden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Beim Militär ist das besonders notwendig! — Abgeordneter Ledebour: Irgendwo muß man doch anfangen!)

Ich glaube, daß auch praktisch diese Betonung „Deutsche Republik" gar keinen Wert haben wird; denn ich hoffe, daß die Leute, die künftig einmal, sei es als Offiziere, sei es als Mannschaften, in dieses Reichsheer eintreten, (C) gar nicht danach fragen, ob nun im Art. 1. „Deutsche Republik" oder „deutsche Heeresmacht" steht, sondern daß sie sich lediglich von dem Gedanken leiten lassen: ich will mein Leben dem Dienste meines deutschen Vaterlandes widmen.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien und rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Und das ist die Republik!)

— Das werden Sie auch so tun. — Ich habe nur gesagt: es wird praktisch gar keinen Wert haben. Ich glaube, daß dadurch, daß diese Worte so betont werden, ein Zankapfel unter die Parteien und in die Reichswehr hineingeworfen wird. Selbstverständlich werden wir für den Antrag Gallwitz stimmen.

Im § 1 ist weiter, wie der letzte Herr Vorredner schon betont hat, darauf hingewiesen, daß nunmehr nicht bloß im Reich, sondern auch **in den Einzelstaaten** glücklich **die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft** worden ist. Das ist bekanntlich das **Diktat von Paris.** Offenbar haben die Franzosen aus ihrem schlechten Gewissen und aus dem Gefühl heraus, daß sie tatsächlich nicht gesiegt haben, schlotternde Angst vor der Revanche.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und rechts. — Lachen auf der äußersten Linken.)

Deshalb können sie sich nicht genug tun, und deshalb haben sie geheime Sorge, daß etwa Anhalt oder Braunschweig oder gar das als reaktionär verschrieene Bayern ganz im geheimen neben der Reichswehr noch eine Armee auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht aufstellen, die dann berufen sein soll, eines Tages Elsaß-Lothringen wieder in deutsche Hände zu bringen. Ich kann es mir nicht anders vorstellen. Der französische Gesandte in München, der scheinbar nur dazu da ist, die Wohnungsnot in München zu vermehren,

(sehr richtig! rechts) (D)

könnte sich doch einmal davon überzeugen, daß das nicht möglich ist. Wenn er sich nämlich die bayerische Wehrordnung einmal in die Hand drücken läßt, wird er sehen, daß es in dieser Wehrordnung seit 30 und 40 Jahren nicht etwa heißt „Jeder Bayer ist wehrpflichtig", sondern „Jeder Deutsche ist wehrpflichtig". Also in dem Augenblick, in dem aus dem Gesetz der Satz „Jeder Deutsche ist wehrpflichtig" herausgestrichen wurde, ist automatisch auch der Bayer nicht mehr wehrpflichtig gewesen. Soviel müßte auch Herr Dard verstehen. Nun, ich hoffe: nachdem diese Worte von den Ländern ausdrücklich in unser Gesetz aufgenommen worden sind, wird damit die Angst der Franzosen dem überantwortet, was sie verdient, nämlich dem Fluche der Lächerlichkeit.

(Zustimmung rechts und bei den Regierungsparteien.)

Begrüßen kann ich es, daß in Art. 1 ausdrücklich erwähnt ist, daß jeder Angehörige der Wehrmacht auch Reichsangehöriger sein muß. So klein auch unser Heer ist, wir überlassen die Schande einer Fremdenlegion, die Schande eines Söldnerhaufens von Landesverrätern der ritterlichen Nation jenseits des Rheins.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Damit wende ich mich gleich zu § 8. Ich habe schon in der Kommission den Antrag des Herrn Dr. Rosenfeld wegen der **Verhältniswahl** bekämpft. Auch heute wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß diese Verhältniswahl unmöglich durchzuführen ist. Ich möchte die Gründe dafür aber doch noch einmal Herrn Dr. Rosenfeld vor Augen halten. Wenn wir auf 1000 Mann der Reichsmacht etwa einen Abgeordneten für die Heeres- und Marinekammer rechnen, dann kommen heraus 4 Offiziere und 96 Mann, darunter wieder 17 Unteroffiziere und 79 Mannschaften. Es ist also doch damit allein schon erwiesen, daß mit einer derartigen Kammer, in der die jungen Soldaten,

(v. Schoch, Abgeordneter.)

(A) die keine Erfahrung haben, das erdrückende Übergewicht besitzen, und die nach dem Antrag Rosenfeld sämtliche Vorschriften und Erlasse des Ministeriums begutachten sollen, kein vernünftiges Ergebnis erzielt werden kann.

Ich habe aber den Herrn Dr. Rosenfeld damals schon — und muß es wiederholen — darauf aufmerksam gemacht, daß bei dieser Verhältniswahl auch die Hilfswaffen ganz außerordentlich zu kurz kämen. Denn auf 23 Infanteristen würden ganze zwei Pioniere oder 1½ Kraftfahrleute kommen. Diese Hilfswaffen würden also ebenso tot gemacht bei der Verhältniswahl wie die Offiziere und Unteroffiziere durch die Mannschaften.

Und nun ein weiteres! Diese **Heereskammer** muß sich wieder in verschiedene **Ausschüsse** gliedern. Schon nach dem Entwurf, den das Wehrministerium ausgearbeitet hat, haben wir einen Offiziersausschuß, einen Sanitätsoffiziersausschuß, eine Unteroffiziers- und eine Mannschaftskammer. Soll dieser Offiziersausschuß aus vier ganzen Offizieren bestehen? Notabene müßten die vier Offiziere gleichzeitig auch Sanitäts-, Veterinär-, Zeug- und Feuerwerksoffiziere mit enthalten. Aus der Front wäre also ein einziger Offizier in der Kammer. Abgesehen davon kann doch jeder Wehrkreis verlangen, daß mindestens ein Offizier seines Wehrkreises in dieser Kammer zugegen ist und die Wünsche des betreffenden Wehrkreises vertritt.

Ebenso kann ich auch dem Antrag der Sozialdemokraten nicht beistimmen. Der Herr Minister hat in der Kommission und auch heute schon wiederholt darauf hingewiesen, daß gerade in bezug auf diese Wehr- und Marinekammer alles noch in Fluß ist. Diese Verordnung des Ministeriums, die vom Juni 1920 stammt, ist doch keineswegs ausprobiert, und das Wehrministerium muß endlich einmal Erfahrungen praktischer Art sammeln können, um zu einer weiteren Gestaltung zu kommen. Man muß dem Ministerium jetzt Zeit geben, die Sache (B) ausreichend und praktisch erproben zu lassen. Wenn Sie jetzt den Entwurf des Ministeriums wieder umwerfen und der Reichswehr eine neue Verordnung geben, entstehen gerade in dem Reichsheer, das eben auf 100 000 Mann gebracht ist, neue Unruhen und neue Zersplitterungen. Ich halte die Anträge der Linken umso mehr für unnötig, weil ja im Gesetz selbst für die ganze Marine- und Wehrkammer ein eigenes Gesetz vorgesehen ist. Alle die Wünsche der Linken können ja bei der Beratung dieses Gesetzes nachdrücklichst zur Geltung kommen. Jetzt schnell im letzten Augenblick etwas hineinzuhamstern, halte ich für durchaus unangebracht.

Es wurde eben auch die Frage der Landsmannschaften angeschnitten. Auch ich möchte darauf hinweisen, daß alle die Paragraphen, die sich auf **Landsmannschaften** beziehen, durch die sogenannte Weimarer Vereinbarung sanktioniert sind. Wenn immer wieder auch hier Bedenken gegen die kleinen **Reservatrechte Bayerns** geäußert werden, möchte gerade ich, der ich mich weit erhaben über den Verdacht, ein bayerischer Partikularist zu sein, weiß, diese Bedenken etwas zerstreuen. Ich darf darauf hinweisen, daß gerade Bayern durch die Weimarer Vereinbarung und durch dieses Gesetz am meisten von seinen früheren Reservatrechten geopfert hat. Ich darf darauf verweisen, daß wir nunmehr endgültig auf unser Ministerium, auf unsere selbständige Kriegsakademie, auf alle unsere Militärschulen und auf eine durchaus rühmliche jahrhundertalte Heeresgeschichte verzichtet haben.

Ich möchte doch einmal betonen, daß, trotzdem Bayern nach dem Versailler Vertrage von 1870 seine Reservatrechte besessen hat, die bayerische Armee im Weltkrieg vollauf ihre Schuldigkeit getan hat.

(Sehr richtig! und Bravo! rechts.)

Ich berufe mich nicht auf das Urteil der Bayern, sondern ich berufe mich da einmal auf das Urteil eines Nichtbayern. Im Jahre 1915 wurde mir erzählt, daß in (C) einem großen Kriegsrat von Generalstabsoffizieren das für uns Bayern ehrenvolle Wort gefallen ist: „Wenn es die besten Divisionen, die Garde und die Bayern, nicht schaffen, dann ist es überhaupt nicht möglich“.

(Hört! Hört! rechts.)

Also wir Bayern denken gar nicht daran, uns vom Reich loszulösen, und deshalb lassen Sie uns das wenige Selbständige, was dieses Gesetz in den landmannschaftlichen Artikeln noch vorsieht. Es ist ja außerordentlich wenig, und ich möchte besonders betonen, daß ja nach diesen Artikeln keinerlei Verfügungen vom Landeskommandanten erlassen werden dürfen, die dem Reiche irgendwelche Kosten verursachen.

Demgegenüber hat ja der **Reichspräsident** und der Reichswehrminister auch in bezug auf die Einzelstaaten jetzt eine **viel größere Macht, als** sie jemals **der deutsche Kaiser** besessen hat. Ich darf darauf hinweisen, daß der Reichspräsident der Befehlshaber der gesamten Wehrmacht ist, und daß unter ihm der Reichswehrminister die Befehlsmacht über die gesamte Wehrmacht ausübt. Der deutsche Kaiser dagegen hatte bekanntlich den Oberbefehl beispielsweise über das bayerische Kontingent nur im Kriege gehabt. Das ist also, gerade vom Standpunkt der Unitarier aus betrachtet, doch ein außerordentlich großer Fortschritt. Je weniger Sie die kleinen Reste, die Bayern da noch hat, beschneiden, desto besser werden Sie Bayern bei der Stange halten. Das ist meine feste Überzeugung.

Und nun möchte ich den Herrn Minister auf einen Wunsch aufmerksam machen, der von vielen Seiten des Landes geteilt wird. In § 11 Ziff. 3 ist vorgesehen, daß der Landeskommandant auch die Wünsche wegen der etwaigen **Abzeichen** zu vertreten hat. Nun hat Herr Abgeordneter Schöpflin beim Etat des Wehrministers darauf hingewiesen, es sei die höchste Zeit, daß die sogenannten Kinkerlitzchen früherer Art aus der Vorrevolutionszeit von (D) den Uniformen endlich einmal verschwinden möchten. Ich stimme darin Herrn Abgeordneten Schöpflin vollkommen bei, aber ich stimme ihm auch darin vollkommen bei, daß der Soldat, bei Reichswehr und Marine, nach wie vor schmuck aussehen soll, und hier möchte ich eben einen Punkt vortragen.

Ich glaube, wenn wir daran gehen, irgendwelche neuen Abzeichen zu schaffen, dann sollten wir da etwas behutsam verfahren und nicht das alte historisch Gewordene einfach über Bord werfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich möchte Sie an ein Beispiel erinnern. Der Braunschweiger Bürgerrat hat mir ein Gesuch eingesandt, wir möchten doch vorstellig werden, daß die alten braunschweigischen Abzeichen, der Totenkopf und das springende Pferd beibehalten in dem neuen Heere werden möchten.

(Zuruf und Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

— Daß Sie für so etwas kein Verständnis haben, davon bin ich vollkommen überzeugt; ich spreche zu deutschen Männern.

(Erneutes Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Gerade dieser Totenkopf und das springende Pferd waren vor mehr denn hundert Jahren die ruhmvollen Abzeichen der kleinen braunschweigischen Armee. Sie sind deshalb für uns geheiligt.

(Sehr gut! rechts.)

Das gleiche gilt aber für all die unzähligen historisch gewordenen Abzeichen der preußischen Armee und der bayerischen Armee und aller anderen Kontingente.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn die alten Kavallerieregimenter, die Seydlitzkürassiere und die Zietenhusaren, die Regimenter von Hohenfriedberg

(v. Schoch, Abgeordneter.)

(A) und andere heute noch stolz darauf sind, was sie vor 150 Jahren geleistet haben, dann habe ich ein volles Verständnis dafür; Sie freilich nicht.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich glaube, es ist eine geheiligte Tradition, wenn gerade in diesen preußischen Regimentern der Urgroßvater in der Schlacht von Torgau, der Großvater bei Waterloo, der Sohn bei St. Privat und der Enkel im Weltkriege für das Vaterland sein Blut vergossen hat.

(Sehr gut! rechts. — Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das gleiche gilt aber für Bayern. Ich darf daran erinnern, daß mein eigenes Stammregiment im Jahre 1682 gegründet wurde, im Jahre 1688 an der Erstürmung von Belgrad ruhmreichen Anteil genommen hat

(bravo! rechts)

und das es heute noch stolz darauf ist, damals mitgewirkt zu haben. So geht mein Wunsch dahin, der Minister möchte sich davor hüten, allzuviel neue Abzeichen einzuführen, sondern eben der alten historischen Tradition bei diesen Abzeichen Rechnung tragen.

(Zurufe und andauernde Unruhe bei den Vereinigten Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte um etwas Ruhe. Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Schoch!

v. Schoch, Abgeordneter: Wenn durch diese Abzeichen vielleicht etwas Trennendes zwischen die einzelnen Abteilungen hineinspringen sollte, so steht doch dem das große Einigende, das gemeinsame graue Ehrenkleid gegenüber, das alle Soldaten tragen, und gerade da muß ich noch auf einige Worte hinweisen, die der Herr Abgeordnete Ersing einmal gesagt hat. Er hat neulich einmal sich darüber gewundert, daß ausgerechnet **der bayerische General für die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten** (B) **Kokarde** einen Antrag an das Reichswehrministerium gestellt hat. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Ersing ist da von einer ganz falschen Voraussetzung ausgegangen, wenn er darüber verwundert ist. Das ist eben die falsche Meinung, daß Bayern für schwarz-weiß-rot oder überhaupt für das Deutsche Reich nicht die gleichen Empfindungen habe, wie jedes andere Land.

(Sehr gut! rechts.)

Das muß ich aufs nachdrücklichste hier feststellen. Ich möchte hier nicht die Frage der Flagge anschneiden, aber ich muß vom Standpunkt der Reichswehr und des Offiziers aus betonen, warum wir an diesen alten Farben so hängen. Unter dieser Farbe sind mehr denn 60 000 Offiziere und mehr denn zwei Millionen tapferer Soldaten im Weltkrieg in den Staub gesunken.

(Lebhafte Rufe von den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hingeschlachtet! Gemordet! — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Ich muß wiederholt die Bitte aussprechen, daß die Herren ihre Plätze einnehmen.

(Andauernde Zurufe von den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

v. Schoch, Abgeordneter: Deshalb verstehen wir es nicht, warum jetzt diese Kokarde von den deutschen Soldaten nicht mehr getragen werden soll.

(Sehr richtig! und Bravo! rechts.)

Der Friedensvertrag, den ich sehr oft gelesen habe, spricht immer davon: Deutschland verzichtet, verzichtet und verzichtet. Aber das eine habe ich doch vergebens im Friedensvertrage gesucht: Deutschland verzichtet auf seine Farben schwarz-weiß-rot.

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich werde nie dahin kommen, daß ich die neuen Reichs- (C) farben irgend verunglimpfe oder gar beschimpfe. Ich protestiere dagegen. Aber Sie dürfen es mir umgekehrt nicht verargen, daß ich der alten Farbe schwarz-weiß-rot bis an mein Lebensende treu bleibe.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen. — Hurrarufe bei den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist ein interessantes Zusammentreffen, daß wir uns gerade heute mit diesem Reichswehrgesetz zu befassen haben, an dem Tage, an dem die deutsche Arbeiterschaft der Pariser Kommune gedenkt, die vor 50 Jahren in Gefahr war, unter den Schritten der deutschen Armee begraben zu werden, die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gebildet war. Heute gedenkt die deutsche Arbeiterschaft des 18. März 1871 und der tapferen Männer, die damals in Paris für den Sozialismus gefallen sind. Wir erinnern uns um so lieber der Taten jener Männer, als wir gerade im Augenblick dabei sind, Arm in Arm mit den französischen und englischen Arbeitern der Entente entgegenzutreten. Wir wissen uns mit den Pariser Kommunekämpfern eins. Die deutschen Arbeiter werden vollenden, was die Pariser Arbeiter am 18. März 1871 begonnen haben.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Die allgemeine Wehrpflicht wird heute abermals, möchte ich sagen, zu Grabe getragen, und wir haben heute wieder einmal durch den Kollegen Rheinländer einen Hymnus auf diese allgemeine Wehrpflicht anstimmen hören. Er hat die eine Seite dieser Einrichtung beleuchtet. Aber er hat vergessen, daß (D) die **allgemeine Wehrpflicht** mit dem **Militarismus** identisch war, und daß der Militarismus uns den Weltkrieg gebracht hat, und daß der Weltkrieg all das Elend über die Völker Europas gebracht hat, unter dem wir heute leiden. Wir erinnern uns bei der allgemeinen Wehrpflicht dieser unseligen Folgen, die diese Einrichtung gebracht hat, und wir sind gern bereit, das unsrige zu tun, um ein für allemal der Armee der allgemeinen Wehrpflicht ein Ende zu machen.

Herr v. Schoch hat den Standpunkt vertreten, daß wir heute nur das Diktat der Franzosen erfüllen. Gewiß wird eine Mehrheit dieses Hauses nur deshalb sich zeigen, weil das Diktat der Entente das Gesetz fordert. Wir hätten gewünscht, daß das deutsche Volk aus eigener Kraft sich der allgemeinen Wehrpflicht zu entledigen gewußt hätte. Diese Kraft hat das deutsche Volk leider nicht gefunden. Wir können aber deshalb nicht bedauern, daß wir auf dem Umwege über die Entente zu dem Ziel gekommen sind, das Sozialdemokraten schon vor dem Krieg als erstrebenswert bezeichnet haben: zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Herr v. Schoch hat erklärt, die Franzosen können sich nicht genugtun in dem Gefühl, nicht gesiegt zu haben. Es ist wirklich erstaunlich, daß heute hier im Reichstage eine solche Auffassung noch vertreten werden kann.

(Lachen rechts.)

Ich weiß nicht, wo Herr v. Schoch gewesen ist, als die deutsche Armee die Niederlage erlitt.

(Zurufe rechts: An der Front!)

— Dann müssen Sie der Niederlage wohl aus dem Wege gegangen sein, wenn Sie sie nicht erlebt haben. Ich weiß nicht, ob Herr v. Schoch mit dieser Erklärung etwa den Wunsch zum Ausdruck gebracht hat, daß die Franzosen noch fühlbarer, vielleicht durch einen Einmarsch

(Dr. Rosenfeld, Abgeordneter.)

(A) in Berlin oder in München beweisen, daß sie den Weltkrieg gewonnen haben. Was sollen solche lächerlichen Erklärungen bedeuten? Sie haben doch wirklich keinen Sinn und Verstand. Wenn Herr v. Schoch von dem Fluch der Lächerlichkeit sprach, so kann dieser Fluch nur ihn selber treffen.

Meine Damen und Herren! Diese Debatte über die Wehrpflicht ist vor allen Dingen durch die Bestimmungen des § 1 der Vorlage hervorgerufen worden, die dem Hause vorliegt. Es ist eine Debatte über die Worte „die **Wehrmacht der Deutschen Republik**" entstanden, an deren Stelle nach dem Wunsche der Herren Deutschnationalen gesetzt werden soll „die Wehrmacht des Deutschen Reichs". Herr v. Schoch hat sich darüber empört, daß man die Worte von der Deutschen Republik in dieses Wehrgesetz der Deutschen Republik hineinschreiben will. Er sprach von einem Schönheitsfehler, den seine Freunde aus der Vorlage herausbringen wollten. Ich muß gestehen: so viel Schönheitssinn habe ich auf seiten der Rechten bisher noch gar nicht gefunden. Es ist mir deshalb sehr zweifelhaft, ob Sie in der Tat nur einen Schönheitsfehler beseitigen wollen, oder ob Sie nicht vielmehr in dem Bestreben handeln, das Wort Republik möglichst selten in unseren Gesetzen hervortreten zu lassen. Herr v. Schoch sprach davon, daß wir doch auch bis heute nicht von der Bank der Republik, von der Post der Republik, von der Druckerei der Republik sprechen. Darin haben Sie vollkommen recht, und ich danke Ihnen, Herr Kollege v. Schoch, für Ihre freundlichen Anregungen, nun auch aus diesen Einrichtungen Einrichtungen der Republik zu machen. Wenn aber gerade hier bei der Reichswehr von der Rechten mit besonderer Kraft hervorgehoben wird, daß es nötig sei, diese Worte zu streichen, dann macht dies Verlangen angesichts des monarchistischen Charakters zahlreicher Angehöriger der Reichswehr einen sehr eigen-(B)tümlichen Eindruck.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei: Sie haben ja gar nicht darin gestanden!)

— Nein, gewiß nicht. Es ist sicherlich das Verdienst Ihrer Freunde in der Regierung, daß diese Worte in dem Gesetzentwurf nicht gestanden haben; denn es muß doch irgendwo einmal zum Ausdruck kommen, daß die Deutsche Volkspartei, diese monarchistische Partei, in der Regierung sitzt. Ich danke Ihnen, daß Sie das Verdienst Ihrer Partei so besonders in den Vordergrund schieben. Aber gerade der Umstand, daß Sie dieses Verdienst für Ihre Partei in Anspruch nehmen, nötigt uns als Republikaner, gerade den entgegengesetzten Standpunkt zu vertreten.

Gewiß hat der Herr Kollege Rheinländer recht, wenn er gesagt hat, daß die Entscheidungsschlacht zwischen Monarchie und Republik nicht beim § 1 des Wehrgesetzes geschlagen wird. Ganz gewiß nicht! Diese Entscheidungsschlacht wird überhaupt nicht hier im Hause geschlagen; sie wird draußen von den Massen geschlagen werden. Ich bin sicher, daß diese Massen sich allen Kämpfen, die die Monarchisten beginnen, mit aller Entschiedenheit entgegenstellen werden.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Dann stellen Sie sich doch an die Spitze!)

— Ach, Herr Kollege, Sie wissen ja nichts von den Dingen, von denen Sie reden, sonst würden Sie sich einen solchen Zwischenruf wirklich nicht erlaubt haben.

Auch wir überschätzen die gegenwärtige Republik ganz gewiß nicht, und der Standpunkt meiner Freunde zur heutigen Republik ist zu bekannt, als daß ich es nötig hätte, ihn bei dieser Gelegenheit ausführlicher auseinanderzulegen. Unsere Freunde gehen davon aus, daß wir eine kapitalistische Republik haben und keine sozialistische; und wir können uns für die kapitalistische Republik auch nur deshalb einsetzen, weil sie gegenüber der Monarchie als das kleinere Übel anzusehen ist. Dieses kleinere (C) Übel wollen wir aber auch in diesem Wehrgesetz verewigt sehen.

Der Herr Kollege Schöpflin hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß im Ausschuß die Herren Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler viel offener gesprochen haben. Heute haben sie sich gescheut, sich zur Monarchie zu bekennen, und ich bedaure, eine solche Erklärung auch in den Ausführungen des Herrn v. Gallwitz vermissen zu müssen, der doch sonst offen und frei zu seiner Auffassung steht. Heute hat er davon gesprochen, daß der schöne Begriff des „Deutschen Reichs" erhalten werden sollte, und er hat bezüglich der deutschen Republik gemeint, das sei eine „inkorrekte Bezeichnung". Das erweckt den Anschein, als ob er sich bereits auf dem für ihn abschüssigen Wege zur Republik befindet. Ich schließe aus der Frontänderung, die Sie vorgenommen haben,

(Heiterkeit und Widerspruch rechts)

nicht etwa, daß Sie dem Monarchismus heute ablehnend gegenüberstehen,

(sehr richtig! rechts)

aber daß Sie vorsichtiger geworden sind.

(Abgeordneter v. Gallwitz: Ich rede, was ich will, und lasse mir das nicht vorschreiben.)

— Ich ziehe aber die Folgerungen aus dem, was Sie sagen, und diese Folgerungen gehen dahin, daß Sie heute mit großer Vorsicht das heiße Feuer der Monarchie angefaßt haben. — Wir stehen also auf dem Standpunkt, daß der Antrag der Deutschnationalen abzulehnen ist.

Ich wende mich dann zu der Auffassung, die der Herr Reichswehrminister über die Frage von Monarchie und Republik in der Reichswehr im Ausschuß vertreten hat. Es kommt uns nämlich nicht darauf an, dem äußeren Scheine nach den Wortlaut des Gesetzes mit dem republikanischen Charakter der heutigen Staatsverfassung in Einklang zu bringen, sondern es liegt uns daran, die (D) **Reichswehr** zu einem wirklichen **Instrument der deutschen Republik** zu machen. In dieser Hinsicht hat der Herr Reichswehrminister im Ausschuß Erklärungen abgegeben, die meines Erachtens im strikten Widerspruch zu den Auffassungen stehen, wie sie ein wirklich republikanischer Reichswehrminister vertreten müßte. Er hat nämlich die Erklärung abgegeben, er könne sich vorstellen, daß ein Monarchist der Republik durchaus loyal diene, und er hat weiter hinzugefügt, daß er an sich gegen die Verwendung von **Monarchisten in der republikanischen Armee** keine Bedenken habe. Das ist dieselbe Auffassung, die schon Herr Noske vertreten hat und mit der Herr Noske zum Kapp-Putsch gelangt ist. Ihnen, Herr Reichswehrminister Geßler, wird es auch nicht anders gehen, wenn Sie sich weiter darauf beschränken, nur offene Kundgebungen der Offiziere gegen die Republik zu verbieten, wenn Sie aber nach wie vor monarchistische Offiziere in den Reihen der Reichswehr dulden. Herr Noske konnte für sich immerhin noch in Anspruch nehmen, daß die Erfahrungen des Kapp-Putsches damals nicht vorlagen. Wenn aber der Herr Reichswehrminister Geßler nach dem Kapp-Putsch monarchistische Offiziere in der Reichswehr duldet, dann soll er sich nicht wundern, wenn wir später zu Ereignissen kommen, die einfach unausbleiblich sind, solange Monarchisten in der deutschen Armee sind.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und es sind nicht nur Monarchisten in der Armee, sondern diese Monarchisten haben das Heft in der Hand, sie drangsalieren und schikanieren die Republikaner in der deutschen Armee, und der Herr Reichswehrminister versagt nach unserer Auffassung völlig in dem Schutze der republikanischen Soldaten gegen monarchistische Vorgesetzte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) Meine Damen und Herren! Wir wünschten, daß der Herr Reichswehrminister seine Auffassungen revidiert und daß er als republikanischer Demokrat endlich dafür sorgt, daß in der deutschen Reichswehr nur Republikaner Dienst tun dürfen.

Ich wende mich dann zu den Anträgen, die sich auf die Vertrauensleute und auf die Heeres- und Marinekammer beziehen. Meine Freunde haben zu diesen Paragraphen eine Reihe von Anträgen gestellt, die das Ziel erstreben, aus den **Vertrauensleuten** und der **Heeres- und Marinekammer** wirkliche Vertretungsorgane der deutschen Soldaten zu machen. Was jetzt in §§ 7 und 8 steht, das sind nur Bestimmungen, die den Anschein erwecken, als ob die Angehörigen der deutschen Armee Vertretungskörperschaften hätten. In Wirklichkeit kann davon aber gar keine Rede sein. Wir geben uns freilich nicht der Illusion hin, als ob mit der Abänderung der Bestimmungen im Sinne unserer Anträge nun schon solche wirkliche Vertretungsorgane der deutschen Soldaten garantiert wären. Wir wissen nur zu sehr, daß bei dem Vorwiegen der monarchistischen Elemente in der Reichswehr kein Paragraph den republikanischen Soldaten hinreichenden Schutz geben würde; aber wir wollen doch wenigstens versuchen, die Paragraphen so zu gestalten, daß eine wirkliche Vertretung der deutschen Soldaten möglich ist. Darum verlangen wir, daß sowohl die Vertrauensleute, wie auch die Angehörigen der Heeres- und Marinekammer gewählt werden nach dem Wahlsystem, nach dem die Abgeordneten des Deutschen Reichstags gewählt werden.

Gegen dieses **Wahlsystem** sind eine Reihe von Bedenken vorgebracht worden. Der Herr Reichswehrminister hat erklärt, man solle erst abwarten, bis gewisse Erfahrungen vorliegen. Wie sollen wir aber zu Erfahrungen gelangen, wenn nicht solche Bestimmungen getroffen werden,

(B) wie sie von uns beantragt worden sind? Wenn weiter alles den Anordnungen des Reichswehrministers überlassen bleibt, ist es unmöglich, solche Erfahrungen zu sammeln. Will man also ernstlich wirkliche Vertretungskörperschaften schaffen, so muß man den Weg beschreiten, den meine Freunde gewiesen haben. Ich war erstaunt, daß dieselben Einwendungen, die der Minister gemacht hat, vorhin auch schon vom Kollegen Schöpflin vorgetragen worden sind. Auch Herr Schöpflin hat nur erklären können, daß ihm unser Antrag an und für sich durchaus sympathisch sei. Er hat dann aber gemeint, die Schwierigkeiten seien so außerordentlich, daß man sich auf den Weg, den wir verlangen, nicht begeben könnte. Er sprach von technischen **Schwierigkeiten bei der Durchführung des Verhältniswahlsystems.** Ich bin erstaunt, solche Einwendungen gerade von einem Manne wie Herrn Schöpflin zu hören, der genau weiß, daß das Verhältniswahlsystem zum Beispiel in den Gewerkschaften trotz aller Zersplitterung der Gewerkschaften bis in die kleinsten Orte hinein bei Wahlen ohne Schwierigkeiten zur Anwendung kommt. Da haben es die deutschen Gewerkschaften verstanden, technische Schwierigkeiten ähnlicher Art zu beseitigen, wie sie sich aus der Zersplitterung der deutschen Soldaten in einzelnen kleinen Organisationen ergeben. Also Herr Kollege Schöpflin, wenn Sie ernstlich wollen, geht es durchaus.

Der Herr Kollege Rheinländer meinte gegenüber unseren Anträgen, wir sollten warten, ob sich Mißstände herausstellten. Das ist aber nicht die Aufgabe des Gesetzgebers, abzuwarten, bis sich Mißstände zeigen, sondern vorzusorgen, um zu verhüten, daß Mißstände eintreten; wenn Sie das wollen, müssen Sie den Weg beschreiten, den wir vorgeschlagen haben. Daß Herr v. Schoch sich gegen das Verhältniswahlsystem wendet, ist ja allerdings nicht verwunderlich. Ein alter Offizier wie Herr v. Schoch, dessen ganze Weltauffassung wir heute kennen gelernt haben, kann natürlich nicht verstehen, daß ein einfacher Soldat das gleiche Wahlrecht (C) haben soll wie ein Unteroffizier oder wie ein Offizier. Ich habe sehr wohl in Erinnerung, mit welchem Entsetzen Herr v. Schoch im Ausschuß und auch heute wiederum vortrug: Wo kommen wir hin, sagte er, wenn in der Wehrkammer auf 17 Unteroffiziere und 4 Offiziere 78 Soldaten kommen? Wo soll das Übergewicht der Offiziere zum Ausdruck kommen, wenn nur 4 Offiziere gegen 100 Mannschaften und Unteroffiziere stehen? — Das mag für Herrn Schoch etwas Undenkbares sein. Für uns ist es aber eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Angehörige der deutschen Armee, ob Soldat, ob Unteroffizier, ob Offizier, nur das gleiche Wahlrecht haben darf.

Meine Damen und Herren! Es ist mit den heute herrschenden Auffassungen unvereinbar, die alte Klassenscheidung, die in Preußen bis zur Revolution bestand, auch bei der Reichswehr durchzuführen. Es erscheint uns unmöglich, zahlenmäßig den Offizieren ein Übergewicht zu geben. Wir meinen, daß die Offiziere ein etwaiges geistiges Übergewicht hinreichend zur Geltung bringen können, wenn 4 Offiziere auf 17 Unteroffiziere und 78 Mann kommen. Wir wünschen also die völlige **Gleichstellung der Offiziere und Unteroffiziere mit den Mannschaften.** Wir wenden uns gegen jedes Privileg, das für Offiziere in Anspruch genommen wird.

Wir halten es aber weiter für notwendig, in das Reichswehrgesetz schon jetzt eine Reihe von Bestimmungen aufzunehmen, die eine Garantie dafür bieten, daß die **Angehörigen der Vertrauensmännerkörperschaft und der Heeres- und Marinekammer** ihre Auffassung vertreten können, ohne **disziplinarische Maßregeln** befürchten zu müssen. Im Ausschuß wurde von Herrn v. Schoch erklärt, daß Offiziere bei Versetzungen ihr Mandat zur Heeres- und Marinekammer niederzulegen hätten. Meine Damen und Herren! Wenn man den Vertrauensmännern der Soldaten bei Versetzungen das Mandat nimmt, dann (D) allerdings machen Sie von vornherein eine wirkliche Vertretung der Soldaten unmöglich. Mir scheint, daß bei der Militärverwaltung nicht das genügende Verständnis für die Notwendigkeit besteht, den Soldaten in der Wahl ihrer Vertrauensmänner freie Hand zu lassen. Sonst könnte ich mir nicht erklären, daß in den Bestimmungen über die Einrichtung der Heeres- und Marinekammer in Nr. 9 die Anordnung enthalten ist, daß in Schreiberstellen verwendete Unteroffiziere und Mannschaften nicht wählbar sind. Diese Bestimmung beruht doch wohl nur auf der Auffassung, daß die in Schreiberstellen verwendeten Unteroffiziere und Mannschaften etwas mehr von den Dingen verstehen wie die einfachen Soldaten. Die sachkundigeren Leute werden auf diese Weise einfach ausgeschlossen. Wir halten eine solche Bestimmung für unverträglich mit dem Rechte der freien Bestimmung ihrer Vertreter durch die Soldaten, und wir haben deshalb den Wunsch, daß mindestens die wenigen Bestimmungen des § 8 in das Gesetz hineinkommen, und daß einem neuen Reichsgesetz vorbehalten wird, alle übrigen Bestimmungen über Verfassung und Zuständigkeit der Heereskammer zu treffen.

Meine Damen und Herren! Zu unserm Erstaunen sind jetzt die Regierungsparteien gekommen — und ich bedauere, auch den Namen des Herrn Abgeordneten Haas unter diesem traurigen Antrag zu finden — mit dem Verlangen, den Absatz 3 dieses § 8 zu streichen. Die Demokraten haben ja leider gerade bei der Beratung dieses Reichswehrgesetzes eine ganze Reihe von Anträgen gestellt und Äußerungen getan, die einen Beitrag zur Beurteilung der Naturgeschichte der demokratischen Fraktion des deutschen Reichstags liefern.

(Ironische Zurufe von den Deutschen Demokraten: Ihre reaktionären Seelen!)

(Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter.)

(A) — Gewiß, wir haben die reaktionären Seelen der Demokraten kennengelernt! —

(Lachen bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist bei verschiedenen Gelegenheiten gerade im Reichswehrausschuß geschehen, und es wird bei der Beratung eines späteren Paragraphen über das Recht der Soldaten, Zeitungen zu halten, darüber noch weiteres zu sagen sein. Diese Herren Demokraten, die nach außen hin sich sehr häufig den Anschein gegeben haben, als ob sie gerade auch bei diesem Wehrgesetz die Rechte der Soldaten wahrnehmen würden — ich könnte auf Erklärungen eines Ihrer Parteifreunde draußen Bezug nehmen, was ich aber vorläufig vermeiden will —,

(Rufe von den Deutschen Demokraten: Immer los!)

— diese selben Herren kommen jetzt Arm in Arm mit der Deutschen Volkspartei und mit der Zentrumspartei und wollen die **Bestimmung** streichen, nach der die **Beschlüsse der Kammer dem Reichswehrminister und dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen** sind. Das ist den Herren Demokraten schon zu revolutionär; sie fürchten, es würde schon zu weit gehen, wenn auch nur die Beschlüsse der Kammer, dem Reichstag und dem Reichswehrministerium zur Kenntnis zu bringen sind.

Was haben die Herren für Argumente gegen den § 8?

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Warten Sie die Begründung ab!)

— Die Begründung, Herr Dr. Haas, hat schon Ihr Parteifreund Herr Geßler gegeben, der ja trotz des Ministerportefeuilles noch nicht aufgehört hat, zu Ihrer Partei zu gehören, und ich kann mir ungefähr vorstellen, Herr Kollege Haas, daß es etwa die gleichen Gründe sein werden, die Sie vorbringen werden.

Herr Geßler hat aus Mitleid mit dem Hause gemeint, gegen diese Bestimmung Stellung nehmen zu sollen. Er bedauerte uns und sich selber ob der Fülle (B) der Drucksachen, die Tag auf Tag auf uns hereinströmen, und er will mit seiner starken Hand uns vor einem noch größeren Zustrom von Drucksachen schützen. Ach, Herr Reichswehrminister, ich glaube, wir schützen uns allein gegen diesen Zustrom, indem wir sehr wohl zu unterscheiden wissen, was unter den Drucksachen wichtig und was unwichtig ist. Mir scheint, der Reichstag schaltet sich selber aus, wenn er hier von vornherein sagt, daß er diese Dinge erst gar nicht sehen will. Es ist sehr leicht für den Herrn Minister, hier von seiner Stelle aus zu sagen: wenn die Herren Interesse dafür haben, können sie ja von den Beschlüssen der Heeres- und Marinekammer Kenntnis nehmen. Wie soll dieser Wunsch aber praktisch erfüllt werden?

Wir sind etwas gewarnt durch das bisherige Verhalten der Reichsmilitärverwaltung; denn wir haben wiederholt im Ausschuß gehört, daß dies oder jenes uns zugänglich gemacht werden kann, zum Beispiel die Soldatenzeitungen und die Literatur, die den Soldaten gegeben wird. Wir haben aber bis heute von allen diesen Dingen nichts zu sehen bekommen, und darum möchten wir doch lieber das Recht des Hauses in den Bestimmungen des Abs. 3 festlegen.

Wer wirklich den Wunsch hat, daß die Angehörigen der Reichswehr das Recht erlangen sollen, sich jederzeit mit ihren Wünschen und Beschwerden an den Reichstag zu wenden, der muß für diese Bestimmung eintreten, die der Heeres- und Marinekammer eine besondere Möglichkeit gibt, die Interessen der Heeresangehörigen wahrzunehmen. Ich möchte deshalb davor warnen, die Bestimmung zu streichen, wie es der Herr Kollege Haas im Einverständnis mit den anderen Regierungsparteien vorschlägt.

Gestatten Sie mir noch, ein Wort zu den allgemeinen Ausführungen des Herrn Reichswehrministers zu sagen.

(C) Auf einen Zuruf von links, der sich auf die Soldatenräte bezog, hat der Herr Reichswehrminister erklärt, jeder anständige Soldat habe von den **Soldatenräten** genug.

(Sehr richtig! rechts.)

— Ja, daß Sie, Herr Kollege Brüninghaus —

(Zuruf: Ich habe es gar nicht gesagt! — Heiterkeit)

— oder Ihr Hintermann, der ja Ihrer Fraktion angehört, daß Sie beide solche Auffassungen vertreten, das nimmt mich nicht wunder.

(Rufe rechts: Selbstverständlich!)

— Ja, das ist bei Ihrer reaktionären Haltung selbstverständlich.

(Erneute Zurufe rechts.)

— Ich spreche ja gar nicht von Ihnen. — Aber daß der Herr Reichswehrminister eine solche Äußerung tut, das ist schon immerhin etwas bedauerlicher. Gewiß kann niemand sagen, daß alles, was die Soldatenräte getan haben, das alles, was irgendwo in Deutschland ein Soldatenrat getan hat, Beifall finden muß. Aber, meine Damen und Herren, nicht darum kann es sich handeln. Der Herr Reichswehrminister hat in solcher Allgemeinheit von den Soldatenräten gesprochen und gemeint, daß jeder anständige Soldat an ihnen genug habe, daß ich mich doch genötigt sehe, das **Verdienst der Soldatenräte** gegenüber dem Reichswehrminister hervorzuheben. Diese Verdienste bestehen nicht nur darin, daß sie das deutsche Heer zurückgeführt haben,

(sehr wahr! auf der äußersten Linken; Lachen rechts)

— sie bestehen nicht nur darin, daß die Soldatenräte kostbares Heeresgut bewahrt haben, als zahlreiche Offiziere die Flucht ergriffen hatten, ihr Verdienst besteht auch darin, daß sie Arm in Arm mit den Arbeiterräten die deutsche Revolution durchgeführt haben; und dieses Verdienst der Arbeiter- und Soldatenräte wollen wir nicht im geringsten beeinträchtigen lassen.

(D) Der Herr Reichswehrminister hat dann weiter noch allgemeine Ausführungen gemacht: **Disziplin und Gehorsam** seien **die Grundpfeiler der Armee.** Man könnte sich bis zu einem gewissen Grade über diese Äußerung mit dem Herrn Reichswehrminister verständigen, wenn sie nicht in einer Weise gefallen wäre, daß man sie auffassen muß als eine Rechtfertigung der Disziplin und des Gehorsams, den wir aus der kaiserlichen Armee kennen; und gegen solche Disziplin und solchen Gehorsam müssen wir allerdings, wenn er der deutschen Reichswehr aufoktroyiert werden sollte, ganz entschieden Einspruch erheben. Das deutsche Volk hat im Weltkriege gesehen, wohin dieser Kadavergehorsam der preußischen Armee geführt hat,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wir wollen nicht Mitschuldige daran werden, daß ein solcher **Kadavergehorsam** in die Reichswehr einzieht. Um dem entgegenzutreten, haben wir gerade den Wunsch, den Reichswehrsoldaten die Rechte zu geben, die die Deutschen außerhalb der Reichswehr besitzen. Wir sind gegen den Zwiespalt, den man zwischen dem deutschen Volk und den deutschen Soldaten aufrecht erhalten will; wir wünschen, daß diese Kluft beseitigt wird. Wir wissen sehr wohl, daß in der Reichswehr heute noch die monarchistischen Elemente tonangebend sind, wir wissen, daß ganz besonders die Offiziere überwiegend Monarchisten sind. Ihnen ein Gegengewicht zu schaffen ist aber nur dann möglich, wenn wir aus den deutschen Soldaten freie Männer zu machen versuchen: und dazu ist notwendig, daß ihnen die Rechte gegeben werden, die wir beantragt haben. Wollen Sie wirklich aus der deutschen Reichswehr ein Mittel machen, dessen sich die deutsche Republik bedienen kann in den Stunden, wo die Monarchisten anstürmen werden, dann ist es notwendig, die Paragraphen so zu gestalten, wie wir es beantragt haben. Nur dann kommen wir zu dem Ziel, das uns hier vorschwebt: die republikanische

(Dr. Rosenfeld, Abgeordneter.)

(A) deutsche Armee den deutschen Republikanern, den deutschen Arbeitern!

(Bravo! auf der äußersten Linken.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Der Abgeordnete Dr. Haas (Baden) hat das Wort.

Dr. **Haas** (Baden), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe von dem Herrn Abgeordneten Rosenfeld das Zeugnis ausgestellt bekommen, daß ich mit meinen Freunden außerordentlich reaktionär geworden sei. Das Urteil läßt mich aus einem ganz besonderen Grunde ziemlich kühl. Ich habe neulich schon dem Herrn Abgeordneten Rosenfeld oben im Ausschuß gesagt, es sei merkwürdig, bei den Ausschußberatungen nehme er im wesentlichen einen ruhigen und sachlichen Standpunkt ein; dagegen kenne man ihn nicht mehr, wenn er hier von diesem Platze aus spreche.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es geht Herrn Abgeordneten Dr. Rosenfeld so, wie manchem anderen auch: dieser Platz übt eine ganz merkwürdige Wirkung auf manche unserer Kollegen aus.

(Heiterkeit. — Sehr richtig!)

Ich möchte einmal einen medizinischen Verdacht aussprechen; vielleicht mache ich eine große Entdeckung. Ich habe den Eindruck: hier irgendwo müssen sich ganz besonders geartete Bazillen befinden, Bazillen, die, je nachdem einer veranlagt ist, ihm ins Hirn gehen, so daß er dann plötzlich ganz wild und rasend wird, während er sonst ein ganz normaler und sachlicher Mensch ist.

(Heiterkeit.)

Der eine oder andere ist eben mehr oder weniger für die Bazillen empfänglich.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Ich will mich nun bemühen, die Dinge, die wir hier zu besprechen haben, (B) möglichst ruhig zu besprechen. Zunächst einige Bemerkungen zu dem Antrag Schultz und Genossen, daß in § 1 die Worte „**Wehrmacht der Deutschen Republik**" zu beseitigen sind. Wir lehnen diesen Antrag ab. Ich mache zunächst noch einmal in aller Schärfe darauf aufmerksam, daß das — schon Herr Abgeordneter Schöpflin hat es ausgeführt —, was die Herren oben im Ausschuß zur Begründung gesagt haben, etwas wesentlich anderes war, als wir heute im Plenum gehört haben. Oben im Ausschuß ist ganz klar gesagt worden: wir rechnen damit, daß die Republik wieder beseitigt wird, und deswegen wünschen wir nicht, daß in irgendeiner Form von dem Wort „Republik" Gebrauch gemacht wird. Diese Begründung allein und diese Taktik

(Zuruf rechts)

— Sie nicht, ein anderer Kollege hat es gesagt — zwang uns zu der Forderung, daß das Wort „Republik" in diesem Zusammenhange gebraucht wird.

Nun lassen Sie mich aber noch etwas anderes sagen. Sprechen wir ganz objektiv und rein sachlich miteinander, reden wir nicht aneinander vorbei. Dann scheint es mir so zu liegen: derjenige, der glaubt, daß in drei oder in vier oder in fünf Jahren mit Gewalt oder auf verfassungsmäßigem Wege die Monarchie wiederhergestellt wird und der an und für sich in der Monarchie die für das deutsche Volk bessere Staatsform erblickt, hat von seinem Standpunkt aus vollständig recht, wenn er sagt: ich wünsche, daß das Wort „Republik" möglichst wenig gebraucht wird, ich wünsche nicht, daß die Republik irgendwie populär gemacht wird. Wenn Sie also glauben, daß in absehbarer Zeit, sagen wir einmal, in einem Zeitraum von 5 Jahren, die Monarchie wiederhergestellt wird, dann haben Sie mit Ihrem Standpunkt recht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie etwa zu dem (C) Ergebnis kommen sollten, daß wir auf weite Zeiträume hinaus mit der Republik als der deutschen Staatsform rechnen müssen, dann hätten Sie doch von Ihrem konservativen Standpunkt aus allen Anlaß zu überlegen, ob es nicht im Interesse des Staats, seiner Autorität und seiner Kraft notwendig sei, den Begriff der Republik im deutschen Volke populär zu machen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Vielleicht wollen wir, wenigstens in dieser einen Beziehung, dasselbe wie Sie: wir wollen einen starken Staat, wir wollen einen Staat, in dem die Regierung Autorität besitzt. Sie wollen, wie ich annehme, dasselbe, obwohl ihre Kampfesmethoden sehr häufig das Ansehen und die Autorität des Staats schwächen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn Sie aber damit rechnen müssen, daß die Republik für lange Jahre die Form des deutschen Staats ist, vielleicht die letzte Form ist, in der ein einiger deutscher Staat möglich ist,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

dann haben Sie die Pflicht, mit uns dafür zu sorgen, daß das Wort „Republik" Bedeutung im Volke gewinnt,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

nnd dann haben Sie die Pflicht, mit uns dafür zu sorgen, daß der Soldat weiß, daß er der Republik dient, daß der Soldat weiß, daß die Republik nicht ein verächtlicher und verabscheuenswürdiger Begriff ist, sondern daß Sie ihn in die Lage versetzen, mit Freude und mit ganzem Herzen der Republik zu dienen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie schwächen den Staat, Sie schwächen seine Autorität, und Sie schädigen die Zukunft des deutschen Volks, wenn Sie immer und immer wieder die Republik verächtlich (D) machen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

wenn Sie dafür kämpfen, daß der Begriff der Republik überhaupt nicht populär wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Kollege v. Gallwitz hat gesagt, er habe ja auch nicht gewollt, daß das Wort „Monarchie" in das Gesetz hineinkommt. Selbstverständlich, zurzeit kann man einen solchen Antrag nicht stellen. Aber, Herr Kollege v. Gallwitz, reden wir auch hierbei nicht aneinander vorbei. Ich frage Sie folgendes: wenn wir die Monarchie noch hätten oder wenn wir wieder die Monarchie bekommen würden, würden Sie es dann nicht für notwendig halten, den Begriff „kaiserlich und königlich" möglichst oft zu gebrauchen,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

der Truppe zu sagen: ihr steht in einem besonders engen Verhältnis zur Person des Monarchen? Herr Kollege v. Gallwitz, das würden Sie verlangen, und Sie würden es mit Recht verlangen; denn das ist in der Monarchie psychologisch das Richtige. In der Republik ist es psychologisch das Richtige, daß das Wort „Republik" gebraucht wird, daß das Wort „Republik" populär gemacht wird.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn Sie diese Fragen einmal so von Ihrem konservativen Standpunkte aus durchdenken würden, so würden wir uns, glaube ich, dabei besser verstehen.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe rechts.)

— Herr Kollege Brüninghaus! Es handelt sich nicht für Sie um Worte und nicht für uns um Worte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. Haas [Baden], Abgeordneter.)

(A) Es handelt sich auch nicht um einen Schönheitsfehler, von dem gesprochen worden ist, sondern es handelt sich um eine ganz klare politische Frage.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Sie wollen nicht, daß das Wort „Republik" gebraucht wird; Sie wollen nicht, daß die Republik populär gemacht wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind, weil wir auf die Dauer mit dieser Staatsform rechnen, der Meinung, daß es im Interesse des Staats notwendig ist, die Republik populär zu machen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß auch heute wieder der **Streit um die Flagge** ganz unnötigerweise entfacht worden ist.

(Zustimmung und Zurufe bei den Deutschen Demokraten: Zum Schaden der Flagge!)

Nirgends in dem ganzen Gesetz ist von der Flagge die Rede. Warum also jetzt wieder dieser Streit?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun hat der Herr Kollege v. Schoch gesagt, er gebrauche keine harten Worte gegen die Flagge schwarz-rot-gold. Ich weiß, daß Sie einen sachlichen, ruhigen Standpunkt einnehmen. Aber draußen wirken Ihre Worte anders.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Draußen werden ihre Worte den Widerstand gegen die verfassungsmäßigen Hoheitszeichen der Republick stärken.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun lassen Sie mich Ihnen noch eins sagen. Wir dürfen, wenn von der Flagge gesprochen wird, auch einmal die Frage aufwerfen: warum hat man denn im Jahre 1871 die alte Fahne des deutschen Volks und des deutschen Einheitsgedankens, die Fahne schwarz-rot-gold, nicht zum Hoheitszeichen des Deutschen Reichs gemacht? Darin (B) lag doch auch eine ganz bestimmte, klare Tendenz.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Man wollte nicht den Eindruck, als ob ein Zusammenhang zwischen dem neuen Reich und den Freiheitsgedanken der Männer bestände, die durch die Freiheitskriege hindurch und nach den Freiheitskriegen die Gedanken der deutschen Einheit und der deutschen Freiheit gepflegt haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Aber auch hier lassen Sie mich einen ganz konservativen Gedanken aussprechen. Wir haben, nachdem nun einmal die Farben schwarz-rot-gold die Farben des deutschen Staats geworden sind, ein Interesse daran, daß diese Farben geachtet und respektiert werden, daß auch diese Farben etwas bedeuten im Herzen der deutschen Bürger.

Und nun, meine Damen und Herren, einige wenige Worte zu der **Frage der Landsmannschaften.** Wir freuen uns darüber, daß der landsmannschaftliche Zusammenhang im Reichswehrgesetz betont wird. Wir glauben, daß aus den landsmannschaftlichen Zusammenhängen ganz besondere Kräfte für die Reichswehr gewonnen werden können. Wir haben manchmal in der alten Armee den Eindruck gehabt, daß man zu sehr die Bedeutung der landsmannschaftlichen Kräfte unterschätzt habe.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer Soldat war, der weiß, was unter Umständen der Dialekt in der Truppe bedeuten kann, was es ausmacht, wenn der Vorgesetzte dieselbe Sprache spricht wie der Mann, wenn sie sich gegenseitig dadurch näher kommen, daß sie nicht, wenn ich so sagen darf, in fremden Idiomen miteinander sprechen.

Ich habe schon oft darauf hingewiesen, wenn ich hierüber sprach, und darf es heute noch einmal. Ich habe als ich im Jahre 1894 in Heidelberg Soldat war, schon damals die Beobachtung gemacht, daß die Truppe (C) badische Grobheiten von einem badischen Offizier schmunzelnd hingenommen hat. Ein hartes Wort aus norddeutschem Munde, das gar kein Schimpfwort war, hat den Mann erregt und gekränkt. **Der Dialekt bedeutet unendlich viel.**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Aber wir sind uns auch darüber klar, daß die Reichswehr klein ist und es deshalb notwendig sein wird, daß Versetzungen durch die einzelnen Formationen hindurch erfolgen. Es wird — das lassen Sie mich auch aussprechen — insbesondere im Hinblick auf gewisse Vorkommnisse der letzten Zeit dringend notwendig sein, daß die oberste Gewalt wirklich in der Hand des Reichspräsidenten, also in der Hand der Zentralstelle sich befindet.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

In diesem Zusammenhang darf man auch ein Wort sagen, weil ja besonders wilde Ausdrücke hierüber gefallen sind, über die **Bedeutung der Abzeichen.** Es steht in dem Gesetz, daß der Landeskommandant die landsmannschaftlichen Abzeichen zu bestimmen hat. Wenn Herr Kollege Dr. Rosenfeld noch im Hause ist, will ich ihm sagen, daß ich sogar so reaktionär bin, daß ich mich darüber freue, daß die badischen Soldaten gelb-rot-gelbe Abzeichen tragen. Ich habe die Erregung der Herren hier nicht begriffen. So viel ich weiß, tragen die Truppen der russischen Roten Armee den Sowjetstern. Und so viel ich weiß, begeistert man sich in ihren Reihen gelegentlich für eine rote Fahne. Derartige Symbole bedeuten nun einmal etwas bei den Menschen. Sie mögen sich für das eine Symbol erwärmen und die Herren hier für ein anderes. Daß man sich aber geradezu gegenseitig für verrückt hält, weil man die Bedeutung von Symbolen überhaupt anerkennt, ist mir unverständlich. (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sehr viele Menschen freuen sich eben an den alten Symbolen. Ich freue mich über das gelb-rot-gelb bei den badischen Soldaten und schäme mich nicht, das ganz offen auszusprechen. Lassen Sie mich noch ein weiteres sagen. In der Verwendung dieser Symbole, dieser besonderen Abzeichen, liegt auch wieder eine ganz besondere militärische Kraft. Eine Truppe, die sich sagt, ich will jetzt einmal zeigen gerade unter diesem Abzeichen, daß wir besondere Kerle sind, wird unter Umständen besonders viel leisten. Ich will Ihnen aber auch etwas erzählen, was gar nicht kriegerisch klingt. Mir wurde einmal in einem der besetzten Gebiete im Osten von Leuten dort gesagt: „Oh, wenn doch nur wieder Badener da wären; die waren so freundlich mit der Bevölkerung; jeder hat es so gut verstanden, mit uns zu verkehren". Darüber habe ich mich als Badener gefreut. Auch damals sah ich, daß vielleicht die landsmannschaftliche Zusammenfassung ein besonderes Pflichtgefühl und Ehrgefühl schafft.

Nun die **Heeres- und Marinekammern!** Es sind von Dr. Rosenfeld scharfe Angriffe erhoben worden, weil wir beantragen, **§ 8 Abs. 3** zu streichen. § 8 Abs. 3 lautet:

> Die Beschlüsse der Kammer sind dem Reichswehrminister und dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

Wir beantragen die Streichung dieses Absatzes aus formaljuristischen und formalverfassungsmäßigen Gründen. Wir können jetzt noch nicht erkennen, ob es zweckmäßig ist, ein unmittelbares Verhältnis zwischen Heeres- und Marinekammer einerseits und dem Reichstag andererseits herzustellen. Zwischen anderen berufsständischen Kammern und uns besteht dieses unmittelbare Verhältnis nicht. Ob wir der Heeres- und Marinekammer eine andere und besondere Stellung einräumen sollen, — meine Freunde

(Dr. Haas [Baden], Abgeordneter.)

(A) und ich sind nicht klug genug, um diese Frage jetzt schon beantworten zu können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn wir arbeiten hier auf einem völlig neuen Gebiet.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir wissen noch gar nicht recht, was die Heeres- und Marinekammer werden wird. Es gibt Leute, die gegen die Einrichtung schwere Bedenken haben; andere versprechen sich viel von ihr. Ja, wir müssen doch überhaupt erst lernen, wie das Freiwilligenheer auszugestalten ist. Die Heeresverwaltung steht doch vor völlig neuen Problemen, und genau so bewegen wir uns mit dieser Einrichtung der Heeres- und Marinekammer auf einem ganz neuen Weg. Nun wollen Sie sagen: so und so muß es gemacht werden! Und wir sagen: nein, wir warten sehr ruhig zu,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

wir haben den Reichswehrminister, der uns parlamentarisch verantwortlich ist,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und wir haben parlamentarische Macht und können die Dinge so führen, wie wir sie geführt haben wollen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Daß der Reichswehrminister selber die Beschlüsse der Kammer bekommt, ist selbstverständlich, und wenn wir glauben, daß wir sie bekommen sollen, ei, dann verlangen wir sie.

Ich gehe aber noch weiter: ich würde es für nützlich halten, wenn diejenigen, die sich für Militärfragen interessieren, also die Militärreferenten, nicht nur die Beschlüsse bekommen würden, sondern das Stenogramm der Verhandlungen. Ich kann mir sogar denken, daß man die Geschäftsordnung der Heeres- und Marinekammer so ausbaut, daß die Militärreferenten das Recht haben, den Verhandlungen an Ort und Stelle anzuwohnen, um unmittelbar zu hören, was vorgebracht wird.

(B) Aber das sind doch alles Dinge, für die man zunächst einmal Erfahrungen sammeln muß. Wir stehen vor etwas vollständig Neuem, und deshalb lehne ich es ab, daß wir uns in allen Einzelheiten binden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Außerdem sage ich folgendes: ganz gleichgültig, welche Stellung die Heeres- und Marinekammer bekommt — wir würden wünschen, daß sie ein segensreiches und nützliches Instrument wird —, gleichgültig, wie ihr Einfluß sein wird, der Verkehr zwischen uns und der Heeres- und Marinekammer wird verfassungsmäßig immer über den Reichswehrminister gehen müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich kann mir nicht denken, daß die Heeres- und Marinekammer gewissermaßen so eine Art Anhängsel vom Reichstag wird. Wir kennen lediglich den Reichswehrminister.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Er ist uns verantwortlich, an ihn halten wir uns, und wenn wir etwas von der Heeres- und Marinekammer wissen wollen, dann stellen wir diese Forderung an den Reichswehrminister. Das scheint mir verfassungsmäßig der richtige Weg zu sein.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn man diesen Standpunkt einnimmt, hat man es ganz gewiß nicht verdient, nun als wilder Reaktionär verschrieen zu werden. Das war auch wieder einmal — man wird wohl deshalb nicht zur Ordnung gerufen werden; ich meine es nicht bös — ganz dumm mit Kanonen nach Spatzen geschossen. Es ist nämlich eine Frage, über die man ohne Rücksicht darauf, ob man konservativ oder Sozialdemokrat, Demokrat oder Zentrumsmann ist, den einen oder den anderen Standpunkt einnehmen kann. Wir halten es verfassungsmäßig für richtig, daß der Abs. 3 verschwindet.

(C) Aus ähnlichen Gründen kommen wir zur Ablehnung der Anträge der Unabhängigen auf Nr. 1685 und der Anträge der Mehrheitssozialisten auf Nr. 1686 der Drucksachen. Es handelt sich um das **Wahlrecht für die Wahl der Vertrauensleute** und um das **Wahlrecht zur Heeres- und Marinekammer.** Wie man im Wege des Proportionalwahlrechts und des allgemeinen Wahlrechts die Vertrauensleute wählen soll, ist mir im Augenblick nicht klar. Aber auch da sage ich: warum sollen wir uns denn Fesseln anlegen? Die ganze Materie ist schwer, da die Truppe stark disloziert ist. Warten wir doch einmal ab, wie das Reichswehrministerium das regelt, und wenn uns die Regelung nicht genehm ist, werden wir mit dem verantwortlichen Reichswehrminister reden müssen. Genau so geht es mir bei dem Wahlrecht zur Heeres- und Marinekammer. Ob man dritteln soll — Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften — oder ob man ein anderes Wahlsystem schaffen will, das den Mannschaften und den Unteroffizieren einen größeren Einfluß bietet, — eins ist jedenfalls sicher: so kann man's nicht machen, daß der Einfluß der Offiziere in der Heeres- und Marinekammer überhaupt nicht in die Erscheinung tritt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn es nämlich so gemacht würde, dann wäre von vornherein die Heeres- und Marinekammer zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt, weil sie dann die Meinung einer wichtigen Gruppe in der Armee nicht in die Erscheinung treten läßt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Selbstverständlich muß in den Verhandlungen und in den Beschlüssen der Heeres- und Marinekammer auch zum Ausdruck kommen, daß eben der **Offizier** eine **besondere Stellung in der Truppe** hat und haben muß. Aber wie man nun das Wahlrecht und das Kräfteverhältnis verteilt, das wird sehr gründliche Überlegungen und Untersuchungen nötig machen; ich sage auch hier wieder: ich bin nicht so gescheit, um jetzt schon übersehen zu können, wie das in allen Einzelheiten gemacht werden soll, und deswegen lehne ich es ab, daß wir uns selber Fesseln anlegen. (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ja, Sie arbeiten eben immer wieder — und das ist der große Fehler dieses Parlaments — so, als ob wir im alten Obrigkeitsstaat wären.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Sie verkennen, daß Sie selber die Macht in der Hand haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir warten ganz ruhig ab, wie die Dinge vom Reichswehrminister behandelt werden, und wenn er eine Lösung findet, die uns nicht genehm ist, dann verlangen wir eine Änderung; und wenn sich die Mehrheit nicht mit ihm verständigen kann, dann werden die parlamentarischen Konsequenzen gezogen werden müssen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Aus diesen Gründen lehnen wir diese Anträge ab.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Im übrigen hoffen wir, daß die neue Einrichtung der Heeres- und Marinekammer, der wir mit Vertrauen entgegenkommen, der wir auch wünschen würden, daß ihr das Reichswehrministerium mit Vertrauen entgegenkommt, mithilft, uns die Truppe aufzubauen als Truppe mit gutem soldatischen Geist,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

daß sie auch mithilft, die Truppe mit dem zu erfüllen, was sie braucht: mit unbedingter Verfassungstreue.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

(A) Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Däumig.

Däumig, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist eine Pikanterie der Weltgeschichte, daß just an demselben Tage, an dem vor 73 Jahren der alte preußische Absolutismus unter den Rebellenschüssen von den Barrikaden Berlins zusammenbrach, hier endgültig ein Staatsprinzip zu Grabe getragen wird, das lange Jahre, ja, Jahrzehnte hindurch als unverwüstlich und unerschütterlich erschien, das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das Reichswehrgesetz ist nichts anderes als die Todesurkunde für das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, das ja gleichsam das Rückgrat, das Nervensystem des alten imperialistischen Deutschlands war, und der einfache Satz des § 1, der das noch einmal feststellt, ist eben der Schlußpunkt unter einer ganz bestimmten, nicht wieder zu erweckenden historischen Epoche.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Jetzt treten wir in ein Zwischenstadium der geschichtlichen Entwicklung ein, in dem militärisch die Form des Berufssöldnerheeres, die Einrichtung des Söldnerheeres für Deutschland zur Geltung kommen soll, die jetzt in diesem Gesetz paragraphiert, staatsrechtlich und juristisch festgelegt werden soll.

Wenn man die Dinge nicht bloß aus dem engen Horizont der Parteipolitik betrachtet, so sollten gerade die Herren, die auf das demokratische Prinzip schwören, einsehen, daß es ein eigenartiges Zusammentreffen ist, daß in einer Zeit, in der rein formal das Prinzip der Demokratie in dieser republikanischen Staatsform zum Ausdruck kommt, in das allgemeine Wahlrecht auf allen Gebieten formal vorhanden ist, gerade da das Korrelat (B) der Demokratie, die allgemeine Wehrpflicht, von Ihnen aufgegeben werden soll. Sie können auch nicht sagen, daß das deshalb geschieht, weil es, durch die Entente im Friedensvertrag vorgeschrieben, nun in das Wehrgesetz hineingekommen ist, aus den Erwägungen, die durch den Friedensvertrag dem Reichswehrministerium aufgezwungen worden sind, — nein, weltgeschichtlich betrachtet, ist überhaupt das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht überwunden, und selbst wenn die Paragraphen des Friedensvertrages es nicht verlangten, würde doch das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht nicht aufrechtzuerhalten sein, weil auf der Unterlage eines zerwühlten, aufgerüttelten, völlig dem Verfall entgegengehenden Wirtschaftslebens die Demokratie nicht das Ideal sein kann, wie man es sich in vergangenen Jahrzehnten vorgestellt hat.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht geht zu Bruch. Überall, in allen Ländern gleichmäßig, kommt das Prinzip des Söldnerheeres mehr zur Geltung. Frankreich und Amerika haben sehr schnell mit der allgemeinen Wehrpflicht aufräumen müssen, als der Weltkrieg beendet war, aus der Tradition ihrer Länder heraus und den sozialen Unruhen in diesen Ländern. Die anderen Länder, wo die allgemeine Wehrpflicht noch besteht, trauen nicht mehr den Heeresteilen, die aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgegangen sind. Überall schafft man sich Formationen, die dazu dienen sollen, den sozialen Krieg im Lande im Interesse der Besitzenden und Herrschenden zu führen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn soviel von der schwarzen Schmach gesprochen wird, so vergessen Sie das eine nicht, meine Herren, daß genau so wie im Rheinland und Westfalen Marokkaner und Senegalneger liegen, genau so **Marokkaner- und Senegalneger um Paris** herumliegen, mit denen die französische (C) Regierung, die Bourgeoisieregierung, die Fleisch ist von Ihrem Fleisch, bereit ist, die revolutionären Arbeiter von Paris zu bekämpfen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wenn in Italien noch allgemeine Wehrpflicht besteht, so sind daneben auch noch Formationen geschaffen worden, die die Unzulänglichkeit des Heeres in inneren Kriegen wettmachen sollen, die guardia reggia neben den Karabinierie und den Questurien, die die Kämpfe gegen die Arbeiterschaft durchführen sollen. Sie sind also Beweis dafür, daß die Zeit der allgemeinen Wehrpflicht endgültig vorüber ist, daß wir in den schärfsten Kampf der sozialen Klassen gegeneinander eingetreten sind, und daß dieser Kampf auch einwirkt auf Heeresform, Heeresverfassung, Heeresorganisation und Heeresverwendung.

Wir lehnen dieses Gesetz ab um seines Verwendungszweckes willen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir lehnen es einmal darum ab, weil es seiner ganzen Struktur nach und nach dem Willen der Ententeherren sowohl wie auch der Herren der kapitalistischen Regierung in Deutschland ein Instrument sein soll, um die revolutionären Kräfte des eigenen Landes mit Gewalt niederzuhalten.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich bin überzeugt, daß die Entente nach sicher sehr eingehenden Beratungen aller militärischen Autoritäten, von Foch angefangen, diese Forderungen in den Friedensvertrag hineingebracht hat — es sind ja keine dummen Politiker —, daß sie sich ihre klaren Pläne über den Verwendungszweck dieser Reichswehr gemacht hat. Wenn es der Entente bloß darauf angekommen wäre, der besiegten deutschen Regierung nur soviel Machtmittel zur Verfügung zu lassen, als notwendig sind, um den Polizeidienst aufrechtzuerhalten, dann hätte sie schließlich über- (D) haupt kein Heer mehr zugelassen. Sie hat dieses Heer, dieses Berufsheer, dieses Rahmenheer allein aus Erwägungen zugelassen, die in den weltpolitischen Direktiven der Entente liegen. Wir sind überzeugt, daß dieses **Rahmenheer mit seinen 100 000 Mann** zunächst einmal mit seinen Formationen der Entente unter Umständen dazu dienen soll, aufgefüllt zu werden, um als **Soldtruppe des Ententekapitals gegen Sowjetrußland** zu kämpfen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir sind fest überzeugt davon, weil wir eine ganze Reihe von Äußerungen auch aus französischen und englischen Kreisen haben, die auf diese Verwendungsabsichten schließen lassen. Das ist für uns ein ganz besonderer Grund, um uns gegen dieses Gesetz um dieses Verwendungszwecks willen zu wenden.

Aber es kommt weiter der **Verwendungszweck für das Inland** in Betracht. Das haben Lloyd George und die anderen Größen des Ententekapitals in Paris und London und Spa gesagt: der Verwendungszweck dieses 100 000-Mann-Heeres ist, die deutsche Arbeiterschaft niederzuhalten, und darauf ist alles zugeschnitten. All die Katzbalgerei zwischen monarchischen und republikanischen Prinzipien, die hier eine so große Rolle spielen, kommt für uns wahrhaftig nicht in Betracht. Wir bringen weder der Monarchie noch der kapitalistischen Republik so großes Vertrauen entgegen, daß wir uns hier im Anschluß an dieses Gesetz darüber aufregen sollten. Wir haben jetzt in Deutschland eine zweijährige Periode gehabt, in der das Kondottieriesystem mit den Freiwilligenformationen ganz besonders in Erscheinung trat. Diese Periode scheint jetzt abgeschlossen zu sein, es kommt die Zeit, wo das Wehrgesetz die Grundlage der deutschen Militärmacht und damit der deutschen Staatsmacht bilden soll.

(Däumig, Abgeordneter.)

(A) Meine Herren, es gibt Militärs, die dieses Berufsheer jetzt mit sehr freundlichen Augen ansehen, seine Schaffung sogar freundlich begrüßen. Es ist nicht von ungefähr, daß in zwei Artikeln, die ein Oberstleutnant und ein Generalmajor in einer Zeitschrift veröffentlicht haben, gleichzeitig ein Motto vorgesetzt worden ist, das aus dem Buche des Herrn v. d. Goltz entnommen worden ist: „Das Volk in Waffen", in dem es heißt:

> Man ahnt jetzt eine Zeit, wo die Millionenheere der Gegenwart ihre Rolle ausgespielt haben. Ein neuer Alexander wird erstehen, welcher mit einer kleinen Schar trefflich gerüsteter und geübter Männer die kraftlose Masse vor sich her treibt, wenn sie in dem Bestreben, immerfort anzuwachsen, die richtigen Grenzen überschreitet usw.

Das sind so die Anschauungen, die jetzt in Berufsoffizierskreisen im Anschluß an das Berufsheer leben. Alle diese schönen Dinge von Schutz des deutschen Volks und Schutz der Republik und was alles jetzt hier im Zusammenhang mit diesem Wehrgesetz gesagt wird, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß man hier in diesem Wehrgesetz zwei weltentfernte Anschauungen verbinden will: die demokratische Anschauung und die rein militärisch-monarchistische Anschauung. Alle diese Versuche, diesem Wehrgesetz demokratische Schönheitspflästerchen aufzupappen, werden in der Praxis selbstverständlich scheitern. Denn in der Armee hat der Kreis und die Schicht die ausschlaggebende Macht, die die Befehlsgewalt in Händen hat, und die Befehlsgewalt liegt in den Händen der Offiziere, die durch eine Schule gegangen sind, die vollständig monarchistisch, vollständig militaristisch eingestellt war. Man darf von den monarchistischen Offizieren rein menschlich nicht verlangen, daß sie nun ohne weiteres begeisterte Republikaner sein sollen,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

(B) und da man das nicht verlangen kann, muß man sich, wenn man auf einem anderen politischen Boden steht, sagen: mit Männern, die diese Anschauungen vertreten, gibt es eben nur einen Kampf auf Leben und Tod.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Welcher Geist ist in diesem Offizierkorps des republikanischen Zukunftsheeres, wie es im Wehrgesetz geschaffen werden soll, lebendig? Es sind dieselben alten Traditionen, die auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs zerstäubt sein sollten. Besonders charakteristisch dafür ist das, was Herr v. Schoch heute hier aus seiner alten militärischen Denkweise heraus geäußert hat: der Wunsch, **die alten Abzeichen** wieder zu haben, den alten Geist wieder lebendig zu machen, war bei ihm so stark — was ja menschlich durchaus verständlich ist —, daß er das jetzt auch in das Gesetz über das Heer der deutschen Republik hineinbringen wollte. Ja, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß durch diese Traditionen der Weltkrieg nicht einen blutigen Strich gezogen hat, sondern wenn man nun die Trümmer der Vergangenheit hineinnehmen will in die neue Zeit, dann kann man sich allerdings mit diesem Gesetz nicht abfinden, sondern muß dagegen im Sinne der alten Traditionen ankämpfen. Was soll es denn heißen, wenn jetzt das braunschweigische Kontingent verlangt, seine alten Abzeichen wieder zu haben, den Totenkopf und das Band mit der Aufschrift „Quatrebras", „Waterloo" usw. Da sollte man denn auch ganz konsequent sein und ihnen auch die schwarze Uniform wiedergeben. In dem Liede der alten Braunschweiger hieß es ja: „Ganz schwarz sind wir montiert und hellblau ausstaffiert." Nein, meine Damen und Herren, es kommt etwas ganz Neues aus der Tiefe hervor, und man kann mit den alten Begriffen der Vergangenheit nicht weiter arbeiten.

(Zurufe rechts.)

— Die Dinge liegen einmal so, und es ist ein Unglück für das deutsche Volk, daß man nicht rechtzeitig und (C) richtig den Schluß aus den Erfahrungen der Geschichte zu ziehen versteht.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Verwendungszweck dieses Heeres ist derart, daß wir das Gesetz unter allen Umständen ablehnen, selbst wenn hier und da noch einige republikanische Schönheitspflästerchen draufkommen, wenn zum Beispiel die Wehrkammer als ein republikanisches Sicherungsmittel in das Gesetz hineingearbeitet worden ist. Wir betrachten diese Wehrkammer als ein militärisches Seitenstück zu dem schönen Betriebsrätegesetz, das man im Wirtschaftsleben eingeführt hat

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

als eine kleine Konzession an neuzeitliche Gedanken, aber so jammervoll, daß der eigentliche Wesenskern dieses Gedankens vollständig verhunzt wird. Sie mögen nun das Wahlrecht so oder so gestalten, so wird diese Wehrkammer doch an dem eigentlichen Charakter des Heeres nicht das mindeste ändern.

Der Herr Reichswehrminister hat vorhin von den **Soldatenräten** gesprochen und hat einen Ausspruch getan, den der Herr Abgeordnete Rosenfeld schon kritisiert hat. Ich finde, daß die Herren den Soldatenräten des Jahres 1918 gegenüber sehr undankbar sind. Ich kenne die Dinge ein wenig und möchte sagen: wenn die Soldatenräte nur einen Schimmer von der Aufgabe gehabt hätten, die sie als revolutionäres Element hatten, dann säßen Sie (nach rechts) nicht hier.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten.)

Die Soldatenräte, die rein elementar infolge des Zusammenbruchs aus der Erde hervorschossen, hatten zu 99 Prozent keine Ahnung von dem staatsrechtlichen, politischen und sozialen Inhalt der Räteidee,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten) (D)

und weil sie eben noch vollständig in den alten Traditionen befangen waren, da brüllten sie am 19. Dezember 1918 im Rätekongreß nach der Nationalversammlung. Und dann haben wir gesehen, daß ihnen ein Stück ihrer revolutionären Errungenschaften nach dem anderen wieder abgenommen wurde. Deshalb arbeiten wir als Kommunisten jetzt mit aller Energie dahin, diese geistige Klärung in die revolutionären Massen hineinzubringen, um ihnen klar zu machen, daß mit diesem republikanischen Brimborium und dem demokratischen Drum und Dran die Befreiung nicht vor sich gehen kann.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Nicht um eine neue Staatsform an sich handelt es sich, sondern um eine Änderung des Wirtschaftslebens und darum, eine neue Wirtschaftsform zu schaffen, die natürlich nicht gleich fix und fertig und tadellos blank geputzt auf die Oberfläche kommen wird, sondern wie alle neuen Formen der Geschichte unter schweren Geburtswehen in Erscheinung treten wird. Diese neue Wirtschaftsform schafft sich auch ihr neues Heeresideal, ihre neue Heeresorganisation.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und man mag über Sowjetrußland schmähen, wie man will, drüben in der roten Armee Sowjetrußlands repräsentiert sich der neue Heerestyp, den die Weltgeschichte schaffen wird und der der letzte Heerestypus sein wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf rechts.)

— Haben wir in Deutschland keinen Wirtschaftskrieg, kein zerrüttetes Wirtschaftsleben und doch keinen Bolschewismus? Meine Herren, sollten Sie wirklich so kurzsichtig sein, nicht zu sehen, daß das eine Krankheit ist, an der die ganze Welt leidet,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

(Däumig Abgeordneter.)

(A) eine Krankheit, die durchgreifender Methoden bedarf, und daß man damit nicht fertig wird, wenn man schreit: Geht nach Moskau oder nach Rußland? Nein, wenn man es ernst mit seinem Volke meint, muß man in die Tiefe gehen und nach den Wurzeln suchen und sich freimachen von allen Traditionen.

(Heiterkeit rechts.)

— Lachen Sie nur darüber, uns aber ist es ernst mit dem, was wir wollen.

Deshalb hat es auch keinen Zweck, auf alle Einzelheiten, die in den einzelnen Paragraphen festgelegt sind, kritisch einzugehen. Dem, was von den Herren von der unabhängigen Seite an Verbesserungsanträgen eingebracht wurde, werden wir zustimmen, um zu versuchen, wenigstens die Rechte der Soldaten einigermaßen zu wahren. Im übrigen aber machen wir uns keine Illusionen darüber; die ganze Zusammensetzung, das ganze Menschenmaterial dieses neuen Heeres wird sich himmelweit unterscheiden von dem Heere, das wir früher gehabt haben. Es sind ja nicht mehr die Ausgehobenen, die jetzt in den Kasernen zusammenkommen, sondern es sind Leute, die freiwillig das Handwerk ergreifen und die, ehe sie eingestellt werden, einer sehr sorgfältigen Säuberung und Sichtung unterzogen werden,

(sehr richtig!)

ob sie die Gewähr geben, daß sie im Sinne des Verwendungszweckes der Armee auch ihre Tätigkeit ausüben. Darum werden diese Leute auch nicht mehr die armseligen Muskoten sein, die auf dem Kasernenhof bis zur Bewußtlosigkeit Parademarsch üben und sonstige Schleifereien über sich ergehen lassen müssen, sondern sie werden ziemlich anständig behandelt werden im Interesse der Offiziere und des Systems selbst.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(B) Darum haben wir natürlich in dem jetzigen Übergangsstadium, in dem wir uns befinden, alle Ursache, die Rechte der Soldaten den Offizieren gegenüber wahrzunehmen. Aber sonst glauben wir, der neue Armeetypus wird ein ganz anderer sein und wir werden einen Armeetypus bekommen, wie wir ihn **im Jahre 1848 in Frankreich** hatten, einen **Armeetypus**, der **unter Cavaignacs Führung** im Juli 48 die Pariser Arbeiter zusammenschoß.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Diesen Typ werden wir bekommen und dagegen werden wir mit allen Mitteln ankämpfen und eins dieser Mittel ist unsere Parole: **Bewaffnung des Proletariats.**

(Lachen rechts. — Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist heute gerade ein Jahr, da saßen die Führer der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften am Verhandlungstisch und formulierten jene berühmten **acht Forderungen**, die **als Ausfluß des Kapp-Putsches** aufgestellt wurden.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und was ist von diesen acht Forderungen ganz besonders auf dem Gebiete der Bewaffnung des Proletariats und der Entwaffnung der Gegenrevolution geschehen? Die Orgesch ist im Laufe dieses Jahres stärker und kühner geworden, als sie vor dem Kapp-Putsch war,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

und die Entwaffnung des Proletariats ist mit viel größerer Rigorosität durchgeführt als je zuvor; und hier liegen die Dinge so, daß gerade Sie von den sozialdemokratischen Parteien am meisten zetern über die monarchistischen Äußerungen der Herren Offiziere, über die Äußerungen der Orgeschorganisatoren und Orgeschführer, und dabei haben sie selbst dazu beigetragen, daß diese Dinge erst in die Höhe wachsen konnten.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(C) Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, um nachzuweisen, wie schwer es damals war, für die Forderungen einzutreten, wie diese Forderungen zugrunde gerichtet sind. Darum haben wir gerade jetzt mit größtem Nachdruck diese Forderungen aufgestellt angesichts der gespannten Situation, der Abstimmung in Oberschlesien, des Ablaufs der Sanktionen, mit doppelter Energie und doppelter Schärfe: Proletarier, bewaffnet euch!

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Und das Resultat bleibt nicht aus. Wenn das geschieht, so wird sofort mit harter Hand zugefaßt, während man auf der Gegenseite sehr milde zu sein pflegt. Die „Rote Fahne", die heute morgen die Forderung ausgesprochen hat, wurde a tempo beschlagnahmt. Auf der anderen Seite kennt man ein derartiges Zugreifen nicht.

Wir erwarten von der Republik keine unparteiische Gerechtigkeit; so naiv sind wir nicht Diese Republik ist gerade so ein Klassenstaat wie die Monarchie auch.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

— Nein, verehrtester Herr Kollege Schöpflin, Sie scheinen sich doch noch nicht zurechtzufinden. So ist es nicht. Aber daraus mache ich keinen Hehl, daß diese Sowjet-Organisation sich auf eine Klassenorganisation aufbaut,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und daß diese Klasse allerdings die zahlreichste ist, und daß, nachdem diese proletarische Klasse jahre-, jahrzehnte-, jahrhundertelang geknechtet war, nun endlich ihr historischer Augenblick gekommen ist, die Herrschaft zu übernehmen. Aus dieser Klasse heraus, die sich in ihrer Sowjetmacht ihre Organisation schafft, wächst dann auch das Sowjet-Heer, die rote Armee, das neue Heeresprinzip heraus, das allerdings auch ein Klassenheer ist, aber nur aus einer einzigen Klasse besteht.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Reden Sie nicht davon.

(D) (Zuruf von den Deutschnationalen.)

— Haben Sie sie vielleicht gesehen? Ich habe sie nicht gesehen.

(Erneuter Zuruf rechts: Sie müssen es aber wissen, weil Sie uns ja immer von Rußland predigen! — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein, Herr Kollege Däumig, das glauben wir nicht!)

— Sie brauchen es nicht mitzumachen. Die Geschichte wird ihren Lauf gehen. Ob wir es sind, weiß ich gar nicht. Ich lege meiner Person gar keine große Bedeutung bei, aber ich sehe darin den Lauf der Geschichte, und die Geschichte wird über die Dinge hinweggehen. Ob das heute oder morgen oder in zwei oder drei Jahren geschieht, darauf kommt es gar nicht an. Ebensowig wie die Herren von rechts in der Lage sind, die Monarchie in Deutschland wieder zur Macht zu bringen,

(Zuruf rechts)

ebensowenig sind Sie (zu den Sozialdemokraten) in der Lage, die Republik in ihrer heutigen kapitalistischen Form aufrechtzuerhalten. Das sind Dinge, die jedem, der einigermaßen die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu sehen versteht, ohne weiteres klar sein sollten.

Also, verehrte Anwesende, schaffen Sie sich Ihr Reichsheer und Ihre Reichswehr, wie Sie wollen. Packen Sie die monarchischen und die republikanischen Tendenzen zusammen in Ihrer Heeresorganisation!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im gegebenen Falle werden die Herren Republikaner sehen, wo sie bleiben mit einem Heere, dessen Führung in den Händen monarchistischer Offiziere liegt, und die Arbeiter werden im gegebenen Falle sehen, wo sie mit einem Heere bleiben, das auf die Republik verfassungsmäßig vereidigt ist. Dieses republikanische Heer wird mit aller Brutalität gegen die Arbeiter vorgehen, wie es das monarchistische Heer tun würde. Darum stehen wir diesem

(Däumig, Abgeordneter.)

(A) ganzen Gesetzentwurf ablehnend gegenüber, und wir sind überzeugt, daß das Proletariat Deutschlands und der Welt sich seine neuen Heere im Sinne der Revolution und des Sozialismus schaffen wird.

(Lebhafter Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lang.

Lang, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe für die Bayerische Volkspartei die Erklärung abzugeben, daß wir dem vorliegenden Gesetzentwurf unsere Zustimmung geben. In dem Augenblick, wo dieser Entwurf Gesetz wird, verschwinden die letzten Reste des alten Heeres. Ich will heute auf diese Gedanken nicht eingehen. Gleichwohl aber bleibt es jedem Deutschen unbenommen, geschichtliche Erinnerungen für sich herauszuheben; war doch die **allgemeine Wehrpflicht** als **die natürliche,** der geschichtlichen und freiheitlichen Entwicklung des deutschen Volks entsprechende **Wehrverfassung** immer als solche angesehen worden und dem Volke in Fleisch und Blut übergegangen.

Gewiß, meine Damen und Herren, knüpfen sich an die alte Heeresorganisation auch trübe Erinnerungen. Ich erinnere nur daran, daß immer und allezeit in den deutschen Parlamenten das Kapitel der Soldatenmißhandlungen, die Truppenverpflegung, die Einziehung der landwirtschaftlichen Landwehrmänner und Reservemänner in der Erntezeit, große Erregung in den betreffenden Volkskreisen hervorgerufen haben. Aber wir dürfen auch nicht vorübergehen an den hohen erzieherischen Werten, die in der allgemeinen Wehrpflicht gelegen sind.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die sittliche und körperliche Ertüchtigung, die in diesen erzieherischen Werten gelegen ist, kann heute wohl kaum ersetzt werden.

(B) (Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Wenn das Ziel der Wehrgesetzgebung sein muß, dem deutschen Volke zu seinem Schutze im Innern und an seinen Grenzen die nötige Wehrmacht zu geben, so kann hier nur eine Truppe verstanden werden, welche, politisch und wirtschaftlich vollkommen unabhängig, jederzeit imstande ist, die Verfassung zu schützen und die auf ihr beruhenden Interessen des deutschen Volks unparteiisch und nach jeder Richtung hin zu verteidigen.

(Bravo!)

Daran haben wohl alle Volksgenossen das größte Interesse. Nun müssen wir aber bedenken, daß auch die Angehörigen der Wehrmacht Menschen sind, und daß darum die Voraussetzung für dieses Ziel, das uns vorschwebt, vor allem sein muß, gute wirtschaftliche Lebensbedingungen für die Angehörigen der Wehrmacht im Gesetz festzulegen,

(sehr wahr!)

so daß der Zug zum freiwilligen Eintritt in die Reichswehr so belebt wird, daß immer eine strenge Auswahl unter den werbenden Persönlichkeiten möglich ist und auch für die Zukunft möglich bleibt.

Es war schon im Ausschusse nicht leicht, eine solche Mittellinie zu finden, die auf der einen Seite für die Angehörigen der Wehrmacht diejenigen Sicherungen verbürgt, die notwendig sind, um eine unparteiische und durchaus zuverlässige Truppe zu bekommen, und andererseits angesichts der neuen Verhältnisse und der grundsätzlichen Änderung des Systems den Angehörigen der Wehrmacht jene verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten gewährleistet, welche geeignet sind, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Angehörigen so und insoweit wahrzunehmen, als sie dem Selbstzweck der Truppe und dem Reiche, dem sie dient, nicht direkt zuwiderlaufen. Auf dieses Moment, meine verehrten Damen und Herren, glaube ich, den größten Wert zu legen, haben wir alles Interesse. Die (C) Truppen sollen auch ihr Geld wert sein, wie man sich landläufig ausdrückt. Kosten uns doch diese hunderttausend Mann in den ersten Jahren 5 und später 3—4 Milliarden Mark jährlich. Ich wiederhole darum nochmals, wir brauchen eine durchaus zuverlässige Truppe, welche den Anspruch des vollen Vertrauens aller Volksgenossen einlöst, und in guten wie in schlimmen Tagen sich dieses Vertrauens voll und ganz würdig erweist.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wenn in diesem Gesetzentwurf auf Grund der Weimarer Vereinbarung nicht alle Abmachungen restlos erfüllt werden können, so möchte ich das wohl bedauern. Ich möchte aber gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck geben, daß das, was im Gesetze aufgenommen ist, auch jederzeit seine loyale Anwendung finden möge.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Diese von uns neugeschaffene Einrichtung wird ja wie alle Neuernngen ihre Kinderkrankheiten durchzumachen haben. Aber gerade deshalb ist es notwendig, daß wir dieser jungen Reichswehr das größte Interesse entgegenbringen, und daß wir dieser Wehr stets mit Achtung und Vertrauen begegnen. Nur dann wird sie eine wahre Schutzwehr des deutschen Volks sein und bleiben.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brüninghaus.

Brüninghaus, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Haas sagte vorhin — meiner Ansicht nach mit Recht —, daß der Platz, von dem aus ich die Ehre habe, zu Ihnen zu sprechen, gewisse Eigentümlichkeiten an sich habe. Dieser Agitationsbazillus, den er damit wohl meinte, war — und das gibt mir Veranlassung, nochmals das Wort zu ergreifen — beim Herrn Abgeordneten Schöpflin in Reinkultur entwickelt. (D)

Der Herr Abgeordnete Schöpflin hat an der Hand einer **Zeitschrift — „Mittschiffs"** hieß sie — darzulegen versucht, daß die gesamten Offiziere in der Marine stark reaktionär seien, daß sie sich nur mit Sachen beschäftigten, die eigentlich mit ihrem Berufe nichts zu tun haben, wie nach der Richtung des Kapp-Putsches hin usw. Ich möchte gegenüber diesen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schöpflin feststellen, daß diese Zeitschrift „Mittschiffs" ein rein privates Unternehmen ist, das mit der Marine als solcher überhaupt gar nichts zu tun hat.

(Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ein vollständig privates Unternehmen, Herr Kuhnt, mit dem der Herr Chef der Admiralität, Herr Admiral Behncke, wie bereits vom Herrn Reichswehrminister überzeugend klargelegt ist, absolut nichts zu tun hat!

Wenn der Herr Abgeordnete Schöpflin weiter meinte, das wäre die Zeitung lediglich der aktiven Offiziere, so ist das ein großer Irrtum. Diese Zeitnng ist — ich habe mich eben bei dem Herausgeber erkundigt — fest abonniert von 2500 Personen. Da, wie Sie (zu den Sozialdemokraten) doch wissen, das gesamte Offizierskorps der Marine nur 500 Personen beträgt, und nicht anzunehmen ist, daß sämtliche Offiziere darauf abonniert sind, so geht daraus ohne weiteres hervor, daß es eine Wochenschrift wie viele andere Wochenschriften auch ist.

Nun, Herr Abgeordneter Schöpflin, haben Sie speziell auf einen **Artikel „Marine-März 1920"** bezug genommen. Sie haben aber, als Sie daraus einige Sätze vorgelesen haben, übersehen, daß sich auch in diesem Artikel — ich habe ihn hier — eine **Kritik über den Kapp-Putsch** befindet, die Sie wohl auch unterschreiben werden und die ich auch für richtig halte, eine Kritik dahingehend, wie hier wörtlich steht: der Kapp-Putsch — ein politischer Unsinn!

(**Brüninghaus**, Abgeordneter.)

(A) Sie kennen ja auch die Stellung meiner Partei zum Kapp-Putsch, und so können wir uns auch dem Schreiber dieser Zeilen durchaus anschließen, daß der Kapp-Putsch ein politischer Unsinn war.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man also den Deduktionen des Abgeordneten Schöpflin folgt, und der Ansicht ist, daß diese Zeitschrift die Ansichten, die bei den Marineoffizieren über den Kapp-Putsch herrschen, wiedergibt, so muß man doch unbedingt zu dem Schluß kommen, daß in der Marine dieser Kapp-Putsch, der uns so oft auf das Konto geschrieben wird, als politischer Unsinn angesehen wird. Das wollte ich hier noch einmal feststellen.

Wenn der Herr Abgeordnete Schöpflin weiter gesagt hat, daß sich, in Nr. 10 glaube ich, war es, ein Artikel befindet, der von einem aktiven Offizier geschrieben worden sei, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß dieser Artikel, der sich lediglich mit rein technischen Fragen der U-Boot-Seekriegführung befaßt, nicht lediglich für die Zeitschrift „Mittschiffs" geschrieben ist, sondern doch nur ein Abdruck aus der „Täglichen Rundschau", wovon Sie sich überzeugen können, ist.

(Abgeordneter Schöpflin: Die stehlen alle ihre Artikel zusammen!)

Herr Abgeordneter Schöpflin, ich gehe jetzt aber noch weiter! Wenn man Ihren Ausführungen wirklich folgt, dann behandeln Sie mit einem Male die Offiziere — und ich bedaure das außerordentlich —, als Staatsbürger zweiter Klasse. Die Offiziere können genau so ihre Zeitungen und Zeitschriften halten wie jeder andere Staatsbürger, und auch ich als inaktiver Offizier lehne es jedenfalls auf das allerentschiedenste ab, daß mir irgendein Mensch irgendwelche Vorschriften darüber macht, welche Zeitschriften ich halte oder nicht.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

(B) Meine Damen und Herren! Ich bin auch der Ansicht — und es ist richtig, was vorhin vom Herrn Abgeordneten Dr. Haas ausgeführt worden ist —, daß die Herren von der Mehrheitssozialdemokratie in den Kommissionen doch immer erheblich milder sind als hier im Plenum, weil da nämlich, wie der Herr Abgeordnete Hoch einmal gelegentlich sehr richtig sagte, das Land es doch weniger höre. Daß diese Angriffe gegen die Offiziere nicht dazu dienen können, das Vertrauen der Untergebenen gegen die Offiziere zu stärken, das werden Sie mir zugeben, Herr Abgeordneter Schöpflin, und Sie stehen — das weiß ich — ja auf demselben Standpunkte wie ich, daß das gegenseitige Vertrauen des Untergebenen zum Vorgesetzten und andererseits das Vertrauen des Vorgesetzten zum Untergebenen diejenige Grundlage ist, auf der allein sich eine Armee aufbauen kann.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Meine Damen und Herren! Ich würde es lebhaft begrüßen, wenn die Angriffe und — wie ich glaube, Ihnen eben doch auch überzeugend vorgeführt zu haben — unberechtigten Angriffe auf die Offiziere aufhörten, damit dieses Ziel, das Sie (nach links) ja auch wollen, erreicht werden kann.

Nun habe ich nicht die Absicht, auf die Ausführungen der Herren Abgeordneten Rosenfeld und Däumig einzugehen. Diese bewegen sich in Bahnen, die mir eben weltfern liegen.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Ich möchte nur eins betonen. Wenn der Herr Abgeordnete Rosenfeld die **Soldatenräte** bis über den grünen Klee gelobt hat und dann der Herr Abgeordnete Däumig gesagt hat, diese Soldatenräte hätten gar nichts getaugt, weil sie den Begriff der Revolution gar nicht erfaßt hätten, weil sie gar nicht gewußt hätten, worum es sich bei der ganzen Geschichte handelte, dann möchte ich diesen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Däumig gegenüber betonen, daß es sehr erfreulich gewesen ist, daß auch (C) in den Soldatenräten ein Rest von Disziplin und gesundem Menschenverstand gesteckt hat, wodurch mit verhindert wurde, daß Deutschland bereits heute sich in russischen Zuständen befindet.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nun, meine Damen und Herren, ist die ganze Frage, ob wir in Paragraph 1 sagen sollen die **Wehrmacht der „Deutschen Republik"** oder des „Deutschen Reichs" nach meiner Auffassung ungemein aufgebauscht worden. Der Kollege Haas brauchte schon vorhin das Beispiel: man soll nicht mit Kanonen nach Spatzen schießen. Das scheint mir hier auch der Fall zu sein. Es ist durchaus richtig, wenn gesagt wird, das sei ein Schönheitsfehler. Wir haben eine Verfassung des Deutschen Reichs. In dieser Verfassung wird immer geredet von den Aufgaben des Reichs. Darin steht: Aufbau und Aufgaben des „Reichs"; das „Reich" hat die Berechtigung, Gesetze usw. einzubringen. Also warum sagt man hier mit einem Male „Republik". Ich meine eigentlich, meine Herren von der Linken und meine Herren Kollegen vom Zentrum und von der Demokratie: wenn Sie so stark darauf bestehen, hier muß das Wort „Republik" hinein, dann bedeutet das doch eigentlich, daß Sie sich im Innern auf einem recht schwanken Boden befinden. Ich bin der Ansicht, daß man damit, daß man in ein solches Gesetz hineinbringt: „Republik" oder „Deutsche Republik", die Republik nicht populär machen kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist eine ganz abwegige Idee. Die Republik muß, wenn sie sich einbürgern soll, sich durch ganz andere Sachen populär machen.

Ich stehe gar nicht an, zu erklären, daß auch in einer Republik — obgleich ich an sich ein Anhänger des monarchischen Prinzips bin — Entwicklungsmöglichkeiten (D) liegen. Jeder Mensch, der das leugnet, verleugnet überhaupt die ganze Geschichte, oder er versteht nicht, die nötigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Aber — und das ist vielleicht der prinzipielle Unterschied, der zwischen Ihrer Auffassung und der meinigen ist — ich stehe eben auf dem Standpunkt: an sich ist die monarchische Idee, der Kaisergedanke als solcher, in unserem deutschen Volke so tief verankert, daß sie nach meiner Auffassung — ich weiß nicht, in welcher Zeit; das werden wir abwarten — doch wieder durchbrechen wird, und daß dann — nicht durch Putsche von rechts oder woher sie auch kommen mögen, sondern auf verfassungsmäßigem Wege — ein **Volkskaisertum mit** einem **vernunftgemäß gehandhabten Parlamentarismus** entstehen wird, das nach meiner Auffassung der Wesensart und der Eigenart des deutschen Volks am meisten entspricht.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber, meine Herren, diese prinzipielle Auffassung hindert uns gar nicht, auf dem Boden der Verfassung auch der Republik unsere Dienste voll zur Verfügung zu stellen.

(Erneute Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, ich bin es meinen früheren Kameraden auch schuldig, sie gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß ihnen immer gesagt wird, weil sie im Prinzip monarchisch sind, könnten sie der Republik keine Dienste leisten. Dann wäre ja jeder Soldat, der sozialdemokratischer Gesinnug war, im früheren kaiserlichen Heere ein schlechter Soldat gewesen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und meine Herren, das ist nicht der Fall gewesen. Die Millionen unserer Volksgenossen, die in den Krieg hinausgezogen sind und für Kaiser und Reich gekämpft haben,

(**Brüninghaus**, Abgeordneter.)

(A) sind auch innerlich für ihr Reich und den Kaiser eingetreten.

(Zurufe links.)

Das ist Tatsache, und darauf sollten Sie nicht schelten, sondern darauf sollten Sie stolz sein.

Nun hat hier Herr Kollege v. Schoch einen Brief von dem General v. Moll angeführt, in dem er sich über die Frage der schwarz-weiß-roten Kokarde in dem Sinne ausgesprochen hat, er rede davon nur, um damit zu beweisen, daß Bayern keineswegs partikularistische Gedanken verfolgte, sondern genau so gut reichsdeutsch sei wie alle übrigen, und Herr Kollege Dr. Haas hat dann diese ganze **Flaggenfrage** wieder aufgenommen. Meine Damen und Herren! Es gibt unendlich viele Fragen in Deutschland, die man nicht als Parteifragen, sondern als allgemein deutsche Fragen behandeln sollte; und dazu gehört auch die Flaggenfrage. Darüber möchte ich folgendes sagen: Herr Kollege Dr. Haas, ich glaube, Sie haben eine kleine historische — ich will mich mal sehr milde ausdrücken — Übertreibung angewendet, wenn Sie von der schwarz-rot-goldenen Flagge des früheren Deutschen Reichs sprachen; diese Flagge hat ja eigentlich nie existiert. Die Gedankengänge derer, die von der Paulskirche in Frankfurt am Main 1848 ausgingen und davon schwärmten, daß wir zusammen mit der Weimarer Verfassung ein großes geeintes Deutschland einschließlich Österreich schaffen wollten, kann ich durchaus verstehen. Aber Sie vergessen, daß zwischen 1848 und 1918 das Jahr 1871 und der ungeheure Aufstieg des Deutschen Reichs unter der schwarz-weiß-roten Flagge liegt; und das ist der springende Punkt.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

— Der Niedergang, Herr Abgeordneter Kuhnt, darüber wissen Sie besser Bescheid als ich.

(Sehr richtig! und Heiterkeit. — Erneute Zurufe links.)

(B) — Herr Kuhnt, Ihnen will ich etwas sagen: wenn die Herren von der ganz linken Sozialdemokratie konsequent gewesen wären, dann wäre für sie überhaupt bloß eine Flagge in Frage gekommen, und das war die rote Flagge.

(Sehr richtig! links.)

Also wenn Sie von der linken Sozialdemokratie überhaupt eine Flagge nehmen wollten, dann mußten Sie die rote nehmen, und wenn Sie sie nicht nahmen, mußten Sie als vernünftige Menschen für die schwarz-weiß-rote stimmen.

Nun sagte ich schon, eine Parteifrage ist das überhaupt nicht, sondern es ist eine deutsche Frage. Man sollte diese Frage aber auch unter dem Gesichtswinkel unserer Wirtschaftspolitik betrachten. Ich habe schon beim Wehretat darauf hingewiesen, ein wie ungeheurer Schade es für unsere Wirtschaftspolitik im Auslande ist, nicht nur rein moralisch, sondern auch handelspolitisch, daß wir unsere Flagge aus freien Stücken gewechselt haben. Meine Herren, mir hat neulich einer meiner Freunde, der in **London** mit einem **Engländer** am **deutschen Botschafterpalais** vorbeiging, erzählt: „Der Engländer zeigte auf die **schwarz-rot-goldene Flagge** und sagte zu mir: Das ist das schlechteste, was Sie überhaupt während des ganzen Krieges und nach dem Kriege hätten tun können."

(Sehr richtig! rechts.)

Das, meine Herren, ist die Auffassung im feindlichen Auslande. Wenn man, wie ich, viel im Auslande gewesen ist, dann weiß man, daß die Flagge mit dem Handel eng verknüpft ist und daß für die Leute draußen, die ja diese ganze Umwälzung hier nicht mitgemacht haben, Deutschland sich in den Farben schwarz-weiß-rot verkörpert. Wir wissen auch, daß in Südamerika, daß überall, wo noch Deutsche sind, die Deutschen sich einfach weigern, die schwarz-rot-goldene Flagge anzuerkennen. Infolgedessen ist es schon zu recht unangenehmen Differenzen mit

(C) den offiziellen Vertretern Deutschlands gekommen, deren verdammte Pflicht und Schuldigkeit es natürlich ist, die Farben schwarz-rot-gold anzunehmen. Also man sollte die Frage von dem Gesichtspunkt der Wiederanknüpfung weltwirtschaftlicher Fäden behandeln, die wir doch unbedingt brauchen, wenn wir wieder hochkommen wollen. Dann wird man auch auf der sozialdemokratischen Seite zu der Überzeugung kommen, daß diese ganze Frage nicht vom parteipolitischen Standpunkte aus

(Zuruf links)

— Sie können ja nachher reden, Herr Malzahn — aufgezogen werden sollte, sondern daß sie als eine rein deutsche Frage angesehen werden muß.

Herr Kollege Haas, Ihnen möchte ich dann noch eins sagen, weil Sie immer, ich möchte sagen, die mehr idealen Gesichtspunkte, die seinerzeit das Frankfurter Parlament 1848 beherrscht haben, in den Vordergrund schieben: es war für mich sehr interessant, daß gerade die Burschenschaften, die doch das schwarz-rot-goldene Band immer mit Stolz getragen haben und auch weiter tragen werden, auf ihrer großen Versammlung auf der Wartburg bei Eisenach einstimmig eine Resolution gefaßt haben, in der sie ihrem tiefsten Schmerze darüber Ausdruck gaben, daß die Flagge, unter der Deutschland groß geworden war und für die an die Zehntausende ihrer Kommilitonen in den Tod gegangen sind, vom Deutschen Reich aus freien Stücken heruntergeholt wurde.

(Zurufe links.)

Das ist eine moralische Seite der Frage.

(Zuruf.)

— Herr Kollege Schücking, ich referiere nur, was die Burschenschafter auf der Wartburg bei Eisenach einstimmig angenommen haben.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eben ausgeführt, daß man die Flaggenfrage als eine Frage behandeln sollte, die über den Parteien steht. Und ebenso (D) sollte man nach meiner Auffassung auch die ganze Frage des Aufbaus der Reichswehr und der Reichsmarine nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten aus ansehen. Wir sind auf diese Reichswehr und diese Reichsmarine in Zukunft, glaube ich, mehr angewiesen als früher, und wenn Sie von vornherein, wie Sie (links) es gern wollen, politische und obendrein parteipolitische Gesichtspunkte in diesen an sich sehr kleinen Körper hineintreiben, dann ruinieren Sie diese Armee von Grund auf. Infolgedessen stehen wir auf dem Standpunkt — und diesen Standpunkt habe ich und haben meine Parteifreunde bei allen Beratungen über die Reichswehr stets vertreten —, daß wir uns bemühen sollten, auch in diesem Reichswehrgesetz und was jetzt noch kommen wird, im Reichsversorgungsgesetz und im Reichsdisziplinargesetz die parteipolitischen Gesichtspunkte zurückzustellen und aus der Reichswehr auf wirklich rein deutscher Grundlage herauszuholen, was herauszuholen ist.

(Zurufe links.)

Ich glaube gerade, meine Damen und Herren, daß die Reichswehr dazu berufen sein kann, die unseligen Gegensätze, die durch elendes Parteigezänk und Parteihader in unser Volk hineingetrieben sind, bis zu einem gewissen Grade zu überbrücken, und ich würde mich freuen, wenn es der Reichswehr gelingen sollte, auch diese soziale Aufgabe zu erfüllen.

(Beifall rechts.)

Vizepräsident **Dittmann**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die verhältnismäßig ruhige Behandlung, welche dieser Entwurf in den Besprechungen des Ausschusses erfahren hat, im Hinblick auf

(v. Gallwitz, Abgeordneter.)

(A) die große Einmütigkeit, mit welcher sein Wortlaut in nahezu völliger Übereinstimmung der bürgerlichen Parteien festgesetzt worden ist, und im Hinblick auf die Geschäftslage dieses Hauses hatte ich davon Abstand genommen, bei dieser Gelegenheit hier eine große militärische Programmrede zu halten. Ich will mich aus dieser Reserve auch nicht durch die mancherlei Anzapfungen herauslocken lassen, die von verschiedenen Seiten vorhin an mich ergangen sind. Insbesondere über die Frage der Monarchie und der Republik will ich hier nicht weiter reden. Es ist meines Erachtens unfruchtbar. Die Lösung der Frage wird durch solche theoretischen Erörterungen hier weder gehemmt noch gefördert.

(Sehr richtig! rechts.)

Überlassen wir die Entwicklung dieser Sache ruhig dem gesunden Sinne unseres Volkes und der Entwicklung der Geschichte.

(Zurufe links.)

Ich habe lediglich deshalb das Wort noch einmal ergriffen, um zu den Paragraphen und Anträgen Stellung zu nehmen, die augenblicklich zur Verhandlung stehen und zu denen ich vorhin nicht gesprochen hatte. Es betrifft in der Hauptsache die **Heeres- und die Marinekammer.** Ich habe zu erklären, daß wir den Anträgen der beiden Parteien der Linken, die nach dieser Richtung zielen, nicht zustimmen können. Obwohl in dem Antrage Müller (Franken) der eine oder andere Satz steht, über den sich reden ließe, gehen wir auf die Sache nicht ein, weil ja ein Gesetzentwurf über die Heeres- und Marinekammer in Aussicht gestellt ist, und weil wir es für unfruchtbar halten, jetzt eine Anzahl von Einzelbestimmungen zu treffen, die keinen rechten Wert haben und die künftig gründlich erörtert werden müssen.

Dagegen werden wir dem Antrage Haas, welcher einen als entbehrlich erachteten Satz aus dem § 8 her- (B) ausstreichen will, zustimmen, während wir bei allen übrigen Paragraphen auf dem Boden des Entwurfs stehen.

Bei dieser Gelegenheit hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld es für angezeigt gehalten, eine Apotheose auf die Pariser Kommune zu halten. Ich will auf dieses Gebiet auch nicht näher eingehen, um keine Stürme zu entfesseln. Ich kann mir aber die Feststellung nicht versagen, daß ich die Hineinziehung dieser Erinnerung an dieser Stelle, zu dieser Zeit und bei dieser Gelegenheit als durchaus würdelos empfinde.

(Beifall rechts. — Lachen links.)

Vizepräsident **Dittmann:** Meine Damen und Herren! Die Beratung der §§ 1 bis 15 ist geschlossen. Diese Paragrapheu waren in der Beratung verbunden; es ist von allen Fraktionen der Wunsch ausgesprochen worden, die Abstimmung zu diesen Paragraphen zurückzustellen, bis die §§ 16 bis 43, die restlichen Paragraphen des Entwurfs, erledigt sind, damit die Abstimmungen in eins vorgenommen werden können.

Wir würden dann in die Beratung der §§ 16 bis 43 eintreten.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Schöpflin.

Schöpflin, Abgeordneter: Meine Herren! Ich habe zunächst eine persönliche Angelegenheit. Ich habe vorhin, als ich zum ersten Teil sprach, einen scharfen **Angriff gegen den** Herrn **Admiral Behncke** gerichtet. Aus den Darlegungen des Herrn Reichswehrministers habe ich gehört, daß Herr Admiral Behncke den Artikel in der Zeitschrift **„Mittschiffs"** nicht verfaßt, überhaupt dort nicht mitgearbeitet hat. Wie ich zu der Annahme kommen konnte, ja kommen mußte, daß Admiral Behncke den Artikel veröffentlicht hat, habe ich vorhin gesagt.

Ich hatte gestern dem Herrn Reichswehrminister mitgeteilt, daß ich mich am folgenden Tage gegen Herrn Behncke aussprechen würde, weil er an einer solchen Zeit- (C) schrift mitarbeite. Da durch einen unglücklichen Zufall, wie der Herr Reichswehrminister sagte, eine Verständigung meinerseits unterblieben ist, daß Admiral Behncke den Artikel nicht für die Zeitschrift „Mittschiffs" verfaßt hat, so entfallen selbstverständlich alle Schlußfolgerungen, die ich vorhin an die von mir vermutete Mitarbeit knüpfte, und ich nehme speziell den Vorwurf der Taktlosigkeit gegenüber dem Herrn Admiral Behncke zurück; ich würde ihn mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen, wenn ich schuld trüge, daß es überhaupt zu einem Angriff gekommen ist. Damit, glaube ich, ist diese persönliche Geschichte erledigt.

Dann noch ein paar Worte zu Herrn Kollegen Brüninghaus! Herr Kollege Brüninghaus hat versucht, den Artikel, den ich aus der Zeitschrift „Mittschiffs" zitierte, damit abzuschwächen, daß er sagte, es stehe darin: ein „politischer Unsinn". Gestatten Sie mir bitte nur zwei Schlußsätze zu zitieren; dann möchte ich Sie bitten, das Urteil selbst zu fällen. Der Schluß dieses Artikels, der die Ehrhardt-Taten verherrlicht, lautet:

> März 1920! Marinevorfrühling! Ein politischer Unsinn, für die Marine ein Wagnis! Wer will den Marineoffizier schelten, an dessen Herz der 9. November nagt, der bekennt: ob Recht oder Unrecht, obs glückt oder nicht: ich habs gewagt!?

Das ist der Schluß.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Also, Herr Kollege Brüninghaus, die Sache ist doch ein ganz klein wenig anders, als Sie es dargestellt haben. Ich habe den Artikel genau gelesen, und wenn er ausgeklungen wäre „Ein politischer Unsinn", dann hätte ich ihn nicht zur Sprache gebracht. Herr Abgeordneter Brüninghaus weiß wohl, daß ich der letzte bin, der an Offizieren lediglich aus irgendwelcher Kritiklust heraus Kritik übt. Wenn ich das hätte tun wollen, dann hätte (D) ich während der fünf Kriegsjahre Material Berge hoch gehabt. Wir hätten nur die nackten Tatsachen sprechen lassen brauchen. Wir hätten ein Feuer anzünden können, das lebhaft gebrannt haben würde. Wir haben mit Rücksicht auf die Notlage des deutschen Volks davon Abstand genommen. Ich verwahre mich also gegen den Vorwurf, daß ich gegen irgendeinen Stand in Deutschland voreingenommen bin. Wenn aber ein Teil der **Offiziere** offen **nationalistische und monarchistische Propaganda** treibt, dann haben wir die Pflicht, das hier zur Sprache zu bringen. Wir wären nicht wert, Volksvertreter zu sein, wir wären nicht wert, von deutschen Arbeitern ins Parlament geschickt zu werden, wenn wir das nicht täten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Brüninghaus weiß, daß ich nicht aus Haß handle oder lediglich aus Kritiklust, sondern weil ich es tun muß. Dann ist auch die Zeit zu ernst und gelegentlich die Gefahr zu groß.

Damit verlasse ich diesen Teil und wende mich kurz dem zweiten Abschnitt des Entwurfs zu. Hier werden die beiden §§ 32 und 33 umstritten werden. Der erste Absatz des § 32 spricht aus, daß sich **Soldaten** politisch nicht betätigen dürfen. Innerhalb des Dienstbereichs ist eine solche **politische Betätigung** auch den Militärbeamten untersagt. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn man ein Heer hat, eine politische, naturgemäß auch parteipolitische Tätigkeit innerhalb der Truppe und innerhalb des Dienstes nicht möglich ist. Die Truppe würde einfach zerfallen, und ich scheue mich nicht, zu sagen, es wäre schade um jeden Pfennig Geld, den man bewilligen würde für eine Truppe, in der es kommunistische Sektionen, U.S.P.-Sektionen, deutschnationale Sektionen, deutschvolksparteiliche Sektionen usw. geben

(Schöpflin, Abgeordneter.)

(A) und ein parteipolitischer Betrieb errichtet würde. Das ist unmöglich. Infolgedessen stehen wir auf dem Standpunkt, daß die politische und damit die parteipolitische Tätigkeit innerhalb der Kaserne, innerhalb des Dienstbetriebs unmöglich geduldet werden kann.

Daß der Soldat aber eine politische Gesinnung haben darf, das ist ganz etwas anderes. Man kann sie ihm ohnehin nicht antasten, soweit er sie nicht verlautbaren läßt. Wir sind aber auch der Meinung, daß — und darüber ist im Ausschuß gesprochen worden — auf den Mannschaftsstuben auch über politische Dinge geredet wird. Das wird sich nicht vermeiden lassen, wenn man zwölf Jahre Dienst tun soll. Das ist noch lange keine parteipolitische Betätigung. Die Leute werden sich über irgendwelche politische Fragen aussprechen, Fragen, die schließlich das ganze Volk bewegen.

Wir können daher dem Antrag der Herren von der Unabhängigen Partei, die ersten drei Absätze des § 32 zu streichen, nicht zustimmen, wünschen aber, daß der zweite Absatz des § 32, der das **Verbot der Teilnahme an politischen Versammlungen** ausspricht, gestrichen wird. Meine Herren, ich kann mir nicht gut vorstellen, daß es möglich sein soll, 12 Jahre lang Männern, die als Mannschaften oder als Unteroffiziere dienen, oder 25 Jahre lang Männern, die als Offiziere in der Reichswehr dienen, zu verbieten, mal an einer politischen Versammlung teilzunehmen. In der Praxis würde die Sache doch so gehen, daß der Offizier, der privat und außerhalb der Kaserne wohnt, die Möglichkeit hat, Zivil anzuziehen und in die Versammlung zu gehen, in die er will. Der Mann kann das in der Regel nicht. Zwar verlangt ein Antrag der Unabhängigen, dem ich durchaus zustimme, daß es auch den Mannschaften und den Unteroffizieren erlaubt sein muß, in Zivil auszugehen, aber das hat für die Leute eine ganz andere Schwierigkeit als für die (B) Offiziere.

Wenn man nun das Verbot der Teilnahme an politischen Versammlungen bestehen läßt, dann läuft es in der Praxis darauf hinaus, daß der Offizier in die Versammlung gehen kann und, wie heute die Dinge liegen, sicher auch zu einem großen Teil gehen wird, daß aber der Mann das in der Regel nicht kann. Das ist ein Unrecht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin auch der Meinung, daß es den Reichswehrsoldaten nichts schaden, im Gegenteil nur nützen kann, wenn sie Gelegenheit haben, da und dort mal eine Versammlung zu besuchen, wo ein bekannter prominenter Redner aus irgendeiner politischen Partei spricht, und hören, was politische Parteien zu wichtigen Tagesfragen, zu großen wirtschaftlichen, politischen oder nationalen Fragen zu sagen haben. Ich bin überzeugt, die Soldaten werden nicht zu jeder x-beliebigen Versammlung hinlaufen.

Wir bitten Sie also, die Teilnahme an politischen Versammlungen gemäß unserem Antrage zu gestatten, also die Worte „und die Teilnahme an politischen Versammlungen" in Abs. 2 des § 32 zu streichen.

Soviel über den politischen Teil. In Abs. 4 des § 32 wird dann bestimmt, daß die **Angehörigen der Wehrmacht nach freier Wahl** sich **Zeitungen halten** dürfen. Meine Herren, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, und es ist tief bedauerlich, daß man es erst in einem Gesetz aussprechen muß. Aber ich kann darin dem Herrn Reichswehrminister recht geben, daß er unter besonderen Verhältnissen doch die Möglichkeit haben muß, gegebenenfalls eine Zeitung zu verbieten.

(Zuruf des Reichswehrministers Dr. Geßler: Zum Beispiel das „Mittschiffs"!)

— Ich wollte auch darauf verweisen. — Der Herr (C) Reichswehrminister hat ganz recht, wenn er sagt, bei Ausschreitungen wird angegriffen; und mit Recht wenden wir uns dann an ihn. Wir haben doch auch starke nationalistische Bestrebungen. Auch da muß die Möglichkeit bestehen, einzugreifen. Beim militärischen Betrieb — das geht nicht anders; das muß man zugeben, wenn man militärische Dinge kennt — muß bis zu einem gewissen Grade und unter bestimmten Umständen die Möglichkeit bestehen, daß eingegriffen werden kann. Gegen früher sind wir im Reichstag insofern heute im Vorteil, als wir den jeweiligen Reichswehrminister ganz anders anfassen können als früher den Kriegsminister. Der frühere Kriegsminister ist vom Kaiser ernannt worden. Der Reichstag hatte auf seine Ernennung gar keinen Einfluß. Wen der Kaiser zum Kriegsminister machte, das hing von seiner Laune ab, und damit war die Sache erledigt. Heute aber hängt jeder Minister vom Votum des Reichstags ab; und ein Reichstag, der glaubt, daß ein Wehrminister Verfügungen über Zeitungsverbote erlassen hat, die er nicht billigen kann, hat die Möglichkeit, einen solchen Minister zu beseitigen. Weil diese Möglichkeit besteht, müssen wir einem solchen parlamentarischen Minister, der viel schärfer zur Verantwortung herangezogen werden kann, auch die Möglichkeit geben, gegen Dinge einzuschreiten, die sich in der Truppe unliebsam bemerkbar machen.

Wichtig ist der § 33. Ich fasse mich kurz und verweise auf den ausführlichen, recht instruktiven schriftlichen Bericht. Es betrifft dies den **Koalitionsparagraphen.** Die jetzige Fassung des § 33 besagt, daß nichtpolitischen Vereinen die Soldaten angehören dürfen, sofern nicht die Zugehörigkeit zu einem solchen Verein aus Gründen der militärischen Zucht und Ordnung verboten wird. Ich gebe ohne weiteres zu, daß auch die Möglichkeit vorhanden sein muß, gegebenenfalls aus wichtigen dienstlichen Gründen (D) ein Verbot auszusprechen. Der Reichstag wird scharf darauf acht zu geben haben, wenn ein Reichswehrminister oder ein diesem unterstellter Truppenkommandeur seine Verbote erläßt, die mit dem Geist und dem Sinn des Gesetzes im Widerspruch stehen. Aus diesem Grunde hat meine Fraktion den Antrag gestellt, den § 33 in der auf Drucksache 1686 vorliegenden Fassung anzunehmen.

Wir gehen da mit dem **Reichswirtschaftsverband der deutschen Berufssoldaten.** Dieser Verband hat eine ähnliche Auffassung in einer Entschließung niedergelegt, und es ist ganz interessant, daß er in einer Begründung zu der Fassung dieses § 33 erklärt, daß auch der parlamentarische Reichswehrminister die Möglichkeit haben muß, den Angehörigen der Wehrmacht die Zugehörigkeit zu Verbänden, deren Tätigkeit den Erfordernissen der militärischen Zucht und Ordnung zuwiderlaufen, zu verbieten. Der Verband weist auch auf die höhere Verantwortlichkeit eines jetzigen Wehrministers gegenüber früher hin und ist aus diesen Gründen, weil ein gewisser Schutz durch das Parlament gegeben ist, dafür, daß unter Umständen eine Handhabe vorhanden ist, gegen einen Verein einzuschreiten, wenn die militärische Ordnung, der militärische Dienstbetrieb usw. gefährdet würde. Wir können daher dem Antrage der Herren Unabhängigen aus den hier und schon in der Kommission dargelegten Gründen nicht zustimmen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich einige Fragen an den Herrn Reichswehrminister richten. Die Verhandlungen im Ausschuß und eine Reihe anderer Vorgänge legen den Verdacht recht nahe, daß man im Reichswehrministerium starke Neigung hat, vielleicht auch schon die feste Absicht, dem Reichswirtschaftsverbande deutscher Berufssoldaten ans Leben zu gehen und ihn tot zu machen, ihn aber

(**Schöpflin,** Abgeordneter.)

(A) vielleicht unter der einen Voraussetzung leben zu lassen, wenn in der Leitung des Reichswirtschaftsverbandes ein Wechsel eintreten würde. Ich darf einmal den Herrn Reichswehrminister fragen, ob nicht in den letzten Tagen Konferenzen stattgefunden haben, an denen, glaube ich, der Herr Reichswehrminister, der General v. Seeckt und der Major v. Schleicher beteiligt waren, und wo über den R. d. V. gesprochen wurde. — —

(Reichswehrminister Dr. Geßler: Überhaupt keine Konferenz!)

— Keine Konferenz! Ich nehme ausdrücklich davon Notiz, daß der Herr Reichswehrminister sagt, es haben keine Konferenzen stattgefunden. Ich nehme deshalb davon Notiz, damit es ins Stenogramm hineinkommt.

(Reichswehrminister Dr. Geßler: Das heißt, vielleicht darf ich einen Zwischenruf machen: Selbstverständlich habe ich täglich Konferenzen mit dem General v. Seeckt und den Referenten des Ministeriums; aber über den Reichswirtschaftsverband ist nicht gesprochen worden!)

— Na schön, sagen wir: dann ist gesprochen worden über die Organisationen in Verbindung mit dem § 33.

(Reichswehrminister Dr. Geßler: Nein, über andere militärische Fragen!)

Meine Herren, ich wiederhole: ich habe die Überzeugung, daß gegen den Reichswirtschaftsverband, den man im Reichswehrministerium nicht liebt, vielleicht auch andere Verbände nicht, zweifellos etwas geplant ist, und daß man im Reichswehrministerium der Meinung ist, im R. d. V. beständen zwei Richtungen, eine mehr gemäßigte und eine mehr radikale. Als ich jetzt näher den Dingen auf den Grund gegangen bin, ist mir aufgefallen, daß der Herr Reichswehrminister im Ausschuß dem ersten Vorsitzenden des R. d. V. ganz unvermittelt ein hohes Lob

(B) ausgestellt hat.

(Reichswehrminister Dr. Geßler: Schon vor drei Wochen hier im Ausschuß!)

Später habe ich dann gehört, daß der Herr Mitglied der Demokratischen Partei ist.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Reichswehrminister Dr. Geßler: Das höre ich heute zum ersten Male! — Heiterkeit.)

— Ja, ich habe es auch erst vor zwei Tagen gehört. Jedenfalls will ich es wenigstens feststellen; denn die Sache ist so, daß man, wenn man mit den Militärs Debatten zu pflegen hat, stets mit einigen Vorbehalten im Hinblick auf künftige Debatten sprechen muß. Ich bin der Überzeugung, daß diese Fragen bei der Beratung des nächsten Wehretats wieder eine große Rolle spielen werden.

Ich will also darauf hingewiesen haben, daß die starke **Animosität** die nach meiner festen Überzeugung bei bestimmten Stellen **im Reichswehrministerium gegen den R. d. V.** vorhanden ist, vermutlich auch praktische Wirkungen haben wird. Ich will auch heute der Öffentlichkeit gegenüber, vor allen Dingen mit Rücksicht auf die vielen Mitglieder des R. d. V., darauf hinweisen, daß, wie ich zu wissen glaube, im Reichswehrministerium Bestrebungen vorhanden sind, die Fachgruppe „Reichswehr", also die Reichswehrangehörigen, mit der Fachgruppe des D. O. B., des Deutschen Offiziersbundes, in eine Organisation, vielleicht mit verschiedenen Sektionen (Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften) zusammenzubringen, vor allen Dingen aber die aktiven von den inaktiven Unteroffizieren zu trennen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Man will die Organisation von ihrem sogenannten Schwanz trennen, das heißt von den Mitgliedern des R. d. V., die nicht mehr aktiv sind.

(C) Es wäre verlockend, auch darauf hinzuweisen, wie man im Reichswehrministerium bei aller Abneigung gegen den R. d. V. an manchen Stellen sehr große Zuneigung zu anderen Organisationen hat, zum Beispiel zu der **Organisation „Der brave Heyderich"**, die **in Braunschweig** ihren Sitz hat und für die sich der Herr Rittmeister la Neufville, der im Reichswehrministerium sitzt, sehr interessiert. Da hat am 28. Februar in der Kaserne in Altewiekring in Braunschweig eine Versammlung stattgefunden, an der auch Jugendliche teilnahmen; ferner eine Anzahl von Offizieren, der Leiter des dortigen Selbstschutzes, General Stachow, der Kommandeur des Reichswehr-Infanterie-Regiments 17 usw. In dieser Versammlung des „Braven Heyderich" hat der Herr Vorsitzende, ein inaktiver General, in der Ansprache erklärt, daß er auf die Ziele und Zwecke des Verbandes nicht näher einzugehen brauche, da diese ja allen geprüften Mitgliedern bekannt sei. Der Wert der Organisation würde demnächst erprobt. Der Vortragende, der sich unter dem Namen eines Zigarrenreisenden Eppinger in die Versammlung begeben hatte, in Wahrheit aber ein bayerischer Offizier namens Ettinger ist und in Augsburg wohnt, meinte am Schluß: „Auf Wiedersehen im April oder Mai!" Aus der Versammlung wurde dann gefragt: „Warum nicht im März?" Daraufhin die Antwort: „Vielleicht auch schon im März, je nachdem es die Lage erfordert!"

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Daß der Herr Rittmeister la Neufville, der im Reichswehrministerium Dienst tut, sich sehr stark für diese Dinge interessiert, könnte ich dem Herrn Reichswehrminister an der wörtlichen Wiedergabe eines Telephonats beweisen, das aber nicht, wie vielleicht der Herr Minister glaubt, erspäht worden ist.

(Zuruf vom Ministertisch: Ich bin genau in der Sache informiert!)

(D) Ich habe mich heute telephonisch darüber orientiert und vergewissert, ob unter Telephonnummer 6500 auch sofort Rittmeister la Neufville zu erreichen ist. Also für andere Organisationen interessiert man sich an bestimmten Stellen im Reichswehrministerium. Ich will es bei der Prüfung dieses einen Falles belassen, meine Herren.

Wir sind nun der Meinung, daß es ein grundverkehrter Standpunkt ist, wenn man im Reichswehrministerium die beruflichen Organisationen der Reichswehrangehörigen nicht so wohlwollend wie nur irgendmöglich behandelt. Unter der Kurzsichtigkeit der führenden Herren im Kriege hat das deutsche Heer außerordentlich gelitten. Ich habe wiederholt schon während des Krieges und später an dieser Stelle darauf hingewiesen: hätten die Generäle, hätte die deutsche Oberste Heeresleitung auch nur einen Funken Verständnis für den deutschen Soldaten und seine seelische Stimmung gehabt, dann wäre manches anders gekommen, als es dann in der furchtbaren Katastrophe geschehen ist. Jetzt, meine Herren, scheint auch die Berufsfrage unter der Perspektive des Gamaschenknopfes betrachtet zu werden.

General v. Seeckt will eine Organisation haben, weil er sieht: man kann die Leute nicht 12 Jahre in die Kaserne hineinverpflichten, ohne ihnen eine gewisse Berufsinteressenvertretung zu geben. Aber er will eine Organisation haben, der gegenüber er in genehmen Stunden kommandieren kann: „Stillgestanden! Augen rechts!" Dann läßt er sie stehen bis sie mürbe ist und dann erst kommt das Kommando: „Augen grade aus! Rührt euch!"

So ist die Auffassung, meine Herren, aber mit solchen Organisationen werden Sie in der Reichswehr keine Beruhigung schaffen!

(Sehr richtig!)

Warum lernen denn nicht endlich die Militärs aus dem Furchtbaren, was wir erlebt haben? Warum lernen sie

(Schöpflin, Abgeordneter.)

nicht, daß, wenn sie den Männern eine gewisse Freiheit geben, viel leichter mit ihnen zu arbeiten ist? Die Organisation des R. D. B., die so scharf angegriffen worden ist, steht selbst auf dem Standpunkt: politische Betätigung im parteipolitischen Sinne darf nicht sein. Sie selbst erklärt immer: es muß bei der Truppe Disziplin und Ordnung herrschen, aber es muß unter Kameraden auch die Möglichkeit gegeben werden, daß sie in einiger Freiheit imstande sind, die beruflichen Interessen zu vertreten.

(Sehr richtig!)

Wenn das die Herren im Reichswehrministerium ein ganz klein bißchen besser verstehen würden, wenn sie endlich lernen würden, in der Psyche des Soldaten zu lesen, was sie leider bisher nicht gelernt haben, würden wir um viele Schwierigkeiten herumkommen und brauchten uns nicht um so viel Paragraphen herumzustreiten, wie wir es gegenwärtig tun müssen.

Es wäre sehr gut, wenn der Herr Reichswehrminister darauf dringen würde, daß nicht nur der Chef der Marineleitung, der sowohl in der Kommission wie im Plenum immer da ist, sondern auch **Herr v. Seeckt** herkommen würde. Es könnte Herrn v. Seeckt nicht schaden, wenn er auch mal ins Parlament käme und hier hörte, wie die Dinge stehen. Aber er **schneidet das Parlament** mit derselben Hochmütigkeit, die wir früher in der alten Kaiserlichen Armee bei den Herren erlebt haben. Wir ersuchen Sie, diese Anträge, die wir zu § 33 gestellt haben, anzunehmen. Wir können für die weitergehenden Anträge der Herren Unabhängigen nicht stimmen, mit Ausnahme des Antrages, der das Tragen von Zivil und das Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes ausspricht.

Ich beschränke mich mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf diese Darlegungen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Reichswehrminister.

Geßler, Reichswehrminister: Meine sehr verehrten Herren! Mit Rücksicht auf die Geschäftslage will auch ich versuchen, mich in dieser außerordentlich wichtigen Frage der politischen Grundrechte der Wehrmacht möglichst kurz zu fassen, und ich will vor allem vermeiden, hier zu wiederholen, was im Ausschuß bereits behandelt worden ist und in Berichten seinen Niederschlag gefunden hat.

Ich möchte nur das eine feststellen: ich habe mich bemüht, mein Amt so unpolitisch zu verwalten, als man es nur verwalten kann, weil ich der Auffassung bin, daß gerade der Wehrminister selbst in politischen Dingen sich die größte Zurückhaltung auferlegen soll, wenn er das von seinem Ressort verlangt. Deshalb kann ich dem Herrn Kollegen Schöpflin versichern, daß ich erst heute von ihm höre, daß Herr Franke Mitglied der demokratischen Partei ist. Herr Franke möchte Mitglied sein, welcher Partei er wolle, das kann mich in meiner Auffassung den Bünden gegenüber ebensowenig irre machen, wie es meinen Herrn Amtsvorgänger in seiner Auffassung irgendwie irre gemacht hat. Ich stehe allen **Bünden im Heere** mit dem allergrößten Mißtrauen gegenüber, weil ich mich dafür verantwortlich fühle, daß das Heer ein Instrument der deutschen Republik und der deutschen Regierung ist, und weil ich weiß, daß alle Bünde, alle Zentralverbände immer die Neigung haben, die tatsächliche Macht, die sie in Händen haben, auch mal gegen die Regierung zu verwenden. Das muß unter allen Umständen verhütet werden, wenn das Heer überhaupt seinen Zweck erfüllen soll, es muß ein Instrument sein, das bedingungslos den Willen der Reichsregierung vollstreckt. Ich stehe den Bünden mißtrauisch gegenüber, ob sie rechts oder links gerichtet sind, weil ich weiß, daß in der Hauptsache in den Bünden schließlich nicht um geistige Prinzipien gerungen wird, sondern weil es für die Masse schließlich die materiellen Fragen sind, die die Politik der Bünde bestimmen, weil die Gefahr besteht, daß die Bünde demagogischen Einflüssen unterliegen und demjenigen nachlaufen, der ihnen am meisten verspricht, um schließlich, wenn es darauf ankommt, das Wenigste zu halten. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß ich vom Standpunkt des Wehrministers aus, der seinen Kampf mit dem Finanzminister, seinen Kampf mit dem Kabinett und seinen Kampf mit dem Reichstag um die Bewilligung der Mittel zu führen hat, es nur begrüßen könnte, eine recht energische Wehrkammer hinter mir zu haben. Ich würde allerdings wohl dann wieder der Gefahr unterworfen sein, daß mir vom Hause gesagt wird: Ich sollte bedenken, daß ich nicht nur Wehrminister bin, sondern auch Mitglied des Reichstags, und daß ich die Steuergroschen des deutschen Volkes verschwenden wolle.

(Zuruf des Abgeordneten Schöpflin.)

— Herr Kollege Schöpflin, es ist heute überhaupt eine Plage, Verantwortung für Staat und Volk tragen zu müssen,

(sehr richtig! rechts)

denn das ist das Elend unserer Zeit, daß sie nur Interessenpolitik kennt und daß diejenigen, die Staatspolitik treiben, meist dabei unter die Räder kommen, wie es ja ein Teil Ihrer Freunde erfahren hat, denen das Vaterland aber dankbar sein sollte, daß sie keine Interessenpolitik, sondern Staatspolitik getrieben haben. Ich wiederhole hier nur, was ich bei anderen Gelegenheiten in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht habe. Wenn ich den Bünden gegenüber mißtrauisch bin, so muß ich das als Vertreter der parlamentarischen Regierung und als Vertreter der Verfassung sein, der dafür verantwortlich ist, daß andere Kräfte, als die verfassungsmäßigen Organe auf die Willensbildung des deutschen Volkes keinen Einfluß gewinnen.

Ich gebe aber zu, daß man Berufssoldaten, die zwölf Jahre im Heere stehen, anders behandeln muß als junge Leute, die auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht zwei Jahre in die Kaserne eingezogen werden. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt, daß jeder Heeresangehörige eine politische Gesinnung haben soll, daß er sich um diese politische Gesinnung ernsthaft bemühen soll, und daß ihm die Grundlagen für diese politische Gesinnung durch eine ausgiebige unparteiische staatsbürgerliche Erziehung geschaffen werden sollen. Ich habe im Ausschuß schon bemerkt, daß mir nichts aussichtsloser und gefährlicher zu sein scheint als der Versuch, die Soldaten als stumme Herdentiere zu behandeln oder gar unter einem Glassturz zu halten. Nein, ich will freie Mannschaften haben und freie Heeresangehörige.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Darum ist das Heer auch so geheiligt worden!)

— Wir können darüber ein andermal sprechen. — Weil ich das will, bin ich auch bereit gewesen, überall für diese Rechte einzutreten. Ich habe im Ausschuß darauf aufmerksam gemacht, welche Schwierigkeiten mir gerade aus dieser freiheitlichen Auffassung gelegentlich erwachsen sind. Ich bin von links beschimpft worden wegen Presseäußerungen nach Art eines Organes, aus dem heute der Herr Kollege Schöpflin so eindrucksvoll vorgetragen hat. Ich habe bisher keine Möglichkeiten gehabt, dagegen einzuschreiten, und ich gestehe ganz offen, daß mir's innerlich auch zuwider ist, gegen ein solches Organ einzuschreiten, weil ich glaube: der Mann muß durch geeignete Er-

(Dr. **Geßler**, Reichswehrminister.)

(A) ziehung von innen heraus gegen eine derartige Verhetzung immun gemacht werden. Trotzdem aber wird es gelegentlich gerade auf jüngere Leute einen unmöglichen Eindruck machen, wenn die Kasernen sich mit Organen anfüllen, die auf die Regierung schimpfen und zum Verfassungsbruch auffordern. Da würde Schweigen mißverstanden werden, und darum stehe ich auf dem Standpunkt: an sich ist es etwas Unmögliches, dem Soldaten die Zeitungslektüre zu verbieten. Er soll sie womöglich alle lesen, denn dadurch wird er sehen, daß vieles, was in den Zeitungen steht, nicht immer wahr ist. Das wird ihn am besten davor schützen, auf alle diese Schlagworte hereinzufallen. Ich muß aber die Möglichkeit haben, dort, wo es an die Grundlagen des Heeres geht, an die Disziplin, einzugreifen.

Nun hat der Herr Kollege Schöpflin an mich die hochnotpeinliche Frage gerichtet: Wie hältst du es mit dem R. D. B.? Er war bereits in der Lage, davon zu sprechen, daß bei mir hierwegen Konferenzen stattfinden. Meine Herren! Hier sehen Sie schon eine Frucht des Bundeswesens: die Überwachung und das Mißtrauen. Gewiß, meine Herren, der General v. Seeckt kommt oft zu mir. Es wird mir nicht einmal der Vorwurf gemacht werden können, daß ich den General v. Seeckt nur alle halbe Jahre gesehen habe. Zu mir kommen auch die Referenten des Hauses täglich. Ich habe mein Amt nach der Richtung hin etwas verändert, so daß ich stets unmittelbar in Verbindung mit meinen Referenten bin. Ich kann dem Herrn Kollegen Schöpflin die beruhigende Versicherung geben, daß nach der Richtung hin noch gar nichts irgendwie besprochen worden ist. Ich habe mit dem General v. Seeckt noch niemals etwas über die Bündefrage gesprochen, sondern mich mit ihm über

(B) ganz andere Dinge unterhalten. Wohl aber wird mir täglich von den Referenten das Material vorgetragen, das auf die Disziplin in der Truppe bezüglich der Bünde schließen läßt, auch vom Nationalverband deutscher Soldaten, denn ich pflege, wie ich ganz offen sagen will, die Bünde gleich zu behandeln. Ich werde aber auch, unbeschadet um die Satzungen und unbeschadet um die Theorie, die in den Satzungen enthalten ist, gegen alle Bünde vorgehen, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, unter denen der Reichswehrminister meines Erachtens nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet ist, gegen die Bünde vorzugehen, wenn sie in ihrem Verhalten und ihrer Politik die Zucht und Ordnung im Heere gefährden. Es kommt mir nicht auf die Theorie an — da bin ich weitherzig und durchaus nicht ängstlich —, aber auf die Praxis kommt es mir an, und da habe ich eben auf diesem Gebiete auch meine bestimmten Erfahrungen gemacht.

Ich darf übrigens bemerken — daraus habe ich nie ein Hehl gemacht —, daß der R. D. B. gerade von Offizieren des Wehrministeriums gefördert worden ist, und daß ich dagegen von Anfang an Bedenken gehabt habe, weil ich weiß, wohin die Dinge gehen, wenn man einen Bund vorzugsweise begünstigt. Diese Vorzugsbegünstigung des R. D. B. hat eben zu den Konsequenzen geführt, unter denen wir jetzt schon leiden. Wenn ich dem Ersten Vorsitzenden des Bundes das Zeugnis ausstelle, daß ich ihn für einen anständigen Mann halte, wenn ich weiß, daß er ein anständiger Mann ist, so habe ich dafür keine anderen Gewährsleute als die Herren, die immer mit dem Herrn Vorsitzenden zusammengearbeitet haben, und das sind meine Offiziere.

Ich werde mir diese Frage gründlich und genau

(C) überlegen und werde die Entscheidung so treffen, daß ich sie vor meinem Gewissen verantworten und hier vor dem Hause vertreten kann. Dann mag das Haus die nötigen parlamentarischen Konsequenzen ziehen. Das ist, glaube ich, der einzig richtige Weg, den wir einschlagen können, denn dann kommt niemand mit seinem Gewissen in Konflikt.

Nun hat der Herr Kollege Schöpflin in diesem Zusammenhang auch beanstandet, daß der Chef der Heeresleitung hier nicht erscheint, daß er das Haus gewissermaßen schneidet. Er hat das tadelnd in einen Gegensatz zum Chef der Marineleitung gebracht. Wenn Herr v. Seeckt hier im Hause nicht erscheint, so geschieht das nach meinen Anordnungen, weil ich der Auffassung bin, daß der Chef der Heeresleitung hier im Hause nur zu erscheinen hat, wenn das vom Minister für nötig gehalten wird oder der Reichstag einen diesbezüglichen Wunsch geäußert. In allen den Fällen, wo der Chef der Heeresleitung aufgefordert wird, sich hier militärisch gutachtlich zu äußern, steht der General v. Seeckt den Herren jederzeit zur Verfügung. Wenn der Chef der Marineleitung hier erscheint, so erscheint er nicht in seiner Eigenschaft als Chef, sondern deshalb, weil in der Marineleitung Kommandoführung und Verwaltung in der Person des Chefs der Marineleitung vereinigt sind, während der Staatssekretär — das wird mir Herr Kollege Schöpflin ebenfalls bestätigen — regelmäßig den Sitzungen angewohnt hat. Ich meine, ich darf an dieser guten Gewohnheit festhalten, ich darf den Chef der Heeresleitung nicht in das politische Getriebe hineinbringen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Chef der Heeresleitung hat andere Aufgaben. Vor allem hat er dafür zu sorgen, daß die Verbindung zum Heere draußen aufrechterhalten bleibt, und sich um das Wohl der Truppe zu kümmern.

(D) Ich darf in diesem Zusammenhange noch etwas anderes sagen. Der General v. Seeckt ist in diesen Tagen angegriffen worden, weil er eine Rede gehalten habe. Ich habe bereits am Montag früh auf Grund sorgfältiger Erhebungen durch das Wolffsche Bureau bekanntgegeben, daß die Rede in vollständig entstellter Form in die Öffentlichkeit gekommen ist, daß vor allem der General v. Seeckt sich aller politischen Schlußfolgerungen enthalten hat. Während nun die Angriffe auf den General v. Seeckt pflichtschuldigst aufgenommen worden sind, hat bis jetzt, soweit ich das feststellen kann — ich will keine unberechtigten Vorwürfe erheben —, außer der „Germania“, wie mir gerade gesagt wird, niemand von der ganzen Presse davon Notiz genommen, daß diese Rede des Generals v. Seeckt durchaus apokryph ist.

Was hat nun der General v. Seeckt getan? Er hat Offiziere und Beamte des Ministeriums zusammenberufen und ihnen in längerer Rede einen Bericht über die Verhandlungen in London gegeben, wobei er die Offiziere und Beamten durchaus im Sinne der Regierungspolitik aufgeklärt hat.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

So ist die Sache!

(Erneute Zurufe: Ein sehr dehnbarer Begriff!)

— Ja, Herr Kollege Hoffmann, ich glaube, wir beide werden uns nicht verständigen!

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich muß mich damit begnügen, daß ich mich ab und zu eines guten Witzes von Ihnen erfreue,

(Heiterkeit und Zurufe)

bei denen ich ebenso herzlich lache wie das übrige Haus. Ich muß mich damit trösten, daß ich in Ihren

(Dr. **Geßler**, Reichswehrminister.)

(A) Augen — nun, wir wollen einmal sagen — nicht „vollwertig“ bin.

(Zuruf des Abgeordneten Hoffmann [Berlin]: Bei solchen Objekten ist ein Witz auch nicht möglich!)

— Ich sage eben, daß ich in Ihren Augen nicht „vollwertig“ bin, und damit werden wir uns gegenseitig abzufinden haben.

Ich lege aber darauf Gewicht, daß angesichts der Angriffe, die in diesen ganzen Fragen des Friedensvertrages, der Reparation und aller dieser Dinge gegen die Haltung der Regierung erhoben worden sind, festzustellen, daß der Chef der Heeresleitung den Offizieren und Beamten gegenüber nur die nötige Aufklärung über die Regierungspolitik in durchaus loyaler Weise gegeben hat.

Meine Damen und Herren! Ich habe es hier schon einmal festgestellt: Sie haben allen Anlaß, dem **General v. Seeckt** dankbar zu sein. Denn nur ein Mann mit seiner Energie ist überhaupt in der Lage gewesen, die Hemmungen, die sich bei der **Entwaffnung** herausgestellt haben, zu beseitigen, und damit hat er sich den Dank des deutschen Volkes verdient. Wenn er sich im übrigen zurückhält, so entspricht das durchaus meinen Wünschen und Auffassungen. Von dem Gesichtspunkt habe ich mich auch seinerzeit bei der Organisation des Ministeriums leiten lassen.

Im übrigen darf ich mich auf diese Bemerkungen beschränken. Ich habe schon im Ausschuß bemerkt, daß die Frage, ob der Wehrkreiskommandeur oder der Wehrminister in erster Instanz entscheidet, nicht von so großer Wichtigkeit ist, um so weniger, als ja im Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist, daß der Minister sich die Entscheidung in besonderen Fällen vorbehalten kann. Es ist klar, daß gerade den Zentralverbänden gegenüber eine durchaus einheitliche Politik schon wegen der wirt-(B)schaftlichen Institutionen notwendig ist. Ich kann nicht in dem einen Kreis die Sache so und in dem anderen so machen. Ich bin mir der Schwierigkeiten, die in der Durchführung dieser Paragraphen liegen, durchaus bewußt, ich bin aber ebenso überzeugt, daß eine energische, zielbewußte, aber auch von freiheitlicher Gesinnung getragene Durchführung dem deutschen Volke das Heer schaffen wird, das es braucht, vor allem ein Heer, das aus dem täglichen politischen Parteikampf herausgezogen ist, das seine besondere Ehre darin sucht und nur darin finden kann, daß die Verzichte, die ihm zugemutet werden, nicht bezwecken, es in Sklavenketten zu halten, sondern in dem Bewußtsein einer höheren Pflicht auf sich genommen werden. Der Staat kann von uns verlangen, wenn das öffentliche Interesse es erfordert, daß wir auch auf individuelle staatsbürgerliche Rechte verzichten, auf die wir sonst, wenn wir in freien Verhältnissen stehen, das größte Gewicht legen würden. Zuerst der Staat und dann der einzelne! — das muß die Parole für das Heer sein.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kuhnt.

Kuhnt, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Wehrminister hat darauf hingewiesen, daß er sich befleißigte, sein Amt so unpolitisch wie möglich zu führen. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß seine Hauptaufgabe darin beruhe, aus der Wehrmacht ein Instrument zu machen, das die Republik zu schützen habe und das der Regierung treu zur Verfügung stehe. Daß der Herr Wehrminister sich befleißigt, sein Amt nach Kräften in einer ihn selbst zufriedenstellenden Weise durchzuführen, steht ganz außer Zweifel. Aber darauf kommt es nicht an. Wenn sich der Herr Wehrminister,

(C) soweit das überhaupt möglich ist, der Politik enthält, so treiben seine Herren um so deutlicher und klarer Politik. Bis in die jüngsten Stunden hinein haben wir die Beweise dafür, daß die Herren, die dauernd behaupten, sie seien unpolitisch, sich sehr stark politisch engagieren. Ich darf da nur an das kleine **Vorkommnis in der Kommission** erinnern, als wir das Wehrgesetz berieten, als da Herr **Kreß v. Kressenstein** sich erlaubte, auf rein provokatorische Handlungen inaktiver Offiziere, die sich monarchistisch betätigten, ja, deren Handlungen direkt an Hochverrat grenzten, mit einem „Bravo“ zu quittieren. Der Herr Wehrminister konnte nicht umhin, die Handlungen dieses Mitgliedes des Ministeriums zu mißbilligen. Als dies geschehen war, kamen die Herren Kameraden des betreffenden Offiziers und gratulierten ihm zu dieser Handlung, die der Herr Minister soeben gemißbilligt hatte.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Obwohl derselbe Offizier den Sitzungssaal nicht mehr betreten durfte, hat man es doch wieder durchgesetzt, daß er dann nach einigen Tagen im Hauptausschuß erschien. Wir sehen und hören also die Worte des Herrn Ministers, wir wissen aber, daß nichts dahinter steht. Wir erkennen sehr klar, daß er das Werkzeug der Herren Offiziere ist.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Wehrminister unterstrich, daß die Wehr ein Instrument der Regierung sein soll, das heißt ein Instrument der bürgerlichen Regierung, infolgedessen ein Instrument gegen die Arbeiterschaft. Aus dieser Stellung der Reichswehr resultiert sich auch unsere Stellung zum Wehrgesetz. Wir sind grundsätzlich Gegner der Reichswehr, weil sie ein Instrument des Kapi-(D)talismus, ja ein Instrument der Konterrevolution ist. Das bedingt unsere ablehnende Haltung zum Wehrgesetz. Das hält uns natürlich nicht ab, soweit es möglich ist, für die Rechte der Soldaten, der Unteroffiziere, der Mannschaften, einzutreten. Wir haben ja heute von Herrn Rheinländer und von den übrigen Herren gehört, daß ein gesundes Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften geschaffen werden müßte. Herr Rheinländer führte aus: vor allen Dingen müßten wir eine Wehr haben, in der der Charakter eines Söldnerheeres nicht aufkommen sollte. Insofern wollen wir mitarbeiten, wollen versuchen, ob das möglich ist. Wir setzen natürlich dahinter große Fragezeichen. Wenn Herr Rheinländer wünscht, daß der Söldnercharakter dieser Wehr genommen werden soll, dann ist es seine unbedingte Pflicht, daß er für die Anträge eintritt, die meine Freunde gestellt haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn gerade die §§ 32 und 33 geben der **Reichswehr** den **Prätorianergeist**. Wie kann der Herr Wehrminister, wie kann der Herr Kollege Rheinländer davon sprechen, daß man freie Männer in der Reichswehr haben will, während nach den §§ 32 und 33 Unteroffizieren und der Mannschaft alle Rechte beschnitten werden. Der § 32 besagt, daß der Soldat sich nicht politisch betätigen darf. Es wird ihm weiter die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen verboten. Es wird ihm weiter untersagt, daß er politische Versammlungen besuchen darf,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ja, es wird den Soldaten auch ein Zensor gestellt, wenn sie irgendwelche Zeitungen halten wollen. Man sagt, man wolle, daß sie politisch denken lernen; man will ihnen die Zeitung freigeben, und hinterher kommt der

(**Kuhnt**, Abgeordneter.)

(A) Pferdefuß. Auf unseren Antrag hin wurde im Wehrgesetz direkt bestimmt, daß den Angehörigen der Wehrmacht das Halten der Zeitungen freigestellt wird. Die Herren Demokraten waren es, die unseren Antrag mit unterstützten. Sie haben aber nachher einen Zusatzantrag eingereicht, der in dem zweiten Satz des § 32 Abs. 4 festgelegt worden ist, wo es heißt:

> Der Reichswehrminister kann bestimmte Zeitungen verbieten, sofern ihr Inhalt die militärische Zucht und Ordnung oder die Aufrechterhaltung der Verfassung gefährdet.

Ja, mit den Worten „Zucht und Ordnung" treibt man heute denselben Unfug, den man jahrelang mit dem Unfugparagraphen getrieben hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir beantragen, daß die Absätze 1, 2 und 3 in § 32 gestrichen werden und ebenso der letzte Satz in Abs. 4. Wenn man freie Männer haben will, so müssen sie sich auch frei betätigen können. Die alten Wilhelminischen Regimenter waren immer willenlose Werkzeuge, so wie jetzt die Regimenter der Republik. Der fluchwürdige **Kadavergehorsam**, der den Zusammenbruch und die Novembertage 1918 mit hervorgerufen hat, der schon im Jahre 1806 das Preußenheer zusammenschlug, herrscht auch heute noch. Es ist notwendig, daß wir endlich denkende und urteilsfähige Soldaten bekommen, nicht eine stumpfe Masse, die einfach so hauen und stechen muß, wie es die Offiziere kommandieren. Erst wenn wir denkende und urteilsfähige Soldaten haben, besteht die Gewißheit, daß auch das Volk gegen Ereignisse gefeit ist, die heute die ganze Welt erschüttern.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich erinnere nur an die Aulockbanden, an den Kesselprozeß, der zur Stunde spielt, an die Marlohbanden (B) und so fort. Denkende und urteilsfähige Männer müssen wir haben, Männer, die mit allen politischen und wirtschaftlichen Freiheiten ausgestattet sind. Aus diesem Grunde stellen wir unsere Anträge.

Auch der § 33 legt den Mannschaften und den Unteroffizieren neue Fesseln an. Es ist in der Tat ein Attentat auf die Bünde mit dem § 33 geplant. Man will es den Unteroffizeren und Mannschaften verwehren, sich zur Förderung und zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu vereinigen. Das ist ein Verstoß gegen den Art. 159 der Reichsverfassung, in dem es heißt:

> Die **Vereinigungsfreiheit** zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.

Also gemäß Art. 159 der Reichsverfassung, der zwingende Kraft hat, sind alle Maßnahmen, durch die man die Freiheit der Soldaten einzuschränken sucht, rechtswidrig. Diese zwingende Kraft wird auch nicht durch Art. 133 aufgehoben. So lange der R. D. B. sich reinen wirtschaftlichen Fragen hingibt und sich mit der Förderung und Wahrung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen seiner Mitglieder beschäftigt, hat das Reichswehrministerium kein Recht, gegen den R. D. B. einzuschreiten, es sei denn, daß vorher eine Verfassungsänderung herbeigeführt wird. Ich sage also, daß die Soldaten das Recht haben müßten, sich wirtschaftlich vereinigen zu können.

Als durch die Novembertagung 1918 die Offiziere in andere Verhältnisse gedrängt wurden, waren es gerade diese Offiziere, die die Schaffung des Deutschen Offiziersbundes verlangten. Hunderte der Herren Offiziere waren bei mir und legten mir klar, daß man (C) ihnen dieses Recht geben müßte. Es ist unsererseits dann auch geschehen. Nachdem die Herren Offiziere aber wieder in die Machtpositionen aufgerückt sind, nachdem sie jetzt glauben, daß sie den Bund nicht mehr benötigen, kommen sie und wollen den Soldaten und Unteroffizieren unter dem Mantel der Gleichheit das Recht zum Zusammenschluß zur Wahrung ihrer Wirtschaftsinteressen nehmen.

Aus diesen Gründen heraus beantragen wir, daß im § 33 der erste Satz in Abs. 4 zur Annahme gelangt:

> Die Soldaten eines Standortes, eines Truppenteiles oder der Besatzung eines Schiffes oder Schiffsverbandes dürfen sich untereinander versammeln und vereinigen.

Wir wollen, daß das noch einmal ausgesprochen wird, damit den Soldaten ihre Staatsbürgerrechte nicht beschnitten werden. Wir ersuchen um Annahme unserer Anträge.

Wir sind aber weiter gegangen und haben uns gestattet, noch einige Zusatzanträge zu stellen, die in einem neu zu schaffenden Paragraphen 33 a Aufnahme finden sollen. Wir wissen, daß, wenn Sie den Gesetzentwurf annehmen, wie er vorliegt, dann nur eine Beschränkung der Rechte der Unteroffiziere und Mannschaften geschaffen würde, während die Herren Offiziere sich im politischen Leben weiter betätigen würden, wie seither. Gerade in der Kommission hat man immer von dem **Fernhalten der Politik aus den Kasernen und aus den Kantinen** gesprochen, aber niemals von dem Fernhalten der Politik aus den **Kasinos und Messen**, wo die Offiziere verkehren. Wir wissen, daß die Offiziere tausendfache Gelegenheit haben, sich in ihren Privatwohnungen und sonstwo politisch zu betätigen, daß sie auch alle politischen Versammlungen besuchen können, indem sie sich einfach Zivilzeug anlegen. Wir haben (D) deshalb beantragt: „Das **Tragen von Zivilkleidung** ist allen Soldaten außerhalb des Dienstes gestattet." Die Herren Offiziere haben darauf hingewiesen, daß das Tragen der Uniform Ehrensache sei. Das soll jeder halten, wie er will. Aber wir wissen, daß die Herren Offiziere, wie ich schon sagte, dieses Ehrenkleid sehr oft ablegen, wenn sie auf ihren dunklen Wegen wandeln. Deshalb wünschen wir, damit auch die Soldaten die Möglichkeit der politischen Betätigung haben, daß ihnen das Recht eingeräumt wird, Zivilkleidung zu tragen. Man hat schon darauf hingewiesen, daß es nicht möglich sei, jungen Leuten, sobald sie eingetreten sind, das Tragen von Zivilkleidung zu gestatten. Nun gut, vielleicht läßt es sich durchführen, daß in den ersten beiden Jahren für alle Soldaten, das heißt Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, das Tragen der Zivilkleidung verboten ist, daß aber jedem Soldaten, nachdem er diese zwei Dienstjahre hinter sich hat, das Tragen der Zivilkleidung außerhalb der Dienstzeit freistehen muß.

Wir haben weiter einen neuen § 33 a beantragt:

> **Außerhalb des Dienstes** dürfen die Soldaten **keine Waffen** tragen.

Auch das halten wir für unbedingt notwendig. Wir wissen, daß in einer ganzen Anzahl von Staaten — ich erinnere nur an England; ich glaube, daß das heute noch der Fall ist — außerhalb der Dienstzeit kein Soldat eine Waffe trägt. Aber durch das Waffentragen, durch das Festhalten daran, daß die Soldaten auch außerhalb der Dienstzeit die Uniform zu tragen haben, will man jede Assimilation zwischen Zivil und Soldaten verhindern. Gerade das Tragen der Waffen muß aufreizend wirken gegenüber der Zivilbevölkerung. Wir haben jetzt erst die Konflikte in Swinemünde erlebt. Alles das könnte vermieden werden. Wir haben

(**Kuhnt**, Abgeordneter.)

(A) es nicht nötig, daß das Kraftmeiertum durch das Tragen der Waffen gezüchtet wird.

(Zuruf des Reichswehrministers.)

— Ja, das waren die Handgranaten; dann wehren wir uns auch dagegen. Aber wir wissen, daß dieses Waffentragen wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Zivil und Militär beiträgt, daß es geradezu zu Konflikten herausfordert.

(Sehr richtig! links. — Zuruf des Reichswehrministers: Viel weniger die Waffen als die Mädel!)

— Ja, die Mädels können wir nicht abschaffen.

(Große Heiterkeit.)

Wir halten unsere Verbesserungsvorschläge aufrecht. Ich weiß nicht. aus welchen Gründen man an allen diesen Zuständen festhalten will, die doch andauernd zu Unheil geführt haben. Ich sage also: Wenn man will, daß wirklich freie Männer sich in der Reichswehr bewegen sollen, dann haben Sie, Herr Rheinländer, und Ihre Freunde die Pflicht, diesen unseren Anträgen zuzustimmen.

Ich wende mich nun kurz zu § 35 Abs. 2, der lautet:

> Das Diensteinkommen von mobil verwendeten Angehörigen der Wehrmacht kann für die Dauer dieser Verwendung zu direkten Steuern nicht herangezogen werden, sofern die Dauer dieser Verwendung mindestens einen Monat beträgt.

Man will hier ein Steuerprivileg schaffen. Ich weiß nicht, was dafür sprechen kann. Wenn sie in der Zeit der Mobilmachung leicht Gefahren ausgesetzt sein sollen, so weise ich darauf hin, daß eine ganze Anzahl anderer Kategorien sich andauernd in Lebensgefahr bewegt. Ich erinnere an die Bergarbeiter,

(sehr wahr! links)

ich erinnere an die Besatzung unserer Handelsmarine, die andauernd Gefahren ausgesetzt ist,

(B)

(Zuruf)

ebenso Bauarbeiter usw. Kein vernünftiger Mensch denkt daran, diesen Arbeitern oder Angestellten ein Steuerprivileg einzuräumen. Ich fordere also aus Gründen der Gerechtigkeit die Ablehnung des Absatz 2 von § 35.

Ich fordere sie aber auch aus politischen Gründen, da hier gesagt wird, daß den mobilen Truppenteilen das Steuerprivileg eingeräumt werden soll. Das reizt die Herren Offiziere geradezu zur Verhängung des Belagerungszustandes.

(Lachen rechts.)

Meine Herren, wenn es einen Sinn haben soll, so ist es Steuerdrückerei. Die Herren wollen keine Steuern zahlen; das ist in klaren Worten das, was hier im Absatz 2 zum Ausdruck kommt.

(Zuruf rechts.)

Und dann werden sie natürlich alles versuchen, um eben solche Situationen herbeizuführen.

(Zuruf rechts.)

Warum stellen Sie denn diesen Antrag dann? Warum muß denn immer der Klingelbeutel geschwungen werden, wenn irgendeiner der Ihrigen wirklich einmal einen Dienst verrichtet? Arbeitern gegenüber kennt man ein derartiges Entgegenkommen nicht. — Ich beantrage also die Streichung des Abs. 2 von § 35.

§ 28 möchte ich auch noch mit einigen wenigen Worten streifen. Es heißt darin:

> Die Angehörigen der Wehrmacht bedürfen der Genehmigung ihrer Vorgesetzten

und es geht dann weiter:

> zur Übernahme einer mit einer Vergütung verbundenen Nebenbeschäftigung.

Man sagt also, wenn ein **Wehrsoldat** eine **gewerbliche** Nebenbeschäftigung ausüben will, so bedarf er der Genehmigung des Vorgesetzten. — Jawohl, auch ich halte (C) das für angebracht, denn die Verhältnisse sind heute ganz andere als früher. Es sind Berufssoldaten mit einem entsprechenden Einkommen, und infolgedessen darf nicht die Reichswehr irgendwelche Schmutzkonkurrenz den Arbeitern gegenüber aufkommen lassen.

Ich erinnere hierbei an die **Militärmusiker**. Unsere Berufsmusiker beschweren sich heute bitter über die Militärmusiker, die ihnen jetzt erneut Konkurrenz machen. Im Etat finden wir nur 109 Musikmeister, während zirka 3000 Musiker heute in der Reichswehr Dienst verrichten. Ein großer Teil dieser Militärmusiker drängt die Berufsmusiker zurück, so daß verheiratete Männer durch den Egoismus der Militärmusiker in Not und Elend gestürzt werden. Erfreulicherweise ist zwischen dem Zentralvorstande der Berufsmusiker und dem Reichswehrministerium eine Vereinbarung zustande gekommen in der Form von Richtlinien. Diese Richtlinien wurden wider Erwarten zurückgehalten, obwohl sie sofort den Truppenteilen zugestellt werden sollten. Auf meine Anfrage im Ausschuß erklärte der Herr Reichswehrminister: Nachdem in § 28 die gesetzliche Grundlage geschaffen ist, steht der Bekanntgabe nichts mehr im Wege. Damit glauben wir, daß die Konkurrenzgefahr durch die Richtlinien behoben wird, das heißt, wenn der Reichswehrminister die Kraft aufbringen kann, das durchzusetzen, was er uns gegenüber erklärt hat. Denn als ein Mitglied des Vorstandes des Zentralverbandes der Berufsmusiker beim Reichswehrministerium anfragte, ob die Richtlinien schon hinausgegangen wären, weil der Herr Reichswehrminister es ja erklärt hätte, hat ein Hauptmann Löpper — so heißt er wohl — erwidert, er könnte gar nicht verstehen, wie der Herr Reichswehrminister eine solche Erklärung abgeben könnte, ohne sich mit den Offizieren des Reichswehrministeriums in Verbindung zu setzen.

(D)

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind die Vorkommnisse, die uns immer und immer wieder sagen, daß der Herr Wehrminister nicht so fest im Wehrministerium steht, wie er selbst annimmt. Trotz alledem hoffe ich, daß es möglich sein wird, ohne erneute Anregung im Interesse der Berufsmusiker, was letzten Endes auch im Interesse der Reichswehr liegt, Vereinbarungen zu treffen und zu halten, damit jede Konkurrenz ausgeschaltet wird.

Kurz noch einmal: Wir erwarten, daß den Mannschaften und den Unteroffizieren die Freiheiten gegeben werden, die jedem Staatsbürger zustehen, und daß Sie unseren Anträgen zustimmen. Lehnen Sie die Anträge ab, dann werden Sie eine dauernde Beunruhigung in die Reichswehr hineintragen. Wir werden trotz Ablehnung der Anträge alles daransetzen, daß die Reichswehrsoldaten aufgeklärt und frei werden.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rheinländer.

Rheinländer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nur einige grundsätzliche Bemerkungen. Zunächst ist es selbstverständlich, daß ich nicht die Ansicht meines Herrn Vorredners teile, die Reichswehr sei nur als ein Instrument gegen die Arbeiter geschaffen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das ist sie aber!)

— Das kann die Reichswehr nicht sein und soll sie nicht sein, und das wird sie auch nicht sein; denn wir halten es für die Aufgabe der Regierung, die **Reichswehr** zu jeder Zeit so zusammenzusetzen, so im Zaume zu halten, daß sie **keine Klassenpolitik** treiben kann, weder nach rechts noch nach links. Sie soll die Grenzen und die

(**Rheinländer,** Abgeordneter.)

(A) Verfassung schützen, gegen äußere Feinde und Revolutionäre eingesetzt werden, aber nicht gegen Arbeiter.

Der Herr Vorredner hat mich daran erinnert, daß ich ausgeführt habe, wir wollten dem Berufsheer nicht den Söldnercharakter geben, der mit einem gewissen Anklang von Verachtung aus der Vorzeit zu uns herübergekommen ist. Gewiß, meine Partei steht auf dem Standpunkt: wir wollen der **Reichswehr** eine so **geachtete Stellung** im Volke geben, wie es nur irgend möglich ist. Aber den zweiten Grundsatz muß ich auch hinzufügen: wir wollen die Reichswehr zu einem wirklich zuverlässigen, innerlich geschlossenen, **schlagkräftigen Heer** ausgebildet sehen. Darin liegen die Grenzen, die in Beziehung auf die Freiheit und die staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten verfassungsgemäß gezogen sind.

Man hat es so dargestellt, als ergäbe es einen minderwertigen Staatsbürger, wenn der Soldat auf parteipolitische Betätigung und volle **Koalitionsfreiheit** verzichten müsse. Das ist nicht der Fall. Auch der Reichspräsident muß auf Parteitätigkeit verzichten, solange er das hohe Reichsamt innehat. Ich denke mir im Gegenteil, wenn die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, was Politik betrifft, über dem Parteigetriebe, über dem Parteigezänk auf höherer Warte wie Türmer auf der Wache stehen, für Volk und Reich, dann werden sie gerade durch diese beschützende Tätigkeit eine so geachtete Stellung einnehmen wie kaum irgendein anderer Stand. Wir beharren darauf, daß die **Parteipolitik aus dem Heere ferngehalten** wird, und zwar nicht bloß bei den Mannschaften, sondern auch bei den Offizieren.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das können Sie ja gar nicht verhindern!)

— Dafür müssen sich Mittel und Wege finden lassen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir die Reichswehr durch die Parteipolitik von vornherein in (B) verschiedene Stücke zerreißen lassen wollten, dann sollten wir die fünf Milliarden lieber sparen, dafür vielleicht noch etwas Polizei einstellen. Dann würden wir wenigstens die Gefahr, die in einer politisierenden Armee liegt, von dem Staate ferngehalten haben. Deshalb können wir nicht auf die hier vorliegenden Anträge eingehen, den § 32 Abs. 1 bis 3 zu streichen und so weiter. Wir halten darauf, daß das Recht, **Zeitungen** nach eigener Wahl zu lesen, den Soldaten bleibt, wie es im Abs. 4 steht, können uns aber nicht dazu bereit erklären, den letzten Satz zu streichen.

Meine Damen und Herren! Nun noch ein grundsätzliches Wort im Auftrage und im Sinne meiner Partei. Es ist hier heute sehr viel auf den Offizieren herumgehackt worden. Wir sind eine Partei der Autorität und verlangen, daß der **Offizier** seine geachtete **Führerstellung** auch im Berufsheere, in der Reichswehr, behalte.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Der Offizier hat eine sehr wichtige Stellung. Er soll nicht nur tüchtiger Führer, ein ganzer Mann, er muß ein guter Psychologe, ein warmherziger Mensch, auch seinen Unteroffizieren und Mannschaften ein guter Kamerad sein. Er muß vor allem die Fähigkeit haben, als Mensch den Menschen im Mann und im Unteroffizier zu erkennen, zu behandeln und ihn für seine Aufgabe zu begeistern. Männer dieser Art, die als Persönlichkeiten schon unsere Achtung verdienen und die die schwere Aufgabe auf sich nehmen, uns in unserem Beruf und in unserem ganzen Leben Beschützer zu sein, soll man auch mit der nötigen **Autorität** umkleiden; allerdings nicht in der Weise, daß der Offizier etwa seine politische Auffassung den Unteroffizieren und Mannschaften aufdrängen könnte. Auch für ihn gibt es keine Parteipolitik im Heere. Der Offizier, der es nicht versteht, das Wohl der Gesamtheit auch in dieser Beziehung (C) über seine eigene Ansicht zu stellen, würde natürlich nicht die „dienstliche Befähigung“ haben, von der unser Gesetzentwurf spricht.

Wir können es aber nicht dulden, daß die Offiziere im Heere, in der Reichswehr, **bespitzelt**, daß sie draußen und drinnen **denunziert** werden. Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, auch das zu sagen: die Art und Weise, einen Offizier, einen Ehrenmann — nur solche können wir zu Offizieren gebrauchen —, wegen jeder Kleinigkeit sofort hier im Parlament vor das Forum zu zerren, ihn womöglich als ungeeignet für seine Stellung zu erklären, ist ein Verfahren, das wir nicht mitmachen können und entschieden verurteilen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wenn die Politik aus dem Heere herausbleiben soll, dann wollen wir auch, daß der Soldat, der Offizier aus der Politik möglichst herausgelassen wird. Dafür ist der Reichswehrminister hier, daß er die Verantwortung trägt. Es hat auf mich einen geradezu peinlichen Eindruck gemacht, als im Ausschuß der Oberst v. Kressenstein um seine Stellung gebracht werden sollte, weil er ganz leise für sich bei irgendeiner Sache — ich glaube, es handelte sich um den Stettiner Streik — Bravo gesagt hatte. Keiner hat es gehört, zufällig hat es ihm der Abgeordnete Kuhnt — oder war es Ernst — vom Munde abgelesen. Aus diesem „Bravo“ wurde eine politische Aktion konstruiert, eine Parteinahme gegen arbeitende Volksgenossen, für die Entfernung aus dem Amte unverblümt gefordert wurde, und zwar von Mitgliedern einer Partei, die sonst als Schützerin freier Meinungsäußerung zu gelten beansprucht.

(Sehr wahr! im Zentrum und rechts.)

Auf solch schwachen Füßen steht heute die Existenz eines Offiziers! Wegen einer solchen Lappalie einen Familienvater, einen verdienten Offizier vor die Verabschiedung (D) stellen, das müssen wir verurteilen, und meine Partei ist nicht gewillt, diese Jagd auf Offiziere in Zukunft zu dulden oder gar mitzumachen.

(Bravo! rechts.)

Wir wollen, daß im Heere ein **kameradschaftliches Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften** herrscht, daß die Offiziere die innere Geschlossenheit, ohne welche keine militärische Schlagkraft möglich ist, zuerst betätigen und herbeizuführen suchen. Wir verlangen kein Fraternisieren; jeder muß selbst den nötigen Takt haben, um die Grenzen zu finden. Wir wollen aber auch nicht, daß irgendein Mann und irgendein Unteroffizier schikaniert wird, und ganz besonders nicht wegen seiner politischen Stellung zurückgesetzt oder schlecht behandelt wird.

Mit der politischen Betätigung hängt eng zusammen die **Vereinsbetätigung**. Wir begrüßen es selbstverständlich, wenn sich Soldaten mit Zivilisten in Vereinen zusammenfinden. Dadurch dürfen aber die Soldaten nicht dem Heere — auch nicht der Regierung — innerlich entfremdet werden, und es darf die militärische Manneszucht darunter nicht leiden. Der Wehrminister oder der Wehrkreiskommandeur muß das Recht haben, die Teilnahme an solchen Vereinen zu verbieten. Im großen ganzen wünschen wir aber, daß der alte schlimme **Gegensatz zwischen Zivil und Militär** abgemildert werde und daß die Ehrenstellung, die wir für unser Berufsheer wünschen, auch im gesellschaftlichen Leben, und zwar nicht bloß in dem Leben der höheren Gesellschaft, sondern auch im Bürgertum, wohin die Berufssoldaten gehören, zum Ausdruck komme. Bedenklich ist der Zusammenschluß der Soldaten in besondere Wirtschaftsbünde. Das hat sich bei den Vorgängen während des Kapp-Putsches gezeigt.

(Rheinländer, Abgeordneter.)

(A) Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Soldaten müssen freilich in jeder Beziehung gewahrt werden, die Soldaten sollen ihre **Koalitionsfreiheit** haben, allerdings nicht, wie der Herr Abgeordnete Kuhnt meinte, bis zur vollen Auswirkung, das heißt bis zum Streik. Wenn unsere Truppen an die Grenze rücken und dann anfangen können zu streiken, dann hätten wir uns den ganzen Apparat am besten sparen können. Wir können kein volles Koalitionsrecht gewähren, aber wir müssen wünschen, daß den Soldaten und auch den Offizieren die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb des Heeres Vereinigungen zu gründen, um ihre wirtschaftlichen Interessen in bezug auf Anstellung, Besoldung und wirtschaftliche Selbsthilfe, besonders auch in bezug auf ihre Versorgung beim Übertritt ins Zivilleben zu wahren, soweit sich diese Interessenvertretung mit der Schlagkraft des Heeres vereinigen läßt. Bedenklich ist es, wenn sich innerhalb des Heeres verschiedene Bünde auftun und durch eine Konkurrenzagitation, die dann der politischen Agitation Tür und Tor öffnet, die innere Geschlossenheit des Heeres zerreißen. Meiner Auffassung nach wäre es das beste, wenn sich der R. D. V. mit den anderen Organisationen — ich stehe allen gleich freundlich und gleich bedenklich gegenüber — vereinigte, sodaß nur ein einziger Verein vorhanden wäre, um die Interessen zu wahren. Es kann auf die Dauer nicht geduldet werden, daß sich verschiedene Bünde bilden, die dann im kritischen Augenblick verschieden Parolen ausgeben und vielleicht Parolen ausgeben, die mit der Parole der Heeresleitung in striktem Widerspruch stehen. Das würde die Schlagkraft des Heeres geradezu auf den Nullpunkt herunterdrücken. Wir wünschen, daß der Herr Minister in dieser Beziehung ein wachsames Auge hat nicht bloß in bezug auf die Mannschaften, sondern auch in bezug auf die Offiziere.

(B) Die Anträge, die zu § 33 gestellt sind, werden wir ablehnen. Wir stellen uns auf den Boden der Regierungsvorlage.

Ich fasse zusammen: Wir wünschen eine geachtete Stellung für die Reichswehr innerhalb des Volksganzen. Im Volke lebt noch immer die alte Freude am Soldatenleben, die Achtung vor dem gedienten ehrenhaften Manne, die Achtung vor dem aufrechten, charaktervollen Soldaten, und so soll es in der Zukunft bleiben. Es wird aber nur so bleiben, wenn die Reichswehr die alte soldatische Ehrenhaftigkeit und Waffeneinträchtigkeit hochhält und sich als das bewährte, was sie sein soll, eine wirklich zuverlässige, allzeit schlagfertige und tüchtige Wehr des Deutschen Reichs. Dazu soll dieses Wehrgesetz den festen Grund legen.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Schoch.

v. Schoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich beabsichtige nicht, dem Herrn Abgeordneten Kuhnt auf seinen blutrünstigen Pfaden zu folgen. Nur eine sachliche Richtigstellung. Er hat es andauernd so hingestellt, als ob die Soldaten fortgesetzt entrechtet und geknebelt werden; er hat aber unterlassen zu betonen, daß unter den **Soldaten nach dem Wehrgesetz** ausdrücklich Offiziere, **Unteroffiziere und Mannschaften** zu verstehen sind. Der § 2 des Wehrgesetzes sagt:

> Die Zahl der Soldaten und Militärbeamten des Reichsheeres beträgt höchstens 100 000. In diese Zahl sind eingeschlossen 4000 Offiziere.

Es wurde in der Kommission wiederholt ausdrücklich festgestellt, daß alles, was für Soldaten gilt, selbstverständlich ebenso auch für die Offiziere gilt. Ich verstehe nicht, wie man darnach immer wieder mit diesen (C) billigen Mitteln herumzumanövrieren wagt.

Im übrigen wünscht ja kein Mensch in diesem Hause eine **politische Knebelung der Reichswehr**, und ebenso sind wir uns einig darüber, daß diese jämmerliche **Gesinnungsschnüffelei**, die seit der Revolution im Heere herrscht, endlich aufhören muß. Sie hat auch praktisch gar keinen Wert, auch im alten Heere hatte sie keinen Wert. Mein Kollege Brüninghaus hat vorhin betont, daß trotz ihrer sozialistischen Gesinnung die Arbeiter im monarchistischen Deutschland ausgerückt sind und ihre Pflicht für das Vaterland erfüllt haben. Ich unterstreiche das nachdrücklich; betone aber, daß umgekehrt doch auch schon recht viele Offiziere im republikanischen Deutschland ihre Pflicht gegen dieses Vaterland erfüllt haben. Ich erwähne vornan den allverehrten Feldmarschall Hindenburg, der nach dem Waffenstillstand das glänzende Beispiel gegeben hat, daß er alle Bedenken gegen das revolutionäre Deutschland zurückstellte, indem er den Rückzug des Heeres noch durchführte, und daß diesem seinem Beispiel bekanntlich das ganze Offizierkorps nachgefolgt ist. Ich erinnere auch daran, was vielleicht weniger bekannt ist, daß nach dem Eisner-Mord es im bayrischen Landtag ausgerechnet ein bayrischer Major und Generalstabsoffizier, der Ritter v. Jareiß, gewesen ist, der dem Attentäter, der den Minister Auer und den Abgeordneten Osel niedergeschossen hatte, als einziger in den Arm gefallen ist und den Versuch, den Mörder festzunehmen, mit seinem Leben bezahlt hat,

(hört! hört! rechts)

also auch ein Beweis, daß Offiziere ihr Leben für Republikaner opfern; denn bekanntlich war Minister Auer ein Sozialdemokrat.

Herrn Abgeordneten Schöpflin gebe ich also voll- (D) kommen recht, wenn er sagt: der ewige Streit hin und her, deutschnational, Kommunist und so weiter, muß aus der Reichswehr verschwinden. Das ist aber nur möglich, wenn wir alles aus der Reichswehr fernhalten, was mit dem Wahlrecht zusammenhängt, und da ist Herr Abgeordneter Schöpflin wieder auf halbem Wege stehen geblieben. Denn ich kann es mir nicht vorstellen, daß zwar das Wahlrecht für einen **Soldaten** ruhen soll, daß er aber **politische Versammlungen** gleichwohl besuchen darf, denn der nächste Schritt, wenn man ihm, ob Offizier oder Mann, das erlaubt, politische Versammlungen zu besuchen, ist dann der, daß der Angehörige der Wehrmacht sich versucht fühlt, auch in die Debatten einzugreifen, und damit ist doch die politische Tätigkeit schon vollkommen festgelegt.

Die **politische Tätigkeit in der Kaserne** gefährdet aber nicht nur die Mannszucht, sondern sie gefährdet auch die Kameradschaft im höchsten Maße. Es ist eine gewisse Gefahr vorhanden, daß Vorgesetzte, wenn politische Vereine in der Kaserne geduldet werden, auch einmal der Versuchung unterliegen, politisch andersdenkende Untergebene schlechter zu behandeln als die, die auf ihrem politischen Standpunkt stehen. Das ist rein menschlich, und das gebe ich glattweg jedem zu; darüber kämen wir nicht hinaus. Es ist aber umgekehrt auch die Ausrede sehr naheliegend, daß derjenige Soldat, der mal bestraft wird, dem der Urlaub verweigert oder der bei der Beförderung übergangen wird, nun erklärt: ja, selbstverständlich ist das alles nur deswegen, weil ich eben anders orientiert bin als mein Herr Hauptmann oder mein Herr Oberst.

Die verheerende Wirkung, die die Politik leider Gottes in jedem Wahlkampfe ausübt, und die verheerende Wirkung, die die Politik hier in diesem Hause an jedem

(v. Schoch, Abgeordneter.)

(A) Tag uns zeigt, die kann mich nur zu dem Ruf veranlassen: aus dem Reichsheer hinaus mit diesem Gift!

(Sehr gut! rechts.)

Wenn wir die Politik aus dem Heere entfernen wollen, müssen wir selbstverständlich auch alle Bünde ausschließen, die rein politisch orientiert sind. Dazu zählen bekanntlich, um die Offiziersbünde zu erwähnen, der Nationalverband Deutscher Offiziere, andererseits der Republikanische Führerbund. Diese beiden Bünde sind in der aktiven Reichswehr unmöglich; davon sind wir alle überzeugt.

Schwieriger ist ja bekanntlich die Frage bei den Bünden, die nach ihren Statuten keine Parteipolitik treiben wollen; um die handelt es sich ja hauptsächlich in § 33. Alle diese Bünde, der Deutsche Offiziersbund, der R. D. B. und wie sie sonst heißen mögen, sind ja das Ergebnis des Zusammenbruches nach dem Kriege. Damals befürchteten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, daß sie plötzlich auf die Straße gesetzt, stellungslos bleiben würden. Ja, in der ersten Erregung der Revolution ging bei uns auch immer das Gerücht, die Pensionen der Offiziere würden größtenteils verkürzt werden. Andere behaupteten ja, sie würden überhaupt gestrichen werden. Alle diese Besorgnisse haben damals zu der Gründung der Bünde geführt. Es galt eben, die Wünsche von Offizieren und Mannschaften bei den Regierungen und beim Reichstag durch Massenpetitionen zu vertreten. Es galt umgekehrt, wirtschaftliche Erleichterungen für die Mitglieder der einzelnen Organisationen zu schaffen.

Daß diese beiden Ziele teilweise schon erreicht worden sind, das beweist bis zu einem gewissen Grade die Daseinsberechtigung dieser sämtlichen Bünde. Aber, wie gesagt, die Grenze ist außerordentlich schwierig. Ich möchte aus meiner eigenen Erfahrung wieder ein (B) Beispiel anführen, daß ich in der Kommission erwähnt habe. Bei uns im Offiziersbund in Bayern war man sich über die Frage lange Zeit nicht klar, ob der Offiziersbund gegen die Auslieferung des Deutschen Kaisers an die Entente Partei nehmen dürfe. Ich habe damals den Standpunkt vertreten und vertrete ihn heute noch: Das ist keine Parteipolitik, sondern es ist Ehrensache jedes Deutschen, daß kein Deutscher, also auch nicht der ehemalige Deutsche Kaiser, einem fremden Gericht ausgeliefert werden dürfe. Ich bin stolz darauf, dieser meiner Auffassung im bayerischen Offiziersbund zum Sieg verholfen zu haben.

Auf die Schwierigkeiten mit dem R. D. B., die uns ja in der Kommission tagelang beschäftigt hatten, gehe ich nicht mehr lange ein. Ich möchte den Führern des R. D. B. sagen: wenn Sie wollen, daß der R. D. B. verboten wird, dann haben Sie es vollkommen selbst in der Hand; denn das Gesetz so, wie es jetzt vorgelegt ist und wie es wahrscheinlich verabschiedet werden wird, verbietet nur Disziplinwidrigkeit und Untergrabung der Manneszucht, und dem muß jeder beistimmen, der es mit der Reichswehr ehrlich meint.

Das gleiche gilt für das Verbot von Zeitungen. Es hat doch heute keinen Sinn, irgendeine rechts- oder linkspolitisch orientierte Zeitung aus irgendeinem Anlaß zu verbieten. Wir wissen ja genau — jeder weiß es —, daß die verbotenen Früchte, die verbotenen Bücher, die verbotenen Theaterstücke immer am allermeisten reizen. Aber es muß dem Vorgesetzten und vor allem dem Minister die Möglichkeit gegeben sein, daß, wenn eine Zeitung oder eine Zeitschrift dauernd jede Disziplin im Heere untergräbt oder dauernd gegen die Autorität der Staatsregierung hetzt, sie zeitweise oder ganz verboten werden kann; denn über alles muß in dem kleinen Heere mehr als bisher in dem großen Heere der eine Grundsatz stehen: Manneszucht und Kameradschaft zu erhalten, und als drittes erwähne (C) ich noch das gegenseitige Vertrauen von Offizier und Mann zueinander. Wenn es nicht möglich ist, diese drei Grundpfeiler in dem neuen Heere wieder zu festigen, dann lieber gar kein Heer als ein disziplinloses.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter: Ich habe namens meiner Freunde zu erklären, daß wir auch betreffs des zweiten Teils des vorliegenden Gesetzentwurfs auf dem Boden der Vorlage stehen, so wie sie im Ausschuß geformt worden ist. Die Anträge der Unabhängigen zu den §§ 32 und 33 lehnen wir aus den Gründen, wie sie mehrfach von Vertretern der bürgerlichen Parteien erörtert worden sind, ab.

Was die Anträge Müller (Franken) und Genossen anlangt, so sind wir mit dem Antrage zu § 32, wonach zwar die Teilnahme an politischen Vereinen verboten, die an politischen Versammlungen aber gestattet werden soll, nicht einverstanden. Wir sind der Meinung, daß, wenn ein Soldat in eine politische Versammlung geht, er unwillkürlich in das politische Getriebe stärker hineingezogen wird, als wenn es nicht der Fall wäre. Er nimmt Teil an dem, was dort gesagt wird; er ist nicht bloß mit seinem Verstande da, sondern auch mit seinem Temperament, er interessiert sich für die eine oder andere Seite, gibt Beifall oder Mißfallensäußerungen kund und wird unwillkürlich in die Debatte hineingezogen und dadurch verführt, sich politisch zu betätigen. Wir sehen in diesem Antrage eine Halbheit und sind der Auffassung, daß hier auch der Satz gelten muß: Principiis obsta! (D)

Was den Antrag zu § 33, die Genehmigung zu wirtschaftlichen Vereinigungen, anlangt, so ist klar, daß in einem Berufsheere von 12 Jahre dienenden Leuten die wirtschaftlichen Verhältnisse und Sorgen eine ganz andere Rolle spielen wie im alten Volksheer und daß nach dieser Richtung nicht bloß Vorsorge getroffen werden, sondern auch den Leuten ein gewisses Mitrede- und Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden muß. Wir sind daher der Meinung, daß wirtschaftliche Vereinigungen an sich zulässig sind; wir halten es aber andererseits gerade bei der Schwierigkeit, heutzutage Wirtschaft und Politik zu trennen, und bei der Erfahrung, daß wirtschaftliche Interessen mit den gleichen Mitteln wie politische Zwecke vertreten werden, für ein Gebot der Notwendigkeit, hier von höherer Stelle einzugreifen dahin, daß solche Vereinigungen verboten werden können, die ihr Gebiet überschreiten.

Wenn nun der Antrag Müller (Franken) dieses Verbot lediglich in die Hand des Reichswehrministers legen will, so sehen wir darin dem Entwurf gegenüber keine Prinzipien-, sondern lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage. Ganz gewiß kann das Verbot von dieser oder jener Stelle ausgesprochen werden. Wir haben uns aber im Ausschuß in allen Erörterungen dahin geeinigt, daß es doch schließlich nicht angeht, den Reichswehrminister wegen jedes unbedeutenden lokalen Vorkommnisses mit solchen Sachen zu behelligen, die er doch selbst nicht übersehen kann und über die er von den örtlichen Stellen erst Erkundigungen und Berichte einziehen muß. Wir waren ferner der Meinung, daß es gerade auf einem solchen Gebiete, wo es vielfach verschiedene Auffassungen geben wird, gut ist, wenn eine Beschwerdeinstanz vorhanden ist. Wenn man aber gleich von vornherein mit all diesen Dingen an den

(v. Gallwitz, Abgeordneter.)

(A) Reichswehrminister geht, so fehlt eine solche, da er die höchste militärische Spitze ist. Aus diesen praktischen Gründen lehnen wir auch diesen Antrag ab und bitten, es bei der Fassung, wie sie der Entwurf vorsieht, zu belassen.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heile.

Heile, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch wir bitten Sie, es bei der Fassung der Ausschußbeschlüsse zu belassen. Wir sind der Meinung, daß die Reichswehr unter allen Umständen eine Einrichtung werden muß, die eine Organisation des gesamten deutschen Volkes und nicht irgendeiner Partei ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind der Meinung, daß die Fassung, die die betreffenden Paragraphen des Gesetzes gefunden haben, dazu ausreichen, um diesen Charakter des Heeres zu sichern. Wenn von der linken Seite des Hauses Zweifel geäußert worden sind, ob auf die Weise der Zweck, das Heer unpolitisch zu halten, erreicht werden könne und erreicht werden würde, so beruht dieser Zweifel zunächst — das fühlt man doch heraus — auf einem Mißtrauen, das Sie (nach links) in die Persönlichkeit des Ministers setzen, weil Sie der Überzeugung sind, wie Sie ausgeführt haben, daß der gegenwärtige, vielleicht auch jeder zukünftige Minister ein Instrument der hohen Offiziere seiner Umgebung sein

(Zurufe links)

und sich unter allen Umständen immer von dem Geiste leiten lassen würde, von dem Sie behaupten, daß er der Geist der Armee zu allen Zeiten gewesen sei und auch heute sei. Dieses letztere können wir nicht anerkennen.

(B) (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind vielmehr der Überzeugung, daß es durchaus möglich ist, einen ganz anderen Geist als den, den Sie meinen, mit Hilfe dieses Gesetzes in das gesamte deutsche Heer einschließlich seines Offizierkorps hineinzubringen, und wir haben das Vertrauen zu der Führung der Geschäfte, die der Herr Wehrminister Geßler in Händen hat, daß die Erziehung des Heeres, insbesondere auch des Offizierkorps, in dieser Richtung erfolgen wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn die Dinge anders laufen sollten, so bietet gerade dieses Gesetz jede Handhabe, uns dagegen zu schützen.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn in der Tat Politik ins Heer hineingetragen werden würde, etwa in dem Sinne, daß das Offizierkorps oder Teile des Offizierkorps durch ihre militärische Autorität ihre politische Meinung durchsetzen wollten, so haben wir jetzt alle Mittel in der Hand, den Minister dafür verantwortlich zu machen und ihn zu zwingen, die Dinge anders zu gestalten, diejenigen, die Politik ins Heer hineintragen, hinauszuwerfen und dafür zu sorgen, daß das Heer unpolitisch wird. Das ist ja der wesentliche Unterschied, der zwischen früher und heute besteht. Früher wurde uns bei jeder Gelegenheit entgegengehalten: Ihr dürft nicht in die Kommandogewalt hineingreifen! Durch dieses Gesetz wird aber ausdrücklich bestimmt, daß wir hier über der Kommandogewalt stehen, daß wir hier feststellen: in allen rein militärischen, militär-technischen Angelegenheiten ist die Heeresleitung völlig selbständig! Aber sobald vom Militär Politik getrieben wird, greifen wir ein; und der Minister ist uns dafür verantwortlich, daß keine Politik getrieben werden kann, weder von den Offizieren,

(C) noch von irgendwelchen Teilen der Reichswehr, noch von der Reichswehr selbst.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Kapp-Putsch!)

— Kapp-Putsch, sagen Sie. Damals hatten wir ja dieses Gesetz nicht; damit erledigt sich auch das, was jetzt immer wieder gesagt wird: auch jetzt nach dem Kapp-Putsch, nach seiner Niederwerfung, ist es nicht anders und nicht besser. Wenn nämlich auf der Linken immer wieder beklagt wird: der Herr Reichswehrminister greift in diesem und jenem Falle nicht ein, in dem man von rechts her so oder so gesprochen oder gehandelt hat,

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Entwaffnungsgesetz!)

— nun, so vergessen Sie dabei, daß die Handhaben fehlten, die es dem Herrn Reichswehrminister ermöglichen, auch einzugreifen. Bewilligen Sie dieses Gesetz, dann hat er die Macht, einzugreifen. Wenn man nicht will, daß solche Dinge geschehen, daß in militärischen Kreisen über die Zusammensetzung der Reichsregierung geunkt, geödet, geschimpft und gespottet wird, daß von „Sattlermeistern“ geredet wird, die Reichspräsident sind, von „Spülklosettreisenden“ als Ministern und so weiter, dann sorgen Sie bitte dafür, daß der Reichswehrminister die Handhabe zum Eingreifen bekommt. Dies Gesetz gibt ihm die Möglichkeit, nach rechts wie nach links einzugreifen, und wir als deutsches Parlament sind dazu da, dafür zu sorgen, daß es in einer unparteiischen Weise geschieht. Uns kommt es darauf an, daß die Politik unter allen Umständen aus dem Heere herauskommt, — Politik in dem Sinne der Parteipolitik, des Kampfes der Parteien untereinander, nicht aber in dem Sinne, daß die Soldaten nicht politisch sein, nicht gute Staatsbürger sein sollen. Nein, wir

(D) wollen, daß das deutsche Heer und die deutsche Reichswehr eine hohe Schule des deutschen Staatsbürgers werde, und wir wollen, daß diejenigen, die durch die Schule der Reichswehr hindurchgegangen sind, einst ins bürgerliche Leben übertreten als Muster von Staatsbürgern, die ohne Vorurteil und ohne Parteihaß über alle Dinge zu urteilen gelernt haben. Das ist unser Wunsch, und wenn es anders werden sollte, wenn andere Mächte in der Reichswehr am Ruder sein sollten, — nun gut, dann sind wir Manns genug, dafür zu sorgen, daß das dann geändert wird, dann ist der Reichswehrminister uns dafür verantwortlich. Also helfen Sie uns dazu, daß dies Gesetz auch dem Reichswehrminister die Möglichkeit gibt, aus der deutschen Reichswehr eine wahrhafte deutsche Volkswehr zu machen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung; ich bitte die Damen und Herren, ihre Plätze einzunehmen.

Der Herr Berichterstatter macht darauf aufmerksam, daß in § 1 infolge einer Auslassung im Druck ein im ursprünglichen Berichte stehender Satz ausgeblieben ist. Es muß beim ersten Absatz hinzugefügt werden:

> Zu den Soldaten gehören die Offiziere aller Gattungen, die Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften.

Dieser Satz ist nach Seite 3 des Berichts im Ausschuß angenommen worden,

(Zustimmung)

müßte also auch in die Beschlüsse des Ausschusses aufgenommen werden. Ich darf annehmen, daß die Damen und Herren mit dieser Fassung des § 1 einverstanden sind. — Ich stelle das fest.

(Vizepräsident Dr. Bell.)

(A) Zum Abs. 1 liegt auf Nr. 1682 ein Antrag Schultz (Bromberg) und Genossen vor, im § 1 die Worte: „der Deutschen Republik" zu ersetzen durch die Worte: „des Deutschen Reichs."

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich darf, falls kein Widerspruch erfolgt, annehmen, daß der § 1 mit dem von mir mitgeteilten Zusatze von Seite 3 des Berichts angenommen ist. — Ich stelle das fest.

Ich rufe weiter auf § 2, — § 3, — § 4, — § 4a, — § 5, — § 6, — § 7 — und stelle die Annahme dieser Paragraphen fest, da kein Widerspruch erfolgt.

Zu § 7a liegt auf Nr. 1685 unter Ziff. 1 ein Antrag Dr. Rosenfeld, Kuhnt, Däumig vor, in § 7a nach dem Wort „Vertrauensleute" einzuschieben: „nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems."

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Dr. Rosenfeld und Genossen auf Nr. 1685 Ziff. 1 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich darf dann ohne weitere Abstimmung feststellen, daß der § 7a angenommen ist.

Zu § 8 liegt eine Reihe von Abänderungsanträgen vor. Wir werden die Abstimmung nach Absätzen vornehmen müssen.

Zunächst liegt zu § 8 Abs. 1 ein Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen auf Nr. 1685 unter Ziff. 2a vor, den Abs. 1 wie folgt zu fassen:

> Als beratende und begutachtende Körperschaften sind beim Reichswehrministerium eine Heeres- (B) und eine Marinekammer zu bilden, deren Mitglieder aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems hervorgehen.

Ferner liegt ein Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Drucksache Nr. 1686 Ziff. 1 vor, zu Abs. 1 den folgenden Zusatz zu machen:

> Die Wahl ist allgemein und unmittelbar. Je ein Drittel der Kammern wird von den Offizieren, den Unteroffizieren und den Mannschaften gewählt.

Ich werde, falls kein Widerspruch erfolgt, zunächst abstimmen lassen über den Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen, dann über den Antrag Müller (Franken) und Genossen und schließlich über den Beschluß des Ausschusses. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte also zunächst diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Dr. Rosenfeld und Genossen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Müller und Genossen Nr. 1686 Ziff. 1a zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Das Bureau ist zweifelhaft. Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt. — Pause.)

Das Bureau bleibt zweifelhaft; wir müssen also auszählen.

Ich bitte die Damen und Herren, den Saal zu verlassen, und diejenigen, die dem Antrage Müller zustimmen wollen, durch die Ja-Tür, und die, die ihn ablehnen wollen, durch die Nein-Tür den Saal zu betreten.

(Die Abgeordneten verlassen den Saal.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden (C) Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter **Nacken**: Nein!

Schriftführerin Abgeordnete Frau **Agnes**: Ja!

Schriftführer Abgeordneter **Heile**: Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Fischer** (Berlin): Ja!

Vizepräsident Dr. **Bell**: Nein!

(Pause.)

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes. Es haben abgestimmt mit Ja 125, mit Nein 148; der Antrag Müller und Genossen ist also abgelehnt.

Wir fahren fort in der Abstimmung. Abs. 2 des § 8 ist nicht angefochten; ich darf ohne Abstimmung feststellen, daß das Haus damit einverstanden ist.

Zu Abs. 3 liegt der Antrag Dr. Haas (Baden) und Genossen auf Nr. 1721 vor, diesen Absatz zu streichen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage auf Streichung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen. Abs. 3 ist also gestrichen.

Nun liegen weiter zwischen Abs. 3 und Abs. 4 folgende Anträge vor. Zunächst ein Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen auf Nr. 1685 Nr. 2b, als Abs. 3 und 4 (D) einzuschieben:

> Die Kammer gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst. Sie hat das Recht, zu allen Heer oder Marine betreffenden Gesetzentwürfen, Dienstvorschriften, Verfügungen Stellung zu nehmen.
>
> Die Verhandlungen der Kammer sind öffentlich.

Weiter liegt ein Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 1686 unter 1b vor, den folgenden vierten Absatz einzufügen:

> Für die Verhandlungen der Kammern besteht die Pflicht der Geheimhaltung nur, soweit sie für einzelne Angelegenheiten vom Reichswehrminister besonders angeordnet wird.

Ich würde, wenn kein Widerspruch erfolgt, zunächst über den Antrag Dr. Rosenfeld und dann über den Antrag Müller (Franken) abstimmen lassen.

(Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schöpflin.

Schöpflin, Abgeordneter: Herr Präsident, ich möchte bitten, daß über den ersten Satz des Antrags Dr. Rosenfeld gesondert abgestimmt wird.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Ich habe den weiteren Wunsch, daß auch über den zweiten Absatz dieses Antrags getrennt abgestimmt wird, so daß also über den Antrag unter 2b drei Abstimmungen vorzunehmen wären.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich verstehe das so, daß die Abstimmung erst über den ersten Satz des Abs. 1 des Antrags Dr. Rosenfeld Nr. 1685 Ziff. 2b stattfinden soll,

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) dann über den zweiten Satz des Abs. 1 und schließlich über den zweiten Absatz.

(Zustimmung.)

Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, die dem ersten Satze:

> Die Kammer gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst —

zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die dem zweiten Satz des Abs. 1 des Antrags Dr. Rosenfeld und Genossen zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen Damen und Herren, die dem zweiten Absatz des Antrags Dr. Rosenfeld und Genossen zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; auch dieser Absatz ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die nach dem Antrag Müller und Genossen auf Nr. 1686 Ziff. 1b den von mir verlesenen vierten Absatz hinzufügen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich darf dann ohne besondere Abstimmung feststellen, falls kein Widerspruch erfolgt, daß der Abs. 4 des § 8 nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen ist.

§ 9 — ist angenommen. § 10 — gleichfalls, § 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 26a, — 27, — 28, — 29, — 30, — 31, — 31a. — Ich stelle überall die Annahme fest.

Zu § 32 liegen zwei Abänderungsanträge vor. Zu-(B) nächst der Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen auf Nr. 1685 unter Ziff. 3:

> a) Abs. 1 bis 3 zu streichen,
> b) in Abs. 4 den zweiten Satz zu streichen.

Ferner ein Antrag Müller (Franken) und Genossen Nr. 1686 Ziff. 3, im zweiten Satz die Worte zu streichen:

> „und die Teilnahme an politischen Versammlungen".

Ich denke, die Abstimmung so durchzuführen, daß wir zunächst über den Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen, dann über den Antrag Müller (Franken) und endlich über die Beschlüsse des Ausschusses abstimmen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die zunächst dem Antrage Dr. Rosenfeld, Abs. 1 bis 3 des § 32 zu streichen, zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Dr. Rosenfeld, in Abs. 4 des § 32 den zweiten Satz zu streichen, zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Müller (Franken) und Genossen, im § 32 Satz 2 die von mir vorhin verlesenen Worte zu streichen, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich darf wohl annehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt, daß der § 32 nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen ist. —

Zu § 33 liegen wiederum zwei Abänderungsanträge (C) vor, und zwar zunächst ein Abänderungsantrag Dr. Rosenfeld und Genossen auf 1685 Ziff. 4:

> a) Abs. 1 bis 3 zu streichen,
> b) in Abs. 4 Satz 2 bis 4 zu streichen.

Ferner ein Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Drucksache Nr. 1686 Ziff. 3, wonach an die Stelle von Abs. 1 bis 3 der folgende Satz treten soll:

> Nichtpolitischen Vereinen dürfen die Soldaten angehören, sofern nicht die Zugehörigkeit zu einem solchen Verein aus Gründen der militärischen Zucht und Ordnung vom Reichswehrminister verboten wird.

Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist, daß wir zunächst über den Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen zu Abs. 1 bis 3, dann über den Antrag Müller (Franken) und Genossen, danach über den Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen zu Abs. 4 und endlich über die Beschlüsse des Ausschusses abstimmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Dr. Rosenfeld und Genossen Nr. 1685 Ziff. 4a, nämlich die Absätze 1 bis 3 des § 33 zu streichen, zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Müller (Franken) und Genossen Nr. 1686 Ziff. 3 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nun bitte ich diejenigen Damen und Herren, die gemäß dem Antrag Dr. Rosenfeld Nr. 1685 unter Ziff. 4b im Abs. 4 des § 33 Satz 2 bis 4 streichen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.) (D)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich darf dann annehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt, daß § 33 nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen ist. — Ich stelle das fest.

Nun liegt ein Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen vor, auf Nr. 1685 unter 5, einen besonderen § 33a einzufügen:

> Das Tragen von Zivilkleidung ist allen Soldaten außerhalb des Dienstes gestattet.
> Außerhalb des Dienstes dürfen die Soldaten keine Waffen tragen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Rosenfeld.)

— Es wird vorgeschlagen, getrennt abzustimmen.

Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, die dem ersten Absatz des Antrags Dr. Rosenfeld und Genossen zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zweiten Absatz des Antrags Dr. Rosenfeld und Genossen zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

§§ 34, — 35, — 35a, — 36, — 37, — 38, — 39, — 40, — 41, — 42, — 43, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Es liegt ferner ein Antrag des Ausschusses vor auf Drucksache Nr. 1679 unter II,

> die **Petitionen** II Nr. 2042, 3825, betreffend Abänderung des Entwurfs, und II. Nr. 3301, 3407, 5394, 5572, betreffend Koalitionsfreiheit der Soldaten, durch die Beschlußfassung über die Vorlage für erledigt zu erklären, sowie über die **Petition** II Nr. 5863 zur Tagesordnung überzugehen.

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Die Abstimmung erfolgt in dritter Lesung.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Die dritte Lesung kann erfolgen, wenn sich kein Widerspruch erhebt. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Wir treten in die

dritte Beratung

ein.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld,** Abgeordneter: Meine Herren, nachdem alle unsere Versuche gescheitert sind, das Reichswehrgesetz zu verbessern und den Soldaten in bezug auf ihre politische und gewerkschaftliche Betätigung volle Freiheit zu geben, nachdem vergeblich unsererseits versucht worden ist, den **Soldaten** die gleichen **Rechte** zu geben wie den übrigen Staatsbürgern, sind wir nicht mehr in der Lage, diesem Gesetz zuzustimmen. Es ist ein Ausnahmegesetz gegen die Soldaten, und ein solches Gesetz lehnen wir ab.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Die allgemeine Aussprache ist geschlossen. Ich eröffne die Einzelbesprechung. Ich rufe auf § 1 mit der in zweiter Beratung festgestellten Hinzufügung, — § 2, — § 3, — § 4, — § 4a, — § 5, — § 6, — § 7, — § 7a, — § 8 in der Gestalt, die er durch die Beschlüsse zweiter Lesung erhalten hat, — § 9, — § 10, — § 11, — § 12, — § 13, — § 14, — § 15, — § 16, — § 17, — § 18, — § 19, — § 20, — § 21, — § 22, — § 23, — § 24, — § 25, — § 26, — § 26a, — § 27, — § 28, — § 29, — § 30, — § 31, — § 31a, — § 32, — § 33, — § 34, — § 35, — § 35a, — § 36, — § 37, — § 38, — § 39, — § 40, — § 41, — § 42, — § 43 — und stelle überall, da

(B) keine Wortmeldungen vorliegen, auch kein Widerspruch erfolgt, die Annahme fest. — Ebenso sind Einleitung und Überschrift angenommen. —

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die bei der Gesamtabstimmung diesem Gesetzentwurfe ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist angenommen.

(Pfui-Rufe auf der äußersten Linken. — Bravo! rechts. — Erneute lebhafte Pfui-Rufe links. — Erneutes lebhaftes Bravo rechts.)

Den vorhin verlesenen Antrag des Ausschusses bezüglich der Petitionen darf ich ohne besondere Abstimmung für angenommen erklären. —

Präsident (den Vorsitz übernehmend): Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Tagen eine sehr reiche Tagesordnung bewältigt in der Erwartung, daß es dem Reichstag gelingen würde, bis morgen Abend all diejenigen Geschäfte zu erledigen, die notwendig und nach Lage der Dinge vor dem 1. April erledigt werden müßten. Nachdem aber die Vereinigte Kommunistische Fraktion gegen die Ansetzung der dritten Lesungen von zwei Gesetzen Widerspruch erhoben hat,

(hört! hört! rechts)

die jetzt erst in zweiter Lesung erledigt werden können, kann diese Absicht vielleicht nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Reichstag muß dann also am Montag und Dienstag in beschlußfähiger Anzahl hier anwesend bleiben. Ich mache darauf aufmerksam, daß es sich um Gesetze von solcher Wichtigkeit handelt — unter anderem um Gesetze zur Erfüllung des Friedensvertrags —, daß der Reichstag die Verantwortung für eine Beschlußunfähigkeit nicht auf sich nehmen kann.

(Sehr wahr!)

Damit, meine Damen und Herren, ist auch der Anlaß, (C) unsere Tagung heute noch weiter auszudehnen, hinfällig geworden. Ich schlage Ihnen deshalb vor, nur noch diejenigen Punkte vorzunehmen, die voraussichtlich eine größere Debatte nicht mehr entfachen werden. Ich dachte, daß das die Gegenstände Nr. 5, 6, 7, 8, 9 und 10 der Tagesordnung sein werden. Wenn zahlreiche Wortmeldungen stattfinden, wird die Absetzung erfolgen.

Wir kommen also zum fünften Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes (Nr. 1577 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 11. Ausschusses (Nr. 1706 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Keil.

Ich eröffne die Beratung über Artikel I. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Keil; ich erteile ihm das Wort.

Keil, Abgeordneter, Berichterstatter: Der Ausschuß hat seine kurze Beratung über diesen Gesetzentwurf auf die Frage beschränkt, auf welche Dauer das Gesetz verlängert werden soll. Grundsätzliche und allgemein-wirtschaftliche Betrachtungen sind bei dieser Gelegenheit nicht angestellt worden.

(Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Keil, Abgeordneter, Berichterstatter: In Rücksicht darauf, daß in der Kohlenwirtschaft tiefgreifende Änderungen vor sich gehen, daß sie dauernd großen Schwankungen unterworfen ist, in Rücksicht ferner darauf, daß infolge dieser Schwankungen die Frage, ob die **Kohlensteuer** unverändert in der bisherigen Höhe beibehalten (D) werden kann, eine offene ist, in Rücksicht darauf ferner, daß angesichts des Sinkens der Kohlenpreise im Ausland die Frage der Exportfähigkeit der deutschen Industrie ernst wird, in Rücksicht auch darauf, daß der Gedanke der sogenannten Veredelung der Kohlensteuer, das heißt ihre Abstufung im Verhältnis zum Heizwert der Kohle, noch nicht gelöst ist, und schließlich in Rücksicht darauf, daß die Frage des Fortbestehens oder der etwaigen Abänderung der Kohlensteuer auch mit der lange schon behandelten Frage der Sozialisierung der Bergwerke in Zusammenhang steht, hat der Ausschuß mit Mehrheit beschlossen, die **Geltungsdauer des Gesetzes** nicht auf sechs Monate, sondern nur auf drei Monate zu verlängern, also in dem Art. I des Gesetzes das Wort „September" durch das Wort „Juni" zu ersetzen. Ich habe um Annahme dieses Antrags zu ersuchen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Henke.

Henke, Abgeordneter: Für meine Fraktion kann ich mich auf die kurze Erklärung beschränken, daß nach unserer Überzeugung dieses **Kohlensteuergesetz** einmal eine ungeheure Belastung der deutschen Volkswirtschaft darstellt, ja man kann sagen, zur Zerrüttung unseres volkswirtschaftlichen Lebens eminent beigetragen hat, und daß es zum anderen uns vortäuscht, es sei ein Mittel, unsere Finanzverhältnisse aufzubessern. Wir können diesem Gesetze auch nicht auf die Dauer von drei Monaten zustimmen, sondern wir sind der Meinung, es sollte aufgehoben werden. Das würde im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und sogar, so paradox es klingen mag, auch im Interesse der deutschen Finanzregelung liegen. Der Begründung, die eine andere Darstellung gibt, können wir uns nicht anschließen. Wir sind auch der Meinung, daß innerhalb der

(Henke, Abgeordneter.)

(A) Reihen der Partei des Herrn Vorredners eine sehr gespaltene Auffassung über diese Frage herrscht. Man braucht nur auf den Artikel, der im „Vorwärts“ über dieses Thema gestanden hat, hinzuweisen, von Herrn Osterroth, einem früheren Mitglied des Hauses, so hat man darin schon genügend Grund für das, was ich eben gesagt habe. Wir sind schon seinerzeit, als die Steuer geschaffen wurde, gegen das Gesetz gewesen, und die schweren Bedenken, die wir damals hatten, sind durch die Erfahrungen, die wir mit der Kohlensteuer gemacht haben, nur noch verstärkt worden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Düwell.

Düwell, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte für meine Fraktion gleichfalls die Erklärung abgeben, daß wir der Ansicht sind, das **Kohlensteuergesetz** habe überhaupt zu fallen. Wie bei jedem Verbrauchssteuergesetz die finanzielle Wirkung durch andere Gegenwirkungen mehr als reichlich aufgehoben wird, so ist das in besonderem Maße bei der Kohlensteuer der Fall. Schon als die Kohlensteuer zum ersten Male auftauchte, haben wir uns aufs schärfste dagegen erklärt. Wir haben keine Veranlassung, von unserem Standpunkt heute abzugehen, und werden gegen die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes auch für drei Monate stimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: In der Haltung meiner Fraktion zu der Frage der **Kohlensteuer** hat sich seit dem Juni vorigen Jahres, wo ich die Ehre hatte, den Standpunkt meiner Fraktion eingehend darzulegen, nichts geändert. Wir werden heute, genau wie damals, gegen die Verlängerung des Gesetzes stimmen.

(B) **Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf Art. I und bitte diejenigen, die dem Art. I in der Fassung des Ausschußantrages ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Artikel ist angenommen.

Art. II. — Angenommen. Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Die dritte Beratung findet an einem späteren Tage statt.

Wir kommen zum 6. Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes wegen Änderung des Zündwarensteuergesetzes vom 10. September 1919 (Nr. 1576 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 11. Ausschusses Nr. 1707 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Thomsen.

Ich eröffne die Beratung über Art. 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Thomsen, Abgeordneter, Berichterstatter: Der dem Hause vorliegende Gesetzentwurf soll einen grundsätzlichen Gedanken zum Abschluß bringen, der den Reichstag bereits vor anderthalb Jahren beschäftigt hat. Es handelt sich um die Frage der **Übernahme der Zündwarenfabrikation in die staatliche Hand.** Im Ausschuß sind die einander entgegenstehenden Ansichten zutagegetreten. Während auf der einen Seite der Standpunkt vertreten wurde, daß die Übernahme in die staatliche Hand nicht sehr lohnend sei und daß der Übernahme der Zündwarenfabrikation in die staatliche Hand doch gewisse Bedenken allgemeiner Natur entgegenständen, an denen man nicht vorübergehen könnte, war man auf der anderen Seite der Meinung, daß eine endgültige Entscheidung verfrüht sei.

(C) Die Mehrheit des Ausschusses entschied sich für die Regierungsvorlage.

Ich erfülle die mir als Berichterstatter zustehende Aufgabe, Ihnen die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage zu empfehlen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Debatte über Art. 1 und erkläre denselben für angenommen, wenn ich Widerspruch nicht höre. —

Art. 2, — desgleichen, Art. 3, — desgleichen. Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel nebst Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Die dritte Beratung erfolgt später.

Wir kommen zum siebenten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer (Nr. 1520 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 11. Ausschusses (Nr. 1708 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Becker (Hessen).

Als Kommissare sind angemeldet:

Staatssekretär Jahef, Ministerialdirektor v. Laer, Geheimer Regierungsrat Ministerialrat Dürr und Ministerialrat Dr. Dorn.

Ich eröffne die Beratung über § 1. — Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte ist geschlossen. § 1 ist angenommen, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ein Widerspruch wird nicht laut; § 1 ist angenommen. § 2, nach dem Ausschußantrage 1708, — § 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen. (D)

Die dritte Beratung erfolgt später.

Wir kämen dann zum 8. Gegenstand der Tagesordnung:

mündlicher Bericht des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) über die Vorbereitung des Ortsklassenverzeichnisses (Nr. 1650 (berichtigt) der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Höfle.

Antrag Nr. 1713.

Ich frage zunächst, ob hier eine längere Debatte zu erwarten ist.

(Zurufe.)

Dann wollen wir es einmal versuchen.

Zunächst hat das Wort der Herr Berichterstatter Abgeordneter Dr. Höfle.

Dr. **Höfle,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Infolge der Abstufung der Teuerungszulagen nach Ortsklassen hat die Frage der **Ortsklasseneinteilung** heute eine viel größere Bedeutung, als es früher der Fall gewesen ist. Eine Beschleunigung der Erledigung des Ortsklassenverzeichnisses wäre zweifellos dringend zu wünschen. Die Regierung hat aber erklärt, daß die vorbereitenden Arbeiten soviel Zeit in Anspruch nehmen, daß die Regierungsvorlage in den nächsten Wochen wohl nicht zu erwarten ist, sondern frühestens im Juni dem Reichstag zugehen wird. Bis dann die parlamentarische Erledigung erfolgt ist, wird es Oktober werden, ehe die Sache endgültig entschieden ist. Inzwischen finden Verhandlungen zwischen den Organisationen statt und zwar provinzweise, um die Verhältnisse der einzelnen Provinzen zu klären.

Nun steht aber fest, meine Damen und Herren, daß auf Grund des statistischen Materials des reichsstatistischen

(Dr. Höfle, Berichterstatter.)

(A) Amts eine ganze Reihe von Orten gehoben werden. Es dürfte daher zweckmäßig sein, eine **vorläufige Regelung** vorzunehmen, damit die Beamten dieser Orte, die gehoben werden, das Geld möglichst rasch ausgezahlt bekommen. Bekanntlich wird das Gesetz rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 haben, so daß die Beamten für ein ganzes Jahr die Differenzbeträge ausgezahlt erhalten. Nun sind gewisse Bedenken geltend gemacht worden, vor allem, daß jetzt von den Orten, die nicht gehoben würden, auf Grund der vorläufigen Regelung eine lebhafte Agitation einsetzen würde. Ich glaube, das kann man nicht verhindern, auch wenn eine endgültige Regelung angestrebt würde, und das neue Material dürfte doch auch Möglichkeiten bieten zu Vergleichen, um entsprechende Härten nachträglich auszugleichen. Vor allen Dingen aber haben sich die Parteien völlige Handlungsfreiheit für die endgültige Regelung vorbehalten. Die vorläufige Regelung soll in keiner Weise eine Festlegung bedeuten für die endgültige Eingruppierung der einzelnen Orte. Ich würde es begrüßen, wenn die Regierung eine Erklärung dahin abgeben würde, daß sie bei der endgültigen Regelung in keiner Weise auf die vorläufige Regelung zurückgreifen wird, sondern daß die endgültige Regelung ganz unabhängig von der vorläufigen Regelung erfolgen würde. Dadurch werden zweifellos Bedenken, die in manchen Kreisen bestehen, zerstreut werden können.

Dann darf natürlich auch keine **Deklassierung** eintreten. Die Frage, ob beispielsweise München, das heute in Ortsklasse A ist, nach B kommen soll, darf in der vorläufigen Regelung nicht dahin entschieden werden, daß München in B einklassiert wird. Eine Deklassierung muß unter allen Umständen bei der vorläufigen Regelung vermieden werden.

Weiter ist notwendig, daß die Vorlage im Plenum des Reichstags möglichst rasch erledigt wird; denn Sie (B) sehen aus den Anträgen, daß sofort nach Erledigung der Sache mit der Auszahlung der Beträge begonnen werden soll. Ich darf also, meine Damen und Herren, so gern ich zugebe, daß vielleicht manche Bedenken gegen diese vorläufige Regelung beständen, das Haus bitten, zuzustimmen, damit erreicht wird, daß die Beamten der Orte, die gehoben werden, möglichst rasch in den Besitz des Geldes gelangen.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Wir wissen uns eins mit denjenigen Abgeordneten, die wünschen, daß die Beamten schnellstens in den Genuß der erhöhten **Ortszuschläge** kommen. Aber wir halten den Weg, den die Mehrheitsparteien einzuschlagen belieben und der Ihnen in dem Antrag empfohlen wird, den der Herr Kollege Dr. Höfle begründet hat, nicht für den richtigen. Im Gegenteil, wir halten es für durchaus unheilvoll, wenn ein Notgesetz geschaffen und eine **provisorische Regelung** damit gesetzlich festgelegt wird. Wir sind der Meinung, daß die parlamentarische Erfahrung es uns oft genug gelehrt hat — auch zuletzt noch in der Nationalversammlung und im Reichstag beim Besoldungsgesetz —, daß das Provisorium immer ein Feind des Definitivums ist, daß, wenn etwas provisorisch gesetzlich festgelegt ist, dadurch Verbesserungen, die in der definitiven Regelung durchgesetzt werden sollen, außerordentlich erschwert, oft verhindert werden.

Wir sind in diesem Falle um so mehr dieser Meinung, weil es sich nach unserer Ansicht bei der Neuschaffung des Ortsklassenverzeichnisses nicht nur darum handelt, daß festgestellt wird, in welche Ortsklassen die einzelnen Orte eingestuft werden sollen, sondern daß man sich zunächst über die grundsätzliche Neuregelung des Ortsklassenverzeichnisses klar werden muß.

Hierzu haben wir eine Reihe von Wünschen im Aus- (C) schuß vorgetragen. Ich möchte sie hier nur kurz andeuten. Nach unserer Meinung ist nämlich die **Zahl der Ortsklassen,** die heute vorhanden ist und auch in der Neuregelung bestehen bleiben soll, viel zu hoch. Statt der fünf Ortsklassen dürften höchstens drei bleiben. Wir sind weiter der Meinung, daß die Einteilung der Ortsklassen nicht wie seither nach der Einwohnerzahl und nach den Teuerungsverhältnissen der einzelnen Orte erfolgen darf — das ist immer mit außerordentlichen Härten verbunden —, sondern daß die **Einteilung des Ortsklassenverzeichnisses nach Wirtschaftsgebieten** erfolgen muß. Drittens verlangen wir, daß wir uns, ehe wir an die Regelung des neuen Ortsklassenverzeichnisses herangehen, im Hauptausschuß darüber beraten und beschließen, wie die **Ortsklassenzuschläge** in Zukunft geregelt werden sollen. Heute ist es so, daß die Beamten in den höchsten Gehaltsklassen auch die höchsten Ortsklassenzuschläge bekommen, so daß beispielsweise Beamte in der Klasse XIII höhere Ortsklassenzuschläge bekommen, als die Beamten in den Gehaltsklassen I und II Grundgehalt erhalten. Das sind außerordentliche Ungerechtigkeiten, und wir müssen erst einmal klar sehen, ob man gewillt ist, diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Ich gebe gern zu, daß man den Versuch gemacht hat, diese Ungerechtigkeiten schon ein klein wenig zu mildern, indem man nach dem Voranschlag nicht mehr nach Gehaltsklassen, sondern nach **Gehaltsgrenzen** abstufen will. Auch das ist unserer Meinung nach eine große soziale Ungerechtigkeit. Der Unterschied der Entlohnung der einzelnen Beamtenklassen muß in den Grundgehältern zum Ausdruck kommen, und was außerdem an Teurungszuschlägen und an Ortsklassenzuschlägen den Beamten zu zahlen ist, muß dann generell in den einzelnen Ortsklassen für alle Gehaltsklassen gleich sein.

Das sind nur kurz angedeutet die großen wichtigen Probleme, die man noch nicht einmal angerührt hat, und (D) nun sollen wir uns damit einverstanden erklären, daß ein Notgesetz geschaffen wird, welches das **Provisorium** des neuen Ortsklassenverzeichnisses regelt. Dieses Provisorium, das wir noch gar nicht gesehen haben, sollen wir nun nach dem Wunsche des Herrn Dr. Höfle — Verzeihung, das sollte keine Herabsetzung sein! —, nach den Darlegungen des Berichterstatters des 23. Ausschusses en bloc annehmen, allerdings in der Form eines Notgesetzes. Aber wir wissen aus Erfahrung, wie ungeheuer schwer es ist, wenn einmal etwas gesetzlich festgelegt ist, das wieder zu beseitigen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Alle Erklärungen, die wir als Mitglieder des Ausschusses abgeben, die Erklärung, die Herr Dr. Höfle als Berichterstatter des Ausschusses abgibt, und alle Erklärungen, die die Regierungsvertreter, vielleicht auch der Herr Finanzminister hier abgeben, daß uns keine Fesseln angelegt werden sollen, können nichts daran ändern, daß wir in diesem Provisorium stets ein Bollwerk vor uns haben werden, das uns den Weg sperrt, in dem definitiven Gesetz wirkliche Verbesserungen durchzusetzen.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, sich nicht auf ein Notgesetz einzulassen, sondern entsprechend unserem Antrage zu verfahren, der besagt, daß der Reichstag beschließen möge, die Reichsregierung zu ermächtigen, schnellstens die Summen, auf die die Beamten zweifellos einen Anspruch haben, nach dem Provisorium auszuzahlen. Dann sind wir in unserer Arbeit in keiner Weise gebunden bei der endgültigen Gestaltung des Ortsklassenverzeichnisses.

Schließlich will ich noch eins bemerken, meine Damen und Herren. Es ist der **Gutachterausschuß der Beamten** gehört worden. Ich war Zeuge, wie dieser Gutachterausschuß sich ausgesprochen hat, und es steht fest, daß er keineswegs eine einheitliche Stellung dazu eingenommen

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) hat. Die Meinungen unter den Vertretern des Gutachterausschusses waren sehr verschieden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir kamen etwas später und waren Zeuge, wie Herr Ministerialdirektor v. Schlieben sich bemühte, Einwendungen gegen das Notgesetz, die in unserer Abwesenheit erhoben worden waren, zu zerstreuen. Während wir aber dabei waren, haben die Vertreter des Gutachterausschusses ganz verschiedene Meinungen geäußert, und die Ansichten gingen in der Mehrzahl dahin, daß es bedenklich sei, ein Notgesetz zu schaffen. Man wünschte wohl die Auszahlung, aber auf dem Wege überwiegend, den ich jetzt vorgeschlagen habe, daß die Regierung ermächtigt wird, die Auszahlungen vorzunehmen, auch ohne daß wir ein Notgesetz beschließen. Um so mehr bin ich erstaunt und aufs höchste betrübt, daß uns nachher eine Resolution des Gutachterausschusses vorgelegt wurde, in der er auf den Boden des Ausschußvorschlags trat. Ich wiederhole, ich bedaure es außerordentlich, daß die Vertreter der Beamten, die selbst die Gefahren erkannt haben, die mit einer provisorischen gesetzlichen Regelung verbunden sind, Gefahren, die wir außerdem noch ausdrücklich gezeigt haben, unsere Warnungen trotzdem in den Wind geschlagen haben und nun auf diesen Boden getreten sind. Ich möchte Sie bitten, Ihrerseits nicht auf diesen Boden zu treten, sondern sich unserm Antrage anzuschließen, der die Regierung ermächtigt, die Auszahlungen an die Beamten nach dem neuen Vorschlage vorzunehmen, bis das Definitivum den Reichstag beschäftigt hat. Dann hat man erreicht, was notwendig ist, den Beamten ist geholfen, und uns sind die Hände nicht gebunden bei unseren späteren Entschließungen. Gebrannt Kind scheuts Feuer — daran möchte ich meine Kollegen vom Ausschuß erinnern. Hüten Sie sich, daß Sie sich nicht noch einmal die Hände binden (B) lassen, wie Sie sie sich bei der Besoldungsordnung gebunden haben, wo wir vieles nicht durchsetzen konnten, was wir sonst durchzusetzen wohl in der Lage gewesen wären.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Wackwitz.

Wackwitz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Nach den eingehenden Ausführungen der Frau Abgeordneten Zietz kann ich mich mit dem Inhalt ihrer Ausführungen völlig einverstanden erklären. Auch wir sind nach den Verhandlungen, die stattgefunden haben, erstaunt, nunmehr einen Gesetzentwurf vor uns zu sehen, der Grundsätze im Rahmen eines Gesetzes ausspricht. Das lehnen wir ab. Ich habe im Namen der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung abzugeben. Im Auftrage meiner Fraktion erkläre ich:

> Obwohl eine endgültige Regelung des Ortsklassengesetzes nach den Ausführungen des Präsidenten des Statistischen Amts nicht vor Anfang Juni im Ausschuß und nicht vor Oktober im Reichstag möglich ist zu beraten, stimmen wir, wenn auch grundsätzliche Gegner gegen jede Halbheit, dennoch nicht nur der Forderung einer Notverordnung, die uns nicht bindet, zu, sondern ich decke mich mit den Ausführungen der Frau Abgeordneten Zietz und erkläre, daß wir uns damit einverstanden erklären können, weil die offensichtliche Notlage der Beamten sie als das kleinere Übel erscheinen läßt. Wir betonen aber nachdrücklich, daß wir erwarten, daß die Notverordnung, oder wie wir es nennen, der schnellen Erledigung des Ortsklassengesetzes nicht im (C) Wege steht. Es ist für die Beamten unbedingt erforderlich, daß sie heute Klarheit über ihre Existenzgrundlagen sobald als irgend möglich erhalten, da sich die Klagen über ungerechte Einstufung der Beamten häufen, wie uns das uns vorliegende Material in großen Umrissen zeigt.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Dr. **Wirth,** Reichsminister der Finanzen: Ich glaube, die ganze vorliegende Sache ist keinerlei sachliche Streitfrage, sondern eine reine Zweckmäßigkeitsfrage.

(Sehr richtig!)

Da darf ich einmal fragen: **was sagen denn die Beamten selbst dazu?** Vor mir liegt eine Entschließung, gezeichnet vom Deutschen Beamtenbund, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsring, und zwar vom 14. März 1921. Es sind also wohl die maßgebenden Verbände. Was sagen die Beamten? Die **Entschließung** lautet:

> Der **Reichsausschuß der vier Spitzenorganisationen für die Ortsklasseneinteilung** billigt die Absicht der Reichsregierung, auf dem Wege eines Notgesetzes die Beamten endlich in den Genuß erhöhter Bezüge auf Grund einer vorläufigen Höherstufung zu setzen, um so mehr, als dahingehende Wünsche längst in der Beamtenschaft bestehen, und die Arbeiten und Verhandlungen zur endgültigen Einstufung sich nach den Erklärungen der Regierung noch mehrere Monate hinziehen werden. Der Reichsausschuß spricht diese Billigung nur in der Erwartung aus, daß bei der demnächstigen endgültigen Regelung nicht schädigende Rückschlüsse aus der einstweiligen Einstufung gezogen werden, daß das Hauptgesetz selbst mit (D) größter Beschleunigung spätestens bis zum 1. Oktober 1921 durchgeführt wird, und daß auch alle endgültigen Höherstufungen Rückwirkung ab 1. April 1920 erhalten. Angenommen nach Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium am 14. März 1921.

Also, meine Herren, Sie sehen ganz deutlich, daß die Beamtenverbände selbst die Regelung anstreben, die nun in der Resolution, gezeichnet von den Herren Abgeordneten Dr. Höfle und Dauer, Vorsitzenden und Berichterstattern, Ihnen empfohlen wird. Ich bitte Sie, dieser Resolution zuzustimmen.

Meine Herren, ich hatte vorhin die Frage als eine Zweckmäßigkeitsfrage bezeichnet. Was soll denn geschehen? Es soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um hernach auf Grund der Einstufung im Ortsklassenverzeichnis tatsächlich die erhöhten Bezüge auszahlen zu können. Meine Herren, es ist mir auffallend, welche Stellung Frau Abgeordnete Zietz dazu genommen hat. Ihr Antrag beziehungsweise der Antrag ihrer Fraktion sagt ja selbst: der Reichstag wolle beschließen, der Entschließung des Ausschusses hinzuzufügen usw. Sie gehen also doch selbst von der Entschließung des Ausschusses aus!

(Zuruf der Frau Abgeordneten Zietz.)

Ich stelle nur fest, daß der Antrag so lautet. Ich kann natürlich nicht wissen, was die Frau Abgeordnete Zietz wünscht, aber tatsächlich haben nach dem, was ich sagte, ihre Ausführungen völlig fehlgegriffen; Sie schließen sich ja selbst der Grundlage des Ausschusses an.

(Widerspruch der Frau Abgeordneten Zietz.)

— Ja, jetzt korrigieren Sie das. Ich stelle fest, daß die Frau Abgeordnete Zietz mit ihrem Antrag, wie er lautet, sich der Entschließung des Ausschusses anschließt.

(Dr. **Wirth**, Reichsfinanzminister.)

(A) Ich kann aber noch darauf hinweisen, daß die Frau Abgeordnete Zietz, wenn sie etwa den Boden des Antrags verläßt, sich mit ihren Ausführungen durchaus nicht auf dem Boden des Gesetzes bewegt. Es heißt ja in § 30 des Besoldungsgesetzes von 1909:

> Der Reichstag wird ermächtigt, in besonderen Ausnahmefällen einzelne Orte in eine andere Ortsklasse einzuordnen.

Wenn wir also wirklich wünschen, Frau Abgeordnete Zietz, daß etwas zustande kommt, dann müssen wir den Boden betreten, den der Ausschuß vorschlägt und dem Sie sich berechtigterweise — jetzt korrigieren Sie sich selbst — angeschlossen haben. Es liegen also bei der Frau Abgeordneten Zietz Mißverständnisse über die tatsächliche Lage vor. Wir wollen den Beamten Geld zuwenden und möglichst schnell, und auch Sie haben das selbst mehrmals gesagt, daß man, wenn man etwas machen will, man nur etwas erreicht, wenn man es schnell macht. Wenn aber die Frau Abgeordnete Zietz erst alles das, was sie vorhin angeschnitten hat, aus sachlichen Gründen, wie sie sagt, regeln will, dann dauert es noch sehr lange, bis die Beamten ihr Geld bekommen. Es liegen hier von seiten der Linken Mißverständnisse vor, die nicht in der Natur der Sache liegen. Der Ausschuß hat das Richtige in der Entschließung getroffen, die er angenommen hat.

Ich sage aber noch ein Zweites. Es ist zutreffend, daß damit selbstverständlich **der endgültigen gesetzlichen Regelung nicht vorgegriffen** werden soll. Da hat der Herr Abgeordnete Höfle durchaus recht, wenn er von mir eine solche Erklärung verlangt hat. Die Zweckmäßigkeitsfrage, die wir dabei zum Ausdruck bringen, ist durchaus nicht geeignet, die endgültige Regelung des Gesetzes zu erschweren. Die Frau Abgeordnete Zietz hat vorhin ein sehr nettes Wort gesprochen. Sie hat gesagt:

(B) Das Provisorium sei der Feind des Definitiven. Ja, wenn das wahr ist, dann stimmen Sie doch dem zu. Dann wird ja gerade das erreicht, was Sie erreichen wollen. Ich bitte Sie wirklich, aus dieser Lappalie keine Schwierigkeiten zu konstruieren, sondern der Entschließung zuzustimmen, damit die Beamten möglichst bald in den Besitz des Geldes kommen. Das können sie nur auf gesetzlicher Grundlage, nicht auf Grund einer solchen Anregung, wie sie Frau Zietz glaubt nachträglich in Vorschlag bringen zu können.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Most.

Dr. **Most**, Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Ich kann mich im wesentlichen auf die Ausführungen des Herrn Ministers beziehen, möchte aber noch ergänzend darauf hinweisen, daß auch die Frau Abgeordnete Zietz in ihrem Antrage ausdrücklich die Schaffung eines provisorischen Ortsklassenverzeichnisses vorsieht. Es muß auf irgendwelche Weise erst das provisorische Ortsklassenverzeichnis geschaffen werden. Der Herr Minister hat dargetan, daß das auf verordnungsmäßigem Wege nicht geht; also bleibt nur der Weg der Gesetzgebung frei.

Ich möchte aber außerdem noch bemerken, daß im Ausschuß alle die Bedenken, die Frau Zietz vorgebracht hat, durchaus gewürdigt worden sind. Wir haben geglaubt, den Weg der Entschließung gehen zu müssen, nachdem wir alle ausdrücklich erklärt haben und die Regierung dem beigetreten ist, daß wir in keiner Weise in unserer endgültigen Stellungnahme gebunden sind und ferner, was noch nicht hervorgehoben worden ist, daß die endgültige Regelung wohl Verbesserungen gegenüber dem Provisorium bringen kann, aber in keiner Weise eine Verschlechterung. Um auch über die grundsätzliche Frage eine Bemerkung zu machen: Alle Mitglieder des Ausschusses sind sich darüber einig, daß die Grundsätze für (C) die endgültige Regelung ausgiebig erörtert werden sollen. Ich glaube aber, im Interesse einer geordneten Erledigung der Geschäfte zu handeln, wenn ich darauf verzichte, auf die zum Teil materiell anfechtbaren Ausführungen der Frau Zietz zu dieser Frage einzugehen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Vogel (Berlin).

Vogel (Berlin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Warten wir, bis die Regierung die Grundsätze geprüft hat, dann dauert es noch lange Monate, bis die Beamten in den Genuß des Geldes kommen.

(Abgeordnete Frau Zietz: Sehr richtig!)

Für uns im Beamtenausschuß kam es aber wesentlich darauf an, den Beamten möglichst bald Geld zu verschaffen. Wir können nicht anders, als auf gesetzlicher Grundlage ein Provisorium dazu zu benutzen. Aus diesem Grunde müssen wir dem Ausschußantrag zustimmen. In Betracht kommt auch, daß die Beamtenspitzenorganisationen die vorläufige Regelung, wie sie geplant ist, wünschen.

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Zietz.

Zietz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Was den Antrag anlangt, den der Herr Reichsfinanzminister zitiert hat, so konstatiere ich, daß in dem Antrag, wie wir ihn an das Bureau gegeben haben, der Satz „der Entschließung des Ausschusses hinzuzufügen" nicht stand. Unser Antrag lautete vielmehr:

> Die Reichsregierung wird ermächtigt, den Beamten die ihnen auf Grund des provisorischen Ortsklassenverzeichnisses zustehenden Zuschläge auszuzahlen, ohne damit der endgültigen gesetzlichen Regelung des Ortsklassenverzeichnisses vorzugreifen. Die Auszahlung hat sofort nach Fertigstellung des provisorischen Ortsklassenverzeichnisses zu beginnen. (D)

(Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Das kann ich ja gar nicht machen!)

Ich wiederhole also nochmals: der Zusatz, auf den sich der Herr Finanzminister bezog und wonach unser Antrag ein Zusatzantrag zu dem Antrage des Ausschusses sein sollte, ist jedenfalls in der Druckerei eingefügt worden; er stand nicht in unserem Antrage. Unser Antrag ist ein selbständiger Antrag zum mündlichen Bericht des Ausschusses.

Dann möchte ich dem Herrn Reichsfinanzminister gegenüber bemerken, daß er zum Teil mit seinen Ausführungen offene Türen eingerannt hat. Ich habe mit keinem Worte gesagt, daß wir die Auszahlung nicht wollen, daß erst das Ortsklassenverzeichnis definitiv festgestellt und gesetzlich geregelt werden soll, bevor ausgezahlt wird. Der Reichstag soll vielmehr die Regierung beziehungsweise den Herrn Reichsfinanzminister zur Auszahlung ermächtigen.

Nun noch ein Wort zu der **Resolution des Gutachterausschusses.** Ja, Herr Minister, ich weiß nicht, ob Sie zugehört haben, als ich von dem Gutachterausschuß sprach. Ich habe ausdrücklich erklärt: der Gutachterausschuß ist im Finanzministerium gehört worden. Wir waren zugegen. Die Mitglieder des Gutachterausschusses waren durchaus verschiedener Meinung, und sie haben aus sich heraus auf alle die Gefahren aufmerksam gemacht, die mit dem Notgesetz verbunden sind. Sie haben meinen Ausführungen, mit denen ich auch auf diese Gefahren aufmerksam machte, fast sämtlich zugestimmt. Ich glaube, daß nur Herr Roth nicht zugestimmt hat. Nun kann ich mir ja vorstellen, wie trotz aller dieser Bedenken die Resolution zustandegekommen ist. Als wir hinkamen, hatte Herr Geheimrat Kühnemann schon eine Resolution fertig, die allerdings anders lautete als die hier vor=

(Zietz, Abgeordnete.)

(A) liegende Resolution, die viel kräftigere Ausdrücke brauchte und die von dem Herrn Geheimrat Kühnemann damit begründet wurde, der Gutachterausschuß könne diese Resolution ruhig annehmen, denn sie sei ganz in dem scharfen gewerkschaftlichen Ton gehalten. Herr Geheimrat Kühnemann weiß sich also sehr gut in diese Gedankenwelt hineinzuversetzen. Die Resolution begann nicht mit den Worten „Der Gutachterausschuß billigt", sondern mit den Worten „Der Gutachterausschuß fordert energisch" usw.

(Heiterkeit.)

Nun hat der Guchtachterausschuß diese andere Resolution trotz aller dieser Bedenken fabriziert, ich weiß nicht, ob mit oder ohne Hilfe des Herrn Geheimrats Kühnemann, und diese Resolution liegt uns nun vor.

Also die Rattenfängertöne des Herrn Geheimrats Kühnemann sind von großem Erfolg begleitet gewesen. Der Gutachterausschuß ist ihm, wie es heißt, restlos, das heißt einstimmig, gefolgt. Das steht allerdings nicht dabei. Es kann auch ein Mehrheitsbeschluß sein. Ich möchte sogar zur Ehre von einigen Mitgliedern des Gutachterausschusses annehmen, daß es ein Mehrheitsbeschluß war. Denn ich bedaure tief, daß der Gutachterausschuß trotz all der Gefahren, die er gesehen hat, doch dieser Resolution zugestimmt hat. Ich muß also dabei bleiben: wir sind der Meinung, daß durch ein gesetzliches Provisorium der endgültigen Regelung sehr geschadet wird, und deshalb können wir dem Antrag des Ausschusses nicht zustimmen und müssen auf unserm Antrag beharren. Ich bitte Sie, unserm Antrag zuzustimmen.

Präsident: Frau Abgeordnete Zietz! Sie wollen also Ihren Antrag als Ersatz für den Ausschußantrag stellen. — Ob das Versehen wirklich in der Druckerei passiert ist, wird festgestellt werden, wenn das Manuskript hervorgesucht ist.

(B) Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Dr. **Wirth,** Reichsminister der Finanzen: Meine Damen und Herren! Die Frau Abgeordnete Zietz hat also soeben noch einmal ausgeführt, daß ihr Antrag so zu verstehen ist, daß er sich der Entschließung des Ausschusses nicht anschließt. Ich stelle das fest. Aber die Frau Abgeordnete Zietz verbessert damit die Lage für ihren Antrag nicht. Im Gegenteil, sie fordert mich dann in dem so umgestalteten Antrag zu einer ungesetzlichen Maßnahme auf.

(Zustimmung.)

Ich kann unter keinen Umständen einem Antrag Gehör schenken, der den Reichsfinanzminister zu Zahlungen veranlassen will, für die überhaupt keine gesetzliche Grundlage herbeigeschafft werden kann. Ich bitte Sie also, um dem Gedanken Rechnung zu tragen, daß auch der Reichsfinanzminister nicht zu ungesetzlichen Handlungen berechtigt ist, die Entschließung der Linken abzulehnen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag Frau Zietz, Breunig und Genossen auf Drucksache Nr. 1713, der soeben besprochen worden ist. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Antrag statt der vom Ausschuß vorgeschlagenen Entschließung annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Ausschußentschließung. Ich bin ersucht worden, dieselbe in zwei verschiedenen Abstimmungen zur Erledigung zu bringen, zunächst den Teil, der „einen vorläufigen Gesetzentwurf unbeschadet der demnächstigen endgültigen Festsetzung mit größter Beschleunigung vorzulegen" verlangt und zweitens den Teil, der fordert, „mit den Auszahlungen nach Zustimmung des Reichsrats sofort zu beginnen".

Wer dem ersten Teile der Ausschußentschließung zu- (C) stimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; dieser Teil ist angenommen.

Dann bitte ich diejenigen, die den zweiten Teil annehmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist einstimmig angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen nunmehr zum neunten und zehnten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) über Entschließungen (Nr. 1651 der Drucksachen).

Berichterstatter:
Frau Abgeordnete Teusch (Köln),
Abgeordneter Dr. Höfle,
Abgeordneter Beuermann.

Mündlicher Bericht des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) über eine Entschließung, betreffend Besatzungszulagen auf neubesetzte Gebiete (Nr. 1663 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Most.

Es handelt sich bei 9 und 10 ebenfalls um Berichte des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten). Sie sind ebenfalls Gegenstand einer Erörterung im Ältestenausschuß gewesen, und es wird gewünscht, daß diese beiden Berichte, da ihre Annahme finanzielle Folgen habe, zunächst an den Hauptausschuß überwiesen werdrn.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dr. Höfle.

Dr. **Höfle,** Abgeordneter: Ich will die grundsätzliche Frage der Stellung des 23. Ausschusses hier nicht auf- (D) rollen. Aber alle Anträge, insbesondere die auf Nr. 1651 Ziff. 1 und 3, haben nur dann einen Zweck, wenn sie noch vor dem 1. April erledigt werden. Wenn der Herr Präsident mir zusichern kann, daß morgen oder übermorgen eine Sitzung zur Erledigung der Frage des Hauptausschusses stattfindet, dann bin ich mit der Zurückstellung einverstanden. Andernfalls hat es gar keinen Zweck, über die Anträge zu debattieren, denn nach dem 1. April sind sie in ihrer wesentlichen Wirkung hinfällig. Es handelt sich bei den Anträgen um sehr weitgehende Wirkungen, besonders die Ziff. 3 würde eine weitgehende soziale Wirkung haben.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Beuermann.

Beuermann, Abgeordneter: Bezüglich der praktischen Auswirkung dieser drei Anträge schließe ich mich dem, was Herr Kollege Dr. Höfle eben sagte, vollgültig an. Aber darüber hinaus muß über die Frage eine prinzipielle Stellungnahme herbeigeführt werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß ein selbständiger Ausschuß, der vom Hause gewählt und niedergesetzt ist, in die Abhängigkeit eines anderen Ausschusses gesetzt wird durch solche Maßnahmen, wie sie hier vorgekommen sind. Diese Beschränkung, daß man sagt: alle Fragen, die eine finanzielle Wirkung haben, gehören in den Hauptausschuß, kann hier nicht obwalten; denn es ist selbstverständlich, daß jede Maßnahme, die sich im Rahmen des beschlossenen Besoldungsgesetzes hält, finanzielle Nachwirkungen hat. Wenn da ein Beschluß ohne Nachprüfung des Hauptausschusses nicht möglich ist, so ist die **Selbständigkeit dieses Beamtenausschusses** ein Nichts.

Diese prinzipielle Frage muß einmal entschieden werden, aber natürlich später.

(A) **Präsident:** Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Most.

Dr. **Most,** Abgeordneter: Ich bedaure ganz außerordentlich, daß durch die Stellungnahme des Ältestenausschusses gerade die Vorlage, **betreffend die Gewährung der Besatzungszulagen an die Beamten im besetzten Gebiet,** nicht zur Erledigung kommen kann.

(Sehr richtig!)

Es hätte im Interesse des Hauses und im Interesse der Beamten gelegen, daß man den Beamten, die gerade gegenwärtig die großen Unbilden dort am Rhein dulden, sofort zum Ausdruck gebracht hätte: wir stehen zu Euch und geben Euch selbstverständlich das, was die Beamten bisher in den besetzten Gebieten bezogen haben.

(Sehr richtig!)

Angesichts der Zustimmung, die meine Bemerkungen eben gefunden haben, möchte ich doch bitten, diesen Punkt der Tagesordnung heute zur Erledigung zu bringen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Dr. **Wirth,** Reichsminister der Finanzen: Der Herr Abgeordnete hat soeben bemängelt, daß durch die Anregung des Seniorenkonvents etwa der Antrag über die Besatzungszulagen in dem besetzten Gebiet nicht zur Besprechung kommt. Die Herren können sich darüber trösten; wir haben, ehe der Antrag eingebracht war, bereits veranlaßt, was dieser Antrag wünscht.

(Beifall.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Ich wollte nur bemerken, daß sich der Ältestenausschuß nur mit der Vorlage 1651, nicht mit 1663 befaßt hat. Die Anregung ist (B) von mir gegeben worden.

Was 1651 anlangt, so ist der Schluß, den Herr Kollege Beuermann gezogen hat, nicht notwendig zu ziehen. Es gibt eine Reihe von Beamtenfragen, die mit den Finanzen nichts zu tun haben, also ohne weiteres in dem 23. Ausschuß erledigt werden können.

Soweit aber Finanz- und Besoldungsfragen in Betracht kommen, braucht eine grundsätzliche Entscheidung nicht mehr herbeigeführt zu werden; denn sie ist bereits vor kurzem herbeigeführt worden. Es ist vor wenigen Tagen — ich weiß nicht, in welcher Sitzung — auf Grund eines Ausschußberichts festgestellt worden, daß alle Sachen, die die Finanzen des Reichs betreffen, in den Reichshaushaltausschuß müssen und nicht in dem 23. Ausschuß erledigt werden können.

Präsident: Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte erledigt.

Ich werde die beiden Fragen getrennt zur Abstimmung bringen.

Wer die Anträge des 23. Ausschusses auf Drucksache 1651 dem Hauptausschuß überweisen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit, sie sind dem Hauptausschusse verwiesen.

Es ist also hier der Wunsch geäußert, daß sie der Hauptausschuß noch vor unserer Vertagung erledige.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Ich habe mir die Sache so gedacht, daß die Fragen mit dem Nachtragsetat erledigt werden, der uns zugeht, und in dem die übrigen Beamtenfragen erledigt werden müssen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat (C) der Herr Abgeordnete Dr. Höfle.

Dr. **Höfle,** Abgeordneter: Ich wollte zur Geschäftsordnung nur noch folgendes bemerken. Ich stimme dem zu, was der Herr Kollege Müller (Franken) sagt. Aber, wie ich eben schon ausführte, wenn die Frage nach dem 1. April im Hauptausschuß gleichzeitig mit dem Nachtragsetat erledigt werden soll, hat es kaum noch Zweck, zu den Anträgen 1 und 3 Stellung zu nehmen. Ich möchte dringend bitten, die Angelegenheit am Montag noch im Hauptausschuß zu erledigen.

Präsident: Ich nehme an, daß der Hauptausschuß daraus seine Folgerungen zieht.

Wir kommen jetzt zur Drucksache Nr. 1663, betreffend die Besatzungszulage.

Wer diese Angelegenheit an den Hauptausschuß zurückverweisen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Angelegenheit ist an den Hauptausschuß verwiesen.

(Zurufe: Das wäre nicht nötig gewesen!)

— Wenn es nicht nötig ist, wird es ja entsprechend erledigt werden.

Nun käme als letzter Gegenstand noch der 13. Punkt unserer heutigen Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Artikel 169, 192, 202 und 238 des Friedensvertrags (Nr. 1669 der Drucksachen).

Es handelt sich da um das kleine Gesetz über die Ermächtigung zur Rückgabe von Gegenständen.

Das Wort in der ersten Beratung ist nicht verlangt; — die erste Beratung ist geschlossen.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, können wir auch (D) sofort die zweite Beratung vornehmen. — Ich höre einen solchen nicht. Wir treten deshalb gleich in die

zweite Beratung

ein.

Ich rufe auf § 1. — Angenommen. § 2. — Angenommen. Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Falls sich kein Widerspruch erhebt, können wir auch sofort die

dritte Beratung

erledigen. — Ich höre einen solchen nicht.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein. Ich rufe auf § 1, — § 2, — Einleitung und Überschrift. —

Wer dem Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Hier wollen wir abbrechen.

(Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, unsere nächste Sitzung abzuhalten morgen, Sonnabend den 19. März, mittags 12 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. erste Beratung des Entwurfs eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes

— da ist eine Vereinbarung getroffen, daß der Entwurf an eine Kommission überwiesen wird;

2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Abänderung des § 11 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung;
3. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vertretung der Länder im Reichsrat;

(Präsident.)

(A) 4. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 und Ergänzungen;

5. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921;

6. zweite und dritte Beratung
   a) des Entwurfs eines Gesetzes über Postgebühren,
   b) des Entwurfs eines Gesetzes über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der vom Weltpostkongreß in Madrid beschlossenen Auslandspostgebühren,
   c) des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Postscheckgesetzes vom 26. März 1914,
   d) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung der Telegraphengebühren;

7. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920;

8. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung;

9. Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Aderhold und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 30. Mai 1920;

10. Beratung des schleunigen Antrags der Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen, betreffend Außerkraftsetzung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 30. Mai 1920. (B)

Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich habe nicht verstanden, ob auf die Tagesordnung die zweite Lesung des Entwaffnungsgesetzes gesetzt ist.

Präsident: Nein, das müßte erst beantragt werden.

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Dann beantrage ich hiermit, daß auch das Entwaffnungsgesetz mit auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Präsident: Es wird beantragt, die zweite Beratung des Entwaffnungsgesetzes, das augenblicklich in der Kommission verhandelt wird, mit auf die Tagesordnung zu setzen. — Widerspruch dagegen wird nicht erhoben. Es wird also an neunte Stelle der Tagesordnung gesetzt:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Art. 177, 178 des Friedensvertrags.

Gegen die sonstige Tagesordnung ist kein Widerspruch erhoben worden; sie steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 44 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

89. Sitzung.

Sonnabend den 19. März 1921.

(A) Die Sitzung wird um 12 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt auf dem Bureau zur Einsicht aus.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Mittelmann, D. Strathmann
die Abgeordneten Beuermann, Thomsen;
in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Wieber, Rheinländer
die Abgeordneten Tremmel, Schlack;
in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Thomas
der Abgeordnete Eckardt (Hannover);
in den 28. Ausschuß für die Abgeordneten Remmele, v. Graefe (Mecklenburg), Hoffmann (Kaiserslautern), Dr. Spahn, Graf v. Kanitz, Edler v. Braun
die Abgeordneten Thomas, Henning, Seemann, Burlage, Graf v. Westarp, D. Strathmann.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten
Dusche für 2 Tage,
Körner für 3 Tage,
Geck (Mannheim), Dr. Haas (Baden) und Spetzler für 4 Tage.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Bachmann und Leutheußer.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (Nr. 1666 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung und bemerke, daß nach der Interpellationsdebatte über den gleichen Gegenstand (B) eine Vereinbarung der Parteien zustande gekommen ist, diese Vorlage einem neu zu bildenden Ausschuß von 28 Mitgliedern zu überweisen. Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß das Haus mit diesem Vorschlage einverstanden ist. — Es ist so beschlossen. Es wird versucht werden, diesen Ausschuß noch heute zusammenzusetzen.

Wir kommen dann zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Abänderung des § 11 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung (Nr. 1662 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir können, da kein Ausschußantrag vorliegt, sofort auch in die

zweite Beratung

eintreten.

Ich rufe in der zweiten Beratung den einzigen Paragraphen des Gesetzes auf. — Ich schließe die Beratung, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und erkläre den Paragraphen für angenommen, wenn ein Widerspruch nicht erfolgt. — Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Wir können auch sofort in die

dritte Beratung

eintreten, wenn kein Widerspruch erhoben wird. — Ein solcher wird nicht laut.

Ich eröffne dann die allgemeine Aussprache, — schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung über den einzigen Paragraphen des Gesetzes ein.

Die Debatte ist eröffnet, — geschlossen und der Paragraph angenommen; — desgleichen Einleitung und Überschrift. —

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamt- (C) abstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ein solcher ist nicht laut geworden; der Gesetzentwurf ist in der Gesamtabstimmung beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vertretung der Länder im Reichsrat (Nr. 1595 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort wird nicht verlangt; — ich schließe die Beratung.

Wird ein Antrag gestellt, diesen Gesetzentwurf über die Vertretung der Länder im Reichsrat einer Kommission zu überweisen? — Das geschieht nicht.

Dann können wir gleich in die

zweite Beratung

eintreten.

Ich rufe auf den Text des Gesetzentwurfs. — Angenommen. Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, können wir auch gleich die

dritte Beratung

erledigen. — Ein Widerspruch wird nicht laut.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache, — schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung des Gesetzentwurfs ein. — Das Wort wird nicht verlangt; ich schließe die Beratung und erkläre den Text des Gesetzentwurfs für angenommen; — desgleichen Einleitung und Überschrift. —

Wenn ich Widerspruch nicht höre, nehme ich an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will. — Es ist so beschlossen. (D)

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zur

dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 und Ergänzungen (Nr. 624, 1346, 1418, 1438, 1487, 1652 der Drucksachen).

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Nr. 1730 der Drucksachen.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache, — schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein.

Ich rufe auf den Haushalt des Reichspräsidenten. — Angenommen.

Ferner rufe ich auf den Haushalt des Reichstags. — Angenommen.

Haushalte des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei. — Angenommen.

Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen. — Angenommen.

Haushalt des Reichsministeriums des Innern. — Angenommen.

Meine Damen und Herren! Hier hatten wir in der zweiten Lesung bei Kap. 3 Tit. 15 der fortdauernden Ausgaben eine Entschließung angenommen, einen ständigen Ausschuß für das Bildungswesen einzusetzen. Dieser Ausschuß soll aber nicht bei der Regierung, sondern beim Reichstage gebildet werden. Ich schlage Ihnen daher vor, die Entschließung dahin zu ändern, daß anstatt der Worte „die Reichsregierung zu ersuchen" die Worte gesetzt werden „Der Reichstag wolle beschließen". — Ein Widerspruch dagegen erfolgt nicht; die Entschließung ist also in dieser abgeänderten Form angenommen.

(Präsident.)

(A) Ich rufe weiter auf den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: Ich will nur bemerken, daß der Etat für 1921 eine wörtliche Abschrift des Etats für 1920 war und deshalb die Frage der **Subvention der Messen** von Breslau, Frankfurt am Main und Stuttgart — Lagerhof — für 1921 nicht enthalten konnte. Ich nehme aber nach dem Ergebnis der Beratungen im Haushaltsausschuß und nach dessen klar kundgegebener Stimmung als sicher an, daß diese Subventionen in dem Nachtragsetat erscheinen werden, und hoffe, daß Anträge nach dieser Richtung nicht nötig sein werden.

Präsident: Diese Bemerkung gehört allerdings zum Etat für 1921; es schadet aber nichts, daß es hier schon erwähnt ist.

Meine Damen und Herren! Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums für 1920 haben wir in zweiter Lesnng einige Entschließungen ausgesetzt. Die müssen wir jetzt nachholen; Sie sehen sie auf Nr. 1730 Seite 40. Ich bitte daher um einige Aufmerksamkeit.

Es handelt sich zunächst um die Entschließung des Ausschusses auf Drucksache Nr. 939, die eine Einschränkung der Verordnungen über die wirtschaftliche Demobilmachung herbeiführen wollte. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Dann liegt hier vor eine Entschließung Trimborn, Hergt, Stresemann, Schiffer, Leicht und Genossen auf Nr. 991, die verlangt, daß „durch Verordnung des Reichspräsidenten unverzüglich eine Stelle eingerichtet wird, die (B) einen fortlaufenden Überblick erhält über alle Beschaffungen des Reichs, von welchem Ressort sie auch ausgehen mögen“, usw. Dazu liegt ein Zusatzantrag Müller (Franken) auf Nr. 1022 vor, wonach hinter dem Wort „mögen“ die Worte „die ferner diese Aufträge zu vergeben hat“ eingeschoben werden sollen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Zusatzantrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erhebeu.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Zusatzantrag ist angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Trimborn, Hergt, Dr. Stresemann, Schiffer, Leicht und Genossen auf Drucksache Nr. 991 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Schiffer und Genossen auf Drucksache 999, welche das Verbot des Börsenbesuchs für Frauen beseitigen will. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Wir kommen jetzt zu dem Antrag Dr. Rießer und Genossen auf Drucksache Nr. 1006 (berichtigt), welcher eine Abänderung der Stillegungsverordnung beabsichtigt. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Das Bureau ist einig, daß das die Mehrheit ist; der Antrag ist angenommen.

Wir kommeu jetzt zur Entschließung Schiffer und Genossen auf Drucksache 1017:

> die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der alle in der Reichsgewerbeordnung vorhandenen Hindernisse für die volle Gleichberechtigung von Männern und Frauen bei allen berufsständischen Vertretungskörpern und ihren Organen beseitigt. (C)

Wer dieser Entschließung Schiffer und Genossen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Nun liegen noch eine Anzahl Ausschußanträge auf Drucksache Nr. 939 unter II vor. Wir stimmen zunächst ab über die Entschließung unter b 1 und 2 über die Veränderungen der Verordnung des Reichswirtschaftsgerichts. Wer diesen Entschließungen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließungen sind angenommen.

Nunmehr kommt die Entschließung c zu Kap. 1 Tit. 10 der einmaligen Ausgaben: Die Reichsregierung zu ersuchen, für die Königsberger Ostmesse einen einmaligen Beitrag von 7 500 000 Mark im Ergänzungsetat einzusetzen usw. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Nunmehr kommt eine Reihe von Entschließungen unter d, 1 bis 4, die sich mit den Aus- und Einfuhrhandelsstellen beschäftigen und Einschränkungen ihrer Befugnisse verlangen. Wer diesen Entschließungen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließungen sind angenommen. (D)

Nun kommen wir zu der Entschließung unter d 5:

> die Reichsregierung zu ersuchen, sofort die zwischen dem Reiche und dem Verbande deutscher Druckpapierfabriken, dem Verein ringfreier Druckpapierfabriken bezw. dem Hartmann-Konzern über die Ausfuhr von Zeitungsdruckpapier geschlossenen Verträge zu veröffentlichen.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Auch die Mehrheit; angenommen.

Es folgt eine Entschließung unter e mit einem Zusatzantrag Hamm und Genossen Nr. 1002 der Drucksachen, die die Regierung ersuchen, bei den Verbandsmächten wegen einer besseren Gestaltung des Kohlenabkommens unter Hinweis auf das Versagen der Wasserstraßen vorstellig zu werden.

Wer diesen Entschließungen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist auch die Mehrheit.

Wir kommen zu den beiden letzten Entschließungen unter f, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. unverzüglich zu prüfen, inwieweit auf eine Minderung der Papierpreise hingewirkt werden kann,
2. unverzüglich zu prüfen, inwieweit die Reichszuschüsse für Papierlieferungen gemindert oder eingestellt werden können.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Entschließungen beitreten wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; auch diese Entschließungen sind angenommen.

(Präsident.)

(A) Ich rufe nun weiter auf: Haushalt des Reichsarbeitsministeriums — angenommen; Reichswehrministerium — angenommen; Reichsjustizministerium — angenommen; Reichsschatzministerium — angenommen; Reichsverkehrsministerium — angenommen; Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft — angenommen; Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds — angenommen; des Rechnungshofes für das Deutsche Reich — desgleichen; der Reichsschuld — ebenfalls; des Reichsfinanzministeriums — ebenso; des Reichsministeriums für Wiederaufbau — desgleichen; Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung — ebenso; Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags — ebenso; Haushalt des Reichspostministeriums und der Reichsdruckerei — ebenso; Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Verwaltung der Reichseisenbahnen) — ebenso.

Jetzt rufe ich auf die Paragraphen des Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920: § 1 — angenommen, § 2 — angenommen, § 3 — angenommen, § 4, — § 5, — § 6, — § 7, — § 8, — § 9, — § 10, — § 11, — § 12, — § 13, — § 14, — zweite Anlage zum Haushaltsgesetz, — dritte Anlage zum Haushaltsgesetz, — vierte Anlage zum Haushaltsgesetz, — fünfte Anlage zum Haushaltsgesetz, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche in der Gesamtabstimmung dem Etat ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Etat ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum fünften Gegenstand der Tagesordnung:

Dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921 und Ergänzungen (Nr. 1563, 1487, 1638, 1652 der Drucksachen).

(B) Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung: Nr. 1738 der Drucksachen.

Ich eröffne die allgemeine Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen zur besonderen Beratung.

Ich rufe hierzu auf: Haushalt des Reichspräsidenten — angenommen; des Reichstags — angenommen; des Reichsministeriums, Reichskanzlers und der Reichskanzlei — angenommen; des Auswärtigen Amts — angenommen; des Reichsministeriums des Innern — angenommen; des Reichswirtschaftsministeriums — desgleichen; des Reichsarbeitsministeriums — ebenso; des Reichswehrministeriums — ebenso; des Reichsjustizministeriums, — Reichsschatzministeriums, — Reichsverkehrsministeriums (Wasserstraßen) nebst Ergänzung, — des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft; — Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds; — Haushalt des Rechnungshofes des Deutschen Reichs; — Haushalt der Reichsschuld; — Haushalt des Reichsfinanzministeriums; — Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau; — Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung; — Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags; — Haushalt des Reichspostministeriums und der Reichsdruckerei. — Angenommen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer**, Abgeordneter: Herr Präsident! Ich wollte eben nicht unterbrechen, aber ich erneuere auch (C) beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums für 1921 den Vorbehalt, den ich vorhin in bezug auf die Einstellung der **Subventionen für die Messen in Breslau, Frankfurt am Main und Stuttgart** — 400 000, 300 000 und 300 000 Mark — in den künftigen Nachtragsetat gemacht habe.

Präsident: Beim Reichspostministerium und beim Etat der Reichsdruckerei liegt auf Drucksache Nr. 1740 zu Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben eine Entschließung Burlage, Schultz (Bromberg), Dr. Becker (Hessen), Dr. Petersen, Leicht vor:

die Reichsregierung zu ersuchen, im Haushaltsplan 1921 Mittel einzustellen, die dem Personal die Möglichkeit geben, das vom Herzog von Arenberg der Reichspostverwaltung als Erholungsheim zur Verfügung gestellte Schloß Nordkirchen (Bez. Münster) noch im Laufe dieses Sommers in Benutzung zu nehmen.

Das Wort dazu wird nicht verlangt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Ich rufe auf Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Verwaltung der Reichseisenbahnen). — Angenommen.

Sodann rufe ich auf den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921. — Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche in der Gesamtabstimmung dem Etat für 1921 ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(D) (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Etat ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über zwei Entschließungen zu diesem Etat, und zwar zum Haushalt des Auswärtigen Amts, auf Drucksache Nr. 1678 unter II A:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, sofort einen parlamentarischen Beirat für die Reichszentrale für Heimatdienst zu berufen. Eine der ersten Aufgaben dieses Beirats ist, Vorschläge zur zweckmäßigen Umgestaltung des Heimatdienstes zu machen.
2. die Reichsregierung zu ersuchen, jede Regelung in der Frage der Reichszentrale für Heimatdienst so lange auszusetzen, bis der für diese Angelegenheit eingesetzte Untersuchungsausschuß Bericht erstattet und der Reichstag dazu Stellung genommen hat.

Wer diesen Entschließungen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie sind angenommen.

Dann liegen noch auf Nr. 1678 unter II B Entschließungen zum Reichsarbeitsministerium vor, die beabsichtigen, dem ständigen Ausschuß für das Siedlungswesen im Reichsarbeitsministerium die Summe von 60 000 Mark zur Förderung des Siedlungswesens zu überweisen und zu erwägen, ob in den Nachtragsetat für 1921 nicht die und die Summen zur Beschaffung von Wohnungen für Beamte eingestellt werden können.

Wer diesen Entschließungen des Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie sind angenommen.

(Präsident.)

(A) Endlich, meine Herren, haben wir noch abzustimmen über alle Petitionen, die zu den Haushaltsberatungen für 1920 und 1921 vorliegen und zwar:

a) zum Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen: Ausschußantrag auf Nr. 1406 unter III der Drucksachen,

b) zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern: Ausschußanträge auf Nr. 1333 unter III, Nr. 1501 unter IIa und Nr. 1684 unter IIIA der Drucksachen,

c) zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums: Ausschußanträge auf Nr. 939 unter III und Nr. 1684 unter IIIB der Drucksachen,

d) zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums: Ausschußanträge auf Nr. 1361 unter III und Nr. 1684 unter IIIC der Drucksachen,

e) zum Haushalt des Reichswehrministeriums: Ausschußanträge auf Nr. 1068 unter III, Nr. 1501 unter IIb und Nr. 1684 unter IIID der Drucksachen,

f) zum Haushalt des Reichsjustizministeriums: Ausschußantrag auf Nr. 1684 unter IIIE der Drucksachen,

g) zum Haushalt des Reichsschatzministeriums: Ausschußanträge auf Nr. 1572 unter II und Nr. 1637 unter III der Drucksachen,

h) zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums: Ausschußantrag auf Nr. 1511 unter IIIa der Drucksachen,

i) zum Haushalt des Reichsfinanzministeriums: Ausschußantrag auf Nr. 1511 unter IIIb der Drucksachen,

k) zum Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung: Ausschußantrag auf Nr. 1684 unter IIIF der (B) Drucksachen,

l) zum Haushalt des Reichspostministeriums: Ausschußantrag auf Nr. 1684 unter IIIG der Drucksachen und

m) zum Haushalt der Reichseisenbahnverwaltung: Ausschußantrag Nr. 1684 unter IIIH der Drucksachen.

Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß das Haus den Vorschlägen des Ausschusses über die Erledigung dieser Petitionen zustimmt. — Es ist so beschlossen.

Nunmehr kommen wir zum sechsten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite und dritte Beratung

a) **des Entwurfs eines Gesetzes über Postgebühren,**

b) **des Entwurfs eines Gesetzes über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der vom Weltpostkongreß in Madrid beschlossenen Auslandspostgebühren,**

c) **des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Postscheckgesetzes vom 26. März 1914,**

d) **des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung der Telegraphengebühren**

(Nr. 1538 der Drucksachen).

Bericht des 27. Ausschusses. (Nr. 1701 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Morath.

Anträge: Nr. 1727, 1731.

Ich eröffne die Debatte über § 1 des Postgebührengesetzes.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter Abgeordneter Morath.

Morath, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine (C) Damen und Herren! Im Ausschuß war man sich in allen Parteien darüber einig, daß diese neuen Vorlagen bedeutende und im gegenwärtigen Zeitpunkt doppelt unangenehme Belastungen des Verkehrs bringen würden. Auf der andern Seite wurde von keiner Partei die Notwendigkeit verkannt, den bedeutenden Fehlbetrag bei der Post durch eine Gebührenerhöhung zu beseitigen. Man glaubte, nicht berechtigt zu sein, allgemeine Mittel für die Beseitigung dieses Fehlbetrags in Anspruch zu nehmen, obwohl man anerkannte, daß die Postverwaltung eine große Anzahl von Aufgaben im allgemeinen Interesse und ohne daß sie dafür entschädigt wird, durchzuführen hat. Ich nenne davon als neu hinzugekommen nur die Zahlung der Militärrenten, Verkauf der Steuermarken und dergleichen mehr.

Ich darf feststellen, daß das Ministerium in den Ausschußverhandlungen den Wünschen des Ausschusses weit entgegenkam. Es ist zunächst erreicht worden, daß der Ortsverkehr wieder mit einer billigeren Taxe eingeführt wurde.

(Bravo!)

Bedeutend ist diese Verbilligung nicht, wenigstens nicht so bedeutend, wie sie manche Interessenten wünschten. Der Ausfall, der dadurch entsteht, ist aber etwa 75 Millionen groß, daß der Ausschuß meinte, den weitergehenden Wünschen, auch den Nachbarortsverkehr mit in die Ermäßigung einzubeziehen, nicht nachkommen zu können.

Es ist weiter gelungen, die Taxen für den Fernbriefverkehr so weit herabzusetzen, daß sie jetzt etwa den Wünschen entsprechen, wie sie der Verkehrsbeirat gehabt hat.

Ferner wird es besonders begrüßt werden, daß man eine Drucksachenkarte mit der billigen Taxe von 10 Pfennig eingeführt hat. Das werden unter anderen diejenigen Geschäftskreise begrüßen, die eine solche Karte als billiges (D) Werbemittel benutzen wollen.

Endlich ist zu den Brieftaxen noch zu bemerken, daß man, was hier nicht zum Ausdruck kommt, was durch die Postordnung festgesetzt werden muß, den Wünschen unserer schwerleidenden Ansichtskartenindustrie sehr weit entgegenkommen wird. Die Ansichtspostkartenindustrie, die vor dem Kriege die ganze Welt mit ihren Erzeugnissen versorgte, hat nachweislich — wenigstens zum Teil — auch unter dem hohen Porto gelitten. In Zukunft wird es möglich sein, Ansichtskarten zum Drucksachenporto mit fünf Worten wie gute Wünsche, Grüße usw. zu versenden. Der Ausschuß hofft, daß dadurch dieser Industrie und ihren Arbeitern geholfen werden kann.

Ich komme dann zum Paketporto. Hier haben wesentliche Wünsche zurückgestellt werden müssen, weil ihre Erfüllung ein Defizit von 173 weiteren Millionen gebracht hätte. Man hat aber, den Wünschen der Presseinteressenten entgegenkommend, sich damit einverstanden erklärt, daß Zeitungspakete bis zu 5 Kilogramm einer besonderen, ermäßigten Taxe, nämlich von nur 1,50 Mark, unterliegen.

Es hat nahegelegen, die Taxen für die Wertversicherung zu erhöhen, um dadurch in etwas das auszugleichen, was bei den ersten Paragraphen durch Entgegenkommen der Postverwaltung verbessert wurde und an Einnahmen allerdings geschmälert werden mußte. Man wird sich aber vergegenwärtigen müssen, daß die Wertsendungen, die Wertbriefsendungen namentlich, einen aussterbenden Verkehrsversendungszweig darstellen und daß daher eine Erhöhung der Taxen hier zu keiner buchmäßig ins Gewicht fallenden Besserung geführt hätte.

Bei den Postanweisungen konnte man den Wünschen zahlreicher Handelskammern und anderer Interessenten entgegenkommen und die Höchstgrenze auf 2000 Mark heraufsetzen. Das entspricht noch lange nicht dem Wert

(Morath, Berichterstatter.)

(A) von 800 Mark bei der Postanweisung der Vorkriegszeit, wenn man sich die Verschlechterung des Wertes der Mark entgegenhält. Aber wir haben auch kein Interesse daran, dem bargeldlosen Verkehr, dem Scheckverkehr durch eine zu hohe Wertgrenze bei den Postanweisungen zu schaden.

Langer Debatten hat es bedurft, bis es zu einer Einigung in bezug auf die Zeitungsgebühren kam. Hier sah der Regierungsentwurf nur zwei Stufen bis 50 Gramm vor und wurde dadurch nicht den sehr berechtigten Wünschen der Zeitungsverleger und namentlich auch der Fachpresse gerecht. Hier unterschied der Regierungsentwurf bis zum Gewicht von 50 Gramm für eine Nummer nur zwei Stufen und wurde dadurch nicht den sehr berechtigten Wünschen der Zeitungsverleger derjenigen Blätter gerecht, die man auf allen Seiten des Hauses etwa als die ernsten politischen Blätter bezeichnen kann, die eine Einzelnummer von etwa 20 bis 30 Gramm Gewicht herausgeben. Es ist gelungen, da wesentliche Verbesserungen einzufügen. Sie finden sie im § 5 des Ausschußberichtes. Wenn hier nicht alle Wünsche erfüllt worden sind, so wolle man sich vergegenwärtigen, daß nach den Berechnungen der Verwaltung schon jetzt etwa 250 Millionen an Unkosten für die Postverwaltung durch die Versendung von jährlich 2½ Milliarden Zeitungsnummern entstehen, während selbst nach den höheren Sätzen des Regierungsentwurfs nur eine Einnahme von 30,7 Millionen erzielt wird.

Endlich hat die Postverwaltung sich mit den Wünschen einverstanden erklärt, die im Ausschuß von allen Parteien in bezug auf eine bessere Abgrenzung der Verpflichtungen bei der Verpackung der Zeitungen vorgebracht wurden. Auch hier sind vor allen Dingen namhafte Verbilligungen eingetreten.

Alle übrigen Teile dieses Gesetzentwurfs, also diejenigen, die sich auf die Ermächtigung der Postverwaltung (B) beziehen, die Taxen, die die Tagung des Weltpostvereins in Madrid vorgesehen hat, schon früher einzuführen als zu dem Zeitpunkte, den man dort in Aussicht genommen hat, nämlich den 1. Januar 1922, die Taxen in bezug auf den Postscheckverkehr und den Telegrammverkehr sind unverändert angenommen worden.

Es entsprach den Wünschen des Ausschusses, daß das Ministerium in den Verkehrsbeirat auch Mitglieder des Reichstags hinzuziehe, wie das früher gewesen ist. Sie finden diese Wünsche in einer Entschließung niedergelegt, die Sie unter II der Drucksache Nr. 1701 finden.

Alle Petitionen, die zahlreich an den Ausschuß gelangt sind, konnten durch die Beschlußfassung für erledigt erklärt werden.

Namens des Ausschusses empfehle ich Ihnen, unverändert die Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zubeil.

Zubeil, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde und ich stehen auf dem Standpunkt, daß Reichswirtschaften sich in Ausgaben und Einnahmen decken müssen. Dazu gehört aber in erster Linie, daß durchgreifende Reformen vorausgehen. **Jahrzehntelang** hat die **Postverwaltung Überschußwirtschaft** getrieben. Noch 1893 führte sie 93 Millionen an das Reich ab. Diese Überschüsse resultierten meist aus den Hungerlöhnen, die die Verwaltung den unteren und mittleren Beamten zahlte.

Nun kam der Krieg, und das künstlich aufgebaute Kartenhaus stürzte zusammen. Jahrelang haben wir — und noch in allerletzter Zeit — gedrängt, durchgreifende Reformen im Postwesen durchzuführen; immer vergeblich. Gab es Reformen, so waren diese nur nach unten, aber niemals nach oben. Meine politischen Freunde und ich stehen auf dem Standpunkt, daß bei durchgreifenden Re- (C) formen nach oben große Ersparnisse gemacht werden können.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben, als die Überschußwirtschaft in Blüte stand, immer dahin zu wirken versucht, die Gehälter der mittleren und unteren Beamten aufzubessern, Rücklagen zu machen, um in Zeiten der Not sich helfen zu können. Wären damals die Gehälter der mittleren und unteren Beamten aufgebessert worden, dann wäre die Post aus der Überschußwirtschaft nicht in diese Kalamität hineingekommen, als sie jetzt steht. Alle Überschüsse wurden dem damaligen Militarismus überantwortet und in seinem unersättlichen Rachen verschlungen, der auch das ganze Kartenhaus der Post mit verschlang. Nun weiß man sich nicht anders zu helfen, als nachdem die gerechten Forderungen der Angestellten und Beamten immer stürmischer wurden und diese gerechten Forderungen erfüllt werden mußten, zur Schröpfung der großen Massen des Volks zu greifen. Immer müssen diejenigen bluten, die täglich mit der Not des Lebens zu kämpfen haben. Diese sind es in erster Linie, die auch bei dieser Vorlage wieder geschröpft werden. Nicht nur, daß ihnen ihre eigenen Korrespondenzkarten, die Briefe und Pakete so kolossal verteuert werden, sondern, da ja die Korrespondenz und die Paketgebühren der Geschäftswelt mit getroffen werden, haben sie auch zu gleicher Zeit die Verteuerung dieser Korrespondenz mitzutragen, denn die Geschäftswelt wird es wiederum verstehen, die Verteuerung aller dieser Postsachen wieder in die Waren einzukalkulieren, und das kaufende Publikum wird dadurch doppelt geschröpft,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

einmal durch ihre Korrespondenz selbst, das anderemal durch die Geschäftswelt, die die Postgebühren nicht in Kauf nimmt und nicht aus ihrer eigenen Tasche bezahlt. So sind wiederum die großen Massen der Bevölkerung (D) und der kleinen Beamtenschaft die Leidtragenden.

Es ist nicht zu bestreiten, daß auch diese **Vorlage**, die jetzt zur Beratung steht, eine **indirekte Steuer** ist. Es ist ja das Bestreben der rechtsstehenden Parteien bis zu den Demokraten, die direkten Steuern abzubauen und den breiten Massen immer mehr Lasten durch indirekte Steuern aufzuerlegen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Den besten Beweis dafür zeigt uns das Einkommensteuergesetz, das nach dieser Vorlage zur Beratung steht. Die besitzenden Klassen, die Verbrecher am Kriege und am Zusammensturz Deutschlands, die Kriegsgewinnler und Schieber haben alle Mittel angewendet, die Steuerlast für sich zu erleichtern und den großen Massen des Volkes aufzuerlegen. Würde die Regierung gegen diese Kreise fest zugegriffen haben, dann würden Mittel vorhanden sein, um das Defizit der Post, einer Verwaltung, die Jahrzehnte lang große Überschüsse an das Reich abgeliefert hat, wie keine andere Verwaltung im Deutschen Reich, decken zu können.

Auch diese Vorlage bringt die Post nicht aus dieser Mißwirtschaft heraus. Die Erfahrung wird lehren: je mehr der Verkehr verteuert wird, desto mehr gehen auch die Einnahmen zurück, und ich behaupte, wir werden in Jahresfrist eine vierte Verteuerung aller Postgebühren wiederum hier zur Beratung stehen haben.

Deshalb können meine politischen Freunde nnd ich für diese Vorlage nicht stimmen. Wir sind überzeugt, ehe nicht die Post dazu übergeht, durchgreifende Reformen in ihrem Betriebe ein- und durchzuführen, eher sind wir nicht in der Lage, eine derartige Vorlage annehmen zu können. Es ist ja heute nicht die Angelegenheit, darauf einzugehen; der nächste Etat, der uns zu Ende dieses Jahres wiederum zur Beratung stehen wird, vielleicht

(Zubeil, Abgeordneter.)

(A) auch die Nachtragsetats, werden uns zwingen, einmal gründlich in die Beratung einzutreten, auf welchem Wege und in welcher Weise die Mißwirtschaft in der Post endlich beseitigt werden kann; denn das wird unbestritten bleiben, daß bei einer vernünftigeren Reform nach oben und nicht nur immer nach unten ganz bedeutende Ersparnisse in unserem großen Postwesen gemacht werden können.

Meine politischen Freunde und ich haben einen Antrag eingebracht, in § 2 hinter den Worten: „bis 5 Kilogramm" einzufügen: „bis 1 Kilogramm Übergewicht in der Nah- und Fernzone, 1 Mark Mehrgebühren erhoben." Das **5 Kilopaket** — kann man sagen — ist das Paket des kleinen Mannes in Deutschland in Stadt und Land. Es ist auch in der Kommission darauf hingewiesen worden, nnd es ist auch ein weitergehender Antrag, als ich ihn jetzt als von uns gestellt verlesen habe, angenommen worden, nicht nur 4 Zonen, sondern 8 Zonen einzurichten. Aber nach ganz kurzer Zeit, schon am nächsten Tage, fiel die Deutsche Volkspartei beziehungsweise ihre Vertreter im Ausschuß wieder um, und die Regierungsvorlage wurde wieder hergestellt. Meine Damen und Herren! Die kleineren Leute, die mit einem Paket zur Post gehen, von dem sie glauben, das 5-Kilogewicht getroffen zu haben, haben mitunter keine Wage oder so schlechte Wagen, die das Gewicht nicht genau angeben. Kommt jemand mit einem 5-Kilopaket nach der Post und es wiegt einige Gramm darüber, so muß er, wenn er nicht die doppelte Gebühr zahlen will — in der Nahzone statt 3 Mark 6 Mark, in der Fernzone statt 4 Mark 8 Mark —, mit seinem Paket wieder nach Hause wandern und das Paket umpacken. Wenn die Postbehörde sagt, es ist damit eine ungeheure Unzuträglichkeit und Arbeit verbunden, so stehen meine politischen Freunde und ich auf dem Standpunkt, daß eine so große Arbeit damit nicht verbunden sein kann.

(B) (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bitte Sie, diesem Antrag zustimmen zu wollen. Er schädigt die Post unter keinen Umständen. Wenn aber ein Paket von 5 Kilo, das bis 1 Kilo Übergewicht hat, in der Nah- und Fernzone mit nur 1 Mark mehr belastet wird, dann ist es eine große Erleichterung für das Publikum, das ein 5-Kilopaket zur Post bringt. Wir werden allen Verbesserungsanträgen, die im Ausschuß angenommen worden sind, zustimmen, auch dem Antrage, den die Mehrheitssozialdemokraten noch im letzten Augenblick gestellt haben, daß die Bildkarten unter die Drucksachen zu rechnen sind, um auch hier eine Erleichterung für das korrespondierende Publikum in Stadt und Land zu schaffen. Im übrigen stimmen meine politischen Freunde und ich gegen diese Vorlage.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pinkau.

Pinkau, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir hatten in der Kommission einstimmig beschlossen, daß die **Bildpostkarten** für den **Drucksachentarif** von zehn Pfennig befördert werden sollen. Dieser Passus ist auch in der ersten Lesung in das Gesetz hineingekommen. Ich weiß aber nicht, aus welchem Grunde dieser Passus in der zweiten Lesung wieder weggelassen ist. Wir Sozialdemokraten legen Gewicht darauf, daß dieser vierte Absatz:

> Bildpostkarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, werden als „Drucksache" befördert,

in das Gesetz hineinkommt und nicht in die Postordnung. Dadurch wird nach unserer Auffassung größere Klarheit geschaffen für die großen breiten Massen und auch für die Industrie, die derartige Postkarten herstellt.

(C) Über die Notwendigkeit dieser Bestimmung, daß diese Bild- und Ansichtspostkarte für 10 Pfennig befördert werden soll, will ich nicht weitere größere Ausführungen machen. Die gesamte Kommission war sich darüber einig, daß es notwendig sei, die Industrie durch ein derartiges Entgegenkommen zu unterstützen. Die **Postkartenindustrie** war vor dem Kriege groß, da die deutsche Postkartenindustrie fast die gesamte Welt mit Postkarten versehen hat. Durch den Krieg, die Portoerhöhung, die Papierpreiserhöhung und durch die Erhöhung der Druckkosten und dergleichen ist die Postkartenindustrie riesig zurückgegangen. In Leipzig und Berlin allein sind gegen 29 000 Arbeiter dieses Industriezweiges arbeitslos geworden, die Herstellung in diesen zwei Städten allein hat um 1500 Millionen Postkarten nachgelassen. Dadurch, daß wir diese Bestimmung einfügen, eine kleine Erleichterung für die Postkartenindustrie schaffen, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Industrie sich allmählich wieder erholt und die Arbeiter wieder Arbeit und Beschäftigung finden.

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, diesen Antrag zu unterstützen und vor allen Dingen dafür einzutreten, daß dieser Passus mit in das Gesetz und nicht in die Postordnung kommt.

Im übrigen werden wir diesem Gesetz zustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Malzahn.

Malzahn, Abgeordneter: Werte Versammlung! Bei der Beratung der Erhöhung der Postgebühren denke ich unwillkürlich an die Erklärung, die im Jahre 1915 der Regierungsvertreter anläßlich der ersten Erhöhung der Postgebühren abgegeben hat. Damals erklärte der Regierungsvertreter, daß sofort nach Beendigung des Krieges dazu übergegangen werden soll, die Postsätze wieder auf ihr normales Maß herabzusetzen.

(D) Die Dinge sind anders gekommen. Wir haben beobachten müssen, daß die Postgebühren in einem ungeheuerlichen Maß heraufgesetzt worden sind. Ich muß schon sagen, daß wir die Erhöhung der Postgebühren als das ungeeignetste Objekt betrachten, daß sich daraus für die gesamte Volkswirtschaft ein ungeheurer Schaden herausbilden wird. Und all das Gerede, meine Herren und Damen, von dem Wiederaufbau, das hier in diesem Hause gehalten worden ist, ist hinfällig, wenn man die Voraussetzungen für den Wiederaufbau zerstört.

Ich möchte sagen, gerade die Aufrechterhaltung des Post- und Telegraphenwesens ist im Interesse der Volkswirtschaft, im Interesse der Allgemeinheit eine unbedingte Voraussetzung für den Wiederaufbau. Durch diese Maßnahmen der ständigen Erhöhung der Gebühren wird es vollständig unmöglich gemacht, daß die Fortschritte der Technik, die auf dem Gebiete der Post und Telegraphie liegen, im Interesse der Volkswirtschaft ausgenutzt werden können. Wir betrachten diese Maßnahmen als einen Verzweiflungsakt, als eine Bankerottpolitik,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die eben aus dem Kriege heraus und jetzt durch die finanztechnische Unmöglichkeit heraus geboren wird.

(Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichspostminister hat bei der ersten Lesung erklärt, daß durch diese Erhöhung monatlich ein Mehr von 150 Millionen Mark einkommen würde. Ich muß allerdings schon sagen, daß diese Hoffnungen, die der Reichspostminister auf die Erhöhung der Postgebühren setzt, sehr wahrscheinlich durch die praktischen Erfahrungen zerstört werden, denn wir müssen sehen, daß schon durch die bestehenden Erhöhungen der Postgebühren der Kartenvertrieb und damit auch die Ansichtskartenindustrie ganz enorm

(**Malzahn,** Abgeordneter.)

(A) eingeschränkt worden ist. Nun könnte man vielleicht auf dem Standpunkt stehen, daß vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus die **Ansichtskartenindustrie** nicht unbedingt notwendig sei. Aber wenn die Regierung keine anderen Arbeitsmöglichkeiten für die in Betracht kommenden Druckereien usw. schafft, was wohl im Bereich der Möglichkeit läge, indem die Regierung oder die zuständigen Ministerien für gutes Lehrmaterial, Bücher usw. Druckaufträge erteilen würden, dann muß diese Industrie zugrunde gehen.

Nun ist es mir nicht zweifelhaft, daß die Kreise der Industrie, des Handels und überhaupt der gesamten Geschäftswelt die größten Anstrengungen machen werden, um diesen Erhöhungen der Postgebühren aus dem Wege zu gehen. Sie werden alle möglichen Einrichtungen treffen, um große Sendungen von Briefschaften, Drucksachen usw. der Post zu entziehen. Es ist aus der Praxis bekannt, in welchem ungeheuren Maße von großen Handelsfirmen die gesamte Geschäftswelt tagtäglich mit Prospekten und sonstigen Drucksachen versorgt wird. Die geplanten Erhöhungen werden zweifellos einen Anreiz geben, immer mehr dazu überzugehen, durch Anstellung eigener Boten usw. solche Drucksachen besorgen zu lassen. Darum befürchten wir mit Recht, daß durch diese ständigen Steigerungen der Postgebühren ein Zusammenbrechen des gesamten Postbetriebs hervorgerufen werden wird; und daß zuguterletzt die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Leidtragenden bei diesen Bankerottmaßnahmen der Postverwaltung, des Postministers und der Regierung sein werden. Bei diesen Maßnahmen, die die Geschäftswelt treffen, wird sie den Teufel nach den nationalen Interessen fragen, sondern sie wird sich dabei lediglich von ihrem Profitinteresse leiten lassen.

Vor allen Dingen müssen wir es ablehnen, daß man die Erhöhung der Postgebühren für Briefe, Telegramme, (B) Pakete und Drucksachen damit begründet, daß diese Maßnahme durch die Erhöhung der Gehälter der Angestellten und Beamten notwendig geworden sei. Wir stellen fest, und wir haben es seinerzeit bei der Beamtenbesoldung durch unsere Anträge nachgewiesen, daß die Gehälter der Angestellten und Beamten noch weit unter dem Existenzminimum stehen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Damit kann man uns also nicht kommen. Andererseits sind wir aber der Auffassung, daß der Postbetrieb sehr wohl sich wirtschaftlich rentabler gestalten ließe, wenn man sich dazu verstehen könnte, die Schranken, die durch den alten bureaukratischen Verwaltungsapparat gesetzt worden sind, endlich fallen zu lassen und an einen in jeder Hinsicht praktischen Ausbau des Postbetriebes heranzugehen.

(Erneute Zustimmung.)

Leider wissen wir, daß unter dem gegenwärtigen kapitalistischen System die heutige Regierung, die ja ein Ausschuß der kapitalistischen Gesellschaft ist, gar nicht daran denkt, in dieser Richtung ihre Betriebe zu modernisieren, daß man vielmehr dazu übergeht, an Stelle der bereits eingearbeiteten Angestellten und Hilfskräfte, die während des Krieges ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße getan haben, Anwärter, Offiziere, Mädchen von 16 bis 17 Jahren aus den höheren Töchterschulen, aus den höheren Beamtenfamilien anzunehmen, dafür aber jene Angestellten und Hilfskräfte, darunter Hunderte von verheirateten Männern, zu entlassen. Ich weiß wirklich nicht, ob man damit den Betrieb rentabler gestaltet.

(Zuruf.)

— Es ist durchaus notwendig, das bei der Erhöhung der Postgebühren zur Sprache zu bringen; denn man stützt sich ja immer darauf, daß die Erhöhung der Löhne diese Erhöhung der Portosätze notwendig mache.

Also meine Freunde und ich betrachten diese Maß- (C) nahmen als eine Bankerottpolitik, die aus dem kapitalistischen System heraus geboren ist, und wir betonen, daß wir dieser Vorlage unsere Zustimmung nicht geben, sondern auch draußen auf die Unzulänglichkeit dieser Maßnahmen hinweisen werden. Die praktische Erfahrung wird uns in wenigen Monaten recht geben; sie wird zeigen, daß nicht mehr Einnahmen erzielt werden, sondern daß die Technik auf dem Gebiete der Post und der Telegraphie zum Schaden der Volkswirtschaft heruntergewirtschaftet wird. Deshalb können wir derartigen, der Volkswirtschaft schädlichen Maßnahmen, keineswegs unsere Zustimmung geben.

Aber ich möchte bei der Gelegenheit an den Herrn Reichspostminister die Frage richten, ob die der Post bereits zum Versand übergebenen Zeitungen vor jedem Eingriff gesichert sind. Es ist uns gestern erst passiert, daß man die „Rote Fahne" beschlagnahmt hat,

(Zurufe rechts: Nanu! — Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

und erst heute morgen hat man wieder eine **Beschlagnahme der „Roten Fahne"** vorgenommen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf rechts: Fürchterlich!)

Allerdings kann ich zu Ihrer Beruhigung sagen, daß es nur bei zwei Exemplaren gelungen ist,

(Zuruf rechts: Was für eine Auflage hat sie denn?)

so daß die Nummer bereits unter der Arbeiterschaft ist. Ich verlange also noch einmal von dem Herrn Reichspostminister die Beantwortung der Frage, ob die der Post bereits **zum Versand übergebenen Zeitungen** vor jeder **Zwangsmaßnahme durch die Postbehörden** sichergestellt sind. Wir werden uns durch diese schikanösen Maßnahmen, durch die Beschlagnahme unserer Presse nicht abhalten lassen, den Arbeitern nach wie vor

(Rufe rechts: Lauter! — Heiterkeit)

das zu sagen, was in der gegenwärtigen politisch ge- (D) spannten Situation notwendig ist. Mögen Sie darüber lachen und höhnen, die Geschichte wird auch einmal anders kommen, und dann werden Sie daran denken müssen, wie man dem Proletariat sein Sprachorgan durch schikanöse Maßnahmen entzogen hat

(Lachen rechts; Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten)

Wir werden weiter den Arbeitern und Angestellten den Weg zeigen, den sie zu gehen haben, wenn die Dinge an uns herantreten.

(Zuruf rechts: Die alte Walze! — Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichspostminister.

Giesberts, Reichspostminister: Ich möchte dem Herrn Vorredner sofort auf seine Anfrage antworten, daß ich die **Beschlagnahme der „Roten Fahne"** nicht veranlaßt habe.

(Zuruf des Abgeordneten Malzahn: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Ich höre jetzt zum ersten Male davon. Hätte mich der Herr Kollege vorher informiert, so würde ich mich bei der zuständigen Stelle erkundigt haben. Die **Zeitungen,** die bei der Post aufgegeben werden, genießen genau denselben **Postschutz** wie alle anderen Drucksachen.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben keine Veranlassung einzugreifen, wenn nicht etwa die Polizeibehörde eingreift.

(Erneute Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren, es gibt keinen größeren Widerspruch als den, wenn man sich auf der einen Seite darüber beklagt, daß die Reichspost- und Telegraphenverwaltung ein so großes Defizit habe und die Ver-

(Giesberts, Reichspostminister.)

(A) waltung klipp und klar nachweist, daß dieses Defizit darauf zurückzuführen ist, daß einerseits die Arbeit der Post im Verhältnis zu dem gesunkenen Geldwert nicht richtig bezahlt wird, und daß andererseits uns durch die neuen Zeitumstände, wie die Einführung des Achtstundentags, sehr erhebliche Ausgaben erwachsen, wenn man dann auf der anderen Seite die Mittel ablehnt, um die Reichspostverwaltung einigermaßen zu sanieren.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Vernünftige Gründe für ein so widerspruchsvolles Verhalten kann man nicht geltend machen. Wir versuchen mit dieser Vorlage — es ist ja eine Teilvorlage, die wir Ihnen bringen — vorläufig 1,2 Milliarden Mark von dem 4 Milliardendefizit abzubürden. Wieviel die Beschlüsse des Ausschusses hier noch an Ausfall bringen, läßt sich nicht übersehen. Wir schätzen vorläufig 150 Millionen Mark. Wir haben uns aber damit abgefunden. Die weiteren 800 Millionen hoffen wir durch den Fernsprechtarif später einzubringen. Damit wäre die Hälfte abgebürdet. Wir glauben damit die Mitte zu halten und bei Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und durchgehenden Reformen in der ganzen Verwaltung allmählich zu gesunden Zuständen zu kommen. Mehr möchte ich allgemein dazu nicht sagen.

Ich möchte mich nur ganz kurz zu den Anträgen äußern, die jetzt im Plenum gestellt sind. Wenn der Antrag der sozialdemokratischen Partei die **Ansichtskarten** und die **Bildpostkarten** in das Gesetz aufzunehmen sucht, so ist das nicht unbedenklich. Meine Herren! Ich bitte Sie, sich zurückzuerinnern, daß es eine Zeit gegeben hat, wo im Reichstag ernsthaft Resolutionen angenommen worden sind, die eine Extrabesteuerung der Ansichtskarten verlangt haben. Man ging damals von dem Gesichtspunkte aus, daß diese Ansichtskarten kein notwendiger Bedarfsgegenstand des täglichen Lebens sind und eine Besteuerung (B) vertragen können. Wir machen jetzt eine Verbilligung zugunsten der Ansichtskarte, mit Rücksicht auf die Notlage der **Ansichtskartenindustrie.** Diese Notlage haben wir berücksichtigt. Die Bestimmungen, die wir auf Grund der Beratungen im Reichsrat in die Postordnung aufgenommen haben, sind weitherziger und dehnbarer als der Antrag, der hier eingebracht worden ist. Wenigstens gibt uns die Postordnung die Möglichkeit, auch später einmal die Sache zu redressieren, wenn die Ansichtskartenindustrie aus der Notlage heraus ist. Denn, meine Herren, darüber darf doch kein Zweifel bestehen, daß die Ansichtskarte nicht ein Vorzugsporto erlangen darf gegenüber der Korrespondenzkarte, wenn nicht die Ansichtskartenindustrie als solche geschützt werden soll. Wenn die Ansichtskartenindustrie aus ihren Schwierigkeiten heraus wäre, dann würde der Grund der Begünstigung der Ansichtskarten nach der Richtung hin eigentlich wegfallen. Ich möchte deshalb bitten, den Antrag abzulehnen. Im übrigen würden wir hier ein Doppeltes haben. Die Postordnung ist schon vom Reichsrat angenommen worden und besteht schon; sie wird demnächst veröffentlicht. Notwendig ist also dieser Antrag absolut nicht.

Schwieriger ist die Frage des Antrags, den die Parteien gemeinsam gestellt haben bezüglich der **Zeitungsverpackung.** Das ist ein sehr umstrittener Gegenstand. Wir haben uns in der Kommission sehr lange darüber unterhalten, und zur Einigung sind wir schwer gekommen, weil die Interessen selbst der Presse sehr oft stark gegeneinander gehen. Nach dem Antrag wird die Postverwaltung nunmehr verpflichtet, die Verpackungen obligatorisch auszuführen. Sie bekommt dafür kleine Vergütungen. Die Vergütungssätze sind so niedrig gesetzt, daß die tatsächlichen Unkosten nur zum dritten Teil gedeckt werden. In Wirklichkeit würde uns die Verpackung etwa 12 bis 15 Millionen Mark kosten, und wir würden hier 3 bis 4 Millionen Mark einbekommen. Die Kommissionsfassung (C) läßt die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Reichspostverwaltung und den Verlegern offen. Sie würde deshalb die Frage nach Gründen der Zweckmäßigkeit von Fall zu Fall regeln und auf dem Wege mit den Verlegern je nach der Eigenart der Zeitung und des Ortes, wo sie erscheint, Vereinbarungen treffen. Nunmehr wird die Sache umgekehrt. Denn die Folge des Antrags, daß die Post jetzt zwangsweise verpacken muß, wird die sein, daß jetzt die meisten Zeitungen die Post zwingen werden, die Zeitungen selbst zu verpacken. Der Mehraufwand beziffert sich, wenn die Befürchtungen eintreten, die wir haben, auf 30 bis 36 Millionen Mark, abgesehen davon, daß wir an vielen Orten entweder Gebäude anmieten oder Neubauten errichten müssen, um die Voraussetzungen für das Zeitungsverpacken zu schaffen.

So sehr der Antrag ja zugunsten der Presse gewollt und gedacht ist, bin ich doch andererseits verpflichtet, auf die **finanziellen Konsequenzen** hinzuweisen, die nach der Richtung hin daraus kommen. Das ist um so schwerer tragbar, als doch unsere **Zeitungsgebühren** im allgemeinen in einem Rahmen gehalten sind, daß die Postverwaltung nach unserer Berechnung nur ein Sechstel der wirklichen Selbstkosten dafür zurückbekommt. Ich glaube daher, man kann nicht sagen, daß die Reichspostverwaltung etwa der Presse gegenüber unannehmbare Bedingungen stellt. Was uns zwingt, mit den Zeitungsgebühren wie mit allem andern in die Höhe zu gehen, das ist ja den Herren bekannt, das ist die Steigerung der Unkosten, die Steigerung der Gehälter, die Wirkung der verkürzten Arbeitszeit, auch die Steigerung der Preise aller Materialien. Das kompliziert die ganze Frage. Ich begnüge mich also damit, darauf aufmerksam zu machen, daß hier der Reichspostverwaltung erneut eine neue Leistung ohne genügende Bezahlung auferlegt wird. Der Presse ist damit auch betriebstechnisch nicht gedient. Eigentlich waren wir uns (D) in der Kommission nach langen Beratungen einig geworden.

Ich beschränke mich auf diese Darlegungen und muß dem Hause anheimstellen, ob es sich auf diesen Weg begeben will. Ich weise darauf hin, daß die Kommissionsbeschlüsse ein Kompromiß darstellen zwischen uns und den Herren der Kommission, das sehr eingehend besprochen wurde. Wir haben deshalb gegen diesen Antrag sehr ernsthafte Bedenken, weil er finanziell für uns sehr schwer tragbar ist.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Bei § 1 liegt der Antrag Müller (Franken), Fischer (Berlin), Taubadel, Sidow und Pinkau auf Drucksache 1727 vor, im § 1 unter Ziff. 3 einzufügen:

> Bildpostkarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, werden als „Drucksache" befördert.

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen. Ich nehme an, daß mit dieser Änderung der § 1 des Gesetzes Ihre Zustimmung hat, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Er ist angenommen.

Zu § 2 liegt bei der Aufführung des Tarifs der handschriftliche Antrag Zubeil vor,

> hinter den Worten: „Die Paketgebühr beträgt bis 5 Kilogramm einschließlich in der Nahzone 3 Mark, in der Fernzone 4 Mark" — einzufügen:
>
> Bis 1 Kilogramm Übergewicht wird in der Nah- und Fernzone 1 Mark mehr erhoben.

Das Wort hat der Herr Reichspostminister.

(A) **Giesberts,** Reichspostminister: Meine Herren! Ich möchte dringend bitten, auch diesen Antrag abzulehnen; denn dann könnten Sie ja geradeso gut das 6-Kilopaket einführen. Wenn Sie ein Übergewicht von 1 Kilogramm über die Höchstgrenze von 5 Kilogramm zulassen, dann ist das doch gleichbedeutend mit der Einführung eines 6-Kilopakets.

(Zurufe links.)

— Wenn es 1 Mark mehr ist, so durchbrechen Sie damit den ganzen Tarif, den wir hier aufgebaut haben.

Präsident: Herr Abgeordneter Zubeil beantragt, für dieses Übergewicht, das bis 1 Kilogramm gehen kann, sowohl in der Nah- wie in der Fernzone 1 Mark Gebühr mehr zu erheben.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zubeil.

Zubeil, Abgeordneter: Mein Antrag bedeutet nicht, die Höchstgrenze von 5 auf 6 Kilogramm heraufzusetzen. Das **5-Kilogrammpaket** ist nun einmal in Stadt und Land gebräuchlich, es ist das Paket der kleinen Leute, sowohl des Mittelstandes wie der Arbeiterschaft. Nun wissen Sie, daß man namentlich auf dem Lande draußen vielfach sehr alte Wagen hat, die nicht mehr genau wiegen. Wenn nun ein solches Paket 5 oder 10 Gramm Übergewicht hat, so müssen die Leute ihre Pakete wieder mit nach Hause nehmen oder die doppelte Gebühr zahlen. Deshalb haben wir beantragt, daß ein Übergewicht bis zu 1 Kilogramm über die Grenze von 5 Kilogramm hinaus 1 Mark mehr kosten soll. Es kommt uns darauf an, daß die Absender nicht unnötig schikaniert werden. Sonst gehen die Leute unverrichteter Sache wieder heim, oder sie zahlen aus Unkenntnis anstatt 3 Mark 6 Mark und anstatt 4 Mark 8 Mark. Diese Ungerechtigkeit der großen Masse der Bevölkerung gegenüber wollen wir dadurch (B) verhindern. Im übrigen wird dadurch an dem Tarif nicht das geringste geändert.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hofmann (Ludwigshafen).

Hofmann (Ludwigshafen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Gerade die Tariffrage für die Pakete ist so ausgiebig im Ausschuß erörtert worden, daß ich es für gefährlich halte, heute noch einmal eine Änderung an dem Ausschußbeschluß herbeiführen zu helfen. Für uns ist maßgebend, daß wir das große Defizit der Post nicht noch vermehren wollen; es ist uns im Ausschuß gesagt worden, es würde durch die vom Abgeordneten Zubeil vorgeschlagene Staffelung ein weiteres Defizit von nicht weniger als 143 Millionen entstehen. Wir waren selbstverständlich auch bereit, den achtstufigen Tarif zu machen, aber an der Frage des Defizits ist das gescheitert, und wir mußten uns zu dem vorliegenden Vorschlage bekehren. Ich möchte Sie bitten, den Antrag Zubeil abzulehnen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem handschriftlichen Antrage Zubeil zustimmen will, den bitte ich, sich zur erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt. — Pause.)

Das Bureau ist sich einig, daß jetzt die Mehrheit steht; der Antrag Zubeil ist also abgelehnt.

Nunmehr nehme ich an, daß der § 2 in der bisherigen Fassung Ihre Annahme findet. — Widerspruch erfolgt nicht; es ist so beschlossen.

Ich rufe auf § 3, — § 4.

Bei § 5 liegt der Antrag Nr. 1731 der Herren Abgeordneten Bruhn, Dr. Cremer, Delius, Fischer (Berlin), Dr. Fortmann, Hofmann (Ludwigshafen), Körner, Morath und Sidow vor, im § 5 Abs. 6 dem Satz 1 folgende (C) Fassung zu geben:

> Die Verpackung der Zeitungen für den Postversand hat die Postverwaltung auszuführen. Führt die Postverwaltung die Verpackung selbst aus, so sind ihr zu erstatten:
> usw. . . . . .

Wer diesem Antrage seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen. Ebenso § 5 in dieser veränderten Fassung.

Ich rufe auf § 6, — § 7, — § 8, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Nun liegt hierzu noch eine Entschließung des Ausschusses vor auf Nr. 1701 unter II, die Reichsregierung zu ersuchen,

> den Verkehrsbeirat im Reichspostministerium durch Mitglieder des Reichstags zu erweitern, dergestalt, daß mindestens ein Vertreter von jeder Fraktion hinzugezogen wird.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Ich eröffne die Beratung über die Petitionen — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimmung erfolgt in der dritten Lesung.

Wir kommen jetzt zu der zweiten Beratung des

Entwurfs eines Gesetzes über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der vom Weltpostkongreß in Madrid beschlossenen Auslandspostgebühren.

Ich rufe auf: § 1 — angenommen; § 2 — angenommen; Einleitung und Überschrift — angenommen. (D)

Wir kommen zu der zweiten Beratung des

Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Postscheckgesetzes vom 26. März 1914.

Ich rufe auf Art. 1 — angenommen; Art. 2 — angenommen; Einleitung und Überschrift — angenommen.

Wir kommen zu der zweiten Beratung des

Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Änderung der Telegraphengebühren.

Ich rufe auf § 1 — angenommen; § 2 — angenommen; Einleitung und Überschrift — angenommen.

Ich eröffne die Beratung über die Petitionen hierzu und — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Meine Damen und Herren! Auf der Tagesordnung steht auch die

dritte Beratung dieser Gesetzentwürfe.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache über den

Entwurf eines Gesetzes über Postgebühren.

Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Taubadel.

Taubadel, Abgeordneter: Ich beantrage, daß in dem Passus, der auf unseren Antrag in § 1 unter Ziff. 3 eingefügt worden ist, statt des Wortes „Bildpostkarten" das Wort „Ansichtskarten" gesetzt wird. Es ist lediglich eine redaktionelle Änderung, die aber erforderlich ist, weil das in dem Sprachgebrauch üblich war.

Präsident: Es wird beantragt, in dem Zusatz, der vorhin beschlossen ist, an Stelle des Wortes „Bildpostkarten" das Wort „Ansichtspostkarten" zu setzen. Ich

(Präsident.)

(A) sehe das als eine redaktionelle Änderung an und nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist. — Es ist so beschlossen.

§ 1 — ist angenommen, § 2 — desgleichen, § 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8. —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Wir kommen zur dritten Beratung des

Entwurfs eines Gesetzes über die Auslandspostgebühren.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache, — schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein. Ich rufe auf § 1 — angenommen; § 2 — angenommen; Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur dritten Beratung des

Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Postscheckgesetzes.

Ich eröffne die allgemeine Besprechung — und schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein. Ich rufe auf Art. 1, — 2, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetz seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur dritten Beratung des

(B) **Entwurfs eines Gesetzes über die Änderung der Telegraphengebühren.**

Ich eröffne die allgemeine Besprechung, — schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

In der besonderen Besprechung rufe ich auf § 1 — angenommen, § 2 — desgleichen, Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich darf annehmen, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Die Petitionen wünscht das Haus nach den Vorschlägen des Ausschusses auf Nr. 1701 unter III für erledigt zu erklären. — Ich höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Wir kommen zum siebenten Gegenstand der Tagesordnung:

Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Nr. 1205 der Drucksachen).

Bericht des 11. Ausschusses (Nr. 1710 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Veltin.

Ein Verzeichnis der angemeldeten Kommissare bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Nacken:** Als Kommissare sind angemeldet:

Staatssekretär Zapf,
Ministerialdirektor v. Laer,
Geheimer Regierungsrat Kuhn,
Ministerialrat Dr. Zarden,
Ministerialrat Dr. Dorn und
Oberregierungsrat Dr. Markull.

Präsident: Ich eröffne die Beratung über Art. I. (C) Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Veltin, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Befürchten Sie nicht, daß ich als Berichterstatter eine lange Rede halte.

(Bravo!)

Bei dem allgemeinen Verlangen, bald zum Abschluß der Tagung zu kommen, werde ich mich ganz kurz fassen.

Der vorliegende Entwurf ist in 15 Sitzungen durchberaten worden. Die in den ersten acht Sitznngen gefaßten Beschlüsse ließ man fallen, um dann unter Zugrundelegung des Kommissionsantrags Nr. 41 die Beratungen zu einem baldigen Abschluß zu bringen.

Das Ergebnis besteht im wesentlichen in einer **Milderung der unteren Steuertarife**. Bis zu 24 000 Mark werden allgemein 10 Prozent erhoben, bei 50 000 Mark 20 Prozent, bei 100 000 Mark 32 Prozent usw., um bis zu 60 Prozent anzusteigen. Notwendig war die Pauschalierung des Tarifs bis 24 000 Mark wegen des in Aussicht genommenen Lohngesetzes.

Während nach dem Tarif aus 1920 die Progression der Tarife bereits bei 1000 Mark begann und hier schon 10 Prozent betrug, setzt sie jetzt erst bei 24 000 Mark ein, um für die nächsten 6000 Mark von 10 auf 20 Prozent zu steigen, für die weiteren 5000 auf 25 Prozent, die nächsten 5000 auf 30 Prozent, die weiteren auf 35, die nächsten 5000 auf 40 Prozent, dann für die folgenden 70 000 Mark auf 45 Prozent, für die weiteren 80 000 Mark anf 50 Prozent, für die folgenden 200 000 Mark auf 55 Prozent und dann auf 60 Prozent.

An die Stelle des Existenzminimums ist ein fester Abzug von der Steuer getreten. Er beträgt für jeden Haushaltsangehörigen, also auch für Ehemann und Ehefrau, je 120 Mark, für jedes Kind ebenfalls 120 Mark, so daß jetzt nach dem Entwurf das **Kinderprivileg** wesentlich besser ausgestaltet ist als bei der Berechnung nach (D) dem Existenzminimum.

Neu geregelt ist sodann die Veranlagung der Ehefrau und der Kinder, wenn sie in einem fremden Betrieb beschäftigt sind.

Die Frage der Besteuerung der einmaligen Gewinne aus normalen Veräußerungsgeschäften ist fallen gelassen worden. Die jetzige Fassung des § 13 regelt die Frage der Abschreibungen und Rückstellungen.

Für über 60 Jahre alte oder in ihrem Erwerb behinderte Kleinrentner usw. sind wesentliche Erleichterungen vorgesehen, indem ihnen die Kapitalertragssteuer bei einem Einkommen von 8000 Mark bis 14 000 Mark ganz erlassen werden kann, wenn ihre Lebenshaltung heute erschwert erscheint.

Als Veranlagungsjahr gilt das Kalender- beziehungsweise das Wirtschaftsjahr; als Erhebungsjahr beziehungsweise Steuerjahr aber das Rechnungsjahr. Das künftig festgestellte letztjährige Einkommen gilt als Vorveranlagung für das nächste Rechnungsjahr.

Neu geregelt ist die Frage des steuerfreien Abzugs vom Lohn mit 4 Mark pro Tag, 24 Mark pro Woche, 100 Mark pro Monat.

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wird seitens des Ausschusses vorgeschlagen, die dafür verwendeten Einkommensteile so weit freizulassen, als die Aufwendungen über den gemeinen Wert dieser Bauten hinausgehen.

Der Entwurf wird gewiß nicht alle befriedigen, er sucht aber den bestehenden Forderungen möglichst gerecht zu werden.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

(A) Dr. **Hertz**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der konzentrierte Angriff, der sich bereits seit einiger Zeit gegen die Besitzsteuergesetzgebung richtet, ist auch bei dieser Vorlage sehr deutlich in die Erscheinung getreten. Obwohl der Entwurf der Regierung in der Hauptsache darauf hinauslief, Änderungen in dem Veranlagungsjahr vorzuschlagen, und daneben einige Änderungen im Gesetz vorschlug, die infolge der Geldentwertung besonders für die unteren Einkommensstufen notwendig wurden, ist diese Vorlage von Anfang an von der Mehrheit des Reichstags dazu benutzt worden, um wesentlich darüber hinausgehende Ansprüche im Interesse der großen Steuerzahler durchzusetzen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es hat sich die charakteristische Erscheinung gezeigt, daß die treuesten Stützen der Regierungsvorlage auf der linken Seite dieses Hauses zu finden waren, und wenn die Unabhängige Sozialdemokratie und die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei sich nicht von Anfang an auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt hätten, dann hätten wir wahrscheinlich auch bei dieser Vorlage das Schauspiel erlebt, wie jetzt bei jener Vorlage im Ausschuß über die Entwaffnung der Einwohnerwehren in Bayern: dann wäre auch hier nichts Positives zustande gekommen. All die Bestrebungen auf Abbau der Besitzsteuern, die verhüllt und unverhüllt in den letzten Monaten sich hervorwagen, hat man bei dieser Gelegenheit durchzusetzen versucht. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Bourgeoisie stets das Bestreben hat, den größten Teil der Staatslasten auf die besitzlosen Schichten des Volks abzuwälzen. Jetzt ist der Kampf nur deutlicher geführt worden als in früheren Zeiten. Er hat aber heute auch viel größere Bedeutung, weil es sich um ganz andere Objekte handelt als zu irgendeiner Zeit vorher.

Neben der Aushöhlung der Steuergesetzgebung durch (B) die Verwaltung, die uns gegenwärtig immer größeren Umfang anzunehmen scheint, ist es jetzt das offene Bestreben der bürgerlichen Parteien gewesen, auch eine **Änderung der Gesetzgebung zugunsten der Besitzenden** durchzusetzen. Zunächst ging im Ausschuß der Versuch dahin, an die Stelle des von der Regierung vorgeschlagenen Grundsatzes, Veranlagungs- und Erhebungsjahr nicht aneinanderzurücken, ein Veranlagungsjahr zugrunde zu legen, das einen ungeheuren Gegensatz in der Steuerleistung der Lohn- und Gehaltsempfänger und aller besitzenden Schichten gezeitigt hätte. Es ging die Absicht dahin, für die Besitzenden nicht das Einkommen des Jahres 1920, sondern das des Jahres 1919 oder gar das des Jahres 1918 zugrunde zu legen, obwohl die Lohnempfänger nach ihrem tatsächlichen, in dem letzten Jahre bezogenen und durch die Geldentwertung außerordentlich gestiegenen Einkommen zur Steuerleistung herangezogen werden. Dadurch würde das Einkommen der Besitzenden nur mit einem Bruchteil zur Steuerleistung herangezogen worden sein.

Es ist dem entschlossenen Widerstande der sozialdemokratischen Parteien zu danken, daß dieser nur von den Interessen der besitzenden Bevölkerungskreise diktierte Versuch, die Steuergrundlagen bei der Einkommensteuer vollkommen zu verändern, zweierlei Maß für die Lohn- und Gehaltsempfänger und für die Besitzenden einzuführen, auf diesem offenen Wege nicht durchzusetzen war.

An die Stelle dieses offenen Versuches ist dann aber der andere Versuch getreten, der den Regierungsparteien in einem sehr großen Umfange zu einem Erfolg verholfen hat, in einem so großen Maße, daß selbst ein demokratischer Abgeordneter im Ausschuß gemeint hat, man müsse in den Absichten der bis dahin geschlossen aufgetretenen Regierungsparteien eine Milderung eintreten lassen, weil man nicht provozieren dürfe, daß die Gründe der Linken gegen die Anträge der bürgerlichen Parteien (C) im Plenum als zu durchschlagend erscheinen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Demokratische Partei, die Zentrumspartei sind infolgedessen zu einem kleinen Teile von diesen ursprünglichen Absichten abgekommen. Aber ich betone ausdrücklich: nur zu einem kleinen Teile, weil, nach den vorliegenden Anträgen zu urteilen, die Absicht besteht, alle übrigen Verschlechterungen in diesem Gesetz auch jetzt noch aufrechtzuerhalten. Ich hoffe allerdings, daß die Voraussage dieses selben demokratischen Redners, der meinte, man könne diese Anträge im Plenum nicht durchsetzen, auch Wirklichkeit wird. Ich möchte deshalb vor allen Dingen diejenigen angeblichen Vertreter von Arbeiter- und Angestelltenintereffen, die in den bürgerlichen Parteien sitzen, auf diese Absichten aufmerksam machen und fragen, ob sie es mit den Interessen der von ihnen vertretenen Bevölkerungskreise für vereinbar halten, wenn sie in dem gegenwärtigen Augenblick der ungeheuren Finanznot des Reichs und der Absicht, auch wichtige Verbrauchsgüter mit einer hohen Steuer zu belegen, eine weitgehende Entlastung der steuerkräftigsten Kreise unseres Volks durch ihre Stellungnahme herbeiführen.

Meine Damen und Herren! Die **Steuerfreiheit** soll entgegen den Absichten der Regierung **für alle Veräußerungs- und Spekulationsgewinne** eingeführt werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Entgegen dem bisherigen Gesetz, daß eine Versteuerung solcher Gewinne vorsieht, soll in einem Augenblick, in dem die Spekulation außerordentlichen Umfang angenommen hat, in dem die Einnahmen der Besitzenden aus solchen gelegentlichen Geschäften in die Milliarden gehen, eine weitgehende Erleichterung in der Steuerzahlung gerade für diejenigen eintreten, die auf Grund dieser Taten außerordentliche Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit erzielen.

Die zweite wesentliche Verschlechterung des geltenden (D) Rechts, eine Bevorzugung der besitzenden Bevölkerungsschichten, ist die **Neueinführung des Rechts, ein Einkommensdefizit eines Jahres von dem Einkommen des nächsten Jahres in Abzug zu bringen.**

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ja, meine Herren, wenn Sie überhaupt der Meinung sind, daß das Einkommen und die Steuerleistung mehrerer Jahre bei der Veranlagung gegeneinander aufgerechnet werden dürfen, warum wollen Sie denn dieses Recht nur einseitig den besitzenden Kreisen der Bevölkerung zuerkennen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Warum wollen Sie dann nicht auch bei denjenigen Schichten der Bevölkerung, deren Notlage eine solche Berücksichtigung eines Einkommensdefizits dringend notwendig machen würde, ein solches Recht eintreten lassen? Aber weder in dem gegenwärtig geltenden Gesetz, noch in der Novelle, die uns jetzt vorliegt, ist irgendwo die Rede davon, daß beispielsweise ein Arbeitsloser, der Monate oder, wie das jetzt sehr häufig ist, fast ein Jahr lang und mehr arbeitslos ist, kein Einkommen bezieht, dieses Mindereinkommen des einen Jahres gegen das Einkommen des Vorjahres aufrechnen kann. Wir verlangen auch eine solche Bestimmung für die Arbeiterschaft nicht, haben aber gerade deshalb auch das Recht, gegen die Absichten von Ihnen aufzutreten, die bei den leistungsfähigen Schichten des Volks eine so außerordentliche Begünstigung eintreten lassen wollen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Vielleicht das Ungeheuerlichste in dieser Novelle sind die Bestimmungen über **die mildere Besteuerung von einmaligen Einnahmen.** Es liegt ja zwar jetzt ein Antrag der Regierungsparteien vor, diese Bestimmungen zu streichen. Sie werden es

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) aber verstehen, daß ich trotzdem nicht darauf verzichte, einige Worte über diese Ihre ursprünglichen Absichten zu sagen, denn sie sind charakteristisch für den Geist, mit dem Sie ursprünglich an diese Vorlage herangegangen sind,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sind charakteristisch für die Absichten, die Sie durchgesetzt hätten, wenn wir Ihnen im Ausschuß nicht den entschlossensten Widerstand geleistet hätten.

Meine Damen und Herren! Nach diesen Bestimmungen sollen alle einmaligen Einnahmen einem milderen Steuersatz unterworfen oder der Einkommensbesteuerung vollständig entzogen werden. Ich will mich darauf beschränken, zu einem einzigen Beispiel aus der Fülle dieser Vorgänge einige Bemerkungen zu machen. Ursprünglich hatte man die Absicht, für **außerordentliche Waldnutzungen eine Minderung des Steuersatzes** auf 10 Prozent einzuführen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist im Ausschuß nicht gelungen, den Einwand zu entkräften, daß, wenn diese Bestimmung Gesetzeskraft erhält, eine außerordentliche Schwierigkeit geschaffen wird, zwischen ordentlichen und außerordentlichen Waldnutzungen zu unterscheiden, und dann eine offene Tür für Steuerhinterziehungen geschaffen würde, die gerade die Besitzer der großen Forsten von der Zahlung der Einkommensteuer zu einem wesentlichen Teil befreien würde. Selbst der Herr Abgeordnete Dr. Heim hat anerkennen müssen, daß auch er die Möglichkeit für gegeben hält, daß die ordentlichen Nutzungen vermindert würden und daß die außerordentlichen Nutzungen wesentlich anwachsen würden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Welch gewaltige Erleichterung das gerade für diese sehr steuerkräftigen Kreise bedeuten würde, das, verehrte Anwesende, hat der Herr Professor Bühler, dessen Aufsatz ich bereits vor einigen Wochen hier zitiert habe, sehr klar

(B) und einwandfrei dargelegt. Er sagt:

> Man kann von großen Waldbesitzern hören, daß bei genauem Zusehen sich immer zeigt, daß ein paar ordentliche Holzhiebe auf alle Fälle genügen, um das gefürchtete Notopfer zu bezahlen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

An einer anderen Stelle erzählt er von einem Bauern, der ihm kürzlich seinen hübschen Eichenwald zeigte, ihn die schönen Stämme bewundern ließ und dann zum Schluß, indem er auf zwei Stämme von mittlerer Stärke zeigte, sagte:

> Sehen Sie sich diese zwei Eichen besonders an! Die sind meine Reichsnotopfer!

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Kreise der Bevölkerung haben Sie nun in bezug auf die Steuerleistung so außerordentlich viel günstiger stellen wollen, obgleich kein Zweifel bestehen konnte, daß die Durchsetzung Ihrer Absichten für das Reich einen Ausfall von Hunderten von Millionen Mark bedeuten würde.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei den übrigen Steuerzahlern, die über einmalige Einnahmen verfügen, würde genau dasselbe der Fall sein; das wollten Sie durch diese Bestimmung in einem außerordentlich großen Umfang begünstigen, — nach meiner Überzeugung in der Annahme, daß dieser Weg der Masse der Bevölkerung in seinen Wirkungen nicht ohne weiteres so deutlich sein würde wie der Weg, den Sie zuerst zur völligen Unterhöhlung des Einkommensteuergesetzes durchzusetzen die Absicht hatten.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur in den Kreisen der sozialdemokratischen Parteien, sondern auch in den Kreisen der demokratischen Partei scheint man doch gemerkt zu haben, daß sich bei dieser Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz die Interessen der besitzenden Steuerzahler allzu auffällig und vordringlich in der Haltung der bürgerlichen Parteien durchgesetzt haben. (C) Die „Frankfurter Zeitung" vom 18. März berichtet über das Schicksal der Einkommensteuernovelle und meint in einer redaktionellen Auslassung zu den Vorgängen im Steuerausschuß:

> Tatsächlich war der Ausschuß in der Bemessung der Abschreibungsmöglichkeiten nach unserm Dafürhalten erheblich zu weit gegangen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> sowohl im Hinblick auf den finanziellen Ertrag der Reichseinkommensteuer, der bei der Durchführung seiner ersten Beschlüsse bedenklich beeinträchtigt worden ist, als auch in politischer Beziehung.

Der „Frankfurter Zeitung" ist anscheinend nicht bekannt, daß in dieser Beziehung die Beschlüsse der ersten Lesung vom Ausschuß nahezu unverändert aufrechterhalten worden sind, daß also das, was sie an kritischen Bemerkungen zur ersten Lesung der Ausschußverhandlungen sagt, auch für den gegenwärtigen Augenblick noch vollkommene Berechtigung hat.

Die **Frage der Abschreibungen** ist ja im Ausschuß sehr eingehend erörtert worden. Ich will nicht in eine ebenso eingehende Darlegung meiner Anschauungen in dieser Frage jetzt eintreten. Ich glaube aber, eine Reihe von Gesichtspunkten verdient doch außer den im Ausschuß bereits erörterten, eine öffentliche Erwähnung, und zwar muß ich diese Gedankengänge um so mehr hervorheben, als sich im Ausschuß die Befürworter dieser umfangreichen Abschreibungen immer darauf berufen haben, daß alle sachverständigen Kreise mit ihnen in der Notwendigkeit einer vermehrten und vergrößerten Abschreibung und der Zulassung großer Rücklagen völlig übereinstimmen würden. Diese Behauptung ist falsch.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe vor mir den bereits im Ausschuß erwähnten (D) Artikel von **Dr. Felix Pinner im „Berliner Tageblatt" vom 19. und 20. Februar.** In ihm werden gerade die entgegengesetzten Gesichtspunkte vertreten, es werden die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte hervorgehoben, die gegen dieses Verlangen der Industrie, des Handels und der Banken sprechen, und ich halte mich um so mehr für verpflichtet, diese Gesichtspunkte hier vorzutragen, als ich der Meinung bin, daß nicht die privaten Interessen der Großindustrie und des Handels unsere Steuergesetzgebung leiten sollen, sondern daß wir von den allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehen müssen, daß wir von den Notwendigkeiten ausgehen müssen, die durch die jetzige Finanzlage des Reichs gegeben sind.

Da muß ich nun mein außerordentliches Bedauern darüber aussprechen, daß der Widerstand des Reichsfinanzministeriums gegen diese Verschlechterung der Einkommensteuer so außerordentlich gering gewesen ist, daß in den ersten Sitzungen des Ausschusses von einem solchen Widerstand überhaupt oder nur sehr wenig zu spüren war, daß auch nachher der Widerstand nicht so groß wurde, wie er durch die Interessen der Reichsfinanzverwaltung und auch durch die eigene Vorlage geboten wäre, durch die Anschauungen, die in der Begründung zu den verschiedenen Steuervorlagen des Finanzministeriums niedergelegt sind.

Ich verweise darauf, daß in der Begründung der Erhöhung der Zuckersteuer mit allem Nachdruck darauf hingewiesen wird, daß alle bisher vorhandenen und sofort nutzbar zu machenden Steuerquellen im höchsten Maße angespannt werden müssen. Das Reichsfinanzministerium zieht daraus die falsche und verderbliche Folgerung, daß selbst eine Versiebenfachung der Zuckersteuer in Kauf genommen werden muß.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) Es hat sich aber nicht veranlaßt gesehen, seinen entschiedenen Einspruch und Widerstand bis zum äußersten gegen die Verwirklichung der Absichten der Bevorzugung der Großindustrie anzukündigen, die ebenfalls einen Ausfall von Hunderten von Millionen, wenn nicht gar einen größeren Betrag, zur Folge haben würde.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bin weit davon entfernt, dem Herrn Finanzminister persönlich daraus einen Vorwurf zu machen. Ich weiß, daß nicht nur er, sondern vielleicht auch andere Minister nicht stets nach dem handeln können, was ihnen die persönliche Überzeugung vorschreibt. Politische Notwendigkeiten, angebliche oder wirkliche, spielen bei ihren Entscheidungen ja auch eine große Rolle. Aber ich würde es für außerordentlich verhängnisvoll halten, wenn gerade in dieser Frage der Herr Finanzminister nicht auch den Willen haben würde, sich gegenüber seinen eigenen Kreisen durchzusetzen. Wir haben ja bei der Frage des Veranlagungsjahres bereits gezeigt, daß sich ihm ein Weg eröffnet, um seine Absichten durchzusetzen, und ich glaube, den könnte der Herr Finanzminister um so eher beschreiten, als er sicher sein könnte, daß er damit nicht nur eine Mehrheit hier im Hause, sondern die übergroße Mehrheit des Volkes auf seiner Seite haben würde.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In diesem Artikel des „Berliner Tageblatts" wird vor allen Dingen darauf hingewiesen — ich beschränke mich auf die Wiedergabe dieser volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte —, daß eine Vergrößerung der Steuerrücklagen, eine Vergrößerung der Abschreibungen, angepaßt an die jetzige Geldentwertung, nicht durchzusetzen wäre ohne eine gleichzeitige starke Preissteigerung auf allen Gebieten. Ich glaube, dieser Gesichtspunkt ist durchaus richtig, denn er geht von der Annahme aus, die auch nach meiner Überzeugung richtig ist, daß die Preise der Erzeugnisse nach den gesamten Produktionskosten kalkuliert (B) werden, und daß sich in den Produktionskosten dann auch die Aufwendungen wiederfinden werden, die jetzt durch eine einseitige und die Besitzenden begünstigende Änderung des Steuergesetzes steuerfrei gelassen werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es würde dann eine weitere Quelle der Inflation eröffnet werden, die nicht für die Arbeiterschaft, sondern auch für unsere gesamte Wirtschaft von den verhängnisvollsten Folgen begleitet wäre.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.

Und jetzt ist die schärfste und drückendste Steuer die durch die Inflation bedingte ungeheure Notenvermehrung, die aber gerade durch ein solches Verhalten von Ihnen nur noch einen weiteren Anreiz erhalten würde, die dazu führen müßte, daß die Lage aller Einkommensempfänger, auch der der öffentlichen Körperschaften, verschlechtert wird, und sie gezwungen wären, sich wegen neuer Gehaltsvorlagen an diese öffentlichen Körperschaften zu wenden.

Entscheidend aber ist auch nach meiner Überzeugung der Gesichtspunkt, daß schon jetzt der größte Teil aller unserer **industriellen Unternehmungen** ohne diese steuerliche Vergünstigung die Möglichkeit hat, so **starke Rückstellungen** zu machen, daß diese industriellen Unternehmungen in der Lage sind, wenn ihre Einrichtungen, Maschinen und dergleichen abgenutzt sind, neue dafür anzuschaffen. Industrie, Handel und Landwirtschaft haben Jahre der Prosperität hinter sich, wie wir sie in der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reichs noch nicht gehabt haben. Es ist im Ausschuß bereits auf den Abschluß des Eisenhüttenwerks Thale hingewiesen worden, dessen Reinüberschuß von 4 Millionen auf etwa 34 Millionen Mark gestiegen ist. Das ist doch kein Einzelfall! Ich habe ganz zufällig einige Geschäftsberichte herausgegriffen, die von ähnlich günstigen Abschlüssen zeugen. Die Wandererwerke in Chemnitz, ein sehr großes Unternehmen der Maschinenindustrie, haben bei einem Kapital von 10,5 Millionen Mark einen Überschuß von 9,7 Millionen Mark erzielt, (C)

(hört! hört! links)

beinahe also soviel Überschuß, wie das Betriebskapital beträgt. Den Aktionären wurde infolgedessen eine Dividende von 35 Prozent ausgeschüttet, aber es wurde außerdem auch noch der Weg beschritten, der ja die charakteristische Erscheinung dieser Prosperitätsepoche unserer Industrie gegenwärtig ist, daß neben den Dividenden Neuausgabe von Aktien zu so niedrigem Kurse erfolgt, daß sie einem Geschenk an die alten Aktieninhaber gleichkommen.

(Sehr richtig! links.)

Auch in diesem Falle ist das zu verzeichnen gewesen. Die Aktien wurden damals an der Börse mit etwa 665 Prozent gehandelt. Das Unternehmen hat aber diese neuen Aktien nicht zu diesem Werte ausgegeben, sondern zum Preise von 120 Mark,

(hört! hört! links; Zuruf rechts: Was beweist das!)

so daß jeder einzelne Kapitalist nicht nur auf seine Aktie von 1000 Mark 350 Mark Dividende erhalten hat, sondern daneben noch 545 Mark für diese neue Aktie.

(Hört! Hört! links. — Zuruf rechts.)

— Ja, Herr Kollege Becker, ich schätze Sie nicht so naiv ein, daß eine Diskussion mit Ihnen darüber nötig wäre, daß ich mich darüber mit Ihnen im Augenblick in eine Auseinandersetzung einzulassen brauchte. Ich glaube, meine Damen und Herren, Sie werden es verstehen, wenn ich in Anbetracht der Zeit mich darauf beschränke, zwei so charakteristische Erscheinungen aus den Ergebnissen unserer deutschen Aktiengesellschaften vorzutragen, und ihre Zeit nicht mit weiteren Mitteilungen darüber in Anspruch nehme. Ich glaube auch bereits nach diesen Darlegungen berechtigt zu sein, zu sagen, daß die Absicht, die sich in den Beschlüssen des Ausschusses kund tut und die jetzt (D) der Beschlußfassung des Hauses unterliegt, sehr deutlich darauf hinausläuft, eine wesentliche Milderung der Einkommensteuer für die leistungsfähigen Schichten unserer Bevölkerung durchzuführen. Ich halte das für um so bedenklicher, als die allgemeinen Erfordernisse unserer Finanzverwaltung dem im Wege stehen, und weil dieser Maßstab der Berücksichtigung der Geldentwertung für Sie im Ausschuß nur für die besitzenden Kreise gegolten hat, daß Sie aber weit davon entfernt waren, ihn auch gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern gelten zu lassen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben in dem Ausschuß darauf aufmerksam gemacht, daß ganz naturgemäß jedes Entgegenkommen, das Sie den besitzenden Kreisen in bezug auf Steuerentlastung zuteil werden lassen, sich in einem ebensolchen Entgegenkommen gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern äußern muß, ja, daß es hier noch viel mehr berechtigt ist, weil hier nach dem übereinstimmenden Urteil aller Parteien und der Reichsregierung die Steuerschraube bis zur Unerträglichkeit angespannt ist, und weil ja sowohl bei den Verhandlungen hier im Plenum als auch im Ausschuß keinerlei Zweifel darüber bestand, daß an eine Einziehung der Steuerrückstände ebensowenig zu denken sei wie an eine Belassung der Steuersätze, wie sie im vergangenen Jahre für die niedrigen Einkommenstufen geschaffen worden sind.

Meine Freunde haben sich im vergangenen Jahr gegen die Einführung des **Lohnabzugs** gewendet, nicht weil wir eine Steuerleistung der Arbeiterschaft gegenüber der Allgemeinheit überhaupt nicht anerkennen; im Gegenteil, die Sozialdemokratie hat ja stets auf dem Standpunkt gestanden, daß die direkte Besteuerung von Einkommen und Vermögen die Grundlage der Reichsfinanzen überhaupt sein soll. Wir haben uns aber damals da-

(Dr. Hertz, Abgeordneter.)

(A) gegen wenden müssen, einmal wegen der ungeheuerlichen Höhe der Sätze, die damals beschlossen wurden, zweitens, weil die Lohnempfänger damals einem steuerlichen Ausnahmerecht unterworfen wurden. Die Lohneinkommen sollten durch den Lohnabzug restlos sofort in einem Augenblick versteuert werden, in dem sowohl wegen technischer als auch wegen sonstiger Schwierigkeiten keine Möglichkeit bestand, die Besitzenden zur Zahlung der Besitzsteuern heranzuziehen. Trotzdem, meine Damen und Herren, — das möchte ich den vielfachen Angriffen gegenüber doch ausdrücklich sagen — ist der Lohnabzug in den allermeisten Fällen von der Arbeiterschaft geleistet worden, hat die Arbeiterschaft in den allermeisten Fällen die gegen ihren Willen geschaffenen gesetzgeberischen Bestimmungen anerkannt. Wo das nicht der Fall war, hat es sich nur um Ausnahmen gehandelt und nicht — das dürfte wohl unbestritten sein — um Anordnungen, die von ihren eigenen Organisationen ausgegangen sind.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.)

Gerade das Gegenteil aber ist der Fall bei den besitzenden Kreisen der Bevölkerung, insbesondere bei den Agrariern. — Herr Kollege Becker (Hessen), Sie werden nicht in der Lage sein, den Nachweis dafür zu führen, daß die gewerkschaftlichen oder politischen Organisationen in Württemberg die Arbeiterschaft zur **Verweigerung des Lohnabzugs** aufgefordert haben. Wenn Sie eine nähere Auskunft darüber haben wollen, ich glaube, der Herr Kollege Keil wird sehr gern in der Lage sein, Sie darüber zu belehren.

(Zuruf rechts: Und Ihre Partei?)

— Wenn Sie die Behauptung aufstellen wollen, werde ich genötigt sein, darauf zu antworten; wenn Sie nur eine Frage an mich richten, glaube ich, kann ich darüber ohne weiteres hinweggehen, weil Sie ja durch diese Fragestellung bereits zu erkennen geben, daß Ihnen eine Tatsache als Unterlage für Ihre Frage absolut nicht bekannt

(B) ist. Aber um Mißverständnissen vorzubeugen, will ich ausdrücklich erklären, daß die Unabhängige Sozialdemokratie genau so wenig wie die Gewerkschaften irgendwo zur Verweigerung des Lohnabzugs aufgefordert hat. Dieses Verhalten steht in auffallendem Gegensatz zu dem **Verhalten der agrarischen Organisationen.**

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die agrarischen Organisationen haben an ihre Mitglieder die Anweisung gegeben, sich der Steuerleistung beispielsweise für das Reichsnotopfer nur in dem Maße zu unterziehen, wie die Anweisungen der landwirtschaftlichen Organisationen es vorschreiben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe vor mir hier einen Ausschnitt aus einer Zeitung, in der es ausdrücklich von einem landwirtschaftlichen Kreisverein heißt, daß die Bauern die Pflicht haben, gegen die Veranlagung Einspruch zu erheben, soweit darin nicht die von den landwirtschaftlichen Organisationen aufgestellten Grundsätze gewahrt sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die von den landwirtschaftlichen Organisationen aufgestellten Grundsätze erscheinen also hier ausdrücklich in einem Gegensatz zu den Grundsätzen, die die Behörden über die Veranlagung aufgestellt haben.

Trotzdem, meine Damen und Herren, sind wir jetzt grundsätzlich mit der **Umwandlung des Lohnabzugs in eine Lohnsteuer** einverstanden. Obwohl sich auch jetzt — und gerade bei dieser Vorlage ist das ja deutlich — die Besitzenden der Steuerleistung zu entziehen suchen, hält es die Arbeiterklasse für ihre Pflicht, den Erfordernissen, die die Allgemeinheit an sie stellt, nachzukommen.

Wir müssen aber demgegenüber doch **Sicherungen** fordern **für die Lohn- und Gehaltsempfänger.** Im englischen Einkommensteuersystem werden die Einkommen je nach der Quelle in verschiedener Höhe besteuert. Das ist ein

(C) durchaus richtiger Gesichtspunkt; denn wenn man das Arbeitseinkommen mit genau demselben Steuersatz belegt wie das Einkommen aus Vermögen oder Erbschaften, so handelt man damit nicht nur ungerecht, sondern auch in höchstem Maße unsozial.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn der Arbeitseinkommensempfänger hat keine Einkommensquelle als diese. Sie muß in erster Linie zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit, zur Erhaltung seiner Arbeitskraft dienen. Vor allem aber ist das Arbeitseinkommen stets bis auf den letzten Pfennig feststellbar. Der Arbeitseinkommensempfänger hat keinerlei Möglichkeit, den Staat über seine Einkommensverhältnisse im Unklaren zu halten oder zu täuschen. Dieser Tatsache muß besonders heute Rechnung getragen werden, weil uns das Gesetz über die Lohnsteuer ja erst in einigen Monaten vorgelegt wird, weil aber bei den gewaltigen Vergünstigungen für die Besitzenden das Recht besteht, auch die Lohnempfänger über die Unsicherheit hinwegzubringen, die gegenwärtig in ihren Besteuerungsverhältnissen besteht. In **Österreich** ist diesem Gesichtspunkt bereits Rechnung getragen. Dort wird bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern nicht das gesamte **Arbeitseinkommen der Besteuerung unterworfen,** sondern **nur 80 Prozent.** Das ist ein Weg, auf dem wir zu einer Berücksichtigung der Erkenntnis kommen können, daß das Einkommen des Arbeiters genau feststellbar, das aller übrigen Einkommensempfänger nicht zu kontrollieren ist.

Aber wir verkennen nicht, daß gegen diesen Weg gewisse Bedenken geltend gemacht werden können, insbesondere das Bedenken, daß dann die gesunkene Steuermoral der übrigen Kreise die Gelegenheit wahrnehmen würde, nicht mehr 100 Prozent des von ihnen bereits jetzt zu gering angegebenen Einkommens zu versteuern, sondern für die Folge auch nur noch vier Fünftel dessen, was jetzt bereits ihren wirklichen Einkommensverhält- (D) nissen nicht entspricht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn das der Fall ist — und ich glaube, die Erfahrungen, die in dieser Beziehung bereits in einigen Bundesstaaten Deutschlands früher gemacht worden sind, bestätigen das —, dann müssen wir aber auf einem anderen Wege Sicherungen für die Lohn- und Gehaltsempfänger verlangen. Diese Sicherungen erblicken wir in der **Festsetzung eines höheren Existenzminimums für Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber allen übrigen Steuerpflichtigen.** Wir haben Ihnen infolgedessen die Anträge zu Nr. 14a und 14b zu den Beschlüssen des Ausschusses unterbreitet, die eine Verdoppelung des steuerfreien Einkommens vorsehen.

Meine Damen und Herren! Selbst wenn Sie diesen Anträgen Folge geben würden, so würden Sie immerhin noch nicht das erreichen, was in der österreichischen Gesetzgebung jetzt bereits verwirklicht ist. In dem österreichischen Einkommensteuergesetz werden bei 100 000 Kronen Einkommen eines Arbeiters 3800 Kronen Steuerleistung verlangt, also 3,8 Prozent. Wenn wir von den Valutaverhältnissen absehen und ein Einkommen in Mark zugrunde legen, das einem Einkommen von 100 000 Kronen in Österreich entspricht — das dürfte ein Einkommen von etwa 20 000 Mark sein —, so kommen wir nach den Beschlüssen des Ausschusses zu einer Steuerbelastung von 7 Prozent, nach den Beschlüssen der Regierungsparteien zu einer Steuerbelastung von 6 Prozent und nach unseren Anträgen zu einer Steuerbelastung von 4 Prozent. Sie würden also, selbst wenn Sie dem Antrage der Regierungsparteien zustimmen, immer noch der Kaufkraft entsprechend dasselbe Einkommen in Deutschland einer doppelt so hohen Besteuerung unterwerfen, als das in Österreich der Fall ist.

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) Verschieden hohe Abzüge zwischen Lohn- und Gehaltsempfängern und den andern Steuerpflichtigen in der Form, wie wir sie vorgeschlagen haben, erscheinen auch aus den Gesichtspunkten, die ich bereits dargelegt habe und aus einer ganzen Reihe von andern Gesichtspunkten durchaus berechtigt. Würde das Existenzminimum, das von der Steuer freizulassen ist, bei allen Einkommensempfängern gleich hoch bemessen werden, so würde damit auch denjenigen eine außerordentliche Vergünstigung gewährt werden, die einer solchen Vergünstigung nicht bedürfen. Das gilt insbesondere von der **Landwirtschaft;** denn die Landwirtschaft versteuert bekanntlich nicht ihr gesamtes Einkommen, sondern nur ihr sogenanntes Reineinkommen, in Wirklichkeit also nur den reinen Überschuß über die Ausgaben, die der Betreffende in der Familie gehabt hat. In einem Augenblick, in dem der Anteil der Ausgaben für die Ernährung in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten immer größer wird, ist eine Berücksichtigung dieser Verschiedenheit in der wirtschaftlichen Lage der beiden großen Gruppen der Einkommensempfänger dringend geboten. Während im Frieden bei den Arbeitern die Ausgaben für den notwendigen Lebensbedarf, für die Ernährung etwa 40 bis 45 Prozent erreichten, ist jetzt fast die doppelte Summe notwendig, um nur die Ausgaben für die Ernährung zu decken, die in dem versteuerbaren Einkommen der Landwirtschaft überhaupt nicht mehr in die Erscheinung treten.

Meine Damen und Herren! Ich fürchte, daß gegen unsern Antrag besonders von dem Herrn Reichsfinanzminister finanzielle Bedenken geltend gemacht werden, und ich möchte demgegenüber sofort darauf verweisen, daß ich diese Bedenken nicht als stichhaltig anerkennen kann, wenn sie auf einem rechnungsmäßigen Maßstab beruhen, weil ja das Finanzministerium selber zugibt, daß die Steuersätze, wie sie im vorigen Jahre beschlossen wurden, absolut (B) zu hoch und deshalb nicht mehr haltbar sind, weil sie auch der Geldentwertung absolut keine Rechnung tragen. Da sich aber die Geldentwertung besonders ungünstig gegenüber den Lohnempfängern geäußert hat, erscheint mir eine ausreichende Heraufsetzung des steuerfreien Existenzminimums außerordentlich notwendig zu sein.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich darf wohl auch gegenüber den finanziellen Bedenken darauf verweisen, daß nach den Angaben der Regierung der größte Teil des Einkommens aus der Reichseinkommensteuer bisher aus dem Lohnabzug geflossen ist. Ich glaube, mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß diese Einnahmen aus dem Lohnabzug weit über die Einnahmen hinausreichen, die die Regierung vorher selber aus dem Lohnabzug erwartet hat.

Aber auf eins möchte ich doch in diesem Zusammenhang hinweisen. Ich verstehe gewiß, wenn der Herr Finanzminister von seinem Standpunkt aus finanzielle Bedenken geltend macht. Aber ich verlange dann, daß diese finanziellen Bedenken nicht immer dann aufgeworfen werden, wenn es sich um Angestellte, Arbeiter und Beamte handelt. Ich verlange, daß der Herr Finanzminister diese seine Bedenken auch geltend macht, wenn es sich um große, nach Milliarden zählende Aufwendungen für andere Kreise der Bevölkerung handelt.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Ich weiß nicht, ob der Herr Finanzminister die kleine Anfrage gelesen hat, die vor einigen Tagen von einigen demokratischen Abgeordneten an den Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft gerichtet worden ist. In dieser Anfrage, Herr Minister, ist darauf verwiesen, daß die **Zuwendungen des Reichs für die Verbilligung von Mais an die landwirtschaftlichen Produzenten** jetzt dazu geführt hat, daß diese Bezugsscheine für Mais nicht in der Landwirtschaft Verwendung finden für die Zwecke, für die sie damals vergeben worden sind, sondern daß mit (C) diesen **Bezugsscheinen an der Börse** ein überaus **einträglicher Handel** getrieben wird.

(Lebhafte Rufe auf der äußersten Linken: Hört! Hört!)

Ich habe diese Angelegenheit im Hauptausschuß zur Sprache gebracht, und ich habe weiter darauf verwiesen, daß ja nicht nur Handel damit getrieben wird, sondern daß auch darüber hinaus dieser Mais jetzt überhaupt für menschliche Zwecke verloren geht und daß die Brennereien ihn aufkaufen und für ihre Zwecke verwenden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Regierungsvertreter hat dazu gemeint, das sei kein besonderes Unglück.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Ich bin begierig, ob sich der Herr Finanzminister auf denselben Standpunkt stellen wird. Vielleicht ist es vom Standpunkt des Ernährungsministers aus, von dem ich ja manches Unbegreifliche gewöhnt bin, kein Unglück, daß Nahrungsmittel jetzt verbrannt werden. Aber von dem Herrn Finanzminister möchte ich denn doch eine Auskunft darüber haben, wie er sich dazu stellt, daß durch diese Maßnahmen 1 325 000 000 aus Reichsmitteln ausgegeben werden, ohne daß sie den Zweck erfüllen, der damals angeblich erzielt werden sollte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei der Begründung dieser Vorlage wurde darauf verwiesen, man wolle damit eine größere Aufzucht von Vieh, eine Verbilligung des Fleisches und eine größere Ablieferung von Brotgetreide erreichen. Keiner von diesen drei Zwecken ist erreicht worden. Erreicht worden ist nur, daß 1325 Millionen Mark aus der Reichskasse in die Tasche der Landwirte geflossen sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Finanzminister finanzielle Gesichtspunkte und Bedenken gegen unsere Anträge geltend macht, so wird er damit keinen (D) Anspruch auf Beachtung erheben können in einem Augenblick, in dem er diese ungeheuerliche und gewissenlose Verschwendung von Reichsmitteln zugunsten einer kleinen Gruppe von Interessenten ohne Einspruch gebilligt hat. Meine Damen und Herren! Ich komme mit meinen Bedenken nicht erst nachträglich, sondern ich habe auf diese Konsequenzen der Vorlage über die Verbilliguug von Mais bereits im Februar hier aufmerksam gemacht, als diese Vorlage zur Beratung stand.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Herr Abgeordneter Dr. Hertz, die Angelegenheit der Aktion zur Verbilligung des Maises ist gewiß wichtig und interessant; ich finde aber, daß sie doch nur in einem sehr losen Zusammenhange mit der Frage der Änderung des Einkommensteuergesetzes steht.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist Ihnen ein weiter Spielraum in Ihren Ausführungen gelassen. Ich bitte Sie, sich nunmehr in Ihren Ausführungen zu beschränken.

Dr. **Hertz**, Abgeordneter: Gegenüber den Worten des Herrn Präsidenten möchte ich doch darauf hinweisen, daß ich ausdrücklich davon gesprochen habe, daß man, wenn man finanzielle Bedenken, die ja mit Sicherheit kommen werden, gegen unsern Antrag erhebt, sie überall erheben soll; und wenn ich mir nicht den Vorwurf zuziehen will, daß ich nur allgemeine Behauptungen aufstelle, so muß mir schon die Möglichkeit gegeben werden, nachzuweisen, daß es sich bei dem Fall, den ich erwähnt habe, um eine Angelegenheit handelt, die mit dieser Sache in unmittelbarem Zusammenhange steht.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

(A) Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Herr Abgeordneter Dr. Hertz, Sie ziehen den Begriff einer Sachbehandlung zu weit. Ihre Ausführungen würden ganz zweifellos auch Erwiderungen herbeiführen.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir würden den ganzen Gegenstand der Verbilligungsaktion des Maises hier innerhalb der Erörterung des Einkommensteuergesetzes erleben. Eine so ausführliche Behandlung gehört nicht zur Sache.

(Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dr. **Hertz,** Abgeordneter: Herr Präsident, daß meine Ausführungen Erwiderungen auslösen werden, ist ja gerade der Zweck, weswegen ich die Angelegenheit hier vorbringe.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich rede ja nicht zu den wenigen Herren, die mir die Ehre geben, mir zuzuhören, sondern ich habe im Augenblick meinen Einwand an den Herrn Finanzminister gerichtet, von dem ich wissen möchte, ob er nur gegenüber Ansprüchen von Arbeitern und Angestellten finanzielle Bedenken hat, und wie es kommt, daß er gegenüber einer Milliardenausgabe zugunsten von Landwirten keine finanziellen Bedenken erhebt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das dürfte vielleicht auch dem Herrn Präsidenten zeigen, daß meine Ausführungen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Steuervorlage stehen. Ich möchte darauf verweisen, daß, wenn die Regierungsparteien ihre Absicht durchsetzen, daß die einmaligen Veräußerungs- und Spekulationsgeschäfte aus der Steuervorlage überhaupt herauskommen und von der Steuerleistung befreit werden oder zu einem geringeren Steuersatz herangezogen werden, das dann auch Geltung hat für diejenigen Großgrundbesitzer, die, wie mir ein Kollege aus der demokratischen (B) Fraktion vor mehreren Tagen sagte, jetzt Hunderttausende von Mark aus diesem Verkauf von Bezugsscheinen für Mais in ihre Taschen fließen lassen.

Meine Damen und Herren, sodann noch einige allgemeine Bemerkungen. Das Lohnsteuergesetz wird uns erst in einigen Monaten zugehen, ich halte es aber für bringend notwendig, daß über einige Grundsätze jetzt bereits Klarheit geschaffen wird. Insbesondere müssen die Arbeiter und Angestellten verlangen, daß Klarheit über ihre Einkommenspflicht aus dem verflossenen Jahre und auch über die künftige Gestaltung des **Abzugs für Werbungskosten** geschaffen wird.

(Sehr richtig! links.)

Trotzdem im Ausschuß nicht nur von der Linken, sondern auch von der Rechten Bedenken gegen die Veranlagung der Lohnempfänger geltend gemacht worden sind, hält die Regierung bisher an ihrem Standpunkte fest, daß für das verflossene Jahr ausnahmslos eine Veranlagung durchzuführen sei. Ich halte diesen Standpunkt der Regierung für außerordentlich bedenklich, insbesondere aus dem Gesichtspunkt heraus, daß sie ja selbst damit die Möglichkeit verhindert, eine Entlastung der Finanzämter herbeizuführen, die nach ihren Angaben zur Durchführung der Einziehung der Besitzsteuern uud auch zur Durchführung der jetzigen Veranlagung der Nichtlohnempfänger bringend notwendig ist.

Die moralischen Erwägungen, die gegen unser Verlangen eingewendet worden sind, habe ich damals nicht für berechtigt halten können und mich inzwischen auch nicht davon überzeugt, daß sie so durchschlagend sind, daß ich sie als ausreichendes Moment für die Durchführung der Veranlagung ansehen würde. Ich möchte insbesondere auch von dieser Stelle aus darauf hinweisen, daß sich der Arbeiter und Angestellten eine sehr weitgehende Beunruhigung bemächtigt hat, weil sie den Versicherungen der Regierung, daß eine **nachträgliche Einziehung der Steuerrückstände** nicht geplant sei, nicht glauben in einem (C) Augenblick, in dem die Regierung die Veranlagung vornimmt. Arbeiter, Angestellte und Beamte können diese Durchführung der Veranlagung auch der unteren Einkommensstufen nicht anders auffassen, als ob doch entgegen den jetzigen Ankündigungen, die Absicht besteht, die Steuerreste einzuziehen. Aus diesen Gesichtspunkten heraus haben sich alle Arbeiter- und Angestelltenorganisationen — ich glaube, nicht nur die, die auf freigewerkschaftlichem Boden stehen, sondern auch die anderen — dagegen gewendet, daß die nachträgliche Veranlagung und der nachträgliche Einzug noch erfolgt.

Die zweite Frage ist die Frage der **Werbungskosten.** Wenn auch eine Bestimmung hierüber in die jetzt vorliegende Novelle nicht eingefügt werden soll, so erwarte ich doch dringend eine Äußerung von der Regierung über die voraussichtliche Höhe der Werbungskosten, die sie vorzuschlagen gedenkt. In der Begründung der Vorlage wird von Werbungskosten in Höhe von 600 Mark gesprochen. Das ist ein viel zu geringer Betrag,

(sehr richtig! links)

viel zu gering insbesondere auch aus dem Gesichtspunkt heraus, daß in der Novelle, die uns jetzt vorliegt, selbst der Betrag, der für die Lebensversicherung abzuziehen ist, allein von 600 auf 1000 Mark erhöht worden ist. Zu den Werbungskosten aber gehören noch eine ganze Reihe von anderen Beträgen: Krankenkassenbeiträge, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, die Beiträge für gewerkschaftliche Vereinigungen, das außerordentlich beträchtliche Fahrgeld, die ungeheuer großen Aufwendungen für Berufskleidung und für Werkzeuge; das alles muß in den Werbungskosten berücksichtigt werden, weil in einem Augenblick, in dem alle übrigen Einkommensempfänger die Möglichkeit haben, alles, was sie zur Erzielung ihres Einkommens aufwenden, abzuziehen, den Arbeitern und An- (D) gestellten gegenüber nicht ein anderer Maßstab angelegt werden kann. Ich halte deshalb einen Abzug für Werbungskosten von mindestens 3000 Mark bei dem Einkommen für dringend notwendig und erwarte, daß die Regierung heute bereits Stellung dazu nimmt.

Bei diesen allgemeinen Bemerkungen aber will ich noch mit wenigen Worten auf die Frage zu sprechen kommen, die auch im Ausschuß eine Rolle gespielt hat, nämlich auf die **Rückwirkung,** die die **Beschlüsse** des Ausschusses **auf die Finanzen der Länder und Gemeinden** haben. Das ist ein außerordentlich wichtiges Kapitel, weil die Gemeinden als Selbstverwaltungskörper mit beschränkten Steuerrechten auf diese Überweisungen aus der Einkommensteuer unbedingt angewiesen sind. Auch wir begrüßen es, daß durch die neue Regelung in der Novelle zur Einkommensteuer der § 30 des Landessteuergesetzes hinfällig wird, daß die Gemeinden für die Folge nicht mehr das Recht haben, das existenzfreie Minimum der gemeindlichen Zusatzbesteuerung zu unterwerfen. Wir haben ja dort, wo wir Einfluß hatten, dafür gesorgt, daß trotz der Schwierigkeiten, die durch die Verordnung des Finanzministeriums gegeben waren, soziale Gründe bei der Gestaltung dieser gemeindlichen Zusatzbesteuerung Platz gegriffen haben. Für diesen Fortfall an Steuern muß aber den Gemeinden ein Ersatzanspruch gewährt werden,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der nach meiner Überzeugung nicht von dem Ermessen und dem Belieben der Finanzbehörden abhängig sein kann. Das würde ein unerträglicher Zustand für die Gemeinden sein.

In dem Ausschuß ist dieser Gesichtspunkt auch zu einem großen Teil anerkannt worden. Wenn trotzdem in der Resolution der Mehrheit noch die Bestimmung steht:

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) „soweit ein Bedürfnis vorliegt", so halten wir es doch für dringend notwendig, daß entweder die Antragsteller oder noch besser die Regierung sagt, was sie denn unter diesen Worten versteht. Wann ist ein Bedürfnis vorhanden bei den Gemeinden, nach welchen Gesichtspunkten will sie eventuell dieser Regelung nähertreten? Das ist eine Frage, die jetzt zu beantworten nicht nur im Interesse der Steuerzahler in den Gemeinden, sondern mehr noch im Interesse der Finanzverwaltung der Gemeinden liegt. Ich kann mich durchaus der Eingabe des Städtetages anschließen, der meint, daß durch eine Änderung des § 17 des Landessteuergesetzes und vielleicht auch durch eine Erhöhung des Anteils der Gemeinden an dem Aufkommen der Lohnsteuer ein Weg gegeben wäre, der den Gemeinden zu einer Sicherung ihrer berechtigten Ansprüche verhilft.

Was nun die allgemeine Stellungnahme meiner Fraktion zu den Ausschußbeschlüssen anlangt, so möchte ich einmal auf die Abänderungsanträge verweisen, die wir gestellt haben. Aber es dürfte auch dann wohl kein Zweifel bestehen, daß die Zustimmung zu dieser Novelle, selbst wenn unsere Abänderungsanträge angenommen werden, uns durch die zahlreichen und bedeutsamen Verschlechterungen, die jetzt noch in den Ausschußbeschlüssen enthalten sind, außerordentlich schwer gemacht wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie laufen auf eine so weitgehende **Steuerfreiheit für die besitzenden und steuerkräftigen Teile** unseres Volkes hinaus, daß wir die allergrößten Bedenken haben, diesen Bestimmungen zuzustimmen, insbesondere auch von dem Standpunkt aus, daß dadurch eine weitere Verminderung der Einnahmen des Reichs aus den direkten Steuern herbeigeführt wird und daß nach den Ankündigungen der Regierung dann immer neue indirekte Steuern, Steuern auf die Verbrauchsgüter, kommen werden. Wie wir diesem (B) Ansinnen den größten Widerstand entgegensetzen; genau so ablehnend stehen wir den Versuchen gegenüber, die von Ihrer Seite jetzt in die Praxis umgesetzt werden sollen und die den Zweck haben, ein so tiefes Loch in das Besitzsteuerrecht des Reichs zu reißen, daß der Einsturz über kurz oder lang erfolgen muß.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Düwell.

Düwell, Abgeordneter: Geehrte Versammlung! Wenn eine Prämie für denjenigen ausgesetzt worden wäre, der möglichst viele Wege zum Zwecke der Steuerhinterziehung nachgewiesen hätte, dann hätte nach meiner Auffassung der Einkommensteuerausschuß, der uns die jetzt zur Debatte stehende Vorlage gebracht hat, diese Prämie mit Fug und Recht verdient. Es ist wohl kaum jemals dagewesen, daß aus einer Novelle, die ein in Geltung befindliches Gesetz verbessern sollte, etwas gemacht wurde, wodurch alles, was an Schäden in dem zu verbessernden Gesetze vorhanden war, konserviert wird, ja, worin diese Fehler und Schäden noch unterstrichen werden. Die ganze Hilflosigkeit des kapitalistischen Staats zeigt sich nicht nur ganz allgemein in seinen Finanzierungsversuchen, sondern ganz besonders in den Mitteln und Methoden, die auch in der vorliegenden Einkommensteuergesetznovelle wieder angewandt werden. Sie sind vollkommen falsch und werden das Gegenteil von dem erreichen, was erreicht werden soll. Sie werden den allgemeinen Bankerott noch beschleunigen und nicht in der Lage sein, ihn aufzuhalten.

Der **Stand unserer Finanzwirtschaft** ist charakterisiert auf der einen Seite durch ein Passivsaldo der öffentlichen Verwaltung, der von Jahr zu Jahr anschwillt, durch eine allgemeine Schuld, die abzutragen mit kapitalistischen (C) Mitteln einfach undenkbar ist, und auf der anderen Seite durch die Scheu, das zu tun, was nun einmal in Anbetracht der Situation, unter der wir leben, unbedingt erforderlich ist, wenn eine Rettung der Bevölkerung vor stets wachsender Verelendung erzielt werden soll. Die Vertreter aller Parteien behaupten ja stets bei allem, was sie tun und lassen, es geschehe im Interesse des gesamten Volkes. Da ist es doch merkwürdig, daß gerade die Mittel und Methoden unterschlagen werden, die allein geeignet wären, eine solche Rettung zu ermöglichen.

Während des Krieges hatten wir die Leichtfertigkeit der Welteroberungspläne auf Pump, die Nachgiebigkeit gegen die gewaltigen Übervorteilungen des Staates durch die Kriegslieferanten aller Sorten, die geduldet wurden, damit die Kriegsmoral, der Kriegswille der besitzenden Schichten nicht nachließ. Jetzt haben wir gewissermaßen dieselben Verhältnisse noch gesteigert. Die breiten Massen der Bevölkerung, die schon während des Krieges den Kriegslieferanten durch ihre Ausbeutung Milliarden über Milliarden zuschanzen mußten, müssen diese selben Leute jetzt abermals füttern, und zwar doppelt. Sie müssen ihnen die Schulden, die die Finanzverwaltung während des Krieges gemacht hat, und deren Titel selbstverständlich nicht im Besitz der breiten Massen der Bevölkerung sind, sondern nur im Besitz der Leute, die es sich leisten können, bezahlen. Sie sollen ihnen nicht nur die Mittel zur Abtilgung dieser Schulden schaffen, sondern auch noch die Mittel zur dauernden Verzinsung. Sie werden also doppelt ausgenutzt. So ist es denn freilich kein Wunder, daß wir von Jahr zu Jahr immer tiefer in das Finanzchaos, in dem wir uns jetzt befinden, hineintaumeln.

Dazu kommt noch, daß die Reichsregierung alles unterläßt, was eventuell geeignet wäre, das Hinabgleiten in den finanziellen Bankerott zu verhüten oder doch wenigstens zu mildern; denn zu verhüten ist es auf keinen Fall mehr. So tut die Reichsregierung nichts, um den (D) wahnsinnigen **Preistaumel,** den wir trotz aller Predigten der Nachkriegszeit nach wie vor über uns ergehen lassen müssen, zu verhindern. Nach einer Berechnung des früheren Staatssekretärs Möllendorff haben wir zurzeit den lieblichen Zustand, daß das Gold heute etwa 12mal so viel kostet in Papiermark, das Kupfer 13mal, die Kohle 17mal und Stabeisen ungefähr 22mal soviel kostet in Papiermark wie vor dem Kriege. Das ist ein ungeheuerlicher Zustand, der sich natürlich aufs allerschwerste rächen muß, sobald die deutsche Valuta in irgendwelche wesentliche Schwankungen gerät.

Selbstverständlich sind es immer wieder dieselben Schichten der Bevölkerung, auf deren Konto alle Lasten gehen; es sind die Nichtbesitzenden, die breiten Massen der Bevölkerung. Die **Löhne und Gehälter** sind nach den sehr vorsichtigen Schätzungen, die der Herr Reichsbankpräsident Havenstein kürzlich machte, im Durchschnitt um das Vier- und Sechsfache gestiegen, die **Preise** der Lebenshaltung sind aber nach den ebenso vorsichtigen Schätzungen bekannter Statistiker etwa 11mal so hoch wie vor dem Kriege, und dieses **Mißverhältnis** zwischen dem Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung und den notwendigen Ausgaben, um sich das Leben zu erhalten, wächst immer mehr, und man möchte beinahe sagen, es wird zwar unbeabsichtigt, aber doch systematisch verschlechtert.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es liegt eben im Wesen des kapitalistischen Staats, daß dieses Mißverhältnis sich immer mehr verschlechtern muß. Der Kapitalismus, nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt, kämpft um sein Dasein und führt den allerschärfsten Klassenkampf gegen die von ihm ausgebeuteten Massen der Bevölkerung. Es ist selbstverständlich, daß er rücksichtslos alle Mittel anwendet, die ihm geeignet

(Düwell, Abgeordneter.)

(A) scheinen, ihm in diesem Klassenkampfe zur Seite zu stehen. Man darf wohl sagen, daß die Steuerpolitik der Republik ein ganz krasser Ausdruck dieser Tatsache ist. Heute liegen die Dinge so, daß jede neue Steuer und jede Erhöhung einer Steuer die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung nicht nur um den Betrag dieser Steuer oder Steuererhöhung bedeutet, sondern noch darüber hinaus zu einem Motor für profiterhöhende Preissteigerungen wird. Deshalb ist jede **kapitalistische Steuerpolitik** immer doppelsinnig. Einmal handelt es sich darum, die Kosten des Ausbeuterstaats, als welcher der kapitalistische Staat anzusehen ist, auf die von ihm Ausgebeuteten abzuwälzen; es handelt sich darum, das Bismarcksche Steuerideal, das nach seinen eigenen Aussagen darin bestand, möglichst alle öffentlichen Lasten durch Verbrauchsabgaben aufzubringen, zu verwirklichen. Zum zweiten aber — und das ist eine noch üblere Wirkung jeder Steuer, die jetzt gemacht wird — ist sie stets und unter allen Umständen ein willkommener Vorwand für Profitsteigerungen. Es fällt denjenigen Kreisen, die über die Produktionsmittel verfügen und deshalb selbstverständlich jede Belastung mit öffentlichen Abgaben von sich abwälzen, nicht im Traume ein, diese Steuern selbst zu tragen; sie werden sie abwälzen und werden darüber hinaus den Preis der Waren so sehr erhöhen, daß aus der Steuerbelastung für sie noch ein erhöhter Profit herauskommt. Ich will mich darüber nicht weiter aufregen. Ich verstehe auch nicht, wie man diese Tatsache unbegreiflich finden kann. Die Dinge liegen so, daß jeder kapitalistische Staat, gleichgültig, ob er nun eine monarchistische oder demokratisch-republikanische oder sonstige Staatsform haben möge, den breiten Massen der Bevölkerung gegenüber naturnotwendig einen Raubcharakter tragen muß,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

da er ja nichts weiter vorstellt als eine Einrichtung zu-(B)gunsten bestimmter Schichten, nämlich zugunsten der besitzenden Schichten, denen er ihre Vorrechte sichern will.

So hat die kapitalistische Republik Deutschlands jetzt als eine der wesentlichsten Aufgaben im Interesse der besitzenden Schichten Deutschlands die **Abwälzung der Kriegslasten** zu erfüllen. Freilich bedeutet dieser Versuch eine ungeheuere **Zuspitzung der Klassengegensätze.** Es ist selbstverständlich, daß die breiten Massen der Bevölkerung gar nicht daran denken werden, sich widerstandslos alle die großen steuerlichen Projekte gefallen zu lassen, die jetzt noch ungeboren im Köcher der Regierung liegen. Es ist selbstverständlich, daß sich die Arbeiterschaft aller Lager mit aller Energie zur Wehr setzen wird, wenn es sich darum handelt, das Geschäft zwischen der deutschen und der Ententebourgeoisie, das ja früher oder später doch einmal perfekt werden wird, auf seine Schultern zu nehmen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Zu den Mitteln des Selbstbehauptungskampfes des Bürgertums gegen die deutsche Arbeiterschaft gehört vor allem die Steuerpolitik, insbesondere diejenige, die uns in der Novelle zum Einkommensteuergesetz vorgelegt wird. Sie unterstreicht, man möchte fast sagen, absichtlich die Tendenz zum Abbau aller Besitzsteuern, die wir in den letzten Monaten deutlich sich haben herauskristallisieren sehen. Ich gebe zu, die Novelle versucht einige kleine Erleichterungen zu bringen; aber die Gegenrechnung, die für diese kleinen Konzessionen an die nichtbesitzenden Klassen der Bevölkerung gemacht wird, ist viel umfangreicher und viel aufreizender. Der unwesentlichen Herabminderung des **Steuertarifs** für die kleinen Einkommen ist eine in der Wirkung viel schärfere Herabminderung des Steuertarifs für die ganz hohen Einkommen gefolgt.

Der Herr Vorredner hat schon auf die verschiedenartigen anderen Versuche hingewiesen, die alle zum Ziele haben, die Interessen der wohlsituierten Schichten der Be- (C) völkerung zu schonen. Es ist selbstverständlich, daß von einer Bestimmung, die die **Steuerfreiheit von gelegentlichen Veräußerungsgeschäften** vorsieht, der deutsche Arbeiter nicht den mindesten Vorteil hat; denn er hat heute nichts mehr zum Veräußern, er ist so abgebrannt und heruntergekommen, daß ihm alles, aber auch alles fehlt.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das stärkste Stück aber in den Beschlüssen des Ausschusses ist die beabsichtigte **Steuerfreiheit der Rücklagen industrieller Unternehmungen.** Man mag diese Steuerfreiheit motivieren, wie man will, die schönste Motivierung ändert nichts an der Tatsache, daß sie hauptsächlich und in erster Linie eine Gelegenheit zu Steuerhinterziehungsgeschäften bedeutet,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

wie sie bisher das Einkommensteuergesetz noch nicht gehabt hat. Es ist doch außerordentlich interessant, daß der Vertreter der Deutschnationalen im Steuerausschuß, Herr Abgeordneter Helfferich, sich mit Emphase gegen **Gefängnisstrafen für die Steuerhinterziehung** gewandt hat.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf von den Deutschnationalen: Das bezog sich auf die Lohnsteuer!)

Ich weiß nicht, ob Herr Helfferich das getan hätte, wenn er, wie ich das von den Schichten, die hinter mir stehen, sein kann, von den Schichten, die hinter ihm stehen, ebenso überzeugt wäre, daß sie keine Steuerhinterziehung möchten. Er hätte sonst nicht notwendig gehabt, sich gegen eine eigentlich ganz selbstverständliche Bestimmung mit der Schärfe zu wenden, wie er es im Ausschuß getan hat. Er hat die Sache ja beinahe so dargestellt, als bedeutete es eine Ehrenkränkung für den Steuerdefraudanten, wenn man ihn ins Gefängnis steckte. Ich muß sagen: für solche Empfindlichkeiten haben wir kein Verständnis oder doch ein Verständnis, das ich vorhin schon an- (D) deutete und das der Öffentlichkeit ganz scharf und klar zeigt, auf welcher Seite diejenigen sitzen, die von Bestimmungen in der Einkommensteuernovelle, die ich vorhin aufzeichnete, profitieren können. Für die breiten Massen ist gegenüber diesen Verschärfungen des Einkommensteuergesetzes sozusagen nichts getan.

Was will das heißen, wenn in der Ziffer 14A eine kleine Erhöhung derjenigen Lohnsätze vorgeschlagen wird, die vom Steuerabzug freibleiben sollen. Auf jeden Fall soll die Tatsache des **Lohnabzugs** bestehen bleiben, soll die Tatsache bestehen bleiben, daß alle diejenigen, die auf Lohn und Gehalt angewiesen sind, buchstäblich mit dem letzten Pfennig ihres Einkommens zur Steuer herangezogen werden,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

während man auf der anderen Seite Tür und Tor für Steuerhinterziehungen allergrößten Maßstabs offen läßt.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aus der beabsichtigten Reform des Einkommensteuergesetzes ist ganz zweifellos eine sehr verschärfte Waffe des Klassenkampfes gegen die breiten Massen der Bevölkerung geworden,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

die mehr als je zuvor mit dem Preis ihrer Verelendung und gesteigerten Ausbeutung die Kosten des kapitalistischen Wiederaufbaues bezahlen sollen. Rücksichtslos sind im Steuerausschuß die sich als Vertreterinnen des Willens der Mehrheit des Volks aufspielenden Parteien dazu übergegangen, die Konsequenzen aus ihrer momentanen parlamentarischen Machtposition zu ziehen. Aber, meine Damen und Herren, so ganz leicht wollen wir ihnen ihr **Gerede von der sozialen Gerechtigkeit des jetzigen Steuersystems** doch nicht machen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

(Düwell, Abgeordneter.)

(A) Haben sie es schon durch ihre Arbeit im Steuerausschuß selber rücksichtslos entlarvt, so wollen wir, was an uns liegt, alles dazu beitragen, damit dies noch gründlicher geschehe. Sie haben sich bei allen ihren Beschlüssen, die sie im Steuerausschuß faßten, ganz allein von dem Gedanken der Erhaltung und Steigerung des kapitalistischen Profites um jeden Preis treiben lassen, sie haben als das einzigste Ziel ihrer Arbeit die Befestigung ihrer kapitalistischen Herrschaftsmacht vor Augen gehabt. Ein Produkt dieses ihres Willens ist die Spottgeburt von Einkommensteuerreform, die jetzt vor uns liegt. Wir haben, um Ihrem Gerede von der nötigen, von der geplanten, von der zugebilligten Schonung der breiten Massen der Bevölkerung durch das Einkommensteuergesetz Relief zu geben, einige Anträge zu den Ziff. 5a und 14a gestellt. Wenn Sie das, was Sie mit Ihren Verbesserungsabsichten vorhaben, verwirklichen wollen, müßten Sie unseren Anträgen, besonders denjenigen zu Ziff. 5a und 14a, zustimmen. Ich wiege mich natürlich nicht in der Illusion, Sie würden das tun. Aber wenn Sie es nicht tun, dann wird das den breiten Massen der Bevölkerung draußen, die Sie mit schönen sozialen Redensarten bei gegebener Gelegenheit für sich einzufangen versuchen, zeigen, was in Wirklichkeit dahinter steckt.

Ich habe im Einkommensteuerausschuß darauf hingewiesen, daß unbedingt endlich einmal der Grundsatz, das **Existenzminimum** eines jeden Menschen müsse **steuerfrei** bleiben, durchgeführt werden muß.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Es ist ein grober Unfug, wenn man das Existenzminimum, das doch jederzeit statistisch festzustellen ist, mit einer Einkommensteuer belegt.

(Wiederholte Zustimmung.)

Ich verstehe nicht, was damit bezweckt werden soll. Die Folge davon ist, daß die Arbeiterschaft, die natürlich, (B) wenn sie nicht verhungern will, nicht unter ihr Existenzminimum heruntergehen kann, im Wege von Lohnerhöhungen oder auf irgendeine andere Weise den Betrag, den die Steuer vom Existenzminimum wegnimmt, wieder hereinzubekommen versuchen wird. Es passiert dann das, was Sie immer so sehr fürchten: es kommt zu sozialen Kämpfen. Wir fürchten diese Kämpfe nicht. Sie sind aber in bezug auf die Lieferung von Motoren zu sozialen Kämpfen so außerordentlich produktiv, daß wir eigentlich alle Veranlassung hätten, Ihnen bei jeder Gelegenheit unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

Wenn wir unter allen Umständen Steuerfreiheit für das Existenzminimum verlangen, so liegt doch keine Veranlassung vor, denjenigen, die über Rieseneinkommen verfügen, auch nur einen winzigen Bruchteil ihres Einkommens steuerfrei zu lassen. Die Tendenz unseres Antrages ist vielmehr, die Lasten auf diejenigen Schultern zu legen, die sie allein ohne jeden Nachteil tragen können.

Die Vorschläge, die jetzt für eine Erhöhung des Existenzminimums gemacht werden, sind vollständig unzureichend, da sie noch nicht einmal ein Viertel von dem treffen, was nach den statistischen Feststellungen des bekannten Direktors des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg gegenwärtig als Existenzminimum gilt. Im Februar 1921 brauchte eine vierköpfige Familie wöchentlich mindestens 314 Mark. Nach den Vorschlägen des Ausschusses bleibt etwa nur ein Viertel dieses Existenzminimums steuerfrei.

Die Absichten, die wir mit der Stellung des Antrags auf absolute Steuerfreiheit für das Existenzminimum verfolgen, entsprechen durchaus der Begründung in der Einkommensteuergesetzvorlage, die der Nationalversammlung gemacht wurde. Dort ist ausdrücklich festgelegt, daß das Existenzminimum, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, einkommensteuerfrei zu bleiben habe. Wir sagen aber: mit noch viel größerem Recht, als jetzt die bürgerlichen Parteien verlangen, daß die Aufwendungen für die (C) Erhaltung ihrer Profitquellen steuerfrei bleiben müßten, mit viel sozialeren Argumenten können wir verlangen, daß dann denjenigen, die über nichts weiter als ihre Arbeitskraft verfügen, die Kosten ihrer Erhaltung und Reproduktion unter allen Umständen steuerfrei gelassen werden,

(sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten)

und diese Kosten erscheinen eben im Existenzminimum.

Ich sagte vorhin schon, wir geben uns keinem Zweifel hin über das Schicksal unserer Anträge. Sie sind nicht klug genug, als daß Sie sie annehmen würden. Wir wissen, daß die Agonie des Kapitals nicht nur bei uns in Deutschland, sondern überall begonnen hat, wenn auch vielleicht irgendwelche Anzeichen dagegen sprechen könnten. Und diese Agonie muß ihren historisch begründeten Verlauf nehmen. Dieser historisch begründete Verlauf besteht darin, daß die nun einmal zum Untergang bestimmte **kapitalistische Klasse** in ihrem Selbsterhaltungstrieb zu den allerunsinnigsten Mitteln greift, die sie für Rettungsmittel hält, zu Mitteln, die ihren Absturz, die ihr Vergehen beschleunigen müssen. Was sie jetzt tun, bedeutet in seiner Konsequenz nichts weiter als die Zerstörung der eigentlichen Grundlagen jeder Wirtschaft überhaupt, nämlich die Zerstörung der menschlichen Arbeitskraft. Sie verelenden durch Ihre Politik, auch durch Ihre **Steuerpolitik**, immer breitere Teile der Bevölkerung.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie schalten immer größere Massen durch Ihre Politik aus dem Produktionsprozeß aus, um den Rest, der noch darin bleibt, um so stärker und schärfer auszubeuten. Es ist ganz selbstverständlich, und man braucht kein Prophet zu sein, um zu wissen und zu sehen, daß am Ende dieses Prozesses eben nichts weiter stehen kann als der völlige Zusammenbruch; wenn er ungehemmt vor sich gehen könnte. Die Wirkungen des allerschärfsten Klassen- (D) kampfes, des Selbsterhaltungskampfes, den die bürgerlichen Klassen eines jeden Landes jetzt führen, werden jedoch ganz entgegengesetzt von dem sein, was Sie sich jetzt träumen lassen. Auch dem dümmsten Arbeiter machen Sie es auf die Art, wie Sie es treiben, mit der Zeit begreiflich, daß er immer wie bisher schon das Karnickel bleiben soll, das zu zahlen hat.

Aus dieser Tatsache, aus dieser Erkenntnis werden die Massen lernen, und sie werden begreifen, wo ihre Rettung liegt. Sie werden verstehen, daß alle diese Wege, die, wie Sie glauben, zum kapitalistischen Wiederaufbau führen, nicht das Ziel erreichen, das ihnen gesteckt worden ist. Sie werden erkennen, daß alle Versuche, die jetzt von der zusammenbrechenden kapitalistischen Gewalt unternommen werden, zuletzt in sich zerfallen müssen, weil sie sich im blinden Eifer gegen den Bestand der jetzigen Gesellschaftsordnung selbst richten.

Es ist außerordentlich interessant, daß die fanatische Angst der besitzenden Klassen vieler Länder vor dem drohenden Zusammenbruch sie selbst diejenigen Möglichkeiten zur Wiederaufrichtung der durch den Krieg verwüsteten Wirtschaft übersehen läßt, die ihnen weltpolitisch von Zeit zu Zeit eröffnet werden. Während die **deutsche Bourgeoisie**, von allen guten Göttern verlassen, in kurzsichtiger Überschätzung ihrer Kraft leichtsinnig den Weltkrieg heraufbeschworen und verloren hat, glaubt sie jetzt, sich ebenso kurzsichtig aus der Affäre ziehen zu können, wenn sie dem deutschen Arbeiter die Daumschrauben fester anzieht? Derweilen aber triumphieren ihre Gegner, die den Weltkrieg gewonnen haben, auch auf anderem Gebiete über sie, nämlich auf dem der neuen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich immer klarer und deutlicher am Horizont abzeichnen. In demselben Augenblick, in dem England und Italien sich bereit gefunden

(Düwell, Abgeordneter.)

(A) haben, sehr weitgehende **Handelsverträge mit Sowjet-Rußland** zu unterzeichnen und damit die Sowjet-Republik sozusagen erstmalig offiziell anzuerkennen, in demselben Augenblick sträubt sich die zusammengebrochene deutsche Bourgeoisie immer noch gegen diesen Weg. Freilich in dem verschwiegenen Dunkel der Ausschüsse hört man jetzt schon hier und da einen deutschen Reichsminister sagen, daß man vielleicht in allernächster Zeit die Konsequenzen aus der Tatsache ziehen müßte, daß durch die Sanktionen, durch das Vorgehen der Entente die weltwirtschaftlichen Wege Deutschlands nach Osten gedrängt würden. Derweilen aber hat Rußland gewaltige Aufträge, die bereits an Deutschland vergeben waren, längst aus Deutschland zurückgezogen und sie den Produktionswirtschaften jener Länder übertragen, die schneller und politisch klüger als Deutschland bereit waren, mit ihm die Beziehungen wieder aufzunehmen. Bis heute hat eben die deutsche Bourgeoisie noch nicht erfaßt, daß das Heil der deutschen Wirschaft im Osten liegt. Sie können sich darauf verlassen, daß bei der dauernden Erschwerung, die die nächsten Wochen und Monate für die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands bringen werden, die für die breite Masse der Bevölkerung eine Vertiefung, eine Verbreiterung ihres Verelendungsprozesses bedeutet, diese Masse des deutschen Volkes um so besser und klarer erkennen wird, daß, wenn die deutsche Reichsregierung das Bündnis mit der Weltmacht im Osten nicht abschließen will, es dann ihre Aufgabe ist, die Regierung, die sich immer noch gegen politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten sträubt, zum Teufel zu jagen.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich bin mir vollständig im klaren darüber, wie dieser Kampf zwischen der deutschen Bourgeoisie und ihrer Vertretung, der deutschen Reichsregierung, auf der einen Seite und den breiten proletarischen Massen Deutschlands (B) auf der anderen Seite enden wird, wenn er einmal ernstlich entbrannt ist. Er kann und wird nur enden mit dem Siege derjenigen, die geneigt und gewillt sind, die bewußt wollen, daß man aus den Erfahrungen des Weltkrieges, daß man aus dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft, den er uns hinterlassen hat, die Folgen zieht, die politisch und wirtschaftlich nun einmal zu ziehen unumgänglich notwendig sind, daß das Bündnis mit Sowjetrußland, das Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland, das tatsächlich jetzt im weltpolitischen Rahmen, in jedem Zusammenhang gesehen, das einzige Reich ist, das als Macht der Macht des Ententeimperialismus gegenübersteht,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

Tatsache und Wirklichkeit werde.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Meine Fraktion hat im Hinblick auf die Geschäftslage und auf den Stand der Dinge, wie er sich am Schlusse der Beratungen des Steuerausschusses ergeben hat, nicht das Bedürfnis, sich an einer Generaldebatte zu beteiligen. Wir werden wahrscheinlich bälder, als wir es wünschen, zu allgemeinen Betrachtungen über die Finanzlage des Reichs und die Steuergesetzgebung Anlaß haben, spätestens aber dann, wenn wir uns mit dem ersten der Verbrauchssteuergesetze, die dem Reichstage zugemutet werden, zu beschäftigen haben. Bei dieser Gelegenheit werden auch gründlichere Vergleichungen und Betrachtungen über die verhältnismäßige Belastung der breiten Massen in Deutschland und im Auslande, insbesondere bei den Völkern der Ententestaaten, notwendig sein. Wir können um so mehr jetzt von einer Generaldebatte absehen, als wir es im Steuerausschuß an einer (C) gründlichen Erörterung aller der Fragen, die mit dieser Vorlage berührt werden, nicht haben fehlen lassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Gesichtspunkte, die der Herr Abgeordnete Dr. Hertz vorgetragen hat, sind von uns zum größten Teil bereits im Ausschusse behandelt worden. Dem Herrn Abgeordneten Düwell zu folgen, habe ich keine Neigung. Erstens möchte ich bei dieser Gelegenheit nicht in eine Erörterung über die Aussichten der Weltrevolution eintreten, und zweitens glaube ich, aus einem soeben zur Verteilung gelangten Antrage, der den Namen des Herrn Abgeordneten Düwell trägt, entnehmen zu dürfen, daß der Herr Abgeordnete Düwell auch heute noch nicht in die schwierigen Probleme der **Einkommensbesteuerung** so tief eingedrungen ist, daß eine Diskussion über dieses Thema mit ihm sich lohnen würde.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Wir haben mit dem Kampfe, den wir im Ausschuß gegen die ursprünglichen **Anträge der Regierungsparteien** geführt haben, immerhin einige Erfolge erzielt; das darf ich ruhig sagen. Die Belastung der Regierungsvorlage, die die Regierungsparteien versuchten, ist infolge unseres Kampfes erheblich abgemildert worden. Trotzdem stehen wir einer Reihe von Anträgen, die jetzt namens des Ausschusses an den Reichstag gebracht werden, mit starken Bedenken gegenüber. Ich habe insbesondere gegen die erhebliche Erweiterung, die die ursprüngliche Regierungsvorlage durch die Anträge der Regierungsparteien hinsichtlich der Behandlung der Veräußerungsgeschäfte einerseits und der Abschreibungen und steuerfreien Rücklagen andererseits erfahren hat, das Bedenken, daß sie ohne eine wirksame Mitwirkung der öffentlichen Meinung zustande gekommen ist. Zwar beschäftigt uns diese Regierungsvorlage schon seit dem Dezember vorigen Jahres. Die sehr bedeutsamen Erweiterungsanträge aber, die von den Regierungsparteien (D) nun hineingebracht worden sind, haben ihre Formulierung erst im Laufe der letzten zwei bis drei Wochen bekommen und sind in der Gestalt, in der sie nunmehr der Beschlußfassung unterliegen, der öffentlichen Erörterung überhaupt nicht ausgesetzt gewesen, und das scheint mir doch bei Fragen von so weitgehender Bedeutung, wie es die Frage der Abschreibungen und Rücklagen ist, eine Notwendigkeit zu sein. Trotz der Verbesserungen, die uns gegenüber den Anträgen der Regierungsparteien gelungen sind, haben wir noch das Bedenken, daß sie eine gewisse Aushöhlung der Einkommensteuer auch jetzt noch bewirken und daß sie insbesondere eine weitere Begünstigung der Einkommen aus Sachvermögen und eine weitere relative Benachteiligung — ich betone ausdrücklich eine relative — der reinen Lohn- und Gehaltseinkommen und vielfach auch eine weitere relative Benachteiligung der Einkommen aus reinem Papiervermögen bewirken. Die Einkommen aus reinem Papiervermögen sind ohnedies schon vielfach sehr ungünstig behandelt gegenüber den Einkommen aus Sachvermögen. Diese unterschiedliche Behandlung wird durch die Anträge der Regierungsparteien verschärft. Wir werden vielleicht auf einzelne der hier zu berücksichtigenden Gesichtspunkte bei der Einzeldebatte noch zurückkommen und dabei auch eine Reihe von Punkten berühren, die der Herr Abgeordnete Dr. Hertz besprochen hat.

Ich gehe sofort ohne weitere allgemeine Betrachtungen über zur Besprechung desjenigen Punktes, der gegenwärtig aufgerufen ist, zu der Ziff. 1a des Art. I. Dazu hat meine Fraktion den Antrag gestellt, diese Ziff. 1a zu streichen.

Ich muß den Antrag kurz begründen. Das im vorigen Jahre zustandegekommene Einkommensteuergesetz hat bekanntlich einen neuen **Einkommensbegriff** eingeführt. Es hat die Quellentheorie verlassen und ist übergegangen

(**Keil**, Abgeordneter.)

(A) zu dem Schanzschen Einkommensbegriff, nach dem Einkommen jeder Art ohne jeden Unterschied als steuerpflichtig erklärt wird, also auch Einkommen und Gewinne aus Veräußerungsgeschäften jeder Art, gleichgültig, ob sie auf spekulativen Absichten beruhen oder nicht. Die Regierungsvorlage hat es nicht für notwendig erachtet, an diesen Bestimmungen des in Kraft befindlichen Einkommensteuergesetzes irgend etwas zu ändern. Wohl aber haben die Regierungsparteien zunächst Anträge im Ausschuß gestellt, durch welche die **Veräußerungsgeschäfte** ganz allgemein, also sowohl die nichtspekulativen Veräußerungsgeschäfte, als auch die auf Spekulation beruhenden, aus dem Einkommensteuergesetz herausgestrichen und für steuerfrei erklärt werden sollten. Unser heftiger Widerspruch gegen diesen ursprünglichen Antrag der Regierungsparteien hat bewirkt, daß er schließlich abgeändert und die auf Spekulation beruhenden Veräußerungsgeschäfte, die Gewinne daraus, wieder für steuerpflichtig erklärt wurden, nicht aber die nicht auf spekulativer Absicht beruhenden Veräußerungsgeschäfte.

Wir haben auch diesen Antrag nachdrücklich bekämpft, weil wir befürchten, daß die neu beantragte Bestimmung lediglich auf dem Papier stehen wird. Denn es läßt sich eine klare Grenze zwischen Veräußerungsgeschäften, die auf Spekulation beruhen, und solchen, die nicht auf Spekulation beruhen, einfach nicht ziehen. Die Folge wird sein, daß nicht nur die Gewinne aus einfachen Veräußerungsgeschäften, sondern auch die Gewinne aus Spekulationsgeschäften steuerfrei belassen werden. Dazu scheint uns aber ein Grund in der gegenwärtigen Zeit weniger denn je vorzuliegen; denn die Spekulation ist üppig in die Halme geschossen, und die Spekulationsgeschäfte, die an der Börse abgeschlossen werden, sind so niedrig besteuert trotz der Erhöhung der Stempelsätze, die im Jahre 1918 erfolgt ist, daß darin eine Hemmung (B) dieser Spekulationen nicht zu erblicken ist. Wäre rechtzeitig die Erhöhung der **Börsenstempel** beschlossen worden, so hätten Hunderte von Millionen aus dieser Steuerquelle gewonnen werden können. Es scheint jetzt beabsichtigt zu sein, vor allem den Schlußnotenstempel zu erhöhen. Aber man wird in einer Zeit der sinkenden Konjunktur, der wir wahrscheinlich entgegengehen, herzlich wenig aus dieser Stempelerhöhung erzielen, während man sehr große Erträge hätte erzielen können, wenn ein erhöhter Stempel in den letzten anderthalb Jahren schon in Kraft gewesen wäre. Wir meinen also, wenn die Bestimmung, wonach die Gewinne aus spekulativen Veräußerungsgeschäften steuerpflichtig sein sollen, eine Wirkung haben soll, dann muß es bei den Bestimmungen des geltenden Gesetzes bleiben, wonach die Gewinne aus Veräußerungsgeschäften jeder Art ohne jeden Unterschied zu besteuern sind.

In der Unterwerfung dieser Gewinne unter die Einkommensteuer liegt in gewissem Maße auch eine in unserer Zeit durchaus berechtigte Wertzuwachssteuer. Wenn man darauf verweist, wie es im Ausschuß geschehen ist, daß diese Gewinne, soweit sie sich in Vermögen verwandeln, der Besitzsteuer unterliegen, so ist dagegen zu sagen, daß diese Besitzsteuer erstens so, wie sie gegenwärtig gestaltet ist, mit lächerlich geringfügigen Sätzen erhoben wird, daß sie zweitens nur in Zeitabständen von drei zu drei Jahren veranlagt und erhoben wird und daß in den Zwischenzeiträumen die Gewinne aus diesen Geschäften versteckt, verschoben und verbraucht werden können, so daß für das Reich, den Steuerheber, nichts mehr übrig bleibt. Aus diesen Gründen beantragen wir die Wiederherstellung des geltenden Gesetzes in diesem Punkt.

Ich möchte aber noch auf einen Gesichtspunkt zum Schluß aufmerksam machen, der bei der vorjährigen Beratung des Einkommensteuergesetzes namentlich von der Regierung als entscheidender Grund für die Besteuerung der Gewinne aus allen Veräußerungsgeschäften (C) in die Wagschale geworfen worden ist. Die Regierung hat uns damals dargelegt, daß bei diesem neuen umfassenden Einkommensteuerbegriff die **Erbschaftssteuer** ein ausgezeichnetes **Kontrollinstrument für die Einkommensbesteuerung** sein würde. Wenn bei dem Tode eines Steuerpflichtigen sein Nachlaß festgestellt wird und es ergibt sich dabei, daß seit der letztmaligen Vermögensveranlagung ein Zuwachs eingetreten ist, der im Mißverhältnis zu dem Einkommen steht, das er in den letztvorangegangenen Jahren versteuert hat, so müssen die Erben nachweisen, aus welcher Einkommensquelle dieses Vermögen stammt. Werden die Veräußerungsgewinne uneingeschränkt besteuert, so gibt es für den Steuerpflichtigen keine Ausflucht. Stammt das erhöhte Vermögen aus einem Veräußerungsgeschäft, so muß es versteuert sein. Wird der Gewinn aus dem Veräußerungsgeschäft aber für steuerfrei erklärt, so kann der Erbe gegenüber jeder Differenz, die sich bei der Vergleichung des Vermögens des Erblassers und seiner Einkommenserklärung ergibt, behaupten, sie stamme aus einem steuerfreien Veräußerungsgeschäft, und damit entfällt der Wert der Erbschaftssteuer als eines Kontrollinstruments, ein Gesichtspunkt von allergrößter Bedeutung. Wollen wir es den Steuerbehörden ermöglichen, die Steuerpflichtigen bei Veranlagung zur Erbschaftssteuer scharf nachzukontrollieren hinsichtlich ihrer Einkommensveranlagungen, dann muß es bei den geltenden Bestimmungen bleiben.

Darum bitten wir, den Antrag auf Streichung der Ziff. 1a anzunehmen. Wenn der Antrag des Ausschusses Annahme fände, würde es sich um eine Besteuerung der einmaligen Spekulationsgewinne handeln, die lediglich auf dem Papier stünde und die überhaupt nicht praktisch durchgeführt würde.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(D) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete ten Hompel.

ten Hompel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Keil hat es so dargestellt, als wenn das Ergebnis, wie es Ihnen jetzt in den Beschlüssen der zweiten Lesung des Ausschusses vorliegt, im wesentlichen dadurch beeinflußt worden sei, daß seitens seiner Partei Widerstand gegen die **Vorschläge der Regierungsparteien** erhoben wurde. Die Regierungsparteien waren sich wohl bewußt, als sie ihre Vorschläge machten, daß manche Punkte in den Vorschlägen ungelöst waren und daß diese Lösung weiteren Beratungen vorbehalten bleiben mußte. Die Regierungsparteien haben dies auch ausdrücklich betont, als sie ihre Anträge einbrachten, und bei den Beschlüssen erster Lesung, die auf Grund dieser Vorschläge der Regierungsparteien gefaßt wurden, ist ebenfalls ausdrücklich betont worden, daß manche Punkte, wie gerade die Veräußerungsgewinne, auch die Waldnutzungen und ähnliche Fragen, noch in weiteren Beratungen zu klären wären. Wenn die Regierungsparteien dies nicht schon in ihren Vorschlägen hinlänglich getan haben und tiefer bearbeitete Vorschläge gemacht haben, so geschah es eben, um Zeit zu gewinnen.

Was nun die **einmaligen Veräußerungsgewinne** betrifft, so ist dies eine viel umstrittene Frage. Im Ausschuß sind Meinungen aufgetreten, die dafür sprachen, die Veräußerungsgewinne ganz zu beseitigen. Letzten Endes haben wir uns auf eine Besteuerung der spekulativen Veräußerungsgewinne geeinigt. Die Frage der Besteuerung der Veräußerungsgewinne ist zweifellos eine zweischneidige Sache, besonders auch für die Steuerverwaltung. Ich glaube, man ist sich auch in Kreisen der Steuerverwaltung darüber klar geworden, daß diese Vorschriften unter Umständen mehr zum Nachteil als zum Vorteil des Steuer-

(ten Hompel, Abgeordneter.)

(A) fiskus ausschlagen könnten. Denn wenn die Gewinne aus einmaligen Veräußerungsgeschäften besteuert werden, so müssen selbstverständlich auch die entsprechenden Verluste angerechnet werden, und es besteht die Gefahr, daß die Gewinne zwar nicht erfaßt werden, daß aber die Verluste in vollem Umfange in Anrechnung gebracht werden. Es besteht sogar die Gefahr, daß unter Umständen künstlich Verluste aus einmaligen Veräußerungsgeschäften herbeigeführt werden und dadurch das gewöhnliche Einkommen des Steuerpflichtigen vermindert wird.

Dem Steuerausschuß ist unter anderen Eingaben auch eine Denkschrift der Juristischen Studiengesellschaft in München zugegangen. Diese ist unterzeichnet von dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten, von einem Oberlandesgerichtsrat, von dem Senatspräsidenten am Reichsfinanzhof Dr. Strutz, von einem Professor und von drei Rechtsanwälten. Ich glaube, das sind alles unverdächtige Zeugen, und diese Herren geben gerade bezüglich der einmaligen Veräußerungsgewinne den dringenden Rat, diese aus der Einkommensteuergesetzgebung zu entfernen. Es wird hier gerade auch auf die von mir schon angeführten Punkte hingewiesen. Es heißt hier:

> Die Einbeziehung der Veräußerungsgewinne in die Einkommensteuer hatte zur notwendigen Folge die Abzugsfähigkeit der entsprechenden Verluste. Diese wird ausgebeutet werden durch künstliche Herbeiführung von Verlusten, die selbstverständlich nicht wie die Gewinne verschwiegen werden. Wer ein großes Vermögen hat, kann sich unter Umständen künftig derart einrichten, daß er jahrelang keinerlei Einkommensteuer zu bezahlen braucht. Auch abgesehen hiervon wird der Etat durch die Teilhaberschaft des Reichs an den Veräußerungsverlusten aufs äußerste gefährdet. Es wird unter diesen Umständen unmöglich, künftig im voraus den Jahresertrag der Einkommensteueuer irgendwie vorauszusehen.

(B) Sodann werden Vorschläge gemacht, und darüber heißt es in dieser sehr interessanten Denkschrift:

> Die geschilderten Nachteile können nur vermieden werden, wenn die bei einzelnen Veräußerungsgeschäften erzielten Gewinne aus dem Einkommensteuergesetz entfernt werden. Der finanzielle Erfolg wird dadurch nicht geschädigt, im Gegenteil sicher gefördert. Die Veranlagung wird außerordentlich erleichtert, der Steuereingang dadurch beschleunigt. Dem Reich werden die durch die Verlustabzüge drohenden Steuerausfälle erspart.

Diese und ähnliche Gründe waren für die Regierungsparteien maßgebend, zunächst eine vollständige Beseitigung der Besteuerung aus einmaligeu Veräußerungsgeschäften, gleichgültig, ob solche spekulativer Art waren oder nicht, zu beantragen. Wir haben uns letzten Endes aber auch den Bedenken nicht verschließen können und haben geglaubt, dem Empfinden weiter Kreise dadurch Rechnung tragen zu sollen, daß wir die **Spekulationsgewinne** wieder in die Vorlage aufnahmen. Dabei sind wir uns vollkommen bewußt gewesen, daß es sehr schwer sein wird, hier die Grenze zu ziehen zwischen Spekulationsgewinnen und Nichtspekulationsgewinnen. Aber immerhin wird es, besonders wenn die Finanzämter demnächst mehr Zeit haben, sich eingehender mit der Veranlagung zu beschäftigen, in manchen Fällen möglich sein, solche Spekulationsgewinne heranzuziehen.

Der Abgeordnete Keil hat dann besonders hervorgehoben, daß durch Aufhebung der Bestimmungen über die Versteuerung der einmaligen Veräußerungsgewinne auch besonders die **Kontrolle der Einkommensteuerveranlagungen durch die Erbschaftssteuer** aufgehoben würde.

(C) Ich glaube, der Abgeordnete Keil hat dabei übersehen, daß wir auch jetzt eine Besitzsteuer haben; und wenn sie vorläufig auch nur geringe Sätze hat, so bietet doch diese regelmäßig wiederkehrende Veranlagung eine Handhabe, eine gewisse Kontrolle über das steigende Vermögen des Steuerpflichtigen auszuüben. Ich glaube, die Bedenken des Herrn Abgeordneten Keil sind in dieser Beziehung hinfällig.

Ich will mich mit Rücksicht auf die Geschäftslage auch nicht weiter über die einzelnen Punkte verbreiten und behalte mir vor, namens meiner Partei zu den einzelnen Punkten noch Stellung zu nehmen.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß zum folgenden Punkte der Tagesordnung zweimal namentliche Abstimmung beantragt ist.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Becker (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, Sie mit einer langen Rede, die sich mit den allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs befassen und allgemeine Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen sollte, zu belästigen. Ich möchte zunächst nur einige Bemerkungen zu den Ausführungen der Herren Vorredner machen und dann in wenigen Ausführungen darlegen, um was es sich für uns bei der Beratung der Regierungsvorlage gedreht hat.

Wenn Herr Kollege Dr. Hertz zunächst meint, die Vorlage, die die Regierung diesem Hause unterbreitet hat, sei nur dazu bestimmt gewesen, **Übereilungen** zu beseitigen, die **bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes** im vorigen Jahre der Regierung und dem Parlament unterlaufen seien, so irrt er, wenn er meint, es sei damals irgend etwas „in der Übereilung“ geschehen. Wenn irgendein Steuergesetz gründlich beraten worden ist, so ist (D) es das Einkommensteuergesetz, und wenn Sie die Berichte über die einzelnen Steuergesetze nach Form und Inhalt miteinander vergleichen, so werden Sie finden, daß gerade der Bericht über das Einkommensteuergesetz die allerbeste Auskunft über jene gründliche Verhandlung gibt.

Was die Novelle wollte, ist etwas ganz anderes: sie wollte **Fehler** beseitigen, allerdings in sehr bescheidenem Umfange, die dieses **Einkommensteuergesetz** enthielt, aber Fehler, die nicht in der Übereilung in das Gesetz hineingekommen, sondern die leider mit vollem Bewußtsein in das Einkommensteuergesetz hineingebracht worden waren.

(Sehr wahr! rechts.)

Unsere Steuergesetzgebung ist eben Bahnen gewandelt, von denen sich nach und nach auch diejenigen, die sie seinerzeit mit großer Wärme vertreten haben, überzeugt haben, das es verkehrte Wege gewesen sind.

(Sehr wahr! rechts.)

Diese Vorlage und das, was wir im Ausschuß zu dieser Vorlage zu sagen hatten, gingen eben darauf hinaus, den richtigen Weg für die Ausgestaltung unserer Einkommensteuer zu finden, und ich freue mich, feststellen zu können, daß wir in einer ganzen Reihe von Fällen schwere Fehler des dermaligen Einkommensteuergesetzes haben beseitigen können,

(sehr richtig! rechts)

und zwar unter tätiger Mitwirkung gerade derjenigen Parteien, die das alte Einkommensteuergesetz seinerzeit mit geschaffen haben.

(Hört! Hört!)

Wenn es uns noch nicht vollständig gelungen ist, dem Einkommensteuergesetz so, wie es sich demnächst in der neuen Fassung darstellen wird, materiell nnd formell Inhalt und Gestalt zu geben, so daß es sich sehen lassen kann, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf, so mag

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) das dem Umstande zugute gehalten werden, daß man so schwere Fehler, wie sie das alte Einkommensteuergesetz aufweist, nicht auf einmal beseitigen kann. Es muß aber auch leider dem Umstande zugeschrieben werden, daß so manches Verständige, auf das wir uns geeinigt hatten, infolge — sagen wir einmal: höherer Gewalt,

(sehr richtig! rechts)

im letzten Augenblick noch eine etwas andere Gestalt bekommen hat.

(Sehr gut! rechts.)

Ich habe aber das Vertrauen zu dem Siege der Vernunft, daß wir das, was wir diesmal noch nicht haben erreichen können, bei der nächsten Steuerdebatte werden erreichen können.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn wir unsere ganze Arbeit darauf eingestellt haben, so haben wir das nicht etwa getan, um für den oder jenen Steuerzahler, für diese oder jene Gruppe von Steuerzahlern besondere Vorteile zu erreichen, sondern weil wir davon überzeugt waren und weil es uns auch gelungen ist, andere davon zu überzeugen, daß die deutsche Wirtschaft diese Steuergesetzgebung nicht verträgt.

(Sehr richtig! rechts.)

Herr Kollege Keil hat ja auch heute seinen Kampf gegen das, was wir in dem Einkommensteuerausschuß getan und nicht getan haben, mit wesentlich milderen musikalischen Tönen eingeleitet, als es diejenigen waren, die er in der Presse gefunden hat. Und ich freue mich über die Einkehr, die ich aus diesem **Verhalten des Herrn Kollegen Keil** heute glaube entnehmen zu dürfen. Es war — das muß von hier aus einmal gesagt werden — nicht ganz schön, wenn in der Presse die Herren, die in dem Ausschuß wahrhaftig ihrer Überzeugung folgend gearbeitet und gehandelt haben, an den Pranger gestellt (B) wurden, als wenn sie nichts weiter zu tun hätten, als die Interessen des Großkapitals zu vertreten. Wenn das in der bekannten Weise geschieht: wir wollen ja nicht sagen, daß der kleine Mann gestohlen hat, aber — — usw., so ist das eine Form, die das Volk leider so versteht, wie es vielleicht nicht gemeint gewesen sein mag.

Nun zu den Änderungen selbst. Ich glaube, es ist nicht nötig — darin hat der Herr Kollege Keil recht —, daß man auf die **Ausführungen** des Kollegen **Düwell** im einzelnen eingeht; sie haben, glaube ich, mit den sachlichen Änderungen der Vorlage blutwenig zu tun gehabt. Und was er in dem Schlußwort zutage gefördert hat, war auch nicht so, daß man sich damit näher zu beschäftigen hätte. Ihm schwebt offenbar ein Ziel vor, das er niemals erreichen wird; er hat dabei zu starke Konkurrenz in seiner eigenen Partei. Das, was er sagt, ist ja nur ein bescheidenes Wellengesäusel gegenüber dem, was uns neulich sein Fraktionsfreund **Höllein** namentlich über steuerliche Dinge zum besten gegeben hat in der großen Rede, in der er ein ganzes kommunistisches Konversationslexikon in einer halben Stunde verzapfte.

(Heiterkeit.)

Dort war davon die Rede, der **Besitz** zahle überhaupt nichts, er habe sich der **Besteuerung** vollständig entzogen, und ähnliche Dinge mehr. Das sind Behauptungen, die nur jemand aufstellen kann, der zwar das kommunistische Agitationsprogramm und Konversationslexikon gut kennt, sich aber um die Tatsachen nicht kümmert.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn er das nämlich täte, dann wüßte er sehr genau, daß bis zum 31. Januar zum Beispiel die Einkommensteuer 7 Milliarden gebracht hat, daß so und so viele Milliarden an Notopfer eingegangen sind, daß wir die Kriegsvermögenszuwachssteuer mit mehreren Milliarden eingehoben haben usw.

Auch das, was der Herr Abgeordnete **Dr. Hertz** ausgeführt hat **über die Aushöhlung der Steuergesetzgebung** durch die Verwaltung und über das offene Bestreben der Ausschußmitglieder, auch durch Änderung der Gesetzgebung die Besitzsteuern auszuhöhlen, bedarf kaum einer Widerlegung. Wir werden bei der Beratung der einzelnen Vorschriften noch das eine oder andere dazu zu sagen haben. (C)

Was wir mit der Novelle erreichen, ist etwa das folgende. Wir erreichen — und das ist nicht Ihr Verdienst, wenigstens nicht in erster Linie, sondern unser Verdienst —, daß der **Tarif** für die Einkommen bis zu 100 000 Mark, vor allem aber **für die kleinen Einkommen** bis zu 25 000, 30 000 und 40 000 Mark — denn das sind heute kleine Einkommen —

(sehr richtig! rechts und im Zentrum)

sehr wesentlich herabgemildert worden ist, zum Teil bis auf die Hälfte. Wir erreichen ferner — und das ist auch nicht Ihr Verdienst, sondern unser Verdienst, wenigstens unser Verdienst in erster Linie —, daß demnächst der **Lohnabzug** zu einer **Lohnsteuer** ausgestaltet wird; das ist ein Fortschritt nicht nur in formeller, sondern ebenso in materieller Beziehung,

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei)

und es ist ein sehr großer Fortschritt für alle Beteiligten, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Wir erreichen weiter — und das trifft nicht etwa nur den großen Steuerzahler, sondern ebensosehr den kleinen Steuerzahler, soweit er Handelstreibender oder Gewerbetreibender ist —, daß eine vernünftige Regelung der **Abschreibungsfrage** eintritt. Wir erreichen weiter, daß es in Zukunft nicht mehr so sein wird, daß jemand, der in dem einen Jahre mit einem großen Defizit gearbeitet hat und im nächsten Jahre ein paar Mark verdient, nun davon Steuern zahlen muß, während auf den vorgehenden Verlust überhaupt keine Rücksicht genommen wird. Das (D) kommt doch auch nicht nur dem großen Steuerzahler zugute, sondern mindestens ebensosehr dem kleinen Steuerzahler und auch dem Arbeiter.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir erreichen ferner, daß dem Verlangen aller wirtschaftlich-interessierten und -verständigen Kreise — und das stelle ich ausdrücklich fest, selbst wenn die „Frankfurter Zeitung“ anderer Meinung sein soll, wie Herr Dr. Hertz hier ausgeführt hat — entsprochen wird, indem die Frage geregelt wird, ob **steuerfreie Abführungen in Erneuerungsfonds** zulässig sind. Das ist eine Frage, die man vielleicht überhaupt nicht gesetzlich hätte zu lösen brauchen, da die Rechtsprechung selbst auf dem Wege dazu war, hier diejenige Lösung zu finden, die wir nunmehr gesetzlich festlegen wollen. In dieser Frage dürfen Sie uns aber doch keinen Vorwurf machen, wenn wir etwas tun, was die Rechtsprechung schon aus dem dermalen geltenden Gesetz herausgelesen hat. Ich bedaure nur, daß wir hier eine Regelung treffen, die allerdings das Unvernünftigste vom Unvernünftigen ist. Wir erkennen zwar sachlich an, und zwar bis weit in die Kreise der Linken hinein, daß es, wenn man überhaupt von einer Besteuerung des Einkommens reden will, notwendig ist, von dem Ertrag des Gewerbes oder Handelsbetriebs vorher das abzuziehen, was als Entwertung der Betriebsmittel zu verzeichnen ist, sei es nun in der Form von Abschreibungen oder in der Form der Überführung in einen Erneuerungsfonds, andererseits aber glauben, die Frage dahin lösen zu können, daß man solche Abschreibungen für physische Personen zuläßt, sie aber für Körperschaften, für juristische Personen nicht zulassen will. Ich wiederhole, das ist das Unvernünftigste vom Unvernünftigen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) Aus Angst davor, daß man sagen könnte: Aha, die großen Vermögen, die in den Aktiengesellschaften stecken, sollen hier besonders geschützt werden, trifft man eine Regelung, die kein Mensch verstehen kann. Ich hoffe, daß es uns heute gelingt, bei der Abstimmung im einzelnen diese Beschränkung auf die physischen Personen in dieser Frage zu beseitigen.

Wir haben ferner erreicht, wobei ich den Herren, die anderer Meinung sind, ohne weiteres zugebe, daß man zweifelhaft sein kann, ob das ein Gewinn ist, daß nunmehr die **Veranlagung** anders aufgebaut werden soll, daß nun nicht mehr nach dem Ergebnis des vorhergehenden Jahres, sondern **nach dem Ergebnis des laufenden Jahres** veranlagt wird. Ob das ein sachlicher Gewinn für den einen oder anderen Steuerzahler ist, ist vollständig gleichgültig. Herr Kollege Hertz, Sie haben auch hier aus dem Widerstand, den einzelne Herren im Ausschuß der Neuregelung entgegengesetzt haben, sofort wieder herausgelesen, daß man hier für die verhaßte Kapitalistenklasse besondere Vorteile herausschlagen wollte. Ach nein, so ist es nicht, Herr Kollege Hertz, Sie haben die Sache ganz falsch dargestellt. Der Arbeiter, der den Lohnabzug gemacht bekommt, würde, wenn die Besteuerung nach dem Ergebnis des vorhergehenden Jahres erfolgt, auch nicht etwa den Lohnabzug als Steuer für das laufende Jahr abgezogen bekommen, sondern die Veranlagung für ihn hätte zu erfolgen nach dem Einkommen des vorhergehenden Jahres; der Lohnabzug wäre darauf anzurechnen, der Arbeiter würde also genau so zu behandeln sein wie jeder andere Steuerzahler auch!

Endlich haben wir eine besondere Bestimmung erreicht, die das **Kleinwohnungswesen** in hervorragendem Maße zu fördern geeignet sein wird,

(sehr richtig! bei den Regierungsparteien; — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

eine Bestimmung, die zuläßt, daß Summen, die dem (B) Kleinwohnungsbau zugeführt werden, die der Steuerzahler aus seinem Vermögen weggibt an fremde Personen, an eine Gesellschaft, die er also nicht in seinem Vermögen behält, sondern die er dorthin abführt, steuerfrei bleiben. Diese Regelung wird den Kleinwohnungsbau wesentlich fördern, und daran hat doch nicht der Unternehmer in erster Linie ein Interesse, sondern mindestens ebenso der Arbeiter. Ich bedauere, daß wir bei der Kürze der Zeit nicht auch andere Fragen noch einwandfrei erledigen können. Ich will nicht auf die Frage der **einmaligen Gewinne** eingehen. Das, was wir vorschlagen und was vielleicht heute Gesetz wird, ist auch noch keine einwandfreie Lösung dieser Frage. Wenn Sie gerade die Sache mit dem Waldbesitz etwas näher durchdenken, werden Sie auch zu der Überzeugung kommen, daß man in der Frage noch nach einer Lösung suchen muß, die alle Anforderungen befriedigt.

Ich bedauere ferner, daß auch für die Frage, wie man den **Gemeinden** hilft, die durch diese Novelle noch mehr geschädigt werden, als sie das Landessteuergesetz schon geschädigt hat, noch keine einwandfreie Lösung gefunden ist. Ebenso bedauere ich, daß man in dem Verhältnis zwischen der **steuerlichen Behandlung von physischen und juristischen Personen** noch nicht die Lösung gefunden hat, die den physischen Steuerzahler nicht ungünstiger stellt als denjenigen, der sein Vermögen in einer Gesellschaft stecken hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Während auf der einen Seite der Teil des Einkommens, der dauernd dem Betriebe gewidmet bleibt, der im Betrieb stecken bleibt, aus wohlerwogenen wirtschaftlichen Gründen auch steuerlich günstiger behandelt wird, hat man für den physischen Steuerzahler eine ähnliche Lösung noch nicht gefunden, die aber aus wirtschaftlichen Gründen ebenso notwendig sein wird.

Ich beschränke mich auf diese wenigen Bemerkungen (C) allgemeiner Natur. Ich kann nur bitten, im wesentlichen den Anträgen zuzustimmen, die der Ausschuß Ihnen zur Annahme vorschlägt, vorbehaltlich der kleinen Abänderungen, die wir noch bringen werden. Tun Sie das, so werden Sie dem Einkommensteuergesetz wenigstens einigermaßen eine Gestalt geben, daß es in Zukunft vor der Kritik der Theoretiker bestehen kann, aber vor allem auch in der praktischen Anwendung einigermaßen brauchbar erscheint.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe ebensowenig wie anscheinend das hohe Haus das Bedürfnis nach einer großen Generaldebatte hier zu Beginn der zweiten Lesung. Ich würde, wenn ich dem Beispiel der Herren Hertz und Düwell folgen wollte, hier nur Dinge vorbringen können, die wir schon mehr als einmal, ich möchte fast sagen: bis zum Überdruß, bereits hier gehört haben. Ich kann es den Herren nicht verwehren, wenn sie sich immer wieder wiederholen wollen; aber Sie werden mich nicht zwingen, daß ich das Gleiche tue.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieses hohe Haus hat ohnedies draußen von Leuten, die wenig wohlwollend sind, die Bezeichnung bekommen: „die Halle der Wiederholungen“. Ich werde mit Ihnen (zur Linken) nicht darin konkurrieren, diesen Ruf zu rechtfertigen

(Abgeordneter Dr. Hertz: Sie haben Ihren Triumph schon davongetragen!)

— und Sie haben über meinen „Triumph“ Ihren Artikel schon in der „Freiheit“ geschrieben.

Ich habe am allerwenigsten das Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit über Dinge zu sprechen, die zu dem Thema (D) überhaupt gar nicht gehören, etwa über die Maisverbilligungsaktion. Das ist ein Thema, Herr Abgeordneter Dr. Hertz, über das wir uns mit Ihnen unterhalten werden, wenn die Sache hier zur Diskussion steht und wenn der zuständige Minister, der Reichsernährungsminister, hier zugegen ist.

(Abgeordneter Hertz: Der hat schon neulich geschwiegen und nicht den Mut gehabt, darauf zu antworten!)

— Ich bezweifle nicht, Herr Abgeordneter Dr. Hertz, daß Ihr Mut denjenigen aller anderen Mitglieder dieses Hauses und auch den der Regierungsvertreter übertrifft.

Ich habe aber auch weiter kein Bedürfnis, Leute zu überzeugen, von denen ich überzeugt bin, daß sie sich nicht überzeugen lassen wollen,

(sehr gut! bei den Deutschnationalen)

und die ich mehr oder weniger als untaugliche Objekte für eine bessere Einsicht ansehen muß.

(Heiterkeit.)

— Das gilt namentlich für den Herrn Abgeordneten Düwell, der mir hier so freundlich zulächelt.

Was den Herrn Abgeordneten Düwell anlangt, so brauche ich ja dem vernichtenden Urteil, das der Herr Abgeordnete Keil über seine Sachkenntnis ausgesprochen hat, nichts hinzuzufügen. Wenn ich einen kleinen Beitrag dazu liefern soll, so ist es der, daß es der Herr Abgeordnete Düwell zuwege gebracht hat, zu behaupten, ich sei in der Kommission gegen **Gefängnisstrafen bei Steuerdefraudation** eingetreten. Das wäre ja ein ganz gutes Motto für einen neuen Leitartikel. Aber, Herr Abgeordneter Düwell, Sie haben in der Kommission nicht aufgepaßt und gar nicht gelesen, worauf sich die Bestimmung der Regierungsvorlage, in der die Gefängnisstrafe vorgesehen war, überhaupt bezieht. Die Gefängnisstrafe kommt in der ganzen Novelle überhaupt nur in Ver-

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) bindung mit dem Lohnabzug vor. Ich habe mich allerdings dagegen ausgesprochen, daß Gefängnisstrafe angedroht werden soll bei den Bestimmungen über den Lohnabzug, weil wir nicht wollen, daß Leute ins Gefängnis gesetzt werden, die unter dem Druck, dem Sie (nach links) gar nicht so fremd sind, unter dem Druck aus der Arbeiterschaft heraus gar nicht in der Lage sind, die Bestimmungen durchzuführen.

(Sehr wahr! rechts. — Zurufe links. — Abgeordneter Dr. Hertz: Ich habe sofort erklärt, daß dieser Einwand nicht zutrifft!)

— Herr Abgeordneter Dr. Hertz! Augenblicklich habe ich das Wort; es steht Ihnen aber frei, wenn Sie das Haus völlig leeren wollen, nachher noch einmal um das Wort zu bitten.

(Heiterkeit. — Zurufe links.)

Jedenfalls hat die ganze Bestimmung, die hier in Frage steht, mit dem, was man unter Steuerdefraudation versteht, gar nichts zu tun.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Herr Abgeordneter Düwell! Es hat mich übrigens gewundert, und ich kann es mir nur durch Ihre mangelnde Einsicht erklären, daß Sie unserem Antrag nicht zugestimmt haben; denn diese Androhung der Gefängnisstrafe richtet sich ebenso sehr gegen die Arbeitgeber wie gegen die Arbeitnehmer.

(Sehr wahr! rechts.)

Was nun die Gesamtheit der Beschlüsse anlangt, die hier vorliegen, so gestatten Sie nur einige kurze Worte. Auch ich erkenne, ebenso wie die Herren, die unmittelbar vor mir gesprochen haben, in der Gestalt, die die Novelle jetzt bekommen hat, einige wesentliche Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Vorlage und gegenüber dem geltenden Recht. Ich sehe diese Verbesserungen in folgendem: Erstens darin, daß der **Lohnabzug**, der bisher so kompliziert (B) und so undurchführbar war, endlich eine einfache Form bekommt, in der er durchführbar wird, — eine Form, die die Grundlage dazu liefern wird, daß der Lohnabzug zu einer endgültigen **Lohnsteuer** werden kann. Auf diese Weise wird künftig die ganze große Arbeit der Veranlagungen der Lohn- und Gehaltsbezieher bis zur Einkommenshöhe von 24 000 Mark für die Zukunft überflüssig. Das wird nicht nur endlose Scherereien, sondern auch ein ganzes Heer von Beamten und damit dem Reiche erhebliches Geld ersparen.

Einen weiteren Fortschritt sehe ich darin, daß in den Vorschlägen, wie sie jetzt vorliegen, die **Erneuerungsfonds für Ersatzforderungen steuerfrei** gestellt sind. Das ist nicht etwa eine Geldfrage für die Besitzenden, wie der Herr Abgeordnete Keil es darzustellen versucht hat, sondern es ist eine Lebensfrage für unsere deutsche Volkswirtschaft,

(sehr wahr! rechts und bei den Deutschen Demokraten)

eine Lebensfrage für die Landwirtschaft sowohl wie für das Gewerbe und für die Industrie.

(Erneute Zustimmung.)

Wenn wir hier nicht solche Vorkehrungen treffen, dann kommen wir unweigerlich dahin, daß im Laufe verhältnismäßig weniger Jahre unsere ganzen maschinellen Einrichtungen, unsere ganze technische Ausrüstung in Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe einfach verkümmern und verhungern.

(Sehr wahr! rechts.)

Das sind die Gesichtspunkte, aus denen wir hier vorgehen; nicht aber sind es etwa die Rücksichten auf den Geldbeutel von irgend jemand.

(Zurufe links.)

Im übrigen ist in der Kommission ausführlich nachgewiesen worden, daß durch die Bestimmungen, wie sie hier vorgesehen sind, eine Schädigung auch des fiskalischen Interesses, auf die Dauer berechnet, keineswegs eintritt.

(C) Denn was heute den Erneuerungsrücklagen steuerfrei zugeführt wird, das verbilligt in Zukunft die Bilanzrate der Maschinen und Ersatzgegenstände,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Im Gegenteil!)

verbilligt infolgedessen auch diejenigen Beträge, auf die zukünftig Abschreibungen gemacht werden. Infolgedessen wird das, was heute vorübergehend, um unsere Industrie, unsere Landwirtschaft und unser Gewerbe lebensfähig zu erhalten, dem Steuerfiskus scheinbar entgeht, in der Zukunft doppelt und dreifach in die Staatskassen wieder hereinkommen.

(Sehr wahr! rechts.)

Eine weitere Verbesserung sehen wir darin, daß die volkswirtschaftlich und steuertechnisch geradezu unsinnige Bestimmung über die Besteuerung der **einmaligen Veräußerungsgewinne** gestrichen werden soll. Diese einmaligen sogenannten Veräußerungsgewinne sind in Wirklichkeit in der Hauptsache nichts weiter als realisierte Vermögensverluste, sobald man nur die Geldentwertung berücksichtigt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie heute Wertpapiere verkaufen, — ich glaube, die Wertpapiere sind zu zählen, bei denen der Kursgewinn, der darauf liegt, auch nur annähernd der Geldentwertung entspricht, und ebenso ist es bei der Veräußerung aller anderen Gegenstände, die hier in Betracht kommen. Auch hier handelt es sich nicht in erster Linie um ein Privatinteresse, um ein Interesse der Besitzenden. Am schlimmsten sind zweifellos diejenigen daran, die heute Werte irgendwelcher Art veräußern müssen, um überhaupt leben zu können, die kleinen Leute. Es ist unglaublich hart, daß nach dem geltenden Gesetz, wenn der kleine Mann, der nicht mehr arbeitsfähig ist und von seinen Kapitalanlagen kaum leben kann, gezwungen ist, alles, was er an Mobiliar besitzt, stückweise zu veräußern, auch sein zinstragendes Kapital zu veräußern, (D) — daß dann diesem kleinen Mann die angeblichen Gewinne auf einzelne Veräußerungsgeschäfte nachgerechnet werden und daß er mit diesen angeblichen Gewinnen zur Steuer herangeholt werden muß.

Wir haben weiter — in der Kommission sind wir damit nicht durchgedrungen, hoffen aber im Plenum jetzt damit durchzubringen — eine Verbesserung in der Behandlung der **kleinen Rentner** beantragt. Der Antrag des Herrn Abgeordneten Keil, der statt unseres Antrags im Ausschuß Annahme gefunden hat, stellt keine Verbesserung, sondern in wesentlichen Punkten eine Verschlechterung dar. Das wird der Herr Abgeordnete Keil, wie ich hoffe, inzwischen auch selbst eingesehen haben. Es wird sich nachher noch Gelegenheit ergeben, über diesen Punkt zu sprechen. Der Antrag Keil will denjenigen, welche die Kapitalertragssteuer gezahlt haben, bis zu einem gewissen Grade die Einkommensteuer erlassen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Wenn jetzt ein neuer Antrag von Ihnen vorliegt, dann wird der Fehler ja von Ihnen anerkannt. Wir haben übrigens selbst einen solchen Antrag eingebracht und werden damit für eine wesentlich mildere steuerliche Behandlung der kleinen Rentner sorgen.

Einen Nachteil der Vorlage sehen wir darin, daß in bezug auf die **Veranlagung** das von der Regierung vorgeschlagene Verfahren aufrechterhalten wird; das heißt, daß der Veranlagung für jedes Rechnungsjahr das Einkommen des Kalenderjahres zugrunde gelegt wird, das in diesem Rechnungsjahr zu Ende geht, also der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920, das am 31. März 1921 endigt, das tatsächliche Einkommen des Kalenderjahrs, das am 31. Dezember 1920 endet. Das bedeutet, daß für jedes Jahr eine vor-

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) läufige und eine endgültige Veranlagung vorgenommen werden muß, allerdings abgemildert dadurch, daß die endgültige Veranlagung für das ablaufende Rechnungsjahr gleichzeitig die vorläufige Veranlagung für das kommende Jahr ist. Aber in jedem einzelnen Falle werden mit den Steuerpflichtigen Auseinandersetzungen darüber stattfinden müssen, um wieviel die endgültige Veranlagung höher oder niedriger ist als die vorläufige, und damit werden Rückerstattungen und Nachforderungen stattfinden müssen. Das ist eine Komplikation, die meiner Ansicht nach unbedingt hätte vermieden werden müssen,

(Zustimmung bei den Deutschnationalen)

und wir werden deshalb in diesem Hause die Paragraphen, die diese Komplikation einführen, ablehnen.

Sollte unserm Ablehnungsantrag stattgegeben werden, dann behalten wir uns vor, Anträge zu stellen, auf Grund deren die doppelte Heranziehung des Kalenderjahrs 1920 für die Steuer von zwei Rechnungsjahren, der Rechnungsjahre 1920 und 21, vermieden wird.

Zu den vorliegenden Anträgen bezüglich Streichung der Bestimmungen über die Besteuerung der **einmaligen Veräußerungsgewinne** kann ich mich ganz kurz fassen. Ich kann in der Beziehung alles unterschreiben, was der Herr Berichterstatter bereits ausgeführt hat, ebenso wie die Ausführungen, die die Herren Abgeordneten ten Hompel und Dr. Becker gemacht haben. Ihre Gründe waren so durchschlagend, daß ich nicht nötig habe, sie hier zu wiederholen oder ihnen noch einen neuen Gesichtspunkt hinzuzufügen.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pohlmann.

Pohlmann, Abgeordneter: Meine Damen und (B) Herren! Die demokratische Partei hat sich bei den Verhandlungen im Steuerausschuß nicht bloß von wirtschaftlichen, sondern auch von politischen Gesichtspunkten leiten lassen. Ihr schien es unerträglich, daß in der Gegenwart durch Steuergesetze große Widersprüche zwischen den Parteien des hohen Hauses hervorgerufen würden, und sie hat darauf hingearbeitet, daß ein möglichster Ausgleich zwischen den Anschauungen der Parteien wenigstens versucht würde, daß die Schärfen vermieden würden, die sich leider doch wieder heute im Plenum eingestellt haben. Sie hat immer darauf hingewirkt, daß ein gegenseitiges Verständnis für die beiderseitigen Anschauungen vorhanden wäre. Unsere Innenpolitik eilt ja sprunghaft von einem Gegensatz zum anderen; in dem einen Augenblick sprechen wir von einer Einheitsfront aller Parteien, im anderen Augenblick schaffen wir die **Gegensätze** und verschärfen sie dadurch, daß wir uns nicht **bei den Steuergesetzen** auf eine gewisse mittlere Linie verständigen können.

Dieser Widerspruch ist um so bedauernswerter, als gerade in diesen Tagen Herr Briand den **Gegensatz zwischen** den deutschen **Arbeitern und Unternehmern** bedrohlich zu gestalten versucht hat. Herr Briand versucht, die deutschen Arbeiter gegen die Unternehmer aufzuhetzen und ihnen klar zu machen, daß die deutschen Arbeiter nicht arbeiten dürften für die verabscheuungswürdigen deutschen Kapitalisten, wohl aber für die liebenswerten französischen Kapitalisten.

In dem gegenwärtigen Augenblick wäre es deshalb sehr wünschenswert, wenn die heutige Debatte sich in der Stimmung vollzogen hätte, in der die Debatte im Ausschuß zu Ende gekommen ist, nämlich in der Stimmung einer Versöhnlichkeit und Annäherung an die gegenseitigen Anschauungen. Daß heute wieder die Gegensätze so schroff hervorgetreten sind, halte ich für außerordentlich bedauernswert.

(C) Es ist gegen die vorliegende Novelle von links eine sehr scharfe Kritik geübt worden; ich glaube aber, daß diese scharfe Kritik sich nicht so sehr auf die vorliegende Novelle, sondern auf das geltende Gesetz zu beziehen hat. Wenn man an einem **Steuergesetz** die schärfste Kritik üben kann, so übt man sie in der Form, daß man sagt, daß das geltende Gesetz zweierlei erreicht hat, nämlich es hat kein Geld in den Beutel des Staats, wohl aber eine **Erschütterung der öffentlichen Moral** gebracht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man einem Gesetz solche Vorwürfe nachsagen kann, und zwar mit einem gewissen Recht, so muß man zu der Erkenntnis kommen, daß das Gesetz damals verfehlt war und daß man dieses Gesetz abändern muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich beziehe mich dabei auf ein einwandfreies **Zeugnis des Berliner Anwaltvereins.** Dieser schreibt:

> Unter der Einwirkung dieser gesetzlichen Vorschriften droht eine vollständige Verwirrung der sittlichen Begriffe einzutreten; während die rechtlich denkenden Leute sich durch die drohende Fortnahme des Vermögens von dem Abschluß notwendiger Rechtsgeschäfte abhalten lassen, werden täglich neue Wege gesucht, um durch wahrheitswidrige Angaben und durch neue Mittel und Wege der Besteuerung zu entgehen. Es werden neben dem notariellen Vertrag Zahlungen geleistet, die dem Notar verschwiegen werden. Es werden Nebenverträge aller Art geschlossen, denen gegenüber jeder Hinweis auf die Nichtigkeit derartiger Geschäfte nutzlos ist, weil sich die Beteiligten lieber auf die Erfüllung nichtiger Geschäfte von seiten des Gegenkontrahenten verlassen und sich (D) der Gefahr einer Anfechtung aussetzen, als daß sie den Liquidationserlös ihres Vermögens sich als Gewinn wegsteuern lassen.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn von einem solchen Verein eine derartige Kritik geübt wird, so müssen wir dazu kommen, das bestehende Gesetz abzuändern. Wir können es, trotzdem ja eigentlich noch gar keine Erfahrungen mit diesem Gesetz vorliegen. Wir müssen feststellen, daß dieses Gesetz, das wir jetzt abändern, überhaupt noch nicht in Wirksamkeit und in Kraft getreten ist.

(Zuruf rechts: Das ist ja das Beste daran!)

Also: ein Gesetz, das bereits ein Jahr besteht, ist überhaupt noch nicht in Wirksamkeit getreten. Ich will hier nicht darauf eingehen, aus welchen Gründen das alles gekommen ist, aber ich will doch folgendes sagen: die Unmöglichkeit der Durchführung dieses Gesetzes war es, die es mit sich brachte, daß wir unsere Anschauung über dieses Gesetz abändern mußten.

Nun hat der Herr Abgeordnete Keil gesagt: Die Novelle, wie sie jetzt vorliegt, wäre ein Verdienst derjenigen Herren, die auf der linken Seite dieses Hauses sitzen. Ich glaube, das ist eine irrtümliche Darstellung der Dinge, die sich abgespielt haben. Gerade im Gegensatz zum Herrn Abgeordneten Keil muß ich feststellen, daß die Vorlage, wie sie nunmehr vorliegt, ein Werk der Regierungsparteien ist, ein Werk der sogenannten bürgerlichen Parteien.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist notwendig festzustellen, weil die Haupterleichterung und der Hauptinhalt dieses Gesetzes dahin geht, alle **Einkommensstufen** bis zu 24 000 Mark sehr wesentlich — bis zu 10 Prozent nämlich — in ihren **Steuersätzen** zu ermäßigen. Wir haben große Bedenken gehabt, ob wir so weit entgegenkommen sollen, und ich meine,

(**Pohlmann**, Abgeordneter.)

(A) es wird kaum einen Finanzminister geben, der jemals eine derartige Ermäßigung beschlossen hat, und kaum einen Reichstag, der jemals einer solchen Steuerermäßigung zugestimmt hat. Wir stellen das fest, weil wir unsererseits gern gesehen hätten, daß auch unsere anderen Wünsche zum Einkommensteuergesetz, zum Beispiel eine Herabsetzung in den oberen Sätzen, jetzt erreicht worden wären. Wir haben aber darauf verzichtet. Wir haben auch weiter darauf verzichtet, darauf zu dringen, mit diesem Einkommensteuergesetz zusammen die indirekten Steuern, die ja kommen müssen, zu erledigen, wie seinerzeit, als wir das große Reformwerk abschlossen, die indirekten Steuern mit erledigt wurden, und daß besonders der ganze konstruktive und organische Aufbau unserer **Einkommen- und Besitzsteuern** wirklich nun einmal vorgenommen wird. An diesem Aufbau fehlt es. Wir müssen an die Nachprüfung der Kapitalertragssteuer, der Körperschaftssteuer, der Erbschaftssteuer, der Besitzsteuer herangehen. Wir müssen prüfen, wie sich alle diese Gesetze zueinander und zum Reichsnotopfer stellen. Die Deutsche Demokratische Partei macht diese Nachprüfung der Einkommen- und Besitzsteuern zu ihrem Programmteil. Deshalb sage ich: wenn wir heute auch dies Werk abschließen, so tun wir es lediglich, um es in sich abzuschließen. Wir wollen es nicht zum Druckmittel für irgendwelche anderen Zwecke benutzen. Wir schließen das Werk in sich ab; aber wir bitten gleichzeitig, daß die Akten über die direkten Steuern im Reich nicht geschlossen, nicht weggelegt werden, sondern daß baldmöglichst an eine Neuprüfung auch der anderen Einkommen- und Besitzsteuern herangetreten wird.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Die Beratung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über Art. I.

(B) (Unruhe.)

— Ich bitte aber jetzt um Ruhe! —

Ich rufe zunächst auf Ziff. 1a.

Hierzu liegen zwei gleichlautende Anträge, der Antrag Keil, Ryssel auf Nr. 1718 unter 1 und der Antrag Bartz (Hannover) auf Nr. 1736 unter 1, vor, die Ziff. 1a zu streichen.

Wer diesen Anträgen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist abgelehnt.

Ziff. 1a ist sonst nicht beanstandet; — sie ist angenommen.

Zu Ziff. 1 liegt ein Antrag vor — —

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Ich bitte ums Wort! — Zurufe: Die Besprechung ist geschlossen! — Unruhe.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Ich habe die bisherige Debatte auch so aufgefaßt, daß sie sich nur auf die Ziff. 1a beziehen sollte. Es sind noch einige Spezialfragen zu den folgenden Absätzen zu besprechen.

Präsident: Dann bitte ich aber das hohe Haus, sich noch auf einige Stunden einzurichten.

(Heiterkeit.)

Das Wort zu Ziff. 1 hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Ich verzichte!)

— Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich verzichtet. Wird sonst das Wort gewünscht? — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Keil, Abgeordneter: Zu der Ziff. 1 liegt ein Antrag (C) Dr. Helfferich vor, der verlangt, daß im § 12 Nr. 7 die Worte „nach der **Minderung der Erwerbsfähigkeit** bemessene“ gestrichen werden sollen. Dieser Antrag ist im Ausschuß Gegenstand einer längeren Aussprache gewesen, in der insbesondere von den Vertretern der Regierung die stärksten Bedenken gegen diesen Antrag geltend gemacht wurden, er ist im Ausschuß auch abgelehnt worden. Die Annahme dieses Antrags hätte die Konsequenz, daß schließlich auch die **Pensionen** aller **Beamten** für steuerfrei erklärt werden müßten. Aus diesem Grunde schon ist der Antrag nicht annehmbar.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über Ziff. 1.

Hier ist der Absatz unter a nicht beanstandet; ich erkläre ihn für angenommen.

Zu dem Absatz unter b liegt der Antrag Dr. Helfferich, Dr. Oberfohren und Thomsen auf Drucksache Nr. 1723 unter 1 vor, im § 12 Nr. 7 die Worte „nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit bemessene“ zu streichen. Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Abs. b nach dem Ausschußantrag angenommen.

Wir kommen zu c. Hier liegt ein Antrag Keil-Ryssel auf Nr. 1718 unter 2 vor, diese Ziffer zu streichen, und ein gleichlautender Antrag Bartz Nr. 1736 unter 3.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Keil.

Keil, Abgeordneter: Der Antrag ist durch Ablehnung des Antrags zu Ziff. 1a erledigt und ebenso, wenn ich das gleich anführen darf, der Antrag unter Ziff. 5 auf Drucksache Nr. 1718.

(D)

Präsident: Vielleicht sagen Sie das nachher, wenn wir so weit sind.

Wird das auch von den anderen Herren Antragstellern für erledigt erklärt?

(Zustimmung.)

Die Anträge sind also erledigt. — Ziff. 1 ist angenommen.

Wir kommen dann zu Ziff. 2. Hier liegt ein Antrag Keil-Ryssel auf Nr. 1718 unter 3 vor, in den letzten drei Zeilen die Worte „und nicht aus steuerfrei gebildeten Rücklagen (§ 59a) gedeckt“ zu streichen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Keil.

Keil, Abgeordneter: Ich bitte, die Entscheidung über diese Ziff. 2a bis zur Entscheidung über § 59a zurückzustellen.

Präsident: Also das wird zurückgestellt bis § 59a.

Dann kommen wir zu b. Das ist von keiner Seite beanstandet, also angenommen.

Zu c hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz**, Abgeordneter: Wir haben zu diesem Absatz den Antrag gestellt, das Wort „kirchliche“ zu streichen und den Satz von 10 vom Hundert auf 5 vom Hundert zu ermäßigen. Wir stimmen auch jetzt noch mit dem Prinzip der Regierungsvorlage überein, daß der **Abzug für** derartige **Vereinigungen** überhaupt unzweckmäßig ist. Wir verkennen aber nicht, daß im Augenblick die restlose Beseitigung der Vergünstigung für gewisse Einrichtungen sehr nachteilig sein kann, und haben deshalb darauf verzichtet, den Antrag zu stellen, den ganzen Absatz zu streichen. Wir halten es aber für ein weit über das sachlich berechtigte hinausgehendes Verlangen, wenn jetzt wiederum entgegen

(Dr. Hertz, Abgeordneter.)

(A) den Beschlüssen der ersten Lesung der Steuersatz, der abziehbar sein soll, auf 10 Prozent festgesetzt ist.

Wir halten es außerdem für überaus unbillig, den **kirchlichen Vereinigungen** eine Sonderstellung einzuräumen. Kirchliche Vereinigungen haben Steuerrechte. Mittel, die sie für ihre Zwecke gebrauchen, können sie deshalb auf diesem Wege von den ihnen Angehörenden einziehen.

Ich wende mich aber auch gegen den Antrag der Demokraten, den Begriff **„kulturfördernde" Vereine** neu einzufügen. Dieser Begriff ist wegen seiner Unbestimmtheit gerade durch andere Worte ersetzt worden. Im übrigen kehrt hierbei auch das Verlangen wieder, diese Steuerfreiheit auch den Beiträgen für **politische Vereinigungen** zugänglich zu machen. Das würde, wie wir bereits bei der ersten Lesung betont haben, dazu führen, daß die Rechtsparteien dieses Hauses die Wahlkosten vom Reich ersetzt bekommen. Zu diesem Standpunkt liegt absolut keine Veranlassung vor. Ebensowenig Veranlassung aber erblicken wir auch dafür, rechtsverbindliche Vereinbarungen, die Privatpersonen geschlossen haben, als verbindlich für das Reich anzuerkennen. Wir bitten deswegen, unserem Antrage zuzustimmen und den Antrag der Herren Pohlmann und Keinath abzulehnen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Wirth, Reichsminister der Finanzen: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie dringend, den Antrag Pohlmann-Keinath, die Worte **„kulturfördernde, politische"** wieder in das Gesetz hineinzubringen, abzulehnen. Bei der Finanznot des Reichs ist es nicht gerechtfertigt, politischen **Vereinigungen** Gelder zuzuweisen, die für das Reich unbedingt erforderlich sind.

(Zuruf rechts: Kulturfördernde!)

— Das haben wir nun genau umschrieben. Wir haben (B) diesen unbestimmten Begriff absichtlich in der Kommission genau umschrieben so, wie jetzt es die Kommission verlangt.

Die Abgeordneten Keil und Genossen haben einen weiteren Antrag gestellt. Sie haben auch verlangt, das Wort „kirchliche" zu streichen. Ich bedaure, daß sie das mit dem Antrage verbunden haben, die Worte: „zehn vom Hundert" durch „fünf vom Hundert" zu ersetzen. Sie werden es dem Reichsminister der Finanzen nicht verübeln, wenn er den Antrag Keil, statt „zehn vom Hundert" „fünf vom Hundert" zu nehmen, begrüßt. Ich würde diesem Teil des Antrags zustimmen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Pohlmann.

Pohlmann, Abgeordneter: Ich bitte, bei unserem Antrage über „kulturfördernde" und „politische" gesondert abzustimmen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Ich bitte den Herrn Präsidenten, bei unserem Antrage auch insofern getrennt abzustimmen, daß die Entscheidung über die Streichung des Wortes „kirchliche" und über die Frage, ob diese Beiträge bis zu zehn vom Hundert oder bis zu fünf vom Hundert steuerfrei bleiben sollen, getrennt herbeigeführt wird, und erkläre gleich, daß für uns die Steuerfreiheit für diese Beiträge bis zu zehn vom Hundert des Einkommens vollkommen unannehmbar ist.

Präsident: Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die mit den Anträgen Keil-Ryssel und gleichlautend Bartz das Wort „kirchliche" aus der Ziff. 7 von c streichen wollen, sich (C) vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Anträge sind abgelehnt.

Ich bitte diejenigen, welche, dem Antrage Pohlmann-Keinath auf Nr. 1724 unter 1 entsprechend, zunächst das Wort „kulturfördernde" in diese Zeile einsetzen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nun bitte ich, daß diejenigen Damen und Herren, welche mit demselben Antrag der Abgeordneten Pohlmann-Keinath das Wort „politische" in diesen Paragraphen einfügen wollen, sich vom Platze erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist auch abgelehnt.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche mit den Abgeordneten Keil-Ryssel auf Nr. 1718 unter 4 und auch Bartz in der fünften Zeile statt „zehn vom Hundert" sagen wollen „fünf vom Hundert", sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau bleibt zweifelhaft; wir müssen also zählen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte, daß diejenigen Damen und Herren, welche den Anträgen Keil-Ryssel und Bartz, „fünf vom Hundert" zu setzen, zustimmen wollen, den Saal durch die Ja-Tür, rechts von mir, und diejenigen, die ihn ablehnen wollen, den Saal durch die Nein-Tür, links von mir, betreten. Ich bitte die Damen und Herren, den Saal zu verlassen.

(Geschieht.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen. (D)

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt.

(Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter **Nacken:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Malkewitz:** Nein!

Schriftführerin Abgeordnete **Bohm-Schuch:** Ja!

Schriftführer Abgeordneter **Heile:** Nein!

Präsident: Ja!

(Pause.)

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Mit Ja haben 138 Damen und Herren gestimmt, mit Nein 141; die Anträge sind also abgelehnt.

(Bravo! rechts.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Dr. Helfferich, Dr. Oberfohren, Thomsen auf Nr. 1712 unter 1 im § 13 Ziff. 7 den Zusatz:

> Das nach Abzug dieser Beträge verbleibende steuerbare Einkommen wird mit dem gleichen Hundertsatz besteuert, der sich ohne diesen Abzug ergibt —

zu streichen.

Wer dieser Streichung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

(Präsident.)

(A) Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den zweiten Antrag Pohlmann-Keinath auf Nr. 1724, für den Fall der Ablehnung des ersten als Abs. 2 anzufügen:

Soweit rechtsverbindliche Verpflichtungen eingegangen sind, bleibt die Bestimmung des Gesetzes vom 29. März 1920 in Kraft.

Wer diesen Zusatz Pohlmann beschließen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zu 2d. Hier liegt der Antrag Keil-Ryssel auf Nr. 1718 und Bartz (Hannover) auf Nr. 1736 der Drucksachen vor, die beide dies streichen wollen.

Wer dieser Streichung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Ziff. 2e. Hierzu hat das Wort der Herr Abgeordnete Veltin.

Veltin, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag soll den besonderen Verhältnissen des **Weinbaues** Rechnung tragen. Den wenigsten Mitgliedern des hohen Hauses dürfte es bekannt sein, daß bei unseren klimatischen Verhältnissen der Ertrag der Weinberge ein sehr wechselnder ist. Unter zehn Erntejahren rechnet man mit zwei guten, vier mittleren und sechs Mißernten. Der Winzer nimmt diese Mißjahre aber in Kauf, weil er weiß, daß ein demnächst eintretendes gutes Jahr ihm die erlittenen Verluste wieder einbringt. Diese Verluste können sich in einer Reihe von Jahren folgen. Trifft nun eine gute Ernte ein, darf der Winzer nach diesem Entwurf nur ein Jahr aufrechnen, nicht aber die anderen **Verlustjahre,** die in unserer Zone einen (B) natürlichen Vorgang im Weinbau bedeuten. Des weiteren wird diese Ausgleichsernte mit einem hohen Steuersatze erfaßt. Dieser unbeabsichtigten Härte will der Antrag begegnen, und ich bitte um gefällige Annahme.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Wir haben den Antrag gestellt, die Ziffer 2e überhaupt zu streichen. Wir erblicken in dieser Ziffer 2e einen hochbedenklichen Einbruch in das ganze Prinzip der Einkommensteuer. Wenn der Grundsatz anerkannt wird, daß ein **Verlust aus einem Jahre auf das Einkommen des anderen Jahres angerechnet** werden kann, so gibt es, wie der Antrag Veltin schon zeigt, der sich mit dem einen Jahre nicht begnügen, sondern auf drei Jahre zurückgreifen will, einfach keine Grenze mehr. Ich habe mich gefreut, daß die Regierung im Ausschuß mit Entschiedenheit nicht bloß dem Antrag Veltin, sondern auch dem jetzt Ausschußantrag gewordenen Antrag der Regierungsparteien widersprochen hat, — im Ausschuß leider ohne Erfolg. Ich hoffe, daß sie diesen Widerspruch auch hier im Plenum aufrechterhält und daß er hier Erfolg haben wird.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Dr. **Wirth,** Reichsminister der Finanzen: Der Herr Abgeordnete Keil hat durchaus zutreffend ausgeführt, daß der Antrag Veltin deutlich zeigt, welche Folgerungen aus 2e entstehen. Wenn man den Einkommensteuerbegriff derartig verändert, dann ist der Antrag Veltin verständlich. Ich bitte deshalb, dem Herrn Abgeordneten Keil zuzustimmen, daß 2e, wie es hier die Kommission vorschlägt, wieder aus dem Gesetz verschwindet.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. (C)

Wer entsprechend den Anträgen auf 1718 unter 6 und 1736 unter 6 der Herren Abgeordneten Keil-Ryssel bezw. Bartz die Ziff. 2e streichen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Streichung ist beschlossen.

Damit ist auch der Zusatzantrag Veltin auf Nr. 1716 (berichtigt) hinfällig geworden.

Wir kommen nunmehr zu f. Hier beantragen die Abgeordneten Keil-Ryssel auf 1718 unter 7 und Bartz auf 1736 unter 7 eine andere Fassung.

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Der Antrag ist lediglich die Konsequenz des soeben gefaßten Beschlusses.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Dr. **Wirth,** Reichsminister der Finanzen: Ich glaube, den Herrn Abgeordneten Keil richtig dahingehend verstanden zu haben, daß diese Frage mit der vorhergehenden im engsten Zusammenhang steht.

(Abgeordneter Keil: Rein redaktionell!)

Rein redaktionell!

Präsident: Der Antrag muß aber doch zur Abstimmung gebracht werden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Keil-Ryssel auf Nr. 1718 Ziff. 7 ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau bleibt zweifelhaft; wir müssen also auszählen. (D)

Ich bitte diejenigen, die dem Antrag Keil zustimmen wollen, durch die Ja-Tür, diejenigen, die ihn ablehnen wollen, durch die Nein-Tür den Saal wieder zu betreten.

Ich bitte die Damen und Herren, den Saal zu verlassen.

(Geschieht.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt.

(Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführer Abgeordneter **Nacken:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter Dr. **Pfeiffer:** Ja!

Schriftführerin Abgeordnete **Bohm-Schuch:** Ja!

Schriftführer Abgeordneter **Heile:** Nein!

Präsident: Ja!

(Pause.)

Es sind abgegeben 119 Stimmen mit Nein, 155 Stimmen mit Ja; die Fassung Keil zu f ist also angenommen. Der Antrag Bartz Nr. 1736 unter 7 erledigt.

Wir kommen nunmehr zur Ziff. 3. Sie ist von keiner Seite beanstandet, — unverändert angenommen.

Wir kommen zur Ziff. 4, dem § 17 eine neue Fassung zu geben. Hierzu liegt auf Nr. 1711 der Antrag Gerauer, Leicht und Genossen vor, den § 17 in der Fassung der Regierungsvorlage wieder herzustellen.

(Zurufe.)

(Präsident.)

(A) — Zunächst liegt der Antrag vor, die Regierungsvorlage wieder herzustellen; wenn dieser Antrag angenommen ist, sind alle andern erledigt. —

Ich bitte also diejenigen, welche dem Antrage Gerauer-Leicht zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zu den Anträgen auf Nr. 1720. Dort beantragen die Herren Abgeordneten ten Hompel, Dr. Becker (Hessen) und Pohlmann zunächst unter 1, in Nr. 4 des Art. I in dem letzten Satze des dort vorgeschlagenen Abs. 1 des § 17 die Worte „aus Beschäftigung in einem dem Haushaltungsvorstande fremden Betriebe" zu streichen, und auf Drucksache Nr. 1712 unter 2 beantragen die Herren Abgeordneten Dr. Helfferich, Dr. Oberfohren und Thomsen das gleiche.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Anträgen zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Nunmehr liegt noch ein Antrag ten Hompel, Dr. Becker (Hessen) und Pohlmann auf Nr. 1720 Ziff. 2 vor, der Nr. 4 des Art. I folgende Vorschrift unter b anzufügen:

b) Ferner wird im Abs. 3 das Wort „Zusammenrechnung" ersetzt durch das Wort „Zusammenveranlagung".

Ich bitte diejenigen, welche dem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Ziff. 5 ist nicht beanstandet, — angenommen.

Wir kommen zu Ziff. 5a. Hierzu liegt auf der neu verteilten Drucksache Nr. 1745 ein Antrag Düwell vor, der dem Steuertarif eine andere Fassung geben will.

(B) Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz,** Abgeordneter: Wir sind leider nicht in der Lage, diesem Antrage unsere Zustimmung zu geben, da er eine Reihe von inneren Widersprüchen enthält, die uns diese Zustimmung unmöglich machen.

Präsident: Weitere Wordmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte, daß diejenigen, die dem Antrage Düwell zustimmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich erkläre 5a für angenommen.

Wir kommen jetzt zur Ziff. 5b. Hierzu liegt zunächst wieder ein Antrag Keil-Ryssel auf 1718 unter 8 und ein gleichlautender Antrag Bartz (Hannover) auf 1736 unter 8 vor, die Ziff. 5b zu streichen. Ich bitte diejenigen, die diesen Anträgen zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Anträge sind abgelehnt.

Nun liegt hier noch der Antrag ten Hompel, Dr. Becker (Hessen), Pohlmann auf Nr. 1720 unter 3 vor: der Nr. 5b des Art. I folgende Fassung zu geben:

5b) Der § 22 wird gestrichen.

Ich bitte, daß diejenigen, welche diesem Antrage zustimmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ten Hompel und Genossen ist angenommen.

Nunmehr liegt hierzu noch ein Antrag Dr. Helfferich, Dr. Oberfohren und Thomsen auf Nr. 1712 Ziff. 3 vor im § 22 Abs. 2 den Zusatz „bis zur Höhe von 50 000 Mark" zu streichen.

(Zuruf: Ist erledigt.)

— Ist erledigt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Keil. (C)

Keil, Abgeordneter: Wir haben soeben eine merkwürdige Abstimmung vorgenommen, erst haben wir einen Antrag auf Streichung abgelehnt und nachher einen Antrag auf Streichung angenommen. Wir sind aber immerhin zu dem Ergebnis gekommen, daß wir erzielen wollten. Nur ist die Sache formell nicht ganz in Ordnung. Es darf nicht, wie es in dem angenommenen Antrage heißt, lauten: den § 22 zu streichen, — sondern es muß formell so lauten, wie ich es beantragt hatte, nämlich: die Ziff. 5b zu streichen. Sonst bliebe nämlich, wenn wir das nicht feststellen, von der Ziff. 5b die Einleitung übrig: „Der § 22 erhält folgende Fassung", und diese Fassung selbst wäre gestrichen. Deshalb wäre es richtiger gewesen, unsere Fassung anzunehmen.

Präsident: Wir werden also zunächst im allgemeinen Einverständnis diese Zeile mitstreichen und im übrigen etwaige Unstimmigkeiten bis zur dritten Lesung ausgleichen.

Ich rufe nunmehr auf Ziff. 5c. Dazu liegt ein Antrag Keil-Ryssel auf 1718 unter 8 und Bartz auf 1736 unter 8 vor, sie zu streichen.

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich sich zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

— Ich bitte, recht entschieden zu stehen oder zu sitzen.

(Große Heiterkeit.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht. Die Streichung ist beschlossen.

Dann müssen wir noch über die Nr. 4 des Antrages ten Hompel auf 1720 unter 4 abstimmen, der an Stelle des gestrichenen Absatzes 5c als neue Fassung vorschlägt:

5c) In den §§ 23, 24 und 25 werden die Worte „steuerpflichtigen Einkommen" ersetzt durch die Worte „steuerbaren Einkommen". (D)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Die Sache muß klargestellt werden, weil sonst niemand versteht, um was es sich handelt.

Die Konsequenz des vorhin gefaßten Beschlusses, den neubeantragten § 22 zu streichen, ist, daß der Antrag Nr. 5c, die §§ 23 bis 25 vollkommen zu streichen, nicht angenommen werden kann. Es ist nun vorhin beschlossen worden, den Antrag des Ausschusses auf Streichung der §§ 23 bis 25 abzulehnen; das ist ganz in Ordnung. Denn die §§ 23 bis 25 des geltenden Gesetzes müssen bestehen bleiben, nachdem beschlossen worden ist, den neubeantragten § 22 abzulehnen. Nun wollen die Herren ten Hompel und Genossen aber in den nach dem jetzt gefaßten Beschlusse bestehenbleibenden §§ 23, 24 und 25 eine Änderung vornehmen. Das ist meines Erachtens jetzt noch möglich, und es kann eine entsprechende Abstimmung stattfinden.

Präsident: Dann bitte ich, daß diejenigen Damen und Herren, welche dem eben zitierten Antrag ten Hompel zustimmen wollen, sich erheben.

(Geschieht. — Zurufe: Einstimmig!)

Einstimmig angenommen.

Numehr kommen wir zu Ziff. 5d. Hier möchte ich in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: Zuerst über den Antrag Düwell Nr. 1745 zu 2.

(Zuruf: Der Antrag ist erledigt.)

— Der Antrag Düwell ist erledigt. Sodann beginnen wir mit dem Antrag Bartz auf Nr. 1736 unter 9, dann folgt der Abänderungsantrag Trimborn auf Nr. 1726, endlich der Abänderungsantrag Helfferich auf Nr. 1723.

(Präsident.)

(A) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Bartz auf Nr. 1736 unter 9:

in Ziff. 5d nach den Worten „120 Mark“ hinzuzufügen „sofern das Jahreseinkommen 30000 Mark nicht übersteigt“,

zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr liegt auf Nr. 1726 unter 1 ein Abänderungsantrag Trimborn, Dr. Becker (Hessen), Pohlmann, Leicht und Genossen vor, welcher dem Art. I in Nr. 5d eine andere Fassung geben will.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz,** Abgeordneter: Hierzu liegt noch ein Abänderungsantrag vor, der eben erst verteilt worden ist, auf Drucksache 1749, für den Fall der Annahme des Antrags auf 1726 andere Sätze einzufügen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Die Sache liegt folgendermaßen: Sie haben zur Hand den Antrag 1726 Dr. Trimborn, Dr. Becker (Hessen), Pohlmann, Leicht und Genossen. Hierzu ist nun ein Abänderungsantrag Dr. Hertz-Ryssel auf Drucksache 1749 gestellt, für den Fall der Annahme des Antrags Trimborn im § 26 Abs. 1 die Worte

„60 000 Mark“ durch „30 000 Mark“ und
„100 000 Mark“ durch „60 000 Mark“

zu ersetzen. Ehe wir also zur Abstimmung über den Antrag Trimborn kommen, lasse ich über den Abänderungsantrag Dr. Hertz-Ryssel abstimmen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

(B) Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Wer nunmehr dem unveränderten Antrag Trimborn und Genossen auf Drucksache 1726 unter 1 zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zu dem Zusatzantrag Dr. Helfferich, Dr. Oberfohren, Thomsen auf Drucksache Nr. 1723 unter 2, in § 26 dem Absatz 1 noch einen Antrag hinzuzufügen.

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zu Ziff. 5e.

Hierzu liegt vor ein Antrag Bartz (Hannover) und Genossen auf 1736 unter 10, die Ziff. 5e zu streichen. Der gleichlautende Antrag Keil ist wohl zurückgezogen?

(Abgeordneter Keil: Herr Präsident, es ist schon über das Ganze abgestimmt worden!)

— Hier lag ein handschriftlicher Antrag vor.

(Zuruf.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Ich habe vorhin dem Herrn Präsidenten die Erklärung abgegeben, daß in dem Antrag auf Nr. 1718 unter Ziff. 8 die Worte „und 5e“ infolge eines Redaktionsirrtums Aufnahme gefunden haben. Diese Worte sind in dem Antrage zu streichen.

Präsident: Wird der Antrag Bartz (Hannover) auf Streichung dieser Ziffer aufrechterhalten?

(Wird bejaht. — Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

(C) Ich bitte diejenigen, die nach dem Antrage Bartz (Hannover) auf Nr. 1736 unter 10 die Ziff. 5e streichen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf Ziff. 6. Abänderungsanträge liegen nicht vor; sie ist angenommen.

Ziff. 7 — ist abgelehnt vom Ausschuß.

Ziff. 8. — Angenommen.

Zu Ziff. 8a liegt ein Antrag Keil-Ryssel auf Nr. 1718 unter 9 vor, diese Ziffer zu streichen. Ich darf damit wohl gleich die Ziff. 8b und 8c verbinden, wo der gleiche Antrag auf Streichung vorliegt.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir stehen hier an den Bestimmungen, die die Erweiterungen der Abstreichungen und die **steuerfreien Rücklagen** betreffen. Damit steht auch die vorhin zurückgestellte Ziffer 2a im Zusammenhang.

Sachlich möchte ich zu den Anträgen auf Streichung ganz kurz nur noch folgendes sagen: Schon im Ausschuß ist von unseren Vertretern nachdrücklich erklärt worden, daß wir allen wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen wollen. Wir sind der Meinung, daß dazu die bisherige Fassung des Gesetzes vollkommen genügt, zumal dann, wenn, wie wir es im Ausschuß beantragt haben, noch ein Zusatz gemacht wird, wie er jetzt zu dem § 59a gemacht worden ist, wonach der Reichsfinanzminister berechtigt ist, Richtlinien für die Abschreibungen und Rücklagen aufzustellen, die beim Wechsel der wirtschaftlichen Verhältnisse korrigiert werden können, wenn es sein muß, von Jahr zu Jahr. Aber wir erblicken in den neuen Vorschriften, und zwar auch hier wieder in Übereinstimmung mit Anschauungen, die von der Regierung vertreten worden sind, eine große Gefahr der Steuerhinter- (D) ziehung und möchten deswegen eine so weitgehende gesetzliche Ermächtigung, steuerfreie Rücklagen zu machen, nicht festgelegt wissen.

Bei der vorjährigen Beratung des Einkommensteuergesetzes ist diese Frage schon eingehend besprochen worden. Als damals Anträge gestellt wurden, die viel weniger weit gingen als die jetzt zur Abstimmung stehenden, hat sich der damalige Berichterstatter, der demokratische Abgeordnete Dr. Blunck, mit größter Entschiedenheit gegen diese Anträge gewandt und es — wörtlich! — als ganz undenkbar bezeichnet, Bestimmungen zu treffen, die, wie gesagt, viel weniger weit gingen als die, die jetzt beantragt sind. Ich glaube, das allein beweist schon, wie sehr wir im Rechte sind mit unseren Bedenken.

Es ist vorhin in der allgemeinen Debatte von einem der Herren Redner — es war wohl der Herr Abgeordnete ten Hompel — Bezug genommen worden auf die Meinung des Senatspräsidenten Dr. Strutz beim Reichsfinanzhof. Wenn mich nicht die Geschäftslage des Hauses daran hindern würde, könnte ich Äußerungen und Gutachten dieses in der Handhabung der Steuerrechtsprechung so überaus erfahrenen Fachmannes zum Vortrag bringen, die mit all ihrem Schwergewicht gegen Bestimmungen dieser Art sprechen. Ich will aber auf Einzelheiten nicht eingehen und das Haus nicht weiter mit dem Vortrag dieser Materialien in Anspruch nehmen. Ich begnüge mich damit, das Haus um Annahme unseres Antrages auf Streichung zu bitten.

Für den Fall aber, daß die prinzipielle Streichung dieser neuen Bestimmungen nicht beschlossen werden sollte, haben wir den Antrag gestellt, daß die Rücklagen, die nach § 59a steuerfrei vorgenommen werden dürfen, nur dann zulässig sein sollen, wenn sie bilanzmäßig fortdauernd ausgewiesen werden. Im Ausschuß ist schon davon die

(Keil, Abgeordneter.)

(A) Rede gewesen; dort hat man es für selbstverständlich gehalten, daß sie bilanzmäßig ausgewiesen werden müssen, aber eine Bestimmung nicht einfügen mögen, weil es zahlreiche Steuerpflichtige gebe, die eine Bilanz nicht aufstellen. Für diese Fälle aber, in denen eine Steuerbilanz nicht aufgestellt wird, hat selbstverständlich das Reichsfinanzministerium Vorschriften zu treffen, durch die den Steuerpflichtigen vorgeschrieben wird, wie sie die Sicherstellung der Rücklagen für die im Gesetz vorgesehenen Zwecke zu bewerkstelligen und nachzuweisen haben. Wenn man den Steuerhinterziehungen die Tür verschließen will, dann muß zum mindesten in die Bestimmung das Wort „bilanzmäßig" eingefügt werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete ten Hompel.

ten Hompel, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Keil hat die wirtschaftliche Notwendigkeit derartiger Bewertungsbestimmungen, wie wir sie in den Nummern 8a, b und c und im § 59a haben, mehr oder weniger zugegeben.

(Abgeordneter Keil: Die Notwendigkeit, aber nicht die Bestimmungen!)

Auch im Ausschuß hat er diesen Standpunkt vertreten. Ich glaube, sogar die Herren von ganz links haben die wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt. Es handelt sich nur darum, daß bei den Herren der Linken gewisse Befürchtungen bestehen, daß die Bestimmungen zur Steuerhinterziehung benutzt werden könnten. Diesen Gesichtspunkten haben wir in sehr weit entgegenkommender Weise Rechnung getragen, indem wir die ganze Ausführung in die Hand des Finanzministers gelegt haben. § 59a Abs. 2 besagt dies ausdrücklich, und ich glaube, es wird heute auch vom Herrn Finanzminister anerkannt, daß mit dieser Bestimmung die Bedenken, die anfänglich auch bei der Finanzverwaltung bestanden, voll beseitigt sind.

(B) Was nun den Antrag des Herrn Abgeordneten Keil betrifft, die **Rücklagen** nur dann zu gestatten, wenn sie bilanzmäßig nachgewiesen werden, so würde dieses Verfahren eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit bilden, in den meisten Fällen auch undurchführbar sein; denn ein sehr großer Teil derjenigen, die auch ein Recht darauf haben, entsprechend der heutigen Geldentwertung Rücklagen zu machen, führen keine Bücher,

(sehr richtig! rechts)

sind infolgedessen auch gar nicht in der Lage, diese Rücklagen bilanzmäßig auszuweisen. Es wird sich aber ohne weiteres die Möglichkeit ergeben, in den Steuerakten entsprechende Übersichten zu führen, so daß über die in den vergangenen Jahren gemachten Rücklagen jederzeit Nachweisungen stattfinden können.

Ich beantrage deshalb namens der Regierungsparteien, den Anträgen des Herrn Abgeordneten Keil nicht stattzugeben, sondern die vom Ausschuß in zweiter Lesung vorgeschlagene Fassung bestehen zu lassen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete ten Hompel hat gegen den Eventualantrag sprechen wollen, hat aber in Wirklichkeit für ihn gesprochen.

(Widerspruch im Zentrum.)

Er hat in seinem Schlußsatz erklärt, es würde sich ein Weg finden, auf dem man denjenigen Steuerpflichtigen, die keine Bilanz führen, die Führung einer Übersicht in ihren Steuerakten vorschreiben werde. Genau das gleiche habe ich auch gesagt, indem ich vorhin erklärt habe: Wo eine Bilanz nicht geführt wird, wird der Finanzminister in den Richtlinien, die er nach § 59a Abs. 2 erlassen soll, für diejenigen Steuerpflichtigen, die keine Bilanz führen, die Anordnungen treffen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (C) ten Hompel.

ten Hompel, Abgeordneter: Ich glaube, wir haben uns mißverstanden. Soweit ich den Antrag des Herrn Abgeordneten Keil auffasse, sollen nur diejenigen berechtigt sein, **Rücklagen** zu machen, die sie bilanzmäßig ausweisen. Damit würde dann eintreten, daß die Steuerpflichtigen, die keine Bücher führen, Rücklagen überhaupt nicht machen dürfen. Dann könnte beziehungsweise brauchte natürlich für diese auch keine Übersicht in den Steuerakten geführt zu werden. Wenn aber der Antrag des Abgeordneten Keil sagen soll — ich würde ihn sonst nicht verstehen —, daß da, wo Bücher geführt werden, diese Rücklagen bilanzmäßig ausgewiesen werden müssen, so ist der Antrag überflüssig; denn das kann der Finanzminister mit seinen Ausführungsvorschriften herbeiführen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Bestehen Bedenken dagegen, über 8a, 8b und 8c gemeinsam abzustimmen?

(Wird verneint.)

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die mit den Abgeordneten Keil-Ryssel und Bartz (Hannover) 8a, 8b und 8c streichen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist abgelehnt.

Dann müssen wir jetzt wohl die zurückgestellte Abstimmung über 2a vornehmen?

(Abgeordneter Keil: Zunächst über den Eventualantrag!)

Wir kommen also zu dem Eventualantrag ten Hompel auf Drucksache Nr. 1720.

(Rufe: Nein!)

— Einen anderen habe ich nicht hier!

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Keil. (D)

Keil, Abgeordneter: Ich habe angenommen, daß der sachlich mit diesen Bestimmungen vollkommen untrennbare neue § 59a gleich mit behandelt werden würde. Das ist nun nicht der Fall. Es muß daher über den Eventualantrag später abgestimmt werden.

(Zustimmung im Zentrum.)

Präsident: Auch der zurückgestellte Antrag 2a kommt dann später?

(Abgeordneter Keil: Ja!)

Ich rufe nunmehr auf Ziff. 9, — 10, — 11, — 12, — 13. — Angenommen.

Zu Ziff. 14 liegen zwei Abänderungsanträge vor, die beide eine andere Fassung des § 44 wünschen, nämlich der Antrag Dr. Helfferich, Dr. Oberfohren auf Nr. 1712 unter 4 und ein Antrag Keil-Simon (Schwaben) und Genossen auf Nr. 1717.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Auf diese Frage hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich bereits Bezug genommen in der allgemeinen Debatte beim Beginn der Beratung. Er hat erklärt, daß ein Antrag, den ich im Ausschuß gestellt hatte, angenommen worden ist, der sich unter der Zusammenstellung der Beschlüsse findet und der den **Kleinrentnern** viel weniger gerecht werde als der von ihm gestellte Antrag und selbst als das geltende Recht. Das wäre bis zu einem gewissen Grade richtig, wenn der Antrag lediglich in der Fassung Gesetz würde, wie er im Ausschuß beschlossen worden ist. Dessen waren wir uns aber auch bewußt, als wir über den Antrag im Ausschuß entschieden.

(Hört! Hört! rechts.)

(Keil, Abgeordneter.)

(A) Wir haben uns im Ausschuß — der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich kann sich dessen wohl entsinnen — darüber verständigt, daß er noch der Vervollständigung bedürfe. Besprechungen über diese Ausarbeitung des Antrags haben inzwischen stattgefunden. Dabei sind namentlich von der Regierung steuer- und verwaltungstechnische Bedenken gegen das neue Prinzip, das mein Antrag enthielt, geltend gemacht worden. Das Prinzip bestand darin, daß den Kleinrentnern nicht die Kapitalertragsteuer, die sie gezahlt haben, auf die Einkommensteuer angerechnet und ihnen ein etwaiger Mehrbetrag, den sie an Kapitalrentensteuern bezahlt haben, erstattet werden solle, sondern daß die Einkommensteuer von vornherein erlassen werden soll. Es sollte damit eine Entlastung der Verwaltung und eine Beseitigung vieler Widerwärtigkeiten und Mißhelligkeiten für die Steuerpflichtigen selber herbeigeführt werden. Aber den Bedenken, die vom Standpunkte der Verwaltung aus gegen dieses neue Verfahren geltend gemacht worden sind, habe ich mich in den Zwischenbesprechungen nicht verschließen können, und darum bin ich in diesem neuen Antrag zu dem bisherigen Prinzip zurückgekehrt: Anrechnung von Kapitalsteuer und deren eventuelle Erstattung da, wo die Kapitalrentensteuer mehr ausmacht als die Einkommensteuer, auf die sie anzurechnen ist. Der neue Antrag, der, wie ich verraten darf, von der Regierung formuliert worden ist, unterscheidet sich nur noch dadurch von dem Antrage Dr. Helfferich, daß er eine andere Staffelung für die **Anrechnung der Kapitalrentensteuer auf die Einkommensteuer** enthält.

Es könnte nun auf den ersten Blick so scheinen, als ob diese Staffelung, die eine hundertprozentige Anrechnung der Kapitalrentensteuer nur gestatten will, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 5000 Mark beträgt, eine erhebliche Verschlechterung gegenüber dem von mir im Ausschuß gestellten Antrag und auch gegenüber dem (B) neu gestellten Antrag Dr. Helfferich bewirkte. Tatsächlich ist das nicht der Fall, es ist nur Schein. Denn die Sache steht tatsächlich so, daß der Steuerpflichtige, wenn er allein steht und keine Familienangehörigen hat, selbst bei einem Einkommen von 6000 Mark bei einer Anrechnung keinen Pfennig Einkommensteuer zu zahlen hätte. Wenn er Familienangehörige hat, für die ihm ein Abzug an der Steuer künftig gemacht werden darf, so hängt es von der Zahl der Familienangehörigen ab, bei welcher Einkommenhöhe die Steuerpflicht mit kleinen Beträgen beginnt. Das kann bei einer größeren Familie von fünf bis sechs Köpfen bei einem Einkommen von 9- bis 10 000 Mark der Fall sein. Das bitte ich zu berücksichtigen. Es scheint nach der Staffelung dieses Antrages so, als ob die Wirkung eine andere wäre. In Wahrheit ist die Wirkung eine viel sozialere, als es auf den ersten Blick erscheint.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Es besteht ja jetzt Übereinstimmung darüber, daß der § 44 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse unmöglich und unhaltbar ist, daß er eine Verschlechterung gegenüber dem geltenden Gesetz bedeutet. Der Herr Abgeordnete Keil sagt, daß im Ausschuß schon Übereinstimmung darüber bestand. Das ist richtig, — aber erst nach der Abstimmung! Sie haben im Ausschuß erst beschlossen und dann überlegt; wir haben erst überlegt und dann Anträge gestellt. Jetzt ist die Aufmachung der beiden Anträge, unseres Antrags auf Nr. 1712 und des Antrags der Herren Abgeordneten Keil und Genossen auf Nr. 1717, dieselbe. Der Unterschied liegt lediglich in den Sätzen, und da gehen wir allerdings im Interesse der Bevölkerungsklasse, um die es sich hier handelt, nämlich im Interesse der sogenannten **Kleinrentner,** weiter als der Herr Abgeordnete Keil. Wir wünschen, (C) daß die **Kapitalertragsteuer** in vollem Umfange zurückerstattet wird bis zu Einkommen in Höhe von 10 000 Mark. Der Herr Abgeordnete Keil und Genossen wollen die volle **Zurückerstattung** nur bis zu einer Einkommenshöhe von 5000 Mark.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Sie müssen die Sache von dem Gesichtspunkte aus beurteilen, daß es sich hier um die Doppelbesteuerung der betreffenden Einkommen handelt; einmal muß die Einkommensteuer bezahlt werden, dann die Kapitalertragsteuer. Die Einkommensteuer wollen wir nicht erlassen. Wir sind aber der Ansicht, daß jemand, der ein Einkommen von nicht mehr als 10 000 Mark hat und der zu dem hier geschilderten Personenkreis gehört, allerdings einen Anspruch darauf hat, so wie die Dinge heute liegen, daß ihm die Kapitalertragssteuer in vollem Umfange erlassen wird und daß dann für die Einkommen bis zu 15 000 Mark der teilweise Erlaß stattfindet in der Weise, wie wir es beantragt haben. Ich bitte deshalb, dem Antrage auf Nr. 1712 den Vorzug vor dem Antrage auf Nr. 1717 zu geben.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich werde in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: zuerst über den Antrag Dr. Helfferich und Genossen, dann über den Antrag Keil und Genossen und für den Fall, daß beide eine Mehrheit nicht finden, über den Antrag in der Formulierung des Ausschusses.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Dr. Helfferich auf Nr. 1712 unter 4 ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Keil und Genossen auf Nr. 1717 zustimmen (D) wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Ziff. 14a.

Hierzu hat das Wort der Herr Abgeordnete Ryssel.

Ryssel, Abgeordneter: Zu dem § 45a schlagen wir vor, die hier aufgestellten **Sätze des Lohnabzugs** zu verdoppeln. Das reicht noch nicht zum steuerfreien Existenzminimum aus, auf das bereits mein Parteifreund Dr. Hertz hingewiesen hat und was auch schon von anderer Seite angeführt worden ist. In § 45a ist nur eine Sicherung für das Lohnsteuergesetz getroffen, das erst kommen soll, dessen Unterlagen wir erst in einer Regierungsdenkschrift haben. Wir stellen aber fest, daß die 120 Mark, die als abzugsfähig angesehen sind, für Lohn- und Gehaltsempfänger nicht genügen. Um das Existenzminimum möglichst von Steuern zu entlasten, ist es notwendig, für die Lohn- und Gehaltsempfänger diese Sätze zu verdoppeln, weiter aber auch beim Lohnsteuergesetz die Werbungskosten festzustellen. Auch aus einem andern Grunde besteht eine zwingende Notwendigkeit, diesen Abzug zu erhöhen. Alle Lohn- und Gehaltsempfänger werden restlos in ihrem Einkommen veranlagt, was man bei den andern Steuerpflichtigen nicht behaupten kann.

Diese unsere Auffassung wird durch einen Artikel des Herrn Dr. Franz Schulz in der „Hamburger Börsenhalle“ gestützt, der darauf hinweist:

> Das Bestreben, möglichst wenig Einkommensteuer zu zahlen, ist bei vielen Personen stark entwickelt. Es kommt sogar vor, daß der Lohn eines Arbeitnehmers den Betrag übersteigt, auf den der Arbeitgeber sein Einkommen beziffert.
>
> Ich würde empfehlen zu bestimmen, daß die Summe, auf die das Finanzamt das Einkommen

(**Nyssel,** Abgeordneter.)

(A) eines Arbeitgebers festzusetzen hat, nicht hinter dem Betrage zurückbleiben darf, der durch den Arbeitgeber dem am höchsten bezahlten Arbeitnehmer gezahlt wird.

Es heißt weiter:

> Bei den hohen Sätzen der Einkommensteuer ist es für die Arbeitnehmer, denen ein Verheimlichen ihres Einkommens nicht möglich ist, unerträglich, daß es Hunderttausende gibt, die weit besser als sie gestellt sind, aber nicht einmal die Hälfte ihres Einkommens versteuern. Die Zahl der Einkommensteuerdrückeberger wird nur dann zurückgehen, wenn die Zahl derjenigen wächst, die mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß ihnen die Unrichtigkeit ihrer unrichtigen Steuererklärung durch die Finanzämter nachgewiesen werden kann.

Der betreffende Herr, Dr. Franz Schulz, schlägt hier eine öffentliche Kontrolle der Steuererklärung vor. Ob man dadurch zum Ziele kommt, weiß ich nicht. Aber die Begründung machen wir uns zu eigen. Sie spricht dafür, daß die hier im Ausschuß festgelegten Sätze nicht genügen, daß denen, deren gesamtes Einkommen zur Steuer herangezogen wird, mindestens ein größerer Abzug als endgültig für die Lohnsteuer gesichert ist.

Zu derselben Materie liegt im Antrag Nr. 1726 ein Antrag Trimborn vor, der eine andere Berechnung vorschlägt, wonach nur für die unterhaltspflichtigen Kinder eine Erhöhung eintreten soll. Gegenüber unserm Antrag bedeutet dieser Vorschlag eine ganz bedeutende Verschlechterung. Eine Familie von fünf Köpfen, Mann und Frau und drei Kinder, würde nach unserem Vorschlag dem Arbeitnehmer einen Lohnabzug von wöchentlich 40 Mark sichern, währenddem nach dem Antrag auf Nr. 1726 ein Lohnabzug von nur 26 Mark gesichert wäre. Wir bitten Sie im Interesse aller Lohn- und Ge- (B) haltsempfänger deren Einkommen restlos erfaßt wird, dem von uns gestellten Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Auch ich bitte um Annahme dieses Antrags, sehe aber von weiteren grundsätzlichen Betrachtungen über die steuerliche Behandlung der Lohn- und Gehaltsempfänger ab. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß wir mit den Beschlüssen über den neu eingefügten Steuertarif, mit den Beschlüssen über den Abzug, der künftig an der Steuer zu machen ist, also mit den Beschlüssen zu § 26, die wir vorhin gefaßt haben, und mit den Beschlussen, die wir jetzt zu fassen im Begriffe sind, bereits dem in Aussicht gestellten **Lohnsteuergesetz** in grundsätzlichen Punkten vorgreifen. Dieses Lohnsteuergesetz soll aber noch nähere Bestimmungen treffen über die Höhe der **Werbungskosten,** die dem **Lohn- und Gehaltsempfänger** künftig zugute gerechnet werden sollen. Im Ausschuß ist die Regierung ersucht worden, bei der Plenarberatung mitzuteilen, welche Vorschläge sie hinsichtlich der Höhe dieser Werbungskosten demnächst zu machen gedenkt. Da für unsere Stellung zu den jetzt zur Beratung stehenden Punkten und zu dem Gesetze überhaupt die Erklärung, die die Regierung in dieser Frage abzugeben hat, von sehr großer Bedeutung ist, bitte ich die Regierung, sich jetzt über die Frage, wie sie sich die Berechnung und Gestaltung der Werbungskosten für die Lohn- und Gehaltsempfänger in der Zukunft denkt, auszusprechen. Das, was sie jetzt in dieser Beziehung erklärt, wird für die künftige Gestaltung des Lohnsteuergesetzes von entscheidender Bedeutung sein.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Dr. **Wirth,** Reichsminister der Finanzen: Ich darf in (C) der vom Herrn Abgeordneten Keil angeregten Frage folgende Erklärung abgeben: Eines der wesentlichsten Erfordernisse einer nach den Grundsätzen der Klarheit und Einfachheit ausgestalteten Lohnsteuer ist es, daß die sogenannten **Werbungskosten** durch ein für allemal feststehende Abzüge abgegolten werden. Die Werbungskosten sind natürlich je nach der Beschäftigungsart und nach dem Ort sehr verschieden. In einer dem 11. Ausschuß vorgelegten Denkschrift des Reichsfinanzministeriums war zunächst ein Jahresbetrag von 600 Mark für Werbungskosten angesetzt worden. Inzwischen haben im Reichsfinanzministerium eingehende Beratungen mit den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden. Dabei wurde auch von seiten der Arbeitnehmerverbände ausgeführt, daß die Werbungskosten zwischen 250 und 4000 Mark jährlich schwanken. Statistische Erhebungen über die Höhe dieser Kosten, insbesondere für Versicherungen aller Art, Fahrkosten zur Arbeitsstätte, zum Teil auch für Berufskleidung, haben ergeben, daß eine Erhöhung des Vorschlags der Denkschrift um das Dreifache, also auf einen Betrag von 1800 Mark, einem Jahresabschlag von der Lohnsteuer in Höhe von 180 Mark angemessen erscheint. Ein weiteres Entgegenkommen verträgt sich nicht mit unseren bekannten schweren finanzpolitischen Verhältnissen. Dieser Vorschlag hält auch die gerechte Mitte zwischen allen gestellten Forderungen. Daß in vielen Fällen die Werbungskosten noch höher sein werden, soll nicht bestritten werden, dafür werden sie aber auch in vielen anderen Fällen geringer sein. Solche Unebenheiten müssen eben, wenn überhaupt an dem allseitig als gesund anerkannten Gedanken einer einfachen Lohnsteuer festgehalten werden soll, in Kauf genommen werden. Schließlich dürften auch keine Bedenken gegen die Annahme einer Vorschrift bestehen, wonach in den Fällen, wo die Werbungskosten den hier vorgesehenen Abschlag um einen gewissen Prozentsatz (D) übersteigen, auf Antrag durch nachträgliche Veranlagung ein Ausgleich geschaffen wird.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Wir nehmen von dieser Erklärung der Regierung Kenntnis und vertrauen darauf, daß die Sätze, die sie im **Lohnsteuergesetz** aufnehmen wird, zum mindesten nicht hinter den Grundsätzen zurückbleiben, die in der Erklärung, die der Herr Finanzminister vorgebracht hat, enthalten sind. Wir behalten uns aber selbstverständlich vor, diese Grundsätze demnächst, wenn wir uns mit dem Lohnsteuergesetz zu befassen haben, gründlich nachzuprüfen und darüber hinausgehende Anträge zu stellen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden doch aufrechterhalten, nicht wahr?

(Zustimmung des Abgeordneten Keil.)

Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Antrag Düwell Drucksache Nr. 1745 unter 3; wird er abgelehnt, dann zu dem Antrag Bartz auf Nr. 1736, dann zu dem Antrag Keil auf Nr. 1718 unter 10 und schließlich zu dem Antrag Trimborn auf Nr. 1726 unter 2.

Ich bitte zunächst diejenigen, welche den Antrag Düwell Nr. 1745 unter 3 annehmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht. — Große Heiterkeit.)

Der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen, die dem Antrag Bartz Nr. 1736 ihre Zustimmung geben wollen, sich von ihrem Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist abgelehnt.

(Präsident.)

(A) Ich bitte diejenigen, welche dem Antrag Keil-Ryssel Nr. 1718 zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete ten Hompel.

ten Hompel, Abgeordneter: In dem Antrag Nr. 1726 Ziff. 2 ist ein Druckfehler vorgekommen. Die Einleitung muß heißen: 2. „Die Nr. 14a erhält folgende Fassung: Im § 45a" usw.

Präsident: Wer dem Antrag Trimborn Nr. 1726 mit der eben verkündeten Druckfehlerberichtigung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist so angenommen. Vielleicht, Herr Kollege ten Hompel, haben Sie die Güte, die Abänderung hier noch einzureichen.

Wir kommen nunmehr zu der Ziff. 14b. Dazu liegt vor ein Antrag Keil auf 1718 unter 11 und ein Antrag Bartz auf 1736 unter 13.

(Abgeordneter Keil: Herr Präsident, der Antrag Keil unter 11 ist durch die vorhergegangene Abstimmung erledigt. — Zuruf.)

— Also auch der Antrag Bartz 1736 unter 13. Ich darf 14b für angenommen erklären.

Die Ziff. 15 und 17 sind vom Ausschuß abgelehnt.

Dann rufe ich auf Ziff. 16, — 18, — 19, — 20. — Die einzelnen Ziffern sind angenommen.

Ziff. 21. Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Aufhäuser.

Aufhäuser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag gestellt, den § 59 in der neuen Fassung zu streichen, weil wir in diesem Vorschlag (B) eine Begünstigung derjenigen **Werkbesitzer** sehen, die **Werkswohnungen** erbauen, weil dieser § 59 tatsächlich ein Steuerprivileg für einzelne besitzende Kreise ist. Es ist bei der Begründung dieses § 59 darauf hingewiesen worden, daß hier ein Anreiz geboten werden soll, um das Privatkapital für die Bautätigkeit zu interessieren. Es ist genau dieselbe Begründung, die wir auch bei anderen ähnlichen Gesetzen bekommen haben, wenn es sich darum handelte, öffentliche Zuschüsse für Privatunternehmer zu bewilligen. Es wird hier bei der Bautätigkeit ganz ähnlich, wie es kürzlich bei dem Reedereigesetz der Fall war, die allgemeine Not als Vorwand benutzt, um aus öffentlichen Mitteln den Privatbesitzern Vorteile zuzuführen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In der Wirklichkeit ist natürlich diese steuerliche Entlastung für die Besitzer von Werkswohnungen nichts anderes als eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die mindeste Voraussetzung, wenn man zu diesem Modus übergeht, wäre die gewesen, daß man diesen Werkbesitzern ihr Verfügungsrecht einschränkt, wenn nicht vollständig nimmt. Der § 59 sieht aber nicht die geringste Sicherung vor, daß nun etwa die Mieter dieser **Kleinwohnungen** oder daß die Allgemeinheit irgendeinen Einfluß auf die Wohnungen und auf die Gestaltung der Mietpreise haben. Es erscheint uns auch nicht ausreichend, daß sich der Staat lediglich ein Vorkaufsrecht auf diese Werkswohnungen sichert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sind der Meinung, wenn aus öffentlichen Mitteln den Werksbesitzern für diese Werkswohnungen Zuschüsse gewährt werden, dann muß der Staat in irgendeiner Form an dem Besitz dieser Häuser teilhaben. Da das in § 59 nicht gesichert ist, so haben wir empfohlen, diesen Paragraphen abzulehnen.

Aber abgesehen von diesem prinzipiellen Standpunkt (C) ist es uns auch unverständlich, daß die Reichsregierung hier nicht den steuerfiskalischen Gesichtspunkt in den Vordergrund rückt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn dieser § 59 angenommen wird, so bedeutet das einen ganz erheblichen Steuerausfall, der natürlich auf der anderen Seite irgendwie wieder eingebracht werden muß, um die Bedürfnisse des Reichs zu decken, das heißt, daß über kurz oder lang auch die Belastung der konsumierenden Kreise weitere Fortschritte machen wird. Wir bedauern insbesondere von diesem rein steuertechnischen Standpunkte aus, daß dieser Steuerausfall gerade bei der Einkommensteuer von unheilvoller Rückwirkung auf den Finanzetat der Gemeinden sein muß.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Gemeinden sind in erhöhtem Maße gerade auf die Einnahmen aus der Reichseinkommensteuer angewiesen, und wenn hier durch dieses Privileg an die Besitzer der Werkswohnungen ein Ausfall an Einkommensteuern entsteht, dann ist die Folge davon, daß sich die Finanznot der Gemeinden weiter steigert und daß gerade die Bautätigkeit, die wir von den Gemeinden heute erwarten, dadurch sehr ungünstig beeinflußt werden wird.

Ich möchte dann noch darauf aufmerksam machen, daß aber auch dieser § 59 insofern für uns unannehmbar ist, weil durch die Fassung dieses Paragraphen auch nach diesem Abzug der **Prozentsatz der Restbesteuerung** außerordentlich herabgesetzt wird. Ich möchte Sie einmal zu einem Vergleich zwischen § 13 Ziff. 7 und diesem § 59 veranlassen. Bei den Abzügen, die bei den besitzenden Kreisen nach § 13 Ziff. 7 möglich sind, ist ausdrücklich vorgesehen:

> Das nach Abzug dieser Beiträge verbleibende steuerbare Einkommen wird mit dem gleichen Hundertsatz versteuert, der sich ohne diesen Abzug ergibt. (D)

Also in § 13 war vorgesehen, daß eine doppelte Erleichterung des Steuerzahlens unterbleibt. In § 59 dagegen begnügt man sich nicht damit, diesen Abzug zu gewährleisten, sondern man gibt auch das zweite Geschenk, daß nämlich der Prozentsatz der Restbesteuerung auf diese Weise herabgesetzt wird, das heißt eine doppelte Entlastung derjenigen, die zu den Besitzenden gehören.

Ich möchte schließlich noch darauf verweisen, daß auch jede Sicherung fehlt, um irgendwie auf die Mietspreissteigerung in den **Werkswohnungen** einzuwirken. Wenn nun dieser § 59 mit dem sozialen Mäntelchen umgeben wird, als würde es sich darum handeln, den Arbeitern und Angestellten Wohnungen zu verschaffen, und als wäre es ein Opfer der Besitzer dieser Werkswohnungen, lediglich gebracht im Interesse der Arbeiter und Angestellten, so ist das nach unserer Meinung eine grobe Täuschung.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Frage der Werkswohnungen, die ja nicht erst heute aufgetaucht ist, hat nach unseren Erfahrungen einen doppelten Zweck. Auf der einen Seite handelt es sich bei diesen Werkswohnungen darum, einen Teil des Kapitals auf diese Weise anzulegen und obendrein hier die Steuerfreiheit zu genießen, wie sie in § 59 vorgesehen ist. Und zum anderen besteht der soziale Zweck dieser Werkswohnungen darin, daß man die Arbeiter und Angestellten möglichst an die Betriebe bindet und ihnen damit die Lohnsteigerung, die mit der Freizügigkeit verbunden ist, unterbindet.

Deshalb sehen wir in diesem § 59 durchaus nicht die sozialen Erleichterungen für die Angestellten und Arbeiter, wie es in der Begründung heißt, sondern genau das Gegenteil. Wir beantragen, diesen § 59 zu streichen, weil hier nichts weiter als ein Mäntelchen geschaffen wird, um einen Teil des Besitzerkapitals steuerfrei zu machen

(Aufhäuser, Abgeordneter.)

(A) und weil diese Steuerfreiheit einzelner Besitzerkreise notwendigerweise dazu führt, in kürzerer Zeit die Arbeiter und Angestellten mit weiteren Steuern zu belasten. Wenn der § 59 angenommen wird, so werden die Angestellten und Arbeiter wieder einmal erfahren, daß hier die Wohltat zur Plage wird.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sollmann (Köln).

Sollmann (Köln), Abgeordneter: Wenn die Geschäftslage es erlaubte, wäre es dringend erforderlich, zu diesem Paragraphen längere Ausführungen zu machen. Denn was hier geschieht, ist wieder nichts anderes, als daß kapitalistische Wohlfahrt auf Kosten des Reichs gemacht werden soll.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es werden hier Steuerbeträge, die dem Reiche entgehen, dazu benutzt, um Häuser herzustellen, ohne daß die nötigen Sicherungen gegen Spekulation geschaffen werden. Wenn man den **Wohnungsbau** beleben will — und das ist auch unser Wunsch —, gibt es viel bessere Mittel als das, was hier versucht wird. Wir bedauern, daß der Reichsfinanzminister im Steuerausschuß nicht schärferen Einspruch gegen diesen Paragraphen erhoben hat. Denn in der Tat ist das, was hier geschieht, auch ein Stück Aushöhlung des Einkommensteuergesetzes.

Wir werden zunächst aus denselben Gründen, die mein Herr Vorredner angeführt hat, für die Streichung dieses neuen Paragraphen stimmen. Da wir aber leider befürchten müssen, daß die Mehrheit des Hauses trotzdem diesen Paragraphen annehmen wird, haben wir auf Drucksache 1728 und 1729 einen Antrag gestellt, den wir dringend zur Annahme empfehlen.

Meine Damen und Herren! Sie beschließen diese (B) steuerliche Vergünstigung in einer Zeit, in der wir vermutlich in naher Zukunft durch die Mietsteuer einen großen Teil auch unserer ärmeren Bevölkerung schwer belasten müssen. Wir haben bisher bei den Überteuerungszuschüssen, die vom Reiche gegeben werden, bedeutsame **Sicherungen gegen Spekulation** eingeführt, die in diesem Paragraphen von Ihnen auf die Kapitalisten durchaus nicht angewendet werden. Wir verlangen, daß sinngemäß dieselben Beschränkungen auf die Häuser angewendet werden, die jetzt aus Reichsmitteln durch Steuergelder, die die Kapitalisten nicht zu zahlen brauchen, hergestellt werden. Diese Sicherungen entsprechen genau den Bedingungen, die auch der Wohnungsausschuß an diese Anregung geknüpft hat. Die ganze Anregung geht vom Wohnungsausschuß aus. Der Wohnungsausschuß hat ausdrücklich dem Steuerausschuß den Wunsch mitgegeben, daß dieselben Sicherungen eingebaut werden sollen. Diesem dringenden Wunsch des Wohnungsausschusses hat der Steuerausschuß nicht Rechnung getragen.

Ich bitte Sie, durch Annahme unseres Antrags dafür zu sorgen, daß mit den Häusern, die jetzt aus Reichsmitteln gebaut werden, nicht in Zukunft Spekulationen gemacht werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Behrens.

Behrens, Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte, den Ausführungen meiner Herren Vorredner keine Bedeutung beizumessen.

(Heiterkeit. — Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Nur was Sie sagen!)

— Warten Sie nur! — Denn die Anträge, die von jener Seite gestellt sind, sind zum Teil sehr unsozialen Charakters und zum Teil nicht durchführbar.

(Sehr richtig! rechts.)

Erstens zu dem Antrag, der von der äußersten (C) Linken gekommen ist, den ganzen Kleinwohnungsbauparagraphen zu streichen. Ich wüßte nicht, welche Maßnahme in diesem Steuergesetz oder überhaupt in der Gesetzgebung der letzten Zeit sozialere und volkswirtschaftlich günstigere Wirkungen auslösen könnte als die Bestimmungen des § 59. Die Wohnungsnot ist so groß in Stadt und Land, wie sie größer nicht werden kann. Bisher haben die langen Beratungen, die im Wohnungsausschuß gemacht worden sind, ergeben, daß durchgreifende Maßnahmen zur **Belebung des Wohnungsbaus** eigentlich nur möglich sind, wenn man auch den **Weg des Steuerabzugs** zu Hilfe nimmt, der in diesem Gesetz gewiesen ist. Wenn diese Bestimmung Gesetz wird, so wird das die beste Wiederbelebung des Baumarktes sein, die wir uns denken können.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Ihre Ausführungen haben keine Bedeutung! — Heiterkeit.)

— Ach, halten Sie doch Ihren Mund, Herr Kollege! — Mit der Belebung des Baumarktes wird aber die Erwerbslosenfürsorge in der allerbesten Weise der Lösung näher gebracht werden. Es ist nicht die Zeit dazu, um das weiter auszuführen. Jedenfalls bitte ich, aus diesen Gründen den Antrag der äußersten Linken abzulehnen.

Was nun den Abänderungsantrag des Herrn Kollegen Keil und seiner Freunde angeht, so hat er gewiß einen an sich berechtigten Grundgedanken. Praktisch ist er aber in der Form, wie er hier vorliegt, nicht durchführbar, wenn er nicht gerade da, wo der Wohnungsbau am allernotwendigsten ist, wieder ein Hemmnis bedeuten soll. Denn der Abs. 1 in dem Antrage, der eine grundbuchliche Eintragung nach der Richtnng hin fordert, — —

(Abgeordneter Keil: Ist abgeändert!)

— Herr Kollege, ich kenne die Abänderung noch nicht und will deshalb meine Meinung dazu sagen. Es muß so abgeändert werden, daß dadurch der Wohnungsbau (D) für die ländlichen Arbeiter nicht behindert wird. Ich will darauf aufmerksam machen, daß der Wohnungsausschuß gestern auf unseren Antrag eine Entschließung beschlossen hat, welche die Streichung der hemmenden Baustimmung in der allgemeinen Verordnung der Reichsregierung zur Förderung des Wohnungsbaus fordert, die die Trennung des Mietsvertrags von dem Arbeitsvertrag betrifft, soweit der **Landarbeiterwohnungsbau** in Frage kommt. Diese Entschließung ist von dem Wohnungsausschuß mit großer Mehrheit — ich glaube, nur gegen die Stimmen der Kommunisten — angenommen worden. Ich befürchte, daß durch die Aufnahme des Antrags Keil in das Gesetz gerade für den Landarbeiterwohnungsbau unüberwindliche Schwierigkeiten entstehen.

Deshalb bitte ich, den Antrag der äußersten Linken auf Streichung des § 59 abzulehnen. Auch der Antrag Keil scheint mir in der Form, wie er vorliegt, nicht annehmbar zu sein.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pohlmann.

Pohlmann, Abgeordneter: Der § 59 findet auf **Werkswohnungen** so gut wie gar keine Anwendung. Für Werkswohnungen kommen die §§ 32, 33 und 33a in Betracht. Wir haben uns bei § 59 von der Erwägung leiten lassen, daß wir nur die Wahl haben: entweder wir geben das Geld aus Anleihen des Reichs, oder wir suchen das Privatkapital zu interessieren und verzichten auf einen Teil der Steuerleistung. Da schien uns der letzte Weg das kleinere Übel, besonders mit Rücksicht darauf, daß der Kredit des Reichs schon sehr stark angespannt, wenn nicht erschöpft ist. Wenn man aber auf dem Standpunkt steht, daß die Bautätigkeit nur mit Hilfe des Privatkapitals wieder zu beleben ist, so muß auch jede Hemmung,

(**Pohlmann,** Abgeordneter.)

(A) die in das Gesetz hineingearbeitet werden soll, schädlich sein. Wir bitten deshalb, von jeder Änderung des Vorschlags abzusehen.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Wer zuviel beweist, beweist nicht etwa wenig, sondern gar nichts. Das hat der Herr Abgeordnete Aufhäuser glänzend fertig gebracht. Er hat vor allem vergessen, darauf hinzuweisen, daß sich diese Bestimmung nicht in erster Linie auf Werkswohnungen bezieht, sondern auf **Zuwendungen an gemeinnützige Vereinigungen.** Bei gemeinnützigen Vereinigungen, die solche **Wohnungen** bauen und in ihr eigenes Eigentum bekommen, wird man doch gewiß nicht sagen können, daß der Unternehmer sich mit Zuwendungen an diese Vereinigungen die Taschen fülle auf Kosten des Reichs. Was seine weiteren Ausführungen anlangt, so wird er auch bezüglich derjenigen Aufwendungen, die der Unternehmer selbst macht, um **Werkswohnungen** zu bauen, nicht behaupten können, daß der betreffende Unternehmer seine Taschen fülle auf Kosten des Reichs. Gewiß, eine steuerliche Vergünstigung liegt darin; aber das, was über diese Vergünstigung hinausgeht, wendet der Unternehmer doch aus seiner Tasche auf, und zwar für an sich durchaus unrentable Zwecke. Wenn Sie bedenken, daß eine Arbeiterwohnung heute 100 000 Mark zu bauen kostet, während der Mieter dafür vielleicht 700 bis 800 Mark Miete zahlt, dann werden Sie gewiß nicht behaupten können, daß der Unternehmer damit ein Geschäft macht. Wenn Herr Aufhäuser darauf hinweist, daß die Gemeinde dadurch geschädigt würde, daß ihr auch der Steueranteil entginge, so bin ich der Überzeugung, daß der Vorteil, der der Gemeinde (B) aus neuen Wohnungsbauten in sozialer und sonstiger Beziehung erwächst, viel größer ist als dieser kleine Steuerausfall.

(Sehr richtig! rechts.)

Bei der großen Wohnungsnot, die besteht, müssen wir in erster Linie dafür sorgen, daß Wohnungen geschaffen werden. So haben wir uns im Wohnungsausschuß zunächst alle darüber gefreut, daß er auf die Anregung meines Parteifreundes Dr. Runkel beschlossen hat, dem Antrage Runkel zuzustimmen. Wir im Steuerausschuß hatten zunächst auch alle kein Bedenken dagegen, die steuerliche Vergünstigung vorzusehen. Die Bedenken sind erst später gekommen. Was aber nun hier formuliert vorliegt, deckt alles, was man decken muß; es sorgt dafür, daß die Verwendung wirklich zu Kleinwohnungszwecken erfolgt, es sorgt dafür, daß die errichteten Wohnungen für eine längere Dauer von Jahren wirklich als Kleinwohnungen erhalten werden, und es sorgt endlich dafür, daß niemand mit dem ursprünglich zu Kleinwohnungszwecken verwendeten Mitteln und den daraus errichteten Bauten irgendwelche Spekulation treiben kann. Wenn sich jemand dazu veranlaßt sehen sollte zu verkaufen, so wird der Überpreis, den er bekommt, nachträglich steuerlich herangezogen. Also alle Anforderungen, die man an eine solche Bestimmung stellen kann, sind erfüllt.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag Bartz (Hannover) auf 1736 unter 14, der sich deckt mit dem Antrag Dr. Hertz auf 1729, nämlich den § 59 zu streichen.

Wer diesen Anträgen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Anträge sind abgelehnt.

Nun liegt noch ein Eventualantrag Bartz (Hannover) (C) vor auf derselben Nr. 1736.

(Zuruf des Abgeordneten Düwell.)

— Der Antrag ist also zurückgezogen.

Dann liegt noch vor der Antrag Keil auf Nr. 1728, welcher in den § 59 zwei neue Absätze einfügen will. Im ersten Absatz ist das Wort „grundbuchlich" in der vierten Zeile gestrichen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Ich bitte um getrennte Abstimmung über die beiden Absätze. Ich kann mir denken, daß es Abgeordnete gibt, die den einen der beiden Absätze annehmen wollen, den anderen aber ablehnen.

Präsident: Ich bitte zunächst diejenigen Damen und Herren, welche den ersten Absatz des Antrags Keil 1728 unter 2 neu in den § 59 einfügen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; das ist abgelehnt.

Nunmehr bitte ich diejenigen, welche den zweiten Absatz nach dem Antrag Keil in den § 59 einfügen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist abgelehnt.

Nunmehr liegt der Antrag ten Hompel Nr. 1720 unter 6 vor, welcher ebenfalls dem § 59 einen Zusatz geben will.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die das beschließen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ten Hompel ist angenommen.

Wie steht es nun mit den zurückgestellten Anträgen (D) zu 2a?

(Abgeordneter Keil: Die kommen erst nach § 59a!)

Dann rufe ich auf Ziff. 22. Hierzu liegt zunächst ein Antrag Bartz auf Nr. 1736 und ein Antrag Keil auf Nr. 1718 unter 12 vor, die Ziff. 22 zu streichen.

Ich bitte diejenigen, welche diesen Anträgen zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist abgelehnt.

Nunmehr beantragt der Herr Abgeordnete Keil auf Nr. 1718 unter 12, in der Zeile 5 hinter dem Worte „entsprechende" einzuschalten „bilanzmäßige".

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Das Bureau ist einig, daß die Mehrheit steht.

Hierzu liegt noch ein Antrag Dr. Helfferich vor auf Nr. 1723 unter 3, den § 59a als § 33b einzusetzen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Ich darf ein Wort der Erläuterung zu diesem Antrag sagen. Er ist nicht nur redaktionell,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

er hat nicht nur die Wirkung, daß der Paragraph an einer früheren Stelle steht. Es handelt sich darum, daß die Unterscheidung, die in den Beschlüssen des Ausschusses gemacht worden ist, zwischen Unternehmungen, die in Form von Privatunternehmungen, von Einzelunternehmungen geführt werden, und Unternehmungen, die in Form von Körperschaften geführt werden, wieder beseitigt werden soll. Nach dem Körperschaftssteuergesetz finden die §§ 31 und folgende des Einkommensteuergesetzes Anwendung für die Berechnung des Einkommens auch bei Körperschaften. Wenn der Paragraph hier als § 33 ein-

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) gefügt wird, bezieht sich dieser Paragraph also auch auf diejenigen Unternehmungen, die in körperschaftlicher Form als Aktiengesellschaften, G. m. b. H. usw. betrieben werden. Das ist der Zweck, den wir erreichen wollen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Becker hat schon in seinen Ausführungen zu Beginn der Debatte darauf hingewiesen, daß die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, diese **Erneuerungsrücklagen** steuerfrei zu stellen, genau so für körperschaftliche Unternehmungen wie für Einzelunternehmungen vorliegt. Das ist auch für uns der Grund, warum wir den Antrag gestellt haben. Ich bitte das hohe Haus, dem Antrag zuzustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsfinanzminister.

Dr. **Wirth,** Reichsminister der Finanzen: Meine Herren, ich bitte Sie dringend, den Antrag Dr. Helfferich, Oberfohren, Thomsen abzulehnen. Es ist nicht so, wie eben ausgeführt worden ist, als ob eine Berechtigung ähnlich auch für die Gesellschaften konstruiert werden soll.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie sind steuerlich schon sehr begünstigt,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

mit 10 Prozent! Wir sehen ja bereits deutlich, wohin diese Art Besteuerung führt.

(Sehr richtig! links.)

Sie wird dahin führen, daß wir raschestens das Körperschaftssteuergesetz nach der Richtung hin ändern müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Jetzt aber noch diese Vergünstigung trotz dieses niedrigen Steuersatzes von 10 Prozent den Gesellschaften zuwenden zu wollen?! Diese Erwägungen haben dazu geführt, daß der § 59a in der jetzigen Fassung und auch an dieser Stelle eingefügt worden ist.

(B) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

(Abgeordneter Keil: Ich verzichte!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen): Die Herren und auch der Herr Finanzminister stellen die Sache hier so dar, als handle es sich um eine sachlich ungerechtfertigte Begünstigung von irgend jemandem. Darum dreht es sich nicht. Es ist kein Einkommen vorhanden, solange nicht jemand die **Substanzverluste** und die Substanzwertverminderung, die im Laufe des Steuerjahres eingetreten sind, von dem Ertrag abgezogen hat. Erst nach diesem **Abzug** ist ein **steuerpflichtiges Einkommen** da.

(Zustimmung rechts.)

Wenn ich das gesetzlich so klarstelle, wie es vielleicht die Rechtsprechung demnächst auch klargestellt hätte nach dem bekannten Urteil des Reichsfinanzhofs vom Januar dieses Jahres, so bringe ich damit niemandem eine Begünstigung, sondern ich stelle das einfach im Gesetz klar, was zum Begriff des Einkommens gehört oder vielmehr, was ich unter allen Umständen vorher abziehen muß, ehe ich ein steuerpflichtiges Einkommen konstruiert habe. Wenn das aber richtig ist — und das kann sachlich niemand bestreiten, das bestreitet auch niemand in der Literatur, die über die Frage schon entstanden ist —, dann darf ich doch die Sache nicht immer wieder so hinstellen, als wolle ich hier irgendeinen Steuerzahler begünstigen. Aber wenn Sie den Steuerzahler „begünstigen", wie Sie sich ausdrücken — ich sage: begünstigen in Gänsefüßchen —, warum wollen Sie einen großen Steuerzahler, der eine physische Person ist, begünstigen und die kleine juristische Person nicht begünstigen? Es gibt doch auch kleine Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die auch nicht mehr Einkommen als 10 000 bis 20 000 Mark haben. Diesen

(C) Leuten wollen Sie diese Vergünstigung oder Begünstigung, wie Sie sich immer auszudrücken belieben, versagen, während Sie den physischen Steuerpflichtigen mit Einkommen von Hunderttausenden oder Millionen diese „Vergünstigung" zuwenden wollen. Ich verstehe das einfach nicht, verstehe auch nicht, wie man sich immer in diesen sachlich falschen Gedankengängen bewegt.

Aber nun etwas anderes. Der Herr Reichsfinanzminister sagt: die Körperschaften sind an sich schon dadurch außerordentlich begünstigt, daß der Steuersatz für sie so niedrig ist, daß man ihnen nicht diese zweite sogenannte Begünstigung zuzuweisen braucht. Im gleichen Atemzuge erklärt er aber: wir müssen die Steuersätze für die Körperschaften demnächst erhöhen. Er nimmt ihnen also diese Begünstigung weg, hat wenigstens die Absicht, sie ihnen wegzunehmen; hier aber versagt er ihnen die andere Begünstigung. Dies bleibt dann doch noch rechtens, auch wenn er für die **Körperschaften** höhere Steuersätze einführen will. Dann ist doch ganz zweifellos die ungleiche Behandlung von Steuerzahlern, die physische Personen sind, und solchen, die Körperschaften sind, vorhanden. Es gibt keinen sachlichen Grund, der es rechtfertigen könnte, die physischen Personen so und die juristischen Personen anders zu behandeln, und es ist nichts weiter — das hat Herr Kollege Pohlmann ja vorhin auch zugegeben — als ein Entgegenkommen gegenüber den Herren von der Linken, weil man glaubte, ihre Zustimmung zu dem ganzen Gesetz durch eine solche Preisgabe vernünftiger Grundgedanken erkaufen zu müssen,

(sehr richtig! rechts)

wenn man die Bestimmung hier an eine Stelle verschiebt, wo sie eben nur für physische Personen gilt. Etwas Derartiges machen wir nicht mit,

(sehr richtig! rechts)

das geht gegen unsere Überzeugung und gegen die Vernunft, und dazu werden Sie uns nie bringen. Mögen die Herren (D) von der Linken das Gesetz, das so viele Wohltaten für die kleinen Steuerzahler bringt, ablehnen lediglich deshalb, weil sie glauben, daß man ihnen nicht den nötigen Kaufpreis für ihre Zustimmung zubilligt!

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keil.

Keil, Abgeordneter: Ich kann den Schmerz des Herrn Dr. Becker nachfühlen; aber wir können seinen Gedankengängen durchaus nicht folgen. Es ist vollkommen falsch, wenn er behauptet, daß es sich hier um dieselben wirtschaftlichen Notwendigkeiten handelt wie bei den physischen Personen. Er mag insoweit recht haben, als bei einem Teil der physischen Steuerpflichtigen ebensowenig eine Notwendigkeit für diese Gesetzesbestimmungen vorläge wie für die Aktiengesellschaften. Aber er hat darin nicht recht, daß für die Aktiengesellschaften allgemein aus denselben Gründen diese Rücklagebestimmungen erforderlich seien wie für die physischen Personen. Es handelt sich um die Vorwegnahme von Abschreibungen auf künftig erst zu vollziehende Neubeschaffungen, auf Ersatzbeschaffungen.

(Sehr richtig!)

Da kann man nun vielleicht in Rücksicht auf die Höhe der Steuersätze für die physischen Personen der Meinung sein, daß ihnen die **Rücklage** der Mittel **für Ersatzbeschaffungen** sehr schwer sei, weil eben die Steuersätze sehr hoch sind. Aber bei den **Körperschaften** kann man der gleichen Meinung nicht sein. Die Körperschaften unterliegen — worauf der Herr Minister mit Recht aufmerksam gemacht hat — nicht dem Steuertarif, der Sätze von 10 bis 60 Prozent vorsieht, sondern sie unterliegen mit ihren Rückstellungen nur dem Steuersatz von 10 Prozent. Dieser Steuersatz von 10 Prozent ist sogar niedriger, als er

(**Keil**, Abgeordneter.)

(A) früher selbst unter Berücksichtigung der Gemeindebesteuerung bei der Landesbesteuerung gewesen ist. Die Körperschaften sind nicht nur in Rücksicht auf diesen niedrigen Steuersatz in der Lage, die Mittel zurückzustellen, die für Ersatzbeschaffungen notwendig sind, sondern sie sind es, namentlich die großen Körperschaften, besonders im Hinblick auf die gewaltigen Erträgnisse, die die großen Aktiengesellschaften in den letzten Jahren und insbesondere im letzten Jahre zu verzeichnen gehabt haben. Es wäre in der Tat ein weitgehendes steuerliches Geschenk an die leistungsfähigsten Steuerpflichtigen, wenn man ihnen gestatten wollte, durch große Mehrabschreibungen und Rücklagen im voraus die Abschreibungen auf künftige Neuanschaffungen zu machen, von denen man noch gar nicht weiß, wann sie gemacht und was sie kosten werden.

Präsident: Wir kommen nunmehr zu der Abstimmung über den Antrag Dr. Helfferich 1723 unter 3, den § 59a als § 33b einzusetzen. Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Dann liegt hierzu noch der Antrag 1748 Böhm (München) vor, im § 59a Abs. 2 Satz 3 hinter dem Worte „erfolgen" einzuschalten:

„im Einvernehmen mit dem Reichsrat und".

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Pohlmann.

Pohlmann, Abgeordneter: Wir haben diesen Antrag im Ausschuß abgelehnt, weil wir ihn für selbstverständlich halten. Wir sind der Meinung, daß die Reichsregierung nicht nur in der Lage ist, jederzeit mit dem Reichsrat sich in Verbindung zu setzen, sondern daß sie dafür verpflichtet ist, daß also eine gesetzliche Regelung nicht notwendig ist.

(B) **Präsident:** Ich bitte diejenigen, welche dem Antrage Böhm zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Art. II ist vom Ausschuß abgelehnt.

Ich rufe auf Art. III, — Art. IIIa. — Angenommen.

Nunmehr liegt ein Antrag Allekotte, Dr. Deermann, Dr. Höfle, Koch (Essen), Morath und Seibert auf Nr. 1725 vor, hinter Art. IIIa folgende Vorschrift als Art. IIIb einzufügen:

Im Abs. 2 des § 16 des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 805) wird

a) im Satz 1 das Wort „einkommensteuerpflichtiges" gestrichen.

Ferner werden

b) im Satz 2 die Worte „den steuerfreien Einkommensteil" beide Male durch die Worte „den Betrag von 1500 Mark" ersetzt.

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf: Art. IV. Hierzu liegen zwei Anträge ten Hompel auf Nr. 1720 unter 7a vor, zunächst der, am Ende des ersten Satzes die Worte anzufügen:

„es sei denn, daß die nach dem Einkommensteuergesetz geschuldete Einkommensteuer hinter dem Betrag der vorläufigen Einkommensteuer zurückbleibt."

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

(C) Nunmehr kommt der weitere Antrag desselben Abgeordneten, im vierten Satz hinter dem Worte „danach" einzufügen die Worte:

„für die ersten 24 000 Mark".

Hierzu hat das Wort Herr Abgeordneter Ryssel.

Ryssel, Abgeordneter: Das würde doch geradezu bedeuten, daß alle Beträge dann nur mit 20 Prozent versteuert werden. Im Ausschuß ist eine Erklärung abgegeben worden, daß diese Fassung nur gewählt worden sei, um einen Ausgleich herbeizuführen. Nach der Fassung ten Hompel würde es bedeuten, daß alle Steuerbeträge mit höchstens 20 Prozent besteuert werden.

(Zuruf des Abgeordneten ten Hompel: Im Gegenteil!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete ten Hompel.

ten Hompel, Abgeordneter: Der Antrag bezweckt gerade das Gegenteil. Wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, werden selbst die hohen Einkommen nur mit 20 Prozent besteuert. Der Antrag ist übrigens im Einvernehmen mit der Regierung gestellt.

Präsident: Ich bitte diejenigen, welche den Antrag ten Hompel auf Nr. 1720 unter 7b annehmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; auch dieser Antrag ist angenommen.

Ich rufe auf Einleitung und Überschrift — und stelle die Annahme fest.

Wir kommen nun zu den vorhin zurückgestellten Abstimmungen über die Abänderungsanträge Keil und Bartz (Hannover) auf Nr. 1718 unter 3 bezw. 1736, in Ziff. 2a im Unterabsatz b die Worte „und nicht aus steuerfrei gebildeten Rücklagen (§ 59a) gedeckt" zu streichen.

(D) (Abgeordneter Keil: Der Antrag ist durch die Abstimmung über § 59a erledigt!)

— Darüber herrscht Einstimmigkeit?

(Wird bejaht.)

Dann ist der Antrag damit erledigt, ebenso der Antrag Bartz Nr. 1736 unter 3.

Wir kommen nunmehr zu dem Eventualantrag ten Hompel auf Drucksache 1720 unter 5:

für den Fall der Annahme der Nr. 1a, 2d des Art I hinter der Nr. 8c des Art. I folgende Vorschrift als Nr. 8d einzufügen:

8d) Im § 35 wird in Abs. 1 der zweite Satz gestrichen.

Wer diesem Antrage zustimmen will, den bitte ich sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zu der Entschließung des Ausschusses auf Nr. 1710 unter II:

die Regierung zu ersuchen, den Gemeinden für die durch die notwendig werdende Aufhebung des § 30 des Landessteuergesetzes entstehenden Ausfälle, soweit ein Bedürfnis besteht, Ersatz zu gewähren.

Dazu liegt ein Abänderungsantrag Dr. Hertz auf 1722 vor, der die Worte „soweit ein Bedürfnis besteht" streichen will.

Ich bitte diejenigen, die dieser Streichung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Streichung ist beschlossen.

Ich nehme an, daß das Haus der Entschließung in der so abgeänderten Fassung seine Zustimmung gibt. — Es ist so beschlossen.

(Präsident.)

(A) Ich eröffne die Beratung über die **Petitionen** — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimmung über die Petitionen wird in der dritten Lesung erfolgen.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, diese dritte Lesung erst nach Erledigung des nächsten Tagesordnungspunktes vorzunehmen, damit die etwaigen Unstimmigkeiten inzwischen beglichen werden können. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir haben dann noch eine Abstimmung nachzuholen. Heute früh ist dem

Entwurf eines Gesetzes über die Vertretung der Länder im Reichsrat

zugestimmt worden. Es sind nachträglich Bedenken aufgetaucht, ob vorhin zwei Drittel der Mitglieder des Reichstags anwesend waren und ob eine Zweidrittelmehrheit den Beschluß gefaßt hat. Ich lasse daher die Abstimmung nun wiederholen. Ich stelle zunächst fest, daß jetzt zwei Drittel des Reichstags anwesend sind.

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetzentwurf die Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das sind über zwei Drittel der Mitglieder; der Gesetzentwurf ist also mit der erforderlichen verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen.

Wir kommen nunmehr zum achten Gegenstand der Tagesordnung:

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung (Nr. 1466 der Drucksachen).

Bericht des 6. Ausschusses: Nr. 1734 der Drucksachen.

Berichterstatter: Abgeordneter Hoch.

(B) Antrag Nr. 1737.

Ich eröffne die Beratung über Art. I. — Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort?

(Wird verneint.)

Dann hat das Wort der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Sozialversicherung wurde in den Kreisen aller Nichtsozialisten immer wieder hervorgehoben als ein Moment zur **Versöhnung der Klassen**. Dieses Moment stellt sich im Laufe der Jahre namentlich durch die Umstürzung aller wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr und mehr als eine elende Heuchelei heraus,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

stellt sich immer mehr und mehr heraus als ein glatter Unfug; denn nichts ist mehr angetan Klassenhaß und Klassenerbitterung zu schaffen als diese Art Sozialpolitik, wie sie seit einigen Jahren in Deutschland getrieben worden ist.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf der einen Seite sehen wir das Elend der Rentenempfänger ins Unermeßliche sich steigern, und auf der anderen Seite sehen wir die Riesengewinne der Unternehmer immer mehr und mehr anschwellen. Durch die Verteuerung der Waren, unter der die schlechter gestellten Schichten des Volkes und vor allen Dingen die Rentner zu leiden haben, ist auf der anderen Seite aber auch eine ungeheure Profitsteigerung der kapitalistischen Kreise entstanden. So führt die Sozialpolitik heute keineswegs mehr dazu, eine Versöhnung dieser Klassen herbeizuführen, sondern sie muß, wenn man die großen gewaltigen Unterschiede sieht, dazu bei-

(C) tragen, Erbitterung und Klassenhaß immer mehr zu fördern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf der einen Seite sehen wir heute die **Erhöhung der Lebenshaltung** ins Unermeßliche. Sie bewilligen in diesen Tagen jedenfalls wieder eine neue Zuckersteuer; der neue **Brotpreis** ist vom Herrn Ernährungsminister angekündigt; wir bekommen eine neue Mietsteuer in der nächsten Zeit; — alles wird teurer: Porto, Eisenbahn und so weiter. Ich erinnere auch an die Preissteigerung bezüglich der Kartoffeln und Fleisch usw. Ich erinnere an Ihre Zollpolitik bezüglich der Goldzölle und was dergleichen Dinge mehr sind. Sie ziehen aus allen diesen Dingen in bezug auf die Sozialpolitik nicht die Konsequenzen; Sie verteuern den Sozialrentnern das Leben bis zur Unerträglichkeit. Auf der andern Seite sorgen Sie aber nicht dafür, daß diese unerschwinglichen Lasten, die diese Armseligsten der Armen zu tragen haben, ihnen erträglich gemacht werden. Sie ziehen die Konsequenzen aus der Verteuerung bis zu einem gewissen Grade wenigstens auf anderen Gebieten, zum Beispiel wenn es sich darum handelt, die Lage der Beamten aufzubessern. Wenn wir auf der anderen Seite auf die hohen Profite der Unternehmungen hinweisen, dann wird uns sofort entgegengehalten: das Leben ist heute ungeheuer teuer, die Mark ist heute um das Zehn- oder Zwölffache entwertet; deswegen sind die hohen Profite, die die Industrie und die Landwirtschaft heute haben, berechtigt. Für die sozialen Rentner zieht man aber nicht die Konsequenzen aus der Teuerung. Im Gegenteil, da haben wir jetzt in der Kommission in ausreichendem Maße empfinden können, wie man sich bemüht, Gründe herbeizuschleppen, um wenigstens einigermaßen in der Öffentlichkeit bestehen zu können. Alles mögliche wird (D) herbeigeschafft, um einen Grund in der Öffentlichkeit zu haben, die **Renten in der Unfallversicherung** nicht zu steigern.

Ich erinnere nur an einige wenige Beispiele. Zunächst kam die Behauptung auf, daß die Berufsgenossenschaften eine Steigerung der Drittelungsgrenze der Renten nicht tragen können. Als darauf hingewiesen wurde, daß ja die Berufsgenossenschaften die Gelder wieder im Umlageverfahren hereinbekämen, wurde auf der andern Seite erwidert, daß die Industrie auch nicht zahlungsfähig sei, daß sie nicht zahlen könne. Da wurde der Vertreter der Deutschnationalen Herr Dr. Reichert eigens zu dem Zwecke in die Kommission berufen, um den Kommissionsmitgliedern darzulegen, daß eine weitere **Rentensteigerung** unmöglich sei, daß selbst die **Drittelungsgrenze** in der Unfallversicherung nicht über 7500 Mark hinausgehen dürfte. Also ein Vertreter der Scharfmacher mußte auftreten, um den Kommissionsmitgliedern plausibel zu machen, daß die Interessen der Deutschnationalen mit den Interessen der Großkapitalisten konform gehen.

Dann wurde weiter gesagt — das ist auch ein sehr bezeichnendes Moment —: wenn wir jetzt die Renten erhöhen und sie den heutigen Teuerungsverhältnissen anpassen, dann haben wir nachher bei einer Senkung der Preise keine Abbaumöglichkeit. Als wir darauf hinwiesen, daß wir dann, wenn die Lebenshaltung wirklich entscheidend billiger würde, auch über einen Abbau der Renten mit uns reden lassen würden, ist man über diese Tatsache stillschweigend hinweggegangen. Man hat die allgemeine Phrase wiederum in den Vordergrund geschoben, jeder müßte sich einschränken, jeder müsse sein Teil dazu beitragen, die schwere Zeit zu überstehen. Das sagt man ausgerechnet den Invalidenrentnern und den Unfall-

(Karsten, Abgeordneter.)

(A) rentnern. Ich bin der Meinung: wenn irgend etwas maßgebend sein kann, so ist es die **Zahlungsfähigkeit der Industrie.** Wenn die Industrie nicht zahlungsfähig wäre, dann müßte allerdings durch Reichsmittel weitergeholfen werden. Aber ohne weiteres kann man nach meiner Überzeugung nicht behaupten, daß die Industrie nicht zahlungsfähig sei. Die Industrie ist auf allen andern Gebieten zahlungsfähig, wenn es sich um 10-, 15- und 20 fach gestiegene Geschäftsunkosten handelt. Diese Geschäfts- und Betriebsunkosten kann die Industrie zahlen. Die Industrie ist ferner in der Lage, die um das 8- und 10 fache gestiegenen Löhne zu zahlen, ungeheure Dividendensteigerungen vorzunehmen. Die Industrie ist auf allen Gebieten imstande, sich den heutigen schlechten Verhältnissen anzupassen. Aber wenn es sich um diejenigen Leute handelt, denen Hilfe geleistet werden soll, dann ist die Industrie auf einmal nicht zahlungsfähig. Wenn nur ein Teil der Dividenden, die heute gezahlt werden, genommen würden, so wäre das ausreichend, um die Summen, die in unseren Anträgen gefordert werden, zu zahlen.

Was fordern nun unsere Anträge im Gegensatz zu den Anträgen, die im Ausschusse behandelt worden sind? Der Antrag 1743 verlangt in seinem ersten Teil, daß die **Drittelungsgrenze in der Unfallversicherung** fallen gelassen wird. Diesen Antrag hatten wir in der Kommission im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Partei eingebracht. In der Kommission ist der Antrag abgelehnt worden. Wir müssen deshalb den Antrag hier öffentlich zur Sprache bringen und zur Abstimmung bringen, damit wir einmal feststellen können, welche Leute im Reichstag wirklich gesonnen sind, den Unfallrentnern das zu geben, was ihnen gegeben werden muß. Die Drittelungsgrenze, die im Gesetz auf 1800 Mark festgelegt ist, war schon zu Friedenszeiten eine (B) schwere Ungerechtigkeit gegenüber den Unfallrentnern. Heute bedeutet sie das bitterste Unrecht, das ihnen angetan werden kann. Mit diesem Unrecht muß entschieden aufgeräumt werden. Man sagte in der Kommission: wenn ein Antrag angenommen würde, der die Drittelungsgrenze auf 12 000 Mark heraufsetze, wie es im Antrag Andre vorgesehen ist, der mit 23 Stimmen von 27 anwesenden Mitgliedern angenommen worden ist,

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Achtundzwanzig Anwesende!)

so mache diese Summe etwa das Zweieindrittelfache aus von dem, was die bisherige Drittelungsgrenze ausmache. Statt 45 Millionen, die im ersten Jahre gezahlt würden, seien 105 Millionen im Jahre fällig. Wenn wir die Drittelungsgrenze ganz fallen lassen, so wird meiner Überzeugung nach ganz gewiß nicht mehr als das Dreifache herauskommen, weil die höheren Löhne längst nicht in einer solchen Zahl vorhanden sind, daß sie in sehr erheblichem Maße auf die Höhe der Summe einwirken könnten. Aber die Versicherungsgrenze von 12 000 Mark, wie sie in der Kommission vorgesehen wird, bedeutet eine effektive Verschlechterung gegenüber den früheren Verhältnissen. Wir müssen doch zum mindesten eine Verschlechterung der Sozialversicherung verhindern. Wir konnten vor dem Kriege keinen großen Staat machen mit unserer Unfallversicherung und den übrigen sozialen Einrichtungen. Wir müssen uns jetzt doch mindestens bemühen, nicht unter den Stand vor dem Kriege herunterzusinken. Wenn wir nämlich die früheren wirtschaftlichen Verhältnisse mit den heutigen vergleichen, finden wir, daß die früheren 1800 Mark eine ganz andere Summe als die 12 000 Mark von heute darstellen. Aus diesem Grunde bedeutet der Kommissionsantrag eine Verschlechterung. Heute sehen wir nun — und das ist bezeichnend —, daß die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, noch (C) unter die 12 000-Mark-Grenze heruntergehen. Heute liegt ein Antrag vor, der die Grenze auf 10 200 Mark festsetzen will. Es muß sich da in den einzelnen Fraktionen ein sehr interessanter Kampf abgespielt haben. Ich bin sicher, daß die Arbeitervertreter in diesen Fraktionen nicht damit einverstanden gewesen sind, daß auf der anderen Seite die Arbeitgeber wiederum ihre Gewalt in den Fraktionen ausgeübt haben und daß letzten Endes diese Arbeitervertreter, die in der sozialpolitischen Kommission immer ihre sozialen Ansichten so in der Öffentlichkeit preisen lassen, immer wieder und wieder zurückweichen müssen gegenüber den Leuten aus den besitzenden Klassen. So ist offenbar auch dieser Beschluß auf Betreiben jener Kreise in den Fraktionen zustandegekommen, die nicht zu den Arbeiterkreisen gehören. Wir müssen abwarten, wie nun die Arbeitervertreter bei der Abstimmung handeln werden. Es sind ja in allen Parteien Arbeitersekretäre, die die Not und das Elend der Unfallrentner alle Tage aus der Praxis kennen. Ich bin neugierig, ob diese Arbeitervertreter unter die Verschlechterung noch heruntergehen werden, die von ihren eigenen Fraktionen vorgeschlagen worden ist. Ich möchte einmal diejenigen Arbeitersekretäre sehen, die in ihren Bureaus den Leuten plausibel machen können, daß sie nicht mehr hätten erreichen können, selbst dann, wenn sie selber nicht einmal dafür gestimmt haben.

Es kommt dann noch etwas anderes in Frage. Wir werden es nicht dabei belassen, lediglich die Rentner ab 1. Januar 1920 gesetzlich besser zu stellen als bisher, sondern wir müssen auch berücksichtigen, daß viele alten Rentner, die bisher auf Grund der niedrigen Löhne, die sie zu normalen Zeiten gehabt haben, niedrige Renten bezogen haben und daß deshalb in einer ganz anderen Weise ebenfalls für die Sicherstellung ihrer Lebens- (D) haltung gesorgt werden muß, als das unter den heutigen Verhältnissen bisher geschehen ist. Es ist meiner Überzeugung nach ein Unding, heute herzukommen und zu sagen: ihr bekommt die doppelte Zulage, die ihr auf Grund der Verordnung vom Mai 1920 bekommen habt. Diese Verdoppelung macht so wenig aus, daß sie in sehr, sehr vielen Fällen gar nicht ins Gewicht fallen kann. Da haben wir vorgeschlagen, daß entsprechend den gestiegenen Löhnen von Jahr zu Jahr, von Zeitabschnitt zu Zeitabschnitt auch andere Berechnungsmöglichkeiten für die Renten geschaffen werden müssen. Wir haben gefordert, daß man denjenigen Renten, die in den Jahren 1885 bis 1900 festgestellt wurden, eine zwölffache Zulage der Rente geben müsse, denjenigen von 1901 bis 1910 das Achtfache, denen von 1911 bis 1914 das Siebenfache, von 1915 bis 1916 das Sechsfache, 1917 das Fünffache, 1918 das Vierfache und 1919 das Dreifache der Rente. Dann treffen wir ungefähr das Verhältnis so, daß eine **gleichmäßige Rentenzahlung für die älteren und jüngeren Rentner** herbeigeführt wird; damit schaffen wir einen sozialen Ausgleich.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist gar nicht zu verantworten, daß man heute die Altrentner wesentlich schlechter stellt als die Neurentner. Es ist doch eine Ungerechtigkeit, diejenigen, die vor zwanzig Jahren verunglückt sind, die sich schon seit 20 Jahren mit einem Unfallgebrechen haben tragen müssen, gegenüber denjenigen zu benachteiligen, die erst in späteren Jahren zum Unfall gekommen sind und sich länger ihrer Gesundheit haben erfreuen können. Wir dürfen nicht diejenigen benachteiligen, die das Unglück gehabt haben, vielleicht wegen kapitalistischer Ausbeutung, wegen Überarbeit, wegen übergroßer An-

(Karsten, Abgeordneter.)

(A) strengung, auf Grund der schlechten Unfallverhütungsvorschriften und aller dieser Dinge, die wir früher vor allen Dingen zu beklagen hatten, ihre Arbeitskraft zu verlieren. Hier muß ein sozialer Ausgleich stattfinden, wenn Sie sich nicht alle an dem ungeheuren Elend verantwortlich machen wollen, das aus Ihrer Hartnäckigkeit entstehen kann.

Dann wurde in der Kommission selbstverständlich die Belastung geprüft, die der von uns vorgeschlagene Antrag verursachen würde. Da wurde uns von einem Rechnungssachverständigen aus dem Reichsversicherungsamt vorgerechnet, daß die **Belastung der Unfallberufsgenossenschaften** bisher jährlich 156 Millionen Mark betrage und daß diese Belastung auf Grund der von uns gestellten Anträge sich auf 1,02 Milliarden erhöhen würde. Das würde also nicht einmal das Zehnfache, nicht einmal das Achtfache ausmachen, und wenn man bedenkt, daß die Lebensmittelpreise, überhaupt die gesamte Lebenshaltung im allgemeinen um das Zwölffache bis Fünfzehnfache gestiegen ist, so bedeuten unsere Anträge gewiß kein unbilliges Verlangen.

Da trotz der Verdoppelungsart, die wir vorgeschlagen haben, noch erhebliche Härten vorkommen, haben wir die Festsetzung einer **Mindestrente** verlangt, einer Mindestsumme, die bei 16 bis 25 Prozent Erwerbsunfähigkeit jährlich wenigstens 1000 Mark, bei 26 bis 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit 2500 Mark, bei 51 bis 75 Prozent 5000 Mark, bei 76 bis 100 Prozent 8000 Mark betragen soll. Außerdem sollen diejenigen, die **Hilflosenrenten** beziehen, diejenigen, die sich selbst nicht helfen können, die Ärmsten der Armen, die vielleicht das Rückgrat gebrochen haben und vielleicht dauernd im Bett liegen müssen, die auf beiden Augen blind sind, oder andere Unglückliche im Jahre wenigstens eine Einnahmesicherstellung von 10 000 Mark garantiert

(B) bekommen. Das ist gewiß kein unbilliges Verlangen.

Wir haben weiter verlangt, daß die Hinterbliebenen, die **Witwen- oder Waisen- oder Aszendentenrente** beziehen, einen **Mindestsatz** von wenigstens 2500 Mark im Jahre erhalten sollen. Auf diese Weise wollen wir dafür sorgen — und so müßten Sie alle meiner Überzeugung nach dafür sorgen —, daß diejenigen, die im Arbeitsprozeß zugrunde gegangen sind, zum großen Teil nicht aus eigenem Verschulden, sondern wegen mangelhafter Schutzvorrichtungen, wegen Überarbeitszeit, wegen schlechter sanitärer Verhältnisse im Betriebe, weil im Interesse des kapitalistischen Profits ein Raubsystem geherrscht hat, vor Not bewahrt werden, daß diesen Leuten wenigstens eine bescheidene Existenz für ihren Lebensabend gesichert ist.

Dieses Geld kann nach meiner Überzeugung aufgebracht werden. Wir haben in Deutschland etwa 200 Milliarden Lohnsumme pro Jahr. Wenn wir rechnen, daß im Höchstfall die **Rentenlast** jährlich 2 Milliarden beträgt, so ist das nur ein Prozent der Lohnsumme, also eine so minimale Summe im Verhältnis zu den gezahlten Löhnen, daß sie sehr wohl zu tragen sein wird, ohne daß die Preise irgendwie verteuert werden müßten. Und wenn irgend etwas an der Summe noch fehlen sollte, so könnte man sie ja einfach aus den übermäßigen Kapitalgewinnen nehmen, die die Kapitalisten heute beziehen.

Wenn Sie unseren Anträgen zustimmen, so kommen wir ja noch nicht einmal voll auf den Stand, den die **soziale Versicherung** vor dem Krieg hatte. Vor dem Kriege war das allseitige Verlangen, die sozialen Versicherungsgesetze weiter auszubauen. Wenn Sie sich also wenigstens einigermaßen den Verhältnissen anpassen wollen, wie sie vor dem Kriege waren, so haben Sie damit noch lange kein großes soziales Werk vollbracht, sondern einfach die Konsequenzen aus dem (C) ganzen Wirtschaftsleben gezogen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber die Ablehnung der Anträge bedeutet die Sicherung der Kapitalprofite auf Kosten der Krüppel, auf Kosten der Hunderttausende von Leuten, die auf Grund der kapitalistischen Produktionsweise zugrunde gegangen sind. Wenn Sie die Anträge ablehnen, so halten Sie, bitte, gefälligst für die Zukunft den Mund über unsere Sozialversicherung!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Prahlen Sie nicht etwa, wie Sie es bisher getan haben, im Ausland darüber. Dann, wenn Sie die Anträge ablehnen, ist nur der Bankrott unserer Sozialversicherung festzustellen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der immer mehr in die Erscheinung tritt.

Ich brauche gar nicht darauf hinzuweisen, wie es mit der **Invalidenversicherung** steht, daß, obgleich immer mehr Leute invalide werden, die Zahl von Monat zu Monat also steigt, trotzdem die Gesamtzahl der Invaliden ständig im Sinken begriffen ist. Das zeigt, daß die Leute am Verhungern sind, nicht mehr lebensfähig sind, mit ihrer Rente nicht mehr auskommen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bin der Meinung: ein Staat, der keine Sozialpolitik treibt, kann nicht als Kulturstaat bezeichnet werden. Selbst die besitzenden Kreise legen heute noch einigen Wert darauf, daß Deutschland als ein Kulturstaat angesehen wird. Aber wenn man auf der einen Seite eine so ungeheure Verprassung des Volksvermögens und der Volksarbeit sieht und auf der andern (D) Seite das ungeheure Elend, das Jammertal, dann können Sie nicht mehr davon reden, daß unser Staat ein Kulturstaat ist, sondern dann können Sie vielmehr von einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Barbarei reden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Sie heute die Anträge ablehnen, dann machen wir Sie dafür verantwortlich, daß das **Kinderelend** immer mehr steigt. Das Elend der Sozialrentner ist ein wesentliches Glied in der Schuldkette des Steigens des Kinderelends.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und kann es denn bei den geringen Renten, die die Leute heute beziehen, anders sein, als daß die Kinder solcher Leute im Elend verkommen müssen? Kann es anders sein, als daß in diesen Familien die bitterste Not herrscht?

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich bin der Meinung, Sie machen sich verantwortlich für den Tod entsetzlich vieler Leute, die einfach nicht mehr leben können.

Aber ich frage weiter: besteht etwa in bestimmten Kreisen des deutschen Volkes — eigentlich kann man ja nicht sagen: „des deutschen Volkes“ — ein Interesse daran, nach dem Rezept des Professors Gruber zu verfahren, diejenigen, die im gesellschaftlichen Prozeß nicht mehr nützlich sind, einfach verhungern zu lassen?

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Sie das wollen, wenn Sie eine solche brutale Empfindungsart haben, dann mögen Sie die Leute ver-

(**Karsten**, Abgeordneter.)

(A) hungern lassen. Wenn Sie aber noch etwas Mitgefühl haben, dann können Sie nicht so verfahren, wie es in den Anträgen der bürgerlichen Parteien geschehen ist.

(Zuruf im Zentrum: Wer will denn das?)

— Ob Sie das wollen oder nicht, — das ist aber der Effekt Ihrer Anträge und der Effekt Ihres Willens! Ich bin der Meinung, Sie müssen die Konsequenz daraus ziehen, daß wir einen Krieg gehabt haben. Sie ziehen die Konsequenz des verlorenen Krieges, zum Beispiel wenn Sie die Lebensmittelpreise ungeheuer verteuern oder, wie es in letzter Zeit noch viel eklatanter geschehen ist, Sie ziehen die Konsequenzen auf Grund des Friedensvertrages und Waffenstillstandsvertrages, wo den Reedern die Schiffe genommen wurden, indem Sie den Reedern die Schiffe wieder zu einem außerordentlich hohen Preise bezahlt haben. Wenn Sie auf der einen Seite über 12 Milliarden Mark zur Verfügung haben für die Zwecke der Unterstützung der sogenannten notleidenden Reeder, dann müßten Sie auch das Geld aus der sehr gut florierenden Industrie aufbringen, was dazu notwendig ist, um die Ärmsten der Armen zu unterstützen.

Ich will Ihnen nur einen Fall aus den vielen Briefen mitteilen, die uns zugehen, nur einen einzigen Beweis dafür, wie die **Unfallrentner** heute zu leben gezwungen sind. Ein Buchdrucker, also ein qualifizierter Arbeiter, schreibt:

> Im Februar 1887 verunglückte ich in der Buchdruckerei von Friedrich Bartholomäus in Erfurt, indem ich an der linken Hand vier Finger und die halbe Handfläche verlor. Es blieb nur der Daumen stehen. Dafür bekam ich bis Juni 1899 monatlich 8,93 Mark Unfallrente gleich 33⅓ Prozent. Seit Juli 1899 sind durch den Kreisphysikus 50 Prozent festgestellt. Das macht monatlich 13,35 Mark.

(B) Also eine 50prozentige Rente macht monatlich 13,35 Mark aus! Der Mann, der nur den Daumen an der linken Hand hat, der an der linken Hand die Finger verlor, auch die Hand zum großen Teil, bekommt zu diesen 13,35 Mark 90 Prozent Aufschlag auf Grund des Gesetzes vom Mai vorigen Jahres, so daß er im ganzen 25,45 Mark im Monat bekommt! Dafür hat er seine linke Hand fast ganz verloren; ihm fehlen die Finger, er hat nur noch den Daumen. Was das heißt, wenn ein Buchdrucker nur mit einer Hand zu arbeiten imstande ist und an der anderen Hand nur noch der Daumen sich befindet, das brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Sie können da nicht auftreten und sagen, daß die Zulage, die in dem Falle 12 Mark ausmacht, verdoppelt ausreicht. Das sind Bettelpfennige, die man eigentlich niemand geben sollte, der um deswillen, und zwar unverschuldet, in Not geraten ist, weil er dem Kapitalismus seine Arbeitskraft dargeboten hat.

Aber etwas anderes möchte ich dabei noch in Erwägung ziehen. Wenn es sich um andere Dinge hier im Reichstag handelt, dann sind Sie anders freigebig. Ich möchte an die Politik des Reichsernährungsministers erinnern. Dieser bewilligt die Preise, wie sie die Landwirtschaft verlangt, in unerhörtem Maße, obwohl diese **Preissteigerungen** dazu führen, daß den Sozialrentnern das Leben verteuert wird, während andererseits der Minister für Sozialpolitik, oder nennen wir ihn Arbeitsminister, der Arbeitsminister oder sein Vertreter — das haben wir im Ausschuß, ich zum mindesten habe es sehr deutlich verspüren müssen, feststellen können — ständig bemüht sind, den Arbeitgebern keine Lasten aufzuerlegen. Wenn ich auch durchaus keine Sympathie für den Reichsernährungsminister habe, so wünschte ich

(C) im Interesse des deutschen Volkes, daß wir mit den Ministern tauschen würden, daß Herr Hermes mit seiner Freigebigkeit Arbeitsminister würde und Herr Brauns mit seiner Zugeknöpftheit Reichsernährungsminister.

(Sehr richtig!)

Dann würden wir in anderer Weise die Verhältnisse in Deutschland regeln können; dann würden wir ganz andere Verhältnisse mit der Zeit in Deutschland haben.

In dieser Zeit reden Sie immer von der **Einheitsfront**, daß ein großer nationaler Block geschaffen werden müsse zum Schutze Deutschlands als Gegenstück zu den Feinden. Ich bin der Meinung, wenn Sie schon wollen, daß das deutsche Volk einig zusammensteht zur Erhaltung des Volkes und des Staates, um wirtschaftlich durchzukommen, dann müßten Sie andererseits zum mindesten soviel tun, daß diese Klassengegensätze, wie sie heute in die Erscheinung getreten sind und alle Tage mehr in die Erscheinung treten, ausgemerzt werden.

Ja, wenn man nach den Worten gehen soll, so stimmt es; dann wollen die Leute gemeinsam Not leiden. Ich habe hier einen Artikel aus den „Hamburger Nachrichten“. Da hat vor einigen Tagen — es ist ein Blatt der Reedereiinteressen — in großen Zeilen gestanden: „Armut und Arbeit wollten und wollen wir auf uns nehmen, Unfreiheit und Sklaberei niemals.“ Da steht in dem Blatt: Sie sind bereit, Armut und Arbeit auf sich zu nehmen; das sind sie zu tragen gewillt. Aber ich sage: wo wird das in die Praxis umgesetzt? Wo ist man gewillt, mit den Armen gemeinsam Not zu teilen und Brot zu brechen? In Worten immerdar, aber bei Taten ist man nicht gewillt, ein **Existenzminimum für die Unfallrentner** festzusetzen! Nach dieser Richtung hat die bürgerliche Gesellschaft ein ungeheures Schuldkonto auf sich geladen, und solange dieses Schuldkonto besteht, das unaustilgbar ist, weil ungeheuer viel Menschen zu-

(D) grunde gehen, Kinder verelenden, siech und krank werden, Frauen und Männer an Unterernährung unter solchen Verhältnissen zugrunde gehen müssen, — da können Sie nicht sagen, daß Sie irgendwie soziales Verständnis für die nichtbesitzenden Kreise haben. Wir müssen zu der Ansicht kommen, daß Sie das auch nicht wollen, daß Sie nur gewillt sind, im Interesse des **Kapitalismus** zu arbeiten, und daß Sie auch das Parlament dazu benutzen, um die nackten **Profitinteressen** zu vertreten, und aus diesem Verhalten der Vertreter des Kapitals werden wir auch die Konsequenzen tragen.

(Bravo!)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Die Beschlüsse des Ausschusses gehen über den Rahmen der Regierungsvorlage beträchtlich hinaus. Die Regierung hat sich mit Vorbedacht auf eine neue, dem gesunkenen Geldwert besser angepaßte Regelung der sogenannten Drittelungsgrenze in ihrer Vorlage beschränkt. Die Regierung verkennt keineswegs, daß die **Unfallversicherung** auch in anderen Punkten reformbedürftig ist. Es liegt bekanntlich bereits beim Reichsrat ein Gesetz, das weitere Reformen bringen soll. Es schwebten ferner seit langem die Verhandlungen mit dem 6. Ausschuß wegen Erhöhung der Zulagen zu den alten Unfallrenten. Alle diese Dinge waren aber im Regierungsentwurf über die Drittelungsgrenze ausgeschieden worden. Sie waren ausgeschieden worden, weil uns die Regelung der **Drittelungsgrenze** am dringlichsten erschien und weil wir gehofft hatten, auf dem Verordnungswege diese Angelegenheit beschleunigt erledigen zu können.

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) Leider hat sich nun gerade diese Hoffnung nicht erfüllt, weil der Erlaß des Gesetzes über die beschleunigte Form der Gesetzgebung auf sich warten ließ.

Der 6. Ausschuß hat nun eine Reihe von Vorschriften in die Vorlage hineingearbeitet, durch die neben der Drittelungsgrenze auch andere Gebiete der **Unfallversicherung** abgeändert werden. In vorliegendem Falle muß die Reichsregierung dagegen ernstliche Bedenken geltend machen. Es handelt sich dabei teilweise um Maßnahmen von weittragender und grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung. Es erscheint uns aber fraglich, ob über diese **neu vorgeschlagenen Bestimmungen**, ehe sie im Reichstag verabschiedet werden, nicht erst der Reichswirtschaftsrat und der Reichsrat hätten gehört werden müssen. Es handelt sich fernerhin um Materien, die der gesetzestechnischen Regelung außergewöhnlich große Schwierigkeiten bereiten. Trotz eifriger Mitarbeit unseres Ministeriums an den Arbeiten der Kommission sind wir nicht in der Lage, die absolute Garantie dafür zu übernehmen, daß keine Unstimmigkeiten schließlich bei der jetzt vom Ausschuß ausgearbeiteten Vorlage sich ergeben werden.

Damit, meine Damen und Herren, soll nicht gesagt sein, daß die Regierung alle diese weitergehenden Beschlüsse des Ausschusses schließlich ablehnen müßte. Wir müssen lediglich eine vorsichtigere Durchberatung und Nachprüfung wünschen, als sie in dieser kurzen Zeit möglich gewesen ist.

Dann noch eines!

Abgesehen von diesen mehr grundsätzlichen Bedenken kann die Regierung gewissen Beschlüssen des Ausschusses aber auch aus praktischen Erwägungen nicht beitreten. Ich meine da zuerst die **Drittelungsgrenze** in der Höhe von 12 000 Mark. Die Regierung (B) wäre bereit gewesen, den Betrag ihrer Vorlage ungefähr zu verdoppeln auf etwa 9000 Mark; sie wäre weiter bereit gewesen, die bisherige **Zulage zu den alten Renten** ebenfalls zu verdoppeln. Der Ausschuß ist aber auch hier weiter gegangen und schlägt die Verdoppelung aller alten Renten, auch derjenigen, die unter der Hälfte der Vollrente liegen, vor; er erfaßt damit also alle Unfallrentner, auch diejenigen, die noch in ververhältnismäßig weitem Maßstabe arbeitsfähig sind.

Meine Damen und Herren! Lediglich vom Standpunkt der Unfallrentner gesehen, soll die Berechtigung solcher Forderungen im wesentlichen keineswegs bestritten werden; das möchte ich insbesondere dem Herrn Vorredner gesagt haben. Die Regierung kann aber unmöglich einseitig sich bloß auf diesen Standpunkt der Unfallrentner stellen, sie muß die Dinge im Zusammenhang auch mit den übrigen Reformen der Reichsversicherungsordnung sehen, muß sie sehen in ihrer Einwirkung auf alle Zweige unseres Wirtschaftslebens, muß sie endlich auch sehen in ihrer Einwirkung auf unsere Reichsfinanzen. In diesen Zusammenhängen gesehen, muß die Regierung befürchten, daß die vorgeschlagenen Abänderungen über das Maß dessen hinausgehen, was die Berufsgenossenschaften, wenigstens ein großer Teil der Berufsgenossenschaften, wirklich tragen können. Sind die Berufsgenossenschaften aber nicht mehr leistungsfähig, so muß bekanntlich das Reich für sie eintreten. Die Regierung muß ferner befürchten, daß die Rückwirkungen auf die übrigen Gebiete unserer Sozialversicherung so groß werden, daß das ganze Gebäude unserer Sozialversicherung infolge einer für die Gegenwart allzu schweren Belastung unseres Wirtschaftslebens ins Wanken gerät. Ich denke da an die Steigerung der Kosten, die analog den Vorschlägen, die wir jetzt vor uns haben, auf anderen Gebieten der übrigen Versicherungszweige für alle Beteiligten, nicht (C) bloß für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeitnehmerkreise entstehen werden.

Aus allen diesen Erwägungen heraus bittet die Regierung, die Drittelungsgrenze auf 9000 Mark festzusetzen und die Zulagen zu den alten Renten auf die 50- und mehrprozentigen Renten zu beschränken.

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Die in dieser Sache vorliegenden Drucksachen enthalten eine Anzahl Inkorrektheiten in der Fassung, auch Druckfehler. Das Wort hierzu hat der Herr Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Ich möchte die Damen und Herren bitten, die Vorlage in die Hand zu nehmen, um das zu berichtigen, was geändert werden muß. In den Artikeln I, III, IV, VI, VIII, IX a ist das Wort „fort" durch das Wort „weg" zu ersetzen. Im Art. X ist das Wort „tritt" zu ersetzen durch das Wort „treten". Im Art. XII § 1068 Abs. 2 ist das Wort „wirtschaftlich" zu streichen. Im Art. XVI finden Sie in der letzten Zeile des ersten Absatzes die Worte „der Artikel VII, VIII, IX". Diese Worte gehören aber in die fünfte Zeile von unten zwischen die Worte „Vorschriften" und „berücksichtigt"; dort müssen sie eingefügt werden. Im Artikel XVII sind die Worte „Vorschrift" und „tritt" zu ersetzen durch die Worte „Vorschriften" und „treten".

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Ich nehme an, daß allseitige Übereinstimmung darüber herrscht, daß es sich hier in der Tat nur um sprachliche Inkorrektheiten und Druckfehler handelt, daß also die betreffenden Stellen so abgeändert sind, wie sie der Herr Berichterstatter vorgetragen hat. — Ich stelle das fest.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

(D) **Bartz** (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir befinden uns mit diesem Gesetze etwa in der gleichen Lage wie damals, als um die Weihnachtstage herum das Gesetz für die Invalidenrentner verabschiedet werden sollte. Zwischen Tür und Angel glaubt man, ein derartig weittragendes, für die sozialen Verhältnisse wichtiges Gesetz verabschieden zu können, und selbst Parteien, die sich als Vertreter der Arbeiterschaft bezeichnen, verzichten darauf, auch nur ein Wort zu einem derartig wichtigen Gesetze zu sagen.

(Hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Wir haben in der Kommission gearbeitet! — Gegenruf von den Vereinigten Kommunisten.)

— Ob Sie in der Kommission gearbeitet haben, Herr Abgeordneter Bender, ändert nichts an der Tatsache, daß Sie es nicht für nötig halten, hier im Plenum Ihren Standpunkt zu vertreten,

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

und ich bin der Meinung, wenn irgend etwas Sie veranlassen müßte, zu dieser Vorlage das Wort zu ergreifen, so die Ausführungen, die der Herr Arbeitsminister eben mit bezug auf die Vorlage getan hat.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Herr Arbeitsminister hat sehr viel gesprochen. Er sagt sehr viel, um zu versagen; der andere hört von allem nur das Nein. Der Regierung ist es sicher sehr unangenehm, daß ihre Vorlage nicht ohne weiteres im Ausschuß akzeptiert worden ist, und sie glaubt noch im letzten Augenblick Bedenken dagegen erwecken zu müssen, daß die neue Formulierung, die wenigstens die schwersten Härten innerhalb der **Unfallgesetzgebung** beseitigen will, Gesetzeskraft erlangt.

Die Regierung ist bereit, die **Drittelungsgrenze** zu verdoppeln. Der Herr Minister hat erklärt, daß sich vielleicht darüber reden ließe, die Grenze auf 9000 Mark

(Bartz [Hannover], Abgeordneter.)

(A) heraufzusetzen. Was sind heute 9000 Mark? Sie dürfen nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß die Renten ja nicht gleich sind mit dieser Summe, sondern selbst Vollrenten nur zwei Drittel dieser 9000 Mark-Grenze ausmachen würden.

(Hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten.

Sind schon die gegenwärtigen Renten durchaus unzulänglich, legen sie schon den Beweis dafür ab, daß nur ein ganz geringes soziales Verständnis bei den Mehrheitsparteien vorhanden ist, so kann auch durch eine Heraufsetzung der Drittelungsgrenze auf 9000 Mark nicht das geringste an den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen gebessert werden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der Herr Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß man bei anderen Positionen sehr freigebig sein kann. Ich will gar nicht auf das Reedereiabfindungsgesetz eingehen, wo Sie leichten Herzens 12 Milliarden Mark bewilligt haben.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich will nur daran erinnern, daß das Ernährungsministerium keine Bedenken trägt, der wuchernden, ausbeutenden **Landwirtschaft** endlich ein Halt entgegenzusetzen,

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

daß im Gegenteil im Ernährungsministerium die treibenden Kräfte sitzen, die die Landwirtschaft geradezu ermuntern, immer höhere Forderungen zu stellen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Als dann die Ernährungswirtschaft zusammenzubrechen drohte, als man dann alle Mittel versuchte, um den Landwirten in Güte zuzureden: „Nun seid doch so liebenswürdig und tut auch Eure Pflicht; nun liefert doch ab, was ihr abliefern müßt, und verschiebt nicht alles zu Wucher-(B) preisen!", als diese Situation eintrat, war es wiederum das Ernährungsministerium, das durchaus keine Bedenken trug, den agrarischen Vereinigungen lediglich zum Zweck der Propaganda der Mehrablieferungsbestrebungen 500 000 Mark, also rund eine halbe Million Mark, zur Verfügung zu stellen,

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

eine halbe Million Mark, die lediglich propagandistischen Zwecken dienen sollten, Zwecken, die Sie, meine Herren von der Rechten, und Ihre Kollegen aus der Landwirtschaft, wenn sie ein wenig Empfinden mit den Nöten der gegenwätigen Zeit, mit den Nöten des größten Teils unseres Volkes hätten, ganz von selbst erfüllen müßten. Aber soweit geht Ihr soziales Empfinden nicht. Und so haben wir denn auch gesehen, daß im Ausschuß, der sich mit der Frage der neuen Festsetzung der Drittelungsgrenze, mit der Beseitigung der ärgsten Härten in der Unfallgesetzgebung beschäftigen sollte, daß in diesem Ausschuß und in den Verhandlungen lediglich das nackte Unternehmerinteresse, das kapitalistische Interesse vorherrschend war,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und daß die Redner der bürgerlichen Parteien vor allem darum besorgt waren, daß die entstehenden Lasten möglichst gering, daß die Industrie und die Unternehmer möglichst geschont würden.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich brauche auf Einzelheiten gar nicht einzugehen. Die Herren der bürgerlichen Parteien, die in den Ausschüssen waren, und auch die Herren von links wissen selbst, daß jene (nach rechts) Seite stets im Hinblick auf die angeblich schwache Industrie, die nicht in der Lage sei, die neue Belastung aus der Unfallversicherungsgesetzgebung zu tragen, in ihrer ganzen Haltung und in allen ihren Ausführungen durchblicken ließ — das zog sich ja wie ein roter Faden durch ihre Reden hindurch —, welch angeblich schwere Last jetzt (C) der Industrie aufgebürdet werden solle. Aber, meine Damen und Herren! Die Furcht vor der **Belastung der Industrie** auf der einen Seite und die Hoffnung auf bald bevorstehende Besserung der Verhältnisse auf der anderen Seite. Sagte doch einer der bürgerlichen Herren im Ausschuß:

> Es ist zu erwarten, daß über kurz oder lang sowohl die allgemeine Teuerung als auch die Entwertung unseres Geldes zu einem guten Teil überwunden wird.
>
> (Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: So sieht er gerade aus!)
>
> Dann fallen zwar die Arbeitslöhne, aber die höheren Renten, die einmal festgesetzt sind, bleiben dauernd bestehen und müssen ausbezahlt werden,
>
> (hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)
>
> auch wenn sie einen viel größeren Sachwert darstellen, als es jetzt der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Wer selbst die Renten, die jetzt festgesetzt werden sollen auf Grund der Ausschußbeschlüsse, als „hohe" Renten bezeichnet, legt doch Zeugnis dafür ab, daß er recht wenig soziales Verständnis und noch weniger soziales Empfinden hat.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Was sind denn gegenwärtig „hohe" Renten? Sind etwa **Renten** von monatlich 150 Mark, die mit all den Zuschlägen, die bewilligt werden, in Zukunft etwa auf 300 Mark steigen werden, hohe Renten? Und sind das Forderungen, die sie zu der Bemerkung veranlassen könnten, daß diese hohen Renten bestehen bleiben würden, selbst wenn die Nahrungsmittelpreise und die übrigen Verhältnisse sich bessern sollten? Wer das sagt, meine Damen und Herren, muß sich schon den Vorwurf (D) gefallen lassen, daß er für die Nöte der Unfallrentner nicht das geringste Verständnis hat, daß ihm aber über alles das Interesse des Kapitalismus, das Interesse des Unternehmers geht!

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Man hatte in der Ausschußsitzung aber nicht nur diesen Optimismus, sondern man ging selbst so weit, die Notlage der Rentner direkt zu verhöhnen.

(Lebhafte Rufe bei den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört!)

Nach dem Ausschußbericht hob ein bürgerlicher Abgeordneter hervor, daß wir jetzt ein armes Volk geworden seien. Ja, meine Herren, wer will das bestreiten? Sie (nach rechts) sind allerdings nicht arm geworden! Wenn Sie das Gegenteil behaupten, so ist das eine infame Unwahrheit,

(sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten)

denn gerade Sie und Ihre Sprößlinge sind es, die noch heute das Geld vergeuden und mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Aber es ist gut, daß gerade ein bürgerlicher Abgeordneter es war, der auf die **Not des Volkes** hinwies, dann aber die Frechheit besaß, zu sagen:

> die allgemeine Notlage des Volkes bedeutet, daß jeder von uns sich an eine geringere Lebenshaltung gewöhnen muß, also auch der verunglückte Arbeiter.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Gibt es einen schlimmeren Hohn, als wenn man diesen Unglücklichen, trotz des kärglichen und kümmerlichen Lebens, trotz des unerträglichen Loses, das ihnen beschieden ist, zumutet, in noch stärkerem Grade auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu verzichten, als sie

(**Bartz** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) es gegenwärtig schon müssen? Und das wagen Sie in demselben Atemzuge den Unfallrentnern zu sagen, wo Sie in Hülle und Fülle haben, wo Sie auf der anderen Seite Ihr soziales Empfinden und Ihr soziales Herz der Arbeiterschaft vor die Füße legen? Wo spricht soziales Empfinden aus Worten, die den Rentenempfängern zumuten, ein noch unerträglicheres Leben zu führen, als sie es ohnehin schon müssen?

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, wie hoch die **Vollrenten** sind, die selbst auf Grundlage der neuen Regelung der Dinge bezogen werden? Nehmen wir an, die Regierungsvorlage mit ihren 5400 Mark würde Gesetz werden, dann würde die gesamte Vollrente — als Einkommen eines Arbeiters 15 000 Mark zugrunde gelegt — nicht mehr als 5700 Mark betragen!

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wollen Sie das etwa als hoch bezeichnen? Wollen Sie sagen, daß davon der Rentenempfänger noch etwas entbehren kann? Oder nehmen wir die 7500 Mark an, die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen wurden. — Es ist übrigens bezeichnend, daß die Reichsregierung in ihrem Entwurf Anfang Februar zu der Überzeugung gekommen ist, daß 5400 Mark genügen, während der Reichswirtschaftsrat am 18. September 1920 sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß mindestens 7500 Mark gewährt werden müssen.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Hier zeigt sich, daß die Regierung durchaus nicht von dem sozialen Empfinden durchdrungen ist, das erforderlich wäre, um den Ärmsten der Armen wirklich zu helfen. Aber nehmen wir einmal an, die 7500 Mark würden als Drittelungsgrenze gesetzt, dann würde das bei einem Einkommen von 15 000 Mark eine Vollrente von 6667 Mark ergeben. Auch da werden Sie nicht (B) sagen können — Sie müßten denn an Begriffsverwirrung oder etwas Ähnlichem leiden —, daß diese Summe unter den heutigen Verhältnissen genügt, um einem Invaliden zu ermöglichen, mit seiner Familie das Leben zu fristen.

Aber selbst wenn man die 12 000 Mark zugrunde legt, die der Ausschuß fordert, so ergibt sich nur eine Vollrente von 8666 Mark. Auch das bleibt weit hinter dem zurück, was heute als Existenzminimum betrachtet werden muß. Es kommt das gerade an die Summe heran, die die Reichsmilitärverwaltung für notwendig hält, um einen Reichswehrhund zu verpflegen!

(Stürmische Rufe von den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört!)

Für einen Reichswehrhund sind im Etat durchschnittlich 8000 Mark Ernährungs- und Pflegekosten pro Jahr, für eine Brieftaube sind 3000 Mark Unterhaltungskosten eingesetzt. Wenn demgegenüber für diejenigen, die durch Schuld Ihrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zum Krüppel geworden sind, die nicht mehr arbeiten können, eine Rente von 8000 bis 9000 Mark gewährt werden soll, dann haben Sie (nach rechts) kein Recht, darüber irgendwie zu spötteln oder sich gar hinzustellen und zu sagen: das ist zuviel; dem können wir nicht zustimmen!

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Das Gesetz sieht nun vor, daß die **Drittelungsgrenze** heraufgesetzt werden soll auf 12 000 Mark. Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß die Drittelungsgrenze verschwinden muß.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ist es nicht unverantwortlich, einen Menschen, der nicht mehr in der Lage ist, seinem Beruf nachzugehen, weil er dem kapitalistischen Ausbeutungsprozeß zum Opfer gefallen ist, nun deshalb bestrafen zu wollen und ihn mit seiner Familie dem Elend zu überantworten, lediglich weil er verunglückt ist? (C) Oder wollen Sie etwa die Behauptung aufstellen, daß ein verunglückter Arbeiter weniger Ansprüche an das Leben zu stellen berechtigt ist als ein Arbeiter, der über seine gesunden Glieder verfügt? Ich bin der Meinung: ob verunglückt oder nicht verunglückt, jeder Arbeiter, jeder Angehöriger der Bevölkerung hat das Recht zu verlangen, daß ihm die Gesellschaft in Fällen der Not die Existenz garantiert,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vereinigten Kommunisten)

daß unter allen Umständen der Grundsatz Geltung haben muß, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, jedem, der arbeitswillig war und der seine Pflicht im Interesse der Gesellschaft getan hat, wenn er seine Arbeitskraft verloren hat, wenn er seiner Gesundheit oder seiner Glieder beraubt ist, das volle Existenzminimum zu gewähren.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Erst dann, wenn unsere ganze Sozialgesetzgebung umgestaltet ist, wenn sie zusammengefaßt und getragen ist von dem Gedanken, daß unter allen Umständen das Existenzminimum zugrunde gelegt wird, erst dann werden die Nöte, wird das Elend beseitigt werden können, das heute trotz oder meinetwegen dank unserer Sozialgesetzgebung noch vorhanden ist.

Wir wissen, daß weder von der bürgerlichen Gesellschaft noch von der bürgerlichen Regierung unsere Ziele, unsere Forderungen an die Sozialgesetzgebung erfüllt werden. Wir wissen, daß erst dann, wenn die Arbeiterschaft die Herrschaft in den Händen hat, die Gesellschaft von einem sozialen Geist durchdrungen sein wird, der das Elend aus der Welt schafft. Sie mögen sich heute noch an Ihre Macht klammern, Sie mögen heute noch versuchen, alles aufzubieten, um die vorwärtsdrängende Arbeiterschaft in dem Kampf um ihre (D) Ziele aufzuhalten. Aber, meine Damen und Herren, seien Sie sich klar darüber: es wird Ihnen nicht gelingen, das vorwärtsdringende Proletariat niederzuzwingen, das Proletariat in seinem Kampf um die Befreiung seiner selbst und um die **Befreiung** der Menschheit **von dem Joch des Kapitalismus** nennenswert zu hemmen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Die Arbeiterschaft pfeift auf Ihre Maßnahmen, sie pfeift auf die Rüstungen der Orgesch, sie pfeift auf die Reaktion und auf die reaktionären Maßnahmen, die Sie ergreifen, um sie niederzuhalten, um der Arbeiterschaft den Aufstieg zu erschweren. Die Arbeiterschaft ist sich ihrer Kraft bewußt, und sie wird — dessen mögen Sie gewiß sein — nicht nur Ihre sozialen Ungerechtigkeiten, sondern sie wird all die Schandtaten, all das Unrecht, das Sie der Arbeiterschaft zugefügt haben, eines Tages zu begleichen wissen. Sie wird genau so, wie Sie heute gegen die Arbeiterschaft rüsten, auch gegen Sie gerüstet sein,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

um alle die Schäden, alle die Schwächen der heutigen Gesellschaftsordnung aus der Welt zu schaffen, und mit diesen Schwächen zugleich auch Ihre Herrschaft beseitigen.

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen der beiden Herren Vorredner verstehe ich von ihrem Standpunkte aus. Wenn ich der

(Andre, Abgeordneter.)

(A) kommunistischen oder der Unabhängigen Partei angehörte, würde ich vielleicht ähnliche Reden halten.

(Heiterkeit links. — Hört! Hört!)

Das gestehe ich Ihnen ohne weiteres zu.

(Zurufe links.)

— Lassen Sie mich nur weiter reden. Ich sage, ich würde dann auch dieselben Reden halten, weil es Agitationsreden sind, die hier zum Fenster hinaus gehalten werden.

(Lebhafte Zurufe links.)

Wir haben uns danach zu richten, ob und was zustande kommen kann. Damit dienen wir der Arbeiterschaft und nicht damit, daß wir Beschlüsse fassen, die in der heutigen Zeit nicht durchgeführt werden können,

(lebhafter Widerspruch links)

die für unsere Industrie und unsere ganze Volkswirtschaft nicht tragbar sind.

(Große Unruhe. — Zurufe.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Meine Herren (nach links), Ihr eigener Redner ist doch eben in Ruhe angehört worden; hören Sie doch dem anderen Redner ebenso zu!

(Zurufe links.)

Andre, Abgeordneter: Ich habe mit Ihnen noch keine Schweine gehütet!

(Große Unruhe links. — Bravo! rechts.)

Ich glaube, daß den Interessen der deutschen Arbeiterschaft damit am meisten gedient wird, daß wir so rasch wie möglich die 1800-Mark-Grenze erheblich hinaufsetzen. Nun haben wir heute Ausführungen vom Ministertische gehört, die nach mancher Seite hin zu beanstanden sind. Ich hätte gewünscht, daß der Herr Reichsarbeitsminister sich restlos auf den Boden des Kompromißantrages gestellt hätte. Dieser Antrag ent- (B) hält das, was in der heutigen Zeit verantwortet werden kann.

Den Herren von links möchte ich doch noch das eine sagen: Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die deutsche **Sozialversicherung** gerettet werden muß und daß die deutsche Arbeiterschaft auch in der Zukunft Beschäftigung haben soll, dann können wir in einer Zeit, wo die Entente die deutsche Volkswirtschaft derartig einengt und beschränkt, nicht einfach die Sozialgesetzgebung ausbauen und alle Wünsche der Arbeiterschaft restlos erfüllen.

(Zurufe links.)

Wir müssen mit den harten Tatsachen rechnen.

Nun habe ich im Ausschuß schon ausgesprochen, daß diese ganze Regelung nur eine vorläufige ist und wir uns vorbehalten, bei der Schaffung der Novelle zur Reichsversicherungsordnung an dem Ausbau der Sozialversicherung in dem Sinne mitzuwirken, daß dem gesunkenen Geldwert in angemessener Weise Rechnung getragen wird.

Was die **1800-Mark-Grenze** selbst bzw. ihre **Erhöhung** anbelangt, so möchte ich von dieser Stelle aus doch betonen, daß der Reichswirtschaftsrat sich nur für eine Erhöhung auf 7500 Mark ausgesprochen hat, und zwar im September 1920. Wenn heute ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien vorliegt, auf 10 200 Mark zu gehen, so steckt in dieser Erhöhung mehr, als die Lebenshaltung seit dem September 1920 verteuert worden ist. Das kann gar nicht bestritten werden. Ich stelle weiter fest, daß im Reichswirtschaftsrat die Arbeitervertreter für 7500 Mark gestimmt haben und daß die Unternehmervertreter nur für 5400 Mark eingetreten sind. Ich meine also, wenn dasjenige Organ, das gerade zur Beurteilung derartiger Wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen eingesetzt worden ist, nur auf 7500 Mark kommt, dann soll

(C) man uns nicht den Vorwurf machen, daß wir gegen die Interessen der Arbeiterschaft Stellung nehmen, wenn wir einen Antrag auf Bewilligung von 10 200 Mark eingebracht haben.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Was den alten Antrag von 12 000 Mark anlangt, den ich im Ausschuß selbst gestellt habe, so kann ich hier offen erklären, daß die Widerstände, die sich in der Regierung gegen diesen Antrag gezeigt haben

(Zuruf links)

— nicht in den Fraktionen; wir hatten leider gar keine Gelegenheit, zu der Frage überhaupt Stellung zu nehmen —, uns veranlaßten, den neuen Antrag einzubringen. Dazu kam die Haltung der Geschäftswelt und der Berufsgenossenschaften. Weil wir Wert darauf legen, daß überhaupt etwas zustande kommt, mußten wir den Abänderungsantrag stellen.

(Sehr richtig! rechts.)

Man kann der deutschen Arbeiterschaft in diesem Augenblick keinen schlechteren Dienst erweisen, als wenn man Forderungen stellt, die eventuell durch den Reichsrat nicht genehmigt werden; denn dann wird die ganze Regelung bis nach Ostern verschoben, und die Interessen der Arbeiterschaft werden aufs schwerste geschädigt.

Ich möchte doch feststellen, daß auch nach dem jetzigen Antrag eine Erhöhung um das 5⅔fache eintritt, während die Löhne, wie wir von kommunistischer und unabhängiger Seite wiederholt gehört haben, nur eine Steigerung von 6 bis 8 Prozent erfahren haben. Ich bin der Auffassung, daß die Lohnsteigerung in manchen Berufsgruppen allerdings höher geht. Wir müssen aber gerade bei der Sozialgesetzgebung damit rechnen, daß die **Renten**, die jetzt festgesetzt werden, später nicht oder nur schwer abgebaut werden können. Das ist ein ganz bedeutsamer Gesichtspunkt, an dem Sie nicht achtlos (D) vorbeigehen können. Die Grundlagen der Rentenberechnung lassen sich, wenn unsere Mark wieder mehr Wert bekommen hat, nicht ohne weiteres verändern. Wir würden also dann in Verhältnisse hineinkommen, die nicht gesund und wünschenswert sind.

Dann möchte ich vor allem darauf hinweisen, welche Rückwirkungen die jetzige Regelung schon auf die ganze Sozialversicherung, auf die Leistungen der Krankenkassen, der Invaliden- und Altersversorgung, der Hinterbliebenenversorgung, des Knappschaftswesens usw. haben wird.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

— Alles ist nach der Richtung hin traurig; das ist auch meine Auffassung. Wir können aber die Unfallrenten nicht blindlings erhöhen, sondern müssen eine Angleichung der verschiedendsten Leistungen der Sozialversicherung herbeiführen. — Weil wir diese Angleichung vornehmen müssen, deshalb kommt es darauf an, daß wir im jetzigen Stadium der Wirtschaftskrise nicht Forderungen durchzusetzen versuchen, die nachher für die Gestaltung der gesamten Sozialversicherung nicht erträglich sind.

Ich bin deshalb der Auffassung, daß das, was auch nach den Kompromißanträgen den Unfallverletzten geboten wird, einen wesentlichen sozialen Fortschritt darstellt. Es handelt sich ja nicht nur um die Erhöhung der Grundlage der Rentenberechnung von 1800 auf 10 200 Mark, sondern es kommt dazu die Erhöhung des der Rentenberechnung zugrunde zu legenden landwirtschaftlichen Jahresarbeitsverdienstes um 500 Prozent. Es kommt weiter hinzu, daß für die bei der Seeberufsgenossenschaft Versicherten die Tariflöhne zur Grundlage der Rentenberechnung gemacht werden. Es kommt hinzu, daß bei den Angestellten, die seither bloß bis zu 5000 Mark obligatorisch der Unfallversicherung

(**Andre**, Abgeordneter.)

(A) angehört haben, diese Grenze nun auf 40 000 Mark erhöht wird. Ferner kommt hinzu, daß für die selbständigen Gewerbetreibenden wie für die selbständigen Landwirte die Beschränkungen, die seither in der Sozialversicherung für die Versicherung ihrer Person bestanden haben, in Wegfall gekommen sind. Das sind Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten, die vom Standpunkte einer richtigen Arbeitervertretung aus nicht abgelehnt, sondern nur begrüßt werden können.

(Zuruf von der äußersten Linken.)

— Ich möchte nur wünschen, daß eine solche planmäßige und zielbewußte **Arbeitervertretung**, wie ich sie betreibe,

(Lachen auf der äußersten Linken)

in der gesamten Arbeiterbewegung vorhanden wäre. Für mich kommt es darauf an, Positives zu schaffen. Für Sie kommt es darauf an, durch Agitation Anhänger zu gewinnen; das ist bei Ihnen das oberste Prinzip.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Ich komme zum Schlusse, indem ich ausspreche, daß es für uns nicht auf einen Wettlauf mit denjenigen Parteien ankommt, die nicht in der Regierung sind, aber herein könnten, wenn sie wollten,

(sehr richtig! im Zentrum)

sondern darauf, daß wir das, was durch den Gesetzentwurf geboten worden ist, ausbauen. Das haben wir durch die Anträge, die wir gestellt haben, getan. Wir sind der festen Überzeugung, daß, wenn unsere Anträge zur Annahme und Durchführung gebracht werden, das schlimmste Elend von den Unfallversicherten genommen wird und daß neue Grundlagen für die Zukunft gefunden sind, die einigermaßen einen Ausgleich schaffen zwischen Unfallrenten und bestehenden Teuerungsverhältnissen.

(Beifall im Zentrum.)

(B)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die allgemeine Aussprache beim Artikel I stattfindet und daß Redner, die sich zum Art. I gemeldet haben, sich an dieser Debatte beteiligen müssen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Aufhäuser.

Aufhäuser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Ausschußbeschlüsse stellen meines Erachtens das Mindestmaß dessen dar, was an unmittelbaren **Reformen der Unfallversicherung** vorgenommen werden muß. Es besteht gar kein Zweifel, daß auch nach einer Annahme dieser Ausschußbeschlüsse noch eine solche Fülle von Härten weiter besteht, daß man sich tatsächlich wundern muß, daß auch noch Arbeitervertreter es für richtig halten, sich gegen dieses Mindestmaß der Ausschußbeschlüsse zu wenden.

Ich möchte dem Herrn Vorredner das eine sagen. Wenn er hier Kritik geübt hat daran, daß einer der Herren Vorredner sich gegen die neuen Anträge gewandt hat, und er meinte, daß von dieser Seite lediglich Agitation getrieben würde, so scheint mir der Fall umgekehrt zu liegen. Ich bin der Auffassung, daß diejenigen Arbeiter- und Angestelltenvertreter, die in den Ausschüssen eine Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt haben, die im Ausschuß alle diese Beschlüsse mitgemacht haben und draußen ihrer Mitgliedschaft von dieser Verbesserungsarbeit im Ausschuß erzählen und dann hinterher im Plenum auf Geheiß und in Übereinstimmung mit ihren Fraktionsgenossen für das Gegenteil eintreten, allerdings nichts anderes als Agitationsarbeit geleistet haben.

Ich kann insbesondere vom Standpunkt der Angestellten sagen, daß auch nach diesen Reformen, wie sie der Ausschuß beschlossen haben möchte, für die Angestellten noch eine Fülle von Mängeln in der Unfallversicherung verbleiben. (C) Wir wissen, daß wir in diesem Augenblick die Unfallversicherung auch nicht annähernd so gestalten können bei der zur Verfügung stehenden Zeit, wie das notwendig wäre. Aber auch der einzige Vorteil und die einzige Reform, die die Ausschußbeschlüsse für die Angestellten gebracht haben, mit denen sämtliche Angestellten- und Arbeitervertreter im Ausschuß einverstanden waren, auch diese einzige Besserung, die Beseitigung der Gehaltsgrenze, soll jetzt nach dem Antrag auf Nr. 1737, den die vereinigten bürgerlichen Parteien eingebracht haben, beseitigt werden. Es soll für die Betriebsbeamten der Industrie nicht einmal die eine Gewähr geboten werden, daß sie überhaupt restlos gegen Unfälle versichert werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man braucht tatsächlich keine Begründung dafür zu geben, warum auch für die **Angestellten** in ihrer Gesamtheit die **Unfallversicherung** notwendig ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch der Beamte in technischen Betrieben, der Werkmeister und Angestellte, die sonst in Frage kommen, im Falle des Unfalls und der damit verbundenen wirtschaftlichen Notlage genau so des Schutzes bedarf wie der Arbeiter, für den die Unfallversicherung besteht. Es hat auch darüber im Ausschuß kaum eine Debatte stattgefunden, weil man allgemein eingesehen hat, daß natürlich ein Privatangestellter trotz seines höheren Kragens, wenn er dasselbe Einkommen hat wie ein Arbeiter, materiell genau so gestellt ist und genau so des Schutzes der Unfallversicherung bedarf. Bei der Arbeiterschaft gilt allgemein, daß für sie keine Lohngrenze besteht, sondern daß alle Arbeiter der Unfallversicherung angehören. Wir haben für die Angestellten dasselbe verlangt. Und es war insbesondere ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, Herr Thiel, der selbst diesen Antrag gestellt hat. (D)

(Hört! Hört! links.)

Dieser Antrag ist angenommen worden, und jetzt wird in dem Antrag Nr. 1737 die Beseitigung dieses einzigen Beschlusses, der dort im Interesse der Privatangestellten gefaßt wurde, verlangt. Es soll wiederum eine neue Gehaltsgrenze eingeführt werden, und zwar unter Erhöhung von 5000 Mark auf 40 000 Mark.

Es wird immer der Einwand erhoben, daß die Angestellten nicht restlos der Unfallversicherung bedürften, weil sie ja die Möglichkeit hätten, eine private Versicherung einzugehen. Ich möchte mal wissen, wie es die Angestellten anfangen sollen, sich bei ihrer heutigen materiellen Lage etwa privat gegen Unfälle des Betriebes zu schützen.

Es ist als besonderer Einwand im Ausschuß angeführt worden: wenn man die Gehaltsgrenzen restlos beseitige und wenn man alle Angestellten von der Unfallversicherung erfasse, dann würden ja schließlich auch die Generaldirektoren mit 300 000 Mark gegen Unfall geschützt sein. Zunächst muß gesagt werden, daß auch die 300 000 Mark nochmals gedrittelt werden, daß aber die Generaldirektoren überhaupt nicht unter die Reichsversicherungsordnung fallen, sondern lediglich die Betriebsbeamten, die man jederzeit begrifflich erfassen kann,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß unsere Betriebsbeamten in der deutschen Industrie, mögen Sie hinsehen, wo Sie wollen, samt und sonders gegen den Unfall geschützt sind, daß sie etwa 300 000 Mark Jahreseinkommen beziehen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Heiterkeit.)

(Aufhäuser, Abgeordneter.)

(A) Es ist weiter gesagt worden, daß die Berufsgenossenschaften außerordentlich belastet würden. Das ist versicherungstechnisch falsch. Denn wenn wirklich weitere Angestellte mit höherem Einkommen mit in die Unfallversicherung kommen, so bedeutet das natürlich auch einen entsprechenden Ausgleich in den Umlagen, die die Berufsgenossenschaften veranstalten. Es ist sogar möglich, daß, wenn das Risiko bei den Betriebsbeamten geringer ist, sich die Lage der Berufsgenossenschaft durch die Erfassung der technischen Betriebsbeamten erheblich verbessert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber nicht nur im Prinzip ist die Forderung der Einbeziehung aller Angestellten in die Unfallversicherung berechtigt, sondern ich möchte sagen: es ist auch rein praktisch unhaltbar, daß man in der Sozialversicherung für die Angestellten immer wieder versucht, durch Gehaltsgrenzen die Versicherungspflicht abzugrenzen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Schon heute haben sich diese Gehaltsgrenzen als praktisch undurchführbar erwiesen. Obwohl in der Reichsversicherungsordnung steht, daß der Betriebsbeamte nur bis 5000 Mark versichert sein kann, ist in der Knappschaftsversicherung bereits unter Durchbrechung dieser gesetzlichen Bestimmung bis zu 35 000 Mark die Versicherung erfolgt, und in anderen Gewerben liegt es ganz ähnlich.

Wenn nun durch den Antrag 1737 als Besserung vorgeschlagen wird, die Gehaltsgrenze von 5000 auf 40 000 Mark zu erhöhen, so möchte ich wissen, wo wir hinkommen sollen, wenn man die **Versicherungspflicht der technischen Betriebsbeamten und der Angestellten** im ganzen dauernd in dieser **variablen Form** bestehen läßt. (B) Das heißt doch nichts anderes als die Versicherungspflicht der Privatangestellten von dem jeweiligen Stand der Valuta abhängig machen, so daß überhaupt kein Angestellter mehr von heute auf morgen weiß, ob er noch versicherungspflichtig ist oder nicht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn unsere deutsche Mark sinkt, dann erfolgt eine Erhöhung der Versicherungsgrenze, dann werden die 40 000 Mark morgen vielleicht auf 50 000 Mark erhöht, und wenn die Valuta im Steigen begriffen ist, dann wird die Versicherungsgrenze wieder herabgesetzt. Es wäre die einzige Konsequenz, daß für die Privatangestellten überhaupt die Versicherungsgrenze nicht mehr im Gesetz festgelegt wird, sondern daß man es einfach der Börse überläßt, ihrerseits je nach dem Stand der Valuta dann die Gehaltsgrenze für die Angestellten festzusetzen,

(sehr gut! und Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und daß die Angestellten durch den Kurszettel erfahren, ob sie noch versicherungspflichtig sind oder nicht.

(Heiterkeit.)

So viel zu der praktischen Möglichkeit dieses Antrages 1737! Aber was soll denn diese ganze Methode bedeuten? Warum wird denn dauernd der Angestellte grundsätzlich in der deutschen Sozialversicherung anders behandelt als der Arbeiter? Wir sehen es in der Sonderversicherung der Angestellten, wir sehen es in der Invaliden-, in der Unfall- und in allen sonstigen Zweigen der Sozialversicherung. Es ist immer wieder die Methode, die Angestellten auf irgendeine Weise aus dem Kreise der gesamten Arbeiterschaft herauszuheben,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

um sie damit auf ihre eigenen Kosten wiederum zu benachteiligen. (C) Was haben die Angestellten davon, daß man sie immer besonders behandelt? Hier haben wir den Beweis dafür, daß diese Sonderbehandlung nichts anderes bedeutet, als daß sie im Falle des Unfalls auf ihre eigenen Mittel angewiesen sind. Dieser Antrag muß meines Erachtens nicht nur von meinen Freunden, sondern auch von allen Angestellten und Arbeitervertretern und all denjenigen Abgeordneten, die einigermaßen noch Wert auf soziale Gerechtigkeit legen, abgelehnt werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im Zusammenhang damit kann ich auch nicht verzichten, darauf hinzuweisen, daß man gerade mit den Angestellten — und der Beweis ist diesmal wieder geliefert worden — seitens einzelner Parteien ein Spiel treibt, das nicht länger ohne Widerspruch bleiben kann.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben es diesmal wieder erlebt, wie man gerade bei den **Angestellten** diesen Gimpelfang betreibt. Im Sozialpolitischen Ausschuß wird die **Beseitigung der Gehaltsgrenze** von einem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei beantragt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Draußen wird bei den Angestellten mit diesem Antrag agitiert. In der „Täglichen Rundschau" erschien noch gestern ein Leitartikel, in dem derselbe Abgeordnete, der Kollege Thiel, auch dafür eintrat und den Angestellten auseinandersetzt, daß gerade er dafür sorgen will, daß auch sie alle versicherungspflichtig werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und was erleben wir hier? Daß das ganze Eintreten einzelner Mitglieder dieser Partei im Ausschuß nichts (D) anderes bedeutet als reine Agitation, und daß hinterher Herr Stinnes, und wer sonst in der Volkspartei maßgebend ist, einfach befehlen: eure Anträge im Ausschuß haben nichts zu bedeuten, wir beantragen im Plenum die Streichung.

Gerade dieser Vorfall ist ein Beweis dafür, daß es eine Illusion ist, wenn Angestellte überhaupt glauben — das gilt für die Angestellten genau so wie für die Arbeiter —, die Volkspartei (nach rechts) oder ähnliche Parteien, die diesen Antrag unterschrieben haben, könnten irgendwie Angestellteninteressen vertreten. Die Angestellten, die glauben, in der Volkspartei irgendwelche berechtigten Forderungen ihrer eigenen Verbände durchsetzen zu können, werden immer wieder erfahren müssen, daß ihre Vertretungen in der Volkspartei der Stinnesierung anheimfallen müssen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Heiterkeit rechts.)

Der Antrag Nr. 1737 wird meines Erachtens geeignet sein, gerade den Angestellten zu zeigen, wohin es führt, wenn man dauernd eine Sozialpolitik betreibt, bei der die Angestellten künstlich von den Arbeitern getrennt werden sollen.

(Sehr richtg! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben es gerade bei der Betrachtung der Unfallversicherung wieder erfahren, daß zwar die Unternehmer die geistige Begabung der Kopfarbeiter sehr wohl auszunutzen wissen, daß sie die Initiative ihrer Betriebsbeamten in Anspruch nehmen, daß sie aber in demselben Augenblick, in dem die Betriebsbeamten infolge von Unfällen nicht mehr in der Lage sind, ihre Tätigkeit auszuüben, diese nicht nur gleich schlecht wie die Arbeiter behandeln, sondern darüber hinaus auch jeden Unfallschutz zu versagen bereit sind. Das Wohl-

(Aufhäuser, Abgeordneter.)

(A) wollen gegenüber den Angestellten, das durch die besonderen Gesetze immer als Vorwand benutzt wird, ist in letzter Linie nichts anderes, als daß im Augenblick der Not der Angestellte noch schlechter behandelt wird als der Arbeiter.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb glaube ich, daß gerade dieser Vorgang, daß man den Betriebsbeamten bei einem Unfall noch nicht einmal denselben Schutz wie den Arbeitern angedeihen lassen will, geeignet ist, auch den Angestellten die Augen zu öffnen, ihnen zu zeigen, daß sie sich gegen diese Sonderbehandlung der Arbeiterschaft wenden müssen, daß sie darauf angewiesen sind, in ihrem und im Interesse der gesamten Arbeitnehmer auch die soziale Gesetzgebung vom Standpunkt der Solidarität aller Kopf- und Handarbeiter zu betreiben.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thiel.

Thiel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Aufhäuser hat es für zweckmäßig erachtet, auf meine Stellungnahme zu der in Art. I enthaltenen grundsätzlichen Frage hinzuweisen. Er hat dabei den Anschein zu erwecken versucht, als ob im Laufe der Tage durch irgendwelche Arbeitgebereinflüsse meine Stellung zu dieser Frage erschüttert worden wäre. Ich möchte hier deshalb aussprechen, daß ich nach wie vor auf dem in der Kommission vertretenen Standpunkt verharre und daß ich auch für die Kommissionsfassung stimmen werde. Ich muß auch die Behauptung zurückweisen, als ob etwa in der Fraktion irgendwie ein Druck auf mich selbst oder diejenigen, die (B) meine Auffassung teilen, ausgeübt worden wäre. Ich stelle vielmehr fest, daß die Anregung zu diesem Antrage, der von den verschiedenen Parteien des Hauses hier gestellt worden ist, nicht der Initiative meiner Partei entsprungen, sondern von Vorstellungen des Reichsarbeitsministeriums ausgegangen ist.

(Hört! Hört! links.)

Ich vermag allerdings die Bedenken, die von dem Reichsarbeitsministerium auch im Ausschuß bereits gegen meinen dort gestellten Antrag geäußert worden sind, **die Versicherungspflicht der Betriebsangestellten nicht an eine gewisse Einkommensgrenze zu binden,** auch heute noch nicht zu teilen, und komme deshalb zu der eingangs erwähnten Entscheidung.

Ich sehe mich sogar genötigt, auch hier ausdrücklich davor zu warnen, eine bestimmte Gehaltsgrenze festzusetzen, über die hinaus die Betriebsbeamten nicht versicherungspflichtig sein sollen. Ich habe um deswillen besonders große Bedenken, weil in den Entscheidungen des Reichsversicherungsamts der Standpunkt vertreten wird, daß bei der Beurteilung der Frage der Versicherungspflicht nicht das im Augenblick bezogene Gehalt ausschließlich maßgebend ist, sondern es liegen Entscheidungen vor, wonach zweifelsfrei solche Betriebsbeamte noch als versicherungspflichtig bezeichnet worden sind, die im Augenblick des Eintretens des Unfalls die Grenze der Versicherungspflicht, die im Gesetz festgelegt war, überschritten hatten. Es ist in diesen Entcheidungen darauf hingewiesen, daß der Entscheidung nicht das Gehalt zugunde gelegt werden muß, das im Augenblick bezogen wird, sondern der Jahresarbeitsverdienst, der im Laufe der letzten Jahre durchschnittlich erzielt wurde. Aber bei den gegenwärtigen Geldverhältnissen haben sich die Einkommensverhältnisse so außerordentlich schnell geändert, daß man auf Grund dieser Entscheidung bei der (C) Festlegung irgendeiner Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht niemals bei einem Angestellten mit Bestimmtheit sagen kann, ob er nach dem Gesetz unter Berücksichtigung der vorliegenden Entscheidungen des Reichsversicherungsamts noch als versicherungspflichtig anzusehen ist oder nicht. Daraus werden sich dann eine ganze Fülle von Streitigkeiten und Reibereien ergeben, die wir vermeiden müssen. Es werden sich sonst eine Fülle von Prozessen ergeben, mit denen wir die Spruchinstanzen nicht belasten sollten.

Ich komme deshalb zu dem Ergebnis, auch an diejenigen, die ihre Bedenken gegen das Fortfallen der Grenze, bis zu der die Betriebsbeamten versicherungspflichtig sein sollen, nicht ganz zurückstellen konnten, den Appell zu richten, ihre Bedenken fallen zu lassen, um dadurch nicht zu solchen Konsequenzen zu gelangen, wie ich sie vorhin unter Hinweis auf die Entscheidung des Reichsversicherungsamts als sonst wahrscheinlich bezeichnen mußte.

Ich möchte dann noch kurz darauf hinweisen, daß unter Berücksichtigung all dieser Umstände von den Organisationen der Chemiker, Ingenieure, Techniker und sonstigen Privatangestellten auch bei Tarifvertragsverhandlungen der Wunsch eindringlich zur Geltung gebracht worden ist, daß aber die Arbeitgeberverbände auf den Weg der Gesetzgebung verweisen. Ich muß weiter darauf hinweisen, daß auch **Berufsgenossenschaften** durchaus den Grundsatz der Beseitigung der Beschränkung in der Versicherungspflicht für die Betriebsbeamten als undurchführbar anerkennen; denn vier Berufsgenossenschaften haben bereits in ihren Satzungen die **Versicherungspflicht der Betriebsbeamten** festgelegt, ohne sie durch irgendeine Einkommensgrenze zu beschränken.

Ich meine, angesichts dieser Umstände sollten auch diejenigen, die den Antrag auf Drucksache 1737 gestellt haben, sich entschließen, die auf die Begrenzung der (D) Versicherungspflicht für die Betriebsbeamten bezüglichen Bestimmungen zurückzuziehen und sich dem Standpunkt, der in der Kommission von der Mehrheit vertreten worden ist, anzuschließen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

(Zuruf von den Sozialdemokraten: In die Luft reden!)

Bartz (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nur wenige Worte. Ich muß ja leider in die Luft reden, weil so viel freier Raum hier im Saale vorhanden ist. — Ich will nur einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Andre sagen. Wenn in einem Ausschuß nahezu einstimmig Beschlüsse gefaßt werden, dann muß es doch ganz sonderbar anmuten, daß Mitglieder des Ausschusses oder deren Fraktionen, die durch die Mitglieder doch zweifellos über den Stand der Dinge unterrichtet waren, nun mit einem Male im Plenum Einflüsterungen oder Bedenken zugänglich sind, wie sie, sei es von Unternehmerseite oder aber, wie Herr Thiel zuletzt ausführte, von seiten des Reichsarbeitsministeriums, an die Abgeordneten herantreten.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich muß allerdings sagen, daß Herr Andre, der sich als Arbeitervertreter geriert, den Arbeitern einen recht schlechten Dienst mit seinen Darlegungen erwiesen hat, daß er im Gegenteil die Interessen des Unternehmertums wahrgenommen hat. Herr Andre sagte, er könnte es nicht begreifen, daß in der Zeit vom September 1920 bis heute die wirtschaftlichen Verhältnisse eine ver-

(Bartz [Hannover], Abgeordneter.)

(A) artige Änderung erfahren haben, daß die Erhöhung der Drittelungsgrenze von 7500 auf 12 000 Mark gerechtfertigt erscheint. Ich möchte Herrn Andre darauf aufmerksam machen, daß zwischen dem Entwurf der Regierung, der erst im Februar dieses Jahres fertiggestellt worden ist, und den Zugeständnissen, die die Regierung heute macht, eine weit größere Spannung zu finden ist, als zwischen den Zahlen und den Drittelungsgrenzen, die im September 1920 vom Reichswirtschaftsrat festgesetzt wurden und die heute im Ausschuß beschlossen worden sind. Es handelt sich nicht darum, ob die Verhältnisse eine so große Änderung erfahren haben, daß die Erhöhung auf 12 000 Mark gerechtfertigt erscheint, sondern die Frage ist so zu stellen: Sind die 7500 Mark, die der Reichswirtschaftsrat im September als Drittelungsgrenze festgesetzt hat, den Verhältnissen entsprechend? Da bin ich allerdings der Meinung, daß die 7500 Mark den Verhältnissen in keiner Weise Rechnung tragen, und daß es unsere Pflicht ist, jetzt bei der Neuregelung der Materie dafür zu sorgen, daß wenigstens einigermaßen die Verhältnisse in Rechnung gestellt werden. Wir täuschen uns durchaus nicht darüber, daß selbst 12 000 Mark als Drittelungsgrenze bei weitem noch nicht den Verhältnissen entsprechen, die durch Ihre Politik und durch Ihr Verschulden heute geschaffen worden sind.

Wir verlangen, wie ich bereits in meinen ersten Ausführungen sagte, daß die Renten unter allen Umständen das Existenzminimum erreichen müssen. Es kann also keine Rede davon sein, daß etwa die 12 000 Mark als Drittelungsgrenze ausreichen, und es kann keine Entschuldigung für einen Arbeitervertreter sein, daß er sich gewissermaßen über Nacht davon hat überzeugen lassen, daß die 10 200 Mark gar zu viel wären. Meine Damen und Herren! Ein derartiges Schachergeschäft machen wir nicht mit. Wenn wir uns bereit

(B) erklärt haben, uns auf den Boden der Ausschußbeschlüsse zu stellen, und den Anträgen, die von der Unabhängigen Seite wieder aufgenommen worden sind, zuzustimmen, so verkennen wir damit durchaus nicht, daß selbst bei Annahme aller dieser Anträge keineswegs den Verhältnissen Rechnung getragen und die Notlage und das Elend der Rentenempfänger wesentlich behoben oder gar beseitigt werden könnte.

Allerdings, Herr Andre, auch wir sind der Meinung, daß dieser Beschluß andere Beschlüsse nach sich ziehen wird und nach sich ziehen muß. Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß heute nicht nur die Frage der Unfallrenten entschieden wird, sondern daß durch diese Entscheidung gleichfalls die Vorarbeit dafür geleistet wird, daß auch alle anderen Rentenbezüge in annähernd gleicher Weise erhöht werden, daß die ganze Materie erneut aufgerollt wird. Wir verlangen von der Regierung, daß bei Neuregelung der sozialen Gesetzesmaterie alles zusammengefaßt und in ein Gesetz hineingebracht wird, das zur Grundlage das Existenzminimum hat.

Es ist eigenartig, daß der Kollege Thiel, dessen Fraktion bekanntlich die Grenze für die Betriebsbeamten wieder eingeführt wissen will, nun als Person das Privilegium sich erwirkt hat, hier für die gegenteilige Ansicht plädieren zu dürfen. Das scheint mir doch die Auffassung zu bestätigen, daß nicht wir Agitationsreden halten, sondern daß Sie das Bedürfnis haben, wenigstens einen weißen Raben in der schwarzen Schar aufweisen zu können; dieser weiße Rabe soll eben der Kollege Thiel sein, der nach außen hin die Ansicht verficht, alle Betriebsbeamten der Unfallversicherung teilhaftig werden zu lassen, während seine Fraktion mit ihren Anträgen und, woran ich nicht zweifle, auch mit ihrer Abstimmung, das Gegenteil beweisen wird.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Die Aussprache ist geschlossen. (C)

Wir kommen zu Art. I. Hierzu liegt der Antrag Burlage, Dr. Stresemann, Schiffer, Lang und Genossen auf Nr. 1737 unter 1 vor, dem Artikel einen anderen Wortlaut zu geben.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Art. II. Hier wird von denselben Abgeordneten auf Nr. 1737 unter 2 beantragt, im Art. II dem § 548 folgende Nr. 3 hinzuzufügen:

„auf Betriebsbeamte, deren Jahresarbeitsverdienst vierzigtausend Mark an Entgelt übersteigt."

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Zu Art. III liegt ein Antrag Burlage und Genossen auf Nr. 1737 unter 5 vor, den Artikel zu streichen.

Wer dieser Streichung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Derselbe Antrag ist gestellt bei Art. IV.

Wer auch dieser Streichung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben oder stehen zu bleiben.

(Geschieht.)

Das ist in beiden Fällen die Mehrheit; die Streichung ist in beiden Fällen angenommen.

Wir kommen zu Art. V. Hierzu liegt der Antrag Burlage und Genossen auf Nr. 1737 der Drucksachen unter 3 vor, dem Artikel eine andere Fassung zu geben.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die andere Fassung ist beschlossen. (D)

Wir kommen jetzt zu dem Antrage Müller (Franken), Burlage, Schultz (Bromberg), Dr. Stresemann, Erkelenz und Genossen auf Nr. 1746 Ziff. 1 der Drucksachen einen neuen Art. Va einzufügen.

Das Wort dazu hat der Herr Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Bei der Feststellung des endgültigen Wortlauts der Beschlüsse hat es sich ergeben, daß eine Reihe von Zusätzen und Änderungen der Ausschußbeschlüsse notwendig ist. Der erste der deshalb eingebrachten Anträge liegt uns jetzt vor. In § 550 Abs. 1 und 2 und § 927 der Reichsversicherungsordnung soll das Wort „dreitausend" durch das Wort „vierzigtausend" ersetzt werden. Die angeführten Bestimmungen beziehen sich auf das Recht des Unternehmers, sich selbst zu versichern. Es schien zweckmäßig, daß bei dieser Gelegenheit die Gehaltsgrenze auch für dieses Recht, entsprechend den jetzigen Verhältnissen, erhöht wird. Deshalb ist die Änderung in vierzigtausend vorgeschlagen.

Präsident: Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Müller (Franken), Burlage, Schultz (Bromberg), Dr. Stresemann, Erkelenz, einen neuen Art. Va einzufügen zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke; der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Art. VI. Hier liegt der Antrag der Herren Burlage, Dr. Stresemann, Schiffer, Lang auf Nr. 1737 unter 5 vor, diesen Artikel zu streichen.

Wer für die Streichung ist, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Der Artikel ist gestrichen.

(Präsident.)

(A) Wir kommen zu Art. VII. Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Bender.

Bender, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Anträge 1737 Ziff. 4 und 1743 Ziff. 1 wollen eine Aenderung des Art. VII der Vorlage. Dieser Artikel sieht eine Erhöhung der Drittelungsgrenze von 1800 auf 12 000 Mark vor. Meine Parteifreunde und ich haben in der Kommission den Antrag gestellt, die Drittelungsgrenze zu beseitigen, damit den Unfallverletzten bei Berechnung der Rente der volle Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt werden soll. Dieser Antrag ist in der Kommission abgelehnt worden. Die Kommission hat dann mit Mehrheit beschlossen, die Drittelungsgrenze auf 12 000 Mark festzulegen. Jetzt liegen zwei Anträge vor. Der eine Antrag 1743 Ziff. 1 hat unsern in der Kommission abgelehnten Antrag wieder aufgegriffen, und meine Parteifreunde und ich werden für diesen Antrag stimmen. Den Antrag 1737 werden wir aber ablehnen, da er die Drittelungsgrenze von 12 000 auf 10 200 Mark herabsetzen will. Der Herr Arbeitsminister hat vorhin diesem Antrag das Wort geredet. Es ist in der Kommission schon gesagt worden, der Minister solle doch Anweisung geben, daß die Unfallrenten in Gold ausgezahlt würden. Würde das geschehen, dann würden wir derartige Anträge gar nicht zu stellen brauchen. Dann würden die Verletzten zehnmal so viel bekommen, als sie jetzt erhalten. Das ist aber im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich. Wird der Antrag der Regierungsparteien aber angenommen, dann wird ein Arbeiter, der ein Jahreseinkommen von 15 000 Mark hat, eine Rente von 7860 Mark bekommen, also knapp etwas über die Hälfte seines Jahresarbeitsverdienstes. Bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen reicht ein solches Einkommen kaum aus, das nackte Dasein zu fristen, geschweige denn auch nur den Verbrauch an Kleidern, Schuhwerk usw. zu bestreiten. (B) Wer die Unfallverletzten nicht in große Not bringen will, darf nicht für den Antrag stimmen.

Ich möchte Sie deshalb ersuchen, den Antrag 1737 Ziff. 4 abzulehnen und den Beschlüssen des Ausschusses beizutreten.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Erkelenz.

Erkelenz, Abgeordneter: Es besteht auch bei uns kein Zweifel darüber, daß es erforderlich ist, in der Arbeiterversicherung die Verdienstgrenze usw. den Teuerungsverhältnissen und dem gesunkenen Geldwerte anzupassen. Wir glauben aber nicht, heute schon soweit gehen zu können, wie es an sich wünschenswert wäre. Dabei leitet uns der Widerspruch, den die Regierung gegen die Beschlüsse des Ausschusses geltend gemacht hat — ein Widerspruch, dem wir Rechnung tragen mußten, um das Gesetz überhaupt zustande kommen zu lassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich kann nur das bestätigen, was vorhin der Herr Kollege Andre gesagt hat: Nicht derjenige leistet die beste praktische Arbeit,

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Nanu!)

nicht derjenige leistet in diesem Augenblick am meisten für die Unfallverletzten und Unfallinvaliden, der hier weitergehende Anträge stellt, sondern derjenige, der dazu hilft, daß möglichst schnell eine wesentliche Besserung für sie herbeigeführt wird. Und diese Besserung wird zweifellos durch die Anträge in ihrer abgeänderten Form, wie sie uns jetzt vorliegen, herbeigeführt. Wir würden allerdings wünschen, daß es möglich wäre, schon im Rahmen dieses Gesetzes die ganzen Bestimmungen der Unfallversicherung beweglicher zu gestalten, als sie (C) es bisher sind. Es ist vielleicht in Zukunft nicht mehr möglich, allen Rentnern die Bezüge im Goldwert oder im heutigen Papierwert, der etwa in früheren Zeiten dem Goldwert entspricht, zur Verfügung zu stellen. Um so nötiger wird es aber sein, allen denen reichlich zu geben, soweit wir überhaupt dazu in der Lage sind, die schwerverletzt sind. Wir hatten aus diesem Grunde im Ausschuß den Gedanken angeregt und ihn in formulierten Anträgen auch zur Aussprache gestellt — den Gedanken nämlich, bewegliche Faktoren in die Versicherung hineinzubringen —, den **Härteparagraphen** zu schaffen, der es uns ermöglicht, von den jetzt mehr schematischen Bestimmungen abzuweichen und an ihre Stelle das Lebensnotwendige zu bringen, das dem Einzelfalle angepaßt werden kann. Die Regierung glaubte nicht, im Rahmen dieser Novelle diesen Gedanken schon aufnehmen zu können, und auch im Ausschuß selbst fand sich für diesen Gedanken keine Mehrheit. Hätte sich die Mehrheit gefunden, so wäre es auch im Angesicht der Wünsche und Anträge der Regierungsparteien möglich gewesen, denen, die wirklich schwer verletzt sind, die wirklich in Not sind, wesentlich mehr zu bieten, als ihnen jetzt geboten werden kann. Wir hoffen, daß wir sehr bald an eine gründlichere Reform der Unfallversicherung, überhaupt der Sozialversicherung, herangehen können. Wir hoffen dringend darauf, daß die Regierung uns in den nächsten Monaten die Novelle zur Arbeiterversicherung bringt. Dann, bin ich der Überzeugung, werden wir manches von dem erreichen, was heute noch unerreichbar ist. Ich bin aber auch der Überzeugung, wir werden selbst dann den Kollegen Bartz und seine Freunde nicht zufriedenstellen, sondern die Herren werden dieselben Reden halten, wie Sie sie heute gehalten haben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Moldenhauer.

(D) Dr. **Moldenhauer,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir bitten Sie, für den Antrag der Regierungsparteien zu stimmen. Wir haben ihn gestellt, einmal aus der Erkenntnis heraus, daß wir in diesem Notgesetz von dem grundsätzlichen Gedanken der Drittelungsgrenze nicht abweichen wollen, vor allen Dingen auch deshalb nicht, weil wir, wie der Herr Reichsarbeitsminister ausgeführt hat, vor einer ganzen Reihe unendlich wichtiger Aufgaben in der Sozialversicherung stehen und wir uns die Lösung dieser Aufgaben erschweren würden, wenn wir bei einer der ersten Aufgaben, die wir angreifen, ohne Rücksicht auf die eintretende Belastung die Leistungen erweitern. Es ist uns vorgerechnet worden, daß die Hinaufschiebung der Drittelungsgrenze auf 12 000 Mark kapitalisiert eine jährliche Mehrbelastung von 734 Millionen Mark ausmacht. In einem Augenblick, in dem wir nicht wissen, wie die künftige Lage der Industrie ist, in dem die Erschwernisse sich von allen Seiten häufen, in einer Zeit, in der die Lage des Gewerbes durchaus nicht gleichmäßig ist, in der eine Reihe Handwerke an uns herangetreten sind, daß wir uns ihrer bedrohlichen Lage annehmen möchten, müssen wir auch darauf Rücksicht nehmen, daß Industrie, Handel und Gewerbe leistungsfähig sind. Man kann eine Sozialpolitik nicht treiben, ohne auf die Leistungsfähigkeit der Betriebe Rücksicht zu nehmen. Das hat uns als erster und wichtigster Grundsatz geleitet. Wenn Sie ihm zustimmen und nicht reinem Agitationsbedürfnis Folge leisten wollen, dann lehnen Sie die Anträge ab, die von Unabhängiger Seite gestellt sind, und folgen Sie dem Antrage der Regierungsparteien.

(Bravo! rechts und im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover).

(A) **Bartz** (Hannover), Abgeordneter: Ich befinde mich, wie ich das für selbstverständlich halte, im Gegensatz zu dem Kollegen Moldenhauer, der bekanntlich eine ganz eigenartige soziale Auffassung hat. Ich darf an seinen Zynismus erinnern, als es sich um die Arbeitslosen handelte, wo er zu sagen wagte: „Marie, wir können heiraten, weil ich arbeitslos geworden bin."

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich bitte Sie, das bei den Ausführungen, die er eben gemacht hat, zu beherzigen.

Nicht das verlangen wir, was für die Zukunft möglich und notwendig ist, sondern ich habe erklärt, daß wir das zugunsten der Ausschußbeschlüsse zurückstellen und den Ärmsten der Armen helfen wollen im Rahmen dieser Beschlüsse. Was aber bieten Sie den Rentnern jetzt? Der Regierungsvorschlag setzt die Drittelungsgrenze auf 10 200 Mark. Das würde bei einem Einkommen von 15 000 Mark 7866 Mark Vollrente ergeben. Meine Damen und Herren! Damit geben Sie den Unfallrentnern weniger als Sie für einen Militärhund angesetzt haben!

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das bitte ich Sie, zu bedenken. Wenn Sie das der Arbeiterschaft bieten zu können glauben, wenn Sie meinen, daß die Arbeiterschaft sich das auf die Dauer gefallen lassen wird, dann werden Sie eines Tages erleben, daß dieser Glaube Sie getäuscht hat. Eines Tages werden Sie Rechenschaft ablegen müssen für das unsoziale Verhalten, daß Sie in diesen Dingen an den Tag legen. Sie, die kein Bedenken trugen, den Reedern zwölf Milliarden an den Hals zu werfen, sträuben sich jetzt, den Unfallrentnern, also denjenigen Kreisen, die wirklich unter den Verhältnissen am schlimmsten zu leiden haben, auch nur das Notwendigste zu geben. Sie mögen das mit Ihrem Empfinden, mit Ihrem guten Herzen, mit Ihrem sozialen Gewissen vereinbaren können. Wir aber legen (B) Protest ein gegen die Verschacherung der Rechte der Unfallrentner und des Anspruchs auf ein menschenwürdiges Dasein, den auch die Rentenempfänger zu fordern berechtigt sind von Ihnen, die Sie diese Rentenempfänger und das deutsche Volk in die gegenwärtige Notlage hineingebracht haben!

(Bravo! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Die Debatte über Art. VII ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag Aderhold und Genossen auf Nr. 1743 Ziff. 1, der diesem Artikel eine andere Fassung geben will.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Aderhold zustimmen, sich zu erheben.

(Geschieht. Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Pause.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht; also der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem Abänderungsantrag Burlage, Dr. Stresemann, Schiffer, Lang auf Drucksache 1737 Ziff. 4. Hierzu liegt ein Antrag Müller (Franken) vor, eine namentliche Abstimmung darüber vorzunehmen. Dieser Antrag Müller bedarf der Unterstützung durch 50 Mitglieder.

Ich bitte diejenigen, die den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Nun bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Burlage auf 1737 Ziff. 4,

im Art. VII das Wort „zwölftausend" zu ersetzen durch das Wort „zehntausendzweihundert" —

zustimmen wollen, eine Karte mit Ja, die ihn ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abzugeben.

Für die Damen und Herren, die eine Karte mit (C) ihrem Namen nicht haben, stehen Karten ohne Namen auf dem Tische bereit.

(Pause.)

Diejenigen Damen und Herren, die noch nicht abgestimmt haben, bitte ich, sich hierher zu bemühen und ihre Karte auf dem Bureau abzugeben.

(Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige*) Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es sind 277 Karten abgegeben worden, davon 136 mit Ja, 139 mit Nein, 2 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Der Antrag Burlage ist also abgelehnt.

(Bravo! links.)

Es bleibt somit bei der Summe von 12 000 Mark.

Wir kommen zur Abstimmung über den Art. VIII.

Hierzu liegt ein Antrag Burlage auf Nr. 1737 unter 5 vor, den Artikel zu streichen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die der Streichung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Das Bureau ist einig, daß die Mehrheit steht; die Streichung ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum Art. IX.

Hierzu liegt ein Antrag Burlage auf Nr. 1737 Ziff. 6 vor, dem Art. IX einen anderen Wortlaut zu geben.

Wer diesem Antrage

(Zurufe)

— natürlich mit der eben beschlossenen Einsetzung von 12 000 Mark statt 10 200 Mark in der zweiten Zeile des Antrages; ich nehme an, daß die Antragsteller mit dieser Abänderung einverstanden sind — zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.) (D)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist mit der angegebenen Zifferänderung angenommen.

Wir kommen nunmehr zum Art. X.

Hierzu liegt ein Antrag Müller (Franken) auf Nr. 1746 Ziff. 2 der Drucksachen vor, dem Art. X einen anderen Wortlaut zu geben.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Der Art. X besagt in der Fassung nach dem Beschlusse des Ausschusses, daß die Vorschriften des § 936 Abs. 2 und 3 der Reichsversicherungsordnung wieder in Kraft treten. Die hier angeführten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung beziehen sich auf die Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes. Ursprünglich war eine neue Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes in der Vorlage nicht vorgesehen. Im Ausschuß stellte sich die Notwendigkeit heraus, diese Verbesserung vorzunehmen. Nun war es aber schon früher die Absicht gewesen, bei der nächsten Änderung der Unfallversicherung das Verfahren, nach dem der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst festgestellt wird, zu verbessern. Deshalb erscheint es zweckmäßig, diese Fassung der Bestimmungen über die **Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes,** die während des Krieges aufgehoben waren, nicht wieder in derselben Form einzusetzen, sondern **in der verbesserten Form,** wie sie nach Anhörung der beteiligten Kreise beabsichtigt war. Sie finden jetzt in dem zweiten Absatz des Art. X die abgeänderte Fassung. Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß die Verbesserung in zwei Punkten besteht, einmal darin, daß der Kreis derjenigen, die vor der Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes ge-

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 3308.

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) hört werden sollen, erweitert wird, und zweitens in der Bestimmung:

> Bei der Festsetzung berücksichtigt das Oberversicherungsamt die Sätze für Barlöhne und Sachbezüge in den für seinen Bezirk zwischen landwirtschaftlichen Arbeitgebern oder Vereinigungen solcher und Vereinigungen landwirtschaftlicher Arbeitnehmer abgeschlossenen Tarifverträge.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Behrens.

Behrens, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Befürchten Sie keine lange Rede, ich will nur wenige Worte sagen.

Wir haben uns an der allgemeinen Aussprache nicht beteiligt, weil es für uns Deutschnationale selbstverständlich ist, daß wir immer unsere Zustimmung geben, wenn durchführbare soziale Maßnahmen zur Beratung stehen.

(Lachen auf der äußersten Linken.)

Wir halten keine langen Reden, um Agitation zu treiben; das ist nicht notwendig. Wir haben uns bei der Beratung des Gesetzes im Ausschuß hauptsächlich bemüht, die Lücken, die der Entwurf enthielt, auszufüllen. Eine der größten Lücken war, daß in der Vorlage keine **erhöhte Rentenfestsetzungsbasis für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter** enthalten war. Auf unsern Antrag hin ist dann die der Geldentwertung angemessene erhöhte Rentenfestsetzungsbasis in der Form beschlossen worden, daß zu dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst von 1914 ein Zuschlag von 500 Prozent festgesetzt wurde. Dies ist nur eine vorübergehende Maßnahme, bis die Neufestsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die nach dem Art. 10 gemäß dem Abänderungsantrage auf Nr. 1746 Ziff. 2 und Art. 11 zu erfolgen hat, wirksam geworden ist. (B) Wir hoffen, daß unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände — Kollege Hoch hat soeben darüber das Nähere ausgeführt — die richtige Basis für die Rentenfestsetzung bestimmt wird. Wir werden später, wenn die große Novelle zur Reichsversicherungsordnung vorliegt, zu prüfen haben, ob wir dann nicht zu einem anderen Modus der Rentenberechnung kommen werden. Vorläufig läßt sich ein anderer Modus aus technischen Gründen nicht durchführen.

Da ich das Wort habe, möchte ich gleich noch eine Erklärung zu dem Art. XIV abgeben, wenn der Herr Präsident mich einige Worte dazu sagen läßt. Im Ausschuß haben wir durch ein Mißverständnis eine Abstimmung vorgenommen, die wir nicht aufrechterhalten. Dieser Irrtum entstand dadurch, daß der Antrag der Sozialdemokraten, der auch den unter 50 Prozent Rente beziehenden Verletzten eine Verdoppelung ihrer Renten zubilligt, noch nicht gedruckt vorlag, so daß wir ihn im Augenblick nicht prüfen konnten. Wir haben damals in der Annahme, daß es sich um Rentner zwischen 33 bis 50 Prozent handelt, zugestimmt. Der Antrag erstreckte sich aber auch auf die Renten unter 33 Prozent. Bei der großen finanziellen Belastung der Genossenschaften läßt sich die **Erhöhung der Minderrenten** nicht aufrechterhalten. Die Frage der Erhöhung der Minderrenten kann erst dann erledigt werden, wenn die Arbeiten des Unterausschusses beendigt sind. Meine Freunde werden daher dem Antrag der Mehrheitsparteien zustimmen.

(Beifall rechts.)

Präsident: Die Beratung über Art. X ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte, Platz zu nehmen. Ein Beschluß ist vorhin mit einer Mehrheit von zwei Stimmen gefaßt worden, wir müssen daher genau gehen.

(C) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Müller (Franken) auf Nr. 1746 Ziff. 2, wonach der Art. X durch eine andere Fassung ersetzt werden soll, zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nunmehr kommen wir zum Art. XI. — Ich erkläre ihn für angenommen, da ich einen Widerspruch nicht höre.

Nun liegt auf Nr. 1746 unter 3 ein Antrag Müller (Franken) vor, einen Art. XIa einzufügen. Hierzu hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der § 1006 der Reichsversicherungsordnung lautet:

> Die Satzung kann einen einheitlichen Mindestbetrag von höchstens 1 Mark, wenn die Unternehmer versichert oder mit versichert sind, von höchstens 2 Mark jährlich, bestimmen.

Es ist infolge der allgemeinen Geldentwertung notwendig, daß der Satz erhöht wird. Deshalb wird Ihnen die Erhöhung auf 20 Mark vorgeschlagen.

Präsident: Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag auf Nr. 1746 Ziff. 3 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der vom Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen beantragte Art. XIa ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zu dem vom Ausschuß beantragten Art. XIa. Ich erkläre ihn für angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Art. XII.

Hierzu liegt ein Antrag Müller (Franken) auf 1746 Ziff. 4 vor, dem zweiten Halbsatz des § 1067 eine andere Fassung zu geben.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Art. XII bezieht sich darauf, (D) wie den **Seeleuten** der **Jahresarbeitsverdienst für die Berechnung der Rente** angesetzt werden soll. Im letzten Satz des Artikels heißt es über die Berechnung:

> Dazu

— nämlich zu dem Arbeitslohn in Gold —

> werden zwei Fünftel dieses Entgelts als Geldwert der auf Seefahrzeugen gewährten Beköstigung gerechnet.

Das Entgelt ist für jede Gruppe verschieden, und zwei Fünftel davon machen bei einem hochbezahlten Angestellten viel mehr aus als bei den Personen, die schlecht bezahlt werden. Es schien aber eine Ungerechtigkeit zu sein, daß für die Beköstigung der Satz abgestuft wird. Aus diesem Grunde soll die Bestimmung dem geltenden Gesetz entnommen werden, daß in diesen Fällen die Bezahlung des Vollmatrosen für alle maßgebend ist: sowohl für die, die schlechter gestellt sind, als auch für die, die besser gestellt sind.

Präsident: Die Beratung ist geschlossen.

Diejenigen, welche in § 1067 die Fassung nach dem Antrage Müller (Franken) auf Nr. 1746 Ziff. 4 annehmen wollen, bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen und mit dieser Änderung der Art. XII.

Art. XIII. Hier liegt vor der Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 1746 Ziff. 5.

Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Im § 7 der angeführten Verordnung werden die Fälle angeführt, in denen die Zulage zu der Altersrente nicht ausgezahlt wird. Das sind solche Fälle, bei denen Ersatzansprüche in Betracht kommen, Ersatzansprüche der Armenverwaltungen usw. Unter den im

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) § 7 genannten befindet sich auch der § 1542, der sich auf einen ganz anderen Fall bezieht, nämlich darauf, daß der Verunglückte Ersatzansprüche gegen Dritte hat und diese Ersatzansprüche an die Berufsgenossenschaft übergegangen sind. Hier die Zulagen nicht gewähren, wäre verfehlt. Deshalb bitten wir, unseren Antrag anzunehmen.

Präsident: Ich bitte diejenigen, die dem gemeinschaftlichen Antrag 1746 unter 5 zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Art. XIV. Hierzu liegt ein Antrag Aderhold und Genossen auf Nr. 1743 Ziff. 2 vor, dem ganzen Artikel eine andere Fassung zu geben.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Meier (Zwickau).

Meier (Zwickau), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auf Drucksache 1737 wird beantragt, im Art. XIV die Worte

„und daß diese Zulagen allen Verletzten zu gewähren sind, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Rente aus Anlaß von Unfällen beziehen, die sich vor dem 1. Januar 1920 ereignet haben"

zu streichen. Meine politischen Freunde lehnen diesen Antrag ab und bestehen auf dem Beschluß des Ausschusses.

In einer früheren Verordnung, die erstmalig die Zulage zu den Unfallverletztenrenten vorsah, war die Grenze auf 66⅔ Prozent und mehr der Vollrente festgelegt. Am 5. Mai 1920 ist dann die Bestimmung ersetzt worden durch „50 Prozent und mehr". Es ist eine Ungerechtigkeit, daß die Zulagen nur für Renten gewährt werden sollen, die mehr als 50 Prozent von der Vollrente betragen.

(B) Es ist bereits heute in der Generaldebatte ausgeführt worden, daß die Lebenshaltung sich für alle Unfallrentner verteuert hat, also auch für diejenigen, die unter 50 Prozent beschädigt sind. Niemand wird bestreiten wollen, daß auch die Rentner, die unter 50 Prozent erwerbsbeschränkt sind, sich in gleicher Notlage befinden, wie die über 50 Prozent erwerbsbeschränkten, zumal oftmals sehr schwer festzustellen ist, ob jemand 42, 44, 50 oder 51 Prozent erwerbsbeschränkt ist.

Der Ausschuß war sich auch in der Mehrheit darüber einig, daß die Grenze bei 50 Prozent und mehr der Vollrente nicht bestehen bleiben könnte. Deshalb ist auch der Antrag angenommen worden, daß allen Unfallrentnern die Rente gewährt werden soll, und zwar vom 1. Januar 1920 ab, also auch sofern sie unter 50 Prozent Rente beziehen.

Der Herr Kollege Behrens hat vorhin die Bemerkung gemacht, daß er im Ausschuß deshalb unserem Antrag zugestimmt hat, weil er im Irrtum gewesen sei. Er hat ausgeführt, er sei der Meinung gewesen, daß es sich um einen Antrag gehandelt habe, der von 33⅓ Prozent spräche. Unser Antrag hat aber — darüber konnte keine Unklarheit sein — die volle Beseitigung dieser Differenz vorgesehen. Wir halten an dem Beschluß des Ausschusses fest und bitten das hohe Haus, unseren Anregungen zuzustimmen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Moldenhauer.

Dr. **Moldenhauer,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir bitten Sie, unserem Antrag auf Nr. 1737 der Drucksachen zuzustimmen. Der Unterausschuß, der sich mit der Frage der Sozialrentner und der alten Renten beschäftigte, kam in seinen Verhandlungen

(C) zu dem Schluß, zunächst einmal in diesem Gesetz als Provisorium eine Verdoppelung der laufenden Beihilfen zu beantragen, um dann, wenn die Unterlagen vorliegen, auf Grund dieser Unterlagen Vorschläge auszuarbeiten und nach Ostern ein Gesetz zu verabschieden, das die alten Renten erheblich erhöht. Wir haben uns auf diesen Beschluß zunächst geeinigt, weil er schnell durchzuführen war, weil er noch jetzt sofort eine Erhöhung der laufenden Beihilfen ermöglicht, und bitten Sie deshalb, dem zuzustimmen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag Aderhold auf Nr. 1743 Ziff. 2, der diesem Artikel eine andere Fassung geben und zwei neue Artikel XIVa und XIVb hinzufügen will. Ich glaube, wir können den Antrag in seinen drei Teilen gemeinschaftlich zur Abstimmung bringen.

(Zustimmung.)

Wer also diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Nunmehr kommen wir zu dem Antrage Nr. 1737 Ziff. 7 — Antrag Burlage —, der den letzten halben Satz des Art. XIV von den Worten „und daß diese Zulagen" an streichen will. Dazu liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Er bedarf der Unterstützung von 50 Mitgliedern.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

(D) Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Burlage, Dr. Stresemann, Schiffer, Lang und Genossen auf Nr. 1737 Ziff. 7 ihre Zustimmung geben wollen, einen Zettel mit Ja, diejenigen, die ihn ablehnen wollen, einen Zettel mit Nein abzugeben.

Ich bitte die Herren Schriftführer, die Karten einzusammeln.

(Geschieht.)

Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die ihre Karte noch nicht abgegeben haben, sie hier auf dem Bureau abzugeben.

(Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Pause.)

Das vorläufige*) Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Es sind 276 Karten abgegeben, davon 140 mit Ja, 136 mit Nein; dieser Antrag Burlage ist also angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über einen neu einzufügenden Art. XIVa, der auf Drucksache 1746 unter 6 von den Herren Abgeordneten Müller (Franken), Burlage usw. beantragt wird.

Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: In dem § 577 Abs. 1 und den anderen, die hier angeführt sind, wird eine Leistung an solche verunglückte **Betriebsbeamte** festgesetzt, **die nicht in einer Krankenkasse sind.** Für diese Betriebsbeamten ist die Lohngrenze bei 2500 Mark gezogen. Bei der Krankenversicherung ist die Versicherungsgrenze für Betriebsbeamte auf 15 000 Mark erhöht. Deshalb ist es notwendig, die Bestimmung der Unfallversicherung mit der Bestimmung über die Versicherungsgrenze bei der Krankenversicherung in Einklang zu bringen.

---

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 3308.

(A) **Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen Damen und Herren, die nach dem Antrage Müller (Franken), Burlage usw. auf Nr. 1746 unter 6 den neuen Artikel XIVa einfügen wollen, bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Artikel ist eingefügt.

Ich rufe auf Art. XV, — XVI, — XVII, — XVIII.

Zu Art. XIX beantragen die Abgeordneten Müller (Franken), Burlage usw. Nr. 1746 Ziff. 8 diesen Artikel zu streichen.

Das Wort dazu hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Herren, meine Bemerkung bezieht sich auf die drei noch übrigen Anträge auf der Drucksache 1746. Diese Anträge insgesamt haben den Zweck, dem Reichsarbeitsministerium die Möglichkeit zu geben, die **Durchführungsbestimmungen** zu erlassen, die sich als notwendig herausstellen werden. Insbesondere ist es nicht ausgeschlossen, daß den neuen Vorschriften für die Seeunfallversicherung eine rückwirkende Kraft gegeben wird, die weiter reicht, als es in den Beschlüssen des Ausschusses vorgesehen ist.

Präsident: Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, die dem gemeinschaftlichen Streichungsantrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; Art. XIX ist gestrichen.

Zu Art. XX beantragen dieselben Herren eine andere Fassung auf Drucksache 1746 Ziff. 9.

Ich bitte diejenigen, die dem zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die andere Fassung ist angenommen.

(B) Zu Art. XXI wird von denselben Herren ebenfalls eine andere Fassung beantragt auf Drucksache 1746 Ziff. 10.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die andere Fassung ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Einleitung und Überschrift.

Bei der Überschrift beantragen die Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen Nr. 1746 unter 7 dem Gesetz die folgende Überschrift zu geben:

> Gesetz, betreffend Änderungen in der Unfallversicherung.

Wer dieser Änderung der Überschrift zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Die Änderung der Überschrift ist einstimmig angenommen.

Nunmehr liegt noch eine Entschließung des Ausschusses vor auf Nr. 1734 unter 2:

> die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald eine Neufestsetzung des Ortslohns und des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes nach Wirtschaftsbezirken zu veranlassen und dafür zu sorgen, daß sie den wirklich gezahlten Löhnen entsprechen.

Ich nehme an, daß das Haus dieser Entschließung seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Beratung über die vorliegende Petition auf Nr. 1734 unter 3 und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimmung darüber findet bei der dritten Lesung statt.

Damit ist die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderungen in der Unfallversicherung, beendet.

Wir kommen zum neunten Punkt der Tagesordnung: (C)

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Art. 177, 178 des Friedensvertrags (Nr. 1656 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 28. Ausschusses Nr. 1744 der Drucksachen.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Fischer (Köln).

Ich eröffne die Beratung über § 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. **Fischer** (Köln), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die Gesetzesvorlage ist ein Ausfluß des Friedensvertrags. Außenpolitische Beweggründe sind maßgebend, nämlich der Wille, die Art. 177 und 178 des Friedensvertrags zu erfüllen. Innerpolitische Erwägungen sind nach Möglichkeit ausgeschaltet. Die Regierung hat diese Gründe in den Ausschußverhandlungen scharf in den Vordergrund gerückt und gleichzeitig um eine beschleunigte Verabschiedung der Gesetzesvorlage gebeten, damit jeder Zweifel ausgeräumt werde hinsichtlich des Willens der Regierung, die angeführten Artikel des Friedensvertrags restlos und loyal auszuführen, insbesondere angesichts der durch London geschaffenen Gesamtlage uud weiter angesichts der Note der Entente vom 29. Januar 1921, auf welche in der Begründung der Regierungsvorlage besonders Bezug genommen worden ist. Die Regierung hat auseinandergesetzt, daß sie das Gesetz gleich nach der Rückkehr des Ministers Simons mit größter Beschleunigung vorbereitet und dem Reichsrat unterbreitet habe. Auf Anfragen im Ausschuß hat die Regierung Auskunft gegeben, über die **mit Bayern** zur Vorbereitung des Gesetzes geführten **Verhandlungen.** Soweit dabei Schriftstücke gewechselt worden sind, sind diese von der Regierung verlesen worden. Die Veröffentlichungen sind inzwischen in der Presse erfolgt. (D)

Bei der Geschäftslage des Hauses will ich die Artikel des Friedensvertrags nicht besonders verlesen; sie sind auch in der Begründung angeführt. Es handelt sich im wesentlichen um das Verbot für Vereinigungen und für Unterrichtsanstalten, sich mit militärischen Dingen zu befassen, und weiter um das Verbot von Maßnahmen, die auf eine Mobilmachung hinzielen.

In der Generaldebatte im Ausschuß ist zunächst die Frage erörtert worden, ob überhaupt eine besondere Gesetzesvorlage notwendig sei angesichts der Tatsache, daß bereits im Ausführungsgesetz zum Friedensvertrag der § 22 sich mit dem Art. 177 des Friedensvertrags befasse. Dort heißt es: Vereine und private Unterrichtsanstalten, die dem im Art. 177 des Friedensvertrags enthaltenen Verbot zuwiderlaufen, unterliegen der Auflösung. Die Mehrheit war jedoch der Auffassung, daß allein der Umstand, daß das Ausführungsgesetz nicht auch auf Art. 178 des Friedensvertrags bezug nimmt, es notwendig mache, eine Ergänzung vorzunehmen. Dann wurde auch darauf hingewiesen, daß die Ausführungsbestimmung insofern unvollkommen sei, als sie nur die Auflösungsmöglichkeit gebe, aber keine Strafen vorsehe. Bei dieser Sachlage entschied sich die Mehrheit der Kommission dahin, daß zur Klarheit dem Vorschlag der Regierung folgend ein besonderes Gesetz notwendig sei.

In der Erörterung, die in zwei Lesungen stattfand, einigte sich die Mehrheit bald auf der Grundlage eines Antrages Schiffer, Ziffer Nr. 5 der Drucksachen des Ausschusses. Dieser Antrag sieht einen etwas anderen Aufbau des ganzen Gesetzes als die Regierungsvorlage vor, ohne das Wesen der Regierungsvorlage zu ändern. Die beiden Hauptunterschiede sind: die Regierungsvorlage zählt die Verbote nach dem Inhalt der Art. 177 und 178 im einzelnen auf, während die Vorlage der Kommission in

(Dr. **Fischer** [Köln], Berichterstatter.)

(A) dem Gesetze der Klarheit halber auf die Art. 177 und 178 ausdrücklich Bezug nimmt. Der zweite Unterschied im Aufbau ist der, daß die Kommissionsvorlage zwischen den Vereinigungen und den Unterrichtsanstalten schärfer unterscheidet, indem natürlich letztere, also die Unterrichtsanstalten, bei einer Zuwiderhandlung nicht aufgelöst werden können, so daß hinsichtlich dieser bezw. der Lehrer und der Schüler an denselben lediglich Strafbestimmungen in Betracht kommen können.

Es ist auch gegenüber dieser Vorlage, kurz Schiffer genannt, im Ausschuß die Frage erörtert worden, ob es sich bei derselben um eine Gesetzesvorlage handle, die die Verfassung ändere. Die Mehrheit war in Übereinstimmung mit der Regierung der Auffassung, daß hiervon keine Rede sein könne, da nach den ausdrücklichen Bestimmungen der Friedensvertrag der Verfassung vorgehe und die Durchführung des Gesetzes sich im Rahmen der Zuständigkeit bewege, wie sie die Verfassung vorsieht.

Meine verehrten Damen und Herren! Wenn ich nun gleich auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes eingehen darf, so heißt es in § 1:

> Geht aus der Satzung oder dem Verhalten einer Vereinigung hervor, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen der Art. 177, 178 des Friedensvertrags steht, so ist sie aufzulösen.

Die Mehrheit der Kommission legt auf diese Worte „so ist sie aufzulösen" den Hauptwert. Es soll hierdurch eine unzweideutige Bestimmung getroffen werden, die den Willen der Regierung zur restlosen Erfüllung klar zum Ausdruck bringt. Es ist dabei in den Verhandlungen seitens einiger Mitglieder zum Ausdruck gebracht worden, daß die Regierung, den Gepflogenheiten, die auch sonst üblich sind, folgend, selbstverständlich da, wo es sich nur um geringfügige formale Verletzungen handle, nun nicht (B) gleich mit der Auflösung vorzugehen brauche, sondern daß sie es zunächst einmal mit einer Warnung versuchen könne, um Abhilfe zu schaffen; immer aber ist ausdrücklich zu betonen: unbeschadet der Absicht der energischen Durchführung des Gesetzes.

Es ist dann viel die Fassung des Satzes 2 erörtert worden, welcher nunmehr sagt, daß die Auflösung durch die oberste Landesbehörde mit Zustimmung der Reichsregierung erfolgt. Dieser ganze Satz 2 soll zum Ausdruck bringen, daß die **Reichsregierung die maßgebende und entscheidende Instanz bei der Durchführung des Gesetzes** ist. Die Regierungsvorlage sagte im § 3 schlechtweg: Zuständig ist der Reichsminister des Innern. Die Fassung der Kommissionsvorlage ist im wesentlichen nur eine redaktionelle Änderung gegenüber der Regierungsvorlage. Das ist in den Verhandlungen der Kommission von der Mehrheit ausdrücklich erklärt worden, und zwar in Übereinstimmung mit der Regierung. Die Heranziehung der obersten Landesbehörde soll mehr der Struktur unserer Verfassung im Verhältnis des Reichs zu den Ländern, den praktischen Bedürfnissen und den berechtigten Wünschen der Länder Rechnung tragen. Es bleibt aber: Bei Meinungsverschiedenheiten gilt die Auffassung des Reichs, und diese Auffassung des Reichs ist zur Durchführung zu bringen.

In der Kommission war der Antrag gestellt, in dem § 1 die Einwohnerwehren und die Selbstschutzorganisationen ausdrücklich anzuführen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil die Mehrheit der Kommission der Meinung war, daß schlechtweg bei allen Vereinigungen gegebenenfalls zu prüfen ist, ob sie mit dem Gesetz in Widerspruch stehen, und daß dies selbstverständlich auch auf Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen Anwendung findet, daß es aber bei dieser Lage untunlich sei, die Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen besonders zu erwähnen.

Es ist dann schließlich auch ein weiterer Antrag abgelehnt worden, der gegen die Auflösungsverfügung, sei es der Landesbehörde, sei es der Reichsregierung, ein Beschwerdeverfahren gewähren wollte, und zwar beim Reichsverwaltungsgericht und, solange dieses noch nicht besteht, beim Staatsgerichtshof. Dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden, weil man der Auffassung war, daß es sich hier um ein Gesetz wesentlich politischen Inhalts handelt, bei dem es nicht angebracht sei, die Gerichte mit hineinzuziehen, weil man ferner der Auffassung war, daß es sich um ein Gesetz von vorübergehender Dauer handele, und da unter Umständen die Entscheidung der Verwaltungsgerichte viel zu spät kommen könnte. Das zum § 1 im wesentlichen. (C)

Bei dem § 2 sind besondere Ausführungen nicht zu machen. Es handelt sich darum, daß der Reichsregierung, entsprechend etwa dem Antrag § 4 der ursprünglichen Regierungsvorlage, zur Durchführung und Vorbereitung des Gesetzes die nötigen Hilfsorgane zur Verfügung gestellt werden. § 3 entspricht § 6 der Regierungsvorlage und bestimmt, daß im Falle der Auflösung einer Vereinigung alle Militärwaffen der Vereinigung sowie alle Gegenstände der Vereinigung, oder ihrer Mitglieder, welche den in den Art. 177 und 178 des Friedensvertrags von Versailles angeführten Zwecken unmittelbar gedient haben, zu beschlagnahmen sind. Man war sich dabei klar, daß neben diesem Gesetz, worauf immer wieder in der Kommission auch seitens der Regierung hingewiesen wurde, das eigentliche Entwaffnungsgesetz voll in Kraft bleibt. Man hielt es für richtig, aber auch hier im Falle der Auflösung die Beschlagnahme auszusprechen.

Es ist dann schließlich noch auf den § 4 zu verweisen, welcher die **Strafbestimmungen** enthält. Hier waren Anträge gestellt, eine Mindeststrafe aufzunehmen, und Anträge, die Strafen zu erhöhen. Die Mehrheit war aber der Auffassung, daß man es bei den Vorschriften (D) der Vorlage belassen möge. Es wurde auch ein Antrag abgelehnt, der die Festungshaft streichen wollte, indem die Mehrheit den Standpunkt vertritt, daß da, wo zum Beispiel feststeht, daß keine ehrlose Gesinnung vorgelegen hat, auf Festungshaft erkannt werden kann.

Das sind im wesentlichen die Gedankengänge, die den Erörterungen der Kommission zugrunde gelegen haben, und ich empfehle Ihnen namens der Mehrheit des Ausschusses die Annahme des Gesetzentwurfes so, wie er auf Drucksache 1744 enthalten ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Unterleitner.

Unterleitner, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde und ich haben uns keine Hoffnung gemacht, daß die Regierung ein Gesetz vorlegen würde, das wirklich den angegebenen Zweck erfüllt. Wir wußten von vornherein, daß das ein Gesetz werden wird mit allen Möglichkeiten, die Bestimmungen des Friedensvertrags zu umgehen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß es aber auch für die Landesregierungen die Möglichkeit schafft, sich der Verpflichtung zu entziehen, die Auflösung von Vereinigungen oder die Bestrafung von Mitgliedern, die an Vereinen teilnehmen oder solche Vereine geschaffen haben, vorzunehmen.

Schon in der ersten Sitzung des Ausschusses hatten wir gegen die Regierung den Vorwurf erhoben, daß dieses Gesetz eigentlich nicht notwendig wäre. Wenn die Regierung die Mittel anwenden würde, die ihr zur Verfügung stehen, um die Entwaffnung durchzuführen, dann wären die Pariser Beschlüsse und die Verhandlungen in London nicht in die Notwendigkeit versetzt worden, die Regierung zu einer Gesetzesvorlage zu veranlassen. Es

(Unterleitner, Abgeordneter.)

(A) wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, mit den bestehenden Gesetzen und den bestehenden militärischen Machtmitteln die Entwaffnung der Einwohnerwehren und der anderen verbotenen Selbschutzorganisationen durchzuführen. Davon hat die Regierung keinen Gebrauch gemacht. Der Hauptschuldige in dieser Frage ist allerdings die **bayerische Regierung**, die die Reichsregierung gehindert hat, die Verpflichtungen aus Art. 177 und 178 des Friedensvertrags und die Verpflichtungen, die die Regierung aus dem Spaer Abkommen übernommen hat, zu erfüllen.

Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf war direkt unbrauchbar. Dann hat der Herr Kollege Schiffer einen Entwurf eingebracht, mit dem ebenfalls nichts anzufangen war, dessen Geist aber nun in dem vorliegenden Gesetzentwurf Ausdruck gefunden hat. Bedauerlich war, daß die an sich ganz anspruchslosen **Anträge der Rechtssozialisten** abgelehnt wurden, daß man nicht einmal die Wünsche der Partei, die sowieso alle Rücksichten übt, um keine Zwangslage zu schaffen, berücksichtigt hat. Für uns als Unabhängige Sozialdemokraten war allerdings der Gesetzentwurf und waren auch die Anträge, die von rechtssozialistischer Seite kamen, vollkommen ungenügend. Vor allem kam für uns in Frage, daß zuerst ein Verbot der Vereinigungen ausgesprochen werden sollte. Wir sind der Meinung, daß dieses Verbot nicht mehr notwendig ist, daß der Gesetzentwurf ohne weiteres denjenigen bestrafen konnte, der an Vereinigungen teilnimmt, die eine militärische Ausbildung oder Organisation verfolgen.

Wir waren auch dagegen, daß die Landesbehörde darüber entscheiden könnte, was ein militärischer Verein ist, was eine solche Organisation ist, die unter diese Bestimmungen des Art. 177, 178 des Friedensvertrags fällt. Die Verhandlungen im Ausschuß haben dann ergeben, daß unsere Befürchtung berechtigt war, daß die (B) Regierung gar nicht ernstlich daran denkt, vor allem die **bayerischen Einwohnerwehren** oder andere reaktionäre sogenannte **Selbstschutzorganisationen der Länder** aufzulösen, das heißt zu entwaffnen; denn die Entwaffnung nach der Auflösung hat ja doch keinen Sinn, weil diese Verbände ohne Waffen keinen Sinn und Zweck hätten. Der Herr Reichsminister Koch erklärte zur Beruhigung des etwas schwerfälligen, begriffsstutzigen

(Heiterkeit)

Grafen Kanitz, daß es ja gar nicht so schlimm mit der Entwaffnung und Auflösung wäre. Die Regierung denke ja garnicht daran, durch dieses Gesetz die Selbstschutzorganisationen und Einwohnerwehren zu entwaffnen. Für dieses offene Bekenntnis des Herrn Reichsministers sind wir ihm zu Danke verpflichtet.

Unsere Stellung unterscheidet sich aber auch noch in anderer Hinsicht von der sämtlicher anderen Parteien. Wir fordern die **Auflösung der Einwohnerwehren** — um die handelt es sich ja — nicht nur aus außenpolitischen, sondern auch **aus innerpolitischen Gründen.** Wir tragen zwar auch der außenpolitischen Situation Rechnung; aber es ist nicht so, wie uns von der kommunistischen Partei vorgeworfen wird, daß wir lediglich deshalb die Entwaffnung fordern, weil die Entente sie diktiert. Wir fordern die Entwaffnung gerade auch aus innerpolitischen Gründen,

(sehr richtig! rechts)

weil die Bewaffnung dieser Wehren nur einem Teil des Volks Waffen in die Hände gibt, den einen Teil des Volks gegen den anderen bewaffnet, wodurch nicht Ruhe und Ordnung im Volke geschaffen, sondern im Gegenteil die größte Beunruhigung hervorgerufen wird.

Ganz besonders wir in Bayern haben ein Interesse daran, daß die bayerischen Einwohnerwehren entwaffnet werden, weil sie Bayern nicht zur Ruhe kommen lassen (C) und dadurch auch die Reichspolitik in ganz gefährlicher Weise stören.

(Zuruf des Abgeordneten Jaud.)

— Ja, Herr Kollege Jaud, wenn Bayern nur aus Holzkirchen bestehen würde,

(Heiterkeit)

wäre die Frage der Einwohnerwehren leichter gelöst. Aber es gibt ein Südbayern und ein Nordbayern, und in Oberbayern ist eine Bevölkerung, die etwas anderer Auffassung wie die in Nordbayern ist. Aber es gibt auch in Oberbayern sehr viele Leute, die meinen, daß die Einwohnerwehren unzweckmäßig sind und sehr störend für den Frieden wirken.

(Widerspruch des Abgeordneten Jaud. — Zuruf des Abgeordneten v. Schoch.)

— Wem sie etwas tun? Wenn Sie (zum Abgeordneten v. Schoch) Arbeiter wären, würden Sie es bald sehr merken, wem sie etwas tun.

(Zustimmung auf der äußersten Linken und Zurufe.)

Wir fühlen es ja jeden Tag, was sie uns tun. — In Bayern werden durch die Einwohnerwehren die schärfsten politischen Kämpfe heraufbeschworen, und auch für das Reich werden Komplikationen geschaffen. Wenn die Besetzungen weiter ausgedehnt werden sollen, werden sich die Alliierten vor allem darauf berufen, daß die Reichsregierung noch nicht einmal die Entwaffnung durchgeführt habe, vor allen Dingen nicht in Bayern. Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet haben mit Recht dagegen protestiert, daß die Reichsregierung nicht gegen die bayerische Regierung einschreitet.

Der Herr Reichsminister hat ferner im Ausschuß erklärt, daß man die Selbstschutzorganisationen ja an sich bestehen lassen wolle und daß man auch noch nicht sagen könne, ob die **Einwohnerwehren** usw. unter das Verbot fallen würden. Denn — meinte er — wir haben ja schließlich auch zum Beispiel Weinbergschutz, wir haben (D) auch **Wach- und Schließgesellschaften** und andere ähnliche Vereinigungen. Der Herr Minister glaubt also, die Einwohnerwehren mit einer Wach- und Schließgesellschaft vergleichen zu können. Auf den Standpunkt können wir uns nicht stellen, sondern es ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob man mit Militärwaffen bewaffnet ist, oder ob man friedlich Orte oder Räume bewacht.

Aber auch die andere Form des Gesetzes, die einem Reichsverwaltungsgericht oder einem Staatsgerichtshof — oder wie es nun hineingebracht ist —, der Reichsregierung die Entscheidung einer Beschwerde überläßt, kann uns nicht genügen. Wir wollten, daß darüber auch der Reichstag entscheiden kann. Wir haben die Anträge, die wir im Ausschuß eingebracht haben, wieder eingebracht. Darunter ist auch der Antrag, daß anstatt „Festungs-" „Gefängnisstrafe" ausgesprochen wird. Denn wir wissen, wenn „Festung" und „Gefängnis" in diesem Gesetzentwurf enthalten sind, so werden die Arbeiter Gefängnis bekommen, und die anderen Herrschaften werden mit Festung bestraft werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Zur Erholung!)

— Zur Erholung vielleicht in ein Sanatorium kommen.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Festungssanatorium! — Heiterkeit.)

Als wir die Reichsregierung fragten und als wir auch die bürgerlichen Parteien im Ausschuß fragten: wer soll denn darüber entscheiden, was eine Organisation ist, die unter das Verbot fallen würde? bekamen wir ganz klar darauf die Antwort: das müssen erst die Gerichte entscheiden; das können wir hier im Ausschuß nicht entscheiden. Wir haben deshalb dort schon beantragt, daß man aussprechen solle, es handelt sich um die Einwohnerwehren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Unterleitner,** Abgeordneter.)

(A) Wir wollen diesen Begriff der Einwohnerwehren im Gesetzentwurf besonders festgehalten wissen.

Es wäre sehr interessant, auf die Haltung der verschiedenen Parteien im Ausschuß einzugehen. Ich muß mir das leider versagen; ich möchte nur zum Schluß hier besonders auf **die bayerischen Verhältnisse** eingehen. Wir haben als Vertreter der bayerischen Arbeiterschaft ein besonderes Interesse an der Auflösung der Einwohnerwehren.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun wird ja behauptet, daß die bayerischen Einwohnerwehren ganz unpolitische Organisationen wären, daß sie gar nicht unter den Friedensvertrag fallen würden, daß sie lediglich private Organisationen sind.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

— Das trifft nicht zu, Herr Kollege. Ich darf vielleicht an den Beschluß erinnern, den die Ortsgruppe Pasing der bayerischen Einwohnerwehr erst vor einigen Tagen gefaßt hat. Sie spricht darin ausdrücklich aus, daß sozialistische Mitglieder nicht geduldet werden können,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten)

daß Mitglieder des Republikanischen Führerbundes aus der Reichswehr ausgeschieden werden müssen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Ich darf vielleicht an die Erlasse erinnern, die Herr Escherisch bei jeder politischen Frage herausgibt, wenn er an „sein Volk" appelliert, daß es zu diesen oder jenen Fragen Stellung nehmen müsse. Wir wissen auch, welch großen **Einfluß** die **Einwohnerwehren auf die Regierung Kahr haben.** Wir wissen auch, daß die Einwohnerwehren und die Orgesch auf das engste verbunden sind; denn der Führer der bayerischen Einwohnerwehren ist ja auch der Gründer der Organisation Escherich. Herr **Escherich** ist (B) der Leiter der bayerischen Einwohnerwehren und der Leiter der Orgesch in ganz Deutschland.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter Jaud: Ist nicht richtig!)

— Es ist ja gar nicht bestritten worden, daß die Einwohnerwehren in Bayern für die Orgesch Gewehre eingelagert haben.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Außerdem wird ja auch gerade in der bayerischen Einwohnerwehr die Revancheidee sehr stark gepflegt.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Die verschiedenen Ansprachen und Reden, die bei den Zusammenkünften gehalten werden, haben uns ja schon übergenug bewiesen, daß die bayerischen Einwohnerwehren keine neutrale, private Organisation sind, sondern daß sie sehr wohl eine politische Einrichtung mit politischen Zwecken sind.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Vereinigten Kommunisten.)

Wie weit sich die Zustände durch die bayerischen Einwohnerwehren ausgewachsen haben, hat uns die allerletzte Zeit gelehrt. Am vergangenen Sonntag war eine **Demonstration in München,** und dabei hat natürlich auch die Einwohnerwehr eine sehr große Rolle gespielt. Es ist bezeichnend, daß diese Demonstration nicht von ungefähr kam, sondern daß sie organisiert war, daß bei dieser Demonstration auch Vertreter von auswärts anwesend waren und daß auch Personen aufgetreten sind, die sich nicht zufällig auf der Straße befanden, sondern unter einer bestimmten Regie gestanden haben.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken. — Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Aber nicht von der Einwohnerwehr!)

— Ich werde Ihnen nachher schon sagen, was gesprochen worden ist. — Ein Oberst, ein Schauspieler, ein Professor, ein Ministerpräsident, ein deutschnationaler Handlungsgehilfe und dann die entsprechende Volksmenge sind dabei gewesen. (C)

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Aber nicht die Einwohnerwehr!)

Diese verschiedenen Personen haben verschiedene Reden gehalten; auch die Volksmenge hat gesprochen. Ich will nur ganz kurz zitieren, was dort gesprochen wurde. Da hat der **Oberst Xylander** auch von der Einwohnerwehr gesprochen, und er hat dabei die **Politik der Reichsregierung kritisiert.** Er begann mit Dr. Simons, der „ein besonderer Liebling" in Bayern bei der Einwohnerwehr ist.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Er sagte: „auch Dr. Simons habe nicht den Mut gehabt, die Schuld des Krieges von Deutschland abzuwälzen". Als Oberst v. Xylander dann von dem letzten Beschluß der Reichsregierung wegen der Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen sprach, brauste ein vieltausendstimmiges „Pui! Niemals! Los von Berlin!" empor.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Dieser Beschluß — so sagte Oberst v. Xylander — „sei auf die Angst vor der Entente zurückzuführen. Es fehle eben der Berliner Regierung an Männern von Stahl".

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Oberst v. Xylander sagte dann weiter:

> Wir in Bayern sind es dem Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr schuldig, ihn in dieser ernsten Frage zu stützen, damit er keinen Finger breit von dem abgehe, was er bisher in der Frage der Selbstschutzorganisationen gesagt habe. Wir lassen uns die Waffen niemals rauben. Wir tun dies nicht nur um Bayern willen, sondern um des Reiches willen.

Ministerpräsident Dr. v. Kahr sei der erste Mann im Reiche, der den Mut habe, das, was notwendig ist, durchzuführen. (D) Oberst v. Xylander forderte dann alle auf, fest und treu hinter dem Ministerpräsidenten zu stehen, Mann für Mann. Dann kam der Schauspieler, der eine Resolution vorlas, in der sich auch folgender unpolitische Satz befindet.

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Wer war das?)

— Es ist ein Schauspieler Baierhammer; vielleicht kennen Sie ihn. —

(Lachen auf der äußersten Linken.)

Es heißt unter anderem in der Resolution:

> Ein Zeichen der Schwäche ist das Berliner Verlangen nach der Entwaffnung Bayerns. Dagegen gibt es nur ein Nein. Die Regierung Kahr hat dieses Nein vernehmlich genug gesprochen. Das bayerische Volk steht hinter seiner Regierung.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Dann kam der Professor. Der Professor Bauer forderte dazu auf, die Waffen der Einwohnerwehr nicht herzugeben.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Der deutsche Michel habe schon vieles elend aus der Hand gegeben; der bayerische Hias wird aber seine Sache niemals aus der Hand geben. Entblößten Hauptes sang man „Deutschland, Deutschland über alles", die „Wacht am Rhein" und „Großer Gott, wir loben dich".

(Lachen und Zurufe auf der äußersten Linken.)

Dann kam der Ministerpräsident. Der **Ministerpräsident Dr. v. Kahr** hielt eine längere **Ansprache.** Unter anderem sagte er:

> Ich werde den graden Weg gehen; auch in der Entwaffnungsfrage werde ich mich durch keine Gefahr irre machen lassen.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

(**Unterleitner**, Abgeordneter.)

(A) Sodann kam der deutschnationale Handlungsgehilfe und dankte vor allem dem Ministerpräsidenten für seine Worte. Er meinte: „die Preußen müßten einmal vor den Schranken erscheinen;

(hört! hört! auf der äußersten Linken)

wollten sie das nicht, so müßte es anders gehen.“ Schließlich kam die Menge, die rief: „Landgraf, werde hart!“, und dann sprach der Ministerpräsident laut und deutlich: „Werde ich auch!“

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Also er denkt gar nicht daran, die Einwohnerwehren aufzulösen. Da ist die unpolitische Frage der Einwohnerwehr in Bayern. Und diese Demonstranten, die zu dem ausgesprochenen Zweck zusammenkamen, gegen die zu treffenden Maßnahmen der Reichsregierung zu demonstrieren, hat Herr v. Kahr, der bayerische Ministerpräsident für Ruhe und Ordnung in der Ordnungszelle im Deutschen Reiche, dadurch unterstützt, daß er an dieser Demonstration teilnahm.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Herr **v. Kahr** hat inzwischen zwei **Landtagsreden** gehalten und kein Wort gegen die Demonstranten im Landtag gefunden. In einer Rede am Dienstag begrüßte er sogar diese Haltung und forderte direkt dazu auf, die Waffen nicht abzuliefern, und die Anordnungen der Reichsregierung in Bayern nicht durchzuführen. Er sagte in der Dienstagsrede, er könne auch die Männer nicht verurteilen, die sich nicht entwaffnen ließen. Und dann erzählte er seine außenpolitischen Märchen. Die Tschechoslowakei, Polen und Deutschösterreich seien eine große Gefahr für uns und dann rücke vor allem die bolschewistische Zentrale immer näher an Bayern heran; deshalb müßten die Grenzen Bayerns geschützt werden. Er betonte in dieser Rede ausdrücklich, daß hierfür nichts so notwendig sei als die Pflege des Geistes, der in den Einwohnerwehren herrsche.

(B) (Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Der Geist vom Sonntag muß aufrechterhalten werden.

In der Donnerstagsrede, als Herr v. Kahr schon wußte, daß die Regierung ein Gesetz erlassen muß, erklärte er offen, daß er die Hand zur Durchführung dieses Gesetzes nicht bieten werde.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich habe den Herrn Minister Koch schon in der Ausschußsitzung gefragt, wie er sich die Durchführung des Gesetzes denke. Er meinte, die Reichsregierung habe selbstverständlich die Macht und das Recht nach der Verfassung, die Landesbehörden zur Durchführung der Reichsgesetze zu verpflichten. In seiner Donnerstagsrede sagte Herr v. Kahr, die Regierung setze es nach dem Gang der bisherigen Verhandlungen als selbstverständlich voraus, daß die Reichsregierung, wenn sie Maßnahmen für notwendig erachte, die mit unserer Auffassung nicht im Einklang stehen, diese ohne Inanspruchnahme der Regierung selbst vollziehe.

Durch dieses Verhalten der bayerischen Regierung werden vor allem in Bayern die größten Gefahren heraufbeschworen. Wir wissen, daß in dem englischen Unterhaus über die Besetzung Münchens gesprochen wurde. Wir wissen aber auch, daß gerade Nordbayern und die Arbeiterschaft in ganz Deutschland, besonders der an der Grenze liegenden Länder, die für die Besetzung in erster Linie in Frage kommen, gegen die Haltung der bayerischen Regierung Einspruch erhoben haben.

Aber die bayerische Regierung hat nun einen Grund, warum sie diese Haltung einnimmt. Der „Bayerische Kurier“, das Leiborgan des Herrn v. Kahr, ist besonders gut unterrichtet und glaubt zu wissen, daß innerhalb der Reichsregierung selbst keine Einigkeit über die Notwendigkeit des Gesetzes bestehe.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Der „Bayerische Kurier“ glaubt, das Gesetz komme wahrscheinlich nicht zustande, weil man sich auch innerhalb der Reichsregierung über die Form und Möglichkeit nicht einig sei. (C)

(Sehr wahr! und Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

So ähnlich schreibt der „Bayerische Kurier“ von gestern abend. Außerdem weiß der „Bayerische Kurier“ auch **Gespräche vom Reichstag** mitzuteilen. Herr **Severing**, „der Minister der Innerlichkeit“, wie es so schön heißt, hätte in den Wandelgängen des Reichstags davon gesprochen, daß man, wenn die bayerische Regierung sich nicht füge, einfach einmal preußische Truppen wieder nach Bayern schicken müsse. Und da empfiehlt ihm die bayerische Regierungspartei noch, er solle noch eine Schnapspulle mitnehmen, wenn er sie auch austrinke, bis er nach Bayern kommt, aber man wird ihm dann schon helfen, wenn er nach Bayern kommen sollte. Im übrigen freue man sich, diesen Minister Severing einmal kennen zu lernen. Dieselben Leute, die von Staatsautorität reden, dürfen natürlich einen Minister des größten Bundesstaates von Deutschland in den Schmutz ziehen, ohne daß irgend etwas dagegen unternommen wird.

Ich habe doch auch darin Zweifel, daß die **Entente gegen Bayern** die notwendige Schärfe anwendet.

(Zuruf bei der Bayerischen Volkspartei: Was? Unerhört!)

Ich habe die Vermutung, daß da doch noch Fäden gesponnen werden, die damals von Heim und Bothmer nach dem Westen angesponnen wurden. Denn es ist bezeichnend, daß **der französische Botschafter in München** vor kurzer Zeit einmal sehr in Mißkredit war, und daß jetzt sein Kredit in bayerischen Regierungskreisen wieder einmal etwas gestiegen ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Abgeordneter v. Schoch: Sie haben doch behauptet, in Bayern sei der Revanchegedanke so stark; wie paßt denn das?) (D)

— Warten Sie nur ab! Ich komme schon noch darauf, was das für eine Politik ist. Es ist jedenfalls sehr auffällig, daß der französische Gesandte in München in diesen Kreisen wieder etwas mehr Kredit genießt.

(Zuruf: Bei der Valuta! — Heiterkeit.)

Wir wollen uns darüber nicht täuschen: Frankreich hat ein Interesse daran, das Deutsche Reich zu zerreißen, Frankreich hat ein Interesse daran, uns zu zersplittern, und da wird sich Frankreich natürlich kein Gewissen daraus machen, eventuell diese Stimmung, die in Bayern herrscht, auszunützen, um gegen das Reich einen Schlag zu führen. Darum nützen gerade Ihre Organisationen, die Sie dort schaffen, und die Ideen, die Sie dort verbreiten, Frankreich; sie sind im Interesse der Entente. Sie sagen, daß wir für die Entente arbeiten; aber in Wirklichkeit benutzt die Entente die Haltung der bayerischen Regierung, um gegen die Reichsregierung vorzugehen.

Nun haben Sie (nach rechts) mir vorgehalten, ich hätte vorhin davon gesprochen, daß der Revanchegedanke in den Einwohnerwehren gepflegt wird. Ja, das wissen die Franzosen ganz genau: wenn sie in Bayern den Revanchegedanken in den Einwohnerwehren pflegen und dadurch das Reich zertrümmern, dann haben sie doch ein gutes Geschäft dabei gemacht. Vorläufig wird jedenfalls dadurch die politische Verwirrung gesteigert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir fordern deshalb die Auflösung der Einwohnerwehren, wir fordern das Verbot der Einwohnerwehren ohne irgendwelche Umschreibungen, damit kein Zweifel bestehen kann. Wir fordern die Entwaffnung der Einwohnerwehren, und wir machen der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie gegen Bayern in dieser Beziehung nicht

(**Unterleitner**, Abgeordneter.)

(A) alle Mitteln anwendet, die ihr zur Verfügung stehen. Wir machen ihr den Vorwurf, daß sie gegen Bayern nicht energisch genug vorgeht.

(Zuruf bei den Vereinigten Kommunisten: Erst können vor Lachen!)

Die außenpolitische Situation zwingt uns zu diesen Maßnahmen. Aber trotzdem wollen wir auch bei dieser Gelegenheit betonen, daß es uns weniger auf das Vertrauen der Staatsmänner der anderen Länder ankommt als vielmehr auf das Vertrauen der Arbeiterschaft in den anderen Ländern,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und durch die Aufrechterhaltung der Einwohnerwehren und militärischer Organisationen erschüttern wir auch das Vertrauen der Arbeiterschaft in das deutsche Volk, damit vergiften wir die Atmosphäre und steigern die Voreingenommenheit, die in den anderen Ländern leider noch gegen uns herrscht. Das wollen wir aber verhindern; denn gerade der Geist des Militarismus ist es ja, der uns die ganze Welt zum Feinde macht.

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei.)

— Ja, Herr Jaud, Sie wollen das vielleicht gar nicht, das nehme ich bei Ihnen an; aber Sie sind eben auch nur ein Werkzeug eines, der schon weiß, was er will.

(Heiterkeit.)

Wir wissen ganz genau, wie die Fäden gesponnen werden.

Wir bitten Sie darum, die drei Anträge auf Drucksache 1755 anzunehmen. Das würde einigermaßen eine Garantie dafür bieten, daß wenigstens etwas unternommen wird, um die uns drohende Gefahr zu beseitigen.

Wir sprechen aber aus, daß wir trotz alledem kein Vertrauen zur Regierung haben, selbst wenn das Gesetz noch schärfer gefaßt würde; denn wir wissen, daß sie nicht den Mut und nicht die Kraft aufbringt, dieses Gesetz (B) durchzuführen, daß ihr die Möglichkeiten fehlen, und wir wissen, solange wir nicht die politische Macht in Händen haben, werden auch die Gesetze, die wir wollen, nicht durchgeführt werden. Wir können uns nur darauf beschränken, Ihnen Ratschläge zu erteilen. Wir können uns nur darauf beschränken, zu fordern, was gegenwärtig notwendig wäre nicht nur in unserem, sondern auch in Ihrem Interesse.

(Lebhaftes Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thomas.

Thomas, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! So sehr unser Volk im allgemeinen Not leidet, — in einem Artikel haben wir Überproduktion: in Gesetzen. Wir sollen heute wieder eins annehmen. Der Ausschuß hat sich einige Stunden um die richtige Fassung dieses Gesetzes bemüht, aber ich halte dieses Gesetz und alle Arbeit, die daran verschwendet wurde, für vollkommen überflüssig.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denn das Gesetz bringt nicht das, was es nach außen hin zu bringen scheint, und sobald ein Gesetz das nicht erfüllt, was das Volk von ihm erwartet, ist es überflüssig.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten: Schwindel ist es!)

Ich habe die Überzeugung, daß dieses Gesetz nur gemacht wurde, weil man sich vor der Entente verneigen muß.

Auf der anderen Seite wurden aber in der Kommission von allen Advokaten, die darin waren, so viel Spitzfindigkeiten zusammengetragen, daß letzten Endes das Gesetz gerade das Gegenteil von dem bringen wird, was es bringen soll. Das Gesetz soll eine Handhabe sein, um die Mittel zur Durchführung von notwendigen Maßnahmen zu legalisieren, und dieses Gesetz soll beispielsweise jetzt (C) endgültig die Entwaffnung des deutschen Volks durchführen. Wir dürfen uns aber keinem Zweifel hingeben, der Herr Minister Koch hat es in der Kommission schon gesagt: das Gesetz hat mit der Entwaffnung gar nichts zu tun.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das Gesetz fordert zunächst mal die Aufhebung der Selbstschutzorganisationen. Aber warum mußte denn die Entente ein besonderes Gesetz zu deren Auflösung fordern? Nur weil die Entwaffnung des deutschen Volks Halt gemacht hat vor diesen Selbstschutzorganisationen

(sehr wahr! bei der Vereinigten Kommunisten)

und weil man in den Kreisen der Entente weiß, daß bei diesen Selbstschutzorganisationen alle Waffen sind, die in Deutschland noch vorhanden sind. Deshalb hat die Entente dieses Gesetz von uns verlangt, und jetzt tritt die Regierung, durch die Entente gezwungen, an den Reichstag mit dem Gesetz heran. Es war sehr gut, daß der Herr Reichsminister des Innern erklärt hat, was das Gesetz soll. Er hat gesagt: fürchten Sie nichts, mit der Entwaffnung hat das Gesetz gar nichts zu tun, für die Entwaffnung haben wir das Entwaffnungsgesetz, das so weiter geht, wie es bisher gegangen ist.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das heißt: in Bayern und überall da, wo die ausgesprochene konterrevolutionäre Orgesch dominiert, wird nicht entwaffnet.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Denn es steht fest, daß die sogenannten Selbstschutzorganisationen und viele andere Besitzer von Waffen nicht entwaffnet worden sind, wenn sie der Orgesch nahestanden.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Also in diesem Sinne wird das Entwaffnungsgesetz weiter gehandhabt!

Daß man die Entwaffnung tatsächlich verhindern will, (D) geht aus einem der Anträge hervor, die die vereinigten bürgerlichen Parteien gestellt haben — Merck, Leicht, Dr. Becker, v. Schoch, Brüninghaus, Dr. Maretzky, Rippler, Dr. Zapf. — Der Antrag will, daß in § 3 die Worte „oder ihrer Mitglieder" zu streichen sind.

(Aha! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Man will also die Militärwaffen nur der Organisation abnehmen, nicht ihren Mitgliedern, wenn die Organisation aufgehoben werden soll. Nun, wer besitzt denn die Waffen in einer Organisation? Etwa ein alter Gaul oder die Mitglieder? Es sind doch die Mitglieder, die die Waffen haben. Was nutzt es, wenn man einen Verein auflöst, und die Mitglieder haben die Waffen in der Hand, für die es eine Kleinigkeit ist, sich kurz nach ihrer Auflösung wieder in einer Wach- und Schließgesellschaft zusammenzutun. Daß die Absicht besteht, den Bewaffneten die Waffen zu lassen, hat ja der Herr Minister Koch ebenfalls zugegeben, als er sagte:

(hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

„es bleibt uns unbenommen, die Selbstschutzorganisationen zu behalten, sonst müßten wir ja auch die Wach- und Schließgesellschaften verbieten."

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Sie werden es erleben, daß wir in allernächster Zeit, wenn die starke Hand des Herrn Innenministers nach Bayern heruntergreift, **in Bayern** eine neue **Aera der** sogenannten **Wach- und Schließgesellschaften** haben.

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten. — Zurufe von der Bayerischen Volkspartei: Das war geschmacklos!)

— Ich glaube auch, es ist sehr geschmacklos, daß man die Reichsregierung so zu betrügen versucht.

(Rufe von den Vereinigten Kommunisten: Die betrügt mit!)

(**Thomas**, Abgeordneter.)

(A) Ich sehe in dem Gesetz weiter nichts als den Willen, die Entente und das deutsche Volk glauben zu machen, daß die Orgesch entwaffnet oder aufgelöst werden soll. Nun, diesem Täuschungsversuch müssen wir eins gegenüberhalten. Mein Vorredner, Kollege Unterleitner, hat schon genügend auf das Verhalten des **bayerischen Ministerpräsidenten** hingewiesen. Er scheint in der jüngsten Zeit, wenn man so die Sitzungen des Reichstags mit anhört, **der Mittelpunkt Deutschlands** geworden zu sein. Er ist der einzige, der ganz klar und deutlich ausspricht, was in Bayern ist. Hier und an vielen anderen Stellen soll es bemäntelt werden. Kahr sagt: wir lassen uns nicht entwaffnen.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

— Was heißt „sehr richtig"? Ob er es sagt, oder ob er es tun soll?

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Wie Sie es auffassen! — Heiterkeit.)

— Ich fasse es so auf: es ist sehr richtig, wenn man sich nicht entwaffnen läßt. Sie brauchen es nicht besonders zu sagen; — Spiegelberg, ich kenne dich.

Das **Echo der Haltung Kahrs aus dem Lande** bringt eine **bayerische Zeitung** — ich weiß nicht, ob sie von der rechten Seite sonst ernst genommen wird, in Bayern wird sie jedenfalls ernst genommen —, sie weiß folgendes zu schreiben — ich bitte ganz besonders unsere Herren Minister, darauf zu achten, es ist ein Appell an sie —:

> Wir haben vernommen, was ihr alles verbieten und verboten haben wollt, und wir erkennen wohl, daß ihr damit im Dienste eurer Sozen, Uspen und Kapeden
>
> (Heiterkeit)
>
> einen Feldzug gegen uns Bayern eröffnen wollt. Wir machen euch kund und zu wissen, daß ihr (B) das beschließen oder nicht beschließen könnt, ganz nach Belieben, daß aber jetzt und hinfür für eure Machtsprüche, die nichts sind als Sprüche ohne Macht
>
> (Zustimmung bei den Vereinigten Kommunisten)
>
> — und das werden wir euch beweisen — in Bayern kein Geltungsgebiet ist.
>
> (Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)
>
> Ihr könnt bei uns Schwätzer und schlechte Kerle aufhetzen; wir haben Gesindel und Lumpenhunde im Land, denen eure Paragraphen recht nett anstehen werden, aber unser Gesamtvolk verachtet euch, eure Befehle und eure Gesetze,
>
> (hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)
>
> wenn sie nach unserer unbeirrbaren Überzeugung dazu angetan sind, die Tyrannei des Pöbels wieder aufzurichten.
>
> Mit eurem Entwaffnungs- und Entmannungsgesetz wischen wir uns die . . .
>
> (hört! hört! bei den Vereinigten Kommunisten)

— jedenfalls die Nase. —

(Lachen bei den Vereinigten Kommunisten.)

> In unserem Lande ist euer schwarz-rot-gelber Weimarer Putzhadern,

— das heißt auf Deutsch Aufwaschlumpen —

> euer demokratischer Schandfetzen nicht in Geltung . . . Wollt ihr's darauf ankommen lassen, dann kommt nur selber herunter, und hernach werden wir ja sehen, ob uns die beschnittenen Eunuchen der Entente Gewalt antun können.

Das ist das Echo des Rufs des Ministerpräsidenten v. Kahr aus dem bayerischen Wald.

Wir haben in Deutschland eine gewisse Rede- und Preßfreiheit.

(Rufe von den Vereinigten Kommunisten: Angeblich!)

Ich kann wohl verstehen, daß diese Zeitung, obwohl sie (C) ja unsere deutschen Minister recht kräftig an den Pranger stellt, passieren kann. Hier haben wir einen Fall sehr weitgehender Pressefreiheit, weil es sich um eine Zeitung handelt, die im Geiste der bayerischen Konterrevolution schreibt.

Daß man auch anders kann, werde ich Ihnen zu beweisen versuchen.

Im Laufe des gestrigen Tages wurde die Nr. 129 der **„Roten Fahne" wegen eines Aufrufes verboten,** den Sie mit der Notiz der bayerischen Presse an die Adresse unserer Herren Minister vergleichen können. Die „Rote Fahne" verlangt eine klare Antwort, was sie auch begründet. Sie schreibt:

> Kahr pfeift auf die Gesetze. Er pfeift laut auf sie, bevor noch die Gesetze in Kraft sind. Er erklärt schon jetzt: Wenn aus dem Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Orgesch usw. ein Gesetz wird, wird er noch lauter und deutlicher auf es pfeifen.
>
> Kahr ist ein gegenrevolutionärer Realpolitiker. Er weiß, was er sagt und was er tut. Bewaffnete Bourgeoisie gegen das entwaffnete Proletariat, das ist im geeigneten Moment viel mehr wert als die Schutzwand, die die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbureaukratie für den Schutz der kapitalistischen Ordnung bietet. Das ist viel mehr wert als ein jedes Gesetz, mehr als alle Machinationen, durch welche die U.S.P.-Führer das Gebäude der Ausbeutung flicken und stützen wollen.
>
> Kahr pfeift auf die Gesetze. Er tritt sie mit Füßen, daß sie umpurzeln.
>
> (Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)
>
> Denn über dem Gesetz steht das Recht auf die Gegenrevolution. Er duldet eine Verfälschung (D) dieses Rechts unter keinem Titel. Umsonst der Versuch der Demokraten und Sozialdemokraten, die Gegenrevolution in ein gesetzliches Gewand zu kleiden. Orgesch spuckt ihnen in die Augen, er schlägt auf sein Schwert und sagt offen:
>
> Das ist die sicherste Garantie der kapitalistischen Ordnung und nicht euer elendes Gesetz! —
>
> Und es mag kommen, was kommen will, — Orgesch läßt sich nicht entwaffnen.
>
> (Zurufe bei den bürgerlichen Parteien.)

— Hier wird nur klar und deutlich gesagt, was Herr Kahr gesagt hat. —

> Kann das deutsche Proletariat warten? kann es stumm bleiben? kann es auf diese Provokation eine Antwort geben?
>
> Die Bourgeoisie steht selbst in Waffen und läßt sich nicht entwaffnen. Sie tut das offen im Namen des Rechts auf die Gegenrevolution.
>
> Ihre politischen Söldner mobilisieren für ihre Interessen die bewaffneten Kräfte der gesetzlichen Gegenrevolution. Sie tun es im Namen des kodifizierten, in Paragraphen gefaßten Rechts der Gegenrevolution.
>
> Und die deutsche Arbeiterschaft steht waffenlos da! Nicht die Entente hat sie entwaffnet — die Entente kann ja nicht einmal die Orgesch entwaffnen. Die deutsche Bourgeoisie und ihr sozialdemokratisches Führergesindel haben die Waffen aus den Händen der Proletarier entwunden.
>
> (Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten. — Unruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten.)
>
> Es ist klar, warum sie dies getan haben. Die proletarische Revolution ist die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung der Bour-

(Thomas, Abgeordneter.)

geoisie. Die Gegenrevolution ist die Bewaffnung der Bourgeoisie und die Entwaffnung des Proletariats.

Jetzt gilt das Gesetz nicht mehr, es gilt auch Versailles nichts. — Die Waffe bringt die Entscheidung. — Und die Gegenrevolution will die Waffen nicht aus ihren Händen geben.

(Erneute Zurufe bei den bürgerlichen Parteien.)

— Die „Rote Fahne" schreibt hier immer nur, was Kahr gesagt hat. —

Der Pfiff des Herrn Kahr muß beantwortet werden.

(Zurufe rechts.)

— Wir tun nur das, was auch Herr Kahr für sich in Anspruch nimmt als deutscher Staatsbürger.

Man kann darauf antworten, wie es Hörsing tut: Die Mittel der gesetzlichen Gegenrevolution gegen die Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen.

Man kann auch so antworten, wie es die „Freiheit" tut, die Arbeiterschaft irreführen und betrügen mit der Behauptung, daß die Entente die deutsche Bourgeoisie morgen oder übermorgen entwaffnen wird.

Es ist aber auch eine dritte Antwort möglich.

(Zuruf rechts: Wieviel Seiten lesen Sie noch?)

Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet!

Die bewaffneten Kräfte der Gegenrevolution sind gegen die Brust des gesamten Proletariats gezückt. Kahr hat das erste Pfeifensignal gegeben. Noch nicht zum entscheidenden Angriff — erst zum Aufmarsch.

Auf das Signal muß die gesamte Arbeiterschaft ihre Antwort geben. Die klare Antwort kann nur eine sein, und zwar:

Wie Kahr von der einen Seite, so muß das Proletariat von der anderen Seite pfeifen auf das Gesetz!

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten. — Unruhe.)

Ein jeder Gegenrevolutionär hat seine Waffe. Die Arbeiter dürfen auch nicht schlechtere Revolutionäre sein, als es jene Gegenrevolutionäre sind.

Wegen dieses Aufrufs wurde die „Rote Fahne" vom Staatsanwalt beschlagnahmt.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir haben bis jetzt noch nicht gehört, daß der bayerische Ministerpräsident vom Staatsanwalt beschlagnahmt oder verfolgt worden sei.

Nun wurde die Beschlagnahme der „Roten Fahne" in der heutigen Ausgabe angezeigt und mit folgendem Kommentar versehen, worauf die „Rote Fahne" abermals beschlagnahmt wurde.

(Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten. — Zurufe bei den bürgerlichen Parteien.)

Solange die „Rote Fahne" beschlagnahmt wird, muß von dieser Stelle aus gesagt werden, daß man das Organ der revolutionären Arbeiterschaft brutal zu unterdrücken sucht, und muß die Sache hier vorgetragen werden. Sie (nach rechts) haben ja genügend Einfluß bei der Staatsanwaltschaft, also legen Sie ein gutes Wort für uns ein! Also der folgende Kommentar hat es dem Staatsanwalt angetan:

Weil die „Rote Fahne" das geschrieben hatte, mußte sie verboten werden.

Die Orgesch tritt offen auf den Plan. Kahr schlägt auf den Tisch — und Fehrenbach bietet ihm seinen Rücktritt, bietet ihm die volle Herrschaft an.

Simons zieht seine letzten Gegenvorschläge in London auf Verlangen der Sachverständigen zurück. Er gibt seine Politik auf, um die Ludendorffs zu machen.

Der Hunger soll die Arbeiter zur Raison bringen: Betriebe sollen geschlossen werden, die Arbeiter auf die Straße fliegen.

Darf in einer solchen Stunde die einzige Macht, die dem allen widerstehen kann, darf das Proletariat sprechen, wenn die Orgeschbanden losschlagen wollen? Darf das Wort gesprochen werden, das alle bösen Feinde der Arbeiterschaft fällen kann? Darf den Arbeitern gesagt werden, was sie zu tun haben, um den Schlägen der Gegenrevolution nicht zum Opfer zu fallen?

Die Hüter des Gesetzes, das nicht mehr dazu ausreicht, um die Blöße der Orgesch zu bedecken, das den Soldatenschinder Hiller zu einer Erholungshaft verurteilt, das den Mordgesellen Noskes, Kessel, frei laufen läßt, das aber die Arbeiter knechtet und knebelt, haben die Antwort gefunden. Sie haben die „Rote Fahne" beschlagnahmt, denn sie wissen, daß es Aufgabe der Justiz in der deutschen Republik ist, die Wünsche der Gegenrevolution ihr von den Lippen abzulesen.

Der „Vorwärts" hat dem Staatsanwalt sofort die nötige Begleitmusik in Schimpfwörtern geliefert. Die Schreibfinken aus dem „Vorwärts", die die schmutzigsten Verdächtigungen gegen die Kommunisten nicht scheuen, müssen sich vom gutbürgerlichen „Berliner Tageblatt" beschämen lassen, das da schreibt:

Diese Wirkungen der Rede des Herrn v. Kahr im bayerischen Landtage, die geradezu eine Auflehnung gegen das Gesetz darstellte, waren vorauszusehen. Das charakterisiert die politische Einsicht des Herrn v. Kahr.

Aber die Kumpane Hörsings können nicht anders, denn sie haben ihr Schicksal mit dem der Gegenrevolution verkoppelt.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich auf das Vorgelesene zu beschränken. Es kommt sonst darauf hinaus, daß Sie eine ganze Rede vorlesen.

Thomas, Abgeordneter: Herr Präsident! Ich maße mir nicht an, die Artikel der „Roten Fahne" als meine eigenen Reden auszugeben. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Kommentar der „Roten Fahne" zu ihrer Beschlagnahme hier vorgelesen werden muß, um zu zeigen, welch krasser Widerspruch besteht zwischen dem Verhalten der Staatsanwaltschaft Berlins und dem Verhalten der Staatsanwaltschaft Münchens. Wenn ich die Staatsanwaltschaft als parteiisch angreife, dann ist es, glaube ich, notwendig, daß ich das nachzuweisen suche.

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Ich möchte den Herrn Redner bitten, das Verlesen einzuschränken. Es ist zweifellos, daß in dem Vorlesen politischer Zeitungsartikel ein Bestandteil Ihrer Rede zu sehen ist; nach der Geschäftsordnung dürfen aber Reden nur von denjenigen Mitgliedern verlesen werden, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind,

(Lebhafte Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

Ich bitte also, sich zu beschränken.

Thomas, Abgeordneter: Nur noch drei Sätze, Herr Präsident.

Weil die „Rote Fahne" gesagt hat, was notnotwendig war, wurde sie verboten. Weil es

(Thomas, Abgeordneter.)

(A) notwendig ist, müssen die Arbeiter diesem Rufe folgen.

Die Orgeschbande trumpft auf mit dem Schwert. Sie führt die Sprache der offenen Gewalt.

Die deutschen Arbeiter wären Hundsfötter, wenn sie nicht den Mut und die Kraft fänden, den Orgeschbanden in ihrer klaren Sprache zu antworten.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Das war es, warum die „Rote Fahne" zum zweitenmal beschlagnahmt wurde. Es ist eine scharfe Sprache, die in der „Roten Fahne" geführt wird, eine Sprache, wie sie heute geführt werden muß,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten)

und es ist unverzeihlich, daß sie nicht schon lange so geführt wurde, wo das Treiben der Konterrevolution im letzten Jahre so offensichtlich im Lande war. Jetzt, wo man sich daran gewöhnt hat, daß die Arbeiterschaft kuscht, beschlagnahmt man ihr Sprachorgan, wenn sie einmal ein lautes, vernehmliches Wort spricht. Man wird sich daran gewöhnen müssen, daß die „Rote Fahne", daß alle unsere Zeitungen in der Provinz draußen das sagen, was notwendig gesagt werden muß.

Ich darf im Anschluß an die Beschlagnahme der „Roten Fahne" erwähnen, daß alle Provinzblätter, die den Aufruf nachgedruckt haben, selbstverständlich ebenfalls beschlagnahmt beziehungsweise verboten wurden.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Hört! Hört! Orgeschminister! — Zuruf rechts.)

— Sie geben also zu, daß das moralisch einwandfrei ist, daß man Zeitungen verbietet?

(Zuruf rechts: Jawohl!)

— Gut, wir berufen uns darauf, wir wissen, daß heute kein Rechts-, sondern ein Machtkampf zwischen Ihnen und uns geführt wird, Sie liefern uns die moralischen Waffen (B) für unsere Tätigkeit, wenn einmal das Proletariat, nachdem es in diesem Kampf die Oberhand gewonnen hat, die Hand auf die Zeitungen legt.

(Zuruf von den Vereinigten Kommunisten.)

Dann sagen wir Ihnen offen, daß wir Sie gewaltsam unterdrücken. Sie wollen aber hier von Recht sprechen,

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten: Heuchler!)

und das ist Heuchelei.

Ich habe vorhin eine Zeitungsnotiz aus einer bayerischen Zeitung gebracht. Herr Kollege Unterleitner hat es Ihnen in treffenden Ausdrücken gesagt, daß, als einer dem bayerischen Ministerpräsidenten zurief: Landgraf, werde hart! Herr Kahr zugesagt hat, hart zu werden, das heißt, er wird sich nicht dem fügen, was die Reichsregierung von ihm verlangt.

(Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Nein, die Reichsregierung wird es von ihm verlangen, der Minister Koch hat doch versichert, er habe die Gewalt, er will es dadurch beweisen, daß man bereits die Reichseisenbahnen, die Reichspost, die Reichssteuerexekutive und das Reichsentwaffnungsgesetz hat, welch letzteres natürlich bisher nur Wirkung hatte bis zur Mainlinie, aber auch keinen Kilometer weiter. Gleichgültig aber, welchen Einfluß die deutsche Regierung in Bayern haben wird, Herr Kahr hat schon gesagt, und zwar als er wußte, daß das Gesetz kommen werde: wir werden unbeirrt unseren Weg gehen, das heißt auf Deutsch das, was die Notizschreiber in der von mir zitierten bayerischen Zeitung etwas deutlicher gesagt haben.

Nun noch einiges über Einzelheiten der Ausführungen aus dem Ausschuß, deren interessanteste der Herr Minister des Innern machte. Den sonderbarsten **Standpunkt** dabei haben nach meiner Auffassung die **Demokraten** eingenommen.

(Zurufe bei den Vereinigten Kommunisten: Wie immer!)

Daß die Deutschnationalen auf dem Standpunkt (C) stehen, daß das Gesetz verfassungswidrig ist, kann ich begreifen. Daß man ebenfalls Rücksicht nehmen will auf die Mentalität der Oberschlesier, das kann ich bei den Deutschnationalen ebenfalls begreifen. daß aber die Demokraten sich alle Mühe geben, jedes Gesetz oder solche Gesetze, die wir notgedrungen nach dem Friedensvertrag machen müssen, wirkungslos zu machen, das hat mich sonderbar berührt. Die Einwohnerwehren, sagt Herr Schiffer, sollen nicht entwaffnet, sondern nur aufgelöst werden. Dann wollte Herr Schiffer, daß die Landesbehörden allein die Ausführung des Gesetzes in die Hand nehmen sollen. Was das bedeutet, darüber brauchen wir nichts zu sagen bei der bekannten Stellung der bayerischen Regierung und des Ministerpräsidenten. Wir legen es in die Hände des Ministerpräsidenten Kahr, daß er seine eigenen Einwohnerwehren entwaffnet oder auflöst. Ich betrachte die ganze Geschichte als eine Farce der Entente gegenüber, und es tut mir nur leid, daß wir uns um eine solche Farce stundenlang herumschlagen müssen.

In dieselbe Kerbe wie der Abgeordnete Schiffer hat auch der Minister Koch geschlagen. Nur in einem Punkte befand er sich im Gegensatz zu Herrn Schiffer. Herr Schiffer wollte der Reichsregierung die Exekutive bei Konfliktsfällen überlassen, das heißt bei solchen Fällen, wo die Landesregierungen nicht scharf genug eingreifen. Herr Koch wollte — und das ist das Wesentliche — die Ausführung nur deshalb nicht ausschließlich in die Hände der Landesbehörden legen, weil er glaubte, daß diese bei der Auflösung der Einwohnerwehren zu scharf vorgingen.

(Lebhaftes Hört! Hört! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Ich habe in diesem Moment an den Minister Severing gedacht, der vor längerer Zeit die Orgesch verboten hat. Wenn also die Orgesch sich zu Unrecht verboten fühlt und (D) wenn Herr Severing zu scharf vorgeht, wird er in nächster Zeit mal einen kleinen Nasenstüber von Herrn Koch bekommen, während Nasenstüber an Herrn Kahr — darüber sind wir uns alle klar — nicht erteilt werden.

(Rufe und Gegenrufe rechts und links.)

Unter diesen Verhältnissen können wir natürlich nicht, so sehr uns daran liegt, daß die Gegenrevolution entwaffnet wird, für das Gesetz stimmen. Wir wissen ganz genau, daß das Gesetz, sobald es angewandt werden soll, gegen die Gegenrevolution wirkungslos sein wird. Wir haben nicht die allergeringste Veranlassung, ein Gesetz nur deshalb zu schaffen, damit es geschaffen wird oder eventuell gegen Proletarier angewandt wird.

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir lehnen deshalb das Gesetz ab, um im Volk nicht den Glauben zu erwecken, als ob damit etwas geschaffen wird, womit die Gegenrevolution entwaffnet werden kann.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir lehnen es ab mit der Begründung, daß die herrschende Klasse nicht willens und nicht mächtig ist, die Gegenrevolution zu entwaffnen, nicht willens, weil sie die bewaffnete Orgesch braucht zu ihrer Erhaltung, und nicht mächtig, weil sie selbst die Macht nicht hat, sondern die bewaffnete Orgesch. Es gibt nur einen Faktor, der die Konterrevolution entwaffnen kann, und das ist das deutsche Proletariat!

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Kommunisten.)

Wir werden im Gegensatz zu diesem Gesetz das Proletariat aufrufen zur Entwaffnung der Bourgeoisie und zur Bewaffnung der Arbeiter!

(Lebhaftes Bravo bei den Vereinigten Kommunisten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

(A) **Müller** (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Rede, die der Herr Abgeordnete Thomas zuletzt gehalten hat, gibt mir zur Erwiderung wenig Anlaß. Sie beschäftigt sich ja in der Hauptsache mit den Verboten der „Roten Fahne", die nur im mittelbaren Zusammenhang mit dieser Vorlage hier stehen,

(Widerspruch bei den Vereinigten Kommunisten)

und über die wir uns noch zu unterhalten haben. Er hat dann von dieser Nummer der „Roten Fahne" gesprochen und eine Parallele zu einem Artikel im „Miesbacher Anzeiger" gezogen. Wenn der Staatsanwalt den Artikel der „Roten Fahne" ebenso aufgefaßt hätte, wie den Artikel im „Miesbacher Anzeiger", wäre es wahrscheinlich nicht zur Beschlagnahme gekommen. Er scheint also die „Rote Fahne" ernster zu nehmen als den „Miesbacher Anzeiger".

(Heiterkeit.)

Das ist allerdings eine Angelegenheit, die uns vielleicht noch bei anderer Gelegenheit im Parlament beschäftigen wird.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Er hat von Kahr gesprochen!)

— Er hat auch vom „Miesbacher Anzeiger" geredet! Es ist allerdings schon sehr spät, aber ich glaube, Herr Dr. Herzfeld, das hätten Sie auch behalten können!

Nun komme ich auf die Rede, die der Herr Abgeordnete Unterleitner gehalten hat. Er ist auf die politischen Vorgänge in Bayern eingegangen. Es ist nicht meine Absicht, heute zu wiederholen, was von meiner Fraktion des öfteren in letzter Zeit hierzu gesagt werden mußte. Wir haben angesichts der beiden Besprechungen, die wir über die Londoner Verhandlungen vor und nach diesen Verhandlungen gehabt haben, gesagt, wie wir zu den bayerischen Vorgängen stehen. Wir haben gar kein Hehl daraus gemacht, daß wir Herrn **v. Kahr** für einen der Männer in Deutschland halten, die (B) man als Männer mit dem **Geist von vor 1914** bezeichnen muß.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Nein, das haben wir nicht, Herr Abgeordneter Frölich! Kümmern Sie sich nur einmal um die Vorgänge in Bayern, dann werden Sie wissen, wie der Möhl-Putsch dort gewesen ist und wie Herr v. Kahr an die Regierung kam.

(Wiederholter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich sage: Herr v. Kahr gehört zu denjenigen Männern, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, und das deutsche Volk muß leider sehr schwer unter dem Unverstand des bayerischen Ministerpräsidenten leiden, wie ebenfalls wieder die Londoner Vorgänge zur Genüge gezeigt haben.

Nun einiges zu dem, was sachlich über unsere Haltung in der Kommission zu diesem Gesetz gesagt worden ist. Der Herr Abgeordnete Unterleitner hat darauf hingewiesen, daß unsere Anträge abgelehnt worden sind. Das ist richtig. Auch wir hätten eine viel schärfere Formulierung gewünscht, insbesondere soweit die Selbstschutzorganisationen und die Einwohnerwehren in Betracht kommen. Ich mache darauf aufmerksam, daß ein anderer Teil unserer Anträge bei der zweiten Beratung in der Kommission angenommen worden ist. Aber darüber darf doch kein Mißverständnis sein, daß eigentlich durch den Friedensvertrag, der publiziertes Gesetz ist, in Deutschland diejenigen militärischen Organisationen verboten sind, die durch dieses Gesetz getroffen werden sollen.

Der Herr Abgeordnete Unterleitner hat dann darauf hingewiesen, daß für seine Fraktion und deren Haltung innerpolitische Gründe maßgebend sind. Bei früherer Gelegenheit, zuletzt vor 14 Tagen, habe ich im Auftrage meiner Fraktion zum Ausdruck gebracht, daß wir aus (C) innerpolitischen Gründen gegen die Selbstschutzorganisationen sind, weil wir sie als Stoßtrupps der Reaktion in Deutschland betrachten. Aber bei diesem Gesetz bestimmen uns nicht innerpolitische Gründe, sondern dieses Gesetz ist aus außenpolitischen Gründen gemacht

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und aus keinen anderen.

Dann hat der Herr Abgeordnete Unterleitner darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz in der Auswirkung dadurch in sein Gegenteil verkehrt werden könnte, daß das Verwaltungsgericht als Instanz in Geltung kommen könnte. Ich mache darauf aufmerksam, daß das nach der vorliegenden Fassung nicht der Fall ist, und meine Fraktion ist ja dagegen, daß dieses Verwaltungsgericht hier eingeführt wird. Sie will eben der Regierung die volle Verantwortung für dieses Gesetz zuschieben, weil dieses Gesetz aus außenpolitischen Gründen eingebracht ist, und weil wir befürchten, daß die Gerichte hier nicht die außenpolitische Auffassung haben könnten, die wir von der Regierung verlangen müssen.

Das Gesetz soll nach unserer Auffassung eine Handhabe sein zur Ausführung der in den Art. 177 und 178 des Friedensvertrages vorgesehenen Bestimmungen. Wir geben gern zu, daß hier die Begriffe strittig sein können, daß leider nicht einmal die Auslegung in letzter Linie von uns allein abhängt, sondern daß hier Machtfragen hineinspielen und Macht unter Umständen sich durchsetzen kann auch gegenüber dem, was wir schließlich als Recht anerkennen. Es handelt sich also unserer Auffassung nach darum, hier zunächst einen Rahmen zu schaffen, in dem der Friedensvertrag erfüllt werden kann. Für das, was in diesem Rahmen geschieht, ist unseres Ermessens wieder niemand anders verantwortlich als die Regierung.

(Lebhafte Zustimmnng bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nun die Frage aufzuwerfen, ob dieses **Gesetz als Rahmengesetz** genügt, und da will ich ganz deutlich (D) als Auffassung unserer Fraktion zum Ausdruck bringen, daß wir der Meinung sind, daß die **Selbstschutzorganisationen** und die **Einwohnerwehren** unter allen Umständen **unter § 1 dieses Gesetzes fallen.**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Denn wenn schon im Art. 177 des Friedensvertrages unter anderen Schützengilden und Kriegervereine genannt sind, so ist es ganz selbstverständlich, daß auch die Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen unter dieses Gesetz fallen müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun ist von dem Herrn Abgeordneten Unterleitner gesagt worden: ja, es ist doch die Erklärung abgegeben worden, daß dieses Gesetz nicht zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen bestimmt ist. Das ist richtig, denn dieses Gesetz ist ja nicht das Entwaffnungsgesetz. Die Entwaffnung ist vorzunehmen auch ohne dieses Gesetz,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und zwar erstens auf Grund des Friedensvertrags,

(Zuruf auf der äußersten Linken)

zweitens auf Grund der Abmachungen, die getroffen sind und für die als Termin der 30. Juni, soweit die Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen in Betracht kommen, gesetzt ist.

Ich resümiere mich also dahin: Meine Fraktion hätte gewünscht, daß der Zweck dieses Gesetzes im Gesetz selbst deutlicher zum Ausdruck gebracht worden wäre. Wir sind aber der Auffassung, daß es als Rahmengesetz genügt, um den Zweck zu erfüllen, und daß bei niemandem anders als bei der Regierung die Verantwortung liegt, wenn es nicht so ausgenutzt wird, wie es nach unserer Auffassung ausgenutzt werden muß.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(A) Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Die Rednerliste ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über § 1.

(Zuruf auf der äußersten Linken: Die Regierung sagt nichts?)

Hierzu liegen die Abänderungsanträge Nr. 1750, 1751, 1752 und 1755 vor.

Ich bringe zunächst den Antrag Dr. Becker (Hessen) auf Nr. 1750 Ziff. 1 zur Abstimmung:

im § 1 an Stelle der Eingangsworte „Geht aus der Satzung oder dem Verhalten einer Vereinigung hervor“ zu setzen: „Geht aus der Satzung einer Vereinigung oder dem Verhalten ihrer satzungsmäßigen Organe hervor“.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für den Fall der Annahme des Satzes 1 ihm die Gestaltung der Ausschußfassung geben, also den Antrag Dr. Becker ablehnen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit.

(Oho!-Rufe auf der äußersten Linken.)

— Das Bureau ist einig, daß die Mehrheit steht.

Der Antrag Dr. Rosenfeld auf Nr. 1755 Ziff. 1 will dem § 1 folgende Fassung geben:

Wer sich an einer Einwohnerwehr oder einer Selbstschutzorganisation oder an einer Vereinigung beteiligt, aus deren Satzung oder Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen der Art. 177, 178 des Friedensvertrags steht, wird mit Gefängnis bestraft.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die an Stelle des Antrags Dr. Rosenfeld dem § 1 die Fassung der Ausschußvorlage geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag Dr. Rosenfeld ist ab- (B) gelehnt und Satz 1 in der Fassung des Ausschußantrags angenommen.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rosenfeld.

Dr. **Rosenfeld**, Abgeordneter: Gegen diese Art der Abstimmung erhebe ich Einspruch. Es steht einzig da, daß, wenn ein Antrag gestellt wird, nicht über ihn abgestimmt wird, sondern über den entgegenstehenden Wortlaut der Regierungsvorlage.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich widerspreche dieser Art der Abstimmung und bitte, unseren Antrag im voraus zur Abstimmung zu bringen.

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Ich bin der Meinung, daß meine Auffassung geschäftsordnungsmäßig zutreffend ist. Es kommt vollständig auf dasselbe hinaus, ob ich über die Regierungsvorlage oder über den Abänderungsantrag abstimmen lasse.

(Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Der Herr Präsident hätte recht, wenn unser Antrag lautete, die Kommissionsfassung zu streichen. Es handelt sich aber nicht um einen rein negativen Antrag, sondern um eine neue Fassung. Unter solchen Umständen muß über die amendierende Fassung abgestimmt werden, damit, wenn diese abgelehnt wird, die Antragsteller eventuell die Möglichkeit haben, für die Ausschußfassung zu stimmen. Daß der Herr Präsident zuerst über die zu beseitigende Fassung abstimmen läßt, entspricht nicht der Geschäftsordnung. Der Herr Präsident hat sich natürlich geirrt; er wird das auch einsehen.

(Heiterkeit.)

— Ja, ich hoffe doch, daß Sie mein Zutrauen zu Ihrem (C) Herrn Präsidenten

(Zuruf rechts: Es ist ja auch der Ihre!)

nicht bemängeln werden. Er wird das einsehen und wird jetzt ordnungsgemäß zunächst über den Antrag Rosenfeld abstimmen lassen.

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Wenn der Präsident sich irrt, dann gesteht er das auch ein!

(Heiterkeit.)

Der Antrag Dr. Rosenfeld ist kein Unterantrag oder Abänderungsantrag zu § 1 der Ausschußfassung, sondern er enthält grundsätzlich etwas anderes.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Satz 1 der Ausschußfassung spricht aus, daß die Auflösung vorzusehen ist; der Antrag Dr. Rosenfeld spricht aber aus, daß eine bestimmte Handlung mit Strafe zu belegen ist. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Ich kann mich auch der Auffassung und der Logik des Herrn Präsidenten nicht anschließen.

(Zuruf rechts: Warum nicht?)

— Warum nicht? Weil die Logik, die der Herr Präsident besitzt, auch Ihre Logik (nach rechts) ist, und das ist schon immer verfänglich.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Herr Abgeordneter Hoffmann, es ist unpassend, daß Sie an der Auffassung des Präsidenten eine Kritik dieser Art üben.

Hoffmann (Berlin) Abgeordneter: Das habe ich auch gar nicht getan. Ich habe ja nur konstatiert, daß (D) noch ein Abgeordneter im Hause ist, der auch Ihre Logik anerkennt. Wenn ich damit dem Präsidenten zu nahe getreten bin, nehme ich das gern zurück.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Herr Abgeordneter Hoffmann, es ist zweifellos, daß Ihre Kritik nicht im Sinne der Hochschätzung, sondern geringschätzig gemeint war.

(Heiterkeit auf der äußersten Linken.)

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Ich habe gar nicht Kritik geübt, Herr Präsident. Sie können doch als Präsident wirklich Hochschätzung nicht provozieren. Das wollen Sie doch auch sicher nicht. Aber es ist, so lange ich im parlamentarischen Leben stehe, noch nie so abgestimmt worden, wie es heute der Präsident getan hat, und wenn er bemerkt hätte, daß, als Herr Ledebour eben sprach, sogar unser jetziger Reichskanzler dem Redner durch Kopfnicken recht gegeben hat, dann glaube ich, würde der Herr Präsident doch einsehen, daß ihm ein Irrtum unterlaufen ist. Ich meine, so stolz sollte er nicht sein, auch einmal einen Irrtum zuzugeben und einzusehen. Denn ich will nicht an das bekannte Sprichwort erinnern: Die vom Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen!

(Bravo! auf der äußersten Linken.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Meine Herren! Es lohnt sich, zumal bei der vorgerückten Zeit, eigentlich nicht, über diese Frage so lange zu streiten. Man kann Zugeständnisse machen, auch wenn man im Recht ist.

(Heiterkeit.)

Wir können die Sache abkürzen.

(Sehr richtig!)

Darauf kommt es heute an. Ich bitte also diejenigen,

(Vizepräsident Dietrich [Prenzlau].

(A) die den Antrag Rosenfeld annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Meine Herren! Es bleibt also bei der Fassung des Satzes 1, wie sie der Ausschuß vorgeschlagen hat.

Es liegt nun ferner auf Nr. 1755 Ziff. 2a der Antrag Rosenfeld vor, für den Fall der Ablehnung des Antrags zu Ziff. 1, die wir soeben erlebt haben, den Satz 2 des § 1 wie folgt zu fassen:

> Die Auflösung erfolgt durch die Reichsregierung.

Ich bitte diejenigen, die diesen Antrag annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht; der Antrag ist also abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen auf Nr. 1750 Ziff. 2, Nr. 1751 und Nr. 1752 der Drucksachen, die übereinstimmenden Inhalt und auch fast denselben Wortlaut haben, dahin, einen zweiten Absatz hinzuzufügen.

Ich lasse zunächst über den Antrag Dr. Becker (Hessen) und Genossen auf Nr. 1750 Ziff. 2 abstimmen, der dem § 1 als Abs. 2 hinzufügen will:

> Gegen die Verfügung, durch die die Auflösung ausgesprochen wird, findet binnen zwei Wochen nach der Zustellung Beschwerde beim Reichsverwaltungsgericht und, solange ein solches nicht errichtet ist, beim Staatsgerichtshof statt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

(B) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Damit sind auch die Anträge Merck-Leicht auf Nr. 1751 unter 1 und Schultz (Bromberg) und Genossen auf Nr. 1752 der Drucksachen abgelehnt.

Wir kommen zu § 2. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die § 2 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; § 2 ist angenommen.

Wir kommen zu § 3. Hierzu liegt der Antrag Dr. Becker (Hessen) und Genossen auf Nr. 1750 Ziff. 3 vor, im § 3 in Zeile 3 die Worte „oder ihrer Mitglieder“ zu streichen.

Dieser Antrag ist gleichlautend mit dem Antrag Merck-Leicht auf Nr. 1751 Ziff. 2.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die in § 3 die Worte „oder ihrer Mitglieder“ streichen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu § 4. Hier liegt der Antrag Dr. Rosenfeld, Unterleitner, Soldmann (Franken) auf Nr. 1755 Ziff. 2b vor, im § 4 die Worte „oder mit Festung bis zu drei Monaten“ zu streichen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage gemäß beschließen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das ist die Mehrheit; die Worte „oder mit Festung bis zu drei Monaten“ in § 4 sind also aufrechterhalten.

Wir kommen zu § 5. Angenommen.

Einleitung und Überschrift. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Leicht.

Leicht, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (C) Namens der **Bayerischen Volkspartei** habe ich folgende **Erklärung** abzugeben.

(Andauernde lärmende Zurufe von den Vereinigten Kommunisten.)

— Wenn Sie (zu den Vereinigten Kommunisten) keine Empfindung für die Bedeutung dieses Gesetzes und dieses Augenblickes haben, dann bedauere ich das.

(Erneute lärmende Zurufe und Lachen bei den Vereinigten Kommunisten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Namens der Bayerischen Volkspartei habe ich folgendes zu erklären:

Weder der Friedensvertrag von Versailles noch die Abmachungen von Spa forderten die Einbringung des vorliegenden Gesetzentwurfs. Wir bedauern deshalb diese Vorlage, um so mehr als sie mit einer Überstürzung seitens der Reichsregierung erfolgte, die die gebotene Fühlungnahme unmöglich machte.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Schiffer-Beckersche Entwurf, der im Ausschuß an Stelle der Regierungsvorlage den Verhandlungen zugrunde gelegt wurde, enthielt eine Fassung, die geeignet war, wenigstens einige unserer Bedenken abzuschwächen. Aber die Änderungen, die gegen unsere berechtigten Erwartungen und Vorstellungen an ihm vorgenommen wurden und die auch im Plenum durch Ablehnung bezüglicher Anträge aufrechterhalten wurden, zwingen uns, gegen das Gesetz zu stimmen. Wir bedauern dabei insbesondere, daß bei der Behandlung dieser Frage gegen die bayerische Regierung und gegen die bayerische Einwohnerwehr maßlose und unbegründete Vorwürfe erhoben wurden.

(Widerspruch und Rufe links: Unerhört! — Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschnationalen.)

Die Bayerische Volkspartei erblickt in der Einwohnerwehr (D) nach wie vor lediglich ein Werkzeug zur Unterstützung der Aufrechterhaltung der Ordnung.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschnationalen. — Zurufe auf der äußersten Linken: Zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus.)

Die Bayerische Volkspartei erblickt in der Einwohnerwehr lediglich ein Werkzeug zum Schutze von Leben und Eigentum ruhiger Bewohner, nicht aber eine Einrichtung, die militärische Ziele verfolgt.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe links. — Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort wird nicht weiter verlangt; auch Einleitung und Überschrift sind angenommen.

(Präsident Löbe übernimmt den Vorsitz.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Das Haus ist in beschlußfähiger Anzahl versammelt. Ich möchte Ihnen, und zwar zur ruhigen Erörterung, einen Vorschlag machen. Wir müssen zur Vornahme der dritten Lesungen eventuell am Montag noch einmal zusammentreten. Vielleicht ist es aber doch möglich, daß die Parteien sich heute noch zur Erledigung der Geschäfte einigen, wenn Sie, meine Damen und Herren, die Sie hier versammelt sind, noch eine Stunde opfern. Wir würden dann in einer Viertelstunde eine neue Sitzung beginnen und diese dritten Lesungen noch erledigen. Es wird, glaube ich, für alle Angehörigen des Hauses, gleichviel welcher Partei, nach den anstrengenden Sitzungen der letzten Tage eine Befreiung sein, wenn wir Montag nicht von neuem zu beginnen brauchen. Wir werden damit auch denjenigen Damen und Herren, die wir erst wieder neu hierher berufen müßten, einen großen Gefallen tun

(Präsident.)

(A) — das ist ja gar keine Frage. Ich möchte also den dringenden Appell an die Mitglieder des Hauses richten, sich meinem Vorschlage anzuschließen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Ich erhebe namens meiner Fraktion Einspruch gegen die dritte Lesung. Wir haben gar keine Ursache, ein Gesetz, das von ganz verschiedenen Seiten in dieser Weise eben gekennzeichnet ist, in der Art durchzupeitschen, wie es hier geschehen soll. Auch dagegen, daß das Einkommensteuergesetz in gleicher Weise durchgepeitscht werden soll, erheben wir Einspruch. Es sind in zweiter Lesung so viel Abänderungsanträge angenommen, und wie Herr Behrens vorhin erklärt hat in bezug auf einen Antrag bei der Rentenfrage, liegen sie zum Teil noch nicht einmal gedruckt vor.

Gegen das Gesetz, das wir eben in zweiter Lesung beendet haben, liegen aber alle Bedenken vor, es in dieser Art durchzupeitschen, da das Ganze ja nichts weiter ist als ein großer Betrug nach zwei Seiten hin. Wir erheben deshalb ganz entschieden dagegen Einspruch.

(Beifall bei den Vereinigten Kommunisten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir können uns, glaube ich, in aller Ruhe verständigen. Gelingt die Verständigung nicht, dann werden wir natürlich die Arbeit am Montag auf uns nehmen. Aber wir brauchen deshalb keine unwürdigen Szenen hervorzurufen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Nach § 21 unserer Geschäftsordnung muß ein Widerspruch gegen die Verkürzung der Frist zwischen zweiter und dritter Lesung von 15 Mitgliedern unterstützt werden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin). (B)

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Man geht hier in einer Weise vor, wie es nicht sein sollte.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Es ist den Mitgliedern bereits zu den Sitzungen am Montag und Dienstag depeschiert worden. Es war uns im Ältestenrat gesagt worden, wenn wir Einspruch erheben, soll am Montag und Dienstag Sitzung stattfinden. Nun ist Einspruch erhoben worden. Da ist es doch nicht richtig, nun heute die Sache wieder abwürgen zu wollen.

Wenn die Abmachungen im Ältestenrat keine Bedeutung mehr haben sollen, dann wundern Sie sich nicht, wenn wir daraus in Zukunft die Konsequenzen ziehen.

Präsident: Herr Abgeordneter Hoffmann; ich habe den Vorschlag in der Erwartung und in der Hoffnung gemacht, daß es möglich sein würde, eine Einmütigkeit des Hauses darüber herbeizuführen. Wenn diese leider nicht mehr herbeizuführen ist, dann muß ich mich natürlich nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung richten, und diese lassen es zu, daß eine Fristverkürzung eintritt, wenn nicht 15 Mitglieder widersprechen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

(Abgeordneter Dr. Rießer: Ich verzichte!)

Dann hat das Wort zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Bisher war es üblich, daß die Abmachungen des Ältestenrats gegolten haben.

(Lebhafte Zurufe: Sie haben sich oft genug nicht daran gehalten!)

— Das ist unwahr!

(C) Im Ältestenrat ist gestern ausdrücklich gesagt worden, wenn von uns Einspruch erhoben wird, findet die Sitzung am Montag und Dienstag statt. Dieser Einspruch ist erhoben worden, und da sehe ich gar nicht ein, daß das heute von einem Zufall abhängen soll.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Diese Unterstützung von 15 Personen hat wirklich nicht die Bedeutung; denn die dritte Lesung nicht stattfinden zu lassen, ist ausgemacht. Wollen Sie aber in Zukunft, daß man trotz der Abmachungen des Altenstenrats anders handeln kann, nun gut! Dann wundern Sie sich aber nicht, wenn wir künftig auch die Konsequenzen ziehen.

Präsident: Ich muß noch einmal erwidern, Herr Kollege Hoffmann. Die Verabredung des Ältestenausschusses ging doch von der Anschauung aus: wenn die Parteien Widerspruch erheben, ist es geschäftsordnungsmäßig nicht möglich, die Sache zu erledigen. Erhebt aber nun nicht die geschäftsordnungsmäßige Anzahl von Abgeordneten den Widerspruch, dann ist doch die Möglichkeit der Abhaltung der dritten Lesungen wiederhergestellt.

(Sehr richtig!)

Darum dreht sich doch der Streit. Wenn eine genügende Anzahl, sei es von Ihrer (zu den Vereinigten Kommunisten), sei es von einer anderen Partei, Widerspruch erhebt, dann tritt der Fall ein, den wir im Ältestenausschuß vorgesehen haben. Aber wenn nun die geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit aufs neue entsteht, so sehe ich nicht ein, warum sie nicht auch bei aller Loyalität angewandt werden kann.

(Sehr richtig!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

(Unruhe und Zurufe.)

(D)

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Der Verabredung, wie sie erfolgt ist, ist seitens des Herrn Präsidenten Rechnung getragen worden, indem er die dritte Lesung der beiden Gesetzentwürfe — des Einkommensteuergesetzes und des eben beendeten Gesetzes — nicht auf die Tagesordnung gesetzt hat. Damit hat er zu erkennen gegeben, daß die Beschlüsse des Ältestenrats maßgebend sind. Bisher ist immer an solchen Abmachungen festgehalten worden. Nun soll plötzlich eine Änderung stattfinden. Das ist bisher nicht geschehen. Sie können, wenn sich nicht die 15 Mitglieder zur Unterstützung finden, den Beschluß fassen. Aber damit haben Sie die Beschlüsse des Ältestenrats durchbrochen,

(lebhafter Widerspruch)

und die Herren Kollegen, die jetzt nein sagen, werden wir zu allererst daran erinnern, wenn wir die Konsequenzen aus dem Heute ziehen.

Präsident: Meine Herren, ich kann natürlich meinen bisherigen Worten weiter nichts hinzufügen. Es scheint, daß eine gegenseitige Belehrung unmöglich ist.

(Zustimmung und Heiterkeit.)

Wir müssen zur Abstimmung schreiten.

Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, welche der Verkürzung der Frist, wie sie § 21 vorsieht, widersprechen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Meine Damen und Herren! Der Widerspruch reicht nicht aus.

(Lebhaftes Bravo und Heiterkeit.)

Ich möchte nun aber, nachdem diese Streitfrage ausgeräumt ist, bitten, daß die weiteren Verhandlungen wenigstens in geschäftsordnungsmäßiger Weise vorgenommen werden können.

(Präsident.)

(A) Ich schlage Ihnen vor, unsere nächste Sitzung abzuhalten heute um 10 Uhr 45 Minuten mit folgender Tagesordnung:

1. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920;
2. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung;
3. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Art. 177, 178 des Friedensvertrags;
4. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes;
5. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes wegen Änderung des Zündwarensteuergesetzes vom 10. September 1916;
6. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer.

Ich setze dann ferner als 7. und 8. Punkt auf die Tagesordnung:

7. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheers und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (B) (Wehrmachtversorgungsgesetz);
8. erste Beratung des von den Abgeordneten Trimborn, Dr. Rießer, Schiffer und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung vom 26. Dezember 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 2315).

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Burlage.

Burlage, Abgeordneter: Ich möchte bitten, als ersten Gegenstand auf die neue Tagesordnung den Gegenstand zu setzen, den wir zuletzt verhandelt haben. Eine Zusammenstellung wird nicht nötig sein, weil keine Änderungen an dem Entwurf vorgenommen sind, wie er aus dem Ausschuß hervorgegangen ist.

Präsident: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, können wir die Tagesordnung auch so umstellen. — Dagegen ist kein Widerspruch laut geworden.

Die Tagesordnung steht fest. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 10 Uhr 35 Minuten.)

Namentliche Abstimmungen.

Namentliche Abstimmungen

zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung (Nr. 1466, 1734 der Drucksachen)

1. über den Antrag der Abgeordneten Burlage, Dr. Stresemann, Schiffer, Lang und Genossen (Nr. 1737 Ziff. 4 der Drucksachen),
2. über den Antrag der Abgeordneten Burlage, Dr. Stresemann, Schiffer, Lang und Genossen (Nr. 1737 Ziff. 7 der Drucksachen).

Name.	1. Abstimmung.	2. Abstimmung.
Adams	fehlt	fehlt
Aderhold	Nein	Nein
Frau Agnes	fehlt	fehlt
Albrecht (Hannover)	fehlt	fehlt
Albrecht (Magdeburg)	Nein	Nein
Allekotte	fehlt	fehlt
Alpers	Ja	Ja
Andre	Ja	Ja
Frau Ansorge	Nein	Nein
Arnstadt	fehlt	fehlt
Aufhäuser	Nein	Nein
Bachmann	entsch.	entsch.
Bachmeier	Ja	Ja
Bahr (Frankfurt)	fehlt	fehlt
Dr. Barth (Chemnitz)	fehlt	fehlt
Bartz (Hannover)	Nein	Nein
Bauer	Nein	Nein
Baumann	fehlt	fehlt
Frau Dr. Bäumer	Ja	Ja
Bazille	fehlt	fehlt
Becker (Arnsberg)	Ja	Ja
Dr. Becker (Hessen)	Ja	Ja
Becker (Oppeln)	krank	krank
Beckmann	Nein	Nein
Frau Behm	Ja	Ja
Behrens	Ja	Ja
Beims	fehlt	fehlt
Dr. Bell	fehlt	fehlt
Bender	Nein	Nein
Berndt	fehlt	fehlt
Bernstein	Nein	Nein
Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover)	fehlt	fehlt
Graf Bernstorff (Schl.-Holstein)	fehlt	fehlt
Berthelé	Nein	Nein
Beuermann	fehlt	fehlt
Dr. Beyerle	Ja	Ja
Beythien	fehlt	fehlt
Bias	fehlt	fehlt
Biener	fehlt	fehlt
Bitta	fehlt	fehlt
Blum	Ja	Ja
Bock	Nein	Nein
Böhm (München)	Ja	Ja
Dr. Böhme (Magdeburg)	Ja	Ja
Bolz	fehlt	fehlt
Bornefeld-Ettmann	beurl.	beurl.
Brandes	fehlt	fehlt
Braß	fehlt	fehlt
Braun (Düsseldorf)	Nein	Nein
Dr. Braun (Franken)	Nein	Nein
Edler v. Braun (Oberb.)	fehlt	fehlt
Dr. Brauns (M.-Gladbach)	Ja	Ja
Dr. Breitscheid	Nein	Nein
v. Brentano di Tremezzo	Ja	Ja
Breunig	Nein	Nein
Brey	fehlt	fehlt
Brodauf	fehlt	fehlt
Bruchardt	fehlt	fehlt
Brühl	Nein	Nein
Bruhn	Ja	Ja
Brüninghaus	Ja	Ja
Brunner	Nein	Nein
Buck	Nein	Nein
Burlage	Ja	Ja
Busch	Ja	Ja
Colshorn	fehlt	fehlt
Dr. Cremer	fehlt	fehlt
Crispien	Nein	Nein
Cuno	fehlt	fehlt
Dr. Curtius	fehlt	Ja
Damm	fehlt	fehlt
Dannemann	fehlt	fehlt
Dauch	fehlt	fehlt
Dauer	fehlt	fehlt
Däumig	Nein	Nein
Dr. David	Nein	Nein
Dr. Deermann	Ja	Ja
Deglerk	Ja	Ja
Dr. v. Delbrück	Ja	Ja
Delius	fehlt	fehlt
Dr. Dernburg	fehlt	fehlt
Diernreiter	fehlt	fehlt
Dietrich (Baden)	fehlt	fehlt
Dietrich (Prenzlau)	Ja	Ja
Diez	fehlt	fehlt
Dißmann	Nein	Nein
Dittmann	Nein	Nein
Döbrich	fehlt	fehlt
Domsch (Dresden)	fehlt	fehlt
Dorsch (Hessen)	fehlt	fehlt
Frau Dransfeld	Ja	Ja
Dr. Düringer	fehlt	Ja
Dusche	beurl.	beurl.
Düwell	Nein	Nein
Eckardt (Hannover)	Nein	Nein
Eggerstedt	Nein	Nein
Ehrhardt (Oppeln)	fehlt	fehlt
Eichhorn	fehlt	fehlt
Eisenberger	Ja	Ja
Emminger	fehlt	fehlt
Erkelenz	Ja	Ja
Ernst	fehlt	fehlt
Ersing	fehlt	fehlt
Erzberger	fehlt	fehlt
D. Everling	Ja	Ja
Fehr	fehlt	fehlt
Fehrenbach	Ja	Ja
Feilmayer	fehlt	fehlt
Feldmann	Nein	Nein
Feuerstein	fehlt	fehlt
Dr. Fick	Ja	fehlt
Findeisen	Ja	Ja
Fischer (Baden)	fehlt	fehlt
Fischer (Berlin)	Nein	Nein
Fischer (Hannover)	Nein	Nein
Dr. Fischer (Köln)	Ja	Ja
Dr. Fleischer	Ja	Ja
Fleißner	Nein	Nein
Dr. Fortmann	Ja	Ja
Frank (Dortmund)	Nein	fehlt
Franz (Breslau)	Nein	Nein
Fries	Nein	Nein
Frohme	Nein	Nein
Frölich	Nein	Nein
v. Gallwitz	Ja	Ja
Gebhart	krank	krank
Geck (Mannheim)	beurl.	beurl.
Geck (Offenburg)	Nein	Nein
Geisler	Ja	Ja
Gerauer	Ja	Ja
Gerstenberger	fehlt	fehlt
Dr. Geßler	fehlt	fehlt
Geyer (Leipzig)	Nein	Nein
Dr. Geyer (Sachsen)	fehlt	fehlt
Giebel	Nein	Nein
Giesberts	Ja	Ja
Dr. Gildemeister	Ja	Ja
Girbig	fehlt	fehlt
Dr. Goetz	fehlt	fehlt
Dr.-Ing. Gothein	Ja	Ja
Dr. Gradnauer	Nein	Nein
Graef (Thüringen)	Ja	Ja
v. Graefe (Mecklenburg)	Ja	Ja
Gruber	Nein	Nein
v. Guérard	Ja	Ja
Gutknecht	enthalten	Ja
Haag	fehlt	fehlt
Dr. Haas (Baden)	Ja	Ja
Hamm	Ja	Ja
Hammer	enthalten	Ja
Hänse (Thüringen)	Ja	Ja

Name.	1. Abstimmung.	2. Abstimmung.
Hansmann	Nein	Nein
Harte	fehlt	fehlt
Hartleib	Nein	Nein
Dr. Hartmann	fehlt	fehlt
Hartwig	Ja	Ja
Frau Hauke	fehlt	fehlt
Haußmann	fehlt	fehlt
Havemann	fehlt	fehlt
Heile	Ja	Ja
Dr. Heim	fehlt	fehlt
Heimann	Nein	Nein
Dr. Heinze	Ja	Ja
Dr. Helfferich	Ja	Ja
Hellmann	Nein	Nein
Hemeter	Ja	Ja
Henke	Nein	Nein
Henning	Ja	Ja
Hensel (Ostpreußen)	Ja	Ja
Hepp	fehlt	fehlt
Herbert (Franken)	beurl.	beurl.
Herbert (Hessen)	fehlt	fehlt
Hergt	krank	krank
Herold	Ja	Ja
Dr. Herschel	fehlt	fehlt
Dr. Hertz	Nein	Nein
Dr. Herzfeld	Nein	Nein
Heydemann	fehlt	fehlt
Dr. Hieber	fehlt	fehlt
Hildenbrand	Nein	Nein
Dr. Hitze	fehlt	fehlt
Hoch	Nein	Nein
Dr. Hoetzsch	fehlt	fehlt
Hoffmann (Berlin)	Nein	Nein
Hoffmann (Kaiserslautern)	krank	krank
Dr. Höfle	Nein	Ja
Hofmann (Ludwigshafen)	fehlt	fehlt
Hofmann (Thüringen)	fehlt	fehlt
Höllein	Nein	Nein
ten Hompel	Ja	Ja
Höner	Nein	Ja
Horn	Nein	Nein
Hörsing	fehlt	fehlt
Hue	Nein	Nein
Dr. Hugenberg	fehlt	fehlt
Dr. Hugo	fehlt	fehlt
Hünlich	Nein	Nein
Hüttmann	Nein	Nein
Imbusch	fehlt	fehlt
Isenmann	Ja	Ja
Jäckel	fehlt	fehlt
Jaecker (Ostpreußen)	Nein	Nein
Jäker (Düsseldorf)	fehlt	fehlt
Jandrey	fehlt	fehlt
Janeba	fehlt	fehlt
Janschek	fehlt	fehlt
Jaud	Ja	Ja
Joos	fehlt	fehlt
Frau Juchacz	Nein	Nein
Dr. Kaas (Trier)	beurl.	beurl.
D. Dr. Kahl	Ja	Ja
Kahmann	Nein	Nein

Name.	1. Abstimmung.	2. Abstimmung.
Kaiser	Nein	Nein
Graf v. Kanitz	Ja	Ja
Käppler	fehlt	fehlt
Frau Karch	Nein	Nein
v. Kardorff	fehlt	fehlt
Karsten	Nein	Nein
Käselau	fehlt	fehlt
Keil	Nein	Nein
Keinath	Ja	Ja
v. Kemnitz	Ja	Ja
Kempkes	Ja	Ja
van den Kerkhoff	Ja	Ja
Kerschbaum	fehlt	fehlt
Keubler-Böhm	Ja	Ja
Klöckner	fehlt	fehlt
Kniest	Ja	Ja
Koch (Düsseldorf)	Ja	Ja
Koch (Essen)	fehlt	fehlt
Koch (Weser)	Ja	Ja
Koenen	fehlt	fehlt
König	Nein	Nein
Kopsch	Ja	Ja
Korell	fehlt	fehlt
Körner	beurl.	beurl.
Körsten	Nein	Nein
Dr. Köster	Nein	Nein
Kotzke	Nein	Nein
Krätzig	Nein	Nein
Kröger (Rostock)	Nein	Nein
Krüger (Merseburg)	Nein	Nein
Krüger-Hoppenrade	fehlt	fehlt
Kubetzko	fehlt	fehlt
Kuhnt	Nein	Nein
Dr. Kulenkampff	fehlt	fehlt
Dr. Külz	fehlt	fehlt
Kunert	Nein	Nein
Künstler	Nein	Nein
Kuntze	fehlt	fehlt
Lambach	Ja	Ja
Lang	Ja	Ja
Frau Lang-Brumann	fehlt	fehlt
Lange-Hegermann	Ja	Ja
Langwost	fehlt	fehlt
Dr. Lauscher	fehlt	fehlt
Laverrenz	Ja	Ja
Ledebour	Nein	Nein
Leicht	Ja	Ja
Leopold	fehlt	fehlt
Dr. Frhr. v. Lersner	Ja	Ja
Lesche	Nein	Nein
Leutheußer	entsch.	entsch.
Dr. Levi	fehlt	fehlt
Liese	fehlt	fehlt
Lind	fehlt	fehlt
Lipinski	Nein	Nein
Löbe	Nein	Nein
Löffler	Nein	Nein
Dr. Löwenstein	Nein	Nein
Lübbring	fehlt	fehlt
Frau Dr. Lüders	fehlt	Ja
Ludwig	Nein	Nein
Lukas	fehlt	fehlt
Dr. Luther	fehlt	fehlt
Malke	fehlt	fehlt
Malkewitz	Ja	Ja

Name.	1. Abstimmung.	2. Abstimmung.
Malzahn	Nein	Nein
Dr. Maretzky	Ja	Ja
Marx	Ja	Ja
Frau Dr. Matz	fehlt	fehlt
Dr. Maxen	krank	krank
Maxin	Ja	Ja
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt	fehlt
Dr. Meerfeld	Nein	Nein
Mehrhof	Nein	Nein
Meier (Zwickau)	Nein	Nein
Frau Mende	Ja	Ja
Merck	Ja	Ja
Merkel	fehlt	fehlt
Dr. Mittelmann	fehlt	fehlt
Mittwoch	Nein	Nein
Dr. Moldenhauer	Ja	Ja
Molkenbuhr	Nein	Nein
Morath	Ja	Ja
Dr. Moses	Nein	Nein
Dr. Most	fehlt	fehlt
Frau Mueller-Otfried	Ja	Ja
Müller (Franken)	Nein	Nein
D. Mumm	Ja	Ja
Nacken	Ja	Ja
Frau Nemitz	Nein	Nein
Neuhaus (Düsseldorf)	Ja	Ja
Frau Neuhaus (Westfalen)	Ja	Ja
Neyses	fehlt	fehlt
Dr. Oberfohren	Ja	Ja
Obermeyer	fehlt	fehlt
Oertel	fehlt	fehlt
Frau v. Oheimb	fehlt	fehlt
Okonsky	fehlt	fehlt
Oettinghaus	fehlt	fehlt
Dr. Pachnicke	Ja	Ja
Peine	fehlt	fehlt
Pennemann	Ja	Ja
Dr. Petersen	Ja	Ja
Dr. Pfeiffer	Ja	Ja
Frau Pfülf	Nein	Nein
Dr. Philipp	beurl.	beurl.
Pieper (Westfalen)	Nein	Nein
Pinkau	Nein	Nein
Dr. Piper (Mecklenburg)	Ja	Ja
Plettner	fehlt	fehlt
Pohlmann	Ja	Ja
Ponschab	fehlt	fehlt
Poppe	Ja	Ja
Puchta	Nein	Nein
Dr. Quaatz	Ja	Ja
Dr. Queffel	Nein	Nein
Dr. Radbruch	fehlt	fehlt
v. Raumer	Ja	fehlt
Rauschmayr	Ja	Ja
Raute	fehlt	fehlt
v. Rehbinder	Ja	Ja
Reich	Nein	Nein
Dr. Reichert	Ja	Ja
Reißhaus	fehlt	fehlt

Name.	1. Abstimmung.	2. Abstimmung.
Frau Reitze	Nein	Nein
Remmele	fehlt	fehlt
Freiherr v. Rheinbaben	fehlt	fehlt
Rheinländer	Ja	Ja
Dr. Richter	fehlt	fehlt
Riedmiller	Nein	Nein
Rieke	Nein	Nein
Rieseberg	Ja	Ja
Dr. Rießer	Ja	Ja
Rippler	Ja	Ja
Ristau	Nein	Nein
Dr. Roesicke	fehlt	fehlt
Rosemann	fehlt	fehlt
Dr. Rosenfeld	Nein	Nein
Dr. Runkel	entsch.	entsch.
Frau Ryneck	Nein	Nein
Ryssel	Nein	Nein
Sauerbrey	fehlt	fehlt
Scheidemann	fehlt	fehlt
Schiele	fehlt	fehlt
Schiffer	fehlt	Ja
Frau Schilling	Nein	Nein
Schimmelpfennig	fehlt	fehlt
Schirmer (Dresden)	fehlt	fehlt
Schirmer (Franken)	Ja	Ja
Schlack	fehlt	fehlt
Schlicke	Nein	Nein
Schmidt (Berlin)	Nein	Nein
Schmidt (Cöpenick)	Nein	Nein
Schmidt (Sachsen)	fehlt	fehlt
Schmidt (Stettin)	Ja	Ja
v. Schoch	Ja	Ja
Dr. Scholz	fehlt	fehlt
Schöpflin	fehlt	fehlt
Schreck	fehlt	fehlt
D. Dr. Schreiber	Ja	Ja
Frau Schreiber-Krieger	Nein	Nein
Frau Schroeder (Schlesw.-Holst.)	Nein	Nein
Schröter (Liegnitz)	Ja	Ja
Frau Schuch	Nein	Nein
Dr. Schücking	Ja	Ja
Schuldt (Steglitz)	Ja	Ja
Schulte (Breslau)	Ja	Ja
Schultz (Bromberg)	Ja	Ja
Schulz (Bremen)	Nein	Nein
Frau Schulz (Westf.)	Nein	Nein
Schulze (Berlin)	fehlt	fehlt
Schulz-Gahmen	fehlt	fehlt
Schumann	Nein	Nein
Schwarz (Baden)	Nein	Nein
Schwarz (Hessen)	Ja	Ja
Schwarzer (Oberbayern)	beurl.	beurl.
Seemann	Nein	Nein
Seger	fehlt	fehlt
Seibert	Ja	Ja
Seidel	Nein	Nein
Dr. Semmler	Ja	Ja
Frau Sender	fehlt	fehlt
Seppel	Nein	Nein
Severing	fehlt	fehlt
Sidow	Nein	Nein
Dr.-Ing. v. Siemens	fehlt	fehlt
Sievers	fehlt	fehlt
Silberschmidt	Nein	Nein
Simon (Franken)	Nein	Nein
Simon (Schwaben)	Nein	Nein
Sivkovich	fehlt	fehlt
Soldmann (Franken)	Nein	Nein
Sollmann (Köln)	Nein	Nein
Dr.-Ing. Sorge	beurl.	beurl.
Dr. Spahn	Ja	Ja
Spetzler	beurl.	beurl.
Staab	Nein	Nein
Stampfer	fehlt	fehlt
Stegerwald	Ja	Ja
Steinkopf	Nein	Nein
Stelling	fehlt	fehlt
Stinnes	fehlt	fehlt
Stöcker	fehlt	fehlt
Stolten	fehlt	fehlt
D. Strathmann	Ja	Ja
Streiter	Ja	Ja
Dr. Stresemann	Ja	Ja
Stücklen	Nein	Nein
Szczeponik	fehlt	fehlt
Taubadel	fehlt	fehlt
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	Nein	Nein
Teuber	fehlt	fehlt
Frau Teusch (Köln)	Ja	Ja
Thiel	Ja	fehlt
Thomas	Nein	Nein
Thomsen	Ja	Ja
Thöne	fehlt	fehlt
Tremmel	Ja	Ja
Trieschmann	fehlt	fehlt
Trimborn	Ja	Ja
Tuch	Ja	Ja
Ulitzka	fehlt	fehlt
Ulrich	fehlt	fehlt
Unterleitner	Nein	Nein
Veltin	Ja	Ja
Vogel (Berlin)	Ja	Ja
Vogel (Franken)	Nein	Nein
Dr.-Ing. Vögler	fehlt	fehlt
Vogt	fehlt	fehlt
Vogtherr	Nein	Nein
Frau Wackwitz	Nein	Nein
Waigand	Nein	Nein
Warmuth	Ja	Ja
Weilnböck	fehlt	fehlt
Weiß	fehlt	fehlt
Wels	fehlt	fehlt
Graf v. Westarp	Ja	Ja
Westermann	Ja	Ja
Dr. Wiebel	Ja	Ja
Wieber	Ja	Ja
Dr.-Ing. Wieland	fehlt	fehlt
Dr. Wienbeck	fehlt	fehlt
Winnefeld	Ja	Ja
Dr. Wirth	Ja	Ja
Wissell	fehlt	fehlt
Frau Wulff	Nein	Nein
Wulle	Ja	Ja
Frau Wurm	Nein	Nein
Dr. Zapf	beurl.	beurl.
Zawadzki	fehlt	fehlt
Zeschke	fehlt	fehlt
Frau Zetkin	fehlt	fehlt
Ziegler (Westfalen)	Ja	Ja
Frau Ziegler (Württ.)	Nein	Nein
Frau Zietz	Nein	Nein
Zörgiebel	fehlt	fehlt
Zubeil	Nein	Nein

Zusammenstellung.

	1. Abstimmung.	2. Abstimmung.
Gestimmt haben: mit **Ja**	136	141
mit **Nein**	138	135
Der Abstimmung haben sich enthalten	2	—
Ungültig	3	1
Zusammen	279	277

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.